

C h r i s t i a n

G e r l a c h

Kalkulierte Morde

D i e d e u t s c h e

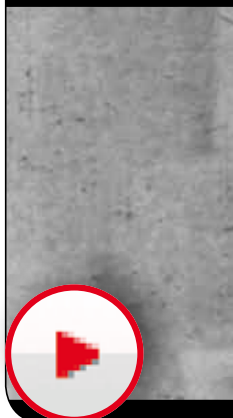
W i r t s c h a f t s - u n d

V e r n i c h t u n g s -

p o l i t i k

i n W e i ß r u ß l a n d

1 9 4 1 b i s 1 9 4 4



Christian Gerlach

Kalkulierte Morde

Die deutsche Wirtschafts- und
Vernichtungspolitik in
Weißrußland 1941 bis 1944

Hamburger Edition

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.Hamburger-Edition.de

© E-Book 2013 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-568-5

© der Printausgabe 1999 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-930908-63-9

Redaktion: Bernd Ulrich
Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Herstellung: Jan Enns und Elke Enns
Satz: Stempel Garamond und Syntax von Dörlemann Satz, Lemförde

Inhalt

1. Einleitung	11
1.1 Thema und Forschungsstand	11
1.2 Zielstellung	19
1.3 Quellen und Methodenprobleme	24
1.4 Vorgehensweise	35
2. Deutsche Planungen für Weißrußland und ihre Grundlagen	36
2.1 Die historischen Voraussetzungen in Weißrußland	36
2.2 Die Entstehung deutscher Vernichtungspläne gegen die sowjetische Bevölkerung	44
a) Der Hungerplan gegenüber der sowjetischen Bevölkerung	46
b) Die kriegs- und ernährungswirtschaftliche Lage Deutschlands in der ersten Jahreshälfte 1941 und die wirtschaftlichen Ziele im Krieg gegen die Sowjetunion	59
c) Die Anwendung der Überbevölkerungstheorie auf Weißrußland	76
d) Die Vorbereitung des Einsatzes von SS- und Polizeieinheiten, die »verbrecherischen Befehle« und die Grundlagen der anti-jüdischen Politik	81
2.3 Politische Konzeptionen für Weißrußland und das deutsche Weißrußland-Bild	94
a) Politische Konzeptionen	94
b) Das deutsche Weißrußland-Bild und Pläne zur »Modernisierung«	100
2.4 Deutsche Besiedlungspläne für Weißrußland und die Volksdeutschen	111
a) Siedlungspläne	111
b) Deutsche in Weißrußland 1941–1944	120
3. Aufbau und Funktion der Besatzungsverwaltung	128
3.1 Die Kampfhandlungen in Weißrußland	128
3.2 Die Militärverwaltung	134
a) Allgemeine Militärverwaltung	134
b) Die Wirtschaftsverwaltung	142
c) Die Generalquartiermeisterabteilung im OKH und die Quartiermeisterabteilungen als Schaltstellen von Massenverbrechen	150
3.3 Die Zivilverwaltung	156
3.4 Der SS- und Polizeiapparat	180

3.5	Die weißrussische Lokalverwaltung	196
a)	Verwaltung	196
b)	Polizei	202
c)	Politische Kollaboration	209
3.6	Die Besatzungstruppen	214
3.7	Die Kontrolle über die Bevölkerung	218
3.8	Zum deutschen Verwaltungspersonal im besetzten Gebiet	222

Hauptteil I

Die deutsche Wirtschaftspolitik in Weißrußland 1941–1944	231

4.	Landwirtschafts- und Ernährungspolitik	231
4.1	Die landwirtschaftlichen Verhältnisse	231
4.2	Der landwirtschaftliche Ausbeutungsapparat und die »Erfassung«	233
a)	Der Ausbeutungsapparat	233
b)	Die »Erfassung«	239
c)	Die »Versorgung aus dem Lande«	253
4.3	Die Ernährung der Zivilbevölkerung	265
a)	Der Streit um Richtlinien und Rationierung	265
b)	Organisation und örtliche Bedingungen der Ernährung	278
c)	Hunger	289
d)	Zwangsaussiedlungen aus den Städten 1941/42	292
e)	Die Hungerkrise von 1942 und die Änderungen in der Organisation der Ernährung	301
f)	Der »Ausschluß von der Versorgung«	313
4.4	Probleme der landwirtschaftlichen Produktion	319
a)	Die Hemmnisse für eine Produktionssteigerung	319
b)	Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Intensivierung und ihre Mittel: »Produktionsfaktor Mensch«	329
c)	Staatsgüter (Sowchosen) und Maschinen-Traktoren-Stationen	333
d)	SS- und Polizeigüter	339
4.5	Die Änderung der landwirtschaftlichen Betriebs- und Bevölkerungsstruktur: die deutsche Agrarreform in Weißrußland	342
a)	Die Entstehung der »Neuen Agrarordnung«	342
b)	Bestimmungen und Ziele der Agrarreform	347
c)	Die Durchführung der Reform in Weißrußland	356
d)	Bevölkerungspolitische Aspekte der Agrarreform	365
5.	Die deutsche Politik der Entindustrialisierung und Entstädterung	371
5.1	Die Zerstörungen in den ersten Kriegswochen und die sowjetische Evakuierungsaktion	371

5.2	Die verbliebenen Produktionskapazitäten, Schwierigkeiten bei ihrer Nutzung und die Politik der Entindustrialisierung	385
a)	Größenverhältnisse und Kapazitäten	385
b)	Die Entindustrialisierung: Drosselung und Stilllegung intakter Produktionsanlagen	390
c)	Beispiele: Metallindustrie und Textilwirtschaft	395
d)	Schlüsselbereiche für den verhinderten industriellen Wiederaufbau: Energie/Torfbergbau und Verkehrswesen	404
5.3	Die deutsche Entstädterungspolitik: Bevölkerungsentwicklung, Stadtplanung und Wohnungsfrage 1941 bis 1944	418
5.4	Investitionspolitik und begrenzter wirtschaftlicher »Aufbau« in Weißrußland	428
a)	Das Generalquartiermeister-Programm	428
b)	Minimales Risiko: Deutsche Unternehmensinteressen in Weißrußland	431
c)	Leistungssteigerung und »Sozialpolitik«	442
6.	Die Arbeitskräftepolitik	449
6.1	Der Aufbau der Arbeitsverwaltung und die anfängliche Phase des geringen Arbeitskräftebedarfs	449
6.2	Die Verschleppung von Zwangsarbeitern nach Deutschland	456
a)	Entschlußbildung und Anfänge	456
b)	Gesamtumfang und zahlenmäßige Entwicklung	459
c)	Die Organisation und ihre Methoden	464
d)	Die Erweiterung des Instrumentariums und die Intensivierung des Zugriffs	470
e)	Lager, Deutschlandeinsatz und Rückkehr	476
6.3	Die Optimierung des Arbeitskräfteeinsatzes innerhalb Weißrußlands 1942–1944, ihre Methoden und Folgen	480
a)	Der regionale Arbeitskräftebedarf	480
b)	Beschaffung von Arbeitskräften in den Städten	483
c)	Die gewaltsame Umkehr der Stadtflucht: Beschaffung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft	486
d)	Zwangsarbeitslager	493
e)	Rückzüge, Evakuierung und totale Selektion der Bevölkerung	497

Hauptteil II

Die deutsche Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944	503

7.	Die Ermordung der weißrussischen Juden	503
7.1	Der Beginn der Judenverfolgung	503
a)	Die Zivilgefangenenlager	503

b)	Erste antijüdische Maßnahmen: Entrechtung	514
c)	Die Ghettobildung	521
d)	Die Umsiedlung der Juden in Rayon- und Gebietsstädte	533
e)	Die Mordaktionen im Juni und Juli 1941	536
7.2	Der Beginn der vollständigen Vernichtung der weißrussischen Juden im Spätsommer und Herbst 1941	555
a)	Die »Aktion« der SS-Kavallerie-Brigade im Polesje	555
b)	August 1941	566
c)	Die Frage der jüdischen Arbeitskräfte	574
d)	Die Auslöschung der großen jüdischen Gemeinden in Ostweißrußland (September bis Dezember 1941)	585
e)	Die Massenmorde zur Dezimierung der Juden im Generalkommissariat Weißruthenien (Oktober bis Dezember 1941)	609
f)	Die Frage der Entschlußbildung: »Absichten« und »Befehle« zum Mord an den weißrussischen Juden	628
7.3	Das Leben und Sterben in den Ghettos – Ausbeutung und Vernichtung	655
a)	Arbeit	658
b)	Ernährung	668
c)	Wohnen und Besitz	675
7.4	Die Vernichtung der weißrussischen Juden 1942/43	683
a)	Die vollständige Vernichtung im Militärverwaltungsbereich	683
b)	Die Mordkampagne im GK Weißruthenien im Sommer 1942	688
c)	Die Ausrottung im weißrussischen Teil des Generalkommissariats Wolhynien und Podolien (September–Oktober 1942)	709
d)	Die Vernichtung der Juden aus dem weißrussischen Abschnitt des Bezirks Bialystok (November 1942–März 1943)	723
e)	Die Vernichtung der übrigen Ghettos im GK Weißruthenien 1943	733
f)	Jüdischer Widerstand und jüdische Flüchtlinge	743
7.5	Die Deportation ausländischer Juden nach Weißrußland	747
a)	Deutsche, österreichische und tschechische Juden	747
b)	Die Verschleppung von Juden aus anderen Ländern nach Weißrußland	761
7.6	Infrastruktur des Mordens: Gaswagen und Todeslager	764
8.	Die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener auf dem Boden Weißrußlands	774
8.1	Verbrechen der deutschen Fronteinheiten auf dem Schlachtfeld im Sommer 1941	774
8.2	Richtlinien zur Behandlung und Versorgung der Kriegsgefangenen in der Kriegsvorbereitungsphase	781

a) Die Richtlinien	781
b) Der organisatorische Aufbau des Kriegsgefangenenwesens in Weißrußland	785
8.3 Die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener durch Hunger und Unterversorgung	788
a) Die Anfangsphase (Juni bis August 1941)	788
b) Die Verschärfung der Versorgungspolitik, ihre Ursachen und Folgen (September bis November 1941)	796
c) Die Massenvernichtung der Kriegsgefangenen in Weißrußland im Winter 1941/42	819
d) Die weitere Entwicklung 1942 bis 1944	829
8.4 Offene Massenmorde an Kriegsgefangenen	834
a) Die Vernichtung politischer und »rassischer« Gegner unter den Gefangenen	834
b) Die Vernichtung auf Märschen und Transporten	843
c) Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener	848
8.5 Die Gesamtzahl der Opfer und die Bedeutung des Massenmordes an den sowjetischen Kriegsgefangenen	855
9. Strukturpolitik durch Terror: die »Partisanenbekämpfung«	859
9.1 Überblick über die Geschichte der weißrussischen Partisanenbewegung 1941–1944	860
9.2 Stufe I: Kollektive Gewaltmaßnahmen, präventive Bekämpfung und der »Kampf gegen die Ortsfremden« (1941 bis Anfang 1942)	870
a) Methoden der Partisanenbekämpfung	870
b) Die Verschärfung der Verfolgung im September und Oktober 1941	875
9.3 Stufe II: Die »Großunternehmen« (Frühjahr 1942 bis Frühjahr 1943)	884
a) Einführung und Funktionieren der neuen Taktik	884
b) Die Entwicklung bis 1943	919
c) Andere Gesichtspunkte der Partisanenbekämpfung	959
9.4 Der Zusammenhang von Wirtschaftsinteressen und Gewalt bei der Partisanenbekämpfung	975
a) Die Steuerung der Vernichtung nach landwirtschaftlichen Gesichtspunkten	975
b) Die systematische Deportation von Zwangsarbeitskräften bei der Partisanenbekämpfung und der Massenmord an den »Arbeitsunfähigen«	996
c) Widersprüche und Konflikte im Kontext wirtschaftlich begründeter Partisanenbekämpfung	1007
9.5 Stufe III: Die Konzepte zur Schaffung »toter Zonen« 1943	1010
a) Die Aktionen im Raum Witebsk-Polozk	1012
b) Deportationen nach Auschwitz und Lublin	1015

c) »Tote Zonen« im Polesje, die strategischen Überlegungen in der deutschen Führung und bei der Heeresgruppe Mitte	1018
d) Das tatsächliche Ausmaß der »toten Zonen«	1032
9.6 Stufe IV: Das Wehrdorfprojekt (1944)	1036
a) Das Stützpunktsystem und die »Sonderkommandos zur Sicherung der landwirtschaftlichen Aufbauarbeit«	1036
b) Die Wehrdörfer	1040
c) Die Ansiedlung von bewaffneten Kollaborateuren der Kaminski-Bewegung, Kosaken und Kaukasiern in Weißrußland 1943/44	1052
10. Weitere Opfer der deutschen Vernichtungspolitik	1055
10.1 Kommunisten, städtischer Widerstand und »Ostmenschen«	1055
10.2 Die Verfolgung der polnischen Intelligenz	1060
10.3 Die Morde an den Sinti und Roma	1063
10.4 Die Morde an psychisch und physisch Kranken	1067
10.5 Krieg gegen Kinder	1074
10.6 Die Verbrechen in der Schlußphase und auf den Rückzügen	1092
11. Die Beteiligung einiger Angehöriger der Offiziersopposition gegen Hitler an den Massenverbrechen in Weißrußland	1104
12. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen	1126
Quellen und Literatur	
1. Quellen	1162
2. Justizakten	1171
3. Darstellungen	1174
Abkürzungsverzeichnis	1201
Danksagung	1205
Zum Autor	1207

1. Einleitung

1.1 Thema und Forschungsstand

Kaum ein Land ist so stark vom Zweiten Weltkrieg betroffen gewesen wie Weißrußland. Nach offiziellen Angaben wurden dort bei einer Bevölkerungszahl von 10,6 Millionen (1939) während der deutschen Besetzung 1941–1944 2,2 Millionen Zivilisten und Kriegsgefangene ermordet.¹ In der nationalen weißrussischen Gedenkstätte an der Stelle, wo 1943 das Dorf Chatyn in Flammen aufging, symbolisieren drei Birken die Weißrussen, die den deutschen Überfall überlebten, eine Flamme brennt für ein weiteres Viertel der Weißrussen, die starben. Fast alle Städte des Landes waren 1944 völlig zerstört. Es gab drei Millionen Obdachlose. Die Zahl der Industriebetriebe war um 85 Prozent zurückgegangen, die Industriekapazität um 95 Prozent, die Saatfläche um 40 bis 50 Prozent und der Viehbestand um 80 Prozent.² Weißrußland wurde in seiner wirtschaftlichen Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen und blieb für sehr lange Zeit vom Krieg geprägt.

Warum wurde dieses relativ unbedeutende Land, das nach dem Ersten Weltkrieg als Sowjetrepublik zum ersten Mal eine Autonomie erhalten hatte und seit 1991 formell unabhängig ist, von der deutschen Besatzungsmacht in besonderem Maß mit Tod und Vernichtung überzogen? Warum ein so armes, bäuerliches Land mit wenig Industrie und ohne Bodenschätze? Bei näherem Hinschauen zeigt sich: die von den größten Massenmorden betroffenen Bevölkerungsgruppen waren sowjetische Kriegsgefangene, Juden und im Zug der Partisanenbekämpfung getötete Bauern. Weshalb überlebte jeder dritte Kriegsgefangene, den die deutsche Heeresgruppe Mitte machte, bereits den Aufenthalt in diesem seinem ersten Abschubland nicht? Wie kam es zu dem schrecklichen Phänomen der »verbrannten Dörfer«, die zu hunderten – weit mehr als irgendwo sonst auch innerhalb der besetzten sowjetischen Gebiete – von deutschen Einheiten bei der sogenannten Partisanenbekämpfung³ mit den meisten oder mit allen Einwohnern vernichtet wurden?

1 Siehe die zusammengefaßten Angaben der staatlichen Untersuchungskommissionen in ZStA Minsk 845–1–58, Bl. 9. Zur Bewertung dieser Zahlen und zu den Erkenntnissen aus dieser Arbeit über die Bilanz der deutschen Verbrechen Kap. 12.

2 Vgl. M. P. Baranowa/N. G. Pawlowa, Kurze Geschichte der Belorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Jena 1985, S. 124; Nicholas P. Vakar, Belorussia. The Making of a Nation, Cambridge/Mass. 1956, S. 209; Norbert Müller, Wehrmacht und Okkupation 1941–1944, Berlin-O. 1971, S. 262.

3 Der Begriff »Partisanenbekämpfung« kann nur mit der Einschränkung verwendet werden, daß die Deutschen dabei bereits in grundlegenden Befehlen vor der Invasion und während der Besatzungszeit noch zunehmend von konkreten Tätern etwaiger Akte bewaffneten Widerstands abstrahierten. Sie gingen mit kol-

Weißrußland wurde im Sommer 1941 in wenigen Wochen von der Wehrmacht erobert. Die Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei und des SD, Polizeibataillone und Sicherungsdivisionen begannen sofort mit der Bekämpfung politischer Gegner im weitesten Sinn: sie töteten Kommunisten, Verwaltungsfunktionäre, Kommissare der Roten Armee, versprengte und flüchtige Rotarmisten, Lehrer, Anwälte, die sogenannte Intelligenz, vor allem männliche jüdische Staatsangestellte und Funktionäre. Im Herbst 1941 weiteten sie ihre Aktionen aus: praktisch alle Juden im Osten Weißrußlands wurden binnen weniger Monate erschossen, dazu psychisch Kranke, Sinti und Roma, untergetauchte Rotarmisten, angebliche Partisanen und Hungerflüchtlinge. Viele Einwohner wurden gezwungen, die stark zerstörten und mangelhaft versorgten Städte zu verlassen. Zur gleichen Zeit organisierten Wehrmachtstellen ein furchtbares Massensterben durch Hunger unter den Kriegsgefangenen. Dem fielen in Weißrußland bis Anfang 1942 etwa eine halbe Million Männer zum Opfer; teils wurden sie auch erschossen. Bis 1944 wurde die Vernichtung von Kriegsgefangenen nie ganz gestoppt. Im Lauf des Jahres 1942 ermordeten SS und Polizei im Westen des Landes fast eine Viertelmillion Juden, beinahe alle noch verbliebenen. Teils taten sie das in Zusammenarbeit mit der Zivilverwaltung in örtlicher Initiative, teils in großen Mordkampagnen in den verschiedenen größeren Verwaltungsgebieten des von den Deutschen aufgeteilten Landes. Auf dem Land bekämpften Wehrmacht, SS und Polizei die erstarkte Partisanenbewegung mit neuen Methoden: große Verbände kreisten ihre Stützpunkte weiträumig ein und vernichteten in erster Linie die Dörfer in ihrem Vorfeld. 1943/44 überzogen sie mit verstärkten Kräften weite Teile Weißrußlands mit diesen Gewaltmethoden. Als die Rote Armee im Spätsommer und Herbst 1943 den äußersten Osten Weißrußlands zurückeroberte, reagierten die Deutschen mit Zwangsevakuiierungen und Zerstörungen. Die letzten weißrussischen Juden wurden teils ermordet, teils deportiert. Im Sommer 1944 befreiten die sowjetischen Truppen Weißrußland restlos. Zwei der größten Schlachten des Krieges sind dort 1941 und 1944 geschlagen worden, und die weißrussische bewaffnete Widerstandsbewegung war die stärkste in Europa. Doch vor allem die deutschen Massenverbrechen drückten dem Land ihren Stempel auf.

In der Forschung über die Besatzungsgeschichte Weißrußlands gibt es gravierende faktische Lücken, und es fehlt auch am Überblick über die Gesamtzusammenhänge. Im Westen erschien erst 1998 – nach Einreichen der Dissertation, die diesem Buch zugrunde liegt – eine erste eingehende Darstellung vorwiegend über die westlichen, ehemals polnischen Landesteile von Bernhard Chiari, die wertvolle Elemente einer Alltagsgeschichte liefert. Sie enthält allerdings anfechtbare Thesen hinsichtlich der deutschen Besatzungspolitik, wesentliche Bereiche bleiben ausgespart.⁴ Eine allerdings sehr knappe weißrussische Gesamtdarstellung erschien erst in den achtziger

lektiven Vergeltungsaktionen, präventiv und schließlich unterschiedlos gegen Einwohner ganzer Gebiete vor. »Partisanenbekämpfung« richtete sich infolgedessen hauptsächlich gegen unbewaffnete Zivilisten. Vgl. Kap. 9, besonders Anm. 9/1.

⁴ Darunter fast gänzlich die Planungen, die Wirtschaftspolitik sowie die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener. Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944*, Düsseldorf 1998.

Jahren, dazu vor kurzem eine in polnischer Sprache.⁵ Die überholten Arbeiten von Alexander Dallin und Gerald Reitlinger über die deutsche Besatzungspolitik in der Sowjetunion enthalten jeweils ein knappes Weißrußland-Kapitel.⁶ Einen brauchbaren Aufriß der Besatzungspolitik liefert Witalij Wilenchik im Rahmen seiner Dissertation über die Partisanenbewegung in Weißrußland.⁷ In zwei Darstellungen über die deutsche Politik im Reichskommissariat Ostland (RKO), zu dem ein gutes Viertel Weißrußlands als »Generalkommissariat Weißruthenien«⁸ gehörte, taucht Weißrußland nur am Rande auf.⁹ Es ist eines der größten Forschungsprobleme, daß sich die Historiker außerhalb Weißrußlands und der Sowjetunion meist nach den deutschen Verwaltungseinteilungen richteten und deshalb allenfalls das GK Weißruthenien betrachteten. Die Frage nach ganz Weißrußland wurde außerhalb der Sowjetunion kaum gestellt. Doch stand etwa die Hälfte des Landes – der Osten – unter Militärverwaltung, ein Fünftel – der Süden – gehörte zum Reichskommissariat Ukraine und kleine Teile im Nordwesten zum Ostpreußen angegliederten Bezirk Bialystok und zum Generalkommissariat (GK) Litauen. Das führte zu Unkenntnis, Verengung der Fragestellungen und verzerrten Schlußfolgerungen.

Nach dem lange vorherrschenden Erklärungsmuster vernachlässigten die deutschen Zentralstellen das besetzte Weißrußland (identifiziert mit dem GK Weißruthenien). Deshalb sei dafür nur minderqualifiziertes Verwaltungspersonal übriggeblieben, das sich in Machtrausch, Rassenwahn und Vernichtungstaumel ergangen habe. Sich selbst überlassen, habe es achtlos agiert und ein Chaos angerichtet.¹⁰ Neben der Vorstellung vom Chaos hat noch eine zweite das wissenschaftlich erzeugte Bild der deutschen Besatzungspolitik geprägt. Weißrußland stand – vielleicht noch mehr denn Auschwitz – für eine »vom ökonomischen Standpunkt aus sinnlose Besatzungspoli-

- 5 W. F. Romanowski u. a., *Nazistskaja politika genozida i »wyschtschennoi semli« w Belorussii 1941–1944* [Die nazistische Politik des Völkermords und der »verbrannten Erde« in Weißrußland 1941–1944], Minsk 1984; mit Blick auf die weißrussische Kollaborationsbewegung und die polnische Bevölkerungsgruppe im Westen: Jerzy Turonek, *Bialorus pod okupacja niemiecka*, Warschau 1993. Siehe jedoch zu dessen unkritischer Sicht auf den Generalkommissar für Weißruthenien, Kube, ders.: *Weißruthenien: Zweifrontenkrieg der Ideologien*, in: Wolfgang Benz u. a. (Hg.), *Anpassung – Kollaboration – Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation*, Berlin 1996, besonders S. 196f.
- 6 Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland*, Düsseldorf 1958, S. 211–237; Gerald Reitlinger, *Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941–1944*, 2. Auflage, Gütersloh 1963, S. 184 ff.
- 7 Witalij Wilenchik, *Die Partisanenbewegung in Weißrußland 1941–1944*, Wiesbaden 1984.
- 8 Im Frühjahr 1941 hatte das Ostministerium die Sprachregelung ausgegeben, den Begriff »Weißrußland« durch »Weißruthenien« zu ersetzen, um damit seine Verbundenheit zu Rußland zu negieren.
- 9 Seppo Myllyniemi, *Die Neuordnung der baltischen Länder 1941–1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik*, Helsinki 1973; mit wirtschaftlichem Schwerpunkt: Roswitha Czollek, *Faschismus und Okkupation. Wirtschaftspolitische Zielsetzung und Praxis des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in den baltischen Sowjetrepubliken während des zweiten Weltkrieges*, Berlin-O. 1974. Beide Arbeiten handelten ihr Thema nicht erschöpfend ab.
- 10 Siehe Dallin 1958, S. 211 ff., besonders S. 216 f. Zur Chaos-These auch Timothy Patrick Mulligan, *The Politics of Illusion and Empire. German Occupation Policy in the Soviet Union, 1942–1943*, New York, Westport und London 1988, S. 14 ff., 21 ff.; Bernhard Chiari, *Deutsche Zivilverwaltung in Weißrußland 1941–1944. Die lokale Perspektive der Besatzungsgeschichte*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* (MGM) 52 (1993), S. 67–89; zurückhaltender Chiari 1998 (siehe jedoch z. B. S. 56 ff.); auf die gesamte Zivilverwaltung in RKO und RKU ausgedehnt von Jörg Friedrich, *Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941–1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht*, München und Zürich 1993, S. 816.

tik«, galt als Extremfall des Gegensatzes von »Ideologie und Pragmatismus«¹¹, der Vernichtung als Selbstzweck ohne ersichtliche besatzungspolitische Ziele.¹² Alle diese Darstellungen sind bei näherer Untersuchung der Ziele und Praxis deutscher Besatzungs- und Vernichtungspolitik nicht haltbar.

Etwas günstiger als bei den Gesamtdarstellungen sieht die Lage bei Arbeiten zu speziellen Themen aus, die meist bestimmte Gesichtspunkte der deutschen Besatzungspolitik und Verbrechen in größerem geographischem Rahmen behandeln. Darunter sind Gesamtdarstellungen der weißrussischen Geschichte aus offiziöser Sicht oder aus der von Exilanten,¹³ Untersuchungen der Besatzungspolitik der Wehrmacht¹⁴ – die nichts daran ändern, daß die Teile der besetzten sowjetischen Gebiete, die unter Zivilverwaltung standen, insgesamt erheblich besser erforscht sind – und zu einzelnen Aspekten und Gliederungen.¹⁵ Der Kenntnisstand über die Kollaboration von Weißrussen mit den Deutschen, darunter in den Lokalverwaltungen, ließ bis zur Arbeit von Chiari sehr zu wünschen übrig.¹⁶ Über das organisierte Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen – die größte Opfergruppe in Weißrußland – liegt weiterhin nur die allerdings überragende Arbeit von Christian Streit vor, während Alfred Streim sich weitgehend darauf beschränkte, in der Bundesrepublik strafrechtlich relevante, im engsten Sinne direkte Tötungen zu erforschen.¹⁷ Hier hat der Mangel an Quellen die Forschung stark behindert. Noch schlechter ist die Forschungslage hinsichtlich der deutschen Partisanenbekämpfung, obwohl hier übergenug Quellen vorhanden sind. Zwar sind die Grundzüge der verbrecherischen deutschen Methoden bekannt, doch wurden sie in der Regel in Untersuchungen über die

11 So selbst die renommierten polnischen Historiker Wacław Długoborski/Czesław Madajczyk, Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR, in: Friedrich Forstmeier/Hans Erich Volkmann (Hg.), *Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945*, Düsseldorf 1977, S. 377; ähnlich: Wacław Długoborski, *Economic Policy of the Third Reich in Occupied and Dependent Countries 1938–1945. An Attempt at a Typology*, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 15 (1980), S. 184f.

12 Hannes Heer, »Killing Fields«. Die Wehrmacht und der Holocaust, in: *Mittelweg* 36 3 (1994), S. 7–29; ders., *Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf*, in: ders./Klaus Naumann (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944*, Hamburg 1995, S. 104–138.

13 Baranowa/Pawlowa; Vakar.

14 Siehe vor allem die umfassende Darstellung von N. Müller 1971; in der Tendenz apologetisch, aber materialreich: Friedrich (infolge der Zitier- und Belegweise nur eingeschränkt wissenschaftlich brauchbar); zu verschiedenen Einzelaspekten Heer/Naumann (Hg.).

15 Vgl. Klaus Gefner, *Geheime Feldpolizei. Zur Funktion und Organisation des geheimpolizeilichen Exekutivorgans der faschistischen Wehrmacht*, Berlin-O. 1986; zu den Fronteinheiten Omer Bartov, *The Eastern Front, 1941–1945. German Troops and the Barbarization of Warfare*, London u.a. 1985; ders.: *Hitler's Army. Soldiers, Nazis, and War in the Third Reich*, New York, Oxford 1991. Ferner Jürgen Förster, *Die Sicherung des »Lebensraumes«*, in: Horst Boog u.a.: *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Frankfurt/M. 1991, S. 1227–1287; wenig aufschlußreich über die rückwärtigen Armeegebiete Theo J. Schulte, *The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia*, Oxford, New York und München 1989. – Kaum erforscht sind bisher z.B. die rückwärtigen Heeresgebiete, die Kommandanturen und die Tätigkeit der Feldgendarmarie.

16 Chiari 1998; Ansätze lieferten zuvor: W. Romanowski, *Saudzelniki u zlachynstvach* [Die Helfer bei den Verbrechen], Minsk 1964; John Loftus, *The Belarus Secret*, New York 1985; stark auf die politische Kollaboration beschränkt: Dallin 1958, S. 211ff., und Turonek.

17 Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, 2. Auflage, Bonn 1991 (zuerst 1978); Alfred Streim, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im »Fall Barbarossa«*, Heidelberg und Karlsruhe 1981.

sowjetischen Partisanen mit abgehandelt, so daß eine umfassende systematische Betrachtung bis heute fehlt und die deutsche Strategie der Partisanenbekämpfung nicht voll erfaßt werden konnte.¹⁸ Zu dem berüchtigtsten Kampfverband, der aus Sträflingen zusammengesetzten Sondereinheit Dirlewanger, liegen eigene Veröffentlichungen vor.¹⁹

Weitaus besser ist der Mord an den weißrussischen Juden erforscht. Etwa acht bis neun Prozent aller umgebrachten europäischen Juden – mindestens 500 000 Menschen – stammten aus Weißrußland, und dieser Schauplatz spielte eine wichtige Rolle in Befehlsgebung und Verlauf während der Frühphase des Völkermords. Entsprechend sind die Ereignisse in Weißrußland bereits in den Gesamtdarstellungen über die Judenvernichtung und Monographien über die Entscheidungsprozesse geschildert worden.²⁰ Das gilt auch für Untersuchungen der Ermordung der sowjetischen Juden,²¹ über den jüdischen Widerstand und das Leben in den Ghettos.²² Überdies liegen Darstellungen zur Ermordung der Sinti und Roma und der psychisch Kranken

18 Als Standardwerk hat weiter John Armstrong (Hg.), *Soviet Partisans in World War II*, Madison/Wisc. 1964, zu gelten. Vgl. Edgar M. Howell, *The Soviet Partisan Movement 1941–1944*, Washington 1956 (ebenso wie Armstrongs Arbeit und Dallin 1958 aus einem Auftrag der US-Armee hervorgegangen); Erich Hesse, *Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941–1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle*, Göttingen 1969; fehlerhaft und mit überzogenen Thesen Matthew Cooper, *The Phantom War. The German Struggle Against Soviet Partisans*, London 1979; ferner Wilenchik; aus marxistischer Sicht: Heinz Kühnrich, *Der Partisanenkrieg in Europa 1939–1945*, Berlin-O. 1965; neuerdings mit dem Versuch eines Überblicks: Heer 1995.

19 Die Einheit gab in der Nachkriegszeit auch Stoff für mindestens drei Romane ab. Vgl. Hans Peter Klausch, *Antifaschisten in SS-Uniform. Schicksal und Widerstand der deutschen politischen KZ-Häftlinge, Zuchthaus- und Wehrmachtgefangenen in der SS-Sonderformation Dirlewanger*, Bremen 1993 (besonders S. 46–104); rein organisationsgeschichtlich: Hellmuth Auerbach, *Die Einheit Dirlewanger*, in: *VfZ* 10 (1962), S. 250–263.

20 Gerald Reitlinger, *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945*, 5. Auflage, Berlin-W. 1979 (zuerst engl. 1953); Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt/M. 1994 (durchgesehene und erweiterte Auflage, zuerst engl. 1961); Gerald Fleming, *Hitler und die Endlösung. »Es ist des Führers Wunsch...«*, Wiesbaden und München 1982; Richard Breitman, *The Architect of Genocide. Himmler and the Final Solution*, London 1992; Philippe Burrin, *Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord*, Frankfurt/M. 1993; Hans Safrian, *Die Eichmann-Männer*, Wien und Zürich 1993; auf der Basis der Erkenntnisse aus Überlebendenberichten Israel Gutman u. a. (Hg.), *Enzyklopädie des Holocaust*, Berlin 1993.

21 Sie stammen meist aus Israel. Wila Orbach, *The Destruction of the Jews in the Nazi-Occupied Territories of the USSR*, in: *Soviet Jewish Affairs* 6 (1976), H. 2, S. 14–51; Yitzhak Arad, *Der Holocaust an den sowjetischen Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion*, in: Wassili Grossman/Ilja Ehrenburg (Hg.), *Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden*, Reinbek 1994, S. 1015–1062. Nur in Hebräisch sind leider erschienen: Shalom Cholawsky, *An den Ufern der Nemiga. Die Juden im Westen Weißrußlands während des Zweiten Weltkrieges*, Tel Aviv 1982; ders., *Im Auge des Hurricans. Die Juden in Ostweißrußland während des Zweiten Weltkrieges*, Tel Aviv 1988. Siehe auch die ins Englische übertragenen Veröffentlichungen Cholawskys im Literaturverzeichnis und die Auseinandersetzung mit seinen daraus zu erschließenden Ergebnissen in Kap. 7.

22 Reuben Ainsztein, *Jüdischer Widerstand im deutschbesetzten Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges*, Oldenburg 1993 (engl. 1974); Yuri Suhl (Hg.), *They Fought Back. The Story of Jewish Resistance in Nazi Europe*, New York 1967; Lester Eckman/Chaim Lazar, *The Jewish Resistance. The History of the Jewish Partisans in Lithuania and White Russia During the Nazi Occupation 1940[!]-1945*, New York 1977; Isaiah Trunk, *Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, New York, London 1972.

vor.²³ Die antijüdischen Verbrechen in Weißrußland bilden einen Schwerpunkt der Arbeiten über die Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und SD,²⁴ über die Ordnungspolizei und die SS-Brigaden, die dem Kommandostab Reichsführer-SS unterstellt waren,²⁵ und schließlich über die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF).²⁶ In jüngerer Zeit sind einige geographisch eingegrenzte Beiträge zur Judenvernichtung erschienen, die sich zum Teil mit der Rolle der stationären Polizeidienststellen beschäftigen.²⁷ All diese Arbeiten liefern Bruchstücke oder bestimmte Ausschnitte der Ermordung der weißrussischen Juden, jedoch schon auf Grund ihrer thematischen Beschränkungen keine Gesamtsicht. Strategie des Verbrechens, Motive und Einbindung in die Besatzungspolitik bleiben so weitgehend im dunkeln.

Um dies auch für die übrigen Massenverbrechen in Weißrußland aufzuklären, ist mehr als die bloße Kenntnis der Verwaltungsstrukturen, der Befehlswege und sind mehr als Seitenblicke auf die ökonomischen Verhältnisse des Landes erforderlich. Sucht man nach den Zielen der deutschen Besatzungspolitik, zeigen Quellen und Darstellungen zu den deutschen Umgestaltungsplänen in Osteuropa, daß Vorhaben

-
- 23 Neuerdings umfassend Michael Zimmermann, *Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische »Lösung der Zigeunerfrage«*, Hamburg 1996; ferner Donald Kenrick/Gratton Puxton, *Sinti und Roma – die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat*, Göttingen 1981; Angelika Ebbinghaus/Gerd Preissler (Hg.), *Die Ermordung psychisch kranker Menschen in der Sowjetunion. Eine Dokumentation*, in: Götz Aly u. a., *Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren*, Berlin-W. 1985, S. 75–107.
- 24 Helmut Krausnick, *Die Einsatzgruppen vom Anschluß Österreichs bis zum Feldzug gegen die Sowjetunion. Entwicklung und Verhältnis zur Wehrmacht*, und Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42. Eine exemplarische Studie*, in: dies., *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942*, S. 11–278 bzw. 279–636; Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42*, München o.J. (1975, Diss.; Neudruck 1996), besonders S. 297–398 und 764–909; Ralf Ogorreck, *Die Einsatzgruppen und die »Genesis der Endlösung«*, Berlin 1996; Peter Klein (Hg.), *Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. Mit Beiträgen und Kommentaren von Wolfgang Scheffler, Christian Gerlach, Dieter Pohl und Andrej Angrick*, Berlin 1997.
- 25 Andrej Angrick u. a., »Da hätte man schon ein Tagebuch führen müssen«. Das Polizeibataillon 322 und die Judenmorde im Bereich der Heeresgruppe Mitte während des Sommers und Herbstes 1941, in: Helge Grabitz u. a. (Hg.), *Die Normalität des Verbrechens. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag*, Berlin 1994, S. 325–385; Heiner Lichtenstein, *Himmels grüne Helfer. Die Schutz- und Ordnungspolizei im »Dritten Reich«*, Köln 1990; Yehoshua Büchler, *Kommandostab Reichsführer-SS: Himmler's Personal Murder Brigades in 1941*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 1 (1986), H. 1, S. 11–25; Ruth Bettina Birn, *Zweierlei Wirklichkeit? Fallbeispiele zur Partisanenbekämpfung im Osten*, in: Bernd Wegner (Hg.), *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum »Unternehmen Barbarossa«*, München und Zürich 1993, S. 275–290.
- 26 Bernd Gottberg, *Die Höheren SS- und Polizeiführer im Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion 1941 bis 1944*, Diss. Berlin-O. 1984; Ruth Bettina Birn, *Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Stellvertreter im Reich und in den besetzten Gebieten*, Düsseldorf 1986.
- 27 Jürgen Matthäus, »Reibungslos und planmäßig«. Die zweite Welle der Judenvernichtung im Generalkommissariat Weißruthenien (1942–1944), in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 4 (1995), S. 254–274; Martin Dean, *The German Gendarmerie, the Ukrainian Schutzmannschaft and the »Second Wave« of Jewish Killings in Occupied Ukraine: German Policing at the Local Level in the Zhitomir Region, 1941–1944*, in: *German History* 14 (1996), S. 168–192; Chiari 1998, S. 231–269; zur Rolle von Wehrmachteinheiten Heer 1994. Siehe am Rande auch Shmuel Spector, *The Holocaust of Volhynian Jews*, Jerusalem 1990; Yitzhak Arad, *Ghetto in Flames. The Struggle and the Destruction of the Jews of Vilna in the Holocaust*, Jerusalem 1980.

zur Besiedlung Weißrußlands mit Deutschen im Gegensatz zu anderen Gebieten keine Rolle spielten; 1941 lebten dort auch nur noch wenige Volksdeutsche.²⁸ Wie groß die Bedeutung wirtschaftlicher Ziele für die deutsche Besatzungspolitik in der Sowjetunion war, und zwar von der Planungsphase im Frühjahr 1941 bis zum deutschen Rückzug, haben sowjetische und DDR-Forschung sowie im Westen vornehmlich Rolf-Dieter Müller betont und untersucht.²⁹ Wie seit dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß bekannt und immer wieder – meist eher beiläufig – in der Literatur erwähnt, war die deutsche Führung mit dem Plan in den Krieg gegen die Sowjetunion gegangen, mehrere Dutzend Millionen Menschen systematisch verhungern zu lassen, um so Agrarüberschüsse zu gewinnen. Wer sich mit der deutschen Wirtschaftspolitik ernsthaft auseinandersetzte, kam gar nicht umhin, einen Zusammenhang mit der Vernichtungspolitik festzustellen.³⁰ Doch auch diese Forschungen blieben bruchstückhaft,³¹ konzentrierten sich zu stark auf den Raubcharakter der deutschen Politik, während Tendenzen zur gezielten Veränderung der Siedlungs- und Bevölkerungsstruktur übersehen wurden, vernachlässigten alle die Ernährungspolitik, die stark begrenzte Handlungsfähigkeit der deutschen Besatzer im Produktionsbereich sowie die Versorgungspolitik der Wehrmacht und konnten so letztlich die erzwungene Reagrarisierungspolitik sehr wohl von den Absichten, aber kaum von der Durchführung her mit der Vernichtungspolitik verbinden. Zusätzlich war, wie in den bereits genannten Arbeiten, oft ein geringeres Interesse für die zweite Hälfte der Besatzungszeit vorhanden, die als chaotisch oder von den Partisanen diktiert aufgefaßt wurde. So fehlen adäquate Darstellungen über die Agrarproduktion, über die Ent-

28 In der Forschung erscheint dies allerdings nicht immer so eindeutig. Vgl. Kap. 2.4 und Helmut Heiber (Hg.), *Der Generalplan Ost*, in: VfZ 6 (1958), S. 281–325; Czeslaw Madajczyk (Hg.), *Generalplan Ost*, in: *Polish Western Affairs* III (1962), H. 2, S. 391–442; Dietrich Eichholtz: *Der »Generalplan Ost«*, in: *Jahrbuch für Geschichte* 26 (1982), S. 217–274; Rolf-Dieter Müller, *Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS*, Frankfurt/M. 1991; Mechtild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der »Generalplan Ost«*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993. Ferner Ingeborg Fleischhauer, *Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion*, Stuttgart 1983.

29 Vgl. Czollek 1974; dies., *Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1968, H. 1, S. 141–181; Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Bd. 2: 1941–1943, Berlin-O. 1985; M. M. Zagorulko/A. F. Judenkow, *Krach plana »Oldenburg«* [Der Zusammenbruch des Planes »Oldenburg«], Moskau 1974; A. A. Faktorowitsch, *Krach agrarnoj politiki nemetsko-faschistskich okkupantow v Belorussii* [Der Zusammenbruch der Agrarpolitik der deutsch-faschistischen Okkupanten in Weißrußland], Minsk 1979; Rolf-Dieter Müller, *Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg*, sowie ders., *Das Scheitern der wirtschaftlichen »Blitzkriegsstrategie«*, in: Boog u. a., S. 141–245 und 1116–1226; ders., *Industrielle Interessenpolitik im Rahmen des »Generalplans Ost«*, in: MGM 29 (1981), S. 101–141; ders., *Kriegsrecht oder Willkür? Helmuth James Graf von Moltke und die Auffassungen im Generalstab des Heeres über Aufgaben der Militärverwaltung vor Beginn des Rußlandfeldzuges*, in: MGM 42 (1987), S. 125–151.

30 Die Hinweise von Hans-Erich Volkmann, *Landwirtschaft und Ernährung in Hitlers Europa 1939–1945*, in: MGM 35 (1984), S. 9–74, besonders S. 44–51, sind nicht rezipiert worden.

31 Siehe die Arbeiten von Rolf-Dieter Müller, dessen ausgebliebene Gesamtdarstellung der deutschen Wirtschaftspolitik auch nicht von der ebenfalls verdienstvollen kommentierten Herausgabe des Abschlußberichts des Wirtschaftsstabes Ost ersetzt wird. Ders. (Hg.), *Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew*, Boppard 1991.

wicklung der Ernährungspolitik und über die deutsche Agrarreform in den besetzten sowjetischen Gebieten,³² über Interessen und Produktion in der Industrie, Entstädterungspolitik, über die Methoden der Rekrutierung von Zwangsarbeitern für den Reichseinsatz³³ und ganz besonders über die Arbeitseinsatzpolitik und das Verschieben von Menschen innerhalb des besetzten Landes, das heißt über zentrale Fragen der Besatzungspolitik.

Der Verfasser ist des Russischen, Polnischen, Hebräischen und Jiddischen nicht mächtig. Mit Übersetzerhilfe konnten jedoch wichtige weißrussische Darstellungen und ein Quellenband zu zentralen Bereichen der vorliegenden Untersuchung ausgewertet werden.³⁴ Diese Einschränkung ist bedauerlich, aber es scheint, daß die sowjetische beziehungsweise weißrussische Forschung über die Besatzungsgeschichte Weißrußlands bis in die jüngste Zeit erhebliche Lücken und viele Ungenauigkeiten aufweist, gerade was das Handeln deutscher Besatzungsinstitutionen angeht.³⁵ Erkenntnisse der weißrussischen Forschung sind in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt.

In den letzten Jahren gibt es in der Bundesrepublik ein vermehrtes wissenschaftliches Interesse an der deutschen Besatzungspolitik in Weißrußland. Ausgehend von der Pionierarbeit des Journalisten Paul Kohl,³⁶ der eine Fülle von Informationen über die deutsche Vernichtungspolitik im Vormarschgebiet der Heeresgruppe Mitte sammelte, entstanden Arbeiten über die Besatzungszeit in Minsk, über das Funktionieren der Zivilverwaltung und über Verbrechen der Wehrmacht,³⁷ ferner mehrere teils

32 Die beste und von vielen Quellen aus den weißrussischen Archiven gespeiste Analyse liefert Faktorowitsch, für den diese Einschränkungen allerdings ebenfalls zutreffen; ungenauer Zagorulko/Judenkow. Vgl. ferner Karl Brandt (in Zusammenarbeit mit Otto Schiller und Franz Ahlgrimm), *Management of Agriculture and Food in the German-Occupied and Other Areas of Fortress Europe. A Study in Military Government*, Stanford 1953 (zu den besetzten sowjetischen Gebieten S. 57–148); Dallin 1958, S. 332–388; recht traditionell zuletzt Gustavo Corni/Horst Gies, *Brot, Butter, Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*, Berlin 1997, S. 531–551. Siehe auch Christian Gerlach, *Die deutsche Agrarreform und die Bevölkerungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten*, in: ders. u. a., *Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa*, Berlin und Göttingen 1995, S. 9–60.

33 Vgl. Ansätze bei N. Müller 1971, S. 179–194; Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin-W. und Bonn 1985, S. 157–161 und 255–259; Rolf-Dieter Müller, *Die Zwangsrekrutierung von »Ostarbeitern« 1941–1944*, in: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg*, München und Zürich 1989, S. 772–783.

34 Romanowski u. a.; Romanowski; Faktorowitsch; Zagorulko/Judenkow; Turonek; S. I. Beluga u. a. (Hg.), *Prestuplenija nemetsko-faschistskich okkupantow v Belorussii*, [2. Auflage,] Minsk 1965; G. I. Olechnowitsch, *Ekonomika belorussii v uslowijach Welikoi Otetschestwennoi Wojni (1941–1945)* [Die weißrussische Wirtschaft unter den Bedingungen des Großen Vaterländischen Krieges], Minsk 1982. – Die israelische Forschung über die Judenvernichtung in Weißrußland konnte ich nur zur Kenntnis nehmen, soweit sie übersetzt ist.

35 Siehe die Forschungsüberblicke von Bernhard Chiari, *Mythos und Alltag: Voraussetzungen und Probleme eines west-östlichen Dialogs zur Historiographie des Zweiten Weltkriegs*, in: MGM 54 (1995), S. 535–563, besonders S. 551–561; Chiari 1998, S. 14–20.

36 Paul Kohl, »Ich wundere mich, daß ich noch lebe«. Sowjetische Augenzeugen berichten, Gütersloh 1990 (textidentischer Nachdruck unter dem Titel *Der Krieg der deutschen Wehrmacht und Polizei 1941–1944. Sowjetische Überlebende berichten*, Frankfurt/M. 1995). Ich danke Paul Kohl besonders herzlich dafür, daß er mir Materialien u. a. aus dem Minsker Kriegsverbrecherprozeß von 1945/46 zur Verfügung stellte.

37 Uwe Gartenschlaeger, *Die Stadt Minsk während der deutschen Besetzung (1941–1944)*, unveröff. Magisterarbeit, Köln 1989; Chiari 1993; Heer 1994 und 1995.

didaktisch ausgerichtete Quellenbände.³⁸ In Vorbereitung sind Untersuchungen über die Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) in Minsk von Hannes Heer sowie eine Biographie des Generalkommissars für Weißruthenien (1941–1943), Wilhelm Kube.

1.2 Zielstellung

Die vorliegende Arbeit bezweckt zu untersuchen, ob Zusammenhänge zwischen den deutschen Wirtschaftsinteressen oder der deutschen Wirtschaftspolitik und der deutschen Vernichtungspolitik sowie anderen Verbrechen bestanden, besonders hinsichtlich der Zwangsumsiedlungen bestimmter Bevölkerungsgruppen. Einfacher ausgedrückt: Standen diese Massenverbrechen im Widerspruch zu den wirtschaftspolitischen Zielen oder dienten sie ihnen? Besonders Götz Aly und Susanne Heim haben in jüngerer Zeit gegen die – immer noch – dominierende Auffassung hervorgehoben, daß die Vernichtung der Juden besonders in Osteuropa ursächlich mit materiellen und pragmatischen Zielen verbunden war. Sie haben auch bisher am stärksten die Verbindung zwischen dem deutschen Hungermordplan gegen die Sowjetunion und der Vernichtung von Juden, sowjetischen Kriegsgefangenen und der Bevölkerung Leningrads betont. Allerdings beschränkten sie sich in diesem Fall zu sehr auf die Sphäre der Planung, indem sie die deutschen Pläne dem Ergebnis der Verbrechenpolitik gegenüberstellten, ohne die Durchführung der Entscheidungsprozesse vorzuweisen und entsprechend die Umformung der Pläne in der mörderischen Praxis berücksichtigen zu können.³⁹ Weißrußland scheint als Testfall zur Überprüfung des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftsinteressen und Völkermord besonders geeignet, einmal weil hier so viele Menschen ermordet wurden, was erklärungsbedürftig ist, und zum zweiten, weil das Land als vorgebliches Paradebeispiel für den Widerspruch zwischen wirtschaftlichen Interessen und Völkermord gilt.

Daraus ergeben sich folgende übergreifende Fragestellungen, die bei jedem Themenfeld zu beachten sind. Zunächst muß geklärt werden, welche wirtschaftlichen und politischen Ziele die zuständigen deutschen Stellen auf Grund ihrer Beurteilung der Verhältnisse in Weißrußland verfolgten und was sie infolgedessen mit der weißrussischen Bevölkerung vorhatten. Anschließend muß überprüft werden, welche Pläne die deutsche Besatzungsmacht in welchem Umfang durchführen konnte. Wel-

38 Hartmut Lenhard (Hg.), »Lebensraum im Osten«. Deutsche in Belorußland 1941–44, Düsseldorf 1991, und die Ausstellungskataloge Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, hrsg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1996, S. 102 ff.; Johannes Schlootz (Hg.), Deutsche Propaganda in Weißrußland 1941–1944. Eine Konfrontation von Propaganda und Wirklichkeit, Berlin 1996.

39 In ähnlicher Weise gelang es ihnen auch nur stellenweise zu beweisen, daß Theorien und Konzepte über Großraumpolitik, Überbevölkerung, Modernisierung und soziale Umgestaltung tatsächlich das politische Handeln bei der Vernichtungspolitik bestimmten. Vgl. Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991; zur Aufnahme ihrer Thesen siehe Wolfgang Schneider (Hg.), »Vernichtungspolitik«. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, Hamburg 1991. Siehe ferner Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995.

che Modifikationen mußten vorgenommen werden, welche Pläne scheiterten und was hatte das für Folgen? Ein spezielles Augenmerk muß hier entsprechend der Einzigartigkeit und überragenden Bedeutung des Hungermordplans auf die Ernährungspolitik gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen gerichtet sein. Im Agrarland Weißrußland hatte die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik⁴⁰ nicht nur entscheidenden Rang, sie war auch eng mit den Vernichtungsentscheidungen verbunden.

Die wichtigsten Sektoren der deutschen Wirtschaftspolitik und der Vernichtungspolitik werden separat zu untersuchen sein. Aus den schon skizzierten Gründen ist der Wirtschaftsbereich nicht nur am Rande, als Hilfsargument, zu behandeln, sondern die entscheidenden Bereiche der Ökonomie müssen von Grund auf analysiert werden: Landwirtschafts-, Ernährungs-, Industrie- und Arbeitseinsatzpolitik; Ausgangsstand, Produktionsprozesse und -bedingungen, deutsche Ziele, Hindernisse bei ihrer Durchsetzung und Lösungsversuche von deutscher Seite, um sich mehr Produkte aneignen zu können.

Dabei ist die konkrete Situation Weißrußlands zu berücksichtigen, das 1939 unter sozialistischen Vorzeichen mit dem zuvor zu Polen gehörenden Westen »wiedervereinigt« worden war. Wie unterschieden sich historische Entwicklung und wirtschaftliche Verhältnisse im Juni 1941 zwischen West- und Osthälfte des Landes, und inwiefern gingen die Deutschen in den beiden Teilen unterschiedlich vor (etwa in der Agrarpolitik)? Wie versuchten die Deutschen die Produktions- und Distributionsprozesse zu ändern, und inwieweit gelang es ihnen? Wollten sie die sozialistischen Produktionsverhältnisse ändern?

Andererseits ist zugleich die Frage zu stellen: Wie reagierten die Weißrussen auf die deutschen Maßnahmen, auf Unterversorgung, Warenmangel, Arbeitszwang, Umsiedlung oder die Bedrohung durch die Partisanenbekämpfungs-Feldzüge auf dem Land? Welche deutschen Maßnahmen konnte sie unterlaufen oder neutralisieren – mit welchen Gegenreaktionen? Konnte die deutsche Verwaltung ihre Politik durchsetzen?⁴¹

Um die deutsche Besatzungspolitik, die ihr zugrundeliegenden wirtschaftlichen Interessen wie die Vernichtungsaktionen verstehen zu können, erwies es sich als unbedingt notwendig, die Anlage der militärischen Pläne und Operationen gegen die Sowjetunion, vor allem die Versorgungsprobleme der Heeresgruppe Mitte und ihre Auswirkungen auf die Operationen, zu analysieren und zu berücksichtigen. Hier stehen einige aussagekräftige militärgeschichtliche Untersuchungen über Ope-

⁴⁰ Nicht nur die Hungerpolitik, auch der Hunger ist im Krieg gegen die Sowjetunion ein wichtiges Desiderat der Forschung; es gibt generell »kaum ein anderes wichtiges Thema der Zeitgeschichte, das so vernachlässigt und übersehen worden ist«. Rolf-Dieter Müller, Die Konsequenzen der »Volksgemeinschaft«: Ernährung, Ausbeutung und Vernichtung, in: Michalka, S. 240.

⁴¹ Bernhard Chiari ist völlig beizupflichten, wenn er sich gegen eine bloße »Verwaltungsgeschichtsschreibung« wendet (1993, S. 69), die nicht nach der Realisierung fragt. Allerdings erfüllt er seinen eigenen Anspruch nicht, wenn er schreibt, die »deutsche Besetzung [Weißrußlands] war geprägt von einem undurchschaubaren Machtkampf zwischen deutscher Zivilverwaltung, wirtschaftlichen Behörden, Wehrmacht, Polizei und Sicherheitsdienst«. Die deutsche Besatzungspolitik war durchaus nicht undurchschaubar und erschöpfte sich nicht »in einem chaotischen System«, das sie ineffektiv gemacht hätte. Vgl. ebd. und Bernhard Chiari, In Weißrußland sind historische Orientierungspunkte rar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. 12. 1996 (Zitate).

rationspläne, Operationsverlauf, Versorgungs- und Transportverhältnisse zur Verfügung.⁴²

Ein großer Fragenkomplex ist den deutschen Massenverbrechen in Weißrußland gewidmet. Dabei geht es zunächst einmal darum, die Abläufe möglichst genau zu erklären, ihre zahlenmäßige Dimension, den Zeitraum ihrer Realisierung, die Täterlichkeiten festzustellen. Ferner ist zu fragen: Gegen welche Bevölkerungsgruppen richteten sie sich jeweils in abgrenzbaren Zeiträumen genau? Wann sind Höhepunkte oder Kampagnen des Massenmords festzustellen? Wann, für wie lange, warum und von wem wurden sie beschleunigt? Wodurch wurden sie gestoppt oder verlangsamt? Es geht darum, gleichsam die *Struktur* dieser Verbrechen zu finden. Allein davon sind bereits Aufschlüsse darüber zu erwarten, mit welchem Ziel und warum ein Verbrechen stattfand. Diese Rückschlüsse sind möglichst mit – nicht immer vorhandenen – Quellen über die Motive zu kombinieren. Ziel der Untersuchung ist es, umfassende Planungen nachzuweisen, die zum Erreichen besatzungspolitischer Ziele dienten und direkt zur Vernichtung so vieler Menschen führten, gewissermaßen die *Strategie* hinter den Verbrechen.

Die gleiche Herangehensweise gilt auch für Umsiedlungen und künstlich erzeugte Bevölkerungsströme, deren Zusammenhang mit wirtschaftlichen Erwägungen oft auf der Hand liegt. Gerade die Zwangsumsiedlungen erweisen sich so immer wieder als Bindeglied zwischen Wirtschaftspolitik und verbrecherischen Aktionen – abgesehen davon, daß sie selbst Verbrechen darstellten.

Die Untersuchung wird in erster Linie eine Geschichte der Täter sein. Dabei stehen weniger die sogenannten tatnahen Täter im Mittelpunkt, die die Taten schließlich ausführten. Je mehr gezeigt werden kann, daß die deutschen Besatzungsverbrechen in Weißrußland strategisch angelegt und geplant waren, desto geringer ist die Bedeutung der tatnahen Täter für die Inangasetzung der Vernichtung – die beispielsweise bei der sogenannten Partisanenbekämpfung umstritten ist – einzuschätzen. Allerdings konnten sie, etwa in den Ghettos und Lagern, vielfach über Leben und Tod entscheiden. Die Entscheidungen zum *Massenmord* aber trafen andere, während die Ausführenden als Erfüllungsgehilfen fungierten. Ohne deren Willfähigkeit – teils aus Überzeugung, teils aus blindem Gehorsam oder Konformitätsdruck – hätten die Untaten freilich niemals stattfinden können.⁴³ Die Frage nach psychologischen Erklärungen für die so weitgehende Beteiligung der tatnahen Täter, besonders der Mannschaften, muß in dieser Untersuchung häufig offen bleiben.⁴⁴

42 Siehe Albert Beer, *Der Fall Barbarossa*, Phil. Diss. Münster 1978; Klaus Reinhardt, *Die Wende vor Moskau. Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42*, Stuttgart 1972; Lew Besymenski, *Die Schlacht um Moskau 1941*, Köln 1981; Klaus A. Friedrich Schüler, *Logistik im Rußlandfeldzug. Die Rolle der Eisenbahn bei Planung, Vorbereitung und Durchführung des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion bis zur Krise vor Moskau im Winter 1941/42*, Frankfurt/M. u. a. 1987; affirmativ: Hans Pottgießer, *Die deutsche Reichsbahn im Ostfeldzug 1939–1944*, Neckargemünd 1975 (zuerst 1960); allgemein auch: Eckehard Dworok, *Konventionelle Kriegführung und kriegswirtschaftliche Zwänge. Eine Analyse ökonomischer Aspekte der deutschen Kriegführung im Zweiten Weltkrieg, insbesondere gegen die Sowjetunion*, Phil. Diss., Kassel 1986.

43 Zur im Gang befindlichen Diskussion über die tatnahen Täter zusammenfassend Dieter Pohl, *Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen*, in: VfZ 45 (1997), S. 1–48.

44 Vgl. zu methodischen Einwänden gegenüber neueren Versuchen, die Motivation der tatnahen Täter zu erklären, S. 32 f. in diesem Band.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen vor allem jene, die Massenverbrechen initiierten, befahlen, genehmigten, die generelle Weisungen ausarbeiteten oder aussprachen und die Menschen selektierten oder selektieren ließen, und ihre rekonstruierbaren Motive, unter ihnen solche ideologischer und anderer Art. Zu unterscheiden sind hier die Tatbeiträge auf örtlicher, regionaler und zentraler Ebene, jeweilige Befehlsverhältnisse und Befugnisse, wenn möglich auch die Tatbeiträge einzelner Personen. Um den möglichen Fehler einer Regionalstudie zu vermeiden, die auf dem besetzten Territorium befindlichen Entscheidungsträger überzubewerten, ist es unerlässlich, die Entscheidungsprozesse in den Zentralstellen des Deutschen Reiches zu beachten und das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie bei wichtigen Entscheidungen zu bestimmen. Eine besondere Rolle spielen dabei die für die besetzten sowjetischen Gebiete zuständigen Kopfbehörden, das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, der Wirtschaftsstab Ost und die Abteilung Kriegsverwaltung beim Generalquartiermeister des Heeres.⁴⁵ Soweit möglich, ist auch darzustellen, wo Initiative und Entscheidungen in wichtigen wirtschaftlichen Fragen lagen, beim Zentrum oder bei der Besatzungsverwaltung.

Ferner sind die Initiativen, Tatbeiträge und Einstellungen verschiedener Instanzen zu erforschen: Militärverwaltung und Sicherungstruppen, Zivilverwaltung, SS und Polizei, einheimische Hilfspolizei und Lokalverwaltung. Sind jeweils Konflikte oder Übereinstimmung erkennbar? Inwieweit hemmte das die Verbrechen beziehungsweise förderte und beschleunigte sie?

Allgemeiner: wie weit war die Kenntnis von Massenmorden, besatzungspolitischen Zielen und Strategien verbreitet, wie groß der Grad an Zustimmung, Beteiligung oder Widerstand? Auch wenn diese Fragen nicht immer das Zentrum der vorliegenden Darstellung bilden und dieses Maß hier nicht endgültig bestimmt werden kann, hat sich jede Untersuchung der NS-Verbrechen damit zu beschäftigen. Auch diese Arbeit versucht, dafür zumindest einen Beitrag zu leisten und Anhaltspunkte zu liefern.

Schließlich ist zu fragen: Sind Zusammenhänge zwischen Massenverbrechen der Besatzungsmacht gegen verschiedene Bevölkerungsgruppen herauszufinden, die wiederum auf gemeinsame Ursachen und Motive verweisen könnten? Welche zeitlichen Parallelen gibt es?

Für den Zuschnitt der vorliegenden Untersuchung sind weitere Entscheidungen wichtig. Erstens ist die ganze Besatzungszeit zu untersuchen, gerade auch die zweite Hälfte, um nicht erneut eine möglicherweise kurzschlüssige Betrachtung der Zeit vom Sommer 1941 bis zum Frühjahr 1942 zu liefern. Wichtige Entwicklungen in der Wirtschafts- und Vernichtungspolitik – um es vor auszuschicken – sind so bisher übersehen worden. Zweitens ist Weißrußland in seinen Nachkriegsgrenzen territo-

⁴⁵ Das Ostministerium war lediglich für die unter Zivilverwaltung stehenden Teile, der Generalquartiermeister des Heeres für diejenigen unter Militärverwaltung zuständig. Beide stimmten ihre Entscheidungen politisch ab. – Mit ›besetzten sowjetischen Gebieten‹ werden im folgenden, wenn nicht anders angegeben, die den genannten drei Behörden unterstellten Territorien bezeichnet, also ohne Ostgalizien, das zum Generalgouvernement gehörte, ohne den Bezirk Bialystok und ohne die von Rumänien besetzten Teile Moldawiens und der Ukraine.

rialer Untersuchungsgegenstand,⁴⁶ also quer zu den deutschen Verwaltungseinheiten. Dies ermöglicht einen Vergleich des Vorgehens in verschiedenen Territorien, der allerdings nicht als Selbstzweck systematisch betrieben wird.⁴⁷ Er erlaubt Feststellungen über gemeinsame Tendenzen und Phänomene und den Einfluß bestimmter Führungspersonen. Dadurch wurde natürlich aber auch der Arbeitsaufwand erheblich größer.⁴⁸ Drittens bietet diese Arbeit keine vollständige Besatzungsgeschichte Weißrusslands 1941–1944. Themen, die nicht in den skizzierten Untersuchungszusammenhang gehören, werden gar nicht oder nur insoweit abgehandelt, als es für das Verständnis der deutschen Wirtschafts- und Vernichtungspolitik unbedingt nötig ist, so die deutsche Kultur-, Schul-, Religions- und Finanzpolitik, die Forst- und Holzwirtschaft,⁴⁹ die Geschichte des weißrussischen politischen Widerstands und der Partisanenbewegung, das Schicksal der weißrussischen Zwangsarbeiter im Deutschen Reich, die Strafverfolgung der Täter nach 1945 und ihre Nachkriegskarrieren. Biographisches Material wurde von mir in vielfältiger Weise ausgewertet und bei der Erklärung des Geschehens berücksichtigt. Angesichts des großen, aus vielen verschiedenen Behörden und Ebenen zusammengesetzten Kreises der Akteure konnte

46 Im folgenden werde ich gelegentlich etwas über die Grenzen Weißrusslands hinausgreifen, indem ich beispielsweise auf die Städte Bialystok und Smolensk Bezug nehme, wenn die Verhältnisse dort hinsichtlich des jeweiligen Themas denen in Weißrussland glichen und Beispiele aus diesen Nachbarregionen etwa zur Verdeutlichung von Sachverhalten dienen können.

47 Dies hätte nur zu dem Ergebnis geführt, daß die Abweichungen im Besatzungskonzept und beim Verlauf der Massenverbrechen unwesentlich, wenn auch bei den letzteren bezeichnend waren.

Das heutige Territorium Weißrusslands weicht von den Grenzen der Republik vom 22. Juni 1941 nur dergestalt ab, daß damals auch das Gebiet um Bialystok und Łomża dazugehörte, das die Sowjetunion 1944 an Polen zurückgab (vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939–1945 in zwölf Bänden, Bd. 9, Berlin-O. 1978, S. 75) und das heute üblicherweise mit der deutschen Besatzungspolitik in Polen abgehandelt wird. Man wird den Bezug auf den gewählten territorialen Ausschnitt wohl kaum ahistorisch nennen können, es sei denn, man verabsolutiert die willkürlich von den Deutschen gezogenen Grenzen.

48 Das etwa 4000 km² umfassende weißrussische Gebiet, das seit 1942 vom GK Litauen (Gebietskommissariat Wilna-Land) verwaltet wurde, wird im Rahmen dieser Studie nicht systematisch mit untersucht, da eine Einarbeitung in die unübersehbaren Aktenbestände und in die in vieler Hinsicht besonderen Probleme der Besatzungspolitik in Litauen eine im Vergleich zum zu erwartenden Ergebnis unververtretbare Mehrarbeit erfordert hätte. Dieses Gebiet wird in der in Vorbereitung befindlichen Untersuchung von Christoph Dieckmann über die Besatzungspolitik in Litauen mitbehandelt werden. Siehe auch Maria Wardzyńska, *Sytuacja Ludności Polskiej w Generalnym Komisariacie Litwy czerwiec 1941 – lipiec 1944*, Warschau 1993.

49 Die Bedeutung der weißrussischen Forstwirtschaft und damit der holzwirtschaftlichen Ausbeutung Weißrusslands durch die Deutschen war geringer als oft angenommen. Wegen des hohen Sumpf- und Ödlandanteils und der forstlichen Übernutzung im Ersten Weltkrieg, im polnisch-russischen Krieg und wohl auch in der sowjetischen Zeit war der Prozentsatz der nutzbaren Waldfläche an der Gesamtfläche in Weißrussland – auch in den ehemals polnischen Gebieten – geringer als im Deutschen Reich. Dazu kamen das Arbeitskräfteproblem, Schwierigkeiten beim Abtransport, ein Mangel an Sägewerken und die starke Beeinträchtigung durch Angriffe der Partisanen. Darum entwickelte sich die Forst- und Holzwirtschaft nicht zu einem entscheidenden Faktor für Wirtschaftsgefüge und Besatzungspolitik im besetzten Weißrussland. Vgl. Erwin Buchholz, *Die Wald- und Holzwirtschaft Sowjet-Russlands*, Berlin 1932; ders., *Die Wald- und Holzwirtschaft des Ostraumes*, Berlin 1943; Heinrich Rubner, *Deutsche Forstgeschichte 1933–1945*, St. Katharinen 1985, besonders S. 148 und 151; Generalkommissar für Weißruthenien, Hauptabteilung Forst und Holz, Abwicklungsstelle, Tätigkeitsbericht für die seit der Einrichtung der Zivilverwaltung geleistete Arbeit v. 5. 9. 1944, BA R 6/189, Bl. 79–86; [Wirtschaftsinspektion Mitte.] Chefr. Forst- und Holzwirtschaft v. 24. 5. 1943, BA-MA (BArch)P 42860, Bl. 217–224. Zum Arbeitskräfteproblem s. u. S. 493ff.

aber keine umfassende Tätersozioologie betrieben werden.⁵⁰ Die vorliegende Arbeit liefert auch keine Darstellung aller Aspekte des Lebens der jüdischen Bevölkerung, der Kriegsgefangenen, der Flüchtlinge in den Wäldern oder der Weißrussen insgesamt und muß dies für ihren Betrachtungszusammenhang auch nicht tun. Zwar ist es sehr mißlich, daß dadurch die Perspektive und das Erleben der Opfer weniger zum Tragen kommen; es geht im folgenden aber in erster Linie darum, Entstehung und Ablauf der Verbrechen nachzuvollziehen und zu erklären.

1.3 Quellen und Methodenprobleme

Obwohl ein großer Teil der deutschen Verwaltungsakten zwischen 1943 und 1945 vernichtet worden ist – teils gezielt, teils durch Bombenkrieg und Kampfhandlungen –, stehen zur deutschen Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland Akten in sehr großer Zahl zur Verfügung. Für das weit gefaßte Thema waren sehr viele Bestände interessant, darunter die zahlreicher militärischer und ziviler Zentralstellen. Generell wurde Akten zentraler Stellen Vorrang vor denen lokaler Institutionen gegeben, da letztere für Entscheidungsprozesse und größere Zusammenhänge oft wenig ergiebig waren, sondern eher gewissermaßen Alltägliches verzeichneten.⁵¹ Die lokale Ebene wurde aber nicht völlig vernachlässigt. Die beiden wichtigsten Fundamente der Arbeit sind die Akten der unter Wehrmachthoheit stehenden Wirtschaftsdienststellen und diejenigen der bundesdeutschen Nachkriegsverfahren gegen NS-Täter.

Zunächst einmal konnte eine Reihe von einschlägigen Quellsammlungen herangezogen werden, die anfangs fast nur in sozialistischen Ländern und erst in den letzten zehn Jahren vermehrt auch in der Bundesrepublik erschienen sind.⁵²

⁵⁰ Ein geschlossener Korpus von Akteuren, der hätte analysiert werden können (z. B. Funktionäre der Zivilverwaltung, Landwirtschaftsführer, Angehörige der Ordnungspolizei, Einsatzgruppenpersonal), war nicht abzugrenzen. Soziologische Studien hätten überdies einen unververtretbaren Arbeitsaufwand erforderlich gemacht. Allgemeine Feststellungen zum deutschen Besatzungspersonal siehe in Kap. 3.8.

⁵¹ So konnten das Armeearchiv der Russischen Föderation in Podolsk, die Archive in Riga sowie die Gebietsarchive in Witebsk, Mogilew, Gomel, Grodno, Rowno und Shitomir nicht aufgesucht werden. Im Gebietsarchiv in Brest gab mir die Leiterin, Frau A. W. Terebun, einen Überblick über die Bestände, für den ich mich herzlich bedanke. Die Archive in Olsztyn und Kaliningrad geben nach den eingeholten Informationen für das vorliegende Thema wenig her. Kopien wichtiger Akten aus den östlichen Archiven, die ich nicht besuchen konnte, fanden sich allerdings im Bundesarchiv – Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten (BA D-H), in den Beständen des Bundesarchivs – Militärisches Zwischenarchiv Potsdam (sie befinden sich heute im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg), im Bundesarchiv (Koblenz und Potsdam, jetzt Berlin), beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BSStU), im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte in München (IfZ), in der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg (ZStL) und bei den Staatsanwaltschaften. Sie gelangten meist im Zuge der Amtshilfe wegen Strafverfahren gegen NS-Verbrecher in die BRD und in die DDR.

⁵² Eine Schuld, die nicht erlischt, Köln 1987 (zuerst Moskau 1963); für die Partisanenbekämpfung: Dokumente über die Verbrechen Adolf Heusingers gegen den Frieden, seine Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Moskau 1962; Beluga; Unsere Ehre heißt Treue. Kriegstagebuch des Kommandostabs Reichsführer-SS, Tätigkeitsberichte der 1. und 2. SS-Inf.-Brigade, der 1. SS-Kav.-Brigade und von Sonderkommandos der SS, Wien, Frankfurt/M., Zürich 1965; Norbert Müller (Hg.), Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR, 2. Auflage, Köln 1982 (zuerst Berlin-O. 1979); ders. (Hg.), Die faschistische

Unter den zeitgenössischen Verwaltungsakten sind besonders die fast vollständig erhaltenen Kriegstagebücher (meist mit Anlagen) von Wirtschaftsstab Ost, dessen Chefgruppe Landwirtschaft, Rüstungsinspektion Ostland, den Rüstungskommandos Minsk, Luzk und Shitomir und ihren Außenstellen, der Wirtschaftsinspektion Mitte bzw. des Heeresgruppenwirtschaftsführers Mitte und der unterstellten Wirtschaftskommandos vollständig ausgewertet worden. Aus dem Wirtschaftsstab Ost sind auch wichtige Grundsatz- und Fachakten, darunter alle Halbmonats- und Monatsberichte, erhalten, in geringerem Maße aus dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW.⁵³ Fachakten der Wirtschaftsinspektion Mitte liegen im Zentralen Staatsarchiv (ZStA) in Minsk.⁵⁴

Erheblich sind auch die verfügbaren Bestände der interessierenden militärischen Kommando- und Verwaltungsstellen, darunter der Generalquartiermeister des Heeres, das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte, ganz besonders der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, ferner die rückwärtigen Armeegebiete (Korücks) und die Sicherungsdivisionen. Hier fehlen allerdings beträchtliche Teile der Kriegstagebücher und der dazugehörigen Anlagen.⁵⁵ Trotzdem konnten wegen des großen Umfangs nicht alle Unterlagen lückenlos durchgearbeitet werden (in Potsdam und Freiburg), besonders die der Korücks, die in Weißrußland nur relativ kurz 1941 und 1943/44 tätig waren. Es fehlen weitgehend Akten der Feld- und Ortskommandanturen, also der lokalen Militärverwaltungsdienststellen. Sie sind nur bruchstückweise in Divisionsakten und als Splitterbestände im ZStA Minsk zugänglich. Zur Berücksichtigung der lokalen Perspektive wurde versucht, alles diesbezüglich Bekannte vollständig zu sichten. Vereinzelt standen auch Akten der Geheimen Feldpolizei zur Verfügung. Ausgesprochen schlecht ist die Quellenlage bezüglich der Vernichtung der Kriegsgefangenen. Hier gibt es nur verstreute Bestände einzelner Zentralstellen,

Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941–1944), Berlin 1991; Klarsfeld; Ernst Klee/Willi Drexen/Volker Rieß (Hg.), »Schöne Zeiten«. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt/M. 1988; Reinhard Rürup (Hg.), Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945, Berlin 1991; Lenhard; Vernichtungskrieg; Schlootz.

53 Diese Akten befinden sich im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg (BA-MA). Aus organisatorischen Gründen war es notwendig, sie zum Teil auf Mikrofilm im damaligen Militärischen Zwischenarchiv Potsdam einzusehen. Verluste entstanden dabei nur dadurch, daß bei handschriftlichen Notizen die Farbe der Eintragungen nicht zu unterscheiden war; in wichtigen Einzelfällen wurde das anhand des Originals überprüft. Ein Teil der Freiburger Akten wird ohnehin nur noch verfiht ausgegeben (so der Bestand Heeresgruppe Mitte). Ein Vorteil lag darin, daß die Potsdamer Filme oft besser verzeichnet und durch eine thematische Kartei erschlossen waren. Von den im folgenden zitierten Filmen, die sich inzwischen in Freiburg befinden, entsprechen 98 % Akten aus Freiburg, der Rest kommt aus Podolsk und Prag.

54 Die Echtheit der im Gebiet der früheren Sowjetunion liegenden Dokumente könnte bezweifelt werden, besonders diejenigen, die westdeutschen Strafverfolgungsbehörden übersandt wurden. Tatsächlich ist bei letzteren bisher in keinem Fall eine Fälschung nachgewiesen worden (Streim, S. 3). Z.B. äußerte das Amtsgericht Fürth – einer der wenigen Fälle – Zweifel an der »Wahrheitsliebe der Sowjets« und lehnte mit dieser Begründung die Verhaftung eines Verdächtigen auf Grund eines sowjetischen Dokuments ab. Wenige Tage später wurde seine Verhaftung von der Staatsanwaltschaft durchgesetzt, und der Festgenommene bestätigte selbst, daß er das Schriftstück verfaßt hatte. AG Nürnberg v. 20. 4. 1961 und Vern. Helmut Saur v. 31. I. 1961, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bd. 2, Bl. 315/R und 322. Auch der Vergleich mit Quellen anderer Provenienz für die vorliegende Untersuchung ergab in keinem Fall Zweifel an der Echtheit der in der Sowjetunion gelagerten Dokumente.

55 Teile befinden sich im Archiv in Podolsk (Rußland).

einige Akten des Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J und der Quartiermeisterabteilung aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte sowie einzelne Berichte und Befehle verschiedener Lager.⁵⁶

Die Überlieferung von Akten der Zivilverwaltung ist ebenfalls lückenhaft. Die verbliebenen Akten des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete im Bundesarchiv enthalten indes wichtige Teile der Sachakten.⁵⁷ Im Sonderarchiv Moskau und in Dahlwitz-Hoppegarten liegen hauptsächlich mehrere tausend Personalakten. Ungünstiger gestaltete sich der Zugang zu Quellen des Reichskommissariats Ostland; die Bestände im Bundesarchiv geben weniger her.⁵⁸ Aus dem für die Politik im Süden Weißrußlands interessanten Reichskommissariat Ukraine befinden sich kaum Akten in Deutschland, wohl aber in der Ukraine, doch dort konnte ich sie nicht sichten. Das gleiche gilt für die GK Shitomir und Wollhynien-Podolien. Hier ist man jeweils auf Ersatzüberlieferungen in anderen Beständen angewiesen. Akten des GK Weißruthenien befinden sich vereinzelt im Bundesarchiv und in großem Umfang im ZStA Minsk, darunter Fachakten von sehr verschiedenem Rang. In Minsk wurden auch die Bestände aus einigen Gebietskommissariaten bearbeitet. Von Stadt- und Gebietskommissar in Brest liegt je ein kompletter Satz Monatsberichte im Bundesarchiv, ferner die Abschlußberichte fast aller anderen Gebietskommissare des GK Weißruthenien. Weitaus am schlechtesten ist die Quellenlage für den Bezirk Bialystok.⁵⁹ Dies konnte mit Hilfe verstreuter Akten verschiedenster Herkunft wenigstens halbwegs ausgeglichen werden.⁶⁰

Dazu kamen Akten anderer regionaler Dienststellen, so der Haupteisenbahndirektion in Minsk und der Einsatzgruppe Rußland-Mitte der Organisation Todt (beide im ZStA Minsk). In Beständen der weißrussischen Lokalverwaltungen fanden sich manch wichtige deutsche Dokumente; in Ausnahmefällen konnten mit Übersetzerhilfe Schriftstücke in russischer oder weißrussischer Sprache einbezogen werden.

Weiter wurden die Bestände zahlreicher Ministerien und Oberster Reichsbehörden gesichtet und, soweit nötig, durchgearbeitet, darunter des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, des Reichsarbeitsministeriums, der Zentralhandels-gesellschaft Ost, der Reichskanzlei und des Beauftragten für den Vierjahresplan. Hervorragende Bedeutung hatten zeitgenössische Zeitungsausschnittsammlungen verschiedener Provenienz,⁶¹ ferner verschiedene Zeitungen und Zeitschriften, die »Minsker Zeitung« und die »Deutsche Zeitung im Ostland«.

⁵⁶ Zu den Beständen Streit, Keine Kameraden, S. 17–19. Befehle des Stalag 352 (Minsk) enthält BStU AS 74/67.

⁵⁷ Die Akten wurden teils auf Mikrofiche im Bundesarchiv Koblenz bzw. Potsdam und Berlin-Lichterfelde, teils auf Mikrofilm im Bundesarchiv Potsdam und Militärischen Zwischenarchiv Potsdam eingesehen. Zu den Problemen durch Verfälschung und Verfälschung Anm. 1/53.

⁵⁸ Weitere Akten befinden sich in Riga. Der Bestand im ZStA Minsk ist kaum nennenswert.

⁵⁹ Siehe Czesław Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Köln 1988, S. XI.

⁶⁰ So fanden sich Akten der Gendarmerie im Sonderarchiv Moskau, einzelne Dokumente in der Ostdokumentation des Bundesarchivs, ferner Berichte ehemaliger Funktionäre der Zivilverwaltung ebd. und im Bialystok-Prozeß im NWStA Detmold, Akten von Sicherungstruppen in der ZStL und Quellen zur Judenvernichtung in Serge Klarsfeld (Hg.), Documents Concerning the Destruction of the Jews of Grodno, Bd. 1–5, Amsterdam 1987, und Bd. 6, Amsterdam 1992.

⁶¹ Aus den Beständen Deutsche Reichsbank, Reichslandbund, Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Deutsches Auslandwissenschaftliches Institut, Zentralhandels-gesellschaft Ost und anderen.

Akten von SS und Polizei, die sich auf Weißrußland beziehen, sind zu großen Teilen verloren. Eine wichtige Ausnahme bilden die so gut wie vollständigen »Ereignismeldungen« und »Meldungen aus den besetzten Ostgebieten« des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) über die Tätigkeit der Einsatzgruppen in den besetzten sowjetischen Gebieten im Bundesarchiv. Die Bestände Persönlicher Stab Reichsführer-SS, Ordnungspolizei und RSHA wurden gleichfalls herangezogen. Eigene Bestände regionaler Polizeidienststellen im Besatzungsgebiet fehlen fast völlig, mit geringen Ausnahmen im Sonderarchiv Moskau. In den besuchten weißrussischen Archiven gibt es nur Splitterbestände örtlicher Polizeidienststellen, im wesentlichen der Gendarmerie. Vor diesem Hintergrund haben die erhaltenen Funksprüche der HSSPF in den besetzten sowjetischen Gebieten aus den Jahren 1941/42 und andere Akten des Kommandostabs Reichsführer-SS besonderes Gewicht.⁶² Bemerkenswert sind erhaltene Akten bestimmter mobiler Einheiten, so mehrere, teilweise neu aufgefundene Berichte der Einsatzgruppe B, Kriegstagebücher usw. der Polizeibataillone 309, 310 und 322 und vor allem der SS-Sondereinheit Dirlewanger und der SS-Kavallerie-Brigade.⁶³ Thematisch ist vor allem zur Partisanenbekämpfung in der Region vieles erhalten, doch auch der Ablauf des Mordes an den weißrussischen Juden läßt sich letztlich nachvollziehen.

Ein Problem der vorliegenden Untersuchung liegt in der Notwendigkeit des Rückgriffs auf Zahlen und Statistiken, die aus dem deutschen Verwaltungs- und Repressionsapparat stammen. Die Zahlen der Opfer verschiedener Verbrechen der Besatzungsmacht müssen bestimmt, wirtschaftliche Entwicklungen quantitativ nachvollziehbar gemacht werden. Was die mörderische Seite der deutschen Herrschaft angeht, deutet eine Vielzahl von Indizien darauf hin, daß die in den Akten gemachten Angaben in der Regel recht genau sind.⁶⁴ Dies wird in den Kapiteln 7 bis 10 jeweils genau disku-

62 Sie befinden sich teils im Original, teils in Kopien (aus Prag) im Bestand SS-Führungshauptamt im Bundesarchiv. Originale konnten auch im BA D-H festgestellt, weitere Akten in Prag eingesehen werden. Zahlreiche Funksprüche, die bis zum September 1941 von den Briten aufgefangen und entschlüsselt werden konnten, sind neuerdings im Public Record Office in London und in den US-National Archives, Washington, zugänglich, aber noch nicht verzeichnet. Für eine erste breitere Auswertung Richard Breitman, *Official Secrets. What the Nazis Planned, what the British and Americans Knew*, New York 1998.

63 Sie wurden in Potsdam und Ludwigsburg eingesehen. – Hier ist eine grundsätzliche Bemerkung angebracht: In der Archivlandschaft gab es während der Erarbeitung dieser Studie beträchtliche, nicht immer ganz begreifliche Änderungen. Akten wurden verlagert, Standorte geschlossen, Signaturen geändert. Die Bestände des früheren Bundesarchivs-Militärischen Zwischenarchivs Potsdam, vormals Militärarchiv der DDR, befinden sich heute im BA-MA, die des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam, vormals Zentrales Staatsarchiv der DDR, im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde (BA), die des Bundesarchivs Koblenz teils in Lichterfelde, teils im BA D-H, Nachlässe noch in Koblenz, die Ostdokumentation mittlerweile in Bayreuth. Ein Teil der Akten aus dem BA D-H liegt heute beim BStU. Das ehemalige KGB- und dann Sonderarchiv in Moskau trägt heute einen anderen Namen. Das ZsTA Minsk ist mittlerweile mit dem Weißrussischen Nationalarchiv vereinigt. Justizakten werden laufend an staatliche Archive abgegeben. Da sich dieser Stand fast monatlich ändert, zitiere ich die Akten nach Standort und Archivbezeichnung zur Zeit ihrer Benutzung und weise auf mir bekannte Umlagerungen im Quellenverzeichnis (Anhang) hin.

64 Die von den Einsatzgruppen gemeldeten Zahlen lagen eher etwas zu niedrig als zu hoch. Siehe Gert Roßel, Sowjetunion, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 542f. Gegen die häufigen Schutzbehauptungen, SS- und Polizeieinheiten hätten bei den Morden überhöhte »Erfolgszahlen« gemeldet, vgl. stellvertretend Aussagen des ersten Gestapoleiters der Einsatzgruppe B und des ehemaligen stellvertretenden Chefs des Einsatz-

tiert. Eine Ausnahme bildet das organisierte Massensterben in den Kriegsgefangenenlagern, über das nur lückenhafte Zahlenangaben vorhanden sind.⁶⁵ Was die wirtschaftliche Seite angeht, sind die deutschen Statistiken mit Hilfe von Quervergleichen und sonstigen Hinweisen zumindest insoweit überprüfbar und verlässlich, als allgemeine Entwicklungen und Tendenzen an ihnen ablesbar sind.⁶⁶ Im Gegensatz zum Gebiet unter Militärverwaltung wurde die statistische Arbeit im GK Weißruthenien schon von vielen zeitgenössischen Beobachtern als mangelhaft kritisiert.⁶⁷ Mit Blick auf die in Weißrußland erhaltenen Akten kann dieses Urteil allerdings relativiert werden; offenbar gab die Verwaltung in Minsk nicht alle Daten an die vorgesetzte Dienststelle in Riga weiter.

Den zweiten wichtigen Aktenfundus für die Besatzungsgeschichte Weißrußlands bilden die Unterlagen der Ermittlungs- und Strafverfahren gegen NS-Täter. Dabei standen die Verfahren in der Bundesrepublik im Vordergrund. Auch hier ist die Fülle des vorhandenen Materials erdrückend: bis Anfang der siebziger Jahre verzeichnete die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg schon etwa 500 Fälle, die weißrussische Tatorte betrafen. Von diesen konnte ich für diese Arbeit gut 50 auswerten.⁶⁸ Dazu kamen vier DDR-Verfahren beziehungsweise Vorgänge in Amtshilfe sowie Teile der ersten Prozesse in Riga und Minsk 1945/46.⁶⁹ Außerdem tauchen in bundesdeutschen Verfahren Splitter sowjetischer Prozeßunterlagen gegen deutsche Täter in Übersetzung auf, während die gegen weißrussische Tä-

kommandos 9: Vern. Eduard Holste v. 19. 5. 1960 und des Beschuldigten Wilhelm Greiffenberger v. 3. 11. 1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 6, Bl. 262, und Bd. 13, Bl. 114 f. Beide belasteten sich mit ihren Aussagen selbst. Zu den Bemühungen um eine Vereinheitlichung der Mordstatistiken vgl. RSHA IV D 5 – Kommandostab –, Einsatzbefehl Nr. 20, Betr.: Gesamtübersicht über Sonderbehandlungen von Personen v. 4. 7. 1942, BA St 3, Nr. 568, Bl. 8 f., neuerdings abgedruckt in: Klein, S. 361 f.

65 Die Gründe liegen zum einen im Quellenmangel, zum anderen darin, daß die deutschen Lagerorgane und Wachmannschaften auf Transporten nicht immer Interesse zeigten, das von ihnen oft völlig gefühllos betrachtete Massensterben zahlenmäßig zu erfassen und zu dokumentieren.

66 Die vorhandenen Daten wurden vorwiegend von den weißrussischen Gemeinde- und Rayonverwaltungen gesammelt und von deutschen Dienststellen lediglich bearbeitet. Ersteres führte z. B. bei Bevölkerungszählungen zu einer höheren Verlässlichkeit.

67 Als Ursachen wurden besonders die Zerstörung statistischen Materials durch die Sowjets und unwägbare Beeinträchtigungen durch die Partisanen angegeben. Tatsächlich dürften auch die durch die Deutschen vorgenommenen Grenzveränderungen ein gewichtige Rolle für fehlende Vergleichsunterlagen gespielt haben. – Siehe besonders den empörten Brief von Peter-Heinz Seraphim an den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg in Minsk v. 24. 8. 1943, BA F 13668, Bl. 543–545; GK Weißruthenien an Gebietskommissar Minsk-Land v. 7. 5. 1943, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 250; RK Ostland, Statistisches Zentralreferat, Bericht über die Dienstreise nach Berlin v. 23. 3.–7. 4. v. 8. 6. 1943, BA F 10815, Bl. 178 f. und 205; Eugen Stieda, Die Landwirtschaftsstatistik im Ostland, in: Landwirtschaftliches Wochenblatt [des RK Ostland], 1, Folge 3 v. 15. 8. 1943, BA F 10849, Bl. 347 f.; Heeresgruppenwirtschaftsführer Mitte v. 29. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 422 ff.

68 Zwar ist in der ZStL nicht gewährleistet, daß die dortigen Akten den vollen Umfang der Unterlagen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften haben. Doch erwies es sich wegen des sonst erforderlichen organisatorischen Aufwands als nötig, etwa die Hälfte der Verfahren, in erster Linie der kleineren, in Ludwigsburg durchzusehen. Das gilt auch für Vorgänge, die am Ort der Untersuchung unauffindbar waren wie das Ermittlungsverfahren gegen den HSSPF Rußland-Mitte, Bach-Zelewski, in Nürnberg.

69 Die DDR-Verfahren liegen beim BStU, das Rigaer Verfahren gegen Jeckeln u. a. im BA D-H und Teile des Minsker Verfahrens ebd., bei der ZStL, den StA Hamburg und Berlin, bzw. sie wurden mir von Paul Kohl, Berlin, zugänglich gemacht.

ter durchgeführten Prozesse⁷⁰ wegen der Sprachbarriere nicht verwertet werden konnten.⁷¹

Von den eingesehenen Verfahren richteten sich vier gegen HSSPF, SS- und Polizeiführer oder deren Stäbe, fünf gegen Kommandeure oder Inspekture der Sicherheitspolizei und des SD oder deren Außenstellen, vier gegen Einsatzkommandos, zwei gegen SS-Brigaden, drei gegen Polizeibataillone, vier gegen Wehrmachteinheiten wegen Judenerschießungen, zwei gegen einheimische Schutzmannschaftsbataillone. Acht richteten sich gegen Gebietskommissare bzw. Gendarmeriegebietsführer, drei waren sogenannte Ghettoverfahren, fünf betrafen die Partisanenbekämpfung, sechs die Vorgänge in Kriegsgefangenenlagern, zwei die Geheime Feldpolizei, zwei die Rolle des Ostministeriums bei der Judenvernichtung. Diese Tatkomplexe – um die wichtigsten zu nennen – mögen zeigen, daß es weniger darum ging, die Taten bestimmter Instanzen und Tätereinheiten völlig abzudecken (zum Beispiel alle HSSPF/SSPF-, alle KdS- oder Einsatzgruppenverfahren), als darum, Verfahren über die wichtigsten Täterinstanzen, Einheiten, Entscheidungsebenen, alle verfolgten Bevölkerungsgruppen und möglichst große Gebiete Weißrußlands zu sehen.

Diese Verfahren bieten zahlreiche Vorteile und Möglichkeiten, die auf anderem Weg verschlossen bleiben. Täter werden ermittelt und zum Sprechen gebracht; es sind Interna und persönliche Eindrücke zu erfahren, Personalien leicht zugänglich; die meisten Aussagen stammen von »kleinen« Tätern, von Opfern oder unbeteiligten Tatzeugen, so daß neben die Erklärungen der Befehlsgeber die Sicht »von unten« gestellt und die Täter- mit der Opferseite konfrontiert werden kann. Insbesondere weißrussische und jüdische Zeugenaussagen wären sonst schwer und nicht in solcher Zahl zu erhalten. Die Justizstellen konnten erheblich mehr Zeit – manche Verfahren dauerten zehn, ja zwanzig Jahre –, Geld und Personal investieren als Historiker. Sie sammelten oft Quellen oder erhielten sie aus dem Ausland, vor allem aus der Sowjetunion. Übersetzungen fremdsprachiger Aussagen, jüdischer Erinnerungsbücher und sowjetischer Untersuchungsberichte aus der unmittelbaren Nachkriegszeit liegen bei den Akten. So ist – obwohl Strafverfolgungsbehörden anderen Fragestellungen als Historiker folgen – eine genauere Rekonstruktion und ein viel konkreteres Bild der Vorgänge bei den Verbrechen zu erhalten, als über die Verwaltungsakten möglich wäre. Das in wissenschaftlichen Darstellungen oft anonym

⁷⁰ Eine Übersicht wichtiger Verfahren in Weißrußland bietet Lucjan Hiszowicz, *The Holocaust in the Soviet Mirror*, in: Lucjan Dobroszycki/Jeffrey S. Gurock (Hg.), *The Holocaust in the Soviet Union*, Armonk und London 1993, S. 43.

⁷¹ Vgl. die Einschätzung der sowjetischen Verfahrensmethoden durch Streim, S. 283ff.; Beitrag Ojars Janis Rozitis in: Eberhard Groesdonk u. a., *Die Vernichtung von Audrini und seine [sic] justizförmige Bearbeitung (1944–1994) und die Öffentlichkeit*, in: *NS-Verbrechen und Justiz 4* (1996), hrsg. vom Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1996, S. 42–126; für den Minsker Prozeß: Manfred Messerschmidt, *Der Minsker Prozeß 1946 – Gedanken zu einem sowjetischen Kriegsverbrechertribunal*, in: Heer/Naumann, S. 551–568. Danach wurden juristische Mindeststandards eingehalten, obwohl die Verfahren auch propagandistische Funktion hatten. Die Täter waren meist umfassend, wenn auch nicht uneingeschränkt geständig, ihre Aussagen stimmen indes oft mit dem durch Quellen zu gewinnenden Bild überein. Skepsis ist allerdings bei Zahlenangaben in sowjetischen Zeugenvernehmungen und bei der Zuordnung deutscher Funktionäre, Offiziere oder Einheiten zu bestimmten Institutionen angebracht.

wirkende kollektive Unrecht wird individualisiert, es erhält ein Gesicht – viele Gesichter.⁷²

Die Auswertung der Justizverfahren wirft jedoch erhebliche Probleme auf, die ihren Wert begrenzen.⁷³ Sie hängen alle mit dem Entstehungszusammenhang der Akten zusammen. Historisch interessante Mitteilungen zum Alltagsleben, zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte interessierten die Ermittler an sich nicht, wenn sie auch immer wieder in die Aussagen einfließen. Zweck der Untersuchungen war es, strafrechtlich relevante Einzeltaten oder Tatbeiträge zu ermitteln, noch lebenden Personen zuzuordnen und sie zu ahnden. Große Teile der in dieser Studie analysierten Massenverbrechen waren indes für die bundesdeutsche Justiz irrelevant und wurden von ihr gar nicht erst verfolgt, so der Mord an über einer halben Millionen Kriegsgefangenen in Weißrußland durch Hunger, die meisten Untaten bei der Partisanenbekämpfung⁷⁴ und die zum Zeitpunkt der Verfahren bereits verjährten Zwangsumsiedlungen. Infolgedessen sind die Verfahren in diesen Bereichen in der Regel wenig ergiebig, vom strafrechtlichen Endresultat ganz zu schweigen.⁷⁵ Die bundesdeutschen Verfahren bezogen sich überwiegend auf Morde an Juden; selten wurde die Tötung von Sinti und Roma, psychisch Kranken und politischen Gegnern mit abgehandelt. Aber auch bei diesen Tatkomplexen waren die Nachforschungen von sehr unterschiedlicher Qualität.

Grundsätzliche Probleme bringen die Aussagen von Zeugen, Beschuldigten und überlebenden Opfern mit sich. Zunächst einmal geben die Vernehmungsniederschriften der Ermittlungsbeamten die gemachten Aussagen nur sinngemäß, jedoch nur ausnahmsweise wörtlich wieder.⁷⁶ Viele Jahre nach der Tat war die Erinnerung der Beteiligten von einst verblaßt und oft unzuverlässig.⁷⁷ Es kam zu Gedächtnisfehlern, Verwechslungen, zur Vermischung verschiedener Vorgänge. Später erhaltene Informationen etwa aus Veröffentlichungen und Erzählungen flossen ein. Diese Fälle von denen zutreffender Erinnerung zu unterscheiden, ist schwierig, so daß sie in der wissenschaftlichen Darstellung im Zweifelsfall nur relativiert zu verwenden sind. Wert und Beurteilung von Aussagen werden einerseits durch die damalige Stellung des Aussagenden zur Tat und seinen Zugang zu Informationen bestimmt, anderer-

72 Hierzu Wolfgang Scheffler, NS-Prozesse als Geschichtsquelle. Bedeutung und Grenzen ihrer Auswertbarkeit durch den Historiker, in: ders. und Werner Bergmann (Hg.), *Lerntage des Zentrums für Antisemitismusforschung V*, Berlin-W. 1988, S. 14 f.

73 Siehe hierzu allgemein Scheffler 1988; Johannes Tuchel, Die NS-Prozesse als Materialgrundlage für die historische Forschung, in: Jürgen Weber/Peter Steinbach (Hg.), *Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? München 1984*, S. 134–144; neuerdings Christoph Bitterberg, *Der Bielefelder Prozeß als Quelle für die deutsche Judenpolitik im Bezirk Bialystok*, unveröff. Magisterarbeit, Hamburg 1996.

74 In diesem Fall waren vorgeblich meist individuelle Tatbeiträge nicht zu beweisen. Tatsächlich dürfte oft die Tendenz eine Rolle gespielt haben, daß in ihr völkerrechtlich zulässige Repressionsakte gesehen wurden.

75 Den Wert der Justizermittlungen für die Geschichtswissenschaft anzuerkennen, heißt nicht, sich mit den Ermittlungsbehörden zu identifizieren und die strafrechtlichen Ergebnisse gutzuheißen.

76 Deshalb wird in dieser Arbeit nur in Ausnahmefällen aus Vernehmungsprotokollen zitiert. Die Richtigkeit der sinngemäßen Niederschrift wurde von den Vernommenen nach dem Durchlesen durch Unterschrift bestätigt, ggf. handschriftlich Änderungen angebracht (übrigens auch in sowjetischen Verfahren wie gegen Jeckeln u. a.).

77 Die Verfahren liefen überwiegend zwischen 1958 und 1970.

seits durch seine Stellung im Justizverfahren. Wichtig ist, zwischen Beschuldigten- und Zeugenaussagen zu unterscheiden.⁷⁸ Bei Vernehmungen Beschuldigter sind stets Zweifel geboten, da hier Schutzbehauptungen, entlastende Schuldzuweisungen an andere, besonders Vorgesetzte, »falsche Fährten« und Falschaussagen aller Art zu erwarten sind, alles mit dem Ziel, einer Strafe zu entgehen. Umgekehrt haben selbstbelastende Aussagen besondere Plausibilität. Doch es ist auch den Aussagen von Zeugen mit Skepsis zu begegnen, die im historischen – nicht juristischen – Sinn der Täterseite zuzuordnen sind, die also zwar formell nicht als Beschuldigte vernommen wurden, gegen die aber der Verdacht auf Beteiligung vorlag, oder aber die keine Strafverfolgung durch die bundesdeutschen Behörden zu befürchten hatten, jedoch der Tätereinheit⁷⁹ oder einer Dienststelle angehörten, die – von der Justiz unbeachtet oder vernachlässigt – ein Verbrechen begünstigte, unterstützte oder gar organisierte oder anordnete.⁸⁰ Hierunter fallen die meisten Vernommenen. Korpsgeist, Aussageabsprachen⁸¹ und Furcht der Zeugen, die teilweise hohe gesellschaftliche Stellungen in der Nachkriegsgesellschaft bekleideten, vor Beschädigung ihres Rufs wirkten sich hier ebenso aus wie der einfache Reflex, daß es hinterher keiner mehr gewesen sein wollte. Das gilt für den Tatbeitrag einer Einheit oder Dienststelle, noch mehr für den eigenen Beitrag und am meisten für die Tatmotive. Jeder, der eine freiwillige Beteiligung an Morden aus Rassenhaß, Chauvinismus, Freude am Töten, Machtrausch, zur persönlichen Bereicherung oder zur Vernichtung »unnützer Esser« zugegeben hätte, hätte mit einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe zu rechnen gehabt.⁸²

Vernehmungen aus Justizverfahren sind nur mit äußerster Vorsicht für die historische Darstellung zu nutzen. Allgemein gültige Rezepte und Regeln gibt es dafür noch

78 An zweiter Stelle ist auch die vernehmende Seite (Polizei, ggf. Sonderkommission, Staatsanwalt, konsularischer Vertreter, gerichtliche, ggf. eidliche Vernehmung, Aussagen in der Hauptverhandlung) und der Ort des Verhörs (Wohnung des Zeugen, Polizeidienststelle, Gericht, BRD-Botschaft oder -Konsulat im Ausland, Vernehmung durch ausländische, z. B. sowjetische Dienststellen) von Bedeutung, ferner der Zeitpunkt der Befragung. Bei frühen Verfahren und Vernehmungen war der Kenntnisstand der Justizbehörden oft sehr dürftig. Siehe Tuchel, S. 140; Bitterberg, S. 23 ff.

79 Hierzu sind z. B. Personen zu rechnen, die damals niedere Dienstränge bekleideten, da in der Regel nur Offiziere von SS, Polizei oder Wehrmacht juristisch verfolgt wurden – eine weithin unbeachtete Beschränkung der Strafverfahren wegen NS-Verbrechen. Zeugen wurden in der Regel nur nach Offizieren befragt, vgl. z. B. ZStL 202 AR-Z 1212/60.

80 Dazu zählen Angehörige der Zivil- und Militärverwaltung oder anderer militärischer Dienststellen.

81 Zugegeben etwa in Vern. K. W. v. 19. 11. 1962, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 2, Nr. 1279, Bl. 52a-m; Vern. Wilhelm Greiffenberger v. 13. 7. 1961, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 22, Bl. 137-141; vgl. den detaillierten Kasißer des ehemaligen Chefs der Einsatzgruppe B, Naumann, an den ehemaligen Sonderkommandochef Klingelhöfer und hschr. Erklärung Klingelhöfers v. 4. 7. 1947 dazu, Nbg. Dok. NO-5450 und NO-5457.

82 Im Rahmen dieser Untersuchung muß nicht ausführlich auf die Debatte um den sogenannten Befehlsnotstand eingegangen werden, d. h. die Schutzbehauptung Beschuldigter und ihrer Verteidiger und Fürsprecher in NS-Verfahren, sie seien zu ihren Taten gezwungen gewesen, weil sie bei einer Weigerung ihrerseits schwere Strafen bis hin zum Todesurteil zu erwarten gehabt hätten. Das Gegenteil ist seit langem nachgewiesen; es ist nach jahrzehntelanger juristischer Aufarbeitung kein einziger Fall belegt, daß eine Person, die sich weigerte, eine Tötung oder Hinrichtung auszuführen, mit dem Tode bestraft worden wäre. Vgl. Kurt Hinrichsen, Befehlsnotstand, in: Adalbert Rückerl (Hg.), NS-Prozesse. Nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten – Grenzen – Ergebnisse, 2., erweiterte Auflage, Karlsruhe 1972, S. 131-161; Herbert Jäger, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft. Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität, 2., erweiterte Auflage Frankfurt/M. 1982, S. 83-165.

nicht.⁸³ Andererseits kann auf die Informationen daraus nicht verzichtet werden. Es ist unerlässlich, Aussagen stets im Entstehungszusammenhang, im Rahmen der Erkenntnisse des Gesamtverfahrens zu prüfen und, soweit irgend möglich, mit zeitgenössischen Quellen zu vergleichen.⁸⁴ So können auch Falschaussage- und Verteidigungsstrategien erkannt werden. Anhand bekannter Befehlsverhältnisse, Dienststellung, Standort und Bewegung eines Augenzeugen können Aussagen auf ihre Plausibilität untersucht werden. Was konnte oder mußte ein Zeuge oder Beschuldigter wissen, was nicht? Ein Koch wird wertvolle Aussagen über die Stärke einer Einheit, der Fahrer eines Offiziers oder Funktionärs über dessen örtliche Fahrten, der Leiter einer Geheimregistratur über Geheimvorgänge machen können, ein Dolmetscher über Verhandlungen mit der weißrussischen Lokalverwaltung oder Befehle an sie. Aussagen zur Person sind relativ oft verlässlich. Manchmal sind gerade die unwahrscheinlichsten Aussagen die glaubwürdigsten. Gerichtsurteile geben nicht unbedingt die Erkenntnisse aus einem Verfahren richtig wieder.⁸⁵

Letztlich ergibt sich die Folgerung, daß die zu schildernden Vorgänge in erster Linie anhand schriftlicher Quellen und nur in zurückhaltender Weise anhand nachträglicher Aussagen darzustellen sind.⁸⁶ Sie können etwa dazu dienen, den äußerlichen Ablauf, die örtlichen Verhältnisse und das Verhalten der Opfer bei einer Vernichtungsaktion zu zeigen. Einstweilen ist aber noch kein schlüssiger und überzeugender methodischer Zugriff gefunden, um Befehle, Entscheidungen und Motive einzelner Personen oder gar eines Kollektivs mit Hilfe der Auswertung von Justizakten einwandfrei zu klären. Dies ist nur in begründeten Ausnahmefällen möglich. Zu groß ist insbesondere die Gefahr, entlastenden Falschaussagen aufzusitzen. Die Rekonstruktion des historischen Geschehens hat ihre Grenzen. So scheint mir, daß in der jüngeren Kontroverse zwischen Christopher Browning und Daniel J. Goldhagen beide Kontrahenten zum Teil denselben Fehler begehen: sie versuchen, Täterverhalten,

83 Siehe die neue Arbeit von Bitterberg. Besonders der große Umfang der Justizunterlagen macht schon in der Phase der Sichtung eine formelle Herangehensweise oder etwa das Einhalten zahlreicher schematischer Kriterien so gut wie unmöglich. Hinzu kommen die Probleme, die mit emotionalen Faktoren, den Mustern der Verarbeitung von Wahrnehmungen und Erinnerungen zusammenhängen (Bitterberg, S. 37 ff.; Helge Grabitz, *NS-Prozesse – Psychogramme der Beteiligten*, 2., durchgesehene Auflage, Heidelberg 1986, besonders S. 64–90).

84 Die unterschiedliche Herangehensweise von Justizorganen und Geschichtswissenschaft zeigt sich am folgenden Punkt in bezeichnender Weise: für den Juristen wird meist die mündliche Aussage – vor allem direkt vor Gericht – den Ausschlag geben, für den Historiker die schriftliche Quelle. Das schließt natürlich nicht aus, daß nachträgliche Aussagen die »Verwaltungswirklichkeit« eines Dokuments widerlegen können.

85 Urteile bieten im Grunde zusammenfassende Darstellungen historischer Sachverhalte durch historische Laien, denen allerdings besondere Informationsquellen zur Verfügung standen. Sie werden im folgenden nur dann herangezogen, wenn sie bei Kenntnis des betreffenden Verfahrens oder des Sachzusammenhangs als adäquate Wiedergabe anzusehen sind und lediglich im Einzelfall, wenn eine Information anders nicht zu beschaffen war. Ähnliches gilt für Anklageschriften. Vgl. Scheffler 1988, S. 17–19; Tuchel, S. 141 f. Veröffentlicht: *Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966*, 22 Bände, Amsterdam 1968–1981.

86 Gegen Arbeiten, die sich fast ausschließlich auf Verfahrensaussagen stützen, bestehen erhebliche Bedenken, besonders wenn sie stark auf eine These zugespißt sind, z. B. Ogorreck 1996; siehe dagegen Ogorrecks vorzügliche Darstellung der Entstehung der »verbrecherischen Befehle« vom Frühling 1941, die auf zeitgenössische Quellen gestützt ist (besonders ders. 1992, S. 12–93).

Abläufe und Motive weiter zu rekonstruieren und zu verallgemeinern, als das auf empirisch haltbare Weise noch möglich ist.⁸⁷

Zu den sonstigen Quellen, die für diese Untersuchung benutzt wurden, gehören die Materialien des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses und die Nachfolgeprozesse Nr. 8, 9, 11 und 12 vor dem US-Militärgerichtshof gegen das Rasse- und Siedlungshauptamt-SS, die Einsatzgruppen, gegen deutsche Regierungsstellen (sog. Wilhelmstraßenprozeß) und das OKW. Für die dortigen Vernehmungsunterlagen gelten die selben Maßstäbe wie für die anderen Justizakten ausgeführt. Auch jüngere Veröffentlichungen zeigen, daß der Fundus der für diese Verfahren gesammelten Dokumente noch bei weitem nicht ausgeschöpft ist.⁸⁸

Um die Perspektive »von unten« besser zu beleuchten, wurden Feldpostbriefe herangezogen.⁸⁹ Sie fanden sich ebenso wie Tagebücher und persönliche Aufzeichnungen stellenweise in Justizverfahren. Das gleiche gilt für Übersetzungen aus Erinnerungsbüchern jüdischer Gemeinden. Sie beruhen überwiegend auf Überlebendenaussagen und sind meist nicht von Historikern, sondern von historischen Laien abgefaßt worden.⁹⁰ Angesichts der vielen tausend zur Verfügung stehenden Vernehmungsaussagen konnte darauf verzichtet werden, Zeitzeugen im Rahmen einer Oral-history-Studie zu befragen. Außerdem liegen bereits einige wertvolle Veröffentlichungen in

87 Die Debatte dreht sich um das Verhalten von Angehörigen deutscher Ordnungspolizeibataillone insbesondere bei Judenerschießungen. Vgl. Christopher Browning, *Ganz normale Männer*, Reinbek 1991, der, den bahnbrechenden Charakter seiner Studie unbenommen, Entlastungsaussagen manchmal zu weitgehend und unkritisch übernimmt. Dies konnte ihm Daniel Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker*. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996, S. 243ff., im Einzelfall zwar nachweisen. Goldhagens Quantifizierungen und Verallgemeinerungen sind jedoch methodisch nicht haltbar, ganz abgesehen von der ideengeschichtlichen Herleitung der Judenvernichtung. Als Beispiel für einen abgewogenen, überzeugenderen Umgang mit Vernehmungsaussagen und Erinnerungsberichten kann Yitzhak Arad, Belzec, Sobibor, Treblinka. *The Operation Reinhard Death Camps*, Bloomington und Indianapolis 1987, gelten, besonders für die Opferperspektive.

88 Siehe Breitman; Friedrich; im gleichen Sinn Tuchel, S. 136–138.

89 Es wurden die Feldpostbriefsammlungen der Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart (Sammlung Sterz) und im Landeshauptarchiv Koblenz benutzt. Zu methodischen Problemen Klaus Latzel, *Tourismus und Gewalt. Kriegswahrnehmungen in Feldpostbriefen*, in: Heer/Naumann, besonders S. 448; Wolfram Wette (Hg.), *Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten*, München und Zürich 1992; Ortwin Buchbender/Reinhold Sterz (Hg.), *Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939–1945*. München 1982, S. 13–34; Klara Löffler, *Aufgehoben: Soldatenbriefe aus dem Zweiten Weltkrieg. Eine Studie zur subjektiven Wirklichkeit des Krieges*, Bamberg 1992. – Im zweiten Halbjahr 1941 wurden 8,5 Millionen Feldpostbriefe in 12 000 Waggons an die Ostfront gebracht, 5000 Waggons voll kamen von der Ostfront. Die Ostwirtschaft 1, Nr. 21 v. 3. 2. 1943, BA F 2348, Bl. 9079. Im Juli 1942 erhielt allein eine Division in Weißrußland 2192 Säcke Feldpost, 1004 gingen ab. 203. Sich.Div., Abt.Ib, Beitrag zum Monatsbericht v. 4. 8. 1942, BA-MA RH 26–203/6. Ähnlich 201. Sich.Div., Monatsbericht Januar v. 5. 2. 1943, BA-MA RH 26–201/8. – Angesichts dieser Mengen konnte die Zensur nur einen kleinen Teil der Feldpostsendungen überprüfen.

90 Zu den Entstehungszusammenhängen und zu erschienenen Büchern über Gemeinden in Weißrußland Robert Moses Shapiro, »Yizker-Bikher« as Sources on Jewish Communities in Soviet Belorussia and Soviet Ukraine During the Holocaust, in: Dobroszycki/Gurock, S. 223–236; Jack Kugelmass/Jonathan Boyarin (Hg.), *From a Ruined Garden. The Memorial Books of Polish Jewry*, New York 1983, besonders S. 224–264. Nur über sieben Orte im östlichen, schon vor 1939 sowjetischen Teil Weißrußlands liegen Erinnerungsbücher vor. Für die Westhälfte sind es erheblich mehr.

dieser Richtung vor.⁹¹ Dazu kommen veröffentlichte Erinnerungen und Memoiren von Funktionären der Zivilverwaltung, deutschen Offizieren, Angehörigen der weißrussischen Partisanenbewegung und überlebenden Juden, von denen einige 1941 aus Deutschland nach Minsk deportiert worden waren.

Im folgenden werden zur Entlastung des Anmerkungsapparats für Veröffentlichungen Kurztitel und bei Archivalien Abkürzungen für die gängigsten Institutionen verwendet. Entsprechend den Auflagen der Justizbehörden und teilweise auch der Archive werden die Namen der Beteiligten von Justizverfahren abgekürzt, es sei denn, sie sind Personen der Zeitgeschichte, das heißt ihre Namen sind bereits in Veröffentlichungen genannt oder sie sind rechtskräftig verurteilt worden. »Weißrußland« bezeichnet im folgenden für die Zeit ab dem 22. Juni 1941 das Nachkriegsgebiet, lediglich für einige Vorkriegsstatistiken den Stand von 1940. Mit »Weißrussen« sind, wenn nicht anders angegeben, alle Bürger Weißrußlands gemeint, also auch die polnischer, russischer oder jüdischer Nationalität. Alternativ spreche ich von »einheimischer Verwaltung« usw., was natürlich nicht national abwertend gemeint ist. Ortsnamen werden in der Regel in der deutschen Schreibweise während der Besatzung wiedergegeben, die sich teils an polnischen, teils an russischen Bezeichnungen orientierte.

In einer Darstellung, deren Thema über weite Strecken Pläne und Verwirklichung von Massenhorden und ähnlich schwerwiegenden Verbrechen sind, besteht immer das Problem, eine wissenschaftlich wie menschlich angemessene Sprache zu finden.⁹² Die Absichten der Initiatoren und ausführenden Täter zu erforschen, hat zur Voraussetzung, ihre Gedankengänge soweit wie möglich zu rekonstruieren. Diese sind so furchtbar und abscheulich wie die Tat selbst, von erschreckender Gefühlskälte und Unmenschlichkeit. Es wird das Ziel der Darstellung sein, sich von der Sprache der Täter zu distanzieren, sie von Fall zu Fall auch zu ihrer Entlarvung im Zitat zu nutzen. Manchmal erscheint es schier unmöglich, die Motive der Verantwortlichen anders als in ihren eigenen Begriffen auszudrücken; dann müssen Anführungszeichen zu Hilfe genommen werden.⁹³ Die Grenze sprachlicher Wiedergabe ist in jedem Fall erreicht, wo eine derartige Zahl grausiger Verbrechen zu schildern ist, gleich wie sehr man sich ihnen nähert. Für die Aufgabenstellung dieser Arbeit, in der es mehr um die hinter den Verbrechen stehenden Strategien geht, ist es nicht notwendig, die Organisation und Ausführung der Morde und Massaker eingehend zu beschreiben, wie dies zum Teil in anderen Darstellungen geschehen ist.⁹⁴ Ich verzichte bewußt darauf, bin mir aber sehr wohl bewußt, wie schrecklich, schändlich und erschütternd das von mir untersuchte Geschehen war, ohne daß Worte, noch gar eine wissenschaftliche Sprache, dies je ausdrücken könnten.

91 Kohl; Ales Adamovitch/Yanka Bryl/Vladimir Kolesnik, *Out of the Fire*, Moskau 1980; Svetlana Alexijewitsch, *Die letzten Zeugen*, Berlin-O. 1989.

92 Siehe hierzu die Bemerkungen bei Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien*, München 1996, S. 21f.

93 Im folgenden werden doppelte Anführungszeichen für Zitate aus vorliegenden, schriftlichen Dokumenten, die als Quelle angegeben sind, benutzt, einfache Anführungszeichen hingegen für den sinngemäßen Gebrauch der Terminologie der Vertreter der Besatzungsmacht, der nicht durch eine Belegstelle nachgewiesen wird.

94 Siehe etwa die Arbeiten von Browning 1991, Goldhagen, Angrick u. a. und Pohl 1996.

1.4 Vorgehensweise

Die folgende Darstellung gliedert sich in drei große Abschnitte: Abschnitt eins behandelt die Voraussetzungen der deutschen Besatzungspolitik in Weißrußland (Kapitel 2 bis 3), Abschnitt zwei analysiert die deutsche Wirtschaftspolitik (Hauptteil I – Kapitel 4 bis 6), und Abschnitt drei beschäftigt sich mit der deutschen Vernichtungspolitik in Weißrußland (Hauptteil II – Kapitel 7 bis 11).

Nach einem kurzen Überblick über die jüngere politische, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Weißrußlands bis zum Sommer 1941 soll zunächst die Rolle Weißrußlands in den wirtschaftlichen und politischen Plänen für die Besetzung dargestellt werden, die von Anfang an eng mit Plänen für Massenmorde verbunden waren. Dagegen hatten, wie anschließend zu zeigen ist, Vorhaben für eine Besiedlung des Landes mit Deutschen keinen wesentlichen Einfluß auf die Besatzungspolitik. Dann führt ein Abriß der militärischen Ereignisse bis zur Eroberung der Region, der dort eingesetzten verschiedenen Instanzen der deutschen Verwaltung, ihrer Strukturen, ihrer Funktionsweise und ihres Personals an die Besatzungsgeschichte heran.

Der anschließende Hauptteil I beschäftigt sich mit der Landwirtschafts-, Ernährungs-, Industrie-, Entstädterungs- und Arbeitspolitik. Er ist in wesentlichen Teilen strukturell angelegt und bietet den Versuch, außer wirtschaftlichen Voraussetzungen, Produktion und Aneignung (»Erfassung«) auch jene brutale Form der Sozialpolitik in den Blick zu nehmen, die die Besatzungsmacht in Weißrußland durchzuführen versuchte und die das Schicksal ganzer Bevölkerungsgruppen ihrem wirtschaftlichen Wert für die Besatzungsmacht unterordnete. Lediglich bestimmte Teile, die dynamische Prozesse schildern – so zur Agrarreform, zur Ernährungspolitik und Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften –, folgen einem chronologischen Muster.

Hauptteil II versucht weitgehend chronologisch, Abläufe, Dimension, Entscheidungsprozesse und Beteiligte der deutschen Massenverbrechen gegen die wichtigsten betroffenen Bevölkerungsgruppen – Juden, Kriegsgefangene, Opfer der Partisanenbekämpfung und andere – getrennt zu rekonstruieren. Bei der Partisanenbekämpfung wird ausführlich auf die strategischen Grundüberlegungen eingegangen, die vier logisch aufeinander folgende Stufen bildeten. Es wird jeweils versucht, Zusammenhänge oder Widersprüche zu den wirtschaftlichen Interessen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen festzustellen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Ernährungs- und die Arbeitspolitik. Während sich die Kapitel zum Mord an Juden und Kriegsgefangenen auf die erste Hälfte der Besatzung konzentrieren müssen, ist es bei der Partisanenbekämpfung, den Verbrechen gegen Kinder und den Räumungsverbrechen die zweite Hälfte.

Im Schlußkapitel 12 werden nicht nur die Ergebnisse zusammengefaßt und chronologisch gebündelt, sondern auch Folgerungen zum Zusammenhang der verschiedenen Massenverbrechen und zu ihrer Entstehung, verbunden mit wirtschaftspolitischen Entscheidungen, gezogen. Schließlich folgen weiterführende Überlegungen zum Verhältnis von wirtschaftlichen und ideologischen Motiven bei der Inangasetzung, Steuerung und Beschleunigung der Massenverbrechen.

2. Deutsche Planungen für Weißrußland und ihre Grundlagen

2.1 Die historischen Voraussetzungen in Weißrußland

Weißrußland, heute eine unabhängige Republik, die der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten angehört, ist ein osteuropäisches Binnenland mittlerer Größe mit jetzt etwa 208 000 Quadratkilometern und elf Millionen Einwohnern. Es grenzt im Westen an Polen, im Nordwesten an Litauen und Lettland, im Osten an Rußland und im Süden an die Ukraine. Das Land ist überwiegend flach und weist vor allem im Zentrum und im Nordwesten einige Höhenzüge auf, von denen der höchste in der Nähe von Minsk 346 Meter erreicht. Weißrußland wird von mehreren Flußsystemen durchzogen: Zapadnaja Dwina im Norden, Neman und Bug fließen westwärts in die Ostsee, der Osten des Landes wird vom südlich in Richtung Schwarzes Meer fließenden Dnjepr und seinen Nebenflüssen Pripjet, Beresina und Sosh geprägt. Das Klima ist kontinental, die Winter sind rau. Der Waldanteil ist nicht größer als in Deutschland, doch gibt es erhebliche Ödflächen, besonders mit den nach dem Krieg nur teilweise trockengelegten Pripjetsümpfen im Süden.

Der folgende Überblick geht statt einer umfassenden Darstellung der weißrussischen Geschichte nur auf Gesichtspunkte ein, die einerseits für das Verständnis der deutschen Besatzungspolitik 1941 bis 1944 und andererseits für die damaligen deutschen Analysen der Situation in Weißrußland von Bedeutung sind. Bis 1991 hat Weißrußland nie einen unabhängigen Staat gebildet. Im Lauf seiner Geschichte hatte es immer zu Rußland oder Polen gehört.¹ Es verfügt über keine nennenswerten mineralischen Bodenschätze.² Deshalb und wegen seiner verkehrungünstigen Binnenlage waren Industrialisierung und Städtebildung im 19. Jahrhundert dort besonders schwach ausgeprägt. Stärkere industrielle Ansätze zeigten sich erst um die Jahrhundertwende. Von russischen und polnischen Eliten beherrscht, lebten die Weißrussen vorwiegend als kleine und mittlere Agrarproduzenten. Das Weißrussische galt als Sprache ungebildeter Bauern und wurde relativ spät verschriftlicht. Amtsverkehr, Öffentlichkeit und Literatur prägten Russisch und Polnisch.

Im Ersten Weltkrieg wurden Teile Weißrußlands deutsch besetzt³ und als Kriegsschauplatz verwüstet. Im Herbst 1915 verlief die deutsch-russische Front bei Grodno und westlich von Pinsk, die Demarkationslinie im Frühjahr 1918 westlich von Witebsk, bei Mogilew und östlich Gomel.⁴ Der Stab des Befehlshabers des »Landes

1 Siehe allgemein Baranowa/Pawlowa, S. 9–71; aus der Sicht des Exils Vakar, Zaprudnik. Ferner Eugen v. Engelhardt 1943; Weißruthenien und die Weißruthenen in bolschewistischer Auffassung (1942).

2 Vgl. z.B. die Weißruthenien-Denkschrift des Wannsee-Instituts vom Frühjahr 1941, BA R 93/18, Bl. 137 f. – 1942 bereiste der Geologieprofessor Paul Thomsen Weißrußland auf der Suche nach Bodenschätzen, kam aber nur zu mageren Ergebnissen (Minsker Zeitung v. 22. 9. 1942). Öl-, Erdgas- und Kalivorkommen von regionaler Bedeutung wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg entdeckt.

3 Dazu allgemein Remer, hier S. 33 ff.; N. Müller 1971, S. 35 ff.; Zaprudnik, S. 65–80.

4 Die Ausnutzung der besetzten Gebiete für die Ernährung der Front und Heimat im 1. Weltkrieg (erarbeitet in der Geschäftsgruppe Ernährung des Beauftr. VJP), BA F 10633, Bl. 1230 bzw. 1239; allgemein zur Phase 1915–1918 Turonek, S. 13–30.

Oberost«, das Litauen, Kurland und Westweißrußland umfaßte, residierte zeitweise in Baranowitschi.⁵ Man versuchte bereits, das Gebiet wirtschaftlich für Deutschland auszubeuten, räumte jedoch der Versorgung der einheimischen Zivilbevölkerung noch relativen Vorrang ein. Arbeitskräfte aus dem Land »Oberost« wurden in der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt.⁶

Nachdem es Überlegungen gegeben hatte, die Weißrussen strafhalber aus dem Gebiet von Bialystok und Grodno des »Landes Oberost« auszusiedeln, wandelte sich die deutsche Politik gegenüber der weißrussischen Nationalbewegung im Lauf des Jahres 1917⁷ 1918 bemühten sich die Deutschen im Unterschied zum Zweiten Weltkrieg, politisch und wirtschaftlich abhängige »unabhängige« bürgerliche Regierungen im Westen Sowjetrußlands zu installieren. Am 25. Februar 1918 rückte das deutsche Heer in Minsk ein. Einen Monat später rief dort die (erste) bürgerliche Rada die Unabhängigkeit von Rußland aus, konnte sich aber nur bis zum Einmarsch der Roten Armee im Dezember halten. Ohnehin war die deutsche Regierung am ehesten bereit gewesen, dieses Land als Verhandlungsmasse zu verwenden und gegenüber Sowjetrußland Desinteresse auszudrücken.⁸ Am 1. Januar 1919 wurde die Unabhängige Sozialistische Räterepublik Weißrußland proklamiert. Jedoch waren Minsk und ein großer Teil Weißrußlands vom August 1919 bis zum 11. Juli 1920 von den Polen besetzt. Hinter der Front tobte schon damals ein erbitterter Partisanenkrieg.⁹ Zwar gelang am 1. August 1920 die Neugründung der Weißrussischen Sowjetrepublik, große Gebiete mit weißrussischer Bevölkerungsmehrheit fielen mit dem Frieden von Wilna aber an den neugegründeten polnischen Staat (Abb. 1, S. 42).¹⁰ In mehreren Regionen waren durch Krieg, Flucht und Vertreibung große Bevölkerungsverluste eingetreten,¹¹ Industrie und Städte hatten schweren Schaden genommen. Die Industrieproduktion betrug weniger als die Hälfte des Vorkriegsstandes und erholte sich nur langsam.¹² Innerhalb des polnischen und sowjetischen Staates entwickelte sich das weißrussische Gebiet in vielen Lebensbereichen unterschiedlich.

-
- 5 221. Sich.Div., Abt. Ic, Betr.: Wissenswertes aus dem Bezirk Gau-Westgebiet und Weißrußland, 2. Fortsetzung v. 12. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 198; zum »Land Oberost« umfassend Strazhas.
- 6 Vgl. Strazhas, S. 38–42; Die Ausnutzung der besetzten Gebiete für die Ernährung der Front und Heimat im 1. Weltkrieg sowie Die landwirtschaftlichen Leistungen der besetzten Ostgebiete im ersten Weltkrieg, BA F 10633, Bl. 1227–1266 und 1200–1226. Verfasser des zweiten Papiers war offenbar Kriegsverwaltungsrat Wilhelm Henne, der erste Leiter der Landwirtschaftsabteilung des GK Weißruthenien 1941 (Notiz ebd.).
- 7 Strazhas, S. 262f.
- 8 Vgl. Baumgart, S. 281 und 297.
- 9 Diese Tatsache war den Deutschen im Zweiten Weltkrieg gut bekannt, vgl. etwa Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 13 v. 21. 7. 1942, BA-MA, SF-02/31535, Bl. 50. Zu zahlreichen Partisanenaktionen gegen die deutsche Besatzung in Litauen, Kurland und Westweißrußland 1915–1917 Strazhas, S. 13ff.
- 10 Zu diesem Absatz vgl. Baranowa/Pawlowa; Zaprudnik; S. Agweßkij, Die sozialpolitische Bewegung in Weißruthenien (1861 bis 1925), in: Weißruthenien und die Weißruthenen in bolschewistischer Auffassung, S. 24–29; Die Ernährungs- und Landwirtschaft der Weißrussischen Sowjet-Republik, von Dipl. Forstwirt E. v. Engelhardt [entstanden im ersten Halbjahr 1941], BA F 10772, Bl. 905; Ignatowskij/Smolitschi 1942, in ZStA Minsk 391–1–282, hier Bl. 22f.
- 11 Vgl. Ignatowskij/Smolitschi, Bl. 7; Weißruthenien und die Weißruthenen, S. 9, 71f. Die Einwohnerzahl von Minsk entwickelte sich wie folgt: 1913 106 000, 1917 154 000, 1921 103 000, 1931 163 000, 1937 210 000. Deutsche Zeitung im Ostland v. 15. 3. 1944.
- 12 Baranowa/Pawlowa, S. 88; Zaprudnik, S. 78.

Im Osten existierte Weißrußland erstmals als politische Einheit, wenn auch nur auf einem Teil des späteren Gebiets. Die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) wurde 1924/26 von 52 000 Quadratkilometern mit 1,5 Millionen Einwohnern (1922) auf 126 000 Quadratkilometer mit 4,8 Millionen Einwohnern erweitert. Die Osthälfte durchlief die bekannten politischen, ökonomischen und sozialen Prozesse innerhalb der Sowjetunion. Nach der Enteignung der Großgrundbesitzer und Großunternehmer folgten die Phase des sogenannten Kriegskommunismus 1918 bis 1921, Neue Ökonomische Politik (NEP) 1922 bis 1928, Kollektivierung der Landwirtschaft und Industrialisierung in den dreißiger Jahren. Kultur- und Bildungssektor erlebten in den zwanziger Jahren einen Aufschwung, doch bekämpfte der NKWD besonders seit 1929 Ansätze weißrussischer und polnischer Nationalbewegungen.¹³ Der sowjetische Massenterror gipfelte im östlichen Weißrußland besonders in drei Verfolgungs- und Verhaftungswellen 1930, 1933 und 1937/38. 1938 waren hiervon zahlreiche Einwohner polnischer Nationalität, teils Exilanten, betroffen. Doch liegen zum Komplex der Verfolgungen, vor allem über die Zahl der Opfer, noch kaum gesicherte und fundierte Erkenntnisse vor.¹⁴

Auf dem Agrargebiet entstanden durch die Verteilung des Bodens zunächst zahlreiche Kleinbetriebe mit einer durchschnittlichen Ackerfläche von 5,7 Hektar (1925).¹⁵ Die Kollektivierung wurde Anfang der dreißiger Jahre mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren gegenüber der übrigen Union durchgeführt.¹⁶ Offenbar gingen die Behörden in den agrarisch wichtigsten sowjetischen Landesteilen energischer vor; außerdem bot sich die Kollektivierung in manchen Regionen der BSSR, wo man in den zwanziger Jahren zunächst die Rückentwicklung zu Weilern und Einzelgehöften (Chutors) unterstützt hatte, wegen der oft kleinen, von Wäldern und Sümpfen zertrennten Flächen nicht überall an. Auch Widerstand eines Teils der Bauern mag eine Rolle gespielt haben. Im allgemeinen wurden Kolchosen gebildet. Die Sowchosen blieben ohne große Bedeutung, Riesengüter gab es hier nicht. Von der Hungerkatastrophe 1932/33 blieb Weißrußland anscheinend verschont und nahm zu dieser Zeit Flüchtlinge aus dem Süden auf.¹⁷

Beim Aufbau der Industrie gab es zur Zeit der NEP zunächst kaum Fortschritte. 1922 hatten die 595 größten Unternehmen lediglich 28 600 Arbeiter (im Schnitt also nur 50), 1924/25 betrug der Anteil der Industrieproduktion an der Gesamtvolkswirtschaft der BSSR lediglich 18,3 Prozent (UdSSR 38, Weißrußland 1913 rund 25 Prozent).

¹³ Vgl. Chiari 1994; Chiari 1998, S. 30f.

¹⁴ Siehe neuere Darstellungen mit wenig glaubwürdigen Angaben wie Zaprudnik, S. 87; vgl. auch Marples 1994. Es kann z.B. keinen seriösen Zweifel daran geben, daß in den 1988 bekannt gewordenen Gräbern bei Kuropaty nördlich von Minsk Opfer sowjetischer Massenerschießungen liegen, aber begründete Zweifel an nicht belegten Zahlen. Weißrussische Exilautoren haben die Sowjets statt der Deutschen für den größten Teil der weißrussischen Bevölkerungsverluste zwischen den dreißiger und fünfziger Jahre verantwortlich gemacht; solche Darstellungen sind abwegig. Vgl. Zaprudnik, S. 101, und Kabysch, S. 87.

¹⁵ Die Landwirtschaft der Weißruthenischen Sozialistischen Sowjetrepublik, BA F 10772, Bl. 929f.

¹⁶ Vgl. Stellungnahme des Wannsee-Instituts (Verfasser M. Achmeteli alias K. Michael) zur Neuen Agrarordnung, abgeschlossen Ende April 1942, BA R 58/238, Bl. 31.

¹⁷ Vgl. Vakar, S. 137ff., Wilenchik, S. 132ff., und Wannsee-Institut: Weißruthenien, BA R 93/18. 1938 bewirtschafteten die weißrussischen Sowchosen nur 1,82 % der Gesamtanbaufläche, Einzelbauern immerhin noch 3,22 %; Vaatz 1942, S. 31.

72 Prozent der gewerblich Beschäftigten realisierten in handwerklichen Kleinbetrieben 41,1 Prozent der Industrieproduktion. Es fehlten eine »energetische Basis« und die »produktionsmittelproduzierenden« Bereiche.¹⁸ Zwischen 1922 und 1928 wurden vor allem Landmaschinenbau, Textil-, Holz-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie auf der Basis heimischer Rohstoffe ausgebaut. Einige kleinere neue Fabriken wurden mit in Deutschland gekauften Maschinen ausgestattet.¹⁹ Den Umschwung markierte der Bau des vor dem Krieg größten weißrussischen Kraftwerks »Belgres« bei Orscha 1926 bis 1928. Der erste Fünfjahrplan 1928 bis 1932 brachte hohe Investitionen, die Steigerung der Industrieproduktion nach sowjetischen Angaben um 416 Prozent (UdSSR 219 Prozent), ein Wachstum des Staatshaushalts um 400 Prozent (RSFSR 207 Prozent),²⁰ den Ausbau der alten und den Aufbau neuer Industriezweige wie Metall- (besonders Werkzeugmaschinen, Turbinen und Motoren), chemische und Baustoffindustrie. 200 Großbetriebe wurden modernisiert oder neu gebaut. 1932 kam mehr als die Hälfte der Industrieproduktion aus den neuen Betrieben. 1937 soll der Anteil der Industrieerzeugung an der Gesamtwirtschaft bereits 73 Prozent betragen haben. Die Schwerindustrie beschäftigte 1927 27 600, 1939 schon 142 200 Arbeiter, doch der Schwerpunkt des Aufbaus lag bei der Nahrungsmittel- und Leichtindustrie. 1940 wurden immerhin über eine Million Arbeiter und Angestellte gezählt.²¹

Das Land war arm und hatte immer noch ein bäuerliches Gepräge, aber mit relativ modernen Fabriken existierte wenigstens die Grundlage einer diversifizierten Industrie. Auch die Sozialstruktur hatte sich erheblich verändert. Zwischen 1926 und 1939 wuchs die Stadtbevölkerung von 847 830 (17 Prozent der Gesamtbevölkerung) auf 1 372 522 (24,6 Prozent).²² Die fünf größten Städte Minsk, Witebsk, Gomel, Mogilew und Bobruisk wuchsen allein um rund 305 000 Einwohner. 1939 besuchten in Weißrußland 33 300 Studenten die meist neu gegründeten Universitäten.²³

Die Integration der jüdischen Menschen im sowjetischen Teil Weißrußlands kam voran. Rechtlich wurden sie der übrigen Bevölkerung gleichgestellt. Viele siedelten, allerdings oft nach der Enteignung in Handel und Gewerbe, in die größeren Städte über und fanden neue Arbeit in der Verwaltung und in starkem Maß auch als Fabrikarbeiter. Heiraten mit Nichtjuden wurden erheblich häufiger.²⁴ Die Grenzen zwischen den jüdischen und nichtjüdischen Wohngebieten verwischten sich zumindest in den größeren Städten völlig. Jiddisch war 1924 zu einer der vier gleichberechtigten Hauptsprachen der BSSR erklärt worden, hatte diesen Status allerdings mit der Verfassung der BSSR von 1937 verloren. Wenn trotzdem 1935 nur 25 000 Kinder jiddisch-

18 Vgl. Kästner, S. 79; vgl. Wilenchik, S. 135.

19 Ein großer Teil des bescheidenen weißrussischen Außenhandels wurde damals mit Deutschland abgewickelt, 1924/25 22,4 % der Importe und 59,3 % der Exporte. Vgl. Jermolowitsch, S. 9.

20 Zuschüsse der Union für den weißrussischen Haushalt wurden Mitte der dreißiger Jahre überflüssig.

21 Vgl. Kästner, S. 80–82, und Baranowa/Pawlowa, S. 95–104. Die bei Kästner genannten Zahlen sind mitunter widersprüchlich, die Grundtendenz dürfte unumstritten sein.

22 Wannsee-Institut: Weißruthenien, BA R 93/18, Bl. 31.

23 Krakauer Zeitung v. 5. 5. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 13, sowie Vakar, S. 151; ferner Chiari 1994.

24 Vgl. Ainsztein, S. 208. Dagegen war beispielsweise in der 25 000 Einwohner zählenden Stadt Slonim im bis 1939 polnischen Teil nur eine einzige Ehe zwischen Juden und Nichtjuden bekannt. Jüdische und nichtjüdische Viertel waren strikt getrennt. Vgl. Vern. N.K. v. 7. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband C 7, Bl. 20.

sprachige Schulen besuchten,²⁵ so vor allem deshalb, weil sich die jüdische Bevölkerung in Weißrußland besonders bereitwillig in die sowjetische Gesellschaft einfügte und mit ihr identifizierte.²⁶ Allerdings waren ein Teil der jüdischen »Kapitalisten« in den zwanziger und der Intellektuellen in den dreißiger Jahren politischer Verfolgung ausgesetzt. Gleichzeitig hielt sich nach wie vor ein teilweise staatlich bekämpfter, meist unterschwelliger Antisemitismus.²⁷

Weißrußland verfügte über große revolutionäre Traditionen im Sinne der kommunistischen Bewegung. Der erste Parteitag der SDAPR hatte 1898 in Minsk stattgefunden;²⁸ von den namhaften Parteiführern stammte der erste Vorsitzende der Tscheka, Felix Dzierzynski, aus Weißrußland, und im Jahr 1917 hatten die Bolschewiki am gleichen Tag wie in Petrograd, am 25. Oktober (7. November neuen Stils), die Macht ergriffen – nur unblutig.²⁹ Auch der zunehmende Atheismus war Anzeichen einer verbreiteten Identifikation mit den sozialistischen Ideen. Diese Umstände waren der deutschen Besatzungsverwaltung wohlbekannt.

Im polnischen Teil des weißrussischen Gebiets waren die Vorzeichen andere. Rund die Hälfte der Bewohner waren dort weißrussischer Nationalität, gut ein Drittel Polen.³⁰ Die Grenzziehung zwischen Polen und dem sowjetischen Staat, der später ungefähr die deutsch-sowjetische Interessenabgrenzung 1939 bis 1941 und die 1944/45 festgelegte Grenze zwischen der UdSSR und Polen entsprachen, ging auf einen Vorschlag des britischen Außenministers Clifford Curzon zurück. Nur in manchen der zu Polen geschlagenen Territorien, die heute zu Weißrußland gehören, gab es eine polnische Bevölkerungsmehrheit, etwa in der Gegend von Lida und Brest. So war es generell auch in den Städten, wo außerdem 40 Prozent der Einwohner Juden waren. In anderen Gebieten stellten die Weißrussen die Mehrheit der sehr gemischten Bevölkerung. Die Grenzen waren fließend.³¹ In Ostpolen herrschte eine rigide Polonisierungspolitik. Die teils bürgerliche, teils prosovietische weißrussische Nationalbewegung wurde unterdrückt. Die weißrussische Sprache wurde im Schulwesen zurückgedrängt – Nichtbeherrschung des Polnischen bedeutete den Verlust des passiven Wahlrechts –, das Vereinigungsrecht eingeschränkt, die russisch-orthodoxe Kirche bekämpft und die Verwaltung weitgehend mit polnischen Beamten besetzt. Allein zwischen 1929 und 1939 wurden 300 000 Polen in Westweißrußland angesiedelt, meist Verwaltungskräfte, Militärs und ihre Familien. Weißrussen waren in der Führungsschicht kaum vertreten. In der polnischen Öffentlichkeit wurden die Weißrussen kaum als Nation akzeptiert, sondern vielmehr als rückständige, kulturlose, exo-

25 Vakar, S. 142 und 160. Weitere Staatssprachen waren Weißrussisch, Russisch und Polnisch. 1937 blieben noch Weißrussisch und Russisch, siehe Chiari 1998, S. 31.

26 Smolar, S. 10, hebt die damalige Minsker »Soviet Yiddishkayt« im Gegensatz zur Situation in Westweißrußland, wo er im Untergrund politisch tätig war, aber auch im Unterschied zu Kiew, Charkow oder andern ukrainischen Städten hervor (Hervorhebung im Original).

27 Zum Antisemitismus in der Sowjetunion der Zwischenkriegszeit siehe umfassend Vetter; N. Levin 1988.

28 Der Veranstaltungsort brannte 1941 ab, die Deutschen zerstörten später auch Grundmauern und Umzäunung. Vgl. Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, Hauptarbeitsgemeinschaft Mitte, Rundschreiben Nr. 1 v. 21. 5. 1943, BA F 13666, Bl. 9187f. Das Haus ist nach dem Krieg rekonstruiert worden.

29 Vgl. Agweßkij in: Weißruthenien und die Weißruthenen in bolschewistischer Auffassung, S. 24.

30 Iwanow 1991, S. 255; Chiari 1998, S. 29.

31 Zu Manipulationen bei den polnischen Volkszählungen Vakar, S. 107ff. und 122ff.; vgl. Tätigkeitsbericht und Räumungsprotokoll des Gebietslandwirts in Lida v. 1. 8. 1944, BA R 93/15.

tische, zur Beherrschung bestimmte, teils separatistische Bevölkerung bestimmter Gebiete angesehen.³²

Wirtschaftlich herrschte Stagnation. Die Industrie entwickelte sich kaum. Das Biälystoker Textilgewerbe geriet durch die plötzliche Łodzer Konkurrenz in die Krise, ansonsten hatte nur die Holzverarbeitung Bedeutung. Die Infrastruktur blieb schwach. Das Gebiet war das am stärksten unterentwickelte Polens. Das Bildungsniveau war sehr gering. Eine Agrarreform scheiterte im wesentlichen beziehungsweise nahm das östliche Polen aus. Mehr als jede andere Region Polens war dieses Gebiet durch den Großgrundbesitz geprägt. In den dreißiger Jahren machten Höfe unter fünf Hektar zahlenmäßig fast die Hälfte der Landwirtschaftsbetriebe aus, während Gutswirtschaften über 50 Hektar – fast ausschließlich in polnischer Hand – die Hälfte des Ackerlandes besaßen.³³ Die jüdische Bevölkerung im polnischen Westen Weißrußlands hatte nicht nur, angefangen bei massiven Ausschreitungen polnischer Truppen 1919/20, unter zunehmendem Antisemitismus zu leiden, sondern gleichzeitig, damit verknüpft, in besonderem Maß mit wirtschaftlichen Krisen und wirtschaftlicher Stagnation.³⁴

Im September 1939 marschierte die Rote Armee in Ostpolen ein. Auf weißrussischem Gebiet gab es kaum Kampfhandlungen. Der Empfang durch die weißrussische und jüdische Bevölkerung war positiv, die Einwohner polnischer Nationalität reagierten zurückhaltend bis feindlich.³⁵ Ein am 23. Oktober 1939 gewähltes Parlament beantragte die Aufnahme in die BSSR, der am 3. November zugestimmt wurde.³⁶ Damit umfaßte Weißrußland rund 228 600 Quadratkilometer bei einer Einwohnerzahl von ungefähr 10,6 Millionen.³⁷ Nicht eingerechnet ist dabei eine unbestimmbare Zahl von Flüchtlingen aus dem Westen Polens, insbesondere Juden.³⁸ Die neue Elite im Bereich der kommunistischen Partei kam mehrheitlich aus dem alten Gebiet der Sowjetunion.³⁹

In den zwei Jahren bis zum deutschen Angriff wurden die neuen weißrussischen Gebiete zwar sowjetisiert, aber nicht restlos dem Osten angeglichen. Die wichtigste politische Sofortmaßnahme war die Enteignung der Banken, Großunternehmen und des Großgrundbesitzes. Mittelbauern, kleine gewerbliche Betriebe und Geschäfte

32 Zu diesem Punkt Tomaszewski 1985.

33 Zu den letzten beiden Absätzen Vakar, S. 119–136; Zaprudnik, S. 81–87; Wilenchik, S. 139–142. Weiter Oberländer 1935, S. 48 ff., 69 ff. und Anhang, v. a. Karte 9; Vaatz, S. 28 f. Vgl. Ostland in Zahlen, S. 160 f. Danach gab es 1934 im Ostteil Weißrußlands 1272 größere Industriebetriebe mit 127 434 Beschäftigten, im Westteil (1936) 2774 mit 37739 Beschäftigten (durchschnittliche Betriebsgröße also 100 gegenüber nur 13 Beschäftigten).

34 Beyrau, besonders S. 206, 222 f. und 227 f.

35 Vgl. Wilenchik, S. 138; aus exilpolnischer Sicht Gross 1988, S. 39 ff.; Davies/Polonsky, Introduction, S. 15 und 17; Hoffmann, Die Sowjetunion bis zum Vorabend des deutschen Angriffs, S. 119. Jedoch gab es 1939/40 vereinzelt Aktionen von Angehörigen der polnischen Armia Krajowa, Chiari 1998, S. 280 f.

36 Vgl. Schechtman, S. 145 und 371; Wilenchik, S. 145; zu Manipulationen und politischem Druck auf die Wähler Gross 1988, S. 71 ff. Ein Gebiet mit 7000 km² um Wilna wurde an Litauen abgegeben (Vakar, S. 159).

37 Statistische Berichte für das Ostland 3 (1943), Nr. 1–4, S. 8; Statistisches Reichsamt, Abt. VIII: UdSSR, Gebietszuwachs 1939/40, Juni 1941; BA 10682, Bl. 546–657, hier Bl. 553; Turonek, S. 53. Der Zuwachs betrug 101 800 km² mit 5,0 Millionen Einwohnern. Ost- und Westteil waren also fast gleich groß.

38 Die Zahl allein der jüdischen Flüchtlinge in ganz Ostpolen wird auf bis zu 300 000 geschätzt. Siekrerski, S. 113. Der Artikel enthält allerdings einige zweifellos übertriebene Zahlenangaben (S. 112 und 115, Anm. 11).

39 Vgl. Chiari 1998, S. 40.



Abbildung 1: Weißrußland nach der Annexion Ostpolens durch die UdSSR 1939–41

nisatoren
oser und
ußland in
is und in
twa 1000,

im Osten dagegen rund 10000 Kolchosen.⁴¹ Kleine Wirtschaften blieben vorherrschend. Als großes den Ost- und Westteil betreffendes Entwicklungsprojekt wurde 1941 ein Fünfzehnjahresprogramm zur Kultivierung der Pripjetsümpfe aufgestellt, das allein bis 1947 die Trockenlegung von 1,6 Millionen Hektar Sumpfland vorsah.⁴²

⁴⁰ Davies/Polonsky, S. 7f.; Wilenchik, S. 146.

⁴¹ Vgl. Wilenchik, S. 147f., und v. Engelhardt, S. 299. Die Kolchosbauern wurden u. a. durch eine bessere Versorgung mit Bedarfsgütern und Gerätschaften bevorzugt. Vgl. Tagebuchauszug Fritz-Dietlof Graf v. d. Schulenburg v. 9. 7. 1941, in: U. Heinemann, S. 215f.; 6. Division, Abt. Ic, Betr.: Schilderung einer Kolchos-Wirtschaft v. 6. 7. 1941 (Raum Wilejka), BA-MA WF-03/1936, Bl. 608–610. Dort wurde Unzufriedenheit mit dem im März 1940 gegründeten Kolchos festgestellt.

⁴² Vgl. Wirtschaftsdienst Nr. 20 v. 16. 5. 1941, BA 25.01, Nr. 4461, Bl. 42R.

Der industrielle Sektor wurde ab 1939 beschleunigt ausgebaut. Entscheidendes Mittel war dabei weniger die Errichtung neuer Anlagen als die Zusammenlegung und Modernisierung kleinerer Betriebe und ein starkes Wachstum in bestehende Kapazitäten hinein, so bei der brachliegenden Białystoker Textilwirtschaft und der Holzindustrie verschiedener Gegenden. Damit erhöhte sich die Industrieproduktion und die Zahl der Arbeitskräfte binnen zweier Jahre auf das Doppelte bis Dreifache.⁴³ Über die Entwicklung der sozialen Lage der Bevölkerung ist kein eindeutiges Bild zu gewinnen. Jedoch führte die Umbruchsituation für besitzende Schichten in den Städten teils zur Verarmung, während sich, teils für andere Gruppen, neue Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten auftaten.⁴⁴ Soziale Umschichtung wie die Veränderung der Strukturen des öffentlichen Lebens waren beträchtlich.

1939 begann auch die Verfolgung als sowjetfeindlich erachteter Personen von seiten der Behörden, vor allem der Unternehmer und Kaufleute, Angehörigen der polnischen Verwaltung und Polizei, früheren Mitglieder des jüdischen »Bundes« und auch der zuvor illegalen KP als »Abweichler«. Viele wurden verhaftet und ins Innere der Sowjetunion gebracht. Das Jahr 1940 bedeutete den Übergang zu kollektiven Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber als unzuverlässig betrachteten Personen, die die Staatsmacht mit ihren Familien zwangsumsiedelte. In vier Verhaftungswellen im Februar, April und Juni 1940 sowie ab 20. Juni 1941, die jeweils verschiedenen Gruppen galten, waren polnische Siedler, Flüchtlinge aus Westpolen, lokale Führungsschichten und Intelligenz, weißrussische Nationalisten, Waldarbeiter, Zionisten, jüdische Kleingewerbetreibende und Intellektuelle betroffen.⁴⁵ Viele von ihnen wurden später erschossen, darunter offenbar in Kuropaty.⁴⁶ Für den Umfang der Deportationen ist, ebenso wie über die Zahl der Todesopfer, wiederum keine zuverlässige Datenbasis, sondern nur stark voneinander abweichende, teils politisch motivierte Schätzungen bekannt.⁴⁷ Nach verschiedenen Angaben wurden zwischen 140 000 und 305 000 Personen aus Westweißrußland in Spezialsiedlungen, Lager und Gefängnisse

43 Vgl. Wilenchik, S. 147; Der Ost-Express Nr. 110 v. 13. 5. 1941, BA 25.01, Nr. 4461, Bl. 37R; Vakar, S. 168; Deutsche Reichsbank: UdSSR, Gebietszuwachs 1939/40, BA F 10682, Bl. 608; andere Darstellung Sword, S. 93.

44 Den einstweilen mangelhaften Forschungsstand spiegeln die Sammelbände von Davies/Polonsky und Sword wider. Malanowski und Sword, die von einer generell drastischen Verschlechterung des Lebensstandards ausgehen, idealisieren die Zustände vor 1939 und berücksichtigen die unteren Bevölkerungsschichten wenig. Ähnlich Gross 1991, S. 71. Vgl. dagegen etwa einen Bericht der polnischen Exilregierung vom Februar 1940, in: Davies/Polonsky, S. 264f. Zur Wandlung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der jüdischen Bevölkerung Levin 1995, S. 65–88.

45 Am 10. 2. 1940 waren Militärsiedler, fast alle polnischer Nationalität, am 13. 4. die lokalen Führungsschichten, Angehörige der Intelligenz, Landeigner, politische Aktivisten, weißrussische Nationalisten und in der letzten Juniwoche 1940 polnische Aktivisten, Personen mit Verwandten im Ausland, Flüchtlinge aus Westpolen – besonders Juden – und Leute mit Verwandten in Lagern betroffen. Die vierte Welle begann am 20. 6. 1941. Vgl. Gross 1988, S. 127ff. und 179f.; Ziemaszkó; Davies/Polonsky, Introduction, S. 11f.; zu den Zionisten Cholawsky 1982, S. 13–38.

46 Marples, S. 521f.

47 So rechnet Gross (1988, S. 172, 179f.) zu der von ihm vertretenen Zahl von 1,25 Millionen aus ganz Ostpolen Deportierten pauschal 50 000 Arbeiter, die ins Donbass-Revier gingen, weitere freiwillige Umsiedler, die zur Roten Armee Eingezogenen (300 000) und die nach dem deutschen Angriff aus Waisenhäusern und Sommerlagern geretteten und evakuierten Kinder.

deportiert, meist ganze Familien – darunter bis zu 100 000 Menschen weißrussischer Nationalität.⁴⁸

Während die Bevölkerung in den vor 1939 sowjetischen Teilen Weißrußlands relativ homogen, russische, jüdische und polnische Minderheit weitgehend integriert und gleichberechtigt waren, blieb die Westhälfte zerrissen zwischen den verfeindeten weißrussischen, polnischen und – im Südwesten – ukrainischen Bevölkerungsgruppen, die Juden waren stark marginalisiert. Damit setzten sich die seit Jahrzehnten andauernden Nationalitätenkonflikte in diesem Gebiet verstärkt fort, und zwar, wenn auch nicht ganz so stark ausgeprägt wie in der Westukraine, teils in Form blutiger Kämpfe auch während der ganzen deutschen Besatzungszeit.⁴⁹ Die polnische Armia Krajowa gewann nicht unbedeutenden Einfluß. Zu verschiedenen religiösen Orientierungen – Weißrussen und Russen waren überwiegend russisch-orthodox, Polen sowie ein Teil der Ukrainer und eine Minderheit der Weißrussen katholisch – traten auch unterschiedliche Einstellungen im Kampf zwischen sowjetischem und kapitalistischem System, symbolisiert durch die Hoffnung auf eine Rückkehr der polnischen Herrschaft.

Es gab vor Beginn der deutschen Invasion 1941 also sehr wohl »gravierende Unterschiede in der Sozialstruktur zwischen Ost- und Westhälfte«.⁵⁰ Auch wirtschaftlich und von den politischen Einstellungen her bestanden diese Differenzen, als die Deutschen einmarschierten, und sie spielten während der Besatzungszeit eine beträchtliche Rolle. Angst, Unsicherheit, die teils feindliche Atmosphäre zwischen den Nationalitäten im Westen und antikommunistische Stimmungen vor allem infolge der sowjetischen Verfolgungsaktionen im ganzen Land trugen dazu bei, daß die Besatzungsmacht nicht wenige Helfer, Sympathisanten oder zumindest Verbündete fand.

2.2 Die Entstehung deutscher Vernichtungspläne gegen die sowjetische Bevölkerung

Im allgemeinen hat sich die historische Forschung stark darauf konzentriert, deutsche Pläne für die Vernichtung der sowjetischen Juden, der sogenannten Kommissare und politischer Gegner im Frühjahr 1941 nachzuweisen. Die angestrebte deutsche Politik wurde und wird oft mit dem Begriff des »rassen-ideologischen Vernichtungskrieges«

48 Vgl. Wilenchik, S. 146f., und Kabysh, S. 84. Gross 1991, S. 72f., nennt Anteile von 37 % Männern, 36 % Frauen und 29 % Kindern. Für Ostpolen insgesamt geben Gross 1 250 000, Siemaszko 1 646 000, Robel 300 000 Deportierte an, Ainsztein allein 250 000–350 000 Juden, Arad schätzt erheblich weniger. Das Außenministerium der polnischen Exilregierung nannte 1944 eine Zahl von 880 000, UdSSR-Außenminister Wyschinski 387 932 Personen. Der Westen Weißrußlands umfaßte etwa 36 % (5 von 13,5 Millionen) der Bewohner des ehemaligen Ostpolen. Siemaszko schätzt, daß 15 % der Deportierten in Strafprozessen verurteilt wurden, 60 % als sogenannte Verdächtige galten, 13 % seien Rekruten der Roten Armee gewesen, 12 % Kriegsgefangene. Nach Grudzinska-Gross/Gross kamen etwa 35 % der Menschen in Lager und Gefängnisse, 50 % in sogenannte Spezialsiedlungen, die übrigen waren bei der Roten Armee. Gross 1988, S. 172f.; Siemaszko, S. 217f.; Ainsztein, S. 223; Robel 1991, S. 501; Davies/Polonsky, Introduction, S. 12; Arad 1991, S. 9; Wyschinskis Angabe nach Grudzinska-Gross/Gross, S. XXII f.

49 Hierzu insbesondere Chiari 1998, S. 270–302, für 1939–1941 ebd., S. 42–44; siehe weiter Turonek; für die polnisch-litauisch-weißrussischen Konflikte im Wilnagebiet, dem im April 1942 auch weißrussisches Gebiet zugeschlagen wurde, Wardzyńska.

50 Gegenteilige Behauptung bei Wilhelm 1981, S. 309.

definiert.⁵¹ Dieser war aber eher Mittel denn Zweck des Krieges gegen die Sowjetunion.⁵² Der deutsche Angriff auf die UdSSR war kein ideologischer Luxus, »bei dem der Abschachtung des sowjetischen Judentums die oberste Priorität gebührte – wie dies manchem Leser der Sekundärliteratur [...] scheinen mag«,⁵³ sondern wurde von Hitler und der deutschen Militärführung beschlossen, weil er nach dem Scheitern des Angriffs auf Großbritannien im Sommer 1940 militärstrategisch als letzter Ausweg erschien. Spätestens Anfang 1941 entpuppte sich die Invasion in der Sowjetunion als bittere kriegswirtschaftliche Notwendigkeit, wenn NS-Deutschland die sich abzeichnende Auseinandersetzung mit Großbritannien und den USA, also den Krieg überhaupt, gewinnen wollte. Primäres deutsches Ziel war es dabei, einen langen Abnutzungskrieg entweder von vornherein zu vermeiden oder aber ihn mit Hilfe der sowjetischen Rohstoffreserven und Agrarprodukte durchzuhalten. Der Angriff auf die Sowjetunion war als eine Art Befreiungsschlag nicht allein in militärstrategischer, sondern auch in politischer, ideologischer und sozialpolitischer Hinsicht gedacht. Die deutsche Führung wollte damit eine unangefochtene deutsche Hegemonie in Europa durch Ausschalten einer der beiden verbliebenen Groß- und Militärmächte erreichen, das sozialistische System und den sowjetischen Staat zerschlagen und damit gleichzeitig einen entscheidenden Schlag gegen die kommunistische Weltbewegung insgesamt und gegen das hiermit identifizierte »Weltjudentum« (den »jüdischen Bolschewismus«) führen sowie mit Hilfe von Siedlungs- und Kolonialland für Deutsche Wohlstand im Deutschen Reich schaffen und Strukturprobleme lösen. Alle diese Ziele waren mehr oder weniger in der NS-Programmatik verwurzelt, sie entsprachen teilweise auch schon länger verfolgten Expansionszielen. Diese Mischung aus kurz- und längerfristigen Zielen machte die Entscheidung, die Sowjetunion anzugreifen, für die deutsche Führung wünschenswert; die militärstrategische Situation ließ die Aggression jedoch unumgänglich erscheinen und war damit ausschlaggebend.⁵⁴ Im vorliegenden

51 Siehe etwa Hillgruber 1965, besonders S. 516–526.

52 Die Gegenposition zu Hillgruber und zum Gros der Forschung, nämlich »daß der deutsche Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 einer primär wirtschaftlichen Zielsetzung folgte«, formulierte Rolf-Dieter Müller, »Unternehmen Barbarossa«, S. 125.

53 Wilhelm, Motivation, S. 165. Wilhelm bezieht seine Äußerung auf die Generalität, sie erscheint aber darüber hinaus gültig. Eine solche Darstellung in der »Sekundärliteratur« siehe jüngst bei Goldhagen, S. 23.

54 Siehe Krumpelt, S. 52 ff.; Reinhardt, S. 14; Schüler, S. 40 ff.; Herbst 1996, S. 338; die militärstrategischen Motive unter- und die programmatischen Ziele einseitig überbewertend: Ueberschär 1991. – Die immer noch beeindruckende Darstellung von Hillgruber 1965 ist in diesem Punkt widersprüchlich, die Rezeption war einseitig. Einerseits behauptet Hillgruber, Hitler habe »1940/41 den Übergang von einer machiavellistischen politischen Taktik zur unmittelbaren Verwirklichung seiner rassenideologischen Fernziele unter Absage an jeden weiteren realistischen Kalkül« vollzogen (S. 111), das Primat habe für ihn eindeutig beim rassenideologischen Vernichtungskrieg gelegen (S. 207 ff., 516–526). Andererseits führt er nachdrücklich aus, das Deutsche Reich habe einen langen Zermübungskrieg unbedingt vermeiden wollen, weil er nicht zu gewinnen gewesen sei, und zu diesem Zweck die Sowjetunion angegriffen (S. 39 f., 157 ff., 162 mit Anm. 82, 255 ff., 262, 389, 440), dies sei zur Jahreswende 1940/41 aus Sicht der deutschen Führung kurzfristig »unumgänglich« gewesen (S. 504), und der Krieg gegen die UdSSR habe außer den programmatischen Zielen eine »funktionale Bedeutung für den Gesamtkrieg [gehabt]; denn dieser wurde von Hitler ja vor allem zur Behauptung des eroberten Kontinentalimperiums als Basis für eine deutsche »Weltmacht«-Stellung gegenüber den angelsächsischen Mächten geführt« (S. 521). Auf S. 225 äußert Hillgruber die Einschätzung, Hitlers »bisheriges Hauptziel«, die Ostexpansion, sei Mitte 1940 »zugleich zum Mittel« geworden, um den Westmächten Paroli zu bieten.

Zusammenhang ist nun zu untersuchen, wann der Krieg gegen die UdSSR in der Planung verschiedener deutscher Instanzen seinen verbrecherischen Charakter annahm (abgesehen davon, daß ein Angriffskrieg für sich ein Verbrechen ist), wie das geschah und was diese Planungen für Weißrußland bedeuteten.

a) Der Hungerplan gegenüber der sowjetischen Bevölkerung

»1.) Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Rußland ernährt wird.

2.) Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.

3.) Am wichtigsten ist die Bergung und der Abtransport von Ölsaaten, Ölkuchen, dann erst Getreide. [...]«⁵⁵

Diese dürrn Sätze gaben die Absichten der deutschen Führung deutlich wieder.⁵⁶ Sie stellten eine Art deutsches Regierungsprogramm dar,⁵⁷ und sie waren das Ergebnis einer Besprechung der wichtigsten deutschen Staatssekretäre – die, soweit Mitglieder im Generalrat des Beauftragten für den Vierjahresplans, ihren Ministern Weisungen erteilen konnten⁵⁸ – mit dem Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, General Thomas.⁵⁹ Dieses Dokument ist der Forschung seit dem Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß 1945 bekannt, in seiner ganzen Tragweite für die folgende Besatzungspolitik in der Sowjetunion aber kaum erkannt worden. Spekulierte wurde über die Teilnehmer der Unterredung; vermutlich handelte es sich nicht um eine formelle Sitzung des Generalrats der Vierjahresplanbehörde, sondern des Wirtschaftsführungsstabs Ost.⁶⁰ Ob der designierte Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, teilnahm, ist angesichts der Vielzahl seiner Termine unklar.⁶¹

55 Aktennotiz über Ergebnis der heutigen Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa v. 2. 5. 1941, in: IMT, Bd. 31, S. 84.

56 Vgl. zum folgenden Kapitel insbesondere die hervorragende Darstellung bei Müller, Ausbeutungskrieg.

57 Mit der Einschränkung, daß Kabinettsitzungen der Reichsregierung 1941 nicht mehr stattfanden.

58 Vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 58.

59 Thomas sprach »mit den Staatssekretären« und ließ das Dokument abfassen, nicht etwa Rosenberg, wie manchmal angenommen wird. Das ergibt sich aus einem Hinweis in den Nürnberger Prozeßakten (»from the files of General Thomas«, Fall II, ADB 122 A, Bl. 5; siehe auch Czollek 1974, S. 154, Anm. 46) und der editorischen Notiz im IMT-Band 31, S. 84 (»1. Ausfertigung Akten Ia« – Rosenberg hatte keinen »Ia«; unten rechts eine Paraphe (blau) »v. G.« [Oberstlt. von Gusovius, der die Tagesblätter im KTB des WiRüAmtes 1941 gewöhnlich abzeichnete]). Auch der Stil des Dokuments, dessen Original in den entsprechenden Akten des WiRüAmtes fehlt (BA-MA RW 19/165 und 739) und sich vermutlich bei den Akten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherverfahrens befindet, stützt diese Annahme. Vgl. dagegen Czollek 1968, S. 156; Köller, S. 24.

60 Auf der 11. Sitzung des Generalrats am 24. 6. 1941 erklärte der Vorsitzende, Staatssekretär Neumann, es habe länger keine Zusammenkunft stattgefunden. Vgl. die Niederschrift in Nbg. Dok. NI-7474, BA F 53860, ADB 119, gegenüber den Andeutungen von Aly/Heim, Vordenker, S. 60 und 372. Der Wirtschaftsführungsstab Ost hatte am 26. 5. 1941 bereits seine 4. Sitzung mit mindestens 16 Teilnehmern (Niederschrift in BA-MA RW 19/739, Bl. 130–136). Spekulation über die Teilnehmer u. a. bei Czollek 1974, S. 155 f., und Rebutisch 1989, S. 314, Anm. 85, beruhend auf Rosenbergs Bericht über die vorbereitenden Arbeiten in Fragen des osteuropäischen Raumes v. 28. 6. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 586, wo aber nichts über konkret dieses Treffen steht.

61 Für den 2. 5. 1941 hatte Rosenberg Treffen mit dem Chef des Wehrmachtführungsstabes (künftig: WFSt), General Jodl, und mit Hitler vereinbart. Notiz v. 30. 4. 1941 sowie [WFSt,] Abt. Landesverteidigung, Besprechung beim Reichsleiter Rosenberg v. 1. 5. 1941, BA-MA RW 4/v. 759, Bl. 14 und 17–19. Dabei kam der

Die Essenz der Besprechung trug vor allem die geistige Handschrift des Staatssekretärs im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Herbert Backe.⁶² Er hatte sich zwei Tage zuvor mit Reichspropagandaminister Goebbels getroffen, wobei es um die Senkung der Lebensmittelrationen in Deutschland ging. Über die »Ernährungslage« trug Backe auch ausführlich am 5. Mai bei der Tagung der Reichs- und Gauleiter der NSDAP vor.⁶³ Die kritische Vorratslage in Deutschland – von der Versorgung der Verbraucher her war die Lage noch nicht ungünstig – hatte zu dem Plan geführt, Millionen von Menschen in der UdSSR verhungern zu lassen. Auf der Sitzung am 2. Mai forderte General Thomas, eine diesem Plan entsprechende »Weisung des Führers an den Reichsmarschall (gem. Anlage 1) muß endlich unterschrieben werden. Ferner ebenfalls Brief des Reichsmarschalls an den Ob d H⁶⁴ (Anlage 2).« Der entsprechende Entwurf für die Hitlerweisung lautete unter anderem: »Sofern Gebiete für die Durchführung der Operationen und für die grossdeutsche Kriegswirtschaft oder für die neue Staatenbildung wirtschaftlich ohne Bedeutung sind, können sie bei weitestgehender Ausbeutung wirtschaftlich vernachlässigt werden.«⁶⁵ Im Klartext: Solche Gebiete waren von der Lebensmittelversorgung auszuschließen und ihre Bewohner dem Hungertod auszuliefern. Es ist bemerkenswert, daß eine so weitgehende, wenn auch verklausulierte Weisung offenbar nie unterschrieben wurde, ebenso wie Göring sich anscheinend weigerte, die berüchtigten Wirtschaftsrichtlinien in der »Grünen Mappe« zu unterschreiben.⁶⁶ Vieles im Zusammenhang mit dem Hungerplan wurde überhaupt sorgfältig nur mündlich festgelegt. So schrieb der designierte Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, am 2. April 1941 über ein Gespräch bei Hitler in sein Tagebuch: »Der Führer entwickelte dann ausführlich die voraussichtliche Entwicklung im Osten, was ich heute nicht niederschreiben will. Ich werde das aber nie vergessen... Der Führer fragte mich [...] über den jetzigen jüdischen Anteil in der Sowjetunion und anderes...«⁶⁷

Einsatz von Sicherheitspolizei und SD im Verband des Heeres und das Abkommen zwischen Wagner und Heydrich [vgl. Abschnitt 2.2d]) zur Sprache. – Bei ihrem Treffen am 2. Mai besprachen Rosenberg und Hitler einer Notiz Rosenbergs zufolge vorwiegend Organisationsfragen. Vgl. Rosenberg an Lammers v. 2. 5. 1941, BA F 13735, Bl. 1209f.

62 Herbert Backe, 1896–1947 (Selbstmord in Haft), Rußlanddeutscher, nach dem Ersten Weltkrieg Übersiedlung nach Deutschland, Studium der Agrarwissenschaft, Gutsverwalter; erste NS-Betätigung in der SA 1922, Oktober 1933 Staatssekretär im RMEuL, seit 1936 außerdem Leiter der Geschäftsgruppe Ern u La des Beauftragten für den Vierjahresplan, im Mai 1942 mit der Leitung des RMEuL beauftragt, 1944 offiziell Reichsminister. Vgl. BDC, PA Herbert Backe; Rürup 1991, S. 93; Lehmann 1980; Lehmann 1993. Eine umfassende biographische Studie zu Backe steht noch aus.

63 Siehe Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 4, S. 617 und 625f.

64 Oberbefehlshaber des Heeres (Generaloberst v. Brauchitsch).

65 Stab Ia, Besprechung Staatssekretäre 2. 5. 41 v. 2. 5. 1941 (ungezeichnet) und Der Führer an den Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches [Entwurf], BA-MA RW 19/739, Bl. 307 und 308f.

66 »Wehrwirtschaftliche Richtlinien (Barbarossa). Sind herauszugeben ohne Unterschrift des Reichsmarschalls.« V O -WFS/L[andesverteidigung], Notiz über Besprechung Chef OKW/Chef WiRuAmt am 30. 5. 1941 – Berghof, BA-MA RW 19/165, Bl. 182. Vgl. Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten (Grüne Mappe). Teil I, 2. Auflage, Berlin, Juli 1941, Nbg. Dok. NG-1409.

67 Kempner 1981, S. 20. Für die Kopie danke ich Götz Aly. Vgl. Vern. Alfred Rosenberg v. 16. 6. 1946, IMT, Bd. 11, S. 525.

Herbert Backe notierte vermutlich 1941 für einen Vortrag über die Vorratslage bei Getreide:

»1) Keinen Zweck, Zahlen [zu] notieren, mit Ausnahme vielleicht einiger prägnanter Faustzahlen über

a) Ernten b) Vorräte c) größere Zuschüsse oder Überschüsse

2) Klar sein, daß stets der Feind mithört. Er darf nicht zitieren können. Gesprochenes Wort dagegen ist unschädlich.«⁶⁸

Danach handelten viele. Die überlieferten Äußerungen, die sich auf das Hungerprogramm beziehen, sind darum meist mündlich gefallen. Dennoch existiert dafür die eingehendste Erläuterung, die sich für einen Völkermordplan denken läßt, in schriftlicher Form, nämlich die »Wirtschaftspolitische[n] Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft« vom 23. Mai 1941,⁶⁹ ein Dokument, dessen Bedeutung sich kaum überschätzen läßt. Es stammte aus dem Umkreis von Herbert Backe.⁷⁰ Darin hieß es, Rußland habe früher erheblich größere Ausfuhrüberschüsse an Nahrungsmitteln erzielt als derzeit, 1909/13 vor allem jährlich elf Millionen Tonnen Getreide statt nun ein bis zwei Millionen. Dieser Zustand müsse wiederhergestellt werden. Grund für den Rückgang sei in erster Linie nicht eine Verminderung der Anbauflächen oder der Erzeugung,⁷¹ sondern ein erhöhter Verbrauch, hauptsächlich weil die Bevölkerung um 30 Millionen Menschen gewachsen sei, und zwar ausschließlich die Stadtbevölkerung.⁷² Wenn theoretisch der Verbrauch an Getreide und Kartoffeln (in Getreidewerten) von 250 auf 220 Kilogramm pro Kopf gesenkt werde, ergäben sich nach Rechnung des Stabsamts des Reichsbauernführers 8,7 Millionen Tonnen Überschüsse. In den »Wirtschaftspolitischen Richtlinien« heißt es weiter:

68 Undatierte Notiz Backes, BA NL 75/5. Die Formulierung »Zuschüsse oder Überschüsse« deutet mit Blick auf die in vorliegender Darstellung folgenden Ausführungen darauf hin, daß es dabei nicht nur um harmlose Erwägungen zur Lebensmittelverteilung innerhalb Deutschlands ging, sondern auch um die Pläne hinsichtlich der Sowjetunion.

69 WiStab Ost, Gruppe La, Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft v. 23. 5. 1941, im weiteren zitiert nach: IMT, Bd. 36, S. 135–157. Verglichen mit zwei Originalen: einem in der Akte »Sammlung Richtlinien, Rundschreiben, Erlasse« von WiStab Ost, Chefgr. La, des RMO und der Geschäftsgruppe Ernährung des Beauftr. VJP (BA-MA RW 31/144); dem zweiten im Mob-Kalender der Wirtschaftsinspektion [künftig: WiIn] »Baden« (Süd), Teil I, nachgeliefert 16. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 44415, Bl. 277 ff. – Das Papier ist nicht identisch mit der »Grünen Mappe« und war, soweit ich sehe, auch in keiner ihrer verschiedenen Fassungen enthalten, vgl. BA-MA RW 31/128D und /130–133. (Siehe demgegenüber Aly/Heim, Vordenker, S. 372, und dies.: Herrschaft, S. 95.) Dagegen findet sich eine um drei Viertel gekürzte, aber vom Sinn her kaum entschärfte Fassung in der sogenannten »Kreisländwirtschaftsführermappe«. Vgl. BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 658–699, hier 665–669 bzw. BA-MA RW 31/292. Diese sogenannte Gelbe Mappe (Müller, Wirtschaftspolitik, S. 35) vom Juni 1941 war zwar weit verbreitet, jedoch bei den Agrarfunktionären vor Ort und nicht »zur Information der gesamten deutschen Militär- und Wirtschaftsführung« bestimmt (Aly/Heim, Vordenker, S. 373). Zur begrenzten Weitergabe des zuerst genannten Dokuments v. 23. 5. 1941 vgl. Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung, Verzeichnis geheimer Reichssachen, BA R 26 IV/vorl. 9.

70 Die genauen Autoren sind unbekannt. Das Papier wurde aber intern als Backe-Plan oder ähnlich bezeichnet (Beleg wie Anm. 2/112 und 3/71). Zuarbeiten kamen u. a. vom Stabsamt des Reichsbauernführers. Vgl. auch die Vermutungen von Lehmann 1980, S. 955.

71 Die Produktion hatte allerdings auf längere Sicht stagniert. Auch die Erträge der berühmten Schwarzerde lagen etwa nur bei der Hälfte der durchschnittlichen deutschen Bodenproduktivität, vgl. Kap. 4.1.

72 Hierzu auch Backe 1943, S. 162.

»Damit ist das wesentlichste des Problems gekennzeichnet. *Die Überschüsse Rußlands an Getreide werden entscheidend nicht durch die Höhe der Ernte, sondern durch die Höhe des Selbstverbrauchs bestimmt.* [...] Diese Tatsache ist der Schlüsselpunkt, auf dem unsere Maßnahmen und unsere Wirtschaftspolitik aufzubauen haben.

Denn: [...]

b) Da Deutschland bzw. Europa unter allen Umständen Überschüsse braucht, muß der Konsum also entsprechend herabgedrückt werden.

c) Dieses Herabdrücken des Konsums ist im Gegensatz zu den bisherigen besetzten Gebieten auch durchführbar deshalb, weil das Hauptüberschußgebiet von dem Hauptzuschußgebiet räumlich scharf getrennt ist. [...] handelt es sich nicht um eine Gemengelage zwischen Zuschuß- und Überschußgebieten, die eine Erfassung infolge Schwarzhandels, unmittelbaren Verkehrs zwischen Erzeuger und Verbraucher, unterbinden.

Die Überschußgebiete liegen im Schwarzerdegebiet (also im Süden, Südosten) und im Kaukasus. Die Zuschußgebiete liegen im wesentlichen in der Waldzone des Nordens [...] *Die Konsequenz ist die Nichtbelieferung der gesamten Waldzone einschließlich der wesentlichen Industriezentren Moskau und Petersburg.*«

Durch die »Abriegelung« der Schwarzerdegebiete von der Waldzone sollten die Industriezentren sozusagen aussterben.⁷³ Für die Waldzone, der auch Weißrußland zugeordnet wurde, entwarf man folgendes Szenario. In ihr solle zur Selbstversorgung, zur »geschlossenen Hauswirtschaft« übergegangen werden. Jegliche Marktproduktion wie Flachs- und Hanfanbau werde aufhören, die Viehwirtschaft mangels Futterzufuhren zusammenbrechen. Überschüsse seien von dort ohnehin nicht zu erwarten, also könne die Zufuhr von Traktorentreibstoff gesperrt und müßten Pferde für die Landwirtschaft der Schwarzerdezone abtransportiert werden. In einem »einmaligen Eingriff« bei Kriegsbeginn seien Fleischvieh und Flachs dort für Deutschland zu rauben. Deutsche Truppen würden jedoch auch in diesen »Hungergebiete[n]« stationiert bleiben und sich dort aus dem Lande versorgen müssen, weshalb die zwangsweise Lebensmittel-»Erfassung rechtzeitig gut durchzuorganisieren« sei.⁷⁴ Dort werde unglaublicher Hunger herrschen, wie mehrfach bekräftigt wurde. »Die Bevölkerung dieser Gebiete, insbesondere die Bevölkerung der Städte, wird größter Hungersnot entgegensehen müssen. Es wird darauf ankommen, die Bevölkerung in die sibirischen Räume abzulenken. Da Eisenbahntransport nicht in Frage kommt, wird auch dieses Problem ein äußerst schwieriges sein.«⁷⁵ Diese Stelle implizierte, daß die vorgebliche Umsiedlung nach Sibirien auch in diesem Zusammenhang eine Chiffre für Vernichtung war.

»Aus all dem folgt, daß die deutsche Verwaltung in diesem Gebiet wohl bestrebt sein kann, die Folgen der zweifellos eintretenden Hungersnot zu mildern und den Naturalisierungsprozeß zu beschleunigen. Man kann bestrebt sein, diese Gebiete

73 Davon wurden nur das Transkaukasusgebiet wegen der für Deutschland äußerst wichtigen Erdölvorkommen und eventuell das im »Überschußgebiet« gelegene Donezbecken ausgenommen. Wirtschaftspolitische Richtlinien v. 23. 5. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 138, vgl. S. 140. Hervorhebungen, wie auch im folgenden, im Original.

74 Ebd., S. 141f.

75 Ebd., S. 141.

intensiver zu bewirtschaften im Sinne eine Ausdehnung der Kartoffelanbaufläche und anderer für den Konsum wichtiger, hohe Erträge gebender Früchte. Die Hungersnot ist dadurch dort nicht zu bannen. Viele 10 Millionen von Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen. *Versuche, die Bevölkerung dort vor dem Hungertode dadurch zu retten, daß man aus der Schwarzerdezone Überschüsse heranzieht, können nur auf Kosten der Versorgung Europas gehen. Sie unterbinden die Durchhaltungsmöglichkeit Deutschlands im Kriege, sie unterbinden die Blockadefestigkeit Deutschlands und Europas. Darüber muß absolute Klarheit herrschen. [...] [Ein] Anspruch der Bevölkerung gegenüber der deutschen Verwaltung [...] wird von vornherein abgelehnt.*«

Weiter wurde ausgeführt: selbst wenn man nicht so dächte, brauche Deutschland das schwache sowjetische Eisenbahnnetz selbst, entsprechende Süd-Nord-Transporte zur Versorgung der sowjetischen Bevölkerung seien gar nicht durchführbar.⁷⁶ Langfristig und grundsätzlich ergebe sich:

»Rußland hat sich unter dem bolschewistischen System aus reinen Machtgründen aus Europa zurückgezogen und so das europäische arbeitsteilige Gleichgewicht gestört. Unsere Aufgabe, Rußland wieder arbeitsteilig in Europa einzubeziehen, bedeutet zwangsläufig die Zerreißung des jetzigen wirtschaftlichen Gleichgewichts innerhalb der UdSSR. *Es kommt also unter keinen Umständen auf eine Erhaltung des Bisherigen an, sondern auf eine Abkehr vom Gewordenen und Einbeziehung der Ernährungswirtschaft Rußlands in den europäischen Rahmen.* Daraus folgt zwangsläufig ein Absterben sowohl der Industrie wie eines großen Teils der Menschen in den bisherigen Zuschußgebieten.«⁷⁷

Von dieser Behandlung war nach den Richtlinien das Baltikum ausgenommen. Für das Getreidezuschußgebiet Weißrußland aber werde »die Zufuhr von Getreide aus dem Süden wahrscheinlich unmöglich sein«. Eine »Rücksichtnahme« werde es dort »wenn möglich« geben.⁷⁸ Jedoch seien die Viehbestände zur Versorgung der Besatzungstruppen und für den Export nach Deutschland »frühzeitig abzuschöpfen«, also total zu plündern, ebenso Flachs.⁷⁹ Weißrußland gehörte damit später zu den wenigen tatsächlich eroberten Gebieten, wo keine oder kaum »Rücksicht« auf die Bevölkerung zu nehmen war, was zu einer besonders scharfen Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik führte. Die Industrie in solchen Gebieten müsse, hieß es, gezielt zerstört werden, um den Süden der europäischen Sowjetunion von deutschen Industriewarenzufuhren abhängig zu machen.⁸⁰

Trotz allem, darüber waren sich die Ernährungsplaner einig, würden die sowjetischen »Überschüsse« lediglich eine Ergänzung, nicht etwa das Kernstück der deutschen beziehungsweise europäischen Ernährungswirtschaft bilden. Denn realistischerweise wurde mit einem empfindlichen Produktionsrückgang im besetzten Gebiet infolge des Krieges gerechnet.⁸¹ Zufriedenstellendes »Minimalziel«⁸² war anfangs die

⁷⁶ Ebd., S. 144f.

⁷⁷ Ebd., S. 155f.

⁷⁸ Ebd., S. 142f. und 153.

⁷⁹ Ebd., S. 143 und 151.

⁸⁰ Ebd., S. 143f.

⁸¹ Ebd., S. 138.

⁸² Ebd., S. 148 (Zitat) und S. 156.

Ernährung von zwei Dritteln der Wehrmacht, nämlich des Ostheeres, aus sowjetischer Erzeugung, wie es ja auch die Staatssekretäre auf der Konferenz am 2. Mai gefordert hatten. Dadurch wäre die deutsche Ernährungsbilanz um drei Millionen Menschen, die besonders hohe Rationen empfangen, entlastet worden.⁸³ Es ist mithin sehr wichtig zu verstehen, daß *nicht* die berühmten Getreidezüge aus der Ukraine nach Deutschland das Hauptziel des Hungerplans waren, sondern die sogenannte Ernährung des Ostheeres aus dem Lande. Alles andere war erst in zweiter Linie anzustreben.⁸⁴ Eine Folge dieses Zieles war der enorme Einfluß der Versorgungsstellen, besonders der Quartiermeister, auf die Wirtschaftspolitik und auf die folgenden Verbrechen in den besetzten sowjetischen Gebieten. Sie lagen *im Interesse der Wehrmacht*.

Der von Hitler genehmigte Vernichtungsplan durch Hunger richtete sich gegen zwei Bevölkerungsgruppen: einerseits gegen die Menschen in der »Waldzone« in Mittel-, Nordrußland und Weißrußland, und andererseits gegen die städtische Bevölkerung der Sowjetunion allgemein.⁸⁵ Zwar enthielt dieser Plan, den im Juni 1941 sogar noch die Volkswirtschaftliche Abteilung der Deutschen Reichsbank überprüfte und grundsätzlich guthieß,⁸⁶ einige grundlegende Schwächen, die ihre Urheber übersehen. Zum Beispiel waren Überschuß- und Zuschußgebiete in der Sowjetunion keineswegs klar getrennt, und vor allem war die Ukraine gar nicht das wichtigste sogenannte Überschußgebiet, sondern versprach, selbst wenn man den Verbrauch der Bevölkerung gewaltsam herabdrückte, nur relativ geringe »Überschüsse«.⁸⁷ So mußte die Volkswirtschaftliche Abteilung der IG Farben am 26. November 1941 feststellen, daß die bisher eroberten »Gebiete zusammen – unter der Voraussetzung normaler Ernährung – Zuschussgebiete für Brotgetreide« seien, die theoretisch Lieferungen aus dem Wolga-Ural-Gebiet benötigt hätten.⁸⁸ Vor allem aber scheint niemand

83 Anfang 1943 erhielt die Wehrmacht 40 % des Getreidebedarfs aller Versorgungsberechtigten im Deutschen Reich einschließlich ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener, bei Fleisch sogar 62 %. Rede Backes auf der Reichs- und Gauleitertagung am 6. 2. 1943, Nbg. Dok. PS-914. Anderen Angaben Backes von August 1944 zufolge waren es 1943/44 allerdings nur 23,4 % bei Brotgetreide, 30 % bei Fleisch, 15,8 % bei Fett und 17,1 % bei Kartoffeln (Corni/Gies 1997, S. 576, Anm. 942.) – Siehe etwa Dr. Gerhard Fürst, Volkswirtschaftliche Abteilung der I.G. Farben, Bericht über eine Vortragsreise an die Ostfront Dezember 1942, Nbg. Dok. NI-8995: »Wenn man aus der deutschen Zivilverpflegung plötzlich in die militärische Ostverpflegung kommt, so hat man ständig das Gefühl, diese Mengen an Fett (40–50 Gramm täglich) und Fleisch (1200–1600 Gramm wöchentlich) können doch kaum für eine Person bestimmt sein.«

84 Wirtschaftspolitische Richtlinien v. 23. 5. 1941, a.a.O., S. 148–151.

85 Zu Hitlers Genehmigung ebd., S. 140.

86 Referat A 4, Dr. Stamm, Zur Möglichkeit, den großdeutschen Fehlbedarf an Getreide in Höhe von jährlich 3 Millionen t aus Sowjetrußland sicherzustellen (Abschrift) v. 13. 6. 1941, BA 25.01, Nr. 7007, Bl. 233–256.

87 Vgl. Der Reichsbauernführer, Stabsamt: UdSSR, Ernährungs- und Landwirtschaft, 2. Auflage (17. von 500 Ausfertigungen), Kap. IV Ernährungsplanungen (»Fertiggestellt Mai 1941«), Tab. 2, Getreide-Kartoffelbilanz bei eingeschränktem Verbrauch, BA-MA RH 5/81. Bei 220 statt 250 Kilogramm Pro-Kopf-Verbrauch ergaben sich 8,71 Millionen t Überschuß (diese Rechnung lag den »Wirtschaftspolitischen Richtlinien« vom 23. 5. 1941 zugrunde), davon in der Ukraine 1,89 Millionen t – allein die Hälfte im Gebiet Nikolajew –, dagegen in Ost- und Südostrußland 4,26 Millionen t und im Nordkaukasus 1,75 Millionen t. Die reichsten Gebiete waren Rjasan, Tambow, Woronesch (Mittelrußland), Tschkalow, Rostow, der Raum mittlere Wolga, Krasnodar und Ordshonikidse (Nordkaukasus).

88 I.G. Farben, Volkswirtschaftliche Abteilung (Vowi 4519), Die russische Wirtschaftskraft im besetzten und unbesetzten Gebiet (Stand Ende November 1941) v. 26. 11. 1941, BA F 10675, Bl. 143. Siehe auch Die Ernährungslage des unbesetzten Teiles der europäischen UdSSR (undatiert, 1942), BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 583–585.

eine genaue Vorstellung gehabt zu haben, wie das Verhungern eigentlich in einem Gebiet, wo mindestens zum Teil deutsche Truppen stehen sollten, genau vor sich gehen sollte.

Trotzdem wurde das Vorhaben, Millionen Menschen in den besetzten sowjetischen Gebieten verhungern oder anders umkommen zu lassen, zur Leitlinie für viele Entscheidungsträger. Dabei spielte oft die ominöse Zahl 30 Millionen – um die die Bevölkerung nach den Vorstellungen Backes zu vermindern war – eine Rolle. Die Tatsache, daß viele entsprechende Äußerungen von Akteuren aus dem Bereich Weißrußland und »Rußland-Mitte« stammen, ist kein Zufall, sondern dürfte mit dessen Zugehörigkeit zur »Waldzone« zu erklären sein.

So hielt der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, »Anfang 1941, vor Beginn des Rußlandfeldzuges auf der Wewelsburg, [eine Rede], wo er davon sprach, daß der Zweck des Rußlandfeldzugs die Dezimierung der slawischen Bevölkerung um dreißig Millionen sein sollte«, wie der ehemalige Höhere SS- und Polizeiführer (HSSPF) Rußland-Mitte Erich von dem Bach-Zelewski 1946 in Nürnberg aussagte. Schriftliche Befehle habe es für diese Slawenvernichtung nicht gegeben. Bei der Rede sollen etwa zwölf Gruppenführer anwesend gewesen sein.⁸⁹ Tatsächlich fand die fragliche Tagung der SS-Gruppenführer auf der Wewelsburg mit Himmler erst zwischen dem 12. und 15. Juni 1941 statt.⁹⁰ Nach späterer Aussage des Chefs des Persönlichen Stabs Reichsführer-SS, Karl Wolff, sagte Himmler auf der Wewelsburg, daß der Tod dieser Millionen Menschen nicht Ziel, sondern vielmehr Folge des Krieges gegen die UdSSR sein würde.⁹¹ Bach-Zelewski ergänzte hierzu im Strafverfahren gegen Wolff, Himmler habe damals prognostiziert, Kriegshandlungen und Ernährungsschwierigkeiten würden zu dieser hohen Zahl von Opfern führen.⁹² Himmlers Eröffnung kam allerdings ziemlich spät und sehr ungenau, wie eben auch das Projekt der Ernährungsplaner vieles offenließ. Zufall oder nicht: zwei Tage vor dem Treffen auf der Wewelsburg hatte Himmler mit Backe über die Landwirtschaft der zu besetzenden sowjetischen Gebiete gesprochen.⁹³

Für sich genommen hätte man von dem Bach-Zelewskis Verlautbarungen vielleicht als bloßen Entlastungsversuch erklären können, da er sich auf einen höheren

89 Vern. Erich v. d. Bach-Zelewski v. 7. 1. 1946, in: IMT, Bd. 4, S. 535f. (Zitat) und 541f. Bereits in seiner Vern. am 27. 11. 1945 hatte von dem Bach den Plan für die »systematische Verkleinerung des slawischen Volkes durch etwa 30 000 000 Menschen (um dadurch die Vorherrschaft des deutschen Volkes sicherzustellen)« ohne weitere Erläuterung erwähnt. ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. III,4, Bl. 112.

90 Vgl. zu den Teilnehmern den Terminkalender von Himmlers persönlichem Referenten, Rudolf Brandt, v. 12–15. 6. 1941, BA NS 19/3957, Bl. 87R–89R. Zur Datierung bereits Hüser, S. 3 und 323. Danach war Himmler auch am 13. und 14. Dezember 1940 auf der Wewelsburg, ein Zeitpunkt, der aber hier nicht in Frage kommt, zumal damals offenbar keine Gruppenführertagung stattfand. Vgl. auch Terminkalender Himmler für 12.–15. 6. 1941, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 445. Weiter Krausnick 1981, S. 115, der Bach-Zelewskis Aussage auf Januar 1941 bezog. Die Datierung des Treffens auf Ende Dezember 1940 oder Anfang Januar 1941 bei Breitman, S. 146f., und ders. 1994, S. 487, ist jedoch nicht haltbar. – Bei zwei anderen Treffen Himmlers mit Bach-Zelewski am 1. 3. in Breslau und am 10. 4. 1941 in Berlin stimmten weder Ort noch Gelegenheit: Tagesnotizen Himmler, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 531 und 495. Am 10. 4. teilte Himmler Bach-Zelewski mit, daß er HSSPF in der Sowjetunion werden sollte, vgl. S. 180f. mit Anm. 3/320.

91 Vgl. Hüser, S. 3; v. Lang, S. 50f.

92 Urteil LG München II 1 Ks 1/64 gegen Wolff v. 30. 9. 1964, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 20, S. 413.

93 Vgl. Himmler an Greifelt v. 11. 6. 1941, BA NS 19/3874, Bl. 9.

Befehl berief. Sie wird aber gestützt von einer Aussage des ehemaligen HSSPF Ostland Friedrich Jeckeln kurz zuvor im Januar 1946 in Riga:

»Herf⁹⁴ sagte mir, daß von-dem-Bach ihm erzählt hätte, er-von-dem-Bach habe von Himmler den Befehl zur Vernichtung von 20 Millionen Sowjetbürger[n] auf dem Territorium Weißrußlands und anderer Gebiete östlich von Weißrußland, gleich dem Vormarsch der deutschen Armee nach dem Osten folgend, erhalten.«⁹⁵

Dabei ist zu beachten, daß Bach-Zelewskis territoriales Aufgabengebiet »Rußland-Mitte« mit Sitz in Moskau werden sollte. Er selbst schrieb sogar einmal, es werde vor allem östlich von Moskau bis zum Ural liegen.⁹⁶ Ein Großteil der sogenannten Waldzone wäre damit in seine Kompetenz gefallen, was erklären kann, warum ihm die Aufgabe zufiel, einen so großen Teil jener 30 Millionen Menschen zu vernichten, eine Tatsache, die er in Nürnberg »vergaß«. Das in Mittelrußland vorgesehene Inferno sollte so furchtbar werden, daß sogar Erich Koch, einer der brutalsten NS-Politiker überhaupt, im Juni 1941 den Posten eines Reichskommissars in Moskau mit der Begründung ablehnte, es handle sich um »eine gänzlich negative Tätigkeit«.⁹⁷

In seinen Memoiren berichtet der ehemalige Abwehroffizier der Heeresgruppe Mitte, Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff, über einen Besuch des Leiters des Vorkommandos Moskau der Einsatzgruppe B, Professor Franz Six, der ihm kurz nach dem Umzug des Stabsquartiers nach Borissow, also vermutlich im Juli 1941, von dem Plan erzählte:

»Dabei berichtete er, Hitler beabsichtige, die Ostgrenze des Reiches bis zur Linie Baku-Stalingrad-Moskau-Leningrad vorzuschieben. Ostwärts von dieser Linie werde bis zum Ural ein »Brandstreifen« entstehen, in dessen Bereich alles Leben ausgelöscht werden würde. Man wolle die in diesem Streifen lebenden etwa dreißig Millionen Russen durch Hunger dezimieren, indem man alle Nahrungsmittel aus dem riesigen Gebiet entfernte. Allen an dieser Aktion Beteiligten werde bei Todesstrafe verboten werden, einem Russen auch nur ein Stück Brot zu geben. Die großen Städte von Leningrad bis Moskau sollten dem Erdboden gleichgemacht werden; der SS-Führer von dem Bach-Zelewski werde für die Durchführung dieser Maßnahmen verantwortlich sein. [...]«⁹⁸

94 Eberhard Herf, 1887–1946 (in Minsk hingerichtet), etwa Januar bis März 1942 und August 1943 bis Januar 1944 Kommandeur der Ordnungspolizei [KdO] in Minsk, Juli bis August 1943 einen Monat lang Chef des Stabes des Chefs der Bandenkampfverbände Reichsführer-SS (Bach-Zelewski). BDC, PA Eberhard Herf, und Inhaltsangabe der Vern. Herf v. 21. 12. 1945, ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. I, Bl. 62.

95 Handschriftliches Stenogramm der Vern. Friedrich Jeckelns v. 2. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, Bd. 1, Bl. 105. Unklar bleibt, wann Bach-Zelewski dies Herf und vor allem, wann Herf es Jeckeln sagte.

96 Maschinenschriftlicher Lebenslauf Bach-Zelewskis (undatiert), der in seiner Wohnung beschlagnahmt wurde. ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. VIII, Bl. 11. – Bach war ab Juni 1941 »Höherer SS- und Polizeiführer Rußland-Mitte«.

97 Rosenberg an Lammers v. 5. 7. 1941, BA R 6/21, Bl. 101. Koch wurde statt dessen Reichskommissar für die Ukraine. Rosenberg hatte Koch für Moskau vorgeschlagen, weil er dort »eine durchaus rücksichtslose Persönlichkeit« brauche: Anhang zu Rosenbergs Denkschrift v. 7. 4. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 557.

98 Von Gersdorff, S. 93. Dort wird der Besucher als Chef eines »Vorauskommandos Moskau« und »hoher Parteifunktionär« beschrieben. Von Gersdorff bestritt zwar später ausdrücklich, daß es sich um Six gehandelt habe (Besymenski 1981, S. 109). An der Identität des Besuchers bestehen dennoch kaum Zweifel, denn die Existenz eines »Vorauskommandos Moskau« der Zivilverwaltung oder der NSDAP ist nicht bekannt. Am 6. 7. 1941 stellte sich der Verbindungsoffizier des RMO, der Unterstaatssekretär in der Regierung des Generalgouvernements Ernst Kundt, im Oberkommando der H.Gr. Mitte vor (Tagebuch v. Bock v. 6. 7. 1941, BA F 57128, Bl. 318; vgl. OKH, GenStdH/GenQu, Abt. Kriegsverwaltung v. 29. 6. 1941,

Eine geringfügig abweichende Version des gleichen Vorgangs gibt Wilfried Strik-Strikfeldt. Danach besuchten »ein Sonderbeauftragter des Ostministeriums Rosenberg in Begleitung eines hohen Parteifunktionärs die HG [Heeresgruppe] Mitte in Borissow«. Nach Wiedergabe des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe, Generalfeldmarschall Fedor v. Bock, hätten sie mit von Bock beim Essen von der Kolonisierung Rußlands bis möglicherweise östlich von Moskau gesprochen. Eine Quintessenz sei dabei gewesen: »Vierzig Millionen Russen zuviel! Sie müssen »umkommen!« Damit sei verhungern gemeint gewesen.⁹⁹ Von ihm, Strik, darauf angesprochen, habe Rosenberg erwidert, das seien »Hirngespinnste« der SS und einiger anderer ohne Bedeutung. Von Bock habe das Gehörte gar nicht glauben mögen.¹⁰⁰ Doch der Generalfeldmarschall hatte sich schon am 5. Juni 1941 mit Himmler getroffen und von ihm informieren lassen, »Ziel des Feldzuges im Osten [sei] die Zertrümmerung Russlands in kleine Einzelstaaten und Ausdehnung der deutschen Interessensphäre weit über den Ural hinaus.« Am 6. Juli notierte er: »Das Gebiet ist Hungerland. Seine Erträge werden kaum reichen [...], so dass ich nicht weiss, wie man die Frage der Ernährung der Bevölkerung lösen will.«¹⁰¹ Gar so fremd waren von Bock diese Gedanken also keineswegs. Als ihn Himmler am 24. Oktober in Smolensk besuchte, bedankte er sich zumindest nach Aussage Bach-Zelewskis bei ihm für die Ermordung der Juden, diese »unsaubere Arbeit«, die man so nicht selbst tun müsse.¹⁰²

Zurück zu Six. Die von ihm vorgetragenen Vorstellungen beruhten offensichtlich auf dem Backe-Plan und zeigen auch merkliche Übereinstimmungen mit dem von Jeckeln Ausgesagten.¹⁰³ Bezüglich der Durchführung blieben die Vorstellungen von Six wie auch in den »Wirtschaftspolitischen Richtlinien« aber naiv und unklar. So einfach ließ sich das Vorhaben zum Glück nicht umsetzen.

Anlage 1 mit Dienstanweisung [Anlage 2], BA R 6/209, Bl. 3ff.). Doch paßt auf Kundt die Beschreibung v. Gersdorffs nicht, und zu jener Zeit lag das Okdo.H.Gr. Mitte noch in Baranowitschi.

Laut Scheurig 1980, S. 110, befand sich das Stabsquartier der H.Gr. Mitte vom 11. 7. bis zum 19. 9. 1941 in Borissow. Franz Six war nach seiner eidesstattl. Erkl. v. 29. 7. 1947 (in: Mendelsohn [Hg.], Bd. 10, S. 177) bis zum 20. 8. 1941 Leiter des Vorkommandos Moskau. Krausnick 1981, S. 184, zufolge wurde das Vorkommando Moskau am 23. 7. 1941 (teilweise) aus Warschau nach Smolensk vorgezogen. Nach v. Gersdorff war das »Vorauskommando« zum Zeitpunkt seiner Unterredung noch in Warschau stationiert.

⁹⁹ Strik-Strikfeldt, S. 32.

¹⁰⁰ Ebd., S. 33f.

¹⁰¹ Tagebuch v. Bock (Abschrift) v. 5. 6. und 6. 7. 1941, BA F 57128, Bl. 283 und 318. Vgl. Strik-Strikfeldt, S. 33f.

¹⁰² Vern. Bach-Zelewski v. 8. 7. [1958], StA München I 22 Ks 1/61, Beiakten (unpaginiert). Vgl. unten S. 593. Für ein freundliches Verhältnis zwischen v. Bock und Himmler spricht, daß er am 5. 6. 1941 den »Reichsführer« offenbar in einer persönlichen Grundstücksangelegenheit ansprach und daß Himmler ihm beim Treffen am 24. 10. ein Paket mit Kaffee zusagte. Vgl. Brieftagebuch Reichsführer-SS, BA NS 19/4027, Bl. 66, zu zwei Schreiben des Adjutanten Bocks, v. Hardenberg, v. 6. 6. und v. Bocks selbst v. 15. 6. 1941; Bach-Zelewski an Himmlers persönlichen Adjutanten Grothmann v. 12. 11. 1941 und weiteren Briefwechsel, BA NS 19/3666, Bl. 100ff. – Später wollte v. Bock nur dann gegen Hitler putschen, wenn Himmler sich daran beteilige: Hoffmann 1979, S. 368.

¹⁰³ Für die Differenzen der Darstellungen von v. Gersdorff und Strik-Strikfeldt spielt selbstverständlich der große zeitliche Abstand zum Geschehen eine Rolle. Von Gersdorffs Bericht ist genauer, sowohl hinsichtlich der Funktion des Besuchers als auch der Tatsache, daß er und nicht v. Bock der zuständige Ansprechpartner für Six war. Von einem zweiten, vom RMO stammenden Begleiter erwähnt er nichts, und Strik-Strikfeldt schreibt selbst, er sei im RMO vor allem an die SS verwiesen worden.

Der Hungerplan tauchte noch bei anderen Gelegenheiten auf. Für Göring war er geradezu ein Lieblingsthema. Im November 1941 sagte er dem italienischen Außenminister Graf Ciano, innerhalb eines Jahres würden 20 bis 30 Millionen Menschen in Rußland verhungern. Vielleicht sei das gut so, denn bestimmte Völker müßten reduziert werden.¹⁰⁴ Hitler sprach von einer »Volkskatastrophe« für das »Moskowitertum« und erklärte, wegen fehlender oder zerstörter Nahrungsmittel in den besetzten sowjetischen Gebieten »müßten Millionen sterben«.¹⁰⁵ Die deutsche Führung erklärte laut Goebbels »in aller Öffentlichkeit, daß Rußland nichts von uns zu erwarten habe und wir es verhungern lassen werden.«¹⁰⁶ Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, sagte am 4. August 1942 bei einem Besuch in den besetzten sowjetischen Gebieten, als er im Herbst 1941 dort gewesen sei, hätten »alle deutschen Dienststellen auf der Überzeugung bestanden, daß im kommenden, also im vergangenen Winter, mindestens zehn bis zwanzig Millionen dieser Leute einfach verhungern würden«.¹⁰⁷ Zumindest einige Besatzungsbehörden an Ort und Stelle vertraten also durchaus die Richtlinien, wie sie ähnlich wiederholt gegeben wurden: »Wir können nicht das ganze Land verwalten. Die Intelligenz ist totgeschlagen, die Kommissare sind weg. Große Gebiete werden sich selbst überlassen bleiben (verhungern).«¹⁰⁸ Auch der Ostminister Rosenberg äußerte mehrfach, der Hungertod von Millionen Menschen sei »eine harte Notwendigkeit [...], die außerhalb jeden Gefühls steht.«¹⁰⁹ Hans Tesmer, der Chef der Abteilung Kriegsverwaltung beim Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Mitte (1941–1942) und bei der Heeresgruppe Mitte (1942–1944) mit Betätigungsfeld im Osten Weißrußlands, erinnerte sich mißbilligend: »Es kamen Parolen auf, daß in Russland ruhig einige Millionen verhungern könnten, dass die Russen verdummen sollten und ähnliche Ansichten mehr.«¹¹⁰

104 Madajczyk 1962, S. 399. Zu Görings Befriedigung und »absoluter Gleichgültigkeit« dabei Ciano, Tagebücher, S. 374.

105 Halder, Kriegstagebuch [im folgenden: KTB Halder], Bd. III, S. 53 (8. 7. 1941); zweites Zitat: Äußerung gegenüber dem japanischen Botschafter Oshima v. 15. 7. 1941, zitiert nach: Hillgruber (Hg.) 1967, S. 601; vgl. auch Besymenski, S. 69.

106 Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 4, S. 734 (8. 7. 1941).

107 Zitiert nach Müller, Wirtschaftspolitik, S. 55f.

108 Niederschrift einer Besprechung des Generals Thomas mit der Spitze des WiStabs Ost und der Wirtschaftsinspektionen v. 31. 7. 1941, BA-MA WF-01/15885, Bl. 882. Der Urheber der Äußerung ist nicht klar.

109 Rede Rosenbergs vor den engsten Beteiligten am Ostproblem v. 20. 6. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 621. Nach Kempner, S. 21, notierte Rosenberg am 1. 6. 1941 in seinem Tagebuch u. a., es sei seine Aufgabe, »einen anderen Staat (Moskowien-Rußland) mit allen Mitteln der Politik nach Osten zu wenden (wieder 60 Millionen), das erfordert für die Zukunft hartes Durchhalten der Tat auch im Alltag«. Bereits auf einer Kundgebung der NSDAP in Hamburg am 22. 2. 1941 und vor Angehörigen der Ordnungspolizei am 7. 3. 1941 hatte Rosenberg erklärt, Deutschland habe »nicht die Pflicht, alle Völker Europas mit seinen Lebensmitteln zu versehen«. BA NS 8/83, Bl. 74 und 121ff.

110 Erfahrungsbericht der Militärverwaltung beim Oberkommando der Heeresgruppe Mitte für die Zeit vom 22. 6. 1941 bis August 1944 [im folgenden: Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte], Unterschrift: Tesmer, BA-MA WF-03/5469, Bl. 484f. Auszüge auch in R.-D. Müller 1981, S. 132. – Ähnlich auch in: Abschlußbericht über die Tätigkeit der Militärverwaltung im Operationsgebiet des Ostens (Rohentwurf; undatiert [im folgenden: Abschlußbericht Militärverwaltung Osten]), BA-MA RH 3/v. 381–83, hier /v. 382, Bl. 181; eine Denkschrift aus dem Jahre 1944, abgedruckt in: v. Vegesack, S. 237.

Diese aber vertraten nicht nur Minister und Generalfeldmarschälle wie anscheinend auch Gerd v. Rundstedt.¹¹¹ Sie waren auch in Feldpostbriefen anzutreffen. 1943 schrieb der ehemalige Ostreferent beim Amt für den Vierjahresplan, Dr. Friedrich Richter, die »Backesche These« der Abriegelung wäre »eine reale Möglichkeit« gewesen, wenn sie militärisch durchsetzbar gewesen wäre; nun aber müsse die Politik geändert werden, wie es erst zum Teil geschehen sei.¹¹² Auch niedere Chargen schrieben darüber, so der Chef der 2. Kompanie des Polizeibataillons 315 an seine Eltern als Begleitbrief zu einem Butterpaket: »In diesem Winter wird hier eine ganze Menge Menschen verhungern. Hier hat der Bolschewismus gehaust, daß die ehemals reiche Ukraine nicht seine [!] Bevölkerung ernähren kann. Die Hälfte wird wohl Hungers sterben müssen. Selbst für die Truppen wird es sehr schwer werden. [...]«¹¹³ Dies war insofern kennzeichnend, als noch im Herbst 1941 führende deutsche Politiker ausgeprägt utopische und irrealen Vorstellungen über den Ablauf des Massensterbens über den Rahmen dessen hinaus hatten, was zu diesem Zeitpunkt in den Gefangenenlagern stattfand. So war es bei Rosenberg, der erklärte, daß in den besetzten sowjetischen Gebieten »die zerlumpten Völkerschaften und die Gefangenen durch diese Gegenden irren, gleich wild vor Hunger, schon mit Zeichen von Kannibalismus. Es ist kein menschliches Vergnügen, in diesen Osten heute zu gehen.«¹¹⁴ Ähnliche Vorstellungen hatte Göring.¹¹⁵ Erich Koch, der Reichskommissar für die Ukraine – der erklärte, es sei gleichgültig, wenn einige Millionen Angehörige fremden Volkstums verhungerten – ließ sogar »die Nordgrenze des Reichskommissariats während des Winters gegen hungernde Plünderer« aus den Pripjetsümpfen »sichern«, die ein Produkt seiner Phantasie waren.¹¹⁶

Auf Weißrußland bezieht sich ein Dokument mit den wohl brutalsten und radikalsten Äußerungen zum Hungerplan, das außer den »Wirtschaftspolitischen Richtlinien« überliefert ist. Es handelt sich um handschriftliche Randnotizen zu der ausführlichsten Landes- und Wirtschaftsbeschreibung Weißrußlands, die vor dem 22. Juni 1941 in Deutschland erstellt wurde.¹¹⁷ Der Autor, Eugen v. Engelhardt, kam zu folgenden Schlüssen: Weißruß-

111 Gerd v. Rundstedt, 1941 Chef der H.Gr. Süd, soll 1943 vor der Militärakademie in Berlin erklärt haben, die Schonung der feindlichen Zivilbevölkerung sei einer der großen Fehler von 1918 gewesen; Deutschland müsse immer doppelt so groß sein wie jedes seiner Nachbarländer und daher mindestens ein Drittel ihrer Bevölkerung vernichten. Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 463.

112 Feldpostbrief Dr. Friedrich Richter v. 26. 5. 1943 (Auszug/Abschrift), BA R 6/60a, Bl. 1; vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 375f. Richter war zeitweise persönlicher Referent des Leiters der Chefgruppe Landwirtschaft im WiStab Ost sowie der Hauptabteilung Ern u La im RMO, Riecke. Vgl. RMEuL, Geschäftsverteilungsplan v. 10. 8. 1942, BA R 43 II/1142, Bl. 195.

113 Brief W. H. an seine Eltern (undatiert, vor 15. 11. 1941; Abschrift von beglaubigter Abschrift), StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2 (Magill-Verfahren), Nr. 1265, Bl. 22.

114 Rede Rosenbergs zur Eröffnung des 2. Schulungslehrgangs aller Gliederungen v. 27. 10. 1941, BA NS 8/64, Bl. 103. Gleichzeitig sagte Rosenberg, es sei die Aufgabe des Reichskommissars für die Ukraine, »diesen Kontinent von jeder Seeblockade unabhängig [zu] machen« (Bl. 101).

115 Siehe seine Bemerkungen zu Ciano v. 25. 11. 1941, in: Ciano, S. 374.

116 Dazu setzte Koch genau jenes Polizeibataillon ein, dessen Kompaniechef W. H. oben zitiert wurde (s. Anm. 2/113). Hierzu Der Chef des Kommandoamtes der Ordnungspolizei v. 28. 1. 1942, BA D-H Z/B 1815; zu Kochs zuerst referierter Äußerung Tilitzki, S. 50.

117 Diplom-Forstwirt Eugen v. Engelhardt: Die Ernährungs- und Landwirtschaft der Weissrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, BA-MA RW 31/299 und /300 bzw. verfilmt BA F 10772, Bl. 5895–6051. Von Engelhardt arbeitete sie später zu einem dickleibigen Buch um (Engelhardt 1943).

land könne sich knapp selbst ernähren und werde für Deutschland keine großen Nahrungsmittelgewinne abwerfen, bedeutender könne aber der »Überschuss an landwirtschaftlichen Arbeitskräften« werden. Im folgenden sein Text mit den Randnotizen:

»Von drei landwirtschaftlichen Familien können sicher zwei je eine Arbeits-Kraft (zwischen 16 und 40 Jahren beiderlei Geschlechts) an das Reich abgeben, und zwar einen größeren Teil als Saisonarbeiter, einen Kleiner[e]n Teil als kontraktlich verpflichtete Landarbeiter. [...]«
»sollen sterben!«
»könnte dieses Gebiet [...] (selbstverständlich einen Sturz des bolschewistischen Systems vorausgesetzt) – dem Reich auf Jahr[e], selbst Jahrzehnte hinaus einen anspruchslosen, willigen und an harte Landarbeit gewohnten [sic] Bestand von rd. 1 000 000 Landarbeitern stellen, die gegenüber den polnischen Landarbeitern noch den Vorzug hätten, dass sie vollkommen apolitisch und deutschfreundlich eingestellt sind und nur ein Drittel von ihnen der katholischen Kirche angehören.«¹¹⁸

Diese Arbeit enthielt zu Anfang auch eine Bevölkerungsanalyse, wo es hieß:

»Das Verhältnis von Stadt- und Landbevölkerung in der WSSR ist z. Zt. somit etwa:
»Verhungern!«
»Verhungern zur Hälfte!«
Stadtbevölkerung 2 000 000 = 19 %
Landbevölkerung 8 600 000 = 81 %
Gesamtbevölkerung 10 600 000 = 100 %«¹¹⁹

Theoretisch ergab sich aus diesen Notizen eine prognostizierte Zahl von 6,3 Millionen Toten. Über die ganze Denkschrift verteilt finden sich weitere Kommentare ähnlicher Art am Rand. Zu einer vorgeschlagenen Pro-Kopf-Versorgung von 200 Kilogramm Getreide im Jahr (weniger als im Papier der Gruppe Landwirtschaft vorgeschlagen) lautete die Randnotiz: »Unsinn! Haben niemals so viel zu fressen gehabt!« sowie bei der dort negierten Möglichkeit eines Getreideüberschusses »Überschuss ist die Differenz zwischen Ernte u[nd] Hunger!«¹²⁰ In den Randanmerkungen zeigt sich eine Konkretisierung des Hungerprogramms für Weißrußland mit allen möglichen

Engelhardt, 1900–1948, Baltendeutscher, trat 1917 dem deutschen Heer bei, gehörte 1918 dem Sonderstab der deutschen Truppe in Minsk und Orscha an, 1944 Leiter der Abteilung Forst- und Holzwirtschaft im GebK Nowogrodek im GK Weißruthenien. Die Identifizierung bei Remer, S. 41, und Weinreich, S. 59 und 267, ist falsch. Vgl. BDC, PA Eugen von Engelhardt; Engelhardt, S. 9; Bayer. Landeskriminalamt: 7. Zwischenbericht zu Verf. StA München I 119a Js 3–6/68 v. 7. 11. 1970, ZStL 202 AR-Z 94(e)/59, Bl. 874; Vern. Axel de Vries v. 17. 1. und Dr. Alfred Gille v. 19. 1. 1963, ebd., Bd. 1, Bl. 147 f. und 159.

¹¹⁸ BA-MA RW 31/299, S. 72. Unterstreichung im Original maschinenschriftlich und zusätzlich handschriftlich (roter Buntstift wie die Randnotiz).

¹¹⁹ Ebd., S. 11. Senkrechte Randanstreichung neben der Zeile »Landbevölkerung ...«.

¹²⁰ Ebd., S. 65. Weiter: Zu Geflügellieferungen und -produktion: »zuwenig«, »Unsinn! Abbau. Wir wollen Getreide. Das andere erzeugen wir besser selber!« (S. 68). Zur Stabilisierung der Viehwirtschaft: »einmaliger Eingriff, höchstens zweimalig für Heer (zwei Jahre)« (S. 71). Zu »Der Altersaufbau ist somit durchaus gesund.«: »leider!« (S. 10). Zu »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.«: »Das wäre eine Parole für uns!« (S. 5). Bei der nationalen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung unterstrich der Kommentator die Prozentzahlen »40,2« (Juden), »15,6« (Russen) und »2,3« (Polen) auf der selben Seite, auf der er »verhungern!« schrieb (S. 11). Das gibt einen Hinweis darauf, wo die Bevölkerungsreduzierung zuerst ansetzen sollte. Die Randanmerkungen entsprechen genau dem Backe-Plan (einmaliger Eingriff in die Viehbestände, Verhungern der Stadtbevölkerung, Konzentration auf Getreide).

Folgen. Ihr Verfasser war mit großer Sicherheit der Berliner Professor für Agrarwissenschaft Waldemar v. Poletika,¹²¹ dessen Beteiligung an der verbrecherischen Ernährungsplanung nicht ganz neu ist.¹²² Er gehörte der Chefgruppe Landwirtschaft im Wirtschaftsstab Ost an, seine genaue Position dort ist anhand der vorliegenden Quellen aber nicht zu ermitteln.¹²³ Interessant sind gegensätzliche Auffassungen bei v. Poletika und v. Engelhardt. Der eine legte entscheidenden Wert auf die Nahrungsmittelversorgung, der andere auf Deutschlands Mangel an Arbeitskräften, zwei Konzeptionen, die während der ganzen Besatzungszeit in Weißrußland im Widerspruch zueinander stehen sollten, wobei die Lebensmittelgewinnung meist Vorrang genoß.

Die zur Information für Offiziere gedachten »Militärgeographische[n] Angaben über das Europäische Rußland« für Weißrußland vom 27. März 1941, von denen noch mehrmals die Rede sein soll, folgten bereits durchgängig der Logik der Versorgung aus dem Lande, handelten die Industrie auf 18 Zeilen ab und hoben hervor: »Weißrußland ist *Zuschußgebiet für Brotgetreide*.«¹²⁴ Sie mögen hier stellvertretend für die verfügbaren deutschen Landesbeschreibungen aus den Jahren 1941–1943 stehen, die alle zwischen Überschuß- und Zuschußgebieten unterschieden.

Es war zu zeigen, daß für die zu besetzenden sowjetischen Gebiete ein Plan bestand, durch Drosselung der Ernährung der Bevölkerung und deren Dezimierung die deutsche Ernährungs- und Rohstofflage zu verbessern. Weißrußland war in die Hungerzone mit Einschränkungen einbezogen. Dieses Vorhaben war in allen Wirtschafts- und Verwaltungsinstanzen, bei der militärischen Führung und bei SS und Polizei bekannt, und sie machten es sich zum Großteil zu eigen. Noch im Winter

121 Die Denkschrift befindet sich in einer Akte mit den Stempeln »Wirtschafts-Stab Ost, Chefgruppe La« und »Geheim!«. Das Deckblatt der Denkschrift trägt den maschinenschriftlichen Zusatz (rot) »Exemplarnummer: 1. Geheim! Dienstexemplar der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Regierung des Generalgouvernements.« Jedoch ist der Denkschrift der Brief von Forstmeister Dr. Erwin Buchholz, Kriegsverwaltungsrat beim WiStab Ost, v. 7. 10. 1941 an Prof. Dr. v. Poletika beim WiStab Ost vorgeheftet, in dem es um die Rückübersendung entliehener »Karten« geht (nicht der Denkschrift selbst). Möglicherweise handelte es sich um Teile aus dem umfangreichen Kartenanhang des Engelhardt-Papiers. Dieser Brief ist ein Original mit Unterschrift, kein Durchschlag, woraus folgt, daß die Denkschrift sich im Besitz seines Empfängers befand. Vgl. BA-MA RW 31/299. Prof. Dr. Waldemar (Wladimir) v. Poletika, * 1888 in St. Petersburg, Geograph und Agrarwissenschaftler, 1919–1923 Professor an der Universität Petrograd und Mitglied der Kaiserlich Russischen Geographischen Gesellschaft, 1923 nach Deutschland emigriert und Professor am Russischen Wissenschaftlichen Institut Berlin, 1934–1940 außerordentlicher, dann bis 1945 ordentlicher Professor an der Universität Berlin, 1941 im WiStab Ost, Chefgr. La, Gastprofessor Universität Bonn 1950, 1952 emeritiert. Seit 1950 langjähriger Leiter der Agrarwissenschaftlichen Forschungsstelle für die Oststaaten in Bonn. Vgl. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender, 8.–14. Ausgabe Berlin-W. 1954–1983. – Die Existenz dieser Randnotizen erwähnt auch Chiari 1993, S. 78f., Anm. 72, ohne aber ihre volle Bedeutung kenntlich zu machen.

122 Müller, Ausbeutungskrieg, S. 189.

123 1941 war v. Poletika zweimal in Weißrußland zur Inspektion: KTB WiStab Ost, Chefgr.La, v. 24. 7. und KTB WiStab Ost v. 25. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 998, und (BArchP)F 43384, Bl. 104. Am 12. 9. wurde er zur WiIn Nord versetzt, am 10. 10. wegen einer Geschwulst zurückversetzt und ins Lazarett gebracht, im November ins Reserve-Lazarett 122 in Berlin-Tempelhof. Von da ab verliert sich seine Spur. BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 937 und 908, sowie Brieftagebuch WiStab Ost, Chefgr.La, Ia für den 26. II. 1941, BA-MA RW 31/4.

124 Militärgeographische Angaben über das Europäische Rußland. Mappe E: Weißrußland – Textheft. Abgeschlossen am 27. März 1941, S. 27 (Hervorhebung im Original), vgl. z.B. S. 28, 26 und 39.

1942/43 war die Abriegelungsthese in Schulungsmaterialien für Funktionäre des Wirtschaftsstabs Ost enthalten, und die Wirtschaftsrichtlinien »Grüne Mappe« und »Kreislandwirtschaftsführermappe« galten bis 1944 als bindende Anweisungen.¹²⁵ Dies würde für sich noch nicht viel bedeuten (auch für die Siedlungspolitik lassen sich Zitate über großangelegte, nicht durchgeführte Pläne anführen), hätte dieses Projekt nicht tatsächlich – in Formen, die der Wirklichkeit angepaßt wurden – entscheidende Auswirkungen für die deutsche Ernährungs-, Wirtschafts-, Arbeitskräfte- und Vernichtungspolitik gehabt.

Zunächst gehen wir jedoch gewissermaßen einen Schritt zurück, um festzustellen, wann und wie dieser Plan entstand.

b) Die kriegs- und ernährungswirtschaftliche Lage Deutschlands in der ersten Jahreshälfte 1941 und die wirtschaftlichen Ziele im Krieg gegen die Sowjetunion

Den Ersten Weltkrieg hatte Deutschland wegen des Mangels an Kapital (Produktionsanlagen), Rohstoffen und Nahrungsmitteln verloren. Im Zweiten Weltkrieg war die Lage ähnlich. Die Unterschiede waren keine grundsätzlichen, sondern nur graduelle: die Zahl der besetzten und verbündeten, als Rohstoffbasis zur Verfügung stehenden Länder war etwas größer, und es gab zunächst keinen militärischen Zweifrontenkrieg. Besonders die 1936 gegründete Vierjahresplanbehörde¹²⁶ verfolgte nicht etwa eine reine Autarkiepolitik, sondern eine Doppelstrategie von Autarkie soweit möglich (durch Herstellung von Ersatzstoffen, staatliche Stützung an sich unwirtschaftlicher Produktion und ähnliches) und »Großraumwirtschaft« im europäischen Maßstab, um die Abhängigkeit von Überseeimporten möglichst zu verringern, was aber nicht vollständig gelang.¹²⁷ Hinsichtlich der Führung der militärischen Operationen folgte hieraus das Blitzkriegskonzept: schnelle, motorisierte Bewegungen mit an entscheidenden Punkten konzentrierten, dem Gegner zahlen- und materialmäßig insgesamt aber nicht unbedingt überlegenen Kräften. Damit sollte eine Schonung der Ressourcen erreicht werden.¹²⁸

Auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft gab es aber keinen »Blitzkrieg«. Deutschland wurde noch 1939 vom Großteil seiner Zufuhren abgeschnitten,¹²⁹ und als Großbritannien 1940 weder einem Verständigungsfrieden zustimmte noch zu er-

125 La-Organisation, Vortrag: Hauptmann Dr. Körner (undatiert, aus dem Inhalt datierbar), BA-MA RW 19/1251. Dr. Wilhelm Körner war Leiter der Abteilung I (Landwirtschaftliche Verwaltung und Organisation/Allgemeine landwirtschaftliche Angelegenheiten) in der Chefgr.La im WiStab Ost bzw. RMO. Vgl. im übrigen Müller, Ausbeutungskrieg, S. 188.

126 Vgl. Petzina 1968. Weiter Aly/Heim, Vordenker, besonders S. 49–68.

127 Man berief sich dabei auf die negativen Erfahrungen sowohl aus dem Ersten Weltkrieg als auch aus der Weltwirtschaftskrise, in der der Zusammenbruch des Welthandels die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft angesichts der Fernhandelsabhängigkeit schwer geschädigt habe. Für die militärische und langfristige zivile Zukunftsplanung erschienen deshalb Autarkie plus abhängigem Großraum nötig. Vgl. den Grundsatzvortrag des VJP-Staatssekretärs Erich Neumann v. 29. 4. 1941 (Verfasser: Oberregierungsrat Otto Donner), Nbg. Dok. NI-13844, BA R 26 I/6, Bl. 1–25.

128 Vgl. Müller, Ausbeutungskrieg, S. 224–227; die Arbeiten von Bitzel und Dworok; Kutz, besonders S. 59ff. und 142; Bartov 1991, S. 13–15; Schüler, S. 40–58.

129 Der Einfuhrausfall Deutschlands betrug bereits im Dezember 1939 62 %. Müller, Ausbeutungskrieg, S. 148.

obern war, gab es keine Aussicht mehr, diesen Zustand rasch zu beenden. Der »Ernährungskrieg« hatte längst begonnen.¹³⁰ So forderte Herbert Backe am 16. Oktober 1939 auf einer Sitzung des Ministerrats für die Reichsverteidigung, die Importe aus der Sowjetunion müßten dringend von einer auf zwei Millionen Tonnen Getreide erhöht werden, am 14. Februar 1940 erklärte er im Generalrat des Vierjahresplans, es drohe der »Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft im Laufe des zweiten Kriegsjahres, wie im Jahre 1918«.¹³¹ Mehr noch, schon am 19. Mai 1940 notierte er: »Wenn Krieg über zwei Jahre dauert, ist er doch verloren!«¹³² Auch die folgenden Monate vermochten die Ernährungsplaner nicht in Euphorie zu versetzen, denn eine schlechte Ernte¹³³ zeigte, auf welch unsicherem Boden sie sich bewegten. Die Lebensmittelreserven mußten angetastet werden und nahmen in den folgenden Monaten bis zum Sommer 1941 entscheidend ab:¹³⁴

Tabelle 1: Vorräte an Brotgetreide in »Großdeutschland« 1938–1943

Vorräte am	1938	1939	1940	1941	1942	1943
I. 8. in 1000 t	3300	6384	6186	1983	1054	1247

Für eine auf unabsehbare Zeit kriegführende Macht war das eine fatale Situation.¹³⁵ Europa ohne die Sowjetunion und Großbritannien hatte vor dem Krieg etwa 9 Prozent seiner Lebensmittel importieren müssen (den Bedarf von 30 Millionen Menschen).¹³⁶ Deutschland betraf das besonders. Während des Krieges aber war an eine Produktionssteigerung nicht zu denken, im Gegenteil würden sich unvermeidlich Jahr für Jahr Rückgänge durch Mangel an Arbeitskräften, Investitionen, Dünger usw. ergeben, das war allgemein bekannt.¹³⁷ Die Lösung wurde in der Verlagerung von Fleisch- auf die Brotgetreide- und vor allem Kartoffelerzeugung gesucht, das heißt, die Viehbestände wurden reduziert, Futtergetreide eingespart und die Flächen für

¹³⁰ Weltweite ernährungswirtschaftliche Nachrichten wurden mindestens seit 1940 regelmäßig unter diesem Titel vervielfältigt herausgegeben. Vgl. EWF: Ernährungskrieg, Nr. 460 (Nur für den Dienstgebrauch) v. 28. 4. 1941, BA NL 75/9; EWF: Ernährungskrieg Nr. 1493–1495 und 1499 v. 29. 12. 1944–1. 1. 1945 sowie 10. 1. 1945, BA-MA RW 19/150; siehe auch Hahn 1939 (Gemeinschaftsarbeit der Ernährungswirtschaftlichen Forschungsstelle Berlin). – Vgl. allgemein Aly/Heim, Vordenker, S. 365–371.

¹³¹ Müller, Ausbeutungskrieg, S. 146.

¹³² Notiz »Für Montag den 20. 5. 40[«], gez. Backe 19. 5. 40, BA NL 75(Backe)/5. Jedoch ergab sich auch durch den Sieg gegen Frankreich keine Änderung.

¹³³ Siehe Lehmann 1985, S. 617–620.

¹³⁴ Brotgetreide-Bilanzen für Großdeutschland (Gebietsstand 1. 9. 39) in 1000 t Kornwert (Abschrift; Roggen einschl. Mehl und Weizen), BA NL 75/12. Wie hieraus hervorgeht, war der Rückgang 1940–1941 nur zu einem kleinen Teil auf erhöhten Verbrauch zurückzuführen. Siehe auch Volkmann 1984, S. 12.

¹³⁵ Nach einer Bemerkung Hitlers am 10. 5. 1942 hatte das Deutsche Reich bei Kriegsbeginn keine strategische Getreidereserve besessen, so daß Mißernten empfindliche Folgen hätten. »Wie ständen wir heute mit einer Getreidereserve von 7 1/2 Millionen t da [...]!« Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 275 f.

¹³⁶ Prof. Dr. E. Wagemann, Präsident des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin: Kann Kontinentaleuropa sich selbst ernähren? In: Dresdner Neuste Nachrichten v. 13. 8. 1941, BA 36.01, Nr. 2353, Bl. 151. Vgl. Backe 1942, vor allem S. 227.

¹³⁷ Ergebnisse der Vierjahresplanarbeit. Ein Kurzbericht nach dem Stande vom Frühjahr 1942 (Abschrift). BA R 26 I/18, hier Bl. 12, 98 f. Nach BA B 120/590 stammte der Bericht von Staatssekretär Paul Körner.

den Anbau von Produkten zum direkten menschlichen Verzehr genutzt.¹³⁸ Bereits von 1939 bis Mai 1941 war der deutsche Schweinebestand von 29 auf 22 Millionen Tiere reduziert worden. Am 2. Juni 1941 mußte die deutsche Fleischration für Normalverbraucher von 500 auf 400 Gramm pro Woche gesenkt werden. Die Ankündigung erregte in der Bevölkerung »grosses Aufsehen«.¹³⁹ Dazu kam die Einführung der Lebensmittelkarten für Kartoffeln, begleitet von erheblichen Engpässen.¹⁴⁰ Gleichzeitig startete Backe eine Aktion zur Senkung des Geflügelbestandes wegen dessen hohen Futtermittelverbrauchs. Sie stand unter dem offiziellen Motto »Merzt die schlechten Hühner aus!« Schlechte Hühner waren solche, die weniger als 100 bis 120 Eier im Jahr legten.¹⁴¹ Im Sommer 1941 war eine großangelegte Kampagne der Landwirtschafts- und Ernährungsbehörden nötig, um durch erheblich höhere und beschleunigte Lieferungen im Sommer den Anschluß an die neue Ernte ohne größere Versorgungsengpässe zu schaffen.¹⁴² Erst im August entspannte sich die Lage, obwohl die Ernte erneut unterdurchschnittlich war.¹⁴³ Die Rationskürzungen waren ja angesichts der Vorratslage nur ein erstes Vorzeichen, und obwohl es richtig ist, daß niemand in Deutschland Hunger leiden mußte,¹⁴⁴ wurde der Vernichtungsplan gegen

¹³⁸ 1942/43 wurden im Deutschen Reich im Vergleich zu 1935/38 (Durchschnitt) 11,9 statt 9,2 Millionen t Getreide und 28 statt 14 Millionen t Kartoffeln direkt verzehrt, die Fleischproduktion sank dagegen um 36 %, der Fettverbrauch um 48 %. Zunächst wurde der Fleischverbrauch gerade durch die Abschaltung der Viehbestände noch konstant gehalten. Die Schweine- und Geflügelmast erbrachte nur 25 % bzw. 10 % der verfütterten Getreidewerte an Fleisch; der Bestandsrückgang betrug im deutsch beherrschten Raum bis 1942/43 bei Schweinen 35 %, bei Geflügel 37 %, bei Rindern 7 % und bei Schafen 4 %. Vgl. Prof. Dr. Woermann: Die Ernährungslage und die Voraussetzungen zur Erhaltung der Produktionsleistungen der deutschen Landwirtschaft, mit Anschreiben Backes an Rosenberg v. 13. 5. 1943 (Nbg. Dok. NG-762), BA F 57995; Die europäische Ernährungswirtschaft unter dem Einfluß des Krieges v. 5. 3. 1943 (hschr. Notiz »von Prof. Woermann – Halle«), R 26 IV/33, Bl. 28–40; Deutschland ist durch Hunger nicht zu besiegen! Oberbefehlshaber Backe zur Erzeugungsschlacht im fünften Kriegsjahr, in: Landwirtschaftliches Wochenblatt [des RKO] 1 (1943), Folge 12 v. 5. 12. 1943, BA F 10849, Bl. 483–485. – Die zuerst genannte Expertise wurde am 13. 5. 1943 von Backe an Himmler übersandt, ein weiterer Hinweis darauf, daß dieser über die Ernährungslage zumindest ständig informiert wurde. BA-MA F 3960, Bl. 279.

¹³⁹ OKW, WiRüAmt/Stab Ib5, Kriegswirtschaftlicher Lagebericht Nr. 21 für Mai v. 10. 6. 1941, BA-MA RW 19/177, Bl. 19; KTB Halder, Bd. II, S. 408 (Vortrag Heeresverwaltungschef Osterkamp v. 12. 5. 1941). Offizielle Ankündigung der Rationssenkung in Rundschreiben Backes v. 29. 4. 1941, BA R 43 II/613, Bl. 238–239R; zu den Reaktionen »Auszug aus dem SD-Bericht v. 19. 5. 41« mit Randanstreichungen vermutlich von Backe, BA NL 75/9.

¹⁴⁰ Zur Sommerkrise 1941 und zur Einführung der Kartoffelkarte auch Corni/Gies 1997, S. 560f.

¹⁴¹ Vgl. NSDAP, Partei-Kanzlei, Reichsverfügungsblatt, Anordnung Nr. 32/41 v. 19. 7. 1941 mit Rundschreiben des RMEuL II B4, Betr.: Ausmerzung der schlechten Hühner v. 12. 7. 1941, BA NS 6/821; RMEuL, II C12, Betr.: Verminderung des Geflügelbestandes v. 9. 9. 1941, BA R 43 II/613, Bl. 260/R.

¹⁴² Vgl. Maßnahmen zur Versorgungssicherung beim Übergang zum neuen Getreidewirtschaftsjahr (undatiert); RMEuL, Vermerk, Betr.: Besprechung über Maßnahmen zur Versorgungssicherung bei Brotgetreide [...] am 20. Mai v. 24. 5. 1941; RMEuL, Richtlinien zur Sicherung des rechtzeitigen Getreidedrusches, an die Landes- und Provinzialernährungsämter v. 27. 6. 1941; Reichsnährstand, Der Reichsobmann an die Landes- und Kreisbauernführer (gez. Backe) v. 2. 7. 1941, BA R 14/128, Bl. 21–30, 44–47, 146–148 und 181f.; Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 4, S. 721 (28. 6. 1941).

¹⁴³ Vgl. Goebbels, Tagebücher, Teil II, Bd. 1, S. 207f. (10. 8. 1941, Bericht Backes); KTB Halder, Bd. III, S. 130 (Vortrag Osterkamp v. 29. 7. 1941).

¹⁴⁴ Die Durchschnittsrationen hatten sich von 1938/39 auf 1939/40 sogar durchschnittlich von 3000 auf 3070 Kalorien erhöht, vor allem wegen der Einberufungen zur Wehrmacht und der dort gewährten höheren Sätze. Vortrag Staatssekretär Neumann v. 29. 4. 1941, BA R 26 I/6, Bl. 17.

Teile der Bevölkerung der Sowjetunion keineswegs nur gefaßt, um »den deutschen Fleischkonsum und damit die ›Stimmung‹ zu garantieren«, wie Aly und Heim formulieren.¹⁴⁵ Vielmehr wurde die sozialpolitische Situation vom NS-Regime mit Blick auf Kriegsmüdigkeit und revolutionäre Stimmung von 1918, für die der Hunger eine wesentliche Rolle gespielt hatten, als sehr ernst empfunden. Ludendorffs von Hitler wie von der Militärführung rezipierte Lehre vom »totalen Krieg« hatte dazu gedient, einer erneuten Blockadesituation ganz besonders auf dem Ernährungssektor zu begegnen. »Die Ernährungsfrage«, so Ludolf Herbsts Fazit, »erweist sich nicht nur kurzfristig als Angelpunkt wirtschaftlicher Mobilmachung, sondern auch langfristig.«¹⁴⁶

Die Sowjetunion leistete nach Abschluß der Verträge mit Deutschland von 1939 erhebliche Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen. Sie reichten aber für den deutschen Bedarf nicht aus (bei Mineralöl noch weniger als bei Agrarprodukten). Weder konnte die UdSSR kurzfristig und unter Friedensbedingungen so hohe Überschüsse produzieren, es sei denn auf Kosten der eigenen Bevölkerung, was sie nicht zu tun bereit war,¹⁴⁷ noch lieferte sie zum Nulltarif. Sie stellte im Gegenteil hohe Forderungen nicht nur nach Industriewaren und Militärgütern, sondern auch nach Anlagen und Ausrüstungen, und übte bei Nichterfüllung der Gegenleistungen massiven Druck aus.¹⁴⁸ Zwar hatte die Sowjetunion sich am 10. Januar 1941 in einem Abkommen mit Deutschland bereit erklärt, ihre Getreidelieferungen auf zwei Millionen Tonnen jährlich zu erhöhen, doch auch dies reichte weder, um den laufenden deutschen Importbedarf sicherzustellen, noch gar auf Dauer die Lage zu konsolidieren.¹⁴⁹ Vor allem befürchteten Hitler und die deutsche Führung, verstärkt durch die sowjetischen Gegenforderungen, eine zunehmende wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von der UdSSR.¹⁵⁰

Die Frage zu erörtern, inwieweit wirtschaftliche Erwägungen bereits die ersten Angriffspläne im Sommer 1940 beeinflußt haben, würde den Rahmen dieser Darstellung sprengen und muß hier unterbleiben.¹⁵¹ Es ist davon auszugehen, daß der Entschluß

¹⁴⁵ Aly/Heim, Vordenker, S. 369.

¹⁴⁶ Herbst 1982, S. 65–73 und 86, Zitat S. 71.

¹⁴⁷ Vgl. zwei angeblich von Backe verfaßte Zeitungsartikel in Der Führer und Kanzler des Deutschen Reiches, Adjutantur, A. B. Albrecht an Brückner in Hitlers Hauptquartier, v. 1. 6. 1940, BA NS 10/107, Bl. 2–13. Weiter Studiengesellschaft für bäuerliche Rechts- und Wirtschaftsordnung e.V., Abt. Weltwirtschaft, Die Entwicklung der Landwirtschaft der UdSSR v. 4. 6. 1940, BA R 26 IV/vorl.38. Hier hieß es zweideutig, der »Nahrungsstandard« der sowjetischen Bevölkerung habe sich durch die Verstärkung erheblich erhöht, die Ausfuhr sei gesunken: »Das darf und braucht aber in Zukunft nicht so zu bleiben.« Siehe ähnliche Hinweise bei Volkmann 1984, S. 22f.

¹⁴⁸ Ausführlich bei Müller, Ausbeutungskrieg, S. 149–156; Herbst 1996, S. 339–341; vgl. KTB Halder, Bd. II, S. 207 und 311 (3. 12. 1940 und 13. 3. 1941). Dieser Zusammenhang wird bei Schwendemann 1993 entschieden unterbewertet; siehe jedoch Beispiele und Zahlenmaterial ebd., S. 206 ff., 210, 212–215, 218, 373–375.

¹⁴⁹ Siehe dagegen Herbst 1996, S. 350, und insbesondere Schwendemann, S. 205–255.

¹⁵⁰ Hillgruber (1965, S. 430) bemerkt, die Sowjetunion habe auch nach dem Vertrag vom 10. 1. 1941 ihre Leistungen mit Forderungen verbunden. Erst nach dem 10. 4. erhöhte die UdSSR schlagartig ihre Lieferungen, weil die sowjetische Führung zu diesem Zeitpunkt offenbar zu einer völlig neuen, für sie negativen Lagebeurteilung gekommen war (ebd., S. 429–432 und 435; Schwendemann, S. 324–328).

¹⁵¹ Bereits 1939 hatten derartige Überlegungen bei Wirtschaftsfunktionären (Carl Krauch, Chef des Reichsamts für Wirtschaftsausbau, Sonderbeauftragter des Vierjahresplans für Fragen der chemischen Erzeugung und Manager der I.G. Farben) bestanden, vgl. Müller, Ausbeutungskrieg, S. 142 und 227, Anm. 16. Zum Juli 1940 vgl. die Hinweise ebd., S. 156; Herbst 1996, S. 338; Philippi, S. 6f.

zur Invasion im Osten Prozeßcharakter hatte und erst unmittelbar nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers Molotow in Berlin im November 1940 endgültig feststand.¹⁵² Der Angriff auf die UdSSR erschien der deutschen Führung unvermeidlich, um sich aus ihrer strategischen Notlage nach der gescheiterten Schlacht um England zu befreien. Die Diskussion, ob Hitler Großbritannien oder aus Gründen der NS-Programmatik die Sowjetunion als entscheidenden Gegner ansah, erscheint müßig¹⁵³ – nachdem die britische Regierung unter keinen Umständen zur Unterordnung bereit war, mußte NS-Deutschland beide Gegner besiegen, um die Herrschaft auf dem europäischen Kontinent zu erlangen. Größere Eroberungen in Nordafrika, im Mittelmeerraum und im Nahen Osten hätten keine Alternative dargestellt, weil damit die deutsche Versorgungslage bei Rohstoffen und vor allem bei Nahrungsmitteln nicht verbessert worden wäre.¹⁵⁴ Ebenso kam ein Einlenken im Sinn eines Verlustfriedens nicht in Frage, nicht zuletzt weil die NS-Spitze schon »soviel auf dem Kerbholz« hatte, wie Hitler es ausdrückte.¹⁵⁵ Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde in der deutschen Führung, vor allem von Hitler, trotz Unterschätzung des Gegners auch nicht etwa als Spaziergang, sondern als großes militärisches Risiko aufgefaßt. Die militärischen Aktionen standen unter einem enormen Zeitdruck.¹⁵⁶

Wirtschaftliche Erwägungen spielten für den Angriffsentschluß von Anfang an eine Rolle, wurden aber seit einer bestimmten Entwicklungsphase im Januar und Februar 1941 zum Hauptzweck des sogenannten Ostfeldzuges, der von da an einer sehr wesentlich, wenn nicht »primär wirtschaftlichen Zielsetzung« folgte.¹⁵⁷ Das war vielen Zeitgenossen gut bekannt. Bezeichnend hierfür war die entsprechende Mitteilung v. Ribbentrops an die japanische Führung am 28. Juni 1941 über die Ziele der deutschen Aggression gegen die Sowjetunion.¹⁵⁸ Göring sagte am 26. Juni, daß ohne den Wirtschaftsapparat »ein Erfolg des Ost-Feldzuges nicht möglich sei«.¹⁵⁹ Thomas ließ am 26. Februar 1941 notieren:

»R.[eichs] M.[arschall] betrachtet die Aktion als eine Stützung der wirtschaftlichen Versorgung, insbesondere auch des VJP [Vierjahresplanes]. Ausnutzung des Ernährungssektors durch Sts. Backe vorgesehen. Ausrottung des Kom[m]unismus, Beseitigung aller politischen Führer. Noch genaue Überlegung, was geschehen muß.«¹⁶⁰

¹⁵² Hillgruber 1965, S. 352 ff.

¹⁵³ Vgl. ebd. und andere Darstellung bei Schustereit 1988.

¹⁵⁴ So auch Herbst 1996, S. 335 f., und Hillgruber 1965, S. 178–192, 242–255 und 343–345, im Gegensatz etwa zu Krumpelt, S. 66 f. Die ebd., S. 69–72, favorisierte Variante, die Britischen Inseln nochmals direkt anzugreifen, wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen.

¹⁵⁵ Siehe die Wiedergabe seiner Äußerung v. 15. 6. 1941 durch Goebbels: »Wir haben sowieso soviel auf dem Kerbholz, daß wir siegen müssen, weil sonst unser ganzes Volk, wir an der Spitze mit allem, was uns lieb ist, ausradiert werden.« Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 4, S. 696 (16. 6. 1941). Vgl. Hillgruber 1965, S. 144–157, zu deutschen Versuchen, einen politischen Ausgleich mit Großbritannien zustande zu bekommen.

¹⁵⁶ S. u., Belege Anm. 2/233.

¹⁵⁷ R.-D. Müller, Unternehmen »Barbarossa«, S. 125. Siehe dagegen Schustereit 1983, S. 56 f.

¹⁵⁸ Vgl. Hillgruber 1965, S. 485 f.

¹⁵⁹ Chef WiRüAmt, Vortrag beim Reichsmarschall am 26. 6. 1941 (Unterschrift: Thomas), BA-MA RW 19/165, Bl. 119 f.

¹⁶⁰ Hier gingen wirtschaftliche und Vernichtungserwägungen direkt ineinander über. KTB WiRüAmt, Stab, v. 26. 2. 1941, BA-MA RW 19/164, Bl. 180. »Zweck: Stützung und Erweiterung der Massnahmen des Vierjahresplans«, hieß es auch in einer anderen Niederschrift aus dem WiRüAmt. Vgl. Aktennotiz v. 1. 3. 1941 über eine Besprechung mit Gen. Thomas, IMT, Bd. 27, S. 170.

Rosenberg bezeichnete die »gesicherte Belieferung des Deutschen Reiches mit Rohmaterialien und Lebensmitteln« als wichtigste Funktion der bevorstehenden Besatzungspolitik.¹⁶¹ Der Generalquartiermeister des Heeres Wagner schrieb an seine Frau: »Der militärische Akt ist ja wirklich diesmal nur ein Teil, vielleicht nicht einmal der größte. Die wirtschaftlichen Fragen sind ungeheuerlich, allein die Ernährungslage, die das nächste Jahr bestimmen wird. Denn aus der Ukraine werden wir im großen erst 1943 ernten.«¹⁶² Ein Vertreter des Generalquartiermeisteramts äußerte im März 1941, wegen der wirtschaftlichen Fragen werde man wohl im Krieg gegen die UdSSR den Boden des Völkerrechts verlassen.¹⁶³ Daß es vorrangig um wirtschaftliche Interessen ging, merkten manche Militärs erst später. So erklärte Henning v. Tresckow, Erster Generalstabsoffizier im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte 1941–1943, nach einigem Nachdenken sei er darauf gekommen, daß nicht, wie er erst gedacht habe, die »allgemeine Eroberungsgier Hitlers« verantwortlich zu machen sei, sondern sein Ziel, »sich ein Land zu sichern, dessen Menschenreservoir zusammen mit seinen landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffen ihn unabhängig machten.«¹⁶⁴ Zumindest seit 1942 wurde allgemein im Offizierskorps der Heeresgruppe Mitte »offen ausgesprochen, daß der deutsche Ostfeldzug um deutsche wirtschaftliche Ziele ging.«¹⁶⁵ Das ganze Frühjahr 1941 über berichtete die deutsche Presse und Fachpresse in auffälliger Weise über den Saatenstand in der Sowjetunion, und später wurden die Ziele noch deutlicher formuliert: »Weißrutheniens Zukunft liegt darin, daß es zu einem Lieferanten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen für den mitteleuropäischen Markt werden kann.«¹⁶⁶

Diese Ziele bestimmten auch ganz direkt über die militärischen Operationen. Bekanntlich spielten besonders für Hitler wirtschaftliche Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle bei der Festlegung der Operationsschwerpunkte. Der Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Franz Halder, bedankte sich bei General Thomas, denn für die »schwebenden Erwägungen über die Weiterführung des Feldzuges im Osten« seien dessen »Ausarbeitungen eine besonders wertvolle Unterstützung«.¹⁶⁷ Trotzdem geriet das wirtschaftliche Primat bei der Truppe selbst, wie auch nicht anders zu erwarten war, oft in Vergessenheit, da sie anderes gelernt hatte. General Thomas drückte es in einer Ansprache bei der Einweisung der wirtschaftlichen Führungsspitze für die besetzten sowjetischen Gebiete treffend aus: »Der militärischen Führung muß immer wieder vor Augen gehalten werden, daß ein Feldzug gegen Rußland zum gro-

161 Denkschrift Rosenbergs: Allgemeiner Aufbau und Aufgaben einer Dienststelle für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes v. 29. 4. 1941; vgl. Instruktion für einen Reichskommissar in der Ukraine v. 7. 5. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 562 und 567.

162 Wagner an seine Frau am 21. 10. 1941, BA-MA N 510/v. 32.

163 Müller 1987, S. 133f.

164 Von Schlabrendorff 1984, S. 42.

165 Kaltenbrunner an Bormann v. 9. 8. 1944, Anlage 2: Aufruf »Generale und Offiziere der Deutschen Wehrmacht« v. 22. 7. 1944, gez. Bampler, Generalleutnant, stellvertretend für mehr als ein Dutzend von den Sowjets gefangengenommener Generale der H.Gr. Mitte, in: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 183.

166 Diese dauerhafte Konzeption lag freilich nicht mehr in der Logik der Abriegelungsthese. C. Regel, Weißrutheniens neue Aufgabe, in: Deutsche Zeitung im Ostland v. 24. 9. 1942, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 113. Zur Presse 1941 vgl. BA 25.01, Nr. 4461.

167 Chef des Generalstabs des Heeres an Thomas v. 27. 10. 1941, BA-MA RW 19/177, Bl. 34. Vgl. zum Tatbestand allgemein Dworok, S. 231ff.; KTB Halder, Bd. III, S. 159 (7. 8. 1941).

ßen Teil wirtschaftliche Hintergründe hat, und daß die Forderungen der Wirtschaft in diesem Feldzug mehr als sonst berücksichtigt werden müssen.«¹⁶⁸

Die deutschen Absichten waren dabei nicht nur kurzfristiger Art, um Engpässe zu überbrücken und die »Stimmung« zu garantieren, sondern deckten sich praktisch mit langfristigen Zielen. Hitler verfolgte eine Konzeption für die »osteuropäische[n] Agrar- und Rohstoffgebiete«, nach der dort die Industrieanlagen abzutransportieren seien und man dann »vom einfachen Wasserglas angefangen beinahe alles an Industriefabrikaten absetzen könne«. Streckenweise lesen sich seine Ausführungen gegenüber Seyß-Inquart Ende September 1941 wie eine Paraphrase des schon erwähnten Vortrags des Vierjahresplan-Staatssekretärs Neumann.¹⁶⁹ Die nationalsozialistische Führung griff damit nur ein altes deutsches Expansionsziel auf, das seit Ende des 19. Jahrhunderts bestand; schon 1918 hatte das Deutsche Reich die Ukraine vor allem wegen der dort zu beschlagnahmenden Lebensmittel besetzt.¹⁷⁰

Auch in der »Braunen Mappe«, den Verwaltungsrichtlinien des Ostministeriums vom April 1942, hieß es trotz des Bemühens, die »Grüne Mappe« (die Vorschrift der Vierjahresplanbehörde für die Wirtschaftsführung in der Sowjetunion) für »überholt« zu erklären: »Im grossen und ganzen ergeben sich die gleichen Aufgaben wie für die Kriegsdauer auch für die fernere Zukunft«, nämlich »im Rahmen einer organischen Arbeitsteilung des europäischen Grosswirtschaftsraumes landwirtschaftliche und gewerbliche Rohstoffüberschüsse bereitzustellen.«¹⁷¹ Dabei konzentrierten sich die deutschen Interessen auf wenige Produkte: Getreide, Ölsaaten und Erdöl.¹⁷² Auch ihre Durchsetzung, so der Ernährungsminister Darré an Backe, »verspricht erst den Ausblick auf einen Sieg, den Napoleon nicht zu erringen vermochte, aber es ist nicht der Endsieg, sondern erst die Voraussetzung.«¹⁷³ Während aber der damals schon weitgehend entmachtete Minister Darré die Kontinentalperre Napoleons *gegen England* studierte, beschäftigten Backe, das Stabsamt des Reichsbauernführers und den Reichsnährstand¹⁷⁴ genau die entgegengesetzten Probleme, abgesehen davon, daß sie die Landwirtschaftsorganisation für die besetzten sowjetischen Gebiete hinter Darrés

168 Rede Thomas' v. 4. 6. 1941, zitiert nach Müller, Wirtschaftspolitik, S. 23 (Hervorhebung C. G.) Vgl. z. B. einen späteren Protest des Wirtschaftskommandos [WiKdos] Orscha gegen die Requirierung von Arbeitspferden mit der Forderung nach »mehr Verständnis«: »Der Krieg 1914/18 wurde verloren, weil die Ernährung des deutschen Volkes nicht mehr sicher gestellt werden konnte.« WiKdo im Divisionsbereich Orscha, Lagebericht Nr. 3 v. 28. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 447.

169 Bericht Generalkommissar Schmidt über Treffen mit Hitler und Seyß-Inquart am 26. 9. 1941, Nbg. Dok. NG-3513. Vgl. Neumann am 29. 4. 1941, BA R 26 I/6, Bl. 1-25.

170 Vgl. mit Verweis auf Ludendorff Herbst 1982, S. 70; siehe A. Beer, S. 14; Dlugoborski 1985, S. 145.

171 RMO, Die Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten (Braune Mappe), Teil A: Richtlinien für die Wirtschaftsführung (April 1942/Abschrift), Nbg. Dok. NI-10119.

172 Teilweise wurden noch Mangan und Leichtmetalle genannt. Vgl. Aktennotiz Besprechung mit den Staatssekretären über Barbarossa v. 2. 5. 1941, IMT, Bd. 31, S. 84; Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft, v. 23. 5. 1941, IMT, Bd. 36, S. 146-148; Grüne Mappe, Teil I, 2. Auflage v. Juli 1941, Nbg. Dok. NG-1409. Siehe auch Görings grundlegenden Erlaß Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP V. P.12028 v. 27. 7. 1941 (Abschrift), BA R 26 I/13, Bl. 1-4; 11. Sitzung des Generalrats [des Vierjahresplans] vom 24. 6. 1941, BA F 53860, ADB 119, Bl. 183 (Nbg. Dok. NI-7474).

173 Darré an Backe v. 14. 3. 1941, BA NL 75/10.

174 Hierzu allgemein Gies, S. 270-304; Herferth, S. 1046-1076.

Rücken aufbauten.¹⁷⁵ Wie schon erwähnt, war ja auch die Ukraine keineswegs das Land, in dem Milch und Honig flossen oder zwei Ernten möglich waren; die Hektarerträge waren höchstens halb so groß wie in Deutschland. Die zu erwartenden Überschüsse waren selbst bei einer gewaltsamen Senkung des Verbrauchs der Sowjetbevölkerung für die (angeblichen) deutschen Interessen nicht groß genug. Aber nicht nur das. Besonders im Februar 1941 kamen von mehreren Seiten Warnungen, daß durch die zu erwartenden Zerstörungen beim Einmarsch und durch die Kriegswirren die sowjetische Agrarproduktion so in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, daß die angestrebten Lebensmittellieferungen zur Illusion werden müßten. So warnten der Staatssekretär im Reichsaußenministerium, Ernst v. Weizsäcker, Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin v. Krosigk und die Leitung der Reichsmarine.¹⁷⁶

Vor allem aber sind hier die Bedenken zu nennen, die der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, General Georg Thomas, selbst hatte und mehrmals vortrug. Thomas, Angehöriger der Militäropposition gegen Hitler seit 1938, hatte schon vor dem Angriff auf Polen aus ähnlichen Gründen gewarnt: Das Deutsche Reich, so Thomas realistisch, könne einen langen Abnutzungskrieg gegen die Westmächte nicht durchstehen.¹⁷⁷ Er warnte auch diesmal, und zwar *vor* Übergabe seiner grundlegenden Denkschrift für Göring vom 13. Februar 1941, in dieser Denkschrift und *nach* Übergabe.¹⁷⁸ (1944 beschrieb ihn Keitel in einer Beurteilung als notorischen Pessimisten.)¹⁷⁹ In dem Papier »Die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen einer Operation im Osten« äußerte sich Thomas lediglich vorsichtig optimistisch, daß die zu erwartenden Zerstörungen überwunden werden könnten. Der Grund für seine geänderte Auffassung aber war, daß er hier bereits die Abriegelungsthese vertrat. Überschüsse von vier Millionen Tonnen Getreide könnten durch eine »kleine Senkung des je Kopf-Verbrauchs« erzielt, der deutsche Fehlbedarf könne damit gedeckt werden. Zudem nahm Thomas durchgängig eine Trennung zwischen den Überschuß- und »Mangelgebiete[n]« hinsichtlich der Getreideproduktion vor.¹⁸⁰ Am 26. Februar hielt Thomas bei Göring Vortrag, wobei dieser »Anerkennung« äußerte und Thomas versprach, ihm allein die wirtschaftliche Verwaltung der zu besetzenden sowjetischen

175 Vgl. den erregten Briefwechsel Darré-Backe-Göring von Ende Juni 1941, BDC, SSO-Akte Herbert Backe.

176 Die Warnungen von anderer Seite bezeichnet Müller (Ausbeutungskrieg, S. 185–187, Zitat S. 187) als »insgesamt marginale Kritik«, die vor allem meist zu spät (im April) kam, als die Entscheidungen längst gefallen waren.

177 Vgl. Finker 1977, S. 92f.

178 Nach Rolf-Dieter Müller vergaß er seine Bedenken, weil er nach einer »Chance« suchte, »sich selbst und seine Organisation wieder ins Spiel zu bringen«. Diese Version – Mitinitiative am bis dahin größten Mordplan der Geschichte aus Behördenegoismus – kann nicht überzeugen. Müller, Kriegsrecht, S. 131f.; vgl. ders., Kriegswirtschaft, S. 12, ders., Ausbeutungskrieg, S. 170 und allgemein S. 163–172. Zu Warnungen Thomas' vor Übergabe seiner Denkschrift (am 8. und 12. 2. 1941) ebd., S. 168f.

179 Der Chef des OKW, gez. Keitel, Beurteilung Thomas' zum 1. April 194[4]: »Starke Seiten: Organisator von Format [...] Schwache Seiten: neigt zu pessimistischer Beurteilung«. BA D-H ZWM IA.

180 Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt [WiRüAmt] 10/41 gKdos./Chef-Sache, Die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen einer Operation im Osten v. 13. 2. 1941, abgedruckt in: Thomas 1966, S. 514–532, Zitate 517 und 516 (Hervorhebung im Original). Zur Erarbeitung vgl. KTB WiRüAmt 1940/41, BA-MA RW 19/164. Nach Moritz (Hg.), S. 338, wurde diese Denkschrift in 554 Ausfertigungen versandt. Der ursprüngliche Verteiler sah vor: Hitler, Göring, Keitel, die Generalstabschefs von Heer, Luftwaffe und Marine, Thomas selbst und seinen Mitarbeiter Oberst Jansen: KTB WiRüAmt v. 12. 2. 1941, RW 19/164, Bl. 150f.

Gebiete zu überlassen, die ihm, Göring, wiederum Hitler übertragen habe. Thomas ließ notieren:

»Er [Göring] war ebenso wie der Führer der Auffassung, daß bei dem Einmarsch dt. Truppen in Rußland der ganze bolschewistische Staat zusammenbrechen würde und daß dadurch mit den von mir gefürchteten Zerstörungen und Vernichtung der Vorräte und der Eisenbahn nicht zu rechnen sei. Es käme darauf an, zunächst schnell die bolschewistischen Führer zu erledigen.«¹⁸¹

Thomas galt also noch als Pessimist. Nicht ein plötzlicher Rückfall in Illusionen bewog ihn, im Osten doch Möglichkeiten zu gewinnbringender Ausbeutung zu sehen und seine Bedenken später zurückzustellen, und auch nicht enge Behördeninteressen, sondern der in diesen Tagen Gestalt annehmende Hunger- und Vernichtungsplan, denn nur Gewalt konnte, wenn überhaupt, für die Gewinnung von Ressourcen für die langfristige Weiterführung des Krieges sorgen.¹⁸² Von dem Plan hatte Thomas bereits spätestens am 12. Februar Kenntnis:

»Reichsnährstand schätzt den Zuschußbedarf Deutschlands und der von Deutschland beherrschten Gebiete auf 5 Mill. t. Durch eine 10%ige Senkung des russischen Verbrauchs glaubt man etwa 4 Mill. t aus Rußland zu bekommen. Vieh-Überschüsse stehen nicht zur Verfügung. [...] Amtschef [Thomas] weist an, daß in die Denkschrift noch hinein muß: 1) Wert des kaukasischen Ölgebietes; 2) Gefahren ausfallender Kautschuk-Ausfuhren aus dem Fernen Osten.«¹⁸³

Hier standen also Skepsis und neue Hoffnung nebeneinander. Auch Halder hatte am 28. Januar nach einer Besprechung mit dem Oberbefehlshaber des Heeres, Walther v. Brauchitsch, noch notiert: »Barbarossa: Sinn nicht klar. Den Engländer treffen wir nicht. Unsere Wirtschaftsbasis wird nicht wesentlich besser.«¹⁸⁴ Erst der Plan zur mehr als rücksichtslosen Ausbeutung der sowjetischen Rohstoffe und Nahrungsmittel dürfte zu seiner später positiveren Haltung in dieser Frage geführt haben.

Am 28. März legte das Stabsamt des Reichsbauernführers eine umfangreiche Ausarbeitung vor, die ausführte, bei einer Verbrauchssenkung von 250 auf 220 Kilogramm Jahresverbrauch in Getreidewerten (also um 12 Prozent) ergebe sich ein rechnerischer Überschuß von 8,7 Millionen Tonnen. Diese Zahlen lagen den »Wirtschaftspolitischen Richtlinien« vom 23. Mai zugrunde. Das Stabsamt des Reichsbauernführers führte aber *auch* aus, daß »für den Fall einer kriegerischen Entwicklung oder eines internen Umschwungs« mit einer schweren Produktionskrise mit Höhepunkt im zweiten Kriegsjahr zu rechnen sei, besonders wegen der starken Mechanisierung der sowjetischen Landwirt-

181 Aktennotiz über Besprechung Thomas' bei Göring v. 26. 2. 1941 (Nbg. Dok. NI-7291), abgedruckt in: Eichholtz/Schumann (Hg.), S. 316f. Vgl. die bereits erwähnte KTB-Aktennotiz Thomas' zum gleichen Treffen v. 26. 2. 1941, BA-MA RW 19/164, Bl. 180f. (die andere stammt offensichtlich aus Thomas' dort erwähnten »Sonderakten«) mit dem Zitat über »Ausrottung des Kom[m]unismus, Beseitigung aller politischen Führer«, s. o.

182 Vgl. Institut für Konjunkturwirtschaft, Rohstoffbilanz Kontinentaleuropas unter Einschluss des europäischen Russland und Nordafrikas, Berlin 1941 (Nur für den Dienstgebrauch), BA R 3/1942, Bl. 2–59, v. a. S. 4f. und 7f. Danach hätte eine bloße Einbeziehung des europäischen Teils der UdSSR und Nordafrikas unter Beibehaltung der bestehenden Verhältnisse, d. h. des bestehenden Verbrauchs der Wirtschaft und Bevölkerung dort, wenig »Entlastung« gebracht.

183 KTB WiRüAmt/Stab v. 12. 2. 1941, BA-MA RW 19/164, Bl. 150f.

184 KTB Halder, Bd. II, S. 261 (28. 1. 1941).

schaft. Diese Überlegung war im Papier vom 23. Mai entgegen anderslautenden Darstellungen¹⁸⁵ ebenfalls enthalten und führte dort zu der Schlußfolgerung, daß die Modellrechnungen des Stabsamts nur »Beispiele« seien.¹⁸⁶ Der Plan, 30 Millionen Menschen verhungern zu lassen, entsprach dann auch nicht mehr dem Konzept, einfach den Pro-Kopf-Verbrauch etwas zu senken. Hieraus folgt, daß Thomas und Backe, die beiden Hauptexponenten des Hungerkurses,¹⁸⁷ auch die »Gefahren« mit am realistischsten einschätzten, die den deutschen Plänen durch die Zerstörungen drohten. Offensichtlich besteht zwischen diesen beiden Tatsachen ein Zusammenhang, denn je unsicherer Überschüsse wurden, desto brutaler mußte man sie in den Augen der deutschen Führung aus dem Land herauswirtschaften. Anders ausgedrückt: der »Ostfeldzug« war in der Tat ein Vabanquespiel, und eine – nicht einmal sichere – Aussicht auf Entschärfung der deutschen Lebensmittel-Versorgungslage bestand überhaupt *nur*, wenn der sowjetische Konsum mit Gewalt stark gesenkt wurde.

Auch mit Blick auf die industriellen Rohstoffe, die Deutschland zur Weiterführung des Krieges brauchte, galt dieser Zusammenhang. Denn dazu mußte der Großteil der sowjetischen Industrie ihres Treibstoffs beraubt und damit stillgelegt werden, um den Mineralölbedarf der deutschen Kriegsmaschine zu decken. Zu diesem Zweck wurde von vornherein geplant, auch den Treibstoffverbrauch der sowjetischen Landwirtschaft stark einzuschränken.¹⁸⁸

Die Frage, wann der Krieg gegen die Sowjetunion in den Vorstellungen der deutschen Führung seinen verbrecherischen Charakter gegenüber der Zivilbevölkerung in dem schließlich geplanten Maß annahm, ist bislang schlecht erforscht. Gewöhnlich wurde sie bisher nur im Zusammenhang mit der Erarbeitung der sogenannten verbrecherischen Befehle und der Vorbereitung des Einsatzes der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD gesehen. Der 3. März 1941, als Hitler dem OKW verschärfte Weisungen für den Krieg als einer Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen gab, galt dabei sozusagen als Startschuß.¹⁸⁹ Nach den vorherrschenden Theorien kam es im März und April 1941 zu einem Umschwung, einer »Richtungsänderung« hin zu einer stark völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik.¹⁹⁰ Schon nach dem bisher Gesagten kann das als unzutreffend bezeichnet werden, denn in dem mehrfach zitierten Gespräch Göring-Thomas vom 26. Februar war dieses Programm eindeutig erkennbar, und es war auch schon in der Thomas-Denkschrift und seinem

185 Das Bild vom Phantasten Backe, der Warnungen vor wirtschaftlichen Konsequenzen beiseite gewischt habe, entwirft z.B. Gibbons (Hg.) 1977, S. 252–261, hier S. 253. Ähnlich, wenn auch etwas zurückhaltender, Müller, Ausbeutungskrieg, S. 193.

186 Erzeugung und Verbrauch von Nahrungs- und Futtermitteln in der UdSSR. Bearbeitet im Stabsamt des Reichsbauernführers, Berlin, den 28. 3. 1941, BA-MA Wi/ID.1645. Vgl. Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft, v. 23. 5. 1941, IMT, Bd. 36, S. 137 f., Zitat S. 138. Ebd. hieß es, »zweifelloso werden kriegserische Ereignisse zunächst und vielleicht – je nach den Zerstörungen – für Jahre hinaus [sic] die Erzeugung herabsetzen. Eine Erhöhung der Erzeugung bedarf Jahre.«

187 So mit Recht die Darstellung bei Müller, Raubkrieg.

188 Vgl. S.321f. dieser Darstellung.

189 Symptomatisch Krausnick 1987, S. 88; Ogorreck 1996, S. 10. Zur Entstehung der verbrecherischen Befehle usw. vgl. Abschnitt 2.2d dieser Darstellung.

190 Vgl. z.B. auch Aly/Heim, Herrschaft, S. 93; Müller, Kriegsrecht (Zitat S. 126); Krausnick 1981, S. 114–141 (jedoch mit dem Irrtum, daß Himmlers Rede auf der Wewelsburg im Januar 1941 stattgefunden habe).

Kriegstagebucheintrag vom 12. Februar enthalten. Angebliche Besprechungen zwischen Hitler, Himmler, Göring und Rosenberg am 24. Februar waren für den Umschwung nicht ursächlich.¹⁹¹ Aber erstens ist das Spekulation, und zweitens war die neue Richtung schon früher eingeschlagen worden. Dies ist auch deshalb wichtig, weil man sonst zu einer falschen Reihenfolge der Ereignisse und zu einer fraglichen Kausalität kommt wie Rolf-Dieter Müller: Hitler nämlich habe den neuen Charakter des Krieges ausgedacht, dann Himmler die Vernichtung der Intelligenz und der Juden befohlen, Rosenberg die Verwaltung übernommen, und Backe habe »im Anschluß an die Besprechung der Staatssekretäre [vom 2. Mai] für die Umsetzung in seinem Bereich [gesorgt] und [...] entscheidende Argumente für Hitlers Vernichtungspläne« geliefert.¹⁹²

Es waren anscheinend keine *nachträglichen* Argumente. Als im November und Dezember 1940 im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft der alljährliche Bericht über die Ernährungslage an Hitler vorbereitet worden war, hatte Staatssekretär Backe ihn zweimal zurückgehen lassen, weil er ihm die Lage nicht dramatisch¹⁹³ genug darzustellen schien. Beim dritten Mal setzte Backe sich »in den Weihnachtsferien« hin und schrieb ihn selbst.¹⁹⁴ Das war nur wenige Tage, nachdem Hitler die Weisung Nr. 21 zum Überfall auf die Sowjetunion unterzeichnet hatte.¹⁹⁵ Bereits am 13. Januar hatte Backe einen Vortrag über die Ernährungslage bei Göring. Dieser kündigte daraufhin in einem Rundschreiben an Staats- und Parteidienststellen sofort eine Kürzung der Fleischrationen für Verbraucher im Reich für den Sommer 1941 und weitere Maßnahmen an, weil »im laufenden Ernährungsjahr die Vorräte stark angegriffen werden müssen.«¹⁹⁶ Die oben beschriebene, den Völkermord vorbereitende Abriegelungsthese – begründet durch das Bemühen um landwirtschaftliche Überschüsse aus der Sowjetunion – war in der Konsequenz schon in der folgenden, etwas nebulös formulierten Notiz im Kriegstagebuch des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes vom 30. Januar 1941 enthalten:

»Vortrag Hauptmann Emmerich beim Amtschef.

191 So Müller, *Ausbeutungskrieg*, S. 171, und Böhler, S. 22, Anm. 9, beide unter Berufung auf v. Below 1980, S. 262f. Dort wird aber lediglich erwähnt, daß Hitler am 24. 2. 1941 in München an den Feierlichkeiten zum Parteigründungstag teilnahm, und nichts über eine solche Unterredung. Göring war zu jener Zeit überhaupt nicht in München, siehe seinen Terminkalender v. 24. 2. 1941, IfZ ED 180/5.

192 Müller 1989, S. 240–248, hier S. 244.

193 Siehe auch die Lagebeurteilung der Ernährungswirtschaftlichen Forschungsstelle »Die erste Kriegsernte in Kontinentaleuropa« v. 14. 12. 1940, BA 36.01, Nr. 2360, Bl. 145f. Danach fehlten (ohne Sowjetunion) 21,7 Millionen t Getreide in »Kontinentaleuropa«, weil die Ernte um 13,3 Millionen t und die Einfuhr um 8,4 Millionen t unter dem Durchschnitt lag. 1941 sei eine »gesamteuropäische Getreideschlacht« nötig.

194 Siehe Backe an Darré v. 9. 2. 1941, BA R 14/371, Bl. 19.

195 Der Führer, Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) v. 18. 12. 1940, in: Hubatsch (Hg.) 1962, S. 84–87.

196 Backe an Darré v. 9. 2. 1941, BA R 14/371, Bl. 16–18; Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP V. P.510/3g v. 13. 1. 1941 (gez. Göring), ebd., Bl. 10/R. Adressaten waren u.a. die Reichsminister, Heß, das OKW, die Gauleiter, Reichsstatthalter, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, die DAF u. a. Weitere Maßnahmen waren der Ersatz von Weizen durch Roggen, Butter durch Margarine und Schweinefleisch durch Rindfleisch sowie ein Stopp für neue Ernährungs-Ausnahmeregelungen. Siehe auch Terminkalender Göring v. 13. 1. 1941, IfZ ED 180/5 (anwesend waren auch die Staatssekretäre Körner und Neumann); Goebbels, *Tagebücher*, Teil I, Bd. 4, S. 475 (23. 1. 1941).

Betr. Rußland-Denkschrift. Staatssekretär Neumann¹⁹⁷ hat einen Fachmann für Rußland, mit dem zusammengearbeitet werden soll. Sts.Backe soll dem Führer gesagt haben, daß der Besitz der Ukraine uns von jeder wirtschaftlichen Sorge befreien würde. In Wirklichkeit soll Backe aber gesagt haben, daß, wenn überhaupt ein Gebiet uns nützen kann, es dann nur die Ukraine sein könnte. Die Ukraine allein Überschußgebiet, das ganze europäische Rußland aber nicht.«¹⁹⁸

Dieses Dokument läßt zum einen wegen der Wiedergabe vom Hörensagen Wünsche offen (»In Wirklichkeit soll Backe aber gesagt haben«), zum anderen, weil der Zeitpunkt des Treffens Hitler-Backe anhand der vorliegenden Quellen nicht zu klären ist. Thomas hatte von den Plänen vermutlich auf einer Sitzung bei Göring am 29. Januar erfahren, auf der Backe aus ernährungspolitischen Gründen vehement die Vorteile eines Angriffs auf die Sowjetunion unterstrich.¹⁹⁹ Selbst wenn ihm aber Backes Aussagen hier falsch berichtet worden sein sollten, so wäre doch bei Thomas die innere Logik, die Idee der Abriegelung festzustellen.²⁰⁰ Noch im Januar soll Backe einen Bericht unter anderem für Göring verfaßt haben, in dem er die sich abzeichnenden Gewinne aus einem gewaltsamen Vorgehen in der Sowjetunion höher als die Lieferungen im Rahmen der neuen deutsch-sowjetischen Lieferverträge eingeschätzt habe.²⁰¹ Bereits spätestens am 12. Februar dokumentierte ein Konzept des Reichsnährstands die neue Entwicklung.²⁰² Backe selbst hat nach dem Krieg von einem Gespräch mit Hitler im Frühjahr 1941, nach der Frühjahrssaat, berichtet, auf Grund dessen die Rationen gesenkt worden seien.²⁰³ Am 12. April erhielt Backe von Vier-

197 Handschriftlich für »Reichsmarschall«. Erich Neumann war Staatssekretär in der Vierjahresplanbehörde.

198 KTB WiRüAmt/Stab v. 30. I. 1941, BA-MA RW 19/164, Bl. 126. Vgl. Aly 1995, S. 285, Anm. 12; siehe auch Müller, Ausbeutungskrieg, S. 169, der nur den drittletzten Satz zitiert und den letzten beiden keine Beachtung schenkt. Schwendemanns Deutung, Hitler habe hier Backe die deutsche Invasionsabsicht eröffnet und im übrigen den Hungerplan gegenüber der Sowjetunion selbst initiiert (S. 271, 286f., 362), ist nicht haltbar. Darauf beruht wesentlich Schwendemanns These, der Hungerplan sei wider die ökonomische Vernunft aus rein ideologischen Gründen entstanden (S. 276–282 und 295f.). Daß jedoch ein und dieselben deutschen Eliten so schnell zwischen Handels- und Angriffspolitik zu wechseln bereit waren, zeigt, daß beides keinen Widerspruch bildete (der für Schwendemann nur schwer erklärlich ist, ebd.), sondern demselben Ziel diene.

199 Vgl. die Eintragung im Terminkalender Göring v. 29. I. 1941, IfZ ED 180/5: 11.30 bis 14.00 »Sitzung Arbeitseinsatz: Todt – Körner, Syrup – Neumann – Han[n]eken – Thomas – Krauch [...] Backe – Osten.« Bereits am 27. Januar hatte Thomas an einer Sitzung mit Körner und Neumann teilgenommen (ebd.); ferner Irving, Göring, S. 469, unter Berufung auf eine Aussage Körners.

200 Siehe die Tagebucheintragung des gut informierten Ulrich v. Hassell, der auch mit Thomas in Verbindung stand, v. 2. 3. 1941, nach der der Angriffsplan »begründet« wurde »1. mit der Notwendigkeit, die Ukraine zu besetzen, 2. den »potentiellen Alliierten« der Gegenseite »vorsorglich« zu »erledigen.« Von Hassell 1946, S. 183.

201 Vgl. Bramwell, S. 124.

202 Siehe die Notiz im Kriegstagebuch des WiRüAmtes v. 12. 2. 1941 über die Modellrechnung des Reichsnährstandes, nach der durch Senkung des Nahrungsmittelverbrauchs der Sowjetbevölkerung vier Millionen t Getreideüberschüsse zu erzielen seien. Diese Studie muß ja einen Vorlauf gehabt haben. BA-MA RW 19/164, Bl. 150.

203 Backe vermengte hier allerdings wohl zwei Situationen, die im Frühjahr 1941 und im Frühjahr 1942, weil er erwähnte, dabei habe ihm Hitler die volle Verantwortung im RMEuL übertragen (das war im Mai 1942, vgl. BA R 43 II/1143). Es sei wegen Auswinterungen, Trockenheit, fast aufgebrauchter Reserven, hohen Wehrmachtforderungen und des Mehrkonsums durch Fremdarbeiter »in einem der kritischsten Ernäh-

jahresplan-Staatssekretär Körner Vollmachten für die landwirtschaftliche Ausbeutung der zu besetzenden sowjetischen Gebiete, die »unter allen Umständen strengstens geheim zu halten« waren und sich damit wahrscheinlich auf den Hungerplan bezogen.²⁰⁴ In den »Wirtschaftspolitischen Richtlinien« vom 23. Mai 1941 hieß es, daß die Abriegelungsthese »die Billigung der höchsten Stellen erfahren hat, da sie auch im Einklang mit den politischen Tendenzen steht (Erhaltung [...] Weißrußlands [u. a.] auf Kosten der Zurückdrängung des Großrussentums)«. ²⁰⁵

Am 28. Januar erklärte auch Halder gegenüber Thomas, zur Besatzungspolitik in der Sowjetunion habe er »ganz neue Ideen«. ²⁰⁶ Bereits am 9. Januar hatte Hitler vor den Oberbefehlshabern erklärt, mit einem Sieg über die Sowjetunion werde die wirtschaftliche Blockadefestigkeit erreicht sein. Sein ständiger Einfluß auf OKW und OKH in Richtung einer wehrwirtschaftlichen Ausrichtung der im Osten geplanten Operationen verstärkte sich im Januar noch. ²⁰⁷ Am 3. Februar liefen bereits Verhandlungen zwischen Heydrich und dem Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, über den Einsatz von Einheiten der Sicherheitspolizei und des SD im Wehrmachtverband für »Spezialaufgaben«. ²⁰⁸

Es gibt noch eine Reihe weiterer Indizien dafür, daß sich der Hungerplan im Lauf des Januar und Februar durchsetzte. In der Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) vom 18. Dezember 1940 weist noch nichts darauf hin, im Gegenteil; zunächst waren Leningrad und Moskau anzugreifen, dann erst die Ukraine zu erobern, die sowjetische Rüstungsindustrie sollte (zwecks möglicher Übernahme) nicht zerstört werden. ²⁰⁹ Diese Pläne wurden bald deutlich geändert. Schon am 9. Januar 1941 wurde im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des OKW ein neuer Gliederungsplan aufgestellt, in dem die Gruppe Rü[stung] verkleinert wurde, da eine Übernahme der sowjetischen Rüstungsindustrie vorläufig nicht in Frage kommen werde. ²¹⁰

Dem Hungerplan entsprach auf der Seite des Quartiermeisterwesens die berüch-

rungszeitpunkte des Krieges« gewesen. Auch dies bezieht sich teils auf 1942. »Großer Bericht« Backes (1946), BA NL 75/3, Bl. 40.

²⁰⁴ Lehmann 1985, S. 586, Anm. 83. – Unbelegt ist die Behauptung von Götz Aly (1995, S. 285, Anm. 12), daß Backe Hitler den Plan am 21. 3. 1941 schriftlich vorgelegt habe. Sie beruht auf einer Eintragung im KTB WiRüAmt/Stab v. 21. 3. 1941: »Vortrag Amtschef [Thomas] bei Chef HVA [Heeresverwaltungsamt], General Osterkamp, bei GFM Keitel. [Handschriftlicher Zusatz:] Denkschrift REM [Reichsernährungsministerium] über Ernährungslage.« BA-MA RW 19/164, Bl. 235. Auch Alys Interpretation, daß sich der Backe-Plan gegen die zurückhaltendere Thomas-Denkschrift v. 13. 2. gerichtet habe, ist nicht haltbar.

²⁰⁵ IMT, Bd. 36, S. 140. Dies ist vielfältig ausdeutbar. Einerseits heißt es »Billigung«, nicht etwa »Weisung« oder ähnlich; andererseits könnte der erwähnte »Einklang« mit politischen Zielen auf deren Dominanz oder zeitliches Vorausgehen hinweisen; drittens aber bestand dieser Einklang ja gerade bezüglich Weißrußland gar nicht, und die wirtschaftlichen Prioritäten setzten sich, wie zu zeigen ist, auch meist durch.

²⁰⁶ Zitiert nach Müller 1987, S. 129.

²⁰⁷ Vgl. Müller, Ausbeutungskrieg, S. 159 f.; Dworok, S. 236; Greiner 1951, S. 344; z. B. v. Kotze (Hg.), Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel, S. 93, zu einem Treffen Hitlers mit v. Brauchitsch und Halder am 17. 1. 1941. Die Datierungen bei Engel sind jedoch durchweg unsicher, vgl. Anm. 11/74 dieser Arbeit.

²⁰⁸ Sonderkommando AA, Aufzeichnung Betr.: Einbau des Sonderkommandos AA in die SS, gez. Kuensberg, v. 4. 2. 1941 (Abschrift), Nbg. Dok. NG-5225. Vgl. Abschnitt 2.2d dieser Darstellung.

²⁰⁹ Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa), in: Hubatsch, S. 84–87.

²¹⁰ Müller, Ausbeutungskrieg, S. 165 f.

tigte »Versorgung aus dem Lande«. ²¹¹ Die Abteilung Generalquartiermeister im OKH hatte seit Oktober 1940 energisch an einer Versorgungsplanung für die Truppen des projektierten Krieges im Osten gearbeitet. Dabei stellte sich heraus, daß die enorme Reichweite der Operationen und der große Umfang der zu bewegendenden Truppen die Nachschuborganisation vor schwerste Belastungen und Probleme stellen würden. ²¹² »Die Versorgung bestimmt die Operationsmöglichkeiten nach der Tiefe«, hieß es. ²¹³ Die Folgerungen daraus waren, möglichst Lebensmittelnachschub zugunsten anderer Versorgungsgüter und Munition zugunsten von Betriebsstoff für weitreichende motorisierte Operationen, vor allem Panzervorstöße, einzusparen. Die operative Planung sah außerdem vor, daß große Versorgungsbasen nach einem Zwischenhalt 500 bis 700 Kilometer jenseits der sowjetischen Westgrenze und sogenannte Versorgungsstützpunkte zu errichten waren. ²¹⁴

Zwei Kriegsspiele des Generalquartiermeisters des Heeres vom Januar und Februar 1941 zeigen bemerkenswerte Unterschiede. Das vom Januar ging auf die Fragen der Versorgung nur allgemein ein, wobei viel von Nachschub und wenig von »Versorgung aus dem Lande« die Rede war. ²¹⁵ Die Übung vom Februar ²¹⁶ (»Annahme Angriff auf Rußland I. 6. 41«) sah dagegen vor:

»II. 6., 18,00 [...] Verpflegung wird mit Ausnahme von Brot nicht mehr nachgeschoben.« ²¹⁷

»Der Nachschub muß durch weitgehende Ausnutzung des Landes eingeschränkt, das Erfassungswesen straff geregelt werden. Nicht durch wahlloses Zugreifen, sondern durch Beschlagnahme und Beitreibung nach wohlgedachtem Plan sind die Bestände des Landes nutzbar zu machen.« ²¹⁸

»Im übrigen sind die einzelnen Landesteile *unterschiedlich zu behandeln*. [...] Das weißrussische Gebiet, das ohnehin für die Kriegswirtschaft weniger wichtig ist, kann rücksichtslos den Zwecken der Operation nutzbar gemacht werden. Die Verwaltung hat hier in erster Linie die Aufgabe, mit allen Mitteln in möglichst kurzer Zeit Ruhe und Sicherheit herzustellen und die Landesvorräte zu erfassen.«

»Aktiver oder passiver Widerstand der Zivilbevölkerung ist mit energischen Straf-

²¹¹ Herbert Backe hatte als Minister in der Regierung Dönitz 1945 wenig Eiligeres zu tun, als zwei englische Offiziere zu befragen, ob die britische Armee beabsichtige, in Deutschland »aus dem Lande« zu leben. Als sie verneinten, meldete er das frohlockend dem faktischen Ministerpräsidenten Schwerin v. Krosigk. Vgl. Helmut Gerlach 1992, S. 72, und Vermerk für Herrn Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk, gez. Backe, v. 13. 5. 1945, BA-MA (BArchP)F 1857, Bl. 5190.

²¹² Siehe Schüler, S. 160ff.; Krumpelt, S. 140ff., der im Auftrag des GenQu seit Anfang Oktober mit einem Arbeitsstab an der exemplarischen Planung für die H.Gr. Mitte arbeitete; KTB Halder, Bd. II, S. 120, 235 und 239 (I. 10., 17. und 21. 12. 1940).

²¹³ Tagebucheintragung v. 31. I. 1941, zitiert nach: Meier-Welcker, S. 103. Meier-Welcker gehörte dem Stab der 4. Armee an, die sich auf den Einmarsch in Weißrußland vorbereitete.

²¹⁴ Siehe zur operativen Planung ausführlich A. Beer; Schüler, S. 134–159; Philippi; Krumpelt, S. 151–155.

²¹⁵ OKH, Gen St d H/Gen Qu, Qu 1/II Nr. I/013/41g.Kdos. Chefsache, Januar 1941 mit Anlage 1: OKH/Gen.Qu., Auszug aus den Anordnungen für die Versorgung v. 20. I. 1941, BA-MA RH 3/v. 222. (Betrifft nur H.Gr. Süd, Annahme: Angriffstermin 15. 5. 1941.)

²¹⁶ Zur genauen Datierung KTB Halder, Bd. II, S. 272 und 301 (5. 2. und 4. 3. 1941); Krumpelt, S. 149; Schüler, S. 169. Halders Eintragungen markieren den Schluß, weil hier die Erfahrungen ausgewertet wurden.

²¹⁷ OKH, Gen St d H, Gen Qu, Qu 1/II a Nr. I/050/41g.Kdos.Chefsache, Februar 1941 (nur Aktionen der H.Gr. Süd). BA-MA RH 3/v. 132, Bl. 1–53, hier Bl. 32.

²¹⁸ Ebd., Anlage 2: Auszug aus den Anordnungen für die Versorgung, hier Bl. 54f.

maßnahmen im Keime zu ersticken. Selbstbewußtes und rücksichtsloses Auftreten gegenüber den deutsch-feindlichen Elementen wird ein wirksames Vorbeugemittel sein.«

Das Gebiet zwischen den Hauptstraßen sei durch »G.F.P.²¹⁹, Truppenstreifen (Jagdkommandos) und eine besonders gebildete *Überwachungsorganisation*« zu sichern.²²⁰

Insbesondere da es sich bei der nicht näher erläuterten »Überwachungsorganisation« weder um GFP noch um die sogenannten Jagdkommandos handelte, könnte die Vermutung aufkommen, es sei um die späteren Einsatzkommandos und Polizeibataillone gegangen.²²¹ Wie auch immer, dieses Kriegsspiel entsprach nicht nur bis in Einzelheiten dem Backe-Plan (Kriegsgefangene wurden allerdings noch als »wertvolle Arbeitskräfte« bezeichnet), sondern zeigte auch bereits das Umschlagen in bis dahin ungekannte völkerrechtswidrige Gewaltmaßnahmen. Die hier länger zitierte Anlage 15 zu den Papieren des Kriegsspiels wurde weitgehend zur Grundlage der berühmten »Besondere[n] Anordnungen für die Versorgung, Teil C« Halders vom 3. April 1941.²²² Die Brisanz zeigte sich auch in dem Gegensatz zu den dem Kriegsspiel beigelegten Arbeitsrichtlinien der Militärverwaltung von 1940, die Versorgung aus Nachschub, Requirierung nur gegen Bezahlung, Inganghaltung des Geschäftslebens, Ingangsetzung aller stillgelegten Betriebe, Schonung der Bevölkerung und bei Repressionsakten Schonung von Unbeteiligten, Beachtung des Völkerrechts und der Haager Landkriegsordnung sowie das Verbot der Versendung von Lebensmitteln in die Heimat vorsahen.²²³ Das Programm einer regional abgestuften Gewaltpolitik innerhalb der zu besetzenden sowjetischen Gebiete vertrat kurz darauf auch Hitler, als

219 GFP: Geheime Feldpolizei.

220 Ebd., Anlage 15: Anordnungen über militärische Hoheitsrechte, Sicherung und Verwaltung im rückwärtigen Gebiet und Kriegsgefangenenwesen, Zitate Bl. 78 f. und Bl. 78. Erste Hervorhebung C.G., zweite und dritte im Original unterstrichen. Das Papier ist ungefähr auf Mitte Februar 1941 datierbar, vgl. KTB Halder, Bd. II, S. 278 und 281: 12. 2. »Kriegsverwaltungs-Organisation Barbarossa« bzw. 14. 2. Vortrag Wagner über einen Entwurf des OKW »für vollziehende Gewalt Barbarossa; Militärverwaltung in Rußland einrichten!«

Vgl. Förster, Unternehmen »Barbarossa«, S. 498, zu dieser Anlage 15: »Darin wurde eine Militärverwaltung als unpolitisches Instrument der vollziehenden Gewalt konzipiert.« Eine ähnlich zurückhaltende Deutung bietet Müller, Ausbeutungskrieg, S. 161 f. Vgl. ders. 1987, S. 129 f. Demgegenüber scheint die ebd., S. 130 f., erwähnte Vortragsnotiz der Abteilung Kriegsverwaltung für den Generalquartiermeister v. 10. 2. 1941 harmloser, da darin noch mehrfach auf die angestrebte Beseitigung von »Hungersnot« und »Arbeitslosigkeit« hingewiesen wurde (vgl. Abdruck ebd., S. 142 ff.).

221 Zu den gleichzeitigen Überlegungen beim OKH/GenQu für einen großangelegten Einsatz von Polizeibataillonen in der Sowjetunion siehe KTB Halder, Bd. II, S. 281 (14. 2. 1941, Vortrag Schmidt v. Altenstadt).

222 Zu einer Besprechung darüber am 13. 3. 1941 zwischen Halder und Wagner KTB Halder, Bd. II, S. 312 (»Besondere Anordnungen« Barbarossa«); vgl. OKH/GenStdH/GenQu, Besondere Anordnungen für die Versorgung, Teil C v. 3. 4. 1941, BA RH 22/12, Bl. 4–11, gekürzt abgedruckt bei N. Müller 1982, S. 35–42. Hierin wurden zahlreiche Formulierungen aus der Anlage 15 des Kriegsspiels vom Februar übernommen.

223 Vgl. Zusätze zu den Arbeitsrichtlinien für die Militärverwaltung. Verhalten der Bevölkerung im allgemeinen (Anlage zu OKH/GenStdH/GenQu IB/Qu 2 Nr. 098/40 gKdos.Chefsache v. 3. 4. 1940, BA-MA RH 3/v. 132, Bl. 92–93R. Weiter Der Chef des Kommandoamtes [der Ordnungspolizei], Niederschrift über Besprechung beim General-Quartiermeister am 10. 5. [1940], 17 Uhr über Militärverwaltung im Westen (Teilnehmer u. a. Daluge, Bomhard und GenQu Eugen Müller), BDC, Wehrmacht B 202.

er am 17. März gegenüber Halder die Vernichtung der »von Stalin eingesetzten Intelligenz« forderte, darüber hinaus aber hervorhob: »Im großrussischen Bereich ist die Anwendung brutalster Mittel notwendig.«²²⁴ Ähnlich äußerte sich Rosenberg.²²⁵ Das entsprach Vorlagen, die den Spitzenpolitikern monatelang immer wieder gemacht worden waren.²²⁶

Die sogenannte Versorgung aus dem Lande war der zentrale Punkt des Hungerprogramms, sein Zweck oder »Minimalziel«.²²⁷ Das ging über die gängige Parole »der Krieg muß den Krieg ernähren«²²⁸ weit hinaus, denn damit sollte auch die Ernährungslage in Deutschland selbst verbessert werden. Es war aber auch schon deshalb eine Notwendigkeit (jedoch dadurch natürlich nicht legitim), weil die erwartete und sich in der Praxis bestätigende schlechte Transportlage eine weitgehende Nahrungsmittelversorgung des deutschen Ostheers aus Nachschub von vornherein nicht zuließ.²²⁹ Der Vorrat der deutschen Verpflegungsorganisation für die Offensive betrug dementsprechend lediglich 20 Tagessätze.²³⁰ Der Hungerplan erschien auf diese Weise auch aus militärstrategischen Gründen unbedingt erforderlich. Die Kapazität der sowjetischen West-Ost-Eisenbahnstrecken war zu niedrig,²³¹ große Probleme durch Zerstörungen und unterschiedliche Spurbreiten waren abzusehen, obwohl sie tatsächlich noch unterschätzt wurden. Bei der Heeresgruppe Mitte, die die größte Truppenstärke aufwies, waren auch die größten Schwierigkeiten zu erwarten.²³²

Dazu kam, daß der Angriff auf die Sowjetunion als ein großes militärisches Risiko gesehen wurde.²³³ Zwar unterschätzten die politische und militärische Führung die personelle Stärke und vor allem die Qualität der Roten Armee, doch erstens wuchs die Zahl der sowjetischen Divisionen, deren Existenz bekannt wurde, von Mitte 1940

224 KTB Halder, Bd. II, S. 320 (17. 3. 1941).

225 Siehe seine »Rede vor den engsten Mitarbeitern am Ostproblem« v. 20. 6. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 610–623.

226 Vgl. auch das Papier »Fragen, die durch den Herrn Reichsmarschall noch befohlen bezw. beim Führer geklärt werden müssen« (Unterschrift: Thomas) v. 5. 5. 1941, Nbg. Dok. PS-1314.

227 Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft, v. 23. 5. 1941. IMT, Bd. 36, S. 148. – Eine mehr theoretische Diskussion drehte sich um die Frage, ob nur das Ostheer oder die gesamte Wehrmacht aus den besetzten sowjetischen Gebieten ernährt werden sollte, wie Backe zweimal verlauten ließ: Verb.St. d. OKW/ WiRüAmt beim Reichsmarschall, gez. Nagel, v. 11. 8. 1941, BA-MA RW 31/1270, Bl. 392–398; Wehrwirtschaftsamt Z 1 Ia, Aktennotiz über Vortrag von Gen. Leutnant Stapf v. 18. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42744, Bl. 930. Eigentlich war aber das erstere beabsichtigt, vgl. etwa die Niederschrift 11. Sitzung des Generalrats v. 24. 6. 1941, BA F 53860, ADB 119, Bl. 183, und Pressekonzferenz Riecke v. 3. 2. 1942, BA, 34.01, Nr. 22/1, Bl. 133.

228 Der Landwirtschaftsführer, Mitteilungen der WlIn Mitte/Chefgr. La., 1. Folge v. 4. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1270f.

229 Die Wirtschaftspolitischen Richtlinien v. 23. 5. 1941 werteten eine als möglich erachtete Teildemobilisierung des Ostheeres nach einem Sieg sogar als Nachteil, denn dann müsse man die Lebensmittel für diese vielen 100 000 ehemaligen Wehrmachtangehörigen ihnen aus der Sowjetunion nach Deutschland hinterherfahren. IMT, Bd. 36, S. 148f.

230 A. Beer, S. 147.

231 Zum sowjetischen Eisenbahnnetz und seiner geringschätzigen Beurteilung von deutscher Seite Schüler, S. 91 und 106–125.

232 Die H.Gr. Mitte umfaßte am 22. 6. 1941 1308308 und am 2. 10. 1941 1929929 Mann. Vgl. Kopfstärke der Heeresgruppe Mitte (Abschrift) v. 2. 10. 1941, BA-MA RH 19 II/123, Bl. 48.

233 Hier ist besonders Hitler selbst zu nennen. Siehe Herbst 1996, S. 349; Hillgruber 1965, S. 511; A. Beer, besonders S. 86–88, 194 und 196.

bis unmittelbar vor der Invasion ein Jahr später stark an,²³⁴ und zweitens wurde als eigentliches Problem die Tiefe des Raumes auf dem neuen Kriegsschauplatz gesehen. Nur wenn die Masse der sowjetischen Streitkräfte westlich Dnjepr und Düna zerschlagen werden könne, so die überwiegende deutsche Einschätzung, erschien ein militärischer Erfolg sicher.²³⁵ Das bedeutete, daß die militärischen Operationen unbedingt in großem Tempo vorgetragen werden mußten,²³⁶ um überhaupt erfolgversprechend zu sein, was eine weitere Belastung des Transportwesens zur Folge haben mußte. Der Hungerplan war auf diese Weise untrennbarer Bestandteil der militärischen Seite des Angriffskrieges gegen die UdSSR und erschien als Voraussetzung für dessen Erfolg. Doch standen die verantwortlichen Militärs nicht etwa unter einem objektiven Sachzwang. Jede Armee der Welt kann ihre Nachschubprobleme verringern und die Schlagkraft ihrer Aktionen erhöhen, indem sie das von ihr besetzte Land ausplündert und Tausende oder Millionen verhungern läßt, aber nicht jede tut es.

In der Gegenrichtung, bei Transporten nach Westen, werde man sich daher zunächst auf »einige ›Anerkennungstransporte‹« mit Kriegsbeute aus der Ukraine ins Reich zu beschränken haben, so der Transportchef im OKH, General Gercke.²³⁷ Hitler faßte die vorherrschende Auffassung am 14. Juni 1941 gegenüber den Oberbefehlshabern der Heeresgruppen und Armeen in der Reichskanzlei so zusammen: »Gelingt es nach dem Siege über Russland wenigstens die dort stehenden Teile der Wehrmacht – im Ganzen rund 65–75 Divisionen – aus dem Lande zu versorgen, so seien Ernährung und Rohstoffversorgung Deutschlands auf absehbare Zeit gesichert.«²³⁸

Bei den beschriebenen Planungen und der Art ihrer Umsetzung war freilich eine falsche Annahme vorausgesetzt. Man strebte weniger einen Sieg über die UdSSR als ihren Zusammenbruch an, »da man Russland nicht erobern kann« (Hitler).²³⁹ Von der Marcks-Studie aus dem August 1940 an zog sich diese Annahme durch zahlreiche militärische Planungen, und Politiker wie Göring und Rosenberg²⁴⁰ vertraten sie erst recht. Allenfalls wurde die Regeneration eines sowjetischen Staatswesens hinter dem

²³⁴ Siehe Reinhardt, S. 18–25; Hillgruber 1965, S. 509f.

²³⁵ Siehe KTB Halder, Bd. II, S. 258 (28. 1. 1941): »Großräumigkeit, das allein verbürgt den Sieg. Stockungslose Durchführung ist eine Nachschubfrage. Alles muß zusammen helfen, sie zu lösen. [...] Bahnen sind das einzige Mittel, um ohne Transportraumzuschuß weiterzukommen.« Vgl. Reinhardt, S. 35, Anm. 157; Hillgruber 1965, S. 371–374, und die ausführliche Analyse der operativen Planungen bei A. Beer, S. 27–82.

²³⁶ Philippi, S. 10 und 37–42. Eine Weiterführung des Krieges gegen die UdSSR im Jahre 1942 konnte sich die deutsche Führung auch deshalb nicht leisten, weil 1942 Großbritannien besiegt werden sollte und 1943 mit dem aktiven Eingreifen der USA gerechnet wurde. Krumpelt, S. 76f.

²³⁷ Niederschrift zur 4. Sitzung des Wirtschafts-Führungsstabes Ost v. 26. 5. 1941, BA-MA RW 19/739, Bl. 131–34 (Zitat Bl. 134). Backe erklärte daraufhin, zunächst auf Transporte nach Deutschland verzichten zu können, wenn die Wehrmacht sich aus dem Lande ernähre.

²³⁸ Tagebuch von Bock v. 14. 6. 1941, BA F 57128, Bl. 286.

²³⁹ Wiedergegeben von Keitel nach: Besprechung des G.F.M. Keitel mit dem O.B. der H.Gr. Mitte am 25. 7. 1941 (im Bock-Tagebuch), BA F 57128, Bl. 368.

²⁴⁰ Vgl. Denkschrift v. 2. 4. 1941 aus Rosenbergs Rußlandakten, in: IMT, Bd. 26, S. 548. Auch wenn diese möglicherweise nicht von Rosenberg selbst stammt, kennzeichnete sie doch seine Positionen; siehe auch Goebbels, Tagebücher, Teil I, Bd. 4, S. 702 (18. 6. 1941). Göring hat seine Auffassung allerdings möglicherweise geändert. Gegenüber dem General Galland äußerte er sich Mitte April 1941 im gegenteiligen Sinne (Krumpelt, S. 77).

Ural vorausgesagt. Doch die Sowjetunion erwies sich letztlich als politisch stabil. Nicht nur das. Der sowjetischen Führung war der deutsche Plan zur Ausbeutung der sowjetischen Nahrungs- und Rohstoffressourcen frühzeitig bekannt geworden. Bereits am 14. März 1941 hatte ein nicht identifizierbarer deutscher Major gegenüber dem sowjetischen Militärattaché geäußert, das Reich würde sich die für die Führung eines langen Krieges nötigen Güter durch eine Besetzung der Sowjetunion holen. Stalin war bald überzeugt, daß dies die deutschen Pläne zutreffend wiedergab, und verfügte über noch detailliertere Informationen.²⁴¹ In seinem Rundfunkaufruf vom 3. Juli 1941, in dem er zur Evakuierung oder Zerstörung von Wirtschaftsgütern und vor allem des »gesamten[n] rollende[n] Material[s] der Eisenbahnen« aufrief, erklärte Stalin: »Der Feind [...] stellt sich das Ziel, unseren Boden zu okkupieren, der mit unserem Schweiß getränkt ist, unser Getreide und unser Öl wegzunehmen«.²⁴² Tatsächlich führte außer der Demontage und Zerstörung industrieller Anlagen gerade die bewußte systematische Zerstörung von Bahnanlagen und die weitgehende Zurückführung der Lokomotiven und Waggons dazu, daß die Schwierigkeiten der Deutschen auf dem Transportsektor noch viel größer als von ihnen ohnehin erwartet ausfielen. Sie lähmten die deutschen Bewegungen teilweise. Der teils blitzartige Wiederaufbau erwies sich bald als Provisorium mit eingeschränkter Belastbarkeit.²⁴³ Die Nachschublage der in Weißrußland operierenden Heeresgruppe Mitte war im Juli äußerst gespannt, ab Mitte August bis in den September hinein zwar verbessert, genügte aber nicht zur Bevorratung für die Offensive auf Moskau im Oktober 1941. Diese brach deshalb nicht zuletzt wegen der Transportkrise zusammen, die sich im Winter 1941/42 zur Katastrophe entwickeln sollte.²⁴⁴ Dies wiederum hatte auch starke, später zu beschreibende Rückwirkungen auf die deutsche Ernährungspolitik gerade in den besetzten sowjetischen Gebieten und besonders in Weißrußland.

c) Die Anwendung der Überbevölkerungstheorie auf Weißrußland

In den letzten Jahren ist die große Bedeutung der im 19. Jahrhundert entstandenen Überbevölkerungstheorie für Sozialplanung und Bevölkerungspolitik in der nationalsozialistischen Regierungszeit herausgearbeitet worden.²⁴⁵ Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Überbevölkerungsbegriff kein objektiver ist, sondern eine willkürliche Festlegung. Das sieht man besonders deutlich an Versuchen, die Über-

²⁴¹ Siehe Shukow, S. 270. Auf S. 249 berichtet Shukow, Stalin habe bei einer Besprechung im »Frühjahr 1941« erklärt, die Deutschen würden ihre Operationsplanung danach ausrichten, daß sie »ukrainisches Getreide, Donezkohle und später auch kaukasisches Erdöl« in die Hand bekämen, und zitiert Stalin mit den Worten: »Ohne diese lebenswichtigen Ressourcen wird das faschistische Deutschland keinen langen und großen Krieg führen können.« Dies stellt aber keinen Beweis dar, daß die Sowjets auch über die geplante Vernichtung von Millionen Menschen informiert waren. – Demgegenüber meint Schwendemann, S. 19f., 328 und 353–363, daß Stalin irrtümlich nur von deutschen Erpressungsmanövern ausging und deshalb auch die Lieferungen erhöhen ließ. Tatsächlich sind die hohen Lieferungen kurz vor der deutschen Invasion paradox, aber nur mit dem Versuch der sowjetischen Führung zu erklären, durch Wohlverhalten einen deutschen Angriff zu verhindern.

²⁴² Rundfunkrede Stalins v. 3. 7. 1941, in: Ueberschär/Wette, hier S. 273f.

²⁴³ Siehe Schüler, S. 249–297, und S. 410–414 dieser Arbeit.

²⁴⁴ Vgl. Schüler, S. 353–362, 378–386, 399–432 sowie 453ff.

²⁴⁵ In erster Linie von Susanne Heim, Götz Aly und den Autoren in der Reihe »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik«.

bevölkerung für bestimmte Gebiete zu messen. Es handelte sich um »Abweichungen von einer gedachten Normalbevölkerung, dem Bevölkerungsoptimum«, und das war rein definitionsabhängig, je nach der Absicht des Autors.²⁴⁶ Für jene, die diesen Begriff benutzten, kennzeichnete er eher einen bestimmten, schädlichen Zustand von Gesellschaft und Wirtschaft, geprägt von Armut, bäuerlichem Kleinbesitz, geringer Produktivität, Verharren in der Subsistenzwirtschaft, veränderter Kapitalakkumulation und Industrialisierung, verdeckter Arbeitslosigkeit und scheinbar auswegloser Stagnation. In der Anwendung auf Ost- und Südosteuropa in den dreißiger und vierziger Jahren ging es dabei vor allem um die Situation auf dem Land.²⁴⁷ Nach Besetzung großer Teile der Sowjetunion gewann der Überbevölkerungsbegriff in dem Moment große Bedeutung, als eine allgemeine, gleichmäßige Senkung des Konsums der sowjetischen Einwohner zur Befriedigung der deutschen Ansprüche nicht genügte und an die Stelle einer (undurchführbaren) Vernichtung der Bevölkerung ganzer Gebiete nach und nach die Umsiedlung oder Ermordung bestimmter »überflüssiger« Bevölkerungsgruppen trat.

Auf die sowjetischen Verhältnisse der zwanziger Jahre war der Begriff trotz geringer Bevölkerungsdichte ebenfalls angewandt worden, auch in der innersowjetischen Diskussion.²⁴⁸ Jedoch hatte die Sowjetunion dann Wege eingeschlagen, die die meisten Vertreter der Überbevölkerungstheorie, etwa Oberländer, Hoffmann und Jugow, als erfolgversprechend betrachteten: die Schaffung landwirtschaftlicher Großbetriebe und eine allgemeine Industrialisierung.²⁴⁹ In Deutschland gingen die Ansichten darüber, ob der Erfolg bis zum Sommer 1941 schon eingetreten sei, allerdings auseinander. Während Oberländer der sowjetischen Lösung Respekt zollte – und die angeblich zielgerichtete Vernichtung von Bauern durch die Sowjets tadelte, aber gleichzeitig gruselig bewunderte –, waren für Bräutigam und Schiller die Probleme hinsichtlich der sogenannten ländlichen Siedlungsfrage geblieben.²⁵⁰ Tatsächlich war die sowjetische Landbevölkerung seit 1913 trotz Erstem Weltkrieg, Bürgerkrieg, Hungerkatastrophen und Abwanderung von Menschen in die Städte ungefähr gleich groß geblieben und die Arbeit der Landbevölkerung aus Sicht deutscher »Experten« damit ähnlich unproduktiv. Der bereits erwähnte Agrargeograph v. Poletika, der später ein Verhungern der meisten Weißrussen wünschte, hatte von jeher das in erster Linie klimatisch bedingte »geringe landwirtschaftliche Fassungsvermögen des russischen Territoriums« für die Überbevölkerung verantwortlich gemacht.²⁵¹ Fachleute wie Schiller und Bräutigam übersahen oder wollten übersehen, daß sich die So-

246 Die Vertreter der Theorie räumten das in der Regel auch ein. Zitat: Oberländer 1935, S. 9. Vgl. etwa Aly/Heim, Vordenker, S. 104–116; Hoffmann 1932, S. 85–106; Schiller, Landwirtschaftspolitik (1943), S. 102f.

247 Zur Theorie vgl. vor allem Aly/Heim, Vordenker, S. 102–125; dies. 1987, S. 30ff.; Hoffmann 1932.

248 Vgl. Jugow 1929, ferner die zahlreichen bei Hoffmann 1932 genannten Autoren.

249 Vgl. Oberländer 1943, S. 418f.; Jugow, S. 112. Hoffmann 1932, S. 135, hatte festgestellt, bei der verstärkten Industrialisierung der UdSSR handele es sich nicht um ein »ausgeklügeltes Produkt einer doktrinären Weltanschauung«, deren Anhänger er nicht war, sondern einfach um eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

250 Oberländer 1943, S. 418f.; zu Bräutigam vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 478f.; Schiller 1937/38, S. 456–468.

251 Prof. Dr. W. von Poletika, Naturverhältnisse und Agrargeographie der Sowjetunion (undatiert), BA-MA RW 19 Anhang I/1550, Bl. 11. »Russisches Territorium« stand hier für das Gebiet der UdSSR. Nach Hoffmann 1932, S. 23, stand v. Poletika schon 1928/29 auf dieser Position.

wjetunion zum Industriestaat entwickelte und daß es die vielbeschworenen erforderlichen Abwanderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten in den Städten bereits gab, die Stagnation also überwunden war. Nach Eugen v. Engelhardt hatte die Bevölkerungsdichte auf dem Land in Ostweißrußland gerade von 1926 bis 1941 stark zugenommen, nämlich um etwa 20 Prozent, in Westweißrußland von 1931 bis 1941 um etwa 10 Prozent.²⁵² Man registrierte ein sehr hohes jährliches Bevölkerungswachstum von 18 bis 24 je 1000 Personen, eine »gesunde« Alterspyramide, und die »Militärgeographischen Angaben über das Europäische Rußland« des OKH behaupteten vorsorglich, damit hänge der »Charakterzug« der »Geringschätzung des Wertes von Menschenleben [...] auch bei den Volksmassen« zusammen.²⁵³

Die »Militärgeographischen Angaben« rücken auch durch ihren Umgang mit dem Überbevölkerungsbegriff in die Nähe der verbrecherischen Planungen. Die Mappe A (Textheft) enthielt ein Kapitel »Volksdichte« und in der Anlagenmappe eine Karte »Dichte der ländlichen Bevölkerung« (Anlage 8).²⁵⁴ Besonders wegen des frühen Entstehungsdatums 1. März 1941 und des gedruckten Vermerks auf dem Schubert für die Anlagen: »Anlage 8« – »im letzten Moment aufgenommen«, ist das bemerkenswert. Denn diese Angaben – nicht etwa über die *allgemeine* Bevölkerungsdichte – ergaben eigentlich nur einen Sinn, wenn es um die *Veränderung* der agrarischen Bevölkerungsverhältnisse ging, das heißt um eine aktive, völkerrechtswidrige Bevölkerungspolitik im besetzten Gebiet.²⁵⁵ Es handelt sich um ein weiteres Indiz dafür, daß die Vernichtungspläne gegenüber der sowjetischen Zivilbevölkerung im Februar 1941 durchgesetzt wurden.²⁵⁶

Nach v. Engelhardt betrug die agrarische Siedlungsdichte 1941 in Ostweißrußland etwa 40, im Westen rund 36 Einwohner je km², nach anderen Angaben war der Ostteil mit 35,9 (1933) »ein agrarisch übervölkertes Gebiet«.²⁵⁷ Während Hoffmann nicht in der BSSR, sondern im Zentralen Schwarzerdegebiet (Raum Orel-Kursk-Tambov-Woronesch) die stärkste Überbevölkerung gesehen hatte, zählte ein von ihm zitierter sowjetischer Autor das sowjetische Weißrußland zu den in dieser Hinsicht problematischsten Gebieten, ebenso Michael Achmeteli vom Wannsee-Institut der SS.²⁵⁸ Laut

252 Dies waren jedoch bloße Schätzungen, die überhöht gewesen sein dürften. Engelhardt, S. 235, und Engelhardt-Denkschrift, BA F 10772, Bl. 5913.

253 Engelhardt-Denkschrift, BA F 10772, Bl. 5912 (erstes Zitat). Vgl. Matthiessen 1942, S. 411. Danach betrug der Geburtenüberschuß in Estland nur 1,2, in Lettland 3,7 und in Litauen 10,5 pro 1000. Zweites Zitat: Militärgeographische Angaben über das Europäische Rußland. Mappe A: Allgemeiner Überblick. GenStdH, Abt. IV (Mil.Geo.), Berlin 2., verbesserte Auflage, abgeschlossen am 1. März 1941, 1.: Textheft, S. 36.

254 Ebd., 1.: Textheft, S. 36, und 2.: Anlage/Große Kartenskizzen zum Textheft, Anlage 8. Diese Kartenskizze »Dichte der ländlichen Bevölkerung« beruhte, bei leichten graphischen Veränderungen und ergänzt um die sowjetischen Westgebiete, auf der bei Schiller 1937/38, S. 460, abgedruckten Karte.

255 Über eine kurze Landeskunde gingen die »Mitteilungen« weit hinaus. Für die Planung von Operationen oder Quartiersuche waren sie nicht gedacht, denn die Mappe E (Weißrußland) gab für jede der zehn Großregionen dieser Republik neben Abstand, Durchschnittsgröße und Siedlungsstruktur der Kleinstädte und Dörfer trotzdem noch die ländliche Bevölkerungsdichte an.

256 Vgl. ebd., Schubert für die Anlage, sowie: Militärgeographische Angaben über das Europäische Rußland. Mappe E: Weißrußland – Textheft. Abgeschlossen am 27. März 1941.

257 Engelhardt-Denkschrift, BA F 10772, Bl. 5913, und Die Völker des Ostraumes, Berlin 1942, S. 36f.

258 Hoffmann 1932, S. 29 und 37, sowie Die Neugestaltung der Agrarordnung, Februar 1942, BA R 58/19, Bl. 28f.

einer Statistik des Wirtschaftsstabs Ost für die besetzten sowjetischen Gebiete vom Dezember 1942 lag das Generalkommissariat Weißruthenien bei Berechnungen zu Gesamtbevölkerung und Landbevölkerung je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche hinter den nordukrainischen Gebieten in der Spitzengruppe, bei den landwirtschaftlichen Arbeitskräften je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche aber hinter dem Raum Kursk an zweiter Stelle, und bei landwirtschaftlichen Arbeitskräften pro 100 Hektar Acker mit weitem Abstand vorn.²⁵⁹ Hoffmann und v. Engelhardt betonten, wie sehr die Dichte der Landbevölkerung in Weißrußland in den letzten Jahrzehnten zugenommen habe.²⁶⁰ Mehrfach wurde warnend darauf hingewiesen, die Überbevölkerung habe die »Revolution von 1917 mit verursacht«.²⁶¹

Für die 1939 zu Weißrußland gekommenen ostpolnischen Gebiete hatte Oberländer in seiner Habilitationsschrift folgende Analyse erstellt: Trotz der im polnischen Vergleich niedrigen absoluten Bevölkerungsdichte sei die agrarische »Überbevölkerung« mit über 30 Prozent »sehr beträchtlich«. Prägend seien große Gutswirtschaften neben Zwergbetrieben, Kapitalarmut (Viehangel – trotz der größten Weideflächen Polens), eine ähnlich hohe Selbstversorgungsrate wie in Südpolen (37 bis 51 Prozent), ein geringer, zwischen 1921 und 1931 noch gesunkener städtischer Bevölkerungsanteil, sehr schlechte Infrastruktur und Analphabetismus.²⁶²

Es wurden vorwiegend bevölkerungspolitische Lösungsmöglichkeiten angeboten. So verwies man darauf, die Weißrussen hätten in der Vergangenheit einen Großteil der Sibirien- und Überseeumsiedler gestellt – ein Umstand, den Dr. Wetzel in seinem Kommentar zum Generalplan Ost in die zynische Formulierung kleidete, daß »insbesondere auch die weißruthenische Bevölkerung zur Wanderung neigt« und deshalb bei Bedarf leicht nach Westsibirien umzusiedeln sei.²⁶³ Ansonsten wurde die Verlagerung freigesetzter Arbeitskräfte in Sowchosen, zu Straßenbau und Meliorationsarbeiten (Achmeteli) oder in die deutschen Landwirtschaft (v. Engelhardt) vorgeschlagen. Auch hierbei handelte es sich um große Umsiedlungen, wie sie dann in Gestalt der Ostarbeitertransporte tatsächlich stattfanden.²⁶⁴

Eine Entwicklung der weißrussischen Industrie galt nicht als Lösung im deutschen Interesse. Im Gegenteil wurden die Weißrussen zum »bäuerlichste[n] Volk Europas«²⁶⁵ erklärt, dem die Industrie fremd sei, wie sie in den dreißiger Jahren angeblich

259 Das Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte, das den größten Teil Ostweißrußlands einschloß, verzeichnete dagegen eher durchschnittliche Werte und lag nur bei den landwirtschaftlichen Arbeitskräften je 100 Hektar Acker weit darüber. Abgedruckt bei Müller, Wirtschaftspolitik, S. 432.

260 Nach Hoffmann 1932, S. 120, entfielen auf eine bäuerliche Wirtschaft in Weißrußland 1878 10,6 Desjatinen Ackerfläche (1 Desj. = 1,092 Hektar), 1899/1901 8,5, 1917 5,2 und 1925 3,8. Von Engelhardt nennt etwas abweichende Zahlen, vgl. seine Denkschrift, BA F 10772, Bl. 5930.

261 Hoffmann 1932, S. 13. Vgl. ebd., S. 55, und besonders eindringlich Oberländer 1943 (fertiggestellt im Frühjahr 1941), S. 426. Derselben Ansicht war zum Beispiel Werner Conze, vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 102.

262 Vgl. Oberländer 1935, S. 33, 38, 48, 69 ff., 74, 97, Zitat S. 51. Siehe auch Sword, Soviet Economic Policy, S. 86: Ostpolen verfügte über 50 % der Fläche, 40 % der Bevölkerung, aber nur 15 % der Arbeiter und 8,6 % des Energieverbrauchs Polens.

263 Vgl. Weißruthenien und die Weißruthenen in bolschewistischer Auffassung, S. 44; Die Völker des Ostraumes, S. 37; Denkschrift Wetzels v. 27. 4. 1942, in: Heiber 1958, S. 312.

264 Die Neugestaltung der Agrarordnung, BA R 58/19, Bl. 86f.; Engelhardt-Denkschrift, BA F 10772, Bl. 5972f., und Engelhardt 1943, S. 311. Vgl. Kap. 4.4 und 6.3 dieser Darstellung.

265 Die Völker des Ostraumes, S. 35.

»gegen die Gesetze der Standortwahl errichtet«²⁶⁶ worden war. Weil die Rohstoffe von außen eingeführt würden, sei die Produktion ohne »organischen Zusammenhalt«.²⁶⁷ Oft nahm man das Vorhandensein von Industrie einfach nicht oder kaum zur Kenntnis.²⁶⁸ In den »Militärgeographischen Angaben« wurde der angebliche Verwaltungswasserkopf mit den Worten gebrandmarkt, besonders in den Republikhauptstädten sei »mit unglaublich vielen Beamten und Angestellten« zu rechnen. Die Juden stellten 40 Prozent der Stadtbevölkerung, weshalb die Städte »wie Fremdkörper im weißruthenischen Volksboden« saßen.²⁶⁹

Im Rahmen der Überbevölkerungstheorie galten die Juden aber geradezu als schädlich, wie der Historiker Werner Conze, um 1940 mit mehreren Veröffentlichungen zur weißrussischen Geschichte hervorgetreten,²⁷⁰ es noch 1953 darstellte:

»Das gewerbliche Bürgertum hatte sich infolge der schmalen Entfaltungsmöglichkeit und der Blockierung der tragbaren Stellen durch die Juden in den meisten ostmitteleuropäischen Staaten nur bescheiden stärken und vermehren können.«

»Bei den Weißruthenen waren diese Ansätze [eine Führungsschicht zu schaffen bzw. »Middle-Classes [...], durch die eine liberale Demokratie allein lebensfähig ist«] noch schwächer. Realteilung, bäuerliche Stellenverdoppelung und ein erheblicher Bevölkerungsdruck waren der Boden für linksrevolutionäre Gruppenbildungen [...].«²⁷¹

Als Gegenmaßnahme hatte Conze eine »Entjudung der Städte und Marktflecken zur Aufnahme bäuerlichen Nachwuchses in Handel und Handwerk« in Osteuropa angeregt.²⁷² Andere taten es ihm gleich.²⁷³ Die Bedeutung der Theorien über Überbevölkerung und Modernisierung lag aber weniger darin, daß sie direkt Motive für die Besatzungspolitik und die deutschen Massenmorde in Weißrußland geliefert hätten. Hier wären allerdings Einflüsse auf die deutsche Arbeitseinsatz- und Landwirtschaftspolitik, besonders auf die Agrarreform, zu nennen (vgl. Kap. 4 und 6). Vielmehr gehören diese pseudowissenschaftlichen Theorien mehr in das Feld der geistigen Vorbereitung der Massenverbrechen. Sie trugen mit ihrer abgrundtiefen Geringschätzung der Bevölkerung zur Bereitschaft bei, sie im Zug einer Neuordnung zu willenlosen Objekten zu machen und zu dezimieren.

266 Fritz Nonnenbruch, Wirtschaftsankurbelung im Generalkommissariat Weißruthenien, in: Auf Informationsfahrt im Ostland (1944), S. 20.

267 Europa-Kabel v. 2. 7. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 97R. Vgl. RMO, Hauptabt. I Raumplanung: Der Generalbezirk Weißruthenien (Entwurf/Abgeschlossen am 20. 12. 1941), BA 11.01, Nr. 59, Bl. 30.

268 Vgl. z. B. Engelhardt 1943, S. 318–321; Wannsee-Institut: Weißruthenien, BA R 93/18, Bl. 139–141; Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront [AWI der DAF], Die regionale Aufteilung des europäischen Teiles der UdSSR (Juni 1941), BA R 6/602, Bl. 89–91.

269 Militärgeographische Angaben über das Europäische Rußland, Mappe A: Allgemeiner Teil. 1.: Textheft, S. 15 und 30.

270 Conze 1940. Vgl. weiter Burleigh, S. 326.

271 Conze 1953, S. 334, 324, Einschub S. 322. Ein paar Jahre vorher wären diese »Middle-Classes« wohl nicht als Voraussetzung für die »liberale Demokratie«, sondern eher für »gesundes Volkstum« bezeichnet worden. Der soziale Inhalt war offensichtlich weitgehend derselbe.

272 Zitiert nach Aly/Heim 1990, S. 73.

273 Siehe Aly/Heim, Vordenker, S. 102 ff.

d) Die Vorbereitung des Einsatzes von SS- und Polizeieinheiten,

die »verbrecherischen Befehle« und die Grundlagen der antijüdischen Politik

Wie schon ausgeführt, kristallisierten sich vermutlich im Lauf des Januars 1941 in verschiedenen Reichsbehörden und Wehrmachtdienststellen ungefähr gleichzeitig Pläne für den verbrecherischen Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion heraus und setzten sich im Februar in den Führungszirkeln von Staat und Wehrmacht durch. Angesichts dieser Entwicklung kann es nicht mehr als nachgewiesen gelten, daß die Initiative für das verbrecherische Programm ursprünglich allein von Hitler ausging. Denn von diesem sind erst für den März 1941 Äußerungen und Weisungen über den Vernichtungscharakter des damals in der Planung befindlichen Krieges gegen die UdSSR belegt.²⁷⁴

Die Überlegungen und Vorbereitungen zum Einsatz der berüchtigten Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD in den besetzten sowjetischen Gebieten begannen ebenfalls früher als lange angenommen,²⁷⁵ wie neuere Forschungen von Richard Breitman zeigen.²⁷⁶ Bereits um die Monatswende Januar/Februar 1941 stand der Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, darüber in Verhandlungen mit dem Oberbefehlshaber des Heeres, Walther v. Brauchitsch. Die Einheiten der Sicherheitspolizei, so Heydrich, sollten »zusammen mit der vorgehenden Truppe zu Spezialaufgaben eingesetzt und nach erfolgter Besetzung feindlicher Gebiete mit polizeilichen Aufgaben betraut werden. Die Aufgaben bestehen insbesondere in der Durchführung von Sicherstellungen, Beschlagnahmungen und Verhaftungen politisch interessierender Russen sowie sonstigen polizeilichen Maßnahmen.«

Nach Heydrichs Angaben hatten die Gespräche mit dem OKH einen »positiven Verlauf genommen, und würden in den nächsten Tagen in einer Vereinbarung festgelegt werden«.²⁷⁷ Bis zur tatsächlichen Vereinbarung zwischen OKH und Reichssicherheitshauptamt (RSHA) dauerte es aber bis zum 26. März, also waren die folgenden Gespräche nicht ganz unkompliziert. Letztlich drehten sie sich aber anscheinend nur um eine gewisse Konkretisierung und Einsatzmodalitäten. So ging es Heydrich darum, daß die Trupps der Sicherheitspolizei »als SS-Einheiten [...] eingesetzt« würden, entweder um eine disziplinarrechtliche Sonderstellung zu erreichen oder um eigenständige Aktionen von Sipo und SD außerhalb der Geheimen Feldpolizei sicherzustellen (anders als im Militärverwaltungsbereich Belgien und Nord-

²⁷⁴ An dieser Feststellung (z.B. Hillgruber 1965, S. 362 und 521) hat sich bisher nichts geändert.

²⁷⁵ Vgl. Krausnick 1981, S. 117, und Jacobsen 1984, S. 144 f., die den Beginn am 13. 3. 1941 sahen.

²⁷⁶ Breitman 1992, S. 147 f. Damit gewinnen vereinzelte nachträgliche Aussagen Beteiligten über einen so frühen Zeitpunkt der Vorbereitungen an Gewicht. Vgl. Friedrich Pradel, Darstellung über meine dienstliche Stellung als Sachbearbeiter im Kraftfahrwesen im RSHA in den Jahren 1939 bis 1942 v. 20. 9. 1961, StA Hannover 2 Js 299/60, Bl. 37R.

²⁷⁷ Sonderkommando AA, Prot.Kr.I/G. 178/41g. Geheime Reichssache! 1. Ausfertigung, Aufzeichnung Betr.: Einbau des Sonderkommandos AA in die SS v. 4. 2. 1941, gez. Kuensberg (Abschrift), Nbg. Dok. NG-5225, über ein Gespräch Kuensbergs mit Heydrich am 3. 2. 1941. Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Andrej Angrick. – Kuensberg bemühte sich seit Ende Januar 1941 um die Festlegung des Einsatzes seines Sonderkommandos im Rahmen der Waffen-SS. Siehe Breitman 1992, S. 148; weiter Auswärtiges Amt, Sonderkommando (gez. Kuensberg), an Himmler v. 25. 1. 1941 und Wolff an Kuensberg v. 28. 1. 1941 über die mit Himmler abgesprochene Bitte, sich an Heydrich zu wenden, BA NS 19/2254, Bl. 1–3.

frankreich).²⁷⁸ Über den Stand der Verhandlungen Anfang März 1941 gibt die folgende Notiz über eine Besprechung zwischen Abwehroffizieren des OKW und der Heeresgruppe B (später Heeresgruppe Mitte) Auskunft:

»Einsatz von Einsatzkommandos der vordersten Truppe folgend.

Weisungen an diese unmittelbar durch Reichsführer SS.

Generalmajor Warlimont, Wehrmachtführungsstab, Chef Abt. Landesverteidigung i.O!K!W! [sic]

ist zur Zeit beauftragt[,] Befehle vom Führer zu erwirken:

1.) dass Verbindungs Offz. von der SS zu den Armeen ge[s]tellt werden, die im Rang nicht höher sind als die Ic., um sicherzustellen, Dass [sic] alle Befehle des Reichsf. SS. an die Einsatzkdos gleichzeitig den Ic zur Kenntnis zugehen.

2.) dass abgegrenzte Befehle erlassen werden zur Vermeidung von Operationsstörungen (marschtechnische Unterstellung, Störung ziviler Arbeitskräfte [sic] pp)[.]

3.) dass Executionen

möglichst abseits der Truppe vorgenommen werden.

Einsatzkommandos unterstehen grundsätzlich nicht der Militär- sondern der SS-Gerichtbarkeit.²⁷⁹

Also hatte sich auch das OKW eingeschaltet. Wer Warlimont mit seinen Bemühungen bei Hitler beauftragt hat, Keitel oder Jodl, ist unklar. Vor allem aber belegt dieses Dokument, daß es bereits um die Feinabstimmung ging. Beim OKW störte man sich offenbar nicht an den zu erwartenden »Executionen«, sondern wollte lediglich die ständige Information und offenbar auch Kontrolle darüber sicherstellen mit dem Ziel, »Operationsstörungen« zu vermeiden. Darunter fiel auch die Sicherung zumindest von Teilen der Wirtschaftsproduktion im zu besetzenden Gebiet. Beim ersten Punkt und den »Wünschen« der Heeresgruppe Mitte²⁸⁰ ging es nur um Details, denn der Einsatz von Sipo-Kommandos auch in den rückwärtigen Armeegebieten stand offenbar fest; Gegenstand der OKW-Initiative waren gar nicht die »SS«-Vertreter bei den Heeresgruppen, sondern nur die bei den Armeen.²⁸¹ All das zeigt, wie viele Festlegungen bis dahin schon getroffen worden sein müssen. Die Informationen der Ab-

²⁷⁸ Vgl. Krausnick 1981, S. 108f. Zu Kontakten Heydrichs mit Himmler über die Vorbereitung des Einsatzes der Einsatzgruppen – ohne Eintragungen mit weiterführenden Informationen – Terminkalender Himmler v. 17. 2., 10. 3. und 15. 3. 1941, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 517, 522 und 541.

²⁷⁹ Wiederum waren hier Offiziere verhältnismäßig niedrigen Ranges beteiligt. Formal zeugt die Niederschrift von Improvisation, anscheinend wurde sie ohne Hilfe einer Schreibkraft angefertigt. – »Besprechung am 6.[.]/7. III. 41. Rittm. V. Schach. (Oberst i.G. Oster, Chef-Abwehr-Abt. O.K.W., Oberstlt.i.G. v. Bentivegni, Chef Abw.III [.]« Geheime Kommandosache! (Stempel), Paraphen »Ib vG 4. 4.« (von Gericke), »G 2/4« (v. Greiffenberg, Chef des Generalstabes der Heeresgruppe B) sowie unleserlich v. 21. 3., BA-MA WF-03/9121, Paginierung unleserlich. Hervorhebung und Orthographie wie im Original. – Das Dokument befindet sich in der Akte »Chefsachen Barbarossa« des Ic der H.Gr. Mitte und ist von Gefner 1986 (S. 77) erwähnt worden, ohne seine Bedeutung ganz herauszustellen. Der Autor der Notiz, Rittmeister Hans Schach v. Wittenau, gehörte der Abwehrabteilung der H.Gr. B bzw. Mitte an und war später Vertreter des Ic der H.Gr. (ab 1. 4. 1941), v. Gersdorff. Vgl. v. Gersdorff, S. 82f.

²⁸⁰ Als »Wünsche der Heeresgruppe [B]« meldete Schach in erster Linie an: »1.) Klare Abgrenzung der Befugnisse der G.F.P. und der SS. 2.) Beschleunigung der personellen u. materiellen Ergänzung der G.F.P. Gruppen der AOK und der Heeresgruppe. (bes. Sicherstellung der Beweglichkeit).« Vermerk Schach über die Besprechung am 6./7. 3. 1941, BA-MA WF-03/9121.

²⁸¹ Das Dokument gibt bereits die später verwirklichte Gliederung in Gefechtsgebiet, rückwärtiges Armeegebiet, rückwärtiges Heeresgebiet und ziviles »Verwaltungsgebiet« an, ebd.

teilung Abwehr waren im übrigen möglicherweise ganz frisch: sie könnten aus einer Besprechung im OKW vom 6. März gestammt haben.²⁸²

Es sei noch einmal daran erinnert, daß der Generalquartiermeister des Heeres bereits in einer Anordnung vom Februar 1941 die beabsichtigte gewalttätige Besatzungspolitik recht nachdrücklich festgeschrieben hatte.²⁸³ Warlimont hatte am 21. Februar unter anderem die »Herausgabe von Richtlinien für Verhalten der Truppe gegen die Bolschewisten« angeregt.²⁸⁴ Am 26. Februar äußerte Göring mit Bezug zu gleichen Absichten Hitlers zu General Thomas: »Es käme darauf an, zunächst schnell die bolschewistischen Führer zu erledigen« bzw. »Ausrottung des Kom[m]unismus, Beseitigung aller politischen Führer. Noch genaue Überlegung, was geschehen muß.«²⁸⁵ Daß es »Executionen« durch die Einheiten von Sicherheitspolizei und SD geben würde, wie es in der Besprechung im Amt Ausland/Abwehr des OKW Anfang März hieß, war nach den Ereignissen in Polen 1939 zu erwarten. Der Nachweis der frühen Verhandlungen zwischen Heydrich und v. Brauchitsch belegt allerdings noch nicht, daß hier bereits das ganze Ausmaß der späteren Mordpläne feststand.

Doch wird klar, warum Richtlinien, Anordnungen und Vereinbarungen über die verbrecherische Kriegführung gegen die Sowjetunion im März 1941 in so rascher Folge ergingen, wie das in der Forschung zum Teil mit Verblüffung zur Kenntnis genommen worden ist.²⁸⁶ Am 3. März sandte der Chef des Wehrmachtführungsstabes, General Jodl, einen Entwurf der »Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa)« seiner Abteilung Landesverteidigung mit Weisungen zurück, die entweder von Hitler direkt kamen oder von Jodl abgewandelt wurden. Das Operationsgebiet, also das Gebiet der Militärverwaltung in den zu besetzenden sowjetischen Gebieten, müsse so klein wie möglich gehalten, dann eine Zivilverwaltung errichtet werden:

»Ob es notwendig sei, auch dort schon Organe des Reichsführers SS neben der Geheimen Feldpolizei einzusetzen, müsse mit dem Reichsführer SS geprüft werden. Die Notwendigkeit, alle Bolschewistenhäuptlinge und Kommissare sofort unschädlich zu machen, spreche dafür. Militärgerichte müßten für diese Fragen ausgeschaltet werden, sie hätten sich nur mit Gerichtssachen innerhalb der Truppe zu beschäftigen.«²⁸⁷

Es ist die Frage, ob eine grundsätzliche Einigung zwischen Heydrich und v. Brauchitsch inzwischen stattgefunden hatte und Jodl über das Vorgehen des konkurrie-

282 Vgl. KTB OKW v. 6. 3. 1941, Bd. 1, S. 346: »Interne Besprechung Gr.I, IV, Ausl. [...] Besondere Anordnung »Barbarossa«; Hitler wolle so schnell wie möglich einen »Kampf der Weltanschauungen« führen.

283 OKH, GenStdH, GenQu, Qui/IIa Nr. I/050/41g.Kdos.Chefsache v. Feb. 1941, Anlage 15: Anordnungen über militärische Hoheitsrechte, Sicherung und Verwaltung im rückwärtigen Gebiet und Kriegsgefangenenwesen, BA-MA RH 3/v. 132, Bl. 75ff.

284 KTB OKW v. 21. 2. 1941, Bd. 1, S. 333.

285 Vgl. Thomas zwei Aktennotizen v. 26. 2. 1941, in: Eichholtz/Schumann (Hg.), S. 316f., und BA-MA RW 19/164, Bl. 180. Siehe Streit, S. 28, und Förster, Unternehmen »Barbarossa«, S. 499.

286 Für den Zeitraum von März bis Juni 1941 gibt es bereits mehrere mehr oder weniger erschöpfende Darstellungen zum Thema, so daß die folgende Wiedergabe der Ereignisse und Zusammenhänge sich auf das Wesentliche beschränken kann. Vgl. Jacobsen, S. 135–165 und Quellenanhang S. 166–233; Streit, S. 28–61; Förster, Unternehmen »Barbarossa«, S. 498–540; Krausnick 1981, S. 107–172; Ogorreck 1992, S. 12ff., und ders. 1996, S. 19–46.

287 Zitiert nach Streit, S. 30. Der Einfluß Jodls auf diese Weisungen wird von Streit (ebd., S. 308f., Anm. 9) höher bewertet als von Jacobsen, S. 143, und Förster, Unternehmen »Barbarossa«, S. 499f.

renden OKH vielleicht schlecht informiert war. Denn bereits zwei Tage später waren für Halder und den Generalquartiermeister des Heeres Wagner die »Sonderaufgaben des Reichsführers SS« beschlossene Sache,²⁸⁸ und spätestens am 7. März konnten deren Inhalt bei Oster recht konkret beschrieben werden. Jedenfalls nahmen Jodls Anweisungen bereits die spätere Verwaltungsgliederung der zu besetzenden Gebiete ebenso vorweg wie – neben der Andeutung über die einzusetzenden SS-Verbände – auch die Befehle über die Einschränkung der Kriegsgerichtsbarkeit und die Ermordung der sowjetischen »Kommissare« und Funktionäre.

Am 13. März wurden die »Richtlinien auf Sondergebieten« in ihrer endgültigen Form herausgegeben. Dort hieß es:

»Im Operationsgebiet des Heeres erhält der Reichsführer SS zur Vorbereitung der politischen Verwaltung Sonderaufgaben im Auftrage des Führers, die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter Systeme ergeben. Im Rahmen dieser Aufgaben handelt der Reichsführer SS selbständig und in eigener Verantwortung. [...] Der Reichsführer SS sorgt dafür, daß bei Durchführung seiner Aufgaben die Operationen nicht gestört werden. Näheres regelt das OKH mit dem Reichsführer SS unmittelbar. [...] Die Masse der Polizeikräfte wird den Reichskommissaren unterstellt.«²⁸⁹

Zwar wurde in dieser allgemeinen Weisung nichts über die Vernichtung von »Bolschewisten«, »Kommissaren« oder Funktionären gesagt, aber am 17. März äußerte Hitler gegenüber Halder, Wagner und Heusinger viel weitergehend, die sowjetische »Intelligenz« müsse ermordet werden.²⁹⁰ Bereits am Tag des Erlasses der »Richtlinien auf Sondergebieten«, am 13. März (wenn sie nicht schon davor angefangen hatten), begannen die Absprachen zwischen Heydrich und Wagner, und nach einem Treffen am 25. oder 26. März²⁹¹ zeigten sie ein Ergebnis in Form einer Anordnung Wagners, die von Heydrich akzeptiert und am 28. April, von v. Brauchitsch unterzeichnet, herausgebracht wurde. Darin wurde unterschieden zwischen Sonderkommandos, die in den rückwärtigen Armeegebieten einzusetzen waren, und Einsatzkommandos in den rückwärtigen Heeresgebieten. Während für erstere als Aufgaben nur die »Sicherstellung« von Schriftgut und »besonders wichtiger Einzelpersonen (Führende Emigranten, Saboteure, Hetzer usw.)« genannt wurde, waren es bei den Einsatzkommandos »Erforschung und Bekämpfung der staats- und reichsfeindlichen Bestrebungen, soweit sie nicht der feindlichen Wehrmacht eingegliedert sind«. Wegen dieser bewußt unklaren Angaben wurde das Papier lediglich als »Geheim« eingestuft. Weiter waren die Kommandos »berechtigt, im Rahmen ihres Auftrages in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung Exekutivmaßnahmen zu treffen.« Die Sonderkommandos waren den Armeen hinsichtlich »Marsch, Versorgung und Unterbringung«

²⁸⁸ Krausnick 1981, S. 116; Jacobsen, S. 144; Gottberg, S. 11.

²⁸⁹ Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) v. 13. 3. 1941, zitiert nach: Hubatsch, S. 102, 104.

²⁹⁰ Jacobsen, S. 144. Oberst i.G. Adolf Heusinger war 1940–1944 Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres und nach dem Krieg erster Generalinspekteur der Bundeswehr.

²⁹¹ Vgl. zu diesen Gesprächen Streit, S. 31–33; Krausnick, S. 127 f.; Jacobsen, S. 145. Wagner und Heydrich hatten bereits 1939 den Einsatz der Einsatzgruppen in Polen miteinander abgestimmt, vgl. z.B. Förster, Unternehmen »Barbarossa«, S. 506 f., Krausnick, S. 32 ff. Ogorreck 1996, S. 27 f., hält wie andere Wagner zugute, er habe ja nichts ändern können und Schadensbegrenzung betrieben.

unterstellt (aber nicht einsatzmäßig), die Einsatzkommandos und -gruppen dem jeweiligen Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet. Bei »Störungen der Operationen« oder »Gefahr im Verzuge« gingen die übergeordneten Weisungen der militärischen Befehlshaber vor. Enge Zusammenarbeit der Kommandoführer mit den Abwehroffizieren der Armeen und des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet waren vorgeschrieben.²⁹² Diese Vereinbarungen änderten sich vor Kriegsbeginn anscheinend nicht mehr.

In jüngerer Zeit ist das Problem der Absprachen zwischen OKH und SS- und Polizeiführung für die Ordnungspolizei und die Waffen-SS aufgeworfen worden.²⁹³ Bereits am 15. Januar 1941 hatte die Operationsabteilung im OKH in Gestalt des Leiters der Abteilung Fremde Heere Ost, Gehlen, dem Generalquartiermeister empfohlen, »auf das für den Westen gemachte Angebot von Polizeiregimentern« zurückzugreifen.²⁹⁴ Wagner entschied sich spätestens Mitte Februar tatsächlich dafür.²⁹⁵ In den »Richtlinien auf Sondergebieten« vom 13. März war nicht nur von Kräften der Sicherheitspolizei und des SD, sondern von »Polizeiorgane[n] des Reichsführers SS« allgemein die Rede, die in ihrer »Masse« in den Reichskommissariaten einzusetzen seien.²⁹⁶ Die »Besonderen Anordnungen für die Versorgung, Teil C« des Generalquartiermeisters (abgezeichnet von Halder) vom 3. April kündigten bereits den Einsatz eines Polizeibataillons je Sicherungsdivision an, das heißt eines Polizeiregiments für jedes rückwärtige Heeresgebiet.²⁹⁷

Die »Besonderen Anordnungen« stellen gleichzeitig einen wichtigen der frühen verbrecherischen Befehle dar.²⁹⁸ Himmler hatte mehrere Treffen mit dem Chef der Ordnungspolizei Kurt Daluge im März und April 1941, die sich um die Frage des Einsatzes der Ordnungspolizei im bevorstehenden Krieg gegen die Sowjetunion drehten.²⁹⁹ Besonders wichtig dürfte dabei die Besprechung zwischen Himmler, Da-

292 OKH, GenStdH, GenQu, Abt. Kriegsverwaltung, Nr. II/ /41geh. v. 26. 3. 1941 mit Anschreiben Nr. II/1606/41g, gez. i. A. Wagner, an Heydrich v. 4. 4. 1941, Nbg. Dok. NOKW-256, mit Auslassungen abgedruckt bei Jacobsen, S. 170 f. Der wortgleiche Befehl OKH, GenStdH/GenQu Az. Abt. Kriegsverwaltung Nr. II/2101/41 geh. Betr.: Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbands des Heeres, gez. v. Brauchitsch, v. 28. 4. 1941 ist abgedruckt bei Ueberschär/Wette, S. 249 f., und N. Müller 1982, S. 42–45. Die von Walter Schellenberg mehrfach gegebene Version, er habe im Mai 1941 anstelle von Heydrich die Verhandlungen mit Wagner zum Abschluß geführt, ist in der Forschung mit guten Gründen verworfen worden. Vgl. Eidesstattliche Erklärung Schellenbergs v. 26. 11. 1945, IMT, Bd. 32, S. 471–475. Dazu Krausnick, S. 127 f.; Angrick u. a., S. 371, Anm. 25.

293 Vgl. ebd., S. 327–329.

294 Zitiert nach Förster, Unternehmen »Barbarossa«, S. 501.

295 KTB Halder, Bd. II, S. 281 (14. 2. 1941); siehe S. 216 dieser Darstellung mit Anm. 3/533.

296 Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) v. 13. 3. 1941, in: Hubatsch, S. 104.

297 Vgl. Förster, Unternehmen »Barbarossa«, S. 502. Mit Kürzungen an entscheidenden Stellen abgedruckt bei N. Müller, Besatzungspolitik, S. 35–42.

298 U. a. hieß es »Aktiver oder passiver Widerstand der Zivilbevölkerung ist mit scharfen Strafmaßnahmen im Keime zu ersticken. Selbstbewußtes und rücksichtsloses Auftreten gegenüber den deutschfeindlichen Elementen wird ein wirksames Vorbeugungsmittel sein.« Zitiert nach N. Müller 1982, S. 38. Diese Passage war wie weite Strecken des Dokuments unverändert aus den erwähnten »Anordnungen über militärische Hoheitsrechte, Sicherung und Verwaltung im rückwärtigen Heeresgebiet und Kriegsgefangenenwesen« des GenQu vom Februar übernommen worden. Vgl. BA-MA RH 3/v. 132, Bl. 75 ff., besonders Bl. 78.

299 Explizit die Treffen v. 14. und 15. 3. (letzteres mit Heydrich und Wolff) sowie v. 8. und 16. 4. (hier mit Heydrich, Jüttner, Wolff und dem GenQu Wagner). Ohne derartige Angabe über den Besprechungsinhalt am 17. 2., 25. 3., 5., 9. und 29. 4. Vgl. Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 476 ff.

luege, Heydrich, dem Chef des SS-Führungshauptamts Hans Jüttner und Wolff mit Wagner am 16. April gewesen sein, als deren Ergebnis die geplante enge Bindung der Polizeibataillone an die Sicherungsdivisionen – vielleicht auf Wunsch der SS-Führung – gelockert, die Bereitstellung eines Polizeiregiments für jedes rückwärtige Heeresgebiet bestätigt, die Gestellung von mehr Polizei aber von Himmler abgelehnt wurde.³⁰⁰ Zwar handelte es sich um das wohl einzige Treffen der SS- und Polizeispitze mit Wagner in der ersten Jahreshälfte 1941; das heißt aber nicht, »daß die grundlegende Regelung der Zusammenarbeit zwischen SS und Polizei einerseits und dem OKH andererseits mit dem Treffen am 16. April 1941 in Graz erfolgt sein muß«.³⁰¹ In Himmlers Befehl über die Einsetzung Höherer SS- und Polizeiführer im rückwärtigen Heeresgebiet vom 21. Mai wird die Pilotfunktion der Absprachen Heydrich-Wagner für die gesamten SS- und Polizeikräfte recht deutlich, obgleich dort die »taktisch[e]« Unterstellung von neun Polizeibataillonen unter die Sicherungsdivisionen befohlen wurde, was von der Regelung bei den Einsatzgruppen abwich.³⁰² Ein Entwurf Himmlers, fast identisch mit dem Befehl vom 21. Mai, datierte bereits vom 21. April – nur war er als eine Weisung des OKH geplant. Offenbar beruhte das auf der Grazer Besprechung, in der General Wagner die Einrichtung von HSSPF, erstmals in einem Gebiet unter Militärverwaltung, umstandslos akzeptiert hatte.³⁰³

Für die Waffen-SS fanden separate Verhandlungen statt,³⁰⁴ aber relativ spät und improvisiert. Anfang April hatte sich Himmler zu Aufstellung und Einsatz von Brigaden der Waffen-SS im Hinterland der Wehrmacht in den besetzten sowjetischen Gebieten entschieden. Dazu wurde der ihm direkt unterstehende »Kommandostab Reichsführer-SS« am 7. April aufgestellt; statt weiteren Polizeibataillonen wollte er dem Generalquartiermeister des Heeres die SS-Brigaden zur Verfügung stellen. In engem Zusammenhang mit ihrer Aufstellung stand die Einrichtung der HSSPF in den besetzten sowjetischen Gebieten.³⁰⁵ Doch erst am 19. Juni 1941 traf sich der Chef des Kommandostabs Reichsführer-SS, SS-Brigadeführer Kurt Knoblauch, auf dem Truppenübungsplatz Arys mit dem Führungsoffizier der Heeresgruppe Mitte, Oberstleutnant Henning v. Tresckow.³⁰⁶ Tresckow befahl eine Unterstellung des Komman-

300 Vgl. ebd., Bl. 489 (16. 4. 1941), sowie KTB Halder v. 17. 4., Bd. II, S. 371, sowie insbesondere Angrick/Voigt u. a., S. 327–329. Siehe S. 216 mit Anm. 3/533 dieser Arbeit. In engem Zusammenhang hiermit Himmlers Befehl v. 21. 5. 1941, Betr.: Sonderaufgaben des Führers v. 21. 5. 1941 (Jacobsen, S. 184 f.).

301 Angrick u. a., S. 328 f. An dem Wagner-Befehl vom 26. 3. 1941 änderte sich dadurch ja kein Jota mehr – die genannte Behauptung aufzustellen hieße, an *weitergehende* Absprachen am 16. 4. zu glauben, was nach der Quellenlage Spekulation wäre. Andererseits waren am 21. Mai die Aufgaben der Ordnungspolizei- und Waffen-SS-Einheiten im Militärverwaltungsbereich immer noch nicht festgelegt, bei der Waffen-SS betraf das auch viele Modalitäten des Einsatzes. Vgl. Der Reichsführer SS, Betr.: Sonderaufgaben des Führers v. 21. 5. 1941, abgedruckt bei Jacobsen, S. 184 f.

302 Ebd.

303 Befehlsentwurf mit Anschreiben an Daluge, Heydrich und Jüttner (Abschrift), BA NS 19/2772, Bl. 1–4.

304 Siehe die Vermutung bei Angrick u. a., S. 370, Anm. 21.

305 Siehe S. 180 mit Anm. 3/320 und S. 216 mit Anm. 3/533–534 dieser Darstellung.

306 Kommandostab [im folgenden: KdoStab] RFSS im SS-Führungshauptamt, Der Chef des Stabs, Ia 6/4741 g. Kdos. Betr.: Verwendung der SS-Brigaden und Kav. Rgter. v. 19. 6. 1941 an den Chef des SS-Führungshauptamts Jüttner (Abschrift). BA-MA SF-02/37542, unpaginert. Am gleichen Tag erging der Befehl der H.Gr. B an den Kommandostab RF-SS, sich von Posen nach Arys in Bewegung zu setzen. Möglicherweise ist daraus auf vorherige Absprachen zwischen OKH und SS-Führungshauptamt oder KdoStab zu schließen. KTB KdoStab RF-SS v. 19. 6. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 7.

dostabs Reichsführer-SS und aller seiner Einheiten »in jeder Beziehung einschließlich Einsatz« unter die Heeresgruppe und zwar unter das XXXXII. Armee-korps (9. Armee).³⁰⁷ Aufgabe war überwiegend der »Einsatz im Sicherungs- und Säuberungsdienst«, also nicht etwa an der Front, im Raum von Bialystok.³⁰⁸ Er dauerte aber nur bis zum 27. Juni.³⁰⁹ Am 4. Juli fand offenbar eine Besprechung zwischen der Dienststelle des Generalquartiermeisters und SS-Führungshauptamt oder Kommandostab Reichsführer-SS statt, als deren Ergebnis ein Einsatz der Brigaden in den rückwärtigen Heeresgebieten direkt über die dortigen Befehlshaber geregelt werden sollte.³¹⁰ Man darf sich die Einsatz-Planung der SS-Brigaden und die ihrer späteren Verbrechen nicht zu geradlinig vorstellen. Der ziellose Einsatz zwischen dem 22. und 27. Juni und die Tatsache, daß die SS-Brigaden anschließend für drei bis vier Wochen auf Truppenübungsplätze zur Nachausbildung zurückgezogen wurden, zeigen, daß ein genauer Plan für den mörderischen Einsatz dieser Verbände zunächst nicht existierte.³¹¹

Zurück zu den Ereignissen des Frühjahrs. Am 30. März hatte Hitler in einer Rede vor rund 250 hochrangigen Offizieren die »Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der bolschewistischen Intelligenz« als notwendig bezeichnet, da sie als »asoziales Verbrechen[tum] [...] eine ungeheure Gefahr für die Zukunft« seien. Er hatte dabei auch die Frage der Disziplin innerhalb der Truppen angesprochen, die deshalb nicht beeinträchtigt werden müsse. Viele Zuhörer fanden seine Pläne eher »gigantisch« als kritikwürdig.³¹²

Ausgehend von den Gedanken in den »Richtlinien auf Sondergebieten«, oder Vorarbeiten dazu, und in Hitlers Rede vom 30. März entstanden die wesentlichen sogenannten verbrecherischen Befehle.³¹³ Der am 13. Mai von Keitel unterzeichnete »Kriegsgerichtsbarkeitserlaß« wurde seit Anfang März 1941 vorbereitet. Die Abteilung Landesverteidigung im OKW (Leiter Warlimont), deren Gruppe Quartiermeister (Oberstleutnant v. Tippelskirch), die Wehrmachtrechtsabteilung im OKW (Dr. Lehmann) und der General z.b.V. beim Oberbefehlshaber des Heeres, Eugen Müller,³¹⁴

307 KTB KdoStab RF-SS v. 20. 6. 1941, ebd., S. 8. Vgl. Gen.Kdo. XXXXII. A.K., Abt. Ia Nr. 462/41g.Kdos. II.Ang. (Abschrift), BA-MA SF-02/37542.

308 Gen.Kdo. XXXXII.A.K., Abt. Ia v. 26. 6. 1941 (Abschrift), BA-MA SF-02/37542. Siehe KTB Halder, Bd. II, S. 459 (21. 6. 1941): »Die für Sicherungszwecke nördlich des Bialystokzipfels eingesetzte SS kommt nach [dem Truppenübungsplatz in Ostpreußen] Arys.«

309 Himmler ließ die Einheiten zurückziehen, weil ihr Auseinanderreißen »den allgemeinen Abmachungen widerspricht«, wie es hieß. Da sie dann eine mehrwöchige Neuausbildung hinter sich bringen mußten, war das wohl nicht die ganze Wahrheit. KTB KdoStab RF-SS v. 27. 6. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 13.

310 OKH/GenStdH/GenQu Az.Abt. K.Verw. Qu 4B Nr. II 9438/41 (Geheim) an KdoStab RF-SS v. 5. 7. 1941, Bezug: Besprechung am 4. 7. 1941, gez. i.A. Wagner, BA-MA SF-02/37542.

311 Siehe Kap. 7.2a dieser Darstellung.

312 Tagebuch v. Bock v. 30. 3. 1941, BA F 57128, Bl. 269; vgl. KTB Halder v. 30. 3. 1941, Bd. II, S. 336f., Streit, S. 34f.; Jacobsen, S. 145–147. Geladen waren die Kommandeure und Stabschefs von Heeresgruppen, Armeen, Korps und Divisionen, die beim Angriff auf die Sowjetunion mitwirken sollten.

313 Siehe die bislang beste Darstellung bei Ogorreck 1992, S. 36ff.; stark gekürzt in ders. 1996, S. 19–46; ferner Krausnick 1977.

314 In seiner Beurteilung für General Müller vom 1. 4. 1944, die gegenüber dem Vorjahr unverändert war, schrieb Keitel: »Charakterlich einwandfreie, wertvolle Persönlichkeit. Setzt sich aus Überzeugung für die Vertiefung nationalsozialistischer Erziehungsarbeit ein. Kluger, begabter und geistig hochstehender Offizier. *Treffendes Urteil in der Strafrechtspflege*. Durch Schwerhörigkeit behindert. Keine Frontbewäh-

überboten einander mit immer weiter gehenden Entwürfen.³¹⁵ Aus einer Einschränkung der Zuständigkeit der Kriegsgerichte für die Verfolgung von Kommunisten und von Straftaten, die nicht gegen die deutsche Wehrmacht gerichtet waren, wurde so

- hinsichtlich der sowjetischen Zivilisten erstens die völlige Aufhebung der Zuständigkeit der Kriegs- und Standgerichte befohlen, zweitens ein Befehl zur Tötung aller »Freischärler« und sonstiger »Angriffe« Schuldiger durch die Truppe auch ohne Befehl eines Offiziers festgelegt, und drittens ein Gebot zur Durchführung »kollektive[r] Gewaltmaßnahmen« gegen Ortschaften, wenn Täter »hinterhältig[er] oder heimtückisch[er]« Angriffe nicht zu ermitteln seien, formuliert;

- hinsichtlich der Straftaten von Wehrmachtangehörigen und des Wehrmachtgefolges die Aufhebung des Verfolgungszwangs bei Verbrechen gegen Landeseinwohner und die Verfolgung von Wehrmachtangehörigen ausschließlich »den politischen Absichten der Führung« entsprechend befohlen, nämlich nur zur »Aufrechterhaltung der Manneszucht« oder »Sicherung der Truppe«.³¹⁶

Bei diesem Erlaß handelte es sich also um ein ganzes Bündel von Maßnahmen, deren wichtigste die Anordnung kollektiver Gewaltakte in bestimmten Fällen war. Es wurde außerdem durch exzessive offizielle Auslegung und verschiedene Zusatzbefehle vor allem von Seiten des Generals Müller verschärft. Auf einer Einweisungsbesprechung am 16. Mai beim Generalquartiermeister erklärte der Oberstkriegsgerichtsrat Lattmann, Leiter der Gruppe Rechtswesen bei Müller, nach Notizen des Ic der II. Armee: »Kollektive Gewaltmassnahmen z.B. gegen Ortschaften aus denen geschossen wird. (Nicht anstecken, 30 Mann erschossen.)«³¹⁷ Keitel verschärfte dies

– rung, « BA D-H ZWM Ia (unpag.; Hervorhebung C.G.). Deutlicher kann Keitels Haltung zum Kriegsgerichtsbefehlserlaß wohl kaum charakterisiert werden.

³¹⁵ Vgl. insbesondere Streit, S. 35–41; Ogorreck 1992, S. 36ff.

³¹⁶ Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht, Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet »Barbarossa« und über besondere Maßnahmen der Truppe, gez. Keitel, v. 13. 5. 1941 mit Anschreiben v. 14. 5., abgedruckt bei: Ueberschär/Wette, S. 251–253. Vgl. Jacobsen S. 149–151; Krausnick 1981, S. 118–121.

³¹⁷ [AOK II,] Abt. Ic, Vortragsnotiz über die Besprechung am 16. 5. bei Gen.Qu. (Gen.Major Wagner) in Wünsdorf, BA-MA RH 20–II/334 unpag. Dagegen notierte übrigens der Ic der Panzergruppe 3 »Kollektive Gewaltmaßnahmen durch Niederbrennen. Erschießen einer Gruppe von Leuten usw.« nach dem Vortrag des Generals Müller am 11. Juni in Warschau. Panzergruppe 3, Abt. Ic, Tätigkeitsbericht Nr. 2 Januar – Juli 1941 (Abschrift), Nbg. Dok. NOKW-2541, BA F 53922, Bl. 118.

Es handelte sich um eine Einweisung für die Ib (Versorgungsoffiziere, für vollziehende Gewalt zuständig) bzw. Oberquartiermeister und Ic der Heeresgruppen und Armeen, der Stabschefs der Berücks., der Ia und Ic der Sich.Div., des Chefs WiStab Ost mit seinen Abteilungsleitern und Wirtschaftsinspektoren und der GFP-Direktoren bei den Sich.Div. für den Krieg gegen die Sowjetunion. Der Leiter der Abteilung Kriegsverwaltung beim GenQu des Heeres, Schmidt v. Altenstadt, hielt die Vorträge über »Sicherung des Operationsgebiets« und »Vollziehende Gewalt im Operationsgebiet«, wobei er ausführlich auf die Rolle der Sonder- und Einsatzkommandos einging und deren »grössere Aktionen im rückwärtigen Heeresgebiet: Bekämpfung politischer Bestrebungen p.p., soweit sie Staats- und Reichsfeinde sind«, ankündigte. Sein Kollege Oberst Baentsch sprach am 15. Mai über die Heeresversorgung. Parallel fand am 15. Mai eine erste Einweisung der Spitze der Wirtschaftsorganisation Ost im WiRüAmt statt, deren Teilnehmer größtenteils am 16. Mai auch in Zossen dabei waren. Vgl. die Einladung OKH, GenStdH/GenQu, Chefgruppe Nr. I/2065/41gKdos. Betr.: Besprechung bei OKH/GenQu, gez. i. A. Wagner, v. 2. 5. 1941, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 41, Bl. 194. Weiter [WiRüAmt,] Zeiteinteilung der Besprechungen am 15./16. 5. 41, BA-MA (BArchP)F 42878, Bl. 1137–1139; KTB 221. Sich.Div. v. 16. 5. 1941, BA-MA RH 26–221/10, Bl. 28R.

noch, als er am 16. September befahl, als »Sühne für ein deutsches Soldatenleben« sei »die Todesstrafe für 50–100 Kommunisten als angemessen« zu bezeichnen.³¹⁸ Bei einer Einweisung der Abwehroffiziere aus dem Bereich der Heeresgruppe B in Warschau definierte General Müller als »Freischärler« auch denjenigen, »der als Zivilist die deutsche Wehrmacht behindert oder zur Behinderung auffordert (z.B. Hetzer, Flugblattverteiler, nicht befolgen [sic] deutscher Anordnungen, Brandstifter, zerstören [sic] von Wegweisern, Vorräten u.s.w.).«³¹⁹ Noch weiter ging Müller im Befehl vom 25. Juli mit der Passage: »Wo sich *passive* Widerstände *abzeichnen* [...], sind unverzüglich kollektive Gewaltmaßnahmen auf Befehl eines Offiziers in der Dienststellung mindestens eines Bataillons- usw. -kommandeurs durchzuführen.«³²⁰ Vor diesem Hintergrund verloren Hinweise Müllers, die Heeresführung wolle »keine Metzeleien«, ihre Bedeutung.³²¹ Auch der sogenannte Disziplinar-Erlass v. Brauchitschs vom 24. Mai milderte den Kriegsgerichtsbarkeitserlass kaum; sein Ziel war vor allem die Wahrung der »Manneszucht«.³²² Der Disziplinarerlass wurde übrigens anscheinend nicht auf Grund von Protesten der Adressaten nachgeschoben, sondern mit dem Kriegsgerichtsbarkeitserlass selbst versandt.³²³

Ein Protest des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe B, v. Bock, zielte weitgehend nur auf die Wahrung der Truppendisziplin ab. Sein Einspruch richtete sich nicht gegen Kollektivmaßnahmen und nicht gegen die Aufhebung der Kriegsgerichtsbarkeit gegen die sowjetischen Zivilisten. Er erhob auch keine Einwände gegen den Kommissarbefehl.³²⁴ Ein Vorschlag des Oberbefehlshabers der 4. Armee, Generalfeldmarschall v. Kluge, enthielt ebenfalls nur begrenzte Änderungen. Stabsoffiziere im Oberkommando der Heeresgruppe B arbeiteten Zusätze der Heeresgruppe zum Kriegsgerichtsbarkeitserlass aus, die später auch verteilt wurden. Sie sahen einige Milderungen vor, die ebenfalls vor allem auf die Truppendisziplin abzielten und kollektive Gewaltmaßnahmen einschränken sollten, enthielten aber auch eine Ausweitung des Freischärler-Begriffs und eine geschicktere Begründung der befohlenen Völkerrechtsverletzungen. Die Position des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Mitte und seines Stabes unterschied sich nur graduell, nicht grundsätzlich von der der Wehrmacht- und Heeresführung.³²⁵

318 Zitiert nach: Eine Schuld, S. 98.

319 Panzergruppe 3, Abt. Ic, Tätigkeitsbericht Nr. 2 (Abschrift), NOKW-2541, BA F 53922, Bl. 118.

320 OKH, Gen z.b.V. beim Ob.d.H., Az.453 Gr. Rwes. Nr. 1332/41 geh. v. 25. 7. 1941, hier zitiert nach N. Müller 1982, S. 107. Hervorhebungen C. G. Die Auslassung ist nicht etwa sinnentstellend.

321 [H.Gr. Nord, Ic,] Besprechung 10. 6. bei Gen. z.b.V. Ob.d.H. in Allenstein, BA-MA WF-10/12769, Bl. 204.

322 »Straftaten geringerer Art«, über die sich der Kriegsgerichtsbarkeitserlass ganz ausschwig, sollten durch Hungerhaft, Zwangsarbeit oder »Anbinden« geahndet werden. Der Soldat bleibe »in jedem Falle gebunden an die Befehle seiner Offiziere«. Von Brauchitsch hielt es für nötig festzustellen: »Bewegung und Kampf mit der feindlichen Wehrmacht sind eigentliche Aufgabe der Truppe. [...] Besondere Such- und Säuberungsaktionen scheiden daher im allgemeinen für die kämpfende Truppe aus.« Der Oberbefehlshaber des Heeres, Az.Gen zbV b Ob d.H (Gr.RWes) Nr. 80/41gKdosChefs. Betr.: Behandlung feindlicher Zivilpersonen und Straftaten Wehrmachtsangehöriger gegen feindliche Zivilpersonen v. 24. 5. 1941, Unterschrift: von Brauchitsch. 340 Ausfertigungen, 1. Ausf. BA-MA WF-03/9121 unpag (Exemplar der H.Gr. B), abgedruckt bei Müller 1982, S. 66f. Zur Deutung Krausnick 1981, S. 121, Förster, Unternehmen »Barbarossa«, S. 517f., und Streit, S. 42 f.

323 S. u. S. 1120.

324 Damit unterschied sich v. Bock wenig von anderen hohen Offizieren, vgl. Jacobsen, S. 147.

325 Siehe ausführlich S. 1115–1120 dieser Darstellung.

Einen Tag nach Hitlers Rede vom 30. März 1941 wurde von unbekannter Seite ein Befehl zur Ausarbeitung von »Richtlinien betr. Behandlung politischer Hoheitsträger usw.«³²⁶ erteilt, der über einige Entwürfe zum »Kommissarbefehl« führte. Der bereits skizzierte Grundgedanke war, die politische Führungsschicht und die politischen Funktionäre in der Sowjetunion zu ermorden, um das Land besser beherrschen und ausbeuten zu können. Die Tötung der Kommissare innerhalb der Roten Armee war dabei in der deutschen Staats- und Militärführung seit März unstrittig.

Insoweit handelte es sich – obwohl hier Massenmord geplant wurde – noch um einen begrenzten Personenkreis.³²⁷ Die Frage war, wie weit man diesen Kreis bei den sogenannten zivilen Kommissaren ziehen wollte. Besonders der vor dem 12. Mai entstandene Lehmann-Entwurf, dessen potentielle Opfer »Kommissare bei der Verwaltung und der Partei sowie sonstige politische Persönlichkeiten von Bedeutung« sein sollten, faßte diesen Begriff weit. So weit, daß ausdrücklich vermerkt werden mußte, wichtige Wirtschaftskräfte (»Fachliche Leiter wirtschaftlicher und technischer Betriebe«) seien nicht von vornherein, sondern »nur« bei »Auflehnung« zu töten.³²⁸ Anfängliche Überlegungen waren noch weiter gegangen. Nach ihnen sollten offenbar auch alle sowjetischen Verwaltungs- und Wirtschaftsfunktionäre ermordet werden.³²⁹ Nach der gültigen Fassung des Befehls vom 6. Juni und der Ergänzung vom 8. Juni durch v. Brauchitsch waren militärische Kommissare auf Befehl eines Offiziers »unauffällig« zu töten, bei den zivilen diejenigen, die sich »einer feindlichen Handlung schuldig machen oder einer solchen verdächtig sind« (6. Juni) oder »durch eine besonders erkennbare Handlung oder Haltung sich gegen die deutsche Wehrmacht stellt oder stellen will« (8. Juni – dies stellte keine Abschwächung, sondern eine Verschärfung dar).³³⁰ Es sei darauf verwiesen, daß die Richtlinien, die Heydrich am

326 Der Oberbefehlshaber des Heeres, Gen.z.b.V. Ob.d.H.(Gr.R.Wes.), Vortragsnotiz für den Chef des OKW z.Hd. Warlimont, gez. Dr. Lehmann (Anlage 1 z.Schr.OKW/WFSt/Abt. L (IV/Qu) v. 12.5.1941), zitiert nach: Jacobsen, S. 178. Vgl. einen weiteren Entwurf der Abt. Landesverteidigung im OKW ebd., S. 179f., und Eine Schuld, S. 177–181.

327 Christian Streit hat mehrmals darauf hingewiesen, daß dieser Befehl in der Nachkriegsdiskussion eine erheblich größere Rolle gespielt hat als Kriegsgerichtsbarkeitserlaß und die Befehle zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, obwohl diese viel mehr Opfer gefordert haben, vgl. z.B. Keine Kameras, S. 44. Die Bedeutung des Kommissarbefehls lag einerseits darin, daß er das Todesurteil für eine große, fest umgrenzte Personengruppe und damit das Durchbrechen einer moralischen Barriere darstellte. Er wurde Millionen Soldaten bekanntgegeben, und diese sollten den Mord auch ausführen. Andererseits war seine Dehnbarkeit in bezug auf zivile politische Funktionäre wichtig.

328 Gen. z.b.V. Ob.d.H.(Gr. R.Wes.) an Keitel und Warlimont, gez. Lehmann, zitiert nach Jacobsen, S. 178. An anderer Stelle wurde hier von der generellen Tötung »politischer Hoheitsträger« gesprochen (ebd.). Siehe Krausnick 1981, S. 122f.

329 Zu dieser exzessiv ausgeweiteten Variante des Kommissarbefehls und ihren Nachwirkungen ausführlich Kap. 7.1a.

330 Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare, Anlage zu OKW/WFSt/Abt. L IV/Qu Nr. 44822/41 g.K.Chefs. v. 6. 6. 1941, sowie Der Oberbefehlshaber des Heeres, Az.Gen zbV b Ob d H (Gr.R.Wes) Nr. 91/41 g.Kdos.Chef. (Nur durch Offizier!), gez. v. Brauchitsch, v. 8. 6. 1941, zitiert nach: Ueberschär/Wette, S. 259f. Nach dem Befehl v. 6. 6. sollte eine spätere Entscheidung über das Leben der zivilen Kommissare, aber auch »verbliebene[n] Funktionäre« den Sonderkommandos vorbehalten bleiben. – Zur Genese des Befehls vgl. Förster, Unternehmen »Barbarossa«, S. 520–525; Streit, S. 44–48; Ogorreck 1992, S. 60ff. Das Exemplar, das der H.Gr. Mitte zugeht, mit Eingangsstempel v. 13. 6. und Paraphen v. Tresckows und v. Gericke in BA-MA WF-03/9121. Etwa am 17. Juni erhielten die Armeekorps und Divisionen der H.Gr. Mitte die verbrecherischen Befehle. Vgl. Auszug aus dem KTB des LVII. A.K. v.

2. Juli 1941 im Schreiben an die HSSPF für den zu ermordenden Personenkreis aufstellte, vom Wortlaut her kaum über Kommissarbefehl und Kriegsgerichtsbarkeitserlaß hinausgingen.³³¹ Vor Kriegsbeginn rief der Kommissarbefehl kaum Widerspruch hervor.³³²

Kriegsgerichtsbarkeitserlaß und Kommissarbefehl enthielten mehrere einander ergänzende Elemente, um jeglichen politischen Widerstand in der zu besetzenden Sowjetunion von vornherein zu brechen. Dies waren erstens exzessive Vergeltungsmaßnahmen im Fall von Widerstandsakten, zweitens Straffreiheit für Verbrechen an sowjetischen Zivilisten, die in Übereinstimmung mit den politischen Zielen der Besatzung standen, und drittens der präventive Mord an potentiellen politischen Gegnern. Es ergingen eine Reihe weiterer Befehle zur völkerrechtswidrigen Behandlung der sowjetischen Zivilbevölkerung vor dem 22. Juni 1941. Darin zeichneten sich auch die Verbrechen gegen die späteren größten Opfergruppen in Weißrußland und in den besetzten sowjetischen Gebieten überhaupt ab, die Kriegsgefangenen³³³ und die Juden.³³⁴ Diese aus Quellenmangel nur vage erkennbaren und schwer zu deutenden Pläne können besser im Zusammenhang der jeweiligen Kapitel zur Vernichtungspolitik dargestellt werden. Zu den Grundlagen der antijüdischen Politik sind hier jedoch einige Vorbemerkungen am Platze.

Weißrußland hatte mit rund 6,5 Prozent einen der höchsten jüdischen Bevölkerungsanteile in Europa.³³⁵ Die genaue Zahl der weißrussischen Juden bei Kriegsbeginn ist nicht mehr feststellbar.³³⁶ Westweißrußland hatte (ohne Białystok und Wilna)

17. 6. 1941, ZStL VI 319 AR-Z 170/76, Bl. 428. Außerdem Aussage des Hauptmanns Julius Reichow, Vorsitzender des Militärgerichts der 227. Inf.Div. »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial« (Nbg. Dok. USSR-38), BA F 16030.

331 Die »kommunistischen Berufspolitiker«, die »höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei« und selbst »Juden in Partei- und Staatsstellungen«, nämlich als Funktionäre, fielen unter den Kommissarbefehl, nach dem ja die Sonderkommandos über das Leben der Funktionäre entscheiden sollten, soweit die Truppe sie nicht selbst ermordete. »Saboteure, Propagandeaure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.« fielen unter den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß. Schreiben Heydrichs an die HSSPF in den besetzten sowjetischen Gebieten v. 2. 7. 1941, BA R 70 SU/32.

332 Zu quellenkritischen Bedenken gegenüber einer Eintragung über Einwände von Offizieren der Heeresgruppe B in den Aufzeichnungen des Majors Engel unter dem 10. 5. 1941 vgl. Kap. 11 mit Anm. 11/74 dieser Darstellung.

333 Vgl. besonders OKW, Abt. Kriegsgefangene Nr. 25/41g.Kdos.Chefs. Betr.: Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa v. 16. 6. 1941, in: Jacobsen, S. 198–200, und Kap. 8.2 dieser Darstellung.

334 Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland, Anlage 3 zu OKW/WFSt/Abt. L.IV/Qu Nr. 44560/41 g.Kdos.Chefs. v. 19. 5. 1941:

»I.1. Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf.

2. Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes.«

Zitiert nach: Ueberschär/Wette, S. 258. Siehe ausführlich Kap. 7.2f dieser Darstellung.

335 Zum Vergleich betrug dieser Anteil nach bei der SS gesammelten Daten in Polen (1939) 9,6 %, in Litauen 7,4 %, Ungarn 5,8 %, Lettland 4,9 % und in der UdSSR insgesamt (Stand: 17. 1. 1939) 2,4 %. Vgl. Der Inspekteur für Statistik beim Reichsführer SS, Die Endlösung der europäischen Judenfrage. Statistischer Bericht, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6213; wissenschaftliche Erkenntnisse über die jüdische Bevölkerungszahl der einzelnen Gebiete in Benz, Dimension.

336 Für die ehemals polnischen Gebiete liegen nur die Daten der polnischen Volkszählung von 1931, für die Ostgebiete die des Zensus vom 17. 1. 1939 sowie von 1926 vor. Da die Daten von 1939 nur auszugsweise veröffentlicht waren, griffen deutsche Stellen oft auf die detailreicheren Angaben von 1926 zurück.

1931 etwa 283 000, die Osthälfte des Landes 1926 407 000 und 1939 375 000 jüdische Einwohner.³³⁷ Trotz einiger Veränderungen bis 1941 ist bei Beginn der deutschen Invasion eine jüdische Bevölkerung von rund 650 000 bis 680 000 Menschen in Weißrußland anzunehmen.³³⁸ Diese Zahlen wurden von deutscher Seite mit verschiedenen Argumenten angezweifelt und als zu niedrig bezeichnet; ihre überhöhten Schätzungen für den Juni 1941 lagen bei 827 000 bis 950 000, ja bis zu 1,5 Millionen Juden durch den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) Minsk.³³⁹ Dies entsprach der Behauptung, in der Sowjetunion gebe es einen enormen jüdischen Einfluß. Die sowjetischen Juden wurden mit Parteigängern, ja Urhebern des sowjetischen Systems gleichgesetzt, was zum bekannten Schlagwort vom »jüdischen Bolschewismus« führte.³⁴⁰ Von den Juden war daher aus nationalsozialistischer Sicht in besonders hohem Maß Widerstand gegen die deutsche Eroberung und die gewaltsame Umgestaltung der Verhältnisse in der Sowjetunion zu erwarten. Daher wurden sie zu den wichtigsten potentiellen Gegnern gezählt und sofort nach der Invasion grausam verfolgt.

Jedenfalls fehlte es nicht an haßerfüllten Kommentaren über die Präsenz von Juden in Weißrußland, etwa der Art, das Gebiet erhalte dadurch eine »besondere Note« oder sei das »zweitgrößte Judenreservoir [sic] der UdSSR mit völlig verjudeten Städten«.³⁴¹ Auch auf militärischer Seite wollte man nicht auf Angaben über den jüdischen Bevölkerungsanteil einzelner Städte und Orte verzichten, einerseits aus antisemitischer Einstellung heraus, andererseits vielleicht schon in Hinwendung zu angeblichen Erkenntnissen der Überbevölkerungstheorie.³⁴² Daß dies kein Zufall

337 Vgl. Altshuler (Hg.), *Distribution*; mit den Daten von 1926 und 1931: Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens. Ausgearbeitet und hrsg. von der Publikationsstelle Berlin-Dahlem (Leiter der Forschungsgruppe: Dr. Johannes Papritz), Berlin 1942. Laut der später wiederholten und korrigierten sowjetischen Volkszählung von 1937 lebten in (Ost-)Weißrußland nur 363 217 Juden: Maksudov, S. 207. – Turonek, S. 76, geht von 700 000 bis 750 000 jüdischen Einwohnern einschließlich der seit 1945 zu Polen gehörenden Gegend von Bialystok mit ihren etwa 120 000 Juden aus, also von einer niedrigeren Zahl als der Verfasser.

338 Schätzungsweise waren 1939–1941 50 000 Juden aus den deutsch besetzten Teilen Polens nach Weißrußland geflohen. Etwa die gleiche Zahl wurde von den sowjetischen Behörden in diesem Zeitraum verhaftet und deportiert. Bevölkerungswachstum und Wanderungsverluste dürften sich bei der jüdischen Bevölkerung Westweißrußlands 1931–1941 etwa die Waage gehalten haben. Etwa 150 000–180 000 weißrussische Juden retteten sich im Sommer 1941 durch Evakuierung oder Flucht nach Osten; dazu S. 380 mit Anm. 5/53 dieser Arbeit.

339 U. a. hieß es, die sowjetischen und polnischen Statistiken seien verfälscht, weil sie nicht auf Grund sogenannter rassischer, sondern auf Grund sprachlicher Kriterien oder Eigenangaben der Bürger zustande gekommen seien. Siehe Seraphim 1938, S. 281ff., *Die Völker des Ostraumes*, S. 36f., 89f.; Engelhardt 1943, S. 236f.; Engelhardt-Denkschrift, BA F 10772, Bl. 5914–5916; *Ostland in Zahlen*, S. 2; Vaatz, S. 13, 17, 19; Bericht KdS Minsk, Unterschrift: Burkhardt, etwa Januar 1942, IfZ Fb 104/2. Dazu auch Bericht der EGr A für 16. 10. 1941–31. 1. 1942, IfZ Fb 101/35.

340 Zur Stellung dieses Motivs bei der deutschen Planung der Vernichtungspolitik in der Sowjetunion zusammenfassend Krausnick 1981, S. 112–115.

341 AWI der DAF: Die regionale Aufteilung des europäischen Teiles der UdSSR, BA R 6/602, Bl. 93, und Denkschrift aus Rosenbergs Rußlandakten v. 2. 4. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 549.

342 So wurden in den Militärgeographischen Angaben über das Europäische Rußland neben den angeführten Bezügen zur Überbevölkerung hohe jüdische Bevölkerungsanteile bestimmter Städte hervorgehoben (zu diesem Punkt vgl. auch Kohl 1991). Nochmals sei auf die frühen Entstehungsdaten hingewiesen. Vgl. *Mappe A: Allgemeiner Teil*, 1.: Textheft, S. 29f., und *Mappe E: Weißrußland*, Textheft, Ortsverzeichnis S. 118–161.

war, zeigt die Judenverfolgung durch die Wehrmachtdienststellen in den ersten Wochen und Monaten des Krieges (vgl. Kap. 7.1).

Die Analyse der sozialen Schichtung ergab, daß über 80 Prozent der weißrussischen Juden in Städten wohnten. In Ostweißrußland waren es etwa 86 Prozent.³⁴³ Der jüdische Bevölkerungsanteil in den Städten wurde in den deutschen Planungsgrundlagen auf Grund veralteter Angaben stark überhöht angegeben; statt 40,2 Prozent der Stadtbevölkerung in Ostweißrußland waren in Wirklichkeit noch rund 24 Prozent Juden. Besonders waren die Bevölkerungsanteile in den sogenannten Schtetl zurückgegangen.³⁴⁴ Der Trend zum Verlassen der im Zarenreich den Juden vorgeschriebenen Siedlungsgebiete hatte sich fortgesetzt, und viele Juden waren in die sich sprunghaft entwickelnden größeren Städte inner- und außerhalb Weißrußlands gezogen. Allein in den zehn größten Städten Weißrußlands in seinen Nachkriegsgrenzen (Minsk, Witebsk, Gomel, Mogilew, Bobruisk, Pinsk, Orscha, Brest, Grodno, Polozk) dürften 1941 etwa 280 000 Juden, fast die Hälfte aller weißrussischen Juden, gelebt haben. Dadurch hatte sich auch die soziale Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerungsgruppe geändert – besonders im Osten. Neben der traditionell starken Position im Handwerk und in freien Berufen stellten sie große Teile des Verwaltungspersonals und der Fabrikarbeiterschaft (besonders in der Metall-, Textil- und Holzindustrie, darunter viele Facharbeiter) sowie der politischen Funktionäre.³⁴⁵ Daneben erwarteten die Deutschen beim Einmarsch immer noch das »breite Heer des jüdischen ›Lumpenproletariats‹«. ³⁴⁶ Gemeint war eine breite Schicht armer Juden, die sich mühsam vor allem durch Kleinhandel über Wasser hielten.

Das bedeutet, daß der Großteil der jüdischen Erwerbstätigen gerade in denjenigen Teilen von Wirtschaft und Gesellschaft arbeitete, die in der deutschen Planung zum »Absterben« bestimmt waren. Die Juden schienen gleich in mehrfacher Hinsicht »überflüssig«. Einmal auf Grund des allgemeinen Antisemitismus in Deutschland,³⁴⁷ dann als Inbegriff des »jüdischen Bolschewismus« sowie politischer »Zersetzung«³⁴⁸ und auch, weil ein Großteil der Stadtbevölkerung in der westlichen Sowjetunion mit- samt der Industrie verschwinden sollte und sich die Juden in den Städten konzentrierten. Deshalb wurden später für ihre Vernichtung nicht nur rassische und politische, sondern auch und gerade wirtschaftliche und soziale Gründe geltend gemacht.

Die H.Gr. Nord verschaffte sich zwei Monate vor Kriegsbeginn eine Kartenskizze der Abwehrstelle des Wehrkreises I (Ostpreußen) über die Verteilung der jüdischen Bevölkerung in Estland, Lettland, Litauen und Polen. Vgl. BA-MA RH 19 III/470, Bl. 180, und /470 K-1.

343 Altshuler, Distribution, S. 38 und 69. Nach Seraphim 1938 (S. 332) lebten laut der sowjetischen Volkszählung von 1926 63,3 % der weißrussischen Juden in Städten, 24,8 % in Marktflecken und 11,9 % in Dörfern.

344 Dort waren noch 30–50 % statt 60–75 % Juden, so in Samotejewitschi, Korma, Paritschi, Usda, Janowitschi, Mosyr, Pinsk, Slonim. Siehe Altshuler, Distribution, S. 38–41, gegenüber Seraphim 1938, S. 339, 344, 717; Ostland in Zahlen, S. 154 und 156; Wannsee-Institut: Weißruthenien, BA R 93/18, Bl. 31f. Vgl. Bevölkerungsschätzung Weißrutheniens und Engelhardt-Denkschrift, BA F 10772, Bl. 5914f.

345 Vgl. Seraphim 1938, S. 603ff., und v. Poehl/Agthe, S. 44–51. Allerdings sind die dort genannten Zahlen, die angeblich auf veröffentlichten sowjetischen Statistiken beruhten, nicht überprüfbar.

346 Seraphim 1938, S. 603.

347 Siehe Jochmann 1988.

348 Vgl. zur Herleitung des angeblichen Zusammenhangs zwischen »Judentum« und kommunistischer Revolution aus nationalsozialistischer Sicht anhand des Theoretikers Alfred Rosenberg die gute Analyse von Nova 1986, S. 103–124; deutliche Ausprägung bei v. Poehl/Agthe.

Indem die Juden als treibende Kraft der politischen und sozialen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte in der Sowjetunion gesehen wurden, waren diese Motive untrennbar miteinander verbunden.

2.3 Politische Konzeptionen für Weißrußland und das deutsche Weißrußland-Bild

a) Politische Konzeptionen

Gerade hinsichtlich der politischen Planungen für Weißrußland ist es wichtig, Phrasen von Tatsachen zu unterscheiden. Verschiedene Verlautbarungen sahen eine Autonomie oder gar Unabhängigkeit für Weißrußland vor. So gingen die Planungen, die Halder und v. Brauchitsch am 5. Dezember 1940 Hitler vorlegten, von der Bildung »neue[r] Pufferstaaten« wie Weißrußland und Ukraine aus.³⁴⁹ Am 17. März 1941 sprach Hitler von zu gründenden »Kerenski-Republiken« und am 30. März vor der Wehrmachtspitze von Protektoraten, darunter jeweils Weißrußland.³⁵⁰ Erheblich zurückhaltender formulierte der designierte Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Rosenberg hierzu am 20. Juni 1941: »Eine gewisse Autonomie wird dieses Gebiet einmal erhalten können.«³⁵¹ Jedoch ist nicht zu belegen, daß solche Pläne jemals auch nur in das Stadium konkreter Vorbereitungen, geschweige denn der Umsetzung getreten wären.³⁵² Das praktizierte Modell einer direkten deutschen Herrschaft und Verwaltung mit einheimischer Hilfsverwaltung war für Weißrußland praktisch unangefochten.

Hinter den Lippenbekenntnissen stand die nicht neue Absicht führender deutscher Kreise, von der Sowjetunion Randgebiete abzuspalten.³⁵³ Alfred Rosenberg, 1941 der bekannteste Vertreter dieser Auffassung, propagierte dies schon seit langem.³⁵⁴ Aber nicht nur in dem von ihm geleiteten Außenpolitischen Amt der NSDAP, sondern auch bei der Wehrmachtführung, im Außenministerium und von Himmler wurde sie vertreten.³⁵⁵ Nach Verarbeitung der Besatzungserfahrungen modifizierte sie das Ost-

349 KTB OKW v. 5. 12. 1940, Bd. 1, S. 205. Vgl. N. Müller 1967, S. 417.

350 Mulligan 1988, S. 12. Vgl. KTB Halder, Bd. II, S. 336 (30. 3. 1941).

351 Rede Reichsleiter Rosenberg vor den engsten Beteiligten am Ostproblem v. 20. 6. 1941 (Abschrift), in: IMT, Bd. 26, S. 623. Erhalten in BA-MA FPF-01/7855, Bl. 1040–1051.

352 Insoweit ist Remer, S. 46, zuzustimmen. Auch der spätere »Weißruthenische Zentralrat« (vgl. S. 211 dieser Arbeit) trug nur den Charakter eines Hilfsorgans.

353 Vgl. Remer, S. 29ff., und S. 37 dieser Arbeit.

354 Vgl. Cecil, S. 180f. Heutzutage wird man wohl kaum wie Myllyniemi (S. 40) Rosenberg als »verspätete[n] Dekompositionspolitiker« bezeichnen, da diese Politik zur Veränderung der osteuropäischen Landkarte zu neuen »Ehren« gekommen ist. Bräutigam (1968, S. 304) verteidigte sie nach dem Krieg damit, sie habe »wohl auch im Interesse Westeuropas« gelegen.

355 Vgl. KTB OKW v. 5. 12. 1940, Bd. 1, S. 205. Die Rede Rosenbergs vom 20. 6. 1941 wurde bei Canaris verzeichnet als »Vortrag Reichsleiter Rosenberg betr. Aufspaltung Rußlands«; vgl. Inhaltsverzeichnis der Akte WF-01/1645, Bl. 572 (Schriftstück fehlt in der Akte). Vgl. weiter Krausnick (Hg.), Denkschrift Himmlers, S. 196, und vor allem Himmlers Äußerung laut dem Tagebuch des Generalfeldmarschalls v. Bock v. 5. 6. 1941, BA F 57128, Bl. 283. – Eine andere Position bezog der Stellvertreter des GK Weißruthenien, Freitag: die Dekompositionspolitik sei nur »auf [längere] Sicht« richtig, kurzfristig wäre aber eine einheitliche »Großraumpolitik« vorzuziehen gewesen. Erfahrungs-, Räumungs- und Abschlußbericht für das GK Weißruthenien v. 31. 8. 1944, BA-MA SF-01/16247, Bl. 961.

ministerium 1944 wie folgt: »Jedes grössere Volk des Ostraumes wäre unter Anerkennung seiner Eigenstaatlichkeit von der bisherigen gegen Europa gerichteten Herrschaftszentrale Moskau auf die europäische Gemeinschaft und auf das diese Gemeinschaft politisch tragende Reich umzuschalten.«³⁵⁶

Weißrußland, von Werner Hasselblatt, Leiter des Sonderdezernats »Deutsche Ostpolitik« im Ostministerium, als mittelgroßes unter den »bodenständigen Völkern« Europas definiert,³⁵⁷ sollte im »Reichskommissariat Ostland« ans Baltikum angeschlossen werden, eine Entscheidung, die spätestens im Mai 1941 feststand; von einer »spät getroffenen Verlegenheitslösung«³⁵⁸ kann also höchstens mit Einschränkung gesprochen werden. Gleichzeitig war geplant, Weißrußland zur Schwächung Rußlands nach Osten auszudehnen, vielleicht sogar mit Smolensk als Hauptstadt.³⁵⁹ Dazu kam es nicht, weil die Heeresgruppe Mitte nicht genug Land eroberte und an die Zivilverwaltung abgab; nur ein Teil des weißrussischen Westens wurde zum »Generalkommissariat Weißruthenien« erklärt, Weißrußland somit verwaltungsmäßig zerstückelt.³⁶⁰

Die Aufspaltungspolitik implizierte eine Ungleichbehandlung der einzelnen Territorien. Von ernsthaften deutschen Siedlungsplänen für Weißrußland mit Ausnahme des äußersten Nordwestens um Grodno kann nicht die Rede sein (vgl. Kap. 2.4). Deshalb kam auch eine Annexion, wie sie Halder anfangs als Intention notierte,³⁶¹ im Grunde nicht in Frage. Wirtschaftlich gesehen, schwankte man zwischen Vorstellungen von rigoroser Ausbeutung, begleitet von der Vernichtung großer Bevölkerungsgruppen, und solchen gewisser Rücksichtnahme. Politisch war dieses Schwanken ebenfalls zu beobachten: man strebte ein »politisches Eigenleben« Weißrußlands zur Schwächung Rußlands an, das allerdings schwer zu erreichen sei. Wenn man sich aber dafür entscheide, sei eine »Zerstückelung dieses Gebiets [...] nicht zu empfehlen«,³⁶² doch genau die trat ein, teils weil man Gebietsabtretungen an andere Besatzungsterritorien im Westen und Süden bevorzugte, teils unabsichtlich infolge der für NS-Deutschland negativen militärischen Entwicklung.

Eine genaue Zielbestimmung für die weißrussischen Territorien wurde indessen nie vorgenommen. Es liegen einige Äußerungen wie die Rosenbergs vor, man könne

356 [RMO], Vorschlag für Richtlinien zur Ostpolitik (Geheim), BA-MA WF-01/7855, Bl. 929f. Im März 1942 äußerte sich Rosenberg ähnlich, nämlich »daß schon nach einem Jahrzehnt [...] dieser Raum eingefügt wird in die europäische Gemeinschaft«. Probleme des Ostraumes. Berlin 1942, S. 15.

357 Von 23 dieser Völker in Europa seien elf größer und elf kleiner als Weißrußland. Vgl. Hasselblatt 1942. Zu Hasselblatts Person Aly/Heim, Vordenker, S. 423.

358 Reitlinger 1963, S. 184. Vgl. Instruktion für einen Reichskommissar im Ostland v. 8.5.1941, in: IMT, Bd. 26, S. 573–575. Zuvor war es möglicherweise anders gedacht, vgl. Denkschrift Nr. 1 aus Rosenbergs Rußlandakten v. 2.4.1941, ebd., S. 548; OKW, WFSt/Abt. L (IV/Qu), Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 v. 13.3.1941, in: Hubatsch, S. 88f.

359 Vgl. Denkschrift v. 2.4.1941, in: IMT, Bd. 26, S. 550. Weiter den RMO-Raumplanungsentwurf »Der Generalbezirk Weißruthenien« (abgeschlossen am 20.12.1941), BA 11.01, Nr. 59, S. 5; undatierte Aufzeichnung »Reichskommissariat Baltenland«, BA-MA FPF-01/7865, Bl. 1059f. Hiernach sollten die Abtretungen im Westen und Süden etwa 55 000 km² betragen, die Zugewinne im Osten 50 500 km².

360 Vgl. Kap. 3.3 dieser Darstellung. Der Anspruch auf Ostweißrußland (in den Grenzen von 1940) wurde von den deutschen Verwaltungen in Riga und Minsk auch später aufrecht erhalten. Vgl. die Verwaltungskarte im Ostland-Atlas, Riga 1942.

361 KTB Halder, Bd. II, S. 50 (31.7.1940) bezüglich einer Besprechung mit Hitler auf dem »Berghof«: »Später: Ukraine, Weißrußland, Baltische Staaten an uns.«

362 Rosenbergs Denkschrift Nr. 1 v. 2.4.1941, in: IMT, Bd. 26, S. 549f.

sie »gleichsam als Naturschutzpark« behandeln (und die Bewohner offenbar wie Museumsstücke), und die Hitlers, Weißrußland zu einem großen Truppenübungs- oder Artillerieschießplatz zu machen.³⁶³ Auch Rosenbergs Formulierung 1942 bei seinem einzigen Besuch in Minsk, »Weißruthenien« solle »ein starkes und blühendes Vorland des Deutschen Reiches«³⁶⁴ werden, war nicht viel wert, besonders im Kontrast zu Hunger und Trümmern in dieser Stadt. In Minsk rief die Besatzungsadministration noch 1943 nach einer »politischen Entscheidung«: »Eine feste Einbeziehung Weißrutheniens in den deutschen Lebensraum erfordert selbstverständlich eine viel intensivere Durchdringung der Verwaltung als notwendig wäre, wenn das Gebiet als Vorland des Deutschen Reiches nur durch Stützpunkte mit dem Mutterland verbunden würde, oder gar lediglich Gesichtspunkte einer möglichst starken Ausbeutung im Vordergrund stünden.«³⁶⁵

Die schwammige Ausdrucksweise läßt keine genaue Deutung zu. Offenbar gab der Autor der ersten Variante den Vorzug, forderte also eine Änderung der Politik, doch nicht einmal die zweite, nämlich hinsichtlich der Existenz von »Stützpunkten«, entsprach der Wirklichkeit. Ähnlich lagen die Dinge im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte und in den zum Reichskommissariat Ukraine gehörenden Teilen Weißrußlands.

Eine Zweckbestimmung Weißrußlands in den Augen der Deutschen ist in der Forschung stark hervorgehoben worden: die als Abschiebeterminitorium.³⁶⁶ Insbesondere Rosenberg betonte mehrmals:

»In jedem Falle wird Weißruthenien zunächst die harte Aufgabe [haben], einen Teil jener Elemente aufzunehmen, die aus Estland, Lettland, Litauen und aus dem polnischen Teil des Warthelandes ausgewiesen werden. Es erscheint zweckmäßig, die *Polen* nicht im Generalgouvernement, sondern im Osten Weißrutheniens (Smolensker Bezirk) unterzubringen und dort eine Zwischenschicht gegenüber dem Russentum zu bilden.«

»[...] aus diesen baltischen Ländern werden wahrscheinlich viele unsoziale Menschen ausgesiedelt werden müssen, und für diese unliebsamen Elemente, auch aus dem Generalgouvernement und dem Wartheland, ist Weißruthenien ein sehr geeignetes Auffanggebiet.«³⁶⁷

Unklar ist, inwieweit damit auch die Umsiedlung von Juden gemeint war.³⁶⁸ Beim ersten Zitat war zumindest bezüglich des Warthelandes von Polen, nicht von Juden,

363 Rede Rosenbergs v. 20. 6. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 623. Zu Hitler Kamenetzky, S. 111, und Jochmann (Hg.), Hitler Monologe, S. 113 (29. 10. 1941, hier in Beziehung auf die Pripijetsümpfe).

364 Minsker Zeitung v. 31. 5./1. 6. 1942.

365 Vortrag Regierungsrat Jungwirth, Abteilungsleiter Verwaltung, bei der Tagung des GK Weißruthenien mit den GebK am 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 65 (Kopie; Original in ZStA Minsk 370-1-1263). Wortgleich in: GK Weißruthenien, Abt. II Verw., gez. Kube, v. 12. 8. 1943 ans RMO über das RKO, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 473.

366 Eine ähnliche Stellung nahm Weißrußland bereits in der Kriegszieldenkschrift Heinrich Claß' vom September 1914 ein (Seckendorf, S. 180).

367 Instruktion für einen Reichskommissar im Ostland v. 8. 5. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 574 f. (Hervorhebung C. G.); Rede Rosenbergs v. 20. 6. 1941, ebd., S. 618, vgl. S. 623. Ähnlich wie die Formulierung v. 8. 5. lautete Rosenbergs Anweisung an den Reichskommissar für das Ostland in Riga, Lohse, fürs GK Weißruthenien v. 21. 7. 1941, BA R 92/2, Bl. 18. Vgl. Kubes Rede auf der Tagung des GK Weißruthenien mit den GebK v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 29.

368 Dies scheint z. B. Kamenetzky, S. 136, zu bejahen, während Wilhelm 1981, S. 418, zwar ähnlich argumentiert, aber einwendet, »die örtliche SD-Berichterstattung« sei nie darauf eingegangen.

die Rede. Bei der zweiten Gelegenheit, Rosenbergs Rede vom 20. Juni 1941, soll immerhin Heydrich anwesend gewesen sein.³⁶⁹ Im Generalgouvernement träumte die Zivilverwaltung im Frühjahr und Sommer 1941 von der großangelegten Aussiedlung polnischer Juden nach Osten.³⁷⁰ Rosenberg aber war schon im Oktober zumindest hinsichtlich der Deportationen aus dem Baltikum nach Nordwestrußland skeptisch geworden. Die »unliebsamen Elemente« könnten »ganz woanders hin verschickt werden als in diese als Reichsland anzusehenden Siedlungsstätten«. Ähnliches ist für Weißrußland anzunehmen.³⁷¹ In Wirklichkeit sollte aus den gigantischen Umsiedlungen nach Weißrußland nichts werden – mit Ausnahme der Deportation von etwa 25 000 deutschen und mehreren tausend polnischen Juden, die dort ermordet wurden, sowie einer kleinen Zahl Weißrussen und Polen aus Litauen.³⁷²

Große Bevölkerungstransfers waren ähnlich unrealistisch wie eine deutsche Besiedlung und die »Aussiedlung« einer Mehrheit der Weißrussen. Mochte Rosenberg auch notieren »Was soll mit d. W[eiß]-Ruthenen geschehen?«,³⁷³ mochte seine Schulverwaltung in Lernzielkataloge für sowjetische Schüler die »Hinlenkung auf die leeren Räume und Lebensmöglichkeiten im weiten Osten« aufnehmen,³⁷⁴ es war auch mit Weißrußland letztlich wie vom Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes A, von Roques, festgestellt: »Wir brauchen nicht nur das *Land*, sondern auch die *Bevölkerung* der Ukraine, wenn wir in den Genuss des schwer erkämpften grösseren Lebensraumes kommen wollen. Wir bilden nun einmal eine Lebensgemeinschaft mit den Ukrainern [...]«. ³⁷⁵

Freilich wollte sich die sowjetische Zivilbevölkerung, auch soweit sie nicht proso-wjetisch war, nicht als Kolonial- und Arbeitsvolk mißbrauchen lassen. Allenthalben erhob sich deshalb 1942/43 bei deutschen Bericht- und Denkschriftenautoren der Ruf nach einem »Ziel«, einer »Idee«, mit deren Hilfe man die Weißrussen zu »Mitarbeit« oder »Deutschfreundlichkeit« bewegen könne.³⁷⁶ »Noch heute wartet die Bevölkerung auf eine grundsätzliche Erklärung, die als klare Linie das zukünftige politische und wirtschaftliche Ziel für diesen Raum darstellt«, schrieb zum Beispiel Kubes Stellvertreter des Generalkommissars für Weißruthenien, Wilhelm Freitag, im Juni 1943.

369 So Mulligan, S. 11, allerdings ohne Beleg. Heydrich könnte sich für die Möglichkeit einer Deportation von Polen und Juden aus dem Warthegau nach Weißrußland im Rahmen einer Fortsetzung des vorläufig aufgegebenen sogenannten 3. Nahplans zum Zweck der Ansiedlung Volksdeutscher im Warthegau interessiert haben. Zum 3. Nahplan siehe Aly 1995, S. 181ff., 229ff.

370 Vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 119 und 284f.

371 Vermerk Rosenbergs für seinen Stellvertreter Meyer v. 28. 10. 1941, Nbg. Dok. PS-1057. Im gleichen Dokument zitierte Rosenberg Kube mit seiner Rechtsauffassung, »Weißruthenien« solle gleichfalls »Reichsland« werden.

372 Vgl. Kap. 7.5 dieser Darstellung sowie Kamenetzky, S. 63.

373 Notizbuch Rosenberg v. 4. 6. 1942, BA F 13694, Bl. 847.

374 Vermerk für Rosenberg v. 7. 5. 1943, Unterschrift: Kienzlen, BA-MA FPF-01/7886, Bl. 770. Vgl. Kap. 10.5 dieser Darstellung.

375 Berück A an OKH/GenQu (Abschrift), Betreff: Behandlung der Landeseinwohner v. 14. 9. 1942, BA-MA RH 3/v. 383. Hervorhebung im Original.

376 Vgl. z.B. Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 483 und weiter; Kube an den stellvertretenden Ostminister Meyer v. 27. 8. 1943, BA R 6/27, Bl. 134; Vermerk über die Reise Meyers nach Minsk v. 7. 9. 1943, BA II.01, Nr. 51, Bl. 6; Aufzeichnung Bräutigam v. 25. 10. 1942, in: IMT, Bd. 25, S. 337; Reise Oberstln. Schubuth – General Wlassow vom 25. 2.–10. 3. v. 11. 3. 1943 (Abschrift), IfZ Zs 417, Bl. 30. (Schubuth war ehemaliger Ic-Offizier des Berück Mitte.)

Allein Antibolschewismus genüge hier nicht.³⁷⁷ Doch gerade der bedingungslose Vorrang der wirtschaftlichen Ausbeutung vor allen Bündniserwägungen ließ auf politischer Ebene keinerlei Substantiierung von Autonomievorstellungen, nachlassender Kontrolle oder politischen Rechten für die Bevölkerung zu. Kube selbst hatte der Arbeit für deutsche Interessen als Lebensrechtfertigung nur Blut-und-Boden-Phrasen hinzuzufügen: »Wir bieten den Weißruthenen keine parlamentarischen Mätzchen und keine demokratischen Hanswurstiaden. Wir bieten ihnen unser Schicksal: durch Arbeit, Zucht und Sitte Aufstieg, Kultur, Boden und Brot, Entfaltung der in ihnen ruhenden Kräfte, Erhaltung ihrer Art.«³⁷⁸

Ansonsten setzte man allgemein in den besetzten sowjetischen Gebieten darauf, den Nationalismus der Bevölkerung und besonders der Intelligenzschichten zu schüren. Im weißrussischen Raum war das aber schwierig, denn erstens war dort der Nationalismus sehr schwach ausgeprägt,³⁷⁹ und zweitens wurden in den zu Litauen und zur Ukraine gekommenen Teilen Litauer und Ukrainer der weißrussischen Mehrheit vorgezogen; im Bezirk Bialystok spielten die Weißrussen keine politische Rolle, da dieser an deutsche Verhältnisse angeglichen werden sollte; nur im GK Weißruthenien wurden die weißrussischen Nationalisten von der Zivilverwaltung hofiert. Im Gebiet, das unter Militärverwaltung stand, erschienen dagegen wegen der Kriegslage mehr und mehr die Russen als eigentliches »Problem«,³⁸⁰ wie auch für die besetzten sowjetischen Gebiete insgesamt.³⁸¹ Damit hatten sich die ursprünglichen Vorgaben in der Nationalitätenpolitik verändert, die besonders deutlich in dem Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers Rußland-Mitte, Bach-Zelewski, vom 1. Juli 1941 zum Ausdruck kamen: »Weißrussen und Ruthenen, Ukrainer deutschfreundlich. Unter Umständen aus ihren Reihen Hilfspolizei zusammenstellen. Polen und Russen gelten als Feinde. Es ist hart, entschlossen und rücksichtslos durchzugreifen.«³⁸² In einem »Merkblatt für neueingesetzte Divisionen« der Wirtschaftsinspektion Mitte hieß es: »Allgemeiner Grundsatz für das weißrussische Gebiet: Dieses Gebiet ist grundsätzlich agrar- und bevölkerungspolitisch [...] schonender zu behandeln als das weiter östlich befindliche Grossrussland.«³⁸³

377 Erfahrungsbericht Freitag an Riecke v. 28. 6. 1943, IMT, Bd. 31, S. 464. Ähnlich Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 50 v. 16. 4. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 820.

378 Wilhelm Kube, Die Weißruthenen, in: Frankfurter Zeitung v. 23. 7. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 11. Ähnlich ders. in: Deutsche Zeitung im Ostland v. 1. 1. 1942.

379 Dies wird heute manchmal wiederum beklagt, siehe Sahn 1994, S. 541–561 (Zwischenüberschrift: »Die begrenzten Ressourcen nationaler Ideologierzeugung«, S. 550).

380 Das war auch das Fazit einer Grundsatzbesprechung zwischen der Spitze des RMO und der Militärverwaltung am 18. 12. 1942 in Berlin. Vgl. Aufzeichnung SS-Brigadeführer Zimmermann (undatiert), Nbg. Dok. NO-1481, in: Mitteilungsblatt Nr. 15 des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD v. 20. 1. 1943, Anlage 1, IfZ Fa 213/4; [Berück Mitte,] Besprechung im Ostministerium am 18. 12. 42, BA-MA WF-03/7417, Bl. 278–283.

381 So vertrat Kube das »Motto, daß wir es uns nicht leisten können, bei einem 80-Millionen-Volk als Todefeind angesehen zu werden.« Major Radnitzky [Stab Wirtschaftsinspektion Mitte], Auszug aus einem Reisebericht über Fahrt nach Minsk am 10. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 232 f. Vgl. etwa Wetzels Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers-SS v. 27. 4. 1942, in: Heiber (Hg.) 1958, S. 312 ff.

382 KTB Pol.Btl. 322 v. 2. 7. 1941, BA F 56753. Es ist unklar, ob mit »Ruthenen« Galizier oder »Weißruthenen«, also ebenfalls Weißrussen, gemeint waren.

383 Wiln Mitte, Fü.La., Merkblatt für neueingesetzte Divisionen v. 20. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1193.

Doch eine »Behandlung« nach Nationalitäten ließ sich aus wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Gründen nicht durchführen. So wurden Polen, obwohl als besonders feindlich eingestuft,³⁸⁴ als Führungskräfte in der Hilfsverwaltung und in den Betrieben gebraucht und zum Schluß sogar polnische Partisanen gefördert, weil sie antisowjetisch eingestellt waren. Die Einwohner weißrussischer Nationalität im GK Weißruthenien ließen sich so wenig zu einer nationalistischen Haltung hinreißen, daß der Generalkommissar Curt v. Gottberg 1944 verlauten ließ, diese Nation gebe es gar nicht, sie sei wohl an Berliner Schreibtischen erfunden worden.³⁸⁵ Einige Militärverwaltungsstellen wandten sich zeitweise dagegen, Volksgruppen gegeneinander auszuspielen – außer der Judenverfolgung, die offenbar alle unterstützten.³⁸⁶ Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wurde erst ab 1942 eine Art Nationalitätenpolitik verfolgt, aber hauptsächlich nicht gegenüber den Weißrussen, sondern gegenüber den Russen. Der dortige Chef der Abteilung Militärverwaltung, Hans Tesmer, schilderte in seinem Abschlußbericht ausführlich die Bemühungen um die Russen, erwähnte dagegen die »Weißruthenen« nur lakonisch.³⁸⁷ Für den Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte gab es praktisch keine Weißrussen: »Es hat den Anschein, als ob sich die Weißruthenen selbst als Russen betrachten.«³⁸⁸ Für die Russen empfahl er die Bildung einer »Scheinregierung«³⁸⁹, eines »freien, nationalen Rußland, wenn auch in starker Anlehnung und Abhängigkeit an und von Deutschland unter nationaler Regierung ›für Friede und Freiheit‹. Westgrenze bestimmt durch unserer Interessen an Siedlungsland.«³⁹⁰ Auch in dieser Vorstellung existierte Weißrußland nicht.

Zu den wenigen greifbaren Maßnahmen in der Nationalitätenpolitik gehörte die bevorzugte Einsetzung von Weißrussen als Bürgermeister und Polizisten und die Einführung des Weißrussischen als Amtssprache der einheimischen Verwaltung. Dies schuf Probleme,³⁹¹ da die Menschen zumindest in den Städten meist Russisch zu sprechen gewohnt waren. Tatsächlich faßten etwa einheimische Rayonverwaltungen ihre Akten oft auf Weißrussisch ab. Wehrmachtdienststellen in Minsk und Reichsbahn bevorzugten das Russische und Polnische, weil dies mehr Einwohner beherrschten.³⁹² Die Vorgabe der Zivilverwaltung im GK Weißruthenien, für die weiß-

384 Den »Grundsatz, daß der Pole nicht als unser Freund, sondern als unser Feind anzusehen ist«, obwohl die polnische Bevölkerung Westweißrußlands die Deutschen besonders freundlich empfangen habe, stellte die 87. Inf.Div. in einem Befehl vom 8. 7. 1941 auf (BA-MA RH 26-87/25).

385 Kleist 1950, S. 175.

386 Von Schenckendorff verbot »Massnahme[n] in der weissruth. Frage ohne Genehmigung« und die FK Minsk-Land das Schüren nationaler Spannungen. Berück Mitte, Tätigkeitsbericht Ic (Juli 1941), BA-MA WF-03/13303, Bl. 652, und Kommandanturbefehl Nr. 4 der FK Minsk-Land v. 7. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 48.

387 Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 436-490, hier Bl. 449, 487f.

388 Lage- und Tätigkeitsbericht Berück Mitte, Abt. VII/Kriegsverwaltung, v. 10. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1119.

389 Befehlshaber Mitte, Besprechungspunkte Reichsminister Rosenberg 29. 5. 42 (Aufzeichnung Major Müller), BA F 13751, Bl. 580.

390 Stab Berück Mitte, Ia, Vorschläge zur Vernichtung der Partisanen im rückw. Heeresgebiet und in den rückw. Armeegebieten v. 1. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 302. Auch als Nbg. Dok. PS-1685. Dies wurde Halder, v. Kluge und dem Generalquartiermeister Wagner vorgetragen.

391 Befehlshaber Mitte, Besprechungspunkte Reichsminister Rosenberg v. 29. 5. 42, BA F 13751, Bl. 580.

392 Stimmungsbericht aus Weißruthenien (undatiert, etwa Sommer 1942), BDC, O.307, Bl. 399f.

russische Sprache die Antiquaschrift zu verwenden, stieß selbst bei den Spitzen der Kollaboration auf Widerstand, wurde aber durchgezogen.³⁹³

b) Das deutsche Weißrußland-Bild und Pläne zur »Modernisierung«

Von den allgemeinen Vorgaben der nationalsozialistischen Rassenkunde her war die relativ positive politische Einschätzung der Weißrussen kaum zu begründen. Sie wurden als Mischform »ostbaltischer« und »osteuropider« Rassen definiert, die nicht gerade als vorteilhaft betrachtet wurden, mit leichten »nordischen [...] Beimengungen«. ³⁹⁴ Um eine günstigere Wertung zu ermöglichen, argumentierten die deutschen Verantwortlichen, die in Abgeschiedenheit lebenden Weißrussen vor allem auf dem Lande hätten sich polnischen und russischen »rassischen Einflüssen« weitgehend entziehen können; vom Augenschein her hoben Besatzungsfunktionäre viele blonde und blauäugige Menschen hervor. ³⁹⁵ Bereits am 12. September 1940 war von Himmeler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums bestimmt worden, Weißrussen könnten wie Russen, Tschechen u. a. nach individueller Überprüfung »eingedeutscht« werden, ³⁹⁶ eine Linie, der auch ein Erlaß des Ostministeriums vom 13. Juli 1942 entsprach. Eheschließungen von Weißrussinnen mit Deutschen waren beim Ostministerium genehmigungspflichtig. Das Ministerium versuchte sie zu verhindern. Im Reichskommissariat Ostland gab es Stimmen, die selbst dieses Vorgehen für zu nachgiebig hielten. ³⁹⁷ Jedoch wurde der sogenannte Rassenstandpunkt (außer bei wenigen Gralshütern) nach den politischen Notwendigkeiten ausgerichtet. So kam der Militärverwaltungschef bei der Heeresgruppe Mitte, Tesmer, – immerhin ehemaliger Personalreferent im Reichssicherheitshauptamt – auf den Vorschlag, die nationalsozialistische Rassenlehre »abzuwandeln«, um den Nationalsozialismus nach Rußland exportieren zu können und ein monströses »gleichberechtigtes« NS-Rußland zu schaffen. ³⁹⁸

Diesen eher positiven Wertungen widersprachen allerdings die in mehr als vier Millionen Exemplaren verteilte Broschüre »Der Untermensch« und ähnliche Mach-

393 Die Anordnung dazu erfolgte 1942, vgl. Rosenbergs »Meldung an den Führer« v. 11. 8. 1942, BA-MA FPF-01/8192, Bl. 776. Vgl. RMO, I 8 v. 15. 1. 1944 (Entwurf) und einen Vermerk des RMO, Abteilung II 1 v. 10. 3. 1944 über eine Besprechung mit v. Gottberg am 1. 3. 1944, BA-MA FPF-01/7886, Bl. 740 und 861f. Siehe Chiari 1998, S. 217.

394 Völker, Volksgruppen und Volksstämme auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR, Leipzig 1942, S. 5. Vgl. Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers SS v. 27. 4. 1942, in: Heiber (Hg.) 1958, S. 311.

395 Vgl. ebd.; Wilhelm Kube: Weißrutheniens Schicksal, in: Krakauer Zeitung v. 21. 7. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 11; Rhode 1941, S. 57–61; Vortrag Knabe (Sondergruppe Betriebsförderung und Berufserziehung), Protokoll der Kommandeursbesprechung bei Wiln Mitte am 11. und 12. 10. 1942, BA-MA (BAArchP)F 42859, Bl. 561; Deutsche Zeitung im Ostland v. 11. 10. 1941 sowie Artikel Kubes v. 1. 1. 1942.

396 Vgl. Kamenetzky, S. 94, und Aly/Heim, Vordenker, S. 143f.

397 Pers. Mitt. Frau Schmidt-Noack (Berlin) v. 4. 5. 1992; bevölkerungspolitische Handakte des rassepolitischen Referenten im RMO, Dr. Wetzel, BA-MA FPF-01/7840; RKO II – Raum –, Betrifft: Eheschließungen mit Angehörigen eines nichtdeutschen Volkstums im RKO (Berichterstatter: Dr. Essen), Juli 1942, BA 11.03, Nr. 49, Bl. 151–156, mit Erwähnung des RMO-Erlasses.

398 Rußland sollte freilich diese »Unterstützung« durch »Gedankengut« mit »wirtschaftlichen Zugeständnissen« bezahlen. Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 486, 487.

werke, die zum Teil auch aus der von einigen Historikern als so vernünftig beurteilten Hauptabteilung Politik des Ostministeriums stammten.³⁹⁹

Das deutsche Bild der Weißrussen, denen selbst die starke Partisanenbewegung nicht angelastet wurde,⁴⁰⁰ hatte aber noch andere Facetten. »Weißruthenien« hatte ein schlechtes Image. »Zweifellos sind die Loblieder auf das weißruthenische Land nur spärlich«, schrieb ein Journalist.⁴⁰¹ Man nannte es auch das »unbekannteste Land Europas« (angeblich ein Ausdruck Kubes) oder das »einzige Land Europas, von dem der Baedeker nichts weiß«. ⁴⁰² Ins Mythische erhoben, war es ein »Zwischenreich«, »jene Zone des Schweigens, in der vor 130 Jahren Napoleons große Armee zerbrach«. ⁴⁰³

Prägend war vor allem das Bild von Zurückgebliebenheit und Primitivität. Es wurde über die sowjetischen Völker im allgemeinen, besonders aber über die Weißrussen schon vor der Invasion verbreitet. »Die Weißruthenen sind das rückständigste, ärmste Bauernvolk diesesseits des Urals [...]«, behauptete die Dienststelle Rosenberg.⁴⁰⁴ Peter-Heinz Seraphim hatte schon 1938 verkündet: »Russisch wesentlich einheitlicher [als Russen und Ukrainer], allgemein viel weniger begabt, kulturell viel stärker zurückgeblieben und ökonomisch geradezu ein ideales Ausbeutungsobjekt« seien »schließlich die Weißrussen in ihren vorwiegend waldigen und sumpfigen Siedlungsgebieten.« ⁴⁰⁵

Dieses Bild war den deutschen Soldaten eingepflegt⁴⁰⁶ worden, und es erwies sich in der Art einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung als »richtig«. Ausgebombte, Flüchtlinge, der Plünderung ausgesetzte Bauern und die durchaus vorhandene Armut trugen dazu bei. Zahlreiche Feldpostbriefe hatten den Tenor:

399 Die Entwürfe der Broschüre »Der Untermensch« waren von Himmler selbst mehrfach überarbeitet worden. Der Chef des Inlands-SD Ohlendorf und andere im RSHA hielten sie für kontraproduktiv. Vgl. Ohlendorf an Himmler v. 31. 8. 1942 und Brandt an Ohlendorf, September 1942, BA F 3601, Bl. 752 f., vgl. ebd. Bl. 727–755. Siehe Ackermann, S. 212; Bartov 1985, S. 76–87. – Vgl. ferner RMO, Hauptabt. II (Politik): Völker und Volksgruppen der Sowjetunion v. 20. 9. 1941. Darin wurden die Juden gar nicht erwähnt; zu den Russen hieß es z. B.: »Verbreitungsgebiet [sic]: ganze Sowjetunion [...] kompakte Siedlungen grössten Ausmasses in Zentralrussland, im Uralgebiet und in Westsibirien«. Der GenQu des Heeres ließ dieses Papier mit Anschreiben Betr.: Aussonderung von Volksgruppen unter den Kriegsgefangenen v. 19. 11. 1941 an die Kriegsgefangenen-Durchgangslager, Kommandanturen und Bataillone der Sicherungsdivisionen verteilen. BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 83 f., 85–93, Zitat Bl. 92. Die positive Einschätzung der Hauptabt. Politik des RMO geht auf Dallin 1958 zurück.

400 Vgl. z. B. Notizbuch Rosenberg v. 4. 6. 1942, BA F 13694, Bl. 847.

401 Karl Hiesgen, West-Weißruthenien, in: Ostland I (1943), H. 8, S. 27.

402 Fritz Nonnenbruch, Wirtschaftsankurbelung im Generalkommissariat Weißruthenien, in: Auf Informationsfahrt im Ostland, S. 19 (vgl. ebd. S. 77); Dr. Eugen Hollerbach, An der Schwelle Osteuropas (I): Wovon kein Reisehandbuch berichtet, in: Westdeutscher Beobachter v. 18. 5. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 17.

403 Hollerbach, ebd.

404 Dienststelle Rosenberg: Ostland (undatiert, vor 22. 6. 1941), BA-MA (BArchP)F 43131, Bl. 417. Ähnlich Statistisches Reichsamt, Abt. VIII, UdSSR – Gebietszuwachs 1939/40 v. Juni 1941, BA F 10682, Bl. 579 (über das ehemalige Nordostpolen).

405 Seraphim 1938, S. 544.

406 Es handelte sich nicht um eine gänzliche Neuschöpfung der NS-Propaganda, sondern diese knüpfte an weithin bestehende, traditionelle Vorurteile an. Zwischen Propaganda und Überzeugungen der deutschen Besatzer bestand ein Wechselverhältnis.

»Die Russen sehen so aus, wie wir sie aus unserer früheren Propaganda her als Bolschewisten kennen« (Raum Minsk, 3. Juli 1941).

»Aber ich kann Dir sagen, es geht nichts über Deutschland. Wenn Du dieses dreckige Volk hier siehst und diese erbärmlichen Verhältnisse, dann kriegst Du das gruseln [...]« (Raum Polozk, 6. Juli).

»[...] so schön noch die Erfolge, so groß auch der Vormarsch ist [...], im ganzen ist Rußland doch eine große Enttäuschung für den einzelnen. Nichts von Kultur, nichts von Paradies [...] ein Tiefstand, ein Dreck, eine Menschheit, die uns zeigen, daß hier unsere große Kolonialaufgabe liegen wird« (20. Juli).

»Die Bauern hier empfinden die kulturellen Errungenschaften des Arbeiterparadieses mehr aus der Propagandaliteratur als am eigenen Leibe. In den Kollektiven ist noch alles ärmlich, wie man es sich unter der Zarenherrschaft vorstellt – recht armselige strohbedeckte Holzhäuser, denen auch nicht das Geringste an Wohnkultur anzumerken ist, und erbärmlich aufgeweichte Straßen [...] Die ganze Stadt [Minsk] ist recht östlich [...].«⁴⁰⁷

Das vorgeprägte Bild der Primitivität, Öde und Zurückgebliebenheit wurde von verschiedenen Medien weiterverbreitet. Radiomoderatoren giefen sich in Ansagen wie: »Hier ist der Steppensender Minsk, angeschlossen war der Urwaldsender Baranowitschi.«⁴⁰⁸ Im Ausbildungsmaterial für Wirtschaftsfunktionäre hieß es zu den Weißrussen unter anderem: »Die geistige Begabung ist zumeist etwas größer, als sich nach der äußeren Erscheinung vermuten läßt.« Es fehle »Sinn für Reinlichkeit« und »Ordnungssinn«. »Das öde und trostlose Dasein führt bei den Weißruthen oft zu einer nörgelnden Unzufriedenheit mit ihrem Geschick; es wird aber zumeist nichts zu seiner Änderung unternommen. [...] Die Leute sind oft Träumer und Spintisierer«, als Arbeitskräfte »an sich anhänglich und arbeitsam«, »religiös und von einem mystischen Streben nach Erlösung beseelt [...] Sie wollen nur immer für den eigenen Bedarf wirtschaften«, für eine Umerziehung »wird eine lange Reform- und Bildungsarbeit notwendig sein.«⁴⁰⁹

Der Schluß des Zitats kennzeichnet die Folgerung, die sich für viele Deutsche ergab: man müsse das Land nicht nur beherrschen, sondern auch modernisieren. Führende Kräfte in einigen Besatzungsverwaltungen, so beim Generalkommissar in Minsk und beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte, versuchten darum das anfängliche Bild etwas zu relativieren. Der Minsker Abteilungsleiter Propaganda erklärte, daß die Weißrussen »einiges auf dem Kasten« hätten und keine »Hinterwäldler« seien, und Kube betonte, »dass dieses Volk [...] 1917 bis 1941 einen ungeheuren Sprung vorwärts in der Entwicklung gemacht hat.«⁴¹⁰

⁴⁰⁷ Briefe von: Feldwebel H. E., SS-Div. »Das Reich«, v. 3. 7. 1941; Unteroffizier J. B., 20. Pz.Div., v. 6. 7. 1941; Soldat R. L., Luftwaffen-Rgt. 12, v. 20. 7. 1941, alle BfZ, Slg. Sterz; Kurt Wafner am 21. 10. 1941 an seine Mutter, Privatbesitz. Vgl. Wafner v. 30. 9. 1941; weiter Buchbender/Sterz, S. 68 ff., Bartov 1991, S. 148 ff.

⁴⁰⁸ Minsker Zeitung v. 24. 4. 1942. Auch erwähnt im Feldpostbrief des Kriegsverwaltungsinspektors H. K. aus Baranowitschi v. 21. 4. 1942, BfZ, Slg. Sterz.

⁴⁰⁹ Wwi Ers Abt. 3, Oberstleutnant beim Stabe v. 8. 7. 1943, BA F 10632, Bl. 807–811. Die Wehrwirtschaftlichen Ersatzabteilungen sammelten nachrückende Wirtschaftsfunktionäre und bildeten sie aus.

⁴¹⁰ Tagung des GK Weißruthenien mit den GebK v. 8.–10. 4. 1943, Vorträge Schröter und Kube, IfZ Fb 85/I, Bl. 127 sowie 29. Vgl. »Erfahrungen in der Verwaltung des Landes und politische Zielsetzung« in den Papieren v. Schenckendorffs, BA-MA WF-03/7417, Bl. 8–11.

Die Vorstellung vom »bäuerlichsten Volk Europas«⁴¹¹ – gegen die sich solche Aussagen richteten – blieb dennoch vorherrschend. Sie war ähnlich pseudowissenschaftlich wie Wetzels Feststellung, »daß es sich bei den Weißruthenen um das harmloseste und daher für uns ungefährlichste Volk im Osten handelt«,⁴¹² was sich angesichts der Partisanenbewegung als Irrtum erweisen sollte. Von den deutschen »Mustermenschen« müßten »die [Weiß-]Russen wie große Kinder, mal gütig, mal streng angefaßt werde[n]«. ⁴¹³ Es war auch vom »Volk ohne Mittelschicht« oder einer »Bevölkerung ohne Oberschicht«⁴¹⁴ die Rede, der angeblich fehlenden Intelligenzschicht. Der schon zitierte Hans Tesmer beschrieb die weißrussische und russische Gesellschaft sogar als »formlosen Menschenbrei«. ⁴¹⁵ Man glaubte mehr und mehr, in Weißrußland die »Urheimat der Slawen« entdeckt zu haben; die Dörfer hätten zum Teil ein Aussehen wie die in Mitteleuropa »in prähistorischer Zeit«. ⁴¹⁶

Als besonders zurückgeblieben galt die Bevölkerung der Pripjetsümpfe, jener Gegend, wo sich Generalstabschef Halder den Abwurf einer deutschen Atombombe, hätte es sie gegeben, hätte vorstellen können. ⁴¹⁷ Dort – in einem »amphibische[n] Zwitterreich aus Erde und Wasser«⁴¹⁸ – konstatierte man eine »auffallende Kleinwüchsigkeit« der Menschen. ⁴¹⁹ Bei den Beschreibungen in den »Militärgeographischen Angaben über das Europäische Rußland« vom März 1941 kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie die dort angerichteten besonders schweren Verbrechen ideologisch vorbereiteten. Man erinnere sich etwa an die Rolle der Seuchengefahr als Legitimation für Massenmorde an Juden und an die Bestimmung sogenannter Zuschußgebiete im Hungerplan:

»Die Dürftigkeit der Böden und ihre überaus primitive Bewirtschaftung, die Kleinheit des bäuerlichen Besitztums sowie die starke, natürlich bedingte Abgeschlossenheit haben hier ein *ländliches Proletariat* in großem Ausmaß sich entwickeln lassen. Durch mangelhafte Ernährung und durch Inzucht geschwächt, ist die *Bevölkerung für Seuchen und ansteckende Krankheiten besonders anfällig*. Die Bevölkerung kann auf den ihr zur Verfügung stehenden Böden den eigenen Bedarf an

⁴¹¹ Die Völker des Ostraumes, Berlin 1942, S. 35. Ähnlich v. Engelhardt, S. 294.

⁴¹² Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers SS v. 27. 4. 1942, in: Heiber (Hg.) 1958, S. 312.

⁴¹³ Erfahrungsbericht Militärverwaltungsrat Jan de Boer betr. Agrarpolitik v. 15. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 527. De Boer arbeitete bei der Wirtschaftsinspektion Mitte, seine Erfahrungen bezogen sich daher ebenso auf Weißrussen wie auf Russen.

⁴¹⁴ Weißruthenien – Neuland und Zukunftsland, in: Münchener Neueste Nachrichten v. 26. 3. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 53R, bzw. C. Regel, Weißrutheniens neue Aufgabe, in: Deutsche Zeitung im Ostland v. 24. 9. 1942, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 113.

⁴¹⁵ Für den Militärverwaltungsbeamten sei es »notwendig«, daß er daraus »Einzelpersönlichkeit heranbildet, mit deren Hilfe er die breite Masse beherrschen und lenken kann.« Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 447.

⁴¹⁶ Dr. H[einrich] Kurz, Weißruthenen von heute, in: Die Aktion. Kampfblatt für ein neues Europa 3 (1942), Juli, S. 375; Artikel Hollerbach, in: Westdeutscher Beobachter v. 18. 5. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 17.

⁴¹⁷ Vgl. Anm. 7/346 dieser Darstellung.

⁴¹⁸ Hollerbach, wie Anm. 2/416 dieser Darstellung.

⁴¹⁹ A[xel] de Vries, Rückblick in die Vergangenheit, in: Der Landwirtschaftsführer, Folge 5 v. 15. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 409f.

Lebensmitteln nicht decken und ist auf fremde Zufuhren von außerhalb angewiesen.«⁴²⁰

Zu dem hier entworfenen Bild einer ekelerregenden, gesundheitsgefährdenden und zum Teil wirtschaftlich nutzlosen Bevölkerung gehörte ihre hohe Geburtenrate.⁴²¹ Es hieß, das »weißruthenische Volk« sei »das bäuerlichste und das *biologisch fruchtbarste Volk Europas*«, daher die dortige Überbevölkerung.⁴²² Zuweilen spiegeln die schriftlichen Zeugnisse zu diesem Thema bereits vom Anfang des Krieges eine außerordentlich frauen- und kinderfeindliche Haltung wider, die mit den deutschen Verbrechen gegen Kinder in Weißrußland (s. Kap. 10.5) schwerwiegende Folgen hatte:

»Es sind die gleichen erbarmun[g]swürdigen, zerlumpten Gestalten, die meist, soweit es sich um Frauen handelt, ein halbes Dutzend Kinder mit sich herumschleppen. Es ist dies ja das Kennzeichnendste für dieses Volk hier, daß es trotz der unvorstellbar armen Lebensbedingungen von einer Fruchtbarkeit ist, die für Europa durchaus beängstigend erscheint. Die Frauen sind, um es klar auszusprechen, von einer Fruchtbarkeit, die sogar körperlich ins Auge sticht. Nie sah ich sovielen von Gesundheit strotzende, vollbusige und breithüftige Frauen, wie unter der Landbevölkerung dieses Gebietes. Sie sind in den seltensten Fällen schön, aber man spürt ihre Fruchtbarkeit bei ihrem Anblick und man hat als zivilisierter Mitteleuropäer Sorgen, wenn man daran denkt[,] unter welchen Umständen dieses Volk lebt und sich wie die Karni[c]kel vermehrt!«⁴²³

Besonderen Haß zog auch die Bevölkerung der Stadt Minsk auf sich. Auf Minsk bezog sich die berühmte Berliner Ausstellung »Das Sowjetparadies«.⁴²⁴ Ursprünglich wurde auch Material für einen Film gesammelt, ein Kamerateam war im Herbst 1941 in der Stadt.⁴²⁵ Der in Minsk residierende Generalkommissar Kube erklärte

420 Militärgeographische Angaben über das Europäische Rußland, Mappe E: Weißrußland – Textheft. Abgeschlossen am 27. März 1941, S. 54, vgl. S. 58. Hervorhebung im Original.

421 Vgl. E. v. Engelhardt, Die Ernährungs- und Landwirtschaft der Weißruthenischen Sowjetrepublik, BA F 10772, Bl. 912; Hoffmann 1932, S. 50; Berliner Börsenzeitung v. 25. 7. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 14.

422 Münchener Neueste Nachrichten v. 5. 11. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 8. Hervorhebung im Original.

423 Bericht Nr. 6 des Verbindungsoffiziers des Auswärtigen Amtes beim AOK 2 v. 24. 7. 1941 (Raum: Mogilew), BA-MA RH 20–2/1091. Im Original im letzten Satz »wir« statt »wie«. Autor war Graf Anton Bossi-Fedrigotti von Ochsenfeld, eigentlich Kulturreferent beim Landeshauptmann Tirol im Rang eines Oberregierungsrats; vgl. BA D-H ZA VI/71, A. 112, Bl. 106.

Ein ganz ähnlicher Brief aus dem Raum Polozk vermerkte anschließend in seltsamer gedanklicher Verbindung zwischen sowjetischen Frauen und angeblicher sowjetischer Bedrohung: »Wir denken oft mit Grauen an das Schicksal deutscher Frauen und Mädchen, wenn diese bolschewistischen Horden in ein Kulturland wie Deutschland eingebrochen wären. Diese Version ist einfach unausdenkbar.« Unteroffizier H.H. (6. Inf.Div.) an seine Frau v. 17. 7. 1941, BfZ, Slg. Sterz.

424 Siehe Pikarski 1978, S. 120; ferner die Broschüre Das Sowjetparadies (1943).

425 Vgl. Deutsche Zeitung im Ostland v. 23. 10. 1941 und 10. 5. 1942. In einem Stabsbefehl v. 8. 6. 1942 empfahl der Chef des WiStabs Ost, General Schubert, seinen Untergebenen, die Schau zur Information zu besichtigen. BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 230. Später sollte die Ausstellung wegen des großen Erfolgs in mehreren Exemplaren gezeigt werden. NSDAP, Reichspropagandaleitung an Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda v. 6. 6. 1942, BA 50.01, Nr. 885, Bl. 1. Dabei stand Minsk in der Reihe der größten sowjetischen Städte 1939 nur an 32. Stelle, unter den dann von den Deutschen eroberten Großstädten höchstens an 9. Stelle. Kiew, Dnjepropetrowsk, Stalino [Donezk] oder Rostow schienen aber wohl nicht so »geeignet«, als Symbol für die Sowjetunion herzuhalten. W[irtschafts]P[resse]D[ienst] Nr. 148 v. 30. 6. 1941, BA 62 DAF 3, Nr. 31846, Bl. 8.

zwar einerseits 1943: »Die Ausstellung in Berlin über Minsk ist nicht gerade richtig«, auch in Berlin gebe es »Elendsquartiere«. In gewohnter verbaler Brutalität fügte er aber hinzu. »Diese Stadt Minsk muss – als sie noch bestand – eine schöne Stadt gewesen sein«,⁴²⁶ und an anderer Stelle brandmarkte er sie selbst mit dem Begriff »Sowjetparadies«.⁴²⁷ Bereits kurz nach ihrer Eroberung war verschiedentlich das Bild von der »Verproletarisierung und inneren Verstumpfung der Bevölkerung« von Minsk verbreitet worden. »Der äussere Eindruck dieses städtischen Proletariats ist denkbar schlecht, insbesondere machen auch die Kinder einen verkommenen und minderwertigen Eindruck. Im allgemeinen sind deutschfeindliche Handlungen von der Bevölkerung nicht zu erwarten [...]«.⁴²⁸ An anderer Stelle sprach man von »entmenschten Lebewesen«.⁴²⁹ Hinter der antiproletarischen Komponente stand dabei die antikomunistische. In der Tat redete man sich im Minsk des Jahres 1942 noch auf der Straße mit »Towarischtsch« (Genosse) an.⁴³⁰ Repräsentationsbauten wie das Leninhochhaus und die Oper wurden wegen des optischen Gegensatzes, den sie zu Holzhäusern bildeten, verdammt, Minsk als »Reklamestadt« abgetan.⁴³¹ Antisemitismus und Antikommunismus verleiteten etwa den zeitweiligen Wehrmachtkommandanten im GK Weißruthenien, Generalmajor Gustav v. Bechtolsheim, zu zahlreichen Äußerungen und Handlungen nach dem Motto »Die Bevölkerung hier ist doch nichts weiter wert, als geprügelt oder erschossen zu werden.«⁴³² Das Bild, das die Besatzungsbehörden von Minsk später hatten, gibt am besten der Einsatzbefehl zu einer sechstägigen restlosen Durchsuchung der Stadt im Jahr 1943 wieder: »Das Stadtgebiet Minsk ist mit seinen 130000 Einwohnern, entsprechend vielen Wohnhäusern, Ruinen und dem Ghetto ein Schlupfwinkel für Banditen, bolschewistische Terror- und Sabotagetrupps, Agenten und Helfer, Nachrichtenträger und Fahnenflüchtige usw.«⁴³³

Zu einem wesentlichen Begründungstopos für Krieg und Besatzungspolitik wurde der Kampf gegen »Unordnung« und »Zersetzung«. Dabei ging es gegen Unordnung in der relativ egalitären sowjetischen Gesellschaft,⁴³⁴ in der angeblich formlosen

426 Rede Kubes auf der Tagung des GK mit den GebK am 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 40 und 34.

427 Wilhelm Kube, Weißruthenien. Ein Jahr Zivilverwaltung, in: Deutsche Zeitung im Ostland v. 30. 8. 1942.

428 87. Inf.Div., Abt. Ia v. 25. 7. 1941, BA-MA RH 26–87/25. Ähnlich WiRüAmt, Stab Ia, Auszug aus dem Bericht über die Reise zur H.Gr. Mitte vom 18./19. 7. 41, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 374.

429 Werner Bormann, Die geschändete Stadt. Minsk, ein Denkmal bolschewistischen Zerstörungswillens – Weissruthenien im Aufbau, in: Deutsche Zeitung im Ostland v. 11. 10. 1941.

430 Stimmungsbericht aus Weißruthenien, BDC O.307, Bl. 394.

431 Berliner Börsenzeitung v. 25. 7. 1942 (»Ausdruck der seelenlosen Gigantomanie, ein düsteres Zeugnis für die geistige Wirrnis und die Gewalttätigkeit, die hier regiert hat«), BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 14; Brief K. Wafner v. 21. 10. 1941. Das sind nur zwei von unzähligen Beispielen.

Gelegentlich mischte sich eine positive Wertung hinein, z.B. bei Kube hinsichtlich des Wohnungsbaus für breite Bevölkerungsgruppen. Rede v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 40 (ähnlich H. Kurtz in der Krakauer Zeitung v. 18. 11. 1941, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 19). Kube rühmte in seiner Rede (ebd.) auch die »Emanzipation der Frau« und den hohen Bildungsstand in Weißrußland. »Wir dürfen nicht von der Voraussetzung ausgehen, dass in diesem Volke und in diesem Raum immer nur Zähneklappen und Weinen waren [...] es wurde fröhlich gelebt [...] Das Volk ist ansich [sic] nicht etwa getreten und geknechtet worden.« Freilich äußerte Kube bei anderen Gelegenheiten auch das Gegenteil.

432 Zitiert nach Kubes Wiedergabe ebd., Bl. 38.

433 Der Führer des Unternehmens »Zauberflöte«, Einsatzbefehl v. 15. 4. 1943, BA-MA SF-01/31684, Bl. 14.

434 In der nationalsozialistisch geprägten Sicht schlug sich das in den Vorwürfen von der »proletarisierten« Gesellschaft und der »fehlenden Intelligenz«(schicht) nieder.

Landschaft und in den angeblich planlosen Städten und Dörfern.⁴³⁵ Auch die Vernichtung schien Ordnung zu schaffen. »Jeder Schuß, der im Osten fällt, löst ein Stück Chaos in Atome auf«, hieß es im Artikel »Gegen die Unterwelt – Vom Antlitz des Krieges im Osten« des Frontberichterstatters Erwin Kiekheben-Schmidt. Er findet sich in den Akten des SS-Kavallerie-Regiments 2, und zwar gerade zu einer Zeit, als dieses tausende jüdische Menschen in den Pripjetsümpfen ermordete.⁴³⁶

Zur Beseitigung solcher »Unordnung« wie zur wirtschaftlich orientierten Modernisierung wurden nach dem 22. Juni 1941 mehrere Behörden aktiv, die sich mit der Landesplanung für Weißrußland beschäftigten. Mit Ausnahme der Verkehrsplanung blieb ihre Arbeitsintensität aber gering. Ihre Vorstellungen blieben oft nicht einmal Papier, sie kamen teils gar nicht aufs Papier. Auch für sie war die Zukunft Weißrußlands anscheinend schwer vorstellbar. Die hochrangigste Sitzung zu Planungsfragen in den besetzten sowjetischen Gebieten fand am 30. Oktober 1941 beim Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Rosenberg, statt. Während Fritz Todt dort seine Visionen für den Aufbau eines Verkehrsnetzes vortrug – über die er kurz zuvor mit Hitler gesprochen hatte –, verwiesen die Staatssekretäre Körner (Vierjahresplan) und v. Hanneken (Wirtschaftsministerium) darauf, die ganze Planung sei »verfrüht« beziehungsweise sie gehe am Plan zur Entindustrialisierung der Sowjetunion vorbei; Ley wollte erst prüfen, ob er als Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau die ihm zugedachten Aufgaben auch nur ansatzweise übernehmen könne; und der Vertreter Speers konnte für den Städtebau mangels Instruktionen nicht mehr äußern als »Sympathie«. Daraufhin räumte Todt kleinlaut ein, zuerst müßten natürlich die wirtschaftlichen Schwerpunkte geklärt werden.⁴³⁷ Einziges konkretes Ergebnis war die Einrichtung eines Planungsstabs und von drei, später vier Ausschüssen im Ostministerium, die im wesentlichen inaktiv blieben.⁴³⁸ Auch die nachträgliche persönliche Rückendeckung Hitlers und Görings⁴³⁹ half Rosenberg wenig: die anderen Reichsbehörden zogen nicht mit. Dem Planungsausschuß wurde in Zusammenarbeit mit der Reichsstelle für Raumordnung ein Generalreferat Raumordnung im Ost-

435 Vgl. z.B. entsprechende Formulierungen im Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 445, sowie im KTB WiKdo Bunzlau (Bobruisk), BA-MA (BArchP)F 42902, Bl. 15.

436 Dienststelle FP 40600, Abteilung VI, Zeitungsausschnitt Nr. 9 (Berliner Börsenzeitung v. 25. 7. 1941), BA F 40540, Bl. 845–847, Zitat Bl. 845. In der Akte eingeklebt zwischen Berichten vom 11. und 16. 8. 1941. Vgl. Kap. 7.2a dieser Darstellung.

437 Zu dieser Sitzung existieren mindestens zwei Niederschriften, eine vom Chef der Abteilung Verwaltung des RMO, Dr. Runte, und eine vom Reichskabinettsrat v. Stutterheim (Reichskanzlei). Müller, Siedlungspolitik, S. 161–167 (BA R 6/17, Bl. 3–14), und BA R 43 II/683a, Bl. 4–9, Zitate Bl. 7. Viele eingeladene Minister und Funktionsträger ließen sich vertreten. Vgl. zur Abendunterhaltung Hitler – Todt – Sauckel am 17. 10. 1941 Jochmann (Hg.), Hitler Monologe, S. 90–92. Interessanterweise sollte nach Hitler Ley das Landschaftsbild in den besetzten sowjetischen Gebieten verändern, Todt das Verkehrsnetz bauen, während von Himmler offenbar nicht die Rede war.

438 Es handelte sich um einen allgemein politischen, einen Verkehrs-, einen Wirtschafts- und einen Siedlungsausschuß. Vgl. RMO II 1c Betr.: Bildung von Planungsausschüssen, gez. i.V. Meyer, v. 31. 12. 1941, BA F 15266, Bl. 2598–2601, sowie weiteren Briefwechsel Bl. 2602–2608; Vortrag Alfred Meyer vor der Berliner Verwaltungsakademie v. 9. 6. 1942, in: Probleme des Ostraumes, hier S. 168f.; OKW/WFSt/Qu.II v. 12. 3. 1942 an RMO, BA-MA RW 19/687, Bl. 79. Der Siedlungsausschuß tagte 1942/43 einige Male, wobei es insbesondere zwischen Prof. Konrad Meyer vom RKF und RMO-Landwirtschaftschef Riecke zu scharfen Auseinandersetzungen über Siedlungsprojekte in Litauen und bei Shitomir kam.

439 Vgl. Rosenberg an Himmler v. 9. 2. 1942, BA F 10551, Bl. 220.

ministerium beigeordnet, das dem stellvertretenden Minister Alfred Meyer persönlich unterstand. Ihr oblagen auf dem Papier alle denkbaren Aufgaben der Landesplanung.⁴⁴⁰ Aber schon frühzeitig entschloß sich das Ministerium, die Planungsarbeit nur zurückhaltend zu verfolgen,⁴⁴¹ und bei der Reichsstelle für Raumordnung wurden die dafür bewilligten Forschungsgelder wie bei anderen Planungsstellen nur in geringem Maß ausgeschöpft.⁴⁴² Tatsächlich beschränkte sich das Betätigungsfeld des Generalreferats allenfalls auf die Mitwirkung bei der Festlegung von Verwaltungsstandorten und Verwaltungsgrenzen, die Grobplanung bei Wirtschaftsstandorten und regionalen Wirtschaftsschwerpunkten, Verkehrslinien und Wehrmachteinrichtungen.⁴⁴³

1942 erließ der Reichskommissar für das Ostland eine Verordnung, die die planerische Vorherrschaft seiner Behörde vorsah, besonders bei der Gestaltung auf lange Sicht.⁴⁴⁴ Offenbar wurden nur Vorarbeiten eines intendierten Landesplans fertig, die der Besatzungswirklichkeit kaum Rechnung trugen (vgl. Kap. 2.4).⁴⁴⁵ Für eine großangelegte Planungsarbeit fehlte unter anderem die Datengrundlage.⁴⁴⁶ Die Publikationsstelle Berlin-Dahlem hatte die Aufgabe, dem größten Informationsmangel der Behörden abzuhelpfen, beschränkte sich aber auf Überblicksdarstellungen und die Übersetzung und Herausgabe sowjetischer und polnischer Veröffentlichungen und Statistiken, die durch die Kriegsereignisse fast wertlos geworden waren. Eigene Forschung oder Planung betrieb sie nicht. Bezüglich Weißrußland suchte sie erfolglos nach besseren Materialien.⁴⁴⁷ Die Herausgabe eines Bandes »Weißruthenien« in der

440 Vgl. Vorläufige Geschäftsübersicht zum Gliederungsplan der Abt. II I – Innere Verwaltung – v. 27. 9. 1941, BA 06.01, Nr. 0/0/6, hier Bl. 21f.; Vortrag Alfred Meyer v. 9. 6. 1942, in: Probleme des Ostraumes, S. 169.

441 [RKF] II C, Vermerk betr. Raumordnung in den besetzten Ostgebieten v. 21. 11. 1941, BA F 15024, Box 319, vgl. dort weiteren Briefwechsel.

442 Deutsche Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung, Bericht über die Buchführung in den Geschäftsjahren 1943/44, 1944/45 sowie für die Zeit vom 1. bis 18. April 1945. Nachtrag für die Zeit vom 18. April bis 20. 9. 45, BA R 113/2119 (Beispiele für 1943/44).

443 Vortrag Siemer (Leiter des Generalreferats) in Niederschrift über die Arbeitstagung der Hauptabteilungen II (Verwaltung) des RMO, RKO und der GK in Riga, Reval, Kauen und Minsk am 17. und 18. 9. v. 25. 9. 1942, BA 11.01, Nr. 51, Bl. 43R-45R; Tätigkeitsbericht der Hauptabteilung II (Verwaltung) des RMO v. 23. 12. 1944, BA F 13743, Bl. 349f.

444 Verordnung über die Raumordnung und Landesplanung im Ostland, gez. Lohse, v. 6. 7. 1942, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), Nr. 10 v. 23. 9. 1942, S. 158f., sowie Erste Durchführungsverordnung v. 11. 9. 1942 in Nr. 13 v. 10. 11. 1942, S. 194–196. Vgl. Minsker Zeitung v. 12. 8. 1942 sowie Ostpolitische Information des RMO I (1942) Nr. 3 v. 3. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 94f.

445 Vorentwurf (Raumordnungsskizze) zur Aufstellung eines Raumordnungsplanes für das Ostland v. 17. 11. 1942, abgedruckt in: Rössler/Schleiermacher, S. 189–197.

446 Vgl. zum RKF unten S. 118f. Weiter: Technisches Zentralamt Ostland, Betrifft: Besprechung bei Landesbaurat Niemeyer, Landesplanungsgesellschaft Ost [...] über Planung Ost v. 5. 10. 1942, BA R 90/390. Aufschlußreich Kubes Anekdote, im Mai 1941 habe er von Rosenberg zur Vorbereitung ein Buch über die Agrarverhältnisse Weißrußlands im Mittelalter erhalten (Rede Kubes v. 8. 4. 1943, IFZ Fb 85/I, Bl. 43). Damit war offenbar Conze 1940 gemeint.

447 Vgl. die Akte BA R 153/1054, auch zur Benennung der Aufgabe. Zu Weißrußland veröffentlichte die Publikationsstelle »Nur für den Dienstgebrauch« u.a.: W. Ignatowskij/A. Smolitschi, Weissruthenien. Territorium, Bevölkerung, Wirtschaft, historische Ereignisse, Berlin 1942 (Minsk 1926), ZStA Minsk 391-1–282, Bl. 3–42; Weißruthenien und die Weißruthenien in bolschewistischer Auffassung. Eine Reihe von Artikeln aus der Großen Sowjet-Enzyklopädie, Berlin 1942; Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens, Berlin 1942. – Vgl. auch Aly/Heim, Vordenker, S. 402, und zum schlechten Informationsstand der »PuSte« selbst BA R 153/1008.

Reihe »Deutsche Städteführer« blieb Illusion.⁴⁴⁸ Unter den für Weißrußland wichtigen planerischen Vorhaben stand beispielsweise die Aufforstung nur auf dem Papier.⁴⁴⁹ In Wirklichkeit wurde die hämisch kritisierte forstwirtschaftliche Überstrapazierung des Waldes während der sowjetischen Industrialisierung noch verstärkt.

Anders bei der Verkehrspolitik. Hier waren Wiederaufbau, Instandsetzung und Ausbau aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen für die Deutschen dringend erforderlich. Die teils zerstörten Eisenbahnstrecken wurden in einem erstaunlichen Tempo zum Großteil auf die deutsche Spurbreite umgespurt, da zuwenig sowjetisches rollendes Material erbeutet werden konnte. Wegen der großen Entfernungen war die Bahn, nicht die Straße das Ferntransportmittel Nummer 1. Freilich blieb die Bahntransportlage aus verschiedenen Gründen stets ein Engpaß. Gründe waren der Mangel vor allem an Lokomotiven, Störungen durch Partisanen und fehlende technische Möglichkeiten zu einem grundlegenden statt improvisierten Wiederaufbau des Streckennetzes.⁴⁵⁰ Neue Hauptstrecken wurden nicht gebaut, obwohl es nur drei wichtige West-Ost-Verbindungen durch Weißrußland gab. Die Firmen AEG, Brown, Boveri & Cie. und Siemens-Schuckert waren währenddessen mit der Projektierung einer utopischen Schnellbahn (Reisegeschwindigkeit 250 km/h) mit etwa 4 Meter Spurbreite beschäftigt, die unter anderem auf der Strecke Berlin-Warschau-Minsk-Moskau-Wladiwostok eingesetzt werden sollte.⁴⁵¹ Wegen unüberwindlicher technischer Probleme war aber weder an eine Verwirklichung zu denken, noch ist ein Zusammenhang mit großangelegten Umsiedlungsplänen quellenmäßig nachgewiesen, wie er manchmal angenommen wird.⁴⁵²

Die Flußschifffahrt war im besetzten Weißrußland ein verkehrspolitisches Stiefkind. Der Ausbau der Verbindung der Flußsysteme Bug/Dwina und Pripjet/Dnjepr blieb technisch und angesichts der Partisanenanschläge Zukunftsmusik⁴⁵³ und wurde im März 1942 als nicht kriegswichtig eingestuft.⁴⁵⁴

In der Straßenbauplanung nahm Weißrußland einen bedeutenden Platz ein. Dort gab es bereits die einzige Autobahn der Sowjetunion (Minsk-Moskau), an die angeknüpft werden sollte. Kurz nach der Eroberung von Minsk gehörte es zum üblichen Besuchsprogramm, vor die Stadt zu fahren und sie mit Blick Richtung Moskau zu

448 Vgl. BA R 153/302. Als Autor war Peter Scheibert vorgesehen.

449 Vgl. Denkschrift des Landesplaners von Danzig-Westpreußen Liedecke v. 23. 8. 1941, in: Müller, Siedlungspolitik, S. 149; Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers SS v. 27. 4. 1942, in: Heiber (Hg.) 1958, S. 319; Minsker Zeitung v. 16. 7. 1942; zu Plänen für den Bezirk Bialystok Kap. 2.4, zur Stadtplanung gesondert Kap. 5.3 in dieser Darstellung.

450 Hierzu v. a. Schüler; ferner Pottgießer.

451 Vgl. Joachimsthaler 1985; detailreich: ders. 1981. Weiter BA Außenstelle Coswig 43.01, Nr. 1549 neu; Bräutigam 1968, S. 432. Die genaue Spurbreite wurde nie festgelegt, das Projekt offenbar im Herbst 1943 gestoppt. Auf offenerherzige Presseveröffentlichungen zu dem Thema 1942 und 1943 reagierten Hitler und Bormann äußerst verärgert. Vgl. den Schriftwechsel BA F 15733, Bl. 4767–4779.

452 Vgl. Ales Adamowitsch, Im Anfang waren Worte, in: Eine Schuld, die nicht erlischt, S. 14. Der dortige Verweis auf Romanowski u. a. führt nicht weiter. Ebd., S. 39, werden projektierte »spezielle Eisenbahnlinien« zu einem geplanten Minsker Krematorium ohne Bezug zur Breitspurbahn erwähnt. Ein Beleg fehlt.

453 Zu den Planungen vgl. Todts Vortrag auf der Sitzung am 30. 10. 1941, s. Müller, Siedlungspolitik, S. 164 f.; Gerlach, Failure, S. 65–68. Zur trüben Realität auf Dnjepr und Pripjet vgl. die Akte BA 46.04, Nr. 9, Bl. 238 ff.

454 Vgl. KTB WiStab Ost v. 27. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 123.

bestaunen.⁴⁵⁵ Sie war von enormer Bedeutung für die Nachschubversorgung der Heeresgruppe Mitte.⁴⁵⁶ Der von den Sowjets begonnene Weiterbau nach Baranowitschi sollte vollendet, außerdem Autobahnen Berlin-Danzig-Königsberg-Kaunas-Wilna-Minsk, Berlin-Posen-Warschau-Baranowitschi-Minsk und Minsk-Kiew-Kirowo-Krim errichtet werden.⁴⁵⁷ Auf einer Expertenbesprechung wurde zum Beispiel bemängelt, daß die Stadtumgehung Minsk und das Minsker Autobahnkreuz »noch nicht voruntersucht« seien. Die Bauleitung für die als vordringlich angesehene Strecke Königsberg-Minsk (»da dann eine durchgehende Autobahn Berlin-Moskau gegeben ist«) lag für den Abschnitt Wilna-Minsk in Minsk; für die Strecke existierten im März 1942 bereits ausführliche, in Berlin erstellte Trassierungsunterlagen.⁴⁵⁸ Teilweise in Anknüpfung an sowjetische Vorarbeiten und Projekte, die man schon vor der Invasion sorgfältig registriert hatte,⁴⁵⁹ wurden tatsächlich Baumaßnahmen an den Strecken Berlin-Posen-Warschau-Brest, Kaunas-Wilna und Minsk-Moskau (nämlich Restasphaltierung und Rekonstruktion offenbar bis Moshaisk 100 Kilometer vor Moskau), möglicherweise auch bei Königsberg durchgeführt.⁴⁶⁰

Zwar wurden die Fernplanungen offenbar spätestens im September 1942 gestoppt.⁴⁶¹ Aber im April 1942 übernahm die Reichsautobahn-Direktion unter dem Ministerialdirektor Schönleben alle Aufgaben des Nachschubstabes der OT-Einsatzgruppe Rußland-Mitte; bei Instandsetzungsarbeiten an den drei für die Wehrmacht besonders wichtigen sogenannten Durchgangsstraßen (Dg), die durch Weißrußland liefen, wurden im Frühjahr 1942 allein 29 000 Menschen eingesetzt.⁴⁶² In Minsk und Smolensk gab es je eine »Bauleitung der Reichsautobahnen«, deren Verwaltungsgebäude im Fall Minsk stark ausgebaut wurde.⁴⁶³ Im Bezirk Bialystok schließlich, für den ein eigener Bezirksplaner zuständig war, wurde ein von der Stadt Bialystok ausgehendes radiales Bahn- und Straßensystem projektiert und in seinen Bau sowie be-

455 Z.B. WiStab Ost, Chefgr.La, Gr. Erfassung, Reisebericht Bialystok-Baranowitschi-Minsk v. 10. 7. 1941, gez. Küper, BA-MA (BArch)P F 43384, Bl. 356.

456 Siehe den Brief Eduard Wagners an seine Frau v. 16./17. 9. 1941, BA-MA N 510/v. 48.

457 Niederschriften über die Cheffbesprechung am 30. 10. 1941 im RMO, BA F 15266, Bl. 2594, und in Müller, Siedlungspolitik, S. 164; G.I. [Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen], Niederschrift über die Besprechung betr. Autobahnplanung im Ostraum am 10. 12. 1941 in Berlin v. 23. 12. 1941 (Entwurf), BA 46.01, Nr. 838, Bl. 78f.

458 Ebd., Bl. 78R. Vgl. Reichsautobahnen, Bauleitung Minsk, an Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen, Reichsautobahnen Direktion v. 31. 3. 1942, BA 46.02, Nr. 287.

459 Vgl. Grundkarte der O.T. Weißrußland, Straßenkarte (1:1000000)/GenStdH, Abt. f. Kriegskarten und Vermessungswesen (IV. Mil.Geo.), III 1941, Brandenburgisches LHA Pr.Br.Rep.247 Reichsautobahn, Nr. 294.

460 Vgl. Madajczyk 1988, S. 564; G.I., Rab-Direktion an die Bauleitung der Reichsautobahnen Minsk, Betreff: Bau einer Autobahn Minsk-Wilna, gez. Schönleben, v. 1. 12. 1941, BA 46.02, Nr. 287; Fschr. Schönleben an Bauleitung der Reichsautobahnen Smolensk v. 2. 12. 1941, ebd.; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 382, Bl. 155.

461 Vgl. Vorschläge des ehemaligen Reichsautobahn-Mitarbeiters Karl Henschke v. 20. 3. 1942 und Antwort v. 15. 9. 1942, BA 46.01, Nr. 838, Bl. 191-196.

462 Bericht über die Tätigkeit des [OT-]Nachschubstabes Mitte-Nord-Wiking für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 6. 1942 im Bereich Mitte v. 14. 8. 1942, BA OstDok 13/417. Die Dg VII verlief von Baranowitschi über Sluzk-Bobruisk nach Roslawl, die Dg VIII (Autobahn) Brest-Minsk-Smolensk-Wjasma, die Dg IX Minsk-Lepel-Witebsk-Rshew. Das waren die wichtigsten Nachschubstraßen der H.Gr. Mitte.

463 Vgl. Schreiben Schönlebens v. 20. und 23. 4. 1942, BA 46.02, Nr. 215, Bl. 1f.

sonders in den starken Ausbau der Straße Warschau-Białystok-Minsk große Mittel (beim Straßenbau jährlich etwa 20 Millionen RM) investiert.⁴⁶⁴

Die politischen Planungen der deutschen Verwaltungsbehörden für Weißrußland und die politische Wertung der Weißrussen waren in sich widersprüchlich wie die Wirtschaftsplanung. Beide standen teilweise auch untereinander im Widerspruch. Minimalkonsens war eine Art abhängige Entwicklung unter direkter deutscher Verwaltung mit dem Hauptziel der rücksichtslosen Versorgung der Heeresgruppe Mitte. Demzufolge konnte es keine politische und wirtschaftliche Autonomie geben. Teile der Bevölkerung, insbesondere Führungsschicht, Intelligenz und – spätestens ab Herbst 1941 – alle Juden, sollten ermordet werden. Das nackte Überleben war fast das einzige Zugeständnis für die anderen. Damit gab es kein tragfähiges politisches Konzept, die Bevölkerung zur Mithilfe zu bewegen, mit Ausnahme purer Gewalt; für diese standen aber, so paradox es klingen mag, bei weitem nicht genug Machtmittel zur Verfügung (vgl. Kap. 3.6). Schließlich ergaben sich daraus unablässige kollektive Gewaltmaßnahmen, darunter unzählige Morde, die die gesamte weißrussische Bevölkerung in einen ständigen Bedrohungszustand versetzten.

Eine Weiterentwicklung dieser politischen Konzeption des Terrors war kaum denkbar.⁴⁶⁵ Sie war eine Sackgasse einschließlich des von den Deutschen initiierten Versuchs, in Konkurrenz mit dem »Bolschewismus« zu treten; daß sich die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen aller Bevölkerungsschichten verschlechterten, war für jeden sichtbar. Weil die Besatzungsmacht politisch in der Sackgasse steckte, blieben die Aussagen über die politische Zukunft merkwürdig unkonkret und verschwommen; das bedeutet jedoch mitnichten, daß die deutsche Verwaltung keine definierten besatzungspolitischen Ziele in Weißrußland hatte oder daß ihre Angehörigen mangels Kenntnis davon nichts mit sich anfangen wußten.⁴⁶⁶ Fast das einzige greifbare Element einer Zukunftsstruktur blieb jedoch die ausschließlich nach deutschen Interessen ausgerichtete Verkehrsplanung. Es ist deshalb bezeichnend, daß in der Science-Fiction-Geschichte »Minsk im Jahre 1967«, die 1942 in der »Minsker Zeitung« erschien, bei genauem Hinsehen alles offengelassen wurde bis auf eins: ein Verkehrskreuz mit riesigem Hauptbahnhof und Flughafen für »Kraft durch Freude«-Urlauber auf dem Dach.⁴⁶⁷

464 Vgl. Bodennutzung und Anbauflächen im Bezirk Białystok im August 1942 nach Angaben des Bezirksplaners, BA R 49/938; Der Bezirk Białystok (wie Anm. 2/514); Walter Schreiber, Die Straßenbauverwaltung der Provinz Ostpreußen und ihre Tätigkeit während des Krieges, BA OstDok 10/97, Bl. 11, 13.

465 Das galt auch für die spätere Besatzungsperiode, in der vielen Besatzungsfunktionären eine stärkere Mobilisierung der Bevölkerung wünschenswert erschien. Das Konzept der maximalen Ausbeutung hatte den meisten Weißrussen nichts zu bieten. Eine bloße Milderung des Terrors brachte ohnehin politisch wenig ein, weil die deutsche Besatzungsmacht ihr wahres Gesicht bereits zu deutlich gezeigt hatte.

466 Siehe dagegen die Darstellung bei Chiari 1998, besonders S. 56ff. und 175.

467 Minsk im Jahre 1967. Eine Geschichte von Ludolph Bargum, in: Minsker Zeitung v. 10./11. 5. 1942.

2.4 Deutsche Besiedlungspläne für Weißrußland und die Volksdeutschen

a) Siedlungspläne

Die Bedeutung deutscher Besiedlungspläne für die konkrete Besatzungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten ist oft überschätzt worden. Dazu besteht im Fall Weißrußlands noch weniger Anlaß als bei anderen Regionen. Denn anders als das Baltikum und einige Teile der Ukraine war Weißrußland weder bevorzugtes Siedlungsziel, noch verfügte es über große deutsche Siedlungstraditionen.⁴⁶⁸

Die Grundvoraussetzung für die deutsche Politik in den besetzten sowjetischen Gebieten formulierte Hitler am 16. Juli 1941, als er sagte, »daß wir aus diesen Gebieten nie wieder herauskommen«. ⁴⁶⁹ Diese Bedingung einer »Besetzung auf ewig« ist anscheinend später nie ernsthaft in Frage gestellt worden. Über die Frage einer deutschen Besiedlung sagte dieser Grundkonsens aber noch nichts aus, auch wenn Alfred Rosenberg im Oktober 1941 sogar das Gotenreich zwischen Ostsee und Schwarzem Meer wiederauferstehen sah: »Das Jahr 375 ist uns wohl noch allen in Erinnerung [!] als ein Jahr, in dem die Geschichte Europas eine andere Wendung nahm [...]. Das, was sich nun heute vollzieht, ist die Revision dieses Einmarsches der Hunnen im Jahre 375.« ⁴⁷⁰ Allerdings äußerte auch der erste Chef des Wirtschaftsstabs Ost, Generalleutnant Wilhelm Schubert, die deutschen Umgestaltungspläne seien »nur mit dem Warägerzug vor tausend Jahren« vergleichbar. ⁴⁷¹

Von einer vollständigen Besiedlung der besetzten sowjetischen Gebiete – auch ausgewählter Regionen wie des Baltikums oder der Ukraine – mit Deutschen oder auch »Germanen« konnte indes auf Generationen hinaus keine Rede sein. Das sahen auch deutsche Planer und führende Politiker ein. Bei seiner bereits zitierten Ansprache am 30. Oktober 1941 sagte Rosenberg, die Landnahme sei eine »Arbeit für 100 Jahre«; Hitler wäre zeitweise mit fünf Millionen deutschen Siedlern im Osten in den nächsten fünfzig Jahren zufrieden gewesen. ⁴⁷² In einer vertraulichen Rede vor den Reichs- und Gauleitern der NSDAP bezeichnete Hitler

»den europäisch-russischen Raum – soweit er *nicht* für deutsche und nordisch-germanische Menschen als Siedlungsgebiet anzusehen ist, als *Kolonialgebiet*, in dem auf

⁴⁶⁸ Eine Beschäftigung mit den deutschen Siedlungsplänen erscheint nur sinnvoll, wenn man sie der unbedeutenden tatsächlichen Siedlungstätigkeit gegenüberstellt. Dies bedingt eine gleichzeitige Untersuchung der Rolle der Volksdeutschen und damit in dieser Hinsicht ein Hinausgehen über die Planung, einen Vorgriff auf die Besatzungspolitik selbst.

⁴⁶⁹ In der Spitzenbesprechung mit Göring, Keitel, Bormann und Rosenberg, in: IMT, Bd. 38, S. 87.

⁴⁷⁰ Niederschrift über die Chefbesprechung am 30. Oktober 1941 im RMO über die Landesplanung im Ostraum, zitiert nach Müller, Siedlungspolitik, S. 161f. – In einer Rede Rosenbergs auf einem Presseempfang am 18. 11. 1941 hieß es: »Ich glaube, die Schlacht von Tannenberg 1410 wurde im Polenfeldzug getilgt, der Westfälische Friede wurde im Kampf gegen Frankreich ausgelöscht. Was sich jetzt im Osten vollzieht, ist, glaube ich, viel größer und tiefer. Das Jahr 375 wird liquidiert! [...] In der letzten Bevölkerungsstatistik der Sowjetunion von 1926 lag noch ein Vermerk über die letzten gotischen Splitter [auf der Krim] vor.« BA-MA (BArch)F 43131, Bl. 435.

⁴⁷¹ Am 9. 3. 1941, zitiert nach Müller, Wirtschaftspolitik, S. 11.

⁴⁷² Müller, Siedlungspolitik, S. 163; Vogt, S. 648. Im November 1939 hatte Hitler den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums angewiesen, auf Kriegsdauer keine Reichsdeutschen anzusiedeln (Müller, Siedlungspolitik, S. 87).

der einen Seite Industrieprodukte – Oel, Erze, Kohle usw. – und auf der anderen Seite landwirtschaftliche Produkte für Deutschland und Europa gewonnen werden sollen.«⁴⁷³

Die besetzten Länder Europas sollten für die deutschen Interessen unterschiedliche Funktionen erfüllen. Weite Gebiete auch in der okkupierten Sowjetunion sollten deshalb von der Siedlungstätigkeit unberührt bleiben. Diese Ansicht wurde offenbar auch unterhalb der Führungsetagen geteilt. Man sah sich genötigt, auf spöttische oder abfällige Bemerkungen vieler Soldaten über das angebliche Land ihrer Zukunft zu reagieren, wie die Zeitschrift der Landesbauernschaft Kurhessen bezüglich der Ukraine:

»1. Diese räumlich weit entfernten Gebiete kommen für die deutsche Siedlung nicht in Betracht.

2. Wo Deutsche siedeln, werden keine fremdvölkischen Bewohner sein [...]

3. Wo Deutsche siedeln, werden Eisenbahn-, Straßen- und Stromnetze über das Land gehen, werden gute Höfe stehen. Gewerbe und Kultureinrichtungen kommen mit [...]

4. Wo Deutsche siedeln, wird sich das Landschaftsbild ändern. [...] Überall erreichbar wird deutscher Wald sein, den wir nun einmal, nicht nur des Holzes wegen, zum Leben brauchen.«⁴⁷⁴

Ähnlich dachten die Planer in den zuständigen Ämtern der SS. Auf Generationen hinaus würden die Deutschen in den besetzten polnischen und sowjetischen Gebieten mit einer einheimischen Bevölkerungsmehrheit zusammenzuleben haben, die aus deutscher Sicht für die Bewirtschaftung des Landes notwendig war. So auch der Leiter der Amtsgruppe III B (Volkstum) des RSHA, Hans Ehlich. Im Dezember 1942 erklärte er, in Osteuropa seien 70 Millionen Menschen unter deutsche Herrschaft gekommen, da bedürfe es »nicht vieler Worte darüber, daß weder eine restlose Verdrängung, noch eine physische Vernichtung infrage kommen kann.«⁴⁷⁵ Als Himmler ständig weitere Planungen für die »totale Eindeutung« immer neuer Gebiete anforderte, fragte man sich im ihm unterstellten Amt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF), ob er nicht den Blick für die Realitäten verloren habe.⁴⁷⁶ Der RKF hatte seit einer Entscheidung Hitlers vom 6. September 1941 die Federführung bei der Siedlungs- und Raumplanung in den besetzten sowjetischen Ge-

473 Wiedergegeben vom RK Ostland, Hinrich Lohse, in einem Schreiben an Rosenberg v. 5. 2. 1942, BA-MA PPF-01/7865, Bl. 791 (Hervorhebungen C. G.). Offenbar handelte es sich um Hitlers Rede vor den Reichs- und Gauleitern am 12. 12. 1941; hierzu Gerlach, Wannseekonferenz, S. 123–130.

474 Leutnant Helmut Weber, Zur Ostsiedlungsfrage, in: Zeitschrift der Landesbauernschaft Kurhessen Nr. 11 v. 14. 3. 1942, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 62.

475 Rede Ehlichs auf der Tagung des Volkspolitischen Reichsreferats der Reichsstudentenführung am 10./11. 12. 1942, zitiert nach Roth, »Generalplan Ost« – »Gesamtplan Ost«, hier S. 48–52. Roth interpretiert die Rede hingegen dahin, daß der »Mehrheit« (S. 43) dieser 70 Millionen Menschen Verdrängung oder Vernichtung zugedacht gewesen sei.

476 »Ist RFSS unterrichtet, dass selbst in den eingegliederten Ostgebieten unter den günstigsten Umständen in absehbarer Zeit immer noch 40 bis 60 % polnische Bevölkerung als Arbeiter verbleiben wird?« [RKF,] II-/3–12, Vermerk von Schauroth v. 8. 7. 1942, Bezug: Schreiben vom Reichsführer-SS zum Generalplan Ost, BA R 49/985. Ähnliche Äußerungen der Gauleiter und Reichsstatthalter in den annektierten polnischen Gebieten werden im Schreiben des Reichsjustizministers Thierack an Bormann v. 16. 11. 1942, BA R 22/5013, Bl. 73, wiedergegeben.

bieten,⁴⁷⁷ jedoch waren noch zahlreiche weitere regionale und Reichsbehörden daran beteiligt.

Die Planungen für diejenigen Regionen der Sowjetunion, die tatsächlich für eine deutsche Besiedlung vorgesehen waren – besonders *konkrete* Planungen und Ansätze zur Verwirklichung – sparten Weißrußland meist aus. Diese Planungen werden oft unter der Bezeichnung »Generalplan Ost« zusammengefaßt, obwohl es sich damals um einen spezifisch verwendeten Begriff handelt, der keineswegs in aller Munde war.⁴⁷⁸ Im »Generalplan Ost« des Chefs des RKF-Planungsamts, Prof. Dr. Konrad Meyer, verliefen die Ketten der sogenannten Siedlungsmarken und -stützpunkte von Polen aus nach Nordosten ins Baltikum und nach Südosten Richtung Krim⁴⁷⁹ auffällig um Weißrußland herum und berührten es nur in einem Punkt: die projektierte »Siedlungsmark« »Memel-Narew-Gebiet« umfaßte neben Teilen Südlitauens auch die Gegend um Białystok und Grodno.⁴⁸⁰ Genauso bildeten die tatsächlich in Angriff genommenen Projekte einen Halbkreis um Weißrußland herum, nämlich die Ansiedlung von Volksdeutschen in Litauen, im Regierungsbezirk Zichenau, im Distrikt Lublin und im Raum Shitomir und Korosten.

Bei anderen Plänen war Weißrußland einbezogen. Ein Teil des Landes wurde 1941 als »Generalkommissariat Weißruthenien« zusammen mit dem Baltikum ins Reichskommissariat Ostland eingegliedert. Die Instruktion Rosenbergs für einen Reichskommissar für das Ostland setzte ihm zum Ziel, »die Form eines deutschen Protektorates zu erstreben und dann durch Eindeutschung rassisch möglicher Elemente [sic], durch Kolonisierung germanischer Völker und durch Aussiedlung nicht erwünschter Elemente dieses Gebiet zu einem Teil des Großdeutschen Reiches umzuwandeln«, ⁴⁸¹ eine Leitlinie, die so oder ähnlich beim Reichskommissar noch 1944 als bindend angesehen wurde.⁴⁸² Das »gesamte Balten-Land müsse Reichsgebiet werden«, einigten sich Hitler, Rosenberg, Keitel und Bormann auch am 16. Juli 1941, wobei aber unklar ist, ob dies Weißrußland einschloß.⁴⁸³ Generalkommissar Kube nahm dies anscheinend an, denn er protestierte im Ostministerium gegen die Abtretung großer weißrussischer Gebiete ans Reichskommissariat Ukraine mit dem Argument, »dass Weissruthenien ja einmal Reichsland werden soll, die Ukraine aber nicht«. ⁴⁸⁴ Maßnahmen in Richtung einer sogenannten Eindeutschung ergriff Kubes Verwaltung aber nie. Im Gegenteil waren die Pläne schon hinsichtlich des Baltikums viel zu ehrgeizig, und die deutsche Verwaltung versuchte sie ja auch außer in Teilen

477 Mitgeteilt im Schreiben des Chefs der Reichskanzlei, Lammers, Rk.13031B v. 6. 9. 1941, BA 6/9, Bl. 16f.

478 Zum Generalplan Ost vgl. v. a. Heiber (Hg.) 1958; Madajczyk 1962; Eichholtz 1982. Außerdem Aly/Heim, Vordenker; Müller, Siedlungspolitik; Rössler/Schleiermacher; Wasser 1993.

479 Intern damals auch »Kegelbahnprojekt« genannt; Bräutigam 1968, S. 607f.

480 Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues [...], Juni 1942, abgedruckt bei Madajczyk 1962, S. 401–442.

481 Instruktion für einen Reichskommissar im Ostland v. 8. 5. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 574. Eine Anweisung des RMO an den RKO vom 21. 7. 1941 mit ähnlicher Formulierung wird in einem Schreiben des Stadtkommissars in Kaunas, Cramer, v. 1. 9. 1943 zitiert. BA-MA FPF-01/7867, Bl. 596.

482 Redekonzept des Abteilungsleiters im RKO, Dr. Trampedach, am 15. o. 16. III. 44 anlässlich eines Besuchs Rosenbergs in Riga (Geheime Reichssache), in dem auf eine Instruktion vom 1. 7. 1941 Bezug genommen wird. BA F 13753, Bl. 753.

483 Aktenvermerk Bormanns v. 16. 7. 1941, in: IMT, Bd. 38, S. 89.

484 Aktenvermerk Rosenbergs für seinen Stellvertreter Alfred Meyer v. 28. 10. 1941, Nbg. Dok. PS-1057.

Litauern nie umzusetzen. Schon im September 1941 erklärte der Verwaltungsratsvorsitzende der Reichskreditkassen, »daß, wie er höre, die Linie einer ›Eindeutschung‹ des Reichskommissariats Ostland wieder fraglich geworden sei und als politische Verwaltungsform jetzt etwa eine Regelung nach Art des Protektorats oder Generalgouvernements genannt werde.«⁴⁸⁵ Auch die Siedlungsexperten waren sich hierüber weitgehend einig. Der Tenor in einer Besprechung beim Abteilungsleiter Ostland im Ostministerium, Peter Kleist, am 4. Februar 1942 lautete, daß die Besiedlung der baltischen Generalbezirke und die Umsiedlung von Einheimischen »nicht sofort in Angriff genommen werden« könne, sondern in den folgenden Jahren unmöglich sei.⁴⁸⁶

Allerdings wurden die Siedlungspläne im Reichskommissariat Ostland auch über Litauen hinaus nie ganz aufgegeben. Sie knüpften an ähnliche Vorhaben vor und während des Ersten Weltkriegs an. Die Aktivitäten der zuständigen Abteilung »II Raum« unter dem Ministerialrat Dr. Werner Essen beschränkten sich aber im wesentlichen auf die Erstellung statistischer Grundlagen, ihre Veröffentlichung unter den Titeln »Ostland in Zahlen« und »Ostland-Atlas« und die Erarbeitung eines Raumordnungsplans; das eine wie das andere sparte »Weißruthenien« weitgehend aus, schon weil die dortige Statistikabteilung untätig war.⁴⁸⁷ So bezog sich der errechnete Siedlerbedarf von insgesamt fünf bis sechs Millionen Personen, davon für den Anfang 800 000, hauptsächlich auf das Baltikum.⁴⁸⁸ Konkreter plante man mit zunächst 200 000 Bauern aus Baden und Westfalen, die durch Betriebszusammenlegungen in Deutschland ihre Höfe verlieren sollten.⁴⁸⁹ Allenfalls wurde über Konzepte für städtische Stützpunkte in Weißrußland nachgedacht, die zum Teil mit Deutschen bevölkert werden sollten.⁴⁹⁰

Im Polesje wollte die Verwaltung in Riga eine Million Holländer angesiedelt sehen, einerseits um die Pripjetsümpfe urbar zu machen, andererseits zur Ausschaltung des

⁴⁸⁵ Bericht über die Sitzung des Verwaltungsrats der Reichskreditkassen am 17. 9. v. 22. 9. 1941. BA 25.02, Nr. 2, Bl. 149R.

⁴⁸⁶ Bericht über die Sitzung am 4. 2. 1942 bei Dr. Kleist über die Fragen der Eindeutschung, insbesondere in den baltischen Ländern v. 7. 2. 1942, gez. Dr. Wetzel (Rassereferent im RMO), abgedruckt in: Heiber (Hg.) 1958, S. 293–296, hier S. 296.

⁴⁸⁷ Vgl. Ostland in Zahlen sowie Ostland-Atlas, beide Riga 1942; Vorentwurf (Raumordnungsskizze) zur Aufstellung eines Raumordnungsplanes für das Ostland v. 17. 11. 1942, Geheim, abgedruckt in: Rössler/Schleiermacher, S. 189–197; auch in BA R 90/384. Außerdem Seckendorf, S. 175–188. Zur Siedlungsplanung im RKO vgl. allgemein Czollek 1974 und Myllyniemi.

⁴⁸⁸ Raumordnungsskizze v. 17. 11. 1942, in: Rössler/Schleiermacher, S. 197. Einen Anfangsbedarf von 800 000 Siedlern erwähnen auch: Rüstungsinspektion [RüIn] Ostland, Z.Abt./I Wi: Niederschrift über Arbeitstagung am 3. und 4. März v. 8. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 43372, Bl. 92. 1,1 Millionen Menschen wurden laut »Unterlagen für einen Generalsiedlungsplan« (Ende 1942), abgedruckt in: Rössler/Schleiermacher, v. a. S. 114, binnen 30 Jahren allein fürs Baltikum benötigt.

⁴⁸⁹ Vern. Friedrich Jeckeln v. 2. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, Bd. 1, Bl. 106. Die Chefs der Agrarverwaltung im RK Ostland (Matthiessen) und im Gebiet der Heeresgruppe Mitte (Wagner) hatten sich schon Jahre früher mit der West-Ost-Umsiedlung deutscher Bauern beschäftigt (Matthiessen, S. 165 ff.; BDC, PA Richard Wagner), taten jetzt aber anscheinend nichts dafür.

⁴⁹⁰ Schon in einer Denkschrift des Landesplaners von Danzig-Westpreußen Ewald Lieddecke v. 23. 8. 1941 findet sich die Vorstellung von deutschen Städten über 100 000 Einwohner als Grundlage einer Ostsiedlung mit Standorten wie Riga, Memel, Wilna »oder gar Minsk«. Müller, Siedlungspolitik, S. 154. Vgl. Romanowski u. a., S. 38, ohne Nennung der Quelle, aber offensichtlich mit Bezug auf eine Anlage der »Raumordnungsskizze« des RKO. Hierzu auch S. 423 in dieser Darstellung.

Gebiets als »politischer Unsicherheitsfaktor« – ein völlig unrealistischer Plan angesichts der dortigen Verhältnisse während der Besatzungszeit.⁴⁹¹ Das so verplante Gebiet gehörte größtenteils nicht einmal zum Reichskommissariat Ostland und damit nicht ins Zuständigkeitsgebiet der Planer, sondern zum Reichskommissariat Ukraine.⁴⁹² Durch die deutsche und ausländische Presse geisterte sogar die Zahl von drei Millionen Niederländern, die in Osteuropa siedeln sollten.⁴⁹³ Die neugegründete »Nederlandse Oostcompagnie« und der besonders engagierte niederländische Faschistenführer Mussert hätten zwar lieber Projekte in küstennahen baltischen Ländern verfolgt, wurden vom Ostministerium und der Verwaltung im Ostland aber auf das weniger begehrte Wilnagebiet und das GK Weißruthenien abgedrängt.⁴⁹⁴ Tatsächlich kamen einige hundert Holländer als Gutsverwalter, Angestellte der Zentralhandelsgesellschaft Ost und Handwerksmeister ins GK Weißruthenien und in die Ukraine. Von Siedlungen, wie es einzelne Zeitungsberichte darstellten, konnte dabei keine Rede sein. Dies hatte Rosenberg dem Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete Seyß-Inquart schon 1941 mitgeteilt.⁴⁹⁵

Einige Besiedlungspläne bezogen auch Weißrußland massiv ein, doch wurde keiner von ihnen weiter verfolgt. Die Variante des »Generalplans Ost«, die vermutlich aus dem RSHA – aus dem Amt III B unter Ehlich – stammte, umfaßte ein geschlossenes Gebiet bis zu einer Linie zwischen den Waldaihöhen und Brjansk und sah die Aussiedlung oder Vernichtung von drei Vierteln aller Weißrussen vor. Dies hielt etwa der Rassereferent im Ostministerium, Dr. Erhard Wetzel, für völlig überzogen:

»Man muß dabei davon ausgehen, daß an eine Besiedlung des weißruthenischen Raumes durch Deutsche in den nächsten Jahren nicht zu denken ist. Die planmäßige Besiedlung Weißrutheniens kann vielmehr erst nach der Eindeutschung des westlich

491 Raumordnungsskizze, Rössler/Schleiermacher, S. 196. Vgl. Seckendorf, S. 188, und vor allem Bosma.

492 Die Regierung des Generalgouvernements hatte im ersten Halbjahr 1941 ebenfalls Pläne für dieses Gebiet entwickelt. Nach der erhofften Osterweiterung ihres Territoriums sollte dort ein großer Teil der polnischen Juden als Zwangsarbeiter die Sümpfe trockenlegen. Ähnliches schlug der Chef der Einsatzgruppe C, Dr. Rasch, im August 1941 für die ukrainischen Juden vor. Vgl. Aly 1995, S. 273–278 und 317f.; Sandkühler, S. 110f., 122f., 129 und 133. All dies blieben indes nur Gedankenspiele (s. S. 1126f. in dieser Darstellung).

493 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 12. 6. 1942, BA 25.01, Nr. 6048, Bl. 64R, und Wasser, S. 197 sowie S. 289, Anm. 287. Weiter Niederschrift der RüIn Ostland v. 8. 3. 1943 und KTB derselben v. 27. 1. 1943, BA-MA (BAArchP)F 43372, Bl. 92 und 22; Bosma, S. 201–203; Eichholtz 1994, S. 445 und 449.

494 Aktenvermerk über eine Besprechung zwischen der Spitze der Nederlandsen Oostcompagnie (Präsident Rost van Tonnigen) und den zuständigen Beamten des RMO (Scheffold, Ter-Nedden, Kemna, v. Harter) am 18. 6. 1942, BA-MA SF-01/28985, Bl. 6081–6088; Niederschrift über die Besprechung zwischen der Niederländischen Ostkompanie und dem RKO, Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft [künftig: Ern u La] v. 20. 8. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 713–717.

495 Rosenberg schrieb am 29. 11. 1941 an Seyß-Inquart, »Angehörige germanischer Völker« wolle man »später für eine Siedlung, im Augenblick jedoch für eine Verwendung in technischen, ärztlichen, landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Berufen« einsetzen (BA-MA PPF-01/7865, Bl. 895f.). Ähnlich an den RK Terboven in Norwegen, Bl. 897; vgl. Eichholtz 1994, S. 446. – Dem Abschlußbericht des WiStabs Ost zufolge kamen 416 niederländische Bauern und 129 Gärtner, Fischer usw. ins GK Weißruthenien, 365 Bauern (nach Müller) auf Mustergüter in die Ukraine. Von den 416 fielen bis Anfang 1944 33, 297 sollen als ungeeignet zurückgeschickt worden sein. Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 139f. Weiter Deutsche Zeitung im Ostland v. 18. 5. 1944; Bosma, S. 202.

gelegenen Raumes erfolgen. Die rassistisch unerwünschte weißruthenische Bevölkerung wird sich daher noch auf Jahre im weißruthenischen Raum befinden.«⁴⁹⁶

Auch wenn der RSHA-Plan noch im Januar 1943 als gültig betrachtet wurde,⁴⁹⁷ ändert das nichts an der Tatsache, daß konkrete Weiterarbeiten daran oder Auswirkungen nicht bekannt sind.⁴⁹⁸ Ebensowenig sind auch nur planerische Konsequenzen aus der Tatsache nachweisbar, daß Weißrußland auf einer Spitzenbesprechung der beteiligten SS-Ämter im August 1942 und in Himmlers Rede am 16. September 1942 zu den zu besiedelnden Gebieten gezählt wurde und daß Himmler den Chef des RKF-Planungsamts, Meyer, am 12. Januar 1943 anwies, das Land in seine Planungen aufzunehmen.⁴⁹⁹ Die SS- und Polizeistützpunkte sowie ihre Wirtschaftsbetriebe, die es zum Beispiel in Minsk und Mogilew gab, dienten im wesentlichen der Truppenversorgung und nicht der »Siedlung«.⁵⁰⁰ An all diesen Beispielen zeigt sich ein scharfer Kontrast zwischen Siedlungsplänen und Verwirklichung, besonders bei den Vorstellungen der SS.

Das einzige Ansiedlungsprojekt außerhalb des Bezirks Bialystok, das die Besatzungsverwaltung tatsächlich beschäftigte, war ein Plan, die Wolgadeutschen nach Weißrußland umzusiedeln. Er kann 1942 für einige Monate verfolgt werden; Urheber und Entstehung sind unklar. Bekanntlich wurden die Wolgadeutschen nach einem Beschluß der Sowjetregierung vom 28. August 1941 zwangsumgesiedelt. Rosenberg schlug Hitler daraufhin seinerseits ihre Umsiedlung ins Gebiet nördlich der Krim oder in den Kaukasus vor.⁵⁰¹ Himmler hatte den SS-Standartenführer Guntram Pflaum frühzeitig mit der Betreuung der wolgadeutschen Kinder beauftragt. 1942 leitete Pflaum u. a. ein Kinderheim für volksdeutsche und zur sogenannten Eindeutschung vorgesehene sowjetische Kinder im weißrussischen Bobruisk, das im Gebiet der Militärverwaltung lag.⁵⁰² Das »Problem [...] der Wolgadeutschen« im GK Weißruthenien wurde zuerst in einem Bericht vom Mai 1942 erwähnt. Ungeklärt sei, »ob sie ins Altreich sollten, oder ob sie nicht besser im weissruthenischen Raum geschlos-

496 Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers SS v. 27. 4. 1942, in: Heiber (Hg.) 1958, S. 297–325, hier S. 311.

497 Anfang 1943 wurde er auf einer Konferenz im RSHA präsentiert, doch dies deutet eher auf eine Stagnation der Planungen hin. Vgl. Madajczyk 1989, S. 848.

498 Auch bezüglich *allgemeiner* Weiterarbeiten liefert Karl-Heinz Roth wenig mehr als Vermutungen und Indizien für ihre bloße Existenz, vgl. Roth 1993, S. 41–45. Ob der RSHA-Plan, wie er mutmaßt, im Frühjahr 1942 umgearbeitet wurde, ist fraglich, denn die von Wetzel erwähnten neueren Planungen könnten auch vom RKF gestammt haben. Vom RKF lagen ihm zu diesem Zeitpunkt ebenfalls Pläne vor. Vgl. Wetzels Stellungnahme v. 27. 4. 1942 (Heiber 1958, S. 310) und Vern. Erhard Wetzel v. 21. 9. 1961, StA Hannover 2 Js 499/61, Bd. 2, Bl. 35.

499 Aktenvermerk Besprechung im Führerhauptquartier (undatiert, gez. Berger) mit Anschreiben v. 17. 8. 1942, Nbg. Dok. NO-2703; Himmlers Rede v. 16. 9. 1942 vgl. BA NS 19/4009; sein Schreiben an K. Meyer v. 12. 1. 1943 ist abgedruckt bei Eichholtz 1982, S. 270.

500 Dazu S. 193f., 339–341 und 389f. in dieser Darstellung.

501 Hitler erwiderte zurückhaltend, »man müsse erst abwarten, welche Zahl von Wolgadeutschen man noch vorfinde«. Aufzeichnung Lammers Rk. 14392 B v. 1. 10. 1941 über eine Besprechung v. 29. 9., BA F 15266, Bl. 2819. Zur Deportation der Wolgadeutschen vgl. Fleischhauer 1983, S. 104, 158.

502 Der Reichsführer-SS, Betr.: Erfassung der deutschen Volkszugehörigen in den Gebieten der europäischen UdSSR v. 11. 7. 1941 (an Lorenz und Heydrich) mit Zusatzbefehl Himmlers v. 16. 8. 1941, der Pflaums Auftrag von den wolgadeutschen auf alle volksdeutschen Kinder in den besetzten sowjetischen Gebieten ausdehnte (Abschrift), BDC-Akte Guntram Pflaum. Zum Kinderheim in Bobruisk vgl. S. 1082 in dieser Darstellung.

sen angesiedelt werden sollten.«⁵⁰³ Im Dezember 1942 war das Vorhaben aufgegeben worden, wie der Abteilungsleiter Landwirtschaft im Reichskommissariat Ostland, Martin Matthiessen, erklärte: »Die geplant gewesene Umsiedlung von Wolgadeutschen nach Weißruthenien hat eine grosse Unruhe unter der einheimischen Bevölkerung hervorgerufen.«⁵⁰⁴ Der Wirtschaftsstab Ost berichtete:

»Es waren Pläne aufgetaucht, die volksdeutschen Flüchtlinge aus dem Wolgagebiet und die Volksdeutschen, die in bandengefährdeten Gebieten Weißrutheniens in Streusiedlung leben, geschlossen in Weißruthenien anzusetzen und zu diesem Zweck Höfe freizumachen. Der Plan ist nicht gebilligt worden, weil er geeignet ist, die weißruthenische Bevölkerung zu beunruhigen. Die volksdeutschen Flüchtlinge, die aus der Landwirtschaft stammen (angeblich 1000 bis 1500 Familien), können als Landarbeiter nach Deutschland hereingenommen werden oder wenn dieser Vorschlag nicht durchführbar sein sollte, im Gebiet von Shitomir angesiedelt werden [...].«⁵⁰⁵

Auf welchem Wege die Wolgadeutschen nach Weißrußland gelangten, ist nicht genau belegt. Vermutlich gehörten sie zu den Zehntausenden von Flüchtlingen aus dem rückwärtigen Heeresgebiet B, über die der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte mehrmals berichtete.⁵⁰⁶ Der Plan, die Wolgadeutschen systematisch ins GK Weißruthenien zu holen, dürfte entstanden sein, weil dort schon rund 2000 ehemalige Wolgadeutsche lebten, die in den zwanziger und dreißiger Jahren ebenfalls als Flüchtlinge dorthin gekommen waren.⁵⁰⁷

Schließlich wurden alle Siedlungsplanungen obsolet. Himmler änderte seine Weisungen und gab die Besiedlung Weißrußlands praktisch auf. Lediglich im Bezirk Bialystok sollten die Weißrussen »zu einem großen Teil eingedeutscht«, ansonsten vertrieben werden – nach »Inner-Weißruthenien«, wo die Weißrussen auf lange Sicht verbleiben dürfen sollten.⁵⁰⁸

503 Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW/Stab z.b.V., Bericht Nr. 4 v. 26. 5. 1942 (Abschrift von Abschrift), BA NS 6/795, Bl. 32.

504 Wirtschaftsstab [im folgenden: WiStab] Ost, Chefgruppe La: Niederschrift über die Besprechung mit den KVVCh der Chefgruppen La der WiIn und der Reichskommissariate am 16./17. Dezember v. 30. 12. 1942. BA-MA WF-01/15898, Bl. 465.

505 KTB WiStab Ost v. 17. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 1047. – Die Rüstungsinspektion Ostland war offenbar schlecht informiert, wenn sie am 27. 1. 1943 schrieb, daß der »Plan zur Rücksendung von Volksdeutschen nach Weissruthenien noch bearbeitet wird.« KTB RüIn Ostland v. 27. 1. 1943. BA-MA (BArchP)F 43372, Bl. 22. Die vermeintlich bearbeitende Stelle geht daraus nicht hervor.

506 Vgl. die Monatsberichte seiner Abteilung VII für August, September und Oktober 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 1040, 1029 und 1013.

507 Vgl. z. B. Professor Dr. O. Fischer, Zur Frage der Rücksiedlung der deutschen Bauern an die Wolga (undatiert), BA F 57174, Bl. 983; Minsker Zeitung v. 12. 5. 1942; Einsatzgruppe B [künftig: EGr B], Tätigkeits- und Lagebericht für 15. 11.–15. 12. 1942, ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 35–41. – Diese Menschen waren mit den Flüchtlingen der Jahre 1941/42 nicht identisch.

508 [RKF] I.1/1–8/Dr.St/Hy, Zum Vortrag bei Reichsführer-SS, Betr.: Ansiedlung Bialystok – Behandlung der Weißruthenen und Ukrainer v. 8. 12. 1943, gez. Dr. Stier (Abschrift), BA R 49/2546. – Zuvor hatte das Amt III B des RSHA in Einzelfällen mit Zustimmung Himmlers noch entschieden, daß einige Weißrussen, die 1941 auf Seiten der Deutschen gekämpft hatten und anschließend ihren Besitz im Bezirk Bialystok zurückverlangten, »in Anbetracht der Ost-Siedlungsplanung für ein Verbleiben im Raum Bialystok nicht in Betracht« kämen. Sie sollten teils »eingedeutscht« und ins Altreich gebracht, teils z. B. als Polizisten ins GK Weißruthenien umgesiedelt werden. Beide Gruppen seien zu entschädigen. [RSHA] III B 1 v. 28. 9. 1942 mit zustimmender Notiz Himmlers v. 19. 7. 1943(!), BA F 3327, Bl. 2896f.

Der an Ostpreußen angeschlossene Bezirk Bialystok bildete eine Ausnahme. Dort liegen detailliertere und ernsthaftere Siedlungspläne vor. Einem alten deutschen Annexionsziel aus dem Ersten Weltkrieg entsprechend,⁵⁰⁹ wurde das Gebiet de jure 1941 stillschweigend dem Deutschen Reich einverleibt.⁵¹⁰ Als Entwicklungsrichtlinie galten nicht die Ausbeutungsbedingungen des Wirtschaftsstabs Ost, sondern die Angleichung an reichsdeutsche Standards. Die Verwaltung war ähnlich wie die preußische strukturiert. Innerhalb von dreißig Jahren sollten dort von den 1,628 Millionen Einwohnern alle bis auf 35 000 entfernt und durch 1,103 Millionen deutsche Siedler, davon etwa 40 Prozent städtische Bevölkerung, ersetzt werden.⁵¹¹ Damit wäre eine gigantische Aufforstung verbunden gewesen, die allein 170 830 forstwirtschaftliche Arbeitsplätze schaffen sollte.⁵¹² 269 102 aus Niederdeutschland stammende Siedler (zu weniger als einem Viertel Selbständige) hätten zu 95 Prozent auf Agrarbetrieben von über 50 Hektar Größe gearbeitet. Im Vergleich mit den anderen Regionen sollte die Siedlung am langsamsten verlaufen (innerhalb der ersten 20 Jahre sollten nur 25 Prozent deutsch besiedelt werden, gegenüber 80 Prozent in der Region Łódź), der vorgesehene Anteil städtischer Bevölkerung war am geringsten.⁵¹³ Die früher entwickelten Vorstellungen der regionalen Zivilverwaltung waren ähnlich, aber etwas begrenzter.⁵¹⁴ Allerdings wollte Erich Koch, der Chef der Zivilverwaltung Bialystok, gleichzeitig Oberpräsident und Gauleiter in Ostpreußen, den Bezirk Bialystok erst nach dem Krieg mit landarmen ostpreußischen Bauern besiedeln und sperrte sich deshalb bis zum Kriegsende gegen die Ansiedlung von Volksdeutschen.⁵¹⁵

Wie abwegig auch die Projekte für den Bezirk Bialystok waren – abgesehen davon, daß nicht genügend deutsche Siedler dafür zur Verfügung standen –, zeigt schon das unzureichende Zahlenmaterial beim RKF, der wichtigsten, in Weißrußland aber eben kaum aktiven zentralen Planungsbehörde, und seine miserable Verbindung zur Zivilverwaltung Bialystok.⁵¹⁶ Das RKF-Bodenamt in Bialystok bat noch Ende 1943 ver-

509 Vgl. Kettenacker 1986, S. 398; Strazhas, besonders S. 111 ff.

510 Zum rechtlichen Status des Bezirks Bialystok s. S. 174–176 in dieser Darstellung.

511 Vgl. die Materialien zum Generalsiedlungsplan des RKF-Bodenamts (Amt VI), BA R 49/984, teilweise abgedruckt bei Roth 1993, S. 96–117. Die Planungen erstreckten sich hauptsächlich bis zur Ostgrenze des Generalgouvernements (ohne Baltikum) und auf die vom Reich annektierten Gebiete. In der Tabelle V »Die Menschenbilanz« hieß es: »Derzeitiger Bevölkerungsstand 36 323 200 [–] Erstrebte Bevölkerungszahl 23 149 300.«

Für die Besatzungspolitik in Polen hatten die Siedlungsplanungen jedoch eine ungleich größere Bedeutung als in den besetzten Gebieten der Sowjetunion.

512 Die forstwirtschaftliche Nutzfläche sollte von 7581 auf 17083 km², über die Hälfte der Gesamtfläche des Bezirks, erweitert werden, vgl. Tab. I, ebd.

513 Vgl. Tab. I bis VII und »Zeitlicher Fortschritt der Besiedlung in den einzelnen Teilräumen«, ebd.

514 »Nimmt man an, daß gut 1/4 der z. Zt. landwirtschaftlich genutzten Fläche, d. h. rund 5000 km², aufgeforstet werden, so können bei einer durchschnittlichen Hofgröße von 50 Hektar etwa 30 000 deutsche Siedlerfamilien im Bezirk Bialystok eine neue Heimat finden.« Der Bezirk Bialystok, herausgegeben von der Zivilverwaltung Bialystok, 1. März 1942, BA F 15024. Diese Studie findet sich ebenfalls in Akten des RKF-Bodenamts.

515 Vgl. Gorczyńska, S. 257; Madajczyk 1988, S. 518.

516 Für die meisten Fragen hatte der RKF nur Daten der letzten polnischen Volkszählung von 1931 bzw. der vorletzten sowjetischen von 1926 zur Verfügung, nicht etwa von 1939 oder gar aus der Zeit nach Kriegsbeginn. In den Rubriken über Zahl bzw. Prozentanteil der Reichs- und Volksdeutschen wies die RKF-Statistik nur Fragezeichen auf, obwohl die Zahlen in Bialystok vorlagen. Vgl. RKF-Stabshauptamt,

geblich um Personalzuweisung.⁵¹⁷ Der RKF siedelte nach eigener Statistik im Bezirk Bialystok bis zum 31. Mai 1943 genau acht, bis zum 29. Februar 1944 16 und bis zum 31. Mai 1944 66 Personen an, alles Volksdeutsche.⁵¹⁸ Auch die einzigen Meliorationsprojekte in der Gegend von Łomża, die vom Reichsarbeitsdienst betrieben wurden, hatten nur einen Umfang von wenigen hundert Hektar und setzten lediglich polnische Arbeiten aus der Zeit vor der Besetzung fort.⁵¹⁹

Bezeichnend ist der Verlauf der Ansiedlung von Volksdeutschen im Bezirk Bialystok Ende 1943. In diesem Jahr befreite die Rote Armee den größten Teil der Ukraine, und die etwa 200 000 Ukrainedeutschen wurden von Kommandos der Volksdeutschen Mittelstelle (Vomi) evakuiert. In diesem Zusammenhang wurde Erich Koch als Chef der Zivilverwaltung im Bezirk Bialystok und Reichskommissar für die Ukraine vermutlich schon im Juli 1943 an alte Versprechungen zur Aufnahme von Volksdeutschen erinnert.⁵²⁰ In der Stadt Bialystok und anderswo wurden bereits frühzeitig Quartiere hergerichtet und die Flüchtlinge von deutschen Firmen als Arbeitskräfte sehnlich erwartet.⁵²¹ Von den erwarteten 40 000 bis 60 000 Umsiedlern aus den Regionen Shitomir und Wolhynien kamen zwischen dem 6. und 22. Januar 1944 11 603, bis zum 22. Februar mindestens 23 765 im Bezirk an.⁵²² Die Zivilverwaltung in Bialystok schaltete nun RKF und Vomi völlig aus und brachte alle Volksdeutschen in eigener Regie binnen kürzester Zeit in eigens renovierten Stadtwohnungen unter.⁵²³ Koch hatte mit der Aktion am 10. Januar 1944

Hauptabt. Planung und Boden, Vorläufige Angaben über den Bezirk Bialystok, Berichtsstand: Mai 1942. BA F 15024; Materialien zum Generalsiedlungsplan, Tab. I, BA R 49/984. Geradezu lächerlich und deshalb mit einem entschuldigenden Vorwort RKF, Hauptabteilung I/1, Volkspolitische Lageberichte: Sowjet-Russland, November 1941, BA R 49/2393, auch R 49/828 und R 49/308.

517 Vgl. den Briefwechsel in BA R 49/2474.

518 Meldungen SS-Ansiedlungsstab Soldau mit Stand v. 31. 5. 1943, 29. 2. und 31. 5. 1944, BA R 49/306 bzw. /308. Der ehemalige Hochbaudezernent der Regierung in Königsberg, Hermann Schaeffer, Erinnerungsbericht von 1960 über seine Tätigkeit 1938–1945, BA OstDok 10/47, Bl. 35–37 und 41, berichtet hingegen über Planung und Bau von Neusiedlerdörfern und -gehöften auch im Bezirk Bialystok.

519 Vgl. Briefwechsel zwischen dem Reichsarbeitsführer, der Landesplanungsgemeinschaft Ostpreußen, dem NSDAP-Kreisleiter, dem Landesforstamt und den Wasserwirtschaftsbehörden von 1942 und 1943 in BA R 49/883 und BA OstDok 13/440.

520 RKF I-1/7, gez. Dr. Stier, v. 7. 7. 1943 und Entwurf eines von Himmler an Koch zu sendenden Briefes, BDC, SS-HO 2344. Zeitweise hatte Himmler angeblich vor, alle Ukrainedeutschen im Raum Bialystok, besonders bei Łomża, anzusiedeln. Das versuchte ihm der Leiter des Führungsstabes Politik im RMO, SS-Obergruppenführer Berger, auszureden. Siehe Vermerk [RMO] Führungsgruppe P 2, gez. Kinkelin, v. 14. 12. 1943, BA-MA FPF-01/7886, Bl. 852f.

521 Vgl. z. B. Peter Ruppel, Holzbearbeitungswerke, Werk Grodno, Betr.: Umsiedler v. 14. 10. 1943 an Kreiskommissar Grodno, Sonderarchiv Moskau 1447–1–41, Bl. 161; CdZ Bialystok I W. v. 15. 1. 1944 an Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg in Bialystok, BA F 566, Bl. 378.

522 SS- und Polizeiführer [künftig: SSPF] Bialystok an das RKF-Stabshauptamt, Betr.: Umsiedlung von Volksdeutschen aus den Ostgebieten v. 2. 2. 1944, gez. Hellwig (Abschrift), BA R 49/2546. (Von 11 603 waren 8301 schon in ihren »Bestimmungsorten«, davon 2017 im Kreis Grodno.)- Weiter [Reichsverkehrsdirektion Königsberg], Betr. Rußlanddeutsche v. 22. 2. 1944 BA-MA SF-01/3952, Bl. 9041f. Hinzu kamen Siedler aus sieben Zügen im Rahmen der Aktion »Zieselmaus« (ebd.).

523 In der Forschung herrscht die Vorstellung vor, die Zivilverwaltung in Bialystok hätte entweder nicht die nötigen Quartiere bereitstellen können, oder die Flüchtlinge seien gar nicht erst in den Bezirk gekommen. Vgl. Fleischhauer, S. 217–219; Müller, Siedlungspolitik, S. 112; und Madajczyk 1988, S. 518.

den NSDAP-Kreisleiter Alfons Tresp beauftragt, der sich der Zivilverwaltung bediente.⁵²⁴ Nach Angaben des SS- und Polizeiführers Hellwig waren bis zum 14. Februar »bereits 30 000 Umsiedler untergebracht«.⁵²⁵ Die Zivilverwaltung quartierte die Umsiedler meist innerhalb einer Woche aus den Auffangslagern – in denen Volksdeutsche bei der Vomi oft Jahre verbrachten – in eigene Wohnungen um. Die SS- und Polizeidienststellen beeindruckte besonders die Schnelligkeit und Brutalität der Maßnahmen von Partei und Verwaltung bei der Vertreibung tausender Einheimischer insbesondere polnischer Nationalität aus ihren Wohnungen: »Es kann festgestellt werden, dass die Abwicklung der Umquartierungsmassnahmen durch die Partei im allgemeinen glatt vor sich geht. Alle Hindernisse wurden rücksichtslos beseitigt, so dass es trotz mancher Schwierigkeiten gelungen ist, alle Baufirmen, Handwerksbetriebe und Facharbeiter für die Instandsetzung der Quartiere heranzuziehen.«⁵²⁶

Die Zivilverwaltung verfügte personell und organisatorisch über ganz andere Möglichkeiten als RKF und Vomi und spielte diesen Vorteil aus. Diese SS-Dienststellen erhielten keine Gelegenheit zur Mitarbeit und meldeten resigniert nach Berlin, sie sähen keine inhaltlichen Kritikpunkte, mit denen sie die Notwendigkeit ihres Engagements begründen könnten. Der RKF-Ansiedlungsstab reiste ab.⁵²⁷ Auf Himmlers hilflose Appelle, seine Zuständigkeit anzuerkennen, reagierte Koch nicht.⁵²⁸ Nur aus Sicherheitsgründen verlangten Koch und Tresp dann doch den Abtransport der Volksdeutschen in den »Reichsgau Wartheland«, der wenig später organisiert wurde.⁵²⁹ So fand die letzte Ansiedlungsaktion, die das Gebiet der Sowjetunion betrafte, ihr Ende. Dabei machten RKF und Vomi statt allmächtiger Dienststellen den Eindruck schwerfälliger, bürokratischer Apparate.

b) Deutsche in Weißrußland 1941–1944⁵³⁰

Es gab aber noch eine andere Realität. Während der ganzen Besatzungszeit befanden sich hunderttausende Deutsche in Weißrußland. Die meisten waren Soldaten in Versorgungstruppen, Kommandanturen, Lazaretten, Sicherungseinheiten und auf dem Marsch. Zehntausende deutsche Eisenbahner, Bauarbeiter im Dienst der Organisation Todt (OT) und Postbeamte, tausende Verwaltungskräfte, SS-Leute und Polizisten, Wirtschaftsfunktionäre und Angehörige privater oder staatlicher Unternehmen

⁵²⁴ Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD [künftig: KdS] Bialystok III B 4, Umsiedlungen von Deutschen aus der Ukraine in den Bezirk Bialystok, v. 22. 1. 1944 (Abschrift), BA R 49/2546.

⁵²⁵ [RKF] I-1/7 Ostpr.7, Ansiedlung Bia./Zur Besprechung mit Gauleiter Koch, v. 21. 2. 1944, ebd.

⁵²⁶ Bericht KdS Bialystok III B 4 v. 22. 1. 1944, ebd.

⁵²⁷ Er war erst am 13. Januar, als schon mehrere tausend Umsiedler in Bialystok angekommen waren, eingetroffen. Fschr. SSPF Bialystok an Feldkommandostelle Reichsführer-SS v. 13. 1. 1944, BA-MA SF-01/3952, Bl. 9067.

⁵²⁸ RKF zur Besprechung mit Gauleiter Koch v. 21. 2. 1944, BA R 49/2546, und Fschr. Greifelt an Himmler v. 22. 1. 1944, BA-MA SF-01/3952, Bl. 9062.

⁵²⁹ Fschr. »Sonderbeauftragter Reichskommissar Bialystock« v. 22. 2. 1944, BA R 49/2546. Vgl. zu dem gesamten Vorgang, bei dem auch mindestens Ukrainedeutsche in zwei Transporten zwangsweise umgesiedelt, einzelne andere von Sipo und SD als unzuverlässig aussortiert und vermutlich ermordet wurden, umfangreichen weiteren Schriftwechsel ebd. und in BA-MA SF-01/3952.

⁵³⁰ Vgl. auch Gartenschlaeger, S. 128–153, und Materialien bei Lenhard (Hg.).

wohnten und arbeiteten in Weißrußland und fühlten sich zum Großteil wie die neuen Herren im Land.⁵³¹

Die Siedlungsplaner trugen dieser Wirklichkeit zum Teil Rechnung. Wegen des offenkundigen Fehlens der Menschen, die man für eine geschlossene, agrarisch geprägte Siedlung gebraucht hätte, verfielen sie auf zwei Arten von Lösungen. Die eine war die sogenannte Eindeutschung: rassisch angeblich gute Menschen wurden zu Abkömmlingen Deutscher erklärt. In der »rassischen Bewertung« wurde man, um mehr Menschen als Planungsmasse zur Verfügung zu haben, immer nachsichtiger.⁵³² Dies brachte beispielsweise Hitler zum Versuch gegenzusteuern, indem er sich gegenüber Himmler am 5. April 1942 gegen eine Eindeutschung wandte, ohne »sie weltanschaulich zu sichern«.⁵³³ Ein Anhänger der geschlossenen Siedlung wie der SS-Hauptsturmführer Helmut Hans Schubert aus dem RKF-Stabshauptamt sah sich wegen seines schwindenden Einflusses und auf Grund von Anfeindungen sogar genötigt, seine Dienststelle zu verlassen.⁵³⁴ Möglicherweise wurde die »Eindeutschung« nicht nur theoretisch anvisiert, sondern – auch auf weißrussischem Boden – praktisch vorbereitet.⁵³⁵

Die andere Lösungsmöglichkeit für das Problem der fehlenden Siedler waren Modelle, die eine deutsche Oberschicht über der als »führerloses Arbeitsvolk«⁵³⁶ zur Verfügung stehenden einheimischen Bevölkerung vorsahen. In diesem Sinn äußerte sich etwa Heydrich.⁵³⁷ Ähnliche Vorstellungen vertrat der Leiter des Vorkommandos Moskau der Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei und des SD, Professor Franz Six, etwa im Juli 1941. Von »SS-Burgen« aus werde man Rußland regieren. »Die Russen würden reine Arbeitssklaven sein, um die industrielle und agrarmäßige Ausnutzung der eroberten Gebiete optimal durchführen zu können.«⁵³⁸ Am detailliertesten und theoretisch am weitesten durchdacht waren in dieser Hinsicht die Konzepte des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront. Sie enthielten ein Mischkonzept aus geschlossener Siedlung und die wirtschaftliche Inbesitznahme der

⁵³¹ Bei den Meldebehörden waren Wehrmacht-, SS- und Polizei- sowie OT-Angehörige nicht und Eisenbahner nur zum Teil erfasst. Ohne diese gab es im GK Weißruthenien am 1. 3. 1943 9404 Reichsdeutsche (davon 6501 Reichsbahnangehörige), am 1. 4. 1944 5474 Reichsdeutsche (1784 Reichsbahn-, 889 Zivilverwaltungsbeamte, 441 Postbeamte, 1869 Wirtschaftskräfte und 468 private Freiberufler), davon etwa die Hälfte in Minsk: BA R 90/421. In Brest waren im Herbst 1943 1890 Reichsdeutsche registriert, möglicherweise wohnten aber über 3000 dort. Lagebericht GebK Brest für 1. 8.–30. 9. v. 25. 10. 1943, BA F 13751, Bl. 1217; vgl. ebd., S. 1205. Im Bezirk Bialystok waren es zeitweise über 20000 Reichsdeutsche, registriert waren 1943 14592. Vgl. BA OstDok 13/72, Anlage 2, und Statistisches Amt Ostpreußen an RKF v. 9. 2. 1944, BA R 49/938.

⁵³² Vgl. Madajczyk 1989, S. 853.

⁵³³ Zitiert nach Eichholtz 1982, S. 242.

⁵³⁴ Vgl. den Schriftwechsel aus dem ersten Halbjahr 1942, BA F 3342, Bl. 403–429.

⁵³⁵ Der Rassereferent beim HSSPF Rußland-Süd, SS-Hauptsturmführer Weiner, leitete zwischen Juni und September 1942 zeitweise die sogenannte rassische Musterung der 4464 einheimischen Schutzmannschaftsangehörigen im GK Wollhnyen-Podolien (zum Teil weißrussisches Territorium) sowie im GK Kiew. Vgl. den Arbeitsbericht des SS-Führers im Rasse- und Siedlungswesen Rußland-Süd für 1.–15. Oktober v. 25. 10. 1942, BA NS 2/81, Bl. 4.

⁵³⁶ Zitiert nach Krausnick (Hg.), Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, S. 198.

⁵³⁷ Vgl. Heydrichs Rede v. 2. 10. 1941, in: Král (Hg.) 1960, S. 122–133, besonders S. 126.

⁵³⁸ Von Gersdorff, S. 93. Siehe Anm. 2/98 in dieser Darstellung.

wichtigen Rohstoffvorkommen und Agrarregionen. Der Nutzen sollte auch auf längere Sicht über große Ausbeutungsgesellschaften der sogenannten deutschen Volksgemeinschaft zukommen.⁵³⁹ Diese Vorstellungen kamen den realen Verhältnissen und Ansätzen schon näher.

Viele der im Osten eingesetzten Militärs und Zivilisten fühlten sich als Ostpioniere oder Kolonisatoren. In wohl mehr als einer Einheit hielt der Kommandeur am Vorabend des 22. Juni 1941 eine Rede, die die Vision von einem neuen deutschen Osten enthielt.⁵⁴⁰ Auch der Hitlergegner Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg hegte solche Träume, als er durch Weißrußland marschierte.⁵⁴¹ Vom Reichskommissar Lohse, der seine Stellung erblich machen wollte, über den Generalkommissar Kube, der mindestens bis Kriegsende in Minsk »auszuharren« gedachte und im August 1942 seine Frau nachholte, bis zu einer Reihe von Landwirtschaftsführern glaubten viele eine Lebensstellung im besetzten Gebiet gefunden zu haben – und das gilt auch für das als unattraktiv angesehene Weißrußland.⁵⁴² Individuelle Siedlungsabsichten in dieser Region sind allerdings nur äußerst selten nachzuweisen. Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Minsk, Eduard Strauch, träumte sogar davon, nach dem Krieg auf dem Gut beim Vernichtungslager Trostinez zu leben und es mit den übriggebliebenen Juden zu bewirtschaften.⁵⁴³ Im Ostministerium sah man sogar eine unerwünschte Entwicklung in einer Verwurzelung, nämlich die »Gefahr der Weissruthenisierung des Deutschtums«, wie der Leiter der Abteilung Ostland, Kleist, meldete. Aufschlußreich war auch die Reaktion des Hauptabteilungsleiters Verwaltung, Ludwig Runte, auf seinen Bericht: »Urlaub wird immer häufiger in Weissruthenien verbracht. Auf die Dauer kann das nicht geduldet werden.«⁵⁴⁴

Dennoch versuchte man, für ein deutsches Lebensgefühl nicht nur bei den eigenen Beamten zu sorgen. Es gab deutsche Radiosender, die vorwiegend Unterhaltungsmusik spielten,⁵⁴⁵ mit der »Minsker Zeitung« eine »reichswertige« Tageszeitung, die gleichzeitig als »spezifische Ostzeitung neuartigen Gepräges« gedacht war – Auflage

539 Vgl. eine gedruckt vorliegende Denkschrift vom November 1941: Hepp (Hg.), »Die Durchdringung des Ostens in Rohstoff- und Landwirtschaft«; siehe Müller, Siedlungspolitik, S. 101. Das Memorandum stellte gleichzeitig den wohl umfassendsten Siedlungsplan dar, der erhalten ist. Innerhalb von 100 Jahren sollte der gesamte Raum bis zum Ural deutsch besiedelt und die sowjetische Bevölkerung hinter den Ural zurückgedrängt sein, »sofern es [...] überhaupt für zweckmäßig gehalten« werde, ihr das ebenfalls an Rohstoffen reiche Sibirien zu überlassen. Zitiert nach Hepp, S. 134.

540 Z.B. im 29. Panzerregiment, das später auf Minsk marschierte. Vgl. Stahlberg, S. 179.

541 Vgl. seine Tagebucheintragen vom 9. 7. und 28. 8. 1941, in: U. Heinemann, S. 217 und 224.

542 Lohse: Vern. Friedrich Jeckeln v. 2. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, A. 1, Bl. 107, stützt Kleist, S. 164. Zur Einstellung mancher Landwirtschaftsführer s. S. 336f. in dieser Darstellung, zu Kube S. 162.

543 Das gestand Strauch einmal einem ihm untergebenen Stabsoffizier: Vern. H. F. v. 7. 8. 1962, StA München I 113 Ks 1/65 a-b, Bl. 2202. Der Zeuge stand bei der Vernehmung nicht selbst unter Druck und hatte keinen ersichtlichen Grund, dies zu erfinden. – Der zeitweilige SSPF im GK Weißruthenien Schimana bemühte sich 1940–1942 um ein Gut in Oberschlesien. Der Leiter der KdS-Außenstelle in Baranowitschi, Amelung, ein gebürtiger Wolgadeutscher, wollte an unbekanntem Ort »im Osten« siedeln. Vgl. BDC, PA Woldemar Amelung und Walter Schimana.

544 Vermerk über eine Dienstreise Kleists nach Minsk und eine Besprechung mit Rosenberg und der RMO-Spitze v. 2. 9. 1942, BA II.01, Nr. 51, Bl. 101.

545 Dazu Kohl, »Blutarbeit im Osten«. Das Attentat auf Wilhelm Kube 1943 in Minsk, Hörfunkdokumentation; Tölle 1942/43; Schulte 1995, S. 336.

im Juli 1942 50 000, 1944 125 000⁵⁴⁶ –, bei der auch Soldaten der Truppe als Korrespondenten mitwirkten⁵⁴⁷ und in die erheblich investiert wurde,⁵⁴⁸ die Minsker Straßen wurden umbenannt und bekamen deutsche Namen⁵⁴⁹ – sogar die Zeit war deutsch.⁵⁵⁰

Im Grunde bildeten die Deutschen 1941 bis 1944 politisch, wirtschaftlich, vom Lebensstandard und den Rechten her sowie kulturell die Oberschicht im besetzten Weißrußland. Sie versuchten diesen Anspruch auch historisch zu begründen. Bei der Festlegung ihrer Siedlungs- und Expansionsziele wandelten die Nationalsozialisten gern auf den Spuren deutscher Vorfahren. Sie bevorzugten in auffälliger Weise Regionen, in die während der deutschen Ostsiedlung des 12. bis 14. Jahrhunderts und während des 18. und 19. Jahrhunderts Deutsche gezogen waren, damals freilich meist in friedlicher Absicht.⁵⁵¹ Was Weißrußland anging, gab es Siedlungstraditionen kaum, und man mußte sie entsprechend weit herholen. In der »Minsker Zeitung« erschien ein ganzseitiger Artikel über die Verleihung des Magdeburger Stadtrechts an Minsk im Jahr 1499.⁵⁵² Waghalsiger war schon die Behauptung, im 13. Jahrhundert habe es ein deutsches Viertel in Smolensk gegeben. Für Grodno und Wolkowysk wurden Stützpunkte des Ordensstaates im 15. Jahrhundert geltend gemacht.⁵⁵³ Wegen dieser mageren Ergebnisse mußte man in die Vorgeschichte eindringen. Und selbst da verneinten manche Wissenschaftler eine »germanische« Besiedlung während der Völkerwanderung und für die Jungsteinzeit.⁵⁵⁴ Jedoch leisteten sich die Verwaltungen in Riga und Minsk ein Landesamt für Vor- und Frühgeschichte des Ostlandes bzw. ein Bezirksamt für Vor- und Frühgeschichte. Der Leiter des letzteren, Museumskustos Gronau, war gleichzeitig Leiter des Sonderstabs Vorgeschichte bei der Hauptarbeitsgruppe Mitte des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg.⁵⁵⁵ Sogar die Heeresgruppe

⁵⁴⁶ Eschenhagen, Leiter der Pressestelle beim GK Weißruthenien, Bericht über das Pressewesen im Generalbezirk Weissruthenien v. 19. 8. 1944, BA F 13684, Bl. 1532 und 1539. – Zur Auflage 1942: Auszug aus den Ausführungen des Pressechefs Major Cranz v. 25. 7. 1942, BA 11.01, Nr. 51, Bl. 133. Die anderen deutschen Tageszeitungen in den besetzten sowjetischen Gebieten hatten zusammen 244 000 Exemplare Auflage.

⁵⁴⁷ Mitt. Kurt Wagner v. 27. 3. 1992. Siehe auch Harry Th. Schiller, Erinnerungen.

⁵⁴⁸ Allein die Rotationsmaschinen kosteten 14 Millionen Reichsmark. Vgl. Stadtkommissar Minsk, Abschlußbericht über die Räumung der Stadt Minsk v. 27. 7. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1610.

⁵⁴⁹ Z.B. wurde aus der Oktoberstraße die »Panzerstraße«, aus der Karl-Liebkecht-Straße die »Deutsche Straße« und aus der »Gottlosenstraße« (gemeint war Atheistenstraße) die »Daimlerstraße«. Wehrmacht-kommandantur Minsk, Kommandantur-Befehl Nr. 12 v. 4. 11. 1941, Anlage 2, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 5/5R. – Die einheimische Stadtverwaltung nahm ihrerseits politische Umbenennungen vor, »sodass sich keiner mehr zurecht findet.« Stimmungsbericht aus Weißruthenien (undatiert, anonym [1942]), BDC O. 307, Bl. 400.

⁵⁵⁰ Im Sommer 1941 wurde die deutsche Sommerzeit bzw. später die deutsche Normalzeit eingeführt und galt anscheinend bis 1944. Vgl. etwa Bekanntmachung für das besetzte Gebiet v. 30. 7. 1941, Museum des Großen Vaterländischen Krieges Minsk, Archiv [im folgenden: MGVK] 14232-D 9004.

⁵⁵¹ Die Forschung zur deutschen Ostsiedlung erlebte in den zwanziger bis vierziger Jahren einen großen Aufschwung. Den Forschungsstand markiert Higounet 1986. Aufschlußreich für die Verbindung von Wissenschaft und Legitimation Aubin/Brunner 1943 (2 Bände); vgl. allgemein Burleigh 1988.

⁵⁵² Minsker Zeitung v. 30. 5. 1942, Artikel Dr. Heinrich Kurtz. Die Verleihung des Stadtrechts sagte in Wirklichkeit nichts über seine Träger aus, die keine Deutschen waren.

⁵⁵³ Minsker Zeitung v. 2. 4. 1943 und Deutsche Zeitung im Ostland v. 2. 12. 1942.

⁵⁵⁴ Prof. Dr. Peter Paulsen, Germanen im Osten, in: Deutsche Zeitung im Ostland v. 13. 9. 1942.

⁵⁵⁵ Siehe die Begründung eines Beauftragten für Vor- und Frühgeschichte im Generalbezirk Weissruthenien, gez. Kube v. 19. 9. 1942, ZStA Minsk 370-1-756, Bl. 30f. Vgl. BA F 13666, Bl. 9056. Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) beschäftigte sich mit der Erforschung des Kommunismus, Marxismus und

Mitte unterhielt einen eigenen »Sammeloffizier«, der Ausgrabungen initiierte.⁵⁵⁶ Generalkommissar Wilhelm Kube persönlich nahm den Spaten in die Hand und grub, wie er es schon als Gauleiter der Kurmark getan hatte, Hügelgräber aus.⁵⁵⁷ Als Archäologen dienten Kube deutsche Juden.⁵⁵⁸ Der Leiter des Rigaer Landesamtes, Prof. Dr. Carl Engel, diagnostizierte schließlich nicht weniger als neun »nordische Wellen« zur Besiedlung des russischen Raumes (»unsere ewig blutende deutsche Ostgrenze«) seit dem dritten Jahrtausend v. u. Z.⁵⁵⁹

Noch von einer anderen Seite her kamen ernsthafte Besiedlungspläne für Weißrußland nicht in Betracht: Es gab kaum Volksdeutsche dort, insgesamt etwa 10 000. Soweit Besiedlungsprojekte in den besetzten sowjetischen Gebieten überhaupt durchgeführt wurden – in Litauen und einigen Gegenden der Ukraine und Krim –, standen ja einzig Volksdeutsche zur Verfügung. Die größte deutsche Kolonie, gut 8000 Volksdeutsche aus dem Raum Bialystok, waren schon 1940 ins Reich geholt worden. Sie wurden später zum Großteil im Regierungsbezirk Zichenau angesiedelt.⁵⁶⁰ Im Bezirk Bialystok wurden daher 1943 nur 1364 Volksdeutsche gezählt. Viele wohnten bei Wolkowysk.⁵⁶¹ In den Gebieten Brest und Pinsk im GK Wolhynien-Podolien lebten einige hundert Volksdeutsche, im GK Shitomir lagen die vorhandenen Wohngebiete bis auf geringfügige Ausnahmen südlich des weißrussischen Territoriums,⁵⁶² das rückwärtige Heeresgebiet Mitte zählte gut 2000 und das GK Weißruthenien ungefähr 5000 ansässige Sowjetdeutsche.⁵⁶³

Bei derart kleinen »Volkstumssplittern« erschien der Vomi der organisatorische Aufwand für die Entsendung von Betreuungskommandos nach Weißrußland offenbar zu groß.⁵⁶⁴ Die Betreuung übernahmen daher die Gebietskommissare der Zivil-

während des Krieges gegen die Sowjetunion mit Nachrichtenbeschaffung und dem Raub von Kulturgütern. Zu seinen Aktionen in Weißrußland Chiari 1998, S. 80–95.

556 Sammel-Offizier Heeresgruppe Mitte (Major Dr. Bauer), Übergabebestätigung v. 18. 8. 1943 nebst Inventarliste für einen an den ERR übergebenen Karton mit Schmuck und Skeletteilen, BA F 566, Bl. 8948f.

557 Vgl. Minsker Zeitung v. 16. und 19. 9. 1942 sowie Gartenschlaeger, S. 140. Besonders hatte es Kube die Periode der sogenannten Schnurkeramiker angetan, vgl. Heysing, S. 12.

558 Vern. W. W.-B. v. 30. 1. 1980, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bl. 1696.

559 Die nordische Gestaltung des Ostraumes. Bund Deutscher Osten, Gauverband Württ./Hohenz, Rundbrief Folge Nr. 5/42 v. 1. II. 1942, BA F 14249. Darin wurde auf eine germanische und warägische Besiedlung Weißrußlands vor 4000 bzw. 1000 Jahren Bezug genommen.

560 Vgl. Schechtman, S. 149f., und Meldung des SS-Ansiedlungsstabs Soldau v. 31. 5. 1943, BA R 49/306, sowie Kleiner Umsiedlungsspiegel des RKF, Juli 1942, BA R 49/87.

561 Statistisches Amt Ostpreußen an RKF v. 9. 2. 1944, BA R 49/938.

562 Gendarmerie-Gebietsführer an Gendarmerie-Hauptmannschaft Brest v. 3. 2. 1944, BA F 13751, Bl. 1274. Vgl. Lageberichte der 203. Sich.Div. 1941/42 bezüglich Flüchtlingen aus dem GK Shitomir, BA-MA RH 26-203/3.

563 EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 15. 11.–15. 12. 1942, ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 35. Die Aufstellung über die Zahl der Reichs- und Volksdeutschen (Stand 1. 3. 1943) fürs GK Weißruthenien verzeichnete 4757 Volksdeutsche, davon 2446 in der Stadt Minsk und 1627 in Minsk-Land (BA R 153/1670). Wegen eines Schreibfehlers in der Ereignismeldung [EM] Nr. 176 des Chefs der Sipo und des SD v. 9. 3. 1942 (BA-MA SF-01/28936, Bl. 953), wo statt 1500 15 000 Volksdeutsche für Minsk-Land angegeben werden, nennen Fleischhauer, S. 202, und Wilhelm 1981, S. 415, diese zu hohe Zahl. Vgl. demgegenüber Minsker Zeitung v. 12. 5. 1942.

564 Die Vomi war nach einem Himmler-Erlaß vom 11. 7. 1941 eigentlich hierfür zuständig. Der Reichsführer-SS, Betr.: Erfassung der deutschen Volkszugehörigen in den Gebieten der europäischen UdSSR v. 11. 7. 1941 an Heydrich und Lorenz, NO-4274. Vgl. Fleischhauer, S. 102ff.

verwaltung, im Osten des Landes die Militärverwaltungsbehörden in Verbindung mit der Einsatzgruppe B. Die Gebietskommissare verwendeten, obwohl sie kaum weibliche Angestellte hatten, oft Frauen als Deutschumsreferentinnen, so in den Gebieten Pinsk, Slonim und für Einzelaufgaben auch in Minsk-Land.⁵⁶⁵ RKF und Vomi waren in Weißrußland offenbar überhaupt nicht tätig.⁵⁶⁶ Es mangelte sowohl im Militär- als auch Zivilverwaltungs Bereich schon an Richtlinien für die Anerkennung des Status als Volksdeutsche. Eine Registrierung wurde nur vorläufig ausgesprochen.⁵⁶⁷ Die Betroffenen wurden vor allem durch Beschaffung besserer Wohnungen, zusätzlicher Lebensmittel und neuer Arbeitsplätze, Einrichtung deutscher Schulen und Kulturveranstaltungen unterstützt.⁵⁶⁸

Auch die Richtlinien dafür, ob die Sowjetdeutschen überhaupt gegenüber der übrigen einheimischen Bevölkerung zu bevorzugen seien, waren zunächst widersprüchlich. Im Bezirk Bialystok und im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wurde das anfangs verneint. Dies änderte sich allerdings später.⁵⁶⁹ Erst im April 1942 scheinen die auch bei der Einsatzgruppe B lang erwarteten Anweisungen des Ostministeriums eingetroffen zu sein, in denen es allerdings auch hieß: »Belastete Elemente sind auszuscheiden.«⁵⁷⁰ Man war mit den Sowjetdeutschen oft unzufrieden, weil sie meist kaum Deutsch konnten, als Führungskräfte ungeeignet erschienen, »fast völlig verproletarisiert und ohne fachliche Fähigkeiten« seien (Minsk), angeblich nur Ansprüche stellten und nicht richtig arbeiteten (rückwärtiges Heeresgebiet) und ihre Kinder schlechte schulische Leistungen erbrachten (Brest).⁵⁷¹ Allerdings bemühten sich die-

565 Vern. H. K. v. 20. 4. 1961, ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 554–556; Vern. E. T. v. 15. 10. 1964, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 5100–5105. Vgl. Vern. H. N. v. 10. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2287.

566 Nach einem Organisationsplan des RKF gab es RKF-Dienststellen zwar in Kiew, Riga, Kaunas und den litauischen Gebietstädten, aber nicht in Minsk oder im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte (Nbg. Dok. NO-4060). – Das Volksdeutschen-Referat der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) in Minsk soll nach Gartenschlaeger, S. 64, dem RKF unterstanden haben. Auch in der Landwirtschaftsverwaltung des GK Weißruthenien taucht ein Unterreferat 2 b 2/210 »Reichskom.f.d.f.d.t.Volkstums. (Landbesch.[affung?]-Grundbesitzverteilung)« auf: Organisations- und Aktenplan der H.Abt. E.u.L. (undatiert), ZStA Minsk 370–1–2667, Bl. 39–57. Unklar ist, ob es besetzt war; in Erscheinung trat es nicht.

567 Vgl. GK Weißruthenien IIa an die GebK v. 23. 9. 1942 und EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 15. 11.–15. 12. 1942, ZStA Minsk 391–1–39, Bl. 6, und 655–1–3, Bl. 35f. In Minsk war eine nicht der Vomi unterstehende »Volksdeutsche Betreuungsstelle« eingerichtet, vgl. Aufnahmeantrag Marie Adamowitsch v. 29. 4. 1942, ZStA Minsk 391–1–97, Bl. 2.

568 Vgl. z. B. Deutsche Zeitung im Ostland v. 17. 4. 1942, Minsker Zeitung v. 15. 4. und 1. 5. 1942; EM 176 v. 4. 3. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 953.

569 Im Bezirk Bialystok hieß es noch 1944, die dortigen Volksdeutschen hätten sich der Umsiedlung 1940 entzogen und »dürften in ihrem Deutschum nicht ganz zuverlässig sein«. Statistisches Amt Ostpreußen an RKF v. 9. 2. 1944, BA R 49/938. Vgl. den Lage- und Tätigkeitsbericht des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet [im folgenden: Berück] Mitte (Abt. VII) v. 10. 4. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1092, und vor allem seine Verwaltungsanordnungen Nr. 2 v. 13. 7. 1941 (»in hoechsten Grade unzuverlaessig«), ZStA Minsk 409–1–1, Bl. 71.

570 RMO I/1/230/42, gez. Bräutigam, v. 13. 4. 1942 an die RK, GK und GebK, nachrichtlich auch an den Generalquartiermeister [im folgenden: GenQu] und den Verbindungsoffizier zum Berück Mitte, BA F 727, Bl. 298–301, Zitat Bl. 299. Vgl. EM 133 v. 4. 11. 1941 und EM 194 v. 17. 4. 1942, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3174, und /28936, Bl. 291.

571 EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 15. 11.–15. 12. 1942, ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 37–39; EM 23 v. 15. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 151 (Zitat); Bericht Major Müller (Verbindungsoffizier RMO-Berück Mitte) Nr. 19 v. v. 4. 9. 1942, BA F 13751, Bl. 531; [GebK Brest] P I, Beitrag zum Monatsbericht Mai/Juni 1943, ebd., Bl. 1159.

jenigen Stellen, die Volksdeutsche beschäftigten – Verwendung fanden sie vor allem als Vorarbeiter und Dolmetscher⁵⁷² –, sie bei ihrem Abtransport in den Warthegau 1943 zurückbehalten zu können, zum Teil erfolgreich. Für das Funktionieren der deutschen Besatzungsverwaltung spielten sie wegen des Sprachproblems eine wichtige Rolle. Mancherorts wurden sie auch als Bürgermeister und in anderen Positionen verwendet.⁵⁷³

Im Jahr 1942 siedelten die Gebietskommissare wegen der erstarkten Partisanenbewegung die Sowjetdeutschen teilweise geschlossen an, entweder in Städten (in Minsk, Pinsk und in Städten im rückwärtigen Heeresgebiet) oder in gut zu sichern- den ländlichen Orten (Domatschewo bei Brest, Smolewitschi und Ostroschizki-Gorodok bei Minsk). Dies war verbunden mit Verbrechen an der Zivilbevölkerung. In Domatschewo wurden 55 Kinder aus einem weißrussischen Waisenhaus erschossen, um einen volksdeutschen Kindergarten einzurichten, und in Ostroschizki-Gorodok zogen die Volksdeutschen in die leerstehenden Häuser der toten Juden ein. Dort bildeten sie außerdem eine bewaffnete Bürgerwehr und terrorisierten die Weißrussen in den Dörfern der Umgebung.⁵⁷⁴

Generalkommissar Kube bemühte sich lange um die Aussiedlung der Volksdeutschen und untersagte den Gebietskommissaren zeitweise, sie geschlossen anzusiedeln.⁵⁷⁵ Die Vomi hatte ihrerseits 1942 versucht, die Volksdeutschen aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte zu evakuieren, was ihr vom Befehlshaber General von Schenkendorff nach anfänglicher Erlaubnis verboten wurde.⁵⁷⁶ Himmler gab schließlich nach Vortrag Meyers vom RKF am 28. Dezember 1942 den Befehl zum Abtransport eines Teils der Weißrußlanddeutschen in die Region Zamosc und erhöhte auf Kubes Bitte die Zahl der Umzusiedelnden noch.⁵⁷⁷ Ein Vomi-Kommando

572 Eine Berufszählung bei 273 (vermutlich männlichen) Volksdeutschen in Minsk ergab 1942 60 % Dolmetscher. Von den Befragten waren früher dagegen 74 Landarbeiter und Bauern, 69 ungelernete Arbeiter, 50 Büroangestellte, 37 Handwerker, 26 Facharbeiter gewesen. *Minsker Zeitung* v. 12. 5. 1942.

573 In Polozk und Hansewitschi gab es zeitweise volksdeutsche Bürgermeister. Siehe Anm. 3/580 in dieser Darstellung und Vern. K. R. v. 5. 12. 1961, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 1191; vgl. Chiari 1998, S. 67. Im SS-Sonderbataillon Dirlwanger gab es einen weißrußlanddeutschen Kompanieführer August Bartschke, der zuvor eine Ordnungsdiensteinheit leitete. Einen volksdeutschen Bataillonsführer einer Sondereinheit (Bischler) erwähnt 9. Armee, Qu.2, Vortragsnotizen über die Treckbewegung v. 4. 10. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 191.

574 Zu Domatschewo vgl. Monatsbericht Oktober des GebK in Brest, Abt. II, v. 13. 11. 1942, BA F 13751, Bl. 989f., und weitere Monatsberichte ebd. sowie S. 1075 in dieser Darstellung. Zu Pinsk Vern. H. K. v. 20. 4. 1961, ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 555f. Zu Ostroschizki-Gorodok: GebK Minsk-Land an GK Weißruthenien, Betr.: Umsiedlung der Volksdeutschen v. 25. 11. 1942, gez. Kaiser, ZStA Minsk 393-4-12, Bl. 103, und undatierte Erinnerungen von Ljubow Markowna Swirschinskaja, MGVK Minsk 20-10a-15-23575. Zum GK Wolhynien-Podolien dessen Zweimonatsbericht v. 1. 11. 1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 11.

575 Der GK in Minsk, Abt. IIa, v. 23. 9. 1942 an die GebK, ZStA Minsk 391-1-39, Bl. 6.

576 Vgl. dessen Verwaltungsanordnungen Nr. 21 v. 20. 5. 1942, ZStA Minsk 570-1-1, Bl. 95, sowie Fschr. SS-Brigadeführer Behrends, Vomi Berlin, an den Chef der EGr B, Naumann, v. 6. 7. 1942 und Brückner, Vomi Berlin, an Hoffmeyer [v. 20. 7. 1942], Abschriften, Nbg. Dok. NO-5095 und 5094, BA F 47675, Bl. 192-194.

577 RKF, Dr. Stier, an Persönlichen Stab Reichsführer-SS (Brandt) v. 17. 3. 1943, Kube an Himmler v. 13. 2. 1943 und Brandt an Kube v. 4. 3. 1943, BA F 3601, Bl. 344, 394f. und 345; RKF, I-1 v. 11. 5. 1943, BA R 49/2615. – Noch am 8. 9. und 11. 12. 1942 hatte Kube, vorher entgegengesetzter Ansicht, allerdings das RK in Riga überzeugt, die Volksdeutschen könnten bei geschlossener Ansiedlung bleiben. Am 27. und

in Smolensk führte im Frühjahr 1943 den Abtransport von gut 10000 Sowjetdeutschen in 21 Eisenbahnzügen aus dem GK Weißruthenien und dem rückwärtigen Heeresgebiet in den Warthegau durch.⁵⁷⁸ Die relativ hohe Zahl deutet darauf hin, daß darunter auch wolgadeutsche Flüchtlinge waren, die Himmler anfangs allein aussiedeln wollte.⁵⁷⁹ Im Warthegau blieben die Weißrußlanddeutschen monatelang in Lagern. Kube protestierte bei Himmler noch zwei Tage vor seinem Tod dagegen.⁵⁸⁰ Bei einzelnen Transporten handelte es sich fast nur um Frauen und Kinder.⁵⁸¹ Ein Teil der Volksdeutschen wurde uk-gestellt, ein anderer Teil entzog sich der Umsiedlung, um angesichts der anrückenden Roten Armee in der Sowjetunion zu bleiben.⁵⁸²

Projekte zur Besiedlung mit Deutschen – soweit überhaupt vorhanden – und das Volksdeutschenproblem blieben ohne großen Einfluß auf die Besatzungspolitik in Weißrußland. Der Bezirk Bialystok bildete nur in begrenztem Maß eine Ausnahme. Die Besatzungsbehörden waren mit Siedlungsangelegenheiten kaum befaßt. Für die weitere Untersuchung ergibt sich daraus, daß dieser Punkt als Erklärung für die deutschen politischen Maßnahmen, vor allem für die Verbrechen, ausscheidet und andere Triebkräfte entscheidend waren. Statt als Siedlungsland sollte Weißrußland als eine Art Kolonialgebiet dienen, in dem auf unabsehbare Zeit eine dünne deutsche Oberschicht und Verwaltung die Interessen des Reiches durchsetzen sollte – ein erheblicher Unterschied.

29. I. 1943 waren daraufhin von zwei Abteilungen des RMO sich widersprechende Erlasse herausgekommen. Entscheidend war ein RKF-Erlaß v. 19. Januar. Vgl. RKO, Abteilung I Politik v. 23. 4. 1943, gez. Trampedach, BA R 90/355.

578 Berück Mitte, Abt. VII v. 10. 4. 1943, ZStA Minsk 570-1-1, Bl. 7 f.; eidesstattl. Erkl. Eilers, Wallrabe (12. und 18. II. 1947) und Godzik (13. II. 1947), Fall 8, Verteidigungsbuch für den Angeklagten Heinz Brückner, BA F 47679 (Wallrabe und Godzik waren Leiter des Kommandos); Fschr. Kube an Lohse v. 31. 3. 1943, ZStA Minsk 370-1-381, Bl. 15. Vgl. Fleischhauer, S. 201-204, und Koehl 1957, S. 171.

579 RMO III E 2b2 (Donner) an RKF (Meyer) v. 22. 12. 1942 und dessen Antwort v. 5. I. 1943, BA R 49/2615. Die Zahl der abtransportierten übertraf die Zahl der gemeldeten Volksdeutschen um rund 3000. Himmler hatte zunächst die Konzeption des GebK Minsk-Land zur Umsiedlung der Weißrußlanddeutschen in einige bestimmte Orte gebilligt.

580 Am 20. 9. 1943; vgl. Wasser, S. 195.

581 Nach dem KTB WiStab Ost v. 13. 4. 1943 umfaßte ein Transport von 578 Personen aus Smolensk nur 11 arbeitsfähige Männer, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1312.

582 Der Kommandant von Smolensk, Abt. VII (Mil.Verw.), Lagebericht August v. 19. 8. 1943, BA-MA RH 23/155.

3. Aufbau und Funktion der Besatzungsverwaltung

3.1 Die Kampfhandlungen in Weißrußland¹

Die größten Erfolge des Jahres 1941 erzielte die deutsche Wehrmacht in Weißrußland. Sie erreichte allerdings auch hier ihre militärischen Hauptziele nicht. Die Invasion war lange vorbereitet. So studierte die Abwehrabteilung der Panzergruppe 3 seit Januar 1941 allein 80 laufende Meter Akten aus dem 1. Weltkrieg über das Vorstoßgebiet. Die konkreten Vorbereitungen bei der Heeresgruppe Mitte und im OKH liefen seit Dezember 1940.²

Taktik der Deutschen war es, mit Hilfe konzentrierter motorisierter Verbände Durchbrüche zu erzielen, in mehreren Keilen vorzustoßen, die sowjetischen Verbände einzukesseln und zu vernichten. Drei Marschsäulen sollten Leningrad, Moskau und die Ukraine erobern, die mittlere von einer Zwischenbasis im Raum Smolensk aus. Die Heeresgruppe Mitte sollte den Hauptstoß führen und war mit den stärksten Land- und Luftstreitkräften ausgestattet. Sie galt als einzige als den ihr gegenüberstehenden sowjetischen Gruppierungen überlegen.³ Jedoch verfügte das Ostheer insgesamt nur über 19 Panzer- und 14 motorisierte Divisionen (von 145 Divisionen insgesamt)⁴ und traf auf eine zahlen- und materialmäßig überlegene Rote Armee, gegen die nur in Führung, Taktik, Kampferfahrung und teilweise bei der Qualität des Kriegsmaterials Vorteile bestanden. Auf Grund dieser Kräfteverteilung wurden die drei entscheidenden militärischen Ziele – Vernichtung der sowjetischen Hauptkräfte westlich des Dnjepr, Eroberung der politischen Zentren und Zusammenbruch des Sowjetsystems – verfehlt.

Weißrußland allerdings wurde 1941 innerhalb von rund zwei Monaten bis Ende August vollständig erobert. Dies zerfiel in drei Hauptaktionen:

Erstens die Schlacht bei Minsk und Białystok vom 22. bis etwa 30. Juni mit anschließendem Niederkämpfen der eingekesselten Verbände und Vorrücken bis an Dwina und Dnjepr (Einnahme von ganz Westweißrußland),

¹ Das folgende Unterkapitel dient zum Verständnis der von den Deutschen geschaffenen Strukturen und der Besatzungspolitik im allgemeinen. Wiederum kann es nur um einen allgemeinen Überblick gehen. Zu weiteren Gesichtspunkten vgl. Kap. 5.1 (deutscher Bombenkrieg, sowjetische Evakuierungsaktion), Kap. 8.1 (völkerrechtswidrige deutsche Kriegführung) und Kap. 9.2 (Partisanenbewegung).

² Ende Dezember 1940 hatte die Heeresgruppe [H.Gr.] B, die spätere H.Gr. Mitte, bereits einen Plan für die Versammlung der Streitkräfte ausgearbeitet; am 15. 2. 1941 kam die Aufmarschanweisung. Im OKH liefen die Planungen schon seit Anfang Dezember 1940, d.h. bereits vor Hitlers Weisung zum Angriff auf die UdSSR v. 18. 12. 1940. Vgl. Hans Meier-Welcker, Aufzeichnungen eines Generalstabsoffiziers 1939–1942, Freiburg 1982, S. 97; KTB Halder, Bd. II, S. 202 ff.; Panzergruppe 3, Abt. Ic, Tätigkeitsbericht Januar–Juli 1941 (Abschrift), BA F 53922, ADB 134, Bl. 113–115.

³ Vgl. allgemein Ernst Klink/Horst Boog: Die militärische Konzeption des Krieges gegen die Sowjetunion. In: Boog u. a., S. 246–395 (zur Luftwaffe S. 359). Die H.Gr. Nord wurde als den gegenüberstehenden Verbänden der Roten Armee gleichstark, die H.Gr. Süd als unterlegen eingeschätzt, vgl. N II L IV/Qu, Besprechung bei Chef L[andesverteidigung] am 30. 4. v. 1. 5. 1941, BA-MA RW 4/v. 674.

⁴ Vgl. Bartov 1985, S. 40.

zweitens den Übergang über den Dnjepr und die Schlacht um Smolensk vom 10. bis 24. Juli (Fall Ostweißrußlands); anschließend ging die Heeresgruppe Mitte zur Verteidigung über, und drittens die Eroberung des weißrussischen Südostens (Schlacht um Gomel und Tschernigow) zwischen dem 10. und 25. August 1941.

Zum Zeitpunkt des Überfalls traf die Heeresgruppe Mitte – gespickt mit drei Generalfeldmarschällen⁵ – auf überraschte, von Führungsschwäche gezeichnete Grenztruppen und Einheiten der Roten Armee. Ein großer Teil der sowjetischen Flugzeuge war ungetarnt und wurde auf den Flugplätzen vernichtet.⁶ Mit schnellen Vorstößen gelang den Panzergruppen 2 und 3 die Einnahme von Brest (22. Juni), Grodno (23.), Wilna (24.), Baranowitschi (25.), Białystok (27.), Minsk (28.), Bobruisk, Rogatschew und Borissow (29. und 30. Juni). Am 28. Juni vereinigten sie sich östlich von Minsk.⁷ Die weißrussische Regierung und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Weißrußlands wichen in der Nacht zum 26. Juni nach Mogilew, später nach Gomel aus.⁸ Jedoch erwiesen sich das Abschließen des Kessels und die Vernichtung der eingeschlossenen Truppenverbände für die Heeresgruppe Mitte als über Erwarten aufreibend und langwierig. Bis zum 10. Juli wurden etwa 323 000 Rotarmisten gefangengenommen, eine unbekannte, vermutlich noch größere Zahl getötet, ein anderer Teil versprengt. Es gelang daneben lediglich, den Raum bis zum Dnjepr und zur Dwina in die Hand zu bekommen. Der für den 3. Juli befohlene Angriff über diese Linie hinaus schlug fehl.⁹

Das lag vor allem am vom ersten Tag an heftigen Widerstand der sowjetischen Truppen.¹⁰ Auf sowjetischer Seite gab es zwei Entwicklungen. Zum einen traten viele Fälle von Panik, Desertionen, leichter Gefangengebe und Demoralisierung auf.¹¹

-
- 5 Oberbefehlshaber war Generalfeldmarschall Fedor v. Bock, Chef des Generalstabs Generalmajor Hans v. Greiffenberg (bis Januar 1941 Chef der Operationsabteilung bei Halder). Die H.Gr. bestand aus der 4. Armee (GFM Günther v. Kluge) mit anfänglich unterstellter Panzergruppe 2 (Generaloberst Heinz Guderian), der 9. Armee (GenOb Adolf v. Strauß) mit der Panzergruppe 3 (GenOb Hermann Hoth), der 2. Armee (zunächst als Reserve, GenOb Maximilian Freiherr v. Weichs). Zugeordnet war ihr die Luftflotte 2 (GFM Albert Kesselring). Vgl. Reinhardt, S. 313.
- 6 Siehe Kesselring, S. 119 f.
- 7 Vgl. Klink, Operationsführung, S. 542–544; Boog, Luftwaffe, S. 736–740; Schüler, S. 342–345. Weiter Simonow, 1979, S. 31 und 57 f.; Anlagen zum KTB der 221. Sich.Div., BA-MA RH 26–221/12b. Allgemein siehe auch: Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 2. – Siehe Abb. 2, S. 132.
- 8 Kalinin, S. 16 und 44. Zur Sitzung des weißrussischen ZK am 22. 6. 1941 Bericht P. A. Lidow, in: Lenhard, S. 71.
- 9 Vgl. Klink, Operationsführung, S. 544–546; EM 14 v. 6. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1461.
- 10 Vgl. z. B. Tagebuch von Bock v. 23. 6. 1941, BA F 57128, Bl. 295; KTB Halder, Bd. III, S. 42 und 65 (4. 7. und 11. 7. 1941).
- 11 Zur Panik und Führungsschwäche vgl. zahlreiche Beispiele beim damaligen Frontkorrespondenten Simonow, dem die Dokumente des Militärarchivs in Podolsk zur Überprüfung zur Verfügung standen. Z. B. gehörten auch die berühmten Verteidiger der Brestter Festung mehreren unterschiedlichen Einheiten ohne Führung an, die im Urlaub war (vgl. Simonow, S. 12, 58; mündl. Mitt. Frau Kudraschowa, Museum Brestter Festung, v. 10. 10. 1993). Nach einem Bericht der bei Mogilew eingesetzten sowjetischen 20. Armee an den Leiter der Politischen Hauptabteilung der Roten Armee, Mechlis, desertierten bei der 229. Inf.Div. 8000 von 12 000 Soldaten, das 13. mot. Rgt. der 13. Pz.Div. offenbar komplett, bei der 233. Inf.Div. viele Soldaten. BA-MA RH 20–2/1091. – Die 4. Armee sah sich dagegen zu einem Sonderbefehl genötigt, da sich kaum noch sowjetische Soldaten – das Schicksal vor Augen, danach von den Deutschen erschossen zu werden, – ergeben wollten. AOK 4, Ia, Armeebefehl Barbarossa 4 v. 1. 7. 1941 (NOKW-2104), BA F 44493, Bl. 366–370. Vgl. unten S. 775 f.

Das ist angesichts schlechter Vorbereitung, fehlender Kampfbereitschaft, Führungsschwäche,¹² ja Kopflosigkeit, dann der schnellen militärischen Erfolge der Deutschen und auch der politischen Polarisierung der sowjetischen Gesellschaft leicht zu erklären. Noch am 27. Juni war die Westfront der Roten Armee ohne Verbindung zu vielen Truppenteilen.¹³ Auf der anderen Seite gab es viele sowjetische Einheiten mit intakter Moral, wie die Kämpfe der eingeschlossenen Truppen zeigten.¹⁴ Das sowjetische Hauptquartier gab am 27. Juni den Befehl, die Dnjepr-Dwina-Verteidigungslinie aufzubauen. Rasch aufgestellte Volks-Landwehreinheiten unterstützten die Rote Armee vor allem bei der Verteidigung von Gomel und Mogilew. Besonders eindrucksvoll ist das Beispiel Mogilew: Der Kampf um die unter strenges militärisches Regime gestellte, zur Hälfte evakuierte Stadt (10.–24. Juli), die nach dem Befehl Stalins vom 16. Juli¹⁵ bis zum letzten zu halten war, forderte zahlreiche deutsche Opfer, brachte aber Entlastung und Zeitgewinn. Dort kämpften Teile der 13. sowjetischen Armee. An anderen Frontabschnitten kam es Anfang Juli vereinzelt zu erfolgreichen Gegenangriffen.¹⁶

Am 10. Juli gelang es jedoch der Wehrmacht, nördlich und südlich Mogilew tiefe Durchbrüche zu erzielen, und auch im Raum Witebsk knickte die sowjetische Verteidigung ein. Nach Witebsk (9.) fielen im Norden Welisch (13.) und Polozk (15. Juli), weiter südlich Gorki am 12., Kritschew, Smolensk und Jarzewo am 16., Tschassy am 19. und Mogilew am 24. Juli. Östlich von Witebsk und Smolensk entbrannten schwere Kämpfe. Erbitterte Abwehrkämpfe hatten auch die deutschen Einheiten bei Bobruisk zu überstehen. Obwohl aus den Einschließungen bei Smolensk und Roslawl wegen einer Lücke im Osten noch zahlreiche Truppen abziehen konnten, machte die Heeresgruppe Mitte weitere 348 000 Gefangene.¹⁷ Die Front stabilisierte sich auf der Linie Jarzewo-Roslawl-Kritschew-Shlobin. Am 30. Juli ging die Heeresgruppe Mitte

12 Diese betraf die mittlere und die oberste Führung und beruhte v.a. auf der von Stalin und anderen vertretenen Auffassung, mit dem ihnen bekannten Aufmarsch an der Grenze solle politischer Druck ausgeübt und im Fall des Eingehens auf Provokationen der Vorwand für einen Krieg geliefert werden. Man wollte den Krieg hinauszögern. So waren am 22. Juni den sowjetischen Einheiten eigene Kampfhandlungen zunächst untersagt. Für den Fall eines tatsächlichen Angriffs beabsichtigte man, die Deutschen schnell zurückzuwerfen. Vgl. Shukow, S. 244–281, Hoffmann, Kriegführung, S. 848f.

13 Shukow, S. 292 und 297–306. Am 1. 7. wurde die Spitze der Westfront abgelöst und später vor ein Militärgericht gestellt. Neuer Chef der Westfront wurde der Volkskommissar für Verteidigung, Marschall Timoschenko. Am 28. 6. 1941 kamen die Marschälle Woroschilow und Schaposchnikow nach Mogilew (Simonow, S. 37).

14 Eine neuere Darstellung der Anfangswochen des Krieges aus sowjetischer Sicht gibt Charkow 1993.

15 Vgl. Simonow, Bd. 1, S. 97, 117, 126; Shukow, S. 320. Zu der Verteidigungslinie Shukow, S. 292f. Zur Volks-Landwehr vgl. Wilenchik, S. 154; Kalinin, S. 27f. (danach bildete sie sich vor dem offiziellen Aufstellungsbeschluss); Tagebuch v. Bock v. 19. 8. 1941, Bl. 412. Zu Mogilew siehe auch ebd., Bl. 355 (24. 7.: »Die Russen sind unglaublich zäh!«); KTB 23. Inf.Div., BA-MA (BArchP)F 55447, Bl. 340ff.; Bericht Nr. 6 des VO des Auswärtigen Amtes bei der 2. Armee v. 24. 7. 1941, BA-MA RH 20-2/1091. Nach dem Fall der Stadt soll es schwere Übergriffe der deutschen Truppen gegen die Bevölkerung gegeben haben. Vgl. unten S. 538.

16 Vgl. Wilenchik, S. 161; Hoffmann, Kriegführung, S. 878f.; Klink, Operationsführung, S. 544f.; Besymenski, S. 53.

17 Vgl. Klink, Operationsführung, S. 546–549; Shukow, S. 319–323; Tagebuch v. Bock, BA F 57128, Bl. 334; Simonow, S. 105, 109, 115–117, 147, 151f., 169.

zur Verteidigung über. Das war eine zwingende versorgungstechnische Notwendigkeit.¹⁸ Am 4. August besuchte Hitler die Heeresgruppe.¹⁹

Juli und August waren zunächst durch heftige sowjetische Gegenangriffe beim strategisch wichtigen Jelnja, bei Smolensk und Rogatschew gekennzeichnet.²⁰ Anschließend gingen die Deutschen am Südflügel der Heeresgruppe Mitte mit der 2. Armee und der Panzergruppe 2 zur Lösung des »Pripjetproblems« vor. In den Wald- und Sumpfgebieten am Pripjet waren nach damaliger deutscher Auffassung keine motorisierten Operationen möglich, weshalb man sie beim Angriff aussparte. Strategisch gesehen, war die deutsche Front damit in zwei Kriegsschauplätze zerteilt. Die Flanken der Heeresgruppen Mitte und besonders Süd schienen bedroht, wodurch der Vormarsch der 6. Armee (Heeresgruppe Süd) erheblich verzögert wurde. Die Eroberung des Polesje war eine strategische Voraussetzung für den Angriff auf Moskau.²¹ Erst Mitte August 1941 löste sich die Wehrmacht aus dieser Klemme durch eine Operation gegen Gomel (das am 21. August fiel), Tschernigow und Konotop und schuf damit die Voraussetzung für die katastrophale Niederlage der Roten Armee bei Kiew Mitte September. Dieser Sieg der Wehrmacht war jedoch mit einer Verzögerung des Angriffs auf Moskau erkaufte. Obwohl bei Gomel weitere 50000 Gefangene gemacht wurden, stand den Deutschen auch dort noch ein »völlig intakter Feind« gegenüber.²²

In den folgenden zwei Jahren²³ berührten die militärischen Bodenoperationen Weißrußland nur an einer Stelle: Ende Januar 1942 drangen die sowjetische 22. Armee und die 4. Stoßarmee bis in die Gegend von Welish und Surash nordöstlich Witebsk, genau an die weißrussische Grenze, vor, nachdem die Deutschen die Schlacht bei Moskau verloren hatten. Mit geringen Veränderungen blieb dort die Front bis zum Juni 1944 stehen. Das sogenannte Tor von Surash, eine Frontlücke, die das deutsche LIX. Armeekorps nicht völlig schließen konnte, erlangte für die Partisanenbewegung vor allem in der ersten Jahreshälfte 1942 große Bedeutung.²⁴ Ansonsten herrschte bei der Heeresgruppe Mitte von April 1942 bis Juli 1943 Stellungskrieg. Weißrußland befand sich weitab von der Front. Nach der Schlacht am Kursker Bogen 1943²⁵ befreite die sowjetische Armee am 26. September Chotimsk als erste weißrussische Stadt, am 30. September Kritschew, am 26. November Gomel, am 24. Dezember Gorodok, im

18 Vgl. Streit, S. 83; Schüler, S. 303ff., 351f.; Ernst Fähdrich: Der Aufbau der Versorgungsbasis Dnjepr als Vorschwingen der Versorgungsbasis der Heeres-Gruppe Mitte nach Erreichen des Dnjepr für den weiteren Vormarsch auf Moskau (Juli bis Oktober 1941), BA-MA T-8-4, S. 11.

19 Tagebuch v. Bock v. 4. 8. 1941, BA F 57128, Bl. 386f.

20 Siehe etwa Lammers (Hg.), »Fahrtberichte«, hier S. 25ff.

21 Vgl. Furlani, S. 281-297; Philippi. Siehe auch unten S. 557.

22 So der damalige Leiter der Abwehrabteilung (Ic) der H.Gr. Mitte, v. Gersdorff, nach dem Krieg. Vgl. Protokoll des Colloquiums v. 17./18. 4. 1956, IfZ Zs A-28, Bd. 8, S. 24. Außerdem Streit, S. 83; Kalinin, S. 101; Philippi, S. 49 und 56.

23 Oberbefehlshaber der H.Gr. Mitte (vormals B bzw. Nord) waren 26. 8. 1938-18. 12. 1941 GFM v. Bock, 18. 12. 1941-12. 10. 1943 GFM Günther v. Kluge, 12. 10. 1943-29. 6. 1944 GFM Ernst Busch und anschließend GFM Walter Model. Vgl. BA-MA RH 19 II (Findbuch) und Wilhelm 1975, S. 1060.

24 Vgl. Kalinin, S. 123ff.; Klink, Operationsführung, S. 709; Hoffmann, Kriegführung, S. 934 und Karte nach S. 928.

25 Dazu neuerdings Foerster (Hg.).



Abbildung 2: Die Gliederung der deutschen Besatzungsverwaltung in Weißrußland zwischen Herbst 1941 und Herbst 1943

Januar 1944 Mosyr und Kalinkowitschi.²⁶ Sie erreichte bis zur Jahreswende 1943/44 eine Linie etwa 20 Kilometer östlich von Witebsk, Orscha und Mogilew (Abb. 2a).

Von dort aus begannen die sowjetischen Truppen am 22. Juni 1944, genau drei Jahre nach dem deutschen Angriff, ihre Operation »Bagration« zur Befreiung Weißrußlands. Dort, wo die deutsche Wehrmacht ihren wohl größten Sieg gefeiert hatte, erlitt sie auch ihre schwerste Niederlage während des Zweiten Weltkriegs.²⁷ In einem geglückten Täuschungsmanöver griff die sowjetische Armee statt am südlichsten Punkt des weißrussischen Frontvorsprungs (Kowel) am nördlichen Ende mit stark überlegenen Kräften an und eroberte am 26. Juni 1944 Witebsk, am 27. Orscha, am 28. Mogilew, am 3./4. Juli Minsk und Molodetschno, am 7. Baranowitschi, am

²⁶ Baranowa/Pawlowa, S. 119; Kalinin, S. 367; Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Bd. 3, S. 443, 448, 453.

²⁷ Vgl. Gackenholtz, S. 317f.



Abbildung 2a: Besatzungsverwaltung und Frontverlauf in Weißrußland 1944

13. Wolkowysk, am 16. Grodno und am 28. Juli Brest zurück, womit ganz Weißrußland befreit war. Außerdem drangen sowjetische Truppen bis kurz vor Warschau und an die Grenze Ostpreußens vor. Etwa 30 deutsche Divisionen wurden – vor allem in Kesseln bei Witebsk, Bobruisk und Minsk – vernichtet, Teile der 3. Panzerarmee, die 9. sowie die 4. Armee vollständig zerschlagen. Dabei spielte die von Hitler Anfang 1944 befohlene Bildung »Fester Plätze« in den größten Städten, die auch nach Einschließung bis zum letzten zu halten waren, eine Rolle (vgl. Kap. 10.6). Die Demoralisierung griff nun auf deutscher Seite um sich.²⁸

²⁸ N. Müller, Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte, S. 267–270; Gackenholz, S. 317–333; Baranowa/Pawlowa, S. 120; Shukow, Bd. 2, S. 198–214; Pottgießer, S. 116f. Siehe die Analyse im Aufruf »Generale und Offiziere der Deutschen Wehrmacht«, gez. Bamler, Generalleutnant, für weitere gefangene Wehrmachtsgenerale, v. 22. 7. 1944, in: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 182–187. Zur Stimmung vgl. den Bericht Nr. 1/44 des RMO-Bbeauftragten bei der H.Gr. Mitte, Major Müller, v. 11. 7. 1944, BA-MA FPF-01/8213, Bl. 684.

Der größte Teil Weißrußlands war damit ziemlich genau drei Jahre besetzt, und die Deutschen hatten buchstäblich vom ersten bis zum letzten Tag Verbrechen ungeheuren Ausmaßes begangen.

3.2 Die Militärverwaltung

a) Allgemeine Militärverwaltung

Etwas mehr als die Hälfte der besetzten sowjetischen Gebiete blieb ständig unter Militärverwaltung (Abb. 2). In Weißrußland, das von den Deutschen verwaltungsmäßig zerstückelt wurde, waren es knapp 100 000 km².²⁹ Aufbau und Aktivitäten dieser Militärverwaltung sind schlechter erforscht als die der Zivilverwaltung. Sie war territorial unterteilt in die Frontzone, die rückwärtigen Armeegebiete (»Korücks«) und die dahinter liegenden rückwärtigen Heeresgebiete, die militärisch der jeweiligen Heeresgruppe unterstanden (selten: »Berück«). Fachlich waren allgemeine Militärverwaltung und Wirtschaftsverwaltung getrennt. Erstere unterstand dem Generalquartiermeister im OKH, Abteilung VII (Kriegsverwaltung³⁰)³¹, die Wirtschaftsverwaltung dem Wirtschaftsstab Ost. Die Militärdienststellen im Bereich der zivilen Reichskommissariate, die Wehrmachtbefehlshaber Ostland und Ukraine, unterstanden dagegen dem Chef des OKW.³²

Aus einigen Quellen ergibt sich, daß der Generalquartiermeister des Heeres im Frühjahr 1941 danach trachtete, den größten Teil der Verwaltungsaufgaben so bald wie möglich loszuwerden oder zunächst gar keine durchorganisierte Verwaltung zu bilden.³³ Tatsächlich hatten die bis dahin eingerichteten Militärverwaltungen in den besetzten Gebieten auch die Aufgabe der Wirtschaftsführung, ein Bereich, der ihnen in den besetzten sowjetischen Gebieten nicht direkt unterstand, da sich wegen der großen Bedeutung ihrer Ausbeutung sich die zuständigen Reichsministerien und die Vierjahresplanbehörde hier einen entscheidenden Einfluß gesichert hatten. Auf der anderen Seite waren die rückwärtigen Heeresgebiete, die dann einen Großteil des Militärverwaltungsereichs ausmachten, eine neue, eigens für den Krieg gegen die Sowjetunion entwickelte Territorial- und Verwaltungsgliederung, die dauerhaft neben der Zivilverwaltung bestehen sollte.³⁴ Spätestens im Februar 1941 waren die rückwärt-

29 Von 208 600 qkm (Nachkriegsfläche Weißrußlands). Unter Zivilverwaltung kamen: rund 60 000 qkm im Generalkommissariat Weißruthenien, je gut 20 000 in den GK Wolhynien-Podolien und Shitomir, etwa 10 000 qkm im Bezirk Bialystok.

30 Im Jahr 1943 wurden alle entsprechenden Bezeichnungen, Ränge usw. geändert; von da an hieß es statt »Kriegs-« »Militärverwaltung«, »Militärverwaltungsrat« etc. Zur Unterstellung der Militärverwaltung vgl. u. a. Myllyniemi, S. 74, und Herzog 1955, S. 93.

31 Das KTB dieser Abteilung gilt als verloren.

32 Erlaß Hitlers v. 25. 6. 1941, in: N. Müller 1982, S. 54 f.

33 Vortragsnotiz der Abt. Kriegsverwaltung für den GenQu v. 10. 2. 1941, abgedruckt bei R.-D. Müller 1987, S. 142 ff.; [11. Armee, Ic] Vortragsnotiz über die Besprechung am 16. 5. bei Gen.Qu. (Gen.Major Wagner) in Wünsdorf v. 19. 5. 1941, BA-MA RH 20-11/334. Vgl. Otto Eckstein, Die Tätigkeit des Generalquartiermeisters Eduard Wagner, in: Wagner, S. 286. – Zur GenQu-Abteilung und ihrer Spitzenbesetzung vgl. Kap 3, 2c.

34 Vgl. N. Müller 1967, S. 415–431. Auch Herzog 1955, S. 92.

tigen Heeresgebiete projiziert.³⁵ Am 1. April stand die Stabsbesetzung des rückwärtigen Heeresgebietes 102 (später Mitte) größtenteils fest, im März 1941 wurde mit der Aufstellung von Orts- und Feldkommandanturen begonnen, die später im weißrussischen Bereich zum Einsatz kamen.³⁶ Der Generalquartiermeister sicherte sich damit durchaus Positionen. Auch wenn dies nur eine Vermutung ist, sei die Überlegung hinzugefügt, daß die Einrichtung der rückwärtigen Heeresgebiete nicht zuletzt einer möglichst reibungslosen Versorgung der Front mit Nahrungsmitteln dienen sollte.

Das rückwärtige Heeresgebiet Mitte wurde am 3. Juli 1941 gebildet und schrittweise vergrößert. Bis zum 1. September 1941 (der Abgabe von Gebieten an die Zivilverwaltung) umfaßte es den größten Teil Weißrußlands, danach bis zu seiner Auflösung im Herbst 1943 fast die ganze Osthälfte dieses Gebietes. Etwa seit März 1942 war das rückwärtige Heeresgebiet Mitte weitgehend mit dem Territorium Ostweißrußlands identisch, das heißt es reichte nicht wesentlich darüber hinaus.³⁷ Mitte 1943 umfaßte es 107 550 km².³⁸ Sein Befehlshaber war bis Anfang Juli 1943 der reaktivierte General der Infanterie Max von Schenckendorff, genannt »Onkel Max«, zeitweiliger Vertreter Generalleutnant Koch-Erpach, Nachfolger General Kübler.³⁹ Der Sitz des Befehlshabers wechselte zwischen Smolensk und Mogilew. Er unterstand dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte formell und disziplinar, erhielt von dort aber nur sehr selten fachliche Weisungen (anders als die Korücks, die von den Armeen straff

35 Vgl. das bereits zitierte Kriegsspiel des GenQu vom Februar 1941, Anlage 15: Anordnungen über militärische Hoheitsrechte, Sicherung und Verwaltung im rückwärtigen Gebiet und Kriegsgefangenenwesen, BA-MA RH 3/v. 132, Bl. 76. Weiter OKH/Gen.St.d.H./GenQu Nr.II/0315/41g.Kdos., Besondere Anordnungen für die Versorgung, Teil C v. 3. 4. 1941, in: N. Müller 1982, S. 35–42, hier S. 36–38.

36 Vorläufige Dienstordnung für den Stab des Berück 102 v. 1. 4. 1941, BA-MA WF-03/7313, Bl. 10–21. Zu den FK vgl. V.O. WIRüAmt bei OKH/GenQu v. 26. 3. 1941, BA-MA RW19/739, Bl. 87f. Zu den OK ZSt Dortmund 45 Js 35/64, Einstellungsverfügung v. 8. 9. 1967, Bl. 67.

37 Vgl. KTB Berück Mitte, Abt.Quartiermeister, v. 3., 11. und 20. 7. 1941 und ebenso, Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 3. bis 31. Juli 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 336–338 und 364; Der Kommandierende General der Sicherungstruppen und Befehlshaber im Heeresgebiet Mitte, Der Quartiermeister, Tätigkeitsbericht für März 1942 v. 6. 4. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 983 (der Titel wechselte und wird künftig aus Platzgründen nicht immer vollständig zitiert, sondern: »Berück«).

Das Gebiet um Witebsk wurde am 10. 2. 1942 an das Korück der 3. Panzerarmee bzw. das LIX. Armee-korps abgegeben, vgl. ebenso, Februarbericht, ebd., Bl. 1024. Der Raum Polozk kam zeitweise, z. B. Anfang 1944, unter Verwaltung der H.Gr. Nord: Okdo.H.Gr. Mitte Ia/Gen.d.Pi. v. 13. 1. 1944, BA-MA WF-03/3588, Bl. 702. Gomel und Umgebung waren für das nie zustandegekommene GK Tschernigow vorgesehen und wechselten offenbar mehrmals zwischen Heeresgebiet Mitte und Süd. Vgl. RMO, Hauptabteilung I, Raumplanung, Der Generalbezirk Tschernihiw, BA 11.01, Nr. 57, Bl. 96–128; Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 55 v. 29. 9. 1941, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 41, Bl. 158; Vern. Hans Rupper (ehemals Stab Berück Süd) v. 25. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 10, Bl. 45.

38 OKH/GenStdH/GenQu, Abt. Kriegsverwaltung, Flächenberechnung Operationsgebiet Ost v. 14. 6. 1943. Die militärisch verwalteten besetzten sowjetischen Gebiete umfaßten 619 479 qkm, das Gebiet der H.Gr. Mitte 223 925 qkm, das Gebiet der 3. Panzerarmee (z. T. weißrussisches Territorium) 30 700 qkm. BA-MA (BArch)PF 42747, Bl. 1187f.

39 v. Schenckendorff, * 1875, war 1930 als Generalleutnant verabschiedet worden. Er starb Anfang Juli 1943 während einer Kur an einem Herzschlag. Vgl. Der Krieg gegen die Sowjetunion, S. 82; BDC, PA Max v. Schenckendorff. Zu seinem Tod KTB der 203. Sich.Div. v. 7. 7. 1943, BA-MA RH 26–203/4, Bl. 61R, und Tagebuch Bach-Zelewski v. 6. 7. 1943, BA R 20/45b, Bl. 80, falsche Angabe bei Gottberg, S. 149f. Zum Spitznamen vgl. den Bericht seines ehemaligen Ic Schubuth, IFZ Zs 417, Bl. 12. Zu Kübler und Koch-Erpach Vern. Bach-Zelewski v. 30. 9. 1947, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. III,4, Bl. 99.

geführt wurden).⁴⁰ Von oben nach unten war das rückwärtige Heeresgebiet untergliedert in die Bereiche der Sicherungsdivisionen, Feldkommandanturen, Ortskommandanturen und teilweise Standortkommandanturen.

Zahlreiche für die Besatzungspolitik entscheidende Aufgaben unterstanden dabei den Oberquartiermeisterabteilungen (vgl. Kap. 3.2c), die Militärverwaltung im engeren Sinne den Abteilungen VII (Kriegsverwaltung). Über beide Arten von Abteilungen verfügten das Oberkommando (= Stab) der Heeresgruppe bis Oktober 1942 *nicht*, die Ortskommandanturen, bei denen die Durchführung der Verwaltung lag, *niemals* (abgesehen von einigen ukrainischen Großstädten). Bei den Sicherungsdivisionen und Korücks waren die Abteilungen VII in der Regel ohne eigene Initiative, übten »im wesentlichen nur die Funktion des Briefträgers« aus und wurden Ende 1943 aufgelöst. Die Politik prägten die Abteilungen Militärverwaltung beim Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet (ab Herbst 1942 bei der Heeresgruppe) und bei den Feldkommandanturen (FK).⁴¹ Das Personal bestand aus Beamten der deutschen Kommunal-, Justiz- und Finanzverwaltung. Ihre Zahl war gering, da sie praktisch nur Führungsaufgaben hatten.⁴² Der ranghöchste Beamte war Kriegsverwaltungs-Abteilungschef Hans Tesmer, SS-Standartenführer und ehemals Personalreferent im Geheimen Staatspolizeiamt bzw. RSHA (1938–1940) sowie Spezialist für Schutzhaftangelegenheiten, sein zeitweiliger Stellvertreter Günther Kraaz, SS-Untersturmführer und Landrat aus Wittlich.⁴³ Tesmer war immerhin ein Mann, der schon für Heydrich »i.V.« gezeichnet hatte⁴⁴ und mit der Aufstellung der Einsatzgruppen für den Polenfeldzug befaßt gewesen sein dürfte. Die SS verfolgte die Strategie, die Spitze der Militärverwaltung in zahlreichen deutsch besetzten Gebieten mit ihren Leuten zu besetzen, und scheint dabei auch das Entgegenkommen des OKH gefunden zu haben.⁴⁵ Tesmer war allerdings nicht langfristig für diese Stelle lanciert worden, sondern hatte

⁴⁰ Vgl. z.B. Bräutigam 1954, S. 6.

⁴¹ Vgl. etwa Abschlußbericht über die Tätigkeit der Militärverwaltung im Operationsgebiet des Ostens [künftig: Abschlußbericht Militärverwaltung Osten] (Rohentwurf), BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 13 und 9 (Zitat). Bei den FK und beim Berück waren die Abt. VII eigene Abteilungen, bei der H.Gr. ab 1942 Teil der Quartiermeisterabteilung (OQu/VII), ebd., Bl. 10. Weiter Dienstpläne des Okdo. H.Gr. B bzw. Mitte v. 20. 6. 1941, 27. 4. und 15. 11. 1942 sowie 30. 4. 1943: BA-MA (BArchP)F 18495, Bl. 897–912, 707–719, 612–630 und 631–649; OKH/GenStdH/GenQu, Abt.Kriegsverwaltung v. 22. 10. 1942, BA R 6/209, Bl. 48f.

⁴² Im Bereich der H.Gr. Mitte waren es anfangs 19, später 60, nach Übernahme der Finanzverwaltung 116 und im Oktober 1943 46 Beamte des höheren und gehobenen Dienstes. Erfahrungsbericht der Militärverwaltung beim Okdo. H.Gr. Mitte für die Zeit vom 22. 6. 1941 bis August 1944 [künftig: Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte], Unterschrift: Tesmer, BA-MA WF-03/5469, hier Bl. 446–448.

⁴³ Tesmer wechselte am 1. 10. 1942 als Leiter zur Abteilung VII ins Okdo. der H.Gr.Mitte, Kraaz wurde sein Nachfolger beim Berück. Kriegsrankliste Berück Mitte, WF-03/7365, Bl. 816. Tesmer, * 1901, war Jurassessor (1928), Ministerialrat und Regierungsvizepräsident in Liegnitz (1945). BDC, SSO-Akte Hans Tesmer, und [RSHA, Geschäftsverteilungsplan] Amt I v. Mai 1940 (ungenehmigt), BA D-H ZWM 6, Bl. 14 und 23.

Kraaz war im Sommer 1941 zunächst Leiter der Militärverwaltungsgruppe der FK 812 (Minsk). Vgl. weiter Referat III 4 Landräte, Auslands- und Militärverwaltungsdienst, BA D-H ZA I/11927, A. 5, Bl. 13.

⁴⁴ Preußische Geheime Staatspolizei, Der Stellvertretende Chef v. 21. 2. 1936 an RMI und Preußisches Innenministerium, »im Auftrage: (i.V.) gez. Tesmer«. BA D-H Z-R 48. Für den Hinweis danke ich Andrej Angrick.

⁴⁵ Außer Tesmer sind hier die Chefs der Militärverwaltung in Serbien (Turner), Belgien (Reeder) und im besetzten Teil Frankreichs (Best) zu nennen. Vgl. Browning, Turner; Ackermann, S. 182; Herbert, Best, besonders S. 251–322.

trotz monatelanger Bewerbungen und Bittschriften noch im Mai 1941 den ungeliebten Posten als Landrat in Lübben innegehabt.⁴⁶

Zu den wichtigsten Aufgaben der Abteilungen VII gehörten Aufbau, Führung und Beaufsichtigung der einheimischen Verwaltung (außer in der Wirtschaft und mit Einschränkungen bei der einheimischen Polizei), Mitwirkung bei der Erarbeitung politischer Richtlinien und der Versorgung der Bevölkerung, Rechts- und Meldewesen, Kultur, Schul- und Gesundheitswesen, seit 1. März 1943 auch Finanzverwaltung,⁴⁷ Volksdeutsche, Flüchtlingswesen und vor allem die »Judenfrage« in Zusammenarbeit mit den Einsatzgruppen.⁴⁸ Dabei ist die wichtige Tatsache zu beachten, daß es für die Abteilungen VII von der Zentrale (Abteilung VII beim Generalquartiermeister, Major i. G. Schmidt von Altenstadt) nie eine allgemeine Dienstanweisung und zu Anfang offenbar auch keine Richtlinien gab, wie die FK 812 (Minsk) beklagte.⁴⁹ Zur Heeresgruppe Nord entsandte Schmidt von Altenstadt z. B. direkt Berater wegen der Unklarheiten.⁵⁰ Außerdem waren anscheinend die Aufgaben der Kriegsverwaltungsabteilungen bei Kriegsbeginn nicht genau festgelegt. Bei der 454. Sicherungsdivision wurde zum Beispiel auf die Praxis der benachbarten 444. Sicherungsdivision verwiesen und erklärt: »Der Aufgabenbereich der Abt. VII der Sich. Div. 454 wird ebenso umrissen werden können.« Es waren diese Abteilungen, die – möglicherweise *ohne Richtlinien* – die ersten Ghettos einrichteten.⁵¹

Hierzu paßt, daß hinsichtlich der politischen Vorgaben schon in der Schlußphase der Besatzung keiner verantwortlich gewesen sein wollte. Die Militärverwaltung schob alles auf das Ostministerium (man selbst habe eigentlich kaum Aufgaben gehabt), das wiederum eine Verantwortung völlig ablehnte.⁵² Tatsächlich wird es sich um gegenseitige Abstimmung, wie Anfang Juni 1941 zwischen Wagner und dem Chef seiner Abteilung Kriegsverwaltung, v. Altenstadt, einerseits und Rosenberg und des-

⁴⁶ Vgl. Tesmers Personalakte im RMI, BA D-H Z/A VI 99. Für den Hinweis danke ich Detlev Scheffler.

⁴⁷ Zuvor unterstand die Finanzverwaltung den Wirtschaftsbehörden und damit dem WiStab Ost. Vgl. z. B. [Wiln Mitte] Stab Abt. III Fin v. 26. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 50.

⁴⁸ Vgl. Dienstpläne Okdo. H.Gr. Mitte v. 15. II. 1942 und 30. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 18495, Bl. 628 und 645; Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, WF-03/5469, Bl. 435–490; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381–383; Geschäftseinteilung des PzAOK 3 v. 21. 10. 1943, BA-MA N 245/13, Bl. 34R; 454. Sich. Div., Abt. VII, v. 16. 7. 1941 (Abschrift) und ebenso, Verwaltungsbefehl Nr. 1 v. 27. 7. 1941, BA B 120/589; Berück Mitte, Abt. Ia, v. 8. 7. 1941, Zusatz zur Dienstordnung v. 1. 4. 1941, BA-MA RH 26–221/12a, Bl. 318 und R. Hier hieß die Aufgabe noch bescheiden »Erfassung des von Juden verwalteten Vermögens«, bei der 454. Sich. Div. (16. 7. 1941; Einsatzgebiet kurz darauf Bjelaja Zerkow-Korosten mit dem äußersten Südozspizel Weißrußlands, später Kiew) schlicht »Judenfrage«.

⁴⁹ Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 18; FK 812, Bericht der Militär-Verwaltungs-Gruppe über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 7.–20. 7. v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2820–2831. Dieser Bericht findet sich wie der zeitlich anschließende in Akten der Reichskanzlei, da der Leiter der Militärverwaltungsgruppe, Kraaz, ihn seinem Bekannten, dem Chef der Reichskanzlei Lammers, zuschickte.

⁵⁰ Bräutigam 1968, S. 324f.

⁵¹ 454. Sich. Div., Abt. VII, v. 16. 7. 1941 (Abschrift) mit vorläufigem Geschäftsverteilungsplan, BA B 120/616. Auf diesen Umstand weist auch der nachträgliche Zusatz zum Geschäftsplan des Berück Mitte v. 8. 7. 1941 betreffend die Aufgaben der Abteilung VII hin, BA-MA RH 26–221/12a, Bl. 318 und R. Zur Ghettobildung Kap. 7.1c.

⁵² Vgl. Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 19, im Gegensatz zur Randnotiz des Abteilungsleiters Verwaltung des RMO Labs zu einer ähnlichen Passage: »Das RMO. hatte in diesem Raum nichts zu sagen und hat vor allem nichts gesagt! Die Militärverwaltung war uns in vielem um Längen voraus!« Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 444.

sen Abteilungsleiter Politik, Bräutigam, andererseits gehandelt haben.⁵³ Zu den fehlenden Anweisungen kam noch die anfangs unklare Kompetenzabgrenzung gegenüber Wirtschaftsverwaltung, Sicherheitspolizei und SD, Propagandaeinheiten und anderen hinzu.

Betrachtet man die unteren Ebenen der Militärverwaltung im weiteren Sinne, so waren die Sicherungsdivisionen, gleichzeitig Truppenverband und Verwaltungseinheit, die entscheidenden Instrumente zur Durchführung bewaffneter Aktionen, insbesondere bei der Jagd nach den sogenannten Ortsfremden 1941, den großen Partisanenbekämpfungsaktionen 1942–1944 und anderen Repressionsakten. Im Befehl zu ihrer Aufstellung vom 3. März 1941 und den Ausbildungsrichtlinien vom 21. März gab es noch keine Hinweise auf einen völkerrechtswidrigen Einsatz.⁵⁴ Allerdings kündigte die spätere Heeresgruppe Mitte am 11. April die »Verwendung der »Eingreif-Truppen« zu Sonderaufgaben« an.⁵⁵ Der Befehlshaber von Schenckendorff wies die Kommandeure der Sicherungsdivisionen an, sie seien »absolute Herren in ihrem Bereich, also selbständig arbeiten. Sie sind dafür verantwortlich, für die Durchführung meiner [grundsätzlichen] Befehle! Also Überwachung auch der anderen Formationen (SD, SS, Polizei pp).«⁵⁶ Ihre Truppen wurden auf die größeren Städte in den Divisions-Bereichen aufgeteilt, zum Teil zu den zugehörigen Kommandanturen abgestellt,⁵⁷ bei militärischen Aktionen aber oft zusammengefaßt tätig.

Neben dem Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet, der regelmäßige Verwaltungsanordnungen herausgab, lag der Schwerpunkt der konzeptionellen Verwaltungsarbeit bei den Feldkommandanturen. Sie umfaßten nach verschiedenen Angaben 50 bis 150 Mann⁵⁸ und waren in den zwei bis vier größten Städten jedes Divisionsbereichs stationiert.⁵⁹ Über ihre Aufgaben mag stellvertretend die Geschäftseinteilung der FK 581 (Bobruisk) Auskunft geben. Danach oblag der Abteilung Ia der taktische Einsatz, »insbesondere Bandenbekämpfung im Zusammenwirken mit der Sicherungstruppe« sowie Einsatz, Ausbildung, Verteilung und Bewaffnung des Ordnungsdienstes (einheimische Hilfspolizei), dem Ic (Abwehroffizier) »Abwehr, Verbindung

53 Bräutigam 1968, S. 309f. Bräutigam war gleichzeitig Verbindungsmann des RMO zum OKH/GenQu.

54 OKH, GenStdH/Ausb.Abt. (Ia), Richtlinien für die Ausbildung der Sicherungs-Divisionen und der dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeres-Gebietes unterstehenden Kräfte v. 21. 3. 1941, BA-MA RH 26–286/3. Vgl. Geßner, S. 72.

55 H.Gr. B, Ia/Ib Nr. 1520/41g.Kdos.Chefs. Betr.: Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes und Sicherungsdivisionen v. 11. 4. 1941, BA-MA WF-03/9124.

56 Besprechungspunkte für Divisions-Kommandeur-Besprechung (hschr. Zusatz: 12. 6. [1942]). BA-MA WF-03/7364, Bl. 756. Hervorhebungen im Original.

57 Vgl. etwa die Aussagen des ehemaligen stellvertretenden Leiters der OK in Orscha Paul Eick (undatiert/1946), StA Hamburg 147 Js 11/71U, Beiheft VI, Bl. 58f.

58 Etwa 100 nach Schulte 1989, S. 62. Ca. 50 Personen (bis 12 Offiziere und 40 Unteroffiziere und Mann – Beamte nicht erwähnt) nach Vern. Wolfgang v. Ditfurth (ehem. Kommandeur 403. Sich.Div.) v. 15. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 9, Bl. 21. 140 Mann nach Vern. K. B. v. 30. 6. 1966, StA Hamburg 147 Js 22/70, Bd. 1, Bl. 50f.

59 In Weißrußland (Bereich H.Gr. Mitte) im November 1941 FK 244 in Borissow, FK 549 in Klimowitschi, FK 551 in Gomel, FK 581 in Bobruisk, FK 683 in Orscha, FK 813 in Mogilew und FK 815 in Witebsk. Verzeichnis Berück unterstehender Einheiten (ohne Versorgungstruppen) v. 20. 11. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 220–229. Zur gleichen Zeit lagen die 221. Sich.Div.in Kritschew, die 286. in Orscha, die 403. in Witebsk und die 339. Inf.Div. in Borissow.

mit GFP,⁶⁰ SD [...], V-Leuten« und die politische Schulung. Die Abteilung V stellte die Feldgendarmarie dar, und die Abteilung VII (Kriegsverwaltung) hatte außer den oben skizzierten auch die Kompetenzen für Beaufsichtigung der weißrussischen Hilfspolizei (Ordnungsdienst, OD), »Arbeitseinsatz und Anwerbung von Arbeitskräften für das Reich«, »Ernährung der Zivilbevölkerung« und »Sozialversicherung«.⁶¹ Die Zusammenarbeit der Feldkommandanturen mit der Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei und des SD war ein so wichtiger Arbeitsbereich, daß die reibungslose Zusammenarbeit mit deren örtlichen Dienststellen sogar zum Kriterium für die Veränderung von FK-Bereichsgrenzen gemacht werden konnte.⁶²

Den FK unterstanden jeweils mehrere Ortskommandanturen (OK) in größeren Rayonhauptstädten.⁶³ Aufgabe der OK war die Durchführung der gesamten Verwaltung. Da mit Ausnahme unbedeutender Versuchseinrichtungen auf höherer Ebene, eine einheimische Verwaltung nur bis hinauf zur Kreisebene bestand – und diese einheimische Verwaltung leistete die eigentliche Verwaltungsarbeit –, oblag die Zusammenarbeit mit ihr der OK, obwohl diese mangels Personal keine Abteilung VII besaß.⁶⁴ Sie war also nur untergeordnet tätig. Zu den Aufgaben der OK gehörten auch Quartieramt und Verkehrsregelung.⁶⁵

Die Standortkommandanturen fielen etwas aus dieser Hierarchie heraus. Sie bezeichneten die Kommandantur, die an jedem von der Wehrmacht belegten Ort vom Standortältesten zu führen war. Standortkommandanturen in größeren Städten konnten FK-Rang haben und direkt den Korücks oder Sicherungsdivisionen unterstehen.⁶⁶ In der Regel bestanden sie aber in kleineren Orten, wobei man sich teilweise erfolgreich bemühte, in Weißrußland alle Rayonhauptorte mit ihnen zu belegen.⁶⁷ Nicht in den Regeldienstweg der Kommandanturen einbezogen, erfüllten die Standortkommandanturen nur in begrenztem Maß über den Standort hinausgehende Funktionen.⁶⁸ Sie bildeten keine eigene Militärverwaltungsebene, sondern waren hauptsächlich für Aufgaben bei der Truppenverwaltung zuständig.

Im Mai 1941 wurde in der Spitze der Wirtschaftsorganisation Ost die Frage diskutiert, ob man im Gefolge des Hungerplans in den (land)wirtschaftlich weniger inter-

60 GFP: Geheime Feldpolizei.

61 Geschäftseinteilung der FK (V) FK 581, Mai 1943, ZStL, Versch. Bd. 30, Bl. 1–7. Eine Aufgabe »Judentum« wurde – wohl da alle im Bereich ausgerottet waren – nicht mehr genannt. Diese Kommandantur bestand seit 1939, vgl. Vern. K. B. v. 30. 6. 1966, StA Hamburg 147 Js 22/70, Bd. 1, Bl. 50.

62 So im Fall der Rayons Kritschew und Schumjatschi. Vgl. FK 549, Ia Betr.: Änderung der Divisionsgrenzen und verwaltungsmäßige Umgliederung des Divisionsbereichs v. 4. 1. 1943, BA-MA (BArch)F 42289, Bl. 35.

63 Der sowjetische Rayon entsprach dem deutschen Landkreis.

64 Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 9f. Eine OK verfügte über mindestens 15–25 Mann, vgl. Vern. Wolfgang v. Dittfurth v. 15. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 9, Bl. 21.

65 FK 812, Bericht der Militär-Verwaltungs-Gruppe über ihre Tätigkeit 7.–20. 7. 41, BA F 15266, Bl. 2820.

66 Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 7 und 11.

67 Berichte FK 812, Abt. VII, v. 20. 7. und 14. 8. 1941, BA F 15266, Bl. 2828 und 2839. Auch Berück, Abt. VII/Kr.-Verw. v. 27. 4. 1942, BA-MA (BArch)F 42748, Bl. 1100.

68 Z.B. Ernennung von einheimischen Dorfältesten, Sicherungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit dem OD, Meldewesen einschließlich Registrierung von Juden, »politisch Unzuverlässigen«, ehemaligen Rotarmisten und Volksdeutschen sowie Kennzeichnung der Juden. Vgl. Merkblatt für Standortkommandanturen, gez. Engels, Oberquartiermeister [im folgenden: OQu] beim Generalkommando LIX. Armeekorps (undatiert, in Akten von 1943), BA-MA (BArch)F 56997, Bl. 440–446.

essanten Regionen bzw. der »Waldzone« im ganzen weniger oder gar keine »Rayonkommandanturen« ansetzen sollte. Die Wirtschaftsdienststellen erhoben also den Anspruch, über die gesamte Militärverwaltung zu entscheiden. Dabei ging es sowohl um die Dichte der Belegung mit Sicherungstruppen zur Durchsetzung des Hungerplans als auch um die Dichte des Militär*verwaltungs*netzes, gerade auch in Weißrußland. Während Herbert Backe bzw. die von ihm beeinflussten Staatssekretäre eine ungleichmäßige Verteilung anstrebten,⁶⁹ argumentierte der Chef des Wirtschaftsstabs »Oldenburg« (später Ost), General Schubert, gerade zur Durchsetzung des mörderischen ernährungswirtschaftlichen Programms sei wegen des zu erwartenden Widerstandes eine gleichmäßige Belegung nötig:

»Von einem halbwegs geschlossenen Netz von Rayonkommandanturen hängt es daher entscheidend ab, ob wir auf 1941 ernährungspolitisch rechnen können, oder ob wir es *abschreiben* müssen. [...]

2) Unwichtige Gebiete?

Man darf nicht z.B. Weissrussland im wesentlichen aussparen und dafür [die] Ukraine stärker mit Rayonkommandanturen ausstatten. Wir brauchen aus Weissrussland – unübersichtliches, wegearmes Waldgebiet! – das Fleisch, die Pferde und den Hafer.«⁷⁰

Eine »verwässerte« Lösung sei »für den Backe'schen Plan gefährlich«.⁷¹ Hinsichtlich einer *gleichmäßigen* Verteilung setzte sich Schubert mit Hilfe des Generalquartiermeisters durch. Jedoch konnte von einer durchgehenden deutschen Verwaltungsebene und Belegung in den Rayons später keine Rede sein.

Ähnlich wie im rückwärtigen Heeresgebiet war der Verwaltungsaufbau in den rückwärtigen Armeegebieten (Korücks). Allerdings waren sie stark dem Zugriff der Armeeoberbefehlshaber bzw. ihrer Quartiermeisterabteilungen ausgesetzt. Die Abteilungen VII (Kriegsverwaltung) des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet gaben manchmal direkt Weisungen an die Korücks, ansonsten bemühten sich letztere ohnehin von sich aus, seinen Regelungen zu folgen.⁷² Noch enger wurde diese Bindung, nachdem im Herbst 1942 die Abteilung Oberquartiermeister/VII bei der Heeresgruppe Mitte eingerichtet worden war. Teile Weißrußlands wurden entsprechend der Lage der Front kurzzeitig im Sommer 1941, ab Februar 1942 in der Gegend von Witebsk und ab Herbst 1943 in dem Streifen Ostweißrußlands, der den Deutschen geblieben war, von Korücks verwaltet.

69 Aktennotiz über Ergebnis der heutigen Besprechung mit Staatssekretären über Barbarossa v. 2. 5. 1941, in: IMT, Bd. 31, S. 84. Selbst in dem Schreiben an Keitel v. 14. 5. 1941, in dem Backe 360 000 Mann Sicherungstruppen forderte, sollte das nur der Belegung der *Hälfte* der Rayons mit je einer Kompanie entsprechen. BA-MA RW 19/739, Bl. 123f. Zur Belegungsdichte vgl. Kap. 3.6. Die »Frage der Kreiskommandanturen« erwähnt bereits KTB WiRüAmt v. 20. 3. 1941, BA-MA RW 19/164.

70 OKW, WiRüAmt, Arbeitsstab z.b.V. (Chefsache), Betr.: Studie Südost [zeitweiliger Deckname neben »Barbarossa« und »Oldenburg«], gez. Schubert, an Thomas v. 7. 5. 1941, BA-MA RW 31/185.

71 OKW, WiRüAmt, Arbeitsstab z.b.V. (Chefsache/Durch Offizier geschrieben), Betr.: Studie Südost, gez. Schubert, v. 13. 5. 1941 über eine Begegnung mit dem GenQu am Tag zuvor, BA-MA RW 19/739, Bl. 272f.

72 Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 8, und Bericht Nr. 21 des RMO-Befauftragten beim Berück Mitte v. 29. 8. 1942, BA F 13751, Bl. 555. Zu den Korücks allgemein vgl. Schulte 1989.

Im Rahmen der Militärverwaltung erlangte eine weitere Institution besondere Bedeutung: die Geheime Feldpolizei (GFP).⁷³ Sie war zuständig für sicherheitspolizeiliche Maßnahmen innerhalb der Wehrmacht und für gegnerische Aktivitäten, die sich gegen die Wehrmacht oder deren Angehörige richtete (in der Praxis ergaben sich hier unklare Kompetenzabgrenzungen zu Sicherheitspolizei und SD, aber keine Streitigkeiten). Traditionell war die GFP ein Organ zur Überwachung und Disziplinierung einerseits der eigenen Truppe und andererseits der Bevölkerung in Feindesland.⁷⁴ Im besetzten Weißrußland war sie an zahlreichen Verbrechen beteiligt, so an der Ermordung von Minsker Juden im Juli 1941, an der Partisanenbekämpfung und an der Unterdrückung der Stadtbevölkerung. Ihr Personal setzte sich aus einberufenen Kripo- und Gestapoangehörigen zusammen.⁷⁵ Durch einen grundlegenden Befehl vom 30. April 1941 wurden die GFP-Kräfte in den zu besetzenden sowjetischen Gebieten den Befehlshabern der rückwärtigen Heeresgebiete und den Sicherungsdivisionen unterstellt.⁷⁶ Am gleichen Tag traf bereits bei der für Weißrußland bestimmten 286. Sicherungsdivision der ihr zugeordnete GFP-Direktor ein.⁷⁷ Der genaue Befehlsweg der GFP lautete: Feldpolizeichef der Wehrmacht (im OKW)⁷⁸ – Heeresfeldpolizeichef (im OKH) – Leitender Feldpolizeichef bei der Heeresgruppe Mitte (Sitz beim Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet, zuständig auch für Korücks)⁷⁹ – Feldpolizeidirektoren bei den Sicherungsdivisionen (im März 1943 abgeschafft) mit einer oder mehreren zugehörigen GFP-Gruppen. Diese waren in Trupps aufgeteilt und zum Teil den Feld- und Ortskommandanturen unterstellt.⁸⁰ Eine GFP-Gruppe umfaßte ungefähr 60 bis 100 Polizisten (im Lauf der Zeit zunehmend) und stellte meist auch einheimische

73 Dagegen ist eine etwaige wichtige Rolle der Feldgendarmarie bei den deutschen Verbrechen quellenmäßig für Weißrußland nicht faßbar, ihr Mitwirken wird nur in manchen Zeugenaussagen erwähnt. Die Feldgendarmarie erfüllte die sonst der Ordnungspolizei obliegenden Aufgaben im Heeresverband. Ende 1942 umfaßte sie etwa 8500 Mann im gesamten Heer. Vgl. Bericht des Chefs der Ordnungspolizei Dalugee über den Kräfte- und Kriegeinsatz der Ordnungspolizei im Kriegsjahr 1942 vom Januar 1943, BA F 5548, Bl. 212.

74 Vgl. die grundlegende Studie Geßner 1986; 339. Inf.Div., Abt. Ic, Merkblatt über die Zuständigkeit, Unterstellung und Aufgaben von Geheime[r] Feldpolizei, Feldgendarmarie, Sicherheitsdienst [...] v. 8. II. 1941, BA-MA (BArchP)F 59239, Bl. 132f.

75 Vgl. Geßner, S. 34, 37, 69, und Krausnick 1981, S. 109.

76 Dies bedeutete eine Neuerung, ebenso wie die Tatsache, daß das Einsatzgebiet der GFP auf das militärisch verwaltete Gebiet zu begrenzen war. Deshalb wurden z.B. drei GFP-Gruppen aus dem GK Weißruthenien im Oktober 1941 abgezogen. Vgl. Wilhelm 1975, S. 764f., Anm. 2; OKH, GenStdH/GenQu, Abt.K.Verw. (Qu 4B/Org.GFP) v. 30. 4. 1941, gez. Wagner, BA-MA RH 26-221/11b; Geßner, S. 70-74; Merkblatt der 339. Inf.Div. v. 8. II. 1941, BA-MA (BArchP)F 59239, Bl. 132.

77 KTB 286. Sich.Div. v. 30. 4. 1941, BA-MA RH 26-286/10.

78 Dies war seit 1940 Wilhelm Krichbaum, 1896-1960, 1943 SS-Oberführer, 1. 3. 1941 gleichzeitig stellvertretender Chef des Amtes IV (Gestapo) im RSHA. Geßner, S. 38.

79 Dieser wurde auch als »Leiter GFP-Ost« bezeichnet und war dem Ic/AO der Heeresgruppe zugeteilt. Vgl. Dienstpläne des Okdo. H.Gr. Mitte v. 27. 4. und 15. II. 1942 sowie 30. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 18495, Bl. 711, 617, 634. Auch bei den Armeen und Berücks war die GFP den Ic (Abwehroffizieren) unterstellt, zunächst auch bei den Sich.Div., spätestens seit Oktober 1941 hier aber den Ia. Vgl. Geßner, S. 36 und 73.

80 Vgl. Geßner, S. 33, 36; Leitender Feldpolizeidirektor bei H.Gr.Mitte, Allgemeine Anordnungen Nr. 1 v. 10. 3. 1943, BA D-H ZM 868, A. 2, Bl. 5. Zu den FK und OK Vern. Wolfgang v. Ditfurth (Kommandeur 403. Sich.Div.) v. 15. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 9, Bl. 21; anders Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 22.

Hilfskräfte auf.⁸¹ Im weißrussischen Bereich gab es im November 1941 vier, im Mai 1944 13 GFP-Gruppen,⁸² das heißt etwa 250 bzw. 1200 deutsche GFP-Angehörige. Zeitweilig war eine GFP-Gruppe für ein Gebiet von jeweils über 20000 km² zuständig.⁸³

Dagegen nahmen im Gebiet der Zivilverwaltung die Wehrmachtinstitutionen keine nennenswerten Verwaltungsaufgaben wahr.⁸⁴ Eine Ausnahme bildeten die Rüstungskommandos (vgl. Kap. 3.2b). Die zahlenmäßig schwachen Einheiten des Kommandanten in Weißruthenien⁸⁵ unterstanden dem Wehrmachtbefehlshaber Ostland, dieser dem Chef des OKW. Die Gliederung beim Wehrmachtbefehlshaber Ukraine war ebenso.⁸⁶ Wesentlich waren die Aktivitäten der Wehrmachtbefehlshaber bei der Judenvernichtung 1941, bei der passiven und auch bei der offensiven Partisanenbekämpfung.

b) Die Wirtschaftsverwaltung

Von der Militärverwaltung weitgehend getrennt, formal aber im Wehrmachtrahmen existierte die Wirtschaftsorganisation Ost. Von November 1940 bis Januar 1941 war sie zunächst mit Schwergewicht auf der Rüstung geplant worden. Die Vorarbeiten leitete auf Befehl des Chefs des OKW-Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, General Thomas, der Abteilungsleiter Industrielle Rüstung des Heeres im Heereswaffenamt, Generalleutnant Erich Stud.⁸⁷ Im Zuge der Umorientierung der Planung auf eine stärkere Ausbeutung der sowjetischen Landwirtschaft im Januar und Februar 1941 wurde Göring von Hitler mit der Führung einer neuartigen Organisation in den zu besetzenden sowjetischen Gebieten betraut, die die gesamte Wirtschaft umfassen sollte.⁸⁸ Hitlers endgültiger Erlaß hierzu stammt vom 29. Juni 1941; am gleichen Tag

81 Vgl. Gruppe Geheime Feldpolizei 723, Tätigkeitsbericht August 1941 v. 1. 9. 1941, BA D-H ZM 868, A. 4, Bl. 18 (erst 61, dann 75 Mann); Pz.AOK 3, Tätigkeitsbericht Nr. 8 [der GFP] für die Zeit v. 22. 1.–30. 6. 1943, BA-MA WF-03/32845, Bl. 868 (Gruppe 703, 88 Deutsche und 74 einheimische »Bandenjäger«); Anlage 2 zum Bericht der GFP-Gruppe 729 v. 28. 9. 1943, BA-MA WF-03/17310, Bl. 388 (91 Mann, 12 »Hiwis«); Geßner, S. 44 f., 69, 80.

82 Verzeichnis Berück unterstehender Einheiten v. 20. 11. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 220–229, und Leitender Feldpolizeidirektor bei H.Gr. Mitte, Arbeitsübersicht April 1944 v. 5. 5. 1944, BA D-H ZM 868, A. 1, Bl. 7.

83 Bericht Gruppe GFP 723 v. 26. 6. 1942, BA D-H ZM 868, A. 4, Bl. 141.

84 Vgl. Geschäftseinteilung der FK 660 (Wilejka), BA-MA N 13/4, und Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht des GebK in Nowogrodek v. 3. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 263.

85 So die Bezeichnung 1. 9. 1941-Frühjahr 1942 (Träger 707. Inf.Div., GenMaj v. Bechtolsheim), später Oberfeldkommandantur 392 (Träger 202. Sicherungsbrigade, General v.Tschammer und Osten bzw. GenLt Pawel), ab Herbst 1943 Kommandierender General der Sicherungstruppen und Befehlshaber in Weißruthenien (GenLt Graf v. Rothkirch und Trach), ab 18. 4. 1944 Wehrmachtbefehlshaber Weißruthenien. Vgl. das KTB des letzteren für 1. 1.–30. 6. 1944, BA-MA WF-05/7663. (Der Kürze halber im folgenden: WBfh. Weißruthenien).

86 WBfh. Ukraine, Abt. Ia, Bericht Nr. 2 v. 14. 11. 1941, BA-MA RW 41/1; »Kommandant im Generalbezirk Brest« bzw. Shitomir und Kiew waren der Chef der Oberfeldkommandantur 579 in Luzk bzw. der Kommandeur der 454. Sich.Div.

87 Vgl. die Akte Planungen »Barbarossa«/Wehrwirtschaftsorganisation Ost Dezember 1940-Februar 1941, BA-MA WF-01/1076, und Müller, Wirtschaftspolitik, S. 42.

88 Das beruhte auch auf Entwicklungen im Ersten Weltkrieg. Damals war die wirtschaftliche Nutzung der besetzten Gebiete durch die militärischen Feldintendanten erfolgt, hatte 1915/18 im Osten jedoch in der Hand der Wirtschaftsverwaltung des »Landes Oberost« gelegen. Generalmajor a.D. Nagel, Wirtschaftliche Organisation der Wehrmacht im Operationsgebiet des Ostens 1942/44, BA B 120/591.

wurde Göring von Hitler als dessen alleiniger Nachfolger oder Vertreter im Eventualfall festgeschrieben.⁸⁹ Göring beauftragte im Februar Thomas mit dem Aufbau dieser Wirtschaftsverwaltung.⁹⁰ Am 21. Februar wurde sie unter dem Decknamen »Wirtschaftsstab z.b.V. Oldenburg« aufgestellt. Thomas rühmte sich später des öfteren, damit die weltweit »erste Wehrwirtschafts-Organisation, die die Gesamtwirtschaft umfaßt«, geschaffen zu haben.⁹¹ Es gelang ihm auch, die zunächst separat gedachte Landwirtschaftsverwaltung einzugliedern,⁹² aber bereits im April 1941 wurde er als Organisator des Unternehmens verdrängt.⁹³ An seine Stelle traten die Staatssekretäre der Vierjahresplanbehörde und der wichtigsten Ministerien. Am 9. Juni 1941 nahm die Organisation die Bezeichnung »Wirtschaftsstab Ost« an. Dieser unterstand formal nicht mehr dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, sondern dem Wirtschaftsführungsstab Ost.⁹⁴

Schon früher hatte der Generalquartiermeister des Heeres, Wagner, anscheinend versucht, die neue Wirtschaftsorganisation unter seine Kontrolle zu bringen, später aber eingelenkt und Thomas seine Unterstützung zugesagt.⁹⁵ Es sollte aber nicht übersehen werden, daß der Wirtschaftsstab Ost von Anfang Juni bis Jahresende 1941 beim Generalquartiermeister angesiedelt war (und nicht etwa umgekehrt),⁹⁶ und daß die Aufgabe der Wirtschaftsverwaltung in erster Linie eine dem Ostheer dienende war,⁹⁷ nämlich dessen Versorgung aus dem Lande – wenn auch mit selbst gewählten Methoden.

-
- 89 Vgl. KTB WiRüAmt/Stab v. 26. 2. 1941, BA-MA RW 19/164, Bl. 180; Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) v. 13. 3. 1941. In: Hubatsch, S. 90; Erlaß Hitlers über die Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten v. 29. 6. 1941, IfZ Fb 104/1, auch Nbg. Dok. NG-1280, abgedruckt z. B. in: Eine Schuld, S. 314. Vgl. N. Müller 1967, S. 420–422. Erlaß zur Hitlernachfolge v. 29. 6. 1941 erwähnt in Nbg. Dok. NG-1161, Begleitschreiben Lammers an Keitel zu Hitlers Nachfolgeerlaß v. 23. 4. 1938, BA F 58000.
- 90 Göring versuchte später vergeblich, bei Hitler die Unterstellung auch der gesamten Zivilverwaltung in den besetzten sowjetischen Gebieten unter seine Person zu erreichen. Vgl. Besprechungsnotiz über die Besprechung Reichsmarschall – General Thomas am 9. 7. 41 v. 10. 7. 1941, BA-MA RW 31/89. Bereits der KTB-Eintrag des WiRüAmts vom 26. 2. 1941 war in dieser Hinsicht zweideutig formuliert, BA-MA RW 19/164, Bl. 180.
- 91 Rede von General Thomas anlässlich des Zusammentritts des WiStabs Ost am 4. Juni 1941, BA-MA RW 19/1258, Bl. 107, vgl. 109. Vgl. Thomas, S. 261–266.
- 92 KTB WiRüAmt/Stab v. 12. 3. 1941 über eine Besprechung Thomas-Backe, bei der letzterer zustimmte. BA-MA RW 19/164, Bl. 213.
- 93 Deutlich im KTB WiRüAmt/Stab v. 1. 4.–31. 10. 1941 gegenüber den vorangegangenen Monaten. BA-MA RW 19/165 sowie /164; vgl. R.-D. Müller, Ausbeutungskrieg, S. 174.
- 94 Chef WiStab Ost v. 30. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 238.
- 95 Vortragsnotiz für Amtschef [Thomas] v. 6. 2. 1941, BA-MA WF-01/1076, Bl. 878; V.O. (WiRüAmt) bei OKH/ GenQu., Besprechungsnotiz Betr.: Wirtschaftsorganisation im Fall Barbarossa v. 28. 3. 1941, und OKW, WiRüAmt, Arbeitsstab z.b.V. v. 13. 5. 1941, BA-MA RW 19/739, Bl. 263f. und 272f.
- 96 Der Chef des WiStabs Ost, General Schubert, bekam auf Antrag das Zimmer neben dem GenQu Wagner, vgl. die zuletzt genannte Quelle. Weiter Grüne Mappe, Teil I, 2. Auflage (Juli 1941), Nbg. Dok. NG-1409, S. 5. Allerdings befand sich nur Schubert direkt beim GenQu, der WiStab Ost dagegen war 60 km entfernt untergebracht, vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 44. Am 28. 8. wurde die Chefgruppe Wirtschaft, am 7. 11. Landwirtschaft, am 8. 12. die Sondergruppe Arbeit und am 17. 12. 1941 der Chef des WiStabs Ost nach Berlin zurückverlegt (ebd., S. 48). Als Gründe wurden genannt: 1. besserer Kontakt zu den Obersten Reichsbehörden, 2. besserer Kontakt zum RMO, 3. bessere Verbindungen zur Front. Chef WiStab Ost v. 1. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 924–926.
- 97 Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) v. 13. 3. 1941, in: Hubatsch, S. 89; Göring an v. Brauchitsch (Abschrift) v. 29. 4. 1941 (Nbg. Dok. EC-3), BA F 15510, Bl. 572f. In ähnlichem Sinn ein Befehl Wagners v. 14. 5. 1941 nach N. Müller 1967, S. 422.

Von oben nach unten gliederte sich die Wirtschaftsorganisation Ost wie folgt: Göring als Chef der Vierjahresplanbehörde – Wirtschaftsführungsstab Ost – Wirtschaftsstab Ost – Wirtschaftsinspektion (jeweils für das Gebiet einer Heeresgruppe) – Wirtschaftskommando – Gruppen IV Wi(rtschaft) bei den Feldkommandanturen.⁹⁸ Den letzten beiden unterstellt waren Sonderführer zur Betreuung von Betrieben, Betriebsgruppen oder Territorien (in der Forst- und Landwirtschaft), bei denen die hauptsächliche Verwaltungsarbeit lag. Außerdem wurde die Ausbeutung über halbstaatliche sogenannte Ostgesellschaften verschiedener Rechtsformen organisiert.⁹⁹ Neben dem fachlichen Dienstweg wurden Weisungen, bei denen »der Einsatz des Inhabers der vollziehenden Gewalt erforderlich ist«, vom Wirtschaftsstab Ost über die Militärverwaltung, nämlich über Generalquartiermeister – Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet – Sicherungsdivision – Feldkommandantur gegeben.¹⁰⁰

Der Wirtschaftsführungsstab Ost war ein Steuerungsorgan der wichtigsten Reichsministerien und Zentralstellen einschließlich des Chefs des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, das in der Zusammensetzung dem Generalrat des Vierjahresplans ähnelte. Sein personeller Umfang wurde allerdings schrittweise erweitert.¹⁰¹ Vorsitzender war der Vierjahresplan-Staatssekretär Paul Körner.¹⁰² Nach dem Umzug des Wirtschaftsstabes Ost nach Berlin verlor dieses Gremium Anfang 1942 an Bedeutung und tagte nicht mehr, da die Ministerien und die Vierjahresplanbehörde direkt die Führung übernahmen.

Eigentliches zentrales Arbeitsorgan war der Wirtschaftsstab Ost. Er war horizontal in die Führungsgruppe (später »Stab«) und einzelne Fachgruppen gegliedert, nämlich die Chefgruppen Wirtschaft, Landwirtschaft und »M« (Rüstungswirtschaft). Die letztere fiel bald aus Mangel an zu verwaltenden Rüstungsbetrieben weg, während die Chefgruppen Arbeit, Forst- und Holzwirtschaft sowie »Betriebsförderung und

⁹⁸ Vgl. z.B. OKW/WiRüAmt, Befehl über Gliederung, Einsatz und Aufgaben der Wirtschaftsorganisation Ost v. 8. 5. 1941, abgedruckt in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 412–417. In den Armeegebieten traten an die Stelle der WiKdos die Verbindungsoffiziere (VO) WiRüAmt/IV Wi bei den Armeeoberkommandos (AOK), die seit Anfang 1942 Armeewirtschaftsführer genannt wurden [im folgenden: AWiFü]. Ebd., S. 52.

⁹⁹ Hierzu siehe Anm. 4/32.

¹⁰⁰ Müller, Wirtschaftspolitik, S. 412–417. Vgl. Grüne Mappe, Teil I, 2. Auflage (Juli 1941), Nbg. Dok. NG-1409, S. 27; KTB WiStab Ost v. 25. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 6; Vortrag Oberst Dr. Musset an der Kriegsakademie Berlin v. 6. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 1075 (über die grundsätzliche Zusammenarbeit); N. Müller 1971, S. 73.

¹⁰¹ Zunächst waren als ständige Mitglieder neben Thomas die Staatssekretäre Körner (VJP), Backe (Ernährung), v. Hanneken (Wirtschaft) und Alpers (Forsten) vorgesehen. KTB WiRüAmt/Stab v. 20. 3. 1941, BA-MA RW 19/164, Bl. 228. In einem Verteiler von Juli 1941 wurden auch Syrup (Arbeit), Kleinmann (Verkehr) und der Reichsbank-Vizepräsident Puhl sowie ein Vertreter des Außenministeriums genannt. OKW WiRüAmt/Wi VIa, Orientierung über die wehrwirtschaftliche Bedeutung der besetzten russischen Gebiete v. 19. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 1229. Außerdem wurden zu den Sitzungen Beamte geringerer Dienststränge hinzugezogen, so daß an der Sitzung am 26. 5. insgesamt 16, am 31. 7. 24 und am 18. 12. 1941 37 Personen teilnahmen. Von ihnen sind der Transportchef im OKH Gercke und die Staatssekretäre Neumann (VJP), Landfried (Wirtschaft), Reinhardt (Finanzen) und Stuckart (RMI) als Mitglieder anzusehen. Vgl. die Sitzungsniederschriften in BA-MA RW 19/739, Bl. 130, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 430, und (BArchP)F 42743, Bl. 627.

¹⁰² Als solcher statt Thomas, der diesen Posten noch im Juli beanspruchte, bereits genannt in Göring an v. Brauchitsch v. 29. 4. 1941 (Nbg. Dok. EC-3), BA F 15510, Bl. 572f.

Berufserziehung« um die Jahreswende 1941/42 neu gebildet wurden. Sie waren zuvor Sondergruppen innerhalb der Chefgruppe Wirtschaft.¹⁰³

Chefs des Wirtschaftsstabs Ost waren vom 25. März 1941 bis zum 30. Juni 1942 Generalleutnant Wilhelm Schubert,¹⁰⁴ zwischen 1. Juli und 3. August 1942 General Thomas¹⁰⁵ und danach General Otto Stapf.¹⁰⁶ Als einer der wichtigsten Funktionäre ist der zeitweilige Inspekteur des Wirtschaftsstabs Ost, General Hans Nagel, zu nennen, der die Ausarbeitung der Grünen Mappe, der Wirtschaftsrichtlinien für die besetzten sowjetischen Gebiete, leitete und von Frühjahr bis Herbst 1941 Verbindungs-offizier zu Göring war.¹⁰⁷ Außer an der Spitze und in der Führungsgruppe waren Militärs kaum vertreten; das Schwergewicht hinsichtlich der Arbeit und der Entscheidungen lag bei den Fachgruppen, die von den Ministerien gesteuert wurden, so daß von einer Dominanz der Wehrmacht keine Rede sein kann.¹⁰⁸ Meist war man sich ohnehin einig.

Der Personaleinsatz der Wirtschaftsorganisation wurde über die wirtschaftlichen Vereinigungen des NS-Staates organisiert, vor allem über die Wirtschaftsgruppen, Industrie- und Handelskammern, den Reichsnährstand und die Deutsche Arbeitsfront (DAF). Die Suche nach Personal begann spätestens im November 1940¹⁰⁹ und war, was Experten anging, durchaus erfolgreich. Sie verzögerte sich hinsichtlich des Unterpersonals aber wegen der wenigstens teilweise gewährten Geheimhaltung.¹¹⁰ Deshalb fehlten im Juli und August 1941 u. a. in Weißrußland besonders Landwirtschaftsführer. Die Aufstellung der in Weißrußland zum Einsatz gekommenen Wirtschaftskomman-

103 Vgl. Fernsprechverzeichnis WiStab z.b.V. Oldenburg, Stand: 12. 6. 1941, BA-MA RW 31/163; OKW/WiRü Amt, Befehl über Gliederung, Einsatz und Aufgaben der Wirtschaftsorganisation Ost v. 8. 5. 1941, in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 412–417. Vgl. allgemein den dort abgedruckten Abschlußbericht des WiStabs Ost, abgefaßt von General Nagel, Kriegswirtschaft im Operationsgebiet des Ostens in den Jahren 1941–1943, S. 21ff. Das Original liegt im IFZ, ED 2 (zwei Bände).

104 * 1879. 1918–1924 deutscher Militärattaché in Moskau, ließ sich wegen seiner antisowjetischen Aktivitäten ab 1918 gern als »der erste Antibolschewik« feiern. In den dreißiger Jahren in Rüstungsindustrie und Luftwaffe tätig, 1940 RüIn Paris. 1942 wegen Arbeitsmängeln und Führungsschwäche ausgeschieden. Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 10ff.; Baumgart, S. 217f., 225, 305f. und 382; Niederschrift Schubert v. 20. 7. 1965, BA-MA M5g 2/2558, Zitat Bl. 5.

105 Bis 17. 11. 1942 Chef des WiRüAmts, nach Umformierung bis 15. 1. 1943 Chef des OKW/Wirtschaftsamts, danach General z.b.V. 1 beim OKW mit kriegsgeschichtlichen Aufgaben. Beurteilung durch Keitel v. 1. 4. 1944[4], BA D-H, ZWM Ia (unpaginiert).

106 General der Infanterie Otto Stapf, * 13. 11. 1890, 6. 11. 1940–10. 1. 1942 Kdr.III. Inf.Div., II. 1.–28. 2. 1942 Kdr. Gen. XXXIV. Armeekorps, 1. 3.–31. 7. 1942 General z.b.V. im OKH. »Genießt das Vertrauen des Herrn Reichsmarschalls.« Beurteilung durch Keitel v. 1. 4. 1944, ebd. Vgl. allgemein Abschlußbericht WiStab Ost, in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 43 und 51.

107 * 1882, 1928–1933 Funktionär der DNVP und im Reichslandbund. Nach 1933 im Wehrwirtschaftsamt. 1939 RüIn in Prag und im Generalgouvernement, 1940 Leiter der Wirtschaft beim Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich. Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 7f., und Befehle Thomas' v. 27. 5. und 30. 6. 1942 sowie Dienstanweisung eines »GenWiOst«, BA-MA (BArchP)F 42744, Bl. 1123–1125, 1014–1016 und 1126f.

108 So auch Müller, Wirtschaftspolitik, S. 30, Anm. 13, und 31. Gegenteilige Darstellung bei Petzina, S. 142f.

109 Rü (Ic), Aktenvermerk Besprechung bei Generalleutnant Stud (Geheime Kommandosache) v. 1. 11. 1940, BA-MA WF-01/1076, Bl. 811f. Abgedruckt bei Erhard Moritz (Hg.), Fall Barbarossa, Berlin-O. 1970, S. 337f.

110 Rü Ic v. Juni 1941 (mit Vermerk Thomas' v. 10. 6.), BA-MA RW 19/739, Bl. 10; KTB WiRüAmt/Stab v. 31. 7. 1941, Besprechung Amtschef bei Sts. Körner Organisationsfragen Rußland, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 682.

dos, die eigentlich für Mittelrußland vorgesehen waren, erfolgte durch die Rüstungsinspektionen IV (Hamburg) und X (Sachsen).¹¹¹ Die personelle Höchststärke des Wirtschaftsstabs Ost und der ihm unterstellten Dienststellen wurde erst allmählich erreicht. Sie betrug am 15. Oktober 1941 gut 10000, zum 1. Dezember 1942 etwa 19000 Kräfte, davon über die Hälfte in der Landwirtschaft.¹¹² Die ursprünglichen Planungen für den Personalbedarf differierten sehr stark und waren teils höher.¹¹³

Offizielle Richtlinie war bis zuletzt die »Grüne Mappe«, die 1941/42 in hoher Auflage in verschiedenen erweiterten Fassungen herauskam und nach und nach den Charakter einer Erlaßsammlung annahm.¹¹⁴ Sie schrieb das schon skizzierte Ausbeutungsprogramm, die Abriegelungsthese und ein Niedriglohnsystem fest.

Die Wirtschaftsinspektionen waren horizontal genauso gegliedert wie der Wirtschaftsstab Ost. Sie waren, wie Nagel schrieb, »gewissermaßen die Außenstellen des Vierjahresplans« und vereinigten unter ihrer Führung die Aufgaben verschiedener Ministerien und der Deutschen Reichsbank.¹¹⁵ Die Wirtschaftsinspektion Mitte war eigentlich für das Moskauer Industriegebiet bestimmt¹¹⁶ (für das durchaus eine gewisse industrielle Ausnutzung vorgesehen war, zumindest eine großangelegte Demontageaktion). Ihre Kommandeure waren vom 9. Juni 1941 bis zum 15. Juli 1942 Generalleutnant Wolfgang Weigand, dann bis zum 26. März 1943 Oberst Arnold Heintz und schließlich der vorherige Wirtschaftsinspekteur Kaukasus, General Günther Niedenführ, der zwischen dem 9. Januar und 2. März 1944 von General Nagel vertreten wurde.¹¹⁷ Die eigentliche Wirtschaftsinspektion Mitte wurde allerdings am 31. 10. 1943

111 WiKdo Belgard (Minsk, später RüKdo Minsk) in Hamburg: KTB WiKdo Belgard v. 9. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 687. WiIn Mitte, WiKdos Bunzlau, Schweidnitz und Hirschberg durch RüIn X: Anlage zu OKW/ WiRüAmt/Stab Ia 1741/41g: Ersatz- und Nachschubdienststellen, BA-MA RW 31/163. Der WiStab Ost wurde von der RüIn III (Berlin) aufgestellt.

112 N. Müller 1967, S. 423, und Müller, Wirtschaftspolitik, S. 1. Der WiStab Ost im engeren Sinne umfaßte zum 1. März 1943 485 Personen, davon Stab 143, Chefgr. Wirtschaft 208, La 72, Arbeit 32, Forst und Holz 19, Betriebsförderung und Berufserziehung (»BB«) 11. KTB WiStab Ost v. 1. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 553. Die Chefgr. Wirtschaft war aber nicht der Schwerpunkt, sondern nur besonders bürokratisch organisiert.

113 Bezüglich der Chefgr. Wirtschaft ging man von 2470 Beschäftigten aus. Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 194. Allein in der Landwirtschaft glaubte man am 4. Mai 1941 12000, am 23. Mai schon 23000 Kräfte zu brauchen. »Nach Mitteilung von maßgebender Stelle wird diese Ziffer voraussichtlich bis auf 1/2 Million Köpfe ansteigen.« OKW/ WiRüAmt/Arbeitsstab z.b.V. v. 23. 5. 1941, BA-MA RW 31/161. Dagegen war in OKW/ WiRüAmt/ Rü VIa v. 4. 6. 1941 von 4500, zunächst 1500, die Rede: BA-MA WF-01/17690, Bl. 969; abgedruckt in: N. Müller 1991, S. 144f. Am 10. 6. 1941 bat Backe Himmler um die Zuweisung von 2000–3000 Bessarabiendeutschen »im Unternehmen Barbarossa zur Verwaltung großer Landgüter«, was dieser »selbstverständlich« zusagte: Himmler an Greifelt v. 11. 6. 1941, BA NS 19/3874, Bl. 9.

114 Verschiedene Ausgaben: BA-MA RW 31/128D, 130, 131, 132, 133. Zur Entstehung z.B. RW 31/127a und b. Vgl. daneben die Sammlung »Richtlinien, Rundschreiben, Erlasse« des WiStabs Ost, BA-MA RW 31/144.

115 Abschlußbericht WiStab Ost in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 33.

116 Vgl. Anlagen KTB WiStab Ost, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 4.

117 Zu Weigand: 1890–1960, 1939 RüIn Prag, 1940 Chef der Rüstungskontrollkommission Paris. Niedenführ: 1888–1961, 1935–1942 Militärberater in Argentinien, 1942 Wirtschaftsinspekteur Kaukasus. Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 41, zu Niedenführ S. 52, ferner Thomas, S. 330, Anm. 67 (fehlerhaft). Weiter: KTB WiIn Mitte v. 15. 7. 1942 und 26. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 12 und 93; Rückblick der Abt. I für das I. Vierteljahr 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 833. Wie erwähnt, waren die WiIn der H.Gr. Mitte nur formell und disziplinar unterstellt, vgl. Herzog 1955, S. 132.

parallel zum rückwärtigen Heeresgebiet aufgelöst und das Personal in den neu gebildeten Stab »Heeresgruppenwirtschaftsführer« (HeWiFu) bei der Heeresgruppe Mitte überführt.¹¹⁸ Dessen Aufgaben blieben mehr oder weniger die gleichen. Die Wirtschaftsinspektion Mitte unterhielt Verbindungsoffiziere zu den wichtigsten anderen Kommandostellen in ihrem Bereich.¹¹⁹ Ihre personelle Stärke betrug zum 1. Dezember 1942 2960 Mann, im Frühjahr 1944 im verkleinerten Gebiet noch etwa 1000.¹²⁰

Von den Fachgruppen waren die Chefgruppen Landwirtschaft beim Wirtschaftsstab Ost und bei der Wirtschaftsinspektion Mitte die jeweils einflussreichsten. Ihre entscheidende Rolle zeigte sich vor allem darin, daß die Organisationsstruktur der landwirtschaftlichen Kreis- und Betriebsführer eine Ebene tiefer reichte als die übrige Militär- und Wirtschaftsverwaltung, die bei den Ortskommandanturen bzw. sogar Feldkommandanturen endete.¹²¹ Die Chefgruppen waren jeweils gegliedert in die drei Abteilungen Organisation und Verwaltung, Erzeugung sowie Erfassung.¹²² Ihr Leiter beim Wirtschaftsstab Ost war 1941–1944 Dr. Hans-Joachim Riecke,¹²³ bei der Wirtschaftsinspektion Mitte der Landesbauernführer Hessen-Nassau, Dr. Richard Wagner.¹²⁴

Statt Weigand waren zunächst vorgesehen Dr. Burandt (Wirtschaftsministerium [RWM]) oder GenLt Stieler v. Heydekampf, mit dem Weigand dann als WiIn Süd ausgetauscht wurde. KTB WiRüAmt/Stab v. 2. 4. 1941, Aktennotiz über Besprechung am 31. 3., BA-MA RW 19/165, Bl. 2, und hschr. Notiz Thomas von Ende April/Anfang Mai 1941, RW 19/739, Bl. 303. Weiter Notiz »Wirtschaftsabteilung« etwa von Anfang März 1941, wo Burandt als Kriegsverwaltungsvizechef (KVVCh) und Leiter der Gruppe Gewerbliche Wirtschaft im WiStab Ost vorgesehen war: BA-MA WF-01/1076, Bl. 813–817.

118 Okdo. H.Gr. Mitte, HeWiFu v. 1. II. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 456. Die Bezeichnung Heeresgruppenwirtschaftsführer [im folgenden: HeWiFu] wurde schon zuvor verwendet, bezeichnete aber keine Organisation, sondern war Titel des Wirtschaftsinspektors als Berater des Oberbefehlshabers der H.Gr. in wirtschaftlichen Fragen. Als einziger Fachgruppenleiter übte KVVCh Wagner (Landwirtschaft) eine ähnliche Funktion für v. Kluge aus. KTB WiIn Mitte v. 3. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 34.

119 Nämlich zum Berück, zu den vier Armeeoberkommandos (AOKs), zum LIX. A.K., zu den Sich.Div. und zur Befehlsstelle Mitte OKH/GenQu. Organisations-Schema der WiIn Mitte mit Stand v. 20. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 302, und Tätigkeitsbericht des Ic der 252. Inf.Div. v. 19. 7. 1941, BA-MA RH 26-252/129.

120 Müller, Wirtschaftspolitik, S. 1, und Anlage 1 zum Monatsbericht April 1944 des HeWiFu Mitte v. 29. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 427. Z.T. wurden allerdings in Berlin höhere Zahlen geführt als tatsächlich vorhanden, vgl. Nagel an Thomas, Ergänzung zum Reisebericht v. 19. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 680–682.

121 Zu den Landwirtschaftsführern in Militär- und Zivilverwaltung und ihrer Bedeutung vgl. S. 170f.

122 Vgl. z.B. Wirtschaftspolitischer Dienst 10. Jg, Folge 141 v. 22. 6. 1943, BA 61 Re 1, Nr. 348, Bl. 46.

123 1899–1987, 1925 Dr. der Agrarwissenschaft, NSDAP-Mitglied seit 1925, nach 1933 zeitweise Reichskommissar und Staatsminister in Westfalen-Lippe und Gaufachberater sowie Leiter der Reichsstelle für Umsiedlung im RMEuL und in anderen hohen Funktionen dort (1936 Ministerialdirektor), August 1939–April 1941 Armeedienst (Bataillonskommandeur), 8. 9. 1941 auch als Vertreter Backes Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung im Vierjahresplan, 1943–1945 Staatssekretär im RMEuL, 9. II. 1942 SA-Gruppenführer. Vgl. Brandt, S. 73, Aly/Heim, Vordenker, S. 386, und BDC, PA Hans-Joachim Riecke.

124 * 2. 12. 1902, NSDAP-Mitglied 1930, 31. 7.–6. II. 1932 und seit 5. 3. 1933 Mitglied des Reichstages, 1931/32 Mitglied des hessischen Landtages, 1932 SS-Eintritt, 1933 Landesbauernführer, 1937 Führer im Stab Rasse- und Siedlungshauptamt, 30. I. 1937 SS-Oberführer, 9. II. 1943 SS-Brigadeführer, 30. 10. 1943 Wechsel als Landwirtschaftschef zum Militärbefehlshaber Belgien und Nordfrankreich, dort wegen sexueller Belästigung mehrerer Wehrmachthelferinnen abgelöst und als Unterscharführer der Reserve zur 13. SS-Freiwilligen-Gebirgs-Division in Kroatien versetzt, schnell neuer Aufstieg. Galt seinen Vorgesetzten als vielseitig interessiert und kultiviert. Eher realistischer Agrarpolitiker als Blut-und-Boden-Ideologe. Vgl. BDC, PA Richard Wagner.

Trotz ihrer geringeren Bedeutung waren die Chefgruppen Wirtschaft ebenfalls mit Spitzenkräften besetzt. Leiter im Wirtschaftsstab Ost war der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Gustav Schlotterer.¹²⁵ Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte konnten die mehrfach wechselnden Chefgruppenleiter angesichts der vorgegebenen Entindustrialisierungspolitik (vgl. Kap. 5) kaum Impulse geben. Erwähnenswert ist der ehemalige Chef der Hamburger Industrie- und Handelskammer Werner Bosch, ein Zeichen auch für das Engagement von Handelsfirmen der Hansestädte in diesem Bereich.¹²⁶ Bereits vor seinem Auftauchen bei der Wirtschaftsinspektion wollte jedoch ein Großteil des Personals der Chefgruppe – wegen des Scheiterns der Offensive auf Moskau – nur noch eins: nach Hause.¹²⁷ Dorthin wurden Anfang 1942 auch 300 Funktionäre geschickt.¹²⁸

Von den übrigen Abteilungen ist besonders die anfängliche Sondergruppe »Beauftragter für die Berufsverbände«, seit Juli 1942 Chefgruppe »Betriebsförderung und Berufserziehung«, kurz »BB«, interessant.¹²⁹ Hierbei handelte es sich um einen Ableger der DAF, der, anfangs anscheinend nicht einmal organisatorisch in die Wirtschaftsorganisation Ost eingebunden,¹³⁰ zuerst die Aufgabe hatte, die Materialien der sowjetischen Gewerkschaften, vor allem Lohnunterlagen, zu sammeln und die Hülle der zwangsweise aufgelösten Gewerkschaftsorganisation für neue Zwecke zu nutzen. An die Stelle von Propaganda und Schulung unter dem Motto, daß »der Arbeiter sicher noch lange dafür büßen muß, daß auch er das bolschewistische System geduldet hat«,¹³¹ traten in der Praxis bald die Organisierung der Verpflegung (Werksküchen), Mitsprache bei der Festlegung der Lebensmittelrationen, Nachwuchsförderung und Facharbeiterausbildung, Werkschutz, Schaffung eines Netzes deutscher Vertrauensleute und Spitzel in den gewerblichen Betrieben. Dies alles mit dem Zweck, »Arbeitskraft, Arbeitsdisziplin und Arbeitswilligkeit der Werktätigen« im deutschen Sinne zu erhöhen.¹³²

125 In der Weimarer Republik einflußreicher Wirtschaftsjournalist, 1933–1935 Leiter der Hamburger Wirtschaftsbehörde, dann im RWM, 1940 dort Leiter der Ostabteilung und Abteilungsleiter »Vorbereitung und Ordnung« (für die Neuordnung Europas). Vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 340, und Myllyniemi, S. 66. Sein Stellvertreter, Ministerialrat Ter-Nedden, war bereits 1940 für den sowjetischen Bereich im Wirtschaftsministerium zuständig. Siehe Telegramm des Botschafters in Moskau v. d. Schulenburg v. 19. 4. 1940, BA F 15267, Bl. 722.

126 Bosch war 1933 einige Monate Leiter des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs und galt als Vertrauter Schlotterers. 1942/43 als Kriegsverwaltungsabteilungschef bzw. Kriegsverwaltungsvizechef (KVVCh) bei der WiIn Mitte. Vgl. Dieckmann 1992, S. 172 und 192 f., Anm. 137; Deutsche Ost-Korrespondenz Nr. 15 v. 22. 7. 1943 (Entwurf), BA F 10633, Bl. 758–760.

127 Reisebericht Nagels vom Oktober 1941 über eine Besprechung mit Weigand v. 21. 10., BA-MA Wi ID/1723. Man hatte gehofft, die großen Moskauer Betriebe verwalten zu können.

128 WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 13 v. 24. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 885.

129 Abschlußbericht WiStab Ost in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 91. Ferner Monatsbericht Juli 1942 des WiStabs Ost, BA-MA (BArchP)F 43067, Bl. 649.

130 Hierauf hat Dieckmann 1993, S. 62–65, hingewiesen. Vgl. KTB WiRüAmt/Stab v. 22. und 23. 7. 1941, BA-MA WF-01/15885, Bl. 901–903. Anfangs arbeiteten die knapp 100 BB-Leute z. T. noch in DAF-Uniformen. Sondergruppe »Beauftragter für die Berufsverbände«, Arbeitsbericht für das zweite Halbjahr 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 316 f.

131 WiStab Ost, Besondere Anordnungen Nr. 11 v. 17. 7. 1941, zitiert nach Müller, Wirtschaftspolitik, S. 342, Anm. 273.

132 Vgl. ebd., S. 336 f.; Verwaltungsanordnungen Nr. 28 des Berück Mitte v. 19. 9. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 716 f.; Gliederung des WiStabs Ost und der WiIn v. 13. 7. 1942, BA-MA WF-01/1301, Bl. 792 (Zitat). Zu den Aufgaben auch Roth 1994, S. 527 f.

Besonders beachtenswert war aber die Aufgabe einer Zusammenarbeit mit den »SS- und Polizeidienststellen«.¹³³ Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte und ihren Wirtschaftskommandos führten jeweils die Gruppenleiter »BB« die Stelle »Der Beauftragte für die Berufsverbände: Verbindungsstelle der Chefgruppe W[irtschaft] zur SS und Polizei«.¹³⁴ Es liegt auf der Hand, daß sie gerade bei der Entfernung von Juden aus den Industriebetrieben ein gewichtiges Wort mitsprachen.¹³⁵ Diese Seite der Tätigkeit der DAF bei der Politik in den besetzten sowjetischen Gebieten ist von den Historikern, die bisher ihre Bedeutung für die »Ostplanung« betont haben, nicht erfaßt worden.¹³⁶

Die Wirtschaftskommandos waren ähnlich wie die Wirtschaftsinspektionen gegliedert. Sie waren die »eigentliche Ausführungsstelle der praktischen Landesausnutzung« (Nagel)¹³⁷ und seit 1942 die unterste durchgehende Ebene der Wirtschaftsverwaltung. Grundsätzliche Entscheidungen oblagen allerdings nicht ihnen, sondern den übergeordneten Stellen. Ihre Grenzen stimmten meist nicht mit denen der Militärverwaltung (Bereich der Sicherungsdivisionen oder Feldkommandanturen) überein und in der Regel auch nicht mit der sowjetischen Verwaltungseinteilung (Oblast),¹³⁸ sondern wurden neu geschaffen. Anfangs umfaßte die Wirtschaftsinspektion Mitte vier Wirtschaftskommandos und Außenstellen, die wiederum im Januar 1942 mit den Gruppen IV Wi zu »kleine[n] Wirtschaftskommandos« zusammengelegt wurden.¹³⁹ Die Wirtschaftskommandos umfaßten meist etwa 400 bis 600 Mann, von denen der größte Teil verstreut eingesetzt war.¹⁴⁰

133 Vgl. Gliederung WiStab Ost und der WiIn v. 13. 7. 1942, wie Anm. zuvor.

134 Stellenbesetzungsplan für die WiIn Mitte, Chefgruppe Wirtschaft (Stand: Anfang Juli 1941), BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1091 und 1095–1099.

135 S.u. S. 454 f. und 634. Leiter der BB-Abteilung im WiStab Ost war Kriegsverwaltungschef Otto Marrenbach, * 1899, Geschäftsführer der DAF Berlin. Bei der WiIn Mitte war es zunächst der DAF-Gauobmann Magdeburg Herbert Knabe, der schon wegen Arbeitsmangels mit dem Großteil seiner Gruppe nach Deutschland zurückgeschickt werden sollte, was aber nicht geschah, und seit Anfang 1943 KVVCh Rudolf Lencer. Auch die relativ hohen Ränge weisen auf die Bedeutung der BB-Gruppen hin. Vgl. Roth 1994, S. 519, 527, 535–540; Vierzehntagesbericht WiStab Ost (Feldzugsbeginn bis 6. 7. 1941) v. 12. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 837; Bericht Nr. 5 des RMO-Beauftragten beim Berück Mitte v. 31. 1. 1942, BA-MA PPF-01/8212, Bl. 608; KTB WiIn Mitte v. 23. 1. und 30. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 740 und 42859, Bl. 30; Stellenbesetzungsliste Chefgruppe BB der WiIn Mitte v. 8. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 392–394.

136 Vgl. Hepp und Aly/Heim, Vordenker, S. 342–346. Weiter Roth, Das Arbeitswissenschaftliche Institut, S. 215–225, besonders S. 216; Roth 1994. Die DAF stellte in den besetzten sowjetischen Gebieten z. B. die GK in Kiew (Magunia) und Dnjepropetrowsk (Selzner). Magunia war 1941 Kochs Stellvertreter als Chef der Zivilverwaltung im Bezirk Bialystok.

137 In: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 34.

138 Vgl. dagegen die Behauptung Nagels ebd.

139 WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 13 v. 24. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 884. Von da an unterschied man eine Zeit lang »Leitende Wirtschaftskommandos« von den übrigen. Organisations-Schema der WiIn Mitte v. 20. 6. 1942. BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 302. Später waren wieder alle WiKdos gleichberechtigt.

140 Erfahrungsbericht Major Wilhelm Fickenschner, 1942–1943 WiKdr. Roslawl bzw. Smolensk, v. 20. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 498 (zeitweilig 500–600 Personen an 135 Einsatzpunkten auf 30 000 qkm); Erfahrungsbericht Dipl.-Ing. Hans Schwarz, 1942–1943 WiKdr. Borissow, v. 15. 9. 1943, BA-MA WF-01/1137, Bl. 709 und 714 (14 000 qkm); Personalbestandsliste HeWiFu Mitte v. 1. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 846.

Die Stelle der Armeewirtschaftsführer entsprach in Stellung und Organisation etwa einem Wirtschaftskommando. Allerdings waren sie ähnlich wie die Oberquartiermeister der Armeen der Armee enger verbunden und ihrem Zugriff stärker ausgesetzt als die Instanzen auf Heeresgruppenebene (die Armeen versuchten ihre eigene Versorgung sicherzustellen). Deshalb gab es manchmal Irritationen über ihre Unterstellung unter die Wirtschaftsinspektion.¹⁴¹

Wurden Teile der besetzten sowjetischen Gebiete an die Zivilverwaltung abgegeben, so wurde dieser der größte Teil der Wirtschaftsverwaltung übergeben – in der Regel einschließlich des Personals. Nur Rüstungsbetriebe waren davon ausgenommen. Sie blieben bei den Rüstungskommandos, die an die Stelle der Wirtschaftskommandos in diesen Territorien traten. Diese unterstanden erst ab Februar 1943 dem Wirtschaftsstab Ost, zuvor dagegen dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt bzw. ab Mai 1942 dem neuen Wehrwirtschaftsamt des OKW.¹⁴² Das Wehrwirtschaftskommando in Minsk (so die spätere Bezeichnung), das zuvor der Rüstungsinspektion Ostland in Riga unterstand, wurde am 20. September 1943 der Wirtschaftsinspektion Mitte unterstellt.¹⁴³ Da es eigentliche Rüstungsbetriebe in Weißrußland praktisch nicht zu verwalten gab, entwickelten sich die Rüstungskommandos bald zu ineffektiven, aufgeblähten bürokratischen Apparaten.¹⁴⁴

c) Die Generalquartiermeisterabteilung im OKH und die Quartiermeisterabteilungen als Schaltstellen von Massenverbrechen

Eine herausragende, in der Forschung bisher nur ansatzweise wahrgenommene Rolle bei Besatzungspolitik und Verbrechen in den besetzten sowjetischen Gebieten spielte der Generalquartiermeister des Heeres, besonders seine Abteilung Kriegsverwaltung.

Die Generalquartiermeisterabteilung des Generalstabs des Heeres war über Jahre von Eduard Wagner, Amtsinhaber seit 1940, aufgebaut und geprägt worden.¹⁴⁵ Gene-

¹⁴¹ Vgl. die zuletzt genannte Quelle; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 31 f.; WiStab Ost, Stab Abt. I/Ia, Zusammenfassende Übersicht für KTB i. 4.–30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 629 f.; WiIn Mitte, Chefgr. La: Betr.: Leinanbau 1943 und 1944 v. 17. 10. 1943, BA-MA (BArchP) F 42748, Bl. 190. Dienstanweisung für einen Armeewirtschaftsführer bei einem AOK vom November 1943, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 1070–1072.

¹⁴² Der Chef des OKW v. 28. 2. 1943, BA-MA WF-01/1401, Bl. 613; Erlaß des Führers über die einheitliche Steuerung der Rüstungswirtschaft v. 7. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42744, Bl. 1231 f. In Weißrußland waren das RüKdo Minsk mit Außenstelle [ASr] in Baranowitschi und Nebenstellen sowie die RüKdos in Luzk (Außenstelle 17 in Brest) und in Shitomir tätig (sie unterstanden der RüIn Ukraine), außerdem die Außenstelle Bialystok der RüIn Königsberg (Wehrkreis I).

¹⁴³ KTB WewiKdo Minsk v. 20. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1199.

¹⁴⁴ So verwaltete das RüKdo Minsk im Oktober 1942 mit 88 Mann 5 Betriebe und einen ständig schrumpfenden Bestand an Aufträgen, den man im übrigen nicht erfüllte. Dennoch wurde die Zahl der Mitarbeiter bis 1944 nicht entscheidend gesenkt. Vgl. Aktenvermerk über Besprechung v. 12. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1043, und weiter bei KTB/Anlagen des RüKdos. Ähnlich sah es bei der Rüstungsaußenstelle in Brest und ansatzweise auch im Bezirk Bialystok aus.

¹⁴⁵ 1894–1944, Eintritt in den Heeresdienst 1912, 1. 7. 1935–März 1939 Leiter der Abteilung VI im OKH (Vorläufer des GenQu), anschließend Regimentskommandeur, 25. 8. 1939–30. 9. 1940 Chef des Stabes unter dem GenQu des Heeres, Oberst i.G. Eugen Müller, diesen überspielend. 1. 10. 1940–23. 7. 1944 selbst GenQu. Mitglied der Militäropposition gegen Hitler, beging Selbstmord. S. u. S. 1115; E. Wagner; Krumpelt, S. 110 ff.; Ausarbeitung Eckstein, BA-MA N 510/v. 26.

ral Wagner galt als besonders ehrgeiziger, dabei aber sehr befähigter Offizier.¹⁴⁶ Auf seine Idee hin wurden 1939 und 1940 Stäbe des Innen- und Wirtschaftsministeriums in die Generalquartiermeisterbehörde eingebaut, um die Arbeit der Abteilung Kriegsverwaltung – 1941 unter Major i.G. Johann Schmidt v. Altenstadt¹⁴⁷ – zu professionalisieren.¹⁴⁸ Seit seiner Umgliederung am 1. Oktober 1940 bestand das Amt Generalquartiermeister aus zwei hauptsächlichen Abteilungen – Heeresversorgung und Kriegsverwaltung;¹⁴⁹ seit 1942 aus drei: I (Versorgungsführung), II (Kriegsverwaltung) und III (Nachschub).¹⁵⁰ Daneben gab es eine Chefgruppe und andere Wagner direkt unterstellte Einrichtungen wie den Heeresintendanten (IVa). Aus der grundsätzlichen Doppelfunktion Versorgung des Heeres/ Militärverwaltung, die auf Wagners Konzeption zurückging, ergaben sich breit gefächerte Kompetenzen.¹⁵¹ Bei der Kriegsverwaltung waren dies »Militärverwaltung, Organisation und Sicherung der rückwärtigen Armee- und Heeresgebiete, politische und wirtschaftliche Angelegenheiten der Militärverwaltung, Zusammenarbeit mit den obersten Reichsbehörden und Parteidienststellen«.¹⁵² Dazu kamen das Kriegsgefangenenwesen und die »Zusammenarbeit mit SS und Polizei«.¹⁵³

Im besetzten Gebiet, bei den Armeen zerfielen diese Aufgaben unter die bereits skizzierten der Abteilungen VII und diejenigen der Oberquartiermeisterabteilungen, genauer der Abteilungen Qu 2. Letztere waren vor allem zuständig für das Kriegsgefangenenwesen, die vollziehende Gewalt (mit VII) und die Partisanenbekämpfung

146 »[Wagner] riß gern Dinge an sich, die den Rahmen seines Arbeitsgebietes kaum noch berührten.« Zur Charakteristik der an dem Anschlag am 20. Juli beteiligten Personen. Anlage 1 zu Kaltenbrunner an Bormann v. 7. 9. 1944, in: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 368. Vgl. Anm. 11/92.

147 Johann Schmidt von Altenstadt, 1904–1944 (verunglückt), 1940 Ia einer Division im Westfeldzug, von 1940 bis Juni 1943 Leiter der OKH/GenQu, Abteilung Kriegsverwaltung (II). Vgl. BDC, PA Schmidt von Altenstadt, und Tagebuch Heinz Danko Herre v. 11. 6. 1943, IFZ Zs 406/IV, Bl. 21. – Vorgänger Altenstadts war Major i.G. Richard Kossmann, Nachfolger war Oberst i.G. Gartmeyer.

148 Hinzu kam Personal vom aufgelösten Stab des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft (Schacht). Vgl. Richard Kossmann, Das Arbeitsgebiet der Gruppe Qu 2, in: Wagner, S. 305–308. Weiter Entwurf Kossmann, BA-MA N 510/v. 25.

149 OKH, GenStdH, GenQu, gez. Halder, v. 26. 9. 1940, sowie Geschäftseinteilung OKH/GenQu v. 7. 6. 1941, BA-MA RH 3/v. 136 und v. 372.

150 Geschäftseinteilung OKH/GenQu v. 1. 6. 1942 sowie 1. 5. 1943, BA-MA RH 3/v. 388 und RW 19/1032. Vgl. Gliederungen des GenQu und seiner Vorläufer 1916–1945 in BA-MA RH 3/v. 389, Bl. 1–19, für 1943 Bl. 12–15. – Leiter der Gruppe Heeresversorgung bzw. I waren die Oberste i.G. Weinknecht (1940), Baentsch (1941) und Toppe (1942/43).

151 Siehe Krumpelt, S. 110. Ebenfalls wichtige Zuständigkeiten, die sich auf die Besatzungspolitik in Weißrußland aber weniger auswirkten, lagen bei der weniger aktiven Quartiermeisterabteilung im OKW/ Wehrmachtführungsstab [WFS]. Auch sie hatte, allerdings nicht so ausgeprägt, die Doppelfunktion Versorgung und Nachschub/Verwaltung. Leiter war 1942 Oberst i.G. v. Tippelskirch, für wirtschaftliche Fragen der besetzten sowjetischen Gebiete zuständig Oberstlt. i.G. v. Gusovius (aus dem WiRüAmt), Chef der Kriegsgefangenen Oberstlt. Breyer (seit 1. 1. 1942), Leiter der Abwehrabteilung mit Weisungsbefugnis für die GFP Oberst i.G. Bentevegner. Siehe undatierte Anlage 1 zu OKW/WFS/Qu. Nr. 0482/42 geh., Quartiermeisterabteilung im WFS, BA-MA RW 19/687, Bl. 67–72; ferner die rein organisationsgeschichtliche Studie von Schott, besonders S. 83 ff.

152 Geschäftseinteilung GenQu v. 1. 6. 1942 (vgl. ebenso v. 7. 6. 1941), BA-MA RH 3/v. 388, Bl. 7, und v. 372, Bl. 14. Die Aufgaben der Versorgungsabteilung werden hier aus Platzgründen nicht vorgestellt. Ihre Bedeutung für die Besatzungspolitik wird später anhand konkreter Umstände erörtert (vgl. z. B. Kap. 4.2).

153 Ebd., Bl. 19 f. bzw. 9.

(zum Teil noch 1943), den Einsatz von Kommandanturen, »Richtlinien für die Behandlung, Ernährung und Arbeitseinsatz der Zivilbevölkerung« und – zusammen mit den Ic – die Verbindung »mit SD«, ¹⁵⁴ also für zentrale Bereiche der Besatzungspolitik. Bei den Sicherungsdivisionen, die keine Quartiermeister besaßen, waren dies Aufgaben des Ib (Versorgungsoffizier). ¹⁵⁵

Noch komplizierter war es auf der Ebene der Heeresgruppe Mitte. Diese hatte bis Herbst 1942 keine Oberquartiermeisterabteilung. Die Ib-Abteilung (Major i. G. Günther v. Gericke) nahm die späteren Oberquartiermeisteraufgaben hinsichtlich der Militärverwaltung wahr. ¹⁵⁶ Wagner hatte es vorgezogen, bei den Heeresgruppen neuartige Außenstellen des Generalquartiermeisters einzurichten, die dem GenQu und nicht den Heeresgruppen unterstanden, weil Wagner die Versorgungsführung in der Hand behalten wollte. Die Außenstellen wiederum untergliederten sich in die »Befehlsstelle« (einen kleinen Stab) und den »Versorgungsbezirk« für die Durchführung der angeordneten Maßnahmen. ¹⁵⁷ Die Tätigkeit der Außenstellen und Versorgungsbezirke ist quellenmäßig schlecht erschließbar und nur hinsichtlich der Versorgungsführung einigermaßen erforscht. ¹⁵⁸ Hinsichtlich des besatzungspolitischen Einflusses besteht Unklarheit. Allerdings wurde die Abteilung IV Wi(rtschaft) des Versorgungsbezirks Dnjepr schnell zum wirtschaftlichen »Hauptauftraggeber der WiIn Mitte« mit Scharnierfunktion zwischen Heeresgruppe und Wirtschaftsinspektion. ¹⁵⁹ Sie nahm letzterer teilweise direkte Bewirtschaftungsaufgaben ab und versuchte, auf die Wirtschaftspolitik insgesamt Einfluß zu nehmen. ¹⁶⁰

Im September 1942 wurde aus der Ib-Abteilung und der Außenstelle des Generalquartiermeisters sowie der Abteilung VII des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet die Abteilung Oberquartiermeister/VII der Heeresgruppe Mitte gebildet. Ähnlich war es schon 1941 angeregt worden, um Reibungen in der Versorgungsführung auszuschalten. ¹⁶¹ Diese Abteilung vereinigte auf sich alle Aufgaben der Dienststelle

¹⁵⁴ Dienstplan AOK 9 (Stand: 1. 2. 1943), BA-MA (BArchP)F 18495, Bl. 863f.; Geschäftseinteilung des PzAOK 3 v. 21. 10. 1943, BA-MA N 245/13, Bl. 34 (Zitat).

¹⁵⁵ Vgl. z. B. KTB 87. Inf.Div./Ib 22. 6. 1941–30. 4. 1942 (1941 als Sich.Div. in Weißrußland), BA-MA RH 26–87/137.

¹⁵⁶ Dienstplan für das Okdo. H.Gr. B v. 20. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 18495, Bl. 910. Hierzu gehörte die »Mitarbeit an polizeilichen und SD-Aufgaben im rückw. Heeresgebiet und Wehrmachtgebiet (mit Ic)«.

¹⁵⁷ Bei der H.Gr.Mitte gab es zwei: den Versorgungsbezirk Mitte im Raum Warschau/östliches Generalgouvernement und den Versorgungsbezirk Dnjepr im Raum Minsk-Smolensk-Bobruisk-Gomel.

¹⁵⁸ Vgl. Ernst Fähndrich, Aufgaben und Arbeit der Aussenstellen des OKH/Gen.Qu. während der Aufmarschvorbereitungen im Osten im Frühjahr 1941 und bei Antreten zum Angriff; ders.: Aufbau, BA-MA T-8-2 und T-8-4. Allgemein Schüler, S. 160–194 und 308–452.

Leiter waren 1941 Oberst Otto Eckstein, Nachfolger bis Juni 1942 Oberst Gutzeit, anschließend Oberst v. Unold; Wagner, S. 213; KTB Abt IV Versorgungsbezirk Dnjepr v. 7. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42943, Bl. 568; Einsatzverzeichnis WiIn Mitte v. 31. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1119f.

¹⁵⁹ Außenstelle OKH/GenQu, Versorgungsbezirk Dnjepr, Kommandeur v. 14. 3. 1942 an GenQu, BA-MA RW 31/59b, Bl. 509.

¹⁶⁰ Vgl. KTB der Abteilung IV Wi Aussenstelle OKH/GenQu, Versorgungsbezirk Dnjepr v. 22. 7. 1941–31. 3. 1942 mit Anlagen, BA-MA (BArchP)F 42943, Bl. 494–588. Fachlich unterstand diese Abteilung der WiIn. Leiter war Major i.G. Ernst Fähndrich.

¹⁶¹ Okdo. H.Gr. Mitte OQu/Qu 1 v. 10. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 18490, Bl. 183f.; KTB WiIn Mitte v. 30. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 47. Vgl. KTB GenQu/Qu 2 v. 15. 10. 1941, BA-MA RH 3/v. 376, Bl. 70.

des Generalquartiermeisters in ihrem Gebiet.¹⁶² Leiter war 1942–1944 Oberst i.G. Georg von Unold, ein mit Generalquartiermeister Wagner eng verbundener Offizier.¹⁶³ Wirtschaftsinspekteur Mitte war 1943/44 zudem Wagners ehemaliger Vorgesetzter Niedenführ.¹⁶⁴

Das Verhältnis zwischen Generalquartiermeister und Wirtschaftsstab Ost war zwar nicht immer ungetrübt, aber sehr eng. Beim Aufbau der Wirtschaftsorganisation war eine Abstimmung mit dem Generalquartiermeister angesichts seiner Aufgaben unerlässlich.¹⁶⁵ Der Wirtschaftsstab Ost unterhielt ab Ende 1941 eine Verbindungsstelle beim GenQu mit Verbindungsoffizieren der Chefgruppen Landwirtschaft, Arbeit und Wirtschaft.¹⁶⁶ Der Chef des Wirtschaftsstabs Ost war dem GenQu berichtspflichtig.¹⁶⁷ Backe konferierte monatlich mit Wagner in dessen Stabsquartier.¹⁶⁸ Dabei nahm der Generalquartiermeister zum Teil Einfluß auf die deutsch besetzten Gebiete in ganz Europa.¹⁶⁹ Bis zum April 1942 waren im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte dem Generalquartiermeister auch die Einheiten der Organisation Todt (OT) unterstellt.¹⁷⁰

Für die Beteiligung der Quartiermeisterdienststellen an Besatzungsverbrechen ergab sich aus den skizzierten Aufgabenfeldern folgendes. Ein enger Kontakt des GenQu mit dem RSHA mußte zur Steuerung der Besatzungsverwaltung und der Sicherungstruppen in den Militärverwaltungsgebieten gewissermaßen automatisch bestehen.¹⁷¹ Deshalb war Wagner im Frühjahr 1941 der zuständige Mann, um mit Heydrich den Einsatz der Einsatzgruppen zu koordinieren (vgl. Kap. 2.2d). Verbindungsoffizier zwischen Generalquartiermeister, Abteilung Kriegsverwaltung, und RSHA war ab

162 Dienstplan des Okdo. H.Gr. Mitte v. 15. II. 1942, Nbg. Dok. NOKW-3341, BA-MA (BArchP)F 18495, Bl. 622f.

163 * 1905, 1940 Leiter der Chefgruppe beim GenQu und zuständig für Planung und Sonderaufträge, Juni 1941 bis April 1942 bei der 10. mot. Div., Juni bzw. September 1942 bis Dezember 1944 OQu der H.Gr. Mitte. Vgl. Vern. ders. durch die Sowjets v. 20. 12. 1945, BA D-H, ZM 1683, A. 8, Bl. 179; Befehl Halders über Umgliederung Gen Qu v. 26. 9. 1940, BA-MA RH 3/v. 136, Bl. 5; KTB WiIn Mitte v. 24. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 972.

164 Vgl. Ausarbeitung Eckstein, BA-MA N 510/v. 27; Wehrwirtschaftsamt, Aktennotiz über Vortrag Gen. Leutnant Stapf v. 18. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42744, Bl. 929.

165 Vgl. KTB WiRüAmt/Stab v. 26. 2. 1941, BA-MA WF-01/15913, Bl. 49 und 56.

166 Geschäftseinteilung OKH/GenQu v. 1. 6. 1942, BA-MA RH 3/v. 388, Bl. 22; Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 358–361. Leiter der Verbindungsstelle war Major, später Oberstleutnant Albert Emmerich, zuständig für Landwirtschaft Oberkriegsverwaltungsrat (OKVR) v. Eickstedt, für Arbeit OKVR Dr. Olb.

167 Göring an v. Brauchitsch v. 29. 4. 1941, Nbg. Dok. EC-3, BA F 15510, Bl. 573. »Er hat die Weisungen des WiFüStabes bei OKH/GenQu zu vertreten und den Anforderungen von OKH/GenQu für den Truppenbedarf zu entsprechen.« Oberst Dr. Musset: Gliederung und Aufgaben der Wirtschaftsorganisation Ost, in: Wehrwirtschaftliche Nachrichten für die Dienststellen der Wehrwirtschaftsorganisation Nr. 3 v. 8. 2. 1943, BA-MA WF-01/3683, Blattzahl unleserlich.

168 Eckstein, S. 282.

169 Ende August 1942 wurde ein »Europaprogramm zur Deckung des Heeresbedarfs« zwischen Wagner, Backe, dem Chef des Heeresverwaltungsamts Osterkamp, dem Chef des WiStabs Ost Stapf und Fachbeamten abgestimmt. KTB WiStab Ost, Chefgr. La, BA-MA WF-01/15898, Bl. 729.

170 Berück Mitte, Der Quartiermeister, Anlage 3 zum Tätigkeitsbericht März 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 986.

171 Eckstein, S. 273.

Mai 1941 der spätere Historiker Walter Bußmann.¹⁷² Die Ereignismeldungen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD lagen dem GenQu vor und wurden von dort ständig an das Ostministerium weitergegeben.¹⁷³ Auch auf unterer Ebene waren die Kontakte gut: zur Schaffung des Versorgungsbezirks Dnjepr sollte Major Fähndrich in Minsk »eine Gruppe S.D.« zur Verfügung gestellt werden und zwar, wie man schlußfolgern kann, nicht zu rein passiven Sicherungsaufgaben.¹⁷⁴ Der GenQu soll sich auch geweigert haben, gegen die Judenerschießungen der Sicherheitspolizei in dem ihm unterstehenden Bereich vorzugehen; von Schenckendorff soll mehrmals mit einem solchen Ansinnen zu ihm gefahren sein, »kam jeweils mit einem roten Kopf zurück und sagte, es sei nichts zu machen«.¹⁷⁵

Wie erwähnt, kamen vom Generalquartiermeister die fachlichen Weisungen für die Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete, die Kommandanten der rückwärtigen Armeegebiete und ihre Sicherungstruppen. Für ihre Ausarbeitung war die Abteilung Kriegsverwaltung zuständig, die insbesondere auch vorgesetzte Dienststelle der jeweiligen Abteilungen VII (Kriegsverwaltung) war und damit z. B. über Kompetenzen in der »Judenpolitik« verfügte. Außerdem leitete der Generalquartiermeister in diesem Zusammenhang auch die Partisanenbekämpfung in den militärisch verwalteten Gebieten,¹⁷⁶ bis diese Aufgabe im August 1942 an die Operationsabteilung im Generalstab des Heeres überging (vgl. Kap. 9.3b). Auch später sprach er dort noch ein gewichtiges Wort mit. In den der Zivilverwaltung unterstehenden Gebieten besaß er gegenüber den dortigen Wehrmachtbefehlshabern bestimmte Befugnisse bezüglich der »Ausnutzung des Landes« im Dienst der Truppe, zumindest bis September 1942.¹⁷⁷

Dem Generalquartiermeister, Abteilung Kriegsverwaltung, unterstand das Kriegsgefangenenwesen im sogenannten OKH-Bereich, zu dem der militärisch verwaltete Teil Weißrußlands gehörte. Diese Stelle trug für das Massensterben der Kriegsgefangenen und ihre grausame Behandlung besondere Verantwortung (vgl. Kap. 8).¹⁷⁸ Der Dienstsitz des Heeresfeldpolizeichefs im OKH befand sich zeitweise beim Generalquartiermeister, Abteilung Kriegsverwaltung. Die Geheime Feldpolizei ermordete al-

172 Dieser war nach eigenen Angaben »zuständig für den schriftlichen wie mündlichen Verkehr zwischen dem Generalquartiermeister und dem Reichssicherheitshauptamt«. Bußmann führte auch das KTB der Abt. Kriegsverwaltung des GenQu. Vgl. Bußmann 1985, S. 229–240, v. a. S. 229 und die beschönigende Darstellung zur Politik des GenQu gegenüber dem RSHA S. 231 und 235. Zu Bußmann allgemein Möller 1993.

173 Vern. Georg Leibbrandt v. 24. 9. 1947 und Otto Bräutigam v. 5. 2. 1948, StA Nürnberg-Fürth 72 Ks 3/50a-b (BStA Nürnberg), Bd. 6, Bl. 45 und 172f. Damit müssen auch die »Eignismeldungen« ständig durch Bußmanns Hände gegangen sein. Er übergab sie 1941 auch Claus Schenck Graf v. Stauffenberg von der Organisationsabteilung im OKH. Siehe Peter Hoffmann 1992, S. 229.

174 Dazu hätten die Fähndrich gleichzeitig zugeordneten Teile der 286. Sich.Div. ausgereicht. Vgl. 286. Sich.Div., Abt. Ia, Divisionsbefehl Nr. 16 v. 2. 7. 1941, BA-MA RH-26–286/3.

175 Vern. Erich v. d. Bach-Zelewski am 8. 7. [1958], StA München I, 22 Ks 1/61, Beiakten. Allerdings stimmen zwei Prämissen dieser Aussage nicht. Weder v. Schenckendorff noch gar Bach-Zelewski waren konsequente Gegner der Judenerschießungen.

176 Vgl. z. B. OKW/WFSt/Qu(II) v. 23. 7. 1942 (Abschrift), BA NS 19/1671, Bl. 74f.

177 Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) v. 13. 3. 1941, in: Hubatsch, S. 89. Vgl. KTB WiStab Ost v. 10. 9. 1942, wonach »die Gebiete der Wehrmachtbefehlshaber zukünftig aus dem Befehlsbereich des Generalquartiermeisters ausscheiden«, was sich wohl auf die Intendanturen bezog. BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 179.

178 Vgl. zu den Kompetenzen Streit, S. 67–82.

lein in den besetzten sowjetischen Gebieten mehrere zehntausend Menschen, »Gegner« im weitesten Sinne.¹⁷⁹ Auch die Feldgendarmarie dürfte dem GenQu unterstanden haben.¹⁸⁰ Außer auf die Sicherungstruppen hatte er also auch Einfluß auf den Einsatz der Militärpolizeiorgane in den militärisch verwalteten Gebieten.

Besonders gravierend war die politische Initiative des Generalquartiermeisters bei der Hungerpolitik gegenüber der sowjetischen Bevölkerung. Ihr Zusammenhang mit der Versorgung des Heeres »aus dem Lande« wurde schon angesprochen. Die Abteilungen II und IVa/Heeresintendant des GenQu, Wirtschaftsstab Ost, Chefgruppe Landwirtschaft, sowie die entsprechenden regionalen und örtlichen Dienststellen setzten die Hungerrationen für die einheimische Zivilbevölkerung fest.¹⁸¹ Bei den Kriegsgefangenen hatte der GenQu hierauf noch größeren Einfluß. Wagner war auch entscheidend an der Planung und Durchführung der frühzeitig entwickelten Hungerstrategie gegenüber der Bevölkerung Leningrads beteiligt. Die Hungerblockade forderte dort schließlich mindestens 600 000 Todesopfer. Da Leningrad aber den Kampf nicht aufgab und starke deutsche Truppen band, arbeitete ein Sachgebietsleiter in der Abteilung Heeresversorgung beim Generalquartiermeister wohl auf Wagners Befehl im November 1941 einen Vorschlag zur totalen Vernichtung aller Menschen in Leningrad mit Giftgasgeschossen aus. Diese seien »wirtschaftlicher im Erfolg (Weltkrieg)«. Der Generalquartiermeister beteiligte sich auch an mörderischen Plänen gegen die Einwohner der Stadt Stalingrad und ihrer Durchführung. Er verschärfte dabei einen von Hitler gegebenen Befehl.¹⁸²

Offensichtlich bestand bei Fronrücknahmen eine grundsätzliche Kompetenz des Generalquartiermeisters für die Vorbereitung der Mitnahme der Bevölkerung, die die deutschen Organe meist zwangsweise durchführten (vgl. Kap. 6.3 und 10.6).¹⁸³ Weitere mit den Rückzügen verbundene Maßnahmen waren ebenfalls völkerrechtswidrig, so die im September 1943 vom Oberquartiermeister der Heeresgruppe Mitte v. Unold befohlene Zerstörung und Plünderung: »Vor allem muss eine 40-km-Zone ostwärts der Panther-Stellung durch Kahlfrass möglichst in eine Wüste verwandelt

179 Geförner, besonders S. 36. Vgl. OKH, GenStdH/GenQu, Geschäftseinteilung GenQu (Stand: 7. 6. 1941 bzw. 1. 6. 1942), BA-MA RH 3/v. 372 und v. 388, jeweils Bl. 21.

180 »Höherer Fg. Offz. b. OKH« und gleichzeitig Verbindungsoffizier des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei war 1941 Oberstleutnant, dann Oberst der Gendarmerie de Niem. Vgl. ebd. (7. 6. 1941), Bl. 13, sowie Befehl Halders über Umgliederung GenQu v. 26. 9. 1940, BA-MA RH 3/v. 136, Bl. 11. Dagegen war der von Bußmann, S. 235, in dieser Funktion genannte Major, später Oberstleutnant der Schutzpolizei Skowronnek (»ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus«, so Bußmann) zunächst VO des Chefs der Ordnungspolizei und 1942 erst des Reichsführers-SS. Vgl. Geschäftseinteilungen GenQu v. 7. 6. 1941 und 1. 6. 1942, BA-MA RH 3/v. 372, Bl. 16, und v. 388, Bl. 22. De Niem gehörte zur Abteilung Heeresversorgung/Qu 2 (Versorgungstruppen), Skowronnek dagegen zur Abteilung Kriegsverwaltung/Qu 4B (Sicherung, vollziehende Gewalt).

181 Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 359 f.; KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 10. 3. 1943, BA-MA WF-01/15898, Bl. 359. Im Bericht S. 360, heißt es auch: »Für die zentrale Lenkung des Arbeitseinsatzes und die Regelung der Arbeitsbedingungen war die enge Verbindung mit dem GenQu als territorialem Befehlshaber im Operationsgebiet unerläßliche Voraussetzung.«

182 Siehe ausführlich Gerlach, Militärische »Versorgungszwänge« und Massenverbrechen.

183 [RMO] P 3, Aktenvermerk Tel.Anruf von Oberst Garmeyer OKH/GenQu v. 11. 3. 1944: »Gen.Qu. bitet in Evakuierungsfragen, statt über OKW/WFSt. unmittelbar mit OKH/GenQu. zu verkehren, um Abwicklung zu beschleunigen.« BA F 13741, Bl. 336.

werden. Massnahme eilt sehr [...].¹⁸⁴ Die kriminelle Energie mancher Quartiermeister-Stabsangehöriger kannte zum Ende der Besatzungszeit kaum noch Grenzen. Von Unold regte 1944 an, alle in den besetzten sowjetischen Gebieten während des Krieges geborenen Kinder, ja sogar alle Kinder unter zehn Jahren, nach Deutschland zu entführen und im Osten Weißrußlands den Anfang zu machen (vgl. Kap. 10.5).¹⁸⁵

Die Generalquartiermeisterabteilung und ihre untergebenen Dienststellen vereinigten auf sich, wenn man so sagen darf, wie im klassischen Mordfall das Motiv, die Tatwaffe und die Gelegenheit. Dem entsprachen die Ernährungssituation im deutschen Herrschaftsraum und die Transportlage; die vollziehende Gewalt durch die Kommandanturen, die Sicherungstruppen und das Personal der Kriegsgefangenenlager; und die Absicht, das Heer und die eigene Organisation durch eine brutale »Versorgung aus dem Lande« von Nachschubsorgen zu entlasten sowie das Hinterland mit möglichst wenig Truppen zu beherrschen, um möglichst viele Einheiten an die Front zu werfen.

3.3 Die Zivilverwaltung

Schon sehr früh hatte Hitler den Plan gefaßt, die Militärverwaltung in den zu besetzenden sowjetischen Gebieten nach einiger Zeit durch eine Zivilverwaltung zu ersetzen. Zeitweise hatte Göring die Erwartung gehegt, Chef dieser Verwaltung zu werden,¹⁸⁶ doch statt seiner übernahm Alfred Rosenberg diese Position. Der in Estland aufgewachsene Parteiideologe, dem Hitler schon 1936 versprochen haben soll, sein Beauftragter zur weltweiten Bekämpfung des Kommunismus zu werden, hatte sich noch im Oktober 1940 mit einem Bericht für Hitler und Göring über »Staatssystem und Parteaufbau« der UdSSR hervorgetan. Göring und andere NS-Führer zeigten erhebliches Interesse an seinen Ausarbeitungen.¹⁸⁷ Ende März 1941 erhielt Rosenberg seinen Auftrag definitiv¹⁸⁸ und begann, Grundüberlegungen und politische Richtlinien auszuarbeiten sowie einen Verwaltungsapparat aufzubauen.¹⁸⁹ Hitler ernannte

184 F Schr. Okdo. H.Gr. Mitte OQu/Qu 1/Qu 2/HeWiFü g.Kdos., gez. v. Unold, v. 19. 9. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 287. Die Panther-Stellung verlief in Nord-Süd-Richtung östlich des Dnjepr im Osten Weißrußlands.

185 Ord.Offz. Chef WiStab Ost, Reisebericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost zur H.Gr. Mitte und A.O.K. 2 in der Zeit vom 17.–21. 5. 1944 v. 24. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 624.

186 Aktennotiz Thomas über Besprechung mit Göring, 26. 2. 1941, BA-MA WF-01/15885, Bl. 56. Vgl. Aktennotiz über eine Amtsleiterbesprechung bei Thomas v. 26. 2. 1941, ebd., Bl. 48; Interne Besprechung Gr.I, IV, Ausl. v. 6. 3. 1941, KTB OKW, Bd. 1, S. 346; OKW, WFSt/Abt.L (IV/Qu), Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) v. 13. 3. 1941, in: Hubatsch, S. 88–90.

187 Siehe Rosenberg an Göring v. 5. 10. und Göring an Rosenberg v. 28. 10. 1940, BA NS 8/167; Amt Osten, Dr. L., an Geheimrat Schliep im Auswärtigen Amt v. 24. 1. 1941 über das Interesse des Reichsaußenministers v. Ribbentrop; weiter Müller, Ausbeutungskrieg, S. 194; Cecil, S. 124.

188 Siehe KTB WiRüAmt v. 20. 3. 1941, BA-MA RW 19/164; Aly 1995, S. 270, zu einem Vermerk Heydrichs über einen Vortrag bei Göring am 26. 3. 1941.

189 Vgl. ebd., S. 195–197; Frankfurter Volksblatt v. 28. 3. 1941, BA R 153/143 (Rosenberg mußte kurzfristig »wegen dringender politischer Aufgaben [...] nach Berlin zurückreisen«); Auszug aus Rosenbergs Tagebuch v. 2. 4. 1941 in: Kempner 1981; Vern. Alfred Rosenberg v. 16. 6. 1946, in: IMT, Bd. 11, S. 525; Denkschriften u.a. aus dem Stab Rosenberg seit dem 2. 4. 1941 in: IMT, Bd. 26, S. 547–623; schriftliche Ernennung Rosenbergs

ihn am 17. Juli zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Erst vier Monate später wurde die Ernennung veröffentlicht.¹⁹⁰

Entsprechend der herausragenden Bedeutung der Wirtschaft der zu erobernden Sowjetunion für die deutsche Kriegswirtschaft wurde eine neue Konstruktion der Zivilverwaltung mit dem Ostministerium als Kopfstelle in Berlin gewählt, die den Reichsministerien und Zentralstellen einen großen Einfluß sicherte.¹⁹¹ Es handelte sich um ein Territorialministerium, gedacht etwa in der Funktion und »Struktur des englischen Indien-Ministeriums«, das den Reichsministerien als Apparat für die Durchführung ihrer Anweisungen dienen und diese politisch koordinieren bzw. auf die verschiedenen zu behandelnden Gebiete unterschiedlich anwenden sollte.¹⁹² Doppelarbeiten sollten vermieden werden, indem die Ministerien Beamte, meist in Personalunion, ins Ostministerium entsandten, so daß dieses die Arbeiten der anderen Fachressorts nutzen konnte.¹⁹³ Die Abstimmung und Zusammenarbeit lief aber in verschiedenen Formen ab, so in der »Beratung des Ostministeriums durch andere Ministerien« auf Referentenebene, als »Mitbenutzung des technischen Apparates anderer Ressorts durch das Ostministerium«, im Weg einer »interne[n] Aufgabenteilung« oder als »teilweise oder vollständige Personalunion auf bestimmten Sachgebieten«.¹⁹⁴ Die Weisungsbefugnis für die Zivilverwaltung in den besetzten sowjetischen Gebieten lag beim Ostministerium, mit Ausnahme derjenigen der Vierjahresplanbehörde sowie der SS und Polizei.¹⁹⁵ Doch während die Vierjahresplanbehörde trotzdem stets den Dienstweg über das Ostministerium benutzte und dort ihre Beamten – an der Spitze Riecke und Schlotterer – in Personalunion mit dem Wirtschaftsstab Ost plazierte, glaubte die SS- und Polizeiführung ihre Interessen auf diesem Weg nicht durchsetzen zu können,¹⁹⁶ umging darum das Ostministerium sehr häufig oder arbeitete dagegen.

durch Hitler als »Beauftragter für die zentrale Bearbeitung des osteuropäischen Raumes« v. 20. 4. 1941 (Abschrift), BA R 6/21, Bl. 22. Siehe auch rückblickend ein späteres Redekonzept Rosenbergs: »Meine Denkschriften[...] Mündlicher Auftrag 2. April, 20. 4. ›Beauftragter ...‹, 17. 7. Ministerium«. BA R 6/37, Bl. 65.

¹⁹⁰ Ernennungsurkunde Hitlers für Rosenberg v. 17. 7. 1941, ebd., Bl. 120; Lammers an die Obersten Reichsbehörden v. 18. 7. mit Hitlers Erlaß über die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete v. 17. 7. 1941: IMT, Bd. 29, S. 234 ff. Der Erlaßentwurf stammte von Staatssekretär Stuckart (RMI) und Min.Dir. Kritzinger (Reichskanzlei): Kritzinger an v. Stutterheim v. 11. 7. 1941, BA F 8484, Bl. 4720–4724.

¹⁹¹ Anders als in den bisherigen Fällen, in denen die Reichskommissare (Niederlande und Norwegen), der Generalgouverneur (im besetzten Polen), der Reichsprotektor (in Böhmen und Mähren) und – ein Sonderfall – der Reichsbevollmächtigte (in Dänemark) im besetzten Gebiet residierten und eine stärkere politische Eigenständigkeit besaßen.

¹⁹² Zitat: Einschätzung aus dem Reichspropagandaministerium in: Chef Sipo/SD, Kommandostab, Mitteilungsblatt Nr. 3 (undatiert, 1942), BA-MA SF-01/28985, Bl. 142. Vgl. Denkschrift Nr. 2 aus Rosenbergs Akten v. 7. 4. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 559.

¹⁹³ Siehe z.B. Rosenbergs Vortrag auf der Chefbesprechung im RMO v. 30. 10. 1941, in: Müller, Siedlungspolitik, S. 162.

¹⁹⁴ Walter Labs, Die Verwaltung in den besetzten Ostgebieten, in: Reich – Volksordnung – Lebensraum. Sonderdruck aus Bd. V (1943), BA-MA FPF-01/8220, Bl. 930.

¹⁹⁵ Vgl. Hitlers Erlaß über die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete v. 17. 7. 1941, wie Anm. 3/190. Später kamen auch zweitrangige Weisungsbefugnisse des Generalinspektors für Wasser und Energie, des Reichspropagandaministeriums und einiger anderer Stellen dazu.

¹⁹⁶ Deutlich in Niederschrift Rosenbergs v. 19. 11. über die Besprechung mit Himmler am 15. 11. 1941, BA F 13751, Bl. 17–21; dagegen Niederschrift Rosenbergs über die Besprechung mit Staatssekretär Körner am 8. 5. 1941, Nbg. Dok. PS-1018; Verhältnis zwischen dem Beauftragten für den Vierjahresplan und Reichsminister für die besetzten Ostgebiete v. 5. 2. 1942 (unvollständige Abschrift), BA NS 19/1773, Bl. 9f.; Akte BA R 6/23.

Struktur und Funktion des Ostministeriums haben Anlaß zu Mißverständnissen gegeben. Es hieß, das Ministerium sei politisch schwach gewesen (das »impotente Ostministerium«), und zwar vor allem wegen schlechten Personals und ungeeigneter Führung,¹⁹⁷ die anderen Zentralstellen hätten es bloß als »Postamt« benutzt, und es hätte seine politische Grundkonzeption gegen sie nicht durchsetzen können. Auf diese Weise sei ein Verwaltungschaos entstanden.¹⁹⁸ Diese Sichtweise stammt aus den fünfziger Jahren und basiert hauptsächlich auf den Memoiren und Darstellungen ehemaliger Angehöriger der Hauptabteilung I (Politik) des Ostministeriums.¹⁹⁹ In Wirklichkeit bildete das Ostministerium keine Einheit, sondern die Interessenunterschiede zogen sich quer hindurch. In der Hauptabteilung I dominierten frühere Rußlanddeutsche sowie »Ostexperten« mit langjähriger Erfahrung.²⁰⁰ Ihre Pläne, die sowjetische Bevölkerung durch eine politische Kriegführung – mit begrenzten Zugeständnissen zur effektiven Wahrung der deutschen Hegemonie – für die Kollaboration zu gewinnen, kollidierten mit dem Vorhaben der Hauptabteilung III (Wirtschaft)²⁰¹ für eine weitgehende Ausbeutung im Sinn der deutschen Vierjahresplanbehörde und mit dem Interesse von SS und Polizei, durch Brutalität abzuschrecken. Dazwischen stand die für Rechtsfragen zuständige Hauptabteilung II (Verwaltung), die einen möglichst effektiven Besatzungsapparat gewährleisten wollte,²⁰² deren Personal aber aus Verwaltungsexperten ohne Vorkenntnis der sowjetischen Verhältnisse bestand.²⁰³ Was die Angehörigen der Hauptabteilung I kritisierten – und worin ihnen spätere Historiker folgten –, war im Grunde, daß ihre Hauptabteilung den anderen nicht übergeordnet

197 Damit waren vor allem Rosenberg, sein ständiger Vertreter Alfred Meyer, gleichzeitig Gauleiter und Reichsstatthalter in Westfalen-Nord, und Dr. Georg Leibbrandt, Leiter der Hauptabteilung I, gemeint. Zu den Biographien Pätzold/Schwarz 1992, S. 225–227 und 230–232.

198 Siehe besonders Reitlinger 1963; Dallin 1958; Mulligan 1988; Rebentisch, S. 309–331. Zitate: Myllyniemi, S. 14 und 199. Heiber (1958, S. 284) spricht von »musealen Schattenspielen« im RMO.

199 Besonders Kleist 1950 und Bräutigam 1954; später Bräutigam 1968. Erheblichen Einfluß auf diese Interpretationslinie übten auch persönliche Mitteilungen ehemaliger Beamter des RMO aus; vgl. Dallins Liste (1958, S. 8) über seine Informanten mit Bräutigam, Kleist, Leibbrandt, v. Mende, Nickel und Arlt aus der Hauptabteilung I bzw. dem späteren Führungsstab Politik. Ähnlich, mit verschobenem Akzent, liegen die Probleme bei Brandt 1953.

200 Zu dieser Gruppe gehörten der Hauptabteilungsleiter Leibbrandt, die Abteilungsleiter Bräutigam (Allgemeine Politik), Dr. Peter Kleist (Regionalabteilung RK Ostland), Prof. Dr. Gerhard v. Mende (Kaukasus/Fremdes Volkstum), Anatol v. d. Milwe-Schroewen (Kultur) und Dr. Wilhelm Kinkel (Abteilungen Ukraine sowie Deutsches Volkstum und Siedlung).

201 Die Hauptabt. III bestand aus den Abteilungen Wirtschaftspolitische Kooperation (Schlotterer, vgl. Anm. 3/125), Ern u La (Riecke, wie Anm. 3/123), Forst- und Holzwirtschaft (Barth) sowie Sonderaufgaben (Walter Mallettke).

202 Steinberg 1995, S. 620–631, hier S. 626–633, unterscheidet vier Gruppen in der Zivilverwaltung für die besetzten sowjetischen Gebiete: die »national liberators« wie Bräutigam, die »colonizers« wie Wetzell, die »exploiters« um Göring und Backe sowie die SS.

203 Zum Spitzenpersonal gehörten Dr. Ludwig Runte (Hauptabteilungsleiter, zuvor Regierungspräsident aus Arnberg, d.h. aus dem Gau Meyers), Dr. Walter Labs (Allgemeine Verwaltung), Dr. Reinbothe (Treuhandwesen), Dr. Stoltz (Finanzen), seit 1942 Dr. Waegner (Gesundheit). Angeschlossen war auch das Generalreferat Raumordnung (Siemer). Runte wurde 1943 durch den vormaligen Hamburger Senator Wilhelm v. Allwörden abgelöst. Vgl. verschiedene Organisationspläne und Stellenbesetzungen in Handrack, S. 222–228; frühe Organisationspläne und -erlasse in BA D-H ZA I/6004; spätere in BA F 13751, Bl. 717–879; Geschäftsübersicht der wichtigen Abteilung II 1: BA 6.01, Nr. 0/0/6, Bl. 8–22, zur Hauptabteilung II Bl. 33f.; zum Personal: Vern. Walter Labs v. 3. 11. 1949, StA Nürnberg-Fürth 72 KS 3/50a-b im BStA Nürnberg, Bd. 1, Bl. 128; zu Runte: Bräutigam 1968, S. 308.

war.²⁰⁴ Tatsächlich gingen die Interessen aber gar nicht so weit auseinander, sondern man hatte gemeinsame Ziele – einschließlich der wirtschaftlichen Ausbeutung – und fand in der Regel eine gemeinsame Linie.²⁰⁵ Das galt noch stärker, nachdem am 10. August 1943 der Chef des SS-Hauptamtes, SS-Gruppenführer Gottlob Berger, ein Fachmann für das Gewinnen bewaffneter Kollaborateure, Georg Leibbrandt abgelöst hatte und Leiter des neuen »Führungsstabs Politik« geworden war. Damit war eine Reform und Straffung des Ministeriums verbunden.²⁰⁶

Dem Ostministerium unterstanden die Reichskommissariate (RK) im besetzten Gebiet, diesen die Generalbezirke bzw. Generalkommissariate (GK) und diesen wiederum als unterste durchgehende Instanz die Gebietskommissariate. Von den vier geplanten Reichskommissariaten wurden nur zwei realisiert, das RK Ostland mit Sitz in Riga und das RK Ukraine mit Sitz in Rowno.²⁰⁷ Zum RK Ostland gehörten die GK Estland, Lettland, Litauen und »Weißruthenien«. Reichskommissar wurde der Oberpräsident und Gauleiter von Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse.²⁰⁸ Seine Behörde war ähnlich wie das Ostministerium gegliedert und umfaßte etwa 500 bis 600 Personen.²⁰⁹ Von seinen Spitzenbeamten ist besonders der Abteilungsleiter Landwirtschaft Martin Matthiessen hervorzuheben.²¹⁰ RK Ukraine war der Oberpräsident und Gau-

204 Vgl. Kleist 1950, S. 149, und Dallin 1958; ferner bereits Kleists Niederschrift »Zum Bormann-Brief« v. 11. 8. 1942, BA-MA FPF-01/8192, Bl. 768f.

205 Bräutigam, Kleist usw. übertrieben die Differenzen, um sich selbst von den Verbrechen und dem »Mißlingen« der Besatzungspolitik entlasten zu können. Das zeigt das Beispiel der Agrarreform (siehe Kap. 4.5).

206 Berger war bereits seit Heydrichs Tod im Juni 1942 dessen Nachfolger als Verbindungsführer zwischen SS und RMO (Vermerk Lammers' über eine Besprechung Rosenberg-Himmler v. 8. 7. 1942, BA F 8484, Bl. 4676–4678). In seiner intriganten Art hatte er Himmler dazu gebracht, ihn im RMO zu installieren, wenn es ihm auch nicht gelang, einen Posten als Staatssekretär zu erreichen (Der Reichsführer-SS, Verbindungsführer beim RMO, Vermerk SS-Hstuf.Brandenburg v. 25. 1. 1943, BA F 3355, Bl. 1130–1132; Berger an Himmler v. 9. 3. 1943, in: Poliakow/Wulf, S. 27; Vorgang in Lammers' Akten November 1942–März 1943 sowie Berger an Himmler v. 27. 7. und 28. 7. 1943, BA F 2918, Bl. 4889, 4899f. und 5081–5119; eidesstattl. Erkl. Gottlob Berger v. 14. 6. 1947, Nbg. Dok. NO-3971, StA Nürnberg-Fürth 72 Ks 3/50a-b, Bd. 5; Myllyniemi, S. 202). Bräutigam wertete Bergers Tätigkeit im RMO insgesamt nicht negativ (Bräutigam 1954, S. 32a–33). Turonek, S. 195, vermutet plausibel, daß Berger ins RMO eingebaut wurde, um dort die Rekrutierung bewaffneter sowjetischer Kollaborateure voranzutreiben. – Zu Berger allgemein Rempel 1980.

207 Zusätzlich waren die RK »Moskowien« und »Kaukasien« geplant.

208 Lohse war auch Präsident der »Nordischen Gesellschaft«. Er galt als überbürokratisch; die Historiographie beschränkte sich lange darauf festzustellen, er sei lächerlich und ein »eitler, dummer und vulgärer Mensch« (Reitlinger 1963, S. 161) gewesen, ohne seine Politik tiefergehend zu analysieren. Siehe auch Kleist 1950, S. 159–167.

209 Vgl. zum RKO Myllyniemi; mit wirtschaftlichem Schwerpunkt: Czollek 1974; apologetisch zur Kulturpolitik: Handrack; fehlerhaft Bästlein. Ferner RKO, Abt. I Pers., Stellenplan v. 26. 2. 1942, BA 21.01, Nr. 9472, Bl. 153–208; RMO, Die Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten (Braune Mappe), Teil I: RKO, ZStL 202 AR-Z 184/67, Sbd. 1.

210 * 1901, Bauernsohn, Gutsverwalter und Pächter, Freikorpsmitglied, 1928 Mitglied der NSDAP, Reichstagsmitglied 1. 10. 1931, nach 1933 Tätigkeit im Reichsnährstand, August 1938 Landesbauernführer Westfalen, am 5. 5. 1941 von Backe über seinen Osteinsatz informiert; 1941–1945 Abteilungsleiter Ia im RKO, seit 1942 auch Hauptabteilungsleiter III (Wirtschaft); Mai 1945–März 1948 Kriegsgefangenschaft und Internierung. Vgl. Matthiessen 1980; zur Stellenbesetzung im RKO S. 378; BA R 43 II/685a, Bl. 19–21, BA R 90/221 und /248; Handrack, S. 229. Zentral- bzw. Hauptabteilung I (Verwaltung): Fromm, noch 1941 Burmeister; Hauptabteilung II (Politik): Dr. Fründt (bis Mai 1942), SA-Ogruf. Pröhl (bis Mai 1943), dann Burmeister; wichtige Abteilungsleiter waren Trampedach (IIa Politik), Gesundheit und Volkspflege (Dr. Waegner, dann Dr. Bernsdorff), Schütte (Arbeitseinsatz und Sozialpolitik). Politik wurde später zur Hauptabt. I und Verwaltung zu II.

leiter in Ostpreußen, Erich Koch, der als einer der brutalsten NS-Politiker gilt. Er brachte sein Führungspersonal in erster Linie aus Ostpreußen mit.²¹¹ Seine Behörde zählte 700 Personen.²¹² Zwar galten Lohse und besonders Koch als eigenständig, und die RK Ostland und Ukraine waren fortwährend in Streitigkeiten mit dem Ostministerium verstrickt, wobei die eine Institution der anderen die Existenzberechtigung absprach.²¹³ Doch die Grundlinien der Politik legte das Ostministerium mit den Zentralstellen in Berlin fest,²¹⁴ in regionalen Fragen ließ es den Reichskommissariaten große Freiheiten. Die Konflikte der Hauptabteilung Politik mit dem RK Ukraine entstanden in erster Linie, weil Kochs Verwaltung die Bevölkerung ohne politische Rücksichten ausbeuten wollte. Sie verfügte in der Landwirtschafts- und Arbeitseinsatzpolitik über Verbündete in den zuständigen Berliner Stellen. Persönliche Differenzen zwischen Koch und Rosenberg waren also nicht ausschlaggebend.²¹⁵

Weißrußland war unter den Deutschen nicht nur zwischen Militär- und Zivilverwaltung geteilt, sondern auch innerhalb der Zivilverwaltung in verschiedene Territorien aufgespalten. Das einzige Verwaltungsgebiet, das ausschließlich weißrussisches Gebiet umfaßte, war das Riga unterstehende GK Weißruthenien mit Sitz in Minsk. Am 1. September 1941 eingerichtet, umfaßte es gut die Hälfte des westlichen, bis 1939 polnischen Weißrußland und einen Streifen des altsowjetischen Gebiets mit den Städten Minsk und Sluzk, zusammen rund 60 000 km² mit 2,5 bis 3 Millionen Einwohnern.²¹⁶ Außer Minsk gab es nur wenige Mittelstädte von 20 000 bis 30 000 Einwohnern, im Norden gar keine, und wenig Industrie. Generalkommissar war Wilhelm

211 Hauptabt. I (Politik): 1941-März 1943 Landeshauptmann Helmuth v. Wedelstädt; II (Verwaltung): Paul Dargel, im Sommer 1942 Nachfolger v. Wedelstädts als inoffizieller Vertreter des meist abwesenden Koch; III (Wirtschaft): Major Dr. Krukenberg, 1942 Dr. Puff, 1943 Dr. Walter Fransen; IV (Technik): Baumann; La: Hellmuth Körner, Landesbauernführer in Sachsen; Arbeit: Schreiber. Vgl. ZHO, Namentliches Verzeichnis der RK Ostland und Ukraine v. 19. 11. 1941, BA 34.02, Nr. 132, Bl. 20-25; Mitteilungsblatt des RMO Nr. 21 v. 17. 4. 1942, BA D-H ZA I/6004; Aufstellung »Reichskommissariat Ukraine«, BA D-H ZB II 4824, Bl. 1-19; zu Herkunft und späterer Karriere der Beamten Schriftsatz des niedersächsischen Kultusstaatssekretärs Konrad Müller, März 1960, ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 1619-1624; BDC, PA Helmuth v. Wedelstädt.

In der Forschung zum RKU bestehen noch zahlreiche Lücken. Vgl. Torzecki, v. a. S. 256.

212 Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW-Stab z. b. V., Bericht Nr. 5 v. 31. 5. 1942, BA NS 6/795, Bl. 35. Laut Niederschrift über die Besichtigung der Verwaltungsdienststellen beim BdO Ukraine 10.-16. 6. 1942, BA R 19/121, Bl. 471, hatte der RKU nur 450 deutsche Mitarbeiter, von denen bald 130 abzugeben seien.

213 Vgl. Myllyniemi, S. 121 ff.

214 Bezeichnend ist, daß Koch erklärte, er sei so selten in der Ukraine, weil ihm die Vorschriften des RMO wenig Aufgaben übrig ließen. Beauftragter des Reichsleiters Bormann im OKW-Stab z. b. V., Schepe-towka, 5. 6. 1942, BA NS 6/795, Bl. 38-52.

215 Vgl. z. B. Gerlach, Agrarreform, S. 29-33, und Kap. 6 dieser Arbeit.

216 Es gab im GK Weißruthenien – auf Grund der ständigen Massenmorde nicht verwunderlich – nie eine verlässliche Gesamt-Bevölkerungsstatistik. Die Statistischen Berichte für das Ostland (2 (1942), S. 291, und 3 (1943), S. 8) verzeichneten im Herbst 1942 60 461 qkm mit 2,9 Millionen Einwohnern, 1943 2,4 Millionen Einwohner; nach der Aufstellung über Gebiete und Rayons nach der Volkszählung v. 4. 12. 1941 3,138 Millionen, ohne das noch mitgezählte Gebiet Grodno 2,969 Millionen Einwohner (ZStA Minsk 372-1-24, Bl. 2-5). Aufstellung »Groesse und Einwohnerzahl des GK Weißruthenien im Jahre 1942« nach gebietsweise unterschiedlichem Stand etwa vom Jahreswechsel 1942/43: 2 411 333 Einwohner (BA 90/414, auch in: Ostland, 2 (1944), H. 8 (Februar), S. 7; hiernach nur noch 53 662 qkm). Ähnlich nach »Einwohnerzahl des Generalbezirks Weißruthenien« (zum 1. 6. 1942, mit Stempel v. 5. 4. 1943), ZStA Minsk 372-1-22, Bl. 5.

Kube, ehemaliger NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Preußischen Landtag sowie Gauleiter und Oberpräsident der Kurmark, der im September 1943 einem Attentat zum Opfer fiel.²¹⁷ Kube, der ehemalige »Preußenführer«, geschickt, erfahren auf verschiedenen Politikfeldern, so in der Kirchen- und Jugendpolitik, opportunistisch und durchsetzungsfähig in einem, war 1936 in erster Linie über Korruptionsaffären und seinen ausschweifenden Lebenswandel gestürzt.²¹⁸ Hitler hatte aber stets Sympathien für ihn bewahrt und offenbar schon im Februar 1941 entschieden, ihn in den besetzten sowjetischen Gebieten zu verwenden. Ihm sogar den Posten eines Reichskommissars in Moskau zu geben, redeten ihm Göring und Rosenberg aus.²¹⁹ Gute Bezie-

217 Wilhelm Kube, * 1887 als Sohn eines Sergeanten, Besuch des Berliner Elitelymnasiums »Zum Grauen Kloster«, Studium der Geschichte, Staatswissenschaften und Theologie; 1909 Gründung des antisemitischen Deutsch-Völkischen Studentenbundes, 1912 Vorsitzender des Völkischen Akademikerverbandes, völkischer Publizist, Generalsekretär der Deutsch-Konservativen Vereinigung in Schlesien; entzog sich, 1917 eingezogen, einem Fronteinsatz; 1920 Autor des Theaterstücks »Totila«, 1922 »Reichsführer« der von ihm 1919 gegründeten, völkischen Bismarck-Jugendbewegung; 1920–1923 Generalsekretär des Landesverbandes Berlin der DNVP, 1922 Stadtverordneter; 1923 Übertritt zur »National-Sozialistischen Freiheitsbewegung« Fricks, Reichstagsmitglied 1924, 1927 aus der nunmehrigen Deutsch-Völkischen Freiheitsbewegung ausgeschlossen. Februar 1928 Übertritt zur NSDAP, 1928–1933 Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Preußischen Landtag, 1931/32 Mitinitiator der »Deutschen Christen«, Gauleiter Ostmark (1928–1934) und Kurmark (1934–1936), Reichstagsmitglied 1930, bis 1933 mehrere Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls, übler Nachrede und Mordversuchs; Förderer des »Bundes Deutscher Osten«, Oberpräsident Brandenburg bzw. Kurmark 1933–1936, dann aus allen Ämtern entlassen unter Erlaubnis, weiter den Titel »Gauleiter« zu führen; 1934 und nochmals 1938–1943 Reichstagsmitglied. Vgl. BDC, PA Wilhelm Kube; Heiber (Hg.) 1956, S. 67f., 69f.; Hüttenberger 1969, S. 215f.; Matthiessen, S. 367 (»brillanter Redner«); Scholder, S. 249–268, 297, 364–367; Burleigh, S. 73.

218 Bisher wurde ein angeblich von Kube an den Leiter des Obersten Parteigerichts, Walter Buch, gerichteter Schmähbrief als entscheidend angesehen, der mit »Einige Berliner Juden« unterzeichnet war. (Vgl. undatiertes Rundschreiben Heß' an die Reichs- und Gauleiter (August 1936) mit Abschrift des Briefes v. 26. 4. 1936, BDC, PA Kube; abgedruckt in: Heiber 1956, S. 77f.) Tatsächlich dürfte die Ursache in der selbst für die frühe NS-Regierungszeit außergewöhnlichen Korruption in Kubes Gau und in seiner direkten Umgebung zu suchen sein. Am 25. 8. 1935 hatte Heydrich bereits wegen Diebstahlsverdachts eine Haussuchung bei Kube durchführen lassen. Kube, bis dahin im Ehrenrang SS-Gruppenführer, war daraufhin am 11. 3. 1936 aus der SS ausgetreten. Kube an Himmler v. 11. 3. und Himmler an Kube v. 31. 3. 1936, BDC, PA Wilhelm Kube; zur Korruption ebd. und das umfangreiche Verfahren des Obersten Parteigerichts gegen Paul Schäfer (Finsterwalde) 1930–1942, BDC.

Eine weitere Legende über Kube ist ebenfalls zu korrigieren: er marschierte keineswegs als Angehöriger einer SS-Einsatzgruppe in Belgien ein (Reitlinger 1950, S. 33; Heiber 1956, S. 70), sondern meldete sich erst im Herbst 1940 freiwillig zur Waffen-SS, wurde Anfang 1941 eingezogen und tat ausschließlich Dienst als SS-Rottenführer im KZ Dachau. Sein dortiger Vorgesetzter (Zugführer) Wildenstein wurde auf Kubes Wunsch sein Adjutant in Minsk. Vgl. Anita Kube an Lammers v. 24. 2. und 21. 3. sowie Kube an Hitler v. 17. 4. 1941, BA 7.01, Nr. 4060, Bl. 7f., 11f., 21; Briefwechsel Himmlers mit Glücks und Berger im Februar und März über den Dachau-Einsatz, mit Kube zwischen Juni und Oktober 1941 über Personalzuweisungswünsche Kubes, Brieflagebuch Persönlicher Stab Reichsführer-SS, BA NS 19/4027, Bl. 112R, 115R–116R und 118; Tagebuch Bach-Zelewski v. 3. 9. 1941, BA R 20/45b, Bl. 11; Vern. Karl Wildenstein v. 3. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1625 und 1629f. Zur angeblichen Beschattung von Kube durch Wildenstein für die Gestapo Vern. Gerhard Erren v. 26. 4. 1968, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. Angehörige anderer Dienststellen.

219 Aktenvermerk Bormanns über die Besprechung am 16. 7. 1941, in: IMT, Bd. 38, S. 90. Vgl. Lammers an Kube v. 17. 2. und 26. 4. sowie Bormann an Lammers v. 27. 6. 1941, BA 7.01, Nr. 4060, Bl. 5, 22 und 33; Aufstellung »Besetzte Ostgebiete« aus dem Stab Rosenberg, hschr. auf 25. 6. 1941 datiert, Nbg. Dok. PS-1036; Rosenberg an Lammers v. 5. 7. 1941, BA R 6/21, Bl. 100–102; zu einem Brief Kubes an Himmler v. 23. 6. 1941, BA NS 19/4027, Bl. 115R. – Bestellungsurkunde Hitlers und Rosenbergs für Kube v. 17. 7. 1941, BA F 13679, Bl. 674.

hungen verbanden Kube auch mit Göring, Daluege und Bach-Zelewski. Sein Verhältnis zu Lohse war nicht schlecht.²²⁰ Kube sah seine neue Chance als Lebensaufgabe und beabsichtigte, »wenigstens bis zum Kriegsende« mit »meinen Männern auf den Trümmern von Minsk auszuharren«.²²¹ Kube wollte die Ausbeutungspolitik durch eine Mitwirkung der Bevölkerung optimieren (»Es lohnt sich auch, um die Seele dieses Volkes zu ringen«²²²) und setzte dabei auf eine Mischung aus brutaler Abschreckung, Völkermord und dem Aufbau einer politischen Kollaborationsbewegung auf verschiedenen Gebieten, so Kirchen-, Jugend- und Kulturpolitik, sowie auf eine Bevorzugung der Weißrussen gegenüber den Polen. Im Grunde war das zwar Beiwerk ohne materielle Zugeständnisse, doch gerade auf dem Land nicht völlig erfolglos. Die Sowjets beurteilten Kube als gefährlichen Gegner.²²³ Die Tatsache, daß er die Art als politisch nachteilig kritisierte, wie bestimmte Massenverbrechen durchgeführt wurden, hat ihm früher teilweise den unverdienten Ruf eingetragen, gegen die Untaten selbst »Widerstand« geleistet zu haben.²²⁴

Nachfolger Kubes wurde der faktische HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, SS-Gruppenführer Curt v. Gottberg.²²⁵ Trotz seiner offenen Abneigung gegenüber der weißrussischen Bevölkerung setzte er Kubes Kollaborationspolitik mangels anderer Möglichkeiten fort.²²⁶ Die Behörde des GK in Minsk umfaßte etwa 250 bis 350

220 Zu Göring: Interview Anita Kube in: Kohl, Blutarbeit. – Daluege: Briefwechsel von 1933 in BDC, PA Kube; Kube an Daluege v. 19. 12. 1942, BA F 14247. – Bach: dessen Tagebuch v. 3. 9. 1941, BA R 20/45b, Bl. 11. – Lohse: Reitlinger, Haus, S. 187.

221 Zitate aus zwei Briefen Kubes an Rosenberg v. 3. 2. 1943, BA F 4121, Bl. 287 und 291.

222 Rede Kubes, zitiert nach: Minsker Zeitung v. 30. 6. 1942. Gemeint war das weißrussische Volk.

223 »Er hatte Kenntnisse und Erfahrung und war ein gefährlicher Gegner für uns.« Linkow 1956, S. 558. Das frühe Erscheinungsdatum der russischen Originalfassung (1946) macht diese Einschätzung noch bemerkenswerter. – Zur Kollaborationspolitik Dallin, S. 211–237, und Turonek.

224 Vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 371 und 405 f. (Zitat); Reitlinger, 1963, S. 186 f.; etwas bedachter Reitlinger, Doubts; Heiber 1956. – Mitarbeiter aus der Zivilverwaltung versuchten nach dem Krieg, sich durch Ehrenerklärungen für Kube selbst zu entlasten: »Er war Humanist und damit dürfte wohl alles gesagt sein«, Vern. Joachim Reuscher, Ex-Hauptabteilungsleiter Verwaltung beim GK Weißruthenien, v. 3. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1326; »seine Haltung in der Behandlung Ihrer Glaubensgenossen [d. h. der Juden] war makellos und uns ein Vorbild«, Brief Dr. Dietrich Scheid, früher Staatsanwalt am Deutschen Gericht Minsk, an Karl Loewenstein v. 15. 9. 1957, IfZ Zs 1719.

225 1896–1945, Abitur, 1914–1919 Soldat, EK I und EK II; 1919–1924 Brigade Ehrhardt, teilweise arbeitslos, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch; 1932 NSDAP und SS, 1937–1939 Chef des Siedlungsamts im RuSHA, 1939 Leiter des Bodenamts Prag, wegen mangelhafter Aufsicht (Korruptionsaffäre) abgelöst; seit 1938 durch Beinprothese behindert. 1. 10. 1940–21. 7. 1942 Chef des Erfassungsamts im SS-Hauptamt; Oktober 1942 SSPF Weißruthenien, 24. 3. 1943 Vertreter des HSSPF Rußland-Mitte, 27. 9. 1943 GK Weißruthenien (mit der Wahrung der Geschäfte beauftragt), 21. 6. 1944 HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien; 20. 4. 1942 SS-Brif., 15. 7. 1943 SS-Gruf. und GenLt d. Pol.; 31. 5. 1945 Selbstmord nach Festnahme durch die Alliierten.

Vgl. Birn 1986, S. 235 ff. und 334; BDC, PA Curt v. Gottberg; Rosenberg an v. Gottberg v. 24. 9. 1943, BA R 6/492, Bl. 53; NSDAP-Partei-Kanzlei, Betr.: Vortrag des Reichsministers Rosenberg beim Führer am 17. 11. v. 21. 11. 1943, BA F 8484, Bl. 4478; Koehl, S. 43 und 60; Müller, Siedlungspolitik, S. 84 f.; Bramwell, S. 141–145; Buchheim 1966, S. 246.

226 »Mit der Bevölkerung ist zusammenzuarbeiten. An meiner persönlichen Einstellung zu ihr hat sich nichts geändert. Es ist schärfstes Mißtrauen am Platze. Trotzdem ist aus Gründen der Zweckmäßigkeit auf sozialpolitischem und kulturellem Gebiete alles Mögliche für die Bevölkerung zu tun.« HeWiFu Mitte, Aktenvermerk über die Dienstbesprechung am 7. 12. v. 9. 12. 1943, Redebeitrag v. Gottberg, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 588.

deutsche Mitarbeiter und war ähnlich wie Ostministerium und Reichskommissariat aufgebaut. Sie vollzog auch die dortigen Reorganisationen nach.²²⁷ Während die Hauptabteilungsleiter mehrfach wechselten,²²⁸ war es der Abteilungsleiter Landwirtschaft, Wilhelm Freitag, Kreisbauernführer aus Paderborn, der seit Anfang 1942 »alle Fäden fest in der Hand« hielt und Stellvertreter der Generalkommissare Kube und v. Gottberg war.²²⁹ Abteilungsleiter »ASo« (Arbeitspolitik und Sozialverwaltung) war Helmut Freudenberg.²³⁰

Das GK Weißruthenien umfaßte elf Gebiete: Lida, Slonim, Nowogrodek, Baranowitschi, Hansewitschi, Wilejka, Glebokie, Minsk-Land, Minsk-Stadt, Borissow und Sluzk. Eigentlich hatten es die Deutschen mit den fortlaufenden Eroberungen im Osten über die alte Grenze zwischen der BSSR und der RSFSR hinaus bis Smolensk und Roslawl erweitern wollen. Die Briefköpfe und Aktendeckel waren schon gedruckt, die Gebietskommissare in spe waren zum Teil schon an ihrem Ort, und die Vergrößerung des GK Weißruthenien fast bis zum Dnjepr bereits für den 15. Novem-

227 Zur Stärke: Gartenschlaeger, S. 56; Haushaltsplan des Generalbezirks Weißruthenien für 1943, BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 8 (S. 8); RMO, II 6f., Betr.: Planstellen für die GK und GebK im RK Ostland v. 30. 5. 1942, BA 21.01, Nr. 9472, Bl. 112f.; Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW-Stab z.b.V., Bericht v. 26. 5. 1942, BA NS 6/795, Bl. 29R. Aufbau: Braune Mappe, wie Anm. 3/209; Handrack, S. 231. Reorganisationen: Vern. E. R. v. 2. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1303-1305; undatiertes Organisationsplan des GK Weißruthenien, ZStA Minsk 370-1-64, Bl. 42-44 (1943); [RMO,] Informationsbüro des Führungsstabes Politik, Lagebericht GK Weißruthenien für März v. 12. 5. 1944, BA-MA FPF-01/7854, Bl. 827.

228 Hauptabt. Politik: Karl Eger, März 1943 Dr. Bernhard Kaiser, Robert Bauer, Dr. Lübke; Verwaltung: E. R., Joachim Reuscher; III Wirtschaft: Dr. Heinz Rudolph; IV: 1941-1943 Ernst Hartweg. Minsker Zeitung v. 14./15. 3. 1943; »Generalbezirk Weißruthenien« (Abschrift), StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 1271f.; Vermerk v. 18. 4. 1967, ZStL II 202 AR-Z 185/67, Bl. 5-12. – Rudolphs Karriere verdient Aufmerksamkeit wegen seiner konsequenten Aktivitäten in der »Entwicklungspolitik«: * 1912, Studium der Finanz- und Wirtschaftswissenschaften in Heidelberg, Königsberg und in den USA; Mitglied der Geschäftsführung der Reichsgruppe Industrie, Führungspositionen in der Industrie (Olympia, AEG, Telefunken); Ende der fünfziger Jahre Sozialminister in Niedersachsen; anschließend Direktor der Abteilung Wirtschaft und Finanzen bei Euratom und bei der Division Business Management der OEEC bzw. OECD, 1966-1970 Erster Direktor der Bundesbehörde für Industrialisierung in Malaysia; Präsident der Deutschen Gesellschaft für Freizeit; Beiratsvorsitzender des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik an der Ruhr-Universität Bochum; Veröffentlichungen zur »Dritten Welt«, zur Mittelstandspolitik und zur Malerei des 19. Jahrhunderts.

229 Matthiessen, S. 393; ähnlich S. 417. – Zu Freitag: * 1908 Paderborn, mittlere Reife, zwei Semester Landwirtschaftsschule ohne Abschluß, keine Fremdsprachenkenntnisse; 1930-1941 Bewirtschaftung des väterlichen 30-Hektar-Hofes, SA-Mitglied 30. 11. 1932, NSDAP 1. 5. 1933, 1933 Kreisbauernführer in Paderborn, 1936 Ratsherr, 1937 Kreisamtsleiter für Agrarpolitik, 1938 Übernahme in die SS, Sommer 1941 Gruppenleiter La im »WiKdo Hirschberg« (Wiln Nord), Januar 1942-Juli 1944 Abteilungsleiter La im GK Weißruthenien, März 1943 gleichzeitig Hauptabteilungsleiter Wirtschaft, Stellvertreter der GK Kube und v. Gottberg 1943-1944; 21. 6. 1943 SS-Untstuf., 21. 6. 1944 durch rückwirkende Beförderungen zum SS-Staf. ernannt, 20. 8. 1944-30. 1. 1945 SS-Hstuf. bzw. SS-Stubaf. (Fachführer) beim XII. SS-Armee Korps. – BDC, PA Wilhelm Freitag, besonders Beurteilungsschreiben und v. Gottbergs und Schreiben ans SS-Personalhauptamt v. 15. 4. 1944; Personalbogen Freitag, R 16 I/550; KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 6. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 930. Freitag leugnete, stellvertretender GK gewesen zu sein: Vern. v. 28. 4. 1968, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. Angehörige anderer Dienststellen.

230 1943 von Partisanen getötet. – Die Abteilungen ASo wurden im November 1941 geschaffen und vereinigten die Funktionen, die den (Chef-)Gruppen Arbeit sowie Betriebsförderung und Berufserziehung in den Einrichtungen des WiStabs Ost entsprachen. RMO II 1c an RKO und RKU v. 27. 11. 1941, BA-MA FPF-01/7865, Bl. 901.

ber 1941 angeordnet.²³¹ In Gomel und anderswo ließen die Besatzer schon die Einnahme Moskaus feiern;²³² doch es wurde nichts daraus, ebenso wenig jemals aus der Erweiterung, da auch das rückwärtige Heeresgebiet bestehen blieb. Später wurden die nicht zum Einsatz gekommenen Stäbe schon bestehenden Gebietskommissariaten zur Einarbeitung und Personalergänzung zugewiesen.²³³ Im Gegenteil: im April 1942 mußte das GK Weißruthenien einen Landstreifen um Swir und Oshmyan im Nordwesten mit etwa 5000 km² und 200000 Einwohnern an das GK Litauen abgeben.²³⁴

Obwohl sich die Zuordnung des GK Weißruthenien zum RK Ostland relativ rasch als unpraktisch erwies, da im Baltikum in fast jeder Hinsicht eine andere oder zumindest anders abgestufte Politik betrieben wurde – so in wirtschaftlicher Hinsicht, bei der Behandlung der Bevölkerung und in der Kollaborationsfrage –, konnten sich die zuständigen Stellen in Riga und Berlin lange nicht entschließen, das GK Weißruthenien auszugliedern, und das, obwohl Hitlers Genehmigung seit Mai 1943 vorlag. Zunächst wurde im Sommer 1943 weitgehend ein direkter Schriftverkehr zwischen Ostministerium und Minsk eingeführt. Erst am 1. April 1944 wurde das GK Weißruthenien dem Ministerium direkt unterstellt.²³⁵ Nachdem die Sowjets das GK Wolhynien-Podolien größtenteils zurückerobert hatten, wurden im Südwesten immerhin die restlichen, ohnehin eigentlich weißrussischen Gebiete Brest, Kobryn und Pinsk im Februar 1944 gegen den erbitterten Widerstand des RKU mit Hitlers Erlaubnis dem GK Weißruthenien angeschlossen, ohne daß sich aber daraus noch großer politischer Nutzen für die deutsche Verwaltung ergab. Reichsbahn, OT und Wehrmacht hatten diesen Schritt bereits vorher vollzogen.²³⁶

Der Süden Weißrußlands war ursprünglich unter deutscher Verwaltung dem RK Ukraine angegliedert worden. Dazu gehörten die Gebiete Brest, Pinsk, Kobryn und

231 Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht, OKW/WFSt/Abt.L (IV) Nr. 764/41 v. 4. 11. 1941, BA-MA RH 26–221/15b; Liste der geplanten GebK in Handrack, S. 232; vgl. auch BDC, PA Dr. Ludwig Ehrenleitner; Aktendeckel »Der Gebietskommissar Smolensk«, GebA Minsk 699–1–15. In Bobruisk stritten sich sogar zwei gehende GebK um die Anrechte: vgl. GebK Bobruisk-Land, Bobruisk, den 3. 11. 1941, BA-MA FPF–01/7865, Bl. 833f.

232 In Gomel zweimal nach Kalinin, S. 81; weiteres Beispiel bei Kohl, S. 169.

233 Vern. K. S. v. 15. 11. 1962, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 3213–3216 (Stab Newel in Slonim); RKU, Hauptabteilung I, an GK Shitomir, Betr.: Zwischeneinsatz von Stammführern und Nachwuchsführern v. 8. 4. 1942, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bd. 1, Bl. 116.

234 Diese Maßnahme war im Stab Rosenberg schon vor dem 22. Juni 1941 geplant. »Die neuen Ostgebiete« (Juni 1941), Nbg. Dok. PS-1033; Deutsche Zeitung im Ostland v. 4. 4. 1942; Minsker Zeitung v. 22. 4. 1942; RKO, Abt. II Verw., an RMO v. 16. 9. 1942, BA-MA FPF–01/7865, Bl. 598. Zur bitteren Reaktion in Minsk: Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW-Stab z.b.V., Bericht Nr. 4 v. 26. 5. 1942, BA NS 6/795, Bl. 32R; GebK Glebokie, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 16. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 301f.

235 Notiz Labs für Bräutigam v. 14. 5. 1943, BA R 6/289, Bl. 3; RMO, II 1c v. 24. 5. 1943 (zwei Schreiben, darunter an Himmler und Göring) und Rosenberg an Lohse v. 14. 7. 1943, BA F 13687, Bl. 327f., 370–374; RMO, II 1c v. 21. 9. 1943, in: Amtsblatt des RMO I (1943), S. 61ff.; [RMO.] Abt. Verwaltung, Besprechungsniederschrift v. 23. 3. 1944, BA-MA WF–01/1150, Bl. 767f.; Vorgang aus der Reichskanzlei mit Hitlers Erlaß v. 1. 4. 1944, IfZ Fb 51.

236 Schriftwechsel in BA-MA FPF–01/7882; BA R 6/299, Fschr. Dr. Mayer, GK Weißruthenien, v. 14. 5. 1944, BA F 14433. – Wehrmacht: KTB WeWiAsI Brest für 3.–9. 10. 1943, BA-MA (BAArchP)F 18039, Bl. 912. Die Bahnstrecke Brest-Gomel war stets unter die Verwaltung der Haupteisenbahndirektion bzw. Reichsverkehrsdirektion Minsk gefallen, die dortigen Straßen hatten der OT-Einsatzgruppe Rußland-Mitte bzw. Weißruthenien unterstanden.

Stolin²³⁷ im Norden des GK für Wolhynien und Podolien mit rund 20 200 km² und 750 000, später (nach Ermordung der Juden) 670 000 Einwohnern und die Gebiete Mosyr, Lettschizy, Petrikow, Jelsk, Retschitza und Komarin²³⁸ im Norden des GK Shitomir mit etwa 22 600 km² und 475 000 bis 550 000 Einwohnern.²³⁹

Die weißrussischen Teile des GK Shitomir waren stark bewaldet, sumpfig und dünn besiedelt; die Gebietskommissariate waren wegen der schlechten Verkehrsverbindungen kleiner als anderswo. Dort gab es keine nennenswerte Industrie, nur eine Handvoll Städtchen und lediglich zwei Orte mit knapp über 10 000 Einwohnern. Das GK wurde am 20. Oktober 1941 eingerichtet.²⁴⁰ Es rückte 1942 dadurch in den Blickpunkt der deutschen Führung, daß Hitler, Himmler und das OKW dort (in den eigentlich ukrainischen Teilen) ihre Hauptquartiere bezogen. Beim GK in Shitomir arbeiteten Ende 1942 390 Deutsche, bei den Gebietskommissaren 480.²⁴¹ Der erste GK Kurt Klemm, zuvor Regierungspräsident in Münster, wurde nach Differenzen mit Göring, dem RKU und der Polizei im Herbst 1942 durch den stellvertretenden Gauleiter der Westmark, Ernst Leyser, abgelöst.²⁴²

²³⁷ GebK waren: Brest-Stadt (Oktober 1942 aufgelöst): Franz Burat, Brest-Land (zuerst mit Sitz in Malorita): Sept. 1941–Okt. 1942 Curt Rolle, dann bis Juli 1944 Burat; Kobryn: 1941–1944 Oscar Panzer; Pinsk: 1941–42 Roempler (verstorben), 1942–1944 Paul Gerhard Klein; Stolin: Gerhard Opitz.

²³⁸ GebK: Mosyr: SA-Staf. Wolfgang Przyrembel; Petrikow: SA-Staf. Hans Röhke 1941–1943, Okt. 1943–März 1944: Hördt; Retschitza: Fritz Orliczek, ab März 1943 Dr. Paul Blümel; Lettschizy: Leer; Jelsk: Robert Mayer, dann Harke; Komarin: Sittig; Bragin: Leo Nolde, ab Okt. 1943 vertreten durch Dr. Blümel.

²³⁹ Zahlenangaben nach: RMO, Hauptabt. I Raumplanung, Der Generalbezirk Wolhynien. Abgeschlossen am 5. Dezember 1941. Nachträge bis zum 5. Januar 1942; ebenso, der Generalbezirk Shytomyr. Abgeschlossen am 15. März 1942, BA II.01, Nr. 57, Bl. 57 und 134; Aufstellung »Reichskommissariat Ukraine« (undatiert), BA D-H ZB II 4824, A. 4, Bl. 1–19; Übersicht über die Verwaltungseinteilung des RKU nach dem Stande vom 1. Januar 1943, BA F 13741, Bl. 933–939; Einweisungskalender des KdO Shitomir, BA D-H Z/B-6283, A. 7, Bl. 101. – Insgesamt umfaßten das GK Wolhynien-Podolien 80 000 qkm und 4,6 Millionen Einwohner, das GK Shitomir 64 800 qkm mit 2,9 Millionen Einwohnern (nach anderen Angaben 74 400 qkm mit 4,8 Millionen Einwohnern).

²⁴⁰ Siehe Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches V.P. 17064/1 v. 17. 10. 1941, BA-MA WF-01/8986; KTB WiStab Ost v. 18. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 175; Vermerk ZStL 202 AR-Z 185/67, Bd. 1, Bl. 48, über Klemms Amtsantritt im Oktober. – Größere Orte: Mosyr und Retschitza.

²⁴¹ Lagebericht des GK Shitomir für September und Oktober v. 4. 11. 1942, BA II.01, Nr. 17, Bl. 96.

²⁴² Vgl. RKU, Vermerk über ein Dienstreise nach Berlin zum Ostministerium am 22. und 23. September v. 25. 9. 1942, BDC, O. 342, Bl. 6f.; Alfred Meyer an Görings persönlichen Referenten Görnert v. 14. 9. und Rosenberg an Göring v. 17. 9. 1942, BA R 6/23, Bl. 158f. und 161f.; Amtsblatt des GK in Shitomir 1 (1942), S. 90R. – Kurt Klemm, * 1894, 1931 NSDAP, 1935–1941 Regierungspräsident in Münster, Okt. 1941–Sept. 1942 GK Shitomir. – Ernst Leyser, * 1894, Eisenbahnbeamter, 1920–1923 und ab 1925 in der NSDAP, baute ab 1925 die SS in der Pfalz auf (SS-Mitglied Nr. 153), 1927–1941 stellvertretender Gauleiter in der Pfalz, 1935 hauptamtlicher Parteifunktionär, SS-Brif. 30. 1. 1942; als Hauptkommissar in Mogilew, dann als GK Tschernigow vorgesehen; 28. 10. 1942–Okt. 1943 GK Shitomir, dann wegen Erkrankung von Jüttner vertreten. BDC Ernst Leyser; GK Shitomir, Ständiger Vertreter, an Dr. Jennes (RMO) v. 30. 10. 1943, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bl. 121f.; Der Preußische Ministerpräsident, Ernennungsvorschlag für Kurt Klemm v. 28. 3. 1935, BA D-H ZA V 179, Bl. 57f.

Im GK Shitomir waren Hauptabteilungsleiter: Landrat Dr. Zagel (I), Landrat Dr. Knust (II; 1942/43: Gauamtsleiter Karl Notbohm), Regierungsdirektor Fremerey (III; 1943: Dr. Karl Amend); Abteilungsleiter ASo: Dr. Feierabend, Ern u La: Dr. Koenigk. »Reichskommissariat Ukraine«, BA D-H ZB II 4824, A. 4, Bl. 5 und 14 (Stand 28. 2. 1943); Zentralhandelsgesellschaft Ost [ZO], Namentliches Verzeichnis der RK Ostland und Ukraine v. 19. 11. 1941, BA 34.02, Nr. 132, Bl. 24; Einweisungskalender des KdO Shitomir, BA D-H Z/B-6283, A. 7, Bl. 123.

Der weißrussische Norden des GK für Wollhynien und Podolien gehörte ebenfalls zum – wie man heute sagen würde – strukturschwachen Polesje, hatte mit der Verwaltungsstadt Brest und mit Pinsk jedoch zwei größere Zentren sowie etwas Holz- und Schiffbauindustrie.²⁴³ Das GK war am 1. September 1941 zunächst mit Sitz in Brest eingerichtet worden (ab Anfang 1942 in Luzk). Die Behörde umfaßte im Mai 1942 179 Personen.²⁴⁴ Der Sitz des RK Ukraine, Rowno, lag in der Nähe. Generalkommissar war bis zur Auflösung des GK Ende 1943 der Königsberger Polizeipräsident, SA-Obergruppenführer Heinrich Schoene, der sein Personal zum Großteil aus Ostpreußen mitbrachte.²⁴⁵

Zwischen General- und Gebietskommissaren existierten in einem Teil der besetzten sowjetischen Gebiete die Hauptkommissare, eine Zwischeninstanz mit Inspektors- und Koordinationsfunktion sowie kleinem Stab für Teile relativ großer Generalbezirke. Vorgesehen waren sie vor allem in Rußland und im Kaukasus, doch existierte tatsächlich nicht nur der bereits in der Forschung bekannte Hauptkommissar in Baranowitschi (Fenz), sondern es gab solche auch in Minsk und in Luzk.²⁴⁶ Fenz hatte 1942 bereits selbst für die Auflösung seiner Stelle plädiert, weil sie »völlig überflüssig« sei. Doch erst, nachdem er im Februar 1943 von Partisanen erschossen worden war, schaffte das Ostministerium die Hauptkommissare offiziell ab.²⁴⁷

²⁴³ Zu erwähnen sind auch die Städtchen Kobryn, Davidgrodek und Stolin.

²⁴⁴ Teile der Dienststelle waren zehn Monate lang getrennt in Brest und Luzk. Heinrich Schoene: Wollhynien-Podolien – Ein Jahr Generalbezirk, in: Deutsche Ukraine-Zeitung v. 29. 8. 1942, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 104. Zur Gliederung ebd. sowie Rundverfügung: Umgliederung der Behörde des GK v. 2. 2. 1943, in: Amtsblatt des GK für Wollhynien und Podolien, 2. Jg., Spalte 17f. Personalstärke: Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW-Stab z.b.V., Bericht Nr. 5 v. 31. 5. 1942, BA NS 6/795, Bl. 35.

²⁴⁵ Hauptabteilungsleiter: Oberregierungsrat Aderholt (I), Landrat Schweiger (II), Generaldirektor Dullien (III); Leiter III E (Ern u La) 1941–1943; Dr. Josef Effertz, * 1907, 1940 Ltr. Gruppe I (Erzeugung) der Abt. La im Distrikt Lublin, Generalgouvernement; 1956–1958 Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, 1954–1961 Mitglied des Landtages, 1961–1968 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1957–1972 Regierungspräsident in Aachen. Vern. A. M. v. 14. 3. 1969 und Dr. Josef Effertz v. 20. 6. 1961, ZStL II 204 AR-Z 441/67, Bl. 90 und 183; »Reichskommissariat Ukraine«, BA D-H ZB II 4824, A. 4, Bl. 5.

²⁴⁶ HK Minsk war zunächst Karl Eger, dann Paulsen (später GebK in Libau); HK Luzk fürs nördliche GK Wollhynien-Podolien war SA-Brif. Hübbe. Als HK Mogilew bzw. Witebsk waren zunächst die späteren GK Shitomir und Taurien, Leyser und Frauenfeld, vorgesehen: »Besetzte Ostgebiete« v. 25. 6. 1941, Nbg. Dok. PS-1036. Vgl. RMO, II, Niederschrift über die Arbeitstagung der Hauptabteilungen Verwaltung des RMO, des RKO und seiner GK am 17./18. 9. 1942, BA 11.01, Nr. 51, Bl. 40/R; Ausführungen Runte anlässlich der Tagung der RK am 25. 7. 1942, ebd., Bl. 128; Verzeichnis der Haupt- und Gebietskommissariate des GK Weißruthenien v. 1. 10. 1941, BDC, SL 47D, Bl. 234–236; WiIn Ukraine, Chefgruppe Fü/la, Inspektionsbefehl Nr. 20 v. 20. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 144; Übersicht über die besetzten Ostgebiete v. 10. 3. 1942, BDC, SShO 2432.

Siehe auch KdS [Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD] Lettland an GK Lettland v. 5. 1. 1944, BA F 4121, Bl. 193; Vern. Karl Eger v. 26. 4. 1965, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 4341; Vern. C. A. Baron v. S. (Stab HK Baranowitschi) v. 3. 5. 1966, ebd., Bl. 2651f.; Vern. H.G. (Stab HK Minsk) v. 13. 6. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 7288. Akten des HK Minsk befinden sich im Bestand 370 im ZStA Minsk. – Bräutigam 1954, S. 14f., hatte behauptet, HK seien nie zum Einsatz gelangt.

²⁴⁷ RMO II 1c v. 4. 3. 1943, in: Amtsblatt des RMO (1943), S. 107; vgl. Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW-Stab z.b.V. Nr. 5 v. 31. 5. 1942, BA NS 6/795, Bl. 35. – Friedrich Fenz, 1892–1943, war Österreicher, Generalstabsoffizier, Baltikumkämpfer, 1920–1928 im schlesischen bzw. steirischen Grenzschutz, seit 1928 in NSDAP und SA, 1943 SA-Gruf. BDC, PA Fenz; Wilhelm, Rassenpolitik, S. 171f. Zu seinem Tod Anm. 9/29.

Auf der untersten durchgehenden Ebene der Zivilverwaltung, bei den Gebietskommissariaten, lag das »Schwergewicht der gesamten Verwaltung«.²⁴⁸ Die Gebietskommissare begannen oft mit einem halben Dutzend Leuten; nach und nach wurde ihr Personal auf 30 bis 50, Ende 1943 schließlich auf 60 bis 90 deutsche Mitarbeiter aufgestockt,²⁴⁹ die im Durchschnitt ein Gebiet von 5000 bis 6000 km² mit 200 000 bis 300 000 Einwohnern zu verwalten hatten. Die Arbeit der Gebietskommissariate bestand hauptsächlich darin, die einheimische Verwaltung auf Rayon- (Kreis-), Stadt-, Gemeinde- und Dorfebene zu befehligen und zu überwachen, bei der die eigentliche administrative Tätigkeit lag. Horizontal waren die Gebietskommissariate ähnlich wie die vorgesetzten Dienststellen, aber einfacher gegliedert, wobei oft ein Angestellter mehrere Referate übernehmen mußte.²⁵⁰ Die Gebietskommissare²⁵¹ waren in Verwaltungsfragen und Einzelentscheidungen ziemlich eigenständig und mußten dies auf Grund der umfangreichen Aufgaben und der schlechten Nachrichten- und Verkehrsverbindungen auch sein. So wurde ihnen auch Strafgewalt in kleineren Strafsachen zuerkannt.²⁵² Sie standen zumindest in »Weißruthenien« ganz unter der Kontrolle des GK in Minsk²⁵³ und konnten nur insoweit eine eigenständige Politik betreiben,

248 RMO, Richtlinien für die Zivilverwaltung (Braune Mappe), Teil II: RKU, auszugsweise abgedruckt in: Opmz (Hg.), hier S. 821.

249 Zum Schluß wurde Personal aus den geräumten Gebieten im Osten übernommen. Vgl. GebK Baranowschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944 (4. 9. 1941 6 deutsche Mitarbeiter, 20. 1. 1943 53: 21 männliche, 7 weibliche, 25 Landwirtschaftsführer plus 161 Einheimische, 24. 6. 1944 90: 36 männliche, 16 weibliche, 38 Landwirtschaftsführer, 162 Einheimische), BA R 93/13, Bl. 42 f.; GebK Glebokie, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 16. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 304 (30. 6. 1944 79, davon 49 in der Landwirtschaft); Personalmeldungen ders. v. 1. 7. und 1. 8. 1942, ZStA Minsk 370-1-483, Bl. 24 und 58 (29 bzw. 31 Deutsche); GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1353 (die Dienststelle begann mit 4, hörte auf mit 25-28 Mitarbeitern); Personallisten der GebK von 1944 (Hansewitschi 49, Lida 86, Minsk-Land 92, Sluzk 57, Wilejka 61, Brest 74), BA R 93/10, wesentlich geringere Zahlen von 1943 (?) in ZStL 245ab, Bl. 29-33; RMO, II 6f, Betr.: Planstellen für die GK und GebK im RKO v. 30. 5. 1942, BA 21.01, Nr. 9472, Bl. 112 f. (31 Stellen pro Gebiet); Haushaltsplan des GK Weißruthenien für 1943 (33 Stellen pro Gebiet), BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 8 (S. 26).

250 Siehe Vern. Gerhard Erren v. 29. 6. 1964, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 4679-4684; RFM, Betr.: Stellenpläne der GK und GebK im Ostland v. 2. 6. 1942, BA 21.01, Nr. 9472, Bl. 110R; undatierter Geschäftsverteilungsplan des GebK Glebokie (Gebiet 25), ZStA Minsk 370-1-55, Bl. 5-8.

251 GebK im GK Weißruthenien waren: Minsk-Stadt: 1. 9.-9. 11. 1941 Dr. Bernhard Kaiser, 9. 11. 1941-Okt. 1943 Wilhelm Janetzke, Okt. 1943-Juli 1944 Johann Ewald Becker; Minsk-Land: 1941-1943 Dr. Kaiser, interimistisch Dr. Ludwig Ehrenleitner, 1943-1944 Wilhelm Söhlmann; Borissow: 1941-1943 Karl Bauer, 1943 Buschmann, dann vermutlich aufgelöst; Sluzk: 1941-1944 Heinrich Carl; Slonim: 1941-1944 Gerhard Erren, 1943 interimistisch Dr. Ehrenleitner; Lida: 1941-1943 Hanweg, 1944 Arthur Hennig; Hansewitschi: 1942-1944 Müller, März 1944 Walter Hördt; Baranowschi: 1941-1944 Rudolf Werner; Nowogrodek: 1941-1943 Wilhelm Traub, 1944 Dr. Alfred Gille; Glebokie: 1941-1944 Paul Hachmann; Wilejka: Schmidt, 1944: Wilhelm Magaß. Zur Schlußbesetzung R 93/4.

252 Verordnung über die polizeiliche Strafgewalt der GebK (gez. Rosenberg) v. 23. 8. 1941, BA F 734, Bl. 771-773 (Strafmaß bis 6 Wochen Haft und 1000 RM Geldstrafe, in bestimmten Gebieten das Doppelte); Anordnung über die polizeiliche Strafgewalt der GebK (gez. Lohse) v. 6. 10. 1941 und Durchführungsbestimmungen v. 7. 2. 1942, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), S. 3f. und 63 (Strafmaß in vom RK bestimmten Gebieten, darunter im ganzen GK Weißruthenien, bis zwei Jahre Haft und 50 000 RM); Entwurf des RSHA, II A 2 (Dr. Neifeind/Abschrift): BA-MA SF-01/28985, Bl. 138-141.

253 Gegenteilige Fälle sind dem Verfasser nicht bekannt; z. B. verkehrten die GebK nicht ohne Kubes Zustimmung mit RKO oder RMO. Dallins Behauptung (1958, S. 217, unter Berufung auf Kleist), Kubes Anweisungen seien häufig nicht beachtet worden, scheint nicht haltbar. Vgl. auch Mommsen 1966, S. 310f.

als Minsk ihnen freie Hand ließ. Die Fachabteilungen wie Landwirtschaft und »ASo« folgten den Vorgaben aus Berlin. Zur Abstimmung dienten regelmäßige Konferenzen mit den Gebietskommissaren auf der Ebene der GK und der RK.²⁵⁴ Nachträgliche Beschwerden einzelner Gebietskommissare, von Minsk alleingelassen worden zu sein, trafen nicht zu. Sie dienten lediglich dem Ziel, die politischen Schwächen der Besatzungspolitik auf das GK abzuwälzen.²⁵⁵

Fast die Hälfte des Personals bei den Gebietskommissaren stellten die landwirtschaftlichen Sonderführer (Landwirtschaftsführer).²⁵⁶ Im GK Weißruthenien waren es Mitte 1942 307, im September 1943 220 und nach Aufstockung durch Personal aus den von der Wehrmacht geräumten Gebieten etwa 500.²⁵⁷ Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte waren Anfang September 1941 420 tätig, im Oktober trafen weitere 590 ein, Mitte Dezember waren 1308 eingesetzt, im Mai 1942 kamen 500 neue an, Ende Juli 1942 waren es 1876, zum Jahresende 1942 wegen Abgaben an die Wirtschaftsinspektion Süd noch 1312. Bei dieser Größenordnung blieb es bis zum Herbst 1943.²⁵⁸ Pro Rayon, der durchschnittlich 1000 km² umfaßte, waren es drei bis sechs. Insgesamt wurden in den besetzten sowjetischen Gebieten (ohne Galizien und Bialystok)

²⁵⁴ Auf RK-Ebene erstmals am 15. 10. 1941 in Riga (Matthiessen, S. 371); Deutsche Zeitung im Ostland v. 16. und 17. 10. 1941. Auf GK-Ebene: Deutsche Zeitung im Ostland v. 21. 2. 1942; Minsker Zeitung v. 9. 10. 1942; Referate der Tagung 8.–10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I und II; Niederschrift über die Dienstbesprechung mit den GebK am 15. Febr. 1944, ZStA Minsk 412–1–199, Bl. 39–43; mit A. Meyer am 24. 8. 1943; F Schr. GK Minsk an GebK Borissow v. 18. 8. 1943, ZStA Minsk 397–1–87, Bl. 61; mit Lohse: Minsker Zeitung v. 21. 10. 1942; im GK Wollhynien-Podolien z. B.: Notizen GebK Dr. Beer (Rowno) v. 30. 11. 1941 (Abschrift), ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 804b; Schoene an Leibbrandt v. 5. 2. 1942, BA 13741, Bl. 713.
²⁵⁵ Der GebK in Baranowitschi, Werner (Tätigkeits- und Abschlußbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 138), hatte behauptet, bis auf Freudenberg und Schulz (Landwirtschaft) sei kein Beamter aus Minsk jemals dort erschienen. Vgl. dagegen z. B. Abt. III E (Dr. Albers), Bericht über eine Fahrt in die südlichen und westlichen Gebiete des Generalbezirks Weissruthenien vom 8.–13. Oktober 1942, BA F 712, Bl. 192–194; Plan über die Dienstreise der Hauptabt. III [des GK] für März 1943, ZStA Minsk 370–1–1265, Bl. 1; Deutsche Zeitung im Ostland v. 14. 7. 1942 und Minsker Zeitung v. 21. 9. 1943 (zwei Kube-Besuche in Baranowitschi) und nicht zuletzt einen Brief Werners an Frau Fenz v. 18. 10. 1943, BDC, PA Wilhelm Kube.

²⁵⁶ Siehe die Personallisten der GebK, BA R 93/10.

²⁵⁷ WiStab Ost, Chefgruppe La, KTB-Rückblick über das 3. Vierteljahr 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 285; Minsker Zeitung v. 15. 4. 1943 (angeblich nur 100); [WiIn Mitte,] Stab I/Ib, Aktenvermerk über Besprechung betr. Zusammenarbeit mit GK Weißruthenien v. 20. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 1045; WeWiKdo Minsk, Niederschrift über die Außenstellenleiter-Tagung am 15./16. Februar 1944, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 139 (insgesamt waren bis zu 600 zurückgezogene Sonderführer, allerdings nicht nur in der Landwirtschaft, eingesetzt); Vermerk über den Stellenplan des GK Weißruthenien v. 8. 6. 1944, BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 11f. Chiari (1993, S. 86) ermittelte 360 dort eingesetzte Landwirtschaftsfunktionäre namentlich.

²⁵⁸ WiIn Mitte, KTB-Tätigkeitsbericht für 19. 8.–2. 9. und 7.–23. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 677 und 701; KTB WiIn Mitte v. 23. 5. 1942, ebd., Bl. 956; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 7 v. 20. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1038; KTB WiIn Mitte v. 25. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 20; WiIn Mitte, Protokoll der Kommandeurbesprechung am 11./12. 10. v. 20. 10. 1942, ebd., Bl. 535; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 23 v. 5. 11. 1942, ebd., Bl. 595; WiIn Mitte, Lagebericht April v. 5. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 184. Siehe ferner HeWiFü Mitte, Lagebericht Nr. 2 (Dezember) v. 31. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 882 (noch 682 Mann); ähnlich HeWiFü Mitte, Aktenvermerk v. 17. 4. 1944, ZStA Minsk 412–1–199, Bl. 6.

rund 13000 Landwirtschaftsführer tatsächlich eingesetzt,²⁵⁹ mit den deutschen Kräften der Zentralhandelsgesellschaft Ost (ZO) offenbar sogar über 17000.

Diese großen Zahlen in Zivil- wie Militärverwaltung unterstreichen die enorme Bedeutung des Landwirtschaftssektors für die Besatzungspolitik. Die Landwirtschaftsführer waren nicht in den Gebietskommissariaten bzw. Ortskommandanturen konzentriert, sondern als einzige deutsche Instanz über die Rayons verteilt: »Der einzige Deutsche in weitem Umkreis« oder »Der Mann, auf den es ankommt«.²⁶⁰ Keine durchgehende Präsenz allerdings: ständig war ein nicht geringer Teil auf Urlaub, um in Deutschland nach dem eigenen Hof zu sehen.²⁶¹ Ihre Aufgabe war es, die Aussaat zu planen, Anbau, Pflege und Ernte zu kontrollieren, für volle Kapazitätsausnutzung zu sorgen und die Bauern anzutreiben, die Ernte zu »erfassen«, die Lebensmittelsammelstellen und Lager zu kontrollieren und so die Versorgung der Wehrmacht zu sichern.²⁶² Für diese Zwecke besaßen sie einen eigenen Apparat, dessen weißrussische Kräfte von den Agrarfunktionären autonom ernannt wurden.²⁶³ Da man keine echte weißrussische Kollaborationsverwaltung auf Gebiets- oder Landesebene zuließ, mußten im GK Weißruthenien mehr deutsche Landwirtschaftsführer als in den baltischen Generalbezirken eingesetzt werden.²⁶⁴

Als einzige vor Ort präsent, bekamen die Kreislandwirte und Landwirtschaftsführer über ihre eigentliche Funktion hinaus weitere Aufgaben. Sie hatten Verwaltungsarbeiten im Auftrag der Gebietskommissare bzw. im Auftrag der Feld- oder Ortskommandanturen im Militärverwaltungsgebiet auszuführen, zum Beispiel weiß-

259 Die Zweifel von Chiari (1993, S. 85) an dieser Zahl sind unbegründet. Es handelt sich um die tatsächlich eingesetzten Kräfte; es hatte 66000 Einberufungsvorschläge und 23827 Beorderungen gegeben. – Vgl. Tätigkeiten und Leistung der Chefgruppe Ernährung und Landwirtschaft in den besetzten Ostgebieten, BA F 13741, Bl. 365; Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft in den bis zum Sommer 1942 besetzten Ostgebieten, Sonderarchiv Moskau 700–1–49, Bl. 9R; KTB-Rückblick der Chefgr. La des WiStabs Ost über das 1. Halbjahr 1943, BA-MA (BArch)P F 43387, Bl. 1225 f.; ebenso fürs zweite Halbjahr 1943, BA-MA (BArch)P F 44425, Bl. 72 f. Der Personalbestand wuchs allerdings relativ langsam und betrug am 1. 8. 1941 3800, am 1. 12. 1941 6300, am 1. 4. 1942 7900, am 1. 10. 1942 11300, am 1. 1. 1943 11900 und am 1. 9. 1943 9850 Mann. Abschlußbericht WiStab Ost, in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 129. Siehe auch Brandt, S. 77 und 82. Die Abweichungen zwischen den verschiedenen Statistiken sind gering.

260 Titel zweier Zeitungsartikel von Heinz Scheibenpflug (Zeitungsdienst Graf Reischack, Berlin, 30. 9. 1942, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 117) und H. G. Rambousek (Auf Informationsfahrt im Ostland, S. 283).

261 RMO II 1a (Runte) an RKO und RKU, Betr.: Arbeitsurlaub der Landwirtschaftsführer v. 12. 11. 1942 (Abschrift), BA F 13687, Bl. 497 f. (8 Wochen im Winter). Am 1. 4. 1942 waren bei der WiIn Mitte 300 von 1293 La-Führern in Urlaub: WiIn Mitte, KTB-Tätigkeitsbericht 8. 3.–4. 4. 1942, BA-MA (BArch)P F 42858, Bl. 928. – Aus verschiedenen Gründen kam es auch zu einem erheblichen Personalaustausch: z. B. KTB Rükdo Minsk v. 16. 10., 9. 11. und 30. 11. 1942, BA-MA (BArch)P F 42898, Bl. 993 f.

262 Vern. des ehemaligen Kreislandwirts von Bobruisk, August Bittner, in Minsk am 24. 1. 1946, Archiv P. Kohl.

263 Im Militärverwaltungsbereich reichte diese Verwaltung sogar hinauf bis zur Ebene der sowjetischen Oblaste (Gebiete). Vortrag Derboven im Auszug aus dem Reisebericht des Inspektors [Niedenführ] mit Staatssekretär Körner und KVChef Riecke am 20.–23. 5. 1943, BA-MA (BArch)P F 42860, Bl. 204; Chef Sipo/SD, Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 22 v. 25. 9. 1942, BA-MA SF–01/28536, Bl. 346.

264 Vorgesehen waren außer dem Kreislandwirt drei weitere pro Rayon, in Lettland und Litauen zwei, in Estland nur einer. Braune Mappe, Teil A: Richtlinien für die Wirtschaftsführung (April 1942, Abschrift), Nbg. Dok. NI-10119.

russische Bürgermeister zu ernennen und zu überwachen.²⁶⁵ Außerdem erhielten sie in beschränktem Umfang polizeiliche Rechte, durften in Bagatellsachen Strafen aussprechen, bekämpften auf eigene Faust kleinere Partisanengruppen, eröffneten Banken, befehligten das lokale Transportwesen in ihrem Bereich und waren im Zivilverwaltungsbereich auch die örtlichen Repräsentanten der NSDAP.²⁶⁶

Das Personal der Zivilverwaltung (und Militärverwaltung) ist bisher nur mangelhaft untersucht. Für die Landwirtschaftsführer im GK Weißruthenien liegt nunmehr eine Analyse vor.²⁶⁷ Danach handelte es sich um Bauern mit kleinen oder mittleren Höfen oder Gutsverwalter aus dem ganzen Reich, kaum SA- oder SS-Mitglieder, die Hälfte NSDAP-Mitglieder, doch meist erst ab 1933 eingetreten. Sie waren keine Parteikarrieristen. Zu 75 Prozent stammten sie aus den Jahrgängen 1901 bis 1908.²⁶⁸ Die Leute in höheren Positionen waren oft die jüngsten.²⁶⁹ Sie wurden ab April 1941 vom Reichsnährstand auf Anweisung des Reichsernährungsministeriums bereitgestellt. Sie durften nicht vorbestraft sein, mußten Eignung zum Offizier und zum Führen eines 75-ha-Hofes haben, gesund, abkömmlich und älter als 27 sein. Besonders erwünscht waren ehemalige Sowjetdeutsche. Das Führungspersonal stellten ehrenamtliche Bauernführer sowie Beamte des Ernährungsministeriums und des Reichsnährstands.²⁷⁰ In der Praxis brachten allerdings nur wenige russische Sprach- oder Ortskenntnisse mit. Der neue Posten bedeutete für die Landwirtschaftsführer einerseits einen Aufstieg, andererseits ungewohnte Anforderungen, schon von der Ver-

265 Ebd.; Abschlußbericht WiStab Ost, in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 131 (auf Befehl OKH/GenQu v. 22. 9. 1941); Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 58 v. 7. 10. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 129; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA RH 3/v. 381, Bl. 12, 60; Vern. August Bittner v. 24. 1. 1946, Archiv P. Kohl. – Gelegentlich beschwerten sich GebK, die La-Führer seien zu selbständig geworden: GebK Retschitz, Erfahrungsbericht v. 8. 5. 1944, BA F 13681, Bl. 162.

266 Abschlußbericht WiStab Ost, a.a.O.; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 24, und /v. 382, Bl. 22 und 56; WiStab Ost, Besondere Anordnungen Nr. 94, Ordnungsstrafgewalt für Landwirtschaftsführer v. 20. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 891; Ausarbeitung »Einsatz in Russland« (vermutlich vom Landwirtschaftsführer Axel de Vries, vgl. unten S. 686 f.); WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 16 v. 4. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1094; GebK Minsk-Land an Landwirtschaftliche Außenstelle Minsk v. 10. 12. 1941, GebA Minsk 623-2-1, Bl. 13; Otto Schultz, Vorposten der deutschen Zivilverwaltung, in: Minsker Zeitung v. 4./5. 4. 1943.

267 Chiari 1991, S. 75–92; Zusammenfassung in Chiari 1993, S. 85–88; Chiari 1998, S. 68–71.

268 Verwaltungspersonal aus den Jahrgängen 1908 und jünger mußte 1942 auf Anweisung des OKW vom März 1942 bis auf wenige Ausnahmen für den aktiven Truppendienst abgegeben werden. Vgl. RMI, Rundschreiben v. 26. 11. 1942, R 43 II/681, Bl. 197/R; GK Wolhynien-Podolien, Zweimonatsbericht v. 1. 11. 1942, BA II.01, Nr. 17, Bl. 16; z.B. GK Weißruthenien, Liste der Gefolgschaftsmitglieder der Hauptabt. E.u.L. der Jahrgänge 1906 und jünger v. 13. 7. 1944, BA F 13740, Bl. 108 f.; erst spät: KTB WiKdo Gommel v. 19. 4. 1943, BA-MA RW 31/827. Angekündigt, aber nur noch teilweise durchgeführt wurden auch ähnliche Regelungen für die Jahrgänge 1906/07, später auch 1904: KTB WiStab Ost, Stab Abt. II, für April 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1077; AWiFu bei AOK 4, Lagebericht 16. 12. 1943–15. 1. v. 25. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 412.

269 Erinnert sei nur an Freitag (* 1908) und Dr. Effertz (* 1907), in der Abt. »ASo« an Freudenberg (* 1912), in der Abteilung Wirtschaft Rudolph (* 1912).

270 Abschlußbericht WiStab Ost, in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 127 f.; WiStab z.b.V., Gruppe La, Merkblatt M., Regelung des Personalnachschubs für Wirtschaftsorganisation Ost, Gr. La, an die Verwaltungen, RMEuL und RNS sowie unterstellte Dienststellen (undatiert, vor dem 22. 6. 1941), BA-MA RW 31/292; Himmelr an Greifelt v. 11. 6. 1941 über eine Begegnung mit Backe am 10. 6., BDC SSHO 4411; KTB WiStab Ost, Chefgr.La, v. 20. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 849.

waltungsseite, aber auch von der Größe des Verantwortungsbereichs her. Entsprechende Erfahrungen konnten ja nicht massenhaft vorhanden sein.²⁷¹

Was das Personal der Zivilverwaltung allgemein angeht, hat gerade das im GK Weißruthenien ein schlechtes Image in der Forschung: »Nationalsozialistische Kellner und Molkereiangeestellte, ehemalige Schreiber und Amtsvorsteher, in Schnellkursen oder bestenfalls auf Ordensburgen ausgebildet, fanden sich nun hier zusammen, selbstsicher und berauscht von Macht, doch für ihre Aufgaben völlig ungeeignet.«²⁷² Damit haben Historiker das Bild der »Ostexperten« aus der Hauptabteilung Politik des Ostministeriums reproduziert, die viele der im Osten eingesetzten Funktionäre verachteten, weil sie kaum Russisch sprachen und angeblich die Verhältnisse nicht kannten. Hauptsächlich war dies jedoch Standesdünkel von Diplomaten und Angehörigen des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, in deren Domäne nun andere einbrachen. Mangelnde Sprachkenntnisse allerdings waren wirklich ein Problem; Dolmetscher waren sehr gefragt, und nach und nach gaben verschiedene Verwaltungen allen ihren Kräften vor Ort die Anordnung, Russisch zu lernen – sogar Himmler gegenüber allen in der Sowjetunion eingesetzten SS- und Polizeiangehörigen.²⁷³ Viele warteten solche Weisungen nicht ab, beziehungsweise sie erteilten ihre Befehle den Weißrussen »mit Händen und Füßen« oder mit brutalen Mitteln. Selbstverständlich entging diesen Funktionären manches, doch machte ihnen das Sprachproblem die Ausübung ihrer Tätigkeit keineswegs unmöglich.²⁷⁴

Der Befund ›dumme Parteifunktionäre‹ schien berechtigt, als es hieß, Rosenberg habe für seine Verwaltung vornehmlich Parteikämpfer statt ausgebildete Verwal-

271 Dies den eingesetzten Kräften nachträglich vorzuwerfen, ist daher müßig. Zu Schwächen des Personals: Der Reichsbauernführer, Verwaltungsamt, Betr.: Sondereinsatz Ost v. 13. 8. 1941 an die Landesbauernschaften, BA 36.01, Nr. 2353, Bl. 146f.; KTB WiRüAmt v. 3. 9. 1941, BA-MA RW 19/165, Bl. 226; Vortrag Oberst Dr. Musset an der Kriegsakademie v. 6. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 1075 und 1077. Zurückgeschickt wurden letztlich nur 1338 von insgesamt zu verschiedenen Zeiten mindestens 15000 eingesetzten La-Führern (9%). Abschlußbericht WiStab Ost, in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 129.

272 Dallin, S. 217. Vgl. Kleist, S. 170–175 (Kapitel »Stiefkind Weißruthenien«); Reitlinger 1963, besonders S. 189; zuletzt Chiari 1993 und 1998. Zwar gibt es auch Quellenbelege für ähnliche Einschätzungen über das deutsche Verwaltungspersonal, doch wurde dies in der Vergangenheit aufgebauscht und allzusehr verallgemeinert. Kleist selbst kritisierte führende Leute der Hauptabt. Politik des GK Weißruthenien als »nicht tragbar«: Vermerk: Bericht an den Herrn Reichsminister über die Reise nach Weissruthenien vom 30. 8.–1. 9. 1942, Besprechung am 2. 9. 1942, BA 11.01, Nr. 51, Bl. 101. Vgl. etwa GebK Pinsk, Kritischer Erfahrungsbericht für die Zeit der Zivilverwaltung, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1365; GebK Glebokie, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 16. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 330; GebK Brest, Abwicklungsstelle, v. 18. 10. 1944, BA R 6/89, Bl. 68R; GenWiOst (Nagel), Inspektionsreise v. 22.–28. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1142 und 1150 (über die Ostgesellschaften). Ein positives Urteil über die Verwaltung im GK Weißruthenien hingegen in einem ungezeichneten Brief an Theodor Oberländer (Frühjahr 1943, Abschrift), BA D-H M 267, A. 27.

273 Abschrift eines SS- und Polizeibefehls Himmlers v. 23. 10. 1942, BA R 70 SU/22, Bl. 51; RMO (Dr. Meyer), Anordnung v. 26. 3. 1942, IfZ MA 795, Bl. 89f.; Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 448 (Befehl vom Sommer 1943); Mulligan 1988, S. 124. Zur Haltung der Ostexperten Aufzeichnung Bräutigams v. 25. 10. 1942, in: IMT, Bd. 25, S. 342. Für Reitlinger 1963, S., 160 und 164, z. B. gab es auch im RMO außer Bräutigam nur »hoffnungslos unbegabte Tröpfe« und »Außenseiter«.

274 Eine andere Position vertritt Chiari 1998, S. 56ff. (vgl. ders. 1993). Dem ist entgegenzuhalten, daß das British Empire in Indien auch nicht etwa durch die mangelhafte Kenntnis der indischen Sprachen seitens der britischen Verwalter scheiterte.

tungskräfte haben wollen.²⁷⁵ Doch in Wirklichkeit wollte Rosenberg nur für die Stellen der General- und Gebietskommissare, nicht für das übrige Personal, vor allem alte Kämpfer aus NSDAP, SA und DAF, da es sich um eine politische Aufgabe handele. Entsprechend war auch die tatsächliche Zusammensetzung des Korps der Gebietskommissare, die zumeist aber gleichzeitig Verwaltungserfahrung besaßen.²⁷⁶ Dagegen wurde von Rosenberg gegenüber dem Reichsinnenministerium »entscheidender Wert darauf gelegt, die Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes als Hilfsbearbeiter für die Gebietskommissare in ausreichender Menge zu erhalten«, und das sicherte es ihm – gerade fürs GK Weißruthenien – auch zu.²⁷⁷ In den Fachressorts saßen auch im GK Weißruthenien und in den Gebietskommissariaten Fachleute, außer in der Agrar- auch in der inneren, in der Arbeits-, Wirtschafts-, Straßenbau- und Finanzverwaltung.²⁷⁸ Gerade auf sie kam es in der Praxis aber an. Viele wurden aus der Militärverwaltung beziehungsweise aus dem Wirtschaftsstab Ost übernommen; dort aber hatte man sie intensiver als vor jeder anderen deutschen Invasion mit Sachmaterial versorgt und vorbereitet. Nachrückendes Personal wurde zudem in fünf »Wehrwirtschaftlichen Ersatzabteilungen« ausgebildet.²⁷⁹ Die Verwaltungsangehörigen ohne Fachkenntnisse und Verwaltungserfahrungen, eine Minderheit, konnten durch Schnellkurse in der NS-Ordensburg Crössinsee wirklich kaum ausreichend auf ihre Funktion und das Einsatzgebiet vorbereitet werden, obwohl es dort außer politischer Schulung auch Fachvorträge gab.²⁸⁰ Jedoch konnten sich Zivil- und Mili-

275 Bräutigam 1954, S. 25; Rebentisch, S. 318.

276 Vgl. Myllyniemi, S. 95ff.; Der Kreis Wolkowysk unter deutscher Verwaltung während des zweiten Weltkrieges, BA OstDok 13/70, Bl. 9–11 und 15f. Geplant war zunächst, von den rund 1000 vorgesehenen GebK 144 aus der SA, 261 aus der DAF, 450 aus dem RMI und rund 200 aus der Wirtschaft zu nehmen (Vermerk über eine Besprechung bei Reichsleiter Rosenberg am Sonnabend, den 21. Juni 1941, Nbg. Dok. PS-1034). Vorgesehen waren nur wenige Spitzenkräfte aus der SS (Schoene, ferner Globocnik als GK Swerdlowsk, Jost als HK Kalmückien, Graf Helldorf als HK Jaroslawl; Nbg. Dok. PS-1036).

277 Ungezeichneter Vermerk aus dem RMI v. 16. 7. 1941 (das RMI hatte als GebK fürs RKO 100% Verwaltungsfachleute angeboten, für RKU und Kaukasus 75% und fürs GK Weißruthenien und RK Moskau 50% – eine politische Aussage für sich). Vgl. ferner Rosenberg an Frick v. 9. 7. und Frick an Rosenberg v. 4. 8. 1941, BA F 8484, Bl. 4728–4730, 4733–4736 und 4752–4757; ähnliche Darstellung in Rosenbergs Rede v. 27. 10. 1941, BA NS 8/64, Bl. 102f., und in seinem Vermerk »Reise ins Ostland vom 14.–22. Mai 1942«, BA NS 8/65, Bl. 161.

278 Das RMI und das NS-Hauptamt für Kommunalpolitik machten neben Verwaltungserfahrung auch starkes Parteiengagement zur Einsatzbedingung. Chiari 1991, S. 54f., und Frick an Rosenberg v. 4. 8. 1941, wie Anm. 3/277. Siehe zur Arbeitsverwaltung S. 449–451; WiIn Mitte, Erfahrungsbericht v. 30. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42744, Bl. 1156. Reichswirtschaftsminister Funk klagte in einem Brief an Lammers v. 24. 8. 1941, Rosenberg wolle ihm die besten Leute abwerben (BA 701, Nr. 4054/1, Bl. 200f.).

279 Vgl. Thomas 1966, S. 261f. und 266; siehe Akten der Wwi Ers Abt. in BA-MA, z. B. F 573 und 574; Ausbildungsmaterialien BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 568ff.;

280 Z.B. von Riecke: KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 15. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 889. Vgl. Chiari 1993, S. 84f.; Arntz, S. 209f. Kritik an den Kursen in den Referaten Kubes und Schröters (Abteilung Propaganda) am 8. und 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 38 und 127. Burgkommandant in Crössinsee war Otto Gohdes (DAF), Vern. Gerhard Erren v. 22. 2. 1965, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 5886. Er leitete später die »Dienststelle Gohdes«, den Aufbaustab für das deutsche Verwaltungspersonal im Kaukasus.

tärverwaltung unter anderem mit Hilfe zahlreicher teils periodischer Informationsblätter orientieren.²⁸¹

SS und Polizei waren im Gegensatz zur Militärverwaltung in den Spitzenpositionen der Zivilverwaltung insgesamt schwach vertreten.²⁸² Das galt auch für die unteren Ebenen. Um so mehr fällt auf, daß die Posten der Abteilungsleiter für »Gesundheitswesen und Volkspflege« häufig mit SS-Angehörigen besetzt waren.²⁸³

Das Verhältnis zwischen Zivil- und Militärverwaltung war von Rivalität gekennzeichnet. Zwar hatten OKW und OKH Anfang Juli 1941 Rosenberg gedrängt, möglichst schnell die ersten Gebiete im Baltikum zu übernehmen, um Militärverwaltungskapazitäten freizubekommen.²⁸⁴ Doch später, als weitere Eroberungen ausblieben, versuchten beide Seiten auf der zentralen und regionalen Ebene ihren Einfluß dahingehend auszuüben, daß die Verwaltung der jeweils anderen Seite aufgelöst würde.²⁸⁵ Keiner gewann entscheidende Vorteile, und so blieb die Koexistenz. Beim Rückzug 1943/44 schließlich wurde nicht die Zivil-, sondern ein Teil der Militärverwaltung (das rückwärtige Heeresgebiet Mitte) aufgelöst.²⁸⁶ Auch das persönliche Verhältnis zwischen Kube und v. Schenckendorff sowie zu den Wehrmachtbefehlshabern (Kube–v. Bechtolsheim und Lohse–Braemer, die sich 1944 sogar öffentlich prügelten) war schlecht. Ebenso machten Feldkommandanten in der

281 Siehe etwa BA-MA WF-01/3683–85, darin auch Materialien des RMO. Die Geringschätzung der Qualifikation und Ausbildung des Personals bei Chiari 1998, besonders S. 61, erscheint deshalb überzogen.

282 Nennen kann man für den weißrussischen Raum v. Gottberg, Schoene (GK Wölynyien-Podolien) und Traub (GebK Nowogrodek). – Für Gesamteuropa wäre auf Heydrich und Daluge (stellvertretende Reichsprotektoren in Böhmen und Mähren, mit Karl-Hermann Frank als Staatssekretär), Best (Reichsbevollmächtigter in Dänemark) und Wolffs Stellung in Norditalien 1943–1945 zu verweisen. Vgl. Madajczyk 1979, S. 115.

283 RKO: SS-Ostuf. Dr. Waegner, der später ins RMO wechselte; GK Weißruthenien: SS-Ostuf. Dr. Weber; GK Shitomir: SS-Ostuf. Dr. Orendi. Heilmann, S. 180; GK Shitomir, Lagebericht v. 4. 11. 1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 98; SSPF Weißruthenien v. 14. 1. 1942, ZStA Minsk 370–1–141a, Bl. 45. – Den geringen Anteil von SS-Mitgliedern in der Besatzungsverwaltung in Weißrußland scheint man nicht automatisch auf andere Regionen übertragen zu können. Personalblätter über SS-Mitglieder in der Zivilverwaltung der besetzten sowjetischen Gebiete deuten darauf hin, daß es dort ein- bis zweitausend SS-Mitglieder gab, die in anderen, für eine spätere deutsche Besiedlung interessanten Regionen stärker vertreten waren. Sie konzentrierten sich v. a. auf die GK Estland, Lettland, Litauen, Shitomir und Dnepropetrowsk, vgl. z. B. BA D-H ZB 6956.

284 Vgl. Aktennotiz Leibbrandt v. 4. 7. 1941 über ein Treffen mit Wagner und Warlimont und Rosenberg an Lammers v. 12. 7. 1941 über einen Anruf Keitels, BA R 6/21, Bl. 99 und 110. So kam es erst zu dem berühmten Spitzentreffen Hitler-Göring-Keitel-Rosenberg-Bormann am 16. 7., das nötig wurde, weil keine Zivilverwaltung aufgestellt werden konnte, ohne daß Hitler vorher die Reichskommissare bestimmt und ernannt hatte.

285 WiIn Mitte an v. Kluge v. 4. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42324, Bl. 1325; WiRüAmt/Stab Ia (v. Gusovius) an WiStab Ost v. 21. 4. und WiStab Ost an v. Kluge v. 30. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 1010–1012; Kube an Rosenberg v. 3. 2. 1943, BA F 4121, Bl. 287ff.; WiStab Ost, Aktenvermerk über die Chefbesprechung am 17. v. 21. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 823; Gramsch (VJP) an Staatssekretär Körner v. 26. 3. und Vorlage Bergmann für Göring v. 20. 2. 1943, Sonderarchiv Moskau 700–1–49, Bl. 23 und 39f.; HeWiFu Mitte an Okdo. H.Gr.Mitte v. 29. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 422ff.

286 Müller, Wirtschaftspolitik, S. 60, Anm. 68; Herzog 1955, S. 106f.; Privatbrief Major O.W.Müller (VO des RMO bei der H.Gr.Süd) an Bräutigam v. 28. 9. 1943, BA-MA FPF-01/8213, Bl. 780 (erwähnt die entsprechende Weisung Hitlers); Vermerk über die Spitzenbegegnung im RMO am 13. 7. v. 20. 8. 1943, Nbg. Dok. NO-1831; Major Dr. Wilhelm (WeWiKdr Minsk), Ansprache im GK Weißruthenien vor den Abteilungsleitern Wirtschaft der GebK am 19. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 76f.

›Grenzstadt‹ Borissov dem exterritorial dort residierenden Gebietskommissar das Leben möglichst schwer.²⁸⁷

Auf der anderen Seite stimmten regionale Zivil- und Militärverwaltung ihre Politik miteinander ab beziehungsweise folgten, was wirtschaftliche Fragen angeht, denselben Richtlinien aus Berlin. Die Verbindungsoffiziere des Ostministeriums zu OKW, OKH, Heeresgruppen und Befehlshabern der rückwärtigen Heeresgebiete dienten dazu, den Informationsfluß zu gewährleisten und die politischen Richtlinien des Ostministeriums zu übermitteln.²⁸⁸ Militärische Dienststellen gaben gelegentlich Anweisungen an die Zivilverwaltung und umgekehrt: die militärische Seite zumeist in wirtschaftlicher Hinsicht, die zivile in politischer.²⁸⁹ Nachdem es schon gelegentlich gemeinsame Fachtagungen gegeben hatte, gelang im Herbst 1943 nach Auflösung der Wirtschaftsinspektion Mitte eine Fusion des Heeresgruppenwirtschaftsführers mit dem GK in Minsk nur bei der Landwirtschaftsabteilung. Die Abstimmung und Zusammenarbeit unter gemeinsamer Führung war aber weitgehend unproblematisch.²⁹⁰

Ein Abschnitt im äußersten Westen Weißrusslands mit den Städten Grodno, Wolkowysk und Pruzany, rund 10 000 km² mit 500 000 Einwohnern, gehörte während der Besetzung zum Bezirk Bialystok. Dieses Verwaltungsgebiet umfaßte insgesamt ungefähr 32 000 km² mit 1,6 Millionen Einwohnern.²⁹¹ Die am 1. August 1941 geschaffene administrative Einheit unterstand dem Oberpräsidenten und Gauleiter in Ostpreußen, Koch, als Chef der Zivilverwaltung (CdZ). Inoffiziell war es annektiert und

287 Zu dem Vorfalle zwischen Lohse und Braemer in der Rigaer Oper beim Bankett zu Hitlers Geburtstag u. a. BDC, SSO-Akte Walter Braemer; Fschr. Lohse an Rosenberg v. 21. 4. 1944, BA NS 8/268, Bl. 103f.; Schriftwechsel BA F 2294, Bl. 688–781; Beurteilungsbogen Keitels für Braemer v. 31. 3. 1944, BA D-H ZWM IA: »Einwandfreie Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar«! Siehe zu dem Konflikt vorher schon Rosenbergs Aufzeichnung »Reise ins Ostland vom 14.–22. Mai 1942«, BA NS 8/65, Bl. 164. Kube machte seiner Abneigung gegen v. Bechtolsheim nach dessen Abzug auch in größerem Kreis Luft: Referat v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 37f. – Borissov: siehe FK (V) 244 v. 22. 4. und OK I (V) 354 Borissov v. 6. 7. 1943, ZStA Minsk 391–1–97, Bl. 22 und 71; Vern. Karl Bauer (ehem. GebK Borissov) v. 11. 12. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 1477R–78.

288 Vgl. S. 137f.; Tagebuch Bräutigam v. 11. und 24. 6. 1941, in: Heilmann, S. 131 und 134; Bräutigam 1954, S. 5f.; Vern. ders. v. 4. 8. 1948, Fall 12, BA F 53919, Bl. 8949f.; ders. 1968, S. 311, 406 und 446; Tagebuch v. Bock v. 6. 7. 1941, BA F 57128, Bl. 318.

289 Militär an Zivil: Brandt, S. 82; WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift v. 30. 12. über die Sitzung der Chefgruppenleiter La am 16./17. 12. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 457; Auftragsschreiben Görings v. 1. 8. und Dienstanweisung des OKW/WiAmts an den »Sonderbeauftragten für die Holzversorgung im Südostraum«, General Majewski, BA-MA FPF-01/8986, Bl. 213–215; KTB WiStab Ost v. 20. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 554. – Zivil an Militär: VO RMO-Berück Mitte, Bericht Nr. 21 v. 8. 10. 1942, BA R 6/76, Bl. 27R; Besprechungspunkte für Divisions-Kommandeur-Besprechung [12. 6. 1942], BA-MA WF-03/7364, Bl. 759; Berück Mitte, Monatsbericht November v. 5. 12. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 994; Bräutigam 1968, S. 406; Matthiessen, S. 367f.

290 Rosenberg an Göring (RMO II 1c), Betr.: Wirtschaftsverwaltung in den besetzten Ostgebieten v. 6. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 501f.; Fernspruch WiStab Ost an HeWiFü Mitte v. 20. 11. und Rückblick HeWiFü Mitte für 1. 11.–31. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 420f. und 536f.; Erlaß RMO, II 1 c, v. 17. 11. 1943, in: Amtsblatt des RMO 2 (1944), Bl. 2f. – Gemeinsame Tagung der Arbeitsamtsleiter: Minsker Zeitung v. 26. 1. 1943.

291 Die Zahlen weichen voneinander ab. Der Bezirk Bialystok, hrsg. von der Zivilverwaltung Bialystok, 1. 3. 1942; RKF, Stabshauptamt, Hauptabteilung Planung und Boden, Vorläufige Angaben über den Bezirk Bialystok, Berichtsstand: Mai 1942, beides BA F 15024. – Auch das Gebiet um Bialystok und Łomża gehörte 1939–1944 zur Weißrussischen SSR, es ist aber nicht Gegenstand dieser Untersuchung.

an Ostpreußen angeschlossen.²⁹² Die Politik wurde weitgehend von Ostpreußen aus bestimmt und geführt. Die Koordination mit der Politik der Obersten Reichsbehörden übernahm der Staatssekretär im Reichsinnenministerium, Dr. Wilhelm Stuckart. Die Reichsministerien konnten keine direkten Anweisungen geben, obwohl der Bezirk oft von prominenten preußischen und Reichspolitikern besucht wurde. Die Polizeigrenze verlief im Westen, die Zollgrenze im Osten des Bezirks.²⁹³ Göring hatte ihn am 30. September 1941 aus dem Geltungsbereich der »Grünen Mappe« entlassen, das heißt die Plünderungspolitik sollte durch eine Eingliederungspolitik ersetzt werden.²⁹⁴ Der Bezirk war als »natürliche Landbrücke zwischen Ostpreußen und dem (ebenfalls Gauleiter Koch unterstellten) Reichskommissariat Ukraine« gedacht; seine Funktion war die »Herstellung einer ungestörten Landverbindung zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer«.²⁹⁵ Aus den weitreichenden An- und Aussiedlungsplänen für dieses Gebiet wurde aber nichts (Kap. 2.4). In der Praxis ergab sich eine gegenüber dem übrigen Weißrußland lediglich abgestufte, aber nicht grundsätzlich andere Besatzungspolitik.

Die innere Verwaltung des Bezirks Bialystok wurde völlig von Ostpreußen beherrscht. Chef der Zivilverwaltung war der selten anwesende Erich Koch, seine Amtschefs bis Januar 1942 der Leiter der Handwerkskammer und der DAF Ostpreußen, Waldemar Magunia, dann der Landrat Fritz Brix. Die ersten Abteilungsleiter Wirtschaft, Landwirtschaft und Arbeit stellte die DAF.²⁹⁶ Der Bezirk war in sieben »Kreiskommissariate« gegliedert, von denen drei – Grodno, Wolkowysk und in geringerem Umfang Bielsk – weißrussisches (Nachkriegs-)Gebiet umfaßten. Behörden-

292 Bezeichnenderweise galt beim Rückzug im Juli 1944 der Befehl: »Mit dem Erreichen der Kreise Sokolka, Grodno und Suwalki befindet sich die Truppe auf Reichsgebiet. Alle Landeseinwohner, auch die Polen, Weißrussen und Litauer, sind als Reichsangehörige zu behandeln.« AOK 4, OQu/Qu 1/IVa/IVc/VII AWiFü, betr.: Landesausnutzung im Reichsgebiet v. 16. 7. 1944, BA-MA WF-03/15901, Bl. 21. – Der Bezirk Bialystok wurde ab März 1942 »in der deutschen Außenhandelsstatistik als Inland geführt«: Der kriegswirtschaftliche Beitrag Osteuropas für das Deutsche Reich 1936–1944, bearbeitet vom Institut für Weltwirtschaft, Kiel, BA F 2348, Bl. 665. Weiter Bitterberg, S. 11.

293 Vgl. Erlaß des Führers über die vorläufige Verwaltung des Bezirks Bialystok v. 15. 8. 1941, BA F 13735, Bl. 1043 (der 15. 8. 1941 wird oft irrtümlich als Datum der Gründung des Bezirks genannt); Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht, OKW/WFSt/Abt.L (IV) Nr. 001543/41gKdos (gez.Hitler) v. 22. 7. 1941, F Schr. Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches (i.V. Körner) an OKW/WiRüAmt v. 31. 7. 1941, OKW, WFSt/Abt.L (IVd), Betr.: Vorläufige Verwaltung des Bezirks Bialystok v. 6. 9. 1941, alles BA-MA (BAArchP)F 42742, Bl. 958, 991–993 und 1001f.; W. Magunia, Bericht über den Bezirk Bialystok, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6333; KTB 1. Kp. Res.Pol.Btl. 13 v. 1. 8. 1941, BA R 20/76. – Zum Status auch Kettenacker, Chefs, S. 408–415; Madajczyk 1988, S. 145f.; Frankfurter Zeitung v. 6. 11. 1942, BA 21.01, Nr. 2738, Bl. 84/R. – Besuche: Privatbrief Dr. W. L. v. 14. 11. 1943 aus Bialystok, in: Mohrmann (Hg.), S. 134f.

294 Der Bezirk Bialystok, 1. 3. 1942 (S. 52), BA F 15024; vgl. Berichtigungen, Änderungen, Ergänzungen der »Grünen Mappe«, Teil II (undatiert), BA-MA RW 31/127a, Bl. 235; Koch an Staatssekretär Körner v. 13. 9. und Neumann an Koch v. 30. 9. 1941 über die Zuteilung von Rohstoffkontingenten, IFZ Fb 101/26.

295 »Der Bezirk Bialystok als Zwischenglied«, Frankfurter Zeitung v. 6. 11. 1942, BA 21.01, Nr. 2738, Bl. 84R. So auch Bericht über den Kreis Wolkowysk v. 18. 1. 1956, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6333.

296 Magunia, * 1902, wurde anschließend GK in Kiew, ist also kaum bei Koch »in Ungnade gefallen« (Madajczyk 1988, S. 146). Vgl. Magunias Bericht über den Bezirk Bialystok (wie Anm. 3/293); BDC, PA Waldemar Magunia. Brix war bis Januar 1942 sein Stellvertreter als ständiger Vertreter des CdZ. Davor war er 1935–1941 Landrat in Tilsit-Land, 1957 Oberverwaltungsgerichtsrat am Oberverwaltungsgericht Lüneburg (BDC, O. Gau Ostpreußen; Bandaufnahme v. Wedelstädt v. 13. 6. 1957, BA OstDok 13/420).

mäßig waren die Kreiskommissariate ähnlich deutschen Landratsämtern organisiert.²⁹⁷ Darunter gab es anders als in den Zivilverwaltungsgebieten, die dem Ostministerium unterstanden, eine weitere deutsche Verwaltungsebene: die Amtskommissariate (auf der Ebene der früheren Rayons). Ihnen unterstanden einheimische Bürgermeister, Gemeindevorsteher und sogenannte Schulzen. Grodno hatte einen deutschen Bürgermeister. Im Gegensatz zu den übrigen Zivilverwaltungsgebieten wurden keine Wirtschaftsbeamten der Militärverwaltung übernommen.²⁹⁸ Das Verwaltungspersonal kam nahezu ausschließlich aus Ostpreußen; als Amtskommissare und Behördenangestellte sind möglicherweise auch Polen und Weißrussen eingesetzt worden. Was die NSDAP und die Wirtschaft angeht, wurde der Bezirk Bialystok mit einem kompletten Netz bis hin zum Ortsgruppen- und Kreisbauernführer, zur DAF und NSV auf lokaler Ebene überzogen.²⁹⁹

Die Zivilverwaltung in den besetzten sowjetischen Gebieten gilt in der Forschung als überaus bürokratisch, besonders das RK Ostland und Lohse persönlich, der selbst seitenlange Anordnungen über Lumpenpreise und die Öffnungszeiten von Theatern stets persönlich prüfte und unterschrieb. Bürokratismus und Prunksucht waren aber keine Privilegien des RK Ostland oder der Zivilverwaltung. So fand 1942 auch die »Ostpreußische Preisanordnung für Sauerkraut« als achtseitige Sonderbeilage den Weg ins Bekanntmachungsorgan des CdZ Bialystok, der Gebietskommissar in Rowno unterhielt ein eigenes Amtsblatt, und der Gebietskommissar Wilna-Land stattete »als alter Mercedes-Fahrer« seine Dienststelle nur mit Wagen dieser Marke aus.³⁰⁰ Nicht anders beim Militär: der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, Generaloberst Jodl, gab eigens einen Befehl, die gängige Abkürzung »Stralo« für den LKW-Wirtschaftsfahrdienst (Straßentransportleitung Ost) zu verbieten und durch

297 Kreiskommissare: Grodno: Landrat Dietrich v. Ploetz, Nachfolger Otto Bochum Frühjahr 1943; Wolkowsk: Crewell, dann Dr. Wolf Hieronymus (Februar 1942–April 1943), dann Günter Pfeiffer. Vom 1. 8. bis 31. 10. 1941 gab es einen eigenen Kreiskommissar in Pruzany: Vern. Dr. G. N. v. 22. II. 1956, NWSa Detmold D 21 A, Nr. 6146. Erst danach wurde die Gegend um Pruzany dem Kreiskommissariat Bielsk (KK: Walter Tubenthal) angeschlossen. Alle waren zuvor Landräte in Ostpreußen gewesen. Bürgermeister in Grodno war 1941–1944 Georg Stein, zuvor Landrat in Osterode und seit 1930 Bürgermeister in Hohenstein (Ostpreußen). v. Ploetz war 1934 persönlicher Referent Kochs geworden. BDC, O.Gau Ostpreußen; Tilitzki, S. 48 (teils mit Kurzbiographien); Tonbandinterview mit Stein, BA OstDok 13/71; Günter Pfeiffer, Der Kreis Wolkowsk unter deutscher Verwaltung während des zweiten Weltkrieges, BA OstDok 13/70; U. Heinemann, S. 314, Anm. 32.

298 Außer in der Forst- und Holzwirtschaft. Vorläufige Vereinbarung zwischen Oberpräsident Ostpreußen (Regierungspräsident) und Chef WiStab Ost (General Schubert) über Ablösung des Personals im neu-besetzten Ostgebiet Bialystok v. 28. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 592; WiStab Ost (Schubert) an Thomas, Betr.: Abgabe von Personal v. 30. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 1003–1006. – Der Bezirk Bialystok (S. 25 f.), BA F 15024; Madajczyk 1988, S. 145 und 153.

299 Bericht über die deutsche Verwaltung im Kreis Bielsk in der Zeit vom August 1941 bis Januar 1942, NWSa Detmold D 21 A, Nr. 6333; Vern. G.P. v. 3. II. 1960, ebd., Nr. 6134, Bl. 135–137; Vern. G.J. v. 11. 10. 1966, ebd., Nr. 6173; Kettenacker, Chefs, S. 415. – Gemischtes Personal: vgl. Personallisten in Sonderarchiv Moskau 1447–1–38.

300 Vgl. Kleist, S. 159; Bästlein, S. 68 f. Vgl. aber z. B. die zahllosen Preisfestsetzungen auch im Amtsblatt des GK für Wolhynien und Podolien, z. B. die 54 Posten umfassende Anordnung über Höchstpreise der Wäschereien v. 10. 6. 1943, 2. Jg., S. 123–126; Ostpreußische Preisanordnung für Sauerkraut v. 10. 3. 1942, in: Amtsblatt des Oberpräsidenten-Zivilverwaltung Bialystok 2 (1942), S. 34/R; Amtsblatt GebK Rowno, ZStL, UdSSR Bd. 409, Bl. 2–60; GebK Wilna-Land an Gen.Dir. Klotz v. 31. 10. 1941, MB-HA Kissel, Russland 1933–42.

»Str.Trsp.Ltg.Ost« zu ersetzen, was sich verständlicherweise nicht durchsetzte. Das Dienstblatt einer Reichsverkehrsdirektion in der Sowjetunion erreichte 1941–1944 einen Umfang von 1152 Seiten. SS- und Polizeiführer und Kommandeur der Ordnungspolizei (KdO) in Brest bzw. Lutzk schafften 1942/43 unter anderem 5000 Bogen und 10 000 Blatt Dokumentenpapier, eine Bleistiftspitzmaschine für 260 RM, 50 Dosen Bohnerwachs für 390 RM und zusammen 190 Gemälde zur Verschönerung der Dienstgebäude für mehrere tausend RM an. Der BdO Riga ließ sich sein Schlafzimmer im Stil Ludwigs XIV. als »Alarmquartier« ausbauen. Für SS-Führer, die zur Partisanenbekämpfung ausrückten, wurden Pkw mit Wohnwagenanhängern beschafft, die wegen der schlechten Wege bald zu Bruch gingen.³⁰¹

Trotzdem sollte man sich nicht täuschen lassen: bei allen Erscheinungen von Bürokratismus war die deutsche Verwaltung der besetzten sowjetischen Gebiete durchaus effektiv – schrecklich effektiv. Dafür spricht schon der systematisch sparsame Personaleinsatz in der sogenannten Aufsichtsverwaltung. Im Ostministerium verwies man gern darauf, daß Deutschland 1914 in Belgien 10 800 Verwaltungsbeamte eingesetzt habe, nun, 1942, seien es nur noch 800.³⁰² Auf einem Territorium von über einer halben Million Quadratkilometern mit rund 30 Millionen Einwohnern in den RK Ostland und Ukraine setzte die Zivilverwaltung zu verschiedenen Zeiten nicht mehr als 13 000 deutsche Verwaltungskräfte ein. Die Militärverwaltung hatte zwar etwas mehr Personal zur Verfügung, zeigte aber im großen und ganzen die gleiche Tendenz.³⁰³

Ein Gesichtspunkt der deutschen Verwaltungen in den besetzten sowjetischen Gebieten ist bis jetzt zu Unrecht unbeachtet geblieben: die Art, wie Grenzen gezogen wurden, und ihr Sinn. Die sowjetischen Verwaltungseinheiten waren von oben nach unten gegliedert: UdSSR – Republik (hier: BSSR) – Oblast (Gebiet) – Rayon (Kreis) – Gemeinde – Kolchos. Freilich hatte es hier auch in den Jahren vor 1941 in Weißrußland Veränderungen gegeben: Insgesamt zehn Oblaste hatten 1938 die bis dahin bestehenden, kleineren Okrug (Bezirke) abgelöst, im 1939 annektierten Westen die Wojwodschaften.³⁰⁴ Die Kolchosen waren in den dreißiger Jahren zunehmend als Verwaltungseinheiten an die Stelle der Dörfer getreten. Die Deutschen ließen auf keiner dieser Ebenen die Grenzen unangetastet.

Das galt zunächst einmal für die politischen Grenzen. Die Sowjetunion sollte zerschlagen und aufgelöst werden. Mit der heimlichen Annexion des Bezirks Bialystok war die deutsche Staatsgrenze bereits in Weißrußland auf sowjetisches Territorium

³⁰¹ KTB WiStab Ost v. 3. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 8; Pottgießer, S. 77; Rechnungshof des Deutschen Reiches Nr. VI 6 -4616/43.1 v. 18. 8. 1944, BA 23.01, Nr. 5759, Bl. 1–3; ders., VI 6 T 217/44 v. 18. 10. 1944, 23.01, Nr. 2073/2, v. a. Bl. 95–97; Gilles, S. 87–89. Siehe auch Weinert, 1993, S. 151–158.

³⁰² Vortrag Runte auf der Arbeitssitzung der Abteilungen Verwaltung des RMO, des RKO und seiner GK am 17./18. 9. 1942, BA 11.01, Nr. 51, Bl. 43.

³⁰³ [RMO,] Tätigkeitsbericht der Hauptabteilung II (Verwaltung) v. 23. 12. 1944, BA-MA FPF-01/8131, Bl. 338. Zur Militärverwaltung S. 138 f.

³⁰⁴ Die Grenzen der Okrug und Wojwodschaften zeigt der Anhang der Engelhardt-Denkschrift, BA F 10772, Bl. 6003 ff.; die der Wojwodschaften z. B. auch der Anhang bei Oberländer 1935. Zu den sich verändernden Oblasteinteilungen von 1938, 1939, 1944 und in der Nachkriegszeit Kennedy Grimsted, S. 669 und 671. Die Gebietsgrenzen von 1941 zeigt die Beikarte in: Kalinin. Siehe auch Flächenangaben in: WiIn Mitte, Chefgruppe Fü/Abt.Arbeit, Zwei-Monatsbericht v. 9. 9. 1941, BA F 14102, Bl. 467. Seit den sechziger Jahren gibt es sechs Oblaste in Weißrußland: Minsk, Brest, Grodno, Witebsk, Mogilew und Gommel.

vorgeschoben; weitere Annexionen (im Baltikum) waren geplant. Die BSSR wurde weitgehend zerstückelt. Auf ihrem Gebiet gab es nicht weniger als sieben verschiedene Territorien, von denen aber nur eins ausschließlich weißrussischen Boden umfaßte.³⁰⁵ Die alten Grenzen galten praktisch nirgendwo mehr, ob in Zivil- oder Militärverwaltung, auch nicht die alte Grenze zwischen der Sowjetunion und Polen.³⁰⁶

Das galt aber auch für die Verwaltungsgrenzen. Am deutlichsten wird das bei den von den Deutschen eingerichteten »Gebieten« und »Kreiskommissariaten«: Diese entsprachen weder den Grenzen der Oblaste noch der Okrugi und Wojwodschaften, sondern waren ganz neu gezogen.³⁰⁷ Ebenso verhielt es sich bei der Militärverwaltung mit den Grenzen der Gebiete der Feldkommandanturen, die weder Oblast- noch Rayongrenzen folgten. Die Zentralhandelsgesellschaft Ost, die Landwirtschafts- und Arbeitsverwaltung hingegen waren, weil sie die alten Strukturen (Meldeunterlagen, Agrar-Liefer- und -Erfassungsapparat) noch nutzen mußten, noch nach den sowjetischen Oblasten organisiert. Das zeigt, wie kalkuliert alte Grenzen beibehalten oder verändert wurden.³⁰⁸ Die Einteilung der Rayons (Landkreise) blieb unter den Deutschen überwiegend gleich. Es gab entsprechende Anweisungen, weil dies die oberste Verwaltungseinheit war, die als Organ der weißrussischen Hilfsverwaltung erhalten bleiben, schnell funktionieren und nicht etwa neu aufgebaut werden sollte. Ebenso war es bei den Gemeinden. Allerdings änderten einige Gebietskommissare nach einiger Zeit Rayon- und Gemeindegrenzen, und das GK Weißruthenien erwog eine Reform der Gemeindeeinteilung.³⁰⁹ Überdies brachte man

305 Das GK Weißruthenien. Daneben gab es den Bezirk Bialystok, die GK Wolhynien-Podolien, Shitomir und Litauen; das rückwärtige Heeresgebiet Mitte und die rückwärtigen Armeengebiete (seit Anfang 1942 ständig: das Korück der 3. Pz.Armees bzw. das rückwärtige Korpsgebiet des LIX. Armeekorps).

306 Lediglich am Bug bei Brest blieb die Grenze zum deutsch besetzten Generalgouvernement erhalten. Die Grenze zwischen den GK Wolhynien-Podolien und Shitomir entsprach im (weißrussischen) Norden der Grenze Sowjetunion-Polen bis 1939. Die Grenze des GK Weißruthenien zu Litauen wurde dagegen 1942 über weite Strecken verschoben.

307 Neue Gebiets-einteilung z. B. in: Ostland-Atlas, Riga 1942; fürs RKO die Beschreibungen der GK in BA II.01, Nr. 57; Der Bezirk Bialystok, BA F 15024. – Manche Gebietsgrenzen wurden später wieder geändert, z.B. in Nord-Wolhynien: GebK Kobryn, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 21. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 169; GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht (undatiert), BA-MA PPF-01/7869, Bl. 1353.

308 Verwaltung: FK Minsk-Land, Abt. VII-Kriegsverwaltung, Lagebericht v. 14. 8. 1941, BA F 15266, Bl. 2836; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA WF-03/5469, Bl. 461; Erfahrungsbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 32. – Wirtschaftsverwaltung: RMO, Richtlinien für die Wirtschaftsführung, Teil A: Braune Mappe, Nbg. Dok. NI-10119; Der Generalinspekteur der wehr- und rüstungswirtschaftlichen Dienststellen des OKW/WiAmtes in den besetzten Ostgebieten (GenWiOst), Inspektionsbericht über die Reise zur Wiln Mitte 22.–28. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1132f.; Abschlußbericht WiStab Ost, in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 131.

309 Anweisungen: Die Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten (Braune Mappe), Teil I: RKO, ZStL 202 AR-Z 184/67, Sbd. 1, Bl. 30; OKW/WiRüAmt/Stab Ia, Besprechung mit den Chefs der Führungsstäbe/Ost (8. II. 1941) v. 10. II. 1941, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 649; FK Minsk, Militärverwaltungs-Gruppe: Richtlinien für die einheimischen Bürgermeister (undatiert), GebA Minsk 623-2-1, Bl. 180; FK 551 (Gomel), Merkblatt für den Bürgermeister v. 4. 9. 1941, BA-MA RH 26-221/21. – Änderungen: Der GebK in Glebokie nahm eine eigene Gebietsreform vor und machte aus drei Rayons neun: Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 16. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 300. Vgl. Referat Jungwirth (Abteilungsleiter Verwaltung) v. 8. 4. 1943, IFZ Fb 85/I, Bl. 66f., und GK Weißruthenien, Abt. II Verw. v. 12. 8. 1943, BA-MA PPF-01/7848, Bl. 475 (Reform der Gemeindegrenzen); GebK Brest, Abt. I, Tätigkeitsbericht 26. II.-23. 12. v. 24. 12. 1941, BA F 13751, Bl. 921.

1942 die Basis der Verwaltungspyramide zum Einsturz: Die Kolchosen wurden im größten Teil Weißrußlands aufgelöst und die Dörfer wieder zur untersten Verwaltungseinheit (vgl. Kap. 4.5).

Wer zog die Grenzen und warum? Im Sommer 1941, vor und nach dem 22. Juni, hatten der Stab Rosenberg und der Wirtschaftsstab Oldenburg immer neue Modelle für die geplanten »Reichskommandanturen« (offenbar identisch mit den Gebietskommissariaten) diskutiert und ausgehandelt.³¹⁰ Später wurden solche Fragen im Ostministerium in der Abteilung Innere Verwaltung unter Beratung durch das Generalreferat für Raumordnung entschieden.³¹¹ Den besetzten sowjetischen Gebieten wurde ein völlig neues System übergestülpt. Verwaltungseinheiten wurden nach deutschen wirtschaftlichen, politischen und Raumordnungs-Interessen und nach Maßgabe der Größenordnung des einzusetzenden Personals auf dem Reißbrett entworfen; die alten entsprachen diesen Interessen nicht.³¹² So verlegte das Ostministerium – genauer: Rosenberg auf Anraten Leibbrandts – die Grenze zwischen Ukraine und GK Weißruthenien entgegen dem Vorschlag des OKH bis nördlich des Pripjet, um die Holzversorgung des RK Ukraine zu gewährleisten, das Kanalsystem des Pripjet und die Pripjetsümpfe nicht zu zerschneiden und die Bahnlinie Brest-Gomel dem RK Ukraine zuzuschlagen (obwohl sie dann eisenbahntechnisch die ganze Zeit von Minsk aus verwaltet wurde).³¹³ Außerdem war dies eine politische Geste an die ukrainische Nationalbewegung für die Abtretung ukrainischer Gebiete an Rumänien und das Generalgouvernement. Die Grenze des GK Weißruthenien zu Litauen wurde 1942 verschoben, um die Litauer politisch zu saturieren und von den miserablen Lebensverhältnissen und abgelehnten Autonomieforderungen abzulenken.³¹⁴ Die Ostgrenze des Bezirks Bialystok schließlich wurde im Herbst 1941 Stück für Stück nach Osten verlegt, um sie möglichst weit vom Ostrand des Urwaldes von Białowieża weg zu schieben. Dazu warfen CdZ, Oberstjägermeister, RSHA und Reichsinnenministerium formal sogar eine Entscheidung Hitlers um.³¹⁵

310 Chef WiStab Ost (Schubert) an WiFüStab Ost (Thomas) v. 2. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 423; Auszüge aus den geplanten RK-, GK, und HK-Einteilungen des europäischen Rußland (etwa Mai 1941), BA-MA WF-01/1645, Bl. 629–636; Aufzeichnung »Reichskommissariat III Rußland« (undatiert), BA-MA FPF-01/7880, Bl. 802f., »Die neuen Ostgebiete«, Nbg. Dok. PS-1033.

311 [RMO,] Tätigkeitsbericht der Hauptabt. II (Verwaltung) v. 23. 12. 1944, hier nach BA F 13743, Bl. 339f. und 349; Vorläufige Geschäftsordnung zum Gliederungsplan der Abteilung III – Innere Verwaltung – v. 27. 9. 1941, BA 6.01, Nr. 0/0/6, Bl. 9 und 13.

312 Ausdrücklich in: Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 461; »Die neuen Ostgebiete«, Nbg. Dok. PS-1033.

313 Vorschlag zur Grenzziehung in den besetzten Ostgebieten (gez. Leibbrandt, undatiert), Nbg. Dok. PS-1054; »Die neuen Ostgebiete«, Nbg. Dok. PS-1033; Rosenberg an A. Meyer v. 20. 10. 1941, Stellungnahme RKU, Hauptabt. I v. 28. 3. 1942 und RMO, Abt. I O (Kleist) v. 6. 5. 1942, BA R 6/294, Bl. 3, 16–18, 20f.; RMO, IIc, Vorlage für v. Allwörden zum Gespräch mit dem GK Weißruthenien v. 1. 11. 1943, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 480; Referat Kubes v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 31.

314 Wie Anm. 3/234; vgl. auch EM 192 v. 14. 4. 1942 und Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 10 v. 3. 7. 1942, in: Wardzyńska, S. 191 und 196f.

315 Vermerk A. Meyer v. 6. 9. 1941 über eine Besprechung mit Koch v. 5. 9. 1941, BA F 10551, Bl. 4256; Erlaß des Führers über die Abgrenzung des Bezirks Bialystok v. 18. 9. 1941, BA-MA FPF-01/7820, Bl. 530 (für zwei Wochen hatte in Grodno ein Minsk unterstehendes Gebietskommissariat existiert); Schriftwechsel in BA R 43II/132a, Bl. 7–26, besonders Stuckart an Lammers v. 28. 10. 1941, Bl. 53/R; Niederschrift über die Besprechung am 4. November 1941 betr. die Grenze des Bezirks Bialystok, BA R 49/885; Reisebericht über

Die neuen Verwaltungseinheiten dienten nicht allein dazu, »auch damit einen Ausgangspunkt für die Vernichtung der Belorussen als ethnische Einheit, als Nation zu schaffen«,³¹⁶ sondern ebenso dazu, etwa noch funktionierende politische Apparate, Strukturen und Verbindungen der Verwaltung auf den Ebenen zu zerschlagen, auf denen nur noch die Deutschen selbst agieren wollten. Sie sollten gewachsene Wirtschaftsbeziehungen zerschneiden. Und sie dienten – gerade mit der Zerstörung der Kolchosen – dazu, regionale und lokale Identitäten zu zerstören und die Menschen zu entwurzeln. Diese Maßnahmen machten sofort klar: Die Deutschen wollten eine ›neue Ordnung‹ und für lange bleiben. Dementsprechend lösten die neuen Grenzen bei Bekanntwerden große Beunruhigung in der Bevölkerung aus.³¹⁷

3.4 Der SS- und Polizeiapparat

Die Dienststellen und Einheiten von SS und Polizei, die im Militär- und Zivilverwaltungsgebiet tätig waren, unterstanden dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei Himmler. Entsprechend der Aufteilung des Landes unter deutscher Besatzung gab es eine Reihe verschiedener SS- und Polizeidienststellen, die für Teile Weißrusslands zuständig waren.³¹⁸

Die Kräfte der Waffen-SS, Sicherheitspolizei und SD sowie Ordnungspolizei in den besetzten sowjetischen Gebieten waren gemeinsam den Höheren SS- und Polizeiführern (HSSPF) unterstellt,³¹⁹ die Himmlers Beauftragte für bestimmte größere Territorien waren und ihm direkt unterstanden. Der Beschluß zur Einrichtung der HSSPF in der Sowjetunion fiel Anfang April 1941, offenbar als Pläne aufkamen, im rückwärtigen Gebiet aus Mangel an Kräften der Ordnungspolizei auch Einheiten der Waffen-SS, vor allem die SS-Brigaden, einzusetzen. Am 10. April besprach Himmler mit dem künftigen HSSPF Rußland-Mitte, Bach-Zelewski, dessen neuen Auftrag.³²⁰

die Grenzbereisung für die Festlegung der Süd- und Ostgrenze des Bezirks Bialystok vom 18.–20. November v. 26. 11. 1941, BA OstDok 13/68, Bl. 3–13; endgültige Regelung: RMI, Betr.: Abgrenzung des Bezirks Bialystok v. 15. 12. 1941, BA 23.01, Nr. 102/R. Schließlich ging noch ein Gebiet von 500 qkm an das Gebiet Brest (RKU): GebK Brest, Monatsbericht v. 24. 1. 1942, BA F 13751, Bl. 926; Madajczyk 1988, S. 145.

³¹⁶ Kunze, S. 84. Kunzes Einschätzung ist im Ergebnis wohl richtig, läßt sich mit der mittelfristigen politischen Konzeption im GK Weißruthenien allerdings nicht unbedingt vereinbaren.

³¹⁷ Z.B. EM 90 v. 21. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2490; wegen der Zerschneidung von Wirtschaftsbeziehungen: RüIn Ostland, Monatsbericht September v. 28. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 940 und 953.

³¹⁸ Grundlegend für den Einsatz war Hitlers Erlaß über die polizeiliche Sicherung in den neu besetzten Ostgebieten v. 17. 7. 1941, in: Eine Schuld, S. 69f.

³¹⁹ Eine Ausnahme bildeten die Verbände der Waffen-SS an der Front, die einsatzmäßig nicht den HSSPF, sondern Wehrmachteinheiten unterstanden.

³²⁰ Das ergibt sich aus den weiteren Gesprächspartnern. Anwesend waren SS-Obergruppenführer Schmauser, ab dem 1. 5. 1941 Nachfolger Bach-Zelewskis als HSSPF Südost, und SS-Gruppenführer Spornenberg, im Juli 1941 erster SSF Weißruthenien unter Bach-Zelewski mit Sitz in Minsk. Am 9. 4. hatte Himmler mit dem späteren HSSPF Rußland-Nord, Prützmann, gesprochen. Bach und Prützmann hatte Himmler dabei zu Generalleutnanten der Polizei ernannt. Terminkalender Himmler v. 9. und 10. 4. 1941, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 495f.; zu den Ernennungen Birn 1986, S. 331 und 342. Spätestens am 23. 4. war auch der vorgesehene HSSPF Rußland-Süd, Jeckeln, über seine neue Aufgabe informiert. Er schied ebenfalls zum 1. 5. 1941 als HSSPF West aus. Vgl. Brief Jeckelns v. 23. 4. 1941 und Verfügung Himmlers v. 1. 5. 1941, BDC, SSO-Akte Friedrich Jeckeln.

Mit Weisung vom 21. Mai 1941 machte Himmler offiziell bekannt, daß es HSSPF in der Sowjetunion geben sollte, und unterstellte sie den Befehlshabern der rückwärtigen Heeresgebiete hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung. Einsatzmäßig standen sie unter Himmlers Befehl.³²¹ Die HSSPF ermöglichten Himmler einerseits, über einen direkten Befehlsweg vorbei an Reichssicherheitshauptamt (RSHA), Hauptamt Ordnungspolizei und SS-Führungshauptamt direkt einzugreifen. Andererseits hatten die HSSPF selbst eine starke Stellung, um die Aktionen der verschiedenen SS- und Polizeiparten zu koordinieren. Dies galt besonders in den besetzten sowjetischen Gebieten, wo sie schließlich vor allem den Oberbefehl über die Partisanenbekämpfung in ihrem Bereich und damit eine militärische Kommandofunktion übernahmen, indirekt auch eine politische Funktion. Bereits 1941 hatten sie bei der Judenvernichtung eine erhebliche Rolle gespielt.³²² Die Vorbereitung der HSSPF auf ihre Funktion bestand aus Einweisungen im RSHA, im Hauptamt Ordnungspolizei, im SS-Führungshauptamt und teilweise auch in anderen Hauptämtern. Sie hielten sich anfangs im Stab des zuständigen Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebietes auf.³²³

Auf weißrussischem Gebiet zuständig waren die HSSPF »Rußland-Mitte« (für das rückwärtige Heeresgebiet Mitte), »Rußland-Nord« bzw. »Ostland« (von September 1941 bis November 1942 fürs GK Weißruthenien), »Rußland-Süd« bzw. »Ukraine« (für die zum RK Ukraine gehörenden Teile des Polesje) und »Nordost« mit Dienstsitz in Königsberg (für den Bezirk Bialystok). Der HSSPF Rußland-Mitte übernahm im Oktober 1942 den Befehl über die SS- und Polizeikräfte im GK Weißruthenien und wurde im März 1943 in HSSPF »Rußland-Mitte und Weißruthenien« umbenannt. Er verlegte nach Minsk und übernahm im Frühjahr 1944 auch die zum RK Ukraine gehörenden weißrussischen Gebiete des Polesje.³²⁴

Am 7.4. war der »Einsatzstab Reichsführer-SS« zur Führung der SS-Brigaden aufgestellt worden (s. S. 216 mit Anm. 3/534). Am 17.4. informierte der Generalquartiermeister Wagner den Chef GenStdH, Halder, daß Himmler Pol.Rgter. unter einem »höheren Polizeiführer« einsetzen wolle. Am 21.5., dem Tag der Weisung Himmlers über die Einsetzung der HSSPF in den zu besetzenden sowjetischen Gebieten, notierte Halder über ein erneutes Gespräch mit Wagner: »Weisung OKW über rückwärtige Gebiete Barbarossa – SS-Gliederung der Armee Himmler«. KTB Halder, Bd. II, S. 371 und 425.

³²¹ Der Reichsführer-SS, betr.: Sonderauftrag des Führers v. 21. 5. 1941, abgedruckt in: Jacobsen 1967, S. 184 f.

³²² Vgl. Gottberg, besonders S. 55 ff. und 116 ff.; Birn 1986, besonders S. 221 ff.; Hans Buchheim, Die Höheren SS- und Polizeiführer, in: Anatomie des SS-Staates, 4. Auflage München 1984 (zuerst 1967), S. 113–145. – Der Befehlsweg zwischen den zuständigen Hauptämtern und ihren untergeordneten Dienststellen blieb jedoch die Regel. Siehe für den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Bialystok und das RSHA Vern. Constantin Canaris (Inspekteur der Sipo und des SD Königsberg) v. 10. 1. 1961 und Vern. H.W. (Abteilungsleiter II beim KdS Bialystok) v. 13. 3. 1969, ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Bd. 1, Bl. 93, und Bd. 3, Bl. 191 f.

³²³ Vorbereitung: Himmler an Jeckeln v. 1. 5. 1941, BDC, SSO-Akte Friedrich Jeckeln; Wladyslaw Bartoszewski: Erich von dem Bach. Warschau/Poznan 1961, S. 25; SS-Personalhauptamt, Betr.: Einweisungskommando für Höhere SS- und Polizeiführer v. 11. 9. 1942, BA D-H Z/B-933, A. 3, Bl. 57 (auch im SS-Hauptamt und SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt; für Adolf Bomhard); Der Reichsführer-SS usw. [!], O.Kdo.II SS Pol v. 12. 11. 1941 (Abschrift), BA D-H ZB 2792, Bl. 139/R (für Graf Pückler). – Stab: Fsch. Berück 103 [Süd], Ia, an OKH, GenQu v. 1. 7. 1941, BA-MA RH 22/5.

³²⁴ Vgl. Vermerk über die Dienstreise des Amtsrats Reimers nach Mogilew und Minsk 1.–7. 4. v. 22. 4. 1943, BA R 19/137, Bl. 93; Himmler an Bach-Zelewski, Jeckeln, Daluge, Streckenbach u.a. v. 23. 10. 1942, BA NS 19/1671, Bl. 116; Der Bevollmächtigte des Reichsführers-SS für Bandenbekämpfung, Tagesbefehle Nr. 1 und 2 v. 17. und 24. 3. 1943, BA R 70 SU/21, Bl. 86 f.

Der für die Besatzungsgeschichte in Weißrußland wichtigste und einflußreichste Funktionsträger in diesem Zusammenhang war der HSSPF Rußland-Mitte,³²⁵ Erich von dem Bach-Zelewski,³²⁶ für Hitler ein Mann, der »durch ein Meer von Blut waten« könne, »noch schärfer und brutaler« als Heydrich.³²⁷ Formal behielt er seine Stellung von Anfang bis praktisch zum Ende der Besatzungszeit, gab aber seit Herbst 1942 zugunsten seiner neuen Funktion als Himmlers Beauftragter für die Partisanenbekämpfung schrittweise einen Teil seiner Aufgaben als HSSPF an attachierte Führer bzw. Vertreter ab.³²⁸ Am 7. Juli 1943 übernahm der SS- und Polizeiführer (SSPF) Weißruthenien Curt v. Gottberg die Führung der Geschäfte des HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, formal aber erst im Juni 1944.³²⁹ Dem HSSPF Rußland-Mitte waren eine wachsende Zahl von SS- und Polizeiführern für Teilregionen unterstellt. Dies waren – mit einer Unterbrechung 1941/42 – der SSPF Weißruthenien, ab 1943 der SSPF Mogilew³³⁰ und ab Januar 1944 der SSPF Pripiet mit Sitz in Brest bzw. Pinsk.³³¹

325 Siehe zur ursprünglichen Gliederung seiner Kräfte die Kriegsgliederung des HSSPF Rußland-Mitte mit Stand v. 1. 8. 1941, BA-MA RH 26–221/13b.

326 1899–1972, Sohn eines Gutsbesitzers, 1914–1924 Armeeingehöriger, dann verschiedene Berufe, 1930 NSDAP, 1931 SS, 1932 Mitglied des Reichstags, 1934–1936 Führer des SS-Oberabschnitts Nordost (Königsberg), 1936–1941 des SS-Oberabschnitts Südost (Breslau), seit 1938 gleichzeitig HSSPF, formell HSSPF Rußland-Mitte (und Weißruthenien) 22. 6. 1941–21. 6. 1944, 23. 10. 1942 Beauftragter des Reichsführers-SS für die Bandenbekämpfung, 21. 6. 1943 Chef der Bandenkampfverbände des Reichsführers-SS, seit 1944 Kommandeur verschiedener SS-Korps; 1945/46 Zeuge der Anklage im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß; später Arbeit u. a. als Nachtwächter; 1962 wegen des Mordes an drei SA-Männern im Jahr 1934 zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Verfahren gegen ihn wegen seiner Tätigkeit als HSSPF Rußland-Mitte wurde darum eingestellt. Siehe Bartoszewski; zu den Biographien der HSSPF, SSPF und attachierten Führer (auch im folgenden) Birn und Gottberg sowie die Personalakten im BDC; zu Bach auch unten S. 922 ff. und 951 ff.

327 Hitlers Einschätzung notierte der HSSPF Prag, Frank, in einem »Protokoll« über seinen Besuch bei Hitler am 28. 5. 1942, in: Kárný u. a. (Hg.), S. 283.

328 Bach-Zelewski war von Ende Januar bis Anfang Mai 1942 wegen Krankheit außer Dienst und residierte seit März 1943 vor allem bei Himmlers Feldkommandostelle, griff jedoch auch später noch in seinem ehemaligen Amtsbereich ein, vor allem als Leiter der Partisanenbekämpfung. Die wichtigsten SS-Führer, die ihn vertraten bzw. unterstützten, waren Carl Graf v. Pückler-Burghaus, Dezember 1941 bis Juli 1942 beim Stab des HSSPF; Georg Graf v. Bassewitz-Behr, 1. 8. 1942 bis Februar 1943 beim Stab, seit November 1942 stellvertretender HSSPF Rußland-Mitte (1941/42 SSPF Dnepropetrowsk, ab Februar 1943 HSSPF Nordsee); Franz Kutschera, 1942/43 beim Stab des HSSPF Rußland-Mitte (führte 1938–1941 die Geschäfte des NSDAP-Gauleiters in Kärnten, 1944 als SSPF Warschau von Partisanen erschossen); Gerret Korsemann, 26. 3.–5. 7. 1943 Vertreter des HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien (1941/42 HSSPF »z. b. V.« mit Sitz in der Ostukraine, 1942 HSSPF Kaukasus; 1943 amtsenthoben und in Ungnade gefallen). – Siehe auch »Zusammenstellung der Angehörigen des Stabes Bach«, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 1, Bl. 151–177; Bevollmächtigter des Reichsführers-SS für die Bandenbekämpfung, Ia, Tagesbefehl Nr. 2 v. 24. 3. 1943, BA R 70 SU/21, Bl. 86/R; Tagebuch Bach-Zelewski (Abschrift) v. 3.–5. 7. 1943, BA R 20/45b, Bl. 79f. Zu Korsemanns Schwierigkeiten, sich durchzusetzen, sein Sonderbefehl v. 27. 5. 1943, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok. Bd. 11, Bl. 60f.

329 Vgl. HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien v. 7. 7. 1943, BA R 70 SU/38; Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 v. 21. 5. 1963, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 185. – Zur Biographie vgl. Anm. 3/225.

330 Eingerichtet etwa März 1943. SSPF waren die SS-Brigadeführer Kutschera (zeitweise von Paul Zimmermann vertreten) bis September 1943, dann Hans Haltermann bis November 1943. Vern. A.S. v. 17. 11. 1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1261–1263; Vern. Paul Zimmermann v. 22. 5. 1947, ebd., Dok. Bd. II, Bl. 89; Himmler an SS-Personalhauptamt v. 8. 9. 1943, BDC, SL 46, Bl. 230; Vern. Haltermann v. 23. 10. 1968, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. Angehörige anderer Dienststellen; Gottberg, S. 177 und 166.

331 Außerdem – nicht auf weißrussischem Territorium – zeitweise der SSPF Tschernigow. HSSPF Rußland-

HSSPF Rußland-Süd beziehungsweise Ukraine war zunächst Friedrich Jeckeln. Er wurde von Himmler zum 1. November 1941 gegen den HSSPF Ostland, Hans-Adolf Prützmann, ausgetauscht, weil Prützmann besser mit dem als extrem »schwierig« geltenden RK Ukraine, Koch, zusammenarbeiten konnte,³³² nicht etwa weil Prützmann bei der Judenvernichtung zu zurückhaltend gewesen wäre.³³³ Prützmann³³⁴ unterstanden in seiner Funktion als HSSPF Ukraine der SSPF für Wolhynien und Podolien³³⁵ und der SSPF Shitomir.³³⁶ Als HSSPF Nordost in Königsberg war ihm auch der SSPF Bialystok unterstellt.³³⁷ Dies war bis Mai 1943 Werner Fromm, dann Otto

Mitte (und Weißruthenien), Kräfteübersichten zum 1. 5. und 20. 7. 1943, BA-MA SF-01/4051, Bl. 110, und SF-02/31683, Bl. 1043. – SSPF Pripiet für die Gebiete Brest, Kobryn, Pinsk, Hansewitschi war SS-Oberführer Hans Hartmann (zuvor SSPF Tschernigow) mit unterstellten rund 2200 Mann. Vgl. Reisebericht Wegener (Hauptamt Ordnungspolizei) v. 8. 3. 1944, BA R 19/333, Bl. 124; GebK Brest, Vorläufiger Abschlußbericht über die Räumung v. 21. 7. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1676; Gottberg, S. 163; HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Stärkemeldungen zum 30. 1. und 29. 2. 1944, BA-MA SF-01/4053, Bl. 382 und 393.

332 Dies hatte Prützmann seit 1. 5. 1941 als HSSPF Nordost (in Kochs Gau Ostpreußen) bewiesen. Im Herbst 1942 kam es jedoch auch zwischen Koch und Prützmann zu einem schwerwiegenden Konflikt. Prützmann war indessen auch mit Lohse und dem WBfH. Ostland, Braemer, befreundet. In Kochs Bereich war bereits ein ihm genehmer Mann als Chef der EGr C tätig: Otto Rasch, November 1939 bis November 1941 IdS Königsberg (Vern. Otto Rasch v. 16. 6. 1943, BDC, PA Hans Krause). Im übrigen wäre Bach-Zelewski, wenn Koch, wie zunächst geplant, tatsächlich Reichskommissar in Moskau geworden wäre, als HSSPF ebenfalls ausgetauscht worden, weil Koch ihm seit den dreißiger Jahren feindlich gesinnt war: Himmler an Rosenberg v. 24. 6. 1941, BA NS 19/2803, Bl. 2; Vern. Erich Koch v. 30. 11. 1949, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. I, 2, Bl. 65–81. – Zum Grund für den Tausch siehe Vern. Friedrich Jeckeln v. 13. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 1, Bl. 8; Terminkalender Himmler v. 25. 9., 28. 9. (»Umtausch Prützmann«), 8. und 11. 10. 1941, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 401, 404, 407, 409. Zum Datum Himmler an Jeckeln v. 31. 10. 1941, BDC, SSO-Akte Friedrich Jeckeln; Tagebuch Bach-Zelewski (Abschrift) v. 30. 10. 1941, BA R 20/45b, Bl. 16, über das Treffen mit Jeckeln und Prützmann am 28. 10. 1941 in Riga; Freundschaft Prützmann-Lohse: Niederschrift über die Besprechung Heydrich-Alfred Meyer v. 4. 10. 1941, Nbg. Dok. NO-1020.

333 Zweifel an dieser Einschätzung bereits bei Gottberg, S. 37f. Unzutreffend ist, daß Prützmanns bessere Kooperation mit dem Militär das Motiv war. So Breitman 1991, S. 214.

334 1901–1945 (Selbstmord); nach 1919 in verschiedenen Freikorps, 1930 NSDAP und SS, 1937–1. 5. 1941 HSSPF Nordwest bzw. Nordsee, ab 1. 5. 1941 HSSPF Nordost, 22. 6.–31. 10. 1941 HSSPF Rußland Nord, dann HSSPF Rußland-Süd und Ukraine, Oktober 1943 Höchster SSPF Ukraine, Dezember 1944 Deutscher Bevollmächtigter General in Kroatien.

335 Der SSPF hatte seinen Sitz erst in Brest, dann in Luzk. SSPF war ab September 1941 Waldemar Wappenhans, Mitte 1942 bis Anfang 1944 SS-Brigadeführer Wilhelm Günther. Vern. C.R. v. 1. 6. 1959, ZStL 204 AR-Z 48/58, Bl. 343f.; Vermerk Daluege v. 8. 9. 1941, BDC, SSO-Akte Walter Schimana; Erlaß Daluege v. 4. 12. 1941, BDC, PA Friedrich Jeckeln; BdO Ukraine, Geschäftsverteilungsübersicht der Gruppe W des Amtes Verwaltung und Recht v. 9. 6. 1942, BA R 19/121, Bl. 573ff.; Der Reichsführer-SS v. 6. 10. 1943, BDC, SSO-Akte Hans-Adolf Prützmann; Reisebericht Dr. Mathern für Staatssekretär Hayler v. 17. 1. 1944, BA-MA RW 31/126.

336 Eingerichtet 9. 10. 1941. SSPF waren die SS-Brigadeführer Otto Hellwig (Dienstantritt 11. 11. 1941 bis Mai 1943), dann Tensfeld, Schmelcher, im Herbst 1943 Diehm. Fschr. Hellwig an SS-Personalhauptamt v. 21. 11. 1941, BDC, SSO-Akte Otto Hellwig; KdoStab RF-SS (Rode) an SS-Personalhauptamt und Hauptamt Ordnungspolizei v. 1. 5. 1943, BDC, SSO-Akte Paul Zimmermann; Himmler an SS-Personalhauptamt v. 8. 9. 1943 (Abschrift), BDC, SL 46, Bl. 230; Der Reichsführer-SS v. 6. 10. 1943, BDC, SSO-Akte Hans-Adolf Prützmann; Madajczyk 1988, S. 146; ZStL Versch. Bd. 105, Bl. 7.

337 Da Prützmanns Zuständigkeitsgebiet von Königsberg bis nach Rostow am Don reichte, hatte er in Ostpreußen mit George Ebrecht einen recht aktiven Vertreter. Vgl. etwa Vern. Constantin Canaris v. 10. 1. 1961, ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Bd. 1, Bl. 92.

Hellwig, der mit dem vorherigen Posten des SSPF Shitomir als überfordert galt und den Großteil seines Stabes von dort mitbrachte.³³⁸

Während Prützmann den anderen HSSPF an Brutalität nicht nachstand, aber verbindlicher im Umgang mit anderen Dienststellen auftrat, war sein Pendant im RK Ostland ab November 1941, Jeckeln, ausgesprochen herrisch, Alkoholiker und alles andere als konfliktscheu. Jeckeln war dafür bekannt, daß er sich auch die Einheiten von Sicherheitspolizei und SD rücksichtslos unterordnete. Er spielte deshalb sowohl in der Ukraine als auch nach seinem Amtswechsel im Baltikum eine führende Rolle bei dem Mord an den Juden in seinem Bereich.³³⁹ Ihm war bis Oktober 1942 der SSPF Weißruthenien in Minsk unterstellt. Diesen Posten hatten zwischen Juli 1941 und Juli 1942 Carl Zenner, dann interimistisch Walter Schimana, ab November 1942 Curt v. Gottberg und ab November 1943 Hans Haltermann inne.³⁴⁰ Sowohl Jeckeln als auch Zenner wurden 1942 wegen mangelnder Erfolge bei der Partisanenbekämpfung von ihrer Funktion bezüglich des GK Weißruthenien entbunden.

Den für die Konzeption der Besatzungspolitik wohl wichtigsten Arm der SS- und Polizeikräfte bildeten Sicherheitspolizei und SD. Sie leiteten den Kampf gegen Juden und politische Gegner. Das RSHA war spätestens seit 1942 den übrigen Hauptämtern der SS politisch ebenso übergeordnet, wie die lokalen Kräfte von Sipo und SD im besetzten Gebiet Kräfte der Ordnungspolizei zur Unterstützung anfordern konnten.³⁴¹ Im Sommer 1941 waren die Einsatzgruppen von Sipo und SD in die besetzten sowjetischen Gebiete eingezogen; im Winter 1941/42 wurden sie teils in stationäre Dienststellen umgewandelt. Sie waren aus Angehörigen von Kripo, Gestapo, Sicherheitsdienst sowie zugeteilten Kräften von Ordnungspolizei und Waffen-SS, Dolmet-

338 Der SSPF Bialystok wurde im Februar 1942 eingerichtet. HSSPF Ostpreußen an Fromm v. 18. 1. 1942 und Erlaß des Hauptamts Ordnungspolizei v. 21. 2. 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6180, Anlage 41e2 und Nr. 6214; ferner vgl. BDC, SSO-Akte Otto Hellwig; Stab: Vern. Leberecht v. Bredow (KdG Shitomir, dann KdO Bialystok) v. 3. 11. 1960, ebd., Nr. 6134, Bl. 191; P.S. v. 28. 2. 1962, ebd., Nr. 6147, Bl. 75.

339 1895–1946 (von den Sowjets in Riga hingerichtet); aus wohlhabender Familie, verschiedene Berufe, 1929 NSDAP und SS, vor 1933 hauptamtlicher Parteimitarbeiter, 1936 SS-Ogruf., 1936–1940 Führer des SS-Oberabschnitts »Mitte«, seit 1938 HSSPF, 1940–1941 HSSPF West, 22. 6.–31. 10. 1941 HSSPF Rußland-Süd, dann bis 1945 HSSPF Ostland. – Charakter und Alkoholismus: Der Chef des SS-Hauptamtes v. 26. 3. 1944, BA F 3326, Bl. 488; Vern. F. M. (langjähriger Adjutant Jeckelns) v. 23. 1. 1967, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bd. 11, Bl. 1626a und d; zu Jeckelns Verhältnis zu Sipo und SD: ebd.; Vern. Hinrich Lohse v. 18. 4. 1950, StA Hannover 2 Js 499/61, Sonderheft 4, Bl. 79.

340 Jakob Spornberg trat bei seiner kurzen Amtszeit im Juli 1941 nicht in Erscheinung. Madajczyk 1988, S. 624; Tagebuch Bach-Zelewski v. 24. 8. 1941, BA R 20/45b, Bl. 10. – Zu Zenners Eintreffen ebd.; Daluege an Zenner v. 12. 8. 1941, BA NS 2/231, Bl. 104; Vern. Carl Zenner v. 9. 4. 1958, LHA Koblenz 584,1, Nr. 3569, Bl. 85; Vern. A.H. v. 9. 3. 1960, ebd., Nr. 3556, Bl. 794 (die Angaben sind widersprüchlich, Zenner beharrte darauf, bereits im Juli eingetroffen zu sein). Zu Zenners Ablösung S. 924f. dieser Arbeit. Haltermann: Vern. Hans Haltermann v. 23. 10. 1968, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. Angehörige anderer Dienststellen; GebK Slonim, Räumungsbericht (Juli 1944), BA R 93/13, Bl. 2.

341 Vgl. Himmeler an die Chefs aller SS-Hauptämter, Betr.: Verantwortlichkeit des Reichssicherheitshauptamts für die Gleichrichtung aller politischen Angelegenheiten der SS v. 25. 6. 1942, BA R 19/13, Bl. 38/R; Dean, S. 176, mit Verweis auf einen Befehl des KdG Shitomir v. 15. 1. 1942; KdG Shitomir, Kommandobefehl Nr. 6/42 v. 18. 2. 1942 mit Bezug auf einen Befehl des HSSPF Ukraine v. 31. 1. 1942, ZStA Minsk 658–1–1, Bl. 85; StA Hamburg 147 Js 29/67, Anklageschrift v. 27. 12. 1971, S. 102ff.

schern, Kraftfahrern und Verwaltungskräften zusammengesetzt.³⁴² In Weißrußland waren Kräfte aller vier Einsatzgruppen, allerdings in verschiedenem Maß, tätig.

Für die ersten Monate bestand der Plan, daß die Einsatzgruppe B fast für ganz Weißrußland³⁴³ zuständig sein sollte, um dann in Richtung Zentralrußland weiterzuziehen. Die Einsatzgruppen B und C hatten allerdings kurzfristig getauscht; noch am 14. Juni war vorgesehen, daß die spätere Einsatzgruppe C unter Dr. Dr. Otto Rasch in Weißrußland eingesetzt würde.³⁴⁴ Möglicherweise sprang überdies Arthur Nebe, der Chef des Reichskriminalpolizeiamtes,³⁴⁵ kurzfristig als Chef der Einsatzgruppe B ein.³⁴⁶ Sie umfaßte beim Abmarsch 655 Mann und behielt diese Stärke bis 1944 ungefähr bei. Die Einsatzgruppe gliederte sich in die Sonderkommandos (SK) 7a und 7b für die rückwärtigen Armeegebiete, die Einsatzkommandos (EK) 8 und 9 für das rückwärtige Heeresgebiet Mitte sowie den Gruppenstab.³⁴⁷ Zusätzlich bildete Nebe nach wenigen Tagen das »Vorkommando Moskau« unter dem Amtschef VII des RSHA, Professor Franz Alfred Six, der Nebe anfangs als Führungsoffizier gedient hatte.³⁴⁸ Das Kommando wurde später zum SK 7c umgewandelt. Die Stäbe der Einsatzgruppe und der Kommandos waren ähnlich wie das RSHA gegliedert.³⁴⁹ Zum wichtigsten Führungspersonal gehörten Nebes Nachfolger Erich Naumann (etwa 1. November bis Februar oder April 1943), der erste Leiter des EK 8, Dr. Dr. Otto Bradfisch, und der erste Chef des EK 9, Dr. Alfred Filbert.³⁵⁰ Die Kommandos der Ein-

342 Zum Personal der EGr Wilhelm 1981, S. 281–289. Zum niedrigen Anteil der Kripobeamten (4 %) P. Wagner, S. 307f.

343 Mit Ausnahme des Polesje im Süden. Südlichste Einsatzorte der EGr B waren Brest, Sluzk und Gornel.

344 Deshalb wurde die spätere EGr B anfangs mit »C« oder »III« bezeichnet und die EGr C mit »B«. Die in (vorgesehener) Nord-Süd-Abfolge benannten Einsatzkommandos behielten ihre Bezeichnungen. Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 52.

345 Arthur Nebe, 1894–1944, 1914–1918 Pionieroffizier im Ersten Weltkrieg, 1920 Polizeidienst, 1931 NSDAP, 1932 SS, Leiter des Reichskriminalpolizeiamtes (RKPA, Amt V des RSHA), 22. 6. bis etwa 1. 11. 1941 Chef der EGr B, dann bis 24. 7. 1944 weiter an der Spitze des RKPA, wegen Verwicklung in die Oppositionstätigkeit gegen Hitler untergetaucht, nach Ergreifung im Februar am 2. 3. 1945 in Berlin hingerichtet. BDC, PA Arthur Nebe; zu Nebes Frühzeit auch P. Wagner, S. 183–185 und 264–266.

346 Vgl. Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 52.

347 1941: EK 8: 214 Mann, EK 9: 186; SK 7a: 93; SK 7b: 91; Gruppenstab: 71 Mann, übereinstimmend nach: Berück 102, Anlage zum Korpsbefehl Nr. 18 v. 24. 6. 1941, BA-MA RH 22/224, Bl. 108, und EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 23. 6.–13. 7. v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 11. Das EK 8 umfaßte im Herbst 1943 244 Mann: HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Kräfteübersicht v. 1. 10. 1943, BA-MA SF-01/31688, Bl. 30. – Die EGr A zählte im Herbst 1941 990, im Januar 1942 909 Mann. Wilhelm 1981, S. 287.

348 Siehe EGr B, Tätigkeitsbericht 23. 6.–13. 7. v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 9; zu Six' Funktion als Ia: Berück 102, Anlage zum Korpsbefehl Nr. 18 v. 24. 6. 1941, BA-MA RH 22/224, Bl. 108. Six kehrte etwa Ende August 1941 nach Berlin zurück. Vgl. Hachmeister, S. 233–238.

349 Vgl. Geschäftsverteilungsplan der EGr B (undatiert, mit Handzeichen »14/4«, nach der Stellenbesetzung etwa vom März 1943), BA D-H ZR 920, A. 52, Bl. 83–86.

350 Zu den Führern der EGr B und ihrer Kommandos Krausnick/Wilhelm 1981, S. 644f.; Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 63. – Erich Naumann, 1905–1951 (hingerichtet), Kaufmann, NSDAP 1929, SS 1935, ca. 1. 11. 1941 bis April 1943 Chef EGr B, 9. 11. 1942 SS-Brif., Frühjahr bis September 1943 IdS Berlin und Stettin, dann BdS Den Haag. – Dr. Dr. Otto Bradfisch, * 1903, Studium in Volkswirtschaft und Jura, NSDAP 1931, 1937 Gestapo, 1938–1941 Leiter der Stapostelle Neustadt/Weinstraße, 22. 6. 1941 bis 21. 1. 1942 Leiter des EK 8, ab 26. 4. 1942 Leiter der Stapostelle in Lodz, im Herbst 1942 kommissarischer Bürgermeister, 1945–1953 unter falschem Namen lebend, verschiedene Berufe, Versicherungsvertreter, 1961 und 1963 zu insgesamt 13 Jahren Haft verurteilt. –

satzgruppe, die ihre Tätigkeit vor allem in den größeren Städten ausübten, rückten 1941 zunächst rasch nach Osten vor³⁵¹ und wurden um die Jahreswende 1941/42 zwar nicht offiziell, aber faktisch stationär. Die Einsatzgruppe B residierte danach in Smolensk, das EK 8 in Mogilew und das EK 9 in Witebsk.

Von Anfang an war geplant gewesen, daß das GK Weißruthenien dem Gebiet der Einsatzgruppe A zufallen sollte, sobald die Zivilverwaltung des RK Ostland es übernahm. Ursprünglich hatte die Einsatzgruppe B schwache Kräfte im Westen Weißrusslands zurücklassen sollen; Nebe erreichte jedoch beim BdS Krakau, Dr. Schöngarth, daß die KdS Warschau und Lublin »Unterstützungstrupps« in dieses Gebiet entsandten und die Einsatzgruppe B frühzeitig alle Kräfte nach Osten vorziehen konnte. Heydrich genehmigte dies nachträglich.³⁵² Auch nach Wolhynien und Ostgalizien wurden Kommandos des BdS Krakau in Marsch gesetzt. Die Entsendung dieser Trupps bedeutete nicht, daß man mit einer Erweiterung des Generalgouvernements um diese Gebiete außer Galizien rechnete, sondern sollte vorübergehend die Lücke im »sicherheitspolizeiliche[n] Netz« im ehemaligen Ostpolen hinter der Einsatzgruppe B schließen. Insgesamt setzte der KdS Warschau vier Kommandos mit 107 Mann in Grodno, Bielsk und Minsk, Nowogrodek und Lida sowie Bialystok ein, der KdS Lublin zunächst zwei Kommandos mit zusammen 33 Mann in Brest und Pinsk.³⁵³ Diese Trupps blieben, ihren Heimatdienststellen unterstellt, teilweise bis September oder Oktober 1941 an ihren Standorten, ehe sie zurückkehrten, und ermordeten dort viele tausend Menschen.³⁵⁴ Nach der Übernahme des GK Weißruthenien durch die Zivilverwaltung hatte die Einsatzgruppe A große organisatorische Schwierigkeiten beim Aufbau ihrer dortigen Dienststellen. Mitte Oktober befanden sich in Minsk erst 16 deutsche und 25 lettische Kräfte von Sipo und SD, die kurzfristig lediglich auf 27 beziehungsweise 55 aufgestockt werden sollten.³⁵⁵ In Minsk war ein Teilkommando des EK 8 zurückgelassen worden. Das EK 3 hatte im September 1941 Kommandos nach Baranowitschi und Minsk verlegt. Das SK 1b wurde vom Leningrader Gebiet zwischen Oktober und Dezember 1941 stückweise nach Minsk verlegt; dazu kamen Trupps des EK 2 aus Lettland und ein Zug

Dr. jur. Alfred Filbert, * 1905, Jurist und Bankbeamter, SS 1932, seit 1935 im Amt VI des RSHA, 22. 6.–20. 10. 1941 Chef des EK 9, dann Rückkehr ins RSHA, lebte 1945–1950 unter falschem Namen, 1959 als Leiter einer Bankfiliale in Berlin-W. festgenommen, 1962 zu lebenslanger Haft verurteilt, jedoch bald wegen Haftunfähigkeit auf freien Fuß gesetzt. – Vgl. die Personalakten im BDC und die Strafverfahren StA München I 22 Ks 1/61 und StA Berlin 3 PKs 1/62.

351 Zu den Marschwegen vgl. Kap. 7.1e und Krausnick 1981, S. 179–186.

352 Chef Sipo/SD, Einsatzbefehl Nr. 6 v. 4. 7. 1941, BA R 70 SU/32; EGr B, Tätigkeitsbericht 23. 6.–13. 7. v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 6–8. Der KdS Lublin hatte bereits am 24. 6. selbständig ein kleineres Kommando nach Brest entsandt. Die anderen Kommandos brachen am 3. 7. auf (ebd.).

353 Ebd. Die Tatsache, daß ein weiterer Trupp für Gorn – zeitweise in Sluzk – bereitstand und daß ein Trupp zur Unterstützung der EGr B nach Minsk verlegte, obwohl eigentlich nur ein Einsatz im ehemaligen Ostpolen geplant war, unterstreicht den Aushilfscharakter der Aktion. Die EGr B meldete im August, ihre Kräfte seien alle ins altsowjetische Gebiet vorgezogen. – Die Tätigkeit der sogenannten »Einsatzgruppe z.b.V.« ist noch mangelhaft erforscht. Siehe EM 11, 17, 25, 27 (Zitat) und 67 v. 3. 7., 9. 7., 17. 7., 19. 7. und 29. 8. 1941, BA-MA SF-01/28929–31, Bl. 1410, 1451, 1547, 1569f. und 2112; Krausnick 1981, S. 180f.

354 Siehe für das Kommando in Pinsk Vern. Hermann Worthoff v. 4. 1. und 20. 4. 1961 sowie H. S. v. 20. 4. 1961, StA Wolfenbüttel, 62 Nds Fb. 2, Nr. 1265, Bl. 58, 79ff., 85ff.; KdS Lublin II (SD) I v. 16. 9. 1941, ebd., Nr. 1270, Bl. 181 (Kommandierung von S. bis 11. 9. 1941); Krausnick 1981, S. 181.

355 EGr A, Vermerk v. 19. 10. 1941, IfZ Fa 213/3.

Waffen-SS.³⁵⁶ Aus diesem Personal entstand im Dezember 1941 die Dienststelle des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) Minsk.³⁵⁷ Sie organisierte seit Ende 1941 die Morde an über 150000 Juden im GK Weißruthenien und versuchte, bei der Planung der überaus blutigen Partisanenbekämpfung eine führende Rolle zu spielen. Leiter war von März 1942 bis Juli 1943 Dr. Eduard Strauch, Gestapo- und Chef von Dezember 1941 bis Juli 1944 Georg Heuser.³⁵⁸ Der KdS Minsk unterstand einerseits bis 1943 dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) Ostland,³⁵⁹ andererseits dem SSPF Weißruthenien.³⁶⁰ Am 18. Oktober 1943 wurde er mit der wegen des deutschen Rückzugs von Smolensk zurückgezogenen Einsatzgruppe B zum BdS Rußland-Mitte und Weißruthenien zusammengefaßt. Dieser umfaßte nun etwa 1000 deutsche Beamte.³⁶¹ Der KdS Minsk hatte lange nur etwa 150 deutsche Mitarbeiter gezählt. Ihm waren über 1000 Balten, Volksdeutsche und Weißrussen unterstellt.³⁶²

356 EK 3; EM 126, 135 und 146 v. 29. 10., 19. 11. und 15. 12. 1941, BA-MA SF-01/28933-34, Bl. 3062, 3237 und 3402; EK 3, Gesamtaufstellung der im Bereich des EK. 3 bis zum 1. Dez. 1941 durchgeführten Exekutionen v. 1. 12. 1941, ZStL UdSSR Bd. 401, Bl. 92; Vern. R. L. v. 27. 6. 1960, LHA Koblenz 584,1, Nr. 3556, Bl. 944R. – EK 2: Vern. A. D. v. 31. 1. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 1327. – SK 1b: Vern. Erich Ehrlinger v. 28. 4., 5. 5., 20. 5. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 230-232, 251, 320; EM 151 v. 5. 1. 1942, BA-MA SF-01/28935, Bl. 3501; EGr A, Gesamtbericht 16. 10. 1941-31. 1. 1942, IfZ Fb 101/35 (das SK 1b umfaßte 122 Mann); Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 167. – EK 8: Vern. des Teilkommandoführers Rudolf Schlegel v. 6. 5. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 3004f. – SK 1b, EK 2 und EK 3: EGr A, Gesamtbericht bis zum 15. 10. 1941, in: IMT, Bd. 37, S. 676. – Waffen-SS: Vern. Franz Hess v. 16. 12. 1945, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 14f.; Eigenhändige Angaben dess. v. 19. 7. 1945, BA D-H ZR 810, A. 23, Bl. 3; Kommandantur des Sicherungsgebietes Weissruthenien, Besondere Anordnungen Nr. 43 v. 18. 2. 1942, GebA Minsk 699-5-1, Bl. 71.

357 EM 146, wo die neue Bezeichnung handschriftlich nachgetragen ist, wie Anm. zuvor; Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 gegen Heuser, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 186; Beauftragung von Strauch als KdS v. 3. 12. 1941, BDC, PA Eduard Strauch.

358 Vertreter des schon im Dezember 1941 ernannten, dann aber verwundeten Strauch war Dr. Walter Hofmann, Nachfolger Dr. Erich Isselhorst (August bis Oktober 1943). Ehrlinger war Ende 1941 lediglich zweimal für kurze Zeit in Minsk anwesend. RF-SS und Chef der Deutschen Polizei S I A 1 v. 3. 12. 1941, Bestellung Strauchs zum KdS Minsk, BDC, PA Eduard Strauch; dito, Entbindung Ehrlingers als Chef des SK 1b v. 9. 12. 1941, BA-MA SF-03/28943, Bl. 887; Vern. H. M. (Ehrlingers Fahrer) v. 3. 2. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 64; Vern. Georg Heuser v. 28. 2. 1964, StA Hamburg 141 Js 204/60, Bl. 5401; ferner LG Koblenz, Urteil 9 Ks 2/62, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 186; eidesstattl. Erkl. Erich Isselhorst v. 30. 10. 1945, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 1.

359 BdS waren bis zu seinem Tod am 23. 3. 1942 Walter Stahlecker, 24. 3.-September 1942 Heinz Jost, 10. 9. 1942-4. 9. 1943 Dr. Humbert Achamer-Pifrader. Krausnick/Wilhelm, S. 644. Der KdS Minsk stand mit Bach-Zelewskis Genehmigung auch nach der Unterstellung unter den HSSPF Rußland-Mitte unter dem Kommando des BdS Ostland; wie lange, ist unklar. Beleg siehe Anm. 9/329.

360 Über den Grad an Unabhängigkeit des KdS vom SSPF gibt es verschiedene Aussagen. Jedenfalls standen sie in engem Kontakt. Vgl. Vortrag des Sachverständigen Dr. H. J. Seraphim v. 7. 11. 1966 unter Bezug auf Aussagen Heusers, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. Angehörige anderer Dienststellen; eidesstattl. Erkl. Walter Schimana v. 27. 10. 1947, Fall 9, VDB Strauch I, S. 12, BA F 72910.

361 Leiter war bis zum 1. 4. 1944 wiederum Ehrlinger (zuvor KdS und BdS Kiew, danach Amtschef I im RSHA), dann bis August 1944 Heinrich Seetzen. Vgl. Krausnick/Wilhelm, S. 644; Chef Sipo/SD v. 18. 10. 1943, BDC, PA Erich Ehrlinger; Chef Sipo/SD I A 2 v. 30. 3. 1944, BA-MA SF-03/28943, Bl. 882; Vern. Georg Heuser v. 28. 2. 1964, StA Hamburg 141 Js 204/60, Bl. 5402.

362 Vortrag des KdS Minsk, Strauch, v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/1, Bl. 158; Vern. R. H. v. 9. 2. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2003; Vern. G. B. v. 4. 2. 1959, ebd., Bl. 206 (Rumänien- und Ungarndeutsche); Vern. K. D. v. 24. 8. 1959 und G. R. v. 16. 7. 1962, ebd., Bl. 728 und 11282 ff. (ein Volksdeutschen-Btl., das im Vernichtungslager Maly Trostinez stationiert war); Vern. H. B. v. 22. 1. 1960, ebd., Bl. 1755 ff. (insgesamt 7 Kompanien Letten, Esten, Weißrussen und Volksdeutsche).

Für einen großen Teil des Polesje, den nördlichen Streifen des RK Ukraine, waren der KdS Rowno im GK Wollhynien-Podolien und der KdS Shitomir zuständig, die dem BdS Ukraine unterstanden. Der KdS Rowno ging im Dezember 1941 aus einer Außenstelle des EK 5 der Einsatzgruppe C hervor. KdS war von diesem Zeitpunkt an bis zum November 1943 Dr. Karl Pütz, ein Hauptverantwortlicher für den Mord an 300 000 Juden im Jahr 1942.³⁶³ Der KdS Shitomir wurde im Januar 1942 gleichfalls aus einer Außenstelle des EK 5 als stationäre Dienststelle gebildet.³⁶⁴ Während über deren Tätigkeit im Südosten Weißrußlands relativ wenig zu sagen ist, steuerte der KdS Bialystok die Judenvernichtung 1942/43 und bestimmte Ziele und Konzepte der Partisanenbekämpfung im Nordwesten des Landes mit. Seit dem 1. August 1941 bestand in Bialystok zunächst lediglich eine Außenstelle der Stapostelle Allenstein. Im April 1942 wurde die KdS-Dienststelle unter Dr. Wilhelm Altenloh gegründet, den am 1. Mai 1943 Dr. Herbert Zimmermann ablöste.³⁶⁵ Wie weit die Weisungsbefugnis des dem KdS vorgesetzten Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD Königsberg reichte, ist unklar.³⁶⁶

Bereits im Sommer und Herbst 1941 hatten die Einsatzkommandos Teilkommandos gebildet, um ihre Einsatzkräfte zum Zweck der Judenvernichtung und der politischen Überwachung über ihr Gebiet zu verteilen. So hatten das EK 8 und das EK 9 zeitweise Teilkommandos in je sechs größeren Städten.³⁶⁷ 1942/43 verstärkte sich diese Tendenz vor allem im Zivilverwaltungsgebiet mit der schrittweisen Bildung von KdS-Außenstellen, schließlich auch -Nebenstellen in den meisten Gebietshauptstädten.³⁶⁸ Grund war die verstärkte nachrichtendienstliche Tätigkeit gegen Partisanen,

363 Vorgänger war im Dezember für vierzehn Tage Dr. Ling, Nachfolger Stubaf. Müller. Pütz wurde 1943 KdS Lublin. Vgl. Vern. H. H. v. 28. 1. 1961 (auch zu Gliederung und weiterer Stellenbesetzung), ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 4639, 4648; Vermerk ZSt Dortmund v. 18. 9. 1963, ebd., Bl. 9180; Krausnick 1981, S. 191f.

364 KdS war zuerst Dr. Karl Razesberger (zuvor Wien), im Dezember 1942 offenbar interimistisch SS-Hstuf. Kallbach (wie sein Vorgänger Kriminalpolizist), ab Januar 1943 Dr. Ernst Kaussmann (zuvor Leipzig). Einweisungskalender des Kommandeurs der Ordnungspolizei Shitomir (1942), BA D-H Z/B-6283, A. 7, Bl. 107 und 137; Urteil LG Berlin 3 PKs 1/57 gegen Knop und Hülsdönker, S. 11 und 23f.; Befehlsblatt des Chefs Sipo/SD, Ausgabe A, 4. Jg., Nr. 1 v. 9. 1. 1943, S. 5; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 54 v. 14. 5. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 907ff.

365 Der Bezirk Bialystok (1. März 1942), BA F 15024 (S. 31); Vern. Heinz Errelis v. 13. 8. 1963, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 1, Bl. 169; Anklageschrift v. 4. 4. 1967, ebd., Bd. 7, Bl. 144; zu Gliederung und Stellenbesetzung Vern. Fritz-Gustav Friedel v. 7. 9. 1948, ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Bd. 1, Bl. 43–46; siehe Vern. Wilhelm Altenloh v. 6. 9. 1961, ebd., Bl. 106f.

366 IdS Königsberg war bis zum Sommer 1942 formal Otto Rasch, ab Dezember 1941 aber faktisch sein anfänglicher Stellvertreter und Nachfolger Dr. Constantin Canaris. Canaris argumentierte, seine Dienststelle habe mit nur wenigen Leuten lediglich Aufsichtsfunktion gehabt und sei anders als ein BdS gegliedert gewesen (sie habe keine Abteilungen I bis IV gehabt). Siehe seine Vern. v. 10. 1. 1961 und 16. 7. 1963, Vermerk über seine Vern. v. 4. 4. 1967 sowie seinen Schriftsatz v. 15. 6. 1965, dagegen Vern. Dr. Altenloh v. 20. 8. 1963, ebd., Bl. 91f., 140, 145f., 187f. und 204–206.

367 Urteil LG München I v. 21. 7. 1961 gegen Dr. Bradfisch, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 17, S. 667; das Verfahren gegen das Führungspersonal der verschiedenen Teilkommandos des EK 8: ZStL 202 AR-Z 81/59; PzAOK 3, Abt. Ic/A.O., Tätigkeitsbericht 22. 1.–30. 6. 1943, BA-MA WF-03/32845, Bl. 868.

368 Der KdS Weißruthenien hatte ab Ende 1941 eine Außenstelle (ASt) in Baranowitschi, Außen- bzw. Nebenstellen ab Februar 1942 in Wilejka, ab August 1942 in Hansewitschi, ab Herbst 1942 in Slonim, ab Mai 1943 in Glebokie, ab Herbst 1943 in Lida. Die KdS-ASt Wilejka hatte seit Herbst 1942 eine Nebenstelle in Woloshin, ab Herbst 1943 eine in Molodetschno. Eine stationäre Dienststelle in Baranowitschi existierte

die in den Versuch mündete, die Operationen von SS und Polizei zur Partisanenbekämpfung zu steuern.

Die Einsatzgruppe D, die zuvor in der Südukraine, in Südrußland und im Kaukasus eingesetzt gewesen war, verlegte möglicherweise schon im März, spätestens aber im Mai 1943 nach Owutsch und Mosyr, wurde im östlichen Polesje bei Großoperationen und Mordaktionen im Rahmen der sogenannten Partisanenbekämpfung eingesetzt (zuerst als »Kampfgruppe Bierkamp«) und im August 1943 aufgelöst.³⁶⁹ Als Erich Ehrlinger im Oktober 1943 BdS Rußland-Mitte und Weißruthenien wurde, nahm er seinen Stab als BdS Ukraine und einen Teil des SK 4a der Einsatzgruppe C nach Minsk mit, löste beide dort auf und übernahm das Personal teilweise in den dortigen BdS.³⁷⁰

Die Spitzendienststellen der Ordnungspolizei waren analog organisiert. Dem Hauptamt Ordnungspolizei in Berlin unter Kurt Daluge einerseits und den HSSPF andererseits waren die Befehlshaber der Ordnungspolizei (BdO) Ostland, Ukraine und Ostpreußen,³⁷¹ diesen wiederum Kommandeure der Ordnungspolizei (KdO) in Minsk, Luzk und Shitomir sowie in Bialystok unterstellt.³⁷² Die wichtigsten Füh-

bereits seit Juli 1941. Die KdS-ASt Hansewitschi soll z.B. 15–20 deutsche und 50–100 weißrussische Kräfte gehabt haben, die Stelle in Nowogrodek hatte 20 Mann. StA Hamburg 147 Js 29/67, Anklageschrift v. 27.12.1971 gegen Erren, S. 90; StA München I 113 Ks 1/65a-b, Anklageschrift gegen Renndorfer, S. 22f.; ebd., Vern. H. W. v. 12.3.1962, Bl. 1402; Eigenhändige Angaben des Kriegsgefangenen Franz Hess v. 19.7.1945, BA D-H ZR 810, A. 23, Bl. 12; Vern. Georg Heuser v. 12.11.1965, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 2008; GebK Nowogrodek, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 3.8.1944, BA F 13751, Bl. 263.

Der KdS Rowno hatte ab Anfang 1942 eine Außenstelle in Brest, ab Mai 1942 in Pinsk mit Nebenstellen in Janow, Luniniez, Davidgrodek, Stolin und Wysozk, der KdS Shitomir ab Anfang 1942 in Owutsch, ab Herbst 1942 in Mosyr, der KdS Bialystok seit Anfang 1942 eine Außenstelle in Grodno, später Nebenstellen in Pruzany und Wolkowysk. StA Frankfurt/M. 4 Js 901/62, Anklageschrift v. 28.3.1968, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 4597f.; Einweisungskalender des KdO Shitomir (1942), BA D-H Z/B 6283, A. 7, Bl. 137; Abschlußbericht v. 3.9.1973, ZStL 204a AR-Z 117/67, Bl. 325; Vern. Wilhelm Altenloh v. 6.9.1961, ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Bd. 1, Bl. 107.

³⁶⁹ Hierzu demnächst ausführlich die Dissertation von Andrej Angrick, Die Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD. – Vgl. Vern. K. K. v. 14.4.1971, ZStL 204a AR-Z 119/67, Bl. 615; Vern. F.G. v. 9.12.1959, ZStL 204 AR-Z 21/58, Bd. 9, Bl. 440; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 54 v. 14.5.1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 907ff.; SS-Kav.Div., Ia, Gefechtsbericht der SS-Kavallerie-Division im Unternehmen »Seydlitz« 23.6.–27.7. v. 30.7.1943, BA F 40416, Bl. 27–29; SS-Kav.Div., Ia/Ic, Betr.: Ic-Trupps und SD-Einsatzkommandos v. 24.6.1943, ebd., Bl. 93–95; KTB SS-Kav.Div. v. 15.5.1943; HSSPF Ukraine v. 25.5.1943; SS-Kav.Div., Ia, v. 2.6.1943; SD-Einsatzkommando Xa v. 29.6.1943, BA F 41848, Bl. 1019, 1096, 1143, 1406f.; Aussage N. Sidorenko (SK 10a), in: Ernst Klee/Willi Dreflen (Hg.), »Gott mit uns«. Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten. Frankfurt/M. 1989, S. 76ff. (ab März 1943); Vern. K. W. v. 15.4.1965 und W.K. v. 22.12.1965, 208 AR 87/66, Bl. 494 und 920 (ab April).

³⁷⁰ Siehe Exekutionen des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C [...], Abschlußbericht ZStL v. 30.12.1964, ZStL 204 AR-Z 269/60, S. 47, 100f., 103 und 138f.; Urteil LG Hamburg 147 Ks 2/67 v. 9.2.1968 gegen Krahner, S. 41 und 280; Vern. Adolf Rube v. 11.6.1961 und Georg Heuser v. 28.2.1964, StA Hamburg 141 Js 204/60, Bl. 1085 und 5402.

³⁷¹ Hier anfangs Inspekteur der Ordnungspolizei; IdO war GenMaj d.Pol. Rudolf Mueller-Boenigk, *1890. Vermerk ZStL 204 AR-Z 393/59 v. 1.4.1960, Bl. 10ff.

³⁷² Im Bereich des HSSPF Rußland-Mitte gab es keinen BdO und keine KdO, da hierzu im Militärverwaltungsbereich die verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen fehlten. Vgl. Vern. H. H. (Kommandeur Pol.Btl. 316) v. 17.11.1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 987–992.

rungspositionen besetzten Georg Jedicke als BdO Ostland (1941–1944) und Otto v. Oelhafen als BdO Ukraine (1941 bis Herbst 1942).³⁷³ Die KdO wechselten, namentlich in Minsk, häufig.³⁷⁴ Bei den Ordnungspolizisten handelte es sich zum Teil um Polizeireservisten, die Offiziere entstammten in der Regel dem Bürgertum und waren ausgeprägte Anhänger des NS-Regimes.³⁷⁵

Die Kräfte der Ordnungspolizei gliederten sich in stationäre Dienststellen und mobile Verbände. Erstere – sie gab es nur im Bereich der Zivilverwaltung – setzten sich aus Schutzpolizei in einigen größeren Städten und Gendarmerie in Kleinstädten und auf dem Land zusammen.³⁷⁶ Den KdO unterstanden Kommandeure der Gendarmerie (KdG) und Kommandeure der Schutzpolizei. Schutzpolizei-Dienstabteilungen waren in Weißrußland nur in Minsk, Baranowitschi, Brest, Grodno und Gomel vorhanden.³⁷⁷ Bedeutender war die Gendarmerie, die in einem Netz von Posten übers ganze Land verteilt war, für eine ständige Kontrolle der Bevölkerung zu sorgen hatte und den größten Teil der weißrussischen Schutzmannschaften kommandierte. Sie waren auch ständig bei der Partisanenabwehr engagiert. In manchen Regionen war der KdG bei den Besatzungsverbrechen aktiver als der ihm vorgesetzte

373 Georg Jedicke, * 1887, 9. 12. 1941 GenLt d. Pol., 12. 12. 1941 SS-Gruf. – Otto v. Oelhafen, * 1886, 1940 IdO Königsberg, bis September 1941 BdO Böhmen und Mähren, Oktober 1941 bis Herbst 1942 BdO Ukraine, dann IdO München. Nachfolger als BdO Ukraine war bis November 1943 Adolf v. Bomhard, zuvor Chef des Kommandoamts der Ordnungspolizei. Vgl. dessen Vern. v. 11. 2. 1959, LHA Koblenz 584, I, Nr. 3554, Bl. 391. Siehe ansonsten die jeweiligen PA im BDC; Vern. H. E. v. 16. 11. 1959, ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 842. Nachfolger Bomhards war Brenner (ZStL Versch. Bd. 105, Bl. 7).

374 KdO Minsk waren September 1941 Major d. Pol. Sokolowski, ab Oktober 1941 GenMaj d. Pol. Eberhard Herf, ab März 1942 Oberst d. Pol. Erik v. Heimbürg, Herbst 1942 bis mindestens April 1943 Oberst d. Pol. Klepsch, schließlich Kurth. Vgl. Urteil LG Koblenz 9 Ks 1/61 gegen Zenner v. 12. 6. 1961, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 17, Bl. 511; Briefe v. Heimbürg v. 12. 6. 1942, Herf v. 18. 12. 1941 und 18. 4. 1942, alle an SS-Gruf. Querner, BA-MA SF-01/28946, Bl. 9088ff., 9097f., 9101f.; Vern. August Höpfner v. 24. 9. 1959, ZStL 202 AR-Z 60/70, Bl. 17. – Der KdO Bialystok wurde im Februar 1942 gebildet. KdO war Oberst d. Gend. Hirschfeld, ab März 1943 Oberst d. Gend. v. Bredow. Schnellbrief RF-SS und Chef der Deutschen Polizei im RMI O.Kdo.I O (3)1 v. 21. 2. 1942, ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Bd. 2, Bl. 155–158; Vern. Leberecht v. Bredow v. 19. 7. 1971, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bl. 280ff. – KdO Wolhynien-Podolien war Oberstlt./Ob. d. Pol. Dressler, dann Rosenbauer und Hänschmann. BdO Ukraine, Geschäftsverteilungsübersicht der Gruppe W des Amtes Verwaltung und Recht v. 9. 6. 1942, BA R 19/121, Bl. 573ff.; ZStL Versch. 105, Bl. 7. – KdO Shitomir war Oberstlt.d.Pol. Oemler. Niederschrift über die Geschäftsüberprüfungen bei den KdO in Kiew und Shitomir, 13.–15. 6. 1942, ebd., Bl. 485ff.; Gliederung der Polizei im Generalbezirk Shitomir, Stand 12. 12. 1941, BA D-H Z/B 6283, A. 7, Bl. 107.

375 Zwei Drittel der Offiziere waren 1941 Mitglieder der NSDAP. Chef der Ordnungspolizei, Vortrag über den Kräfte- und Kriegseinsatz der Ordnungspolizei im Jahre 1941 mit Anlagen (Dienstbesprechung der Befehlshaber und Inspekture 1.–4. 2. 1942), BA 7.01, Nr. 4071, Bl. 39 und 63ff. Siehe auch die Kritik von Longerich 1998, S. 305–310, an Browning 1991 und Goldhagen, S. 219–331, wegen der Überschätzung des Anteils der Reservisten in den Polizeibataillonen.

376 Zu den stationären Ordnungspolizeidienststellen siehe Matthäus 1995; Dean. Ferner allgemein Lichtenstein 1990; N. Müller, Charakter, S. 515–520.

377 Hier im Vorgriff auf die Eingliederung der Stadt in den geplanten Generalbezirk Tschernigow. Z.B. gab es in Minsk 380, in Baranowitschi 170 Mann Schupo. Im Rahmen dieser Arbeit ist nur der Kommandeur der Schutzpolizei Minsk von Januar 1942 bis März 1944, Major d. Schupo Kurt Benzko, von Bedeutung. – Vgl. HSSPF Rußland-Mitte, Kräfteübersicht, Stand: 20. 7. 1943, BA-MA SF-01/31683, Bl. 1043; ebenso zum 20. 9. 1943, BA-MA SF-01/31688, Bl. 28; Vortrag KdO Minsk, Klepsch, v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 169; Vermerk Bayer LKA v. 10. 1. 1975, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bl. 397; Vern. Kurt Benzko v. 2. 10. 1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1165–1167R.

KdO.³⁷⁸ Solche Kommandeure verfügten teilweise über langjährige Erfahrungen im Repressionsapparat in den besetzten Gebieten.³⁷⁹ Der Aufbau der Gendarmerie erfolgte nur langsam, so daß sie oft erst im Frühjahr 1942 ihre volle Mannstärke erreichte.³⁸⁰ Die Gendarmerie umfaßte Ende 1941 im GK Weißruthenien nur 630, im Oktober 1942 etwa 850 Mann, im GK Shitomir Ende 1941 615 Mann, einige Monate später 766, im Bezirk Bialystok im Mai 1942 829 Mann.³⁸¹ Sie hatten vor allem Aufsichtsfunktion für die weißrussischen Schutzmannschaften (Hilfspolizei). Kein Wunder, wenn der KdO Weißruthenien Erik v. Heimbürg in einem Privatbrief 1942 kurz und bündig schrieb: »Hier verbliebene Volksstämme bilden meine Polizei, geführt von wenigen deutschen Männern, meist Reservisten.«³⁸²

Das Gebiet eines KdG war in vier bis sechs Gendarmerie-Hauptmannschaften gegliedert, die jeweils den Bereich mehrerer Gebietskommissariate umfaßten. Je Gebiet gab es zudem einen motorisierten Gendarmerie-Zug à 30 bis 40 Mann. Leiter der Kräfte in jedem Gebietskommissariat war ein Gendarmerie-Gebietsführer, der gleichzeitig den Titel eines SS- und Polizei-Gebietsführers trug.³⁸³ Nachdem weitere Polizeikräfte aufs Land verlegt worden waren, wurden sie Ende 1943 zu direkt dem KdO unterstellten »SS- und Polizeigebietskommandanten« ernannt, um das Nebeneinander der verschiedenen Polizeiparten bis auf die unterste Ebene zu beenden und klare Befehlsstrukturen zu schaffen.³⁸⁴ Die Gendarmen waren zu je vier bis sechs Mann mit

378 KdG Minsk waren August 1941-Januar 1942 Höpfner, anschließend Oberst d.G. Anton Diermann, Oktober 1942-August 1943 Overbeck. Vgl. Vern. August Höpfner v. 10. 3. 1966, ZStL 202 AR-Z 60/70, Bl. 11; Vern. Johannes Overbeck v. 25. 11. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1211. – KdG Luzk waren die Majore d. P. Büttner, Rohse und Ribstein. BdO Ukraine, Geschäftsverteilungsübersicht der Gruppe W des Amtes Verwaltung und Recht v. 9. 6. 1942, BA R 19/121, Bl. 573ff.; Vern. W.E. v. 3. 12. 1963, ZStL 204 AR-Z 11/61, Bd. 15a, Bl. 79. – KdG Shitomir war bis März 1943 Oberstlt. d. G. v. Bredow (später KdO Bialystok), dann Major d. Pol. Hirsch: Vern. Leberecht v. Bredow v. 19. 7. 1971, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bl. 280ff. – KdG Bialystok war Helmut Limpert. Vgl. seine Vern. v. 30. 9. und 24. 10. 1960, in: Documents Grodno, Bd. 2, S. 171–179.

379 Im Herbst 1939 wurden gleichzeitig die späteren KdG Weißruthenien Diermann und Overbeck zu Gendarmeriechefs in Danzig und Kattowitz, der spätere Leiter des berüchtigten Gendarmerie-Einsatzkommandos z.b.V., Kreikenbom, in Hohensalza (Innowroclaw) ernannt. RF-SS und Chef der Deutschen Polizei im RMI, O-Kdo P III, Schnellbrief v. 2. 11. 1939, BDC, Orpo-Akte 410 (Diermann).

380 Vgl. Matthäus 1995, S. 258; ZStL II 204 AR-Z 117/67, Abschlußbericht v. 3. 9. 1973, Bl. 350 (Gebiet Petrikow, Tätigkeitsbeginn Januar 1942); Vern. August Höpfner v. 24. 9. 1959, ZStL 202 AR-Z 60/70, Bl. 15; Der Bezirk Bialystok, hrsg. von der Zivilverwaltung Bialystok (S. 32), BA F 15024; Chef der Ordnungspolizei, Vortrag über den Kräfte- und Kriegseinsatz der Ordnungspolizei im Jahre 1941 (Februar 1942), BA 701, Nr. 4071, Bl. 52f.

381 Tessin, Teil II, S. 54 und 63; Fschr. Major v. Bredow an Reichsführer-SS v. 18. 12. 1941, BA R 19/121, Bl. 97; Aufbau und Einsatz der Gendarmerie im Generalkommissariat Shitomir, BA D-H Z/B 6283, A. 7, Bl. 127f.; Der Chef der Ordnungspolizei v. 14. 5. 1942, BA F 3407, Bl. 2803.

382 v. Heimbürg an Querner v. 12. 6. 1942, BA-MA SF-01/28941, Bl. 9088.

383 RF-SS und Chef der Deutschen Polizei im RMI, O-Kdo.I O (4), Vorläufige Richtlinien für den Einsatz der Gendarmerie in den besetzten Ostgebieten v. 8. 1. 1942, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 2419–2422; Tessin, Teil II, S. 54 und zu den Gend.-Hauptmannschaften S. 62f.; HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Kräfteübersicht v. 1. 5. 1943, BA-MA SF-01/4051, Bl. 107ff.; ebenso, Stand: 1. 10. 1943, BA-MA SF-01/31688, Bl. 28f.; Einweisungskalender des KdO Shitomir, BA D-H Z/B 6283, A. 7, Bl. 105–107 und 127f.

384 Der KdG, die Gendarmerie-Hauptmannschaften und die Abschnittsstäbe des »Sonderbeauftragten für die Sicherung der landwirtschaftlichen Aufbauarbeit« wurden aufgelöst. Beim letzteren handelte es sich um eine Anfang 1943 auf Befehl von Orpo-Chef Kurt Daluege aufgestellte Sondertruppe, die mit 2000

jeweils erheblich mehr weißrussischen Schutz Männern auf Posten verteilt, meist einer in jedem Rayon.³⁸⁵ Die Nachrichtenverbindungen waren in der Regel sehr schlecht.³⁸⁶

Während Schutzpolizei und Gendarmerie mehr für die alltägliche Repression zuständig waren, übernahmen die mobilen Einheiten der Ordnungspolizei, die Polizeibataillone, eher Sonderaufgaben.³⁸⁷ Dazu gehörten Einsätze bei großen Massakern an Juden, Großrazzien, bei der Bergung landwirtschaftlicher Produkte, Umsiedlungen, Großoperationen im Zuge der sogenannten Partisanenbekämpfung und im Notfall auch an der Front. Sie standen unter dem Kommando der HSSPF. Im Juni 1941 rückten zunächst vier Polizeibataillone, teils einer Sicherungsdivision unterstellt, teils im Rahmen des »Polizeiregiments Mitte« unter Max Montua, mit in Weißrußland ein. Während der Sommer- und Herbstmonate folgten weitere Bataillone. Im Mai 1942 wurden viele nach zwischenzeitlichem Fronteinsatz durch andere abgelöst.³⁸⁸ Die Zahl der Bataillone wurde im Lauf der Besatzungszeit für die Partisanenbekämpfung noch vergrößert (Kap. 3.6). Im Juli 1942 wurden alle Polizeibataillone in Polizeiregimentern zusammengefaßt,³⁸⁹ die man später in »SS-Polizeiregimenter« umbenannte.

Eine ähnliche Funktion wie die Polizeibataillone hatten die in Weißrußland agierenden Brigaden der Waffen-SS, die dem Kommandostab Reichsführer-SS unterstanden. Doch war ihr Auftreten aus zwei Gründen noch schwerwiegender für die deutsche Gewaltpolitik in Weißrußland: erstens wegen ihrer viel größeren Mannstärke und den erheblich größeren Aktionen, die sie ausführten, und zweitens, weil Himmler ihren Einsatz neben dem betreffenden HSSPF zumindest mit bestimmter und steuerte. In Weißrußland war die SS-Kavallerie-Brigade im Sommer 1941 zur Judenvernichtung und im Sommer 1943 zur Partisanenbekämpfung eingesetzt, die 1. SS-Infanterie-Brigade (mot) im Sommer und Herbst 1942 ebenfalls zur Partisanenbekämpfung.³⁹⁰ Dazu kamen Spezialeinheiten wie das SS-Sonderbataillon Dirlwanger (siehe Kap. 3.6).

Mann stärker als die Gendarmerie war (vgl. S. 1038f.). Vgl. SSPF Weißruthenien, Betr.: Neuaufbau der SS und Polizei in Weißruthenien v. 27. 12. 1943, BA R 70 SU/21, Bl. 106f.; Maßnahme auf 22. 10. datiert in RMO II 1c, Vermerk über die Besprechungen mit SS-Gruppenführer vom Gottberg am 22. und 23. 11. 43 in Berlin v. 6. 12. 1943, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 483.

385 Z.B. Nachweisung der bei dem KdG Shitomir zu betreuenden Formationen v. 15. 6. 1942, BA R 19/121, Bl. 645. Im Gebiet Slonim waren es offenbar zwei bis drei Posten je Rayon. Vgl. Vern. des ehemaligen Gendarmen F. L. v. 5. 4. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 1583.

386 Der KdG Bialystok hielt deshalb wöchentliche Dienstbesprechungen mit seinen Gendarmerie-Kreisführern ab. Vern. Helmut Limpert v. 3. 1. 1962, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6146, Bl. 39.

387 Zu den Polizeibataillonen – mit Betonung ihrer Rolle bei den Judenerschießungen – Browning 1991; Angrick u. a.; Goldhagen, S. 219–331.

388 Vgl. Berück 102, Ia, Korpsbefehl Nr. 18 v. 24. 6. 1941, BA-MA WF-03/7313, Bl. 113f.; Ablösung: Vern. W. H. (Ib des Pol.Rgt. Mitte) v. 19. 10. 1960, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 2516R. Zuordnung zu den Sich.Div.: Chef der Ordnungspolizei, Vortrag über Kräfte- und Kriegseinsatz der Ordnungspolizei im Jahre 1941, Februar 1942, ZStL, Verschiedenes Bd. 117, Bl. 379; Rede Dalueges vom Frühjahr 1942, Der Winterkampf der Ordnungspolizei im Osten, BA R 19/382; Aktennotiz über Bandenbekämpfung (gez. Himmler) v. 10. 5. 1943, BA F 2918, Bl. 174; zur zeitweiligen direkten Unterstellung unter den Berück Mitte dessen KTB v. 30. 5. 1942, BA-MA WF-03/13328, Bl. 81. – Von den bei Breitman 1998, S. 41, 62 und 264, Anm. 45, sowie bei Longerich 1998, S. 308f., erwähnten Bataillonen waren einige jedoch nicht im Mittelabschnitt im Einsatz, oder ihre Nummern beruhen auf Mißverständnissen.

389 Siehe Schnellbrief Daluege v. 9. 7. 1942, BA R 19/103, Bl. 3/R, sowie z. B. KTB III./Pol.Rgt. 15 (Pol.Btl. 310) v. 1. 8. 1942, BA-MA SF-03/35351.

390 Vgl., besonders zur Frühphase, die Quellenpublikation »Unsere Ehre heißt Treue« und Büchler.

Demgegenüber hatten die wirtschaftlichen Aktivitäten der SS und Polizei in Weißrußland nur geringe Bedeutung (vgl. Kap. 4.4d und 5.2a). Seit dem 1. Oktober 1941 existierte eine »Wirtschaftsinspektion der Waffen-SS Rußland-Mitte«, die die Truppenwirtschaftslager und die Versorgung der SS- und Polizeitruppen im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte einrichtete.³⁹¹ Sie wurde zum 1. August 1942 in die Dienststelle eines SS-Wirtschafters umgewandelt³⁹² und beaufsichtigte unter anderem die im März 1942 gegründete Nachschubkommandantur der Waffen-SS Rußland-Mitte in Bobruisk.³⁹³ Diese verfolgte zwar große Projekte für »riesige Bauvorhaben«, vor allem Werkstätten, die aber aus Mangel an Arbeitskräften und Baumaterialien von vornherein unrealistisch waren und nie auch nur ansatzweise verwirklicht wurden.³⁹⁴ Die Nachschubkommandantur wurde schließlich um die Jahreswende 1943/44 nach Bereza-Karuska zurückgezogen und in den großen Truppenübungsplatz »Moorlager« umgewandelt, der für das Training der Partisanenbekämpfung bestimmt war.³⁹⁵ Die Tätigkeit der Zentralbauleitung respektive Bauinspektion in Mogilew war ebenfalls begrenzt.³⁹⁶ Die Versorgungseinrichtungen der Waffen-SS in Weißrußland waren bis Ende 1943 im wesentlichen auf die Städte Minsk, Mogilew und Bobruisk verteilt.³⁹⁷

Auch die ehrgeizige Planung für die »SS- und Polizeistützpunkte« blieb in den Anfängen stecken. Die besetzten sowjetischen Gebiete sollten mit einem Netz von Garnisonen überzogen werden, die gleichzeitig Siedlungsfunktion haben sollten. Sie wa-

391 »Wirtschaftsinspektion der Waffen-SS Rußland-Mitte« v. 23. 6. und 11. 7. 1942 (Abschriften), BA-MA (BArchP)F 42744, Bl. 881 und 885.

392 Befehl SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt v. 23. 7. 1942, BA F 3596, Bl. 709–720; Gottberg, S. 58. SS-Wirtschaftler Rußland-Mitte (und Weißruthenien) waren zunächst Konrad Breuer, dann Wilhelm Jeppe; vgl. deren SSO-Akten im BDC; zu den konkreten Aufgaben Zeugnis HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien für Breuer v. 8. 10. 1943. Die personelle Stärke des SS-Wirtschafters betrug etwa 180 Mann. HSSPF Rußland-Mitte, Kräfteübersicht v. 20. 7. und 30. 9. 1943, BA-MA SF-01/316888, Bl. 30 und 145.

393 KTB KdoStab RF-SS, Qu, v. 19. 3. 1942, BA-MA SF-02/37624.

394 So das Urteil des neuen Kommandanten 1943, Pannier, der das Personal statt dessen zur Partisanenbekämpfung einsetzte. Nachschubkommandantur der Waffen-SS R.-Mitte -Ia-, Tätigkeitsbericht v. 8. 8. 1943, ZStL CSSR Bd. V, Bl. 398; Vern. F. T. v. 23. 11. 1970, StA Hamburg 147 Js 22/70, Bl. 614; dazu Berichte des vorherigen Leiters der Kommandantur, Martin, vom April 1942, BA F 3341, Bl. 781–806.

395 [RMO,] Generalreferat für Raumordnung v. 9. 12. 1943, BA-MA RW 31/248; Planpausen in BA R 6/406; über den Konflikt des Generalreferats mit dem WVHA über das Objekt im April 1944, BA-MA PPF-01/7840, Bl. 391ff; RMO, Chefgr. FH. (Forst- und Holzwirtschaft) v. 27. 6. 1944, BA R 6/232, Bl. 147/R (das Gelände umfaßte allein 52000 Hektar Wald); KTB Einsatzkommando des AWiFu beim AOK 2 v. 18. 6. 1944 und Tätigkeitsbericht seines Gebietskommandos Kobryn nach dem Stand v. 1. 7. 1944, BA-MA WF-03/15909, Bl. 559 und 731; HSSPF Rußland-Mitte, Kräfteübersicht, Stand: 30. 1. 1944, BA-MA SF-01/4053, Bl. 382 (1589 Mann Personal). – Zweck: Brief Dr. W. L. v. 14. 11. 1943 aus Bialystok, in: Mohrmann (Hg.), S. 134f.

396 Vern. H. W. v. 21. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2626/R. Zeitweilig waren sogar vier Zentralbauleitungen (Minsk, Mogilew, Smolensk, Bobruisk) vorgesehen: Vermerk über die Dienstreise des Amtrats Reimers nach Mogilew und Minsk in der Zeit v. 1.–7. 4. v. 22. 4. 1943, BA R 19/137, Bl. 93/R.

397 In Minsk gab es ein Truppenwirtschaftslager der Waffen-SS und ein SS-Lazarett, in Mogilew die Feldkasse, den SS-Wirtschaftler, die Bauinspektion der Waffen-SS, in Bobruisk neben der Nachschubkommandantur ein Leichtkrankenlazarett und ein Truppenwirtschaftslager der Waffen-SS. Zusammenstellung der den HSSPF unterstellten Verwaltungen (rechnunglegende Dienststellen) und Zahlstellen (Juli 1942), BA F 3596, Bl. 735–740.

ren verbunden mit der Ernennung sogenannter »SS- und Polizeistandortführer«.³⁹⁸ Mit der Planung dieser Aktion beauftragte Himmler im Juli 1941 den SSPF Lublin, Odilo Globocnik.³⁹⁹ Globocnik, der später eine »Forschungsstelle für Ostunterkünfte« unterhielt, besuchte Ende August 1941 Minsk – ebenso im November 1941 Riga und im Januar 1942 Kiew –, doch weniger die Konflikte seiner Organisation mit den HSSPF⁴⁰⁰ als mangelnde Kontingente und Kapazitäten verhinderten die geplanten großen Baumaßnahmen.⁴⁰¹ Auf dem Papier stand der Aufbau einer Reihe von SS- und Polizeistützpunkten »1.«, »2.« und »3. Ordnung« ebenso wie ihre Ausstattung schon fest,⁴⁰² doch es passierte wenig, und wo schon ein städtisches oder stadtnahes Gelände ausgesucht und mit Beschlag belegt war, mußte es teilweise zugunsten der Einquartierung von Wehrmachteinheiten bald wieder geräumt werden.⁴⁰³ Nur vereinzelt wurde der Bau der Stützpunkte 1942/43 weiter vorbereitet.⁴⁰⁴

Spannungen gab es insbesondere zwischen den Dienststellen von SS und Polizei und der Zivilverwaltung. Das lag vor allem an dem teils ungeklärten, teils von der SS nicht anerkannten Unterstellungsverhältnis zur Zivilverwaltung. Himmlers viel weiter gehende Forderungen für seine Kompetenzen, die SS und Polizei einen weitge-

³⁹⁸ Chef der Ordnungspolizei, Betr.: Aufgaben der SS- und Polizeiführer, sowie der Standortkommandanten v. 5. 8. 1941 sowie RF-SS und Chef der Deutschen Polizei O VuR.Org Ost, Betr.: Stellung und Aufgaben der SS- und Pol.-Standortführer in den neu besetzten Ostgebieten v. 16. 1. 1942 (gez. Himmler), BA R 19/333, Bl. 8 und 49/R.

³⁹⁹ Siehe Marszałek, Majdanek, S. 25; RF-SS und Chef der Deutschen Polizei, Der Beauftragte für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum v. 12. 9. 1941, BA NS 3/516; ebenso v. 1. 10. 1941 (Abschrift), BA F 56755. Zur »Fostu« vgl. Wasser.

⁴⁰⁰ Tagebuch Bach-Zelewski v. 22. 8. 1941, BA R 20/45b, Bl. 9; zur erzielten »grundlegende[n] Übereinkunft« mit Bach KdoStab RF-SS, Abt. Ig an HSSPF Rußland-Mitte v. 7. 10. 1941, BA NS 33/314, Bl. 30. Siehe zu Konflikten Globocniks mit den anderen HSSPF Funksprüche Globocniks an Jeckeln und Michalsen in Riga v. 15. 11. 1941, BA NS 33/316, Bl. 114, 116; Funkspruch KdoStab RF-SS an Globocnik in Kiew v. 13. 1. 1942, ebd., Bl. 10; kurz darauf besuchte der HSSPF Rußland-Süd offenbar Globocnik: Prützmanns Beauftragung Fromms als SSPF Białystok, »Lublin, den 18. 1. 1942«, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6180, Anlage 412. Weiter Funkverkehr SS-Ostbaf. Höhle beim SSPF Lublin über den Bau von Trinkwasseranlagen mit HSSPF Rußland-Mitte, Rußland-Süd und Globocnik v. 20.–22. 9. 1941, BA NS 33/323, Bl. 123, 137 und 138.

⁴⁰¹ Z.B. Schriftwechsel WVHA-OKH/GenQu, IVa, vom Juli 1942, BA-MA RH 3/v. 332. Für die »Errichtung« der Stützpunkte war Globocniks Organisation zuständig, für die »Einrichtung« das WVHA: Aktenvermerk Pohl v. 4. 11. 1941, BA NS 3/1367, Bl. 60–62.

⁴⁰² Muster in: RF-SS und Chef der Deutschen Polizei im RMI, O-VuR.U.Allg. v. 11. 10. 1941 mit Anlagen, BA R 19/102; RF-SS und Chef der Deutschen Polizei im RMI, O-Kdo I g v. 31. 7. 1941, BA R 19/333, Bl. 3f. – Stützpunkte 1. Ordnung (mit einem Pol.Btl. u. a.) sollten nach Minsk, Baranowitschi, Slonim, Bobruisk, Witebsk, Mogilew, Gorki und Wjetka, Stützpunkte 2. Ordnung (mit einer Pol.Kp. u. a.) nach Brest und Gommel, Stützpunkte 3. Ordnung (mit einem Zug Gendarmerie und eventuell einem Sipoposten) nach Glebokie, Wilejka, Lida, Nowogrodek, Slonim [?], Sluzk, Hansewitschi, Petrikow, Mosyr, Retschitz, Kobryn und Pinsk: KTB Rül n Ostland v. 27. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 43372, Bl. 140; [Hauptamt Orpo,] VuR.IIIA bzw. VuR.U Allg an Daluge v. 18. 4. 1942, BA R 19/405, Bl. 21f.

⁴⁰³ Zur Gründung des Stützpunkts in Witebsk: Tagebuch Bach-Zelewski v. 6. 9. 1941 (zu anderen Orten 24. 8. 1941), BA R 20/45b, Bl. 10f.; KTB WiKdo Hirschberg v. 17. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43059, Bl. 101; Funkspruch HSSPF Rußland-Mitte v. 27. 1. 1942, BA D-H ZB 6735, O. I, Bl. 141.

⁴⁰⁴ Chef der Ordnungspolizei, Jahresbericht 1942 v. 1. 2. 1943, BA F 5548, Bl. 239; SS-Rasse- und Siedlungshauptamt, Beförderungsvorschläge für den Leiter der Abt. Ern u La des GK Weißruthenien, Freitag, v. 17. 11. 1942 und 15. 5. 1943, BDC, SSO-Akte Wilhelm Freitag; Der Ortsbeauftragte Brest-Litowsk, Tätigkeitsbericht v. 19. 11. 1943, BA-MA PFF-01/7869, Bl. 1691; zu Einsprüchen der Zivilverwaltung Runderlaß des RMO v. 3. 7. 1942, in: Amtsblatt des RMO, Sammelnummern 1–8 (1943/44), S. 48f.

henden Einfluß auf die Gestaltung der Besatzungspolitik in der Sowjetunion eingebracht hätten, waren von Rosenberg und Hitler nicht erfüllt worden.⁴⁰⁵ Lediglich hinsichtlich seiner Aufgaben als RKF wurde er von Hitler im September 1941 bestätigt,⁴⁰⁶ doch hatte dies keine wesentlichen Folgen für das weißrussische Besatzungsgebiet. Unstrittig war die persönliche und unmittelbare Unterstellung der jeweiligen HSSPF, SSPF und Gendarmerie-Gebietsführer unter die Reichs-, General- bzw. Gebietskommissare. Die Gebietskommissare hatten ein »fachliches Weisungsrecht« gegenüber der Gendarmerie. Unter Berufung auf einen Passus von Hitlers Erlaß über die »polizeiliche Sicherung der besetzten Ostgebiete« beanspruchte Himmler jedoch stets, daß Anweisungen der SS und Polizei von höherer Ebene denen der jeweiligen Repräsentanten der Zivilverwaltung vorgingen.⁴⁰⁷

In der Praxis waren SS/Polizei und Zivilverwaltung aufeinander angewiesen. Die einen hatten nicht die Mittel, um umfassend Politik betreiben zu können, und die anderen hatten keine Exekutive. Je niedriger die Handlungsebene, desto besser war das Verhältnis zwischen beiden Seiten.⁴⁰⁸ Die Handlungsfähigkeit des Besatzungsapparats blieb daher gewahrt. Wegen der fehlenden genauen Festlegungen war es teilweise von den Einzelpersonlichkeiten abhängig, wer sich wie weit durchsetzte. Jedoch gelang dies insbesondere den Gebietskommissaren gegenüber den Gendarmerie- bzw. SS- und Polizei-Gebietsführern.⁴⁰⁹ Dazu trugen auch Anweisungen der SS und Poli-

405 Himmler an Lammers v. 10. 6. 1941 mit einem Erlaßentwurf in der Anlage und Rosenberg an Lammers v. 14. 6. 1941, BA R 6/21, Bl. 59–73; fünf Schreiben Himmlers an Rosenberg v. 24. 6. 1941, BA NS 19/2803, Bl. 1–5; Denkschrift Rosenberg für Hitler v. 27. 8. 1941, BA F 8484, Bl. 4503–4517; Festlegung in: Erlaß Hitlers über die polizeiliche Sicherung der besetzten Ostgebiete v. 17. 7. 1941, in: Eine Schuld, S. 69f.

406 Lammers an Rosenberg Rk 13031B v. 6. 9. 1941, BA R 6/9, Bl. 16f.

407 Zu den Verhandlungen zwischen Rosenberg und Lammers vgl. RF-SS und Chef der Deutschen Polizei im RMI/Der RMO, Betr.: Zuständigkeiten der Polizeidienststellen in den besetzten Ostgebieten v. 19. 11. 1941 (Zitat) und Vermerk Rosenbergs über die Unterredung mit Himmler v. 15. 11. 1941, BA R 6/9, Bl. 31–35 und 79f.; Vermerk Himmlers v. 15. 11. 1941, Nbg. Dok. NO-5329; RF-SS und Chef der Deutschen Polizei im RMI, Betr.: Zuständigkeiten der Polizeidienststellen in den neu besetzten Ostgebieten v. 16. 1. 1942, BA R 19/333, Bl. 50; Schriftwechsel RKO-HSSPF Ostland v. 20. 9. 1941, BA R 6/10, Bl. 11ff.; Lammers über die Besprechung Rosenberg-Himmler v. 8. 7. [d.i. 7. 7.] 1942, BA R 6/9, Bl. 72–74 (Abschrift); nachfolgender Schriftwechsel Himmler-Rosenberg-Lammers ohne Einigung: BA R 6/491, Bl. 2ff. – Siehe jedoch zu Rosenbergs Durchsetzung bei den Kompetenzen der GebK: »Rücksprache des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete beim Führer« (undatiert; für den Zeitraum 6.–10. 7. 1942), BA-MA SF-01/28985, Bl. 6075f.

408 Vgl. Wolfgang Scheffler, Zur Rolle der Zivilverwaltung bei der Durchführung der »Endlösung der Judenfrage« im Reichskommissariat Ostland. Wiss. Gutachten, erstattet am 17. 1. 1974 vor dem Schwurgericht Hamburg, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 10234ff. Andere Deutung bei Birn 1986, S. 222ff.

409 GebK Hansewische, Tätigkeits-, Erfahrungs- und Räumungsbericht v. 23. 8. 1944 und GebK Brest, Zweimonatsbericht v. 25. 2. 1943, BA F 13751, Bl. 215, 1102; Stadtkommissar Brest, Zweimonatsbericht v. 9. 3. 1942, BA F 13752, Bl. 52; Vern. Karl Bauer (GebK Borisow) v. 25. 8. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 7502; Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW-Stab z.b.V., Bericht v. 5. 6. 1942 (aus dem RKU), BA NS 6/795, Bl. 50; Erklärung des Vertreters des RKU, Dargel, v. 28. 4. 1942: »Der Gendarm ist Gendarm des Einzeldienstes. Also hat der Gebietskommissar das Recht zu Weisungen nicht nur an den Postenführer, sondern auch an jeden einzelnen Gendarm.« Zitiert nach: Abschlußbericht ZStL v. 11. 12. 1970, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bl. 258.

Gegenbeispiele: GebK Glebokie, Tätigkeits-, Erfahrungs- und Räumungsbericht v. 16. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 328; GebK Pinsk, Kritischer Erfahrungsbericht für die Zeit der Zivilverwaltung (undatiert), BA F 13682, Bl. 420. Befehle der Sipo und des SD an die Gendarmerie liefern meist nicht über die GebK: Vern. A. W. (Gend.-Gebietsführer Lida) v. 28. 9. 1966, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 3144.

zei, darunter Himmlers, zur fachlichen Zusammenarbeit bei.⁴¹⁰ Die häufig anzutreffende Einschätzung, die SS habe sich klar gegen die Zivilverwaltung durchgesetzt oder letztere habe gar auf Grund ihrer vermeintlich geringen Qualifikation »im deutschen Ämterkampf unterliegen« müssen,⁴¹¹ trifft nicht zu.

Das Verhältnis zwischen SS/Polizei und Militärverwaltung war wesentlich konfliktärmer.⁴¹² Das dürfte einerseits an der eindeutigen Unterstellung unter das Heer gelegen haben, die im Frühjahr 1941 festgelegt worden war und nie ernsthaft in Frage gestellt wurde, andererseits an dem eher provisorischen und weniger an Prestigefragen orientierten Charakter der Militärverwaltung. Diese bediente sich der SS- und Polizeieinheiten gern. So stellte der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, v. Schenckendorff, fest, die Polizeibataillone seien für Gefechte zwar nicht geeignet, aber trotzdem »bestens bewährt«, vor allem zur »Überholung partisanenverseuchter Ortschaften«, das heißt Terroraktionen ohne Feindberührung.⁴¹³ Die 3. Panzerarmee beschrieb das Verhältnis zwischen GFP und EK 9 wie folgt, was sich generell auf die Zusammenarbeit zwischen Militär und SS/Polizei übertragen lässt:

»Eine klare Abgrenzung zwischen den Aufgaben der G.F.P. und denen des SD ist nicht möglich. Daraus ergeben sich jedoch im Armeeggebiet keine Unzuträglichkeiten,

- 1.) weil vertrauensvoll zusammengearbeitet wird,
- 2.) weil die Fülle der Aufgaben Zuständigkeitsstreit nicht aufkommen lässt.«⁴¹⁴

3.5 Die weißrussische Lokalverwaltung

a) Verwaltung

Angeichts des Konzepts einer zahlenmäßig schwachen deutschen Aufsichtsverwaltung und der Tatsache, daß viele Beamte dieser Verwaltung kein Russisch konnten, hing deren Funktionsfähigkeit in hohem Maß von der Arbeit der weißrussischen Lokalverwaltung ab. Sie war der ausführende Arm der deutschen Verwaltung und hatte deren Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung durchzusetzen. Die Untersuchung ihrer Organisation, ihrer Stärke und Tätigkeit ist vor allem mit zwei Fragen verbunden: War die deutsche Besatzungspolitik in Weißrußland durchsetzbar, und wie stark war die Kollaboration? Unter dieser Fragestellung sollen im folgenden die einheimische Lokalverwaltung und Polizei untersucht werden. Von den politischen Organi-

⁴¹⁰ Für das GK Shitomir: Dean, S. 176 (vgl. aber S. 178); Pol.Rgt. Mitte, Betr.: Zusammenarbeit der Ordnungspolizei mit den Dienststellen der Zivilverwaltung v. 15. 9. 1941 unter Bezug auf Himmlers Anweisung v. 11. 9., BA F 56754; Rede Himmlers v. 16. 9. 1942 auf der Tagung der SSPF des RKU, BA NS 19/4009 (S. 35f.).

⁴¹¹ Zum Beispiel Rebentisch, S. 322–324; Chiari 1998, S. 56f. und Zitat S. 95.

⁴¹² Zum Verhältnis zwischen Heer und Einsatzgruppen der Sipo und des SD Krausnick 1981, S. 205–278.

⁴¹³ Stab Berück Mitte, Ia (Unterschrift: v. Schenckendorff), Vorschläge zur Vernichtung der Partisanen im rückw. Heeresgebiet und in den rückw. Armeegebieten v. 1. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 308.

⁴¹⁴ PzAOK 3, Abt.Ic/A.O., Tätigkeitsbericht 22. 1.–30. 6. 1943, BA-MA WF-03/32845, Bl. 868.

sationen, die in Weißrußland generell ohne großen Einfluß blieben, werden die wichtigsten kurz vorgestellt.⁴¹⁵

Als die ersten deutschen Besatzungsorgane in Weißrußland einrückten, hatten sie die Absicht, die vorgefundenen Apparate von Staat und Partei zu zerschlagen und die meisten Funktionäre nicht weiterzuverwenden, ja, sie zu ermorden. Ob sie oppositionelle oder nichtkommunistische Kräfte vorfinden würden, die als Verwaltungskräfte geeignet schienen, war für die deutschen Stellen nicht sicher. Schon nach kurzer Sondierung der Lage forderte die Militärverwaltung deshalb bei der Einsatzgruppe B weißrussische Emigranten zum Aufbau weißrussischer Lokalverwaltungsstrukturen an. Emigranten, die seit Jahren in NS-Deutschland unterstützt worden waren,⁴¹⁶ stellten während der ganzen Besatzungszeit die wichtigsten Spitzen der Kollaborationsverwaltung, also der Stadt- und Rayonverwaltungen der wichtigsten Städte und der politischen Organisationen. Die meisten kamen aus dem ehemals polnischen Westteil des Landes.⁴¹⁷ Konkret gelang es der Einsatzgruppe B im Juli und August 1941, über Kontakte von Six zu weißrussischen Emigrantenkreisen in Warschau etwa 30 Personen in enger Zusammenarbeit mit der Militärverwaltung in Schlüsselstellungen der Lokalverwaltung besonders in Minsk und Witebsk zu bringen und zeitweise auch zu kontrollieren. Weitere Personalanforderungen konnte die Einsatzgruppe nicht mehr erfüllen.⁴¹⁸

Die eingesetzten Einzelpersonen hatten ihre Verwaltungen ziemlich selbständig aufzubauen. Sie mußten – im Chaos der ersten Wochen der Militärverwaltung⁴¹⁹ – ihre Mitarbeiter selbst zusammensuchen, oft aus der ortsansässigen nichtjüdischen und nichtkommunistischen Intelligenz. Die Rayonbürgermeister mußten die Gemeindebürgermeister vorschlagen, diese wiederum die Starosten (Dorfvorsteher) ernennen;⁴²⁰

415 Dies entspricht der neueren Tendenz, außer der politischen Kollaboration auch die Zusammenarbeit der lokalen, kommunalen und Selbstverwaltungskörperschaften mit den Besatzern in den Blick zu nehmen. Vgl. Umbreit 1984, und Röhr in: Röhr 1994, S. 39 und 69, sowie jetzt Chiari 1998, Dallin, S. 229 ff., gibt dagegen z.B. noch eine Darstellung nur auf der Ebene der politischen Organisationen.

416 Vgl. Loftus, S. 15–19; Turonek, S. 39–46.

417 Vakar, S. 176–78; Gartenschlaeger, S. 84–86; Romanowski, S. 77 ff., v. a. S. 89; Chiari 1998, S. 98 f.; für das »Weißruthenische Jugendwerk« (vgl. unten S. 1083–1086) Herzog 1960, S. 22 f. und 34.

418 Vgl. Loftus, S. 20–22; EM 17, 21, 23, 31, 67, 73 v. 9. 7., 13. 7., 15. 7., 23. 7., 29. 8. 1941, BA-MA SF-01/28929–31, Bl. 1454, 1490–1492, 1512, 1621, 2117; EGr B, Notiz für Heeresgruppe Mitte v. 22. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 24 (Einsetzung der Stadtverwaltung Witebsk durch das SK 7a); FK 812, Militärverwaltungsgruppe, Tätigkeitsberichte v. 20. 7. und 14. 8. 1941, BA F 15266, Bl. 2828 und 2836. Noch in den Militärverwaltungsanordnungen des Okdos. H.Gr. Mitte/OQu/VII, Stand: 1. 12. 1942, hieß es: »Die Auswahl des Rayonleiters hat im engsten Einvernehmen mit den Dienststellen der Sicherheitspolizei und des SD zu erfolgen, soweit diese Dienststellen vorhanden sind.« BA-MA WF-03/5470, Bl. 506.

Nicht alle Emigranten besaßen das Vertrauen der EGr B. Sie versuchte, ihren Einsatz zu verhindern, soweit sie aus bestimmten Gruppen aus Deutschland kamen oder soweit sie polnischer Nationalität waren wie der von der OK in Brest eingesetzte Magistrat: EM 8 und 73 v. 30. 6. und 4. 9. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1388, und /28931, Bl. 2177; Vakar, S. 176 f.

419 Vgl. z.B. KTB VO WiRüAmt zur 4. Armee v. 5. und 8. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 10 und 12 (Minsk). Auch im abgelegenen Polesje trafen z.B. die SS-Kav.-Regimenter Anfang August 1941 überall schon auf Bürgermeister, teilweise war auch schon eine Hilfspolizei (Ordnungsdienst) eingesetzt: SS-Kav.Rgt.2, Bericht für 27. 7.–11. 8. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 229.

420 FK 812, Militärverwaltungsgruppe, Tätigkeitsbericht v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2821; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 34 und 38 f.; Pennar 1962, S. 56; Mulligan 1988, S. 24.

für die Gliederung ihrer Behörden hatten sie keine genauen Vorgaben.⁴²¹ Kommandanturen und Sicherheitspolizei mußten beides allerdings überprüfen und genehmigen. Beim Personal gelang ihnen das allerdings aus Überlastung nicht immer. Die Rayonbürgermeister mußten oft auch stellvertretend die Überwachung der unteren Ebenen der Lokalverwaltung übernehmen.⁴²² Entsprechend war die Gliederung der Stadt- und Rayonverwaltungen unterschiedlich, und die Deutschen drangen nie darauf, sie zu vereinheitlichen. Die wichtigsten, »nach Bedarf« errichteten Abteilungen waren in den Städten: Polizei, Schulwesen und Kultur, Paß- und Meldewesen, Gesundheit, Ernährung, Veterinärwesen, städtische Betriebe, Finanz-, Gewerbe-, Fürsorge- und Arbeitsabteilung. In den Landrayons fielen viele wirtschaftliche Funktionen der Verwaltung weg, so daß im wesentlichen Finanzen, Ordnungsdienst und Meldewesen, Straßen- und Wegebau, Schule/Kultur, Gesundheitswesen, eine allgemeine Abteilung, teilweise auch ein Arbeitsamt übrigblieben.⁴²³ Die Agrarverwaltung war separat organisiert und unterstand den deutschen Kreislandwirten oder Landwirtschaftsführern. Sie umfaßte die Erfassungsorganisation, die der Zentralhandelsgesellschaft Ost unterstellt wurde, die von den Landbewirtschaftungsgesellschaften betriebenen ehemaligen Sowchosen (Staatsgüter), Rayon- und Gemeindeagronomen sowie die Leiter und Verwaltungskräfte der Kolchosen beziehungsweise, seit 1942, der »Landbaugenossenschaften«. Insgesamt waren dies nochmals mehrere zehntausend Menschen.⁴²⁴ Die Agronomen hatten, ähnlich wie die Landwirtschaftsführer, relativ großen, teils über den Agrarbereich hinausreichenden Einfluß.⁴²⁵

Vertikal gliederte sich die weißrussische Lokalverwaltung in die Rayons oder kreisfreien Städte, die Gemeinden und die Dörfer. Die Verwaltungsspitzen – Bürgermeister beziehungsweise Dorfälteste (Starosten) – ernannten Standort-, im Fall der

421 Feldkommandantur [Minsk-Land], Militärverwaltungsgruppe, Richtlinien für die vorläufigen Bürgermeister (undatiert, nach dem 15. 7. 1941), GebA Minsk 623–2–1, Bl. 180–182R; FK 812, Militärverwaltungsgruppe, Tätigkeitsbericht v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2821.

422 FK (V) 194 an 221. Sich.Div. v. 20. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 57075, Bl. 21; undatiertes Lagebericht der 221. Sich.Div., BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 621; Berück Mitte, Verwaltungsanordnungen Nr. 4 v. 7. 8. 1941, ZStA Minsk 409–1–1, Bl. 48R; FK Minsk-Land an EK 8 v. 22., 26. und 27. 8. und Antwort des EK 8 v. 2. 9. 1941, ZStA Minsk 409–1–4, Bl. 8–12.

423 Okdo. H.Gr. Mitte, Militärverwaltungsanordnungen, Stand: 1. 12. 1942, BA-MA WF-03/5470, Bl. 506; vgl. Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 460; Feldkommandantur, Militärverwaltungs-Gruppe, Richtlinien für die vorläufigen Bürgermeister (nach 15. 7. 1941), GebA Minsk 623–2–1, Bl. 180; FK 812, Militärverwaltungsgruppe, Tätigkeitsbericht v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2822; Kr.Wi-Kdo Minsk, Lage- und Tätigkeitsbericht v. 18. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 490f.; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 36; Referat des Abteilungsleiters Verwaltung im GK Weißruthenien, Jungwirth, v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 67; Bericht über die Tätigkeit des »Kreisältesten« des Rayons Minsk-Land, Kontowt, Minsker Zeitung v. 22. 6. 1943; Faktorowitsch, S. 25. Zu Stadt und Rayon Witebsk: Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 22 v. 25. 9. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 345; EGr B, Notiz für Heeresgruppe Mitte v. 22. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 24. Zu den ursprünglich acht Abteilungen in der Stadt kamen später etliche hinzu.

424 Siehe die Kap. 4.2, 4.4 und 4.5; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 22 v. 25. 9. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 346; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 50; Vern. des Kreislandwirten von Bobruisk, August Bittner, und seines Agronomen F. I. Klimko v. 24./25. 1. 1946, Archiv P. Kohl.

425 Chiari 1998, S. 144f.

Rayonbürgermeister Orts- und Feldkommandanturen.⁴²⁶ Damit übernahmen die Deutschen im großen und ganzen die sowjetischen Verwaltungsstrukturen auf unterer Ebene, ersetzten aber das Räte- durch das sogenannte Führerprinzip.⁴²⁷ Die personelle Stärke der lokalen Behörden war vor allem in den Städten groß und nahm im Lauf der Zeit noch zu. Die Wirtschaftsinspektion Mitte schätzte Mitte 1943 60000 einheimische Verwaltungsangehörige (ohne die zahlenmäßig starke Agrarverwaltung und den Ordnungsdienst).⁴²⁸ In Städten wie Mogilew, Borissov und Brest waren es zeitweise 800 bis 2500 Personen, von denen die Deutschen 1943/44 viele zur Gewinnung von Arbeitskräften für andere Aufgaben entließen.⁴²⁹ Die Rayonverwaltungen umfaßten je 100 bis 300 Personen, anfangs weniger.⁴³⁰ Die Gemeindebürgermeister hatten mindestens zum Teil ehrenamtlich (nur mit einem hauptamtlichen Sekretär) zu arbeiten, die Dorfältesten waren praktisch nur das Sprachrohr der höheren Verwaltungsebenen.⁴³¹ Es gab Versuche der deutschen Militärverwaltung, sogenannte Bezirksverwaltungen zu schaffen, die jeweils etwa fünf Rayons umfaßten und an die Feldkommandanturen gekoppelt waren. Sie wurden aber nicht flächendeckend errichtet, blieben personell schwach und anscheinend ohne wichtige Verwaltungsfunktion.⁴³² Das Schwergewicht der weißrussischen Verwaltung lag somit auf Rayon- und

426 Vgl. Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 461; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 22 v. 25. 9. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 344f. Zur offiziellen Umbenennung der Rayonbürgermeister in »Kreisälteste« und der Kolchosvorsitzenden in »Dorfälteste« durch die deutschen Behörden Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), S. 212.

427 »Der Ortskommandant mußte bei der Lust der Russen zu debattieren streng darauf achten, daß die Leitung der Verwaltung in seiner Hand blieb und keine parlamentarischen Bräuche aufkamen.« Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 44, vgl. Bl. 49–51. Infolge der »völligen Entartung des russischen Menschen«, so Kriegsverwaltungschef Tesmer, habe man auf die »Einführung irgendwelchen demokratischen Beiwerks (z.B. die Bestellung [!] von Räten oder die Errichtung von Ausschüssen)« zugunsten des »Führerprinzips« verzichten müssen. Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 462.

428 Vgl. Statistischer Arbeitsausschuß der WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1 (Juli 1943), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 896. Etwas höher dürfte die Zahl der Angehörigen der Kollaborationsverwaltung auf dem gesamtem weißrussischen Territorium gelegen haben (insgesamt 40000 Personen in den rund 200 Rayonverwaltungen, durchschnittlich je 1000 in den 15 größeren Städten, je drei in rund 2000 Gemeinden und ein Starost in etwa 20000 Dörfern).

429 Der Ortsbeauftragte Brest-Litowsk, Tätigkeitsbericht v. 19. 11. 1943, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1692; Betriebsbesichtigungen in Neuborissov am 17. 3. 1943 und Dienstreise des [Wirtschafts]Inspektors am 18.–20. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 980 und 983; GebK Brest, A II, Tätigkeitsbericht v. 24. 3. 1943, BA F 13751, Bl. 1133.

430 FK 581 (St. Dorogi) an AOK 9 v. 29. 5. 1944, ZStA Minsk 378–1–876, Bl. 48; Bericht über die Inspektion beim Gebietskommissar Minsk-Land am 26. November 1941, ZStA Minsk 370–1–490, Bl. 3.

431 Die Dörfer lösten im altsovietischen Teil des Landes im Zuge der deutschen Agrarreform die von den Kolchosen übernommenen Verwaltungsaufgaben wieder ab. Zu den Gemeinden z.B. GebK Brest, Abt.I, Lagebericht v. 24. 12. 1941, BA F 13751, Bl. 921.

432 Vgl. Zagorulko/Judenkow, S. 129; Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 461; Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Tätigkeitsbericht Mai v. 3. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1109; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 22 v. 25. 9. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 345; Richtlinien für die Bezirksverwaltung Lepel (eingerrichtet 1. 10. 1942), ZStA Minsk 562–1–1, Bl. 19f.; Okdo. H.Gr. Mitte, Militärverwaltungsanordnungen, Stand 1. 12. 1942, BA-MA WF-03/5470, Bl. 508; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 42 v. 19. 2. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 576; FK 581 an AOK 9 v. 29. 5. 1944, ZStA Minsk 378–1–876, Bl. 48 (die Bezirksverwaltung St.Dorogi hatte nur elf Angestellte); Okdo. H.Gr. Mitte, Lagebericht Mai v. 12. 6. 1944, BA F 13753,

Stadtebene. Die Gebietskommissare und Feldkommandanturen zogen die Rayonleiter etwa wöchentlich zu Besprechungen zusammen.⁴³³ Im Bezirk Bialystok war die einheimische Hilfsverwaltung noch schwächer, weil hier auch an der Spitze der Amtskommissariate auf der Ebene der Rayons deutsche Beamte oder Volksdeutsche standen.⁴³⁴

Die weißrussische Lokalverwaltung hatte aus deutscher Sicht »lediglich die Aufgabe, die Anordnungen der zuständigen deutschen Dienststellen durchzuführen.«⁴³⁵ Es gelang den daran interessierten Kreisen der deutschen Verwaltung aus ihrer Sicht nicht einmal, »den Anschein einer landeseigenen Selbstverwaltung im örtlichen Bereich zu erwecken«. Es gab keinen Tätigkeitsbereich, im dem die weißrussische Verwaltung unabhängig von den deutschen Dienststellen agieren durfte. Diese konnten jederzeit eingreifen. »Selbst die wenigen Hoheitsakte, die die Rayonleiter und Bürgermeister aus eigener Machtvollkommenheit ausüben durften (z. B. Errichtung von Grundschulen, Verhängung von Ordnungsstrafen, Schlichtung ziviler Rechtsstreitigkeiten), waren abgeleiteter Natur.«⁴³⁶ In der Praxis ergaben sich allerdings Freiräume besonders für die Rayonleiter, weil die deutschen Besatzungsbehörden ihnen nicht für jedes Problem minuziöse Weisungen, sondern oft nur allgemeine Richtlinien geben konnten. Außerdem traten die Stadt- und Rayonverwaltungen mit Vorschlägen an sie heran; so drängten sie etwa darauf, die Ernährung für die städtische Bevölkerung zu regeln.⁴³⁷ Manchmal handelten die Lokalverwaltungen auch durchaus eigenmächtig, etwa als einige Kommunen im Sommer 1941 Juden auswiesen, um ihre Wohnungen an die nichtjüdische Bevölkerung zu verteilen.⁴³⁸ Doch das waren Randerscheinungen. Dem SD erschienen die Lokalverwaltungen zum Teil sogar zu unselbstständig.⁴³⁹ Im allgemeinen handelten gerade die Rayon- und Stadtverwaltungen, vor allem in den Spitzen, als willige Erfüllungsgehilfen der deutschen Politik. Auf den unteren Ebenen – in den Dörfern, Gemeinden und bei den Fachbeamten – war den Sowjets eher eine Unterwanderung oder Beeinflussung möglich, vor allem als die Angehörigen der Kollaborationsverwaltungen mit fortschreitender Besatzungszeit

Bl. 929. – Aus der Einführung von Bezirksverwaltungen im Zivilverwaltungsbereich zur Entlastung der GebK wurde nichts. Siehe Entwürfe für Schreiben des RMO, II 1c, an RKU und RKO vom Februar 1943, BA F 2294, Bl. 19ff.; Referat des Abteilungsleiters Verwaltung im GK Weißruthenien, Jungwirth, v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 66.

433 Siehe Vern. E. S. v. 16. 12. 1960 (ehemalige Sekretärin beim GebK Kobryn), ZStL 204 AR-Z 48/58, Bl. 4205; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 43 und 45.

434 Vgl. Der Bezirk Bialystok, hrsg. von der Zivilverwaltung Bialystok, I. 3. 1942, BA F 15024 (S. 25).

435 VO des RMO beim Berück Mitte, Bericht Nr. 21 v. 8. 10. 1942, BA R 6/76, Bl. 28.

436 Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 462 (erstes Zitat); Abschlußbericht Militärverwaltung Osten (unter Bezug auf den zuvor genannten Bericht der H.Gr. Mitte, zweites Zitat), BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 51; vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 22 v. 25. 9. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 346. Dasselbe galt für den Bereich der Zivilverwaltung. – Lediglich die Ostfaser GmbH förderte den Aufstieg von einheimischen Angestellten in höhere Positionen. Ostfaser, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42 (Dezember 1943), BA F 10633, Bl. 467. Zum begrenzten Freiraum der Dorfbürgermeister siehe Chiari 1998, S. 141–160.

437 Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 460. Auch die Leiter der weißrussischen Ernährungsämter blieben aber völlig an deutsche Weisungen gebunden wie in Minsk: Vern. Wilhelm Janetzke v. 1. 3. 1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 6791.

438 S. u. S. 527.

439 EM 43 v. 5. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1782.

merkten, was die deutsche Herrschaft auf Dauer für die Bevölkerung bedeuten würde und daß sich das Blatt an der Front wendete. Nicht selten hatten auf diesen Ebenen auch Weißrussen Stellungen angenommen, die versuchen wollten, die schlimmsten Auswirkungen der deutschen Besatzungspolitik abzuwenden. Sie konnten sie jedoch nur insgeheim und in begrenzten Maß sabotieren, ohne sich zu verraten und in akute Lebensgefahr zu bringen.⁴⁴⁰ Gerade die Bürgermeister waren nach Ablauf der ersten Monate aber aus sowjetischer Sicht nicht zuletzt wegen ihrer Verbindung zur weißrussischen Hilfspolizei bereits derart kompromittiert, daß es für sie keine Aussicht auf milde Bestrafung und damit keinen Weg zurück mehr gab.⁴⁴¹ Sie stellten die treuesten und aggressivsten politischen Mitläufer der Deutschen.⁴⁴² Das GK Wollhynien-Podolien urteilte auch noch 1943 unter dem starken politischen Druck der Partisanen:

»Es muß hervorgehoben werden, daß die beiden letzten Monate wieder gezeigt haben, daß die einheimische Verwaltung bzw. die einheimischen Mitarbeiter der deutschen Dienststellen den nationalistischen bzw. bolschewistischen Zersetzungsversuchen verhältnismäßig am wenigsten erliegen. Es handelt sich hierbei weit überwiegend um ältere verständigere Einheimische, die von den Gebietskommissaren durch geschickte Menschenbehandlung und das Mittel der Interessenverknüpfung (Schaffung von persönlichen Vorteilen) zu loyalen Verhalten bestimmt worden sind.«⁴⁴³

Wenn die deutschen Besatzungsbehörden sich häufig gezwungen sahen, weißrussische Verwaltungskräfte auszutauschen, so hauptsächlich wegen ihrer zweifelhaften Qualifikation, verbreiteter Korruption – nicht zuletzt auf Grund der geringen Besoldung – und mangelnder Disziplin.⁴⁴⁴ Daneben spielte der Austausch von polnischen oder russischen Funktionären durch Personen weißrussischer Nationalität eine Rolle.⁴⁴⁵

Infolge der erstarkenden Partisanenbewegung mußte sich die Kollaborationsverwaltung, namentlich Rayonleiter und Gemeindebürgermeister, ab 1942 zeitweise aus einer Reihe von Gebieten zurückziehen. Im Gebiet Minsk-Land waren 53 von 126 Gemeindeämtern zerstört. Von zehn Rayonbürgermeistern im Gebiet Nowogrodek hatten die Partisanen zeitweise acht in die Gebietsstadt vertrieben.⁴⁴⁶ Gemeindeälte-

440 In den Augen der deutschen Verwaltung erschienen solche Verwaltungsangehörigen »träge«, »uninteressiert« und »ängstlich«, »aus Furcht, daß sie für diese Zusammenarbeit später von den Sowjets zur Rechenschaft gezogen werden«. Oberst Herrosé, Bericht über die Ernährungslage der Zivilbevölkerung in Orscha und Mogilew v. 28. 11. 1942 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 638.

441 Als erstes hatten die Deutschen von den neuen Spitzenkräften meist die Denunziation von Kommunisten und Widerständlern verlangt und diese anschließend in der Regel hingerichtet. Sie waren spätestens im Herbst 1941 auch dazu verpflichtet worden, alle Ortsfremden sofort zu melden. Siehe Romanowski, S. 90f., sowie Kap. 9.2b.

442 Siehe Loftus, S. 20; Romanowski, S. 77–80.

443 GK Wollhynien-Podolien, Lagebericht v. 30. 4. 1943, BA F 13683, Bl. 4.

444 Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 22 v. 25. 9. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 346; Vermerk über die Reise des stellvertretenden Ostministers Meyer 20.–26. 8. 1943, BA 11.01, Nr. 51, Bl. 3.

445 Vgl. Chiari 1998, S. 211–213 (am Beispiel der Schulverwaltung im GK Weißruthenien) und S. 272f.

446 Vgl. GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 8f.; Kreislandwirt Nowogrodek an Rükdo Minsk v. 22. 10. 1942 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1010f. Siehe auch den düsteren Bericht des GebK Slonim vom 26. 9. 1942, hier nach StA Hamburg 147 Js 29/67, Anklageschrift v. 27. 12. 1971, S. 208f.; »Stimmungsbericht aus Weißruthenien« eines lettischen Kollaborateurs (undatiert, Sommer 1942), BDC, O. 307, Bl. 406.

ste trauten sich kaum noch, Propagandaplakate aufzuhängen, weil sie ihnen von den eigenen Häusern gerissen wurden.⁴⁴⁷ 1943 gab es beispielsweise in zahlreichen Rayons im Dreieck zwischen Dnjepr und Pripjet kaum noch weißrussische Dorfvorsteher oder Polizisten.⁴⁴⁸ Die einheimischen Dorfvorsteher gerieten durch die Partisanen unter erheblichen Druck, vielfach wurden sie getötet und es fanden sich keine neuen; andererseits gingen viele von ihnen – gerade in der Verfolgung vermeintlicher Gegner – sogar noch weiter, als nur das Maß der deutschen Forderungen zu erfüllen.⁴⁴⁹ Man sollte die Erfolge der Partisanen nicht überschätzen. So gelang es ihnen lediglich in etwa einem Dutzend Fällen, Hauptorte der Rayons kurzzeitig – aber nicht dauerhaft – zu besetzen. Vielmehr herrschte auf dem Land ein ständiger Kleinkrieg, ohne daß in weiten Gebieten eine Seite völlig die Kontrolle gewinnen konnte. Für die deutsche Verwaltung bedeutete die Strategie der Partisanen, die weißrussischen Lokalverwaltungen lahmzulegen, jedoch eine eminente Gefahr.⁴⁵⁰

b) Polizei

Die sowjetischen Kollaborateure deutscher Kampfeinheiten und Exekutivorgane von Wehrmacht, SS und Polizei gliederten sich in: erstens die für den Fronteinsatz zugelassenen, meist geschlossenen Verbände; zweitens die »landeseigenen Sicherungsverbände« im geschlossenen Einsatz, meist Bataillone; drittens Ordnungsdienst und Schutzmannschaft im Einzeldienst und viertens die sogenannten Hilfspolizisten (»Hiwis«) zur Versorgung der Wehrmachteinheiten.⁴⁵¹ Alle Gruppen zusammen umfaßten Mitte 1943 bei der Heeresgruppe Mitte über 200 000 Mann, das waren nicht weniger als 19 Prozent der männlichen Erwerbsfähigen.⁴⁵² Die folgenden Ausführungen beziehen sich nur auf die zweite und dritte Gruppe.

Wegen der zahlenmäßigen Schwäche ihrer Sicherungs- und Polizeikräfte (vgl. Kap. 3.6) dürften die deutschen Besatzungsorgane von Anfang an beabsichtigt haben, einheimische Milizen oder Polizei aufzustellen.⁴⁵³ Sie begannen damit schon im Juli 1941.⁴⁵⁴

447 Referat des Abteilungsleiters Propaganda im GK Weißruthenien, Schröter, v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 129.

448 Faktorowitsch, S. 81; siehe über den Stand vom November 1942 die Memoiren des Partisanenführers Saburow, S. 5. Saburow erschien ein solcher Zustand ungewöhnlich. Im Raum Brjansk, aus dem er kam, war die Kollaborationsverwaltung intakt.

449 Hierzu mit vielen Beispielen Chiari 1998, S. 141 ff.

450 S. u. Kap. 9.3a.

451 Zusammenfassender Befehl der Organisations-Abteilung des OKH (undatiert, nach dem 18. 8. 1942), BA-MA RH 2/824, Bl. 23f. Für den Fronteinsatz waren zunächst nur Turk- und Kosakenverbände zugelassen, Weißrussen erst ab der zweiten Jahreshälfte 1944.

452 Wiln Mitte, Chefgr. Arbeit, Niederschrift über die Dienstreise nach Smolensk am 14. und 15. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 611. Allein die »Hiwis« umfaßten im Bereich der Heeresgruppe 1944 rund 100 000 Mann, davon knapp zwei Drittel ehemalige Kriegsgefangene. KTB Beitrag WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, v. 6. 4. und 13. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 348 und 381. Zu den »Hiwis« vgl. auch unten S. 830f.; zur Genese des »Hiwi«-Programms Abschlußbericht WiStab Ost, in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 310f.

453 Über etwaige Vorbereitungen wurden allerdings keine Aktenbestände ermittelt.

454 Siehe für SS und Polizei: Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern O.-Kdo. I.g Nr. 24/1 (g.) v. 25. 7. 1941 (gez. Himmler) und ebenso Nr. 24 II/41(g) v. 31. 7. 1941 (gez. Daluge), ZStL Verschiedenes Bd. 117, Bl. 32–35; ebenso, O.Kdo I O (1) Nr. 1/41, Betr.: Schutzmannschaften in den Ostgebieten v. 6. 11. 1941 mit Begleitschreiben des HSSPF Ostland und des BdO Ostland (Abschriften von Abschrift, 1957), StA Hannover 2 Js 388/65, Beiheft 9, Bl. 90–99.

Die Rayonleiter spielten auch hier eine Schlüsselrolle und suchten das Personal aus, das die deutschen Ortskommandanturen bestätigen mußten. Der sogenannte »Ordnungsdienst« durfte zunächst nur in Verbindung mit der Einsatzgruppe B tätig werden, wurde aber in den vielen Gebieten, in denen die Sicherheitspolizei nicht präsent war, rasch an die Ortskommandanturen gebunden. Die Sicherheitspolizei übernahm oft die Aufstellung; mit der Aufsicht war sie jedoch überfordert.⁴⁵⁵ »Erhebliche Bedenken« äußerte sie gegen das Personal – ohne Abhilfe schaffen zu können; die »Charakterisierung des OD als ›organisierte Räuberbande‹« erschien ihr »nicht zu scharf«.⁴⁵⁶ Die Stärke des »Ordnungsdienstes« (OD) war in den ersten Wochen gering. Sie lag in Kleinstädten bei fünf bis 20, in größeren Städten bei bis zu 70 Mann. In Minsk waren es zunächst 30 Sowjetdeutsche.⁴⁵⁷

Zu den Aufgaben des Ordnungsdienstes gehörten Objektschutz, Razzien, Bildung von Überfallkommandos, die Verfolgung sowohl politischer als auch krimineller Delikte und die Festnahme denunzierter oder gesuchter Personen. Dazu kamen Feuerpolizei, Meldewesen sowie Sicherung von Straßen, Brücken, Stützpunkten und schließlich Wehrdörfern. Einen Schwerpunkt bildete die Sicherung landwirtschaftlicher Objekte und Produkte und das Abholen von Zwangsarbeitern.⁴⁵⁸ Im Militärverwaltungsgebiet war der Ordnungsdienst schließlich in die Abteilungen I (Gestapo), II (Kripo), III (Allgemeinpolizei, unter anderem Objektschutz) und IV (Sonderaufgaben, darunter Partisanenbekämpfung)⁴⁵⁹ gegliedert. Über die Abteilungen I und II führte die Einsatzgruppe B, wo sie präsent war, die Aufsicht. Ihrem Antrag auf Herauslösung und völlige Unterstellung dieser beiden Abteilungen stimmte die Militärverwaltung 1943 im Mittelabschnitt anscheinend nicht zu. Die Abteilungen III und IV waren den Ortskommandanturen unterstellt und wurden 1943 in Reviere bzw. Stützpunkte aufgeteilt.⁴⁶⁰ Zumindest örtlich machte die Abteilung IV die Hälfte der

455 Berück Mitte, Verwaltungs-Anordnungen Nr. 1 v. 7. 7. 1941; FK 812, Verwaltungsanordnungen Nr. 1 v. 29. 7. 1941; FK Minsk-Land, Militärverwaltungsanordnungen Nr. 9, Anlage zum Kommandanturbefehl Nr. 7 v. 30. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 12, 66R und 73R; 339. Inf.Div., Abt. Ic, Merkblatt über die Zuständigkeit von Geheime[r] Feldpolizei, Feldgendarmarie, Sicherheitsdienst [...] v. 8. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 59239, Bl. 136; 286. Sich.Div., Sonderbefehl (undatiert), BA-MA RH 26-286/7; Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 473.

456 Derselben Auffassung sei die weißrussische Bevölkerung. EM 67 v. 29. 8. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2118.

457 Inf.Rgt. 350, Betr.: Einsatz aus russischer Bevölkerung zusammengestellter Ordnungspolizei v. 19. 10. 1941, und L.Sch.Rgt. 45, Aufstellung über eingerichtete Ordnungspolizei, BA-MA RH 26-221/22b; undatiert Lagebericht der 221. Sich.Div., BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 622 (Gebiet: Gomel – Kritschew); FK 812, Militärverwaltungsgruppe, Tätigkeitsbericht 7.-20. 7. v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2825 (Minsk); EM 50 v. 12. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1877 (Grodno). Auch im abgelegenen Polesje wurde der OD spätestens Anfang August 1941 eingerichtet: SS-Kav.Rgt. 2, Reitende Abteilung, Bericht v. 11. 8. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 229.

458 FK 812, Militärverwaltungsgruppe, Tätigkeitsbericht 7.-20. 7. v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2825; Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 476; Berück Mitte, Dienstordnung für den Ordnungsdienst v. 27. 11. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 253-259; Chiari 1998, S. 182.

459 Anfangs anscheinend in die Abteilungen I (Kripo), II (Stapo), III (Sicherheitspolizei [Ordnungspolizei?]) und IV (Sonderaufgaben): Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 22 v. 2. 6. 1942, ZStA Minsk 378-1-876, Bl. 89R.

460 Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 475; zur Herauslösung mit gegenteiliger Aussage: Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 60-63.

Mannstärke des Ordnungsdienstes aus. Die Abteilungen I und II waren dagegen zahlenmäßig schwach.⁴⁶¹ In den Gebieten, welche die Militär- an die Zivilverwaltung abgab, übernahmen Gendarmerie auf dem Land und Schutzpolizei in den größeren Städten die Aufsicht über die weißrussische Hilfspolizei, die hier »Schutzmannschaft« (Schuma) genannt wurde.⁴⁶²

Im GK Weißruthenien gab es Ende 1941 3680, Mitte 1942 rund 4500, Ende 1942 über 10000, Mitte 1943 über 13000 Schutz Männer. Der Höhepunkt der Rekrutierung lag augenscheinlich in der zweiten Jahreshälfte 1942.⁴⁶³ Anfang 1943 waren es im GK Wollhynien-Podolien 11870 Schutz Männer, im Gebiet Brest zum Beispiel 360. Im Bezirk Bialystok sollen es etwa 3000 gewesen sein. Allein das Gebiet Baranowitschi zählte 1944 2263 Mann.⁴⁶⁴ Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte meldete man Mitte 1942 13000 Mann Ordnungsdienst, die Aufstellung von 12000 weiteren war im Gange. 1943 waren es im ganzen Heeresgruppenbereich 45000, im Januar 1944 im verkleinerten Gebiet noch 20000, in den einzelnen Feldkommandanturbereichen anfangs 1000, 1943 bis zu 5000 Mann.⁴⁶⁵ Die 3. Panzerarmee soll im März 1943 allein über 26000 bewaffnete Kollaborateure verfügt haben.⁴⁶⁶ 1943, auf dem Höhepunkt der Entwicklung, dürfte es in Weißrußland rund 50000 Ordnungsdienst- und

461 Im Bereich der Einsatzgruppe B umfaßten die Abteilungen I und II Anfang 1943 nur 1211 Mann in 104 Städten. EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für Februar v. 1. 3. 1943, BStU ZUV 9, Bd. 5, Bl. 196. Vgl. zur Abteilung IV: 201. Sich.Div., Abt. VII, Lagebericht August v. 31. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42358, Bl. 797.

462 Im GK Weißruthenien war dies erst am 1. 12. 1941. Vgl. Wolfgang Scheffler, Zur Rolle der Zivilverwaltung bei der Durchführung der »Endlösung der Judenfrage« im Reichskommissariat Ostland. Wissenschaftliches Gutachten, erstattet am 17. 1. 1974, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 10234; Referat des KdO Minsk, Klepsch, v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 169; GebK Kobryn, Abschlußbericht v. 16. 8. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1331; und z. B. Vern. W. S. v. 30. 5. 1963, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 3008ff. (Neswisch).

463 Referat des KdO Minsk, Klepsch, v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 169 und 172 (550 Schumas waren der Schutzpolizei in Minsk und Baranowitschi unterstellt); Hilberg, Täter, S. 312, Anm. 45; Tessin, Teil II, S. 54; Niederschrift über die Besichtigung der Verwaltungsdienststellen beim BdO Ostland in Riga 18. 9.–1. 10. 1942, und Chef der Ordnungspolizei an RMO v. 31. 7. 1943, BA R 2/12158, Bl. 124R und 154R; Chiari 1998, S. 164.

464 Spector, Volhynian Jews, S. 175, Anm. 145; Gendarmerie-Gebietsführer Brest, Lagebericht Januar v. 4. 2. 1943, BA F 13751, Bl. 1068; Vern. Helmut Limpert (ehemaliger KdG Bialystok) v. 30. 9. 1960, in: Documents Grodno, Bd. 2, S. 171–174; Stärkemeldung der Schutzmannschaft des Einzeldienstes Baranowitsche, 29. 6. 1944, Sonderarchiv Moskau 1323–2–223, Bl. 16.

465 Vortrag v. Schenckendorff für Rosenberg v. 2. 6. 1942 (eigentlich 29. 5. 1942), BA R 6/217, Bl. 1; Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 474 (August 1943 und Januar 1944); Aktenvermerk über die Dienstbesprechung am 31. 3. 1943 bei Heeresgruppe Mitte O.Qu., BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1076. Im Rück Mitte allein 31000 Mann: »Erfahrungen in der Verwaltung des Landes und politische Zielsetzung«, BA-MA WF-03/7417, Bl. 10; 203. Sich.Div., Monatsbericht Januar v. 5. 2. 1943, BA-MA RH 26–203/5; FK 581, Monatsberichte v. 13. 3., 25. 6. und 25. 11. 1942, BA-MA RH 26–203/3. Siehe auch die in Hinsicht auf Begrifflichkeit und Bezugsgebiet unklare Aufstellung in Reisebericht Chef WiStab Ost zur Heeresgruppe Mitte und A.O.K. 2 17.–21. 5. v. 24. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 614. Dort wurden 34000 Mann Ordnungsdienst und insgesamt 32900 Mann »landeseigene Verbände« angegeben.

466 Darin dürften aber an der Front eingesetzte Einheiten, die nicht weißrussischer Nationalität waren, enthalten gewesen sein. Vgl. Mavrogordato/Ziemke, S. 537. Die 9. Armee meldete Ende 1943 7427 Mann Ordnungsdienst: AOK 9, O.Qu./Qu.2/VII, Lagebericht November v. 4. 12. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 412.

Schutzmannschaftsangehörige gegeben haben.⁴⁶⁷ Im GK Weißruthenien befanden sich Ende 1942 85 Prozent im Einzeldienst, der Rest in Schuma-Bataillonen, während das Verhältnis im April 1943 anscheinend bei etwa 50:50 lag. Zu dieser Zeit gab es 55 Gendarmerie- und 72 Schutzmannschafts-Posten, beide mit jeweils etwa 50 Mann. Nicht wenige Posten umfaßten zuletzt über 200 »Schumas«.⁴⁶⁸ Auch bis zu drei Viertel der einheimischen Polizisten, die sich im sogenannten Einzeldienst befanden, waren kaserniert. Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte gab es pro Rayon vier bis sechs Polizeireviere mit je 60, insgesamt pro Rayon bis zu 300 Mann Ordnungsdienst.⁴⁶⁹ Die Zahl der Ortspolizisten und der über die Gemeinden verteilten Polizeikräfte war dagegen gering. In kleinen Orten gab es jeweils nur einen oder zwei Polizisten.⁴⁷⁰ Stichprobenuntersuchungen zufolge handelte es sich bei den Schutzmännern meist um Bauern weißrussischer Nationalität im Alter von bis zu 30 Jahren mit geringer Schulbildung, die zu einem Drittel schon in der Roten Armee oder der sowjetischen Miliz gedient hatten.⁴⁷¹

Die deutschen Besatzungsbehörden versorgten die weißrussische Hilfspolizei vor allem zu Beginn unzureichend. Lange Zeit besaßen nur wenige Uniformen. Ausbildung und Bewaffnung waren nicht einheitlich. Anfangs sollte lediglich jeder dritte eine Waffe erhalten, doch auch dazu waren nicht genug vorhanden, und Ende 1943 waren über 10 Prozent immer noch unbewaffnet. Für den Kampf gegen Partisanen fehlten diesen Kräften schwere Waffen.⁴⁷² Im Militärverwaltungsgebiet hatte der so-

467 Cholowski 1988, S. 335, gibt 60 000 Mann an. – Die Zahl von rund 300 000 Schutzmannschaftsangehörigen in den unter Zivilverwaltung stehenden besetzten sowjetischen Gebieten, die der Chef der Ordnungspolizei Daluege vorstellte, ist insofern stark zu relativieren, als gut die Hälfte lediglich der Feuer- schutzmannschaft angehörten. Ohne sie umfaßte die Schutzmannschaft im Einzeldienst nur 101 526 Mann, die Schuma-Bataillone 47 972 Mann. Bericht des Chefs der Ordnungspolizei [...] über den Kräfte- und Kriegseinsatz der Ordnungspolizei im Kriegsjahre 1942 v. 1. 2. 1943, BA F 5548, Bl. 221 und 231; auch Nbg. Dok. NO-2861.

468 Niederschrift über die Besichtigung der Polizei-Verwaltungsdienststellen beim BdO Ostland in Riga 18. 9. – 1. 10. 1942, BA R 2/12158, Bl. 124R; Referat des KdO Minsk, Klepsch, v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 169 und 172; Vern. W. S. v. 22. 2. 1960, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 1632f. (Neswish); Vern. F. S. v. 27. 11. 1965, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 112 (Byten).

469 FK 581, Verwaltungsgruppe, Lagebericht v. 25. 6. 1942, BA-MA RH 26-203/3; Berück Mitte, Abt. VII/Kr.- Verw., Lage- und Tätigkeitsbericht v. 10. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 124. 300 Mann stellten die of- fizielle, teils aber überschrittene Obergrenze pro Rayon oder Stadt bei der H.Gr. Mitte dar. In Mogilew und Gomel waren es mit Ausnahmegenehmigung 500: Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 60.

470 Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 70f. Im Gebiet Brest hatten anfangs je zwei Gemeinden einen Schutzmannschaftsposten zu elf Mann, im Gebiet Minsk-Land hatte die soge- nannte Rayonpolizei je 20 Mann. GebK Brest, Lagebericht v. 24. 12. 1941, BA F 13751, Bl. 921; Hauptkom- missar Minsk, Bericht über die Inspektion beim Gebietskommissar Minsk-Land am 26. November 1941, ZStA Minsk 370-1-490, Bl. 3R.

471 Chiari 1998, S. 124, 165 und 174, teilweise basierend auf Erkenntnissen von Martin Dean. Nach Angaben für den Rayon Baranowitschi fielen 15 % der Schutzmänner, 8 % liefen zur sowjetischen Seite über, etwa die Hälfte ging 1944 mit den Deutschen, ein Drittel blieb in Weißrußland, von diesen wurden 45 % später vor sowjetische Gerichte gestellt.

472 Der Ordnungsdienst (O.D.) im Heeresgebiet, IfZ Zs 405 II, Bl. 17-19; FK 812, Anlage 1 zum Komman- danturbefehl Nr. 1 v. 29. 7. 1941, Verwaltungsanordnungen Nr. 1: Wiedereinrichtung russischer Gemein- deverwaltungen, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 66R; FK 812, Abt.VII/Kriegsverwaltung, Lagebericht v. 14. 8. 1941, BA F 15266, Bl. 2840; AOK 9, O.Qu./Qu.2/VII, Lagebericht November v. 4. 12. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 412; Referat des KdO Minsk, Klepsch, v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 174.

genannte »Hilfs-OD« nebenamtlich zu agieren; hauptamtliche Polizisten erhielten eine Besoldung, die nicht wesentlich höher als die – zur Bestreitung des Lebensunterhalts völlig unzureichenden – Durchschnittslöhne zur Besatzungszeit lag.⁴⁷³ Das öffnete Korruption und gewaltsamer Bereicherung durch die ohnehin undisziplinierten weißrussischen Polizisten Tür und Tor. Ihre Verpflegung war anfangs ebenfalls sehr schlecht, wurde 1942 allerdings den Sätzen des deutschen Feld- bzw. außerhalb der Einsätze denen des Ersatzheeres angeglichen, da dies in den Augen der deutschen Verwaltung ein zentrales Motivationselement war.⁴⁷⁴

Die Aufsicht über die Schutzmannschaften im Zivilverwaltungsgebiet lag, wie erwähnt, bei der Gendarmerie, in den Städten Minsk, Baranowitschi und Brest bei der Schutzpolizei. Im Gegensatz dazu war im Gebiet der Militärverwaltung die einheimische Verwaltung an der Aufsicht über den Ordnungsdienst beteiligt. Er war nämlich anfangs den Rayon-, Stadt- und Gemeindebürgermeistern unterstellt.⁴⁷⁵ Dies änderte sich im Mai 1942. Seitdem unterstand der Ordnungsdienst direkt den Orts- oder Feldkommandanturen.⁴⁷⁶ Daneben gab es einheimische Polizisten, die direkt in die Kommandos von Sicherheitspolizei und SD und in die Gruppen der GFP eingeordnet beziehungsweise ihnen angegliedert wurden, wie sogenannte »Sicherheitsmannschaften« der Einsatzgruppe B und die sogenannten »SD-Bataillone« des KdS Minsk.⁴⁷⁷

473 Ebd., Bl. 176; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 59; Berück Mitte, Verwaltungsanordnungen Nr. 29 v. 2. 10. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 720.

474 Ebd., Bl. 721; Berück Mitte, Lage- und Tätigkeitsbericht v. 10. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 124; Referat Klepsch, a.a.O., Bl. 168.

475 Feldkommandantur, Militärverwaltungs-Gruppe, Richtlinien für die vorläufigen Bürgermeister (etwa Juli 1941), GebA Minsk 623-2-1, Bl. 182; FK 812, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 9, Anlage 1 zum Kommandanturbefehl Nr. 7 v. 30. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 12 (Aufsicht durch Sipo und SD oder Rayonleiter); EM 107 v. 8. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 2824; Hilberg, Täter, S. 111 und 310, Anm. 27, über den Raum Gomel 1941; Berück Mitte, Dienstordnung für den Ordnungsdienst v. 27. 11. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 253 ff.; Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Tätigkeitsbericht April v. 1. 5. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1106; Major Seifert, Vermerk über die Lage bei der Partisanenbekämpfung im Bereich Mitte und Weißruthenien v. 22. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1085; Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Aufstellung von Ordnungsdienst-Abteilungen v. 27. 4. 1942 (Abschrift), ebd., Bl. 1100.

476 Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 474. Von einer Unterstellung unter Feldgendarmerie bzw. GFP spricht Walther Hansen, Der Ordnungsdienst (O.D.) im Heeresgebiet, IfZ Zs 405 II, Bl. 17-19. – Daluge befahl im September 1942, die bisherigen »Sachbearbeiter« in »Befehlshaber der Schutzmannschaften« umzuwandeln. Aufgabe waren v.a. Ausbildung und Verwendungsbereitschaft geschlossener Verbände. Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, O.Kdo (I) Nr. 405/42 v. 9. 9. 1942, BA D-H ZM 1485, A. 2, Bl. 9; zuvor HSSPF Russland-Mitte, Betreff: Fremdländische Schutzmannschaften v. 12. 5. 1942, ZStL Verschiedenes Bd. 117, Bl. 189.

477 Der Chef der EG B, Böhme, beantragte 2000 Mann: Wiln Mitte, Chefgr. Arbeit, Niederschrift über die Dienstreise nach Smolensk am 14. und 15. 7. 1943, BA-MA RW 31/568, Bl. 27. Zwischen März und Mai 1944 verfügte das SK 7a über 87 bis 267 Schutzleute. Siehe die Soldlisten in ZStA Minsk 954-1-1. – Der KdS Minsk verfügte im Frühjahr 1943 über 1100 weißrussische Mitarbeiter, ein Jahr später existierten die »SD-Batl.« 11, 13 und 23, von denen das 13. Schuma-Btl. 1942 im Rahmen des »Weißruthenischen Verteidigungskorps« aufgestellt und im SD-Lager Kolditschewo stationiert wurde: Rede des KdS Minsk, Strauch, v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 158; Der SS-Wirtschaftler -Iva/Pers. – v. 14. 3. 1944, ZStL Versch. Bd. 117, Bl. 307; I. Andronow, Die Feinde Belorußlands (undatiert, 1969), StA München I 22 Ks 1/61, Leitordner »Dokumente«, Bl. 192. Zur GFP Gefner, S. 39 und 80.

Die Aufstellung geschlossener Einheiten, sogenannter »Ost-« oder »Schuma-Bataillone«, erwies sich für die Besatzer in Weißrußland als schwierig. Die Zahl dieser Verbände, die aus Weißrussen aufgestellt werden konnten, blieb weit hinter denen aus Litauern, Letten, Esten, Ukrainern und später auch Russen zurück. Anfangs war das auf politische Vorbehalte der Deutschen gegenüber den Weißrussen zurückzuführen, die generell unter dem Verdacht der Sowjetfreundlichkeit standen. Später scheinen sich nicht genügend Männer gefunden zu haben, die als fanatisch genug in der Ablehnung des Sowjetsystems galten. Statt dessen schickten die Besatzungsorgane Bataillone aus anderen Nationalitäten des Sowjetstaates nach Weißrußland. So waren im Frühjahr 1943 im GK Weißruthenien 15 Schuma-Bataillone (etwa 5500 Mann) stationiert: sieben ukrainische, vier litauische, zwei lettische, aber nur ein weißrussisches. Schließlich gab es insgesamt vier weißrussische, aber allein 117 baltische Schuma-Bataillone (die in verschiedenen Regionen des besetzten Gebiets eingesetzt waren). Noch 1944 setzten SS und Polizei auf die »Ansiedlung« von Kampfverbänden aus Kosaken, Kaukasiern und Russen in Weißrußland.⁴⁷⁸

Im Militärverwaltungsgebiet bevorzugte die Wehrmacht ab 1942 die Aufstellung russischer Verbände, nahm aber auch Weißrussen darin auf. Sie rekrutierte die Männer hauptsächlich aus ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen.⁴⁷⁹ Begonnen hatte man dort ebenfalls – bereits im Juli 1941 – mit der Aufstellung von Kampfverbänden aus kriegsgefangenen Ukrainern, dann aus Kosaken.⁴⁸⁰ Das OKH und Hitler genehmigten die besonders aktive Rekrutierungspolitik im Mittelabschnitt jedoch nur in kleinen Schritten.⁴⁸¹ Außerdem rekrutierte man anfangs teilweise nur Personen, die oder deren Verwandte in der Sowjetunion zu Haftstrafen verurteilt worden waren – wofür auch immer. Diese sollten gleichfalls bevorzugt für politische Kollaborations-

⁴⁷⁸ Zum letzten Punkt Kap. 9.6b. Siehe Vortrag des KdO Weißruthenien, Klepsch, v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 173; Tessin, Teil II, S. 58 und 63; Turonek, S. 201, nennt außer den Anfang 1944 existenten drei weißrussischen Schuma-Bataillonen vier, die in Aufstellung gewesen seien. Vgl. HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Kräfteübersichten mit Stand v. 20. 7., 20. 9., 20. 12. 1943, 30. 1. und 29. 2. 1944, BA-MA SF-01/31688, Bl. 27–31 und 86–92, und SF-01/4053, Bl. 4380–94; und z.B. Vern. J. S. (ehemaliger deutscher Betreuungsoffizier) v. 27. 8. 1963, ZStL 202 AR-Z 94(e)/59, Bl. 211f.

⁴⁷⁹ Siehe z.B. Walther Hansen [ehemaliger Ia des Kommandeurs der Osttruppen beim OKH], Die Kosaken-Abteilung 600 in Mogilew, sowie: Das »Ost-Ersatz-Regiment Mitte«, IfZ Zs 405/III, Bl. 20ff. und 28ff.; Div. Nachschub-Führer 350, Betr.: Aufstellung einer Reiterhundertschaft aus Kriegsgefangenen an 221. Sich.Div. v. 22. 10. und 7. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 57075, Bl. 476–478 und 571f. Über die Umbenennung von fünf Btl. in »Ostbataillone« 601–605, der »Kosaken-Abteilung 600« und des Ost-Ersatz-Regiments Mitte sowie ihre Zuweisung an verschiedene Sicherungsdivisionen: Berück Mitte, Ia, v. 27. und 30. 9. 1942, BA-MA WF-03/13353, Bl. 1235–1237 und 1244.

⁴⁸⁰ Aus den Ukrainern wurde am 24. 8. 1941 auch das erste Schuma-Btl. unter Führung des HSSPF Rußland-Mitte aufgestellt. KTB 221. Sich.Div., Ib, v. 15. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 262; Tessin, Teil II, S. 63; Tagebuch Bach-Zelewski v. 24. 8. 1941, BA R 20/45b, Bl. 10; Referat des KdO Weißruthenien, Klepsch, v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 169. Ferner Tagebuch v. Bock v. 17. 10. 1941, BA F 57128, Bl. 492; Berück Mitte, Ia/Qu/IVa v. 30. 10. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 181–183; Stab Berück Mitte, Ia, Vorschläge zur Vernichtung der Partisanen im rückw. Heeresgebiet und in den rückw. Armeegebieten v. 1. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 309; Berück Mitte, Ia, Betr.: Bildung des Kosaken-Rgts. 102 v. 25. 4. 1942, sowie Besprechungspunkte für Divisions-Kommandeur-Besprechung [am 12. 6. 1942], BA-MA WF-03/7364, Bl. 574 und 753.

⁴⁸¹ Siehe die drei zuletzt genannten Quellen; Mulligan 1988, S. 126 und 147ff. Als treibende Kräfte beim Aufbau der sogenannten Osttruppen nennt Mulligan Claus Schenck Graf v. Stauffenberg und Johann Schmidt von Altenstadt. Zu Hitlers Haltung in dieser Frage Krausnick (Hg.) 1954, S. 305–312.

organisationen geworben werden. Demoralisierte Kriegsgefangene wurden mit dem Versprechen geworben, daß sie in den Kampfverbänden keine Hungerrationen mehr bekommen würden.⁴⁸² Die so gebildeten Einheiten wurden bis Mitte 1944 hauptsächlich nicht an der Front, sondern zur Partisanenbekämpfung eingesetzt.⁴⁸³ In Weißrußland waren die Bataillone aus sowjetischen Kollaborateuren mit bis Anfang 1944 höchstens 10000 Mann zahlenmäßig deutlich schwächer als die deutschen Polizei- und Sicherungstruppen, im Gegensatz zu den stationären Polizeidienststellen, bei denen die einheimischen Kräfte die Mehrheit bildeten.

Das Verhalten der weißrussischen Hilfspolizei liefert einige Indikatoren für die Frage nach der Kollaboration. Wohl gab es eine Reihe von Aufständen und Massendesertionen, doch vor allem bei geschlossenen Einheiten und »Hiwis«.⁴⁸⁴ Die Zahl der Desertionen aus stationärem Ordnungsdienst und Schutzmannschaften war dagegen ziemlich klein.⁴⁸⁵ In den geschlossenen Verbänden war die Chance zum Überlaufen größer, und manche Kriegsgefangenen traten ihnen von Anfang an nur bei, um eine Gelegenheit hierfür zu suchen. Tatsächlich war die Disziplin innerhalb dieser Einheiten generell schlecht, der Umgang der Offiziere und Männer und die intern verhängten Strafen ausgesprochen brutal.⁴⁸⁶ Gerade die stationäre einheimische Polizei hatte aber sehr hohe Verluste, die auf einen hohen Grad an Kampfmotivation und Loyalität, oder besser: von Interessenübereinstimmung mit der Besatzungsmacht hinweisen. So hatte der Ordnungsdienst bei der Heeresgruppe Mitte zwischen August 1942 und dem Beginn des Rückzugs im Juni 1944 über

⁴⁸² Zum sogenannten »Versuchsverband Osintorf«, der anfangs auch für Geheimaufträge hinter der Front vorgesehen war, Kalinin, S. 213ff.; dazu weiter v. Gersdorff, S. 115ff. (der Vorschlag zur Aufstellung stammte danach vom Ia der H.Gr. Mitte, v. Tresckow) und Mulligan 1988, S. 149. Siehe auch folgende Anm.; zur Werbung von Kollaborateuren Chiari 1998, S. 116.

⁴⁸³ Siehe Mulligan 1988, S. 205ff.; H.Gr. Mitte, Ia/Ib/Ic AO, Betr.: Versuchsverband Osintorf v. 26. 6. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 625; Der Führer, OKW/WFSt, Weisung Nr. 46: Richtlinien für die verstärkte Bekämpfung des Bandenunwesens im Osten, in: Hubatsch, S. 204; [RSHA,] VI C Z, Betrifft: Unternehmen »Zeppelin« v. 10. 3. 1943, BA D-H ZR 920, A. 49, Bl. 17 (über die sogenannten Drushina-Verbände, die truppendienstlich den EGr A und B, einsatzmäßig den HSSPF unterstellt wurden).

⁴⁸⁴ So im Lager Osintorf: Walther Hansen, Im Bereich des Kommandierenden Generals der Sicherungstruppen und Befehlshabers im Heeresgebiet Mitte, IfZ Zs 405 II, hier Bl. 46f. Vgl. Leitender Feldpolizeidirektor bei der Sich.Div. 203, Bericht v. 20. 9. 1942 (Abschrift), BA-MA WF-03/13353, Bl. 1230-1232 (67 Mann übergelaufen); v. Vegesack, S. 182 und 192 (Beispiele aus dem Jahr 1942); Kalinin, S. 213ff., zum Überlaufen des Verbandes des Obersten Gil-Rodionow im Gebiet Glebokie, August 1943; dabei sollen 97 Deutsche getötet worden sein: Vern. B. W. v. 16. 8. 1968, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 3054; H.Gr. Mitte, Ic-Bandenmeldungen v. 21. und 22. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 18500, Bl. 881-884 (94 bzw. 174 Überläufer aus verschiedenen Formationen); Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Monatsbericht Oktober v. 9. 11. 1943, BA-MA WF-03/5369, Bl. 253 (Abzug von Verbänden von der Front wegen wachsender »Unzuverlässigkeit«); GFP-Gruppe 717, Betr.: Unternehmen »Kugelblitz« v. 19. 3. 1943, BA-MA WF-03/32845, Bl. 995 (Überlaufen von 557 Wolgataren bei Witebsk am 23. 2.); hierzu auch Brodski, S. 256f. Zu den Desertionen v. a. in der Spätphase auch Chiari 1998, S. 173f. und 181.

⁴⁸⁵ AOK 9, O.Qu./Qu.2/VII, Lagebericht Oktober v. 2. 11. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 403; Leitender Feldpolizeidirektor bei H.Gr. Mitte, Arbeitsübersichten April und Mai v. 5. 5. und 5. 6. 1944, BStU RHE 37/76, Bd. 8, Bl. 30 und 39 (449 bzw. 479 Deserteure, darunter nur vier bzw. ein Mann OD im gesamten Heeresgruppenbereich) vgl. Anm. 2/471.

⁴⁸⁶ Siehe z.B. Beitrag des Propagandisten Bjedritzki bei der Propagandistentagung in Minsk am 26./27. 10. 1943, IfZ Fb 101/34; SS-Sonderbataillon Dirlwanger an Bach-Zelewski v. 12. 5. 1943, BA-MA SF-01/31700, Bl. 501-503; Kalinin, S. 216; Chiari 1998, S. 172 und 178f.

4000 Tote.⁴⁸⁷ Daluege begründete die enorme Erweiterung der »Schutzmannschaften« im Jahr 1942 mit den bis dahin »übereinstimmend guten Erfahrungen« mit ihnen in den besetzten sowjetischen Gebieten.⁴⁸⁸ Im Sommer 1944 zogen mehr als die Hälfte der bewaffneten Kollaborateure unter großen Verlusten mit den Deutschen ab und nahmen ihre Familien mit. Ähnlich war es im östlichen Landesteil schon im Herbst 1943.⁴⁸⁹ Die allermeisten hatten sich zu weitgehend und zu willig an den deutschen Verbrechen gegen politische Gegner, Juden und bei der sogenannten Partisanenbekämpfung beteiligt. Auch für diese Überzeugungstäter gab es kein Zurück mehr.

c) Politische Kollaboration

Mit Hilfspolizei sowie allgemeiner und landwirtschaftlicher Verwaltung verfügten die Deutschen also über ein Korps von mehr als 150 000 weißrussischen Helfern. Weitere arbeiteten in deutschen Dienststellen wie Gebietskommissariaten und Arbeitsämtern, und diesen Apparat hatten die Besatzer auch einigermaßen unter Kontrolle. Weniger Erfolg als bei dieser Verwaltungskollaboration hatten sie hinsichtlich der weißrussischen politischen Kollaborationsbewegung, die sie praktisch nur im GK Weißruthenien zuließen.⁴⁹⁰ Die starken prosowjetischen Traditionen im Lande und der schwach ausgeprägte Nationalismus führten dazu, daß die dort von den deutschen Stellen geduldeten und geförderten politischen Organisationen sich mit ihrem nationalistischen Kurs schnell isolierten. Im Rahmen der deutschen Besatzungspolitik, den sie nicht übertraten, blieb überdies kein Raum für überzeugende politische Konzepte.⁴⁹¹

Sammelbecken der politischen Mitläufer der Deutschen war lange das im Herbst 1941 gegründete »Weißruthenische Selbsthilfewerk« (WSW) unter Dr. Iwan Ermat-

⁴⁸⁷ Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 474; z. B. im Juli 1942 346 Tote: Bericht Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Monatsbericht Juli v. 7. 8. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 1048. »Fremdvölkische« Schutzmannschaften im GK Weißruthenien hatten binnen sechs Monaten 268 Tote: Referat KdO Weißruthenien, Klesch, v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 177. Der OD in Neswisch etwa hatte im Lauf der Zeit 40 Tote: Vern. W. S. v. 22. 2. 1960, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 1033, vgl. Anm. 2/471.

⁴⁸⁸ Jahresbericht Dalueges für 1942 v. 1. 2. 1943, BA F 5548, Bl. 221.

⁴⁸⁹ Vgl. AOK 9, Qu. 2, Vortragsnotiz über die Treckbewegung v. 4. 10. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 191; Okdo. H.Gr. Mitte, O.Qu./VII, Abschlussbericht für Juni bis August v. 7. 9. 1944, Nbg. Dok. NO-2545 (Abschrift); Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 476. Der Bericht des Militärverwaltungschefs Tesmer zeigt den zynischen Umgang der Besatzungsmacht mit diesen Personen: »Auch die 21 000 Familienangehörigen bedeuten einen wertvollen Zuwachs an Arbeitskraft für das deutsche [sic] Reich. Durch den 1000 km-langen Treck, allen Witterungsunbilden ausgesetzt, ohne Unterkunft in der Nacht, sind alle kranken und schwachen Elemente ausgeschieden worden, so dass die jetzt vorhandenen Familienangehörigen eine natürliche Auslese für den landwirtschaftlichen Einsatz in Deutschland bedeuten.« Für die Flucht stellten die Besatzungsbehörden teilweise »Schutzbriefe« aus. Im Gegensatz zu Hilfspolizei, Verwaltung, »Heimatwehr« und örtlich auch dem Klerus lehnte es die Landbevölkerung, darunter viele Wehrdorfbauern, überwiegend ab, sich den Deutschen anzuschließen. Stadtkommissar Minsk, Abschlußbericht v. 27. 7. 1944, und GebK Sluzk, Räumungsbericht, BA-MA PPF-01/7869, Bl. 1607 und 1652; GebK Kobryn, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 21. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 171.

⁴⁹⁰ Im Gebiet des entstehenden Bezirks Bialystok löste die Wehrmacht die spontan gebildeten »Weißrussischen Komitees« rasch wieder auf. EM 50 v. 12. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1878. – Ein völliger politischer Fehlschlag war die von Kube favorisierte »Weißruthenische Autokephale Orthodoxe Nationalkirche«. Siehe Dallin, S. 499–501; Fireside, S. 139.

⁴⁹¹ Vgl. Dallin, S. 229–237. Eine neuere Darstellung, die sich ebenfalls auf die politische Kollaboration konzentriert, liefert Turonek, S. 99–106, 136–144, 161 ff., 209 ff. Siehe ferner Wilenchik, S. 231 ff.

schenko, das der Abteilung Gesundheitswesen und Volkspflege des Generalkommissars in Minsk unterstand.⁴⁹² Es sollte ursprünglich als Wohlfahrtsorganisation die übelsten sozialen Folgen der deutschen Politik der Unterversorgung in den Städten durch Armenspeisungen, Kleiderspenden und ähnliches mildern oder übertünchen. Damit diente es gleichzeitig als propagandistisches Aushängeschild und zum Abwälzen der sozialen Lasten auf die noch etwas besser gestellten weißrussischen Kreise.⁴⁹³ Die geringen Leistungen des WSW waren angesichts der Not nur ein Tropfen auf den heißen Stein.⁴⁹⁴ Das WSW scheint auch Vorbild für weitere »Selbsthilfewerke« bis in den Militärverwaltungs Bereich nach dem Modell der NS-Volkswohlfahrt geworden zu sein.⁴⁹⁵ Jedoch verlegte es sich bald auch auf die Kulturarbeit, um auf diese Weise stärker identitätsbildend und politisch tätig zu werden. Ohnehin beschränkte sich seine Tätigkeit auf die Städte, wo es die antikommunistische Intelligenz in sich vereinigte. Nicht alle deutschen Beamten sahen die Ausweitung seiner Arbeit mit Wohlwollen,⁴⁹⁶ sie wurde aber letztlich toleriert. Der KdS Minsk wertete das WSW als isoliertes Oberschichtphänomen, sah es »mit seiner linken Grenze bereits im Walde« und verzeichnete Fluchten von WSW-Mitgliedern zu den Partisanen.⁴⁹⁷ Über die Mitgliederzahlen schwanken die Angaben, insgesamt waren es bis zu 80000.⁴⁹⁸ Die po-

- 492 RMO II ra, Einstellungsbescheid für Ermatschenko als Leiter des »einheimischen Selbsthilfewerks« v. 26. 9. [1941], Faksimile in: Romanowski, S. 105; Kubes Aufruf »zur Mithilfe für die Leidenden, Hungernenden und Frierenden« sowie Obdachlosen (zweite Jahreshälfte 1941), GebA Minsk 623-2-1, Bl. 111; rückblickend Deutsche Zeitung im Ostland v. 5. 11. 1942 (hiernach Gründung am 4. 11. 1941); Dallin, S. 229; Wilenchik, S. 234; zum WSW eingehend Chiari 1998, S. 114-123. – Ermatschenko, Arzt, ehemals zaristischer und weißgardistischer Offizier, Emigrant aus Prag, wurde 1943 vom KdS Minsk wegen Korruption verhaftet. Turonek, S. 41 ff., 101 f., 146 ff., 159 ff., 187 ff.; Reitlinger, 1963 S. 188; Dallin, S. 229; Wilhelm 1975, S. 871 f., Anm. 197; nach Loftus, S. 33 und 91, siedelte Ermatschenko nach dem Krieg in die USA über.
- 493 »[D]ie zahlreichen Armen, Kranken und Invaliden, die nicht [...] in unmittelbarem deutschen Dienste hilfebedürftig geworden waren, konnten in erster Linie der Fürsorge ihrer Landsleute überlassen bleiben.« Abschußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH v. 382, Bl. 126. »Zur Linderung der Not in den Städten«: Okdo. H.Gr. Mitte, Militärverwaltungsanordnungen, Stand 1. 12. 1942, BA-MA WF-03/5470, Bl. 633; vgl. Minsker Zeitung v. 15. 4. 1942; Deutsche Post aus dem Osten, 14/Neue Folge (1942), H. 5, S. 32.
- 494 Siehe Stadtverwaltung Brest, Tätigkeitsbericht v. 22. 10. 1943, BA F 13751, Bl. 1214; Rayonverwaltung Borissow an den Gemeindeältesten Loschnitza v. 23. 1. 1942, GebA Minsk 624-2-1, Bl. 20; Deutsche Zeitung im Ostland v. 1. 8. 1942 (Gebiet Lida).
- 495 Auf Weisung von RKO und RKU sollten die GebK nötigenfalls derartige Organisationen schaffen. GK Wollhynien-Podolien, Lagebericht v. 1. 11. 1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 27; vgl. Abschußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 383, Bl. D 11.
- 496 Siehe die Referate Kubes v. 8. 4. und des Abteilungsleiters Politik im GK Weißruthenien, Langer, v. 10. 4. 1943, HfZ Fb 85/I, Bl. 32 und 180.
- 497 Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 38 und 50 v. 22. 1. und 16. 4. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 407, 415 (Zitat) und 816 f.: »zusammengewürfeltes Gremium verschiedener Charaktere veränderter Politiker (z. T. Emigranten) und Idealisten mit demokratischen Neigungen und autoritären Konzeptionen«.
- 498 Ludwig Golubowitsch, Weißruthenien unter deutscher Besatzung 1941-44, Entwürfe zum 2. Teil, BA OstDok 13/508, Teil III A. Die Zahlenangaben dieses ehemaligen Kollaborateurs sind allerdings generell mit Vorsicht zu behandeln. Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 v. 22. 1. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 415 (20000); Chiari 1998, S. 117, Anm. 534 (knapp 30000 Ende 1942); GebK Baranowitsche, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 114 (allein 20000 im Gebiet); Minsker Zeitung v. 1. 9. 1943, ZStA Minsk 391-1-87, Bl. 62 (12000 im Gebiet Borissow); Deutsche Zeitung im Ostland v. 1. 8. 1942 (500 im Gebiet Lida).

litischen Aktivitäten des WSW waren letztlich ebenso gering wie sein Einfluß.⁴⁹⁹ Doch gingen weitere prodeutsche Organisationen daraus hervor.

Darunter befanden sich auch das »Weißruthenische Jugendwerk«, das 1943/44 relativ viel Anklang fand,⁵⁰⁰ und das sogenannte »Nebenbüro«, das zu Kubes persönlicher Beratung diente und »Keimzelle der künftigen zentralen ›Selbstverwaltung‹« werden sollte.⁵⁰¹ Doch erst Kubes Nachfolger v. Gottberg, der eigentlich der politischen Kollaboration äußerst mißtrauisch gegenüberstand, machte aus den verschiedenen inoffiziellen Beratungsgremien im Dezember 1943 eine offizielle Organisation, den »Weißruthenischen Zentralrat« (WZR) unter Radoslaw Ostrowski.⁵⁰² Ihm wurden nun die Kompetenzen insbesondere für das Schulwesen, aber auch für Kultur, Soziales und die Versorgung der Evakuierten aus dem Osten offiziell eingeräumt. Freie Hand hatte der Zentralrat aber nicht.⁵⁰³ Der WZR-Etat umfaßte praktisch nur zwei Posten: 32,5 Prozent der Ausgaben gingen in die Schulverwaltung, 65,7 Prozent in die Militärorganisation »Weißruthenische Heimatwehr«. Mittel für Wohlfahrtsleistungen wurden anscheinend gestrichen.⁵⁰⁴ Die neue Politik ähnelte in ihrer Flexibilität und im Ziel einer gemischten Landesverwaltung unter scharfer deutscher Kontrolle der Heydrichs im Protektorat Böhmen und Mähren; tatsächlich wurde v. Gottberg als Berater der ehemalige Präsidialchef der Landesregierung in Mähren, SS-Hauptsturmführer Dr. Hermann Marcus, beigegeben.⁵⁰⁵ Der Aufbau der neugegründeten »Weißruthenischen Heimatwehr« – bereits seit 1942 bestand auf dem Papier die Vorläuferorganisation »Weißruthenisches Verteidigungskorps« – scheiterte weitgehend, unter anderem an Waffenmangel und Indis-

499 »Stimmungsbericht aus Weißruthenien«, BDC, O. 307, Bl. 401f.; Aktenvermerk über Bericht Dr. Kleist v. 2. 9. 1942, BA 11.01, Nr. 51, Bl. 101.

500 Vgl. unten S. 1083–1086 und die Einschätzung von N. Müller 1971, S. 213.

501 So Turonek 1996, S. 197; vgl. Turonek, S. 101f.; Aktenbestand 372 im ZStA Minsk.

502 Minsker Zeitung v. 23. 12. 1943; Verordnung über das Statut des Weißruthenischen Zentralrats v. 21. 12. 1943, in: Amtsblatt des GK in Minsk 4 (1944), S. 81f.; Dallin, S. 233–235; Turonek, S. 209ff. – Ostrowski, 1887–1976, war Grundbesitzer aus Sluzk, Studienrat, 1918 »Erziehungsminister« des weißrussischen »Staates«, in der Zwischenkriegszeit Angehöriger der weißrussisch-nationalistischen »Hromada«, zeitweise Abgeordneter im polnischen Sejm, firmierte auch nach 1945 im US-Exil als »Präsident des Weißrussischen Zentralrats«. Loftus, vor S. 119 und 120f.; Dallin, S. 234; GVK, Bd. 3, S. 522.

503 Verordnung v. 21. 12. 1943, a.a.O.; Bericht über die erste Sitzung des WZR, Deutsche Zeitung im Ostland v. 25. 1. 1944; GK Weißruthenien, Lagebericht v. 10. 4. 1944, BA-MA FPF-01/7886, Bl. 654f.; GebK Baranowskische, Lagebericht 1. Quartal 1944, BA F 13683, Bl. 65; Minsker Zeitung v. 2./3. 4. 1944; RMO I/8 (Dr. Kienzlen), Entwurf einer Aufgabenbeschreibung der deutschen Seite und des WZR im Schulwesen v. 17. 2. 1944, BA R 6/284, Bl. 6ff.; Chiari 1998, S. 100–103. – Dem WZR wurden Bibliotheken übergeben, er durfte sie aber nicht eröffnen, weil trotz mehrfacher Säuberungen »noch manches bolschewistische Buch« darin vermutet wurde. Von Gottberg wollte die Einführung der Antiquaschrift statt des Kyrillischen gegen den WZR durchsetzen. Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, Hauptarbeitsgruppe Mitte v. 4. 4. 1944, BA F 13666, Bl. 995; RMO, Vermerk über eine Spitzenbesprechung mit v. Gottberg am 1. 3. v. 10. 3. 1944, BA-MA FPF-01/7886, Bl. 861f.

504 Ostrowski an GK Weißruthenien, Haushaltsplan 1944 v. 30. 5. 1944 (Abschrift) und RMO II 6f v. 9. 6. 1944, BA R 6/284, Bl. 40ff.

505 Vern. Dr. Hermann Marcus v. 19. 1. 1978, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. Angehörige anderer Dienststellen. Nach einem undatierten Kassiber des später inhaftierten ehemaligen BdS Minsk, Ehrlinger, an seinen Anwalt Dr. Aschenauer ging von Marcus die »Initiative zur Gründung eines eigenen weißruth. Staates« aus (ZStL 204 AR-Z 21/58, Bl. 2638).

ziplin,⁵⁰⁶ obwohl es zahlreiche Meldungen gegeben haben soll. Sie wurden aber teils mit Todesdrohung erpreßt. Ein Teil der Rekruten wurde in sechs Heimwehr-Pionier-Bataillonen zusammengefaßt, weitere in Wehrmacht-Pionierbataillone eingegliedert.⁵⁰⁷ Aus der »Weißruthenischen Heimatwehr« ging Anfang 1945 die 30. Waffen-SS-Grenadierdivision (weißruthenische) hervor.⁵⁰⁸

Ihr Ziel der Mobilisierung aller politischen und militärischen Kräfte gegen die Sowjets erreichte die Besatzungsmacht in Hinblick auf die Masse der Bevölkerung 1944 nicht. Darauf weist auch die Entwicklung bei den Massenmedien hin, so bei den Zeitungsauflagen.⁵⁰⁹ Jedoch gelang es der deutschen Verwaltung – etwa mit den »Wehrdörfern« (vgl. Kap. 9.6) –, auch zu diesem Zeitpunkt noch, ihre Sympathisanten zu mobilisieren und enger an sich zu binden, immerhin mehrere zehntausend Menschen. Symptomatisch war die Tagung der sogenannten Weißrussischen Nationalversammlung mit rund 1000 Delegierten am 27. Juni 1944 in Minsk, nur eine Woche bevor die Sowjets die Stadt zurückeroberten. Es war buchstäblich schon der Artilleriedonner der sowjetischen Offensive zu hören. Unter dem Blickwinkel der Fähigkeit der deutschen Verwaltung, Anhänger bis zum Schluß zu mobilisieren, war diese Veranstaltung weniger lächerlich und unbeachtlich, als sie oft dargestellt wird.⁵¹⁰ Die Delegierten wurden anschließend sofort in einem Sonderzug über Königsberg und Posen nach Berlin gebracht und entfalteten später im Reich weitere politische Aktivitäten etwa unter den weißrussischen Zwangsarbeitern. Viele von ihnen setzten ihre gegen die Sowjetunion gerichteten Anstrengungen im Exil in den USA, Großbritan-

506 Zum »Weißruthenischen Verteidigungskorps« Dallin, S. 230f.; Turonek, S. 145–149; über den ersten Offizierskurs BdS Ostland, Ereignismeldung an RKO v. 11. 8. 1942, BA-MA FPF-01/7914, Bl. 326. Zu den Problemen bei der Aufstellung der »Heimatwehr« KTB WBfh. Weißruthenien v. 7. 3. 1944, BA-MA WF-05/7663, Bl. 774; Schreiben des Propagandisten Bjedritzki an den Polizeigebietskommandanten Baranowitschi, Mocha (undatiert), BA R 90/159; GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 121. Siehe auch Deutsche Zeitung im Ostland v. 11. 3. und 1. 4. 1944; GK Weißruthenien (gez. i. A. Dr. Marcus), Verteidigungsformel der Weißruthenischen Heimatwehr v. 21. 3. 1944 und Der Präsident des WZR, Anweisung über die Verteidigung v. 20. 3. 1944, BA-MA WF-03/5483, Bl. 926–930.

507 Vgl. N. Müller 1971, S. 224f.; Chiari 1991, S. 70 (nach einer Quelle wurden von über 90000 Gemeldeten aus Waffenmangel nur 29000 eingezogen); ähnlich Bericht Golubowitsch, Entwurf zum 2. Teil, IVa, BA OstDok 13/508; KTB WBfh. Weißruthenien v. 11. 4. 1944 (angeblich 40000), BA-MA WF-05/7663, Bl. 799; Auswärtiges Amt, Pol V, Zur Information v. 31. 3. 1944, BA F 14228, Bl. 1345 (angeblich 60000); GebK Baranowitsche, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 121; WBfh. Weißruthenien, Betr.: »Heimat-Wehr« v. 11. 3. 1944, Faksimile in: Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 5, S. 414.

508 Loftus, S. 39–41; Tessin, S. 63f.; Turonek, S. 230–232; Romanowski, S. 197.

509 Der Leiter der Propagandisten [Bjedritzki] an GebK Baranowitschi v. 14. 1. 1944, BA R 90/159 (die Auflage der einzigen Zeitung im Gebiet Baranowitschi mit 300000 Einwohnern war von 4000 auf 2000 gesunken); Kurze Charakteristik der wichtigsten fremdsprachigen Zeitungen der besetzten Ostgebiete v. 14. 5. 1942, BA-MA SF-01/28985, Bl. 95–111 (es gab 130 Zeitungen, davon z.B. 60 auf ukrainisch, 14 auf estnisch, 16 auf russisch, aber nur sechs auf weißrussisch; die größte, die »Bjellarusskaja Hazeta«, hatte eine Auflage von 34000); Eschenhagen, Leiter der Pressestelle beim GK Weißruthenien, Bericht v. 19. 8. 1944 und Anlage: »Nichtdeutsche Zeitungen in Weissruthenien« (im weißrussischen Raum gab es 14 Zeitungen mit einer Auflage von 350000 Exemplaren wöchentlich), BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1532–1545. – In auf weißrussisch gesendeten Radioprogrammen lief – so die Beschwerde eines einheimischen Propagandisten – »Musik, nur Musik«. Auszüge aus der Propagandistentagung in Minsk v. 26./27. 10. 1943, IFZ Fb 101/34. Dazu kamen vorwiegend landwirtschaftliche »Bildungsprogramme«.

510 Vgl. Dallin, S. 236; weiter Vakar, S. 203ff. Es war offiziell die »2. Tagung« nach 1918.

nien und in der Bundesrepublik Deutschland fort.⁵¹¹ Ein Teil der antikommunistischen weißrussischen »Volksfront« im heutigen Belarus, momentan in der Opposition, beruft sich nicht nur auf die Nationalversammlung von 1918, sondern auch auf die Kollaborationsbewegung unter deutscher Besatzung.⁵¹²

Kollaboration und Alltagsleben unter der deutschen Besatzung in Weißrußland müssen noch weiter erforscht werden.⁵¹³ Jenseits der Ebene politischer Funktionsträger handelt es sich um eine Grauzone, die mit dem Wort »Kollaboration« nicht differenziert genug beschrieben ist. Wir haben es mit einer kaum nachvollziehbaren Situation zu tun, einem äußerst komplizierten Spannungsfeld zwischen Besatzungsterror, ständiger latenter oder offener Bedrohung, Anpassung an die neuen Bedingungen, dem materiellen Überlebenskampf vor allem in den Städten, teils vorhandenen Sympathien für gewisse politische Maßnahmen der Deutschen (wie die Agrarreform) und dem Ausbruch von Antisemitismus, verschiedenen nationalen und unterschiedlichsten, teils bizarren politischen Orientierungen. Hinzu kam die Suche nicht weniger Weißrussen nach persönlichen Vorteilen, aber auch das Wachsen von Solidarität, die vielleicht stärkste Widerstandsbewegung in Europa, begleitet vom passiven Widerstand breiter Volksmassen, und der schiere Wunsch der Menschen, zwischen all dem zu überleben. Dies alles kann im Rahmen dieser Arbeit nicht eingehend untersucht werden. Dennoch sind einige Urteile über den Grad an Kollaboration in der weißrussischen Gesellschaft zu revidieren.⁵¹⁴ So ist es zu schematisch, davon auszugehen, daß sich lediglich im Westen Weißrußlands, der 1941 erst zwei Jahre zur Sowjetunion gehörte, unter vermeintlich bürgerlichen Elementen Helfer der Deutschen fanden.⁵¹⁵ Auch die Behauptung, daß sich außer den von den Deutschen mitgebrachten Emigranten nur einzelne Kollaborateure fanden, ist nicht haltbar.⁵¹⁶ Ebenso wenig war das weißrussische Volk quasi immun gegen den Antisemitismus, oder gingen Weißrussen etwa nur in die Polizei, um die Deutschen gewissermaßen zu kontrollieren und das Schlimmste zu verhüten.⁵¹⁷ Was die Bevölkerung angeht, wird man, vereinfachend ausgedrückt, von mehr Kollaboration als angenommen, aber weniger als in den anderen besetzten Sowjetrepubliken und als in vielen anderen Ländern des besetzten Europa ausgehen müssen. Was die weißrussische Hilfsverwaltung betrifft, war sie keineswegs funktionsuntüchtig, ebenso wenig wie die deutsche Besatzungsverwaltung. Auch die Partisanen konnten sie nicht völlig lahmlegen. Die deutsche Besatzungspolitik war damit trotz vieler Widerstände im Grunde durchsetzbar.

⁵¹¹ Siehe Loftus, S. 37 ff.; Romanowski, S. 205 ff.; Dallin, S. 235 f.; Bericht Golubowitsch, Entwürfe für den 2. Teil, BA OstDok 13/508, Teil IVa; Stadtkommissar Minsk, Räumungsbericht v. 27. 7. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1616 f.

⁵¹² Sahn, S. 554 und 556 f.

⁵¹³ Siehe den Problemaufriß von Chiari 1995, besonders S. 556–560. Chiari 1998 liefert wertvolle Ergebnisse, konzentriert sich jedoch auf bestimmte Milieus und auf politische Funktionsträger. Seine Untersuchung bezieht sich z. B. weniger auf den alltäglichen Überlebenskampf der städtischen Bevölkerung und auf die Produktionssphäre. – Keine neuen Erkenntnisse zum Thema liefert Wilhelm 1994.

⁵¹⁴ Hierzu jetzt umfassend Chiari 1998.

⁵¹⁵ In diesem Sinne N. Müller 1971, S. 84 ff., und Czollek 1974, S. 52.

⁵¹⁶ Romanowski, S. 89.

⁵¹⁷ So die Darstellung in der weißrussischen Exilliteratur; siehe die Zusammenfassung bei Cholawsky 1988, S. 330–335.

Der politische und gewalttätige Druck, der von der erfolgreichen prosowjetischen Guerillabewegung ausging, bewirkte nicht, daß sich alle Bewohner des Landes von den Besatzern abwandten.⁵¹⁸ Sehr wohl führte er jedoch zu einer zunehmenden politischen Polarisierung. Die Bevölkerung wurde zwangsläufig in die Konflikte hineingezogen. Die Widersprüchlichkeit und Schwierigkeit des Alltagslebens unter der Besatzung zwischen oder jenseits von Kollaboration und Widerstand ist unbedingt hervorzuheben. Jedoch ist der gesellschaftliche Prozeß im besetzten Weißrußland 1941 bis 1944 nicht auf den Nenner eines bloßen Überlebenskampfes, »eine[r] allgemeine[n] Barbarisierung des Lebens«, einer »allgemeinen Fragmentierung gewachsener politischer Strukturen« und eines »Bedeutungsverlust[s] politischer Kategorien« zu bringen.⁵¹⁹ Zwar konnte weder ein Bekenntnis zur Besatzungsmacht noch zu den Partisanen völlige Sicherheit garantieren. Aber gerade der beiderseits ausgeübte Druck forderte, da es kaum möglich war, sich aus den Konflikten herauszuhalten, jenseits des manchmal unvermeidlichen Lavierens dazu heraus, unpolitische Haltungen aufzugeben und Stellung zu beziehen. Die Deutschen und besonders die Partisanen standen zunehmend für Identifikationsangebote, zwischen denen weite Teile der Bevölkerung gerade in der Spätphase der Besatzung wählten.⁵²⁰

3.6 Die Besatzungstruppen

Die deutschen Sicherungstruppen, SS- und Polizeieinheiten im besetzten Weißrußland waren zahlenmäßig schwach. Das entsprach von Anfang an den deutschen Plänen, die etwa 60 Sicherungsdivisionen für den zu besetzenden Raum bis zur Wolga vorsahen, also eine auf je 60000 km² bzw. rund 2 Millionen Einwohner.⁵²¹ Dadurch sei, so war auch Hitler klar, »die Sicherung natürlich sehr dünn«. Daß eine absolute Kontrolle über die Bevölkerung mit diesem Kräfteinsatz so unmöglich war, wollte die deutsche Führung durch eine Taktik abschreckender Brutalität kompensieren.⁵²²

⁵¹⁸ Siehe zur Situation in den Dörfern Chiari 1998, S. 141ff.; zur Einschätzung der Erfolge der Partisanenbewegung Kap. 9.1 und 9.3.

⁵¹⁹ Zitate Chiari 1996, S. 15; ähnliche Aussage Chiari 1998, S. 5f. und 310ff. (letztes Zitat hier, S. 311).

⁵²⁰ Chiari (1998) deutet die Besatzungsgeschichte als von Unüberschaubarkeit geprägt, da eine politische »Orientierung« (S. 49) gefehlt habe, verzichtet dabei aber auf eine systematische Untersuchung der prosowjetischen Partisanenbewegung. Infolgedessen übersieht er nach meinem Eindruck ihre Rolle als *politischer* Faktor. Eine ähnliche, weniger bedeutende Rolle als Identifikationspunkt für Teile der Bevölkerung spielte, wie gerade aus Chiaris Darstellung (1998, S. 280ff.) hervorgeht, im Westen des besetzten Weißrußland die propolnische Armia Krajowa.

⁵²¹ KTB OKW v. 5. 12. 1940, Bd. 1, S. 205; zu Hitlers Rede am 9. 1. 1941 Helmuth Greiner, Die oberste Wehrmachtführung 1939–1943, Wiesbaden 1951, S. 344 (40–50 Divisionen); KTB Halder, Bd. II, S. 336 (30. 3. 1941); ebd., Bd. 3, S. 107 (23. 7. 1941, »mindestens 2/3 der zur Zeit bewegten Kräfte«); Besymenski, S. 62 (Vermerk Halders v. 15. 7. 1941: 56 Divisionen); Hitlers Weisung Nr. 32, Vorbereitungen für die Zeit nach Barbarossa v. 11. 6. 1941, in: Hubatsch, S. 129–133; Backe an Keitel v. 14. 5. 1941 mit der Bitte, in 2000 Rayons – der Hälfte der zu besetzenden Fläche – 36000 Mann zur Sicherung der »Erfassung« einzusetzen, BA-MA RW 19/739, Bl. 123f.; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 41; Wilhelm 1975, Anm. 62, S. 476–478.

⁵²² Aktenvermerk Bormanns über die Besprechung bei Hitler am 16. 7. 1941, in: IMT, Bd. 38, S. 86–94. Vgl. Kap. 9.2.

Auf diese Weise war auch hier der militärische Feldzugsplan ursächlich mitentscheidend für die verbrecherische deutsche Besatzungspolitik. Denn wesentlich mehr Sicherungstruppen als 60 Divisionen konnte die deutsche Führung aus ihrer Sicht nicht einsetzen, um noch ausreichend starke Kräfte für weitere Angriffsaktionen zur Verfügung zu haben.⁵²³ Oder umgekehrt: Das zu besetzende Gebiet überstieg schon von seiner puren Größe die Kräfte der Wehrmacht, sogar wenn man einen militärischen Sieg voraussetzte. Und noch eine Folgerung ergibt sich: Die dünne Truppenbelegung in den Besatzungsjahren war nicht eine Folge des Kriegsverlaufs, wie oft angenommen wird, sondern entsprach von der Größenordnung her dem schon Ende 1940 gefaßten Plan.⁵²⁴ Die Aufstellung und Ausbildung der Divisionen begann bereits sehr früh.⁵²⁵

Im Lauf der Zeit schwankte die Stärke der Besatzungstruppen in Weißrußland. Dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte standen im Sommer 1941 zunächst zur »Säuberung« bis zu sechs Divisionen zur Verfügung, im Herbst vier. Dazu kamen im Herbst 1941 zehn Wach- bzw. Landeschützenbataillone, zwei ukrainische Schwadronen und vier Gruppen Geheime Feldpolizei auf weißrussischem Boden.⁵²⁶ Der vor Kriegsbeginn geplante Stand von drei Sicherungsdivisionen wurde nur zeitweilig 1942 erreicht; im Herbst waren es wieder vier mit zusammen 38 Bataillonen. Dazu kamen drei Polizeiregimenter, die 1. SS-Infanterie-Brigade (mot), ein französisches Regiment, vier Reitereinheiten aus Kollaborateuren und neun teils dem HSSPF unterstehende Schutzmannschafts-Bataillone.⁵²⁷ Im Mai 1943 waren es zusammen 59 Bataillone, davon 26 von der Wehrmacht, 13 »landeseigene«, 15 ungarische und vier von der Polizei. Ihre Durchschnittsstärke betrug angeblich nur 350 Mann. Insgesamt standen danach nur 21 000 Mann auf 110 000 km² und 4,3 Millionen Einwohner zur Verfügung (in Wirklichkeit war die Truppenstärke wahrscheinlich etwas größer).⁵²⁸ So hatte die 403. Sicherungsdivision zeitweise ein Gebiet von 32 000 km² und die nur 4500 Mann starke 707. Infanteriedivision das gesamte GK Weißru-

523 Für den Krieg gegen die Sowjetunion hatte man unter Zusammenfassung der vorhandenen Kräfte 145 Divisionen angesetzt. Schon die Abgabe von 60 Sich.Div. mußte die Aktionsfähigkeit der Wehrmacht wesentlich einschränken.

524 Besetzt wurde weit weniger als die Hälfte des vorgesehenen Gebiets. Der Umfang der Sicherungstruppen betrug 1942/43 auf einer Fläche von ca. 1 Million km² 180 000–250 000 Mann, davon über die Hälfte Deutsche (Armstrong, Introduction, S. 37; Gottberg, S. 67; Bonwetsch, S. 112).

525 OKH, GenStdH/GenQu, Kriegsspiel (Februar 1941), Anlage 15: Anordnungen über militärische Hoheitsrechte, Sicherung und Verwaltung im rückwärtigen Gebiet und Kriegsgefangenenwesen, BA-MA RH 3/v. 132, Bl. 75 ff.; OKH, GenStdH/Ausb. Abt. (Ia), Richtlinien für die Ausbildung der Sicherungs- Divisionen [...] v. 21. 3. 1941, BA-MA RH 21–2/v. 100; ZSt Dortmund 45 Js 36/64, Bd. »Aufenthaltsermittlungen«, Vermerk v. 30. 3. und 14. 4. 1965 (zur 286. Sich.Div.).

526 Zunächst die 87., 102., 162., 221., 252. und 403., zeitweilig auch die 161. Inf.Div. bzw. Sich.Div., später die 221., 286., 339. und 403. Karte rückwärtiges Heeresgebiet Mitte v. 25. 7. 1941, BA-MA WF-03/7313, Bl. 179, und v. 31. 10. 1941, ZStL O. 361, Bl. 48–51; Berück Mitte, Ia, Verzeichnis Berück unterstehender Einheiten v. 20. 11. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 220–229.

527 Berück Mitte, Ia, Übersicht über die im Heeresgebiet Mitte zur Bandenbekämpfung eingesetzten Kräfte v. 15. 10. 1942, BA R 70 SU/19, Bl. 7 ff. (einschließlich der russischen Teile des Berück). Vgl. Hesse, S. 173 f. Stationiert waren die 201., 203., 221. und 286. Sich.Div.

528 Berück Mitte, Ia v. 9. 5. 1943, BA-MA WF-03/5365, Bl. 893. Es handelte sich möglicherweise um eine Zweckmeldung, um mehr Truppen zugewiesen zu bekommen. Nach Hesse, S. 174, verfügte der Berück Ende 1942 über etwa 60 000 Mann.

thenien, etwa 60000 km², zu überwachen. 1943 kamen im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte auf ein Bataillon 1380 km², bei der 3. Panzerarmee 910 km².⁵²⁹ Nach diversen Landesschützenbataillonen verlegte man 1943 mehrere Feldausbildungs-Divisionen nach Weißrußland.⁵³⁰ Aber erst 1944 wurde die Belegung mit Truppen infolge des Rückzugs der Heeresgruppe Mitte auf die »Panther-Linie« an Dwina und Dnjepr erheblich dichter. Im Osten und Süden Weißrußlands war nun die gesamte Heeresgruppe Mitte stationiert, und im GK Weißruthenien verfügte der Befehlshaber in Weißruthenien über insgesamt 75 Bataillone, 30000 bis 37000 Mann, der HSSPF über 24, darunter neun SS- und Polizei- und 15 Schuma-Bataillone.⁵³¹

Nicht eingeplant hatten die deutschen Militärstrategen freilich die Stärke des weißrussischen bewaffneten Widerstands. So verstärkte sich auf Seiten der Wehrmacht die von Anfang an vorhandene Tendenz, möglichst viele SS- und Polizeieinheiten sowie Verbände aus sowjetischen Kollaborateuren und ausländische Truppen dorthin zu beordern.⁵³² Schon am 16. April 1941 hatte der Generalquartiermeister des Heeres, Wagner, Himmler um mehr Polizeikräfte für die Sowjetunion gebeten. Daß es dafür einen so großen Bedarf geben würde, daß Neuaufstellungen bei der Polizei erforderlich waren, hatte man in Wagners Amt bereits Mitte Februar vorausgesehen. Himmler hatte am 16. April aus Kräftermangel abgelehnt,⁵³³ dafür aber schon neun Tage zuvor den »Kommandostab Reichsführer-SS« mit zusätzlichen Waffen-SS-Einheiten für den Einsatz in der UdSSR aufstellen lassen.⁵³⁴ Am 9. April 1941 war die Ernennung der HSSPF klar.⁵³⁵ Von den erwähnten Verbänden der Waffen-SS waren die

529 KTB 403. Sich.Div. v. 26. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 80; Gefechts- und Verpflegungsstärken der 707. Inf.Div. v. 1. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 61051, Bl. 1359f.; Flächeninhalt vor und nach der Hagen-Bewegung [August 1943], BA-MA WF-03/5375, Bl. 1211f.; Cooper, S. 45.

530 So die 141. Reservegrenadierdivision (vorübergehend) und die 391. Feldausbildungsdivision. Erinnerungen Napoleon Ridewski, in: In den Wäldern Belorußlands, S. 133; das Rigaer Verfahren (1946) gegen den Kommandeur der 391. FADiv., Digeon von Monteton, BA D-H ZM 1683, A. 8; Hesse, S. 174.

531 51 deutsche Btle., davon 18 Feldausbildungs-Btle., 22 ungarische, zwei »Ost«-Btle. [H.Gr.Mitte,] O 4, Vortragsnotiz 19. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 18499, Bl. 996; WBfh. Weißruthenien, Ia, Monatsbericht April v. 5. 5. 1944, BA-MA WF-01/7683, Bl. 863.

532 Siehe z.B. Chef OKW an Himmler v. 19. 7. 1941, BA NS 19/1671, Bl. 101.

533 Zum Treffen am 16. 4. 1941 Angrick u. a., S. 327f.; KTB Halder v. 17. 4. 1941 (Bd. II, S. 371; den Inhalt dieser Besprechung haben Andrej Angrick und Martina Voigt aufgedeckt). Siehe ferner ebd., S. 281 (14. 2. 1941) über einen Vortrag Schmidts von Altenstadt: »Bedarf an Polizei für Barbarossa; Neuaufstellungen und Herausziehen aus dem Westen.« Zu den enttäuschten Erwartungen hinsichtlich der Gestellung von Polizeieinheiten siehe auch Schreiben Lehmann (Wehrmachtrechtswesen) v. 28. 4. 1941, BA-MA RW 4/ u. 575, Bl. 71.

534 Ursprüngliche Bezeichnung: »Einsatzstab Reichsführer-SS«. Vgl. SS-Führungshauptamt, Abt. Organisation, Betr.: Aufstellung eines Einsatzstabes sowie Betr.: Aufstellung von 2 SS-Brigaden (jeweils gez. Jüttner), beides v. 24. 4. 1941, jedoch Aufstellung zum 7. 4. 1941, BA NS 19/3508, Bl. 101–103. Der »Einsatzstab« trat bereits am 7. 4. 1941 zusammen: SS-Führungshauptamt, Ia v. 4. 4. 1941, BA NS 33/230, Bl. 143; vgl. Büchler, S. 13f.; siehe bereits ohne Beleg N. Müller 1969, S. 545. Schon am 26. 3. 1941 war der Befehl zur Verlegung der 4., 8. und 14. SS-Standarten ergangen, die später in der 1. und 2. SS-Inf.Brigade aufgingen (Wegner, S. 99, Anm. 47). Am 21. 4. 1941 versandte Himmlers Persönlicher Stab eine »Niederschrift über die Kriegsaufgaben der Höheren SS- und Polizeiführer« an Daluge, Heydrich und Jüttner: Verschlusssachen-Briefstagebuch Reichsführer-SS, BA NS 19/3980, Bl. 170; siehe auch Vermerk Lützelberger für Meine (beide Persönlicher Stab) v. 8. 1. 1942, BA NS 19/1671, Bl. 16.

535 Vgl. S. 180f. mit Anm. 3/320. Die »höheren Polizeiführer« erwähnt auch Halders Vermerk über Wagners Vortrag v. 17. 4. 1941, der dessen Besprechung mit Himmler am Vortag betraf. KTB Halder, Bd. II, S. 371.

SS-Kavallerie-Brigade im Sommer 1941 und 1943, die 1. SS-Infanterie-Brigade im Sommer und Herbst 1942 und Sommer 1943 in Weißrußland eingesetzt. Dazu kamen ab Kriegsbeginn mehrere, wechselnde Polizeibataillone (bei Beginn vier, später mehr).⁵³⁶ Sie verstärkten die schwachen stationären Polizeikräfte der Gendarmerie, Schutzpolizei, der Sipo und des SD. So hatte der KdO Minsk nur 1400 Mann, der KdO Bialystok 1500 bis 1900 Beamte plus ein oder zwei Bataillone à 500 Mann zur Verfügung, im GK Shitomir gab es 1100 deutsche Polizisten. Dazu kam ein Mehrfaches an einheimischen Schutzmännern.⁵³⁷ Im Gebiet Baranowitschi gab es 145 Mann Gendarmerie und Schutzpolizei, im Gebiet Lida zuletzt 225 Gendarmen und im Gebiet Borissow nur 46 Mann, zuzüglich 250 bis 1100 Schutzmänner – auf 3000 bis 5000 km² und 100 000 bis 250 000 Einwohner.⁵³⁸ Verstärkt wurden vor allem die mobilen SS- und Polizeieinheiten. Um die Jahreswende 1943/44 befanden sich die vier SS-Polizeiregimenter 2, 13, 26 und 31 à jeweils etwa 2000 Mann, der KdS Minsk mit 961 Mann, das EK 8 mit 244 Mann, 639 Mann Schutzpolizei in Minsk und Baranowitschi, 1100 Mann Gendarmerie, 2053 Mann des »Sonderbeauftragten für die Sicherung der landwirtschaftlichen Aufbauarbeit« (vgl. Kap. 9.6a), 14 Schuma-Bataillone mit rund 5000 Mann und andere Einheiten, über 22 000 Mann, im westlichen und mittleren Weißrußland.⁵³⁹ Dazu kamen besonders mörderische Spezialverbände für die Partisanenbekämpfung in Bataillonsstärke wie die im Februar 1942 nach Weißrußland verlegte, berüchtigte SS-Sondereinheit Dirlewanger und das im Oktober 1942 aufgestellte Gendarmerie-Einsatzkommando z.b.V. unter Kurt Kreikenbom.⁵⁴⁰

Zeitweilig waren als Aushilfe auch Sicherungstruppen aus Drittländern, nämlich die spanische »Blaue Division«, das französische Infanterieregiment 638 (Légion Française), Teile der 8. Italienischen Armee, die slowakischen Infanterieregimenter 101 und 102 und das VIII. Ungarische Armeekorps in Weißrußland, besonders im Polesje,

⁵³⁶ Siehe zu den Brigaden Kap. 7.2a, S. 933ff. und 1018ff. sowie ZStL 202 AR-Z 1212/60. Anfänglich waren z.B. die Pol.Btl. 307, 309, 316 und 322 im Einsatz, im GK Weißruthenien 1941/42 das Res.Pol.-Btl. 11, im Bezirk Bialystok das Res.Pol.Btl. 91 und das Res.Pol.Btl. 13, im südöstlichen Polesje das Pol.Btl. 315.

⁵³⁷ Minsk: HSSPF Rußland-Mitte, Kräfteübersicht, Stand 20.9., v. 1.10.1943 (auszugsweise Abschrift), BA-MA SF-01/31688, Bl. 27–31; Tessin, Teil II, S. 57. – Bialystok: Rede Dalueges v. 1.2.1943, BA F 5548, Bl. 225; »Der Bezirk Bialystok« v. 1.3.1942, BA F 15024 (S. 32); Vern. Helmut Limpert (Ex-KdG Bialystok) v. 30.9.1960. In: Klarsfeld, Bd. 2, S. 171–174. – GK Shitomir, Lagebericht September und Oktober v. 4.11.1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 97. – Insgesamt waren um die Jahreswende 1942/43 rund 15 000 Mann Gendarmerie und Schutzpolizei in der Sowjetunion stationiert: Rede Dalueges v. 1.2.1943, BA F 5548, Bl. 219.

⁵³⁸ Gendarmerie-Gebietsführer Baranowitschi an KdG Minsk v. 4.11.1942, ZStA Minsk 389–1–3, Bl. 140; GebK Lida, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 15.8.1944, BA R 93/13, Bl. 81ff.; SS- und Polizeigebietsführer Borissow, Lageberichte Februar-April 1943, ZStA Minsk 391–2–15, Bl. 43–68.

⁵³⁹ HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Kräfteübersicht v. 1.10.1943, BA-MA SF-02/31688, Bl. 27–31; vgl. ebenso v. 30.7. und 31.8.1943, ebd., Bl. 86–92 und 142–48; ebenso v. 1.4., 1.5. und 20.12.1943, 30.1. und 29.2.1944, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiakten III,1, Bl. 251ff.

⁵⁴⁰ Zur Einheit Dirlewanger Klausch und Auerbach. – RF-SS uChdDtPoliRMdI, O.Kdo., Schnellbrief: Aufstellung eines Gend.-Einsatzkommandos z.b.V. für Osteinsatz v. 16.10.1942, BA D-H M 609, A. 3; Tessin, Teil II, S. 63.

stationiert und an der Partisanenbekämpfung beteiligt.⁵⁴¹ Doch auch das konnte nichts am grundsätzlichen Mangel der Deutschen an Sicherungskräften im besetzten Weißrußland ändern.

3.7 Die Kontrolle über die Bevölkerung

Infolge der geringen Stärke des deutschen Verwaltungspersonals und der Besatzungsgruppen war es für die Deutschen erforderlich, die weißrussische Bevölkerung mit einem Netz von Verboten und Reglementierungen zu überziehen, um sie in der geplanten Weise beherrschen und ausbeuten zu können. Das betraf nicht allein unmenschliche Strafen für jegliche Vergehen, die präventive Verfolgung und Ermordung von politischen Gegnern und die Einschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Menschen. Vielmehr ging es vor allem darum, die Kommunikation und Bewegungsfreiheit der Bevölkerung einzuschränken, um sie möglichst gänzlich unter Kontrolle zu halten.⁵⁴²

Zu den Zwangsmaßnahmen gehörten zunächst einmal nächtliche Ausgangssperren, die (außer im Bezirk Bialystok) während der gesamten Besatzungszeit galten. Zuwiderhandelnde wurden anweisungsgemäß oft auf der Stelle erschossen.⁵⁴³ Der Telefon- und Postverkehr wurde weitgehend verboten und unterbunden.⁵⁴⁴ Fahrräder wurden vielerorts eingezogen, um der Bevölkerung jegliche Möglichkeit schneller Fortbewegung zu nehmen. Kraftfahrzeuge durften ohnehin, soweit sie noch nicht von Wehrmachtangehörigen mitgenommen oder ausgeschlachtet worden waren, nicht privat genutzt werden und standen selbst für den Wirtschaftsverkehr kaum zur

541 Aktennotiz, Betr. Zustände bei der 250. spanischen Division v. 2. 9. 1941, BA-MA WF-01/9127. – Franzosen: Friedrich, S. 460; Schriftwechsel 1942 in: BA R 20/15, Bl. 56 und 150ff.; Berück Mitte, Ia, v. 10. 5. 1943, BA-MA RH 26–286/22, Bl. 2 (das Regiment vernichtete mehrere Ortschaften mit ihrer Bevölkerung); Minsker Zeitung v. 11. 6. 1943; apologetische Darstellung der »Légion des volontaires français contre la bolschewisme« bei Neulen, S. 100–103. – Italiener: KTB 221. Sich.Div., Ia, Februar 1943, und Ib v. 4. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42289, Bl. 169ff. und 609 (Raum: Gomel-Brjansk). – Slowaken: Kalinin, S. 187ff. und 195ff.; idealisierte Darstellung bei Saburow; vgl. unten S. 887–892; WBfh. Ukraine, Bericht Nr. 2 v. 14. 11. 1941, BA-MA RW 41/1; KdO Shitomir, Einweisungskalender, BA D-H Z/-6283, A. 7, Bl. 112ff. (Raum: Mosyr). – Ungarn: Unternehmen Arpad Anfang 1944: BA-MA WF-03/5410, Bl. 695ff.; BA-MA WF-03/5350, Bl. 939; Howell, S. 87 (Raum Brest-Pinsk). Ihre »Zurückhaltung« gegenüber den Partisanen wurde beklagt in: Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Bericht über Bandenlage für Februar v. 4. 3. 1944, BA-MA WF-03/5411, Bl. 924.

542 Gegenüber Bernhard Chiaris Thesen über einen kleinlichen, orientierungslosen und teils politisch ohnmächtigen deutschen »Kontrollwahn« (s. ders. 1998, Zitat S. 125) ist die Durchdachtheit und Zielorientierung der deutschen Maßnahmen hervorzuheben.

543 Vgl. Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 17 v. 21. 3. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1177; ebenso, Nr. 27 v. 3. 9. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 713; Amtsblatt des GK in Minsk 1 (1941), S. 8, 24 und 43 sowie 2 (1942), S. 70 und 188; SS-Kav.-Brigade -Kommandeur-Ia, Brigadefehl Nr. 8 v. 28. 9. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 2, Nr. 1305, Bl. 144; Der Bezirk Bialystok (S. 32), BA F 15024.

544 Abwehrstelle Ostland, Lagebericht 1. 10.–31. 12. 1941 v. 12. 1. 1942 und 1. 7.–30. 9. v. 16. 10. 1942, BA D-H FW 488, A. 19; KTB RüKdo Minsk v. 8. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 887; Okdo. H.Gr. Mitte, OQu/VII, Militärverwaltungsanordnungen (Stand: 1. 12. 1942), BA-MA WF-03/5470, Bl. 651; Trunk, S. 178.

Verfügung.⁵⁴⁵ Bahnfahrten waren nur in Ausnahmefällen und nach kompliziertem Genehmigungsverfahren erlaubt. Die von den Deutschen willkürlich gezogenen Grenzen durften von Zivilisten praktisch nicht überschritten werden.⁵⁴⁶ Das Wandern oder Herumfahren war überhaupt verboten, und selbst das Verlassen der eigenen Gemeinde, der Stadt oder des Landkreises mußte bei Rayonbürgermeister beziehungsweise Gebietskommissar, Orts- oder gar Feldkommandantur beantragt und mit »Nachtpassierscheinen«, »Kleinen Verkehrsscheinen«, »Reiseerlaubnisscheinen« oder »Eisenbahnerlaubnisscheinen« genehmigt werden. In einer späteren Verschärfung hieß es, gestattet werden sollten nur »Reisen, die im unmittelbaren deutschen Interesse liegen. Das liegt nicht ohne weiteres vor, wenn der Antragsteller in seine Heimat zurückkehren oder seine Angehörigen aufsuchen will.«⁵⁴⁷ Die Wehrmacht handelte hier besonders restriktiv. »Freizügigkeit der Russen noch mehr unterbinden!« lautete eine ständige Forderung v. Schenckendorffs.⁵⁴⁸ Die Praxis sah zwar unterschiedlich aus, die Bevölkerung mißachtete das Wanderverbot zur Nahrungsmittelbeschaffung – für Hamstern und Schwarzhandel – hier gelegentlich, da massenhaft, doch schwebte sie damit in ständiger Lebensgefahr.⁵⁴⁹ Schon an den Stadtausgängen, teilweise auch mitten in Städten oder auf Brücken kontrollierten Posten die Genehmigungen.⁵⁵⁰ Diese Maßnahmen richteten sich teilweise bewußt und

-
- ⁵⁴⁵ Vgl. S. 328. Zu den Fahrrädern: SS- und Polizeistandortführer Brest, Tätigkeitsbericht 15. 6.–15. 7. 1942, BA F 13752, Bl. 169; 1. SS-Inf.Brig., Kommandeur, Tätigkeitsbericht für 25. 8.–6. 9. 1942, BA-MA SF-02/37573.
- ⁵⁴⁶ OKH, GenStdH/GenQu, Abt. K.Verw. v. 17. 7. 1941, Betr.: Grenzsperr, BA 11.03, Nr. 49, Bl. 49; Berück Mitte, Abt. VII/Kr.Verw., Militärverwaltungsanordnungen Nr. 17 v. 21. 3. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1175; KdG Weißruthenien v. 30. 10. 1942 und weiterer Schriftwechsel, ZStA Minsk 389–I–3, Bl. 106–128.
- ⁵⁴⁷ Berück Mitte, Abt. VII/Kr.Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 7 v. 29. 9. 1941, BA F 40540, Bl. 773; ebenso Nr. 16 v. 10. 3. 1942 und Lagebericht 10. 4. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1099 und 1163–1166; Berück Mitte, Militärverwaltungsanordnungen (Stand: 1. 12. 1942), BA-MA WF-03/5470, Bl. 554 (Zitat); Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 382, Bl. 21; Der Bezirk Bialystok (S. 32), BA F 15024.
- ⁵⁴⁸ Besprechungspunkte für Divisions-Kommandeur-Besprechung v. 12. 6. [1942], BA-MA WF-03/7364, Bl. 754. Vgl. Besprechungspunkte für die Dienstbesprechung am 27. d. Mts. [27. 11. 1942] (Unterschrift: Tesmer), BA-MA WF-03/ 7417, Bl. 171; ferner die Kritik der 2. Armee an der Genehmigungspraxis des GebK in Pinsk, die dazu führte, daß ihm die Befugnis hierzu entzogen wurde: AOK 2, O.Qu./VII (Mil.Verw.), Lagebericht Mai v. 31. 5. 1944 und AOK 2, OQu, an GebK Pinsk v. 23. 5. 1944, BA-MA WF-03/26817, Bl. 13 und 92. Die FK 581 (Bobruisk) genehmigte im Mai 1944 insgesamt 220 Reiseerlaubnisscheine, 732 kleine Verkehrsscheine und 47 Eisenbahnfahrberechtigungen: FK 581 v. 11. 6. 1944, ZStA Minsk 570–I–1, Bl. 60.
- ⁵⁴⁹ Siehe Kap. 4.3b und 9.2; Madajczyk, S. 146; Kohl, S. 70; Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Bandenbekämpfung (September 1942/S. 13), BA F 14247; Vern. I. M. S. und L. F. B. (Rayon Puchowitschi) v. 26. 9. 1944, ZStL 202 AR-Z 179/67, Bd. 2, Bl. 57–59 und 69–71; Bericht über die Ermittlungen gemäss Transportüberwachungsbefehl Nr. 4 v. 13. Juli 1943, BA-MA RH 19 II/324, Bl. 104–107.
- ⁵⁵⁰ KTB Pol.Btl. 322 v. 7. 7. 1941, BA F 56753 (Bialystok); Kohl, S. 113 und 132 (Borissow und Witebsk); Brief W. W., Pinsk, v. 24. 8. 1944 an die Gebietskommission zur Untersuchung der Verbrechen der deutschfaschistischen Aggressoren, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 4757; Interview Jelena Masanik, in: Kohl, »Blutarbeit im Osten« (Minsk); Leitender Feldpolizeidirektor bei H.Gr. Mitte, Allgemeine Anordnungen Nr. 4 v. 25. 9. 1943, BA D-H ZM 868, A. 2, Bl. 12; OK Minsk v. 6. 11. 1943, BA F 566, Bl. 9086; RMO, II 1c, Vermerk über die Besprechungen mit SS-Gruppenführer von Gottberg am 22. und 23. 11. 43 in Berlin, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 483f.; Aufzeichnung v. Gottbergs (vor 1. 12. 1943), BA R 6/281, Bl. 65; HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Tagesbefehl Nr. 18 v. 15. 12. 1943, BA-MA SF-01/31681, Bl. 326f.

ausdrücklich gegen die Aufrechterhaltung der Versorgung der Städter durch die Schattenwirtschaft, beruhten also nicht etwa nur auf Sicherheitserwägungen.⁵⁵¹

Außer Verkehr und Kommunikation der Bevölkerung einzuschränken und zu überwachen, wollten die deutschen Besatzungsbehörden auch Aufenthalt und Wohnort der Einwohner vollständig überwachen. Das Mittel für diesen Zweck war ein äußerst scharfes Meldewesen. Nach dem Einmarsch wurden unter Beteiligung der Einsatzgruppe B sofort neue Einwohnermeldelisten aufgestellt und Einwohnermeldeämter eingerichtet.⁵⁵² In Brest etwa wurden kurz nach dem schnellen Aufbau des Meldewesens und einer Volkszählung bereits vom Juli 1941 Lichtbildausweise ausgegeben. Wer danach keinen Ausweis bei sich hatte, wurde unter Umständen gleich erschossen.⁵⁵³ Ähnlich in Minsk, wo von der Feldkommandantur Sichtvermerke auf den sowjetischen Pässen angebracht wurden. »Zweck des Sichtvermerks: Möglichkeit einer späteren Eliminierung aller unerwünschten, vor allem asiatischen Elemente.« Die Pässe von Juden, Rotarmisten, Ausländern und Fremden wurden ebenfalls mit bestimmten Buchstaben gekennzeichnet.⁵⁵⁴ Lediglich im Bezirk Bialystok, unter »Reichsbedingungen« und mit einem engeren Verwaltungsnetz, wurde das Meldewesen erst 1944 aufgebaut, und zwar nach den deutschen Bestimmungen.⁵⁵⁵ Nicht so im übrigen Weißrußland: Dort mußten in Stadt und Land auf Tafeln an allen Hauseingängen jeweils sämtliche Hauseinwohner verzeichnet sein. Verstöße gegen die Meldeordnungen wurden empfindlich bestraft, das Beherbergen von Fremden mit Entzug der Lebensmittelkarte, Zuchthaus, Straflager oder mit dem Tod. Zu melden waren auch »unzuverlässige« und nach dem 22. Juni 1941 zugezogene Personen. Die Einhaltung hatten die Hausbesitzer und die einheimischen Bürgermeister zu kontrollieren; wie die Vorschriften sich auswirkten, stand und fiel mit ihrem Verhalten. Doch sie wurden von den Deutschen für Verstöße selbst verantwortlich gemacht, standen also unter erheblichem Druck – soweit sie nicht ohnehin die Deutschen unterstützen wollten.⁵⁵⁶ Das scharfe Meldewesen führte auch dazu, daß Juden,

551 Kommandantur des Sicherungsgebietes Weißruthenien (707. Inf.Div.Kdo.), Befehl Nr. 46 v. 2. 3. 1942, GebA Minsk 699–5–1, Bl. 71R; Hauptabt.E.u.L. [Minsk], Besprechungsniederschrift v. 26. 11. 1943, ZStA Minsk 412–1–199, Bl. 80.

552 EM 32 v. 24. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1636; Der Kommandant des Gebiets [vermutlich WBfh. Weißruthenien], Bekanntmachung v. 1. 9. 1941, MGVK Minsk, Inventar-Nr. 7898; Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 8 v. 10. 10. 1941, ZStA Minsk 570–1–1, Bl. 135.

553 GebK Brest, Vorläufiger Abschlußbericht über die Räumung v. 21. 7. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1679f.; Aussage S. W. Asotina, Bericht der Untersuchungskommission für Stadt und Gebiet Mogilew v. 8. 10. 1944, in: Klee/Dreßen 1989, S. 194.

554 FK 812, Militärverwaltungsgruppe, Tätigkeitsbericht 7–20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 821; vgl. Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5470, Bl. 464.

555 Vgl. Der Bezirk Bialystok, 1. März 1942 (S. 56), BA F 15024; Verordnung über die Einführung des Meldewesens im Bezirk Bialystok v. 27. 4. 1944, in: Verordnungsblatt CdZ Bialystok 1944, S. 19.

556 Zur Verordnung über die Meldepflicht des RMO v. 16. 8. 1941 Anklage StA Hamburg 147 Js 29/67, S. 150; FK, Militärverwaltungs-Gruppe, Richtlinien für die vorläufigen Bürgermeister (undatiert, Juli/August 1941), GebA Minsk 623–2–1, Bl. 181R; Meldeordnung v. 25. 6. 1942, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), S. 131f.; GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 8; FK 581, Verwaltungsgruppe, Lagebericht v. 29. 7. 1942, BA-MA RH 26–203/3; Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 30 v. 22. 10. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 733–735; Meldeordnung v. 1. 3. 1943 (gez. »Der Oberbefehlshaber« [der H.Gr.Mitte?]), GebA Minsk 1604–2–1, Bl. 59f.; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 382, Bl. 11f.; Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 420; OK

die aus den Ghettos fliehen wollten, dies nur im Besitz falscher Pässe mit Aussicht auf Erfolg tun konnten.⁵⁵⁷

Zweck dieser Maßnahmen waren wiederum keineswegs allein Sicherheitsinteressen, sondern auch die »Regelung der Bevölkerungsbewegung«, damit ein »starker Wandertrieb der Bevölkerung« nicht zum Tragen komme. Deshalb wurde auch die Verlegung des Wohnsitzes über die Grenzen der Heimatgemeinde hinweg verboten und von einer Ausnahmegenehmigung des Gebietskommissars abhängig gemacht.⁵⁵⁸ Die Deutschen strebten mit diesen Maßnahmen die absolute Kontrolle über die Weißrussen an, die auf willenslose Objekte ihrer Neuordnungspolitik reduziert werden sollten. Dabei standen einmal mehr wirtschaftliche Interessen im Vordergrund: Dem Wunsch auf Abwanderung aus der Stadt mußten im Gebiet der Heeresgruppe Mitte die Arbeitsämter zustimmen.⁵⁵⁹ Mit immer neuen Razzien versuchte die Besatzungsverwaltung, die Bestimmungen des Meldewesens zu überwachen. Höhepunkt war die sechsstägige totale Durchsuchung der gesamten Stadt Minsk in sechs Abschnitten.⁵⁶⁰

Die deutschen Maßnahmen in der Schlußphase der Besatzungszeit zeigten noch einmal die Zwiespältigkeit der scharfen Kontroll- und Überwachungs politik. An verschiedenen weißrussischen Orten wurde die Bevölkerung nun gezwungen, abgezählte Nummern an Erkennungsmarken um den Hals zu tragen.⁵⁶¹ Eine weitere Steigerung waren die fälschungssicheren Personalausweise mit Foto und Fingerabdrücken, die ab Mai 1944 ausgegeben wurden. Die nötigen Fotografen kamen aus Lettland, die Formulare aus der Reichsdruckerei. Auch hier arbeiteten BdS, Militär- und Zivilverwaltung zusammen.⁵⁶² Auf der einen Seite zeigen die drakonischen und verbrecherischen Maßnahmen der deutschen Besatzungsverwaltungen, wie wenig sie die weißrussische Bevölkerung wirklich unter ihre Kontrolle bringen konnten. Ge-

I/532 Toropez, Betr.: Erschießungen wegen Überschreitung der Meldepflicht v. 2. 10. 1941, BA D-H ZM 1480, A. 16; Salzzuteilung als Lockmittel für Meldepflichtige: OK Swislotsch, Befehl Nr. 4 v. 14. 4. 1944, ZStA Minsk 410-1-1, Bl. 91.

557 Siehe etwa Krasnoperko, S. 67-69 und 75f.

558 Anordnung zur Regelung der Bevölkerungsbewegung in Weissruthenien v. 30. 3. 1942, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), S. 71, auch in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, O IF6; Verordnung über die Einschränkung der Freizügigkeit der einheimischen Bevölkerung im Bezirk Bialystok v. 8. 9. 1943, in: Verordnungsblatt des CdZ Bialystok 1943, S. 74.

559 Wiln Mitte, Lagebericht Nr. 17 v. 3. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1148.

560 Der Führer des Unternehmens »Zauberflöte«, Einsatzbefehl für das Unternehmen »Zauberflöte« v. 15. 4. 1943, BA-MA SF-02/31684, Bl. 14-22; ebenso, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Zauberflöte« (gez. v. Gottberg) v. 24. 4. 1943, ZStA Minsk 685-1-1, Bl. 101-104; Minsker Zeitung v. 22. 5. 1943; Deutsche Zeitung im Ostland v. 26. 5. 1943; Kohl, S. 70f. und 216f. (Auszug aus den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 55 v. 21. 5. 1943). Die Aktion übertraf von ihrer Größenordnung her sogar die Durchsuchung des Hafenviertels in Marseille. Vorgänger hatte sie ein Jahr zuvor in Feodosia/Krim durch das SK 10b und 1941 durch die Wehrmacht in Wilna gehabt: EM 193 v. 17. 4. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 4271-4277; 403. Sich.Div., Befehl v. 17. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 298. Allgemein zu den Razzien: Vern. Eberhard Herf v. 25. 12. 1945, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 9, Bl. 176.

561 167. Inf.Div., Ia, Befehl (Auszug) v. 17. 10. 1943, BA D-H FW 489, A. 7; Abbildung einer solchen sogenannten Hundemarke in Kalinin, nach S. 272. Vgl. KTB AOK 18, OQu, v. 29. 11. 1941, in: Leetz, S. 44.

562 Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 464f.; Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 382, Bl. 17; Vern. des damals zuständigen BdS-Sachbearbeiters K. B. v. 1. 12. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 5838.

rade die zahllosen »Wanderer« und die in der Regel durch Not erzwungenen Wohnortwechsel brachten immer wieder neue Verbote und Strafmaßnahmen hervor. Auf der anderen Seite waren sie sicher kein bloßer Aktivismus: Tausende Weißrussen fielen ihnen zum Opfer, und letztlich dürften sie damit auch Wirkung erzielt haben, wenn diese auch nicht meßbar ist. Deutlich wird dadurch noch einmal der Zusammenhang zwischen dem dünnen Netz von Verwaltung und Besatzungstruppen und den brutalen Verbrechen. Deutlich wird auch, daß eine absolute Kontrolle über die weißrussische Bevölkerung von den Deutschen angestrebt wurde, aber nicht verwirklicht werden konnte, und daß der Weg zu diesem immer weiter verfolgten Ziel folgerichtig mit Verbrechen gepflastert war.

3.8 Zum deutschen Verwaltungspersonal im besetzten Gebiet

Im Gegensatz zu anderen Darstellungen hat diese Untersuchung eine Vielzahl von Verwaltungen zum Gegenstand; nicht nur SS und Polizei, sondern auch Militärverwaltung, Militärstäbe, Sicherungstruppen, Zivilverwaltung, Agrarbehörden, den Verkehrssektor und Privatunternehmen. Wegen der Unterschiede zwischen diesen Sektoren und wegen des hohen Aufwands, der dazu nötig wäre, muß auf soziologische Gruppenstudien verzichtet werden. Es sind jedoch einige allgemeine Beobachtungen und Bemerkungen möglich, meist über einzelne Zweige des Besatzungsapparats hinaus.

Es war im wesentlichen eine bestimmte Generation, aus der sich die Besatzungsverwaltung in Weißrußland zusammensetzte: Männer zwischen 30 und 40 bis 45 Jahren. Das galt auch für die Referenten in den Zentralstellen im Reich, und zwar nicht erst seit der »Auskämmung« der Jahrgänge 1908 und jünger 1942/43.⁵⁶³ Es galt aber vor allem für die Sicherungstruppen, Polizei- und SS-Einheiten,⁵⁶⁴ die eben in

⁵⁶³ Vgl. Anm. 3/268. – Zur Landwirtschaft Chiari 1991, S. 77ff.; vgl. Personalbestandsmeldung HeWiFü Mitte v. 1. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 846ff. (83 % älter als 1905); WiStab Ost, Chefgr. La, an Chef WiStab Ost v. 12. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 883–886 (überwiegend Jahrgänge 1901–1909).

⁵⁶⁴ Anfang 1943 entstammten in der 203. Sich.Div. (Abt. Ia, Monatsbericht v. 7. 3. 1943, BA-MA RH 26–203/5) von 5403 Mann 71,5 % den Jahrgängen 1901–10 – allein 37,5 % den Jahrgängen 1904–07 –, nur 10,2 % den Jahrgängen 1911–15, 5,2 % 1916–24, 11,0 % 1897–1900, 1,3 % den Jahrgängen 1896 und älter. Bei den Landesschützenbataillonen (LSchBtl) war der Altersdurchschnitt 1942 bei den Mannschaften 37, bei den Unteroffizieren 42, bei den Offizieren 49 Jahre: Berück Mitte, Tätigkeitsbericht der Abteilung Ia v. 7. 5. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 643. Ähnlich I./Sich.Rgt. 608 an Sich.Rgt. 608 v. 6. 10. 1942, BA-MA WF-03/13353, Bl. 1339. Vgl. Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, an OKH/Op.Abt. v. 4. 5. 1943, BA-MA WF-03/5365, Bl. 872 (Altersdurchschnitt der Sicherungstruppen 38–39 Jahre); Korück 559, Abt. IIa/IIb v. 1. 9. 1943, BA-MA WF-03/14392, Bl. 165 (Durchschnitt 35–40 Jahre); WBfh. Weißruthenien, Ia v. 17. 4. 1944, BA-MA WF-05/7665, Bl. 1257. Zur SS und Polizei: Referat v. Gottberg v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 148 (Altersdurchschnitt 40); Liste der aktiven Gend.-Beamten des Kreises Grodno [...], Sonderarchiv Moskau 1323–2–245, Bl. 1f.; RF-SSuChdDtPol im RMDI, O.-Kdo., Schnellbrief an Regierungspräsident Aussig v. 4. 10. 1943, Betr.: Austausch von Angehörigen des Gendarmerie-Einsatz-Kommandos z.b.V., BA D-H M 609, A. 3; SS-Sonderbtl. Dirlwanger, Gefallenenmeldung v. 4. 12. 1943, BA-MA SF-02/31690, Bl. 433; Schulte, Korück 582, in: Heer/Naumann, S. 326; Führungskader von Sipo und SD: Wilhelm 1981, S. 281–285.

der Regel nicht aus jungen, unerfahrenen, in der HJ großgewordenen Männern zusammengesetzt waren (anders als die Fronttruppe⁵⁶⁵). »Bewundernswert war die Einsatzfreudigkeit dieser immerhin schon älteren Jahrgänge«, hieß es mehr als einmal nach Einsätzen bei der »Partisanenbekämpfung«, also meist dem Massakrieren unbewaffneter Bauern.⁵⁶⁶ Unerfahrenheit oder jugendliche Hemmungslosigkeit können zu Gunsten solcher Männer, wenn man ihre Taten beurteilt, selten geltend gemacht werden. Die meisten hatten den Ersten Weltkrieg nicht mehr mitgemacht. Ausbildung oder Studium hatten sie meist in den Jahren der Weimarer Republik absolviert, der Start ins Berufsleben fiel für die einen bereits in diese Periode, für die anderen in den Beginn der NS-Zeit. Die Mehrzahl war verheiratet und hatte Kinder. Noch älter waren meist die Angestellten der halbstaatlichen »Ostgesellschaften« und der Privatunternehmen.⁵⁶⁷ Von Spitzenpositionen abgesehen, waren relativ wenige Vertreter der Besatzungsadministration Mitglieder der NSDAP oder der SS. Die meisten waren auch keineswegs ihr ganzes Leben über mit der NS-Ideologie manipuliert worden. Aber auch diejenigen, die nicht Mitglied der NSDAP waren und wurden, handelten – so das Ergebnis der neueren Forschung – ganz überwiegend im Sinn der NS-Staatsräson, meist als kleine Rädchen: Soldaten, Polizisten, Landwirtschaftsfunktionäre. Manchmal agierten solche Leute sogar initiativ, prägend und an führender Stelle.⁵⁶⁸

Etwas anders ist das Bild der absoluten Führungsspitze der Verwaltung für die besetzten sowjetischen Gebiete. Hier fällt besonders die Gruppe »alter Kämpfer« der NSDAP auf. In den höchsten Positionen finden sich viele Gauleiter oder Stellvertreter (Alfred Meyer, Lohse, Koch, Sauckel, Kube, Leyser, Kutschera), Reichs- und Stabsleiter (Rosenberg, Leibbrandt, Marrenbach) und Landesbauernführer (Matthiessen, Hellmuth Körner, Richard Wagner, Peuckert).⁵⁶⁹ Hitler, der bis zu den Generalkommissaren alle ernannte, Rosenberg, Backe und der Wirtschaftsstab Ost brachten die Parteilite in die Schlüsselstellungen, Überzeugungstäter, die allerdings meist auch über beträchtliche Verwaltungserfahrung verfügten.⁵⁷⁰ Doch auch über die erste Garnitur hinaus finden sich viele Verwaltungs- und Einheitsführer, die Mit-

⁵⁶⁵ Dazu Bartov 1991, S. 108.

⁵⁶⁶ Berück Mitte, Ia, Abschlußbericht für das Unternehmen »Waldwinter« der Div. Richert, in: Dokumente Heusinger, S. 178.

⁵⁶⁷ Bei der Zentralhandelsgesellschaft Ost waren 1943 90 % des deutschen Personals älter als 38, 68 % waren aus den Jahrgängen 1900 und älter, immerhin 36 % aus den Jahrgängen 1893 und älter (50 Jahre und älter). 4. Arbeitsbericht der ZO I. II. 1942–30. 6. 1943, BA R 33 I/21, Bl. 11.

⁵⁶⁸ Siehe allgemein zu Soldaten: Bartov 1985 und 1991; Dollwet. Polizisten: Browning 1991; Goldhagen, S. 219–331. Landwirtschaft: Chiari 1991, S. 77ff. – Initiativ und prägend: hier wären zu nennen Otto Schiller (Vordenker der »Agrarordnung«, Kap. 4.5), General Hermann Reinecke, der 1943 in die NSDAP eingetretene Verantwortliche für das Kriegsgefangenenwesen im OKW-Bereich (siehe unten S. 787) oder der GenQu des Heeres, Eduard Wagner (Kap. 3.2c).

⁵⁶⁹ Fritz Sauckel, Gauleiter und Oberpräsident in Thüringen, wurde 1942 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz. Rudi Peuckert, Landesbauernführer in Thüringen, wurde 1943 sein Beauftragter für die besetzten sowjetischen Gebiete. Franz Kutschera, 1938–1941 stellvertretender Gauleiter in Kärnten, wurde 1942 SS-Führer im Stab des HSSPF Rußland-Mitte (BA D-H ZM 1455, A. 3, Bl. 85). Siehe auch Der Reichsbauernführer, Verwaltungsamt, Liste der Landesbauernführer v. 31. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 44425, Bl. 102f.

⁵⁷⁰ Zum Funktionswandel bei den Gauleitern: Hüttenberger 1969.

glieder in Grenzschutz und Freikorps gewesen waren,⁵⁷¹ die früh in die NSDAP eingetreten⁵⁷² oder zum Beispiel Mitglieder des Reichstags waren.⁵⁷³ Sie waren als junge Männer zur extremen Rechten gestoßen und hatten sich dort viele Jahre, teils Jahrzehnte konstant politisch engagiert, nationalistisch und antikommunistisch, in der Regel gewalttätig. Daneben gab es die Gruppe der Karrieristen mit relativ spätem Parteieintritt, die sich erst nach 1933 profiliert hatten.⁵⁷⁴

571 So z. B.: Carl Zenner (* 1899, 1919 Baltikum, 1941/42 SSPF Weißruthenien); Walter Schimana (* 1898, Baltikumkämpfer, 1942 KdO und SSPF Weißruthenien); Leberecht v. Bredow (* 1897, seit 1923 im pommer-schen Grenzschutz; Vern. v. 19. 7. 1971, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bl. 280 ff., KdO Bialystok); Otto Hellwig (* 1898, Freikorps 1919, 1942/43 SSPF Shitomir und Bialystok); Bach-Zelewski (* 1899, Grenzschutz 1919–24); Hans Tesmer (* 1901, 1919 Freikorps und Grenzschutz); Henning v. Tresckow (* 1901, Teil-nahme an der Niederschlagung des Spartakusaufstands; 1941/43 Ia der H.Gr. Mitte; Scheurig, S. 17); Friedrich Fenz (* 1892, 1919 Baltikum, 1920–1928 Grenzschutz); Gerhard Erren (GebK Slonim, * 1901, 1918–1933 verschiedene Freikorps- und Grenzschutzverbände, Anklage StA Hamburg 147 Js 29/67, S. 41); Fritz Orliczek (Grenzschutz Schlesien; 1941–1943 GebK Retschitza); Eberhard Herf (1919 Freikorps Lütt-witz, oberstschelesischer Grenzschutz; 1942/43 KdO Minsk); H.G. (* 1897, 1919 Freikorps Reinhardt, 1942–1944 Stabschef beim HSSPF Rußland-Mitte bzw. beim Chef der Bandenkampfverbände, Vern. v. 14. 10. 1966, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. 2, Bl. 941 f.); Ernst Korn (* 1899, 1920 Teilnahme am Ruhrkampf, Position 1942/43 jeweils Vorgänger von G.); Wilhelm Kurth (* 1897, 1920 Ruhrkampf, 1942–1944 Ia des KdO und SSPF Minsk, Stabschef HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien); Oskar Dirlewanger (Kom-mandeur einer SS-Sondereinheit, * 1895, 1919–1921 Freikorps, Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg; Auerbach, S. 251); Woldemar Klingelhöfer (* 1900, Niederschlagung des Thüringer Aufstands 1923, zeit-weise Kommandeur des Vorkommandos Moskau); Gerret Korsemann (* 1895, Freikorps Grodno, 1943 Vertreter des HSSPF Rußland-Mitte; Rürup, S. 101); Martin Matthiessen (* 1901, 1920–1922 Freikorps; Matthiessen, S. 40 ff.); Richard Wagner (* 1902, 1919 Freikorps Epp); Paul Körner (* 1893, 1919 Freikorps Lützen, Staatssekretär beim Baurat. VJP; Rürup, S. 93); Georg Thomas (* 1890, 1919 Grenzschutz; ebd.); Hans Nagel (* 1882, 1920 Beteiligung am Kapp-Putsch, 1942 GenWiOst; Müller, Wirtschaftspoli-tik, S. 7 ff.); R.P. (* 1897, 1919 Freikorps, Kapp-Putsch, Niederschlagung des Hamburger Aufstands 1923; Kommandeur der Nachschubkommandantur der Waffen-SS Rußland-Mitte 1943/44; Schriftsatz v. 17. 10. 1973, StA Hamburg 147 Js 22/70, Bd. 13, Bl. 2281); Max Krahn (* 1904, 1924 Schwarze Reichs-wehr; 1943/44 SK 1005). Quellen: wenn nicht anders angegeben, PA im BDC.

572 1919: Rosenberg, 1920: Ernst Leyser (* 1894) und F.S., * 1901, erster Aufsichtsbeamter des KdS Minsk im deutschen Ghetto Minsk (Vern. v. 27. 9. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 7629). 1921: Waldemar Ma-gunia (* 1902) und Fritz Orliczek (* 1898, GebK in Retschitza). 1923/30: Richard Wagner (* 1902). 1925: Herbert Backe (* 1896), Hans-Joachim Riecke (* 1899), Carl Zenner (* 1899) und Leo Nolde (* 1905, GebK Bragin). 1926: Walter Schimana (* 1898). 1928: Wilhelm Kube (* 1887) und Friedrich Fenz (* 1892). 1929: Erich Naumann (* 1905), Wilhelm Janetzke (* 1911, Stadtkommissar Minsk) und Johann Oselbt (1943/44 Leiter der Chefgruppe Betriebsförderung und Berufserziehung des HeWiFu Mitte). 1930: Paul Blümel (* 1902, GebK Retschitza), M.B. (* 1907, stellv. GebK ebd.), Paul Hachmann (* 1893, GebK Gle-bokie), Heinz Tängermann (* 1912, Chef des Trupps Lepel des Einsatzkommandos [im folgenden: EK] 9) und Fritz-Wedig von der Osten (* 1889, Ia der 707. Inf.Div.). 1931: Arthur Nebe (* 1894), Otto Brad-fisch (* 1903) und Wilhelm Küper (* 1902, Leiter der Abteilung Erfassung in der Hauptabt. Ia des RMO bzw. WiStab Ost); 1932: Hans Tesmer (* 1901) und Helmut Freudenberg (* 1912). Alfred Renndorfer, * 1910, Leiter der KdS-Außenstelle Baranowitschi 1943/44, trat 1923 in den NS-Jungsturm ein. Vgl. BDC, Personalakten.

573 Z.B. Kube, Leyser, Bach-Zelewski, Zenner, Matthiessen (seit 1931), Hellmuth Körner (seit 1932), Richard Wagner (1932, ab 1933).

574 Josef Kuhr, einer der Haupttäter bei der Ghettoräumung von Pinsk 1942, war erst 1940 in die NSDAP ein-getreten, Dr. Erhard Wetzel, Rassereferent im RMO, und Max Montua, Kommandeur des Pol.Rgts. Mitte, erst am 1. 5. 1933; zwei Angeklagte im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, Franz Karl Hess (KdS Minsk) und Bruno Mittmann (Gendarm im Raum Minsk) 1939 bzw. 1940. Anklage StA Frankfurt/M. 4 Js 901/62 v. 28. 3. 1968, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 461 f.; Heiber 1958, S. 286; BDC, PA Max Montua; Paul Kohl (Hg.), Die Minsker Protokolle über Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, in: »Die Wahrheit«

Teilweise sind noch die regionalen politischen Seilschaften erkennbar, etwa aus Brandenburg, Westfalen und Schleswig-Holstein, denen das Personal der Zivilverwaltung angehörte – von Ostpreußen ganz abgesehen.⁵⁷⁵ Man kannte sich aus Schul- oder Studienzeiten.⁵⁷⁶ Zu den aktivsten und fanatischsten Tätern, nicht selten zu den Strategen der Besatzungspolitik und der Massenmorde gehörten die ehemaligen Rußland- oder Sowjetdeutschen, meist aus dem Baltikum – angefangen bei Backe und Rosenberg, besonders auffällig bei den Einsatzgruppen⁵⁷⁷ – und die ehemaligen Experten aus der Deutschen Botschaft in Moskau.⁵⁷⁸ Auch bei ihnen sind die antikommunistischen Ziele, ist der Haß auf alles Sowjetische sehr deutlich. Außerdem versuchten alle möglichen Dienststellen, sich Sowjetdeutsche aus den Vomi-Lagern als Dolmetscher vermitteln zu lassen.⁵⁷⁹ In den besetzten Gebieten setzte man einige der wenigen vorgefundenen Volksdeutschen gern in Bürgermeisterämter und ähnliches ein.⁵⁸⁰

17./18. und 24./25. 9. 1988. Als ausgesprochener Karrierist ohne NS-Bindung galt z. B. der Hauptabteilungsleiter Karl Eger beim GK Weißruthenien. Vgl. seine OPG-Akte im BDC.

575 Brandenburg: Kube, Janetzke (Stadtkommissar Minsk, vorher Bürgermeister in Falkensee, Gauamtsleiter für Kommunalpolitik), Hachmann (GebK Glebokie), Buschmann (interimistischer GebK, 1943 in Borissow), Reuscher (Hauptabteilungsleiter im GK Weißruthenien), Freudenberg (Abteilungsleiter »ASO«), Sch. (Personalreferent und Staatsanwalt in Minsk, Studienkollege eines Sohnes von Kube); Wildestein, Kubes Vorgesetzter in Dachau. Bach-Zelewski war vor 1933 SS-Führer in der Kurmark gewesen. – Westfalen: Alfred Meyer, Riecke, Runte, Klemm, Matthiessen, Küper, Freitag. – Schleswig-Holstein: Lohse, v. Rumohr und Eger (Hauptabteilungsleiter in Minsk), Carl (GebK Sluzk); vgl. Myllyniemi, S. 95 ff. – Zu Personalentsendungen aus Ostpreußen vgl. S. 160 und 166 dieser Arbeit.

Siehe Vern. D.S. v. 22. 9. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 912; Vern. Fritz Buschmann v. 11. 3. 1960, ebd., Bl. 2306 f.; Vern. Joachim Reuscher v. 12. 1. 1960, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1692; Vern. Henning v. Rumohr v. 18. 5. 1966 und Karl Eger v. 26. 4. 1965, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 3014 und Bl. 4341; BDC, PA Paul Hachmann, Wilhelm Küper, Helmut Freudenberg.

576 Z. B. hatten der Kreiskommissar in Wolkowysk und der KdS Bialystok zusammen studiert: Vermerk ZStL v. 2. 12. 1960, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6135. – Der berüchtigte Rassendezernt Dr. Wetzel kam auf Empfehlung eines Schulfreunds und Referatsleiters im RMO, den er bei einem zufälligen Treffen in der Bahn darum gebeten hatte, zu seiner Stellung: Vern. W. F. v. 4. 10. 1961, StA Hannover 2 Js 499/61, Bd. 2, Bl. 46. – Schulfreunde von Riga her waren auch der LO-Vertreter in Baranowitschi und der Leiter der KdS-Außenstelle Baranowitschi, Amelung: Vern. E. v. d. B. v. 31. 10. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 2449. – Der Stabschef der H.Gr. Mitte 1943/44, Wöhler, war 1932 Leiter des Grenzschutzes in Küstrin gewesen, als Bach-Zelewski dort SS-Führer war: Vern. Bach-Zelewski v. 12. 12. 1950, ZStL 202 AR-Z 52/49, Dok.Bd. 7, Bl. 76.

577 Leibbrandt u. a. aus dem RMO, Friedrich Trampedach (Abteilungsleiter Politik im RKO, zuständig u. a. für Judenangelegenheiten; Wilhelm 1975, S. 1092); Dr. Buchardt (1943 Chef des EK 9), Klingelhöfer (1941 Chef des Vorkommandos Moskau der EGr B), Wilhelm Greiffenberger (stellvertretender Chef des EK 9 1941/42, Anklage StA Berlin 3 PKs 1/62 v. 21. 11. 1961, S. 38); Amelung (Leiter KdS-Außenstelle Baranowitschi, Sterbeurkunde StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 1241), Grave (Leiter KdS-Außenstelle Wilejka); Schlegel (Chef des SD beim KdS Minsk); Andreas v. Amburger (EGr B; Vern. v. 1. 4. 1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 71); Dr. M. S. (Leitender Arzt des HSSPF-Rußland-Mitte; Vern. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 7166–7169); H. S. (Leiter des Einsatztrupps z. b. V. des KdS Lublin in Brest, Vern. v. 26. 3. 1963, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 2, Nr. 1270, Bl. 172); de Vries (Landwirtschaftsfunktionär der Wiln Mitte, vgl. unten S. 686 f.). Ferner schon Myllyniemi, S. 58.

578 Dr. Bräutigam, Dr. Schiller (Sachbearbeiter für die »Agrarordnung«), General Schubert (Chef WiStab Ost 1941–1942), Oberst Krebs (Stabschef im Okdo. H.Gr. Mitte; 1937–1941 Heeresattaché in Moskau). Siehe zu den Ostexperten auch Anm. 3/200.

579 [Pz.Gr.3.] Ic/A.O., Tagebuchbeitrag v. 19. 6. 1941, BA-MA WF-03/5769, Bl. 9761 f.

580 Z. B. W. Engelhardt, S. 20 (Klinzy); Befragung des kommissarischen Bürgermeisters von Polozk, Johann Kischke, v. 20. 7. 1941 (Abschrift), BA F 56754.

Zum deutschen Verwaltungspersonal in Weißrußland gehörten auch Frauen – als Sekretärinnen, Dolmetscherinnen, Krankenschwestern, gelegentlich Referentinnen. Allein in Minsk gab es Anfang 1942 850, im Sommer 1944 2400 Frauen. Auch einige von ihnen waren aktiv an Verbrechen beteiligt, so die Sekretärinnen des KdS Bialystok beim Zusammentreiben der Juden während der Februar-Deportationsaktion im Ghetto 1943. Bei Erschießungsaktionen in Slonim erschienen Sekretärinnen im Ghetto, um die Szenen zu fotografieren. Nicht wenige von ihnen standen in intimen Beziehungen zu Angehörigen des Gebietskommisariats, und manche heirateten sie.⁵⁸¹

Über Bildung und Ausbildung des deutschen Personals wurde hinsichtlich der Fachverwaltungen (Landwirtschaft, Arbeit, Finanzen, Innere Verwaltung/Kap. 3.3) schon etwas gesagt. Prinzipiell bedeutete der sogenannte Osteinsatz einen Aufstieg und erhöhte Anforderungen gegenüber ihrer bisherigen Praxis. In den leitenden Positionen im Besatzungsgebiet finden wir in Zivil- und Militärverwaltung selten jene Intellektuellen – oder genauer gesagt: Akademiker –, wie es sie in den Einsatzgruppen und zum Beispiel im Generalgouvernement gab.⁵⁸² Das änderte an ihrer Effizienz wenig. Nicht untypisch ist das Beispiel von Wilhelm Freitag, Landwirtschaftschef in Minsk und »Erfinder« des Wehrdorfesystems (Kap. 9.6b): In Weißrußland hatten die Vordenker oft keinen Dokortitel, sondern nur die mittlere Reife. (Anders lag der Fall in den betreffenden Zentralstellen im Reich.) Andere waren zwar ganz ungebildet. Auffällig ist aber, daß zahlreiche Spitzenfunktionäre, besonders bei SS und Polizei, eine Vorbildung oder gar ein abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaft sowie auf wirtschaftlichem⁵⁸³ oder landwirtschaftlichem Gebiet⁵⁸⁴ mitbrach-

⁵⁸¹ Siehe Vern. Lothar Heimbach v. 16. 10. 1963, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bl. 186; Vern. Gerhard Erren v. 10. 7. 1964 und Abschiedsbrief des Beschuldigten P. v. 19. 5. 1961, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 1478 und Bl. 4770–4776. Zahlen: Chiari 1993, S. 84; Gartenschlaeger, S. 128 und 131; Bericht über eine Versammlung der Frauen, die sich in Minsk aufhielten, v. 20. 2. 1943, in: Lenhard, S. 131f.; KTB HeWiFü Mitte v. 28. 6. 1944, BA-MA (BArch)F 42862, Bl. 345. – U.a. heirateten die Leiter der Abt. La und Finanzen des GK Weißruthenien und der GebK in Kobryn ihre Sekretärinnen.

⁵⁸² Einsatzgruppen: Wilhelm 1981, S. 281ff., und schon Hilberg, Vernichtung, S. 300–302. Zum Generalgouvernement umfassend: Aly/Heim, Vordenker.

⁵⁸³ Wirtschaftswissenschaften studierten: Viktor Brack, Zenner (SSPF Minsk/Volks- und Betriebswirtschaft, Abteilungsleiter in Privatfirma), Weigand (Wiln Mitte, Dipl.-Volkswirt), Fegelein (Kdr. SS-Kav.Brigade), Holste (Gestapochof der EGr B 1941–1942). Von Beruf Kaufleute waren: Naumann, Dr. Filbert (ab 1943 im RSHA für Wirtschaftskriminalität zuständig, bei Verhaftung Bankdirektor in Berlin-W.); Fromm (SSPF Shitomir und Bialystok/Bankfach), Greiffenberger (stellv. Chef des EK 9 1941/42), Montua (Kdr. Pol.Rgt. Mitte), GebK Werner (Baranowitschi). – Vgl. eidesstattl. Erkl. Viktor Brack v. 12. 10. 1946, Nbg. Dok. NO-426; Urteil LG Koblenz 9 Ks 1/61, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 17, S. 504; Mitteilungsblatt WeWiStab im OKW 2. Jg., 15. Ausgabe, 25. 8. 1943, BA F 2348, Bl. 939; BDC, PA Hermann Fegelein, Eduard Holste, Max Montua; eidesstattl. Erkl. Erich Naumann v. 27. 6. 1947, Nbg. Dok. NO-4150; Urteil LG Berlin 3 PKs 1/62 v. 22. 6. 1962, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 18, S. 606f.; Vern. Werner Fromm v. 30. 12. 1960, NWSStA Detmold D 21 A, Nr. 6139, Bl. 733f.; Anklage StA Berlin 3 PKs 1/62 v. 21. 11. 1961, S. 38; Vern. Rudolf Werner v. 23. 2. 1962, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 3810ff.

⁵⁸⁴ Bach-Zelewski, Prützmann (Agrarstudium in Göttingen), v. Gottberg und Angehörige der SS-Kavallerie-Brigade. Zu erwähnen ist auch der Dipl.-Landwirt Heinrich Himmeler, der zusätzlich in den zwanziger Jahren noch die russische Sprache gelernt hatte. Beantwortung eines Fragebogens durch Bach (1946), IfZ Zs 543, Bl. 17; BDC, Hans-Adolf Prützmann und Curt v. Gottberg; Abschußbericht ZStL v. 14. 10. 1961, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 2, Nr. 1279, Bl. 51a (S. 6); Ackermann, S. 198.

ten. Das Dissertationsthema des berüchtigten Führers der Sondereinheit Dirlewanger lautete: »Zur Kritik des Gedankens einer planmäßigen Lenkung der Wirtschaft«. ⁵⁸⁵ Von diesen Tätern konnte erwartet werden, daß sie wirtschaftliche Gesichtspunkte bei ihren Befehlen zum Massenmord mit in Erwägung zogen, und so sollte es auch oft geschehen.

Die meisten Täter und Angehörigen der deutschen Verwaltung im besetzten Weißrußland stellten die Sache im nachhinein so dar, als seien sie zwangsweise dorthin geschickt worden. Das war jedoch je nach Dienststellung und von Fall zu Fall sehr verschieden. Angehörige von Wehrmacht-Truppeneinheiten wurden in der Regel dorthin abkommandiert, Polizisten abgeordnet. Bei ihnen war das allerdings, wenn überhaupt, eher Auszeichnung als Strafe ⁵⁸⁶ oder, anders ausgedrückt, ein »wichtiger Karriereabschnitt«. ⁵⁸⁷ Doch ist bisher kaum bekannt, daß es für die Verwaltung und die Ostgesellschaften eine gewaltige Zahl von Bewerbungen gab. Von mindestens 80 000 Einberufungsvorschlägen für den Wirtschaftsstab Ost, eine militärische Dienststelle, beruhten offenbar nicht weniger als 50 000 auf Bewerbungen. ⁵⁸⁸ Ähnlich bei der Militärverwaltung, denn »für eine Einstellung als Kriegsverwaltungsbeamter im Osten« lagen Ende 1941 schon »mehrere Tausend [sic] Gesuche vor; Aussichten für eine Einstellung bestünden daher nur für einige Spezialisten«. ⁵⁸⁹ Eine hohe Zahl von Bewerbern, die allerdings »zum überwiegenden Teil ungeeignet« waren, gab es auch beim Ostministerium. ⁵⁹⁰ Die »Ostfaser« verzeichnete bis April 1943 7800 Bewerber, 1252 wurden engagiert, und die Zentralhandelsgesellschaft Ost konnte »nach Bearbeitung von annähernd 100 000 Bewerbungen« fast 7000 deutsche Kräfte einstellen. ⁵⁹¹ Den »Drang nach Osten« gab es nicht nur in der Siedlung, sondern vielleicht noch mehr in der Verwaltung. Das gleiche gilt für Privatunternehmen (vgl. Kap. 5.4b).

Wenn aber viele Funktionäre des deutschen Apparats in den besetzten sowjetischen Gebieten freiwillig, auf eigene Initiative dorthin gingen, stellt sich die Frage ihrer Handlungsmotivation neu. Freilich wollte sich mancher in erster Linie der Einberufung oder schwerer Rüstungsarbeit entziehen, um seine Haut zu retten und eine

⁵⁸⁵ Klausch, S. 38f. und 557. Dirlewanger kam zu dem Ergebnis einer Absage an staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozess, insbesondere an den Sozialismus; nur während eines neuen Krieges werde eine planmäßige Wirtschaftslenkung für Deutschland wegen der zu erwartenden Mangelercheinungen unbedingt nötig sein.

⁵⁸⁶ Zu den Einsatzgruppen Krausnick 1981, S. 141–150. s.o. Kap. 3.3.

⁵⁸⁷ Vgl. Chiari 1998, S. 167–169, Zitat S. 168.

⁵⁸⁸ Müller, Wirtschaftspolitik, S. 2, und Abschlußbericht WiStab Ost, ebd., S. 129. 66 000 Vorschläge hatte es allein für Landwirtschaftsführer gegeben.

⁵⁸⁹ Brief des Ministerialrats im RWM Dr.Zee-Heraus an Dr. Meder, Berlin, v. 2. 12. 1941, BA 31.01, Nr. 20493, Bl. 175.

⁵⁹⁰ Vortrag Regierungsdirektor Knobloch, Personalabteilung des RMO, Niederschrift über die Arbeitstagung der Hauptabteilungen Verwaltung des RMO, des RKO und der GK in Kauen am 17./18.9. v. 25.9.1942, BA 11.01, Nr. 47. Stichproben in einem neu aufgetauchten, mehrere tausend Akten umfassenden Personalaktenbestand aus dem RMO (BA D-H ZD I) deuten darauf hin, daß über 50 % der Mitarbeiter sich selbst beworben haben.

⁵⁹¹ Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42 (undatiert, Ende 1943), BA F 10633, Bl. 466, ZO-Direktor Fleischberger an Küper v. 2.5.1944, BA F 13741, Bl. 98, und Wilhelm Küper, Aufsichtsratsvorsitzender der ZO, an Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung, v. 17.5.1944, BA R 6/271, Bl. 7.

bequeme Stellung zu bekommen.⁵⁹² Andere wollten Karriere machen, sich an der »relativ selbständigen [...] Aufbauarbeit« beteiligen, mehr Geld verdienen, Abenteuer erleben und andere Länder sehen.⁵⁹³ So folgte Frau R., Aufkäuferin bei einer Großhandelsfirma im Gebiet Glebokie, nach ihrem bevorzugten Fortbewegungsmittel »Panzerfrau« genannt, Mussolinis Motto »Gefährlich leben!«⁵⁹⁴ Besonders lockten die relativ hohen Gehälter, Zulagen, »Ostzuschlag«, »Oststeuerfreibeträge«, »Trennungsentschädigung« oder auch doppelte Fleischrationen gegenüber dem Reich⁵⁹⁵ – und die Möglichkeit, durch Korruption, Plünderung, Schwarzhandel zusätzlich viel Geld zu verdienen.⁵⁹⁶ Das wurde auch in der SS zur Massenerscheinung.⁵⁹⁷ Wer in eine nervliche Krise geriet oder den »Ostkoller« bekam, besonders wegen der aus-

592 Dies wurde von den Betroffenen später nur selten zugegeben: Vern. F. W. v. 8. 10. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1117 (ging zur ZO); Rosa H. v. 22. 2. 1971, ZStL II 204a AR-Z 119/67, Bl. 593/R; Günter Pfeiffer, Der Kreis Wolkowysk unter deutscher Verwaltung während des zweiten Weltkrieges, BA OstDok 13/70, Bl. 22f.

593 Vern. Birgit C. v. 20. 11. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1203; Emilie J. v. 19. 11. 1959, ebd., Bl. 1195f. (Zeitungsschreiberin); Vern. E. B. v. 29. 10. 1962, StA Hamburg 147 Js 291/67, Bl. 3291f. (BVG Berlin – Referent für Preisbildung beim GK Weißruthenien); Bericht Pfeiffer, wie Anm. zuvor (Zitat). Diesen Aspekt betont Chiari 1998, S. 62–68 und 72, allerdings mit einer nicht unbedingt repräsentativen Auswahl von Beispielen, die ihre schlechte Qualifikation hervorheben soll.

Der ehemalige Kommandeur des SK 7c, Hans-Hermann Koch, sagte in Minsk 1946 u.a. aus: »In Deutschland hätte ich das nicht bekommen. Ich wollte kein armes Leben führen, ich wollte besser leben und fühlte, daß ich zu irgendetwas Größerem berufen bin und Fähigkeiten habe; ich wollte ein großer Mann sein, großen Einfluß, viel Land, schöne Frauen haben. Ich wollte Geld besitzen und dabei nicht arbeiten, immer morgens zur Jagd ausreiten und herrlich die Abende verbringen. In Deutschland hatte ich nur ein paar Mark Verdienst, eine kleine Wohnung und keinen Einfluß.« Zitiert nach Ullrich, S. 108.

594 »Die ›Panzerfrau‹ erzählt«, in: Minsker Zeitung v. 17. 7. 1943.

595 Prüfungsfeststellungen bei der Ost-Erfassungsgesellschaft für Häute, Felle und verwandte Gebiete mbH (1944), BA 23.01, Nr. 6014, Bl. 13 und 31; Ostfaser, Tätigkeitsbericht 1941/42, BA F 10633, Bl. 466; ZO-Bericht v. 11. 3. 1942, BA F 734, Bl. 823; OKW/WFSt/Qu (II), Betr.: Bericht des Sonderbeauftragten des Führers für die Auskürung der besetzten Ostgebiete, General v. Unruh an Göring v. 7. 6. 1942, BA F 13741, Bl. 133; SS-Sonderbtl. Dirlwanger, Erfahrungsbericht Unternehmen »Günther« v. 14. 7. 1943, BA-MA SF-01/31686, Bl. 661 (La-Führer erhielten 15 RM Tagesgeld bei Partisanenbekämpfung); Vorgang Besoldungshöhen der Zivilverwaltung bei der Reichskanzlei, BA F 8484, Bl. 4795ff.; Chef Sipo/SD, Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 29 v. 13. 11. 1942, BA-MA SF-01/28938, Bl. 126f.; KTB WiStab Ost v. 22. 3. 1943 und Aktenvermerk über die Chefbesprechung am 17. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 590 und 826; Minsker Zeitung v. 12. 5. 1943; HeWiFü Mitte, Ia, Niederschrift über die Besprechungen mit Chef WiStab Ost am 19./20. 5. v. 25. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 495; OKH, Chef H.Rü. und BdE, AHA, Bestimmungen für die Abrechnung der Kraftfahrzeuginsatzstandsetzungspark und Zentralersatzteillager mit den K-Werken v. 1. 8. 1944, MB-HA, Kriegswerke 10. – Die Zulagen überstiegen die Gehälter manchmal bei weitem: ZO, Geschäftsstelle Bobruisk, Bilanz per 31. Dezember 1943 v. 25. 9. 1944, Anlage 1: Personalkostenaufstellung, BA 34.02, Nr. 80, Bl. 33f., vgl. Bl. 102.

596 Bericht über Zustände auf Grund der Prüfung der »Deutschen Dienstpost Ukraine« (Abschrift/undatiert), BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1466–1471; Referat Kube v. 8. 4. 1943 (»Schieber und Schweinehunde«), IFZ Fb 85/I, Bl. 42; GK Weißruthenien, Abt. Treuhandverwaltung und Betriebsabwicklungsstelle v. 5. 10. 1944 (»ziemliche Anzahl von Leuten [...], die über ein recht beachtliches Vorstrafenregister verfügten«), BA R 6/482, Bl. 10; GK Weißruthenien, Abt. II Recht, Betr.: Hinweis der deutschen Gefolgschaftsmitglieder auf strenge Beachtung der Strafgesetze im Ostland v. 3. 5. 1944, BA F 566, Bl. 191–194. Siehe auch S. 681–683 über die Erpressung von Wertsachen bei Juden.

597 »Es ist wiederholt festgestellt worden, daß sich Angehörige von SS- und Polizeiverbänden in immer zunehmender Maße aus der Heimat Waren [...] schicken lassen, um sie aus Geldgier zu Wucherpreisen an die russische Bevölkerung zu verschachern.« HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Befehl v. 16. 8. 1943, Sonderarchiv Moskau 1323–2–225, Bl. 13.

geführten oder befehligten Exekutionen, ließ sich versetzen oder erhielt Erholungsurlaub.⁵⁹⁸ Wer an Parodontose, einer »gefährlichen Nasenfurunkelose« oder Rheuma litt, ließ sich beurlauben.⁵⁹⁹ Solange man nicht zu Kampfeinsätzen ausrücken mußte (und selbst da versuchte man die Gefahr für sich selbst zu minimieren⁶⁰⁰), war die Tätigkeit im besetzten Weißrußland für deutsche Administratoren ruhig und nicht sehr risikoreich, zwar ohne viele Annehmlichkeiten, aber in mancher Hinsicht lukrativ – Welten von der Bevölkerung des besetzten Landes entfernt. Gleichzeitig mit diesen egoistischen Motiven verfolgte die Mehrheit der beteiligten Soldaten, Polizisten und Verwaltungskräfte allerdings, wie schon ausgeführt, nach bisherigen Forschungsergebnissen das »höhere« Ziel, einen Beitrag für die »deutsche Sache« zu leisten⁶⁰¹ – geeint im Ziel, den Krieg an der Ostfront zu gewinnen und in Weißrußland etwas Neues an die Stelle des sowjetischen Systems zu setzen.

Wesentlich für das Handeln fast aller deutschen Funktionsträger war schließlich der Umstand, daß ihre Stellung im besetzten Weißrußland für sie einen erheblichen Aufstieg bedeutete. Beinahe jedem, ob Gendarm, Landwirtschaftsführer, Wachsoldat in einem Kriegsgefangenenlager oder Soldat eines Sicherungsregiments, war das Schicksal von hunderten, nicht selten tausenden Menschen in die Hand gegeben. Durch die Befehle und Weisungen der Führung von so gut wie allen rechtlichen Rücksichten befreit, befanden sie sich gegenüber der Bevölkerung des besetzten Gebietes in einer Position schrankenloser Allmacht. Gleichzeitig waren viele Funktionsträger schon auf Grund der dünnen Personaldecke, der großen Entfernungen und der eingeschränkten Möglichkeiten zur Kommunikation zwischen ihnen und ihrer Führung gehalten, selbständig zu handeln, soweit es Männer außerhalb geschlossener militärischer und polizeilicher Einheiten betraf. Ihre persönlichen Interessen, der Grad ihrer Identifikation mit den vorgegebenen politischen Zielen, ihre oft rassistische Einstellung und ihre Moralvorstellungen wurden so zu maßgeblichen Triebkräften ihres Vorgehens.

598 Tagebuch Bach-Zelewski ab 28. 1. 1942, BA R 20/45b, Bl. 34–36; Reichsarzt-SS an Himmler v. 4. 3. 1942, BA NS 19/2874, Bl. 2–4, abgedruckt in: Bartoszewski, S. 97 ff.; Beurteilung v. 2. 2. 1945 für Lothar Heimbach (ehemals Gestapochof beim KdS Bialystok), BDC Heimbach (Zitat); EK 8/Trupp 5, Ablösungsvorschlag v. 20. 1. 1942 für P. S., StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 2471; Beurteilung des BdO Paris für den Hauptmann der Schutzpolizei E., Ex-Kompaniechef beim Pol.Btl. 306, in: Anklage StA Frankfurt/M. 4 Js 901/62 v. 28. 3. 1968, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 4614; Vern. Wilhelm Greiffenberger v. 31. 10. 1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 13, Bl. 105–107R.

599 Vern. H. N. v. 10. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2283; Vern. H. K. v. 13. 4. 1961, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 515 (Zitat); GK Shitomir, Ständiger Vertreter, v. 30. 10. 1943, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bl. 121f.

600 Vgl. zur Partisanenbekämpfung Kap. 9.

601 Siehe Anm. 3/568. Von den dort genannten Autoren vertreten Browning und Chiari allerdings nur mit Einschränkung eine solche Auffassung.

Die deutsche Wirtschaftspolitik in Weißrußland 1941–1944

4. Landwirtschafts- und Ernährungspolitik

4.1 Die landwirtschaftlichen Verhältnisse

Die Landwirtschaft war der bei weitem wichtigste Wirtschaftssektor Weißrußlands, in dem vor dem Krieg rund 70 Prozent der Beschäftigten arbeiteten. Seine Ausbeutung stand im Mittelpunkt der deutschen Interessen. Die weißrussische Landwirtschaft war aber auf Grund verschiedener Faktoren ertragsarm: wegen der klimatischen Bedingungen (strenge Winter, kurze Vegetationsperiode), wegen des geringen Humusgehalts der Böden (Podsolböden mittlerer Güte), wegen des geringen Einsatzes von Stall- und mineralischem Dünger, wegen mangelhafter Bodenbearbeitung (fehlende Lockerung durch tiefes Pflügen, Ausnutzung der Fruchtwechselwirtschaft) und wegen des schlechten Funktionierens der Kolchosen und der Handelsorganisation.

Kennzeichnend für Weißrußland war auch ein hoher Ödlandanteil. Die landwirtschaftliche Nutzfläche machte nur rund 54 Prozent der Gesamtfläche im GK Weißruthenien aus, im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte 59,7 Prozent.¹ Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche nahm das Ackerland im GK Weißruthenien 61,1 Prozent ein, das waren 19 000 von 59 000 km² (7600 km² waren Wiesen, 4700 km² Weiden).² Vor dem Krieg betrug die Ackerfläche in der alten BSSR 26,3 Prozent und in Westweißrußland 29,3 Prozent der Gesamtfläche.³

Den klimatischen Bedingungen entsprechend hatte sich die weißrussische Landwirtschaft vor allem auf Roggen, Hafer, Kartoffeln und Flachs spezialisiert. Die BSSR umfaßte 1938 3,2 Prozent der Bevölkerung der gesamten Sowjetunion, 2,0 Prozent der Getreideproduktion, 0,5 Prozent der Weizenerzeugung, 4,3 Prozent bei Roggen, 7,1 Prozent bei Buchweizen, 11,3 Prozent bei Flachs⁴ und 8,6 Prozent bei Kartoffeln.⁵ Der Anteil des Getreideanbaus an der Ackerfläche betrug in der alten BSSR 62,1 Pro-

1 Vgl. Minsker Zeitung v. 27. 5. 1942; Statistischer Arbeitsausschuß der WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1 (Juli 1943), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 893. Bei der WiIn Mitte ergaben sich starke regionale Schwankungen. Bezogen auf die einzelnen WiKdos waren es in Borisow 46,1%, in Mogilew 61,7%, in Bobruisk 43,8% und in Witebsk 55,0%. Im russischen Teil waren die Anteile etwas höher.

2 Vgl. Matthiessen 1942, S. 411; Rudolph 1942, S. 113–115. – Nach Matthiessen betrugen der Ackeranteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Estland zum Vergleich 40,7%, in Lettland 59,7% und in Litauen 71,2%.

3 Vgl. Vaatz, S. 37 (ältere Daten). E.v. Engelhardt: Die Ernährungs- und Landwirtschaft der Weissrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, BA F 10772, Bl. 936, nennt für das Frühjahr 1941 insgesamt 34,8%.

4 Das entsprach immerhin 7% der Weltproduktion. Die Sowjetunion erbrachte ungefähr zwei Drittel der Welterzeugung. Internationale Agrarrundschau 1942, Heft 8, S. 495.

5 Ausarbeitung »Weißruthenien« des Wannsee-Instituts (Mai/Juni 1941), BA R 93/18, Bl. 159.

zent, in Westweißrußland 70,5 Prozent.⁶ Beim Getreide machte Roggen etwa 50 Prozent (im Westen etwas mehr), Hafer etwa 20 Prozent, Gerste etwa 10 Prozent und Buchweizen 5 Prozent aus. Weizen spielte mit ungefähr 8 Prozent keine große Rolle.⁷ Nur rund ein Fünftel war Wintergetreide.⁸ Unter den übrigen Produkten sind Kartoffeln mit rund 15 Prozent und Flachs mit 5 Prozent (jeweils im Osten mehr als im Westen) hervorzuheben.⁹

Die Erträge lagen sehr niedrig.¹⁰ In der Vorkriegszeit betrugen sie zum Beispiel für Roggen 8 bis 9 Doppelzentner je Hektar (Baltikum 10–15, Deutsches Reich 18) und für Kartoffeln 100 bis 120 (Lettland 133, Deutsches Reich 176). Der Milchertrag lag bei 1000 bis 1100 Litern jährlich (Lettland etwa 1900). Flachs soll 2,3 Doppelzentner je Hektar erbracht haben (Baltikum 3,2–3,6). Durch die Einflüsse von Krieg und Besatzung sanken diese Werte noch.¹¹ Sie waren für Getreide in den westlichen Landesteilen etwas höher, für Kartoffeln und Flachs in den östlichen.

Trotz allem gab es auf deutscher Seite durchaus eine gewisse Wertschätzung für die weißrussische Agrarproduktion, da sie angesichts größerer und regelmäßiger Niederschläge »im Ertrag sicherer«¹² war als der Süden der Sowjetunion und da in der Ukraine unter Kriegsbedingungen kaum höhere Erträge erzielt wurden (etwa 8 bis 9 gegenüber 6 bis 8 Doppelzentner je Hektar Getreide). Allerdings lag der Brachlandanteil mit rund 20 Prozent der Ackerfläche sehr hoch.

Die Viehbestände waren im Osten Weißrußlands in den dreißiger Jahren aus zwei Gründen stark zurückgegangen. Erstens war Zugvieh durch die Maschinisierung und Kollektivierung teilweise überflüssig geworden, sein Besitz zum Teil verboten worden; zweitens hatte ein Teil der Bauern das Privatvieh aus Widerstand gegen die Bildung der Kolchosen sowie wegen der Hungerkrise und fehlender Futtermittel 1932/33 geschlachtet. Bis 1941 war der Stand von Ende der zwanziger Jahre noch

6 Vaatz, S. 39. Je höher dieser Anteil, desto ärmer ist im allgemeinen die jeweilige Landbevölkerung, da er auch den Grad des Anbaus zum Zweck der Selbstversorgung widerspiegelt.

7 Vgl. ebd. Weiter Ausarbeitung »Weißruthenien«, BA R 93/18, Bl. 158; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 441–43; Engelhardt-Denkschrift, BA F 10772, Bl. 5939; v. Engelhardt, S. 300; Der Reichsbauernführer, Stabsamt, UdSSR – Ernährungs- und Landwirtschaft, III. Statistik (»Fertiggestellt April 1941«), BA-MA RH 5/81; Bodenbenutzung und Anbauflächen im Bezirk Bialystok im August 1942 nach Angaben des Bezirksplaners (Abschrift), BA R 49/938.

8 Bei der Herbstsaat 1942 im GK Weißruthenien 21,1%, in der WiIn Mitte 21,5%, in Wollhynien (zu dem auch Teile Südwest-Weißrußlands geschlagen worden waren) 35,4% und in den besetzten sowjetischen Gebieten insgesamt 19,6%. Den Deutschen war es gelungen, diesen Anteil leicht zu erhöhen (vgl. S. 330). Anlage La 2a3 zum KTB WiStab Ost, Chefgr.Landwirtschaft [im folgenden: Chefgr.La] v. 8.1.1943, BA-MA WF-01/15898, Bl. 442.

9 Der Zuckerrüben- und Sonnenblumenanbau war sehr gering. Engelhardt-Denkschrift, BA F 10772, Bl. 5939.

10 Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, daß in der Sowjetunion seit Anfang der dreißiger Jahre die sogenannte Halmernte statistisch erfaßt wurde, also eigentlich eine Schätzung, die – auf Grund von nachfolgenden Verlusten – höher lag als das wirkliche Ernteergebnis.

11 Vgl. Ostland in Zahlen, S. 4; Der Reichsbauernführer, Stabsamt, UdSSR – Ernährungs- und Landwirtschaft, III. Statistik, Tab. 9, 14, 14a, 16, BA-MA RH 5/81; Matthiessen 1942, S. 411f.; Kassnitz, S. 23; Müller, Wirtschaftspolitik, Tab. 23–25, S. 444–446; Vaatz, S. 39f.; Der Bezirk Bialystok (1942), BA F 15024, S. 11f.

12 In diesem Sinn die Denkschrift des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der DAF »Die Durchdringung des Ostens in Rohstoff- und Landwirtschaft«, zitiert nach: Hepp, S. 132; weiter Wirtschaftspolitische Dienst v. 22. 6. 1943, BA 61 Re 1, Nr. 348, Bl. 46.

nicht wieder erreicht. Im Westen Weißrußlands gab es mehr Vieh, besonders Pferde und Schafe, im Osten dagegen mehr Schweine.¹³ Insgesamt war die Viehdichte in Westweißrußland der im Baltikum vergleichbar. Auch der Osten des Landes stand in dieser Hinsicht nicht schlecht da.¹⁴ Im Osten gehörte das Vieh im übrigen zum Großteil keineswegs den Kolchosen und Sowchosen, sondern den Kolchosniki privat.¹⁵

Was die Organisation der Landwirtschaft angeht, gab es in der Osthälfte etwa 11 000 Kolchosen. Sie existierten im Durchschnitt seit neun bis zehn Jahren und umfaßten 70 Höfe (1936). Im Westen existierten nur etwa 1000 Kolchosen, die 1940/41 entstanden waren. Dort gab es demgegenüber noch etwa 600 000 private Höfe, im Osten höchstens noch 80 000. Im Osten nahmen Kolchosen rund 85 Prozent der Anbaufläche ein, das private Hofland der Kolchosniki 9 Prozent, Sowchosen nur 2 Prozent. 227 Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) im Osten verfügten 1938 unter anderem über 7212 Traktoren, 630 Mähdrescher und 1700 Sämaschinen. Sie hatten die Kolchosen mit Zug- und Maschinenkraft zu versorgen. Die Technisierung war damit schon einigermaßen vorangeschritten. Im Westteil gab es 1940 immerhin schon 101 MTS. Sie waren aber noch im Aufbau und besaßen beispielsweise erst 954 Traktoren. Hier überwogen noch private Bauernhöfe.¹⁶

4.2 Der landwirtschaftliche Ausbeutungsapparat und die »Erfassung«

a) Der Ausbeutungsapparat

Die (Haupt-)Abteilungen beziehungsweise (Chef-)Gruppen Landwirtschaft der Zivil- und Militärverwaltung gliederten sich in verschiedene Aufgabenbereiche.¹⁷ Im Ostministerium umfaßten sie vier Abteilungen: Agrar- und Wirtschaftspolitik, Erzeugung, Erfassung, Verwaltung und Organisation.¹⁸ Bei den Gebietskommissaren existierten nur die drei Abteilungen Erfassung, Erzeugung und Personal.¹⁹ Fachlich wurden grundsätzlich die Hauptprobleme »Erfassung« und »Erzeugung« unterschieden. Nach den Vorkriegsplänen galt dem ersteren das Hauptaugenmerk, denn das letztere erforderte viel mühsame Kleinarbeit ohne Aussicht auf großen Erfolg un-

13 Jedoch war ein Versuch, auf Kartoffelbasis große Spezialbetriebe zur Schweineproduktion einzurichten, offenbar in den dreißiger Jahren gescheitert. Vgl. Wannsee-Institut, Weißruthenien, BA R 93/18, Bl. 160.

14 Hierzu besonders Vaatz, S. 47.

15 Privateigentum der Kolchosniki (1938) waren 0,3 % der Pferde, 46,4 % der Rinder, 66,8 % der Schafe und 69,4 % der Schweine. Den Kolchosen gehörten entsprechend 81,3/37,4/24,7/10,6 %, Einzelbauern 8,6/5,1/4,7/6,7 %. Der Viehbestand der Sowchosen war sehr gering. Vaatz, S. 46.

16 Vgl. Engelhardt, S. 298 f.; Vaatz, S. 31 f.; Wannsee-Institut, Weißruthenien, BA R 93/18, Bl. 160–163.

17 Zum Aufbau der Agrarverwaltung im Bezirk Bialystok, die der Landesbauernschaft Ostpreußen unterstand und ähnlich wie im Reich organisiert war: Der Bezirk Bialystok. Hrsg. von der Zivilverwaltung Bialystok, 1. 3. 1942, BA F 15024 (S. 45–47); Günter Pfeiffer, Der Kreis Wolkowysk unter deutscher Verwaltung während des zweiten Weltkrieges, BA OstDok 13/70; Gorczyńska 1982.

18 RMO, II 1 c 2020 Betrifft: Gliederung der Behörde v. 29. 11. 1941, BA D-H ZA I/6004. Vgl. Organisations- u. Aktenplan der H.Abt. E.u.L. des GK in Minsk (undatiert), ZStA Minsk 370–I–2667, Bl. 39–57.

19 Vgl. z.B. Vern. J. B. v. 6. 2. 1961, ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 368 f. Der Zeuge war Landwirtschaftsführer beim GebK Pinsk.

ter Kriegsbedingungen.²⁰ Als verlängerter Arm der Landwirtschaftsverwaltung für diese beiden Bereiche wurden zwei große sogenannte Ostgesellschaften eingesetzt. Überwiegend Erfassungsaufgaben hatte die Zentralhandelsgesellschaft für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m.b.H. (ZO oder ZHO). Ein Teil der Erzeugung fiel den Landbewirtschaftungsgesellschaften Ostland bzw. Ukraine m.b.H. (LO und LU) zu. Das deutsche Personal dieser beiden Gesellschaften gehörte teilweise, aber nicht gänzlich in Personalunion den entsprechenden Landwirtschaftsbehörden an.²¹

Die ZO wurde am 27. Juli 1941 gegründet. Sie sollte im Zivil- wie Militärverwaltungsbereich agieren und war an fachliche Weisungen der Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabs Ost gebunden.²² Hauptsächlich hatte sie folgende Aufgaben: erstens den Ankauf der Agrarprodukte in den besetzten sowjetischen Gebieten; zweitens ihren Weiterverkauf an die Wehrmacht, ins Reich und an die Stadt-ernährungsämter; drittens die Versorgung der sowjetischen Landbevölkerung mit gewerblichen Konsumgütern; viertens die Versorgung der Landwirtschaftsbetriebe in den besetzten sowjetischen Gebieten mit Betriebsmitteln; und fünftens betrieb sie landwirtschaftliche Be- und Verarbeitungsbetriebe.²³ Daraus folgte eine komplizierte horizontale Gliederung. Die ZO-Hauptgeschäftsstelle Ukraine hatte beispielsweise acht oder neun Abteilungen.²⁴ Die ZO war »die Geschäftsabteilung der Wi-Dienststellen« beziehungsweise »die Geschäftsabteilung der Reichskommissare«.²⁵ Sie und die LO wurden auch als Endglieder der Verwaltung bezeichnet.²⁶ Damit war mehr verbunden, als »bloß ein paar Abrechnungen mit der Wehrmacht zu erledigen«.²⁷

20 Die »Erfassung« ist auch in der Forschung auf das größere Interesse gestoßen, gerade in der sowjetischen. Vgl. die Darstellungen von Faktorowitsch, Olechnowitsch und Zagorulko/Judenkow.

21 Auf den letzten Umstand weist eine Zählung der Reichs- und Volksdeutschen im GK Weißruthenien v. 1. 3. 1943 hin, die sie getrennt erfaßte. Vgl. Auswärtiges Amt Nr. Inl.II C 2731/43 v. 6. 7. 1943 an Publikationsstelle Dahlem, Anlage 3: Angaben der GebK, BA R 153/1670.

22 Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 134f., und Beauftr. VJP – Geschäftsgruppe Ernährung – Tgb. Nr. B-177/41/B. an die ZO, Geschäftsanweisung Nr. 1, gez. Backe, v. 18. 8. 1941 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 857–59. Weiter den Gesellschaftsvertrag der ZO, deren Tätigkeit zunächst nur bis zum 31. 12. 1943 dauern sollte: BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 422–426. Mit Zustimmung Görings wurde ihr Auftrag dann um ein Jahr verlängert. KTB WiStab Ost, Chefgr.La, v. 24.–30. 12. 1943, BA-MA WF-01/15898, Bl. 77. Im Jahre 1960 existierte die Gesellschaft in Liquidation in München immer noch, und Leiter war der ehemalige persönliche Referent des Geschäftsführers. Vgl. Zentral-Handelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m.b.H.i.L. v. 21. 4. 1960 an StA Hamburg, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 624f., und Organisationsplan der ZO-Zentrale (undatiert, 1943?), BA 34.02, Nr. 132, Bl. 32.

23 Die dritte Aufgabe und die Versorgung der Zivilbevölkerung sind Gegenstand von Kap. 4.3, die vierte ist Teil von 4.4. Vgl. auch Fleischberger 1943. Entsprechend Organisationsschemata der ZO-Zentrale, BA 34.02, Nr. 132, Bl. 32f., und 23.01, Nr. 6009, Bl. 4.

24 Vgl. Organisationsplan der Hauptgeschäftsstelle Ukraine (undatiert) und Organisations-Entwurf ZHO, Führungsstab Ukraine (undatiert, ca. Mai 1942), BA 34.02, Nr. 46, Bl. 118f. und 124–130.

25 Abschlußbericht WiStab Ost in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 136, und RMO Nr. III E 3/115–3025/41 an die ZO, gez. Küper, v. 3. 12. 1941, BA F 734, Bl. 738.

26 Die Aufgaben der Wirtschaft. Eine Tagung im Gebietskommissariat Minsk-Land, in: Minsker Zeitung v. 9. 3. 1943, BA 34.02, Nr. 34, Bl. 3.

27 So die Kritik des Leiters der Hauptgeschäftsstelle der ZO in Borisow, Dr. Thormann, in einer Rede v. 14. 6. 1942 auf einer Tagung in Bobruisk. BA-MA Wi ID/1723. Thormann war zuvor persönlicher Referent von Backe gewesen: Geschäftsverteilungsplan des RMEuL nach dem Stand v. 1. 8. 1940, BA R 43 II/1142, Bl. 137.

Entsprechend groß war die Gesellschaft. Sie umfaßte insgesamt 5700²⁸ deutsche, 900 niederländische und etwa 500000 sowjetische Arbeiter und Angestellte mit Schwerpunkt im Süden (Sommer 1943: Ostland 725/70496, Mittelabschnitt 496/14463, Ukraine 3299/433499).²⁹ Die ZO war sogar noch größer, als von ihrer Funktion her nötig gewesen wäre, denn sie galt wohl nicht zu Unrecht als überbürokratisch.³⁰

Die sechs Gesellschafter der ZO waren Vereinigungen aus dem deutschen Landwirtschaftssektor und aus dem Handel. Ihre Stammeinlagen betrugen je 500000 Reichsmark.³¹ Wie die meisten anderen Ostgesellschaften³² arbeitete die ZO jedoch nicht mit ihrem Eigenkapital, sondern mit einem umfangreichen Kredit (300 Millionen RM), der von Großbanken zur Verfügung gestellt und durch Reichsbürgschaften abgedeckt wurde, also im Grunde mit staatlichem Kapital.³³ Im August 1943 wies sie 126 Millionen RM Schulden bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt auf.³⁴ Sinn

²⁸ Höchststand; zu verschiedenen Zeiten waren es 7000 deutsche Beschäftigte.

²⁹ Allein in den Be- und Verarbeitungsbetrieben sollen 500000 Menschen (1300 Deutsche) beschäftigt gewesen sein. Nicht alle wurden allerdings von der ZO direkt geführt. Vgl. Arbeitsbericht der Erfassung und Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den besetzten Ostgebieten vom Mai 1943 für Göring, BA R 26 IV/12, Bl. 29; 4. Arbeitsbericht der ZO für den Zeitraum 1. II. 1942–30. 6. 1943, BA R 33 I/21, Bl. 9; Bericht des ZO-Aufsichtsratsvorsitzenden Küper an den Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung, v. 17. 5. 1944, BA R 6/271, Bl. 7; Tätigkeit und Leistungen der Chefgruppe Ernährung und Landwirtschaft [im folgenden: Chefgr. Ern u La] in den besetzten Ostgebieten (November 1944), BA F 3307, Bl. 364. Der ZO-Geschäftsführer sprach von 800000 sowjetischen Beschäftigten. Fleischberger 1943, S. 213.

³⁰ So hatte die Zentrale in Berlin zeitweilig mehr Mitarbeiter, als der Stellenplan vorsah (947 gegenüber 822, angestrebt wurden 700). Vgl. KTB WiStab Ost v. 18. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 1049.

³¹ Nämlich die Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse; die Reichsstelle für Milcherzeugnisse, Öle und Fette; die Reichsstelle für Tiere und tierische Erzeugnisse; die Reichsstelle für Eier; die Saatgutstelle und die Reichsgruppe Handel. Vgl. den Gesellschaftsvertrag der ZO, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 422–426, und Czollek 1974, S. 79.

³² Die sogenannten Ostgesellschaften, anfangs auch als Monopolgesellschaften bezeichnet, waren halbstaatliche Organisationen zur wirtschaftlichen Ausnutzung der besetzten sowjetischen Gebiete. Ihre Träger waren die Reichs- und Wirtschaftsgruppen, -stellen und -vereinigungen (also ihrerseits Zusammenschlüsse der Unternehmen und staatlichen Stellen der jeweiligen Branche). Rechtsform und innere Struktur waren verschieden. So war die Ostfaser GmbH im Gegensatz zur ZO eine Art Holdinggesellschaft, in deren Rahmen Privatfirmen eigenständig wirtschafteten. Die fachlichen Anweisungen kamen von den zuständigen Wirtschaftsbehörden, für die geschäftlichen Anweisungen hatten die Firmenleitungen selbst zu sorgen. Die Ostgesellschaften bekamen in der Regel kein Eigentum in den besetzten sowjetischen Gebieten zugesprochen, sondern waren treuhänderisch für das Reich tätig. Gewinne waren formal nicht zugelassen, jedoch flossen sehr wohl Provisionen, Vergütungen, Zulagen etc.

Von den Ostgesellschaften sind die sogenannten Einsatzfirmen zu unterscheiden, Privatunternehmen, die mit fachlich, territorial oder auf bestimmte Arbeitsprojekte bezogenem Auftrag von seiten der Wirtschaftsbehörden, Ostgesellschaften oder etwa der Organisation Todt und der Reichsbahn arbeiteten. Sie fungierten ebenfalls als Treuhänder, die auf staatliche bzw. ZO-Rechnung arbeiteten, deutsches Personal und Geräte aber mitzubringen hatten. Per Einsatzvertrag waren die Gewinne meist begrenzt. Allerdings zeugte die Buchführung dieser Firmen oft davon, daß Gelder beiseite geschafft wurden. Hauptzweck für die Unternehmen war indessen, den kriegsbedingten Geschäftsrückgang aufzufangen. Außerdem hofften sie oft auf die spätere Übernahme der Treuhandbetriebe. Vgl. Muster: Einsatz-Vertrag für ernährungswirtschaftliche Be- und Verarbeitungsbetriebe sowie Vermerk Betr.: Pachtverträge und Einsatzverträge v. 7. II. 1942, BA 34.02, Nr. 132, Bl. 43f. und 47f.

³³ Vgl. Erhebungen bei der ZO in Berlin und ihren in Abwicklung befindlichen Gliederungen in Bromberg und Posen in der Zeit vom 1.–8. und 13.–23. 6. 1944 v. 10. 8. 1944, BA 23.01, Nr. 6009, Bl. 56; Czollek 1974, S. 80.

³⁴ X/1 Finanzen: Tätigkeitsbericht für den Monat August 1943, BA 34.02, Nr. 106, Bl. 79f.

der Ostgesellschaften und privaten Einsatzfirmen war es, kaufmännisches und anderes Fachwissen für Staat und »Volksgemeinschaft« ohne finanzielles Risiko für die Unternehmen nutzbar zu machen. Die Verflechtung der Interessen von Staat und Wirtschaft wurde auch bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrates deutlich. Ihm gehörten als Vorsitzender Wilhelm Küper (Leiter der Abteilung Erfassung der Chefgruppe Landwirtschaft im Wirtschaftsstab Ost), der Chef der Reichsgruppe Handel Franz Hayler (stellvertretender Vorsitzender), Schlotterer sowie verschiedene Agrarwirtschaftler und Bankmanager an. Geschäftsführer war Dr. Leonhard Fleischberger.³⁵

Die ZO gliederte sich vertikal in die Berliner Zentrale, Hauptgeschäftsstellen auf der Ebene der Reichskommissariate und rückwärtigen Heeresgebiete (in Riga/Ostland, Rowno/Ukraine und Borissow/Heeresgebiet Mitte), Geschäftsstellen, Hauptaußenstellen, Außenstellen und eine Nebenstelle je Rayon.³⁶ In den rückwärtigen Armeegebieten und im Bezirk Bialystok wurde die ZO nicht eingesetzt.³⁷ Jede Geschäftsstelle verfügte zunächst über einen Kredit von einer Million RM.³⁸ Hinsichtlich der »Erfassungs«-Aufgabe übernahm die ZO die sowjetische Ankauforganisation der sogenannten Sagots, die nach Warensorten (Sagotserno für Getreide, Sagotskot für Vieh und Fleisch etc.) gegliedert war, unter sorgfältiger Erhaltung der Struktur bis in die Dörfer hinein und Übernahme eines Großteils des Personals.³⁹ Bis auf Rayonebene herunter waren ZO-Dienststellen und Sagots mit deutschen Leitern besetzt, doch der Großteil der Arbeit fiel einheimischen Angestellten zu.

Die Gründung der ZO erfolgte erst im zweiten Monat nach der Invasion. Eine so große Organisation aufzubauen brauchte längere Zeit. Im strukturschwachen und landwirtschaftlich armen Weißrußland konnte der Aufbau erst 1942 beendet wer-

35 Fleischberger war 1961 Vorstandsmitglied der Süddeutschen Zucker AG Mannheim, einer Einsatzfirma der ZO zu Kriegzeiten. Küper (* 1902) war Leiter der Abteilung Erfassung in der Chefgr. La des WiStabs Ost bzw. der Hauptabteilung Ern u La des RMO sowie seit 1935 Vorsitzender der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft. Zudem war er u. a. Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Rentenbank Berlin, über die ein Großkredit für die ZO organisiert wurde. Vgl. den Gesellschaftsvertrag der ZO (Abschrift) auch in BA 23.01, Nr. 6011, Bl. 15–20; BDC, SSO-Akte Wilhelm Küper; Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Verwaltung einschließlich Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte 1941/42. Berlin [1942], S. 546; Köller, S. 26 und 41. Köller gibt Vierjahresplan-Staatssekretär Paul Körner als Aufsichtsratsvorsitzenden der ZO an.

36 Im Februar 1942 gab es Geschäftsstellen in Minsk, Baranowitschi, Wilejka (GK Weißruthenien), Witebsk, Bobruisk, Smolensk (WiIn Mitte), Luzk (GK Wolhynien-Podolien, Norden) und Shitomir. 2. Arbeitsbericht der ZO für die Aufsichtsratsitzung am 11. 3. 1942, BA F 734, Bl. 833–836. 1943 gab es eine Geschäftsstelle in Minsk, Außenstellen in allen Gebietsstädten des GK Weißruthenien und Nebenstellen in allen Rayonorten, im Gebiet der Hauptgeschäftsstelle Borissow (auf weißrussischem Gebiet) drei Geschäftsstellen, zehn Außenstellen und bei diesen je 5–15 Nebenstellen. Vgl. Gliederung der ZO v. 24. bzw. 31. 5. 1943, BA 34.02, Nr. 132, Bl. 1–8. Räumungsberichte für die ZO-Hauptaußenstelle Brest, BA 34.02, Nr. 112, Bl. 68 ff. Am 1. 1. 1944 wurde die Hauptgeschäftsstelle Mitte, nunmehr in Minsk, nochmals umgegliedert. Vgl. Zusammenfassender Leistungsbericht der ZO im Ostland für die Zeit vom August 1941 bis April 1944, BA 34.02, Nr. 108, Bl. 3.

37 Vgl. die Geschäftsanweisung Nr. 1 Backes an die ZO vom 18. 8. 1941 (Abschrift v. Abschrift), hier nach BA F 734, Bl. 756–759.

38 Aufzeichnung »Organisatorischer Aufbau [der ZO]« (undatiert, Frühjahr 1942), BA 34.02, Nr. 132, Bl. 27.

39 Die Sagots wurden auf Gebietsebene Bezugs- und Absatzkontor, auf Rayonebene Kreisstelle und auf Dorfebene Bezugs- und Absatzpunkt genannt. Vgl. Brandt, S. 115; Organisations-Entwurf ZO, Führungsstab Ukraine v. Mai 1942, BA 34.02, Nr. 46, Bl. 127, und Berliner Börsenzeitung v. 24. 6. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 91.

den.⁴⁰ Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte waren die ZO-Stellen gegliedert in die Abteilungen Bezugs- und Absatzzentrale, Versorgung, Treuhandabteilung für be- und verarbeitende Betriebe, Transport, Personal, Buchhaltung und Geldwesen sowie (Ende 1942 im Aufbau) Revision.⁴¹ Die Qualität des Personals und der Arbeit der ZO wurde oft negativ bewertet. Einige Militärs bezichtigten sie der Plünderung und Gewinnsucht, auch wenn sie selbst dazu kräftig Beihilfe leisteten.⁴² Der Jahresumsatz der ZO im GK Weißruthenien und im Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte belief sich auf je 20 bis 50 Millionen RM und blieb damit erheblich hinter dem im Baltikum und in der Ukraine zurück.⁴³ Durch das künstliche Umtauschverhältnis Reichsmark-Rubel (1:10) und die verordnete Niedrigpreispolitik waren die Ankäufe allerdings unterbewertet.

Private Einsatzfirmen spielten in der Landwirtschaft des besetzten Weißrußland keine große Rolle. Im gesamten Reichskommissariat Ostland waren 1943 nur 13 (Ukraine 147) mit zusammen 50 deutschen Beschäftigten eingesetzt, vor allem in Fleischverarbeitungsbetrieben.⁴⁴ In Minsk war nur die Übernahme des Schlachthofs, des größten westlich Moskau, durch ein großes deutsches Unternehmen bemerkenswert.⁴⁵ Bei den etwa 100 Treuhandbetrieben⁴⁶ im Bereich der ZO-Geschäftsstelle Orscha gab es beträchtliche finanzielle Unregelmäßigkeiten; grundsätzlich war der ZO keine Kontrolle über die Abrechnungen der Einsatzfirmen möglich.⁴⁷ Insgesamt hielt sich aber das Interesse der *Produktionsfirmen*, stärker noch als in den sonstigen besetzten sowjetischen Gebieten, in Weißrußland in Grenzen, wenn auch denjenigen Unternehmern, die kamen, eine hohe Motivation bescheinigt wurde.⁴⁸

⁴⁰ Das zeigt das starke Personalwachstum noch während dieses Jahres. Die Geschäftsstelle Minsk beschäftigte am 1. 3. 1942 48 Reichsdeutsche und 1244 Einheimische, am 31. 10. 1942 hingegen 235 und 2533. Hauptgeschäftsstelle Riga, Arbeitsbericht Abt. Personal für die Zeit 1. 3. – 31. 10. 1942, BA R 33 II/11. Nach einer anderen Quelle waren es im März 1942 allerdings 64 Reichsdeutsche in Minsk plus 66 in den Geschäftsstellen Baranowitschi und Wilejka. Arbeitsbericht der ZO für die Aufsichtsratssitzung am 11. 3. 1942, BA F 734, Bl. 833 und 835f.; Rede Dr. Thormann v. 14. 6. 1942, BA-MA Wi ID/1723 (101 reichsdeutsche Angestellte).

⁴¹ EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht 15. 11.–15. 12. 1942, ZStA Minsk 655-1-3, Bl. 50.

⁴² Vgl. Rede Dr. Thormann v. 14. 6. 1942, BA-MA Wi ID/1723, und Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 484. Eine positive Wertung der ZO-Arbeit im Tätigkeits- und Lagebericht der EGr B für 16.–30. 9. 1942, ZStA Minsk 655-1-3, Bl. 120f.

⁴³ Jahresumsätze (gerundet) im GK Weißruthenien 1941 22,5 Millionen RM (RKO insgesamt 65,3 Millionen), 1942 42,8 (290,7), 1943 46,0 (377,6) Millionen Vgl. Arbeitsbericht der Abteilung Finanzen für die 5. Aufsichtsratssitzung, BA 34.02, Nr. 108, Bl. 124–130. Die ZO-Hauptgeschäftsstelle Mitte zahlte zwischen 1. 10. 1941 und 30. 6. 1943 etwa 2,8 Millionen RM Umsatzsteuer. Bericht des AWiFü beim AOK 4 v. 26. 3. 1944, Anlage 3, auszugsweise Abschrift über eine Prüfung bei der ZO in Borissow, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 446.

⁴⁴ Vgl. 4. Arbeitsbericht der ZO für 1. 11. 1942–30. 6. 1943, BA R 33 I/21, Bl. 11–13.

⁴⁵ Minsker Zeitung v. 16. 9. 1942, BA 34.02, Nr. 34, Bl. 109. Der Name des Unternehmens ist nicht bekannt.

⁴⁶ Die Zahl der Einsatzfirmen dürfte geringer gewesen sein, da erstens auch Einzelpersonen als Treuhänder und zweitens Firmen als Sammeltreuhänder für mehrere Betriebe eingesetzt werden konnten.

⁴⁷ Bericht über die Revision der Geschäftsstelle Orscha, Sitz Borissow v. 8. 6. 1944, BA 34.02, Nr. 92, Bl. 143, und Vermerk der ZO-Geschäftsführung in Berlin v. 7. 11. 1942, BA 34.02, Nr. 132, Bl. 47.

⁴⁸ Vgl. Köller, S. 30, und Die Ostwirtschaft 32 (1943), Nr. 3, BA F 2348, Bl. 9026. Keiner Firma, hieß es, habe der Auftrag entzogen werden müssen.

Mit Erlaß vom September 1941 wurde die Zuständigkeit der ZO auf eine Reihe von Be- und Verarbeitungsbetrieben ausgedehnt, so in Minsk, Baranowitschi, Borissow und Gomel, da Schwierigkeiten in der Fleisch- und Wurstversorgung des Ostheeres aufgetreten waren. Im Dezember 1941 erweiterte man dies auf alle Be- und Verarbeitungsbetriebe.⁴⁹ Im GK Weißruthenien übernahm die Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland die tatsächliche Bewirtschaftung, die ZO nur die treuhänderische Aufsicht.⁵⁰ Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte führten die Wehrmacht und die Kreislandwirte zumindest bis Mitte 1942 die Betriebe direkt.⁵¹ Sonst übernahmen dies die ZO und ihre Einsatzfirmen insgesamt nur bei den großen und wichtigsten Be- und Verarbeitungsstandorten. Dagegen blieben fast 90 Prozent den einheimischen Kommunalverwaltungen überlassen.⁵²

Ein erheblicher Teil der Betriebe wurde aber zwangsweise stillgelegt.⁵³ Behauptungen, das Entindustrialisierungsprogramm habe sich nicht auf die Nahrungsmittelindustrie bezogen,⁵⁴ sind falsch. Im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte liefen Mitte 1942 zwar fast alle vorgefundenen Mühlen und Molkereien, aber zwei Drittel aller sonstigen Betriebe waren stillgelegt worden, vor allem Brennereien, Ölmühlen und Stärkefabriken.⁵⁵ Das geschah, bevor die Partisanengefahr für die Deutschen akut wurde. Besonders die Ölmühlen sollten nicht mehr arbeiten. Man wollte vielmehr die Ölsaaten nach Deutschland bringen und dort verarbeiten, um sie vor dem Verzehr durch Einheimische zu »bewahren«, da die Produktionsstandorte nicht effektiv bewacht werden konnten.⁵⁶ Ölsaaten dienten in erster Linie dem Export ins Reich und nicht der Wehrmachtversorgung. Allerdings war das weißrussische Aufkommen nicht sehr groß. 1942 wollte die ZO hauptsächlich bei Mühlen (zahlenmäßig der Großteil der Verarbeitungsbetriebe) eine Konzentration und damit die Aufgabe besonders kleiner,⁵⁷ ineffektiver, gegen den Schwarzhandel schwer zu »schützender«

49 Vgl. Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung, an ZO, Geschäftsanweisung Nr. 2 und 3 v. 25.9. und 20.12.1941, jeweils gez. Backe, BA 34.02, Nr. 132, Bl. 39 und 41.

50 Vgl. Arbeitsbericht der Abteilung Treuhand der ZO-Hauptaußenstelle Riga, BA R 33 II/11, und Minsker Zeitung v. 28.12.1942.

51 WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30.6.1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 634. Vgl. Rede Dr. Thormann v. 14.6.1942, BA-MA Wi ID/1723.

52 In den besetzten sowjetischen Gebieten insgesamt etwa 28000, während die ZO 4123 direkt verwaltete. Rückblick zum KTB Chefgr. La des WiStabs Ost über das 1. Halbjahr 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1207. Ferner Fleischberger 1943, S. 214.

53 Tätigkeit und Leistungen der Chefgruppe Ernährung und Landwirtschaft in den besetzten Ostgebieten v. 10.11.1944, BA F 13743, Bl. 364. ZO-Aufsichtsratschef Küper erwähnte hier, daß insgesamt 37000 Betriebe vorgefunden wurden, so käme man auf 6000 Stilllegungen.

54 So Brandt, S. 121.

55 WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30.6.1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 633. Daneben betraf dies Getreide-, Gemüse- und Kartoffellager, die man wohl nicht gegen den Zugriff durch Einheimische kontrollieren zu können glaubte. – Die Gesamtzahl der in Gang gesetzten Produktionsstätten betrug rund 2400.

56 Vgl. die Anordnung über die Erfassung von Leinsaat im RKO v. 19.12.1941 (sofortige Stilllegung aller Ölmühlen) und Durchführungsbestimmung des GK Weißruthenien v. 18.3.1942 sowie die Verordnung über die Kontrolle der Produktion von Öl aus Ölsaaten v. 24.6.1942, gez. Kube, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), Nr. 4, S. 71, 74, und Nr. 8, S. 121.

57 Im GK Weißruthenien verwaltete die ZO 435 Verarbeitungsstätten mit 2544 einheimischen Beschäftigten, also durchschnittlich nur 6 pro Betrieb. Vgl. Arbeitsbericht der Abteilung Treuhand der ZO-Hauptgeschäftsstelle Riga für 1.3.–31.10.1942, BA R 33 II/11.

Standorte erreichen, so in den Generalkommissariaten Weißruthenien und Wolhynien-Podolien. Ausdrücklich wurde angegeben, daß Zerstörungen *nicht* der Grund für die Liquidierung seien.⁵⁸

b) Die »Erfassung«⁵⁹

Für die Agrarpolitik galten während der ganzen Besatzungszeit Weißrußlands die Richtlinien der sogenannten Grünen Mappe.⁶⁰ Die darin definierte Aufgabe, möglichst große Überschüsse für Deutschland zu erzielen und vor allem die deutschen Truppen »aus dem Lande« zu ernähren, wurde den Landwirtschaftsführern immer wieder vor Augen gehalten.⁶¹ Die »Grüne Mappe« legte das Schwergewicht auf die »Erfassung«. Im Gegensatz zu den »Faktoren der Erzeugung« galten »Faktoren der reinen Überschussbildung« als »z. T. sofort lenkbar, wie die Einschränkung des Verbrauches«. Dagegen seien »andere Faktoren wie die Abwanderung oder Aussiedlung von Industriebevölkerung infolge Industrierückbildung [...], ferner die Abwanderung von Teilen der Landbevölkerung aus den agrarisch zu dicht besiedelten Gebieten als Folge der Arbeits-Einsatz-Politik [...] zeitlich noch nicht zu übersehen.«⁶² Noch sicherer und schneller wirksam als bevölkerungspolitische Mittel schien also der feste Zugriff auf die Agrarprodukte (in erster Linie Getreide und Ölsaaten). Voraussetzung war ihre Sicherstellung.

Beim Wirtschaftskommando Smolensk, das auch einen Ostzipfel Weißrußlands umfaßte, bekamen die Landwirtschaftsführer für die Erfassung »jeweils rechtzeitig bis in die Einzelheiten gehende Anweisungen. Selbständige Massnahmen wurden nur in Ausnahmefällen geduldet.«⁶³ Im allgemeinen war das aber anders. Schon Backes »12 Gebote« hatten die Landwirtschaftsführer und alle deutschen Wirtschaftsfunktionäre vor Ort auf ihre weitgehende Selbständigkeit verwiesen,⁶⁴ die angesichts

58 Vgl. Minsker Zeitung v. 22. 5. 1942 und »Die Lösung der Mühlenfrage – Mehlerarbeitende Betriebe in Wolhynien und Podolien«, in: Deutsche Ukraine-Zeitung v. 3. 11. 1942, BA 34-02, Nr. 34, Bl. 74. Ferner Brandt, S. 121.

59 »Erfassung« war ein Schlüsselbegriff im Wörterbuch der Besatzungsmacht. Er konnte je nach Zusammenhang verschiedene Bedeutungen annehmen: Beschlagnahme, Ankauf oder Inbesitznahme, Registrierung, in Bezug auf Menschen: ihre Registrierung oder Verschleppung, in Bezug auf Gewaltaktionen auch ihre Ermordung.

60 Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neu-besetzten Ostgebieten (Grüne Mappe), Teil I, 2. Auflage, Aufgaben und Organisation der Wirtschaft, Juli 1941, Nbg. Dok. NG-1409. Vgl. z.B. WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 625.

61 Eine »Schulung aller Landwirtschaftsführer«, »die dafür sorgt, dass Betriebsleitung und Betriebsberatung sich bis ins kleinste über die Bedeutung der Überschussbildung für die Ernährungswirtschaft Europas im klaren sind«, hielt der WiStab Ost für notwendig. Güter-Erzeugung (Abschrift, undatiert, ohne Unterschrift), BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 699–716, hier Bl. 702. Das Papier findet sich in der »Sammlung Richtlinien, Rundschreiben, Erlasse« der Landwirtschafts- bzw. Ernährungsabteilungen von WiStab Ost, RMO und VJP und stammt etwa aus dem Winter 1941/42. Im gleichen Sinn die Kreislandwirtschaftsführermappe, BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 658–699.

62 Güter-Erzeugung, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 699.

63 Erfahrungsbericht Militärverwaltungsamtman Day, Abteilungsleiter 3 (Erfassung) beim WiKdo 204 (Smolensk), v. 27. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 473f.

64 12 Gebote für das Verhalten der Deutschen im Osten (Geheime Kommandosache, gez. Backe) v. 1. 6. 1941, abgedruckt in: Eine Schuld, S. 37–42.

mangelnder Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen unausweichlich war. Da der Landwirtschaftsführer nicht überall gleichzeitig sein, geschweige denn die eigentliche Arbeit erledigen konnte, beschränkte sich seine Aufgabe darauf, das reibungslose Funktionieren des bestehenden Apparates zu kontrollieren und im gewünschten Sinn zu lenken. »Die Organisation der Erfassung, Lagerung und Verrechnung der Lieferungen erfolgt fast selbständig durch die russischen landwirtschaftlichen Dienststellen, die darin aus der bolschewistischen Zeit gute Erfahrungen haben.«⁶⁵

Kolchosen oder Einzelbauern hatten Lieferaufträge zu erfüllen, die von den Landwirtschaftsführern festgesetzt wurden. Das beruhte auf Anweisungen vom Wirtschaftsstab Ost und Ostministerium über ein Erfassungssoll, das von den Wirtschaftsbehörden der verschiedenen Ebenen jeweils auf die nächstkleinere Einheit aufgeteilt wurde.⁶⁶ Pro forma handelte es sich bei der »Erfassung« um einen Ankauf. Laut Anweisungen waren Waren im Wert von bis zu 1000 RM in Reichskreditkassenscheinen zu bezahlen, über höhere Summen waren Empfangsbescheinigungen auszustellen, die die Wirtschaftskommandos begleichen sollten.⁶⁷ Faktisch aber erhielten die Bauern fast nichts für ihre Arbeit mit Ausnahme des Teils der eigenen Produkte, der ihnen zum Verzehr zugestanden wurde. Das lag an folgenden Faktoren:

Erstens war der Rubelkurs zur Reichsmark auf 10:1 festgesetzt worden, willkürlich und nicht dem Kaufkraftverhältnis entsprechend, um die Güter für Deutschland zu verbilligen, die in den besetzten sowjetischen Gebieten hergestellt wurden.

Zweitens gab es während der gesamten Besatzungszeit einen enormen Mangel an Fertigwaren, da die Deutschen im besetzten Weißrußland nicht bereit waren, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen und eine Konsumgüterproduktion in nennenswertem Umfang zuzulassen. Sie waren auch nicht willens, die Lücke durch eigene Exporte zu schließen. Die Folge war eine starke Geldentwertung. Die Schwarzmarktinflation wurde auch durch das ungehemmte Einstromen von Reichskreditkassenscheinen (Bezahlung mit Reichsmark war bis auf Pfennigbeträge verboten) und andere Maßnahmen angeheizt.⁶⁸ Die Bauern konnten mit ihrem Geld nichts anfangen.

Drittens wurden die Preise in einer für die Bauern ungünstigen Weise festgelegt. Für das wichtigste weißrussische Agrarprodukt, den Roggen, bekamen die Bauern von den Sagots 25 Rubel je Doppelzentner – obwohl die Grüne Mappe noch 120 Rubel erlaubt hatte⁶⁹ –, die einheimische Bevölkerung hatte 120 Rubel zu bezahlen, die Wehrmacht 155 Rubel und Reichsimporteure 180 Rubel (immer noch 59 Prozent un-

65 Erfahrungsbericht Militärverwaltungsrat de Boer, WiIn Mitte, v. 15. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 523.

66 Von den deutschen Kreislandwirten wurde sie bis auf Gemeindeebene festgelegt, von der einheimischen landwirtschaftlichen Verwaltung auf die Dörfer und von den Dorfältesten auf die einzelnen Bauern umgelegt (nach Auflösung der Kolchosen 1942). Vgl. GK Weißruthenien, Abt. Ern u La, Ausführungsbestimmungen für den Übergang zur individuellen Bodennutzung entsprechend der neuen Agrarordnung (undatiert), ZStA Minsk 393-1-325, Bl. 140.

67 Grüne Mappe, Teil I, 2. Auflage, Nbg. Dok. NG-1409, S. 19 und 24 f. In diesem Sinn z. B. auch Bekanntmachung (russ.) der FK Minsk-Land, Abt. VII, v. 15. 8. 1941, mit Muster für die Bescheinigungen, Gebietsarchiv Minsk (GebA Minsk) 624-1-1, Bl. 15.

68 Anders war es im Bezirk Bialystok, wo als alleiniges Zahlungsmittel die Reichsmark eingeführt wurde.

69 Vgl. Grüne Mappe, Teil I, 2. Auflage, Nbg. Dok. NG-1409, S. 26.

ter den Reichspreisen). Von den 120 Rubeln für die einheimischen Zivilisten erhielt nur 25 der Produzent, 20 bekamen die Sagots für ihre Unkosten und weitere 20 für Be- und Verarbeitung sowie Kleinhandelsfinanzierung, 15 die Verwaltung, etwa der Generalkommissar in Minsk, für ihre Finanzierung (Umsatzsteuer) und 40 die Landbewirtschaftungsgesellschaften zur Deckung ihrer Betriebskosten, so zur Bewirtschaftung der Maschinen-Traktoren-Stationen. Die Differenz zu Wehrmacht- und Reichspreis ergab sich vor allem aus weiteren Transport- und Lagerkosten sowie den sogenannten Schleusengewinnen für das Reich.⁷⁰ »Von dem echten Preis [...] erhielt der Erzeuger also nur einen Bruchteil«, wie es Generalmajor Nagel ausdrückte.⁷¹ Die endgültige Einigung über dieses Preissystem wurde in Spitzenbesprechungen im November und Dezember 1941 erzielt.⁷² So erhielt das Generalkommissariat in Minsk zwischen 1941 und 1943 etwa 798 Millionen RM aus der Sagotspanne, die LO im GK Weißruthenien 1716 Millionen RM.⁷³ Für die Bauern bedeutete das zum Beispiel, für einen Doppelzentner Roggen umgerechnet 2,50 RM zu erhalten, für einen Zentner Futtermittel aber das Mehrfache zu bezahlen und für zwei Schweine zusammen nur 12 RM zu bekommen, und eine gewisse Fleischablieferung pro Hektar war Pflicht. Logische Folge war, daß die Bauern auf den schwarzen Markt drängten.⁷⁴

Viertens stand es – zurückhaltend ausgedrückt – mit der Zahlungsdisziplin der Wehrmachtstruppen, der Zentralhandelsgesellschaft Ost und der Wirtschaftskommandos nicht zum besten. Oft requirierten Einheiten oder einzelne Soldaten unter Ausstellung formloser Bescheinigungen teils ohne Angabe der Einheit oder ganz ohne Bescheinigung. Auch unterhalb eines Werts von 1000 RM wurde selten bar bezahlt. Außerdem bezahlte die Wehrmacht der ZO ihre Lieferungen verspätet, wenn überhaupt. Im April 1944 machte die ZO-Hauptgeschäftsstelle in Minsk 556 258,00 RM Umsatz, die Forderungen an die Wehrmacht betrugen 3 451 909,27 RM.⁷⁵ Die ZO wie-

70 Vgl. die Darstellung im Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 120–125; Brandt, S. 116–120; WiIn Mitte, Preisfestsetzungen in den besetzten Ostgebieten v. 4. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 806. Höher waren die Erzeuger- und Verbraucherpreise im Bezirk Bialystok: Ernährungspreis-anordnungen v. 3. 10. 1941 und v. 11. 6. 1942, in: Amtsblatt Bezirk Bialystok 1 (1941), Folge 12, S. 4, und 2 (1942), S. 65f.

71 Müller, Wirtschaftspolitik, S. 121.

72 Am 19. 11. 1941 zwischen den Staatssekretären Backe, Reinhardt (Finanzen) und Körner (VJP) sowie Riecke, KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 19. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 848. Am 2. 12. zwischen Reinhardt, Alfred Meyer u.a., am 5. 12. zwischen Reinhardt und Riecke, vgl. Der Reichsminister der Finanzen, Der Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete v. 5. 12. 1941 und Die Gestaltung der Getreidepreise in den besetzten Ostgebieten v. 6. 12. 1941 (Abschriften), BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 614–624. Weiter Reichsmarschall des Grossdeutschen Reiches, Beauftr. VJP, Wirtschaftsführungsstab Ost, Betrifft: Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse in der Ukraine v. 21. 3. 1942 (Abschrift), ebd., Bl. 640–643.

73 Zusammenfassender Leistungsbericht der ZO im Ostland für die Zeit vom August 1941 bis April 1944, BA 34.02, Nr. 108, Bl. 4.

74 Vgl. RMO, Hauptabt. I, an Riecke v. 6. 3. 1942 über Beobachtungen in Slonim vom Februar 1942, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 639. Weiter Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW/Stab z.b.V., Bericht v. 31. 5. 1942, BA NS 6/795, Bl. 36R. – Beim »schwarzen Markt« handelte es sich um die aus sowjetischer Zeit gebliebenen Bauernmärkte, wo Produkte jenseits der Sollerfüllung frei verkauft werden durften. Von den Deutschen wurden diese Märkte stark reglementiert, örtlich verboten. Die Preise schossen darin in die Höhe.

75 ZO, Hauptabteilung Revision, an ZO, Hauptgeschäftsstelle Mitte, v. 21. 6. 1944, BA 34.02, Nr. 117, Bl. 120. Vgl. z.B. Berück Mitte, Denkschrift v. 1. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 305.

derum bezahlte den Bauern oft einfach gar nichts.⁷⁶ Bei der ZO-Geschäftsstelle Orscha verfuhr man planmäßig so; auf einem Sperrkonto lagen schließlich 2,21 Millionen RM »nicht ausgez. Erzeugerpreise«.⁷⁷ Im Frühjahr 1942 schuldeten die Wirtschaftskommandos der Wirtschaftsinspektion Mitte den Agrarbetrieben »erhebliche Beträge« für Lieferungen vom Herbst und Winter 1941, teilweise zwei Drittel der Kaufsummen.⁷⁸ Es gab für diese Politik, die von einigen Besatzungsfunktionären als kontraproduktiv abgelehnt wurde, sogar generelle Anweisungen, wie im März 1942 vom Heeresintendanten beim Generalquartiermeister bestätigt:

»Sie [die ZO] vergütet hierbei die Lieferungen unter Berücksichtigung aller für die Preisfestsetzung maßgebenden Umstände (Erfüllungsort, Qualität, Mängel der Ware) sowie *unter Berücksichtigung des Geldbedarfs der Lieferanten, wobei als Richtschnur gilt, daß der Erzeuger nur soviel Geld erhalten soll, als er braucht, um den in Rußland allgemein herrschenden Lebensstandard zu erreichen.*«⁷⁹

Das hieß: Die erbärmlichen Lebensbedingungen unter der Besatzung mußten unbedingt erhalten bleiben, so erbärmlich, wie für Menschen erträglich war, die weiter Leistung bringen sollten. Von dieser Konzeption mochte sich keine Stelle ausschließen, und auch einfache Soldaten benötigten hierfür meist gar keine Befehle.

Von einem Ankauf konnte, wenn der »Geldbedarf der Lieferanten« zu berücksichtigen war, nur eingeschränkt die Rede sein. Sinn solcher Regelungen war unter anderem die Erwirtschaftung von »Schleusengewinnen«. Damit war eine Art von Importabgabe zur Finanzierung der Besatzungskosten und weiter zur Tilgung der Reichsschulden gemeint. Diese waren durch Aufrüstung und Krieg Ende Juli 1941 auf 116 Milliarden RM gestiegen, und monatlich kamen zu diesem Zeitpunkt 4,3 Milliarden dazu.⁸⁰ Die Schleusengewinne waren allerdings nur als eine von mehreren Finanzierungsquellen gedacht (neben Erlösen aus den später durchs Reich zu nutzenden oder zu verkaufenden Wirtschaftsbetrieben der besetzten sowjetischen Gebiete).⁸¹ Dennoch knüpften sich daran hohe Erwartungen, die nicht erfüllt wurden. Denn die sogenannten Abschleusungen, Verbilligungen für Investitionen vor allem in der Landwirtschaft auf 17 Prozent des Reichspreises, machten die Schleu-

76 Die »Nicht-Einlösung von Leistungsbescheinigungen« durch die ZO beginne, sich katastrophal auszuwirken, verzeichnet das KTB des WiKdo im FK-Bereich Polozk am 15. 2. 1942. Die Bauern kommentierten: »Die Bolschewiken haben wenig Geld, aber die Deutschen haben gar keines.« BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 139.

77 Geschäftsstelle Orscha, Bilanz per 31. 12. 1943 v. 31. 8. 1944, Anlage 17, BA 34.02, Nr. 81, Bl. 94.

78 Wiln Mitte, Chef Fü/M, Lagebericht Nr. 17 v. 3. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1174.

79 OKH/GenStdH/GenQu/IVa v. 5. 3. 1942 an den Chef-Intendanten beim WBfh. Ostland auf dessen Beschwerde, Abdruck für zahlreiche weitere Stellen. BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 820f. (Hervorhebung C. G.).

80 Vgl. Bericht über die Sitzung des Verwaltungsrats der Reichskreditkassen am 13. August 1941, BA 25.02, Nr. 2, Bl. 54R.

81 Zu den entsprechenden Festlegungen Görings vom 8. 11. 1941 und 20. 5. 1942 (Erlaß über das Wirtschaftssondervermögen) vgl. v. a. Czollek 1974, S. 88–90. Das Vorstandsmitglied der Dresdner Bank Dr. Karl Rasche sprach in diesem Zusammenhang von der Durchführung »des vielleicht größten Amortisationsplanes der Weltgeschichte«, siehe seinen Artikel »Gesicherter Ostraum – stabile Gesamtwirtschaft« v. 19. 12. 1941, abgedruckt in: Müller, Siedlungspolitik, S. 174–177. Zu den hochgesteckten Erwartungen auch das Schreiben des Reichsfinanzministers Schwerin v. Krosigk an zahlreiche Reichsbehörden v. 4. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 599–603.

sengewinne größtenteils wieder zunichte.⁸² Aber auch für sich gesehen waren die Brutto-Schleusengewinne nicht die erhoffte »wesentliche finanzwirtschaftliche Entlastung«.⁸³

Zu einem wesentlichen Teil war die »Erfassung« an die Erntetermine gebunden, doch sie fand das ganze Jahr über statt, so bei Milch- und Viehanlieferung. Für 1943/44 plante die Wirtschaftsinspektion Mitte:⁸⁴

Tabelle 2: Jahreszeitliche Verteilung des Liefersolls für verschiedene Agrarprodukte (in Prozent des Solls)

	I. 10.–31. 12. 1943	I. 1.–30. 4. 1944	I. 5.–30. 6. 1944	I. 7.–31. 8. 1944
Fleisch	40	20	20	20
Milch	25	20	20	35
Eier	10	20	40	30

	I. 8.–30. 11. 1943	I. 12. 1943–31. 1. 1944	I. 2.–30. 4. 1944
Brotgetreide	60	30	10
Futtergetreide	60	30	10
Kartoffeln	100	0	0
Heu	60	20	20
Flachs	20	60	20

Außerdem ergaben sich Verzögerungen durch säumige oder lieferunwillige Bauern, infolge unvorhergesehener Wehrmachtforderungen und ähnliches. Dennoch war die Erntezeit im Spätsommer und Herbst entscheidend. Im Jahr 1941 gab es bei der Ernte besondere Probleme. Dafür waren weniger durch Kälte im Frühjahr bedingte Arbeitsrückstände bei der Aussaat verantwortlich⁸⁵ als der nicht eingespielte landwirtschaftliche Apparat und die Kriegszerstörungen an Maschinen und Ausfälle durch Treibstoffmangel. Nach der Eroberung Weißrußlands herrschte bei den landwirtschaftlichen Arbeiten jeweils eine bis zwei Wochen völlige Lähmung, auch weil ein Teil des leitenden Personals geflohen war. Die Landwirtschaftsführer trafen zu spät und in zu geringer

⁸² Die Zahlenangaben weichen allerdings voneinander ab. Die ZO meldete im April 1943 Schleusengewinne von 255 Millionen RM gegenüber Unkosten und Abschleusungen von 162 Millionen RM. X/1 Dr. L./D., Finanzzahlen der ZO, Stand: 1. 4. 1943, v. 19. 4. 1943, BA 34.02, Nr. 92, Bl. 232. Nach dem Abschlußbericht WiStab Ost waren es 1941–1943 244 gegen 251,9 Millionen RM. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 124f. Weiter Brandt, S. 119f. Nach einer anderen Quelle standen 300 Millionen RM Schleusengewinnen aller Ostgesellschaften 380 Millionen RM Schleusenverluste entgegen. RMO, Tätigkeitsbericht der Hauptabteilung II (Verwaltung) v. 23. 12. 1944, BA-MA FPF-01/8131, Bl. 343. Das Ostministerium mußte übrigens an die ZO für Abschleusungen zahlen, übernahm im August 1943 aber nur 25 Millionen RM statt der tatsächlich angefallenen 51,6 Millionen RM. ZO, Abteilung X/1 Finanzen, Tätigkeitsbericht für den Monat August 1943, BA 34.02, Nr. 106, Bl. 79f.

⁸³ RMO, Abt. II 6 (Finanzen), an Abt. II 1 v. Juni 1944, BA R 6/271, Bl. 26.

⁸⁴ WiIn Mitte, Chefr. La, Verteilung der Kriegsabgabe 1943/44 auf die Wi.Kdos. v. 27. 8. 1943 (Abschrift), BA-MA WF-01/15893, Bl. 959f.

⁸⁵ Vgl. Nachrichten für Außenhandel Nr. 49 v. 6. 6. 1941, BA 25.01, Nr. 4461, Bl. 70R.

Zahl ein,⁸⁶ um eine den deutschen Absichten entsprechende Organisation für Ernte, Überschußlieferung, Lagerung und Transport⁸⁷ aufzubauen. Die ZO war in Weißrußland noch nicht aktiv. Eine Erhöhung des von den Sowjets festgelegten Ablieferungssolls soll so kurz vor der Ernte organisatorisch unmöglich gewesen sein.⁸⁸ Vor allem aber wollten die Kolchosen die geforderten Ablieferungen an die Deutschen nicht leisten. Wie der Bericht einer Polizeikompanie aus dem östlichen Weißrußland besagte, »verweigern [die Kolchosen] über den eigenen Bedarf hinaus das Hereinbringen der Ernte«.⁸⁹ Eine Behinderung durch Partisanen gab es so gut wie nirgends; trotzdem wurden an vielen Orten Menschen erschossen.⁹⁰ Riecke und Thomas resümierten: »Etwa 60% der Ernte für uns gerettet; für nächstes Jahr auch höchstens mit 60% der Normalernte zu rechnen. Ausdreschen und Abtransport des Getreides unter Anwendung militärischer Gewalt. Ebenso gewaltsame Kuh-Abschlachtungen. [...]«⁹¹

Viele Kolchosbauern schafften möglichst viel Getreide für den eigenen Bedarf beiseite, anstatt den deutschen Forderungen nachzukommen.⁹² Andernorts ließen sie offenbar die Unterlagen über das festgelegte Ablieferungssoll verschwinden.⁹³ Der Widerstand eines Teils der ländlichen Bevölkerung gegen die deutsche Raubpolitik im Spätsommer 1941 beruhte weitgehend auf ihrem Überlebenskampf angesichts der ungeklärten politischen Situation, örtlich sicherlich auch auf politischen Motiven, doch die politische Resistenz war noch eher spontan und vereinzelt als organisiert.⁹⁴ Wie es später im Ausbildungsmaterial für nachrückende Wirtschaftsfunktionäre hieß:

»1941 war Erfassungsproblem

1942 Erzeugungsproblem

1943 muß beides geschafft werden.«⁹⁵

86 Im Raum Minsk wurden die ersten neun von ihnen am 18. Juli 1941 eingeflogen, aber es blieben zu wenige. Vgl. FK Minsk-Land, Militär-Verwaltungs-Gruppe, Berichte v. 20. 7. und 14. 8. 1941, BA F 15266, Bl. 2827 und 2847. Weiter Korück 559, Betr.: Einbringung der Ernte v. 8. 8. 1941, BA-MA WF-03/14267, Bl. 1094 f.

87 Vgl. z. B. Aktennotiz über Besprechung bei WiIn Mitte in Borissow am 29. 8. 41, Meldung Oberstleutnant Fach (VO WiRüAmt bei AOK 4), BA-MA (BArchP)F 44543, Bl. 248 (»Wenig Verständnis bei den Bahnen. Fehlen der entsprechenden Verlademannschaften.«)

88 WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 627. Gegenbeispiel: AOK 9, IV Wi La, Verhandlungsniederschrift v. 23. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42878, Bl. 676 f.

89 Da auch »unerlaubtes Abschlagen des Viehes, Aufhetze- und Wühlereien [sic]« vorkamen, erschoss die Kompanie sogenannte Rädelsführer. Bericht 7./ Pol.Rgt. Mitte v. 28. 9. 1941 über den Einsatz am 27. 9., BA R 20/6, Bl. 31 f.

90 Vgl. Radf.-Wach-Batl. 48, Tätigkeitsbericht über den Einsatz des Batl. in der Landwirtschaft v. 18. 8. 1941, BA-MA WF-03/14267, Bl. 1097 f.

91 KTB WiRüAmt/Stab v. 16. 10. 1941, BA-MA RW 19/165, Bl. 282.

92 FK Minsk-Land, Abt. VII – Kriegsverwaltung an WiKdo Minsk v. 27. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-4, Bl. 61.

93 EM 91 v. 22. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2506.

94 Zur Entwicklung der Partisanenbewegung Kap. 9. 1. Auf die Frage, ob die weißrussische Landbevölkerung die deutschen Besatzer als Befreier begrüßte oder ihnen eher ablehnend gegenüberstand, wird hier nicht eingegangen, da der Wert der deutschen Stimmungsberichte oder gar der nachträglichen Darstellungen in diesem Punkt sehr zweifelhaft ist. Schon wegen der sprachlichen Barriere und vor allem wegen der sofortigen deutschen Terrorpolitik konnten die Besatzungsorgane kaum offene und wirklich authentische Aussagen darüber gewinnen. Stimmungsberichte der Partisanen, die hier am ehesten Aufschluß geben könnten, standen mir nicht zur Verfügung, und die weißrussischen Nachkriegsdarstellungen haben wegen ihrer politischen Vorgaben wenig Aussagekraft.

95 La-Organisation, Vortrag: Hauptmann Dr. Körner, BA-MA RW 19/1251. Andere Wertung der Ernte 1941 bei Brandt, S. 131.

In den späteren Jahren wurde ein Teil der Desorganisation beseitigt, obwohl Probleme bei der Lagerung, beim Abtransport durch die Reichsbahn und vor allem bei der Treibstoffversorgung für Landwirtschaftsmaschinen blieben.⁹⁶ Der »Erntespitzenbedarf« an Arbeitskräften wurde teilweise mit mehrwöchigen Beurlaubungen und Einsätzen von Industriearbeitern, Lehrern, Schülern, Jugendlichen und sogar Invaliden befriedigt.⁹⁷

Für die Bauern im besetzten Weißrußland wurde jeweils ein bestimmtes Ablieferungssoll festgelegt. Besser gesagt gab es Richtwerte, unter die die Ablieferung nicht sinken durfte, über die hinaus die Deutschen aber durchaus noch mehr verlangen konnten. Diese Auflagen waren nach verschiedenen Quellen recht unterschiedlich. Von Berliner Experten wurde eine 50-Prozent-Abgabe bei Getreide und Ölfrüchten als am besten angesehen.⁹⁸ Dem entsprachen die Verhältnisse 1941 im Raum Minsk und 1942 im Gebiet Brest, wo 3 Doppelzentner je Hektar Getreide verlangt wurden (etwa ein Drittel mußte als Saatgut bleiben, ein Sechstel diente zum Verbrauch durch die Bauern).⁹⁹ Im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte war das Soll 1942 nach mehreren Quellen allerdings wesentlich geringer, nämlich bei 100 bis 180 Kilogramm je Hektar Getreide und 2 bis 12 Doppelzentner je Hektar Kartoffeln.¹⁰⁰ Jedoch soll es zum Beispiel im stadtnahen Rayon Bobruisk nach Aussage eines damaligen einheimischen Agronomen bei 4 Doppelzentner/Hektar Getreide und 15 Doppelzentner/Hektar Kartoffeln sowie 80 Kilogramm Fleisch (1943) und 400 Liter Milch pro Hof (1944) und damit unerträglich hoch gelegen haben.¹⁰¹ Im GK Weißruthenien waren 1943/44 85 Kilogramm/Hektar Getreide, 160 Kilogramm/Hektar Kartoffeln, 6 bis 7 Kilogramm je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche an Fleisch usw. abzulie-

96 Vgl. etwa den Bericht des GK Wolhynien- Podolien für September und Oktober 1942 v. 1. II. 1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 46–48, und den des GebK Minsk-Land, Ref.III E v. 17. 12. 1942, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 164.

97 Vgl. Monatsbericht WiStab Ost für August 1943 v. 18. 9. 1943, Anlage 5, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 386.

98 Begründung zu dem Entwurf für eine neue Agrarordnung, Februar 1942, IfZ MA 249, Bl. 999. Das Papier stammt von Otto Schiller, der die Agrarordnung konzipiert hatte.

99 Bei durchschnittlich 6 Doppelzentner/Hektar Ertrag, 4 Hektar Ackerfläche je Familie und vier anwesenden Familienmitgliedern ergaben sich rechnerisch nur 100 Kilogramm Getreide pro Kopf und Jahr. Bei Kartoffeln mag das Verhältnis etwas günstiger gewesen sein. Vgl. Hptm. Dorn, Wi-Kdo. Neisse, Erfahrungsbericht v. 28. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 265; GebK Brest-Litowsk, Abt. I, Monatsbericht an den GK in Luzk v. 22. 8. 1942, BA F 13751, Bl. 953. Nach anderen Angaben betrug das Ablieferungssoll 1942/43 im RKU mindestens ein Drittel des Ertrags, und pro Kopf bäuerlicher Bevölkerung sollten lediglich 110–160 Kilogramm jährlich zum Verzehr bleiben. Vgl. Die Naturalabgabe im Wirtschaftsjahr 1942/43 (Nur für RKU, Rowno, WiIn Süd, Poltawa/Entwurf) v. 17. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 597f.; Dienstreise in die Ukraine v. 31. 5. bis 22. 6. 42 (Unterschrift: Isenbeck), ebd., Bl. 313. Nach Brandt, S. 109, mußten 1943 im RKU sogar zwei Drittel abgegeben werden (einschließlich Saatgut 80%).

100 Vgl. FK 550 [Starye Dorogi], Kr.Verwaltungsgruppe, Lage- und Tätigkeitsbericht für 24. 9. bis 24. 10. 1942, BA-MA RH 26–203/3; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 20 v. 4. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 295; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 29 des Chefs Sipo/SD v. 13. 11. 1942, BA-MA SF-01/28938, Bl. 128.

101 Vgl. Vern. F. I. Klimko v. 25. 1. 1946 in der Hauptverhandlung des Minsker Kriegsverbrecherprozesses, hier gegen den Kreislandwirt Bobruisk Bittner. Für die Kopie der Übersetzung danke ich Paul Kohl. Ein ähnlich hohes Milchsoll (3–400 Liter) erwähnt für das GK Weißruthenien und die WiIn Mitte Brandt, S. 112.

fern.¹⁰² Ein Zeitungsbericht sprach demgegenüber von 2 Doppelzentner/Hektar Getreide und 4 Doppelzentner/Hektar Kartoffeln, und für 1944/45 hätten die geplanten Ablieferungen etwa 1,7 beziehungsweise 16 Doppelzentner/Hektar entsprochen, den Bauern sollten pro Kopf 100 Kilogramm Getreide und 200 Kilogramm Kartoffeln zur Verfügung stehen.¹⁰³ Insgesamt dürften die Abgaben in absoluten Zahlen formell nur teilweise höher als die der Kolchosen zu sowjetischer Zeit gewesen sein,¹⁰⁴ wobei aber die gesunkenen Erträge berücksichtigt werden müssen. Besonders bei Fleisch und Milch war das Soll kaum zu erfüllen, und die Bauern mußten sich teils von ihrer Verpflichtung freikaufen. Der bäuerliche Nahrungsmittelverbrauch dürfte niedriger als zu sowjetischer Zeit gelegen haben. Das galt auch schon 1941 für die Gegenden, wo die Deutschen die Bauern zur Abgabe zwingen konnten. »Alle Lieferungen gehen an die Heeres-Verpflegungs-Dienststellen, 10 % bleibt den Bauern«, ließ Nagel über die Verhältnisse bei der WiIn Mitte im Oktober 1941 notieren.¹⁰⁵ »Die Erfüllung der Umlagen ist nur unter schärfster Drosselung des einheimischen Bedarfes möglich«, wie es Riecke ausdrückte.¹⁰⁶

Wenn weißrussische Bauern ihr Abgabesoll erfüllt hatten, stand es ihnen keineswegs frei, mit dem etwaigen Rest zu machen, was sie wollten. Haus-zu-Haus-Verkauf war ohnehin verboten. Bestimmte Produkte wie Fleisch und Ölsaaten durften auch auf den offiziell kontrollierten Bauernmärkten meist nicht gehandelt werden.¹⁰⁷ Oft war vorgeschrieben, auch den erwirtschafteten Überschuß an die ZO zu verkaufen, die dafür einen leicht erhöhten Preis bot (im GK Weißruthenien beispielsweise 1942 3,00 statt 2,50 RM für 100 Kilogramm Roggen).¹⁰⁸ Das Ostministerium erlaubte auch, die sogenannten Sagotpreise (für Roggen 7,80 beziehungsweise 10 RM) zu zahlen, doch der zuständige Referent wies die lokalen Besatzungsorgane an: »Ich gehe dabei davon aus, daß die Ablieferungsmengen so hoch festgesetzt werden, daß der

102 Vgl. Erste Durchführungs-VO zur Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse v. 15. 9. 1943, in: Amtsblatt des GK in Minsk 4 (1944), Nr. 2, S. 37–41; Räumungsbericht des HeWiFu Mitte für 20. 6.–20. 9. 1944 (Geheim, auszugsweise Abschrift) v. 2. 10. 1944, BA-MA WF-01/1139, Bl. 141.

103 Alfred Haußner, Eine Kreisstadt in Weißruthenien, in: Münchner Neueste Nachrichten v. 1./2. 4. 1944, BA 61 Re 1, Nr. 348, Bl. 134. Weiter Getreidebilanz 1944/45 und Kartoffelbilanz 1944/45 des GK Weißruthenien, BA R 93/7, Bl. 10f.

104 Die Größe der sowjetischen Abgabenlast war nicht zu ermitteln. Höhere Abgaben als zu sowjetischer Zeit erwähnen Brandt, S. 112, und der Erfahrungsbericht des Landwirtschaftsführers bei der WiIn Mitte Gustav Fritze, BA-MA (BArch)P 44426, Bl. 466.

105 Undatierter Reisebericht ohne Überschrift (Ende Oktober 1941), BA-MA ID/1723. Daß Nagel diese Inspektionsreise unternahm, geht aus dem Vergleich mit anderen Quellen hervor (vgl. unten S. 579). Zum Lebensmittelverbrauch Kap. 4. 3.

106 Zusammenhängender Rückblick über die Entwicklung der Arbeiten der Chefgr. La. und die sich daraus ergebenden Konsequenzen (etwa April 1942), BA-MA (BArch)P 43384, Bl. 284. Allerdings schrieb Riecke auch, den Feld- und Ortskommandanturen fehle dafür teilweise das richtige »Verständnis«.

107 Berück Mitte, Verwaltungsanordnungen Nr. 5 v. 21. 8. 1941, ZStA Minsk 409–1–1, Bl. 22R; Durchführungsbestimmungen zur Anordnung über die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse v. 6. 5. 1942, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), S. 103f.; Abschlußbericht WiStab Ost. In: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 86f.

108 Vgl. Preisbekanntmachung Nr. 2 über Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse v. 4. 5. 1942 (gez. Kube), in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), Nr. 5, S. 91–93.

ganz überwiegende Teil der anfallenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse ablieferungspflichtig ist.«¹⁰⁹ Da diese Preise ein zu geringer Anreiz zur Mehranlieferung waren – im Gegensatz zu den Schwarzmarktpreisen –, ging man mehr und mehr zu einem System über, bei dem ab einem Teil der Sollerfüllung und bei Ankauf darüber hinaus Bonuspunkte vergeben wurden, die einem Anrecht auf den Kauf von Industriewaren in ZO-Läden entsprachen.¹¹⁰ Jedoch bot die ZO insgesamt stets sehr viel weniger Gebrauchsgüter an, als sie es nach den ausgegebenen Bonuspunkten hätte tun müssen. Und das, obwohl das Bonussystem schon in sich selbst als Betrug an den Bauern konzipiert war. Sie »konnten die für eine Ware erforderliche Punktzahl durch gute Leistung oder Ablieferung nur sehr schwer oder überhaupt nicht erreichen«.¹¹¹

Dazu kam, daß die Pflichtmengen nicht unbedingt von vornherein festlagen. Die Einsatzgruppe B klagte 1942, dem Bauern »wird tagtäglich vor Augen geführt, daß sein Abgabesoll sich ständig erhöht«.¹¹² Verantwortliche für diese außerplanmäßigen Erhöhungen gab es auf allen Ebenen: 1942 in Wolhynien-Podolien war es das Generalkommissariat, im gleichen Jahr im Gebiet Brest aus eigenem Antrieb zusätzlich der Gebietslandwirt, und 1943 im Gebiet Baranowitschi waren es die einheimischen Kreisältesten und die Leiter der einheimischen Agrarverwaltung im Zusammenwirken mit Gebietslandwirt und ZO.¹¹³

Erst 1943 setzte sich bei den deutschen Verantwortlichen die Ansicht durch, daß die Umlage den Bauern im voraus bekanntgegeben werden solle oder daß diese nicht mehr formell alles bis auf den notdürftigsten Eigenbedarf abgeben sollten.¹¹⁴ Allerdings nur, weil die deutsche Landwirtschaftsverwaltung es als für sich günstiger erachtete, denn: »Nicht diejenige Erfassungspolitik ist die beste, die das meiste fordert,

109 Erlaß über die Preisbildung in Weißruthenien (RMO III Wi Preis 139/42) v. 9. 9. 1942, in: Amtsblatt des RMO, Sammelnummern 1–8 (Dezember 1943–Mai 1944), S. 197.

110 Noch als Forderung formuliert von Erfassungschef Küper in: Wirtschaftstab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Besprechung mit den KVVCh der Chefgruppen La der WiIn und der Reichskommissariate am 16./17. Dezember v. 30. 12. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 465.

111 Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 289. In diesem Sinn auch Brandt, S. 113f. Demnach entsprach z. B. ein Schwein von 100 Kilogramm Gewicht 380 Punkten, das Kaufrecht für 1 Kilogramm Zucker 100 Punkten, für 1 Liter Alkohol 240 Punkten usw. Nach der ersten Quelle, S. 289, wurden obendrein von der ZO oft »unbrauchbare Sachen« angeboten, die in den Läden liegenblieben. – Eine ähnliche Regelung gab es im Generalgouvernement.

112 Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 22 des Chefs Sipo/SD v. 25. 9. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 348.

113 Als Grund wurde teilweise eine gute Ernte genannt. Vgl. Bericht für September und Oktober 1942 des GK in Luzk v. 1. 11. 1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 49; GebK Brest, Abt. Ern u La, an den GK in Luzk, Abt. Ern u La/Erfassung, Monatsbericht für November 1942 v. 24. 11. 1942, BA F 13751, Bl. 1026. Bericht des Leiters der Propagandisten Bjedritzki an GebK Werner in Baranowitschi (Übersetzung) v. 8. 8. 1943, BA R 90/158.

114 Vgl. zur Umstellung Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 85f.; Anweisung Rosenberg an Lohse, Betr.: Grundsätze für die Durchführung der Agrarordnung im Jahre 1943 für den Generalbezirk Weißruthenien v. 29. 1. 1943, BA F 13687, Bl. 447. Zur Praxis im Gebiet Brest: Denkschrift des volksdeutschen Dolmetschers Kreismann an den Gebietslandwirt (Januar 1943), BA F 13751, Bl. 1070, und Gebietslandwirt Ackermann (Brest), Arbeitsbericht August 1941 – Mitte Juli 1944, BA F 13747, Bl. 459. Als Forderung von Küper in: Niederschrift über die Besprechung im RMO am 8. 12. v. 9. 12. 1942, BA R 6/213, Bl. 79.

sondern diejenige, die das meiste herausholt.«¹¹⁵ Dieser Standpunkt kam aber nicht überall zum Durchbruch, sonst hätte Riecke im Juli 1943 nicht in einem hochoffiziellen Schreiben erneut die Forderung nach einem festen Soll erheben müssen.¹¹⁶ Außerdem konnten jederzeit gegenteilige Anweisungen wie diejenige von Backe an Lohse im Oktober 1943 kommen, bei der »Erfassung [...] die bisher eingeleiteten Maßnahmen zu verstärken«.¹¹⁷

Durch diese Vielzahl ineinandergreifender Maßnahmen wurden die weißrussischen Bauern ihrer Produkte praktisch entschädigungslos enteignet. Im Bezirk Bialystok wurde das rechtlich festgeschrieben. Dort wurde das geerntete und sogar das auf dem Halm befindliche Getreide zu Reichseigentum erklärt, das selbst der Erzeuger ohne offizielle Zuteilung nicht verzehren durfte.¹¹⁸ In anderen Fällen verzichtete man auf juristisches Beiwerk, so beim Abtransport der als qualitativ sehr gut beurteilten Obstbäume und -gehölze nach Deutschland zum Ausgleich von Winterschäden im Reich.¹¹⁹ Auch hier setzte die Wirklichkeit den Plänen Grenzen. Aus der Ukraine wurden statt erhoffter 2,5 bis 3 Millionen Stück allein 1942 insgesamt 1,27 Millionen 1942/43 ins Reich geschafft.¹²⁰ Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte erwiesen sich von 900 000 Bäumen ebenfalls wegen Frostschäden nur 300 000 als geeignet, und die Lieferpläne für 1942 umfaßten schließlich nur 35 000.¹²¹

Für den Fall, daß sie ihre Ablieferungspflicht nicht erfüllten, wurden die weißrussischen Bauern mit schweren Strafen bedroht. »Wenn die Umlagen nicht erfüllt werden, muss Böswilligkeit oder passiver Widerstand unterstellt werden«, schrieb der Abteilungsleiter Ernährung und Landwirtschaft beim Generalkommissar in Minsk, Freitag. »In solchen Fällen ist mit harten Strafen durchzugreifen und zwar mit Geldstrafen, Haft und Enteignung von landwirtschaftlichen Vermögenswer-

115 WiStab Ost, Chefgr. La, Die Grundsätze der Erfassungspolitik in den besetzten Ostgebieten (gez. Schiller) v. 5. 8. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 750. Schiller wollte damit begründen, daß die Bauern ihre Mehrproduktion verkaufen dürfen müßten. »Es gibt auf der ganzen Welt keinen Bauern, der auf die Dauer intensiv arbeitet, wenn er umsonst arbeiten muß.« Der ZO-Ankauf bedeute »praktisch eine unentgeltliche Ablieferung« (ebd., Bl. 749). Hauptsache sei, so Schiller, »dass den Bauern gegenüber der Grundsatz der totalen Erfassung nicht zum Ausdruck kommen darf, da dann jeder Leistungsanreiz verloren geht.« Niederschrift über die Besprechung mit den KVVCh [...] v. 30. 12. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 469 (Hervorhebungen C.G.).

116 Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung, an Göring, RMO, GenQu, Chef WiStab Ost, Finanzministerium, Parteikanzlei v. 10. 7. 1943 (gez. Riecke/Abschrift), BA-MA WF-03/5066, Bl. 7522.

117 Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung (Unterschrift: Backe) an Lohse v. 8. 10. 1943, BA F 4121, Bl. 362 f.

118 Vgl. Verordnung zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfs v. 1. 8. 1942 (gez. i. V. Dr. Brix), in: Amtsblatt Bezirk Bialystok 2 (1942), Folge 13, S. 99 f.

119 Vgl. Sdf. Petersdorf, Obstbauverhältnisse im Mittelabschnitt, in: Der Landwirtschaftsführer 1 (1942), F.4 v. 15. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 398 f. Zu den Frostschäden in Deutschland vgl. Dienstreise in die Ukraine von 31. 5. 42 bis 22. 6. 42, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 306, vgl. Bl. 302.

120 Vgl. Monatsbericht WiStab Ost für Juli 1942 v. 26. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 43067, Bl. 658; KTB WiStab Ost v. 2. und 16. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 162 und 197; Zusammenstellung des RKU »Für den Führer!« (Unterschrift: Koch) v. 6. 7. 1943, BDC SS-HO 2178.

121 Allerdings sollen es 1943 allein beim WiKdo Borissow 117 000 gewesen sein, vgl. dessen Wochenbericht Gruppe La v. 7. 11. 1943, BA-MA RW 31/859, Bl. 111. Vgl. WiStab Ost, Monatsberichte April und Mai v. 18. 5. und 20. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 188 f. und 97; KTB WiStab Ost v. 12. 10. und 22. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 914 f. und 941.

ten.«¹²² Im gleichen Zusammenhang erklärte er: »In krassen Fällen sind Sonderbehandlungen von einzelnen widerspenstigen Bauern am Platze. Auch können solchen Sündern die letzte Kuh und auch das Land genommen werden.«¹²³

Der Strafkatalog war vielfältig: 2000 Rubel Geldstrafe, Einziehung des Vermögens und Ausweisung aus dem Wohnsitz (was zum Zwangsarbeiterschicksal im Reich oder Schlimmerem führte),¹²⁴ »Wegnahme des Viehs und andere kollektive Strafmaßnahmen« gegen ganze »Gemeinden und Rayone«, Einweisung ins Arbeitslager auf drei bis sechs Monate; routinemäßige Meldung bei der Ortskommandantur mit anschließender Verhaftung oder Viehwegnahme wegen Nichterfüllung des Milcholls; Geldstrafe, Haft, Einziehung von Vieh, Geräten, Erzeugnissen, Evakuierung aus dem Dorf, Zwangsarbeit (von der Ortskommandantur auf Vorschlag des Kreislandwirtschaftsführers festgesetzt)¹²⁵ oder Deportation etwa ins KZ Stutthof, Erhängung des »Schuldigen« und Erschießung seiner Mutter.¹²⁶ Im Zuge der Partisanenbekämpfung wurde die Landbevölkerung noch viel stärker unter Druck gesetzt, so daß der Gebietskommissar in Sluzk, Heinrich Carl, berichten konnte, bei einer großen Vernichtungsaktion gegen die Bauern am Rand einer Partisanenzone seien »manche Dörfer [...] vom Erdboden verschwunden. Diese Aktionen haben sich so ausgewirkt, dass die Bauern freiwillig ablieferten, 70 % ist ziemlich hoch. Die Bauern lieferten nicht nur das ab, was sie sollten, sie lieferten noch darüber hinaus ab, ja, sogar das Saatgetreide haben sie teilweise mit abgeliefert, so dass wir ihnen noch wieder etwas zurückgeben müssen. [...]«¹²⁷

Diese Beispiele stammen aus allen Regionen Weißrußlands. Dennoch wäre es nicht richtig, generell von einem reinen Requirierungsscharakter der »Erfassung« in Weißrußland auszugehen. Damit wären die teilweise relativ hohen Ergebnisse nicht zu erklären, denn auf derartigem Zwang – der angesichts der schwachen Polizei- und Sicherungskräfte Stückwerk bleiben mußte – konnte man keine Wirtschaftspolitik aufbauen. Auch Wilhelm Freitag wußte, daß »nur die Planerfassung, nicht Gewaltaktionen für unsere nachhaltige wirtschaftliche Arbeit von Erfolg sein kann«.¹²⁸ Für

122 Umlagebescheid für das Wirtschaftsjahr 1943/44, ZStA Minsk 370–I–1265, Bl. 45R. Nur selten war eine Prüfung vorgesehen, ob ein »Verschulden« des Bauern, d. h. willentliches Nichtliefern, vorliege, und ein Liefererlaß gewährt. Vgl. WiIn Mitte, Chefgr. La, Sonderstab Agrarordnung, Ausführungsbestimmungen Nr. 7 zur Neuen Agrarordnung v. 15. 3. 1943, BA-MA RW 31/303a, Bl. 137–140.

123 In diesem Fall seien die Familien »sofort mitzunehmen« und den Arbeitsämtern zu übergeben. GK Weißruthenien, Abt. Ern u La, an die GebK v. 13. 5. 1943 (Abschrift) und wortgleich an die Gebiets- und Kreislandwirte v. 27. 5. 1943 (Nur für den Dienstgebrauch!), BA R 93/7, Bl. 1 und 4.

124 GebK Minsk-Land an die Kreisältesten v. 16. 2. 1943 mit Formular für den Strafbefehl, der *allen* Säumigen zuzustellen war, ZStA Minsk 393–I–321, Bl. 185f.

125 In der Reihenfolge: Okdo. H.Gr. Mitte Ia/Ic/AO St.O.Prop./HeWiFü/O.Qu./Qu. 2/VII (Mil.-Verw.), Betr.: Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin der Bevölkerung v. 7. I. 1944 (Abschrift), BA-MA WF–01/I8990, Bl. 147; Günter Pfeiffer, Der Kreis Wolkowysk unter deutscher Verwaltung während des zweiten Weltkrieges (undatiert), BA OstDok 13/70, Bl. 21; Vern. August Bittner (Kreislandwirt Bobruisk) v. 24. und 25. I. 1946, Archiv Kohl; Auszug aus den Militärverwaltungsanordnungen des Berück Mitte v. 27. I. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 92f.

126 Faktorowitsch, S. 85; KTB Pol.Btl. 310 v. 17. II. 1942, BA-MA SF–03/35351 (Gebiet Brest).

127 Diskussionsbeitrag des GebK Carl auf der Tagung des GK in Minsk mit den GebK v. 9. 4. 1943 über das Unternehmen »Hornung«, IfZ Fb 85/I, Bl. 142f. Ähnlich Gebietslandwirt Brest, Lagebericht v. 24. II. 1942, BA F 13751, Bl. 1026.

128 Freitag am 13. 5. 1943 an die GebK (Abschrift), BA R 93/7, Bl. 1. Es war das gleiche Schreiben und das gleiche Blatt, auf dem er einzelne »Sonderbehandlungen« forderte.

die *Agrarerzeugung* galt das ohnehin. Und es gab auch weißrussische Bauern, die unter den Deutschen leidlich leben konnten, ihren Frieden mit ihnen geschlossen hatten oder mit ihnen sympathisierten, ob in den westlichen oder östlichen Landesteilen (in den westlichen etwas mehr), 1941 und sogar noch 1944. Der Anteil wirklich freiwilliger Ablieferungen von Landwirtschaftsprodukten kann aber nicht beziffert werden.¹²⁹

Getragen von dem weit verzweigten, routinemäßig arbeitenden Erfassungssystem, Zwangsmaßnahmen, Gewalt und einer gewissen Lieferbereitschaft eines Teils der Bauern war die Sollerfüllung in Weißrußland nicht ganz so niedrig, wie man nach einigen Darstellungen in der Literatur annehmen könnte, die die These vom Verwaltungschaos vertreten, das ein Verwaltungshandeln unmöglich gemacht habe.¹³⁰ Richtig ist, daß die geforderten Ablieferungsmengen meist von Jahr zu Jahr zurückgenommen werden mußten, und zwar auf Grund der Erfassungserfahrungen des jeweiligen Vorjahres und der kriegsbedingt sinkenden Produktion. So war es besonders bei Fleisch nach dem Raubbau des Jahres 1941 und bei Nicht-Nahrungsmitteln wie Flachs. Hoch war die Umlageerfüllung meist bei Kartoffeln. Insgesamt ergaben sich regional, lokal und im Vergleich der Jahre starke Schwankungen.

Im Erntejahr 1941/42 wurden bei der Wirtschaftsinspektion Mitte 84 Prozent des Solls bei Getreide, 101 Prozent bei Brotgetreide, 61 Prozent bei Futtergetreide, 98 Prozent bei Kartoffeln und 85 Prozent bei der Stückzahl an Vieh erreicht.¹³¹ Im GK Weißruthenien waren es 1942/43 81,5 Prozent bei Getreide, 62 Prozent bei Kartoffeln, 40,5 Prozent bei Fleisch, 38,5 Prozent bei Fett, 80 Prozent bei Heu und 82,5 Prozent bei Flachs. Die Partisanen konnten den Deutschen allerdings 1943 einen Teil der

129 Dies hat der Stabschef beim Korück 559 versucht. Im Herbst 1943 sei im Rayon Tolotschin (bei Mogilew) das Kartoffelsoll zu 100% erfüllt worden, wovon die Bevölkerung 18% »freiwillig« geliefert, 82% dagegen »die Wehrmacht eingebracht« habe. Wie »freiwillig« definiert wurde, erwähnte er nicht. Korück 559, Betr.: 10-Tagesmeldung der Kommandanturen v. 10. 11. 1943, BA-MA RH 23/154.

130 Vgl. Dallin, S. 387, und Müller, Wirtschaftspolitik, S. 448, sowie Chiari 1993, S. 80, jedoch teils revidiert in Chiari 1998, z. B. S. 128f., 186f. Bei Dallin und Müller ist zu beachten, daß sie die Gesamtumlagen den tatsächlichen Lieferungen an Wehrmacht und Reich gegenüberstellen (in Weißrußland waren davon nur Lieferungen an die Wehrmacht von Bedeutung). Die Gesamtumlagen enthielten jedoch auch die an die Zivilverwaltung und vor allem an die städtische weißrussische Zivilbevölkerung abzugebenden Mengen, die trotz geringer Rationen quantitativ stark ins Gewicht fielen.

131 Errechnet nach: Niederschrift über die Besprechung der KVVCh's am 23. und 24. 6. in Berlin v. 25. 6. 1942 (Geheim), BA-MA (BArch)P F 43385, Bl. 1168. Ähnlich WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, (BArch)P F 43386, Bl. 628 ff. – Die bei Dallin, S. 387, und Müller, Wirtschaftspolitik, S. 448, angegebenen Daten sind mit Vorsicht zu behandeln. Sie geben für WiIn Mitte und GK Weißruthenien zusammen ein Soll von 450000 t Getreide und ein Ist von 239000 t an. Nach den genannten Quellen betrug das Ist bei der WiIn Mitte allein aber 245000 t, also mehr (Soll 290000). Entsprechend errechnet sich bei ihnen eine Sollerfüllung von 53%, während es bei der WiIn Mitte tatsächlich 84% waren. Ähnlich fürs GK Weißruthenien 1943/44: hier soll das Ist bei 39000 t Getreide gelegen haben, allein in drei von zehn Gebieten (Lida, Slonim und Sluzk) waren es aber mindestens 24500 t (Belege im folgenden). Es gibt Quellen, auf die Dallins und Müllers Zahlen zurückgeführt werden können, so eine Bitte Backes an Keitel und Himmler um verstärkte Partisanenbekämpfung (Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung v. 20. 4. 1943, Bandenbekämpfung in den besetzten Ostgebieten, besonders in der Ukraine -Abschrift-, Sonderarchiv Moskau 700-1-50, Bl. 90-91R, als Entwurf in BA-MA RW 31/250, Bl. 40-41R). Hier aber sollte offensichtlich die Lage besonders schwarz gemalt werden, damit mehr bewaffnete Kräfte zugeführt wurden.

schon erfaßten Mengen abnehmen oder sie zerstören.¹³² Außerdem waren die Werte in einzelnen Gebieten viel geringer.¹³³ Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte wurden Ende Dezember 1942 als Ist beziehungsweise Prognose einschließlich Resterfassung 32 und 80 Prozent für Brotgetreide, 50/83 Prozent für Futtergetreide, 89/122 Prozent bei Kartoffeln und 157/200 Prozent für Heu angegeben, bei Fleisch lag die Prognose bei 75 Prozent.¹³⁴ Im Gebiet Brest wurden etwa gleichzeitig entgegengesetzte Darstellungen gegeben, auch das gab es.¹³⁵ Für das Agrarjahr 1943/44 betrug die Umlageerfüllung im GK Weißruthenien 62 Prozent für Getreide, 58 Prozent für Kartoffeln, 31,8 Prozent bei Fleisch, 32,5 Prozent bei Stroh bis Ende März. Hinzu kam aber direkte Entnahme durch die Truppen in großem Umfang, und die Gebietskommissare machten höhere Angaben. Wie sie berichteten, führte die dichtere Belegung mit Wehrmachttruppen infolge des Rückzugs aus östlicheren Gebieten Ende 1943 zu einem höheren Erfassungsergebnis, weil die Machtmittel der Deutschen stärker geworden waren.¹³⁶ Doch ist das nicht so zu verstehen, daß jeder Bauer von Soldaten zu den Erfassungspunkten getrieben wurde, sondern der Einfluß war vor allem indirekt: Die Partisanen, welche versuchten, die Arbeit der einheimischen Hilfsverwaltung zu behindern,¹³⁷ wurden etwas zurückgedrängt, und der Erfassungsapparat konnte ungestört funktionieren. Er war auch 1944 noch keineswegs zusammengebrochen. Seine größte Schwäche lag darin, daß er ohne materielle Anreize für die Bauern arbeitete, weil sie rücksichtslos ausgebeutet werden sollten.

132 So ergab sich eine Sollerfüllung von 65 % bei Getreide, 59 % bei Kartoffeln, 36 % bei Fleisch und 48 % bei Heu. Vgl. Freitag, HA-Leiter III b. Generalkomm. in Minsk, an Riecke Betr.: Erfahrungsbericht über die politischen und wirtschaftlichen Probleme des Ostens unter besonderer Berücksichtigung des GK Weißruthenien v. 28. 6. 1943, in: IMT, Bd. 31, S. 462–470, hier S. 466. Allerdings mögen auch hier Übertreibungen der Verluste im Spiel gewesen sein: Bei Getreide waren die Verluste maschinenschriftlich mit 10 % angegeben, handschriftlich jedoch auf 20 % verbessert.

133 So im Gebiet Minsk-Land, vgl. GebK Minsk-Land, Ref. III E v. 17. 12. 1942 und Landwirtschaftliche Aussonststelle Zaslavl an denselben v. 29. 3. 1943, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 164 und 123.

134 WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Besprechung mit den KVVCh der Chefgr. La der WiIn und der Reichskommissariate am 16./17. Dezember 1942 v. 30. 12. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 457.

135 Das GK meldete eine Getreidesollerfüllung von 31,1 % (Stand: 3. 10., weitere weißrussische Gebiete: Kobryn 40 %, Stolin 39,2 %, Pinsk 10,7 %), der Gebietslandwirt Ende November von 124 %. Vgl. Bericht des GK in Luzk für September und Oktober v. 1. 11. 1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 48, und Monatsbericht November des Gebietslandwirts in Brest v. 24. 11. 1942, BA F 13751, Bl. 1026.

136 Angaben der Verwaltung in Lida: Getreide 103 %, Kartoffeln 65 %, Fleisch 100 %, Heu 54 %, in Sluzk: Getreide 42 %, in Glebokie Getreide 65 %, Kartoffeln 50 %, Fleisch 30 %, Heu 51 %, Leinsamen über 100 %, in Minsk: vielerorts 100 %, Rayon Koidanow, Gebiet Minsk: Getreide 82 %, Kartoffeln 175 %, Heu 73,2 %, Flachs 110,4 %, Gebiet Brest: in der Regel über zwei Drittel (verschiedene Kreise und Produkte). Vgl. Vermerk v. 27. 4. 1944, Betr.: Erfüllung der Umlagen 1943/44 in Minsk – Besprechungen mit GK in Minsk am 20. und 21. 4. 44, BA-MA WF-01/15893, Bl. 899–902; Gebietslandwirt Lida, Tätigkeitsbericht und Räumungsprotokoll v. 1. 8. 1944, BA R 93/15, Bl. 1–3; GK Weißruthenien, HA III, an v. Gottberg, Betr.: Erfüllung der Umlagen im Gebiet Sluzk v. 18. 1. 1944, WF-03/5388, Bl. 617 f.; GebK Glebokie, Lagebericht für Dezember 1943 – März 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1463; GebK Minsk-Land, Lagebericht für Januar – März v. 25. 3. 1944, BA F 13684, Bl. 1437; ZO-Hauptgeschäftsstelle Mitte, Reisestab, Betrifft: Inspektionsreise nach Kojdanow am 14. 6. v. 15. 6. 1944, BA 34.02, Nr. 130, Bl. 31; Einsatzkommando AWiFü AOK 2, Tätigkeitsbericht für das Gebiet Brest nach dem Stande vom 15. 6. 44 vom gleichen Tag, BA-MA WF-03/15909, Bl. 564.

137 Zu den Ausfällen, die den Deutschen durch Partisanen in der Landwirtschaft entstanden, vgl. Kap. 9.1.

Wegen der verwaltungsmäßigen Zersplitterung Weißrußlands zur Besatzungszeit, territorialer Überschneidungen und anderer rechnerischer Unsicherheiten können die von den Deutschen dort herausgezogenen Agrarprodukte nicht genau beziffert werden. Es gibt aber Anhaltspunkte. Das GK Weißruthenien¹³⁸ und der Bereich der Heeresgruppe Mitte¹³⁹ sollen nach verschiedenen Angaben erbracht haben:

Tabelle 3: Lieferungen aus dem GK Weißruthenien und dem Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte an deutsche Dienststellen insgesamt und an die Wehrmacht (in 1000 Tonnen)

GK	Weißruthenien	1941/42	1942/43	1943/44
Getreide		35 (?)	52 bzw. 95	58
an Wehrmacht		?	25 bzw. 33	37
Kartoffeln		18 (?)	99 bzw. 133	154
an Wehrmacht		?	48 bzw. 78	102 bzw. 109
WiIn Mitte				
Getreide		245 bzw. 258	220	?
an Wehrmacht		104	86	?
Kartoffeln		387 bzw. 400	443	?
an Wehrmacht		?	300	?

Das GK Weißruthenien wurde also im Lauf des Krieges immer stärker für die Wehrmachtversorgung herangezogen, wie es die Militärverwaltung im Bereich der Heeresgruppe Mitte gefordert hatte.¹⁴⁰ Das Gebiet der Wirtschaftsinspektion oder des Heeresgruppenwirtschaftsführers Mitte fiel wegen der Gebietsverluste 1943/44 teilweise aus dem deutschen Zugriff heraus. Da abweichende Zahlen für gleiche Produkte und Zeiträume, teilweise von derselben Stelle vorliegen, sind alle Werte mit einer gewissen Skepsis zu betrachten. Überdies stellen sie alle wegen der direkten, unregistrierten Entnahme durch die Wehrmacht Untertreibungen dar.

¹³⁸ Tab. 3 nach Niederschrift über die Besprechung der KVVCh's am 23. und 24. 6. in Berlin v. 25. 6. 1942 (Schätzungen Matthiessens), BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 1168; Abgaben W.-Ruthenien (1. 9. 1942–30. 4. 1943), BA 34.02, Nr. 40, Bl. 348 und 350, und ZO-Geschäftsstelle Minsk, Abteilung Ge, Erfassungsbericht v. 30. 6. 1943, ebd., Bl. 153 f.; Arbeitsbericht der Abteilung Gartenbau/Kartoffeln für die 5. Aufsichtsratssitzung, Anlage, BA 34.02, Nr. 108, Bl. 68, und [ZO, Abteilung Getreide.] Erfassungsmengen und Ablieferungsmengen vom 1. 8. 1943–31. 12. 1943 [...], ebd., Bl. 27; ZO, Hauptgeschäftsstelle Riga, Arbeitsberichte der Fachabteilungen v. 19. 8. 1943, BA R 33 II/11; Vermerk, Betr.: Erfüllung der Umlagen 1943/44 in Weißruthenien v. 27. 4. 1944, BA-MA WF-01/15893, Bl. 899 f.

¹³⁹ Tab. 3 nach Niederschrift über die Besprechung der KVVCh's am 23. und 24. 6. in Berlin v. 25. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 1168; Auszug aus dem Reisebericht über die Fahrt des Inspektors mit Staatssekretär Körner und KVChef Riecke am 20.–23. 5. 43 nach Ossintorf, Smolensk, Sabolotje, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 285, und WiIn Mitte, Lagebericht für Mai 1943 v. 5. 6. 1943, ebd., Bl. 400; Tabelle Lieferungen, BA 34.02, Nr. 40, Bl. 194, vgl. Bl. 317; Lieferungen an Wehrmacht und Reich aus den besetzten Ostgebieten vom 1. 9. 43–31. 3. 44, BA-MA WF-01/15893, Bl. 866. Mit abweichenden, teils geschätzten Zahlen für beide Gebiete Müller, Wirtschaftspolitik, S. 445–448, und Dallin, S. 387.

¹⁴⁰ Siehe z. B. Oberbefehlshaber H. Gr. Mitte an GenQu v. 17. 3. und 6. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 661 f. und 664.

c) Die »Versorgung aus dem Lande«

Zweck der deutschen Lebensmittelbeschlagnahme in Weißrußland war fast ausschließlich die Versorgung der Truppen der Heeresgruppe Mitte, zeitweise rund zwei Millionen Mann.¹⁴¹ Ohnehin kamen von den Importen aus den besetzten sowjetischen Gebieten, die ins Deutsche Reich gingen, nicht weniger als 94,5 Prozent aus der Ukraine und Südrußland.¹⁴² Diejenigen aus Weißrußland waren bis auf wenige Ausnahmen nicht nennenswert.¹⁴³

Man darf sich die Wehrmachtversorgung nicht nur als Plündern marodierender Soldatenhorden vorstellen. Das gab es auch und soll noch beschrieben werden. Aber für so große Militäreinheiten konnte unorganisierte Plünderung nicht die angestrebte dauerhafte Versorgungsgrundlage bilden. Zu diesem Zweck entstand ein komplizierter Mechanismus, ein Zusammenspiel verschiedener Instanzen auf verschiedenen Ebenen. Im Grundsatz war er folgendermaßen aufgebaut: Die aus sowjetischer Zeit übernommenen Sagotorganisationen erfaßten und registrierten die Agrarprodukte. Sie standen unter der Kontrolle der Landwirtschaftsführer oder, sobald sie im betreffenden Raum aufgebaut war, der ZO. Diese meldeten die erfaßten und gelagerten Mengen an ihre oberen Dienststellen, die die Daten dem Versorgungsapparat der Wehrmacht mitteilten oder mit den von dort vorliegenden Anforderungen in Einklang zu bringen versuchten und die Lieferungen in Gang setzten.¹⁴⁴ Dabei versuchte man möglichst genau vor auszuplanen, um nötige Nachschubbewegungen, Transportprobleme im Binnenverkehr, die Arbeit der Be- und Verarbeitungsbetriebe und die Vorratsbildung langfristig zu steuern. Dem diente die ständige Abstimmung zwischen dem Verbindungsoffizier der Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabs Ost beim Generalquartiermeister und der Heeresintendantur,¹⁴⁵ zwischen der Wirt-

¹⁴¹ Bis 2,1 Millionen Mann nach KTB Außenstelle OKH/GenQu, Versorgungsbezirk Dnjepr, Abt IV Wi v. 3. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42943, Bl. 557.

¹⁴² Vgl. Brandt, S. 130. Nach dem 4. Arbeitsbericht der ZO für den Zeitraum 1. II. 1942–30. 6. 1943 waren es aus dem Raum der WiIn Mitte ganze 0,3%. BA R 33 I/21, Bl. 21.

¹⁴³ Zur Regel: vgl. verschiedene ZO-Berichte von 1942 und 1943, BA 34.02, Nr. 53, Bl. 29–36, 45 ff., 133–145. Zu Ausnahmen: Reichsbahn-Zentralamt Berlin, Statistik über die Einfuhr aus den besetzten Ostgebieten für Mai bzw. Juli 1943 v. 29. 7. und 12. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 617–621 und 627–632 (zu nennen 965 bzw. 3533 t Ölsaaten und Ölf Früchte). Bei Vieh sollten bis 15. 12. 1941 300 000 Stück (das wären ca. 45 000 t gewesen) von der WiIn Mitte ins Reich gebracht werden, tatsächlich wurden es einschließlich GK Weißruthenien nur 55 601 Stück: WiStab Ost, Chefgr. Wehrmacht (M)/II, Besprechung mit Transportchef Ib und GenQu, Qu 2 am 18. 8. v. 20. 8. 1941, sowie Wirtschaftsverkehr der besetzten Ostgebiete nach Güterarten und Verkehrsbezirken, 2. Halbjahr 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 502 und 766 f. Bis zum Winter 1942/43 waren es von der WiIn Mitte insgesamt rund 100 000 Stück: La-Organisation, Vortrag Hauptmann Dr. Körner, BA-MA RW 19/1251. Dagegen wurden aus dem GK Wollhynien-Podolien wegen der weit entfernten Front allein im September 1942 21 136 t Getreide ins Reich transportiert, ferner aus Wollhynien über 50 000 Rinder. Bericht des GK in Luzk für September und Oktober v. 1. II. 1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 47 und 51.

¹⁴⁴ Die ZO stand z. B. gleichzeitig in Geschäftsbeziehungen zu Sagots, Gemeinde- und Rayonverwaltungen, einzelnen Verarbeitungsbetrieben, befreundeten deutschen Erfassungsgesellschaften oder Einzel firmen, der WiIn Mitte, Bahndienststellen, einheimischen Stadtverwaltungen (Ernährungsämtern), Wehrmachtdienststellen, z. B. OK, SS- und Polizeistützpunkten und -gütern und mit verschiedenen Dienststellen im Reich. Vgl. [ZO-] Geschäftsstelle Bobruisk, Bilanz per 31. Dezember 1943 v. 25. 9. 1944, BA 34.02, Nr. 80, Bl. 1–35.

¹⁴⁵ Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 359.

schaftsinspektion Mitte und den Versorgungsbezirken »Dnjepr«¹⁴⁶ und »Mitte« sowie später mit dem Oberquartiermeister der Heeresgruppe¹⁴⁷ und zwischen den Kreislandwirtschaftsorganisationen und den nahegelegenen Heeresverpflegungsdienststellen.¹⁴⁸ Nicht immer genügte die Landwirtschaftsverwaltung den Anforderungen der Wehrmacht, so daß diese von Fall zu Fall direkt Lebensmittel (möglichst planmäßig) requirierte, erfaßte oder die Verarbeitung und den Transport organisierte, hauptsächlich in den ersten zwölf Monaten des Krieges, als der Apparat noch im Aufbau war. Das übernahmen die Intendanturen und der Versorgungsbezirk »Dnjepr«, der den Intendanten einen Teil der Kompetenzen abnahm.¹⁴⁹ Besonders wichtig war seine durch die Abteilung IV Wirtschaft wahrgenommene Funktion, die Anforderungen der Truppe zu sammeln und zu entscheiden, ob sie aus dem Lande erfüllt werden könnten oder nicht.¹⁵⁰ Da er faktisch direkt dem Generalquartiermeister unterstand,¹⁵¹ hatte dieser einen unmittelbaren Einfluß darauf, was der weißrussischen Bevölkerung an Lebensmitteln blieb.

Als die deutschen Truppen in Weißrußland einmarschierten, nahmen sie von Anfang an die Absicht, sich aus dem Lande zu ernähren, sehr ernst. Schon am sechsten Kriegstag meldete Hauptmann Emmerich, Verbindungsoffizier des Wirtschaftsstabs

¹⁴⁶ Dieser Versorgungsbezirk war zumindest zeitweise nur für die Versorgung der Armeen der H.Gr. Mitte, nicht aber der im rückwärtigen Heeresgebiet liegenden Truppen zuständig. Vgl. KTB Berück Mitte, Abt. Quartiermeister v. 1. 8. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 33. 1943 scheinen die Armeen ihre Versorgung direkt mit den WiIn geregelt zu haben, indem sie Bestände und Anforderungen mitteilten, was auch ohne genauere Bestimmungen gut funktioniert haben soll. Vgl. KTB-Beitrag WiStab Ost, Abt. I/Ia für 18. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 551.

¹⁴⁷ Diese liefen zeitweise vor allem über die Abteilung IV Wirtschaft des Versorgungsbezirks, die fachlich der WiIn Mitte und militärisch der Befehlsstelle Mitte des GenQu/Versorgungsbezirk Dnjepr unterstand. Vgl. das KTB dieser Abteilung, BA-MA(BArchP)F 42493, Bl. 494–588, besonders Bl. 501, 503–508, 518f., 523–528, 585f. V. O./WiRüAmt und WiStab Ost bei OKH/GenQu, Betr.: Änderungen im Einsatz der Wirtschafts-Dienststellen an Hünemann (WiRüAmt) v. 9. 3. 1942, BA-MA RW 31/59b, Bl. 511, vgl. weiteren Briefwechsel Bl. 493–516. Im Juli 1941 waren allerdings »häufige« Rücksprachen des WiIn Weigand mit dem Kommandeur des Versorgungsbezirks Dnjepr nötig. WiIn Mitte, Lagebericht v. 22. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 323. Am 18. 7. kam es zur ersten umfassenden Abstimmung der WiIn mit den Versorgungsoffizieren (Ib) der Divisionen. Vgl. ebd. und WiIn Mitte/Chef Fü., Tagesordnung für die Besprechung mit den Wirtschaftskommandeuren und FK. IV Wi nebst ihren Sachbearbeitern La. und Wi. am Freitag, dem 18. 7. 1941 in Baranowicz, ebd., Bl. 326.

¹⁴⁸ Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht März v. 6. 4. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 948. Vgl. Reisebericht Nagel vom Oktober 1941, BA-MA Wi ID/1723.

¹⁴⁹ Vgl. den Befehl der 87. Inf.Div. v. 8. 7. 1941, BA-MA RH 26–87/25; weiter Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht März v. 6. 4. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 948f.; V.O./WiRüAmt und WiStab Ost bei OKH/GenQu v. 9. 3. 1942, sowie Aussenstelle OKH/GenQu, Versorgungsbezirk Dnjepr, Kommandeur, an GenQu v. 20. 2. 1942 (Abschrift von Abschrift), BA-MA RW 31/59b, Bl. 511 und 498–501. Zur Kompetenzbescheidung der Intendanten vgl. KTB Abt. IV Wi Versorgungsbezirk Dnjepr v. 31. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42493, Bl. 588.

¹⁵⁰ Aussenstelle OKH/GenQu, Versorgungsbezirk Dnjepr, Kommandeur v. 20. 2. 1942 (Abschrift von Abschrift), BA-MA RW 31/59b, Bl. 498–501.

¹⁵¹ Im Konfliktfall entschied die Abteilung IV Wirtschaft des Versorgungsbezirks gegen die WiIn Mitte, obwohl sie jener wie gesagt fachlich unterstand, und für die Versorgungsbelange. Genau deshalb wurde vom Versorgungsbezirk Dnjepr diese Unterstellung als sinnlos kritisiert. Vgl. die Dienstanweisung vom September 1941 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42493, Bl. 526, und Aussenstelle OKH/GenQu, Versorgungsbezirk Dnjepr, Kommandeur an GenQu v. 14. 3. 1942 (Abschrift), BA-MA RW 31/59b, Bl. 509.

Ost zum Generalquartiermeister: »Große Teile des Heeres leben aus dem Lande.«¹⁵² Voreilig, denn das traf zu diesem Zeitpunkt sicher noch nicht zu, weil es organisatorisch noch gar nicht möglich war und auch einige Umstellung erforderte. Im Bereich Weißrußland fand die Einrichtung der Einheiten auf »Selbst«versorgung etwa im Juli 1941 statt. Die Quartiermeisterabteilung des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet bezeichnete es am 27. Juli als ihre wichtigste Funktion, »die Truppe möglichst restlos aus dem Lande zu verpflegen«, zehrte dabei aber zunächst von erbeuteten Vorräten.¹⁵³ Die 4. Panzerarmee meldete bereits am 10. Juli, daß die Truppenverpflegung zu großen Teilen »aus dem Lande« komme.¹⁵⁴ Noch deutlicher war man zwei Tage zuvor bei einer Besprechung im Divisionsgefechtsstand der 87. Infanteriedivision geworden:

»Anschließend werden die Aufgaben der Div. (Befriedung, Sicherstellung der Beute, wirtschaftliche Versorgung aus dem Lande) erläutert und besprochen. Im Zusammenhang damit schildert der Herr Div.-Kdr. die wirtschaftliche Lage, vor allem die Ernährungslage in der Heimat, und weist darauf hin, daß es dringend notwendig ist, daß die Feldtruppe sich selbständig aus dem Lande ernährt und der Heimat keine Lebensmittel abzieht. Vorträge des Div.-Intendanten und des Div.-Arztes ergänzen die Ausführungen des Herrn Div.-Kdr.«¹⁵⁵

Auf einer Besprechung am 20. Juli 1941 beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes wurden als »Schwerpunkte im neuen Bergungsraum« genannt: Sicherung von Bahnen und Straßen sowie der Versorgungsstützpunkte, Einsammeln von Waffen und Munition, Straßenausbesserung – und, »möglichst ausschließlich aus dem Lande zu leben«.¹⁵⁶ Nur zwei bis vier Wochen nach Beginn der Invasion wurde es zu einer *Hauptaufgabe* deutscher Divisionen erklärt, sich durch organisierte Plünderung aus dem besetzten Land zu ernähren! Diese Tatsache dürfte in der jüngeren Militärgeschichte ziemlich einzigartig dastehen. Und zumindest in den Divisionsstäben wußte man sehr wohl, was man tat. So berichtete der Versorgungsoffizier der 286. Sicherungsdivision am 3. August 1941: »Bestimmungsgemäss soll die Truppe soweit als möglich aus dem Lande leben. Das Gebiet, in dem sich die Sicherungs-Division be-

152 KTB WiStab Ost v. 27. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 9.

153 Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht für 3. bis 31. Juli v. 27. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 356–64, Zitat Bl. 356. Charakteristischerweise hieß es: »Die Truppe wird also auf Entnahme aus dem Lande – vor allem zur Fleischversorgung – angewiesen«, wobei »wird also« handschriftlich für »war daher« eingesetzt worden war (Bl. 357).

154 Die Angaben sind verschieden. Nach der einen war dies Mittagkost, während es an Abendkost und Getränken mangelte, während sich die Armee nach der anderen bei Brot zu 50% und bei Fleisch zu 100% »selbst« versorgte. Vgl. PzAOK 4-Abt. IV Wi (VO-OKW-WiRüAmt), Lagebericht Nr. 1 (gez. Fach, Oberstleutnant, Abschrift), sowie WiStab Ost, Chefgr. La, Gruppe Erfassung, Bericht Reise Bialystok-Baranowitschi-Minsk (gez. Küper) unter Berufung auf Angaben von Fach, beide vom 10. 7. 1941. BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 91, und (BArchP)F 44423, Bl. 984. (Die 4. Panzerarmee war damals kurzfristig aus zwei Infanteriekorps der 4. Armee und den Panzergruppen 2 und 3 gebildet worden, vgl. Klink, Operationsführung, S. 543.)

155 KTB 87. Inf.Div. v. 8. 7. 1941, BA-MA RH 26–87/22. Im Ib-Kriegstagebuch hieß es: »Sinn und Zweck aller Maßnahmen in dem zugewiesenen Bergungsraum ist 1.) die schnelle und restlose Befriedung möglichst großer Gebieteile, 2.) Erhaltung und Ausnutzung aller wirtschaftlichen Kräfte und Sachwerte in den eroberten Gebieten zum Nutzen der deutschen Volkswirtschaft.« KTB 87. Inf.Div., Ib v. 8. 7. 1941, BA-MA RH 26–87/137.

156 KTB 87. Inf.Div. v. 20. 7. 1941, BA-MA RH 26–87/22.

wegt, hat jedoch wenig Überfluss an Verpflegungsmitteln, zum Teil ist es sogar Zuschussgebiet.« Auch seien Mehl, Nudeln und Brot von ungewohnter Konsistenz und schlechter Qualität. Doch man habe bis jetzt immer die vollen Verpflegungssätze ausgeben können. Also hatte man ohne Bedenken die Nahrungsmittel der weißrussischen Zivilbevölkerung entzogen.¹⁵⁷

Dieses Vorgehen wurde in der Folgezeit nicht gemildert, im Gegenteil. Am 6. August wurde wegen der zugespitzten Transportlage – nur noch »Zufalls-Nachschübe« an Nahrungsmitteln kamen an – vom Intendanten beim Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet »schärfste Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Vorräte« angeordnet. Also sparte man bei der Versorgung der Kriegsgefangenen in den Minsker Lagern, wo bereits »kleinere Seuchenherde« zugegeben wurden.¹⁵⁸ Später litt die Truppenverpflegung besonders bei Fleisch an »erheblichen Schwierigkeiten«, um sich ausgerechnet im November und Dezember zu entspannen, als die Transportkrise ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte und die Versorgung der »Gefangenenmassen« für »unmöglich« erklärt wurde.¹⁵⁹

Insgesamt konnten die Deutschen aber ihr Ziel, die im Osten stehenden Truppen aus den besetzten sowjetischen Gebieten zu ernähren, nicht erreichen,¹⁶⁰ in Weißrußland noch weniger als anderswo. Weißrußland bildete eine relativ kleine und landwirtschaftlich arme Versorgungsbasis. Außerdem war die Zahl der zu versorgenden Soldaten dort sehr hoch. Während im September noch kurzfristig mit einer Verpflegungsstärke der Heeresgruppe Mitte von 1,6 Millionen Soldaten, für das Winterhalbjahr 1941/42 mit 1,1 Millionen gerechnet worden war, wuchs die Zahl in Wirklichkeit noch.¹⁶¹ Schon das Hinterland für sich hätte eine beträchtliche Belastung durch dort stationierte oder durchziehende Soldaten zu tragen gehabt (aber es wurde auch überdies für die Versorgung der Front herangezogen). Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte für sich genommen waren es im August und September 1941 114 000 bis 250 000, im November bis 420 000 und am 31. Januar 1942 492 625. Aber auch im November 1942 zählte man noch fast 400 000.¹⁶² Im Bereich des Wehrmachtbefehlshabers in Weißruthenien waren es 1944 200 000 bis 300 000.¹⁶³

157 286. Sich.Div., Abt. Ib/Qu, Betr.: Bericht über die Versorgungslage und den Einsatz der Versorgungstruppen seit Beginn der Operationen in Rußland v. 3. 8. 1941, BA-MA RH 26–286/3. Einsatzgebiet der Division war der Raum Minsk-Smolensk.

158 Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht 1.–31. 8. v. 3. 9. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 365f., 370.

159 Monatsberichte desselben für September bis Dezember 1941 v. 8. 10., 6. 11., 8. 12. 1941 und 7. 1. 1942, ebd., Bl. 381–383, 398f., 418 und 443. Vgl. Schüler, S. 410–518.

160 Das belastete die ständig angespannte Transportlage enorm. Vom 22. Juni 1941 bis zum 21. Juni 1943 wurden in die besetzten sowjetischen Gebiete 58 080 Versorgungszüge gefahren, davon nur 9201 Munitions- und 8292 Betriebsstoffzüge, aber 20 464 Verpflegungszüge und 20 123 sonstige Züge (Pferde, Ausrüstungsgegenstände usw.). Vgl. gedrucktes Jubiläumspapier des Generalquartiermeisters mit Anschreiben der Abteilung Qu 1 an Oberreichsbahnrat Kreidler beim Chef des Transportwesens v. 5. 7. 1943, BA-MA H 12/234; allgemein die Darstellung von Schüler.

161 Vgl. Besprechung am 12. 9. 41 bei dem Versorgungsbezirk Dnjepr (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42493, Bl. 527f.; Lagebericht Nr. 9 der WiIn Mitte v. 22. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1025.

162 Vgl. die Tätigkeitsberichte des Quartiermeisters des Berück Mitte für August bis November 1941, Januar und November 1942; BA-MA WF-03/7314, Bl. 367 (allein Minsk und Borissow hatten jeweils zeitweise 70 000), 383, 399, 418, WF-03/7366, Bl. 1041, und WF-03/7420, Bl. 820.

163 Vgl. Monatsberichte des Intendanten beim WBfh. Weißruthenien für Januar bis Mai 1944, BA-MA WF-05/7670, Bl. 677, 696, 717, 734, 752.

So war die hundertprozentige Truppenversorgung »aus dem Lande« bei der Heeresgruppe Mitte nicht zu verwirklichen. Zwischen dem 1. September 1941 und dem 31. August 1942 waren es statt dessen bei Brotgetreide 60 Prozent, bei Futtergetreide 20 Prozent, bei Kartoffeln 90 Prozent, bei Fleisch 65 Prozent, bei Fett 10 Prozent und bei Heu 40 Prozent.¹⁶⁴ Im Oktober und November 1941 verzeichnete man bei Brot(getreide) »nur« 60 Prozent, im Oktober bei Fleisch 100 Prozent.¹⁶⁵ Es gab erhebliche Schwankungen. So kam 1942 im Juli Getreide überwiegend aus dem Heeresgruppenbereich, Fleisch zu einem großen Teil (40 Viehzüge kamen aus der Ukraine). Im Oktober und November aber wurde ein Großteil des Brot- und Futtergetreides aus der Ukraine herangefahren, während Fleisch nur zu 25 Prozent von dort, zu 25 Prozent aus dem Bereich Mitte stammte.¹⁶⁶ Im rückwärtigen Heeresgebiet sah es derweil günstiger aus, und sogar das frontnahe Wirtschaftskommando Witebsk versprach, nicht allein das vorgelagerte LIX. Armeekorps (65 000 Mann, 18 000 Pferde) zu versorgen, sondern darüber hinaus »Überschüsse« zu erzielen.¹⁶⁷ 1943 war der »Selbst«versorgungsgrad im Januar sehr gering (Getreide 17 Prozent, Fleisch 11 Prozent) und im Oktober trotz erfolgter Ernte nicht viel besser (Getreide 20 Prozent, Kartoffeln 100 Prozent, Fleisch 30 Prozent).¹⁶⁸ Der Unterschied zu den anderen Heeresgruppen war deutlich:

*Tabelle 4: Bedarfsdeckung der Wehrmacht für 1. 9. 1943 bis 1. 2. 1944 (in Prozent)*¹⁶⁹

	Brotgetreide	Futtergetr.	Kartoffeln	Fleisch	Fett	Heu
HeWiFü Mitte/ GK Weißruth.	175	176	126	32,6	10,9	38,2
WiIn Nord/ Baltikum	55,5	52,5	152	94,3	86	79
HeWiFü Süd u. a./ RK Ukraine	103	149	88,4	66	40,7	11,8

¹⁶⁴ Bei der H.Gr. Nord: 80/30/70/85/100(?) / 50%, bei der H.Gr.Süd: 100/100/50/100/50/30%. [WiStab Ost,] Chefgr.La, Abt. 3, Betr.: Auswirkungen der Besetzung der russischen Gebiete für die deutsche Kriegswirtschaft v. 14. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 819–822. Nach anderen Angaben bei Fett für die H.Gr. Mitte 80%: WiStab Ost, Stab I/Ia Wi, Gesamtüberblick über das 1. Quartal 1943 v. 12. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 646–652. Die zugrundeliegenden Berechnungen des WiStabs Ost waren teilweise widersprüchlich.

¹⁶⁵ Vgl. Berück Mitte, Quartiermeister, Monatsbericht für Oktober 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 399, und WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 9 v. 22. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1008.

¹⁶⁶ Vgl. WiStab Ost, Chefgr. La, Monatsbericht Juli v. 14. 8. 1942, BA-MA RW 31/302a, Bl. 230; WiStab Ost, Monatsbericht November v. 16. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 596.

¹⁶⁷ Vgl. Monatsberichte Berück Mitte, Abt. VII-Kriegsverwaltung, für Oktober und November 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 1002 und 1019; Generalkommando LIX. A.K., Der Kommandierende General Ia/Qu., Betr.: Einbringung der Ernte v. 23. 8. 1942, BA-MA WF-03/9130.

¹⁶⁸ Im Januar kamen von 9000 t Fleisch 1000 aus dem Heeresgruppenbereich, 2000 aus der Ukraine und Südrussland und 6000 aus dem Reich. Vgl. Monatsbericht WiStab Ost für Januar v. 19. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 841. Weiter WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 35 für Oktober v. 31. 10. 1943, Anlage 2, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 518.

¹⁶⁹ WiStab Ost, Chefgr. La v. 12. 2. 1944, in: N. Müller 1982, S. 267–270. Der hohe Versorgungsanteil bei Fett im Nordabschnitt beruhte auf Butter und Leinsaat aus dem Baltikum.

Nirgendwo war die Lage so angespannt wie bei der Heeresgruppe Mitte und damit in Weißrußland, trotz geringerer Truppenstärken als früher. Das Fettdefizit beruhte auf dem vorangegangenen Raubbau an der weißrussischen Viehwirtschaft. Allerdings ergaben sich auch 1944 noch Abweichungen für einige Monate.¹⁷⁰ Dafür tendierte die Versorgung einzelner Armeen allein aus ihrem Armeegebiet gegen Null.¹⁷¹ Damit war auch der Druck auf die weißrussische Bevölkerung, besonders was die Ernährungspolitik angeht, wohl stärker als in jeder anderen Region, und zwar nach dem Winter 1941/42 nicht etwa ab-, sondern zunehmend. Von Berlin aus wurde immer wieder verlangt, eine hundertprozentige Versorgung aus dem besetzten Gebiet sicherzustellen. Hatte Riecke das am 3. September 1941 noch für im großen und ganzen möglich erklärt, war er sich am 13. Oktober mit dem Generalquartiermeister Wagner darin einig, daß es nicht zu schaffen sein werde.¹⁷² Die Forderung, in den besetzten sowjetischen Gebieten »baldmöglichst die weitestgehende, im Endziel die restlose Versorgung aus dem Lande sicherzustellen«, wurde aber noch in der zweiten Jahreshälfte 1942 von Göring, Keitel und im Wirtschaftsstab Ost mit Nachdruck gestellt. Keitel hielt offenbar alles für ein Organisationsproblem.¹⁷³

Selbst Wilhelm Küper, der Erfassungschef beim Wirtschaftsstab Ost, bezeichnete das als unmöglich.¹⁷⁴ Die Folge entsprechender Bemühungen war besonders im Hinterland der Heeresgruppe Mitte, auch im GK Weißruthenien, sogenannter »Kahlfraß«.¹⁷⁵ Das ist keine Nachkriegsbezeichnung; die Spitze der Agrarverwaltung in Südrußland und der Ukraine sprach sogar von »einer Kahlfraßzone von 800–1000 km Tiefe«, wo alles erfaßt werden müsse.¹⁷⁶ Von dieser Politik waren die frontnahen Gebiete am stärksten betroffen, weil dort die Truppenkonzentrationen am größten waren. So wurden in weiten Teilen der Wirtschaftsinspektion Mitte im Herbst 1943 der Landbevölkerung alle Nahrungsmittel außer dem Bedarf für drei Wochen weggenommen.¹⁷⁷

170 H.Gr.-Bereich: Versorgung aus dem Lande bei Getreide, Fett, Rauhfutter fast ganz, bei Fleisch 50 %. Befehlshaber in Weißruthenien: Brotgetreide 100 %, Kartoffeln 85–100 %, Fleisch 20–35 %, Fett 0–5 %. Vgl. WiStab Ost, Monatsbericht Dezember 1943 v. 27. I. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 415, und Monatsberichte des Intendanten beim Bfh. in Weißruthenien für Januar bis Mai 1944, BA-MA WF-05/7670, Bl. 677, 696, 717, 734 ff., 752 ff.

171 Bei der 9. Armee: Kartoffeln zu 4,5 %, Fleisch 2,5 %, Heu 0,5 %. Vgl. HeWiFü beim Okdo. H.Gr. Mitte, Lagebericht für April v. 5. 5. 1944, Anlage 2, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 457.

172 Vgl. KTB WiRüAmt/Stab v. 3. 9. 1941, BA-MA RW 19/165, Bl. 226, KTB WiStab Ost, Chefgr. La v. 13. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 887.

173 Befehl Keitels v. 29. 8. 1942 zitiert nach: Oberst Dr. Musset [Chef des Stabes WiStab Ost], Vortrag 6. 10. 42 Kriegsakademie, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 1081. Musset bezeichnete das als verbindliches Ziel für den WiStab Ost. Vgl. ebd., Bl. 1080, und den stenographischen Bericht über die Besprechung Görings mit den Reichskommissaren der besetzten Gebiete und den Militärbefehlshabern über die Ernährungslage am 6. 8. 1942 (Auszug), in: IMT, Bd. 39, Bl. 395.

174 Vgl. Grundsätzliche Gedanken aus der Aussprache des RMO mit den Befehlshabern der Heeresgebiete im Osten [am 18. 12. 1942], in: Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Kommandostab, Mitteilungsblatt Nr. 15 v. 20. I. 1943, IFZ Fa 213/4 (ebenso Zimmermann an Himmler v. 4. I. 1943, BA NS 19/2605, Bl. 1–7).

175 Müller, Scheitern, S. 1177. Zum GK Weißruthenien: WiStab Ost, Chefgr. La, Abt. II, Tagung über Fragen des Acker- und Pflanzenbaues im besetzten Osten in Berlin am 15./16. I. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 712.

176 WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Besprechung mit den KVVCh's am 16./17. Dezember v. 30. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 895.

177 Das hing auch mit einem weiteren bevorstehenden Rückzug zusammen. ZO, Abteilung Getreide, Tätigkeitsbericht September v. 13. 10. 1943, BA 34.02, Nr. 105, Bl. 2R.

Daß die Fronttruppe die Bevölkerung in ihrer Umgebung bei der Lebensmittelbeschaffung mehr geschont habe als andere,¹⁷⁸ dürfte unzutreffend sein.¹⁷⁹

Was »Kahlfraß« bedeutete, läßt sich vor allem an der Viehwirtschaft Weißrußlands gut zeigen. In Planungspapieren war man von dem sogenannten einmaligen Eingriff in die überschätzten weißrussischen Viehbestände ausgegangen.¹⁸⁰ Seit Kriegsbeginn geisterten Meldungen durch die Verwaltungsstuben, »daß im Operationsgebiet der Heeresgruppe Mitte große unbeaufsichtigte Viehherden durch Flugzeug-Beobachtung festgestellt« worden seien – Göring kam darauf immer wieder zurück.¹⁸¹ Wegen des enormen Verbrauchs durch die Heeresgruppe Mitte, nämlich von 120 Tonnen Fleisch (1200 Rinder) täglich bereits Anfang August 1941, einer Wochenration von 1,5 Kilogramm Fleisch pro Kopf oder 215 Gramm täglich entsprechend,¹⁸² wurden schnell die Grundlagen der Viehwirtschaft angegriffen. Der deutsche Vormarsch war bald gestoppt, das Gebiet, das die Nahrungsbasis der Heeresgruppe Mitte darstellte, war kleiner als erwartet, so daß das Absinken der Viehbestände in Weißrußland schon im September 1941 auf bis zu 50 Prozent beziffert wurde.¹⁸³ Auf Grund des Futtermittelmangels durch Beschlagnahmen von seiten der Wehrmacht und Landwirtschaftsverwaltung sanken die Schlachtgewichte bald so drastisch, daß größere Stückzahlen abgeschlachtet wurden, unter ihnen schließlich bis zu drei Viertel tragende Kühe.¹⁸⁴ Besonders schwer scheint die Gegend von Witebsk betroffen gewesen sein, die insgesamt unter der deutschen Besatzungspolitik außerordentlich zu leiden hatte.¹⁸⁵ Die

178 So Müller, Wirtschaftspolitik, S. 90f., Anm. 95. In den Augen der Führung »zu gut« behandelte die Truppe lediglich oft die eigenen Arbeitskräfte, besonders das einheimische Wehrmachtgefolge, die sogenannten Hiwis (Hilfswilligen).

179 Nach dem Rückzug im Winter 1941/42 verlangte die Truppe die Übergabe von 18 Rayons des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte »zum Fouragieren«, was »die völlige Entblößung des Landes von jeglichen Nahrungsmitteln sowohl an Getreide, [als auch an] Futter und Vieh« bedeutete. Niederschrift einer Besprechung von Thomas mit den Wirtschaftsinspektoren v. 23. 2. 1942, in: N. Müller 1991, S. 255. In Weißrußland dürfte hiervon besonders das Gebiet Witebsk betroffen gewesen sein.

180 Vgl. Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft v. 23. 5. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 141f.; Die Landwirtschaft der Weissrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, BA-MA RW 31/299, Randnotizen Bl. 68 und 71.

181 KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 2. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 973. Vgl. KTB WiIn Mitte v. 3. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 646; Verbindungsstab d.OKW/WiRüAmt beim Reichsmarschall, Wirtschaftsaufzeichnungen für 15. 8. bis 16. 9. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 106, 108 (hierbei ging es um eine Spitzenbesprechung bei Göring am 16. 9. u.a. mit Backe, Generalleutnant Osterkamp (Heeresverwaltungsamt), Oberst Baentsch (GenQu) und Nagel); Niederschrift über die Besprechung bei Göring am 8. 11. v. 18. 11. 1941 (Anlage zu V. P. 19203/6g), in: Ueberschär/Wette, S. 334.

182 KTB Abt. IV Wi des Versorgungsbezirks Dnjepr v. 3. 8. 1941 und Besprechung am 12. 9. 41 beim Versorgungsbezirk Dnjepr, BA-MA (BArchP)F 42943, Bl. 503 und 527f.

183 OKW/WiRüAmt, Zusammenstellung wichtiger Meldungen über die Ostgebiete Nr. 5 v. 13. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 562; ähnlich bezüglich Pferden: WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 11 v. 23. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1060. Trotzdem glaubte die Chefgr. La der WiIn nicht um eine Herabsetzung der Viehabgaben bitten zu müssen: WiStab Ost, Chefgr. La, Bericht über die Tagung der La-Leiter der WiIn am 20. 10. v. 18. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 868f.

184 KTB Abt. IV Wi des Versorgungsbezirks Dnjepr v. 10. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 555, und Fsch. OB der H.Gr. Mitte, v. Kluge, an den GenQu v. 17. 3. 1942 (Abschrift v. Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 664. Ähnlich GK Wollhynien-Podolien, Lagebericht v. 30. 4. 1943, BA F 13683, Bl. 27.

185 Den gegenüber anderen Teilen Weißrußlands noch erheblich schärferen Zugriff auf Vieh, Heu, Stroh und Kartoffeln (Futtermittel) dokumentieren Zahlen im 2. Arbeitsbericht der ZO für die Aufsichtsratsitzung am 11. 3. 1942 (Nbg. Dok. PS-1593), BA F 734, Bl. 854.

Forderungen des Generalquartiermeisters für den Zeitraum 1. April 1942 bis 31. März 1943 im Mittelabschnitt übertrafen theoretisch bereits den gesamten noch existenten Viehbestand im Gebiet der Heeresgruppe Mitte.¹⁸⁶ Die Abteilung IV Wirtschaft beim Versorgungsbezirk Dnjepr, die ihre Aufgabe speziell in der Vieherfassung sah (und »so ausgezeichnet« erfüllte, daß sie später »nicht mehr auszuschalten war«), verbot zwar den Viehzutrieb vom 20. März bis 10. Mai ganz,¹⁸⁷ aber der Generalquartiermeister sperrte Ende Juni den Nachschub an Vieh und Kartoffeln, so daß im dritten Quartal 1942 eine höhere Stückzahl Vieh »erfaßt« wurde als im ganzen Jahr zuvor. Das durchschnittliche Schlachtgewicht war freilich von 100 auf 48 Kilogramm gesunken.¹⁸⁸ Folgen dieser Politik waren der Zusammenbruch der Fleischablieferungen an die Heeresgruppe Mitte seit Ende 1942 und eine nachhaltige Störung der landwirtschaftlichen Produktion durch fehlenden Stalldünger.

Doch all das war nicht nur Politik von oben, ausgeheckt von einsamen Verschwörern und in blindem Gehorsam ausgeführt. Vielmehr wirkten die Wehrmachttruppen vom Soldaten bis zum Offizier höheren Dienstgrades hieran durch Plünderungen aus eigenem Antrieb mit. Diese Plünderungen wurden zu einem erheblichen Wirtschaftsfaktor.¹⁸⁹ Sie begannen explosionsartig mit dem Einmarsch am 22. Juni 1941. Nur eine bestimmte Gruppe ranghoher Offiziere und die Wirtschaftsfunktionäre begriffen, daß die Plünderungen die Durchführung des landwirtschaftlichen Ausbeutungsprogramms gefährdeten,¹⁹⁰ und hatten alle Hände voll zu tun, sie einzudämmen. Aus verschiedenen weißrussischen Regionen liegt eine Fülle entsprechender Nachrichten vom Juli und August 1941 vor.¹⁹¹ Feldpostbriefe zeugen davon,¹⁹² und die SD-Bericht-

¹⁸⁶ WiIn Mitte, Chefgr. La, an H.Gr. Mitte v. 4. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 43234, Bl. 1323–1325; OB H.Gr. Mitte, Ib, an OKH/GenQu v. 6. 4. 1942 (Abschrift v. Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 661f.

¹⁸⁷ Vgl. KTB Abt. IV Wi des Versorgungsbezirks Dnjepr, BA-MA (BArchP)F 42943, Bl. 494 ff., besonders v. 23. und 31. 3. mit dem ausdrücklichen Vermerk, hierin genau nach den Anweisungen der Grünen Mappe gehandelt zu haben; Außenstelle OKH/GenQu, Versorgungsbezirk Dnjepr, Kommandeur, an GenQu v. 14. 3. 1942 (Abschrift) sowie V. O./WiRüAmt und WiStab Ost bei OKH/GenQu v. 9. 3. 1942, BA-MA RW 31/59b, Bl. 503 und 511 (Zitat).

¹⁸⁸ ZO, Abteilung Berichterstattung, Lieferungen an die Wehrmacht v. 20. 11. 1942, BA 34.02, Nr. 53, Bl. 126–131. Danach waren bis zum 30. 6. 1942 264 393 Stück Vieh (26 356 t) geliefert worden, im 3. Quartal 1942 483 532 Stück (nur 23 030 t). Zur Aktion des GenQu unten S. 897.

¹⁸⁹ Auf 25 % der laufenden Ablieferungen beziffert in: WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 15 v. 7. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 795. Vgl. Vermerk Betr.: Erfüllung der Umlagen 1943/44 in Weißruthenien v. 27. 4. 1944, BA-MA WF-01/15893, Bl. 901. Der Übergang zur organisierten direkten Entnahme durch die Truppe war dabei fließend. Vgl. Vern. Bruno Pawel (ehemaliger Kommandeur des Inf.Rgt. 81 und der 15. Inf.Div.) v. 22. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 30. Zur 269. Inf.Div. im Raum Bobruisk 1943 Vern. August Bittner v. 24. 1. 1946, Archiv P. Kohl.

¹⁹⁰ »Schlimm, daß Truppe die vorgefundenen Bestände und Vorräte nur als Zusatz und nicht als ausschlaggebend für die Selbstverpflegung ansieht, und darum einen Raubbau treibt«. Versorgungsbezirk Dnjepr, Abt. IV Wi, KTB-Eintrag v. 1. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42943, Bl. 501.

¹⁹¹ Vgl. OK I/532 an AOK 9 v. 22. 8. 1941, BA-MA WF-03/14302, Bl. 226; FK Minsk-Land, Abt. VII-Kriegsverwaltung, Lagebericht v. 14. 8. 1941, BA F 15266, Bl. 2835; [WiRüAmt,] Stab Ia, Bericht über meine Reise in den Raum der WiIn Mitte und Nord vom 23. bis 27. 7. 41 (Unterschrift: von Gusovius), BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 705; KTB VO WiRüAmt bei AOK 4 v. 12. und 13. 7. sowie 9. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 13f. und 24.

¹⁹² Z.B. Frau B. v. 12. 10. 1941 über den Brief ihres Verwandten F. v. 3. 9. aus dem Raum Gomel und R.L. (Luftwaffen-Regiment 12) v. 20. 7. 1941, BfZ, Slg. Sterz.

erstattung hatte mehrfach Gelegenheit, darüber zu klagen,¹⁹³ obwohl der HSSPF von dem Bach-Zelewski bereits am 1. Juli geradezu zum Plündern aufgerufen hatte: »Beschlagnahme von Gegenständen für den Truppenbedarf sind [...] grundsätzlich erlaubt.«¹⁹⁴ Sogar auf einer von Volksdeutschen bewirtschafteten Sowchose bei Borissow waren drei Viertel des Viehs von Soldaten geraubt worden; so geschah es flächendeckend, und wenn irgendwo das Kleinvieh erhalten geblieben war, hob man es in Berichten als bemerkenswert hervor.¹⁹⁵ Bereits am 20. Juli schrieb die Wirtschaftsinspektion in einem Merkblatt für die Truppe: »Das wilde Requirieren seitens der Einheiten muß ein Ende nehmen«, denn zum Teil wurden einfach Transporte der Landwirtschaftsverwaltung mit Waffengewalt ausgeraubt.¹⁹⁶ Im Kriegstagebuch einer Wirtschaftseinheit hieß es im Rückblick auf den Juli und August 1941:

»Hier setzte sofort ein unbeschreiblicher Andrang vom frühen Morgen bis zum späten Abend ein, u. zwar von der kleinsten Einheit bis zu höheren Stäben. Gefordert wurde Verbesserung der Verpflegung und Bekleidung zusätzlich, ohne Verständnis für wehrwirtschaftliche Erfassung zum Wohle des Ganzen. Ein Unterschied zwischen Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren bestand nicht, im Gegenteil[,] die Offiziere, auch höhere Chargen, scheuten nicht vor Eigenmächtigkeiten zurück. Man hielt es für selbstverständlich, seinen persönlichen Anteil an der Beute zu fordern und sich zu verschaffen.«¹⁹⁷

Auch in den Herbstmonaten gingen die Plünderungen in Weißrußland weiter.¹⁹⁸ Das veranlaßte den Kommandeur der 403. Sicherungsdivision, Generalmajor Wolfgang v. Ditfurth, zu folgendem Befehl:

»Der Tatbestand, daß der Kampf gegen Räterußland *nicht ausschließlich weltanschaulich bedingt ist, sondern uns gleichzeitig die Versorgungsräume sichern soll, die Großdeutschland – als für den europäischen Kontinent verantwortlich – in der Endauseinandersetzung mit England (USA) besitzen muß*, scheint noch nicht Allgemeingut der Truppe, ihrer Führer und Unterführer zu sein. Hierzu z.B ist die Kompaniebefehlung in erster Linie bestimmt, sie muß den einzelnen Mann aufklären, daß jede falsche, aus dem Augenblick geborenen Maßnahme Werte vernichtet, die das Großdeutsche Reich in seinem Daseinskampf nicht entbehren kann.«¹⁹⁹

193 Vgl. Berichte der EG B in Ereignismeldung (EM) Nr. 43 v. 5. 8. und Nr. 50 v. 12. 8. 1941 (östlich Minsk immer gravierender), BA-MA SF-01/28930, Bl. 1778, 1782 und 1883.

194 KTB Pol.Btl. 322 v. 2. 7. 1941, BA F 56753.

195 Bericht über eine Fahrt des OKVR Dr. v. Eickstedt und Sdf. ten Hompel zur Chefgr. La der WiIn Mitte nach Baranowicz-Borissow 1. 8.–4. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 44543, Bl. 280f.; [WiRüAmt,] Stab Ia, Auszug aus dem Bericht über die Reise zur H.Gr. Mitte vom 18./19. 7. v. 22. 7. 1941, (BArchP)F 44544, Bl. 371 (Raum: Mogilew).

196 WiIn Mitte, Fü.La., Merkblatt für neueingesetzte Divisionen v. 20. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1193.

197 KTB Nr. 1 der Gruppe IV Wi 37 bei der FK 549, Bericht zum Jahreswechsel 1941/42, BA-MA RW 31/770. Damaliger Sitz: Białystok.

198 Vgl. KTB WiKdo Hirschberg, Wocheneintrag 3.–10. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43059, Bl. 123. Einsatzort: Witebsk, vorgesehener Einsatzort: Moskau. Weiter: WiStab Ost, Bericht 16.–31. 10. v. 27. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 990.

199 403. Sich.Div., Ia, Divisions-Befehl Nr. 26 v. 7. 11. 1941 (gez. v. Ditfurth), BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 168. Gleichzeitig hieß es: »Die Division hat in ihren bisherigen mündlichen und schriftlichen Befehlen keine Zweifel gelassen, daß sie jede erforderliche Härte billigt[,] soweit sie notwendig ist.« Außerdem hatte v. Ditfurth befohlen, »daß ein Hungern der Bevölkerung in seinem Befehlsbereich *so weit als mög-*

Dieser Befehl ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zum einen bestätigt er die angeführte standesmäßige Zusammensetzung der Plünderer, zum anderen zeigt er, daß die schon beschriebene wichtige Funktion der Truppenverpflegung aus dem Lande jedem einzelnen erklärt wurde.²⁰⁰ Aber vielleicht war es für die Soldaten doch zu schwierig, zwischen Plünderung und Plünderung zu unterscheiden. So verbot ihnen der Heeresintendant wenig später, bei direktem »Ankauf« von Lebensmitteln bei den Bauern zu bezahlen. Es war nur noch eine »Lieferbescheinigung« auszustellen,²⁰¹ die, wie erwähnt, die ZO oft nicht einlöste. Das stand in einem gewissen Widerspruch zu einem gültigen Befehl Görings, der die Eigentumsbegriffe geradezurücken versuchte und ausführte: »Als Beute gilt nur das Eigentum der feindlichen Wehrmacht.«²⁰² In die gleiche Richtung ging 1942 der sogenannte Eigentumserlaß des Ostministeriums, der seine Empfänger mit der Tatsache vertraut machte, daß es in der Sowjetunion tatsächlich »Privateigentum« gebe.²⁰³ Der Grund für solche Anordnungen war, daß das Marodieren durch Wehrmacht-, SS-Angehörige usw. weiterging, und zwar die gesamte Besatzungszeit über. Viele hielten es stolz in ihren Briefen und Tagebuchaufzeichnungen fest. Ein Angehöriger der 1. SS-Infanterie-Brigade (mot) schrieb über »Partisanenbekämpfung« im Raum Borissow:

»Schweine, Gänse, Honig usw. können wir soviel futtern, wie es der Magen verträgt, es ist des Guten fast zu viel. Ihrer 4 Mann an einem Tag 3 Gänse, 20 Eier, viel Schweinebraten und außerdem noch die normale Verpflegung. Auf dem Hof sieht es aus wie in einer Metzgerei, zehn Schweine am Tag für 1 Komp. ist eine Kleinigkeit!«²⁰⁴

Ein Telefonist der 8. SS-Kavallerie-Division »Florian Geyer« erinnerte sich an einen ähnlichen Einsatz in den Pripjetsümpfen im Mai/Juni 1943:

»Wir lebten gut dort, jeden Tag fuhren wir in die umliegenden Dörfer, um Eier (Jeikas) zu organisieren. In Kürze wurden wir so frech, daß wir bei Ankunft am Ortsrand dreimal in die Luft schossen und nur noch an den Häusern vorbei gingen, um die Jeikas einzusammeln, sie kannten uns schon. Am Abend war dann das große Fressen.«²⁰⁵

lich vermieden werden muß« (Bl. 169). Allerdings war der größte Teil der Witebsker Juden in seinem Verantwortungsbereich verhungert, ehe die Überlebenden im Oktober vom Einsatzkommando 9 erschossen worden waren. Vgl. hierzu unten S. 596 f. (Hervorhebungen C. G.)

²⁰⁰ Der Befehl erging einen Monat vor der deutschen Kriegserklärung an die USA. Deren Erwähnung als künftiger Gegner erscheint deshalb bemerkenswert.

²⁰¹ OKH/GenStdH/GenQu/IVa, Betr.: Ankauf von Lebensmitteln und Futter für die Wehrmacht in den besetzten Ostgebieten v. 28. 12. 1941 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 810–813.

²⁰² Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches Nr. 4785/41, Betrifft: Befehl über Massnahmen gegen Verschleuderung von Beute und Landesbeständen in den besetzten Ostgebieten v. 15. 8. 1941 (gez. Göring, Abschrift), BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 1109–1111. Im Gegensatz zu den ihm wohl bekannten Tatsachen, quasi als Appell an die Ehre, schrieb Göring zu Plünderung und Schiebung: »Hieran sind überwiegend die rückwärtigen Dienste und die nicht militärischen Organisationen beteiligt. Die kämpfende Truppe hat hierzu weder Zeit noch Gelegenheit.«

²⁰³ Die Definition lautete: »Als Privateigentum ist bis zum Beweis des Gegenteils anzusehen, was sich im Besitz eines Einzelnen befindet.« RMO, I 1, Betrifft: Eigentum in den besetzten Ostgebieten (gez. i. V. Meyer) v. 30. 9. 1942 (Abschrift) mit Begleitschreiben des Chefs der Ordnungspolizei v. 17. 12. 1942, Brandenburgisches LHA Pr.Br.Rep. 2A Regierung Potsdam I Pol Nr. 331, Bl. 53/53R.

²⁰⁴ Tagebuch H. S. v. 7. 11. 1942 (Abschrift), ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bd. 14, Bl. 2076.

²⁰⁵ L. M., Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten meines Lebens, Auszug »Meine Soldatenzeit« (1992). BA-MA MSg 2/5408, Bl. 15. Vom Autor der Memoiren persönlich dem Freiburger Militärarchiv übergeben.

All dies blieb nicht SS-Männern allein vorbehalten. Ein Artillerist erzählte im Herbst 1943 in Briefen an seine Verwandten:

»[Auf nächtlicher Patrouille:] Es fing an zu regnen und das Gelände war unübersichtlich. Wir schafften uns Licht, indem wir ein paar Häuser anzündeten. [...] Ein paar russische Zivilisten wurden abgeschnappt. Bei Tagesanbruch gings sofort auf die Suche nach Schweinen, Eiern usw. Nachts waren schon zwei Schweine umgelegt worden. Zunächst fanden wir nichts Richtiges. Kälber liefen zwar genug herum, Schafe wären uns lieber gewesen. Wir verspürten keine Müdigkeit mehr und gingen kreuz und quer und suchten. Da waren [p]lötzlich 7 Schafe aufgetaucht. Das war etwas für mich. [...]«²⁰⁶

»Das Wegnehmen von Vieh ist bisher noch verboten. Das macht vorerst noch nichts. Wir haben ja noch! Hier und da hatten wir einige Dörfer gekappt und hier liefen wahrhaftige Gänse. [...] Lecker, lecker, sag ich – wie in alten Tagen.«²⁰⁷

Es gab harmlosere oder weniger gewalttätige Formen, die weißrussischen Bauern auszunutzen. So freuten sich deutsche Soldaten und Eisenbahner über die durch den günstigen Umtauschkurs niedrigen Preise (»Es gibt überall Butter, soviel man haben will; pro Pfund nur 4 Rubel [40 Pfennig]«).²⁰⁸ Fast alle Soldaten schickten Lebensmittelpakete nach Hause.²⁰⁹ Das Problem war so gravierend, daß man sich beim Wirtschaftsstab Ost fragte, ob dadurch eine ernsthafte Beeinträchtigung der Truppenversorgung aus dem Lande entstehe, und daß der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall Busch, sich 1944 weigerte, gemäß Hitlers Wunsch den Soldaten per Befehl zu erlauben, soviel Butter nach Hause zu schicken wie sie wollten. Er fürchtete für diesen Fall um die militärische »Einsatzbereitschaft der Truppe«, die zeitweise mehr mit dem »Organisieren« als mit dem Kämpfen beschäftigt war.²¹⁰

Im harmloseren Fall stammten die verschickten und verpaßten Lebensmittel aus dem Schwarzhandel. Die erfolglosen Befehle und Appelle an Wehrmacht- und SS-Angehörige, die Schwarzmärkte nicht zu betreten, sind ohne Zahl; es genügt festzustellen, daß man bei der Wirtschaftsinspektion Mitte 1942 kurz und bündig vom »Schiebertum der Deutschen«²¹¹ sprach. Manche ließen sich aus der Heimat billige

²⁰⁶ Es folgt eine etwa eine halbe Seite lange Schilderung, wie der Autor fünf Schafe erschöß.

²⁰⁷ LHA Koblenz 700, 153, Nr. 301. Die Briefe wurden dem Archiv als Abschrift (Computerausdruck) von ihrem Autor übergeben. Der erste (undatiert) stammt von Ende September 1943 aus der Gegend von Kritschew und Tscherikow, der zweite vom 2. 10. 1943 aus der Gegend von Bobruisk. Ähnliches beschreiben die Briefe vom 12. und 19. 10. sowie 15. 11. 1943, ebd.

²⁰⁸ Brief K. Wafner v. 6. 8. 1941, Privatbesitz; vgl. Brief W. W. (Bahnhofsvorsteher in Lida) v. 24. 10. 1941, BfZ, Slg. Sterz.

²⁰⁹ Z. B. Pers. Mitt. K. Wafner v. 27. 3. 1992; Vern F. I. Klimko v. 25. 1. 1946, Archiv Kohl; Urteil des Bezirksamts Leipzig gegen Julius Hans Krause (Wirtschaftsleiter bei der GFP-Gruppe 580) v. 1. 11. 1977, abgedruckt in: Gefßner, hier S. 167f.

²¹⁰ Bei der WiIn Mitte beruhigte man die Herren aus Berlin – der Verbrauch der Truppe vor Ort sei so hoch, daß dagegen die Pakete in die Heimat nicht ins Gewicht fielen. HeWiFü Mitte, Ia, Niederschrift über die Besprechung mit Chef WiStab Ost am 19./20. Mai v. 25. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 501.

²¹¹ WiIn Mitte, Stab I/Id, Protokoll der Kommandeursbesprechung bei WiIn Mitte am 11. und 12. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 561. Anwesend war auch der Chef des WiStabs Ost, General Stapf. Zur SS z. B. HSSPF Rußland-Mitte v. 13. 12. 1942, BA F 1172, Bl. 456.

Auch der erwähnte »Eigentumsbefehl« Görings richtete sich in erster Linie gegen den Schwarzhandel sowie das Verbringen von Reichsmark in das besetzte Gebiet. Vgl. Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches v. 15. 8. 1941 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 1109–1111.

Fertigwaren schicken, um sie gegen Nahrungsmittel zu verhöckern, die sie zurückschickten.²¹² Manche Anordnungen hatten Schmuggel und Schiebung jedoch Vor Schub geleistet; so war es im Unterschied zu den Kriegszügen gegen Norwegen und Frankreich beim Angriff auf die Sowjetunion dem Zoll zumindest anfangs verboten, Soldaten zu kontrollieren, die die deutsche Grenze passierten.²¹³ Der General des Transportwesens bei der Heeresgruppe Mitte berichtete 1943 vom »Verlauf eines grossen Eisenbahnprozesses, in dem gegen 151 Angehörige des Transportwesens der Heeresgruppe Mitte 5 Todesurteile, 104 Jahre und 11 Monate Zuchthaus, 57 Jahre und 2 Monate Gefängnis, 2 Jahre und 9 Monate Festung und 133 Wochen geschärfter Arrest [wegen Schieberei und Korruption] verhängt wurden [...] [Das seien] Bedauerliche Kennzeichen einer an 1918 erinnernden Indisziplin.«²¹⁴

Es wurde aber nicht nur verschoben und »organisiert«. In nicht geringem Maße zeigte sich auch Lust an der Zerstörung, besonders auf dem Durchmarsch im Sommer 1941. Requirierung, Plünderung und Zerstörung gingen dabei gewöhnlich ineinander über. Vernichtet wurden MTS, Büros von Agrarbetrieben, Maschinen, Traktoren und herumstehende Kraftfahrzeuge. Vieh wurde sinnlos abgeschlachtet nur um des Tötens willen.²¹⁵ Diese Zerstörungen hatten bald nachteilige Folgen für die künftige landwirtschaftliche Produktion. Deshalb führten die Wirtschaftsfunktionäre vor Ort einen Kampf dagegen, besonders der Wirtschaftschef bei der 4. Armee beziehungsweise 4. Panzerarmee, Oberstleutnant Fach. Er schrieb unter anderem an den Stab seiner Armee, das Marodieren der Truppe geschehe »unter stillschweigender Duldung der verantwortlichen Führer, besonders der mittleren und unteren Dienstgrade«.²¹⁶ Es werde »im Hinblick auf die vielfach festgestellten, sinnlosen Zerstörungen und Beschädigungen nach Beendigung der Kampf Tätigkeit gebeten, einen Befehl des Herrn Gen.Feldmarschalls zur Abstellung dieser Mängel zu erwirken.«²¹⁷ In seinem Lagebericht Nr. 1 versuchte er sich an einer Analyse der Ursachen für diese – nicht vereinzelt – Übergriffe: »Aus eiligem Suchen nach einem benötigten Gegenstand entsteht hemmungsloses Plündern, zumal seitens der Zivilbevölkerung vorgeplündert wurde. Es fehlt völlig der Sinn dafür, daß nicht sofort benötigtes Gut geschont wird. Der Zerstörungstrieb wird immer offensichtlicher.«²¹⁸

Der war auch später zu beobachten, wie bei sinnlosen Zerstörungen in Dörfern

212 Bericht über die Zustände in der Ukraine auf Grund der Prüfung der »Deutschen Dienstpost« Ukraine (Geheim, Abschrift), BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1466–1471 und Anlagen Bl. 1472–1524.

213 Vgl. Bericht des Generalstaatsanwalts Königsberg v. 9. 10. 1941, in: Tilitzki, S. 162.

214 General des Transportwesens Mitte an die Dienststellenleiter v. 7. 7. 1943, BA-MA RH 19 II/325, Bl. 25f.

215 Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht v. 22. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 320; KTB WiKdo Minsk, Wocheneintrag 28. 7.–3. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 695; KTB 87. Inf.Div., Ib, v. 11. 8. 1941, BA-MA RH 26–87/137. Vgl. Bartov 1985, S. 134, zu einem entsprechenden Befehl des XXXVII. Panzerkorps v. 11. 7. 1941; Fahrtbericht des Begleitoffiziers des Kdr.Generals LIII.A.K. v. 22. 7. 1941, in: Lammers, S. 209.

216 PzAOK 4-OQu-IV Wi (VO-OKW-WiRüAmt) an Chef des Generalstabes PzAOK 4 v. 13. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 97f.

217 KTB VO IV Wi WiRüAmt bei der 4. Armee v. 13. 7. 1941, ebd., Bl. 14. Daraufhin erging der Armeebefehl Nr. 3 v. Kluges v. 17. 7. 1941, ebd., Bl. 99 (Auszug). Im September mußte Fach aber um einen weiteren Befehl dieser Art bitten, KTB v. 9. 9. 1941, ebd., Bl. 24.

218 PzAOK.4 – Abt. IV Wi (VO-OKW-WiRüAmt), Lagebericht Nr. 1 v. 10. 7. 1941, ebd., Bl. 91. Die erwähnten Handlungen der Zivilbevölkerung im Raum Minsk konnte Fach ebenfalls erklären: »Hunger und Durst treiben die Menschen zu verzweifeltsten Versuchen, sich selbst zu helfen« (Bl. 92).

bei Gomel durch Angehörige des Flak-Ausbildungs-Regiments Nr. 1 Anfang 1943.²¹⁹ Das übliche Bild von einer disziplinierten, geradezu korrekt auftretenden deutschen Wehrmacht und ihren einzelnen Soldaten und Offizieren kann nach diesen Feststellungen nicht aufrecht erhalten werden. Das stimmt mit den von Omer Bartov gewonnenen Erkenntnissen überein.²²⁰ Im Gebiet der Heeresgruppe Mitte wurden 1942/43 auch Kameradenmorde zu einem Problem.²²¹ Solche Phänomene brachen aber nur langsam durch, während die brutale Behandlung der Landbevölkerung mit dem ersten Tag begann, wobei sich Initiative von oben und Initiative von unten ergänzten.

4.3 Die Ernährung der Zivilbevölkerung

a) Der Streit um Richtlinien und Rationierung

Wie schon ausgeführt, kamen die deutschen Militärverwaltungs- und Wirtschaftsbehörden mit dem Auftrag und oft auch mit dem Vorsatz in die Sowjetunion und nach Weißrußland, das Ostheer aus den neu besetzten Gebieten zu versorgen, und verfolgten dieses Ziel nach Kräften. Das sollte aber nicht nur auf Kosten der weißrussischen Bauern, sondern in erster Linie der Stadtbevölkerung geschehen. Hierfür gab es klare Anweisungen. Die Landwirtschaftsbehörden durften sich mit der Versorgung der städtischen Zivilbevölkerung überhaupt nur im Fall einer besonderen Anordnung befassen. Um die der Bauern hatten sie sich immerhin zu kümmern.²²² Mehr noch, aktive Maßnahmen zur »Drosselung des Verbrauchs der einheimischen Bevölkerung« waren ihre Aufgabe.²²³ Wie die Hungerpolitik konkret umgesetzt werden sollte, war indessen nicht genau festgelegt und offenbar ungeklärt. Was taten nun die Besatzungsorgane, um sie durchzuführen?

Die weißrussische Hauptstadt Minsk, am 28. Juni 1941 erobert, war eine der ersten sowjetischen Großstädte, die in deutsche Hände fiel, und die erste in der sogenannten Waldzone, auf die nicht die Rücksichten für das Baltikum anzuwenden waren. Hier traten die beschriebenen Fragen zum ersten Mal in aller Schärfe auf. Von den bei Kriegsausbruch rund 270000 Einwohnern war ein Teil noch evakuiert worden, ein

219 Vgl. KTB WiKdo Gomel v. 25. 1. 1943, BA-MA RW 31/826.

220 Vgl. Bartov 1985, S. 27–39 und 129–141, und Bartov 1991, S. 61f. und 72ff. Allerdings erscheint es fraglich, inwieweit die Handlungen der Wehrmachtangehörigen unterer Ränge auf ihr Unterbewußtsein zurückzuführen sind und daher sinnvoll mit einem psychoanalytischen Ansatz erklärt werden können (Tendenzen hierzu u. a. bei Bartov, S. 5–22). Denn das hieße möglicherweise, den Grad zu unterschätzen, in dem sie bewußt, aus Überzeugung handelten. Diese ist als eine Mischung aus nationaler Überheblichkeit, Rassismus und Antikommunismus zu beschreiben. Wegen der von höheren Stellen angeordneten, fast totalen Rechtlosigkeit der Zivilbevölkerung konnten die Angehörigen der Besatzungstruppen und -dienststellen nahezu allmächtig auftreten und diese Einstellungen ausleben.

221 So wurde ein Soldat wegen »mangelhafter Führung« von Kameraden totgeprügelt, ein anderer erschoss den nächsten vorsätzlich, »wie er in der Hauptverhandlung sagte, weil der Erschossene so ein Schlot war.« Die Täter wurden lediglich zu »hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen« verurteilt. 203. Sich.Div., Abt. Ia, Divisionsbefehl Nr. 85 v. 21. 3. 1943, BA-MA RH 26–203/5.

222 WiStab Ost, Gr.La, Dienstanweisung Nr. 1 für den Leiter der Gruppe La der WiKdos v. 1. 6. 1941, BA-MA RW 31/292.

223 Grüne Mappe, Teil I/2. Auflage, S. 9, Nbg. Dok. NG-1409.

anderer aufs Land oder Richtung Osten geflohen. Diese Menschen kehrten meist nach kurzer Zeit zurück. Die Stadt selbst war durch die deutsche Luftwaffe zu einem großen Teil systematisch zerstört worden.²²⁴ Zehntausende zogen hungrig und obdachlos über die Straßen.²²⁵ Als die Feldkommandantur 812 in Minsk am Abend des 6. Juli ankam, war dort noch eine »völlig verwaltungsfreie Sphäre«; es gab keine einheimische Verwaltung und offenbar keinerlei organisierte Lebensmittelversorgung, immerhin neun Tage nach dem deutschen Einmarsch.²²⁶ In den Folgetagen spitzte sich die Ernährungslage immer mehr zu. Zwei Wochen später galt sie als »weiterhin katastrophal«.²²⁷ In einem Bericht vom 10. Juli schrieb Oberstleutnant Fach, Wirtschaftsoffizier bei der 4. Panzerarmee:

»Die Stadtbevölkerung leidet – zumal Minsk fast völlig zerstört ist – Hunger. [...] In Minsk herrschen chaotische Zustände. Feld- und Ortskommandantur im Verein mit Korück und Sich.Div. versuchen Ordnung zu schaffen. Hunger und Durst treiben die Menschen zu verzweifelter Versuchen, sich selbst zu helfen. Hier und in den weiteren, voraussichtlich ebenfalls zerstörten Städten in Richtung Moskau wird die Armee die gleichen Zustände antreffen.«

»Erste und vordringlichste Aufgabe« für die Wirtschaftsorganisation müsse das Heranschaffen von Lebensmitteln sein. Fachs Bericht wurde von Thomas an die Mitglieder des Wirtschaftsführungstabs Ost und Rosenberg weitergeleitet.²²⁸ Ähnlich wie in Minsk war die Lage in den anderen ostweißrussischen Großstädten, ja die Einsatzgruppe B meldete: »Es ist nicht übertrieben, wenn von einer ausgesprochenen Hungersnot der Städter in diesen Gebieten gesprochen wird, die die in Minsk noch übersteigt.«²²⁹ Besonders galt dies für das am 9. Juli eroberte Witebsk, in Friedenszeiten eine 180 000-Einwohner-Stadt, wo der Militärverwaltung nur völlig unzureichende Mittel und Lebensmittelmengen zur Versorgung der Zivilbevölkerung zur Verfügung standen.²³⁰

Nun zeigte sich aber, daß es unmöglich war, alle Städter »einfach« verhungern zu lassen. Diese drängten trotz Verboten und Sperrstunden zum Hamstern aufs Land, und Bauern brachten ihre Erzeugnisse zum Marktverkauf in die Städte, wenn auch nicht in insgesamt ausreichendem Umfang. Außerdem waren in den Städten tausende, oft zehntausende deutscher Soldaten und Wehrmachtgefolge stationiert oder

²²⁴ Vgl. S. 373 f. und 382 f.

²²⁵ Vgl. Krasnoperko, S. 8–10.

²²⁶ Kurz zuvor war lediglich von einem motorisierten Infanterie-Regiment eine OK errichtet worden. Vgl. FK 812, Bericht der Militär-Verwaltungs-Gruppe über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 7.–20. 7. 41, BA F 15266, Bl. 2820.

²²⁷ Vgl. EM 17, 19, 21, 23, 32 (Zitat) des Chefs Sipo/SD v. 9., 12., 13., 15., 24. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1455, 1458, 1481, 1491, 1513 und SF-01/28930, Bl. 1639. EM 32 basierte in dieser Hinsicht auf einem Bericht der EGr B v. 22. 7. 1941, der auch an die H.Gr. Mitte ging: Vgl. BStU, ZUV 9, Bd. 31, Bl. 22.

²²⁸ PzAOK 4 – Abt. IV Wi (VO-OKW-WiRüAmt) v. 10. 7. 1941 (Abschrift durch OKW/WiRüAmt, Stab Ia, v. 18. 7. 1941), BA-MA WF-01/15913, Bl. 798.

²²⁹ EM 43 v. 5. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1783. Wortgleich in: EGr B II (SD), Betr.: Übersichtsbericht für 14. 7. bis 28. 7. v. 29. 7. 1941 (auszugsweise Abschrift), BA-MA WF-03/5769, Bl. 177 (in Akten der Panzergruppe 3).

²³⁰ Vgl. EM 31, 67, 73 v. 23. 7., 29. 8., 4. 9. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1620 und SF-01/28931, Bl. 2114, 2121 und 2180. Außerdem OK I/532 an AOK 9 über Korück 582 v. 22. 8. 1941, BA-MA RH 23/224. Die positive Wertung der deutschen Maßnahmen durch Schulte 1995, S. 334, ist unverständlich.

auf dem Durchmarsch, die versorgt werden wollten, ebenso das Personal von Eisenbahn und anderen Infrastruktureinrichtungen. Deshalb konnte man im Rücken der Front Unruhen und Seuchen, die der Hunger hätte auslösen können, nicht riskieren.²³¹ Zuständig dafür, die Bevölkerung unter Kontrolle zu halten, war in erster Linie nicht die Wirtschafts-, sondern die Militärverwaltung, und diese ergriff deshalb die Initiative, die Versorgung der weißrussischen Städte zu regeln, während die Wirtschaftsorganisation dies entsprechend ihren anderslautenden Anweisungen oft bremste.

Die »Grüne Mappe« hatte auch eine Maßnahme für die Versorgung der Städte vorgesehen, nämlich von der »Einrichtung einfachster Gemeinschaftsküchen [...] weitgehend Gebrauch zu machen«.²³² »Einfach«, das heißt karg, waren sie, was das Essen, weniger was die Einrichtung anging. Im Juli 1941 reichte dies für Minsk, Witebsk oder Mogilew nicht aus.²³³ Das gleiche galt für eine Versorgung der Bevölkerung aus Wehrmachtbeständen, die vereinzelt vorkam wie in der Kleinstadt Schklow.²³⁴ Notwendig war letztlich eine geregelte Lebensmittelrationierung. Die – soweit bekannt – erste in Weißrußland wurde am 13. Juli 1941 von der 403. Sicherungsdivision unter dem bereits erwähnten Generalmajor v. Dittfurth festgesetzt und entsprach Tagessätzen von 250 Gramm Brot, 28 Gramm Mehl, 21 Gramm Grütze, 57 Gramm Fleisch, 18 Gramm Fett und 18 Gramm Zucker, was verhältnismäßig hoch lag. Juden sollten nur 125 Gramm Brot, 14 Gramm Mehl und 11 Gramm Grütze erhalten.²³⁵ Die Beschaffung oblag den einheimischen Bürgermeistern, während von der Wehrmacht beschlagnahmte Lebensmittellager nicht dafür verwendet werden durften. Es handelte sich um Höchstsätze, die nach Bedarf herabgesetzt werden sollten.²³⁶ Die Wirtschaftsinspektion Mitte, die an die Feldkommandantur 549 in Bialystok schon am 4. Juli »Richtlinien über Ernährung der Bevölkerung« ausgegeben

231 Vgl. Anm. 4/239. In diesem Sinne äußerte sich auch General Nagel nach einer Inspektion auf der Krim. Letztlich habe man entgegen den Vorsätzen »die gesamte Zivilbevölkerung« ernährt, auch die, die nicht im deutschen Interesse arbeiteten. Das sei auch nötig. »Mit dem einfachen Hinweis, dass auch zu russischen Zeiten Millionen Menschen verhungert seien, kommt man in einem Gebiet, dessen Befriedung notwendig ist, nicht durch, wenn man auf so schwache Sicherungstruppen angewiesen ist, wie es z. Zt. der Fall ist.« Reisebericht des GenWiOst für 8.–16. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42744, Bl. 690.

232 Grüne Mappe, Teil I, 2. Auflage, S. 9, Nbg. Dok. NG-1409.

233 Vgl. EM 67 v. 29. 8. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2114 und 2121f., wo es hieß, daß »Bewohner teilweise schon seit Tagen kein Brot gesehen haben«. Vgl. ebd., Bl. 2181 (Nr. 73 v. 4. 9. 1941). In Witebsk versorgten die zwei Volksküchen nur 1150 der 2000 Arbeiter, von den anderen Bewohnern ganz zu schweigen. OK I/532 v. 22. 8. 1941 an AOK 9, BA-MA RH 23/224.

234 Vgl. EM 36 v. 28. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1695.

235 Zur Ernährungspolitik gegenüber den Juden siehe ansonsten Kap. 7.3b, gegenüber den Kriegsgefangenen Kap. 8.3.

236 403. Sich.Div., Abt. Ib, Besondere Anordnungen für die Versorgung Nr. 23 v. 13. 7. 1941 (auszugsweise Abschrift), ZStA Minsk 409-1-6, Bl. 14. Die Division lag zu dieser Zeit im Raum Lida-Wilna im weißrussisch-litauischen Grenzgebiet (vgl. KTB 403. Sich.Div. v. 14. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 35f.). Ob bei der Festlegung dieser Rationen ein Kalkül vorherrschte, die litauische Bevölkerung besser zu versorgen, war nicht festzustellen.

Damit man besser einschätzen kann, was die von den Deutschen eingeräumten niedrigen Zuweisungen bedeuteten, werden im folgenden vom Verfasser errechnete Tagessätze angegeben. Hier wie in den meisten Quellen werden dagegen Wochenrationen genannt.

hatte, gab erst in der Woche zwischen dem 20. und 27. Juli an alle Feldkommandanturen die Weisung:

»Erhebliche Vorräte (gehamstert oder geplündert) in der Hand der Bevölkerung. Vorläufig keine Veranlassung zu einer geregelten Versorgung seitens der deutschen Verwaltung. [...] vorläufig bis zu 150 gr. Mehl, 25 gr. Hirse, 25 gr. Buchweizen je Kopf und Tag der in deutschem Interesse arbeitenden Bevölkerung (einschl. Familie) zu verausgaben.«²³⁷

Die angeblichen Vorräte der Bevölkerung waren eine Fiktion, die noch lange aufrecht erhalten wurde. Im August aber wurde die Hungersnot schier unerträglich, und die 87. Infanteriedivision sowie die Feldkommandanturen 184 und 812 (Minsk-Stadt und -Land) drängten die Wirtschaftsinspektion und das Wirtschaftskommando Minsk zum Einlenken.²³⁸ Am 22. August äußerte sich der Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Mitte (dem Minsk immer noch unterstand) gegenüber dem Chef des Wirtschaftsstabs Ost, Schubert, ähnlich, freilich reichten ihm »Gemeinschaftsküchen mit Mindestinhalt«, ²³⁹ Am selben Tag forderte der Leiter der Abteilung Kriegsverwaltung der Feldkommandantur Minsk-Land, Oberkriegsverwaltungsrat Günther Kraaz, die Chefs des Wirtschaftskommandos Minsk, Urbich, und der Abteilung IV Wi beim Versorgungsbezirk Dnjep, Krause, ultimativ zur Regelung der Ernährung der Stadtbevölkerung nach den Sätzen wie bei der 403. Sicherungsdivision auf.²⁴⁰ Den Kleinstädten sollte die Produktion bestimmter Kolchosen zugewiesen werden, die für den Wehrmachtzugriff gesperrt wurden, wobei allerdings »zunächst sparsam zu verfahren« war, »damit in jedem Falle die Erzeugungs-Kapazität des betreffenden Dorfes restlos ausgeschöpft wird.« Das Wirtschaftskommando und wohl auch der Versorgungsbezirk machten aber Einwände bezüglich der Fleisch-, Brot- und Kartoffelration geltend, und erst am 30. August konnten die Sätze verkündet werden. Sie waren gegenüber dem Entwurf bei Grütze um ein Viertel auf 21 Gramm, bei Fleisch und Fett um die Hälfte auf 28 be-

237 KTB WiIn Mitte v. 4. 7. und Tätigkeitsbericht für 20.–27. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 647 und 667. Vgl. den Eintrag v. 11. 7., Bl. 657: »Die Zielsetzung der wirtschaftlichen Aufgaben (grüner Esel [Grüne Mappe, C. G.]) ist nicht ausreichend bekannt. Die Folge ist eine falsch verstandene Fürsorge für die Bevölkerung.«

238 Zu den ersten beiden vgl. Tätigkeitsbericht der WiIn Mitte v. 27. 7.–19. 8. und KTB v. 28. 8. 1941, ebd., Bl. 671 und 675.

239 General v. Schenckendorff begründete das mit der bereits skizzierten Überlegung: Er habe sehr wenig Sicherungstruppen, und die »Sicherstellung der Ernährung für die gesamte Zivilbevölkerung« sei wichtig zur Immunisierung gegen Partisanen. Chef WiStab Ost an Wirtschaftsführungsstab Ost z. Hd. General Thomas v. 26. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 516.

240 FK Minsk-Land, Abt. Kriegsverwaltung, Betr.: Ernährung der Zivilbevölkerung v. 22. 8. 1941. Anlage: dies., Betr.: Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln an die OK in Kojdanow, Tscherven, Borissow und Molodetschno und 15 Standortkommandanturen v. 22. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-6, Bl. 17-18R (Entwürfe). Anlage auch in ZStA Minsk 408-1-2, Bl. 18/R (Akten FK 184). – Es ist nicht bekannt, ob tatsächlich noch weitere Sicherungsdivisionen »im Bereich Weiss-Russland« eine solche Regelung eingeführt hatten, wie Kraaz schrieb. In einem Schreiben an die vorgesetzte Abt. Kriegsverwaltung beim Berück hatte er nur auf die 403. Sich.Div. Bezug genommen und als Anlagen Lebensmittelkarten der OK 1/851 (Molodetschno) beigelegt, die der 403. Sich.Div. unterstand. ZStA Minsk 409-1-6, Bl. 13-16.

ziehungsweise 9 Gramm pro Tag gekürzt worden, Kartoffeln sollte es nur »nach Bedarf«, für Juden gar nicht geben.²⁴¹

Es wäre falsch, diese Diskussion nur als einen Konflikt zwischen »der Wehrmacht«, die auf bessere Behandlung drängte, und »der Wirtschaftsverwaltung« aufzufassen. Das gilt schon oberflächlich nicht, denn das geschilderte Ultimatum stellte der SS-Hauptsturmführer Kraaz²⁴² (für die ›Wehrmacht‹) dem Oberstleutnant Urbich (für die ›Wirtschaft‹) und dem Hauptmann Krause vom Versorgungsbezirk. Nicht die Herkunft aus der Wehrmacht war entscheidend, sondern die *Funktion*, die ein Offizier oder Beamter in den Besatzungsorganen zu erfüllen hatte. Zwischen den Institutionen, die sich grundsätzlich über die politischen Ziele einig waren, ergaben sich entsprechend ihren Aufgaben gewisse Widersprüche. Das zeigte sich auch darin, daß der Generalquartiermeister des Heeres noch am 23. August bestimmte, daß im Dienst der Deutschen tätiges Eisenbahnpersonal und in Wohnortnähe eingesetztes einheimisches Wehrmachtgefolge in der Regel als »Selbstversorger« zu betrachten seien und höchstens eine Zusatzverpflegung bekämen.²⁴³ Daran werden auch die meist vorhandenen Bewertungsunterschiede zwischen den Zentralstellen in Berlin oder Ostpreußen und der Besatzungsverwaltung an Ort und Stelle deutlich. Von letzterer gingen die meisten Anstöße für Modifikationen der Ernährungspolitik aus.²⁴⁴

Die Minsker Regelung dürfte nur kurze Zeit gegolten haben. Denn zwei Tage darauf wurde die Stadt der Zivilverwaltung übergeben, und nach weiteren drei Tagen ergingen die ersten einheitlichen Bestimmungen des Wirtschaftsstabs Ost, da inzwischen in den Zentralstellen ebenfalls eine Diskussion stattgefunden hatte. Diese Bestimmungen sahen täglich höchstens 286 Gramm Brot, 857 Gramm Kartoffeln, 14 Gramm Fleisch und 10 Gramm Fett vor, also etwas mehr als der Minsker Kompromiß. Die Höhe der Sätze war der Bevölkerung nicht bekanntzugeben.²⁴⁵ Ebenfalls am 4. September verkündete die Wirtschaftsinspektion Mitte eigene Bestimmungen (obwohl der Leiter ihrer Chefgruppe Landwirtschaft, Wagner, gegenüber Thomas noch am 29. August eine Rationsfestsetzung abgelehnt hatte),²⁴⁶ die auf eine Differenzierung zwischen Arbeitern und Nichtarbeitern hinausliefen. Erstere sollten 257 Gramm

²⁴¹ FK Minsk-Land, Abteilung VII – Kriegsverwaltung, Verwaltungsanordnungen Nr. 9 (Anlage 1 zum Kommandanturbefehl Nr. 7 v. 30. 8. 1941), Anlage 2, ZStA Minsk 409-I-1, Bl. 14. Vgl. die handschriftliche Notiz auf dem Entwurf v. 22. 8., ZStA Minsk 409-I-6, Bl. 18R.

²⁴² Vgl. Referat III 4, Landräte, Auslands- und Militärverwaltungsdienst, BA D-H Z-R 48.

²⁴³ OKH, GenStdH/GenQu IVa, Betr.: Verpflegung russischer Arbeiter und Angestellter v. 23. 8. 1941 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 72745, Bl. 527–529. Kurz darauf – siehe die folgenden Ausführungen – war sogar der WiStab Ost milder.

²⁴⁴ Dazu auch R.-D.Müller, Scheitern, S. 1182.

²⁴⁵ Vgl. WiStab Ost, Fü Ia, Besondere Anordnungen Nr. 31 v. 4. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 72745, Bl. 524–526. Noch am 26. 8. hatte die gleiche Stelle erklärt, es solle keine »Festsetzung bestimmter Lebensmittelrationen« erfolgen. »An dem Grundsatz, daß die deutschen Behörden und Dienststellen keine Verantwortung für die ausreichende Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgütern übernehmen können, ist festzuhalten.« Besondere Anordnungen Nr. 27 v. 26. 8. 1941, ebd., Bl. 538f.

²⁴⁶ »Die Ernährung der Bevölkerung ist vorläufig als genügend anzusehen (private Vorräte). Kartensystem nicht notwendig.« Aktennotiz über Besprechung bei Wiln Mitte in Boris[s]ow am 29. 8. 41, BA-MA RW 19/177, Bl. 252. Allenfalls könnte Thomas' Wiedergabe Wagners Worte verfälscht haben.

Brot, 1000 Gramm Kartoffeln, 21 Gramm Fleisch, 9 Gramm Fett, 28 Gramm Hirse, Buchweizen oder Graupen und 0,28 Liter Magermilch bekommen, letztere 175 Gramm Brot, 500 Gramm Kartoffeln, 17 Gramm Fleisch, 7 Gramm Fett, 21 Gramm Hirse, Buchweizen oder Graupen und 0,21 Liter Magermilch.²⁴⁷ Das entsprach der Anweisung des Wirtschaftsstabs Ost, die Wirtschaftsinspektionen sollten auf der Grundlage der zentralen Festlegung eigene (aber niedrigere) Sätze bestimmen und dabei den Wert einer Arbeitskraft für die deutschen Interessen berücksichtigen.²⁴⁸ Ausdrücklich betonte die Wirtschaftsinspektion den Vorrang der Wehrmachtsversorgung, nach der in Weißrußland eben nicht viel übrig bleibe.

Die Anordnungen vom 4. September sind in der Forschung bisher ignoriert worden. Das entspricht der Tendenz, die Umorientierung in der Ernährungspolitik (wie in anderen Bereichen der Besatzungspolitik) mit dem militärischen Umschwung parallel und damit auf den November und Dezember 1941 anzusetzen.²⁴⁹ In der Ernährungspolitik trifft das aber nicht zu. Zwar standen die ausgeführten Regelungen, vor allem hinsichtlich der Nichtarbeiter, vorläufig nur auf dem Papier. Trotzdem waren damit die Weichen für die Ernährungspolitik in Weißrußland während der gesamten Besatzungszeit gestellt. Einerseits wurden nicht allein die Arbeitskräfte, sondern in der Regel auch die nicht »im deutschen Interesse« oder überhaupt nicht arbeitenden Bevölkerungsgruppen ernährt. Andererseits erhielten die einen wie die anderen weniger Nahrungsmittel zugewiesen, als zur Erhaltung ihrer Arbeits- und Lebenskraft notwendig war, und waren damit zu fast ständigem Hunger verurteilt. Die Juden (und vor allem die Kriegsgefangenen) bekamen zu wenig, um ihr schieres Überleben zu sichern, und gegen die Versorgung bestimmter anderer, nicht arbeitender Bevölkerungsgruppen ging die deutsche Verwaltung von Zeit zu Zeit kampagnenartig vor.

Es ist notwendig, einen Blick auf die Entscheidungsprozesse in Wirtschaftsstab Ost, Wirtschafts- und Rüstungsamt, Wirtschaftsführungsstab Ost und den Ministerien zu werfen, da es eine gegenseitige Abhängigkeit der lokalen und zentralen Entscheidungen gab. Am 5. Juli hatte der Chef des Wirtschaftsstabs Ost, Schubert, General Thomas vorgeschlagen, kein Lebensmittelkartensystem in den besetzten sowjetischen Gebieten einzuführen, aber am Tag darauf bat Schubert ihn, das brennende Thema doch auf die Tagesordnung der Sitzung des Wirtschaftsführungsstabs Ost am 9. Juli zu setzen, und besprach mit Riecke (Landwirtschaft) und Marrenbach (Beauftragter für die Berufsverbände), wie Werksküchen zu organisieren seien.²⁵⁰ Am 10. Juli schrieb Schubert: »Verpflegungsfrage an sich Sache der Bevölkerung. In

²⁴⁷ WiIn Mitte, Chefgr. La, III, Besondere Anordnungen Nr. 17 v. 4. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 886–888. Es handele sich um »Höchstsätze, auf die keinerlei Anspruch besteht«. Auch sie waren der Bevölkerung nicht bekanntzugeben. Vgl. z. B. 221. Sich.Div., Anlage zu den Besonderen Anordnungen Nr. 125/41 v. 14. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 653–658. Die genannten Rationshöhen werden bereits erwähnt in: Hptm. Dorn, Wi-Kdo. Neisse, Erfahrungsbericht, Minsk, 28. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 269.

²⁴⁸ WiStab Ost, Fü Ia, Besondere Anordnungen Nr. 31 v. 4. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 72745, Bl. 524–526. Wahrscheinlich war diese Weisung der WiIn im voraus bekanntgeworden.

²⁴⁹ Siehe R.-D. Müller, Scheitern, S. 1183.

²⁵⁰ Vgl. KTB WiStab Ost v. 5. und 6. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 18 und 20.

diesem Sinne stets zu behandeln [...] als ultima ratio von vornherein von uns gesteuerte, nicht veranlasste Gemeinschaftsverpflegung ins Auge zu fassen.«²⁵¹

Die »ultima ratio« war damit nicht gefunden, doch das Thema verschwand für einige Wochen fast ganz aus den Berichten des Wirtschaftsstabs Ost.²⁵² In dieser Zeit behielten offenbar diejenigen die Oberhand, denen die Wehrmachtverpflegung, die Ernährungsbilanz des Reiches und die Nachschubtransporte näher lagen als die Probleme der Besatzungspolitik, repräsentiert durch Backe und Thomas. Besonders deutlich wurde das auf der Sitzung des Wirtschaftsführungsstabs Ost am 31. Juli. Dabei spielte Weißrußland eine zentrale Rolle: Vom 23. bis zum 27. Juli unternahm der Führungsoffizier im Wirtschafts- und Rüstungsamt, Oberstleutnant v. Gusovius, eine Reise zu den Wirtschaftsinspektionen Nord und Mitte. Als einen Ertrag notierte er: »Der Flug über die endlosen Räume zwischen Riga-Pskow-Opotschka-Witebsk-Minsk bringt deutlichst zum Ausdruck, dass eine vollständige Erfassung und Bewirtschaftung des russischen Bodens unmöglich ist. Wir müssen uns sofort darauf abstellen, nur die wichtigsten Landesteile zu betreuen und alle übrigen Gebiete – mögen sie noch so gross sein – liegen lassen.«²⁵³ Am 28. Juli hielt v. Gusovius Vortrag bei Thomas, dessen Fazit lautete: »WWi²⁵⁴ Erfassung des russischen Raumes angesichts der grossen Weiten und der wenigen Rollbahnen unmöglich; nur Besetzung wichtiger Punkte möglich. [...] Sonstige wwi Ausnutzung des Landes kaum möglich. Minsk, Witebsk, Podelsk von den Russen angezündet worden.«²⁵⁵

Bemerkenswert ist, wie hier mit den damals üblichen, platten Auslassungen über die »Weite des Raumes« konkrete Politik betrieben wurde. Dazu kamen Zerstörung und Demontage der weißrussischen Industrie, die die dortigen Städte und ihre Bevölkerung für das Wirtschafts- und Rüstungsamt fast wertlos erscheinen ließen. Das traf sich mit dem Vorsatz, die städtische Bevölkerung verhungern zu lassen,²⁵⁶ und diese Haltung gipfelte in der Sitzung des Wirtschaftsführungsstabes Ost am 31. Juli 1941. Backe forderte dort, etwaige Wünsche besonders der Zivilverwaltung²⁵⁷ im

251 Vierzehntagesbericht WiStab Ost v. 10. 7. 1941, ebd., BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 832 f. Am 11. 7. wurde als Ergebnis einer Chefbesprechung festgehalten: »Die Ernährung der Bevölkerung im besetzten Gebiet muß im Rahmen des Notwendigsten sichergestellt werden.« KTB WiStab Ost, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 30.

252 Vgl. z. B. Chef WiStab Ost, Vierzehntagesbericht WiStab Ost (6. 7.–19. 7. 1941) v. 26. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 844–856.

253 Stab Ia, Bericht über meine Reise in den Raum der WiIn Mitte und Nord vom 23. bis 27. 7. 41 v. 28. 7. 1941, Unterschrift: von Gusovius, BA-MA WF-01/15913, Bl. 815.

254 Wehrwirtschaftliche.

255 »Podelsk«: Polozk. KTB WiRüAmt/Stab v. 28. 7. 1941, von Thomas abgezeichnet, BA-MA WF-01/15885, Bl. 895. Zu Behauptungen, die weißrussischen Großstädte seien von den Sowjets vernichtet worden, S. 382 ff. in dieser Darstellung.

256 Vgl. KTB WiRüAmt, Stab v. 26. 7. 1941 (ebd., Bl. 896) über eine Referentenbesprechung bei Thomas: »Durchsprechen der Vortragsnotiz für Chef WFSb [Wirtschaftsführungsstab] über die europäische Ernährungslage. Sicherung der großdeutschen Ernährung nur zu Lasten der besetzten bzw. in unserem Machtbereich liegenden Länder. Für die Ernährung in Mittelrußland kann nichts eingesetzt werden.« Wie erwähnt, waren die Grenzen im Gebrauch der Begriffe »Mittelrußland« und »Weißrußland« fließend.

257 Für etwaige Initiativen der Zivilverwaltung bei den Ernährungsrichtlinien in Weißrußland 1941 liegen keine aussagekräftigen Quellen vor. Was das RMO in Berlin anging, hatte der Abteilungsleiter Allgemeine Politik Bräutigam Mitte Juni 1941 eine Begrenzung der Hungerpolitik gefordert: »Der Krieg gegen die Sowjetunion ist ein politischer Feldzug, kein wirtschaftlicher Raubzug [...], selbst wenn auch die

Osten »auf ausreichende Ernährung ihrer Bevölkerung« müßten zugunsten der deutschen Ernährung zurückgewiesen werden. Schlotterer drang mit Erfolg darauf, die städtischen Arbeitskräfte zu verpflegen, wobei Riecke aber »von vornherein [...] mit aller kleinsten Rationen beginnen« wollte.²⁵⁸ Thomas unterstützte Backe und faßte eine Besprechung am gleichen Tag mit den berichtigten Worten zusammen:

»Klare Einsicht, dass die Organisation an den Stellen eingesetzt werden muss, wo es etwas gibt. Alle anderen Gebiete müssen unbearbeitet bleiben. Wir können nicht das ganze Land verwalten. Die Intelligenz ist totgeschlagen, die Kommissare sind weg. Grosse Gebiete werden sich selbst überlassen bleiben (verhungern[!])«. ²⁵⁹

Vielleicht bezog sich auch der Satz »Die Intelligenz ist totgeschlagen, die Kommissare sind weg« auf v. Gusovius' Reisebericht aus Weißrußland, wie es beim Text vorher und nachher der Fall war. Für die Hungerpolitik blieb Weißrußland ein Schlüsselgebiet, und schon von der Sprache her ist hier der Zusammenhang zwischen Ernährungs- und Vernichtungspolitik nicht zu übersehen.²⁶⁰

Dennoch hinkte Thomas' Konzeption gewissermaßen der Zeit hinterher. Am Tag nach der Besprechung zwischen Hitler, Göring, Keitel, Rosenberg und Bormann vom 16. Juli hatte Göring das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt beauftragt, einen Fragebogen für Hitler über nötige wirtschaftliche Chefentscheidungen vorzulegen,

deutsche Ernährungs- und Kriegswirtschaft größere Gebiete beanspruchen muß.« Auch er bejahte, »daß das [deutsche] Millionenheer sich zu einem bedeutenden Teil aus dem Lande ernährt«, nur müsse das geschehen, ohne den »Lebensstandard der Bevölkerung *wesentlich* zu beeinträchtigen« (Hervorhebung im Original). Vielleicht müsse man der Bevölkerung auch mit eigenen Vorräten »aus helfen« – »mit Ausnahme der russischen Gebiete« siehe Gibbons (Hg.), S. 252–261. Es besteht kein Grund, dies als Akt politischen Widerstands zu werten, wie Gibbons das tut, sondern Bräutigam und das RMO wollten große Teile der sowjetischen Bevölkerung (nicht aber die Russen) durch notdürftige Versorgung ruhigstellen. Lange Passagen der Denkschrift wurden in die »Braune Mappe« übernommen. In einer weiteren, undatierten Denkschrift des RMO von 1941 wurde die Ernährung der Zivilbevölkerung und die Vermeidung von Hungersnöten als Aufgabe der Zivilverwaltung bezeichnet: PS-1056, IMT, Bd. 26, S. 592–609. Im November 1941 wandte sich Rosenberg in einem Schreiben, das von der Hauptabt. Politik (vermutlich Bräutigam) entworfen wurde, an Göring, in dem er erklärte: »Ich habe keine Bedenken dagegen, daß der Bevölkerung der besetzten Ostgebiete zugemutet wird, mit einem Minimum an Lebensmitteln bis zur nächsten Ernte auszukommen.« Nur müsse den Bauern das »Existenzminimum« belassen werden. BA R 6/71 (Handakten Bräutigam), Bl. 42–44 und 21–24 Entwurf). Einen großen Einfluß auf die Entscheidungen in der Ernährungsfrage hatte all das anscheinend nicht.

258 Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr.VJP V. P.12295, Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftsführungsstabes Ost vom 31. Juli 1941 v. 4. 8. 1941, gez. i.V. Neumann, BA-MA (BArch)P F 43384, Bl. 429–439, Zitate Bl. 434.

259 Dabei kamen Thomas, sein Stab im WiRüAmt, die Spitze des Wirtschaftsstabes Ost und der drei WiIn zusammen. Auch der Leiter der Chefgr. La bei der WiIn Mitte, Richard Wagner, war anwesend. KTB WiRüAmt/Stab v. 31. 7. 1941, BA-MA WF-01/15885, Bl. 882. Ähnliche Formulierungen in: Chef WiStab Ost, Betr.: Besprechungen in Berlin am 31. Juli 1941, gez. Schubert, v. 1. 8. 1941, BA-MA (BArch)P F 43384, Bl. 440f.

260 Diese Zusammenhänge sollen im Hauptteil II dargestellt werden. Hier zunächst nur soviel: In den Besprechungen vom 31. Juli – dem Tag, an dem Göring Heydrich mit den sogenannten »Vorbereitungen« zur »Endlösung der Judenfrage« in Europa beauftragte – wurde auch das Problem des Arbeitseinsatzes der Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten beraten. Die Kontakte der WiIn Mitte zu den SS- und Polizeidienststellen waren eng. Der WiIn Weigand und der HSSPF, von dem Bach-Zelewski, hatten sich am 2. 7. erstmals und danach mehrmals getroffen. Vgl. KTB WiIn Mitte v. 2. 7. 1941, BA-MA (BArch)P F 42858, Bl. 645.

die bei dem Spitzentreffen offen geblieben waren.²⁶¹ Der »Fragebogen« war am 23. Juli fertig und enthielt die Frage: »Soll die Ausnutzung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu Gunsten der deutschen Versorgung so weit getrieben werden, dass ganze Gebiete verhungern? Welche Gebiete?«²⁶² Göring erklärte, als Nagel sie am 28. Juli vorlegte, er werde die Fragen selbst entscheiden; sie Hitler zu übermitteln, sei nicht nötig. Er verfügte, ohne Hungerterritorien zu definieren, daß »sich in den großen Städten, namentlich in den Gebieten, an denen wir kein besonderes Interesse haben, ganz besondere Schwierigkeiten ergeben. Im übrigen sollen die ernährt werden, die für *Deutschland* wichtige Arbeit leisten.«²⁶³

Obwohl Görings Erwiderung uneindeutig war und auch so empfunden wurde, lief sie doch darauf hinaus, nicht nach Territorien vorzugehen, sondern bestimmte Bevölkerungsgruppen für das Verhungern auszuwählen: Städter, besonders in der Waldzone und besonders wenn sie nicht »für Deutschland« arbeiteten.²⁶⁴ Vorangegangen waren ein Treffen Görings mit Backe und eine Reihe weiterer Termine zur Wirtschaft der besetzten sowjetischen Gebiete im Juli.²⁶⁵ Noch klarer äußerte sich – der Wiedergabe von Nagel zufolge – Göring später: Auch in den besetzten sowjetischen Gebieten bildeten Stadt und Land ein wirtschaftliches Gesamtsystem und hätten einander zu ergänzen. »Es ist deshalb abwegig, in der Weite des russischen Raumes Grenzen zwischen Stadt- und Landbevölkerung aufzurichten.«²⁶⁶ Zwar wurden solche Grenzen mit Passierscheinsystemen, Kontrollen und ähnlichem sehr wohl weiter aufrechterhalten (siehe Kap. 3.7). Dennoch standen Görings Äußerungen zu diesem Zeitpunkt für die neue, aus dem Besatzungsalltag erwachsene Erkenntnis, daß der Hungerplan nicht so einfach durchzuführen war und modifiziert werden mußte. Sie markierten den Übergang von der utopischen zu einer realistischen, durchführbaren Hungerpolitik.

Das hieß nicht etwa, den Hungerplan aufzugeben. Göring war es auf der anderen Seite auch, der entscheidend die These von einer »Abstufung in der Ernährung« im Interesse der sogenannten deutschen Volksgemeinschaft vertrat, erstmals anschei-

261 Chef WiRüAmt, Ergebnisse der Vorträge beim Reichsmarschall und beim Generalfeldmarschall Keitel am 17. 7. v. 18. 7. 1941 (Geheime Kommandosache/Abschrift), Nbg. Dok. PS-1456.

262 »Fragebogen« (undatiert, ohne Unterschrift), handschriftlicher Zusatz: »zu 2514/41gK«, Geheime Kommandosache, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 105–107, Zitat Bl. 107. (Die anschließende Frage lautete: »Sollen die Juden grundsätzlich aus allen Zweigen der Wirtschaft ausgeschaltet werden [...]?«). – Ein Teil der Fragen war nach Absprache mit Oberst Hünemann vom WiRüAmt vom Chef der Reichsgruppe Handel, Hayler, vorformuliert worden (Fragen 4 und 5). Vgl. Dr. Franz Hayler, Leiter der Reichsgruppe Handel, an Hünemann v. 18. 7. 1941, ebd., Bl. 114f.

263 Verbindungsstelle OKW/WiRüAmt beim Reichsmarschall, Betr.: OKW/WiRüAmt Nr. 2514/41gKdos v. 23. 7. 1941, an Thomas (Unterschrift: Nagel) v. 29. 7. 1941, ebd., Bl. 101–104, Zitat Bl. 103 (Hervorhebung im Original).

264 So auch Dieckmann 1993, S. 67. Noch am 17. 7. hatte Göring erklärt, die »Methoden der Behandlung« der Bevölkerung sollten »in den verschiedenen Gebieten verschieden sein«. Vermerk Thomas v. 18. 7. 1941, wie Anm. 4/261.

265 Vgl. Terminkalender Göring, IfZ ED 180/5: 22. 7. Treffen mit Backe, 17. 7. mit Thomas, Körner, Nagel, Riecke, Schlotterer, 15. 7. mit Nagel, Görnert, Körner, 9. 7. mit Thomas u. a., 7. 7. mit Nagel.

266 Man könne, so Göring, sowieso nicht von Städten, sondern nur von »größeren Landgemeinden« sprechen. Verbindungsstelle des OKW/WiRüAmt beim Reichsmarschall an Thomas (Unterschrift: Nagel) v. 29. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1010–1017, Zitat Bl. 1015. Nagel berichtete in dem Schreiben über den vorangegangenen Zeitraum. Görings Ausführungen dürften früher gemacht worden sein.

nend am 16. September 1941. Am besten zu versorgen seien die im Kampf stehenden Wehrmachteinheiten, dann die anderen Besatzungstruppen, dann die Wehrmacht im Heimatgebiet, dann die deutsche Zivilbevölkerung und am schlechtesten die Bevölkerung der besetzten Gebiete.²⁶⁷ Der Gedanke war nicht originell; dies war ohnehin Praxis. Er wurde dann weiter ausgefeilt. Am 16. Oktober einigten sich Thomas und Riecke auf »folgende Rangordnung«: »1) Bedarf der Truppe, 2) Abtransport in die Heimat, 3) Bedarf der Bevölkerung« in den besetzten sowjetischen Gebieten. Der Oberbefehlshaber des Heeres v. Brauchitsch schlug allerdings »im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung« den Tausch der Punkte 2 und 3 vor²⁶⁸ – zunächst ohne sichtbaren Erfolg. Eine Woche darauf berichtete das Kriegstagebuch des Wirtschaftsstabs Ost: »Die Reihenfolge der Dringlichkeit der Nahrungsmittel-Versorgung in den besetzten Ostgebieten wird wie folgt festgelegt: a) Wehrmacht b) Heimat c) Zivilbevölkerung in den besetzten Ostgebieten d) Kriegsgefangene.«²⁶⁹

Das bedeutete, wörtlich genommen, eine ernste Verschlechterung für die sowjetischen Zivilisten und Kriegsgefangenen, denn eine (zeitlich verstandene) »Reihenfolge der Dringlichkeit« war erheblich ungünstiger als eine mengenmäßige »Abstufung« oder »Rangfolge«. So wurde es auch noch in einem Erlaß Görings vom 1. Dezember 1942 festgehalten: erst komme das Saatgut, dann die Lieferauflagen für Wehrmacht und Reich, hiernach die sowjetischen Arbeitskräfte und zuletzt die sonstige sowjetische Bevölkerung.²⁷⁰

Die Regelungen vom 4. September 1941 wurden schnell durch die immer schwieriger werdende Versorgungslage des Ostheeres, bedingt durch die Transportkrise und die Notwendigkeit, Wintervorräte mit Hilfe nachgeschobener Lebensmittel aufzubauen, gefährdet.²⁷¹ Noch am gleichen Tag erläuterte Backe in einer Sitzung mit Staatssekretär Körner, Riecke, dem Reichskommissar für die Ukraine Koch, Schlotterer und anderen, die Forderung der Wehrmacht nach 2,1 Millionen Tonnen Getreide und 652 000 Tonnen Fleisch könne er nicht erfüllen, denn dazu müßte er die Fleischration im Reich kürzen. Das Ostheer müsse sich selbst versorgen.²⁷² Im Reich war besonders die Fleischversorgung in der bisherigen Höhe nicht mehr gesichert.²⁷³ Etwa zur gleichen Zeit waren Backe und das Ernährungsministerium gezwungen,

267 Verbindungsstab d. OKW/WiRüAmts beim Reichsmarschall, Wirtschaftsaufzeichnungen für die Berichtszeit vom 15. 8. bis 16. 9. v. 16. 9. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 105–108, Zitat S. 107. Vgl. Halders Vermerk (Tagebuch v. 17. 9. 1941, Bd. III, S. 237) über einen Vortrag des GenQu Wagner: »Künftige Entwicklung der rückwärtigen Heeresgebiete und Wahrung unserer Interessen in den besetzten Gebieten. (Auf Grund einer Besprechung beim Reichsmarschall)«.

268 KTB WiRüAmt/Stab v. 16. 10. 1941, BA-MA RW 19/165, Bl. 282.

269 KTB WiStab Ost v. 23. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 181.

270 Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP V. P.18717/3/6g, Betr.: Verteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den besetzten Ostgebieten v. 1. 12. 1942 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 874. Festgelegt in Vorbesprechungen mit Göring am 20. 10. 1942, vgl. KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 20. 10. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 570.

271 Vgl. Vermerk, Betr.: Besprechung bei OKH/GenQu vom 8. 10. v. 9. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 744–746 (zwischen Küper und Generalintendant Kleberger). Zu dieser Phase auch Müller, Scheitern, S. 1184–1186.

272 [WiRüAmt,] Chef des Stabes, Aktennotiz: Besprechung bei Staatssekretär Körner am 4. 9. 41, 12.00 Uhr vom gleichen Tag, BA-MA RW 19/177, Bl. 117–119.

273 KTB Halder, Bd. III, S. 221, 276, 296, 301 (11. 9., 9. 10., 19. und 20. 11. 1941).

sich mit der Tatsache abzufinden, daß auch für 1942 eine Kriegsernährungsplanung aufgestellt werden mußte.²⁷⁴ Am 23. September trug Backe deren Grundzüge zusammen mit dem Kriegsverwaltungsrat v. Schlick Hitler vor.²⁷⁵ Entscheidender Gesichtspunkt war dabei offenbar die Ausnutzung der besetzten sowjetischen Gebiete, denn am 21. September hatten Riecke, Küper und v. Schlick mit dem Generalquartiermeister über Fragen der Lebensmittelerfassung im Osten für Wehrmacht und Reich konferiert und sich am 22. mit Backe darüber abgestimmt.²⁷⁶ Ergebnis: »Die Heimatrationen werden nicht gekürzt werden«, wie Wagner erleichtert schrieb: »Mehr kann man nicht verlangen.«²⁷⁷ Zuvor hatten Backe, der Wirtschaftsstab Ost und Göring zu den gleichen Themen verhandelt, was Göring am 16. September zu der Äußerung veranlaßt hatte: »Grundsätzlich sollen in den besetzten Gebieten nur diejenigen in der entsprechenden Ernährung gesichert werden, die für uns arbeiten. Selbst wenn man die sämtlichen übrigen Einwohner ernähren wollte, so könnte man es im neubesetzten Ostgebiet nicht.«²⁷⁸

Diese Linie widersprach den erlassenen Bestimmungen, zumal denen der Wirtschaftsinspektion Mitte, nach denen auch Nichtarbeiter wenigstens geringe Zuweisungen erhalten sollten. Sie war aus Berlin wiederholt ermuntert worden, sich nicht um eine geregelte Ernährung der städtischen, nicht arbeitenden Bevölkerung zu kümmern, so von einer Delegation mit dem Chef der Reichsgruppe Handel, Franz Hayler.²⁷⁹ Für Oktober und November 1941 gibt es zahlreiche Quellen für einen »Streit« zwischen der Wirtschaftsinspektion und dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, »der namentlich die Stadtbevölkerung durch Sicherung der Ernährung befrieden will«.²⁸⁰ Genauer gesagt wollte v. Schenckendorff auch die nicht arbeitenden Zivilisten versorgt wissen, wenn auch wohl nur mit Brot und Kartoffeln.²⁸¹ Dabei klappte innerhalb der Wirtschaftsverwaltung nicht, wie man annehmen könnte, ein Graben zwischen dem Landwirtschaftssektor und den für Industrie und Gewerbe zuständigen Abteilungen. Nagel wurde in Borissow vielmehr mitgeteilt: »Für Gruppe M [Rüstung] ist im Osten kein Betätigungsfeld, daher auch keine Rei-

274 Vgl. Brief des GenQu Eduard Wagner an seine Frau v. 9. 9. 1941 über eine Begegnung mit Backe und General Osterkamp im Führerhauptquartier, BA-MA N 510/v. 48. Dabei waren auch Riecke, Ministerialdirektor Moritz (RMEuL) und Kleberger, vgl. KTB WiStab Ost v. 9. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 129.

Seit Ende Juli 1941 hatten die italienische und sowjetische Führung, seit Ende August das OKW und die Japaner ernsthafte Zweifel an einem deutschen Sieg an der Ostfront noch im Jahr 1941: Reinhardt, S. 37, 45f., 60, Anm. 78. Zu Hitlers Befürchtungen seit Ende Juli 1941 ebd., S. 34–38. Zu den Auffassungen in Berlin auch Tagebuch Hassell, S. 220 (30. 8. 1941).

275 Vgl. KTB WiStab Ost und KTB WiStab Ost, Gefhrg. La, jeweils vom 23. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 146, und 44423, Bl. 914.

276 Vgl. dieselben Quellen vom 21. und 22. 9. 1941, ebd., Bl. 144f. bzw. 912f.

277 Eduard an Elisabeth Wagner v. 29. 9. 1941, BA-MA N 510/v. 32.

278 Auch die Verpflegung der Kriegsgefangenen könne sich »nur nach den Arbeitsleistungen für uns richten.« Verbindungsstab des OKW/WiRüAmts an Thomas v. 16. 9. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 107f. (Hervorhebungen im Original). Anwesend waren u. a. Backe, Osterkamp und Wagner (Terminkalender Göring, IfZ ED 180/5).

279 KTB WiStab Ost v. 13. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 81.

280 Reisebericht Nagel, Eintragung unter dem 21. 10. 1941, BA-MA Wi ID/1723. Vgl. KTB Berück Mitte, Abt. Quartiermeister, v. 18. 8., 31. 10., 10. und 18. 11. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 341 und 349–351.

281 Vgl. EM 133 des Chefs Sipo/SD v. 14. 11. 1941, SF-01/28934, Bl. 3178f.

bungen; mit La[ndwirtschaft] herrscht bestes Einvernehmen.« Das heißt, da die verbliebene Industrie und gerade die Rüstungsindustrie in den weißrussischen Städten fast bedeutungslos war, stimmte selbst die betreffende Abteilung dem Vorrang der Gewinnung von Agrargütern zu. Ähnlich der Rüstungskommandeur in Minsk, Major v. Viebahn, der Nagel die Mär von den angeblichen Vorräten der Bevölkerung auftischte: »Versorgung der Zivilbevölkerung in der Stadt scheint nicht vordringlich, da viel geplündert und gehamstert worden ist [...].«²⁸² Dabei waren mehr als dreieinhalb Monate vergangen, seit sich ein Teil der Bevölkerung aus Geschäften und Lagern mit den kärglichen zurückgelassenen und unzerstörten Vorräten eingedeckt hatte.

Ergebnis dieser Bemühungen angesichts der zugespitzten militärischen Lage sowie der Ernährungs- und Transportkrise war eine erhebliche Senkung und eine Differenzierung der Rationen für die Bevölkerung der besetzten sowjetischen Gebiete durch den Wirtschaftsstab Ost:

*Tabelle 5: Lebensmittelrationen für die sowjetische Bevölkerung ab 4. November 1941 (Höchstsätze, Tagesrationen in Gramm).*²⁸³

	Brot	Kartoffeln	Fleischwaren	Fett	Kalorien
Arbeiter	214	571	14	14	1200
Schwerarbeiter	285	714	28	21	k.A.
Nichtarbeiter	214	286	0	10	850
Juden und Kinder unter 14 Jahren	107	143	0	5	420

Diese Richtlinien²⁸⁴ galten von da an für längere Zeit sowohl im GK Weißruthenien als auch im militärisch verwalteten Teil Weißrußlands und in den zum Reichskom-

²⁸² Reisebericht Nagel, Besprechungen am 22. und 25. 10. 1941, BA-MA Wi 1D/1723.

²⁸³ WiStab Ost, Fü Ia, Besondere Anordnungen Nr. 44 v. 4. 11. 1941 (gez. i. A. Dr. Musset), BA-MA (BArchP)F 72745, Bl. 478–480. Mit Anschreiben OKH/GenStdH/GenQu, Abt. K.Verw., Betr.: Ernährung der Zivilbevölkerung im Operationsgebiet vom gleichen Tag (gez. i. A. Wagner) in BA-MA (BArchP)F 44415, Bl. 571–576; abgedruckt in: N. Müller 1991, S. 212–214. Vgl. R.-D. Müller, Scheitern, S. 1187.

Vorbesprechungen gab es u.a. zwischen Backe und Thomas am 8. und Riecke und dem GenQu Wagner am 13. 10., vgl. Brieftagebuch WiStab Ost, Chefgr. Ia, für 8. und KTB derselben Stelle v. 13. 10. 1941, BA-MA RW 31/4 bzw. BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 887; WiRüAmt, Stab, Wochenbericht 12.–18. v. 24. 10. 1941, BA-MA RW 19/177, Bl. 274.

²⁸⁴ Interessant als Vergleichswerte: in der Sowjetunion lag nach deutschen Feststellungen vor dem deutschen Einmarsch die Brotration bei 600 bis 900 Gramm täglich, auch für Häftlinge in weißrussischen Arbeitslagern. Vgl. Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 7 der Einsatzgruppen der Sipo und des SD in der UdSSR für November 1941, BA F 10526, Bl. 684, und Generalkommando VI. A.K., Ic, v. 5. 7. 1941, BA-MA WF-03/31936, Bl. 588f. Anfang 1943 lagen die Brotrationen im unbesetzten sowjetischen Gebiet bei 400–800 g, was der SD aus Sicht der Sowjets bedenklich niedrig fand. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 41 v. 5. 2. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 510–512; vgl. Segbers, S. 287f. Im Hungerjahr 1918 hatte der Befehlshaber Oberost der Zivilbevölkerung im westlichen Weißrußland 225 Gramm Mehl (entspricht 270 Gramm Brot), 300 Gramm Kartoffeln und 75 Gramm Hülsenfrüchte u.a. gewährt (Die Ausnutzung der besetzten Gebiete für die Ernährung der Front und Heimat im 1. Weltkrieg, BA F 10633, Bl. 1246). Der Durchschnittsverbrauch in Deutschland betrug im April 1941 3070 Kalorien. Vgl. Vortrag Staatssekretär Neumann v. 29. 4. 1941, BA R 26 I/6, Bl. 17.

missariat Ukraine gehörenden Gebieten (aber nicht im Bezirk Bialystok und im Baltikum). Zudem gab es zahlreiche Einschränkungen. Es war nur die »Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen, *soweit es ohne Beeinträchtigung der deutschen Belange möglich ist*«, und die Rationen waren »in der ersten Zeit möglichst niedrig zu halten«, also noch geringer als hier angegeben.²⁸⁵ Die Zuteilungsmengen wurden wiederum geheimgehalten, die Ausgabe von »Lebensmittelkarten« von Backe verboten und nur »Kontrollkarten« ohne Mengenangaben erlaubt, da sonst ein Anrecht der Bevölkerung auf die Zuweisungen abgeleitet werden könne.²⁸⁶ Rolf-Dieter Müller deutet die Ergebnisse des November 1941²⁸⁷ als »nur marginale Korrektur der deutschen Hungerpolitik« gegenüber den Städtern in den besetzten sowjetischen Gebieten im positiven Sinne.²⁸⁸ Das verkennet die Tatsachen. Es handelte sich um eine erhebliche Verschlechterung; wenn man von den Bestimmungen der 403. Sicherungsdivision ausgeht, wurden die Rationen in Weißrußland zum wiederholten Male gekürzt. Gleichzeitig wies die Heeresführung die Frontzeitungen zu einer entsprechenden Propaganda der Erbarmungslosigkeit gegenüber hungernden Sowjetbürgern an.²⁸⁹ Göring sagte in diesen Tagen im Vorgriff auf die Aushungerung Leningrads und Moskaus: »In diesem Kriege werde das größte Sterben seit dem dreißigjährigen Kriege sein.«²⁹⁰ Zwar war die Absicht, ganze Gebiete verhungern zu lassen, revidiert worden, aber nicht der Vorrang der Wehrmachtverpflegung. Deshalb kamen selbst relativ wohlmeinend eingestellte Wirtschaftsfunktionäre zu folgenden Ausführungen:

»Seit Monaten erscheint zum ersten Mal und dann immer häufiger das Wort Zivilernährung im Arbeitsverlauf des Tages. Dass die Russen auch noch da sind, haben wir garnicht bedacht. Nein, es stimmt nicht ganz so. Nach den Dienstanweisungen sollten wir es ja nicht bedenken. Aber der Krieg hat einen anderen Verlauf genommen. [...] Unter diesen Umständen dürfen wir es uns nicht leisten, die Bevölkerung ernährungsmässig unberücksichtigt zu lassen. Aber woher soll man etwas nehmen?

285 Außerdem durften nur 20% der Menschen Arbeiterrationen erhalten. Es wurde auf die »Vorräte« der Bevölkerung verwiesen und befohlen, dieselbe durch Plakate »aufzuklären, daß die Entbehrungen die ihr zugemutet werden müssen, eine Folge der von den Bolschewisten angeordneten und unter Mitwirkung der Bevölkerung durchgeführten Vernichtungsmaßnahmen« seien. BA-MA (BArchP)F 44415, Bl. 571, 573 und 575 (Hervorhebung im Original).

286 Vgl.z. B. EM 132 des Chefs Sipo/SD v. 12. II. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3156.

287 Hierzu zählen auch die auf einer großen Konferenz zur Besatzungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten von Göring und anderen gemachten Ausführungen, vgl. verschiedene Niederschriften abgedruckt bei: Ueberschär/Wette, S. 328–337.

288 R.-D. Müller, Scheitern, S. 1189.

289 »Im Kampf gegen den Bolschewismus geht es um Sein oder Nichtsein unseres Volkes [...] Wenn die russische Bevölkerung Hunger leiden muß, trifft ihre Regierung allein die Schuld [...]. Der deutsche Soldat wird dazu neigen, der Bevölkerung von seiner Verpflegung etwas abzugeben. Er muß sich aber sagen: Jedes Gramm Brot oder anderes Lebensmittel, das ich aus Gutmütigkeit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten gebe, entziehe ich dem deutschen Volk und damit meiner Familie [...]. Daher muß der deutsche Soldat angesichts hungernder Frauen und Kinder hart bleiben. Tut er das nicht, gefährdet er die Ernährung unseres Volkes.« Die Ernährung der Front und der Heimat. Richtlinien für die Behandlungen in Frontzeitungen (Nicht zum wörtlichen Abdruck bestimmt), Anlage 1 zu OKH, HWes Abt v. I. II. 1941, zitiert nach: Reinhardt, S. 92, Anm. 289.

290 [WiRüAmt,] Chef des Stabes, Aktennotiz: Besprechung beim Reichsmarschall am 8. II. v. 13. II. 1941, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 651, abgedruckt in: Ueberschär/Wette, S. 332.

Das Soll für die Truppe ist noch nicht erfüllt, die Nachrichten über die Ernährungslage an der Front sind schlecht. Da gibt es nur eine Entscheidung, alles für die Truppe, wir müssen hart bleiben. [...] Dabei ist es sachlich so, dass die Bevölkerung keineswegs am Verhungern ist, da sie durch ihre heimlichen Kanäle immer noch zu essen hereinbekommt. «²⁹¹

b) Organisation und örtliche Bedingungen der Ernährung

Wie bereits angedeutet, verfügten bei der Ernährung der Zivilbevölkerung verschiedene deutsche Stellen über Kompetenzen, vor allem die Abteilungen VII/Kriegsverwaltung, die Landwirtschafts- und Wirtschaftsabteilungen und die Gruppen »Beauftragter für die Berufsverbände«, deren Einfluß mit der Zeit immer mehr zunahm.²⁹² Dazu kamen die Quartiermeister- bzw. Ib-Abteilungen, Intendanturen und Heeresverpflegungsdienststellen.²⁹³ Zentral war die Rolle der Landwirtschaftsverwaltung. In dem beschriebenen Erfassungssystem wurden die Agrarerzeugnisse im Regelfall zunächst von der Landwirtschaftsverwaltung unter Kontrolle genommen, ehe sie weiter verteilt wurden. Konkret waren das die Kreislandwirte und, soweit vorhanden, die ZO. An ihnen kam man gar nicht vorbei. Sie stellten die Lebensmittel zur Verfügung und bestimmten die Gesamtmengen, deren Verteilung dann die Gruppen Handel und BB zu organisieren hatten. Die Rationen setzten die drei Abteilungen gemeinsam fest,²⁹⁴ wobei aber die deutschen Lieferansprüche, also die Agrarfunktionäre, den Vorrang hatten.²⁹⁵ Die Weisung vom 4. November 1941 betonte dabei die Rolle der Gruppen Landwirtschaft der Wirtschaftskommandos. Die der Wirtschaftsinspektion Mitte vom 4. September sah vor, daß die Abteilungen IV Wi der Feldkommandanturen die Freigabe erteilen mußten.²⁹⁶ In der Praxis entschieden gerade in kleineren Orten oft die Kreislandwirte oder Landwirtschaftsführer über Rationen, Verteilung und Organisation.²⁹⁷ Sie trafen unter Umständen sehr weitreichende Entscheidungen.²⁹⁸

Bemerkenswerterweise verfügten Sicherheitspolizei und SD im GK Weißruthenien über personellen Einfluß auf die Ernährungspolitik, ohne daß man daran zu weitge-

²⁹¹ KTB WiKdo Bobruisk, Eintrag für Januar 1942, BA-MA (BArchP)F 42902, Bl. 41f.

²⁹² Von Tesmer als Einmischung beschrieben: »Der Kreislandwirt und die Dienststellen der Gruppe BB der Wirtschaftsinspektion redeten in die Ernährung der Stadtbevölkerung hinein.« Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 463.

²⁹³ Im RKO scheint auch die Abt. Gesundheit und Volkspflege ein Mitspracherecht gehabt zu haben. Vgl. die Akte BA R 90/381.

²⁹⁴ Vgl. WiStab Ost, Fü Ia, Besondere Anordnungen Nr. 33 v. 26. 8. 1941 und Nr. 41 v. 4. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 72745, Bl. 524–526 und 478–480.

²⁹⁵ Auf höherer Ebene äußerte sich das in Görings Schreiben an Rosenberg, in dem er dem RMO Riecke als Abteilungsleiter zur Verfügung stellte: er bitte, Riecke »bei der Vorbereitung aller auch politischen Entscheidungen rechtzeitig zu beteiligen, die irgendwie auf die Höhe des Verzehrs im besetzten Ostgebiet und damit auf die Höhe der von dort nach Deutschland zu transportierenden Mengen Einfluß haben können.« V. P. 14329/1/6 v. 8. 9. 1941, BDC, PA Hans-Joachim Riecke.

²⁹⁶ BA-MA (BArchP)F 72745, Bl. 479, und WiIn Mitte, Besondere Anordnungen Nr. 17 der Chefgr. La v. 4. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 887.

²⁹⁷ Vgl. z. B. KTB WiKdo Borissow v. 6. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 1011 (Ort: Beresino); KTB WiIn Mitte, Tätigkeitsbericht 3.–20. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 688.

²⁹⁸ Auch über das Schicksal ganzer Großstädte; siehe zur erzwungenen Abwanderung von Industriearbeitern aus Dnjepropetrowsk (Ukraine) EM 132 des Chefs Sipo/SD v. 12. 11. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3156.

hende Folgerungen knüpfen sollte. Der Verbindungsmann zwischen Stadtkommissariat in Minsk und dem KdS war anfangs gleichzeitig Sachbearbeiter für Zivilernährung beim Stadtkommissar.²⁹⁹ Als Leiter des Landesernährungsamts in Minsk fungierte 1942 der SD-Obersturmführer Dr. Ludwig Ehrenleitner.³⁰⁰

Die Verteilung der Lebensmittel selbst, also das Kartenwesen und die Lebensmittellisten, die Verkaufsstellen, die Antransporte und ähnliches führte die einheimische Verwaltung unter Aufsicht deutscher Funktionäre durch. Auch auf diesem Gebiet war das wegen der Personallage gar nicht anders möglich. Zuständig waren in erster Linie die Stadternährungsämter und, wo diese noch nicht eingerichtet waren sowie in Kleinstädten, die Rayonleiter und Stadtbürgermeister.³⁰¹ Diese durften in begrenztem Maß selbst tätig werden und zum Beispiel »für die nicht landwirtschaftlich tätige Bevölkerung [...] im Einvernehmen mit den Kreislandwirten durch die Bürgermeister Kartoffeln, Hirse und Buchweizen« abgeben.³⁰² Es war möglich, daß alles ohne Einschaltung eines einzigen Deutschen vor sich ging, etwa indem die Bauern ihr Getreide an die Getreidepunkte lieferten, diese weiter an die Gebietssammelstellen der ZO (einheimische Sachbearbeiter), welche es wiederum über Lohnmühlen an die Stadternährungsämter weitergaben. Eine Kontrollmöglichkeit bestand dann lediglich anhand der ZO-Abrechnungen.³⁰³ Anscheinend nutzten die weißrussischen Verwaltungsangehörigen diesen Spielraum oft, um Landsleuten soweit möglich zu helfen.³⁰⁴ Direkt von deutscher Seite gepflegt wurde dagegen das Wehrmachtgefolge (Hiwis) und Arbeiter bei Reichsbahn und Organisation Todt (OT), wenn sie angesichts restriktiver Vorschriften nicht dazu verurteilt waren, sich als sogenannte Selbstversorger nebenbei noch Lebensmittel für ihren Unterhalt allein zu beschaffen. Sonst standen ihnen höhere Rationen als der übrigen Bevölkerung zu,³⁰⁵ deren Zu-

299 Vgl. Vern. Wilhelm Janetzke v. 1. 3. 1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 6790–6795.

300 Vgl. GK Weißruthenien, Abt. III/E, Landesernährungsamt, Grundsätze für die II. Zuteilungsperiode v. 12. 10. 1942 (gez. Dr. Ehrenleitner), ZStA Minsk 370–1–874, Bl. 28–30. Dazu Vern. Gerhard Erren v. 10. 2. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 7013. Ehrenleitner war eine Art »Springer«, der verschiedene Funktionen innerhalb des GK vom Abteilungsleiter bis zum GebK ausübte. Chef des Landesernährungsamtes blieb er ungefähr bis Ende März 1943, um dann Erren als GebK in Slonim zu vertreten. Vgl. Deutsche Zeitung im Ostland v. 3. 4. 1943.

301 Vgl. WiStab Ost, Besondere Anordnungen Nr. 27 und 44 v. 26. 8. und 4. 11. 1941, BA-MA (BArch)P/F 72745, Bl. 538–543 und 478–480; Vern. Wilhelm Janetzke v. 1. 3. 1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 6791; GebA Minsk, Akte 624–2–1 der Rayonverwaltung in Borissow (ab Oktober 1941); FK Minsk-Land, Abt. VII Kriegsverwaltung, Niederschrift über die Dienstversammlung der Rayon-Bürgermeister am 15. 8. 1941 in der FK 812 v. 16. 8. 1941, ZStA Minsk 409–1–4, Bl. 4.

302 KTB WiIn Mitte, Tätigkeitsbericht für 3.–20. 10. 1941, BA-MA (BArch)P/F 42858, Bl. 688. Die genannten Produkte – Roggen ist nicht darunter – wurden den Weißrussen in erster Linie zugewiesen, da die Deutschen den Verzehr von Hirse und Buchweizen nicht gewohnt waren und diese Getreidesorten als minderwertig ablehnten.

303 Vgl. zwei Organisationsentwürfe der ZO, Führungsstab Ukraine (undatiert, spätestens Mai 1942), BA 34.02, Nr. 46, Bl. 129 und 132.

304 Vgl. z. B. Gartenschlaeger, S. 70.

305 Bis 300 Gramm Brot, 857 Gramm Kartoffeln, 46 Gramm Fleisch u. a. laut OKH, GenStdH/GenQu IVa Az.I/833/41(IV,1), Betr.: Verpflegung russischer Arbeiter und Angestellter v. 23. 8. 1941 (Abschrift), BA-MA (BArch)P/F 72745, Bl. 527–529. Fleischration gekürzt auf 14 Gramm durch Erlaß gleicher Stelle v. 25. 11. 1941 unter Aktenzeichen 833b/41, in: Grüne Mappe, Teil II, 3. Auflage, Ergänzungsmaterial zu Teil I (September 1942), BA-MA WF-01/8986 (unpaginiert). Zur Selbstverpflegung siehe auch Verwaltungsanordnungen der FK Minsk-Land vom August 1941 (Fragment), ZStA Minsk 409–1–1, Bl. 33.

teilung über die Heeresverpflegungsdienststellen oder ein besonderes Reichsbahndezernat organisiert wurde.³⁰⁶ Eine Abweichung ergab sich auch im Bezirk Bialystok, wo bereits Anfang August 1941 die Einführung von Lebensmittelkarten erfolgte.³⁰⁷ Dort erhielten die weißrussischen und polnischen Einwohner ihre Lebensmittel (auch Butter, Öl, Eier und Milch) von den deutschen Kreisbauernschaften über sogenannte Kundenlisten.³⁰⁸ In Grodno wurde Ende 1942 eine Regelung eingeführt, bei der die Verteilung ausschließlich den mit Deutschen besetzten Ernährungs- und Wirtschaftsämtern beim deutschen Stadtbürgermeister zustand.³⁰⁹

Die tatsächlich ausgegebenen Nahrungsmittelmengen waren angesichts dieser Organisationsformen oft nicht von den zentralen Richtlinien, sondern von lokalen und regionalen Umständen und Krisen abhängig. Das war auch den Zentralstellen klar; nach den Anordnungen vom 4. November 1941 hatten die Gruppen Landwirtschaft der Wirtschaftskommandos im Gebiet der Militärverwaltung eigene Höchstsätze im Rahmen der bei ihnen vorliegenden Verhältnisse festzulegen.³¹⁰ Im Zivilverwaltungsgebiet oblag das den Gebietskommissaren oder Gebietslandwirten. Meist waren die tatsächlichen Rationen geringer als die Vorgaben, und die Differenzierung in vier (später noch mehr) Zuteilungsklassen wurde nicht immer mitvollzogen. Außerdem wurden Nahrungsmittel wie Fleisch, Fett, Gemüse oder Milch sehr oft nicht einmal in geringsten Mengen zur Verfügung gestellt.

So bekam die Bevölkerung in Witebsk im August 1941 300 Gramm Brot pro Kopf, das aus Maismehl und Buchweizen hergestellt wurde, aber die Vorräte waren bis auf 27 Tonnen Buchweizen für 50000 Einwohner erschöpft – ein Pfund pro Kopf.³¹¹ Es hatten »teilweise Bewohner schon seit Tagen kein Brot mehr gesehen«.³¹² Im Dezember gab es für Arbeiter noch 200 Gramm Brot und 573 Gramm Kartoffeln, für ihre Angehörigen 143 bzw. 428 Gramm. Werks- und Volksküchen konnten nur an wenige warme Mittagessen verteilen.³¹³ Im Gebiet Brest setzte der Gebietslandwirt im Oktober 1941 »vorerst« 200 Gramm Brot, 14 Gramm Fleisch und 14 Gramm Fett fest. Zuvor waren es 250 Gramm Brot (Juden 200) und je 28 Gramm Fleisch und Fett gewesen.³¹⁴ Im Februar 1942 wurde die Ration im Gebiet Brest-Land noch einmal halbiert – die Juden hatten »schon drei Monate kein Stück Brot mehr bekommen«.³¹⁵ Schon für die Nichtjuden waren das Sätze wie in den schlimmsten Tagen der Lenin-grader Blockade. Obwohl es Kartoffelkarten gab, wurden Kartoffeln in diesem Winter nur einmal in einer Menge von 15 Kilogramm je Bewohner ausgegeben, und

306 Vgl. einen Geschäftsverteilungsplan des Dezernats 5 der Haupteisenbahndirektion Mitte von 1942, ZStA Minsk 378-I-211, Bl. 105.

307 EM 50 des Chefs Sipo/SD v. 12. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1877.

308 Vgl. Der Bezirk Bialystok, BA F 15024, S. 45 und 48.

309 Deutscher Gemeindetag, Prov. Dienstst. Ostpreußen, an die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte im Bereich des Chefs der Zivilverwaltung Bialystok v. 28. 11. 1942 über eine Besprechung vom 25. 10. 1942, BA OstDok 13/71.

310 WiStab Ost, Fü Ia, Besondere Anordnungen Nr. 44 v. 4. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 72745, Bl. 479.

311 OK I/532 an AOK 9 v. 22. 8. 1941, BA-MA RH 23/224.

312 EM 67 des Chefs Sipo/SD v. 29. 8. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2121.

313 EM 145 v. 12. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3391.

314 GebK Brest-Litowsk, Abt. Ern u La v. 10. 10. 1941 und Stadtkommissar Brest-Litowsk, Lagebericht v. 21. 11. 1941, BA F 13751, Bl. 907f., und F 13752, Bl. 9.

315 GebK Brest-Litowsk, Monatsbericht v. 24. 2. 1942, BA F 13751, Bl. 934.

das auch nur für 82 Prozent der Nichtjuden.³¹⁶ Das entsprach einer Tagesration von 83 Gramm. Im Gebiet Borissow übernahm die Zivilverwaltung die von der Wirtschaftsinspektion Mitte am 4. September erlassenen Sätze: 255 Gramm Brot, 1000 Gramm Kartoffeln, 21 Gramm Fleisch usw., für Nichtarbeiter 175 Gramm Brot, 500 Gramm Kartoffeln, 17 Gramm Fleisch usw.³¹⁷ In Minsk wurden im Winter 1941/42 250 Gramm Brot für Arbeiter, 200 Gramm für Nichtarbeiter sowie 500 Gramm Kartoffeln für beide Gruppen und Salz ausgegeben.³¹⁸ Im Februar 1942 bekamen Familienangehörige aber praktisch nichts mehr: »20 g. Mehl und etwas Salz.«³¹⁹ Am 12. Februar fand auf Anordnung Kubes eine Krisensitzung im Stadtkommissariat mit folgendem Ergebnis statt:

»Einführung von Märkten unmöglich, da keinerlei Reserve an Nahrungsmitteln in Minsk vorhanden.

Heranschaffen von Vorräten vom Lande wegen Transportschwierigkeiten und auch dort vorhandener Mangellage unmöglich.

Keinerlei Waren (Gebrauchsgüter) zum Austausch für die von den Bauern in kleinen Kontingenten freiwillig zugeführten Lebensmittel sind vorhanden.

Der Bevölkerung kann keinerlei Hilfe gebracht werden.«³²⁰

»Unmöglich, unmöglich, keinerlei, keinerlei«, so lautete der Tenor. Man zuckte die Achseln, und Kube beschwerte sich nur beiläufig in Riga, in Minsk seien schon wieder zwei Lehrer verhungert.³²¹ Solche Zustände zu akzeptieren, nicht auf dem Papier, sondern in der Wirklichkeit, war offenbar für die Zivil- wie für die Militärverwaltung allenfalls ein politisches Problem. Man kam nur auf eine »Gegenmaßnahme«: mehrere tausend Minsker Juden zu ermorden.³²²

Zwar stimmt es nicht, daß die Zivilbevölkerung 1941 von den Deutschen gar keine Lebensmittel bekommen hätte,³²³ doch die Zuteilungen reichten zum Leben nicht aus, zumal die Qualität erbärmlich war. Das betraf die Zusammensetzung des Bro-

316 Stadtkommissariat Brest-Litowsk, Ernährungsamt, Statistischer Bericht für die Zeit vom 1. 9. 1941 bis 27. 2. 1942, BA F 13752, Bl. 65.

317 Ernährungsnormen für Forstarbeiter der Rayonverwaltung in Borissow mit Anschreiben des Bürgermeisters Stankewitsch v. 17. 10. 1941, GebA Minsk 624-2-1, Bl. 4f., vgl. Aufstellung Bl. 33 (undatiert, mutmaßlich 1942).

318 Vgl. einen Monatsbericht (undatiert, ohne Herkunftsangabe, Abschrift) vermutlich des Rükdos Minsk für Januar 1942, ZStA Minsk 370-1-245, Bl. 9, und Gegenüberstellung der Verpflegungssätze für die einheimische Bevölkerung im Winter 1941/42 und seit Oktober 1942 (vom Landesernährungsamt Minsk), 370-1-874, Bl. 66f.

319 KTB RülIn Ostland v. 26. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 43371, Bl. 850.

320 EM 169 v. 16. 2. 1942, BA-MA SF-01/28935, Bl. 3846. Hier auch ähnliche Angaben zu verschwindend geringen Lebensmittelrationen. An der Besprechung nahmen »sämtliche an dieser Frage interessierten Stellen« teil. – Im weißrussischen Kinderheim in Drosdy bei Minsk war die Ernährung zu dieser Zeit noch einigermaßen passabel: 250 Gramm Brot, 400 Gramm Kartoffeln, 25 Gramm Fleisch u. a. Bericht über das Kinderheim Drosdy (russ.) v. 23. 2. 1942 (Unterschrift: Astrouski), ZStA Minsk 359-1-8, Bl. 12f. Im Zivilkrankenhaus in Minsk wurden im September 1941 nur 1702 cal. täglich gewährt, der Chef der einheimischen Gesundheitsabteilung, Prof. Lynowski, forderte 3000, die Wehrmacht wollte aber nur 2300 erlauben. GK Weißruthenien, Abt. IIe v. 24. 9. 1941, ZStA Minsk 370-1-141a, Bl. 237.

321 GK Weissruthenien an RKO, Abt. II, v. 6. 2. 1942, IfZ Fb 104/2.

322 Zu dem Massenmord an 3412 Juden in Minsk am 2. und 3. 3. 1942 siehe S. 691f. dieser Darstellung.

323 So Abschlußbericht WiStab Ost in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 92.

tes, außerdem bekamen die Weißrussen Schlachtabfälle statt Fleisch oder verfaulte Kartoffeln.³²⁴ Es fehlte besonders an Vitaminen und Eiweißstoffen. Daß Einwohner auf ihre Lebensmittelmarken nichts erhielten, weil die Läden nicht genug ausgeben konnten, war ebenso an der Tagesordnung wie, daß die Bevölkerung überhaupt nur Brot und Kartoffeln bekam.

Zu den schlechten Lebensverhältnissen in Weißrußland trug auch die Tatsache bei, daß die Deutschen die meisten Lebensmittelverkaufsstellen und übrigen Läden mit der Absicht schlossen, den Konsum der Bevölkerung zu drosseln. Eine unheilvolle Rolle spielten dabei besonders die Wehrmachtkommandanturen der ersten Stunde. Daß sie hierfür von Anfang an Richtlinien hatten, ist anhand der vorliegenden Quellen zwar nicht nachweisbar, aber nach dem Ergebnis ihrer Tätigkeit anzunehmen. Ende August 1941 kam eine Anweisung vom Wirtschaftsstab Ost, die Zahl der Ausgabestellen für Lebensmittel stark zu verringern, und im November eine weitere, die vorläufig die Schließung aller Geschäfte für Verbrauchsgüter empfahl, da mit Warenausschub nicht gerechnet werden könne.³²⁵ Die Wirtschaftskommandos im Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte wurden angewiesen, dafür zu sorgen, daß in den Städten »nicht eine zu große Zahl von Läden eingerichtet wird«. Sie mußten von den Gruppen »IV Wirtschaft« der Feldkommandanturen genehmigt werden.³²⁶ Ende August 1941, noch vor Bekanntwerden dieser Richtlinien, sprechen zwei verschiedene Quellen in Witebsk von der Existenz von nur drei oder sieben Brotverteilstellen.³²⁷ Im Januar 1942 hieß es in einem Feldpostbrief aus der Stadt: »Einzelne Läden und Geschäfte sind zwar auf, aber zu kaufen gibt es nichts.«³²⁸ Zum Zweck der Kaufkraftabschöpfung waren dort Frisöre, Schneidereien und angeblich sogar Fleisereien eröffnet worden. Ähnlich dürften Bemühungen der Feldkommandantur 812 (Minsk-Land) zu verstehen sein.³²⁹ In der Kleinstadt Lepel gab es beispielsweise im April 1942 drei Läden für Gebrauchsgüter, die »grossenteils Vorkriegsware feil halten«.³³⁰ Am Geldüberhang änderten solche sporadischen Bemühungen natürlich wenig.

Im allgemeinen wurde die Zahl der Lebensmitteläden und sonstigen Geschäfte in mehreren Schritten reduziert. Im Gebiet des Bezirks Bialystok wurden schon von der

324 Vgl. Städtisches Lebensmitteluntersuchungsamt und bakteriologische Abteilung Nr. 212/42 an GebK in Brest v. 21. 9. 1942 (Abschrift), BA F 13751, Bl. 1054f. Das Brot in Brest bestand zum Teil aus Hirsespelzabfällen (nach Ausdrusch des Getreides bleibende Kleie), was Nährwert und Verdaulichkeit herabsetzte. Es band schlecht, krümelte und wurde schnell hart.

325 Vgl. WiStab Ost, Fü Ia, Besondere Anordnungen Nr. 27 und 45 v. 26. 8. und 6. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 72745, Bl. 468f. und 540.

326 Ohnehin werde in diesen Läden meist nur »geplünderte Ware« verkauft. Halbmonatsbericht WiStab Ost für 16.–31. 10. v. 27. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 1018. Weiter WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 8 v. 6. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 982–984.

327 Drei: EM 67 v. 29. 8. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2121f. Sieben: OK I/532 an AOK 9 v. 22. 8. 1941, BA-MA RH 23/224. Nach diesem Dokument gab es auch Milchverteilstellen der Stadtverwaltung für die Versorgung von Säuglingen und Kleinkindern.

328 Brief H. v. S. (Hauptmann im Stab der Kampfgruppe z.b.V. 800) v. 9. 1. 1942, BfZ, Slg. Sterz.

329 EM 67 v. 29. 8. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2122. Zu Minsk FK Minsk-Land, Abt. VII Kriegsverwaltung, Niederschrift über die Dienstversammlung der Rayon-Bürgermeister am 15. 8. 1941 in der FK 812, ZStA Minsk 409-1-4, Bl. 4.

330 WiKdo im Bereich der FK 181, Monatsbericht April v. 21. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 480.

Militärverwaltung³³¹ nur wenige polnische Läden wieder zugelassen, im Sommer 1942 weitere geschlossen.³³² Trotzdem zeigte sich auch in dieser Frage eine besondere Politik, um die Bevölkerung in dem zur Annexion bestimmten Territorium ruhig zu halten: In Grodno gab es 1943 immerhin mindestens neun Geschäfte, in denen Fleisch verkauft wurde, mehr als anderswo in Weißrußland.³³³ Einen Sonderfall bildete die Stadt Brest, ein Verkehrsknotenpunkt, wo ständig tausende deutsche Soldaten – meist auf der Durchfahrt – anwesend waren und eine besondere ›Privatinitiative‹ förderten. Zwar hatte dort, wie vor ihr die Militärverwaltung, die Zivilverwaltung im Dezember 1941 »54 Kommissions- und Konsumläden geschlossen und die Waren beschlagnahmt«,³³⁴ aber zur Befriedigung der Bedürfnisse der Wehrmachtangehörigen schossen ständig kleine einheimische Dienstleistungsgeschäfte, Läden und Verkaufsstände – im Sommer besonders für Getränke – aus dem Boden.³³⁵ Stadt- und Gebietskommissariat kamen mit dem Stilllegen und Verboten kaum noch nach.³³⁶ Ende 1943 gab es in Brest offiziell vier Apotheken (drei weitere waren wegen Personalmangels geschlossen), 28 Lebensmittelkartenausgabestellen, 22 Brot-, 30 Gemüse-, zehn Fleisch- und 3 Milchläden für 36600 Stadtbewohner.³³⁷ Die Stadt stand damit relativ gut da. In Minsk zählte man laut »Deutscher Zeitung im Ostland« im Dezember 1942 nur 46 Lebensmittelgeschäfte bei gut 100000 Einwohnern. Dieselbe Zeitung berichtete zu anderer Zeit, 1938 habe es in der Sowjetunion lediglich einen Einzelhandels- und Gastronomiebetrieb je 480 Einwohner gegeben, das seien untragbare Verhältnisse gewesen.³³⁸ Die deutsche Verwaltung bemühte sich im besetzten Weißrußland erfolgreich, diesen Wert zu unterbieten. Entsprechend lang waren die Schlangen vor den Geschäften.

In den Jahren 1942 und 1943 gab es gewisse Versuche, zumindest die für die Produktion als wichtig angesehene Landbevölkerung durch Öffnung von durch die ZO betrie-

331 Besser dokumentiert ist die Rolle der Militärverwaltung in Galizien bzw. der Ukraine. In Lemberg ließ sie von 4600 Geschäften 800 wieder öffnen, wovon 550 Nahrungsmittel verkauften. In Shitomir waren es von 200 etwa 20, in Winniza von 200 etwa 40, die der Stadtkommandant zu öffnen erlaubte. Die tatsächliche Zahl war aber zunächst noch geringer. Vgl. Telegramm WiStabOst, Fü Id, an OKW/WiRüAmt, Ia v. 1. 8. 1941, BA-MA (BArch)P F 44544, Bl. 11f., und EM 60 v. 22. 8. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2009f.

332 Vgl. Der Bezirk Bialystok (1. 3. 1942), BA F 15024, S. 53. Ferner Madajczyk 1988, S. 576.

333 Bericht über veterinär-polizeiliche Revision von Fleischverkaufsläden in Grodno des Kreistierarztes (undatiert, 1943), Sonderarchiv Moskau 1447-1-39, Bl. 63/R.

334 Sechs bis acht sollten als städtische Verkaufsstellen wiedereröffnet werden. Man nannte das die »Überführung vieler kaufmännischer Betriebe in öffentliche Hand«. Die deutsche Zivilverwaltung enteignete hier, was die Sowjets in privaten Händen gelassen hatten. Stadtkommissar Brest-Litowsk, Lagebericht v. 23. 12. 1941, BA F 13752, Bl. 26.

335 Vgl. Lagebericht über den Handel und das Gewerbe (undatiert, Sommer 1942) und Stadtkommissar Brest-Litowsk, Lagebericht v. 26. 8. 1942, BA F 13752, Bl. 129 und 189.

336 Vgl. GebK Brest-Litowsk, Monatsbericht April 1943 v. 22. 4. 1943 und »Arbeitslagebericht« des GebK, Abt. Arbeit, v. 24. 5. bzw. 24. 6. 1943, BA F 13751, Bl. 1139, 1150 und 1166.

337 Der Ortsbeauftragte Brest-Litowsk an den GebK, Betr.: Bericht über die Tätigkeit der Zivilverwaltung seit der Einsetzung der Zivilverwaltung v. 19. 11. 1943, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1679-1693. Es gab auch vier deutsche Restaurants. In diesem Bericht auch Angaben zur Schließungsaktion der Militärverwaltung.

338 Vgl. Wilhelm Janetzke, 15 Monate Zivilverwaltung – Mosaik der Aufbauarbeit in Minsk, in: Deutsche Zeitung im Ostland v. 9. 12. 1942. Siehe die Ausgabe v. 21. 4. 1942.

benen Läden besser mit Gebrauchsgütern zu versorgen. Dazu diente die Einrichtung einiger sogenannter Zentrallager.³³⁹ Die Ergebnisse waren allerdings erbärmlich.³⁴⁰ Die Läden wurden meist in Landstädtchen eröffnet. Es waren wenige, und sie litten ständig an Warenmangel,³⁴¹ da es keine grundsätzliche Änderung der Versorgungspolitik gab. Im Rayon Chislawitschi unterhielt die ZO *einen* Laden – für über 40000 Einwohner. Wenig besser waren die Verhältnisse in der Stadt Slonim. Dort gab es drei kleine Geschäfte für 14000 Menschen plus die Einwohner der Umgebung.³⁴²

Um zu überleben, mußten sich die Weißrussen selbst helfen und etwas zu essen verschaffen. Eine Möglichkeit dazu waren die Bauernmärkte, die von den Deutschen »Schwarzmärkte« genannt wurden. Die Preise waren dort aber so hoch, daß man mit seinem normalen Lohn oder Einkommen praktisch nichts kaufen konnte. Betrachten wir deshalb zunächst das damals herrschende Einkommensniveau. Grundsätzlich wurde von den Deutschen 1941 ein Lohn- und Preisstopp verhängt. Die Stundenlöhne lagen zwischen 0,60 Rubel für Ungelernte unter 16 Jahren und 2,50 Rubel für einen Teil der Facharbeiter, Monatsgehälter meist zwischen 250 und 600 Rubel. Am Niedriglohnkurs hielten Militär- und Zivilverwaltung gleichermaßen bis zum Schluß fest.³⁴³ Eine Ausnahme bildeten nur die weißrussischen Gebiete, die zum Bezirk Bialystok geschlagen wurden – hier bekamen die Einheimischen immerhin höchstens 60 Prozent des niedrigsten ostpreußischen Lohn- und Einkommensniveaus, das seinerseits das niedrigste im Reich war – und die Gebiete, die 1942 zum GK Litauen kamen, wo man 40 Prozent mehr als im GK Weißruthenien verdiente.³⁴⁴ Sonst aber dürften Monatslöhne von rund 500 Rubel schon an der oberen Grenze gewesen sein.³⁴⁵ Etwas über dem üblichen Niveau lag auch das Salär der Eisenbahner.³⁴⁶ Ob Arbeiter oder Ingenieur, Betriebsleiter oder Verwaltungsangestellter, die Löhne lagen

339 Vgl. die Tätigkeits- und Lageberichte der EGr B für 16.–30. 9. und 15. 11.–15. 12. 1942, BA F 40168, Bl. 245, und ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 47–52. Weiter Ord.Offz. Chef WiStab Ost, Bericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost vom 25.–31. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1031.

340 Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 287–289 und 353; dagegen s. o. Kap. 4. 2.

341 Vgl. KTB für den FK-Bereich Klimowitschi, Eintrag für die zweite Februarhälfte 1942, BA-MA RW 31/770.

342 Korück 559, Abt. VII, KTB-Anlage Nr. 10 v. 18. 8. 1943, BA-MA RH 23/155. Weiter Ref. Gew. Wirtschaft an GebK Slonim, Lagebericht Januar – März 1944 v. 15. 3. 1944, BA F 13684, Bl. 1387f. (Chislawitschi liegt 30 km östlich der weißrussischen Grenze im Gebiet Smolensk. Der Rayon grenzt an Weißrußland.)

343 Vgl. Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 3 v. 24. 7. 1941, ZStA Minsk 409–1–1, Bl. 68; Allgemeine Anordnung über die Preis- und Lohngestaltung im Ostland v. 11. 9. 1941, in: Amtsblatt des GK in Minsk 1 (1941), Nr. 3, S. 12f.; Anordnung über die Lohnpolitik (gez. Kube) v. 6. 12. 1941, in: ebd. 2 (1942), Nr. 1, S. 2; Verordnung zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der einheimischen gewerblichen Arbeitskräfte v. 1. 6. 1942, in: ebd., Nr. 6, S. 105–107; Verordnung zur Regelung der Gehaltsbezüge der einheimischen Angestellten und staatlichen und gewerblichen Unternehmen und Betriebe (gez. v. Gottberg) v. 11. 11. 1943, in: ebd., 3 (1943), Nr. 27, S. 278–284; Berück Mitte, Verwaltungsanordnungen Nr. 25 v. 2. 8. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 682–685.

344 Vgl. Verordnung über die Lohngestaltung im Bezirk Bialystok v. 18. 9. 1941, in: Amtsblatt für den Bezirk Bialystok 1 (1941), Folge 12, S. 1. Ferner Rede Kubes am 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 34.

345 GebK Brest-Litowsk v. 20. 12. 1941, BA F 13751, Bl. 900f. Zum Teil wurden die Löhne sogar gegenüber der sowjetischen Zeit gesenkt, sie blieben jedoch in der gleichen Größenordnung: FK 812, Bericht der Militär-Verwaltungs-Gruppe über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 7.–20. 7. 41, BA F 15266, Bl. 2829; Berück Mitte, Lagebericht v. 14. 2. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1088; Stab Berück Mitte, Vorschläge zur Vernichtung der Partisanen im rückw. Heeresgebiet und in den rückw. Armeegebieten, BA-MA WF-03/7363, Bl. 305.

346 Dies wurde vom Reichsverkehrsministerium verteidigt. Vgl. Informationsdienst der Chefr. Wirtschaftspolitische Kooperation (des RMO), Ausgabe 5, Dezember 1942, BA F 10632, Bl. 680.

unter dem »Existenzminimum«, auch im Bezirk Bialystok, um so mehr, wenn davon eine Familie zu ernähren war.³⁴⁷ In sowjetischer Zeit hatten sie ausgereicht, aber nun gab es über die zu niedrigen Lebensmittelrationen hinaus nichts zu kaufen, und oft erhielten die Weißrussen nicht einmal das, was ihnen auf Marken zustand. Sie arbeiteten dann, wie es ein Abteilungsleiter im GK Wollhynien-Podolien ausdrückte, für das wertlose »Tauschmittel Geld«, von ihrer Warte aus »demnach praktisch für umsonst«.³⁴⁸ Wurden die Rationen tatsächlich ausgegeben, konnte man sagen: »Der Russe arbeitet wegen der mangelnden Kaufkraft des Geldes nur der Verpflegung halber.«³⁴⁹ Aus deutscher Sicht waren die Weißrussen durch den willkürlichen Umtauschkurs billige Arbeitskräfte, sie kosteten umgerechnet 10 bis 20 Pfennig die Stunde, 20 bis 50 Reichsmark im Monat.

Die »billige Produktion unter Aufrechterhaltung des niedrigen Lebensstandards der einheimischen Bevölkerung« war eines der wirtschaftlichen Hauptziele der deutschen Politik in den besetzten sowjetischen Gebieten.³⁵⁰ Es galt, »das Lohnniveau so niedrig wie irgend möglich zu halten, um für das Reich den möglichst billigen Bezug von Getreide und allen sonstigen für das Reich wichtigen Erzeugnissen aus den besetzten Ostgebieten sicher zu stellen und auch von der Lohnseite her den Konsum von Verbrauchsgütern im Ostraum einzuschränken.«³⁵¹

Die genannten Einkommen müssen mit dem Preisniveau auf den Märkten in Beziehung gesetzt werden. Während in den offiziellen Verkaufseinrichtungen die alten sowjetischen Preise galten, kostete auf den Bauernmärkten im Juni 1942 in Orscha ein Kilogramm Mehl 5 RM, ein Brot 12 RM, ein Kilogramm Speck 40 RM, ein Liter Milch 2 RM, ein Ei 70 und ein Kilogramm Kartoffeln 95 Pfennig. Die Reichsmark stand dort statt bei 10 bei 15 Rubeln.³⁵² Im Januar 1943 waren es in Witebsk etwa 8 RM je Brot, 4 bis 5 RM für einen Liter Milch, 1,50 RM für 1 Kilogramm Kartoffeln und 2,50 RM für ein Ei, aber eben auch 300 bis 400 RM für ein Paar neue Damenschuhe und 2500 RM für einen gut erhaltenen Herrenpelzmantel.³⁵³ In Bobruisk mußte man im Oktober 1943 für 1 Kilogramm Schweinefleisch 70 RM bezahlen, für 1 Kilogramm Speck 90 bis 100 RM, für 1 Ei 2,30 RM.³⁵⁴ Im Zivilverwaltungsbereich, etwa in Brest, war es das gleiche: zwei Eier kosteten mehr als ein Tagwerk.³⁵⁵

347 Vgl. GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 39; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 22 v. 25. 9. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 347; Bericht zum Arbeitsplan für den Bezirk Bialystok v. 14. 6. 1956, NWStA Detmold, D 21 A, Nr. 6333, unpaginiert.

348 GK Wollhynien-Podolien, Bericht v. 30. 4. 1943, Abschnitt der Abt. Arbeitspolitik und Sozialverwaltung, BA F 13683, Bl. 35.

349 WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 23 v. 5. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 584.

350 Mit diesen Worten bestätigt auf der Konferenz über Ostfragen durch Göring am 8. 11. 1941, vgl. Niederschrift v. 18. 11. 1941, in: Ueberschär/Wette, S. 333.

351 Lohnpolitik in den besetzten Ostgebieten von Hptm. Dr. Spitelner (Wehrwirtschaftliche Ersatzabteilung 3) v. 25. 1. 1943, BA F 10635, Bl. 493.

352 Leitendes WiKdo Orscha, KTB-Eintrag für 11.–20. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 523. Ähnlich nach Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Monatsbericht Juli v. 7. 8. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 1056.

353 Leitendes WiKdo Witebsk, Monatsbericht für 21. 1.–20. 2. v. 24. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 984. Ähnliche Preise nach WiKdo Polozk, Monatsbericht November 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 250.

354 Gruppe Geheime Feldpolizei 580, Tätigkeitsbericht Oktober v. 25. 10. 1943, BA-MA WF-03/17310, Bl. 405.

355 GebK Brest, Arbeitsamt, Monatsbericht November v. 25. 11. 1942, BA F 13751, Bl. 1021.

Man fragt sich, warum diese Märkte von so vielen Menschen besucht wurden, wie es viele Berichte übereinstimmend aussagen.³⁵⁶ Nach deutschen Schätzungen hatte ihr Beitrag zur Lebensmittelversorgung zu sowjetischer Zeit höchstens 15 bis 25 Prozent des Gesamtverbrauchs betragen – in Lettland war es 1943 dagegen ein Drittel, in Estland und Litauen die Hälfte (Zahlen für Weißrußland liegen nicht vor).³⁵⁷ Der Grund für die steigende Anziehungskraft lag darin, daß auf ihnen »fast nur Tauschhandel getrieben«³⁵⁸ wurde. Mit Geld konnte man dort in der Tat wenig anfangen, aber Fertigwaren wie Textilien oder Schuhe, auch gebrauchte, waren ebenfalls Mangelware, außerordentlich teuer und konnten eingetauscht werden. Mancherorts nannte man diesen Vorgang »Kleider essen«.³⁵⁹ Der große Anteil der Märkte an der Lebensmittelversorgung der Weißrussen wurde besonders deutlich, wo sie noch nicht existierten oder geschlossen wurden, wie im frontnahen Borissov des Jahres 1944:

»Unter dem Einfluß der Lahmlegung des Marktes spitzt sich die Ernährungslage der werktätigen Bevölkerung von Borissov erheblich zu. Von der BB-Verpflegung³⁶⁰ kann die Stadtbevölkerung keinesfalls leben. Da sie sich z. Zt. nicht mehr Lebensmittel in ausreichendem Maße auf dem Markt beschaffen kann, wird bei den Betriebsleitern Hilfe verlangt, um Lebensmittel gebettelt, was bisher nicht der Fall war.«³⁶¹

Bis dahin hatten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Stolz bewahren können, aber in einer solchen Situation ging das nicht mehr. Als Arbeitskräfte verloren solche unterernährten Menschen ihren Wert für die Deutschen allerdings vollends. Deshalb wurde das »Experiment«, die Märkte zu schließen, vermutlich wieder rückgängig gemacht.³⁶² Sonst kennzeichnet es die Verhältnisse, daß in Witebsk vier Märkte existierten; in Gomel wurde täglich Markt abgehalten.³⁶³ Die deutschen Wirtschafts- und Militärbehörden hatten sich allerdings nur schwer an die Existenz dieser aus sowjetischer Zeit überkommenen Einrichtungen (»Schwarzmärkte«) ge-

356 Stellvertretend sei auf einen Bericht in der Minsker Zeitung v. 25. 11. 1943 verwiesen, wo der Markt als fremdländisch-folkloristisches Schauspiel präsentiert wurde. Abgedruckt in: Lenhard, S. 112.

357 Vgl. Die Ernährung einer Stadt unter dem Sowjetsystem (enthalten in der Kreislandwirtschaftsführermappe), BA-MA (BArchP)F 44415, Bl. 269–272; RKO, Hauptabteilung III Wirtschaft, Lagebericht zum 31. August 1943, BA-MA RW 31/955.

358 Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 16 des Chefs Sipo/SD v. 14. 8. 1942 über die Verhältnisse im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte; BA-MA SF-01/31536. Manche Ortskommandanturen versuchten vergebens, Geldgeschäfte auf den Märkten zu erzwingen.

359 Mündl. Mitt. Anna Dawidowna Krasnoperko v. 16. 10. 1993. Hierzu auch Gartenschlaeger, S. 71f.

360 Die Verpflegung, deren Verteilung die Chefgruppe Betriebsförderung und Berufserziehung organisierte.

361 Gruppe W an Gruppe Fü/M des WiKdo Borissov, Betr.: Wochenbericht 31. 1.–6. 2. v. 7. 2. 1944, BA-MA RW 31/861. Zu Problemen vor der Zulassung einer größeren Zahl von Märkten vgl. Hauptverwaltung der Reichskreditkassen, Die Wirtschaftslage im Ostland v. 30. 9. 1941, BA 25.02, Nr. 2, Bl. 207. So erklärt sich auch die in Berlin etwas abfällig zur Kenntnis genommene Auffassung des Landwirtschaftschiefs bei der WiIn Mitte Wagner: »Er ist der Ansicht, dass der schwarze Markt unbedingt erhalten werden muss.« WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Besprechung mit den KVVCh [...] am 16./17. Dezember 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 466.

362 Vgl. HeWiFü Mitte, KTB-Beitrag Abt. BB für 21.–27. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 146. Über »eine völlige Schwenkung« (zur Schließung hin) berichtete das KTB WiStab Ost bereits am 19. 4. 1943 anlässlich einer Tagung von Staatsanwälten, die in den besetzten sowjetischen Gebieten tätig waren. In der unmittelbaren Folgezeit scheint in dieser Richtung aber nichts passiert zu sein. BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1129.

363 Standortkommandantur Witebsk, Allgemeiner Kommandantur-Befehl (undatiert), BA-MA RH 34/114, und KTB WiKdo Gomel v. 15. 9. 1942, BA-MA RW 31/824.

wöhnen können und versuchten ihre Tätigkeit immer wieder einzuschränken, bis hin zur Drohung mit der Todesstrafe beim Handel außerhalb des Marktplatzes.³⁶⁴ Bei Versuchen, Preisstopps auf den Märkten durchzusetzen, zeigte die Militärverwaltung Doppelmoral, denn v. Schenckendorff, Tesmer, v. Unold und Knabe begründeten das damit, die weißrussischen Bauern plünderten mit ihren Preisen die Städter aus.³⁶⁵ Herbert Knabe (Leiter der Chefgruppe Betriebsförderung und Berufserziehung) beschwerte sich beim Chef des Wirtschaftsstabs Ost über Preise von 8 Rubel für eine Tomate, doch der erwiderte ihm, diese »Ausführungen« seien »vom menschlichen Standpunkt aus zu begrüßen«, aber wo ein so geringes Warenangebot herrsche, seien die Preise eben hoch.³⁶⁶ In Wirklichkeit waren die Deutschen allein dafür verantwortlich. Selbstverständlich war der Handel von Weißrussen untereinander in der Besatzungszeit nicht immer nur von Solidarität und Nächstenliebe geprägt. Angesichts der schlechten Lebenssituation der Bauern³⁶⁷ und ihres Mangels an Fertigwaren, besonders Bekleidung, konnte man nicht von ihnen erwarten, daß sie ihre Waren verschenkten. Jeder war gezwungen, sein Überleben in der ernstesten Situation unter dem Besatzungsregime selbst zu sichern.³⁶⁸ Was man tun konnte, um den Schwarzmarkt auszutrocknen, machten die Sowjets im Frühjahr 1943 im von ihnen eroberten Charkow vor: Sie beschlagnahmten alle Waren und Lebensmittel und verkauften sie umgehend unter scharfer Kontrolle. Die Folge war ein sofortiges Absinken der Preise.³⁶⁹ Bei den deutschen Besatzungsbehörden war der Wille dazu nie vorhanden.

364 Der Kreiskommissar des Kreises Grodno, Bekanntmachung v. 14. 10. 1941 (deutsch, weißruss. und polnisch), MGVK Minsk 14140 – D 8997; vgl. allgemein Oblt. Schwarz, Preispolitik und Bedarfsdeckung der Bevölkerung v. 3. 2. 1943, BA F 10635, Bl. 526 und 529.

365 Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Lage- und Tätigkeitsbericht v. 14. 2. 1942, gez. v. Schenckendorff (»auf das Rücksichtslosigste«), BA-MA WF-03/7366, Bl. 1085; Okdo. H.Gr. Mitte O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht Juni v. 12. 7. 1943 (gez. Krebs, Chef des Generalstabes, Abschrift), BA R 6/309, Bl. 47 (»Die Bauern geben selbst zu, seit langem nicht so gut gelebt zu haben wie jetzt.«) Vgl. die Preisbekanntmachung Nr. 3 über Verbraucherpreise für Nahrungsmittel v. 9. 5. 1942, mit der Kube den Brotpreis auf 12 Pfennig je Kilogramm, den Fleischpreis auf 20–90 Pfennig usw. festsetzen wollte, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), Nr. 6, S. 103f.

366 Wiln Mitte, Stab I/Id, Protokoll der Kommandeurbesprechung bei Wiln Mitte am 11. u. 12. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 560f.

367 Diese war gewiß nicht besser als vor dem Krieg. Im allgemeinen gestanden die Deutschen den Kolchosbauern (wo und solange die Kolchosen noch nicht aufgelöst waren, hatten diese keinen automatischen Zugriff auf Lebensmittel) 10 Kilogramm Getreide monatlich zu, was 400 Gramm Brot am Tag entspricht, vgl. Brandt, S. 127. Ähnlich z. B. OK II/930 an Korück 582 v. 14. 10. 1941, BA-MA RH 23/223. 1942 waren es in der Ukraine 500 Gramm Getreide je Trudoden (Tagwerk), 750 Gramm bei großer Familie, die also davon miternährt werden mußte. Diese Regelung galt damit auch im weißrussischen Teil des GK Shitomir. KTB WiStab Ost v. 4. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 590. 500 Gramm Getreide, 1000 Gramm Kartoffeln sowie Salz, Milch u. a. bekamen »Vollarbeiter« auf Staatsgütern (Sowchosen) der Wiln Mitte 1943, Kinder abgestuft weniger. Wiln Mitte, Chefgr. La, Fachliche Weisung Nr. 23 v. 24. 5. 1943, ZStA Minsk 412–1–120, Bl. 32–34; vgl. auch eine entsprechende Verordnung über die Staatsgüter in Wollhynien, in: Amtsblatt des GK Wollhynien-Podolien 1 (1942), S. 2–3. Anfang 1943 lebten im Gebiet Brest viele Bauern nur von Kartoffeln. GebK Brest, P II, v. 10. 4. 1943, BA F 13751, Bl. 1113.

368 Inwieweit hier das Bild einer Solidargemeinschaft des weißrussischen Volkes zutrifft oder eher das einer Konkurrenzsituation verschiedener Einwohner und Bevölkerungsgruppen, wird erst eine umfassende Alltagsgeschichte der Besatzungszeit klären können.

369 Beauftragter des RMO beim Okdo. H.Gr. Süd – Major O. W. Müller, Bericht Nr. 5/43 v. 10. 5. 1943, BA-MA PPF-01/8213, Bl. 836 (»Maßnahmen der Sowjets in den von ihnen vorübergehend besetzten Gebieten«).

Eine noch größere Bedeutung für das Überleben der städtischen Zivilbevölkerung als die Bauernmärkte hatten das Hamstern sowie das Aktivieren von Verwandtschaftsbeziehungen und Bekanntschaften auf dem Lande.³⁷⁰ Diese Möglichkeit bestand allerdings für die Juden kaum. In Weißrußland wie in den besetzten Teilen der Ukraine und Rußland bevölkerten fast ständig tausende Menschen die Ein- und Ausfallstraßen der Städte, um vom Land Lebensmittel heranzuschaffen. Meist wanderten sie zu Fuß.³⁷¹ Ein Schlaglicht auf das Ausmaß dieser Bewegungen wirft die Tatsache, daß v. Gottberg als ein Fazit der sechstägigen totalen Durchsuchung der Stadt Minsk im April 1943 (Unternehmen »Zauberflöte«) anführte: »Auf dem Güterbahnhof wurden aus den Güterwagen ergriffen und überprüft: etwa 22 400 Personen als Schwarzfahrer«!³⁷² Bei der Aktion wurden insgesamt nur rund 1000 Personen zwangsweise in Arbeitsstellen eingewiesen und 35 festgenommen. Von den erwähnten 22 400 Personen hatten also fast alle reguläre Arbeit oder waren als arbeitsunfähig anerkannt, und das unter Umständen mit der Todesstrafe bedrohte Verbrechen des »Schwarzfahrens«, der Benutzung der Eisenbahn ohne Sondergenehmigung, wurde nicht geahndet. Schon beim Betreten der Eisenbahnanlagen wurde sonst ohne Anruf geschossen. Nach Beobachtungen bei der 3. Panzerarmee handelte es sich im übrigen bei den »Eisenbahntramps« zumeist um junge Leute.³⁷³ Diese Menschen blieben ihren Arbeitsstellen fern, um Lebensmittel für ihre Familien aufzutreiben. Der Kommandeur des Heeresstreifendienstes beim Wehrmachtbefehlshaber Ostland reagierte auf die Ergebnisse der Operation »Zauberflöte« scharf und forderte regelmäßige Razzien auf Bahnhöfen:

»Wenn es sich zwar wohl zum großen Teil um solche Leute handelt, die irgend einen Grund zu ihrer Reise zu haben glauben, aber aus Bequemlichkeitsgründen [um] keine Reisegenehmigung nachgesucht bzw. keine erhalten haben oder um Schleihhändler, so besteht aber auch die Möglichkeit, daß Banditen (Partisanen) in größeren Mengen auf diesem Wege ihren Aufenthalt verändern. [...] [Nur] rücksichtsloses Durchgreifen, am besten Unterbringung aller einheimischen zivilen Schwarzfahrer (auch Frauen) in Arbeitslagern, verspricht Erfolg.«³⁷⁴

Die bei der Aktion »Zauberflöte« Aufgegriffenen hatten Glück, man konnte nicht kurzfristig ein Fünftel der Minsker Bevölkerung in Lager stecken. Ansonsten liefen die Hamsterer ständig Gefahr, als Ortsfremde, Wanderer oder Verdächtige verhaftet und erschossen zu werden. Viele dürften mit ihrem Leben bezahlt haben. Sie verstießen gegen das Wanderverbot – das sich unter anderem gegen die Lebensmitteltransfers in die Städte richtete – und gegen das Verbot, direkt beim landwirtschaftlichen

370 Ähnliche Einschätzungen bei Brandt, S. 123f., und Gartenschlaeger, S. 71f.

371 Siehe z.B. Der Vertreter des RMO im Stabe der H.Gr. Nord, Politische und wirtschaftliche Probleme der militärischen und zivilen Verwaltung der besetzten Ostgebiete (Dezember 1942), Nbg. Dok. PS-1381.

372 Der Führer des Unternehmens »Zauberflöte«, Gefechtsbericht des Unternehmens »Zauberflöte« v. 24. 4. 1943 (gez. v. Gottberg), ZStA Minsk 685-1-1(1), Bl. 104.

373 Vgl. Anlage 1 zu Pz.AOK 3, Ic/AO(ABw.III) v. 8. 7. 1943, BA-MA WF-03/32845, Bl. 925.

374 Es kam zu Absprachen mit Sicherungstruppen, Ordnungs- und Sicherheitspolizei. WBfh. Ostland, Kommandeur Heeresstreifendienst (Aufgabengebiet Gen. z.b.V.), Bericht Nr. 7 v. 4. 6. 1943, BA-MA F 7659, Bl. 316. – Wie erwähnt waren Reisegenehmigungen schwer zu bekommen, und schon gar nicht zum Zweck der Lebensmittelbeschaffung auf dem Land, womöglich mehrmals wöchentlich.

Erzeuger einzukaufen.³⁷⁵ Außerdem konnten ihnen bei »Verstößen gegen die Arbeitspflichtverordnung« die Lebensmittelkarten entzogen werden.³⁷⁶ Der bei weitem häufigste »Verstoß« war das Wegbleiben zur Nahrungsbeschaffung. Die weißrussische Bevölkerung mußte dieses Risiko eingehen, um nicht Hungers zu sterben. Sie schmälerte damit die Lieferungen, die die deutsche Verwaltung aus dem Lande herauspressen konnte. Hätten die Deutschen ihre Absichten und Rechtsbestimmungen durchsetzen können, Wanderverbot, Meldegesetze, Restriktionen gegen die Bauernmärkte und Arbeitsbelastung hätten bei den gegebenen Rationen unweigerlich zum Verhungern eines Großteils der Weißrussen in den Städten geführt.

c) Hunger

Der alltägliche Hunger im besetzten Weißrußland hat in der Forschungsliteratur und in den für die vorliegende Darstellung zur Verfügung stehenden Quellen und Erinnerungsberichten wenig Spuren hinterlassen.³⁷⁷ Quantifizierungen sind kaum möglich. Trotzdem scheint es so, daß die Zahl der Hungertoten unter den nichtjüdischen städtischen Zivilisten eher gering war. Dagegen verhungerten auf weißrussischem Boden hunderttausende Kriegsgefangene, mehrere tausend Juden, Flüchtlinge, Anstalts- und Lagerinsassen, also genau definierte Bevölkerungsgruppen.³⁷⁸ Charakteristisch für deutsche Quellen zu dieser Frage sind Kontrastdarstellungen gegenüber den allen bekannten Anfangsplänen. »Verhungerte sind noch nicht gefunden«, berichtete der Wirtschaftsinspekteur Mitte, General Weigand, im Februar 1942 bei General Thomas.³⁷⁹ Das stimmte in dieser Absolutheit wohl kaum; zu dieser Zeit verzeichnete man in Minsk bereits Hungertote.³⁸⁰ Im Sommer 1941 sollen in einem Minsker Kinderkrankenhaus viele Kinder und auch Personal verhungert sein. Um Brot bettelnde Kinder gehörten auch später im besetzten Minsk zum Straßenbild.³⁸¹ Die Verhältnisse in den Kinderheimen waren unterschiedlich (siehe Kap. 10.5). In anderen Teilen der besetzten sowjetischen Gebiete, so in Rshew, Sumy, Poltawa, Charkow und auf der Krim, starben viele Einwohner an Mangel und Hunger.³⁸² Für Charkow liegen auch statistische Angaben vor. Dort registrierte die Stadtverwaltung

375 Vgl. Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Monatsbericht Juli v. 7. 8. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 1052, und WiIn Mitte, Chefgr. La., Besondere Anordnungen Nr. 17 v. 4. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1201.

376 HeWiFü Mitte, Abt. Arbeit, Aktenvermerk Vortrag/Besprechung bei OB Heeresgruppe Mitte v. 1. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 713.

377 Über Quellenprobleme bei der Ernährungsgeschichtsschreibung allgemein z. B. Montanari 1993.

378 Siehe Kap. 7.2d und 7.3b (Juden), 8.3 (Kriegsgefangene), 10.6 (Flüchtlinge), 7.4f (Lagerinsassen).

379 [WiRüAmt,] Stab Ia, Niederschrift über die Besprechung mit den Inspektoren Ost v. 23. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 586.

380 Kube an Lohse v. 6. 2. 1942, IfZ Fb 104/2.

381 Vgl. den autobiographischen Roman des ehemaligen Angehörigen der Kranken-Transport-Abteilung 531, Körner-Schrader, S. 83–86. Er beruht auf damals gemachten Notizen. Für seine Authentizität spricht, daß die Darstellung an einigen Stellen durch andere Quellen bestätigt wird, vgl. Anm. 8/179. Ferner pers. Mitt. K. Wafner v. 3. 8. 1992.

382 Vgl. zu Rshew: Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 42 des Chefs Sipo/SD v. 19. 2. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 571; Tagebuch der Nina Semjonowa, in: Kohl, S. 162–165. Sumy und Poltawa (Rationen von 100 bzw. 125 Gramm Brot): WiStab Ost, Monatsbericht Januar v. 18. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 481. Krim: EM 167 v. 11. 2. 1942, BA-MA SF-01/28935, Bl. 3824.

zwischen Januar und August 1942 11185 Hungertote.³⁸³ Der Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet A (vorher Süd) berichtete, daß dieser Krieg »unermessliche Opfer unter der Zivilbevölkerung, insbesondere in den Hungergebieten der ›Kahlfrasszonen‹, gefordert hat«. ³⁸⁴ Die Leningrader Tragödie ist weithin bekannt.³⁸⁵

Für Weißrußland fehlen genaue Nachrichten. Auch punktuelle Daten zur Sterbe- und Geburtenrate erlauben – im Gegensatz etwa zum deutsch besetzten Vorfeld Leningrads³⁸⁶ – keine gesicherten Aussagen.³⁸⁷ Jedoch breiteten sich offensichtlich Mangelkrankungen aus. Bereits im August 1941 soll es in Witebsk 2000 bis 3000 Typhusfälle gegeben haben.³⁸⁸ Im Winter 1941/42 erfaßte eine Fleckfieberepidemie, vermutlich von den Kriegsgefangenenlagern ausgehend, ganz Weißrußland. Die Sterblichkeit soll dabei anfangs noch relativ niedrig, bei 1 bis 2 Prozent der Erkrankten, gelegen haben. Während Wehrmachtangehörige zumindest im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte nur zwischen 0,7 und 4 Prozent der Fälle mit geringer Mortalität ausmachten (insgesamt einige hundert), lag der Schwerpunkt bei der einheimischen Zivilbevölkerung (bis 7000 Fälle gleichzeitig).³⁸⁹ 1943 war dies in Minsk schon zum Normalzustand geworden.³⁹⁰ 1942 forderte die Ruhr in Sluzk mindestens 17 Tote.³⁹¹ Krätze und Magenerkrankungen grassierten, und Tuberkulose, Diphtherie und Lungenentzündung forderten viele Todesopfer unter der geschwächten Bevölkerung, speziell unter den Flüchtlingen.³⁹² Zumindest indirekt forderte der Hunger also sehr wohl Opfer. Dazu trugen die Deutschen, allen voran die Militärverwaltungsbehörden, nach Kräften bei durch systematische medizinische Unterversorgung, Schließung von Apotheken, Beschlagnahme von Arzneimitteln und die Ablehnung, neue

383 Hilberg, Täter, S. 223; vgl. Brandt, S. 124 f. Charkow hatte bei Kriegsbeginn 800 000, am 1. 7. 1942 446 073 Einwohner. In dieser mit Kiew größten Stadt des deutsch besetzten Gebiets hatten die Bewohner jedoch besonders schlechte Chancen, sich Lebensmittel zu beschaffen.

384 Berück A an GenQu, Betreff: Behandlung der Landeseinwohner (gez. v. Roques, Abschrift) v. 14. 9. 1942, BA-MA RH 3/v. 383.

385 Siehe Salisbury; Adamowitsch/Granin; Letzt.

386 Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 39 und 42 v. 29. 1. und 19. 2. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 455 und 571.

387 Vgl. Angaben der Amtskommissariate des Kreiskommissariats Grodno über die Zahl der dort lebenden Polen vom Juni 1944, Sonderarchiv Moskau, Akte 1447-1-49; FK 581 – Verwaltungsgruppe –, Lagebericht v. 25. 9. 1942, BA-MA RH 26-203/3 (über einige Rayons bei Bobruisk); Standortkommandantur Nowel, Monatsberichte v. 23. 7. und 23. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 56997, Bl. 496 und 539.

388 Bericht des Sanitätsoffiziers bei der FK 184 (Minsk) an den Leitenden Sanitäts-Offizier beim Berück Mitte v. 31. 8. 1941, ZStA Minsk 370-1-142, Bl. 113.

389 Vgl. insbesondere Leit. San.-Offz. b. Befehlsh. d. rückw. H.Geb. Mitte, Bericht über Fleckfieber v. 21. 3. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 987 f., mit Monatsangaben für Dezember 1941 bis März 1942. Weiter Auszug Lagebericht der Stadt Minsk v. 31. 1. 1942 (Minsk-Stadt 133, Minsk-Land 463 Fälle), ZStA Minsk 370-1-141a, Bl. 218 f.; EM 152 v. 7. 1. 1942, BA-MA SF-01/28935, Bl. 3513 f.; siehe auch GK Shitomir, Lagebericht Mai v. 3. 6. 1942, BA R 6/310, Bl. 22 (125 Fälle mit neun Todesopfern in Karawatschitschi, Gebiet Wassiljewitschi). Zur Legendenbildung Rosenbergs »Meldung an den Führer« v. 11. 8. 1942, BA-MA FPF-01/8192, Bl. 772 f.

390 Es waren meist 700–900 Fälle, also fast 1 % der Einwohner. Vgl. Tagesmeldungen der Stadtkommandantur über Fleckfieberfälle in Minsk vom 8. 1.–2. 7. 1943, GebA Minsk 688-3-6, Bl. 7-56.

391 GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 10 ff.

392 Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 16, 35 und 42 v. 14. 8. und 23. 12. 1942 und 12. 2. 1943, BA-MA SF-01/31536, Bl. 168, /28938, Bl. 306, und /28940, Bl. 571; WiIn Mitte, Chefgr. BB(I), Lagebericht Dezember 1942 v. 6. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 825; Meldung über ansteckende Krankheiten und Todesfälle im Gebiet Glebokie 20.–30. 7. bzw. 1.–10. 8. 1942, ZStA Minsk 370-1-483, Bl. 71 f. und 101 f.

zu beschaffen, Übernahme der Krankenhäuser in Wehrmachtnutzung³⁹³ und nicht erfolgte oder verschleppte Impfungen. Betriebsärzte dienten später in erster Linie dazu, kranke Arbeiter gesundzuschreiben.³⁹⁴ Hinsichtlich der Apotheken befahl v. Schenkendorff: »Die Zahl der Apotheken ist so niedrig wie möglich zu halten. Unter Einrechnung der Bevölkerungszahl der ländlichen Umgebung kommt bei 50000 bis 60000 Einwohnern eine Apotheke in Betracht.«³⁹⁵

Die zeitgenössischen Kriminalberichte sagen, wie nicht anders zu erwarten, aus, daß Eigentumsdelikte wie Überfälle auf Lebensmittelgeschäfte und sogenannter Kartoffeldiebstahl vorherrschten.³⁹⁶ Auch Bauern litten teilweise Hunger.³⁹⁷ Der weißrussischen Bevölkerung blieb nicht verborgen, daß ihre Ernährungssituation einer zielgerichteten deutschen Politik zuzuschreiben war. »Durchaus nicht vereinzelt werden Stimmen laut, die behaupten, es läge System darin, die Deutschen wollten das [weiß]russische Volk langsam verhungern lassen«, meldete die in Orscha stationierte GFP-Gruppe.³⁹⁸ Dennoch frohlockte Weigand in seinem persönlichen Tagebuch: »[...] auch unsere Russen sind noch nicht verhungert, selbst in den Grossstädten nicht, wie das noch vor einem halben Jahr alle Fachmänner – von General von Schenkendorff an abwärts – als unumgänglich behauptet hatten. Ich hatte mit meinem Optimismus auch wieder recht behalten.«³⁹⁹

Kube drückte es mit gewohnter sprachlicher Brutalität aus: »Danach, was an deutscher Gesetzgeberfreudigkeit in den Osten gekommen ist, besonders auf dem Gebiet der Ernährungspolitik, müssten die Weissruthenen längst verhungert sein. Das ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil, sie sind in einem guten Futterzustand.«⁴⁰⁰ Erstens

393 In Witebsk ließ die Wehrmacht der Stadtverwaltung im Juli 1941 lediglich 40 Betten für die zivile Nutzung übrig. EM 34 v. 26. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1674.

394 Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 342.

395 Zusammenfassung der Verwaltungsanordnungen Nr. 1–31 des Berück Mitte, Abt. VII, Stand 1. 12. 1942, BA-MA WF-03/5470, Bl. 563. Zuerst in Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 9 v. 21. 10. 1941, ZStA Minsk 570–1–1, Bl. 131R.

396 Vgl. Meldeblatt des KdS Bialystok 1. Jg Nr. 1 v. 1. 4. 1943, Sonderarchiv Moskau 1323–2–295, Bl. 14 f.; EG B, Polizeilicher Tätigkeitsbericht für 17–23. 8. 1941, BStU, ZUV 9, Bd. 31, Bl. 36; FK 815(V), Abt. III, Verfügung v. 20. 10. 1942 über die Verurteilung von zwei »Russen« wegen Kartoffeldiebstahls zum Tode (gez. vom FK in Witebsk, Oberst Bickel), als Faksimile in: Beluga, Abb. nach S. 368.

397 Vgl. die Akte GebA Minsk 624–2–1, Bl. 10 ff., für den Rayon Borissow im Winter 1941/42 und Bericht des Hauptkommissars Minsk über die Inspektion beim GebK Minsk-Land am 26. 11. 1941, ZStA Minsk 370–1–490, Bl. 4.

398 Und später: »Selbst von zuverlässigen und deutschfreundlich eingestellten Russen wird zum Ausdruck gebracht, dass unter Stalin derartige Verhältnisse unmöglich wären.« Gruppe GFP 723, Verhalten, Stimmung und Lage der Bevölkerung in den besetzten Gebieten v. 26. 2. und 26. 8. 1943, BA D-H ZM 868, A. 4, Bl. 268 und 377.

Ähnlich war es im Raum Brest, wo der SS- und Polizeistandortführer Rohde hinzufügte: »Hat man denn ganz vergessen, daß im Altreich der Kommunismus nicht allein durch die nationalsozialistische Weltanschauung, sondern vor allem durch die Lösung der Magenfrage zum Erliegen gebracht wurde.« SS PF in Brest-Litowsk, Der SS- und Polizeistandortführer, Lagebericht v. 12. 6. 1942, BA F 13752, Bl. 139.

399 KTB WiIn Mitte v. 1. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 924. Das KTB enthält Auszüge des persönlichen Tagebuchs Weigands.

400 Rede Kubes am 8. 4. 1943 vor den GebK und Abteilungsleitern, IfZ Fb 85/I, Bl. 36. Ähnlich der Abschlußbericht WiStab Ost (Müller, Wirtschaftspolitik, S. 89), vermutlich basierend auf: Arbeitsbericht der Erfassung und Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den besetzten Ostgebieten v. 10. 5. 1943, BA-MA FPF-01/8166, Bl. 843.

stimmte das nicht, und zweitens war das Überleben der Weißrussen nicht das Verdienst Kubes oder irgendeines anderen deutschen Besatzungsfunktionärs, sondern, wie ausgeführt, Ergebnis des Überlebenskampfes der weißrussischen Bevölkerung. Dazu kamen die organisatorischen Gründe, aus denen die Deutschen ihren Hungerplan nicht durchführen konnten, wie es Peter-Heinz Seraphim für die Ukraine formulierte:

»Es ist selbstverständlich, dass sich die Bevölkerung der Städte gegen das ihnen zugedachte Verhungern wehrt, d. h. dass die städtische Bevölkerung versucht, durch Umtausch von Gebrauchsgütern des täglichen Bedarfs, die der Bauer benötigt, sich Lebensmittel zu verschaffen. Dieser Ausweg wird für die ukrainischen Mittelstädte [alle außer Kiew und Charkow] immer möglich sein und praktisch auch durch keine Polizeiexecutive, für die es überdies an Personal mangelt, ganz zu verhindern sein.«⁴⁰¹

d) Zwangsaussiedlungen aus den Städten 1941/42

Durch die geschilderte Politik schufen die Deutschen in den Städten von Anfang an unerträgliche Lebensbedingungen. Ihr Ziel war dabei 1941 die Verringerung der Stadtbevölkerung, maßgeblich aus ernährungspolitischen Gründen. Daß dabei die meisten Funktionäre über Leichen gehen wollten und auch gingen, dürfte aus dem bisher Gesagten deutlich geworden sein. Die Ergebnisse der gelenkten Stadtfucht, die Übersiedlung der dortigen Bewohner aufs Land (meist zu Verwandten), reichten aber vielen Besatzungsorganen nicht aus. Sie ergriffen zusätzliche bevölkerungspolitische Mittel, und eins davon war, Städter zwangsweise auszusiedeln. Jedoch gab es unter den Besatzungsfunktionären mehrere Fraktionen. Einige meinten, daß die Stadtbewohner nach einer Ausweisung auf dem Land durch ihren Nahrungsmittelkonsum die dortigen Überschüsse aufzehren oder verkleinern würden und deshalb im Gegenteil unter allen Umständen in den Städten gehalten werden müßten, einschließlich »freiwilliger« Abwanderer, und zwar letztlich, um sie verhungern zu lassen. Zwischen diesen beiden Positionen standen allerdings viele Militär- und Zivilverwaltungsbeamte, die weder das eine noch das andere taten, sondern die Sache eher laufen ließen. Maßnahmen in beide genannte Richtungen waren jedoch in Weißrußland örtlich zu beobachten – was etwas über den großen Entscheidungsspielraum aussagt –, teilweise ergab sich ein regelrechter Zickzackkurs.

In der »Grünen Mappe« war vorausgesagt worden, daß eine Abwanderung der Bevölkerung aufs Land nicht zu verhindern sein werde. Es komme darauf an, diese Menschen in der Landwirtschaft für deutsche Zwecke sinnvoll einzusetzen, wo wegen des zu erwartenden »Maschinenausfall[s]« durchaus mehr Arbeitskräfte zu gebrauchen seien.⁴⁰² Als die Wehrmacht aber in Weißrußland einrückte, hängte sie verbreitet Plakate auf, in denen es hieß: »Flieht nicht auf die Dörfer!« Die Städter

⁴⁰¹ Zur Lage im Reichskommissariat Ukraine v. 29. 11. 1941 (Abschrift), Nbg. Dok. PS-2174, BA F 16031. Die Passage ist in der bekannten, gekürzten Fassung der Denkschrift, die vom RÜIn Ukraine am 2. 12. 1941 an Thomas weitergesandt wurde, nicht enthalten. Diese ist abgedruckt in: IMT, Bd. 32, S. 71–75. – Siehe auch die Einschätzung des Vertreters des RMO bei der H.Gr. Nord vom Dezember 1942, Nbg. Dok. PS-1381.

⁴⁰² Grüne Mappe, Teil I, 2. Auflage, Nbg. Dok. NG-1409, S. 16.

würden in den Städten Arbeit und Essen bekommen.⁴⁰³ Den Offizieren in den Wehrmachteinheiten und -dienststellen kann angesichts der Planungen und der Rolle der Kommandanturen bei der Nichtversorgung der Bevölkerung von den ersten Tagen an nicht zugebilligt werden, sie hätten nicht ahnen können, daß diese Zusage nicht gehalten werden sollte. Tatsächlich wurden Flüchtlinge beispielsweise aus Minsk kurz nach dem Einmarsch, um den 28. und 30. Juni 1941, an verschiedenen Stellen von deutschen Einheiten in die Stadt zurückgeschickt.⁴⁰⁴ Viele kehrten bald auch freiwillig zurück.⁴⁰⁵ Schon am 5. Juli hatte sich aber das Vorgehen der zuständigen deutschen Dienststellen in Minsk geändert: »Im übrigen fordert die Kdtr. die Zivilbevölkerung auf, Minsk zu verlassen und aufs Land zu gehen. Diese Maßnahme steht im Widerspruch zum Inhalt der vorbereiteten Bekanntmachungen, ist aber durch den Nahrungs- und Unterkunftsmangel begründet.«⁴⁰⁶ Bei der erwähnten Kommandantur handelte es sich noch nicht um die erst am 6. Juli abends eintreffende Feldkommandantur, sondern offensichtlich um die von einem motorisierten Infanterieregiment gebildete Standortkommandantur oder Ortskommandantur. Diese baute noch keine einheimische Verwaltung auf (beziehungsweise reaktivierte sie nicht),⁴⁰⁷ daher blieb es zunächst bei der Aufforderung. Sobald die einheimische Verwaltung arbeitete, änderte sich das: Eine ihrer »vordringlichste[n] Aufgabe[n]« waren Maßnahmen zur Aussiedlung eines Teils der Minsker. Die Stadtverwaltung wurde unter maßgeblicher Mithilfe der Einsatzgruppe B eingesetzt und stand wohl auch zunächst unter ihrem Einfluß. Die Einsatzgruppe meldete noch in der ersten Julihälfte, »daß von dem weißruthenischen Stadtkommissar als Sofortmaßnahme die Rückführung der seit 1928 zwangsweise verstädterten Landbevölkerung auf das Land eingeleitet worden ist. Während die Stadt Minsk ernährungswirtschaftlich entlastet wird, werden der Landwirtschaft neue Kräfte zugeführt.«⁴⁰⁸

Die Feldkommandantur 812 begrüßte den »natürliche[n] und von uns vom Standpunkt der Ernährung auch zu begrüßende[n] Drang des Menschen, in Kriegszeiten nach Haus, d.h. meist aus der Stadt ins Heimatdorf zu gehen«. Sie hatte zur »Erleichterung der Versorgungslage im Einvernehmen mit AOK 4 die Bevölkerung aufgefordert, aufs Land zurückzukehren, soweit sie es im Zuge der 1929 begonnenen unorganischen Verstädterung verlassen hatte.« »In Ermangelung genauerer Weisungen« verhinderte sie »nach Kräften« aber eine Abwanderung in östliche Richtungen, Richtung Front.⁴⁰⁹ Im Gegensatz zur Wirtschaftsabteilung der 4. Armee hatte sie also keine Richtlinien für das Handeln in der Evakuierungsfrage; trotzdem arbeiteten

403 Z.B. Aufruf »Werktätige! Arbeiter! Bauern!«, BA-MA WF-03/14267, Bl. 1112 (Akten des Korück 559/4. Armee); BA-MA (BArchP)F 43059, Bl. 222 (Akten WiKdo »Hirschberg«).

404 Vgl. Krasnoperko, S. 9, und Niederschrift von W. P. Stasewitsch v. 20.10.1980, MGVK Minsk 20-10³-15-23503.

405 Vgl. Deutsche Zeitung im Ostland v. 6. 8. 1941.

406 KTB VO IV Wi OKW/WiRüAmt zur 4. Armee v. 5. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 9.

407 Vgl. ebd. v. 5. und 6. 7. 1941, Bl. 9f. Von einer OK und nicht Standortkommandantur berichtete die Abt. VII der FK 812, vgl. Anm. 4/226.

408 EM 21 v. 13. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1489 und 1491. Die Fiktion einer »zwangsweise verstädterten Landbevölkerung« entsprach der Theorie von der natürlichen bäuerlichen Bestimmung der Weißrussen.

409 FK 812, Bericht der Militär-Verwaltungs-Gruppe über ihre Tätigkeit 7.-20. 7. v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2824f. und 2829f. Die Ernährungslage wurde als einzige Begründung angegeben.

beide in die gleiche Richtung. Der Agrarfunktionär Schiller empfahl am 15. Juli nach einer Minsk-Reise: »Falls eine Überführung von Teilen der städtischen Bevölkerung aufs Land erfolgen soll, wie sie z. B. von der Feldkommandantur Minsk bereits in die Wege geleitet wird, sollte eine Primitivsiedlung russischen Stils (Erdhütten) in den Dörfern gefördert werden.«⁴¹⁰ Man war sich durchaus im klaren, daß Aussiedlungen aus der Stadt keine Sommerfrische bedeuteten, sondern Obdachlosigkeit, Flüchtlingsschicksal und Elend zur Folge haben konnten. Daß diese Aussiedlungen aus Minsk schon im Sommer 1941 tatsächlich stattfanden, bezeugen weitere Quellen, aus denen ihr Umfang aber nicht hervorgeht.⁴¹¹

Die gleichen Phänomene kann man auch anderswo in Weißrußland beobachten, so die Stadtflucht in Mogilew und den Städten der Umgebung. Ernährungs- und Wohnungslage wurden als Ursachen angegeben.⁴¹² In Polozk und anderen Städten wurden »überschüssige Arbeitskräfte aufs Land vermittelt und bei den Ernte- und Herbstbestellungsarbeiten eingesetzt«.⁴¹³ Ende August 1941 hielten sich nach Schätzungen 50000 ehemalige Bewohner von Witebsk in der Umgebung der Stadt auf, »die notgedrungen auf dem Lande miternährt werden müssen.«⁴¹⁴ Sie hatten wohl größtenteils »freiwillig« die Stadt verlassen, das heißt getrieben von Bomben, Feuersbrunst, Hunger, Wohnungsnot und politischer Verfolgung. Im Dezember schien dieses Maß nicht mehr auszureichen; nun hatte die einheimische, von den Deutschen abhängige Stadtverwaltung vor, »8 bis 10000 Einwohner auf das Land auszusiedeln« als Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit, Schwarzhandel, Arbeitskräftemangel in der Waldwirtschaft und zur »Stabilisierung der Ernährungslage«.⁴¹⁵ Die konkreten Folgen sind unbekannt. Soweit Maßnahmen nachweisbar sind, waren sie in Durchführung und Begründung nicht arbeitseinsatzpolitischer, sondern ernährungswirtschaftlicher Natur, wobei die bis in die Nähe von Witebsk getragene sowjetische Winteroffensive einen zusätzlichen Impuls gab. Furcht vor deutscher Verfolgung nach einem Attentat auf den stellvertretenden (einheimischen) Stadtbürgermeister und die »Massnahmen der deutschen Militärbehörden gegen den befürchteten Durchbruch der Bolschewisten«⁴¹⁶ (nämlich die Internierung aller Witebsker Männer zwischen 15 und 60 Jahren, nachdem sowjetischen Flugzeugen angeblich Leucht-

⁴¹⁰ Bericht über eine Reise mit KVVCh Dr. Wagner, WiIn Mitte, zur Erkundung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Weißrußland und zum Besuch des WiKo Minsk 8.–11. 7. v. 15. 7. 1941 (Unterschrift: Schiller), BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 517. Im KTB WiStab Ost v. 15. 7. 1941 wurde zusammengefaßt: »Für auf das Land übergeführte Stadtbevölkerung müssen [...] Erdhöhlensiedlungen angelegt werden.« BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 36.

⁴¹¹ Vgl. Ftschr. WiStab Ost, Fü Id (Dr. Musset) an OKW/WiRüAmt, Stab Ia, v. 19. 7. [1941], BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 411, und WiStab Ost, Fü Id, 3. Vierzehntagesbericht (3. 8.–16. 8.) v. 30. 8. 1941 (gez. Schubert), BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 884. Auch über die Durchführungsmethoden ist nichts bekannt. Es dürfte sich um Wohnungsausweisungen gehandelt haben. Die Durchführung oblag den einheimischen Stadtverwaltungen.

⁴¹² Vgl. EM 133 v. 14. 11. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3178f.

⁴¹³ EM 91 v. 22. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2512. Die Verwendung für die Herbstbestellung legt den Schluß nahe, daß es sich nicht nur um den üblichen kurzfristigen Einsatz wegen der Ernte handelte.

⁴¹⁴ A.O.K. 9, IV Wi La, Verhandlungs-Niederschrift v. 23. 8. 1941 über eine Sitzung mit den einheimischen Rayonagronomen, BA-MA (BArchP)F 42878, Bl. 676.

⁴¹⁵ EM 145 v. 12. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3391.

⁴¹⁶ EM 178 v. 9. 3. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 3971.

signale gegeben worden waren)⁴¹⁷ führten zur vorübergehenden Flucht von 8000 Menschen, darunter vieler Arbeiter. Mit etwas zeitlichem Abstand wertete es das in Witebsk stationierte Einsatzkommando 9 anders: Der dauerhafte Einwohnerrückgang betrug insgesamt etwa 12000 Personen. Nicht nur, daß die Stadtverwaltung geringe Lebensmittelmengen aufgetrieben hatte:

»Das gleichzeitige Absinken der Bevölkerungszahl in Witebsk bis Ende Februar auf 38206 Einwohner, hervorgerufen durch Flucht nach Fliegerangriffen und Abwanderung infolge mangelhafter Versorgung der *nichtarbeitenden* Bevölkerung, hat ebenfalls eine Entspannung der allgemeinen Ernährung mit sich gebracht.«⁴¹⁸

Offensichtlich ging es also darum, Nichtarbeiter gezielt aus den Städten zu entfernen. Das zeigt sich auch an der zweiten, diesmal von der Zivilverwaltung begonnenen Aussiedlungsaktion in Minsk, denn diese zielte vor allem auf die Entfernung der Kinder ab, und zwar *aller* Kinder, denn nicht anders kann man den anfänglichen Plan bewerten, 30000 Kinder aus der 120000-Einwohner-Stadt wegzuschicken.⁴¹⁹ Als Grund wurde die Ernährungslage angegeben. Sie wurden teilweise bäuerlichen Familien übergeben und sollten von ihnen anscheinend mit durchgefüttert werden, vermutlich mittels Einschränkung des Konsums dieser Familien, ohne Vergrößerung ihrer Zuteilung. Nachdem zwischendurch das Vorhaben auf 4500 Kinder reduziert worden war, wurden im Endergebnis ab Jahresanfang 1942 doch 10000 aus Minsk umgesiedelt.⁴²⁰ Offenbar wurden sie teilweise ihren Familien entrissen, denn 10000 Waisenkinder dürfte es in Minsk damals nicht gegeben haben, und von einer Mitumsiedlung von Elternteilen ist nichts bekannt. Die Aktion wurde vom »Weißruthenischen Selbsthilfewerk« unter Aufsicht von Dr. Weber,⁴²¹ Abteilungsleiter Gesundheit beim Generalkommissar, und von den Gebietskommissaren organisiert, von denen sich allerdings einige weigerten, Kinder aufzunehmen.⁴²² So wurden am 20. März 1942 die Kinder aus dem Kinderheim Nr. 1 in Minsk nach Klezk gebracht.⁴²³ Um eine reine Fürsorgemaßnahme handelte es sich hierbei nicht, doch dürfte die Beteiligung des kollaborierenden »Selbsthilfewerks« Gewähr geboten haben, daß wenigstens das Überleben der Kinder gesichert wurde.

Dazu kam im Bereich der Heeresgruppe Mitte im Winter 1941/42, daß »in einzelnen Städten ganze Stadtteile evakuiert wurden, um Quartiere für Truppenteile frei[zu]machen.«⁴²⁴ Außerhalb Weißrußlands gab es Aussiedlungsaktionen in Shito-

417 EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–28. 2. 1942, Sonderarchiv Moskau 500–1–770, Bl. 14. Diese Tatsache verschwieg das RSHA in den Ereignismeldungen. Zu den konkreten Umständen siehe S. 511.

418 EM 189 v. 3. 4. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 4145 (Hervorhebung C. G.). Im Juni 1941 hatte Witebsk 180000 Einwohner. Im August waren es 50000, vgl. EM 73 v. 4. 9. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2198.

419 RÜn Ostland, Monatsbericht Dezember 1941 v. 14. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 43371, Bl. 804.

420 Vgl. Minsker Zeitung v. 15. 4. und 4. 11. 1942 und Deutsche Zeitung im Ostland v. 26. 4. 1942.

421 Zu den parallelen Bemühungen dieses Funktionärs, die Insassen eines Heims für psychisch kranke Kinder in Tschernowen ermorden zu lassen, vgl. S. 1071f. dieser Darstellung.

422 Vgl. wie Anm. 4/420 und GebK Baranowitschi, Betr.: Schr. v. 22. 12. 41/Abt. II b, Bezug: Kinderver-schickung v. 7. 1. 1942 an GK in Minsk (Unterschrift: Werner), ZStA Minsk 370–1–69, Bl. 44.

423 Vgl. EM 187 v. 30. 3. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 4095. Der Protest des GebK Baranowitschi, Werner, mit der Ernährungslage begründet, hatte also nicht geholfen, denn Klezk lag im Gebiet Baranowitschi.

424 WlM Mitte, Lagebericht Nr. 14 v. 4. 2. 1942, vgl. Nr. 13 v. 24. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 844 und 870.

mir/Ukraine im September 1941 (5000 »ehemalige Bauern«),⁴²⁵ in Brjansk, wo angeblich 40000 Menschen betroffen waren – fast die ganze verbliebene Bevölkerung –,⁴²⁶ in Kalinin und in Kaluga. Die Aktionen in Kaluga und Kalinin sind besonders gut dokumentiert und erlauben Rückschlüsse auch auf jene in Weißrußland, daher ein Seitenblick darauf.⁴²⁷ Von den ursprünglich 89000 Einwohnern trafen die Deutschen in der weitgehend unzerstörten Stadt Kaluga, einem Ort, der »hinsichtlich seiner Gesamtbevölkerung und in seiner schönen Lage« einen »sehr freundlichen, netten Eindruck« machte (so der Korück v. Unruh), Anfang November 1941 75000 an.⁴²⁸ Die Gruppe IV Wi beim Korück 559 erfuhr jedoch von der Stadtverwaltung, daß wegen der Vernichtung einiger Fabriken höchstens 10000 bis 12000 Arbeitsplätze vorhanden seien, und meldete weiter, daß »die Stadt auch nach Ingangsetzung der Wirtschaft die Bevölkerung nicht beschäftigen kann« und die Einwohnerzahl auf 35000 gesenkt werden müsse. Die »Beutevorräte« reichten bei 70000 Einwohnern noch drei, bei 35000 sechs Monate. Es seien im einen Fall 20 bis 24, sonst nur 10 bis 12 Güterwaggons wöchentlich zum Antransport nötig.⁴²⁹ U.a. durch die Ortskommandantur, die 1. Kompanie des Wachbataillons 551 und die 1. Kompanie der Feldgendarmarieabteilung 696⁴³⁰ sowie eine schnell aufgestellte, 100 Mann starke einheimische Hilfspolizei⁴³¹ wurden ab dem 8. November mehr als 20000 Einwohner ausgesiedelt (wenn nicht Schlimmeres mit ihnen passierte), so daß am 20. November noch 48000 blieben. »135 Judenfamilien« kamen in ein Ghetto, und über 900 Kommunisten wurden offenbar ermordet.⁴³² Im Endeffekt senkte die Militärverwaltung die Einwohnerzahl Kalugas innerhalb von zwei Wochen um mehr als ein Drittel.

In Kalinin lebten 1941 250000 Einwohner, nach dem deutschen Einmarsch 160000 und bei der Befreiung von den Deutschen 16000. Die Besetzung dauerte zwei Monate, vom 14. Oktober bis 16. Dezember 1941. Am 29. November fand bei der Ortskommandantur eine Besprechung mit dem Kommandeur der 161. Infanteriedivision, Generalmajor Recke, dem Chef des Sonderkommandos 7a, SS-Obersturm-

425 Diese stimmten angeblich der Ausweisung zu 99% zu. EM 87 v. 18. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2409.

426 Vgl. KTB WiStab Ost v. 19. 11. 1941; weiter: Rückblick über die Entwicklung der Arbeit der Chefgr. La. und die sich daraus ergebenden Konsequenzen (undatiert, April 1942, Unterschrift: Riecke), BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 203 und 284. Die Angabe 40000 dürfte sich allenfalls auf die Doppelstadt Brjansk-Ordshonikidsegrad bezogen haben.

427 Zu einer der treibenden Kräfte, dem Korück 559, Generalleutnant z.V. Walter v. Unruh (1877–1956), Kroener 1995; Gerlach, Bedeutung, S. 233–237.

428 Korück 559, Qu, v. 20. 11. 1941 an AOK 4 (Unterschrift: von Unruh), BA-MA WF-03/14270, Bl. 448, 446.

429 Fortsetzung zum KTB für die Zeit vom 2.–8. 11. 1941 der Gruppe IV Wi der FK 48 beim Korück 559, ebd., Bl. 343–349, Zitat Bl. 344. Vgl. KTB der gleichen Stelle v. 4. 11. 1941, BA-MA WF-03/7495, Bl. 578.

430 Der Auftrag lautete: »Mithilfe an der Evakuierung der überschüssigen Bevölkerung. Es verbleibt in der Stadt nur, wer für Arbeiten irgendwelcher Art gebraucht wird. Alles andere muss aufs Land [...] und in kleine Städte«. Korück 559, Qu v. 8. 11. 1941 an OK Kaluga, BA-MA WF-03/14269.

431 Vgl. KTB FK IV Wi 48 bei Korück 559 v. 4. 11. 1941, BA-MA WF-03/7495, Bl. 579.

432 In Korück 559, Qu v. 8. 11. 1941 an OK Kaluga war von »1000 ortsansässigen Kommunisten« die Rede, deren »Sichtung und Kontrolle« die Feldgendarmarie übernehmen solle. BA-MA WF-03/14269. Nach Korück 559 an AOK 4 v. 20. 11. 1941 gab es »nur noch 80 Kommunisten, von denen 12 eingesperrt sind«, BA-MA WF-03/14270, Bl. 446 (dort auch Zitat im Text). Die weitere Entwicklung in Kaluga kann hier nicht nachgezeichnet werden. Der skizzierte Vorgang kam ohne Erwähnung des Ortes und der mutmaßlichen Morde auch in der Kölnischen Zeitung v. 15. 11. 1941 zur Sprache (Abschrift in Akten des Korück 559, BA-MA WF-03/14270).

bannführer Steimle, weiteren Wehrmachtoffizieren und der Spitze der einheimischen Stadtverwaltung statt, auf der eine »Gesamträumung« der Stadt verworfen, statt dessen aber beschlossen wurde, Flüchtlinge zurückzuschicken und ein Zivilgefangenenlager besonders zur Internierung von Frauen und Kinder einzurichten. Der einheimische Oberbürgermeister Jasinski hatte einen Wegzug auf freiwilliger Basis vorgeschlagen.⁴³³ Die Ortskommandantur war damit nicht zufrieden und wandte sich am 1. Dezember mit dem Vorschlag einer »Teilräumung« Kalinins direkt an das XXVII. Armeekorps.⁴³⁴ An diesem Tag wurden bereits Menschen aus Kalinin ausgesiedelt. Nach sowjetischen Angaben sind in Kalinin 40800 Zivilisten und 17000 Kriegsgefangene ermordet und 23375 Einwohner »deportiert« worden.⁴³⁵

In deutschen Zentralinstanzen wurde im Oktober und November 1941 eine Diskussion in der Aussiedlungsfrage geführt, angeregt von einigen Wirtschaftsfunktionären in besetzten Großstädten der Ukraine und von Plänen zur Vernichtung Leninsgrads und Moskaus. Man suchte zu allgemeinen Richtlinien zu kommen, die auch Bedeutung für Weißrußland bekommen konnten. So hieß es in einer Denkschrift, die Wehrmacht könne die Ernährung großer Städte nicht leisten. »Auch mit einem Herauslassen der städtischen Bevölkerung auf das Land ist nichts geholfen [handschriftlicher Zusatz: »sie muß sogar mit allen Mitteln verhindert werden«], da die Menschen auf dem Lande dann stehlen, und die Erfassung der bereits versteckten Vorräte der Landbevölkerung erschwert werden [sic].« Größere Städte dürften daher nicht mehr erobert, sondern müßten eingeschlossen und dem Verhungern ausgeliefert werden.⁴³⁶ Der Plan, Kiew ganz zu zerstören und seine Bewohner systematisch verhungern zu lassen, wurde von einigen bis Ende 1942 verfolgt, in dieser Form allerdings nicht durchgeführt.⁴³⁷ In diesem Zusammenhang verfaßte der Abteilungsleiter Politik im Ostministerium, Dr. Bräutigam, eine »Ausarbeitung über Wert und Unwert der großen Städte in der Sowjetunion«.⁴³⁸ Die Zerstörung von Gebäuden lehnte Bräutigam aus politischen Gründen (Schaden für das internationale Ansehen Deutschlands, Verletzung des russischen Nationalstolzes, Vernichtung von Quartieren für die Wehrmacht, Vernichtung von Kulturgütern) ab. »Sollte an der Absicht festgehalten werden, die Gross[s]tädte in der Sowjetunion nach Möglichkeit verschwinden zu lassen«, so könne man dieses Ziel auch mit unauffälligeren Mitteln erreichen: viele Einwohner seien schon vor dem Hunger aufs Land geflohen, und wenn man zusätzlich noch die Industrien stillege und die Landbevölkerung besser ver-

433 Niederschrift über die Besprechung am 29. 11. 41 – 14.00 Uhr i. d. Ortskommandantur Kalinin, BA-MA RH 23/224. Zur Besatzungsdauer Kohl, S. 169.

434 OK I/302, Betr.: Zivilbevölkerung in Kalinin, an XXVII. AK v. 1. 12. 1941, BA-MA RH 23/224.

435 Vgl. Kohl, S. 166–170.

436 La – III/411–26851, Betrifft: Versorgung der Städte Rußlands im noch unbesetzten Gebiet v. 3. 10. 1941 (Geheim), BA-MA (BArchP)F 44415, Bl. 738. Angefügt war eine Modellrechnung über den landwirtschaftlichen Zuschußbedarf der Region Moskau (Bl. 740).

437 Vgl. Aufzeichnung Dr. Beer, GebK in Rowno, für 12.–14. 12. 1942 (Abschrift), ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 804c; Stellungnahme Dr. Markull (RMO, Hauptabteilung Politik) v. 19. 8. 1942 »Zum Bormann-Brief« (hier über Äußerungen eines Beamten aus der RKU-Behörde), StA Nürnberg-Fürth 72 Ks 3/50a-b, Bd. 4 (unpaginiert), Bayr. Staatsarchiv Nürnberg. Siehe auch Mulligan 1988, S. 11, und Vogt, S. 645.

438 Tagebuch Bräutigam v. 30. 10. 1941, in: Heilmann (Hg.), S. 149. Interessanterweise war das der Tag der großen Planungstagung für die besetzten sowjetischen Gebiete bei Rosenberg (vgl. S. 106 dieser Darstellung); Bräutigam befand sich aber nicht am Ort dieses Geschehens.

sorge, werde sich der gewünschte Effekt von selbst einstellen.⁴³⁹ Solche Maßnahmen gab es weithin schon, und sie hatten wirklich eine andauernde Stadtflucht zur Folge. Ganz anders argumentierte der Verbindungsoffizier des Wirtschafts- und Rüstungsamts zur 17. Armee, Rittmeister Fromberg. Weder die »Evakuierung der Massen auf das flache Land« komme nach Abschluß der Ernte- und Bestellungsarbeiten noch in Frage, weil sie sich dort über die »schwierigst zu erfassenden und beaufsichtigten Lebensmittel und Viehvorräte hermachen« würden, noch die Abriegelung großer Städte etwa im Donezgebiet, um ihre Einwohner sterben zu lassen. Denn dann würden für die Wehrmacht notwendige Arbeitskräfte mit »zu Grunde gehen«, und die zwar wenigen wichtigen Industriebetriebe würden »völlig der Hand hungernder, plündernder Menschenmassen preisgegeben«. Fromberg machte den Vorschlag, aus einzelnen Stadtteilen die gesamte sowjetische Bevölkerung zu vertreiben und »eine grosse Masse« der Stadtbevölkerung, nämlich alle außer den benötigten Arbeitern und ihren Familien, »in Anlehnung an den Gedanken von Konzentrationslagern im größten Stil [...] in Stadtteilen und ganzen Strassenzügen bzw. Wohnblocks anzusiedeln und zusammenzufassen. Es wird hierbei an die Grossghettos in Warschau und anderen Städten gedacht.«⁴⁴⁰ Wohlgemerkt, Fromberg sprach hier von der Behandlung von Nichtjuden. Sie hätten offensichtlich in diesen Stadtvierteln verhungern sollen, denn der Offizier wollte ja das Ernährungsproblem der Wehrmacht lösen.

Auf Grund solcher Initiativen erging am 20. November 1941 ein Erlaß des Wirtschaftsstabs Ost, den Kriegsverwaltungschef Günter Rachner von der Gruppe Arbeit zeichnete. Darin hieß es,

»dass die arbeitslose Stadtbevölkerung in sehr grossem Umfange auf das Land strömt, um sich dort Lebensmittel zu verschaffen oder besser leben zu können. Da die Landwirtschaft im allgemeinen mit Arbeitskräften reichlich versorgt [...] ist, sind unerwünschte Zuwanderer dort nutzlos, treiben sich stehend, bettelnd und hamstern umher und entziehen der geregelten Ernährung [...] erhebliche Mengen an Lebensmitteln auf Kosten der Truppe und der deutschen Heimat. [...] Es ist aber Hauptaufgabe des Arbeitseinsatzes, Mittel und Wege zu finden, um die arbeitslose Stadtbevölkerung unter möglichst produktiver Ausnutzung ihrer Arbeitskraft an die Stadt zu binden. [...] Sofortmassnahmen [...]:

- 1) Verhinderung des Zustroms von Arbeitskräften auf das Land,
- 2) Rückführung der städtischen Bevölkerung vom Land in die Stadt.«⁴⁴¹

⁴³⁹ Aufzeichnung v. 29. 10. 1941 mit Anschreiben an Schmidt v. Altenstadt (GenQu), Oberstleutnant v. Tipelskirch (Leiter Abt. Qu im OKW) und Ministerialrat Dr. Heim in Hitlers Hauptquartier v. 31. 10., IfZ MA 795, Bl. 263–268. Beiliegend ein Erlaß Keitels v. 26. 10., Betr.: Behandlung sowjetrussischer Großstädte (Bl. 269 f.), der vorsah, nur einzelne Stadtteile größerer Städte mit Truppen zu besetzen, die übrigen Viertel ohne Lieferungen sich selbst zu überlassen und die Behandlung Moskaus und Leningrads gesondert zu regeln.

⁴⁴⁰ Verb. Offz./OKW/WiRüAmt beim AOK 17, Gedanken über die Evakuierung der Bevölkerung aus den Industriestädten im Donez-Gebiet im Interesse der Sicherheit und Ernährung der deutschen Wehrmacht v. 2. 11. 1941 (Abschrift), BA-MA RW 31/100, abgedruckt in: Müller, Siedlungspolitik, S. 169 f.

⁴⁴¹ WiStab Ost, Gruppe Arbeit, Betrifft: Verhinderung der Abwanderung arbeitsloser Stadtbevölkerung auf das Land (Geheim, Abschrift) v. 20. 11. 1941, BA-MA RW 31/138, Bl. 12–17. Erlasse des WiStabs Ost galten in der Regel auch im Zivilverwaltungsbereich, wofür in diesem Fall der Verteiler spricht: je ein Exemplar ging ans RMO und (nachrichtlich) ans RKU und RKO. – In ähnlichem Sinn wie der Erlaß z. B. WiKdo Charkow, Abt. La, Bericht v. 10. 12. 1941, in: N. Müller 1982, S. 204 f.

Die Arbeitslosen »an die Stadt zu binden« hieß, sie möglichst sterben zu lassen, denn wie weiter ausgeführt wurde, sollten allein die am 4. November festgelegten Lebensmittelrationen zur Ernährung der Stadtbevölkerung in den besetzten sowjetischen Gebieten verwendet werden. Es ging nicht in erster Linie um die von Rachner empfohlenen Aufräum-, Straßenbau-, Schneeräum- und Rohstoffsammelaktionen, sondern darum, »der Masse der Arbeitslosen [...] ihre Pflicht zur Arbeitsleistung einzuhämmern, um sie dadurch von der Abwanderung aufs Land abzuhalten.«

Besonders folgender Satz scheint verräterisch: »Bei dem grossen Umfang der Zerstörungen wird ein erheblicher Teil der arbeitslosen Bevölkerung auf lange Sicht nicht wieder in den Wirtschaftsprozess eingeschaltet werden können.« Schwerwiegend war die Bestimmung, auf dem Land dürften nur Menschen leben, die schon vor den deutsch-sowjetischen »Kampfhandlungen« dort gewohnt oder gearbeitet hätten. Der Rest sei auf Befehl der Feld- und Ortskommandaturen von den Gemeindeverwaltungen zu registrieren und von den Stadtverwaltungen und Gruppen Arbeit und Landwirtschaft der Wirtschaftskommandos in die Städte »nach Massgabe der Ernährungslage« zurück umzusiedeln. Zwar ist das so vermutlich kaum geschehen, aber die sogenannten Ortsfremden wurden im gesamten weißrussischen Bereich sehr wohl festgestellt und oft genug in Lagern interniert oder ermordet, gerade im Winter 1941/42, und zwar auch aus ernährungspolitischen Gründen (vgl. Kap. 9.2). Gleichzeitig begann die totale Vernichtung der Juden in Ostweißrußland, die Erschießung zehntausender Juden im Westen des Landes und der gezielte Mord an mehreren hunderttausend Kriegsgefangenen durch Hunger in weißrussischen Lagern (Kap. 7.2d, e und 8.3).

An der Richtliniendiskussion und -entscheidung über das Schicksal der Stadtbevölkerung zeigt sich also erneut die Verschärfung der Ernährungspolitik gegenüber der sowjetischen Zivilbevölkerung im Spätherbst 1941. Das gleiche gilt für die geschilderte zweite Welle der Aussiedlungen aus Städten Weißrußlands. Aber die Weisung vom 20. November, schon kurz danach indirekt von Generalmajor Nagel angegriffen,⁴⁴² hatte aus zwei Gründen faktisch nicht lange Bestand. Erstens waren einige der angeordneten Maßnahmen wie Rücksiedlungen, der Umfang und die beabsichtigte Folge der Notstandsarbeiten undurchführbar. Und zweitens sollten bald darauf die Arbeitskräfte, die in den besetzten sowjetischen Städten von den Deutschen nicht benötigt wurden, zur Zwangsarbeit ins Reich gebracht werden. Obwohl die Weichen in diese Richtung spätestens auf den Sitzungen am 7. und 8. November bei Göring gestellt worden waren, fehlte diese Perspektive im Erlaß Rachners erstaunlicherweise noch völlig.⁴⁴³ Der künftige Weg in der Aussiedlungsfrage wurde schließlich auf der

⁴⁴² Nach einer Fahrt zur H.Gr. Süd erklärte Nagel zur Ernährung und möglichen Aussiedlung aus den Großstädten, »diese Fragen« müßten »noch reiflich überlegt und dann an höchster Stelle entschieden werden.« Er brachte am Beispiel Charkows die Zuweisung bestimmter landwirtschaftlicher Zonen für bestimmte Städte und eine Organisation der Zivilernährung durch die einheimische Verwaltung – in Teilen Weißrußlands schon im August Praxis – ins Spiel. Reisebericht über Besuche im Raum der H.Gr. Süd (27. 11.–4. 12. 41) aus einer Akte der Verbindungsstelle des WiRüAmts zu Göring, BA-MA (BArchP)F 44426, hier Bl. 1009f.

⁴⁴³ Rachner war als Leiter der Gruppe Arbeit im WiStab Ost mit der Frage der Deportation von sowjetischen Arbeitern befaßt und unterstützte diese Idee seit dem Sommer 1941 (vgl. S. 458 dieser Darstellung). Niederschriften der Sitzungen mit Göring abgedruckt bei Ueberschär/Wette, S. 328–337. Weiter Herbert 1985, S. 137–149.

Sitzung des Wirtschaftsführungsstabs Ost am 18. Dezember 1941 deutlich. Sie bestätigte zum einen Teil die ursprünglich in der »Grünen Mappe« geäußerte Auffassung: »Für den Überschuß an städtischen Arbeitslosen fehlt es an Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Erhaltung dieser Arbeitskräfte scheitert vor allem an der mangelnden Ernährungsmöglichkeit. Ihre Abwanderung aufs Land wird kaum verhindert werden können.«

Im »Bäuerlichen verwurzelt«, würden sie »sehr brauchbare Landarbeiter abgeben«. Zum anderen waren als Zwangsarbeiter für das Reich teilweise noch Kriegsgefangene vorgesehen, die zivilen seien eben vor allem »bei der Evakuierung von Industriestädten« zu gewinnen.⁴⁴⁴ Auch wenn in der Niederschrift noch ältere Argumentationsschichten erkennbar sind,⁴⁴⁵ bedeutete das die faktische Entscheidung. Die dauerhafte Abriegelung der Großstädte gegen die Abwanderung wurde verworfen, und eine generelle Weisung zur Evakuierung stand auch nicht mehr auf dem Programm.

Daß die Situation durch die neue Arbeitseinsatzpolitik und den folgenden Arbeitskräftemangel umschlug, hatte im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, das heißt in weiten Teilen Ostweißrußlands, ein allmähliches Umdenken in der Militärverwaltung zur Folge. Die von der Wehrmacht teils zwangsweise, teils freiwillig evakuierten Bewohner der vor Moskau aufgegebenen Gebiete durften noch im Januar 1942 nicht in den weißrussischen Städten untergebracht werden.⁴⁴⁶ Ein Blick etwas über die weißrussische Ostgrenze hinaus macht die gegenläufigen Tendenzen besonders klar. In der Stadt Smolensk berichtete das Wirtschaftskommando Ende März 1942, »daß die im Dezember festgestellte Einwohnerzahl von 42 000 durch Zwangsevakuierung und Abwanderung auf 29 000 im März gesunken ist«.⁴⁴⁷ »Diese Menschen«, berichtete v. Schenckendorff im Juni, »die für die umfangreichen Arbeitsvorhaben der Wehrmacht dringend benötigt werden, müssen nun mit vieler Mühe wieder aus dem Lande herbeigeschafft werden.«⁴⁴⁸ So sei es auch in anderen Städten. Im November 1942 kam es so weit, daß um Polozk ein Zaun errichtet werden sollte; auch wegen der Partisanen. Aber allein in diesem Monat hatten 600 Arbeiter wegen Nahrungsmangel ihren Arbeitsplatz unerlaubt aufgegeben.⁴⁴⁹ Diese Flucht aus fast allen weißrussischen Städten hielt die ganze Besatzungszeit über an.⁴⁵⁰

444 Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP V. P. 22084/41/6g, Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftsführungsstabs Ost am 18. 12. v. 21. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 612–627, hier Bl. 623.

445 Empfohlen wurde die (unpraktikable) Evakuierung von Stadtbewohnern Richtung Front. Das Problem der »Großstadtversorgung« bedürfe noch der »Klärung«. Ebd., Bl. 619.

446 Vgl. Berück Mitte, Abt. VII/Kr.Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 13 v. 7. 1. 1942 (gez. Koch-Erpach), und Lage- und Tätigkeitsbericht der gleichen Stelle an GenQu, Abt. Kr.-Verw. (gez. von Schenckendorff) v. 14. 2. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1148 und 1083.

447 WiKdo im Bereich der Kommandantur Smolensk, Monatsbericht v. 26. 3. 1942. Nach dem Bericht v. 12. 4. 1942 waren es noch 26 000 Einwohner. BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 629 und 659.

448 Lage- und Tätigkeitsbericht Berück Mitte v. 10. 6. 1942 (Entwurf, gez. /Unterschrift von Schenckendorff), BA-MA WF-03/7366, Bl. 1130. Vgl. Schulte 1989, S. 103.

449 Vgl. KTB WiKdo Polozk, Monatsübersicht November 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 248.

450 Hierzu und zu den deutschen Gegenmaßnahmen wegen des entstehenden Arbeitskräftemangels Kap. 6.3.

e) Die Hungerkrise von 1942

und die Änderungen in der Organisation der Ernährung

Auch nach der Festlegung der Rationssätze vom 4. November 1941 kam es zu örtlichen und regionalen Abweichungen und Krisen in der Ernährung der städtischen Zivilbevölkerung. Besondere Schwierigkeiten bereitete der sogenannte Erntean-schluß, also Mai, Juni und Juli, die letzten Monate vor der neuen Ernte.⁴⁵¹ Im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte existierte außerdem bis zum Sommer 1942 keine Gesamtversorgungsplanung einschließlich der städtischen Zivilbevölkerung. Sie mußte nehmen, was die Wehrmacht ihr übrigließ, und das war oft gar nichts. Aufschlußreich ist das Beispiel der Stadt Gomel im Südosten Weißrußlands. Dort fand schon am 30. Januar 1942 die erste Krisensitzung von Wirtschaftskommando, Kreislandwirt und einheimischer Stadtverwaltung (Bürgermeister, Leiter der Handels- und Industrieabteilung) statt. Als Wintervorrat waren an 60 Prozent der Einwohner Kartoffeln verteilt worden (je rund 50 Kilogramm). An Brot wurden für Arbeiter 300 Gramm täglich, für »alle übrigen« 200 Gramm ausgegeben.⁴⁵² Ende März waren aber die Kartoffel- und Getreidevorräte erschöpft. Im Februar waren mit Hilfe der Standortkommandantur Gomel im Raum Tschernigow (Wirtschaftsinspektion Süd) 555 Tonnen Getreide aufgekauft worden, weitere Ankaufverhandlungen dort und im Gebietskommissariat Retschitza (RK Ukraine) scheiterten.⁴⁵³ Nun zeigte sich ganz plastisch und im Kleinen, daß die Abriegelung der Wald- von der Schwarzerdezone entsprechend dem Plan aus der ersten Jahreshälfte 1941 wirklich durchgeführt wurde. Eine fast unüberwindliche Grenze verlief an der Südgrenze des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte. Am 5. April beschlagnahmte deshalb die Wirtschaftsinspektion Süd das in Tschernigow bereitliegende Getreide. Der Kommandeur der im Raum Gomel stationierten 203. Sicherungsdivision, Generalmajor Jacobi, konnte zwar seine Freigabe erwirken, aber aus dem RK Ukraine kamen statt vereinbarter 2500 Tonnen Kartoffeln nur einige hundert, und das auch nur auf Sonderanweisung des Wirtschaftsstabs Ost an das Reichskommissariat. In Retschitza standen zwar die notwendigen 20 Güterwaggons zur Verfügung, aber der Gebietskommissar schickte an Stelle der geplanten 300 nur 79,5 Tonnen, das entsprach 1,6 Kilogramm je Einwohner Gomels.⁴⁵⁴ Zudem weigerten sich die Heeresverpflegungsdienststelle 782 und der Versorgungsbezirk Dnjepr, mit Kartoffeln auszuhelfen. Anfang Mai war die Ernährungslage in Gomel »schon zur Katastrophe« geworden. Erst einen Monat später trafen geringfügige Getreidemengen aus der Ukraine in der 50 000-Einwohner-Stadt ein. Sie konnten nicht verhindern, daß im Juli die Grundration Brot nur 150 Gramm pro Kopf betrug.⁴⁵⁵ Selbst in dieser Art »kleinem Grenzverkehr« und trotz geringer Entfernungen für den Transport (von Gomel waren es nach Retschitza 40 Kilometer, nach Tscherni-

451 Das war im GK Weißruthenien genauso wie im Militärverwaltungsgebiet, das im folgenden beschrieben wird. Vgl. Tätigkeits-, Erfahrungs- und Räumungsbericht des GebK in Hansewitschi v. 23. 8. 1944, IfZ Fb 104/2.

452 KTB WiKdo Gomel v. 30. 1. und 2. 2. 1942, BA-MA RW 31/822.

453 Ebd. v. 4. 2. 1942 sowie Monatsüberblicke Februar und März.

454 Ebd. v. 5., 6. und 27. 4. sowie 14. 5. 1942, BA-MA RW 31/823; WiStab Ost, Chefgr. La, Monatsbericht April 1942 v. 6. 5. 1942, BA-MA RW 31/302a.

455 KTB WiKdo Gomel v. 27. 4., 14. 5., 10. und 13. 6. 1942 und Monatsüberblick Mai (Zitat), BA-MA RW 31/823, sowie Monatsüberblick Juli, RW 31/824.

gow 120) ließen die Wirtschaftsbehörden keine nennenswerte Lockerung der Abriegelung zu; insgesamt sowieso nicht, denn die früheren Lieferungen aus der Ukraine und Zentralrußland in das Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte wurden unterbunden,⁴⁵⁶ selbst in diejenigen weißrussischen Gebiete wie Brest und Pinsk, die unter den Deutschen zum RK Ukraine gehörten.⁴⁵⁷

Ähnlich früh wie in Gomel kam die Krise in Bobruisk. Die Stadt bezog ihre Lebensmittel teils aus abgelegenen Rayons. Zusätzlich beeinträchtigten Partisanen dort das Erfassungssystem. Im März berichtete die Feldkommandantur: »Die Bevölkerung bleibt tagelang ohne Brot und andere Nahrungsmittel, was vor der Ausgabestelle von Lebensmitteln zu unliebsamen Szenen führt, da sich die Bevölkerung oft 6 bis 8 Stunden vor diesen Läden anstellt und zum Schlusse erfährt, daß keine Lebensmittel vorhanden sind.«

Im April wurde die Lebensmittelration in Bobruisk auf 200 Gramm Brot täglich gesteigert (sie lag also vorher darunter). Die auf die Städtchen um Bobruisk verstreuten 5000 Flüchtlinge waren vom »Hungertode« bedroht.⁴⁵⁸

Ende März wurde in fünf größeren ostweißrussischen Städten (Mogilew, Orscha, Borissow, Bobruisk und Gomel) »trotz der [weitergehenden] amtlich festgesetzten Lebensmittelmengen« nur noch Brot ausgegeben.⁴⁵⁹ Zunehmend baten Stadtverwaltungen und Wirtschaftskommandos die Heeresverpflegungsdienststellen um Hilfe. Sie sollten insbesondere ihnen zwar schon »aus dem Lande« zugewiesene, aber noch in Lagern außerhalb ihrer direkten Kontrolle befindliche Lebensmittel freigeben, taten das aber nur zögerlich und in geringen Mengen.⁴⁶⁰ Der Quartiermeister beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes, Major Dr. Werner Hoffmann, bat den Generalquartiermeister deshalb um eine »grundsätzliche Klärung«, ob »ohne Rücksicht auf das Schicksal der Zivilbevölkerung unter allen Umständen [...] zur Entlastung der Heimat« und des Nachschubes alles der Wehrmacht bleiben solle, genauer gesagt, er legte seinen Vorgesetzten eine solche Entscheidung nahe.⁴⁶¹ Daraufhin und nach einigen direkten Besprechungen mit Vertretern des Generalquartiermeisters befahl der Heeresintendant am 17. Mai den sofortigen und vollständigen Stopp der »Hilfe« an die städtische Zivilbevölkerung. Einen ähnlichen Befehl hatte Hoffmann

456 WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 626. – »Schwierigkeiten« ergaben sich laut dieser Quelle bei der Abzweigung von Überschüssen für die Wehrmacht auch, weil sich die Ernten verringerten »und sich auch keine wesentliche Verringerung der Bevölkerungszahl ergab« (ebd.). Was wäre wohl eine »wesentliche Verringerung der Bevölkerungszahl« gewesen? Der Rückgang betrug zu dieser Zeit etwa 10 Einwohner je km² – fast ein Viertel der Bevölkerung. Vgl. Beauftragter des RMO beim Berück Mitte, Major O. W. Müller, Bericht Nr. 21 v. 8. 10. 1942, BA F 13751, Bl. 522.

457 Vgl. GebK Brest-Litowsk, Monatsbericht v. 22. 8. 1942, BA F 13751, Bl. 953, und GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht für das Gebiet Pinsk (undatiert, Sommer 1944), BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1357 und 1360.

458 FK 581 – Verwaltungsgruppe, Lageberichte v. 10. 2., 13. 3. (erstes Zitat) und 15. 4. 1942 (zweites Zitat), BA-MA RH 26-203/3.

459 EM 189 v. 3. 4. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 4145.

460 Im April gewährten sie Bobruisk 450 t Kartoffeln, 65 t Roggenmehl, 65 t Buchweizen, 50 t Hirse, 12 t Hanföl, Mogilew 1000 t und Gomel 100 t sowie Lepel und Polozk »laufend und seit Monaten« Kartoffeln. Die anderen Lieferungen, so läßt sich umgekehrt schlußfolgern, erfolgten also im April erstmals. Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht April v. 6. 5. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 923.

461 Ebd.

schon zuvor, am 27. April, selbst erlassen, also vorentschieden.⁴⁶² Die Wirtschaftsin-
spektion, der die Wehrmacht die Verantwortung zugeschoben hatte, lehnte ihrerseits
eine Verantwortung ab, denn sie sah vor allem ihren grundsätzlichen Auftrag, die Le-
bensmittel für die Wehrmacht bereitzustellen, eben diejenigen, welche die Versor-
gungsdienststellen wieder herauszugeben ablehnten. Das Verbot galt den ganzen Mai
und Juni.⁴⁶³ Schon in der letzten Maidekade hatte aber in Orscha und Mogilew »der
grösste Teil der Zivilbevölkerung überhaupt kein Brot kaufen können«, bei Kartof-
feln sah es ähnlich aus, und andere Lebensmittel gab es ohnehin nicht mehr. Am
15. Juni sperrte das Heeresverpflegungslager auch die Versorgung der 5000 Arbeiter in
Borissow, in Mogilew stand für die Zivilernährung nur noch »Braugerste« zur Ver-
fügung.⁴⁶⁴ In Borissow, dem Sitz der WirtschaftsinSpektion, waren die Vorräte am
9. Juli »restlos erschöpft«, ab dem 13. Juli standen auch keine Nahrungsmittel für die
Arbeiter mehr zur Verfügung.⁴⁶⁵ Fünf Tage später erhielt Dr. Hoffmann beim OKH
(also beim Generalquartiermeister) die »Ermächtigung zur Ernährung der Zivilbe-
völkerung in Sondernotfällen«,⁴⁶⁶ einfache Ausnahmesituationen reichten offenbar
nicht.

Man könnte meinen, daß die Heeresgruppe Mitte im Sommer 1942 in einer Ver-
sorgungskrise gesteckt hätte, aber ganz im Gegenteil. Lediglich bei Kartoffeln drohte
verstärkter Nachschub notwendig zu werden, da hier für die Armeen nur Wochen-
rationen pro Kopf von 2,5 Kilogramm (360 Gramm täglich) bis September durch Vor-
räte abgedeckt waren.⁴⁶⁷ Auch die transporttechnischen Probleme waren nicht
gravierend, denn eine strategische Offensive der Heeresgruppe stand nicht bevor.
»Nirgends Portionskürzungen«, meldete Quartiermeister Dr. Hoffmann, Versor-
gung für die Truppe »reibungslos«. Sorgen machte ihm nur eins: Die Butteranliefe-
rung aus dem besetzten Gebiet war so groß, daß trotz großer Eisvorräte »Verderb der
Butter zu befürchten« war. So war man »gezwungen«, für die deutschen Soldaten bis
80 Gramm Butter täglich auszugeben, und konnte deswegen mancherorts etwas
Fleisch einsparen, auf dem Höhepunkt der Hungersnot für die weißrussische Bevöl-
kerung, für die der Verzehr von Fleisch und Butter praktisch verboten war!⁴⁶⁸ Das
war keine örtliche und kurzfristige Erscheinung, sondern die »Butterschwemme«
und »Eierschwemme« im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wurde 1942 zum stehen-
den Begriff.⁴⁶⁹ Schon im Mai hatte man von dort den ersten Butterzug ins Reich

462 Hierzu ebenso für Mai v. 2. 6. 1942, ebd., Bl. 872. Ausnahmen sollten nur für Saatgut gelten. Ansonsten
empfahl Dr. Hoffmann, bei den Bauern über das Soll hinaus zu erfassen. Laut KTB der gleichen Stelle
war Hoffmann zwischen dem 16. und 20. 4. beim GenQu, am 11. 5. kam Schmidt v. Altenstadt zu einer
Besprechung über die Transportlage (Bl. 861 und 863). Zu dem Befehl auch WiIn Mitte, Jahresbericht
Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 636.

463 Vgl. Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht Juni v. 3. 7. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 901.

464 KTB Leitendes WiKdo Orscha für 21.-31. 5. und Lagebericht Nr. 7 desselben v. 27. 6. 1942, BA-MA
(BArchP)F 42901, Bl. 513 und 607f.

465 Aktenvermerk (Abschrift) über die Sitzung am 9. 7. 1942, Betr.: Ernährungsschwierigkeiten bei der
Stadtbevölkerung von Borissow (die Spitze der WiIn nahm teil), BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 76.

466 KTB Berück Mitte, Qu, v. 18. 7. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 792.

467 Tätigkeitsbericht Mai 1942 der gleichen Stelle v. 2. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 873.

468 Ebd., Bl. 872 bzw. 869.

469 Besprechung des Intendanten [beim Berück Mitte] mit den Dienststellenleitern der bodenständigen
Heeresverpflegungsdienststellen am 15. und 16. Dezember 1942 (Fragment), BA-MA WF-03/7420, Bl. 814.

schicken müssen (das entsprechende Dokument bezeichnete gleichzeitig die Ernährung für die »hungernde Stadtbevölkerung« als »katastrophal«), und im Juli wurden immer noch täglich 80 Gramm Butter pro Mann ausgegeben.⁴⁷⁰ Ähnlich im südlichen Weißrußland: Im August 1942, als in der Stadt Brest nur 40 Prozent der Brotration, also allenfalls 100 bis 150 Gramm täglich, an die Einheimischen ausgegeben wurden und auch auf dem Lande Hunger herrschte, verfürterte die örtliche Heeresverpflegungsdienststelle an Pferde Roggen und – Weizen! Selbst der Gebietskommissar Curt Rolle war empört: »Wie ich das gehört habe, habe ich gedacht, entweder sind die oder ich verrückt. [...] Bekanntlich ist es verboten, an die Landwirtschaftsbevölkerung Roggen auszugeben.«⁴⁷¹

Deutlicher kann man Gegensatz und Zusammenhang zwischen Hunger und Praserei kaum ausdrücken. Auch der Begriff einer »Verstrickung« der Wehrmacht genügt hier nicht. Sie war an der Hungerpolitik in Weißrußland *entscheidend beteiligt*. Die Kommandeure, die Quartiermeister, Intendanten und Wirtschaftsoffiziere ordneten an, und die Truppe ließ es sich wohl ergehen.⁴⁷² Wo es ihr nicht reichte, plünderte sie noch zusätzlich. Das alles war die direkte Ursache des Hungers der weißrussischen Zivilisten und der sowjetischen Kriegsgefangenen in Weißrußland. Zwar herrschte im Deutschen Reich zur gleichen Zeit große Besorgnis bei den Ernährungsbehörden über die Vorratslage und Winterschäden an den Saaten.⁴⁷³ Im Bereich der Heeresgruppe Mitte ging es vornehmlich darum, den Lebensmittelnachschub möglichst gering zu halten; nennenswerte Lieferungen nach Deutschland waren nicht in der Diskussion. Die Ausplünderung Weißrußlands 1942 sicherte den deutschen Truppen jedoch, vorsichtig ausgedrückt, besonders bei Fleisch, Fett und Eiern eine Versorgung auf hohem Niveau.

Betrachten wir noch kurz die Auswirkungen der Hungerkrise im besonders schwer betroffenen Nordosten Weißrußlands. Im Mai 1942 wurden dort auch in den kleinen Städten der Bevölkerung »kaum 50 %« der vorgesehenen Sätze zugeteilt. In Witebsk fristeten die Nichtarbeiter (zwei Drittel von rund 35 000 Einwohnern) einzig von gelegentlichen Graupen- und Buchweizenzuteilungen ihr Dasein.⁴⁷⁴ Gleichzeitig »mußte« von der Intendantur der im Raum Witebsk-Polozk stationierten 201. Sicherungsbrigade zeitweilig die Fleischration der Soldaten auf 193 Gramm täglich erhöht werden, da das »Schlachtvieh [...] so stark abgemagert« war, daß Notschlachtungen nötig erschienen. Im Mai und Juni wurden 19 bis 22 Eier monatlich pro Kopf ausge-

470 Berück Mitte, Besprechungspunkte Reichsminister Rosenberg 29. 5. 42, BA-MA FPF-01/8212, Bl. 579f. Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht Juli v. 4. 8. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 914.

471 GebK Brest-Litowsk, I, Monatsbericht v. 22. 8. 1942, BA F 13751, Bl. 953f. Vgl. Stadtkommissar Brest, IIa, Lagebericht v. 27. 8. 1942 (Entwurf), F 13752, Bl. 197.

472 Vom OKW wurden am 5. 4. 1943 folgende täglichen Rationssätze angeordnet: Brot 600–700 g, Fleisch 86–150 g, Fett 30–50 Gramm u. a. HSSPF Rußland-Mitte und Weissruthenien, Ib, Besondere Anordnungen für die Versorgung Nr. 4 v. 6. 4. 1943, BA F 1172, Bl. 5312. – Nicht gering (höher als für die entsprechenden Sätze im Reich) waren auch die Rationen der deutschen Zivilisten, etwa Zivilverwaltungsangehörigen, im besetzten Weißrußland. So im Juni 1943 im GK Weißruthenien: für Normalverbraucher 336 Gramm Brot, 71 Gramm Fleisch, 142 Gramm Fett u. v. m., für Schwerarbeiter 507 Gramm Brot, 100 Gramm Fleisch, 171 Gramm Fett u. v. m. Vgl. Chefintendant b. WBfh. Ostland, Lagebericht Juni v. 22. 7. 1943, Anlage 3: Verpflegungssätze der deutschen Zivilbevölkerung im Ostland, BA-MA RW 31/955.

473 Vgl. Gerlach, Bedeutung, S. 210–217.

474 201. Sich.Brig., Abt. VII, Lagebericht für 15. 4. bis 31. 5. 1942, BA-MA (BArch)P/F 42358, Bl. 875.

geben.⁴⁷⁵ In Polozk dagegen herrschte spätestens seit Juli »arge Hungersnot«, kein Wunder, wenn wie im August nur einmal im Monat überhaupt eine Zuteilung – eine geringe Menge Buchweizen – erfolgte.⁴⁷⁶ Bis zum 20. September hatte ein Großteil der Einwohner »überhaupt nichts«.⁴⁷⁷ Das bestätigte auch ein Bericht der Einsatzgruppe B, dem zufolge die Arbeiterration in Witebsk zur gleichen Zeit von 231 auf 214 Gramm gekürzt wurde. Und welche Gegenmaßnahmen ergriff die Militärverwaltung? Sie versuchte, zusätzlich das Hamstern einzuschränken. Um Polozk sollte, wie erwähnt, ein Zaun gezogen werden, und anderswo war es ähnlich: »Der Drang sich auf dem Lande Lebensmittel zu verschaffen, führte zu derartigen Massenwanderungen, daß in verschiedenen Städten u. a. in Witebsk [...] das Passierscheinverfahren eingeführt werden mußte.«⁴⁷⁸

Auch nach der Ernte gingen die Deutschen nicht etwa sofort daran, eine wesentliche Entspannung der Lage herbeizuführen. In Polozk hatte die »Kreislandwirtschaft« nur Mengen zur Verfügung gestellt, die für folgende Tagesrationen reichten: für Kinder 71 Gramm Brot und 14 Gramm Graupen, für »Nichtarbeitende und Frauen« 143 Gramm Brot und 28 Gramm Graupen und für »Schwer- und Schwerstarbeiter« 214 Gramm Brot, 28 Gramm Graupen und 286 Gramm Kartoffeln.⁴⁷⁹ In der Kleinstadt Lepel (100 km weiter südlich) gab es in der ersten Novemberhälfte fünf Zuteilungsklassen. Kinder bekamen 86 Gramm Brot und 243 Gramm Kartoffeln, Nichtarbeiter 186 Gramm Brot und 357 Gramm Kartoffeln, der Rest 221 bis 271 Gramm Brot, 428 bis 571 Gramm Kartoffeln und wenig Fleisch und Milch, aber die Brotsätze wurden nicht voll ausgegeben.⁴⁸⁰ Kein Einzelfall: Im Oktober schon war im »Bereich der WiIn Mitte die Stimmung in den Städten »auf dem Gefrierpunkt angelangt«.⁴⁸¹ Die Feld- und Ortskommandanturen wurden am 27. November vom Leiter der Abteilung Kriegsverwaltung, Tesmer, zum wiederholten Mal eingeschworen:

»Die Rationssätze für die werktätige Bevölkerung in den Städten sind zu niedrig [für Nichtarbeiter um so mehr, C. G.]. Es ist jedoch nicht mit einer Erhöhung der Rationssätze zu rechnen. Die Erntevorräte des Landes reichen in keiner Weise für die

475 KTB Abt. IVa der 201. Sich.Brigr. v. 22. 5. 1942, ebd., Bl. 1051, vgl. Bl. 1052.

476 KTB WiKdo im FK-Bereich Polozk, Monatsübersichten Juli und August 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 170 und 177. Vgl. den undatierten Stimmungsbericht aus Weißruthenien, BDC O. 307, Bl. 406 (»In Polozk z. B. hat die Bevölkerung seit zwei Monaten kein Brot mehr gesehen«). Ferner 201. Sich.Div., Abt. VII, Lagebericht August v. 31. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42358, Bl. 787 und 805.

477 KTB WiKdo im FK-Bereich Polozk, Lagebericht für 21. 8.–20. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 202.

478 EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 1. 9.–15. 9. 1942, ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 156. In Polozk bekamen nur Volksdeutsche, städtische Speisehäuser, Alters- und Kinderheime Lebensmittel. Die Alten und Kinder wurden jedoch sonst nur selten bevorzugt ernährt. Im gleichen Bericht hieß es, daß in Borissov nach Erhöhung der Rationen jetzt auch Kinder 100 Gramm Brot täglich »und sogar Invaliden« 150 Gramm erhielten (ebd., Bl. 157). Vorher hatten nur Arbeiter Lebensmittel erhalten.

479 Selbst bei diesen geringen Sätzen sollten die zugewiesenen Vorräte nur bis Ende November reichen. Fleisch gab es überhaupt nicht. Die Tendenz, Frauen bei der Ernährung schlechter zu stellen, war um diese Zeit an mehreren Orten zu beobachten. – 201. Sich.Div., Abt. VII IIc/1, Lagebericht für 1. 10.–31. 10. v. 31. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42358, Bl. 821.

480 EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 15. 11.–15. 12. 1942, ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 43 f.

481 WiStab Ost, Monatsbericht Oktober v. 20. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 207, nach WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 23 v. 5. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 582.

Versorgung der Truppen aus. Brotgetreide, Fleisch, Fett usw. müssen in erheblichen Mengen nachgeschoben werden.«⁴⁸²

Unverhohlen wurde zugegeben: »Die Zuteilungsmengen sind selbstverständlich in keiner Weise ausreichend, einen Menschen zu ernähren.«⁴⁸³ Ganz ähnlich war es im von der Zivilverwaltung regierten Minsk, wo ein Vertreter des Arbeitsamtes schätzte, daß die »Zuteilungen auf Grund der Karten nur 1/3 der notwendigen Lebensmittel ausmachen«.⁴⁸⁴ Dies läßt sich verallgemeinern: Ungefähr zwei Drittel ihres Nahrungsbedarfs mußten sich die Weißrussen auf inoffiziellm Weg selbst beschaffen.

Entsprechend sanken die Leistungen der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Städten, und das war die einzige wirkliche Sorge der deutschen Verwaltungen. Zwischen Sommer 1942 und Frühjahr 1943 wurde das Ernährungswesen darum schrittweise umorganisiert. Im Juni 1942 akzeptierte die Chefgruppe Landwirtschaft der Wirtschaftsinspektion Mitte theoretisch, daß sie die einheimische Zivilbevölkerung mitzuversorgen habe.⁴⁸⁵ Dies bedeutete praktisch keine Änderung, wohl aber der Umstand, daß nun der Zivilbedarf im voraus bei der Festlegung des Erfassungssolls berücksichtigt wurde. Das war im Bereich Mitte der Fall,⁴⁸⁶ die Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabs Ost erklärte sich ebenso dazu bereit, und Göring stimmte zu.⁴⁸⁷

Am 3. September 1942 wurde das Lebensmittelverteilungssystem durch den Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet neu geregelt. Am 25. August hatten sich darüber auf Einladung seiner Abteilung Kriegsverwaltung seine Intendantur und die Chefgruppen Landwirtschaft und Arbeit der Wirtschaftsinspektion mit »allen grösseren Bedarfsträgern wie Luftwaffe, OT, Eisenbahn« endgültig abgestimmt.⁴⁸⁸ Neu waren die Vorschriften in mehrfacher Hinsicht. Die Berücksichtigung des berechneten städtischen Zivilbedarfs wurde im voraus festgeschrieben. Ein anderes Verfahren gab es im Gebiet der 203. Sicherungsdivision: Ein Drittel der den Bauern auferlegten

⁴⁸² Besprechungspunkte für die Dienstbesprechung am 27. d. Mts. (Unterschrift: Tesmer), BA-MA WF-03/7417, Bl. 172, vgl. zu Ort und Umständen Bl. 167.

⁴⁸³ Leitendes WiKdo Orscha, Lagebericht Nr. 9 v. 27. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 852. Die Ziele waren bescheiden: durch zwar viel zu niedrige, aber wenigstens »regelmäßig[e] Zuteilungen« das »Vertrauen« der Bevölkerung teilweise wiederherzustellen (ebd.).

⁴⁸⁴ Vortrag Regierungsobersinspektor Moos auf der Minsker Tagung am 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 120. In Minsk bekamen im November 1942 Arbeiter und Nichtarbeiter je 257 Gramm Brot und etwas Salz und Grütze, aber keine Kartoffeln. Schwerarbeiter erhielten mehr, Kinder bis 6 Jahre weniger. Die einheimische Stadtverwaltung befürchtete, der Winter werde »katastrophal«. Vgl. GK Weißruthenien, Abt. III/E Landesernährungsamt, Grundsätze für die II. Zuteilungsperiode (2.-30. II. 1942) v. 12. 10. 1942, ZStA Minsk 370-1-874, Bl. 28; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 29 v. 13. II. 1942, BA-MA SF-01/28939, Bl. 126 (Zitat).

⁴⁸⁵ Die Chefgruppe vermeldete, sie habe »entgegen der ursprünglichen Auffassung hinsichtlich der Ernährung der hiesigen Zivilbevölkerung« die Aufgabe erhalten, »die Versorgung der städtischen Zivilbevölkerung, hauptsächlich jener, die im Dienste der Wehrmacht tätig ist, sicherzustellen«. Darum habe sie keine »reibungslose Versorgung« gewährleistet, sondern nur »die Zusicherung gegeben, daß im Raum der Wirtschaftsinspektion Mitte niemand verhungert«. WiIn Mitte, Jahresbericht Chefr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 635.

⁴⁸⁶ Vgl. ebd., Bl. 636; Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Lage- und Tätigkeitsbericht (Entwurf, gez./Unterschrift v. Schenckendorff) v. 10. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1130; Dezemberbericht ders., Abt. Quartiermeister (Fragment), BA-MA WF-03/7420, Bl. 767.

⁴⁸⁷ KTB WiStab Ost, Chefr. La, v. 10. 9. und 20. 10. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 570 und 682.

⁴⁸⁸ KTB Berück Mitte, Qu, v. 25. 8. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 796.

»Kriegsabgabe« war generell für die Versorgung der städtischen Zivilbevölkerung bestimmt. Reichte das zur Ausgabe der vorgesehenen Rationen nicht aus, sollte die Abteilung Kriegsverwaltung der Sicherungsdivision einfach die Rationen kürzen (»prozentuale Belieferung«).⁴⁸⁹

Außerdem sollte das verbreitete Bezugssystem über Listen durch die Ausgabe von Lebensmittelkarten ersetzt werden. Ein Jahr und drei Monate nach der Besetzung (ab 1. Oktober 1942⁴⁹⁰) wurden der Bevölkerung erstmals offiziell Lebensmittelkarten zu- gebilligt. Und auch diese Karten verliehen »keinen Anspruch auf Zuteilungen bestimmter Lebensmittelmengen. Die Zuteilung erfolgt zwar unter Berücksichtigung der festgelegten Höchstsätze, muss sich aber nach den vorhandenen Lebensmittelmengen richten. Die in den Höchstsätzen festgesetzten Rationen sind daher auf den Bezugskarten nicht verzeichnet.«⁴⁹¹ Den Weißrussen ihre Zuteilungsmengen verheimlichen zu wollen, war ein fortgesetzter, geradezu lächerlicher Eiertanz, den viele örtliche Stellen nicht mitmachten. Selbst wenn sie auf den Karten nicht verzeichnet waren, wie konnte man glauben, daß die Bevölkerung bei einigermaßen konstanter Ausgabe nicht merken würde, wieviel sie bekam oder wann Rationen gesenkt wurden?

Im GK Weißruthenien erfolgte die Reform des Ernährungswesens gleichzeitig mit der im rückwärtigen Heeresgebiet. In Minsk gab es freilich schon länger Karten – auf denen auch die Rationsmengen verzeichnet waren –,⁴⁹² doch sollten sie nun auch in den Gebieten eingeführt werden. Das wiederum verzögerte sich aus verschiedenen Gründen, wurde dann für den 1. Januar 1943 angestrebt, erfolgte aber im Gebietskommissariat Baranowitschi beispielsweise erst Anfang 1944.⁴⁹³

Eine weitere Neuerung war die zunehmende Kontrolle über die »zum Lebensmittelbezug Berechtigten«, was den Ausschluß bestimmter Gruppen bedeutete. In diesem Zusammenhang wurde auf eine Vereinheitlichung der örtlichen Praxis hingearbeitet. »Grundsatz ist, daß nur derjenige Lebensmittel erhält, der arbeitet oder unverschuldet nicht arbeitet.« Lebensmittelkarten durften nur nach Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung (Meldekarte) des zuständigen Arbeitsamtes ausgegeben werden.⁴⁹⁴ Vorher war dies offenbar nur örtlich oder in kampagneartigen Überprüfungen geschehen.⁴⁹⁵

489 203. Sich.Div., Abt. VII/Kr.-Verw., Betr.: Ernährung der städtischen Zivilbevölkerung für das Versorgungsjahr 1942/43 v. 17. 9. 1942 (Unterschrift: Barton, Generalmajor und Divisionskommandeur), BA-MA RH 26–203/6. Dieser Erlaß war noch wesentlich ausführlicher als der des Berück Mitte, auf dessen Anordnung er Bezug nahm.

490 Die Einführung des Kartensystems mußte dann vom 1. auf den 15. 10. 1942 verschoben werden, weil die Karten nicht rechtzeitig gedruckt waren. WiIn Mitte, Protokoll der Kommandeurbesprechung bei WiIn Mitte am 11. und 12. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 537.

491 Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 26 v. 3. 9. 1942: Ernährung der städtischen Zivilbevölkerung für das Versorgungsjahr 1942/43, ZStA Minsk 570–1–1, Bl. 169–172, hier Bl. 170. Zum zuletzt genannten Umstand auch Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 26 v. 23. 10. 1942, BA-MA SF–01/31536, Bl. 470.

492 Vgl. Allgemeiner Lagebericht des GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 33. Ein Kartensatz aus dieser Zeit in: ZStA Minsk 370–1–874, Bl. 39–45. Siehe auch Deutsche Zeitung im Ostland v. 9. 12. 1942.

493 GK Weißruthenien, Abt. III E., Landesernährungsamt, v. 25. 9. und 9. 11. 1942, ZStA Minsk 370–1–874, Bl. 11 und 71; GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 134.

494 Berück Mitte, Verwaltungsanordnungen Nr. 26 v. 3. 9. 1942, ZStA Minsk 570–1–1, Bl. 169R–170.

495 Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 9 v. 22. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1002, und W. Engelhardt 1943, S. 102.

Die dahinterstehende Absicht war zum Beispiel in einem vermutlich von der Gruppe BB des Wirtschaftsstabs Ost stammenden »Entwurf einer vorläufigen Arbeitsordnung für die besetzten Gebiete der UdSSR« deutlich formuliert; danach hatte »in den besetzten Gebieten nur derjenige eine *Lebensberechtigung*, der bereit ist, an der Erhaltung und dem Aufbau der Lebensgrundlagen der europäischen Völker im allgemeinen und des russischen Volkes im besonderen mitzuarbeiten«. ⁴⁹⁶ Wer nicht »mitarbeitete«, sollte nicht leben dürfen. Im Herbst 1942 lautete das doppelte Ziel der neuen Bestimmung: erstens Nahrungsmittel sparen und zweitens Arbeitskräfte gewinnen, wie der Sonderbeauftragte des Wirtschaftsinspektors, Oberst Herrosé, erläuterte: »Wesentlich ist jedoch, den Kreis der Lebensmittelberechtigten auf das notwendige Maß zu beschränken« und »die Eingruppierung der Ernährungsberechtigten grundsätzlich neu und einheitlich im gesamten Heeresgruppenbereich unter Außerachtlassung von Gefühlen nach reiner Zweckmäßigkeit zu regeln«. ⁴⁹⁷

Das war offenbar nur nach und nach möglich. So wurden in Witebsk zwar als Ergebnis der Anordnung 1500 Arbeitskräfte neu registriert, aber im Mai 1943 stellte sich heraus, daß in Smolensk 6000, in Mogilew 2000 und im Rayon Orscha 12 217 (von 12 337) Nichtselbstversorgern »unberechtigt«, das heißt ohne gültige Arbeitsamtsbescheinigung, Lebensmittel bekamen. ⁴⁹⁸ Der ebenfalls angestrebte hohe Arbeitskräfteanteil an der Stadtbevölkerung blieb Fiktion; es blieb bei höchstens 50 Prozent (angesichts der Ernährungs- und Gesundheitsverhältnisse freilich ein hoher Wert). Meldungen über Anteile von mehr als 75 Prozent müssen ins Reich der Fabel verwiesen werden. ⁴⁹⁹

Zur Verbesserung der Kontrolle über die Lebensmittelausgabe wurden nach v. Schenkendorffs Verordnung Prüfungskommissionen bei den jeweiligen Ortskommandanturen gebildet, denen je ein Vertreter der Ortskommandaturen und der Gruppen Arbeit, Landwirtschaft und »BB« des zuständigen Wirtschaftskommandos angehörten. ⁵⁰⁰ Denn die Verteilung der Lebensmittel, Ausgabe der Karten usw. erfolgte ja immer durch Einheimische, von denen viele aus Bestechlichkeit (ihre Zuteilungen reichten auch nicht aus) oder aus Solidarität mit ihren Landsleuten von den Vorschriften abwichen. Auf die Arbeitersparnis für ihre Beamten war die deutsche Verwaltung stolz; der Kriegsverwaltungsabteilungschef Streb von der Chefgruppe BB des Wirtschaftsstabs Ost verwies darauf, daß die gesamte Wirtschaftsinspektion Süd im Ernährungswesen mit 35 bis 45 Deutschen auskomme, den Rest der Arbeit machten Einheimische. ⁵⁰¹ So gab es im Juli 1943 bei der Wirtschaftsinspektion Mitte

⁴⁹⁶ Entwurf einer vorläufigen Arbeitsordnung für die besetzten Gebiete der UdSSR (undatiert, vermutlich vom Herbst 1941), BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 861 (Hervorhebung C. G.).

⁴⁹⁷ Oberst Herrosé, Bericht über die Ernährungslage der Zivilbevölkerung in Orscha und Mogilew v. 28. 11. 1942 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 613.

⁴⁹⁸ WiIn Mitte, Tätigkeitsbericht für 5.–31. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 467, und Ausschnitt aus Monatsbericht Mai 1943 der WiIn Mitte, BA-MA RW 31/303a, Bl. 199R.

⁴⁹⁹ Nach dem Bericht des GebK in Baranowitschi für das erste Quartal 1944 arbeiteten dort von 22 000 Einwohnern 17 000. BA F 13683, Bl. 80.

⁵⁰⁰ Berück Mitte, Verwaltungsanordnungen Nr. 26, ZStA Minsk 570–1–I v. 3. 9. 1942, Bl. 172R. Die OK erhielten neue bzw. erweiterte Ernährungsabteilungen.

⁵⁰¹ WiIn Mitte, Stab I/Ia org., Protokoll über die Besprechung mit Chef WiStab Ost am 26. 3. v. 3. 4. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1035. Die WiIn Süd spielte im Ernährungswesen teilweise die Rolle eines Vorreiters.

98 Ernährungsämter für 1,25 Millionen Versorgungsberechtigte.⁵⁰² Im GK Weißruthenien versuchte man sich für eine schärfere Kontrolle damit zu behelfen, daß man möglichst Volksdeutsche in den Rayons mit Kartenfragen betraute.⁵⁰³ In Minsk hatte das städtische Wirtschaftsamt am 1. Oktober 1942 die Lebensmittelverteilung übernommen; in Slonim wurde ein von einem Deutschen geleitetes Ernährungsamt offenbar Anfang 1943 geschaffen.⁵⁰⁴ Die Militärverwaltung konnte zum Glück für die Bevölkerung eine durchgehende Kontrolle durch die neuen Überwachungsorganisationen noch nicht gewährleisten.

Darauf wie auf der ständigen Unterernährung der Arbeiter beruhten die Ansprüche der Abteilungen »Betriebsförderung und Berufserziehung«, die gesamte Lebensmittelverteilung, auch für Nichtarbeitende, in die Hand zu bekommen.⁵⁰⁵ »BB« hatte bei der Werksküchenverpflegung seit Juli 1941 eine Rolle gespielt und schon im August 1941 in Minsk das Kantinenessen zumindest zu beurteilen gehabt (»Nach den gegebenen Richtlinien erscheint die Güte des Essens zu hoch«).⁵⁰⁶ Vom Wirtschaftskommando Borissov wurde die dortige Gruppe »BB« schon im Juli 1942 wegen der schwierigen Lage vorübergehend mit der »Aufsicht über die gesamte Verteilung der Lebensmittel« beauftragt,⁵⁰⁷ in Bobruisk und Ossipowitschi dauerhaft seit dem September.⁵⁰⁸ Am 1. Mai 1943 übernahm sie diese Funktion im gesamten Bereich der Wirtschaftsinspektion (die gelieferten Lebensmittelmengen bestimmten nach wie vor die Landwirtschaftsabteilungen).⁵⁰⁹ Konkret mußte zum Beispiel das Stadternährungsamt in Gomel in die Unterkunft des Wirtschaftskommandos umziehen, um von der Gruppe »BB« unter Kontrolle genommen zu werden, und es wurde eine Außenstelle der Chefgruppe »BB« der Wirtschaftsinspektion in der Stadt errichtet.⁵¹⁰

Die Übergabe hatte auch zur Folge, daß die Versorgung der Arbeitskräfte, ursprüngliche »BB«-Aufgabe, noch größeres Gewicht innerhalb der Ernährungspolitik

502 WiStab Ost, Monatsbericht Juli v. 18. 8. 1943, BA-MA (BArch)P 42746, Bl. 323. Die örtliche Organisationsform war dabei offenbar verschieden: Die ZO unterhielt Lieferbeziehungen einmal zur sogenannten »Zivilernährung« und zum anderen unter dem Stichwort »Stadtverwaltung«. Vgl. ZO, Geschäftsstelle Bobruisk, Bilanz per 31. Dezember 1943 v. 25. 9. 1944, Anlage 6: Forderungen an einheimische Organisationen und Unternehmen, BA 34.02, Nr. 80, Bl. 15.

503 GK Weißruthenien, Landesernährungsamt – Verteilung, v. 25. 9. 1942, ZStA Minsk 370-I-874, Bl. 10.

504 Vgl. Gartenschlaeger, S. 60, und Vern. H. G. v. 8. 5. 1961, StA Hamburg, 147 Js 29/67, Bl. 1464–1467. Die Zuständigkeitsreform fiel hier etwas anders aus, da in der Zivilverwaltung keine Abteilung »Betriebsförderung und Berufserziehung« existierte, sondern dieser Bereich und die Arbeitsverwaltung in der Abteilung »Arbeitspolitik und Sozialverwaltung« zusammengefaßt waren.

505 WiStab Ost, Monatsbericht September v. 17. 10. 1942, Anlage 9, BA-MA (BArch)P 43067, Bl. 1155, und für November v. 16. 12. 1942, Anlage 7, BA-MA (BArch)P 42742, Bl. 631.

506 Vgl. KTB WiStab Ost v. 6. 7. 1941 über eine Besprechung Schuberts mit Riecke und Marrenbach, BA-MA (BArch)P 43384, Bl. 20. Zitat: WiKdo Minsk, Sondergruppe BB, Bericht über die Betriebsbesichtigung – Lederfabrik Minsk v. 20. 8. 1941, ZStA Minsk 412-I-46, Bl. 6; in der Akte weitere Inspektionsberichte.

507 WiKdo im FK-Bereich Borissov, Lagebericht für 18. 6. bis 17. 7. v. 18. 7. 1942, BA-MA RW 31/864, Bl. 121.

508 203. Sich.Div., Betr.: Ernährung der städtischen Zivilbevölkerung für das Versorgungsjahr 1942/43, BA-MA RH 26-203/6.

509 WiIn Mitte, Chefgr. La, Fachliche Weisung Nr. 12 v. 15. 4. 1943, ZStA Minsk 412-I-120, Bl. 20–22R. Weiter Ord.Offz. Chef WiStab Ost, Bericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost vom 25.–31. 3. v. 3. 4. 1943, BA-MA (BArch)P 43387, Bl. 1029; WiStab Ost, Monatsbericht März v. 17. 4. 1943, BA-MA (BArch)P 42746, Bl. 120f.; OK I(V) 354, Borissov, Befehl Nr. 30 v. 24. 4. 1943, ZStA Minsk 564-I-1, Bl. 8R.

510 KTB WiKdo Gomel v. 27. 4. 1943, BA-MA RW 31/827, und WiStab Ost, Monatsbericht September v. 26. 10. 1943, Anlage 8, BA-MA (BArch)P 42746, Bl. 305.

erhielt. So wurden die Werks- und Gemeinschaftsküchen weiter ausgebaut, um die Ernährung der Arbeiter stärker kontrollieren zu können. Soweit möglich, »wurden alle Arbeiter gezwungen, an der Werksverpflegung teilzunehmen«, das sei »notwendig, da im anderen Falle damit gerechnet werden muss, dass die Werkstätigen die ihnen als Schwer- und Schwerstarbeiter zusätzlich zur Verfügung stehenden Lebensmittel ganz oder teilweise ihren Familien zur Verfügung stellen«,⁵¹¹ so daß die Nahrung *Nichtarbeitern* zugute kam. Das wollten die Deutschen verhindern. Zwischen August 1942 und März 1943 steigerte die Wirtschaftsinspektion Mitte die Zahl der in Werks- und Gemeinschaftsküchen Verpflegten von rund 50000 auf 120000; auch 1944 handelte es sich aber nur um ein knappes Drittel aller sogenannten Versorgungsberechtigten (1943 erst 10 bis 12 Prozent, also bei weitem nicht alle gewerblichen Arbeitskräfte).⁵¹²

Anfang 1943 wurde außerdem am Rand der größeren Städte (über 30000 Einwohner) im Zivil- und Militärverwaltungsbereich den Einwohnern Kartoffelland zugewiesen, und zwar lediglich ein Hektar je 20 bis 30 Einwohner. Damit sollten die Städter zu »Selbstversorgern« für Kartoffeln gemacht werden, also keine weiteren Zuweisungen erhalten. Zuerst nur auf Arbeiter und Arbeiterinnen beschränkt, wurde die Regelung dann auf alle Einwohner ausgeweitet.⁵¹³

Mit der Anordnung im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wurden freilich auch die Rationen abermals gesenkt. Nun betrugen sie:

*Tabelle 6: Lebensmittelrationen im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, September 1942 (Gramm pro Tag)*⁵¹⁴

	Roggen	Kartoffeln	Fleisch	Fett	Hirse, Graupen, Buchweizen
Arbeiter	172	428	?	?	28
Schwerarbeiter	200	500	11	9	32
Schwerstarbeiter	226	571	14	9	36
Nichtarbeiter	158	357	?	?	25
Kinder unter 14	79	179	?	?	13

⁵¹¹ WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 22 v. 4. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 490f.

⁵¹² WiStab Ost, Monatsbericht August 1942, BA-MA (BArchP)F 43067, Bl. 1233; Monatsberichte für März, Mai und September 1943 (Zahl etwa konstant), BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 141, 186 und 305, und April 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 600. – In Minsk sollen es schon im Dezember 1941 30000, also 25–30 %, gewesen sein. KTB RüIn Ostland v. 31. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 43371, Bl. 694. Zur Entwicklung auch Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 337.

⁵¹³ Identische Erlasse: RMO, Betr.: Überlassung von Land an gewerbliche Betriebe v. 29. 1. 1943 und ebenso WiStab Ost, Chefgr. La, v. 4. 2. 1943 (Abschriften), BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 126–128 bzw. 129–131. Ferner WiStab Ost, Chefgr. La, Monatsbericht April v. 11. 5. 1943, und WiIn Mitte, Fachliche Weisung Nr. 10 v. 3. 4. 1943 (russ.: Dienstanweisung Nr. 4), BA-MA RW 31/303a, Bl. 107–110 und 133–134R.

⁵¹⁴ Zusätzlich Magermilch für Schwer- und Schwerstarbeiter wöchentlich 0,5 l. Fragezeichen: Fleisch, Fett, Magermilch »je nach Anfall und Freigabe durch die Wehrmacht, sowie unter besonderer Berücksichtigung der Werkstätigen«. Berück Mitte, Verwaltungsanordnungen Nr. 26 v. 3. 9. 1942, ZStA Minsk 570–1–1, Bl. 172, abgedruckt in: N. Müller 1982, S. 240. Rationen für Juden waren nicht mehr angegeben, da zu dieser Zeit im rückwärtigen Heeresgebiet fast alle schon ermordet waren. – Unklar ist der Begriff »Roggen« insofern, als der Bevölkerung vermutlich nicht ungemahlenes Getreide zugewiesen wurde. Im günstigsten Fall (Mehlzugewiesung) wären die angegebenen Mengen um 20 % aufzustocken, um die resul-

Im GK Weißruthenien waren die Sätze im November 1942 für Arbeitskräfte und Kinder besser, für Nichtarbeiter gleich schlecht:

*Tabelle 7: Lebensmittelrationen im GK Weißruthenien, November 1942
(in Gramm pro Tag)*⁵¹⁵

	Brot	Kartoffeln	Fleisch	Salz	Grütze
Arbeiter	328	214	21	18	30
Schwerarbeiter	400	500	28	18	40
Nichtarbeiter	257	0	0	14	20
Kinder 2–6 Jahre	200	0	0	0	14

Alle diese Werte standen zunächst einmal auf dem Papier; sie wurden ja auf dem Höhepunkt der Hungerkrise festgesetzt, und im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wurden vorläufig nur Brot und Kartoffeln ausgegeben.⁵¹⁶ Da die Sätze für Arbeitskräfte viel zu niedrig waren, durchbrachen neue Bestimmungen für Bahnpersonal, Kriegsgefangene und sogenannte kasernierte Arbeiter (das heißt solche in Zwangsarbeitslagern) v. Schenckendorffs Anordnung.⁵¹⁷ Zudem liefen in Berlin Verhandlungen über eine durchgreifende Rationserhöhung. Sie wurde vor allem vom Generalquartiermeister und der Chefgruppe »BB« im Wirtschaftsstab Ost befürwortet, während die Chefgruppe Landwirtschaft widerstrebte.⁵¹⁸ Die Quartiermeisterabteilungen beim Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet und bei der Heeresgruppe Mitte lehnten im Gegensatz zu ihrem Vorgesetzten, dem Generalquartiermeister, der gerade die Kollaborationspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten durch eine verbesserte Versorgung unterstützen wollte, eine Rationserhöhung ab. Am deutlichsten drückte das Wagners ehemaliger Beauftragter für Sonderfragen, nunmehr Oberquartiermeister der Heeresgruppe Mitte, Oberst Georg v. Unold, aus:

»Höhere Verpflegungssätze sind nicht tragbar, weil der sich daraus ergebende Bedarf an Lebensmitteln entweder aus dem Heeresgruppenbereich nicht zu decken ist (Kartoffeln und Brotgetreide) oder den für die Truppe zugeführten Nachschub an Fett, Fleisch, Zucker u. a. zu stark belasten würde. Die Sätze werden aber unter Be-

tierende Brotmenge zu errechnen, vgl. etwa Berück Mitte v. 27. 11. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 250–252. Selbst in diesem Fall ergäbe sich noch eine Senkung der Brotration gegenüber der Anordnung v. 4. 11. 1941 (vgl. S. 276 in dieser Darstellung).

⁵¹⁵ Bei Arbeitern und Schwerarbeitern einschließlich einer Werksverpflegung von 71 Gramm Brot, 10 Gramm Mehl, 214 Gramm Kartoffeln, 21 Gramm Fleisch, 20 Gramm Grütze, 7 Gramm Salz. Kinder von 2–6 Jahren erhielten außerdem 20 Gramm Hafermehl, 10 Gramm Hefe, 10 Gramm Salz und 0,07 Liter Magermilch täglich. Kinder von 0–2 Jahren bekamen eine andere Ration. GK Weißruthenien, Abt. III/E., Landesernährungsamt, Grundsätze für die II. Zuteilungsperiode v. 12. 10. 1942, ZStA Minsk 370–1–874, Bl. 28–30.

⁵¹⁶ Vgl. Monatsberichte des Berück Mitte, Abt. VII-Kriegsverwaltung für Oktober, November und Dezember 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 987, 992 f. und 1020.

⁵¹⁷ Ebenso für November 1942 v. 5. 12. 1942, ebd., Bl. 1003.

⁵¹⁸ Vgl. KTB WiStab Ost v. 25. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 544; WiIn Mitte, Stab I/Ia org., Protokoll über die Besprechung mit Chef WiStab Ost am 26. 3. v. 3. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1034; WiStab Ost, Vermerk über die Sitzung der Chefgr. III Wi am 1. März v. 9. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 43131, Bl. 92.

rücksichtigung der Entbehrungsfähigkeit der Russen auch für gerade noch ausreichend erachtet. Eine radikale Lösung, nur voll arbeitende Kräfte besser zu ernähren und beschränkt oder gar nicht Arbeitsfähige ihrem – allerdings in Sowjetrußland nicht ungewohnten – Schicksal zu überlassen, erscheint aus propagandistischen Gründen nicht angebracht.⁵¹⁹

Dazu paßt, daß der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe, Generalfeldmarschall v. Kluge, nicht nur einmal mit schweren Strafen bei Überschreitung der festgelegten Lebensmittelrationen für Kriegsgefangene und sowjetische Zivilisten drohte.⁵²⁰ Trotz des negativen Echos aus dem Mittelabschnitt legten Wirtschaftsstab Ost, Ostministerium und Generalquartiermeister am 16. März 1943 gemeinsam neue Lebensmittelrationen für die besetzten sowjetischen Gebiete fest:

*Tabelle 8: Lebensmittelrationen (Richtwerte) für die besetzten sowjetischen Gebiete ab März 1943 (in Gramm pro Tag)*⁵²¹

	Brot	Kartoffeln	Hirse oder Buchweizen	Fleisch	Fett	Kalorien
Arbeiter	286	500	36	21	11	1250
Schwerarbeiter	500	642	57	36	18	2000
Schwerstarb.	571	642	71	50	36	2400
Nichtarbeiter	214	357	0	14	7	850

Diese Rationserhöhung wäre sehr bemerkenswert gewesen (obwohl die neuen Sätze nur 60 Prozent der im Reich gültigen entsprachen; mehr hatte die Chefgruppe Landwirtschaft nicht zugelassen⁵²²). Die Werte hatten nur den Nachteil, daß sie praktisch nirgendwo galten. Im Erlaß wurden für das Reichskommissariat Ukraine und das GK Weißruthenien »besondere Bestimmungen« angekündigt und die vorläufige Beibehaltung der alten verfügt. Bei der Wirtschaftsinspektion Süd sollte bis zur »Stabilisierung der Lage« nichts geändert werden.⁵²³ Die Wirtschaftsinspektion Mitte und

519 Okdo. H.Gr. Mitte O.Qu./IVa/VII/Qu.2, Bericht an GenQu v. 8. I. 1943 auf dessen Schreiben v. 29. 12. 42 (Abschrift, gez. Der Oberquartiermeister), BA-MA RW 31/310. Vgl. den Dezemberbericht des Quartiermeisters beim Berück Mitte, der die »zur Erhaltung der Arbeitskraft viel zu niedrigen Sätze« zugab, aber auf die Transportlage verwies: BA-MA WF-03/7420, Bl. 766f. Etwa zur gleichen Zeit empfahl v. Schenkendorff der H.Gr. die Übernahme der von ihm im September erlassenen Niedrigationen; vgl. den Monatsbericht Dezember seiner Abt. Kriegsverwaltung v. 9. I. 1943, ebd., Bl. 987.

520 Oberbefehlshaber H.Gr. Mitte HeWiFü/Ia/O.Qu./IVa/VII/Qu.2 v. 14. 7. 1943 (im Entwurf gez. v. Kluge), BA-MA RW 31/568, Bl. 32.

521 WiStab Ost Ia 3a-150-73293/43geh. / OKH, GenStdH/GenQu, Abt. Kr.Verw./Wi/IVa Az.833b/43(IV,1) / RMO III E 3a-150-572/43geh., Betr.: Ernährung der einheimischen Zivilbevölkerung in den besetzten Ostgebieten v. 16. 3. 1943 (gez. Stapf, Wagner, Meyer), BA-MA RW31/310. Schwerstarbeiter bekamen zusätzlich 21 Gramm Zucker. Alle Rationen verstanden sich als Vorschläge. Die Zusammensetzung durfte bei gleicher Kalorienzahl geändert werden. In die letzte Gruppe fielen nur die »schuldlos nicht arbeitenden Zivilpersonen«; darin waren z. B. Kinder und nichtarbeitsfähige Angehörige von Personen, die nicht Ostarbeiter oder Arbeitskräfte waren, nicht enthalten.

522 Vermerk über die Sitzung der Chefgr. III Wi am 1. März v. 9. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 43371, Bl. 92.

523 KTB WiStab Ost v. 25. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 544. Gemeint war die militärische bzw. die Transportlage.

die Quartiermeisterabteilung der Heeresgruppe Mitte erklärten die Ausgabe der neuen Sätze für unmöglich und erließen nach Erwägung verschiedener anderer Modelle⁵²⁴ am 15. April bei Brot, Fleisch und Fett niedrigere Rationen:

*Tabelle 9: Lebensmittelrationen im Bereich der Heeresgruppe Mitte ab April 1943
(in Gramm pro Tag)*⁵²⁵

	Brotgetreide	Kartoffeln	Buchweizen oder Hirse	Fleisch	Fett
Leichte Arbeit	204	428	28	○	○
Arbeiter	228	571	36	○	○
Schwerarbeiter	243	642	36	14	14
Schwerstarbeiter	287	1000	28	43	28
Kasernierte	264	1000	21	34	19
Nichtarbeiter	158	357	28	○	○
Kinder	79	179	14	○	○

Kinder und Nichtarbeiter, mehr als die Hälfte der zu Versorgenden, standen so schlecht wie seit dem September 1942. Insofern hatte die Hungerkrise von 1942 dauerhafte Auswirkungen. Frauen sollten bei den Arbeitern diskriminiert werden – denn vor allem für sie galt die Kategorie der leichten Arbeit –, was zuvor vermieden worden war, da es bei den Sowjets gleichen Lohn für gleiche Arbeit gegeben hatte. Die Tendenz zur Differenzierung setzte sich fort. Verbesserungen betrafen nur Arbeitskräfte, und auch da waren sie geringer als im zentralen Erlaß.

Für den Bereich Weißrußland kann also die Darstellung einer ständigen, wenn auch bescheidenen Aufwärtsentwicklung bei den Lebensmittelrationen für Zivilisten nicht bestätigt werden.⁵²⁶ Im Gegenteil, sie wurden mehrmals gesenkt. Das Scheitern des Blitzkriegs gegen die Sowjetunion führte nicht zu einer Revision der Ernährungspolitik in Weißrußland. Das war aber noch nicht alles. In der Spätphase der Besatzungszeit gingen verschiedene Organe mit neuer Energie daran, einige Bevölkerungsgruppen ganz von der Nahrungsmittelversorgung auszuschließen.

f) Der »Ausschluß von der Versorgung«

Die Berliner Verantwortlichen und Landwirtschaftsexperten störte es, daß immer größere Teile der Bevölkerung der besetzten sowjetischen Gebiete als »im deutschen Interesse« arbeitend anerkannt worden waren. Im Dezember 1942 erklärte Backe dazu: »Demnach bleibt nur ein kleiner Teil der Bevölkerung übrig, der an allerletzter

⁵²⁴ Hierzu KTB WiIn Mitte v. 16., 29. und 31. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 935 und 941f.; Auszug aus dem Reisebericht des Inspektors mit Staatssekretär Körner und KVChef Riecke am 20.–23. 5. 1943 nach [...] Smolensk, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 285; v. Unold an GenQu v. 8. 1. 1943, BA-MA RW 31/310; WiIn Mitte, Chefgr. La, an WiStab Ost, Chefgr. La, v. 23. 5. 1943 mit Anlage: Versorgungsplanung [...] für 1. 5.–30. 9. 43, BA-MA RW 31/311.

⁵²⁵ Für Schwerstarbeiter zusätzlich 7 Gramm Zucker, für Kasernierte 16 Gramm Zucker und 5 Gramm Salz. WiIn Mitte, Chefgr. La, Fachliche Weisung Nr. 12, Betr.: Ernährung der Zivilbevölkerung v. 15. 4. 1943, ZStA Minsk 412–1–120, Bl. 20–22R.

⁵²⁶ Siehe demgegenüber Müller, Wirtschaftspolitik, S. 89–91, Anm. 93 und 94.

Stelle in der Versorgung zu berücksichtigen ist. Für diesen kann aber im Zweifel von den deutschen Dienststellen nichts getan werden. Hierauf muss bei allen militärischen und zivilen Dienststellen hingewirkt werden.«⁵²⁷ Das hieß: diese Menschen solle man unbedingt verhungern lassen.

Eine große Besprechung bei Göring über sogenannte Ostfragen kam nach dem 8. November 1941 nie mehr zustande; auf einer Sitzung über »Westfragen« am 28. April 1943 erklärte der »Reichsmarschall« aber, es sei »nicht damit zu rechnen, dass die Bevölkerung der besetzten Gebiete durch besondere Rücksichtnahme auf ihre Lebensbedingungen für uns gewonnen werden kann«.⁵²⁸ Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz Sauckel sagte am 10. Juni 1943 in Kiew:

»Der Reichsmarschall habe angeordnet, daß wer (auch in besetzten Gebieten) für Deutschland arbeitet, mit seiner Familie ernährt werden muß. [...] Die Menschen müßten allerdings auf das Sorgfältigste bewirtschaftet werden. [...] »Einzige Lebensversicherung für die fremden Völker ist, daß sie für Deutschland arbeiten. Wer nicht für Deutschland arbeitet, soll zu Grunde gehen.«⁵²⁹

Wenig später appellierte Göring, trotz der guten Ernte in vielen besetzten Gebieten – auch im Osten –, Bitten um Rationserhöhungen nicht nachzugeben.⁵³⁰ Ganz so passiv wie in der Literatur dargestellt kann Göring 1942/43 demnach nicht gewesen sein.⁵³¹ Seine Forderung, die Menschen müßten auch bezüglich der Ernährung besser »bewirtschaftet« werden, traf im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte auf Einverständnis.

Dort ergab sich ein neues ernährungswirtschaftliches Problem. Die Zahl der sogenannten Versorgungsberechtigten war von 1942 bis 1943 um die Hälfte angestiegen, von 800 000 auf rund 1,2 Millionen.⁵³² Das lag zu einem großen Teil daran, daß die Deutschen bei Rückzügen Flüchtlinge und Zwangsevakuierte mitgeführt und einige Partisanenrandgebiete von der Bevölkerung geräumt hatten.⁵³³ Bereits von Februar auf März 1943 war die Zahl der »Versorgungsberechtigten« um 92 000 gesenkt worden.⁵³⁴ Kurz darauf ordnete die Chefgruppe Landwirtschaft der Wirtschaftsinspektion Mitte bereits an, »Zahl« und »Einstufungen« der Versorgungsempfänger »herabzudrücken«.⁵³⁵

527 WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Besprechung mit den KVVCh der Chefgruppen La der WiIn und der Reichskommissariate am 16./17. Dezember v. 30. 12. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 461.

528 Weitergegeben von General Stapf laut: WiStab Ost, Stab I/La, Aktenvermerk über die Chefbesprechung am 30. 4. v. 4. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 120.

529 Reichsverkehrsdirektion Kiew 2 P 31 Pwhk v. 11. 6. 1943 (Abschrift), Anlage 1 zum Bericht der GVD Osten vom 29. 6. 1943, BA-MA H 12/59.

530 Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP V. P.8605/3/5g (Abschrift, gez. Göring) v. 7. 7. 1943, BA-MA RW 31/310.

531 Siehe z. B. Kube 1986, S. 342, vgl. ebd., S. 339–344: »Es fällt schwer, die Frage zu beantworten, womit sich Göring seit Anfang 1943 überhaupt noch ernsthaft beschäftigte.« Ähnlich Martens 1985. Die Anfechtbarkeit solcher Darstellungen zeigt sich noch an anderen Stellen dieser Arbeit.

532 Vgl. z. B. WiIn Mitte, Chefgr. La/BB an WiStab Ost, Chefgr. La, Betr.: Ernährung der einheimischen Zivilbevölkerung in den besetzten Ostgebieten v. 24. 7. 1943, BA-MA RW 31/311; Leitendes WiKdo Orscha, Lagebericht Nr. 12 v. 25. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 1011 (300 000 statt erwarteter 207 000).

533 WiIn Mitte an WiStab Ost v. 24. 7. 1943, BA-MA RW 31/311.

534 Von 1 310 000 auf 1 218 930. WiIn Mitte, Lagebericht März v. 5. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1090. Im Juli 1943 waren es nach der vorher genannten Quelle 1 116 278, also nochmals etwa 102 000 weniger.

535 WiIn Mitte, Chefgr. La 343, Rundverfügung Nr. 42 v. 20. 4. 1943 (gez. i. A. Wagner), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 146–148.

Es ging dabei aber nicht um Maßnahmen gegen Höhereinstufungen, also um die verbreiteten Versuche von Truppe und Betriebsleitern, »ihre« Weißrussen und Russen möglichst als Schwerstarbeiter verpflegen zu lassen, damit sie mehr Leistung brachten, auch wenn sie von Amts wegen gar nicht als solche galten. Dagegen gab es zwar wiederholt harsche Befehle.⁵³⁶ Unter den 1,116 Millionen »Versorgungsberechtigten« vom Juli 1943 waren aber nur 101 477 Schwer-, 24 781 Schwerstarbeiter und 60 738 Kasernierte (teilweise Schanzarbeiter), dagegen 314 812 Kinder und 368 631 nichtarbeitende Angehörige.⁵³⁷ 61 Prozent der Rationsempfänger arbeiteten nicht. Man könnte vermuten, die deutsche Verwaltung hätte daraufhin, um diesen aus ihrer Sicht ungünstigen Zustand zu ändern, Schwer- zu Normalarbeitern umrationiert und Menschen zum Arbeiten gezwungen, die eigentlich nicht arbeitsfähig waren.

Aber sie handelte anders. Zudem war wieder die kritische Zeit des Ernteanschlusses gekommen, und man wollte die Probleme offenbar diesmal auf neue Weise angehen. Ende Mai 1943 kam der Leiter der Chefgruppe Betriebsförderung und Berufserziehung (BB) beim Wirtschaftsstab Ost, Otto Marrenbach, zu Dienstbesprechungen nach Borissow. Nach Verhandlungen mit Wirtschaftsinspekteur Niedenführ und dessen neuem BB-Chef Rudolf Lencer sowie Wirtschaftskommandeuren erteilte die Führung folgenden »Auftrag: Einsparung von Lebensmitteln, um Anschluß an die neue Ernte zu gewinnen. Gerechte Verteilung. 30%ige Verminderung der Zahl der Lebensmittelbezugsberechtigten.«⁵³⁸

Nicht die Zahl der Arbeitskräfte sollte erhöht, sondern die Zahl der Esser gesenkt werden, und zwar gleich um mehrere hunderttausend Menschen. Dies war eine für die deutsche Besatzungspolitik in Weißrußland typische Entscheidung, die dem durchgängigen Vorrang der Ernährungspolitik gegenüber der Industriepolitik entsprach. Da es die erste Erwähnung dieses Plans im verfügbaren Quellenmaterial ist, dürfte Marrenbach bei der Entstehung eine beträchtliche Rolle gespielt haben; offensichtlich ist, daß es ein BB-Projekt war.

Wenig später notierte das Wirtschaftskommando in Mogilew bereits, der »Auftrag, die Zahl der Lebensmittelbezugsberechtigten um 30 Prozent zu verringern, hätte erfüllt werden können«, wären nicht zu versorgende Flüchtlinge und Torfarbeiter neu dazugekommen.⁵³⁹ Im Bereich des Wirtschaftskommandos Borissow wurden in Cholopenitschi 1500, in Tolotschin 2000 Personen »ausgeschieden«, in Mogilew allein in einer Versorgungsgruppe 2000, weil sie »keinen Anspruch auf Lebensmittelkarten« hatten.⁵⁴⁰ Die Wirtschaftsinspektion lehnte andere Lösungen ab, so den Vorschlag des Oberquartiermeisters der Heeresgruppe v. Unold, lieber die bäuerlichen Abgaben zu erhöhen. »Zweckmäßiger ist es, durch scharfe Überprüfung die Zahl der

536 Z.B. AOK 4, AWiFü/OQu/IVa/Qu.2 v. 24. 7. 1943 (unter Bezug auf v. Kluges Befehl vom 14. 7.), BA-MA RH 23/154.

537 Versorgungsplanung berechnet unter Zugrundelegung der im Bereich der H.Gr. Mitte festgesetzten Rationssätze, BA-MA RW 31/303a.

538 KTB WiKdo 211 (Orscha) für 25.–28. 5. 1943 über Dienstbesprechungen bei der Chefgr. BB der WiIn, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 1177 (Hervorhebung C. G.).

539 WiKdo 212 (Mogilew), Lagebericht Juni v. 25. 6. 1943, BA-MA RW 31/849.

540 WiKdo 213, Gruppe BB, Wochenbericht vom 1.–7. 8. 1943, BA-MA RW 31/865. Weiter WiKdo 212 (Mogilew), Lage- und Tätigkeitsbericht Nr. 17 v. 18. 5. 1943, BA-MA RW 31/849.

Versorgungsberechtigten zu senken.«⁵⁴¹ In Berlin nahmen Wirtschaftsstab Ost und Ostministerium in Gestalt Stapfs und Rieckes die Meldungen der Wirtschaftsinspektion Mitte zum Anlaß, auch in den anderen besetzten sowjetischen Gebieten überprüfen zu lassen, ob dort auch »ein sehr grosser Kreis von Personen unberechtigt Lebensmittel empfangen« habe.⁵⁴² Im GK Weißruthenien lehnte man es offenbar ab, eine über laufende Überprüfungen hinausgehende Kampagne zu starten.⁵⁴³ Am 21. Juli erklärte auch der Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet, »die Zahl der *versorgungsberechtigten* Arbeitskräfte« müsse »aufs schärfste eingeschränkt werden«.⁵⁴⁴

Ging es darum, daß sich sogenannte Selbstversorger, die neben ihrer gewerblichen Arbeitsstelle noch ein kleines Stück Land besaßen und bewirtschaften konnten, unberechtigt in die Lebensmittelverteilung eingeschlichen hatten? Daß Arbeiter sich unberechtigt hohe Rationen verschafft hatten? Daß Arbeiter ins Reich transferiert werden sollten? Keineswegs, in Wirklichkeit hatte der Plan ein anderes Ziel, das sich nur ergibt, wenn man verschiedene Dokumente gegeneinanderhält; beispielsweise den Versorgungszustand bei der Wirtschaftsinspektion Mitte vom 20. Juni 1943 und ihre Modell-Versorgungsplanung für eine verringerte Zahl von Empfangsberechtigten:

*Tabelle 10: Istzustand der »Versorgungsberechtigten« und Versorgungsplanung bei der Wirtschaftsinspektion Mitte, Juni 1943*⁵⁴⁵

	Istzahl 20. 6. 1943	Zahl nach dem Reduzierungsplan	Veränderung
Insgesamt	1 116 278	800 000	– 316 278
Leicht- und Normalarbeiter	245 836	130 000	– 115 836
Schwerarbeiter	101 477	171 000	+ 69 523
Schwerstarbeiter	24 784	44 000	+ 19 216
Kasernierte	60 738	15 000	– 45 738
Angehörige und Kinder	683 443	440 000	– 243 443

⁵⁴¹ WiIn Mitte, Stab I/Ib Rü/Chefgr. BB/Chefgr. La 3a3 an WiStab Ost, Chefgr. La, Betr.: Ernährung der Zivilbevölkerung v. 5. 7. 1943 (gez. i. V. Krukenberg, Niedenführs Stabschef), BA-MA (BArchP)F 44415, Bl. 370. Man beachte das aus dem Aktenzeichen ersichtliche Zusammenwirken verschiedener Fachgruppen der WiIn.

⁵⁴² WiIn Ost, La 3a-122e-1294/43geh v. 12. 7. 1943 an die Inspektionen und Der RMO III E 31-1220-212/43geh v. 3. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 44415, Bl. 378-380 und 385.

⁵⁴³ GK Weißruthenien, Abtlg. III E v. 20. 7. 1943 (gez. i. A. Dr. Albers), ebd., Bl. 383. Im GK Weißruthenien gebe es 505 000 Versorgungsberechtigte – 164 000 Normalarbeiter, 45 000 Schwer-, 15 000 Schwerstarbeiter und Kasernierte und 281 000 Nichtarbeitsfähige (56 %). Die Verhältnisse waren dort also aus Sicht der deutschen Verwaltung etwas günstiger.

⁵⁴⁴ Berück Mitte, Betr.: Erfassung von landeseigenen Arbeitskräften für den Arbeitseinsatz v. 21. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 643 (Hervorhebung im Original).

⁵⁴⁵ Zahlen nach WiIn Mitte, Chefgr. La/BB, Betr.: Ernährung der einheimischen Zivilbevölkerung in den besetzten Ostgebieten v. 24. 7. 1943 (Geheim) sowie: Versorgungsplanung, berechnet unter Zugrundelegung der vom WiStab Ost, OKH und RMO in der Anordnung vom 16. 3. 43 festgesetzten Rationssätze für die Zeit vom 1. 5.–30. 9. 43 v. 14. 5. 1943, beides BA-MA RW 31/310.

Das hieß: die Zahl der Arbeitskräfte sollte – neben einigen Umschichtungen – um etwa 16,5 Prozent, die der Nichtarbeitsfähigen aber um rund 35,5 Prozent gesenkt werden. Anders ausgedrückt, sollten mehr als drei Viertel aller aus der Versorgung Ausgeschlossenen (77 Prozent) Nichtarbeiter sein. Ihr Anteil an den »Versorgungsberechtigten« wäre dadurch von 61 auf 55 Prozent gesenkt worden. Angesichts der Versorgungslage, und da das Hamstern oder Wegziehen auf das Land bei der verschärften Partisanenbekämpfung immer gefährlicher wurde, bedeutete das, vor allem Nichtarbeitsfähige dem Tode zu überantworten, um die Ernährung der Arbeitskräfte zu sichern, ja zu verbessern. Die drei höchsten Versorgungsgruppen sollten künftig statt rund 185 000 nun 230 000 Personen umfassen. Für einen Abtransport ins Reich kamen die Nichtarbeitsfähigen ja nicht in Frage.

Die Planung wurde umgesetzt, wie eine Aufstellung des Wirtschaftskommandos Witebsk verrät. Zwischen dem 1. Mai und dem 15. Juni 1943 senkte dieses die Zahl der Rationsempfänger von 139 009 auf 127 746: bei Arbeitskräften um 2290, bei Kindern um 6617 und bei nicht arbeitenden Angehörigen um 2356. In der Stadt Witebsk wurde die ernährte Bevölkerung von 35 344 auf 31 156 Menschen reduziert (um 698, 2555 bzw. 995).⁵⁴⁶ Besonders Kinder bekamen nichts mehr. Dies wurde nicht durch eine größere Kinderlandverschickung kompensiert; das wäre sonst zweifellos vom Wirtschaftskommando erwähnt worden. Die großen Evakuierungen aus dem Gebiet begannen erst später. Dann aber wurden Frauen und Kinder aus diesem Gebiet offenbar in das Todeslager bei Alytus in Litauen gebracht (vgl. Kap. 10.6). Bemerkenswerterweise wurde in keiner einzigen Quelle offen ausgesprochen, daß das Ziel der Kampagne war, die Struktur der Bevölkerung zu verändern, obwohl es zweifellos so war.

Im Mai 1944 berichtete der BB-Chef beim nunmehrigen Heeresgruppenwirtschaftsführer Mitte, Militärverwaltungsoberrat Johann Osbelt, daß »die Zahl der Versorgungsempfänger im Verlauf von drei Monaten von 1,4 Millionen auf 800 000 heruntergeschraubt worden« sei.⁵⁴⁷ Aus seinen Äußerungen ging nicht hervor, ob es sich um die Kampagne von 1943 oder schon um eine neue handelte. 1944 war der Heeresgruppenbereich durch den sowjetischen Vormarsch erheblich geschrumpft, so daß sich eine gewisse Senkung der Zahl der zu Ernährenden von selbst ergab. Allerdings hatte die Wehrmacht viele Einwohner der aufgegebenen Gebiete mitgeführt, darunter einen hohen Prozentsatz »nicht arbeitsfähige« Menschen.

Diese Evakuierten wiederum waren in den Versorgungsplanungen nicht vorgesehen. Daher kam es 1943/44 örtlich zu erheblichen Rationskürzungen, so in Brest, im Raum

⁵⁴⁶ Vergleichsaufstellung der Einstufungsgruppen (undatiert, im KTB des WiKdos Witebsk), BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 48f. Der Bevölkerungsanteil der Kinder betrug am 1. Mai 1943 33%, der der übrigen Angehörigen 21%. Die Aufstellung enthält im Original kleinere Rechenfehler. – Auch in Mogilew legte man besonderen Wert auf die »Ausscheidung« nicht Arbeitsfähiger aus der Ernährung, vgl. WiIn Mitte, Lagebericht für Mai v. 5. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 397.

⁵⁴⁷ Ord.Offz. Chef WiStab Ost, Reisebericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost zur H.Gr. Mitte und A.O.K. 2 in der Zeit vom 17.–21. 5. 1944 v. 24. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 615. Ähnlich nach HeWiFu Mitte, Ia, Niederschrift über die Besprechungen mit Chef WiStab Ost am 19./20. Mai v. 25. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 495: »Die Zahl der Esser im Heeresgruppenbereich ist von 1,4 auf 0,8 Millionen reduziert.«

Borissow und in Hansewitschi.⁵⁴⁸ Im Gebiet Lida erhöhte sich 1944 die Zahl der Versorgungsempfänger von 15 000 auf 37 000, im Rayon Tolotschin gab es im Februar 1944 15 606 Flüchtlinge und im Gebiet der 4. Armee neben 131 000 »alten« Versorgungsempfängern weitere 100 000 Evakuierte.⁵⁴⁹ Schon 1942 waren zu einer städtischen Gesamtbevölkerung im Gebiet der Heeresgruppe Mitte von 550 000 Einwohnern 250 000 Flüchtlinge gekommen, das Problem war also nicht neu.⁵⁵⁰ Neu war nur die »Lösung«.

Die Deutschen hatten einige Bevölkerungsgruppen teilweise verhungern lassen: die Kriegsgefangenen vor allem, die man von der übrigen Bevölkerung isolieren konnte, außerdem viele Juden und auch, je nach den örtlichen Umständen, Insassen von Heilanstalten. Sie hatten sich aber, wie geschildert, *nicht* dafür entschieden, grundsätzlich alle Nichtarbeitsfähigen ebenfalls gar nicht oder in ebenso geringem Maße zu ernähren (auch wenn einige Berichte und Darstellungen etwas anderes sagen⁵⁵¹). Das war wegen der Gefahr von Seuchen, Unruhen und unkontrollierbaren Wanderungen nicht möglich. Zudem wollte man sich nicht automatisch die gesamte Bevölkerung zum Feind machen. In einigen Regionen wurden alte Leute ohne Familien und Frauen, die kleine Kinder hatten und nicht arbeiten konnten, einzig der einheimischen Fürsorge (Selbsthilfswerke) überlassen, die erfahrungsgemäß nur sehr geringe Lebensmittelmengen ausgab.⁵⁵² Für solche Fälle propagierten die Chefgruppe BB der Wirtschaftsinspektion Mitte sowie die Abteilung Arbeitspolitik und Sozialverwaltung der Zivilverwaltung die Einrichtung von Kindergärten. Was die Lebensmittelrationen anging, so wurden sie im großen und ganzen für Nichtarbeitende immer weiter gesenkt. Im Sommer 1943 gingen die BB-Abteilungen jedoch dazu über, diese Gruppe teilweise doch noch völlig von der Versorgung auszuschließen (und wurden darin von den Landwirtschafts-, Militärverwaltungs- und Quartiermeisterabteilungen unterstützt). Einen Gipfel des Zynismus stellte es dar, daß von der

548 In Brest auf 135 Gramm Brot und 14 Gramm Fleischwaren, im Raum der 4. Armee 180 Gramm Brotgetreide, 90 Gramm Kartoffeln und 6 Gramm Fleisch (jeweils aus Lieferungen und Bevölkerungszahl errechnete durchschnittliche Ausgabemengen), in Hansewitschi 140 Gramm Brot mit Kartoffelbeimengung für Nichtarbeiter. Vgl. Stadtverwaltung Brest-Litowsk, Bericht über den Arbeitsverlauf vom 20. 9. bis 20. 10. 1943, BA F 13751, Bl. 1214; Lagebericht des AWiFü beim AOK 4 v. 26. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 435; V.O. Hansewitschi [des AWiFü bei AOK 2], Tätigkeitsbericht für das Gebiet Hansewitschi nach dem Stand vom 15. 6. 44, BA-MA WF-03/15909, Bl. 639.

549 Vgl. Tätigkeitsbericht und Räumungsprotokoll des Gebietslandwirts in Lida v. 1. 8. 1944, BA R 93/15, Bl. 2; Lageberichte des AWiFü beim AOK 4 v. 26. 3. und 29. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 435 und 451.

Nach dem Bericht aus Lida (Bl. 1) wurden 6000 antisowjetischen polnischen Partisanen, mit denen Sicherheitspolizei und SD ein Bündnis geschlossen hatten, täglich pro Kopf nicht weniger als 500 Gramm Fleisch und 150 Gramm Fett zugestanden. Zum »Burgfrieden« mit diesen Partisanen vgl. Besprechungsniederschriften v. 30. 12. 1943 und 4. 1. 1944 beim GebK und der FK in Lida, BA R 6/369, Bl. 11–15 (Zitat Bl. 11).

550 Vgl. Bericht Nr. 18 des RMO-Beauftragten beim Berück Mitte, Hauptmann Müller, v. 29. 8. 1942, BA F 13751, Bl. 535.

551 Z. B. Erinnerungen Sinaida Korenkowa, in: In den Wäldern Belorufslands, S. 367. Bei der WiIn Süd sollen 1942/43 in Stalino (Donezk) zeitweise 70 000 von 248 000 Einwohnern, in Rostow zwei Drittel aller Einwohner ohne Lebensmittelmarken gewesen sein. Vgl. Howell, S. 105. Hiergegen spricht z. B. der Tätigkeitsbericht der Abt. VII Kriegsverwaltung des Berück Süd für 15. 12. 1941 bis 15. 1. 1942, BA-MA WF-03/7458, Bl. 1132–1138.

552 Vgl. 203. Sich.Brigade, Abt. VII Kr.-Verw., Lagebericht 16. April–31. Mai v. 2. 6. 1942, BA-MA RH 26–203/6 (Raum: Bobruisk).

gleichen Abteilung BB der Wirtschaftsinspektion Mitte im Juli 1943 aus »Gründen der Gewinnung neuer Arbeitskräfte und aus propagandistischen Gründen« die Rationen in Kinderheimen und Krankenanstalten erhöht werden sollten.⁵⁵³

4.4 Probleme der landwirtschaftlichen Produktion

Auch die Schwierigkeiten, auf die die deutsche Verwaltung im agrarischen Produktionsbereich stieß, verdienen eine aufmerksame Betrachtung. Zum einen kommt damit die alltägliche Arbeit der Landwirtschaftsbehörden, die etwa die Hälfte aller eigentlichen Verwaltungsbeamten im besetzten Weißrußland ausmachte, in den Blick. Zum zweiten läßt sich daran gut zeigen, in welcher festgefahrene Situation sich die Deutschen in wirtschaftlicher Hinsicht mit dem Angriff auf die Sowjetunion hineinmanövierten und daß sie fast nur noch mit Zwang und Gewaltmaßnahmen eine Produktionssteigerung anstrebten.

a) Die Hemmnisse für eine Produktionssteigerung

Weißrußland war von der deutschen Landwirtschaftsverwaltung dazu bestimmt worden, Kartoffeln, Roggen, Flachs, Hanf und Wolle zu liefern. Später sollte ein Saatkartoffelgebiet daraus gemacht und durch Melioration die Erzeugung erhöht werden.⁵⁵⁴

Vorläufig jedoch gehörte nicht allzuviel Sachverstand dazu, einen kriegsbedingten Rückgang der Erträge vorauszusehen, den die Wirtschafts- und Ernährungsführung in Berlin – wie erwähnt – auch ins Kalkül zog.⁵⁵⁵ Dies war auch im unbesetzten Teil der Sowjetunion⁵⁵⁶ und in Deutschland der Fall. Zunächst bestanden die Landwirtschaftsplaner darauf, daß Produktionssteigerungen ohnehin kurzfristig unmöglich seien und eine Überschufbildung einzig und allein durch die Hungerpolitik erfolgen könne, auf die man sich zu konzentrieren habe.⁵⁵⁷ Als die Hungerpolitik nicht den vollen erwünschten Erfolg brachte – wie und warum wurde in den Kapiteln über Erfassung und Ernährung gezeigt –, suchte man ihn vermehrt auf dem Erzeugungssektor. Dies versprach auf lange Sicht sehr viel, da das sowjetische Ausgangsniveau ziemlich niedrig war. Die Hinwendung zum Produktionssektor zeigt eine Rede Rieckes von Ende März 1942, in der er der Produktionssteigerung das Wort redete, aber noch darauf bestand, Weißrußland solle »landwirtschaftlich« nur begrenzt »intensiviert«, der Maschineneinsatz dort reduziert werden.⁵⁵⁸

553 WiIn Mitte, Chefgr. BB, Fachliche Weisung Nr. 7/43 (Unterschrift: Lencer, Militärverwaltungsvizechef) v. 25. 7. 1943, BA-MA (BArch)P/F 42861, Bl. 409. Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 337, Anm. 272.

554 Güter-Erzeugung, BA-MA (BArch)P/F 42748, Bl. 705, und RMO, Braune Mappe, Teil A: Richtlinien für die Wirtschaftsführung (April 1942, Abschrift), Nbg. Dok. NI-10119.

555 Vgl. WiStab Ost, Gruppe La, Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft v. 23. 5. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 137 f.; Ergebnisse der Vierjahresplan-Arbeit. Ein Kurzbericht nach dem Stande vom Frühjahr 1942 (Abschrift), BA R 26 I/18, Bl. 12 und 88.

556 Hierzu Segbers, S. 268, und Dlugoborski 1985, S. 143–160.

557 Trotzdem ergriffen sie sofort, ja schon Monate vor Kriegsbeginn, produktionsunterstützende Maßnahmen, wie noch zu zeigen sein wird.

558 Rede Rieckes auf der Tagung von »Ostwissenschaftlern« vom 24. bis 27. 3. 1942, in: Probleme des Ostraumes, S. 31–41, Zitat S. 34. Vgl. Berliner Börsenzeitung v. 22. 6. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 88R.

Die erhöhte Aufmerksamkeit der deutschen Verwaltung gegenüber der Agrar-Produktionssphäre in Weißrußland blieb nicht ohne Resultat. Im GK Weißruthenien konnte das relativ gute Ernteergebnis von 1942, nämlich 8,0 Doppelzentner/Hektar Getreide, im folgenden Jahr in etwa gehalten werden.⁵⁵⁹ Die Ernte 1941 soll dort viel geringer gewesen sein.⁵⁶⁰ Die Wirtschaftsinspektion Mitte hatte 1942 mit 6,3 Doppelzentner/Hektar erheblich schlechter abgeschnitten, konnte den Ertrag bei Getreide aber 1943 deutlich steigern. Er betrug in den Wirtschaftskommandos im Osten Weißrußlands bei Getreide 7,2 bis 7,8 Doppelzentner/Hektar, bei Kartoffeln 70 bis 88 Doppelzentner/Hektar.⁵⁶¹ In Wollhynien, das unter den Deutschen einen größeren Teil weißrussischen Territoriums einschloß, gab es 1942 mit 6,26 Doppelzentner/Hektar Roggen und 6,95 Doppelzentner/Hektar Hafer allerdings eine Mißernte.⁵⁶² Insgesamt gesehen, war das indes eine beachtliche Stabilisierung.⁵⁶³ Doch eine Reihe von Faktoren verhinderte, daß die Deutschen die weißrussischen Bauern zu einer durchgreifenden Leistungssteigerung treiben konnten.

Da war einmal der dezimierte Landmaschinen- und Traktorenpark. Einen Teil hatten die Sowjets mitgeführt oder unbrauchbar gemacht, einen anderen Teil deutsche Soldaten und Einheiten mutwillig zerstört oder beschlagnahmt.⁵⁶⁴ Hiergegen gab es zwar Befehle der Truppenführung, aber hinter den Kulissen zeigten sich sogar Tendenzen, aus sowjetischen Regionen, wo es das deutsche Produktionsprogramm erlaubte, landwirtschaftliche Produktionsmittel nach Deutschland zu schaffen. Ihnen wurde allerdings schnell gegengesteuert.⁵⁶⁵ Auch wenn sich für solche Maßnahmen in Weißrußland kein Quellenbeleg findet, war es nicht ohne Bedeutung, daß der Landwirtschaftschef der Wirtschaftsinspektion Mitte, Wagner, zeitweise meinte, ganz auf

⁵⁵⁹ Der Vergleichswert von 1939 lag bei 8,9 Doppelzentner/Hektar, der für die besetzten sowjetischen Gebiete insgesamt bei nur 6,9 Doppelzentner/Hektar. Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, Anlagen 23–25, S. 444–446. Die Anlagen zum Abschlußbericht WiStab Ost weisen zwar teilweise fragwürdige Angaben auf, stimmen in diesem Fall aber mit denen in anderen Quellen überein. Vgl. die Prognose im Erfahrungsbericht Freitags an Riecke v. 28. 6. 1943, in: IMT, Bd. 31, S. 467.

⁵⁶⁰ Um 2 Doppelzentner/Hektar Getreide und 10–20 Doppelzentner/Hektar Kartoffeln nach: Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 v. 22. I. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 426.

⁵⁶¹ Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 444–446. Weiter besonders: WiStab Ost, Monatsbericht Oktober 1943, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 248–251; Leitendes WiKdo Orscha, Lagebericht Nr. 10 v. 27. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 910; Auszug aus dem Reisebericht des Inspektors mit Staatssekretär Körner und KVChef Riecke am 20.–23. 5. 43 nach [...] Smolensk, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 285; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 33 v. 5. 9. 1943, ebd., Bl. 991.

⁵⁶² Noch niedriger lagen die Werte für die meisten Getreidearten im südlich angrenzenden Podolien. Vergleichsdaten für 1943 liegen nicht vor. Vgl. GK Wollhynien-Podolien, Bericht für September und Oktober v. I. II. 1942, BA II.01, Nr. 17, Bl. 43.

⁵⁶³ In den kriegführenden Ländern gingen die Erträge aus noch zu erläuternden Gründen generell zurück. Vgl. Milward 1982, S. 59.

⁵⁶⁴ Vgl. EM 21 v. 13. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1489.

⁵⁶⁵ Vgl. Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches (Entwurf) an Staatssekretär für den VJP, WiRü-Amt und vier Reichsministerien vom Juni 1941 (Datum unausgefüllt, Paraphe Ri[ecke] II. 6.), BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 918. Dagegen wandte sich der GenQu in einem Befehl von Ende Juli 1941 »nochmals ausdrücklich«: auszugsweise Abschrift aus den Besonderen Anordnungen für die Versorgungs- und Ordnungstruppen Nr. 31 v. 24. 7. 1941 mit Anschreiben des VO WiRüAmt beim AOK 16, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 235f.

Traktoren verzichten zu können.⁵⁶⁶ Das stand für eine deutsche Konzeption manueller Arbeit für die weißrussische Landwirtschaft. Ihr standen allerdings auch innerhalb der Wirtschaftsinspektion andere Auffassungen gegenüber.

Vor dem deutschen Überfall hatte Weißrußland über 13 000 Traktoren verfügt.⁵⁶⁷ Im Winter 1941/42 ließen die Deutschen die Reste zusammenkratzen oder notdürftig einsatzfähig machen. Die Wirtschaftsinspektion Mitte meldete im April 1942 2060, Ende Mai 2600 und im Dezember 1942 3139 Traktoren. Je 1000 Hektar Ackerfläche waren es in Mitte 0,6, in Nord 0,7, im Südbereich 1,9 und im RK Ukraine 1,8 Schlepper. Noch deutlicher war die Schwerpunktsetzung im Süden bei Mähdreschern, Dreschmaschinen und Traktorenpflügen; bei Gespannpflügen war die Dichte dagegen in Mitte und Nord größer.⁵⁶⁸ Insgesamt lag der Bestand im besetzten Weißrußland höchstens bei 40 Prozent der Vorkriegshöhe. Die Schlepper waren sehr störanfällig, so daß etwa beim Wirtschaftskommando Bobruisk 1944 noch ganze 38 einsatzbereit waren.⁵⁶⁹

Das gravierendste Problem lag aber nicht einmal bei Traktoren und Maschinen, sondern beim Treibstoff. Mit der sowjetischen Kollektivierung war eine großangelegte Maschinisierung verbunden gewesen mit der Folge, daß 7 bis 8 Millionen Tonnen Erdöl jährlich für die Landwirtschaftsproduktion aufgewandt wurden, angeblich 60 Prozent des sowjetischen Öls und das 25fache des Verbrauchs der deutschen Landwirtschaft.⁵⁷⁰ In der Besatzungszeit standen in der Ukraine für etwa 50 Prozent der in der Vorkriegszeit vorhandenen Schlepper nur rund 12,5 Prozent des früher vorhandenen Treibstoffs zur Verfügung, um die Riecke in Berlin noch dazu ständig kämpfen mußte. Dagegen waren es im weißrussischen Bereich noch weniger, offenbar nicht mehr als einige tausend Tonnen.⁵⁷¹ Zur Frühjahrsaussaat 1942 waren die

566 »Technisierung der Landwirtschaft durch die Sowjets war gänzlich unnötig, da genügend Arbeitskräfte vorhanden[.] und ist wohl nur zu dem Zweck erfolgt, um Arbeitskräfte in die Industrie verlegen zu können. [...] Traktorenfrage für ihn nicht vordringlich, da bei dem vorhandenen Pferdebestand und einer intensiven Förderung der Pferdezuucht auf Traktoren ganz verzichtet werden kann.« Aktennotiz Thomas über Besprechung bei WiIn Mitte in Borissow am 29. 8. 1941, BA-MA RW 19/177, Bl. 251.

567 Vgl. Baranowa/Pawlowa, S. 105.

568 Wi Stab Ost, La 23, Technische Hilfsmittel der landw. Betriebe (Stand Dezember 1942) v. 30. 9. 1943, BA-MA RW 31/35; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 16 v. 4. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1068; Bericht Nr. 8 des VO des RMO zum Bericht Mitte v. 15. 5. 1942, BA F 13751, Bl. 589. Ende 1942 gab es in den GK Shitomir und Wolhynien-Podolien 5044 und 3307, im RKU insgesamt 32 324, bei der WiIn Süd 13 854 Schlepper. – Im GK Weißruthenien waren es 1000 bis 2000; zu errechnen aus: Zusammenhängender Rückblick über die Entwicklung der Arbeiten der Chefgruppe La. und die sich daraus ergebenden Konsequenzen (Unterschrift: Riecke; April 1942), BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 277; Zusammenstellung der auf Betrieben der L.O., Zweigstelle Minsk, in der Zeit vom 1. 5.–1. 10. 1942 angerichteten Schäden, BA F 13692, Bl. 563–565; Der Ost-Express Nr. 207 v. 4. 9. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 9/R.

569 40 % des Vorkriegsstandes war der Durchschnitt der besetzten sowjetischen Gebiete; vgl. Riecke-Bericht, wie vorangegangene Anmerkung. Zum übrigen vgl. HeWiFü Mitte, Lagebericht für Mai v. 5. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 560, und Aktenvermerk über die Besprechung der Gruppe La des WiKdos. 208 Bobruisk am 20. 1. v. 23. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 919.

570 Die Angaben waren möglicherweise aus legitimatorischen Gründen übertrieben. Vgl. KTB WiRüAmt, Stab v. 6. 3. 1941, BA-MA WF-01/15885, Bl. 33, und: Vom Kolchosniken zum Eigenbauern – Interview mit Ministerialdirektor Riecke über den geplanten landwirtschaftlichen Neuaufbau im Osten, in: Krakauer Zeitung v. 28. 2. 1942, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 36.

571 Vgl. Tätigkeit und Leistungen der Chefgruppe Ernährung und Landwirtschaft in den besetzten Ostgebieten (Ende 1944), BA F 13743, Bl. 362–365; Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung, an Göring z.Hd.

Zugmaschinen im Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte weitgehend lahmgelegt.⁵⁷² Dadurch verringerte sich die Produktivität wesentlich. Selbst der LKW-Abtransport und die Gendarmerieeinsätze bei der sogenannten Erfassung wurden durch Benzinmangel behindert.⁵⁷³ Bitten Rieckes und Backes bei Keitel und Hitler, ihnen zusätzliche Brennstoffmengen für die sogenannten Druschaktionen im Herbst zuzuweisen, bezogen sich nicht auf Weißruthenien oder den Mittelabschnitt, sondern nur auf die Ukraine und den Süden.⁵⁷⁴

Nun war es nicht das eigentliche Ziel, die weißrussische Landwirtschaft sinnlos zu entmodernisieren, sondern vielmehr, die wenigen verfügbaren Mittel in der Ukraine zu konzentrieren, wo sie mehr Erfolg versprachen. In Weißrußland und anderen Regionen sollten LKW und Traktoren in erster Linie auf Torfgas- und Holzgasgeneratoren umgestellt werden. Ein entsprechendes Konstruktions- und Produktionsprogramm hatte der Wirtschaftsstab Oldenburg (noch unter seinem Decknamen) bereits im April 1941, zwei Monate vor Kriegsbeginn, begonnen und dabei besonders mit dem Generalbevollmächtigten für das Kraftfahrwesen (GBK) in der Vierjahresplanbehörde und der entsprechenden Industrie zusammengearbeitet.⁵⁷⁵ Man griff damit einen sowjetischen Plan auf. 2,5 bis 3 Kilogramm Trockentorf oder Trockenholz, das Normgröße haben mußte, entsprachen dem Brennwert von einem Liter Flüssigtreibstoff.⁵⁷⁶ Auch im Reichsgebiet gab es ein solches Programm. Allerdings ging der Einbau von Generatoren in Traktoren bei der Wirtschaftsinspektion Mitte – in Werkstätten in Witebsk, Orscha und Bobruisk – nur langsam voran: am 30. Juli 1942 waren es erst 300, am 30. September 500, im Sommer 1943

Dr. Klare bzw. Staatssekretär Körner (Entwürfe), gez. Riecke, v. 10. I. und 23. 10. 1942, BA R 26 IV/32, Bl. 1 (Anlage Bl. 4–6) und 15 f. Für Nord- und Mittelabschnitt forderte Riecke am 10. I. 1942 zusammen nur 10 500 t, je zur Hälfte Treib- und Schmierstoffe. Im Durchschnitt aller besetzten sowjetischen Gebiete wurden nur 33 % des Vorkriegsstands an Traktoren und 5 % an Treibstoff erreicht: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 72.

572 WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 620. Vgl. Lage- und Tätigkeitsbericht Berück Mitte v. 10. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1129.

573 Vgl. Bericht über die Erfassungsabteilungen der ZO., Geschäftsstelle Minsk, für 1. 3. bis 31. 10. 1942, BA R 33 II/11; GebK Borissow an GK in Minsk, Monopol-Amt, Betr.: Bereitstellung eines grösseren Quantums Betriebsstoff [für den Polizeigebietsführer] v. 28. 6. 1943, ZStA Minsk 391–1–97, Bl. 67.

574 Dagegen wurde gleichzeitig für den weißrussischen Bereich nur besonders nachdrücklich um zusätzliche Militär- und Polizeikräfte für die sogenannte Erfassung gebeten. Hier sollten vermehrt Zwangs- statt Produktionsmittel eingesetzt werden. Vgl. Vermerk Rieckes über eine Besprechung bei Generalfeldmarschall Keitel am 28. 5. v. 29. 5. 1942 und KTB WiStab Ost v. 28. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 577 und 1050 f.; KTB WiRüAmt v. 8. und 11. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 72745 (unpag.), und Vermerk für Herrn Staatssekretär Backe zum Vortrag beim Führer (Paraphe: Ri[ecke]) v. 1. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 784 f.

575 Schubert an Göring v. 8. 4. 1942, Anlage: Bericht über Massnahmen zur Umstellung von Fahrzeugen auf Generatorgasbetrieb in den besetzten Ostgebieten, und WiStab z.b.V. Oldenburg, Betr.: Umstellung von Motortreibstoffen auf Generatorgas in der UdSSR (Juni 1941), BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1010, 1041–1043.

576 Sdf. W. Hichert, Einsatz von Holzgasgeneratoren im Osten, in: Der Landwirtschaftsführer [Zeitschrift der WiIn Mitte], 5. Folge v. 15. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 406 f. Die Sowjetunion ersetzte während des Krieges einen Teil ihres Erdölverbrauchs durch Holz und Torf, vgl. Segbers, S. 161 und 165. Vgl. das Papier Rosenbergs für einen Vortrag bei Hitler »Torfwirtschaft im Osten«, BA-MA PPF-01/8182, Bl. 413.

etwa 1000.⁵⁷⁷ Aus der geplanten großangelegten Aufstockung des Programms im Herbst 1943 und Frühjahr 1944⁵⁷⁸ dürfte angesichts der Entwicklung an der Front nichts mehr geworden sein. Die wiederholten Befehle zur Ersetzung der Benzinmotoren fruchteten also nur zum Teil.⁵⁷⁹ Dazu kam, daß, obwohl die ersten Sonderkommandos des GBK zur Tankholzeinsammlung stellenweise noch vor den ersten Generatoren auftauchten, es auch Schwierigkeiten machte, die notwendigen großen Holzmengen zusammenzubringen.⁵⁸⁰ Auch auf diesem Weg konnte an der Entmotorisierung der weißrussischen Landwirtschaft nur wenig geändert werden.

Allerdings gab es beträchtliche deutsche Investitionen in die Landwirtschaft der besetzten sowjetischen Gebiete, auch in die weißrussische, denn sie sollte ja produzieren. Es handelte sich um Maschinen, Geräte, Saatgut, Zuchtvieh und anderes; bei den Maschinen insgesamt um rund 15000 Waggonladungen im Wert von über 150 Millionen RM, unter anderem mehr als 7000 Schlepper, 16000 Generatoren, 5000 Dreschmaschinen.⁵⁸¹ Die Lieferungen wurden über die ZO abgewickelt.⁵⁸² Auch dieses Programm wurde durch den Wirtschaftsstab Ost von langer Hand vorbereitet und bereits vor dem 22. Juni 1941 in Gang gesetzt.⁵⁸³ Davon profitierten in der Folgezeit vor allem zahlreiche mittelständische Landmaschinen- und Gerätebauer, aber auch große Firmen wie Lanz (Mannheim), Sack (Leipzig), Kugelfischer, Bosch und Steyr-Daimler.⁵⁸⁴ 1942 umfaßte dieses neue ›Ostgeschäft‹ immerhin bereits »fast ein Viertel der in den Vorkriegsjahren erreichten Höchstjahres-Produktion dieser Industrie«, und 1943 war geplant, daß die deutsche Produktion von Sensen

577 Vgl. KTB WiStab Ost v. 20. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 114; KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 30. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 261; KTB WiIn Mitte v. 30. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 493. WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Tagung der Chefgruppenleiter am 2. 7. 1943 in Berlin v. 16. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 918. – Es handelte sich um Traktoren der US-Firma International Harvester Corporation, die die Sowjetunion in den zwanziger Jahren gekauft hatte. Vgl. Brandt, S. 146.

578 Vgl. Rückblick zum KTB der Chefgr. La des WiStabs Ost über das 1. Halbjahr 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1216.

579 Dworok, S. 185, erwähnt einen Befehl Hitlers vom Juli 1942, im Nord- und Mittelabschnitt der besetzten sowjetischen Gebiete dürften LKW nur noch mit Holzgasgeneratoren fahren. Vgl. ferner WiIn Mitte, Chefgr. La, Fachliche Anweisung Nr. 11 v. 28. 4. 1943, ZStA Minsk 412-1-125, Bl. 12.

580 Vgl. Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW/Stab z.b.V., Bericht Nr. 7 v. 7. 6. 1942, IfZ Fa 91/4, und WiStab Ost, Monatsbericht April v. 17. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 148.

581 Gesamtaufstellung aller Landmaschinen-Verladungen bis 30. Juni 1943, BA 34.02, Nr. 40, Bl. 42, und abweichend als Anlage zum Monatsbericht Oktober 1943 des WiStabs Ost, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 252 f. Tätigkeit und Leistungen der Chefgruppe Ernährung und Landwirtschaft, BA F 13743, Bl. 363. Vgl. Brandt, besonders S. 142–144.

Nur gelegentlich handelte es sich um gebrauchte Anlagen aus stillgelegten deutschen und niederländischen Betrieben; vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 101, und mißverständlich ZO, Abt. Berichterstattung, Landmaschinen-Verlagerungen nach dem Osten, BA 34.02, Nr. 54, Bl. 213.

582 Die Preise wurden für den weißrussischen Bereich auf 17 % des Reichspreises »herabgeschleust«, was mit Hilfe der sogenannten Schleusengewinne aus den Nahrungsmittelimporten finanziert wurde. Vgl. Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung, Der Leiter, Geschäftsanweisung Nr. 6 an die ZO v. 21. 3. 1942 (gez. Backe) und KTB WiStab Ost v. 18. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 500–502 und 566.

583 Vgl. KTB WiStab Ost v. 10. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 29; Minsker Zeitung v. 9./10. 5. 1943, BA F 1172, Bl. 114.

584 Die Lanz AG übernahm auch die Landmaschinenfabrik im ukrainischen Proskurow. Vgl. Bericht des GK Wolhynien-Podolien v. 1. 11. 1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 32. Weiter die Akten BA 36.01, Nr. 1723 und 2035.

und Sichern für die besetzten sowjetischen Gebiete die fürs Reich um zwei Drittel übersteigen sollte.⁵⁸⁵ Nicht zu Unrecht stellte ZO-Chef Fleischberger die beste Zusammenarbeit mit der Industrie im Rahmen der jahrweise aufgestellten »Ostackerprogramme« fest. Die Interessen von Staat und Kapital waren dabei eng verbunden und wurden über die korporativen Wirtschaftsverbände koordiniert.⁵⁸⁶

Die Lieferungen nach Weißrußland konzentrierten sich auf Handgeräte, Dreschmaschinen, Pflüge, Eggen, Grubber, Getreidemäher, Ersatzteile und die schon erwähnten Generatoren. Die Wirtschaftsinspektion Mitte erhielt rund 2000 Waggonladungen Landmaschinen, das GK Weißruthenien gut 1000.⁵⁸⁷ Daraus wird deutlich, daß die weißrussische Landwirtschaft in eine technisch wenig anspruchsvolle und energiearme, dafür arbeitskräfteintensive Richtung »entwickelt« werden sollte: Traktoren wurden überhaupt nicht geliefert, Getreidemäher und Dreschmaschinen unterdurchschnittlich, Generatoren etwa im Durchschnitt der besetzten sowjetischen Gebiete, Bodenbearbeitungsgeräte und Sensenblätter eher überdurchschnittlich. Vom Geldwert her blieben die Lieferungen ins GK Weißruthenien recht gering; hinzu kam, daß Ende 1942 dort wegen der Partisanengefahr »eine weitere Betriebsmittelinvestierung abgestoppt werden mußte«.⁵⁸⁸ Den Bedarf konnten die Deutschen bei weitem nicht erfüllen; so erhielt der Rayon Minsk-Land neben 2518 Sensen und 1500 Sichern nur 123 Pflüge, 48 Häcksel- und 10 Dreschmaschinen.⁵⁸⁹ Völlig unbedeutend war die Produktion zweier kleiner Fabriken in Lida, die die ZO übernommen hatte – und die im Baltikum vermochten nicht einmal die dortigen Bedürfnisse annä-

585 Minsker Zeitung v. 9./10. 5. 1943, BA F 1172, Bl. 114 (Zitat); Der RMEuL (Schnellbrief), Betr.: Aufnahme der Sensen- und Sicherherzeugung in das Ostackerprogramm v. 15. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1257. Siehe allgemein zur Entwicklung der deutschen Landmaschinenproduktion und des Exports Lehmann 1985, S. 596–603.

586 Das war in diesem Fall die Fachgruppe Landmaschinenbau in der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau in Verbindung mit dem Bevollmächtigten für die Maschinenproduktion beim RMEuL. Minsker Zeitung v. 9./10. 5. 1943, BA F 1172, Bl. 114. Dabei waren drei Schritte geplant: 1. Schließung der ärgsten Lücken (1942), 2. Rationalisierung, Typenvereinheitlichung (1943), 3. Anpassung der Konstruktionen an die klimatischen Verhältnisse in der Sowjetunion (später). Vermerk über die Besprechung in der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau am 2. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 570f.; Fleischberger 1943, S. 215. – Auch die Wissenschaft war mit von der Partie: Ein sogenanntes Ersatzteilkommando unter Prof. Knoll an der Universität Halle sammelte Konstruktionszeichnungen für sowjetische Traktoren, beschriftete sie deutsch und gab sie zum Nachbau an die deutsche Industrie weiter. Vgl. KVR Giesse, Landmaschinen für die besetzten Ostgebiete (undatiert), BA-MA RW 31/253; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 79.

587 Nach Wert und Transportraum überwogen Generatoren, einige hundert Dreschmaschinen und Pflüge. Vgl. Gesamtaufstellung aller Landmaschinen-Verladungen bis 30. 6. 1943, BA 34.02, Nr. 40, Bl. 42 bzw. BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 252f.; ZO, Abt. Berichterstattung, Zusammenstellung der in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. November 1942 nach den besetzten Ostgebieten durch die Z.O. ausgeführten Erzeugnisse v. 7. 1. 1943, BA 34.02, Nr. 53, Bl. 26–28.

588 Sie betrug bis Ende 1942 ca. 6,3 Millionen RM, 1943 waren anscheinend nur noch 0,55 Millionen RM geplant. Vgl. Arbeitsbericht der Abt. Landmaschinen der ZO im RKO für 1. I. bis 1. X. 1942, BA 34.02, Nr. 130, Bl. 48; Haushaltsplan des GK Weißruthenien für das Rechnungsjahr 1943, BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 8/S. 3 und 157. Zitat: Rückblick der Chefgr. La im WiStab Ost fürs letzte Quartal 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 1090.

589 Landwirtschaftliche Aussenstelle Minsk, Bericht v. 23. 7. 1942, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 176. Im gleichen Sinn zur Region Mogilew: Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 35 v. 23. 12. 1942, BA-MA SF-01/28939, Bl. 304.

hernd zu befriedigen, geschweige denn in den weißrussischen Bereich zu liefern.⁵⁹⁰ Die Landmaschinenfabrik in Gomel, in der Vorkriegszeit der größte Industriebetrieb Weißrußlands überhaupt,⁵⁹¹ war von den Sowjets demontiert worden.

Die deutschen Investitionen auf zwei weiteren Feldern waren noch geringer: bei Saatgut, das vor allem aus Ostpreußen in die besetzten sowjetischen Gebiete, aber eben kaum nach Weißrußland ausgeführt wurde,⁵⁹² und bei Zuchtvieh. Entsprechend den grundlegenden landwirtschaftlichen Zielen wurde für letzteres von der Chefgruppe Landwirtschaft im Wirtschaftsstab Ost die Generallinie ausgegeben, daß die besetzten sowjetischen Gebiete sich auf Getreide- und Ölsaatenproduktion zu konzentrieren hätten und deshalb nicht zu viel und nicht zu gute Zuchttiere dorthin zu bringen seien.⁵⁹³ Nach Weißrußland (GK Weißruthenien und Wirtschaftsinspektion Mitte) wurden in erster Linie einige tausend Schweine geliefert, der Rest war von der Menge her nicht nennenswert.⁵⁹⁴

So blieb auch ein weiteres Produktionsproblem ungelöst. Neben Maschinen, Fahrzeugen und Treibstoff mangelte es auch in eklatanter Weise an Vieh. Der Plan vom Frühjahr 1941 zur Vernichtung der weißrussischen Viehbestände durch einen »einmaligen Eingriff« wurde schon beschrieben. In seiner Absolutheit sinnlos und undurchführbar, wurde er so auch nicht ausgeführt, da die Agrarproduktion ohne Viehwirtschaft nicht funktionieren konnte. Für die Feld- und Transportarbeiten brauchte man Pferde, und um einigermaßen ausreichende Erträge zu erzielen (noch dazu auf den nährstoffarmen weißrussischen Böden), benötigte man Stalldünger. Durch Beschlagnahmungen und den systematischen »Kahlfraß« von 1941/42 wurden die Viehbestände trotzdem so stark reduziert, daß sich auch von dieser Seite eine erhebliche Schädigung der Produktion ergab. Eine ziemlich geringe Rolle spielten Viehevakuiierungen durch die Sowjets.⁵⁹⁵ Schwerwiegend dürften sich hingegen die Vorschriften des Wirtschaftsstabs Ost ausgewirkt haben, nach denen »die Verfütterung von Kör-

590 Produktionswert in Lida in den ersten drei Quartalen 1942: 89870 RM. Vgl. Arbeitsbericht..., wie Anm. 4/588. Zum Baltikum vgl. Haushalt des RKO für das Haushaltsjahr 1943, BA 23.01, Nr. 7218, Bl. 133/S. 141 (Produktionsumfang 12 Millionen RM), und [WiStab Ost,] Chefgr. Wirtschaft, Reisebericht MVOR Rauth v. 21. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 1140.

591 Vgl. I.G. Farben Aktiengesellschaft, Volkswirtschaftliche Abteilung, Vowi 4142, Die Maschinenbauindustrie in der Sowjetunion v. 25. 9. 1940, BA F 10675, Bl. 474 f.

592 Vgl. Zusammenstellung der ZO v. 7. 1. 1943, BA 34.02, Nr. 53, Bl. 26–28, und Ost-Express Nr. 207 v. 4. 9. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 9/R; Zu Ostpreußen Preußische Zeitung v. 3. 12. 1941, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 4.

593 Tagung mit Reichsverbänden zur Klarstellung von Fragen der Zuchtviehlieferungen in die besetzten Ostgebiete (26. 11. 42) beim Reichsbauernführer, BA-MA WF-01/15898, Bl. 502–504.

594 Vgl. Ost-Express Nr. 207 v. 4. 9. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 9/R; Nationalzeitung (Essen) v. 2. 7. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 96; Zusammenstellung der ZO-Abteilung Berichterstattung v. 7. 1. 1943, BA 34.02, Nr. 26–28; Haushaltsplan des GK Weißruthenien für das Rechnungsjahr 1943, BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 8/S. 157 (hierfür waren Ausgaben von 247 000 RM vorgesehen); Brandt, S. 143.

595 Sowjetische Stellen evakuierten 674 000 Stück Vieh, d. h. etwa 6–7 % des Bestands (ohne Kleinvieh); s. u. S. 382 und Vaatz, S. 46. Agrargüter zählten zunächst nicht zu den bevorzugten Evakuierungsgütern, vgl. Segbers, S. 90 ff. Vgl. OKW/WiRüAmt/Wi VIa, Orientierung über wehrwirtschaftliche Bedeutung der besetzten russischen Gebiete Nr. 4 v. 22. 7. 1941 (über die weißrussische Landwirtschaft): »In den bisher besetzten Gebieten haben große Eingriffe in den Viehbestand durch die Sowjet-Truppen nicht stattgefunden.« BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 1232.

nerfrüchten in jeder Weise einzuschränken« war und die Sagots (Lagerstellen) für Fütterungszwecke nichts abgeben durften.⁵⁹⁶

Während für 1941 teilweise noch normale Bestände belegt sind (so 14 Pferde und 16 Rinder je 100 Hektar im Raum Witebsk), waren sie im Raum Minsk Anfang 1942 bei Pferden schon auf ein Drittel, bei Rindern, Schweinen und Schafen auf ein Viertel zurückgegangen.⁵⁹⁷ Beschlagnahmen und Erfassung wirkten sich schon bis zu diesem Zeitpunkt entscheidend aus. Am 1. April 1942 besaß noch jeder zweite Hof im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte durchschnittlich eine Kuh, und im Oktober gab es angeblich lediglich noch ein Pferd je 40 Hektar (Vorkriegsstand 1 je 9 Hektar, Reich 1 je 6 Hektar).⁵⁹⁸ Gegenüber dem sinnvollsten Vergleichswert, dem Stand von 1929, vor der Maschinisierung, war das ein Rückgang auf ein Zehntel.⁵⁹⁹ 1943 und 1944 sanken die Viehbestände weiter; man entschied sich im großen und ganzen für einen schleichenden Raubbau und gegen eine Stabilisierung. 1943 wurden Rückgänge von 13 Prozent bei Rindern und 21 Prozent bei Schafen binnen sechs Monaten und 13 Prozent bei Pferden, 29 Prozent bei Rindern, 40 Prozent bei Schafen und 34 Prozent bei Schweinen innerhalb eines Jahres verzeichnet.⁶⁰⁰ 1944 gab man auch diese ›Zurückhaltung‹ mehr oder weniger auf, nachdem die Armeegebiete wegen des Rückzugs nach Weißrußland zurückverlegt worden waren. Bei der 2. Armee schrumpften die Populationen bei Schweinen um 76 Prozent, bei Schafen um 46 Prozent, bei Rindern um 31 Prozent und bei Pferden um 25 Prozent, bei der 4. Armee um 77 Prozent bei Schafen, 61 Prozent bei Rindern und 46 Prozent bei Pferden.⁶⁰¹ Bei der Befreiung existierten in Weißrußland noch 23 Prozent des Vorkriegsbestandes an Rindern, 8 Prozent der Schweine, 17 Prozent bei Schafen. Im besonders schwer heimgesuchten

596 Güter-Erzeugung (in der Sammlung »Richtlinien, Rundschreiben, Erlasse«), BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 714f. Vgl. z.B. Monatsbericht des GebK Brest v. 22. 8. 1942, BA F 13751, Bl. 953.

597 Rückgang gegenüber 1. 1. 1941 in tausend Stück: bei Pferden von 497 auf 166, Rinder 1099/275, Schweine 1042/260, Schafe 1082/270. Vgl. Monatsbericht Januar 1942 des RüKdo Minsk [oder des Hauptkommissars in Minsk?/Fragment], ZStA Minsk 370-1-245, Bl. 5. Dagegen WiKdo z.B.V. Hirschberg, Lagebericht für 11.-24. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 43059, Bl. 435. Zu den Vorkriegsbeständen Vaatz, S. 46f.

598 Wiln Mitte, Chefgr. La, an OB H.Gr. Mitte v. 4. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 43234, Bl. 1324; Wiln Mitte, Protokoll der Kommandeurbesprechung bei Wiln Mitte am 11. u. 12. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 536. Von der Tendenz her ähnlich, aber in der Höhe abweichend: AWiFü beim AOK 4, Lagebericht für 16. 7.-15. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 852 (Raum Kritschew 7,0, sonst 4,6 bis 5,3 Arbeitspferde je 100 Hektar statt benötigter 12 bis 15 Pferde); HeWiFü beim Okdo. H.Gr. Mitte, Monatsbericht Mai v. 5. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 558 (1943 auf drei Bauern bzw. 10 Hektar ein Pferd, nunmehr noch ungünstiger); 50 Hektar je Pferd: GebK Sluzk, Lagebericht v. 25. 3. 1944, BA R 6/308, Bl. 57. Oft 5 bis 7 Höfe je Ackerpferd waren es nach Oskar Stillmark, Agrarpolitik in Weissruthenien, in: Landwirtschaftliches Wochenblatt (Organ des RKO), Jg. 1, Folge 8 v. 10. 10. 1943, BA F 10849, Bl. 413.

599 Nach der Engelhardt-Denkschrift kam 1929 auf ein Pferd 3,5 bis 4 Hektar Saatfläche. BA F 10772, Bl. 944.

600 Vgl. Wiln Mitte, Lagebericht Juli v. 3. 8. 1943, Anlage 2; hiernach wurden am 3. 6. 1943 gegenüber Dezember 1942 registriert (in 1000 Tieren, gerundet): Pferde 561/503, Rinder 935/1080, Schweine 419/376, Schafe 569/714. Die Pferde- und Schweinebestände hatten sich also etwas erholt. – Zweite Zahlenreihe: Viehzählungen im GK Weißruthenien v. 15. 2. 1942 und 31. 1. 1943, in: Statistische Berichte für das Ostland 2 (1942), H. 5/6, Bl. 200f., und 3 (1943), H. 9/10, Bl. 288f. (Pferde 340/285, Rinder 735/530, Schafe 935/565, Schweine 479/318.)

601 Vgl. AWiFü/AOK 2, Gebietskommando Pinsk, KTB v. 3. 5. 1944, BA-MA WF-03/15909, Bl. 7410; HeWiFü beim Okdo. H.Gr. Mitte, Monatsbericht April v. 5. 5. 1944, Anlage 1, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 457. Vgl. auch Aktenvermerk über die Besprechung der Gr. La des WiKdos. 208 Bobruisk am 20. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 918f.; GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 127f.

Gebiet Witebsk waren es 15 Prozent der Pferde, 8 Prozent der Rinder, bei Schweinen und Schafen nur 1,3 Prozent.⁶⁰² Der Rückgang der Viehbestände unter deutscher Besatzung in Europa – der auch in Ländern wie Polen, Jugoslawien und Griechenland sehr stark, im industriell geprägten Böhmen und Mähren dagegen weitaus geringer ausfiel – war in den besetzten sowjetischen Gebieten am größten, und dort wiederum am gravierendsten in Weißrußland.⁶⁰³

Schon zu Anfang der Besatzungszeit war die letzte Kuh, die den Bauern oft weggenommen wurde – die sogenannte Stalinkuh, die die Sowjets den Bauern trotz Einschränkung der privaten Viehwirtschaft gelassen hatten – »eine politische Angelegenheit geworden«.⁶⁰⁴ Selbstverständlich ernteten die Besatzer auf diese Weise nicht gerade Sympathie bei den Bauern. »Es ist schwer für einen primitiven Menschen, an die Freundschaft dessen zu glauben, der ihm seine letzte Kuh wegnimmt«, so v. Schenckendorff.⁶⁰⁵ Dazu kam, daß die Deutschen gerade die Gebiete am meisten durch Viehrequirierung schädigten, wo sie auch auf die übrigen Produkte den besten Zugriff hatten, nämlich in den »verkehrsgünstigsten Gegenden«.⁶⁰⁶ Umverteilungen des Mangelgutes Vieh von einem Rayon in den anderen konnten diesem Umstand vermutlich nur kurzzeitig abhelfen.⁶⁰⁷ Die Transport-Dauerkrise in der weißrussischen Landwirtschaft wurde noch durch den Mangel an Gespannen verschärft. Zehntausende sogenannter Panjewagen wurden für die Heeresgruppe Mitte beschlagnahmt, so daß auch hier die Vorkriegsstände weit unterschritten wurden (in der Ukraine um 75 Prozent, für Weißrußland liegen keine Angaben vor).⁶⁰⁸ LKW wa-

602 Vgl. Vakar, S. 209, und Bericht der außerordentlichen Untersuchungskommission des Gebiets Witebsk (russ.) v. 24. II. 1945, ZStA Minsk 845-I-61, Bl. 18.

603 Rückgang der Viehbestände gegenüber dem Vorkriegsstand in verschiedenen europäischen Ländern in %:

	Weißrußland	bes. sowj. Geb.	Polen	Griechenland	Jugoslawien
Rinder	77	55	64	60	45
Schweine	92	85	83	80	43
Schafe	83	63	63	50	53
Pferde	?	60	56	60	39

Vgl. Anm. 4/600; Bonusiak, S. 232; Łuczak 1982, S. 288 und 297.

604 Referat des Hauptabteilungsleiters Freitag auf der Minsker Tagung am 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 47. Vgl. Bericht Heeresfeldpolizeichef im OKH v. 31. 7. 1942, auszugsweise abgedruckt bei Klec/Dreßen 1989, S. 63.

605 Berück Mitte, Vorschläge zur Vernichtung der Partisanen im rückw. Heeresgebiet und in den rückw. Armeegebieten v. 18. 3. 1942, Nbg. Dok. PS-1685.

606 KTB der Abt. IV Wi des Versorgungsbezirks Dnjepr v. 12. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42943, Bl. 576.

607 Vgl. das Beispiel von Rinder- und Pferdeabgaben an den Rayon Rudensk (an der Straße Minsk-Bobruisk) von umliegenden Kolchosen. Die angebliche Freiwilligkeit der Abgaben muß stark in Zweifel gezogen werden. Danziger Vorposten v. 16. 5. 1942, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 80f.

608 Vgl. WiStab Ost, Chefgr. La, Tagung über Fragen des Acker- und Pflanzenbaues im besetzten Osten in Berlin am 15./16. 1. 1942, BA-MA RW 31/144; KTB 203. Sich.Div., Ib, v. 4.-18. 4. sowie 1. 6. 1942, BA-MA RH 26-203/6. Im Gebiet Brest gab es 1944 immerhin noch einen Wagen auf ca. 7 Hektar Ackerfläche, d. h. auf zwei Höfe kam ein Wagen: Einsatzkommando AWiFü/AOK 2, Tätigkeitsbericht für das Gebiet Brest v. 15. 6. 1944, BA-MA WF-03/15909, Bl. 564.

Ob Kochs von Hitler akzeptierter Vorschlag durchgeführt wurde, in großem Umfang Panjewagen aus dem GK Weißruthenien und dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wegen Nutzlosigkeit auf Grund der Partisanengefahr ins RKU zu verlagern, war anhand der vorliegenden Quellen nicht zu ermitteln. Vgl. Fschr. OKW/WFSt/QuII an GenQu und WBfh. Ostland v. 13. 9. 1942 (Abschrift), BA-MA RW 31/59b, Bl. 404, und RKU, Vermerk über eine Dienstreise nach Berlin zum Ostministerium am 22. und 23. September v. 25. 9. 1942, BDC, O. 342, Bl. 6.

ren fast gar nicht übrig geblieben: Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte waren bis zum 31. Mai 1942 lediglich 560 einheimische Kraftfahrzeuge zugelassen.⁶⁰⁹

Die vermehrte Ausbringung von Stalldünger scheiterte an den sinkenden Viehbeständen; ähnlich war es mit der Alternative, dem stärkeren Einsatz von Mineraldünger. Vor allem nach dem Verlust der Zufuhren aus Nordafrika Ende 1942 herrschte auf diesem Sektor auch in Deutschland Mangel.⁶¹⁰ Infolgedessen benutzten die Deutschen die vorhandenen Düngemittel lieber für die eigene, produktivere Landwirtschaft, als sie in die besetzten sowjetischen Gebiete und insbesondere nach Weißrußland zu liefern. Die Wirtschaftsverwaltung der »besetzten Ostgebiete« war darauf angewiesen, eigene Vorkommen und Verarbeitungsstätten wieder in Gang zu setzen.⁶¹¹ In der Mangelwirtschaft wurde dabei auf betriebswirtschaftliche Verluste keine Rücksicht genommen.⁶¹² In Berlin konzentrierte man sich auf Planungen und Hilfestellung für den Wiederaufbau dreier großer Werke in der Ukraine.⁶¹³ Ein Phosphoritvorkommen von regionaler Bedeutung befand sich aber auch bei Mstislawl (Wirtschaftsinspektion Mitte), die zugehörige Fabrik in Kritschew. Beide arbeiteten im Herbst 1941 wieder, 1942 war die Produktion allerdings zeitweise eingestellt.⁶¹⁴ Mit einem Jahresausstoß von 2400 Tonnen konnte der Bedarf der Wirtschaftsinspektion Mitte von 500000 Tonnen allerdings nicht befriedigt werden. Das GK Weißruthenien erhielt zum Beispiel 1943 lediglich 60 Tonnen Reinstickstoff aus dem Reich zugewiesen.⁶¹⁵ Ab Mitte 1943 wurden zudem andere Prioritäten gesetzt; nunmehr gingen auch die geringen Mengen an Phosphoritmehl aus Kritschew nicht mehr in die Landwirtschaft, sondern in die Munitionsfertigung des Reiches, wo auf diesem Gebiet ein Engpaß entstanden war.⁶¹⁶ Eingeschlossen waren die im Herbst desselben

609 Berück Mitte, Lage- und Tätigkeitsbericht, Abt. VII/Kr.-Verw. v. 10. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 128.

610 1939–1943 ging die im Reich verfügbare Menge bei Stickstoff um fast ein Drittel zurück, bei Phosphor ebenfalls erheblich, nur bei Kali blieb sie ungefähr gleich. Vgl. Die Ernährungslage und die Voraussetzungen zur Erhaltung der Produktionsleistungen der deutschen Landwirtschaft von Prof. Dr. Woermann, mit Anschreiben Backes an Rosenberg v. 13. 5. 1943, Nbg. Dok. NG-762; Lehmann 1985, S. 603–608.

611 Vgl. Güter-Erzeugung, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 708; Vermerk für KVChief Riecke für die Besprechung beim WiFüStab (Mai 1942), BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 489f.; Vermerk für KVChief Patry, Düngemittelanforderungen für die besetzten Ostgebiete im Düngejahr 1942/43 v. 6. 7. 1942, ebd., Bl. 323.

612 Vgl. Vermerk für KVChief Riecke, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 489.

613 Die Werke lagen in Kamenskoje, Lissitschansk und Gorlowka. Vgl. Riecke an Staatssekretär Körner (Zentrale Planung) v. 19. 12. 1942 sowie Beauftr. VJP, Der Generalbevollmächtigte für Sonderfragen der chemischen Erzeugung (gez. Krauch) v. 23. 11. 1942 an Backe, BA R 26 IV/32, Bl. 20–23. Ferner derselbe an Körner v. 17. 12. 1942 und Reichsamt für Wirtschaftsausbau, Ukraine-Gesamt-Plan v. 10. 9. 1942, BA R 25/42.

614 Vgl. OKW/WiRüAmt/Wi VIa, Zusammenstellung wichtiger Meldungen über die Ostgebiete [Nr. 1] v. 28. 8. 1941 und Nr. 7 v. 2. 10. 1941, BA-MA, WF-01/15913, Bl. 868 und 912; WiIn Mitte, Chefrg. Wirtschaft, Die wirtschaftliche Lage im Gebiet der WiIn Mitte v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 137; Krauch an Himmler (Juli 1943), BA-MA SF-01/28812, Bl. 713.

615 Bis März 1943 lieferte Kritschew über die ZO 2500 t Phosphoritmehl an die Landwirtschaft. Vgl. WiIn Mitte, Lageberichte Nr. 19 v. 4. 7. 1942 und für März 1943 v. 5. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 243 und 1087; Gew. Wi. an Chefrg. W. Betr.: Ausbau der Phosphoritproduktion in den besetzten Ostgebieten v. 2. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 44421, Bl. 540; Niederschrift über die Betriebsführertagung der Gruppe Bergbau vom 27. 3.–30. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1061; HeWiFü beim Okdo. H.Gr. Mitte, Monatsbericht Mai v. 5. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 559.

616 Vgl. Krauch an Himmler (Juli 1943), BA-MA SF-01/28812, Bl. 713; Bilanz – Phosphat (Geheim), BA-MA (BArchP)F 44421, Bl. 552; KTB WiIn Mitte, Chefrg. Wirtschaft, für 16.–22. 8., 30. 8.–5. 9. und Überblick für 1. 7.–30. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 546, 551, 559.

Jahres beim Rückzug evakuierten Mengen. Bis zum letzten Moment war das Werk ausgebaut worden, um einen neuen Plan zu erfüllen, dem zufolge die Wirtschaftsin-spektion Mitte ab 1944 20 Prozent des Reichsbedarfs an Phosphorit decken sollte.⁶¹⁷ Diesen Interessen wurde die weißrussische Landwirtschaft untergeordnet.

b) Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Intensivierung und ihre Mittel:

»Produktionsfaktor Mensch«

Die deutsche Landwirtschaftsverwaltung steckte 1941 bis 1944 in folgendem Dilemma: Ihr war klar, daß Bodenlockerung und Bearbeitungstiefe in Weißrußland zu wünschen übrig ließen, aber es mangelte an Zugkraft (Traktoren, Maschinen, Treibstoff, Pferde), um daran etwas zu ändern; der Einsatz neuen Saatgutes versprach Erfolg, aber es gab keines; die Produktion in der Viehwirtschaft war durch Zuchtvieh leicht zu erhöhen, aber das wurde kaum zur Verfügung gestellt; die nährstoffarmen Podsolböden hätten mit Hilfe von Dünger viel mehr hervorbringen können, aber das Stalldüngeraufkommen sank wegen Abschachtung des Viehs, und Mineraldünger war nicht vorhanden. Die geringe Produktivität der weißrussischen Landwirtschaft wäre theoretisch leicht zu erhöhen gewesen, aber dazu fehlten alle materiellen Faktoren.⁶¹⁸

Praktisch die einzigen möglichen Mittel zur Intensivierung⁶¹⁹ waren Änderungen bei der Arbeitsorganisation, Erhöhung der Arbeitsmotivation der Bauern und Zwang zur physischen Leistungssteigerung. Das symbolisiert die Tatsache, daß sich 1942 und 1943 viele Bäuerinnen und Bauern selbst vor den Pflug spannten. Hier, im Ausspielen des »Produktionsfaktors Mensch« einschließlich agrarwissenschaftlicher Wissensvermittlung, lag neben der Erfassung eine Hauptaufgabe der Landwirtschaftsführer vor Ort, und der Übergang zur Gewalt war dabei fließend. Zur Anleitung diente das Organ »Der Landwirtschaftsführer« der Wirtschaftsinspektion Mitte, mit einer Auflage von 1500 Exemplaren einzige deutsche Zeitschrift neben der »Minsker Zeitung« und den Frontzeitungen, die in Weißrußland hergestellt wurde.⁶²⁰

Ein wesentlicher Erfolg der deutschen Landwirtschaftspolitik in Weißrußland lag in den ungefähr konstant gehaltenen, zeitweise sogar leicht vergrößerten Bestellflächen. In diesem Punkt erzielten die Deutschen in den von ihnen besetzten Gebieten

617 Vgl. KTB WiIn Mitte, Stab Abt. I, für 26. 7.–1. 8. 1943 und WiIn Mitte, Chefgr. W, Phosphoritversorgungslage, v. 8. 9. 1943, ebd., Bl. 721 und 984 f. Von den 3914 Waggons Evakuierungstransportraum der Chefgr. Wirtschaft der WiIn Mitte im Herbst 1943 waren allein 2100, über die Hälfte, für Phosphorit bestimmt, was dessen Bedeutung unterstreicht. 400 t wurden täglich ins Reich gefahren. Hierzu auch WiIn Mitte, Stab I/Ib/Rü, Aktenvermerk über Dienstbesprechung aus Anlaß Besuch General der Infanterie Stapf am 16. 9. 1943, ebd., Bl. 1031.

618 Diese Zusammenhänge waren den weiter blickenden Angehörigen der Landwirtschaftsverwaltung selbstverständlich bekannt. Vgl. etwa Erfahrungsbericht MVR de Boer, WiIn Mitte, für die Wehrwirtschaftliche Ersatzabteilung 5 Gera v. 15. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 44425, Bl. 716 f., und KVR Dr. Bohlmann, Warum Feldfutterbau? in: Der Landwirtschaftsführer 1, Folge 10 v. 15. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 856 f.

619 Das Ziel der Intensivierung formulierten u. a.: der Autor des Papiers »Neuordnung der Landwirtschaft in den besetzten Gebieten der Sowjetunion« v. 3. 11. 1941 (vermutlich Otto Schiller), BA R 6/71, Bl. 3; Prof. Dr. Kassnitz [Abteilungsleiter Erzeugung in der Hauptabteilung La des RKO]: Aufgaben der landwirtschaftlichen Erzeugung im Ostland, in: Ostland 1 (1942), Folge 3, September 1942, S. 23; Matthiessen 1942, S. 413.

620 Vgl. Verzeichnis »Nichtdeutsche Zeitungen in Weissruthenien«, Stand Ende Juni 1944, BA-MA PPF-01/7869, Bl. 1542–1545. Exemplare z. B. in BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 393–422.

sogar insgesamt bessere Ergebnisse als die Sowjets im unbesetzten Gebiet,⁶²¹ wobei Weißrußland offenbar noch besser lag als etwa die Ukraine. Natürlich erbrachten in Wahrheit die weißrussischen Bauern und nicht die Deutschen diese Leistung, indem sie den zurückgehenden Maschinen- und Pferdeeinsatz durch Handarbeit ersetzten, so bei der Getreideernte mit Sicheln und Sensen. Mehrarbeit war dabei der entscheidende Faktor.⁶²² Sie wurde von den Deutschen vor allem über die Agrarreform teils erzwungen, teils auf freiwilligem Weg erreicht (vgl. Kap. 4.5). Im Ergebnis umfaßte die Aussaatfläche im Herbst 1941 und im Frühjahr 1942 zwischen 80 und 120 Prozent, meist 90 bis 100 Prozent des Vorkriegsstandes.⁶²³ 1943 wurde sie im GK Weißruthenien und bei der Wirtschaftsinspektion Mitte um 3 bis 20 Prozent vergrößert.⁶²⁴ Und das trotz der Partisanen; auch im Rayon Koidanow (heute Dserschinsk), wo Partisanen operierten, lag die durchschnittliche Gesamtbestellung beispielsweise bei 85 bis 88 Prozent.⁶²⁵ (Die Partisanen förderten ihrerseits in den von ihnen beherrschten Zonen die Ausdehnung der Aussaatflächen.) Den Deutschen gelang es sowohl, die Bauern zur Verminderung des sehr hohen Bracheanteils zu bringen,⁶²⁶ als auch den An-

621 Insgesamt ergab sich ein Rückgang der Aussaatflächen, der in den deutsch besetzten Gebieten geringer war. Vgl. Długoborski 1985, S. 154 und 157. Allerdings wurden, um die zurückgehende Produktivität auszugleichen, im übrigen Europa die Anbauflächen erweitert (Łuczak 1982, S. 286).

622 Nach sowjetischen Angaben von 1937 kam ein Kolchosangehöriger durchschnittlich auf 194 Arbeitstage im Jahr; nach anderen Zahlen leisteten Männer 1940 in den Kolchosen 211,8, Frauen 123,2 Tagwerke. Die deutsche Verwaltung wollte das auf 280 steigern (ohne Einrechnung der Arbeit auf dem privaten Hofland!). Die offenbar von einigen favorisierten Leistungsrichtlinien des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft seien allerdings zu hoch und im »Osten« nicht anwendbar. Vgl. Denkschrift M. Achmeteli (Juni 1941), BA-MA SF-01/17964, Bl. 1912; Der Ost-Express Nr. 40, Mai 1941, BA MA Wi 1D/31; WiStab Ost, Chefgr. La, Rückblick auf das vierte Quartal 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 1083.

623 Vgl. WiStab Ost, Chefgr. La, Tagung über Fragen des Acker- und Pflanzenbaues im besetzten Osten in Berlin am 15./16. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 711; Auszug aus dem Bericht von Prof. Kassnitz über eine Reise vom 4.–12. 7. 1942, IfZ MA 249, Bl. 1076; Fritz Nonnenbruch, Wirtschaftsankurbelung im Generalkommissariat Weißruthenien, in: Zimmermann 1944, S. 22; Landwirtschaftliche Aussenstelle Minsk, Bericht über Rayon Minsk v. 23. 7. 1942, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 176f.; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 35 v. 23. 12. 1942, BA-MA SF-01/28939, Bl. 302 (Rayon Witebsk); WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 620, in gewissem Widerspruch zu: Ord.Offz. Chef WiStab Ost, Bericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost vom 25.–31. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1028 (Angaben 80–90% bzw. 120% bei WiIn Mitte). – Im RKU erreichte nur das GK Wolhynien-Podolien, das Teile Weißrußlands umfaßte, ähnliche Quoten. Vgl. Dienstreise [Prof. Isenbeck/WiStab Ost] in die Ukraine vom 31. 5. 42 bis 22. 6. 42, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 312.

624 Bei der WiIn Mitte bei Wintergetreide um 11%, bei Sommergetreide um 17%, bei Hackfrüchten (besonders Kartoffeln) um 28%, während sie bei Öl- und Gespinstpflanzen (Flachs und Hanf) um 35% und bei Futterpflanzen um 51% sank. Überblick über den Umfang der Bestellung der Ackerflächen im Gebiet der WiIn Mitte in den Jahren 1942 u. 43, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 897. Vgl. WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Tagung der Chefgruppenleiter am 2. 7. 1943 in Berlin (Entwurf) v. 16. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 901f.; Pariser Zeitung v. 20. 7. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 108/2 und 109.

625 Vgl. Kreislandwirt Koidanow an GebK Minsk, III E, v. 25. 5. 1943, ZStA Minsk 393–1–99, Bl. 7.

626 Er lag in Weißrußland bei 20 bis 25%, womit noch oft die Verhältnisse der Dreifelderwirtschaft vorherrschten. 1942 stieg er leicht. Die deutsche Agrarverwaltung verlangte auch Abgaben von den brachliegenden Feldern. Vgl. Niederschrift über die Besprechung der KVVCh's am 23. und 24. 6. 1942 in Berlin v. 25. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 1165; WiIn Mitte, Chefgr. La, Jahresbericht v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 100; Besprechung der Landwirtschafts-Chefs am 2. und 3. 3. 42, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 629; Aktenvermerk über die Besprechung der Abt. La bei Gruppe La in Borisow v. 12. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 898.

teil des ertragreicheren Wintergetreides zu erhöhen.⁶²⁷ Dabei spielte natürlich eine Rolle, daß die Bauern hofften, so ihre eigene schlechte Lebenssituation wegen der hohen Zwangsabgaben unter der Besatzung zu verbessern. Erst die Evakuierungen und Produktionsverbote in den Frontzonen im Herbst 1943 und Frühjahr 1944 durch die Deutschen bewirkten den gravierenden Rückgang der Anbauflächen, den die Weißrussen den Deutschen nach dem Krieg vorwarfen.⁶²⁸ Dabei wurden beispielsweise alle Arbeiter der »Staatsgüter« durch die 4. Armee »wegen Faulheit« zur Strafe deportiert.⁶²⁹ Das mag einmal mehr zeigen, unter welchem Druck die weißrussischen Bauern und Landarbeiter standen.

Für die Steigerung der weißrussischen Agrarproduktion wesentlich erschien der deutschen Verwaltung die Einführung einer sinnvollen Fruchtfolge mit dem Zweck der Nährstoffanreicherung der Böden (»Gründüngung«) und der Bodenlockerung durch tiefwurzelnde Zwischenfrüchte (Klee, Lupinen). Die Bodenlockerung sollte der Verschlammung, Verdunstung und Dürrefolgen vorbeugen.⁶³⁰ Statt der, wie erwähnt, oft noch praktizierten Dreifelderwirtschaft wurde ein Sechsfeldersystem (ein Teil Winterung, zwei Teile Sommerung, ein Hackfruchtschlag, ein Futterschlag, ein Teil Brache, mindestens 10 Prozent frei für Produkte außerhalb der Fruchtfolge) als angemessen angesehen.⁶³¹ Zumindest im ehemals polnischen Teil Weißrußlands hatte die deutsche Landwirtschaftsverwaltung aber offenbar große Schwierigkeiten, dies durchzusetzen. Nur durch Zwang konnten die Bauern zur Aufgabe der Drittelbrache und zum Rüben- und Kleeanbau bewegt werden.⁶³²

Außerdem gab es dabei ein Saatgutproblem, wie auch bei einem weiteren der angewandten Mittel zur Erzeugungssteigerung: der Umstellung auf andere, bessere Erträge versprechende Produkte, besonders von Getreide auf verstärkten Kartoffelanbau. Denn Kartoffeln erbrachten in Weißrußland durchschnittlich auf gleicher Fläche

627 Dieser Prozentsatz lag allerdings mit ebenfalls 20–25 % relativ niedrig. Hierzu V. P. 21405/3/6 6 v. 28. 12. 1942, Betrifft: Arbeitstagung der Chefgr. La am 16. und 17. 12. 42, Sonderarchiv Moskau 700–1–44, Bl. 15R (bei WiIn Mitte »8 % mehr als im Frieden«, nämlich 24 statt 16 %). Vgl. Niederschrift des WiStabs Ost zur gleichen Tagung v. 30. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 806. Zu Wolhynien KTB WiStab Ost v. 5. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 964.

628 Vgl. Vakar, S. 209 (um 40 %); Erinnerungen Anatoli Olejnik, in: In den Wäldern Belorußlands, S. 199; Chef WiStab Ost, Durchführungsbestimmungen v. 12. 9. 1943 zum Zerstörungserlaß Görings v. 7. 9. 1943, in: Müller, Wirtschaftspolitik, Anlage 77, S. 577–580.

629 Sie wurden durch Evakuierte aus den geräumten Gebieten ersetzt. AWiFü bei AOK 4, Lagebericht für 16. 10.–15. 11. 1943, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 398. – Die 4. Armee lag damals im Raum Orscha. Zur weiteren Aufhellung dieser Aktion kann anhand der vorliegenden Quellen nichts beigetragen werden. Das weitere Schicksal solcher Deportierter ist angesichts der teilweise mörderischen Bedingungen in den Flüchtlingslagern und des Strafcharakters der Aktion sehr ungewiß.

630 Vgl. KVR Preuschen, Richtige Bodenbearbeitung, in: Der Landwirtschaftsführer 1 (1942), 6. Folge v. 15. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 412 f.

631 Vgl. Erfahrungsbericht Dr. Kurt Ketter (Unterabteilungsleiter bei der WiIn Mitte) für Wehrwirtschaftliche Ersatzabteilung 5 (Gera) v. 15. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 518. Wie der zuvor zitierte Dr. Preuschen stammte der Agrarwissenschaftler Ketter von der Universität Breslau. Zu Preuschen vgl. S. 490 f. mit Anm. 6/240. – Zu dem ähnlichen Siebenfeldermodell der WiIn Nord: Der Landwirtschaftsführer/Mitteilungen der WiIn Nord, Chefgruppe La, 4. Folge, Juli 1943, BA F 10632, Bl. 489.

632 Vgl. Gebietslandwirt in Brest an GK Wolhynien-Podolien, Hauptabteilung Ern u La, Monatsbericht Dezember v. 25. 12. 1942, BA F 13751, Bl. 1036.

den zwei- bis dreifachen Nährwert von Getreide.⁶³³ Das »Ostland« als »Saatkartoffelreservat Europas« und als Schweinezuchtgebiet auf Kartoffelbasis blieb Zukunftsmusik, doch bei der Ausweitung der Kartoffelflächen waren die Erfolge in Weißrußland nicht unbedeutend.⁶³⁴

Erfolglos waren hingegen Versuche zur Bodenmelioration, in der man ebenfalls ein großes landwirtschaftliches Produktionspotential sah. Anfangs war deutscherseits noch großspurig erklärt worden, die 100000 Quadratkilometer großen Pripjetsümpfe – die »Pontinischen Sümpfe des Ostens« – würden bald »zum ersten Male in einer kommenden Großraumpolitik Osteuropas im Mittelpunkt moderner Kolonisationsmethoden« stehen und schnell urbar gemacht werden.⁶³⁵ Einzig im Gebietskommissariat Pinsk scheint wirklich eine Entwässerung im Umfang von 400 Hektar Sumpfland stattgefunden zu haben.⁶³⁶ Die Sowjets legten große Abschnitte der Sümpfe nach dem Krieg trocken.

Großen Wert legte die deutsche Landwirtschaftsverwaltung von den ersten Kriegswochen an auf die Nutzung der sowjetischen Agrarwissenschaft in Weißrußland. Schon im August 1941 wurden zwei deutsche Wissenschaftler (v. Poletika und Rosenstiel) in die maßgeblichen Forschungsstätten entsandt und stellten überwiegend geringe Zerstörungen fest.⁶³⁷ Besonderes Interesse und geradezu Respekt galt der anwendungsorientierten Seite der sowjetischen Forschung.⁶³⁸ Mit der Übersetzung der wichtigsten sowjetischen Literatur über den weißrussischen Bereich war man bereits Mitte 1942 fertig.⁶³⁹ Im Rahmen der Arbeiten der von Rosenberg gegründeten Zentrale für Ostforschung nahmen weitergehende Studien zur weiß- und mittell russischen Landwirtschaft bemerkenswert viel Raum ein.⁶⁴⁰ Die wichtigsten Forschungsanstalten waren die Landwirtschaftliche Hochschule in Gorki (Gebiet Mogilew) – gegründet 1814, die älteste des Russischen Reiches, 1941 mit 2000 Studenten und einer Bibliothek von 400000 Bänden –, die Moorversuchsstation Schiperko und die Versuchsgüter Saoserje und Loschitza (alle bei Minsk).⁶⁴¹ Gegenstand der Untersuchun-

633 Vgl. Deutsche Zeitung im Ostland v. 25. I. 1942 und v. 8. 6. 1944 (den dreifachen Wert ausgehend von 8 Doppelzentner Roggen und 100 Doppelzentner Kartoffeln je Hektar).

634 Siehe Anm. 4/624. Zitat zu den Plänen: Prof. Kassnitz nach Deutsche Zeitung im Ostland v. 25. I. 1942.

635 M. M. Ludwig, Die Pontinischen Sümpfe des Ostens, in: Deutsche Ukraine-Zeitung v. 26. 4. 1942, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 76. Weiter: Güter-Erzeugung, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 705, und oben S. 38. Auf mehr oder weniger wissenschaftlichen Rat hin lehnte Hitler im Herbst 1941 eine baldige vollständige Urbarmachung der Pripjetsümpfe wegen angeblich drohender Versteppung der Ukraine ab. Aly/Heim, Vordenker, S. 251.

636 Vgl. GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht für das Gebiet Pinsk, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1357.

637 Vgl. die Eintragung über ihre Reise v. 15.–22. 8. 1941 im KTB des WiStabs Ost, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 104.

638 Vgl. Rede Rieckes vom März 1942 in: Probleme des Ostraumes, S. 34; Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 81–84; Erfahrungsbericht MVR de Boer für Wehrwirtschaftliche Ersatz-Abteilung 5 (Gera), Betr.: Erzeugung (Ackerbau) v. 15. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 541f.; v. Vegesack, S. 83 und 85.

639 WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 620.

640 Vgl. Bericht der Zentrale für Ostforschung beim RMO v. 26. 4. 1944 (gez. von zur Mühlen), BA R 6/55, Bl. 25–43, besonders Bl. 32–35. Für den Hinweis auf diese Akte danke ich Götz Aly.

641 Gorki und Schiperko hatten früher enge Verbindungen zu Deutschland gehabt; die Moorversuchsstation hatte zur Zeit der deutschen Besatzung 1918 bereits einen deutschen wissenschaftlichen Leiter bekommen. Vgl. zu Gorki Berliner Börsenzeitung v. 22. 6. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 88R, und Einsatzstab

gen waren vor allem Sortenzüchtungen (wie winterharte Obst- und Gemüsesorten), Bodenbearbeitung (Saatbettvorbereitung, Brachebearbeitung, Tiefpflügen), Saatzeiten- und Düngerversuche, Anbau auf Moorboden und Fruchtfolgeversuche. Was sich davon in der praktischen Anwendung noch auswirkte, ist schwer zu sagen. Jedenfalls erforschten die Deutschen dieses Gebiet praktisch noch bis zur letzten Minute, denn wenige Wochen vor der Befreiung durch die Sowjets wurde eine Landwirtschaftliche Forschungsanstalt für Weißruthenien gegründet.⁶⁴²

c) Staatsgüter (Sowchosen) und Maschinen-Traktoren-Stationen

Neben den genossenschaftlichen Kolchosen bestanden in der sowjetischen Landwirtschaft die Sowchosen (staatliche Großgüter, unter den Deutschen »Staatsgüter« genannt). In Weißrußland war ihre Bedeutung jedoch relativ gering, und Produktion und Verwaltung unterlagen dort speziellen Problemen. Die Staatsgüter umfaßten nur einen kleinen Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche Weißrußlands; das Hauptgewicht lag auf den Kolchosen (hierzu Kap. 4.5). In Ostweißrußland existierten 1943 rund 150 Staatsgüter mit etwa 200 000 Hektar Gesamtfläche, im GK Weißruthenien 967 mit rund 350 000 Hektar, im Bezirk Bialystok 350 mit 85 000 Hektar. Ihr Anteil an der Ackerfläche betrug bei der Wirtschaftsinspektion Mitte 2,8 Prozent, im GK Weißruthenien ungefähr 12 Prozent, im Bezirk Bialystok 5 Prozent, die Durchschnittsgröße der Güter 1300, 360 beziehungsweise 230 Hektar.⁶⁴³ Die aus dem Nordkaukasus und der Ukraine bekannten Riesenbetriebe gab es in Weißrußland nicht. Die Staatsgüter verfügten während der Besatzungszeit über extrem wenig Arbeitskräfte, Vieh, Gespanne, Kraftfahr-

RR [Reichsleiter Rosenberg], HAG [Hauptarbeitsgemeinschaft] Mitte, Geschichte der landwirtschaftlichen Hochschule in Gorki (Bearbeiter: Straube) v. 24. 5. 1943, BA F 13667, Bl. 444; KVR Dr. Gruber, Gorki, die ehemalige landwirtschaftliche Hochschule Weißrußlands, in: Der Landwirtschaftsführer, 6. Folge v. 15. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 416–418; WiIn Mitte, Stab I/I Wiss, Reisebericht Prof. Frhr. v. Stackelberg v. 30. 6. 1943, BA-MA RW 31/269; v. Vegesack, S. 181f. Zur Moorversuchsstation: Internationale Agrarrundschau H. 1 (1943), S. 56; Haushaltsplan des Generalbezirks Weißruthenien für das Rechnungsjahr 1943, BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 8/S. 135; Ostpolitische Information des RMO, Jg. 1, Nr. 30 v. 2. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 79. Zu Loschitz: Minsker Zeitung v. 19. 8. 1942 und Deutsche Zeitung im Ostland v. 11. 11. 1942.

642 Leiter war KVR v. Rosenstiel, der zuständige Referent des RMO. Vgl. KTB WiStab Ost für 2.–8. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 229. – So entsprach es keineswegs der allgemeinen Auffassung, wenn der Leiter der Chefgr. La der WiIn Mitte, Wagner, die weißrussische Landwirtschaft zum hoffnungslosen Fall erklärte (»Zustand russischer Landwirtschaft wie bei uns vor 200 Jahren«) und resigniert die WiIn schon Tage vor ihrer Auflösung verließ, um Landwirtschaftschef im besetzten Belgien zu werden; vgl. Auszug aus dem Reisebericht über die Fahrt des Inspektors mit Staatssekretär Körner und KVChef Riecke am 20.–23. 5. 43 nach Ossintorf, Smolensk, Sabolotje sowie KTB WiIn Mitte, Stab I/Id v. 30. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 234 und 756.

643 WiIn Mitte insgesamt 261 Staatsgüter mit 350 000 Hektar Fläche. Dazu: Staatsgüter in den besetzten Ostgebieten nach dem Stand von Dez. 1942, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 680; Müller, Wirtschaftspolitik, Anlage 12, S. 433; Staatsgüter im Bereich der WiIn Mitte, Anlage 2 zu WiIn Mitte an Okdo. H.Gr. Mitte v. 12. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 240–242; Nationalzeitung (Essen) v. 2. 7. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 96. Zum GK Weißruthenien: [Rechnungshof des Deutschen Reiches,] Erhebungen im RKO (16.–28. 8. 1943), BA 23.01, Nr. 6004, Bl. 21; Minsker Zeitung v. 27. 5. 1942 (Angaben Freitag über landwirtschaftliche Nutzfläche); Freitag an Riecke v. 28. 6. 1943, in: IMT, Bd. 31, Bl. 462–470. Weiter Der Bezirk Bialystok, BA F 15024, S. 45; etwas abweichend [Ostpreussische Landgesellschaft m.b.H.] Die Zweigstelle Bialystok, Tätigkeitsbericht für 1. 8. 1941 bis 30. 6. 1942, BA OstDok 10/305, Bl. 61; siehe auch Gorkczyńska, S. 257.

zeuge und anscheinend auch Maschinen. Der Mangel war noch viel größer als bei den Kolchosen oder Landbaugenossenschaften und Einzelbauern. So kamen im Gebiet Brest 1944 auf eine Arbeitskraft 9,1 Hektar, auf ein Gespann 33 Hektar (Einzelbauern 1,8 beziehungsweise 7 Hektar).⁶⁴⁴ Der Wiederaufbau der Produktionsmittelbestände nach anfänglicher Desorganisation, Plünderung und wohl auch Flucht der Arbeiter gelang kaum.⁶⁴⁵ Daher war es – übrigens auch für die restlichen besetzten sowjetischen Gebiete – völlig unrealistisch, sich von den »Staatsgütern«, auf deren Leitung die deutsche Verwaltung einen direkten Einfluß hatte, die Lösung aller Probleme und den Hauptteil der Getreide-Überschußproduktion für Wehrmacht und Reich zu erhoffen, wie das manche Landwirtschaftsexperten zeitweise taten.⁶⁴⁶

Die Partisanen griffen die Staatsgüter als Symbole der Besatzungsmacht bevorzugt an und beeinträchtigten ihre Produktion entsprechend besonders stark. Sie konnten damit auch Konflikte mit den weißrussischen Bauern wegen Zerstörungen und Beschlagnahmungen verringern.⁶⁴⁷ Im Januar 1943 hatte die Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland (LO) im GK Weißruthenien von ihren 967 Gütern 262 durch Zerstörung verloren, 134 hatten die Partisanen erobert, und weitere fast 300 waren auf Anordnung des Landwirtschaftschefs in Minsk, Freitag, als unsicher und zu weit von Polizeistützpunkten entfernt geräumt worden. Nur 312 wurden noch bewirtschaftet.⁶⁴⁸

Das Dauersiechtum der Staatsgüter bedeutete nicht, daß die Deutschen sich nicht um sie gekümmert und um eine Verbesserung aus ihrer Sicht bemüht hätten. Obwohl die Güter, betriebswirtschaftlich gesehen, wegen der niedrigen Agrarpreise in Weißrußland wie in den übrigen besetzten sowjetischen Gebieten defizitär arbeiteten,

644 Vgl. die Angaben in: Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland G.m.b.H. an den Verwaltungsratsvorsitzenden Matthiessen, Betr.: Partisanenüberfälle, v. 7. 12. 1942, BA-MA FPF-01/7914, Bl. 561–565. Daraus ist zu errechnen, daß die Güter im GK Weißruthenien z.B. nur über 6800 Pferde, 2700 Schweine und 54 PKW verfügten. Ferner GebK Brest, Monatsbericht v. 24. 1. 1942, BA F 13751, Bl. 929, und Einsatzkommando AWiFü/AOK 2, Tätigkeitsbericht für das Gebiet Brest nach dem Stande vom 15. 6. 1944, BA-MA WF-03/15909, Bl. 564; Der Bezirk Bialystok, BA F 15024 (S. 45).

645 Vgl. GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht (undatiert), BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1359; [Ostpreußische Landgesellschaft m.b.H.,] Die Zweigstelle Bialystok, Tätigkeitsbericht für 1. 8. 1941 bis 30. 6. 1942, BA OstDok 10/305, Bl. 69. – Wegen des besonders schlechten Zustands und der geringen Bedeutung der »Staatsgüter« kann man nicht von ihrem Zustand ohne weiteres auf die gesamte weißrussische Landwirtschaft schließen wie Chiari 1993, S. 78–80.

646 Hierzu z.B. Neuordnung der Landwirtschaft in den besetzten Gebieten der Sowjetunion (undatiert), BA R 6/71, Bl. 4; [M. Achmeteli:] Stellungnahme zur Neuen Agrarordnung (Ende April 1942), BA R 58/238, Bl. 46; vgl. den – vereinzelt – Vorschlag, alle genossenschaftlichen Agrarbetriebe in »Staatsgüter« umzuwandeln: Leitendes WiKdo 211 (Orscha), Lagebericht April v. 26. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 1195. Der Grund war anscheinend, daß die staatlichen Güter in den von Deutschland annektierten polnischen Gebieten ihre Produktionsleistung steigerten, während sie bei den polnischen Einzelbauern fiel. Vgl. Aktenstück v. 6. 8. 1942 ohne Überschrift, ZStA Minsk 412–1–124, Bl. 32.

647 Vgl. z.B. [GK Weißruthenien,] Abt. III E, Bericht über eine Fahrt in die südlichen und westlichen Gebiete des Generalbezirks Weissruthenien vom 8.–13. Oktober (gez. Dr. Albers) v. 15. 10. 1942, BA F 712, Bl. 192; Auszüge aus der Propagandistentagung in Minsk 26./27. 10. 1943, IfZ Fb 101/34 (Gebiet Baranowitschi).

648 Vgl. GK Weissruthenien, HA III E u.L., Sonderbericht an RMO (Unterschrift: Freitag) v. 15. 1. 1943 und ebenso, Betr.: Zustände in Weissruthenien v. 9. 1. 1943, BA-MA RW 31/251, Bl. 58R–60R und 68R; Freitag an Riecke v. 28. 6. 1943, in: IMT, Bd. 31, S. 467.

Die »Unmöglichkeit einer Durchsetzung einer agrarischen Ordnung« (Chiari 1993, S. 78–80, Zitat S. 78) beweist dies nicht, weil man auch in dieser Beziehung nicht von den »Staatsgütern« auf die weißrussische Landwirtschaft insgesamt schließen kann, denn die Partisanen griffen sie eben besonders heftig an.

ten,⁶⁴⁹ bildete die Landwirtschaftsverwaltung des GK Weißruthenien 1942 mehrere hundert neue, zunächst im ehemals polnischen und dann im altsowjetischen Teil.⁶⁵⁰ Im Westen waren durch die sowjetischen Agrarmaßnahmen zwischen 1939 und 1941 aus größeren Gütern Kolchosen gebildet worden, die die Mitglieder nach dem deutschen Einmarsch von den Mitgliedern unter sich aufgeteilt hatten. Die Deutschen wandelten sie 1941/42 in Staatsgüter um. Bei der Neuaufstellung mußte ein Drittel des Viehs und Gerätes von den umliegenden Betrieben abgegeben werden.⁶⁵¹ Im Bezirk Bialystok wurde offenbar ein umfangreiches »Bauprogramm« gestartet, um Mustangüter »nach dem Beispiel preußischer Domänen« zu schaffen.⁶⁵² Betriebe über 80 Hektar Größe wurden im GK Weißruthenien von der LO verwaltet, die sich damit hoffnungslos übernahm, auch finanziell. Da half auch die Einstellung einer größeren Zahl von Niederländern als Betriebsleiter nicht.⁶⁵³ Das den Bauern abgenommene Land wurde 1942/43 zum Teil wieder an sie verpachtet, um sich auf die Kernbetriebe zu konzentrieren.⁶⁵⁴ Die These von einer Lähmung der Verwaltung kann auch damit kaum gestützt werden.⁶⁵⁵

649 Vgl. Auszug aus dem Reisebericht über die Fahrt des Inspektors mit Staatssekretär Körner und KVChef Riecke am 20.–23. 5. 1943 nach Ossintorf, Smolensk, Sabolotje, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 284 (für Wiln Mitte); Monatsbericht Gebietslandwirt Brest v. 15. 12. 1942, BA F 13751, Bl. 1036; Abschlußbericht WiStab Ost in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 125f.

650 Vgl. Minsker Zeitung v. 27. 5. 1942; Oskar Stillmark, Agrarpolitik in Weissruthenien, in: Landwirtschaftliches Wochenblatt 1, Folge 8 v. 10. 10. 1943, BA F 10849, Bl. 413; GebK Minsk, Ref.La., Lagebericht v. 9. 6. 1942, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 181; Wilenchik, S. 197; Sinizyna/Tomin, S. 1195.

651 Vgl. Lagebericht des Gebietslandwirts Brest-Litowsk v. 20. 3. 1944, BA F 13751, Bl. 1304, und Auszug aus dem Lagebericht des GebK Erren in Slonim v. 26. 9. 1942, Anlage zum Schreiben Kubes an Lohse v. 8. 10. 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sbd. E, Bl. 52f. Zu den sowjetischen Maßnahmen WiStab Ost, Chefgr. La, Gruppe Erfassung (gez. Küper), Bericht Reise Bialystok-Baranowitschi-Minsk v. 10. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 982. Zur Rolle der Ostpreußischen Landgesellschaft, die aus dem Regierungsbezirk Zichenau und dem Suwalkizipfel schon »Kolonialerfahrung« mitbrachte und für die Verwaltung der Güter im RKU bis zur Gründung der LU mitverantwortlich war: Zweigstelle Bialystok, Tätigkeitsbericht für 1. 8. 1941 bis 30. 6. 1942 v. 6. 11. 1942, BA OstDok 10/305, Bl. 83.

652 Walter Gloomt, Bericht über die Hochbauverwaltung beim Chef der Zivilverwaltung in Bialystok in den Jahren 1941–1944, BA OstDok 13/69, Bl. 7–9.

653 Hierzu S. 115 sowie Het Nationale Dagblad v. 25. 7. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 10/R, und [RMO,] Der Beauftragte für Sonderfragen, Vermerk über das Telefonat mit Pg. Junge von der L.O., Zweigstelle Minsk, v. 11. 8. 1944 mit folgendem Schriftverkehr, BA F 13739, Bl. 156ff. Aus Personalunterlagen (Bl. 206ff.) geht hervor, daß es sich vorwiegend um erfahrene Bauern, allerdings mit niedrigem Bildungsgrad, handelte. Viele von ihnen waren bald wegen Nichteignung entlassen worden. 1944 waren es noch 54.

654 Vgl. Vortrag Freitag v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 52; Auszüge aus der Propagandistentagung in Minsk 26./ 27. 10. 1943, IfZ Fb 101/34 (Gebiet Hansewitschi); Minsker Zeitung v. 11. 8. 1943, BA R 6/289, Bl. 11.

655 Chiari (1993, S. 81; 1998, S. 139) behauptet ohne Beleg, die weißrussischen Bauern hätten sich das Land brachliegender Staatsbetriebe und entvölkerter Dörfer einfach angeeignet, »ohne den mühsamen Weg einer bürokratischen Anerkennung zu gehen«. Jedoch gibt es für eine kontrollierte Übernahme mehrere Hinweise. Erstens wurde die Verpachtung offenbar jährlich erneuert (Der Generalkommissar, Abtlg.III E, Betr.: Bewirtschaftung der inzwischen aufgegebenen Staatsgüter, gez. Freitag/Frühjahr 1943, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 238, und Landwirtschafts-Gesellschaft Ostland, Nebenstelle Baranowitsche an LO, Zweigstelle Minsk in Wilejka, Betr.: Grundsteuer 1943 v. 29. 9. 1943, ZStA Minsk 650–1–1, Bl. 111, vgl. Bl. 114 und 117). Zweitens unterschieden LO und LBGU feinsäuberlich zwischen (wegen besonders geringer Rentabilität) verpachteten und wegen der Partisanen aufgegebenen Gütern (vgl. ebd. zur Unwirtschaftlichkeit; Lagebericht des Gebietslandwirts Brest-Litowsk v. 20. 3. 1944, BA F 13751, Bl. 1304: 46 Staatsgüter, davon acht verloren, neun verpachtet). Drittens war das Betreten der Flur verbrannter Dörfer ohne Genehmigung in einer Zeit rücksichtsloser Partisanenbekämpfung oft verboten, ihre Aneignung war äußerst gefährlich, wenn auch einzelne Fälle vorgekommen sein mögen.

Das Arbeitskräfteproblem der Staatsgüter im allgemeinen konnte nicht gelöst werden. Als Leiter behielten sich die Deutschen meist mit ehemaligen polnischen Gutsbesitzern, von denen viele nach dem 22. Juni 1941 teils legal, teils illegal zurückkehrten. Diese Wanderung begann schon in den ersten Wochen des Krieges und war trotz Einwänden vor allem durch Sicherheitspolizei und SD nicht aufzuhalten.⁶⁵⁶ Die Landwirtschaftsverwaltung entschied offensichtlich Ende August 1941, daß in den ehemals polnischen Gebieten die Rückkehr der Gutsherren zugelassen werde.⁶⁵⁷ Im Bezirk Bialystok war das anscheinend nicht so, obwohl sich auch dort Besitzer um ihre alten Ländereien bemühten.⁶⁵⁸ Im GK Weißruthenien wurden ihnen Höfe bis zu 80 Hektar Größe zurückgegeben, in den größeren Betrieben wurden sie oft als Verwalter ihrer ehemaligen Güter im Auftrag der LO eingesetzt.⁶⁵⁹ Im Sonderfall ergaben sich sogar gute persönliche deutsch-polnische Beziehungen sozusagen auf einer Standesebene, wie zwischen dem Leiter der KdS-Außenstelle Baranowitschi Amelung, der Rußlanddeutscher von Adel war, und dem polnischen Baron v. K., Verwalter des Gutes der Fürsten Radzivil bei Nieswiez.⁶⁶⁰ Auch im Bezirk Bialystok wurden polnische Wirtschaftler auf den Gütern über 125 Hektar, die von der Ostpreussischen Landgesellschaft betrieben wurden, eingesetzt.⁶⁶¹ Von einer Rückkehr oder neuen Einsetzung von Großgrundbesitzern kann aber nur in diesem Sinn die Rede

⁶⁵⁶ Vgl. 221. Sich.Div., Ib, Bericht über die Tätigkeit der Feldkommandanturen 9.-11.7. v. 12.7. [1941], BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 818 (6000 Rückumsiedler aus dem Generalgouvernement eingetroffen, die Rückverteilung auf ihre Heimatorte organisierte die deutsche Militärverwaltung); KTB 221. Sich.Div. v. 21.7. 1941, BA-MA RH 26-221/10, Bl. 96R. Weiter EM 78, 90, 96 und 153 v. 9., 21., 28. 9. 1941 und 9. 1. 1942, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2245f., /28932, Bl. 2494 und 2869 sowie /28935, Bl. 3544. (Nr. 90 erwähnt ein Flugblatt des OKH v. 24. 8. 1941, das die Rückkehr der Großgrundbesitzer ausschloß.)

⁶⁵⁷ Vgl. Erfahrungsbericht Hptm. Dorn, Wi-Kdo.Neisse, Minsk, den 28. Aug. 1941. Dort war der Satz »Diese Frage soll für Polen noch geklärt werden, in Altrussland wird sie verneint« mit handschriftlicher Streichung und Einfügung versehen: »ist jedoch für Polen bejahend entschieden«. BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 268.

⁶⁵⁸ Vgl. Madajczyk 1988, S. 538. Grund war möglicherweise der Plan zur Ansiedlung ostpreussischer Bauern nach dem Krieg (Gorczyńska, S. 257). Ausnahmen scheint es aber gegeben zu haben. Vgl. Vern. T. B. v. 12. 2. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6175 unpaginiert.

⁶⁵⁹ Vgl. Wilenchik, S. 197, der die Grenze aber irrtümlich bei 60 Hektar ansetzt. Dagegen Ostfaser-Nachrichtendienst Nr. 11 v. 5. 7. 1943, BA 11.01, Nr. 18, Bl. 79R, und Vern. E. v. d. B. (ehemaliger LO-Nebstellenleiter) v. 23. 10. 1962, StA München I, 113 Ks 1/65 a-b, Bl. 2449; Auszüge aus der Propagandisten-tagung in Minsk am 26./27. 10. 1943, IfZ Fb 101/34 (Wortbeiträge Baranowitschi und Freitag); KTB RüKdo Minsk für 2.-8. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 898.

⁶⁶⁰ Vgl. Vern. O. A. v. 10. 4. und H. J. W. v. 23. 6. 1962, StA München I 113 Ks 1/65 a-b, Bl. 1626 und Bl. 1833f. Amelung war führend verantwortlich für die Ermordung von mindestens 1000 Angehörigen der polnischen Intelligenz (Kap. 10.2).

⁶⁶¹ Diese verwaltete in acht Güterdirektionen 304 Betriebe mit 120 deutschen Mitarbeitern (107 im Außendienst), 33 polnischen Angestellten und 195 polnischen Wirtschaftlern (ohne Arbeiter). Zweigstelle Bialystok, Tätigkeitsbericht für 1. 8. 1941 bis 30. 6. 1942 v. 6. 11. 1942, BA OstDok 10/305, Bl. 61 und 69. Der OLG waren die Güter im August oder September 1941 übertragen worden. Der spätere NSDAP-Chef im Bezirk Bialystok leitete die Auswahl der besten Güter für die deutsche Bewirtschaftung. Manche wurden auch durch Enteignung von Bauern neu geschaffen. Die Bauern der Umgebung mußten auf den Gütern im Bezirk besonders viele Frondienste leisten: vgl. ebd.; Der Bezirk Bialystok, BA F 15024 (S. 45); Vern. A. T. v. 27. 3. 1963, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6153, Bl. 56f.; [Landrat a. D. v. Bredow,] Bericht über die deutsche Verwaltung im Kreis Bielsk, Bez. Bialystok in der Zeit vom August 1941 bis Januar 1942, und [F. S.,] Tätigkeit im landwi. Aufbau des Kreises Lomscha, ebd., Nr. 6333 (undatiert, unpaginiert); Wilenchik, S. 197; Madajczyk 1988, S. 279.

sein.⁶⁶² Deutsche landwirtschaftliche Betriebsführer mögen sich wie Gutsherren gefühlt und aufgeführt haben, waren es aber von ihrer Funktion und Rechtsstellung her nicht. Die Agrarbehörden wirkten dem teilweise mit klaren Anweisungen an die Landwirtschaftsführer, eventuell auch mit turnusmäßigem Wechsel entgegen: »Bei der Bewährung soll der Landwirtschaftsführer die Chance haben, bei der Reprivatisierung berücksichtigt zu werden; allerdings nicht auf dem Betrieb, auf dem er jetzt arbeitet, weil sonst die Gefahr besteht, daß er dann die Betriebsmittel hier zusammenrafft.«⁶⁶³ Die Betriebsführer hatten die Güter lediglich im Namen des Reiches und im Auftrag der LO, LU oder Landwirtschaftsverwaltung zu bewirtschaften.

Die Landbewirtschaftungsgesellschaften lösten etwa zur Jahreswende 1941/42 die bestehenden Staatsgüterverwaltungen bei den Generalkommissaren ab. Die LO wurde auf eine Anweisung Görings vom September 1941 gegründet und im Januar 1942 vom Reichskommissar Lohse eingewiesen.⁶⁶⁴ Territorial war die LO im GK Weißruthenien in sieben Außenstellen gegliedert. Die Zentrale hatte vier Abteilungen: die betriebswirtschaftliche, die Maschinen-, die kaufmännische und die Personalabteilung.⁶⁶⁵ Die LO hatte mehrere Funktionen: die Verwaltung der Staatsgüter und Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), die Produktion spezieller Erzeugnisse auf ihnen (Saatgut, Obst, Gemüse), ferner »die spätere Verwertung des gesamten landwirtschaftlichen Grund und Bodens im Ostland« (Privatisierung) und die »Zukunftsaufgabe [...], daß sie später die gesamte bäuerliche Siedlung ausführt.«⁶⁶⁶ (Die Aufgabenstellung als »Siedlungsgesellschaft« war eine eigenständige Entscheidung Rigas, nicht Berlins.⁶⁶⁷) Die Privatisierung hatte Göring aber auf Kriegsdauer verboten, und die Besiedlung betraf das GK Weißruthenien nicht, so daß im wesentlichen die Produktionsaufgaben blieben. Außerdem sollten die Staatsgüter die Funktion von »Beispielwirtschaften und Musterbetrieben« als Vorbild für die Arbeit der sowie-

662 Siehe dagegen in Bezug auf die Gebiete Gomel, Minsk und Polesje Sinizyna/Tomin, S. 1195.

663 Niederschrift über die Besprechung der KVVCh's am 23. und 24. 6. 1942 in Berlin v. 25. 6. 1942 (Äußerung Küper), BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 1174.

664 Abschlußbericht WiStab Ost in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 116, und Czollek 1974, S. 66. Notarielle Eintragung mit Gesellschaftsvertrag v. 10. 12. 1941 (3 Millionen RM Stammkapital, bis auf 500 RM vom RKO), BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 758–763; Anordnung über die Einweisung der Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland m.b.H. v. 16. 1. 1942, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), Nr. 3, S. 55f. Wegen Quartierschwierigkeiten in Minsk nahm die Zweigstelle der LO im GK Weißruthenien ihren Sitz in Wilejka: Vern. F.-W. F. (erster Leiter bis Mitte 1942) v. 7. 3. 1960, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 51–53, und Ostfaser-Nachrichtendienst Nr. 11 v. 5. 7. 1943, BA 11.01, Nr. 18, Bl. 79R. Mit Erlaß Matthiessens v. 10. 8. 1943 wurden die Abteilungsleiter Landwirtschaft bei den GK Zweigstellenleiter. Vgl. Amtlicher Anzeiger des RKO, Folge 1 v. 25. 8. 1943, S. 11.

665 Vern. F.-W. F. v. 7. 3. 1960, a.a.O.

666 »Damit ist keineswegs gesagt, daß sämtliches von ihr treuhänderisch verwaltetes Vermögen nun später der Besiedlung der Deutschen nutzbar gemacht werden soll.« RMO, Vermerk für KVAChef Patry, Betr.: Rechtliche Stellung und Aufgaben der Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland G.m.b.H. v. 23. 6. 1942 (gez. Donner [der für Siedlungsfragen zuständige Referent in der Hauptabt. Ern u La des RMO neben Major Ernst Seifert]). BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 368f. Vgl. Vermerk Rieckes für Gauleiter Meyer v. 11. 6. 1942, Betr.: Fragen der bäuerlichen Siedlung im Zusammenhang mit der Landbewirtschaftung in den besetzten Ostgebieten, ebd., Bl. 439f. – Zu den Aufgaben der LO vgl. auch Czollek 1974, S. 66 und 132f.; Anordnung Lohses über die Einweisung der LO v. 16. 1. 1942, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), Nr. 3, S. 55f.; Ostfaser-Nachrichtendienst Nr. 11 v. 5. 7. 1943, BA 11.01, Nr. 18, Bl. 79R.

667 WiStab Ost, Chefgr. La, Bericht über die Tagung der Landwirtschafts-Leiter der Wiln am 20. 10. v. 18. 11. 1941 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 873.

tischen Bauern erfüllen,⁶⁶⁸ was ihnen allerdings nicht gelang. Zwischen einer Aufgabenbestimmung als Allroundbetriebe wegen der Vorbildfunktion und als Spezialbetriebe für bestimmte Produkte schwankte die Verwaltung hin und her.

Im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte scheint niemals eine Landbewirtschaftungsgesellschaft gegründet worden zu sein,⁶⁶⁹ weil das Reich wegen der fehlenden Zivilverwaltung rechtlich nicht als Treuhänder auftreten konnte.⁶⁷⁰ Ungeachtet solcher Erwägungen fühlten sich die deutschen Gutsleiter schon als die Herren ihrer Ländereien und gaben ihren Betrieben deutsche Namen. Die Wirtschaftsinspektion Mitte mußte ihren Elan bremsen und sich mit weltfremden Vorstellungen zur Siedlungsvorbereitung herumschlagen.⁶⁷¹

Zwischen Anspruch und tatsächlichem Arbeitsinhalt klappte auch beim Modell landwirtschaftlicher ›Stützpunkte‹, das Major Ernst Seifert Ende 1941 für die Ukraine entworfen hatte, eine Lücke. Danach sollten dort »Aufbauzonen« von unterschiedlicher Funktion und unterschiedlichem Entwicklungstempo und Investitionsumfang unterschieden werden, deren Wert vor allem vom Grad ihrer Verkehrserschließung (»Nähe der Absatzmärkte«) abhängen sollte: I – Stadtkreiszone, II – stadtnahe Zone, III – Zone im Umkreis der Hauptverkehrswege, IV – schlecht erschlossene Restzone. Die deutsche Siedlung sollte vor allem über deutsche »Güterdirektoren« und »Grundherren« auf »Stützpunkten« in den Zonen I bis III vorgetragen werden. Dieser Plan war ein wichtiges theoretisches Bindeglied zwischen »Generalplan Ost« und »Neuer Agrarordnung«.⁶⁷² Formal war das Stützpunktsystem im Reichskommissariat Ukraine bis Anfang 1943 aufgebaut (1912 Stützpunkte).⁶⁷³ Dem Namen nach bestand es zwar auch in den weißrussischen Gebieten Brest und Pinsk (GK Wollhynien-Podolien), aber außer Ernennungen änderte sich nicht viel. Die Staatsgüter und MTS arbeiteten weiter wie bisher.⁶⁷⁴ Auch die Wirtschaftsinspektion Mitte

668 Richtlinien des RKO über die Tätigkeit und den Aufgabenkreis der LO v. 5. 6. 1942, in: Alfred Meyer (Hg.), *Das Recht der besetzten Ostgebiete*, Berlin 1943, Abschnitt O III Db 4^r.

669 Dagegen spricht KTB WiStab Ost, Chefgr. La, für 3.–9. 3. 1944, BA-MA WF-01/15898, Bl. 6040. Eine solche Gesellschaft erwähnt allerdings der Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, *Wirtschaftspolitik*, S. 134.

670 WiStab Ost, Chefgr. La, Bericht über die Tagung der La-Leiter der WiIn am 20. 10. in Berlin v. 18. 11. 1941 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 873; über Vorgespräche Seiferts in Borissow KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 30. 1. und 11. 5. 1942, ebd., Bl. 827 und 504; KTB WiStab Ost v. 27. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 542; vgl. WiStab Ost, Chefgr. La, Betr.: Landbewirtschaftungsgesellschaft, an WiIn Mitte (gez. Riecke) v. 27. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 550f.

671 WiIn Mitte, Chefgr. La, Rundverfügung Nr. 119 v. 27. 10. 1942 an WiKdos, Gebiets- und Kreislandwirte, Betr.: Namensänderungen, ZStA Minsk 412–I–120, Bl. 107. Vgl. allerdings ein Papier aus den Akten der WiIn ohne Überschrift v. 6. 8. 1942: »Bei der Bemessung der Grösse der Staatsgüter muss von vornherein darauf Rücksicht genommen werden, dass sie einmal in irgendeiner Form, sei es auch nur als Pacht, in deutschen Besitz überführt werden sollen. Sie müssen daher einem deutschen Betriebsführer ein Einkommen gewähren, das ihm eine Lebensführung gewährt, die mit entsprechenden deutschen Verhältnissen mindestens vergleichbar ist.« ZStA Minsk 412–I–124, Bl. 32.

672 WiStab Ost, Chefgr. La, Major Seifert, Bemerkungen zur Ukrainereise v. 27. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 854–867, auszugsweise abgedruckt bei Müller, *Siedlungspolitik*, S. 177–179; vgl. ebd., S. 44 f., und Gerlach, *Agrarreform*, S. 31f.

673 Krakauer Zeitung v. 11. 3. 1943, BA F 14245.

674 Vgl. Lagebericht des GK Wollhynien-Podolien v. 30. 4. 1943, BA F 13683, Bl. 18; Bericht des Gebietslandwirts in Brest v. 15. 12. 1942 und v. 16. 10. 1943, BA F 13751, Bl. 1041 und 1202; dessen Abschlußbericht (undatiert, etwa August 1944), BA F 13747, Bl. 460.

richtete »Stützpunkte« ein, doch handelte es sich meist einfach um die MTS. Der Maschinenbesatz nach dem Maß ostdeutscher Gutsbetriebe blieb ebenso Illusion wie ein Ausbau zu Vorbild-Freilandlaboratorien zur Schulung der weißrussischen und russischen Bauern.⁶⁷⁵ Die MTS besaßen nur noch wenige Maschinen und Traktoren, die sie einsetzen konnten. Sie fuhren ebenfalls ständig Verluste ein. Es lag allerdings im Kalkül, den Bauern billig Produktionsmittel zur Verfügung zu stellen, damit diese billig produzierten.⁶⁷⁶

d) SS- und Polizeigüter

Sind die Staatsgüter als Wirtschaftsfaktor gelegentlich überschätzt worden, so gilt das für die Landwirtschaftsbetriebe von SS und Polizei erst recht.⁶⁷⁷ Auch mit »Siedlung« hatten sie in der Praxis nichts zu tun.

Am aktivsten im Beschlagnahmen landwirtschaftlicher Betriebe in den besetzten sowjetischen Gebieten für die SS war der HSSPF Rußland-Mitte von dem Bach-Zelewski, der anfangs auch im Gebiet des späteren GK Weißruthenien tätig war.⁶⁷⁸ Also eignet sich Weißrußland für die Probe aufs Exempel. Tatsächlich verfügten SS und Polizei im Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte 1943 über 13 oder 14 aller 195 Staatsgüter, davon sechs in Ostweißrußland.⁶⁷⁹ Etwas mehr waren es mit zuletzt 16 im GK Weißruthenien.⁶⁸⁰ Mit den zum RK Ukraine und zum Bezirk Bialystok gehörenden Gebieten zusammen dürfte es darum in ganz Weißrußland kaum mehr als dreißig SS- und Polizeigüter gegeben haben. Insgesamt sollen es in den besetzten sowjetischen Gebieten Ende 1942 mindestens 90 Betriebe gewesen sein, die von 700 SS-

675 Niederschrift über die Besprechung der KVVCh's am 23. und 24. 6. 1942 in Berlin, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 1174; KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 16. 10. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 576. Zu den MTS: WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 623; KVR Preussen, Aufgaben der Landtechnik, in: Der Landwirtschaftsführer, 2. Folge v. 15. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1280f. Allgemein auch Erlaß Rosenbergs: Die neue Agrarordnung v. 16. 2. 1942, in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, Abschnitt O III Db6.

676 Der Zusammenhang ist dargestellt in: Deutsche Revisions- und Treuhand-AG, Begutachtung der Jahresabschlüsse zum 30. 6. 1944, Hauptabteilung Motor-Traktoren-Stationen in Klitschdorf der LGBU, Sonderarchiv Moskau 1466-19-312, Bl. 51.

677 Vgl. dagegen die Bewertung bei Georg, S. 65 und 100; Mulligan 1988, S. 27.

678 Vgl. Verbindungsstelle des OKW/WiRüAmtes beim Reichsmarschall an Thomas v. 29. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1010.

679 Allein vier lagen im Bereich des WiKdos Mogilew. WiIn Mitte an Okdo. H.Gr. Mitte v. 12. 5. 1943, Anlage 2: Staatsgüter im Bereich der WiIn Mitte, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 240-242; WiIn Mitte, Betr.: Vereinfachung der Wirtschaftsführung v. 8. 4. 1943, Anlage, ebd., Bl. 122 f.; Dienstreise des Inspektors v. 18.-20. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 982f. Weitere Güter bewirtschafteten Reichsbahn, OT, Luftwaffe, NSKK, eines der Berück Mitte.

680 R.u.S.eigene Betriebe in Russland-Mitte, Liste v. 23. 1. 1945, Nbg. Dok. NO-4098, BA F 47675, Bl. 143. Entgegen der Überschrift handelte es sich nur um Betriebe im GK Weißruthenien. Nach dem Abkommen zwischen Pohl und RuSHA-Chef Hildebrandt v. 16. 6. 1943 (BDC, SS-HO 1522) sollten sogenannte Versorgungs- und Richtbetriebe unterschieden werden; die einen sollte das WVHA, die anderen das RuSHA verwalten. Die genannte Liste enthält aber alle mir namentlich bekannt gewordenen SS- und Polizeigüter im GK Weißruthenien. Darum ist anzunehmen, daß eine solche Trennung dort nicht vorgenommen wurde. – Zu Bemühungen um weitere Zuweisungen durch SS und Polizei 1943/44: WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Tagung der Chefgruppenleiter am 2. 7. v. 16. 7. 1943 (Entwurf), BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 923, und HeWiFu Mitte, KTB-Beitrag der Hauptabteilung La für 9.-15. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 773.

Männern und Polizisten betrieben wurden und die angeblich 600 000 Hektar umfaßt haben.⁶⁸¹

Zumindest einen Teil dieser Kolchosen und Sowchosen nahm die SS nicht etwa einseitig in Besitz, sondern sie wurden ihr auf Antrag regulär zugewiesen. Diese Güter waren ein Vierteljahr später unter anderem Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen dem Reichskommissar Lohse und dem HSSPF Ostland, Prützmann, wegen rücksichtsloser Beschlagnahmungen durch die SS.⁶⁸² Um solche des öfteren auftretenden Konflikte auszuräumen, schlossen SS und Polizei mit Zivil- und Militärverwaltung eine Reihe von Abkommen zur Regelung der SS- und Polizeiansprüche; so Backe und der Chef des WVHA, Pohl, Riecke und Pohl sowie Bach-Zelewski und Richard Wagner von der Wirtschaftsinspektion Mitte und Matthiessen mit Jekeln im RK Ostland. Ihre Grundlage war, daß die landwirtschaftlichen SS-Betriebe allein zur Versorgung der regionalen SS- und Polizeiverbände mit leichtverderblichen Produkten wie Eier, Milch, Butter, Obst und Gemüse dienen sollten. Ursprünglich hatte die SS auf eigene Rechnung zu arbeiten, seit 1942 verwalteten SS-Männer Güter auf Rechnung der Landbewirtschaftungsgesellschaften und in ihrem Dienst. Be- und verarbeitende Agrarbetriebe wurden ihnen in der Regel nicht zugestanden.⁶⁸³ Vorbild war ein Abkommen der Landwirtschaftsverwaltung mit der Organisation Todt, ähnliche gab es mit Reichsbahn und Reichspost.⁶⁸⁴ Die Funktion der Zuweisung von Ländereien war stets, »daß diese Organisationen ihre Angehörigen zum Teil weit verstreut im besetzten Gebiet einsetzen müssen und ihnen dadurch der Anschluß an die Versorgungsorganisation der Wehrmacht erschwert ist.«⁶⁸⁵

681 So die Briefe Hofmanns von seinen Inspektionsreisen v. 19. 10., 14. 11. und 30. 12. 1942 (Nbg. Dok. NO-4113, 4107 und 4108), BA F 47675, Bl. 133–138. Die Flächenangabe ist fragwürdig, denn mit rund 6000 Hektar im Durchschnitt wären diese Güter vergleichsweise sehr groß gewesen. Vgl. S. 333 zur Fläche der Staatsgüter in Weißrußland.

682 Zuweisungen erfolgten z.B. an den HSSPF Rußland-Mitte durch den Versorgungsbezirk Dnjepr über die FK 812 im Juli 1941. FK (V) 184, Feldgendarmier-Trupp, Bericht über Zuständigkeitsfragen wegen der Nervenheilstation und Domäne Niewinka v. 11. 8. 1941, ZStA Minsk 370–1–142, Bl. 35f. Zu den Konflikten die Akten BA NS 3/1367 und R 43 II/684a.

683 Tagebuch Bach-Zelewski v. 4. 12. 1941 über einen Vertrag mit Wagner v. 3. 12., BA R 20/45b, Bl. 18; KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 4. 11. 1941 mit Pohl beim stellvertretenden Ostminister Meyer, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 836; Backe-Pohl-Abkommen v. 10. 1. 1942 in: Grüne Mappe, Teil II, 2. Auflage, Ergänzungsmaterial zu Teil I, August 1942, BA-MA RW 31/131, Bl. 131f.; Abkommen Prützmann-Körner (RKU) v. 20. 3. 1942 in: Grüne Mappe, Ergänzungen und Berichtigungen zu der 3. Auflage des Teils II (1943), BA-MA RW 31/133; auf dieser Basis Zusatzabkommen Riecke-Pohl für die Ukraine v. 8. 6. 1942, BDC, SS-HO 1522, und v. 21. 5. 1943, in: Amtsblatt des RMO, Sammelnummern 1–8 (1943/44), S. 265f. Die Vereinbarung vom 8. 6. 1942 wurde fürs RKO übernommen laut KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 28. 8. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 712.

684 Siehe Aktenvermerk Pohl (WVHA) v. 4. 11. 1941, BA NS 3/1367, Bl. 60–62. Verpflegung wurde der OT bereits zugestanden mit den Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen der Organisation Todt und den Dienststellen des Beauftr. VJP, Gruppe Ernährung, v. 21. 8. 1941, Grüne Mappe, Teil II, 2. Auflage, BA-MA RW 31/131, Bl. 181–183. Vgl. ferner: Zusammenarbeit zwischen Technik und Landwirtschaft, Richtlinien v. 29. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 879–886, besonders Bl. 881f. Bei der WiIn Mitte erfolgte eine Einigung darüber bereits im November 1941, vgl. WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 9 v. 22. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1009. Im Oktober 1941 war auch der Reichsbahn schon ein Landwirtschaftsbetrieb (»Tannenhöhe«) bei Minsk übergeben worden, um Salat zu produzieren. Siehe Minsker Zeitung v. 27. 8. 1943.

685 WiStab Ost, Chefgr. La, Halbmonatsbericht für 1.–15. 12. 1941, BA-MA RW 31/302a, Bl. 61.

Auch der Chef des SS-Rasse- und Siedlungs-Hauptamts⁶⁸⁶ Hofmann räumte Ende 1942 über die Tätigkeit der SS-Landwirtschaftsbetriebe ein: »Der Hauptteil dieser Tätigkeit liegt ja jetzt auf dem Gebiet der Sicherstellung der Ernährung.«⁶⁸⁷

Mit der Erfüllung dieser wirtschaftlichen Aufgabe hatten die zuständigen SS- und Polizeidienststellen große Schwierigkeiten. Auch mit der Zahl ihrer Betriebe hatten sie sich übernommen, denn erstens wurden sie bei den Investitionen genauso wie die übrigen Staatsgüter behandelt und nicht bevorzugt,⁶⁸⁸ zweitens fehlte ihnen SS-Personal zur Bewirtschaftung bzw. Beaufsichtigung⁶⁸⁹ und drittens kam die SS finanziell nicht zurecht, da ein Teil ihrer Produkte nicht von ihrer Truppe verbraucht wurde, sondern zu den üblichen Niedrigpreisen an die ZO verkauft werden mußte und ihre Güter Verluste abwarfen wie alle anderen auch. Deshalb hatte sie sogar Betriebe zurückgeben oder der Oberhoheit der Landbewirtschaftungsgesellschaften wieder unterstellen müssen, und so betrachteten führende Funktionäre des Wirtschaftsstabs Ost die Frage neuer SS-Forderungen mit großer Gelassenheit.⁶⁹⁰ Gesamtwirtschaftlich war es nicht von überragender Bedeutung, wenn die OT bei Minsk Karpfen oder die SS bei Mogilew Bienen züchtete.⁶⁹¹

In einer Hinsicht machten die SS- und Polizeigüter dennoch Geschichte. Drosdy und Trostinez, Kolditschewo und Wischniewka sind berüchtigt als Vernichtungsorte. Gewalt erwuchs gewiß nicht in erster Linie, aber auch daraus, daß offenbar alle Agrarbetriebe der SS außer wenigen SS-Männern und »freien« weißrussischen Beschäftigten Zwangsarbeiter – Häftlinge und Kriegsgefangene – benutzten.⁶⁹² Wenn die »freien« Arbeiter der umliegenden Dörfer die ihnen auferlegten Frondienste nicht leisten wollten, bedrohte man sie etwa mit Artilleriebeschuß.⁶⁹³

686 Das RuSHA stellte das landwirtschaftliche Personal für den Sowjetunion-Einsatz, das WVHA setzte es ein und war den Betrieben über die SS-Wirtschafter bei den HSSPF fachlich vorgesetzt. Vgl. Anordnung Himmlers v. 20. 3. 1942 (Abschrift), Nbg. Dok. NO-4119, BA F 47675, Bl. 118f.; Schreiben Hofmanns und Pohls Betr.: Landw. Einsatz – SS-Wirtschafter (Entwurf v. 22. 7. 1942, gez. am 5. 8.), Nbg. Dok. NO-4880, ebd., Bl. 125f.; Vereinbarung Betr.: Landwirtschaftlicher Osteinsatz v. 16. 6. 1943 (gez. Pohl und Hildebrandt), BDC, SS-HO 1522.

687 Hofmann an den SS-Schützen Hans Raeder v. 19. 10. 1942 nach einer Reise nach »Rußland-Mitte« und ins RKO, Nbg. Dok. NO-4113. Ähnlich im Schreiben an Hauptmann Lubkowitz v. 14. 11. 1942, Nbg. Dok. NO-4107.

688 Vgl. RMO, Abt. E. u. L.-Landtechnik, Vermerk: Besprechung mit den Herren der SS über Ausrüstung der SS-Betriebe mit technischem Inventar v. 20. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 361f.

689 Vgl. Der SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen beim HSSPF Russland-Mitte v. 19. 7. 1942 ans RuSHA, BA NS 2/91, Bl. 95.

690 Vgl. Backe-Pohl-Abkommen v. 10. 1. 1942, Grüne Mappe, Teil II, 2. Auflage, BA-MA RW 31/131, Bl. 180f.; Riecke-Pohl-Vereinbarung v. 8. 6. 1942, BDC SS-HO 1522; [WiStab Ost,] Stab I/Ia, Aktenvermerk über die Chefbesprechung am 5. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 665 (Äußerungen Küpers).

691 Hierzu Minsker Zeitung v. 26. 8. 1942 und Reisebericht über Dienstreise des Wiln [...] 7. bis 10. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 444.

692 Vgl. z. B. Tätigkeitsbericht Unterscharführer Lipps, KdS-Außenstelle Wilejka, v. 27. 5. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 237; Vern. S. I. A. (undatiert, Minsk 1945/46), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft VI, Bl. 5 und 28ff. Siehe auch den Artikel »Deutsche Polizisten als Bauern« über das Gut Theophania bei Kiew, wo auf 427 Hektar Gesamtfläche drei deutsche Polizisten, 65 Zivilarbeiter und 70 Häftlinge gearbeitet haben sollen. Deutsche Zeitung im Ostland v. 16. 11. 1942.

693 Vgl. Sinizyna/Tomin, S. 1194, über den »Krausenhof« im Gebiet Wilejka. Das war ein SS-Gut: R.u.S.eigene Betriebe in Russland-Mitte, Nbg. Dok. NO-4098, BA F 47675, Bl. 143; Vern. R. S. v. 5. 8. 1958, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 639; Tagebuch Bach-Zelewski v. 31. 7. 1941, BA R 20/45b, Bl. 6.

4.5 Die Änderung der landwirtschaftlichen Betriebs- und Bevölkerungsstruktur: die deutsche Agrarreform in Weißrußland

a) Die Entstehung der »Neuen Agrarordnung«

In den vorangegangenen Abschnitten wurde dargestellt, wie die deutschen Landwirtschaftsbehörden sich schrittweise zum Ziel setzten, die Agrarproduktion in Weißrußland trotz der Kriegsbedingungen kurzfristig zu erhöhen. Das war vorher für unmöglich gehalten worden, weil alle materiellen Voraussetzungen fehlten. Lediglich Mehrarbeit sowie – mit Einschränkungen – die Anwendung agrarwissenschaftlicher Erkenntnisse trugen wirklich zur Verbesserung des Produktionsergebnisses bei. Mittel dafür aber war nicht allein nackter Zwang, sondern auch die Verbesserung der Arbeitsorganisation und -motivation. Das Instrument solcher Rationalisierung war die im folgenden beschriebene »Neue Agrarordnung«.⁶⁹⁴

Mit dem deutschen Einmarsch wurde die sogenannte Kolchosfrage aufgeworfen. Politiker, Experten und Verwaltungsangehörige stritten sich darum, ob das Land der Kolchosen in den besetzten sowjetischen Gebieten aufgeteilt und privatisiert werden sollte. Es galt als ausgemacht, daß die sowjetischen Bauern die Kolchosen ablehnten. Fast ebenso einhellig wurde es als unmöglich angesehen, sie einfach aufzulösen und das Land an die Bauern zu verteilen. Das hätte die Beschlagnahme erschwert, in vermeintlich überbevölkerten Gebieten unrationelle Kleinbetriebe geschaffen, der Subsistenzwirtschaft Vorschub geleistet, eine Vorentscheidung in der Eigentumsfrage herbeigeführt und die unter Inventarmangel leidenden Bauern überfordert, die außerdem angeblich von den Sowjets ihrer Eigeninitiative beraubt worden waren. Man befürchtete einen Produktionseinbruch.⁶⁹⁵ Die Änderung der Kolchosstrukturen war ein Experiment. Ein fertiges Konzept dafür existierte nicht. Diese Risiken bewogen viele Entscheidungsträger und Ratgeber, vor dem Spielen der vermeintlichen Trumpfkarte einer »Bauernbefreiung« zurückzuschrecken. Der bestimmende Mann in der deutschen Ernährungswirtschaft, Staatssekretär Herbert Backe, soll sogar geäußert haben, »die Deutschen hätten das Kollektiv einführen müssen, wenn es die Bolschewiken nicht vorher besorgt hätten«.⁶⁹⁶ Vermutlich ist das leicht übertrieben, doch herrschten im Ernährungsministerium die Anhänger der als zukunftsfruchtig angesehenen, maschinell zu bewirtschaftenden Großbetriebe vor. Deshalb lauteten alle Anweisungen vor der Invasion, die Kolchosen unverändert bestehen zu lassen und eine Auflösung durch die Bauern zu verhindern.⁶⁹⁷ Dem entsprachen auch die

694 Siehe allgemein auch Gerlach, Agrarreform; eine Zusammenfassung der vorangegangenen Literatur und Einschätzungen liefern Corni/Gies 1997, S. 543–548.

695 Eine Zusammenfassung der Pro- und Contra-Argumente, unter denen meist nicht die angeblich fehlende Eigeninitiative, sondern das Beschlagnahmeargument als am schwersten wiegend betrachtet wurde, bei Otto Schiller, Ziele und Ergebnisse der Agrarordnung in den besetzten Ostgebieten (Reichsnährstandsverlag Berlin 1943, abgeschlossen Ende November 1943), BA RD 105/28, Bl. 3–9. Vgl. Bartoleit, S. 43ff.

696 Bräutigam 1954, S. 34. Ähnlich (unter Berufung auf J. Thorwald) Fleischhauer, S. 176.

697 Z.B. Denkschrift Nr. 1 aus Rosenbergs Rußlandakten v. 2. 4. 1941 und seine Allgemeine Instruktion für die Reichskommissare in den besetzten Ostgebieten, in: IMT, Bd. 26, S. 553 und 578; Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe La v. 23. 5. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 146; Vermerk Schuberts (Chef WiStab z.b.V. Oldenburg) v. 13. 5. 1941 über ein Treffen mit GenQu Wagner vom

ersten Aufrufe der Wehrmacht in Weißrußland.⁶⁹⁸ Nach den anfänglichen Propaganda-richtlinien des OKW durfte keine Aufteilung der Kolchosen versprochen werden.⁶⁹⁹ Jedoch soll das Amt Ausland/Abwehr im OKW schon im Mai 1941 den späteren ›Vater der Agrarordnung‹ Otto Schiller⁷⁰⁰ und die Professoren Theodor Oberländer und Werner Markert⁷⁰¹ beauftragt haben, einen Plan für die künftige Agrarpolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten auszuarbeiten, der angeblich die schrittweise Abschaffung der Kolchosen vorsah.⁷⁰² Schiller und Bräutigam bearbeiteten die Agrarreform später von der agrarwissenschaftlichen beziehungsweise politischen Seite her.

Schon Ende Juli waren beim Wirtschaftsstab Ost trotz bestehender Weisungen derartige Zweifel aufgetaucht, daß General Thomas um eine Chefentscheidung Görings bat. Der erklärte, »daß er grundsätzlich jedes bolschewistische System ablehnen und beseitigen werde. Es könne daher auch keine Rede davon sein, das Kollektiv-System der Kolchosen auf die Dauer aufrecht zu erhalten.« Die Wirtschaft der besetzten sowjetischen Gebiete werde zukünftig »auf der Grundlage der – staatlich gelenkten – Privatwirtschaft« zu funktionieren haben.⁷⁰³ Wenn Göring erklärte: »Der Zeitpunkt der Umwandlung sei jedoch noch nicht gekommen« und Backe drei Tage später bat, »zunächst alle Erwägungen über eine Änderung der Bewirtschaftungsform in den Kolchosen zurückzustellen«, so offenbar deshalb, um die deutsche Inbesitznahme der Ernte 1941 nicht durch organisatorische Turbulenzen zu stören.⁷⁰⁴

vorangegangenen Tag, BA-MA RW 19/739, Bl. 272 f. – Eugen v. Engelhardt erklärte in seiner Denkschrift, die Kolchosen müßten in Weißrußland »noch bis mindestens einem [sic] Jahr nach Kriegsende« erhalten bleiben, um ein »Agrarchaos« zu verhindern (die Randnotiz v. Poletikas hierzu lautete: »10 Jahre«). BA F 10772, Bl. 976.

698 Zweisprachiger Aufruf z. B. in Akten des Korück 559 und des WiKdo Hirschberg [Moskau], BA-MA WF-03/14267, Bl. 1112, und (BArchP)F 43059, Bl. 222.

699 Kritik hieran im Bericht Nr. 6 des Verbindungsoffiziers des Auswärtigen Amtes bei der 2. Armee v. 24. 7. 1941 (Raum: Mogilew), BA-MA RH 20-2/1091. Zu den Vorgaben der Abteilung Wehrmachtpropaganda im OKW vom Juni 1941 in agrarpolitischer Hinsicht vgl. Buchbender, S. 55, und Dallin, S. 336. – Die deutsche Presse hetzte dagegen seit dem 22. Juni 1941 gegen die Kollektivwirtschaften. Vgl. die Zeitungsausschnittsammlung in BA 25.01, Nr. 4461 und 4462.

700 Zu Schillers Biographie Gerlach, Agrarreform, S. 15 und 38–40. Wegen seines langjährigen Interesses für den Aufbau der Kolchosen seit seiner Zeit als Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Moskau nannten ihn seine deutschen Kollegen »Kolchosnik«. Herwarth, S. 85.

701 Markert, Sekretär der Osteuropa-Gesellschaft, war mit Schiller und Oberländer seit 1935 gut vertraut, vgl. BA 90 Schi 2, Nr. 11, Bl. 3 ff. Oberländer hatte in Agrar- und Staatswissenschaften promoviert, 1934–1945 Professor in Danzig, Königsberg, Greifswald und Prag, 1941–1943 im Dienst des Amtes Ausland/Abwehr. Siehe auch Oberländer, Denkschriften (Nachdruck 1984) und die Akte BA D-H M 267 A.27.

702 Vgl. Dallin, S. 336, unter Berufung auf Interviews mit den Genannten. Zum Anfang der Bemühungen Schillers und Bräutigams um die Reform Gerlach, Agrarreform, S. 14.

703 Verbindungsstelle OKW/WiRüAmt beim Reichsmarschall an Thomas v. 29. 7. 1941 (Auskunft v. 28. 7. auf Fragen v. 23. 7.), BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 102. Zweites Zitat: Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP, V. P. 12028 v. 27. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 1020–1023, hier Bl. 1023.

704 Göring nannte diese Begründung ausdrücklich. Ebd., Bl. 102 bzw. 1020, sowie Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftsführungsstabes Ost am 31. 7. v. 4. 8. 1941 (V. P. 12295), BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 676 (Hervorhebung C. G.). Eine Besprechung am gleichen Tag (31. 7.) mit Thomas, Schubert und den drei WiRn ergab ein ähnliches Bild: KTB WiRüAmt/Stab v. 31. 7. 1941, Besprechung Amtschef bei Sts.Körner Organisationsfragen Rußland, ebd., Bl. 686.

Genauso wurde es um diese Zeit auch gegenüber der einheimischen Verwaltung in der Umgebung von Minsk erklärt.⁷⁰⁵ Aus diesem Grund wurden im Juli und August nur kosmetische Korrekturen vorgenommen – die Kolchosen in »Gemeinwirtschaften« umbenannt, das private Hofland zum Eigentum der Bauern und für steuerfrei⁷⁰⁶ erklärt.⁷⁰⁷ Am 15. August benannte das Ostministerium die Sowchosen in Staatsgüter um, hob die sowjetischen Beschränkungen in der Viehhaltung auf, was angesichts der schrumpfenden Bestände kaum ins Gewicht fiel, und erlaubte die Verdoppelung des Hoflandes (in der Regel von 0,5 auf 1 Hektar).⁷⁰⁸ Nach Weißrußland wurde diese Anordnung zusammen mit einem Erlaß des OKH vom 24. August geschickt, der den Bauern versprach, eine Rückkehr »der Reaktion und Großgrundbesitzer« werde nicht stattfinden.⁷⁰⁹ Weitere Maßnahmen lehnte Backe zunächst ab.⁷¹⁰

Während Riecke bald für das Projekt gewonnen wurde, reagierte Backe Anfang September auf einen Reformvorschlag der Wirtschaftsinspektion Mitte ähnlich negativ.⁷¹¹ Aber dann wurde der Druck aus den Reihen der Besatzungsverwaltung – und zwar weniger seitens der Landwirtschaftsführer an der Basis als der Mittelinstanzen – so stark, daß er Ende Oktober 1941 weitgehend einlenkte.⁷¹² Zu dieser Zeit war die Ernte vorbei und das Beschlagnahmeergebnis enttäuschend. Besonders laut rief die Militärverwaltung im Osten Weißrußlands nach agrarpolitischen Maßnahmen. Die Wirtschaftsinspektion Mitte, noch am 29. August Reformgegner, änderte binnen Tagen ihre Haltung diametral; ihr Chef Wagner war für die Bildung von Einzelhöfen, und andere Vordenker in ihren Reihen beurteilten entweder die Arbeitsergebnisse der Kolchosen als »beschämend« schlecht oder beteiligten sich an den Neuordnungs-

705 Vgl. FK [Minsk], Militärverwaltungsgruppe, Richtlinien für die vorläufigen Bürgermeister (undatiert, ca. Juli 1941, jedenfalls nach dem 13. 7.; zweisprachig, 1000 Exemplare), GebA Minsk 623-2-1, Bl. 181 (deutsche Übersetzung) bzw. 205 (russ.).

706 Aber es war nicht frei von den Naturalabgaben; die Steuern (Geld) hatten geringere Bedeutung. Vgl. den Erlaß Rosenbergs zur Neuen Agrarordnung v. 16. 2. 1942 (Das Recht der besetzten Ostgebiete, O III Db6) und Richtlinien für die praktische Durchführung der durch die neue Agrarordnung angekündigten Maßnahmen v. 24. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 641f. Die Verdoppelung des Hoflandes versuchte die WiIn Mitte wie andere Besatzungsbehörden durch bürokratische Hürden zu erschweren. Vgl. die Verwaltungsanordnungen Nr. 14 des Berück Mitte v. 31. 1. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1146f.

707 Die Juliregelungen finden in der Forschung kaum Erwähnung (nur bei Faktorowitsch, S. 33). Die Frage wird meist personifiziert und ausschließlich mit einer Ukrainereise Backes von Anfang August 1941 in Verbindung gebracht (vgl. Bräutigam 1954, S. 34; Dallin, S. 334ff.). Eine Einigung zwischen Backe und dem Stab Rosenberg erfolgte aber spätestens am 14. 7., vgl. Gerlach, Agrarreform, S. 13; ein entsprechender Aufruf wurde spätestens am 22. 7. bei der WiIn Mitte verteilt, vgl. WiIn Mitte, Lagebericht v. 22. 7. 1941, WF-03/7314, Bl. 320.

708 Hierzu Dallin, S. 337ff.; Richtlinien zur Behandlung der Kollektivfrage v. 15. 8. 1941, BA R 6/71, Bl. 11; Alfred Meyer an Backe v. 22. 8. 1941, BA R 6/23, Bl. 28.

709 EM 90 (Text) und 91 v. 21. und 22. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2494f. und 2503. Beide wurden allerdings nur in geringer Auflage geliefert.

710 Vgl. Tagebuch Bräutigam v. 16. 8. 1941 (Heilmann, S. 142); Bräutigam 1954, S. 34; Bräutigam 1968, S. 359; etwas abweichend Bartoleit, S. 67.

711 Vgl. WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 178, und Bräutigam 1954, S. 34.

712 WiStab Ost, Chefgr. La, Bericht über die Tagung der La-Leiter der WiIn am 20. 10. in Berlin v. 18. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 868-874. Hierzu Bartoleit, S. 79f.

plänen Schillers.⁷¹³ Auch der Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Mitte, ihm unterstellte Divisionen, das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte und einzelne Funktionäre forderten entweder kurzerhand eine allgemeine Bodenverteilung oder abgewogene Agrarreformschritte.⁷¹⁴ Arthur Nebe, der Chef der Einsatzgruppe B, schwankte in der Kolchosfrage opportunistisch hin und her, und sein SD-Abteilungsleiter Dr. Buchardt mußte sich von Heydrich persönlich belehren lassen, daß die weißrussischen Kolchosbauern eben nicht als Bauern zu bezeichnen seien.⁷¹⁵ Eine Anregung aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte war es auch, die Hitler um die Monatswende September/Oktober 1941 dazu brachte, umzuschwenken und Zustimmung für Veränderungen in der Kolchosverfassung zu signalisieren, da dies den »völligen Zusammenbruch des bolschewistischen Regimes« und der Roten Armee auslösen könne.⁷¹⁶

Auf Expertenebene war das Agrarreformprojekt inzwischen ausgearbeitet worden. Am 9. August hatte Schiller ein Papier vorgelegt, das schon alle wichtigen Elemente der Landbaugenossenschaften – später Kernstück der Agrarordnung, hier noch Produktivgenossenschaften genannt – enthielt: eine Aufteilung der verschiedenen Feldschläge in gleich große Streifen für jeden Hof, also nicht nach der Größe der Familien oder der Zahl ihrer Arbeitskräfte; gemeinsames Bearbeiten und Bestellen; individuelles Pflegen und Ernten; eine Aufteilung des Nutzviehs, während Arbeitsvieh und Inventar kollektiver Nutzung vorbehalten blieben. Eine sofortige Bodenverteilung, vor allem nach der »Anzahl der [...] ›Esser‹«, lehnte Schiller ab, da dies eine »produktionszerstörende Bodenzersplitterung« und einen verschärften Zugkraftengpaß zur Folge haben würde. Eben dieser und der Mangel an Inventar war für ihn entscheidend. »Die betriebswirtschaftliche Überlegenheit des Großbetriebes wird dadurch stark herabgemindert.« Bereits nach einer Visite in der Gegend von Minsk Anfang Juli hatte er diesen Zustand hervorgehoben.⁷¹⁷ Als Kompromißkandi-

713 Dr. Gerhard Preuschen, Landwirtschaft in Russland (undatiert, entstanden vor dem 13. 1. 1942), BA 36.01, Nr. 2039, Bl. 164–171, Zitat Bl. 171. Positiv wertete Preuschen vor allem Spezialistenausbildung und Arbeitspläne der Kolchosen. – Dr. Richard Weimert, Neuzugang v. 15. 8. 1941 und später Leiter des Sonderstabs Agrarordnung der WiIn Mitte, arbeitete mit Schiller den Reformplan für die Sitzung am 20. 10. 1941 aus. Vgl. BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 870, und Stellenbesetzung der WiIn im 3. Vierteljahr 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 199–207. Dagegen noch Aktennotiz über Besprechung [Thomas?] bei WiIn Mitte in Borisow am 29. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 44543, Bl. 249.

714 Unter den Einzelpersonen waren der ehemalige Reichskohlenkommissar Paul Walter (nun OT-Einsatzgruppe Rußland-Mitte) und der leitende Arzt beim HSSPF Rußland-Mitte, SS-Obersturmbannführer Dr. Max Specht. Vgl. WiStab Ost, Monatsbericht Januar v. 18. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 480; Stimmen zur Landfrage (undatiert), BA F 13742, Bl. 140f.; Denkschrift Walters v. 16. 1. 1942 (Abschrift), BA R 6/433, Bl. 70–79. Ein Teil der Vorschläge ist allerdings erst für den Winter verbürgt.

715 In der »Notiz für Heeresgruppe Mitte« v. 22. 7. 1941 schlug Nebe vor, den Bauern Eigentum für später in Aussicht zu stellen, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 23f. Dagegen EM 91 v. 22. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2505.

716 Am 17. und 26. 9. sprach sich Hitler für eine Beibehaltung der Großbetriebe in den besetzten sowjetischen Gebieten aus, am 29. 9. gegenüber Rosenberg und Anfang Oktober gegenüber Keitel für eine Modifikation. Vgl. Jochmann, S. 63; Aufzeichnung Generalkommissar Schmidt über Besprechung Hitler–Seyß-Inquart v. 26. 9. 1941, Nbg. Dok. NG-3513; Aufzeichnung Lammers v. 1. 10. 1941, Betrifft: Besetzte Ostgebiete, BA F 15266, Bl. 2817–2819; Vortragsnotiz v. 25. 9. 1941 sowie WFS/Abt. L.(IV)Qu v. 6. 10. 1941, BA R 6/71, Bl. 13f. (zur deutschen Agrarpropaganda in der Sowjetunion allgemein Buchbender, S. 131–139 und 182). Siehe dagegen Bartoleit, S. 73.

717 Die Frage der Bodenpolitik in den besetzten Gebieten v. 9. 8. 1941 (gez. Schiller), BA R 6/426, Bl. 2–6; Bericht Schillers v. 15. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 515; KTB WiStab Ost v. 15. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 35; Bartoleit, S. 64.

dat zwischen bedingungslosen Aufteilungsbefürwortern und denen, die alles beim Alten lassen wollten, erhielt Schiller trotz des vorläufigen Rückschlags Mitte August den Auftrag, die Reform des Kolchossystems auszuarbeiten.⁷¹⁸ Seine zahlreichen Denkschriften und Entwürfe, die sich von seinem Augustpapier inhaltlich nicht wesentlich unterschieden, aber Einzelheiten hinzufügten, führten mit Unterstützung durch die Landwirtschaftsverwaltungen beim Ostministerium und im Wirtschaftsstab Ost Anfang Dezember 1941 zum Durchbruch in der Reformfrage.⁷¹⁹

Zwar dauerte es noch fast zwei Monate, ehe Hitler am 15. Februar 1942 die »Agrarordnung« aus pragmatischen Gründen absegnete,⁷²⁰ aber diese Zeit war mit Vorbesprechungen und propagandistischen Vorbereitungen ausgefüllt.⁷²¹ Wichtig erschien es, eine Aufteilung rechtzeitig zur Frühjahrsaussaat vorzunehmen. Die hochkarätige Besetzung der Besprechung bei Hitler am 15. Februar mit Himmler, Keitel, Rosenberg, Lammers und Riecke deutet auf den großen Stellenwert der Reform hin. Himmler nützte sein von heftigen Angriffen auf Funktionäre des Ostministeriums begleiteter Einspruch bei Hitler nichts mehr. Göring hatte schon am 30. Januar sein Einverständnis gegeben.⁷²²

Festzuhalten bleibt, daß Experten diese Entscheidung vorbereitet hatten und die Fachgremien sie vor den Zustimmungserklärungen Hitlers und Görings fällten. Sogar die lange Zeit opponierende Abteilung Landwirtschaft des Reichskommissars Ukraine Erich Koch, selbst immer scharfer Gegner der Agrarordnung, plante schon einige Zeit zuvor mit Landbaugenossenschaften.⁷²³ Schiller gab bereits die Propagandaempfehlungen dazu heraus.⁷²⁴ Mitte Januar 1942 hielten bei der Wirtschaftsinspektion Mitte bereits Propagandaredner Vorträge unter dem Titel »Das Kollektivsystem, ein Verbrechen am russischen Volke«, darunter in der landwirtschaftlichen Hochschule in Gorki.⁷²⁵ Der Abteilungsleiter Landwirtschaft im GK Weißruthenien, Wilhelm Freitag, behauptete sogar: »Die deutsche Verwaltung hatte schon ihr gesamtes Landmaschinenprogramm und auch alle übrigen fördernden Massnahmen und Planungen

718 Vgl. Dallin, S. 341 ff. Quellenbeleg für den Auftrag in KTB WiStab Ost v. 7. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 163.

719 Vgl. Gerlach, Agrarreform, S. 14–17. Der Leiter der Chefgr. La der WiIn Mitte, Wagner, hatte sich für eine vollständige Aufteilung der Kolchosen in private Bauernhöfe ausgesprochen.

720 Laut Rosenberg erklärte Hitler: »Massnahmen der Zukunft evtl. gefährdet zu sehen durch augenblickliche Regelungen könne er nicht als entscheidend betrachten. Die Menschen machten die Gesetze und schafften sie auch wieder ab. Das Wichtigste sei die Bewältigung der derzeitigen Schwierigkeiten.« Vermerk über eine Unterredung beim Führer v. 19. 2. 1942, BA F 13743, Bl. 820.

721 Zu Besprechungen Rieckes mit den Vierjahresplan-Staatssekretären Körner und Neumann vgl. KTB WiStab Ost v. 8. bzw. 10. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 44 und 46.

722 Vgl. Terminkalender Himmler v. 15. 2. 1942, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 303; Tagebuch Bräutigam v. 15. 2. 1942 (Heilmann, S. 155); Terminkalender Rosenberg v. 11. 2. 1942, BA NS 8/133, Bl. 20; Rosenberg an Lammers v. 12. 2. 1942, BA R 6/22, Bl. 15 f. gegen Himmlers Einwände, die Lammers am 3. 2. Rosenberg geschickt hatte; Vortragsnotiz Himmler v. 15. 2. 1942, BA NS 19/1448; Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP v. 30. 1. 1942 (gez. Göring), BA R 6/23, Bl. 104. Vgl. Aktenvermerk Bormanns über die Besprechung v. 16. 7. 1941, in: IMT, Bd. 38, S. 86–94.

723 Vgl. Gerlach, Agrarreform, S. 17; siehe auch WiIn Süd, Chefgr. La, Vermerk, Betr.: Lösung der Kolchosfrage v. 29. 12. 1941, BA-MA RW 31/103.

724 RMO, III E 1b, Zur Propaganda für die neue Agrarordnung v. 2. 2. 1942, BA R 6/71, Bl. 68 f.

725 Vgl. 286. Sich.Div., Abt. Ic, Anlage zum Tätigkeitsbericht Januar bis März 1942, BA-MA RH 26–286/6, Bl. 43.

im Jahre 1941 auf die kommende Agrarordnung abgestimmt.⁷²⁶ Hinsichtlich der Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte ist das durchaus nachvollziehbar, auch wenn die Aussage insgesamt nicht beweisbar erscheint. Jedenfalls brachte die Deutschen nicht erst das Scheitern des Blitzkrieges auf den Gedanken, die Agrarverfassung zu ändern. Die Entscheidung erfolgte zwar zeitlich parallel zur Kriegswende Anfang Dezember 1941, aber diese war nur der Anlaß, das längst ausgearbeitete und angesichts der materiellen Lage der Landwirtschaft in den besetzten sowjetischen Gebieten früher oder später unumgängliche Konzept durchzusetzen. Der Erkenntnisprozeß hatte vorher stattgefunden.

b) Bestimmungen und Ziele der Agrarreform

Die »Agrarordnung« vom 16. Februar 1942 galt in den deutsch besetzten altsowjetischen Gebieten, einschließlich denen unter Militärverwaltung, aber nicht im Baltikum und in den bis 1939 polnischen Gebieten, also auch nicht im westlichen Weißrußland.⁷²⁷ Für diese hatte man schon vor dem Angriff auf die Sowjetunion geplant, der erwarteten Auflösung der noch jungen Kolchos nichts entgegenzusetzen.⁷²⁸ (Backe hatte also keineswegs »das Kollektiv eingeführt, wo es die Bolschewiken nicht vorher besorgt hatten«).⁷²⁹ Die »Agrarordnung« sah drei mögliche Formen der Bewirtschaftung vor, den in »Gemeinwirtschaft« umbenannten Kolchos,⁷³⁰ die »Landbaugenossenschaft« sowie den Einzelhof. Schiller, selbst Anhänger der Großbetriebe,⁷³¹ versuchte mit den Landbaugenossenschaften, dem Kernstück des Reformprojekts, die Vorteile des Großbetriebs mit denen genossenschaftlicher Hilfeleistung und der Privatinitiative zu verbinden. Dazu wurde jeder einzelne Feldschlag eines Kolchos (Gemeinwirtschaft) oder eines Dorfes unter allen anteilberechtigten Höfen in gleich breite Feldstreifen aufgeteilt. Bei diesen Feldstreifen sollten Länge und Breite das Verhältnis 8 zu 1 nicht überschreiten, um die Verluste bei den Grenzarbeiten gering zu halten. Deshalb wurden Quereinteilungen vorgenommen. Damit hatte jede Bauernfamilie auf jedem der durchschnittlich sechs bis acht Felder einer Landbaugenossenschaft ein Stück von in der Regel 20 bis 40 mal 200 bis 300 Metern inne. Die Hofgrößen sollten innerhalb einer Spannbreite von vier bis sieben Hektar liegen. Die Bauern erhielten ihren Anteil nicht als Eigentum, sondern nur zur Nutzung. Es herrschte Flurzwang, alle hatten auf einem Feldschlag das gleiche anzubauen. Die Produkte wurden ihnen vom deutschen Landwirtschaftsführer vorgeschrieben, um eine Anbausteuerung für die deutschen Zwecke und eine als sinnvoll

726 Wilhelm Freitag, Bauernschicksal in Weißruthenien (undatiert), ZStA Minsk 370-1-64, Bl. 78.

727 Erlaß zur Neuen Agrarordnung v. 16. 2. 1942 (Kommentar), in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, S. 57.

728 Vgl. Einführung zum Erlaß zur Agrarordnung, in: ebd., S. 56. Außerdem Chef WiStab z.b.V. Oldenburg, Betr.: Studie Südost, Führungs-Planspiel, Lage am XTag 23 Uhr (Geheime Kommandosache) v. 9. 6. 1941, BA-MA RW 17/39, Bl. 118. Möglicherweise spielte es hierfür eine Rolle, daß die Pferdebestände im Westen größer waren als im Osten.

729 Abgewandeltes Zitat nach Bräutigam 1954, S. 34.

730 Auch Schiller räumte ein, »daß es sich zunächst im wesentlichen um eine Umbenennung handelt«. Begründung zu dem Entwurf für eine neue Agrarordnung (undatiert), BA R 6/213, Bl. 24.

731 Nach Otto Schiller, Die Landwirtschaftspolitik der Sowjets und ihre Ergebnisse, Berlin 1943, S. 86 sprachen gegen die »Lebensfähigkeit der kollektivistischen Landwirtschaft« keine »wirtschaftliche[n] Gründe«, sondern nur »andere, nicht im Wirtschaftlichen begründete Momente«. Das war allerdings auf Friedensbedingungen gemünzt.

erachtete Fruchtwechselwirtschaft zu gewährleisten. Einerseits aus diesem Grund, andererseits damit ein rationeller Maschineneinsatz möglich war, erfolgte die Bestellung kollektiv. Pflege- und Erntearbeiten sollten dagegen individuell ablaufen, obwohl dadurch etwa der Einsatz von Mähdreschern kompliziert wurde. Die Auswirkungen des bäuerlichen Eigeninteresses wurden aber höher eingeschätzt.

Der größte Nachteil, der sich daraus ergab, waren die langen Wege zwischen den Landstreifen einer Bauernfamilie auf den verschiedenen Feldern. Schon zu Zeiten der alten russischen Mir-Gemeinden⁷³² war dadurch die Produktivität teilweise stark zurückgegangen, da die Bauern einen großen Teil ihrer Arbeitszeit für Arbeitswege und Transporte verbrauchten; je größer Dorf und Dorfflur, desto mehr. Dieses Problem war, die Streifenflur vorausgesetzt, unvermeidlich und wurde zugunsten der Anbausteuerung in Kauf genommen.⁷³³ Wegen der relativ kleinen Dörfer beziehungsweise Landbaugenossenschaften hielten sich diese Nachteile in Weißrußland später in Grenzen.⁷³⁴

Die Bildung sogenannter Höfegruppen à zehn bis zwölf Familien wurde mehr oder weniger vorgeschrieben und sollte zum gegenseitigen Aushelfen mit Arbeitsvieh und Inventar führen, das teilweise Gruppen gemeinsam zugesprochen wurde. Daran herrschte empfindlicher Mangel (vgl. Kap. 4.4). Kamen zum Beispiel drei Pferde und fünf Kühe auf zehn Höfe, lag diese Lösung nahe. Zwischen 10 und 30 Prozent der Ackerfläche wurden als »Reserveland« verpachtet oder kollektiv bewirtschaftet.⁷³⁵

Die »Erfassung« war durch individuelles Ernten nur auf den ersten Blick erschwert. Denn nun ergab sich eine Haftung sowohl des einzelnen als auch der Genossenschaft⁷³⁶ und ihres Leiters bei der Erfüllung des Abgabesolls, wo vorher wegen der komplizierten Buchführung über die Arbeitstage der Kolchos nur kollektiv verantwortlich zu machen war.⁷³⁷ Im GK Weißruthenien durfte ein Bauer formal nur

732 Vgl. zu Geschichte und problematischem Begriff des Mir, zu dem aber keine sinnvolle Alternative erkennbar ist, Goehrke 1964, v. a. S. 1–5.

733 Vgl. Schiller: Ziele und Ergebnisse..., BA RD 105/28, S. 11f.; M. Hoffmann 1932, S. 56f.

734 Obgleich es in den mir vorliegenden Quellen nicht ausdrücklich erwähnt wurde, könnte auch das ein Beweggrund gewesen sein, Landbaugenossenschaften 1942/43 vor allem in Weißrußland, Mittel- und Nordrußland einzurichten und nicht in der Ukraine und Südrußland. Denn im Süden waren die Dörfer viel größer. Das galt auch für die gebildeten Landbaugenossenschaften: in Weißrußland umfaßten sie etwa 20 bis 60, im Süden der besetzten Gebiete aber rund 190 Höfe. Vgl. unten S. 360 sowie Schiller 1951, S. 2.

735 Vgl. Die neue Agrarordnung, Erlaß des RMO v. 16. 2. 1942, in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, S. 56–65. Schiller, Ziele und Ergebnisse..., BA RD 105/28; Schiller 1951, S. 2–15; Begründung zu dem Entwurf einer neuen Agrarordnung, BA R 6/213, Bl. 23ff.

736 Das Soll wurde von der deutschen Landwirtschaftsverwaltung der Landbaugenossenschaft insgesamt mitgeteilt, die es auf die einzelnen Mitglieder umzulegen hatte. Begründung zu dem Entwurf..., BA R 6/213, Bl. 26.

737 Daß auch eine kollektive Haftung weiterbestand, betonen: WiIn Mitte, Chefgr. La, Sonderstab Agrarordnung 1b, Fachliche Anweisung Nr. 34 v. 25. 5. 1942 unter Bezugnahme auf die 1. Durchführungsverordnung zur Agrarordnung v. 17. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 438; Ausführungsbestimmung Nr. 7 derselben Stelle zur Agrarordnung v. 15. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 86f.; Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Erzeugnisse v. 15. 9. 1943 (gez. Freitag, 17. 1. [!] 1943), in: Amtsblatt des GK in Minsk 4 (1944), Nr. 2, S. 34–37. – Die 1944 festgestellte Differenz zwischen GK Weißruthenien und HeWiFü Mitte in dieser Frage (hier individuell, da kollektiv) war formale Fiktion, bis auf die altpolnischen Gebiete. Vgl. Aktenvermerk über die Besprechung der Abteilung La bei Gruppe La in Borissow 12. 1. v. 14. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 897.

dann Waren auf den öffentlichen Märkten anbieten, wenn nicht nur er, sondern auch seine ganze Landbaugenossenschaft das Ablieferungssoll erfüllt hatte (was so gut wie nie der Fall gewesen sein wird, allerdings auch kaum zu überwachen war).⁷³⁸ Auch in Produktionsfragen war die Leitung der Landbaugenossenschaft alleiniger Ansprechpartner des deutschen Landwirtschaftsführers.⁷³⁹ Was die Haftung des einzelnen Bauern oder der einzelnen Bäuerin angeht, sollten mangelhafte Anbau- und Erfassungsergebnisse sowie nicht vollständige Nutzung der Betriebsmittel zur Wegnahme der Betriebsmittel oder des Landes führen. Das wurde in mehreren Anordnungen der weißrussischen Besatzungsverwaltungen bekräftigt. Der Landbevölkerung wurde durch Propagandaredner gedroht: »Nur für den faulen und widerspenstigen Bauern wird in der Gemeinwirtschaft⁷⁴⁰ kein Platz sein[,] und ihn wird die ganze Strenge der deutschen Militärbehörden treffen.«⁷⁴¹ Das waren keine leeren Worte. Bei der sogenannten Zusammensiedlung der Volksdeutschen im Gebiet Minsk-Land Ende 1942 bestand die Anweisung, daß die betroffenen weißrussischen Bauern auf gleichwertige Höfe umgesiedelt, jene, die ihre Ablieferungen nicht erfüllt hatten, aber »abgemeiert« wurden.⁷⁴²

Eine der wichtigsten Bestimmungen der Agrarordnung für die Praxis, die in der Forschung bisher überhaupt keinen Niederschlag gefunden hat, bestand darin, daß die Landbaugenossenschaft eine ganz einfache, vergleichende Leistungskontrolle erst möglich machte. Schiller frohlockte:

»Während bei der Gemeinschaftsarbeit eine nachträgliche *Kontrolle der Einzelleistung* unmöglich ist, kann auf den Einzelstreifen eine schlechte Bearbeitung jederzeit festgestellt werden. Da dem Bauern bei schlechter Arbeit der Verlust des Landstreifens droht, wird er gezwungen, sich anzustrengen. Es ist infolgedessen auch nicht zu befürchten, daß die Bauern nur so viel anbauen, wie sie zur Deckung des eigenen Bedarfs benötigen.«⁷⁴³

Da alle Landstücke die gleiche Größe und etwa gleiche Qualität hatten, waren darüber hinaus auch die Erfassungsergebnisse vergleichbar. Der Strafkatalog für mangelnde Erfüllung des Abgabesolls wurde schon erwähnt. Bei Landentzug drohten außerdem Aussiedlung und Zwangsarbeit. Individuelle Bedrohung und Bestrafung machte die Agrarordnung überhaupt erst möglich.

738 Durchführungsbestimmungen v. 6. 5. 1942 (gez. Kube), in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), Nr. 6, S. 103.

739 »Nicht der einzelne Bauer, sondern die Landbaugenossenschaft wendet sich an die deutsche Verwaltung, wenn es an Inventar, an Saatgetreide, an Ersatzteilen, an Treibstoff u. dgl. fehlt.« Bräutigam 1942, S. 181.

740 Bei der WiIn Mitte wurde der Begriff »Bäuerliche Gemeinwirtschaft« für provisorisch gebildete Landbaugenossenschaften beibehalten und letztere Bezeichnung erst regulär eingerichteten Betrieben vorbehalten.

741 Hans Jakobi, Kolchosende im Rayon Tscherven, in: Der Landwirtschaftsführer, 2. Folge v. 15. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1282. Vgl. Die neue Agrarordnung v. 16. 2. 1942, in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, S. 63f.; Erste Ausführungsanweisung zur Agrarordnung für das GK Weißruthenien durch den RKO v. 23. 3. 1942, ebd., S. 69; Kube an den GebK Minsk-Land, Dr. Kaiser, v. 11. 11. 1942, ZStA Minsk 393-1-321, Bl. 142.

742 GebK Minsk an den GK Weißruthenien v. 25. 11. 1942, ZStA Minsk 393-4-12, Bl. 103.

743 Begründung zu dem Entwurf für eine neue Agrarordnung, BA R 6/213, Bl. 26 (Hervorhebung im Original).

Zu den Regelungen der Agrarordnung gehörte auch, daß den Bauern das Land von den Deutschen nur zur Nutzung überlassen wurde und eine Eigentumsübertragung nicht stattfand. Mehreren Historikern schien das ein Beweis dafür, wie verbohrt die Nationalsozialisten an dogmatischen Positionen festgehalten hätten, hier daran, den Sowjetbürgern kein Eigentumsrecht einzuräumen.⁷⁴⁴ Tatsächlich hatte Hitler sich ausgebeten, daß in der Landeigentumsfrage keine Zugeständnisse gemacht würden.⁷⁴⁵ Freilich waren gelegentlich auch ganz andere Töne von ihm zu hören, da sprach er ausdrücklich von Eigentumsvergabe, ja forderte sie sogar.⁷⁴⁶ So konnten die verschiedensten Standpunkte mit seinen Weisungen begründet werden. Als grundlegend wurde aber die Regelung angesehen, daß in den besetzten sowjetischen Gebieten für die Kriegsdauer alles Eigentum des sowjetischen Staates und seiner Gliederungen und Zusammenschlüsse in Reichseigentum verblieb, also insbesondere die Produktionsmittel, auch das Land der Kolchosen.⁷⁴⁷ Dabei ging es vor allem darum, nicht hinter der Fronttruppe die Beute, die zunächst den Kriegsteilnehmern zustehe, zu verteilen, um ihre Kampfmoral nicht zu untergraben. Eine Ausnahme bildeten lediglich die ins Reich eingegliederten Gebiete, also der Bezirk Bialystok.⁷⁴⁸ Der Vorbehalt galt aber auch für Deutsche. Ob investierende deutsche Firma oder volksdeutscher Umsiedler, sie alle erhielten kein Eigentum während der Besatzungszeit.⁷⁴⁹ Davon wurde auch in Weißrußland nur in einzelnen Punkten abgewichen (vgl. Kap. 5.4 und 9.6). Reichsdeutsche hatten vor Kriegsende im übrigen schon seit November 1939 Siedlungsverbot im Osten.⁷⁵⁰

Überhaupt ausgeschlossen wurde die Wiederherstellung des Altbesitzes der von den Sowjets enteigneten Groß- und Mittelbauern, um eine Lawine von Rechtsstreitigkeiten und Anspruchsfällen zu vermeiden, die die Wirtschaft und Landwirtschaft gelähmt hätte.⁷⁵¹ Außerdem lag die Bildung einer nachsowjetischen wirtschaftlichen Führungs-

744 Vgl. Dallin, S. 337 ff., 373 ff., und Bartoleit, S. 53 ff.

745 So in der Spitzenbesprechung am 15. 2. 1942, vgl. Vermerk Rieckes v. 3. 7. 1942, BA R 6/71, Bl. 141.

746 Am 29. 9. 1941 erklärte er laut Lammers gegenüber Rosenberg, eine »Rückführung [...] in das Privateigentum« der sowjetischen Bauern könne »schrittweise« unter bestimmten Bedingungen erfolgen. BA F 15266, Bl. 2817 f. In einem Keitel-Erlaß vom 18. 6. 1942 hieß es, es habe »der Führer ausdrücklich gewünscht«, daß einheimische Polizisten und Hilfswillige bei Kampfbewährung im Dienst der Deutschen eine größere Landzuteilung als üblich zu »Eigentum« erhielten. OKW/WFSt/Qu (Verw.) Nr. 712/42, Betr.: Bevorzugte Landzuweisung an Landeseinwohner im Osten, die in deutschen Diensten stehen, v. 18. 6. 1942 (Abschrift), BA R 6/71, Bl. 131. Im »Rahmen der gegebenen Anweisungen und Möglichkeiten großzügig zu handhaben« war dies nach Der Führer, OKW/WFSt, Weisung Nr. 46: Richtlinien für die verstärkte Bekämpfung des Bandenunwesens im Osten v. 18. 8. 1942, in: Hubatsch, S. 204.

747 Damit unterließ den Deutschen ein juristischer Fehler, denn diese waren rechtlich private Genossenschaften, deren Mitglieder die Nutzung ihres Landes vom Staat »auf ewig« zugebilligt bekommen hatten. Die Deutschen enteigneten die Kolchosbauern also juristisch, was die Sowjets nicht getan hatten. Vgl. Bräutigam, Eigentumsfragen (1942), besonders S. 71.

748 So Göring unter Berufung auf eine Hitler-Weisung. Vgl. Auszug aus dem stenographischen Protokoll der Sitzung am 8. 11. 1941, BA F 13754, Bl. 747.

749 Zu den Volksdeutschen etwa Vermerk K. Meyer v. 23. 2. 1942 über Begegnung mit Himmler v. 19. 2., NG-1118 (zu Ukraine und Krim); SSPF Krim (SS-Krim-Kommando des RKF), Bericht v. 31. 5. 1944, BDC SS-HO 1429.

750 Vgl. Müller, Siedlungspolitik, S. 87.

751 So Schiller 1951, S. 6. Ähnlich KTB WiStab Ost, Beitrag La v. 3. 7. 1943, zur Ausgabe von Eigentumsurkunden, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 651.

schicht nicht im Interesse der deutschen Planer und Politiker.⁷⁵² Die ehemaligen Kulaken durften an ihrem ehemaligen Heimatort nicht einmal einen durchschnittlichen Landanteil erhalten, wenn sie dort nicht mehr wohnten.⁷⁵³ Soweit wurde das Versprechen des OKH, die alten Gutsherren würden nicht zurückkehren, gehalten – allerdings nicht aus Menschenliebe und nicht im bis 1939 polnischen Teil Weißrußlands.

Die Deutschen übergaben das Land den Bauern lediglich zur »Bearbeitung und Nutzung«.⁷⁵⁴ Die Eigentumsübertragung war auch in den ersten Entwürfen nicht vorgesehen. Von einer »qualitativen Aushöhlung«⁷⁵⁵ der Agrarordnung zwischen November 1941 und Februar 1942 kann keine Rede sein. An eine Eigentumsübertragung mit allen Konsequenzen wie dem Recht auf Verkauf, Vererbung, Beleihung,⁷⁵⁶ freien Produktverkauf, freie Wahl der Anbauprodukte und des Wohnortes war nie ernsthaft gedacht – und vor allem nicht an eine Senkung der Natural-Zwangsabgaben. Die Eigentumsübertragung wäre somit ohnehin höchstens von politisch-propagandistischem Wert gewesen. Und auch dieser war gering.

Das zeigte sich nach der Deklaration Rosenbergs über die Einführung des bäuerlichen Grundeigentums vom 3. Juni 1943, die nur eine symbolische Geste war und kein Wort zu den Rechten enthielt, die damit verbunden sein sollten.⁷⁵⁷ Sie wurde, obwohl von Hitler gebilligt, ein gänzlicher Mißerfolg.⁷⁵⁸ Im GK Weißruthenien war, vor allem auf Grund der Vorschläge des Landwirtschaftschefs Freitag und einiger Gebietskommissare, die Kube unterstützte, seit Anfang 1943 eine weitergehende Regelung angestrebt worden, die das Ostministerium aber zugunsten einer allgemein gültigen ablehnte.⁷⁵⁹ Jedoch rüttelte man in Minsk pro forma sogar am deutschen »Recht«, den Bauern den Hof (wieder) wegzunehmen, ließ die Beleihung zu und bildete im August einige Dutzend Grundbuchrichter aus.⁷⁶⁰ Allerdings sollte die Privata-

752 Hierzu Schillers Vertrauliche Unterrichtung in der Agrarfrage v. 23. 1. 1942, BA R 6/71, Bl. 46.

753 Richtlinien für die praktische Durchführung der durch die neue Agrarordnung angekündigten Maßnahmen v. 24. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 653.

754 Erlaß zur Neuen Agrarordnung v. 16. 2. 1942, in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, S. 60.

755 Zur diesbezüglichen Auseinandersetzung mit Bartolet siehe Gerlach, Agrarreform, S. 47, Anm. 90 und 91.

756 Schon die Überlegungen hinsichtlich Beleihung und Verkauf gingen nicht sehr weit, vgl. Bräutigam 1968, S. 601–603, und Mulligan 1988, S. 99.

757 Der Deklaration zufolge ergab sich für die meisten Bauern auch in Weißrußland nur ein zukünftiger Anspruch auf Eigentum. Lediglich nach einer offiziell anerkannten Landeinrichtung sollte dieses tatsächlich vergeben werden. – Abgedruckt z. B. bei Kleist 1950, S. 317. Vgl. hierzu WiIn Mitte, Chefgr. La, Fachliche Weisung Nr. 35, Anlage v. 2. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 213–215.

758 Vgl. Mulligan 1988, S. 98 f.; Rosenberg an Hitler v. 24. 4. 1943, BA-MA FPF-01/8182, Bl. 426–429; Schiller, Ziele und Ergebnisse, BA RD 105/28, S. 20 f. (»Natürlich bedeutet die Eigentümerklärung nicht, daß die Bauern mit ihrem zugewiesenen Land machen können, was sie wollen« [S. 21]).

759 Bericht des Interims-GebK in Slonim, Dr. Ehrenleitner, v. 21. 3. 1943 an Kube, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband E, Bl. 7; Erfahrungs-, Räumungs- und Abschlußbericht für das GK Weißruthenien v. 31. 8. 1944 (Unterschrift i. V. Freitag), BA NS 19/2715, Bl. 3 f.; Kube an Alfred Meyer v. 27. 8. 1943, BA R 6/27, Bl. 135; ebenso v. 20. 4. [1943], IfZ MA 795, Bl. 555; Vortrag Freitag v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 50; KTB WiStab Ost, Beiträge Chefgr. La v. 1., 15. und 24. 4. sowie 20. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1105, 1125, 1135 und 1161.

760 Ebd. (Bl. 1161) und Minsker Zeitung v. 5. 9. 1943. Vgl. Verordnung über die Landeinrichtung v. 30. 7. 1943 (gez. Kube), ZStA Minsk 370–1–64, Bl. 16, und unter dem gleichen Titel v. 5. 1. 1944 sowie 1. Durchführungsverordnung dazu (gez. v. Gottberg), in: Amtsblatt des GK in Minsk 4 (1944), Nr. 3, S. 67–69. Danach und nach den Bestimmungen der WiIn Mitte sollte in erster Linie in Streifenwirtschaft genutztes Land privatisiert werden (also waren nicht vorher arrondierte Einzelhöfe zu schaffen). Für die altpolnischen Gebiete: GebK Glebokie, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 16. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 310.

tisierung hier auch von den sogenannten Wehrdörfern ausgehen und damit vorläufig nur besonders privilegierten Kollaborateuren zugute kommen (ausführlich Kap. 9.6). Bei ›Verfehlungen‹ dieser Mittäter begnügten sich die Deutschen sowieso nicht mit der Wegnahme des Landes, sondern töteten sie meist. Von einem ›Totschweigen‹ der Eigentumsdeklaration kann für den weißrussischen Bereich aber wohl kaum gesprochen werden.⁷⁶¹ Der Erlaß des RK Ostland vom 18. Februar 1943 über die Reprivatisierung von Land galt im GK Weißruthenien nicht.⁷⁶²

Bei der »Neuen Agrarordnung« lassen sich wirtschaftliche, allgemeinpolitische und bevölkerungspolitische Ziele unterscheiden. Ihre wirtschaftlichen Ziele sind in den älteren Darstellungen unterbelichtet geblieben, unterschätzt und oft gar nicht erwähnt worden.⁷⁶³ Die Einführung der Landbaugenossenschaften im größten Teil Weißrusslands erfolgte nicht, um den dortigen Bauern materielle Vorteile zu bringen, sondern zum wirtschaftlichen Vorteil der Deutschen. Wirtschaftsinspekteur Weigand schrieb beruhigend an v. Schenckendorff, »dass die neue Agrarordnung nicht bezweckt, den russischen Bauern glücklich zu machen, sondern die Grundlagen schaffen will, um die landwirtschaftliche Produktion des besetzten russischen Raumes für die weitere Kriegsführung nutzbar zu machen«.⁷⁶⁴ Das war übrigens der Kurs der Wirtschaftsverwaltung schon aus der Zeit vor dem Überfall. Damit hatte sie sich von vornherein ein Türchen in der Kolchosfrage offengehalten.⁷⁶⁵ Experten wie Otto Schiller betonten dieses Zweckdenken. Zunächst einmal handele es sich bei den Landbaugenossenschaften »nicht um landwirtschaftliche Genossenschaften im Sinne des deutschen Genossenschaftswesens, sondern um die Bezeichnung einer bestimmten landwirtschaftlichen Betriebsform«.⁷⁶⁶ Und weiter: »Das Ziel der deutschen Agrarpolitik in den besetzten Ostgebieten ist ausschließlich, die Produktion zu steigern und so zu organisieren, daß sie für die Versorgung Europas weitgehend nutzbar gemacht werden kann. Mit welchen Mitteln und in welcher Wirtschaftsform dieses Ziel zu erreichen ist, ist lediglich eine Frage der technischen Zweckmäßigkeit. [...]«⁷⁶⁷

761 Siehe dagegen WiStab Ost, Chefgr. La, Bericht über das zweite Halbjahr 1943, BA-MA (BArchP)F 44415, Bl. 48; Dallin, S. 373–376. Die Deklaration über das Grundeigentum wurde als Plakat auf weißrussisch in 1,05 Millionen Exemplaren hergestellt (ukrainisch 1,24 Millionen, russ. o): Müller, Wirtschaftspolitik, Anlage 35, S. 460.

762 Vgl. Verordnung über die Wiederherstellung des Privateigentums in den Generalbezirken Estland, Lettland und Litauen v. 18. 2. 1943 und Arbeitsrichtlinien v. 2. 3. 1943, in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, O III A 11 und O III Db 22. Infolge des Erlasses wurden in Lettland 24 %, in Estland 12 % und in Litauen 6 % der Höfe reprivatisiert: Myllyniemi, S. 225. – Zur Diskussion deutscher Zentralstellen über die Landvergabe an sowjetische Antipartisanenkämpfer Gerlach, Agrarreform, S. 18.

763 Vgl. Bartolet, S. 53–126; Mulligan 1988, S. 93–100; Dallin, S. 332–351 und 356–364.

764 WiIn Mitte, Chefgr. Fü/M. v. 8. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1090.

765 »Die Form der Bewirtschaftung (Kollektivwirtschaft usw.) ist so zu wählen, dass ein höchstmöglicher Nutzerfolg im Sinne der Gesamtkriegsführung erzielt wird.« Entwurf einer Weisung Hitlers für Göring, Anlage zu [WiRüAmt,] Stab Ia, Besprechung Staatssekretäre 2. 5. 41, BA-MA RW 19/739, Bl. 308. Es handelte sich um eine Vorlage für eben die Sitzung, auf der es hieß, daß »zweifelloso zig Millionen Menschen verhungern« müßten. Das zeigt: in der gedanklichen Konstruktion der beteiligten Funktionäre schlossen sich Vernichtung bestimmter Bevölkerungsgruppen und Ausbeutung anderer nicht aus, sondern gehörten zusammen.

766 Aktenvermerk Schillers v. 3. 2. 1942 zu Einwänden des RKU Koch gegen die Agrarordnung, BA R 6/71, Bl. 72.

767 Vertrauliche Unterrichtung in der Agrarfrage v. 23. 1. 1942, BA R 6/71, Bl. 46.

Die Frage einer späteren Besiedlung werde damit nicht vorentschieden, denn dann »müssen die einheimischen Bauern in jedem Falle ausgesiedelt werden, ob sie bis dahin ihre Felder gemeinschaftlich oder individuell bewirtschaftet haben.«⁷⁶⁸ Wesentlich war es für die Besatzungsverwaltung, die greifbaren Probleme zu lösen:

»Es ist völlig unmöglich, sämtliche Kolchosen im nächsten oder in einem der nächsten Jahre als Gutsbetriebe in deutsche Bewirtschaftung zu übernehmen. Dazu würden über 100 000 deutsche Fachleute erforderlich sein, die nicht vorhanden sind. [...] Auch wenn der Plan durchführbar wäre, ein Viertel der Kolchosen in deutsche Regie zu übernehmen, würde das nichts daran ändern, daß für die restlichen drei Viertel eine brauchbare Lösung gefunden werden muß.«⁷⁶⁹

Im Mittelpunkt der Zweckmäßigkeitserwägungen für die genossenschaftliche Lösung stand der Vieh-, Inventar- und Gebäudemangel. Gerade in Weißrußland erschien es weder sinnvoll, die Kolchosen aufrechtzuerhalten, noch sie ganz aufzulösen. Entscheidend war in erster Linie der Mangel an Zugkraft: beide Formen, Kolchosen wie Einzelhöfe, konnten in einer Zeit fast ohne Treibstoff, Traktoren und mit wenigen Pferden nicht sinnvoll produzieren. Was wollte man mit zehn Bauernfamilien, von denen sieben ohne Pferd arbeiten mußten? Was nützte ein großflächiger Betrieb mit langen Wegen praktisch ohne Maschineneinsatz? Am besten konnte diesen Engpaß eine genossenschaftliche Lösung mit gemeinsamer Pferde- und Inventarnutzung in Gruppen von etwa sechs bis zwölf Höfen auffangen. Die Inventarbestände waren auf die Produktion im Kolchos zugeschnitten, ebenso die Gebäude, sie reichten ebenfalls nicht für eine Privatisierung. Anders ausgedrückt: Kolchosen wie Einzelhöfe hätten für das gleiche Produktionsergebnis wie die Landbaugenossenschaft mehr Maschinen und Inventar verlangt.⁷⁷⁰ So wurde es den weißrussischen Bauern auch erklärt, daß eine gänzliche Landaufteilung vorerst nicht stattfinden könne,⁷⁷¹ und das war keineswegs *nur* ein Vorwand.

Aus Sicht der deutschen Agrarverwaltung in Weißrußland kam die Landbaugenossenschaft, wirtschaftlich gesehen, daher zwingend. Alle »Rentabilitäts- und Betriebsgrößenrechnungen«⁷⁷² führten zum gleichen Ergebnis. Für eine »Steigerung der Hektarerträge« notwendig sei eine

»völlige Abkehr von den bisherigen primitiven Bewirtschaftungsmethoden. Voraussetzungen einer Erzeugungssteigerung sind bessere Bodenbearbeitung, verstärkter Anbau von Leguminosen und Hackfrüchten, Verwendung besseren Saatgutes.

768 Begründung zu dem Entwurf für eine neue Agrarordnung v. 26. 2. 1942, BA R 6/213, Bl. 27.

769 Die Gründe für die Verkündung einer neuen Agrarordnung v. 3. II. 1941, BA R 6/71, Bl. 18.

770 Vgl. Die Frage der Bodenpolitik in den besetzten Gebieten (gez. Schiller) v. 9. 8. 1941, BA R 6/426, Bl. 2–6; Die neue Agrarordnung für die besetzten Ostgebiete v. 26. I. 1942, IfZ MA 795, Bl. III ff.; Die Agrarverfassung der Sowjet-Union (anonym, undatiert, etwa 1944/45), BA-MA RW 19 Anhang I/189, Bl. 23; Riecke, Aufgaben [März 1942], S. 36. – In der Ukraine und Südrußland war die deutsche Landwirtschaftsverwaltung mit der Umwandlung in Landbaugenossenschaften 1942/43 viel zurückhaltender. Ein Aspekt dabei ist, daß es, wie ausgeführt, dort wenigstens noch *etwas* Treibstoff und eine dreimal so hohe Traktorendichte wie in Weißrußland gab.

771 Vgl. Sonderdruck aus der Bauernzeitschrift »Holos Wioski« Nr. 7 v. 18. 2. 1943 »Ein Jahr Neue Agrarordnung«, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 21; Richtlinien für die La-Führer zur Beantwortung von Fragen [...], in: Anweisungen für Propagandisten und Landwirtschafts-Führer zum Agrarerlaß (Hrsg. vom RMO, 1942), BA-MA (BArchP) F 42748, Bl. 672 f.

772 WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 20 v. 4. 8. 1942, BA-MA (BArchP) F 42859, Bl. 289.

Die beiden ersten Forderungen haben einen wesentlich erhöhten Arbeitsaufwand zur Folge. Daraus ergibt sich die Grösse der Ackerfläche, die noch mit den Arbeitskräften einer Familie mit durchschnittlicher Kopffzahl bearbeitet werden kann, nach den angestellten Ermittlungen zu 5 bis 8 Hektar. Ein Betrieb von so geringer Grösse kann aber höchstens ein Pferd halten, womit der Zugkraftbedarf in keinem Fall gedeckt werden kann. Eine Entwicklung der Landwirtschaft im Mittelabschnitt ist also nur bei starkem Schleppereinsatz möglich. Die Aufgabe, die zu lösen ist, stellt sich also dar als eine Vereinigung einer starken Mechanisierung mit einer kleinbäuerlichen Familienwirtschaft.«⁷⁷³

Damit wurde anerkannt, daß das sowjetische System der Maschinen-Traktoren-Stationen unter normalen Bedingungen die beste Lösung dargestellt hätte. Doch diese Mechanisierung durchzuführen, waren die Deutschen nicht in der Lage. Einzelhöfe wären damit in ein unlösbares betriebswirtschaftliches Dilemma geraten. Der einzige verbleibende Ausweg waren die in der Agrarordnung vorgeschriebenen Höfegruppen mit gemeinsamer Nutzung von Pferden und Inventar. Anderenfalls konnte an eine (bescheidene) Intensivierung im Krieg nicht gedacht werden.

Neben betriebswirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Zielen verfolgte die Agrarordnung das politische, die Bauern, »das konservativste Element im Staate«, durch die Abschaffung des Kollektivsystems auf die deutsche Seite zu ziehen⁷⁷⁴ und damit eine freiwillige Produktionssteigerung zu erreichen.⁷⁷⁵ Die einen wollten damit die sowjetische Front erschüttern und ließen dort einen Propagandafeldzug führen, die anderen wollten mit einem »Wall gegen den Bolschewismus [...] dieser Weltpest die Wurzel« abschneiden.⁷⁷⁶ Wollte die weißrussische Landbevölkerung, daß die Kolchosen verschwanden? Diese Frage ist von den damaligen deutschen Agrarfunktionären und Beobachtern wie auch in den westlichen Nachkriegsdarstellungen ganz selbstverständlich bejaht worden (und in den sowjetischen ebenso selbstverständlich verneint). Jedoch ist das Bild uneinheitlich und kompliziert.

In den deutschen Quellen überwiegt die Darstellung, die weißrussischen Bauern forderten, teilweise auf Versammlungen, die Auflösung der verhaßten Kolchosen.⁷⁷⁷

773 Erfahrungsbericht Dr. Kurt Ketter, Unterabteilungsleiter in der Chefgr. La der WiIn Mitte, zur Agrarordnung v. 15. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 516f. Ähnlich die Analyse der Probleme im Gebiet der WiIn Mitte von Fritz Nonnenbruch im Zeitungsdienst des Reichsnährstandes Nr. 170 v. 19. 6. 1943, BA 61 Re 1, Nr. 348, Bl. 41. Im GK Weißruthenien strebte man eine »Zwei-Pferde-Wirtschaft bei einer Bodenfläche von 15–25 Hektar« an. Deutsche Zeitung im Ostland v. 14. 1. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 16.

774 Diese Seite steht in den Darstellungen Dallins, Bräutigams (1968) und Mulligans im Mittelpunkt. Zitat: WiKdo Orscha, Lagebericht Nr. 2 v. 31. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 420.

775 Die Gründe für die Verkündung einer neuen Agrarordnung v. 3. 11. 1941, BA R 6/71, Bl. 19.

776 Vgl. OKW/WFS/Abt. L. (IV/Qu) v. 6. 10. 1941, BA R 6/71, Bl. 14f.; Rosenberg an Schaub v. 24. 12. 1941 mit Anlagen, BA F 4121, Bl. 821ff.; zur Propaganda auch an der Front Buchbender, S. 133–139. Zitat: A. de Vries, Die Agrarreform, in: Der Landwirtschaftsführer, 1. Folge v. 4. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1266; zur Person des späteren Bundestagsabgeordneten de Vries unten S. 686f.

777 Vgl. z. B. die Vierzehntagesberichte der Chefgr. La im WiStab Ost für 1942, BA-MA RW 31/302a und b; Lagebericht Nr. 13 der WiIn Mitte v. 24. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 874; EM 21 v. 13. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1489. – Manche Berichte beziehen sich allerdings stillschweigend auf ehemals polnische Gebiete, wo das Kollektivsystem noch nicht eingespielt und akzeptiert war: 6. Division, Abt. Ic, Betr.: Schilderung einer Kolchos-Wirtschaft v. 6. 7. 1941 (bei Wilejka), BA-MA WF-03/31936, Bl. 608–610; Tagebuch Fritz-Dietlof Graf v. d. Schulenburg v. 9. 7. 1941, zitiert nach: Heinemann, S. 216f. (bei Stolbzy); Herwarth, S. 230f. (bei Pinski).

Wie vorausgesehen, teilte die Landbevölkerung im Westen das Land der wenigen Kolchosen eigenmächtig auf. Im altsowjetischen Teil tat sie das trotz deutschen Verbots auch an einer Reihe von Stellen, aber es war nicht die Regel.⁷⁷⁸ Dabei entstanden im Osten zum Teil Streifenfluren und Gespanngemeinschaften ganz ähnlich dem Modell Schillers. Noch öfter als das Land wurde das Vieh verteilt. Nach Verkündung der Agrarordnung fanden sich Bauern aus »Weißruthenien« und dem Mittelabschnitt, die als Dankdelegation zu Rosenberg pilgerten.⁷⁷⁹ Aber es gab auch die gegenteilige Tendenz, das Festhalten am Kolchos.⁷⁸⁰ Der Gebietskommissar in Retschitza, Dr. Paul Blümel, veranstaltete dazu eine Umfrage: In fünf Landbaugenossenschaften sprachen sich 32 Prozent für deren Beibehaltung, 68 Prozent aber für eine Rückkehr zum Kolchos aus.⁷⁸¹ In manche entlegenen Orte, etwa im Rayon Ljuban, kamen die Deutschen nie, und die Kolchosen wurden nie abgeschafft. An anderen Stellen lösten noch die abrückenden sowjetischen Behörden oder Einheiten der Roten Armee sie auf.⁷⁸²

Auch auf sowjetischer Seite war die Haltung zu dieser Frage also nicht einheitlich, nicht allein aus politischen oder propagandistischen Gründen, sondern vermutlich auch wegen der örtlich sehr verschiedenen wirtschaftlichen und strukturellen Gegebenheiten. Dies galt auch für das Partisanengebiet. Während in manchen Partisanenzonen die aufgelösten Kolchosen 1942/43 wieder eingeführt wurden,⁷⁸³ lösten sie andere Partisanenverbände auf oder halfen den Bauern dabei, und zwar nicht nur unter dem Eindruck der deutschen Propagandaoffensive des Frühjahrs 1942, sondern zum Teil *vorher* und mit der ausdrücklichen Erklärung, im Gegensatz zu ihnen machten die Deutschen nur Versprechungen.⁷⁸⁴ Auch bei den Partisanen kam man zu Modalitäten, die in vielem dem Schiller-Modell ähnelten (Streifenwirtschaft), sich aber

778 Z.B. KTB VO IV Wi des WiRüAmts bei AOK 4 v. 7. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 11; Reisebericht v. 10. 8. 1941 über eine Fahrt Rieckes, Schillers und anderer in den Raum Baltikum-Pskow-Polozk 4.-8. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 495f.; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 10 v. 22. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1038; Halbmonatsbericht WiStab Ost für 16.-30. 11. v. 31. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 657; WiKdo Orscha, Lagebericht Nr. 3 für Februar v. 28. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 439; Vakar, S. 181-183; Wilenchik, S. 196; Faktorowitsch, S. 45. Die stattgefundene Viehaufteilung belegt z.B. die handschriftliche Eingabe eines Bauern an den Rayonleiter in Koidanow v. 30. 11. 1941, GebA Minsk 681-2-6, Bl. 51. Er hatte keine abbekommen und wollte die Kuh eines Juden in Besitz nehmen, der inzwischen vermutlich ermordet worden war.

779 Auf ihrem Reiseprogramm stand als Beispielgaw Westfalen, von wo Alfred Meyer, Riecke, Matthiessen und Freitag kamen. Die Deutschen schlachteten die Visite propagandistisch aus. Vgl. Deutsche Zeitung im Ostland v. 29. 4. und 19. 5. 1942.

780 Vgl. erste Berichte Küpers v. 10. 7. und Schillers v. 15. 7. 1941 aus der Gegend von Minsk, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 355, und (BArchP)F 44544, Bl. 515. Ferner N. Müller 1971, S. 163. Schiller widersprach ausdrücklich gegenteiligen Nachrichten: KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 11. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 985.

781 Erfahrungsbericht des GebK Retschitza ans RMO v. 8. 5. 1944, BA R 6/368, Bl. 60. Zum Zeitpunkt des Berichts war der Streit um die Agrarreform im RKU abgeflaut, was den Wert der Nachricht erhöht.

782 Vgl. Wilenchik, S. 177 und 224f.; Cooper, S. 23; Faktorowitsch, S. 36.

783 Z.B. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 35 v. 23. 12. 1942, BA-MA SF-01/28938, Bl. 302 (Rayon Polozk).

784 Andere Darstellung: Dallin, S. 361; Dallin/Mavrogordato/Moll, S. 271. Dagegen Berück Mitte (Ic/Prop.) v. 30. 11. 1941, BA-MA FPF-01/8212, Bl. 618; v. Vegesack, S. 251; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 10 v. 22. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1038; Berück Mitte, Ia, Vorschläge zur Vernichtung der Partisanen im rückw. Heeresgebiet und in den rückw. Armeegebieten, BA-MA WF-03/7363, Bl. 303; Die neue Agrarordnung für die besetzten Ostgebiete v. 26. 1. 1942, BA R 6/71, Bl. 66; Hesse, S. 163.

auch dezidiert von ihm unterschieden (Aufteilung nach der Zahl der Personen, kein Flurzwang, Verbot des Entgelts für die Überlassung von Pferden).⁷⁸⁵ Die Haltung zur Frage »Kolchosen auflösen oder nicht?« dürfte also oft durch wirtschaftlich-pragmatische Gründe bestimmt worden sein. Vielerorts werden die Bauern deshalb für die Aufteilung gewesen sein. Das beweist noch nicht ihre antikommunistische Haltung.

Dies zeigt auch, daß Otto Schiller keineswegs ein besonders origineller Denker war.⁷⁸⁶ Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwangen der deutschen Landwirtschaftsverwaltung und denjenigen Bauern, die sich ihrer Kontrolle entzogen, bestimmte Ergebnisse auf. Außerdem entsprachen Lösungen wie Streifenflur und Höfegruppen den russischen und weißrussischen agrarwirtschaftlichen Traditionen.⁷⁸⁷ Schiller selbst betonte die »Anlehnung« der Agrarordnung daran.⁷⁸⁸ Sie entstand in der Auseinandersetzung sowohl mit dem Kolchosmodell⁷⁸⁹ als auch mit der Mir-Verfassung, aber auch in Abgrenzung zu ihr.

c) Die Durchführung der Reform in Weißrußland

Die am 16. Februar 1942 erlassene Agrarordnung wurde am 28. Februar offiziell verkündet, verbunden mit einem großen Presse- und Medienecho im deutschen Herrschaftsgebiet.⁷⁹⁰ Ursprünglich war nur geplant gewesen, im GK Weißruthenien und bei der WiIn Mitte 10 Prozent der Betriebe in Landbaugenossenschaften umzuwandeln (Ukraine 1 Prozent), im Januar 1942 wurde von 20 Prozent (Ukraine 5 Prozent) ausgegangen, im Februar plante die Wirtschaftsinspektion Mitte 50 Prozent.⁷⁹¹ Tat-

⁷⁸⁵ Vgl. Der Berück Mitte, Ic/Prop. v. 30. II. 1941, BA-MA FPF-01/8212, Bl. 618 (Raum Borissow); 203. Sich.Div., Abt. Ia, Monatsbericht v. 7. 6. 1943, BA-MA RH 26-203/5 (Raum Bobruisk); Wilenchik, S. 224 ff.

⁷⁸⁶ Er war aber, unterstützt von Mitarbeitern wie Szogs, Weimert und Bräutigam, der einzige, der seine Analysen in ein realisierbares Reformkonzept umzusetzen verstand. Das unterschied ihn z. B. von Michael Achmeteli, dem Leiter des Wannsee-Instituts der SS, ebenfalls ein guter Kenner der sowjetischen Landwirtschaft, der teilweise zu ähnlichen Ergebnissen wie Schiller kam, aber den Altbesitzern (Kulaken) größere Landanteile geben wollte, weil sie einen größeren »Leistungsdrang« hätten. Vgl. Gerlach, Agrarreform, S. 23 f.

⁷⁸⁷ Allerdings waren diese in Weißrußland regional verschieden. Die deutschen Darstellungen widersprechen einander hier. Michael Hoffmann und Achmeteli zufolge war das Mir-System in Weißrußland nicht so stark verbreitet, vor allem im Westen. Vgl. Hoffmann 1932, S. 51, und Achmetelis Stellungnahme zur neuen Agrarordnung von Ende April 1942, R 58/238, Bl. 9. Nach Matthiessen und v. Engelhardt dagegen war sie noch nach 1917 bzw. vereinzelt in Westweißrußland während des Zweiten Weltkrieges vorhanden. Dazu Engelhardt-Denkschrift, BA F 10772, Bl. 928 f., und Matthiessen 1980, S. 396. Vgl. WiIn Mitte, Chefr. La, Zur Einführung des Grundeigentums am Lande in den besetzten Ostgebieten v. 2. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 213-215.

⁷⁸⁸ Vertrauliche Unterrichtung in der Agrarfrage v. 23. I. 1942, BA R 6/71, Bl. 47; weiter Schiller 1951, S. 3 f.

⁷⁸⁹ Eine Ähnlichkeit der Landbaugenossenschaften mit den Tösy, einer Form des Kolchos aus der frühen Phase der Kollektivierung, stellten fest: Achmeteli in seiner Stellungnahme zur Neuen Agrarordnung, BA R 58/238, Bl. 3 f. und 39, sowie der unbekannte Autor des Papiers »Die Agrarverfassung der Sowjet-Union« (1944/45), BA-MA RW 19 Anhang I/189, Bl. 22.

⁷⁹⁰ Vgl. die Zeitungsausschnittsammlungen in BA 25.01, Nr. 6048, Bl. 1 ff., und 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 21 ff.; zum Echo bei der Bevölkerung und im Ausland BA R 6/433.

⁷⁹¹ Vgl. WiStab Ost an Reichskommissare und Berücks v. 25. 10. 1941 (Entwurf) und Die Gründe für die Verkündung einer neuen Agrarordnung v. 3. II. 1941, BA R 6/71, Bl. 16 und 19; Begründung zu dem Entwurf einer neuen Agrarordnung, BA R 6/213, Bl. 24; WiIn Mitte, Jahresbericht Chefr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 639.

sächlich waren es im GK Weißruthenien (nur altsowjetische Gebiete: Minsk, Sluzk, Borissow) 1942 100 Prozent, bei der Wirtschaftsinspektion Mitte ebenfalls alle,⁷⁹² im RK Ukraine bis Ende 1942 etwa 8, bis Sommer 1943 etwa 16 Prozent.⁷⁹³ Insgesamt zeigt diese Ausweitung, wie sehr die Reformideen in kurzer Zeit an Boden gewannen. Vom schleppenden Verlauf im Süden waren in Weißrußland nur die zum GK Shitomir gehörenden Territorien betroffen.⁷⁹⁴ (Im Norden des GK Wolhynien-Podolien – bis 1939 polnisches Gebiet – galt die Agrarordnung nicht). Im übrigen Weißrußland, in Mittel- und Nordrußland war das Reformtempo nicht zuletzt aus betriebswirtschaftlichen Gründen größer.⁷⁹⁵

Im März 1942 wurde der Sonderstab Agrarordnung bei der Wirtschaftsinspektion Mitte zur Durchführung und Koordinierung der geplanten Maßnahmen eingerichtet, während in Minsk zunächst nur ein Referat dafür zuständig gewesen zu sein scheint.⁷⁹⁶ Obwohl auch im weißrussischen Bereich viele Landwirtschaftsführer die Landbaugenossenschaften eher skeptisch betrachteten⁷⁹⁷ und von ihren Vorgesetzten überzeugt werden mußten, wurden sie im Frühjahr 1942 anscheinend problemlos eingeführt, so im Gebiet Minsk-Land zwischen Ostersonntag und dem 5. Mai, nachdem Generalkommissar Kube persönlich den zuvor versammelten Rayonbürgermeistern, Dorfältesten und Lehrern das Vorhaben erläutert hatte.⁷⁹⁸ Das schnelle Vorgehen war nur dadurch möglich, daß zu einem großen Teil provisorische Aufteilungen durch die Bauern selbst – angeleitet von weißrussischen Agronomen und unter Aufsicht der deutschen Landwirtschaftsführer – stattfanden.⁷⁹⁹ Die Deutschen unterstützten das und versuchten es zu steuern, indem am Anfang der Reform, etwa im

792 Im weißrussischen Teil der WiIn Mitte einige Nachzügler erst 1943. Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 18 v. 3. 6. sowie Nr. 20 v. 4. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1215, und 42859, Bl. 297; WiStab Ost, Chefgr. La, Die Durchführung der Agrarordnung im Bereich der WiIn Nord, der WiIn Mitte und des GK Weißruthenien v. 7. 8. 1942 (künftig: Bericht Schiller v. 7. 8. 1942), BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 551.

793 Zum RKU vgl. Bartoleit, Anlage 17b, und 3. Meldung Stand der Landbaugenossenschaften (Stichtag: 10. 8. 1943) v. 2. 9. 1943, BA F 13742, Bl. 10.

794 Im GK Shitomir insgesamt wurden 1942 289 und bis Juni 1943 501 Landbaugenossenschaften gebildet, vgl. Bericht des GK Ernst Leyser v. 17. 6. 1943 für Rosenberg, in: N. Müller 1991, S. 431 ff. Aus Mangel an Quellen und weil es sich um ein kleines Gebiet handelte, wird im folgenden nicht weiter darauf eingegangen.

795 Hierzu u. a. Schiller, Ziele und Ergebnisse..., BA RD 105/28, S. 23 f.; Dallin, S. 356–359, und Gerlach, Agrarreform, S. 25–32. Jedoch kann nicht bei allen Landwirtschaftsführern in der Ukraine eine negative Haltung konstatiert werden, noch viel weniger für alle besetzten sowjetischen Gebiete generell, wie dies Corni/Gies 1997, S. 545, tun.

796 Vgl. WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 639. Später auch bei den WiKdos gebildet: WiIn Mitte, Chefgr. La, Rundverfügung Nr. 121 v. 28. 10. 1942, ZStA Minsk 412–1–2, Bl. 28–30R. Im GK Weißruthenien eingeführt mit Erlaß des RMO v. 1. 10. 1943, in: Amtsblatt des RMO 1 (1943), Nr. 13, S. 90. Zum vorhergehenden Zustand: Organisations- und Aktenplan der H.Abt. E. u. L. des GK in Minsk (undatiert), ZStA Minsk 370–1–2667, Bl. 41.

797 Dazu Bericht Schiller v. 7. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 552, und z. B. Brandt, S. 99.

798 Vgl. Minsker Zeitung v. 5. 5. 1942; Faktorowitsch, S. 69; EM 187 v. 30. 3. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 4095.

799 Vgl. Bericht Schiller v. 7. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 554; Berliner Börsen-Zeitung v. 21. 6. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 87R/88; Schiller, Ziele und Ergebnisse..., S. 23 f., BA RD 105/28, S. 23 f.; Erfahrungsbericht de Boer v. 15. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 528; vgl. Kritik an einem zu selbständigen Vorgehen der Bauern durch Wirtschaftskommandeure im Gebiet der WiIn Mitte: Vortrag von K. V. Vize-Chef Dr. Wagner zur Kommandeurbesprechung am 9. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 989.

März 1942, die Gemeinwirtschaft oder Landbaugenossenschaft einen Leiter wählen mußte, der vom Landwirtschaftsführer zu bestätigen war, außerdem einen Assistenten und einen Rechnungsführer.⁸⁰⁰ Außerdem spannten sie die einheimische Verwaltung sehr weitgehend ein. Im GK Weißruthenien konnten einheimische Landmesser rund die Hälfte der Betriebe ordnungsgemäß vermessen, bei der Wirtschaftsinspektion Mitte noch weniger. Der einheimische landwirtschaftliche Verwaltungsapparat war zuvor wiederaufgebaut worden und diente nun dazu, die Reform über die Bühne zu bringen. Die Landmesser hatte man schon im Winter geschult, was auch für eine längere Vorbereitungsphase spricht.⁸⁰¹ Die weißrussischen Agronomen spielten auch eine erhebliche Rolle in den Sonderstäben Agrarordnung und örtlichen Arbeitsstäben (Militärverwaltungsgebiet) und als Hilfskräfte in der Verwaltung des Generalkommissars (Zivilverwaltungsgebiet). Bei den Gebietskommissaren, auf Rayon- und Gemeindeebene wurden sogar *ausschließlich* einheimische Fachleute eingesetzt, auch an der Spitze. Eine nicht näher faßbare Aufgabe bei der Agrarordnung hatten überdies die Rayonbürgermeister.⁸⁰² Meistens erfüllten sie wie die anderen weißrussischen Beteiligten ihre Funktion offenbar zur deutschen Zufriedenheit und ohne große Gegenwehr.⁸⁰³

Im GK Weißruthenien wurden so aus 1400 Kolchosen rund 5300 Landbaugenossenschaften mit etwa 117000, nach anderen Angaben 123000 Höfen. Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte waren im Juni 1943 (einschließlich des russischen Teils) 19802 »Bäuerliche Gemeinwirtschaften«, ⁸⁰⁴ die faktisch Landbaugenossenschaften entsprachen, mit 114369 Hofstellen registriert.⁸⁰⁵ In einer Reihe von Kennzeichen entsprachen sie in beiden Territorien dem von Schiller entworfenen Modell. Streifenwirtschaft war generell gewährleistet, gemeinsame Fruchtfolge in fast allen Fällen, außer wenn Saatgut dazu fehlte; die Maschinen, soweit sie nicht den MTS übergeben worden waren, wurden zusammen genutzt und die Naturalabgaben bei den ZO-Sammelpunkten von der Genossenschaft zusammen entrichtet; in der Regel wurden Höfegruppen ge-

800 Siehe Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 22 des Chefs Sipo/SD v. 25.9.1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 346; Sonderdruck aus »Holos Wioski« Nr. 7 v. 18.2.1943 »Ein Jahr Neue Agrarordnung«, ZStA Minsk 393-1-321, Bl. 22; Faktorowitsch, S. 69. Der ganze Vorgang ist detailliert beschrieben in: GK Weißruthenien, Abt. Ern u La, Ausführungsbestimmungen für den Übergang zur individuellen Bodennutzung entsprechend der neuen Agrarordnung für die besetzten russischen Gebiete (undatiert), ZStA Minsk 393-1-325, Bl. 132-141.

801 Vgl. Bericht Schiller v. 7.8.1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 554; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 16 v. 14.8.1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 175. Im Zivilverwaltungsgebiet unterstand das Vermessungswesen nicht der Hauptabteilung III (Wirtschaft), sondern II (Verwaltung) und im RMO, vgl. deren Abschlußbericht v. 23.12.1944, BA F 13743, Bl. 340. Daraus scheinen im GK Weißruthenien keine Probleme erwachsen zu sein.

802 Wiln Mitte, Chefgr. La, Rundverfügung Nr. 121 v. 28.10.1942, ZStA Minsk 412-1-2, Bl. 28R/29, und GK Weißruthenien, Ausführungsbestimmungen ... (wie Anm. 4/800), Bl. 132. Weiter Minsker Zeitung v. 22.6.1943.

803 Anders bezüglich eines Teils der Agronomen: Vortrag Weimert laut Auszug aus dem Reisebericht über die Fahrt des Inspektors mit Staatssekretär Körner und KVChef Riecke am 20.-23.5.43, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 284.

804 Vgl. Wiln Mitte, Sonderstab Agrarordnung, v. 19.6.1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 462.

805 Vgl. Minsker Zeitung v. 5.5. und 29.12.1942; Erwin Kieheben-Schmidt, Aufbau im Ostland, in: Zimmermann 1944, S. 29-32; Wiln Mitte, Chefgr. La, Sonderstab Agrarordnung, an Okdo. H.Gr. Mitte/OQu/Qu 2 v. 19.6.1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 461-463.

bildet, innerhalb derer Inventar und Zugvieh gemeinsam benutzt, die Pferde jedoch teilweise an einen Bauern übergeben und den anderen gegen Entgelt zur Verfügung gestellt wurden; es wurde individuell geerntet. Jedoch pflügten und säten zum Teil die Bauern vorschriftswidrig individuell oder in Gespanngemeinschaften zusammen und nicht in der Genossenschaft. War das der Fall, näherten sich die Verhältnisse einzeln wirtschaftenden Kleinbetrieben, was die Deutschen hatten verhindern wollen.⁸⁰⁶ Die entstandenen Zustände wurden übrigens – und nicht nur im Fall individueller Vorbereitung und Aussaat – von den deutschen Beobachtern und Landwirtschaftsfunktionären meist so empfunden und beschrieben, als seien eben nur lauter Kleinbetriebe (meist zwischen 3 und 8 ha⁸⁰⁷) entstanden, obwohl das offenbar nicht zutraf.⁸⁰⁸

Die Existenz der beschriebenen Arbeitsgemeinschaften ist in zahlreichen Quellen und Darstellungen bezeugt. Sie hatten mal zehn bis fünfzehn, mal drei bis vier Mitglieder, mal gab es so viele Gruppen, »als Pferde vorhanden waren«.⁸⁰⁹ Sie bildeten einen Kern der Arbeitsorganisation nach der Reform. Das bedeutete einen Bruch mit dem Kolchos. Arbeitspraxis und Betriebsstrukturen wurden nachhaltig verändert. Darstellungen vor allem aus der Sowjetunion, in denen die von den Deutschen in Weißrußland erzwungene Agrarreform als Fiktion behandelt wird, sind schon deshalb nicht haltbar.⁸¹⁰

⁸⁰⁶ Vgl. besonders Bericht Schiller v. 7.8.1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 551–555; Erfahrungsbericht Ketter v. 15.10.1943, BA-MA F 573, Bl. 515f.; Oskar Stillmark, Agrarpolitik in Weissruthenien, in: Landwirtschaftliches Wochenblatt [des RKO], Jg. 1, Folge 8 v. 10.10.1943, BA F 10849, Bl. 413. Ansonsten gibt es zahllose Berichte über den Verlauf der Agrarordnung in Weißrußland.

Weitere Abweichungen von der Planung bestanden in der Entstehung zu langer und schmaler Feldstreifen (z.B. 1000 × 10 m), in fehlendem Reserveland und darin, daß im Raum der Wiln Mitte auf Antrag teilweise verschieden große Landanteile abgestuft nach Leistungsfähigkeit vergeben wurden.

⁸⁰⁷ Dabei soll es erhebliche örtliche und regionale Schwankungen gegeben haben, hierzu Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 16 v. 14.8.1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 176, und Erfahrungsbericht Ketter v. 15.10.1943, BA-MA F 573, Bl. 515. Vgl. Abschließender Bericht des WiKdo 204 Gruppe La. über die Aufgabe des Wirtschaftsgebietes (undatiert; durchschnittlich 8 Hektar Nutzfläche); Wiln Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30.6.1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 642 (3 bis 7 Hektar [Ackerfläche?]); Wiln Mitte, Chefgr. La, Sonderstab Agrarordnung, an H.Gr. Mitte/OQu/Qu 2 v. 19.6.1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 462 (8,03 Hektar Nutzfläche, 4,6 Hektar Ackerfläche); 203. Sich.Div., Abt. VII/Mil.Verw., Lagebericht v. 25.2.1943, BA-MA RH 26–203/7 (1,5 bis 6 Hektar Ackerland, durchschnittlich 3,7 Hektar); Aufstellungen des GK Weißruthenien über landwirtschaftliche Nutzfläche und Eierumlage 1944/45, BA R 93/7, Bl. 16f., daraus errechnet: durchschnittlich 3,4 Hektar Acker- und 5,7 Hektar Nutzfläche, nach Gebieten Acker zwischen 1,5 (Hansewitschi) und 4,8 (Minsk-Land) bzw. Nutzfläche zwischen 3,5 (Lida) und 7,5 Hektar (Glebokei) schwankend. Die von der Agrarordnung betroffenen Gebiete Minsk-Land und Sluzk lagen mit 4,8/5,8 und 4,4/6,9 Hektar am oberen Ende der Skala.

⁸⁰⁸ Vgl. Erfahrungsbericht Ketter v. 15.10.1943, BA-MA F 573, Bl. 515–519; Wiln Mitte, Chefgr. La, Sonderstab Agrarordnung, Fachliche Anweisung Nr. 2 v. 14.1.1943, ZStA Minsk 412–I–124, Bl. 15. Zur Beurteilung durch Schiller siehe seinen Bericht v. 7.8.1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 553; Schiller, Ziele und Ergebnisse..., BA RD 105/28, S. 24–26; Gerlach, Agrarreform, S. 26.

⁸⁰⁹ Wiln Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30.6.1942, hier aus BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 182. Vgl. Minsker Zeitung v. 29.12.1942; Bericht Schiller v. 7.8.1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 551; Schiller: Ziele und Ergebnisse..., BA RD 105/28, S. 13f. und 29f.; Schiller 1951, S. 11; Krakauer Zeitung v. 21.1.1943, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 160.

⁸¹⁰ Den meisten sowjetischen Autoren war offenbar die Tatsache nicht geheuer, daß die weißrussischen Bauern bei der Auflösung der Kolchosen zum Teil kräftig mitwirkten, aus welchen Gründen auch immer. Teilweise verschwiegen sie die Reform auch einfach. Sehr fehlerhaft Olechnowitsch, S. 28f.; vgl. auch Zagorulko/Judenkow, S. 286ff., besonders S. 289; Sinizyna/Tomin, S. 1192f. Im Gegensatz dazu

Das zeigt auch ein weiterer Umstand. Die Struktur der alten Kolchosen wurde zerschlagen, indem aus einem Betrieb 1942 mehrere Landbaugenossenschaften oder sogenannte Bäuerliche Gemeinwirtschaften gemacht wurden. Eine Kolchose hatten in der Regel mehrere Dörfer umfaßt, die meisten Landbaugenossenschaften⁸¹¹ umfaßten nur noch ein Dorf. So wurden in den Gebieten Minsk-Land, Sluzk und Borissow rund 1400 Kolchosen in 5300 Landbaugenossenschaften umgewandelt, im Rayon Bobruisk (Militärverwaltung) 135 Betriebe in 235, im Rayon Minsk 107 in 240.⁸¹² Das entsprach den Vorschriften für die Agrarordnung und zielte hauptsächlich darauf, das Problem der langen Wege der Bauern zu ihren Feldstreifen auf den verschiedenen Feldern zu mildern.⁸¹³ Teilweise wurden offenbar auch mehrere Landbaugenossenschaften pro Dorf gebildet, angeblich auf Wunsch mancher Bauern. Dafür spricht die Tatsache, daß im Ostteil des GK Weißruthenien auf eine Landbaugenossenschaft nur 23 Höfe entfielen, beim Wirtschaftskommando 204 (in der Gegend von Kritschew-Roslawl beiderseits der russisch-weißrussischen Grenze) rund 30 Höfe, während es im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte insgesamt etwa 60 Höfe waren.⁸¹⁴ Ob eine oder mehrere Landbaugenossenschaften pro Dorf: der Verwaltungsapparat der Kolchose konnte jedenfalls nicht einfach übernommen werden, man mußte einen neuen – in der Regel kleineren – aufbauen. Das spricht für die Schaffung neuer Strukturen.⁸¹⁵

Im Gegensatz zu den Reformmaßnahmen vom Frühjahr 1942 waren die späteren wirklich nur ein Sturm im Wasserglas. Erstens ging es dabei um die Umwandlung der

Faktorowitsch, S. 69, der es aber mit der Mitteilung, daß es eine Aufteilung der Kolchosen gab, mehr oder weniger bewenden läßt und das folgende nicht untersucht. Zu entsprechenden Fehlschlüssen bei Chiari 1993, S. 76–81 (kaum verändert in Chiari 1998, S. 133–141), siehe Gerlach, Agrarreform, S. 52, Anm. 163. – Allerdings muß man die Vorschriften beachten, denen die sowjetischen Autoren unterlagen. Im Zuge des Glaubenssatzes, die »Agrarordnung« sei inhaltsleer gewesen, wurden in der russischen Übersetzung des Buches von Norbert Müller »Wehrmacht und Okkupation« der im Original enthaltene Hinweis gestrichen, daß die Durchführung der Reform im besetzten Weißrußland weiter ging und erfolgreicher war als in der Ukraine (Bonusiak, S. 222, Anm. 8).

⁸¹¹ Bzw. die Bäuerlichen Gemeinwirtschaften bei der WiIn Mitte seit dem Frühjahr 1942.

⁸¹² Hierzu Wilenchik, S. 199; Kiekheben-Schmidt, in: Zimmermann 1944, S. 30; Faktorowitsch, S. 69; Vern. F. I. Klimko (Laborleiter Agrarverwaltung Bobruisk) v. 25. 1. 1946 im Prozeß gegen Bitner, Archiv Kohl; Landwirtschaftliche Aussenstelle Minsk, Bericht über Rayon Minsk v. 23. 7. 1942, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 176. Zur Aufspaltung allgemein Oskar Stillmark, Agrarpolitik in Weissruthenien, in: Landwirtschaftliches Wochenblatt [des RKO] Jg. 1, Folge 8 v. 10. 10. 1943, BA F 10849, Bl. 413; Sonderdruck aus »Holos Wioski« Nr. 7 v. 18. 2. 1943, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 22; Schiller 1951, S. 7.

⁸¹³ Vgl. bereits Die Umgestaltung der Agrarordnung während der Übergangszeit von Achmeteli (undatiert, Eingangsstempel WiStab Ost v. 17. 6. 1941), BA-MA WF-01/17964, Bl. 938; Richtlinien für die praktische Durchführung der durch die Agrarordnung angekündigten Maßnahmen v. 24. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 650; WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 180.

⁸¹⁴ Daten errechnet aus Angaben S. 358; Abschließender Bericht des WiKdo 204 Gruppe La. über die Aufgabe des Wirtschaftsgebietes (undatiert, Herbst 1943), BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 972–977; WiIn Mitte, Chefgr. La, Sonderstab Agrarordnung, an H.Gr. Mitte/OQu/Qu 2 v. 19. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 462. Zur Haltung der Bauern EM 189 v. 3. 4. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 4143. Als Kann-Bestimmung in: GK Weißruthenien, Abt. Ern u La, Ausführungsbestimmungen (wie Anm. 4/800), Bl. 132.

⁸¹⁵ Paradox ist, daß die meisten zeitgenössischen Beobachter und Planer die Sache so werteten, als sei die Reform faktisch über die Landbaugenossenschaften hinausgegangen und habe Einzelbetriebe geschaffen, während viele Nachkriegshistoriker sie ganz im Gegenteil so darstellten, als hätten die Kolchosen weiterexistiert. Beides trifft nicht zu, sondern die Praxis entsprach dem Modell der Landbaugenossenschaften ziemlich genau.

provisorischen Landbaugenossenschaften in solche reiner Form, zweitens um die Schaffung von Einzelhöfen und drittens – wie ausgeführt – um die Vergabe von Eigentumsrechten an beide genannte Arten von Betrieben. Pläne, 20 Prozent (GK Weißruthenien) beziehungsweise zwei Prozent der Betriebe (Wirtschaftsinspektion Mitte) abschließend zu vermessen, scheiterten am Mangel an Landmessern.⁸¹⁶ Die deutschen Behörden scheuten davor zurück und betonten, zumal bei der Wirtschaftsinspektion Mitte, nun ständig, neue Maßnahmen zuvor »genauestens zu prüfen«, weil damit »auf absehbare Zeit die Verhältnisse in den Dörfern festgelegt« worden wären. Im Endeffekt kam es nur örtlich zu weiteren Schritten.⁸¹⁷

Ähnlich war es mit der Errichtung von Einzelhöfen. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen lehnte die deutsche Agrarverwaltung sie mehr oder weniger ab, obwohl politische Erwägungen, zerrissene Flurgestaltung und ähnliches dafür sprechen konnten.⁸¹⁸ Wenn, dann gab es einen Einzelhof als Belohnung für gute Ablieferungsergebnisse oder Hilfe bei der Partisanenbekämpfung. Im GK Weißruthenien wurden zwischen Dezember 1942 und Februar 1943 die ersten 300 Höfe übergeben, obwohl diese Aktion mit Anweisung vom 6. Januar eigentlich bereits zu stoppen war.⁸¹⁹ In der Umgebung von Witebsk wurden Bürgermeister, Ordnungsdienst-Männer und Bauern (angeblich 1300) für sogenannte Verdienste bei der Partisanenbekämpfung mit Einzelhöfen bedacht.⁸²⁰ Das geschah vereinzelt auch an anderen Stellen. Nennenswerten Umfang erreichten diese Maßnahmen aber erst im Zusammenhang mit den Wehrdörfern im Jahr 1944 (Kap. 9.6).

War die Agrarordnung in Weißrußland nun ein Erfolg für die Deutschen? Bezeichnenderweise erklärte Otto Bräutigam über die Reform insgesamt, wirtschaftlich sei sie erfolgreich gewesen, politisch aber nicht (und für die politische Kriegführung war Bräutigam ja zuständig).⁸²¹ Ähnlich urteilten die zuständigen Landwirtschaftsexperten der Wirtschaftsinspektion Mitte. Der weißrussische Bauer habe »willig« gearbei-

⁸¹⁶ KTB-Rückblick der Chefgr. La des WiStabs Ost für das 1. Halbjahr 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1206; WiIn Mitte, Chefgr. La, Sonderstab Agrarordnung, an H.Gr. Mitte/OQu/Qu 2 v. 19. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 462; RMO III E 1b (gez. Rosenberg) an Lohse, Betr.: Grundsätze für die Durchführung der Agrarordnung im Jahre 1943 für den Generalbezirk Weissruthenien v. 29. 1. 1943 (Abschrift), BA F 13687, Bl. 447; AWiFü AOK 4, Lagebericht v. 24. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 851f.; Okdo. H.Gr.Mitte, O.Qu./Qu. 2/VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht Juni v. 12. 7. 1943, BA R 6/309, Bl. 56; WiIn Mitte, Fachliche Weisung Nr. 35 v. 2. 7. 1943 (Anlage), BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 213–215.

⁸¹⁷ WiIn Mitte, Lageberichte Nr. 21 v. 4. 9. 1942 und Nr. 26 v. 4. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 365 (zweites Zitat) und 905, sowie Protokoll über die Aussprachen gelegentlich der Tagung der Erzeugungsleiter aus den Gruppen La der WiKdos (31. 3./1. 4. 1943), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 35 (erstes Zitat). Örtliche Maßnahmen: KTB-Beitrag Chefgr. La der WiIn Mitte für Oktober 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 196, und Lagebericht des GebK Minsk-Land v. 25. 3. 1944, BA R 6/363, Bl. 43.

⁸¹⁸ Vgl. WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Besprechung mit den KVVCh der Chefgr. La der WiIn und der Reichskommissariate am 16./17. Dezember v. 30. 12. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 468f. (Beiträge Wagner und Schiller); Schiller: Ziele und Ergebnisse..., S. 17f.

⁸¹⁹ Vgl. Minsker Zeitung v. 29. 12. 1942 und 16. 2. 1943; GK Weißruthenien, Sonderbericht v. 15. 1. 1943 (Freitag), BA-MA RW 31/251, Bl. 57; die weitere Planung bezeugt das Verzeichnis der Dorfgemeinschaften, die zu Einzelhöfen vorgesehen sind v. 15. 3. 1943 (GebK Minsk-Land), ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 125.

⁸²⁰ Vgl. 201. Sich.Div., Lagebericht August v. 31. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42358, Bl. 807; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 35 v. 23. 12. 1942, BA-MA SF-01/28939, Bl. 302; Neue Zürcher Zeitung v. 1. 1. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 9.

⁸²¹ Vgl. Bräutigam 1954, S. 35.

tet und seine Naturalabgaben geleistet, »politische Erwartungen« aber nicht erfüllt und sich im allgemeinen nicht in den Kampf gegen die Partisanen einspannen lassen; der Erfolg sei ausgeblieben wegen der Partisanen, weil »keine Wirkung über die Front hinaus erzielt wurde«, ein Teil der sowjetischen Agronomen sich feindlich verhielt, es an Vieh mangelte und »die ZO bei der Bezahlung versagte«. ⁸²² Daß wirtschaftlich ein positiver Effekt eintrat, war ziemlich unstrittig. Inventar und Geräte, Häuser und Stallungen wurden instandgesetzt, Stallmist vermehrt auf die eigenen Feldstreifen hinausgefahren, oft ging der Bracheanteil zurück, und die Anbauflächen vergrößerten sich. Das wurde als Erfolg der Agrarordnung gewertet. ⁸²³ Otto Schiller selbst wertete die Ergebnisse der Reform in Weißrußland als »ganz günstig«, doch sie sei kein »Allheilmittel«, und die von manchen erhoffte »Wunderwirkung« sei »nicht eingetreten«, vor allem auf Grund des Mangels an Betriebsmitteln. ⁸²⁴ Politisch ergab sich für die Deutschen nur ein kurzfristiger Vorteil, eines der berüchtigten angeblichen oder tatsächlichen Stimmungs-Hochs (»Der Erlaß der Agrarordnung und die Durchführung der Osterferien haben die Stimmung der Bevölkerung gehoben«). ⁸²⁵ Trotzdem ist Vorsicht bei der Bewertung dieser an Kollaboration grenzenden Grauzonen des Lebens unter deutscher Besatzung geboten. Obwohl der Widerstand vermutlich nirgendwo in Europa größer war, reagierte die weißrussische Bevölkerung im großen und ganzen bei der Agrarordnung entsprechend den deutschen Vorstellungen. Allerdings erfüllten sie als Agrarproduzenten deutsche Erwartungen oft nicht aus Sympathie, sondern wegen der deutschen Zwangsmaßnahmen, die auch auf dem Land weitgehend ihre Macht ausüben konnten. ⁸²⁶ Jedoch gab es auch Grup-

⁸²² Erfahrungsbericht Ketter v. 15. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 516, und Auszug aus dem Reisebericht des [Wi-]Inspektors mit Staatssekretär Körner und KVChf Riecke am 20.–23. 5. 43, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 284. So auch der KdS Minsk: »Die von deutscher Seite geäußerte Annahme, daß die »freigewordenen« Landproletarier-Massen den organisierten Banden zwangsläufig wieder zugetrieben würden, ist nach den gemachten Erfahrungen ein Fehlschluß.« Jedoch zeige die Bevölkerung »auch keinerlei Anzeichen, ihren Dank für die neue Agrarordnung in nachrichtendienstlicher und aktionsmäßiger Unterstützung der Bandenbekämpfung abzustatten.« In befriedeten Gebieten könne man immerhin sagen, daß sie »einigermaßen spurt und mitzieht«. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 v. 22. 1. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 5413f.

⁸²³ Vgl. z. B. WiIn Mitte, Jahresbericht Chefr. La v. 30. 6. 1942, sowie Bericht Schiller v. 7. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 641f. und 551f.; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 18 v. 3. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1216; Bericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost vom 25.–31. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1028; Schiller, Ziele und Ergebnisse..., BA RD 105/28, S. 41f.

⁸²⁴ Stellungnahme Schillers v. 5. 2. 1943 zu den Vorschlägen des GebK Wöroschilowsk in spe, Walter, v. 2. 12. 1942, BA-MA PPF-01/8159, Bl. 80.

⁸²⁵ Tätigkeitsbericht des Berück Mitte, Ia, v. 7. 5. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 643. Vgl. W.Bfh. Ostland, Ic, Politischer Lagebericht v. 15. 4. 1942, BA F 13679, Bl. 1460f.; WiIn Mitte, Tätigkeitsbericht für 4. 5.–3. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 964; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 16 v. 14. 8. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 174.

⁸²⁶ Das widerspricht den Darstellungen sowjetischer Historiker völlig. Ihnen zufolge ließen die weißrussischen Bauern mit zahllosen Tricks und Widerstandakten, unterstützt von den Partisanen, die landwirtschaftlichen Pläne der Deutschen scheitern. Erfolge und Möglichkeiten der Partisanen werden dabei bei weitem überschätzt, und manchmal könnte man den Darstellungen zufolge meinen, die Deutschen hätten für die weißrussische Landbevölkerung ebensowenig eine Bedrohung dargestellt wie die k. u. k.-Armee für den Soldaten Schwejk. Außerdem erwecken sie den Eindruck, als wären die Weißrussen (fast) alle furchtlose Helden gewesen, was sie natürlich ebensowenig wie jedes andere Volk sein konnten. Vgl. Faktorowitsch, S. 70ff.; Zagorulko/Judenkow, S. 197–364; Olechnowitsch, S. 38ff. Ausführlich zu diesem Problem siehe Kap. 9. 2.

pen in der Bevölkerung, die aus eigenem Antrieb und bewußt mit den Deutschen kollaborierten, entweder weil sie mit der nazistischen Ideologie sympathisierten und die deutsche Macht bewunderten, oder weil sie ihre persönliche Chance suchten (wie viele neue Funktionsträger) oder einfach, vor allem auf dem Lande, ihr Auskommen hatten.⁸²⁷ Für die zuletzt Genannten stellten die Landbaugenossenschaften ein nicht unattraktives Angebot dar.⁸²⁸

Im bis 1939 polnischen Westen Weißrußlands, wo die Agrarordnung nicht galt, fanden keine durchgreifenden Agrarreformmaßnahmen statt. Wie erwähnt wurden dort die wenigen bestehenden Kolchosen 1941 von den Bauern unter Duldung der Deutschen aufgeteilt und 1942 zum Teil an ihrer Stelle »Staatsgüter« errichtet. Nur im Bezirk Bialystok wurde die Auflösung der Kolchosen und Sowchosen 1941 zum Teil nicht gestattet oder sofort rückgängig gemacht.⁸²⁹ Aber all das betraf kaum mehr als ein Zehntel der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Was geschah mit den anderen neun Zehnteln? Den wenigen Quellen nach zu urteilen, stieß diese Frage bei der deutschen Verwaltung selbst nur auf geringes Interesse. Wolhynien, der Nordteil des GK Wolhynien-Podolien mit den weißrussischen Gebieten Brest, Kobryn, Pinsk und Stolin, war bis Dezember 1943 in dieser Hinsicht sogar regelrecht vergessen worden, bis das Ostministerium die Experten Schiller und Szogs zu einer Untersuchung hinschickte.⁸³⁰ Das erscheint typisch, denn auch die Einbeziehung der altpolnischen Gebiete in die Privatisierungspläne des Jahres 1943 im GK Weißruthenien⁸³¹ hatte nicht viel zu sagen, weil die konkreten Auswirkungen gering blieben. Wenn überhaupt, wurde ja faktisch Privates »privatisiert«. Nicht einmal gegen Erbteilungen gingen die Landwirtschaftsführer systematisch vor.⁸³² Warum blieben Veränderungen praktisch aus? Warum wurden keine »Landbaugenossenschaften« in Westweißrußland geschaffen?

827 Hier sei nochmals auf gelegentlich auftauchende positive Erinnerungen an die Besatzungszeit (Adamovich/Bryl/Kolesnik, S. 72) verwiesen. Zweifellos ist zu diesem Punkt weitere eingehende Forschung notwendig, wie von Chiari 1995, S. 551ff., gefordert; Elemente liefert Chiari 1998.

828 Vgl. Deutsche Zeitung im Ostland v. 29. 4. und 19. 5. 1942.

829 Vgl. KTB Gruppe IV Wi/FK 184 für 1.–15. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 1105, und [Landrat B.:] Bericht über die deutsche Verwaltung im Kreis Bielsk, Bezirk Bialystok, vom August 1941 bis Januar 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6333.

830 »Wolhynien ist das einzige Gebiet des besetzten Ostraumes, für das noch keine bodenrechtlichen Maßnahmen zur endgültigen Liquidation der bolschewistischen Bodenordnung getroffen worden sind.« Die Leistungen Wolhyniens im Dienst der deutschen Besatzungswirtschaft wurden als nicht zuletzt darum erheblich schlechter denn im benachbarten Galizien dargestellt. KTB WiStab Ost, Chefgr. La, für 18. 11.–9. 12. 1943, BA-MA WF-01/15898, Bl. 82; vgl. Schreiben Rieckes v. 22. 12. 1943, BA R 6/289, Bl. 18/R; WiStab Ost, Chefgr. La, Bericht über das zweite Halbjahr 1943, BA-MA (BArchP)F 44415, Bl. 51f.; Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 115. Jedoch scheinen dennoch gewisse Umstellungen vorgenommen worden zu sein, vgl. das Berichtfragment über eine Sitzung des GK Wolhynien-Podolien mit den GebK vom Herbst 1943 (undatiert), BA F 13753, Bl. 195.

831 Vgl. KTB WiStab Ost, Chefgr. La, für 10.–16. 9. 1943, BA-MA WF-01/15898, Bl. 134; WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Besprechung mit den KVVCh der Chefgruppen La der WiIn und der Reichskommissariate am 16./17. 12. v. 30. 12. 1942, ebd., Bl. 465; Wilhelm Freitag, Bauernschicksal in Weißruthenien (undatiert), ZStA Minsk 370–1–64, Bl. 78; GebK Glebokie, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 16. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 310.

832 Vgl. RKO, Hauptabteilung III – Wirtschaft, Lagebericht für November und Dezember 1942 v. 11. 1. 1943 (auszugsweise Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 136; Deutsche Zeitung im Ostland v. 30. 5. 1943.

Zunächst einmal existierten dort teilweise noch die alten Mir-Gemeinden und Streifenflur, also auch dementsprechende Formen der Zusammenarbeit.⁸³³ Andererseits bestanden in diesem Gebiet auch starke privatwirtschaftliche Traditionen, an denen insbesondere Bauern polnischer Nationalität festhielten. Diese Tatsache konnte die deutsche Zivilverwaltung tolerieren, da, wie ausgeführt, der Viehbesatz im Westen Weißrußlands größer war als im Osten.⁸³⁴ Das große Problem dabei waren die Betriebsgrößen. Im Ostpolen der dreißiger Jahre hatten große Güter, denen die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche gehörte, einer Vielzahl sehr kleiner Betriebe gegenübergestanden.⁸³⁵ Die Güter hatten die Sowjets aufgeteilt und damit weitere Kleinbetriebe geschaffen. Erst wenige Arbeitskräfte waren in die Industrie abgewandert, deren forcierteter Ausbau erst begann. Infolgedessen waren die Höfe im Westen des GK Weißruthenien noch erheblich kleiner als im altsowjetischen Teil – besonders die Ackerflächen: 1,5 Hektar in Hansewitschi, 2,1 in Lida, je 2,5 in Wilejka und Nowogrodek (Minsk-Land dagegen 4,8 Hektar). Im Gebiet Lida lag die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Betrieb nur bei 3,5 Hektar.⁸³⁶ Auch im Gebiet Brest betrug die durchschnittliche Ackerfläche nur 2,7 Hektar; die Hälfte aller Betriebe hatte weniger als 5 Hektar Nutzfläche:

*Tabelle 11: Betriebsgrößenverteilungen im Gebiet Brest 1943*⁸³⁷

Größe ha	0-1	1-2	2-5	5-10	10-20	20-50	über 50	gesamt
Zahl	3129	2997	7474	9500	3207	531	9	26847

Im März 1943 waren in dem Gebiet 16 155 Arbeitspferde registriert, so daß man folgen darf, daß etwa jeder zweite Betrieb keins hatte, am wenigsten sicherlich die kleinen Höfe. Diese versprachen für die deutsche Verwaltung über die notdürftige Ernährung einer Familie hinaus kaum Ablieferungen. Im Bezirk Bialystok sollen bäuerliche Kleinbetriebe unter sieben Hektar zusammengelegt worden sein, und im GK Weißruthenien sollte nach Möglichkeit die Verpachtung von Gutsland zur »Schaffung lebensfähiger Höfe« führen, aber erst spät und in geringem Umfang.⁸³⁸ Zusätzlich wurden die »Zwergbetriebe« durch Fronarbeit bei den Gutshöfen, hohe Pachtzahlungen und Rekrutierungen für den Arbeitseinsatz offenbar gezielt stärker

⁸³³ Vgl. Minsker Zeitung v. 11. 8. 1943, BA R 6/289, Bl. 11, und Matthiessen 1980, S. 396.

⁸³⁴ Das war vor dem Krieg so gewesen (vgl. Kap. 4.1) und hatte sich dadurch verstärkt, daß die militärischen Operationen im Osten ins Stocken gerieten und dort in größerem Umfang Pferde requiriert wurden, nicht zuletzt zum Auffüllen der Verluste, die beim schnellen Vormarsch in Westweißrußland entstanden waren. Hierzu z.B. die Berichte des Begleitoffiziers des Kommandierenden Generals des LIII. AK in Lammers (Hg.) 1988, besonders S. 175-272 (S. 7-29. 8. 1941).

⁸³⁵ Vgl. Oberländer 1935, Kartenanhang K5 bis K9. Nach v. Engelhardt 1943 (S. 298) waren 1931 von etwa 530 000 Betrieben im späteren Westweißrußland 263 500, also die Hälfte, bis zu 5 Hektar groß, weitere 180 000 umfaßten 5-10 Hektar.

⁸³⁶ Errechnet aus: Landwirtschaftliche Nutzfläche und Eierumlage 1944/45, BA R 93/7, Bl. 16f. Vgl. Vortrag des GebK Hanweg (Lida) auf der Tagung in Minsk am 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 75.

⁸³⁷ GebK Brest, E[rnährung], Monatsbericht März v. 15. 3. 1943, und Lagebericht v. 20. 3. 1944, BA F 13751, Bl. 1121 und 1301.

⁸³⁸ Minsker Zeitung v. 11. 8. 1943, BA R 6/289, Bl. 11. Vgl. Madajczyk 1988, S. 279.

als die mittleren belastet.⁸³⁹ Wenn die Deutschen hier keine Reformmaßnahmen starteten, so offenbar, weil sie sich dazu vom Arbeitsaufwand her mit agrarpolitischen Mitteln nicht in der Lage sahen und weil die Zustände zu reformbedürftig erschienen sowie überdies Chaos und Widerstand befürchtet wurden. Auch die Sowjets waren in Westweißrußland mit der Kollektivierung sehr vorsichtig gewesen. Wo die Umgebung hingegen schon auf die Kolchosen eingeschworen war, in Ostweißrußland, zwangen die Kreislandwirte die letzten verbliebenen Einzelbauern auch in die sogenannten Bäuerlichen Gemeinwirtschaften hinein.⁸⁴⁰

d) Bevölkerungspolitische Aspekte der Agrarreform

Mit dem Plan zur Einrichtung der Landbaugenossenschaften war als theoretische Konsequenz auch ein gigantisches Aus- und Umsiedlungsprogramm verbunden, um nivellierte Durchschnittsbetriebe zu schaffen und die sogenannte Siedlungsfrage zu lösen. Diesen Zusammenhang deutet schon die Aufgabenbeschreibung der zuständigen Unterabteilung des Ostministeriums von 1942 an: »Agrarordnung und Bodenpolitik, Bodenordnung und Siedlung, Siedlungspolitik, Umsiedlungsangelegenheiten, Landbeschaffung und Grundbesitzverteilung usw.«⁸⁴¹ Ähnlich lautete ein Geschäftsverteilungsplan vom Spätsommer 1941 bezüglich der Otto Bräutigam unterstehenden Sachgebiete: »[...] Fremdvölkische Siedlung und Umsiedlung, politische Vorbereitung für Siedlung und Umsiedlung der Fremdvölker, Richtlinien für die Aenderung der Agrarverfassung«.⁸⁴²

Schon 1938 hatte sich Otto Schiller in einem Aufsatz »Kollektive Umsiedlung in der Sowjetunion« der Siedlungsfrage gewidmet. Die Kollektivierung habe das Überbevölkerungsproblem nicht zu lösen vermocht, ja verschärft. Ein Teil der Bevölkerung müsse nach Sibirien, dem »natürlichen Auffangbecken für überschüssige Agrarbevölkerung«, ausgesiedelt werden. Die im Aufsatz enthaltene Karte »Agrarische Siedlungsdichte im europäischen Teil der Sowjetunion«⁸⁴³ fand, graphisch leicht verändert, den Weg in die schon mehrfach erwähnten »Militärgeographischen Angaben über das Europäische Rußland« (vgl. Kap. 2.2 c).⁸⁴⁴ Weißrußland war nach Schiller eines der übertölkerten Gebiete, allerdings nicht an erster Stelle stehend.⁸⁴⁵

Zur Abhilfe beim »Siedlungsproblem« und gleichzeitig zu einer speziellen Rationalisierung trotz technischer Rückentwicklung dienten 1942 mehrere Maßnahmen.

⁸³⁹ Auszüge aus der Propagandistentagung in Minsk 26./27. 10. 1943, IfZ Fb 101/34, besonders Beiträge aus den Gebieten Hansewitschi, Slonim und von Landwirtschaftschef Freitag.

⁸⁴⁰ FK 550 (Starye Dorogi), Kr.-Verwaltungsgruppe, Lage- und Tätigkeitsbericht für 24. 9. bis 24. 10. v. 25. 10. 1942, BA-MA RH 26-203/3. Hier war von 684 Bauern die Rede.

⁸⁴¹ Stellenplan des RMO für 1942, BA 21.01, B 9472, Bl. 20f.

⁸⁴² Die »Hauptgruppe: Politische Sachgebiete II S« unter Bräutigam war danach auch zuständig für deutsche Siedlung, Rassenpolitik und Verbindung zum RKF. Geschäftsverteilungsplan der Hauptabteilung II Politik (undatiert), BA D-H, ZA I/6004.

⁸⁴³ Schiller, Kollektive Umsiedlung, S. 456-468, Karte S. 460, Zitat S. 466. Streckenweise wortgleich, aber in die Vergangenheitsform gebracht in: Schiller 1943, Kap. VIII: Die Auswirkungen der Kollektivierung auf die Siedlungsstruktur der Sowjetunion, S. 102-III.

⁸⁴⁴ GenStdH, Abt. IV Mil.-Geo., Militärgeographische Angaben über das Europäische Rußland (Nur für den Dienstgebrauch), Mappe A: Allgemeiner Überblick, 2. verbesserte Auflage Berlin März 1941, Anlage 8. Die Darstellung war um die neuowjetischen Gebiete ergänzt worden.

⁸⁴⁵ Schiller 1943, S. 102 und 106.

Erstens sollten keineswegs alle Kolchosmitglieder einen Landanteil bekommen, was die Deutschen den Bauern auch sofort bekanntgaben:⁸⁴⁶

»Es ist zunächst erforderlich festzustellen, welche Mitglieder einer Gemeinwirtschaft anteilberechtigt sind. Die Listen der Hofstellenbesitzer müssen durchgesehen werden und solche, die politisch unzuverlässig oder politisch vorbelastet sind, oder ihrem Charakter nach unwürdig erscheinen, wie z.B. die häufig vorkommenden notorischen Säufer und Schnapsbrenner, aber auch solche, die arbeitsmäßig zur Übernahme einer Einzelwirtschaft nicht in der Lage sind, müssen ausgeschlossen werden.«⁸⁴⁷

Es konnten also vielfältige Gründe zum Ausschluß führen. Laut der Agrarordnung galt das ebenfalls für ungehorsame Bauern und solche, die 1941 den Ablieferungsbestimmungen beziehungsweise den Anforderungen ihrer Kolchosen nicht nachgekommen waren.⁸⁴⁸ Auch eine zu hoch erachtete Siedlungsdichte konnte zum Ausschluß von Personen führen:

»Es mußte vermieden werden, bei der Durchführung der Agrarordnung diese ungesunden Verhältnisse zu stabilisieren, indem man in den dicht besiedelten Gebieten den Arbeiterüberschuß, der jetzt oder in Zukunft anderweitig gebraucht werden kann, durch die Landzuweisung an den Boden bindet. [...] Für die dichtbesiedelten Gebiete bedeutet diese Regelung, daß ein Teil der Anwärter, die unter normalen Verhältnissen als anteilberechtigt anerkannt worden wären, von der Landzuteilung ausgeschlossen werden müssen [...].«⁸⁴⁹

Den Plan, weißrussische Bauern in die dünner besiedelten Gebiete der südukrainischen Steppe umzusiedeln – in einem ersten Schritt 4000 –, gab die deutsche Verwaltung wegen Sicherheits- und Transportproblemen auf.⁸⁵⁰ Die landlosen Familien standen vor der Frage, wie sie sich ernähren sollten, da die von den Deutschen eingeführte Lebensmittelrationierung nicht arbeitenden Arbeitsfähigen und ihren Familien Lebensmittel verweigerte. Nach dem Entwurf der Agrarordnung von 1941 sollten sie »als Lohnarbeiter beschäftigt oder in eine andere Gegend ausgesiedelt« werden, im Kommentar zum Erlaßtext hieß es, sie würden »auf Staatsgütern und anderen Betrieben angesetzt«.⁸⁵¹

846 Der neue Agrar-Erlaß ist da! Deutscher Text des Merkblattes zur Agrarordnung, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 688.

847 Schiller: Ziele und Ergebnisse..., BA RD 105/28, S. 28; vgl. ebd., S. 13f. Ähnlich bereits in: Die neue Agrarordnung (Entwurf), BA R 6/71, Bl. 37; ferner: Die neue Agrarordnung, in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, S. 61; Erste Ausführungsanweisung zur Agrarordnung durch den RKO v. 23. 3. 1942 fürs GK Weißruthenien, ebd., S. 66.

848 Die neue Agrarordnung, S. 61, und BA R 6/71, Bl. 37.

849 Schiller: Ziele und Ergebnisse..., BA RD 105/28, S. 17.

850 Vgl. Chef Sipo/SD – Kommandostab –, Mitteilungsblatt Nr. 2 v. 29. 5. 1942, BA-MA SF-01/28985, Bl. 114; Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 65.

Den Reflex darauf findet man später bei der Vernichtungsaktion gegen die Einwohner des Dorfes Ljakowitschi, Rayon Shitkowitschi, im Februar 1943, wahrscheinlich im Rahmen der Operation »Hornung«, wo man den Einwohnern erklärte, sie würden jetzt in die Ukraine gebracht und große Grundstücke bekommen. 336 Personen wurden daraufhin in einer Scheune lebendig verbrannt. Vgl. Auszüge aus dem Bericht der Außerordentlichen Ermittlungskommission des Gebiets Polesje v. 20. 6. 1945, ZStA Minsk 861-1-12, Bl. 2 (russ.). Es war der gleiche Mechanismus – ursprünglich geplante Umsiedlungsmaßnahmen mutieren zur sprachlichen Chiffre für eine Vernichtungsaktion –, den z.B. Aly 1995 für die Judenvernichtung beschreibt.

851 BA R 6/71, Bl. 37, und Kommentar zu Absatz D 5 der Agrarordnung in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, S. 61. Hiernach auch das folgende.

Man darf getrost annehmen, daß für letztgenannte Variante die sogenannten politisch Unzuverlässigen und Bauernunwürdigen oft nicht ›in Frage‹ gekommen sein werden. »Dorfhandwerker und Spezialarbeiter«, »Agronomen und Tierzüchter« *konnten* Land erhalten, letztere aber nur aus dem Reserveland.

Tatsächlich fand eine entsprechende Auswahl der »zuteilungsberechtigten Personen« im Rahmen der Agrarreformmaßnahmen im GK Weißruthenien und bei der Wirtschaftsinspektion Mitte statt, wobei zur Arbeitersparnis das »Sondieren [...] im wesentlichen durch die Russen selbst« geschah.⁸⁵² »Bei der Durchführung der Agrarordnung haben die Bauern das ureigenste Interesse[,] eine Eliminierung derjenigen, die keinen Anspruch auf Landzuteilung haben, durchzusetzen. [...] In jedem Dorf würden sich Bauern [zur Denunziation, die belohnt werden sollte] finden«, urteilte der Wirtschaftsinspekteur Weigand.⁸⁵³ Zuvor hatte Weigand ein von seinem Sonderstab Agrarordnung ausgearbeitetes Schreiben an v. Schenckendorff abgezeichnet, das »die Säuberung der Dörfer von feindlichen Elementen infolge Landzuteilung nur an gute Elemente, dadurch die Bildung einer offensichtlich antisowjetischen Front in den Dörfern und dadurch die erforderliche Festigung unserer Wirtschaftsgrundlagen« als einen »Hauptzweck der Agrarordnung« bezeichnete und mit der »Entwicklung eines Kundschafter- und Spitzeldienstes« auf dem Land verbinden wollte. Der Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet hatte geantwortet: »Ich stimme mit der dortigen Auffassung überein, daß die Agrarordnung zugleich mit Säuberungsmaßnahmen in den Dörfern verbunden [...] werden muss.« Zugleich wies er die Forderung, den einheimischen Ordnungsdienst (Hilfspolizei) den Kreislandwirtschaftsführern zu unterstellen – ein typischer Versuch der Wirtschaftsbehörden, über ihre eigentlichen Aufgaben hinaus auszugreifen – zurück.⁸⁵⁴ Zwei Tage darauf befahl er den ihm unterstellten Einheiten, »unzuverlässige Elemente« in »Stadt und Land« zu entfernen, im »Zuge der Neuordnung«, wie sein Verwaltungschef Tesmer schrieb.⁸⁵⁵

Auf Befehl der Chefgruppe Landwirtschaft Wirtschaftsinspektion Mitte erfaßten die Kreislandwirte alle Bauern in Listen, »die wegen Bauernunfähigkeit, politischer oder krimineller Unzuverlässigkeit usw. aus den bäuerlichen Gemeinwirtschaften ausgeschieden werden sollen«. Dort war bei jeder Person auch der Grund der »Ausscheidung« genannt. Bis zum 1. August 1942 mußten sie der Abteilung Kriegsverwaltung des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet über die Feldkommandanturen gemeldet werden, »getrennt nach politisch oder kriminell unzuverlässigen, nach arbeitsuntauglichen und nach arbeitseinsatzfähigen Personen«.⁸⁵⁶ Daraufhin meldete beispielsweise die Feldkommandantur 581 (Bobruisk) vorläufig 50 »politisch« und

852 Erfahrungsbericht MVR Jan de Boer v. 15. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 528. Schilderung eines solchen Denunziationsvorganges aus der Ukraine durch den Kriegsberichter Hermann Bernick in der NS-Landpost Nr. 36 v. 4. 9. 1942, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 106.

853 WiIn Mitte, Chefgr. Fü/M an Berück Mitte v. 8. 5. 1942, Betr.: Aufstellung von Ordnungsdienst-Abteilungen, BA-MA (BArch)P 42748, Bl. 1091.

854 WiIn Mitte, Chefgr. La, Sonderstab Agrarordnung 1b v. 24. 4. 1942 an v. Schenckendorff und Berück Mitte, Abt. VII Kr.-Verw. v. 27. 4. 1942, ebd., Bl. 1105, 1108 und 1100.

855 Ders., Abt. VII Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 19 v. 29. 4. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1201, sowie ebenso, Lagebericht April v. 1. 5. 1942 (Unterschrift: T[esmer], K.V. V. Chef), Bl. 1107.

856 Ebenso, Verwaltungsanordnungen Nr. 23 v. 23. 6. 1942 (gez. von Schenckendorff), BA-MA WF-03/7366, Bl. 1237.

131 »kriminell vorbestrafte« ausgeschlossene Personen. Die Vorschläge dazu seien von Rayonbürgermeistern und -agronomen gekommen und von den Kreislandwirtschaftsführern bestätigt worden.⁸⁵⁷ Eine weitreichende Entscheidung. Nach einer Weisung v. Schenckendorffs vom 22. Oktober hatten dann »die Feldkommandanturen dafür zu sorgen, dass die erfassten Personen aus den Dörfern verschwinden. Bei dem zur Zeit bestehenden starken Bedarf an Arbeitskräften können die meisten unter Einschaltung der Arbeitsämter sofort einer geordneten Arbeit zugeführt werden. Soweit es sich um unzuverlässige Elemente handelt, sind diese der GFP oder dem SD zur weiteren Veranlassung zu übergeben.«

GFP und SD dürften die meisten im Auftrag der Militärverwaltung ermordet haben. Was mit den ja extra registrierten arbeitsunfähigen, aber quasi unpolitischen Ausgesonderten geschah, die auf andere Arbeitsstellen zu vermitteln ja wenig Sinn hatte, ließ die Anordnung im übrigen offen.⁸⁵⁸ Diejenigen, die arbeiten konnten, blieben oft monatelang ohne Arbeit und Versorgung in den Dörfern; im März 1943 forderte die Landwirtschafts- die Arbeitsverwaltung dazu auf, »die von La seit vielen Monaten angebotenen und von den Arbeitsämtern nie abgenommenen, bei der Kolchosauflösung landlos gebliebenen Elemente endlich [abzutransportieren]«.⁸⁵⁹

Von den Landzuteilungen ausgeschlossen wurden nach Mitteilung der Einsatzgruppe B weiter auch »Familien, deren Angehörige zu den Banden übergegangen sind«.⁸⁶⁰ Außerdem entschieden die Kreislandwirtschaftsführer bei der Schaffung von Landbaugenossenschaften im GK Weißruthenien, »ob ein Hof lebensfähig sei«. Auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen wurden also Familien ausgesondert. Ähnliches war bei der Wirtschaftsinspektion Mitte zumindest geplant.⁸⁶¹ Bei der projektierten Schaffung von regulären Landbaugenossenschaften im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte 1943 sollte abermals eine »Auslese«, eine »Bereinigung des Bauernstandes« stattfinden von »unfähigen Elementen und auch solche[n], die politisch nicht einwandfrei sind«.⁸⁶² Mit zeitlicher Verzögerung fanden diese Selektionen dann bei der Einrichtung der sogenannten Wehrdörfer 1944 statt (vgl. Kap. 9.6).

Die zweite bevölkerungspolitische Maßnahme war damit verbunden, daß in den Landbaugenossenschaften der Verwaltungsapparat der Kolchosen praktisch wegfiel. Die deutschen Fachleute betrachteten diese Verwaltung als unnötig aufgebläht und ineffektiv und diffamierten sie überdies als Ausbund des sogenannten Kontroll-

857 FK 580 – Verwaltungsgruppe –, Lagebericht v. 29. 8. 1942, BA-MA RH 26–203/3. Es dürfte sich um die Zahl der ausgeschiedenen *Familien* gehandelt haben. Die Aktion lief noch.

858 Berück Mitte, Abt. VII Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 30 v. 22. 10. 1942 (gez. von Schenckendorff), BA-MA WF-03/7420, Bl. 736.

859 Dienstbesprechung in Borissow am 14. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 977.

860 Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 16 v. 14. 8. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 176 f. Über Ausschlüsse auch WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 19 v. 4. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 229.

861 Minsker Zeitung v. 16. 2. 1943. Vgl. Auszug aus dem Reisebericht über die Fahrt des Inspektors mit Staatssekretär Körner und KVChef Riecke am 20.–23. 5. 43, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 286 (Vortrag Preuschen: »Grundstücke mit weniger als 5 Doppelzentner je Hektar Ertrag als Ernährungs- und Arbeitsfläche untragbar«).

862 Leitendes WiKdo Witebsk, Monatsbericht v. 24. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 884. Vgl. Protokoll über die Aussprachen gelegentlich der Tagung der Erzeugungsleiter aus den Gruppe La der WiKdo's am 31. 3./1. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 34–36.

systems der Kommissare. Angeblich betrug der Verwaltungsanteil ein Viertel aller Kolchosarbeitskräfte. Diese »überflüssigen Esser«, so hieß es, seien »sterile Bürokratie«. ⁸⁶³ In Wirklichkeit war dieser Anteil niedriger, obwohl es tatsächlich in sowjetischer Zeit eine unerwünschte Bürokratisierung der Kolchosen gab. ⁸⁶⁴ In der Landbaugenossenschaft war lediglich noch die Bezahlung der Arbeit einiger Mechaniker und Handwerker zu regeln, ansonsten versprochen außer der Ernte- und Abgabensstatistik kaum Verwaltungsarbeiten anzufallen. ⁸⁶⁵ Ein von den Deutschen erhoffter Nebeneffekt war, daß sich die Landwirtschaftsführer nicht mehr der Überwachung der inneren Kolchosverwaltungen widmen mußten, sondern daß die Landbaugenossenschaft »so automatisch funktioniert, daß die deutsche Oberleitung von aller Kleinarbeit entlastet wird und sich umso intensiver den Aufgaben der Planung, Steuerung und Kontrolle widmen kann.« ⁸⁶⁶

Die ehemaligen Verwaltungskräfte jedoch waren in besonderer Weise gefährdet, von der Landzuweisung ausgeschlossen zu werden: »Im allgemeinen sollen nur solche Dorfbewohner einen Landanteil erhalten, die selbst Bauern sind und das Land selbst bearbeiten. Bei Handwerkern, Agronomen, Lehrern usw. wird sich die Landzuweisung in der Regel auf die Hofparzellen beschränken.« Sie könnten »auf Antrag« bei Nachweis einer Möglichkeit zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung mehr erhalten, was aber zunächst »auf Ausnahmefälle zu beschränken sein« werde. ⁸⁶⁷ Die Landwirtschaftsverwaltung im GK Weißruthenien hatte schon vor Erlaß der Agrarordnung mit Hilfe 16seitiger Fragebögen eine Kolchosstatistik aufgestellt, in denen neben allen erdenklichen betriebswirtschaftlichen Angaben speziell das nichtbäuerliche Personal vom Direktor bis zu den Brigadiern erfaßt wurde. ⁸⁶⁸ Anfang 1943 fand sowohl dort als auch im Militärverwaltungsgebiet eine Fragebogenaktion »Die Einrichtung der Landbaugenossenschaft« statt, ⁸⁶⁹ die vor allem als Vorwand für eine

863 Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe La, v. 23. 5. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 146. Vgl. Riecke, Agrarordnung (1942), S. 126; Schiller 1943, S. 95 f.; Die Agrarverfassung der Sowjet-Union, BA-MA RW 19 Anhang I/189.

864 Nach der Denkschrift Achmetelis vom Juni 1941 durfte der Anteil des leitenden Verwaltungs- und Produktionsapparates in den sowjetischen Kolchosen vorschriftsmäßig höchstens 8 % der geleisteten Tagewerke betragen, lag aber 1940 bei 13,5 %, BA-MA WF-01/17964.

865 Nach Faktorowitsch, S. 69, blieben dennoch gewisse Verwaltungskräfte und Zuarbeiter übrig.

866 Begründung zu dem Entwurf für eine neue Agrarordnung, BA R 6/213, Bl. 26. Auf diesen Vorteil aus deutscher Sicht wies Schiller bereits hin in: Die Frage der Bodenpolitik in den besetzten Gebieten v. 9. 8. 1941, BA R 6/426, Bl. 5.

867 RMO, III E 1b: Die Möglichkeiten einer bevorzugten Landzuteilung im Rahmen der Agrarordnung v. 27. 5. 1942 (Abschrift), BA R 6/71, Bl. 124 f.

868 Vgl. ausgefüllte Fragebögen für den Rayon Minsk (in weißruss. Sprache), unterschrieben zwischen dem 6. 1. und 16. 2. 1942, ZStA Minsk 372–1–5. Eine Registrierung aller Mitglieder der »bäuerlichen Gemeinwirtschaften« gab es 1942 im Zusammenhang mit der Agrarreform auch bei der WiIn Mitte, vgl. Weigand an v. Schenkendorff v. 8. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1093.

869 Gefragt wurde u. a. nach der Zahl ausgeschlossener Familien, danach wer das Reserveland nutzte und ob den Handwerkern und Spezialisten Land zugeteilt worden war. Pro RK wurden 500 Fragebögen verschickt. RMO, III E 1b v. 10. 3. 1943 mit mehrere Seiten langem Formular, in: Amtsblatt des RMO, Sammelnummern 1–8 (1943/44), S. 254 ff. Für das Militärverwaltungsgebiet erwähnt in KTB WiStab Ost v. 23. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 539. Die Auswertungsergebnisse führten zu Schillers Druckschrift »Ziele und Ergebnisse der Agrarordnung in den besetzten Ostgebieten« (abgeschlossen im November 1943), BA RD 105/28, die eigentlich als Schulungsbroschüre gedacht war.

»Bestandsaufnahme auf dem Lande« hinsichtlich des Arbeitseinsatzes diene: »Was auf dem Lande nicht notwendig ist, erhält einen Gestellungsbefehl.«⁸⁷⁰ Der weitere Weg der ehemaligen Verwaltungsangehörigen kann anhand der bearbeiteten Dokumente nicht genau verfolgt werden, jedoch ist anzunehmen, daß vor allem sie von den Arbeitskräfterekrutierungen für das Reich und für die weißrussischen Städte betroffen waren.⁸⁷¹

Der dritte bevölkerungspolitische Aspekt bestand darin, daß nach der Agrarordnung »jeder anteilberechtigter Bauernhof, der über mindestens zwei vollwertige Arbeitskräfte verfügt, einen Landanteil gleicher Größe ohne Berücksichtigung der veränderlichen Zahl der Familienmitglieder« zugewiesen bekam, anders ausgedrückt: große Familien erhielten genausoviel Land wie kleine. Davon waren nur in seltenen Fällen Abweichungen erlaubt.⁸⁷² Diese Bestimmung stand im Gegensatz zur Aufteilung nach der Zahl der Arbeitskräfte oder der »Seelen« oder »Esser« im alten russischen Mir-System. Denn gerade diese Regelung hatte ein deutscher Autor schon 1932 als »Prämie für kinderreiche Familien« bezeichnet und als eine der Hauptursachen für die »agrарische Überbevölkerung« beschrieben.⁸⁷³ Wie erwähnt, teilten die Bauern in den Partisanenzonen Weißrußlands das Land nach Personenzahl auf. Dagegen zielte die Agrarordnung darauf ab, Arbeitskräfte abzuschöpfen und Lebensmittelüberschüsse auf Kosten kinderreicher Bauernfamilien zu erwirtschaften. Schiller merkte 1943 an: »Die großen Veränderungen, die allein schon durch den in großem Umfang vorgenommenen Entzug von Arbeitskräften für den Arbeitseinsatz im Reich im Bevölkerungsstand der Dörfer eintraten, erwiesen schon nach kurzer Zeit die Richtigkeit dieses Vorgehens.«⁸⁷⁴

Bei der Koordination mit den Arbeitseinsatzbehörden entstanden dann allerdings Schwierigkeiten, die unter anderem zur Maßgabe des Ostministeriums führten, man müsse in erster Linie die »wirtschaftspolitischen Grundsätze der Agrarordnung« konsequent durchführen, um sie zu beseitigen.⁸⁷⁵

Tatsächlich konnte die »Tendenz« der Bauern, bei der Aufteilung die »Seelenzahl zu berücksichtigen, [...] im allgemeinen ausgeschaltet werden.«⁸⁷⁶ 1943 trieb die

870 So der Chef des Stabes der WiIn Mitte, Krukenberg, nach: Aktenvermerk über die Dienstbesprechung am 31. 3. 1943 bei H.Gr. Mitte OQu (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1073. Anwesend waren hier Schmidt v. Altenstadt (GenQu), v. Unold, Oberstlt. Schettler (Qu 2 der Heeresgruppe), die OQu und AWiFü der Armeen der H.Gr., die Leiter der Chefgruppen La und Arbeit der WiIn, Wagner und Gelberg, und die Leiter der jeweiligen Abteilungen Militärverwaltung Tesmer (H.Gr.), Kraaz (Berück) und ihre Pendants von den Armeen, Sich.Div. und FK: also die gesamte Spitze des regionalen Wirtschafts-, Quartiermeister- und Militärverwaltungsapparates.

871 Ein ähnliches Vergehen im Generalgouvernement 1941 beschreiben Aly/Heim, Vordenker, S. 245, Anm. 103.

872 Die neue Agrarordnung (Text und Kommentar), in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, S. 61–63. Ungeniert erwähnt in Schiller 1951, S. 5f. Siehe auch die undatierten Ausführungsbestimmungen des GK Weißruthenien, ZStA Minsk 393–1–325, Bl. 136.

873 Hoffmann 1932, S. 49–54, Zitat S. 50.

874 Schiller: Ziele und Ergebnisse..., BA RD 105/28, S. 15.

875 Runderlaß des RMO (III E 1b) v. 1. 10. 1943, in: Amtsblatt des RMO 3 (1943), Folge 13, S. 90. Hierzu weiter in Kap. 6.2/6. 3.

876 Bericht Schiller v. 7. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 553. Etwas anders gewichtet in Schiller: Ziele und Ergebnisse..., S. 24. Nach A. de Vries (Zur Durchführung der neuen Agrarordnung, in: Der Landwirtschaftsführer, 2. Folge v. 15. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1275) durften die Bauern bei der

Wirtschaftsinspektion Mitte die Politik gegen die großen Bauernfamilien auf die Spitze, indem sie die Pflichtablieferungen »nicht mehr nach der Zahl der Höfe, sondern nach Kopffzahl und Güte des Bodens« berechnete.⁸⁷⁷

Familien, die besonders groß waren, bekamen nicht mehr Land, aber kleine weniger als der Durchschnitt. An »arbeitsschwache Höfe« mit weniger als zwei sogenannten Vollarbeitskräften wurden »halbe Landanteile« vergeben.⁸⁷⁸ Dadurch verschlechterten sich die Lebensbedingungen von alleinstehenden Frauen mit mehreren kleinen Kindern – keine seltene Konstellation in der Kriegszeit. Ihnen konnte sogar nachträglich noch Land entzogen werden.⁸⁷⁹ Hinzu kam die Bildung sogenannter »Kleinstellen« von ein bis zwei Hektar Größe, in der deutschsprachigen Presse auch zynisch »Auslaufbetriebe« genannt, für Handwerker und alte Leute ohne Kinder, die nicht immer zur Ernährung ihrer Besitzer ausgereicht haben dürften.⁸⁸⁰ Ihr Hungertod wurde billigend in Kauf genommen.

Insgesamt ist die Agrarordnung in Weißrußland ein schlagendes Beispiel dafür, daß Militär- und Zivilverwaltung das besetzte Land nicht neutral verwalteten, auch nicht einfach nur ausbeuteten, sondern während des Krieges begannen, die sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen und auch die bestehende Bevölkerungsverteilung und -struktur grundlegend zu verändern, und zwar mit vielfältigen Mitteln, wobei deutsche wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend waren. Es ist *ein* Beispiel: das einzige ist es nicht.

5. Die deutsche Politik der Entindustrialisierung und Entstädterung

5.1 Die Zerstörungen in den ersten Kriegswochen und die sowjetische Evakuierungsaktion

Der industrielle Sektor des besetzten Weißrußland war vom Umfang her viel kleiner als die Landwirtschaft. 1941 befand er sich noch im Aufbau (vgl. Kap. 2.1). Durch die Zerstörungen in den ersten Kriegswochen aber wurde er fast völlig zerschlagen, und

WiIn Mitte wählen, ob sie nach der Seelenzahl aufteilen wollten. Ähnlich laut Berliner Börsenzeitung v. 21. 6. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 87R/88. Tatsächlich war offenbar nicht die Personenzahl, sondern die der Arbeitskräfte oder die der Höfe entscheidend: hierzu WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. La v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 182, und WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 19 v. 4. 7. 1942, ebd., Bl. 229.

877 Protokoll über die Besprechung mit Chef WiStab Ost am 26. 3. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1034.

878 Bericht Schiller v. 7. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 553. Vgl. Erste Ausführungsanweisung zur Agrarordnung des RKO fürs GK Weißruthenien v. 23. 3. 1942, in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, S. 66; Die neue Agrarordnung, ebd., S. 61; Ausführungsbestimmungen des GK Weißruthenien (undatiert), ZStA Minsk 393–1–325, Bl. 136 (»in der Regel«). Ausnahmen waren im GK Weißruthenien aber möglich laut Danziger Vorposten v. 16. 5. 1942, BA 61 Re 1, Nr. 347, Bl. 80f.

879 Schiller: Ziele und Ergebnisse..., S. 28f.

880 Erfahrungsbericht Ketter v. 15. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 518; Wirtschaftspolitischer Dienst Nr. 143 v. 24. 6. 1943, BA 61 Re 1, Nr. 348, Bl. 49; Berliner Börsen-Zeitung v. 21. 6. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 87R/88.

den weißrussischen Städten wurden ebenfalls furchtbare Schäden zugefügt. Die Bezeichnung »Kriegszerstörungen« könnte in diesem Zusammenhang zu Mißverständnissen führen, denn es handelte sich, vor allem in den größeren Städten, oft nicht einfach um Verheerungen, die militärische Kampfhandlungen gewöhnlich mit sich bringen, sondern um gezielte Maßnahmen im Rahmen der deutschen Entindustrialisierungspolitik. Auf sowjetischer Seite ging es ebenfalls nicht um einen »normalen« Krieg, sondern von Anfang an um einen mit großer Härte geführten Überlebenskampf, verbunden mit der Evakuierung von Menschen und Fabriken und der Vernichtung kriegswirtschaftlich wichtiger zurückgelassener Objekte.

Zunächst wurden die weißrussischen Städte durch die Kampfhandlungen in Mitleidenschaft gezogen. Wie es ein durchziehender deutscher Soldat schilderte, »die Städte und Dörfer, die wir unaufhaltsam passieren, sind alle zerstört und ausgebrannt«.¹ Quantifizierbar sind diese Zerstörungen nicht. Eigentlich sollten mit der deutschen Taktik der Panzervorstöße Frontalangriffe auf Städte vermieden werden, die statt dessen zu umgehen und womöglich später kampfflos zu nehmen waren. So oder fast so geschah es in Minsk, Bobruisk und Białystok.² Nicht untypisch war das Schicksal von Slonim: die Deutschen eroberten die Stadt am 23. Juni 1941 kampfflos, aber vier Tage später entbrannten dort Kämpfe der deutschen Garnison gegen eine versprengte sowjetische Einheit.³ Dagegen wurde um Witebsk und Mogilew tagelang erbittert gekämpft (vgl. Kap. 3.1).⁴

Die Ereignisse verliefen örtlich verschieden, aber insgesamt richteten die deutschen Luftangriffe erheblich größere Schäden an als die Bodenoperationen. Am ersten Kriegstag hatten die Deutschen einen Großteil der sowjetischen Flugzeuge in einem Überraschungsschlag am Boden zerstört und die uneingeschränkte Lufthoheit gewonnen. Ebenfalls schon am 22. Juni wurden alle Städte im Westen Weißrußlands bombardiert, alle Eisenbahnknotenpunkte und auch unbedeutende Orte.⁵ Die Akten der betreffenden Fliegereinheiten (Luftflotte 2) sind zwar bis auf Splitter nicht überliefert. Nach dem Ergebnis zu urteilen, dienten ihre Angriffe jedoch nicht nur der Bekämpfung von gegnerischen Einheiten, Flugplätzen, Brücken, Bahnhöfen und Verkehrseinrichtungen, wie es in deutschen Darstellungen heißt,⁶ sondern auch der Vernichtung von Wohngebieten vor allem in Innenstadtbereichen, unter anderem durch Brandbomben. Darauf weist die Lage zerstörter Flächen in größeren Städten hin: sie umfassen die Innenstädte, zum Teil Wohnviertel am Stadtrand, weniger aber,

1 Feldpostbrief Gefreiter H.B. (23. Inf.Div.) v. 3. 7. 1941 aus dem Raum Minsk, BfZ, Slg. Sterz. Es wären unzählige weitere Beispiele aus Kriegstagebüchern beizubringen.

2 Zur Einnahme von Białystok Anlagen zum KTB der 221. Sich.Div., BA-MA RH 26-221/12b.

3 Bericht Dr. N. K. : Das Kapitel des Unterganges unserer Gemeinde, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband K 1, Bl. 11 und 14.

4 Die Zerstörung der Kleinstadt Tschaussey durch konventionelle Kampfhandlungen beschreibt Simonow, S. 147 und 151f.

5 Vgl. Boog, Luftwaffe, S. 736-740; Deutsche Zeitung im Ostland v. 25. 6. 1942; Shukow, S. 280; zum Beispiel Woronowo, Gebiet Grodno: Vern. M. K. v. 13. 5. 1969, StA Mainz 3 Ks 1/67, Akte 2. Hauptverhandlung, Bl. 457.

6 Vgl. Boog, Luftwaffe, S. 736ff., und Russland-Feldzug 1941: VIII. Flieger-Korps. Zusammengestellt von H.W. Deichmann, Oberst a.D., damaliger Adjutant des VIII. Fl.-K. an Hand von Aufzeichnungen, Umfragen und Tagebuch des Herrn Gen.Feldmarschall Dr. Ing. Freiherr v. Richthofen (undatierte Nachkriegsdarstellung), BA-MA RL 8/47, besonders Bl. 3.

wie man erwarten könnte, die Außenbezirke, wo die meisten Fabriken lagen – so in Minsk, Witebsk, Grodno und im russischen Smolensk.⁷ Deutsche Luftwaffen-Fotografien von Minsk mit gekennzeichneten Angriffszielen, gemacht am 25. und 26. Juni 1941, weisen in die gleiche Richtung.⁸ Der damalige Oberbefehlshaber der Luftflotte 2, Generalfeldmarschall Kesselring, hat zumindest bestätigt, daß sein Verband am dritten Kriegstag für andere Aufgaben als die Bekämpfung der gegnerischen Luftwaffe frei wurde und neue taktische Ziele suchte, darunter Verkehrsverbindungen und auf dem Marsch befindliche sowjetische Truppen.⁹ Der Chef der Einsatzgruppe B Nebe und der Oberbefehlshaber der 4. Armee, v. Kluge, waren offenbar der Ansicht, daß Minsk von den Deutschen absichtlich zerstört worden war. Nebe schrieb: »Die bereits in meinem Bericht vom 6. 7. 41 erwähnte Zerstörung der Stadt durch deutsche Flieger lässt es schwierig erscheinen, dass Minsk als Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum des weißruthenischen Gebietes ohne Wiederaufbau in Betracht kommt [...] In einer Rücksprache mit Generalfeldmarschall Kluge vertrat auch letzterer den Standpunkt, dass ohne zwingende Gründe Zerstörungen derartiger Städte, die für [die] wirtschaftliche Ausnützung des besetzten Gebietes von sehr wesentlicher Bedeutung sind, unzumutbar sind. Dieses trifft umso mehr zu, als damit gerechnet werden muss, dass jetzt auch von russischer Seite planmäßig Zerstörung des zu räumenden Gebietes erfolgt.«¹⁰

Nach Nebes Ansicht hatte eine solche Zerstörung von sowjetischer Seite bis dahin also noch nicht planmäßig stattgefunden. Dagegen gibt es weitere schwerwiegende Hinweise, daß die Luftwaffe weißrussische Städte im Dienst der gegen die Städte gerichteten Hunger- und Vernichtungspolitik zerstörte. Anscheinend gab das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt der Luftwaffe zu einem Zeitpunkt Einsatzziele oder -grundsätze vor, als seine Beteiligung an dem Hungerplan gegen die sowjetische Bevölkerung auf Hochtouren lief, im März 1941. »Die von Wi[rtschaftsabteilung] bearbeiteten Weisungen für Zerstörungsmaßnahmen der Luftwaffe im Fall Südost¹¹ wurden vom Reichsmarschall [Göring] gebilligt. Ein Abdruck wurde Hauptmann v. Brauchitsch zur Weiterleitung an den Gen.Stab der Luftwaffe übergeben.«¹²

Diese Deutung wird erhärtet durch den Inhalt der Absprachen zwischen Wirtschaftsstab Ost, Wirtschaftsinspektion Mitte, Heeresgruppe Mitte und Luftwaffe über die geplanten Ziele von Luftangriffen auf Moskau im Oktober 1941. Als Zweck wurde angegeben, der Bevölkerung »das Leben unmöglich« zu machen – was auf

7 Vgl. Armee-Kartenstelle (mot) 538, Plan der Stadt Minsk vom Januar 1942 (für die Kopie danke ich Paul Kohl); Stadtplan Witebsk (ca. 1:25000), engl. Beschriftung aus der Nachkriegszeit, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 25, Bl. 57 bzw. Beistück; W. K. K. [Wehrkreiskommando] I, Abt. Mil.Geo., Verkehrsplan von Grodno v. 15. 2. 1943 (1:10000, Kopie), abgedruckt bei Klarsfeld, Bd. 3, S. 377–381; deutscher Stadtplan von Smolensk im KTB WiKdo Smolensk (1942), BA-MA (BArch)F 42932, Bl. 693. Zu Minsk auch EM 20 v. 12. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 148of.: »Das Zentrum ist durch Bombenbrand völlig zerstört. [...] Wenig zerstört sind die Vorstädte mit dem Hauptteil der Industrie.«

8 Vgl. MGVK Minsk 27–80638 und 27–80651 bis 80653 sowie im November 1993 noch nicht inventarisierte Aufnahmen, die dem Museum von einem ehemaligen deutschen Flieger übergeben wurden.

9 Vgl. Kesselring, S. 120.

10 EM 23 v. 15. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1513.

11 »Südost« handschriftlich eingesetzt für »Barbarossa« (weggeschwärzt). »Südost« war ebenfalls ein Deckname für den Angriff auf die Sowjetunion, nicht etwa für den Balkankrieg.

12 KTB WiRüAmt v. 20. 3. 1941, BA-MA RW 19/164, Bl. 228.

Zerstörung des Wohnraums hindeutet – und praktisch alle Industriebetriebe zu vernichten.¹³ Die Durchführung scheiterte in Moskau an der starken sowjetischen Luftabwehr.¹⁴

Im Fall von Minsk wurden demgegenüber einige ausgewählte Industriebetriebe verschont, um sich Produktionsmöglichkeiten offenzuhalten. Am 22. Juni konnte ein deutsches Bombardement dort noch abgewehrt werden, einen Tag später nicht mehr. Mehrtägige Angriffe mit Spreng- und Brandbomben lösten einen großen Brand in der Innenstadt aus, der vom 24. bis zum 26. Juni dauerte. Gelöscht wurde wegen unterbrochener Wasserleitungen schon seit dem 24. nicht mehr. Im Radio wurde zum Verlassen der Innenstadt aufgerufen. Es gab viele Flüchtlinge.¹⁵ Ähnlich war es um den 6. Juli in Smolensk.¹⁶ Vor allem alte Leute und Kinder, die aus dem Zentrum von Minsk nicht schnell genug fort kamen, erstickten und verbrannten. Nach deutschen Schätzungen lagen Anfang August immer noch 600 bis 700 Leichen unter den Trümmern. Auch in anderen Städten forderten Luftangriffe hunderte von Todesopfern.¹⁷

Der Grad der Zerstörung war in den einzelnen Städten verschieden (Abb. 3). Am schwersten waren Minsk (65 Prozent der Wohnfläche vernichtet) und besonders Polozk und Witebsk betroffen, ferner Gomel und Rogatschew.¹⁸ Die deutschen Soldaten schwankten zwischen Faszination und Grauen angesichts von Verheerungen, die sie in zwei Jahren Krieg in diesem Ausmaß noch nicht kennengelernt hatten:

13 »Von der Heeresgruppe ist angefragt worden, welche Objekte in und um Moskau im Interesse der eigenen Truppe erhalten bleiben müssen, und welche Objekte genommen bzw. zerstört werden müssen, um für die Bevölkerung die Verteidigung und das Leben unmöglich zu machen. [...] Das Ausmaß der zu zerstörenden Objekte muss mit der Luftwaffe abgestimmt werden; wenn überhaupt etwas geschont werden soll, dann nur Betriebe, die später als Reparatur-Werkstätten für Kfz., Panzer und Flugzeuge in Frage kommen könnten.« Moskau sollte ohnehin eingeschlossen werden. Durch Schläge der Luftwaffe der Bevölkerung »das Leben unmöglich« zu machen, hieß deshalb, über das Abschneiden von Lebensmittelzufuhren hinauszugehen. – Undatierter Reisebericht Nagel für 21.–25. 10. 1941, BA-MA Wi ID/1723.

14 Reinhardt, S. 59.

15 Vgl. den Bericht P. A. Lidows (hoher Parteifunktionär) in: Lenhard, S. 70–72; Kalinin (2. Sekretär des ZK der KP Weißrußlands), S. 10–14; die Erinnerungen von Katja Korotajewa, Vera Bortaschewitsch und Walja Koschanowskaja in: Alexijewitsch, S. 13 ff., 184 ff., 188 ff.; Deutsche Zeitung im Ostland v. 3. 8. 1941 und 25. 6. 1942; Ausarbeitung Deichmann (VIII. Fliegerkorps), BA-MA RL 8/47, Bl. 10 f.; Altshuler, *Escape and Evacuation*, S. 93.

16 Vgl. den Bericht des Witebsker Textilarbeiters M. S. Fridmen, abgedruckt bei Rürup, S. 170 f. Bereits vor dem 3. 7. war hier fast ein Viertel der Stadt durch Brandbomben zerstört worden: Simonow, S. 68.

17 Minsk: FK V 184, San. Offizier, Vorläufiger Bericht über Sanitätsdienst und sanitäre Verhältnisse in Minsk-Stadt v. 1. 8. 1941, ZStA Minsk 408–1–1, Bl. 17, und Bericht Korotajewa in Alexijewitsch, S. 13 ff. In Luniniez gab es am 27. 6. 1941 207 Tote bei einem Luftangriff: Akt der Untersuchungskommission Luniniez v. 10. 4. 1945 (Übersetzung), ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 4977. In Nowogrodek soll es (am 28. 6.) 200 und in Lida allein 1000 jüdische Opfer gegeben haben: Vern. S. G. v. 13. 12. 1960, ZStL 202 AR-Z 94e/59, Bl. 15, und Vern. S. L. v. 2. 3. 1966, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 2618. Große Brände gab es auch in Wolkowsk, Nowogrodek und Antopol: KTB Kommandeur der Luftwaffe beim Okdo. H.Gr. Mitte v. 25. und 27. 6. 1941, MGFA P-102. Zu Slonim: Abramowitsch, S. 5.

18 Zu Minsk: Minsker Zeitung v. 21./22. 6. 1942; Polozk (auch infolge Kampfhandlungen): WiStab Ost, Chefr. La (Riecke), Reisebericht v. 10. 8. 1941, BA-MA (BArch)P F 43384, Bl. 497 f.; Gomel und Rogatschew: undatierter Lagebericht der 221. Sich. Div., BA-MA (BArch)P F 57076, Bl. 621; RMO, Hauptabt. I Raumplanung, Der Generalbezirk Tschernihiw [Tschernigow] (Entwurf/abgeschlossen 10. 2. 1942), BA 11.01, Nr. 57, Bl. 104 ff., 124 f.; Fahrtbericht Begleitoffizier des Kommandeurs LIII. Armeekorps v. 15. 8. 1941, in: Lammers, S. 243.

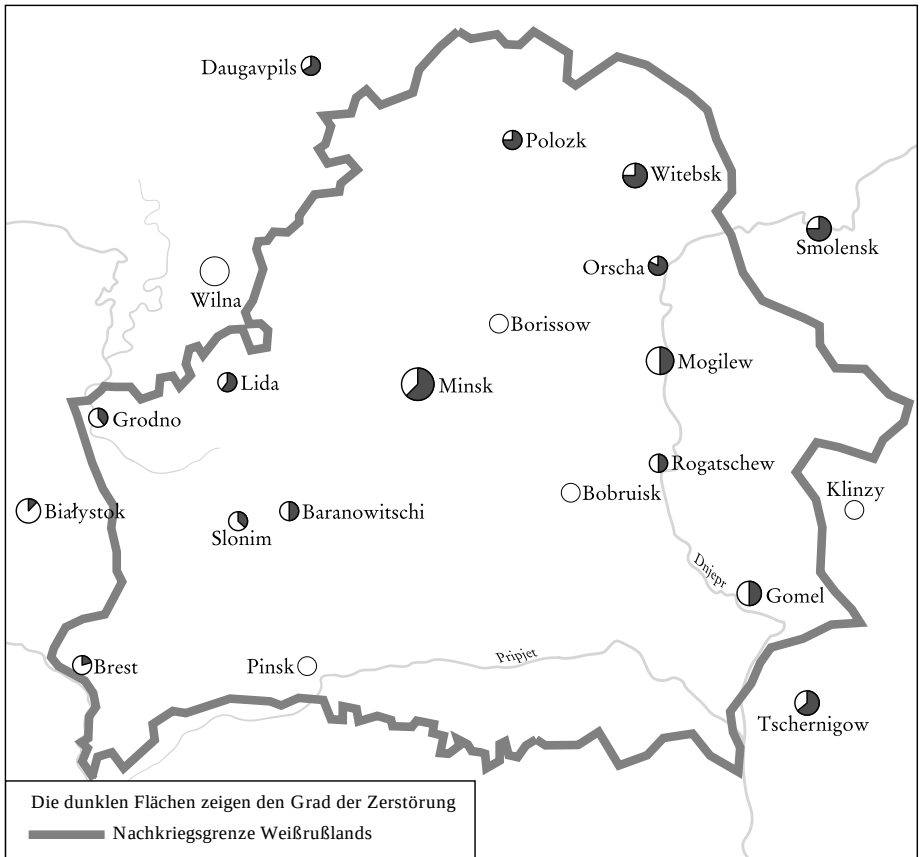


Abbildung 3: Das Ausmaß der Zerstörung weißrussischer Städte im Sommer 1941

»Witebsk, ach, ich kann Dir sagen, war das ein grauenvoller Anblick, eine 180000-Einwohner-Stadt vollkommen dem Erdboden gleich. Aber kaum ein Haus, das noch steht. Nur ganz vereinzelt in den Außenbezirken.«

»Wir kamen gestern durch Orscha, eine Stadt mit 60–80000 Einwohnern, hier ist kein einziges Haus mehr ganz. Stundenlang kann man zwischen Ruinen gehen.«¹⁹

»Städte wie Warschau machen hiergegen [gegen Minsk] einen völlig unberührten Eindruck.«²⁰

Im Westen Weißrußlands war vor allem Lida das Ziel massierter Luftangriffe gewesen, und auch Baranowitschi galt als zur Hälfte zerstört (ähnlich im Osten Mogilew),

¹⁹ Feldpostbriefe W. P. (Pi.Btl. 5/5. Inf.Div.) v. 20. 7. und S. S. v. 24. 10. 1941, BfZ Slg.Sterz. Nebenbei bemerkt, waren die beiden Soldaten über die Vorkriegs-Einwohnerzahlen gut informiert. Zu Orscha auch Fernschreiben WiStab Ost an WiRüAmt Br.B.Nr. 1829/41 (Juli 1941), BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 139 f.

²⁰ [WiRüAmt,] Stab Ia, Auszug aus einem Bericht über die Reise zur H.Gr. Mitte vom 18./19. 7. 41, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 369.

Slonim war zu einem Drittel unbewohnbar.²¹ Bezeichnend die Einschätzung der Wirtschaftsinspektion Mitte: »Ostwärts Baranowicze nehmen die Zerstörungen der Städte erheblich zu. [...] Aufbau erscheint auf Jahre hinaus ausgeschlossen, *wird wohl auch nicht angestrebt werden.*«²² Einige Städte waren auch in geringerem Maß, einige gar nicht betroffen.²³ In Brest gingen etwa 20 Prozent des Wohnraums verloren, in Grodno etwas mehr. So gut wie unversehrt waren die im Handstreich genommenen Städte Pinsk, Borissow, Bobruisk und das westrussische Klinzy (60 Kilometer nordöstlich Gomel).²⁴

Außer durch Artilleriebeschuß, Fliegerangriffe und Brände litten die Industriebetriebe auch durch Plünderungen von seiten deutscher Soldaten. Befehle und Bekanntmachungen oft von hohen Ebenen dagegen ziehen sich von Mitte Juni 1941 – vor Kriegsbeginn – bis weit ins Jahr 1942. Es gab sogar Todesurteile in der Zivilverwaltung. Immer wurde betont, daß mit solchen Handlungen Reichseigentum geschädigt werde.²⁵ Ob SS-Kavallerie-Brigade, spanische Blaue Division oder beliebige Wehrmachtangehörige oder -einheiten: sie montierten alles ab, was ihnen nützlich erschien, und zerstörten oft den Rest. Noch Mitte Juli 1941 überfielen deutsche Soldaten das Gebäude der Minsker Stadtverwaltung und raubten es aus.²⁶ Die »völlig sinnlose Zerstö-

21 Lida: Deutsche Zeitung im Ostland v. 25. 6. 1942; Vern. H. K. v. 6. 6. 1969 und E. D. v. Januar 1962, StA Mainz 3 Ks 1/67, Akte 2. Hauptverhandlung, Bl. 383, und Bd. 1, Bl. 162. Baranowitschi: WiStab Ost, Chefgr.La (Küper), Reisebericht v. 10. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 355. Slonim einschließlich der Rayonstädte des Gebiets: Bericht GebK Erren v. 25. 1. 1942 nach StA Hamburg 147 Js 29/67, Anlageschrift v. 27. 12. 1971, S. 203.

22 WiIn Mitte, Lagebericht v. 22. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 320 (Hervorhebung C. G.). Noch deutlicher im berichtigten sogenannten Reichenau-Befehl: »[...] Die Truppe hat nur insoweit ein Interesse an Löscharbeiten, als notwendige Truppenunterkünfte erhalten werden müssen. Im übrigen liegt das Verschwinden der Symbole einstiger Bolschewistenherrschaft, auch in Gestalt von Gebäuden, im Rahmen des Vernichtungskampfes. [...] Für die Erhaltung der wehrwirtschaftlich wichtigen Rohstoffe und Produktionsstätten gibt die Führung die notwendigen Weisungen.« AOK 6, Betr.: Verhalten der Truppe im Ostraum v. 10. 10. 1941, abgedruckt bei: Ueberschär/Wette, S. 285.

23 Dabei ist zu berücksichtigen, daß die deutsche Luftwaffe an der Ostfront und auch im Mittelabschnitt zahlenmäßig zu schwach für Schwerpunktbildung und operativen Einsatz war (A. Beer, S. 124).

24 Brest: Der Ortsbeauftragte Brest-Litowsk, Bericht über die Tätigkeit der Zivilverwaltung seit der Einsetzung v. 19. 11. 1943, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1681. Grodno: Zerstörungen gering nach Stadtplan v. 15. 2. 1943, abgedruckt bei Klarsfeld, Bd. 3, S. 377–381, aber erheblich nach: Vern. Michael Kremer v. 9. 2. 1966, ebd., Bd. 1, S. 160; Bericht Dr. Petri (stellv. IV Wi bei AOK 9) v. 29. 6. 1941, BA-MA RW 31/90a; Bericht Staats-Archivrat Forstreuter über Dienstreise nach Grodno v. 11. 8. 1941, BA F 13667, Bl. 511. Zu Pinsk Vern. W.G. v. 12. 8. 1961, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 794. Borissow: Erfahrungsbericht des ehemaligen Wirtschaftskommandeurs 213 (Borissow), Hans Schwarz, v. 15. 9. 1943, BA-MA WF-01/1137, Bl. 3709. Bobruisk: Artikel Kubes in: Deutsche Zeitung im Ostland v. 1. 1. 1942. Vgl. W. Engelhardt, Klinzy, S. 7.

25 162. Inf.Div., Abt. Ib, Grundsätze für die Versorgung bei dem Einsatz (Geheime Kommandosache) v. 17. 6. 1941, BA-MA RH 26-162/50; OK Minsk, Kommandanturbefehl Nr. 1 v. 30. 7. 1941, ZStA Minsk 408-1-1, Bl. 10; FK (V) 812 Minsk-Land, Kommandanturbefehl Nr. 5 v. 19. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 30/R; Oberbefehlshaber der 4. Armee O.Qu./III/IIa/Ic, Sonderbefehl zur Aufrechterhaltung der Manneszucht v. 11. 9. 1941 (Abschrift von Abschrift), BA-MA WF-03/14270, Bl. 233–236; RMO II Pers. v. 14. 9. 1942 an alle Verwaltungsangehörigen und Angehörigen von Handelsgesellschaften (gez. Rosenberg, Abschrift), BA-MA SF-01/28985, Bl. 251f. Zum Tode verurteilt wurde hier ein deutscher Amtsgehilfe, der in Minsk Wohnungen von Weißrussen mit Waffengewalt beraubt hatte.

26 Vgl. SS-Kav.Rgt. 1, Kommandeur v. 27. 7. 1941 (Unterschrift: Fegelein) sowie OK Lachowicze, Befehl Nr. 3 v. 9. 8. 1941, BA F 6294, Bl. 684 und 653; Gruppe GFP 723, Bericht v. 25. 10. 1941, BA D-H ZM 868, A. 4, Bl. 33; FK 812 (Minsk), Bericht der Militär-Verwaltungs-Gruppe über ihre Tätigkeit 7-20. 7. 1941, BA F 1266, Bl. 2827; EM 39 v. 31. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1778; Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftsführungsstabes Ost vom 31. Juli 1941 v. 4. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 432.

rung seitens des deutschen Militärs« beklagte der Wirtschaftsoffizier der 4. Armee, Oberstleutnant Fach. Besonders die sogenannten Erkundungsstäbe hausten schlimm, in Minsk erst die der Panzerdivisionen, dann die der Panzerarmeen, schließlich die der 2. und 9. Armee – übrig blieb danach »nur noch das, was die Truppe beim besten Willen nicht wegschleppen und verbrauchen konnte.«²⁷ Das galt für Soldaten wie für – teils adlige – Offiziere, was den Generalkommissar Kube noch drei Monate später zu der Feststellung verleitete: »Überhaupt ist die Moral der Etappe heute schlechter[,] als sie 1918 gewesen sein kann. Was selbst aus den der Zivilverwaltung bereits übergebenen Gebieten noch fortgeschleppt wird, übersteigt alles Vorstellbare. [...] Der dünne Gesellschaftsfirnis der Generale und Stabsoffiziere fällt wie schlechte Emaille ab, sobald die Herren sich an deutsche Eigentumsbegriffe gewöhnen sollen.«²⁸

Besonders wurde offenbar die Textilindustrie heimgesucht. In Kritschew wurde das wichtige und unzerstörte Zementwerk ruiniert, indem man darin ein Kriegsgefangenenlager unterbrachte.²⁹ Aber auch die Zivilbevölkerung drohte durch Überfälle und Mißhandlungen sofort »unbrauchbar« zu werden:

»Truppenpropaganda hat völlig versagt. Sofort Flugblatt gegen fortschreitende Plünderungs- und Zerstörungssucht [nötig]. Betonung Unterschiede Bolschewik und Einwohner. Für den Mann ist Russe = Bolschewik. Behandlung dementsprechend. Anfängliches Zutrauen weissrussischer Bevölkerung beginnt in völlige Ablehnung umzuschlagen. Wirtschaftsaufbau dadurch sehr erschwert.«³⁰

Ein weiterer, wohl kleinerer Faktor der Vernichtung betraf die Vertreibung der Bevölkerung, nämlich der zum Teil anarchische Abriß von Häusern, vor allem Wohngebäuden, um Baustoffe, Schrott oder Brennholz zu gewinnen. Außer dem Abriß von Ruinen³¹ betraf dies auch bewohnbare Häuser. Der Gebietskommissar Glebokie durfte in Braslaw 113 Häuser des ehemaligen Ghettos »im Interesse des Ortsbildes« zur Brennholzgewinnung abreißen lassen. Im Gebiet Minsk-Land schlachteten Organisation Todt und Wehrmachteinheiten eindeutig bewohnte Gebäude aus.³² Als im

27 [WiRüAmt,] Stab Ia, Auszug aus dem Bericht über die Reise zur H.Gr. Mitte vom 18./19. 7. 41, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 371, 374 f. Z. B. wurden trotz deutscher Bewachung 700 Mikroskope zerschlagen.

28 Hierzu auch ebd., Bl. 373. Zitat: Kube an Alfred Meyer v. 9. 10. 1941 (Abschrift), BA-MA FPF-01/7827, Bl. 1016f.

29 Vgl. Gesamtbericht über die Flachskombinate und Flachsspinnereien im Gesamtgebiet des WiKdo Orscha (undatiert, Februar 1942), BA-MA (BArchP)F 42901, v. a. Bl. 389–391; WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. Wirtschaft v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 600.

30 Fernschreiben PzAOK 4-OQu-IV Wi (VO-OKW-WiRüAmt), Oberstlt. Fach, v. 14. 7. 1941 an Thomas, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 528. Ähnlich H.Gr. Mitte, Ic/A.O. v. 31. 8. 1941 (Abschrift) mit Auszug eines Berichts v. Schenckendorffs v. 27. 8., BA-MA RH 23/220.

31 Körner-Schrader, S. 89, bestätigt durch allerdings darüber hinausgehende Quelle KTB V.O.WiIn Mitte-OK I 79 (Beschenkowitschi) v. 14. 2. 1942 über Ulla und Molodetschno, BA-MA RW 46/499; Stalag 352, Kommandantur-Befehl Nr. 81 v. 15. 6. 1942, BStU AS 74/67, Bd. 2, Bl. 112; OK Minsk, Kommandanturbefehl Nr. 8 v. 21. 8. 1941, ZStA Minsk 379–2–4, Bl. 109/R; OK I/532 (Cholopenitschi) v. 25. 9. 1943, GebA Minsk 814–1–1, Bl. 1.

32 [GebK Glebokie,] IIa v. 30. 6. und 6. 7. [1942] an GK Minsk, Abt. Treuhand, ZStA Minsk 370–1–483, Bl. 7 und 18; Stalag 352, Waldlager Minsk, Kommandantur-Befehl Nr. 44 v. 14. 1. 1942 (Fragment), BStU, AS 74/67, Bd. 7, Bl. 120; WBfh. Weißruthenien, Abt. Ib, Besondere Anordnungen Nr. 20/42 v. 11. 6. 1942, GebA Minsk 699–5–1, Bl. 86. In weiteren Fällen lassen die Quellen nicht genau erkennen, ob es sich um bewohnte Gebäude handelte: OK Borisow, OK-Befehl Nr. 44 v. 1. 4. 1942, ZStA Minsk 391–1–56, Bl. 5/R; OK Cholopenitschi, Betr.: Abbruch von Gebäuden in Starina v. 8. 5. 1944, GebA Minsk 814–1–1, Bl. 13.

Winter 1941/42 halbfertige Häuser im Nordosten von Minsk abgerissen wurden, sahen weißrussische Zivilisten weinend zu, offenbar wegen des Verdachts, die Deutschen begännen mit der Vertreibung vieler Städter durch systematisches Niederlegen der Häuser.³³ Eine entsprechende großangelegte Aktion ist aber nicht nachweisbar. Allerdings wurden bei der Schrottsammlung der »Organisation Major Schu« besonders 1943 aus Weißrußland viele tausend Tonnen Altmetall abtransportiert, darunter die Oberleitungen der Minsker Trolleybusse.³⁴

Inwieweit hatten nun sowjetische Behörden Anteil daran, das weißrussische Industriepotential zu verringern? Dabei muß man zwischen Evakuierung und Zerstörung unterscheiden, außerdem zwischen der Evakuierung von Menschen und Sachwerten.

So groß die Niederlagen der Roten Armee in den ersten Wochen und Monaten des Krieges auch waren, die Aktionen zur Rettung von Millionen Menschen aus den westlichen Gebieten der Sowjetunion, darunter Weißrußland, vor den herannahenden Deutschen stellten eine Leistung dar, die die deutsche Führung nicht für möglich gehalten hätte und für deren verblüffende Effektivität die westliche Geschichtsschreibung noch keine rechte Erklärung gefunden hat.³⁵ Sie war eine Grundvoraussetzung für den Sieg gegen Nazideutschland. Die Zahl der in das sowjetische Hinterland Abtransportierten wird sich wohl nicht mehr genau ermitteln lassen. Schätzungen sprechen von 10 bis 17 Millionen Menschen. Angeblich wurden allein 10,4 Millionen Menschen mit der Eisenbahn evakuiert.³⁶ Aus Weißrußland stammten davon 1,5 Millionen; die Zahl von 300 000 Evakuierten allein aus dem Raum Minsk scheint aber übertrieben zu sein.³⁷ Aus der Stadt Gomel evakuierten die Sowjets 80 000 Menschen (von ungefähr 150 000 Einwohnern), aus Smolensk angeblich 100 000 bis 120 000.³⁸ Nach Einschätzung des deutschen SD erfolgte das »im allgemeinen freiwillig«.³⁹

Es gab entsprechend der sowjetischen Militärdoktrin keine nennenswerten Vorkriegspläne, sondern die gesamte Organisation für die Evakuierung mußte aus dem

33 Mündl. Mitt. K. Wafner v. 3. 8. 1992.

34 Beauftr. VJP, Zentrale Planung, Ergebnisse der Besprechung beim Reichsmarschall am 29. 4. 1943, Sonderarchiv Moskau 700–1–80, Bl. 2; Stab Major Schu, Außenstelle Bialystok, Betr.: Groß-Schrottaktionen v. 7. 8. 1943, Sonderarchiv Moskau 1323–1–238, Bl. 57; Das in Minsk gesammelte Beweismaterial (Nbg. Dok. USSR–38), BA F 16030; KTB WiKdo Witebsk, Monatsrückblick März, 20. 4. und 20. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 748, 765, 767. Siehe den grundlegenden Befehl Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP v. 9. 7. 1941 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 44421, Bl. 337; Schus Kurzbericht in: Wehrwirtschaftliche Nachrichten für die Dienststellen der Wehrwirtschaftsorganisation Nr. 2 v. 11. 1. 1943, BA F 2348, Bl. 165–167.

35 Zum letztgenannten Punkt die umfassendste deutsche Darstellung Segbers 1987. Segbers findet keine klare Antwort, wie ein solcher Erfolg möglich war, es sei denn durch eine ungeahnte Flexibilität, deren Ursache im Abgehen von der Tätigkeit der herkömmlichen sowjetischen Behörden gelegen habe (ebd. S. 90–197).

36 Hierzu Segbers, S. 183, und Kölm, S. 128. Schätzungen: Segbers, S. 167, 178; Turonek, S. 54; Kosyk, S. 153; N. Müller 1971, S. 73; Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 2, Köln 1975, S. 109.

37 Segbers, S. 176. – Zur »Evakuierung der 300 000« aus der Gegend von Minsk: Minsker Zeitung (Artikel Schröter v. 25. 6. 1942); geringere Zahlen vermuten Segbers, S. 104, Kölm, S. 129; Altshuler, Escape, S. 78 ff.; widersprüchlich Smolar 1989, S. 17 f.

38 Vgl. Segbers, S. 104, und EM 70 v. 1. 9. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2151.

39 »Die Evakuierung erfolgte im allgemeinen freiwillig, lediglich das Vieh ist zwangsweise abgetrieben worden.« Ebd.

Boden gestampft werden.⁴⁰ Am 24. Juni 1941 wurde der Rat für die Evakuierung in Moskau gegründet; am 23. oder 24. Juni faßten das ZK der KP Weißrußlands und der Rat der Volkskommissare den Beschluß zur Evakuierung und bildeten eine entsprechende Kommission. Obwohl manche Befehle bisher nicht im Wortlaut bekannt sind, scheint es so, als habe in den ersten Kriegstagen der Schwerpunkt auf dem Abtransport der Bevölkerung, vor allem qualifizierter Arbeitskräfte, von Verwaltungsfunktionären und militärischen Gütern gelegen. Erst im Lauf des Juli bekamen Industrieanlagen hohe Priorität.⁴¹ In Weißrußland war deshalb der Anteil der geretteten Menschen überdurchschnittlich und jener der zurückgeführten Maschinen und Anlagen unterdurchschnittlich.⁴² Die auf Bahntransporten basierende sowjetische Evakuierungsaktion erreichte bereits im Juli 1941 ihren Höhepunkt.⁴³ Auch aus Gebieten westlich des Dnjepr gelang es deshalb einem großen Teil vor allem der städtischen Bevölkerung, sich evakuieren zu lassen, und zwar nicht allein durch die Flucht auf eigene Faust, sondern auch und vor allem in einer organisierten Massenaktion.⁴⁴ In den Augen der Zeitzeugen allerdings erschien die unter dramatischen Umständen ablaufende Evakuierung – so fuhren aus Witebsk die Evakuierungszüge auf Sicht im 500-Meter-Abstand – oft wirr, planlos und chaotisch.⁴⁵

Trotz des rasenden Vormarschs der deutschen Panzer, die am 27. Juni 1941 schon die Hauptstraße Minsk-Smolensk abschnitten und am 28./29. Juni Minsk, Borissov und Bobruisk eroberten, war eine Evakuierung sogar aus dem äußersten Westen Weißrußlands, aus Białystok, Kobryn oder Lida, möglich, sowohl mit der Bahn als auch sogar im Wagentreck, allerdings nur begünstigt von örtlichen Umständen und Zufällen. Die Chance zur Flucht war so weit im Westen aber wesentlich geringer. In unzähligen Fällen scheiterte sie.⁴⁶ Es gab zwei Fluchtwellen: die erste nach den deut-

⁴⁰ Segbers, S. 65, 91–93, 98ff.

⁴¹ Vgl. ausführlich Segbers, S. 92ff. Ferner Faktorowitsch, S. 36; Bericht P.A.Lidow unter dem 24. 6. 1941 (Lenhard, S. 72); und Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Bd. 2, S. 737. Z.B. ist der Text der ersten unionsweiten Weisung zur Evakuierung vom 27. 6. 1941 noch unbekannt.

⁴² Weißrußland wies offiziell 1,5 von 10,4 Millionen Evakuierten (14 %) in der UdSSR, aber nur 6 bis 7 % der insgesamt verlagerten Betriebe auf (109 von 1700 bis 2000). Vgl. Segbers, S. 105, 120, 176, 178.

⁴³ Allerdings offenbar erst in der zweiten Julihälfte. Nach Zahlen des Volkskommissariats für Verkehrswesen wurden im Juli 1941 rund 300 000 Waggons mit Evakuierungsladungen gefahren, im August 185 000, im September 140 000, im Oktober 175 000, im November 123 000 und im Dezember 1941 71 000. Zwischen 23. 6. und 17. 7. sollen es allerdings nur 65 977 gewesen sein. Segbers, S. 133.

⁴⁴ In diesem Punkt nicht uneingeschränkt haltbar: Altshuler, Escape, hier S. 78–80, der für die ersten Tage und Wochen eine organisierte Evakuierung ausschließt, weil erst die Befehle hätten gegeben werden müssen und der entsprechende Apparat noch nicht habe funktionieren können. Die Ergebnisse der Aktion sprechen in Weißrußland aber für sich und können nur durch umfangreiche Eisenbahntransporte erklärt werden.

⁴⁵ Vgl. die Erinnerungen bei Alexijewitsch, S. 17ff., 21, 30ff., 37ff., 46ff., 56f., 87ff., 135ff., 172ff., 250ff.; Kallinin, S. 10ff.; Bericht Lidow, abgedruckt in: Lenhard, S. 72; FK-Minsk-Land, Abt. VII-Kriegsverwaltung, Bericht v. 14. 8. 1941, BA F 15266, Bl. 2841. – Zeitweilig hinderten sowjetische Posten in den ersten Kriegstagen Einwohner der Westgebiete am Überschreiten der sowjetisch-polnischen Grenze von vor 1939, vgl. Pinchuk, S. 134. Nach dem allgemeinen Eindruck aus Aussagen weißrussischer Zeugen, die in westdeutschen Justizakten vorhanden sind, ist dies vom Umfang her nicht überzubewerten. Vornehmlich dürften mehrere Hauptstraßen betroffen gewesen sein. Siehe z.B. einen Erinnerungsbericht in: Davies/Polonsky, S. 325; Altshuler, Escape, S. 96f.

⁴⁶ Siehe stellvertretend die Schilderungen bei Smolar, Krasnoperko und Cholawski, Soldiers. Bei Wila Orbach, The Destruction of the Jews in the Nazi-Occupied Territories of the USSR, in: Soviet Jewish Affairs 6 (1976), H. 2, S. 15f., und Pinchuk, S. 134, wird die Fluchtmöglichkeit etwas unterbewertet.

schen Bombenangriffen der ersten Tage, die zweite im Osten, nachdem die Wehrmacht den Dnjepr überschritten hatte. Ein großer Teil dieser Flüchtlinge waren Frauen, Kinder und Alte, unter ihnen viele Juden. Die Straßen nach Osten waren verstopft und wurden von deutschen Flugzeugen wie Eisenbahnen und Bahnhöfe bevorzugt bombardiert.⁴⁷

Die seit der unmittelbaren Nachkriegszeit heftig diskutierte Frage, wie viele Juden aus Weißrußland und aus den westlichen Regionen der Sowjetunion sich retten oder gerettet werden konnten,⁴⁸ ist durch neuere Forschungen weitgehend geklärt.⁴⁹ Berichte der Einsatzgruppe B besagen, daß anfangs viele weißrussische Juden nichts von ihrem drohenden Schicksal ahnten⁵⁰ und blieben, während sie sich aus Gomel schon beinahe alle wegbringen ließen. Aus Minsk, Witebsk und Mogilew waren die Hälfte bis zwei Drittel der jüdischen Einwohner geflohen, während in Grodno, Brest, Pinsk, Polozk, Bobruisk und Borisow offenbar nahezu alle in die Hände der Deutschen fielen (vgl. Kap. 72). In den im Herbst 1941 eroberten mittell russischen Städten wurden fast keine Juden mehr angetroffen.⁵¹ Nur im Fall entsprechender Entscheidungen örtlicher Inhaber der Befehlsgewalt gab es bevorzugte Evakuierungen von Juden. Fälle, bei denen sie aus Antisemitismus an der Flucht gehindert wurden, waren sehr selten. Da die Fluchtchance entscheidend vom leichten Zugang zur Eisenbahn abhing und Juden unter den vorrangig evakuierten Berufs- und Bevölkerungsgruppen überdurchschnittlich vertreten waren (Industriearbeiter, Verwaltungs- und Parteifunktionäre – Stadtbewohner überhaupt), waren sie auch unter den Geretteten überrepräsentiert.⁵² Etwa 150 000 bis 180 000 weißrussische Juden mögen zwischen Juni und August 1941 ins Innere der Sowjetunion gebracht worden sein.⁵³

47 Siehe die eindringlichen Erinnerungen bei Simonow, S. 24 und 86, und Alexijewitsch. Spätestens Ende Juni 1941 scheinen die deutschen Einheiten den Befehl bekommen zu haben, die Flucht der Bevölkerung nach Osten, wenn nötig mit Waffengewalt, zu stoppen. Siehe das Beispiel der 18. Pz.Div. bei Bartov 1985, S. 125.

48 Einige Autoren wie Reitlinger und Joseph B. Schechtman meinten, die Juden seien in großer Zahl bevorzugt – auch zwangsweise – evakuiert worden, andere, so Solomon M. Schwarz, erklärten, ihre Flucht sei verhindert worden. Beide Auffassungen sind überholt. Zu dieser Diskussion Reitlinger, *Endlösung*, S. 248, 256f. und 571; Schwarz' Position nähert sich auch Pinchuk, S. 124–137. Gerüchte, die der ersten Variante entsprachen (*Deutsche Zeitung im Ostland* v. 25. 6. 1942; Hauptverwaltung der Reichskreditkassen, *Die Wirtschaftslage im Ostland* v. 30. 9. 1941, BA 25.02, Nr. 2, Bl. 205), sind in ihrem Quellenwert nicht allzu hoch einzuschätzen.

49 Besonders fundiert Altshuler, *Escape*, S. 77–104; dadurch in einigen Punkten überholt: Levin 1990, vgl. ders. 1995, hier S. 274–292.

50 Vom drohenden Völkermord konnten die Juden nichts wissen, da er nach dem 22. Juni 1941 völlig neue Ausmaße annahm. Altshuler (*Escape*, S. 83–91) argumentiert aber, daß die Mehrzahl der Juden im Westen der Sowjetunion (einschließlich vor 1939 sowjetischer Gebiete) wußten, daß sie eine scharfe Judenverfolgung von den Deutschen zu erwarten hatten, und zwar meist aus inoffiziellen Quellen. Siehe dagegen Levin 1995, S. 274ff.; Pinchuk, besonders S. 131f.

51 Vgl. Hilberg, S. 226, und EM 90 und 133 v. 21. 9. und 14. 11. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2479, und /28934, Bl. 3168.

52 Ähnlich: Altshuler, *Escape*; Davies/Polonsky, *Introduction*, S. 29f.

53 Diese Schätzung basiert auf folgenden Grundlagen und Annahmen: 1,5 Millionen Menschen wurden aus der BSSR evakuiert, etwa die Hälfte Städter (Annahme); in Weißrußland (Nachkriegsgebiet) lebten kurz vor dem Krieg etwa 650 000–680 000 Juden, darunter 570 000 in Städten, sie stellten im Westen 35 %, im Osten 24 % der Stadt- und insgesamt rund 6,5 % der Gesamtbevölkerung (s. S. 91f.); Juden wurden nicht mehr und nicht weniger evakuiert als andere Einwohner von Stadt und Land (Annahme). – Altshuler, *Es-*

Neben der Evakuierung von Zivilisten wurden in fast allen größeren Orten wehrfähige Männer für die Rote Armee mobilisiert. Insgesamt sollen dabei in Weißrußland 500 000 Männer eingezogen worden sein.⁵⁴ Das führte zu einem Übergewicht der Frauen unter den »Arbeitsfähigen« während der Besatzungszeit, das in den Städten des GK Weißruthenien 170 zu 100 betrug. Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte war das Verhältnis (zwischen 16 und 45 Jahren) 64,2 zu 35,8 Prozent, bei den Arbeitskräften insgesamt 59 zu 41.⁵⁵ Dort kamen auf 1000 Einwohner durchschnittlich 370 Kinder unter 14 Jahren, 240 Männer und 390 Frauen.⁵⁶ Mobilisierung, Evakuierung und Flucht, beispielsweise auch von den Städten ins Umland, veränderten die Zusammensetzung und Verteilung der weißrussischen Bevölkerung also wesentlich.

Was Wirtschaftswerte angeht, wurden aus Weißrußland insgesamt 109 größere Betriebe nach Osten per Bahntransport verlagert. Kennzeichnend ist, daß mehr als ein Drittel davon aus Gomel stammten, der zuletzt, Ende August, gefallenen weißrussischen Großstadt. Der Rest kam vorwiegend aus Witebsk, Mogilew, Orscha und kleineren Städten im Osten Weißrußlands.⁵⁷ Aus Minsk konnten dagegen wohl nur noch ausgewählte Maschinen weggeschafft werden.⁵⁸ In Gomel befanden sich zeitweise auch ZK der KP Weißrußlands, Oberster Sowjet und Regierung,⁵⁹ die offenbar die Verlagerungsmaßnahmen steuerten. Ausgebaut wurden in der Stadt – nach Angaben der Einsatzgruppe B bereits zum Stichtag 6. Juli – auch das Landmaschinenwerk, der größte Industriebetrieb Weißrußlands, und die größte Glasfabrik der Sowjetunion. Wie deutscherseits berichtet wurde, sei in »Gomel [...] wenig zerstört, aber alle Betriebe [sind] planmässig geräumt und sozusagen »besenrein« übergeben worden.«⁶⁰ Die Belegschaften wurden hier vollständig, anderswo teilweise mit evakuiert. Ähnlich war es im größten weißrussischen Torfwerk Osintorf bei Orscha, wo auch die

cape, S. 97, kommt zu dem Ergebnis, daß aus dem Osten Weißrußlands 38 % aller Juden und aus dem Westen 11 % ins sowjetische Landesinnere entkommen konnten. Nach Levin 1990, S. 141, gelang aus Weißrußland 22 000–30 000 Juden die Flucht.

54 Die Jahrgänge 1905–1918 wurden mobilisiert. Die Jahrgänge 1919–1922 befanden sich gerade im Dienst. Vgl. Altshuler, *Escape*, S. 93; Turonek, S. 54; für das Beispiel Pinsk (ab 23. 6. 1941): Eckman/Lazar, S. 250.

55 Vgl. ebd. sowie Alfred Strobel, *Die grosse Schicksalswende*, in: *Auf Informationsfahrt im Ostland*, S. 217; WiIn Mitte, Stab I/I Wiss., *Beitrag zum Lagebericht v. 1. 7. 1943 (Statistik)*, BA-MA RW 31/269, Bl. 23f.; *Bericht des GenWiOst (Nagel) über die Fahrt zur WiIn Mitte v. 22.–28. 6. 1942*, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1144.

56 Die Vergleichswerte im Reich waren: 215/379/406. Vgl. Statistischer Arbeitsausschuß der WiIn Mitte, *Statistischer Bericht Nr. 1 (Anlage zum Lagebericht v. 3. 8. 1943)*, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 894.

57 Vgl. Segbers, S. 105 und 120; Baranowa/Pawlowa, S. 111; Hoffmann, *Kriegführung*, S. 869. Die merkwürdige genaue Zahl ergibt sich daraus, daß jeder einzelne zu evakuierende Betrieb ein Auswahlverfahren durchlief und vom gesamtsowjetischen Evakuierungsrat genehmigt werden mußte (Segbers, S. 98). Laut Kölm, S. 129, betrug die Gesamtzahl der Industriebetriebe in den östlichen Gebieten Weißrußlands (Witebsk, Mogilew, Gomel, Polesje) 1669. Nach Kalinin, S. 28 ff., wurden in diesem Raum noch im Juli 1941 Fabriken statt einer Evakuierung auf die Kriegsproduktion umgestellt, z.B. in der Textil-, Schuh- und Holzindustrie.

58 Siehe Segbers, S. 104 (ähnlich Kölm, S. 129); und Kalinin, S. 14.

59 Kalinin, S. 16 und 44.

60 Reisebericht für 21.–25. 10. 1941, BA-MA Wi ID/1723. Vgl. EM 90 v. 21. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2479; Aktennotiz über Besprechung [des Generals Thomas] bei WiIn Mitte in Borissow am 29. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 44543, Bl. 241; Kölm, S. 129; zum frühen Verlagerungsbeginn in Gomel auch undatierte Bericht der 221. Sich.Div., BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 630f.

Familien der evakuierten Arbeiter mitgeführt wurden.⁶¹ Außer der Rückführung industrieller Anlagen gelang auch die Evakuierung von 674 000 Stück Vieh.⁶²

Sowjetische Organe machten aber auch Betriebe durch Ausbau wichtiger Teile, Anzünden oder Sprengung gezielt unbrauchbar. Der erste bekannte entsprechende Befehl kam am 29. Juni 1941 vom ZK der KPdSU (B) und von der sowjetischen Regierung. Die darin enthaltenen Formulierungen zur Zerstörung übernahm Stalin in seiner bekannten Rundfunkrede vom 3. Juli.⁶³ Entsprechende Aufrufe, auch durch das weißrussische ZK, richteten sich an die Allgemeinheit. Solche Aktionen wurden aber auch durch spezielle Sondereinheiten, die sogenannten Vernichtungsbataillone, durchgeführt und sicher auch durch Angehörige solcher Betriebe, die nicht abtransportiert werden konnten.⁶⁴ So wurden in der sonst unversehrten Kunstseidenfabrik in Mogilew die Platindüsen entfernt, im modernen Flachskombinat Orscha die Motoren, Elektroanlagen und wichtigsten Teile, die zwei Güterzüge füllten, im Torfabbau Osintorf wurden außerdem die Kräne und Hydroanlagen gesprengt.⁶⁵ Totalzerstörungen waren seltener als solche Teilmaßnahmen, um Betriebe funktionsuntüchtig zu machen.⁶⁶ Unabsichtlich spielten die Sowjets damit den deutschen Entindustrialisierungs- und Entstädterungsplänen in die Hände. Aber erstens konnten sie nicht ahnen, daß die Besatzung sich über Jahre hinziehen würde – sie gingen fest von einer kurzen Zeitspanne aus –, und zweitens können sie nicht für den Umgang der deutschen Behörden mit sogenannten »Unnützen« verantwortlich gemacht werden.

Die Deutschen – Besatzungsbehörden und Presse – erhoben den Vorwurf, die Sowjets hätten über Industrieanlagen hinaus zahlreiche Städte wie Minsk, Witebsk, Polozk, Sluzk und Smolensk angezündet (mal hieß es, vor Einnahme durch die Wehrmacht, mal danach).⁶⁷ Am besten läßt sich das wegen der Quellenlage für das Beispiel Minsk überprüfen. Noch um den 10. Juli herum – knapp zwei Wochen nach der Eroberung – berichtete Nebe wie erwähnt von dort, die deutsche Luftwaffe habe die Stadt vernichtet.⁶⁸ Sie war also schon zerstört, nach Nebe zu 85 Prozent. Um diese Zeit scheinen erste Gerüchte gesät worden zu sein, die Sowjets seien daran

61 Vgl. EM 90 und 31 v. 21. 9. und 23. 7. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2479, und BA-MA SF-01/28930, Bl. 1621; Bericht M.S. Fridmen aus einem Witebsker Textilwerk, in: Rürup, S. 170f. (2000 von 5000 Arbeitern wurden mitgenommen); Erinnerungen Maria Makarenko, in: In den Wäldern Belorußlands, S. 162; Kalinin, S. 36f. und 52ff.; Segbers, S. 176. Nach ebd., S. 137 (vgl. S. 197), wurden jeweils höchstens 30–40 % der Belegschaften mitgenommen. Das sieht N. Müller 1971, S. 73, als Durchschnittswert an. Segbers bringt nur punktuelle Belege. Daran zeigt sich, auf welchem unsicherem Boden man sich in dieser Beziehung bewegt.

62 Vgl. Turonek, S. 56; Zaprudnik, S. 95; allgemein für die UdSSR Bonusiak, S. 218.

63 Vgl. Faktorowitsch, S. 36, Shukow, S. 317, und Stalins Rede in Ueberschär/Wette, hier S. 274.

64 Faktorowitsch, S. 36–39; Wilenchik, S. 155f.

65 Vgl. WiRüAmt/Wi VIa, Zusammenstellung wichtiger Meldungen über die Ostgebiete Nr. 2 v. 28. 8. 1941, BA-MA RW 19/2408, Bl. 73–76; Gesamtbericht über die Flachskombinate und Flachsspinnereien im Gesamtgebiet des WiKdo Orscha [undatiert, Februar 1942], BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 389ff.; Erinnerungen Maria Makarenko, in: In den Wäldern Belorußlands, S. 162.

66 Diese Einschätzung findet sich z.B. im 2. Vierzehntagesbericht des WiStabs Ost v. 9. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 867.

67 So auch Vakar, S. 171.

68 EM 20 und 23 v. 12. und 15. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1480f. und 1513. Vgl. Gartenschlaeger, S. 30f. Die EGr B war bei Erstattung der Berichte schon etwa eine Woche in der Stadt.

schuld.⁶⁹ Ohne weitere Untersuchung war kurz darauf nur noch von dieser Variante die Rede, als Täter wurden wahlweise Juden und Kommunisten (»finstere Gestalten«) genannt.⁷⁰ Anfang Juli brachen tatsächlich mehrere Brände in Minsk aus, von denen zumindest einige auf Brandstiftung zurückzuführen waren. Betroffen waren aber nur einige Holzhäuser und Lagerschuppen sowie eine Möbelfabrik.⁷¹ Außerdem sollen Juden, die ihre Häuser an weißrussische Obdachlose abtreten sollten, dieselben angezündet haben, wofür unter Mitwirkung eines Technischen Bataillons (mot) 30 jüdische »Rädelsführer« erschossen wurden. Die Brandstiftung kann aber keineswegs als gesichert gelten.⁷² Nebe ließ unbewaffnete weißrussische Brandwachen einrichten, und es scheint ihm gelungen zu sein, damit Panik zu erzeugen.⁷³ Der Fall Minsk zeigt, daß die Brandstiftung durch »entmenschte bolschewistische Verbrecher« weitgehend erfunden war. Die Deutschen schreckten vor den unglaublichsten Geschichten nicht zurück, wie der, daß »Kommissare« von fahrenden Lastwagen herunter »Brandbomben in die Häuser geworfen« hätten.⁷⁴ Ähnliches gilt für weitere Beispiele. Angeblich hat die GPU in Smolensk Benzinfässer die abschüssigen Straßen hinunter ausgegossen und angezündet.⁷⁵ Der Oberbefehlshaber der Panzer-

69 Vgl. Feldpostbrief H. H. v. 14. 7. 1941 (Stab 258. Inf.Div.): »Was einen tiefen Eindruck auf mich machte, war das fast ausgebrannte Minsk. Bei uns streitet man sich darum, ob es von den Russen angesteckt oder von unseren Fliegern in Brand geworfen wurde. Die Ansichten gehen auseinander.« BfZ, Slg. Sterz.

70 Vgl. Deutsche Zeitung im Ostland v. 3. und 14. 8. 1941 sowie 25. 6. 1942 (hier wurde als »Tatzeit« der 25.–27. 6. sowie die Tage nach Eroberung angegeben); Minsker Zeitung v. 21./22. 6. 1942 (auch hier Bombenangriff und folgender Brand); Hans Schadowaldt, Ostland – europäische Sendung, in: Auf Informationsfahrt im Ostland, S. 54f.; [WiRüAmt,] Stab Ia, Reisebericht für 23. bis 27. 7. v. 28. 7. 1941 (v. Gusovius) und KTB WiRüAmt v. 28. 7. 1941 über Vortrag v. Gusovius bei Thomas, BA-MA WF-01/15913, Bl. 816, und /15885, Bl. 895 (bei den letzten drei Berichten nur sowjetische Brandstiftung). Im Bericht WiRüAmt/Stab Ia v. 22. 7. 1941 über eine Minsk-Reise am 18./19. 7. hieß es dagegen noch: »Die Stadt ist fast völlig zerstört, und zwar zunächst durch die deutschen Stukas, dann durch die schweren deutschen Tanks, weiterhin durch die russische Artillerie und zum guten Teil auch durch die zurückgebliebenen Juden, die viele Häuser angesteckt haben.« BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 369.

71 FK (V) 812, Abt. Ia, Ic, Betr.: Brände in der Stadt Minsk v. 9. 7. 1941 an 286. Sich.Div., BA-MA RH 26–286/3. Vgl. KTB 286. Sich.Div. v. 9. 7. 1941, BA-MA RH 26–286/2, Bl. 24R.

72 AOK 4-Qu-IV Wi (VO-OKW-WiRüAmt), Tätigkeitsbericht Nr. 2 15.–31. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 140; EM 20, 21 und 23 v. 12., 13. und 15. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1481, 1492 und 1510; Vern. Walter Blume (Chef SK 7a) v. 31. 10. 1947, Fall 9, Protokoll Bl. 1827 (BA F 56828); Aff. Blume v. 12. 1. 1948 (hiernach wurde durch die Juden angeblich ein größerer Brand ausgelöst) und Aff. Karl Radl, BA F 72908, VDB Blume II, Bl. 4 und 10. Zur Möbelfabrik Reisebericht Küpers v. 10. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 355.

73 Mündl.Mitt. Frau Schmidt-Noack, Berlin (damals Einwohnerin von Minsk), v. 4. 5. 1992 und EM 21 v. 13. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1491f.

74 KTB WiKdo Belgard (Minsk) v. 8. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 673 unter Berufung auf die »Ausagen einiger Russen«. Ausgerechnet zum Anzünden des eigenen Hauptquartiers seien die »Kommissare« nicht mehr gekommen. Erstes Zitat: Deutsche Zeitung im Ostland v. 25. 6. 1942.

75 Vgl. Nachkriegsbericht Schubuth, IfZ ZS 417, Bl. 13. Schubuth war 1941 Ic-Offizier des Berück Mitte und später Begleitoffizier Wlassows. – Nach dem Bericht von Augenzeugen war in Smolensk, das die Deutschen am 16. 7. eroberten, bereits am 3. 7. ein Viertel der Stadt nach deutschen Brandbombeneinsätzen niedergebrannt (Simonow, S. 68), am 6. Juli herrschten erneut große Brände (Bericht M. S. Fridmen, Rürup, S. 170f.), zu einem Zeitpunkt, als die Front noch 200 km weiter westlich stand und an eine Aufgabe der Stadt sicher noch nicht gedacht wurde. Smolensk war nach einem Befehl Stalins bis zum letzten zu halten (Shukow, S. 319–323; Arazi, S. 227f.). Urheber der Brände waren also mit Sicherheit nicht die Sowjets.

gruppe 3, Generaloberst Hermann Hoth, wollte sogar persönlich dabeigewesen sein, als »Jungkommunisten« Witebsk in Brand gesteckt hätten.⁷⁶

Für Witebsk und Polozk ist die Beweisführung jedoch schwieriger. Allerdings fanden in Witebsk tagelang schwere Bodenkämpfe statt, besonders in der östlichen Stadthälfte. Gerade das Umfeld der Haupteisenbahnstrecken und des Bahnhofs blieb jedoch unzerstört (wie in Minsk wichtige Akten und zentrale Partei- und Armeeverwaltungsgebäude), das die Sowjets doch sicherlich zuerst zerstört hätten.⁷⁷ Zwei GFP-Gruppen wollten herausgefunden haben, daß Witebsk systematisch in Brand gesteckt worden sei – ihre »Ermittlungsergebnisse« widersprachen einander allerdings.⁷⁸ Anscheinend schwirrten, wie in Minsk, Gerüchte durch die Stadt.⁷⁹ Vermutlich wurden dadurch einzelne Zerstörungsakte ins Gigantische vergrößert. Daß Witebsk ausschließlich durch die Sowjets zerstört worden war, wie die deutsche Presse berichtete, traf sicherlich nicht zu.⁸⁰ In Polozk wurden einerseits der »Mob unter Führung der Juden«, andererseits Trupps der angeblich mehrheitlich jüdischen Stadtverwaltung und der Roten Armee beschuldigt, die Stadt niedergebrannt zu haben. Die Zeugenvernehmung des kommissarischen Bürgermeisters, des Volksdeutschen Johann Kischko, gab – neben Passagen, die antisemitische Vorurteile bedienten – den deutschen Beschuldigungen eine gewisse Plausibilität.⁸¹ Wenn aber tatsächlich sowjetische Behörden und Einheiten im Bemühen, dem Feind nichts unzerstört in die Hände fallen zu lassen, in größerem Umfang Brandstiftung an Wohngebäuden begingen, so offenbar nur stellenweise auf Grund örtlicher Entscheidungen.⁸² Den ent-

76 Vern. Hermann Hoth v. 3. 5. 1948, Fall 12, Protokoll Bl. 3118 (BA F 53917). Vgl. dagegen Anm. 5/78. Zu Sluzk siehe Deutsche Zeitung im Ostland v. 6. 3. 1942; ferner Minsker Zeitung v. 1. 9. 1943.

77 Vgl. Bericht Deichmann über das VIII. Flieger-Korps, BA-MA RL 8/47, Bl. 17; Hinze, S. 43 ff.; Stadtplan Witebsk, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 25, Bl. 57.

78 Der Gruppe 703 zufolge waren die Täter »Juden, Angehörige des Komsomols und Mitglieder der Eisenbahn-Miliz«, zwölf seien »auf frischer Tat« von einer Feldgendarmarie-Abteilung erschossen worden. Die Gruppe 580, die erst am 23. 7. in Witebsk eintraf, vermeldete, es seien Parteimitglieder gewesen, die auf einer Versammlung am 6. 7. zum Mitmachen verpflichtet worden seien und am 9. 7., dem Tag der Einnahme der Stadt, ihr Werk begonnen hätten. Laut Abwehrabteilung der 3. Panzerarmee geschah die Tat dagegen vor Einnahme der Stadt. Vgl. GFP-Gruppe 703 v. 31. 7. 1941, BA-MA WF-03/5769, Bl. 213; GFP-Gruppe 580, Tätigkeitsbericht für Monat Juli v. 1. 8. 1941, BA-MA WF-03/17084, Bl. 313 f.; Panzergruppe 3, Abt. Ic/A.O. v. 14. 7. 1941, ebd., Bl. 172 f.

79 Bezeichnend ist, daß die GFP-Gruppen in diesem Zusammenhang nicht direkt von Vernehmungen berichteten, sondern die Ausdrücke »mitgeteilt« (703) bzw. »in Erfahrung gebracht« (580) benutzten. Vgl. auch KTB WiKdo Belgard (Minsk) v. 8. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 673.

80 Schlesische Zeitung v. 2. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 189; Fsch. AOK 9, IV Wi an WiStab Ost, Ia, v. 21. 7. 1941 (Abschrift v. Abschrift), BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 95; EM 31 v. 23. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1620, auf Grund eines Berichtes des SK 7a (Blume).

81 A.O.K. 9 – IV Wi, Aktennotiz, Betr.: Vernehmung des kommissarischen Bürgermeisters von Polozk, Johann Kischko v. 20. 7. 1941 (gez. v. Ilberg, Major, der die Vernehmung offenbar führte/Abschrift) an Ic/AO [der Panzergruppe 3], WiStab Ost, WiIn Mitte, GenQu, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 419 f. (Akten des WiRüAmts). Nicht identische Abschrift bzw. Abschrift v. Abschrift in BA F 6294, Bl. 664 (Akten der SS-Kav. Brigade) und BA F 56754 (Akten des Pol.Btl. 322). – Erstes Zitat: Aussenstelle 38 des WiKdo Hirschberg an WiKdo Hirschberg in Witebsk v. 29. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 42943, Bl. 415. Vgl. auch EM 31 v. 23. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1620, und Vern. Walter Blume v. 31. 10. 1947, Fall 9, Protokoll Bl. 1830 f. (BA F 56828).

82 Darauf deutet auch das Beispiel Mogilew hin, wo die Zerstörungen geringer und sogar viele Fabriken unversehrt waren, obwohl zwei Wochen Zeit zum Abbrennen gewesen wäre und die Stadt auch durch Kämpfe litt. Vgl. WiRüAmt, VIa, Zusammenstellung wichtiger Meldungen über die Ostgebiete Nr. 2 v. 28. 8. 1941, BA-MA RW 19/2408, Bl. 75.

scheidenden Faktor bei der Vernichtung von Wohngebieten bildeten die Angriffe der deutschen Luftwaffe, während bei den Produktionsstätten auch Betriebsverlagerungen und Unbrauchbarmachung durch die Sowjets eine große Rolle spielten.

5.2 Die verbliebenen Produktionskapazitäten, Schwierigkeiten bei ihrer Nutzung und die Politik der Entindustrialisierung

a) Größenverhältnisse und Kapazitäten

Schon kurz nach der Eroberung Weißrußlands kamen die ersten hochrangigen deutschen Wirtschaftspolitiker ins Land, um sich über die Industrie in Minsk und anderswo zu informieren: Am 30. Juni fuhr Gustav Schlotterer, der Leiter der Chefgruppe Wirtschaft im Wirtschaftsstab Ost, nach Grodno, am 12. Juli traf sein Vertreter Ter-Nedden in Begleitung von Marrenbach (Beauftragter für die Berufsverbände) in Minsk ein, am 27. Juli General Schubert (Chef Wirtschaftsstab Ost), am 4./5. August Staatssekretär Landfried und Unterstaatssekretär General v. Hanneken (Reichswirtschaftsministerium), am 13. August Franz Hayler, der Leiter der Reichsgruppe Handel, und am 29. August war General Thomas, der Chef des Wirtschafts-Rüstungsamtes, in Minsk und Borisow.⁸³ Sie alle stellten fest, daß nur wenige Industrieanlagen zu gebrauchen waren, besonders für die eng definierten deutschen Zwecke.

Rüstungsbetriebe im engeren Sinne existierten praktisch überhaupt nicht. Die wenigen vorhandenen hatten die Sowjets begrifflicherweise gründlich demontiert oder zerstört. Im Zivilverwaltungsbereich faßten die Dienststellen der Rüstungswirtschaft alles zusammen, was halbwegs mit Wehrmachtinteressen in Zusammenhang gebracht werden konnte, und erklärten es zu Rüstungsbetrieben, um überhaupt eine Existenzberechtigung zu haben – so Betriebe der Schuh-, Textil- oder Holzindustrie. Die Außenstelle Bialystok der Rüstungsinspektion I (Königsberg) machte keine Ausnahme, sondern kümmerte sich vorwiegend um die Bialystoker Textilwirtschaft; auch beim Versuch, kleine Rüstungsbetriebe aus dem Reich nach Grodno verlagern zu lassen, war sie wenig erfolgreich.⁸⁴ Die Rüstungsaußenstelle 17 (Brest) des Rüstungskommandos Luzk stand mangels Betätigungsmöglichkeiten mehrfach vor der Auflösung.⁸⁵ Das Rüstungskommando Minsk betreute neben Fertigungsstätten, die die Zivilverwaltung mit gewissem Recht für sich beanspruchte und nach und nach bekam, darunter kleinste Handwerksbetriebe, improvisierte Einrichtungen wie eine »Fabrik für Heeresausrüstung« (ehemals eine der größten sowjetischen Schuhfabriken), eine ehemalige Werkzeugmaschinenfabrik (teils zerstört, teils von Deutschen demontiert), das Kirowwerk (Bau von Panjewagenachsen), die Radiofabrik (Funkan-

83 Vgl. KTB WiStab Ost v. 30. 6., 17. 7. und 13. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 12, 38 und 81; FK 812, Bericht der Militär-Verwaltungs-Gruppe über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 7.–20. 7. 41, BA F 15266, Bl. 2824; KTB WiKdo Minsk v. 27. 7. und 4./5. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 678f.; Aktennotiz über Besprechung in Boris[s]ow am 29. 8. 41, BA-MA RW 19/177, Bl. 252.

84 Auch in der Stadt Bialystok gab es keinen einzigen wirklichen Rüstungsbetrieb. Vgl. Auszüge des KTB der RüIn I und Anlagen in StA Detmold D 21 A, Nr. 6213.

85 Vgl. KTB RüASt 17 (Brest) 1942–1944, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 1614–2164.

lagen für die Luftwaffe) und eine »Waffenwerkstatt« mit je 200 bis 700 Beschäftigten (alle in Minsk). Der einzige bedeutende Rüstungsbetrieb, das Werlin-Werk (KfZ-Instandsetzung, vgl. Kap. 5.4), war ihr entzogen. Der Auftragsbestand soll mit 12 bis 15 Millionen RM jährlich auf der Höhe der Kommandos in Litauen und Estland, aber weit unter dem in Lettland gelegen haben.⁸⁶ Sonst waren in Minsk nur noch eine Möbel-, eine Filzstiefel- und eine Bürstenfabrik (eine der größten Osteuropas) bemerkenswert, die der Organisation Todt oder der Zivilverwaltung unterstanden.⁸⁷ Die Chefgruppe M (Rüstungswirtschaft) bei der Wirtschaftsinspektion Mitte meldete schlicht »kein Betätigungsfeld« und wurde bald aufgelöst; einzelne Reparaturbetriebe für die Wehrmacht wurden auch hier improvisiert.⁸⁸

In den übrigen Industriesparten sah es ähnlich aus. In der polnischen Wojwodschaft Białystok hatten Industriearbeiter nur 1,2 Prozent der Gesamtbevölkerung ausgemacht (Ostpreußen 6,8 Prozent). 32 Prozent von ihnen hatten in der Holz-, 30 Prozent in der Textilindustrie gearbeitet. In Grodno besaß die Tabakindustrie eine gewisse Bedeutung. Sie verarbeitete einen »erheblichen Teil der deutschen Jahresproduktion«.⁸⁹ Im weißrussischen Nordteil des GK Shitomir gab es außer einer bescheidenen Holzverarbeitung keine nennenswerte Industrie.⁹⁰ Im übrigen Weißrußland müssen diverse Statistiken unterschieden werden, da die Abteilung beziehungsweise Chefgruppe Wirtschaft nur einen kleinen Teil der Industriebetriebe verwaltete, so im GK Weißruthenien 100 bis 300 mit 7000 bis 12000 Beschäftigten, bei der Wirtschaftsinspektion Mitte 500 bis 700 mit 40000 bis 60000 Beschäftigten und in den »besetzten Ostgebieten« insgesamt etwa 6000 mit rund 600000 Beschäftigten.⁹¹ Auf eine Einheit entfielen nur ungefähr 50 bzw. 80 Mitarbeiter. Es handelte sich also meist um sehr kleine, unproduktive Betriebe. Im GK Weißruthenien hatten sie 1942 nur etwa 800 RM Umsatz je Beschäftigten, ihr

86 Vgl. KTB Rükdo Minsk 1941–1944, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 701ff. und F 42899, Bl. 1–253, besonders Rükdo Minsk, Protokoll über die Außenstellenleitertagung (28.–30. I.) v. 31. I. 1943, F 42898, Bl. 1080, vgl. KTB Rūln Ostland, BA-MA (BArchP)F 43371 und 43372, v. a. 7. 5. 1943, F 43372, Bl. 143. Ferner Vern. W. H. v. 4. 5. 1960 und E. M. v. 3. II. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2948–2951 und 5455; I.G. Farben AG, Volkswirtschaftliche Abteilung, Die bekannten Leder-, Lederersatz- und Schuhfabriken der UdSSR (Vowi 4396) v. 25. 4. 1941, BA F 10675, 5101–5115. – Zur Kompetenzverteilung Beauftr. VJP, Erlaß über die Betreuung der Rüstungsbetriebe und sonstigen gewerblichen Betriebe in den neu besetzten Ostgebieten v. 28. 10. 1941 (gez. Göring), BA R 7/1142, Bl. 56f.; zur Übergabe von Betrieben ZStA Minsk 370–1–250.

87 Vgl. HeWiFu Mitte, Aktenvermerk über Dienstreise nach Minsk 21. 4. v. 2. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 413f.; Völkischer Beobachter v. 7. 6. 1942, BA 25.01, Nr. 6048, Bl. 61; Rudolph 1942, S. 114.

88 So in der Werkzeugmaschinenfabrik in Mogilew. WiStab Ost, Chefgr. W, Aktenvermerk, Betr.: Stilllegung von intakten Betrieben in den besetzten Ostgebieten (undatiert, etwa März/April 1942), BA-MA RW 31/260. Zitat in Reisebericht Nagel unter dem 22. 10. 1941, BA-MA Wi ID/1723.

89 Bericht über die Räumung des RVD-Bezirks Minsk. Verkehrlicher Teil (undatiert), BA-MA H 12/234. Vgl. Der Bezirk Białystok (S. 14), BA F 15024; Walter Grootz, Bericht über die Hochbauverwaltung beim Chef der Zivilverwaltung in Białystok in den Jahren 1941–1944, BA OstDok 13/69; zur Erweiterung des Tabakanbaus bei Grodno Gorczyńska, S. 261.

90 Dr.-Ing. W. J. Wiss, Shitomir, Land der kleinen Betriebe, in: Deutsche Allgemeine Zeitung v. 13. 10. 1943, BA F 14245.

91 Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, Anlagen 2 und 51, S. 403 und 477; Statistische Berichte für das Ostland 2 (1942), S. 476, und 3 (1943), S. 290; OKW, Feldwirtschaftsamt, Abt. Ost – Chefgr. W, Beschäftigte in den Industriebetrieben in den besetzten Ostgebieten (November 1944 mit Stand 31. 12. 1943), BA-MA (BArchP)F 44421, Bl. 252; ähnlich v. 14. 4. 1944 mit Stand v. 31. 12. 1942, BA-MA RW 31/260. Zum Teil wurden nur Betriebe mit mehr als 20 Arbeitskräften gezählt.

Produktionsausstoß war dementsprechend gering.⁹² Die größten Zweige (1000 bis 2500 Beschäftigte) waren Textil und Bekleidung, Holz, Torf, Gruben und Ziegeleien. Wenn der Abteilungsleiter Wirtschaft im GK Weißruthenien, der spätere niedersächsische Sozialminister Heinz Rudolph, die Zahl der Industriearbeiter im Generalkommissariat mit »mehr als 100 000«⁹³ angab, rechnete er stillschweigend die der Reichsbahn und der Organisation Todt (Straßen, Bauwesen, einige »Rüstungsbetriebe«⁹⁴) unterstehenden Betriebe mit ein, über die genaue Zahlen fehlen. Ein Anhaltspunkt ist, daß Ende September 1942 im GK Weißruthenien Großbedarfsträger folgenden Arbeitskräftebedarf angemeldet hatten: Forst- und Holzwirtschaft einschließlich Schwellenprogramm 8000, Reichsbahn 4150, OT 4150, »andere Bauvorhaben« 3000, Wehrmacht 2500, Luftwaffe 1800, Werlin-Werk 1500, Torfindustrie u. a. 2150, »Rüstungs- und Versorgungsbetriebe« 750.⁹⁵ Neben den chronisch an Arbeitermangel leidenden Bereichen Forst/Holz und Torf dominierten also Reichsbahn, OT und Wehrmacht. Die Träger überschritten sich, wie aus der Aufstellung hervorgeht. So besaß die OT Torf- und Sägewerke und steuerte den Großteil des Bauwesens.

Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte waren 1943 von insgesamt drei Millionen Erwerbstätigen 67 241 in Betrieben der Chefgruppe Wirtschaft beschäftigt, davon allein 31 660 (47 Prozent) in der Torfindustrie, 9526 (14 Prozent) in der Textilindustrie, 6159 (9 Prozent) in der Energiewirtschaft. Weitere 10 572 Menschen arbeiteten im städtischen Handwerk in 7174 Kleinstbetrieben. Im Bereich der Chefgruppe Forst und Holz waren 27 888 Personen tätig (14 050 Waldarbeiter, Transport 4095, Sägewerke 9743), plus 3096 in der Holzindustrie. Bei der Reichsbahn arbeiteten 35 159 (davon etwa 5400 bei Auftragsfirmen), zuzüglich 24 900 beim Feldeisenbahnkommando und bei der Stralo (Straßentransportwesen). Die OT beschäftigte 56 527 Menschen. Diese Struktur wird durch Angaben des Wirtschaftskommandos Borissow von 1944 und des Gebietskommissars Minsk-Land bestätigt. Also arbeiteten neun Zehntel aller Beschäftigten in der Landwirtschaft; von den restlichen rund 320 000 je etwa 60 000 im Transportwesen und bei der OT, 70 000 bei Versorgungseinheiten der Wehrmacht, 40 000 in der Energie- und 30 000 in der Holzwirtschaft sowie nur 50 000 im verarbeitenden Gewerbe, 1,7 Prozent aller Arbeitskräfte.⁹⁶

92 Der Gewinn war ebenfalls minimal, Durchschnittslöhne von 450 RM im Jahr vorausgesetzt. Statistische Angaben über das Wirtschaftsaufkommen im GK Weißruthenien (undatiert, 1943), ZStA Minsk 372-1-24, Bl. 11-14. Gegenüber den hier genannten 11 575 Beschäftigten zählten das besetzte Lettland 109 000, Estland 53 623 und Litauen 33 453, das entsprach 14,7 bzw. 14,5 bzw. 6,2 % aller jeweiligen Arbeitskräfte gegenüber 0,6 % im GK Weißruthenien. Vgl. Erzeugung wichtiger Rohstoffe in den besetzten Ostgebieten in den Jahren 1942 und 1943, BA-MA (BArch)F 44421, Bl. 9.

93 Rudolph 1942, S. 114, BA-MA WF-01/3685.

94 Vgl. auch Seidler, S. 98, 100, 105.

95 GK Weißruthenien, Abt. III/ASo, Über die Arbeitseinsatzlage im Generalbezirk v. 19. 10. 1942, BA F 712, Bl. 5190.

96 Dazu kamen die landwirtschaftlichen Verarbeitungsbetriebe. Vgl. Statistischer Arbeitsausschuß der WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1 (Anlage zum Lagebericht v. 3. 8. 1943), BA-MA (BArch)F 42860, Bl. 895f.; WiKdo 213 (Borissow), Gruppe Arbeit, Betr.: Wirtschaftsstruktur; hier Beschäftigtenzahlen v. 15. 6. 1944, BA-MA RW 31/862, Bl. 19; Minsker Zeitung v. 3. 11. 1942. Weiter: In Gang gesetzte Industriebetriebe (Chefgruppe W) in der WiIn Mitte (November 1942, 1. 4. und 1. 7. 1943), BA-MA (BArch)F 44421, Bl. 201; WiIn Mitte, Chefr. W, Gruppe Statistik, Zahl der Betriebe und Beschäftigten, v. 23. 9. 1942, BA-MA (BArch)F 42859, Bl. 92; WiIn Mitte, Jahresbericht Chefr. Wirtschaft v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArch)F 43386, Bl. 564-618; WiIn Mitte, Kommandeurbesprechung am 11. u. 12. 10. v.

Die größten Betriebe waren das Holzkombinat in Bobruisk⁹⁷ und das Textilkombinat in Klinzy (Rußland) mit je etwa 2000 Arbeitskräften. Charakteristisch waren aber auch hier Durchschnittsgrößen von 40 Beschäftigten im Bereich Steine und Erden, 50 in der Holzverarbeitung und Chemieindustrie, 80 in der Textil- und 100 in der Glasindustrie (letztere wurde, da für den Wehrmachtbedarf besonders wichtig, 1943 in vier Betrieben mit zusammen 2000 Beschäftigten zentralisiert). In einer unzerstörten Stadt wie Borissov gab es zumindest eine Reihe mittlerer Unternehmen mit 200 bis 750 Arbeitern.⁹⁸ Aber selbst in der Gegend von Bobruisk, die innerhalb der Wirtschaftsinspektion als industrieller Schwerpunkt präsentiert wurde,⁹⁹ klagte das Wirtschaftskommando, es seien »nennenswerte, etwa straff organisierte und technisch hochgezüchtete Industrieanlagen (ausser der gut eingerichteten ›Holzindustrie‹ in Bobruisk) nicht gefunden worden.« Das Kommando hatte sich eigentlich auf den Einsatz in der russischen Industrieregion Tula gefreut.¹⁰⁰ In weiten Gebieten Weißrußlands aber war folgende Lage typisch: Das Leitende Wirtschaftskommando Witebsk umfaßte im Juli 1942 ganze 2240 Industriearbeitsplätze, zwei Monate später wurden 5085 registriert. Das ländlich geprägte Gebiet des Wirtschaftskommandos im Feldkommandanturbereich Klimowitschi zählte etwa 40 bis 50 Gewerbebetriebe mit insgesamt 800 Beschäftigten.¹⁰¹

Dagegen konnte in Pinsk (GK Wolhynien-Podolien) noch so etwas wie ein industrieller Kern festgestellt werden, der auf dem Grundstoff Holz aufbaute. Dazu gehörte das Sperrholzwerk »Tobal« mit anfangs 450, später 1100 Arbeitskräften und einem Ausstoß von monatlich bis 300 m³, die Zündholzfabrik, die mit mindestens 500 Leuten 500 000 Schachteln am Tag produzierte, früher eine der größten der Sowjetunion beziehungsweise Polens, und die sogenannte Staatswerft mit zuerst 400, dann 900 Beschäftigten.¹⁰² Viele dieser Arbeiter und Arbeiterinnen waren Juden. Sie wurden Ende 1942 ermordet und nach und nach ersetzt.

20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 560; Ord.Offz. Chef WiStab Ost, Reisebericht v. 24. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 614.

97 Das war die größte holzverarbeitende Fabrik in den besetzten sowjetischen Gebieten und eines der größten Industrierwerke überhaupt dort. Vgl. auch WiStab Ost, Chefgr. W, KTB-Rückblick v. 15. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 310.

98 Sägewerk (750 Beschäftigte), Glasfabrik (400), Metallwarenfabrik (300–400), Zündholzfertigung (200); ähnlich in Mogilew Metallfabrik, Lederwerk, Keramikindustrie, in Bobruisk Metallwerkstätte und Holzverzuckerung. Aktenvermerk Betriebsbesichtigungen in Neuborissov am 17. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 799f., und Abschlussbericht über die Tätigkeit der Sondergruppe Treuhandverwaltung bei der WiIn Mitte bzw. beim HeWiFu Mitte und des Abwicklungsstabes WiIn Mitte v. 30. 11. 1944, BA-MA RW 31/76.

99 Im Bereich des Ltd. WiKdo Bobruisk konzentrierten sich zeitweise 55 % der Beschäftigten und 40 % der Betriebe der Inspektion. WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. Wirtschaft v. 1. 7. 1942 und Gruppe Statistik, Zahl der Betriebe und Beschäftigten in den WiKdo-Bereichen v. 23. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 92 und 113–115.

100 KTB-Rückblick WiKdo Bobruisk, BA-MA (BArchP)F 42902, Bl. 12 und 15.

101 Wie Anm. 5/96 und Aufstellung laufender Betriebe (Anlage 3 zum Bericht des WiKdo im FK-Bereich Klimowitschi fürs 1. Quartal 1942), BA-MA RW 31/770. Dort hatte das größte Unternehmen, eine Strickerei, 72 Beschäftigte – davon 56 in Heimarbeit.

102 Vgl. RüIn Ukraine, Liste der in Gang gesetzten Betriebe, Stand 20. 1. 1942, BA-MA RH 3/v. 332; KTB-Rückblick WeWiAsT Brest für 16. 5.–30. 9. 1943 sowie deren Bericht über den Besuch der Fertigungsstätten in Pinsk v. 5. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 765 und 860–862; GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht, BA-MA PFP-01/7869, Bl. 1358; Krakauer Zeitung v. 17. 2. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 36.

Im Herbst 1943 wurden diese Produktionsanlagen durch die Verlagerung von Maschinen und Belegschaften aus den aufgegebenen russischen und ukrainischen Gebieten geringfügig erweitert.¹⁰³ Auch in den ostweißrussischen Industriestandorten außer Borissow und Bobruisk wurde fast die gesamte Fertigung stillgelegt und von dort nach Westweißrußland oder ins Baltikum verlagert, zum Teil auch zerstört.¹⁰⁴

Die von der SS übernommenen Unternehmen in Weißrußland hatten keine besondere wirtschaftliche Bedeutung. Genau wie auf dem landwirtschaftlichen Sektor ging es nur um Selbstversorgung, in erster Linie um den Bau von Truppenunterkünften, Bunkern usw. und Reparaturarbeiten. Die SS betrieb Ziegeleien, Baubetriebe, Sägewerke, Tischlereien und Textilunternehmen, und zwar offenbar nicht viele.¹⁰⁵ Für den Proteststurm, den Kube und das Ostministerium gegen die SS-Betriebsübernahmen entfesselten, bestand eigentlich kein materieller Grund, sondern es ging nur um die Klärung der Zuständigkeiten.¹⁰⁶ Absprachen auf hoher Ebene im Herbst 1941, ein Erlaß Görings und ein neuerlicher Schiedsspruch Hitlers Anfang November führten dazu, daß sich die SS weitgehend auf Eigenversorgung beschränken mußte.¹⁰⁷ Wirtschaftliche Großprojekte der SS wie die Organisierung der Zwangsarbeit zehntausender Menschen beim Ausbau der Durchgangsstraße IV (Lwow-Winniza-Dnjepropetrowsk) in der Ukraine¹⁰⁸ gab es in Weißrußland nicht.

103 Vgl. WeWiSt Brest, KTB-Rückblick für 16. 5.–30. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 781 und 784; WiIn Mitte, KTB-Rückblick fürs 3. Quartal 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 560; WiStab Ost, Monatsbericht November 1943 v. 28. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 448; AWiFu beim AOK 9, Wochenbericht v. 5. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 56997, Bl. 116

104 In Mogilew wurde Ende November 1943 der Befehl zu »beschleunigter Räumung und Stilllegung sämtlicher Betriebe« erteilt. Wochenbericht WiKdo Borissow v. 28. 11. 1943, BA-MA RW 31/859.

105 Vgl. Beurteilung für den SS-Wirtschafter durch den HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien v. 8. 10. 1943 (Abschrift), BDC, PA Konrad Breuer; WiIn Mitte v. 12. 5. 1943, Betr.: Einsparung von Menschen und Vereinfachung der Wirtschaftsführung (mit Anlagen), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 234–239.

106 Vgl. Kube an Lohse v. 1. 10. 1941 (Abschrift), BA F 13679, Bl. 670 f. Zum Streit zwischen RKO und RMO einerseits und dem HSSPF Ostland Prützmann, seinem SS-Wirtschafter Reemtsma und Himmler andererseits auch Denkschrift Rosenbergs für Hitler v. 27. 8. 1941, BA F 8484, Bl. 4510, und Briefwechsel Lohse-Prützmann vom September und Oktober 1941, BA-MA FPF-01/7865, Bl. 948–957.

107 Ursprünglich hatte Hitler die Ansprüche der SS für »gerechtfertigt« erklärt, vgl. Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei Rk. 13031b v. 6. 9. 1941 an Rosenberg, BA F 8484, Bl. 4531–4534. Auf diesen Entscheid hatte sich die SS in Minsk berufen: Beschlagnahmeplakat vom September 1941 (gez. Prützmann), BA F 13679, Bl. 669. Weiter die Akte NS 3/1367, besonders Niederschrift Ehlich (RSHA) v. 4. 10. 1941 über die Besprechung Heydrich–A. Meyer–Schlotterer (Bl. 106–111), Aktenvermerk Pohl über die Besprechung mit Kammler, A. Meyer, Schlotterer und Riecke v. 4. 11. 1941 (Bl. 60–62), und abschließend Vermerk Dr. Volk v. 8. 12. 1941 über Pohls Resignation (Bl. 42); Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches v. 23. 8. und Göring an Himmler v. 26. 8. 1941, BA R 43 II/691, Bl. 78 und 80/R mit einer restriktiven Haltung zu SS-Übernahmen; Terminkalender Himmler v. 21. 10. 1941 (Treffen mit Schlotterer), Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 391; Erlaß Görings v. 8. 11. und Staatssekretär Körners v. 12. 11. 1941, BA NS 6/335, Bl. 156/R; Antwort Himmler an Körner (undatiert), BA NS 19/1734, Bl. 13; Georg, S. 99–101; R.-D. Müller 1982, S. 398.

108 Genauer gesagt, führten SS und Polizei den Bauträgern, meist der OT, die Zwangsarbeiter zu und hielten sie in Lagern fest. Zu den dabei begangenen Verbrechen vgl. ZStL II 213 AR-Z 20/63 und 213 AR-Z 99/59; Kaienburg.

b) Die Entindustrialisierung:

Drosselung und Stilllegung intakter Produktionsanlagen

Die Verlagerung und Zerstörung von Industrieanlagen durch sowjetische Stellen waren nicht die einzigen Gründe dafür, daß die weißrussische Industrie zur Zeit der deutschen Besatzung darnieder lag. Erwähnt wurde bereits der deutsche Vorkriegsplan, die sowjetische Industrie, vor allem die der sogenannten Waldzone, zu vernichten, um kurzfristig Nahrungsmittelüberschüsse zu erhalten und langfristig von Industriewarenimporten abhängige Agrargebiete zu schaffen. Im Backe-Plan hieß es:

»Eine Zerstörung der russischen Verarbeitungsindustrie in der Waldzone ist auch für die fernere Friedens Zukunft Deutschlands eine unbedingte Notwendigkeit. [...] In Zukunft muß Südrußland das Gesicht nach Europa wenden. Seine Nahrungsmittelüberschüsse werden aber nur bezahlt werden können, wenn es seine industriellen Verbrauchsgegenstände aus Deutschland bzw. aus Europa bezieht. Die russische Konkurrenz der Waldzone muß daher fallen.«¹⁰⁹

Industrialisierungsansätze wären da nur hinderlich gewesen.¹¹⁰ Zunächst ging es aber um die Reduzierung der Stadtbevölkerung. Die Luftwaffe hatte den ersten Schritt getan, weitere wie Zwangsaussiedlungen (vgl. Kap. 4.3 d) folgten. Auch die Anti-Industrie-Politik der deutschen Verwaltungen setzte sich in Weißrußland, leicht modifiziert, über die ganze Besatzungszeit fort, was schon die Ernährungspolitik deutlich zeigt. Mitte 1942 stellte die Chefgruppe Wirtschaft der Wirtschaftsinspektion Mitte offen fest, daß die »Zielsetzung der deutschen Wirtschaftspolitik in den besetzten Ostgebieten [...] mit den Stichworten »Reagrarisierung und Entindustrialisierung« des Landes umschrieben werden darf«.¹¹¹ Mit den Kriegszerstörungen war es da keineswegs getan. Auf Anfrage des Generals Thomas, wo und inwieweit Industrien in Gang gesetzt werden sollten, erklärte Göring: »Es komme nicht darauf an, ob eine Industrie zerstört oder unzerstört vorgefunden wird, sondern ausschließlich darauf, ob die Inbetriebnahme Deutschland im Augenblick Nutzen bringt oder nicht.«¹¹²

Die »Grüne Mappe« enthielt in dieser Hinsicht ein Programm mit eindeutigen Zielen. Da der wirtschaftliche Zweck des Krieges gegen die Sowjetunion in erster Linie in der Gewinnung von Mineralöl, Getreide und Ölsaaten lag, war deren Produktion unbedingt in Gang zu halten und außerdem alle Industriezweige, die dazu dienten. Das waren Bau-, Energie- und Wasserwirtschaft, Landmaschinen- und Traktorenbau, chemische, metallschaffende und -verarbeitende Industrie, soweit als Zulieferindustrien notwendig, sowie der gesamte Bereich des Verkehrswesens und des Transportmittelbaus. Dagegen wurde auf Wirtschaftszweige mit Nachschubfunktion für die Wehrmacht wie Textil-, Leder- und Rüstungsindustrie ausdrücklich erheblich weniger Wert gelegt:

109 Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft, v. 23. 5. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 144 (Hervorhebung im Original).

110 Keitel befahl sogar einmal: »In Rußland werden außer Rohstoff-Erzeugungs-Betrieben keine Betriebe in Gang gesetzt.« KTB WiRüAmt v. 27. 10. 1941, BA-MA RW 19/165, Bl. 300.

111 WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. Wirtschaft v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 165.

112 Eine »Stilllegung von Betrieben«, so Göring, solle v. a. stattfinden in »Gebiete[n], die völlig außerhalb unserer Interessen liegen. Als ein solches Gebiet muß im wesentlichen Rußland bezeichnet werden [...]«. »Verbindungsstelle OKW/WiRüAmt beim Reichsmarschall (Nagel) v. 29. 7. 1941 unter Bezugnahme auf »Fragebogen« (2514/41gK) v. 23. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 102f. und 106.

»Die Rüstungswirtschaft, soweit sie nicht der Sofortversorgung der in den besetzten Gebieten untergebrachten Truppe dient, tritt gegenüber den Hauptaufgaben, namentlich während der Ernte- und Bestellzeit, zurück. [...] Die Wiederherstellung der Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen bleibt vordringlich. Daneben wird auch die Inbetriebnahme einzelner Rüstungsbetriebe [...] in der ersten Zeit durchaus notwendig werden.«

Die Ausbesserung von Landmaschinen sollte »vordringlich« vor der von Artillerie und Panzern sein! Dieser Aspekt ist um so bemerkenswerter, da die »Grüne Mappe« von einer Arbeitsgruppe des Wirtschafts-Rüstungsamtes unter Generalmajor Nagel erarbeitet wurde, das etwaige Rüstungsinteressen als erstes wahrzunehmen gehabt hätte. Im Herbst 1941 wurden »vor Industriellen, die in Rußland eingesetzt werden sollen«, Einweisungsvorträge gehalten – und zwar über die sowjetische Landwirtschaft und ihre beabsichtigte Nutzung, offenbar um die Wirtschaftsvertreter auf die Reagrarisierung zu trimmen.¹¹³

Hinsichtlich der übrigen Betriebe war die Linie klar: »Die übrigen für uns wichtigen Industriebetriebe sollen vorläufig nach Möglichkeit weiter produzieren. [...] In allen Zweifelsfällen, insbesondere in der Verbrauchsgüterindustrie, ist die Produktion zunächst auf das Mindestmaß zu drosseln, das die Erhaltung der Anlagen in betriebsfähigem Zustand und eines Mindest-Arbeiterstammes gewährleistet.«¹¹⁴ Manche Wirtschaftsfunktionäre versuchten, diese Linie der deutschen Öffentlichkeit als Abrüstungsmaßnahme und als Maßnahme gegen die angeblich unvernünftige sowjetische »Gigantomanie« in der Industriepolitik darzustellen.¹¹⁵

Bis zur Einsetzung der Zivilverwaltung im Westteil wurde die Wirtschaft ganz Weißrußlands von der Wirtschaftsinspektion Mitte verwaltet. Mitte Juli 1941 verwies sie mehrfach auf die gültigen Grundsätze der »Grünen Mappe« und gab Anweisungen, welche Industrien in Ausnahmefällen auf Sparflamme, in der Regel aber gar nicht in Gang zu setzen seien: Textil-, Chemie-, Lederindustrie und Holzverarbeitung; im Rahmen der weißrussischen Industrie keine unwichtigen Zweige.¹¹⁶ Das sei gegen örtliche andere Interessen durchzusetzen. Ebenso äußerte sich General Thomas wenig später. Etwas Industrie solle allenfalls im Baltikum und in der Ukraine erhalten bleiben:

»Keinen Zweck, Betriebe in Gang zu setzen, nur um die Menschen zu beschäftigen, und die vorhandenen Rohstoff-Vorräte einzusetzen. Wir können die Menschen nicht ernähren und haben Metall- und Kohlenmangel. [...] Keinen Sinn, z. B. die Textilindustrie in Gang zu setzen. Interessenten zurückweisen, ebenso die sicher

113 KTB WiStab Ost, Chefgr.La, v. 23. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 914. Den Vortrag hielt in diesem Fall Kriegsverwaltungsrat Anton v. Cetto, ein Theoretiker der Chefgr. La. Die Schulung fand in der Wehrwirtschaftlichen Ersatzabteilung 4 in Berlin-Spandau statt.

114 Grüne Mappe, Teil I, 2. Auflage, Berlin, Juli 1941 (Nbg. Dok. NG-1409), S. 10f. Hervorhebungen im Original. Zur Entstehung der »Grünen Mappe« vgl. BA-MA RW 19/739, besonders Vortragsnotiz über Besprechung v. 29. 4. 1941, Bl. 300.

115 Dr. Heinz Chr. Elksnat, Grundsätze der deutschen Wirtschaftspolitik in den besetzten Ostgebieten, in: Der Vierjahresplan 6 (1942), Folge 8, S. 369. Elksnat arbeitete im Ostministerium.

116 WiIn Mitte, Chefgr. Wirtschaft, Besondere Anordnungen Nr. 1 v. 12. 7. mit Nachtrag v. 13. 7., Nr. 2 v. 19. 7. 1941 und Anlage 1: Hinweise über Rohstoff-, Betriebs-, Finanzierungs- und Arbeitseinsatzfragen in der gewerblichen Wirtschaft, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1101-1126.

einsetzenden Bestrebungen der Reichskommissare auf Ankurbelung der Wirtschaft.«¹¹⁷

Solche Ansprüche kamen in Minsk bereits von der Feldkommandantur und der einheimischen Verwaltung. Die Feldkommandantur argumentierte, man solle die Fertigung von Bekleidung und hauswirtschaftlichen Geräten zulassen wegen der »immer stärker hervortretende[n] Notwendigkeit, für die in den Städten verbleibende für Wehrmacht und Reich arbeitende Bevölkerung die erforderlichen lebensnotwendigen Produkte sicherzustellen und gleichzeitig Währung und Geldumlauf zu stützen.«¹¹⁸ Der weißrussische Bürgermeister von Minsk, Dr. Witold Tumasch, ein antikommunistischer Exilant, den die Einsatzgruppe B aus Warschau mitgebracht hatte und der bei der Schaffung des Minsker Ghettos mitwirkte, quittierte, enttäuscht über die deutsche Versorgungspolitik und »vermutlich weil er im Interesse seiner Bevölkerung das Ingangsetzen der Wirtschaft vermisst«, nach wenigen Monaten den Dienst.¹¹⁹ Die Versuche lokaler Stellen, am Grundsatz der Industriepolitik etwas zu ändern, blieben erfolglos. Anfang November 1941 wurde auf den Chefbesprechungen mit Göring die Entindustrialisierungspolitik nicht etwa verworfen, da der Blitzkrieg gescheitert war, sondern bekräftigt: eine Grundsatzentscheidung.¹²⁰

Doch kam es zu einer graduellen Änderung, wie anhand einzelner Industriezweige noch gezeigt werden soll. So ordnete die Wirtschaftsinspektion Mitte Anfang Oktober 1941 an, nicht nur die attraktiven, modernen und relativ produktiven, sondern auch in Handarbeit produzierende Betriebe dürften nunmehr in Gang gesetzt werden, wenn sie dem »Sofortbedarf der Truppe« dienten.¹²¹ Doch blieben auch danach Hemmfaktoren, die sich aus dem wirtschaftlichen Gesamtentwurf der Deutschen für die besetzten sowjetischen Gebiete ergaben. Dies beschrieb Schlotterer 1942 so:

»Die allgemeinen Richtlinien, wonach die Industrie in den besetzten Ostgebieten kurz zu halten ist, gelten nach wie vor. Für die Kriegsdauer [also vorübergehend! C. G.] werden gewisse Modifikationen vorgenommen, die sich aus dem unmittelbaren Truppenbedarf und aus der allgemeinen kriegswirtschaftlichen Lage ergeben. [...] Die obere Grenze für die Industrieentwicklung ist zur Zeit die Versorgung mit Kohle und anderen Brennstoffen, Energie, Betriebsstoffen und Transportmitteln sowie Rohstoffen allgemein.«¹²²

Es gab aber noch andere, von den Deutschen geschaffene Grundbedingungen, die automatisch zur Drosselung der Wirtschaft führten. So wurden künstliche Grenzen geschaffen, die kaum vom Wirtschaftsverkehr überschritten werden durften. Damit zerstörte man das herkömmliche Wirtschaftsgefüge und unterbrach die gewachsenen

117 KTB WiRüAmt/Stab, Besprechung Amtschef bei Sts. Körner, Organisationsfragen Rußland, 31. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 684f.

118 FK Minsk-Land, Abt. VII-Kriegsverwaltung, Lagebericht v. 14. 8. 1941, BA F 15266, Bl. 2846.

119 Hptm. Dorn, Wi-Kdo. Neisse, Erfahrungsbericht v. 28. 8. 1941, Nachtrag v. 22. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 285f. Vgl. EM 90 v. 21. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2485, und Loftus, S. 22.

120 Niederschrift der Besprechung mit Göring am 8. 11. 1941 v. 18. 11. 1941, in: Ueberschär/Wette, S. 387.

121 KTB VO IV Wi des WiRüAmts zur 4. Armee v. 4. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 32.

122 Referat über das Arbeitsgebiet der Chefgr. Wirtschaftspolitische Kooperation, Tagung der RK am 23. Juli 1942 (Abschrift, gez. Dr. Schlotterer), BA 11.01, Nr. 51, Bl. 129.

Lieferbeziehungen.¹²³ Überdies tendierten die wirtschaftlichen Außenbeziehungen des GK Weißruthenien mit dem Reichskommissariat Ukraine und dem Generalgouvernement gegen Null,¹²⁴ und mit dem Reichskommissariat Ostland war es nicht anders. Der Verkehr über die Grenze zum rückwärtigen Heeresgebiet beschränkte sich mehr oder weniger auf Wehrmachttransporte. Die Deutschen hatten Weißrußland von den Lieferanten in den anderen Sowjetrepubliken durch den Krieg abgeschnitten, waren aber selbst nicht bereit, an ihre Stelle zu treten. Im an Bodenschätzen armen Weißrußland fehlten die Rohstoffgrundlagen der noch vorhandenen Industrien, aber dies war ausschließlich wegen politischer Maßgaben so. Sehr wichtig für diese erzwungene Autarkie war die Bestimmung, es dürften nur sogenannte landeseigene Rohstoffe verwendet werden,¹²⁵ worunter auch Energieträger fielen. Das galt ebenfalls für kriegswirtschaftlich vordringliche Betriebe. Nur in »besonderen Ausnahmefällen« konnten etwa Stahl, Nichteisenmetalle oder Kautschuk zugewiesen werden.¹²⁶ Zu einer Stärkung der Ostgesellschaften, deren Interessen denen der regionalen Verwaltungen in diesem Punkt widersprachen, kam es nicht.¹²⁷

Die Unterbrechung von Wirtschaftsbeziehungen stand in Verbindung mit einem anderen Hemmschuh der Industrieentwicklung. Denn da die »Möglichkeiten des interlokalen Ausgleichs zwischen den einzelnen Industriezweigen und innerhalb dieser zwischen den einzelnen Produktionsstufen seit Ausbruch des Krieges schrumpften, mußten sich die Aussichten verringern, die verbleibenden Rumpffgebilde zu einem sinnvollen, leistungsfähigen Ganzen auszugestalten.«¹²⁸

Mit anderen Worten: die künstliche regionale Isolierung der Wirtschaft führte auch dazu, daß nur noch einzelne Wirtschaftszweige überhaupt arbeiten konnten. Freilich enthielten die zitierten Ausführungen eine Beschönigung: Die Beschränkung auf einzelne Wirtschaftszweige, die gezielte Stilllegung oder Drosselung anderer (Verbrauchsgüterindustrie, Ernährungswirtschaft, Handel) und damit die Zerstörung des gesamtwirtschaftlichen Warenkreislaufs waren, wie gezeigt, von Anfang an wirtschaftspolitische Leitlinie, und sie blieben es bis zum Schluß.¹²⁹ Ein solches System

123 Es handelte sich nicht allein um das in sowjetischer Zeit, besonders seit 1929 geformte Wirtschaftsgefüge, sondern um das in Rußland seit Beginn der Industrialisierung entstandene. Dies sei dem möglichen Einwand entgegengehalten, die Sowjets hätten in Weißrußland »künstlich« eine Industrie aufgebaut.

124 Vgl. GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Allgemeiner Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 21f.

125 In Grodno gab z. B. ein Intendanturrat des Wehrmachtbeschaffungsamtes die Bearbeitung von Lederbeständen in Auftrag, »ohne sich um das Fehlen der Chemikalien zu kümmern. Die Gerbereien, fast durchweg von Juden geleitet, wollten und haben zum Teil daraufhin die gesalzenen Häute in Arbeit genommen[,] um uns so zu zwingen, die nicht vorhandenen Chemikalien bereitzustellen und ihren Betrieb zu sichern. Schärfstes Eingreifen, abstoppen [sic] der Verarbeitung eingesalzener Häute mit Strafandrohung wurde notwendig.« Jüdische Zwangsarbeiterkolonnen mußten Gerbstoffe aus den Wäldern holen. Entindustrialisierung und Judenverfolgung gingen Hand in Hand. Hauptmann Dipl.-Ing. Nikeska, Bericht über den Einsatz bei der FK 815 in Grodno vom 11. 7. bis 2. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43059, Bl. 189.

126 RWM/RMO/WiStab Ost v. 31. 1. 1942 mit Anlage: Richtlinien für die Ausnutzung der neu besetzten Ostgebiete für die deutsche Kriegswirtschaft (gez. Schlotterer/v. Hanneken, Abschrift), BA 36.01, Nr. 2039, Bl. 41–42R.

127 Vgl. den Vorschlag Dr. Walter Schieber (Rüstungsministerium), Neuorganisation der Gewerblichen Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten v. 26. 11. 1942, Sonderarchiv Moskau 700–1–64, Bl. 1–8.

128 WiN Mitte, Jahresbericht Chefgr. Wirtschaft v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 568.

129 Die »Grüne Mappe« behielt stets ihre Gültigkeit als Leitlinie und wurde nur durch Zusatzweisungen ergänzt. Vgl. BA-MA RW 31/128D und /130–33. Siehe auch die »Braune Mappe« des RMO, Nbg. Dok.

konnte aber nicht funktionieren.¹³⁰ Es war damit verbunden, daß die Zulieferungen für die produzierenden Wirtschaftsinseln ständig schon durch die geringsten Hindernisse in Frage gestellt waren, verknüpft mit Inflation, Hunger, Krankheiten, körperlichem Leistungsabfall bei den Arbeitskräften, fehlender Motivation und Abwesenheit von der Arbeit, um Nahrung zu beschaffen. In den Gedankengängen der deutschen Wirtschaftsverwaltung spielte die weißrussische Bevölkerung jedoch keine Rolle. Rohstoffe und Kapital waren knapp, in Deutschland selbst produktiver angelegt und reichten nicht einmal, um in den besonders interessierenden Wirtschaftsbereichen im ›Osten‹ genug davon zu investieren. Man hatte sich mit der Ausbeutung der sowjetischen Wirtschaft übernommen.

Konkret hatte dies folgende Auswirkungen auf die Industrieunternehmen in Weißrußland. In Minsk gab es 1940 332 Betriebe mit 40 000 Arbeitsplätzen, im Oktober 1941 39 mit 3378 Arbeitsplätzen. Auch die unzerstörten und in Gang gesetzten Fertigungsstätten beschäftigten deutlich weniger Menschen als vor Kriegsbeginn, Ende 1941 nur etwa ein Drittel des Vorkriegsstandes. Anfang 1943 liefen 150 Unternehmen, und in der Stadt arbeiteten – jedoch einschließlich Verwaltung, Handel und Wehrmachtbediensteten in allein 180 Dienststellen – rund 41 000 Menschen. In Witebsk soll es 1940 44 Unternehmen mit 20 300 Werksangehörigen gegeben haben (dies scheint sogar untertrieben), im Herbst 1941 jedenfalls liefen ganze drei Betriebe mit einer unbekannten Zahl von Beschäftigten.¹³¹ Die Politik der gedrosselten Produktion selbst bei wieder arbeitenden Unternehmen wurde voll durchgeführt, auch in dem völlig unversehrten Textilstädtchen Klinzy.¹³² Schon fehlender Schmierölnachschub konnte einen Großteil der Fabriken für längere Zeit lahmlegen. Aus Pinsk wurde »der peinliche Vorfall« gemeldet, daß mitten bei einer Inspektion durch den Rüstungsinspekteur Ukraine der Strom ausfiel und alle Fabriken stillstanden – für eine ganze Woche.¹³³ Daneben wurden aber auch zahlreiche Unternehmen bewußt stillgelegt, so in Brest, bei der Wirtschaftsinspektion Mitte auch 1942 noch Torfabbaue, Sägewerke und Betriebe der Flachsaufbereitung.¹³⁴ Als Gründe wurden – auf

NI-10119 (Abschrift), BA F 53860; Wehrwirtschaftliche Ersatz-Abteilung 3, Hauptmann Dr. Merz, Ingangsetzung von Betrieben im Osten v. 2. 2. 1943, BA F 10632, Bl. 957–77, besonders Bl. 958–960 (diente zur Ausbildung von Personalnachschub).

¹³⁰ Das unterstreicht auch Müller, Wirtschaftsallianz, S. 193.

¹³¹ Vgl. Wilenchik, S. 194. Die dortigen Angaben für 1943 sind ungenau: in Minsk gab es 35 000 weißrussische Beschäftigte insgesamt plus 8500 Juden und 3190 Kriegsgefangene, nicht aber 35 000 Industriearbeiter. Siehe Referat Moos v. 9. 4. 1943 auf der Tagung in Minsk, IfZ Fb 85/I, Bl. 118. Vgl. auch Listen der Betriebe der Leichten Industrie, der Metallindustrie, der Nahrungsmittelindustrie sowie OT-Fabriken in Minsk, ZStA Minsk 370–1–777, Bl. 108–111; Reichskreditkasse Minsk, Bericht v. 1. 9. 1941, BA R 29/160.

¹³² Hierzu Inspektionsberichte aus Minsker Fabriken in ZStA Minsk 412–1–46 (August 1941 bis Januar 1942); Listen der in Gang gesetzten Betriebe des GebK Borissow (undatiert, etwa Jahreswechsel 1941/42), ZStA Minsk 391–2–35, Bl. 108–112; Erfahrungsbericht Hptm. Dorn, WiKdo Neisse v. 28. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 275; Betriebe in Klinzy [etwa Anfang Oktober 1941], Anlage 1 zum KTB der Gruppe IV Wi der FK 184, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 1130–33; Engelhardt, Klinzy, S. 11, 18f., 24.

¹³³ KTB RüASt 17 Brest, KTB für 2. Maidekade 1942, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 616; Wwi ASt Brest, Besichtigungsbericht v. 13. 12. 1943 (fehlender Leim für die Holzindustrie in Pinsk), ebd., Bl. 958f.; vgl. WiIn Mitte nach WiStab Ost, Monatsbericht Januar 1943 v. 19. 2. 1943, BA 31.01, Nr. 15335, Bl. 8.

¹³⁴ Vgl. Stadtkommissar Brest, Polizeidienststelle, Lagebericht v. 20. 11. 1941, BA F 13752, Bl. 14; KTB RüASt 17 Brest, 2. Dekade Januar 1942, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 247; WiStab Ost, Monatsbericht Juli 1942 v. 26. 8. 1942, Liste der 1. 3.–1. 8. 1942 stillgelegten Betriebe, BA-MA (BArchP)F 43067, Bl. 697.

eine Anfrage Görings – fehlende Energie-, Kohlen-, Rohstoffversorgung und Transportschwierigkeiten angegeben.¹³⁵ Dazu kamen Arbeitskräftemangel, Partisaneneinwirkung und mangelndes Interesse an der Produktion.

c) Beispiele: Metallindustrie und Textilwirtschaft

Zur Verdeutlichung sollen im folgenden zwei Industriezweige dienen. Zunächst zur Metallindustrie. Für ihre Entwicklung war zwischen 1929 und 1941 in Weißrußland einiges geschehen.¹³⁶ Sie gehörte zum Teil durchaus nicht zu den Branchen, die die Deutschen von Anfang an stilllegen wollten.¹³⁷ Doch soweit die in den besetzten sowjetischen Gebieten vorgefundenen Maschinenbaufabriken überhaupt wiedereröffnet wurden, litten sie so sehr an Kohlen- und Materialmangel, daß der Wirtschaftsstab Ost erklärte, die Metallindustrie werde »noch weiter eingeschränkt werden müssen«. So lag die Nagelfabrik in Lida (400 Arbeiter) zeitweise still.¹³⁸ In Weißrußland wurden nur kleine und mittlere Unternehmen der eisenschaffenden Industrie registriert, für die sich die Ostgesellschaft der Branche, die Berg- und Hüttenwerks-gesellschaft Ost mbH (BHO), ein Arm der deutschen Schwerindustrie, nicht interessierte.¹³⁹ Besonders wegen seiner Energieintensität und fehlender regionaler Eisenerzvorkommen hatte dieser Wirtschaftszweig keine Chance, schon gar nicht für die zivile Produktion. Die Wirtschaftsinspektion Mitte registrierte 1942/43 rund 60 Unternehmen mit rund 3700 Arbeitern, dazu 2611 in 1713 winzigen Handwerksbetrieben, das GK Weißruthenien Ende 1943 fünf Betriebe mit 298 Arbeitern.¹⁴⁰

Das zweite Beispiel betrifft die Textilindustrie. Auf dem Gebiet der Gewinnung von Textilrohstoffen, vor allem Flachs, waren deutsche Interessen in Weißrußland durchaus vorhanden, so daß sogar im Rahmen der Völkermordpläne der Landwirtschaftsbehörden in Betracht gezogen wurde, das Land deswegen möglichst »pfleglich

135 WiStab Ost, Chefgr.W, Gruppe VI: Statistik Aktenvermerk, Betr.: Stilllegung von intakten Betrieben in den besetzten Ostgebieten [undatiert, etwa Frühjahr 1942, Anlagen fehlen], BA-MA RW 31/260.

136 Vgl. S. 39 f.; Wannsee-Institut: Weißruthenien, BA R 93/18, Bl. 139; I.G.Farben AG, Volkswirtschaftliche Abteilung, Die Maschinenbauindustrie in der Sowjetunion (Vowi 4142) v. 25. 9. 1940, BA F 10675, hier Bl. 5473–5475.

137 S. o. und WiIn Mitte, Hinweise über Rohstoff-, Betriebs-, Finanzierungs- und Arbeitseinsatzfragen in der gewerblichen Wirtschaft (Juli 1941), BA-MA (BArchP)F 42862, hier Bl. 1115 f.

138 WiStab Ost, Chefgr.W, KTB-Rückblick v. 15. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 301 f. Vgl. Protokoll der Besprechung des RüKdo Minsk v. 19. 12. 1942, hier nach StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband T, Bl. 63.

139 Ausnahme war eine Röhrengießerei mit Feinblechwalzwerk in Mogilew, die 1942 treuhänderisch den Hermann-Göring-Werken übergeben wurde. Vgl. Arbeitsbericht der BHO für das Jahr 1942 (Auszüge, Nbg. Dok. NI-4332), BA B 120/684; KTB WiKdo Mogilew v. 4. 6. 1942, BA-MA RW 31/845; Meyer 1986, S. 96. Auch hier fehlte es an Roheisen und Koks. Die Wehrmacht hatte keinen Bedarf an Gußeisen und Rohren, so daß nur das Walzwerk in Betrieb war und schließlich mit 440 Arbeitern Flugzeugteile fertigte. Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 21 v. 3. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 375; Bericht über die Tätigkeit der BHO nach dem Stande vom 31. 7. 1942 v. 24. 9. 1942, BA 31.01, Nr. 15335, Bl. 63; WiKdo 212 (Mogilew), Lage- und Tätigkeitsbericht Nr. 17 v. 18. 5. 1943, Anlage 3, BA-MA RW 31/850; Geheimdienst-Bericht aus dem Partisanenregiment Grischin v. 7. 9. 1943, in: Armstrong, S. 735.

140 Vgl. WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1 v. 1. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 895 f.; WiStab Ost, Chefgr. W, bzw. OKW, Feldwirtschaftsamt, Abt. Ost, Beschäftigte in den Industriebetrieben in den besetzten Ostgebieten (Stand: 31. 12. 1942 bzw. 31. 12. 1943), BA-MA RW 31/260 und BA-MA (BArchP)F 44421, Bl. 252.

zu behandeln«. ¹⁴¹ Der Leinbau litt während der Besatzungszeit aber an den gleichen Problemen wie der anderer nicht eßbarer Produkte. Entgegen wiederholt gefaßten Plänen zur Ausweitung ¹⁴² gingen die Anbauflächen Jahr für Jahr zurück, da die Bauern trotz Anreizen, Ostfaser-Notgeld, Warengutscheinen und Naturalprämien lieber Getreide und Kartoffeln pflanzten. ¹⁴³ Im GK Weißruthenien sank die Fläche von angeblich 180 000, wenigstens aber 70 000 Hektar (1941) auf 26 000 Hektar (Plan für 1944). ¹⁴⁴ Im Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte ging sie allein von 1942 auf 1943 um 35 Prozent zurück, insgesamt von 1941 bis 1943 von 240 000 auf vermutlich 50 000 Hektar. ¹⁴⁵ Der Schwerpunkt verlagerte sich damit ins Baltikum: die dort etwa gleichbleibende Anbaufläche entsprach anfangs gut der Hälfte der weißrussischen, 1943/44 aber wenigstens dem Doppelten der weißrussischen. Ein Grund für den Rückgang lag darin, daß die Agrarverwaltung den Wünschen der Ostfaser nach mehr Flächen nicht Rechnung trug. ¹⁴⁶ Der Anbau selbst unterstand nicht der Ostfaser, sondern der Landwirtschaftsverwaltung, die Erfassung der ZO. ¹⁴⁷ Im Gebiet Witebsk – neben Mogilew, Wilejka, Glebokie und Minsk ursprünglich Schwerpunkt der Erzeugung – verschwanden neun Zehntel der Flachselder. ¹⁴⁸ Angesichts der Niederhaltung der dortigen Textilindustrie lag darin offenbar Methode. ¹⁴⁹ Wenn die Ostfaser GmbH 1941 bis 1943 jährlich Flachs im Umfang von zwei Dritteln des deutschen

¹⁴¹ Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsstab Ost, Gruppe Landwirtschaft, v. 23. 5. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 143. Hanf wurde in Weißrußland kaum produziert, und auch die Wollerzeugung stand gegenüber der Bedeutung von Flachs zurück.

¹⁴² Vgl. z.B. KTB WiStab Ost v. 23. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 181; Minsker Zeitung v. 24./25. 5. 1942; Deutsche Allgemeine Zeitung v. 19. 6. 1942, BA R 6/71, Bl. 132; Vortrag Freitag bei der Tagung in Minsk am 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 47. Das Mindestziel, die Anbauflächen auf dem damaligen Stand zu halten, bestand nach WiStab Ost, Chefgr. La, Abt. II, Tagung über Fragen des Acker- und Pflanzenbaues im besetzten Osten in Berlin am 15./16. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 716, 719.

¹⁴³ Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost (Müller, Wirtschaftspolitik, S. 63 und 264); Ausarbeitung Schaible, Die deutsche Faserwirtschaft in den während des 2. Weltkrieges besetzten russischen Gebieten, BA B 120/703; Kehrl, S. 231; Tätigkeitsbericht der Ostfaser 1941–1944 (Auszüge), Nbg. Dok. PS-2566; Erfahrungsbericht Militärverwaltungsamt Day v. 27. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 475.

¹⁴⁴ Vgl. WiStab Ost, Chefgr. W, KTB-Rückblick 1. Quartal 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 157; ebenso KTB-Beitrag v. 13. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 334; Minsker Zeitung v. 24./25. 5. und 27. 5. 1942; Bericht über das Gebiet der Hauptstelle Minsk v. 27. 4. 1943 (Abschrift), BA-MA RW 31/316.

¹⁴⁵ WiIn Mitte, Lagebericht Juli 1943 v. 3. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 882. Für beide Bereiche siehe besonders Ostfaser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42 (undatiert, etwa Ende 1943), BA F 10633, Bl. 473 und 531.

¹⁴⁶ Vgl. Matthiessen, S. 386f. (über die Verwaltungsratssitzung der Ost[land?]faser am 19. 3. 1942), und Kehrl, S. 223 und 231. Koordinationsprobleme Kreislandwirte-ZO-Ostfaser demontiert: Ost-Faser-GmbH, Bericht KVR Wannemacher v. 10. 6. 1943, BA-MA RW 31/316, zeigen sich aber in verschiedenen Schreiben ebd., z.B. vom WiKdo Orscha, Gr. La, v. 22. 2. 1943.

¹⁴⁷ Der Anbau von Lein war nicht, wie Czollek 1974, S. 140, behauptet, Sache der ZO. Zur Arbeitsteilung der beiden Gesellschaften vgl. Richtlinien über die Zusammenarbeit der ZO und der Ostfaser v. 6. 1. 1942 (gez. Fleischberger/Dorn), zusätzliche Vereinbarung v. 27. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 796f. und 798f. sowie Minsker Zeitung v. 20. 5. 1942.

¹⁴⁸ Auf Grund nicht identischer Territorienangaben geschätzt nach: Minsker Zeitung v. 24./25. 5. 1942 (82 000 Hektar im Gebiet Witebsk/290 200 Plan für WSSR 1941) und WiIn Mitte, Chefgr. La, Betr.: Leinbau 1943 und 1944 v. 17. 10. 1943, Anlage 2, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 193 (2971 Hektar im WiKdo Witebsk). Vgl. auch Anbauflächenplanung GK Weißruthenien für 1944, BA R 93/7, Bl. 16f.

¹⁴⁹ Vgl. S. 403.

Gesamtfriedensbedarfs aufkaufen konnte (rund 35 000 Tonnen),¹⁵⁰ so lag die Grundlage für diesen Erfolg anscheinend nur zu einem geringen Teil im weißrussischen Raum. Aus dem GK Weißruthenien kamen nur 1000 bis 1300 Tonnen und von der Wirtschaftsinspektion Mitte 5000 bis 7000 Tonnen Flachsfaser im Jahr.¹⁵¹

Ein großer Teil der Textilrohstoffe – Flachs, Hanf, Wolle und Baumwolle – wurde unverarbeitet aus den besetzten sowjetischen Gebieten abtransportiert. Lange vor dem Angriff auf die Sowjetunion war anscheinend in deutschen Industriekreisen schon erwogen worden, so zu handeln, denn es wurde darauf hingewiesen, daß die sowjetischen Fabriken bei Flachs, Wolle und Baumwolle zur Verarbeitung der erzeugten Rohstoffmengen bei weitem nicht ausreichten und sich riesige Vorräte »angesammelt« haben mußten.¹⁵² In Wirklichkeit hatte die Sowjetunion in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre die Textil- und Bekleidungsindustrie umfassend ausgebaut und auch zahlreiche neue Werke bzw. Anlagen in Weißrußland errichtet. Deshalb hatte der Export von Textilrohstoffen praktisch aufgehört.¹⁵³ Gerade diese ganz neuen Be- und Verarbeitungsstätten waren aber 1941 im weißrussischen Bereich (außer Bialystok) zum Großteil zerstört oder von den Sowjets demontiert worden, so daß den Deutschen, wenn überhaupt, nur veraltete und kleine auf dem Lande übrig blieben.¹⁵⁴ Generell erließ der Wirtschaftsstab Ost im Sommer 1941 Richtlinien für eine gedrosselte Produktion, teilweise ein Produktionsverbot:

»Zur Regelung der Beschäftigung und des Produktionsprogramms der einzelnen Zweige der Textilindustrie wurden grundsätzliche Anordnungen erlassen. Demnach dürfen leinenverarbeitende Betriebe im wesentlichen unbeschränkt, alle übrigen Zweige der Textilindustrie, mit Ausnahme der Baumwoll- und Wollspinnereien, die

150 Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost (Müller, Wirtschaftspolitik, S. 264). Zur Bedeutung für den deutschen Markt gibt es allerdings völlig widersprüchliche Angaben. Vgl. Auszüge aus dem Gesamtbericht der Ostfaser v. 13. 12. 1944 (Nbg. Dok. NI-13131), BA B 120/684; WiStab Ost, Chefgr. W, Abt. VI/Presse und Berichtswesen v. 1. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1263; WiRüAmt, Bericht vom November 1942, BA-MA (BArchP)F 44421, Bl. 86.

151 Vgl. Ostfaser, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42, BA F 10633, Bl. 474; KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 27. 5. 1943, BA-MA WF-01/15898, Bl. 252; Arbeitsbericht der Erfassung und Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den besetzten Ostgebieten (Mai 1943), BA R 26 IV/12, Bl. 26; Schaible, Faserwirtschaft, BA B 120/703. Höhere Angaben für 1942: vgl. Anm. 5/150 sowie Bericht des Sachverständigen Prodehl über die Hauptgeschäftsstelle Minsk v. 27. 4. 1943 (Abschrift), BA-MA RW 31/316 (GK Weißruthenien 3576 t), und Niederschrift über die Besprechung der KVVCh's am 23. und 24. 6. 1942 in Berlin, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 400 (bei Wiln Mitte Flachs aufgebracht 12 487 t, Leinsamen 5724 t). Nach dem Tätigkeits- und Lagebericht der EGr B für 16. bis 30. September 1942 wurden allein im Gebiet von Witebsk 3000 t Flachsfaser von der ZO aufgekauft und weitere 3000 »erfaßt«. BA R 70 SU/9, Bl. 129.

152 Schriften des Instituts für Konjunkturforschung/Die Wirtschaft der UdSSR in Einzeldarstellungen, Heft 2: Die Textilwirtschaft der Sowjetunion. Berlin, März 1941 (Nur für den Dienstgebrauch), BA-MA RW 19 Anhang I/1127, Bl. 25, 38, 47f. Auf Bl. 38 wird auf die vertrauliche Denkschrift des gleichen Instituts »Die russische Baumwollwirtschaft« vom Oktober 1939 Bezug genommen.

153 I.G. Farben AG, Volkswirtschaftliche Abteilung, Ländernachrichten Kriegsausgabe, Jahrgang 1940, Die Textilindustrie in der Sowjetunion (Vowi 3992 [diese Nummer weist auf eine Entstehungszeit im Sommer 1940 hin]), BA F 10675, Bl. 520–522, vgl. zur Datierung Bl. 5470 und 5661.

154 Vgl. allgemein Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 268, ferner bezüglich Weißrußland WiStab Ost, 4. Vierzehntagesbericht (17.–30. 8. 1941) v. 8. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 920, und Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42 (undatiert), BA F 10633, Bl. 503f.

sofort stillzulegen sind, mit 30 % der Beschäftigten von Mai 1941 arbeiten, solange die vorhandenen Garnvorräte dies gestatten. Letzteres dürfte in den bisher besetzten Gebieten etwa 3–5 Monate der Fall sein.«¹⁵⁵

Sinn dieser Regelung war offenbar, der nur zur Hälfte ausgelasteten, produktiv und auch rentabel arbeitenden deutschen Textilindustrie Rohstoffe zuzuführen, mit dem vermutlich erwünschten Nebeneffekt, eine potentielle Fabrikationskonkurrenz auszuschalten.¹⁵⁶ Im besetzten Weißrußland waren die Bestimmungen anfangs noch strenger. Die Wirtschaftsinspektion Mitte verfügte: »Es muss verhindert werden, dass die Rohstoffe: Wolle, Baumwolle, Bastfasern [...] verarbeitet werden.« Sofern man die Textilbetriebe überhaupt laufen ließ, war als »Beschäftigungsmaßstab [...] anzusetzen 30 % der durchschnittlichen Beschäftigung im Monat Mai 1941.« Das gleiche galt für die Lederwirtschaft.¹⁵⁷ In der Minsker Lederfabrik »Bolschewik« waren im Juni 1941 etwa eine Million Häute und Felle erbeutet worden, die aber zum Großteil nicht in diesem unversehrten Werk weiterverarbeitet, sondern in 300 Eisenbahnwaggons nach Deutschland gebracht wurden. Das war einer der größten sogenannten Beutefälle im Krieg gegen die Sowjetunion.¹⁵⁸

Schon bald ergaben sich aber Widersprüche in den Produktionsplanungen und einander widersprechenden Weisungen. So ließ an dem gleichen Tag, als General Thomas erklärte, es habe »keinen Sinn, z.B. die Textilindustrie in Gang zu setzen«, der Wirtschaftsführungsstab Ost in Thomas' Anwesenheit verlauten, daß »örtliche Zubringerbetriebe für Wehrmachtbedarf (Leder, Schuhe, Textilien)« zu allererst in Betrieb genommen werden sollten.¹⁵⁹ Am 8. September 1941 befahl die Wirtschaftsinspektion Mitte fast eine Kehrtwendung: Nun sollten Aufarbeitungsstätten für Flachs und Hanf sowie Filztiefelfabriken vorrangig und zwar möglichst im Drei-Schicht-Betrieb in Gang gesetzt werden, Flachsspinnereien und -webereien waren sofort zu erkunden (die Inspektion behielt sich die Entscheidung über die Inangangsetzung

155 WiStab Ost, 2. Vierzehntagesbericht (20. 7.–2. 8.) v. 9. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 870. Wie die EGr A berichtete, bedeutete diese Regelung z.B., »daß sämtliche Baumwollvorräte, die zur Versorgung der lettischen Industrie für zwei Jahre ausreichen würden, insgesamt ins Reich praktisch unter Stilllegung sämtlicher Textilfabriken Lettlands abgeführt werden sollen.« EM 56 v. 18. 8. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 1982f.

156 Vgl. KTB WiRüAmt/Stab v. 6. 8. 1941 über eine Besprechung zwischen General Thomas und dem Leiter der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie, Hans Croon, BA-MA RW 19/165, Bl. 188f.

Der Aspekt der Deindustrialisierung, die allerdings im Baltikum nicht so ausgeprägt war, wird von Roswitha Czollek (1974, S. 137–146) nicht berücksichtigt. Sie betont im wesentlichen, wie lohnend das industrielle Engagement der Ostfaser – neben der durchaus wahrgenommenen Rohstoffplünderung – gewesen sei. Auch Rationalisierung, Konzentration usw. bleiben in ihrer Untersuchung aus dem Blick.

157 WiIn Mitte, Chefgr. W, Besondere Anordnungen Nr. 1 v. 12. und Nachtrag v. 13. 7. 1941 sowie Anlage 1 zu Nr. 2 v. 19. 7. 1941: Hinweise über Rohstoff-, Betriebs-, Finanzierungs- und Arbeitseinsatzfragen in der gewerblichen Wirtschaft, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1103, 1108 und 1118–1120.

158 Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 7 v. 20. 10. 1941, Anlage 1 und 2: Zusammenstellung erbeuteter und abtransportierter Rohstoffe, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1056f.; WiKdo Minsk, Sondergruppe BB, Bericht über Betriebsbesichtigung Lederfabrik Minsk v. 20. 8. 1941, ZStA Minsk 412–1–46, Bl. 5; Leistungsbericht der Chefgr. Wirtschaft der WiIn Mitte, Stand vom 31. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1253–1259.

159 KTB WiRüAmt/Stab v. 31. 7. 1941, Besprechung Amtschef bei Sts. Körner, Organisationsfragen Rußland, sowie Niederschrift über die Sitzung des WiFüStabes Ost am 31. 7. 1941 v. 4. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 677 und 685.

vor).¹⁶⁰ Doch erst am 21. Mai 1942 hob der Wirtschaftsstab Ost die »Beschäftigungsbeschränkung« in der Textilindustrie für die Ausführung von Aufträgen des Wehrmachtbeschaffungsamtes auf, dem nun Kontrolle und Verteilung unterstanden.¹⁶¹ Für die weißrussische Bevölkerung sollte allerdings nicht produziert werden, und auch das Ende der Drosselung und Stilllegungen war damit nicht erreicht.

Zur Untersuchung der nächsten Phase der deutschen Politik gegenüber der weißrussischen Textilindustrie ist es nötig, einen neuen Faktor, nämlich die Interessen der Ostfaser GmbH und damit der mittelständischen deutschen Textilindustrie und des Textilhandels zu berücksichtigen. Diese Gesellschaft wurde am 4. August 1941 gegründet, die Tochter Ostlandfaser GmbH für das Reichskommissariat Ostland am 30. September. Die Ostfaser wurde bei einem Grundkapital von 1,25 Millionen RM durch einen Kredit verschiedener Großbanken in Höhe von 100 Millionen RM finanziert.¹⁶² Davon wurden bis Mai 1943 31,3 Millionen RM ausgeschöpft, während es am 30. September 1942 erst 78 Millionen RM gewesen waren.¹⁶³ Präsident des Verwaltungsrates der Ostfaser und der Ostlandfaser war der Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium Hans Kehrl, selbst mittelständischer Textilunternehmer und ab September 1943 Chef des Planungsamtes in der Vierjahresplanbehörde, somit faktisch Stellvertreter des Rüstungsministers Speer.¹⁶⁴ Geschäftsführer war Dr. Friedrich Dorn, zuvor bei der Feldmühle AG und Reichsbeauftragter für Zellstoff und Papier.¹⁶⁵ Die Leiter der Erzeugnisparten charakterisierte Kehrl ebenfalls als »Starbesetzung« aus Führungskräften von Industrie- und vor allem aus Handelshäu-

160 WiIn Mitte, Chefgr. W, Besondere Anordnungen Nr. 4 v. 8. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1145-47.

161 KTB WiStab Ost v. 21. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 570.

162 Gesellschafter mit je 250000 RM Einlage waren ZO, Wirtschaftsgruppe Groß- und Außenhandel, Wirtschaftsgruppe Textilindustrie, Wirtschaftsgruppe Papier-, Zellstoff- und Holzerzeugung und Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie. Kreditgeber waren Deutsche Bank, Commerzbank und Dresdner Bank mit je 20 %, die Reichs-Kredit-Gesellschaft AG mit 22 %, die Bank der Deutschen Arbeit der DAF mit 8 % und zwei weitere Institute. Die Deutsche Bank hatte bereits am 9. 7. 1941 an einer Finanzierung Interesse gezeigt. Eine Vorreiterrolle bei der Gewinnung anderer Kapitalgeber spielte die Reichs-Kredit-Gesellschaft.

Vgl. allgemein Czollek 1974, S. 137-146, und Gerber, S. 116f. Zu den Gesellschaftern abweichend Auszug aus einer Aktennotiz von Karl Kimmich, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, in: Anatomie des Krieges, S. 349. Ferner Reichs-Kredit-Gesellschaft an Dresdner Bank v. 2. 10. 1941, Nbg. Dok. NI-14588.

163 Die Ostlandfaser hatte im Mai 1943 Bankverbindlichkeiten von 11 Millionen RM: 4,15 Millionen bei der Handels- und Kreditbank (Tochterfirma der Dresdner Bank), 4,08 Millionen bei der Hansabank (Tochterfirma der Commerzbank), 1,52 Millionen bei der Bank der Deutschen Arbeit (mit Filiale in Riga) und 1,27 Millionen RM bei der Gemeinschaftsbank Riga. Vgl. Finanz-Bericht der Ost-Faser-Gesellschaften und der von ihnen verwalteten Treuhandbetriebe vom Mai 1943, 31. 5. 1943, BA 34.02, Nr. 133, Bl. 201f., und Czollek 1974, S. 86f.

164 Dazu Kehrl, S. 222-232; Czollek 1974, S. 137; Meyer, S. 240f.; Eichholtz 1985, besonders S. 147-150. Mitglieder des Verwaltungsrates waren bei der Ostfaser u. a. Küper (stellvertretender Vorsitzender), Hayler, Schlotterer, Fleischberger, Karl Patry (Leiter der Gruppe Erzeugung in der Chefgr. Landwirtschaft des WiStabs Ost), Croon und Herbert Tengelmann (Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie), bei der Ostlandfaser Vialon und Fleischberger. Vgl. Ostland-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42, BA F 10633, Bl. 462f.

165 Dorn war einige Monate lang lediglich Kriegsverwaltungsrat in der Gruppe 9 (Textilindustrie) im Wirtschaftsstab Ost und folgte Kehrl im Herbst 1943 ins Planungsamt, vgl. Eichholtz 1985, S. 149; Aktennotiz Kimmich (Deutsche Bank) v. 19. 8. 1941, in: Anatomie des Krieges, S. 349; WiStab Ost, Chefgr. W, Geschäftsverteilungsplan (Stand: 1. 11. 1941), BA 6.01, Nr. 0/0/6, Bl. 29R.

sern.¹⁶⁶ Diese Ebene der strategisch denkenden und vorgehenden Planer, die vom Großkapital beeinflusst wurden, war aber nur die eine Seite. Denn die Ostfaser war »eine reine Verwaltungsgesellschaft, die keinen Betrieb besaß und daher auch nicht bilanzierte«, wie Kehrl als Angeklagter im Wilhelmstraßenprozeß wohl zu Recht aussagte.¹⁶⁷ Die einzelnen Unternehmen oder Handelskonzessionen wurden durchweg, auch in Weißrußland, treuhänderisch deutschen Textilfirmen übergeben. Dies hat Rolf-Dieter Müller treffend als »Aufbau eines mittelständisch und privatwirtschaftlich strukturierten Textilimperiums« bezeichnet.¹⁶⁸

Diesen Handelsunternehmen ging es weniger um Produktion. Nicht umsonst bezeichnete der Jahresbericht 1941/42 der Ostfaser ein größeres Rohstoffaufkommen als »Hauptaufgabe«. Der Großteil der erfaßten Rohprodukte wurde im Reich verarbeitet, bei Flachs 80 Prozent, bei Wolle 40 Prozent.¹⁶⁹ Ein Export von gut der Hälfte der aufgekauften Mengen (ein Teil wurde den bäuerlichen Produzenten gelassen, oder diese entzogen ihn der »Erfassung«) galt schon als gering.¹⁷⁰ Ebenso war es sogar bei der Aufarbeitung von Altkleidern.¹⁷¹ Dieses Vorgehen wurde von der Ostfaser durch einige Prämissen vorgegeben oder zumindest gefördert. Zum einen sollte die Aufarbeitung und Verarbeitung aus unproduktiven Kleinbetrieben und Heimarbeit in größere Einheiten verlagert werden. 1941 gab es bei der Wirtschaftsinspektion Mitte ein

166 Darunter Kühlenkampff und Dr. Czaya (zuvor Hauptgeschäftsführer Reichsvereinigung Bastfasern, nun speziell als »Bastfaser-Geschäfts-Sonderbeauftragter für Weissruthenien und WiIn Mitte«) für den Woll- bzw. Bastsektor. Kehrl, S. 228, und Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42, BA F 10633, Bl. 459 und 465.

167 Vern. Hans Kehrl v. 16. 8. 1948, Fall 11, Protokoll Bl. 16277–16282, Zitat Bl. 16278, BA F 53847. Vgl. [Rechnungshof des Deutschen Reiches.] Erhebungen im RKO 16.–28. 8. 1943: »Die Ostland-Faser betreibt selbst keine Geschäfte. Sie nimmt Aufgaben einer Wirtschaftsvereinigung wahr«. BA 23.01, Nr. 6004, Bl. 19R.

168 R.-D. Müller 1981, S. 108. Im Gegensatz dazu war die Ostfaser für Czollek 1974 (S. 137–146) ein Konzern, selbst Teil des Großkapitals, der lediglich ab 1943 ein paar »Einsatzfirmen [...] am großen Geschäft der Ausplünderung beteiligt« habe (S. 144). So trifft das nicht zu, obwohl Hochfinanz und Großkapital durch Kreditvergabe und Personalpolitik natürlich Einfluß hatten. Im übrigen war es mit dem Geschäft, besonders was den weißrussischen Bereich angeht, nicht weit her. Dort gab es Verluste. Finanz-Bericht der Ost-Faser-Gesellschaften und der von ihnen verwalteten Treuhandbetriebe v. 31. 5. 1943, BA 34.02, Nr. 133, besonders Bl. 203–210, 220 (Anlage 2), 223f., 227 und 237. – Namen deutscher Einsatzfirmen in Weißrußland in Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42 [aus der 2. Jahreshälfte 1943], BA F 10633, Bl. 459 und 490 (Anlage 6).

169 Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42, BA F 10633, Bl. 532. Vgl. Kehrl, S. 230; WiIn Mitte, Jahresbericht Chefr. Wirtschaft v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 589; Vortrag Oberst Dr. Musset vor der Kriegsakademie Berlin v. 6. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 1102; Czollek 1974, S. 142. Noch mehr waren es 1944 mit dem Rückzug vor Augen: Chefr. W, GW 3c, Reisebericht Rauth v. 21. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 1139f.; Czollek 1974, S. 143f.

170 Bericht über die Hauptgeschäftsstelle Minsk v. 27. 4. 1943 (Abschrift), BA-MA RW 31/316. Den Rest verarbeiteten die Fabriken in Riga, Klinzy und Wysotschani bei Witebsk.

171 Ein Zusammenhang zwischen sogenannter Lumpenerfassung und der Ermordung der weißrussischen Juden liegt nahe, kann hier aber nicht konkret belegt werden. Von der WiIn Mitte wurde sie erstmals am 8. 9. 1941 befohlen, aber erst im Dezember 1941 mit der »Lumpenerfassung« begonnen, kurz nachdem die meisten ostweißrussischen Juden getötet worden waren. 90 % der bis Mitte 1942 angefallenen Altkleider wurden im Reich aufgearbeitet. Vgl. WiIn Mitte, Chefr. W, Besondere Anordnungen Nr. 4 v. 8. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1147, und Jahresbericht v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 596f.

generelles Verarbeitungsverbot für Wollerzeuger.¹⁷² Nach diesen Maßgaben hätte man allerdings praktisch alle Produktionsstätten in Weißrußland schließen müssen,¹⁷³ was im Interesse der Befriedigung eines Teils des örtlichen Wehrmachtbedarfs nicht ging. Deshalb plädierten die regionalen Wirtschaftsverwaltungen mit Erfolg dafür, aus der Not eine Tugend zu machen und die bäuerliche Heimarbeit sowie Kleinverarbeitungen zu fördern, dafür aber »betriebsfähige, jedoch stark veraltete Werke nicht in Gang zu setzen«. Ansonsten sollten Spinnerei und Weberei in ein oder zwei Werken zusammengefaßt werden.¹⁷⁴

Die zweite »Grundthese« der Ostfaser-Tätigkeit war es, die Ukraine und Weißrußland als »Rohstofflieferanten« zu behandeln, deren Exporte in Łódź und Białystok verarbeitet werden sollten. Es stehe schließlich sehr in Frage, ob es »überhaupt vertretbar« erscheine, in den besetzten sowjetischen Gebieten textilindustriell tätig zu sein.¹⁷⁵ Ein Teil der dortigen Erzeugnisse sollte bis auf weiteres an die Wehrmacht im Osten gehen, ein anderer Teil als sogenannte »Rückgabe«,¹⁷⁶ rationiert über ein Punktesystem, auch längerfristig an die Bevölkerung der besetzten sowjetischen Gebiete; einstweilen vor allem direkt an die Bauern, die Textilrohstoffe lieferten. Die Standorte im Baltikum und in Klinzy, das die 2. Armee zeitweilig allein für sich produzieren ließ,¹⁷⁷ stellten nur Anomalien in diesem Kreislaufsystem dar, das 1942 tatsächlich zu arbeiten begann.¹⁷⁸ Ein Viertel des Białystoker »Sondertuches« minderer Qualität ging 1942 an die Wirtschaftsinspektion Mitte.¹⁷⁹ Die Produktion in Łódź und Białystok übernahm allerdings nicht die Ostfaser, die also wiederum vor allem als Handelsgesellschaft fungierte; in Białystok war es die Textilindustrie-Aufbau GmbH mit Sitz in Königsberg.¹⁸⁰

172 Vgl. Vern. Hans Kehl v. 16. 8. 1948, Fall 11, Protokoll Bl. 16286f., BA F 53847, und KTB WiStab Ost v. 3. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 191.

173 So war es in vielen Industriezweigen. Beispielsweise hieß es über das GK Weißruthenien: »Auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft waren sämtliche übernommenen Betriebe zu den sogenannten Auslaufbetrieben zu rechnen.« Berliner Börsen-Zeitung v. 8. 9. 1943, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 5. Vgl. auch Hauptverwaltung der Reichskreditkassen, Die Wirtschaftslage im Ostland v. 30. 9. 1941, BA 25.02, Nr. 2, Bl. 208R.

174 WiStab Ost, Halbmonatsbericht 16.–30. 9. 1941 v. 20. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 1017 über die Verhältnisse bei der WiIn Mitte. Vgl. Bericht RüKdo Minsk (?), Januar 1942, ZStA Minsk 370-I-245, Bl. 15.

175 Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42, BA F 10633, Bl. 532f.

176 Tätigkeitsbericht der Ostfaser 1941–1944 (Auszüge), Nbg. Dok. PS-2566.

177 Kommandeur Versorgungsbezirk Dnjepr an GenQu v. 14. 3. 1942, BA-MA RW 31/59b, Bl. 507.

178 Vgl. Madajczyk 1988, S. 576; Ostfaser-Nachrichtendienst, 1. Jg., Nr. 17 v. 23. 8. 1943, BA 11.01, Nr. 18, Bl. 26; Vern. Hans Kehl v. 16. 8. 1948, Fall 11, Protokoll Bl. 16301f. und 16308, BA F 53847; Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht 1941/42, BA F 10633, Bl. 471 und 531; Deutsche Zeitung im Ostland v. 22. 9. 1942. Einen entsprechenden Vorschlag lieferte schon Engelhardt in seiner Denkschrift aus der ersten Jahreshälfte 1941, BA F 10772, Bl. 945.

179 KTB WiStab Ost v. 12. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 598. Der Standort Klinzy, der zeitweilig auf 4000 Arbeitskräfte hochgefahren wurde, produzierte hauptsächlich ebenfalls »Sondertuch« für Kriegsgefangene, das die Warenprüfungsanstalt in Cottbus als »vorbildlich« bezeichnete. Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 266f., und Monatsbericht WiStab Ost für April v. 18. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 208.

180 Vgl. Deutsche Zeitung im Ostland v. 4. 6. 1942 und Madajczyk 1988, S. 576. Das Schwergewicht der Erzeugung lag aber in Białystok selbst und nicht im heute weißrussischen Teil des damaligen Bezirks Białystok. Deshalb wird hier nicht weiter darauf eingegangen.

Eine andere Form des Rohstoffabtransports stellte auch die Aktivitäten der Ostfaser in Frage. Jedes Jahr wurden Tausende Tonnen Leinsaat aus Weißrußland nach Deutschland gebracht, die unter anderem in Form von Leinöl im U-Boot-Bau Verwendung fanden,¹⁸¹ also für vorrangige kriegswirtschaftliche Zwecke. 1941 kamen von der Wirtschaftsinspektion Mitte und aus dem GK Weißruthenien rund 3000 Tonnen, 1942 5000, nach anderen Angaben sogar 18000 Tonnen, und im August 1943 wurde geplant, die vorhandene Leinsaat aus dem Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte vollständig zu entfernen. Die Ostfaser wandte sich wiederholt gegen solche Aktionen der Landwirtschaftsverwaltung.¹⁸² Ein Großteil des Rückganges im weißrussischen Leinbau entsprang – besonders 1943 – dem Saatgutmangel.

Die Textilverarbeitung in Weißrußland war gering. Kehrl präsentierte in seinen Memoiren die Ostfaser als »Europas größten Textilkonzern«,¹⁸³ und ein wichtiger Teil dieses Imperiums soll in Weißrußland gelegen haben. Organisatorisch unterstanden das GK Weißruthenien und das Gebiet der Heeresgruppe Mitte der Ostlandfaser-Hauptstelle Minsk. Obwohl das mit 209 deutschen Beschäftigten (1943) die größte Hauptstelle in den besetzten sowjetischen Gebieten war,¹⁸⁴ wurde vornehmlich nur noch in kleineren Orten produziert. Bis zum Krieg war beispielsweise Witebsk eine Textilstadt mit mindestens 15000 einschlägigen Arbeitsplätzen gewesen – nun waren es noch etwa 100.¹⁸⁵ Von insgesamt rund 50000 sowjetischen Beschäftigten der Ostfaser waren ungefähr 7000 in rund 100 Betrieben Weißrußlands tätig,¹⁸⁶ davon ein Fünftel allein in Glebokie, wo 1400 Juden für den Wehrmachtbedarf arbeiten mußten.¹⁸⁷ Die meisten Beschäftigten arbeiteten in den Bereichen Textilindustrie (65 Prozent), Flachsauflbereitung (14 Prozent) und Seilereien (11 Prozent), während Bekleidungs-, Zellstoff- und Papierindustrie ganz bedeutungslos waren.¹⁸⁸ Von der Verarbeitungsseite her stand die Woll- und Filzindustrie im Mittelpunkt, was Betriebszahlen, Vermögenswerte und Beschäftigte anging. Ihnen folgten Leinenindu-

181 Vgl. WiStab Ost, Chefgr.W, Gruppe 7 (Textil) v. 17. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1219f.

182 Wirtschaftsverkehr der besetzten Ostgebiete nach Güterarten und Verkehrsbezirken (2. Halbjahr 1941), BA F 2348, Bl. 734f.; KVR Wannemacher, Abschlussbericht betr.: Förderung der Erfassung und des Abtransportes von 5000 t Leinsaat v. 20. 2. 1943, BA-MA RW 31/316; KTB WiStab Ost, Chefgr. La v. 10. 12. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 494 (Forderungen des Staatssekretärs im RWM Landfried); Chefgr.W/AW VI/Presse- und Berichtswesen v. 22. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1268; Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht 1941/42, BA F 10633, Bl. 473; KTB WiIn Mitte, Chefgr. Wirtschaft, für 2.–8. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 542.

183 Kehrl, S. 227.

184 Am 31. 5. 1943 hatte die Ostfaser zum Vergleich in Berlin 230, im Baltikum 519 und in der Ukraine 137 Mitarbeiter. Vgl. Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht 1941/42, BA F 10633, Bl. 468; Ost-Faser-Gesellschaft m.b.H., Betriebsverzeichnis Ostland und Ukraine (Stand: 1. 4. 1943, gedruckt), BA F 10632, Bl. 258–260.

185 Im ganzen WiKdo-Bereich Witebsk gab es 584 Textilarbeiter(innen). Vgl. EM 31 v. 23. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1620; Betriebsverzeichnis der Ostfaser (Stand 1. 4. 1943), BA F 10632, Bl. 258–260; WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. Wirtschaft v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 114.

186 Vgl. Betriebsverzeichnis der Ost-Faser, BA F 10632, Bl. 258–260 und 262–266; Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42 und »Zahlen aus der Arbeit der Ost-Faser«, BA F 10633, Bl. 530 und 566.

187 Vgl. Eintrag im Betriebsverzeichnis der Ost-Faser unter Filzfabriken: »Glebokie 1393 Dez. 42 Juden«, BA F 10632, Bl. 258; Protokoll über die Aussenstellenleiter-Tagung des RükDos Minsk (28.–30. 1. 1943) v. 31. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1080.

188 Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42, BA F 10633, Bl. 530.

strie, Flachs- und Hanfaufbereitung, beim Anlagenkapital in weitem Abstand.¹⁸⁹ Die Produktion war in allen Bereichen gering. Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte verlautete, »daß beispielsweise ein einziger deutscher mittelgroßer Textilbetrieb ohne Schwierigkeiten die Produktionsziffern sämtlicher einschlägiger Betriebe im Inspektionsbereich erreicht.«¹⁹⁰ Auch die Herstellungsbilanz des größten weißrussischen Standorts Glebokie war nicht beeindruckend.¹⁹¹

Aber das lag im partiellen Entindustrialisierungskalkül von Wirtschaftsstab Ost und Ostfaser, von Ministerialbürokratie und Textilwirtschaft. Dieses Konzept hinderte die Ostfaser nicht, 1942/43 eine größere Konzentrations- und Rationalisierungskampagne zu starten, wie sie zuvor in dieser Branche im Reich stattgefunden hatte.¹⁹² Kleinere und entlegene Betriebe wurden zusammengefaßt, womit der Ausstoß erhöht und die Kosten im Hinblick auf eine spätere Privatisierung gesenkt werden sollten. Teilweise brachte man Maschinen aus in Deutschland stillgelegten Betrieben nach Weißrußland. 1943 überzog die innerbetriebliche Rationalisierung hinsichtlich des Arbeitsablaufs, Vereinfachungen im Erzeugungsprogramm und Rechnungswesen, Prämiensystem und Personalabbau. Es gelang schließlich im Gegensatz zu anderen Industriezweigen, die Produktion erheblich zu steigern.¹⁹³ Bezeichnenderweise beauftragte Schlotterer den Leiter dieser Kampagne, Ostfaser-Geschäftsführer Dorn, mit ihrer Ausweitung auf alle Industriezweige und Ostgesellschaften. Dorn wurde Vorsitzender im neuen »Arbeitsausschuß für Leistungssteigerung«.¹⁹⁴

Schon früher hatte die Ostfaser massiv Betriebe geschlossen, nämlich sofort seit ihrer Übernahme.¹⁹⁵ Mehrfach gab es Differenzen mit der Verwaltung über Schließungen und Ingangsetzungen. Die Wirtschaftsinspektion mußte die Fabriken in Wy-sotschani und Dubrowno selbst öffnen und betreiben.¹⁹⁶ 1941 hatte sie den Aufbau eines größeren »Flachstrustes« im Raum Witebsk geplant. Die Ostfaser legte den Plan 1942 auf Eis, 1943 aber war es die Inspektion, die ähnliche Pläne der Ostfaser torpe-

189 Vgl. Betriebsverzeichnis der Ostfaser, BA F 10632, Bl. 258–260; Finanz-Bericht der Ost-Faser-Gesellschaften und der von ihnen verwalteten Treuhandbetriebe v. 31. 5. 1943, Anlage 15, BA 34.02, Nr. 133, Bl. 242; Czollek 1974, S. 142.

190 WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. Wirtschaft v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 165, vgl. die Produktionszahlen ebd., Bl. 138. Vgl. zur geringen Deckung des Wehrmachtbedarfs auch Vern. Hans Kehrl v. 16. 8. 1948, Protokoll Bl. 16300, BA F 53847.

191 1942–1944 52154 Paar Filzstiefel und 157231 Paar Wollsocken nach dem Räumungsbericht des GebK Hachmann v. 9. 8. 1944, BA R 93/14.

192 Dabei waren Fachkräfte entlassen worden, die anschließend in den besetzten sowjetischen Gebieten zum Einsatz kamen. Vgl. Deutsche Allgemeine Zeitung v. 23. 9. 1942, BA F 14245.

193 Vgl. KTB WiStab Ost v. 9. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 175; Ost-Faser, Tätigkeitsbericht 1941/42, BA F 10633, Bl. 491–508; 12., 13. und 14. Tätigkeitsbericht der Ost-Faser für drittes und viertes Quartal 1943 und erste Hälfte 1944, BA F 10633, Bl. 541 ff., 567 ff. und 583 ff.; V. Stb./WiStab Ost bei OKH/GenQu, Vortragsnotiz für den Herrn GenQu v. 30. 6. 1943, BA-MA RH 3/v. 245, Bl. 98/R.

194 RWM, Niederschrift über die Besprechung vom 14. Mai 1943 mit Vertretern der Ostgesellschaften v. 17. 6. 1943 an alle Ostgesellschaften, WiFuStab Ost, RMO u. a. Behörden, BA 31.01, Nr. 15335, Bl. 74–75R.

195 WiKdo im Bereich der Kommandantur Smolensk, Bericht für 3. Quartal 1942 v. 1. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 740. Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte war die Ostfaser erst am 29. 5. 1942 offiziell eingewiesen worden. Vgl. Berück Mitte, Abt. VII, Verwaltungsanordnungen Nr. 22 v. 2. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1228.

196 Vgl. einen Bericht der Ostfaser (Auszug) in Fall II, VDB Kehrl IV B, Bl. 151, BA F 53866, und Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42, BA F 10633, Bl. 503f.

dierte.¹⁹⁷ Im Frühjahr 1943 liefen im Gebiet der Hauptgeschäftsstelle Minsk 83 Betriebe – stillgelegt oder in Liquidation waren 80 und damit fast ebensoviele.¹⁹⁸ Zweck oder Konsequenz solcher Schließungen war nicht selten der Abtransport wertvoller Maschinen nach Deutschland, die dort von Textilunternehmen in Besitz genommen wurden. So entschied Kehrl nach einer persönlichen Besichtigung, die größte Kunstseidenfabrik der Sowjetunion in Mogilew nicht wieder zu eröffnen, sondern zu demontieren.¹⁹⁹ Maschinen von Werken der Flachsverarbeitung bei Orscha und Witebsk wurden nach Lettland verlagert.²⁰⁰

Das Beispiel der Textilwirtschaft ist nicht in jeder Beziehung typisch. Nicht in allen Branchen war der Einfluß der Ostgesellschaften so groß, infolgedessen nicht überall die Betriebsführung so relativ modern, die Rationalisierung so ausgeprägt, ihre Wirkung so groß. Und nicht überall machte man sich um die genaue Entindustrialisierungsstrategie soviel Gedanken wie hier. Die Folgen waren aber in anderen Industriezweigen ähnlich. Ein wirklicher Ausbau fand nicht statt.

d) Schlüsselbereiche für den verhinderten industriellen Wiederaufbau: Energie/Torfbergbau und Verkehrswesen

Außer jenen Sektoren, auf denen die deutsche Wirtschaftsverwaltung und die Ostgesellschaften keinen Ausbau wollten, gab es auch einige industrielle Bereiche, die zu fördern erwünscht war, so Reparaturbetriebe und die Holzindustrie im Dienst der Wehrmacht. Wo sie es aber wollte, konnte die Besatzungsadministration dies meist nicht realisieren, etwa auf dem Energiesektor. Sein Funktionieren auf niedrigem Niveau wäre eine Voraussetzung dafür gewesen, daß wenigstens einzelne Industriezweige leistungsfähig hätten arbeiten können.

Bei der Energieerzeugung waren die Zerstörungen in Weißrußland besonders groß. Sie wurden mit 60 Prozent fürs GK Weißruthenien und 78,6 Prozent für die Wirt-

197 Vgl. ebd. sowie AOK 9 – IV Wi, Stabsbefehl v. 19. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1118–1120.

198 Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42, BA F 10633, Bl. 530. Vgl. Betriebsverzeichnis der Ostfaser, BA F 10632, Bl. 245; Finanz-Bericht der Ost-Faser und der von ihnen verwalteten Treuhandbetriebe v. 31. 5. 1943, BA 34.02, Nr. 133, Bl. 212.

199 Vgl. KTB WiKdo Mogilew v. 13. 9. 1942 und dessen Bericht v. 17. 10. 1942, BA-MA RW 31/846 und /847; I.G. Farben, Volkswirtschaftliche Abteilung (Vowi 3992), Die Textilindustrie der Sowjetunion, BA F 10675, Bl. 524; OKW/WiRüAmt, Zusammenstellung wichtiger Meldungen über die Ostgebiete Nr. 2 v. 28. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 572; Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 267, wo von Verschrottung der Maschinen die Rede ist, im Gegensatz zu: Ost-Faser GmbH, Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1941/42, BA F 10633, Bl. 503f.

200 Vgl. ebd. und Wiln Mitte, Lagebericht Nr. 19 v. 4. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 244 und 261. Was andere Industrien anging, wurden vor allem in Minsk vorgefundene Radialbohrmaschinen nach Deutschland gebracht, anstatt sie vor Ort zu nutzen. Dieser Fund war die größte Beute an »Engpaßmaschinen« im ganzen Krieg gegen die Sowjetunion. Das zeigt gleichzeitig, daß man den Demontageaspekt nicht überschätzen sollte, jedenfalls nicht vor dem Rückzug 1943/44. Vgl. 3. Vierzehntagesbericht WiStab Ost (3.–16. 8. 1941) v. 30. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 898; WiStab Ost, Rü/Te an Stab I/Id v. 5. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 240; weitere Beispiele aus Minsk KTB RüKdo Minsk v. 14. 3. 1942 bzw. 3. Quartal 1943, hier nach Sta Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband T. Siehe auch Wilenchik, S. 194. – Der entsprechende Rahmenbefehl Görings: Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP V. P.14016 v. 30. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 44421, Bl. 338f., und Czollek 1974, S. 69f.; bekräftigt auf der Sitzung am 8. 11. 1941, vgl. Aktennotiz Chef des Stabes WiRüAmt v. 13. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 652f. Zu 1943/44 Kap. 10.6 und Czollek 1974, S. 143f.

schaftsinspektion Mitte angegeben.²⁰¹ Im zuletzt genannten Gebiet wurden bei einer Vorkriegsleistung von 132 900 kW etwa 15 000 kW betriebsklar vorgefunden. Bis zur Jahreswende 1942/43 wurde diese Kapazität auf rund 30 000 kW erweitert.²⁰² Mit ungefähr 20 Prozent der Vorkriegskapazität lag die Wirtschaftsinspektion Mitte im Durchschnitt der besetzten sowjetischen Gebiete.²⁰³ Ein weiterer Ausbau im Mittelabschnitt auf 53 000 kW bis Ende 1943 (zuvor noch ehrgeiziger geplant) scheiterte am Rückzug, an Störungen durch Partisanen und an fehlender Zufuhr von Energieträgern (Torf).²⁰⁴ In Weißrußland hatte es 1941 wegen des noch relativ geringen Bedarfs und der großen Entfernungen keinen allgemeinen Stromverbund gegeben; örtliche Kraftwerke hatten den Bedarf befriedigt. Die Wirtschaftsinspektion Mitte lehnte es ab, das zu ändern:

»Da die Ausweitung der Kapazität der noch vorhandenen und in Betrieb befindlichen, für Heeresbedarf arbeitenden Wirtschaftsbetriebe in den nächsten Jahren keinesfalls diejenige der russischen Zeit erreichen wird, so entfällt damit auch die Notwendigkeit einer elektrischen Verbundwirtschaft, wie sie von Dienststellen außerhalb der Inspektion vorgeschlagen wird.«

Das heißt: die regionalen deutschen Stellen wirkten als Motor der Entindustrialisierungspolitik und stellten sich Reichsstellen entgegen. Aber auch wenn man davon abgegangen wäre, wären Kabel, Trafos, Apparate usw. für den Verbund frühestens nach 30 Monaten aus dem Reich zu beschaffen gewesen, »wenn überhaupt«, wie die Inspektion anfügte. Die Politik energiewirtschaftlicher Oasen war damit eine Ursache für das industriepolitische Konzept, nur auf einigen lokalen Wirtschaftinseln zu produzieren, wie es in der gleichen Quelle weiter hieß:

»Die Fertigung von Wirtschaftsgütern für den mittelbaren und unmittelbaren Heeresbedarf wird sich ausschließlich in den geschlossenen Wirtschaftsräumen Bobruisk, Borissow, Gomel, Klinzy, Mogilew, Orechi, Orscha, Smolensk und Witebsk vollziehen. Nur hier sind die Produktionsmittel und die Arbeitskräfte vorhanden.«²⁰⁵

1943 sollten es sogar nur noch drei industrielle Inseln sein: Borissow, Bobruisk und Gomel.²⁰⁶

Infolgedessen war die örtliche Stromversorgung während der Besatzungszeit äußerst anfällig, so anfällig wie das örtliche Kraftwerk und seine Brennstoffversorgung mit Torf.

201 Vergleichswerte: Ukraine und Südrußland 95 %, Estland und WiIn Nord 80 %, Lettland und Litauen 10 %. Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 228.

202 Offenbar entsprachen diese 30 000 kW ziemlich genau der unzerstört vorgefundenen, aber nicht unmittelbar betriebsfähigen Leistung. Vgl. ebd.; WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. Wirtschaft v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 580; WiStab Ost, Chefgr. W, Gruppe Statistik, Energieerzeugung in den besetzten Ostgebieten (undatiert), BA-MA RW 31/260; KTB WiIn Mitte, Tätigkeitsbericht 8. 3.-4. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 929; Zusammenstellung der am 1. März 1942 in Gang befindlichen Betriebe, ebd., Bl. 1122; WiIn Mitte, Protokoll der Kommandeursbesprechung bei WiIn Mitte am 11. u. 12. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 546 und 552.

203 Im Nordabschnitt wurden 50–80 %, in der Ukraine 10 % des Vorkriegsstandes erreicht. Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 228; WiStab Ost, Chefgr. W, KTB-Rückblick v. 15. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 303; KTB-Rückblick WiStab Ost, Stab I/Ia für 3. Quartal 1942, Anlage 2, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 243.

204 [WiIn Mitte,] Stab I/Ia org., Protokoll über die Besprechung mit Chef WiStab Ost am 26. 3. v. 3. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1036; WiIn Mitte, Jahresbericht Chefgr. Wirtschaft v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 580; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 230; besonders auch Tätigkeits- und Lagebericht der EGr B für 1. 9.–15. 9. 1942, ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 172–177.

205 WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 16 v. 4. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1083.

206 Auszug KTB WiStab Ost v. 7. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 443.

So standen in Polozk im letzten Quartal 1942 ganze 1000 kWh täglich zur Verfügung, am 1. Dezember wurde die Energieversorgung ganz eingestellt. In Gomel wurden im gleichen Monat zwar gut 40000 kWh täglich erzeugt, aber damit lief das Kraftwerk auch nur mit der Hälfte seiner Höchstleistung (2850 kW).²⁰⁷ Besonders im Winter mußten Betriebe wie das Walzwerk in Mogilew länger stillgelegt bzw. das Elektrizitätswerk heruntergefahren werden, oder es fiel ganz aus wie in Minsk.²⁰⁸ Der einheimischen Bevölkerung ließen die Deutschen praktisch keinen Zugang zu Energie. Mit Kohle und Holz wurde in Minsker Haushalten nur einmal am Tag geheizt, und die private Stromentnahme war etwa in Gomel Anfang 1943 nur zwischen 16.00 und 21.00 Uhr erlaubt.²⁰⁹

Während man in der Ukraine ziemlich erfolglos auf den Wiederaufbau der großen Wasserkraftwerke setzte, versuchte es die von Speer gegründete, reichseigene Energiebau Ost GmbH im GK Weißruthenien und im Bereich der Heeresgruppe Mitte mit dem Einbau einzelner Turbinen und Lokomobilen in vorhandene Kraftwerksbauten. Ihr unterstand auch der Kraftwerksbetrieb sowie Reparaturen und die Versorgung mit Ersatzteilen. Die Bauausführungen waren Aufgabe der Organisation Todt.²¹⁰ Auch für Firmen aus dem Reich gab es hierbei etwas zu verdienen. Starkstromkabel für Gomel kamen von der Firma Felten & Guilleaume, eine 4000-kW-Turbine für das größte weißrussische Kraftwerk Orechi bei Orscha sollte von MAN kommen, und eine 7000-kW-Turbine in Minsk wurde von Skoda geliefert.²¹¹ Die Anstrengungen konzentrierten sich auf Orechi, in dessen Nachbarschaft das größte Torfwerk Osintorf lag und das Ausgangspunkt für einen Ansatz von Verbundwirtschaft im Raum Witebsk-Orscha-Mogilew sein sollte. Dafür wurde eine weitere 6000-kW-Turbine aus einem »ehemaligen Russenauftrag« aufgetrieben und ein 10000-kW-Aggregat in Schweden bestellt, die alte Kapazität von 35000 kW aber bei weitem nie erreicht.²¹² In den ersten vier Monaten des Jahres 1943 wurden dort nur 6,42 Millionen kWh produziert, also täglich nur etwa 50000 kWh.²¹³

207 Vgl. WiKdo Polozk, Leistungsnachweis 4. Quartal 1942 sowie Lagebericht für 19. 11.–18. 12. 1942, BA-MA (BArch)P F 42932, Bl. 228 und 314; KTB WiKdo Gomel, Monatsüberblick Dezember 1942, BA-MA RW 31/825.

208 Vgl. WiStab Ost, Monatsbericht Januar 1942 v. 18. 2. 1942, BA-MA (BArch)P F 42745, Bl. 511; RüIn Ostland, Monatsbericht Januar 1942 v. 17. 2. 1942, BA-MA (BArch)P F 43371, Bl. 885; KTB RüKdo Minsk, Rückblick für 4. Quartal 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband T.

209 Pers. Mitt. Frau Schmidt-Noack v. 29. 3. 1992 und KTB WiKdo Gomel, Monatsrückblick Januar 1943, BA-MA RW 31/826.

210 Vgl. Reichsminister Speer, 2. Ausführungsanordnung zum Erlaß des Führers über den Einsatz der Technik in den besetzten Ostgebieten v. 22. 7. 1942, Betrifft: hier: Generalkommissariat Weiß-Ruthenien, BA F 15733, Bl. 4557–4559; Der Generalinspekteur für Wasser und Energie und der Generalbevollmächtigte für die Rüstungswirtschaft, Anordnung über den Ausbau der Energiewirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten v. 6. 8. 1942, in: Mitteilungsblatt des Chefs Sipo/SD Nr. 9 v. 11. 9. 1942, BA-MA SF-01/28985, Bl. 220; Niederschrift über die W-Leiterbesprechung am 9./10. April 1943 v. 17. 4. 1943, BA-MA (BArch)P F 42860, Bl. 102; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 228–230.

211 Auszug der Niederschrift einer Besprechung der Wirtschaftsinspektoren mit General Thomas v. 23. 2. 1942, in: N. Müller 1991, S. 256; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 7 v. 20. 10. 1941, BA-MA (BArch)P F 42942, Bl. 1045; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 230.

212 Vgl. Ltd. WiKdo Orscha, W.Ref.Torf, Torfwerk Osintorf (undatiert), BA-MA (BArch)P F 42942, Bl. 1181f.; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 13 v. 24. 1. 1942, BA-MA (BArch)P F 42858, Bl. 878; Reisebericht des WiIn Nidenführ v. 25. 4. 1943, BA-MA (BArch)P F 42860, Bl. 156.

213 Ltd. WiKdo Orscha, Lagebericht Mai 1943 v. 25. 5. 1943, Anlage, BA-MA (BArch)P F 42901, Bl. 1239.

Das Hauptmanko bei der Energieerzeugung war die Brennstoffversorgung, im wesentlichen die mit Torf. Kohle wurde ins besetzte Weißrußland nur in geringen Mengen geliefert, um die Transportwege möglichst zugunsten der Wehrmacht zu entlasten. Die Politik der wirtschaftlichen Isolation Weißrußlands galt auch hier. Die Industrie im GK Weißruthenien erhielt wenigstens monatlich 4500 bis 7000 Tonnen für Minsk und die ehemals polnischen Gebiete, die bis 1939 aus Oberschlesien beliefert worden waren. Im Bezirk Bialystok konnte sogar die Zivilbevölkerung ober-schlesische Steinkohle und Lausitzer Braunkohle kaufen.²¹⁴ Sonst bekamen aber nur die Wehrmacht und besonders wichtige und energieintensive Unternehmen überhaupt Kohle oder Koks, im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte fast ausschließlich das Zementwerk in Kritschew. Den Löwenanteil der Gesamtlieferungen nach Osten machte die Bahndienstkohle aus.²¹⁵

Damit blieb als gewerblicher Energieträger nur Torf. Die weißrussischen Vorräte wurden 1941 auf 4,5 Milliarden Tonnen bzw. 17,5 Milliarden m³ geschätzt, sie schienen also fast unerschöpflich.²¹⁶ Das waren erhebliche Werte, wenn man bedenkt, daß der Brennwert von 1 Tonne Trockentorf 0,5 Tonnen Steinkohle entspricht, Torf also durchaus ein effizienter Energieträger ist. Obwohl die Torfwerke nicht kostendek-kend arbeiteten und Subventionen verschlangen, wollten die Deutschen davon so viel wie möglich herausholen.²¹⁷ Tatsächlich blieb die Produktion aber weit hinter den Leistungen aus der Vorkriegszeit zurück.

*Tabelle 12: Die Torfproduktion in Weißrußland 1941–1944 (in 1000 Tonnen)*²¹⁸

	1941	1942	1943	1944
GK Weißruthenien	?	293	275	377
Wirtschaftsinsp. Mitte	324	817	951	97
»besetzte Ostgebiete« insgesamt	1576,5	2907	2807	814

²¹⁴ Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 218, und Preisanordnung für den Verkauf fester Brennstoffe v. 17. 10. 1942, in: Amtsblatt Bezirk Bialystok 2 (1942), Folge 18, S. 145.

²¹⁵ Von knapp 27 Millionen t Kohle, die in den »besetzten Ostgebiete[n]« insgesamt verbraucht wurden, erhielt die Bahn 15 Millionen t, 7,4 Millionen t waren ukrainische Förderung und Vorräte, 2,4 Millionen t gingen aus dem Reich an die Wirtschaft, 2,1 Millionen t an Wehrmacht und OT. Die WiIn Mitte bestellte 1942 für die folgenden zehn Monate lediglich 81000 t, davon 48000 t für Kritschew. Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 219f.; Kohlenbergbau in den besetzten Ostgebieten 1941–1944, BA 31.01, Nr. 15335, Bl. 113; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 20 v. 4. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 306.

²¹⁶ Vgl. Denkschrift »Weißruthenien« des Wannsee-Instituts, BA R 93/18, Bl. 137, und I.G.Farben AG, Volkswirtschaftliche Abteilung, Wirtschaftsmeldungen aus der Sowjetunion (UdSSR) Nr. 1 v. 1. 1. 1941, BA F 10675, Bl. 533f.

²¹⁷ Die Herstellungskosten in Weißrußland lagen bei 9–12 RM je t, der Abgabepreis bei 6,50 RM. Im GK Weißruthenien sollen die Subventionen 800000 RM jährlich erreicht haben, vermutlich aber lagen sie zwei- bis dreimal so hoch, da die dabei zugrundegelegte Verkaufsmenge zu niedrig war. Vgl. Abschlussbericht über die Tätigkeit der Sondergruppe Treuhandverwaltung bei der WiIn Mitte bzw. beim HeWiFü Mitte und des Abwicklungstabes WiIn Mitte v. 30. 11. 1944, BA-MA RW 31/76; Haushaltsplan des Generalbezirks Weißruthenien für das Rechnungsjahr 1943, BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 199; Torfbergbau in den 1941–1944 besetzten Ostgebieten, BA 31.01, Nr. 15335, Bl. 125f. Zum Heizwert ebd., Bl. 128.

²¹⁸ Ebd., Bl. 127. Vgl. auch HeWiFü Mitte an H.Gr. Mitte v. 29. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 423; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 306f.

Diese Zahlen waren geschönt, denn die Deutschen profitierten 1941/42 zu einem großen Teil von schon durch die Sowjets geförderten Vorräten. Die Planungen waren teilweise viel ehrgeiziger. Die »Kriegsaufgabe« für 1943 betrug für »Weißruthenien« 692 000 Tonnen und für die Wirtschaftsinspektion Mitte 1,2 Millionen Tonnen.²¹⁹ Aus dem Deutschen Reich wurde zusätzlich Druck durch Kürzung der geringen Kohlezufuhr ausgeübt, so daß Plandaten mitten in der Torfsaison noch erhöht werden mußten.²²⁰ Rosenberg legte Hitler Ende 1943 einen phantastischen, durch die Entwicklung an der Front schon überholten Plan vor, nach dem die Torfproduktion in den besetzten sowjetischen Gebieten binnen drei Jahren mit Hilfe von Investitionen von 80 Millionen RM und 25 000 Tonnen Eisenkontingent auf 5,6 Millionen Tonnen verdoppelt und die Zahl der Kohlenachschubzüge auf 2300 halbiert werden sollte.²²¹ Das blieb Zukunftsmusik; tatsächlich lieferte die Deutsche Torf-GmbH 1942 bis 1944 nur Ausrüstungen im Wert von insgesamt 3,6 Millionen RM in den »Osten«.²²² Der Schwerpunkt des weißrussischen Torfabbaus lag im Gebiet Minsk-Land und in den Wirtschaftskommandos Orscha, Witebsk und Mogilew. Die größten Bergwerke waren Osintorf, Smolewitschi – wo Volksdeutsche angesiedelt worden waren –, Plissa, Bajewo/Sukino bei Orscha, Dukowa und Tatarka bei Bobruisk.²²³

Der Produktion stand ein Bedarf der Stadt Minsk von allein 400 000 Tonnen und von rund 80 000 Tonnen zum Beispiel in Mogilew gegenüber. Bedarfsträger bei der Wirtschaftsinspektion Mitte waren vornehmlich die E-Werke mit 500 000 Tonnen, ferner Ziegeleien mit 150 000 und Glashütten mit 120 000. In Mogilew erhielt das E-Werk 50 000 Tonnen, der Flugplatz 11 000, das Walzwerk 10 000, die Heeresunterkunftsverwaltung 8 000, die Stadtverwaltung lediglich 2 000 (2,5 Prozent), und 25 000 Tonnen wurden in Reserve gehalten.²²⁴

Es gelang also nicht, die Pläne umzusetzen und mehr als nur einige Schwerpunktbetriebe zu versorgen, obwohl die Gewinnung von Energieträgern auf der wirtschaftlichen Prioritätenliste spätestens seit 1942 an erster Stelle stand.²²⁵ Osintorf etwa produzierte zur Besatzungszeit höchstens 50 000 Tonnen Torf in einem Jahr und damit ein Sechstel der früheren Menge. Die Gründe lagen allgemein in geringer Pro-

219 Nach der Rede des Abteilungsleiters Wirtschaft des GK Weißruthenien, Rudolph, v. 9. 4. 1943 strebte man sogar 800 000 t Jahresleistung an, IFZ Fb 85/I, Bl. 125. Die Produktion in den zum RK Ukraine geschlagenen Teilen Weißrußlands war gering, vgl. Kriegsaufgabe für die Torfwerke Wolhynien und Podolien der Ukraine Torf G.m.b.H. für das Jahr 1943, BA-MA (BArch)P F 44421, Bl. 575–579.

220 Wiln Mitte an H.Gr. Mitte, Betr.: Sicherung der Torf- und Holzgewinnung v. 10. 5. 1943 (Abschrift von Abschrift), BA-MA (BArch)P F 42860, Bl. 225.

221 Vgl. Torfwirtschaft im Osten mit Anschreiben v. 18. 12. 1943, BA-MA FPF-01/8182, Bl. 409–417.

222 Torfborgbau in den 1941–1944 besetzten Ostgebieten, BA 31.01, Nr. 15335, Bl. 125. Darunter waren Spaten, Verladeanlagen, Loks, Schienen, Kfz, Kleidung und Kücheneinrichtungen. Die Deutsche Torf-GmbH war im April 1942 »auf Anregung des WiStab Ost« unter Beteiligung des Torfstreuverbandes und der Fachgruppe Torfindustrie gegründet worden. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 221 und 223.

223 Planzahlen für 1943 in 1000 t in der Reihenfolge: 100, 90, 80, 50, 48, 38. Vgl. Kriegsaufgaben für die Torfwerke der Wiln Mitte bzw. im GK Weißruthenien 1943, BA-MA (BArch)P F 44421, Bl. 567–570 und 581f.

224 Niederschrift über die Betriebsführertagung der Gruppe Bergbau vom 27. 3.–30. 3. 1943, BA-MA (BArch)P F 42859, Bl. 1047, und WiKdo im FK-Bereich Mogilew, Lagebericht Nr. 11 v. 17. 11. 1942, BA-MA RW 31/847; Stadtkommissar Minsk, Lagebericht Juli–September v. 30. 9. 1942, ZStA Minsk 370–1–473, Bl. 13.

225 Vgl. RMO, Braune Mappe, Teil A: Richtlinien für die Wirtschaftsführung (April 1942), Nbg. Dok. NI-10119.

duktivität,²²⁶ fehlenden oder zerstörten Maschinen, in Partisaneneinwirkung, vor allem aber in der Unmöglichkeit, genug Arbeitskräfte zu bekommen, und im fehlenden Willen, sie ausreichend zu versorgen, unterzubringen und zu verpflegen. Es mußte sich um Saisonarbeitskräfte handeln, die für drei bis fünf Sommermonate zur Verfügung standen. Die Ausbildung der gelernten weißrussischen Torfarbeiter und die Arbeitsorganisation galten zwar als gut, viele waren aber evakuiert, eingezogen oder geflohen. Tausende von Stammarbeitskräften fehlten: »Es muss also mit Frauen gearbeitet werden!«²²⁷ Oft wurden auch Halbwüchsige und Kinder hierzu gezwungen. Die meisten Arbeitskräfte reagierten auf die enorm schwere Arbeit und die mangelhafte Ernährung, indem sie tagelang fernblieben oder ganz flüchteten.

Die Wirtschaftsverwaltungen und die von ihnen eingesetzten Treuhänder suchten nach Lösungen.²²⁸ Baracken und Werksküchen wurden eingerichtet, Arbeiter in umliegenden Dörfern untergebracht. Leistungslöhne und geringe Gebrauchsgüterprämien waren kein Anreiz. Nur schleppend beschäftigte man sich mit der Landzuteilung an Torfarbeiter in den umliegenden Kolchosen oder Nachfolgebetrieben. »Schondorfer« wurden gebildet, die man von »Ostarbeiter«-Rekrutierungen und Evakuierungen ausnahm.²²⁹ Wegen des saisonalen Charakters der Arbeit versuchte die deutsche Verwaltung ab 1943, den Torfabbau mit großen Holzeinschlägen zu kombinieren. Dort sollte der »Arbeitsstamm« im Winter (der Einschlagsaison), im Bergbau im Sommer arbeiten. Gleichzeitig setzte man auf Schwerpunktbildung in den größeren Torfwerken.²³⁰

Den eigentlichen Ausweg sah die Wirtschaftsverwaltung, von der oft die Initiative ausging, aber in Zwangsarbeiterlagern oder der Einrichtung einer »Arbeitspolizei auf den Torfwerken«.²³¹ Zwangsarbeit war zur gleichen Zeit auch als »die« Lösung in der

226 Die Jahresleistung pro Arbeitskraft lag 1941/42 bei 20–25 t, 1943 bei 40 t. Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 306f., und Torfbergbau in den 1941–1944 besetzten Ostgebieten, BA 31.01, Nr. 15335, Bl. 124.

227 Ausspruch OKVR Gelberg in: Niederschrift über die Betriebsführertagung der Gruppe Bergbau vom 27. 3.–30. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1059. Vgl. ebd., Bl. 1047ff.; KTB WiIn Mitte v. 8., 14., 22. und 26. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 13ff.; Torfbergbau in den 1941–1944 besetzten Ostgebieten, BA 31.01, Nr. 15335, Bl. 121f.; Erfahrungsbericht Rudolf Ahrens (ehem. Betriebsleiter) v. 20. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 588f.; Vermerk über die Sitzung bei Herrn KVV-Chef Küper am 22. Januar 1943, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 138–140; Rudolph 1942.

228 Im GK Weißruthenien liefen die Torfwerke zunächst unter der Regie der GebK. Später waren sie in den Gebieten Minsk-Land, Baranowitschi, Lida, Slonim, Sluzk und Wilejka unter je einem Sammeltruhänder zusammengefaßt. Sechs Werke betrieb außerdem die OT. Bei der WiIn Mitte leitete sie zunächst der zuständige Referent beim WiKdo, später wurden zehn sog. Torfverbände mit einheimischen Geschäftsführern unter deutscher Aufsicht gebildet, die dem »Torfverband Mitte« in Borissov unterstanden. Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 220f.; Torfbergbau in den 1941–1944 besetzten Ostgebieten sowie Verzeichnis der Treuhänder, Gesellschaften und Verbände im Bergbau und Kohlenhandel der besetzten Ostgebiete 1941–1944, BA 31.01, Nr. 15335, Bl. 94f. und 119; Oberlt. Jacobs, Bericht über eine Dienstreise in den Bereich des WeWiKdos Minsk und der WiIn Mitte 24. 3.–9. 4. 1943 (Abschrift), BA-MA F 574, Bl. 861f.

229 WiKdo Borissov, Gruppe Arbeit, Lagebericht für 16. 3. bis 15. 4. 1944, BA-MA RW 31/861; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 222; KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 16. 12. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 486.

230 WiStab Ost, Wirtschaftliche Lage im Juni 1943 (KTb-Rückblick), BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1071. Ferner WiStab Ost, Monatsbericht Juni 1943 v. 15. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 210; zur Zustimmung des OQu der H.Gr. Mitte: Dienstreise des WiIn [...] 7.–10. 6. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 440f.

231 KTB Berück Mitte, Quartiermeister, v. 29. 12. 1942 über eine Besprechung mit dem WiIn und dem Chefgruppenleiter Wirtschaft, BA-MA WF-03/7420, Bl. 805. Vgl. dessen KTB v. 13., 21. 5. und 20. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 863–866.

Waldwirtschaft erkannt worden, wie zum Beispiel die Errichtung eines Zwangs-Strafarbeiterlagers am OT-Holzgroßeinschlag »Weißer Sumpf« bei Borissov zeigte. Ein Torfwerk lag dort ebenfalls in der Nähe. Zum strafwürdigen Verhalten, das zur Einweisung führte, gehörten – Disziplinlosigkeit und Fehlen bei der Arbeit. So schloß sich der Kreis.²³² Am besten sind die Skrupellosigkeit und das Vorgehen am Fall des großen Torfabbaus in Osintorf bei Orscha zu zeigen, der in Verbindung mit dem größten Kraftwerk (»Belgres« in Orechi) ein Ausgangspunkt wirtschaftlicher Aktivitäten im Raum der ganzen Wirtschaftsinspektion Mitte werden sollte.²³³ Dort gab es ein Kriegsgefangenenlager. Zusätzlich wurde spätestens 1942 ein Zwangsarbeiterlager eingerichtet; auf dem Markt in Orscha ließ man Menschen dafür zusammenfangen.²³⁴ Im Winter zerstörten Partisanen die Pumpstation der Hydrotorfanlage. Im Frühjahr 1943 erklärte der Leiter der Chefgruppe Wirtschaft der Wirtschaftsinspektion, Bosch, bei einer Besprechung mit General Stapf: »Es soll beabsichtigt sein[,] ein Konzentrationslager nach Osintorf zu verlegen, es wäre wünschenswert, wenn dies durchgeführt wird.«²³⁵ Der Wunsch wurde erfüllt. Bis zu 3000 sogenannte Bandenverdächtige, darunter Greise, Frauen und Kinder, wurden dort unter Leitung des Sonderkommandos 7b zur Arbeit gezwungen, unzählige erschossen, die Überlebenden im September 1943 nach Majdanek transportiert.²³⁶ 1943 nahm man die Arbeitskräfte, woher man sie bekommen konnte. Ein Evakuiertenlager mit zeitweilig 7000 Insassen (wovon 3500 als arbeitsfähig galten) wurde nach Osintorf verlegt. Im Lager wütete das Fleckfieber. Man bestellte »1000 Strafgefangene vom SD Mogilew«; mit Personal aus dem Stalag 313 wurden zwei Sonderstraflager für »verurteilte« Hilfswillige (Hiwi), eins für einstige Kriegsgefangene und ein weiteres für ursprüngliche Zivilisten errichtet. Dabei betrug das Stammpersonal gerade 852 Personen, davon 394 Fachkräfte. Vierjahresplan-Staatssekretär Körner und der Landwirtschaftschef im Wirtschaftsstab Ost, Riecke, kamen zur Besichtigung des Experiments.²³⁷ Später setzte man in Osintorf auch ungarische Juden ein (vgl. Kap. 7.5b). Im Juni verfügte die Werksleitung über 6000 Arbeitskräfte, das reichte nach ihrer Ansicht aus.²³⁸ Ein besonderes Kapitel stellte die Bewachung dar. Denn neben Wehrmachtsoldaten, Ukrainern und weißrussischem Ordnungsdienst wurden militärische Sonderverbände von Kollaborateuren nach Osintorf verlegt und dort ausgebildet, darunter der »Versuchsverband Osintorf« der Heeresgruppe Mitte und eine Einheit von Agenten, die hinter der sowjetischen Front in sowjetischen Unifor-

232 Vgl. KTB WiKdo Borissov v. 9. I., II. I. und 21. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 1153f. und 1177.

233 WiIn Mitte, Stab I/Ia v. 4. 6. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 432 ff.

234 KTB Berück Mitte, Qu, v. 20. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 866; Ltd. WiKdo Orscha, Lagebericht Nr. 9 v. 27. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 861; Kalinin, S. 227; Erinnerungen Maria Makarenko in: In den Wäldern Belorusslands, S. 162. Nach Kalinin, S. 249, richteten die Deutschen sogar eine Beschwerdestelle für die Arbeiter in Osintorf ein, nur seien alle Beschwerden abgewiesen worden.

235 [WiIn Mitte,] Stab I/Ia org., Protokoll über die Besprechung mit Chef WiStab Ost am 26. 3. 1943 v. 3. 4. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1036.

236 Vern. Hans Hermann Koch (Januar 1946) in: Kohl, Minsker Protokolle, in: Die Wahrheit v. 3./4. 9. 1988.

237 Vgl. KTB WiIn Mitte v. 15. 4. 1943; Aktenvermerk der WiIn Mitte v. 4. 4. 1943 (Abschrift); Auszüge aus dem Reisebericht des Inspektors mit Staatssekretär Körner und KVChef Riecke am 20.–23. 5. 43 nach Ossintorf, Smolensk, Sabolotje (Auszug); Auszug aus OKH/Gen.St.d.H./Gen.Qu. Abt. Kriegsverwaltung (Qu 5) v. 1. 6. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 8, 44f., 284f., 486.

238 WiIn Mitte, Stab I/Ia v. 4. 6. 1943 (Abschrift), ebd., Bl. 433.

men eingesetzt werden sollten. Auch in dieser Hinsicht wurde Osintorf Schwerpunkt. Die betreffenden Verbände wurden allerdings von den Partisanen unterwandert.²³⁹

Letztlich scheiterte auch die Leistungssteigerung im Torfbergbau an den Grundsätzen der deutschen Wirtschaftspolitik in Weißrußland, nämlich am Vorrang der Ernährung der Wehrmacht aus dem besetzten Gebiet und an der fehlenden Gebrauchsgüterversorgung der Bevölkerung. Derart unterversorgt konnten die in der Torferzeugung Beschäftigten ihre schwere Arbeit nicht ausführen, abgesehen davon, daß viele auch nicht wollten und passiven Widerstand leisteten. Sie war um so schwerer, als die Handarbeit wegen ausgefallener Maschinen größere Bedeutung gewonnen hatte. Die entsprechenden Fachbeamten der Wirtschaftsverwaltung versuchten zwar alles, die Produktion zu steigern, aber an diesem entscheidenden Punkt konnten sie nichts ändern, und viele wollten es offenbar auch nicht. Kennzeichnend ist eine Episode von 1942: der Quartiermeister des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet Mitte lehnte die bessere Ernährung der Torfarbeiter im Raum Smolensk ab, obwohl infolgedessen das E-Werk der Stadt seine Leistung zurücknehmen mußte. Dies beruhte offenbar auf einer direkten Entscheidung des Leiters der Abteilung Kriegsverwaltung beim Generalquartiermeister des Heeres, Oberst Schmidt v. Altenstadt, mit dem diese Frage bei einem Besuch besprochen worden war.²⁴⁰

Ein weiterer Engpaß für die Industrie des besetzten Weißrußland war der Verkehrssektor. Militärisch und wirtschaftlich entscheidend waren dabei wegen der großen Entfernungen die Eisenbahnen.²⁴¹ Das Eisenbahnnetz in Weißrußland und der westlichen Sowjetunion war angesichts der geringen Bevölkerungsdichte und der verzögerten Industrialisierung recht weitmaschig.²⁴² Auf Grund der deutschen Nachschubprobleme hatte der Transportchef im OKH, General Gercke, von vornherein vor überhöhten Erwartungen in Hinblick auf Wirtschaftstransporte in Ost-West-Richtung gewarnt.²⁴³ Die sowjetische Evakuierung, die sich bewußt auf das Eisenbahnwesen konzentrierte und dort besonders erfolgreich war, führte zum größten Mangel der Bahn in den besetzten sowjetischen Gebieten: dem an rollendem Material, an Loks und Waggons. Die Deutschen eroberten 39 Prozent des sowjetischen Bahnnetzes, aber nur 15 Prozent der Lokomotiven und 75 Prozent der Waggons.²⁴⁴ Ein Großteil des rollenden Materials war zudem schadhaft oder wurde es durch Überlastung und Partisaneneinwirkung.²⁴⁵

239 Vgl. H.Gr. Mitte Ia/Ib/Ic/AO v. 26. 6. 1942, Betr.: Versuchsverband Osintorf (gez. Wöhler, F.d.R. gez. v. Tresckow), BA-MA RH 22/231, Bl. 337; Berück Mitte an Gruppe Chevallerie v. 30. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 56942, Bl. 973; Kalinin, S. 228 und 240. Anfang 1943 befanden sich dort zur Sicherung außerdem 75 Soldaten, 110 Mann Ordnungsdienst und 23 Ukrainer. Aktenvermerk Wiln Mitte v. 4. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 44.

240 Vgl. KTB Berück Mitte v. 2. und 20. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 866.

241 Vgl. Schüler, S. 40ff., 129ff., 308ff., und Pottgießer, S. 24.

242 Vgl. Schüler, S. 106–128.

243 Niederschrift zur 4. Sitzung des Wirtschafts-Führungsstabes Ost v. 26. 5. 1941, BA-MA RW 19/739, Bl. 134.

244 Vgl. Segbers, S. 127 und 92; Schüler, S. 257f.; Pottgießer, S. 28f.; Transporte des Feindes an der sowjetisch-deutschen Front, aus: Handbuch der Deutschen Wehrmacht, hrsg. von der Hauptverwaltung des Feindnachrichtendienstes der Roten Armee, 1943, Teilübersetzung durch Fremde Heere Ost v. 9. 10. 1943 (Abschrift), BA-MA H 12/234.

245 Ende November 1942 betrug der Schadlokbestand in den besetzten sowjetischen Gebieten 29,6 %, im Bereich der Deutschen Reichsbahn 14,4 % und im Generalgouvernement 16,9 %. Niederschrift über die

Daraus folgte, daß ein Großteil des Bahnnetzes der besetzten sowjetischen Gebiete auf die westeuropäische Spurbreite umgenagelt werden und mit aus dem Westen verlagertem Material befahren werden mußte, so auch in Weißrußland.²⁴⁶ Auf den ersten Blick bewältigten Eisenbahnpioniere, Organisation Todt und andere diese Aufgabe glänzend und in erstaunlichem Tempo, doch handelte es sich nur um eine provisorische, anfällige Wiederherstellung. Zwölf Tage nach dem deutschen Angriff waren die Strecken Augustow-Grodno und Brest-Baranowitschi schon umgespurt, am 22. Juli die Strecke Brest-Orscha, Ende August 1941 die Abschnitte Brest-Smolensk, Smolensk-Polozk, Wilna-Minsk-Shlobin, Kaunas-Minsk und Suwalki-Grodno-Daugavpils. Auf weiteren Linien war der Betrieb mit Breitspurmateriale aufgenommen worden.²⁴⁷ Diese Arbeit dauerte bis Mitte 1942. Im Bereich der Haupteisenbahndirektion (HBD) Minsk wurden insgesamt 9055 Kilometer Gleis umgespurt, davon 4506 km bis 14. Januar 1942, weitere 3278 km bis zum 1. Mai 1942 und nochmals 1263 Kilometer bis zum 1. Oktober. 1942/43 verlagerten sich die Bauarbeiten auf die Wiederherstellung von Gleisen und Brücken wegen Partisanenanschlägen und Überbeanspruchung sowie auf Hochbauten (Baracken, Werkstätten, Eisenbahnausbesserungswerke, Lokbehandlungsanlagen).²⁴⁸ Ansätze zur Veränderung der Struktur des vorhandenen weißrussischen Streckennetzes gab es nur im Bezirk Bialystok.²⁴⁹ Auch der ins Auge gefaßte vierspurige Ausbau der Hauptlinien wurde nicht durchgeführt. Das hieß, sich mit der Struktur des Eisenbahnnetzes in Weißrußland abzufinden, wo es nur drei große West-Ost-Verbindungen gab, die die Deutschen aus militärischen wie wirtschaftlichen Gründen besonders interessierten: Warschau-Brest-Baranowitschi-Minsk-Orscha-Smolensk-Moskau, Brest-Pinsk-Gomel-Orel und Königsberg-Wilna-Polozk-Witebsk-Smolensk.²⁵⁰

Der schnelle Erfolg bei der Wiederingangsetzung der Eisenbahnen, einschließlich der Beseitigung der Folgen von Zerstörungen an Brücken, Bahnhöfen, Signalen und

Besprechung der Werkstättenbezirksleiter [der besetzten sowjetischen Gebiete im RVM] am 10. Dezember 1942, BA Außenstelle Coswig 43.01, Nr. 2833 (neu). Ferner Pottgießer, S. 94.

²⁴⁶ Im Mai 1941 hatte der Staatssekretär im RVM Kleinmann noch die Hoffnung geäußert, viel rollendes Material zu erbeuten und vielleicht sogar ganz auf das Umspuren verzichten zu können. Niederschrift zur 4. Sitzung des WiFüStabes Ost am 26. 5. 1941, BA-MA RW 19/739, Bl. 133. – In Ostpolen hatten die Sowjets 1939/40 alle Strecken von europäischer Normalspur auf Breitspurweite umgenagelt. Hierzu Statistisches Reichsamt, Abt. VIII, UdSSR, Gebietszuwachs 1939/40, BA F 10682, Bl. 614.

²⁴⁷ Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht v. 22. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 324; Bv. T.O. Mitte, Stand der Umgenagelung, Stand 28. 8. [1941], sowie Eisenbahnlage Stand 3. 7. abends, BA-MA H 12/94; KTB v. Bock v. 25. 6. 1941, BA F 57128, Bl. 299.

²⁴⁸ Vgl. Pottgießer, S. 46; Schüler, S. 266–280; Meldungen des Generals der Pioniere über Stand der Streckenwiederherstellungen 1941/42, BA-MA WF-10/21008 und 21009.

²⁴⁹ Dort wurde ein radiales Streckennetz mit Bialystok als Mittelpunkt und ein Anschluß an Ostpreußen angestrebt. Tatsächlich wurden aber nur zwei Zugpaare täglich zwischen Bialystok und den Kreisstädten gefahren. Der Bezirk Bialystok (hrsg. von der Zivilverwaltung Bialystok, 1. März 1942), S. 18f. und 58, BA F 15024; vgl. RBD Königsberg, Kostenzusammenstellung für das Programm Ostbau 1942/Winter-Ostbau 1942/43 (Stand vom 1. 12. 1942, Gesamtplanumfang: 31,997 Millionen RM), BA-MA H 12/70, Bl. 163/R.

²⁵⁰ Im europäischen Teil der UdSSR dominierten Nord-Süd- gegenüber West-Ost-Verbindungen. Vgl. Braune Mappe (Abschrift), Nbg. Dok. NI-10119, und Schüler, S. 114. – 1943/44 ergab sich die »kriegsge-schichtlich einzigartige Lage«, daß die 2. Armee in den Pripietsümpfen ausschließlich vom Funktionieren einer Bahnlinie (Brest-Luninez-Kalinkowitschi) abhing. General des Transportwesens Mitte, Tagesmel-dung v. 19. 12. 1943, BA-MA N 407/43.

Anlagen durch die Sowjets und die deutsche Luftwaffe, wurde erkauft mit ständigen Provisorien und einer verminderten Leistungsfähigkeit im Betrieb. »Für eine gründliche, umfassende Wiederherstellung fehlte es [...] an Kräften und Material« sowie an Zeit, wie Klaus Schüler festgestellt hat.²⁵¹ Die Mängel reichten vom Oberbau bis zu den elektrischen Installationen. Auch die Vorgehensweise, rollendes Material aus dem Reich nach Osten zu schaffen, besonders 1942,²⁵² führte zu großen Fehlerquellen. So waren die deutschen Lokomotiven nicht für die dortigen klimatischen Verhältnisse konstruiert. Dazu kamen organisatorische Probleme wie bei der Zusammenarbeit von zivilen »blauen« und militärischen »grauen« Eisenbahnern sowie verschiedenen Planungs- und Führungsstellen.²⁵³ Deshalb stürzte der Bahnverkehr wiederholt in tiefe Krisen, so in den Wintern und im Fall intensiver Kampfhandlungen an der Front, im Zusammenhang mit der Operation »Zitadelle« und beim anschließenden Rückzug auf die »Panther-Linie« im Sommer und Herbst 1943.²⁵⁴

Der Wirtschaftsverkehr litt stets unter dem absoluten Vorrang der militärischen Transporte, für die die Möglichkeiten der Eisenbahn schon nicht ausreichten. Bis zum 8. September 1941 wurden Wirtschaftstransporte vom Chef des Transportwesens im OKH Gercke auch mit Leerzügen in Ost-West-Richtung nicht zugelassen, weil das beim Be- und Entladen zu Verzögerungen führte. Noch am 14. Januar 1942, bei Betriebsübernahme durchs Reichsverkehrsministerium in Weißrußland und anderen besetzten sowjetischen Gebieten, hieß es, ein geregelter Wirtschaftsverkehr könne »bis auf weiteres noch nicht in Aussicht genommen werden.«²⁵⁵ Dazu kam es, auch im Straßenverkehr, erst Anfang 1943. Nun wurden auch das Antragsverfahren vereinfacht und die Anmeldefristen verkürzt.²⁵⁶ Doch konzentrierten sich die Transporte auf die Ukraine. Von und nach Weißrußland waren sie während der ganzen Besatzungszeit gering und standen im Vergleich mit den anderen besetzten Gebieten an letzter Stelle, auch 1941, als von Störungen durch Partisanen noch keine Rede sein konnte.²⁵⁷ Nach

251 Schüler, S. 278f. Zum folgenden ebd., S. 278–296.

252 Am 1. 1. 1942 befanden sich 84 000 Waggons der Deutschen Reichsbahn in den »besetzten Ostgebieten«, am 1. 6. 142 000 und am 1. 12. 203 000. Pottgießer, S. 74f.

253 Hierzu Schüler, S. 26–36 und 281ff. Zu den organisatorischen Strukturen genügt es festzustellen, daß die Deutsche Reichsbahn und das RVM schrittweise stärker in das Eisenbahntransportwesen in Weißrußland eingeschaltet wurden. Ähnlich war es im Eisenbahnbau mit der OT. Der Bezirk Bialystok gehörte zur Reichsverkehrsdirektion (RVD) Königsberg, das übrige Weißrußland einschließlich der durchs RKU verlaufenden Bahnstrecke Brest-Gomel und des Großteils des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte zur HBD Minsk (seit 1. 12. 1942 RVD Minsk), einige Ostzipfel und seit Ende 1943 wieder die ganze Osthälfte zum Feldeisenbahnkommando 2 der Wehrmacht (Pottgießer, S. 114f.). Vgl. die zentralen Erlasse Hitlers v. 4. 1. 1942 sowie des RVM Dormmüller vom 14. 1. 1942 und Hitlers v. 23. 10. 1942, BA F 15733, Bl. 4595f., 4601, 4750–56 und weiteren Schriftwechsel. Ferner Kleinmann an Backe v. 7. 7. 1941, BA R 26 IV/vorl.47.

254 Vgl. KTB WiStab Ost im 2. und 3. Quartal 1943, insbesondere KTB-Beiträge der Gruppe TuV (Transport und Verkehr), BA-MA (BAArchP)F 43388, Bl. 393ff. und 595ff.; Erfahrungsbericht Oberstlt. i. G. Pfister über die Reise zur H.Gr. Mitte v. 13. 9. 1943, BA-MA H 12/234; für die Zeit bis Anfang 1942 siehe Schüler.

255 Vgl. Pottgießer, S. 66, und Der Reichsverkehrsminister 2 Arl(O), Betr.: Eisenbahnen im besetzten Ostraum v. 14. 1. 1942, BA F 15733, Bl. 4601.

256 Vgl. WiStab Ost, Stab-Abt. T.u.V., KTB-Beitrag zum 2. Quartal 1943 v. 30. 8. 1943, BA-MA (BAArchP)F 43387, Bl. 1099; Das Verkehrswesen in Weissruthenien, in: Der Ost-Express Nr. 69 v. 7. 9. 1943, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 6; Pottgießer, S. 68.

257 Dazu Wehrwirtschaftliche Nachrichten für die Dienststellen der Wehrwirtschaftsorganisation Nr. 2 v. 11. 1. und Nr. 3 v. 8. 2. 1943, BA-MA WF-01/3683; Aktennotiz über [Thomas'] Besprechung bei WiIn Mitte

Weißrußland gingen während eines ganzen Jahres, vom April 1942 bis zum März 1943, nur 132 Züge mit Wirtschaftsgütern, dreimal so viele waren beantragt. Mit dem größten Teil dürfte Kohle gefahren worden sein.²⁵⁸ Sowohl hierbei als auch in der Gegenrichtung gab es besonders im Winter Transportsperrungen.²⁵⁹ Nicht nur die Wirtschaftsverwaltung, sondern auch SS- und Polizeidienststellen hatten Schwierigkeiten, ihre Lieferungen in hohe Dringlichkeitsstufen einordnen zu lassen.²⁶⁰

Es wäre im übrigen falsch, das Niederhalten der weißrussischen Industrie einfach als eine militärische Notwendigkeit auf Grund von Nachschubproblemen und eines mangelhaften Transportnetzes zu betrachten. Die der Privatwirtschaft entgegenkommende Strategie, vor allem Rohstoffe im Westen zu verarbeiten und dann die Fertigwaren wieder zur Front zu bringen, anstatt im etwas unsicheren Osten mehr als ein Mindestmaß zu investieren, führte zu einer erheblichen Anspannung der durch Truppenverschiebungen und Urlauberzüge²⁶¹ ohnehin schwierigen Transportlage.²⁶² Die unterschiedliche Intensität des Wirtschaftsverkehrs mit den verschiedenen besetzten sowjetischen Regionen ist zum Teil ebenfalls auf eine gezielte Industriepolitik und nicht auf Besonderheiten des Eisenbahnbetriebs zurückzuführen.

Im Binnenverkehr stand die Sache noch schlechter. Im vierten Quartal 1942 wurden innerhalb des Bereichs der Heeresgruppe Mitte nur rund 200 000 Tonnen Wirtschaftsgüter per Bahn transportiert, im GK Weißruthenien lediglich 42 300 (zuzüglich 51 000 beziehungsweise 13 800 ins Reich).²⁶³ Daß wegen Partisanen Bahnlinien ganz gesperrt werden mußten oder Gebiete des GK Weißruthenien abgeschnitten wurden, waren allerdings kurzzeitige Einzelfälle.²⁶⁴ Einheimische LKW gab es kaum noch, so daß als örtliche Transportmittel meist nur Panjewagen blieben. Diese wurden schon im August 1941 auf Anordnung des Generalquartiermeisters von sogenannten Fahrbereitschaftsleitern der Feldkommandanturen registriert und ihr rationeller Einsatz

in Borisow am 29. 8. 41, BA-MA (BArchP)F 44543, Bl. 250; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 8 v. 6. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 990; Wirtschaftsverkehr der besetzten Ostgebiete nach Güterarten und Verkehrsbezirken, 2. Halbjahr 1941, BA F 2348, Bl. 733–736.

258 Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 96 (Zahlen für GK Weißruthenien plus WiIn Mitte).

259 Vgl. KTB WwiKdo Luzk für Januar 1943, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 652f.

260 SS-Führungshauptamt, TO-SS Rußland-Mitte, Betr.: Transportlage Rußland Mitte v. 1. 12. 1943 (Abschrift v. Abschrift), BA-MA H 12/213, Bl. 9–10R; Schriftwechsel in BA-MA RH 19 II/325, Bl. 72 ff.

261 1942 fuhren 872 000 Soldaten und Offiziere der H.Gr. Mitte mit der Bahn auf Heimaturlaub. General des Transportwesens Mitte, Tätigkeitsbericht für 1942 v. 1. 2. 1943, BA-MA RH 19 II/324, Bl. 82–85.

262 In den ersten zwei Jahren des Krieges gegen die Sowjetunion wurden 58 080 Versorgungszüge nach Osten gefahren: 9201 Munitions-, 8292 Betriebsstoff-, 20 464 Verpflegungs- und 20 123 sonstige Züge (vor allem mit Industriewaren). Der Anteil der letzteren war mit 35 % beträchtlich und hätte sich verringern lassen. Angaben nach: Qu 1 beim GenQu an Oberreichsbahnrat Kreidler, Mineis (L) beim Chef des Transportwesens v. 5. 7. 1943, BA-MA H 12/234.

263 Innerhalb des RKO waren es 1,5 Millionen t und innerhalb des RKO 1,15 Millionen t. Innerhalb jedes einzelnen baltischen Generalbezirks wurden mehr Güter bewegt als im ganzen Bereich der H.Gr. Mitte. Vgl. Wehrwirtschaftliche Nachrichten für die Dienststellen der Wehrwirtschaftsorganisation Nr. 2 und 3 v. 11. 2. und 8. 3. 1943, BA-MA WF-01/3683. Siehe auch Pottgießer, S. 97.

264 Vgl. GK Weißruthenien v. 27. 8. 1943 an A. Meyer (RMO), BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 196; s. u. S. 868. Der betreffende Bericht Kubes war übertrieben, was schon daraus hervorgeht, daß der Lieferausfall aus den angeblich nicht mehr erreichbaren Gebieten Sluzk, Nowogrodek und Glebokie unrealistisch hoch beziffert wurde. Dies war eine der üblichen Zweckmeldungen, um die Zuweisung von mehr Sicherungsgruppen zu erreichen.

überwacht und geregelt. Ähnliche Maßnahmen ergriff der Generalkommissar für Wollhynien und Podolien im Sommer 1943 in Form von Gebietsbeauftragten, die den Fahrzeugeinsatz für Ernte und Herbstbestellung wegen des Mangels steuern sollten.²⁶⁵ Rationalisierung beim Pferdewageneinsatz – das war symbolisch für die deutsche »Modernisierung« der weißrussischen Wirtschaft, eine Wirtschaft, die von den Deutschen zuerst ins verkehrstechnische Mittelalter zurückgebombt, geplündert und zurückimprovisiert worden war.

Darüber hinaus hatten die Deutschen für nichtmilitärische Straßentransporte einen eigenen Fahrdienst geschaffen, besonders für kurze Fahrstrecken und Verbindungstransporte zur Bahn, die »Stralo« (Straßentransportleitung Ost). Sie sollte vorwiegend mit im Lande beschlagnahmten Kraftfahrzeugen fahren, selbstverständlich nur für deutsche Zwecke.²⁶⁶ Die Stralo verfügte jedoch über zuwenig Transportraum. Außerdem unterstand sie dem Generalbevollmächtigten für das Kraftfahrwesen, und die Zusammenarbeit mit regionalen Dienststellen war wegen gesonderter Befehlsstränge nicht reibungslos. Die Stralo, hieß es, »will gebeten sein und fährt nur auf guten Wegen«.²⁶⁷

1943 sollen zumindest die Stralo-Einheiten im GK Weißruthenien dem Reichsverkehrsministerium unterstellt worden sein.²⁶⁸ Daneben fuhr auch das NSKK für SS und Polizei und vor allem Organisation Todt in Weißrußland, und zwar mit viel mehr Fahrzeugen als die Stralo. Aber es haperte teils an der Treibstoffzufuhr, so daß nur dringliche Versorgungstransporte durchgeführt werden konnten.²⁶⁹

Obwohl die Investitionen an Menschen, Material und Geld bei weitem nicht ausreichten, waren diese im Durchgangsland Weißrußland in keinen anderen Wirtschaftszweig so groß wie im Verkehrswesen. Die Infrastrukturmaßnahmen hatten eine Doppelfunktion: sie dienten militärischen Zwecken und der Erschließung und Ausbeutung des Landes. Wie schon angedeutet, waren Bahnbetrieb sowie Eisenbahn- und Straßenbau die größten Wirtschaftsfaktoren und Arbeitgeber im besetzten Gebiet außer der Landwirtschaft. Die RVD Minsk beschäftigte 1942/43 rund 21000 deutsche »blaue« und 54000 bis 65000 weißrussische Eisenbahner, Ende Februar 1944 waren es noch gut 15000 bzw. 31000. Beim Feldeisenbahnkommando 2 (Smo-

265 Von den Regelungen des Jahres 1941 waren Fahrzeuge landwirtschaftlicher Betriebe ausgenommen, da ihr sinnvoller Einsatz offenbar am ehesten diesen selbst zugetraut wurde und die Deutschen die Arbeitsabläufe noch nicht kannten. 1943 waren diese Fahrzeuge eingeschlossen, und die Gebietsbevollmächtigten für das Transportwesen sollten aus der Landwirtschaftsverwaltung, aus der ZO oder LO kommen. Vgl. Berück Mitte, Abt. VII-Kr.Verw., Besonders Anordnungen Nr. 5 v. 21. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 21, und Deutsche Ukraine-Zeitung v. 11. 8. 1943, BA 61 Re 1, Nr. 348, Bl. 72.

266 Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP, Schnellbrief V. P.15252 v. 14. 9. 1941 (gez. Göring, Abschrift), Betr.: Straßentransportdienst in den Ostgebieten, sowie Beauftr. VJP, Der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen v. 29. 9. 1941, BA F 4582, Bl. 5142-5145. Das Gründungsdatum kurz nach Beginn der Wirtschaftstransporte auf der Eisenbahn zeigt ebenfalls die Zubringerfunktion.

267 Erfahrungsbericht Major Wilhelm Fickenscher (Leiter eines WiKdos.) v. 20. 10. 1943, BA-MA F 573, Bl. 505. Trotz dieser Schwierigkeiten sei die Zusammenarbeit aber meist »gut« gewesen, hieß es.

268 Der Ost-Express Nr. 69 v. 7. 9. 1943, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 6.

269 1943 umfaßte der KfZ-Bestand im Bereich Rußland-Mitte einschließlich Minsk 4390, davon 2517 LKW und 390 Anhänger. NSKK-Transportgruppe Todt, Einsatzbericht v. 7. 6. 1943 (Abschrift v. Abschrift), ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 3518-3520, und OT-Linienchef Autobahn (Dg. VIII), Bauleitung Smolensk v. 12. 7. 1942, ZStA Minsk 379-1-134, Bl. 39.

lensk) arbeiteten 1943 rund 11000, 1944 rund 6000 bis 8000 deutsche »graue« Eisenbahner und 25000, 1944 11000 Einheimische.²⁷⁰ Insgesamt unterstanden dem General des Transportwesens bei der Heeresgruppe Mitte 1943/44 etwa 50000 Mann.²⁷¹ Jedoch arbeiteten bei der RVD Minsk die meisten Eisenbahner nicht in Betrieb und Abfertigung, sondern im Bereich Bahnunterhaltung und -bewachung, nämlich etwa die Hälfte. Das Verhältnis zwischen deutschen und einheimischen Mitarbeitern war mit 1 zu 3 relativ groß und ähnelte, vermutlich aus Mißtrauen, dem in Frontnähe (dagegen lag es in anderen RVD im Osten bei 1 zu 4,5 bis 1 zu 12).²⁷² Bemerkenswert ist, daß die Eisenbahn – der größte Arbeitgeber im besetzten Weißrußland – an jüdischen Beschäftigten wenig Interesse zeigte. Juden waren im weißrussischen Eisenbahnwesen offenbar traditionell schwach vertreten.²⁷³

Die Organisation Todt war bei einer Reihe verschiedenartiger Bauprojekte in Weißrußland eingesetzt: beim Eisenbahn-,²⁷⁴ beim Straßen- und Brückenbau sowie bei der Errichtung von Bauten in Industrie und Landwirtschaft. Der OT unterstanden auch die wichtigsten Fernstraßen, besonders die wichtigsten West-Ost-Durchgangsstraßen.²⁷⁵ Auf Grund mehrerer Erlasse Speers übernahm sie die gesamte Bauwirtschaft im GK Weißruthenien und einen Teil im Militärverwaltungsgebiet,²⁷⁶ wo

270 Vgl. insbesondere RVD Minsk, Übersicht über den Stand der einheimischen Arbeitskräfte ab 15. X. 1942, ZStA Minsk 378-1-1351, Bl. 2; Mineis (L) beim Transportchef, Betriebslängen und Personalstand im Osten v. 27. 3. 1944 (Stand Ende Februar bzw. Ende Januar 1944), BA-MA H 12/244; Gen d. Trspw. Mitte, Stärkemeldungen v. 22. 4. 1943, BA-MA RH 19 II/325, Bl. 15f.; Pottgießer, S. 58 und 140-143; Vern. H.S. (ehemaliger Personaldezernent der HBD Mitte) v. 3. 3. 1960, ZSt Dortmund 45 Js 13/62, Hauptband, Bl. 57.

271 Gen d. Trspw. Mitte, Stärkemeldungen v. 22. 4. 1943, BA-MA RH 19 II/325, Bl. 15f., und Zahlenmäßige Übersicht der General des Transportwesens Mitte unterstellten Einheiten und Verbände, BA-MA RH 19 II/326, Bl. 12-18.

272 Pottgießer, S. 58f.

273 Zwischen Oktober 1942 und Oktober 1943 arbeiteten bei der RVD Minsk nur 613 bis 1152 Juden (1-2 % aller einheimischen Kräfte). Anfang der dreißiger Jahre stellten sie im weißrussischen Eisenbahnwesen lediglich 1,8 % der Beschäftigten, weniger als in jedem anderen Zweig von Industrie und Gewerbe. Vgl. Poehl/Agthe, S. 45. Ferner RVD Minsk, Übersicht über den Stand der einheimischen Arbeitskräfte ab 15. X. 1942, ZStA Minsk 378-1-1351, Bl. 2.

274 Die HBD bzw. RVD Minsk hatte zwar eine eigene Bauabteilung, diese dürfte aber in erster Linie bei Planung und Kontrolle tätig gewesen sein. Vgl. die Weisungen der HBD Mitte v. 11. 8. 1942 und den Geschäftsplan der RVD Minsk v. 15. 2. 1943, ZStA Minsk 378-1-210, Bl. 1/R, 12R und 10R (Arbeitsgliederung Dezember 1941), und 378-1-42, Bl. 1-79. Außerdem Pottgießer, S. 43 und 58.

275 Es handelte sich um die Durchgangsstraßen Dg VI (Brest-Pinsk-Gomel), Dg VII (Baranowitschi-Bo-bruisk-Rogatschew), Dg VIII »Autobahn« (Brest-Minsk-Smolensk-Wjasma) und Dg IX (Grodno-Mo-lodetschno-Polozk-Witebsk). Vgl. H.Gr. Mitte/Gen d Pi, Betr.: Organisation Todt, Einsatzgruppe Ruß-land Mitte v. 10. 2. 1944 mit Auszug aus dem Organisations- und Geschäftsverteilungsplan, BA-MA RH 11 III/90, Bl. 39-47; ähnlich in BA F 13668, Bl. 473f.; Abschlußbericht Militärverwaltung im Osten, BA-MA RH 3/v. 383, Bl. 157; Seidler, S. 91f.

276 Reichsminister Speer, 2. Ausführungsanordnung zum Erlaß des Führers über den Einsatz der Technik in den besetzten Ostgebieten v. 22. 7. 1942, hier: GK Weißruthenien, BA-MA (BArchP)F 42744, Bl. 826-828; Hitlers Erlaß v. 9. 6. 1942 mit Schriftwechsel zur Entstehung, BA F 13735, Bl. 84off.; OT-Zentrale, Gebietsbeauftragter Russland-Mitte, Überleitungsbestimmungen für den Übergang der Hauptabteilung Technik des GK Weißruthenien auf die Organisation Todt v. 15. 10. 1942 (Abschrift), BA-MA FPF-01/7858, Bl. 207f.; Vern. E. H. (ehem. OT-Chef im GK Weißruthenien und dortiger Hauptabteilungsleiter Technik) v. 16. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1700. Allgemein zur Gliederung der OT im »Osteinsatz«: Einsatz-Erfahrungen Osten/Die Frontführung der Organisation Todt v. 23. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 44426, Bl. 510f.

vom Oberquartiermeister der Heeresgruppe Mitte in Auftrag gegebene Bauten meist mit Kräften der Technischen Kompanien (Heeresbaudienststellen) ausgeführt wurden.²⁷⁷

Im Sommer 1942 beschäftigte die OT-Einsatzgruppe Mitte (einschließlich GK Weißruthenien) rund 17 000 deutsche Arbeiter, davon mindestens 5600 Angehörige von 167 Einsatz-Baufirmen aus dem Reich, und 49 000 Einheimische (darunter 11 000 Kriegsgefangene). Ein Jahr später sollen es im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte über 56 000 Einheimische (33 463 Weißrussen, 8145 Kriegsgefangene) gewesen sein. Mindestens die Hälfte arbeiteten im Eisenbahnbau, und zwar 8 000 bis 10 000 deutsche OT-Männer und, stark schwankend, etwa 13 000 bis 35 000 Sowjetbürger.²⁷⁸ Was die Deutschen anging, handelte es sich im Eisenbahnbau um Angehörige der Bauleitungen der Reichsautobahn in Berlin, Kassel, Hannover und anderer, die geschlossen in Brest, Molodetschno oder Orscha zum Einsatz kamen und nach dem Krieg offenbar meist in die Bauleitung der Bundesautobahnen zurückkehrten. Dagegen wurde der Straßenbau in Weißrußland in erster Linie von Privatfirmen im Auftrag der OT erledigt.²⁷⁹

Die OT verlangte immer mehr weißrussische Arbeitskräfte. Die körperlich besonders schweren Tätigkeiten im Bau nahmen nicht erst bei den militärischen Bauprojekten 1944 – nunmehr in Frontnähe – den Charakter von Zwangsarbeit²⁸⁰ an, aber in dieser Zeit besonders.²⁸¹ Dieses und andere Probleme waren so groß, daß sogar eine eigene OT-Dienststelle mit Sitz in Berlin, die allein für »Rußland-Mitte« (zu einem wesentlichen Teil Weißrußland) zuständig war, unter Leitung des Ministerialdirektors Schönleben eingerichtet wurde.²⁸² Bei den Verkehrsbauvorhaben wurden in erheblich stärkerem Maß Juden aus Ghettos und Arbeitslagern eingesetzt als im Bahnbetrieb, so

277 General der Pioniere Okdo. H.Gr. Mitte, Betr.: Generalingenieur v. 15. 4. 1944, BA-MA RH II III/90, Bl. 16. Zur Schaffung der Dienststelle eines Generalingenieurs der H.Gr., theoretisch zur Steuerung des gesamten Bauwesens, KTB HeWiFu Mitte für 29. 11.–5. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 443.

278 Vgl. die Angaben in: OT, Bericht über die Tätigkeit des Nachschubstabes Mitte-Nord-Wiking für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 6. 42 im Bereich Mitte v. 14. 8. 1942, BA OstDok 13/417; Statistischer Arbeitsauschuß der WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1 (Juli 1943), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 896; Pottgießer, S. 43; Vortragsnotiz, Betr.: Kräfteinsatz der GVD Osten im Ostbauprogramm 1. 1. 43/1. 1. 44 v. 8. 3. 1944, BA-MA H 12/59; Vern. W. E. (Leiter der OT-Eisenbahneinsätze in Weißrußland 1942/43) v. 3. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2608f.

279 Hierzu Vern. W. W. v. 24. 11. 1959 und W. E. v. 3. 3. 1960, ebd., Bl. 1207–1210 und 2608f., sowie W. W. v. 2. 8. 1961, StA München I 113 Ks 1/65 a-b, Bl. 818f.; OT, Tätigkeitsbericht des Einsatzstabes Mitte-Nord-Wiking v. 14. 8. 1942, BA OstDok 13/417.

280 Man könnte den hier gebrauchten Begriff »Zwangsarbeit« anfechten mit dem Argument, daß – außer bei willigen Kollaborateuren – jede Art von Arbeit im besetzten Weißrußland Zwangscharakter trug. Das trifft angesichts der Arbeitspflicht und der bei Arbeitsverweigerung bzw. Verlassen der Arbeit drohenden Strafen in gewissem Sinn zu. Ein großer Unterschied zwischen »freier« und Zwangsarbeit im hier gebrauchten Sinn lag aber in der Beschränkung der Freizügigkeit durch Kasernierung und den schwerwiegenden Folgen vor allem hinsichtlich der Möglichkeiten, sich zu ernähren, was eine Grundfrage des Überlebens unter der Besatzung war.

281 Ebd.; OT-Zentrale, Der Gebietsbeauftragte für Russland-Mitte, Reisebericht 28. 7.–4. 8. 1942 (Entwurf), BA 46.02, Nr. 234; KTB AWiFu 2, Gebietskommando Pinsk v. 2. 5. 1944, BA-MA WF-03/15909, Bl. 410; Schriftwechsel General des Transportwesens Mitte – Okdo. H.Gr.Mitte – AOK 9 vom Februar/ März 1944, BA-MA (BArchP)F 18497, Bl. 1002ff.

282 Es haperte auch am Materialnachschub, an der Organisation des Firmeneinsatzes usw. Vgl. OT-Zentrale, Der Gebietsbeauftragte für Russland-Mitte, Reisebericht 28. 7.–4. 8. 1942, BA 46.02, Nr. 234, und Vern. W.W. v. 24. 11. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1209.

in den Gebieten Brest, Baranowitschi, Wilejka und Minsk. Im rückwärtigen Heeresgebiet verfügte die OT noch Mitte 1943, lange nach der Ermordung beinahe aller übrigen Juden dort, über 1627 jüdische Arbeiter.²⁸³ Auch der Anteil der Kriegsgefangenen war bei der Eisenbahn gering.²⁸⁴ Die Männer der OT entwickelten sich zu wahren Experten des Zwangsarbeitseinsatzes. Speziallager wurden eingerichtet, um sowjetische Kriegsgefangene zu willigen Zwangsarbeitern umzuerziehen.²⁸⁵ Ähnliche OT-Initiativen im Torfbergbau und in der Forstwirtschaft wurden bereits angesprochen.²⁸⁶

5.3 Die deutsche Entstädterungspolitik: Bevölkerungsentwicklung, Stadtplanung und Wohnungsfrage 1941 bis 1944

Die Bevölkerungsverluste der weißrussischen Städte während des Krieges waren enorm, viel höher als auf dem Lande. Trotz fehlender Gesamtstatistiken liegen darüber eine Vielzahl von Angaben vor. Aus ihnen läßt sich erschließen, welche Faktoren zur Entstädterung unter der deutschen Besatzung beitrugen und in welchen Phasen sie ablief.

*Tabelle 13: Bevölkerungsentwicklung weißrussischer Städte 1941–1944*²⁸⁷
(Ziffern in Klammern geben die Monate an)

	Minsk	Witebsk	(Smolensk)	Gomel	Mogilew	Bobruisk	Pinsk
1926	131803	98857	78520	86409	50222	51296	
1931	163000						31913
1937	210000						

283 Hierzu besonders ebd., Bl. 1208; OT-Zentrale, Der Gebietsbeauftragte für Russland-Mitte, Reisebericht 28. 7.–4. 8. 1942, BA 46.02, Nr. 234; Statistischer Arbeitsausschuß der WlIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1 (Juli 1943), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 896. Siehe auch Kap. 7.3 und 7.4.

284 Bei der RVD Minsk lag er mit 1000–3000 bei 2–5 %, bei der OT hingegen – s. o. – bei 15–20 %. RVD Minsk, Übersicht über den Stand der einheimischen Arbeitskräfte ab 15. X. 1942, ZStA Minsk 378–1–1351, Bl. 2.

285 Organisation Todt – Zentrale, Chef der Frontführung, DV 4/43, Richtlinien für die Betreuung der Gefangenen im OT-Einsatz (Nur für den Dienstgebrauch), BA F 5572, Bl. 1778–1793. Diese reich bebilderte Broschüre beruhte auf Erfahrungen des Pilotprojekts »OT-Sondereinsatz Schneider«.

286 Dabei spielte der ehemalige stellvertretende Volkskommissar der RSFSR für Forst- und Holzwirtschaft (1924–1928) Karl Albrecht eine besondere Rolle. Albrecht, in den zwanziger Jahren in die UdSSR ausgewandert, nach seiner Remigration 1934 Autor des Buches »Der verratene Sozialismus« (1938), das in Nazi-Deutschland in hoher Auflage erschien, war nunmehr Leiter des OT-Sondereinsatzes »Wolga«, wo er sich mit dem Heranziehen von Kollaborateuren und Zwangsarbeitern beschäftigte und auch andere Stellen dazu anregte. Außerdem hielt er, nunmehr glühender Nationalsozialist, Vorträge vor Besatzungsfunktionären über »Leistungssteigerung« und »Fragen der Menschenführung im Osten«. Später übernahm ihn die SS für die gleichen Aufgaben, obwohl er im Propagandaministerium als Leninist galt. Vgl. Der Leiter des Aufgabengebietes »Überstaatliche Mächte« an Koeppen v. 22. 3. 1943, BA NS 8/268; KTB WiKdo Borissow v. 25. 10. 1942, 9. und 11. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 1105 und 1153 f.; Erfahrungsbericht Hauptmann Hans Schwarz (ehem. WiKdr Borissow) v. 15. 9. 1943, BA-MA WF-01/1137, Bl. 715; Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, Arbeitsgruppe Weißruthenien, Bericht über einen Aussprache-Abend v. 27. 10. 1942, BA F 13679, Bl. 1298–1308; KTB WlIn Mitte v. 5. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 715 f.; BDC, SSO- und RKK-Akte Karl Albrecht; Herwarth, S. 71 f. und 288. Dallins Kritik an Albrecht (S. 583) ist stark begrenzt.

	Minsk	Witebsk	(Smolensk)	Gomel	Mogilew	Bobruisk	Pinsk
1939	238 772	167 424	156 000	144 169	99 440	84 107	
1941 (vor Kriegsbeginn)	245 000– 270 000	180 000	170 000	150 000	110 000– 113 000		80 000
Besatzungszeit:							
1941	70 000 (Anfang 7) 150 000 (Ende 7) 170 000 (10)	50 000 (8)	40 000 (8) 42 000 (12)	8–10 000 (9) 50 000 (?)			70 000 (8)
1942	101–103 000 (5–11)	38 206 (2) 42 000 (5)	26–30 000 (3–5)	44 500 (1 und 5) 54 000 (4) 50 000 (10) 57 000 (12)	47 600 (5) 34 950 (11) 40 000 (1942/43)	43 235 (2) 45 574 (9) 48 857 (2. Halbjahr)	
1943	101 000 (1. Halbjahr) 130 000 (?)	36 000 (?) 33 000 (11) 9 000 (12)				37 272 (3)	12 029 (1)
1944	110 000 (6)	18 000 (1) 8 000 (3)			15 000 (2)		
Befreiung:	40 000	1 018	16 500	?	10 000	?	?
	Orscha	Grodno	Brest	Borissow	Polozk	Baranowitschi	Slonim
1926	22 009			25 840	25 826		
1931		49 932	48 431			28 100	16 280
1939	31 310		59 600 (8)	33 400	29 000		
1941	65 000		70 000	44 000		37 000	
Besatzungszeit:							
1941		50 000	50 154 (7)		60 000 (7)		20–23 000
1942	27 757 (5) 27 543 (11)		50 000 (1–9) 33 158 (10)	26–28 000	15 046 (1942/43)	25 000 (7)	12 000 (7)
1943	18 688 (1. Halbjahr)	33 657 (1)	36 600 (11)	23 345 (1. Halbjahr)			12 500
1944	12 000 (2)		43 000 (1) 23 291 (5) 21 000 (5) 500 (7)	24 000 (2)		22 000 (3)	14 000
Befreiung:	2 500	?	?	17 000	?	5 400	?

287 Minsk: Vgl. (nach der Reihenfolge) 1926, 1939: Minsker Zeitung v. 25. 4. 1942, BA R 90/107; 1931, 1937: Deutsche Zeitung im Ostland v. 15. 3. 1944; 1941 und Befreiung: Kohl, S. 66, nach Angaben der Stadtverwaltung, die als zuverlässig gelten können; 1941 vor Krieg: Nonnenbruch, in: Auf Informationsfahrt im Ostland, S. 19; 1941: Bericht v. Gusovius (WiRüAmt) v. 28. 7. 1941, BA-MA WF-01/15913, Bl. 820; Bericht FK Minsk v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 822; Deutsche Zeitung im Ostland v. 8. 10. 1941; 1942: Mai: BA R 90/414; Juli–November: Lageberichte Stadtkommissar Minsk v. 30. 9. (hier: ohne Juden) und 3. 12. 1942, ZStA Minsk 370–1–473, Bl. 9 und 24; 1943: Stadtkommissar Minsk, Abt. IIe (Gesundheit), GebA Minsk 688–3–21, Bl. 10; Einsatzbefehl für das Unternehmen »Zauberflöte« v. 15. 4. 1943, BA-MA SF-01/31684, Bl. 14; 1944: Räumungsbericht des Stadtkommissars v. 27. 7. 1944, IfZ MA 798, Bl. 1610.

Witebsk: 1926, 1939: wie zuvor; 1941 vor Krieg, bei Befreiung: Kohl, S. 130; 1941/Feb. 1942: EM 73 und 189 v. 4. 9. 1941 und 3. 4. 1942, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2198, und /28936, Bl. 4145; Berück Mitte, Abt. VII,

Natürlich enthalten diese Statistiken manche Ungereimtheiten und mit Sicherheit auch Ungenauigkeiten. Dennoch lassen sich Entwicklungslinien erkennen. In vielen Städten wurde die Stadtbevölkerung praktisch schon mit dem deutschen Einmarsch entscheidend reduziert, vor allem in den größten (Minsk, Witebsk, Smolensk, Gommel, Mogilew), und zwar durch Flucht nach Osten oder aufs Land, durch Evakuie-

Verwaltungsanordnungen Nr. 21 v. 20. 5. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1219; 1943: WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1 (Juli 1943), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 894; Nov. 1943/Jan. 1944: Informationsbüro des Führungsstabes Politik [im RMO] v. 4. 1. 1944, BA R 6/309, Bl. 60; Dez. 1943: KTB PzAOK 3, OQu/Qu 2 v. 16. 12. 1943, Nbg. Dok. NOKW-2386; Okdo.H.Gr.Mitte/OQu/Qu2/VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht März 1944, BA R 6/281, Bl. 136. Allein zwischen 28. 2. und 15. 3. 1944 sollen bei der Evakuierung von Witebsk »23256 Personen erfasst und abtransportiert« worden sein. WiStab Ost, Monatsbericht März 1944 v. 21. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 676.

Smolensk: 1926: Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens, Berlin 1942, S. 40f.; 1939 und 1942: WiIn Mitte, Protokoll der Kommandeurbesprechung v. 11./12. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 564; 1941 und Befreiung: Kohl, S. 138, vgl. auch Bericht der EGr B für 16.-30. 9. 1942, BA F 40168, Bl. 203; Aug. 1941: EM 73 v. 4. 9. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 289; 1941/42: WiKdo Smolensk, Berichte v. 26. 3. und 12. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 629 und 659; vgl. Berück Mitte, Verwaltungsanordnungen Nr. 21 v. 20. 5. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1219.

Offenbar falsche Einwohnerangaben, darunter für Smolensk, in: Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 26 v. 23. 10. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 472f., während der zugrundeliegende Bericht der EGr B für 1.-15. 9. 1942 die Vorkriegszahlen angibt: ZStA Minsk 655-1-3, Bl. 166f.

Gommel: Schwankungen 1942 offenbar, weil teilweise der Vorort Nowo Beliza hinzugezählt wurde, teilweise nicht. 1926/39: wie Minsk; 1941, vor Krieg: Protokoll der Kommandeurbesprechung am 11./12. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 564 (auch Okt. 1942); Sept. 1941 und April 1942: WiKdo Gommel, Monatsüberblick April 1942, BA-MA RW 31/823; Sept. 1941 und später im gleichen Jahr: Lagebericht 221. Sich.Div. (undatiert), BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 621; Jan. 1942: KTB WiKdo Gommel v. 30. 1. 1942, BA-MA RW 31/822; WiKdo Gommel, Monatsüberblick Dez. 1942, BA-MA RW 31/825.

Mogilew: 1926 und 1939: wie zuvor; 1941 und bei Befreiung: Kohl, S. 120, vgl. Bericht Nr. 8 des VO des AA beim AOK 2 v. 1. 8. 1941, BA-MA RH 20-2/1091; Berück Mitte, Verwaltungsanordnungen Nr. 21 v. 20. 5. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1219; Nov. 1942: 34 950 »zu ernährende« Einwohner nach: Bericht Oberst Herrosé (Abschrift) v. 28. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 641; 1942/43: WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 894; 1944: WiKdo 213 (Borissow), Allgemeine Schilderung der Struktur, BA-MA RW 31/860.

Bobruisk: 1926/39: wie zuvor; 1942: FK 581, Lagebericht v. 10. 2. und 25. 9. 1942, BA-MA RH 26-203/3; WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 894; 203. Sich.Div., Lagebericht v. 26. 3. 1943, BA-MA RH 26-203/7.

Pinsk: Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens, S. 102f.; 1941: verschiedene Zeugenaussagen in ZStL II 204 AR-Z 393/59 sowie Bericht der 8. Kp. des Pol.Btl. 322 v. 26. 8. 1941 (Abschrift), Militärarchiv Prag (für die Kopie danke ich Andrej Angrick); Die Ostkartei, Lieferung: Juli 1943, Heft 5 (Ukraine), Nr. 7, BA F 10633, Bl. 998.

Orscha: Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens, S. 54f.; 1939 und 1943: WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 894; 1941 und nach Befreiung: Kohl, S. 126; 1942: Berück Mitte, Verwaltungsanordnungen Nr. 21 v. 20. 5. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1219, und Bericht Oberst Herrosé v. 28. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 639; 1944: WiKdo Borissow, Allgemeine Schilderung der Struktur, BA-MA RW 31/860.

Grodno: Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens, S. 70f.; 1941: ZSt Dortmund 45 Js 24/63; 1943: Statistisches Reichsamt, Fläche und Bevölkerung des Verwaltungsbezirks Bialystok nach dem Gebietsstand vom 1. 1. 1943 (Abschrift) (wobei hier die erst später, im Februar 1943, in die Vernichtungslager deportierten Juden offenbar bereits nicht mehr mitgezählt wurden), BA F 15024.

Brest: Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens, S. 96f.; 1939: Akte über die Greuelthaten [...] in der Stadt Brest v. 25. 11. 1944, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 1659; Juni 1941: Lagebericht Stadtkommissar Brest-Litowsk v. 21. 11. 1941, BA F 13752, Bl. 7; 1941-1943: Der Ortsbeauftragte Brest-Litowsk, Tätigkeitsbericht v. 19. 11. 1943, BA-MA FPF-01/869, Bl. 1679f.; 1944: ders., Lagebericht v. 27. 5. und Bericht v. 12. 6. 1944 (zwischen Januar und Mai 1944 waren 9000-10000 Menschen evakuiert worden und 8000-11000 illegal

rung, Zerstörung von Wohnraum, Tod bei Bombardierung und Terrormaßnahmen. So war es aber nicht immer: in anderen Städten, vor allem im Westen, blieb der größte Teil der Bevölkerung da (Pinsk, Brest, Grodno, Slonim und offenbar sogar im schwer zerstörten Polozk). Viele Flüchtlinge kehrten nach wenigen Tagen in ihre Heimatsorte zurück (Minsk, Gomel). Besonders in den stark in Mitleidenschaft gezogenen Städten kam es 1941/42 zu Ausweisungen (Minsk, Witebsk, Smolensk, Polozk, vgl. Kap. 4.3d). Jedoch war auch in beinahe oder gänzlich unzerstörten und kaum evakuierten Orten in der ersten Hälfte der Besatzungszeit ein teilweise beträchtlicher Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen (Bobruisk, Borissow, Pinsk), vor allem infolge der Massaker an Juden, aber nicht allein deshalb. Hier dürften Wehrmacht-Einquartierungen eine Rolle gespielt haben (Smolensk).²⁸⁸ 1942 gab es vielerorts Bemühungen, die Bevölkerungszahl zu stabilisieren, um eine gewisse Industrieproduktion zu etablieren (Minsk, Gomel, Mogilew, Bobruisk, Orscha), teilweise noch während die Aussiedlung »Unproduktiver« lief (Kinderaussiedlung Minsk). Manche Städte versuchten die Deutschen sogar 1942/43 nach den Ghettovernichtungen mit Nichtjuden sozusagen neu zu besiedeln (Brest, Slonim und einige andere Kleinstädte). 1943 ist vor allem im Osten die Tendenz erkennbar, auch schon vor der Rückzugsbewegung im Herbst die Bevölkerung wieder zu vermindern beziehungsweise sie nicht wie zuvor am Abwandern zu hindern.²⁸⁹ Anschließend mündete das im fast totalen Abbau der Industriebetriebe und Abzug der Bevölkerung wegen der Frontnähe (»Pantherlinie«), so in Witebsk, Mogilew, Bobruisk, Orscha. Allerdings setzten sich die Stadtbewohner vielfach auch von sich aus aufs Land ab, um der systematischen Evakuierung nach Westen zu entgehen (Minsk, Witebsk, Polozk, Brest).

Daraus wird deutlich, daß nicht alle Bevölkerungsrückgänge auf Vernichtungsaktionen beruhten. Der Umfang der Massenmorde läßt sich anhand dieser Zahlen nicht bestimmen, nur ahnen. Der Mord an den Juden war der wichtigste Faktor bei der Entstädterung, machte aber, soweit er dokumentierbar ist, in den größeren Städten nur einen Teil der Menschenverluste aus, die *während der Besatzungszeit* entstanden, reicht also nicht als Erklärung.

abgewandert), BA F 13751, Bl. 1332 und 1336; Tätigkeitsbericht des Arbeitsamtes Brest-Litowsk v. 24. 8. 1944 (weitere 21000 evakuiert), BA F 13747, Bl. 394; Der Ortsbeauftragte Brest-Litowsk, Vorläufiger Bericht über die Auflösung der Stadtverwaltung bezw. die Räumung der Stadt v. 21. 7. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1677.

Borissow: Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens, S. 46f.; 1941 und nach Befreiung: Kohl, S. 115; 1939 und 1942–1944: wie unter Orscha sowie Bericht Oberst Herrosé v. 19. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 629.

Polozk: Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens, S. 56f.; Aktennotiz, Betr.: Vernehmung des stellvertretenden Bürgermeisters von Polozk, Johann Kischko (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 419f.; Wiln Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 894.

Baranowitschi: Arbeitswissenschaftliches Institut der DAF, Die regionale Aufteilung des europäischen Teiles der UdSSR (Juni 1941), BA R 6/602, Bl. 95; 221. Sich.Div., Ic v. 12. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 198; 1941 und nach Befreiung: Kohl, S. 49; Lagebericht GebK Baranowitschi fürs 1. Quartal 1944, BA F 13683, Bl. 80.

Slonim: Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens, S. 88f.; Bericht GebK Erren v. 25. 1. 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband D; Minsker Zeitung v. 22./23. 8. 1943; Bericht GebK, Ref. Gew. Wirtschaft. v. 15. 3. 1944, BA F 13684, Bl. 1387f.

²⁸⁸ Niederschrift zum Vortrag v. Schenckendorffs für Rosenberg am 29. 5. v. 2. 6. 1942, BA R 6/217, Bl. 3.

²⁸⁹ Zu den deutschen Zwangsmaßnahmen gegen die Stadtflucht Kap. 6.3b.

In bestimmten Regionen ging die Entvölkerung der Städte besonders weit. Hier ist einmal der Norden mit Witebsk und Polozk zu nennen, der vor dem Krieg industriell relativ stark entwickelt war. Schon Mavrogordato und Ziemke haben darauf hingewiesen, daß dort 1943 auch in den Kleinstädten höchstens 20–30 Prozent der Bevölkerung übriggeblieben war.²⁹⁰ In den Pripjetsümpfen bot sich ein ähnliches Bild. In Pinsk reduzierten die Deutschen die Einwohnerzahl bis zum Jahreswechsel 1942/43 um etwa 85 Prozent, vor allem indem sie über 30 000 Juden ermordeten (vgl. Kap. 7.2a und 7.4c). Im Osten dieser Region ging schon bis zum Herbst 1941 die Bevölkerung in Mosyr von 20 000 auf 5500, in Kalinkowitschi von 12 000 auf 6000 und in Rogatschew von 13 000 auf 4000 Menschen zurück, vor allem durch sowjetische Evakuierungen, aber auch durch deutsche Massaker an Juden und anderen Bevölkerungsgruppen.²⁹¹ Aber auch in den größeren Orten des westlichen Polesje, wo die Evakuierung nicht zu Buche schlug, war der Bevölkerungsrückgang beträchtlich.²⁹² Der Fall Pinsk deutet darauf hin, daß jegliche Ansätze zu Industrialisierung und Erschließung in diesem Gebiet gezielt vernichtet werden sollten.

In keiner anderen Sowjetrepublik wurde die städtische Bevölkerung insgesamt so schwer getroffen wie in Weißrußland. Bei der Befreiung wurden in der Ukraine 17 Prozent, in Weißrußland aber nur 6 Prozent der Vorkriegszahl an Arbeitern gezählt. Ihre ohnehin geringere Zahl war also auch noch stärker reduziert worden. 1945 hatte Weißrußland (nach Rückwanderungen) nur 38 Prozent der Industriearbeiterzahl von 1940; die Ukraine 54,5 Prozent, Moldawien 127,4 Prozent, Litauen 67,7 Prozent, Lettland 63,2 Prozent und die RSFSR 93,6 Prozent. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten zusammen genommen machte in Weißrußland 55,4 Prozent des Standes von 1940 aus, in der Ukraine 69,9 Prozent, in Moldawien 152 Prozent, in Litauen 100,2 Prozent, in Lettland 96,2 Prozent und in der RSFSR 91,7 Prozent. In Rußland kamen nur die Stadt Leningrad mit 51 Prozent und das Gebiet Smolensk mit 59 Prozent in die Nähe des weißrussischen Wertes.²⁹³ Anfang 1943 war die Einwohnerzahl der größten Städte der Ukraine um 55 Prozent, in Weißrußland aber um 64 Prozent zurückgegangen.²⁹⁴ Das waren eindeutig die Folgen der bewußten deutschen Entindustrialisierungspolitik in Weißrußland, Nord- und Mittelußland, den Gebieten der »Waldzone«. Diese Politik richtete sich nicht nur gegen Industrieanlagen, sondern vorzugsweise auch gegen die sie bedienenden Menschen, gegen die Arbeiterschaft und die Verwaltungsangestellten: sie wurden getötet, vertrieben, ausgehungert oder deportiert.

²⁹⁰ Vgl. Ignatowskij/Smolitschi, Weissruthenien (Minsk 1926), ZStA Minsk 391–1–282, Bl. 28R, und Mavrogordato/Ziemke, S. 523.

²⁹¹ Vgl. 221. Sich.Div., Ic, Betr.: Wissenswertes aus dem Bezirk Gau-Westgebiet v. 17.10.1941, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 201f. Der verantwortliche Abwehroffizier stellte in seiner kleinen Landeskunde für Divisionsangehörige den Vorkriegs- und den Jetztstand gegenüber, z.B. »Mosyr, in schöner Lage am Pripjet gelegen [...] Die Stadt hatte 20 000 Einwohner, darunter 60 % Juden und 3000 Mann Militär. [...] Heute hat Mosyr 5500 Einwohner, darunter etwa 50 Juden.«

²⁹² So in Kobryn von 12 000 (1937) auf 7100 (1943), in Bereza Kartuska von 4760 auf 3300, in Antopol von 2210 auf 1.058. Vgl. Militärgeographische Angaben über das Europäische Rußland, Mappe E, Textheft, S. 118, 121, 133, und Rayonaufteilung und Ortsverzeichnis des Gebiets Kobryn (Stand: 30. 4. 1943), ZStA Minsk 370–1–64, Bl. 37–38R.

²⁹³ Vgl. Segbers, S. 246–248.

²⁹⁴ Siehe Tab. 13 und Hunczak, S. 123.

Daß es ein zielgerichtetes Handeln in dieser Richtung gab, wird nur ganz selten in den Quellen ausdrücklich erwähnt. So konstatierte der Leiter der Chefgruppe Arbeit bei der Wirtschaftsinspektion Mitte, Franz Gelberg:

»Die Abnahme der Bevölkerungszahl seit Kriegsbeginn beträgt rund 1500000 Menschen [bei nunmehr 6,2 Millionen Einwohnern]. Besonders stark hat die Zahl der wehr- und arbeitsfähigen Männer abgenommen. Seit Kriegsbeginn ist die städtische Bevölkerung um rund die Hälfte zurückgegangen. Dies bezieht sich vor allem auf die 5 Großstädte des Gebietes.«

Das hieß: die Gesamtbevölkerung war um 20 Prozent zurückgegangen, die städtische Bevölkerung um 50 Prozent (auf 750000), die der fünf »Großstädte« (Witebsk, Smolensk, Gomel, Mogilew und Orel) um 70 Prozent von 684000 auf 204000, die Landbevölkerung um 12 Prozent.²⁹⁵ Anders ausgedrückt, entfielen die Hälfte der Bevölkerungsverluste auf das Land, ein Drittel auf die »Großstädte« und ein Sechstel auf Klein- und Mittelstädte. Auf Grund von Angaben der Wirtschaftsinspektion rechnete der Verbindungsoffizier des Ostministeriums, Major Oskar W. Müller, in einem Bericht nach Berlin vor, um wie viele Menschen pro Quadratkilometer sich die Einwohnerzahl vermindert habe, nämlich um 10 bis 12.²⁹⁶ Fritz Nonnenbruch, Hauptschriftleiter beim »Völkischen Beobachter«, frohlockte über die Stadt Minsk:

»[Die] Bolschewisten hatten diese Stadt aufgebläht. [...] Die Bolschewisten hatten 300000 Menschen in sie gestopft, obwohl das Land sich selbst nicht voll ernähren konnte und Zuschußgebiet war. [...] Ein großer Teil dieser Menschen ist dahin zurückgeströmt, woher sie kamen und wohin es sie stets gezogen hat: aufs Land. Dort können sie heute nützliche Arbeit leisten.«²⁹⁷

Daß viele ermordet worden waren, erwähnten diese Quellen freilich nicht.

Zivil- und Militärverwaltung scheinen eine bewußte Bevölkerungspolitik hinsichtlich der Städte betrieben zu haben. Die Einwohnerzahl von Minsk wurde 1942 bis 1944 auf einem Niveau von etwa 100000 gehalten. Das entsprach ziemlich genau der Einwohnerzahl von 1913, die laut den »Wirtschaftspolitischen Richtlinien« der Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabs Ost anzustreben war, um Ernährungsüberschüsse zu erzielen.²⁹⁸ Die Raumplanungsabteilung des Reichskommissariats Ostland entwarf in ihrer Raumordnungsskizze vom 17. November 1942 ein Weißrußland, dessen größere Städte mit 10000 bis 50000 Deutschen besiedelt sein sollten. Soweit war das eine Fiktion (vgl. Kap. 2.4a). Der Plan legte aber gleichzeitig die künftigen weißrussischen Bevölkerungszahlen für diese Städte fest: Minsk 100000, Gomel, Mogilew und Bobruisk je 50000, Witebsk 40000, Polozk 25000, Grodno, Baranowitschi und Orscha je 20000 und so weiter. Das war keine Fiktion, sondern entsprach ziemlich genau den gültigen Einwohnerzahlen von 1942, die damals auffällig konstant gehalten wurden.²⁹⁹

295 WiIn Mitte, Protokoll der Kommandeurbesprechung bei WiIn Mitte am 11. und 12. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 564. Vgl. WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, Grundlagen der Arbeitseinsatzplanung v. 31. 12. 1942, ebd., Bl. 706.

296 Auszug aus Bericht Nr. 21 v. 8. 10. 1942, BA R 6/76, Bl. 25R-26.

297 Fritz Nonnenbruch, Wirtschaftsankurbelung im Generalkommissariat Weißruthenien, in: Auf Informationsfahrt im Ostland, S. 19 f.

298 Vgl. Deutsche Zeitung im Ostland v. 15. 3. 1944.

299 Zu den Daten vgl. Romanowski u. a., S. 38. Sie beziehen sich offenbar auf eine nicht veröffentlichte Anlage der Raumordnungsskizze des RKO von 1942 (letzte ist abgedruckt in Rössler/Schleiermacher, S. 189–197).

Daß nur die aktuellen Daten schematisch in die Projektion des Reichskommissariats Ostland übernommen worden wären, widerspräche der nazistischen Planungspraxis, wonach bestehende Zahlen – zunächst auf dem Papier – radikal verändert wurden, wo es nötig erschien.³⁰⁰ Das würde darauf hindeuten, daß die gleichbleibenden Bevölkerungszahlen von 1942 bereits einer mittelfristigen Stadtplanung, also planmäßiger Politik entsprachen.³⁰¹ Die Wirtschaftsinspektion Mitte betrieb im übrigen eine eigene Raum- und Regionalplanung und ließ ihr Konzept auch von einem Experten begutachten.³⁰²

Es waren verschiedene deutsche Stellen, die sich in Weißrußland zur Stadtplanung berufen fühlten, doch sie folgten einer gemeinsamen Linie. Freilich existierten Planungen, in denen es um Neubauten – zur Linderung der Obdachlosigkeit – ging, meist allenfalls auf Reißbrettern. In den ersten Wochen der Besetzung erlaubten besonders die Feldkommandanturen Minsk-Land und Minsk-Stadt die Initiative der lokalen weißrussischen Verwaltung für Wiederaufbaumaßnahmen in stark zerstörten Kleinstädten und stellten Holz zur Verfügung. »Der Aufbau muss planmäßig erfolgen, d.h. unter Vermeidung alter städtebaulicher Fehler. [...] Für Juden kommt nur notdürftige Unterkunft im jüdischen Wohnbezirk in Frage.«³⁰³ Jedoch blieben die antijüdischen Verbrechen – Ghettoisierung, Massenmord und nachfolgende Wohnungsverteilung – beinahe die einzigen Maßnahmen gegen die Wohnungsnot der übrigen Bevölkerung.³⁰⁴ Gebaut wurde praktisch nicht. Bereits am 31. Juli erließ der Generalquartiermeister des Heeres, Wagner, ein faktisches Bauverbot, das sich in die gegen die Städte gerichtete deutsche Politik einfügte und für den Umgang mit den sowjetischen Menschen überhaupt charakteristisch war. Für Baumaßnahmen »zum Wiederaufbau zerstörter Ortschaften oder Höfe« wurde die Freigabe von Holz »im allgemeinen« verboten. Es konnte nur der »bäuerlichen Bevölkerung« zur Verfügung gestellt werden, und da auch nur »zum Wiederaufbau von Ställen, Scheunen, Schuppen, Silos und dergl.«³⁰⁵ Ställe ja, Häuser nein! Die Produktionsfaktoren Schwein oder Rind waren nach diesem Befehl wichtiger als der »Produktionsfaktor« Mensch. Das Bauverbot für Wohnungen galt während des ganzen Krieges und wurde auch größtenteils durchgesetzt.³⁰⁶ Die Absicht, die zerstörten Städte nicht aufzubauen,

300 Siehe z.B. verschiedene Beiträge in Rössler/Schleiermacher.

301 Damit ist nicht gemeint, daß das RKO die Planungshoheit für Gebiete besaß, die ihm gar nicht unterstanden wie das Militärverwaltungsgebiet (wenn es sie auch beanspruchte). Vielmehr kann man annehmen, daß die Planungsgrundlagen der Militärverwaltung bei der RKO-Studie berücksichtigt wurden.

302 Martin Pfannenschmidt, Raumordnung und Wirtschaftsplanung in den besetzten Gebieten 1940–1944 (Vorentwurf zur Dokumentation), BA OstDok 13/411. Pfannenschmidt wurde 1943 mit dem Stab Nidenführ aus dem Kaukasus zur Wiln Mitte versetzt. Dort waren die Abteilungen IIb und I Wiss in Planungssachen aktiv. Pfannenschmidt war mit dem vorgefundenen Planungskonzept, basierend auf »hochentwickelten« industriellen Inseln in einem reinen Agrargebiet, sehr zufrieden.

303 FK Minsk-Land, Abt. VII Kriegsverwaltung, Niederschrift über die Dienstversammlung der Rayon-Bürgermeister am 15. 8. 1941 in der FK 812 v. 16. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-4, Bl. 3. Zur Stadt Minsk selbst vgl. EM 36 v. 28. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1694.

304 Siehe insbesondere Kap. 7.1c, 7.2d und 7.2e.

305 OKH, GenStdH/GenQu Abt. K.Verw.(WRü/WiStb Ost) v. 31. 7. 1941 (gez. /Unterschrift i.A.Wagner), hier an WiRüAmt, Ia, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 54.

306 Allenfalls gab es Wohnungsinstandsetzungen wie in Brest, die aber auch nur einen Teil der beschädigten Häuser betrafen. Der Ortsbeauftragte Brest-Litowsk, Bericht über die Tätigkeit der Zivilverwaltung seit der Einsetzung der Zivilverwaltung v. 19. 11. 1943, BA-MA PPF-01/7869, Bl. 1681.

wurde mehrfach bekräftigt.³⁰⁷ Generalkommissar Kube vertrat die Linie, es bestehe »deutscherseits kein Interesse daran, diese Städte wieder zu Großstädten werden zu lassen«,³⁰⁸ konkret bezogen auf Witebsk und Mogilew. »Es ist nicht notwendig, alle diese Städte wieder zu errichten, denn der Weissruthene verdirbt in der Stadt, weil er schollenverbunden ist«, erklärte er bei anderer Gelegenheit.³⁰⁹ Der wirtschaftsimperialistische Zweck dieser Politik wurde von Kube nur rassistisch bemäntelt. Das entsprach der Linie des Ostministeriums.³¹⁰ Etwas anders verhielt Kube sich zu seiner Residenz Minsk. Entsprechend der anfänglichen Absicht Rosenbergs, mit Hilfe Speers relativ schnell deutsche Städte in den besetzten sowjetischen Gebieten zu bauen,³¹¹ betonten Kube und die Presse, Minsk existiere ja schon praktisch nicht mehr (»Diese Stadt Minsk muss – als sie noch bestand – eine schöne Stadt gewesen sein«³¹²). Deshalb solle sie ganz abgerissen und etwa zehn Kilometer südlich eine neue gebaut werden, für die Kube den Namen »Asgard« aus der germanischen Mythologie vorschlug.³¹³ Die entsprechenden Pläne für eine nicht gerade klein dimensionierte Stadt lagen bei Kube auf dem Schreibtisch; mit Hilfe von Städteplanern aus Speers Stab sollten im GK Weißruthenien, da »Land in Hülle und Fülle vorhanden ist«, vornehmlich zweistöckige Häuser »mit Giebeln (Schneeschnitzwerk)« errichtet werden.³¹⁴ Aus all dem wurde nichts. Auch der geplante Bau von 50 Holzhäusern im norwegischen Stil mit Gärten durch die Organisation Todt in Minsk, die der Bevölkerung »als Beispiel dienen« sollten, fand vermutlich nicht statt und war angesichts

307 Vgl. den Reichenau-Befehl (wie Anm. 5/22), ferner RMO II 1c 1083/42g, Betr.: Beseitigung von Trümmern in den Städten v. 15. 9. 1942 (gez. i.V. A. Meyer), BA F 13687, Bl. 546: »Es ist nicht Aufgabe der deutschen Dienststellen, die Städte in den besetzten Ostgebieten wieder oder gar noch schöner aufzubauen bzw. die Erinnerung der Einheimischen aufrechtzuerhalten, daß hier eine Stadt bestanden hat, daß dort Prunkbauten der Sowjets aufgerichtet waren oder es breite städtische Straßen gegeben hat.« Siehe auch Kap. 4.3d und die Anordnung Görings, daß die »Eroberung großer Städte nicht erwünscht« sei; Verb. Stab d. OKW/WiRüAmt beim Reichsmarschall, Aufzeichnung v. 16. 9. 1941, in: IMT, Bd. 36, S. 108.

308 Vermerk Labs v. 7. 4. 1942 über eine Unterredung Kube–A. Meyer, IfZ MA 795, Bl. 622.

309 Kube in der Deutschen Zeitung im Ostland v. 1. 1. 1942. Vgl. auch WwiErs. Abt. 3, Oberstlt. beim Stabe v. 8. 7. 1943 über Einsatzerfahrungen: es gebe gar keine weißrussischen Städte, sondern nur »Polenstädte [...], Judenstädte oder russische Beamten- und Verwaltungsstädte«. BA F 10632, Bl. 807.

310 In einer Rede v. 3. 8. 1942 sagte Rosenberg über Kubes »Aufgabe«, er werde »die zerschossenen Städte nicht aufbauen, die Bewohner im Lande ansiedeln«. BA NS 8/66, Bl. 34f.

311 Dies erklärte Rosenberg auf der Chefbesprechung zu Planungsfragen am 30. 10. 1941. Speer schlug daraufhin Patenschaften deutscher Städte für (wieder)aufzubauende Städte im Osten vor, während das RMO die Maßnahmen in die Hände der Generalkommissare legen wollte. Am 11. August 1942 teilte Rosenberg endgültig die Aufgabe des Projekts mit: »Angesichts der vorgefundenen Lage mußten wir froh sein, namentlich unsere Gebietskommissare, überhaupt irgendwo unterzukommen. An einen Neubau, auch nur von Baracken, war überhaupt nicht zu denken.« Meldung an den Führer v. 11. 8. 1942, BA-MA FPF-01/8192, Bl. 776f. Ferner Niederschrift über die Chefbesprechung am 30. 10. 1941 im RMO über die Landesplanung im Ostraum, in: Müller, Siedlungspolitik, S. 162; Speer an RMO v. 11. 2. und RMO an Speer v. 21. 3. 1942, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle für NS-Sozialpolitik I (1985), H. 3, S. 62ff. und 68f.

312 Rede Kubes vor der Verwaltungsspitze des GK Weißruthenien v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 35.

313 Vermerk Labs v. 7. 4. 1942, IfZ MA 795, Bl. 622. Werner Bormann, Die geschändete Stadt – Minsk, ein Denkmal bolschewistischen Zerstörungswillens, in: Deutsche Zeitung im Ostland v. 11. 10. 1942, ließ offen, ob »diese Stadt einmal ganz verschwinden oder ob auf ihren Trümmern eine andere mit einem anderen Namen entstehen wird.«

314 Kube in der Deutschen Zeitung im Ostland v. 1. 1. 1942. Die Pläne sah eines seiner Dienstmädchen: Interview mit Jelena Masanik (die später das Attentat auf Kube ausführte) in Kohl, »Blutarbeit im Osten«.

des Bauverbots ähnlich zynisch wie die Absichtserklärung des Generals v. Schenkendorff, »aus Smolensk eine Musterstadt zu machen, in erster Linie durch Selbsthilfe«. ³¹⁵

Im Bezirk Bialystok plante man ebenfalls, die alten Städte, ob zerstört oder unzerstört, durch neue, vollständig deutsche in ihrer Nähe zu ersetzen. In Bialystok selbst sollten zumindest die größeren Fabriken auf ein neues Industrieareal am Stadtrand verlegt werden. »Hierin trifft sich die Forderung der Wirtschaft mit der Forderung der Stadtplanung [...]«, hieß es amtlich. Für Grodno gab es stadtplanerische Überlegungen und vermutlich eine Raumordnungsskizze. Für das schwer zerstörte Wolkowysk erwog man bereits, da der Bahnhof weit von der Stadt entfernt lag, die Stadt einfach zum Bahnhof zu verlegen. ³¹⁶ Obwohl auch im Bezirk Bialystok seit dem Sommer 1941 ein allgemeines Verbot der Bautätigkeit herrschte, wurde ein Hochbaudezernat eingerichtet, das außer Landwirtschaftsbauten auch Hotels und einige Beamtenwohnungen errichten ließ. ³¹⁷ Einen ernsthaften Städtebau hat es aber auch hier nicht gegeben.

Ein Faktor, der den Bevölkerungszahlen der weißrussischen Städte zur Besatzungszeit wegen der Zerstörungen und des Bauverbots eine obere Grenze setzte, war das Fehlen von Wohnungen. Das Wohnungsproblem entwickelte sich zur »Lebensfrage« ³¹⁸ für die Städte. Wegen ihres schnellen Wachstums hatte es schon zu sowjetischer Zeit im argen gelegen und war durch den Krieg trotz Bevölkerungsrückgängen oft noch verschärft worden. In Minsk, Baranowitschi und Brest hatte die Bevölkerung theoretisch Anspruch auf 6 Quadratmeter Wohnfläche pro Person, ³¹⁹ ein Wert, der 1944 in Baranowitschi wegen Einquartierungen von Wehrmachteinheiten auf 4 Quadratmeter gesenkt wurde. Tatsächlich lag er hier wie in Minsk noch niedriger, in Minsk bei 2,9 Quadratmeter für Nichtjuden 1942. ³²⁰ Ende 1943 wurde den Minskern nochmals ein Drittel des ihnen verbliebenen Wohnraums weggenommen, um der Wehrmacht Platz zu machen, so daß ihnen noch etwa 2 bis 2,3 Quadratmeter geblieben sein dürften. ³²¹ Die Einquartierungen stellten die Wohnungsverwaltungen

³¹⁵ KTB Berück Mitte, Quartiermeister, v. 24. 10. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 348; Deutsche Zeitung im Ostland v. 1. 6. 1942.

³¹⁶ Vgl. Der Bezirk Bialystok, hrsg. von der Zivilverwaltung Bialystok, 1. März 1942, S. 15, 23, 42, BA F 15024.

³¹⁷ Ebd. (S. 42 f.) und Walter Glootz, Bericht über die Hochbauverwaltung beim Chef der Zivilverwaltung in Bialystok in den Jahren 1941–1944, BA OstDok 13/69. Siehe auch die Verordnung über die Stillegung von Bauvorhaben v. 25. 2. 1943, in: Verordnungsblatt Bezirk Bialystok, 1943, S. 15 und 28.

³¹⁸ Hans Schadewaldt, Ostland – europäische Sendung, in: Auf Informationsfahrt im Ostland, S. 54.

³¹⁹ Vgl. [Güter]abfertigung, Minsk Gbf., an Stadtkommissariat/Wohnungsamt, Betr.: Wohnungsfrage der Einheimischen v. 18. 6. [1943], GebA Minsk 688–I–106, Bl. 132; GebK Baranowitschi, Lagebericht fürs 1. Quartal 1944, BA-MA FPF-01/7862, Bl. 72; GebK Brest, Arbeitslagebericht für Oktober 1943 v. 23. 10. 1943, BA F 13751, Bl. 221. – Ebenso war es z. B. in Kiew; errechnet aus Deutsche Ukraine-Zeitung v. 10. 5. 1942, BA 62 DAF 3, Nr. 32558, Bl. 13. Im übrigen gilt die Norm von 6 qm in Minsk auch heute noch (Mündl. Mitt. T. Kisseewa vom Dezember 1993).

³²⁰ In Minsk für Nichtjuden bei 2,9 qm, 1938 hatte er bei 4,6 qm, nach anderen Angaben 1941 bei 4,0 qm gelegen. Vgl. Minsker Zeitung v. 21./22. 6. 1942; Deutsche Zeitung im Ostland v. 15. 3. 1944; zu folgern auch aus: GebK Baranowitschi, Lagebericht 1. Quartal 1944, BA-MA FPF-01/7862, Bl. 72.

³²¹ Die Mieteinnahmen der Minsker Grundstücksgesellschaft waren um ein Drittel zurückgegangen, »ein Beweis, daß vonseiten der Stadtverwaltung Minsk rücksichtslos vorgegangen wird[,] um den notwendigen Platz zu schaffen.« Hauptabt. E.u.L., Niederschrift über die Besprechung betr. Aufnahme von Fachkräften aus den Räumungsgebieten am 26. 11. 1943, ZStA Minsk 412–I–199, Bl. 81.

vor große Probleme. In Brest hatte die Wehrmacht Ende 1943 190 der rund 4000 Gebäude mit Beschlag belegt (und zwar die größten), 43 die Deutsche Reichsbahn, 31 die Polizei, 33 weitere deutsche Dienststellen und 12 die Stadtverwaltung.³²² Im Februar 1944 lagen in dieser Stadt 40000 Mann Besatzungstruppen, in Kalinkowitschi im Sommer 1943 2000 Mann.³²³ In Baranowitschi verfügten Wehrmacht und Organisation Todt 1944 vermutlich über ebensoviel Wohn- und Lagerräume wie die dort wohnenden Zivilisten.³²⁴

Die deutschen Verwaltungsangehörigen schlugen angesichts der Wohnungslage scheinheilig die Hände über dem Kopf zusammen. In der deutschen Pressepropaganda hieß es beispielsweise:

»Aus den Holzkaten am Wege quillt bisweilen unheimliches Leben. Baufällige Häuser, die vergrößerten Hundehütten gleichen, speien nacheinander ein volles Dutzend armseliger Männer, Frauen und Kinder aus. Es sind wahre Spukgestalten, die aus ihren überfüllten Höhlen ins Freie drängen.«³²⁵

Auch intern sprach man gern von der »Trümmerstadt Minsk«.³²⁶

Die einzigen Lösungen, die die deutsche Verwaltung für die Wohnungsprobleme kannte, waren Aussiedlungen aus der Stadt, das Zusammendrängen der Bevölkerung, besonders der Juden, und – wie noch zu zeigen sein wird – Massenmord an Juden. In vielen Quellen und Berichten wird von Umquartierungen gesprochen, insbesondere von Juden,³²⁷ oft im Zusammenhang mit der Einquartierung deutscher Truppen. Mit der konkreten Durchführung der Umsiedlung beauftragten die Kommandanturen beziehungsweise Stadt- und Gebietskommissare meistens einheimische Wohnungsverwaltungen, da die deutsche Verwaltung mit ihrem geringen Personal und mangels Unterlagen (die, in russisch oder weißrussisch abgefaßt, bei der einheimischen Verwaltung lagen) keine Möglichkeit dazu hatte. Nur in den Gebietshauptstädten im Zivilverwaltungsbereich scheinen sich deutsche Referenten die Entscheidung vorbehalten zu haben, welche Personen umziehen durften oder mußten.³²⁸ Im allgemeinen erwiesen sich die einheimischen Wohnungsverwaltungen aber als gute Erfüllungsgehilfen der Deutschen,³²⁹ auch wenn sie in Einzelfällen korrupt entschieden.³³⁰

322 Der Ortsbeauftragte Brest-Litowsk, Bericht über die Tätigkeit der Zivilverwaltung v. 19. 11. 1943, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1681.

323 Vgl. GebK Brest, Monatsbericht v. 15. 2. 1944, BA F 13751, Bl. 1282; Kalinin, S. 355. Kalinkowitschi hatte 6000, Brest 35000 Einwohner.

324 GebK Baranowitschi, Lagebericht fürs 1. Quartal 1944, BA-MA FPF-01/7862, Bl. 72.

325 »Was übrig blieb, klagt doppelt an – Verwahrlosung und Zerstörung in der toten Stadt Minsk«, in: Deutsche Zeitung im Ostland v. 14. 8. 1941.

326 Privatbrief v. Heimburg (KdO Minsk) an SS-Gruppenführer Querner v. 12. 6. 1942, BA-MA SF-01/28941, Bl. 9089.

327 Vgl. hierzu Kap. 7.3c. Zu Nichtjuden vgl. Gartenschlaeger, S. 43. Im Herbst 1942 gab es z.B. größere Aussiedlungen aus Mogilew und Umgebung. Vgl. Kalinin, S. 281.

328 So der Stabsleiter H. beim GebK in Slonim. Vern. L. S. v. 30. 6. 1964, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 4695.

329 Vgl. Hauptabt. E. und L., Niederschrift über die Besprechung betr. Aufnahme von Fachkräften aus Räumungsgebieten am 26. 11. 1943, ZStA Minsk 412-1-199, Bl. 81.

330 »Die durch die Besetzung vorhandener Gebäude und durch steten Zuzug einst geflüchteter Bewohner Orschas entstehende Wohnungsnot macht sich [...] immer mehr lästig bemerkbar. Die Stadtverwaltung hat es in ihrer nunmehr einjährigen Tätigkeit versäumt, auch nur eine Neuwohnung zu bauen. Den Mangel versucht man durch Umsiedlungen und Zusammenpferchung meist solcher Menschen, die es nicht verstehen, sich zu widersetzen, zu beheben. Hierbei spielen sich häufig nicht gerade erfreuliche Szenen

Die Deutschen reagierten mit ihren Maßnahmen zur Verminderung der Bevölkerung der Städte nicht nur auf das Wohnungsproblem, weil sie nicht anders gekonnt hätten. Mit dieser Annahme wären viele Phänomene nicht in Einklang zu bringen. Im unversehrten Bobruisk wurden 1942 ungefähr 50 Prozent der alten Bevölkerung belassen, genauso viel wie im fast total zerstörten Eisenbahnknotenpunkt Orscha. In diese Stadt wurde die Bevölkerung regelrecht hineingestopft, weil sie dort gebraucht wurde – in Bobruisk weniger. Für die Bevölkerungspolitik waren also die Interessen der Besatzungsmacht ausschlaggebend. Und weiter: die Ausweisungen 1941/42 begründeten die Besatzungsverwaltungen meist mit der Ernährungs- und nicht mit der Wohnungslage (Kap. 4.3d). Ähnlich dürfte es mit dem Bevölkerungsrückgang der Städte in der ersten Jahreshälfte 1943 gewesen sein, den nicht Truppenunterbringungen verursacht hatten. Das Wohnungsproblem war also nur einer der Faktoren, die zur deutschen Politik gegen die Städte beitrugen, es verstärkte sie. Andere Faktoren waren Versorgungsschwierigkeiten und Arbeitskräftebedarf. Wo die Produktion für die Deutschen wenig Sinn machte wie in Pinsk, wurde die Bevölkerung gnadenlos vermindert. Die scheinbar objektiven Gründe für die Verringerung der Einwohnerzahlen waren von den Deutschen zum Teil erst künstlich geschaffen worden, wie das Wohnungsproblem durch gezielte Bombardierungen von Wohnraum und das Ernährungsproblem durch die niedrigen Rationssätze.

5.4 Investitionspolitik und begrenzter wirtschaftlicher »Aufbau« in Weißrußland

a) Das Generalquartiermeister-Programm

Ein dauerhafter Widerspruch in der deutschen Wirtschaftspolitik gegenüber den besetzten sowjetischen Gebieten lag darin, daß dort einerseits die Industrieproduktion stark gedrosselt bleiben sollte und andererseits das Ostheer nicht nur mit Nahrungsmitteln, sondern auch mit Industriegütern versorgt werden mußte. Der deswegen notwendige Nachschub aus dem Reich trug zur Belastung der Transportlage bei. Schon am 6. Juli 1941 hatte die Abteilung Heeresversorgung beim Generalquartiermeister die Schlußfolgerung gezogen, eine industrielle Basis im Hinterland der Truppe sei nötig.³³¹ Ein stärkerer industrieller Aufbau hätte jedoch die erwarteten Nahrungsmittelüberschüsse reduziert.

Erst im Frühjahr 1942 – und nicht sofort beim Kriegsumschwung im November/Dezember 1941 – gab es eine Grundsatzentscheidung. Am 6. Mai beschäftigte sich der Wirtschaftsführungsstab Ost in Anwesenheit des Generals Wagner mit den Möglichkeiten zur Erfüllung zentral gesteuerter Produktionsaufträge fürs Heer in den besetz-

ab, weil auch auf diesem Gebiet wie auf vielen anderen gute Beziehungen zu den maßgebenden Verwaltungsbeamten und Bestechungen mit Alkohol keine unerhebliche Rolle spielten.« Ltd.WiKdo Orscha, Lagebericht Nr. 9 v. 27.8.1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 851. – Die Aufträge zur Zusammendrängung und das faktische Bauverbot hatten jedoch Deutsche zu verantworten. Die Korruption war – abgesehen von den charakterlich-moralischen Qualitäten der Kollaborateure – angesichts der Einkommens- und Ernährungsverhältnisse ebenfalls folgerichtig.

³³¹ Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 180, Anm. 157.

ten sowjetischen Gebieten im Rahmen des sogenannten Generalquartiermeister-Programms. Von Wagners Stelle war auch die Initiative ausgegangen.³³² Vermutlich segnete der Wirtschaftsführungsstab einen Entschluß ab, der sich vorher schon herauskristallisiert hatte: Bestimmte Erzeugnisse wie Unterkunftsbedarf, Panjewagen und Bekleidung sollten im besetzten Gebiet hergestellt und die Instandsetzung von KFZ und Kriegsgerät organisiert werden. Die Grundlage dafür sollte der Ausbau des Energiesektors bilden. Am 22. Mai gab Göring einen entsprechenden Befehl. Zwei Tage zuvor hatte die Abteilung Kriegsverwaltung des Generalquartiermeisters das überarbeitete Programm »Heeresbedarf Ost« an den Wirtschaftsstab Ost gesandt.³³³ Dieser kommentierte Görings Weisung überschwenglich, es sei »von umwälzender Bedeutung für die Entwicklung des Wirtschaftslebens in den besetzten Ostgebieten«, wenn nun »neben der Rohstoffwirtschaft auch die verarbeitenden Industrien in möglichst großem Umfange der Kriegs- und Rüstungswirtschaft nutzbar zu machen« seien.³³⁴ Auf Grund dieser Wendung sei »der privaten Initiative« »mehr als bisher Raum« einzuräumen, so daß man zusätzliche Investitionsanreize bieten müsse. Sie sollten aus Verpachtungen, Vergabe von Patenschaften und Zusagen für die künftige Eigentumsübertragung bestehen.³³⁵ Am 28. Mai erklärte Göring zu diesem Zweck das Vermögen der UdSSR, »ihrer Gliedstaaten, Körperschaften, Verbände und Zusammenschlüsse« zum »Wirtschaftssondervermögen« und regelte die Möglichkeit der Übergabe in treuhänderische Verwaltung. Offenbar wollte die Vierjahresplanbehörde damit Tendenzen der Wirtschaftsabteilungen bei den Reichskommissaren Ostland und Ukraine entgegenwirken, die sowjetische durch eine reine deutsche Staatswirtschaft zu ersetzen.³³⁶

Die Entschlüsse wurden schnell umgesetzt. Am 21. Mai 1942 wurden die Beschränkungen für die Beschäftigung von sowjetischen Textilarbeitern aufgehoben. Schon spätestens im April war der Aufbau von Eisenbahnausbesserungswerken – die es vorher nicht gab, die nun aber in Minsk, Mogilew und Gomel eingerichtet wurden –, der Panzer- und KFZ-Instandsetzung in großem Stil ins Auge gefaßt worden.³³⁷ Zum Teil waren die Vorhaben allerdings unrealistisch.³³⁸ Im Rahmen des Generalquartiermeister-Programms

332 Vgl. Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP v. 1. 5. 1942, Einladung zur Sitzung des WiFüStabs Ost am 6. 5. 1942 mit Tagesordnung und Verteiler, BA-MA RW 31/249; auch in BA R 43 II/356c, Bl. 20; siehe auch Vermerk Willuhn (Reichskanzlei) v. 6. 5. 1942, BA R 43II/614, Bl. 102/R. Ferner Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 188 mit Anm. 169.

333 Vgl. Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Anordnung über die Herstellung von Waffen und Munition und den Ausbau der Energiewirtschaft in den besetzten Ostgebieten v. 22. 5. 1942 (Abschrift, sog. »Iwan-Programm«), BA-MA SF-01/28985, Bl. 183f.; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 188 und 242–244. Siehe Streit 1981, S. 195.

334 WiStab Ost, Monatsbericht Mai v. 20. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 107.

335 Ebd. und KTB WiStab Ost v. 15. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 603.

336 Hierzu insbesondere Gerber, S. 80 (der Erlaß v. 28. 5. 1942 ebd. als Anlage 14). An die Zivilverwaltung in den »besetzten Ostgebieten« wurde er mit Rosenbergs Unterschrift weitergegeben: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), Nr. 10, S. 162f.

337 Vgl. KTB WiStab Ost v. 21. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 570; Niederschrift über die Besprechung am 14. und 15. April 1942 in Berlin, BA ASt Coswig 43.01, Nr. 2833 (neu); Reinhardt, S. 55. Vgl. außerdem Kap. 5.4b. Auch im Reich wurde die Kapazität für Lokomotivreparaturen nun erheblich gesteigert (Thomas, S. 360).

338 Aussenstelle OKH/GenQu, Versorgungsbezirk Dnjepr, Der Kommandeur v. 14. 3. 1942 an GenQu, Betr.: Versorgung der Truppe aus dem Lande zur Entlastung des Nachschubes aus der Heimat bei ständiger Front (Abschrift), BA-MA RW 31/59b.

wurden hunderte verschiedene Artikel vom Spucknapf bis zum Skiabzeichen produziert. Die Aufträge kamen vom Wehrmachtbeschaffungsamt.³³⁹ Das Generalquartiermeister-Programm war berüchtigt, weil die Vorgaben nur zum Teil erfüllt werden konnten,³⁴⁰ 1943/44 immerhin eher als 1942. Es brachte keine Wende hin zu einer wirklich nennenswerten Industrieproduktion. Neben Textilien, Torf und Baustoffen (Ziegel, Glas) waren Panjewagen das wichtigste Produkt – kleine Pferdewagen mit geringer Traglast, die bei schlechten Wegen oft das einzig mögliche Transportmittel für die Truppe darstellten.³⁴¹

Die Herstellung von Panjewagen erwies sich nicht nur als besonders wichtig, um dem Ostheer ein Mindestmaß an Mobilität zu erhalten, sondern auch als schwierig. Der Produktionsablauf bedurfte einer kontinuierlichen und koordinierten Versorgung mit den Grundstoffen Holz und Eisen. Insgesamt ließen die Deutschen innerhalb von etwa zwei Jahren rund 260 000 Panjewagen herstellen. Charakteristisch für den geringen Produktionsumfang in den besetzten sowjetischen Gebieten ist die Tatsache, daß das viel kleinere Generalgouvernement fast die Hälfte davon, nämlich 112 000, beisteuerte. Das Herstellungstempo wurde 1943 erhöht.³⁴² Im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte wurden 1942 etwa 10 000, 1943/44 in 14 Monaten 17 890 Panjewagen gebaut. Besondere Probleme hatten das Rüstungskommando Minsk im GK Weißruthenien, wo 1943/44 nur 1800 Wagen entstanden, und die Rüstungsaußenstelle Brest, wo fast gar keine fertig wurden.³⁴³ Da die gesamte Produktion ausschließlich an die Wehrmacht ging und zusätzlich mehrere zehntausend dieser Fahrzeuge aus der Landwirtschaft für das Heer beschlagnahmt wurden, entstand im Agrarbereich ein so großer Mangel, daß die Wehrmacht zu Ernteeinsätzen mit »ihren« Wagen aushelfen mußte. 1942 sollte diese Leihgabe im GK Weißruthenien 8000 und im Abschnitt Mitte 30 000 Stück umfassen.³⁴⁴ Ein Plan zur Produktion von 100 000 Panjewagen für den Bedarf der Landwirtschaft des besetzten Gebiets, die in den Landwirtschaftsbetrieben selbst mit 11 000 Tonnen Schrotteisen gebaut werden sollten, blieb reine Utopie.³⁴⁵

339 Die Weisungsbefugnis des WBA wurde von der WiIn Mitte nur zähneknirschend anerkannt. Vgl. [WiIn Mitte,] Stab Ib/Rü, Aktenvermerk über Dienstbesprechung mit Reg.-Insp. Blum und Zm. Kreisig vom WBA. Orscha v. 5. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 215f. Weiter Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 189, und KTB WiStab Ost v. 21. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 570.

340 Vgl. z. B. WiIn Mitte, Monatsbericht April 1943 v. 5. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 195f.

341 Zu diesen Panjewagen schrieb Otto Bräutigam, in den fünfziger Jahren Leiter der Ostabteilung im Bundesaußenministerium, in seinen Memoiren: »Ich muß stets an jene Panjewagen denken, wenn ich heute die schweren Fahrzeuge der Amerikaner sehe und mir vorstelle, daß diese vielleicht einmal in einem späteren Ostfeldzug Verwendung finden sollen.« Bräutigam 1968, S. 399.

342 Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 199, und KTB-Beitrag WiStab Ost, Chefgr. W, Abt. Presse und Berichtswesen 23/43 v. 4. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1289f.

343 Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 23 v. 5. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 601, und Erzeugung wichtiger industrieller Fertigwaren in den besetzten Ostgebieten im Gen.Qu.-Programm 1. 4. 1943–31. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 44421, Bl. 6; HeWiFu Mitte v. 29. 4. 1944 an Okdo. H.Gr. Mitte, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 422; RüKdo Minsk, Vierteljahresbericht April bis Juni 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 836; KTB RüAst 17 Brest für 1942 und 1943, BA-MA (BArchP)F 43063.

344 WiStab Ost, Stab Abt. I/Ia (Dr. Musset) an GenQu v. 20. 7. 1942 (Abschrift) und OKH/GenStdH/GenQu (Qu3/II) v. 30. 7. 1942 (gez. Wagner), BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1192–1194. Ferner Vortrag Oberst Dr. Musset vor der Kriegsakademie Berlin v. 6. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 1101.

345 Vgl. Aktenvermerk zur Besprechung über Panjewagenbau für die Landwirtschaft im Osten am 12. 10. 1942 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 31f.

b) Minimales Risiko: Deutsche Unternehmensinteressen in Weißrußland

Zu einer Analyse der deutschen Wirtschaftspolitik im besetzten Weißrußland gehört auch der Blick auf privatwirtschaftliche Interessen und Investitionspolitik. Denn Fachpersonal und zum Teil auch Sachkapital (Maschinen) mußte von den Unternehmen kommen. Diese übernahmen auch die treuhänderische Verwaltung bei den wichtigeren Betrieben. Trotz staatlicher Wirtschaftslenkung blieben ihre Entscheidungen durchaus nicht ohne Einfluß auf den Wirtschaftsprozess »im Osten«.

Schon Rolf-Dieter Müller hat festgestellt, daß die Konzeption, die besetzten sowjetischen Gebiete als Nahrungsmittel- und Rohstofflieferanten zu benutzen,³⁴⁶ »durchaus den Interessen der deutschen Großindustrie entsprach, denn sie zielte auf die Schaffung einer sinnvollen Ergänzung des großindustriellen Komplexes in Mitteleuropa [...]«.³⁴⁷ Was die Großindustrie angeht, kann man Nuancen zwischen verschiedenen Interessengruppen feststellen. Für die Gruppe um die I.G. Farben bestanden von vornherein kaum Aussichten, »im Osten« zu produzieren, während die deutsche Schwerindustrie von ihren ursprünglich etwas weiter gehenden Vorstellungen zur Erschließung der ukrainischen Montanindustrie unter anderem auf Grund des staatlicherseits favorisierten mittelständischen Entwicklungsmodells Abstand nahm.³⁴⁸ Im großen und ganzen herrschte in der Frage des wirtschaftlichen Engagements aber Einigkeit zwischen Staat und Privatwirtschaft: in den besetzten sowjetischen Gebieten war die Infrastruktur schwer geschädigt, die Produktionshemmnisse waren enorm, und die Investitionsrisiken hoch.³⁴⁹ So entschloß man sich, »mit einigen, freilich nicht unwesentlichen Ausnahmen reinen Abbau [zu] betreiben«.³⁵⁰ Dazu kam, daß sich gleichzeitig mit der Entscheidung im Frühjahr 1942, verstärkt industrielle Versorgungsbetriebe für die Wehrmacht im Hinterland einzurichten, durch den Rationalisierungsschub im Reich dort die Investitionsbedingungen deutlich verbesserten und viel günstiger entwickelten als in den besetzten sowjetischen Gebieten.³⁵¹ Zur Zeit der Arbeitskräfteknappheit im deutsch beherrschten Europa schien es daher günstiger, die sowjetischen Arbeiter(innen) im Reich zu beschäftigen als im besetzten Gebiet.³⁵² In Weißrußland, wo die industrielle Basis schwach und die Tra-

346 Ein Vertreter der I.G. Farbenindustrie kleidete das in die Worte, »dass der Osten wesentlich und vorzugsweise ein Agrargebiet ist bzw. soweit er es noch nicht ist, werden soll«. Lagebericht der Ostverbindungsstelle über Russland mit Anschreiben der Wirtschaftspolitischen Abteilung der I.G. Farben v. 3. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 44425, Bl. 582. Abgedruckt bei R.-D. Müller 1981, S. 126ff.

347 R.-D. Müller 1982, S. 404.

348 Vgl. Konzept für die Neuordnung der Welt, S. 89; R.-D. Müller 1981, S. 108f.

349 Hierzu R.-D. Müller 1982, S. 395ff., und ders., Siedlungspolitik, S. 54: »Es lag wiederum im wohlverstandenen Interesse der Unternehmer, zunächst einmal die Klärung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den eroberten sowjetischen Gebieten abzuwarten, was aber nicht ausschloß, sich in einzelnen, lohnenswerten Fällen um die Übernahme der Betriebe rechtzeitig zu kümmern.«

350 Als Begründung führte das Institut für Weltwirtschaft an: »Die Wirtschaft war zu gründlich bei dem russischen Rückzug zerstört worden, die Wege aus dem Reich bei ohnedies überbeanspruchtem Transportwesen zu lang, um viele Investitionsgüter hinzuschaffen oder gar eine so intensive Arbeitsteilung wie im Generalgouvernement zu ermöglichen«. Der kriegswirtschaftliche Beitrag Osteuropas für das Deutsche Reich 1936-1944, bearbeitet im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, BA F 2348, Bl. 698f.

351 Vgl. R.-D. Müller 1981, S. 114.

352 Diese Überlegung findet sich im Artikel von KVVCh Bosch (Leiter der Chefgr. Wirtschaft der WiIn Mitte) im Völkischen Beobachter v. 23. 8. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 113/R. Ferner Aktenvermerk über die am 10. März 1943 stattgefundene Besprechung mit KV-Chef Peuckert in Rowno (Nbg. Dok. PS-3013), BA F 16031.

ditionen gering waren, bestand ein nennenswerter Interessenkonflikt zwischen Staat und Privatwirtschaft schon gar nicht.

Die Investitionen in die sogenannte gewerbliche Wirtschaft der besetzten sowjetischen Gebiete betrugen etwa eine Milliarde RM (ohne das Verkehrswesen, wo mindestens noch einmal diese Summe aufgewandt wurde). Auf drei Jahre gerechnet, ergab das etwa 300 Millionen RM jährlich. Das entsprach 7 Prozent der entsprechenden Ausfuhren des Reiches von 1938.³⁵³ Keine unbeträchtliche Summe, aber für das Gebiet, in dem angeblich Deutschlands Zukunft liegen sollte und das das Hinterland der entscheidenden militärischen Front im ›Schicksalskampf‹ bildete, war sie gering. Und der Großteil dieser Investitionen ging nicht nach Weißrußland, sondern in die Ukraine und ins Baltikum.³⁵⁴

Den Rahmen wirtschaftlichen Engagements in den besetzten sowjetischen Gebieten bildeten überwiegend die Ostgesellschaften. Diese Organisationsform bedeutete nicht etwa eine Unterordnung privatwirtschaftlicher Interessen unter staatliche Ziele, sondern war den »Interessen beider Seiten dienlich«.³⁵⁵ Denn der Staat stellte damit ein koordiniertes Vorgehen sowie eine oft volkswirtschaftlich begründete Wirtschaftslenkung sicher und sicherte sich Mitwirkung, Know-how und Sachkapital der Privatunternehmen. Das Kapital konnte ohne großes Risiko mit staatlich garantierten Krediten arbeiten und auf weitgehende Unterstützung durch die Wirtschaftsbehörden vor Ort bauen.³⁵⁶ Als Übergangsform zur Privatisierung der sowjetischen Wirtschaft, die nicht unverzüglich bewerkstelligt werden konnte, war dieses Vorgehen ohnehin notwendig, wie ZO-Chef Fleischberger Ende 1942 auf die Frage »Warum Ostgesellschaften?« erklärte.³⁵⁷ Als 1944 eine Diskussion um die Richtigkeit verschiedener besatzungspolitischer Maßnahmen geführt wurde, mußten die Ostgesellschaften zwar Kritik einstecken, verschiedene Stellen sahen in ihnen aber auch auf längere Sicht die beste Organisationsform.³⁵⁸

Die Wirtschaftsverwaltung sollte Politik betreiben, aber wegen Ineffizienz möglichst nicht selbst wirtschaften. Deshalb wurden immer mehr Wirtschaftsbereiche

353 Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 192f. Bis Anfang 1943 waren es 0,5 Milliarden RM an Sachkapital zuzüglich 1,0 Milliarden RM im Verkehrsbereich sowie eine weitere Milliarde an Dienstleistungen im Verkehrswesen. Chefgr. Wirtschaftspolitische Kooperation, Referat: Wirtschaftsbeobachtung v. 10. 2. 1943 (Entwurf), BA-MA RW 31/260.

354 Vgl. Chefgr. W, Allg. Wirtschaft, Zahlungs- und Kreditverkehr der besetzten Ostgebiete mit dem Reich v. 8. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 683–687. Die Aufwendungen deutscher Firmen betrugen danach für das Gebiet der WiIn Mitte nur 2,568 Millionen RM, für das RK Ukraine 57,893 Millionen RM und für das RK Ostland 81,811 Millionen RM. Diese Zahlungen sind nicht mit den Investitionen gleichzusetzen, dürften aber ihre territoriale Verteilung wiedergeben.

355 Müller, Siedlungspolitik, S. 55. Ähnlich Gerber, S. 136f., und Eichholtz 1985, S. 411ff.

356 Vgl. WiStab Ost, Besondere Anordnungen Nr. 98 v. 29. 4. 1943: Die Stellung der Wi-Dienststellen zu den Ostgesellschaften und den ihnen zugewiesenen Betrieben, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 1264–1268. Die Wirtschaftsdienststellen, v.a. auf der Ebene von WiKdos und Generalkommissariaten, entschieden über Betriebszulassung, Rohstoffeinsatz und Fragen des Truppenbedarfs. Den Ostgesellschaften oder Betrieben waren u.a. Personaleinsatz und -auswahl, auswärtiger Materialeinkauf und Produktverkauf, Investitionsprogramme usw. überlassen. Vgl. auch Gerber, S. 130f.

357 Neues Wiener Tagblatt v. 2. 12. 1942, BA 34.02, Nr. 34, Bl. 42f.

358 Siehe die Akte BA R 6/271. Das Arbeitswissenschaftliche Institut der DAF hielt die Ostgesellschaften für berufen, die wirtschaftlichen Kräfte im Osten zu bündeln und einzusetzen, im Gegensatz zu den »Mittechen des Unternehmerstaates«. Zitiert nach Hepp, S. 103.

den Ostgesellschaften übertragen³⁵⁹; am Anfang stand jedoch stets die direkte Leitung durch die Wirtschaftsverwaltung, selbst auf den Tätigkeitsfeldern der ZO, LO und Ostfaser.³⁶⁰ Beispiel für eine »späte« Ostgesellschaft ist die Ostschuh GmbH, eine Gesellschaft, die von »rund 80 deutschen Schuhfabrikanten« Anfang 1943 gegründet wurde, um Schuhe mit Holzsohlen für die sowjetische Zivilbevölkerung zu produzieren, da ihre Arbeitsleistung durch den Schuhmangel litt. (»Der Absatz unserer Erzeugnisse macht begreiflicherweise keine Schwierigkeiten«).³⁶¹ Von zehn Standorten befanden sich drei (Baranowitschi, Hansewitschi und Slonim) mit je rund 100 Arbeitern im westlichen Weißrußland. Der Betrieb in Hansewitschi war einer der seltenen Neubauten. Der in Baranowitschi war Patenbetrieb einer Firma in Oschatz. Gemeinsam war diesen Betrieben die sehr geringe Produktivität von zwei bis vier Paar Schuhen pro Beschäftigten täglich. Mit einem Ausstoß von insgesamt einer Million Paar während eines Jahres konnte der sowjetische »Markt« selbstverständlich nicht annähernd befriedigt werden,³⁶² abgesehen davon, daß diese Art »Versorgung« demütigend und für die klimatischen Verhältnisse völlig ungeeignet war.

Es gelang nicht, Kapital aus anderen europäischen Ländern in nennenswertem Umfang nach Weißrußland zu ziehen. Abgesehen von den Querelen auf höherer Ebene, ob und zu welchen Bedingungen Ausländern die gewerbliche Betätigung in den besetzten sowjetischen Gebieten erlaubt werden sollte, scheiterten die meisten, sehr kleinen Projekte an den verschiedensten örtlichen Schwierigkeiten. Einzelne Handwerksbetriebe, Fischräuchereien und Sägewerke wurden niederländischen Treuhändern übergeben.³⁶³

Die Funktion und innere Organisation der Ostgesellschaften war recht verschieden. Wie erwähnt, bildete ein Teil von ihnen nur Dachgesellschaften, die Betriebe oder territoriale Aufgaben an private Einsatzfirmen vergaben. In Weißrußland waren die Einsatzfirmen meist mittelständische Handels- oder Bauunternehmen, während Konzerne und produzierende Betriebe, weil sie wenig Betätigungsmöglichkeiten sahen, kaum vertreten waren. So gab es in der Chemieindustrie im Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte keinen einzigen deutschen Patenbetrieb. Einzig die Deutschen Hydrierwerke, Rodleben bei Dessau, entsandten einen Betreuer in die Acetonfabrik Stary Bychow, um sich das dortige, in Deutschland unbekannte Produktionsverfahren anzueignen. Das reichte, um die beim Rückzug demontierten Ma-

359 Vgl. z.B. Görings Erlaß über die Gründung der Wirtschaftseinsatz Ost G.m.b.H. v. 2. 11. 1942, in: Müller, Siedlungspolitik, S. 147f.

360 Vgl. Kap. 4.2a, 4.4d und 5.2c.

361 Das Stammkapital betrug 2 Millionen RM. Bericht der Ostschuh GmbH v. 27. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 709; Ostfaser-Nachrichtendienst Nr. 3 v. 10. 5. 1943, BA 11.01, Nr. 18, Bl. 141/R.

362 Vgl. ebd. und Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 262; Abschlußberichte der GebK in Baranowitschi und Hansewitschi v. 11. bzw. 23. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 140 und 212; WeWiKdo Minsk, Aktenvermerk über die Dienstreise des Kommandeurs Dr. Wilhelmi vom 17.-20. 11. 1943 nach Baranowitsche v. 22. 11. 1943, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 87.

363 Hierzu die Akte des RMO BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1108ff.; Ostpolitische Information des RMO, Jg. 1, Nr. 9 v. 19. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 83; Abschlußbericht des Beauftragten für Sonderfragen im RMO v. 11. 11. 1944, BA F 13741, Bl. 403-407; sowie besonders Bericht über die Reise des Dipl. Ing. L. Bornhaupt nach Weißruthenien v. 16. 3.-12. 5. 1943, BA R 6/453. Allgemein vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 138-142, und Eichholtz 1994, S. 433-460.

schinen dieses Standorts und die der Knochenverwertungsanlage Mogilew zugesprochen zu bekommen.³⁶⁴

Weißrußland war arm, doch verschmähten deutsche Handelsunternehmen das Engagement dort keineswegs. Um welches Produkt es auch ging, bis zuletzt drängten Firmen in den weißrussischen Markt. (Der, soweit feststellbar, letzte Treuhänder in Weißrußland übernahm seinen Betrieb am 15. Juni 1944, zwei Wochen vor dem Rückzug.³⁶⁵) Meist handelte es sich um weitgehend brachliegende hanseatische Handelshäuser, die »auf Grund ihrer bisherigen Tätigkeit im Außenhandel, vor allem in Übersee, über besondere Erfahrungen in der Entwicklung unerschlossener Gebiete [...] verfügen«.³⁶⁶ Diese Unternehmen schlugen mehrere Fliegen mit einer Klappe: Sie retteten ihre Betriebe vor der Schließung, konnten teils sogar die Umsatzeinbußen gering halten und nicht abgesetzte Warenmengen als Grundstock erst in Südosteuropa und dem Generalgouvernement und nun in den besetzten sowjetischen Gebieten nutzen.³⁶⁷ Die Generalkommissare wiesen ihnen jeweils mehrere Gebiete als Konzession zu, und der Abteilungsleiter Wirtschaft in Minsk, Rudolph, versprach »verständnisvoll« durch entsprechende Preisfestsetzungen »angemessenen Unternehmergewinn«.³⁶⁸ So kamen eine Reihe von Firmen, offiziell unter dem Motto »Erst dienen, dann verdienen«, darunter aus Bremen, Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Wien, Bromberg und Chemnitz.³⁶⁹ Die Wirtschaftsgruppe Groß- und Außenhandel förderte solche Engagements durch eine »Förderungsgesellschaft Deutscher Handelsunternehmen in Weiß-Ruthenien GmbH«, die wiederum von einigen Groß- und Außenhandelsfirmen getragen wurde.³⁷⁰ In Hamburg wurden Zusammenkünfte interessierter Handelsunternehmen organisiert. Oft schlossen sich mehrere Kaufleute aus eigener Initiative zusammen, um eine Filiale in Weißrußland aufzuziehen. Manche benutzten dazu das Dach einer Ostgesellschaft wie im Fall der Ost-Erfassungsgesellschaft für Häute, Felle und verwandte Gebiete mbH (OEG), in deren Rahmen insbesondere Hamburger Zahn- und Wildhäutehändler jeweils bestimmte Gebiete bearbeiteten. Drei Jahre lang transportierten sie vor allem Rohhäute ab (im Umfang von durchschnittlich 18 Prozent der deutschen Jahresproduktion), erzielten 2,8 Millionen RM

364 Außerdem ging die Holzverzuckerungsanlage Bobruisk an eine einschlägige Firma in Holzminden und die Kok-Sagys-Verwertungsanlage aus Krasny Bereg nach Gnesen zur Ostgesellschaft für Pflanzenkautschuk und Guttapercha. Vgl. WiStab Ost, Chefgr. W, Gruppe Chemie v. 1. 2. 1944, Betr.: Vermögensmäßige Abwicklung, und Dr. Manchot, Sonderführer (Z), Betr.: Räumungs- und Schlußbericht für die Acetonfabrik Sary-Bychow BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 244 f. und 512–518.

365 Es handelte sich um eine Geflügelmastanstalt. Vgl. Gerson Hans Gauter, ZO-HGSt Mitte, Abteilung 3 Technik, Abschlussbericht v. 24. 8. 1944, BA 34.02, Nr. 114, Bl. 135–142.

366 Dr. H. W. Köppen (Reichsgruppe Handel), Deutsche Handelsunternehmen in den besetzten Ostgebieten, in: Die Ostwirtschaft 31 (1942), H. 6/7, BA F 10682, Bl. 628. Die Deutsche Allgemeine Zeitung v. 12. 5. 1942 sprach von »Erfahrungen im sogenannten zweiseitigen Geschäft, im Verkauf von Industriewaren und im Ankauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen«. BA 21.01, Nr. 2738, Bl. 61.

367 »Hanseaten im Osthandel – Gegenwartsaufgaben Hamburger Gross- und Überseefirmen«, in: Minsker Zeitung v. 20./21. 6. 1943.

368 Hamburger Fremdenblatt v. 4. 5. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 68.

369 Belege siehe die letzten drei Anm. sowie Die Ostwirtschaft 32 (1943), Nr. 2–9, BA F 2348, Bl. 9013 ff.; Liste in ZStA Minsk 564–1–1, Bl. 17 f.; Minsker Zeitung v. 20. 4., 9./10. 5. 1943 (Zitat) und 14./15. 11. 1943.

370 Ähnliche Gesellschaften gab es für Ostland und Ukraine. Vorbild war die Handelsgesellschaft Deutscher Kaufleute im Generalgouvernement. Deutsche Allgemeine Zeitung v. 12. 5. 1942, BA 21.01, Nr. 2738, Bl. 61.

Überschuß und 6,86 Millionen RM »Schleusengewinne« und strichen unter der Hand noch kräftig selbst Profite ein. Ihre Anfangsinvestitionen von durchschnittlich 20000 bis 25000 RM scheinen die Einsatzfirmen der OEG damit mehr als wettgemacht zu haben.³⁷¹

Zahlenmäßig waren die Baufirmen im besetzten Weißrußland mit mindestens 167 Unternehmen und 5600 deutschen Beschäftigten am stärksten vertreten.³⁷² Ihr Einsatz erfolgte allerdings weniger selbständig, wenn ihnen auch bestimmte Bauprojekte eigenverantwortlich übertragen wurden. Ihre deutschen Mitarbeiter trugen Uniformen der Organisation Todt.³⁷³ Über diese lief auch der Materialnachschub. Die Bauunternehmen kamen keineswegs nur auf Grund von Dienstverpflichtungen.³⁷⁴ Vielmehr wurde kurz nach dem Angriff auf die UdSSR bekannt, daß große Aufträge in den besetzten sowjetischen Gebieten zu vergeben waren. Daraufhin bewarben sich Baufirmen, nachdem die kleineren teilweise Arbeitsgemeinschaften gebildet und vor Ort über anstehende Projekte informiert hatten. Die Firmenleiter überwachten den Einsatz ihres Personals durch regelmäßige Reisen ins besetzte Gebiet.³⁷⁵ Das Baugeschäft versuchte damit offensichtlich, wie andere Branchen die Flaute im Reich zu überstehen und um den Fronteinsatz herumzukommen.

Nicht nur kleine, mittelständische Betriebe interessierten sich für das Weißrußlandgeschäft, man findet auch prominente Namen. Es gab eine Servicestelle von Bosch, ein Vertriebsbüro der AEG mit Reparaturannahme (Zweigstelle der AEG Ostland) und die Weißruthenische Seifen- und Fettindustrie GmbH, zu 90 Prozent eine Tochter der Sunlight AG, die sich mit Produktion und Vertrieb von Wasch- und Scheuermitteln sowie der Glyzeringewinnung beschäftigte, alle ansässig in Minsk.³⁷⁶ Die Produktion von Mineralwasser für die Wehrmacht durch die Coca Cola AG in

371 Vgl. besonders Die Ostwirtschaft 31 (1942), Nr. 8, sowie 32 (1943), Nr. 4/5, BA 25.01, Nr. 6048, Bl. 108R, und F 2348, Bl. 16f.; Mitteilungsblatt des Chefs Sipo/SD Nr. 9 v. 11. 9. 1942, BA-MA SF-01/28985, Bl. 224-27; OEG, Bericht über eine Prüfung des Abschlusses zum 31. Dezember 1943 durch die Chemie-Revisions- und Treuhand-GmbH v. Oktober 1944, BA F 10632, Bl. 90-113; Prüfungsfeststellungen bei der OEG durch den Reichsrechnungshof (Entwurf, 1944), BA 23.01, Nr. 6014, Bl. 2-53. Ferner zur Geschäftspolitik auch Müller, Wirtschaftspolitik, S. 257f. und Anm. 209.

372 Vgl. OT, Bericht über die Tätigkeit des Nachschubstabes Mitte-Nord-Wiking für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 6. 42 im Bereich Mitte v. 14. 8. 1942, BA OstDok 13/417.

373 Vgl. Vern. Heinrich Hunn v. 4. 6. 1942, ZStA Minsk 379-1-20, Bl. 16f., und die Bildserie in Mercedes Benz, Historisches Archiv (MB-HA), Kriegswerke 5.

374 Die Unternehmen mußten teilweise auf Aufforderung der Fachgruppen Fachleute benennen, die dann einberufen wurden: Baugesellschaft Eigen, Berlin: Osteinsatz und seine künftige Entwicklung, BA NS 3/516, Bl. 32; Vern. E. W. v. 25. 5. 1961, StA Hannover 388/65, Bl. 338-344; Vern. A.G. v. 13. 11. 1962 StA München I 113 Ks 1/65 a-b, Bl. 2533-2535.

375 Vgl. Vern. A. B. v. 5. 11. 1960, ZStL II 204 AR-Z 439/67, Bd. 2, Bl. 147-156 (Firmen aus dem badischen Raum); Vermerk »Auswertung von Entschädigungsakten des Landgerichts Stuttgart« v. 30. 9. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 964, zur Firma R. & S. aus dem Raum Köln; Herbert Arndt, Osteinsatz des Landhandels, in: Minsker Zeitung v. 4. 4./5. 5. 1943. Siehe allgemein Müller, Siedlungspolitik, und Czollek 1974, besonders S. 45. Arbeitsgemeinschaften von Bauunternehmen erwähnt auch OT, Bericht über die Tätigkeit des Nachschubstabes Mitte-Nord-Wiking v. 14. 8. 1942, BA OstDok 13/417.

376 Vgl. Liste zu zerstörender Objekte für Minsk, 1944, BA-MA WF-05/7672, Bl. 906; Minsker Zeitung v. 14./15. 11. 1943; Ostfaser-Nachrichtendienst Nr. 4 und 6 v. 17. und 31. 5. 1943, BA 11.01, Nr. 18, Bl. 117 und 127R/128. Zu Bosch auch die Erinnerungen von Fritz Nast-Kolb, in: Steinhoff u.a., S. 408f. und 741.

Brest scheiterte 1944 in der Planungsphase.³⁷⁷ Besser dokumentiert ist das Engagement der Firma Telefunken im Radiogerätewerk Minsk. Ihr Einsatz wurde schon am 13. Juli 1941 vom dortigen Wirtschaftskommando beim OKW beantragt. Am 21. August wurde der Betrieb einem Vertreter von Telefunken treuhänderisch übergeben, der zunächst die Einsatzmöglichkeiten überprüfte. Am 14. Oktober traf der eigentliche Treuhänder ein,³⁷⁸ Ingenieur R., der »in der Erregung« einmal einen jüdischen Ingenieur erschoss und 1942 wegen Schiebereien einschließlich der ganzen deutschen Betriebsführung ausgetauscht werden mußte. Das Werk produzierte vor allem Funkgeräte für die Luftwaffe. Zeitweilig betrug die Zahl der Arbeitskräfte 450 und der Auftragsbestand 350 000 RM.³⁷⁹ Mehrfach war die Verlagerung nach Riga, Wilna und Dorpat geplant, und zwar von Telefunken selbst (das Unternehmen konnte hier also zumindest mitreden) mit Hinweis auf die Sicherheitslage, aber obwohl dafür 1942 bereits die Genehmigung des Reichsluftfahrtministeriums vorlag, geschah das nicht. Telefunken blieb bis zum Rückzug 1944 in Minsk.³⁸⁰

In Minsk existierten auch zwei ausgesprochene Großbetriebe, die von deutschen Konzernen unter der Leitung von Daimler Benz organisiert wurden: das Panzerausbesserungswerk in der ehemaligen Woroschilow-Werkzeugmaschinenfabrik und das »Werlin-Werk« oder »Groß-K-Werk« zur KFZ-Ausbesserung in der ehemaligen Panzerkaserne östlich der Stadt, »der größte Wirtschaftsbetrieb des Ostlandes« (Kube) mit 5000 Beschäftigten (davon 1000 Deutschen),³⁸¹ ja vielleicht sogar der größte der besetzten sowjetischen Gebiete überhaupt.³⁸² Das Werlin-Werk umfaßte ein riesiges Areal mit über 30 Hallen und mindestens 60 000 m² überbauter Fläche, dazu Wohnbauten für deutsche Angestellte und Arbeiter und ein eigenes Kriegsgefangenenlager.³⁸³ Es wurde im Sommer 1942 errichtet. Bis dahin gab es nur geringe Kapazitäten für die Ausbesserung von Wehrmacht-KFZ in den besetzten sowjetischen Gebieten.³⁸⁴

377 Vgl. Tätigkeitsbericht der ZO-Hauptabteilung Getränke für September 1943 und Januar bis März 1944, BA 34.02, Nr. 105, Bl. 52, und Nr. 99, Bl. 77–85.

378 Vgl. KTB WiIn Mitte v. 13. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 658; WiStab Ost, Liste der in Gang gesetzten Betriebe im Bereich der WiIn Mitte v. 16. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 1041; KTB RüKdo Minsk v. 14. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 731. Damit übereinstimmend Vern. R. K. v. 21. 9. 1959 (erster Telefunken-Vertreter vor Ort), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 902–905.

379 Vern. R. K., ebd. (dort auch Zitat); KTB RüKdo Minsk v. 25. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 891; RüIn Ostland, Monatsbericht Januar 1942 v. 17. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 43371, Bl. 895 und 899.

380 Vern. R. K., a.a.O.; KTB RüKdo Minsk v. 25. 8. und 21. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 891–893; KTB RüIn Ostland v. 3. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 43372, Bl. 110.

381 Niederschrift über eine Besprechung im RMO am 8. 12. v. 9. 12. 1942, BA R 6/213, Bl. 97. Vgl. RüKdo Minsk, Der Kommandeur, 3. Sonderbericht: Der Aufbau des Werlin-Programms in Weissruthenien, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 215; W. P., Notiz über Unterredung mit Herrn L.S. [...] am 26. 5. 1987 über das Groß-K-Werk Mitte in Minsk, MB-HA Kriegswerke 3; Hopmann u.a., S. 57–59.

382 Vgl. Übersicht über die in der Zeit vom 22. Juni 1941 bis 30. Juni 1942 durch Wirtschaftsorganisation Ost in Gang gesetzten Betriebe, BA-MA (BArchP)F 44421, Bl. 83–88.

383 Vgl. Zerstörungskalender Minsk (1944), BA-MA WF-05/7672, Bl. 905, 911, 914; Fotoserie und Lageplan v. 12. 7. 1942 in MB-HA Kriegswerke 3; Vermerk W. P. v. 26. 5. 1987, MB-HA Kriegswerke 3.

384 Im Motorenüberholungswerk Minsk wurden Anfang 1942 drei Motoren pro Woche repariert. Der Schadbestand bei der H.Gr. Mitte betrug zehntausende Stück. Ein Plan der Heereskraftfuhrdienststellen in Minsk sah Ende 1941 vor, ad hoc 50 000 Fahrzeuge binnen fünf Monaten instandzusetzen. Vgl. Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht Februar 1942 v. 6. 3. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1014; Protokoll der Vorstandssitzung [von Daimler Benz] in UT. am 23./24. März v. 7. 4. 1942, MB-HA Kissel I/15; KTB RüKdo Minsk für 15.–21. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 747. Die vorherigen Bemühungen

Hitler hatte den Daimler-Benz-Direktor Jakob Werlin, schon lange sein Verbindungsmann zur Autoindustrie, am 16. Januar 1942 zu seinem »Generalinspektor für das Kraftfahrwesen« ernannt.³⁸⁵ Werlin konstatierte, man könne sich angesichts der Ausfälle an Kraftfahrzeugen »ausrechnen, wenn [sic] die Wehrmacht zu Fuß gehen wird«, und entwickelte einen Plan für drei große KFZ-Ausbesserungswerke in Pskow, Dnjepropetrowsk und Minsk. Sie sollten von den großen Autoherstellern gemeinsam getragen, die Federführung aber jeweils einem Unternehmen übertragen werden, in Minsk Daimler Benz.³⁸⁶ Mitarbeiter aller großen Firmen waren in Minsk vertreten, rechtlich waren sie für ihre Zeit dort aber Betriebsangehörige von Daimler Benz. Gleichzeitig gehörten sie zum Wehrmachtgefolge und trugen Uniformen der Organisation Todt.³⁸⁷ Mit dem Bau der Fabrikhallen wurde Mitte Mai 1942 begonnen. Ende Juni arbeiteten dort neben regulären OT-Kräften elf Baufirmen mit 319 Mann.³⁸⁸ Das Werk war von der Konzernspitze »für einen längeren Zeitraum geplant«.³⁸⁹ Über das Panzerausbesserungswerk in Minsk ist weit weniger bekannt.³⁹⁰ Das größte Problem des Werlin-Werks blieb stets der Arbeitskräftebedarf. Mal reklamierte die Betriebsleitung 500, mal 1500, mal 4500 fehlende Arbeiter.³⁹¹ Diese Lük-

des GBK reichten nicht aus: Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 247 f.; Daimler Benz Motoren GmbH (Genshagen) an den Vorstandsvorsitzenden Kissel v. 22. 8. 1941, MB-HA Kissel/ Fremdfirmen XI/1.

385 Vgl. BDC, PA Jakob Werlin (30. 1. 1942 SS-Oberführer); Vermerk Kissel v. 29. 4. 1941, MB-HA Kissel XIV/6; Vermerke über Besprechungen Hitler-Speer v. 19. 2. und 13./14. 10. 1942, in: Boelcke, S. 66f. und 196.

386 Außerdem gab es eine sachliche Aufgabenteilung: Daimler Benz koordinierte die Bereitstellung der Maschinen und Werkzeuge, Opel die der Arbeitskräfte und die Auto-Union die der Ersatzteile. Militärischer Ansprechpartner waren die Amtsgruppe Kraftfahrzeuge im OKH bzw. der GBK. Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung in UT. am 23./24. März 1942, MB-HA Kissel I/15, und verschiedene Schreiben Kissels an MAN, KHD, Borgward, Ford, Opel, NSU usw. vom April und Mai 1942, MB-HA Kissel/ Fremdfirmen XI/1; Adlerwerke an Daimler Benz v. 3. 8. 1944 (Abschrift), MB-HA VO 175/40; OKH (Chef HRüst u.BdE) AHA v. 17. 3. 1942 (Abschrift), BA-MA WF-01/1740, Bl. 257. Ferner H. Pohl u.a., S. 40f.

387 Vgl. Lüer, Referent Arbeitseinsatz im Werlin-Programm, an GenInsp des Führers für das Kraftfahrwesen, Vermittlungsstelle für die K-Werke im Osten [1942], MB-HA Kissel/Fremdfirmen XI/1; teilweise irreführend Vermerk Groß-K.-Werke (undatiert, offenbar Herbst 1945), MB-HA Kriegswerke 9; siehe besonders Daimler Benz, Zentrale Stuttgart Untertürkheim an die Leitung des Groß-K-Werks Mitte in Minsk v. 12. 2. 1944, GKW [Gross-K-Werke] 7. Vgl. Groß-K-Werk »Mitte«, Sonderbau Werlin, Lageplan v. 12. 7. 1942, Kriegswerke 5: u. a. waren Henschel, Büssing, KHD, Opel, Daimler Benz, Hanomag, Steyr, Auto Union, Krupp, Ford und Adler vertreten.

388 Es waren für den Bau 284 Waggons Nachschubgut eingetroffen – mehr als zur gleichen Zeit für die ganze WiIn Mitte –, und es gab eine eigene LKW-Staffel mit 30 Fahrzeugen. Vgl. OT, Bericht über die Tätigkeit des Nachschubstabes Mitte-Nord-Wiking für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 6. v. 14. 8. 1942, BA OstDok 13/417; KTB RüKdo Minsk für 17.–23. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 831; RüKdo Minsk, Der Kommandeur, 3. Sonderbericht: Der Aufbau des Werlin-Programms in Weissruthenien, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 215f.

389 Hopmann u.a., S. 79.

390 Es dürfte 1000–2000 Beschäftigte, davon gut 200 Deutsche, gehabt haben. Vgl. Hopmann u.a., S. 57; KTB RüKdo Minsk v. 23.–31. 12. 1941, 10. 2.–19. 3. und 20. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 747, 767–772 und 820; Vern. Ernst Hartwig v. 16. 12. 1959, W. R. v. 12. 9. 1960 und besonders Bericht über Vern. K. L. am 10. 5. 1963 v. 24. 5. 1963, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1702f., 5073R und 13081–13087.

391 Der Bevollmächtigte des Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft, Bezirk Minsk, an OT-Einsatz Sonderbau Werlin, Frontführung v. 31. 3. 1943, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 89; GK Weissruthenien, Abt. III/ASo, Über die Arbeitseinsatzlage im Generalbezirk v. 19. 10. 1942, BA F 712, Bl. 5190; KTB RüIn Ostland v. 7. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 43371, Bl. 1237.

ken waren nicht allein aus der Stadt Minsk zu decken, sondern den Gebietskommissaren wurden Rekrutierungs-Sollzahlen auferlegt. Werlin sprach darüber und über die Verpflegung der Arbeiter sogar mit Rosenberg.³⁹² Die Arbeiter dürften wegen der schweren Tätigkeiten und mangelnder Versorgung in hellen Scharen davongelaufen sein. So war der Betrieb – wie andere auch – größtenteils auf die Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen und Zivilisten angewiesen, die unter anderem bei großen Aktionen gegen Partisanen ›bestellt‹ wurden.³⁹³ Auch im Panzerinstandsetzungswerk arbeiteten viele Kriegsgefangene und Juden, die von deutschen Betriebsangehörigen mißhandelt wurden. Der Werksleiter soll, wenn er hohen Besuch bekam, zu dessen Ehren Erhängungen veranstaltet haben.³⁹⁴ Das Werlin-Werk blieb bis zum Sommer 1944 bestehen. Seine Evakuierung mißlang weitgehend, nicht zuletzt wegen des viel zu geringen verfügbaren Transportraums, so daß erhebliche Verluste an Menschen und Maschinen verzeichnet wurden.³⁹⁵ Der Rest wurde nach Gleiwitz verlagert.

Zu den Unternehmensentscheidungen für Investitionen oder die Übernahme von Firmen in den besetzten sowjetischen Gebieten trugen, wie bereits angedeutet, auch Gewinnerwartungen bei. Eigentlich waren Gewinne für die Ostgesellschaften und Einsatzfirmen verpönt und verboten, weil die Fronttruppe nicht das Gefühl bekommen sollte, noch während ihres Kampfes agierten Kriegsgewinnler hinter ihrem Rücken.³⁹⁶ Aber es gab sie. Bei der ZO wurden Gewinne sowohl bei regionalen Geschäftsstellen als auch bei der Gesamtgesellschaft verzeichnet.³⁹⁷ Die Einsatzfirmen der ZO erhielten als Vergütung einen monatlichen Festbetrag und im Fall guter Ergebnisse eine »Leistungsentschädigung«, die bewußt nicht vorher festgelegt wurde.³⁹⁸ Im GK Weißruthenien bekamen Treuhänder monatlich 800 RM Aufwandsentschädigung, während im Reich nur 200 RM üblich waren.³⁹⁹ Wem das nicht genügte, der bediente sich aus der Betriebskasse wie ein Altstoffhändler in Gomel, der

392 Vgl. Besprechungsnotizen Rosenberg v. 16. 10. 1942, BA F 13694, Bl. 793; weiter GebK Sluzk – Sozialamt – an GK Weißruthenien, III ASO, Betr.: Sicherstellung des Kräftebedarfs für Werlin-Werke in Minsk v. 31. 8. 1942, ZStA Minsk 370–I–485, Bl. 47.

393 Zum letzten Punkt s. u. S. 1007. Nach der Rückführung in Gleiwitz waren die Hälfte aller nichtdeutschen Beschäftigten Kriegsgefangene. Vgl. Soll-Stärke des Gross-K-Werkes vom 27. 9. 1944, MB-HA GWK 7. Über den Zwangscharakter der Arbeit ferner in Minsk: Bildmappe MB-HA Kriegswerke 5 und in Riga: Daimler Benz AG, K-Werk Riga, Bericht des Leiters (undatiert), MB-HA VO 175/9 K-Werk Riga 2; ferner Hopmann u. a., S. 259f. und 331.

394 Vgl. Vorwärts (Berlin) v. 30. 12. 1946, MB-HA Hoppe 8, sowie interne Gegendarstellungen (das Unternehmen beschuldigte ausschließlich die fürs Werk zuständigen Wehrmachtoffiziere) ebd.: Daimler Benz, Berlin-Marienfelde, an den Vorstandsvorsitzenden Hoppe v. 7. 1. 1947 sowie Aktennotiz über die Besprechungen [...] am 27. bis 30. Januar 1947. Vgl. auch Vern. Ernst Hartwig v. 16. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1702f.

395 Vgl. Bericht über die Räumung des RVD-Bezirktes Minsk. Verkehrlicher Teil, BA-MA H12/244; Daimler Benz AG, K-Werk Riga, Bericht des Leiters (undatiert), MB-HA VO 175/9 K-Werk Riga 2; Sozialer Leistungsbericht des Gross-K-Werkes Gleiwitz für die Zeit vom 10. 7.–30. 9. 1944 v. 5. 10. 1944, MB-HA GWK 7.

396 Vgl. z. B. Funk an Lammers v. 5. 6. 1942, BA F 10551, Bl. 4364–4371.

397 Geschäftsstelle Bobruisk, Bilanz per 31. Dezember 1943 v. 25. 9. 1944 (Gewinn 619 032,83 RM), und Bericht für den Monat April [1944] der Abt. X/1S – Vermögenssicherung (1943 per 31. 12. 19,5 Millionen RM Überschuß), BA 34.02, Nr. 80, Bl. 1, und Nr. 106, Bl. 79f.

398 Minsker Zeitung v. 4./5. 4. 1943.

399 Vgl. HeWiFu Mitte v. 29. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 425.

sich eine Art zweites Monatsgehalt von mindestens 1000 RM gönnte.⁴⁰⁰ Besonders durch den Zwangsarbeitereinsatz wurden Profite gemacht, etwa bei Baufirmen in Bobruisk.⁴⁰¹ Ein übliches Verfahren bestand darin, daß die Besatzungsverwaltung den Firmen »Regiekostenzuschläge« von 60 bis 90 Prozent der Lohnsumme der eingesetzten Arbeiter »zur abschlagsweisen Abdeckung von Unkosten und Gewinn« zubilligte.⁴⁰² Steuerhinterziehung betrieben zum Beispiel fast alle deutschen Firmen im GK Weißruthenien – eine andere Methode, um Geld beiseite zu schaffen.⁴⁰³ Die Unternehmen machten es im übrigen zu ihrer Handlungsgrundlage im »Osten«, wenig Eigenkapital zu investieren, um im Fall von Gebietsverlusten keine Einbußen zu erleiden. Diese Rechnung ging durchaus auf.⁴⁰⁴

Man sicherte sich zwar Gewinne, wo man konnte, aber märchenhafte Reichtümer wurden im besetzten Weißrußland nicht verdient. Oft traten Verluste ein, die dann aber zu Lasten des Staates gingen.⁴⁰⁵ Doch handelte es sich für mittelständische Firmen um längerfristig gedachte Investitionen, bei denen man nicht ohne weiteres davon ausgehen konnte, daß sie sich schon in zwei oder drei Jahren amortisieren würden.

In einer anderen Frage blieben die Wirtschaftsverwaltungen mehr oder weniger hart. Betriebe wurden Ostgesellschaften oder Einsatzfirmen nur treuhänderisch übergeben, nicht als Eigentum.⁴⁰⁶ Alteigentumsansprüche deutscher Unternehmen

400 Vgl. [WiStab Ost,] Sondergruppe Treuhandverwaltung an Chefgr. Wirtschaft, Gruppe Altmaterial v. 19. 6. 1943 und WiIn Mitte, Aktenvermerk v. 9. 6. 1943, BA-MA WF-01/935, Bl. 514 f. und 522 f.

401 Vgl. Schlomo Spira, Erinnerungen eines »Getarnten« während der Nazi-Vernichtungszeit, Tel Aviv 1953 (auszugsweise Übersetzung), StA Hamburg 147 Js 22/70, hier Bl. 1733 f.

402 Vgl. ebd. und OKH (Chef HRüst und BdE), AHA/General des Kraftfahrwesens/IVd, Bestimmungen für die Abrechnung der Kraftfahrinstandsetzungssparke und Zentralersatzteillager mit dem K-Werken v. 1. 8. 1944, MB-HA Kriegswerke 10. Diese Regelung bestand schon vorher. Zur Praxis bei der Ostfaser vgl. Gerber, S. 135 f.

403 Im Gebiet Nowogrodek bewies ein Steuerprüfer, »daß die gesamten deutschen Betriebe Steuersünder in erheblichem Ausmasse gewesen sind«. GebK Nowogrodek, Lagebericht v. 22. 3. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1417. »Nicht ausgeprägt ist der Steuerwille der deutschen Unternehmer.« Referat des Dezernenten Bauer, Finanzabteilung beim GK Weißruthenien in Minsk am 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 62. Vgl. die lächerlich geringe Steuersumme von 1942, angegeben im Haushaltsplan des GK Weißruthenien für das Rechnungsjahr 1943, BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 8, dort S. 224. Außerdem einen RKO-Erlaß v. 25. 8. 1943, um »alle nach dem 1. 10. 1941 erzielten kriegswirtschaftlich [!] nicht gerechtfertigten Gewinne« einzuziehen. BA 23.01, Nr. 6003, Bl. 20–26.

404 Hierzu R.-D. Müller 1982, S. 406.

405 Vgl. etwa Finanz-Bericht der Ost-Faser-Gesellschaften und der von ihnen verwalteten Treuhandbetriebe v. 31. 5. 1943, BA 34.02, Nr. 133, Bl. 204 f. und 223 f.

406 Zum Verbot: Funk an Lammers v. 5. 6. 1942 mit Beschreibung der Position Hitlers und Fschr. Dr. Willuhn an Lammers v. 1. 7. 1942, BA F 10551, Bl. 4364–4371 und 4374; Göring am 8. 11. 1941 (Auszug aus dem stenographischen Protokoll), BA F 13754, Bl. 747; Fleischberger 1943, S. 214. – Zu dagegen gerichteten Ansprüchen der Industrie 1941 und 1942, die sich aber nicht auf Weißrußland bezogen: Hayler an Oberst Hünemann (WiRüAmt) v. 18. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 115; Dr. Ziegler (I.G. Farben) an Direktor Haeflinger v. 8. 8. 1941, Nbg. Dok. NI-14531; Karl Rasche (Vorstandsmitglied Dresdner Bank), Gesicherter Ostraum – stabile Gesamtwirtschaft, in: Müller, Siedlungspolitik, S. 174–177; Aktenvermerk Karl Kimmich (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank) v. 19. 8. 1941, in: Eichholtz/Schumann (Hg.), S. 349; R.-D. Müller 1982, S. 403. Wie ausgeführt, entsprachen meist die bestehenden Organisationsformen (Ostgesellschaften) den Unternehmensinteressen. – Später gab es in der Chefgr. Wirtschaft des WiStabs Ost und im RMO Tendenzen, den Unternehmen bessere Nutzungsbedingungen wie Pachten, Patenschaften und »Gewinnbeteiligung« einzuräumen und ihnen unter der Hand Kulanz bei der späteren Eigentumsübertragung zuzusagen: RMO II/6 (Finanzen), Herstellung einer privatrechtlichen Eigentumsorganisation in den besetzten

wies das Ostministerium übrigens unter anderem mit dem Verweis auf den Vertrag von Rapallo (!) zurück,⁴⁰⁷ sie lagen in Weißrußland aber auch so gut wie gar nicht vor.⁴⁰⁸ Für die hier vorherrschenden Handels- oder Baufirmen spielte die Frage der Eigentumsübertragung keine große Rolle. Industrieansiedlungen auf der grünen Wiese wie die Machorkafabrik Raulino & Co. bei Minsk waren äußerst selten.⁴⁰⁹

Im Bezirk Bialystok galt ein anderes Wirtschaftskonzept als das des Wirtschaftstabs Ost. Es gab hier auch kein Privatisierungsverbot, im Gegenteil.⁴¹⁰ Offiziell hieß es, »daß der Bezirk nicht in kolonialer Weise auszubeuten« sei, »sondern wirtschaftlich mit Unterstützung des Reiches aufgebaut werden sollte. In seiner letzten Konsequenz bedeutet dies, daß die Wirtschaft des Bezirkes – und zwar alle Wirtschaftszweige – in den Produktions- und allgemeinen Wirtschaftsmethoden nach entsprechenden Vorbildern des Reiches auszurichten sind«. Das eigentliche Ziel bestand jedoch im kriegswirtschaftlichen Funktionieren des Bezirkes,⁴¹¹ so daß in der Praxis aus der Angleichung und der Herstellung deutscher Wirtschafts- und Lebensverhältnisse wenig wurde. Angesichts dieser Lage wurde eine zukünftige »Industrialisierung« zwar ins Auge gefaßt, detaillierte Planungen galten aber als »verfrüht«.⁴¹² Neben der treuhänderischen Vergabe von Industriebetrieben siedelten sich schon während des Krieges eine Reihe mittelständischer Betriebe aus Handwerk, Lebensmittelindustrie, Bau- und Gaststättengewerbe und aus dem Einzelhandel im Bezirk Bialystok an, hauptsächlich allerdings in der Stadt Bialystok.⁴¹³ Staatliche Investitionshilfen waren außer auf notwendige Ausbauten in Treuhandunternehmen auf die Förderung kleinerer neu errichteter oder in den Bezirk verlagelter deutscher Privatbetriebe zugeschnitten.⁴¹⁴ Für die Unterstützung von Treuhandbetrieben einschließlich Grundstücksverwaltung und Landgütern sorgte auch der »Zweckverband zur Förderung von Wirtschaft und Kultur im Bezirk Bialystok«.⁴¹⁵ Real bestand auch auf

Ostgebieten, IfZ MA 795, Bl. 101 ff.; KTB WiStab Ost v. 15. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 603; Briefwechsel Rosenberg-Göring im April 1943, in: Müller, Siedlungspolitik, S. 205–207.

407 Vgl. [Otto] Bräutigam, Eigentumsfragen in den besetzten Ostgebieten, in: Probleme des Ostraumes, S. 73 f.; unter dem gleichen Titel in: Die Ostwirtschaft 31 (1942), Nr. 5, BA-MA WF-01/3685; Niederschrift über Besprechung am 3. Juni betreffend Reprivatisierung in den besetzten Ostgebieten v. 10. 6. 1942, BA 11.01, Nr. 51, Bl. 194–98.

408 An einigen kleineren Orten wurde lediglich an deutsche Maschinenlieferungen aus den zwanziger und dreißiger Jahren angeknüpft. Jermolowitsch, S. 9; BA-MA RH 19 II/324, Bl. 113.

409 Die Ostwirtschaft 31 (1942), Nr. 9 (»erster deutscher privater Industriebetrieb im Generalbezirk Weißruthenien«), BA-MA WF-01/3685; Minsker Zeitung v. 8. 9. 1942 und 9./10. 5. 1943.

410 Vgl. die Bemerkung Görings v. 8. 11. 1941 über bereits ins Reich eingegliederte Gebiete (Auszug aus dem stenographischen Protokoll), BA F 13754, Bl. 747, und Der Bezirk Bialystok, hg. von der Zivilverwaltung Bialystok, 1. März 1942, BA F 15024 (S. 52).

411 Ebd.

412 Ebd. (S. 16 und 54).

413 Vgl. ebd. (S. 53 f.); Anzeigenteil der Bialystoker Zeitung v. 31. 7. 1943, BA OstDok 13/72; Europapress-Wirtschaftsdienst v. 4. 12. 1942, BA 21.01, Nr. 2738, Bl. 78 f.

414 Unter ausdrücklichem Bezug auf die anvisierte »Festigung des deutschen Volkstums« sollten nichtdeutsche Betriebe Mittel nur in Ausnahmefällen erhalten. Vgl. die Förderungsrichtlinien des RWM (Reichswirtschaftshilfe) vom 9. 1. und 25. 9. 1942, die dem CdZ Bialystok übersandt wurden, BA 31.01, Nr. 20492, Bl. 227–238.

415 Vgl. Der Zweckverband zur Förderung von Wirtschaft und Kultur im Bezirk Bialystok (Gespräch mit Ministerialdirigent a. D. Dr. Hubich v. 1. 12. 1961), BA OstDok 13/72.

dem Feld der Privatisierungspolitik nur ein gradueller Unterschied zu den anderen Teilen des besetzten Weißrußland.

Der allergrößte Teil der weißrussischen Industriebetriebe, die sämtlich für das Deutsche Reich beschlagnahmt worden waren, stand also unter Treuhandverwaltung.⁴¹⁶ Sie kümmerte sich vor allem um Finanzfragen, um die Überwachung der Treuhänder (das »Ethos des Treuhandgedankens«).⁴¹⁷ Doch wurden die entsprechenden Treuhandabteilungen erst 1942/43 nach und nach bis herunter zur Ebene der Generalkommissare und Wirtschaftskommandos aufgebaut. Eine tatsächliche Kontrolle der Treuhänder vor Ort, etwa durch die Gebietskommissare, war gar nicht zu leisten. Der Einfluß der Treuhandverwaltungen bei wirtschaftlichen Entscheidungen war anscheinend nicht groß. Einer der Gründe dafür waren Kompetenzüberschneidungen mit anderen Abteilungen.⁴¹⁸

Auch einheimische Alteigentümer von Industrie- und Gewerbebetrieben im bis 1939 polnischen Westen Weißrußlands sollten ihren Besitz nicht zurückbekommen. Als Verwalter durften sie aber bleiben bzw. zurückkehren.⁴¹⁹ Auch die Sowjets hatten sie als solche oft belassen. Die Gründe für das (Re-)Privatisierungsverbot lagen einerseits darin, daß die spätere Vergabe von Betrieben an Deutsche nicht verbaut werden sollte, andererseits wollte man die Entwicklung neuer einheimischer wirtschaftlicher Macht und wirtschaftlicher Eigeninteressen, das heißt Konkurrenz, nicht zulassen. Im Zuge der Privatisierungsüberlegungen der Verwaltung in Minsk 1943 wurde das gewerbliche Eigentum sowie Haus- und Grundbesitz einbezogen. Zahlenmäßig hatte das aber nur geringe Auswirkungen.⁴²⁰ Allerdings scheinen örtlich auch einheimische Genossenschaften als Inhaber geduldet worden zu sein.⁴²¹

Einen Teil des Eigentums in den Städten, nämlich Häuser und Wohnungen, hätten die Deutschen gern in private Hände gegeben, konnten dies aber nicht.⁴²² Nur ein Teil der Wohnungen befand sich in privater Hand – in Minsk die Hälfte –,⁴²³ der Rest wurde unter den Sowjets von den Kommunen, unter deutscher Besatzung von Treu-

⁴¹⁶ Zu den Rechtsverhältnissen vgl. Gerber, besonders S. 83–113; Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 355–358.

⁴¹⁷ »Parolen für den Wirtschaftseinsatz in Weissruthenien«, in: Der Ost-Express v. 9. 2. 1944, BA F 14246 (unpaginiert). Vgl. Vern. H. v. R. (zeitweilig in der Treuhandabteilung im RMO) v. 17. 3. 1969, StA Mainz 3 Ks 1/67, Protokolle B Band I (Hauptverhandlung), Bl. 159.

⁴¹⁸ Vgl. Bericht GK Weißruthenien, Abt. Treuhandverwaltung v. 5. 10. 1944, BA R 6/482; Abschlußbericht der Sondergruppe Treuhandverwaltung bei der Wiln Mitte bzw. beim HeWiFü Mitte v. 30. 11. 1944, BA-MA RW 31/76; RKO, Abt. Treuhandverwaltung, Tätigkeitsbericht 20. 4. 1942–30. 4. 1943 v. 15. 5. 1943, BA 23.01, Nr. 6005. Zur Treuhandstelle Bialystok Tilitzky, S. 48 f.

⁴¹⁹ Vgl. KTB WiStab Ost v. 5. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 18; Der Bezirk Bialystok (S. 54), BA F 15024; GK Weißruthenien – Hauptabt. III Wirtschaft – an Schlotterer v. 22. 1. 1944, BA-MA WF-01/1150, Bl. 874 f.

⁴²⁰ Vgl. KTB WiStab Ost v. 16. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1192; Hauptabteilungsleiter Freitag auf der Propagandistentagung in Minsk am 26. 10. 1943, IfZ Fb 101/34; GebK Glebokie, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 16. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 310.

⁴²¹ Vgl. GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, ebd., Bl. 140. In diesem Fall verfügte die Genossenschaft über zwei Bäckereien, zwei Gasthäuser, eine Mineralwasserfabrik und 120 Verkaufsstellen.

⁴²² Vgl. Verordnung über die Verwaltung des städtischen Hausbesitzes des RMO v. 15. 12. 1941, in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, Abschnitt O III A 5.

⁴²³ Vgl. Minsker Zeitung v. 21./22. 6. 1942 und Gartenschlaeger, S. 74.

handgesellschaften verwaltet. Wegen des von den Deutschen sofort verhängten Mietenstopps⁴²⁴ war der Hausbesitz jedoch unrentabel, so daß die vorgesehenen Besitzer oft ablehnten⁴²⁵ und die sowjetischen Enteignungen meist nicht rückgängig gemacht wurden.⁴²⁶ Im Gegenteil, enteignet wurden nun noch die verbliebenen jüdischen Hauseigentümer und sogenannter herrenloser Hausbesitz sowie im Bezirk Bialystok der gesamte Haus-Grundbesitz.⁴²⁷

Kann man davon sprechen, daß die deutsche Besatzungsmacht die sozialistische Wirtschaft in Weißrußland in eine kapitalistische umwandelte? Dieses Ziel bestand zweifellos; Göring und viele andere haben es oft genug formuliert. Mit Ausnahme des formalen Eigentumsvorbehalts, der zum Schluß auch bröckelte, kam die Schaffung von privaten Bauernhöfen durchaus voran, allerdings verbunden mit dem Zwang zur Bildung von Genossenschaften (Kap. 4.5). In Industrie und Gewerbe war der deutsche Privatisierungskurs vorsichtiger. Hier sollten, im Gegensatz zur Landwirtschaft, die größeren Betriebe eher in deutsche Hand überführt werden.⁴²⁸ Trotz mancher gegenteiliger Bekundungen wäre damit zu rechnen gewesen, daß eine treuhänderische Verwaltung, Patenschaft oder Pacht durch deutsche Unternehmen später schon den ersten Schritt zur Inbesitznahme des Betriebs dargestellt hätte. Sowjetisches Staatseigentum wurde nicht einfach in deutsches überführt. Wo deutsche Behörden oder halbstaatliche Ostgesellschaften wirtschafteten, war der Gebrauch, den sie von diesem formal staatlichen Eigentum machten, deutlich verschieden vom Staats- oder Volkseigentum der Sowjets. Profite wurden angestrebt und oft genug auch gemacht. Subventionen in einzelnen Bereichen (ZO-Produktionsmittellieferungen, Landbewirtschaftungsgesellschaften, Wohnungswirtschaft) hatten nur den Zweck, Rohstoffe und Dienstleistungen für die Wehrmacht aus dem besetzten Gebiet herauszuholen. Arbeitsbedingungen und materielle Lage der Weißrussen verschlechterten sich deutlich und zwar nicht nur durch die Kriegseinwirkung.

c) Leistungssteigerung und »Sozialpolitik«

Wie in der Landwirtschaft standen die Deutschen auch in Industrie und Gewerbe bald vor dem Problem, trotz geringer Investitionen, also weitgehend fehlender materieller Voraussetzungen, Leistungssteigerungen erzielen zu müssen. Besonders seit der Jahresmitte 1942 zwang auch der Mangel an Arbeitskräften zur Intensivierung. Die Rationalisierungsmethoden waren verschieden. Manche Betriebe bekamen deut-

⁴²⁴ Siehe z. B. Berück Mitte, Abt. VII-Kr.-Verw., Verwaltungs-Anordnungen Nr. 4 v. 7. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 48R; Verordnung über den Mietzins von Wohnungen des RK Ukraine v. 22. 2. 1943, in: Deutsche Ukraine-Zeitung v. 28. 3. 1943, BA 62 DAF 3, Nr. 32558, Bl. 10/R.

⁴²⁵ Vgl. RMO III Treu. v. 12. 2. 1944, BA R 6/88, Bl. 35 ff., und Denkschrift Dr. Labs (Leiter der Abteilung allgemeine Verwaltung im RMO) v. 26. 6. 1944, in: Hass/Schumann (Hg.), S. 228.

⁴²⁶ Vgl. z. B. Denkschrift des volksdeutschen Dolmetschers Kreismann an den Gebietslandwirt Brest (undatiert, etwa Januar 1943), BA F 13751, Bl. 1070.

⁴²⁷ Hierzu Bekanntmachung über Eintragung der Grundstücksgesellschaft Weißruthenien mbH, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), Nr. 11, S. 183; Abschlußbericht der Abt. Treuhandverwaltung des GK Weißruthenien v. 5. 10. 1944, Bl. 6; Verordnung über die Beschlagnahme des gesamten Wohn-Grundbesitzes im Bezirk Bialystok v. 22. 8. 1941, in: Amtsblatt Bezirk Bialystok 1 (1941), Folge 12, S. 1.

⁴²⁸ Bezeichnenderweise ging die Privatisierung bei denjenigen Betrieben schneller voran, die an Einheimische fallen sollten, weil die Übernahme durch Deutsche uninteressant (gewerbliche Kleinbetriebe) oder unmöglich (die große Zahl der Agrarbetriebe) war. Man vergab sich dadurch nichts.

sche Maschinen geliefert.⁴²⁹ Auf anderen Gebieten, so in der Textilindustrie, blieb es bei Versprechungen. Hier, beim Panjewagenbau und im Handwerk versuchte es die deutsche Verwaltung mit Zentralisierung durch Stillegung kleiner Betriebe und Zusammenfassung der Maschinen und Arbeitskräfte in größeren Einheiten.⁴³⁰ Daneben ging es auch um die Arbeitsorganisation, um Normung und Vereinfachung von Betriebsabläufen und Produkten und eine schmalere Produktpalette. Vorbild war die Rationalisierung der Kriegswirtschaft im Reich. Großspurige Erklärungen über den bevorstehenden Übergang zur Massen-»Fließproduktion« in Weißrußland hatten allerdings wenig zu sagen. Die Rationalisierungsspezialisten der REFA sind offenbar nur im Baltikum, nicht aber im GK Weißruthenien zum Zuge gekommen.⁴³¹ Die standardisierte Produktion blieb Fiktion.⁴³²

Angesichts der miserablen Lebensbedingungen war auch die Verlängerung der Arbeitszeit der sowjetischen Arbeiter in den besetzten Gebieten kein Erfolgsrezept. Man bezifferte ihre Arbeitsleistung bei der Eisenbahn auf 40 Prozent derjenigen eines deutschen Reichsbahnners.⁴³³ Zur sowjetischen Zeit hatte es einen Siebenstundentag gegeben, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Sowjetunion betrug im Juni 1940 41 Stunden.⁴³⁴ Die Deutschen ließen 1941 sechsmal acht Stunden arbeiten⁴³⁵ und erhöhten zur Jahreswende 1942/43 die Wochenarbeitszeit auf mindestens 54 Stunden. (Überstunden mußten von den Beschäftigten jeweils unbegrenzt geleistet werden.) An die Durchführung dieser Anweisung aus Berlin war aber zum Beispiel beim Wirtschaftskommando Polozk wegen der schlechten Ernährung nicht zu denken, und auch die Wirtschaftsinspektion Mitte kritisierte sie als »absurd« und »abwegig«.⁴³⁶ Weißrussische

429 Z.B. holzverarbeitende Betriebe in Baranowitschi. Vgl. Minsker Zeitung v. 28. 8. 1943.

430 Vgl. WiIn Mitte, Chefgr. W, Gruppe Textil, Textilplan 1943 v. 28. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 379; Vermerk »Zusammenfassung und Folgerungen« (undatiert, April 1943), ebd., Bl. 41–43; Tagung der Außenstellenleiter des RükDos Minsk am 21. April 1942, und v. Viebahn (RükDo) an Rudolph (Abteilungsleiter Wirtschaft beim GK) v. 16. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 853f. und 861f.

431 [WiIn Mitte,] Stab Ib/Rü, Aktenvermerk über Dienstbesprechung v. 5. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 216 (Zitat); WiIn Mitte, Chefgr. BB, an die WiKdos, ebd., Bl. 39f.; Niederschrift über die W-Leiterbesprechung am 9./10. April v. 17. 4. 1943, ebd., Bl. 101 und 112; Arbeitstagung der WeWiIn Ostland mit dem WWiKdr. am 13./14. 9. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 10. Zu den REFA-Aktivitäten außerdem RKO, Hauptabt. III Wirtschaft, Lagebericht v. 31. 8. 1943, BA-MA RW 31/955, und Deutsche Zeitung im Ostland v. 10. 9. 1942.

432 So enthielt die Fertigungsliste der WWi Außenstelle Baranowitschi (Anlage zum Lagebericht Nr. 35 vom April 1944) eine Vielzahl von Posten, darunter ein Büfett und vier Papierkörbe. BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 243f.

433 Vgl. RVM, Zweigstelle Osten, Niederschrift über die Besprechung der Werkstättenbezirksleiter der besetzten Ostgebiete am 12. und 13. November 1942, BA ASt Coswig 43.01, Nr. 2833 neu.

434 Siehe Harrison, S. 454; vgl. z.B. Gesamtbericht über die Flachskombinate und Flachsspinnereien im Gesamtgebiet des WiKdo Orscha (undatiert, etwa Februar 1942), BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 392; die bei Segbers, S. 38, beschriebenen Vorschriften hatten sich noch nicht durchgesetzt.

435 Hierzu Entwurf einer vorläufigen Arbeitsordnung für die besetzten Gebiete der UdSSR (undatiert, ca. August 1941), BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 861–863; Inspektionsbericht über die Likör-Wodkafabrik Minsk v. 14. 10. 1941, ZStA Minsk 412–1–46, Bl. 3R; Richtlinien für die Entlohnung der ortsansässigen Arbeitskräfte im Bereich der Haupteisenbahndirektion Mitte v. 1. 7. 1942, ZStA Minsk 378–1–216, Bl. 31; Berück Januar, Monatsbericht Oktober v. 9. 11. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 1021; WiStab Ost, Monatsbericht Januar v. 19. 2. 1943, BA 31.01, Nr. 15335, Bl. 12R–13.

436 Vgl. WiKdo Polozk, Monatsbericht November 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 249; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 23 v. 5. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 584. Siehe Verordnung über Arbeitspflicht

Zeugen berichteten über Arbeitstage von 10 bis 18 Stunden.⁴³⁷ Außerdem fehlten Leistungsanreize, da das Geld nichts wert war,⁴³⁸ sondern praktisch nur für die Lebensmittelration gearbeitet wurde. Diese wurden zwar für Arbeiter(innen) 1942/43 leicht erhöht, aber nur die persönliche, womit das Problem, die Familien durchzubringen, nicht gelöst war. Unausgesprochen mit dem Ziel, den Arbeitskräften die Beschaffung von Lebensmitteln für die Angehörigen zu ermöglichen, wurde im besetzten Weißrußland teilweise sogar ein »Freizeitakkord« eingeführt – wer das Leistungspensum für den Tag geschafft hatte, durfte nach Hause gehen, egal wie lange er dazu gebraucht hatte.⁴³⁹

Durch innerbetriebliche Maßnahmen sollte ebenfalls eine Leistungssteigerung erzielt werden. Dazu zählten neben verschiedenen Akkordformen und Lebensmittel- und Gebrauchsgüterprämien »Unfallverhütungsmaßnahmen«, Verbesserungen bei Beleuchtung und sanitären Verhältnissen, Gebrauch von Propaganda und Führungspsychologie – das Spezialgebiet der DAF-Ableger in den Abteilungen »Arbeits- und Sozialpolitik« (ASo) und den Gruppen »Betriebsförderung und Berufserziehung« (BB). Der neue Leiter der Chefgruppe BB bei der Wirtschaftsinspektion Mitte, Lencer, übernahm 1943 persönlich die Leitung einer Metallwarenfabrik in Borissow, um daraus einen sogenannten Beispielbetrieb zu machen.⁴⁴⁰ Soweit die skizzierten Maßnahmen über bloße Propaganda hinausgingen, hatten sie jedenfalls keine Breitenwirkung. Statt dessen regierten in den Betrieben willkürliche Prügel und Strafen für angebliche Verfehlungen. Lencers Nachfolger Johann Osbelt berichtete: »An einem Tag sind auf der Rechtsberatungsstelle 5 Personen erschienen, die von deutschen Betriebsführern erheblich geprügelt worden waren. Zwei von ihnen war ein Auge ausgeschlagen worden.« Angeblich wurden solche Betriebsleiter von Generalkommissar und SS-Obergruppenführer v. Gottberg sogar mit KZ bedroht, weil die Serie solcher Vorfälle nicht abriß.⁴⁴¹ Sie waren so verbreitet, daß in dieser Frage ein Erlaß des

und Arbeitseinsatz im Operationsgebiet der neu besetzten Ostgebiete v. 6. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 814 (gez. Zeitzler); OKH/GenStdH/GenQu/IVa (III) v. 1. 2. 1943, Erlaß über die Abfindung von einheimischen Arbeitern und Angestellten im östlichen Operationsgebiet v. 1. 2. 1943, beides abgedruckt in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 499–502 und 529–548; Verordnung zur Regelung der Gehaltsbezüge der Angestellten der staatlichen und gewerblichen Unternehmen und Betriebe des GK Weißrußland v. 11. 11. 1943, in: Amtsblatt des GK in Minsk 3 (1943), S. 278–284; GebK Brest, Arbeitsamt, Monatsbericht Januar 1943 v. 21. 1. 1943, BA F 13751, Bl. 1059. Der Chef des Generalstabs des Heeres Zeitzler zeichnete am 25. 7. 1943 im Auftrag Hitlers auch den Grundlegenden Befehl Nr. 17, der ausführte: »Es gibt nicht eine 48-Stundenwoche, sondern, wenn es darauf ankommt, eine 84-Stundenwoche Arbeit.« IfZ MA 795, Bl. 540.

437 Vgl. »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial« (Nbg. Dok. USSR-38), BA F 16030, und Kohl, S. 70. Die Frage, wie häufig solche Verhältnisse waren, kann anhand des vorliegenden Quellenmaterials nicht beantwortet werden. Den Kolchosarbeitern sollte ein Zehnstundentag zugemutet werden, vgl. Neuordnung der Landwirtschaft in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, BA R 6/71, Bl. 8.

438 Zu den niedrigen Löhnen auch OKH/GenStdH/GenQu/IVa (III), wie Anm. 5/436.

439 Berliner Börsen-Zeitung v. 20. 7. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 108.

440 Vgl. Rede des Abteilungsleiters Freudenberg (ASo) in Minsk am 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 99–101; KTB Wiln Mitte v. 18. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 937.

441 Ord.Offz. Chef WiStab Ost, Reisebericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost zur Heeresgruppe Mitte und AOK 2 in der Zeit vom 17.–21. 5. v. 24. 5. 1944 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 616 (Zitat); HeWiFu Mitte, Ia, Niederschrift über die Besprechungen mit Chef WiStab Ost am 19./20. Mai v. 25. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 496 (zu v. Gottberg). Über die Mißhandlungen und den Charakter der Beschwerdestellen auch Kalinin, S. 249 und 276; »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial« (Nbg. Dok. USSR-38), BA F 16030.

Ostministeriums, der sogenannte Prügelerlaß, notwendig wurde, der freilich nichts änderte.⁴⁴²

Neben diesen »wilden« Bestrafungen gab es geregelte und offizielle: so fanden wegen einzelner Streiks Exekutionen statt.⁴⁴³ Typisch waren exemplarische und abgestufte Strafen. Die Abteilung ASo des Gebietskommissars in Baranowitschi bestimmte etwa, daß von den vielen Arbeitskräften, die eine Einsatzfirma wegen Abwesenheit von der Arbeit oder mangelnder Leistungen auf zehn Listen denunziert hatte, ein Drittel zu bestrafen seien – einige mit Arbeitslager, die Mehrzahl aber mit der Deportation als »Ostarbeiter« ins Reich.⁴⁴⁴ Vermutlich ging es dabei in erster Linie ums Fernbleiben vom Arbeitsplatz wegen der Beschaffung von Lebensmitteln oder aus körperlicher Schwäche. Hiergegen richtete sich auch ein Befehl des Generalfeldmarschalls Busch für den Bereich der Heeresgruppe Mitte von Anfang 1944, der »verschärfte Strafen wegen Sabotage« bei »Verstöße[n] gegen die Arbeitsdisziplin« anordnete wie »Todesstrafe, Gefängnis sowie Einweisung in ein Arbeitslager bei völliger Beschränkung der persönlichen Freiheit und 16stündiger schwerster Arbeit unter Verpflegungsbeschränkung«. »Richtiges Abstimmen von Belohnungen und Bestrafungen« sei dabei geboten. Wegen der vielen »Disziplinosigkeiten« könne man nicht alle, sondern müsse einzelne in abschreckender Weise bestrafen.⁴⁴⁵

Angesichts dessen mag es auf den ersten Blick überraschen, daß die deutschen Besatzungsbehörden auch eine Sozialgesetzgebung mit Krankenversicherung, neuen Feiertagen mit vollem Lohnausgleich⁴⁴⁶ und bezahlten Mutterschaftsurlaub⁴⁴⁷ gewährten. Es war das alte Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche, dem sie folgten. Doch

442 RMO I/17/42 g, Betr.: Menschenbehandlung v. 9. 4. 1942 (gez. Meyer), BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 542f. Bezeichnenderweise beschwerte sich der Leiter der Abt. Landwirtschaft im RKU, Hellmuth Körner, hierauf wegen befürchteter Leistungseinbußen. Riecke antwortete, eine erneute Diskussion darüber sei propagandistisch nicht dienlich, aber auch der Hauptabteilungsleiter Politik im RMO Leibbrandt, die treibende Kraft des Erlasses, habe zugegeben, »dass z.Zt. wohl ohne Zwangsmaßnahmen noch nicht regiert werden könne.« Körner an Riecke v. 9. 6. und Riecke an Körner am 12. 7. 1942, ebd., Bl. 550f.

443 Pol.Btl. 322 an Pol.Rgt. Mitte, Betr.: Exekutionen, v. 3. 8. 1941, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 1, Bl. 9; EM 168 und 169 v. 13. und 16. 2. 1942, BA-MA SF-01/28935, Bl. 3836 und 3847 (zusätzlich Einweisung in sogenannte Arbeitserziehungslager).

444 GebK Baranowitschi, III ASo, an Polizeihauptwachtmeister Schulz v. 6. 4. 1943, ZStA Minsk 389-1-2, Bl. 1.

445 Okdo.H.Gr. Mitte Ia/Ic/AO St.O.Prop./HeWiFü/O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.) Br.B.Nr. 201/44 geh., Betr.: Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin der Bevölkerung v. 7. 1. 1944 (Abschrift), BA-MA WF-01/18990, Bl. 146–149 (Zitate Bl. 147). Das Aktenzeichen zeigt: die Verantwortung für diesen Befehl ruhte auf vielen Schultern. Es wurden auch kollektive Strafmaßnahmen gegen ganze Gemeinden und Rayons vorgeschlagen.

446 Z.B. der aus propagandistischen Gründen gefeierte »Tag der Befreiung« am 22. Juni. Vgl. HeWiFü Mitte, Abt. BB, KTB-Beitrag für 19.–25. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 743. Ähnliches galt für Ostern.

447 Die Regelungen waren örtlich verschieden. Im GK Weißruthenien wurde 1943 teilweise Mutterschaftsurlaub gewährt, im Bereich der WiIn Mitte Anfang 1942 nicht. In »Weißruthenien« wurde er Anfang 1944 sogar zum gesetzlichen Anrecht. Offenbar glaubte man, auf die Unterstützung der meist jungen weiblichen Arbeitskräfte nicht verzichten zu können. Sonst hätte man nicht im Widerspruch zum NS-Rassismus die Geburt slawischer Kinder gefördert. Vgl. Vortrag Moos, Arbeitsamt Minsk-Stadt, v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 120; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 12 v. 4. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 893f.; Erlass über die Fortzahlung der Bezüge bei Schwangerschaft an einheimische Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im RKO v. 26. 1. 1944 (gez. i.A. Vialon), in: Amtsblatt des GK in Minsk 4 (1944), S. 75f.

die angeblichen deutschen Sozialleistungen waren ein Bluff.⁴⁴⁸ Bei der Alters- und Invalidenversicherung im GK Weißruthenien wurden nur Beiträge erhoben, aber keine Zahlungen geleistet.⁴⁴⁹ Die Gewährung von Witwen- und Waisenrenten war durch bestimmte Vorbedingungen stark eingeschränkt.⁴⁵⁰ Kranken- und Sozialversicherung waren faktisch identisch, da es im GK Weißruthenien für die Krankenversorgung keinen eigenen Leistungsträger gab. Die Leistungen der Kranken- und Unfallversorgung, die auf der Höhe der sowjetischen Zeit gehalten wurden, betrugen nur 20 Prozent der Einnahmen. Juden waren ausgeschlossen. Der erwogene Ausschluß aller Einwohner polnischer Nationalität wurde dagegen verworfen.⁴⁵¹ Von den Verordnungsbuchstaben her wurde zum Jahreswechsel 1943/44 die Kranken- und Unfallversorgung im GK Weißruthenien verbessert (der Gewährungszeitraum verlängert), eine Regelung, die der Generalquartiermeister Ende Februar 1944 auf Vorschlag des Wirtschaftsstabs Ost übernahm. Die Heeresgruppen hatten aber ein Vetorecht. Im RK Ukraine war am 1. August 1943 eine Regelung in Kraft getreten, die vermutlich noch nicht so umfassend war, aber in die gleiche Richtung ging. Versicherungsträger in »Weißruthenien« wurde der »Weißruthenische Zentralrat«.⁴⁵² Im Bezirk Bialystok wurde im März 1943 eine Krankenkasse gegründet; zuvor hatten teilweise die Betriebe durch Lohnfortzahlung Unterstützung geleistet.⁴⁵³ Es ist die Frage, ob die geringen Leistungen dieser Kassen im Krankheitsfall ausreichten, um an den vorherigen Zuständen etwas zu ändern: verunglückte Arbeiter wurden »nach Hause geschickt« und damit »einfach dem Hungertode preisgegeben«.⁴⁵⁴

448 Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 314–316.

449 Im April 1943 bestand die Absicht, das für die altpolnischen Teile des GK Weißruthenien zu ändern, übrigens im Abstimmung mit der Regierung des Generalgouvernements. Was daraus wurde, ist unklar. Vgl. RMO, Informationsdienst der Chefgr. Wirtschaft 4/1943, BA-MA WF-01/3683.

450 Vgl. Minsker Zeitung v. 11. 11. 1942.

451 Vgl. [GK Weißruthenien,] Ref. Sozialversicherung, Erfahrungs- und Abschlußbericht v. 20. 8. 1944, BA F 13747, Bl. 382–384; Anordnung über die Sozialversicherung v. 13. 12. 1941 (gez. Kube) und Durchführungsbestimmungen v. 8. 1. 1942, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), S. 24 und 68; Helmut Freudenberg, Deutsche Sozialpolitik in Weißruthenien, in: Berliner Börsen-Zeitung v. 11. 9. 1943 (Abschrift), BA F 10632, Bl. 765; Verordnung des RKO v. 5. 11. 1943, in: Amtlicher Anzeiger des RKO 1 (1943), S. 72. Vgl. auch GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 137; GebK Brest, Lagebericht fürs erste Quartal v. 21. 3. 1944, ebd., Bl. 1313.

452 Vgl. Verordnung über die Kranken-, Unfall- und Sonderversorgung für den Generalbezirk Weißruthenien v. 23. 12. 1943, in: Amtsblatt des GK in Minsk 4 (1944), S. 10–16. Ferner WiStab Ost, Monatsbericht März 1944 v. 21. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 678f.; Der Ost-Express Nr. 45 v. 23. 2. 1944 und Deutsche Ukraine-Zeitung v. 16. 9. 1943, BA 25.01, Nr. 6049, Bl. 160 und 136.

453 Vgl. Verordnungen über die Einrichtung einer Bezirkskrankenkasse für den Bezirk Bialystok v. 27. 3. 1943 und über die Fortzahlung von Arbeitsentgelt [sic] an einheimische Arbeitskräfte im Bezirk Bialystok v. 5. 4. 1943, in: Verordnungsblatt Bezirk Bialystok 1943, S. 34–36. Die neue Regelung galt für Deutsche und Einheimische – außer Juden und Zigeuner – gleichermaßen. Allerdings wurde in der Verordnung auf die Kassensatzung verwiesen, die eine unterschiedliche Behandlung festgeschrieben haben könnte.

454 Ltd. WiKdo Orscha, Lagebericht v. 27. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 740. Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 12 v. 4. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 893f. Lange arbeitsunfähige Arbeiter fielen aus der Versicherung heraus und waren durch Entlassung vom Hunger bedroht. Vgl. Richtlinien für die Entlohnung der ortsansässigen Arbeitskräfte im Bereich der Haupteisenbahndirektion Mitte. Gültig vom 1. Juli 1942, ZStA Minsk 378–1–216, Bl. 33R–34.

Außerdem existierte eine Familienunterstützung für Angehörige von Zwangsarbeitern im Reich. Diese sollte jedoch vorrangig durch die Vermittlung in Arbeit abgedeckt werden, ansonsten durch so geringe Zahlungen, daß es den einheimischen Rayonverwaltungen erlaubt wurde, sie zuzuteilen. In den Gebieten Brest und Orscha erhielten 1943/44 nur ein Bruchteil der Familien, die Angehörige im Reich hatten, auch tatsächlich die Beihilfe.⁴⁵⁵ Diejenigen Familien, deren Angehörige als Kollaborateure in Verwaltung oder Polizei von den Partisanen getötet worden waren, bekamen eine »Sonderversorgung«, die im GK Weißruthenien spätestens 1943 das »Weißruthenische Selbsthilfewerk« auszahlte. Im Gebiet Brest erhielten solche Familien auch Sachleistungen aus »Beständen des Judennachlasses«. Für Angehörige von zu Wehrmacht, Reichsarbeitsdienst und SS Eingezogenen (sogenannten Hiwis) wurde »Familienunterhalt« gewährt. Für diese Gruppen scheinen die Deutschen mehr aufgewandt zu haben.⁴⁵⁶

Aber im deutschen wirtschaftlichen Gesamtkonzept waren keine großen Beträge vorgesehen, um eine Schicht von Kollaborateuren zu korrumpieren. Das zeigte sich außer an der schlechten Bezahlung des Verwaltungspersonals auch in der Diskussion, ob ein Mittelstand aufgebaut werden sollte wie im Generalgouvernement,⁴⁵⁷ der als antisowjetisches Gesellschaftselement hätte dienen können. Auf dem Land hatte sich die deutsche Verwaltung durch die »Agrarordnung« statt dessen für ein »Volk ohne Mittelschicht«⁴⁵⁸ entschieden. Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte galt diese Frage für die Städte noch Anfang 1942 als ungeklärt.⁴⁵⁹ Erst ein Jahr später wurde die positive Entscheidung gegen »alle Bedenken« durchgesetzt, aber dazu war offensichtlich ein Machtwort des Chefs des Wirtschaftsstabs Ost nötig.⁴⁶⁰ Denn es gab viele Vertreter einer harten Linie unter den Besatzungsfunktionären wie den Gebietskommissar Erren in Slonim.⁴⁶¹ Zwar waren später die Weisungen eindeutig auf die Schaf-

455 In Brest waren es 505 Fälle, während die Zahl der Ostarbeiter aus dem Gebiet bei mehr als 10 000 gelegen haben dürfte. Vgl. GebK Brest, Lagebericht fürs 1. Quartal 1944 v. 21. 3. 1944, BA F 13751, Bl. 1313; Ltd. WiKdo Orscha, Lagebericht v. 25. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 1146; WiStab Ost, Chefgr. Arbeit/GenQu/IVa v. 6. bzw. 19. 2. 1942, in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 543f.; und insbesondere eine Sammlung von Bestimmungen in der Akte ZStA Minsk 370-1-923.

456 Vgl. Haushaltsplan des GK Weißruthenien für das Rechnungsjahr 1943, BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 8/S. 48-51 und 232. Ferner GebK Brest, Lagebericht fürs 1. Quartal 1944 v. 21. 3. 1944, BA F 13751, Bl. 1313; andere Wertung bei Chiari 1998, S. 127.

457 Vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 237-243.

458 Zwischenüberschrift in: Münchner Neueste Nachrichten v. 26. 3. 1943, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 7.

459 Hierzu WiIn Mitte, Chefgr. W, Betr.: Förderung des Handwerks zur Versorgung der Zivilbevölkerung mit Gebrauchswaren v. 31. 1. 1942, BA-MA PPF-01/8212, Bl. 599.

460 WiStab Ost, Anordnungen für die Wirtschaftsführung Nr. 2: Einsatz handwerklicher Betriebe im Bereich der Wirtschaftsinspektionen v. 10. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 1117. - »Bedenken« könnten entstanden sein, weil ein einheimischer Mittelstand als Konkurrenz für den geplanten deutschen Mittelstand betrachtet werden konnte, der nach den Plänen von RKF, SS-Führung, Siedlungsreferat des OKW, Reichsgruppe Handel usw. zur Grundlage des neuen deutschen Ostimperiums werden sollte. Vgl. R.-D. Müller 1982, S. 388-395.

461 »Die Masse der Weißruthenen ist faul, dumm, verlogen und verstohlen, dem Bolschewismus zuneigend, häufig partisanenhörig und zum ganz geringen Teil für eine selbständige Aufbauarbeit zu gebrauchen. [...] Es wird jahrelang mühsame Arbeit kosten, diese Sklavenseelen zu fleißigen Bauern und Handwerkern zu erziehen.« GebK Slonim, Lagebericht v. 25. 1. 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband D.

fung einer prodeutschen Mittelklasse in den Städten gerichtet, sie wurden aber nicht sozial untermauert. Im Juni 1944 hieß es in Minsk von deutscher Seite immer noch, daß »ein ganz neuer Mittelstand erst geschaffen werden« müsse.⁴⁶²

Die wirtschaftliche Gruppe, die hierfür in Frage gekommen wäre, waren die Handwerker. Zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls waren jedoch rund 80 Prozent der weißrussischen Handwerker Juden. Von ihnen wurden bis zum Sommer 1942 die Mehrzahl ermordet, so daß etwa in Minsk nur noch 505 Betriebe mit etwa 1000 Beschäftigten übrig blieben. Im Bereich der Heeresgruppe Mitte waren es Mitte 1943 genau 10 572 städtische Handwerker.⁴⁶³ Kurz nach der Ermordung der Juden gingen die jeweils zuständigen Besatzungsbehörden an eine Neuorganisation des Handwerks, mit denen die nichtjüdischen Handwerker einer Neuzulassung unterworfen und in Artelle (Produktionsgenossenschaften) eingegliedert, also ihrer Selbständigkeit beraubt wurden.⁴⁶⁴ Da die örtliche Industrie für die Wehrmacht arbeiten sollte und Deutschland die besetzten sowjetischen Gebiete nicht mit Gebrauchsgütern versorgen wollte, hatte ursprünglich der Plan bestanden, daß die Handwerksbetriebe, die lediglich einheimische Rohstoffe verwenden durften, diese Versorgung sicherstellen und auch ausschließlich dafür zur Verfügung stehen sollten.⁴⁶⁵ Diese Planung wurde umgestoßen, weil die Handwerksbetriebe bald Fertigungsaufträge für die Wehrmacht übernehmen mußten. Dafür mußten die Deutschen sie unter Kontrolle bekommen, wozu eben die neuen Handwerksordnungen dienten. Denn die Handwerker konnten auf dem schwarzen Markt mit ihrer begehrten Mangelware viel mehr verdienen als bei der Erfüllung von Wehrmachtaufträgen und versuchten sich infolgedessen der »einheitliche[n] Auftragslenkung« und einer »vernünftige[n] Preisbildung« zu entziehen.⁴⁶⁶ Aus Sicht der Wirtschaftsführung in Berlin gelang ihnen das recht gut; aus Sicht der weißrussischen Bevölkerung gelang es ihnen weniger gut, so daß Freitag, der Hauptabteilungsleiter Wirtschaft in Minsk, sich im Herbst 1943 gezwungen sah, Besserung zu versprechen.⁴⁶⁷ Die Produktionsergebnisse der Handwerkerartelle waren gering, ihnen fehlten die Hilfsmittel, was die zuständigen Behör-

⁴⁶² Vgl. Rudolph 1942, und Bericht über die Arbeitstagung der Gebietsschulreferenten vom 7.–12. 6. 1944, ZStA Minsk 370–1–385, Bl. 16.

⁴⁶³ Siehe Rudolph 1942, und Statistischer Arbeitsausschuß der WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 896.

⁴⁶⁴ Der Berück Mitte erließ am 18. 2. 1942 eine vorläufige Handwerksordnung (Verwaltungsanordnungen Nr. 25 v. 2. 8. 1942 mit Durchführungsverordnung, BA-MA WF-03/7420, Bl. 686–689). Ferner Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Handwerks im GK Weißruthenien v. 26. 11. 1942 mit Durchführungsverordnungen, in: Amtsblatt des GK in Minsk 3 (1943), S. 3–11; Ostpolitische Information des RMO Nr. 25 v. 11. 2. 1943, BA-MA WF-01/3683, Bl. 71f.; Deutsches Nachrichten-Büro Nr. 344 v. 10. 12. 1942, BA 25.01, Nr. 6048, Bl. 215R.

⁴⁶⁵ Vgl. RMO I/1/868/41 (gez. Leibbrandt) v. 22. 1. 1942 an RKO und RKU, IfZ MA 795, Bl. 95–97; bezüglich der Linie des WiStabs Ost RMO an GK Weißruthenien v. 6. 12. 1941, Betr.: Beschaffung von Gegenständen des täglichen Bedarfs für die besetzten Ostgebiete (gez. Bräutigam, Abschrift), ebd., Bl. 98f.; RMO, Braune Mappe, Teil A: Richtlinien für die Wirtschaftsführung (April 1942), Nbg. Dok. NI-10119.

⁴⁶⁶ Rudolph 1942 (BA F 10632, Bl. 622). Vgl. zu diesem Zusammenhang auch Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 285; RüKdo Minsk, Der Kommandeur, 1. Sonderbericht v. 24. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 201; KTB-Rückblick RüKdo Minsk fürs 1. Quartal 1943, hier nach StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband T.

⁴⁶⁷ Müller, Wirtschaftspolitik, S. 285, und Propagandistentagung in Minsk am 26. 10. 1943, IfZ Fb 101/34.

den aber nicht hinderte, immer neue phantastische Pläne zu entwerfen.⁴⁶⁸ Einstweilen stützte man sich auf Handwerker, die beispielsweise bis zu 30 Paar Holzschuhe am Tag herstellen konnten – ganz ohne Maschinen, wie mit kindischer Begeisterung vermerkt wurde, nur mit Messer und Hobel.⁴⁶⁹ Weder gelang es, auf diese Weise einen ernsthaften Beitrag zum Wehrmachtnachschub zu leisten, noch die Bevölkerung zu versorgen, noch sich der politischen Unterstützung der Handwerker zu versichern. Damit war das Handwerk für den gesamten Bereich von Industrie und Gewerbe nicht untypisch.

6. Die Arbeitskräftepolitik

6.1 Der Aufbau der Arbeitsverwaltung und die anfängliche Phase des geringen Arbeitskräftebedarfs

Die Wirtschaftskonzeption der deutschen Besatzer in Weißrußland beruhte auf einem hohen Maß an Planung und Lenkung. Da, wie schon dargestellt, die materiellen Grundlagen von landwirtschaftlicher und industrieller Produktion stark in Mitleidenschaft gezogen waren und nicht umfassend wiederhergestellt wurden, waren für die Deutschen der gezielte Zugriff auf die Arbeitskräfte und ihr planvoller Einsatz, also ihre willkürliche, rücksichtslose Umverteilung, von besonderer Bedeutung. Voraussetzung dafür war ein möglichst gut kontrollierbarer Steuerungsapparat, den man im wesentlichen neu aufbauen mußte. Ein Anknüpfen an die sowjetische Arbeitsverwaltung hat es kaum gegeben.

Es war von vornherein klar, daß die Arbeitsverwaltung wie andere Bereiche der deutschen Verwaltung hauptsächlich von einheimischen Angestellten getragen werden mußte. Die Sondergruppe Arbeit beim Wirtschaftsstab Ost (später Chefgruppe) beabsichtigte ursprünglich sogar, eine rein einheimische Arbeitsverwaltung unter Aufsicht der deutschen Wirtschaftsverwaltung zu errichten.¹ Dieses Vorhaben hat man offensichtlich schon vor Kriegsbeginn fallengelassen, denn im Juli 1941 waren nach den besetzten sowjetischen Gebieten bereits 25 Arbeitsämter mit 110 deutschen Beamten auf dem Marsch, wenn auch wohl noch nicht eingesetzt, jedenfalls nicht in Weißrußland.² Dort wurden zunächst »Arbeitsvermittlungsstellen« in den größeren Städten (13 bis Mitte August 1941) und Arbeitseinsatzabteilungen unter anderem bei den Gemeindeverwaltungen errichtet, die bis Anfang September ungefähr 50000 Ar-

468 Auch Mitte 1944 konnten laut dem Abteilungsleiter Wirtschaft beim HeWiFu Mitte, Prof. Mayer, in »Weissruthenien [...] noch etwa 30000 Handwerker zur Produktion herangezogen« und 30–50 Millionen RM pro Jahr zusätzlich erwirtschaftet werden, wenn »etwa 10 Handwerksmeister aus dem Reich« als Ausbilder kämen. Reisebericht über die Dienstreise Chef WiStab vom 17.–21. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 620.

469 Rudolph 1942 (BA F 10632, Bl. 622).

1 Vgl. Vortrag Oberst Dr. Musset vor der Kriegsakademie v. 6. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 1096.

2 Vgl. Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 299.

beitern Stellen zuwiesen.³ In den westlichen Gebieten konnte teilweise auf Arbeitsämter aus polnischer Zeit zurückgegriffen werden.⁴ Arbeitsämter unter direkter deutscher Aufsicht wurden erst später geschaffen, so in Slonim, Pinsk und Minsk zwischen August und Oktober.⁵ Um die Jahreswende 1941/42 hatte das Netz der Arbeitsämter im wesentlichen bereits den endgültigen Zustand erreicht. Später kamen kaum weitere Dienststellen hinzu, jedoch wurde das deutsche Leitungspersonal verstärkt. Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte gab es im Gebiet jedes Leitenden Wirtschaftskommandos drei bis fünf Arbeitsämter, 1942 mit höchstens einer Nebenstelle. 1943 wurde in jedem Rayon eine Nebenstelle eingerichtet, deren Zahl also vervielfacht.⁶ Im Bereich der Zivilverwaltung hatte jedes Gebietskommissariat eine Abteilung Arbeits- und Sozialverwaltung.⁷ Ein Arbeitsamtsbezirk umfaßte durchschnittlich 6000 bis 9000 km², das Arbeitsamt Bobruisk sogar 32 000 km² gegenüber 1000 bis 1500 km² im Reich.⁸ Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte gab es Ende 1941 47 Fachkräfte, Mitte 1943 166 Personen und im GK Weißruthenien 50 bis 80 Mann. Sie stammten aus Dienststellen, die übers ganze Reichsgebiet zwischen Emden, Lörach und Wien verstreut lagen.⁹

Auch nach Aufbau und Ausbau der Arbeitsämter führte weißrussisches Personal die meisten Maßnahmen eigenverantwortlich durch. »Tatsächlich blieb das Aufbringen von Arbeitskräften Sache der landeseigenen Verwaltung, da die Arbeitsämter keine eigenen Exekutivorgane hatten. Die Mehrzahl der aufgebrachten Arbeitskräfte ist durch die landeseigene Verwaltung besorgt worden.«¹⁰

Über die besagten Exekutivorgane verfügten die Gemeinde- und Rayonverwaltungen beziehungsweise die dortigen Bürgermeister. Sie bekamen von den Arbeitsämtern Auflagen für die Gestellung von Arbeitskräften und ließen diese von der weißrussi-

- 3 Hierzu WiIn Mitte, Lagebericht v. 22. 7. 1941 und Tätigkeitsbericht 27. 7.–19. 8. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 323, und (BArchP)F 42858, Bl. 673; WiIn Mitte, Chefgr.Fü/Abteilung Arbeit, Zwei-Monatsbericht v. 9. 9. 1941, BA F 14102, Bl. 469 f.; FK 812, Bericht der Militärverwaltungs-Gruppe über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 7.–20. 7. 41, BA F 15266, Bl. 2822; Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte (August 1944), BA-MA WF-03/5469, Bl. 471.
- 4 Vgl. KTB WiIn Mitte v. 9. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 653, und Hptm.Dorn, Wi-Kdo.Neisse, Erfahrungsbericht v. 28. 8. 1941 (aus Minsk), BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 271.
- 5 Vgl. GebK Slonim, Lagebericht v. 25. 1. 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband D (provisorisch am 3. 8. durch das WiKdo und endgültig im Oktober vom RüKdo); GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht für das Gebiet Pinsk (undatiert, ca. August 1944), BA-MA PPF-01/7869, Bl. 1357 (3. 9. 1941, nach Einzug der Zivilverwaltung); OK Minsk, Kommandanturbefehl Nr. 8 v. 21. 8. 1941, ZStA Minsk 379–2–4, Bl. 109/R.
- 6 Vgl. die Übersicht bei Müller, Wirtschaftspolitik, S. 299; Dienststellenverzeichnis in: Berück Mitte, Abt.VII/Mil.-Verw., Verwaltungs-Anordnungen Nr. 31 v. 20. 11. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 744; WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, Rückblick zum KTB fürs 2. Quartal 1943 v. 28. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1344.
- 7 Sie wurde seit dem 27. 11. 1941 »Sozialamt« genannt, seit dem 14. 10. 1942 »Arbeitsamt« laut Runderlaß RMO II 1c 1521/42 v. 14. 10. 1942, StA Mainz 3 Ks 1/67, Dok.Bd. 10, Bl. 872.
- 8 Vgl. Vortrag des Leiters der Chefgr. Arbeit, OKVR Gelberg, in der Kommandeurbesprechung der WiIn Mitte am 9. 4. 1942 in Borissow, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1004.
- 9 Hierzu ein Teil der Personallisten in BA R 93/9, Bl. 15 f., und Völkischer Beobachter (Wiener Ausgabe) v. 5. 9. 1942, BA 25.01, Nr. 6048, Bl. 115R. Für die WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 9 v. 22. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1000, und WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB-Rückblick 2. Quartal 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1344.
- 10 Abschlußbericht Militärverwaltung Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 471. Zum folgenden ebd., Bl. 463.

schen Hilfspolizei (Ordnungsdienst beziehungsweise Schutzmannschaft), soweit es um auswärtigen Einsatz ging,¹¹ in Lager bringen. Die Hilfspolizei wandte dabei brutale Gewalt an.¹² (Zweifelloso sabotierte an vielen Orten die Lokalverwaltung auch die deutschen Anweisungen, so daß sie nicht überall im Sinne der deutschen Verwaltung funktionierte.) Auch in den Einrichtungen, die direkt der Arbeitsverwaltung zuzurechnen waren, überwogen die Einheimischen. In den Arbeitsämtern kamen vier Weißrussen auf einen Deutschen, und in den Nebenstellen gab es gar kein deutsches Personal.¹³ Diese einheimischen Angestellten sollten die Menschen registrieren, ihre Beschäftigung überwachen und ihre »Arbeits- und Ausgleichsfähigkeit«, das heißt ihre Abkömmlichkeit vom Wohnort bis hin zur erzwungenen Umsiedlung, einstufen.¹⁴

Wichtigste Grundlage für das Funktionieren der Arbeitsverwaltung war eine umfassende Statistik, d. h. die Registrierung der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung. Diese beschränkte sich 1941, als genug Arbeitskräfte vorhanden schienen, fast nur auf die Städte. In einigen größeren Städten wie in Smolensk gelang sie bis zum Herbst restlos.¹⁵ Dort wie in vielen Städten im Osten Weißrußlands wurden die Statistiken und Karteien allerdings im Winter 1941/42 wegen der vielen Aus- und Umsiedlungen auf Grund von Wehrmacht-Einquartierungen und der Ernährungslage wertlos und mußten neu erstellt werden.¹⁶ Die totale Erfassung der Bevölkerung erwies sich schon in den Städten als schwierig, auf dem Land aber begann sie überhaupt erst 1942.¹⁷ Im GK Weißruthenien waren bis zur Jahreswende 1941/42 etwa 73 000 Menschen »erfasst«, nach damaliger Schätzung 9,5 Prozent der Erwerbsfähigen (davon 64 400 in den Städten Minsk und Baranowitschi), im April 1942 ungefähr 100 000, im Oktober 1942 486 649 (rund 50 Prozent), im April 1943 insgesamt 650 000, in einigen Gebieten etwa 85 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Im Sommer 1944, kurz vor ihrem Abzug, waren die Deutschen mit der Registrierung gerade fertig.¹⁸ Daran ist wie

11 Betroffen waren bis Mitte 1942 vor allem jüdische Arbeitskräfte, danach auch nichtjüdische.

12 Hierzu HeWiFu Mitte/O.Qu./Qu.2, Betr.: Ostarbeiter v. 9. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 627.

13 Vgl. WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB-Rückblick 2. Quartal 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1344; GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 132.

14 WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, Dienstanweisung für die einheimischen Vermittlungskräfte in den Arbeitsämtern v. 28. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 362–364.

15 Für diese russische Stadt liegt die genaueste verfügbare Berufsaufschlüsselung der Bevölkerung im Mittelabschnitt vor. Danach gab es rund 17 800 Erwerbsfähige: 7879 Tief- und Hochbauarbeiter, 4982 Angestellte, 867 Schlosser und Mechaniker, 486 Köpfe Schulpersonal, 368 Köche, 309 Krankenpflegerinnen, 305 Eisenbahner, 276 Techniker, 176 Kraftfahrer, 171 Schuhmacher, 136 Motorenschlosser, 92 Drucker, 76 Ärzte, 69 Friseure, 44 Schneider usw. sowie fünf Geistliche und 1562 Angehörige unspezifizierter Berufe. EM 145 v. 12. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3391.

16 Vgl. WiIn Mitte, Lageberichte Nr. 13–15 v. 24. 1., 4. 2., 7. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 787, 844 und 870.

17 Siehe z. B. Minsker Zeitung v. 23. 4. 1942. Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte registrierten die Orts- und Feldkommandanturen bis zum 1. 7. 1942 die Bevölkerung u. a. nach Arbeitsfähigkeit und Beschäftigung. Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungs-Anordnungen Nr. 20 v. 11. 5. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1214f. Hierzu auch Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 302.

18 Monatsbericht RüKdo Minsk (?), (Fragment etwa von Anfang Februar 1942), ZStA Minsk 370–1–245, Bl. 26; Minsker Zeitung v. 23. 4. 1942; GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Allgemeiner Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 41; Vortrag Freitag v. 9. 4. 1943 sowie Referate der Arbeitsämter Wilejka und Baranowitschi, HZ Fb 85/I, Bl. 46, 109 und 114; GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 133.

auch an der Strukturgeschichte der Arbeitsverwaltung ablesbar, daß der Zugriff auf Arbeitskräfte in Weißrußland 1942 und vor allem 1943 intensiviert wurde – denn der Aufbau der Statistik war ja nur Voraussetzung zur Steuerung des Arbeitseinsatzes.

Eine weitere Voraussetzung hierfür bestand darin, die weißrussische Bevölkerung zu zwingen, die ihr zugewiesene Arbeit auch auszuführen. Zu den ersten Zwangsmaßnahmen gehörte im Sommer 1941 die Einführung der »Arbeitspflicht« für Nichtjuden zwischen dem 18. und 45. Lebensjahr und des »Arbeitszwanges« für Juden zwischen dem 14. und 60. Lebensjahr durch Rosenberg. Diese Anordnungen waren auch im Militärverwaltungsbereich gültig.¹⁹ Ähnliche Regelungen ergingen im Bezirk Bialystok.²⁰ Gleichzeitig wurden auch die Arbeitsämter als allein zuständige Steuerungsorgane bestimmt. Die Arbeitspflicht wurde in späteren Erlassen bekräftigt und generell auf 14- bis 65jährige ausgedehnt.²¹ Zusätzlich ergingen immer neue Anweisungen über die Durchsetzung und über Strafandrohungen bis hin zu Todesstrafe, »Prügelstrafe oder Pranger«.²²

Warum bekam die deutsche Verwaltung Schwierigkeiten? Typisch waren Meldungen wie die folgenden:

»Die Bevölkerung tut und lässt, was sie will, nicht das, was ihr vorgeschrieben ist. [...] Neben der Arbeitspflichtverordnung wird auch die Verordnung über das Verbot des Arbeitsplatzwechsels [ohne Erlaubnis des Arbeitsamtes] kaum beachtet.«²³

»Die Regelung des Arbeitseinsatzes und die planvolle Lenkung der Arbeitskräfte wurde sofort nach Übernahme der Verwaltung durchgeführt, denn die vorgefundenen Zustände zwangen dazu, weil eine derartige Planung bei den Russen und Polen nicht bekannt war und jeder sich seinen Arbeitsplatz suchte und auch wieder verließ, gerade so, wie es ihm paßte.«²⁴

Durch die unmenschlichen Drohungen und Strafen der Deutschen änderte sich dies nicht etwa von heute auf morgen, sondern die Tendenz der Weißrussen zur

19 Vgl. Verordnung über die Einführung der Arbeitspflicht in den besetzten Ostgebieten v. 5. 8. 1941 und über die Einführung des Arbeitszwanges für die jüdische Bevölkerung v. 16. 8. 1941, in: Grüne Mappe, Teil II, 2. Auflage (November 1941), BA-MA RW 31/130, Bl. 84 f. Die Gültigkeit im Militärverwaltungsbereich ergibt sich schon aus der Aufnahme in diese Wirtschaftsvorschriften des WiStabs Ost. Verschiedentlich ist die Verordnung vom 5. 8. auf den 19. 12. 1941 datiert worden (Das Recht der besetzten Ostgebiete, O III B 25; Amtsblatt des GK in Minsk 2 [1942], S. 64). Ihr folgte aber schon am 15. 8. 1941 eine Anordnung zur Regelung des Arbeitseinsatzes des RK Ostland (ebd., 1 [1941], S. 3 f.).

20 Vgl. Meldung des Judenrates in Bialystok Nr. 126 v. 15. 10. 1941, in: Nachman Blumenthal (Hg.), *Conduct and Actions of the Judenrat*. Jerusalem 1962 (hebr.), auszugsweise Übersetzung im Altenloh-Verfahren, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188 unpaginiert. Ferner Verordnung über die Einführung der Arbeitspflicht im Bezirk Bialystok v. 1. 4. 1942, in: Amtsblatt Bezirk Bialystok 2 (1942), S. 41.

21 Berück Mitte, Abt. VII-Kr.-Verw., Verwaltungs-Anordnungen Nr. 15 v. 18. 2. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1152; Anordnung des OKH über Arbeitspflicht und Arbeitseinsatz im Operationsgebiet der neu besetzten Ostgebiete sowie Durchführungsbestimmungen, beides v. 6. 2. 1943, in: Müller, Wirtschaftspolitik, Anlagen 63 und 64, S. 499–512. Ferner Neufassung der Verordnung über die Arbeitspflicht Rosenbergs v. 27. 8. 1942, in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, O III B 25.

22 Vgl. KTB RüKdo Minsk für 15.–21. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 704; WiKdo Orscha, Lagebericht Nr. 3 v. 28. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 442 f. (Zitat); WiIn Mitte, Chefgr.Arbeit, Fachliche Weisung Nr. 70 v. 28. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 331–335.

23 Auszugsweise, undatierte Abschrift eines Berichts der WiIn Mitte, Chefgr.Arbeit, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 592.

24 GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht für das Gebiet Pinsk, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1357.

freien Arbeitsplatzwahl lebte trotzdem fort. Die Erklärung lag in folgenden zwei Punkten: Erstens waren viele weißrussische Beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen in der ersten Generation – später unter Umständen sogar Bauern, die von den Deutschen erstmals in die Städte hereingeholt wurden – und noch in bäuerlichen Traditionen verwurzelt, während die industrielle Arbeitsdisziplin noch schwach entwickelt war. Solche Vorgänge sind auch aus anderen Ländern während der Industrialisierung bekannt. Zweitens war im polnischen Staat ein freier Arbeitsplatzwechsel erlaubt gewesen, und auch der sowjetische Staat hatte den ungenehmigten Arbeitsplatzwechsel – offenbar im Zusammenhang mit dem drohenden Krieg – offiziell erst 1940 verboten. Auch dies bewirkte jedoch trotz drastischer Strafen keine rasche Disziplinierung der Beschäftigten, viele von ihnen Industriearbeiter in der ersten Generation.²⁵ Jedenfalls wirkten die etwas anarchischen Traditionen unter Arbeitern in Weißrussland immer noch fort, und in den Augen der deutschen Verwaltung mangelte es an industrieller Disziplin. Fälle, welche die Deutschen als sogenannte Arbeitsvertragsbrüche schwer bestraften, waren aus Sicht der Weißrussen »gar keine Vertragsbrüche, sondern gewohnheitsrechtliche Handlungen der Menschen, die früher das Recht hatten, die Arbeit von einem Tag auf den anderen niederzulegen«,²⁶ etwa der Abteilungsleiter »Arbeitseinsatz und Sozialpolitik (ASo)« in Minsk, Freudenberg, durchaus wahrnahm. Trotzdem war er einer der gnadenlosesten Einpeitscher jener Politik, die die weißrussischen Menschen ausschließlich als Produktionsfaktor betrachteten. Obwohl vielen Verwaltungsleuten die Natur des Konflikts bewußt war, nahmen sie nicht etwa darauf Rücksicht. Da obendrein wegen des hauptsächlich 1942 einsetzenden Arbeitskräftemangels deutsche Betriebs- beziehungsweise Projektleiter Arbeiter mit allen Mitteln zu gewinnen versuchten, also auch an den Arbeitsämtern vorbei anwarben und deren Gewohnheiten damit entgegenkamen, wurden diese, um ihre Position zu stärken, im Herbst 1942 formal mit den gleichen Rechten ausgestattet wie im Reich.²⁷ Das Problem wurde damit aber nicht behoben.

Zunächst hatten die Arbeitseinsatzbehörden indessen ganz andere Schwierigkeiten. 1941 hieß ihr Hauptproblem Arbeitslosigkeit, und trotz anfänglicher Bekundungen, sich um das Schicksal der städtischen Bevölkerung nicht kümmern zu wollen, versuchten die zuständigen Dienststellen, vor allem den Männern Arbeit zu vermitteln, um Unruhe zu vermeiden. Das war aber schwierig, da, wie ausgeführt, um diese Zeit die Industrie nur auf Sparflamme lief und es deshalb wenige Arbeitsplätze gab. In Klinzy (25 000 Einwohner) arbeiteten im Oktober 1941 nur 4500 Menschen.²⁸ In Grodno wurden zum Beispiel Mitte Juli 1941 5000 bis 7000 Arbeitslose geschätzt, in Białystok 15 000

25 Die sowjetische Gesetzgebung diente außerdem zur schnellen Eingliederung von jugendlichen und bäuerlichen Anfängern in die industrielle Produktion. Hierzu Segbers, S. 38 und besonders S. 247 ff.

26 Referat Freudenbergs v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 94.

27 Vgl. GebK Pinsk, Erfahrungs- und Abschlußbericht für das Gebiet Pinsk, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1357; Verordnung über die Einstellung und Kündigung von Arbeitskräften sowie die Verhinderung von Arbeitsvertragsbruch und Abwerbung des RK Ostland v. 21. 10. 1942, in: Das Recht der besetzten Ostgebiete, O III B 99. Zur Umgehung der Arbeitsämter u. a.: OT-Gebietsbeauftragter Rußland-Mitte an OT-Zentrale, Reisebericht Einsatzgruppe Mitte vom 22. 8.–4. 9. v. 5. 9. 1942, BA 46.02, Nr. 234.

28 Vgl. W. Engelhardt, S. 104.

bis 20000 – nichtjüdische – Arbeitslose.²⁹ In Witebsk waren bis einschließlich September 1941 9000 Arbeitslose registriert worden, von denen nur 1600 vermittelt werden konnten.³⁰ In Minsk gab es Anfang August 9800 Arbeitslose, am 1. Oktober 25000 (davon 3500 Frauen), obwohl bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Erwachsenen registriert worden waren, am 25. Februar 1942 5189 (3412 Frauen) und am 1. Juli noch 3860 (davon 2710 Frauen). Zwischen Oktober 1941 und Juli 1942 wurden 17200 Männer und 12800 Frauen vermittelt.³¹ Im Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte, der damals größtenteils dem weißrussischen Territorium entsprach, zählte man bis Ende August 1941 150000 Arbeitslose. Die Arbeitsvermittlungsstellen konnten nur einen Teil von ihnen unterbringen. Auf verkleinerter Fläche nach Gebietsabtretungen an die Zivilverwaltung waren es Anfang Oktober immer noch 35000 (22000 Frauen) und um die Jahreswende gut 40000 – und das, obwohl noch keine Meldepflicht für Arbeitslose bestand, die Statistik also nur auf freiwilligen Meldungen beruhte.³² Angesichts der geringen Stadtbevölkerung waren das erhebliche Zahlen.³³

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die einheimischen Arbeitsvermittlungsstellen und die deutsch geleiteten Arbeitsämter bestanden im wesentlichen nicht aus Wege-, Schneeräum- und Entrümmungsarbeiten,³⁴ sondern aus der systematischen Entlassung der Juden und ihrer Ersetzung durch Nichtjuden. So wie der Antisemitismus unter den Weißrussen als ein wesentliches Mittel angesehen wurde, diese politisch auf die deutsche Seite zu ziehen, diente die Entlassung der Juden nicht allein dazu, diese zu verfolgen, sondern auch und vielleicht sogar in erster Linie, die Nichtjuden zufriedener oder ruhigzustellen. Denn die Einsatzgruppe B bezeichnete noch im Oktober 1941 die (nichtjüdische) arbeitslose Facharbeiterschaft politisch als »besondere[n] Gefahrenherd«.³⁵

Zeitweilig wurde es zur *Hauptfunktion* der Arbeitsämter, diesen Austausch vorzunehmen. So hieß es in einem Befehl der Ortskommandantur in Minsk vom 21. August 1941: »Die Inanspruchnahme des Arbeitsamtes ist aus politischen Gründen (Auswahl geeigneter Arbeitskräfte, Beschäftigung nichtjüdischer Arbeiter) geboten.«³⁶ Am gleichen Tag erging auch an die einheimischen Arbeitsvermittlungsstellen der Befehl, Arbeitslose »vorläufig mit Ausnahme der Juden« zu erfassen und bis auf die Facharbeiter alle jüdischen Beschäftigten deutscher Dienststellen zu entlassen.³⁷

29 Vgl. KTB WiStab Ost v. 21. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 44, und KTB WiIn Mitte v. 11. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 658.

30 WiKdo z.b.V. Hirschberg, Lageberichte v. 10. und 24. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 43059, Bl. 415 und 443.

31 Hierzu Minsker Zeitung v. 10. 7. 1942; EM 91 v. 22. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2510; KTB WiKdo Minsk für 4.-10. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 696; RüIn Ostland, Monatsbericht März 1942 v. 8. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 43371, Bl. 1001.

32 Vgl. KTB WiStab Ost v. 24. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 101; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 7 v. 20. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1034; Arbeitsämter der WiIn Mitte, WiKdos und Aussenstellen, Halbmonatsstatistik St II vom 24. 12. bis 10. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 886.

33 Der WiStab Ost – nach seinem Monatsbericht für November v. 8. 12. 1941 gab es im Gebiet der Militärverwaltung 124724 Arbeitslose (WiIn Mitte 33551 [davon 24.439 Frauen], Nord 27138, Süd 64035) – sprach allerdings teilweise von »kleinen Zahlen« infolge der Stadtflucht. BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 457.

34 Vgl. z.B. WiStab Ost, Gruppe Arbeit v. 20. 11. 1941, BA-MA RW 31/138, Bl. 12-17.

35 EM 106 v. 7. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 2796.

36 OK Minsk, Befehl Nr. 8 v. 21. 8. 1941, ZStA Minsk 379-2-4, Bl. 109.

37 Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungs-Anordnungen Nr. 5 v. 21. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 23R.

Ungefähr einen Monat zuvor hatte die Wirtschaftsinspektion Mitte bereits gemeldet: »Ablösung der Juden und ihr Einsatz [gemeint: ihr Ersatz, C. G.] durch Weiß-Ruthenen und Polen wird systematisch durchgeführt, zumal allorts Ghettoisierung angeordnet oder bereits erfolgt ist.«³⁸ Wohlgemerkt: Die Ghettobildung, die sonst gelegentlich als Mittel der Deutschen zur Gewinnung von jüdischen Arbeitskräften angesehen wird, war eher Mittel zu ihrer Ausschaltung (vgl. Kap. 7.1c). Die skizzierte Aufgabe der Arbeitsämter geht auch aus Berichten des Wirtschaftskommandos Minsk hervor: »14 Arbeitsämter bis jetzt eingerichtet. Judeneinsatz wird allmählich abgebaut.«

»Westlich der Beresina 50000 Arbeitslose erfaßt. Einsatz von Juden weiter abgebaut.«³⁹ Ähnliches berichtete der Gebietskommissar Erren aus Slonim am 25. Januar 1942: »Durch Entfernung sämtlicher Juden aus den Betrieben und städtischen Verwaltungen konnte die große Zahl der arbeitslosen Arier auf einen nunmehrigen Stand von 11 Männern und 60 Frauen, welche teils nicht voll einsatzfähig sind, herabgedrückt werden.«⁴⁰

Schwierigkeiten entstanden durch die »Entfernung« der Juden nicht hinsichtlich der Gesamtzahl der Arbeitskräfte (es sei denn örtlich), sondern nur in bezug auf Handwerker und Facharbeiter (vgl. Kap. 7.2c und 7.3a).⁴¹ In diesem Zusammenhang sei an den geringen Stellenwert des Handwerks – das 1941 noch dazu bestimmt war, für die einheimische Bevölkerung zu produzieren, und das als unkontrollierbar galt – sowie der Industrie in der deutschen wirtschaftlichen Gesamtkonzeption für Weißrußland erinnert. Die meisten weißrussischen Juden erschienen der deutschen Verwaltung infolgedessen nicht als wertvolle Arbeitskräfte. Anders ausgedrückt: Die Deutschen glaubten, sie brauchten die Juden nicht.

Zwar war die Männerarbeitslosigkeit Anfang 1942 mehr oder weniger vorbei. Aber die meisten weißrussischen Werk tätigen unter deutscher Besatzung, fast zwei Drittel, waren – infolge der Evakuierung und Mobilisierung vieler arbeitsfähiger Männer – Frauen. Ende 1942 gab es im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte 3,11 Millionen Erwerbsfähige, davon genau zwei Millionen Frauen.⁴² Im Juni 1942 gab es immer noch mehr arbeitslose Frauen als offene Stellen. Es sollten darum vor allem Frauen als »Ostarbeiterinnen« nach Deutschland gebracht werden.⁴³ Noch im Oktober des gleichen Jahres waren im engeren Industriebereich nur ein Drittel der Arbeitsplätze mit Frauen besetzt.⁴⁴ Auch daß im Bezirk Bialystok bis zum Frühjahr 1942 Arbeitslose nur auf Grund freiwilliger Meldung registriert wurden, spricht da-

38 WiIn Mitte, KTB-Tätigkeitsbericht für 20.–27. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 668.

39 KTB-Wochenberichte WiKdo Minsk für 18.–24. 8. und 25.–31. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 698 f. und 701.

40 GebK Slonim, Lagebericht v. 25. 1. 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband D.

41 Hierzu auch KTB WiStab Ost v. 24. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 101.

42 Referat des Chefgruppenleiters Gelberg (Arbeit) nach Protokoll der Kommandeurbesprechung der WiIn Mitte am 11./12. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 565. Hierzu auch Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 304.

43 Vgl. WiIn Mitte, Chefgr. Fü/Abt. Arbeit, Lagebericht für den Monat März 1942 v. 31. 3. 1942 und WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 18 v. 3. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1112 und 1200.

44 Dieser Sektor umfaßte allerdings nur 44300 Stellen. Protokoll der Kommandeurbesprechung der WiIn Mitte am 11./12. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 546.

für, daß ein Mangel an Arbeitskräften erst 1942 eintrat.⁴⁵ Vor dem Frühjahr 1942 existierte ein solcher Mangel im besetzten Weißrußland insgesamt nicht, und erst im Herbst jenes Jahres wurde »der Mensch« zum »schärfste[n] Engpaß« erklärt.⁴⁶ Die zahlenmäßig großen Arbeitskräftereserven aus deutscher Sicht, nämlich die Frauen und die Landbevölkerung,⁴⁷ wurden der Arbeitskräftebewirtschaftung jedoch erst danach unterworfen.

Allerdings fehlten den Deutschen in Weißrußland qualifizierte Arbeitskräfte. »ASo«-Chef Freudenberg brachte es auf den Punkt, indem er 1943 von einem »Überschuss an Arbeitskräften« im GK Weißruthenien bei einem »absoluten Mangel an Facharbeitern« sprach, der durch die »Judenaussiedlungen« noch verstärkt worden sei.⁴⁸ Der »Überschuss« bestand auf dem Lande, während in den Städten auch ungelernte Arbeitskräfte fehlten.⁴⁹ Damit bestätigt sich die Ansicht von Götz Aly und Susanne Heim, daß »Überbevölkerung« und Mangel an Arbeitskräften keinen Widerspruch zu bilden brauchten.⁵⁰ Dies galt um so mehr, als der Anteil der Arbeitskräfte an der Gesamtbevölkerung des besetzten Weißrußland sehr niedrig lag, so im Raum der Wirtschaftsinspektion Mitte 1943 bei 41,0 Prozent (niedriger als im Nord- und Südabschnitt), 1942 in Borissow bei 33 Prozent, in Orscha bei 45 Prozent und 1941 in den ländlichen Rayons Surash und Gorodok (Gebiet Witebsk) bei 38 und 47,5 Prozent.⁵¹ In Gomel arbeiteten im April 1942 von 54 000 Einwohnern nur 12 000 (22 Prozent) und im Oktober des gleichen Jahres immer noch weniger als ein Drittel. Gleichzeitig aber wurde ein großer Mangel sowohl an Fach- als auch an Hilfskräften beklagt.⁵²

6.2 Die Verschleppung von Zwangsarbeitern nach Deutschland

a) Entschlußbildung und Anfänge

Schon vor dem Krieg gegen die Sowjetunion hatte Eugen v. Engelhardt angekündigt, daß Arbeitskräfte *der* »Exportartikel« eines deutsch besetzten Weißrußland sein würden.⁵³ Jedoch rechnete die deutsche Führungsspitze zu dieser Zeit noch mit einem

45 Der Bezirk Bialystok. Herausgegeben von der Zivilverwaltung Bialystok, 1. März 1942, BA F 15024 (S. 56); Verordnung über die Einführung der Arbeitspflicht im Bezirk Bialystok v. 1. 4. 1942, in: Amtsblatt Bezirk Bialystok 2 (1942), S. 41.

46 So der Chef des WiStabs Ost, General Stapf, laut Protokoll der Kommandeursbesprechung bei WiIn Mitte am 11./12. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 541.

47 Der Lagebericht der WiIn Mitte v. 3. 6. 1942 bezifferte allein die »greifbare« Arbeitskräftereserve auf 250 000, es gebe jedoch eine »ungeheure Streuung«. BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1196.

48 Rede Freudenbergs am 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/1, Bl. 97f.

49 Ebd., Bl. 96, und Referat Moos (Arbeitsamt Minsk-Stadt), ebd., Bl. 118.

50 Aly/Heim, Vordenker, S. 15.

51 Zahlen nach: Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 304; Berichte Oberst Herrosé über die Ernährungslage in Borissow sowie Orscha und Mogilew v. 19. und 28. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 629 und 639; WiKdo z.b.V. Hirschberg, Lagebericht v. 23. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43059, Bl. 345.

52 KTB WiKdo Gomel, Monatsüberblicke April und Oktober 1942, BA-MA RW 31/823 und 31/825.

53 Vgl. Die Ernährungs- und Landwirtschaft der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, BA F 10772, Bl. 972.

schnellen Sieg gegen die UdSSR ohne die Notwendigkeit einer umfassenden kriegswirtschaftlichen Kraftanstrengung; sie glaubte deshalb, von Planungen absehen zu können, politisch unerwünschte sowjetische Zwangsarbeiter nach Deutschland zu bringen.⁵⁴ Wie die Engelhardt-Denkschrift zeigt, war ein solcher Einsatz damals aber nicht undenkbar; Anfang 1941 rechnete auch die im Aufbau befindliche Wirtschaftsorganisation Ost mit der »Auswertung von Arbeitskräften für das Reich«.⁵⁵ Vermutlich im Zusammenhang mit der Hungerstrategie ließ man diesen Plan vorübergehend fallen. Im zweiten Halbjahr 1941 wurde unter maßgeblichem Einfluß des Reichsarbeitsministeriums, der Vierjahresplanbehörde und des Wehrwirtschafts-Rüstungsamtes der Verzicht darauf, sowjetische Arbeitskräfte ins Reich zu holen, schrittweise aufgehoben, wie Ulrich Herbert herausgearbeitet hat.⁵⁶ Die Darstellung der Entscheidungsprozesse im Zentrum kann insofern ergänzt werden, als auch von den wirtschaftlichen Besatzungsverwaltungen vor Ort Initiativen in diese Richtung ausgingen, so von der Gruppe Arbeit bei der Wirtschaftsinspektion Mitte bereits am 11. Juli 1941 angesichts der Arbeitslosigkeit im Raum Bialystok-Grodno-Brest.⁵⁷ Mit der Zustimmung Hitlers und Görings im Oktober und November 1941 wurde, wie es hieß, auch »den von der Gruppe Arbeit [des Wirtschaftsstabs Ost] seit Monaten vorgetragenen Wünschen Rechnung getragen«.⁵⁸ Von »Wünschen« statt Vorschlägen war hier wohl deshalb die Rede, weil die Arbeitsverwaltung nicht nur Probleme im Deutschen Reich, sondern auch im Besatzungsgebiet mit dieser Maßnahme zu lösen gedachte, indem man ihr vermeintlich überzählige Arbeitskräfte abnahm.

Das Prinzip, keine zivilen sowjetischen Zwangsarbeiter nach Deutschland zu bringen, wurde nicht erst im Herbst 1941 mit ukrainischen Bergarbeitern fürs Ruhrgebiet durchbrochen,⁵⁹ sondern sofort nach dem deutschen Angriff mit litauischen, polnischen und weißrussischen Landarbeitern. Auf Bitte des ostpreussischen Gauleiters und Oberpräsidenten Koch genehmigte General Thomas für den Wirtschaftsführungsstab Ost am 3. Juli, daß litauische Arbeitskräfte für die ostpreussische Landwirtschaft angeworben werden durften.⁶⁰ Etwa zehn Tage später wurden die ersten Anwerbekommandos nach Litauen geschickt,⁶¹ die bis zum 20. Juli 1800 Personen anwarben und ihre Aktion Mitte August beendeten, nachdem, wie angestrebt, 15 000

54 Hierzu mit teilweise anderer Wertung Herbert 1985, S. 132 ff. – Im folgenden wird für die nach Deutschland gebrachten weißrussischen Arbeitskräfte der Begriff Zwangsarbeiter verwendet. Zwar wurden, wie noch auszuführen ist, nicht alle diese Menschen gegen ihren Willen nach Deutschland transportiert. Im Reich selbst erfuhren die Freiwilligen aber keine bessere Behandlung als die anderen »Ostarbeiter«, geprägt durch schwere Arbeit praktisch ohne Lohn und oft unter Mißhandlungen sowie Wohnen in Lagern hinter Stacheldraht (vgl. Herbert 1985, S. 154–179, 190 ff.). Hierfür kann nicht nur, sondern muß der Begriff Zwangsarbeit verwendet werden.

55 Teil der Aufgabenbeschreibung des geplanten Referats Wi VII/2 in der vorläufigen Stellenbesetzungsliste »Wirtschaftsabteilung« (undatiert, mit handschriftlichem Vermerk v. 6. 3. 1941, d.h. vorher entstanden), BA-MA WF-01/1076, Bl. 813–817.

56 Herbert 1985, S. 137–149.

57 Vgl. KTB WiIn Mitte v. 11. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 658.

58 KTB WiStab Ost v. 4. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 216.

59 Herbert 1985, S. 144.

60 Fernschreiben WiStab Ost (Schubert) an WiRüAmt und WiRüAmt an WiStab Ost, beide v. 3. 7. 1941, BA-MA RW 31/90b.

61 Es waren 30 Beamte mit zehn Pkw. KTB WiIn Nord (Überblick 9. 6.–31. 12. 1941), BA-MA RW 31/584, Bl. 7.

Menschen unter falschen Versprechungen nach Ostpreußen gebracht worden waren.⁶² Ähnliche Anwerbekampagnen fanden auch im Bezirk Bialystok und im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte (hier seit Ende Juli) statt. Letztere wurde vom Leiter der Gruppe Arbeit im Wirtschaftsstab Ost, Günter Rachner, maßgeblich unterstützt, der darin durchaus schon den Beginn einer großangelegten Arbeitskräftezufuhr ins Reich sah.⁶³ Bis zur Jahreswende 1941/42 wurden allein aus dem Bezirk Bialystok 20 000 Arbeitskräfte ins Reich gebracht. Zumindest ein Teil von ihnen zwangsweise, denn unter ihnen befanden sich im September auch Evakuierte aus der Gegend des Waldes von Białowieża.⁶⁴ Die Aktion wurde also auch nach der Ernte weitergeführt. Für genauere Angaben fehlen die Quellen.

Nachdem Göring auf den Sitzungen am 7. und 8. November 1941 das Startsignal für den großangelegten Einsatz von sowjetischen Arbeitskräften in der deutschen Kriegswirtschaft gegeben hatte, begann im Dezember 1941 auch die Anwerbung in Weißrußland.⁶⁵ Zeitweilig war diese Region in Berlin anscheinend nicht als bevorzugtes Rekrutierungsgebiet betrachtet worden, aber nun sah der Wirtschaftsführungsstab Ost wieder eine der wesentlichsten Reserven »in Weißruthenien, wo auf dem Lande mehr Arbeitskräfte – insbesondere Frauen – leben, als für die dortige Landwirtschaft gebraucht werden«. Weißrussische Frauen, die auch die Wirtschaftsinspektion Mitte loswerden wollte, sollten möglichst schon für die Frühjahrsbestellung ins Reich.⁶⁶ Außerdem war die »Evakuierung von Industriestädten« geplant; Facharbeiter seien dort »auszusondern« und von der allgemeinen Hungerpolitik auszunehmen. Das bezog sich vor allem auf die ukrainischen Städte, konnte aber für die weißrussischen gleichfalls gelten. Denn obwohl die deutschen Zentralbehörden Landarbeiter aus Weißrußland erwarteten, gab es die Möglichkeit des Zugriffs auf Arbeitskräfte, auf registrierte Arbeitslose technisch nur in den Städten. Die lokalen Besatzungsbehör-

62 Vgl. ebd.; KTB WiStab Ost v. 12., 14. und 20. 7. sowie 18. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 32 f., 42 und 89. Die Krakauer Zeitung schrieb am 4. 12. 1941, es seien 12 000 Arbeitskräfte angeworben worden. BA 62 DAF 3, Nr. 32354, Bl. 1R. Der Stadtkommissar in Kaunas (Bericht v. 18. 2. 1944, in: N. Müller 1991, S. 530 f.) beschwerte sich später, die Zusage, es solle um einen höchstens sechsmonatigen landwirtschaftlichen Einsatz gehen, sei gebrochen worden. Die Arbeiter wurden in Ostpreußen festgehalten. Außerdem wurden Versprechen hinsichtlich Lohnhöhe und Ernährung nicht eingehalten (Lagebericht des Generalstaatsanwalts Königsberg v. 16. 4. 1942, in: Tilitzki, S. 195 f.).

63 KTB WiStab Ost v. 27. und 28. 7. sowie 3. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 54 f. und 65. Vgl. auch Chef WiStab Ost, Vierzehntagebericht WiStab Ost (Feldzugsbeginn bis 6. 7. 1941) v. 12. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 837.

64 Vgl. R.-D. Müller 1989, S. 775; zu Białowieża: EM 91 v. 22. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2500.

65 Und zwar sowohl im GK Weißruthenien (zumindest im Raum Glebokie-Wilejka) als auch bei der WiIn Mitte. Vgl. Bericht Regierungsrat Grünthaler ans RAM v. 20. 12. 1941, in: Eine Schuld, S. 201; KTB WiIn Mitte, Tätigkeitsbericht für 7.–23. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 701.

Zu Göring siehe die Zusammenstellung der Quellen bei Ueberschär/Wette, S. 328–337. Bereits zuvor hatte das Reichsarbeitsministerium angekündigt, sowjetische Arbeitskräfte sollten nach Deutschland gebracht werden. RMI, Schnellbrief v. 4. 11. 1941, BA R 18/3646.

66 Das war kaum zu verwirklichen und wurde von v. Gusovius (WiRüAmt) mit der ironischen Notiz »dann aber schnell!« kommentiert. Mit »Weißruthenien« war hier im übrigen nicht das Generalkommissariat, sondern Weißrußland im ganzen gemeint. Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftsführungsstabes Ost am 18. 12. 1941 v. 21. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 623. Vgl. den Vorschlag in WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 10 v. 22. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1034, aber dagegen KTB WiStab Ost v. 13. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 134.

den wollten mit den Verschickungen außerdem einen Teil der Ernährungsprobleme lösen. So kam es, daß 1942 aus Weißrußland vor allem Stadtbewohner nach Deutschland gebracht wurden. General Koch-Erpach, v. Schenckendorffs zeitweiliger Vertreter, ordnete zum Beispiel an, mit den Rekrutierungen in Witebsk, Smolensk, Bobruisk, Gomel, Mogilew, Orscha und Borisow anzufangen, während das Ostministerium ausschließlich Landarbeiter haben wollte.⁶⁷ Das Wirtschaftskommando in Witebsk zeigte sich indes erfreut:

»Der erste Transport russischer Arbeitskräfte ging in diesem Monat ins Reich ab. Weitere werden folgen. Für die Frage der Ernährung der Zivilbevölkerung wird es sich vorteilhaft auswirken, wenn jede Woche eine größere Anzahl unnützer Esser aus dem Gebiet verschwindet und einer nutzbringenden Tätigkeit zugeführt wird. [...] So sind in Witebsk durch die Zerstörungen Zehntausende von Fabrikarbeitern brotlos geworden, die im Reiche gute Verwendung finden dürften. Es handelt sich hier in der Hauptsache um Arbeiter aus der Textil- und Chemiebranche.«⁶⁸

Das waren zwar zum Teil Übertreibungen – »Zehntausende von Fabrikarbeitern« waren in Witebsk gar nicht mehr vorhanden –, spiegelte die Grundtendenz aber richtig wider. Die Anforderungen der Zentralstellen waren nur zum Teil zu befriedigen, manchmal zu einem sehr geringen Teil wie in Borisow. Durch den Abzug wurde der Mangel an Arbeitern, der durch die Inangasetzung zusätzlicher Industriebetriebe und durch die Ermordung der Juden entstand, verstärkt.⁶⁹ Wer wie Kube vorwiegend 18- bis 25jährige Landarbeiter und Landarbeiterinnen schicken wollte,⁷⁰ täuschte sich über die tatsächlichen Möglichkeiten hinweg.

Das taten im übrigen auch diejenigen offenbar nicht wenigen Besatzungsfunktionäre, die trotz der Erfahrungen in Polen damit rechneten, daß durch den Reichseinsatz die »Stimmung« der Bevölkerung nicht etwa beeinträchtigt, sondern positiv beeinflusst würde.⁷¹

b) Gesamtumfang und zahlenmäßige Entwicklung

Bevor genauer auf den Apparat und die Methoden zur Gewinnung von Zwangsarbeitern fürs Reich eingegangen wird, soll zunächst der zahlenmäßige Umfang und das Auf und Ab der Deportationen beschrieben werden. Man muß dabei berücksichtigen, daß die verschiedenen deutschen Statistiken voneinander abweichen und für das Jahr 1944 widersprüchlich sind. Fürs GK Weißruthenien liegen nur Bruchstücke einer Gesamtstatistik vor. Wegen der fehlenden Deckungsgleichheit der Territorien kann eine genaue Gesamtzahl für Weißrußland in seinen Nach-

67 Berück Mitte, Abt.VII/Kr.Verw., Verwaltungs-Anordnungen Nr. 13 v. 7.1.1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1142, und RMO III Wi.Arb.Pol.u.Soz.Verw. (gez. Meyer) mit Anlagen 1 und 2 v. 6.3.1942, BA R 6/73, Bl. 21–25. Vgl. auch Listen über zwischen Februar und April 1942 abtransportierte Arbeiter in ZStA Minsk 397–1–2 und für die Ukraine Mulligan 1988, S. 113f.

68 KTB WiKdo Witebsk, Rückblick März 1942, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 746.

69 Vgl. KTB WiKdo Borisow v. 10. und 19.3.1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 1018 und 1021, und GK Weißruthenien, Abt.Verwaltung, Allgemeiner Lagebericht v. 15.10.1942, BA R 93/3, Bl. 42.

70 Vgl. den Artikel Kubes in der Deutschen Zeitung im Ostland v. 1.1.1942.

71 Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 19 v. 4.7.1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 216, und zurückblickend Berück Mitte, Abt.VII/Mil.-Verw., Monatsbericht November 1942 v. 5.12.1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 992.

kriegsgrenzen aus den deutschen Akten nicht ermittelt werden.⁷² Es ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 14: Abtransporte von »Ostarbeitern« aus Weißrußland ins Reich⁷³

	1942		1943		1944	
	WiIn Mitte	GK Weißr.	WiIn Mitte	GK Weißr.	WiIn Mitte	GK Weißr.
Januar	–	Januar	925	896	5 122	
Februar	659	bis	3 471	2 700	11 262	
März	5 985	April:	4 441	4 300	22 115	2 478
April	11 857	17 000	4 506	April	12 653	2 500
Mai	15 446		3 960	bis Juni:	24 291	I. I.–25. 5. 10 562
Juni	20 956		5 830	10 175	25 293	
Juli	25 861		3 501		37 128	
August	11 277	852	24 013	13 241(?)		
September	5 901	344	7 373			
Oktober	1 677		11 124			
November	8 122	378	11 769			
Dezember	6 965		10 312			
Gesamt	114 706	ca. 32 000	91 195	ca. 60 000	137 864	ca. 24 000
			1942–1944	insgesamt:	343 765	116 082

Was die Gesamtzahlen angeht, so wurden für die Wirtschaftsinspektion Mitte von Müller 307 927 (ohne Juli 1944) angegeben, von Dallin auf Grund einer anderen Quelle 284 288. Am 7. November 1942 meldete die Wirtschaftsinspektion den hun-

72 Außerdem brachten bei den Rückzügen 1943/44 Reichsbahn und Organisation Todt selbständig an den Arbeitseinsatzstellen vorbei Arbeitskräfte ins Reich, so die RVD Minsk und das Feldeisenbahnkommando 2 zwischen 6. 10. 1943 und 15. 3. 1944 6028 Menschen. Vgl. HeWiFü Mitte, KTB-Beitrag Abt. Arbeit v. 21. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 72; über die Vorschriften Speers für die OT das Fernschreiben Okdo. H.Gr. Mitte/O.Qu./Qu 2 an PzAOK 3 v. 22. 8. 1943, Nbg. Dok. NOKW-2350, BA F 44807.

73 Zahlen für WiIn Mitte nach: Müller, Wirtschaftspolitik, Anlage 73, S. 549 f., ab Januar 1944 einschließlich Zivilverwaltung; für Januar 1942–April 1943 ähnlich laut Anlage zu WiIn Mitte, Bericht über die Auswirkungen der Bandenlage v. 17. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 275; Juli 1944 nach HeWiFü Mitte, Abt. Arbeit, Bericht über die personelle Räumung im Bereich der Heeresgruppe Mitte v. 3. 8. 1944, BA-MA WF-03/15901, Bl. 84. Hiernach wurden 1944 insgesamt 146 000 Arbeitskräfte deportiert, nach dem Lagebericht des HeWiFü Mitte für Juni v. 24. 8. 1944 (ebd., Bl. 166) jedoch i. I.–25. 6. nur 77 281. Weitere Abweichungen nach KTB WiStab Ost, Beiträge Chefgr. Arbeit v. 30. 4. und 27. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 366 und 373. – Für GK Weißruthenien nach: EM 190 v. 17. 4. 1942, BA-MA SF-01/28934, Bl. 264 (Januar–April 1942); GK Weissruthenien, Abt. III/ASo, Ref. Arbeitseinsatz, Über die Arbeitseinsatzlage im Generalbezirk v. 19. 10. 1942, BA F 712, Bl. 5191 (August und September); Chef Sipo/SD, Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 v. 22. 1. und Nr. 50 v. 16. 4. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 426 und 826 f. (Dezember 1942 bis Februar 1943); Rede des Abteilungsleiters Freudenberg v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 97 (März 1943); WehrwiKdo Minsk, KTB-Rückblick zum 2. Quartal 1943 und Lagebericht Nr. 28 v. 26. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1142, und 42899, Bl. 54; WiStab Ost, Monatsberichte März und April 1944 v. 21. 4. und 23. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 677, und FPF-01/7854, Bl. 770; WiStab Ost, KTB-Beitrag Chefgr. Arbeit v. 27. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 373 (i. I.–25. 5. 1944). Gesamtzahl nach Dallin, S. 465.

derttausendsten und am 1. Dezember 1943 den zweihunderttausendsten verschleppten Zwangsarbeiter.⁷⁴ Im GK Weißruthenien wurden bis Ende September 1942 31 217 zivile Ostarbeiter gezählt (im Hauptbezirk Baranowitschi bis Ende August lediglich 12 000), bis Ende November 31 808, bis Ende März 1943 40 000, bis Ende Februar 1944 97 829 und bis Ende März 1944 100 765.⁷⁵

Für beide Gebiete zusammen wurden in der Mitteilung an den Generalquartiermeister 400 370 deportierte Menschen angegeben, vom Heeresgruppenwirtschaftsführer Mitte 452 000, was etwa der obigen Zusammenstellung entspräche.⁷⁶ Dabei ist zu bedenken, daß bis zum Rückzug aus den besetzten mittell russischen Gebieten im September 1943 der größere Teil der Arbeitskräfte aus dem Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte aus dem russischen und nicht aus dem weißrussischen Teil stammte; bis zum Oktober 1942 rund 55 bis 60 Prozent.⁷⁷ Andererseits wären hierzu die Ostarbeiter zu addieren, die aus den heute weißrussischen Teilen des Bezirks Bialystok (schätzungsweise die Hälfte von etwa 40 000) und des Reichskommissariats Ukraine kamen. Aus Wolhynien-Podolien wurden bis Mitte 1943 283 000 Arbeitskräfte nach Deutschland transportiert, davon allerdings der geringste Teil aus dem weißrussischen Norden, ungefähr 50 000.⁷⁸ Aus dem GK Shitomir waren es bis zum August 1943 184 000, der Anteil aus den weißrussischen Gebieten ist unbekannt.⁷⁹ Insgesamt ergibt sich daraus folgende Überschlagsrechnung:

74 Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 550; Dallin, S. 465, basierend auf Vortragsnotiz WiStab Ost für GenQu v. 28. 7. 1944, abgedruckt in: N. Müller 1991, S. 574; ferner KTB WiStab Ost v. 7. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 972, und KTB-Wochenbeitrag WiStab Ost, Chefgr.Arbeit, v. 10. 12. 1943, BA-MA RW 31/35. Der Monatsbericht WiStab Ost für April 1944 v. 23. 5. 1944 (BA-MA FPF-01/7854, Bl. 770) meldete einen Stand von 243 533.

75 GK Weißruthenien, Abt. ASo, Über die Arbeitseinsatzlage im Generalbezirk v. 19. 10. 1942, BA F 712, Bl. 5191; Hauptkommissar Baranowitschi an GK Weißruthenien, Abt. III ASo, v. 27. 8. 1942, Nbg. Dok. NG-1315; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 v. 22. 1. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 426; Rede Freudenbergs v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 97; Informationsbüro des Führungsstabes Politik [im RMO], Über die Lage im Generalbezirk Weißruthenien im Monat März v. 12. 5. 1944, BA F 13681, Bl. 832; HeWiFüMitte, Lagebericht April 1944 v. 5. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 452. Aus den Gebieten Baranowitschi und Slonim kamen 17 000 bzw. 14 000 Ostarbeiter. Vgl. Tätigkeitsberichte v. 11. bzw. 10. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 135, und IfZ Fb 104/2.

76 WiStab Ost an GenQu v. 28. 7. 1944, in: N. Müller 1991, S. 574; HeWiFü Mitte, Abt.Arbeit, Bericht über die personelle Räumung im Bereich der Heeresgruppe Mitte v. 3. 8. 1944, BA-MA WF-01/15901, Bl. 84.

77 Bis dahin kamen 41 000 aus dem rückwärtigen Heeresgebiet (das, grob gesagt, dem ostweißrussischen Gebiet entsprach) und 55 000 aus den rückwärtigen Armeegebieten. Vortrag Gelberg laut Protokoll der Kommandeurbesprechung bei WiIn Mitte am 11./12. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 567. Ein noch größeres Überwiegen des russischen Teils deuten einige andere Berichte an, z.B. WiIn Mitte, Lageberichte Nr. 19 und 21 v. 4. 7. und 3. 9. 1942, ebd., Bl. 214 und 348, sowie KTB WiStab Ost v. 2. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 512.

78 Vgl. zum Bezirk Bialystok Madajczyk 1988, S. 246. Gesamtzahl aus dem GK Wolhynien-Podolien nach dem Stichwortprotokoll über die Dienstbesprechung bei Generalkommissar Wolhynien und Podolien in Rowno, 3. 6. 1943, BA-MA FPF-01/8136, Bl. 476. Aus den Gebieten Brest (knapp 20 000), Pinsk (22 191 ohne die letzten Evakuierungstransporte, davon 1943 allein 10 556) und Kobryn (10 000) dürften allein rund 45 000 Ostarbeiter gekommen sein. Aus dem Gebiet Stolin liegen keine Angaben vor. Vgl. Tätigkeitsbericht des Arbeitsamtes Brest-Litowsk für die Jahre 1941–1944 v. 24. 8. 1944, BA R 93/14; GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht, ebd.; GebK Kobryn, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 21. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 174.

79 WewiKdo Shitomir, Lagebericht Juli/August 1943 v. 23. 8. 1943, BA-MA RW 30/192. Vgl. den mündlichen Bericht des Generalkommissars Leyser gegenüber Rosenberg am 17. 6. 1943, in: N. Müller 1991, S. 431ff.

Tabelle 15: *Ins Deutsche Reich verschleppte zivile weißrussische Arbeitskräfte*

Wirtschaftsinspektion	Mitte(weißruss. Teil)	180 000
GK Wollhynien-Podolien	(")	50 000
GK Shitomir	(")	20 000
Bezirk Bialystok	(")	20 000
GK Weißruthenien	(")	<u>116 082</u>
		386 082

Dieser Näherungswert stimmt mit der offiziellen weißrussischen Zahl von 376 362 Deportierten fast überein, deren Qualität hoch einzuschätzen ist, da sie offenbar auf Einzelfallmeldungen beruht.⁸⁰

Damit wurden etwa 4,2 bis 4,4 Prozent der ungefähr 8,5 bis 9 Millionen nach der sowjetischen Evakuierungsaktion im Lande gebliebenen Weißrussen als zivile Ostarbeiter nach Deutschland verschleppt. Diese Quote war nicht wesentlich geringer als die der »besetzten Ostgebiete« insgesamt (knapp 5 Prozent), lag aber deutlich unter der in einigen benachbarten oder vergleichbaren Regionen (Wollhynien-Podolien 6,2 Prozent, GK Shitomir 6,5 Prozent, GK Kiew schon im August 1942 6,85 Prozent;⁸¹ auf anderer Berechnungsgrundlage Generalgouvernement 10,3 Prozent, Warthegau 12,2 Prozent, Oberschlesien und Danzig-Westpreußen 3,5 Prozent⁸²). Die Differenz war zeitweilig noch größer, der weißrussische Bereich holte 1944 gewissermaßen noch auf.⁸³ Die Gründe für die kleinere Deportationsquote in Weißrußland sind außer im Widerstand der Einwohner auch im – anders als in der Ukraine – geringen Anteil der Stadtbevölkerung und in der schlechten verkehrstechnischen Erschließung des Landes zu suchen. Der Gesamtumfang der Verschleppung von Arbeitskräften aus Weißrußland blieb zwar noch etwas stärker als in den anderen besetzten Gebieten

80 Vgl. Gesamtangaben über die Opfer der deutsch-faschistischen Verbrechen in Weißrußland (nach Angaben der Gebietskommissionen), Juli 1945, ZStA Minsk 845–1–58, Bl. 10 (russ.). Auf diese Angaben stützen sich die sowjetischen und DDR-Darstellungen (siehe etwa Baranowa/Pawlowa, S. 112, und Müller 1971, S. 194). Erheblich überhöht sind die Angaben des ehemaligen Führungsmitglieds des »Weißruthenischen Selbsthilfewerks« Ludwig Golubowitsch, Weissruthenien unter deutscher Besatzung 1941–1944 (Entwürfe), BA OstDok 13/508, Abschnitt IVa (550 000 zuzüglich »mehrere[r] 100 000« Flüchtlinge des Jahres 1944).

81 »Besetzte Ostgebiete«: Bevölkerung 30. 6. 1942 – also nicht zur Zeit der größten Ausdehnung – 52,091 Millionen Einwohner (Verwaltungsgliederung der besetzten Ostgebiete, BA R 26 IV/vorl. 38). Bis 30. 6. 1944 deportiert 2,792 Millionen Zivilisten (Dallin, S. 465), zu dieser Zeit in Deutschland registriert 2,126 Millionen (Herbert 1985, S. 271; hinzuzurechnen wären etwa 200 000 Rückkehrer und Todesfälle). GK Wollhynien-Podolien und Shitomir (4,2 und 2,6 Millionen Ew.): Bevölkerungsangaben nach: Uebersicht über die Verwaltungseinteilung des Reichskommissariats Ukraine nach dem Stande vom 1. Januar 1943, BA F 13741, Bl. 933–939 und Angaben in BA D-H ZB II 4824, A. 4, Bl. 1–13. GK Kiew nach: Niederschrift über die anlässlich des Besuches von Gauleiter Sauckel stattgefundene Arbeitstagung im GK Kiew, BA F 3661, Bl. 3474.

82 Hier folge ich Czesław Łuczak 1991, S. 98. Allerdings war bei diesen Berechnungen der Begriff »Zwangsarbeiter« umfassender definiert und schloß z.B. Kriegsgefangene mit ein.

83 Bis zum 8. 6. 1943 wurden aus dem RK Ukraine 5,7 % der Bevölkerung verschleppt, bei der WiIn Süd 4,9 %, bei der WiIn Nord 4,4 %, aus dem RK Ostland 1,0 % und aus dem Bereich der WiIn Mitte 2,3 %. Der Durchschnitt lag bei 4,1 %. Aktenvermerk über eine Dienstreise nach Kiew zu einer vom GBA einberufenen Arbeitstagung, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 450.

der Sowjetunion hinter den deutschen Erwartungen zurück, dennoch handelte es sich auch hier um »Menschenbewegungen von nahezu gigantischem Ausmaße«, ⁸⁴ um einen wesentlichen Teil der gezielten deutschen Bevölkerungspolitik.

Der Verlauf der Deportationen zeigt drei Höhepunkte: Im Frühling und Frühsommer 1942 wurden in erster Linie städtische Arbeiter(innen) abgezogen; in der zweiten Jahreshälfte 1943 wirkte sich im GK Weißruthenien und zum Beispiel auch im Gebiet Pinsk die Umfunktionierung der Partisanenbekämpfung zur Arbeitskräftebeschaffung aus, bei der Wirtschaftsinspektion Mitte zusätzlich die Zwangserfassung der Jahrgänge 1925/26 (August) und die Rückzugsbewegungen (Herbst); im gleichen Gebiet nahmen die zeitlich gestreckten Evakuierungen frontnaher Zonen 1944 noch zu. In den Wintermonaten verhinderten Klima und Verkehrsverhältnisse große Abtransporte. ⁸⁵ Im Herbst 1942 waren die städtischen Arbeitskräftereserven erschöpft, neue Instrumente der Arbeitseinsatzverwaltung zum Ausgreifen auf das Land (Vervollständigung der Statistiken, arbeitswissenschaftliche Ermittlung des notwendigen Arbeitskräftebesatzes, Dienstverpflichtung bestimmter Jahrgänge, Evakuierung ganzer Landstriche) waren erst ab Sommer 1943 vorhanden beziehungsweise durchsetzbar; daher lag in der Zwischenzeit ein Tief.

Anfang 1942 war im Reich die Dienststelle des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) unter dem thüringischen Gauleiter Fritz Sauckel gegründet worden, die die Krise der deutschen Kriegswirtschaft auf dem Arbeitskräftesektor beseitigen sollte. ⁸⁶ Seine Anforderungen waren noch wesentlich höher als die Zahl der Verschleppungen. Dem GK Weißruthenien wurde 1942 die Abgabe von zunächst 60 000, dann 100 000 Arbeitskräften auferlegt, 1943 weitere 130 000 und 1944 50 000 (insgesamt also 280 000). ⁸⁷ Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte sollten es 1942 bis Ende August 120 000 sein, am 30. Oktober erreichte das rückwärtige Heeresgebiet Mitte eine neue Forderung von 32 000; 1943 sollten es zunächst 100 000, ab April täglich 1000 sein, 1944 75 000 (mit dem GK Weißruthenien zusammen 125 000) – das wären mindestens 450 000 Arbeitskräfte gewesen. ⁸⁸ Das GK Shitomir sollte 1942 140 000 abgeben, der weißrussische Teil des GK Wolhynien-Podolien 50 000, und 1943 sollten im RK Ukraine nochmals 10 Prozent aller Beschäftigten in Industrie, Verwaltung,

⁸⁴ Vortrag Oberst Dr. Musset (Chef des Stabes im WiStab Ost) vor der Kriegsakademie am 6. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 1098.

⁸⁵ Die Mitarbeiter in den Rekrutierungskommandos bekamen in dieser Zeit Urlaub vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 26 v. 4. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 893.

⁸⁶ Vgl. dazu Herbert 1985, S. 149–154, und Erlaß Hitlers v. 21. 3. 1942 mit Durchführungsanordnung v. 27. 3., in: IMT, Bd. 27, S. 432f.

⁸⁷ Vgl. Anlage zu RMO, III Wi Arb.Pol.u.Soz.Verw. v. 6. 3. 1942, in: IMT, Bd. 26, S. 169f.; EM 193 v. 17. 4. 1942, BA-MA SF-01/28934, Bl. 264; RK Ostland, Abt. III ASo v. 3. 5. 1943 an GK Riga, in: IMT, Bd. 30, S. 102; Sauckel an Rosenberg persönlich v. 17. 3. 1943, in: IMT, Bd. 25, S. 80; Aktenvermerk Sitzung beim GK Weißruthenien am 14. 2. v. 17. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 1017.

⁸⁸ Diese Angaben sind wahrscheinlich unvollständig. Vgl. KTB WiStab Ost v. 22. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 59; KTB Berück Mitte, Quartiermeister, v. 30. 10. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 801; WiStab Ost, KTB-Beitrag Chefrg. Arbeit für 24.–30. 4. v. 30. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1317; Sauckel an Rosenberg v. 17. 3. 1943, in: IMT, Bd. 25, S. 80; HeWiFu Mitte, Abt.Arbeit, Aktenvermerk über die Besprechung mit Sauckel in Weimar am 7./8. 1. 1944, in: N. Müller 1991, S. 522f.

Landwirtschaft und bei der Wehrmacht abtransportiert werden.⁸⁹ Sauckel pflegte seine Ansprüche bei wiederholten Besuchen in den besetzten Gebieten mit drastischen Worten zu unterstreichen, da er auf die Kooperation der Besatzungsverwaltungen angewiesen war.⁹⁰

c) Die Organisation und ihre Methoden

Um zu verstehen, wie sehr bei den zahlenmäßigen Schwankungen in der Arbeitskräftemobilisierung strukturell-organisatorische Gegebenheiten eine Rolle spielten, muß man sich der Funktionsweise des deutschen Rekrutierungsapparates zuwenden. Dieser Apparat war zweigeteilt und bestand einerseits aus der bereits skizzierten Arbeitsverwaltung (vgl. Kap. 6.1), andererseits aus den Arbeitseinsatzkommissionen, die dem GBA unterstanden. Nach dem Leiter dieser Dienststelle wurden diese Kommandos auch »Sauckelkommissionen« genannt. Ihre Tätigkeit ist wie das ganze System der Arbeitskräftedeportationen aus den besetzten sowjetischen Gebieten wenig erforscht, und die Quellenlage dazu ist leider sehr schlecht.⁹¹ Beauftragter Sauckels für die besetzten sowjetischen Gebiete wurde schrittweise der thüringische Landesbauernführer Rudi Peuckert.⁹²

⁸⁹ Siehe Niederschrift über die anlässlich des Besuches von Gauleiter Sauckel am 12. 8. 1942 stattgefundene Arbeitstagung im Generalkommissariat Kiew, BA F 3661, Bl. 477; Anlage zu RMO, III Wi Arb. Pol. u. Soz. Verw. v. 6. 3. 1942, in: IMT, Bd. 26, S. 169 f.; RK Ukraine, Lagebericht März/April 1943 v. 14. 5. 1943, BA F 13683, Bl. 56; GebK Brest-Litowsk, E, Monatsbericht März 1943 v. 15. 3. 1943, BA F 13751, Bl. 1121.

⁹⁰ Programm für den Sauckel-Besuch am 10./11. 8. des GK Weißruthenien, Abt. II Verwaltung v. 6. 8. 1942, ZStA Minsk 370–1–756, Bl. 90; Minsker Zeitung v. 22. 4. 1943; Matthiessen, S. 410 und 414; RK Ukraine (Dargel), Bericht über eine Dienstreise nach Berlin zum Ostministerium am 22. und 23. September v. 25. 9. 1942, BDC O. 342, Bl. 9; Tätigkeitsbericht der Abteilung Qu 2 der 3. Panzer-Armee für 17. 7. 1943 (Abschrift), Nbg. Dok. NOKW-2386.

⁹¹ Zu den Ostarbeiterrekrutierungen N. Müller 1971, S. 179–194; Herbert 1985, S. 157–161 und 255–259; Dallin, S. 448 f.; Abschlußbericht WiStab Ost in R.-D. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 318–325. Quellen bezüglich dieses Problems sind teilweise abgedruckt bei N. Müller 1982, S. 279–323, und Eine Schuld, S. 238–311.

⁹² Peuckert (* 1908), im Reich zuvor schon »Beauftragte[r] für den Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft und Kriegsernährungswirtschaft«, war GBA-Beauftragter im RKU und seit Januar 1943 auch beim RMO. Im März 1943 übernahm er die Leitung der Chefgr. Arbeit im WiStab Ost. Vgl. Niederschrift Peuckerts über ein Gespräch mit Backe am 14. 4. 1942 (Abschrift), BA 36.01, Nr. 2224, Bl. 48; Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 298; KTB WiStab Ost v. 4. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 556; Notiz über eine Besprechung zwischen Sauckel und Rosenberg v. 21. 1. 1943, BA F 13687, Bl. 592; Bestellung Peuckerts als Bevollmächtigter für die besetzten Ostgebiete durch Sauckel v. 27. 1. 1944 (Abschrift), BA-MA FPF-01/7855, Bl. 1095. Ferner Lehmann 1991, S. 129 und 138. – GBA-Beauftragter im RK Ostland war 1942–1944 Dr. Boening, sein Nachfolger ab Mai 1944 Präsident Gabriel. Sie waren zuvor Leiter der Landesarbeitsämter Danzig-Westpreußen bzw. Pommern (BA-MA RW 42/9, H. 2). Boening war für die WiIn Mitte mit zuständig, bis Franz Gelberg (Abt. Ltr. Arbeit) ihn ablöste (Ernennung Gelbergs durch Sauckel v. 19. 1. 1944 (BA-MA FPF-01/7855, Bl. 1097). Leiter der GBA-Außenstelle im GK Weißruthenien war 1944 Regierungsrat Tuschen (Fernsprechverzeichnis des GK Weißruthenien von 1944, BA R 93/11). Vgl. KTB WiStab Ost v. 12. 10. und 28. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 922 und 972; Vern. Friedrich Jeckeln v. 22. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, Bd. 1, Bl. 33; KTB WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, v. 11. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 578; Aktenvermerk über die Sauckel-Tagung am 7. und 8. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 1121.

Die ersten Arbeitseinsatzkommissionen wurden im Dezember 1941 noch vom Reichsarbeitsministerium nach Weißrußland entsandt.⁹³ Im Frühjahr 1942 folgten weitere; im April wurden fünf neue Gruppen zur Wirtschaftsinspektion Mitte geschickt, und zur Mitte dieses Jahres gab es dort acht Kommissionen mit 46 Werbern.⁹⁴ Später scheinen sie bis zu einem Drittel der Beamten der Arbeitsverwaltung in den besetzten sowjetischen Gebieten umfaßt zu haben.⁹⁵ Ihnen schlug von Anfang an das Mißtrauen der Bevölkerung entgegen. Das Kommando des Landesarbeitsamts Sudetenland, das nach Minsk versetzt worden war, berichtete: »Die Anwerbekommissionen hatten zunächst wenig Erfolg, da Gerüchte umliefen, dass die ruthenischen Arbeiter in Deutschland ähnlich wie die russischen Juden behandelt würden.«⁹⁶ Nachdem sie dann ein paar Monate einigermaßen erwartungsgemäß funktioniert hatten, gerieten die »Sackelkommissionen« im Spätsommer 1942 in Schwierigkeiten. Sie konnten kaum auf dem Lande tätig werden, da dies wegen der erstarkten Partisanenbewegung zu gefährlich war und da die einheimische Verwaltung lahmgelegt war und ihnen keine Menschen zuführte. Ein weiterer Grund lag darin, daß die vermeintlichen Arbeitskräftereserven nicht mehr vorhanden oder registriert waren und es keinen Weg gab, die angeblich überzähligen Arbeiter(innen) festzustellen und damit Konflikten mit der Landwirtschaftsverwaltung aus dem Wege zu gehen.⁹⁷ Die Chefgruppe Arbeit der Wirtschaftsinspektion Mitte beantragte sogar die Verlagerung der Kommissionen nach Südrußland, da sie nichts mehr brächten, und im Gebiet Brest scheint ein solcher Abzug zwischen Herbst 1942 und Mai 1943 tatsächlich stattgefunden zu haben. Im Mittelabschnitt wurde ein Teil der Kommandos hingegen damit beauftragt, den enormen regionalen Arbeitskräftebedarf der Organisation Todt sicherzustellen.⁹⁸

93 Sie kamen von den Landesarbeitsämtern Sudetenland und Hessen. Chef der Ordnungspolizei, Betr.: Anwerbung und Arbeitseinsatz russischer Arbeitskräfte v. 10. 2. 1942, Anlage 1 (mit Abfahrterminen), BA R 19/305, Bl. 32f.; Bericht Regierungsrat Grünthaler an RAM v. 20. 12. 1941, in: Eine Schuld, S. 201.

Die »Sackelkommissionen« wurden im Gegensatz zu den Beamten der Abteilung Arbeitseinsatz und Sozialverwaltung jeweils geschlossen aus einem Reichsgau geschickt. 1943 waren im GK Weißruthenien die Arbeitsstäbe »Sachsen«, »Mitteldeutschland«, »Brandenburg« und »Sudetenland« tätig. Wewikdo Minsk, Sonderbericht über Arbeitseinsatzfragen für die Zeit vom 24. 6.–25. 7. 1943 v. 29. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 44.

94 Im Militärverwaltungsbereich gab es bis dahin insgesamt 43 Kommissionen mit 240 Beamten. WiStab Ost, Chefr. Arbeit, KTB-Rückblick für das 2. Vierteljahr 1942 v. 21. 7. 1942 und KTB WiStab Ost v. 10. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 523 und 680. Siehe auch Vern. A.A.P. (weißrussischer Arzt im Arbeitsamt Minsk) v. 19. 7. 1944, ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. I, Bl. 147.

95 Folgerung aus Angaben im Völkischen Beobachter (Wiener Ausgabe) v. 5. 9. 1942, BA 25.01, Nr. 6048, Bl. 115R. 1944 sollten 95 Werber allein ins GK Weißruthenien verlegt werden. HeWiFu Mitte, Abt. Arbeit, Aktenvermerk über die Tagung mit Sackel am 7. und 8. 1. 1944 in Weimar, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 1123.

96 KTB RüKdo Minsk für 12.–18. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 781. – In diesem Zusammenhang verdient ein Bericht eines Beamten des WiStabs Ost über seine Gespräche mit »Ostarbeitern« vor der Deportation vom Sommer 1942 Beachtung: »Irgendwie hat sich bei ihnen die unheimliche Prozedur der Entlassung herumgesprochen, aber aufgeklärt über den Sinn und Zweck dieses Verfahrens beruhigen sich die Gemüter schnell.« Vegesack, S. 94.

97 Der zuerst genannte Grund wurde in den Quellen besonders betont. Vgl. GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Allgemeiner Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 41, und EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–30. 9. 1942, ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 128.

98 KTB WiStab Ost v. 1. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 160; OT-Gebietsbeauftragter Rußland-Mitte an OT-Zentrale v. 5. 9. 1942, BA 46.02, Nr. 234; Tätigkeitsbericht des Arbeitsamtes Brest-Litowsk für die Jahre 1941–1944 v. 24. 8. 1944, BA F 13747, Bl. 389.

Zur Lösung der Krise der »Sauckelkommissionen« bis zum Sommer 1943 gehörte auch ein neues Verhältnis zu den Besatzungsadministrationen und ihren Arbeitsverwaltungen. Denn ein Konflikt mit ihnen war programmiert, da sie den örtlichen Kräftebedarf sichern sollten und sich in einer Konkurrenzsituation mit den Rekrutierungskommandos für Ostarbeiter befanden. Diese bildeten eine Parallelorganisation, die den Generalkommissaren und Wirtschaftskommandos erst im Januar beziehungsweise Mai 1943 unterstellt wurde. Nun durften sie nichts mehr ohne Zustimmung des zuständigen Arbeitsamts tun, das umgekehrt zur Hilfestellung verpflichtet war. Wegen fehlender Absprachen und Umgehung des Ostministeriums hatte es wiederholt auch Konflikte zwischen Rosenberg und Sauckel gegeben.⁹⁹ Während sich zuvor sowohl Arbeitsämter als auch Arbeitseinsatzkommissionen mit der sogenannten Anwerbung beschäftigt hatten, wurden nun neue Einsatzstäbe unter Einschluß jeweils eines Arbeitsamtsvertreters gebildet und 87 neue »Werber« geschickt.¹⁰⁰ Die Arbeitseinsatzstäbe wurden in die »ASo«-Abteilungen der Zivilverwaltung eingegliedert. Gemeinsame Konferenzen hatte es schon vorher gegeben, sie gewannen nun aber an Bedeutung.¹⁰¹

Auch die Tatsache, daß wegen des weitmaschigen Netzes der Arbeitsämter mit den Feld- und besonders Ortskommandanturen weitere Instanzen mit der Beschaffung von »Ostarbeitern« im Auftrag der Arbeitsämter beschäftigt waren, führte zu Aufgabenüberschneidungen.¹⁰² Selbst bei der Durchführung der Bahntransporte von den Sammellagern ins Reich – an und für sich eine Aufgabe des Sauckel-Apparats – waren sowohl GBA-Organe als auch die »ASo«-Abteilungen beteiligt; beide, GBA und Ostministerium, führten anscheinend regelmäßig Fahrplangespräche mit der Reichsbahn!¹⁰³ Durch die allmähliche Koordination des Vorgehens 1943/44 wurden erhebliche Reibungspunkte beseitigt.¹⁰⁴

Die Mittel, die dieser Apparat anwandte, um Arbeitskräfte zu verschleppen, waren verschieden, und zwar von Anfang an.¹⁰⁵ Das war weniger Ausdruck von Desorganisation als des Bemühens, die Rekrutierungszahlen nach oben zu treiben. Anfang 1944 gab Sauckel ausdrücklich die Anweisung, es sei »unzweckmäßig, sich auf Einzelprogramme, wie jahrgangsweise Aushebung oder Auflageerteilung oder Bandenaktion

99 Vgl. Allgemeine Richtlinien für das Verhältnis zwischen RMO und GBA v. 21. I. 1943, Besprechungsvermerk vom gleichen Tag und vorangegangenen Schriftwechsel, BA F 13687, Bl. 591–595 und 569ff.; WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, Fachliche Weisung 68/43 v. 27. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 309f.; Sauckels ursprünglicher Erlaß: Beauftr.VJP/GBA v. 31. 3. 1942, BA-MA WF-01/8986.

100 Zur anfänglichen Organisation Erlaß OKH/Gen.St.d.H./GenQu, Abt.Kriegsverwaltung v. 10. 5. 1942, in: N. Müller 1982, S. 290–293. Zur neuen Regelung bei der WiIn Mitte WiStab Ost, KTB-Beitrag Chefgr. Arbeit v. 1. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1333.

101 Vgl. Fernsprechverzeichnis des GK Weißruthenien von 1944, BA R 93/11; Zweimonatsbericht des GK Wollhynien-Podolien v. 1. II. 1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 66; HeWiFü Mitte, Abt.Arbeit, Aktenvermerk über die Sauckel-Tagung am 7. und 8. I. 1944, in: N. Müller 1991, S. 522ff.

102 Vgl. die Anweisungen von OKH/Gen Qu, Abt.Kriegsverwaltung v. 10. 5. 1942 (N. Müller 1982, S. 292f.) und zu den Verhältnissen bei der 3. Panzerarmee im Raum Witebsk Friedrich, S. 567.

103 Vgl. bezüglich des GBA Pottgießer, S. 68, und hinsichtlich des Ostministeriums RMO II, Niederschrift über die Arbeitstagung der Hauptabteilungen II – Verwaltung – des RMO, des RKO und der Generalkommissare in Riga, Reval, Minsk und Kauen am 17. und 18. 9. 1942 in Kauen v. 25. 9. 1942, BA 11.01, Nr. 51, Bl. 89. Ferner GebK Brest, Arbeitsamt, Lagebericht v. 25. 9. 1942, BA F 13751, Bl. 1023.

104 Dallin, S. 443, begnügt sich damit, dieses »Verwaltungschaos« zu konstatieren.

105 Hierzu auch R.-D. Müller 1989, S. 772ff., und ders., Rekrutierung, S. 243.

allein festzulegen«. ¹⁰⁶ Bei der folgenden Beschreibung dieser Methoden ist zu beachten, daß mit den meisten jeweils gleichzeitig sowohl »Ostarbeiter« als auch Arbeitskräfte für den regionalen Einsatz im Besatzungsgebiet selbst rekrutiert wurden. ¹⁰⁷

Eine Methode war die klassische Anwerbung mittels Propaganda durch Flugblatt, Versammlungen und so weiter. Es wäre falsch anzunehmen, daß keine Freiwilligen für den Reichseinsatz existiert hätten. Vielmehr gab es sie zu Anfang des Jahres 1942 in größerer Zahl. In Baranowitschi konnte beispielsweise einmal ein ganzer Transport mit 250 Freiwilligen zusammengestellt werden. Ihr Gesamtanteil war jedoch gering, wie verschiedene deutsche Quellen berichten. In anderen Regionen war das nicht anders. ¹⁰⁸ Aber was war das für eine Freiwilligkeit? Außer den Nazi-Bewunderern, von denen es auch einige tausend gegeben haben dürfte, fuhrten viele nach Deutschland in der Hoffnung, den miserablen Lebensbedingungen in den weißrussischen Städten zu entgehen. Charakteristisch ist ein sowjetischer Agentenbericht aus Witebsk vom Oktober 1942: Er erwähnt, daß es auch zu diesem relativ späten Zeitpunkt Freiwillige für den Deutschlandeinsatz gab – doch das war eben zur Zeit einer schweren Hungerkrise in dieser Stadt. ¹⁰⁹ Trotz der gegen null strebenden Freiwilligenzahlen lief die auf sie zielende Werbekampagne bis 1944 weiter. ¹¹⁰ Jedoch waren Meldungen wie die folgende des Wirtschaftskommandos Mogilew verbreitet:

»Von allen Seiten wird immer wieder mitgeteilt, daß auf der Basis der Freiwilligkeit keine russische Arbeitskraft mehr zu bewegen ist, die Arbeit im Reich aufzunehmen. Noch so schöne Propaganda-Photos oder noch so überzeugend geschriebene Briefe, die in der Presse veröffentlicht werden, vermögen da eine Änderung nicht herbeizuführen.« ¹¹¹

¹⁰⁶ HeWiFü Mitte, Abt. Arbeit, Aktenvermerk über die Beratung mit Sauckel am 7./8. I. 1944 v. 18. I. 1944, in: N. Müller 1991, S. 522ff.

¹⁰⁷ Z.B. wurden beim Unternehmen »Frühlingsfest« etwa 11000 arbeitsfähige Menschen verschleppt. Davon wurden 3300 Frauen und 1100 Männer zum Stellungsbau bei verschiedenen Armeen eingesetzt, 4000 weitere kamen zunächst für Stellungsbauarbeiten zur 2. Armee und sollten anschließend ins Reich, 850 kamen direkt als »Ostarbeiter« ins Reich, 1000 Mann erhielt die Luftwaffe zum Bau von Flugplätzen, 750 bekam die Organisation Todt für den Straßenbau. WiStab Ost, KTB-Beitrag Chefgr. Arbeit für 14.–21. 5. v. 24. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 369.

¹⁰⁸ Vgl. Herbert 1985 (zum Gebiet Brest S. 165) und Luczak 1991, S. 98, der die Zahl der Freiwilligen mit knapp 5 % angibt. In einer Denkschrift aus den Ia-Akten des Berück Mitte wird die Zahl der Freiwilligen auf 20 % geschätzt. Erfahrungen in der Verwaltung des Landes und politische Zielsetzung (undatiert, etwa Dezember 1942), BA-MA WF-03/7417, Bl. 8. Die offizielle Druckschrift »Der Bezirk Bialystok« vom 1. März 1942 beklagte ebenfalls schon »die geringe Zahl der freiwilligen Meldungen« (BA F 15024 [S. 56]). Vgl. ferner: GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 135. Eine Handvoll schriftlicher Eingaben mit Bitte um Verschiebung nach Deutschland vom März und April 1942 in ZStA Minsk 397–I–I, Bl. 2–24. Nach Berück Mitte Qu/IVa an WiIn Mitte, Chefgr.Arbeit, v. 14. 10. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 961, gab es keine freiwilligen Meldungen mehr.

¹⁰⁹ Auszüge aus dem Bericht Vera Sacharowna Choruschajas sind enthalten in Kalinin, S. 273. Zur Hungerkrise in Witebsk vgl. S. 304f. in dieser Arbeit.

¹¹⁰ Die deutschen Besatzungs- und Zentralbehörden hielten es keineswegs für unter ihrer Würde, in den besetzten sowjetischen Gebieten Freiwillige für den Reichseinsatz zu werben, wie Ulrich Herbert annahm. Wenn Zwangsmittel angewandt wurden, dann einzig und allein zur Erhöhung der Rekrutierungszahlen und nicht etwa, um einen Standesunterschied zu den Sowjetbürgern deutlich zu machen. Herberts Belege für seine These (1985, S. 157) sind nicht überzeugend.

¹¹¹ WiKdo 212 (Mogilew), Lagebericht v. 25. 6. 1943, BA-MA RW 31/849. Deutsches Werbematerial von 1944 findet sich in den Papieren des einheimischen Propagandisten Bjedritzki aus dem Gebiet Baranowitschi,

»Das normale [sic] ist jetzt eine mehr oder weniger zwangsweise Verschickung«, berichtete auch der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg auf Grund einer Analyse von 1200 Briefen von Ostarbeitern, die aus den Rayons Gorki und Dribin stammten.¹¹² Obwohl alle möglichen Dienststellen sich immer wieder gegenseitig mit Lippenbekenntnissen überhäuften, es dürfe keine »Anwendung kollektiver Zwangsmaßnahmen« geben, allen voran der Generalquartiermeister des Heeres, hatte eben dieser sie dem GBA im Oktober 1942 auch formell erlaubt. Kennzeichnend war etwa ein Befehl der Heeresgruppe Mitte vom Juli 1943, in dem es hieß: »Zwangsmaßnahmen sind unerlässlich«, sie sollten indes »planmäßig« und nicht »willkürlich« angewandt werden.¹¹³ Teilweise, aber keineswegs immer, wurden Zwangsaushebungen unter dem Vorwand von Rekrutierungen durch die Partisanen vorgenommen und vom Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte zwingend vorgeschrieben.¹¹⁴

Die Besatzungsorgane kannten die Meldungen über die furchtbare Behandlung der Ostarbeiter im Reich sehr bald. Charakteristischerweise verschickten sie nicht selten Arbeitskräfte zur Strafe nach Deutschland. So meldete die Geheime Feldpolizei im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, daß allein im November 1942 215 Rotarmisten, 235 Partisanenüberläufer, 96 entwichene Kriegsgefangene und 968 »unsichere Zivilisten« »in Lager eingeliefert bzw. zum Arbeitseinsatz nach Deutschland« gebracht worden seien. Ebenso verfuhr die Gendarmerie im GK Weißruthenien mit Landarbeitern der Staatsgüter, die sie als Sympathisanten der Partisanen verdächtigte, mit mangelhaft arbeitenden einheimischen Hilfspolizisten und angeblich unzuverlässigen Industriearbeitern.¹¹⁵ Sicherheitsgründe, wie teilweise für solche Maßnahmen angeführt, konnten kaum geltend gemacht werden, da »Bolschewisten« und Partisanenfreunde in Deutschland auch nicht als ungefährlich hätten angesehen werden können. In Wahrheit ging es vor allem darum, die Arbeiter gefügig zu machen und aus ihnen

BA R 90/159; vgl. Lenhard, S. 273f.; GK Minsk, Propagandaamt, Betr.: Flugblätter v. 5. 5. 1944, in: Schlootz, S. 60f. Nach dem Tätigkeitsbericht des Arbeitsamtes Brest-Litowsk für die Jahre 1941–1944 v. 24. 8. 1944, BA F 13747, Bl. 389, wurde Ende 1943 noch einmal zeitweilig die freiwillige Werbung zur Hauptmethode erklärt.

112 Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg für die besetzten Gebiete, Hauptarbeitsgruppe Mitte, Einsatzkommando Mogilew/Gorki v. 28. 7. 1943, BA F 13667, Bl. 498.

113 H.Gr. Mitte, He.Wi.Fü./O.Qu./Qu.2 9271/43geh., Betr.: Ostarbeiter v. 9. 7. 1943 (gez. Krebs, Chef des Generalstabs), BA-MA (BAArchP)F 42860, Bl. 627. Die »Generalvollmacht« des GenQu für den GBA unter OKH/GenStdH/GenQu Abt.K.Verw. Nr.II/7314/42 v. 22. 10. 1942 erwähnt: Oberbefehlshaber der H.Gr.Mitte/OQu/Qu 2 v. 28. 10. 1942, ebd., Bl. 319f. Erstes Zitat: WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, Fachliche Weisung 68/43 v. 27. 5. 1943, ebd., Bl. 311.

114 Vgl. Berück Mitte, Quartiermeister, Betr.: Zwangsrekrutierungen von Arbeitskräften für das Reich v. 2. 7. 1943, BA-MA RW 31/568, Bl. 46/R; Aufruf »Einwohner!« (gez. »Der Befehlshaber«) vom Juli 1943, BA-MA (BAArchP)F 42289, Bl. 873f. Dieses Plakat zeigt, daß es sich um einen Vorwand handelte: Mit Rekrutierungen der Partisanen war es wohl kaum zu begründen, außer Männern zwischen 17 und 40 auch »alle 19–20jährigen ledigen Frauen« zu verschleppen. Für diese Aktion wurden im übrigen neue Zwangsrekrutierungskommandos direkt bei den Sicherungsdivisionen, bei der OFK 399 und der FK 813 gebildet.

115 Leitender Feldpolizeidirektor beim Berück Mitte, Tätigkeitsbericht Oktober v. 10. 11. 1942, BA-MA WF-03/7417, Bl. 69; Gendarmerie-Außenposten Mir an Gendarmieriegebietsführer Baranowitschi v. 30. 6. und v. 29. 9. 1943 an KdS-Außenstelle Baranowitschi, ZStA Minsk 389–1–2, Bl. 6 und 19; GK Weißruthenien, Hauptabt. Ernährung und Landwirtschaft, Niederschrift über die Besprechung betr. Aufnahme von Fachkräften aus den Räumungsgebieten v. 26. 11. 1943, ZStA Minsk 412–1–199, Bl. 82.

mehr Leistung herauszupressen, was sich schon daran ablesen läßt, daß deutsche Betriebsleiter ihren Untergebenen mit der Verschickung nach Deutschland *drohten*.¹¹⁶

Die Methoden der Zwangsrekrutierung waren verschieden. Traurige Berühmtheit haben besonders die Menschenjagden erlangt, die die Deutschen oder ihre einheimischen Helfer veranstalteten. Die Arbeitskräfte wurden »buchstäblich mit dem Lasso eingefangen«, wie sogar ein Abgesandter Bormanns mißbilligend berichtete.¹¹⁷ Immer wieder fanden Razzien oder regelrechte Treibjagden an bevölkerten Plätzen in den Städten – Märkten, Kirchen oder Kinos – statt. Die Familien wurden oft nicht mehr informiert, die Betroffenen ohne Gepäck abtransportiert, so daß sie für ihre Angehörigen einfach verschwanden.¹¹⁸ Ganze Stadtviertel und sogar die Großstadt Minsk wurden auf Grund vorbereiteter Listen systematisch durchsucht. In Brest gab es jeden Morgen eine Razzia, bei der durchschnittlich zehn Ostarbeiter gefangen wurden.¹¹⁹ Dörfer wurden von Arbeitseinsatzkommissionen in Begleitung von Polizeikräften umstellt und fliehende Einwohner erschossen. Solche Aktionen führte der einheimische Ordnungsdienst auf Befehl von Rayonbürgermeistern und Amtsbezirksältesten auch selbständig durch.¹²⁰ Für die Deutschen hatten diese Menschenjagden zwei wichtige Nachteile: den politischen, daß der verbrecherische Charakter ihres Regimes offen zutage trat, und den wirtschaftlichen, daß der weißrussischen Industrie und Landwirtschaft wahllos Kräfte entzogen wurden.

Ein anderer Weg war, bestimmten Verwaltungen Auflagen zu erteilen, wie viele Arbeitskräfte sie innerhalb einer bestimmten Frist zu stellen hatten. Dabei legte der GBA Anforderungen für die Wirtschaftsinspektion Mitte, das GK Weißruthenien und bestimmte Teilbereiche im Reichskommissariat Ukraine (die alten sowjetischen Oblaste [Gebiete]) fest. Die Gruppen Arbeit der Wirtschaftskommandos legten diese auf die Arbeitsamtsbezirke um beziehungsweise das Generalkommissariat in Minsk auf die Arbeitsämter der Gebietskommissariate, diese auf die Rayons und die weißrussischen Rayonchefs auf die Gemeinden oder auf die Stadtbürgermeister und weiter

116 Hierzu: GebK Brest-Litowsk, Abt. I, Monatsbericht v. 24. 4. 1942, BA F 13751, Bl. 942 (dieser hatte »den größten Teil der Bolschewisten, deren ich habhaft werden konnte«, 500 Personen, »nach Deutschland zur Arbeit geschickt«) bzw. WiIn Mitte, KTB-Beitrag Chefgr. BB für 15.–30. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 383.

117 Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW/Stab z.b.V., Bericht Nr. 5 v. 31. 5. 1942, BA NS 6/795, Bl. 34R.

118 Vgl. H.Gr. Mitte, Ia, Tagesmeldung v. 7. 2. 1944 (»Bei Überholung des Sluzker Marktes durch S.D. und Gendarmerie 5000 Personen überprüft. 400 Mann für den Arbeitseinsatz im Reich erfaßt«), BA-MA WF-03/5391, Bl. 593; Wewikdo Minsk, Ic, v. 27. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 253 (Minsk); Ludwig Golubowitsch, Weissruthenien unter deutscher Besatzung 1941–1944 (Entwürfe), BA OstDok 13/508, Abschnitt IIIc (Slonim); Günter Pfeiffer, Der Kreis Wolkowysk unter deutscher Verwaltung während des zweiten Weltkrieges, BA OstDok 13/70, Bl. 18; 11./Pol. 15, Lage- und Tätigkeitsbericht v. 8. 11. 1942, BA-MA SF-03/35350 (Brest). Ferner Pers. Mitt. Frau Schmidt-Noack v. 4. 5. 1992.

119 Vgl. Der Führer des Unternehmens »Zauberflöte«, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Zauberflöte« v. 24. 4. 1943 (gez. v. Gottberg), ZStA Minsk 685–1–1, Bl. 101–104; Vern. Eberhard Herf (ehemaliger KdO Minsk) v. 31. 12. 1945, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Beweismittel Bd. IX, Bl. 190; SS- und Polizeistandortführer Brest, Lagebericht v. 15. 7. 1942, BA F 13752, Bl. 178.

120 Vern. W.G.K. (weißrussische Angestellte bei einer Arbeitseinsatzkommission) im Januar 1946, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft VI, Bl. 86; Vegesack, S. 195f. (Raum Mstislawl); Vern. I.M.S. v. 26. 9. 1944 (Rayon Puchowitschi, rückwärtiges Heeresgebiet Mitte), ZStA II 202 AR-Z 179/67, Bd. 2, Bl. 63–66 (besonders zum letzten Punkt).

auf die Stadtbezirke. Konkret war die Rekrutierung damit Aufgabe der einheimischen Verwaltung und ihrer Exekutivorgane (Ordnungsdienst beziehungsweise Schutzmannschaft).¹²¹ Dieses System erforderte nur wenig deutsches Personal und verdeckte den terroristischen Charakter der Arbeitskräftewerbung einigermaßen. Jedoch sabotierte die einheimische Verwaltung nicht selten die Rekrutierung oder wurde von den Partisanen unter Druck gesetzt, so daß die zahlenmäßigen Ergebnisse gering ausfielen.¹²² Außerdem nahmen die weißrussischen Verwaltungskräfte bei der Auswahl der zu deportierenden Personen wenig wirtschaftliche Rücksichten, waren bestechlich, beglichen persönliche Rechnungen und stießen Menschen ab, die nach ihrer Ansicht der Gemeinde zur Last fielen, zum Beispiel die dort lebenden Flüchtlinge. Letzteres allerdings war den deutschen Verwaltungsorganen durchaus recht.¹²³

d) Die Erweiterung des Instrumentariums und die Intensivierung des Zugriffs

Eine vierte Methode war die Dienstverpflichtung ganzer Jahrgänge für den Einsatz in Deutschland. Sie kam erst 1943 zum Tragen; 1942 gelangte man über Vorschläge und Ansätze in Weißrußland nicht hinaus.¹²⁴ Welche Jahrgänge zur Zwangsarbeit ausgehoben werden sollten, war örtlich und regional verschieden und beruhte weniger auf Anordnungen aus Berlin.¹²⁵ So wurden per Verordnung Brix' (Kochs Stellvertreter als Chef der Zivilverwaltung Bialystok) im April 1943 alle Männer von 19 und 20 und alle Mädchen von 17 und 18 Jahren (die Jahrgänge 1922/23 beziehungsweise 1925/26) zwangsverpflichtet, im April 1944 zusätzlich der Jahrgang 1924 (männlich) beziehungsweise 1926 (weiblich).¹²⁶ Im Reichskommissariat Ukraine betraf es im Mai 1943 die drei Jahrgänge 1923 bis 1925 und im April 1944 zumindest im Gebiet Pinsk die 1927/28 Geborenen, während im Gebiet Brest die Jahrgänge 1921 bis 1926 und im GK Shitomir bereits 1943 die Jahrgänge 1920 bis 1926 rekrutiert wurden.¹²⁷ Das GK Weiß-

121 Vgl. ebd.; OKH/GenQu, Abt. Kriegsverw. v. 10. 5. 1942, in: Müller 1982, S. 292; WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, Fachliche Weisung 68/43 v. 27. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 308–313.

122 Vgl. z.B. Chef Sipo/SD, Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 v. 22. I. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 427. Über den großen Erfolg dieser Methode in der Gegend von Bobruisk berichtet dagegen 203. Sich.Div., Abt. VII/Kr.-Verw., Monatsbericht Juli 1942 v. 2. 8. 1942, BA-MA RH 26–203/6.

123 Siehe WiIn Mitte, Chefgr. Fü./Abt.Arbeit, Lagebericht März 1942 v. 31. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1113; Berück Mitte, Qu/IVa an WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit v. 14. 10. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 960; Referat Bruer (Arbeitsamt Minsk-Land) v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 106; Ltd. WiKdo 211, Lagebericht April 1943 v. 26. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 1189; H.Gr. Mitte, He.Wi.Fü./O.Qu./Qu.2, Betr.: Ostarbeiter v. 9. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 627.

124 Vgl. Vorschläge in: Berück Mitte, Qu/IVa an WiIn Mitte, Chefgr.Arbeit v. 14. 10. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 961; Vermerk Freudenbergs v. 15. 12. 1942, gekürzt in: Schlöotz, S. 59. In Brest wurden Ende 1942 15–18-jährige Jugendliche für den Reichseinsatz gemustert. GebK Brest, Arbeitsamt, Monatsbericht Dezember v. 18. 12. 1942, BA F 13751, Bl. 1042.

125 Erst im Juli 1943 ordnete der GBA die Verschleppung der Jahrgänge 1925/26 bzw. 1927 ins Reich an. Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 323.

126 Vgl. Verordnung zur Regelung einer zweijährigen Dienstleistung der Bevölkerung des Bezirk[s] Bialystok v. 15. 4. 1943 sowie 1. und 2. Durchführungsverordnung v. 15. 4. 1943 und 11. 4. 1944, in: Verordnungsblatt Bezirk Bialystok 1943, S. 30f., und 1944, S. 19; Vern. Z.W. v. 31. 10. 1947, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6175.

127 RK Ukraine, Lagebericht März/April v. 14. 5. 1943, BA F 13683, Bl. 56; GebK Pinsk, Erfahrungs- und Abschlußbericht, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1358; Tätigkeitsbericht Arbeitsamt Brest 1941–1944 v. 24. 8. 1944, BA F 13747, Bl. 389; KTB WewiKdo Shitomir, Wochenbericht für 25.–31. 7. 1943, BA-MA RW 30/191.

ruthenien verpflichtete 1943 Mädchen zwischen 16 und 22 Jahren zwangsweise zum Reichseinsatz, und die geschlossene Verschleppung sogar des Jahrgangs 1930 (das heißt der 13- und 14jährigen) wurde am 30. Juni 1944, drei Tage vor der Befreiung von Minsk, abgeschlossen.¹²⁸ Die Wirtschaftsinspektion Mitte verpflichtete im Sommer 1943 die Jahrgänge 1925/26 zwangsweise, eine Aktion, die der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall v. Kluge, in besonderer Weise unterstützte. Diese Aushebung erklärt die hohe Deportationsziffer von 24 013 Menschen im August 1943. Ende August, nach der Niederlage in der Schlacht bei Kursk und Orel, befahl v. Kluge dagegen, die noch verfügbaren Arbeitskräfte dieser Jahrgänge beim Stellungsbau einzusetzen. Im Winter wurden sie jedoch mit dem neu erfaßten Jahrgang 1927 nach Deutschland abtransportiert.¹²⁹ In einigen Gebieten hatten ähnliche Maßnahmen zuvor auch die zwischen 1917 und 1919 Geborenen betroffen.¹³⁰ Ihr potentiell Ausmaß war noch viel bedrohlicher: auf Befehl des Generalquartiermeisters und der Heeresgruppe Mitte sollten die Männer der Geburtsjahre 1897 bis 1925 beziehungsweise die Männer und Frauen der Geburtsjahre 1878 bis 1929 »gemustert« werden, was zum Teil auch geschah.¹³¹

Zwar wurde mit dieser Zwangsmethode am ehesten der Anschein von Rechtllichkeit gewahrt und an Vorstellungen über einen Arbeitsdienst für Jugendliche angeknüpft. Außerdem schien damit ein Weg gefunden, fortlaufend der nachkommenden Generationen im besetzten Gebiet habhaft zu werden, oder wie Erich Koch es ausdrückte: »Menschen wachsen nach!«¹³² Aber auch diese Methode hatte Eingriffe in die Belegschaften ohne wirtschaftliche Rücksichten und eine ungleichmäßige Belastung der Wirtschaft je nach den örtlichen Verhältnissen zur Folge. Denn 49,7 Prozent der »Männer« und 37,7 Prozent der »Frauen« waren im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte unter 17, und in einzelnen Dörfern gehörten über 35 Prozent der Arbeitskräfte allein den Jahrgängen 1925/26 an.¹³³ Vor allem war diese Zwangsmethode aber sehr anfällig für den Widerstand der Bevölkerung. Denn die Dienstver-

128 Vgl. KTB WewiKdo Minsk v. 30. 4. 1943 und WewiKdo Minsk, Ic, v. 27. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1138, und 42899, Bl. 253.

129 Ursprünglich hatte es nur der Jahrgang 1925 sein sollen. Aktenvermerk über die Dienstbesprechung bei der Heeresgruppe Mitte über Arbeitseinsatz und Ostarbeiterwerbung am 21. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 471–473; WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB-Wochenbeiträge v. 9. 7. und 13. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 16f. und 30; KTB WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, Eintragungen im Juli und August 1943 sowie Fschr. v. 22. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 578–584; Niederschrift derselben Stelle über die Dienstreise nach Smolensk am 14. und 15. 7. 1943 anlässlich des Besuchs von Sauckel bei der H.Gr. Mitte (Abschrift), BA-MA RW 31/568, Bl. 27–29; WiStab Ost, Monatsbericht August v. 18. 9. 1943, Anlage 5, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 387. Vgl. WiKdo Mogilew, Lagebericht August v. 25. 8. 1943, BA-MA RW 31/850. Fotos mit noch erheblich jünger wirkenden Jugendlichen oder Kindern, die im Rahmen dieser Aktion rekrutiert wurden, im KTB WiKdo 213 (Borissow) für 1. Quartal 1944, Anlage 2, BA-MA RW 31/860.

130 Im Südosten der WiIn nach KTB WiIn Mitte v. 29. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 19.

131 Hierzu OKH/Gen.St.d.H./GenQu, Abt.Kriegsverwaltung v. 20. 4. 1943 (Abschrift), in: Müller 1982, S. 309f., und Okdo. H.Gr.Mitte, He.Wi.Fü./O.Qu./VII/Qu.2 v. 26. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 325–327. Weiter WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, Fachliche Weisung Nr. 70 v. 28. 5. 1943, ebd., Bl. 331.

132 Aufruf Kochs »Meine Mitarbeiter!« v. 20. 2. 1943 (Abschrift), Sonderarchiv Moskau 700–1–74, Bl. 2.

133 Vgl. Deutsche Zeitung im Ostland v. 22. 10. 1942 über eine Rede Freudenbergs im Rahmen einer RKO-Tagung; PzAOK 3, Tätigkeitsbericht Qu 2 für 1. 7.–31. 12. 1943 (für 7. 8. 1943), NOKW-2386; WiIn Mitte, Stab I/I Wiss, Beitrag zum Lagebericht v. 1. 7. 1943, BA-MA RW 31/269, Bl. 23f.

pflichtung der zu erfassenden Jahrgänge mußte im voraus bekanntgegeben werden, so daß die Betroffenen gewarnt waren und Zeit hatten zu flüchten (oft zu den Partisanen), eine uk-Stellung – und sei es bei der Hilfspolizei oder als »Hiwis« – anzunehmen oder durch eine Schwangerschaft der Rekrutierung zu entgehen.¹³⁴ Das LIX. Armeekorps kündigte an, für geflohene Jugendliche Verwandte »haftbar« zu machen und in Arbeitserziehungslager einzuweisen, und das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte wollte »beantragen, daß die Bestimmung, wonach schwangere Frauen vom Reichseinsatz ausgeschlossen sind, aufgehoben wird, um zu verhindern, daß sich auf Grund dessen weibliche Personen dem Reichseinsatz entziehen.« Angesichts der Zwangsabtreibungen, der systematischen Vernichtung von Babys der »Ostarbeiterinnen« im Reich und dem Massensterben von Neugeborenen nach Osten zurückgeschickter hochschwangerer Frauen war das ein ernster Vorgang.¹³⁵

Die vierte wichtige Methode der Zwangsrekrutierung von Ostarbeitern beruhte auf der sogenannten Auskämmung von Industriebetrieben, Wehrmachteinheiten und Verwaltungen in den Städten sowie in den Rayons, Gemeinden und Agrarbetrieben auf dem Land. Diese wurden von eigens gebildeten Kommissionen auf vom Betriebsablauf her verzichtbare Arbeitskräfte überprüft. Der größere Teil der »Ausgekämmten« wurde allerdings innerhalb Weißrußlands von Industriebetrieb zu Industriebetrieb beziehungsweise von der Landwirtschaft in die gewerbliche Wirtschaft umgesetzt (vgl. Kap. 6.3). Dieses Verfahren berücksichtigte die Interessen der örtlichen Wirtschaft am besten. Obwohl schon im Mai 1942 vom Generalquartiermeister empfohlen, konnte es auf dem Lande erst nach langwierigen arbeitswissenschaftlichen Vorarbeiten funktionieren, die erst Mitte, teilweise Ende 1943 abgeschlossen waren. Außerdem zeigte sich der weißrussischen Bevölkerung darin unverhüllt, daß die Deutschen sie nur als wirtschaftliche Verschiebemasse betrachteten. Deshalb lehnten einzelne Besatzungsorgane wie der Quartiermeister 2 der 3. Panzerarmee diese Methode als politisch instinktlos ab. Er beharrte darauf, lieber »nach Recht und Gesetz« ganze Jahrgänge Jugendlicher zu verschleppen.¹³⁶ Zudem waren nun viele Rayons wegen Frontnähe für die Ostarbeiter-»Werbung« gesperrt, weil aus ihnen der direkte Truppenbedarf an Arbeitskräften befriedigt werden sollte.¹³⁷

Die fünfte Methode der Zwangsaushebung war die gewaltsame Mitnahme von Arbeitskräften bei den Großaktionen zur Partisanenbekämpfung (hierzu Kap. 9.3 und 9.4). Auch sie kam hauptsächlich seit 1943 zum Tragen. Charakteristisch ist der Hin-

134 Hierzu KTB WiKdo Borissow, Rückblick für 3. Quartal 1943, BA-MA RW 31/858; GebK Brest, Arbeitsamt, Monatsbericht Dezember v. 18. 12. 1942, BA F 13751, Bl. 1042; KTB WiIn Mitte v. 29. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 19; WiIn Mitte, Lagebericht Juni v. 5. 7. 1943, ebd., Bl. 511 (»Notheiraten junger Mädchen«). Es gibt allerdings keine sicheren Hinweise darauf, daß gezielte Schwangerschaften, um dem Ostarbeiterinnenschicksal zu entgehen, wirklich verbreitet waren.

135 H.Gr. Mitte, He.Wi.Fü./O.Qu./Qu.2, Betr.: Ostarbeiter v. 9. 7. 1943 (gez. Krebs, Chef des Generalstabs), ebd., Bl. 630. Vgl. zur Behandlung der Schwangeren und »Ostkinder« Herbert 1985, S. 248–250; Bock, S. 440–451; sowie die folgenden Ausführungen über Rückkehrer und das Rückkehrerlager in Brest. – Zum LIX. Armeekorps Kommandant rückwärtiges Korpsgebiet v. 11. 9. 1943, BA D-H FW 489, A. 17.

136 PzAOK 3, OQu/Qu 2, Tätigkeitsbericht 1. 7.–31. 12. 1943 (Abschrift), Eintrag für 26. 8. 1943, NOKW-2386. Vgl. OKH/GenQu, Abt. Kriegsverwaltung v. 10. 5. 1942, in: Müller 1982, S. 291.

137 Vgl. etwa WiKdo Klimowitschi, Monatsübersicht April 1943, BA-MA RW 31/775.

weis der Wirtschaftsinspektion Mitte vom Juni 1943, daß der Großteil der sogenannten Anwerbekommissionen gerade bei »Sondermaßnahmen« eingesetzt war.¹³⁸

Das sechste Mittel für die Beschaffung von Ostarbeitern war die sogenannte Auskämmung der Evakuierten und Flüchtlinge aus den 1943/44 von den Deutschen geräumten Gebieten. So durchliefen im August und September 1943 55 000 Flüchtlinge das Lager Lesna bei Baranowitschi, von denen 6000 als Zwangsarbeiter ins Reich kamen. Oder es wurde im zu evakuierenden Gebiet direkt rekrutiert: Ein nur siebzehnköpfiges Sonder-Arbeitseinsatzkommando ließ zwischen dem 20. Februar und dem 12. März 1944 über 22 000 Personen aus dem Raum Witebsk abtransportieren. Im dortigen Internierungslager starben bis zu 30 Menschen am Tag. Bei der Evakuierung von 170 185 Menschen um die Jahreswende 1943/44 aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte waren bereits 39 081 ins Reich gebracht worden.¹³⁹ Der Anteil der Arbeitskräfte unter den Evakuierten war allerdings besonders niedrig (vgl. Kap. 6.3e).

Eine genaue Quantifizierung der verschiedenen Methoden ist nicht möglich. Einen Anhaltspunkt mag der Abschlußbericht des Arbeitsamts in Brest geben. Dort wurden nur ungefähr 1000 bis 1500 Arbeitskräfte bei Razzien in der Stadt rekrutiert, eine nicht genannte Zahl bei Straßenkontrollen, dagegen mindestens 6000 über Auflagen an die Rayonverwaltungen, über 5000 bei der Partisanenbekämpfung, 2000 durch die sogenannte Auskämmung aus der Landwirtschaft und »tausende« bei der Räumung im Sommer 1944.¹⁴⁰

Diese Übersicht zeigt, wie vor allem 1943 die intensivere wirtschaftliche Durchdringung einen stärkeren Zugriff auf die Bevölkerung nach sich zog, und zwar ganz besonders auf dem Land. Die Weißrussen wurden immer stärker selektiert. Die deutsche Verwaltung in Weißrußland hatte aus der »Anwerbungskrise« Ende 1942 stärker als in anderen besetzten Gebieten Konsequenzen gezogen, eine Reihe neuer Mittel der Zwangsgewinnung von Arbeitskräften entwickelt und eingesetzt. Damit steigerte sie die Deportationszahlen beträchtlich. Gesteigert wurde dabei auch der systematische (und nicht etwa wahllose) Einsatz von Gewalt.¹⁴¹ Alle Methoden stützten sich auch auf einheimische Verwaltungs- oder Polizeikräfte.¹⁴² Wegen der fortgesetzten Massenflucht der Bevölkerung und der Bedrohung durch Partisanen war gar keine Rekrutierung ohne Polizeieinsatz mehr möglich,¹⁴³ aber die Gewalt diente we-

¹³⁸ WiIn Mitte, Lagebericht Mai v. 5. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 394.

¹³⁹ Vgl. GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 134f., und WiIn Mitte, KTB-Beiträge für 1.-9. 1., 28. 2.-5. 3., 6. 3.-12. 3. und 13.-19. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 59-72; »Dann kam die deutsche Macht«, S. 204.

¹⁴⁰ Vgl. Tätigkeitsbericht Arbeitsamt Brest 1941-1944 v. 24. 8. 1944, BA R 93/14. Daraus wird nicht klar, ob jeweils für den Reichseinsatz rekrutierte Arbeiter gemeint waren oder auch solche für den städtischen Einsatz. Jedoch dürften sich die Methoden für beide Ziele nicht grundsätzlich unterschieden haben. Insgesamt wurden rund 20 000 Menschen aus dem Gebiet Brest als Ostarbeiter verschleppt (ebd.).

¹⁴¹ Die Darstellung von Herbert (1985, S. 255-258) über die Zwangsaushebungen in der Phase 1943/44 trifft in diesem Punkt nicht zu. Herbert beschreibt das deutsche Vorgehen als chaotische, teils auf Wut beruhende, nicht »planmäßige« (S. 255) pure Gewaltaktionen, stellt die »Menschenjagden« in den Mittelpunkt und bestreitet (S. 257), »daß sich an den Methoden der Zwangsanwerbung etwas änderte«. (An der Tatsache, daß Zwang ausgeübt wurde, änderte sich nichts, an den Methoden aber schon.) Er übersieht die Selektionen bei Evakuierungen und Partisanenbekämpfung und unterschätzt insgesamt die Systematik des deutschen Vorgehens.

¹⁴² Dies bemerkte schon richtig Roth, Sozialpolitik, S. 502-504.

¹⁴³ Siehe z. B. GK für Wolhynien und Podolien, Sammelbericht v. 30. 4. 1943, BA F 13683, Bl. 31.

niger dem persönlichen Schutz der Rekrutierungskommandos als der Zwangserfassung; sie war nicht defensiv, sondern offensiv.

Diese Intensivierung bei der Arbeitskräfteerfassung erfolgte zwar meist, nachdem von außen – aus Berlin und von den Reichskommissariaten – den örtlichen Verwaltungsbehörden in Weißrußland gesteigerte Anforderungen vorgegeben worden waren. So wurde auf einer Konferenz der Landesarbeitsämter in Stuttgart die Idee entwickelt, 430 000 Arbeitskräfte zusätzlich aus den besetzten sowjetischen Gebieten ins Reich zu holen (was dann von Sauckel als persönlicher Wunsch Hitlers ausgegeben wurde),¹⁴⁴ und der Wirtschaftschef im Reichskommissariat Ostland, Matthiessen, erhob gegen Zwangsmaßnahmen in Litauen Einspruch, um statt dessen einen noch härteren Zugriff im GK Weißruthenien vorzuschlagen, weil dort weniger wirtschaftliche Rücksichten zu nehmen waren: »Für die Gewinnung der Arbeitskräfte aus Weißruthenien sind sämtliche angängigen Mittel einzusetzen. Auch vor aussergewöhnlichen Massnahmen ist nicht zurückzuschrecken.«¹⁴⁵ Aber die örtliche und regionale Besatzungsverwaltung und Militärführung stimmten grundsätzlich mit den Zielen ihrer vorgesetzten Dienststellen überein, und sie hatten die entsprechenden Zwangsmaßnahmen oft schon vorher entwickelt, vorgeschlagen und verfeinert. Ohne ihre Initiativen, nur auf Befehl »von oben«, wäre das Ausmaß der Verschleppungen bei weitem nicht so verheerend gewesen.

Kennzeichnend hierfür ist eine Episode aus dem Jahr 1944: Damals verbot Himmler aus momentanen politischen Rücksichten (die Kollaborationsbewegung sollte im Zuge des Wehrdorfprojekts gestärkt werden, vgl. Kap. 9.6) die von Sauckel angeordnete Zwangsaushebung von 50 000 Menschen im GK Weißruthenien.¹⁴⁶ Franz Gelberg, der Leiter der Arbeitsverwaltung, und Generalkommissar und SS-Obergruppenführer v. Gottberg kamen daraufhin überein, daß die Rekrutierungsbefehle v. Kluges und v. Gottbergs weiter durchgeführt würden, das heißt, den Befehl Himmlers einfach nicht zu beachten. »Zu unterbleiben« hätten »lediglich polizeiliche Zwangsmaßnahmen«¹⁴⁷ – ein Hohn zu einer Zeit, da ein wesentlicher Teil der »Angeworbenen« bei der Partisanenbekämpfung erfaßt wurde. Freiwillige gab es nicht mehr. Tatsächlich gingen die Zwangsaushebungen weiter.

Den gleichzeitig terroristischen und planmäßigen Charakter der deutschen Arbeitskräfteaufbringung zeigt auch die Geschichte der Verschleppung von Kindern als Zwangsarbeiter nach Deutschland. Bereits Mitte 1942 unterlief die Chefgruppe Arbeit der Wirtschaftsinspektion Mitte »in eigener Verantwortung« das Verbot aus Ber-

¹⁴⁴ Vgl. Aktenvermerke über die Dienstbesprechung am 21. 6. 1943 bei der Heeresgruppe Mitte über Arbeitseinsatz und Ostarbeiterwerbung sowie über eine Dienstreise nach Kiew zu einer vom GBA einberufenen Arbeitstagung (Abschriften, gez. Gelberg), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 472 und 452.

¹⁴⁵ RKO, Abt. III ASo v. 3. 5. 1943, hier an GK Riga (gez. i. V. Matthiessen), in: IMT, Bd. 30, S. 103. Vgl. Vern. Friedrich Jeckeln v. 22. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, Bd. 1, Bl. 34 f., und Dieckmann 1993, S. 201–205. Der ASo-Chef beim RKO, Dr. Schreiber, machte etwa zur gleichen Zeit die »Arbeiterwerbung« den Gebietskommissaren des GK Wollhynien-Podolien zur »Hauptaufgabe«. Vgl. Deutsche Ukraine-Zeitung v. 1. 6. 1943, BA 21.01, Nr. 2738, Bl. 73.

¹⁴⁶ Dazu übereinstimmend Aktenvermerk Sitzung beim GK Weißruthenien am 14. 2. v. 17. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 1017, und Niederschrift über die Dienstbesprechung mit den Gebietskommissaren am 15. Febr. 1944, ZStA Minsk 412–1–199, Bl. 42. In beiden Fällen teilte v. Gottberg Himmlers Verbot mit.

¹⁴⁷ WiStab Ost, Chefgr.Arbeit, KTB-Beitrag für 12.–18. 2. 1944, BA-MA RW 31/38.

lin, Kinder unter 15 Jahren zu rekrutieren, und setzte eigenmächtig die Altersgrenze auf 10 Jahre fest, um in größerem Ausmaß ganze Familien ins Reich transportieren zu können.¹⁴⁸ Später wurde das die offiziell verbindliche Altersgrenze, nachdem sich Himmler im April 1943 nachträglich einverstanden erklärt hatte. Familien sollten dann ins Reich gebracht werden, wenn mindestens 50 Prozent *der Kinder* »einsatzfähig« waren, »wobei als einsatzfähig Kinder vom 10. Lebensjahr an, soweit sie gesund und körperlich gut entwickelt sind, angesehen werden können.«¹⁴⁹ Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte wurde das unter der Hand dahingehend ausgeweitet, daß 50 Prozent *der Familienmitglieder* »einsatzfähig« sein sollten, wodurch viel mehr Familien für die Deportation in Frage kamen.¹⁵⁰ Zum Vergleich: In den meisten Konzentrationslagern mußten Kinder »erst« ab 12 Jahren arbeiten.¹⁵¹ Aber auch Kinder über 10 Jahren ohne Eltern sowie Kinder unter 10 wurden häufig nach Deutschland gebracht, wo in Einzelfällen selbst Sechsjährige als Arbeitssklaven mißbraucht wurden.¹⁵² Die Arbeitseinsatzdienststellen vor Ort besserten damit ihre Zahlenbilanz auf, indem sie sogar Kleinkinder hinzurechneten, die Betriebe im Reich aber ließen nach Möglichkeit alle zugewiesenen Arbeitskräfte arbeiten; wenn sie für Kinder keinen Ersatz bekommen konnten, auch Kinder. Einige Zahlenbeispiele: In drei Ostarbeitertransporten aus dem Raum Bobruisk/Ossipowitschi im Oktober 1943 befanden sich 1495 Erwachsene, 114 Jugendliche der dienstverpflichteten Jahrgänge 1925/26 und 315 Kinder, davon mindestens 59 über und 117 unter 10 Jahren. Zwischen dem 16. September und 15. Oktober 1943 kamen von der Wirtschaftsinspektion Mitte 6730 Erwachsene, 359 Kinder zwischen 10 und 14 und 1234 Kinder unter 10 Jahren, im Monat zuvor 17049 Erwachsene, 443 Kinder zwischen 10 und 14 und 277 unter 10 Jahren, im November 12895 Erwachsene, 1349 Kinder zwischen 10 und 14 und 2325 Kinder unter 10 Jahren. Aus dem Raum Orscha-Borissow-Mogilew wurden vom 4. Oktober bis zum 18. Dezember 1943 mindestens 2680 Kinder in 29 Transportzügen weggebracht; über die Hälfte der dort in Sammel- und Flüchtlingslagern registrierten Kinder wurde dem »Reichseinsatz« zugewiesen, das heißt als Arbeitskräfte angesehen. Von den 77281 Arbeitskräften, die aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte zwischen Januar und Ende Juni 1944 deportiert wurden, waren 5418 10 bis 14 Jahre alt

¹⁴⁸ Es wurden »in Ausnahmefällen besonders kräftige Kinder im Alter von über 10 Jahren« »zur Besserung des Anwerbeergebnisses« zugelassen. WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 19 v. 4. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 215. Wenn die Regelung zahlenmäßig ins Gewicht fallen sollte, konnte es sich aber nicht um Ausnahmen handeln. – Im Bezirk Bialystok konnte bereits im Juni 1942 ein alleinstehender elfjähriger Junge als Zwangsarbeiter ins Reich gebracht werden. Vgl. Vern. P.G. v. 8. 2. 1966 (Übersetzung), NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6175.

¹⁴⁹ WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB-Beitrag für 17.–23. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1315. Ähnlich RKO, III ASo v. 3. 5. 1943. In: IMT, Bd. 30, S. 102.

¹⁵⁰ Wegen der resultierenden »ungünstige[n] Zusammensetzung der Ostarbeitertransporte« über Monate hinweg befahl der GBA-Vertreter für die WiIn, Boening, die ursprüngliche Regelung wieder zu befolgen. HeWiFu Mitte, Abt. Arbeit, Fachliche Weisung 97/43 v. 12. 11. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 700.

¹⁵¹ Vgl. Adolphs, S. 66–73.

¹⁵² Hierzu Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 5, S. 378; Herbert 1985, S. 293; Eichholtz 1985, S. 274. S. u. zur »Heu-Aktion«, der Verschleppung von Kindern zwischen 10 und 14 Jahren aus Weißrußland ins Reich, S. 1082ff. dieser Arbeit.

und 5390 jünger als zehn.¹⁵³ Die deutsche 78. Sturmdivision ließ 1944 vorsichtshalber auch die 7- bis 14jährigen Kinder registrieren.¹⁵⁴ Ähnlich im Zivilverwaltungsbereich: Drei Transporte aus Brest mit Ostarbeitern umfaßten zum Beispiel 798 Erwachsene und 278 Kinder, wobei Kinder ab 11 Jahren jedoch offenbar als Erwachsene zählten!¹⁵⁵ Das Kinderheim in Ostroschizki Gorodok (Gebiet Minsk-Land) wurde 1942 von mit Maschinenpistolen bewaffneten Deutschen umstellt, die Kinder für den Reichseinsatz ausselektierten, aber nicht nach Alter, sondern nach Größe; die ältesten waren 13.¹⁵⁶ Nach einer Zwischenbilanz der weißrussischen staatlichen Untersuchungskommissionen wurden insgesamt 24 180 Kinder zum Arbeitseinsatz nach Deutschland gebracht (davon allein die Hälfte aus dem Gebiet Polozk). Diese Zahlen sind aber unvollständig.¹⁵⁷ Wenn das Durchschnittsalter der zivilen sowjetischen Zwangsarbeiter im Reich tatsächlich bei 20 Jahren lag, dürften mindestens die Hälfte davon – das heißt über eine Million – Kinder und Jugendliche gewesen sein.¹⁵⁸

e) Lager, Deutschlandeinsatz und Rückkehr

Auf dem Weg nach Deutschland mußten alle Zwangsarbeiter zunächst Auffang- oder Sammellager durchlaufen. Diese konnten von verschiedener Form sein: von improvisierten Auffanglagern unter freiem Himmel, die nur für die Dauer einer Partisanenbekämpfungsaktion bestanden,¹⁵⁹ über Dulags, wo normale »Ostarbeiter« mit Kriegsgefangenen, sogenannten Partisanenverdächtigen, politischen Häftlingen, Häftlingen von Sipo und SD sowie Kriminellen interniert waren, bis hin zu Gefängnissen wie dem in Brest. In Brest gab es außerdem vier verschiedene Lager: ein Sammel- und ein Durchgangslager für Ostarbeiter, ein Rückkehrerlager für Arbeitsunfähige, die aus dem Reich zurückgeschickt worden waren, und ein »Arbeitserziehungslager«.¹⁶⁰ Die

153 Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht September v. 5. 11. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 1122; ebenso für Oktober v. 31. 10. und HeWiFü Mitte für November v. 30. 11. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 513 und 580; AWiFü beim AOK 9, Tätigkeitsbericht für 10.–16. und 17.–23. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 56997, Bl. 65 und 72 f.; WiKdo 213 (Borissow), Gruppe Arbeit, Wochenbericht Oktober–Dezember 1943, BA-MA RW 31/859; HeWiFü Mitte, Lagebericht Juni v. 24. 8. 1944, BA-MA WF-03/15901, Bl. 166. Eine Verminderung der Fälle, in denen unter 10jährige Kinder deportiert wurden, wie in WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, KTB für 25.–31. 10. 1943 mit Hilfe ärztlicher Untersuchungen (!) angekündigt, fand also nicht statt (BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 594).

154 [Er]fassung der 7–14jährigen aus dem Dorfe Bahnhof Stajki, ZStA Minsk 416–1–1, Bl. 1 f.

155 Vgl. Bahndiensttelegramme Brest Hbf an RVD Minsk v. 28. 11., 5. 12. und 9. 12. 1943, ZStA Minsk 378–1–876, Bl. 8, 10 und 13. Weitere Beispiele in der gleichen Akte.

156 Erinnerungen Walja Koshanowskaja (damals 12 Jahre), in: Alexijewitsch, S. 188 f.

157 Angaben über nach Deutschland deportierte Personen aus der Weißrussischen SSR v. 21. 3. 1945, ZStA Minsk 845–1–58, Bl. 5. Die Gesamtzahl der Ostarbeiter, die aus Weißrußland kamen, wurde dort noch mit 298 315 angegeben. Aus den Gebieten Bobruisk, Witebsk und Mogilew kamen danach lediglich 123, 341 bzw. 326 Kinder, was schon niedriger als die oben genannten Angaben ist. Dazu wären noch die Kinder aus der »Heu«-Aktion zu zählen, die teilweise auch aus dem Gebiet Bobruisk kamen.

158 Zum Durchschnittsalter Herbert 1985, S. 11.

159 Vgl. Vern. Georg Weisig (Kommandeur SS-Pol.Rgt. 26) v. 25. 12. 1945, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 3 (Aktion südwestlich Polozk).

160 »Im Lagerwesen lag seit 1941 der Schwerpunkt der Aufgaben des Arbeitsamtes«. Tätigkeitsbericht Arbeitsamt Brest 1941–1944 v. 24. 8. 1944, BA R 93/14; vgl. Stadtkommissar Brest-Litowsk, Lageberichte v. 25. 4. und 15. 5. 1942, BA F 13752, Bl. 84 und 100. Ende März 1943 befanden sich z. B. 226 Personen im Sammelager, 52 im Arbeitserziehungslager und 1057 im Rückkehrerlager. GebK Brest, A II, Bericht v. 24. 3. 1943, BA F 13751, Bl. 1136.

örtliche Schutzpolizei und weißrussische Schutzmannschaft leistete Schwerarbeit bei der Bewachung von Zwangsarbeitertransporten durch die Stadt, da das Auffanglager zeitweise einen Durchlauf von rund 20000 Personen im Vierteljahr hatte.¹⁶¹ In diesen Lagern war die Verpflegung so unzureichend, »daß [die] Einsatzfähigkeit rasch schwindet«, weil die Insassen so geschwächt waren.¹⁶² In Brest drängten sich bis zu 1500 Personen in für 1000 Ostarbeiter bestimmte Güterzüge, denn im Auffanglager war es unerträglich (»Das Lager selbst machte zunächst einen finsternen Eindruck«).¹⁶³ Viele Deportierte versuchten, aus den Transporten, die besonders seit Mitte 1942 oft nicht voll ausgelastet waren, zu entkommen, was ihnen teilweise gelang. Daraufhin ließen die Deutschen die Züge nicht mehr von einheimischen Schutzmannschaften, sondern nur von deutscher Ordnungspolizei bewachen und die Insassen der Waggonen entgegen den Bestimmungen, die bei der Reichsbahn für die Personenbeförderung galten, einschließen.¹⁶⁴

Die vorliegende Arbeit kann das Schicksal der weißrussischen Zwangsarbeiter in Deutschland nicht nachzeichnen. Das würde ein eigenes Studium erfordern, da sie über alle Regionen und Wirtschaftszweige des Reiches verstreut waren,¹⁶⁵ und hätte auch mit der eigentlichen Besatzungspolitik nichts zu tun. Es genügt festzuhalten, daß sich die furchtbaren und demütigenden Umstände der Zwangsarbeit im Reich¹⁶⁶ wie ein Lauffeuer im besetzten Weißrußland herumsprachen und dazu führten, daß man den Abtransport nach Deutschland »als Verschickung in die Sklaverei« empfand und »als schlimmere Strafe« ansah »als zur sowjetischen Zeit eine Verschickung nach Sibirien«.¹⁶⁷ Das »Ost«-Abzeichen verglich die Bevölkerung mit dem Judenstern,¹⁶⁸

161 Vgl. SS- und Polizei-Standortführer Brest, Lagebericht v. 15. 7. 1942 mit Anlage, Betr.: Arbeitszuführung ins Reich, BA F 13752, Bl. 181. Danach begleiteten jeweils drei bis fünf deutsche Schupos und zehn bis fünfzehn einheimische Schutz Männer zwischen 1. 4. und 30. 6. 1942 36 Transporte mit 20739 Personen vom Bahnhof ins Auffanglager, 39 mit 20000 zur Entlausungsstation und zurück und 16 mit 18490 Personen zum Bahnhof, die von dort ins Reich abfuhren. Siehe auch GebK Brest, Arbeitsamt, v. 6. 7. 1942, ebd., Bl. 136.

162 WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 18 v. 3. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1201.

163 SS- und Polizeistandortführer Brest, Lagebericht v. 15. 7. 1942, BA F 13752, Bl. 178f.

164 Vgl. Vortrag des GK in Shitomir, Klemm, nach der Niederschrift über die Tagung mit Sauckel am 12. 8. 1942 in Kiew, BA F 3661, Bl. 477; Vern. Erich v. d. Bach-Zelewski v. 17. 1. 1946 (englisch), ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. III, 4, Bl. 27; Kommandeur der Gendarmerie Shitomir, Kommandobefehl Nr. 20/42 v. 25. 6. 1942, ZStA Minsk 658-1-2, Bl. 136. Zur Betriebsordnung der Reichsbahn HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Tagesbefehl Nr. 6 v. 17. 6. 1943, GebA Minsk 699-1-52, Bl. 26/R. Zur Auslastung z. B. WewiKdo Minsk, Lagebericht Oktober v. 23. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 101f.

165 Im Herbst 1943 wohnten allein in Königsberg über 3000 Weißrussen. Die Sowjets trafen 1945 in Ostpreußen ganze weißrussische Dorfgemeinschaften an. Vgl. Minsker Zeitung v. 14. 10. 1943 und Vakar, S. 273, Anm. 13/18.

166 Vgl. besonders die Darstellung von Herbert 1985. Die seit Anfang der achtziger Jahre erschienene weitere Literatur, darunter viele Lokalstudien, ist mittlerweile unübersehbar. Zu den Erfahrungen der Weißrussen ausführlich die Studie: Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, Hauptarbeitsgruppe Mitte, Einsatzkommando Mogilew/Gorki, Betr.: Ostarbeiterbriefe v. 28. 7. 1943 auf Grund von 1200 Briefen, die im ersten Halbjahr 1943 nach durchschnittlich einem Jahr Aufenthalt in Deutschland nach Hause geschickt wurden (BA F 13667, Bl. 492-498).

167 Berücd Mitte, Qu/IVa bzw. Abt.VII/Mil.-Verw. v. 14. 10. 1942 bzw. Monatsbericht Dezember v. 9. 1. 1943, BA-MA WF-01/7420, Bl. 961 und 978. Ähnlich Tesmer nach dem Aktenvermerk über die Dienstbesprechung am 31. 3. 1943 bei Heeresgruppe Mitte O.Qu., BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1073.

168 Vgl. EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.-30. 9. 1942, BA F 40168, Bl. 256.

und selbst treue Gefolgsleute der Deutschen, die eine Propagandafahrt ins Reich mitmachen durften, bezeugten die schlechte Behandlung ihrer Landsleute, wenn auch nicht in der Öffentlichkeit.¹⁶⁹ Obwohl die Todesrate der zivilen Ostarbeiter offenbar glücklicherweise erheblich unter der der sowjetischen Kriegsgefangenen lag,¹⁷⁰ rüttelten Benachrichtigungen über Todesfälle mit von barbarischer Behandlung zeugenden Todesursachen die Weißrussen auf, sofern das noch nötig war.¹⁷¹ Außer solchen obligaten Mitteilungen wußte die Bevölkerung im besetzten Gebiet durch die Postkarten und Briefe der Ostarbeiter Bescheid, die diese seit August 1942 zweimal im Monat schicken durften. Wegen der großen Zahl der Sendungen konnte die deutsche Zensur nur einen kleinen Teil überprüfen, im Sommer 1943 bei der Wirtschaftsinpektion Mitte 20 Prozent. Daran änderte auch die große Zahl der Instanzen nichts, über die sie vorschriftsgemäß zu laufen hatten.¹⁷²

Wenige Maßnahmen ihrer Besatzungspolitik haben den Deutschen so viel Feindschaft eingetragen wie die Zwangsarbeiterverschleppungen.¹⁷³ Zum abstoßenden Bild trug noch ein weiterer Faktor bei, sozusagen das Schlußkapitel des Ostarbeiter-einsatzes: »Arbeitsunfähige« – Greise, Kranke, Halbverhungerte, Verstümmelte, Selbstverstümmelte und Hochschwangere – wurden als sogenannte Rückkehrer von den Deutschen wieder in die besetzten sowjetischen Gebiete zurückgefahren. Insgesamt dürfte es sich um 150 000 bis 200 000 Menschen gehandelt haben, die in diesen wahren Elendszügen zurückgebracht wurden.¹⁷⁴ Oft »verdreckt, zerlumpt und verhungert«, wurden sie häufig achtlos fehlgeleitet beziehungsweise hin- und hergefah-

169 WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 24 v. 4. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 684. In der prodeutschen weißrussischen Presse wurde die Darstellung ins Gegenteil verkehrt: Übersetzung der Zeitung für Arbeiter »Der Aufbau« Nr. 7, Dezember 1942, ebd., Bl. 833–849.

170 Seit dem 21. 12. 1942 waren gemäß Befehl des GBA auf Anregung der Chefgr.Arbeit des WiStabs Ost alle Todesfälle von Ostarbeitern zu melden. 1943 wurden daraufhin 14 522 Gestorbene registriert, angesichts des niedrigen Alters der Betroffenen natürlich eine anormal hohe Zahl. Wenn diese Meldungen mehr oder weniger vollständig waren, wie es den Anschein hat, kann man hochrechnen, daß etwa 50 000 zivile sowjetische Zwangsarbeiter in Deutschland gestorben sind (2 %). Zu einer ähnlichen Schätzung kam auch Pavel Poljan: Westarbeiter – Ostarbeiter. Vortrag auf der wissenschaftlichen Konferenz »Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation« in Mülheim/Ruhr am 2. 3. 1995. Dazu wären jedoch die Todkranken zu rechnen, die in die besetzten sowjetischen Gebiete zurückgefahren wurden und dort starben, möglicherweise nochmals mehrere 10 000 Menschen.

Vgl. WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, Kurzbericht über die Behandlung der Mitteilungen über Sterbefälle, Arbeitsvertragsbrüche, Einlieferungen in KL., Rückführungen usw. v. 31. 10. 1943 sowie den KTB-Rückblick fürs 4. Quartal 1943, BA-MA RW 31/35.

171 Referat Bruer (Arbeitsamt Minsk-Land) v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 103.

172 Im Militärverwaltungsbereich über WiIn, Arbeitsamt, Feldkommandantur, Rayonleiter und Gemeindevorsteher, im Zivilverwaltungsgebiet über die Gebietskommissare. Vgl. zu diesem Komplex Berück Mitte, Abt.VII-Kriegsverwaltung, Verwaltungsanordnungen Nr. 27 v. 3. 9. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 711; ders., Tätigkeitsbericht Ic für Dezember 1942 v. 6. 1. 1943, BA-MA WF-03/7421, Bl. 1142; WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB-Rückblick 3. Quartal 1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 66; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 v. 22. 1. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 431; WiIn Mitte, Lageberichte Nr. 19 und 22 v. 4. 7. und 4. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 216 und 487.

173 Vgl. Dallin, S. 441 ff.

174 150 000 nach Vortrag Poljan v. 2. 3. 1995 (siehe Anm. 6/170). Davon 80–100 000 schon bis Herbst 1942 nach Angaben Bräutigams und der Betreuungsorganisation des Ostministeriums ZAVO (Zentralstelle für die Völker des Ostens). Vgl. Herbert 1985, S. 164; Dallin, S. 456; Müller 1971, S. 186. Ins RKU 28 700 nach der Niederschrift über die Arbeitstagung mit Sauckel in Kiew am 12. 8. 1942, BA F 3661, Bl. 479, auch Nbg. Dok. NO-1606.

ren, irgendwo ausgeladen und anschließend in Lagern mangelhaft untergebracht und ernährt oder aber sich selbst und den einheimischen Stadtverwaltungen überlassen.¹⁷⁵ Viele der Zurückgeschickten kamen über Brest, eine wichtige Eisenbahnstation auf dem Weg in den Mittelabschnitt und in die Ukraine, und das dortige Rückkehrerlager, allein bis Juni 1942 schon 5500. Zwischen Juni 1942 und April 1943 starben dort 132 Männer, 23 Frauen, 3 von 287 Fleckfieberpatienten und nicht weniger als 433 von 516 Neugeborenen.¹⁷⁶ Die Arbeitsverwaltung in Brest, die für das Lager verantwortlich war, sah in den für sie unbrauchbaren Insassen den »Abschaum der russischen Bevölkerung«¹⁷⁷ und behandelte sie entsprechend. Zahlreiche Frauen kamen außerdem auf dem Rücktransport während der Zugfahrt nieder, so daß »viele unterwegs gestorben sind«, wie ein Gebietskommissar kritisierte. Von den ins RK Ukraine zurückgeschickten Männern hatten bis August 1942 30 bis 40 Prozent Tuberkulose, 30 Prozent wurden als leichtkrank, 8 Prozent als »Geisteskranke« bezeichnet, von den Frauen galten 60 Prozent als krank, 35 Prozent waren schwanger.¹⁷⁸ Das Lager in Brest wurde wegen geplanter Teilverlagerung nach Przemysl 1943 verkleinert und bei dieser Gelegenheit 306 Erwachsene »sowie 35 Kinder«, über ein Drittel der Insassen, »als arbeitsfähig [...] festgestellt« und wieder nach Deutschland zurücktransportiert. 67 Frauen im achten und neunten Monat durften bleiben – noch.¹⁷⁹ Da sich bei den Verhältnissen im Lager die »Arbeitsfähigkeit« wohl kaum durch Erholung wieder eingestellt haben dürfte, betraf deren Wiederherstellung vermutlich besonders eine Gruppe: die Frauen, deren Babys gestorben waren. Auf diesem grausigen Weg hatte das Arbeitsamt wieder ein paar Kräfte gewonnen.

Dieses Beispiel mag auch zeigen, daß die deutsche Arbeitsverwaltung an Zwang und Terror nicht nur mittelbar, sondern direkt beteiligt war. Sie brauchte dafür nicht unbedingt Polizei und SS, und wenn, dann als Hilfsorgane, denn die Initiative für das Zwangsarbeiterprogramm lag nicht bei Himmlers Organen.

175 Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 v. 22. 1. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 429 (Zitat); EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–30. 9. 1942, ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 130 f. (Rückkehrer aus Kallinin und Pskow in Witebsk); Bahndiensttelegramm RVD Minsk an verschiedene Bahnhöfe v. 5. 10. 1943, ZStA Minsk 378–1–876, Bl. 92 (Ausladung eines Transports von Bialystok nach Borissow in Lesna bei Baranowitschi) und besonders 201. Sich.Div., Abt. VII, Lagebericht September v. 30. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42358, Bl. 848 f. (»Tuberkulose, Geisteskranke und hochschwängere Frauen«, teils aus Lettland und der Ukraine, die in Witebsk »halb verhungert in der Stadt herumlungerten und Greuelmärchen über ihre mangelhafte Ernährung und konzentrationslagerähnliche Kasernierung in Deutschland erzählten«). Selbstverstümmelte und invalide Rückkehrer in Witebsk nach dem Bericht der Agentin V. S. Choruschaja v. 3. 10. 1942 in Kalinin, S. 274.

176 Vgl. GebK Brest, Arbeitsamt, v. 6. 7. 1942, BA F 13752, Bl. 136, und Rku, Lagebericht März/April 1943 v. 14. 5. 1943, BA R 94/18. Siehe auch Akte Nr. 1 über die Schanddaten der deutsch-faschistischen Eindringlinge und ihrer Helfershelfer im Kreise Brest v. 1. 4. 1945, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 1666 f.

177 Tätigkeitsbericht Arbeitsamt Brest 1941–1944 v. 24. 8. 1944, BA R 93/14.

178 »Das wirkt auf die Bevölkerung im negativen Sinne.« Niederschrift über die Tagung mit Sauckel in Kiew am 12. 8. 1942, BA F 3661, Bl. 477 ff.

179 GebK Brest, A II, Monatsbericht April v. 22. 4. 1943, BA F 13751, Bl. 1140 f. Vgl. ebenso v. 24. 5. und 24. 6. 1943, Bl. 1153 und 1170 sowie den Arbeitslagebericht des GebK Burat v. 26. 7. 1943, ebd., Bl. 1182; Akte Nr. 1 (wie Anm. 6/176).

6.3 Die Optimierung des Arbeitskräfteeinsatzes innerhalb Weißrußlands 1942–1944, ihre Methoden und Folgen

a) Der regionale Arbeitskräftebedarf

Nicht die Ostarbeiterrekrutierungen standen im Mittelpunkt der Tätigkeit der Arbeitsbehörden im besetzten Weißrußland, wie meist angenommen wird, sondern die Beschaffung von Arbeitskräften für den regionalen Bedarf. 1942 entstand ein Mangel an Arbeitskräften und spitzte sich immer mehr zu. Immer neue Reserven sollten nun erschlossen, immer neue Umverteilungen vorgenommen werden. Das um so mehr, als keine wesentlichen Investitionen stattfanden, um Arbeitskräfte einzusparen. In der Besatzungsverwaltung machten Formulierungen die Runde wie, daß »auch der Mensch in Weissruthenien zu einem Engpaß erster Ordnung geworden«¹⁸⁰ sei und daß mit ihm der »wichtigste, ja entscheidende Produktionsfaktor« zunächst »übersehen worden«¹⁸¹ sei. »Der wichtigste und kostbarste ›Rohstoff‹ ist der Mensch«, hieß es in der Vierjahresplanbehörde.¹⁸² Drei Faktoren führten vor allem dazu, daß der »Engpaß Mensch« in Weißrußland entstand: der bescheidene Ausbau der Industrie, die Deportationen von Arbeitern nach Deutschland und »daß die Juden zum größten Teil ›umgesiedelt«[!] sind«.¹⁸³

Während die Verschleppung der Ostarbeiter nach Deutschland in der Forschung gelegentlich zum Thema gemacht, wenn auch nicht umfassend erforscht wurde, hat sich für die Probleme des Arbeitseinsatzes in den besetzten sowjetischen Gebieten selbst niemand so recht interessiert. Zu Unrecht, denn mit der Politik, auf Grund wirtschaftlicher deutscher Bedürfnisse die beliebige Verschiebung von Arbeitskräften und die Einschränkung ihrer Freizügigkeit ohne weiteres als gerechtfertigt anzusehen, griffen die Deutschen schwerwiegend in das Schicksal sehr vieler Menschen ein. Von hier ziehen sich viele Linien zu den deutschen Massenverbrechen.

Für die Arbeitsverwaltungen der Besatzungsbehörden bildete der örtliche beziehungsweise regionale Kräfteeinsatz den größten Teil ihrer Arbeit. Die Rekrutierungen für den Reichseinsatz hatten auch nicht, wie man nach den herkömmlichen Darstellungen meinen könnte, Priorität vor den örtlichen Anforderungen, sondern umgekehrt. Dazu lagen verschiedene, eindeutige Anweisungen der zentralen Dienst-

180 Parolen für den Wirtschaftseinsatz in Weissruthenien, in: Der Ost-Express Nr. 15 v. 9. 2. 1944, BA F 14246.

181 Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 347. Das sei deshalb zwangsläufig geschehen, weil anfangs »eine umfassende Ausnutzung auf allen Wirtschafts-Sektoren gar nicht geplant war« (ebd.).

182 Stichworte für die Erklärung des Herrn Reichsmarschalls in der Ostsitzung, Sonderarchiv Moskau 700-1-49, Bl. 5. Ende 1942/Anfang 1943 war eine Tagung mit Göring zum Zweck einer grundlegenden Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten geplant. Es wäre die zweite nach der vom November 1941 gewesen. Diese Sitzung fand aber nie statt, vermutlich weil die geplanten Veränderungen gering waren bzw. WiStab Ost und RMO sie schon auf den Weg brachten.

183 Notiz für eine Ost-Besprechung unter Vorsitz des Reichsmarschalls (für Staatssekretär Körner, V.P.17626/6 mit Anschreiben v. 10. 10. 1942), ebd., Bl. 81-95, Zitat Bl. 89. Wie die ironischen Anführungsstriche beim Begriff »umgesiedelt« zeigen, wußte der Verfasser des Papiers über das wirkliche Schicksal der Juden und auch über die Sprachregelung Bescheid.

stellen vor. Sie kamen nicht nur vom Generalquartiermeister¹⁸⁴ und vom Chef des Wirtschaftsstabs Ost¹⁸⁵, sondern anfangs vom Ostministerium offenbar sogar in Abstimmung mit dem GBA selbst.¹⁸⁶ Je mehr der Zustrom von (meist städtischen) Arbeitskräften seit Sommer 1942 abflaute, desto lauter verlangte Sauckel eine Vorrangstellung des Reichsbedarfs, so von Berlin aus im August 1942¹⁸⁷ und auf einer Reise in Smolensk im Juli 1943.¹⁸⁸ Eben zu dieser Zeit wollte Sauckel eine Entscheidung Hitlers erreichen, seinen Forderungen Priorität gegenüber dem örtlichen Bedarf einzuräumen.¹⁸⁹ Aber eine solche Entscheidung hat es nie gegeben. Vielmehr wurden die Kommandos des GBA – wie erwähnt – 1943 der örtlichen Arbeitsverwaltung unterstellt.¹⁹⁰ Daß die Besatzungsbehörden vor Ort zuerst den Bedarf im eigenen Gebiet befriedigen wollten, lag sicherlich daran, daß ihnen das Hemd näher als der Rock saß, das heißt am bekannten Lokal-Egoismus der Okkupationsorgane, aber nur zum Teil. Das würde nicht erklären, warum auch ihre vorgesetzten Zentralstellen (Ostministerium, Wirtschaftsstab Ost), die in Berlin saßen und Reichsinteressen zu vertreten hatten, genauso dachten. Wenn dem an sich wesentlich produktiveren Einsatz von Arbeitskräften im Reich nicht von vornherein der Vorzug gegeben wurde, so deshalb, weil viele Arbeiten im besetzten Gebiet, so in Weißrußland, trotz geringer Produktivität einfach unverzichtbar erschienen. So kam es etwa, daß im Sommer 1942 bereits für den Reichseinsatz »geworbene« Arbeiter aus den Sammellagern heraus noch zur Organisation Todt umdirigiert wurden und Sauckel die Projekte der OT im Bereich der Heeresgruppe Mitte von seiner »Werbung« ausnahm.¹⁹¹

Rein zahlenmäßig beschäftigten die örtlichen Vermittlungen die Arbeitsämter ebenfalls viel mehr als die Rekrutierungen für den Einsatz in Deutschland. Bei der

184 »Vorrang des Kräftebedarfs von Truppe und Wirtschaft im Osten«. Erlaß OKH/GenStdH/GenQu, Abt. Kriegsverw. v. 10. 5. 1942. Zitiert nach N. Müller 1982, S. 291.

185 »Den Vorrang haben aber absolut die Bedürfnisse im Operationsgebiet.« General Stapf nach WiIn Mitte, Protokoll der Kommandeursbesprechung bei WiIn Mitte am 11./12. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 568. Vgl. WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB-Rückblick fürs zweite Quartal 1943 v. 28. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1346: »Bei WiIn Mitte stand zunächst die Deckung des inneren Bedarfs an Arbeitskräften im Vordergrund.«

186 Vgl. RMO, III Wi Arb. Pol. u. Soz. Verw. v. 6. 3. 1942, in: IMT, Bd. 26, S. 162. Danach gingen dem Reichsbedarf vor: Truppenversorgung, OT und Bauwirtschaft, Landwirtschaft, Kohlenbergbau und Elektrizitätswerke.

187 »Die verfügbaren Arbeitskräfte der besetzten Gebiete sind in erster Linie zur Befriedigung des kriegswichtigen Bedarfs in Deutschland selbst einzusetzen.« Anordnung Nr. 10 des GBA über den Einsatz von Arbeitskräften in den besetzten Gebieten v. 22. 8. 1942. Auszugsweise Abschrift in Anlage 1 zu den Besonderen Anordnungen d. Kdtr. d. Sich. Geb. Weissruthenien Nr. 35/42 v. 24. 9. 1942, ZStA Minsk 378-1-215, Bl. 8. Vgl. auch Hptm. Dr. Spiteiler, Der Arbeitseinsatz im Osten v. 28. 1. 1943, BA F 10655, Bl. 511 und 507 (»zwei gleich wichtige Aufgaben«).

188 »Gegen Anforderung von Arbeitskräften für das Reich kann kein Einwand, welcher Art auch immer, gelten.« Vermerk des Qu 2 der 3. Panzerarmee nach einer Besprechung mit Sauckel im Tätigkeitsbericht für 1. 7.-31. 12. 1943 unter dem 17. 7. 1943, Nbg. Dok. NOKW-2386.

189 Vgl. RMO, Hauptabteilung II, Sitzungsvermerk, Thema: Arbeitseinsatzfragen des Reiches unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in den besetzten Ostgebieten am 13. 7. 1943 v. 20. 8. 1943, Nbg. Dok. NO-1831. Diese hochkarätig besetzte Sitzung (mit Rosenberg, A. Meyer, Koch, Backe, Berger, Körner, Matthiessen, Kube) fand einen Tag, bevor Sauckel zur Heeresgruppe Mitte fuhr, statt.

190 Vgl. WiIn Mitte, Fachliche Weisung Nr. 68/43 v. 27. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 309f.

191 Vgl. OT-Zentrale, Der Gebietsbeauftragte für Russland-Mitte, Reisebericht v. 5. 8. 1942 (Entwurf), BA 46.02, Nr. 234.

Wirtschaftsinspektion Mitte gab es 1942/43 fast dreimal so viele Umsetzungen innerhalb des besetzten Gebiets wie »Ostarbeiter«-Deportationen.¹⁹² Das gleiche Bild ergibt sich im Zivilverwaltungsgebiet in den Gebieten Brest, Baranowitschi und Wilejka. In Wilejka wurden 1942 insgesamt 56938 Arbeitskräfte umgesetzt und 6500 ins Reich geschickt.¹⁹³ Lediglich im Frühsommer 1942, im Herbst 1943 und im Juni/Juli 1944 beim Rückzug dürfte das Verhältnis anders ausgesehen haben. Selbst bei der totalen Durchsuchung der Stadt Minsk 1943, bei der das gesamte Arbeitsamt der Stadt eine Woche im Einsatz war, wurden 712 Arbeitskräfte für den örtlichen und nur 350 für den Reichsbedarf gewonnen.¹⁹⁴

Außerordentlich groß war die Fluktuation von Arbeitskräften im besetzten Weißrußland. Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte gab es Mitte des Jahres 1943 rund 370000 Stellen außerhalb der Landwirtschaft – zwischen Januar und September des gleichen Jahres wurden ungefähr 220000 Kräfte durch die Arbeitsämter umgesetzt.¹⁹⁵ Im Gebiet Glebokie wurden Anfang 1944 monatlich 3 Prozent der Arbeitskräfte insgesamt und 4,5 Prozent der Männer auf andere Stellen vermittelt, im Gebiet Baranowitschi 1943 monatlich 6 bis 8 Prozent und im Gebiet Wilejka während des ganzen Jahres 1942 50 Prozent einschließlich der in der Landwirtschaft vorhandenen Arbeitskräfte.¹⁹⁶ Für viele Menschen, die verpflichtet waren, der Stellenzuweisung der Arbeitsämter zu folgen, bedeutete das, zwangsweise den Heimatort zu verlassen, oft auch ihre Heimatregion, denn, wie die Wirtschaftsinspektion Mitte im November 1942 meldete: »Der zwischen- und überbezirkliche Ausgleich hat im Arbeitseinsatz eine ständig wachsende Bedeutung erlangt.« Unterkunft und Verpflegung waren für die Opfer dieser Politik, auf Grund von Großprojekten (Bau von Verkehrslinien, Torfwerke) und häufigen örtlichen Engpässen Arbeitskräfte rücksichtslos und völkerrechtswidrig wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen und zu verschieben, mit dem Stellenzuweisungsbescheid keineswegs gesichert.¹⁹⁷ Da die betreffenden Arbeitsstätten teilweise außerhalb der Städte lagen und in den Städten Quartiere fehlten, waren notdürftige Einquartierung und Lagerunterbringung an der Tagesordnung.

192 Nach Zahlen für Juli 1942 bis September 1943; 1942: Juli (5.7.–4.8.) 14001 örtliche Vermittlungen/24060 zum Reichseinsatz, August (16.7.–15.8.) 18039/17312, September 19790/7594, Oktober (4.10.–5.11.) 18383/3125, November (5.11.–4.12.) 43296/5298; 1943: Januar–September in der Reihenfolge 16951/2370, 23250/3471, 27726/4441, 32360/4989, 34711/4000, 32812/5830, 2/3501, 29065/24013, 25476/7373. Vgl. Monatsberichte WiStab Ost, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 99 ff.; Monatsberichte WiIn Mitte bzw. KTB-Tätigkeitsberichte für 5.7.–4.8., 5.8.–3.9., 4.10.–5.11. und 5.11.–4.12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859/60; WiStab Ost, Monatsbericht September v. 17.10.1942, BA-MA (BArchP)F 43067, Bl. 1152 f. Wegen Nachmeldungen usw. weichen die o. g. Zahlen für die »Reichswerbung« von diesen z. T. ab.

193 Im Gebiet Brest waren es im Mai/Juni 1943 1295/665 bzw. 2000/1043, im Gebiet Baranowitschi von Dezember 1943 bis Februar 1944 14207/756. Vgl. Referat Arbeitsamt Wilejka v. 9.4.1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 110; Berichte Arbeitsamt Brest v. 24.5. und 24.6.1943, BA F 13751, Bl. 1149 f. und 1164–1166; GebK Baranowitsche, Bericht für 1. Quartal 1944, BA F 13683, Bl. 80.

194 Vgl. Gefechtsbericht über das Unternehmen »Zauberflöte« (gez. v. Gottberg) v. 24.4.1943, ZStA Minsk 685–1–1, Bl. 104; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 55 v. 21.5.1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 949 f.; Vern. H.H. (Leiter der Arbeitsvermittlung beim Arbeitsamt Minsk-Stadt) v. 31.8.1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 8996 f.

195 Vgl. Anm. 6/192 dieser Arbeit.

196 Vgl. GebK Glebokie, Lagebericht Dezember 1943–März 1944 v. 22.3.1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1465; Referate der Arbeitsämter Wilejka und Baranowitschi v. 9.4.1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 108–113.

197 WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 23 v. 5.11.1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 585.

Die Arbeitsämter reagierten mit den Zwangsverpflichtungen auf noch erheblich höhere Anforderungen durch die Wehrmachts- und Wirtschaftsdienststellen. So betrugen im GK Weißruthenien im Herbst 1942 die monatlichen Forderungen 31 500 Arbeitskräfte (etwa 6 Prozent der damals registrierten), die Zuweisungen jedoch nur 20 000. Bei den Frauen konnte der Bedarf zumindest annähernd erfüllt werden (7000 von 8000).¹⁹⁸ Etwa zur gleichen Zeit sollten bei der Wirtschaftsinspektion Mitte 75 580 Stellen besetzt werden, dort, da sie auch fürs Frontgebiet zuständig war, mehr für Wehrmachtsdienste. Ein halbes Jahr später beliefen sich die Ersuchen auf 209 000 Kräfte und wiederum sechs Monate später allein bei der Reichsverkehrsdirektion Minsk auf 55 000.¹⁹⁹ Die Rekrutierung sogenannter Hilswilliger (Hiwis) lief nur teilweise über die Arbeitsämter und machte einen relativ geringen Anteil der Vermittlungen von Zivilisten aus.²⁰⁰ Wie auch bei den »Hilswilligen«, war ein großer Teil der zu besetzenden Arbeiten unbeliebt, wegen der zu geringen Lebensmittelrationen auf die Dauer lebensbedrohlich und wurde nicht freiwillig angenommen, nämlich Knochenarbeit auf dem Bau, in der Forst- und Holzwirtschaft und im Torfbergbau. Angesichts des schon beschriebenen Arbeitsklimas kann man von Zwangsarbeit sprechen.

b) Beschaffung von Arbeitskräften in den Städten

Für einen so großen Bedarf, der noch weit größer als Sauckels Forderungen war, reichte das Arbeitskräftereservoir der Städte nicht aus. Die Deutschen preßten trotzdem soviel wie möglich aus ihnen heraus. Aber sogar wiederholte Razzien halfen ihnen wenig, zumal sie in zunehmendem Maße das Ergebnis brachten, daß die meisten Aufgegriffenen Arbeit hatten und unabkömmlich waren – sofern das vor ihrem Abtransport noch überprüft wurde. So war es z. B. bei den systematischen Durchsuchungen von Minsk (April 1943), Mogilew (Dezember 1942) und Retschitza (Juni 1943).²⁰¹ Phanta-

¹⁹⁸ Vgl. GK Weissruthenien, Abt. III ASo, Ref.Arbeitseinsatz, Über die Arbeitseinsatzlage im Generalbezirk, BA F 712, Bl. 5190. Von den 28 000 angeforderten Kräften Ende September 1942 waren 11 300 für Bauprojekte (OT, Eisenbahn u. a.), 8000 für die Forst- und Holzwirtschaft und 4300 für Heer und Luftwaffe bestimmt.

¹⁹⁹ Im Oktober 1942 waren es 29 000 für den Winterschutz, 15 900 für Stellungsbauten, 5090 »Hiwis«, 3300 für die Luftwaffe, 10 800 für Baumaßnahmen, 4000 für die Schrottsammelorganisation Major Schu u. a. Ende Februar 1943 68 691 Altbestände (darunter 48 850 »Hiwis«) und rund 140 000 Anmeldungen für spätere Zeitpunkte. Protokoll der Kommandeursbesprechung bei WiIn Mitte am 11./12. 10. sowie Lagebericht Nr. 26 v. 4. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 566 und 892–894, und WiStab Ost, Monatsbericht Oktober 1942 v. 20. 11. 1942, Anlage 13, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 234 f. Ferner RVM, Zweigstelle Osten, Schnellbrief v. 26. 9. 1943, Betr.: Ostbau ab 1. 9. 1943, Einsatz von Arbeitskräften, BA-MA H 12/59.

²⁰⁰ Im zuletzt genannten Fall 7 % (ebd.). Im März 1943 waren von 56 623 »Hiwis« bei der Heeresgruppe Mitte nur 12 201 nicht ehemalige Kriegsgefangene. Aus dem Hauptbezirk Baranowitschi wurden bis August 1942 allerdings rund 16 000 Panjewagenfahrer vermittelt. Siehe WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB-Beitrag v. 2. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1305 f., und Hauptkommissar Baranowitschi, Betr.: Arbeitspolitische Fragen v. 27. 8. 1942 (Abschrift von Abschrift), Nbg. Dok. NG-1315.

²⁰¹ In Minsk wurden 128 000 Personen überprüft, davon 22 400 illegale Mitfahrer bei der Eisenbahn, aber lediglich 1062 Arbeitskräfte gewonnen. Vgl. Gefechtsbericht über das Unternehmen »Zauberflöte« v. 24. 4. 1943, ZStA Minsk 685–1–1, Bl. 101–104; WiKdo im FK-Bereich Mogilew, Tätigkeitsberichte Nr. 8 und 12 v. 17. 8. und 17. 12. 1942, BA-MA RW 31/846 bzw. 847; SS-Kav. Div., Ic, Bericht über Erfassung von Arbeitskräften und Verdächtiger aus Retschitza v. 15. 6. 1943, BA F 40416, Bl. 108 f.; KTB WiKdo Polozk v. 10. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 254.

siezahlten über Zehntausende von Unbeschäftigten in den Städten, darunter allein 30 000 bis 40 000 in Minsk, wurden dadurch ad absurdum geführt, was Besatzungspolitiker wie v. Gottberg aber nicht unbedingt einsahen.²⁰²

Andere Mittel wurden gesucht und gefunden. Die Deutschen ließen Kindergärten einrichten, um Mütter von Kleinkindern für die Arbeit freizubekommen. Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte waren es im August 1943 4616 Kinder in 92 Einrichtungen. Kinderheime dienten teilweise dem gleichen Zweck (»Voraussetzung für die Aufnahme in Kinderheimen ist, daß die Kindesmutter im deutschen Interesse arbeitet«).²⁰³ Die Arbeitsämter unterschieden außerdem zwischen »ortsgebundene[n]« Frauen mit »Anhang« (Männern und größeren Kindern) und ledigen, sogenannten ausgleichsfähigen Frauen, die überallhin innerhalb des Besatzungsgebiets und nach Deutschland vermittelt werden könnten. Sie versuchten, am jeweiligen Ort »ortsgebundene« Frauen an die Stelle »ausgleichsfähiger« zu setzen, um diese als Verfügungsmasse zu erhalten.²⁰⁴ Indem eine Bescheinigung des Arbeitsamtes über Arbeitsstelle oder Arbeitsunfähigkeit im Herbst 1942 zur Voraussetzung für den Erhalt einer Lebensmittelkarte gemacht wurde, zwangen die Deutschen ebenfalls viele Weißrussen, sich neu zur Arbeit zu melden, darunter Leute, die eigentlich arbeitsunfähig waren, sowie solche, die sich bis dahin mit Schwarzmarktgeschäften oder als unregistrierte Handwerker ihren Lebensunterhalt verdient hatten. Die Verwaltung in Minsk machte diese Bescheinigung ein Jahr später auch zur Voraussetzung dafür, den Bauernmarkt betreten und die Bannmeile um die Stadt passieren zu dürfen. Das sei nötig, wenn man nicht »verhungern wolle«.²⁰⁵

Wenig Erfolg hatten die großangelegten deutschen Pläne, Fachkräfte durch die Ausbildung von Lehrlingen zu gewinnen. Allerdings sollte man das Facharbeiterproblem nicht überschätzen; es herrschte zwar Mangel, aber der Bedarf war auch nicht allzu groß.²⁰⁶ Im GK Weißruthenien begann man mit der »Berufsnachwuchslenkung« systematisch erst Anfang 1943 (einzelne Gebietskommissare wie der berüchtigte Erren in Slonim führten sie schon früher ein), so daß wegen der zweijährigen Lehrzeiten bis zum deutschen Abzug kaum ein Lehrling die Lehre abschloß.²⁰⁷ Ja, eigentlich

202 Vgl. RüIn Ostland, Niederschrift über die Arbeitstagung am 3. und 4. März 1943, BA-MA (BArch)P F 43372, Bl. 86; [RMO,] II 1c, Vorlage Betr.: Besprechung mit dem Generalkommissar Weißruthenien v. 1. II. 1943, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 484. Realistischer die Daten im Vortrag Moos (Arbeitsamt Minsk-Stadt) v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 118.

203 WiKdo 206 (Witebsk), Gruppe BB, Fachliche Weisung Nr. 6/43 v. 17. 8. 1943, BA-MA (BArch)P F 42901, Bl. 183. Vgl. KTB-Rückblick der gleichen Stelle fürs 3. Quartal 1943, ebd., Bl. 103, und WiIn Mitte, Lagebericht August v. 5. 9. 1943, BA-MA (BArch)P F 42860, Bl. 1010.

204 Hierzu etwa WiStab Ost, Monatsbericht Dezember 1942 v. 16. I. 1943, BA-MA (BArch)P F 43378, Bl. 712, und Berück Mitte, Quartiermeister, Betr.: Arbeitseinsatz russischer Kgf. und ziviler Arbeitskräfte v. 5. II. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 950.

205 Berück Mitte, Abt. VII/Mil. Verw., Monatsbericht Oktober v. 9. II. 1942, ebd., Bl. 1020, und [RMO,] II 1c, Betr.: Besprechung mit dem Generalkommissar Weißruthenien v. 1. II. 1943, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 483f.

206 Grund war die begrenzte Wirtschaftsaktivität in Weißrußland, die sich noch dazu zum Großteil auf minder qualifizierte, manuelle Arbeit (Baumaßnahmen, Torfbergbau, Holzeinschlag) beschränkte. Dies wird in der Diskussion des Problems oft übersehen. In dieser Darstellung wird darum der Schwerpunkt auf quantitative Fragen des Arbeitseinsatzes gelegt.

207 Vgl. Helmut Freudenberg, Der Aufbau im Osten. Deutsche Sozialpolitik in Weissruthenien, in: Berliner Börsenzeitung v. 10. 9. 1943, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 4; Heinz Rudolph, Wirtschaftsaufbau im Generalbezirk Weißruthenien, in: Die Ostwirtschaft 31 (1942), H. 8, BA F 10632, Bl. 622.

wurde kaum eine *angefangen*: Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte zählte man im März 1943 2317 und bis 1944 alles in allem etwa 4500 Lehrlinge,²⁰⁸ im GK Weißruthenien noch weniger. Das Vorhaben der Heeresgruppe Mitte und ihrer Wirtschaftsbehörden, 1944 alle Kinder nach der Schule teils zum Arbeitseinsatz, teils zur Ausbildung zu erfassen, war erstens Wunschdenken und diente zweitens vor allem der Verschleppung von Kindern im Rahmen der sogenannten Heuaktion beziehungsweise SS-Helfer-Aktion.²⁰⁹ Die geplante »Heranholung von Jugendlichen vom Lande in städtische Lehrstellen« hatte »wenig Erfolg«, weil sie angesichts der Gefahr, nach Deutschland verschleppt zu werden, zu den Partisanen flüchteten.²¹⁰

Am stärksten fielen zahlenmäßig noch die sogenannten Auskämmungen ins Gewicht, also die Überprüfung von Gewerbebetrieben auf im Arbeitsprozeß nicht benötigte Beschäftigte. Seit Sommer 1942 in Weißrußland unterwegs,²¹¹ verstärkten die Auskäämmkommissionen ihre Aktivitäten im folgenden Jahr erheblich, besonders unter der Ägide von Niedenführ und Lencer (Wirtschaftsinspektion Mitte). Sie hatten überzählige und berufs fremd Beschäftigte »auszukämmen«, Fachleute durch »Ungelehrte«, Männer durch »Halbinvalide und Frauen«, verheiratete durch unverheiratete Frauen zu ersetzen sowie die unrationellsten Betriebe zu schließen oder zusammenzulegen.²¹² Träger und Initiator war meist die Arbeitsverwaltung, konnte aber auch Feld- beziehungsweise Ortskommandantur sein.²¹³ Wehrmachteinheiten wurden in gleicher Weise untersucht, denn sie galten als besonders überbesetzt: »Jede Wehrmachtsdienststelle, jede landeseigene Dienststelle hat sich mit Kräften vollgesogen, die jetzt wieder abgezogen werden müssen[.] so hat jede Einheit ihre Klempner, Elektriker, Heizer, Schlosser, Ofensetzer, Maurer usw. [...]«²¹⁴ So überprüften »Arbeitseinsatzkommissionen« von fünf Arbeitsämtern der Wirtschaftsinspektion Mitte im Dezember 1942 und Januar 1943 1397 Einheiten und Betriebe und stellten 6239 Kräfte, davon 2324 Facharbeiter, frei. Im Frühjahr 1943 erbrachte die Kontrolle von 1034 Betrieben 2708 Kriegsgefangene (davon 2644 gegen Ersatz) und 3813 Zivilarbeiter (1944 gegen Ersatz), das waren 13,3 beziehungsweise 8,8 Prozent.²¹⁵ Die große Zahl der notwendigen Ersatzgestellungen zeigte, daß auch diese Methode schnell an

208 1943 gab es außerdem 1214 Fachkräfte zur »Umschulung«. WiStab Ost, Monatsbericht März v. 17. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 142; Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 310.

209 Vgl. Okdo. H.Gr. Mitte O.Qu./Qu.2/VII (Mil.Verw.)/HeWiFü., Betr.: Einsatz jugendlicher Arbeitskräfte v. 12. 3. 1944, HeWiFü Mitte, Abt. Arbeit, Fachliche Weisung 7/44 v. 15. 3. 1944 und KTB-Beitrag der gleichen Stelle für 13.–19. 3. 1944 (Ziel der beiden Befehle, die Jugendlichen »vor Verwahrlosung zu schützen« – der Hauptvorwand für die »Heuaktion«, vgl. Kap. 10.5), BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 72, 127f. und 129f.

210 WiStab Ost, Monatsbericht August v. 18. 9. 1943, Anlage 5, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 386; Arbeitsamt Brest, Tätigkeitsbericht 1941–1944 v. 24. 8. 1944, BA R 93/14.

211 Vgl. Minsker Zeitung v. 19. und 25. 8. 1942.

212 WiIn Mitte, Organisationsbefehl Nr. 8 v. 16. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 250–252. Vgl. KTB WiIn Mitte v. 17. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 936.

213 Vgl. Vern. Eick und Johann Georg Richert v. 16. 1. 1946 im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, Archiv P. Kohl.

214 Vortrag des Leiters der Chefgr. Arbeit, OKVR Gelberg, in der Kommandeursbesprechung der WiIn Mitte am 9. 4. 42 in Borissow v. 13. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1008. Ähnlich Arbeitsamt Brest, Tätigkeitsbericht 1941–1944 v. 24. 8. 1944, BA R 93/14.

215 Vgl. Tätigkeitsbericht WiIn Mitte für 5.–31. 12. 1942 und 1.–31. 1. 1943, KTB WiIn Mitte v. 24. 3. 1943 sowie Protokoll über die Tagung mit Chef WiStab Ost am 26. 3. v. 3. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 467, 721, 939 und 1038.

ihre Grenzen stieß, weil es eben keine großen Reserven gab und kaum jemand tatsächlich nicht gebraucht wurde. Manchmal wurden daher statt der Betriebe die »oft stark überhöht[en]« Anforderungen aus Wehrmacht und Wirtschaft überprüft und sozusagen selbst ausgekämmt.²¹⁶ Sollten diese Wünsche im großen und ganzen dennoch erfüllt werden, so mußten Arbeitskräfte vom Lande rekrutiert werden.

c) Die gewaltsame Umkehr der Stadtflucht: Beschaffung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft

Auf dem Land lagen, so schien es der Arbeitsverwaltung, noch riesige Reserven, aber man kam schwer an sie heran. Die Abteilung Arbeitspolitik und Sozialverwaltung in Minsk meldete: »Mit Rücksicht auf die im landwirtschaftlichen Hinterland vielfach vorhandene Überbevölkerung, vor allem in den zahlreichen landwirtschaftlichen Klein- und Kleinstbetrieben, wären die Möglichkeiten zu einer verstärkten Kräfteanwerbung für das Reich an sich gegeben.« Das »Hinterland« hatte aber auch für das *Hauptproblem* auf dem Arbeitseinsatzsektor, den regionalen Kräftebedarf, aufzukommen, nämlich Bahn- und Straßenbau, Forstwirtschaft, Torfwerke und Schneeräumung, sowie für jenen »Teil des Hauptbedarfs in den Städten«, der nicht durch »Betriebsauskämmungen« an Ort und Stelle zu befriedigen war. Jedoch sei Polizeischutz dafür erforderlich.²¹⁷ Diese Anschauung wurde weitergetragen – vor Ort durch die »Minsker Zeitung«, in Berlin bis zu Himmler, Rosenberg und Backe²¹⁸ – und scheint gewissermaßen Allgemeingut geworden zu sein. Auf Grund von Hochrechnungen über die pro Hektar benötigten und vorhandenen Arbeitskräfte kam man auf riesige Zahlen: Im GK Weißruthenien schätzte man Ende Juni 1942 150000, Ende August aber schon 500000 verfügbare und zu verschiebende Menschen. Bei der Wirtschaftsinspektion Mitte kam man 1942 auf 230000 »ausgleichsfähige« Personen (ans Osterministerium wurden hingegen 400000 gemeldet), 1943 zeitweise sogar auf 1,5 Millionen und 1944 trotz des zusammengeschrumpften Gebietes immer noch auf 150000.²¹⁹

²¹⁶ Vortrag OKVR Gelberg laut Protokoll der Kommandeurbesprechung bei WiIn Mitte am 11./12.10. v. 20.10.1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 565. Vgl. Arbeitsamt Brest, Tätigkeitsbericht 1941–1944 v. 24.8.1944, BA R 93/14, und Ltd. WiKdo Witebsk, Monatsbericht v. 23.3.1943, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 1047.

²¹⁷ Vgl. ein Papier der Abteilung ASo des GK Weißruthenien, vermutlich vom Oktober 1942, BA R 6/27, Bl. 76. Mehr oder weniger wortgleich in: GK Weißruthenien, Abt.III/ASo, Ref.Arbeitseinsatz, Über die Arbeitseinsatzlage im Generalbezirk v. 19.10.1942, ebd., Bl. 77; GK Weißruthenien, Abt.Verw., Allgemeiner Lagebericht v. 15.10.1942, BA R 93/3, Bl. 41; Kube an Rosenberg v. 23.12.1942, IfZ MA 795, Bl. 593.

²¹⁸ Vgl. Minsker Zeitung v. 16.10.1942 über eine Tagung der Arbeitsämter des GK Weißruthenien v. 14./15.10.; die Paraphie Himmlers auf dem genannten Bericht des GK Weißruthenien v. 19.10.1942, BA F 712, Bl. 5190f.; Vortrag Matthiessen nach WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Sitzung am 16./17.12.1942 v. 30.12.1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 465. Der Generalquartiermeister Wagner hatte diese These schon zuvor vertreten: Erlaß des OKH/GenQu v. 10.5.1942, in: N. Müller 1982, S. 290–295. Vgl. N. Müller 1971, S. 183.

²¹⁹ Vgl. KTB RüIn Ostland v. 29.6. und 31.8.1942, BA-MA (BArchP)F 43372, Bl. 1064 und 1154; WiStab Ost, Monatsbericht Mai v. 20.6.1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 83; Vortrag Gelberg laut Protokoll der Kommandeurbesprechung bei WiIn Mitte am 11./12.10. v. 20.10.1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 565; falsch dargestellt in: Auszug aus dem Bericht des Verbindungsoffiziers des RMO beim Berück Mitte, Major Müller, v. 8.10.1942, BA R 6/76, Bl. 26; HeWiFu Mitte, Ia, Niederschrift über die Besprechungen mit Chef WiStab Ost am 19./20. Mai 1944 v. 25.5.1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 494. Siehe auch Der Bezirk Bialystok (S. 22), BA F 15024. Siehe ferner unten S. 1022–1031 in diesem Band.

Aus theoretischen Überlegungen und Hirngespinnsten wurde Ernst. Schon bis Ende 1942 waren aus der Landwirtschaft im Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte »90000 Menschen zum auswärtigen Arbeitseinsatz herausgezogen worden«,²²⁰ in der Regel nicht zum Deutschlandeinsatz, sondern für regionale Großprojekte und um in den Städten von dort ins Reich Deportierte zu ersetzen.²²¹ Ein künstlicher Sog in Richtung Stadt entstand. Jedoch wurde das mit Hilfe von Auflagenerteilungen und Dienstverpflichtungen bewerkstelligt, »wissenschaftliche« Methoden fehlten noch. Der entscheidende Hemmfaktor waren Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeits- und Landwirtschaftsbehörden. Letztere blockten zunächst ab, protestierten gegen Pläne zum Abzug von Arbeitskräften und erklärten sie so gut wie alle für unverzichtbar.²²² Nach ihrer Auffassung waren die landwirtschaftlichen Betriebe sogar unterbesetzt. Im Herbst 1942 stellten Sauckel und Riecke auf Veranlassung des Vierjahresplan-Staatssekretärs Körner jedoch »ein gemeinsames Programm« zur Abstimmung ihres Vorgehens auf.²²³ Am 12. November 1942 ordnete der Wirtschaftsstab Ost die flächendeckende Ermittlung des landwirtschaftlichen Kräftebedarfs an.²²⁴

Das bedeutete jedoch nicht etwa einen Vorrang der »Ostarbeiter«-Rekrutierungen. Zum einen sollten ja nur »überzählige« Menschen auf dem Land festgestellt werden, zum anderen wollte man sie zu einem großen Teil in die weißrussischen Städte dirigieren. Es ging dabei nicht um einen Widerstreit zwischen Zentral- und Regionalinteressen oder einen »Sieg« einer dieser beiden Seiten, sondern um die Abwägung zwischen landwirtschaftlicher und im weitesten Sinn industrieller Produktion – und es kam zu einer einvernehmlichen Lösung.

Was zunächst als Schutz des Agrarbereichs vor Produktionsstörungen gedacht war,²²⁵ entwickelte sich zur Grundlage, seine »Auskämmung« zu perfektionieren. Im Gebiet Brest wurden auf ähnlicher Grundlage in einer örtlichen Vorläuferaktion bereits im Januar 1943 11000 Personen erfaßt und sofort regional in andere Stellen vermittelt, 16000 weitere schätzte man als »gar nicht oder nur beschränkt einsatzfähig« ein.²²⁶

220 Vortrag Wagner (WiIn Mitte) laut WiStab Ost, Chefgruppe La, Niederschrift über die Besprechungen am 16./17. 12. 1942 v. 30. 12. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 458.

221 Vgl. zu Verhandlungen mit der OT-Zentrale KTB WiStab Ost v. 28. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 64.

222 Z.B., als die Arbeitsverwaltung in einem Rayon bei Smolensk 4800 von 19900 meist landwirtschaftlichen Arbeitskräften als »entbehrlich« einstufte. EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–30. 9. 1942, BA F 40168, Bl. 252. Vgl. auch Arbeitsamt Brest, Tätigkeitsbericht 1941–1944 v. 24. 8. 1944, BA R 93/14. Zum folgenden AWiFü beim AOK 4, Lagebericht für die Zeit vom 16. 7.–15. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 852.

223 Allerdings vorläufig noch mit der Betonung der landwirtschaftlichen Interessen, d.h. mit einer Art Vetorecht für die Agrarbehörden. Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP, Vermerk v. 2. 10. 1942, Betrifft: Ostlandfragen; Besuch von KVV-Chef Matthießen bei Staatssekretär Körner, Sonderarchiv Moskau 700–1–63, Bl. 1.

224 Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 304.

225 Ebd., S. 65, und WiStab Ost, Chefgr. La, KTB-Rückblick über das erste Halbjahr 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1212f.

226 In dem Gebiet wurde bei der Ausgabe von Meldekarten eine »Gesamterfassung der Bevölkerung« durchgeführt, von der man Bauern mit über vier Hektar Land, Kranke, Alte, Invalide und Kinderreiche ausnahm. GebK Brest, Arbeitsamt, Monatsbericht v. 21. 1. 1943, BA F 13751, Bl. 1056.

Als »Prüfung der Grundlagen der Landbaugenossenschaften« getarnt,²²⁷ führten die Agrarbehörden zwischen März und Mai 1943 eine statistische Untersuchung über die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte bis auf Rayonebene im Gebiet der Wirtschaftsinspektion Mitte durch. Im Gebiet der 3. Panzerarmee waren es zum Beispiel 16 938 »abzugsfähige« Personen.²²⁸ Noch herrschte aber Uneinigkeit, denn eigentlich hatte die Arbeitsverwaltung diese Untersuchungen übernehmen wollen, die von der Landwirtschaftsverwaltung ihrerseits aufgefördert wurde, »die von La[ndwirtschaft] seit vielen Monaten angebotenen und von den Arbeitsämtern nie abgenommenen, bei der Kolchosauflösung landlos gewordenen Elemente endlich abzuführen«.²²⁹

Die Agrarbehörden konterten außerdem mit der sogenannten »landwirtschaftlichen 10 %-Aktion«: Alle Staatsgüter (Sowchosen) hatten ein Zehntel ihrer Beschäftigten für den Einsatz in Deutschland abzugeben.²³⁰ Der nächste Schritt der Arbeitsverwaltung war, für jede Gemeinde die für die Bewirtschaftung notwendigen Arbeitskräfte zu berechnen. Das war bis Juli 1943 überall geschehen. Dabei ging man von einer erwachsenen »Vollkraft« je 2,5 bis 3 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche aus; eine »Vollkraft« sollte 1,5 »Altenteilern« über 50 Jahren oder Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren (dann zwischen 14 und 18 – eine Verschärfung) oder zwei Kindern von 10 bis 13 Jahren (zuerst 12 bis 16) entsprechen.²³¹ Diese Bemessungsgrundlage war nicht immer und überall gleich. Es gab auch Unterschiede nach dem Anbauprodukt.²³²

Nach Fertigstellung der Berechnungen begannen die Arbeits- und Landwirtschaftsbehörden, manchmal auch die Ortskommandanturen im Juli 1943, die »entbehrlichen« Arbeitskräfte »namentlich« zu bestimmen.²³³ Dazu wurden je Wirtschaftskommando fünf gemischte Kommissionen aus je einem Vertreter des Arbeitsamts und möglicherweise einem des GBA, einem Landwirtschaftsführer, einem weißrussischen Agronomen, einer Sekretärin und einem Dolmetscher gebildet. Gemeinden in der Nähe von Städten, Durchgangsstraßen, Torfwerken und Ziege-

227 WiIn Mitte, Aktenvermerk über die Dienstbesprechung bei Heeresgruppe Mitte O.Qu. v. 31.3.1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1073.

228 Vgl. PzAOK 3, Tätigkeitsbericht Qu 2 1.7.–31.12.1943 unter 26.8.1943 (Abschrift), Nbg. Dok. NOKW-2386.

229 Dienstbesprechung in Borissow am 14.3.1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 976f. Zur Registrierungsaktion vgl. KTB WiIn Mitte v. 19.4.1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 9; WiIn Mitte, Chefgr. La, Betr.: Anwerbung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte für die deutsche Landwirtschaft v. 16.9.1943, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 24.

230 Vgl. WiIn Mitte, Chefgr. La, 2a4, Rundverfügung Nr. 19 v. 19.3.1943, BA-MA RW 31/175; WiStab Ost, Chefgr. La, KTB-Beitrag für 7.–13.8.1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 34; WiIn Mitte, Lagebericht März v. 5.4.1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1087.

231 WiIn Mitte, Chefgr.Arbeit, Fachliche Weisung 89/43, Betr.: Grundlagen der Arbeitseinsatzplanung, hier: Bedarf der einheimischen Landwirtschaft und Einsatz überzähliger Kräfte v. 16.8.1943, BA-MA RW 31/568, Bl. 55–56R.

232 Hierzu Arbeitsamt Brest, Tätigkeitsbericht 1941–1944 v. 24.8.1944, BA R 93/14, und Olechnowitsch, S. 27.

233 WiIn Mitte, Chefgr.Arbeit, Fachliche Weisung 89 v. 16.8.1943, BA-MA RW 31/568, Bl. 55–56R. Vgl. z.B. KTB 221. Sich.Div., Ib, v. 3.7.1943, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 649/51; Nachschubkommandantur der Waffen-SS Rußland-Mitte – Ia –, Tätigkeitsbericht v. 8.8.1943, ZStL CSSR Bd.V, Bl. 388 (über das Beispiel Rogatschew); PzAOK 3/OQu/Qu 2, Tätigkeitsbericht 1.7.–31.12.1943, Eintragung unter dem 26.8.1943, Nbg. Dok. NOKW-2386.

leien sollten sie verschonen. In Gemeinden aber, wo kein Arbeitskräfteüberschuß errechnet wurde, hatten sie strengere Berechnungsmaßstäbe anzusetzen. Es wurde angenommen, daß eine Kommission täglich zwei Gemeinwirtschaften beziehungsweise Landbaugemeinschaften bearbeiten könne – dann hätten sie allerdings mindestens acht Monate für ihre Tätigkeit gebraucht.²³⁴ Hinzu kam, daß durch die Ströme von Flüchtlingen und Zwangsevakuierten die Bevölkerungsstatistiken im Herbst 1943 in vielen Gebieten unbrauchbar wurden.²³⁵ Die Wirtschaftsverwaltung hatte einige Monate lang andere Sorgen. Der Winter tat ein übriges. Jedenfalls blieb es bei Anfängen wie im Rayon Rogatschew und »stichprobenweise[n]« Untersuchungen bis zum Februar 1944.²³⁶

Dann fand als Pilotprojekt die Untersuchung im ländlichen Rayon Cholopenitschi statt. Von rund 42 000 Einwohnern wurden dort 19 511 einer Hof- und Hauseinzelpflichtprüfung unterzogen. Bei 3519 Bauernhöfen ergaben sich 2965 »Freistellungsmöglichkeiten = 30,7 % der Arbeitsfähigen oder 15,2 % der Gesamtbevölkerung«. Aber nur 156 Familien, die im Besitz einer Bauernstelle waren, galten als »reichseinsatzfähig«. Alle diese Personen wurden den Kommandanturen gemeldet. Die Abteilung Arbeit beim Heeresgruppenwirtschaftsführer gab sich damit aber nicht zufrieden, sondern rechnete hoch:

»Im bandenverseuchten Gebiet des Rayons Cholopenitschi sind mehr als 10 000 wehr- und arbeitsfähige Personen vorhanden, die restlos abgezogen werden können, da wirtschaftliche Belange nicht wahrzunehmen sind. [...] Der Rayon Cholopenitschi ist wie der gesamte Heeresgruppenbereich zu 50 von 100 bandenverseucht. Die Verhältnisse dieses Rayons auf das Heeresgruppengebiet übertragen, ergibt, ungeachtet der anders gelagerten Verhältnisse in den Städten, rein rechnerisch eine Reserve von 383 800 Kräften aus den Bandengebieten und 117 826 aus verwalteten Gebieten[,] zusammen also mehr als 500 000 Menschen, wobei sich eine Beschäftigtenzahl von 274 000 errechnet.«²³⁷

Flugs waren also bei einer verbliebenen Bevölkerung von weniger als zwei Millionen Menschen eine halbe Million »Überflüssige« gefunden. In den Rayons Tolotschin und Krugloje wurden wenig später allein 9303 Personen als »reichseinsatzfähig« festgestellt und ein Teil von ihnen sofort abtransportiert. Ähnliches geschah über Monate

²³⁴ Es gab neun WiKdos, fünf Kommissionen je WiKdo (insgesamt 45) und knapp 20 000 Gemeinwirtschaften bzw. Landbaugenossenschaften im Gebiet der WiIn Mitte. Daher waren rund 220 Arbeitstage zu erwarten. In »bandenverseuchten« Gebieten sollte allerdings die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung verschleppt werden.

Vgl. WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, Fachliche Weisung 89/43 v. 16. 8. 1943, BA-MA RW 31/568, Bl. 56/R; WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB-Beitrag für 7.–13. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 34; [WiIn Mitte, Chefgr. La] 244, Aktenvermerk: Richtlinien für die unmittelbare Ermittlung des Mindestbedarfs an landwirtschaftlichen Arbeitskräften im Bereich der WiIn Mitte, ZStA Minsk 412–1–124, Bl. 6–8.

²³⁵ HeWiFü Mitte, Lagebericht Nr. 1 v. 30. 11. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 579. Allerdings waren die Vor-Ort-Kommissionen auf diese Daten nicht unbedingt angewiesen.

²³⁶ Vgl. HeWiFü Mitte, Auszug aus dem Monatsbericht Februar 1944, BA-MA RW 31/303b, Bl. 213f., und Anm. 6/234 in dieser Arbeit.

²³⁷ 279 Personen (1,4 %) aus diesem Rayon befanden sich als Arbeiter im Reich. HeWiFü.Mitte, Abt.Arbeit, Grundlagen der Arbeitseinsatzplanung. Bedarf der einheimischen Landwirtschaft und Einsatz überzähliger Kräfte v. 12. 3. 1944 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 125f. Vgl. WiStab Ost, Monatsbericht März 1944 v. 21. 4. 1944, Anlage 6, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 692f.

in anderen Gegenden Ostweißrußlands, besonders im Zuständigkeitsgebiet der 4. Armee (Raum Orscha), wo drei Prüfungskommissionen unterwegs waren, die 5 bis 7 Prozent aller Einwohner der ländlichen Gebiete als entbehrlich einstufen.²³⁸ Nur wegen des sowjetischen Vormarschs im Sommer 1944 kam dieses Instrument nicht mehr voll zum Tragen.

Wenn sich vom Sommer 1943 an die Landwirtschaftsverwaltung bei der Wirtschaftsprüfung Mitte rückhaltlos in den Dienst der »wissenschaftlichen« Arbeits-einsatzpolitik stellte, so zum einen auf eine Weisung Backes, der zufolge »in der Landwirtschaft des Reiches [...] mehrere 100000 Menschen dringendst benötigt« wurden, die mit Hilfe der »Meßzahlen«-Methode in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung herausgeholt werden sollten.²³⁹ Zum anderen dürfte es eine Rolle gespielt haben, daß die entsprechende Stelle bei der Chefgruppe Landwirtschaft der Wirtschaftsprüfung in Borissovo mit Gerhard Preuschen besetzt war, dem Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Breslau.²⁴⁰ Dieser Experte in Sachen agrarischer Arbeitsökonomie, der sich unter anderem speziell mit den Folgen der »Agrarordnung« für die Landbaueffizienz beschäftigte, dürfte auch die Schulungen in Breslau für Landwirtschaftsfunktionäre der Wirtschaftsprüfungen Mitte und Nord sowie Nachrücker aus den wehrwirtschaftlichen Ersatzabteilungen mit organisiert haben.²⁴¹ So war das Personal der Agrarverwaltung mit seiner wissenschaftlichen Herangehensweise vertraut.

Im GK Weißruthenien, wo die Wirtschaft 1943 ebenfalls »auf totale Kriegsführung abgestellt werden« sollte (Freitag),²⁴² bevorzugte man andere Varianten, zwangsweise Arbeitskräfte zu rekrutieren: Partisanenbekämpfungs-Großoperationen zur Einschüchterung und nachfolgend großangelegte Dienstverpflichtungen oder die gezielte Schließung der kleinsten Bauernhöfe (denn in den ehemals polnischen Gebieten gab es ja im Gegensatz zu Ostweißrußland große Betriebsflächenunterschiede),

²³⁸ Vgl. AWiFü bei AOK 4, Lagebericht für die Zeit vom 16. 1.–15. 2. v. 24. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 426; WiStab Ost, Monatsbericht Februar v. 23. 3. 1944, Anlage 5, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 662; HeWiFü Mitte, Lagebericht April v. 5. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 450; HeWiFü Mitte, Abt.Arbeit, KTB-Beitrag für 8.–14. 5. 1944, ebd., Bl. 721.

²³⁹ KTB WiStab Ost, Chefgr.La, v. 19. 6. 1943, BA-MA WF-01/15898, Bl. 221.

²⁴⁰ Dr. Gerhard Preuschen (* 1908), Diplomlandwirt, 1941–43 Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft in Breslau; zur WiIn Mitte versetzt im September 1941, nachdem er zunächst zur WiIn Süd sollte, dann Leiter des Referats 244 in der Chefgruppe Landwirtschaft; beantragte während seines Weißrußland-Einsatzes mehrfach Forschungsprojekte zum Thema »Arbeitsersparnis« bzw. »Wirkungsgrad des landw. Schleppereinsatzes zu der mögl. Pferdeeinsparung«, die teilweise von Prof. Konrad Meyer, dem Hauptsachbearbeiter des »Generalplans Ost«, befürwortet wurden; veröffentlichte 1943 im Parey-Verlag (Berlin) »Arbeitsersparnis durch zweckmäßige Gebäude«; 1944 auch Leiter der Abteilung 2 (Erzeugung) der Abteilung Landwirtschaft beim GK Weißruthenien; November 1944 in Breslau habilitiert.

Vgl. die Akte Preuschen in Reichskulturkammer 2101, Box 0963, File 12 sowie Karteikarte Preuschen des Reichsforschungsrats, BDC; KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 29. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 920; Landwirtschaftliches Wochenblatt [des RKO] Jg. 1, Folge 7 v. 26. 9. 1943, BA F 10849, Bl. 406; Fernsprechverzeichnis des GK Weißruthenien von 1944, BA R 93/11.

²⁴¹ Hierzu KTB WiStab Ost, Chefgr.La, v. 13. 10. 1942, BA-MA WF-01/15898, Bl. 583, und Der Landwirtschaftsführer (Mitteilungen der WiIn Nord, Chefgr.La), 3. Folge (Juni 1943), BA F 10632, Bl. 498.

²⁴² Zitat aus einer Rede Freitags in der Minsker Zeitung v. 9. 3. 1943.

schönrednerisch als die »Abschaffung des ländlichen Proletariates, die Korrigierung der Betriebsgrößen« bezeichnet.²⁴³

Die meisten der zwangsweise auf dem Lande zusammengeholten Arbeitskräfte sollten den ständigen Arbeitskräfteschwund in den Städten ausgleichen: Sie sollten die »Ostarbeiter« ersetzen, die der Sauckel-Apparat wegen der besseren Zugriffsmöglichkeit am liebsten in den Städten rekrutierte; die ermordeten Juden; und diejenigen, die auf Grund der schlechten Lebensbedingungen unablässig aus den Städten flüchteten. Ein Teil kam auch zu Großbedarfsträgern (Straßenbau, Torfwerke), von wo ebenfalls viele wieder davonliefen. Nicht anders taten es die aus der Landwirtschaft nachgeholten Kräfte, oder sie gerieten nach einiger Zeit unplanmäßig in die Mühlen des Reichseinsatzes, um ihrerseits ersetzt zu werden. Die Städte wurden zu Durchlaufstationen, in denen ein ständiges Kommen und Gehen herrschte. Unter der Oberfläche des scheinbar gleichförmigen Besatzungsalltags herrschte eine Dynamik riesiger Umsiedlungs- und Bevölkerungsbewegungen.

Ein grelles Schlaglicht hierauf wirft ein Bericht der Stadtverwaltung von Brest vom 19. November 1943. Danach hatte die Bevölkerungszahl der Stadt zunächst, leicht schwankend, ungefähr 50000 Einwohner betragen, war »nach Auflösung des Ghettos«, das heißt nach der Ermordung der etwa 16000 Juden am 15. und 16. Oktober 1942, auf 33158 gesunken und danach wieder auf 36600 angestiegen. Während des ganzen Zeitraums sei, so hieß es, »die Bevölkerungsbewegung doch sehr stark [gewesen]. Bis zum 1. II. 1943 hat das Meldeamt 109920 Anmeldungen entgegengenommen.« Auch wenn bei dieser Zahl gewisse Abstriche zu machen sind: Statistisch gesehen, wurde jeder Einwohner von Brest mindestens einmal ausgetauscht!²⁴⁴

Die Berichte der verschiedenen Abteilungen des Gebietskommissars bestätigen das. Immer wieder erwähnen sie, daß »Arbeitskräfte von auswärts zusätzlich einzuweisen« gewesen seien und »Lücken nur aus dem Land wieder geschlossen werden« konnten, mal aus 20, mal aus 60 Kilometer Umkreis, sowie daß diese Menschen wegen der Arbeits- und Lebensbedingungen wieder wegblieben. So waren im Oktober

243 Rede Freudenbergs v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 96. Vgl. Beiträge aus Slonim und von Landwirtschafts-
chef Freitag in den Auszügen aus der Propagandistentagung in Minsk v. 26. 10. 1943, IfZ Fb 101/34; GebK
Brest, Arbeitsamt, Monatsbericht v. 21. I. 1943, BA F 13751, Bl. 1056. Zur Partisanenbekämpfung Kap. 9.4
in diesem Band.

244 Der Ortsbeauftragte, Brest-Litowsk 19. II. 1943 (543/43) an GebK Brest, Betr.: Bericht über die Tätigkeit
der Zivilverwaltung seit der Einsetzung der Zivilverwaltung, BA R 6/365, Bl. 1 ff.
Die in dem Bericht erwähnten »16728 Wohnungsauskünfte« an »deutsche Dienststellen« (BA R 6/365,
Bl. 2) dürften hauptsächlich ans Militär gegangen sein. Wehrmachtangehörige und -gefolge (z. B. OT-
Männer) unterlagen aber nicht der Meldepflicht. Gemeldet waren im Herbst 1943 1890 Reichsdeutsche in
der Stadt, eine Zahl, die nicht ins Gewicht fällt. Etwas anders ist es mit den Flüchtlingen, die infolge des
deutschen Rückzuges aus der Ukraine 1943 Brest passierten, erst im Herbst allerdings in größerer Zahl.
Sie wurden bis Oktober 1943 in jedem Fall vom Meldeamt registriert, danach nur noch die Arbeitsfähi-
gen unter ihnen. Zu den Größenverhältnissen: Zwischen 15. 9. und 15. 10. 1943 kamen 1035 Flüchtlinge
durch Brest – in der gleichen Zeit wurden insgesamt 5055 An- und Abmeldungen entgegengenommen,
also ein Mehrfaches. – Die nicht freizügigen Insassen des Ostarbeiter-Auffang- bzw. Durchgangslagers
wurden nicht gemeldet. Selbst wenn die im Oktober 1941 ursprünglich vorhandenen Einwohner in der
Meldestatistik mitgezählt worden sein sollten, was unklar ist, ergibt sich die genannte Interpretation.
Siehe GebK Brest, Lagebericht für 1. 8.–30. 9. v. 25. 10. 1943, Lagebericht Oktober v. 23. 10. 1943, GebK,
Arbeitsamt, Arbeitslagebericht v. 23. 10. 1943 und Bericht der Stadtverwaltung v. 25. 10. 1943, BA F 13751,
Bl. 1207, 1211, 1213 und 1217 sowie die weiteren Monatsberichte ebd.

1942 1000, im Januar 1943 durch die schon beschriebene »Meldekartenaktion« allein 11 000 Menschen vom Land nach Brest und auf die Großbaustellen herangeholt worden – womit, auch wenn diese Feststellung schwer erträglich erscheint, die 9000 ermordeten jüdischen Arbeitskräfte zahlenmäßig ersetzt waren –,²⁴⁵ im März 2267 und im April 2400 Arbeiter und Arbeiterinnen.²⁴⁶ Das sagt viel über die Gewalt aus, die die deutsche Verwaltung hier ausübte.

Dies war, wenn auch statistisch anderswo weniger gut erfassbar, kein örtlich begrenztes Phänomen. So hatte in anderen Städten im »wolhynischen« Teil Weißrußlands, besonders in Pinsk, das Rüstungskommando versucht, die Ermordung der Juden »hinauszuschieben«: »Die Zivilverwaltung glaubte jedoch, in kurzer Zeit genügend Arbeitskräfte aus den Dörfern herausholen zu können, sodass nur für eine kurze Zeit eine Stockung eintreten würde.«²⁴⁷ Das gelang mit Dienstverpflichtungen aber nur schleppend und in ständig abnehmendem Maße, und die zwangsweise »ergriffenen Ukrainer, Polen usw. flüchteten sofort wieder, wozu die geringen Nahrungsmittelzuteilungen beitrugen [...].« Außerdem hatten Razzien oder Gerüchte zur Folge, daß zum Beispiel im Tobal-Werk in Pinsk zweimal über 500 von 800 Beschäftigten flohen. Schließlich wurden die Lücken mit 300 Evakuierten aus der Südukraine aufgefüllt, bei denen die Gefahr geringer erschien, daß sie in die umliegenden Wälder flüchteten.²⁴⁸ Ob Minsk, Witebsk, Borissow, Orscha – aus ganz Weißrußland wurde von anhaltender Stadtfucht berichtet.²⁴⁹ In ihrem Überlebenskampf machten viele Weißrussen den Deutschen einen Strich durch die Rechnung. Diese versuchten ihnen überall mit den gleichen Methoden entgegenzuwirken, indem sie neue Arbeitskräfte aus den Landrayons holten beziehungsweise die Geflüchteten »mit allen [...] zur Verfügung stehenden Mitteln« zurückholten.²⁵⁰ So wurde in der Umgebung von

245 Zur Ersetzung ermordeter jüdischer Arbeitskräfte allgemein Kap. 7.3a, zur Ermordung der Brestler Juden Kap. 7.4c in diesem Band.

246 GebK, Arbeitsamt, Monatsberichte v. 27. 10., 25. 11., 18. 12. 1942 und 21. 1., 24. 3. und 22. 4. 1943, BA F 13751, Bl. 1005, 1018–1020, 1043, 1056, 1133 und 1139; ebenso, Abt. Ernährung und Landwirtschaft v. 22. 10. 1942, ebd., Bl. 1010. Vgl. auch den Bericht des GebK v. 26. 7. 1943 (ebd., Bl. 1179): »Der Versuch, die durch den Deutschlandeinsatz geschlagenen Lücken durch Arbeitskräfte vom flachen Land zu ersetzen, schlägt immer mehr fehl, da die noch vorhandene ländliche Reserve sich bewusst dem Arbeitseinsatz entzieht.« Bei einer Besichtigung des Panjewagenwerks in Brest waren z. B. von 183 Beschäftigten nur 94 anwesend: WewiIn Ukraine, Aktenvermerk v. 9. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 933–935.

247 RüKdo Luzk, KTB-Rückblick fürs 4. Quartal 1942, BA-MA RW 30/145, Bl. 8.

248 Ebenso für Januar 1943 (Zitat); Wewi Außenstelle Brest-Litowsk, KTB-Rückblick für 16. 5.–30. 9. 1943, für 11.–17. 7. 1943 sowie Bericht über den Besuch der Betriebe in Pinsk am 7. und 8. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 655, 784f., 814 und 958. Ferner WewiKdo Shitomir, KTB-Rückblick fürs 2. Quartal 1943, BA-MA RW 30/190.

249 Vgl. RüKdo Minsk, KTB für 31. 5.–6. 6. 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband T; Der Stadtkommissar Minsk, Lagebericht für Juli–September 1942 v. 30. 9. 1942, ZStA Minsk, 370–1–473, Bl. 9; Minsker Zeitung v. 16. 10. 1942; Ltd. WiKdo Witebsk, Monatsbericht v. 23. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 901; WiKdo Orscha, Lagebericht Nr. 3 v. 28. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 442; WiKdo im FK-Bereich Borissow, Lagebericht v. 18. 7. 1942, BA-MA RW 31/864, Bl. 120; Erfahrungsbericht Hans Schwarz (1942/43 WiKdr Borissow) v. 15. 9. 1943, BA-MA WF-01/1137, Bl. 712; WiIn Mitte, Tätigkeitsbericht für 5. 2.–7. 3. und Lagebericht Nr. 19 v. 4. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 753, und F 42860, Bl. 209. Ferner Kap. 4.3d dieser Arbeit.

250 Okdo. H.Gr. Mitte He. Wi.Fü./OQu.2 v. 26. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 325–327. Vgl. Wewi Außenstelle Baranowitschi, KTB-Rückblick fürs 1. Quartal 1943, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 152; EG r, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–30. 9. 1942, BA F 40168, Bl. 252.

Mogilew in jeder Gemeinde ein Angestellter für den Arbeitseinsatz platziert.²⁵¹ Ebenso gibt es viele Beispiele für das Nachziehen von Landbewohnern für ermordete Juden, zum Beispiel aus Wilejka und Grodno.²⁵² Aber auch »alle Mittel« reichten wegen des Widerstands der Bevölkerung nicht aus, um genügend Arbeitskräfte für die »Hauptbedarfsträger« heranzuschaffen.²⁵³ Bei der schrittweisen Räumung der Städte an der Dnjepr-Düna-Linie wurden die Richtlinien schließlich geändert, die die Zuführung von »arbeitseinsatzfähigen« Menschen dorthin vorgesehen hatten.²⁵⁴

d) Zwangsarbeitslager

Um der Arbeitskräftefluktuation entgegenzuwirken, verlegten sich die Besatzungsorgane besonders seit 1942 darauf, Zwangsarbeitslager einzurichten. Sie hatten vor allem zwei Aufgaben: erstens Abschreckung, um die Leistungsbereitschaft der »freien« Arbeitskräfte zu erhöhen, und zweitens dienten sie dazu, großen Bedarfsträgern Kräfte zur Verfügung zu stellen. Es entstand ein ganzes Netz solcher Lager in Weißrußland, allerdings ohne einheitliche Organisation und Verwaltung, eher improvisiert in Zusammenarbeit verschiedener Dienststellen, so daß man nicht von einem Gesamtorganismus sprechen kann. Der genaue verwaltungsmäßige Status dieser Lager²⁵⁵ soll deshalb im folgenden weniger interessieren als ihre Initiatoren, ihre Träger und arbeitspolitische Funktion.

Im Bezirk Bialystok wurde nach einer Verordnung des Chefs der Zivilverwaltung von der Jahreswende 1941/42 ein Arbeitslager in jedem Kreis, mancherorts auch in jedem Amtskommissariat errichtet, das den Kreiskommissaren unterstand. Diese wiesen Menschen auch für verhältnismäßig geringere Vergehen ein.²⁵⁶ Im GK Shitomir wurden »Zwangsarbeitslager« von den Gebietskommissaren errichtet und von einheimischen Schutzmannschaften bewacht.²⁵⁷ Auch im GK Wollhynien-Podolien gab es in jeder Gebietshauptstadt ein Arbeitserziehungslager, in Kobryn mit 200 bis 300 Insassen, während das Lager in Brest im Lauf der Zeit 1800 Menschen durchliefen.²⁵⁸ Nach dem Willen der Besatzer sollten viel mehr Menschen betroffen sein. Von

251 Vgl. WiKdo Mogilew, Lage- und Tätigkeitsbericht Nr. 17 v. 18. 5. 1943, BA-MA RW 31/849.

252 Vgl. RüKdo Minsk, KTB für 23.–29. 8. und 13.–19. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 899f., und Lagebericht Gend.-Abt. Skidel an Gend.-Kreis Grodno v. 28. 2. 1943, Sonderarchiv Moskau 1323–2–243, Bl. 55.

253 Vgl. GK Weissruthenien, Abt. III ASo, Über die Arbeitseinsatzlage im Generalbezirk v. 19. 10. 1942, BA F 712, Bl. 5191, und Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Lage- und Tätigkeitsbericht v. 10. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1133. Es handelte sich aber nicht immer um politisch motivierten Widerstand, sondern viele wollten dem Hunger entgehen, denn nach diesem Bericht zogen es Arbeiter »oft« vor, ins Reich zu gehen als in einer weißrussischen Stadt zu arbeiten.

254 Fernschreiben »Heidekraut« an SS-Pol.Rgt. 24 v. 9. 1. 1944 und Kampfgruppe von Gottberg/Ib v. 15. 1. 1944, BA-MA SF-01/31681 (Abschriften), Bl. 105 und 146 (Beispiel Polozk).

255 Dieser Status ist meist schon aus Quellenmangel bzw. ungenauem Sprachgebrauch in den Quellen (z. B. beim Begriff »Arbeitserziehungslager«, der im Reich genau definiert war) nicht zu erschließen.

256 Vgl. Vern. Fritz Friedl (Referent beim KdS Bialystok) durch die polnische Staatsanwaltschaft v. 12. 6. 1949, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 8, Bl. 100f. Die Möglichkeit einer Entlastungsaussage bezüglich der Unterstellung ist gering. Friedels Angaben in seinen detaillierten Aussagen waren zuverlässig und oft überprüfbar richtig (ebd., Bl. 94–116).

257 Kommandeur der Gendarmerie Shitomir, Kommandobefehl Nr. 20/42 v. 25. 6. 1942, ZStA Minsk 685–1–2, Bl. 136.

258 Vgl. Gebietskommando Kobryn [des AWiFü 2], Tätigkeitsbericht nach dem Stande vom 1. 7. 1944, BA-MA (BArchP)F 18038, Bl. 422, und Arbeitsamt Brest, Tätigkeitsbericht 1941–1944, BA R 93/14.

den geplanten Einweisungen ins Brester Lager konnten über längere Zeit nur 10 bis 15 Prozent durchgeführt werden. Der Rest der potentiellen Opfer war rechtzeitig geflohen.²⁵⁹

Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte befahl General v. Schenkendorff den Aufbau von Arbeitslagern, die als »rein sicherheitspolizeiliche Einrichtung« unter »Leitung« der Einsatzgruppe B standen. Sie hatte auch die Idee geliefert. Die Bewachung übernahm der einheimische Ordnungsdienst. Chef des Lagers sollte ein SS-Unterführer sein. »Träger der Arbeit«, die in »lebenswichtigen Betrieben« stattfinden sollte, war dagegen die Chefgruppe Wirtschaft der Wirtschaftsinspektion Mitte, die ebenso für die Unterkunft zu sorgen hatte, während die Verpflegung Sache des nächsten Dulags war. Es sollten Männer befristet interniert werden, »deren Tat eine Sonderbehandlung nicht rechtfertigt« und die »hinreichend verdächtig, aber nicht völlig überführt« waren; ferner untergetauchte Rotarmisten, »arbeitsscheue Personen« und »Arbeitsverweigerer«, die auch von Feld- und Ortskommandanturen und sogar weißrussischen Rayonbürgermeistern verurteilt und überwiesen werden konnten.²⁶⁰ Hier arbeiteten also nicht weniger als acht verschiedene Dienststellen zusammen. Nachdem diese Einrichtung zunächst auf die Feldkommandanturbereiche Mogilew, Bobruisk und Smolensk beschränkt war, wurde im Herbst 1942 ein solches Lager zum Beispiel auch in Gomel eingerichtet. Dort wurden in zwei bis drei kleinen Blockhäusern angeblich bis zu 700 oder 800 Insassen eingesperrt. Insgesamt sollen dieses Lager 2000 Menschen durchlaufen haben. Wie im Lager Granki bei Witebsk, das spätestens seit Dezember 1942 bestand, dürften auch hier Erschießungsaktionen vorgekommen sein.²⁶¹

All das entsprang nicht nur den Köpfen von Sicherheitspolizei und SD. Die Wirtschaftsinspektion Mitte hatte schon länger gefordert, man solle »für Arbeitsunwillige ein Konzentrationslager einrichten«, und das Wirtschaftskommando Mogilew verlaute: »Leider fehlt ein richtiges Konzentrationslager, das beste Mittel gegen diese Arbeitsunwilligen« beziehungsweise »Es ist wirklich an der Zeit, daß ein solches Arbeitslager geschaffen wird«; »vorläufig« ließ das Wirtschaftskommando 147 Männer ins Dulag sperren. Und kaum gab es das Lager, forderte die gleiche Dienststelle von der Feldkommandantur schon das nächste – ein Frauenlager, denn gegen »arbeits-scheue« Frauen könne sonst nichts getan werden.²⁶²

Außer solchen Einrichtungen, die regulären Arbeitererziehungslagern nahekamen, gab es zahlreiche weitere verschiedener Art. Sie konnten der Ordnungspolizei beziehungsweise dem städtischen Gefängnisdirektor unterstehen wie in Minsk (Boroflany)

259 Vgl. GebK Brest, Arbeitsamt, Arbeitslagebericht v. 25. I. 1944, BA F 13751, Bl. 1267.

260 Berück Mitte, Abt. VII Kr.-Verw. Az. 600, Betr.: Errichtung von Arbeitslagern v. 28. 6. 1942 (gez. v. Schenkendorff/Abschrift mit einer Anmerkung der EG B), in: Chef/Sipo/SD, Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 9 v. 11. 9. 1942, BA-MA SF-01/28985, Bl. 214–218.

261 Vgl. Eidesstattliche Versicherung K.K. (EK 8, Trupp Gomel/ehemaliger Leiter des Lagers in Gomel) v. 28. II. 1960, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 2101 und 2106–2109; Vern J.Z. (EK 9/Leiter Lager Granki) v. 21. 2. 1964, StA Hamburg 141 Js 204/60, Anlagenband aus StA Heidelberg 10 Js 3313/65). In Bobruisk hatte, möglicherweise außerhalb dieses Projekts, Ende 1943 die 9. Armee den Plan zur »Errichtung eines Arbeitererziehungslagers« in Verbindung mit dem Sonderkommando 7a. Tätigkeitsbericht Qu. 2 des AOK 9 v. 21. II. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 253.

262 KTB WiIn Mitte v. 18. 5. 1942 (Vorschlag der Chefgr. Arbeit), BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 953; WiKdo im FK-Bereich Mogilew, Lage- und Tätigkeitsberichte Nr. 7, 8 und 10 v. 17. 7., 17. 8. und 17. 10. 1942, BA-MA RW 31/846 und 847.

oder der Geheimen Feldpolizei wie die Waldarbeiterlager in Krupka und Blonn, oder dem nächsten Dulag wie in Mogilew.²⁶³ Das SS-Arbeitslager²⁶⁴ in der Minsker Schirokajastraße wechselte 1943 von der Zuständigkeit des SS- und Polizeiführers in die des KdS. Es wurde spätestens Anfang 1942 gegründet.²⁶⁵ Dieses Lager faßte bis zum Ausbau als »Arbeitserziehungslager« im Frühjahr 1943 200 bis 300 Menschen. Von hier wurden auch Menschen an Sauckels Organe abgegeben. Aus dem nebenan liegenden Internierungslager wurden insgesamt zwischen 10 000 und 20 000 Personen, oft Frauen, Kinder und alte Leute, zur Vernichtung nach Trostinez gebracht, teilweise mit Gaswagen.²⁶⁶

Viele Arbeitslager, deren Leitung im einzelnen nicht geklärt ist, waren direkt bei großen Wirtschaftsobjekten angesiedelt, besonders bei den vielen Baustellen der Organisation Todt, etwa bei einer Dünabrücke und anderswo rund um Witebsk – wo es allein mindestens sechs sogenannte »Arbeitserziehungslager« mit 1250 Häftlingen gab –, bei Torfwerken, Holzeinschlägen und überall im GK Weißruthenien wie in Baranowitschi, Wilejka, Molodetschno, Nowogrodek, Radoschkowitschi und Krasne.²⁶⁷ Die Verhältnisse in diesen Lagern waren erbärmlich. Im Lager der Organisation Todt in der Minsker Chausseestraße (Opanskistraße) waren 1942 200 Männer und 30 Frauen in fünf kleinen Blockhäusern untergebracht. Es gab immerhin elektrisches Licht, aber statt Schränken nur Regale. Auf jeden Insassen entfielen 1,3 m² Wohnfläche, nur 60 Personen hatten eine Schlafstelle (mit Strohsäcken und Decken) für sich, doch das Minsker Arbeitsamt kommentierte zynisch: »Das Lager kann als den Anforderungen gerecht anerkannt werden. Die Lagerinsassen scheinen mit der Unterbringung sehr zufrieden.«²⁶⁸

Die Zahl der Lager im deutsch besetzten Weißrußland ist nicht genau festzustellen.²⁶⁹ Das Lager wurde schlechthin zum Wesensmerkmal der Naziherrschaft – wie in

263 Vgl. Vern. Arthur Günther (Gefängnisdirektor in Minsk) v. 19. 9. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 11359; WiKdo Mogilew, KTB-Beitrag Gruppe Forst und Holz für 28. 11.–4. 12. 1943 sowie Rückblick Stab Ia fürs 1. Quartal 1944 unter dem 22. und 25. 1. und 8. und 28. 2. 1944, BA-MA RW 31/859 und 860; WiKdo Mogilew, KTB-Beitrag Gruppe Arbeit für 10.–16. 10. 1943, BA-MA RW 31/859.

264 Seit dem 1. 8. 1942 waren die SS-Wirtschaftler bei den zuständigen HSSPF für die KZs verantwortlich. Ein Nachweis über die Existenz eines offiziellen Konzentrationslagers in Weißrußland liegt indessen nicht vor. Der ehemalige SS-Wirtschaftler beim HSSPF Rußland-Mitte gab 83jährig jedoch gegenüber dem bayerischen Landeskriminalamt zu, daß er in seinem Bereich »für den Gesamteinsatz der SS-Häftlinge verantwortlich war«. Vern K.B. v. 9. 5. 1974, ZStL II 202 AR 28/74, Bd. 1, Bl. 86; vgl. SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt, Durchführungsbestimmungen zum RFSS-Befehl vom 18. 6. 1942 betr. Neugliederung der Wirtschafts- und Verwaltungsdienststellen bei den HSSPF in den besetzten Ostgebieten einschließlich Generalgouvernement v. 23. 7. 1942 (gez. Pohl), BA F 3596, Bl. 717.

265 Kohl, S. 81, und Vern. Georg Heuser v. 16. 3. 1964, StA Hamburg 141 Js 204/60, Bl. 5425, geben irrtümlich an, daß es erst 1943 errichtet wurde. Vgl. Rede des KdS Strauch v. 10. 4. 1943, IFZ Fb 85/I, Bl. 165, und Der Kommandeur der Gendarmerie Weißruthenien v. 21. 2. 1942 bzw. SSF Weißruthenien v. 13. 2. 1942 (Abschrift), ZStA Minsk, 389–I–3, Bl. 82.

266 Vgl. Kohl, S. 81 und 84; »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial« (Nbg. Dok. USSR-38), BA F 16030; Vern. Heuser v. 16. 3. 1964, a.a.O.; Vorträge Moos (Arbeitsamt Minsk-Stadt) v. 9. 4. und Strauch v. 10. 4. 1943, IFZ Fb 85/I, Bl. 120 und 165.

267 Vgl. Ltd. WiKdo Witebsk, Monatsberichte v. 24. 10. 1942, 25. 1. und 23. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 877, 960 und 1047; Auswertung von Entschädigungsakten des Landgerichts Stuttgart für ZStL v. 30. 9. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 947–969; Vern. B.K. v. 6. 5. 1961, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bd. 7, Bl. 1461–1463.

268 Besichtigungsbericht (Abschrift) in ZStA Minsk 370–I–924, Bl. 22.

269 In der Gedenkstätte Chatyn wird eine Zahl von 260 einschließlich der Kriegsgefangenenlager angegeben. Vgl. die Broschüre Kosoli, Chatyn, S. 77.

anderen besetzten Ländern. Es war auch das logische Ende der deutschen Arbeitseinsatzpolitik. Doch nicht nur symbolisch, ganz praktisch waren in der Schlußphase zehntausende Weißrussen vom Lagerschicksal betroffen. Im Herbst 1943 wurden mehrere hunderttausend Menschen von den Deutschen nach Westen verschleppt (vgl. Kap. 6.3e und 10.6). Als die Front zum Stillstand kam, änderten die Militärs jedoch die Befehle. Der zuvor wilde und je nach Einheit unterschiedliche Einsatz von Zivilisten für die Wehrmacht²⁷⁰ wurde bei der Heeresgruppe Mitte nun einheitlich geregelt. Kurz vor Weihnachten 1943 wurden »schlagartig« überall »Zivilarbeitsdienstabteilungen« (ZADA) gebildet, in denen Zivilisten, statt sie zu evakuieren, beim Stellungsbau an der sogenannten »Pantherlinie«, beim Straßen- und Brückenbau, Holzeinschlag, Torfbergbau und für »ähnliche Gemeinschaftsarbeiten« eingesetzt wurden. Bewacht von Wehrmachteinheiten und ihrer Freizügigkeit beraubt, sollten die Zwangsarbeiter »kaserniert in Lagern oder in geschlossenen Ortsteilen, die von der Bevölkerung zu räumen sind«, untergebracht werden. Baueinheiten sollten ZADA im Zahlenverhältnis 1:10 erhalten, jede Division zusätzlich 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen.²⁷¹ Eigentlich sollten nur Männer zwischen 16 und 55 und Frauen zwischen 16 und 45 Jahren erfaßt werden, in Wahrheit waren es aber oft wahllos zusammengefangene Zivilpersonen.²⁷² Ziel war, *alle* arbeitsfähigen Zivilisten zu kasernieren, das heißt einzusperren, die bis dahin noch frei waren, und zwar in einer 100-Kilometer-Zone hinter der Front. Damit wurde auch gewährleistet, daß die Internierten »im Räumungsfall von den Einheiten geschlossen zurückgeführt« werden konnten.²⁷³ Einmal mehr war die Verantwortung geteilt. So trieb in Bobruisk die Feldgendarmarie 5000 Menschen zusammen, die dem Kommandanten des Festen Platzes und der Ortskommandantur unterstellt, jedoch vom Dulag in Bobruisk ernährt wurden.²⁷⁴ Die Gesamtzahl der Inhaftierten in diesen Lagern betrug nach verschiedenen Angaben zwischen 60000 und 95000 Personen, das waren über 25 Prozent der außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigten im Gebiet der Heeresgruppe Mitte.²⁷⁵ Obwohl die Arbeitsleistung der »Kasernierten« angeblich um

²⁷⁰ Zu Vorläufern der »ZADA«-Aktion vgl. N. Müller 1971, S. 195ff., besonders S. 201.

²⁷¹ Der entsprechende Befehl erging bei der 4. Armee am 20. 12., bei der 9. Armee am 19. 12., beim WiKdo Borissow am 28. 12. 1943. Bei der 9. Armee begann die Erfassung am 23. 12., 6.00 Uhr. AOK 9, Ia/Ic/A.Wi.Fü./O.Qu./Qu.2, Betr.: Erfassung der wehrfähigen Männer und Frauen, sowie Betr.: Aufstellung von Zivilarbeitsdienstabteilungen und Richtlinien für ihre Behandlung v. 19. 12. 1943 an die untergebenen Armeekorps (gez. Harpe), BA-MA WF-03/17277, Bl. 304-10 (Zitate hier); Korück 559, Abt.VII, KTB-Rückblick für Dezember 1943 v. 15. 2. 1944, BA-MA WF-03/14396, Bl. 1064; WiKdo Borissow, Lagebericht v. 22. 1. 1944, BA-MA RW 31/861.

²⁷² Vgl. AOK 9 v. 23. 12. 1943, a.a.O., und zum Gesamtkomplex N. Müller 1971, S. 201ff.

²⁷³ Vgl. WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB-Beitrag für 8.-14. 1. 1944, BA-MA RW 31/38; RMO, Informationsbüro des Führungsstabs Politik v. 4. 1. 1944, BA R 6/309, Bl. 59; AOK 9, O.Qu./Qu.2, Vortragsnotizen, Betr.: Aufstellung von Zivilarbeitsdienstabteilungen (ZADA) v. 20. 12. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 311; Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 331 (Zitat).

²⁷⁴ Vgl. Vern. Carl Languth v. 24. 12. 1945, ZStL V 319 AR 327/77, Bl. 421f.

²⁷⁵ 95000 insgesamt (Bericht WiStab Ost, wie Anm. 6/273); 60000 waren es im März 1944, 87146 Mitte April und 90000 im Mai (hiernach 336200 Beschäftigte außerhalb der Landwirtschaft). Aufgeschlüsselt nach Armeen gab es im April bei der 9. Armee 20073, bei der 4. Armee 23673, bei der 2. Armee 10900, bei der 3. Panzerarmee 25275 und direkt unter der Verantwortung der Organisation Todt 7225. Vgl. WiStab Ost, Monatsbericht März 1944 v. 21. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 676; WiStab Ost, Chefgr.Arbeit, KTB-Beitrag für 15.-21. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 354ff.; Reisebericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost zur Heeresgruppe Mitte und zu A.O.K. 2 in der Zeit vom 17.-21. 5. v. 24. 5. 1944, ebd., Bl. 614.

40 Prozent höher war als bei normalen zivilen Arbeitskräften, stieß das ZADA-Projekt an einem bestimmten Punkt an seine Grenzen: Da auch Bauern dafür rekrutiert worden waren, verschlechterte sich die Ernährungsbilanz, denn aus »Selbstversorgern sind durch Kasernierung Empfangsberechtigte geworden.«²⁷⁶ Die Gewinnung von Ernährungsüberschüssen zur Versorgung der deutschen Militäreinheiten hatte aber immer noch Vorrang.

Die Zahl der zivilen Arbeiter, die bei der Heeresgruppe Mitte im Stellungsbau beschäftigt waren, erreichte tatsächlich offenbar nur in Stoßzeiten diejenige der ZADA-Angehörigen. Ende Dezember 1943 waren es 24 740, davon der Großteil bei der 4. Armee; im Mai 1944 war die Intensität wesentlich geringer, um erst am Ende dieses Monats soweit erhöht zu werden, daß zum Beispiel der Kommandant des Festen Platzes Pinsk²⁷⁷ alle Betriebsbelegschaften restlos zum Stellungsbau anforderte und die 2. Armee sich Zwangsevakuierete aus der Südukraine als Stellungsbauarbeiter mit der Eisenbahn heranfahren ließ.²⁷⁸ Der Umkehrschluß muß lauten, daß die ZADA-Lager nicht nur und vielleicht nicht einmal zum größeren Teil dem Stellungsbau, sondern zur Befriedigung des Arbeitskräftebedarfs für die schon zuvor üblichen wirtschaftlichen Aufgaben dienten. Das war eine konsequente Fortsetzung der deutschen Arbeitseinsatzpolitik, wobei der Einsatz militärischer Gewalt nochmals verschärft wurde. Die Lebensbedingungen in diesen Lagern waren keineswegs so idyllisch, wie man nach Berichten des Wirtschaftsstabs Ost glauben könnte. Zum Teil wurden Arbeitsunfähige und Kranke erschossen oder zu schwerer Arbeit gezwungen. Kein Wunder, daß die ZADA-Angehörigen bei der deutschen Flucht in besonders großer Zahl zu den Partisanen übergingen oder sich absetzten, um auf die sowjetische Armee zu warten.²⁷⁹ Es ist im übrigen bemerkenswert und kein Zufall, daß nur bei der Heeresgruppe Mitte eine solche Aktion stattfand, nicht bei den anderen Heeresgruppen im Osten. Die Entwicklung des arbeitspolitischen Instrumentariums und der Zugriff auf die Bevölkerung, beides war hier am weitesten vorangetrieben worden.

e) Rückzüge, Evakuierung und totale Selektion der Bevölkerung

Bei ihren verschiedenen Absetzbewegungen an der Ostfront seit dem Winter 1941/42 versuchten die Deutschen mehr und mehr, Menschen mit zurückzuführen. Viele zo-

²⁷⁶ AWiFü AOK 4, Lagebericht für 16. 12. 1943–15. 1. 1944 v. 25. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 410. Vgl. WiStab Ost, Monatsbericht März 1944 v. 21. 4. 1944, (BArchP)F 42742, Bl. 678.

²⁷⁷ Zu den »Festen Plätzen« siehe unten S. 1099f. dieser Studie.

²⁷⁸ Vgl. Anlage 2 zu Okdo. H.Gr. Mitte/Ia/Gen.d.Pi. v. 29. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 18494, Bl. 402, und die zu hohen Angaben im Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 309; Ord.Offz. Chef WiStab Ost, Reisebericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost zur Heeresgruppe Mitte und A.O.K. 2 in der Zeit vom 17.–21. 5. v. 24. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 621; AWiFü bei AOK 2, KTB-Beiträge des Gebietskommandos Pinsk v. 12. und 26. 5. 1944, BA-MA WF-03/15909, Bl. 410f.; Okdo. H.Gr. Mitte, O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht Mai v. 12. 6. 1944, BA F 13753, Bl. 935; Fschr. AOK 2/O.Qu./Qu.2 an H.Gr. Mitte v. 31. 5. 1944, BA-MA WF-03/26817, Bl. 5 (der Zwangscharakter der Evakuierung geht daraus hervor, daß besonders betont wurde, bei einem der Transporte habe es sich um Freiwillige gehandelt).

²⁷⁹ Vgl. WiStab Ost, Monatsbericht März v. 21. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 678; Vern. W.A. Barantschik v. 16. 1. 1946 im Minsker Prozeß, Archiv P. Kohl; N. Müller 1971, S. 202; Zagorulko/Judenkow, S. 186; AWiFü bei AOK 4, Lagebericht für die Zeit vom 16. 6. bis 15. 7. v. 28. 7. 1944, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 304f.

gen auch freiwillig mit ihnen, besonders anfangs.²⁸⁰ Der Besatzungsverwaltung ging es nicht darum, Menschen vor den Klauen des Stalinismus zu retten, sondern Arbeitskräfte zu gewinnen,²⁸¹ während Truppenoffiziere eher aus antikommunistischen Motiven handelten. Außerdem wollte man den Sowjets Wehrfähige entziehen. Die Bevölkerung wurde dabei »als rechtlose Masse betrachtet, quasi als deutsches Eigentum, mit dem man nach Belieben verfahren konnte.«²⁸² Im Lauf der Zeit gewannen die Deutschen Routine in der Sache, erweiterten ihre organisatorischen Mittel (von der Einrichtung von Lagern bis zur Freihaltung bestimmter Straßen und Verpflegungspunkte) und bereiteten die Evakuierungsaktionen besser vor.²⁸³

»Besser« – das hieß vor allem, daß seit Mitte 1943 »die Evakuierungen durch die Arbeitseinsatzdienststellen vorbereitet« wurden.²⁸⁴ Sie selektierten die gesamte Bevölkerung im geplanten Räumungsgebiet, um einen möglichst hohen Anteil an Arbeitskräften zu erzielen; dieser war nämlich meistens sehr gering, weil die meisten Menschen zwangsweise evakuiert wurden und die Kräftigsten größere Chancen hatten, vor der Erfassung oder von den Trecks und Transporten zu flüchten. So erklärte der Armeewirtschaftsführer der 3. Panzerarmee, Major Strauss:

»Witebsk werde nach folgenden Gesichtspunkten evakuiert:

- a) Arbeitseinsatz Reich mit Familien, Grobsortierung in Witebsk,
- b) Trennung der Familien in Arbeitsfähige, Zada-Angehörige und Kräfte für den Stellungsbau,
- c) der Rest werde geschlossen in Dörfern im rückwärtigen Armeegebiet untergebracht und verbleibt dort.«²⁸⁵

Bis zu diesem Tag waren binnen zwei Wochen »abschnittsweise« 23 256 Menschen aus Witebsk abtransportiert worden, offenbar ausschließlich Arbeitskräfte.²⁸⁶ Den Auftrag, einen Plan zur Selektion und Evakuierung der Bevölkerung von Witebsk aufzustellen, hatte die 3. Panzerarmee ursprünglich dem Chef des Einsatzkommandos 9, Werner Kämpf, gegeben, der ihn aber mangels personeller Möglichkeiten und Verbindungen später zurückgab.²⁸⁷

Die Richtlinien und Vorgehensweisen waren von Armee zu Armee verschieden. Sie wurden zur Erhöhung des Arbeitskräfteanteils mehr und mehr verschärft. Im September 1943 war auf Befehl der 4. Armee »die gesamte Bevölkerung mit Ausnahme der Familien, die weniger als 20 Prozent Vollarbeitsfähige haben, zu evakuieren«, im Dezember sollten es dort außer allen Personen zwischen 15 und 45 Jahren

²⁸⁰ Bei den Rückzügen im Mittelabschnitt 1941/42 und aus dem Kaukasus 1942/43.

²⁸¹ Vgl. hierzu außer dem folgenden auch Vern. Erich von dem Bach-Zelewski v. 27. 8. 1947, IfZ Zs 543/II, Bl. 19.

²⁸² Müller, Siedlungspolitik, S. 47.

²⁸³ Vgl. besonders den Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 325–332.

²⁸⁴ Ebd., S. 327, und Chef WiStab Ost, Betr.: Auflockerung und Maßnahmen zur Räumung und Zerstörung v. 12. 9. 1943 (Durchführungsbestimmungen zum entsprechenden Göring-Befehl v. 7. 9. 1943), in: ebd., S. 577–580.

²⁸⁵ Ord.Offz. Chef WiStab Ost, Reisebericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost zu HeWiFu Mitte [...] 8.–11–3. v. 15. 3. 1944, BA-MA RW 31/39, Bl. 94R.

²⁸⁶ Davon 9647 ins Reich, 10 276 zur Unterbringung im Gebiet von Wilna und 2017 im GK Weißruthenien sowie 1316 für den Stellungsbau. WiStab Ost, Monatsbericht März v. 21. 4. 1944 sowie Anlage 6, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 676 und 692f.

²⁸⁷ PzAOK 3, Qu 2, Tätigkeitsbericht 1. 7.–31. 12. unter dem 10. 11. 1943, Nbg. Dok. NOKW-2386.

»nur« noch »alle Familien, von denen mindestens 50 Prozent der Angehörigen arbeitsfähig sind«, sein.²⁸⁸ Hierbei hatten die Wirtschaftsfachleute wohl ein gewichtiges Wort mitgesprochen und sich letztlich durchgesetzt. Interessant ist zu diesem Punkt der Verlauf einer Besprechung zwischen Vertretern Wehrmacht und Wirtschaftsverwaltung der Heeresgruppen Nord und Mitte, von OKH und Wirtschaftsstab Ost in Riga. Der Vertreter des Heeresgruppenwirtschaftsführers Mitte, Linti, verkündete dort die eben genannten Richtlinien und erklärte: »Die Heeresgruppe Mitte geht [damit] bei der Evakuierung grundsätzlich neue Wege.« Als Hauptmann Hausmann vom OKH vorschlug, den Kreis der Evakuierten größer zu ziehen, entgegnete ihm Dr. Barth vom Wirtschaftsstab Ost, man dürfe nur die »arbeitsstarken Familien« mitnehmen, die »Konsumenten« solle man den Sowjets überlassen.²⁸⁹ Sechs Monate später war das keine Frage mehr. »Nutzlose Esser sind dem Feind zu überlassen«, hieß es in einem Befehl der 2. Armee, den der Chef des Generalstabs v. Tresckow unterzeichnete. Nicht arbeitsfähige »Restfamilien«, aus denen die Wehr- und Arbeitsfähigen herausgezogen sind« – im Jargon dieses Armeestabs auch als »Bodensatz« bezeichnet – sollten in der 20-Kilometer-Zone in Frontnähe bleiben. Als »wehr- und arbeitsfähig« galten nun Männer zwischen 14 und 55, Frauen zwischen 14 und 50 Jahren, für den Deutschlandeinsatz waren Familien zugelassen, bei denen die Zahl der arbeitsfähigen Personen die der Arbeitsunfähigen um mindestens zwei übertraf.²⁹⁰

Daraus ergibt sich von selbst, daß die Evakuierungen nicht freiwillig waren. Im Befehl v. Tresckows hieß es: »Bei Evakuierungen und der Aushebung der Wehr- und Arbeitsfähigen sind unnötige Härten zu vermeiden. [...] Wehr- und Arbeitsfähige, die sich der Aushebung durch die Flucht entziehen wollen, sind als bandenverdächtig anzusehen. [...] Misshandlungen und Willkürmassnahmen sind verboten.«²⁹¹ Behandlung als »bandenverdächtig« hieß zu dieser Zeit mindestens Behandlung als Kriegsgefangener, wenn nicht Erschießung. Lippenbekenntnisse gegen »Willkürmassnahmen« taten da nichts zur Sache – das ganze war eine Willkürmaßnahme. Schon früher waren Evakuierte teilweise wie Kriegsgefangene behandelt worden.²⁹² Am 5. Dezember 1943 hatte die 2. Armee bereits gemeldet, »dass die Evakuierung von der Bevölkerung grundsätzlich abgelehnt und nur mit Zwang durchgeführt wird. [...] Das Ausscheiden aller arbeitsfähigen Mitglieder der Familien zum Arbeitseinsatz im Reich hat die Stimmung sehr verschlechtert.«²⁹³

Der Interims-Heeresgruppenwirtschaftsführer Mitte, Generalmajor Nagel, beschrieb seine Einstellung zur Freiwilligkeit so: »Menschliche Räumung[!]: Ihr Um-

288 Korück 559 v. 17. 9. 1943, BA-MA RH 23/154, und KTB Korück 559, Abt. Qu v. 1. 12. sowie Befehl Korück 559, Ia/Ic/Qu./VII vom gleichen Tag, BA-MA WF-03/14395, Bl. 742 und 1011–1013.

289 HeWiFü Mitte, Aktenvermerk über Besprechung beim RKO am 16. 12. v. 19. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 618–621.

290 »Kinder gelten vom 10. Lebensjahre an als arbeitsfähig.« AOK 2, O.Qu./Ic/IVa/IVb/A.Wi.Fü./Qu.2 Nr. 3874/44geh. v. 27. 5. 1944 (gez. v. Tresckow), BA-MA WF-03/26817, Bl. 51–62. Begriff »Bodensatz« in: AOK 2, O.Qu./AWiFü/Qu.2 Nr. 4758/44 (geheim) v. 28. 6. 1944 (gez. v. Tresckow), BA-MA WF-03/26818, Bl. 299.

291 AOK 2 v. 27. 5. 1944, BA-MA WF-03/26817, Bl. 51f.

292 WiKdo Mogilew, Lagebericht v. 18. 3. 1943 über einen Befehl des Ltd.WiKdos Orscha, BA-MA RW 31/848. Die Flüchtlinge kamen aus Orel und Karatschew.

293 AOK 2, O.Qu./Qu.2/VII (Mil.Verw.) v. 5. 12. 1943 (Abschrift), BA R 6/309, Bl. 63f.

fang ist davon abhängig[,] ob die Menschen des betreffenden Raumes willig und interessiert sind[,] das Gebiet zu räumen. Es muß aber auf jeden Fall der Teil der Bevölkerung[,] der dem Feind nützlich werden kann[,] zurückgeführt werden.«²⁹⁴ Daß die meisten Evakuierten den Deutschen nicht freiwillig folgten, zeigt die Tatsache, daß ihre Trecks sich auflösten und ihre Teilnehmer zu den Partisanen gingen, wenn die Deutschen sie nicht mehr überwachen konnten.²⁹⁵

Weißrußland war in unterschiedlicher Weise vom Flüchtlingsschicksal betroffen. Im Frühjahr und Sommer 1942 kamen bereits viele Evakuierte und Flüchtlinge aus den weiter östlich gelegenen russischen Gebieten dort an, dann erneut im Frühjahr 1943. Im Herbst 1943 wurde erstmals ein großer Teil der Bevölkerung im Osten Weißrußlands selbst evakuiert. So ging es etappenweise im ersten Halbjahr 1944 weiter, während direkt zur Zeit des Zusammenbruchs der Heeresgruppe Mitte vor allem aus dem Bereich der 2. Armee größere Bevölkerungsteile nach Westen deportiert wurden.²⁹⁶ Im einzelnen wurden während der Operation »Zugvogel« (Evakuierung des Raums Rshew-Wjasma) 130 000 Menschen evakuiert (41,3 Prozent der Bevölkerung des betroffenen Gebiets), bei der Räumung des Orelbogens 220 500 (22,2 Prozent) und bei der Operation »Panther« (bis zur Dnjepr-Düna-Linie) 535 000 Menschen (22,5 Prozent). Bei »Panther« kamen 417 000 Menschen tatsächlich an, der Rest setzte sich ab, und manche dürften wegen der Strapazen auch gestorben sein.²⁹⁷ Von den Erfassten aus der »Panther«-Bewegung kamen 170 000 ins GK Weißruthenien, 87 000 nach Litauen und Estland, 50 000 ins Reich, und 110 000 blieben im Bereich der Heeresgruppe Mitte.

Die Zahl der Evakuierten zwischen Januar und Mai 1944 ist nicht zentral registriert worden und muß unbekannt bleiben. Schätzungsweise waren es mindestens 200 000 Personen, davon allein rund 70 000 aus den beiden Städten Brest und Witebsk. Viele kamen aus der total zu räumenden 20-Kilometer-Zone hinter der Front.²⁹⁸ Vor allem die Festungskommandanten und Quartiermeisterabteilungen initiierten, teilweise in Verbindung mit Sicherheitspolizei und SD, die Aussiedlungen.²⁹⁹ Zwischen dem An-

294 Niederschrift über die Dienstbesprechung mit den Gebietskommissaren am 15. Februar 1944, ZStA Minsk 412-1-199, Bl. 40.

295 Vgl. z. B. Okdo. H.Gr. Mitte, Ia v. 17. 10. 1943 (Entwurf), BA-MA WF-03/5369, Bl. 323f., und Gebietslandwirt Lida, Tätigkeitsbericht und Räumungsprotokoll v. 1. 8. 1944, BA-MA FPF-01/7847, Bl. 393f.

296 Dies allerdings vor allem aus dem Gebiet Brest (Belege Anm. 6/301). Aus den Gebieten Pinsk, Kobryn und Hansewitschi waren es »nur« 12 742 Personen. Zusammenstellung der Räumungs-Ergebnisse im Armeebereich AOK 2 für die Zeit 2.-22. 7. 1944, BA-MA (BArchP)F 18038, Bl. 914.

297 Vgl. WiIn Mitte, Gebietliche Entwicklung seit dem 15. 12. 1942, Anlage 5 zum Lagebericht v. 31. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 520; WiStab Ost, KTB-Rückblick fürs 4. Quartal 1943 v. 14. 1. 1944, BA-MA RW 31/35; Vortrag Oberstlt. Klose, Aktenvermerk über Dienstbesprechung aus Anlass des Besuches General Stapf v. 29. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 1163. – Nach Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 329 und 377-379, setzte die H.Gr. Mitte von Sommer bis Ende 1943 885 000 Personen in Marsch, 541 000 kamen an. Nach WiStab Ost, Monatsbericht Oktober 1943 v. 1. 12. 1943 wurden bis dahin 535 000 Personen evakuiert, 297 000 kamen an (BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 239f.).

298 Vgl. S. 421 dieser Studie; weiter AWiFü beim AOK 4, Lagebericht v. 25. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 415, und Meldungen der Gebietskommandos des AWiFü der 2. Armee, BA-MA WF-03/15909. In Mogilew wurden 2000 von 2400 Angestellten der Stadtverwaltung entlassen, um sie zu evakuieren. Korück 559, Qu, Betr.: 10-Tagesmeldung der Kommandanturen v. 20. 12. 1943, BA-MA RH 23/154.

299 Im Fall von Brest verweigerten die Behörden des Generalgouvernements zeitweilig die Aufnahme von 5000 Brestern polnischer Nationalität, die auf Wunsch des Festungskommandanten zwischen dem Lei-

griff der sowjetischen Armee am 22. Juni 1944 und der Aufgabe von Brest (28. Juli) wurden nach Angaben Gelbergs infolge der kopflosen Flucht der deutschen Truppen »nur« rund 121 000 Personen zurückgeführt, davon allein 95 900 bewaffnete Kollaborateure mit ihren Angehörigen. Hinzu kamen vermutlich insgesamt mehrere 10 000 ZADA-Angehörige, »Hiwis« und Kriegsgefangene. 37 128 Zivilisten wurden im Juli 1944 an Sauckels Organisation abgegeben (nach anderen Angaben sogar 60 000), von denen 16 000 in die ostpreußische Landwirtschaft gingen.³⁰⁰ Aus dem Gebiet Brest wurden allein bis zu 50 000 Personen nach Westen gebracht.³⁰¹ Damit dürften insgesamt rund eine Million Menschen im Rahmen der deutschen Evakuierungspolitik in Weißrußland umgesiedelt worden sein.

Der Versuch, mit systematischen Selektionen einen hohen Arbeitskräfteanteil zu erzielen, mißlang. Die Quote bewegte sich bei den Flüchtlingen und Evakuierten in der Regel nur zwischen 20 und 30 Prozent.³⁰² Die übrigen, für die Deutschen nicht mehr zu brauchen, wurden von Wehrmacht und Zivilverwaltung als Ballast betrachtet und entsprechend behandelt. Man schob sie in Gegenden ab, an denen kein Interesse mehr bestand. Zehntausende ließ man verhungern oder ermordete sie. Diese Kehrseite der Arbeitseinsatzpolitik wird an anderer Stelle beschrieben (vgl. Kap. 10.6).

ter der Außenstelle des GK Weißruthenien mit dem BdS Minsk und unbekannten Stellen im Generalgouvernement vereinbart worden war. Die Deportation wurde dann doch durchgeführt. Vgl. den Schriftwechsel zwischen GK Weißruthenien, dem Amt des Generalgouverneurs und dem RMO, BA F 13682, Bl. 601–611. Zu Witebsk Tätigkeitsbericht PzAOK 3, Qu 2, fürs zweite Halbjahr 1943, Nbg. Dok. NOKW-2386. Auch der Kommandant des Festen Platzes Mogilew, GenMaj v. Erdmannsdorff (vgl. Kohl, S. 243f.), verfügte über gute Kontakte zu GFP und Sipo.

³⁰⁰ Vgl. HeWiFü Mitte, Abt.Arbeit, Bericht über die personelle Räumung im Bereich der Heeresgruppe Mitte v. 3. 8. 1944, BA-MA WF-03/15901, Bl. 81–84; HeWiFü Mitte, Abteilungsleiterbesprechung am 16. 7. 1944, ebd., Bl. 17. Angabe von 60 000 nach KTB AWiFü beim AOK 2 v. 3. 8. 1944, BA-MA (BArchP)F 18038, Bl. 787. Vgl. ferner die Räumungsberichte der Gebietskommissare in BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1345 ff., BA F 13751, Bl. 100 ff., und IfZ MA 798, Bl. 1669 ff.

³⁰¹ Vgl. GebK Brest-Litowsk, Abwicklungsstelle, Abschlußbericht v. 18. 10. 1944, BA R 6/87, Bl. 68 (gab 51 441 im Juli Deportierte an); HeWiFü Mitte, Abt.Arbeit, Zurückgeführte Bevölkerung v. 2. 8. 1944, BA-MA WF-03/15901, Bl. 85–89; Zusammenstellung der Räumungs-Ergebnisse im Armeebereich AOK 2 für die Zeit von 2.–22. 7. 1944, BA-MA (BArchP)F 18038, Bl. 914. Nach GebK Brest, Vorläufiger Abschlußbericht über die Räumung des Gebietes Brest-Litowsk v. 21. 7. 1944 (BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1675), wurden 60 000 von 150 000 Einwohnern des Gebiets seit dem 21. Mai 1944 evakuiert, darunter aber mindestens 21 000 vor dem 22. Juni.

³⁰² Nur ein Beispiel von vielen: zwischen Operation »Zitadelle« und dem 15. 11. 1943 durchliefen 43 464 Evakuierte die Auffanglager der FK in Borissov. Davon wurden 31 767 (74 %) als arbeitsunfähig abgescho-ben, 7613 kamen ins Reich, 1946 in den örtlichen Einsatz, 2138 waren noch in den Lagern. AWiFü beim AOK 4, Lagebericht für 16. 10.–15. 11. 1943, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 404.

Die deutsche Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944

7. Die Ermordung der weißrussischen Juden

7.1 Der Beginn der Judenverfolgung

a) Die Zivilgefangenenlager

Die Verfolgung und Ermordung der Juden in Weißrußland war ein Teil der viel umfassenderen deutschen Vernichtungspolitik in diesem Land. Obwohl in mancher Hinsicht einzigartig, ist sie insgesamt vom Schicksal anderer weißrussischer Bevölkerungsgruppen nicht zu trennen. Das zeigt sich an der deutschen Hungerstrategie gegenüber der Zivilbevölkerung und besonders auch an der Geschichte der Straf- und Todeslager für Zivilisten in Weißrußland (vgl. auch Kap. 7.6). Dort trafen sich Juden und Nichtjuden, und sie waren alle gleich rechtlos. Von Anfang an betrachteten die deutschen Besatzungsorgane die gesamte Bevölkerung als Verfügungsmasse, über deren Zukunft sie frei entscheiden könne, um Weißrußland zum deutschen Nutzen umzuformen.

Wenige Tage nach dem deutschen Einmarsch wurden von der Wehrmacht in den größeren weißrussischen Städten sogenannte Zivilgefangenenlager eingerichtet und darin alle wehrfähigen Männer (zwischen 15 und 45 bis 60 Jahren) interniert, Juden und Nichtjuden, an einigen Orten auch Frauen und Kinder. Zur Begründung wurde meist angeführt, daß auf deutsche Soldaten geschossen worden sei oder nach Rotarmisten gesucht werde, die Zivil angelegt hätten. In Wirklichkeit ging es aber vor allem um Feststellung und Ermordung politischer Gegner, eine bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Selektion der Bevölkerung. Für viele Weißrussen waren diese Lager, von denen direkt oder indirekt fast die gesamte Stadtbevölkerung betroffen war, der erste große Schock während der Besatzung; sie dienten auch zur Einschüchterung. Zu Unrecht sind die Zivilgefangenenlager in der Forschung über die Besatzungspolitik bisher kaum beachtet, geschweige denn systematisch untersucht worden.¹

Die Entstehung dieser Lager liegt im dunkeln; vielleicht hat es gar keine exakten allgemeinen Weisungen dafür gegeben. Als sicher kann jedoch angenommen werden, daß im Frühjahr 1941 ein bisher nicht aufgefundener Entwurf des Kommissarbefehls kursierte, der in exzessiver Weise über die endgültige Fassung hinausgegangen sein muß. Nach Einwänden verschiedener Institutionen wurde er aus wirtschaftlichen Erwägungen zurückgezogen. Einwände kamen im April von Rosenberg, der lediglich die hohen und höchsten Kommunal- und Wirtschaftsfunktionäre umgebracht sehen wollte, weil man die anderen noch brauche.² Bereits eine Passage in einer Bespre-

1 Erwähnt werden die Lager bei Orbach, S. 18 und 21.

2 Vgl. Rosenbergs Denkschrift Nr. 3 v. 29. 4. 1941, Nbg. Dok. PS-1020. Zum folgenden auch S. 90f. dieser Darstellung.

chungsnotiz vom 6. und 7. März 1941 über die Verhandlungen zum Einsatz von Kräften der Sicherheitspolizei und des SD, nach der die »Störung ziviler Arbeitskräfte« durch die Einsatzgruppen im Interesse der Wehrmacht verhindert werden müsse, könnte auf entsprechende Pläne hindeuten.³ Auch Major Bernhard Bechler – Adjutant des Generals zbV beim Oberbefehlshaber des Heeres, Eugen Müller –, der wegen der Schwerhörigkeit Müllers dessen sämtliche Besprechungen mitzuschreiben und ihm später noch einmal vorzulesen hatte, bezeugte, daß anfangs neben den Kommissaren auch alle sowjetischen Wirtschaftsfunktionäre und Ingenieure ermordet werden sollten, angeblich auf direkte Weisung Hitlers, die dann zurückgezogen wurde.⁴ Dieser anfängliche Plan spiegelt sich auch noch in einer Mahnung innerhalb der »Grünen Mappe« wider, die am 16. Juni 1941 herauskam,⁵ und ebenfalls in der Warnung des Bevollmächtigten Transportoffiziers der Heeresgruppe Mitte vom 11. Juni 1941, von der Einsatzgruppe B dürften nicht schlichtweg alle Eisenbahnbeamten »beseitigt und in Lager verbracht« werden, weil dann ein Bahnbetrieb nicht möglich sein werde und der Vormarsch der Heeresgruppe Mitte unmöglich sei.⁶ Es handelte sich also nicht nur um reine Gedankenspiele. Die Wirtschafts- und Besatzungsbehörden sahen darin eine mögliche ernsthafte Gefährdung ihrer Tätigkeit. Wie jedoch die Ereignisse kurz nach der deutschen Invasion zeigen, griffen nicht wenige Truppenführer die Vorstellung einer so umfassenden Internierung von Zivilisten auf und setzten sie um.

Heydrich ging in der Anlage zu seinem Einsatzbefehl Nr. 8 für die in Kriegsgefangenenlager abzustellenden Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD vom 17. Juli 1941 jedenfalls wie selbstverständlich davon aus, daß sich darin auch Zivilisten befinden würden:

»Die Insassen der Russenlager sind daher zunächst nach folgenden Gesichtspunkten innerhalb der Lager von einander zu trennen:

1. Zivilpersonen,
2. Soldaten (auch solche, die zweifellos Zivilkleider angelegt haben);
3. politisch untragbare Elemente aus 1. und 2.
4. Personen aus 1. und 2., die besonders vertrauenswürdig erscheinen und daher für den Einsatz zum Wiederaufbau der besetzten Gebiete verwendungsfähig sind;
5. Volkstumsgruppen innerhalb der Zivilpersonen und Soldaten.«

Eine »grobe Trennung« war durch die Lagerorgane selbst, die »Aussonderung« der Gruppen 3 und 4 durch die Einsatzkommandos vorzunehmen.

»Zivilpersonen, soweit unverdächtig, verbleiben abgesondert im Lager, bis ihre Rückführung ins besetzte Gebiet möglich erscheint. Den Zeitpunkt hierfür gibt der

3 »Besprechung am 6./7.III.41. Rittm. v. Schach. (Oberst i.G.Oster – Chef-Abwehr-Abt. O.K.W., Oberstlt.i.G. Bentivegni, Chef Abw.III«, BA-MA WF-03/9121.

4 Vgl. Breitman 1992, S. 150 und 284, Anm. 21; weiter Auszug aus Bechlers Bericht im NKFD-Organ »Freies Deutschland« v. 19. 12. 1943, in: Grossman/Ehrenburg, S. 987, besonders Fußnote. An Bechlers Darstellung stimmt zumindest, daß Müller tatsächlich schwerhörig war. Vgl. dessen Beurteilung durch Keitel v. 1. 4. 1944, BA D-H ZWM IA unpag.

5 Grüne Mappe, Teil I, 2. Auflage, Juli 1941, Nbg. Dok. NG-1409 (Original S. 5). Diese zweite Auflage enthielt keine inhaltlichen Veränderungen gegenüber der ersten, sondern nur Fehlerberichtigungen und Ergänzungen in Form eines Anhangs.

6 Bevollmächtigter Transportoffizier bei Heeresgruppenkommando B Nr. 380/41g.Kdos., Betr.: Russisches Eisenbahnpersonal v. 11. 6. 1941 an Ic, BA-MA WF-03/9121 unpag.

betreffende Wehrmacht-Befehlshaber (bzw. der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes) nach Zustimmung der zuständigen Dienststellen des Chefs der Sipo und SD an. Grundlegend für die Rückführung ist der gesicherte Einsatz in Arbeit am Heimatort oder in besonders aufzustellenden Arbeitsformationen.«⁷

Nach der Anlage 2 galten als die »auszuscheidenden Elemente [...] ausfindig zu machen« und damit zu ermorden:

»alle bedeutenden Funktionäre des Staates und der Partei [...], die leitenden Persönlichkeiten der Zentral- und Mittelinstanzen bei den staatlichen Behörden, die führenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, die *sowjetrussischen* Intelligenzler, *alle Juden*, alle Personen, die als Aufwiegler oder fanatische Kommunisten festgestellt werden«.⁸

Der zitierte Punkt 2 zeigt, daß keineswegs nur Zivilisten gefangenengenommen wurden, weil man verkleidete Soldaten in ihnen vermutet hätte.

Dieser Befehl sah dem Papier nach nicht nur die Ermordung aller jüdischen Kriegsgefangenen vor wie ein Befehlsentwurf vom 28. Juni,⁹ sondern auch aller männlichen jüdischen Zivilisten, die in die Lager kamen, und das waren in einigen sowjetischen Städten alle im wehrfähigen Alter. Damit handelte es sich um eine Ausweitung der Tötungsbefehle gegen Juden, soweit diese bisher schriftlich bekannt sind.

Auch über drei Monate später im Einsatzbefehl Nr. 14 bezogen sich die »Richtlinien für die Aussonderung« auf Kriegs- wie Zivilgefangene.¹⁰ Damit war den Kommandos von Sicherheitspolizei und SD ein fast ideales Instrument der Bekämpfung politischer Gegner und zur bevölkerungspolitischen Regulierung in die Hand gegeben. In den Lagern konnte man in aller Ruhe die Verwendbaren und die Unwerten aussieben, und wer »weder – noch« war, kam erst frei, wenn er als Arbeitskraft gebraucht wurde. Es ging um die Vernichtung der gesamten, vermeintlich unbrauchbaren Intelligenz und aller *potentiellen* Gegner, zu denen die Juden gezählt wurden. Die Lager bildeten eine wichtige Nahtstelle zwischen den »sicherheitspolitisch« und den wirtschaftspolitisch motivierten Massenmorden der ersten Wochen der Besatzungszeit. Erst nach Monaten schränkte das RSHA den Kreis der Mordopfer leicht ein.¹¹

7 Dieser Absatz ist im Abdruck bei Jacobsen, Kommissarbefehl, S. 202, und Ueberschär/Wette, S. 293, als unwichtig weggelassen worden.

8 Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, B.Nr. 21B/41 gRs. IV A 1c, Einsatzbefehl Nr. 8, Betr.: Richtlinien für die in die Stalags und Dulags abzustellenden Kommandos der Chefs der Sicherheitspolizei und des SD v. 17. 7. 1941, Anlage 1 und 2; zitiert nach Streim 1981, S. 318 und 320 (Hervorhebung C. G.). Daß die »endgültig als verdächtig anzusehenden Personen« alle ermordet werden sollten, geht aus dem Umstand hervor, daß dem RSHA zur formalen Entscheidung nur ihre Zahl gemeldet, aber keine Einzelfallmeldungen erstattet werden sollten. Siehe auch Chef Sipo/SD B.Nr. 21B/41gRs. IV A 1c v. 12. 9. 1941, Ergänzung der Richtlinien für die in die Stalags abzustellenden Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD, wo auch für die bisherige Praxis die summarische Zustimmung des RSHA zu den Vorschlägen der EKs als »Exekutionsbestätigung« bezeichnet wurde. Archiv der Hauptkommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk (AGK), Z 365, Bl. 34. Für den Hinweis auf diese Akte danke ich Stanisław Biernacki, Warschau.

9 [RSHA] Amt IV – IVA1 – Richtlinien für die in die Stalag abzustellenden Kommandos des Chefs der Sipo. und des SD v. 28. 6. 1941 (Abschrift, ungezeichnet), BA R 58/272. Zu ermitteln waren danach ebenfalls »alle Juden«.

10 Ebenso, Einsatzbefehl Nr. 14 v. 29. 10. 1941, auszugsweise abgedruckt in: Jacobsen, S. 220f.

11 Als »endgültig verdächtig zu bezeichnen« und daher zu erschießen waren Personen vom September 1941 an nur, »wenn es sich bei ihnen im Einzelfalle tatsächlich um fanatisch eingestellte Bolschewisten, um Po-

Das Beispiel des größten und am besten dokumentierten Lagers bei Minsk verdeutlicht das. Es wurde Zeugenaussagen zufolge am 29., 30. Juni oder 1. Juli 1941, einen bis drei Tage nach der Eroberung der Stadt, auf Befehl des Standortkommandanten Bernsdorf eingerichtet, dem Kommandeur eines motorisierten Infanterieregiments; möglicherweise auch auf Befehl des Generalfeldmarschalls v. Kluge.¹² Auf Plakaten wurden alle Männer etwa zwischen 18 und 45 Jahren (es gibt verschiedene Zahlenangaben) zu einem Sammelpunkt an der Oper gerufen und bei Nichtbeachtung mit dem Tod bedroht.¹³ Das Lager mit zeitweise 100 000 Kriegsgefangenen und 40 000 Zivilisten – Teil des Dulag 127, zunächst bewacht von der Artillerie-Beobachtungsabteilung 9, dann vom 6. bis 17. Juli von Teilen des Infanterieregiments 354 und später durch ein Landeschützenbataillon – befand sich zunächst an der Daumann-/Storoschewskajastraße. Es wurde ein bis zwei Tage später nach Drosdy (fünf Kilometer nördlich Minsk) vom 29. Panzerregiment aufs freie Feld und schließlich weiter ins »Waldlager« (Stalag 352) bei Masjukowschtschina fünf Kilometer nordwestlich der Stadt verlegt, nachdem der Großteil der zivilen Insassen nach zehn bis zwölf Tagen entlassen worden war. Ein Teil der Juden kam dann für drei Tage ohne Nahrung ins Gefängnis in der Wolodarskajastraße. Die meisten wurden anschließend freigelassen.¹⁴ Endgültig aufgelöst wurde das Zivilgefangenenlager erst im Oktober oder November 1941.

lit-Kommissare oder um sonstige gefährliche Funktionäre handelt.« Es folgte der Hinweis, Angehörige der Turkvölker seien trotz ihres oft »jüdischen« Aussehens ebensowenig wie beschnittene Mohammedaner mit Juden zu verwechseln und nicht zu töten. Chef Sipo/SD IVA 1 c v. 12. 9. 1941, Ergänzung der Richtlinien für die in die Stalags abzustellenden Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD, AGK Z 365, Bl. 34.

- 12 Vgl. Vern. S. A. P. v. 28. 12. 1945, A. G. B. v. 25. 12. 1945 und A. A. P. v. 19. 7. 1944 (Inhaltsangaben), ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 52, 56f. und 146f.; Erinnerungen Basja Pikman, in: Grossman/Ehrenburg, S. 332 (29. 6.); Kohl, S. 77f., 84 und 261, Anm. 88 (wobei jedoch offenbar Interviewäußerungen und Ergebnisse des Aktenstudiums vermischt werden, ohne dies zu kennzeichnen); Smolar, S. 14f. (ähnliches Problem). Zur Kommandanturfrage vgl. S. 293 in dieser Darstellung. Nach dem KTB des Verbindungsoffiziers des WiRüAmts zum AOK 4 v. 5. 7. 1941 war die Standortkommandantur für das Lager verantwortlich: BA-MA (BArchP)F 42872, Bl. 9. Vgl. EM 20 v. 12. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1481, wonach die erste Feldkommandantur in Minsk das Lager einrichtete (was nicht zutrifft, da diese erst am 6. 7. eintraf); dagegen EM 21 v. 13. 7., ebd., Bl. 1493: »In Minsk ist von den zuerst durchziehenden deutschen Truppen ein Zivilgefangenenlager errichtet worden, in dem nahezu alle männlichen Bewohner der Stadt untergebracht waren.« Am 1. 7. meldete die Panzergruppe 3 lakonisch: »Säuberung von Minsk geht weiter.« Damit könnte sowohl die Bekämpfung versprengter sowjetischer Truppenteile als auch die Verhaftung der männlichen Zivilisten gemeint sein. H.Gr. Mitte, Ia, Zwischenmeldung v. 1. 7. 1941, BA-MA RH 19 II/128, Bl. 110.
- 13 Vgl. EM 20, wie Anm. zuvor (18–45 Jahre); FK 812, Bericht der Militär-Verwaltungsgruppe für 7.–20. 7. v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2820 (18–45 Jahre); Vern. S. A. P. v. 28. 12. 1945 (18–45 Jahre), A. G. B. v. 25. 12. 1945 (18–50 Jahre) und A. A. P. v. 19. 7. 1944 (16–50 Jahre), a.a.O.; Smolar, S. 14 (15–45 Jahre); Kohl, S. 77 und 84 (16–50 bzw. 15–50 Jahre, nach ein und demselben Zeugen); Bericht des Ministerialrats Dorsch, Betrifft: Gefangenenlager in Minsk v. 10. 7. 1941 (Abschrift), BA F 13679, Bl. 678–680, abgedruckt in: IMT, Bd. 25, S. 81–83 (15–50 Jahre). Zum Plakataufruf außer Smolar und Kohl auch mündl. Mitt. Frau Schmidt-Noack, Berlin (damals Einwohnerin von Minsk) v. 4. 5. 1992.
- 14 Hierzu vor allem die Rekonstruktion bei Kohl, S. 77 und 84; der ausführliche Erlebnisbericht des ehemaligen Insassen Gretschanik, in: Grossman/Ehrenburg, S. 228–235; weiter die bereits genannten sowjetischen Zeugenvernehmungen sowie Vern. A. M. Geran v. 24. 7. 1944 (russ.), ZStA Minsk 845–1–62, Bl. 49f.; Vern. M. J. B. v. 18. 7. 1944 und I. A. L. (Inhaltsangabe/undatiert [1945]), 202 AR-Z 184/67, Bd. 1 bzw. Dok.Bd. 1; Smolar, S. 14f.; Ainsztein, S. 222; Romanowski u. a., S. 21; Bericht M. Brudner (Beluga, S. 204–206). Zum 29. Pz.Rgt. vgl. Stahlberg, S. 187. Zur Bewachung KTB Korück 559 v. 6. 7. 1941, BA-MA

Alle angeführten Zeugenaussagen und Dokumente berichten übereinstimmend, daß die Inhaftierten, unter ihnen zu einem kleinen Teil auch Frauen und Kinder, tagelang ohne Nahrung gelassen worden waren. Die Minsker Frauen einschließlich solcher ohne Verwandte im Lager organisierten sich und brachten Lebensmittel und sogar Wasser. Trotzdem herrschten bei Sommerhitze in dem Lager, »in welchem so viel wie nichts vorhanden ist, weder genügende Absperrungen, noch sanitäre Anlagen, noch genügend Lebensmittel u. s. w.«, furchtbarer Hunger und Durst. Es kam zu Kannibalismus; Männer, die aus dem Fluß trinken wollten, der an das Lager Drosdy grenzte, wurden von den Wachen beschossen; und nachts sowie bei Tumulten während der später einsetzenden, unzureichenden Essensausgabe wurde mit Maschinengewehren in die Menge gehalten, hunderte Menschen wurden erschossen.¹⁵ Hunger, Verzweiflung und die »Anwendung brutalster Gewalt« durch das zahlenmäßig schwache Wachkommando wurden in einem Bericht des Leiters der Zentrale der Organisation Todt, Ministerialrat Xaver Dorsch, vom 10. Juli in vollem Umfang bestätigt.¹⁶

Die Einsatzgruppe B und die Geheime Feldpolizei erhielten den Auftrag, das Zivilgefangenenlager »durchzukämmen«, und zwar vermutlich vom Oberbefehlshaber der damaligen 4. Panzerarmee, Generalfeldmarschall v. Kluge, etwa am 7. oder 8. Juli. Kluge traf sich zu jener Zeit mit Nebe und hatte sich gegenüber Dorsch die Entscheidung über Entlassungen persönlich vorbehalten.¹⁷ Direkt für das Dulag 127 zuständig waren zwischen dem 6. und 14. Juli der Oberquartiermeister der 4. Panzerarmee und der Kommandant des rückwärtigen Heeresgebiets (Korück) 559, danach der Oberquartiermeister der 2. Armee.¹⁸ Kommandos der Einsatzgruppe B kamen immer wieder mit LKW ins Lager und transportierten Menschen ab, die sie an einem nahen Baugraben, in dem eine Wasserleitung verlegt werden sollte und die Rohre teils schon lagen,¹⁹ er-

WF-03/14267, Bl. 1074, Feldpostbrief R. N. (Art.Beob.Abt. 9) v. 12. 7. 1941, BfZ, Slg.Sterz, und die Erkenntnisse des Verfahrens ZSt Dortmund 45 Js 9/64 gegen die 12. Kompanie des Inf.Rgt. 354, besonders Vern. W. K. v. 13. 6. 1966, Bd. 10, Bl. 4, mit Auszügen aus dessen damaligem Notizbuch.

15 Vgl. besonders den Bericht von Gretschanik (Grossman/Ehrenburg, S. 228–235), die genannten Zeugenaussagen, Kohl und pers. Mitt. Schmidt-Noack v. 4. 5. 1992. Ferner ZSt Dortmund 45 Js 9/64, z. B. W. S. v. 11. 3. 1964, Bd. 2, Bl. 9, W. L. v. 9. 10. 1964, Bd. 3, Bl. 20f., F. S. v. 1. 4. 1966, Bd. 9, Bl. 87, und Dr. H. K. v. 30. 5. 1967, Bd. 12 unpag. Ferner Aufzeichnung des Obergefreiten Richard Heidenreich unter dem 7. 7. 1941, in: Dollinger (Hg.), S. 88. Zitat: KTB Korück 559 v. 6. 7. 1941, wie vorangegangene Anm.

16 Bericht Dorsch v. 10. 7. 1941, in: IMT, Bd. 25, S. 81–83.

17 Vgl. ebd., S. 82; EM 21 und 23 v. 13. und 15. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1493 (Zitat) und 1513. Die Datierung ergibt sich daraus, daß Nebe in seinem Bericht v. 6. 7. 1941 (enthalten in EM 20 v. 12. 7. 1941, ebd., Bl. 1479ff., vgl. Bl. 1513) noch nichts davon erwähnte, wegen der Erwähnung in EM 21 aber bald mit den Aktionen im Lager begonnen sein worden muß. Überdies aus dem Einsatzbericht der GFP-Gruppe 570 für 6.–12. 7., BA-MA WF-03/30429, Bl. 347–349. Dorsch schrieb seinen Bericht am 10. Juli in Berlin; es ist unbekannt, wann er in Minsk war. – Der Auftrag durch die 4. Armee ist Gewißheit für Krausnick 1981, S. 236.

18 KTB Korück 559 für 6.–14. 7. 1941, BA-MA WF-03/14267, Bl. 1074–1077.

19 Der Starsatz der FK 184, Dr. Paarmann, beschwerte sich, daß in diesen Graben bei Nowinki »mehr als 100 Leichen (russische?) geworfen und notdürftig mit Erde überschüttet worden« seien. Wegen möglicher Einwirkungen auf die Wasserleitung verlangte er ihre Umbettung. Abt. IVb, Betr.: Leichenbeerdigung im Bereich städtischer Wasserversorgungsanlagen v. 21. 8. 1941, ZStA Minsk 370–1–142, Bl. 163; Schilderung der Szenerie in Vern. E. P. v. 26. 3. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 369f. Dort wurden auch Frauen, Kinder, Kriegsgefangene und möglicherweise Personen, die direkt aus der Stadt mit LKW geholt wurden, erschossen. Vgl. Vern. I. P. Zerlukewitsch, M. N. Milewska und I. M. Milaschewski v. 24. 7. 1944, ZStA Minsk 845–1–62, Bl. 51–54 und 58f.

schoßen. Teilweise wurden auch größere Menschenansammlungen, besonders Juden, zu Fuß zu diesem Graben getrieben und ebenfalls ermordet.²⁰ Nach dem Krieg wurden dort etwa 10000 Leichen entdeckt.²¹ Dabei waren Einsatzkräfte des KdS Warschau, GFP und möglicherweise auch Feldgendarmarie beteiligt,²² einer Aussage zufolge auch Wachmannschaften des Infanterie-Regiments 354; diese töteten überdies durch brutalen MG-Einsatz während des Wachdienstes selbst und halfen der SS dabei, die Menschen auf die LKW zu treiben und zu selektieren.²³ Nebe selbst berichtete zuerst über die Aktionen seiner Kommandos in dem Lager:

»Zur Entlassung gelangten bisher nur Personen, die sich einwandfrei ausweisen konnten und die weder politisch noch kriminell belastet sind. Der im Lager verbliebene Rest wird einer sorgfältigen Überprüfung unterzogen und jeweils nach Maßgabe des Ermittlungsergebnisses behandelt werden. 1050 Juden wurden zunächst liquidiert. Weitere werden täglich laufend zur Exekution gebracht. Hinsichtlich der noch im Lager verbliebenen Nichtjuden wurde mit der Liquidierung der Kriminellen, der Funktionäre, der Asiaten usw. begonnen.«²⁴

Dieser Bericht dürfte etwa zwischen dem 8. und 10. Juli 1941 entstanden sein. Es kam dann anders, als Nebe es sich vorstellte: er sollte weniger Zeit bekommen. Wegen der unvorstellbaren Zustände im Lager drohte dort einem großen Teil der Minsker Arbeitskräfte akut der Tod durch Hunger und Seuchen. Deswegen kam es zu mehreren Interventionen, damit diese Arbeitskräfte eingesetzt werden konnten, unter anderem um Minsk zu dem vom Generalquartiermeister geplanten Versorgungstützpunkt auszubauen: Dorsch intervenierte beim Oberquartiermeister der 4. Armee, Todt bei Rosenberg, der Leiter der Chefgruppe Landwirtschaft der Wirtschaftsinspektion Mitte, Wagner, bei der 2. und 4. Armee sowie bei Nebe.²⁵ Die-

20 Hierzu ZSt Dortmund 45 Js 9/64, besonders Vern. R. M. v. 2. 12. 1963, W. B. v. 10. 12. 1963 (Bd. 1, Bl. 134 f. und 147), W. S. v. 11. 3. 1964 (Bd. 2, Bl. 9 f.), R. M. v. 10. 3. 1965 (Bd. 7, Bl. 76 f.), G. W. v. 6. 7. 1966 (Bd. 9, Bl. 41 f.) und H. S. v. 10. 1. 1967 (Bd. 11, Bl. 24). Weiter Kohl, S. 84 f.; Smolar, S. 15; Vern. A. M. Geran v. 24. 7. 1944, ZStA Minsk 845-1-62, Bl. 49 f.

21 Siehe Schätzung ebd.; »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial« (Nbg. Dok. USSR-38), BA F 16030; Kohl, S. 264, Anm. 120; Vern. A. N. Rasumow (Anwohner) v. 20. 7. 1944, ZStA Minsk 845-1-62, Bl. 55. Bei Grossman/Ehrenburg, S. 228, werden 3000 jüdische »Geistesarbeiter« als Opfer angegeben.

22 Zur Feldgendarmarie: Vern. R. M. v. 2. 12. 1963, Bd. 1, Bl. 134 f.; Hilfe beim Aufladen: Vern. W. L. v. 9. 10. 1964, Bd. 3, Bl. 20 f.; zur GFP: Einsatzplan GFP-Gruppe 570, für 6.-12. 7. 1941 (Einsätze am 8.-10. 7.), BA-MA WF-03/30429, Bl. 347 f.; zu Kräften des KdS Warschau (sog. Einsatzgruppe zbV) Vern. E. C. v. 23. 1. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 196-198.

23 Die Beteiligung von Angehörigen des 11. Btl. des Inf.Rgt. 354 an den Massenexekutionen bestätigt im Verfahren ZSt Dortmund 45 Js 9/64 eine Zeugenaussage (Vern. E. H. v. 17. 5. 1966; für den Hinweis danke ich Hannes Heer). Die erwähnte Aufzeichnung des Obergefreiten Heidenreich v. 7. 7. 1941 (vgl. Anm. 7/15), die sich offenbar auf den Wachdienst selbst bezog, erweckt dagegen Zweifel: »Wir kamen in Minsk an. Unser Bataillon kriegte die Aufgabe, sechstausend Gefangene zu bewachen und alle Juden in der Stadt zu erschießen. Viele Gefangene flüchteten in der Nacht und wir mußten von der Waffe Gebrauch machen. Wir haben allein fünfhundert Juden umgelegt« (Dollinger, S. 88). Heidenreichs Aufzeichnung entstand nachträglich und ist offenbar kein Tagebuch (vgl. Anm. 7/510 in dieser Darstellung). Der zeitliche Abstand könnte die offensichtlich falschen Angaben erklären (»Aufgabe [...] alle Juden in der Stadt zu erschießen«). – Siehe dagegen die Interpretation von Heer 1994, S. 11.

24 EM 21 v. 13. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1493.

25 Zu den Plänen des GenQu Eckstein, S. 286. Vgl. den Dorsch-Bericht v. 10. 7. mit Vermerk v. 12. 7. 1941 (IMT, Bd. 25, Bl. 82 f.). Ferner KTB WiIn Mitte für 8.-10. 7. 1941 bezüglich einer Reise R. Wagners nach Minsk: »[Besprechungen] Betr. Ernährungslage der Bevölkerung, Entlassung der Bauern und Arbeiter le-

ser und v. Kluge mußten schließlich einlenken, und der größte Teil der Zivilgefangenen, darunter auch viele Juden, wurde um den 10. und 12. Juli entlassen – bis zum 14. Juli 20000, die Hälfte der von Dorsch bezeugten 40000 Insassen. Zwischen dem 7. und 12. Juli schob das Korück 559 auch 40000 Kriegsgefangene aus Minsk nach Westen ab. Am 19. Juli wurde bereits die Freilassung »des grössten Teils der Zivilinternierten« gemeldet.²⁶

Mehrere tausend Zivilisten, auch Nichtjuden, blieben trotzdem im Lager, nunmehr in Masjukowschtschina.²⁷ Und dort gingen die Aussonderungen und Erschießungen weiter. Insbesondere sortierte die Sicherheitspolizei nun – wie schon unmittelbar vor der Entlassungsaktion – Inhaber bestimmter Berufe aus, die einen für den sogenannten Aufbau des Landes, die anderen, vor allem Intelligenzler, zur Erschießung.²⁸ In den Ereignismeldungen des RSHA zwischen dem 28. Juli und 23. September werden diese Vorgänge sechsmal erwähnt, wobei mindestens 1725 und außerdem bis Anfang August »täglich« etwa 200 Menschen erschossen wurden. Mindestens 1623 wurden auf freien Fuß gesetzt.²⁹ Die Erschossenen wurden in den Ereignismeldungen als »bolschewistische Funktionäre, Agenten, Kriminelle, Asiaten usw.«, »politisch oder kriminell belastete Personen« oder »rassisch vollkommen minderwertige Elemente« bezeichnet. In Meldungen Nebes an die Heeresgruppe Mitte war hingegen auch von vernichteten Juden die Rede, und schon am 22. Juli berichtete er der Heeresgruppe: »In Minsk gibt es keine jüdische Intelligenz mehr.«³⁰ Auch nach dem Abzug der Einsatzgruppe B existierte das Lager weiter. Zwei Kompanien der II. litauischen Schutzmannschaftsabteilung waren Mitte Oktober unter Führung eines Offiziers des Reserve-Polizeibataillons 11 »zur Raeumung des Zivilgefangenenlagers in Minsk eingesetzt und liquidierten 625 Kommunisten«, zwei Tage später weitere »1150 Kommunisten«.³¹ Zu Ehren des nationalsozialistischen Feiertags am 9. November sollen schließlich noch weitere Zivilisten aus dem Lager erschossen worden sein.³² Insgesamt sind also etwa 10000 Insassen des Lagers umgekommen, in der Mehrzahl Juden.

benswichtiger Betriebe aus Gefangenenlagern. [...] Diesbezügliche Aussprache mit dem zuständigen SS-Brigadeführer Nebe.« BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 654.

26 Vgl. Dorsch-Bericht (IMT, Bd. 25, S. 81); 4. Pz.Armee, Korück 559 an AOK 2/OQu v. 14. 7. 1941, BA-MA WF-03/14267, Bl. 1092, vgl. Bl. 1074–1077. Die im KTB des Korück 559 v. 6. 7. 1941 (ebd., Bl. 1074) zunächst genannte Zahl von 20000 Zivilinternierten bei steigender Tendenz war offenbar zu niedrig. Zitat: 286. Sich.Div., Betr.: Kriegsgefangenenlager v. 19. 7. 1941, BA-MA RH 26–286/3. Nach dem Tätigkeitsbericht der Militärverwaltungsgruppe der FK 812 für 7.–20. 7. v. 20. 7. 1941 waren im Lager 30000 Zivilisten »auf Befehl der Truppe« (BA F 15266, Bl. 2820). – Bezüglich der Freilassungen ist außerdem auf die übereinstimmenden o. g. Aussagen ehemaliger Lagerinsassen zu verweisen.

27 5000 jüdische Männer nach Vern. F. M. v. 4. 8. 1964, ZSt Dortmund 45 Js 36/64, Bd. 1, Bl. 23. Den Quellen zufolge waren jedoch auch Nichtjuden dort, z. B. später erschossene »Asiaten«.

28 Vgl. ebd.; Vern. S. A. P. v. 28. 12. 1945, ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 52; Vern. H. J. (Wachsoldat vom L.SchBtl 973) v. 22. 12. 1970, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bd. 1, Bl. 128–130; Vern. T. J. v. 2. 11. 1964, ZSt Dortmund 45 Js 9/64, Bd. 3, Bl. 49, und Vern. H. S. v. 10. 1. 1967, Bd. 11, Bl. 24.

29 Die entsprechenden Stellen sind bei Kohl, Anm. 89–90, S. 261f., abgedruckt.

30 EGr B, Notiz für Heeresgruppe Mitte, den 22. 7. 41, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 21. Vgl. EGr B, Vortragsnotiz für Heeresgruppe Mitte v. 26. 7. 1941 und Tätigkeits- und Lagebericht für 24.–31. 8. v. 3. 9. 1941, ebd., Bl. 25 und 53.

31 Res.Pol.Btl. 11, Lagebericht über den Sondereinsatz in Minsk für die Zeit vom 14.–21. 10. v. 21. 10. 1941 unter dem 15./16. sowie 18. 10., ZStA Minsk 651–1–1, Bl. 4f. Auszugsweise abgedruckt in: Schlootz, S. 34.

32 Vern. P.R. (Lagerwache) v. 24. 10. 1975, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bd. 1, Bl. 196.

An der Geschichte dieser Internierungsstätte sind viele Dinge bemerkenswert. Der Einsatzgruppe B mißlang die vollständige Selektion aller wehrfähigen Männer in Minsk. Obwohl sie wochenlang den Großteil ihrer Tötungskapazität dort konzentrierte, war sie zu langsam, mußte sich wirtschaftlichen Interessen beugen und Zehntausende unkontrolliert freilassen, darunter viele Juden. Andererseits wurden noch Juden im Lager gehalten, als das Ghetto schon längst bestand (seit 25. Juli), sogar über Monate. Über ihr Leben wurde also willkürlich bestimmt (die erklärten Selektionsprinzipien wurden überhaupt oft außer acht gelassen). Es wurden keineswegs sofort und unterschiedslos alle wehrfähigen jüdischen Männer umgebracht. Auch nach der großen Freilassungsaktion und trotz Heydrichs Befehl vom 17. Juli wurden die übrigen Juden unter den Internierten nicht alle ermordet. Dies spricht dagegen, daß für die Einsatzgruppen sofort seit Kriegsbeginn der Befehl galt, jüdische Männer im wehrfähigen Alter grundsätzlich zu töten, und daß sie in ihrer Handlungsweise (ihrem Morden) völlig unabhängig waren. Auch anderswo wurden nicht alle jüdischen Männer umgebracht, teils wegen der fehlenden organisatorischen Möglichkeiten, sie *alle* zu ermorden, teils – und in diesem Fall nur deswegen – offensichtlich mit Rücksicht auf potentielle Arbeitskräfte.³³

Auch in Kriegsgefangenenlagern in der Nähe anderer Städte gab es Zivilisten, nicht nur in Weißrußland, sondern etwa auch in Pskow und Jalta.³⁴ Es waren also keineswegs zufällig oder zur Schönung der Erfolgsmeldungen nur vereinzelt Zivilisten betroffen.³⁵ Im Kriegsgefangenen-Dulag 185 (Białystok) wurden separat Juden gefangengehalten und Dutzende von ihnen vom Polizeibataillon 322 erschossen.³⁶ Im Dulag 185 in Mogilew befanden sich ebenso Zivilisten (darunter Juden) wie in Polozk, Borisow und Orscha, wo die GFP Aussonderungen vornahm. Doch wollte der Lagerkommandant, Major Wittmer, in Mogilew seine Zivilgefangenen nicht mehr an das Einsatzkommando 8 herausgeben.³⁷ In Postawy wurden Anfang Juli 1941 sogar Frauen und Kinder eingeliefert.³⁸ Genauso war es im Dulag 131 in Bobruisk im Herbst 1941, als sich 3000 bis 5000 Zivilisten im Lager befanden, die man vor allem nach dem 1. September dorthin gebracht hatte. 50 Männer und 50 Frauen davon starben nach Experimenten eines Wehrmachtarztes mit Typhuserregern. 1942 kamen

33 Die Internierten im Zivilgefangenenlager arbeiteten nicht. Das WiKdo in Minsk verwies im August 1941 aber Interessenten wie den ersten Betriebsleiter von Telefunken auf sie. Der Telefunken-Vertreter nahm aus dem Lager zehn bis 15 Juden mit. Vgl. Vern. R. K. v. 21. 9. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 902.

34 Zu Jalta WiStab Ost, Monatsbericht Februar v. 20. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 367 (alle Männer zwischen 18 und 50). Von Pskow wurden 2472 Männer (die Stadt hatte damals 15000 Einwohner) Ende August für sechs Wochen ins Lager Petseri getrieben. Ungefähr 300 kehrten nicht zurück. Vgl. Geßner, S. 86; Howell, S. 57; KTB WiKdo Görlitz (in Pskow) v. 21. 8., 11. 9. und 4. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 309, 315 und 374.

35 Vgl. dagegen Streim, S. 137f.

36 Dabei handelte es sich offenbar nicht um ausgesonderte jüdische Kriegsgefangene. Vgl. Tätigkeitsbericht des 3./Pol.-Btl. 322 für 9.–16. 7. 1941, BA D-H P 812 unpag.

37 Vgl. Einsatzkommando [EK] 8 an HSSPF Rußland-Mitte v. 3. 11. 1941, in: Rürup, S. 131f.; Vern. A. A. Baltrukowa v. 30. 1. 1947, ZStA Minsk 861–1–13, Bl. 53; Einsatzplan der GFP-Gruppe 570 für 13.–19. 7. 1941, BA-MA WF-03/30429, Bl. 345 (Borisow 15. 7., Orscha 16. 7.).

38 Tätigkeitsbericht über den 1. Einsatz der Armee-Gefangenen-Sammelstelle 7 vom 8.–16. 7. 1941 in Postawy, BA-MA RH 23/222.

600 Kinder und 1944 erneut 5000 Zivilisten ins Lager.³⁹ In Witebsk wurden im August 1941 397 Juden aus dem Zivilgefangenenlager durch das Einsatzkommando 9 erschossen. Der auf eigenen Wunsch anwesende Adjutant des Oberbefehlshabers der 9. Armee erklärte danach, »daß die von der Sicherheitspolizei geübte Praxis der Liquidierungen zweifellos eine ›humane Durchführungsart‹ « sei.⁴⁰ Im Februar 1942 wurden alle Witebsker Männer zwischen 15 und 60 Jahren auf Befehl des Stadtkommandanten von Wehrmacht, Feldgendarmarie, GFP und Einsatzkommando 9 im Kriegsgefangenenlager inhaftiert, weil während sowjetischer Luftangriffe angeblich Lichtsignale gegeben worden waren. Die Männer wurden mittels Lautsprecherdurchsagen und Plakaten zusammengeholt.⁴¹

Fast jedem Beteiligten schien die Masseninternierung von Zivilisten selbstverständlich, von Anfang an. In Slonim wurden am Tag des Einmarschs (25. Juni) oder kurz danach alle Männer versammelt, in Theater, Kino und Kloster festgehalten und nach 24 Stunden gespannter Atmosphäre wieder freigelassen.⁴² In Lida versammelte in den ersten Kriegstagen ebenfalls die Wehrmacht alle Juden zwischen 15 und 60 Jahren und ließ sie dann wieder laufen. In Nowogrodek führte etwas später, am 15. August, das Wachbataillon 701 »im Einvernehmen mit dem SD eine das ganze Stadtgebiet umfassende Säuberungsaktion« durch.⁴³ Einzig in Brest hakte es ein wenig zwischen Wehrmacht und Einsatzgruppe B: Dort hielt die Wehrmacht vier bis fünf Tage rund 5000 Männer im Gefängnis und in einem Sportstadion fest, darunter 2000 Strafgefangene, und ließ einen Teil dann ohne Absprache mit Nebes Truppe frei. Daraufhin erwirkte Nebe einen Befehl der Heeresgruppe Mitte, daß dies nicht mehr geschehen dürfe und die Freilassung Sipo und SD vorbehalten sei.⁴⁴

39 Vgl. KTB 221. Sich.Div., Abt. Ib, v. 9. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 269; Kgf.-Bezirkskommandant J, Besichtigung durch Oberst Marschall (v. 22. 11. 1941), BA-MA WF-03/7353, Bl. 751; Vern. des angeklagten ehemaligen stellvertretenden Lagerleiters Carl Languth (Zusammenfassung, undatiert) in StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 70; ders. v. 24. 12. 1945, ZStL V 319 AR 327/77, Bl. 422; ders. v. 25. 1. 1946 (Übersetzung), Archiv P. Kohl.

40 EG B, Polizeilicher Tätigkeitsbericht für 17.–23. August 1941 zum Vortrag bei der Heeresgruppe Mitte, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 43.

41 Außerdem wurde im Wiederholungsfall die Erschießung von 100 Geiseln angedroht. Man nahm aber eben nicht nur 100 Geiseln, sondern inhaftierte die halbe Stadt. Vgl. [EG B.] Polizeilicher Tätigkeitsbericht für 16. bis 28. Februar 1942, Sonderarchiv Moskau 500–1–770, Bl. 14.

42 Vgl. Smolar, S. 8f., und voneinander abweichend Berichte überlebender Juden im Verfahren der StA Hamburg gegen Erren (147 Js 29/67), v. a. Bericht H., Sonderband J, Bl. 54; ferner Vern. A. D. v. 17. 5. 1962, Sonderband C3, Bl. 2; Bericht S. S., Sonderband J, Bl. 1f. (Juden und Nichtjuden wurden hiernach getrennt drei Tage festgehalten). Nach A. S. (undatiertes Protokoll der Historischen Kommission Ziegenhain, ebd., Bl. 24) und Bericht Dr. N. K. (Sonderband K 1, Bl. 14f.) erfolgte diese Repression bzw. eine weitere Ausweiskontrolle auf dem Sportplatz nach Kämpfen gegen auf dem Rückzug befindliche sowjetische Einheiten am 27./28. 6. Vielleicht handelte es sich um zwei verschiedene Vorgänge. Siehe auch Alpert, S. 29.

43 28 Personen übergab das Wachbtl. »dem SD«. 221. Sich.Div., Abt. Ic, an Berück Mitte v. 15. 8. 1941, BA-MA RH 26–221/19. Zu Lida Vern. E. D. (jüdischer Zeuge), Januar 1962, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 162.

44 Vgl. EM 8 und 10 v. 30. 6. und 2. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1391 und 1401, dazu die Vern. E. S. v. 8. 2. 1962 und Vermerk des LKA Baden-Württemberg/ZStL v. 23. 2. 1962, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 3653, 3657 und 3780. Ferner, The Living Memory, S. 21 (danach wurden mindestens 200 Mann erschossen); Vern. H. K. v. 2. 10. 1947 (Angehöriger des Pol.Btl. 307, durch die Sowjets), ZSt Dortmund 45 Js 6/71, Bd. 8, Bl. 140. Nach Körner-Schrader (S. 73 f. und 69), der im August/September 1941 in Brest war, gab es damals neuerlich ein Zivilgefangenenlager besonders für Frauen in Terespol am westlichen Ufer des Bug, die aus unbekannten Gründen bis aus 200 km Entfernung dorthin getrieben worden seien.

In den Quellen ist außer in den hervorgehobenen Fällen nicht nachvollziehbar, ob alle männlichen Stadtbewohner im wehrfähigen Alter die Zivilgefangenenlager durchliefen oder nur ein Teil. Viele Zeugenaussagen sprechen gegen die erste Variante. Es gab entsprechende Lager aber offenbar in vielen Gebieten, und zwar auf höheren Befehl hin. So sagte der von den Sowjets in Riga angeklagte ehemalige Kommandeur der 403. Sicherungsdivision, Generalleutnant Wolfgang v. Dittfurth, aus: »Vorübergehend, wie ich schon sagte, wurden [sic] dort, wo meine Truppen disloziert waren, wie in Litauen und in den angrenzenden Bezirken [des] westlichen Weißrußlands, die ganze männliche Bevölkerung im Alter von 18–50 J. mitgenommen.« Diese Lager zur »Filtrierung« seien bei den Feld- und Ortskommandanturen und nur in zweiter Linie in Kriegsgefangenenlagern eingerichtet worden und hätten oft nur einige Tage bestanden.⁴⁵ Die 403. Sicherungsdivision war im Sommer und Herbst für den Raum Grodno-Wilna-Lida-Witebsk zuständig. Weisungen zur Gefangennahme aller wehrfähigen Männer gab es auch beim XXXXVII. Panzerkorps Anfang Juli und offenbar bei der 9. Armee Mitte August 1941.⁴⁶ Am 29. August wurde dort allen Dulags und Armee-Gefangenen-Sammelstellen die Aufnahme »von der Truppe eingebrachte[r] Zivilisten« zur Pflicht gemacht und ihre Entlassung grundsätzlich verboten. Alle ortsfremden Männer waren zu verhaften.⁴⁷ Bei der 2. Armee bereitete man Mitte Juli die Einrichtung von »Zwangsarbeitslagern für die geflüchteten und zurückflutenden männlichen Bevölkerung [sic]« vor.⁴⁸ Am 29. September 1941 befahl der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte, General v. Schenckendorff, vereinheitlichend: »In jedem Dulag wird, soweit noch nicht vorhanden, eine Abteilung für Zivilgefangene eingerichtet.«⁴⁹ Auch bei der Heeresgruppe Nord gab es im Winter flächendeckend Abteilungen für Zivilgefangene in den Kriegsgefangenenlagern.⁵⁰

Wenn diese Lager zum Regelfall werden sollten, was sollte dann aus den Internierten werden? Dafür hatte das OKH bereits am 24. Juli 1941 eine Regelung getroffen. Zivilisten seien »im allgemeinen *nicht* in die Kriegsgefangenenlager aufzunehmen [...], außer solchen, bei denen der Verdacht besteht, daß es sich um entwichene russische Soldaten handelt.« Zivilisten, die sich bereits in den Lagern befanden, sollten, soweit sie unschuldig seien und ihre Wohnorte in der Nähe lagen, freigelassen werden.

⁴⁵ Vern. Wolfgang v. Dittfurth v. 17. 12. und 18. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 9, Bl. 30f. und 37f.

⁴⁶ Vgl. Bartov 1985, S. 125, und Korück 582 -Qu- v. 20. 8. 1941 an AOK 9, Ic über OQu, BA-MA RH 23/222. Hier antwortete der Korück auf eine entsprechende Weisung des Armee-Abwehroffiziers, daß als Kriegsgefangene lediglich Männer behandelt würden, die im Verdacht stünden, daß sie flüchtige Soldaten in Zivil seien. Der »Befehl, sämtliche männlichen Einwohner im wehrfähigen Alter gefangen zu setzen«, sei weder bisher bekannt noch praktikabel, da die Kriegsgefangenen schon jetzt nicht versorgt werden könnten.

⁴⁷ Laut AOK 9, Abt. Ic/A.O./OQu/Ia Nr. 258/41geh, Betr.: Partisanenbekämpfung v. 2. 9. 1941, ZStA Minsk 655-1-1, Bl. 142/R. Vgl. Anlage zu Korück-Befehl Nr. 82, Grundsätzliche Anordnungen zur Einrichtung und Führung von Armee-Gefangenen-Sammelstellen (undatiert) des Korück 582 der 9. Armee, BA-MA RH 23/222, auch in: BA-MA WF-03/14298, Bl. 128f.: »Aufgegriffene Zivilisten müssen gleichfalls in den Lagern aufgenommen werden.«

⁴⁸ KTB des Verbindungsoffiziers des WiRüAmts zum AOK 2 v. 14. 7. 1941, BA-MA RW 46/97.

⁴⁹ Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 7 v. 29. 9. 1941, ZStA Minsk 570-1-1, Bl. 127R.

⁵⁰ Vgl. EM 150 v. 2. 1. 1942, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3471f.

»Wenn sie irgendwie verdächtig erscheinen oder ihre Heimatorte soweit entfernt liegen, daß ihr regelloses Zurückströmen zu einer Gefahr für die Sicherheit des Landes führen kann, entscheidet im Armeegebiet die Truppe entsprechend den bereits gegebenen Befehlen über die zu ergreifenden Maßnahmen, im rückwärtigen Heeresgebiet sind sie an die Einsatzgruppen und -kommandos der Sicherheitspolizei und des SD abzugeben.«⁵¹

Das heißt, ein bloßer Verdacht oder auch nur ein entfernter Wohnort genügten zur Auslieferung an die Einsatzkommandos und damit mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Tod. Das gehörte in den Zusammenhang der Verfolgungspolitik gegenüber den Flüchtlingen, den sogenannten Ortsfremden (Kap. 9.2). Diese Bestimmung war derart brisant, daß der für Teile Weißrußlands zuständige Kriegsgefangenen-Bezirkskommandant J. Oberst Marschall, es in einem Besichtigungsbericht zweimal auffällig vermied, sie schriftlich niederzulegen. Aus dem Nebenlager des Dulag 131 in Baranowitschi waren schon vor dem OKH-Befehl offenbar *alle* Zivilinternierten nach Ausweiskontrolle dem Einsatzkommando 8 übergeben worden,⁵² nun wollte die Lagerführung das ändern. Marschall erklärte die Regelung des OKH für bindend, das heißt, er erlaubte nur die Freilassung »Unverdächtiger«, wenn diese in der Nähe wohnten.⁵³ General v. Schenckendorff erweiterte den Befehl später für das rückwärtige Heeresgebiet, indem er ihn auf Zivilisten ausdehnte, die bei »Säuberungs- und Befriedungsaktionen« festgenommen wurden, und auch die Übergabe an GFP oder Sipo und SD ohne Überprüfung erlaubte.⁵⁴ Das ging noch eindeutiger gegen die sogenannten Ortsfremden, wie auch zahlreiche weitere Richtlinien v. Schenckendorffs, etwa: »Die Wanderer sind dem SD, der GFP oder den Kgf-Lagern, soweit Zivil-Arbeitslager nicht bestehen, zuzuführen.«⁵⁵

⁵¹ OKH, GenStdH, Az.Gen.zbV b ObdH/GenQu, Abt. K.Verw. Nr. II/4590/41 geh, Betr.: Russische Kriegsgefangene v. 24. 7. 1941 (Abschrift), BA-MA WF-03/7485, Bl. 884. Auszugsweise Abschrift auch in WiStab Ost, Besondere Anordnungen Nr. 16 v. 2. 8. 1941, BA-MA (BArch)Pf 42745 unpag.

⁵² Im Gegensatz dazu sollen 2000 jüdische Männer, die um den 10. 7. herum auf ein Fabrikgelände getrieben worden waren, nach Tagen des Wartens wieder entlassen worden sein. Vern. B. L. v. 25. 9. 1959 und H. K. v. 2. 10. 1947 (beide Pol.Btl. 307), ZSt Dortmund 45 Js 6/71, Bl. 75 und 142. Der Beschuldigte H. K. gab gegenüber den Sowjets die Teilnahme an einer anderen Massenexekution zu und hatte deshalb kaum einen Grund, eine solche in Baranowitschi zu verschweigen, wenn es sie gab.

⁵³ »Bei der Besichtigung des Lagers wurde eine Reihe von internierten Zivilisten vorgefunden. Nach Sichtung ihrer Papiere sind sie bisher dem S. D. übergeben worden. Da hinsichtlich dieser Handhabung Zweifel aufgekomen sind, bat der Lagerführer um Weisung, was für die Folge mit diesen Leuten geschehen solle. Ein klarer Befehl, wie mit den Zivilisten zu verfahren ist, wird in dem Geheimbefehl des OKH vom 24. 7. 41, Abs. V, gegeben.« Und auf Nachfrage des Lager-Abwehroffiziers, Hauptmann Heinrich, ob man unbescholtene Zivilisten, die offenbar keine verkleideten Rotarmisten seien, freilassen dürfe: »Die Beantwortung ergibt sich unter Anwendung der im vorgenannten Geheimbefehl genannten Anordnung.« Kgf-Bezirkskommandant J. Besichtigung durch Oberst Marschall bei Kriegsgefangenen-Sammellager Baranowicz, Nebenlager von Dulag 131, am 1. 8. 41, BA-MA WF-03/7353, Bl. 818.

⁵⁴ Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 7 v. 29. 9. 1941, ZStA Minsk 570-1-1, Bl. 127R.

⁵⁵ Ders., I Br.B.Nr. 1001/41geh, Der Partisan, seine Organisation und Bekämpfung v. 12. 10. 1941 (gez. v. Schenckendorff), BA-MA WF-03/13302, Bl. 142f. – Auf eine Meldung der 221. Sich.Div., 20 Kommunisten seien ins Gefängnis eingeliefert worden, hatte v. Schenckendorff ihren Aufenthalt im Gefängnis verboten: »Wenn es erforderlich ist, Kommunisten zu erfassen, kann es sich nach diesseitiger Auffassung nur um solche Elemente handeln, die nach den mündlich übermittelten Bestimmungen an den SD zu übergeben wären.« Die Division beeilt sich zu versichern, daß das Gefängnis nur Sammelstätte für die Abgabe der Menschen an das Einsatzkommando gewesen sei. Berück, Ia v. 26. 7. 1941 und Antwort der 221. Sich.Div., BA-MA RH 26-221/12a.

Die Bestimmungen vom September 1941 galten auch noch am 1. Dezember 1942, als Kriegsverwaltungschef Tesmer dafür sorgte, daß sie für seinen neuen Amtsbe-
reich, das ganze Heeresgruppengebiet, übernommen wurden.⁵⁶ Erst im Februar 1943
erging der Befehl, alle Zivilgefangenen zu entlassen – mit nur vorübergehender
Wirkung, wie das erwähnte Beispiel Bobruisk zeigt.⁵⁷

Damit wurde für die Kriegsgefangenenlager-Mannschaften ein Dauerproblem ge-
schaffen, das sich für sie als »[b]esonders belästigend und zeitraubend erweisen«
sollte und auch v. Schenckendorff häufig beschäftigte.⁵⁸ Wenn die Militärführung
trotz der Arbeitsüberlastung im Kriegsgefangenenwesen darauf so viel Eifer ver-
wandte, so deshalb, weil sie Wert auf die Gefangennahme von Zivilisten legte. Grund
war vorrangig die Verfolgung politischer Gegner zum Zweck der »Befriedung«,
dann, im Herbst 1941, kam die Bekämpfung der Flüchtlinge hinzu. Stellenweise legen
die Richtlinien für die Einschränkung von Entlassungen auch einen Zusammenhang
mit der generell gegen die weißrussische Stadtbevölkerung gerichteten Politik nahe.
Viele der internierten Zivilisten wurden ermordet oder verhungerten. Für Sicher-
heitspolizei und SD leistete die Wehrmacht – und zwar verschiedenste hohe und
mittlere Organe – damit unschätzbare Dienste bei ihrer anfänglichen Aufgabe, der
Vernichtung der sowjetischen und besonders jüdischen Intelligenz. Die wehrfähigen
Männer der größeren Städte wurden für Sipo und SD durch Wehrmachtorgane kon-
zentriert, bewacht, vorsortiert und quasi noch frei Haus geliefert. Allein hätten das
die Einsatzkommandos niemals schaffen können. Die Einsatzgruppe B konnte des-
halb im Juli 1941 einen großen Teil ihrer Fahndungs- und Tötungsaktivitäten auf die
weißrussischen Zivilgefangenenlager beschränken.

b) Erste antijüdische Maßnahmen: Entrechtung

Die ersten Maßnahmen, die sich im Unterschied zu den Zivilgefangenenlagern allein
gegen die weißrussischen Juden richteten, wurden von den ersten Kommandanturen,
dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte und teilweise von der deut-
schen Frontruppe befohlen, während Sicherheitspolizei und SD dabei eine geringere
Rolle spielten.⁵⁹ Nicht zu unterschätzen, aber mangelhaft erforscht ist die Rolle der
weißrussischen Lokalverwaltungen.⁶⁰

Auch höchste Truppenkommandeure trugen für solche frühen Befehle (lange vor
dem bekannten Reichenau-Befehl) Verantwortung und machten allen Untergebenen
die Judenverfolgung zur Pflicht. In Teilen Weißrußlands wurde ein Plakat geklebt, das
den Juden die Kennzeichnung mit weißen Armbinden mit Davidsstern auf beiden

⁵⁶ Vgl. Okdo. H.Gr. Mitte/OQu/VII, Militärverwaltungsanordnungen (Stand: 1. 12. 1942/Zusammenfas-
sung der Verwaltungsanordnungen des Berück Nr. 1–31, soweit gültig), Abschnitt VI E 3, BA-MA
WF-03/5470, Bl. 559.

⁵⁷ Okdo. H.Gr. Mitte – Kdr.d.Kgf./OQu/Qu.2 v. 15. 2. 1943, erwähnt in FK 528 an 221. Sich.Div., Ib, Betr.:
Zivilgefangenenlager Klinzy v. 27. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42289, Bl. 1217.

⁵⁸ Dulag 240 (in Smolensk), Gruppe Kommandant, Lagebericht v. 25. 10. 1941, ZStL VI 319 AR-Z 319/70, Do-
kumenten-Nebenband. Vgl. KTB Berück Mitte, Qu, v. 16. 9. und 30. 11. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 343
und 352.

⁵⁹ Vgl. auch Hilberg, S. 366; Heer 1994, S. 9; am Beispiel Slonim Überlebendenbericht Dr. N. K., StA Ham-
burg 147 Js 29/67, Sonderband K 1, Bl. 17.

⁶⁰ Siehe die Hinweise bei Loftus, S. 25 f. (Borissow).

Armen und die Abgabe der Rundfunkgeräte vorschrieb. Außerdem wurde ihre Freizügigkeit auf ihren Wohnort beschränkt, und sie mußten sich beim Bürgermeister der für ihren letzten Wohnsitz zuständigen Gemeinde melden. Diesem standen alle »Juden beider Geschlechter zwischen 16 und 50 Jahren« zur Zwangsarbeit zur Verfügung. Diese Anordnung war gezeichnet: »Der Oberbefehlshaber der deutschen Armee«. Sie wurde verbreitet im Bereich der Oberbefehlshabers der 9. Armee, Generaloberst Adolf Strauß, der Panzergruppe 3, Generaloberst Hermann Hoth, und der 4. Armee, Generalfeldmarschall Günther v. Kluge. Die Datierung ist unklar, vom Inhalt her handelte es sich aber um Anordnungen der ersten Stunde. Dies betrifft insbesondere die anfänglich mancherorts vorgeschriebenen Armbinden, die im Juli 1941 durch den gelben sogenannten Judenfleck ersetzt wurden.⁶¹ Im Zusammenhang mit diesem Plakat ist es nicht uninteressant, daß sich v. Kluge kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion in Münster mit Rosenberg getroffen hatte und von ihm, den er zuvor angeblich als Radikalen ablehnte, beeindruckt gewesen sein soll.⁶² Eine weitere, unter anderem von der Fronttruppe mitgeführte Anordnung, die Juden das Bekleiden von Ämtern verbot und sie zu Zwangsarbeit und Zwangsabgaben verpflichtete, stammt spätestens von Anfang August 1941.⁶³

Im Rahmen der Militärverwaltung waren die eigentlich für die »Judenfrage« zuständigen Stellen jedoch die Abteilungen VII/Kriegsverwaltung beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets, bei den Sicherungsdivisionen und den Feldkommandanturen. Allerdings hatten sie hierfür zunächst keine genauen Vorschriften, ja sie übernahmen selbst die »Judenangelegenheiten« insgesamt erst einige Tage nach ihrem Tätigkeitsbeginn offiziell.⁶⁴ In Borissow und Retschitza bildeten anfangs die Feldkommandanturen die Befehlsstellen, die direkt der jüdischen Gemeinde oder dem Judenrat übergeordnet waren.⁶⁵ Im heute polnischen Bielsk bei Białystok übernahm dies der Ortskommandant.⁶⁶ Alle »Sonderanordnungen für die Juden« des Be-

61 Bekanntmachung (undatiert) in BA-MA WF-03/25645, Bl. 806 (Pz.Gruppe 3), WF-03/14270, Bl. 242 (4. Armee) und BA-MA RH 20-9/357, Bl. 234, mit Auslassungen abgedruckt bei Kohl, S. 197 (9. Armee). Siehe auch Arad 1980, S. 54 f. – Befehl v. Reichenaus: AOK 6, Betr.: Verhalten der Truppe im Ostraum v. 10. 10. 1941, in: Ueberschär/Wette, S. 285 f.

62 Vgl. Cecil, S. 136.

63 Bekanntmachung »Arbeiter, Werktätige, Bauern!«, BA-MA (BArch)P/F 55448, Bl. 722 (Akten 23. Inf.Div.).

64 So wurde in die Dienstordnung des Berück und der 221. Sich.Div. über die Aufgaben der Abteilung VII der Passus eingefügt: »18. Erfassung des von Juden verwalteten Vermögens.« Berück Mitte, Abt. Ia, Zusatz zur vorläufigen Dienstordnung vom 1. 4. 1941 v. 8. 7. 1941, sowie: 221. Sich.Div., Abt. Ic, Betr.: Befehle für den Einsatz der Feld- und Orts-Kdtren, Dulags, sowie Aufgabengebiet der Abt. VII und der Wirtschaftsdienststellen beim Div. Kdo v. 20. 7. 1941, beides BA-MA RH 26-221/12a. – Die 454. Sich.Div. (Nordukraine und südöstliches Weißrußland) erkundigte sich mangels eintreffender Weisungen bei der Nachbardivision (der 444.), wo die Abt. VII die »Judenfrage« bearbeitete, und erklärte kurzerhand: »Der Aufgabenbereich der Abt. VII der Sich.Div. 454 wird ebenso umrissen werden können.« 454. Sich.Div., Abt. VII v. 16. 7. 1941 (Abschrift) und ebenso, Sonderbefehl Verwaltung Nr. 1 v. 27. 7. 1941, Betr.: Aufgaben und Arbeitsweise der Abt. VII/Militärverwaltung (»Bearbeitung aller die Bevölkerung des besetzten Gebiets berührenden Fragen einschl. Judenfrage«; »soweit die Judenfrage berührt wird, im Benehmen mit Sich.Pol.«), BA B 120/589. Vgl. zur FK 812 ferner S. 137 in dieser Darstellung.

65 Vgl. FK 549, Abt. Ia, an 221. Sich.Div. v. 18. 9. 1941, BA-MA RH 26-221/21, und Akt No.5, Stadt Borissow v. 12. 9. 1944 (Übersetzung), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. »Braunes Buch«, Bl. 273.

66 Anordnung (deutsch/polnisch), gez. Der Ortskommandant, Trendelburg, Major (undatiert, ca. 6. 7. 1941), BA-MA WF-03/7313, Bl. 141 (»Der Judenrat untersteht bis auf weiteres der Ortskommandantur«).

fehlshabers des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, die bis Ende Juli 1941 herauskamen, hatte entsprechend ihrer Zuständigkeit die Abteilung VII/ Kriegsverwaltung, also SS-Standartenführer Tesmer, dem General v. Schenckendorff vorgeschlagen,⁶⁷ und später dürfte es nicht wesentlich anders gewesen sein. Welche Rolle dabei Tesmers Eigenschaft als SS-Führer und ehemaliger Gruppenleiter im RSHA konkret spielte, ist aus den Quellen nicht ersichtlich.

Abgesehen von örtlichen Restriktionen wurden die in Weißrußland gültigen anti-jüdischen Bestimmungen von v. Schenckendorff in mehreren Schritten hauptsächlich zwischen 7. und 24. Juli und vom Reichskommissar für das Ostland, Lohse, am 18. August 1941 erlassen.⁶⁸ Sie gingen also nicht erst den Morden des Jahres 1942 voraus, sondern waren schon eine unerlässliche Voraussetzung für die von 1941.⁶⁹

Eine besonders wichtige Maßnahme, meist eine der ersten, war die Zwangskennzeichnung der Juden, die außer zur Diskriminierung dazu diente, sie am Untertauchen zu hindern und sie bei gewaltsamen Zugriffen von der nichtjüdischen Bevölkerung unterscheiden zu können.⁷⁰ Dies geschah vor der Einführung des Judensterns im Reich, doch im Generalgouvernement und einigen annektierten polnischen Gebieten hatte die Kennzeichnung schon 1939 stattgefunden.⁷¹ In Weißrußland erfolgte sie an verschiedenen Orten zu unterschiedlicher Zeit; anfangs noch gelegentlich durch weiße Armbinden mit dem Davidsstern oder gelbe Armbinden,⁷² dann aus verschiedenen Gründen, so wegen Verwechslungsgefahr mit der ebenfalls Armbinden tragenden einheimischen Hilfspolizei, mit dem gelben Judenfleck, den viele Juden »Flicken« nannten;⁷³ verein-

67 Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht für 3. bis 31. Juli v. 27. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 363.

68 Vgl. Berück Mitte, Abt. VII/Mil.Verw. (bzw. Kr.-Verw.), Verwaltungs-Anordnungen Nr. 1, 2 und 3 v. 7., 13. und 24. 7. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 73/R, 71 und 70R; Bekanntmachung für das besetzte Gebiet v. 30. 7. 1941 (gez. Der Befehlshaber des Gebietes/dreisprachig: deutsch, weißrussisch, russisch), MGVK Minsk 14232-D 9004; Bekanntmachung v. 1. 9. 1941 (gez.: Der Kommandant des Gebietes/russ.), MGVK Minsk Nr. 7898; Der RKO, IIa4, Vorläufige Richtlinien für die Behandlung der Juden im Gebiet des Reichskommissariats Ostland v. 18. 8. 1941, IfZ Fb 104/2; auch als Nbg. Dok. NO-4815. Die Richtlinien Lohses wurden im GK Weißruthenien erst mit Amtsübernahme der Zivilverwaltung am 1. 9. 1941 gültig. Eine entsprechende Regelung für das RKO ist nicht bekannt. Im Bezirk Bialystok ergingen nur Einzelbestimmungen; es ist unklar, ob ansonsten die Reichsgesetze galten.

69 Anders irrtümlich Hilberg, S. 366f., da er den Zeitpunkt, zu dem die »Richtlinien standardisiert und kodifiziert wurden«, auf 1942 verlegt. Als Beleg dienten ihm die (alten) Bestimmungen der H.Gr. Mitte, die diese 1942 vom Berück Mitte übernahm. Okdo. H.Gr. Mitte/OQu/VII, Militärverwaltungsanordnungen (Stand: 1. 12. 1942), Abschnitt VI N 1-6, BA-MA WF-03/5470, Bl. 587-589. Zutreffend dagegen Orbach, S. 19f.

70 Hierzu EM 31 v. 23. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1625, und Vern. des Beschuldigten Georg Frentzel v. 16. 6. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 17, wonach die Kennzeichnung der Juden in Mogilew erfolgte, nachdem sie begonnen hatten, aufs Land zu fliehen.

71 Vgl. Hilberg, S. 226.

72 Vgl. undatierter Lagebericht der FK 551 (etwa September 1941), BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 623; Vern. Hilel Broide v. 25. 1. 1966, in: Documents Grodno, Bd. 1, S. 22; Vern. M. K. v. 9. 9. 1957 (Zeuge aus Porozow bei Wolkowsk), NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6212; Vern. J. S. (Zeuge aus Gorodischtschi), StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 588; Cholawski, Soldiers, S. 50. Ähnlich war es zunächst in Serbien, vgl. Manoschek 1993, S. 39. In Berück Mitte, Abt. VII/Mil.-Verw., Verwaltungs-Anordnungen Nr. 1 v. 7. 7. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 73R, wurden Binde und Fleck alternativ zugelassen. So auch die Bekanntmachung v. 1. 9. 1941, MGVK Minsk Nr. 7898.

73 Mündl. Mitt. Anna Krasnoperko v. 16. 10. 1993. Siehe die Anordnung des GK Wolhynien-Podolien v. 6. 9. 1941, daß die Juden nunmehr statt Armbinden einen aufgenähten gelben Fleck tragen mußten (Spector, Holocaust, Faksimile nach S. 176).

zelt und vorübergehend auch mit dem gelben Judenstern – der Phantasie der örtlichen Truppen und Militärbehörden waren zunächst keine Grenzen gesetzt.⁷⁴ Er war aber ab Herbst 1941 außer im Bezirk Bialystok im Unterschied zu den weißrussischen den deutschen Juden vorbehalten, die nach Minsk deportiert wurden.⁷⁵ In Łomża mußte das Judenkennzeichen schon seit dem 30. Juni getragen werden, in Grodno möglicherweise schon etwa am 27. Juni, in Pinsk seit dem 5. Juli (einen oder zwei Tage nach Eintreffen des Kommandos der Einsatzgruppe zbV), in Bialystok und Slonim seit dem 10. Juli, in Minsk vor dem 13. Juli, in Borissow erst seit Ende August 1941.⁷⁶ Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte ordnete dies allgemein bereits am 7. Juli an, früher als sein Kollege aus dem Heeresgebiet Süd – v. Schenckendorff erwies sich als Vorreiter.⁷⁷ Die Entscheidung hierfür wurde den Berücks nicht zentral vom Generalquartiermeister vorgegeben, sie trafen sie allein.⁷⁸ Wie man sieht, fällten sie viele auf unterer Ebene für ihren Bereich vor ihnen.

Meistens ergriffen die Kommandanturen hierzu die Initiative wie die Feldkommandantur 549 in Rogatschew, die sogar die Sterne für die Juden herstellen ließ und sich beschwerte, als vorgesetzte Dienststellen dann die Verwendung des Judenflecks

74 In Mogilew trugen die Juden Davidssterne, wenige Tage nachdem die Stadt am 25. 7. in deutsche Hände gefallen war. AOK 2, Ic/VAA [VO des Auswärtigen Amtes], Bericht Nr. 8 v. 1. 8. 1941, BA-MA RH 20-2/1091.

75 Mündl. Mitt. Anna Krasnoperko (Minsk) v. 16. 10. 1993; Vern. H. M. v. 1. 2. 1960 (deutscher Jude), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1821; mündl. Mitt. K. Wäfer v. 3. 8. 1992. Vgl. Der Bezirk Bialystok v. 1. 3. 1942, BA F 15024 (S. 29); Vern. M. K. (aus Wolkowysk) v. 9. 9. 1957, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6212, und Josef Freilichman (aus Grodno) v. 31. 1. 1960, Documents Grodno, Bd. 1, S. 55. Auf dem Land mußte im Bezirk Bialystok z. T. auch der Flicker getragen werden (s. o.).

76 Łomża: IV. Wi. 41 (F.K. 581), Bericht Nr. 4 für KTB v. 30. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 854 (»Ab heute ist die Kenntlichmachung der jüdischen Bevölkerung angeordnet«); dagegen 4. 7. nach Beiträgen B. M. und M. G. in: Die Chronik der jüdischen Gemeinde Łomża, S. 63ff. und 69ff., Übersetzung in NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6352. Grodno: Eidesstattliche Erkl. M. K. v. 16. 8. 1966 für Wiedergutmachungszwecke, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6184; ähnlich eidesstattl. Erkl. Gottlob Winicki v. 19. 12. 1960, dagegen Vern. Josef Freilichman v. 31. 1. 1966, in: Documents Grodno, Bd. 1, S. 395 bzw. 55; Feldpostbrief Walter Hartmann v. 10. 7. 1941, in: Ich sah den Bolschewismus, S. 17. Pinsk: F. S., Sie haben es nicht mehr erlebt (gekürzte Übersetzung aus dem Poln.), ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bd. 3 unpag.; Vern. E. M. v. 5. 3. 1963 und H. W. v. 11. 3. 1963 (Leiter des Einsatzkommandos, der Kennzeichnung der Juden und Schaffung des Judenrats abstritt), StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb 2, Nr. 1270, Bl. 33–37 und 94. Slonim: Bericht H., StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband J, Bl. 55. Bialystok: Meldung Nr. 1 des Judenrats v. 8. 7. 1941, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188. Minsk: EM 21 v. 13. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1493. Borissow: Akt No. 5, Stadt Borissow v. 12. 9. 1944, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok. Bd. »Braunes Buch«, Bl. 273.

77 Vgl. Berück Mitte, Abt. VII/Mil.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 1 v. 7. 7. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 73, und Ogorreck 1992, S. 238f.

78 Ende Juli 1941 sollte wegen eines Protests der WiIn Süd (Argumentation: jüdische Betriebsleiter, die unverzichtbar seien, könnten verprellt werden) vom WiRüAmt eine »Entscheidung über die Frage [...] von GenQu erbeten werden«, ob eine Kennzeichnung nicht erst durch die Reichskommissare erfolgen könne. In einem Schreiben des WiRüAmts an den GenQu hieß es, daß an manchen Orten die Juden sogar »durch einen aufgenähten Sowjetstern [...]« gekennzeichnet seien. Auf der Besprechung der Wirtschaftsinspektoren mit Thomas wurde dann der Bescheid gegeben: »Die Frage, ob die Juden in den besetzten Ostgebieten zu kennzeichnen sind, ist bereits durch die Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete bejahend entschieden.«

[WiRüAmt,] Stab Ia, Inspekteur-Besprechung Ost 31. 7. v. 5. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 654; Zitat zuvor: [WiRüAmt,] Stab Ia, Fragen für Inspekteur- bzw. Staatssekretär-Besprechung, 31. 7. 1941, vgl. auch WiRüAmt, Stab Ia an GenQu, Betr.: Kennzeichnung der Juden im besetzten Ostgebiet (Entwurf) v. 30. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 70–73 und 79.

verbindlich vorschreiben.⁷⁹ In Witebsk und Umgebung soll die Kennzeichnung dagegen durch den Teilkommandoführer Foltis auf Befehl des Leiters des Sonderkommandos 7a, Dr. Walter Blume, ab Mitte Juli angeordnet worden sein.⁸⁰ Meist dürfte man dabei jedoch »im Einvernehmen« zusammengearbeitet haben wie in Minsk.⁸¹

Eine einheitliche, genaue Definition, wer denn in den besetzten sowjetischen Gebieten und in Weißrußland eigentlich als Jude anzusehen sei, gab es nicht.⁸² So konnte es geschehen, daß im Sommer 1941 in Baranowitschi alle Einwohner einer Straße ohne Überprüfung erschossen wurden, weil man einfach davon ausging, sie seien alle Juden.⁸³ Nicht immer wurde von den Verwaltungsorganen der Begriff »Jude« überhaupt zu bestimmen versucht wie vom Ortskommandanten in Bielsk oder der Feldkommandantur in Ossipowitschi. In Witebsk mußte der Judenrat auch sogenannte Halb- und Vierteljuden mit registrieren. Lohse ließ im Reichskommissariat Ostland den Gebietskommissaren die letzte Entscheidung, im Zweifel in »pflichtgemäßem Ermessen«, also willkürlich, zu bestimmen, wer Jude sei.⁸⁴ Der Vorwand hierfür war, daß im Sowjetstaat Kirchen- und Personenstandsbücher und damit alle relevanten Unterlagen generell verlorengegangen seien. Das stimmte aber gar nicht.⁸⁵ Der wichtigste Gesichtspunkt bei der Identifikation der Juden dürfte indessen gewesen sein, daß in den sowjetischen Pässen »Jude« als Nationalität vermerkt war. Die Deutschen hatten es deswegen einfach.⁸⁶

Zu den wichtigsten Voraussetzungen für die deutschen Verfolgungen gehörte die Einführung sogenannter Judenräte oder jüdischer Ältestenräte und einer jüdischen Selbstverwaltung. Sie dienten vor allem dazu, die Juden zu registrieren und ihren Arbeitseinsatz zu organisieren, Aufgaben, die die Deutschen und auch die weißrussische Kommunalbehörden aus Personalmangel nicht bewältigen konnten. Unfreiwillig,

79 Vgl. FK 549, Abtl.Ia, Tätigkeitsbericht an 221. Sich.Div., Ia, v. 13. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 57075, Bl. 73.

80 Vern. Walter Blume v. 31. 10. 1947, Fall 9, Protokoll Bl. 1832, BA F 56828. Vgl. [PzAOK 3.] Abt. Ic/A.O. v. 23. 8. 1941, Übersetzung aus dem Notizbuch eines sowjetischen Politruks und Partisanen, nach dem um den 16./20. 7. im Raum Witebsk die Kennzeichnung stattgefunden hatte, »die Verhöhnung fing an.«

81 FK 812, Tätigkeitsbericht der Militär-Verwaltungs-Gruppe für 7.–20. 7. v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2825f.

82 1942 wurde ein entsprechender Verordnungsentwurf des RMO von Himmler verworfen. Vgl. Himmler an Berger (Verbindungsmann zum RMO) v. 28. 7. 1942, BA F 5548, Bl. 443, abgedruckt in: Poliakow/Wulf (Hg.), S. 26, und die Akte BA R 6/74; Hilberg, Vernichtung, S. 261f.

83 Vern. L. D. v. 8. 7. 1957, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 20.

84 Undatierte »Anordnung« des OK in Bielsk (ca. 6. 7. 1941), BA-MA WF-03/7313, Bl. 141 (Personen, »die von drei oder mehr jüdischen Großelternteilen abstammen. Hierzu zählen auch getaufte Juden«); FK Ossipowitschi, Anweisung an die Bürgermeister Nr. 4/43, Verordnung über die vorläufige Regelung des Personenstandswesens v. 8. 4. 1943, GebA Minsk 1604–2–1, Bl. 72; zu Witebsk: Cholawsky 1979, S. 114. Vgl. Bekanntmachung (russ., gez.: Der Kommandant des Gebietes) v. 1. 9. 1941, MGVK Minsk Nr. 7898 (bei drei volljüdischen Großelternteilen sowie bei zwei, wenn sich die Person am 22. 6. 1941 zur jüdischen Religion bekannte oder einen jüdischen Ehepartner hat). Es ist zu vermuten, daß diese Bekanntmachung vom WBfH. im neugeschaffenen GK Weißruthenien, d. h. dem Kommandeur der 707. Inf.Div., GenMaj v. Bechtolsheim, stammt. Noch weitgehender waren die Vorläufigen Richtlinien für die Behandlung der Judenfrage im RKO v. 18. 8. 1941, die die zuletzt genannte Klausel auf Menschen mit zwei jüdischen Großelternteilen ausdehnten. IFZ Fb 104/2.

85 Bericht Dr. Speer (Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, Hauptarbeitsgemeinschaft Ostland, Sonderstab Sippenkunde) über eine Reise nach Minsk, Mogilew und Smolensk v. 2. 9. 1942, BA R 39/760; dito (Dr. v. Krjusenstern), Monatsbericht Mai v. 11. 6. 1943, BA R 39/830.

86 Für Minsk mündl. Mitt. Anna Krasnoperko v. 16. 10. 1993.

meist zwiegespalten, gelegentlich gewissenlos, häufig aber auch mit der Widerstandsbewegung zusammenarbeitend, wurden die Judenräte gezwungenermaßen zu Helfern der deutschen Verwaltung bei ihren Verbrechen.⁸⁷ Sie wurden etwa gleichzeitig mit oder noch vor der Kennzeichnungspflicht geschaffen, so in Białystok am 8. und in Minsk vor dem 13. Juli. An diesem Tag befahl v. Schenckendorff allgemein die Einrichtung von Judenräten.⁸⁸ Mancherorts wie in Slonim, Klezk und Baranowitschi gingen sie aus der Eigeninitiative der Juden hervor, sich unter den schweren Lebensbedingungen angesichts der beginnenden Verfolgungen zu organisieren.⁸⁹ Oft wurde aber einfach ein Mann bestimmt, der die anderen Mitglieder – zwölf in kleineren Städten und 24 in größeren waren vorgeschrieben – kooptierte und den Deutschen zur Genehmigung präsentierte.⁹⁰ Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes ordnete sogar eine Wahl der Mitglieder durch die jüdische Gemeinde an.⁹¹ Die jüdische Selbstverwaltung hatte in der Regel mehrere Abteilungen, in Grodno 13 und in Pruzany 15; in Minsk gab es die Sektionen Registratur, Versorgung, Gesundheit, Wohlfahrt, Werkstätten, Wohnungswesen und Arbeit, nach anderen Angaben außerdem Läden und Polizei.⁹² Besonders wichtig waren die Ernährungs- oder Wohlfahrts- und die Arbeitsabteilung. Die jüdischen Arbeitsämter erhielten von den deutschen Kommandanturen, Arbeitsämtern oder Ghettobehörden Befehle über zu stellende Arbeitskräfte.⁹³ Die Judenräte unterstanden in der Regel nicht Sicherheitspolizei und SD, sondern den Kommandanturen im Militärverwaltungsbe- reich beziehungsweise den Gebietskommissariaten im Zivilverwaltungsbe- reich (vgl. Kap. 7.3), auf dem Land und zunächst auch in vielen Städten aber der weiß- russischen Stadt- oder Gemeindeverwaltung.⁹⁴

Mit Hilfe der Judenräte ließen die deutschen Besatzungsbehörden dann die Juden registrieren.⁹⁵ Besondere Sorgfalt verwendeten sie dabei auf die Registrierung der arbeitsfähigen Juden durch die Judenräte und, ihnen vorgesetzt, verantwortlich durch

87 Zu den Judenräten in Osteuropa und der Diskussion um ihre Rolle umfassend Trunk, Judenrat.

88 Vgl. Urteil des LG Köln gegen Wiese v. 27. 6. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 11, Bl. 36; Blumenthal, S. XIII; EM 21 v. 13. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1493; Berück Mitte, Abt. VII/Mil.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 2 v. 13. 7. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 71.

89 Vgl. Berichte J. H. und Dr. N. K. aus Slonim, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband J, Bl. 56, und Sonderband K1, Bl. 17f.; Alpert, S. 38 und 50; Trunk, S. 16.

90 Ebd., S. 24f. So soll der erste Vorsitzende des Judenrats in Minsk, Ilja Muschkin, bestimmt worden sein, indem ein deutscher Offizier eine Gruppe Minsker Juden auf der Straße anhielt und fragte, wer deutsch sprach. Muschkin war der einzige. Zu Muschkins Person die Erinnerungen von Israel Issakowitsch Levin v. 22. 5. 1991, MGVK Minsk 20-10^a-15 Nr. 23502; Grossman/Ehrenburg, S. 235.

91 Bekanntmachung für das besetzte Gebiet v. 30. 7. 1941, MGVK Minsk 14232 – D 9004. Eine solche Wahl gab es offenbar in Slonim: Bericht Dr. N. K., StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband K1, Bl. 22.

92 Vgl. Cholawsky 1979, S. 116; Trunk, S. 51 und 466; Urteil LG Köln gegen Wiese v. 27. 6. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 11, Bl. 45.

93 Siehe Erinnerungen von Michail Abramowitsch Treister v. 1. 10. 1991, MGVK Minsk 20-10^a-15-23521; undatiertierter Erlebnisbericht S. S. aus Slonim, hier nach StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 728. In Slonim wurde das jüdische Arbeitsamt auf Befehl des Ortskommandanten gegründet.

94 Zum letzten Umstand EM 31 v. 23. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1625, und Chef Sipo/SD, Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen [Nr. 1] v. 31. 7. 1941, BA F 3661, Bl. 725.

95 Z.B. Vorläufige Richtlinien für die Behandlung der Judenfrage im Gebiet des RKO v. 18. 8. 1941, IfZ Fb 104/2; FK 812, Bericht der Militär-Verwaltungs-Gruppe für 7.-20. 7. v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2825.

die weißrussischen Bürgermeister.⁹⁶ General v. Schenckendorff hatte eine Verordnung über den Arbeitszwang für jüdische Männer zwischen 14 und 60 und Frauen zwischen 16 und 50 bereits am 24. Juli erlassen – über drei Wochen vor einer entsprechenden Anweisung Rosenbergs.⁹⁷ 1942 sollte außerdem auf Anordnung des Generalquartiermeisters der Paß aller Juden mit einem großen »J« gekennzeichnet werden.⁹⁸ Zwangsarbeit hatten Juden in der Regel seit den ersten Tagen, oft schon für deutsche Fronttruppen zu verrichten,⁹⁹ aber völlig ungeregt: jeder nahm sich einfach »seine« Juden. Daher bemühten sich die örtlichen Besatzungsbehörden, den Zwangsarbeitseinsatz besser zu organisieren, selbst die Ortskommandantur in Lachowitschi, die von der SS-Kavalleriebrigade gestellt wurde;¹⁰⁰ je dringender Arbeitskräfte benötigt wurden, desto energischer, wie im vor Wehrmachttruppen aus allen Nähten platzenden Smolensk.¹⁰¹ So ist die Bildung von Zwangsarbeitskommandos, manchmal auch Arbeitslagern für Juden zu verstehen.¹⁰²

Folgenreich war das Handelsverbot für Juden. Damit wurde zwar wohl kaum wie in Litauen das Ziel verfolgt, sie aus dem Handel mit Agrarprodukten auszuschalten,¹⁰³ denn der war in Weißrußland schon zuvor in staatlicher Hand. Jedoch galt das Verbot nicht nur für gewerblichen Handel, sondern auch für den Kauf von Lebensmitteln und traf die Juden damit empfindlich. Das war meist eine der ersten anti-jüdischen Maßnahmen.¹⁰⁴ Dazu kamen Zwangsabgaben und Enteignungen. Andere Bestimmungen, die gerade auch von Wehrmachtseite kamen, dienten dazu, die Juden zu demütigen und zu verhöhnen, so das Leichenräumen durch Juden, das Stürzen aller Lenin- und Stalindenkmäler in Białystok, das Verbot des Schächstens, die Schän-

96 Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 3 v. 24. 7. 1941, ZStA Minsk 409–1–1, Bl. 70R. Dazu Feldkommandantur [Minsk], Militärverwaltungs-Gruppe, Richtlinien für die vorläufigen Bürgermeister (undatiert, deutsch/russisch), sowie Formular deutsch/russisch: Zusammenstellung der Bevölkerung des Rayons, mit einer Spalte »Juden«, GebA Minsk 623–2–1, Bl. 185 und 128f.

97 Berück Mitte, Verwaltungsanordnungen Nr. 3, wie vorangegangene Anm. Vgl. Verordnung über die Einführung des Arbeitszwanges für die jüdische Bevölkerung v. 16. 8. 1941 (gez. Rosenberg), hier in: Grüne Mappe, Teil II, 2. Auflage, BA-MA RW 31/130. Rosenberg verlängerte den Geltungsbereich auch für Frauen auf 14 bis 60 Jahre.

98 Vgl. Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 16 v. 10. 3. 1942, ZStA Minsk 570–1–1, Bl. 120ff.

99 Vgl. Grossman/Ehrenburg, S. 316 (Glebokie), und 221. Sich.Div., Abt. Ic, an FK 184 v. 8. 7. 1941 (Brest) sowie /Ia, Tagesmeldungen v. 9. und 15. 7. 1941 (Straßenausbesserung bei Pruzany), BA-MA RH 26–221/12a bzw. /19; Feldpostbrief H. G. (Stab Sich.Rgt. 2) v. 15. 7. 1941 (Kossow), BfZ, Slg.Sterz. Wie einige andere im folgenden zitierte Briefe abgedruckt in: Manoschek (Hg.), hier S. 36.

100 Vgl. Ortskommandantur Lachowicze, Befehl Nr. 3 (gez. Rinner, SS-Hauptsturmführer und Kommandant) v. 9. 8. 1941, BA F 6294, Bl. 653.

101 »In Smolensk kommt die gesamte arbeitsfähige Judenschaft ausnahmslos täglich zum Arbeitseinsatz.« Tätigkeits- und Lagebericht der EGr B für 24.–31. 8. v. 3. 9. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 54.

102 EM 31 v. 23. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1625.

103 Hierzu Dieckmann 1993, S. 113, der einen Zusammenhang zwischen den antijüdischen Richtlinien Lohses v. 18. 8. und dem Aufbau der ZO seit dem 27. 7. herstellt. Allerdings war der Apparat der ZO nicht schlagartig präsent (vgl. S. 238 in dieser Darstellung). – Vgl. auch Berück Mitte/VII, Verwaltungsanordnungen Nr. 6 v. 12. 9. 1941, BA F 40540, Bl. 795.

104 Vgl. Cholawsky, Soldiers, S. 50; Erklärung der R. F. aus Lepel v. 21. 9. 1944 (Übersetzung), ZStL UdSSR 423, nach Bl. 380; undatiert Beschluss der Stadtverwaltung von Mogilew (auszugsweise Übersetzung), BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 29.

derung von Synagogen wie in Wilejka und Slonim, bis hin zum Verbot zu grüßen oder sich zu verbeugen sowie Gehsteige zu benutzen.¹⁰⁵

c) Die Ghettobildung

Die Einrichtung von Ghettos durch die deutsche Besatzungsmacht in Weißrußland war ein Prozeß, der widersprüchlich verlief. Dies vor allem deshalb, weil örtliche Dienststellen dabei mit einer enormen Entscheidungsbefugnis ausgestattet waren, da zentrale Vorgaben kaum existierten, und als sie existierten, nur notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für die Einrichtung abgeschlossener jüdischer Wohnbezirke bildeten. Es kam einerseits auf die Einstellung der örtlichen Entscheidungsträger an, andererseits auf deren Entscheidungsgrundlagen, das heißt, ob die örtlichen Verhältnisse, vor allem soziale und wirtschaftliche Probleme, nach ihrer Ansicht die Schaffung eines Ghettos erforderlich machten. Die Verhältnisse waren insofern zwischen West- und Ostweißrußland verschieden, als es im Osten wegen des Assimilationsprozesses keine jüdischen Wohnviertel mehr gab, sondern die Juden über die Städte verstreut wohnten.¹⁰⁶ Bemerkenswert ist außerdem die ziemlich eigenständige Rolle der weißrussischen Verwaltung bei der Einrichtung von Ghettos.

Die Ghettos in der Sowjetunion waren nicht die ersten, die die Deutschen einrichteten. Das hatten sie schon im besetzten Polen getan, allerdings ausschließlich die dortige Zivilverwaltung. Der Ghettobildungsprozeß war dort im Sommer 1941 allerdings noch nicht abgeschlossen.¹⁰⁷ Dieses Mittel der Judenverfolgung, von Vordenkern wie Peter-Heinz Seraphim schon wieder als Mittel zur »Lösung der Judenfrage« verworfen,¹⁰⁸ schien als »zeitweilige Übergangslösung« für den slawischen Besatzungsbereich beschlossene Sache. Rosenberg und seine Denkschriftenautoren wie Schickedanz hatten schon vor dem Krieg die Schaffung von Ghettos in der Sowjetunion vorgesehen.¹⁰⁹ Auch die Wehrmacht hatte schon erste Erfahrungen im Einrich-

¹⁰⁵ In der Reihenfolge: Pol.-Btl. 309, Abt. Ia, Gefechtsbericht an 221. Sich.Div. v. 1. 7. 1941 (unter dem 28. 6., Bialystok), BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 73, und undatierter Bericht J. H. aus Slonim, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband J, Bl. 55; KTB 221. Sich.Div. v. 30. 6. 1941, BA-MA RH 26–221/10, Bl. 81R; Verordnung über das Verbot des betäubungslosen Schlachtens in den besetzten Ostgebieten Rosenbergs v. 5. 8. 1941, in: Braune Mappe, Teil II: RKU, BA F 734, Bl. 718, und undatierter Bericht Dr. N. K. aus Slonim, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband K1, Bl. 13; OK I/593 an Korück 582, Betr.: Verlegung der Unterkunft von Wilna nach Wilejka (»Geschäftszimmer: Juden-Synagoge«), BA-MA RH 23/224, und Vern. des jüdischen Zeugen D. A. v. 11. 9. 1964 und E. K. (Angestellter beim GebK) v. 7. 7. 1964, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband C5, Bl. 18, und Bl. 4743; Berück Mitte/VII, Verwaltungsanordnungen Nr. 1 v. 7. 7. 1941, ZStA Minsk 409–1–I, Bl. 73, und Bekanntmachung v. 1. 9. 1941, MGVK Minsk Nr. 7898; Verordnung über das Verhalten von Juden auf der Straße v. 20. 11. 1941, in: Amtsblatt Bialystok 1 (1941), Folge 15, S. 4. – Zu weiteren Verboten vgl. u. a. Lohse an die Gebietskommissare v. 26. 8. 1941 (Abschrift), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Beweismittel Bd. 3, und Hilberg, Vernichtung, S. 366f.

¹⁰⁶ Z. B. Smolar, S. 14.

¹⁰⁷ Vgl. Pohl 1993, S. 66–68; Grabitz/Scheffler, S. 280–288; Browning, Nazi Ghettoization in Poland, S. 343–368.

¹⁰⁸ Peter-Heinz Seraphim, Bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Probleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage. Vortrag, gehalten am 27. März 1941 auf der Arbeitstagung des »Instituts zur Erforschung der Judenfrage« in Frankfurt a. M., in: Weltkampf. Die Judenfrage in Geschichte und Gegenwart. Vierteljahresschrift des Instituts zur Erforschung der Judenfrage 1 (1941), H. 1, hier S. 48f.

¹⁰⁹ In einer Denkschrift v. 29. 4. 1941 sowie in der Instruktion für einen Reichskommissar für die Ukraine v. 7. 5. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 561 und 569.

ten von Ghettos gemacht, nämlich in Serbien.¹¹⁰ Trotzdem hatte der Generalquartiermeister des Heeres der Militärverwaltung, die zunächst für alle neu besetzten sowjetischen Gebiete zuständig war, zunächst noch keine allgemeine Anweisung in diese Richtung gegeben.

Deshalb ging die Bildung der ersten Ghettos im besetzten Weißrußland von örtlichen Initiativen aus. Das erste quellenmäßig verbürgte war dasjenige in Minsk (Befehl vom 19. Juli). Aussagen jüdischer Zeugen, nach denen es solche in manchen Orten schon vorher gab,¹¹¹ sind unter anderem deshalb anzuzweifeln, weil als Voraussetzung für die Umsiedlung in einen abgeschlossenen Wohnbezirk ein funktionierender Judenrat und eine funktionierende weißrussische Verwaltung notwendig waren, was zu einem sehr frühen Zeitpunkt noch kaum gegeben sein konnte. Die erste Vorstufe eines Ghettos war ein Zwangsarbeitslager, in das auf Befehl und Initiative der 221. Sicherungsdivision¹¹² vom 8. Juli an alle jüdischen Männer zwischen 16 und 60 Jahren aus der Nordhälfte des Waldes von Białowieża gebracht wurden, weil sie angeblich versteckte sowjetische Soldaten versorgt hatten. Die Division beauftragte damit über die Ortskommandantur in Białowieża das ihr unterstellte Polizeibataillon 309¹¹³ und unterstellte diesem auch das in Hajnowka befindliche Lager.¹¹⁴ Seine Insassen wurden vorwiegend zu Straßenausbesserungsarbeiten eingesetzt, 600 Männer Ende August oder Anfang September durch deutsche Polizei unter Schlägen und Quälereien nach Pruzany gebracht, wobei nach Zeugenaussagen bis zu 300 Juden starben. Die anderen entgingen allerdings zunächst dem Los der jüdischen Männer aus Białowieża, die am 9. August vom Polizeibataillon 322 erschossen worden waren.¹¹⁵

¹¹⁰ Vgl. Manoschek, in: Heer/Naumann, S. 54, Anm. 5; vgl. ebd., S. 39, und Hilberg, Vernichtung, S. 727.

¹¹¹ In Mir seit dem 29. 6., in Skidel seit dem 1. 7., in Bokysowka bei Woloshin seit dem 12. 7. Vgl. Abschlußbericht II 202 AR-Z 16/67 v. 19. 7. 1967 in ZStL II 202 AR-Z 337/67, Bl. 828–31 (Mir); Erklärung L. A., ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Band »Auszüge aus den Entschädigungsakten« unpag. (Skidel); undatierte eidesstattl. Versicherung Dr. I. K., StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 925 (Bokysowka).

¹¹² »Um die gemeldete Versorgung der im Bialowieża'er Forst noch befindlichen Russen mit Lebensmitteln durch jüdische Einwohner zu verhindern, ist von der Division die Evakuierung aller im Bereich des Forstes von Bialowieża liegenden Ortschaften von männlichen jüdischen Einwohnern angeordnet worden.« 221. Sich.Div., Ia, Tagesmeldung an Berück Mitte v. 8. 7. 1941, BA-MA RH 26–221/19 (Hervorhebung C. G.). Vgl. KTB 221. Sich.Div. v. 8. 7. 1941 und ihren Befehl vom gleichen Tag, BA-MA RH 26–221/10, Bl. 87R, und /12a unpag. Zu der Aktion auch Förster, Sicherung, S. 1240, und Heer 1994, S. 16.

¹¹³ Die Unterstellungs- und Einsatzverhältnisse des Pol.Btl. 309 waren etwas anders als beim Pol.Rgt. Mitte (vgl. Angrick u. a., S. 328–330). Seit dem 25. 5. der 221. Sicherungsdivision und seit dem 27. 6. 1941 dem Sich.Rgt. 2 der 221. Sich.Div. unterstellt, wurde das Pol.Btl. zu einem eindeutig nicht militärischen, sondern politischen Einsatz bestimmt, aber ohne Auftrag von oder Rücksprache mit Himmler, dem HSSPF oder einer anderen SS- und Polizeidienststelle, denn dazu wäre keine Zeit geblieben. Vgl. Pol.Btl. 309, Ia an 1. und 2. Kp. v. 27. 6. 1941, BA R 20/58, Bl. 36, und KTB 221. Sich.Div. v. 25. 5. 1941, BA-MA RH 26–221/10.

¹¹⁴ Die Aktion wurde dem Pol.Btl. 309 noch am 8. 7. von der OK Bialowieża befohlen, vgl. die Bezugnahme z. B. in Pol.Btl. 309, ?-Kp. (unleserlich), an OK Bialowieża v. 10. 7. 1941, BA F 2424, Bl. 672. Vgl. drei Durchsuchungsberichte des Pol.Btl. 309 v. 9. und 10. 7., ebd., Bl. 655, 659 f. und 672–675. Auch in Orten außerhalb des Umsiedlungsgebiets registrierte das Pol.Btl. später die jüdischen Männer zwischen 16 und 60 Jahren (ebd., Bl. 763 ff.). – Ferner 221. Sich.Div., Abt. Ia, Divisionsbefehl v. 11. 7. 1941, BA-MA RH 26–221/12a (»bleibt das Judenarbeitslager in Hajnowka dem Pol.Btl. unterstellt«).

¹¹⁵ Venn. M. G. (Teilnehmer des Marsches) v. 24. 11. 1960 durch das Bayer. LKA und v. 16. 5. 1966 durch das LG Bielefeld, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6135 bzw. 6173; Vern. S. Z. S. v. 18. 11. 1966, Nr. 6282. Vgl. Angrick u. a., S. 339; Monkiewicz, S. 41 und 127 ff.

Kurz nach Beginn der Aktion des Polizeibataillons 309, um den 10. oder 15. Juli 1941 herum, begann man in Minsk damit, Juden aus ihren Häusern zu vertreiben. In Slonim hatten die ersten Besatzungstruppen schon etwa am 28. Juni angeordnet, daß Juden und Nichtjuden in getrennten Häusern zu leben hatten. Sie zwangen Juden und auch Nichtjuden zum Umziehen und kennzeichneten die sogenannten Judenhäuser mit dem Judenstern.¹¹⁶ Ebenfalls zwischen dem 10. und 15. Juli fingen die Feld- und Ortskommandanturen in Zusammenarbeit mit Trupps und Kommandos der Einsatzgruppe B an, die Schaffung von Ghettos im Besatzungsgebiet vorzubereiten, zuerst in Minsk.¹¹⁷ Die Zuständigkeit lag bei den Kommandanturen und nicht bei der Einsatzgruppe, die meist nur beratend tätig war.¹¹⁸ Allerdings stellte die SS die in dieser Hinsicht aktivsten Leiter der Abteilungen VII/Kriegsverwaltung beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets (Tesmer) und bei der Feldkommandantur 812 (Kraaz) und hatte auf diesem Weg Einfluß.¹¹⁹ Aber wie gesagt, man arbeitete bei der Ghettoisierung zusammen, »besonders erfolgreich« das Einsatzkommando 8 mit der Feldkommandantur 815 in Baranowitschi und der Einsatzgruppenstab in Minsk mit der Feldkommandantur 812.¹²⁰ Im Juli entstanden etwa die Ghettos in Borissow, Iwje, Talka und Druskieniki.¹²¹

In Minsk, wo schon etwa seit dem 10. Juli die Errichtung des Ghettos vorbereitet worden war, erteilte am 19. Juli 1941 der Feldkommandant, Oberstleutnant Karl »Charly« Schlegelhofer aus Wien, den Juden den Befehl, binnen fünf Tagen das an diesem Tag eröffnete Ghetto zu beziehen.¹²² Der Judenrat scheint einen Aufschub bis

¹¹⁶ Zu Minsk: EM 20 v. 12. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1481; vgl. S. 383 in dieser Darstellung. Zu Slonim: undatierte Berichte Dr. N. K. und S. S., StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderbände K1, Bl. 15, und J, Bl. 3; Vern. des nichtjüdischen Zeugen A. T. L. v. 13. 3. 1969, ebd., Bd. 42, Bl. 8198.

¹¹⁷ Vgl. EM 21 v. 13. 7. 1941 (in Minsk »die Einrichtung eines Ghettos und die Kennzeichnung der Juden in die Wege geleitet«) und Nr. 31 v. 23. 7. 1941 (»Als vordringliche und angesichts der großen Zahl der Juden besonders schwierige Aufgabe erscheint ihr Unterbringen im Ghetto. Die Durchführung ist im Gange, überall sind bereits die dafür geeigneten Stadtbezirke im Zusammenwirken mit den Feld- und Ortskommandanturen ausgesucht worden«), BA-MA SF-01/28929, Bl. 1493 und 1626. Dabei ist der zeitliche Abstand zwischen einem Geschehnis und seiner Erwähnung in einer Ereignismeldung zu beachten, zu diesem Zeitpunkt etwa zwei bis fünf Tage.

¹¹⁸ Das gab auch Nebe, der in seinen Berichten manchmal einen anderen Eindruck erweckte, zu: »Denn es hat sich oft genug herausgestellt, daß diese Behörden [OKs und FKs] durchaus der *exekutiven Hilfe* der Sicherheitspolizei bedürfen, um sich durchzusetzen, z. B. wenn neue Bürgermeister einzusetzen, Ghettos zu schaffen, die Juden zu kennzeichnen und zu registrieren sind [...]« EM 73 v. 4. 9. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2188 (Hervorhebung C. G.).

¹¹⁹ Vgl. S. 136 in dieser Darstellung.

¹²⁰ EGr B, Notiz für Heeresgruppe Mitte, den 22. 7. 41, BStU, ZUV 9, Bd. 31, Bl. 20. Fast wortgleich in EM 32 v. 24. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1636. Zum Raum Minsk (»In fast allen Städten [...] die Schaffung besonderer Wohnbezirke für die Juden eingeleitet«) 87. Inf.Div., Abt. Ia v. 25. 7. 1941 mit einem nicht näher erläuterten Bericht »über die Lage im Bereich von Minsk«, BA-MA RH 26-87/25.

¹²¹ Vgl. Erinnerungsbericht Polina Makarowna Ausker, in: Grossman/Ehrenburg, S. 753; eidesstattl. Erkl. L. S. v. 20. 11. 1956, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 927; Vern. W. I. B. v. 20. 12. 1945, ZStL II 202 AR-Z 179/67, Dok.Bd. 1, Bl. 199 ff.; Vern. Josef Freilichman v. 31. 1. 1966 und Abram Korasz v. 8. 9. 1960, Documents Grodno, Bd. 1, S. 55 und 133. Druskieniki, damals Bezirk Bialystok, gehört heute zu Litauen.

¹²² Anordnung! Minsk, den 19. Juli 1941 (gez.: Der Feldkommandant), Kopie in ZStA Minsk 359-1-8, Bl. 1, auch in BA D-H FW 489, A. 20, Bl. 1-2 (zweisprachig); abgedruckt in: Kohl, S. 218f. Vgl. EM 21 v. 13. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1493. Grundzüge erwähnt in FK 812, Tätigkeitsbericht der Militärverwaltungs-Gruppe für 7.-20. 7. v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2825 (»im Einvernehmen mit dem Kommando der Sicherheitspolizei«). Siehe auch Gartenschlaeger, S. 42.

zur Schließung des Ghettos erreicht zu haben.¹²³ Es war zwei Quadratkilometer groß, umfaßte etwa 40 Straßen und war vorwiegend mit ein- bis zweistöckigen Holzhäusern bebaut. Die von Schlegelhofer befohlene Ghattomauer wurde allerdings nie errichtet, und der spätere Stacheldrahtzaun existierte anfangs auch noch nicht.¹²⁴ Bemerkenswert ist am Beispiel Minsk zunächst zweierlei: die Feldkommandantur 812 unter Schlegelhofer unterstand am 19. Juli noch nicht dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes – das erst einen Tag später bis zur Beresina erweitert wurde und damit Minsk einschloß –, sondern dem Korück 580 (2. Armee).¹²⁵ Vermutlich gab Schlegelhofer den Ghattobefehl aus eigener Machtvollkommenheit, jedenfalls nicht abhängig von v. Schenckendorff und Tesmer, die sich damals schon über die Bildung von Ghettos Gedanken gemacht hatten.¹²⁶ Zweitens schloß sich die Errichtung des Ghettos nicht direkt an die große Freilassungsaktion aus dem Zivilgefangenenlager um den 10./12. Juli 1941 an, das heißt, die Mehrzahl der jüdischen Internierten, soweit sie nicht ermordet worden waren, wurde eine Woche vor der Ghattobildung entlassen und nicht direkt ins Ghetto hinein. Das deutsche Vorgehen war in diesem Punkt chaotischer und weniger koordiniert als bisher angenommen.¹²⁷

Inzwischen waren auch beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Befehle zur Ghattoisierung ausgearbeitet worden. Am 13. Juli ordnete er an: »[D]ie Juden sind innerhalb einer geschlossenen Gemeinde in nur von Juden bewohnten Unterkünften zusammen zu fassen.«¹²⁸ Die Freizügigkeit der Juden außerhalb der Gemeinden¹²⁹ wurde aufgehoben. Das konnte vielleicht noch als Vorschrift zur Schaffung separater Häuser und Straßen ausgelegt werden. Die einheimischen Bürgermeister – und nicht SS-Kommandos – wurden beauftragt, das »unverzüglich durchzuführen«. Am 20. Juli befahl v. Schenckendorff bei einer Besprechung in Baranowitschi deutlicher: »Juden sind in Ghetto's [sic] zusammenzufassen.«¹³⁰ Am 27. Juli meldete seine Quartiermeisterabteilung ans OKH: »Sonderanordnungen [...] regelten die Evakuierung und den Umzug der Juden.«¹³¹ Detaillierte Anweisungen waren allerdings nicht auffindbar.

123 Smolar, S. 21 (zwei Wochen); Grossman/Ehrenburg, S. 236 (eine Woche); Cholawsky 1979, S. 117.

124 Mündl. Mitt. Anna Krasnoperko v. 16. 10. 1993; OK Minsk, Kommandantur-Befehl Nr. 4 v. 7. 8. 1941, ZStA Minsk 379-2-4, Bl. 104 (»offenes Ghetto, also ohne Zäune, Mauern oder Drahtzaun«); Kohl, S. 71.

125 Vgl. besonders Korück 580 v. 20. 7. 1941 an Berück, BA-MA WF-03/7489, Bl. 381-383; KTB Berück Mitte, Quartiermeister, v. 20. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 338. Am 20. oder 26. 7. übernahm die FK 184 Minsk-Stadt, die FK 812 wurde FK Minsk-Land; FK 812, Abt. VII-Kriegsverwaltung, Lagebericht v. 14. 8. 1941, BA F 15266, Bl. 2836, bzw. FK 184, San-Offizier v. 1. 8. 1941, ZStA Minsk 408-1-1, Bl. 16.

126 Gegenüber dem späteren Stadtkommissar der Zivilverwaltung, Janetzke, gab Schlegelhofer an, das Ghetto sei »auf Grund eines Geheimbefehls des Barbarossa-Planes« eingerichtet worden. Vern. Wilhelm Janetzke v. 9. 11. 1955, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 5460f. Die Existenz eines solchen Geheimbefehls ist aber bisher nicht nachweisbar.

127 Vgl. die andere Darstellung bei Ainsztein, S. 222f. Sie kann sich nur auf den Bericht des Internierten Gretschanik (Grossman/Ehrenburg, S. 228-235) stützen, der den o. g. Zeugenaussagen widerspricht.

128 Berück Mitte, Abt. VII/Mil.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 2 v. 13. 7. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 71. Ähnlich in FK 812 Minsk-Land, Militärverwaltungs-Gruppe, Anlage 2 zum Kommandanturbefehl Nr. 2 v. 29. 7. 1941, ebd., Bl. 67, und Bekanntmachung für das besetzte Gebiet v. 30. 7. 1941, MGVK Minsk 14232 - D 9004.

129 Gemeint war die Gemeinde als kommunale Verwaltungseinheit, nicht der jüdische Wohnbezirk.

130 KTB 87. Inf.Div. v. 20. 7. 1941, BA-MA RH 26-87/22.

131 Berück Mitte, Abteilung Quartiermeister, Tätigkeitsbericht für 3.-31. 7. v. 27. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 363.

Am 31. Juli wurde auch Görings Befehl bekanntgegeben: »Juden kasernieren und in geschlossenen Arbeitsabteilungen einsetzen.«¹³² Erst am 19. August zog der Generalquartiermeister nach. Er bremste eher den Schwung seiner Untergebenen, als sie anzutreiben. Wiedergegeben in den Worten v. Schenckendorffs oder Tesmers lautete der Befehl des OKH:

»Die Einrichtung von Gettos (umzäuhnte (!) Judenviertel) ist in Ortschaften mit grösserem juedischem Bevölkerungsteil insbesondere in Städten durchzuführen, wenn die Einrichtung sachdienlich oder notwendig ist, und wenn sie nach der örtlichen Lage mit den zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln ohne Vernachlässigung dringender Aufgaben möglich ist (Befehl des OKH, H.Q. vom 19. 8. 41). Danach kommt die Einrichtung von Gettos im Befehlsbereich vor allem dann in Betracht, wenn eine eingehende Überwachung des Judenviertels wegen seiner Lage zu den nichtjuedischen Wohnvierteln notwendig ist und diese Überwachung durch andere Massnahmen (Streifen der Feldgendarmerie, des Ordnungsdienstes) nicht einwandfrei durchgeführt werden kann.«¹³³

Die Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete Nord und Süd scheinen den OKH-Befehl, der im Original nicht vorliegt, anders gedeutet zu haben, weil sie v. Schenckendorffs feine Unterscheidung zwischen »Judenvierteln« und »Gettos«, also zwischen umzäunten und offenen Ghettos,¹³⁴ nicht machten und anscheinend die Einrichtung jüdischer Wohnbezirke – »vorerst« – für zweitrangig hielten, wenn es örtlich »dringendere Aufgaben« gab (Süd).¹³⁵ Schenckendorff hielt abgetrennte jüdische Wohnbezirke dagegen für notwendig, und er verschärfte gleichzeitig das Verbot, sie zu verlassen. Der Befehl vom 19. August war der erste des OKH zur Ghettobildung.¹³⁶ Zwar mag vor Kriegsbeginn den künftigen Militärverwaltungsorganen die allgemeine Richtung vorgegeben worden sein, so bei den Besprechungen in Zossen im Mai und Juni 1941 (was anhand der vorliegenden Besprechungsnotizen nicht rekonstruiert werden kann), aber keineswegs wurden Richtlinien »[v]or dem Beginn des Feldzuges von der Heeresführung mit bürokratischer Genauigkeit erarbeitet«.¹³⁷

132 KTB WiRüAmt/Stab v. 31. 7. 1941 über eine Besprechung Thomas' mit den Wirtschaftsinspektoren, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 686, abgedruckt in: N. Müller 1991, S. 180.

133 Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 6 v. 12. 9. 1941, BA F 40540, Bl. 795.

134 Vor allem in den kleineren Orten richtete die deutsche Verwaltung aus Mangel an Bewachungskräften sogenannte offene, nicht umzäunte Ghettos ein. Jedoch waren die Juden, die ohne Sondererlaubnis diese Wohnbezirke verließen, von Erschießung bedroht, während umgekehrt, wo vorhanden, die Absperrungen meist kein ernsthaftes Hindernis für Personen bildeten, die das Ghetto »illegal« verlassen wollten. Der Unterschied war deshalb nur graduell.

135 [Berück Süd,] Anordnung Abt. VII, Nr. 12, Betr. Einrichtung von Ghettos v. 28. 8. 1941 (gez. v. Roques), BA-MA RH 22/6, nach Bl. 421, auch als Nbg. Dok. NOKW-1586. Deutlich abweisend: Berück Nord, VII 342/41, Betr.: Einrichtung von Gettos, Bezug: OKH-Befehl vom 19. 8. 41 (gez. i.V. Mueller-Teusler, Chef des Generalstabs) v. 3. 9. 1941 (Abschrift von Abschrift), Nbg. Dok. NOKW-2204: »Als vordringlich ist die Bildung von Gettos unter keinen Umständen anzusehen. [...] Bei der Durchführung sind die Organe des Höheren SS und Polizeiführers einzuschalten.« Für die Kopie danke ich Andrej Angrick.

136 Weder ist der Text eines früheren Befehls oder ein Hinweis darauf aufgetaucht, noch wurde darauf in den ersten Befehlen v. Schenckendorffs Bezug genommen, wie es nach dem rekonstruierbaren OKH-Befehl vom 19. 8. geschah und sonst zweifellos auch geschehen wäre. Das gleiche gilt für die anderen Verfolgungsmaßnahmen gegenüber den Juden: zentrale Befehle sind nicht nachgewiesen.

137 So Heer 1994, S. 9, »wie gleichlautende Befehle in der Ukraine und im Baltikum nahelegen«. Die Befehle lauteten aber nicht gleich, nicht einmal innerhalb der einzelnen Heeresgebiete, und sie kamen nicht sofort, sondern stückweise.

Das wurde den regionalen und örtlichen Militärverwaltungsbehörden überlassen. Die Organe der Zivilverwaltung vor Ort erließen ebenfalls eigene Richtlinien zur Ghettobildung wie Lohse in Riga am 18. August, bevor das Ostministerium am 3. September seine eigenen Anweisungen konkretisierte.¹³⁸ Auch die unter Himmlers Aufsicht eingesetzte SS-Kavallerie-Brigade, die im Polesje einige Ortskommandanturen stellte, ergänzte die Richtlinien für diese erst am 4. August um die Kennzeichnung der Juden und die Schaffung von Ghettos.¹³⁹

Mit den Ghettos wurden mehrere Ziele verfolgt. Das dringendste war den Quellen zufolge die Lösung des Wohnungsproblems in den Städten (vgl. Kap. 5.3). Darauf weisen schon die beschriebenen Wohnungsausweisungen von Juden hin (»Der Jude soll zu Verwandten ziehen«¹⁴⁰). Nicht von ungefähr wurden die ersten Ghettos bis Ende Juli in Minsk, Smolensk, Witebsk¹⁴¹ und der Kleinstadt Schklow eingerichtet, die alle extrem stark zerstört waren.¹⁴² Die einheimische Verwaltung beschäftigte sich der Einsatzgruppe B zufolge mit »der Unterbringung obdachlos gewordener Einwohner und *in diesem Zusammenhang* auch mit der Bildung des Ghettos« als einer Hauptaufgabe.¹⁴³ Bei der Ghettoisierung sollte Wohnraum für Weißrussen oder Polen gewonnen werden – darauf wies etwa die Feldkommandantur Minsk-Land in

¹³⁸ Nach Lohse waren in Städten »tunlichst« Ghettos zu errichten, vgl. RKO IIa4, Richtlinien für die Behandlung der Judenfrage im RKO v. 18. 8. 1941, IfZ Fb 104/2. Diese Richtlinien wurden vermutlich vom zuständigen Referenten Lohses, Trampedach (IIa4), oder vom Hauptabteilungsleiter Politik, Burmeister, verfaßt, und zwar auf Initiative der Zivilverwaltung. SS- und Polizeidienststellen schalteten sich erst ein, weil ihnen einzelne Regelungen nicht weit genug gingen. Lohse verlangte dann von seinen Generalkommissaren monatliche Berichte über Ghettoisierung und Arbeitseinsatz der Juden. – Vgl. Vern. Hinrich Lohse v. 30. 4. 1960, StA Hannover 2 Js 499/61, Sonderheft 4, Bl. 43; Dieckmann 1993, S. 110f.; GK in Riga, Abteilung IIa, an RKO, Betr.: Monatlicher Bericht über Errichtung von Ghettos in jüdischen Arbeitslagern, Arbeitseinsatz und Behandlung der Juden v. 20. 11. 1941, Bezug: Dortiges Schreiben vom 18. 8. 1941 IIa 438/41 geheim, BA D-H ZA I 12045, A.4. – Ferner Richtlinien des RMO (Braune Mappe) v. 3. 9. 1941, hier nach: StA Hamburg 147 Js 29/67, Anklageschrift, Bl. 145: »Die Freizügigkeit ist für Juden sofort aufzuheben. Eine Überführung in Ghettos ist anzustreben [...]«.« Rosenbergs Anweisungen an den RKO v. 21.7.1941, BA R 92/2, hier Bl. 21, entsprachen noch seinen Maßgaben vom Mai 1941.

¹³⁹ Noch in ihrer Anweisung v. 29. 7. 1941 für die Übernahme von OKs durch SS-Führer war das nicht enthalten. Vgl. SS-Kav. Brigade, Ia/Be/We, Merkblatt mit Richtlinien als Anhalt bei der Besetzung von Ortschaften und Dörfern v. 4. 8. 1941, BA F 41515, Bl. 542.

¹⁴⁰ So Äußerungen aus der Lokalverwaltung von Klinzy in W. Engelhardt 1943, S. 96, vgl. S. 34.

¹⁴¹ Als das EK 9 spätestens am 2. August nach Witebsk kam, hatte nach den meisten Zeugenaussagen des Filbert-Verfahrens die Feldkommandantur das Ghetto schon auf einem halbzerstörten, 400 mal 1000 Meter großen Fabrikgelände errichtet. Vgl. Vern. der Beschuldigten Alfred Filbert v. 13. und 14. 5. 1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 193 und 206; W. G. v. 31. 10. 1960, Bd. 13, Bl. 104/R; F. U. v. 12. 4. 1961, Bd. 20, Bl. 198; des Zeugen B. F. v. 27. 10. 1961, Bd. 26, Bl. 23f. Ferner Akt Nr. 9 der Untersuchungskommission in Witebsk (1944), ZStA Minsk 861-I-5, Bl. 15. Genauer Zeitpunkt nicht festgestellt in: StA Berlin, 3 PKs 1/62, Urteil v. 22. 6. 1962, Bd. 30, Bl. 142, in auszugsweisen Übersetzungen aus H. A. Abramson, Witebsk Amol., New York 1956, ebd., Bd. 31, Bl. 175–177 und Bd. 41, Bl. 234–240. Orbach (S. 34) datiert die Ghettoegründung auf Juli 1941. Vermutlich war es schon um den 18. 7.: vgl. Yahil, S. 271, in Verbindung mit Aussage W. I. Butrinowitsch, in: Auskunft über die Verbrechen der Faschisten in Witebsk und Gebiet, ZStA Minsk 861-I-5, Bl. 23.

¹⁴² In Smolensk schon zwei Wochen nach dem deutschen Einmarsch und drei Tage nach Ankunft der Feldkommandantur, vgl. FK (V)813, Abt. VI[I], Lagebericht v. 1. 8. 1941, BA-MA RH 26–286/3. In Schklow durch die angeblich vom SK 7b eingesetzte Stadtverwaltung, vgl. EM 36 v. 28. 7. 1941, BA-MA SF-or/28930, Bl. 1695.

¹⁴³ EM 43 v. 5. 8. 1941, ebd., Bl. 1783 (Hervorhebung C. G.).

mehreren Befehlen hin – »und zwar auch dann, wenn hierdurch die jüdische Bevölkerung auf engem Raum zusammengedrängt wird«. Die Juden dürften »keinesfalls« Wohnungen bekommen, »die zu den besseren gehören«,¹⁴⁴ sondern nur »notdürftige Unterkunft«. Die freigewordenen Wohnungen sollten die einheimischen Bürgermeister verteilen.¹⁴⁵ Ähnlich, aber noch brutaler ging der Gebietskommissar Erren in Slonim vor.¹⁴⁶ Deshalb lagen viele Ghettos in Fabrikgebäuden wie in Witebsk, außerhalb der Orte oder gar ohne Bauten auf freiem Feld (Polozk, Smolewitschi, Gorodok, Smoljani).¹⁴⁷ Von Schenckendorff hatte schon seinen ersten Befehl zur Bildung jüdischer Wohnbezirke erlassen, nachdem die einheimische Verwaltung die Sache selbst in die Hand genommen und aus »zahlreichen Gemeinden« die Juden ausgewiesen hatte, um die Wohnungen zu verteilen. Diese zogen dann ohne »Kontrolle« übers Land, worauf v. Schenckendorff solche »Evakuierungen« verbot.¹⁴⁸

Das zweite Ziel der Ghettoisierung war es, die Lebensmittelrationen der Juden wirksam kürzen zu können, wie etwa aus Lohses Richtlinien vom 18. August deutlich wird. In Minsk verboten die Feldkommandantur und die weißrussische Stadtverwaltung den Bauern flankierend, den Juden Lebensmittel zu verkaufen, ähnlich die Stadtverwaltung in Mogilew. Noch während des Umzugs der Juden ins Ghetto begannen in Minsk Kontrollen.¹⁴⁹ Bezeichnend war der Bericht des Hauptmanns Dipl.-Ing. Nikeska von der Feldkommandantur 815 in Grodno:

»Juden sind überall frech und anmaßend. Jammern über Hunger und haben feststeckte [!] Lebensmittellager[,] die untereinander aufgeteilt werden. [...] Einrichtung von Ghettos unbedingt erforderlich, da der arbeitsfreudigen Bevölkerung durch Schleichhandel und Plünderung Lebensmittel entzogen und verschoben werden. Ghettos wurden leider nicht eingerichtet.«¹⁵⁰

Drittens zielte die Ghettoisierung nicht etwa darauf ab, jüdische Arbeitskräfte zu gewinnen, wie oft angenommen wird – dazu brauchte man keine Ghettos, sondern es genügte ein Judenrat –, sondern sie aus dem Arbeitsprozeß auszuschalten. Dazu

¹⁴⁴ Ein »Sonderfall« veranlaßte die FK, darauf hinzuweisen, d.h. es war bis dahin meist schon so geschehen. FK (V) 812 Minsk-Land, Kommandanturbefehl Nr. 7 v. 30. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 11.

¹⁴⁵ FK Minsk-Land, Abt. VII Kriegsverwaltung, Niederschrift über die Dienstversammlung der Rayon-Bürgermeister am 15. 8. 1941 in der FK 812, ZStA Minsk 409-1-4, Bl. 3. Vgl. FK, Militärverwaltungs-Gruppe, Richtlinien für die vorläufigen Bürgermeister (undatiert, etwa Juli 1941, da später andere Amtsbezeichnungen verwendet wurden), GebA Minsk 623-2-1, Bl. 183-185R. In manchen Orten stand allerdings später ein Teil der durch die Ghettobildung freigewordenen Wohnungen leer, so in Dokschiy, vgl. Vern. J. S. v. 3. 5. 1966, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 2445.

¹⁴⁶ »Die letzte große Judenaktion und die Bildung eines Ghettos schaffte in dem vorher überfüllten Slonim soviel Platz, daß ich jetzt in der Lage bin, Arier aus menschenunwürdigen Wohnungen in bessere umsiedeln zu können.« GebK Slonim, Lagebericht v. 25. 1. 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband D.

¹⁴⁷ Vgl. Orbach, S. 21.

¹⁴⁸ Berück Mitte, VII, Verwaltungsanordnungen Nr. 2 v. 13. 7. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 71.

¹⁴⁹ Vgl. FK Minsk, Abt. M.V. an Stadtverwaltung Minsk v. 25. 7. 1941 und FK 812, Feldgendarmerie, Meldung v. 24. 7. 1941, ZStA Minsk 409-1-6, Bl. 2f.; Bekanntmachung der Stadtverwaltung Minsk v. 3. 8. 1941, MGVK Minsk 7929-8969; undatiertes Beschluß der Stadtverwaltung in Mogilew (auszugsweise Übersetzung), BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 29. Siehe auch Erklärung R. F. aus Lepel v. 21. 9. 1944, ZStL UdSSR 423, nach Bl. 380.

¹⁵⁰ Hauptmann Dr. Ing. Nikeska, Bericht über den Einsatz bei der Feldkommandantur 815 in Grodno vom 11. 7. bis 2. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43059, Bl. 190.

berichtete Hauptmann Nikeska, die Juden forderten übertrieben viel Material und verschöben es gegen Lebensmittel. »Große Schäden sind [der Wehrmacht] dadurch entstanden«. Die Juden hätten mit der Lederverarbeitung begonnen, »um uns zu zwingen, die nicht vorhandenen Chemikalien beizustellen und ihren Betrieb zu sichern. Schärfstes Eingreifen [...] mit Strafandrohung wurde notwendig.«¹⁵¹ Die industrielle Produktion sollte gestoppt werden, und dazu diente die Ghettoisierung. Und wenn man produzieren ließ, dann lieber von den weniger saboteurverdächtigen Nichtjuden. Außerdem konnte man dann ein Sozialprogramm für die teilweise arbeitslose Stadtbevölkerung starten. Nicht nur kleine Lichter wie Nikeska forderten Ghettos, um die Juden aus der Produktion auszuschließen, sondern als einer der ersten auch ein so entscheidender Mann wie der Chef des Wirtschaftsstabs Ost, Generalleutnant Schubert:

»Zur Judenfrage wichtig Drogobyczer Erfahrung, daß dortige Raffinerie nur 1 knappe Woche die leitenden Juden gebraucht hat, und heute ganz judenfrei arbeiten kann. Gegen frühere Kriege abweichende Haltung der Juden uns gegenüber tritt immer mehr in Erscheinung und verlangt baldige Ghettoisierung, damit die zuverlässigeren örtlichen Nicht-Juden zum Zuge kommen und unsere wirtschaftliche Arbeit nicht durch jüdische Gegenpropaganda gefährdet wird. Gleichzeitig verhindert Ghettoisierung Fabrikationsausfälle in den Städten.«¹⁵²

Schubert übertrieb etwas: für die Deutschen waren jüdische Facharbeiter teilweise unersetzlich, und ironischerweise mußten gerade die jüdischen Ölarbeiter von Drogobycz Anfang 1942 zurückgeholt werden.¹⁵³ Aber so wurde im Juli 1941 von der Wirtschaftsverwaltung auf das Vorgehen bei der »Judenfrage« Einfluß genommen, in der Zentrale wie in Minsk.¹⁵⁴ Görings schon zitierte Weisung von Ende Juli ging exakt in die gleiche Richtung.

Ob die Ghettoisierung von Anfang an als Mittel zur Vernichtung der Juden geplant war, weil man in den Ghettos im Fall einer Mordaktion leichter Zugriff auf sie hatte, kann aus Mangel an schriftlichen Quellen nicht entschieden werden. Auf jeden Fall ging die Schaffung von Ghettos der Auslöschung der jüdischen Gemeinden in Weißrußland so gut wie immer voraus; sie waren nicht »mitunter« bloße »Nebenprodukte« in einer »Zwischenphase«.¹⁵⁵ Allerdings nannte Lohse bekanntlich seine »Vorläufigen Richtlinien« vom 18. August »Mindestmaßnahmen [...], wo und solange weitere Maßnahmen im Sinne einer endgültigen Lösung der Judenfrage nicht möglich

151 Ebd., Bl. 189.

152 Chef WiStab Ost, 2. Lagebericht/Wochenbericht für 6.–12. 7. v. 16. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 375f. Zum Zusammenhang: wenn ein Ghetto bestand, konnte man durch Passierscheinkontrollen gewährleisten, daß nur diejenigen jüdischen Arbeitskräfte herauskamen, die den Betrieben, Dienststellen und Wehrmachteinheiten vom Arbeitsamt zugewiesen wurden, weil sie als nicht zu ersetzen galten.

153 Freundliche Mitteilung Thomas Sandkühler v. 2. 3. 1995.

154 »Ablösung der Juden und ihr Einsatz [d. i. »Ersatz«] durch Weiß-Ruthenen und Polen wird systematisch durchgeführt, *zumal* allorts Ghettoisierung angeordnet oder bereits erfolgt ist.« WiIn Mitte, Tätigkeitsbericht für KTB für 20.–27. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 668 (Hervorhebung C. G.).

155 Hilberg, S. 359–367, Zitate S. 359. Hilberg kommt wegen seiner schematischen Vorstellung von den zwei »Tötungswellen« (die erste 1941, die zweite 1942), zwischen denen die Ghettoisierung unvorhergesehen habe eingeschoben werden müssen, zu dieser These. Dagegen vertritt Streim 1981, S. 87, die hier vorgebrachte Auffassung.

sind.«¹⁵⁶ Dachte er noch an eine brutale Abschiebungslösung oder schon an direkte Vernichtung? Die Ghettoisierung als Mittel zum Mord schwebte jedenfalls am 28. Juli 1941 dem Abwehroffizier der 221. Sicherungsdivision, Oberleutnant Helmut Mann, vor, als er im Übergabebericht für Kochs Zivilverwaltung über die Juden schrieb:

»Sie bekommen jetzt für alle Angebereien und Drangsalierungen der Bevölkerung nur die wohlverdiente Quittung. Sie sind und bleiben in diesem Land auch die Hauptträger der Zersetzung und des bestehenden Dreckes in jeder Hinsicht. Ihre Isolierung von der übrigen Bevölkerung erscheint unerlässlich. Sie leisten die notwendig gewordenen Arbeiten aus angeborener Angst heraus. [...] Die souveräne Beherrschung dieses alten Volkstumskampfes unter gleichzeitiger Ausmerzung des Judentums ist zugleich der Schlüssel zur totalen politischen und wirtschaftlichen Befriedung des Gebietes.«¹⁵⁷

Dabei hielt Mann trotz seines Fanatismus' die »Ausmerzung« keineswegs für eine Sache seiner Einheit, sondern für die der »Polizei«.¹⁵⁸ Bemerkenswert ist, daß er Ghettoisierung und dann Tötung forderte, offenbar bevor an die SS- und Polizeidienststellen ein allgemeiner Vernichtungsbefehl erging (vgl. Kap. 7.2). Dagegen ist die folgende Weisung der SS-Kavallerie-Brigade vom Datum her (28. September) nicht verwunderlich, zeigt aber die Funktion der Ghettos überdeutlich: »Falls eine Einheit längere Zeit in einem Orte liegt, sind unmittelbar Judenviertel bzw. Ghettos anzulegen, falls sie nicht sofort ausgerottet werden können.«¹⁵⁹

Daß die Rahmenbefehle gegeben waren, bedeutete nun keineswegs, daß postwendend überall in Weißrußland Ghettos eingerichtet wurden. Der Prozeß verlief vielmehr weiter ziemlich regellos und widersprüchlich, wie auch in den benachbarten Regionen: In Białystok wurde das Ghetto am 31. Juli 1941, genau einen Tag vor Abgabe des Gebiets an die Zivilverwaltung, durch die Feldkommandantur von der Außenwelt abgeschlossen; die 221. Sicherungsdivision hatte damit offenbar Tatsachen schaffen wollen. In Smolensk wurde das Ghetto ebenfalls Ende Juli errichtet, in Kaunas zwischen 8. Juli und Ende August, in Wilna Mitte September und in Riga erst Ende Oktober.¹⁶⁰ Für viele Orte existieren allerdings keine schriftlichen Quellen, sondern nur mehr oder weniger verlässliche Erinnerungen von Zeugen.¹⁶¹

¹⁵⁶ IfZ Fb 104/2 (Hervorhebung C. G.).

¹⁵⁷ 221. Sich.Div., Abt. Ic, Übergabebericht über Haltung, Stimmung und politische Strömungen innerhalb der Bevölkerung des am 1. 8. 41 an die Verwaltung Ostpreußens abzutretenden ehem. russischen Gebietes (gez./Unterschrift: Mann, Oberleutnant und Ic), BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 169 f.

¹⁵⁸ Am Rand eines Erfahrungsberichts, in dem es hieß: »Die Judenfrage muß radikaler gelöst werden. Ich schlage Erfassung aller auf dem Lande lebenden Juden in bewachte[n] Arbeits- und Sammellager[n] vor. Verdächtige Elemente müssen beseitigt werden«, notierte Mann: »ist Sache der Polizei, die schon das Richtige veranlassen wird«. Beigefügt war ein Vorschlag des II. Bataillons des Inf.Rgt. 350 v. 18. 8., die Juden »mit den radikalsten Mitteln auszuschalten.« Infanterie-Regiment 350, Abt. Ia, Betr.: Erfahrungen bei Säuberungsaktionen an 221. Sich.Div. v. 19. 8. 1941 und II./Inf.Rgt. 350 v. 18. 8. 1941 ans Regiment, BA-MA (BArchP)F 57075, Bl. 177–180. Siehe hierzu auch Heer 1994, S. 16.

¹⁵⁹ SS-Kav.-Brigade-Kommandeur-Ia, Brigadebefehl Nr. 8 (gez. Fegelein) v. 28. 9. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1305, Bl. 144.

¹⁶⁰ Die Zivilverwaltung in Białystok ärgerte sich über das ihr hinterlassene Ghetto, das »sehr unzweckmäßige« sei, »da es im Stadtkern gelegen ist und Industrie-Betriebe [...] umfaßt«: Der Bezirk Białystok, BA F 15024 (S. 30); Blumenthal, S. XII; Dieckmann 1993, S. 85 ff.; GK Riga an Lohse v. 20. 11. 1941, BA D-H ZA I 12045, A. 4.

¹⁶¹ Dieser Umstand machte auch Orbach (S. 32 ff.) bei ihrer Zusammenstellung und dem Versuch der Systematisierung zu schaffen.

Was Weißrußland selbst angeht, wurden im August 1941 Ghettos in den Regionen um Minsk und Witebsk sowie von Białystok¹⁶² eingerichtet. Im Raum Witebsk hat dabei das Einsatzkommando 9, dem das Sonderkommando 7a vorgearbeitet hatte, eine führende Rolle gespielt.¹⁶³ Genauerer läßt sich über die Gegend von Minsk sagen, wo noch vor dem Einzug der Zivilverwaltung unter anderem Ghettos in Wloshin, Stolbzy, Marina Gorka und Borissow entstanden.¹⁶⁴ Hier zeigte sich, daß die *Durchführung* der Umsiedlung ins Ghetto und von Nichtjuden aus dem Ghetto-bereich heraus Sache der einheimischen Lokalverwaltungen war.¹⁶⁵ Wenn Ghettos gebildet werden sollten, konnte das auch gar nicht anders sein, denn die deutschen Behörden, Einsatzkommandos wie Kommandanturen, verfügten dazu weder über die personellen Kräfte noch über die bei den Wohnungsämtern liegenden Unterlagen – und hätten sie darüber verfügt, hätten sie sie kaum lesen können –, schon gar nicht in den Landstädtchen, wo sie oft gar nicht präsent waren. Deshalb hatten der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte und die Feldkommandantur Minsk-Land am 13. und 29. Juli die einheimischen Bürgermeister mit der weisungsgemäßen Durchführung der Ghetto-bildung, der Registrierung der Juden und anderen Maßnahmen beauftragt. Manche waren schon mit eigenständigen antisemitischen Schritten hervorgetreten.¹⁶⁶ Die weißrussischen Wohnungsämter hatten darüber hinaus die »in allen Städten noch im Gange befindlichen Umzugsbewegungen (Rückkehrer, Flucht aufs Land, Bildung von jüdischen Wohnbezirken, Ersatzwohnungen für zerstörte Häuser)« und zum Teil auch Truppeneinquartierungen zu organisieren.¹⁶⁷ Sie beschäftigte also das gesamte, umfassendere Wohnungsproblem, und die Ghettoisierung erschien als einzige realistische Lösungsmöglichkeit (vgl. Kap. 5.3). Die Bürgermeister wurden von deutscher Seite sogar zum Teil aufgefordert, selbständig die Initiative bei der Schaffung von Ghettos zu übernehmen und ihre Pläne nur noch von der zuständigen Kommandantur absegnen zu lassen.¹⁶⁸ Das

162 Zu zahlreichen Städtchen im Bezirk Białystok Golczewski, S. 446.

163 Vgl. Tätigkeits- und Lagebericht der EGr B für 24.–31. 8. v. 3. 9. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 55, und Vern. Walter Blume v. 31. 10. 1947, Fall 9, Protokoll Bl. 1832, BA F 56828.

164 Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. III, S. 1612 f.; II 202 AR-Z 16/67, Abschlußbericht v. 19. 7. 1967, in ZStL II 202 AR-Z 337/67, Bl. 831; Vern. W. S. Ch. v. 17. 11. 1945, ZStL II 202 AR-Z 179/67, Dok.Bd. 1, Bl. 190–195; Stadt Borissow, Akt No. 5 v. 12. 9. 1944, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. »Braunes Buch«, Bl. 273, und S. 523 in dieser Darstellung.

165 So wurde im von den Sowjets aufgefundenen Tagebuch des von den Deutschen eingesetzten Bürgermeisters von Smolensk, Menschagin, auf den ersten drei Seiten »ausführlich die Organisation eines jüdischen Ghettos beschrieben«. Abhörmitschnitt einer Sendung von Radio Moskau v. 26. 1. 1944 durch den »Sonderdienst Seehaus«, BA 11.01, Nr. 14, Bl. 37.

166 Vgl. Berück Mitte, VII, Verwaltungs-Anordnungen Nr. 2 v. 13. 7. 1941, ZStA Minsk 409–1–1, Bl. 71, und FK 812, Militärverwaltungs-Gruppe, Anlage 2 zum Kommandanturbefehl Nr. 1, Verwaltungsanordnungen Nr. 2 v. 29. 7. 1941, ebd., Bl. 67.

167 FK Minsk-Land, Abt. VII-Kriegsverwaltung, Lagebericht v. 14. 8. 1941, BA F 15266, Bl. 2838; vgl. zur Ghettoisierung Bl. 2835.

168 »Zum Teil ist die Bildung der jüdischen Wohnbezirke noch nicht beendet, weil die weissruthenischen Behörden noch auf Weisungen der Kommandanturen warten, bezw. diese sich noch Entscheidungen vorbehalten haben. Es wurde die Anweisung gegeben, in derartigen Fällen sofort mit eigenen Vorschlägen an die Kommandanturen heranzutreten.« FK Minsk-Land, Abt. VII/Kriegsverwaltung, Niederschrift über die Dienstversammlung der Rayon-Bürgermeister am 15. 8. in der FK 812 v. 16. 8. 1941, ZStA Minsk 409–1–4, Bl. 3.

geschah auch unter der Zivilverwaltung im Gebiet Grodno durch die polnischen oder weißrussischen Gemeindebürgermeister im Oktober 1941.¹⁶⁹ Hier zeigt sich zugleich, daß Darstellungen, nach denen die »mobilen Tötungseinheiten« selbst die jüdische Bevölkerung in abgeriegelte Viertel gesperrt hätten, für Weißrußland allzu vereinfachend sind.¹⁷⁰ Die Federführung lag, regional verschieden, mal bei der Militärverwaltung, mal bei der Sicherheitspolizei, die Durchführung hingegen nicht. Dies galt für das Jahr 1941, während manche Gebietskommissare sie 1942 an sich zogen. Daß ein Kommando aus Sicherheitspolizei, GFP, Feldgendarmarie und einheimischer Miliz die Juden kurzfristig ins Ghetto trieb wie anscheinend in Gomel, war die Ausnahme.¹⁷¹ Als Dr. Bradfisch vom Einsatzkommando 8 Ende September 1941 die Errichtung des Ghettos in Mogilew anordnete, ließ er den Ghettobefehl von der weißrussischen Stadtverwaltung herausgeben.¹⁷²

Im September und Oktober 1941 wurden einige Ghettos im Norden und Westen Weißrußlands geschaffen wie in Glebokie und Umgebung und in Schtschutschin.¹⁷³ Außerdem entstanden die jüdischen Viertel und Arbeitslager im östlichen Polesje.¹⁷⁴ Am 1. November folgte das Ghetto in Grodno, das die deutsche Stadtverwaltung einrichtete, nachdem der Bürgermeister durch den Leiter der neu errichteten Außenstelle von Sipo und SD, Heinz Errelis, von einer entsprechenden Verfügung der Stapostelle in Allenstein erfahren hatte.¹⁷⁵ Zwischen dem 1. und 15. Dezember fand auf Anordnung des Stadtkommissars Burat der Umzug der Juden ins Brester Ghetto statt, in Wassilischki, Gebiet Lida, am 12. Dezember und in Baranowitschi im gleichen Monat.¹⁷⁶

169 So in den Gemeinden Jeziory und Porzecze. Inspekteur der Aussenbezirke des Ordnungsdienstes Grodno an GebK Grodno v. 24. 9. und 1. 10. 1941, Sonderarchiv Moskau 1323-2-250, Bl. 117 und 135. Im Oktober 1941 wurde das Gebiet Grodno dem Bezirk Bialystok als Kreiskommissariat angegliedert.

170 Hilberg, Vernichtung, S. 360; vgl. dagegen ebd., S. 366, wo er davon spricht, daß die Ghettobefehle vom »Militär« gekommen seien. Ebensowenig stimmt es, daß die Einsatzkommandos selbst Arbeitskommandos aufstellten und ähnliches (ebd., S. 360).

171 Vgl. Vern. des deutschen Beschuldigten W. K. F. durch die Sowjets v. 30. 7. 1948, StA München I, 22 Ks 1/61, Bl. 1304.

172 Vgl. Befehl Nr. 51 der Stadtverwaltung von Mogilew v. 25. 9. 1941 (Ghettobefehl/Kopie und Übersetzung), BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 19-25, und Vern. I. S. F. (Bürgermeister von 1941) v. 2. 8. 1945, ebd., Bl. 33-36 (auszugsweise Übersetzung).

173 Vgl. Protokoll der Untersuchungskommission Glubokoje v. 23. 3. 1945 (auszugsweise Übersetzung), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. »Braunes Buch«, Bl. 114; abweichend Grossman/Ehrenburg, S. 317; GebK Glebokie, Abt. IIa – He./Go. an Hauptkommissar Minsk (undatiert, etwa Ende Juni 1942), ZStA Minsk 370-1-483, Bl. 2f.; Bericht der Untersuchungskommission in Schtschutschin v. 3. 3. 1945, StA Mainz 3 Ks 1/67, Dok.Bd. 11.

174 Vgl. OK I(V) 264 Shlobin und OK I/827 (V) Rogatschew, Lageberichte v. 5. 9. 1941 sowie Kommandant FK 528 (V) in Rogatschew an 221. Sich.Div. v. 19. 9. 1941, BA-MA RH 26-221/21; SS-Kav.-Brigade, Brigadebefehl Nr. 8 v. 28. 9. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds.Fb.2 Nr. 1305, Bl. 144; Niederschrift Dorf Jurowitschi, ZStA Minsk 861-1-12, Bl. 40; Vern. G. W. P. v. 19. 1. 1968, ZStL II 204a AR-Z 119/67, Bl. 390.

175 Vgl. Aktenauszug aus EGR 1759 der IV. Entschädigungskammer des LG Stuttgart (Zusammenfassung), richterliche Vernehmung G. S. (ehem. Bürgermeister), NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6333; Vern. E. I. v. 19. 1. 1961 (ebd., Nr. 6334) und undatiertes Schreiben des jüdischen Überlebenden E. G., ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 1, Bl. 64; Vorläufiger Abschlußbericht der ZStL v. 6. 4. 1960, Bd. 1, Bl. 1f.; KTB 1. Kp. Res.Pol.Btl. 13 v. 2.-4. 11. 1941, BA R 20/76; Reichskreditkasse Garten-Grodno, Bericht v. 14. 11. 1941, BA R 29/160. Falsche Angabe (1. 9.) bei Golczewski, S. 446.

176 Stadtkommissar Brest-Litowsk, Lageberichte v. 21. 11. und 23. 12. 1941, BA F 13752, Bl. 8 und 25. Vgl. Vern. Zeuge E. W. v. 5. 5. 1969, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bd. 2. Hauptverhandlung, Bl. 373, und Bericht Stadt Baranowitschi v. 1. 1. 1945, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Hilfsakten.

Im Fall Baranowitschi nahmen verblüffenderweise Angehörige des Gebietskommisariats und der KdS-Außenstelle beide diese Tat gegenüber den Ermittlungsbehörden für ihre Dienststelle in Anspruch.¹⁷⁷ Im übrigen GK Wollhynien-Podolien entstanden die Ghettos meist erst Anfang 1942, in Lachwa und Janow im April, in Pinsk auf Befehl des Gebietskommissars mit dem 1. Mai 1942, in Lenin am 10. Mai.¹⁷⁸ Ähnlich war es in Teilen des GK Weißruthenien, so in Deretschin, wo der örtliche deutsche Gendarmerieposten die Durchführung leitete, und, erst im Juni 1942, in Byten.¹⁷⁹ An einigen Orten, besonders im Bezirk Bialystok, darunter anscheinend in Wolkowysk, wurde niemals ein Ghetto errichtet, bevor am 2. November 1942 alle Juden des Bezirks in fünf große Sammellager gebracht wurden.¹⁸⁰

Es ist schwer zu erklären, warum an vielen Orten besonders im ehemals polnischen Teil die Ghettoisierung relativ spät durchgeführt wurde. Einem kleinen Teil der Juden wurde damit zum Glück zur Flucht verholfen, andere wurden vielleicht in Sicherheit gewiegt. Offenbar fehlte es oft an Bewachungspersonal. Im Fall von Pinsk erschien möglicherweise ein Ghetto deswegen nicht notwendig, weil die Stadt unzerstört und das Wohnungsproblem weniger gravierend war; oder es lag an der Bestechung des politischen Referenten des Gebietskommissars und am Umstand, »daß der Judenrat ›gespurt‹ habe« und alle Wünsche stets sofort erfüllte.¹⁸¹ Jedoch scheint eben vor dem Frühjahr 1942 kein Ghettoisierungsbefehl des Generalkommissars Schoene (immerhin zuvor Polizeipräsident von Königsberg) in Luzk vorgelegen zu haben. Und was den Bezirk Bialystok betrifft: warum gab es in Bialystok seit Ende Juli 1941 ein Ghetto, im ebenso relativ wenig zerstörten Grodno dagegen erst drei Monate später und in Wolkowysk, das fast total in Schutt und Asche lag, nie?

Die Probleme der Deutschen mag abschließend das Beispiel Slonim beleuchten. Nach der Trennung von Juden und Nichtjuden in verschiedenen Häusern Ende Juni bestimmte offenbar noch die Militärverwaltung im August ein jüdisches Wohnviertel, engte die Bewegungsfreiheit der Juden aber nicht völlig ein.¹⁸² Nach Eintreffen der Zivilverwaltung befahl diese die sofortige Räumung einiger Straßen ohne Stellung von

177 Vgl. Vern. G. J. v. 1. 8. 1961 und E. E. (der die Aktion allerdings falsch datierte) v. 24. 5. 1963, ebd., Bd. 5, Bl. 810, und Bl. 2920f.

178 Hierzu Enzyklopädie des Holocaust, Bd. II, S. 846f. und 1113f.; Brief W. G. (ehem. stellv. OK in Pinsk) v. 29. 10. 1963 und Vern. A. P. (jüdischer Zeuge) v. 11. 5. 1972, ZStL 4 AR-Z 393/59, Bl. 3432f. und 4944; Schulman, S. 77.

179 Vgl. Vern. O. S. v. 20. 10. 1964, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband 2/I, Bl. 41, und der jüdischen Zeugen M. P. und R. D. v. 18. und 23. 9. 1964, Sonderband C/5, Bl. 12 und 16. Hiergegen jedoch Alpert, S. 75f.

180 Vgl. die offizielle Verlautbarung der Zivilverwaltung: Der Bezirk Bialystok v. 1. 3. 1942, BA F 15024 (S. 29). Ferner Urteil LG Köln gegen Wiese v. 27. 6. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 11, Bl. 37; Urteil LG Bielefeld gegen Dr. Altenloh u. a., Documents Grodno, Bd. 4, S. 547; Vern. Dr. W. H. (Kreiskommissar Wolkowysk) v. 29. 9. 1966, W. L. (dessen Stellvertreter) v. 18. 10. und E. W. (Angehöriger der GFP, der im Herbst 1942 nur kurz in Wolkowysk war) v. 8. 9. 1966 in der gerichtlichen Voruntersuchung, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6173 unpag.

181 Die letzten beiden Versionen standen sich bei der Konfrontation des jüdischen Zeugen A. J. (stand dem Judenrat nahe) mit dem beschuldigten ehemaligen politischen Referenten in Pinsk A. E. v. 7. 2. 1962 gegenüber. ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 1010f.

182 Vgl. undatierte Berichte der jüdischen Zeugen J. H. und Dr. N. K., StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderbände J, Bl. 58, und J, Bl. 28, sowie Protokoll Nr. 141 der Aussage des J. M. (spätestens 1946), ebd., Bd. 1, Bl. 140.

Ersatzwohnungen.¹⁸³ Dem Gebietskommissar Erren schien es wegen des durch Bombenschäden zerrissenen Stadtbildes anfangs unmöglich, ein Ghetto zu schaffen. Tatsächlich ließ er im Oktober 1941 zwei bilden, deren Gelände winzig war. Zum Umziehen ließ er der jüdischen Bevölkerung, die von der Gendarmerie angetrieben wurde, nur einige Stunden Zeit.¹⁸⁴

d) Die Umsiedlung der Juden in Rayon- und Gebietsstädte

Obwohl der größte Teil der jüdischen Bevölkerung Weißrußlands in Städten wohnte, lebten doch nicht wenige in Dörfern und winzigen Marktflecken. Um sie unter Kontrolle zu bekommen und leichter ermorden, teilweise auch, um zuvor ihre Arbeitskraft besser ausnutzen zu können, sollten sie in den mittleren und größeren Städten gesammelt werden. Diese Konzentration, wie sie zum Beispiel Lohse angeordnet hatte,¹⁸⁵ ist zwar der Forschung bekannt, Akteure und konkrete Umstände liegen aus Mangel an Quellen aber meist im dunkeln.

So kann meist nur die Tatsache nachgewiesen werden, daß es die Umsiedlungen gab. In der Osthälfte Weißrußlands, wo die Vernichtung der Juden schon im Herbst 1941 fast restlos durchgeführt wurde, fand trotzdem zuvor noch ein Konzentrationsprozeß statt. Gomel, Smolewitschi und Gorodok waren sogenannte Regionsghettos, in die auch die Juden aus umliegenden Orten kamen.¹⁸⁶ Im Ghetto Mogilew, das nur kurze Zeit existierte, befanden sich auch Menschen aus Seljez, Bychow, Daschkowka und aus Vororten der Stadt; Bychow liegt immerhin 40 Kilometer entfernt.¹⁸⁷ Der Chef der weißrussischen Polizei in Borissow, Egow, ließ nach eigener Aussage im September und Oktober 1941 von seinen Männern 1000 Juden vom Land ins Ghetto Borissow bringen.¹⁸⁸ In Lepel wurde der erste Vorsitzende des Judenrats anlässlich der Ghettobildung damit beauftragt, ins jüdische Wohnviertel auch die Juden aus der Umgebung zu holen. Nach Minsk wurden nach einiger Zeit Juden aus Usda, Igumen und Sluzk gebracht, vermutlich im Oktober auch die aus dem Städtchen Samochwalowitschi.¹⁸⁹

Im bis 1939 polnischen Gebiet Weißrußlands bestand der Konzentrationsvorgang aus zwei Teilen: der Umsiedlung in die Rayonhauptorte und dann in die Gebietshauptstädte. Beides fand vor allem im Winter 1941/42 statt. Im altsowjetischen Teil ist

183 Vern. A. B. v. 17. 5. 1962, ebd., Sonderband C3, Bl. 4, und Dr. N. K. v. 7. 3. 1966, Bl. 5235.

184 Vgl. GebK Slonim, Lagebericht v. 25. 1. 1942, ebd., Sonderband D; Vern. des Beschuldigten Erren v. 16. 9. 1964, Bl. 4864 (Erren bezog sich auf einen nicht belegten Befehl Kubes); Anklageschrift v. 27. 12. 1971, Bl. 263f. Ebensowenig Zeit wurde den Juden in Lepel gelassen: Erklärung R. F. v. 21. 9. 1944, ZStL UdSSR 423, nach Bl. 380.

185 Vgl. RKO II44, Vorläufige Richtlinien für die Behandlung der Juden im Gebiet des RKO v. 18. 8. 1941, IfZ Fb 104/2.

186 Vgl. Orbach, S. 32 und 34.

187 Siehe Vern. P. I. K. v. 28. 1. 1963 (auszugsweise Übersetzung) und L. N. v. 17. 11. 1971, BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 155, und Bd. 16, Bl. 275.

188 Vern. D. D. Egow v. 28. 2. 1947 (auszugsweise Übersetzung), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. »Braunes Buch«, Bl. 281. Sein Amtsantritt war am 1. 9. »In diesem Ghetto wurden die Juden aus der ganzen näheren und weiteren Umgebung östlich von Minsk konzentriert.« Vern. des ehem. GebK Karl Bauer v. 9. 3. 1955, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 5459; vgl. Vern. R. L. v. 5. 6. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 696.

189 Vgl. Bericht der Untersuchungskommission Lepel v. 20. 6. 1944[?], ZStL UdSSR 423, nach Bl. 284; Breitsman 1992, S. 194f., und Gemeindeverwaltung Samochwalowitschi, Rayon Minsk, an Rayonverwaltung v. 20. 10. 1941, ZStA Minsk 393-3-16, Bl. 7.

diese Strategie – oder besser: ihr Beginn – für den Rayon Beresino und die Gegend von Rogatschew nachweisbar.¹⁹⁰ Im Westen wurden die Juden etwa planmäßig in die Rayonstädte der Gebiete Slonim, Lida, Glebokie, Nowogrodek und Brest umgesiedelt, meist im Herbst und Winter 1941/42. In Nowogrodek nahm der Gebietskommissar, SS-Sturmabführer Wilhelm Traub, den »Abschluss der Überführung der Juden des flachen Landes in die Ghettos der Rayonstädte« im März 1942 sogar zum Anlaß, eine eigene, gedruckte »Judenverordnung« herauszugeben, die an die einheimischen Rayon-, Gemeindebürgermeister und Dorfältesten gerichtet war und nach der sich kein Jude ohne Sondererlaubnis mehr auf dem Land aufhalten durfte.¹⁹¹

Aus den Rayonhauptstädten trieb man wiederum Juden weiter in Gebietshauptstädte wie Baranowitschi, Glebokie und Kobryn. Nach Kobryn wurden die jüdischen Frauen und Kinder vom Polizeibataillon 322 gebracht.¹⁹² Oft geschah das, kurz nachdem in der Gebietshauptstadt ein Massaker stattgefunden hatte: die »Landjuden« sollten die Ermordeten als Arbeitskräfte ersetzen. So war es in Baranowitschi nach dem 3. März 1942, in Lida nach dem 8. Mai 1942, in Nowogrodek nach dem 8. Dezember 1941 und nach dem 8. August 1942.¹⁹³ Trotz solcher Vernichtungsaktionen wurde auf diese Weise die Zahl der Juden in den Gebietsstädten zunächst ungefähr konstant gehalten. Die Umsiedlungsaktionen wurden meist von deutscher Gendarmerie bewacht, die die Juden schlug und quälte. Als kurz nach der Mordaktion vom 14. November 1941 jüdische Menschen aus Dörfern und Kleinstädten nach Slonim getrieben wurden, erfroren viele unterwegs.¹⁹⁴ Vor dem Blutbad vom 29. Juni 1942 wurden ins Ghetto von Slonim offenbar nochmals tausende Juden von außerhalb gebracht, diesmal mit dem Ziel, sie dort rasch zu ermorden.¹⁹⁵ Mit der Vernichtung fast aller Juden im GK Weißruthenien im Sommer 1942 fand die Konzentration ihr Ende.

¹⁹⁰ Vgl. Mitteilung der Untersuchungskommission des Rayons Beresino v. 4. II. 1944, ZSt Dortmund 45 Js 35/64, Bd. 1, Bl. 143, und Kommandant FK 528 (V), Tätigkeitsbericht v. 19. 9. 1941, BA-MA RH 26–221/21 (»Die Juden sind nunmehr in sämtlichen Rayon-Hauptstädten in Lagern konzentriert«).

¹⁹¹ GebK Nowogrodek, Rundschreiben an sämtliche Rayonbürgermeister, Gemeindebürgermeister und Dorfältesten, Judenverordnung v. 6. 3. 1942 (gez. Traub/zweispachig), MGVK Minsk 19–80032, dazu Murray Berger, *The Dreadful Hitler Era*, in: Kowalski (Hg.), Bd. 1, S. 552; ferner GebK Brest, Bericht v. 24. 3. 1942, BA F 13751, Bl. 940; Vern. S. W. v. 17. II. 1964, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 2721 (nach Dunilowitschi, August 1941); Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 1, S. 322 f. und 354 f., und Vern. F. W. L. (ehem. Rayonchef) v. 27. 2. 1968, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband Deretschin, Bl. 26; Urteil LG Mainz 3 Ks 1/67 v. 17. 7. 1969, Bl. 26; Vern. W. W. S. v. 20. 2. 1968 (Zheludok), S. L. S. v. 9. 2. 1968 (Schtschutschin) und K. M. M. v. 5. 3. 1968 (Wassilischki), ebd., Dokumentenband 11, Vern. I. K. v. 16. 6. 1965, Bd. 12, Bl. 1787 (Iwje); Auswertung der Literatur über das Gebietskommissariat Lida, StA München I 13 Ks 1/65a–b, Bl. 387 ff. (Radun).

¹⁹² Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 1, S. 153 f.; Angrick u. a., S. 339. Nach Glebokie kamen im Zuge der Ghettobildung im September 1941 direkt 2000 Juden aus der Umgebung; ähnlich in Lida. Vgl. Vern. F. M. v. 28. 6. 1961, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 363, und G. A. R. v. 18. 9. 1962, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 91.

¹⁹³ Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 2, S. 863 f. und 1018 f. sowie wie vorangegangene Anm. Weiter KTB RüKdo Minsk für 5.–II. 7., 2.–8. 8. und 30. 8.–5. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 896–900. Siehe auch Vern. J. O. v. 24. 3. 1966, ZStL 202 AR-Z 94(e)/59, Bl. 590–592.

¹⁹⁴ Vgl. Vern. F. L. (damals Gendarm in Slonim) v. 5. 4. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a–b, Bl. 1589; zur Umsiedlung von Frauen und Kindern von Narewka-Mala nach Kobryn StA Freiburg, Anklage 1 Ks 1/63, Bl. 25 f. Ferner undatierte Bericht S. S., StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband J, Bl. 13 und 29; Vern. Gerhard Erren v. 25. II. 1964, Bl. 5244; Bericht Dr. N. K., Sonderband K1, Bl. 44. Von 600 Juden, die aus Iwazewitschi nach Slonim getrieben wurden, erfroren auf dem Weg 21 (Alpert, S. 119 f.).

¹⁹⁵ Vern. des jüdischen Zeugen A. D. v. 22. 6. 1965, ebd., Bd. 33, Bl. 6486.

Einen Sonderfall bildet die Planung für die sogenannte »Judenstadt«¹⁹⁶ Pruzany. In diesen 10000-Einwohner-Ort sollten im Herbst 1941 alle etwa 40000 Juden aus der Stadt Białystok (bis auf 3000 Arbeiter) umgesiedelt werden.¹⁹⁷ Koch legte diesen Plan, Białystok »judenrein« zu machen, erstmals auf einer Sitzung im August oder September 1941 vor.¹⁹⁸ Der Zivilverwaltung war das »sehr unzweckmäßig[e]« Ghetto in der Stadt wie erwähnt ein Dorn im Auge; sie trieb neben dem Ernährungsproblem und der »Seuchengefahr« auch der »Zwang, die in diesem Stadtteil gelegenen Betriebe und Wohnungen freizubekommen«.¹⁹⁹ Erst später entwickelte man das Konzept, mit Hilfe der Juden zu produzieren. Die Umsiedlungsaktion wurde von Kochs Stellvertreter als Chef der Zivilverwaltung, Waldemar Magunia, geplant, vom Polizeipräsidenten in Białystok am 11. September 1941 befohlen und dann auch von ihm durchgeführt, teils mit LKW der Wehrmacht.²⁰⁰

Tatsächlich erwies sich der Plan, wie alle anderen sogenannten Abschiebungslösungen in der »Judenpolitik« vor ihm, als undurchführbar, und die Operation wurde Ende Oktober oder Anfang November abgebrochen. In Pruzany, das ausgesucht worden war, weil es von Westen her sehr abgelegen »jenseits des Urwaldes«²⁰¹ lag, sah der Kreiskommissar trotz zahlreicher leerstehender Militärbauwerke keine Möglichkeit, so viele Menschen aufzunehmen.²⁰² Auch die Vorschläge des Judenrats in Białystok, die jüdische Arbeitskraft besser auszunutzen, spielten eine Rolle. Tatsächlich wurden ungefähr 7000 bis 9000 Juden aus Białystok, Hajnowka, Kobryn und anderen Orten der Umgebung nach Pruzany gebracht, davon mindestens 4000, die Ärmsten und Arbeitslosen, aus Białystok selbst.²⁰³ Dort wurde zu dieser Zeit tat-

196 Daß dieser Begriff gebräuchlich war, bezeugen z. B. S. S. (Jude aus Slonim) in seinem undatierten Nachkriegsbericht (StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 730), der damalige Kreiskommissar in Pruzany P. N. (Vern. v. 22. 2. 1955 durch die II. Entschädigungskammer des LG Stuttgart, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6333) und der ehemalige KdS Białystok, Dr. Altenloh (ebd., Nr. 6173).

197 Vgl. EM 91 v. 22. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2500; Protokoll der Sitzung des Judenrats von Białystok v. 12. 9. 1941, NWStA Detmold, D 21 A, Nr. 6188; Reichskreditkasse Białystok, Bericht v. 15. 11. 1941, BA R 29/160; Trunk, S. 127.

198 Ber Mark, Die Widerstandsbewegung im Białystoker Ghetto, auszugsweise Übersetzung, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Beiakte, S. 6–9, unter Berufung auf eine Aussage des KdS-Referenten Macholl.

199 Waldemar Magunia, Bericht über den Bezirk Białystok v. 10. 4. 1955, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6333 (zweites Zitat). Vgl. Der Bezirk Białystok, 1. 3. 1942, BA F 15024 (S. 30/erstes Zitat). Auch die Wehrmacht verlangte nach Magunia zumindest eine Verkleinerung des Ghettos.

200 Vgl. vorhergehende Anm.; EM 91 v. 22. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2500 (mit dem »Regierungspräsidenten« ist dort zweifellos Magunia und nicht Koch gemeint); Polizeipräsident Białystok an den Judenrat v. 16. 9. 1941, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Geschichte der RüIn im Wehrkreis I, Eintragung für 28. 9.–4. 10. 1941, ebd., Nr. 6278.

201 So wörtlich der ehemalige Fahrer bei der Zivilverwaltung M. P. (Vern. v. 30. 8. 1966, ebd., Nr. 6174). Ähnlich Erklärung des ehemaligen Kreiskommissars G. N. v. 22. 11. 1956 (Nr. 6147, Bl. 63).

202 Vgl. ebd. sowie Erklärung ders. v. 3. 5. 1957 (Bl. 64f.) und seine Vern. v. 4. 4. 1963, ebd., Nr. 6153, Bl. 117.

203 Nach EM 122 v. 23. 10. 1941 wurden aus Białystok 9000 Menschen abtransportiert (»nur« 9000 wegen »Transportschwierigkeiten«, BA-MA SF-01/28933, Bl. 3018); nach der amtlichen Schrift »Der Bezirk Białystok« 8000 (BA F 15024, S. 30); nach einer nachträglichen Eintragung in der Judenratsmeldung v. 17. 9. 1941 4000 (NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188); nach Trunk und dem Protokoll der Sitzung des Judenrats v. 1. 11. 1941 4500 (ebd. bzw. Trunk, S. 127). Vgl. Blumenthal, S. XXXVV; Yahil, S. 262 f.; Erinnerungen Olga Goldfein, in: Grossman/Ehrenburg, S. 338 (5000). 1000 bis 2000 kehrten in den nächsten Monaten illegal wieder zurück (Meldungen des Judenrats Nr. 247–52 v. 6.–22. 4. 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188). – Zeugen aus Pruzany sprechen von 7000–9000 dort Angekommenen: Vern. A. S. (im

sächlich das Ghetto verkleinert, während aus Pruzany und Umgebung weißrussische und polnische Einwohner zur Zwangsarbeit ins Reich, vermutlich nach Ostpreußen, deportiert wurden; zur gleichen Zeit wurden tausende Menschen aus den Dörfern im Umkreis des Waldes von Białowieża zwangsumgesiedelt.²⁰⁴ Menschen erschienen der deutschen Verwaltung wie Spielfiguren, die man beliebig verschieben und austauschen konnte. Offenbar im Zusammenhang mit der Aufgabe des Projekts »Judenstadt« wurde der Kreis Pruzany Ende 1941 aufgelöst und Bielsk zugeschlagen.²⁰⁵ Aber auch später, 1942 und 1943, blieb die dortige Bevölkerung besonderes Objekt von Umsiedlungsmaßnahmen (vgl. Kap. 7.4 und 9.3b).

e) Die Mordaktionen im Juni und Juli 1941

Noch Ende Juni 1941 begannen Tötungskommandos von SS und Polizei mit Massentötungen an den weißrussischen Juden. Vor der Untersuchung ihrer Aktionen soll aber auf die direkten Tatbeiträge von Teilen der weißrussischen Bevölkerung und von Wehrmachteinheiten eingegangen werden.

In Weißrußland gab es nach dem deutschen Einmarsch kaum Pogrome.²⁰⁶ Das gilt für den Ostteil generell, aber auch in der früher polnischen Westhälfte. Einer ereignete sich am 25. Juni 1941 in Dryswiaty an der litauischen Grenze, wo zwei Juden getötet wurden, ein weiterer am 6. Juli in Jody, beide vor Eintreffen der Deutschen.²⁰⁷ Auch in Wisna, Woronowo und Korycin soll es dazu gekommen sein.²⁰⁸ All dies waren Orte mit weniger als 5000 Einwohnern. In Minsk herrschte Nebe zufolge kurz »Pogromstimmung«, die »gegen die Juden gewisse Aktionen ausgelöst« habe, nachdem Gerüchte aufkamen, ausgewiesene Juden hätten Häuser angezündet.²⁰⁹ Wenig später begannen die Klagen der deutschen Verwaltung: die weißrussische und polnische Bevölkerung sympathisiere mit den Juden – in Brest auf offener Straße – und zeige Mitleid, oder sie äußere sich zwar verbal antijüdisch, tue aber nichts gegen die Juden; oft würden »die Deutschen als Barbaren und Judenhenker angesehen, da der

Abholkommando des jüdischen Ordnungsdienstes) v. 18. II. 1966, Nr. 6282; Vern. S. Z. S. (Verbindungsmann des Judenrats) v. 18. II. 1966, ebd., und ders. v. 30. 9. 1966, Nr. 6173. Vgl. Vern. D. W. v. 31. 10. 1966, Nr. 6175; Monkiewicz, S. 41 und 127 ff.

204 Vgl. S. 45f und 936f. in dieser Darstellung. Der Zusammenhang wird von Zeugen bestätigt: Vern. M. R. (undatiert, ca. 1948), Nr. 6331; N. A. v. 17. 5. und M. K. v. 13. 9. 1966, Nr. 6173; Erklärung G. N. v. 3. 5. 1957, Nr. 6147, Bl. 64f. Im gleichen Sinn Szymon Datner, Kampf und Ausrottung des Ghettos von Białystok, Lodz 1946 (auszugsweise Übersetzung, ebd., Nr. 6208) und Golczewski, S. 445.

205 Zum zeitlichen Zusammenhang Erklärung des Kreiskommissars G. N. v. 22. II. 1956, Nr. 6147, Bl. 63R, und des Gendarmen P. N. v. 22. 5. 1955, Nr. 6333.

206 Zbikowski, S. 173–179; Orbach, S. 26, Gartenschlaeger, S. 105, und Wilenchik, S. 212. Reitlingers Behauptung, unter den Weißrussen habe schlechthin eine »wütende Feindschaft« gegen die Juden geherrscht (Endlösung, S. 249), ist weder belegt noch haltbar.

207 Vgl. S. Kaczerginski, Churban Wilne, New York 1947 (zusammenfassende Übersetzung in BA D-H ZM 1641, A.23, hier Bl. 13–15). Über von Deutschen angestachelte Ausschreitungen in Nowogrodek berichtet Tec 1993, S. 50, vgl. ebd., S. 44.

208 Zbikowski, S. 177. Siehe die Andeutungen in: Berück Mitte, Ia, Tagesmeldung v. 20. 7. 1941, BA-MA WF-03/13303, Bl. 503, bzw. EM 13 v. 5. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1425.

209 In EM 20 hieß es weiter: »Es sind für diese Tat eine Anzahl von Juden liquidiert worden« (ebd., Bl. 1481). Wären sie jedoch bei einem Pogrom getötet worden, wie Robel (S. 522) vermutet, hätte die Formulierung wohl anders gelautet.

Jude ebenso ein Mensch ist, wie der Weißruthene.«²¹⁰ Nebe schrieb darüber resignierte Berichte nach Berlin und fragte hilflos den Leiter seiner SD-Abteilung, Dr. Buchardt, warum es denn keine Pogrome gebe.²¹¹ Auch propagandistische Anstrengungen der Deutschen – die Verwaltung des rückwärtigen Heeresgebiets ließ sofort den Film »Der ewige Jude« vorführen – nützten da wenig.²¹² Die These von Gert Robel, daß die Unterstützung der Juden durch Teile der weißrussischen Bevölkerung die Deutschen zwang, in dieser Region schneller als anderswo Ghettos zu errichten, erscheint bedenkenswert, aber im Detail schwer zu belegen.²¹³

Allerdings wurde der jüdischen Bevölkerungsgruppe nicht von allen Landsleuten Freundschaft zuteil. Antisemitismus gab es in Stadt und Land sehr wohl, wobei sich besonders die neu eingesetzte weißrussische Hilfsverwaltung und Hilfspolizei hervortaten²¹⁴ und manche Weißrussen aus der Ermordung der Juden durch andere Gewinn in Form von Hausrat, Vieh oder einer Wohnung zu ziehen suchten. Sehr bedenklich ist das Gefühl der Unsicherheit und Verlorenheit bei nichtjüdischen Landsleuten, das bei aller Betonung vieler einzelner Akte erfahrener Solidarität und Hilfeleistung mehr oder weniger aus den Memoiren aller überlebenden weißrussischen Juden spricht.²¹⁵ Jedoch ist es schwer, Ausmaß und Folgen des weißrussischen Antisemitismus unter der Besatzung abzuschätzen.²¹⁶ Im Rahmen deutscher Anordnungen beteiligte sich die einheimische Polizei später an vielen Judenvernichtungsaktionen, wie noch zu zeigen ist. Anfangs jedoch konnten die Tötungskommandos noch nicht auf weißrussische Unterstützung zählen.

Für die Wehrmacht bietet sich ein anderes Bild. In vielen weißrussischen Städten und Ortschaften, keineswegs nur vereinzelt, wurden bereits von der deutschen Fronttruppe Juden erschossen. In Lida waren es 20, in Baranowitschi 73 Juden als angebliche Kommunisten, in Pinsk 16, in Grodno und in Lenin mehrere, in Slonim einmal zehn und

210 Stimmungsbericht aus Weißruthenien (von einem V-Mann aus dem Jahr 1942), BDC O. 307, Bl. 402. Vgl. EM 133 v. 14. II. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3183; 403. Sich.Div., Tätigkeitsbericht Ic für Oktober v. 31. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 459; Stadtkommissar Brest-Litowsk, Polizeidienststelle, Lageberichte v. 20. II. 1941 und 12. I. 1942, BA F 13752, Bl. 12 und 34; Gendarmerie-Gebietsführer Brest, Lagebericht v. 5. II. 1942, BA F 13751, Bl. 1013.

211 Vgl. EM 31, 43 und 67 v. 23. 7., 5. 8. und 29. 8. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1624, 1780, 1786 und 2114; Vern. Friedrich Buchardt v. 2. 12. 1961, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 14, Bl. 250.

212 Hierzu Berück Mitte, Tätigkeitsbericht Ic für Juli 1941, BA-MA WF-03/13303, Bl. 661; Erklärung der Jüdin R. F. aus Lepel v. 21. 9. 1944, ZStL UdSSR 423, nach Bl. 380; PzAOK 3, Ic/AO (Abw.III), Ic-Nachrichten v. 1. 4. 1943, BA-MA WF-03/32845, Bl. 875 f.; Anlage zum Tätigkeitsbericht 286. Sich.Div., Ic, für Januar-März 1942, BA-MA RH 26-286/6, Bl. 43 (im Januar wurden Vorträge zum Thema »Die Juden, das Unglück Rußlands« organisiert).

213 Vgl. Robel, S. 533.

214 So dürfte auch der Bericht des Sturmbannführers Magill vom SS-Kav. Rgt. 2, einer der ersten dieses Inhalts, zu verstehen sein, nach dem Weißrussen beim Zusammentreiben der Juden für ihre Erschießung geholfen hätten, obwohl die Bevölkerung eigentlich »auf den jüdischen Bevölkerungsteil gut zu sprechen« sei. Sein Pendant Sturmbannführer Lombard vom SS-Kav. Rgt. 1 meldete am gleichen Tag das Gegenteil: die Bevölkerung sei zwar antisemitisch, aber inaktiv. Allzuviel kann auf solche Einschätzungen nicht gegeben werden. Reitende Abteilung des SS-Kav. Rgt. 1 bzw. 2, Berichte v. 11. 8. 1941, StA Wolfenbüttel Nds Fb. 2, Nr. 1305, Bl. 23 und 26a.

215 Siehe Krasnoperko; Cholawsky, Soldiers; Smolar; Grossman; Tec 1993; Schulman, S. 142 ff.; vgl. auch Chiari 1998, S. 248 f.

216 So auch Chiari 1998, S. 263–269.

dann einmal 20. Davon zeugen auch Tagebücher deutscher Soldaten.²¹⁷ In Stolbzy ließ die erste eingerückte deutsche Einheit die Einwohner in Ruhe, die zweite begann zwei Tage später zu plündern und Handgranaten in jüdische Häuser zu werfen. Kurz darauf wurden 100 bis 200 Männer, darunter die meisten Juden, erschossen, nachdem dort zwei deutsche Soldaten ums Leben gekommen waren. Nach einem anderen Bericht soll die betreffende Wehrmachteinheit die verhafteten Nichtjuden zuvor freigelassen haben. In Slonim wurde eine solche Aktion im letzten Moment gestoppt, weil zwei verschwundene Soldaten wieder auftauchten. Zum Teil richteten sich die Haßausbrüche von Wehrmachtangehörigen auch gegen nichtjüdische Einwohner. In Mogilew soll es nach den militärischen Kampfhandlungen, an denen auch sowjetische Volkswehrbaillone teilgenommen hatten, zwischen dem 28. und 30. Juli zu einer Treibjagd gegen Kommunisten, Juden und andere Zivilisten gekommen sein.²¹⁸ Es handelte sich um spontane antisemitische Übergriffe oder brutale, organisierte Einschüchterungsaktionen, aber sie erreichten noch nicht die Dimension der Massaker, die später Einsatzgruppe B, Polizeibataillone oder die 707. Infanteriedivision der Wehrmacht verübten. Morde durch Fronteinheiten an Juden ereigneten sich bei weitem nicht in den meisten Städten; nach Durchsicht vieler Berichte und Zeugenaussagen jüdischer Überlebender sowie der Geschichten jüdischer Gemeinden und sowjetischer Untersuchungsberichte kann davon ausgegangen werden, daß es in Hinblick auf die Fronttruppe zumindest im Westen Weißrußlands auch keine hohe Dunkelziffer gibt. Die Aufgabe der Fronteinheiten bestand nicht darin, Besatzungspolitik zu betreiben, sondern die gegnerischen Truppen möglichst schnell und nachhaltig zu schlagen, wobei das Tempo in diesem Fall eine besonders große Rolle spielte. Weder scheint ihnen während des zeitweilig tatsächlich raschen Vormarschs in Weißrußland Zeit für größere Judenvernichtungsaktionen geblieben zu sein, noch sahen die Kommandeure sie als Aufgabe ihrer Einheiten an oder waren darauf eingestellt, obwohl Antisemitismus in der Fronttruppe verbreitet war und in den geschilderten Morden seinen Ausdruck fand.

Bekanntlich beteiligten sich zahlreiche Angehörige von Wehrmacht und Wehrmachtgefolge als Freiwillige bei Judenerschießungen durch SS und Polizei, in Weißrußland etwa Flaksoldaten im August 1941 in Gorodok. In der Ukraine nahmen Soldaten häufig an Pogromen Teil, und nicht nur als Zuschauer.²¹⁹ Solche Exzesse fanden

217 Siehe Auszug aus dem Bericht des Sowinformbüros über grausame Gewaltakte der Faschisten gegenüber sowjetischen Zivilisten im besetzten weißrussischen Territorium v. 22. 9. 1941, in: Beluga, S. 28f.; Erklärung Otto Wormuth (161. Inf.Div.) v. 10. 4. 1943, in: Heer (Hg.) 1995, S. 18. Ferner Vern. L. D. aus Pinsk v. 27. 3. 1961, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1265, Bl. 116; Schreiben E. G. aus Grodno (1961), ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 1, Bl. 64; undatierte Überlebendenberichte J. H., S. S. und Dr. N. K. aus Slonim, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderbände J, Bl. 1 und 54 sowie K1, Bl. 13, ferner Anklageschrift v. 27. 12. 1971, S. 256; Vermerk ZStL v. 22. 8. 1967 in StA München I, 113 Ks 1/65a-b, Bl. 3918; Vern. M. S. v. 2. 11. 1960, ebd., Bl. 600.

218 Mogilew: Vern. Bruno Pawel (damals Rgts.-Kommandeur bei der 15. Inf.Div.) v. 22. 12. 1945 durch die Sowjets, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 28. Einen entsprechenden Vorhalt wollte Pawel nicht bestätigen. Siehe auch Kohl, S. 120; ein Beispiel aus Baranowitschi bei Heer, Bittere Pflicht, S. 68. Stolbzy: Abschlußvermerk v. 19. 7. 1967, ZStL II 202 AR-Z 337/67, Bl. 831; Cholawsky, Soldiers, S. 116; Tec 1993, S. 49; Hiszowicz, S. 36. Slonim: Alpert, S. 41f.

219 Vgl. Berück Süd, Ic, Betr.: Befriedigungsmaßnahmen v. 29. 7. 1941, BA-MA RH 22/5; Ogorreck 1992, S. 177 (Gorodok), allgemein S. 241–243. Zahlreiche Beispiele aus dem Krieg gegen die Sowjetunion in: Klee/Dreßen/Rieß, »Schöne Zeiten«, und Klee/Dreßen, »Gott mit uns«.

aber ohne die Voraussetzung, daß andere die Planung und Organisation übernahmen, seltener statt. So erhielt die Aufklärungsabteilung der 87. Infanteriedivision den Auftrag, am 3. Juli 1941 der Stapo Tilsit bei der Erschießung von fast 300 meist jüdischen Menschen in Augustow zu helfen.²²⁰ Nach Einschätzung des früheren HSSPF Rußland-Mitte, Bach-Zelewski, wirkte den eigenständigen Übergriffen vor allem ein Teil des mittleren Offizierskorps entgegen, während die Generalität wenig dagegen tat. Die oberste Führung hatte mit verschiedenen antijüdischen Befehlen vorgearbeitet.²²¹

Die nachrückenden Einheiten und Dienststellen, nämlich Sicherungsdivisionen, Kommandanturen und Befehlshaber mit territorialen Verwaltungsaufgaben, hatten eine ganz andere Funktion als die Fronttruppe. Im Rahmen ihrer Aufgabe, das Land zu »befrieden«, versuchten sie die weißrussische Bevölkerung mit Lebensmitteln, Arbeitsplätzen und Wohnungen notdürftig zu saturieren, gerieten damit schnell in Widersprüche zu den Hunger- und Ausbeutungsplänen und ergriffen die Möglichkeit, beide Ziele auf Kosten der Juden zu verfolgen. Daneben spielte eine antisemitische Grundeinstellung und das alte Prinzip des »Teile und herrsche« eine Rolle. Zudem wurden Juden immer wieder als potentielle Träger des Widerstands betrachtet. Wie ausgeführt, waren es diese Dienststellen und Einheiten, die mit der Verfolgung und Entrechtung der Juden begannen und damit objektiv die Voraussetzungen für ihre Ermordung schufen. An Judenvernichtungsaktionen beteiligten sie sich in den ersten sechs Kriegswochen unmittelbar noch kaum. Die 221. Sicherungsdivision und die 2. Armee empfahlen ihren Truppen, vorwiegend jüdische Zivilisten als Geiseln zu nehmen und beim geringsten Anlaß zu erschießen. Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wurden bereits Mitte Juli 1941 hunderte jüdische Flüchtlinge festgenommen.²²² Judenerschießungen durch rückwärtige Einheiten verschwanden teilweise in der Tarnsprache der Akten; aus dem gleichen Grund sind sie aber im einzelnen oft schwer eindeutig beweisbar.²²³ Im Juli 1941 waren es vor allem Geheime Feldpolizei, Feldgendarmie und Abwehrtruppen der Wehrmacht, die die Einsatzgruppe B bei Judenerschießungen mit eigenen Kommandos unterstützten und hunderte Menschen erschossen, besonders bei den Aussonderungen aus den Zivilgefangenenlagern in Baranowitschi und Minsk sowie Aktionen in der Umgebung von Baranowitschi.²²⁴

220 Undatierte Aussage des Gefreiten Fritz Häussler in der Erklärung von 215 deutschen Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft »An das Internationale Komitee des Roten Kreuzes«, Nbg. Dok. USSR-159, BA F 16030. In seiner genauen Ablaufbeschreibung spricht Häussler von 269 Opfern, darunter 14 Frauen und Mädchen, Juden, Polen, Weißrussen und Russen. Die Frauen wurden zuletzt erschossen. Zur abweichenden Meldung der Stapo vgl. Breitman 1992, S. 170.

221 Vgl. Förster, Sicherung, S. 1231, und Vern. Erich von dem Bach-Zelewski v. 3. 9. 1947, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. II, Bl. 111f.

222 Vgl. 221. Sich.Div. an FK 549 (Bialowieza) v. 18. 7. 1941, BA-MA RH 26-221/12a; Tagesmeldung Berück Mitte, Ia v. 15. 7. 1941, BA-MA WF-03/13303, Bl. 323; Förster, Sicherung, S. 1235, über einen Befehl des AOK 2, Ic/AO, v. 17. 7. 1941.

223 Hierzu etwa Wilhelm 1975, S. 779f. Vgl. Kap. 7.2, 7.4 und 8.1 in dieser Darstellung.

224 Vgl. EGr B, Tätigkeitsbericht für 23. 6. bis 13. 7. (Geheim, Unterschrift: Nebe) v. 14. 7. 1941, BStU, ZUV 9, Bd. 31, Bl. 10 (»Die GFP stellt sogar Trupps zur Unterstützung bei unseren Liquidierungen ab«); EGr B, Notiz für Heeresgruppe Mitte, den 22. 7. 41, ebd., Bl. 20f., ähnlich in EM 32 v. 24. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1636; Gruppe G.F.P. 723, Tätigkeitsbericht Juli v. 28. 7. 1941, BA D-H ZM 868, A.4, Bl. 2 (»war hier [in Minsk] die Gruppe im Zusammenwirken mit dem Einsatzkommando Neue [...] auch mit [sic] der Bekämpfung von Saboteuren und Plünderer[n], namentlich Juden, tätig«); Abwehrstelle Ostland, Tätigkeitsbericht für 5. Juli bis 30. September v. 18. 10. 1941 (an Lohse, Prützmann und Stahlecker),

Hauptverantwortlich für die Judenmorde der Monate Juni und Juli 1941 in Weißrußland waren die SS- und Polizeieinheiten. Dabei handelte es sich um die Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei und des SD, kleinere Kommandos des BdS Krakau – die später sogenannte Einsatzgruppe zbV – und das Polizei-Regiment Mitte mit den Polizeibataillonen 307, 316 und 322 sowie das Polizeibataillon 309, während Einheiten der Waffen-SS und andere Polizeibataillone erst später dazukamen oder anfangs noch keine Rolle spielten. Wegen der großen Ausdehnung des eroberten Gebiets und der daran gemessen geringen zahlenmäßigen Stärke der Einheiten teilten sie sich das weißrussische Territorium untereinander auf, wobei sie ihre Tätigkeit zunächst auf größere Städte an den Hauptverkehrslinien konzentrierten. Von dort aus wurden Teilkommandos in abseits gelegene Städte geschickt. Sonder- und Einsatzkommandos der Einsatzgruppe B hatten unterschiedliche Aufgaben. Die letzteren waren fürs rückwärtige Heeresgebiet bestimmt, die ersteren sollten bestimmten Armeen folgen – das SK 7a (Dr. Blume) der 9. Armee und zwischenzeitlich der 4. Panzerarmee, das SK 7b (Rausch) der 2. Armee, die einige Tage ebenfalls der 4. Panzerarmee unterstand. Während sich die Sonderkommandos mit Zielfahndung, Materialsicherstellung und mit dem Installieren einheimischer Stadtverwaltungen, weniger mit Exekutionen, zu beschäftigen hatten,²²⁵ gehörten große Erschießungen zu den Hauptaufgaben der Einsatzkommandos.²²⁶ Nebe brauchte nach eigenen Angaben einige Tage und Anstöße von außen, um diese Taktik zu verstehen.²²⁷

Das Einsatzkommando 8 (Dr. Bradfisch) wurde zunächst im Raum Białystok im Bereich der 221. Sicherungsdivision eingesetzt (1. bis 4. Juli) und operierte dann aufgeteilt in Baranowitschi (ab 5. Juli) und Minsk (Vorkommandos ab 8. Juli, vollständig Ende Juli bis Ende August), also an der wichtigsten Vormarschstraße und Eisenbahnlinie. Ihm folgte jeweils das Polizeibataillon 322 (ab 5. Juli in Białystok, ab 5. August in Baranowitschi, ab 14. August tageweise in Minsk und ab 7. September in Mogilew).²²⁸ Das

BA D-H FW 488, A.19 unpag.: »Eine von der Truppe und der G.F.P. unter Anleitung der Aussenstelle Minsk durchgeführte Aktion hatte den Erfolg, daß ca. 80 Kommunisten und Juden erschossen wurden.« Siehe im übrigen die Ausführungen zu den Zivilgefangenenlagern (Kap. 7.1a in dieser Darstellung).

225 Soweit glaubwürdig Vern. Walter Blume v. 31. 10. und 5. 11. 1947, Fall 9, Protokoll Bl. 1801–1866, BA F 56828. Allerdings untertrieb Blume seine Rolle bei den Erschießungen, die auch sein SK 7a durchführte, und die Zahl der Opfer. Er gab 230 bis 240 anstatt 996 wie nach Meldung der EGr B für die Zeit bis 20. 8. an. Das Gericht folgte ihm darin nicht.

226 Vgl. Krausnick 1981, S. 179ff.; Ereignismeldungen vom Juni und Juli 1941, BA-MA SF-01/28929 und 28930; EGr B, Tätigkeitsberichte bzw. Mitteilungen v. 14., 22. und 26. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 3–26. Hiernach auch die folgenden Angaben, besonders nach dem Bericht v. 14. 7. (ebd., Bl. 5f.).

227 »Ich hatte zunächst bedauert, daß die Eks nur im rückwärtigen Heeresgebiet tätig werden sollen, habe mich aber davon überzeugen lassen, daß gerade dort die wichtigste exekutivische (!) sicherheitspolizeiliche Aufgabe liegt. Die Durchkämpfung der rückwärtigen Räume, Liquidierungen größeren Ausmaßes und restlose Erfassung von Funktionären, politischen Kommissaren, Saboteuren, Hetzern, Hecken-schützen usw., die sich erst längere Zeit nach Abschluß der militärischen Operationen bemerkbar machen, Erforschung der politischen und insbesondere wirtschaftspolitischen Probleme verbieten ein schnelles Vorziehen der Einsatzkommandos außerhalb ihres Sicherungsdivisionsbereiches.« EGr B, Tätigkeitsbericht für 23. 6. bis 13. 7. v. 14. 7. 1941 (Unterschrift: Nebe), BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 10.

228 Am 9. 9. machte das EK 9 Mogilew »endgültig« zu seinem Sitz. Vgl. Krausnick 1981, S. 181f., Angrick u. a., S. 330ff., und Kwiet, S. 191–208, denen das Zusammenspiel mit dem EK 8 entgangen ist, da sie jeweils nur bestimmte Einheiten betrachteten. Abdruck des KTB für 10. 6.–22. 8. 1941 in: Leccszczynski (Hg.) 1967, S. 170–232.

Polizeibataillon, offiziell persönliche »Einsatzreserve« des HSSPF und von diesem gesteuert, funktionierte als Einsatzreserve des EK 8.²²⁹ Dazu diente auch das Polizeibataillon 316.²³⁰ Das weiter nördlich vorgehende Einsatzkommando 9 (Dr. Filbert) hat eine solche Unterstützungstruppe offenbar in dem Reserve-Polizeibataillon 131 gehabt, das ihm fast auf dem Fuß von Grodno und Lida (EK 8: Teiltrupps 30. Juni bis 7. Juli) über Wilna (ab 2. Juli) und Wilejka (ab 13. Juli) nach Witebsk (spätestens ab 2. August) folgte. Beide waren der 403. Sicherungsdivision zugeordnet.²³¹ Dem EK 9 war das Sonderkommando 7a jeweils zuvorgekommen (Wilna 27. Juni bis 2. Juli, Wilejka/Molodetschno 9. bis 13. Juli und Witebsk ab 14. Juli, dann auf dem flachen Land agierend). Das Sonderkommando 7b nahm eine südlichere Route über Brest, Kobryn, Baranowitschi, Minsk, Borissow, Bobruisk (die spätere »Durchgangsstraße VII«), Orscha und später Gomel. Bis Gomel folgte es zeitweise dem Stab der Einsatzgruppe B, der sich vom 5. bis etwa zum 20. Juli in Minsk befand. Nebe konzentrierte dort in den entscheidenden Tagen der Überprüfung des Zivilgefangenenlagers mit dem SK 7a (4. bis 9. Juli), dem SK 7b (4. bis 13. Juli) und dem EK 8 (Spitze ab 8. Juli) einen Großteil seiner Kräfte, dazu seit dem 8. Juli einen Trupp der Einsatzgruppe zbV.²³² Das Polizeibataillon 307 nahm etwa den Weg des SK 7b über Brest, Baranowitschi, Sluzk, Bobruisk nach Mogilew; in diesen Bereich schwenkte auch das Polizeibataillon 309, von Białystok und Slonim kommend, ein, um dann weiter nach Smolensk (ab 12. August) und Tscharikow zu marschieren.²³³

Nur eine wichtige Verkehrsrichtung war damit noch nicht abgedeckt, die Bahnlinie Brest-Pinsk-Gomel durch die Pripjetsümpfe. Der BdS Krakau, Dr. Schöngarth, entsandte auf Nebes Wunsch nach Unterstützung ein Kommando des KdS Lublin nach Pinsk, das dort am 3. oder 4. Juli eintraf. Weitere Trupps rückten hinter den abrückenden Kommandos der Einsatzgruppe B nach und residierten seit 24. Juni in Brest, seit 3. Juli in Grodno und 4. Juli in Nowogrodek. Sie sollten auch die Umgebung dieser Städte »weiterbearbeiten«. ²³⁴ Im August und September überzogen dann die SS-Kavallerie-Regimenter 1 und 2 das Polesje mit ihrem Mordfeldzug, nachdem mehreren Polizeibataillonen nacheinander das Vordringen dorthin nicht gelungen war (siehe Kap. 7. 2a).

229 Dies allerdings mit einigen Abstechern in den Wald von Białowieża und die Pripjetsümpfe. Zitat: Unterstellungsvermerk im KTB Pol.Btl. 322 für 24. 7.–6. 9. 1941, BA F 56753 unpaginiert (Original erste Seite).

230 StA Nürnberg-Fürth, Zusammenstellung der in Russland-Mitte eingesetzten Polizeibataillone, 12 Js 300/67, Bd. 1, Bl. 234.

231 Vgl. außer dem o. g. ebd., Bl. 230 (dort irrtümlich als Pol.Btl. 133 bezeichnet) und RSHA II A 1, Anschriftenverzeichnis v. 1. 10. 1941, BDC SShO 5211. Das Res.Pol.Btl. 131 war danach mit einzelnen Kompanien in Grodno und Lida ab 23./25. 6., in Wilna ab Anfang Juli, in Wilejka Mitte und Ende Juli, in Witebsk Anfang August und wieder Mitte November bis Mitte Dezember 1941.

232 Hierzu insbesondere EGr B, Tätigkeitsbericht für 23. 6.–13. 7. v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 5–7. Der Trupp des KdS Warschau unter SS-Sturmbannführer Bonifer umfaßte 31 Personen. Bonifer gehörte dem SD an, vgl. Vern. E. M. (Truppangehöriger) v. 5. 9. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6174.

233 StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 1, Bl. 231–233.

234 EGr B, Tätigkeitsbericht v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 7f. Vgl. Krausnick, S. 180f. Die Trupps umfaßten in Grodno 26, in Nowogrodek 27, in Brest 15 und in Pinsk 18 Mann – und nicht vier oder fünf, wie der stellvertretende Truppführer W. gegenüber der Justiz angab. Erst Anfang Oktober 1941 wurde das Kommando aus Pinsk zurückgezogen. Die Kommandoführer hatten nur Ränge zwischen Unter- und Hauptsturmführer. Vgl. Vern. des Beschuldigten H. W. v. 20. 4. 1961 sowie KdS Lublin II (SD) I v. 16. 9. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1265, Bl. 79–82, und Nr. 1270, Bl. 181.

Die Gesamtzahl der Menschen, die in den ersten sechs Kriegswochen von diesen Einheiten zusammen erschossen wurden, betrug mindestens 20 000 Personen, davon etwa 15 000 auf heute weißrussischem Gebiet. Die Einsatzgruppe B berichtete selbst, daß sie bis einschließlich 14. Juli 4234, bis zum 19. Juli 7620 und bis zum 31. Juli 11 084 Personen ermordet habe.²³⁵ Der HSSPF Bach-Zelewski funkte am 7. August stolz nach Berlin, daß »die Zahl 30 000 in meinem Gebiet überschritten« sei.²³⁶

Etwa neunzig Prozent der Ermordeten waren Juden.²³⁷ Die erste große Vernichtungsaktion ereignete sich am 27. Juni 1941 in Białystok. Dort marschierte an diesem Tag morgens die »schlesische« 221. Sicherungsdivision als erste deutsche Einheit ein, und mit ihr das Polizeibataillon 309, das ihr bereits seit dem 25. Mai unterstellt war.²³⁸ Außer kleinen Scharmützeln gab es keine Kampfhandlungen.²³⁹ Bei der Durchsuchung der Stadt ließ der Chef der 1. Kompanie des Polizeibataillons, Behrens, rund 250 Juden erschießen. Das Infanterieregiment 350 ging auf Befehl seines Kommandeurs, Oberst Koch, gleichzeitig ebenfalls gegen versprengte Rotarmisten und Juden vor, wobei »mehrere russische Soldaten und Juden [...] beseitigt« wurden.²⁴⁰ Nachmittags wurden von der 1. Kompanie des Polizeibataillons mindestens 800 Juden, darunter möglicherweise auch einige Frauen und Kinder, in die Hauptsynagoge gesperrt und dort in einer Gewaltorgie unter Beschuß lebendig verbrannt. Ausbruchversuche wurden mit MG-Feuer verhindert, da zwei Absperreihen um das Gebäude organisiert worden waren; die Aktion war also insoweit vorbereitet. Der ausgelöste Brand zerstörte das um die Synagoge gelegene Stadtviertel und wurde von der 1. Kompanie des Pionierbataillons 635 durch rücksichtslose Gebäudesprengungen eingedämmt.²⁴¹ Ein unbekannter Offizier, vermutlich ein Oberst, verhinderte offen-

235 Vgl. EM 32 und 43 v. 24. 7. und 5. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1627 und 1792. Die im Text genannten Daten sind in den Ereignismeldungen genau angegeben, was dort sonst selten der Fall ist.

236 Bach meldete, »dass die Gesamtzahl der durch Reiter=Brig. Ex[e]kutierte bisher 7819 beträgt. Damit ist die Zahl 30 000 in meinem Gebiet überschritten.« HSSPF Mitte an Reichsführer-SS persönlich, Kommandostab Reichsführer-SS und Chef der Ordnungspolizei, BA D-H ZB 6735 O. I, Bl. 266/R. Es handelt sich um einen Ordner mit Originalen von Tagesmeldungen des HSSPF Rußland-Mitte von 1941/42. Die Meldung wurde als Funkspruch Nr. 16 beim KdoStab RFSS am gleichen Tag aufgenommen; verstümmelte, undatierte Notiz dazu (»S'Kav 30 000 exekun!«), BA-MA SF-02/37543 unpag. Siehe zur diesbezüglichen Abhörmeldung der Briten Hinsley, S. 671. – Um die Julizahlen zu errechnen, muß man von der genannten Gesamtzahl die Opfer der SS-Kav.Rgter. und einiger weiterer Aktionen, also etwa 10 000, abziehen.

237 Dies zeigt sich an den Tötungsziffern bei der Exekution in Brest am 6./7. 7. und bei der Aktion der SS-Kavallerie-Brigade in den Pripjetsümpfen. Bei den Ermordeten aus den Zivilgefangenenlagern dürfte der Anteil der Nichtjuden etwas höher gelegen haben. Viele der im folgenden beschriebenen Massaker richteten sich demgegenüber ausschließlich gegen Juden. Angesichts dieser Anteile jüdischer Opfer erscheint es gerechtfertigt, die Aktionen der SS- und Polizeieinheiten grundsätzlich im Kapitel über die Ermordung der Juden abzuhandeln.

238 KTB 221. Sich.Div. v. 25. 5. 1941, BA-MA RH 26-221/10. Das Pol.Btl. 309 gehörte nicht wie die Btl. 307, 316 und 322 zum Pol.Rgt. Mitte.

239 Vgl. Sich.Rgt. 2, Abt. Ia, Zusammenfassender Lagebericht 22.-27. 6. v. 29. 6. 1941, ZStL USA-Film Nr. 8, Bl. 648-652 (Verluste in Białystok ein Toter, vier Verwundete).

240 Zu diesem Punkt II./Inf.Rgt. 350, Gefechtsbericht für 22. bis 28. Juni v. 29. 6. 1941, BA-MA RH 26-221/12b. Gegen den im Bericht geltend gemachten Widerstand der Juden spricht der Ausdruck »beseitigt«.

241 Vgl. insbesondere Lichtenstein 1990, S. 69-93; KTB 221. Sich.Div. v. 27. 6. 1941, BA-MA RH 26-221/10; Pol.Btl. 309, Abt. Ia, Gefechtsbericht an 221. Sich.Div. v. 1. 7. 1941, zum 27. 6.: »Es wurden z. T. im Feuer-

bar ein weiteres Blutbad und hätte an anderer Stelle fast einen Polizisten erschossen.²⁴² Nach einer Krisensitzung im Stab der 221. Sicherungsdivision wurde allerdings beschlossen, die Angelegenheit zu decken und zu vertuschen.²⁴³ Ablenkende deutsche Presseberichte, sogar vom Ic der Division, dem schon zitierten Oberleutnant Mann, konnten nicht verhindern, daß das Verbrechen bald weithin bekannt war – deutsche Soldaten prahlten mit ihren Fotos davon gegenüber den Juden in anderen Städten. Noch während des Krieges berichtete eine englische Zeitung ziemlich exakt über die Tat.²⁴⁴ Die 221. Sicherungsdivision arbeitete weiter mit dem Polizeibataillon 309 zusammen und fiel selbst später durch zahlreiche, teils schon erwähnte antisemitische Initiativen auf. So veranlaßte sie drei Tage nach dem Massaker, daß »durch ein Judenkommando sämtliche Lenin- und Stalin-Denkmäler in Bialystok gestürzt« wurden.²⁴⁵ Allzu tief saß bei ihrer Führung der Schock nicht.

Ungefähr zwischen dem 8. und 11. Juli, vermutlich in der Nacht vom 8. zum 9. Juli erschossen Teile der Polizeibataillone 316 und 322 sowie eine Einheit von Sipo und SD in Bialystok wiederum zwischen 1000 und 4000 Juden. Hier handelte es sich bereits um eine Grubenerschießung an abseits gelegener Stelle, zeitweise sogar unter Scheinwerferlicht, der noch so viele andere nach dem gleichen Muster folgen sollten.

gefecht etwa 200 russische Soldaten, Freischärler und Juden erschossen«, zum 28. 6.: »Ein Kommando sorgte mit Hilfe von [...] Juden für die Säuberung und Räumung der Straßen von rund 230 Leichen [...]«, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 70–73. – Siehe ferner Goldhagen, S. 226–230 und 612f.; Datner, Kampf und Ausrottung des Ghettos von Bialystok, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6208; Vern. Dr. T. C. v. 23. 2. 1966 (jüdischer Arzt im Krankenhaus, der die Zahl der Todesopfer auf 2000 bis 2200 schätzte), ebd., Nr. 6173; Vern. K. M. (2. Kp. Pol.Btl. 309) v. 27. 9. 1960, ebd., Nr. 6174; Chef WiStab Ost, Erkundungsergebnis einer Feldkommandantur des rückwärtigen Armeegebietes (Beispiel Bialystok) v. 4. 7. 1941 (»Ca. 500 Personen sind erschossen worden«), BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 350.

²⁴² Pol.Btl. 309, 2. Kompanie, ans Bataillon v. 29. 6. 1941, BA-MA RH 26–221/20a (ein »Oberst der Wehrmacht« erschoss fast den Leiter eines Leichenbeseitigungskommandos, weil er dachte, die Toten seien soeben von diesem erschossen worden); Vern. Dr. T. C. v. 23. 2. 1966, wie Anm. zuvor, wonach hunderte Juden, die in Richtung Warschau getrieben wurden, auf Intervention eines hohen Offiziers nach Bialystok zurückgelassen wurden; Vern. des jüdischen Zeugen S. J. v. 15. 11. 1960, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6135, wonach ein österreichischer Oberst oder General erschien, Löschnaßnahmen befahl und erklärte, man wolle Krieg führen und nicht morden; Lichtenstein 1990, S. 76. Zur Unterstellung Pol.Btl. 309 an 1. und 2. Kp. v. 27. 6. 1941, BA R 20/58, Bl. 136. – Goldhagen erwähnt weder dieses abweichende und nicht folgenlose Verhalten noch die 221. Sich.Div. überhaupt noch die allerdings barbarischen Löschnaßnahmen, ebenso wenig wie die vorbereiteten MG-Nester. Letztere stützen mehr die von Bettina Birn vorgebrachte These, daß die Aktion vor allem von einigen fanatischen Offizieren organisiert wurde, an der sich die unteren Dienstgrade dann allerdings mit großem Engagement beteiligten. Vgl. Birn 1997, S. 201; ähnliche Argumentation bei Longerich 1998, S. 345–348. Daß die Mitteilung eines Hitlerbefehls zur Judenvernichtung an die Btl.-Angehörigen vorausging, wie einige Mittäter geltend machten (Goldhagen, S. 612f.), ist auf Grund des allgemeinen Wissens über die Befehlsgebung (vgl. Angrick u. a.; für die Einsatzgruppen Ogorreck 1996) unwahrscheinlich und dürfte auf einer Verteidigungsstrategie beruhen (Birn 1997, S. 200f.).

²⁴³ Der Divisionskommandeur, Generalleutnant Johann Pflugbeil, ordnete »insbesondere« an: »1.) Die Erschießung von Zivilpersonen dürfe nur erfolgen, wenn Widerstand geleistet wird, dann aber sofort am Tatort oder abgesondert von Zuschauern. 2.) Brände sind zu vermeiden. Es ist eindeutig geklärt, daß die Synagoge in Brand geschossen wurde, weil aus ihr geschossen worden war.« KTB 221. Sich.Div. v. 28. 6. 1941, BA-MA RH 26–221/10.

²⁴⁴ Vgl. BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 181–189, u. a. mit dem Artikel »Eine schlesische Division erstürmt Bialystok. Von Oberleutnant Helmut Mann«; Bericht J. H. aus Slonim, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband J, Bl. 59; Manchester Guardian v. 25. 9. 1942, in: Longerich (Hg.) 1989, S. 449.

²⁴⁵ KTB 221. Sich.Div. v. 30. 6. 1941, BA-MA RH 26–221/10.

Himmler, der Chef der Ordnungspolizei, Kurt Daluege, und der HSSPF Bach-Zelewski hatten diese Tat gefordert, als sie das Polizeibataillon 322 besuchten, beziehungsweise sie belobigten die Beteiligten dafür und nahmen damit auf deren weitere Bereitschaft zu töten Einfluß. Geplant waren allerdings über 8000 Morde.²⁴⁶

In jenen Tagen fanden viele solcher Spitzenbegegnungen und Vor-Ort-Besuche im Auf- und Vormarschgebiet der Heeresgruppe Mitte statt. SS und Polizei versicherten sich zunächst der Rückendeckung durch die Wehrmacht. Etwa am 27. Juni hatte Bach-Zelewski mit v. Schenkendorff in Warschau Kontakt aufgenommen, der ihm zusicherte, »daß mir beim Einsatz der Pol.Kräfte vollste Freiheit bleibt«. Zwischen dem 24. und 26. Juni stellte sich Nebe bei der Heeresgruppe Mitte und dem Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet in Warschau vor. Zwischen Nebe und dem Ic-Offizier der Heeresgruppe, Major v. Gersdorff, entwickelten sich bald regelmäßige Treffen, und zumindest seit Mitte Juli lieferte Nebe bei der Heeresgruppe Tätigkeitsberichte unter Erwähnung der Massenmorde ab, die er mündlich erläuterte. Das ganze Oberkommando der Heeresgruppe nahm Kenntnis.²⁴⁷ Nebe konnte am 29. Juni auch mit Kriegsverwaltungschef Tesmer, dem Leiter der Abteilung Kriegsverwaltung beim Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Mitte, »[v]öllige Übereinstimmung« erzielen.²⁴⁸

Am 30. Juni inspizierte Heydrich mit Himmler Grodno und fand dort keine Organe der Einsatzgruppe B vor, was ihn am Folgetag zu seinem Einsatzbefehl Nr. 3 an die Einsatzgruppen veranlaßte, in dem er forderte, »mit der militärischen Entwicklung Schritt zu halten«, das heißt das sogenannte sicherheitspolizeiliche Netz über alle wichtigen Punkte des Einsatzgebiets zu spannen.²⁴⁹ Nebe gab später zu: »In Grodno und Lida sind zunächst in den ersten Tagen *nur 96 Juden* exekutiert worden. Ich habe Befehl gegeben, daß hier erheblich zu intensivieren sei.«²⁵⁰ Es ist bemerkenswert, daß Nebe gewissermaßen nach Erschießungsquoten jagte; der schriftliche Befehl Heydrichs, überall präsent zu sein und der Front schnell zu folgen, konnte auch andersherum gedeutet werden: wurden mehr Orte besetzt, dann blieb nämlich für Exekutionen weniger Zeit. Aber möglicherweise hat Heydrich Nebe mündlich noch weitere Weisungen gegeben. Am 11. Juli kehrten er und Himmler nach Grodno

246 Vgl. die Schilderung bei Angrick u. a., S. 331–337; ferner Datner, Kampf und Ausrottung des Ghettos von Bialystok, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6208; Reisebericht v. Payr v. 21. 7. 1941, BA-MA RW 19/473.

247 Telegramm Bach-Zelewski an KdoStab RFSS und RSHA v. 30. 6. 1941, BA-MA SF-02/37546. Vgl. »Bach-Zelewski am 8. 7. [1958] unbeeidigt« (Aussage in der Hauptverhandlung des Ulmer Einsatzgruppenprozesses), StA München I 22 Ks 1/61, Beiakten; Tagebuch Bach-Zelewski v. 27. 6. 1941 (Abschrift), BA R 20/45b, Bl. 1. Zu Nebe: EM 11 v. 3. 7. und 17 v. 9. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1409 und 1450; v. Gersdorff, S. 90–92, wo auch enge Kontakte mit Nebes Verbindungsoffizier Schulz zugegeben werden; EGr B, Tätigkeitsbericht für 23. 6.–13. 7. v. 14. 7., Vortragsnotizen v. 22. und 26. 7., Tätigkeitsberichte für 9.–16. 8. v. 19. 8., für 17.–23. 8. und für 24.–31. 8. v. 3. 9. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 3–55, mit Zeichnungsvermerken verschiedener Stabsoffiziere der H.Gr. Mitte einschließlich des Oberbefehlshabers v. Bock, meist von Nebe mit dem Vermerk »zum Vortrag bei der Heeresgruppe Mitte« versehen. Tatsächlich erinnerte sich v. Gersdorff noch 20 Jahre später, daß er *Wochen*berichte von Nebe bekommen habe. Vgl. seine Vern. v. 4. 5. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 862R. Siehe auch v. Gersdorff, S. 90–99.

248 EM 8 v. 30. 6. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1388. Zu Nebe auch Reitlinger, Endlösung, S. 209.

249 Zitiert nach Krausnick 1981, S. 172. Vgl. Breitman 1992, S. 170, und Diskussionsbeitrag Hans-Heinrich Wilhelm in Jäckel/Rohwer, S. 232.

250 Außerdem erwähnte Nebe Quartierschwierigkeiten, die dem Einsatzkommando 9 vom Feldkommandanten 815, Oberst Bickel, gemacht worden seien. EM 21 v. 13. 7., BA-MA SF-01/28929, Bl. 1488 (Hervorhebung C. G.); vgl. Nr. 13 v. 5. 7., ebd., Bl. 1424.

zurück, einen Tag später war auch Bach-Zelewski dort, und kurz zuvor oder danach fand eine nicht mehr rekonstruierbare größere Mordaktion in Grodno statt.²⁵¹ Außerdem wurden bereits am 3. oder 4. Juli in Oshmiany mehr als 500, möglicherweise sogar mehr als 900 jüdische Männer vermutlich durch das EK 9 ermordet.²⁵² Dazu kamen zwischen dem 4. und 20. Juli 4000 bis 5000 männliche jüdische Opfer des EK 9 im litauischen Wilna.²⁵³

Für die Frage der Ausweitung der Mordbefehle sind besonders die folgenden Massaker des gleichen Kommandos in Wilejka Ende Juli von Interesse.²⁵⁴ Nach einem Bericht der Einsatzgruppe B war »durch das dort durchziehende Kommando die gesamte männliche Judenschaft liquidiert worden.«²⁵⁵ Im nächsten Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen wurde daraus gar »die gesamte Judenschaft« des Städtchens.²⁵⁶ Jedoch dürfte das nicht stimmen, denn es gab 1942 noch Juden, Männer und Frauen, in Wilejka, die dann Opfer weiterer Massenmorde wurden.²⁵⁷ Andererseits sagten im Verfahren gegen EK-9-Chef Filbert (»habe einen Hass gegen Juden nie gekannt. Ich war oftmals in meiner Tanzstundenzeit bei jüdischen Familien eingeladen«²⁵⁸) eine Reihe von ehemaligen Kommandoangehörigen aus, daß von den Aktionen in dieser Kleinstadt an auch Frauen und Kinder ermordet worden seien, was zuvor nicht der Fall war. Dies trifft offenbar zu. Bei zwei Massakern wurden 400 bis 1000 Menschen getötet.²⁵⁹ Das erste fand einer Zeugenaussage zufolge am 12., das

- 251 Opfer sollen Insassen des jüdischen Altersheims, des Hospitals und des Waisenhauses gewesen sein. Als Täter kommen die Männer des Trupps des SS-Hauptsturmführers Bonifer des KdS Warschau und die 1. Kompanie des Res. Pol. Btl. 131 in Frage. Möglicherweise wurden die Ermordeten unter die für 21.–31. 7. gemeldeten 941 Opfer der Einsatztrupps z.B. V. in Bialystok subsumiert. Das EK 9 hatte vom 30. 6.–4. 7. einen Trupp in Grodno, der ebenfalls Tötungen durchführte. Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 12. 7. 1941, BA R 20/45b, Bl. 3; Schreiben Ely Gornick von 1961 an den Jüdischen Weltkongreß, in: Documents Grodno, Bd. 1, S. 79; EM 43 v. 5. 8. 1941, SF-01/28930, Bl. 1775 und 1790 (»Eine grosse Anzahl von Juden [...] wurde unschädlich gemacht«); EG B, Tätigkeitsbericht für 23. 6.–13. 7. v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 6 f.; Vern. F.U. v. 12. 4. 1961, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 21, Bl. 192–94; Zusammenstellung der in Russland-Mitte eingesetzten Polizeibataillone, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 1, Bl. 230.
- 252 Vgl. EM 50 v. 12. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1882 (danach 527 Juden); Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen Nr. 2 für 29. 7.–14. 8. 1941, Nbg. Dok. NO-2652 (587 Juden); Datierung nach: Bericht der Untersuchungskommission in Oshmiany v. 24. 5. 1945 (Übersetzung), ZStL UdSSR 425, nach Bl. 195 f. Danach wurden am 3./4. Juli 573 Menschen erschossen, am 4. 7. (zusätzlich?) 353. Nicht aussagekräftig hierzu Arad 1980 (S. 341).
- 253 Vgl. Urteil LG Berlin 3 PKs 1/62 v. 22. 6. 1962, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 18, S. 618; Arad, S. 64–79.
- 254 Das EK 9 verlagerte zwischen dem 20. und 24. 7. von Wilna nach Wilejka und vor dem 2. 8. 1941 – der genaue Zeitpunkt ist nicht zu klären – nach Witebsk (Krausnick 1981, S. 183). Bereits am 13. 7. hatte Nebe dem EK 9 befohlen, ein Vorauskommando nach Wilejka zu entsenden: Nebes Papier »Vormarsch der Einsatzgruppe B« für die H.Gr. Mitte (undatiert, spätestens 19. 7. 1941), BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 19.
- 255 EM 50 v. 12. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1892.
- 256 Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen Nr. 2 für 29. 7. bis 14. 8. 1941, Nbg. Dok. NO-2652.
- 257 Vgl. z.B. Vern. W. H. v. 4. 2. 1959 und J. K. v. 5. 2. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 50 f. und 216/R; Vern. Franz Karl Hess im Minsker Kriegsverbrecherprozeß v. 19. 1. 1946, in: »Die Wahrheit« v. 17./18. 8. 1988.
- 258 Vern. Alfred Filbert v. 14. 1. 1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 3, Bl. 43.
- 259 Vgl. Vern. A. W. v. 16. 4. 1959, ebd., Bd. 1, Bl. 156R–157; Vern. Wilhelm Greiffenberger (Stellvertreter Filberts) v. 29. 6. 1960, Bd. 9, Bl. 105; Urteil LG Berlin v. 22. 6. 1962, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 18, S. 618 ff.; Ogorreck 1996, S. 188 f. Nach Erinnerung Greiffenbergers (Vern. v. 27. 10. 1960, Bd. 13, Bl. 99) wurden tatsächlich alle Juden in Wilejka vom EK 9 getötet. Siehe auch Aussagen der Zeugen L. A. J. und O. J. W. im Auszug aus der Hauptverhandlung im Minsker Kriegsverbrecherprozeß von 1946, die dagegen sprechen: ebd., Bd. 42, Bl. 41 und 47.

zweite am 30. Juli statt.²⁶⁰ Das Einsatzkommando 9 war im Stab der Einsatzgruppe B dafür bekannt, daß es als erste Einheit Frauen und Kinder ermordete (obwohl es ihm auch noch nicht gelang, alle jüdischen Menschen in einem Ort zu ermorden).²⁶¹ Damit begann es mehrere Wochen vor den anderen Kommandos der Einsatzgruppe B. Während des Aufenthalts in Wilejka soll Filbert – der in Wilna nach der ersten Exekution ausgerufen hatte: »So, die ersten wären erledigt.«²⁶² – nach Berlin gefahren sein und dort mit Heydrich gesprochen haben. Dieser habe ihm den Befehl zur Tötung auch von Frauen und Kindern erteilt, oder er habe auf anderem Wege einen Befehl von höherer Stelle erhalten. Von da an sollen auch immer kleinere Teilkommandos zu »unbekannten Sonderaufgaben« in kleinere Orte der Umgebung entsandt worden sein.²⁶³ Bei dem eventuellen Treffen mit Heydrich könnte Filbert ihm auch ein für diesen angefertigtes Album mit Fotos der Judenerschießungen überreicht haben.²⁶⁴

In Witebsk wurden am 18. Juli und an anderen Julitagen Massaker besonderer Art verübt. Die Juden wurden bei der Umsiedlung ins Ghetto gezwungen, teils auf Booten, teils wattend und schwimmend über den Fluß Zapadnaja Dwina überzusetzen. Dabei wurden sie unter Feuer genommen. Mindestens 150 jüdische Menschen ertranken oder wurden erschossen, darunter Kinder und alte Leute.²⁶⁵ Für die Täterschaft an dieser pogromartigen Aktion kommt das SK 7a, das an der Ghettobildung in Witebsk aktiv beteiligt war, in Frage, möglicherweise auch Wehrmachtangehörige.²⁶⁶

Die größte Einzelexekution der ersten Kriegswochen in Weißrußland wurde am 6. und 7. Juli 1941 in Brest durchgeführt, also zu einem sehr frühen Zeitpunkt. In dieser Stadt, an deren Rand sowjetische Soldaten in der berühmten Festung noch bis zum 23. Juli Widerstand leisteten,²⁶⁷ wurden rund 5000 zunächst internierte Zivilgefangene zum Großteil freigelassen: rund 2000 Strafgefangene der Sowjets durch Wehrmachteinheiten vor dem 30. Juni – was Nebe zu einem erfolgreichen Protest und die

260 Bei der ersten Aktion wurden – durch das SK 7a, C. G. – 130, bei der zweiten 400 Menschen erschossen. Vern. M. M. J. im Minsker Kriegsverbrecherprozeß (Januar 1946/Übersetzung), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft VI, Bl. 73.

261 Eidesstattl. Erkl. Andreas v. Amburger v. 27. 12. 1945, StA München I 22 Ks 1/61, Beiakten »Abschriften von Unterlagen vom Document-Center Berlin«. Ähnlich Vern. ders. v. 1. 4. 1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 74.

262 Vern. R. W. v. 28. 1. 1960, ebd., Bd. 4, Bl. 82R.

263 Vern. S. v. 10. 3. 1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 6, Bl. 25/R; Vern. Wilhelm Greiffenberger v. 25. 10. 1960, Bd. 13, Bl. 95. Zur Veränderung der Taktik Vern. A. W. v. 13. 5. 1960, Bd. 6, Bl. 244 (Zitat).

264 Vern. Wilhelm Greiffenberger v. 25. 10. 1960, ebd., Bd. 13, Bl. 94; undatierte Vern. des Beschuldigten B.S., ebd., Bd. 10, Bl. 255. – Ogorreck 1996, S. 188–190, übergeht die zeitliche Diskrepanz zwischen seiner These, Filbert habe den Befehl, auch jüdische Frauen und Kinder zu ermorden, erst nach dem 5. 8. von Nebe in Smolensk erhalten – um diesen Befehl näher an Himmlers vermeintliche ähnliche Weisung vom 15. 8. in Minsk zu rücken (s. u.) – und den vielen von ihm selbst erwähnten Aussagen, daß die Weisung Ende Juli erfolgte, als das EK 9 in Wilejka lag (hierzu auch Arad 1980, S. 74). Ogorreck geht auch nicht auf Filberts mögliche Fahrt zu Heydrich ein.

265 Aussage W. I. Butrinowitsch, der als Nichtjude am 18. Juli unter die vorgesehenen Opfer geriet, in: Auskunft über die Verbrechen der Faschisten in Witebsk und Gebiet, ZStA Minsk 861–1–5, Bl. 23; Erinnerungen Valja Jurkewitsch in: Alexijewitsch, S. 213; Yahil, S. 271.

266 Belege zur Ghettoisierung in Witebsk siehe S. 526f. in dieser Darstellung.

267 Mündl. Mitt. Frau Kudraschowa, Museum Brester Festung, v. 10. 10. 1993. Allerdings war der Widerstand im wesentlichen bereits am 1. 7. 1941 gebrochen. Siehe 45. Inf.Div., Gefechtsbericht über die Wegnahme von Brest-Litowsk v. 8. 7. 1941, BA-MA RH 26–45/27.

Heeresgruppe Mitte daraufhin zu einem Gegenbefehl veranlaßte –²⁶⁸ und die meisten übrigen etwa am 5. Juli.²⁶⁹ Unmittelbar darauf, am 6. Juli und in der folgenden Nacht, wurden 4000 bis 6000 jüdische Männer ungefähr zwischen 19 und 60 Jahren vom drei Tage zuvor in der Stadt eingetroffenen Polizeibataillon 307 und Teilen der 162. Infanteriedivision bei einer Großrazzia festgenommen, gesammelt und mit LKW zu den vorbereiteten Erschießungsgruben gefahren.²⁷⁰ Fast in jeder jüdischen Familie war ein Mitglied von der Festnahme betroffen. Nach Angaben der örtlichen Untersuchungskommission von 1944 richtete sich die Aktion vor allem gegen Angestellte, »die bei sowjetischen Dienststellen tätig gewesen waren«; sie reichte aber wohl noch darüber hinaus.²⁷¹ Die Razzia war von der Feldkommandantur 184 angeordnet und das Polizeibataillon von ihr »zur Hilfe bei der Säuberungsaktion in Brest herangezogen« worden, wofür Bach-Zelewski um »nachträgliches Einverständnis« gebeten wurde.²⁷² Daß die Opfer mit Lastwagen der motorisierten Abteilung der 162. Infanteriedivision zum Hinrichtungsort gefahren wurden, erregte zunächst die Mißbilligung des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebietes, dessen Führungsoffizier aber auf einen Bericht des Polizeibataillons 307 hin erklärte, der Einsatz der motorisierten Abteilung sei »doch zweckmäßig« gewesen, denn es sei beispielsweise früher auf Eisenbahner geschossen worden.²⁷³

Bald nach der Festnahme wurden die Festgenommenen und ein Teil der verbliebenen Zivilgefangenen vom Polizeibataillon und dem Einsatztrupp zbV des KdS Lublin erschossen.²⁷⁴ Die Zahl der Opfer wurde vom RSHA mit 4435, »darunter 400 Groß-

268 Vgl. EM 8 und 10 v. 30. 6. und 2. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1391 und 1401; siehe S. 511 in dieser Darstellung. Das SK 7b hatte Brest bereits am 28. 6. verlassen: Tätigkeitsbericht der EG R B v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 5.

269 Hierzu LKA Baden-Württemberg/ZStL, Vermerk, Betr.: Polizei-Bataillon 307 v. 23. 2. 1962 (Abschrift), darin Aussagen E. S. und J. K., ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 3653 und 3657, ferner Vern. E. S. v. 8. 2. 1962, Bl. 3780.

270 Vgl. Aussage Heinrich M., in: Kohl, S. 190f.; Vermerk LKA BW/ZStL v. 23. 2. 1962, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 3646–3676; Vern. H. K. v. 2. 10. 1947, ebd., Bl. 140–143. Zum Datum Akte der Untersuchungskommission in Brest (1945), ebd., Bl. 1654, und die im folgenden genannten Akten. Das Pol.Btl. 307 kam am 3. 7. in Brest an laut Einsatzbescheinigung des BtIs.-Angehörigen W. H. v. 3. 10. 1959, ebd., Bl. 55; am 4. 7. nach dem Vermerk LKA BW/ZStL v. 23. 2. 1962, ebd., Bl. 3674–3676.

271 Zitat: Akte über die Greuelaten [...] in der Stadt Brest v. 25. 11. 1944, ebd., Bl. 1654. Ähnlich Grossman/Ehrenburg, S. 347: »Betroffen war ein großer Teil der Intelligenz«. Vgl. Vern. B. B. v. 11. 4. 1967, ebd., Bl. 1324. Bei 4000 bis 5500 jüdischen Opfern aus einer jüdischen Gemeinde von 22 000–25 000 Menschen (vgl. S. 717 dieser Darstellung) wurden etwa die Hälfte bis zwei Drittel aller jüdischen Männer aus Brest im Alter zwischen 16 und 60 Jahren getötet. Allerdings waren es nicht »alle jüdischen Männer«, wie Goldhagen, S. 602f., Anm. 75, schreibt, und vor allem war dieses große Ausmaß für diese frühe Phase der Massenmorde nicht typisch, wie er angibt.

272 Bach-Zelewski hatte nichts dagegen. 221. Sich.Div., Abt. Ia, an HSSPF v. 7. 7. 1941 und Antwort HSSPF an 221. Sich.Div. v. 8. 7. 1941, BA-MA RH 26–221/12a, Bl. 307 und 315.

273 Auch gegen die Heranziehung der 162. Inf.Div. »für Absperurmaßnahmen« bei »Durchsuchungsaktionen der Pol.« bestünden »keine Bedenken«. Berück Mitte, Ia, an 221. Sich.Div. v. 9. 7. 1941 (Unterschrift: Rübesamen), BA-MA RH 26–221/12a, Bl. 324. Vgl. die Zehntagesmeldung des Berück v. 20. 7. 1941 an GenQu (Qu 4B), BA-MA WF-03/13303, Bl. 503. Der Bericht des Pol.Btl. 307 ist nicht erhalten.

274 EM 32 v. 24. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1637; Vermerk LKA BW/ZStL v. 23. 2. 1962, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 3646–3676; Aussage Heinrich M., in: Kohl, S. 190–192; Vern. B. L. v. 25. 9. 1959, H. K. v. 2. 10. 1947 und J. K. v. 22. 10. 1947, ZSt Dortmund 45 Js 6/71, Bd. 8, Bl. 73, 140–143 und 146–149. – Eine falsche Version gibt die Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 1, S. 241f., wonach das SK 7b die 5000 Menschen am 28./29. 6. tötete. Der Artikel über Brest ist auch sonst fehlerhaft: danach konnte die Zitadelle von der Roten Armee »ein halbes Jahr gehalten werden«, das Ghetto wurde angeblich im November 1941 gebildet.

und Weißrussen«, von Mittätern, Zeugen und der Untersuchungskommission mit 4500 bis 6000 angegeben.²⁷⁵ In einem Punkt gingen die Aussagen weit auseinander: vor der Aktion soll das Polizeibataillon in Brest von Bach-Zelewski und von Daluege besucht worden sein. Nach durchaus ernstzunehmenden Aussagen kam sogar der Befehl zur Aktion von Daluege persönlich.²⁷⁶ Mit Sicherheit war Bach-Zelewski am 29. Juni in Brest.²⁷⁷ Der Einsatztrupp zbV in Brest meldete zwischen dem 21. und 31. Juli weitere 1280 Erschossene.²⁷⁸

Der HSSPF, der schon in Białystok die Hände persönlich im Spiel gehabt hatte, leitete die Erschießung von mehr als 1100 männlichen Juden in Slonim am 17. Juli.²⁷⁹ Die Deutschen – ein Teilkommando des EK 8 und das Polizeibataillon 316 – sammelten dabei 2000 Männer zwischen 18 und 50 Jahren, sie nahmen aber auch Menschen jenseits dieser Altersgrenzen mit.²⁸⁰ Auch diese Aktion richtete sich gegen die jüdische Intelligenz. Bei der Auswahl der Opfer war von Deutschen der Ruf zu hören: »Wo ist die jüdische Bourgeoisie?«²⁸¹ Die Täter schlugen, quälten und verspotteten die Festgenommenen, ließen allerdings auch etwa 900 wieder frei.²⁸² Auch im Umfeld dieses Verbrechens fanden Spitzenbegegnungen statt: am 14. und/oder 15. Juli traf sich Bach-Zelewski mit dem Kommandeur des Polizeiregiments Mitte, Max Montua, und v. Schenckendorff.²⁸³

275 EM 32, a.a.O.; Vern. H. K. v. 2. 10. 1947, ZSt Dortmund 45 Js 6/71, Bd. 8, Bl. 146–149; Vermerk LKA BW/ZStL v. 23. 2. 1962, a.a.O., Bl. 3657; Aussage Heinrich M., in: Kohl, S. 191; Akte über die Greueltaten (1944), ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 1654; Vern. der jüdischen Zeugin B. B. v. 11. 4. 1967, ebd., Bl. 1324 f.

276 Ein Bataillonsangehöriger behauptete schon 1947, als er in Weimar von den Sowjets vernommen wurde, daß der Befehl von Daluege kam. Vgl. Vern. J. K. v. 2. 10. 1947, ZSt Dortmund 45 Js 6/71, Bd. 8, Bl. 146–149; Vermerk LKA BW/ZStL v. 23. 2. 1962, a.a.O., z.B. Bl. 3668 f.; Vern. R. K. v. 7. 10. 1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 691R. Viele Zeugen wußten jedoch nichts von einem Besuch oder einer Ansprache Dalueges.

277 Vgl. HSSPF zbV beim Befh. d. r. H.G. 102 v. 30. 6. 1941 an Pol. Rgt.Mitte v. 30. 6. 1941, BA D-H P 812 unpag.; Tagebuch Bach-Zelewski v. 30. 6. 1941, BA R 20/45b, Bl. 2.

278 Vgl. EM 43 v. 5. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1775. Unklar ist, ob diese Menschen aus der Stadt Brest selbst oder zum Teil aus der Umgebung stammten.

279 Nebe nannte das in seiner »Notiz für Heeresgruppe Mitte« v. 22. 7. 1941 eine »Großaktion des Höheren SS- und Polizeiführers gegen Juden und andere kommunistische Elemente und Plünderer«. BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 21. In EM 32 v. 24. 7. 1941 wurde der Eindruck erweckt, die Führung hätte beim beteiligten Sipo-Teilkommando gelegen. Dort werden 1159 Tote, darunter 84 bei einer gesonderten Aktion, genannt (BA-MA SF-01/28930, Bl. 1637). Das in den jüdischen Überlebendenberichten, wo von 1200 Opfern die Rede ist, angegebene Datum 17. 7. stimmt. Vgl. KTB 252. Inf.Div. v. 17. 7. 1941, BA-MA RH 26-252/73, Bl. 56R; Berichte J. H. und Dr. N. K., StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband J, Bl. 56 f., und K1, Bl. 19. In der Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 2, S. 1321, ist dagegen vom 14. 7. und von 1255 Opfern die Rede.

280 Bericht Dr. N. K., wie Anm. zuvor, und Vern. A.O. v. 26. 10. 1960, Sonderband C1, Bl. 18, der Verwandte außerhalb der genannten Altersgrenzen verlor. Siehe ferner Urteil LG Köln 24 Ks 1/63 gegen Schönmemann, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 20, S. 171 ff.

281 Alpert, S. 46.

282 Alpert, S. 45–49; Abramowitsch, S. 6.

283 Vgl. Pol.Rgt.Mitte, Ia, an die Einheiten des Regiments v. 17. 7. 1941, BA F 56754 unpag., auch in BA D-H P 812 unpag.; Tagebuch Bach-Zelewski v. 14., 16. und 22. 7. 1941 (Treffen mit Major Skowronnek, Verbindungsoffizier der Ordnungspolizei bei OKH/GenQu, vgl. Anm. 3/180), BA R 20/45b, Bl. 4. – An dieser Stelle ist eine Bemerkung zur Echtheit des Tagebuchs Bach-Zelewskis am Platz. Dieses liegt nur im zweiten Teil (Mai 1943 bis Januar 1945) – schlecht erhalten – im Original vor, der erste Teil hingegen als maschinenschriftliche Abschrift (BA R 20/45a/b, einige Originalfragmente in ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. 8, Umschlag Bl. 69). Es wurde angeblich von Bach-Zelewski im April 1945 bei Salzburg in einer Blechkassette vergraben und nach längerer Zeit durchnäßt wieder ausgegraben, wofür Bach einige aller-

Den Schwerpunkt der Ermittlungs-, Selektions- und Tötungsaktivitäten der Einsatzgruppe B bildete im Juli 1941 Minsk, die erste von den Deutschen eroberte Großstadt im schon vor 1939 sowjetischen Gebiet. Nebe, selbst seit dem 5. Juli in Minsk, hatte dort einen Großteil seiner Einsatzgruppe konzentriert, auch ein Erschießungskommando, das vom EK 9 entsandt wurde.²⁸⁴ Die Einsatzgruppe betrachtete die »Durchkämmung« von Minsk vorläufig als ihre Hauptaufgabe, da zwischen Minsk und Moskau »keine an Städte gebundene sicherheitspolizeiliche Arbeit erforderlich« sei.²⁸⁵ In Minsk wurden mehr als drei Wochen lang Tag für Tag Menschen erschossen, im Durchschnitt wohl 200 täglich, also allein im Juli mindestens 5000 Personen, über die Hälfte der damals 350 täglichen Todesopfer der Einsatzgruppe. Bereits um den 10. Juli hatten sich »die Liquidierungen eingespielt«.²⁸⁶ Viele Mitglieder der Exekutionskommandos erinnerten sich, an vier, fünf oder acht Exekutionen teilgenommen zu haben.²⁸⁷ Die Opfer wurden aber entgegen der Feststellung des Landgerichts München I nur zum kleineren Teil aus der Stadt Minsk zur Ermordung geholt. Sie kamen meist aus dem schon beschriebenen Zivilgefangenenlager.²⁸⁸ Nach

dings zweifelhafte Zeugen beibringen konnte: Vern. M. v. S. v. 20. 12. 1951 und eidesstattl. Erkl. E. R. (ehemals Bachs und v. Gottbergs Ia) und H. S. v. 3. bzw. 10. 12. 1951, ebd., Bd. 7, Bl. 139–143 und 149. Die Abschrift im Bundesarchiv entstand »unter Benutzung« einer durch Bach-Zelewski gefertigten Abschrift: Bundesarchiv (gez. i. A. Dr. M.) an Bach-Zelewski v. 27. 6. 1955, ebd., Bd. 8, Bl. 68. Nach Erkenntnissen des Bayerischen LKA ist es nicht auszuschließen, daß Bach den ersten Teil des Originals, der während Bachs Spruchkammerverfahren in München 1951 verschwand, vernichtete und die Abschrift fälschte: Bundesarchiv an ZStL v. 18. 11. 1966, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiakten III,1, Bl. 93f. Genauere Erkenntnisse liegen nicht vor. Vom Vergleich inhaltlicher Bezüge mit einwandfreien Quellen her ist die Echtheit des Tagebuchs nicht eindeutig überprüfbar, da in letzterem Eintragungen bei weitem nicht unter jedem Tag zu finden sind und die vorhandenen Eintragungen nur punktuell über das Geschehen berichten. Z.B. landete Bach bei der Massenexekution in Pinsk Anfang August 1941 nachweislich mit seinem Flugzeug neben dem Erschießungsplatz (Vern. H. W. v. 20. 4. 1961, L.D. (jüdischer Zeuge) v. 27. 3. 1961, O. K. v. 3. 7. 1962, C. B. v. 24. 9. 1962 und F. M. v. 16. 1. 1963, StA Wolfenbüttel Nds 62 Fb., Nr. 1265, Bl. 79–82, 116–119, Nr. 1266, Bl. 122–126, Nr. 1267, Bl. 6–10, und Nr. 1269, Bl. 36), was im Tagebuch nicht erwähnt ist, doch ist dieses lückenhaft und berichtet zu jener Zeit nur über einen militärischen Einsatz des Pol.Btl. 316 (Eintragungen v. 5., 7. und 9. 8. – 6. und 8. 8. fehlen, BA R 20/45b, Bl. 7). Viele Mitteilungen im Tagebuch sind aber durch andere Quellen verifizierbar, es ist ohne Zweifel streckenweise authentisch. Manche Datierungen sind allerdings um einen oder zwei Tage verschoben, wie möglicherweise im o. g. Treffen mit v. Schenckendorff. Bach dürfte einzelne Stellen gefälscht, hinzugefügt oder weggelassen haben. Vielleicht machte er über viele Verbrechen auch aus Vorsicht von vornherein keine Eintragung. Als Quelle kann das Tagebuch nur mit Vorsicht benutzt werden.

²⁸⁴ Vgl. Vern. A. W. v. 16. 4. 1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 158–159R, und im übrigen S. 540f. in dieser Darstellung.

²⁸⁵ Zitate aus EM 17 und 27 v. 9. und 19. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1457 und 1533.

²⁸⁶ »In Minsk werden bis auf weiteres täglich etwa 200 Personen liquidiert.« EM 36 v. 28. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1691. Nach EM 21 v. 13. 7. 1941, die ungefähr den Stand vom 8. oder 10. Juli wiedergab, waren bis dahin »1050 Juden [...] zunächst liquidiert« worden: »Weitere werden laufend zur Exekution gebracht« (BA-MA SF-01/28929, Bl. 1493, Zitat im Text Bl. 1499). Da erst am 5. Juli mit den Erschießungen begonnen worden sein kann, betrug auch hier der Durchschnitt etwa 200 Ermordete täglich. So dürfte es während der ganzen Folgezeit gewesen sein. Vgl. auch EM 43 und 50 v. 5. und 12. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1791 und 1891.

²⁸⁷ Vern O. M. v. 6. 6. 1945, BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 101; Vern. A. G. v. 23. 2. 1959 und A. W. v. 16. 4. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 637/R und 811. Vgl. Urteil LG München I v. 21. 7. 1961, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 17, S. 673f.

²⁸⁸ Hierzu eindeutig EM 21 und 36 v. 13. und 28. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929–30, Bl. 1493 und 1691; dagegen Urteil LG München I v. 21. 7. 1961, wie Anm. zuvor, S. 669–674.

Aussagen von Anwohnern waren allerdings unter den Mordopfern, die am Graben bei Drosdy im Juli 1941 erschossen wurden, auch Frauen und möglicherweise Kinder.²⁸⁹

Eine weitere Massenerschießung von Insassen eines Zivilgefangenenlagers wurde am 18. Juli in Baranowitschi durchgeführt. Ihr fielen 381 »jüdische Funktionäre, Aktivisten und Plünderer« zum Opfer. Beteiligt war ein Teil des EK 8 in Anwesenheit Bach-Zelewskis, dem Montua das Polizeiregiment gemeldet haben soll, und dem Verbindungsoffizier zwischen Einsatzgruppe B und HSSPF; zuvor hatte es in dieser Stadt schon »kleinere« Aktionen gegeben.²⁹⁰ Außerdem traf sich Bach-Zelewski dort am 30. Juli mit Daluege zu einem langen Gespräch unter vier Augen und am 31. mit dem HSSPF Rußland-Nord, Hans-Adolf Prützmann.²⁹¹

Dazu kam eine Vielzahl nicht mehr genau nachvollziehbarer kleinerer Aktionen. Beispielsweise wurden in der Ereignismeldung 43 nicht weniger als 30 Orte aufgezählt, in denen die Einsatzgruppe B im Berichtszeitraum »Liquidierungen« vollzogen hatte. Oft wurde dabei anhand von vorbereiteten oder auf Grund von Denunziationen erstellten Namenlisten vorgegangen. Es gab also eine große Dunkelziffer an Morden. In Borissow sollen vom Juli 1941 an beispielsweise 2000 Juden binnen drei Monaten in Gruppen von etwa 50 bis 60 Menschen erschossen worden sein.²⁹² Auf Grund dieser Rekonstruktion scheinen die oben angegebenen Gesamtzahlen eher unter- als übertrieben.²⁹³

Es fällt auf, daß bei fast allen Exekutionen Einheiten von Sicherheits- und Ordnungspolizei gemeinsam beteiligt waren. Reine Sipoaktionen gab es entgegen dem landläufigen Bild strenggenommen noch gar nicht (nur teilweise beim Minsker Zivilgefangenenlager), ebensowenig reine Orpoaktionen außer der Gewaltorgie am 27. Juni in Bialystok. Zur besseren Koordination dienten dabei das häufige persönliche Eingreifen des HSSPF Bach-Zelewski, des Chefs der Einsatzgruppe B, Nebe,²⁹⁴ und des Polizeiregiments Mitte, Montua, sowie persönliche Kontakte mit Himmler, Heydrich und Daluege bei deren häufigen Besuchen. Kaum eine »Aktion« ohne einen solchen Besuch. Dies kann man auch als Zeichen von Unsicherheit der unterstellten Einheiten über das Vorgehen bei den Massenmorden deuten.

289 Vgl. Vern. A. M. Geran, I. P. Zerlukewitsch, M. N. Milewska und I. M. Milaschewski (russ.), alle v. 24. 7. 1944, ZStA Minsk 845-1-62, Bl. 49-54 und 58-59.

290 Vgl. EM 32 v. 24. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1636; EGr B, Notiz für Heeresgruppe Mitte v. 22. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 21 (»zahlreiche jüdische Aktivisten« usw. ohne Zahlenangabe); StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Einstellungsvermerk v. 18. 4. 1980, in: StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiakten III,2, Bl. 538 und 542 (hiernach sogar 2000-3000 Opfer); Vern. R. V. v. 19. 3. 1960 und R. S. v. 12. 4. 1960, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1329/R und 1339R-41R; Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 1, S. 153. Ogorreck 1996, S. 124 f., geht von einem weiteren Massaker an fast 1000 Juden in Baranowitschi aus.

291 Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 31. 7. 1941, BA R 20/45b, Bl. 6, und Vern. R. S. (Verbindungsoffizier der EGr B beim HSSPF) v. 12. 4. 1960, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1342.

292 EM 43 v. 5. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1789; EM 27 v. 19. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1570; Vern. F. U. v. 12. 4. 1961, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 21, Bl. 192-194. Zu Borissow: Auszug aus der Vern. D. D. Egow v. 28. 1. 1947, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. »Braunes Buch«, Bl. 281.

293 In der aus Bach-Zelewskis Angaben zu errechnenden Zahl 20000 fehlten offenbar die Opfer der EGr zbV. Dies ergibt sich aus der Summierung der hier beschriebenen Verbrechen und einer geschätzten Dunkelziffer von 2000 Toten.

294 Nebe beanspruchte vor allem die Initiative bei den »Liquidierungs-Aktionen in Bialystok und Minsk« für sich. EGr B, Tätigkeitsbericht für 23. 6.-13. 7. v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 10. Im Fall Bialystok könnte es um eine dritte, hier nicht erörterte Massentötung gegangen sein.

Die hauptsächliche Zielgruppe der Tötungen war im Juli 1941 die »jüdische Intelligenzschicht«, genauer die als unnütz betrachteten Intelligenzler, »Lehrer, Professoren, Rechtsanwälte usw. mit Ausnahme der Mediziner«, die laut Nebe etwa bis zum 20. Juli in Minsk insgesamt »liquidiert« waren.²⁹⁵ Das gleiche galt für den ganzen Einsatzgruppenbereich: »Das Schwergewicht der exekutiven Tätigkeit richtete sich *zunächst* gegen die jüdische Intelligenz.«²⁹⁶ Als in den später eroberten Gebieten die »intellektuellen Großstadtjuden« durch Flucht als Mordopfer weitgehend ausschieden, war es Nebe zufolge – ohne Ausdehnung der Zielgruppe – »kaum möglich, die Liquidierungsziffer[n] auf der bisherigen Höhe zu halten.«²⁹⁷ Die als nützlich angesehenen Juden wurden indes noch ausgespart, denn: »Die bisherige polizeilich-exekutive Tätigkeit im weissruthenischen Gebiet wurde nach dem Grundsatz ausgerichtet, die jüdische Führungsschicht möglichst wirksam zu treffen, aber im Interesse der Kriegführung die Wirtschaft nicht mehr als unbedingt nötig zu stören.«²⁹⁸ Das war auch mit der Abteilung VII/Kriegsverwaltung der Feldkommandantur in Minsk abgestimmt, die keineswegs im unklaren gelassen wurde und meldete: »Ferner hat die deutsche Sicherheitspolizei *entsprechend ihrem Auftrag* die jüdische Führerschaft und Intelligenz bis auf die lebenswichtigen Spezialisten wie z. B. Ärzte weitgehend liquidiert.«²⁹⁹ Der Auftrag der Einsatzgruppe B war also klar definiert, er wurde *als vorläufig angesehen*, und sie führte ihn durch.

Die Motive für diese Morde können wie folgt beschrieben werden. Von der jüdischen Bevölkerungsgruppe wurde aus nationalsozialistischer Sicht erwartet, daß sie das sowjetische System – dessen Drahtzieher sie angeblich war – besonders heftig verteidigen würde. Sie würden, so die Annahme, auch den wirtschaftlichen Ausbeutungsplänen besonderen Widerstand entgegensetzen. Auch deshalb bezeichnete Heydrich in seinem berüchtigten Schreiben an die HSSPF im Osten am 2. Juli 1941 die »politische Befriedung« als »Nahziel« der Einsatzgruppen und Voraussetzung für die »wirtschaftliche Befriedung«.³⁰⁰ In den Berichten der Einsatzgruppen aus den folgenden Monaten spielte der Legitimationszusammenhang, Juden seien Partisanen oder leisteten Widerstand, »hetzten« oder betrieben Sabotage, eine hervorstechende Rolle.³⁰¹ Mit dieser Begründung beteiligten sich auch Wehrmachteinheiten an Judenmorden oder ergriffen selbst die Initiative dazu.³⁰² Im Rahmen der rassistischen Welt-

295 EM 32 v. 24. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1637. Ähnlich EGr B, Notiz für Heeresgruppe Mitte v. 22. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 21.

296 EM 43 v. 5. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1787 (Hervorhebung C. G.).

297 EM 73 v. 4. 9. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2187.

298 Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen v. 31. 7. 1941, Nbg. Dok. NO-2651.

299 FK Minsk-Land, Abt. VII/Kriegsverwaltung, Lagebericht v. 14. 8. 1941 (gez. Kraaz), BA F 15266, Bl. 2835 (Hervorhebung C. G.). Vgl. EM 43 v. 5. 8. 1941: »Die Zusammenarbeit mit den [...] Feldkommandanturen [...] war ausnahmslos gut. In zahllosen Fällen erfolgte eine gegenseitige Unterrichtung über beabsichtigte Maßnahmen oder eine gegenseitige Unterstützung bei notwendigen Aktionen.« BA-MA SF-01/28930, Bl. 1789.

300 Informatorisches Schreiben Heydrichs an die HSSPF in den besetzten sowjetischen Gebieten v. 2. 7. 1941, BA R 58/241, Bl. 314f.

301 Vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 343–345; Headland, S. 72–81.

302 Siehe S. 602–606, 611f., 615–620 in dieser Darstellung. So begründeten Offiziere des Inf.Rgt. 354 ihre Beteiligung an den Morden in Krupka, Cholopenitschi und Umgebung mit der Partisanengefahr, die von

anschauung der Täter waren das nicht einmal nur Vorwände und Bemäntelungen, sondern die jüdische ›Gefahr‹ erschien real. Die größte Bedrohung für die Deutschen ging angeblich von der jüdischen »Intelligenz« aus, die am ehesten Widerstand würde leisten können. Ihre Ermordung sollte die Juden wehrlos machen. Überdies sah der Hungerplan, der zumindest der SS- und Polizeiführung bekannt war und den zu unterstützen sie als ihre Aufgabe verstand,³⁰³ ohnehin den baldigen Tod aller Juden in den weißrussischen Städten vor.

Heydrich definierte einmal weitergehend »die *sowjetrussischen* Intelligenzler« aus den Kriegs- und Zivilgefangenenlagern als jene Gruppe, die zu töten war.³⁰⁴ Das dürfte mit der Praxis bei der Einsatzgruppe B und den Polizeibataillonen insofern übereingestimmt haben, als diese »sowjetrussischen Intelligenzler« unter die gemeldeten ermordeten Kommunisten gefallen sein dürften. Für die Ziele der Vernichtungsaktionen von SS und Polizei sind bisher drei schriftliche Befehle von übergeordneter Stelle bekannt, die im Juli 1941 in Weißrußland gültig waren. Bekanntlich hatte zum ersten Heydrich bei Kriegsbeginn den Einsatzgruppenchefs befohlen, zu »exekutieren« seien die meisten Funktionäre von Staat und kommunistischer Partei, »Juden in Partei- und Staatsstellungen« sowie die »sonstigen radikalen Elemente (Saboteure, Propagandeure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.)«. Am 2. Juli informierte er hierüber die HSSPF in den besetzten sowjetischen Gebieten.³⁰⁵ Damit ging Heydrich strenggenommen *nicht* über die für die Wehrmacht geltenden Weisungen, nämlich Kommissarbefehl und Kriegsgerichtsbarkeitserlaß, hinaus (vgl. Kap. 2.2d), außer in einem Punkt: wenn man »Juden in Partei- und Staatsstellungen« so deutet, wie es gemeint gewesen sein dürfte, nämlich im Sinn von ›Juden, die Staatsangestellte sind‹.³⁰⁶ Dies wäre kaum vom skizzierten Auftrag der Einsatzgruppe B abgewichen. Auf diesen Befehl bezog sich Nebe in einem Bericht, der zwischen dem 5. und 7. Juli entstand.³⁰⁷ Mehr noch, am 5. Juli berichtete er aus Bielsk: »Führer der jüdischen In-

den Juden in der Nähe der Nachschublinien ausgehe. Siehe die insoweit glaubwürdige Aussage in der Vern. des ehemaligen Chefs des Teilkommandos Borissov des EK 8, Werner Schönemann, v. 9. 3. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 614f.

303 S. o. S. 52–54.

304 Richtlinien für die in die Stalags abzustellenden Kommandos des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD v. 17. 7. 1941, abgedruckt bei Streim 1981, S. 320.

305 Chef der Sicherheitspolizei und des SD, B.Nr. IV-1100/41geh.Rs. v. 2. 7. 1941 (beglaubigte Abschrift), BA R 58/241, Bl. 314–319, auch BA R 70 SU/32. Vgl. Krausnick 1981, S. 157. Die von Heydrich erwähnten Weisungen Daluges an die HSSPF sind bisher nicht rekonstruierbar. Sie sollen am 22. 6. 1941 ergangen sein (Enzyklopädie des Holocaust, Bd. 1, S. 397). Heydrich schrieb am 2. 7., daß er, wäre er von dem Treffen in Berlin unterrichtet gewesen, den HSSPF dort seine Weisungen erteilt hätte. Es ist also anzunehmen, daß die Weisungen vom 2. 7. dem Stand vom 22. 6. entsprachen.

306 »Juden in [hohen] Partei- und Staatsstellungen« hätte Heydrich nämlich nicht extra erwähnen müssen, da sie schon unter die zuvor angeordnete Tötung der »höheren, mittleren und radikalen unteren« Funktionäre oder »Berufspolitiker« gefallen wären, vgl. ebd. Andere Deutung bei Krausnick 1981, S. 157.

307 »Auf Grund der vom RSHA gegebenen Weisungen wurde[n] in allen genannten Städten Weißrußlands die Liquidierungen an Funktionären des Staats- und Parteiapparates vorgenommen. Betreff der Juden wurde im gleichen Sinn nach den Befehlen gehandelt.« Diese »auffällige« Formulierung, die Krausnick (1981, S. 164) als Indiz für die Existenz eines anderen, weitergehenden Befehls nahm, läßt sich ohne weiteres mit der genannten Deutung des Befehls in Einklang bringen. EM 17 v. 9. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1452f. Die Datierung ergibt sich aus dem dort skizzierten Standort des EK 8.

telligenz (insbesondere Lehrer, Rechtsanwälte, *Sowjetbeamte*) liquidiert.«³⁰⁸ Nebe hatte Heydrich genau so verstanden wie hier ausgeführt.

Zweitens hatte Montua am 11. Juli Bach-Zelewskis Befehl bekanntgegeben, »alle als Plünderer überführten männlichen Juden im Alter von 17–45 Jahren sofort standrechtlich zu erschießen«.³⁰⁹ Auch dieser Befehl war dem Wortlaut nach sinnlos, denn Plünderer, welchen Alters und Herkommens auch immer, waren in jedem Fall zu erschießen. »Plünderer« war also eine Worthülse, ein Vorwand.³¹⁰ Sollten alle jüdischen Männer zwischen 17 und 45 ermordet werden?³¹¹ Im Juli 1941 geschah dies nicht. Eine Ausnahme bildete Brest, wo – allerdings vor Erteilung dieses Befehls – die meisten Männer in diesem Alter getötet wurden.³¹² Auch die noch unbestrittene Erhaltung der jüdischen Facharbeitskräfte, meist Männer, spricht gegen eine solche Deutung. Vielmehr gab der Befehl vom 11. Juli den Altersrahmen vor, innerhalb dessen die Opfer ausgewählt werden sollten. Tatsächlich waren die allermeisten in Weißrußland zu dieser Zeit ermordeten Juden Männer im arbeitsfähigen Alter, etwa zwischen 15 und 60 Jahren.³¹³ Mit dem Einhalten der Altersgrenzen nahmen es die Kommandos, die manchmal Menschen wahllos zusammentrieben, nicht so genau, wie das Beispiel Slonim gezeigt hat.³¹⁴ So kam es auch, daß vereinzelt Frauen und Kinder in Minsk mit erschossen wurden. In Wilejka wurden sie Ende Juli offenbar erstmals gezielt einbezogen.

Der dritte Befehl ging am 17. Juli 1941 von Heydrich an die Einsatzgruppen. Er ordnete an, alle Juden aus den Zivilgefangenenlagern zu ermorden.³¹⁵ Dieser Befehl wurde von der Einsatzgruppe B nur zum Teil ausgeführt, sie selektierte die Opfer vor dem Morden. Zuvor hatte das RSHA schon am 28. Juni den Befehl entworfen, alle jüdischen Kriegsgefangenen in den Stalags zu töten.³¹⁶

Eine weitere Zielgruppe der Massenmörder neben den Juden waren die »Bolschewisten«. Die betreffenden Befehle für ihre Tötung wurden schon genannt.³¹⁷ In den

308 EM 13 v. 5. 7. 1941, ebd., Bl. 1425 (Hervorhebung C. G.). Nebes Bericht stammte ausdrücklich vom gleichen Tag.

309 Polizei-Regiment Mitte -Ia 15 34- (gez. Montua [Abschrift]) v. 11. 7. 1941, BA F 56753 unpag., als Faksimile abgedruckt bei Adamowitsch/Bryl/Kolesnik (russ.), S. 297.

310 Das bestätigte auch Nebe, der oberste deutsche Kriminalbeamte, indem er schrieb: »Plünderungen sind selbstverständlich als Folge der herrschenden Lebensmittelknappheit und des Mangels an Gebrauchsgegenständen oder der Obdachlosigkeit [...]. Von einer Gefahr für den normalen Ablauf der Verwaltung und Wirtschaft von dieser Seite her kann jedenfalls keine Rede sein.« An anderer Stelle sprach er von »kleinere[n] Diebstähle[n]«, einer »normalen Erscheinung«. EGr B, Polizeilicher Tätigkeitsbericht für 17–23. 8. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 36, und EM 73 v. 4. 9. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2188 und 2198.

311 So Hilberg, Täter, S. 45. Montua konnte dazu nach dem Krieg nicht mehr befragt werden. Er beging im Mai 1945 Selbstmord. Vgl. Vermerk StA Bochum Js 13/59 v. 22. 7. 1959, BA D-H ZM 1641, A. 9.

312 Für Oshchmiany und Wilejka reichen die Belege zur Beurteilung nicht aus. Die Aktion in Oshchmiany fand ebenfalls vor dem 11. 7. 1941 statt.

313 Vgl. auch Urteil LG München I 22 Ks 1/61 v. 21. 7. 1961, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 17, S. 670.

314 Dennoch kann man insgesamt noch nicht von einer beliebigen Auswahl der Opfer unter den jüdischen Männern sprechen wie Longerich 1998, S. 337 und 352.

315 Chef Sipo/SD, Einsatzbefehl Nr. 8 v. 17. 7. 1941, Anlage 1 und 2, in: Streim, S. 318–320. Vgl. S. 504f. in dieser Darstellung.

316 Siehe Anm. 7/9.

317 Vgl. Kap. 7.1a und 10.1 in dieser Darstellung. Weiter Pol.Rgt.Mitte -Ia 12 24- an die Einheiten, Betr.: Verhalten gegenüber der weißruthenischen und polnischen Bevölkerung v. 17. 7. 1941 (BA F 56754), für die auf

Ereignismeldungen sind zahllose Aktionen gegen diese nicht zu Unrecht als nazi-feindlich eingeschätzte Gruppe erwähnt. Die polnische Intelligenz wurde gemäß Heydrichs Befehl dagegen zunächst unbehelligt gelassen.³¹⁸ SS und Polizei nahmen damit auch Rücksicht auf Einwände der Heeresgruppe Mitte, in deren Oberkommando man es vor dem 22. Juni sogar nicht für ausgeschlossen gehalten hatte, daß »sämtliche Eisenbahnbeamte beseitigt oder in Lager verbracht« würden; dann bestehe »keinerlei Hoffnung, einen planmäßigen und für unsere wirtschaftlichen Ziele einigermaßen leistungsfähigen Fahrbetrieb durchzuführen.«³¹⁹ Bemerkenswert, daß sich der Bevollmächtigte Transportoffizier der Heeresgruppe im betreffenden Schreiben nicht, was näher gelegen hätte, auf die militärische Bedeutung des Eisenbahnverkehrs, sondern auf seine wirtschaftliche bezog. Die »Aussortierung« des Minsker Zivildgefangenenlagers benutzte die Einsatzgruppe B auf solche Bitten hin auch »zu dem Zweck, der Wirtschaft dringend benötigte Kräfte zuzuführen«.³²⁰

Ebenfalls Opfer der Morde der Einsatzgruppe B waren »Asiaten«, die aus den Zivildgefangenenlagern ausgesondert wurden, vor allem in Minsk. Ihre Ermordung wurde schriftlich in Heydrichs Richtlinien vom 17. Juli befohlen; es müssen aber andere Befehle vorangegangen sein, denn die Einsatzgruppe B tötete »Asiaten« schon etwa seit dem 8. Juli.³²¹ Sie waren *alle* zu töten. Es müssen also an die Einsatzgruppen konkrete Tötungsbefehle außer der von Heydrich am 2. Juli an die HSSPF übermittelten Aufstellung, in der »Asiaten« nicht enthalten waren, ergangen sein. Die rassistisch-antikommunistische Begründung erscheint heute absurd und ist allenfalls vor dem Hintergrund zu begreifen, daß die betreffenden Menschen als undurchschaubar und »verschlagen«, als Agenten des verheulenen »Systems der Kommissare« wahrgenommen wurden. Es existierte ja nicht allein das Stichwort vom »jüdischen«, sondern auch das vom sogenannten asiatischen Bolschewismus.³²² Erschossen wurden »eine ganze Reihe von Asiaten (Kirgisen, Tataren, Tibetaner [!] usw.), die von der bolschewistischen Führung zu Zersetzungs Zwecken nach Weißrussland verpflanzt worden waren oder sich als Henkersknechte betätigt hatten.«³²³ Diese Tötungen gingen noch viele Wochen weiter. Ihr Gesamtumfang ist nicht einmal schätzungsweise feststellbar.

Wie schon ausgeführt, waren zu dieser Zeit die Kontakte zwischen SS- und Polizeispitze und Wehrmachtführung im besetzten Weißrußland eng. Auf allen Ebenen

Initiative v. Schenckendorffs »schonendste Behandlung« angeordnet wurde, jedoch: »Die bisherigen Bestimmungen über die Behandlung von Juden und Bolschewisten werden von diesem Erlaß nicht berührt.«

318 Chef Sipo/SD, Einsatzbefehl Nr. 2 v. 1. 7. 1941, zitiert in EM 10 v. 2. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1399. Vom GenQu (Schmidt v. Altenstadt) übersandt, auch in den Ic-Akten der H.Gr. Mitte, BA-MA WF-03/9121.

319 Bevollmächtigter Transportoffizier bei Heeresgruppenkommando B Nr. 380/41g.Kdos., Betr.: Russisches Eisenbahnpersonal v. 11. 6. 1941 an Ic und ders. an v. Schenckendorff vom gleichen Tag (zur Weitergabe an den vorgesehenen zuständigen Einsatzgruppenchef Rasch), BA-MA WF-01/9121. Vgl. zur exzessiven Auslegung des Kommissarbefehls Kap. 7.1a dieser Darstellung.

320 EM 43 v. 5. 8. 1941, BA-MA SF-01/2930, Bl. 1791.

321 Siehe Krausnick 1981, S. 159, und EM 21 v. 13. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1493: »Hinsichtlich der noch im Lager verbliebenen Nichtjuden wurde mit der Liquidierung der Kriminellen, der Funktionäre, der Asiaten usw. begonnen.« Zur Mordpraxis Kap. 8.4a dieser Darstellung.

322 Vgl. auch Longerich 1998, S. 404f.

323 Vgl. EM 21, wie vorangegangene Anm.; Zitat: EM 43 v. 5. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1787. Zum folgenden EM 36 v. 28. 7. und EM 73 v. 4. 9., abgedruckt bei Kohl, S. 261f.

wurde das Verhältnis zwischen SS und Wehrmacht durch die Judenvernichtung nicht getrübt, sondern einhellig als »ausgezeichnet«, »befriedigend und reibungslos«, als »ausgezeichnet« und die »denkbar beste«, von »völlige[r] Übereinstimmung« geprägt charakterisiert. Es wurde im »Einvernehmen mit der Sicherheitspolizei« gehandelt.³²⁴ Die 2. Armee verlangte eine Aufhebung der Beschränkungen des Einsatzes der SS- und Polizeieinheiten in den Armeebereichen, da die Tätigkeit des SK 7b »von der Truppe immer dankbar empfunden worden« sei, das SK jedoch für »dringende Maßnahmen« wie die »Errichtung von Konzentrationslagern« allein zu schwach sei. Für die Heeresgruppe war das alles kein Problem, da die Vereinbarung zwischen Wagner und Heydrich »nur formelle Bedeutung« habe!³²⁵ Man hatte bei den ersten Stufen der Judenverfolgung zusammengearbeitet – Kennzeichnung, Entrechtung, Ghettoisierung – warum nicht jetzt? Es sind höchst komplizierte Fragen, wie weit die Weisungsbefugnis der Militärorgane gegenüber SS und Polizei ging, die die Einsatzgruppe B als die »übergeordneten militärischen Dienststellen« bezeichnete, oder wie weit die verbrecherischen Befehle bei der Wehrmacht selbst reichten.³²⁶ Aber diese Fragen sind zweitrangig. Denn wegen der grundsätzlichen Übereinstimmung hatten sie kaum wirkliche Auswirkungen auf den Vernichtungsprozeß.³²⁷

7.2 Der Beginn der vollständigen Vernichtung der weißrussischen Juden im Spätsommer und Herbst 1941

a) Die »Aktion« der SS-Kavallerie-Brigade im Polesje

Im August 1941 änderte sich die deutsche Vernichtungspolitik gegenüber den Juden. Einen Anhaltspunkt dafür bietet der Mordfeldzug der SS-Kavallerie-Regimenter in den Pripijetsümpfen.³²⁸ Die Regimenter gehörten zu den Einheiten des Kommandostabs Reichsführer-SS, die zwischen dem 22. und 27. Juni 1941 im Verband des

324 In der Reihenfolge Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen v. 31. 7. 1941, BA F 3661, Bl. 695; EM 90 v. 21. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2478 (»Bei den Wehrmachtstellen besteht ein allgemeiner Ruf nach der Sicherheitspolizei«); EGr B, Tätigkeitsbericht für 23. 6.–13. 7. v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 10; EM 27 v. 19. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1569; FK 812, Militärverwaltungsgruppe, Lagebericht v. 20. 7. 1941, BA F 15266, Bl. 2825; Berück Mitte, Ic, Tätigkeitsbericht August 1941, BA-MA WF-03/13303, Bl. 653f. Allgemein hierzu Krausnick/Wilhelm 1981, besonders S. 205–278 und 598–605; ferner der Ausstellungskatalog »Vernichtungskrieg«.

325 AOK 2, Ic/AO v. 10. 8. 1941, BA-MA RH 20–2/1091, Anlage 337 (siehe auch Ogorreck 1996, S. 118), und EGr B, Lagebericht v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 10. Die H.Gr. Mitte genehmigte deshalb den Einsatz von Sonderkommandos auch bei den Panzergruppen.

326 Zitat: EM 24 v. 16. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1533. So gaben Ia und Ic der 9. Armee dem SK 7a laut Aussage des damaligen Verbindungsoffiziers Weisungen: Eidesstattl. Erkl. Karl Radl, BA F 72908, VDB Blume II, Bl. 1–6.

327 Auf Kommandeure und Stäbe der rückwärtigen Wehrmachteinheiten bezogen, ist Heer 1994, S. 28, zuzustimmen, nicht aber hinsichtlich *aller* Truppenkommandeure und vor allem nicht *aller* unteren Dienstgrade. Die Hintergründe der antijüdischen Aktivitäten der Wehrmacht im Jahr 1941 und ihrer Vorbereitung vor dem 22. Juni 1941 bleiben ein Desiderat der Forschung.

328 Hierzu liegen bereits kurze Abhandlungen vor: Büchler, hier S. 15–17; Birn 1991, S. 275–290, hier S. 275–284. Siehe auch Krausnick 1981, S. 222f.

XXXXII. Armeekorps im »Sicherungs- und Säuberungsdienst« eingesetzt worden waren, wobei die SS-Kavallerieregimenter der 87. Infanteriedivision unterstellt waren.³²⁹ Für die SS-Führung verlief dieser improvisierte, erst am 19. Juni vereinbarte Einsatz ziemlich unbefriedigend. Deswegen wurden die Einheiten des Kommandostabs, die zuvor nur allgemein militärisch ausgebildet waren, für drei Wochen auf Truppenübungsplätze für eine spezielle Zusatzausbildung zurückgezogen, die sie besser auf die »Befriedung« im rückwärtigen Gebiet vorbereiten sollte.³³⁰ Himmler besuchte die SS-Kavallerie-Regimenter in Lyck/Ostpreußen, scheint dabei ihren künftigen Einsatz aber nur angedeutet zu haben.³³¹

Bereits am 7. Juli hatte sich der Chef des Kommandostabs Reichsführer-SS, SS-Brigadeführer Kurt Knoblauch,³³² mit Bach-Zelewski und v. Schenckendorffs Stabschef in Białystok zu einer Einsatzbesprechung getroffen. Am 10. Juli kündigte der Kommandostab an, die SS-Kavallerie-Regimenter würden möglicherweise im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte zum Einsatz kommen.³³³ Nachdem die 252. Infanteriedivision und das Polizei-Regiment Mitte zwischen dem 12. und 18. Juli mit der »Säuberungsaktion« in den Pripjetsümpfen beauftragt, die Polizeieinheiten aber laut Montuas Meldung wegen der schlechten Straßenverhältnisse nicht vorwärtsgekommen waren – ähnlich ging es später der 1. SS-Infanterie-Brigade –,³³⁴ bewegte Bach-Zelewski Himmler, die »systematische Durchkämmung« in den »Priepjet-Sümpfen[!]« am 19. Juli den 4000 Mann starken SS-Kavallerie-Regimentern zu befehlen.³³⁵

329 Vgl. S. 86f. in dieser Darstellung. Ferner: KTB 87. Inf.Div. v. 21.–28. 6. 1941, BA-MA RH 26-87/22; KTB KdoStab RFSS v. 19. 6.–1. 7. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 17–25; Gerlach, Männer, S. 431. Nach Longerich 1998, S. 366, war ursprünglich geplant, die Brigaden frühestens zehn Tage nach Beginn der Invasion einzusetzen.

330 Dem ging am 30. 6. eine Besprechung Himmlers mit dem Chef des KdoStabs Knoblauch und den Einheitsführern Herrmann (1. SS-Inf.Brig.), v. Treuenfeld (2. SS-Inf.Brig.) und Fegelein (SS-Kav.Rgt. 1) voraus. Vgl. KTB KdoStab RF-SS v. 6.–9. 7. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 26–28 (Zitat S. 26); KdoStab RFSS, Ia, v. 30. 6. 1941, BA-MA SF-01/37542; Vorschriftenverzeichnis »Einsatz von Truppen zur Befriedung des rückwärtigen Heeresgebietes und des Gebietes der politischen Verwaltung«, BA-MA SF-01/37543; entsprechende Materialien in BA-MA RS 4/420; KdoStab RFSS, Tätigkeitsbericht 14.–20. 7. v. 23. 7. 1941, BA NS 33/39, Bl. 69; Brief E. S. (ehem. 1. SS-Inf.Brig.) an StA München I (1968, Abschrift) und deren Teileinstellungsverfügung 118 Js 6/71 v. 15. 3. 1972, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bl. 3438 und 6910.

331 Vgl. Birn 1991, S. 280; Vern. A. H. und K. W. v. 14. 6. und 19. 11. 1962, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1266, Bl. 73, und Nr. 1279, Bl. 52f.

332 * 1885, NSDAP-Mitglied seit 1. 5. 1933, SS-Mitglied als SS-Sturmabführer seit 12. 4. 1935, Karriere im SS-Hauptamt; 30. 1. 1942 SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS. Im Ersten Weltkrieg Bataillonskommandeur, 25. 4. 1937 Leiter der Abteilung für Mobilmachungsfragen im Stab Stellvertreter des Führers, Ende 1940 Befehlshaber der Waffen-SS in den Niederlanden, seit 7. 4. 1941 Chef KdoStab RFSS. Vgl. BDC Kurt Knoblauch.

333 Zum letzten Punkt Büchler, S. 15; zum ersten KTB KdoStab RFSS v. 7. 7. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 27. Bachs Tagebuch (10. 7., BA R 20/45b, Bl. 3) dürfte in dieser Passage gefälscht oder die Datumsangabe falsch sein, da er erst am 9. Juli nach Białystok gekommen sein will. Das stimmt aber nicht, vgl. Angrick u. a., S. 331f.

334 Vgl. KTB 252. Inf.Div. v. 12.–18. 7. 1941 (besonders 17. und 18. 7.), BA-MA RH 26-252/73; Funkspruch 1. SS-Inf.Brig. an Himmler und KdoStab RFSS v. 28. 8. 1941, BA D-H Z/A-I 8070, A. 1, Bl. 52.

335 »Der Ogruf. [Bach-Zelewski] erwirkt beim Reichsführer SS den Einsatz der SS-Kavalleriebrigade zur Säuberung der Pripjetsümpfe.« So rückblickend I/Pol.Rgt. 14, Erfahrungsberichte über Bandenbekämpfung und Berichte über Einsatz, BA R 20/6, Bl. 3. Der Befehl: Himmler an Bach-Zelewski v. 19. 7. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 219. Vgl. auch Stärkemeldung der SS-Kav. Brig. in Tätigkeitsbericht für 6.–10. 8. v. 11. 8. 1941, BA-MA M 974/2, Akte 16.

Sie wurden dazu Bach-Zelewski taktisch und einsatzmäßig unterstellt,³³⁶ hinsichtlich der Versorgung dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte, der den Regimentern auch eine Reihe von Einsatzbefehlen gab. Außer mit diesem war der Einsatz auch mit Himmler persönlich abzustimmen.³³⁷ Obendrein bestand noch eine Unterstellung der nunmehrigen SS-Kavallerie-Brigade, zumindest ihrer Vorausabteilungen, unter die 162. beziehungsweise unter die 252. Infanteriedivision, die sie ablöste.³³⁸ Konflikte zwischen den Befehlsgebern sind aus dem nicht unbeträchtlichen Aktenfundus über die Vernichtungsaktion nicht ablesbar.

Das Polesje war den Deutschen wie erwähnt nicht geheuer (vgl. Kap. 2.3). Im Ersten Weltkrieg hatten sie dort militärisch Probleme bekommen, weshalb der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall v. Bock, schon im Februar 1941 an den Einsatz von Kavallerie in dieser strategisch wichtigen Region gedacht hatte. Anfang Juli 1941 hielt er es aber für militärisch unnötig, entsprechend der Anweisung des OKH stärkere Truppen, nämlich ein ganzes Armeekorps »in die Sümpfe zu jagen«, denn die militärische Bedrohung der Heeresgruppe Mitte aus diesem Gebiet war gering.³³⁹ Sie hatte bereits am 3. Juli von Norden her Rogatschew genommen. Das XXXV. Armeekorps eroberte Pinsk am 4. Juli fast kampflos (am 9. 7. traf dort ein Kommando des KdS Lublin ein) und hatte erst östlich Davidgrodek um den 10. Juli Feindberührung.³⁴⁰ Während im westlichen Polesje alles ruhig blieb, griff am 21. Juli sowjetische Kavallerie und Infanterie in Stärke etwa dreier Divisionen im Raum Bobruisk-Rogatschew Verbände der Heeresgruppe Mitte an. Sie konnten erst

³³⁶ Vgl. Himmler an Bach-Zelewski v. 19. 7. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 219; Tagebuch Bach-Zelewski v. 20. 7. 1941, BA R 20/45b, Bl. 4; Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 32 v. 21. 7. 1941, BA-MA RH 26-221/12a; KdoStab RFSS, Abt. Ia, Tätigkeitsbericht v. 6. 8. 1941, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 1, Bl. 34; Vern. K. M. (»Spieß« des SS-Kav.Rgts. 2) v. 2. 11. 1962, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1266, Bl. 234. Zu einem generellen Befehl des KdoStab Reichsführer-SS über die Unterstellung der SS-Brigaden vom 10. 7. 1941 Breitman 1998, S. 257, Anm. 59.

³³⁷ Vgl. Birn 1991, S. 275f., und OKH/Gen.St.d.H./GenQu, Abt. Kr.Verw. Qu4B v. 5. 7. 1941 an KdoStab RFSS, BA-MA SF-01/37542; Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 36 v. 1. 8. 1941, BA-MA RH 26-221/13b; ebenso Nr. 39 und 45 v. 11. und 30. 8. 1941, BA F 40540, Bl. 816 und 857. Zu Himmler KdoStab RFSS, Kommandobefehl Nr. 19 v. 19. 7. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1305, Bl. 15f.

³³⁸ Vgl. SS-Kav.Brig. an Bach-Zelewski v. 11. 8. 1941, BA-MA M 974/2, Akte 16, und 152. [d.i.252.]Inf.Div., Abt. Ia, Divisionsbefehl Nr. 21 für Säuberung und Sicherung v. 12. 8. 1941, BA D-H P 811. – Die Aufstellung der SS-Kav.Brig. wurde von Himmler am 2. 8. genehmigt, am 1. 9. wurde sie offiziell. Die Bezeichnung SS-Kav.Brig. wurde aber schon im August gelegentlich gebraucht. Vgl. KTB KdoStab RFSS v. 2. 8. 1941 (Unsere Ehre heißt Treue, S. 33); SS-Führungshauptamt v. 30. 8. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1265, Bl. 145f.; BDC, PA Hermann Fegelein.

³³⁹ Tagebuch v. Bock v. 25. 2., 2. und 10. 7. 1941, BA F 57128, Bl. 262f., 312 und 325; Klink, Operationsführung, S. 563f., 571f.; 596–599; Furlani, S. 281–297. Die einzige verbliebene Kav.Div. des Heeres wurde tatsächlich für den Einmarsch im Polesje verwendet, siehe v. Herwarth, S. 224ff. – Von Bock, der Oberbefehlshaber der H.Gr. Süd, GFM v. Rundstedt, und dessen Generalstabschef v. Sodenstern waren als Stabsoffiziere im Ersten Weltkrieg dort tätig gewesen und hatten sich ihre Laufbahn lang mit diesem Problem beschäftigt. OKH/GenStdH/Abt. Fremde Heere Ost (II), Studie über das Pripiet-Gebiet v. 21. 2. 1941, BA-MA (BArchP)F 16734; Philippi, S. 21.

³⁴⁰ Höheres Kommando XXXV, Abt. I, v. 4. 7. 1941, 23.00, BA-MA RH 26-45/22; Philippi, S. 23, 27, 29, 31 und Anlagen 8b-11b; Büchler, S. 16. Bereits am 29. 6. war eine unbekannte Zahl von Juden aus Pinsk nach Osten evakuiert worden: Eckman/Lazar, S. 250.

am 8. August von den Deutschen zerschlagen werden.³⁴¹ Der Vernichtungsfeldzug der SS-Kavallerie-Regimenter im westlichen Polesje ab dem 28. Juli hatte jedoch mit diesen militärischen Ereignissen nicht direkt zu tun.³⁴²

Im russischen Bürgerkrieg hatte es im Polesje viele Partisanen gegeben, das wußten die Deutschen auch.³⁴³ Nun sollte ein Schlag gegen den politischen Gegner in dieser Region geführt werden, vor allem gegen die mit diesem teilweise gleichgesetzten Juden. Alle potentiellen Gegner waren zu töten: Zu Recht ist die Aktion als eine Vorstufe der Partisanenbekämpfung in Form eines präventiven Massenmords dargestellt worden.³⁴⁴ Dabei ging es mehr um die Angst vor Partisanen als eine echte Bedrohung. Im westlichen Polesje waren zu dieser Zeit gar keine Partisanen tätig.³⁴⁵ Bezeichnenderweise erklärte der damalige Chef des Generalstabs des Heeres, Halder, nach dem Krieg, wenn die Wehrmacht im Besitz der Atombombe gewesen wäre, hätte sie sie im Polesje »verwenden« können.³⁴⁶ Das war keine Bemerkung, die Halder nur leichthin gemacht hätte: seine Bemühungen führten 1942 zumindest stellenweise zur Aufnahme des Gaskriegs gegen sowjetische Partisanen.³⁴⁷ Hier erschien jedes Mittel recht.

SS und Polizei reichten konventionelle Waffen, um ein Inferno anzurichten. Einheimische Verwaltung und bewaffnete Hilfspolizei waren einzusetzen, »die von sich aus jeden Partisan und Marodeur totschiagen«, wie Himmler in seinen eigens in Auftrag gegebenen »Richtlinien für die Durchkämpfung und Durchstreifung von Sumpfgebieten durch Reitereinheiten« anordnete. Wo die Bevölkerung, »national gesehen, feindlich« oder »rassisch und menschlich minderwertig« sei, seien die Männer zu töten, die Familien »abzutransportieren«, die Dörfer zu vernichten.³⁴⁸ Bach-Zelewski forderte in einem weiteren Befehl, »ohne Gnade« zu verfahren.³⁴⁹ Nicht zu vergessen ist – auch wenn das nicht in den Einsatzbefehlen stand: Dieses Gebiet, das ernäh-

341 Philippi, S. 44, 48 und Anlage 11a (v. a. S. 31: schon Anfang Juli hatten die H.Gr. Mitte und Süd Kontakt in Wysozk, was für wenig Gegenwehr spricht); Besymenski, S. 53; KTB Halder, Bd. III, S. 128 und 150 (28. 7. und 3. 8. 1941). Auch die sowjetischen Aktionen aus dem Polesje Richtung Süden kamen aus dem östlichen Bereich um Korosten (Ukraine).

342 Siehe den Funkspruch SS-Kav. Brigade an KdoStab RFSS v. 28. 7. 1941: »Durchkämpfung der Pripjetsümpfe zurückgestellt, Kav. Brigade 162. Id [Inf.Div.] zugeteilt. Stärkere russische Verbände greifen Rollbahn Sluzk-Bobruisk an. [...]« BA NS 19/3489, Bl. 17. Eine wirkliche Militäraktion und die »Durchkämpfung« waren also deutlich verschiedene Dinge. Der militärische Einsatz der SS-Kav.-Rgt. wurde rasch wieder abgeblasen.

343 Vgl. Erinnerungen Iwan Wetrow, in: In den Wäldern Belorußlands, S. 21 ff.

344 Vgl. Birn 1991, besonders S. 281 f.

345 Herwarth, S. 229 (aus der 1. Kav. Div., die im Raum Pinsk operierte).

346 »[M]an kann Atombomben [...] nur dort werfen, wo mit Sicherheit die Truppen nicht im Kampfe aufeinanderstoßen. Man kann Atombomben nur da werfen, wo man nicht selbst zu Besatzungszwecken einrücken muß. [...] wir hätten sie im Osten verwenden können, um das uns sehr gefährliche, jedoch fast unbewohnte und uns kaum zugängliche Gebiet der Pripjet-Sümpfe auszuschalten.« Bor, S. 248. – In der westlichen Partisanenbekämpfungsliteratur der Nachkriegszeit wurde ernsthaft diskutiert, ob Atombomben zur Bekämpfung von Partisanen geeignet seien: Heilbrunn, S. 146–149 (Kapitel »Partisanen und Kernwaffen«).

347 Siehe Groehler, S. 198; dadurch hinsichtlich der angeblich vermiedenen Durchführung widerlegt: Gellermann, S. 149 f. und 153.

348 KdoStab RFSS, Ia 18/o/41geh., Kommandosonderbefehl v. 28. 7. 1941 (gez. Himmler), in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 220–223.

349 Mitgeteilt in SS-Kav.Br.ig. an SS-Kav.Rgt. 2 v. 29. 7. 1941, BA-MA RS 4/936.

rungswirtschaftlich auf »fremde Zufuhren von außerhalb« angewiesen war, sollte Agrarprodukte liefern oder zumindest die Besatzung ernähren, wie es später auch geschah;³⁵⁰ dazu mußte man den Konsum reduzieren.

Die SS-Führung sicherte sich nach allen Seiten Unterstützung. Zwischen dem 20. und 23. Juli 1941 fuhr eine Delegation der Abwehrabteilung des Kommandostabs Reichsführer-SS nach Borissov und sprach mit dem Ic der Heeresgruppe Mitte, Major v. Gersdorff. Dieser wußte schon vom geplanten Einsatz der beiden SS-Kavallerie-Regimenter, und er wurde von ihm »sehr begrüßt«.³⁵¹ Am 23. Juli trafen die Regimenter bei Bach-Zelewski in Baranowitschi ein und wurden nach einer Einsatzbesprechung am 27. Juli zwischen ihrem Kommandeur Hermann Fegelein, Bach-Zelewski und Knoblauch am gleichen Tag in Marsch gesetzt, vorläufig nach Lachowitschi. Fegelein befahl mit deutlichem Bezug auf Himmlers offiziell erst einen Tag später herausgekommene, ihm am 27. Juli von Knoblauch übergebene Richtlinien: »Juden sind zum großen Teil als Plünderer zu behandeln.« »Weiber und Kinder« seien »wegzutreiben«.³⁵² In Lachowitschi wie später im Einsatz besuchte Bach-Zelewski die Brigade mehrmals.³⁵³ Vier Tage später registrierte er die ersten Erschießungen durch Fegeleins Truppe. Bis zum 2. August tötete das SS-Kav.-Regiment 1 788 Menschen.³⁵⁴

Himmler ging das jedoch zu langsam, wie aus einem Telegramm Fegeleins vom 2. August hervorgeht.³⁵⁵ Der »Reichsführer« traf sich am 31. Juli in Baranowitschi in Begleitung von Wolff wiederum mit Bach-Zelewski, wobei auch Prützmann anwesend war.³⁵⁶

350 GenStdH, Abt. IV (Mil.-Geo.), Militärgeographische Angaben über das Europäische Rußland. Mappe E: Weißrußland (März 1941), Textheft, S. 54. Vgl. z.B. GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht (1944), BA R 93/14. Auch aus Halders zitierten Bemerkungen wird deutlich, daß die Deutschen glaubten, das Gebiet im Grunde nicht zu brauchen.

351 Kdo.-Stab RF-SS, Abt. Ic, Tätigkeitsbericht Nr. 7 für 20.–27. 7. v. 28. 7. 1941 (Unterschrift May, Hauptsturmführer und Ic), BA-MA SF-02/37615.

352 »Soldaten der russischen Armee in Zivil und Plünderer sowie bewaffnete und sabotagetreibende Zivilisten sind standrechtlich unter dem Befehl eines Offz. zu erschießen.« SS-Kav. Rgt.1, Regimentsbefehl Nr. 42 für den Einsatz Pripec[!]-Sümpfe v. 27. 7. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1304, Bl. 29f. Zur Übergabe der Richtlinien: KdoStab RFSS, Tätigkeitsbericht 20.–27. v. 31. 7. 1941, BA NS 33/39, Bl. 64.
353 Vgl. Vern. R. M. v. 20. 6. 1962, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1266, Bl. 95; Zeugenvern. Franz Magill v. 29. 11. 1959, Nr. 1264, Bl. 13; Tagebuch Bach-Zelewski v. 2. und 3. 8., BA R 20/45b, Bl. 6.

354 Vgl. Tagesmeldung/Funkspruch HSSPF Mitte an Himmler, Daluge und KdoStab RFSS v. 2. 8. 1941, BA D-H ZB 6735, O. I, Bl. 273; Tagebuch Bach-Zelewski v. 23. und 31. 7. 1941, BA R 20/45b, Bl. 5f.; KTB KdoStab RFSS v. 27. 7. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 31.

355 Im Telegramm Nr. 37 Fegeleins an die Reitende Abteilung des SS-Kav. Rgt.2 v. 2. 8. 1941 hieß es, Himmler sei unzufrieden und wolle mehr Opfer. Dies ist in einer Molotow-Note v. 27. 4. 1942 über deutsche Kriegsverbrechen erwähnt. Die entsprechenden Dokumente, darunter der berüchtigte Magill-Bericht (s. u.), waren von der Roten Armee im Januar 1942 bei der Zerschlagung eines Teils der SS-Kav.Br. an der Front bei Toropez erbeutet worden (IMT, Bd. 22, S. 375; siehe auch Soviet Government Statements on Nazi Atrocities, London 1945, S. 46).

356 Himmler machte, von Kaunas kommend, nachmittags eine Zwischenlandung in Baranowitschi. Vgl. Terminkalender Rudolf Brandt v. 31. 7. 1941, BA NS 19/3957, Bl. 100; Büchler, S. 15. Nach dem Tagebuch Bach-Zelewskis unter dem 31. 7. kam am 29. 7. Himmler (was nicht stimmt), am 30. Daluge und am 31. 7. Prützmann. Vgl. BA R 20/45b, Bl. 6. Bei dieser Stelle könnte es sich bezüglich Himmler um eine Fälschung handeln, vielleicht da in der Originalfassung der Tötungsbefehl erwähnt wurde, denn so konnte Bach-Zelewski in den Tagesangaben nicht irren. – Für eine Anwesenheit Nebes am 31. 7. gibt es keine Anhaltspunkte.

Am Morgen des 1. August wurde daraufhin im SS-Kavallerie-Regiment 2 der Funkspruch verbreitet:

»Ausdrücklicher Befehl des RF-SS.

Sämtliche Juden müssen erschossen werden.

Judenweiber in die Sümpfe treiben.«³⁵⁷

Nach sonst unbelegten Aussagen des Kommandeurs der Reitenden Abteilung des SS-Kavallerie-Regiments 2, Franz Magill, gab es noch mindestens eine weitere, ausführlichere Anweisung vom 6. oder 8. August, nach der männliche Juden ab 14 Jahren zu erschießen waren.³⁵⁸

Bei der Aktion hatte die Reitende Abteilung des Regiments 1 unter Gustav Lombard den Raum nördlich der Bahnlinie Brest-Pinsk (Trennungslinie) zu übernehmen, die des Regiments 2 unter Franz Magill den Raum südlich von ihr. Lombard berichtete über den Einsatzraum:

»Die Entjudung des der Abt. zugewiesenen Raumes erstreckte sich insbesondere auf die Orte Chomsk, Motol, Telechany, Swieta Wolka und Hancewicze. Die an der Rollbahn [Brest-Kobryn-Sluzk] gelegenen Orte wurden nach Rückfrage zunächst ausgelassen, weil die Juden zur Zeit für den Arbeitsdienst an der Rollbahn herangezogen werden müssen. Die Entjudung wird wohl später durch die Polizei ausgeführt.«³⁵⁹

Tatsächlich tötete die Reitende Abteilung des SS-Kavallerie-Regiments 1 – von den Zeugen an den grauen und braunen Pferden identifiziert – in den meisten Städtchen, durch die sie kam, alle Juden, außer in den genannten Orten auch in Logischin. Frauen und Kinder ermordete sie jeweils meist einen oder zwei Tage später als die Männer. Die Reitende Abteilung des Regiments 2 unter Magill – auf Schimmeln reitend – ermordete Juden in Drogitschin, Janow, Pinsk, Davidgrodek, Luniniež, Lunin, Pogost Zagorodski und zahlreichen anderen Orten, jedoch »nur« Männer etwa zwischen 18 und 60 Jahren.³⁶⁰ Sie nahm davon ebenfalls

357 Reitende Abteilung, SS-Kav. Rgt.2, 1. 8. 1941 10.00, gez. a. B. (ohne Unterschrift) SS-Ostuf. und Adjutant, BA F 6296, Bl. 936. Vgl. Krausnick 1981, S. 222f., Büchler, S. 15, und Birn 1991, S. 278. Wie die Staatsanwaltschaft Braunschweig zeigen konnte, ging dieser Funkspruch, vom SS-Obersturmführer Bo. unterzeichnet, trotz Geheimhaltungsvorschriften tatsächlich ab und wurde verschiedenen Regimentsangehörigen und dem Leiter des Trupps der EGr z.b.V., W., gezeigt. Vgl. Vern. des Beschuldigten H. W. v. 20. 4. 1961 und 11. 3. 1963, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1265, Bl. 79–82, und Nr. 1270, Bl. 94; Vern. C. B. v. 24. 9. 1962, Nr. 1267, Bl. 6–10; Vern. K. M. v. 2. 11. 1962, ebd., Bl. 235f.; Vern. des Beschuldigten W. B. (Unterzeichner des Funkspruchs) v. 12. 3. 1963, Nr. 1269, Bl. 162; Anklageschrift StA Braunschweig 2 Ks 1/63, Nr. 1271, Bl. 42.

358 Vgl. Vern. des Beschuldigten Franz Magill v. 16. 1. 1963, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1279, Bl. 140; Vern. ders. als Zeuge v. 29. 11. 1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1313R (danach in der ersten Augustdekade). Möglicherweise handelte es sich aber um eine Schutzbehauptung Magills, da seine Einheit über Himmels Befehl vom 1. 8. 1941 hinaus mordete.

359 Reit. Abt./SS-Kav.Rgt. 1, Betr. Befriedung des Raumes Prypecsümpfe[!] v. 11. 8. 1941 an SS-Kav.Rgt. 1, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1304, Bl. 269. Die Exekution in Chomsk war am 1. 8., die in Motol am 3. 8.: Vern. des jüdischen Überlebenden B. T. v. 8. 4. 1962, StA München I 113 Ks 1/65 a-b, Beiakten. Nach Longerich 1998, S. 682, Anm. 351, stellte eine örtliche Untersuchungskommission 1944 allein in Motol 3000 Mordopfer fest.

360 Vgl. Vern. der jüdischen Überlebenden A. S. v. 19. 6. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 2246f.; J. J. v. 14. 9. 1962, Bl. 2336f.; K. K. v. 14. 2. 1962, Bl. 2351f. (in Lachwa wurde eine vorbereitete Exekution nicht durchgeführt); Inhaltsangaben der Vern. N. K. v. 29. 8. 1966, W. C. v. 11. 11. 1944 und J. I. J., Bl. 3987f.,

als wichtig erachtete Arbeitskräfte aus, ermordete aber zum Teil auch Handwerker.³⁶¹

Bach-Zelewski meldete Himmler, Daluge und Knoblauch täglich die erreichte Gesamtzahl der Erschießungen, manchmal mehrmals täglich. Am 2. August waren es 1826, am 3. abends 3247, am 5. 4219, am 7. mittags 7819, am 8. August 10412.³⁶² Fegelein berichtete Bach-Zelewski am 11. August von 10844 und am 13. von 13788 erschossenen Juden und »Soldaten in Zivil«. Die Verluste betrugen zwei Tote (die auf eine Mine gefahren waren) und 15 Verwundete, oder wie es Magill ausdrückte: »Kampfeindrücke: Keine.«³⁶³ Magill meldete 6450 erschossene Juden und Lombard 6504, beide zusammen 487 getötete Rotarmisten, die in der großen Mehrzahl sicher nicht im Kampf fielen, sowie vermeintliche Kommunisten und 249 Gefangene.³⁶⁴ Über 90 Prozent der Opfer waren also Juden. Wahrscheinlich waren Magills Zahlen sogar zu niedrig gegriffen, da seine Einheit allein in Pinsk (mindestens 4500), Janow (700 bis 800) und Luniniez (1312) mehr als die gemeldeten 6500 Juden ermordet haben dürfte, wozu noch eine Vielzahl von Einsatzorten mit 200 bis 600 Opfern kamen, meist Männer ab 18 Jahren.³⁶⁵

hierzu Anlagen Bl. 1, 7f.; Vern. B. T. v. 8. 4. 1962, Beiakten; und Anklageschrift, S. 29; Vern. des Mittäters O. K. v. 14. 3. 1963, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1270, Bl. 109–114.

361 »Jüdische Plünderer wurden erschossen. Nur wenige Handwerker, welche in Reparaturwerkstätten der Wehrmacht beschäftigt waren, wurden zurückgelassen.« SS-Kav.Rgt. 2, Reitende Abteilung, Bericht über den Verlauf der Pripjet-Aktion vom 27. 7.–11. 8. 1941 (Abschrift v. Abschrift), in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 229. Dagegen erinnerte sich der ehemalige Soldat der 293. Inf.Div. Erich Mirek, daß die SS-Führer am Abend vor der Exekution in Pinsk einige der besten Schuhmacher beauftragten, für sie Stiefel anzufertigen, und sie morgens zur Erschießung trieben (In den Wäldern Belorußlands, S. 178). In Luniniez sollen alle jüdischen Männer bis auf 36, die sich verstecken konnten, ermordet worden sein: Friedman, S. 143. Dagegen über eine Selektion an diesem Ort Vern. A. S. v. 19. 6. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 2246f.

362 Funksprüche HSSPF Mitte an Himmler persönlich, Chef Orpo und KdoStab RFSS v. 2. 8. (dreimal), 4., 6., 7. und 8. 8., BA D-H ZB 6735, O. I, Bl. 265–273; z. T. auch in BA NS 33/40, Bl. 3–5, und /41, Bl. 28f., bzw. NS 19/3498, Bl. 82f.

363 SS-Kav. Brigade, Zusammenfassende Meldung an Bach-Zelewski v. 11. 8. 1941 (Abschrift) und SS-Kav. Brigade 1, Abschlussmeldung an Bach-Zelewski v. 13. 8. 1941, »Betr.: Abschlussmeldung für den RF-SS«, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 224 und 237. Ferner SS-Kav.Rgt. 2, Reitende Abteilung v. 11. 8. 1941, ebd., S. 227.

Erst am 15. 8. hatte die SS-Kav. Brig. ernsthafte Feindberührung bei Turow. Zur Vergeltung äscherte sie zehn Orte ein. Vgl. SS-Kav.Rgt. 2, Lagebericht v. 16. 8. sowie Erfahrungsbericht v. 23. 8. 1941, BA D-H ZWM IA unpag., sowie SS-Kav. Brig., Gefechtsbericht über die Kampfhandlungen in und um Turow v. 29. 8. 1941, BA-MA M 974/2, A. 16; Funkspruch HSSPF Rußland-Mitte an KdoStab RFSS v. 22. 8. 1941, BA-MA SF-02/37545.

364 Ebenso, Übersichtsbericht v. 12. 8. 1941, und Reit.Abt. SS-Kav.Rgt. 1 v. 11. 8., StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1304, Bl. 21 und 26a.

365 Pinsk: EM 58 v. 20. 8. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 1965. Der Judenrat registrierte 6500 Vermißte, 4500 nach der ersten und 2000 nach der zweiten Aktion: Vern. A. J. v. 24. 5. 1962, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1266, Bl. 60/R. Janow: Aussage A. R. in Schreiben World Jewish Congress v. 1. 2. 1962, Nr. 1265, Bl. 209f.; Vern. des jüdischen Zeugen B. T. v. 8. 4. 1962, Nr. 1267, Bl. 221–223 (außerdem in Motol 300 Familien); Vern. H. P. (Angehöriger EGr zbV) v. 19. 10. 1962, ebd., Bl. 133–138 (schätzt 2000 Opfer). Akt der Untersuchungskommission in Luniniez v. 10. 4. 1945, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 4977f. Ferner ZStL 2 AR-Z 42/62, Abschlußbericht v. 20. 8. 1963, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1282, Bl. 257f. Zu Pogost Zagorodski Vern. Rivka Yosselewska v. 8. 5. 1961 im Eichmann-Verfahren, abgedruckt in: Lenhard, S. 197–198. Zu Lachowitschi und zwei Nachbarorten mit insgesamt 675 Opfern undatierte Niederschrift Johann Grünbart, in: Heer (Hg.) 1995, S. 23.

Die Aktion wurde vom Vorgehen der Polizeibataillone 307 und 316 unter Montua am nördlichen Rand der Pripjet-Sümpfe (Raum Sluzk-Bobruisk) flankiert, die zum Teil tatsächlich Kampfhandlungen mit sowjetischen Kavallerieeinheiten hatten. Außerdem wurde der dort operierenden 87. Infanteriedivision ein Kommando von Sicherheitspolizei und SD in Stärke von 60 Mann beigegeben.³⁶⁶ Das Polizeibataillon 322 erschoss am 15. August 282 jüdische Männer zwischen 16 und vermutlich 65 Jahren in Narewka Mala, am 28. August 257 Juden in Antopol und kurz darauf eine unbekannte Anzahl in Bereza-Kartuska. Das waren die Orte an der »Rollbahn«. Lombards Ankündigung der Ermordung dort lebender Juden bewahrheitete sich also schnell.³⁶⁷ Von Süden her unterstützte die dem HSSPF Rußland-Süd, Jeckeln, unterstellte 1. SS-Infanterie-Brigade den Mordfeldzug, ermordete tausende Juden im Slutsch- und Horyn-Tal im ukrainischen Teil des Polesje und auf weißrussischem Boden über 1000 Juden – hier bereits Männer, Frauen und Kinder – Anfang September im Raum Leltschizy.³⁶⁸ Es handelte sich also um eine koordinierte Großaktion.

Was konnten Fegelein und Bach-Zelewski berichten, als sie Himmler, Wolff sowie Prützmann am 14. August in Baranowitschi trafen?³⁶⁹ In einiger Hinsicht bedeutete dieser erste Teil der »Pripjet-Aktion« – der zweite wird später skizziert³⁷⁰ – eine neue Qualität des Mordens. Das begann damit, daß man in der Art und Weise des Mordens einen »Rationalisierungs«-Teilschritt gegangen war, die Menschen zum Teil nicht mehr mit Gewehren in Salven, sondern mit Maschinengewehren erschossen hatte

³⁶⁶ Pol.Btl. 307 an 162. Inf.Div. v. 30.7.1941 (Abschrift von Abschrift), ebd., Nr. 1305, Bl. 21f.; Bayer.LKA, Marschweg und Einsätze des Pol.Btl. 307 von 1941/42 v. 21.6.1972, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Beweismittel I (20.7.–12.8.1941); KdoStab RFSS, Ic, Feindlage bei der SS-Kav. Brigade v. 12.8.1941, BA-MA SF-02/37615; Tagebuch Bach-Zelewski v. 7.8.1941, BA R 20/45b, Bl. 7 und öfter; Funkspruch HSSPF Rußland-Mitte an Reichsführer-SS u.a. v. 28.8.1941, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 6. Ferner Chef Sipo/SD, Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen Nr. 2 für 29.7.–14.8.1941, Nbg. Dok. NO-2652, und KTB 162. Inf.Div. v. 24.7.–9.8.1941, BA-MA RH 26-162, Bl. 28R-53R.

³⁶⁷ Vgl. Angrick u.a., S. 339–342; Pol.Btl. 322, 3. Kp., Tagesmeldung v. 15.9.1941, sowie Stichwortartiger Bericht über Einsatz des Batl. in Białowieża 25.7.–19.8.1941, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 6. In der vom Pol.Btl. angelegten Liste seiner Erschießungen des zweiten Halbjahres (BA F 56755 unpag.) war hingegen von 282 Juden zwischen 16 und 45 Jahren die Rede, die in Narewka Mala erschossen wurden. Die weitgehende Interpretation von Angrick u.a., die neue Befehle, womöglich von Himmler selbst, annehmen, erscheint deshalb nicht sicher.

³⁶⁸ In Leltschizy selbst 350 am 5.9. Siehe KdoStab RFSS, Abt. Ia, Tätigkeitsbericht für 1.–7.9. v. 10.9.1941, BA NS 33/42, Bl. 14 (»1089 Juden und Rotarmisten erschossen«); 1. SS-Inf.Br. (mot), Tätigkeitsberichte für 24.–29.8. und 29.8.–5.9.1941, ZStL CSSR IX, Bl. 51–59; 1. SS-Inf.Br., Tagesmeldungen v. 5.–7.9.1941, BA D-H Z/A-I 8070, A. 1, Bl. 63–65; OStA Coburg an GStA Bamberg v. 19.10.1966 und Bayer. LKA, Tatortverzeichnis 1. SS-Inf.Br. v. 10.10.1966, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bd. 11, Bl. 1523–1529 und 1262R/63; Vern. F. A. J., I. I. B. und A. G. S. aus Leltschizy v. 10.1.1968 sowie Vern. A. B. v. 27.1.1964 und W. B. (7. Kp./SS-Inf.Rgt. 10) v. 19.3.1971, ebd., Bl. 5047–5055, 225–234 und 5324–5328.

³⁶⁹ Vgl. Terminkalender Himmler v. 14.8.1941, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 435, und Tagebuch Bach-Zelewski v. 16.8.1941 (die Begegnung ist unter dem 15.8. verzeichnet – falsches Datum), BA R 20/45b, Bl. 8. Ferner Angrick u.a., S. 340. Nebe hingegen scheint nicht anwesend gewesen zu sein, vgl. Aussagen Bach-Zelewskis in: Aufbau v. 23.8.1946.

³⁷⁰ Vgl. S. 607f. in dieser Darstellung. Die Aktion war von vornherein auf zwei Teile angelegt. Am 14.8. meldete Fegelein an den KdoStab RFSS, daß die »erste Aktion«, die bis zur Linie Baranowitschi-Luninez-Davidrodek gehen sollte, beendet sei. Das zeigt gleichzeitig nochmals, daß kein militärischer Einsatz geplant war. BA-MA SF-02/37575, Bl. 642–646.

und anschließend die noch Lebenden durch Nahschüsse tötete, weil das schneller ging. Allerdings hatte dies noch nicht nach Wunsch funktioniert.³⁷¹ Zweitens hatte man erstmals massiv die kleinen Shtetl heimgesucht, statt sich auf die größten Städte zu konzentrieren; die Zielgruppe hatte sich verändert. Drittens war die Opfergruppe zum Teil erweitert worden. Himmlers Befehl, »Frauen in die Sümpfe [zu] treiben«, wurde von manchen Einheiten nicht als Chiffre verstanden, sondern wörtlich genommen und durchgeführt. Deutsche Zeugen und Mittäter gaben zu, daß man tatsächlich Frauen, aber auch Kinder in die Sümpfe getrieben habe. Mancherorts wurden diese dabei beschossen.³⁷² Es gab gräßliche Szenen. Magill – den das Landgericht Braunschweig 1964 mit fünf Jahren Gefängnis davonkommen ließ – berichtete hinterher: »Weiber und Kinder in die Sümpfe zu treiben, hatte nicht den Erfolg, den er [sic] haben sollte, denn die Sümpfe waren nicht so tief, dass ein Einsinken erfolgen konnte. [...]«³⁷³ Nur hatte Himmler dies hinsichtlich der Kinder gar nicht befohlen!³⁷⁴ In anderen Städten, so in Motol, Davidrodek und Pinsk, wurden auch Frauen und Kinder erschossen.

In Pinsk kann der Ablauf am besten rekonstruiert werden. Am 5. August hat dort die Reitende Abteilung des SS-Kavallerie-Regiments 2 mit Unterstützung der Sipo-Einsatzgruppe zbV nach Zeugenaussagen 5000 bis 8000 Männer etwa zwischen 18 und 55 Jahren zusammengetrieben, nach außerhalb geführt und erschossen, und zwar besonders jüngere Männer. Zwei oder drei Tage später gab es noch eine Erschießung von etwa 2000 Menschen, und hier wurden Kinder zwischen sechs und 13 oder zehn und 13 Jahren, vornehmlich Jungen, sowie Männer über 60 und Frauen ermordet.³⁷⁵ Wie erwähnt, landete Bach-Zelewski einmal mit seinem Flugzeug der Marke »Fieseler Storch« direkt neben dem Exekutionsplatz. Über diese Massaker gab es un-

³⁷¹ Vgl. Mitteilung World Jewish Congress v. 1. 2. 1962 über die Aussage A. R., StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 62, Nr. 1265, Bl. 209f. (in Janow); Vermerk Soko Z Hannover v. 12. 11. 1962, Nr. 1279, Bl. 51a (S. 11); StA Braunschweig, Anklage 2 Ks 1/63 gegen Magill u. a. v. 15. 6. 1963, Nr. 1282, Bl. 107; ZStL 2 AR-Z 42/62, Abschlußbericht v. 20. 8. 1963, ebd., Bl. 256. – Allgemein zu diesem auch anderswo beobachteten Zwischenschritt in der Mordtechnik StA Kiel 2 Js 467/65, Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung gegen B. E., E. H., G. F. v. 17. 2. 1967 in: StA München I 22 Ks 1/61, Akte Gruppenstab. Siehe ferner allgemein Browning 1991, besonders S. 122.

³⁷² Dazu Birn 1991, S. 278; Vern. des Beschuldigten H. S. v. 20. 4. 1961, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 2, Nr. 1265, Bl. 86; Vern. H. G. v. 14. 3. 1962, ebd., Bl. 249/R; Vern. H. K. v. 5. 4. 1963, Nr. 1270, Bl. 205f. Zwei Beschuldigte erklärten, sie hätten jüdische Männer in die Sümpfe treiben sollen und man habe sie statt dessen erschossen, so habe man das »verstanden« – nicht auszuschließen, daß dies auch für Frauen galt. Vern. H. G. v. 8. 5. 1962, Nr. 1266, Bl. 48–53, und W. D. v. 17. 10. 1962, Nr. 1267, Bl. 111.

³⁷³ SS-Kav. Rgt. 2, Bericht v. 12. 8. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 230.

³⁷⁴ Das Landgericht Braunschweig behauptete, es habe eine zweite Version des Himmler-Befehls gegeben, nach der auch Kinder unter 14 Jahren »in die Sümpfe zu treiben« waren. Das ist unwahrscheinlich und entbehrt, soweit ich sehe, jeder Quellengrundlage. LG Braunschweig, Urteil 2 Ks 1/63 v. 20. 4. 1964, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 20, S. 48. Die o. g. Zeugen, denen der Himmler-Befehl damals gezeigt worden war, wollten sich allerdings an die Formulierung »Frauen und Kinder« erinnern.

³⁷⁵ Bei den genannten Altersgrenzen gehen die Aussagen auseinander, im Grundsatz ist am Sachverhalt aber nicht zu zweifeln. Vgl. Vern. der jüdischen Zeugen A. J. v. 7. 2. 1962, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 1011; Vern. ders. v. 22. 11. 1963, Bl. 3592f.; Vern. E. J. K. v. 28. 11. 1944, Bl. 4716; Vern. L. D. v. 27. 3. 1961, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 2, Nr. 1265, Bl. 118; Vern. G. G. v. 2. 4. 1961, ebd., Bl. 121, und M. S. v. 11. 4. 1961, Bl. 124f.; Vern. des deutschen Beschuldigten H. S. v. 20. 4. 1961, ebd., Bl. 86, und des deutschen Zeugen K. G. v. 1. 2. 1962, Nr. 1279, Bl. 223–226. Nach Büchlers Rekonstruktion (S. 16) fanden auch am 6. und 8. 8. Erschießungen statt. Vgl. auch Breitman 1998, S. 60.

ter in Pinsk stationierten Wehrmachtsoldaten heftige Diskussionen: die Mehrheit bejahte sie.³⁷⁶

Bei der Mordkampagne der SS-Kavallerie-Brigade wurden bereits einige jüdische Gemeinden völlig vernichtet, bis auf wenige spezielle Arbeitskräfte, aber nur vom SS-Kavallerie-Regiment 1. Die Aktion markiert eine Übergangsphase. Himmlers Befehl zur Tötung aller Männer im August 1941 bedeutete aber keinen glatten Bruch in der Praxis des Mordens. Es scheint auch nicht haltbar, daß der Einsatz der SS-Brigaden von langer Hand vorbereitet war und daß sie von vornherein als dritte, fürs Gebiet der Zivilverwaltung vorgesehene Staffel der SS- und Polizeieinheiten zur Judenvernichtung eingeplant waren, womöglich als entscheidender Hebel zu ihrer Ausweitung.³⁷⁷ Himmlers Weisung wurde vom SS-Kavallerie-Regiment 2 nicht ausgeführt, denn in den von ihm durchzogenen Städtchen lebten danach noch viele Männer, die im Herbst 1942 ermordet wurden (Kap. 7.4c). In Pinsk betrug die Zahl der Opfer zwischen 4500 und 10000 – etwa 30000 Juden blieben zunächst am Leben.³⁷⁸ Es ging den SS- und Polizeieinheiten mit Rücksicht auf die Industrieproduktion zunächst auch nicht darum, ihre Zahl weiter zu reduzieren.³⁷⁹

Hermann Fegelein, Kommandeur der SS-Kavallerie-Brigade, ist in der Forschung als Mann Himmlers dargestellt worden, der er zweifellos auch war.³⁸⁰ Doch verfügte

376 Vgl. die Erinnerungen Erich Mireks in: In den Wäldern Belorußlands, S. 179 (293. Inf.Div.).

377 So Longerich 1998, S. 303f. und 362–367. Dieser zu geradlinig erscheinenden Interpretation widersprechen folgende Punkte: Die SS-Brigaden waren Ende Juni 1941 nach einem ziemlich konfuseinsatz im Hinterland vom unzufriedenen Himmler zur Neuausbildung auf Truppenübungsplätze zurückgezogen worden. Sie zielte auf die Bekämpfung von Partisanen und versprengten Rotarmisten ab und bezog sich, anders als Longerich angibt, nicht nur auf das Zivilverwaltungs-, sondern auch auf das Militärverwaltungsgebiet (Belege wie in Anm. 7/330 und 337). Keine der drei SS-Brigaden wurde 1941 tatsächlich im Gebiet der Zivilverwaltung eingesetzt. Nur von zwei Brigaden ist belegt, daß sie Massenmorde an Juden ausführten, und zwar die SS-Kav. Brigade und die 1. SS-Inf. Brigade, und hier waren es nicht alle Teile der Einheiten die gesamte Zeit. Diese Einsätze waren zeitlich begrenzt, sie dauerten im wesentlichen zwei Monate, von Ende Juli bis Ende September 1941. Die Aufträge der Brigaden waren spezieller Natur, nämlich die konzentrierte, brutale Pazifizierung abseits gelegener, schwer zugänglicher Gebiete (des Polesje), einschließlich der Ermordung von Juden, anstatt diese Einheiten, die zahlenmäßig dreimal so stark wie alle Einsatzgruppen zusammen waren, etwa auf große Gebiete aufzuteilen. Mir scheint im Gegensatz zu Longerich auch, daß der Einsatz der Brigaden weder etwas mit Himmlers (späterer und im übrigen fraglicher) Machtausdehnung als RKF noch mit Hitlers Richtlinien für die »politische Sicherung« der besetzten sowjetischen Gebiete vom 17. 7. 1941, die vor allem auf das Territorium unter Zivilverwaltung bezogen waren, in nennenswertem Maß zu tun hatte.

378 Vgl. Vern. L. D. v. 27. 3. 1961, Nr. 1265, Bl. 116, und S. 662–664. Nach Büchler, S. 16, fehlte dem SS-Kav.Rgt. 2 die Zeit, weitere Erschießungen in Pinsk durchzuführen. Diese Einheit durchzog die weitaus größeren Ortschaften als gleichzeitig das SS-Kav. Rgt. 1, das meist alle angetroffenen Juden ermordete.

379 Anders war das, wie erwähnt, in kleineren Orten am Nordrand der betroffenen Gegend. Doch als das Pol.Btl. 322 Ende August 1941 nach Pinsk entsandt wurde und die Stadt durchsuchte, verzichtete es auf Judenerschießungen, »da bereits vom SD. in der letzten Juliwoche 5000 Juden erschossen wurden« und dies ausreiche. »Der Rest der sich in Pinsk befindlichen [sic] Juden arbeitet in lebenswichtigen, wirtschaftlichen Betrieben [...]«. Bericht der 8. Kp. des Pol.Btl. 322, Betr.: Durchsuchungsaktion in Pinsk v. 26. 8. 1941, Militärhistorisches Archiv Prag. Für die Kopie danke ich Andrej Angrick. Vgl. Angrick u.a., S. 341. Die beschriebene SD-Aktion Pinsk gab es offenbar nicht, gemeint waren die beschriebenen Erschießungen durch die SS-Kav.Brig., bei der der Einsatztrupp z.B.V. des KdS Lublin eine Nebenrolle spielte.

380 In einem Schreiben an Himmler v. 5. 10. 1943 bezeichnete Fegelein Himmler und Jüttner, den Chef des SS-Führungshauptamts, als seine großen »Förderer«. BDC, PA Hermann Fegelein.

er auch über direkte Verbindungen zu Hitler. Er wurde damals der ›Schwager des Führers‹ genannt. Fegelein war mit Gretl Braun, der Schwester Eva Brauns, verlobt, die er am 3. Juni 1944 heiratete.³⁸¹ 1944 war Fegelein im Rang eines SS-Gruppenführers Verbindungsoffizier der Waffen-SS bei Hitler.³⁸² Als Fegelein mit der nunmehrigen SS-Kavallerie-Division im Sommer 1943 in die Pripjetsümpfe zu einer großen Vernichtungsaktion im Zuge der Partisanenbekämpfung zurückkehrte (siehe Kap. 9.4a), verfügte er über eine oft von ihm benutzte direkte Telefonleitung zu Hitler, was durch einen SS-Nachrichtenmann aus der Divisionsvermittlung verbürgt ist.³⁸³ Die fast vollständig erhaltenen Funkskizzen und Tätigkeitsberichte der Abteilung Nachrichtenwesen im Kommandostab Reichsführer-SS sprechen allerdings dagegen, daß dies zwischen Juli und September 1941 ähnlich war.³⁸⁴ Jedoch könnte sich Fegelein zu jener Zeit mit Hitler persönlich getroffen und ihm darüber berichtet haben. Das könnte geschehen sein, als Hitler am 26. August mit Mussolini Brest und die dortige Festung besuchte.³⁸⁵ Fegelein war während des August längere Zeit von seiner Truppe abwesend und wurde von Bach-Zelewski beschuldigt, nach oben Heldentaten zu erzählen, die er nicht begangen habe.³⁸⁶ Später leitete Fegelein einen Befehl, Kriegsgefangene besser zu behandeln und als Arbeitskräfte zu nutzen, am 28. September 1941 mit der für seine dienstliche Stellung auffälligen Passage ein: »Es ist dem Führer bei seinen Reisen im besetzten Gebiet aufgefallen [...]«. ³⁸⁷ Diese Formulierung wäre erklärlich, wenn er das von Hitler selbst erfahren hatte. Ein Beweis für diese Überlegungen ist allerdings bisher nicht zu erbringen. An anderer Stelle wird noch zu zeigen sein, wie genau sich Hitler über die Vernichtung der sowjetischen Juden informieren ließ.

Die beteiligten Wehrmachtorgane hielten sich über die Massenmorde im Polesje auf dem laufenden. Generalfeldmarschall v. Bock rief am Abend des 3. August Bach-Zelewski an und beglückwünschte ihn zur Leistung seiner Einheiten – wohl kaum, ohne die SS-Kavallerie-Brigade zu meinen, bei der sich Bach gerade befand, und die

381 Heiratsanzeige ebd. Als »Schwager Hitlers« bezeichnet in Vern. Alfred Filbert v. 26. 2. 1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 39; »Schwager von Hitler« nach den Erinnerungen von Herbert Bücks, Luftwaffenoffizier mit Zugang zu Hitlers Hauptquartier, in: Steinhoff/Pechel/Showalter, S. 494. Vgl. auch Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage.

382 BDC, PA Hermann Fegelein. – Ansonsten zur Person: 1906–1945 (auf Befehl Hitlers am 29. 4. 1945 wegen versuchter Flucht erschossen), abgebrochenes Studium der Volkswirtschaft, 1937 Sieger im Deutschen Springerderby, seit 1939 Führer des SS-Totenkopf-Reiter-Rgts., 1941 SS-Standartenführer. Seit den dreißiger Jahren mehrere Disziplinarverfahren, darunter auf Anordnung Himmlers 1941 wegen Liebesbeziehung mit einer Polin, die Fegelein zur Abtreibung zwang, und Unterschlagung von Beutegut. Vgl. Reichsführer-SS, Hauptamt SS-Gericht v. 16. 5. 1941, ebd., und ebenso vom 6. 10. 1941, BDC SL 59, Bl. 96.

383 Vgl. L. M., Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten meines Lebens, Auszug »Meine Soldatenzeit« (1992), BA-MA M5g 2/5408, Bl. 14R. M. nennt zwar seine Einheit nicht und verschleierte, daß er zur SS gehörte, wo er kann, doch ist diese Einheit nach Marschweg und Umständen unverkennbar die SS-Kav.Br.ig. M. kam erst im Januar 1942 zu ihr und kann über den Sommer 1941 nichts aussagen.

384 Siehe die Akte BA D-H ZB 6811. Es gab aber eine direkte Fernschreibverbindung zu Himmlers Sonderzug »Heinrich«, vgl. Funkspruch Fegelein an KdoStab RFSS v. 22. 8. 1941, BA D-H ZA I/8070, A. 2, Bl. 10/R.

385 Mündl. Mitt. Frau Kudraschowa, Museum Brester Festung, v. 10. 10. 1993.

386 Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 2., 3. und 15. 8. 1941, BA R 20/45b, Bl. 6–8.

387 SS-Kav. Brigade -Kommandeur- Ia, Brigadebefehl Nr. 8 (gez. Fegelein) v. 28. 9. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1305, Bl. 146.

bisher noch keine Gefechte und Verluste, sondern nur Judenerschießungen hinter sich hatte.³⁸⁸ Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes, v. Schenckendorff, war an Vorbesprechungen am 7., 14. und 27. Juli beteiligt, gab der SS-Kavallerie-Brigade mehrere Befehle über das jeweilige Einsatzgebiet, schrieb ihr ein warmes Dankschreiben und verlieh den Kommandeuren der Reitenden Abteilungen, also den Haupttätern, Orden – ebenso wie etwa gleichzeitig Nebe, Bradfisch, Montua und Fegelein.³⁸⁹ Beim Befehlshaber, dem die Brigade unterstand, war man über alles genau informiert; v. Schenckendorff, der Tagesmeldungen der Brigade erhielt, ließ sich auch von Lombard Vortrag halten, der am gleichen Tag das EK 1 von ihm bekam. Beide SS-Kavallerie-Regimenter setzten je einen Verbindungsoffizier zu ihm ein wie auch der Befehlshaber zur Brigade – es handelte sich um seinen persönlichen Adjutanten, Major Oskar Schoenwald.³⁹⁰ Daß es sich vor allem um eine Judenvernichtungsaktion handelte, war v. Schenckendorff nicht verborgen geblieben; er unterstützte sie. Er empfahl seinen Untergebenen die Methode der SS-Kavallerie-Brigade, überfallartig Dörfer zu besetzen und zu durchsuchen, als vorbildlich.³⁹¹ Fegelein durfte in dem von v. Schenckendorff ausgerichteten Lehrgang über Partisanenbekämpfung Ende September 1941, auf dem der Slogan verbreitet wurde: »Wo der Partisan ist, ist der Jude, und wo der Jude ist, ist der Partisan«, neben Bach-Zelewski und Nebe ebenfalls einen Vortrag halten. Zu den Lehren, die Fegelein mitnahm und an seine Untergebenen weitergab, gehörte, daß die Juden am besten überall »unmittelbar ausgerottet« werden müßten.³⁹²

b) August 1941

Verlauf und Entwicklung der Massentötungen

In den letzten Jahren ist die These revidiert worden, der Befehl an die Einsatzgruppen zur Tötung *aller* sowjetischen Juden sei vor Kriegsbeginn erfolgt. Nunmehr wird meist angenommen, daß dieser Befehl etwa im August 1941 erteilt wurde.³⁹³ Dies stützt sich entscheidend auf die unbestreitbare Tatsache, daß zu Anfang des Krieges

³⁸⁸ Tagebuch Bach-Zelewski v. 3. 8. 1941, BA R 20/45b, Bl. 6.

³⁸⁹ Dazu Krausnick 1981, S. 222f., und Birn 1991, S. 275f. Vgl. die bisherigen Ausführungen; Tagebuch Bach-Zelewski v. 7., 14. und 27. 7. 1941, BA R 20/45b, Bl. 3–5; SS-Kav. Brig., Brigadetagesbefehl Nr. 1 v. 12. 9. 1941, BA F 6294, Bl. 552–554. Vgl. Auszeichnungsliste des Berück Mitte (Korpstagesbefehl Nr. 28) v. 16. 9. 1941, wonach 47 weitere SS- und Polizeiangehörige ausgezeichnet wurden, BA-MA WF-03/13302, Bl. 69–75; ebenso Nr. 31 v. 30. 9. 1941, BA F 40540, Bl. 764.

³⁹⁰ Vgl. SS-Kav.-Brig. v. 3. 9. 1941 an v. Schenckendorff mit dessen Randbemerkung »Vortrag Lombard!«, WF-03/7313, Bl. 266–270; Nachrichtenverbindungen zwischen SS-Kav.Brigr. und Berück in BA D-H ZB 6811; BA-MA WF-03/13303, Bl. 364ff.; SS-Kav.Brigr. an KdoStab RFSS v. 22. 8. 1941, BA-MA SF-02/37545; Tagebuch Bach-Zelewski v. 5. 9. 1941, BA R 20/45b, Bl. 11; Vern. R. M. v. 20. 12. 1962, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1268, Bl. 257f. (VO des SS-Kav.Rgts. 2), und Vern. K. B. v. 15. 1. 1963, Nr. 1269, Bl. 25–28 (VO des SS-Kav.Rgts. 1).

³⁹¹ Hierzu schon Krausnick 1981, S. 222f., und Birn 1991, S. 275f. und 282.

³⁹² Vgl. Krausnick 1981, S. 248; Berück, Ia, Korpsbefehl Nr. 53 v. 16. 9. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 74f. (Veranstaltungsprogramm für 24.–26. 9.); SS-Kav. Brigade -Kommandeur-, Ia, Brigadetagesbefehl Nr. 8 v. 28. 9. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1305, Bl. 144.

³⁹³ Zunächst von Streim, S. 74–93; zwischen ihm, Krausnick und anderen kontrovers diskutiert 1983, vgl. Jäckel/Rohwer, S. 88–124. Vgl. Longerich 1991, S. 251–274. Zur genannten These vgl. besonders die Arbeit von Ogorreck, ferner Burrin, S. 116ff.

gegen die Sowjetunion noch fast keine jüdischen Frauen und Kinder umgebracht wurden. Doch die Einschätzung, bei allen Einsatzgruppen zeige sich ein »steiler Anstieg der Kurve der Hinrichtungen« ab Ende August 1941,³⁹⁴ trifft für die Einsatzgruppe B nicht zu. Diese meldete selbst genauestens, einschließlich der Angabe von Schlußdaten, wie viele Menschen sie ermordet hatte: bis zum 14. Juli 4234, bis zum 19. Juli 7620, bis zum 31. Juli 11084, bis zum 20. August 16964, bis zum 13. September 23804 und bis zum 28. September 30094.³⁹⁵ Also blieb die Zahl ihrer Mordopfer zunächst etwa konstant, ja sie nahm Ende August und Anfang September geringfügig ab, und stieg erst in der zweiten Septemberhälfte 1941 an,³⁹⁶ noch mehr im Oktober 1941 (Kap. 7. 2d). Ähnliches gilt für die in Weißrußland eingesetzten Polizeibataillone. Damit weicht das Beispiel der Einsatzgruppe B sowie mehrerer Einheiten im Tätigkeitsgebiet der Einsatzgruppe C von dem der Gruppe A ab, wo der von Burrin skizzierte Ablauf nachzuvollziehen ist, wie mit Einschränkungen auch bei der Einsatzgruppen D.³⁹⁷ Bis zum 19./20. August 1941 hatte die Einsatzgruppe B doppelt so viele Menschen ermordet wie die Gruppen C und D.³⁹⁸ Das könnte – wenn man annimmt, daß die Hauptzielgruppe überall die jüdische Intelligenz im weiteren Sinne war – mit dem langsameren Vormarsch der deutschen Truppen in der Ukraine zu erklären sein, im Fall der Einsatzgruppe D zusätzlich mit dem verspäteten Einmarsch und Abstimmungsproblemen mit den Rumänen. Keine Einsatzgruppe ermordete in den ersten acht Wochen mehr jüdische Menschen als die von Nebe.

Wer waren die etwa 9000 Todesopfer der Einsatzgruppe B im August 1941? Ein Drittel bis die Hälfte von ihnen kamen aus Minsk. Bei weiteren Aussonderungen aus dem Zivilgefangenenlager wurden mindestens 1300 Menschen, vermutlich aber mehr, erschossen.³⁹⁹ Außerdem begannen Sicherheitspolizei und SD, im Minsker Ghetto Razzien durchzuführen und Männer zu verschleppen, die nach kurzem Gefängnis-aufenthalt erschossen wurden. Solche Aktionen fanden am 14. und 26. August statt;

394 Burrin, S. 128. Siehe allgemein Ogorreck 1996.

395 Vgl. EM 31 v. 23. 7. 1941, EM 43 v. 5. 8., EM 73 v. 4. 9., EM 92 v. 23. 9. und EM 108 v. 9. 10. 1941, BA-MA SF-01/28929–33, Bl. 1627, 1792, 2201, 2558 und 2863. Allerdings muß dabei unberücksichtigt bleiben, daß diese Gesamtzahlen nicht immer die tatsächlichen Tötungen richtig wiedergaben, was das Gesamtbild allerdings kaum verzerren dürfte. Burris Argument bezieht sich im übrigen auf die »Ereignismeldungen«, und da trifft es in diesem Fall nicht zu.

396 Zwischen 30. 6. und 14. 7. tötete sie im Durchschnitt 282 Menschen jeden Tag, zwischen dem 15. und 19. 7. 677, zwischen dem 20. und 31. 7. 372 (im Juli insgesamt täglich durchschnittlich 346), vom 1. bis 20. 8. 295, vom 21. 8.–13. 9. 285 und zwischen dem 14. und 28. 9. 419 Menschen pro Tag (im August und September zusammen durchschnittlich 322). Das Ausgangsdatum 30. Juni bezeichnet den Tag, an dem die Sonder- und Einsatzkommandos durchschnittlich ihren ersten Einsatzort erreichten. Der Anstieg zwischen dem 15. und 19. 7. erklärt sich aus den vermehrten Morden bei der weitgehenden Auflösung des Minsker Zivilgefangenenlagers (siehe S. 507f. in dieser Darstellung). Hier handelt es sich aber um rein statistische Durchschnittswerte, die nicht über Pausen durch Erledigung anderer Aufträge, über Marsch-, Quarantäne- und Sonntage hinwegtäuschen sollten. Diese »Ausfallzeiten« betrugen in den ersten Wochen beim EK 9 ungefähr 25 von 45 Tagen: Vern. S. v. 14. 3. 1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 6, Bl. 36.

397 Vgl. Pohl, Einsatzgruppe C; Angrick, Einsatzgruppe D; Longerich 1998, S. 376–386.

398 Siehe Burrin, S. 128, und besonders EK 3, Gesamtaufstellung der Exekutionen v. 1. 12. 1941 (sogenannter Jäger-Bericht), ZStL UdSSR Bd. 401, Bl. 87–95, abgedruckt in: Klee/Dreßen/Rieß 1988, S. 52–62.

399 Einmal wurden 615, einmal 733 Erschossene gemeldet. Vgl. S. 506ff. in dieser Darstellung und Kohl, Anm. 89–90, S. 261f.

am 31. August wurden erstmals zum kleineren Teil auch Frauen – mindestens 64 – mitgenommen, und am 1. September die meisten am Tag zuvor Festgenommenen, 2278, von Einsatzkommando 8 und Polizeibataillon 322 erschossen.⁴⁰⁰ Dieser letzten Aktion war erneut ein Treffen der Bataillonsspitze mit Daluege (bei seinem letzten Minsk-Aufenthalt) und Bach-Zelewski vorangegangen. Der 1. September war gleichzeitig der Tag der Geschäftsübergabe der Militär- an die Zivilverwaltung. Aus diesem Anlaß waren Reichskommissar Lohse, General v. Schenckendorff, der neue Generalkommissar Kube, Bach-Zelewski, Daluege, der BdO Ostland, Jedicke, und weitere Prominenz in der Stadt. Kaum anzunehmen, daß ihnen das Massaker verborgen blieb, doch eine Einflußnahme ist nicht nachweisbar.⁴⁰¹ Kube wurde auffälligerweise ebenso mit einer zeitgleich durchgeführten Massenexekution gleichsam in sein Amt eingeführt wie der Minsker Stadtkommissar Janetzke im November (vgl. Kap. 7.2e). Nach im Minsker Ghetto kursierenden Zahlen wurden bei den drei genannten Aktionen 5000 Menschen ermordet, ein deutscher Mittäter sprach 1945 gegenüber den Sowjets von etwa 2100 Todesopfern bei drei Aktionen Anfang August.⁴⁰²

Daneben gab es eine Vielzahl von Erschießungen in mittleren und kleinen Städten und Orten. So wurden in Tschernjowka 200 jüdische Menschen ermordet, in Schklow 84, in Sluzk 77 und noch einmal 115, in Gresk 51, in Mogilew 80, in Satschistsche 118, in Tscherven 139, in Lapitschi 107, in Borissow über 200 und in Iwje am 2. August 220. Man könnte viele weitere Beispiele anführen.⁴⁰³ Die Identität der Opfer ist oft unbekannt; in der Regel dürften es jüdische Männer gewesen sein. In Iwje waren es Männer zwischen 20 und 40, in Tschernjowka bei Mogilew wurden einen Monat nach den Männern, Anfang September, auch alle Frauen und Kinder erschossen.⁴⁰⁴ Das Polizeibataillon 322 erschoss am 10. August die 77 jüdischen Männer aus Bialowieża zwischen 16 und 45 Jahren, siedelte aber die jüdischen Frauen und Kinder von dort nach Kobryn um, ähnlich fünf Tage später in Narewka Mala.⁴⁰⁵

In Witebsk und Polozk kam es zu Judenerschießungen durch das EK 9, das allerdings auch Frauen und Kinder erschoss. Dies haben Zeugen für Polozk eindeutig bestätigt.⁴⁰⁶

⁴⁰⁰ Vgl. Grossman/Ehrenburg, S. 238f.; Krasnoperko, S. 15; KTB Pol.Btl. 322 v. 31.8. und 1.9.1941, BA F 56753; EM 92 v. 23.9.1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2554f.; Angrick u.a., S. 342–344. Zur noch begrenzten Zahl der festgenommenen und ermordeten Jüdinnen KTB 3. Kp. Pol.Btl. 322 v. 31.8.1941, StA Nürnberg-Fürth, 12 Js 300/67, Bd. 6, Bl. 65f.; Grossman/Ehrenburg, S. 238f. Longerich 1998, S. 370, geht irrtümlich von zwei verschiedenen Aktionen aus.

⁴⁰¹ Siehe Tagebuch Bach-Zelewski v. 2. und 3.9.1941, BA R 20/45b, Bl. 10f.; Deutsche Zeitung im Ostland v. 1. und 2.9.1941. Zu Daluege: Angrick u.a., S. 342, und Kube an Daluege v. 19.12.1942, BA F 14247 unpag.

⁴⁰² Grossman/Ehrenburg, S. 239; Vern. W. R. O. v. 24.12.1945 (Inhaltsangabe), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Handakten Bd. 1; Vern. O. M. v. 6.6.1945 (auszugsweise Übersetzung), BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 101 (wohl unter Ausschluß der Morde vom 1.9.).

⁴⁰³ Vgl. EM 50 v. 12.8., EM 67 v. 29.8. und EM 73 v. 4.9.1941, BA-MA SF-01/28930/31, Bl. 1881f., 2137–2141, 2192–2197 und 2202; Tätigkeitsberichte der EGr B für 9.–16.8. v. 19.8. und für 24.–31.8. v. 3.9.1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 31–34 und 49–51; Protokoll der Untersuchungskommission der Stadt Iwje v. 3.4.1945 mit Exhumierungsergebnissen, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 1671ff., und Vern. J. R. T. v. 17.7.1968, ebd., Sonderband 2, nach Bl. 52–54.

⁴⁰⁴ Protokoll der Untersuchungskommission des Kreises Dribin v. 5.11.1944, BStU ZUV 9, Bd. 20, Bl. 17.

⁴⁰⁵ KTB Pol.Btl. 322 v. 9. und 10.8.1941, BA F 56753; Angrick u.a., S. 339.

⁴⁰⁶ Persönliche Bekannte zweier Zeugen wurden mit ihren Frauen und Kindern ermordet. Vgl. Bericht des Vorsitzenden der Untersuchungskommission über die faschistischen Verbrechen im Gebiet Polozk (undatiert, nach 8.5.1945), in: Beluga, S. 300.

In Witebsk wurden 397 jüdische Männer erschossen, die dem EK 9 von der Wehrmacht aus dem dortigen Zivilgefangenenlager übergeben wurden.⁴⁰⁷ Eine andere Exekution in Witebsk, die Juden aus dem Ghetto betraf, forderte 332 Menschenleben. Die GFP-Gruppe 580 half bei der Durchsuchung jüdischer Wohnungen. Zwei weitere Erschießungen, die Orbach angibt, könnten bis zu 2600 Opfer gekostet haben, doch fehlen hier sichere Angaben, weil anscheinend kein einziger jüdischer Zeuge aus Witebsk überlebte.⁴⁰⁸ Bei diesen Exekutionen wurden auch Frauen und Kinder erschossen. Alle Opfer mußten sich zuvor ausziehen.⁴⁰⁹ 149 Juden wurden erschossen, als »das Sonderkommando SS [...] in Janowitschi auf eine Mitteilung des Korück [582] für Ordnung geschaffen hat [sic].«⁴¹⁰ In Brest und Umgebung tötete das Kommando der Einsatzgruppe zbV im August mindestens 3100 Menschen – wo und auf welche Weise, ist allerdings aus Quellenmangel nicht zu sagen.⁴¹¹

Obwohl die Tötungszahlen nicht anstiegen, sondern im August und in der ersten Septemberhälfte 1941 zurückgingen – wofür sich Nebe in Berlin entschuldigte: das geschehe zwangsläufig, da die Zielgruppe jüdische Intelligenz sozusagen erschöpft sei⁴¹² –, bekam das Morden in Weißrußland Ende August eine neue Qualität. Ohne daß es in den Einsatzgruppenberichten betont wurde, ja kaum erkennbar, begann die Einsatzgruppe B die ersten jüdischen Gemeinden völlig auszulöschen. Dieser Flächenbrand, der sich bis zum Jahresende über die ganze Osthälfte Weißrußlands ausbreiten sollte, begann in der Gegend zwischen Minsk, Borissow und Lepel, also im westlichsten Streifen des altsowjetischen Gebiets. Ende August wurden alle Juden in Mstish ermordet, im September die in Lukoml.⁴¹³ Im Fall Smolewitschi, wo 1401 Menschen starben, ist unklar, ob dies am 28. August oder während des September geschah.⁴¹⁴ In den »Ereignismeldungen« des RSHA wurde der Mord mit erheblicher Verspätung gemeldet und mit der Bemerkung verbunden: »Nach Durchführung dieser Säuberungsaktion gibt es im Norden, Süden und Westen von Borissow keine Juden mehr.«⁴¹⁵

Die Frage ist, wann diese Aktionen begannen. Der Gebietskommissar in Borissow berichtete Kube später: »In den Kreisen Pleszenice und Begomi meines Gebietes wur-

407 EGr B, Polizeilicher Tätigkeitsbericht für 17.–23. 8. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 43. Vgl. EM 73 v. 4. 9. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2200.

408 Vgl. Orbach, S. 49f., und EM 50 v. 12. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1882. Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, a.a.O. Ferner GFP-Gruppe 580, Tätigkeitsberichte Juli und August v. 1. 8. und 3. 9. 1941, BA-MAWF-03/17084, Bl. 313f. und 321.

409 Vgl. Vern. K. B. v. 25. 2. 1959 und P. N. v. 12. 3. 1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 15–16R und 123.

410 Bei dem Kommando handelte es sich um das EK 9. Korück 582 -Qu- an AOK 9 v. 20. 8. 1941, BA-MA WF-03/14308, Bl. 1128. Vgl. EM 73 v. 4. 9. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2197.

411 Vgl. EM 47, 56, 66 und 78 v. 9., 18., 28. 8. und 9. 9., BA-MA SF-01/28930, Bl. 1840, und /28931, Bl. 1971, 2101 und 2248.

412 EM 73 v. 4. 9. 1941, ebd., Bl. 2187.

413 Vgl. Linkow, S. 103. Linkow erweist sich auch in anderer Hinsicht als hervorragender Zeuge.

414 Vgl. Vern. L. A. S. und W. W. F. v. 26. 9. 1944 sowie I. A. P. v. 23. 9. 1944, StA München I 22 Ks 1/61, Hilfsakte (grauer Ordner). Auch die örtliche Untersuchungskommission konnte den Zeitpunkt nicht herausfinden. Zusammenfassender Bericht der Sonderkommission des Kreises Smolewitschi v. 25. 9. 1944, ZStL UdSSR, Bd. 424, Inhaltsangabe zu Bl. 641–647. Vgl. zu einer vorangegangenen Erschießung von Männern Orbach, S. 48, und Urteil LG Köln 24 Ks 1/63 v. 12. 5. 1964 gegen Schönemann, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 20, S. 177.

415 EM 108 v. 9. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 2859.

den die Judenaktionen vor Einsetzung der Zivilverwaltung durchgeführt.«⁴¹⁶ Die Zivilverwaltung begann dort Anfang September 1941 zu arbeiten. Jedoch verlegten die Gebietskommissare Bauer (Borissow) und Dr. Kaiser (im benachbarten Gebiet Minsk-Land) das Ende der Aktionen absichtlich nach vorn, da es bei ihren Meldungen um den Verbleib des jüdischen Eigentums ging und sie vermutlich selbst Wertsachen für sich abgezweigt hatten.⁴¹⁷ Allerdings erinnerte sich auch die Sekretärin Kaisers, daß diesem der deutsche Gendarmeriechef des Gebiets im August 1941 meldete, »daß das Gebiet Minsk-Land ›judenfrei‹ sei.«⁴¹⁸ Im August wurde unter anderem das Ghetto in Sembin mit schätzungsweise 700 Menschen vernichtet. Die Täter kamen dort vom Teilkommando Borissow des EK 8 unter SS-Hauptsturmführer Werner Schönemann, das für die Aktionen in der ganzen Gegend verantwortlich ist.⁴¹⁹ Schönemann handelte dabei nach eigenen Angaben auf Anregung örtlicher Wehrmachtorgane und auf einen nachfolgenden Befehl der Einsatzgruppe B hin. Eine Wehrmachteinheit – das Infanterie-Regiment 354 – ließ nach seinen Anweisungen die Erschießungsgruben ausheben, trieb die Juden zusammen und stellte zum Teil auch Freiwillige für die Exekutionen.⁴²⁰ Etwa Mitte oder Ende August ging das Teilkommando dazu über, auch jüdische Frauen und Kinder zu ermorden.⁴²¹ Die Ghettovernichtung von Tschaussy (östlich Mogilew) ist dagegen in der Datierung sehr unsicher.⁴²²

Ende August meldete Nebe, daß seine Einsatzgruppe »heute nur noch altsowjetisches Gebiet« bearbeite.⁴²³ Wenn die Mordzahlen trotz Ausweitung der Opfergruppen etwas zurückgingen, so auch deshalb, weil der Sicherheitspolizei die Unterstützung der

416 GebK Borissow (Gebiet 23) an GK Weißruthenien v. 17. II. 1942, ZStA Minsk 391–2–35, Bl. 9.

417 Ebd. und GebK Minsk[-Land] an GK Weißruthenien, Betrifft: Erfassung des beweglichen jüdischen Vermögens v. 28. 7. 1942, ZStA Minsk 393–4–12, Bl. 18.

418 Vern J. v. Z. v. 2. 5. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2979. Offensichtlich meinte sie die Frühzeit des Engagements von Kaiser, der allerdings tatsächlich noch vor der offiziellen Übergabe seines Gebiets im August die Arbeit aufnahm: Artikel Kubes in der Deutschen Zeitung im Ostland v. 30. 8. 1942, BA 25.01, Nr. 6048, Bl. 106R. Abgeschlossen wurde der Mord an den Juden im Gebiet Minsk-Land Mitte Oktober (vgl. S. 613 dieser Darstellung). Die Gendarmerie war in dem Gebiet im August 1941 noch nicht vertreten.

419 In Sembin tötete das Kommando alle Juden: Grossman/Ehrenburg, S. 338f. (hiernach ging die Aktion der in Lagoisk – die am 9. 9. war – voraus). Die von mir im folgenden hervorgehobenen Stellen des Berichts der EGr B lesen sich wie eine Rechtfertigung zur völligen Liquidierung des Ghettos: »Desgleichen wurde eine umfangreiche Durchkämmung der Ortschaft Ziemin [...] erforderlich. Es waren wiederholt Klagen laut geworden, daß die dortigen Juden *in ihrer Gesamtheit* den deutschen Anordnungen entgegenarbeiteten. Bei den Ermittlungen ergab sich außerdem, daß *ein großer Teil* der angetroffenen Juden *ortsfremd* und erst kürzlich zugereist war. Um *jede weitere Auflehnung* für die Folge zu unterbinden, wurden eine Anzahl Juden unschädlich gemacht.« EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 24.–31. 8. v. 3. 9. 1941 zum Vortrag bei der Heeresgruppe Mitte, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 52. Zur Täterschaft des Trupps Schönemann in der ganzen Gegend vgl. Res.Pol.Btl. 11, Lagebericht v. 21. 10. 1941, ZStA Minsk 655–1–1, Bl. 4; Urteil LG Köln 24 Ks 1/63 gegen Schönemann v. 12. 5. 1964, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 20, S. 163ff., hier S. 173ff.; Vern. G. S. v. 19. 3. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 632f.; Kap. 7.2d. Sembin hatte 1926 838 jüdische Einwohner: »Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens«, S. 46f.

420 Vern. Werner Schönemann v. 9. 3. 1962; Vern. W. K. v. 10. 4. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 614f., 675; vgl. S. 586f. dieser Darstellung.

421 Vern. R. L. v. 27. 6. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 778.

422 In Tschaussy wurden 1000 Juden ermordet. Vgl. widersprüchlich Vern. L. A. M. v. 12. 3. 1949 (Augenzeuge) und S. G. Z. v. 13. 3. 1949 (auszugsweise Abschrift), ebd., Bd. 20, Bl. 111 und 126.

423 EM 67 v. 29. 8. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2112.

meist am Rand der Pripjetsümpfe gebundenen Polizeibataillone fehlte. Symptomatisch war, daß Bach-Zelewski seinen Untergebenen, den SSPF in Minsk, Jakob Sporrenberg, wegen Untätigkeit ablöste, dessen am 24. August eingetroffenen Nachfolger Carl Zenner aber bald der gleichen Versäumnisse beschuldigte.⁴²⁴ Außerdem war die Heeresgruppe Mitte am 30. Juli zur Verteidigung übergegangen, der Vormarsch war außer Richtung Südosten (Raum Rogatschew-Gomel-Tschernigow) gestoppt, so daß die Einsatzgruppe ohne Änderung ihres Auftrags wenig neue Opfer ausgeliefert bekam.

Himmlers Besuch in Minsk am 15. August 1941

Dieser Besuch war weder Himmlers erster noch sein letzter in Weißrußland. Doch ist er in die Geschichtsschreibung eingegangen als vermeintliche »Geburtsstunde der Gaskammer«.⁴²⁵ Himmler absolvierte in zwei Tagen ein dichtgedrängtes Programm, das fast pausenlos mit Massenmord zu tun hatte: am 14. August ließ er sich in Baranowitschi von Fegelein und Bach-Zelewski über die Ausrottungsaktion in den vermeintlich »zurückgebliebenen« Pripjetsümpfen berichten; am 15. August ließ er sich zwischen zehn und zwölf Uhr eine Massenerschießung vorführen, fuhr anschließend ins überfüllte Kriegsgefangenenlager, dann ins Ghetto und schließlich in die »Irrenanstalt« Nowinki.⁴²⁶

Die von Himmler beobachtete Erschießung fand außerhalb von Minsk, möglicherweise bei Smolewitschi oder Smilowitschi, statt. Je acht bis zehn Sicherheits- und Ordnungspolizisten schossen abwechselnd in Karabinersalven auf die Opfer – nach Himmlers Terminkalender »Partisanen und Juden«. Unter ihnen befanden sich auch Frauen. Anwesend waren der herbeizitierte Nebe, Bradfisch, Bach-Zelewski, Wolff und der Rest von Himmlers Delegation.⁴²⁷ Vorangegangen war eine Vorbesprechung mit Bradfisch und anderen.⁴²⁸ Es war nicht der erste und nicht der letzte Massen-

424 Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 24. 8. und 3. 9. 1941, BA R 20/45b, Bl. 10 f. Zu Sporrenberg und dessen Minsk-Episode auch Madajczyk 1988, S. 624, Anm. 11.

425 So z. B. Bach-Zelewski am 8. 7. 1958 in der Hauptverhandlung des Ulmer Einsatzgruppen-Prozesses, »Bach-Zelewski am 8. 7. unbeeidigt«, StA München I 22 Ks 1/61, Beiakten. Vgl. Reitlinger, Endlösung, S. 234 f., Hilberg, Vernichtung, S. 347 f., und noch Longerich 1998, S. 372.

426 Vgl. Terminkalender Himmler v. 14. und 15. 8. 1941, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 434 f.; zum Polesje die Berichte Lombards und Magills v. 11. bzw. 12. 8. mit enthaltener kleiner Landeskunde (Unsere Ehre heißt Treue, S. 227-230, und StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1304, Bl. 26a-27); zur Tageszeit der Exekution auch: Tagebuch des Augenzeugen Walter Frentz, zitiert im Dokumentarfilm: Das Auge des Kameramannes. Walter Frentz – Kameramann des Führers, Regie: Jürgen Stumpfhaus, Ausstrahlung: ARD, 26. 11. 1992, 23.05 Uhr.

427 Den Ort will der spätere Minsker Gestapochof, Heuser, aus einem ausführlichen schriftlichen Bericht ersehen haben, der beim KdS Minsk hierüber vorgelegen habe; jedoch gab er die zwei genannten, nicht identischen Orte an: Vern. Georg Heuser v. 28. 2. 1964, StA Hamburg 141 Js 204/60, Bl. 5404, und Vern. v. 1./2. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4289. Vgl. auch die später veröffentlichten Aussagen Bach-Zelewskis gegenüber US-Ermittlern in: Aufbau (New York) v. 23. 8. 1946; Vern. K. B. v. 24. 2. 1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 17/R; Vern. des Zeugen Karl Wolff v. 9. 7. 1958, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 208-210; Vern. K. G. v. 12. 5. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 3069 f.; schriftl. Mitt. Walter Frentz v. 31. 12. 1992; Terminkalender Himmler v. 15. 8. 1941, wie vorangegangene Anm.

428 Hierzu die vom Angehörigen des EK 8 Georg Frentzel gemachten Fotoaufnahmen und seine Erläuterungen in der Vern. als Beschuldigter v. 19. 2. 1971, BStU ZUV 9, Bd. 1, Bl. 151, sowie Bd. 32 (Fotomappe), Bl. 15 und 16. Zu den Besprechungen mit Sicherheits- und Ordnungspolizei auch Vern. Karl Wolff v. 9. 7. 1958, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 210.

mord, den Himmler besichtigte. Erinnert sei an Fälle in Polen 1939 und an einen Massenmord durch Giftgas in Auschwitz am 17. Juli 1942.⁴²⁹ Nach Lublin reiste Himmler im Februar 1943 offenbar *hauptsächlich* zu dem Zweck, eine sogenannte Vergasung von Menschen in Sobibór anzusehen und das Tötungspersonal der zu Ende gehenden »Aktion Reinhard« zu belobigen.⁴³⁰ Möglicherweise wurden in seiner Anwesenheit auch in Mogilew am 23. Oktober 1941 279 jüdische Menschen erschossen (Kap. 72d). Himmler war nicht der einzige, der eine Exekution aus eigener Anschauung erleben wollte. Lohse etwa hat in einer Vernehmung das gleiche zugegeben.⁴³¹ Daß Himmler in Minsk von dem Gesehenen beeindruckt war oder daß ihm gar die Knie weich wurden, wie oft angenommen wird, ist keineswegs sicher.⁴³² Die diesbezüglichen Erkenntnisse stammen ausschließlich aus nachträglichen Aussagen und sind in ihrem Quellenwert unsicher. Möglicherweise erschien Himmler die Mordaktion unnötig grausam. Bach-Zelewski und Nebe sollen ihn in dieser Ansicht bestärkt haben. Himmler ging es in erster Linie um die psychische Belastung seiner Männer, aber anscheinend auch um »unnötige« Qualen von Opfern wie im Fall einer Frau, die nicht sofort tot war.⁴³³ Nach der Massenerschießung sah er sich zu einer Ansprache genötigt, in der er die Männer zu überzeugen versuchte, daß diese »widerliche« Pflicht von jemandem erfüllt werden müsse, und stellte das ganze als Verteidigungshandlung dar. Er selbst trage die Verantwortung; unsicher ist, ob Himmler in diesem Zusammenhang auch von einem Hitlerbefehl sprach.⁴³⁴ Bach-Zelewski hat allerdings mehrmals ausgesagt, daß dabei nicht der Befehl zur Tötung aller Juden, also auch der

429 Rieß, S. 277 und 297–301, nennt Erschießungen in Baranowitschi, Saporoshje und Bromberg und einen möglichen Massenmord durch Giftgas in Posen am 13. 12. 1939. Zum Auschwitz-Besuch Arndt/Scheffler, S. 130.

430 Siehe zur Vorbereitung F Schr. Globocnik an Himmlers Adjutanten Grothmann v. 21. 1. 1943 (»Fuer ihren Besuch Anstalt bei Cholm vorgesehen. [...] Wegen totaler Transportsperre derzeit nic[h]t Vollbetrieb, jedoch für *beabsichtigte Wahrnehmungen* ausreichend«, Hervorhebung C. G.), F Schr. Grothmann an Globocnik v. 23. 1. 1943 (»Der Chef ist leider durch höhere Gewalt gezwungen, seine Reise zu Ihnen auf unbestimmte Zeit zu verschieben«), BA NS 19/ 3787, Bl. 20 und 40; F Schr. Globocnik v. 22. 1. 1943, BA NS 19/3165, Bl. 25 (für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Christoph Dieckmann); F Schr. Grothmann an Globocnik v. 11. 2. 1943 mit dem Reiseprogramm für 12. 2. 1943: »Vom Flugplatz aus sofort Fahrt zu dem bewußten Ort«, Rückkehr »stellt sich der Chef zwischen 17 und 18 Uhr vor«, »Abflug 13. 2. später Vormittag«; BA D-H ZM 1457, A. 2, Bl. 178.

Zur Datierung bereits Rückerl 1977, S. 193f. (das LG Hagen datierte auf Grund eines Gutachtens von Wolfgang Scheffler auf Grund von Zeugenaussagen die Aktion »mit einiger Sicherheit« auf den 12. 2. 1943). Nach einem vom Hauptabteilungsleiter Landwirtschaft im Generalgouvernement, Naumann, diktierten Vermerk v. 23. 2. 1943 war Himmler »vor ca. 14 Tagen im Distrikt Lublin anwesend«: BA R 26 IV/33. – Zu den von Himmler ausgesprochenen Beförderungen Arad 1987, S. 165–167; RSHA I A 5, Betr.: Beförderung des SS-Obersturmführers, Kriminalrat Christian Wirth v. 19. 5. 1943, BA NS 34/33. Die Opfer, zwischen 200 und 300 Frauen, wurden extra aus Lublin ins Lager gebracht: vgl. auch Novitch, S. 72 und 128.

431 Vern. des Beschuldigten Hinrich Lohse v. 19. 4. 1950, StA Hannover 2 Js 499/61, Sonderheft 4, Bl. 82f.; Notizbuch des Abteilungsleiters Ostland im RKO, Kleist, v. 1. 12. 1941, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 12460.

432 Vgl. die von Rieß, S. 274f., und v. Lang, S. 170–172, geäußerten Zweifel.

433 Vgl. Bach-Zelewski nach Aufbau v. 23. 8. 1946; Reitlinger, Endlösung, S. 234f.; Hilberg, Vernichtung, S. 347f.; Vern. Otto Bradfisch als Beschuldigter v. 27. 6. 1958, StA München I, 22 Ks 1/61, Bl. 190.

434 Vgl. vorangegangene Anm. sowie Vern. P. M. v. 5. 6. 1959, ebd., Bl. 942; schriftl. Mitt. Walter Frentz v. 31. 12. 1992; Angरिक u.a., S. 340. Die Behauptung, es habe einen Hitler-Befehl gegeben, konnte den hierzu Vernommenen zur juristischen Entlastung dienen.

Frauen und Kinder, erteilt worden sei.⁴³⁵ In der Tat ist es unwahrscheinlich, daß Himmler diesen Befehl bei dieser Gelegenheit gab. Denn noch einen ganzen Monat, bis Mitte September 1941, blieben wie ausgeführt die Tötungsziffern der Einsatzgruppe B etwa gleich. Sie mordete so lange im großen und ganzen weiter nach dem bisherigen Muster, was den am 15. August in Minsk anwesenden Nebe veranlaßte, im September *dreimal* indirekt einen neuen Auftrag für seine Einsatzgruppe anzuregen (vgl. Kap. 7. 2f). Beides wäre nicht geschehen, hätte Himmler den bewußten Befehl in Minsk ausgesprochen.

Himmler nahm am Abend des 15. August auch an einer Feierstunde teil, wobei, was ihm vermutlich mißfiel, offenbar wie üblich viel Alkohol getrunken wurde.⁴³⁶ Zuvor hatte er mit Bach-Zelewski und Nebe die Psychiatrische Klinik in Nowinki besucht und Nebe beauftragt, die Kranken dort zu »erlösen«. Nebe und Himmler sprachen dann über Möglichkeiten, Menschen anders als durch Erschießen zu ermorden. Wenig später machte Nebe an psychisch Kranken in Mogilew Tötungsversuche durch Gas und Sprengstoff (vgl. Kap. 7. 2f).⁴³⁷

Ein Aspekt der Erschießung vom 15. August ist bisher unbeachtet geblieben: sie wurde gefilmt, und zwar wahrscheinlich für Hitler. Himmler hatte in seiner Delegation den sogenannten »Kameramann des Führers« Walter Frentz,⁴³⁸ der unter anderem bei einigen Leni-Riefenstahl-Filmen die Kamera geführt hatte, und dessen Kollegen Franz Gayk, der ebenfalls zu Hitlers Gefolge gehörte.⁴³⁹ Frentz bestritt zwar in einem Brief an den Verfasser, die Exekution in Minsk gedreht zu haben (vielmehr sei er nur »aus persönlicher Neugierde« mitgekommen), er und Gayk werden aber in Himmlers Terminblatt vom 14. August ausdrücklich als »Filmberichter« bezeichnet.⁴⁴⁰ Frentz erhielt Ende 1942 auch einen Auftrag Himmlers für Filmarbeiten in Theresienstadt.⁴⁴¹ Außerdem existiert die Aussage eines ehemaligen Angehörigen des EK 8, daß bei der Schauexekution in Minsk gefilmt wurde, gemacht zu einem Zeitpunkt, als diese Aktion noch keine traurige Berühmtheit erlangt hatte, so daß der Verdacht wegfällt, der Zeuge hätte sich damit etwa wichtig tun wollen.⁴⁴² Wenn aber

435 Vgl. Vern. Erich von dem Bach-Zelewski v. 16. 12. 1963, BA-MA NL 642, Box 48, gelbe Kladde, und Streim 1981, S. 91f. Dieser bemerkt zu Recht, daß Bach in vielen Vernehmungen dreist log; zum Zeitpunkt der genannten Aussage war Bach jedoch schon wegen dreier Morde beim Röhm-Putsch zu lebenslanger Haft verurteilt und hatte deshalb keine weitere Strafverfolgung zu befürchten. Das Verfahren gegen ihn als HSSPF Rußland-Mitte war fünf Monate zuvor eingestellt worden. Er hatte damit erheblich weniger Grund, falsch auszusagen.

436 Zum letzten Punkt Vern. A. W. v. 16. 4. 1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 161R. W. war mit einem Trupp des EK 9 seinerzeit in Minsk.

437 Hierzu insbesondere Bach-Zelewskis im Aufbau v. 23. 8. 1946 wiedergegebene Aussagen.

438 Zu Frentz' Titel mit Bezug auf interne Telefonverzeichnisse Stumpfhaus, »Das Auge des Kameramannes«; Titel »Filmberichter beim Führer« z. B. nach Speers »Filmauftrag« v. 10. 10. 1944, BA R 3/1578, Bl. 170.

439 Gayk gehörte z. B. bei Hitlers Reise nach Italien im Mai 1938 zum Begleitpersonal Hitlers. Dies war 1944/45 immer noch der Fall. Reiseprogramm Himmlers, BA D-H ZM 1457, A. 2, Bl. 161; Personalbefehl v. 10. 1. 1945 und Liste »Begleitkommando des Führers«, BA D-H ZM 1183, A. 10, Bl. 78 und 166. In Himmlers Reiseprogramm wurden Frentz und Gayk mit zwei verschiedenen Stiften eingetragen (BA NS 19/1792, Bl. 97). Zu Gayks Person auch BA D-H ZA I 7707.

440 Vgl. Terminkalender Himmler v. 14. 8. 1941, Bl. 435; schriftl. Mitt. Walter Frentz v. 31. 12. 1992.

441 Bescheinigung für Frentz durch Grothmann v. 25. 10. 1942, BA NS 19/3165, Bl. 145.

442 Siehe Vern. O. M. v. 28. 5. 1945 in Prag durch die Sowjets (auszugsweise Übersetzung), BStU ZUV 9, Bd. 20, Bl. 450–453, hier Bl. 451. M. wurde später hingerichtet. Im Film »Das Auge des Kameramannes«

gefilmt wurde, dann wäre es sehr unwahrscheinlich, daß nicht Frentz und Gayk hinter der Kamera gestanden haben, obwohl auch der gleichfalls anwesende Nebe ein Filmfan war.⁴⁴³ Am Abend des 19. November 1941 hat sich Himmler möglicherweise den damals entstandenen Film angesehen.⁴⁴⁴ Nur zwei Wochen vor dem gefilmten Massaker in Minsk, am 1. August, hatte Gestapochef Müller »schnellstmöglich« von den Einsatzgruppen »besonders interessante[s] Anschauungsmaterial« wie »Lichtbilder, Plakate, Flugblätter und andere Dokumente« für Hitler persönlich über die »Arbeit der Einsatzgruppen im Osten« angefordert.⁴⁴⁵ Hitler informierte sich direkt über den Vernichtungsvorgang, und das in einer entscheidenden Phase der Judenvernichtung. Zweifellos war er am Entscheidungsprozeß unmittelbar beteiligt, er »kontrollierte« ihn genauso zweifellos, wie er nicht alle Details bestimmte.⁴⁴⁶

c) Die Frage der jüdischen Arbeitskräfte

In der Historiographie herrscht die Auffassung vor, die Ermordung der Juden durch die Deutschen habe auf rein ideologischen Motiven beruht und jeglicher wirtschaftlichen Vernunft widersprochen. Insbesondere seien bei diesem Akt irrationalen Rassenwahns Millionen wertvoller Arbeitskräfte ermordet worden, die die deutsche Kriegswirtschaft dringend nötig gehabt habe.⁴⁴⁷ Letztlich, so meinen einige, sei dieser Völkermord nicht zu erklären, ein Mysterium, ein schwarzes Loch.⁴⁴⁸ In den letzten zehn Jahren ist diese Überzeugung allerdings besonders durch die Arbeiten von Götz Aly und Susanne Heim in Frage gestellt worden.⁴⁴⁹

Hinsichtlich der besetzten sowjetischen Gebiete ist es üblich, von einem starren Interessengegensatz zwischen der Wehrmacht, die jüdische Arbeitskräfte in großem Umfang benötigt habe, und SS und Polizei auszugehen.⁴⁵⁰ Das trifft so nicht zu. Aus der bisherigen Darstellung ist schon deutlich geworden, daß sich die Juden sozusagen zum direkten Nahrungsmittelkonkurrenten des Ostheeres entwickelten, oder doch dazu erklärt wurden (Kap. 2.3, 4.2 und 4.3). Warum unterstützten Truppenführung sowie rückwärtige Einheiten und Kommandanturen Judenverfolgung und -vernichtung (Kap. 7.1, 7.2 und 7.4)? Was die jüdischen Arbeitskräfte betrifft, so war der Bedarf auf Grund der Entindustrialisierungspolitik von vornherein begrenzt,

wird aus Frentz' Tagebuch zitiert, nach dem der Eindruck entsteht, daß Frentz die Exekution filmte. Eine Einsicht in das Tagebuch wurde mir nicht gestattet.

443 Hierzu eidesstattl. Erkl. Andreas v. Amburger v. 27. 12. 1945, StA München I 22 Ks 1/61, Beiakten »Abschriften von Unterlagen aus dem Berlin Document-Center«. In Nebes Berliner Wohnung wurde nach Kriegsende ein Film mit Fotos gefunden, die Morde in einer Gaskammer (wahrscheinlich das Tötungsexperiment in Mogilew) zeigten – die wohl einzigen ihrer Art (Reitlinger, Endlösung, S. 210).

444 »Abendessen im Zug. Wochenschau u. Film von Minsk«. Terminkalender Himmler v. 19. 11. 1941, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 364. Es geschah auch in anderen Fällen, daß Himmler sich wichtige Ereignisse, die er selbst erlebt hatte, noch einmal auf Film ansah, z.B. die Trauerfeier für Heydrich: vgl. Terminkalender Grothmann v. 25. 6. 1942, BA NS 19/3959.

445 Zitiert nach Wilhelm 1981, S. 540.

446 Im gleichen Sinn das Fazit von Madajczyk 1990, S. 68 (»controlled the liquidation of the Jewish population«).

447 Siehe Herbert 1993, S. 198–236; Naasner, S. 353–387.

448 Siehe – allerdings teilweise seiner eigenen Analyse widersprechend – Herbst 1996, S. 374.

449 Vgl. Aly/Heim, Vordenker, und Aly 1995.

450 Vgl. die oberflächliche Darstellung bei Hilberg, Vernichtung, S. 375–377.

sowohl rein zahlenmäßig als auch hinsichtlich qualifizierter Arbeitskräfte (Kap. 5.2 bis 5.4 sowie 6.1).

Aber die Verantwortlichen sahen – wie ebenfalls ausgeführt – in der Durchsetzung der Hunger- und Entindustrialisierungspolitik Möglichkeiten für Modifikationen, Abwägungen und Kompromisse. Unerläßlich für die Untersuchung der Politik gegenüber den jüdischen Arbeitskräften ist die Betrachtung der zentralen Instanzen. In den Richtlinien für die Wirtschaftsführung, der »Grünen Mappe«, hieß es bereits vor Kriegsbeginn, daß wirtschaftliche Führungskräfte und wichtige Fachleute »nicht ohne rechtzeitige Benachrichtigung der Wirtschaftsdienststellen als Geiseln ausgewählt oder politisch verfolgt« werden dürften.⁴⁵¹ Auch Heydrich waren Rücksichten auf wirtschaftliche Interessen nicht fremd. In seinem berüchtigten Schreiben vom 2. Juli, nach dem »Juden in Partei und Staatsstellungen« zu erschießen waren, erklärte er die »politische Befriedung« nur zum »Nahziel« des »Gesamteinsatzes« in der Sowjetunion, aber »Endziel ist die wirtschaftliche Befriedung [...] auf welchem das Schwergewicht zu liegen hat [...]. Die politische Befriedung ist die erste Voraussetzung für die wirtschaftliche Befriedung«. Sie sei allerdings »mit rücksichtsloser Schärfe auf umfassendstem Gebiet durchzuführen«.⁴⁵² Die sofortigen Morde an den politischen Gegnern, zu denen gerade die »bolschewistischen« jüdischen Männer in der Sowjetunion ebenfalls gezählt wurden, erschienen demnach als Voraussetzung dafür, den Rest der sowjetischen Bevölkerung widerstandslos ausbeuten zu können.

Schon seit dem 28. Juni 1941 trafen die ersten Berichte wichtiger Wirtschaftsfunktionäre des Wirtschaftsstabs Ost wie Riecke, Schlotterer, Rachner und Marrenbach in den Hauptquartieren in Ostpreußen ein, zuerst aus Litauen. Dabei ging es besonders um die Frage, wie die Wirtschaft in Gang zu bringen sei und mit welchen Arbeitskräften. Schlotterer, Rachner und Marrenbach kamen am 2. und 4. Juli zu der Auffassung, daß in Kaunas, Wilna und Siauliai auf einen Teil der jüdischen Arbeitskräfte nicht verzichtet werden könne, die zu diesem Zeitpunkt vor ihren Augen zu Tausenden riesigen Pogromen und Erschießungen der deutschen Sicherheitspolizei zum Opfer fielen.⁴⁵³ Marrenbach erklärte:

»Bei einer Gesamtbevölkerung von rd. 300 000 Menschen gibt es in Wilna ca. 80 000 also fast 25 v. H. Juden. Da es sich bei diesen Juden vielfach um gute Spezialisten handelt, würde ihre *vollkommene Ausschaltung* eine Stilllegung von unzähligen Betrieben nach sich ziehen, falls kein fachlicher Ersatz gestellt wird. Diese Fachleute fehlen in Litauen scheinbar fast vollkommen. [...]

Es wird sich aber scheinbar nicht vermeiden lassen, daß Juden als Arbeiter, bzw. Angestellte *wieder in den Betrieben aufgenommen* werden [...].«⁴⁵⁴

Es ist eine eigene Überlegung wert, wie Marrenbach zu diesem Zeitpunkt darauf kam, daß es eine »vollkommene Ausschaltung« der Juden aus dem Arbeitsprozeß geben werde (vgl. Kap. 7.2f). Für die Deutschen stellte sich die Produktions- und Arbeitskräftefrage in Litauen auch anders als in Weißrußland. Aber es ist unbestreitbar,

⁴⁵¹ Grüne Mappe, Teil I, 2. Auflage, Nbg. Dok. NG-1409.

⁴⁵² Heydrich an die HSSPF v. 2. 7. 1941, BA R 58/241, Bl. 314f. Vgl. Krausnick 1981, S. 151, und Burrin, S. 111.

⁴⁵³ Hierzu ausführlich Dieckmann 1993, S. 62f., 100 und 107f.

⁴⁵⁴ Bericht über meine Reise nach Wilna und Kowno vom 1. bis 4. 7. 41 (Abschrift/gez. Marrenbach, KVChf), BA-MA RW 31/90b unpag. (Hervorhebungen C. G.).

daß in der ersten Julihälfte die Frage der jüdischen Arbeitskräfte die zentralen Wirtschaftsinstanzen in Berlin und Ostpreußen hinsichtlich der gesamten besetzten sowjetischen Gebiete beschäftigte. Mit Bezug auf Rachners Berichte aus Tauroggen und Siauliai vermerkte das Kriegstagebuch des Wirtschaftsstabs Ost am 3. Juli: »Für die zahlreichen als Facharbeiter tätigen Juden ist kein Ersatz vorhanden. Diese Frage muß vordringlich behandelt werden.«⁴⁵⁵ Noch deutlicher wurde das vom Chef des Wirtschaftsstabs Ost, Schubert, in seinem ersten schriftlichen Bericht pointiert: »Ungelöste Frage der Juden, die diesmal Todfeinde bleiben und doch wirtschaftlich wegen grosser Zahl mindestens vorläufig notwendig.« Im gleichen kurzen Papier sprach er allerdings von »vorausgesehener, vorübergehender oder dauernder städtischer Arbeitslosigkeit«, die man unter anderem durch mangelhafte Ernährung der Stadtbevölkerung bekämpfen solle, die dann abwandern werde. Das relativierte den zahlenmäßigen Bedarf an Arbeitskräften.⁴⁵⁶

Spätestens am 6. Juli wurde die Frage der jüdischen Arbeitskräfte General Thomas vorgelegt, der noch als eine Art Vorgesetzter des Wirtschaftsstabs Ost gesehen wurde, obwohl dies strenggenommen Staatssekretär Körner war.⁴⁵⁷ Am 7. Juli vermerkte Oberstleutnant v. Gusovius vom Stab des Wirtschaftsrüstungsamts, daß die Ingangsetzung wirtschaftlich wichtiger Betriebe Vorrang habe vor der allerdings angestrebten »Klärung der Rassenfrage«, und am 9. Juli wies Thomas in einer Besprechung Schubert an, die Juden in den Betrieben zu belassen, »sofern keine anderen Arbeiter vorhanden sind und die Betriebe laufen müssen«.⁴⁵⁸ Das hieß, sie zu ersetzen, wo immer es möglich erschien. Im Grunde blieb das während der ganzen Besatzungszeit die gültige Richtlinie, die am 15. Juli in folgender Form offiziell herausgegeben wurde: »Die Wirtschaftsdienststellen haben sich für die Belassung jüdischer Facharbeiter in den Betrieben mit kriegswichtiger Erzeugung dann einzusetzen, wenn Ersatz nicht zur Verfügung steht und die Aufrechterhaltung der Erzeugung davon abhängt.«⁴⁵⁹

Nur unter drei Voraussetzungen sollten die jüdischen Arbeitskräfte also bleiben: die Produktion mußte kriegswichtig, durch den etwaigen Abzug gefährdet und die Juden durften nicht ersetzbar sein. Es war mithin keineswegs so, daß alle jüdischen Arbeiter »erhalten« werden sollten; der Kreis blieb erheblich eingeschränkt. Einen Tag später verwies Schubert auf die »Drohobyczer Erfahrung«, wonach der Einsatz von Juden selbst in der technisch schwierigen Erdölproduktion nicht unerlässlich sei, und betonte, lieber sollten »die zuverlässigeren örtlichen Nicht-Juden zum Zuge kommen«. Gleichzeitig forderte er in Weißrußland besonders starke Sicherungstruppen – wegen der großen Wälder und der »besonders zahlreichen Juden«.⁴⁶⁰ Am 26. Juli erwähnte Schubert, daß »die Erschießungen von zahlreichen der Aufwiege-

455 KTB WiStab Ost v. 3. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 15. Vgl. unter dem 4. und 8. 7., ebd., Bl. 17, 25.

456 Chef WiStab Ost, Vierzehntagesbericht WiStab Ost/Erster Lagebericht v. 10. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 832.

457 Zum letzten Punkt S. 144 dieser Darstellung. Vgl. Chef WiStab Ost, Vierzehntagebericht WiStab Ost (Feldzugsbeginn bis 6. 7. 1941) v. 12. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 836.

458 Beides zitiert nach Dieckmann 1993, S. 108.

459 WiStab Ost Fü/Ia/A, Betr.: Beschäftigung jüdischer Facharbeiter (Unterschrift: i. A. Dr. Musset) v. 15. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 72745 unpag.

460 Chef WiStab Ost, 2. Lagebericht/Wochenbericht WiStab Ost (6.–12. 7. 1941) v. 16. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 375f., ausführlich zitiert oben S. 528 in dieser Darstellung.

lung verdächtigen Juden durch die deutsche Polizei [...] das Judentum eingeschüch-tert und bis zu einem gewissen Grad arbeitswillig gemacht« hätten. Das bezog sich auf einen Bericht der Wirtschaftsinspektion Mitte aus Weißrußland, die gleichfalls das Einschüchterungsmoment hervorgehoben hatte; Funktionäre des Wirtschaftskommandos Minsk initiierten sogar selbst Erschießungen von Juden und Kommunisten auf den Dörfern, die angeblich die Bevölkerung zur Vernichtung der Ernte aufwiegelten.⁴⁶¹ Außerdem stellte Schubert einen direkten Bezug zur Entindustrialisierung her: »Soweit diese Betriebe [wo Juden arbeiteten] *weiter arbeiten sollen*, werden Juden so lange in ihnen beschäftigt werden müssen, bis Ersatz für sie gefunden wird.«⁴⁶² Aber viele Wirtschaftsbetriebe arbeiteten eben in Weißrußland, wenn überhaupt, im Sommer und Herbst 1941 nur etwa mit fünfzigprozentiger Auslastung, oder ihre Schließung war vorgesehen.⁴⁶³

Die Wirtschaftsdienststellen in Weißrußland und in der Zentrale im ostpreussischen Bartenstein begrüßten die Massenmorde also teilweise aus wirtschaftlichen Gründen. Nur wo die »Weiterführung in Gang gesetzter Betriebe mit den notwendigen Facharbeitern« gefährdet war, etwa durch die pauschale Inhaftierung in den Zivilgefangenenlagern (»Polizeiliche Erfassung der Juden an grösseren Plätzen«), wandten sie sich dagegen, so Wirtschaftsinspekteur Weigand und Landwirtschaftschef Wagner gegenüber Nebe, Bach-Zelewski und v. Schenckendorff.⁴⁶⁴

Obwohl General Thomas dem Chef des Wirtschaftsstabs Ost bereits eine entsprechende Anweisung gegeben hatte, legte er die Frage der jüdischen Arbeitskräfte in den besetzten sowjetischen Gebieten dennoch dem obersten Verantwortlichen für Wirtschaftsfragen, Göring, vor, und zwar in folgender Form: »Sollen die Juden grundsätzlich aus allen Zweigen der Wirtschaft ausgeschaltet werden, oder dürfen sie als Arbeiter oder Handwerker ihren Beruf weiter ausüben?«⁴⁶⁵ Göring antwortete am 28. Juli, »daß die Juden in den von Deutschland beherrschten Gebieten nichts mehr zu suchen hätten. [...] Die Juden seien gewissermaßen wie in Gefangenenlagern zu Arbeits-Bataillonen zusammenzufassen und zu kasernieren [...]«. Andere Arbeiten seien ihnen zu verbieten. »Die Ernährung sei besonders zu regeln und zu überwachen.«⁴⁶⁶

461 »In großen Massen, die in die Tausende gehen, sind der Aufwiegelung verdächtige Juden erschossen worden. Das Judentum ist infolgedessen eingeschüchert und willig bei der Arbeit.« WiIn Mitte, Lagebericht v. 22. 7. 1941 an WiStab Ost, BA-MA WF-03/7314, Bl. 319f. Zum zuletzt genannten Punkt Kriegswirtschaftskommando Minsk, Lage- und Tätigkeitsbericht der Sonderführer Sittel und Bayer v. 13. 7. 1941 (Abschrift) und Kr-WiKdo Minsk, Lage- und Tätigkeits-Bericht v. 18. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 488 und 496.

462 Chef WiStab Ost, 2. Vierzehntagebericht (6. 7.–19. 7. 1941) v. 26. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 844f (Hervorhebung C. G.).

463 Vgl. Liste der in Gang gesetzten Betriebe im Bereich der WiIn Mitte (Chefgruppe M) v. 16. 8. 1941, ebenso (Chefgruppe W) v. 1. 9. 1941 sowie v. 6. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 1041, 1060–1067 und 1141–1162.

464 WiIn Mitte, Lagebericht v. 22. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 321 und 323, sowie S. 508 dieser Darstellung.

465 Thomas an Nagel, Leiter der Verbindungsstelle des WiRüAmts bei Göring, 2514/41gK v. 23. 7. 1941 (Entwurf) und Göring von Nagel vorzulegender »Fragebogen« (Geheime Kommandosache, undatiert), BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 106 (Zitat) und 108.

466 Verbindungsstelle OKW/WiRüAmt beim Reichsmarschall (Nagel) an Thomas v. 29. 7. 1941, ebd., Bl. 103. Ähnlich auch Nagels »Wirtschaftsaufzeichnungen für die Berichtszeit vom 1.–14. 8. 1941 (u. früher)«, Anlage zu seinem Schreiben v. 14. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 918f. Die Juden seien zu »kasernieren« und nur in geschlossenen »Arbeitsformationen« einzusetzen. Sie zu erschießen, sei »zu ehrenvoll« – man solle sie erhängen.

In einer Besprechung mit den Wirtschaftsinspektoren drei Tage später ›übersetzte‹ Thomas diesen Befehl so: »Juden kasernieren und in Form geschlossener Arbeitsabteilungen einsetzen.«⁴⁶⁷ Und das hieß: ghettoisieren und den Einzeleinsatz jüdischer Arbeitskräfte, etwa eine Handwerkerexistenz, praktisch verbieten. Das Bild jüdischer Kolonnen, die die Ghettotore passierten, das wir aus vielen Überlebendenberichten kennen, wurde erst später zur Regel. Es entsprach gleichzeitig auch einer alten Wunschvorstellung der Nationalsozialisten. Jedoch war dazu in Weißrußland ein weiterer Befehl – diesmal von Keitel – am 12. September Voraussetzung, der neben dem Ersatz von Juden durch nichtjüdische Arbeitskräfte auch jede Beschäftigung von Juden bei Wehrmachtdienststellen in den besetzten sowjetischen Gebieten außer »in besonders zusammengefaßten Arbeitskolonnen« verbot.⁴⁶⁸ Erst danach, im Oktober und November 1941, fand die entsprechende Umstellung des Arbeitseinsatzes in Weißrußland durch die Arbeitsbehörden statt, gleichzeitig mit der Vernichtung des größten Teils der ostweißrussischen Juden. Jüdische Handwerker mußten ihre Tätigkeit beenden und ihr Handwerkszeug abgeben – das deutete eher auf ›Ausschaltung‹ hin als auf wirkliche neue Arbeitsstellen.⁴⁶⁹ »Um [...] das Judentum aus dem Wirtschaftsprozess ausschalten zu können«, wurde dort auch die Ausbildung von Lehrlingen »ins Auge gefaßt«. Nur kurze Zeit und örtlich begrenzt erschien der Facharbeitermangel im Herbst 1941 noch »so erheblich, dass notgedrungen zum Teil auf jüdische Facharbeiter zurückgegriffen werden musste.«⁴⁷⁰

Dem war einiges vorausgegangen. Bereits im Juli und August 1941 wurden in den weißrussischen Städten systematisch jüdische Arbeitskräfte durch nichtjüdische ersetzt, damals eine Hauptaufgabe der Arbeitsämter, die auch Lohse in seinen »Vorläufigen Richtlinien« festhielt.⁴⁷¹ Jedoch war in Weißrußland – wie Rachner nun auch dort feststellte – »zum Teil kein Ersatz für die zu entlassenden Juden zu finden«.⁴⁷² Während im Juli »die Arbeitskräfte z. Zt. in folgender Reihenfolge verteilt [wurden]: 1. Volksdeutsche, 2. Polen, 3. Weiß-Ruthenen, 4. Juden, 5. Kriegsgefangene«,⁴⁷³ hatte sich zwei Monate später einiges verändert, denn nun galt das Prinzip, »daß zuerst der zuverlässige Volksdeutsche, dann der Weißrusse, der Pole, der Russe und zum

467 KTB WiRüAmt/Stab v. 31. 7. 1941, BA-MA WF-01/15885, Bl. 886. Ähnlich RKO, Vorläufige Richtlinien für die Behandlung der Judenfrage v. 18. 8. 1941, IfZ Fb 104/2.

468 OKW/W.F.St./Abt. L (IV/Qu), Betr.: Juden in den neu besetzten Ostgebieten v. 12. 9. 1941 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 710f., abgedruckt bei N. Müller 1982, S. 72.

469 Vgl. WiStab Ost, Halbmonatsbericht für 16.–31. 10. v. 27. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 985; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 8 v. 6. 11. (»Die Ablösung der Juden aus allen freien Arbeitsverhältnissen wird weiter durchgeführt«), Nr. 9 v. 22. 11. (»nur noch in Einzelfällen im freien Arbeitsverhältnis«) und Nr. 10 v. 22. 12. 1941 (»Soweit Juden noch vorhanden sind, [...] durchgeführt«), BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 966, 1003 und 1034. Vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 376, der davon ausgeht, daß die Kolonnenarbeit in Weißrußland noch wirklich einen wirtschaftlichen Zweck verfolgt hätte.

470 WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 7 v. 20. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 1037 (erstes Zitat); WiStab Ost, Halbmonatsbericht 16.–30. 9. v. 20. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 998 (zweites Zitat).

471 Hierzu S. 454f. dieser Darstellung sowie Hptm. Dorn, Wi-Kdo.Neisse, Erfahrungsbericht, Minsk d. 28. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 271; Feldkommandantur, Militärverwaltungs-Gruppe, Richtlinien für die vorläufigen Bürgermeister, GebA Minsk 623–2–1, Bl. 182R. Vgl. Vorläufige Richtlinien für die Behandlung der Juden im Gebiet des RKO v. 18. 8. 1941, IfZ Fb 104/2.

472 KTB WiStab Ost v. 24. 8. 1941 über eine Reise Rachners zur WiIn Mitte, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 101.

473 OKW/WiRüAmt/Stab Ia, Erkundungsbericht des OKVR Hempel, Abt. Arbeit, über die Dienstreise nach Grodno am 15. 7. v. 16. 7. 1941 (Abschrift), BA F 14102, Bl. 219.

Schluß der Jude [in Arbeit] unterzubringen seien [sic]«, ⁴⁷⁴ das heißt, »der Jude« war an die allerletzte Stelle gerückt. Die Beschäftigung aller anderen Bevölkerungsgruppen wurde von den Arbeitsämtern vorgezogen. Dazwischen, am 25. August, hatte eine Besprechung des Wirtschaftsstabs Ost mit den Arbeitseinsatz-Leitern der Wirtschaftsinspektionen stattgefunden, auf der der Ersatz von jüdischen Arbeitern durch Kriegsgefangene beschlossen wurde.⁴⁷⁵ Gegen Jahresende 1941 führte das im Reichskommissariat Ostland zu dem Versuch, systematisch Juden durch Kriegsgefangene zu ersetzen, um sie zu ermorden. Er scheiterte daran, daß die Kriegsgefangenen zu dieser Zeit zum allergrößten Teil nicht arbeiten konnten und zu Hunderttausenden starben.⁴⁷⁶ Außerdem unterstützte die Zivilverwaltung diese Kampagne der 707. Sicherungsdivision und der Rüstungsdienststellen zur »Lösung der Judenfrage« im Sinne der totalen Vernichtung, die der Wehrmacht »unbedingt notwendig« erschien, nicht.⁴⁷⁷

Die Haltung der Wehrmacht wurde auch Generalmajor Nagel mitgeteilt, der als Inspekteur nach Minsk kam, und zwar am Nachmittag des 25. Oktober gleich zweimal. Zunächst schlug ihm der Rüstungskommandeur, Major v. Viebahn – der, hätte er ernsthafte Rüstungsproduktion zu verwalten gehabt, wahrscheinlich »seine« Juden geschützt hätte: er brauchte aber keine – wegen »Partisanenbewegung und kommunistische[r] Zellenbildung« folgende Lösung vor: »Alle Juden und sonstigen Störenfriede durch kriegsgefangene Facharbeiter ersetzen.« Anschließend klärten der »Kommandant in Weißruthenien«, Generalmajor v. Bechtolsheim, und sein Führungsoffizier, Oberstleutnant Fritz-Wedig von der Osten, Nagel über die Partisanengefahr auf: »Wirksames Mittel wäre: Befreiung der Weissruthenen von Juden und Polen [...], sowie Landverteilung in bescheidenem Ausmass [...] Oberstleutnant v. d. Osten erklärt, dass man es in Russland mit Verbrechern schlimmster Sorte zu tun hat, und dass als Dienstanzweisung nur Karl May oder Edgar Wallace in Frage kämen.«⁴⁷⁸

Nagel meldete die Anregungen in Berlin. Die 707. Infanteriedivision hatte im Herbst 1941 selbst Tausende von Juden auf dem Land ermordet. Nun trug die Wehrmacht auch Mitschuld an dem Massaker in Minsk zwischen dem 7. und 11. November, ganz abgesehen von demjenigen in Sluzk, das das Reservepolizeibataillon 11, der 707. Infanteriedivision unterstellt, nur zwei Tage nach v. Bechtolsheims Gespräch mit Nagel durchführte. Man mag nicht an einen Zufall glauben, wenn sich Nagel ausgerechnet zu Beginn der neuen Welle der Judenvernichtung Anfang Mai 1942 wiederum mit v. Viebahn traf.⁴⁷⁹

⁴⁷⁴ WiIn Mitte, Chefgruppe Fü./Abteilung Arbeit, Zwei-Monatsbericht (gez. Gelberg) v. 9. 9. 1941, ebd., Bl. 471. Hier war auch vom Bestreben die Rede, die Fachkräfte unter den Kriegsgefangenen in den Dulags zu behalten, statt sie mit in die rückwärtigen Stalags abzuschieben. Mit »Russe[n]« waren damit offensichtlich nicht nur die Einwohner im östlichen Zuständigkeitsgebiet der WiIn, sondern auch die Kriegsgefangenen gemeint.

⁴⁷⁵ KTB WiStab Ost v. 25. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 102.

⁴⁷⁶ Vgl. RüIn Ostland, Monatsbericht Oktober v. 1. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 43371, Bl. 747, und RüKdo Minsk, KTB-Rückblick 4. Quartal 1941, hier nach StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband T.

⁴⁷⁷ Undatierter Bericht des KdS Minsk ungefähr vom Januar 1942 (sog. Burkhardt-Bericht), IfZ Fb 104/2.

⁴⁷⁸ Reisebericht Nagel ohne Überschrift, BA-MA Wi ID/1723. Die Herkunft des Berichts ist eindeutig auf Grund KTB RüKdo Minsk v. 25. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 733.

⁴⁷⁹ KTB RüKdo Minsk v. 7.-9. 5. 1942, ebd., Bl. 821.

Die Zivilverwaltung lehnte die totale Vernichtung der Juden im Herbst und Winter 1941 nicht etwa aus Mitleid ab, sondern aus wirtschaftlichen Erwägungen. Sie hielt, ebenso wie die KdS-Dienststelle in Minsk, die jüdischen Arbeitskräfte im GK Weißruthenien teilweise für »vorerst unentbehrlich«.⁴⁸⁰ Das hinderte sie nicht, die Wehrmacht ihrerseits scharf zu kritisieren, wenn diese sich nicht »auf die Mitarbeit der tatsächlich nicht ersetzbaren jüdischen Facharbeiter beschränkt« hatte, sondern aus Sicht der Zivilverwaltung unnötig Juden beschäftigte. Ähnliche Kritik übten Sipo und SD an der Wehrmacht schon lange.⁴⁸¹ Also gab es in dieser Frage keine starren Fronten, sondern Zivilverwaltung und Sicherheitspolizei und SD versuchten, konsequent an der Linie festzuhalten, jüdische Arbeitskräfte so weit wie möglich zu ersetzen und die Nichtarbeitenden zu ermorden. Konflikte entstanden immer dann, wenn bei Vernichtungsaktionen auch jüdische Arbeiter erschossen wurden, wie bei dem Massaker in Sluzk am 27. Oktober 1941, obwohl diesem dreiwöchige Beratungen zwischen Zivilverwaltung und Polizei darüber vorangegangen waren, inwiefern man Handwerker und Facharbeiter am Leben lassen wollte. Dem folgte eine Anweisung Kubes, daß SS und Polizei sich vor Vernichtungsaktionen zur Abstimmung an die Gebietskommissare zu wenden hätten; das war im Grunde nur eine Bekräftigung der schon informell bestehenden Regelung, ein Beharren auf dem Standpunkt der schrittweisen Aussonderung.⁴⁸²

SS und Polizei verließen diese Konsensposition zeitweise. Formal bestand auch Heydrich noch darauf, als er sich mit dem stellvertretenden Ostminister Alfred Meyer, dessen Hauptabteilungsleitern Schlotterer (Wirtschaft) und Leibbrandt (Politik) sowie dem SD-Gruppenleiter Ehlich am 4. Oktober 1941 besprach. Zuvor waren der RSHA-Chef und Alfred Meyer am 19. September zu einer Sitzung des Generalrats des Vierjahresplans eingeladen, bei der auch die »industrielle Produktion in den besetzten Ostgebieten« und der »Arbeitseinsatz« besprochen worden waren.⁴⁸³ Anscheinend hatte ihm nicht gefallen, was er dort gehört hatte. Denn Heydrich erklärte am 4. Oktober:

»Es bestehe auf jeden Fall die Gefahr, dass vor allem von Seiten der Wirtschaft in zahlreichen Fällen Juden als unentbehrliche Arbeitskräfte reklamiert würden und dass sich niemand bemühe, an Stelle der Juden andere Arbeitskräfte zu bekommen. Dies würde aber den Plan einer totalen Aussiedlung der von uns besetzten Gebiete zunichte machen. Die Vertreter des Ostministeriums zeigten jedoch wenig Neigung, in dieser Frage nachzugeben, so dass schließlich, da die Durchführung der Behand-

⁴⁸⁰ Hierzu Bericht des KdS Minsk (Burkhardt-Bericht), Januar 1942, IfZ Fb 104/2.

⁴⁸¹ Hauptkommissar Baranowitschi an RKO (Fenz an Lohse, abschriftlich an Kube) v. 10. 2. 1942, Nbg. Dok. PS-3667. Vgl. EM 43 v. 5. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1782, wonach beim Morden »auf diese [Unentbehrlichkeits-]Bescheinigungen aber keine Rücksicht mehr genommen wird«. Dem entsprach die tatsächliche Handlungsweise von Sipo und SD jedoch zunächst nicht.

⁴⁸² Vgl. GebK Sluzk an Kube v. 30. 10. 1941 und Begleitschreiben Kubes an Lohse v. 1. 11. 1941, IMT, Bd. 27, S. 1–8; Zeugenvern. H. v. R. (Abteilungsleiter Verwaltung beim GK Weißruthenien) v. 18. 5. 1966, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 3020.

⁴⁸³ Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP V.P. 15347/1, Einladung für Sitzung Generalrat Vierjahresplan am 19. 9. 1941, 10.30 Uhr, v. 18. 9. 1941 mit Tagesordnung und Adressaten, BA R 43 II/356c, Bl. 19; auch Nbg. Dok. NG-1853. Die Sitzung des Generalrats des Vierjahresplans am 24. 6. 1941 war also nicht die letzte, wie Aly/Heim (Vordenker, S. 379) annehmen.

lung der Juden in jeder Beziehung sowieso in den Händen der Sicherheitspolizei liegt, von einer weiteren Diskussion dieses Problems abgesehen wurde.«⁴⁸⁴

Heydrich ging anscheinend über die Forderung nach der Tötung der nicht arbeitenden Juden hinaus, warum hätte sonst das Ostministerium »nachzugeben« gehabt? Mit der »totalen Aussiedlung« war demzufolge in Ehlichs Niederschrift Vernichtung gemeint; man hätte sie kurzfristig nirgendwohin umsiedeln können. Der Verweis auf die »Durchführung der Behandlung der Juden«, für die die Sicherheitspolizei allein zuständig sei, verweist gleichfalls auf ihre Ermordung. Denn tatsächlich lag die »Behandlung der Juden« eben nicht »in jeder Hinsicht sowieso in den Händen der Sicherheitspolizei«, sondern im wesentlichen nur in Hinblick auf das Morden selbst, ansonsten jedoch bei der Zivilverwaltung (vgl. Kap. 7.3).

Das Ostministerium gab dann rasch doch nach, nicht aber die Zivilverwaltung in Riga. Auch Lohses Verwaltung setzte sich im Oktober für die Vernichtung der Juden ein, »die nicht arbeitsfähig sind«, wenn möglich, indem man sie im Gas erstickte.⁴⁸⁵ Im Konflikt um die Erschießung jüdischer Arbeitskräfte im lettischen Liepaja (Libau), in Wilna und Sluzk ersuchte Leibbrandt Lohse am 31. Oktober um Stellungnahme. Dieser fragte am 15. November zurück, ob alle Juden im Reichskommissariat Ostland ohne wirtschaftliche Rücksichten »liquidiert« werden sollten – eine solche Weisung sei bisher nicht bekannt –, was ihm Bräutigam am 18. Dezember schriftlich bestätigte.⁴⁸⁶ Vielleicht ging dem eine Einigung über die besetzten sowjetischen Gebiete zwischen Himmler und Rosenberg voran, der am 18. November verkündete, die besetzten sowjetischen Gebiete sollten Schauplatz der »biologischen Ausmerzungen des gesamten Judentums in Europa« werden.⁴⁸⁷ Auf unterer Ebene hatten Kontakte zwischen dem Abteilungsleiter Ostland im Ostministerium, Kleist, mit Stahlecker (Einsatzgruppe A) am 4. Oktober, mit Jäger (EK 3) am 22. November sowie mit Lohse am 25. November und innerhalb des Ostministeriums im November stattgefunden.⁴⁸⁸

484 [RSHA] III B EL./Ma., Niederschrift über Besprechung zwischen SS-Obergruppenführer Heydrich und Gauleiter Meyer am 4. Oktober 1941 v. 4. 10. 1941, BA NS 19/1734, Bl. 2–7; auch Nbg. Dok. NO-1020.

485 RMO, Sachbearbeiter AGR Dr. Wetzel, Betr.: Lösung der Judenfrage an RKO v. 25. 10. 1941 (Entwurf), Bezug: Ihren Bericht v. 4. 10. 1941 bezüglich Lösung der Judenfrage: »Nach Sachlage bestehen keine Bedenken, wenn diejenigen Juden, die nicht arbeitsfähig sind, mit den Brackschen Hilfsmitteln beseitigt werden.« Nbg. Dok. NO-365. Es handelte sich also offenbar um einen vom RKO ausgehenden Vorschlag. Dazu kommt die in diesem Zusammenhang bisher nicht wahrgenommene Tatsache, daß Lohse am gleichen Tag beim Ostministerium in Berlin sein wollte (Longerich 1998, S. 461). Möglicherweise kam das unter merkwürdigen Umständen abgefaßte Schreiben Wetzels auf Lohses Insistieren zustande (vgl. die Entwürfe Nbg. Dok. NO-995 bis 997).

486 Vgl. Leibbrandt an Lohse v. 31. 10., Lohse an Rosenberg v. 15. 11. und Bräutigam an Lohse v. 18. 12. 1941, in: IMT, Bd. 32, S. 436f.

487 Rede Rosenbergs auf dem Presseempfang im RMO am 18. 11. 1941, (»vertraulich«), BA-MA (BArchP)F 43131, Bl. 433.

488 Vgl. den Notizkalender Kleists in StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 12460, unter dem 4. 10., 3. bzw. 4. 11. (Notizen u.a. »Libau – Juden – Lohse«), 22. (»Bei Staf Jäger bester Eindruck: Er ruht ganz auf lit.[auischer] Mitarbeit. Wenn auf diesem heikelsten Gebiet die Selbstverwaltung eingeschaltet wird, gibt es keine Ausrede mehr für alle anderen Gebiete«) und 25. 11. 1941. Im Gespräch mit Lohse ging es allerdings in erster Linie um Fragen der Selbstverwaltung. Bei den Treffen mit Stahlecker und Jäger sind eine bzw. zwei Zeilen von Kleist unlesbar gemacht worden, bevor er das Original seines Notizbuchs der StA Hamburg in die Hände gab. Im Fall von Stahlecker vergaß Kleist hier die am Rand notierte Zahl »120000« zu tilgen, die genau der damaligen Zahl der Opfer der EGr A entspricht.

Das Datum des 18. Dezember 1941 bündelt wie in einem Prisma die Widersprüche im nazideutschen Vorgehen gegen die sowjetischen Juden. An diesem Tag ergingen drei Weisungen: erstens schrieb Bräutigam seinen bekannten Brief an Lohse, nach dem »[w]irtschaftliche Probleme bei der Lösung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben« und alle Juden grundsätzlich vernichtet werden sollten. Jedoch geschah genau das Gegenteil: im GK Weißruthenien und im Reichskommissariat Ostland hörten die Judenerschießungen für längere Zeit weitgehend auf.⁴⁸⁹ Zweitens trafen sich an diesem Tag Hitler und Himmler, der zu der Besprechung vermerkte: »Judenfrage. | als Partisanen auszurotten.«⁴⁹⁰ Wahrscheinlich bezog sich dies auf einen generellen Kurswechsel der deutschen Führung in der Politik gegen die Juden. Statt bereits genozidal gedachter, utopischer Deportationsvorstellungen für die Zeit nach dem Krieg sollten sie nun alle während des Krieges ermordet werden.⁴⁹¹ In jedem Fall dürfte es eine Bestätigung eingeschlossen haben, daß auch die sowjetischen Juden zu ermorden waren. Trotzdem wurden diese Absichten gegen diese Menschen nicht unmittelbar, sofort und restlos in die Tat umgesetzt: ein Teil der Juden im Reichskommissariat Ukraine lebte bis zum Herbst 1942 und im Reichskommissariat Ostland bis zum Herbst 1943.

Drittens fand am 18. Dezember 1941 eine Sitzung des Wirtschaftsführungsstabes Ost statt, in der auch die Frage der jüdischen Arbeitskräfte besprochen und die Regelung getroffen wurde: »Soweit auf die Erhaltung der jüdischen Handwerker im deutschen wehrwirtschaftlichen Interesse in Einzelfällen besonderer Wert gelegt werden muss, sind entsprechende örtliche Verhandlungen zu führen.«⁴⁹² Es war diese Entscheidung erbarmungslosen wirtschaftlichen Pragmatismus, die das Vorgehen bei den Vernichtungsaktionen der folgenden Monate prägte. Eine ähnliche Weisung hatte das Reichskommissariat Ostland bereits am 3. Dezember dem HSSPF Jeckeln erteilt. Es sollten keine jüdischen Fachkräfte, die bei Wehrmacht oder kriegswirtschaftlich wichtigen Betrieben beschäftigt wurden, mehr erschossen werden. Der von Exekutionen auszunehmende Personenkreis sollte in Abstimmung mit den Abteilungen Arbeits- und Sozialverwaltung der Gebietskommissare, also praktisch mit den Arbeitsämtern bestimmt werden.⁴⁹³ Damit war man wieder bei der seit Juli 1941 gel-

489 Bräutigam an Lohse v. 18. 12. 1941, in: IMT, Bd. 32, S. 437. – Bräutigam (dem hier natürlich keine Unschuld attestiert werden soll) verwies mit Recht darauf, daß dies nur den büromäßigen »formellen Abschluß« der Kontroverse zwischen RMO und RKO darstellte und daß er nicht etwa Lohse einen Befehl gab. Beschuldigtenvern. Otto Bräutigam v. 19. 11. 1949, StA Nürnberg-Fürth 72 Ks 3/50a-b, Bd. 1, Bl. 118R im Bayer. StA Nürnberg.

490 Notiz Himmlers »Führerhauptquartier 18.XII. 41.«, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 334; siehe die Edition Witte u. a. (Hg.).

491 Vgl. Gerlach, Wannsee-Konferenz, besonders S. 117 ff.

492 Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP V.P.22084/41/g, Niederschrift über die Sitzung des Wirtschaftsführungsstabes Ost am 18. 12. v. 21. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 623.

493 [RKO] IIa Tgb.Nr. 220/41g. an HSSPF Riga, die Generalkommissare in Reval, Riga, Kauen und Minsk sowie nachrichtlich an den WBfH. Ostland (gez. i. V. Fründt) v. 3. 12. 1941 (Nbg. Dok. PS-3664), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Beweismittel Bd. III unpag. Das Schreiben wurde laut einer handschriftlichen Notiz erst am 9. 12. 1941 abgesandt, worauf mich Christoph Dieckmann hingewiesen hat (siehe auch Arad 1980, S. 276). Formale Probleme müßte eigentlich die Anerkennung der Anordnung hervorgerufen haben, da Jeckeln Lohse persönlich und unmittelbar unterstellt, das Schreiben aber von Lohses Stellvertreter unterzeichnet war. Die Praxis der Judenmorde im RKO spricht jedoch dafür, daß die Polizei diese Weisung befolgte, allerdings erst seit Mitte Dezember 1941, nachdem noch ein Massaker in Riga stattgefunden hatte.

tenden Regelung angelangt. Kurz danach bekräftigte Göring, daß im Reich »Juden, die in einem kriegswichtigen Betrieb beschäftigt sind, bis auf weiteres grundsätzlich nicht mehr evakuiert werden.«⁴⁹⁴ Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß im besetzten Weißrußland und darüber hinaus »der Austausch der Arbeitskräfte [...] weiterhin mit allen Mittel zu betreiben« und bei der Reklamierung wichtiger jüdischer Arbeitskräfte »strengster Maßstab anzulegen« war, wie es in einem ähnlichen OKW-Befehl vom Oktober 1942 hieß: nur der Erhalt der »wirklich entscheidende[n]« Betriebe und jüdischen Arbeiter war mit Hilfe der HSSPF zu gewährleisten. Schritt für Schritt sollten die Juden doch überflüssig gemacht und vernichtet werden.⁴⁹⁵

Damit fand eine Veränderung der Selektionsprinzipien, eine Umkehrung der Opfergruppen innerhalb der jüdischen Bevölkerung statt. Hatten die Deutschen anfangs Männer im arbeitsfähigen Alter ermordet, waren es seit Herbst 1941 Arbeitsunfähige oder Unqualifizierte, vor allem Frauen, Kinder und alte Leute. Nach einer Aussage des Stabsmitglieds bei der Einsatzgruppe B Woldemar Klingelhöfer wurden die neuen Selektionsprinzipien seit Ende September/Anfang Oktober, laut einem Bericht Peter-Heinz Seraphims aus der Ukraine seit November 1941 angewandt.⁴⁹⁶ Am 11. Juli 1941 hatte Bach-Zelewski über Montua angeordnet, Männer zwischen 17 und 45 Jahren zu ermorden – im Mai 1942 mußte der Gestapochef im RSHA Heinrich Müller dem KdS Minsk befehlen, von den Exekutionen »kuenftig in Ausführung einer generellen Anordnung des Reichsfuehrers SS und Chefs der deutschen Polizei [sic] arbeitsfaehige Juden und Juedinnen im Alter von 16 bis 32 Jahren, bis auf weitere Weisung von Sondermassnahmen, auszunehmen.«⁴⁹⁷ Allerdings sollte das, wie Müller schrieb, nur gelten, wenn im Fall der Vernichtung tatsächlich erhebliche Produktionseinbußen drohten. Dies widersprach anscheinend zum Teil der »generellen Anordnung« Himmlers, wenn diese ihren Namen verdiente. – Wurden 1942 die gleichen

494 Der Reichsarbeitsminister Va 5431/1936/42g, Schnellbrief, Betr.: Arbeitseinsatz v. 27. 3. 1942 an die Landesarbeitsämter, Heydrich und Thomas (Abschrift von Abschrift), Nbg. Dok. L-61.

495 F Schr. OKW/WFSt/Qu(II) Nr. 02847/42geh, Betr.: Ersatz der jüdischen Arbeitskräfte durch arische Arbeitskräfte im Gen.Gouv. und den besetzten Ostgebieten, an: Chef Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres, WBfh. Ostland, Ukraine und im Generalgouvernement, OKH/GenQu, OKW/WiAmt und Himmler v. 6. 10. 1942, BA F 2918, Bl. 4612.

496 Vgl. Vern. Woldemar Klingelhöfer v. 11. 12. 1947, Fall 9, Protokoll Bl. 3895, BA F 56830; für die EGr C: Vern. Erwin Schulz v. 15. 2. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 436; »Zur Lage im Reichskommissariat Ukraine« v. 29. 11. 1941 (Nbg. Dok. PS-2174), BA F 16031: »Erst bei den letzten Hinrichtungen wurde der nützliche Teil der jüdischen Bevölkerung ausgesondert und nicht exekutiert, bisher wurde auf diese wirtschaftlichen Belange keine Rücksicht genommen«. Beide, Klingelhöfer und Seraphim, behaupteten, zuvor seien Juden wahllos ohne wirtschaftliche Rücksichten vernichtet worden. Dies traf jedoch, wie teilweise schon dargestellt, zumindest für Weißrußland im Sommer 1941 oft nicht zu.

497 Undatiertes Schreiben, Betrifft: Endgültige Lösung der Judenfrage (Geheime Reichssache, gez. i.V. Mueller), nachrichtlich in Abschrift übersandt vom BdS Ostland an KdS Riga am 18. 5. 1942, BA D-H ZR 809, A. 4, Bl. 1; faksimiliert abgedruckt in: Friedlander/Milton (Hg.), S. 196. Anlaß waren Morde an jüdischen Facharbeitern des HKP (Heereskraftfahrpark) 630 in Minsk (»wodurch angeblich Leistungspotential dieser Stelle wesentlich beeinträchtigt wurde«), die übers OKH der SS-Spitze gemeldet worden waren. Müller befahl, die jüdischen Arbeitskräfte dieser Altersgruppe in »KZ oder Arbeitslager« zu bringen. Nach dem Krieg wurde dieser Befehl vom damaligen BdS Ostland, Heinz Jost, in Vernehmungen erwähnt, aber verdreht dargestellt: Heydrich habe die Anordnung gegeben, Juden unter 16 und über 32 Jahren zu vernichten, er, Jost, indessen habe diesen Befehl nicht ausgeführt. Als Datum des Befehls nannte Jost im Einsatzgruppenprozeß den 19. Mai 1942. Vgl. Leszczyński (Hg.), Fall 9, S. 150f., und Vern. Heinz Jost v. 20. 2. 1961, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 14, Bl. 241R/242.

Menschen verschont, die nach den Maßstäben von 1941 zu ermorden waren? Nur oberflächlich bestand zwischen den Befehlen Montuas und Müllers ein Widerspruch, die Personengruppen überschnitten sich kaum. Denn bei den Opfern des Sommers 1941 handelte es sich in Weißrußland um die als unnütz und gefährlich betrachteten männlichen Juden im arbeitsfähigen Alter: Lehrer, Angehörige freier Berufe, Staatsangestellte; nicht um Handwerker und Facharbeiter. Es fand bis zum Frühjahr 1942 durch Massenmord genau diejenige »vollkommene Umschichtung des jüdischen Berufslebens« statt, die das Ostministerium Anfang September 1941 als »erforderlich« bezeichnet und genauestens beschrieben hatte.⁴⁹⁸

In der Osthälfte Weißrußlands stellte sich die Frage der jüdischen Arbeitskräfte in den Augen der deutschen Besatzungsbehörden anders als in der Westhälfte. Im Militärverwaltungsgebiet und im zum GK Shitomir gehörenden Südosten war der Bedarf an jüdischen Facharbeitern wegen der viel stärkeren Zerstörung und Demontage von Industriebetrieben und Energieanlagen und der wesentlich geringeren deutschen Wirtschaftsinteressen fast gleich Null, vielleicht geringer als irgendwo sonst im deutschen Machtbereich in Europa. Das führte zur fast vollständigen Vernichtung der dortigen Juden in den letzten drei Monaten des Jahres 1941; die wenigen Überlebenden wurden überwiegend Anfang 1942 umgebracht. So wurden im Oktober 1941 in Mogilew während zweier Massaker 6000 Juden ermordet; im gleichen Monat waren in der 50000-Einwohner-Stadt aber nur 3000 Arbeiter beschäftigt. Dagegen gab es dort im August 1942 9000 und im Oktober 1942 12000 Arbeiter.⁴⁹⁹ Ähnlich im September 1941 in Witebsk, wo von 7000 gemeldeten Arbeitskräften unter den 50000 Einwohnern nur 1000 bis 2000 Stellen hatten; im benachbarten russischen Nowel waren damals von 5637 Einwohnern »859 werktätig«. Im September und Oktober 1941 wurden in diesen beiden Städten die Juden ohne Widerspruch zum Arbeitskräftebedarf vernichtet.⁵⁰⁰ Quantitative Probleme bei der Besetzung von Arbeitsplätzen tauchten zuerst im Frühjahr 1942 auf.⁵⁰¹ Das Beispiel Mogilew zeigt folgendes:

⁴⁹⁸ »Die Gruppe der Staatsangestellten, unter der Sowjetherrschaft die stärkste jüdische Berufsgruppe, verschwindet gänzlich. Zu verbieten ist ferner die allgemeine Betätigung in den Berufen der Rechtspflege, des Bankwesens, des Grundstückshandels, des Lehrwesens, des Medizin- und Apothekenwesens, der Publizistik und ähnlichen, auch in Deutschland für Juden verbotenen Berufen; auszunehmen ist hierbei jedoch die einschlägige Betätigung innerhalb der jüdischen Bevölkerung.« Allerdings hieß es hier offiziell noch, die »freiwerdenden« jüdischen Arbeitskräfte seien »zu produktiver, weitgehend körperlicher Arbeit« in Verkehrswegebau und Landwirtschaft heranzuziehen. Hierbei mögen sich Vorstellungen von »Arbeit als Strafe« und Schwerarbeit als Chiffre für Vernichtung – ähnlich wie im Protokoll der Wannseekonferenz – überschneiden haben. RMO, Die Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten (Braune Mappe), Teil I: Reichskommissariat Ostland mit Vorwort Rosenbergs v. 3. 9. 1941, in: ZStL: Die deutsche Zivilverwaltung in den ehemaligen besetzten Ostgebieten (UdSSR), II. Band: Urkundensammlung, Nr. 107.

⁴⁹⁹ WiKdo im FK-Bereich Mogilew, Lage- und Tätigkeitsbericht Nr. 10 v. 17. 10. 1942 sowie Nr. 8 v. 17. 8. 1942, BA-MA RW 31/846 und 847. Vgl. S. 587–595 in dieser Darstellung.

⁵⁰⁰ Vgl. WiKdo zbV Hirschberg, Tätigkeitsberichte Gruppe La für 9.–23. 10. v. 23. 10. 1941, Gruppe Ff für 9. 8.–10. 9. v. 10. 9. und für 11.–24. 9. v. 24. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 43059, Bl. 364, 415 und 443. Zu den Massenmorden siehe S. 595–597.

⁵⁰¹ Hierzu ausführlich Kap. 6. 1. Ferner KTB RfKdo Minsk für 19.–25. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 782, über eine grundlegende Aussprache mit den Arbeitsämtern aus Minsk und sechs anderen Gebieten u. a. über die Sicherung einer Facharbeiterschaft, »Judenfrage«, Kriegsgefangenenproblem und Lehrlingsausbildung.

1.) Im Oktober 1941 glaubten die Deutschen, daß sie die Juden nicht brauchten, sie mußten dort auf ihre wirtschaftliche Bedeutung keine Rücksicht nehmen.

2.) Ein Jahr später, nach der begrenzten Wirtschaftsankurbelung (in Mogilew entstand unter anderem ein Eisenbahnausbesserungswerk) hätten sie die Juden wahrscheinlich brauchen können, da viel mehr Arbeitskräfte benötigt wurden.

3.) Aber auch (weitgehend⁵⁰²) ohne Juden war es den Deutschen bis Herbst 1942 gelungen, die Zahl der Arbeitskräfte in Mogilew binnen zwölf Monaten zu vervierfachen.

Es ist abscheulich, solche Überlegungen nachvollziehen zu müssen. Diese Beispiele und die skizzierte Entwicklung verdeutlichen aber, daß der in vielen Darstellungen vorausgesetzte Interessengegensatz zwischen SS und Polizei einerseits und Wehrmacht und Wirtschaft andererseits wegen des Erhalts jüdischer Arbeitskräfte zum großen Teil Legende ist. Der Widerspruch verschärfte sich allerdings 1942, je mehr die Massenmorde an Juden im Westen Weißrußlands zur totalen Vernichtung führten: jetzt klagte auch der Hauptkommissar Fenz in Baranowitschi darüber, von dem wie erwähnt ein halbes Jahr vorher ganz etwas anderes zu hören gewesen war.⁵⁰³ Nun aber gab es für die Verbrecher beim einmal begonnenen Völkermord kein Zurück mehr. Es durften keine Zeugen und »Rächer« überleben. Die Gebietskommissare versuchten 1942/43, die Erschießung der jüdischen Arbeitskräfte mit verschiedenen Mitteln, darunter Rationalisierung und Austausch von Arbeitskräften, auszugleichen – mit sehr unterschiedlichem Erfolg (vgl. Kap. 7.3a).

d) Die Auslöschung der großen jüdischen Gemeinden in Ostweißrußland (September bis Dezember 1941)

Die letzten vier Monate des Jahres 1941, ein Alptraum an Gewalt, zerfielen hinsichtlich des hier untersuchten Zusammenhangs in zwei Abschnitte: die Zeit vor und nach dem Massaker von Mogilew am 2. und 3. Oktober. Vor dieser Aktion, die den Anfang der totalen Vernichtung der Juden in diesem Gebiet markierte, wurden ganze jüdische Gemeinden erst in einigen weiteren Kleinstädten vernichtet. In den größeren Städten fielen den Aktionen der Mordkommandos, die zuvor Dutzende das Leben gekostet hatten, nun Hunderte zum Opfer, darunter auch Frauen. Und im Südosten führte die SS-Kavallerie-Brigade den zweiten Teil ihres Vernichtungsfeldzugs im Polesje durch.

Aktionen vor dem 2. Oktober 1941

Die Auslöschung der jüdischen Gemeinden in Lagoisk, in Janowitschi und im russischen Newel (nördlich Witebsk) waren am 23. September die ersten, die in den »Ereignismeldungen« des RSHA aus dem Bereich der Einsatzgruppe B verzeichnet wur-

⁵⁰² Im Oktober 1941 wurde ein Zwangsarbeitslager mit rund 1000 vornehmlich jüdischen Insassen unter der Regie des SS- und Polizei-Standortführers errichtet. Siehe S. 590f. in dieser Darstellung.

⁵⁰³ Fenz rechnete vor, daß die fünf Gebiete seines Zuständigkeitsbereichs binnen eines Jahres 200 000 Arbeitskräfte verloren hätten, darunter 95 000 erschossene und 6000 geflohene Juden, 28 000 »Hiwis« und Ostarbeiter usw. Hauptkommissar Baranowitschi, betrifft: Arbeitspolitische Fragen an GK Weißruthenien, Abt. III ASo (Abschrift von Abschrift) v. 27. 8. 1942, Nbg. Dok. NG-1315. In Wirklichkeit handelte es sich um die Gesamtzahl der ermordeten Juden, also nicht allein um Arbeitskräfte. Vgl. Fenz an Lohse v. 10. 2. 1942, Nbg. Dok. PS-3667.

den – auch die anderen Einsatzgruppen meldeten um diese Zeit die ersten Gebiete »judenfrei«. ⁵⁰⁴ In Lagoisk zwischen Minsk und Borissow half dem Teilkommando Borissow des EK 9 am 9. September ein kleines Freiwilligenkommando der SS-Division »Das Reich«, 920 jüdische Menschen zu erschießen. ⁵⁰⁵ In Nowel mußten 640 Menschen wegen angeblicher Seuchengefahr sterben, in Janowitschi 1025. Hier verübten lediglich dreizehn Männer vom Trupp Surash des EK 9 das Verbrechen. ⁵⁰⁶ Die Täter handelten jetzt effizienter und suchten Unterstützung nur noch selten bei der Ordnungspolizei, eher bei Wehrmacht und Waffen-SS sowie bei der eingesetzten weißrussischen Polizei. Ein erheblich größeres Ausmaß hatte die Vernichtungsaktion in Stary Bychow, 40 Kilometer südlich von Mogilew, wo gleichfalls im September 4679 vermeintliche Kommunisten und Juden sieben Tage im Schloß ohne Nahrung festgehalten und dann vermutlich von den Bach-Zelewski unterstehenden ukrainischen Schutzmannschaftsbataillonen 51 und 52 an Panzergräben vor der Stadt erschossen worden sein sollen. Kinder wurden zum Teil mit gebrochenem Rückgrat lebendig begraben. Hierzu ist allerdings bislang keine einzige Quelle bekannt. ⁵⁰⁷ Dazu kamen Massaker mit 300 bis 800 Opfern in Orscha, Borissow, Bobruisk und Gomel. ⁵⁰⁸

Wie Lagoisk lagen auch die Ghettos in Krupki, Cholopenitschi und Schamki im Umkreis von Borissow, wo die Truppe unter SS-Hauptsturmführer Schönemann wütete (»Wir haben nun mal diese traurige Aufgabe, uns bis zum Ural durchzuschießen« ⁵⁰⁹). Am 18. September wurden die 912 Juden in Krupki vom Trupp Borissow des EK 8 ermordet. Die 12. Kompanie des Infanterieregiments 354 hatte zuvor Massengräber ausheben lassen, die Juden zusammengetrieben und das Gelände abgesperrt. Sie half, möglicherweise da dem Sipo-Kommando die Munition ausging, auch beim Schießen. Eine Woche später begingen die gleichen Einheiten das gleiche Verbrechen in Cholopenitschi (822 Tote) und Schamki (800 Tote). ⁵¹⁰ Ein ehemaliger Ba-

⁵⁰⁴ Hierzu Longerich 1991, S. 261. Ähnlich Robel, S. 533.

⁵⁰⁵ Es handelte sich um ein mit einem Panzerspähwagen ausgerüstetes Kommando der SS-Division, das sich zeitweise zur Beschaffung von Ersatzteilen in Borissow befand. Vern. G. S. v. 19. 3. 1962, W. K. v. 10. 4. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 630f. und 675f.

⁵⁰⁶ Vgl. EM 92 v. 23. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2552–2554; Datum der Aktion in Lagoisk nach Reitlinger 1979, S. 238, und Orbach, S. 35 ff. Zu Janowitschi vgl. Vern. des Beschuldigten K. R. v. 8. 4. 1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 19, Bl. 114.

⁵⁰⁷ Vgl. Bericht der Untersuchungskommission in Bychow v. 27. 12. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 14, Bl. 287; StA Nürnberg-Fürth, Einstellungsvermerk 12 Js 300/67 v. 18. 4. 1980, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiakten III, 2, Bl. 564 ff. Nach dem Protokollauszug der Hauptverhandlung vor dem Militärgericht in Baranowitschi gegen den Deutschen F. G. u. a. v. 7. 12. 1945, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1, Bl. 339, wurden bei Stary Bychow im Winter 1943/44 2000 Leichen vom SK 7b exhumiert und verbrannt. – Stary Bychow hatte 1939 rund 11000 Einwohner, darunter 2295 Juden (Altschuler, Distribution, S. 39).

⁵⁰⁸ Dies wird im folgenden bei der Beschreibung der deutschen Morde in den einzelnen Städten abgehandelt. ⁵⁰⁹ Zitiert nach Vern. W. S. v. 11. 3. 1964, ZSt Dortmund 45 Js 9/64, Bd. 2, Bl. 10f. S. will diese Worte von Schönemann im Juli 1941 in Minsk gehört haben.

⁵¹⁰ Heer 1994 stellt dies als reine Wehrmachtaktion dar. Beim schon angeführten angeblichen Tagebuch des Obergerechten Heidenreich, auf das er sich stützt – vgl. Anm. 7/23 in dieser Darstellung –, handelt es sich um nachträgliche Aufzeichnungen in sowjetischer Gefangenschaft oder auch aus der Zeit vor der Gefangennahme. Dort ist der Massenmord in Krupki auf den 5. 10. datiert und in Cholopenitschi auf »[e]in paar Tage später«, ein Fehler, der in einem Tagebuch wohl kaum passieren kann. Der Verbleib des Originals ist unbekannt. Der erste Abdruck erfolgte 1961 in einer britischen Veröffentlichung. Vgl. Dollinger, S. 100f., und Heer 1994, S. 11f.; Protokoll der Untersuchungskommission des Kreises Cholopenitschi (Inhaltsangabe, Datierung: September), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft 2, Bl. 2; Aussage W.

taillonsadjutant im Infanterieregiment 354 erklärte in seiner Vernehmung »ganz offen«, diese Taten hätten »bei der großen Menge von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften keine besonderen Gewissensaffekte« ausgelöst.⁵¹¹ Offiziere der Einheit hatten bei Schönemann selbst eine derartige Aktion angeregt; Schönemann will indes bis zu einem Befehl Nebes gewartet haben.

Die Ausrottung der Juden in Marina Gorka (996 Menschen), Talka (222) und Puchowitschi (rund 900) an zwei Tagen etwa zwischen dem 24. und 28. September im Militärverwaltungsgebiet befahl ohne Zweifel der territorial gar nicht zuständige, frischgebackene Generalkommissar Kube persönlich. Ausführende waren je 20 oder 25 Gendarmen und Sicherheitspolizisten aus Minsk mit dem neuen SSPF Zenner an der Spitze, denen weißrussische Hilfspolizei zu helfen hatte.⁵¹² Nun sollte auch süd-östlich von Minsk quasi eine »judenfreie Zone« geschaffen werden. Obwohl die Grenze zwischen Militär- und Zivilverwaltung klar festlag, beschwerte sich die Wehrmacht später noch wiederholt über Hoheitsakte des Gebietskommissars in Sluzk in dieser Gegend.⁵¹³

Der Massenmord in Mogilew als Beginn der totalen Vernichtung

Gewissermaßen das Startsignal für das Vorhaben, alle Juden im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte zu ermorden, bildete die Erschießung von 2273 jüdischen Männern, Frauen und Kindern in Mogilew am 2. und 3. Oktober 1941. Zwar waren das nicht alle, sondern erst ein Drittel der 7000 in der Stadt verbliebenen Juden (von 19000 vor dem Krieg⁵¹⁴ – ein Teil war von den Sowjets evakuiert worden), aber von diesen Tagen an begannen unablässige Massaker, und das erste blieb vielen Mittätern wegen seiner besonderen Brutalität stärker in Erinnerung als jedes andere.⁵¹⁵ Den Befehl zu der Aktion in Mogilew gab der HSSPF Rußland-Mitte Bach-Zelewski, auch wenn der

Barantschik im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, ebd., Beiheft 6, Bl. 39 (Krupki: 17.9.); Bericht der Kreiskommission Krupki v. 29. 10. 1944, ZStL UdSSR 424, Inhaltsangabe zu Bl. 632 (Datierung der Aktion: 18. 9. 1941); Vern. W. K. v. 13. 6. 1966, ZSt Dortmund 45 Js 9/64, Bd. 10, Bl. 11 (auf Grund der Durchsicht seines damaligen Notizbuchs: 18. 9. Krupki »Judenerschließung«, 24./25. 9. bei abendlicher Fahrt nach Cholopenitschi: »Es sind alle sehr aufgeregt«). Siehe Sachstandsvermerk v. 24. 6. 1964, ebd., Bd. 2, Bl. 35–37. Beschreibungen des Tatbeitrags der 12. Kp./Inf.Rgt. 354 und des EK 8 in einer Reihe von Vern. ebd., so Bd. 1, Bl. 153 f., 165 f., 186 f.; Bd. 2, Bl. 3–7, 11 f., 35 f., 43 f.; Bd. 3, Bl. 102 ff.; Bd. 6, Bl. 131 f.; Bd. 7, Bl. 54 f.; Bd. 9, Bl. 106 f.; Bd. 10, Bl. 132. Ferner Urteil LG Köln 24 Ks 1/63 v. 12. 5. 1964, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 20, S. 177 f. (der Anteil des Inf.Rgt. 354 wird hier heruntergespielt); Vern. Werner Schönemann v. 6. und 9. 3. 1962 sowie W. K. v. 15. 6. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 612, 614–618, 753 f. Zahl der Toten nach EM 124 v. 25. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 3043.

⁵¹¹ Vern. W. S. v. 11. 3. 1964, ZSt Dortmund 45 Js 9/64, Bd. 2, Bl. 12 f.

⁵¹² Siehe Kohl (Hg.), Minsker Protokolle, hier: Vern. Bruno Franz Mittmann, in: »Die Wahrheit« v. 24./25. 9. 1988; Mittmann, Meine Eigene Schriftliche Angabe v. 27. 12. 1945 (Fragment), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Beweismittel Bd. 9, Bl. 98–102; EM 124 v. 25. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 3042 (»Auf Wunsch des Gauleiters Kube«); Vern. S. K. B., W. S. C., W. I. B., N. P. S. zwischen 17. und 20. 12. 1945, M. A. K. v. 22. 9. 1944, Bruno Franz Mittmann v. 15. 12. 1945, ZStL 202 AR-Z 179/67, Dok.Bd. 1, Bl. 156 ff., 190 ff., 199 ff., 236 ff., und Bd. 2, Bl. 27 ff. sowie 170 f. Vgl. auch Reitlinger 1950, S. 33. – Die betreffenden Orte kamen niemals unter Zivilverwaltung. Vgl. die Karte »Rückw.H.Geb.Mitte, Stand v. 10. 1. 1942«, BA-MA WF-03/7363, Bl. 15, und ZStL II 202 AR-Z 179/67, Abschlußverfügung v. 19. 3. 1976, Bd. 1, Bl. 189 ff.

⁵¹³ Berüçk Mitte, Ia, an 339. Inf.Div. v. 7. 12. 1941, BA-MA (BArchP) F 59239, Bl. 235.

⁵¹⁴ Mogilew hatte 1939 19715 (1926: 17105) jüdische Einwohner. Altschuler, Distribution, S. 39; Ostland in Zahlen, S. 156.

⁵¹⁵ Hierzu auch Angrick u.a., S. 349 f.

Führung der weißrussischen Stadtverwaltung Bradfisch als Initiator erschien, der ebenfalls seinen Sitz in der Stadt hatte.⁵¹⁶ Beteiligt waren das EK 8, die Polizeibataillone 316 und 322, das ukrainische Schutzmannschaftsbataillon 51, Angehörige des Stabes des HSSPF, der Dienststelle des SS- und Polizei-Standortführers und das Polizeikommando »Waldenburg« (später »Mogilew«).⁵¹⁷ 65 Menschen wurden am 2. Oktober beim Heraustreiben aus dem Ghetto vom Polizeibataillon 322 erschossen, die restlichen 2208 Festgenommenen über Nacht auf dem Gelände des Dimitrow-Automobilwerks gefangengehalten und am nächsten Tag ermordet.

Bisher wurde darauf verzichtet, Massaker und Grausamkeiten in allen Einzelheiten zu schildern. Die immer gleichen Abläufe sind bekannt, sie zu wiederholen, bringt wenig neue Erkenntnisse. In dem Maße aber, in dem Aussagen ehemaliger Mittäter in Justizverfahren – durchsetzt von Lügen und Schutzbehauptungen – zur Grundlage der Forschung gemacht werden und in dem der vorgebliche Widerwille jedes einzelnen Mörders beim Morden gelegentlich nicht ausreichend relativiert wird, gewinnen diejenigen seltenen Zeugnisse an Wert, in denen diese selbst zur Tatzeit ihre Gefühle und ihre Befriedigung offen schilderten. Eine solche Quelle liegt in diesem Fall mit den Briefen des damals 36jährigen Wiener Polizeisekretärs Walter Mattner aus Mogilew an seine Frau vor:

2. Oktober: »[...] und ich habe [mich] morgen zu einer Sonderaktion gemeldet. [...] Morgen werde ich das erste Mal Gelegenheit haben, meine Pistole auszunützen. 28 Schuss habe ich mir mitgenommen. Wahrscheinlich wird das nicht reichen [...]. Was liegt schon an tausendzweihundert Juden, die wieder irgendeinmal in einer Stadt zuviel sind und umgelegt werden müssen. Bis ich nach Hause komme, werde ich Dir schöne Sachen erzählen. Doch heute genug davon, sonst glaubst Du, dass ich blutrünstig bin.«

5. Oktober: »Ich war also auch dabei bei dem grossen Massensterben am vorgestrigen Tage. Bei den ersten Wagen [die die Opfer brachten] hat mir etwas die Hand gezittert, als ich geschossen habe, aber man gewöhnt das. Beim zehnten Wagen zielte ich schon ruhig und schoss sicher auf die vielen Frauen, Kinder und Säuglinge. Eingedenk dessen, dass ich auch zwei Säuglinge daheim habe, mit denen es diese Horden genau so, wenn nicht zehnmal ärger machen würden. Der Tod, den wir ihnen gaben, war ein schöner, kurzer Tod, gemessen [an] den höllischen Qualen von tausenden [sic] und Abertausenden in den Kerkern der GPU. Säuglinge flogen in grossen Bogen durch die Luft und wir knallten sie schon im Fliegen ab, bevor sie in die Grube und ins Wasser flogen. Nur weg mit dieser Brut, die ganz Europa in den

⁵¹⁶ Vgl. 9./Pol.-Rgt.Mitte, Bericht vom 1. 10.–15. 10. v. 15. 10. 1941, BA D-H P 812 (»auf Anordnung des Höheren SS- und Polizeiführers SS-Gruppenführer von dem Bach«); Liste »Erschießungen« des Pol.Btl. 322 unter dem 2. 10. 1941 (»vom HSS u.Pol.F. befohlenen Sonderaktion«), ebd., P 813. Zu Bradfisch Vern. I. S. F. (Bürgermeister) v. 2. 8. 1945, K. P. B. (Rayonleiter) v. 26. 7. 1944 (auszugsweise Übersetzung) und O. M. (Angehöriger des EK 8) v. 8./9. 6. 1945, BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 33–36, 111 ff. und 152 sowie verschiedene Vern. des Beschuldigten Frentzel von 1970 im gleichen Band.

⁵¹⁷ Zum Ablauf Angrick u. a., S. 346–350; Vern. H. H. (Kommandeur Pol.Btl. 316) v. 5. 2. 1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. 4, Bl. 415–419R; Bericht 9./III. Pol.Rgt. Mitte v. 3. 10. sowie KTB Pol.Btl. 322 v. 2./3. 10. 1941, abgedruckt bei: Longerich 1989, S. 128–130. Bericht 9./III. Pol.-Rgt. Mitte v. 3. 10. 1941, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 1, Bl. 17. Ungenau Kohl, S. 120, und Enzyklopädie des Holocaust, S. 959f.

Krieg gestürzt hat und jetzt auch noch in Amerika schürt. [...] Das Hitler-Wort wird wahr, der einmal sagte vor Beginn des Krieges: Wenn das Judentum glaubt, in Europa noch einmal einen Krieg anzetteln zu können, so wird nicht das Judentum siegen, sondern es wird das Ende des Judentums in Europa sein. [...] Pfui Teufel! Soviel Blut, Dreck, Horn und Fleisch habe ich noch nie gesehen. Jetzt kann ich auch das Wort Blutransch verstehen. – M. ist wieder um eine Zahl mit 3 Nulle[n] ärmer [...] Ich freue mich eigentlich schon, und viele sagen hier das [sic] wir in die Heimat zurückkehren, dann kommen unsere heimischen Juden dran. Na, ich darf Dir nicht genug erzählen. Genug davon, bis [sic] ich heimkomme, mehr.«

Selbstverständlich erklärte Mattner bei seiner Nachkriegsvernehmung 1947 in Wien, nur geschossen zu haben, weil er so tun mußte, als sei er mit ganzem Herzen dabei.⁵¹⁸ Man könnte sich lange bei der Interpretation dieses widerlichen Dokuments aufhalten. Selten ist die Version von Präventivkrieg und präventiver Vernichtung so ad absurdum geführt worden wie hier: Säuglinge als Verantwortliche für Krieg und angebliche oder tatsächliche GPU-Verbrechen, die eigenen Kleinkinder als eigentliche Rechtfertigung des Massenmords an Babys! Sicherlich erlaubt eine solche Quelle keine Verallgemeinerung. Tatsache bleibt jedoch erstens: Bei der Aktion zu Beginn der totalen Ausrottung der Juden in Ostweißrußland dachten laut Mattner »viele« der Mörder schon an die Vernichtung der *deutschen* Juden, zu einem Zeitpunkt also, da es vorläufig wohl noch keinen entsprechenden Beschluß der Führung gab. Zweitens fiel einem nicht besonders gebildeten Mittäter in einer der ersten Regionen Europas, in der die Juden restlos vernichtet wurden, – während im Baltikum und in der Ukraine Zehntausende von ihnen noch ein bis zwei Jahre am Leben blieben –, sofort Hitlers bekannte Drohung vom 30. Januar 1939 über die Vernichtung der Juden ein. Er konnte sie sogar dem Sinn und der *Satzkonstruktion* nach genau wiedergeben, hatte sie nicht auswendig gelernt, sondern verinnerlicht.⁵¹⁹ Mattner bezeichnete dieses sinngemäße Zitat nicht als Befehl oder Wunsch Hitlers, sondern als quasi seherische Voraussage, genau wie dieser selbst es getan hatte.

Nur eine Woche vor der Aktion am 2. Oktober war das Ghetto in Mogilew geschaffen worden. Erst am 30. September wurde es geschlossen. An diesem Tag erschloß das EK 8 22 Juden, die sich dem Umzug entziehen wollten, weitere 152 an bisher nicht bekannten Tagen aus dem gleichen Grund und 683 (mindestens 337 Frauen)

⁵¹⁸ Briefe Walter Mattners v. 2. und 5. 10. 1941 sowie seine Vern. v. 25. 10. 1947, die die Echtheit seiner Briefe bestätigte: IfZ Fb 104/1 unpag. Es handelt sich um auszugsweise Abschriften für Justizzwecke aus der Veröffentlichung von T.[uvia] Friedman (Hg.), Befehle und Erklärungen deutscher Naziverbrecher über die Erschiessungen der Juden in Russland in den Jahren 1941–43, hrsg. von der Hist. Dokumentation Haifa, Juli 1959. – Mattner war zumindest später Angehöriger der Dienststelle des SS- und Polizei-Standortführers in Mogilew, Oberstleutnant der Schutzpolizei K., der ebenfalls aus Wien stammte. Siehe auch Nachweisung der im Bereich des HSSPF Ru. Mi. u. WR. eingesetzten Pol.-Verwaltungsbeamten (undatiert, 1943), StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Dok.Bd. 4, Bl. 239.

⁵¹⁹ Siehe ganz ähnlich in einem bei Manoschek (Hg.) 1995, S. 43, abgedruckten Feldpostbrief eines Wehrmachtgefreiten vom August 1941. Der Passus der Hitlerrede vom 30. 1. 1939 lautete: »Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, so wird das Ergebnis dieses Krieges nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.« Zitiert nach: Pätzold (Hg.) 1984, S. 217.

im September unter anderem Vorwand.⁵²⁰ Anfangs hatte vermutlich die Wehrmacht angeordnet, daß alle Juden in den Stadtteil Podnikolje ziehen sollten, was diese aber nicht durchgängig befolgten. Angeblich wandte sich der jüdische Ältestenrat im September an die weißrussische Stadtverwaltung, weil in dem zugewiesenen Gebiet zu wenig Platz war. Diese leitete die Beschwerde an den Leiter des EK 8, Dr. Bradfisch, weiter, der zwei andere Terrains besichtigte und einen neuen Ort für ein Ghetto an der Dubrowenka-Brücke bestimmte. Die Einrichtung und den Ghettobefehl überließ er der weißrussischen Stadtverwaltung.⁵²¹ Kaum anzunehmen, daß dies als dauerhafte Einrichtung geplant war und man so kurzfristig seine Ansicht änderte, oder daß Bach-Zelewski Bradfisch im unklaren ließ. Anscheinend erschien den Tötungseinheiten eine vorherige wirksame Ghettoisierung unerlässlich für die restlose Vernichtung. Bradfisch sagte in einer Nachkriegsvernehmung, Nebe habe die Initiative für die Tötung der Juden ergriffen, weil »in Mogilew hinsichtlich der Juden unhaltbare Zustände eingerissen seien – Weglaufen der Juden aus den Wohnbezirken zu den Partisanen –, eine Motivation, die die »Ereignismeldungen« zu bestätigen scheinen.⁵²²

Unklar ist allerdings, ob am 2. Oktober bereits alle etwa 7000 Ghettoinsassen auf das Gelände der Dimitrow-Fabrik geschafft wurden, wie die meisten behaupten, oder ob erst für die am 19. Oktober folgende zweite Vernichtungsaktion die andere Hälfte des Ghettos geräumt wurde.⁵²³ An diesem Tag ermordeten das EK 8, das Polizeibataillon 316 und Ukrainer 3726 jüdische Männer, Frauen und Kinder. Vermutlich gab auch hier Bach-Zelewski den Befehl.⁵²⁴ Danach blieben weniger als 1000 Juden – Facharbeiter und ein Teil ihrer Familien – übrig, die in einem gleichzeitig (am 29. September oder 3. Oktober) eröffneten Zwangsarbeitslager in der Nähe des HSSPF-Dienstgebäudes auf dem Gelände des Dimitrow-Werks leben mußten. Bereits am 5. Oktober war im Raum Mogilew die Beschäftigung einzelner Juden außerhalb von

520 Allein bei einer Aktion waren es 632 Menschen. Vgl. EM 108 v. 9. 10., 122 v. 23. 10. und 124 v. 25. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 2858, 2861, 3033 und 3040.

521 Vgl. Stadtverwaltung Mogilew, Befehl Nr. 51 v. 25. 9. 1941 (Übersetzung); Vern. I. S. F. (1941 Bürgermeister) v. 2. 8. 1945 (auszugsweise Übersetzung); Vern. der jüdischen Überlebenden L. M. N. v. 8. 4. 1970; Vern. A. W. K. (Fahrer des ehem. Rayonleiters) v. 6. 4. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 22–25, 33–36, 125 und 143.

522 Siehe Quellenangaben Anm. 7/520; Vern. Otto Bradfisch (in Straftaft) v. 13. 6. 1961, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 535f. Bradfisch beschuldigte vermutlich zu Unrecht den toten Nebe, um den Hauptverantwortlichen Bach-Zelewski zu decken, gegen den zu jenem Zeitpunkt noch in dieser Sache ermittelt wurde. Was das Motiv Flucht zu den Partisanen und mangelnde Kontrollmöglichkeit angeht, auch Vern. des ehemaligen EK 8-Angehörigen Georg Frentzel v. 16. 6. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 17.

523 Dafür spricht der Bericht der 9. Kp. im Pol.Btl. 322 v. 15. 10. 1941, BA D-H P 812, und Vern. P. I. K. v. 28. 1. 1963 (auszugsweise Übersetzung), BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 156 sowie Vern. H. H. (Kommandeur Pol.Btl. 316) v. 24. 1. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 425, und v. 17. 11. 1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 988R–989. Dagegen Vern. K. P. B. (Rayonleiter) v. 26. 7. 1944, Vern. O. M. v. 6. 6. 1945, Vern. L. M. N. (jüdische Zeugin) v. 8. 4. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 102, 126f. und 152; Vern. W. W. v. 25. 9. 1958, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 291; Vern. O. P. v. 15. 2. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 440f.; EM 125 v. 26. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 3049.

524 Vgl. EM 133 v. 14. 11. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3188f.; Vern. G. W. v. 13. 5. 1963, ZStL II 202 AR-Z 29/66, Bd. 1, Bl. 140–143; Bayer. LKA, Marschweg und Einsatz des Pol.Batl. 316 von 1941/42, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Beweismittel Bd. 1. Das Pol.Btl. 316 war auch im Winter noch in Mogilew stationiert: Die im Osten eingesetzten Stäbe, BDC PA Friedrich Jeckeln.

Arbeitskolonnen verboten worden.⁵²⁵ Auch in diesem Lager wurden laufend weiter Menschen erschossen: am 15. Oktober 83 und am 23. Oktober 279, im Dezember noch einmal 160 und außerhalb des Lagers 127 Juden, so daß die Gesamtzahl der jüdischen Opfer in der Stadt 1941 mindestens 7500 betrug. Zum Teil sprengte der Pioniertrupp des Landeschützenbataillons 973 die nötigen Erschießungsgruben in die gefrorene Erde.⁵²⁶

Das von Bach-Zelewski gegründete Zwangsarbeiterlager in Mogilew scheint zeitweise auch als Aufnahmeort für mittel- und westeuropäische Juden gedacht gewesen zu sein.⁵²⁷ Als Zweck des neuen Lagers nannte der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, General v. Schenckendorff, damals gleichfalls mit Sitz in Mogilew, die Verfolgung der Flüchtlinge als vermeintlich Partisanenverdächtige und Asoziale:

»Seit 29. September 1941 besteht ein vom Höheren SS- und Polizeiführer in Mogilew eingerichtetes Arbeitslager für verdächtige landstreichende Zivilisten (Männer, Frauen, Jugendliche). Soweit aufgegriffene Zivilisten nicht dem nächsten Dulag zugeführt werden, sind sie in das Arbeitslager einzuliefern. Die Einrichtung eines gleichen Lagers in Witebsk und später in Smolensk ist geplant.«⁵²⁸

Direkt verantwortlich für das Lager war wie erwähnt der SS- und Polizei-Standortführer Mogilew, Oberstleutnant Kö. Zu den zuständigen Sachbearbeitern gehörte der oben ausführlich zitierte Mattner. Die Bewachung stellte das aus dem schlesischen Waldenburg stammende Polizeikommando, zu dem bald Beamte aus Darmstadt stießen, sowie eine Verkehrskompanie mit NSKK-Abzeichen. Das Lager bestand mindestens bis 1942, wahrscheinlich aber bis zum Rückzug 1943, und es muß immer wieder Einlieferungen gegeben haben, sonst wäre es angesichts des dortigen Schreckensregimes bald leer gewesen. So wurden regelmäßig jeden Donnerstag Insassen zur Ermordung in einem LKW abgeholt; manchmal machte man sich nicht die Mühe, sondern erschöß Menschen einfach in einer Ecke des Lagers selbst. Auch 1942 herrschte dort eine unvorstellbare Grausamkeit.⁵²⁹ Es gab viele Hungertote. Von Menschen, die die Wachen zur Erschießung abführten, sagten sie, sie würden »zur Landwirtschaft abkommandiert«.⁵³⁰

Warum wurden die Juden in Mogilew im Oktober 1941 so gut wie ausgerottet? Wie schon ausgeführt, brauchten die deutschen Besatzungsorgane damals den größten

525 Zum Datum der Einrichtung des Lagers: Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 8 v. 10. 10. 1941, ZStA Minsk 570-1-1, Bl. 137R; KTB 286. Sich.Div., Abt. Qu, v. 3. und 5. 10. 1941, BA-MA RH 26-286/10.

526 Vgl. EM 133 v. 14. II., BA-MA SF-01/28934, Bl. 3188-3190, und EM 148 v. 19. 12. 1941, SF-01/28935, Bl. 3441f.; Urteil LG München I 22 Ks 1/61 gegen Bradfisch v. 21. 7. 1961, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 17, S. 674f. (mindestens acht Aktionen geschätzt). Die Landeschützen weigerten sich nach einiger Zeit, weiterzumachen – nicht etwa gegen das Aussprengen der Gräber, sondern lediglich dagegen, die Exekutionen selbst mit ansehen zu müssen. Vern. F. K. v. 4. 8. 1964, ZSt Dortmund 45 Js 36/64, Bd. 1, Bl. 23f.

527 Vgl. Aly 1995, S. 356 und 342-347; Gerlach, Failure, S. 60-78; S. 650-655 in dieser Darstellung.

528 Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 8 v. 10. 10. 1941, ZStA Minsk 570-1-1, Bl. 137R.

529 Vgl. Nachweisung der im Bereich des HSSPF Ru. Mi. u. WR. eingesetzten Pol.-Verwaltungsbeamten (undatierte Quellenkopie), StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Beweismittel Bd. 4, Bl. 236-240; Vern. H. W. v. 5. II. 1959, K. J. v. 4. II. und A. P. v. 7. II. 1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 804, 821R-23 und 832R; Brief und Vern. R. S. v. 25. 3. 1959 und 5. 8. 1958 [d.i. 1959], ebd., Bd. 4, Bl. 453 und 639-643.

530 Vern. der jüdischen Überlebenden H. V. v. 31. I. 1962, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 2426.

Teil von ihnen bei nur 3000 Beschäftigten als Arbeitskräfte nicht.⁵³¹ Die wenigen vorläufig Unverzichtbaren pferchten sie ins Lager. Ein wachsender Teil der nichtjüdischen Bevölkerung Mogilews verließ zudem die Stadt zu jener Zeit, besonders »infolge der schwierigen Ernährungslage« sowie wegen Wohnungsmangels, und ging aufs Land, so daß es zu einem »Mangel an [nichtjüdischen, C. G.] Fachkräften« und »Handwerker[n]« kam. In den umliegenden Kleinstädten war es genauso. Das wurde von Einsatzgruppe B und RSHA in denselben Berichten gemeldet, die auch die Vernichtungsaktionen schilderten. An einer anderen Stelle wurde betont, die Mogilewer Juden besorgten sich illegal Lebensmittel von Bauern, die sie insgeheim vor der Stadt trafen: Stadtrandkontrollen wurden eingeführt und Juden dort Ende September erschossen. An den Massenmord vom 19. Oktober knüpfte man die Bemerkung: »Das vom EK.8 in Mogilew eingerichtete Ghetto konnte zum grössten Teil der Stadtverwaltung wieder zur Verfügung gestellt werden, da Mogilew nach den letzten Aktionen als fast judenfrei bezeichnet werden kann.«⁵³² Die betreffenden Häuser wurden bei einem Dnjepr-Hochwasser am 10. April 1942 vernichtet, das rund 500 Menschenleben forderte.⁵³³ Offenbar waren sie inzwischen an nichtjüdische Weißrussen vergeben worden. Objektiv dienten die Morde an den Juden in Mogilew also der (Teil-)Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme in der Stadt, wie sie die Deutschen sahen: die einen ermorden, den anderen etwas mehr Arbeit, Brot und Wohnraum geben. Daß dies zu der Mordentscheidung beitrug, ist nach den Zusammenhängen in den geschilderten Dokumenten wahrscheinlich, aber nicht beweisbar.

Himmler war bei der Erschießung am 2. und 3. Oktober 1941 in Mogilew nicht anwesend,⁵³⁴ sondern kam erst zwischen dem 23. und 25. Oktober in die Stadt.⁵³⁵ Allerdings fand am ersten Tag der Anwesenheit Himmlers in Mogilew eine Erschießung statt, bei der am 23. Oktober 279 Juden aus dem Arbeitslager getötet wurden.⁵³⁶ Aber die Ghettoliquidierung begann nicht mit seinem Besuch, im Gegenteil, Bach-Zelewski wollte sie offenbar noch vorher beenden (am 19.), sozusagen zu Reichsführers Ehren. Eine Zeugen- bzw. Mittäteraussage spricht indes für eine Intensivierung der Tötungen im Zwangsarbeiterlager infolge Himmlers Besichtigung dieser Stätte am

531 Vgl. WiKdo im FK-Bereich Mogilew, Lage- und Tätigkeitsbericht Nr. 10 v. 17. 10. 1942, BA-MA RW 31/847, und S. 584f. dieser Darstellung.

532 EM 133 v. 14. 11. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3190, zur Vernichtungsaktion ebd., Bl. 3188f., zur »Abwanderung« ebd., Bl. 3178. Ähnlich Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 7 der Einsatzgruppen für 1.–30. 11. 1941, in: Klein (Hg.), S. 252f. und 259. Zu Lebensmittelübergabe und Straßenkontrollen EM 122 und 123 v. 23./24. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 3021 und 3034.

533 Vgl. KTB WiKdo im FK-Bereich Mogilew v. 11. 4. und dessen Lage- und Tätigkeitsbericht Nr. 4 v. 17. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 501 und 714 ff.; Aussage des Zeugen A. W. K. beim Lokaltermin am 6. 4. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 10, Bl. 19.

534 Vgl. dagegen Angrick u. a., S. 346 sowie 349, und hierzu Gerlach, Failure, S. 73, Anm. 37. Himmler war am 2. und 3. 10. 1941 in Kiew.

535 Vgl. Terminkalender Himmler v. 25. 10. 1941, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 389 (23. und 24. 10. fehlen); Tagebuch Bach-Zelewski v. 27. 10. 1941, BA R 20/45b, Bl. 15, vgl. dagegen Anfang Oktober Bl. 14; Tagesmeldungen HSSPF Rußland-Mitte an KdoStab RFSS, Chef Orpo und Reichsführer-SS v. 2. und 3. 10. gegenüber 24. und 25. 10., BA D-H ZB 6735, O. I, Bl. 199f. und 219f., auch in BA-MA SF-02/37544; Tagebuch v. Bock v. 24. 10. 1941 (»Mittags kommt Himmler«), BA F 57128, Bl. 501; Brief Mattners (der von Himmler zum Leutnant befördert wurde) v. 23. 10. 1941 sowie v. 2. und 5. 10., IfZ Fb 104/1; KTB Kdo-Stab RFSS v. 2., 3., 23. und 24. 10., in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 50 und 59f.

536 Siehe EM 133 v. 14. 11. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3189.

23. Oktober.⁵³⁷ Am 25. Oktober abends dürfte der »Reichsführer« bei seinem Treffen mit Hitler in Anwesenheit Heydrichs berichtet haben, daß und wie Bach-Zelewskis und Nebes Einheiten mit der Ermordung aller Juden begonnen hatten. Denn Hitler fühlte sich zu der Bemerkung veranlaßt:

»Vor dem Reichstag habe ich dem Judentum prophezeit, der Jude werde aus Europa verschwinden, wenn der Krieg nicht vermieden bleibt. Diese Verbrecherrasse hat die zwei Millionen Toten des Weltkrieges auf dem Gewissen, jetzt wieder Hunderttausende. Sage mir keiner: wir können sie doch nicht in den Morast schicken! [...] Es ist gut, wenn uns der Schrecken vorausgeht, daß wir das Judentum ausrotten.«⁵³⁸

Hitler dachte wie der Polizeisekretär Mattner beim Fall Mogilew sofort an seine Voraussage vom 30. Januar 1939: Mogilew war einer der Ausgangspunkte der Judenvernichtung. Himmler wird ihm an diesem Abend auch von der Unterstützung durch die Wehrmacht beim Judenmord berichtet haben. Denn Generalfeldmarschall v. Bock – den Himmler bereits am 5. Juni 1941 in Posen getroffen und mit ihm über das Expansionsprogramm »über den Ural hinaus« gesprochen hatte – sprach den »Reichsführer« am 24. Oktober, drei Tage nach der berüchtigten Massenerschießung in Borissow,⁵³⁹ in Smolensk offenbar auf die Judenvernichtung an. In den Worten des damals anwesenden Bach-Zelewski erwiderte v. Bock, statt zu protestieren: »Ja, Herr Himmler, wir sind Ihnen ja dankbar dafür, daß wir diese unsaubere Arbeit nicht tun müssen.«⁵⁴⁰ Daß diese Aussage Bach-Zelewskis zutreffen könnte, wird durch Indizien in dessen Tagebuch gestützt,⁵⁴¹ ebenso durch Halders Erinnerung, daß bei der Besprechung in Orscha am 13. November 1941 die Stabschefs der Armeen erklärten,

537 Vgl. Brief R. S. v. 25. 3. 1959 sowie dessen Vern. v. 5. 8. 1958 [d.i. 1959], ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. 4, Bl. 453 und 640R.

538 Hitler am 25. 10. abends nach Jochmann, Hitler Monologe, S. 106. Möglicherweise dachte Hitler hier auch an die Deportation mitteleuropäischer Juden nach Mogilew: Gerlach, Mogilev, S. 64.

539 Der Bericht des Oberwachmeisters Soennecken traf zwar erst am 25. 10. und der Bericht des Berück zum Fall Borissow am 30. 10. ein (KTb H.Gr. Mitte v. 5. 11. 1941, BA-MA RH 19 II/387, Bl. 25), doch hatte auch v. Bocks Adjutant v. Hardenberg das Massaker in Borissow selbst gesehen: Mühleisen (Hg.), S. 427.

540 »Bach-Zelewski am 8. 7. unbeeidigt«, StA München I 22 Ks 1/61, Beakten. Es handelt sich um die Aussage Bach-Zelewskis am 8. 7. 1958 in der Hauptverhandlung des Ulmer Einsatzgruppenprozesses. Sie wurde, dem Sinn nach abgeschwächt, auch in der Schwäbischen Donau-Zeitung v. 9. 7. 1958 wiedergegeben. Vgl. hierzu Wilhelm 1988, S. 201, Anm. 17. Zu dem Treffen ohne Erwähnung dieses »Details« Tagebuch v. Bock v. 24. 10. 1941 sowie v. 6. 6. 1941, BA F 57128, Bl. 283 und 501. Vgl. auch Zeugenvern. Bach-Zelewskis v. 22. 8. 1947, ZStL 202 AR-Z 52/59, Beweismittel Bd. III/4, Bl. 92.

541 Dort berichtet Bach, v. Bock habe große Stücke auf ihn gehalten, so daß er, Bach, sich für den 9. November eine Auszeichnung erhoffte. Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 27. 10. 1941, BA R 20/45b, Bl. 15. Es sei an Bachs Eintragung v. 3. 8. (Bl. 6) erinnert, wonach v. Bock ihm für den Einsatz seiner Männer dankte. Daß Bach in Ulm behauptete, er, Nebe und v. Schenkendorff seien gegen die angeblich erst später einsetzenden Judenexekutionen gewesen und hätten sie so lange wie möglich verhindert, sowie ein nachweislich falsches Datum angab (17. 9.), gehört zu seinen üblichen Verdrehungen.

Auch die Erlebnisberichte über die Geschichte der Oppositionellen gegen Hitler im Okdo. H.Gr. Mitte stützen das indirekt, wenn darin von einem nur matten Protest v. Bocks gegenüber der SS wegen Borissow gesprochen wird (v. Schlabrendorff, S. 50f.; Scheurig, S. 111). Warum wird dort der Besuch Himmlers nicht erwähnt? Er konnte den Stabsoffizieren unmöglich entgangen sein. Und warum sollte es einen zurückhaltenden schriftlichen Protest gegeben haben, wenn der eigentliche Hauptadressat postwendend zu Besuch kam? Unter diesen Umständen erscheint es zweifelhaft, daß es die angebliche Protestnote v. Bocks wegen des Falls Borissow – die bis zu v. Brauchitsch gegangen sein soll (v. Gersdorff, S. 98f.) – wirklich gegeben hat.

die Einsatzgruppen seien »uns Goldes Wert, denn sie sichern die rückwärtigen Verbindungen und ersparen so die Heranziehung von Truppen für diese Aufgabe.«⁵⁴² Für die freundliche Atmosphäre zwischen v. Bock und Himmler am 24. Oktober spricht auch, daß Himmler v. Bock ein Paket mit Kaffee versprach.⁵⁴³ Im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte beschäftigte man sich an diesem Tag außerdem mit der vorgesehenen totalen Zerstörung Moskaus und der Vernichtung seiner Millionenbevölkerung durch Einschließung, Aushungern und Bombardierung, wie Generalmajor Nagel vom Wirtschaftsstab Ost erfuhr, dem Himmler bei v. Bock die Klinke fast in die Hand gab.⁵⁴⁴ Der Generalfeldmarschall dachte beim Vernichten keineswegs in kleineren Dimensionen als der »Reichsführer«.

Fünf Tage später, am 29. Oktober 1941 in Riga, stimmte Bach-Zelewski das Vorgehen bei der Judenvernichtung bei einem Spitzentreffen der HSSPF Ostland, Rußland-Mitte und Ukraine mit seinen Pendants in den besetzten sowjetischen Gebieten, Jeckeln und Prützmann, ab.⁵⁴⁵

Noch etwas ist an der Vernichtung der Juden Mogilews äußerst bemerkenswert: das Datum. Der Auftakt zur totalen Vernichtung der Juden im Osten Weißrußlands fiel auf den 2. Oktober 1941, jenen Tag, an dem die Heeresgruppe Mitte die Großoffensive gegen Moskau begann (»Operation Taifun«). Die Einsatzgruppe B war in den Termin der geplanten Offensive eingeweiht und bereitete schon den Vormarsch ihrer Sonderkommandos vor; die Wahl des Datums war also kein Zufall.⁵⁴⁶ Man könnte meinen, daß nun auch die *Einsatzkommandos* mit neuen Aufträgen der Truppe hinterhermarschieren sollten, doch dem war nicht so. Diese Rolle war offenbar eher für die meist ebenfalls vorgezogenen Polizeibataillone vorgesehen, übrigens auch von seiten des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte.⁵⁴⁷ Erst nach Einnahme von

⁵⁴² Bor, S. 197.

⁵⁴³ Siehe Funkspruch Bach-Zelewski an Grothmann v. 12. 11. 1941 und weiteren Schriftwechsel zum Verbleib des Kaffees, BA NS 19/3666, Bl. 100–108.

⁵⁴⁴ Himmler war über Mittag bei v. Bock, Nagel kam um 15.00 Uhr. Vgl. Reisebericht Nagel unter dem 24. 10. 1941, BA-MA Wi ID/1723. Siehe ausführlich Anm. 5/13 in dieser Darstellung. Über das Thema der Zerstörung Moskaus hatten v. Bock und Hitler schon am 4. 8. in Borissow gesprochen, vgl. v. Schlambendorff, S. 46 und 49.

⁵⁴⁵ Während des Treffens aus Anlaß des Tauschs der Positionen zwischen Prützmann und Jeckeln hat Bach-Zelewski nach Aussage Jeckelns damit geprahlt, in seinem Bereich seien schon 150 000 bis 200 000 Juden umgebracht worden. Siehe Tagebuch Bach-Zelewski v. 30. 10. 1941, BA R 20/45b, Bl. 16, und Vern. Friedrich Jeckeln v. 14. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, Bd. 1, Bl. 18; in anderer Fassung (wohl rückübersetzt aus dem Russischen) abgedruckt bei Wilhelm 1981, S. 569.

⁵⁴⁶ Vgl. AOK 9, Ic/A.O. an Pz.Gr. 3, AOK 9/Ia und SK 7a v. 28. 9. 1941 (Geheime Kommandosache). Danach wurde ein 16köpfiges Vorkommando des SK 7a unter Obersturmführer Foltis der Panzergruppe 3 für den Vormarsch auf Wjasma zugeteilt, das am 30. 9. bereitzustehen hatte. BDC SL 47F, Bl. 236. Siehe rückblickend auch Pz.Gr. 3 an Okdo. H.Gr. Mitte v. 29. 11. 1941, in: N. Müller 1982, S. 78.

⁵⁴⁷ »Die den Armeen zugeteilten Teile der Sicherungs-Divisionen (Feld- und Ortskommandanturen und Pol.-Batlne.(mot.)) sind zur Herstellung von Ruhe und Ordnung in den rückwärtigen Armeegebieten einzusetzen, für die die Armeen voll verantwortlich bleiben.

Jetzt, wie vor allem bei Beginn neuer Operationen wird es außerdem Aufgabe der mot. Pol.Batlne. sein, Plünderungen und Brandstiftungen in neugewonnenen Ortschaften durch rücksichtsloses Einschreiten zu verhindern.« H.Gr. Mitte, Ib Nr. 1563/41geh. v. 26. 8. 1941 (gez. v. Bock, f.d.R. [Unterschrift]: Gericke, Major i.G.), BA-MA RH 26–221/13b unpag. (Hervorhebung C. G.; im Original ganzer Text gesperrt/hervorgehoben). Gemeint war ein Einsatz der Polizeibataillone im rückwärtigen Gebiet, da er schon vor neuen Eroberungen beginnen sollte und die Bataillone meist sowieso tagelang nach der vordersten Truppe

Moskau sollten die Einsatzkommandos dafür »freigemacht« werden, am Einschließungsring um Moskau an drei Kontroll- und Durchgangspunkten den Transfer der Bevölkerung in »Verschickungslager« zu überprüfen.⁵⁴⁸ Abgesehen vom interpretationsfähigen symbolischen Gehalt dieses zeitlichen Zusammentreffens⁵⁴⁹ heißt das, daß die Einsatzkommandos Anfang Oktober unwiderruflich einen Sonderauftrag hatten, der so wichtig erschien, daß sie an ihren rückwärtigen Standorten blieben. Dieser Sonderauftrag lautete: Vernichtung aller Juden.⁵⁵⁰ Vor allem galt das für das EK 8, das im Alleingang und meist ohne Unterstützung durch die Ordnungspolizei den größten Teil der Ausrottungsaktion in den Städten übernahm, während Teile des EK 9 nach der Ghettoliquidierung von Witebsk ebenso vorrückten wie die meisten Polizeibataillone. Diese führten erst wie vorgesehen die sogenannte Befriedung durch, dann kamen sie zum Fronteinsatz; so nahm das Polizeibataillon 322 nach dem 3. Oktober an keiner größeren Judenerschließung mehr teil.⁵⁵¹ Das EK 8 indessen residierte die nächsten zwei Jahre als faktisch stationäre Dienststelle in Mogilew, während die Front im Oktober und November 1941 350 Kilometer weiter bis Tula und Jelez nach Osten rückte und sich damit 500 km östlich von Mogilew befand.⁵⁵²

Die Ghettoliquidierungen

Etwas anders als in Mogilew waren die örtlichen Umstände der Ermordung der Juden in Witebsk, die – nach vielen vorangegangenen Aktionen – am 8. Oktober begann. Obwohl es zu dieser Zeit eine zentral (von HSSPF und Einsatzgruppe B) gesteuerte Vernichtungskampagne gab, waren die örtlichen Entscheidungsspielräume groß. Sie betrafen den Zeitpunkt der Aktionen, die Reihenfolge der heimgesuchten

eintrafen. Auch die Ausarbeitung durch den für Territorialfragen zuständigen Ib weist darauf hin. Der Hinweis auf die »Befriedung« und die bekannte Benutzung des Begriffs »Plünderer« als Vorwand für Judenerschließungen läßt die Vermutung zu, daß hier ein Zusammenhang zur Judenverfolgung bestand.

⁵⁴⁸ Hierzu führt Besymenski, S. 125–127, zwei Dokumente ins Feld: OKH/GenStdH Nr. 1571/41 v. 12. 10. 1941 und die Weitergabe durch die H.Gr. Mitte v. 15. 10. 1941.

⁵⁴⁹ Man könnte den Zeitpunkt so deuten, daß SS und Polizei die totale Judenvernichtung im Bereich der H.Gr. Mitte in der Hoffnung auf den militärischen Sieg, nicht wegen beginnender Niederlagen starteten. Dies würde den Thesen von Browning nahekommen (vgl. Browning 1994, S. 473–481). Möglich erscheint auch, daß die Verantwortlichen glaubten, die Massenmorde im Schatten der neuen deutschen Offensive unauffälliger durchführen zu können. Für beides kenne ich aber keinen Quellenbeleg. Wahrscheinlicher ist, daß die besonderen Belastungen des Nachschub- und Versorgungssystems der Heeresgruppe während der Offensive dadurch gemildert werden sollten, daß die Versorgung der Stadtbevölkerung in ihrem Bereich verringert wurde. Ein Mittel, die daraus resultierenden Hungerkrisen aufzufangen, war die Ermordung der Juden. Dafür gibt es sowohl im Fall Mogilew als auch bei den folgenden Beispielen Anhaltspunkte.

⁵⁵⁰ In seiner Beschwerde über den Kommandanten des Dulag 185 (Mogilew), Major Wittmer, erwähnte ein unbekannter Offizier des EK 8 die »angestrebte restlose Lösung des Judenproblems« und die »Notwendigkeit des rücksichtslosen Vorgehens« dabei. EK 8 an HSSPF Rußland-Mitte v. 3. 11. 1941, in: Rürup, S. 131.

⁵⁵¹ Zum letzten Punkt Angrick u.a., S. 350. Das Pol.Btl. 316, das in Mogilew und damit in Weißrußland blieb, bildete eine Ausnahme. Vgl. Die im Osten eingesetzten Stäbe [Winter 1941/42], BDC PA Friedrich Jeckeln, und Zusammenstellung der in Rußland-Mitte eingesetzten Polizeibataillone, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Beweismittel Bd. 4, Bl. 227–235. Zu den Standorten des EK 9 Krausnick 1981, S. 183f.

⁵⁵² Vgl. ebd., S. 182. Zwar gab es Teiltrupps des EK 8 in einer Reihe anderer Städte, darunter waren Roslawl und Brjansk aber schon die am weitesten östlichen. Den Hauptstandort verlegte das EK 8 im Gegensatz zum EK 9 nicht.

Orte, das mögliche Verschonen einiger hundert Fachkräfte oder auch den Erhalt des Ghettos in Städten mit großem Arbeitskräftebedarf wie in Smolensk und Minsk.

Witebsk war eine extrem stark zerstörte Stadt mit vielen Obdachlosen, obwohl dort nur noch 50000 der einst 170000 Einwohner lebten. Die Versorgungslage der Bevölkerung war noch schlechter als in anderen weißrussischen Städten. Industriebetriebe waren wegen Demontage und Zerstörung praktisch nicht vorhanden, und es gab tausende registrierte Arbeitslose – Nichtjuden.⁵⁵³ Diese Probleme wurden schon vor dem 8. Oktober teilweise auf die Juden abgewälzt (ganz ähnlich war es im gleichfalls besonders stark zerstörten Orscha): Die 16000 jüdischen Menschen wurden in ein 400 mal 1000 Meter großes, halbzerstörtes Fabrikareal an der Zapadnaja Dwina gepfercht. Während anderswo die Juden zwar Hungerrationen, aber doch über Lieferungen an die Judenräte eine geregelte Versorgung erhielten (vgl. Kap. 7.3a), bekamen sie in Witebsk offenbar tatsächlich mehr oder weniger nichts, drei Monate lang. Daß das EK 9 die Ernährung der Juden dort direkt steuerte, ist nicht gesichert.⁵⁵⁴ Zumindest mußte es dabei mit der Militärverwaltung zusammenarbeiten. Zwischen 5000 und 10000 Menschen starben wegen fehlender Lebensmittel im Ghetto an Hunger und Krankheiten, besonders Typhus – ein bis zwei Drittel der Insassen. Es gab nur einen jüdischen Arzt und kein jüdisches Krankenhaus. Angehörige des EK 9, die im Herbst 1941 das Ghetto betraten und Räume besichtigten, erinnerten sich mit Schauern an die vielen verhungerten, sterbenden und kranken Menschen (»Die Zustände dort waren ekelerregend«). In diesem Fall hatte die Meldung, die Vernichtung des Ghettos stehe mit »höchster Seuchengefahr« in Zusammenhang, einen realen Kern.⁵⁵⁵

Das Morden durch Hunger hatte das Morden durch Erschießung »unumgänglich« gemacht.⁵⁵⁶ Unklar ist, ob dem eine entsprechende Bitte der keineswegs zimperlichen

553 Obdachlosigkeit: Bericht OK I/532 v. 22.8.1941, BA-MA RH 23/224 (auch zur Ernährungslage), und Stadtplan Witebsk 1:25000, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 25, Bl. 57. Ernährungslage: vgl. auch S. 266 und 280f., ferner Arbeitslosigkeit: S. 584 in dieser Darstellung; EM 145 v. 12.12.1941 (nach der Ghetto-liquidierung immer noch), BA-MA SF-01/28934, Bl. 3391 (leicht gebesserte Ernährungslage: 200 Gramm Brot täglich für Arbeitskräfte, 140 Gramm für Nichtarbeiter plus Kartoffeln); AOK 9, IV Wi, Tagesmeldung v. 14.9.1941, BA-MA (BAArch)P 42878, Bl. 563.

554 So Vern. des stellv. EK-Chefs W. G. v. 31.10.1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 13, Bl. 104 und 109R. Dagegen sprach die übliche Kompetenzverteilung bei der Ernährung der Juden (siehe Kap. 7.3 dieser Darstellung). – Auf die Zahlenproblematik wird noch eingegangen.

555 EM 124 v. 25.10.1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 3044. Vgl. insbesondere Akt Nr. 9 der Untersuchungskommission in Witebsk, ZStA Minsk 861–1–5, Bl. 15; Vern. W. G. v. 31.10.1960, wie vorige Anm., Bl. 104/R und 108f.; Vern. E. P. v. 2.3.1962, ebd., Bd. 17, Bl. 206R (erstes Zitat); Vern. F. U. v. 12.4.1961, Bd. 20, Bl. 198; Urteil LG Berlin 3 PKs 1/62 v. 22.6.1962 gegen Dr. Filbert, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 18, S. 622ff. Siehe bereits Yahil, S. 271. Der Zeuge W. I. B. (Vern. v. 29.8.1944, ZStL UdSSR Bd. 423, Inhaltsangabe zu Bl. 65f.) gab 5000 im Ghetto Verhungerte an, was je nach Zahl der tatsächlich später Erschossenen die untere Grenze darstellt. Ähnlich im o. g. Kommissionsbericht. Zur ärztlichen Versorgung: OK Witebsk, Standortarzt v. 25.8.1941, BA-MA RH 23/224. – Zu Orscha Bericht der Ingenieurin Pikman in Grossman/Ehrenburg, S. 336.

556 Es gibt aber keinen Beleg dafür, daß EK 9 und Militärverwaltung den Hunger im Ghetto mit dem Ziel organisierten, daraus einen Vorwand für die Ermordung der Juden zu gewinnen, d.h. daß das EK 9 zielgerichtet die Situation geschaffen hätte, die es dann abzuschaufen galt. Vielmehr ging es offenbar darum, die nicht-jüdische Bevölkerung von Witebsk ohne Erhöhung der Lebensmittellieferungen halbwegs zu versorgen – auf Kosten der Juden. Daß viele Juden Hungers sterben würden, war den Verantwortlichen sicher bewußt, und sie wollten es auch, jedoch nur so lange, wie vom Ghetto keine Seuchen ausgingen. Diese Deutung steht mit den Ereignismeldungen des RSHA und den Ergebnissen des Filbert-Verfahrens in Übereinstimmung.

Militärverwaltung vorausging.⁵⁵⁷ Zwischen 4000 und 8000 Juden⁵⁵⁸ erschossen das EK 9, ein ihm nun ständig zugeteiltes Kommando der SS-Division »Das Reich« und einheimische Miliz an der Ilowski-Schlucht zwischen dem 8. und 10. Oktober. Möglicherweise dauerten die Exekutionen auch eine Woche lang, und danach wurden noch sehr viele transportunfähige Sterbende im Ghetto selbst ermordet. Jedenfalls war die Aktion vor Filberts Ablösung (20. Oktober) weitgehend beendet. Die Kleider mußten die Opfer vorher ausziehen – sie wurden dann aber nicht etwa verteilt, sondern wurden wie aller Besitz der Juden verbrannt, wohl wegen der »Seuchengefahr«.⁵⁵⁹ Offenbar ließ das EK 9 keine jüdischen Handwerker am Leben, man brauchte sie nicht. Es ist kein einziger jüdischer Überlebender des Schreckens in Witebsk bekannt.⁵⁶⁰

Die dritte große Vernichtungsaktion im Oktober fand am 20./21. in Borissoff statt, wo in den anderthalb Monaten zuvor schon etwa 2000 Menschen bei »kleineren« Ak-

557 Dies behauptete Filbert in seinen Vern. v. 22. I. und 14. 6. 1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 3, Bl. 63R und 65, und Bd. 7, Bl. 4R-5 (hier nannte er v. Schenckendorff). Tatsächlich hatten Bach-Zelewski und v. Schenckendorff wenige Tage vor Beginn der Aktion zusammen einen »Kameradschaftsabend« in Witebsk gefeiert; am 18. 10. war Bach-Zelewski anlässlich des Amtsantritts von Obstlt. v. Hutten als Leiter des SS- und Polizeistützpunkts erneut in der Stadt, vgl. Tagebuch Bach-Zelewski für Anfang Oktober und 18. 10., BA R 20/45b, Bl. 14f. – Aus der Feldkommandantur wurden damals fast täglich 10–15 Menschen zur Erschießung weggeschafft, vgl. Vern. S. M. Starow in: Auskunft über die Missetaten in Stadt und Gebiet Witebsk, ZStA Minsk 861–1–5, Bl. 23.

558 1939 lebten in Witebsk 37095 Juden (Altshuler, Distribution, S. 39). Schätzungen der deutschen Verwaltung von 50000–60000 für Juni 1941 lagen vermutlich zu hoch. Viele wurden evakuiert, tausende Stadtbewohner (nach Schätzungen des AOK 9/IV Wi: 50000) blieben auch im Umland hängen. Im Juli registrierte der Judenrat »bisher« 3000 Menschen (EM 34), insgesamt waren es jedoch 16000 (Friedman; nach Orbach 13000; nach der sowj. Untersuchungskommission über 10000). Die Zahl der Erschossenen wurde in EM 124 mit »etwa 3000« im Vorgriff angegeben, in EM 148 (19. 12.) mit 4090. Unklar ist, ob diese Nachmeldung dazu addiert werden muß oder nicht. Auf keinen Fall gab es im Dezember eine weitere Aktion, wie Orbach und Gilbert wegen des Datums von EM 148 (Sammelmeldung) annehmen. Witebsker Einwohner gaben die Opferzahl mit 7000 bis 8000 an, auch ein deutscher Zeuge hatte von 8000 gehört. In der Ilowski-Schlucht sollen 20000 Leichen gefunden worden sein, offenbar z. T. Nichtjuden. Cholawsky spricht einmal von »bis zu 20000«, einmal sogar von 30000 Opfern: Arad 1991, S. 18, und Cholawsky, Judenrat, S. 114, Anm. 3. Vgl. Philipp Friedman, Der Untergang der Juden in Witebsk, in: H. A. Abramson, Witebsk Amol, New York 1956, auszugsweise Übersetzung in: StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 31, Bl. 175–177, und Bd. 41, S. 234–240; EM 31, 34, 124 und 148 v. 23. und 26. 7., 25. 10. und 19. 12. 1941, BA-MA SF-01/28929–34, Bl. 1620, 1676, 3044 und 3444; Ostland in Zahlen, S. 156; Orbach, S. 34 und 50; Gilbert, S. 81; AOK 9, IV Wi La, Verhandlungs-Niederschrift v. 23. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42878, Bl. 676f.; Akt Nr. 9 der Untersuchungskommission in Witebsk, ZStA Minsk 861–1–5, Bl. 15; Inhaltsangaben des Berichts der Untersuchungskommission in Witebsk v. 20. 3. 1945, der Vern. I. A. P. v. 15. 7. 1944, N. I. B. und M. I. F. v. 14. 8. und W. I. B. v. 29. 8. 1944, ZStL UdSSR 423, nach Bl. 9f., 23f., 31ff., 38ff., 42ff., 65f.; Brief H. B. v. 23. 9. 1958 an StA Hannover, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 3, Bl. 1/R.

559 Vgl. ebd.; Anklage StA Berlin gegen Filbert, ebd., Bl. 75 (»etliche Tage«); Bericht über Vern. J. W. v. 2. 6. 1961, ebd., Bd. 13, Bl. 112f.; Akt Nr. 9 der Untersuchungskommission Witebsk, ZStA Minsk 861–1–5, Bl. 15; Kleiderverbrennung usw.: Vern. P. I. Schtschuplikow v. 3. 4. 1949, ebd., Bl. 49, und Vern. K. B. v. 29. 2. 1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 15–16R; Nacherschießungen: Vern. W. G. v. 31. 10. 1960, ebd., Bd. 13, Bl. 109; Vern. E. P. v. 2. 3. 1962, Bd. 27, Bl. 206R; Friedman (Teilübersetzung), ebd., Bd. 41, Bl. 239. Cholawsky geht von drei Erschießungen im Oktober und November aus: Arad 1991, S. 18. SS-Div. »Reich«: Vern. H. B. v. 18. 10. 1941, Bd. 8, Bl. 3–5, und Vern. W. G. v. 31. 10. 1960, Bd. 13, Bl. 105R. Zu Filbert: Krausnick/Wilhelm, S. 645.

560 Erkenntnisse des Verfahrens gegen Filbert; Friedman, ebd., Bd. 41, Bl. 234.

tionen ermordet worden waren.⁵⁶¹ Sie soll für die Hitlergegner im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte ein wichtiger Anstoß für ihre Oppositionshaltung gewesen sein; eine Version, an der allerdings Zweifel bestehen.⁵⁶² Die örtlichen Wehrmachtdienststellen feierten am Vorabend bei einem »Fest der deutschen Polizei« zur Einstimmung mit. Im unzerstörten Borissow herrschten zwar weder Wohnungsnot noch Arbeitslosigkeit, im Gegenteil, in den zahlreichen Industriebetrieben arbeiteten zu dieser Zeit immerhin 5000 bis 7000 der etwa 37000 Einwohner, und zahlreiche Wehrmachtdienststellen benötigten Arbeitskräfte, die nach »Abschaffung« der Juden später fehlten.⁵⁶³ Das gab aber nicht den Ausschlag, denn von Tag zu Tag spitzte sich die Ernährungslage in der Stadt zu, die in einem »ausgesprochenen Zuschussrayon« lag; gerade in den Tagen vom 20. bis 27. Oktober fanden darüber Krisenbesprechungen der örtlichen Wirtschaftsdienststellen statt, und im Spätwinter drohten selbst die Bauern im Umland zu verhungern.⁵⁶⁴ Zugleich bildete die Mordaktion den Schlußstein der im August begonnenen flächendeckenden Vernichtung der Juden im Raum Borissow – Minsk-Land.

Der Ablauf dieser brutalen Schlächtereie ist durch verschiedene veröffentlichte Berichte bekannt und muß hier nicht beschrieben werden.⁵⁶⁵ Der Leiter des Trupps Borissow des EK 8, SS-Hauptsturmführer Werner Schönemann, der seinerseits Masaker im Zivilverwaltungsgebiet veranstaltete, hatte vor seinem Abzug Ende September 1941 die Kräfte von Sipo und SD in Minsk gebeten, sie durchzuführen, was ein Kommando des SK 1b unter dem SS-Obersturmführer Rudolf Grave mit Hilfe des weißrussischen Ordnungsdienstes übernahm, während die 339. Infanteriedivision das Ghetto abspernte. Die Miliz ging dabei besonders grausam vor und übernahm einen Großteil der Tötungen. 7000 bis 8000 Menschen wurden erschossen, ein Tag reichte nicht dazu aus.⁵⁶⁶ Etwa 2000 jüdische Arbeitskräfte wurden zunächst ver-

561 Vgl. EM 108 v. 9. 10. und 124 v. 25. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 2859 und 3042; Urteil LG München gegen Bradfisch (Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 17, S. 676); Vern. D. D. Egow v. 28. 2. 1947 (Auszug), StA Koblenz 9 Ks 2/62, »Braunes Buch«, Bl. 281; Vern. G. S. v. 19. 3. und W. K. v. 13. 6. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 633f. und 729–732.

562 Hierzu Gerlach, Männer, S. 429f., und S. 592, Anm. 7/541 in dieser Darstellung. Zum folgenden Bericht des Oberwachtmeisters Soenneken (Abwehrgruppe B) v. 24. 10. 1941 und Vern. D. D. Egow v. 28. 2. 1947 (Auszug), in: Wilhelm 1981, S. 576–578. Ferner Geßner, S. 86.

563 Siehe 339. Inf.Div., Abt. VII, Lagebericht v. 15. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 59239, Bl. 302; Bericht über die Inspektionsreise nach Borissow am 5. November v. 11. 11. 1941, ZStA Minsk 370–1–54, Bl. 18; Erfahrungsbericht Hans Schwarz, Chef WiKdo 213 (Borissow), v. 15. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 709f. (Zitat); EG B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–30. 9. 1942, BA F 40168, Bl. 251 (1200 Arbeitskräfte fehlten). – Borissow hatte im Juni 44000 und im Dezember 1941 30000 Einwohner (Kohl, S. 115, und KTB Gruppe IV Wi zbV Nr. 38 v. 3. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 958). 1939 lebten dort 10011 Juden; offenbar konnten 1941 also wenige fliehen: Althshuler, Distribution, S. 38.

564 Vgl. KTB Gruppe IV Wi zbV Nr. 38 (Borissow) für 20.–27. 10. 1941 und v. 3. 12. 1941 (hiernach lagen die Tagesrationen höchstens bei 140 Gramm Brot), BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 955 und 958; ebenso für 18.–25. 11., BA-MA RW 31/851; 339. Inf.Div., Abt. VII, Lagebericht v. 15. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 59239, Bl. 302 (Zitat); KTB Ltd. WiKdo Orscha für 21.–31. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 371; Rayonverwaltung Borissow v. 23. 12. 1941, 23. 1., 23. 2. und 18. 3. 1942, GebA Minsk 624–2–1, Bl. 17, 20f. und 25.

565 Vgl. besonders die bei Wilhelm 1981, S. 576–580, abgedruckten Berichte. Siehe auch Kohl, S. 115f. und 240–243.

566 Dazu übereinstimmend Wilhelm 1981, S. 580, Anm. 72, und Vern. D. D. Egow v. 28. 2. 1947 (Auszug), ebd., S. 578f.; Kohl, S. 115f.; v. Gersdorff, S. 97f.; 339. Inf.Div., Abt. VII, Lagebericht an Berück Mitte v. 15. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 59239, Bl. 296. Schönemann kehrte Ende September 1941 nach Berlin zu-

schont, im Dezember aber doch ermordet.⁵⁶⁷ Der SSPF Weißruthenien, Zenner, traf Himmler zwei Tage später in Mogilew und dürfte dabei Lob für besonderen Einsatz, nämlich über sein Zuständigkeitsgebiet hinaus, erwartet haben.⁵⁶⁸

Im Oktober 1941 fanden im Militärverwaltungsbereich außerdem größere Ghettovernichtungen in Schklow (1459 Tote) durch das EK 8, in Paritschi (1113 Tote) durch den EK-8-Teiltrupp unter SS-Obersturmführer Carl Ruhrberg aus Bobruisk, der mit einem Motorboot kam und von einheimischer Hilfspolizei unterstützt wurde, und in Dribin (400 Tote) Anfang des Monats durchs EK 8 statt.⁵⁶⁹

Im November wurden die jüdischen Gemeinden in den größeren Städten Gomel und Bobruisk sowie möglicherweise in Orscha ausgelöscht. Aus dem erst am 21. August eroberten Gomel waren die zuvor 40000 jüdischen Einwohner bis auf einen Bruchteil (3000 bis 4000) evakuiert worden. Nachdem dort im September einmal ungefähr 500 Juden erschossen worden waren, vernichtete der in Gomel stationierte Teiltrupp des EK 8 am 3. und 4. November die übriggebliebenen rund 2500 Ghettoinsassen. Nach verschiedenen, nicht völlig gesicherten Angaben ließ man dort jedoch noch einige hundert Juden, offensichtlich Fachkräfte, bis 1942 am Leben.⁵⁷⁰

Bobruisk war von der Wehrmacht schon am 29. Juni 1941 im Handstreich und zerstört genommen worden. Von den ursprünglich über 26000 Juden hatten sich relativ wenige evakuieren lassen. Im September und Oktober wurden in drei Aktionen 407, 1380 und 418 Juden aus Stadt und Umgebung unter verschiedenen Vorwänden vom EK 8 ermordet. In Wahrheit handelte es sich um Aktionen gegen »arbeitslose« Juden«, wie der damalige Teilkommandoführer des EK 8 in der Stadt, Ruhrberg, später aussagte. In Bobruisk waren damals bei 50000 Einwohnern trotz einiger noch laufender Industriebetriebe über 6000 arbeitslose Nichtjuden registriert.⁵⁷¹ Am 7. und

rück, um sein Studium wiederaufzunehmen, sein gesamtes Teilkommando wurde mit aus Borissow abgezogen: Vern. Werner Schönemann v. 20. 2. 1961 und 9. 3. 1962 sowie G. S. v. 19. 3. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 590, 619, 639. Zu den vom Teilkommando zuvor ausgeführten Massakern in Sembin, Wolcza, Bieholin, Begoml, Shodino usw. Vern. D. D. Egow, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1, sowie Res.Pol.Btl. 11, Lagebericht v. 21. 10. 1941, ZStA Minsk 651-1-1, Bl. 4.

567 Vgl. Fußnote in Grossman/Ehrenburg, S. 755f.; verschiedene Vern. des GebK Karl Bauer (v. 9. 3. 1955 in Entschädigungssache, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 508R; v. 11. 12. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 1480; v. 11. 8. 1961, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 23, Bl. 297); EM 148 v. 19. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3443.

568 Vgl. zu Zenner Tagebuch Bach-Zelewski v. 27. 10. 1941, BA R 20/45b, Bl. 15; unklar ist, ob ein seit längerem geplantes Treffen zwischen Himmler und Kube zustande kam (Fschr. Grothmann an Bach-Zelewski v. 21. 10. 1941 über Himmlers Reiseprogramm, BA NS 19/1792, Bl. 66R).

569 Siehe EM 124 v. 25. 10. und 148 v. 19. 12. 1941, BA-MA SF-01/28933-34, Bl. 3039f. und 3442; Orbach, S. 45 und 47; Protokoll der Untersuchungskommission Dribin v. 5. 11. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 20, Bl. 17. Der erst im Dezember gemeldete Massenmord in Paritschi muß im Oktober stattgefunden haben, später wäre eine Anfahrt der Täter mit dem Motorboot auf der Beresina wegen Eisgangs kaum noch möglich gewesen. Vgl. Vern. K. H. v. 31. 10. 1962, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 2284.

570 1939 hatte Gomel 40880 jüdische Einwohner: Altshuler, Distribution, S. 40. Vgl. Orbach, S. 32 und 38 (auch zu Datum und 1942); EM 90 v. 21. 9. und 148 v. 19. 12. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2479, und /28934, Bl. 3443 (2365 plus 52 Todesopfer); Vern. F. K. S. v. 29. 11.-2. 12. und A. B. v. 16. 12. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 1391/R, und Bd. 8, Bl. 1454/R; eidesstattl. Erkl. W. F. v. 23. 10. 1947, Nbg. Dok. NO-5520; Vern. O. S. v. 4. 4. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 333f.

571 Die Zahl der jüdischen Einwohner betrug 1939 26703; Altshuler, Distribution, S. 39. Evakuierung: Vern. J. J. S. v. 15. 5. 1971, StA Hamburg 147 Js 22/70, orangefarbene Sammelakte. Mordaktionen: EM 92 v. 23. 9., EM 108 v. 9. 10. und EM 124 v. 25. 10. 1941, BA-MA SF-01/28932/33, Bl. 2552, 2859 und 3043. Zitat: Beschuldigtenvern. Carl Ruhrberg v. 5. 11. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 1266. Industrie: KTB

8. November erschoss nahezu das gesamte, eigens zusammengeholte EK 8 mit Unterstützung durch das Polizeibataillon 316 die letzten 5281 Juden (»Die Stadt Bobruisk und ihre nähere Umgebung ist damit judenfrei«) in Kamenka an der Straße nach Sluzk. Die Bewohner des Altersheims wurden an Ort und Stelle erschossen. Möglicherweise betrug die Gesamtzahl der Opfer auch über 6600.⁵⁷² Die Tatsache, daß an eben jenem 7. November auch im Dulag in der Bobruisker Zitadelle 4000 Kriegsgefangene ermordet und weitere in den Tagen darauf durch Gewaltmärsche vernichtet wurden, weist auf eine koordinierte Aktion hin, um Ernährungsschwierigkeiten zu beheben. Auch im nahen Shlobin hatte die Sicherheitspolizei kurz vor der Vernichtung der Juden kritisiert, die Wehrmacht beschäftige Juden statt nichtjüdischer Arbeitsloser.⁵⁷³ Die Differenz zwischen in Bobruisk gebliebenen und ermordeten Juden erklärt sich daraus, daß die SS-Kavallerie-Brigade bereits schätzungsweise 7000 Menschen erschossen hatte.⁵⁷⁴

Ebenfalls am 7. und 8. November metzelte das dort neu stationierte Teilkommando des EK 8 die 1213 Juden in Kritschew im Ostzipfel Weißrußlands nieder. Die gleichen Täter ermordeten im November 2200 Juden im Raum Gorki und 900 in Mstislawl.⁵⁷⁵ Die meisten von dort stammenden Juden konnten zwar vor dem deutschen Einmarsch fliehen, aber viele jüdische Flüchtlinge aus der Gegend von Minsk hielten sich dort auf.

Die Auslöschung der Ghettos in den größeren Städten Orscha und Polozk liegt weitgehend im dunkeln. Selbst die »Ereignismeldungen« schweigen hier. Beide Städte lagen in Trümmern. In Orscha fanden nach Erkenntnissen westdeutscher Ermittlungsbehörden ein oder zwei Massaker an je 600 bis 800 jüdischen Menschen im September 1941 statt; vielleicht wurden bei einer dieser Aktionen sogar 3000 Menschen ermordet. Am 20. November (oder im Dezember) wurde das Ghetto mit 1750 bis 2000 Einwohnern von Sipo und SD vernichtet. Hier wie da spielten die FK 683 unter dem rheinischen Schloßbesitzer Baron v. Ascheberg und der stellvertretende Ortskommandant Paul Eick eine führende Rolle.⁵⁷⁶ Massengräber mit tausenden Zi-

Gruppe IV Wi der FK 581 ab 1.8.1941, BA-MA RW 46/516. Arbeitslose: KTB WiKdo Bobruisk für 1.-15. 10. und 15.-31. 10. 1941 (6341 bzw. 6212 Arbeitslose, darunter 1970 bzw. 1738 Männer), BA-MA (BAArchP)F 42901, Bl. 24.

572 Die Aufstellung »Nationalbestand der Stadtbevölkerung von Bobruisk« v. 30. 10. 1941 verzeichnete 6643 Juden. US Holocaust Memorial Museum, RG 53 006M, Reel 4 (Kopie von Geb A Mogilew 858-1-12, Bl. 3).

573 Vgl. Headland, S. 89.

574 Siehe S. 609f. in dieser Darstellung; zu den Kriegsgefangenen S. 833f. Vgl. EM 148 v. 19. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3442 (Zitat); Täterschaft: Vern. B. W. M. v. 12. 11. 1957, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 109f., Vern. E. H. (1958), Bl. 490R-492R, und Urteil gegen Bradfisch (Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 17, S. 675f.); Vern. W. L. v. 8. 7. 1965 und E. F. v. 2. 8. 1965, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bd. 2, Bl. 494f. und 535. Datierung: Vern. J. J. S. und S. J. S. v. 15. bzw. 16. 5. 1972, StA Hamburg 147 Js 22/70, orange Sammelakte. Auf Grund der Abmessungen des Massengrabs schätzte die örtliche Untersuchungskommission 10000 Opfer. Vgl. gekürzte Übersetzung ihres Berichts v. 17. 1. 1945, ZStL UdSSR 245c, nach Bl. 244-252. Dagegen geht Cholawsky von 20000 Opfern am 7. 11. 1941 aus (Arad 1991, S. 18).

575 Kritschew: EM 148 v. 19. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3444; Vern. M. M. S. v. 2. 4. und J. P. W. v. 3. 4. 1968, BStU ZUV 9, Bd. 20, Bl. 57, und Bd. 18, Bl. 164f. Gorki und Mstislawl: EM 133 v. 14. 11. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3188, und Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen Nr. 7 für 1.-30. 11. 1941, in: Klein (Hg.), S. 252. Zum Teilkommando Kritschew Krausnick 1981, S. 182.

576 September: Vern. des Angeklagten P. Eick im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft 6, Bl. 58-60, und StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 32-35, sowie Kohl, S. 126f. (gleichzeitig zur Ghettoliquidierung), Teilabdruck in: Mittelweg 36, 3 (1994), H. 3, S. 32f.; Orbach, S. 35ff.; Ur-

vilisten unbekannter Herkunft, darunter viele Frauen und Kinder, geben zusätzliche Rätsel auf. 1943 verbrannte das »Sonderkommando 1005« zur Verwischung der Spuren der deutschen Verbrechen etwa 6000 Leichen in Orscha.⁵⁷⁷ In Polozk ermordete das EK 9, das schon seit Anfang September dort präsent war, nach einer Reihe von Angaben im Dezember zwischen 7000 und 8000 Juden. Wie in Witebsk dürften viele Ghettoinsassen, die auf freiem Feld hausen mußten, an den »Lebens«-Bedingungen zugrunde gegangen sein.⁵⁷⁸ Nur wenige Menschen überlebten bis Anfang 1942 (s. Kap. 7.4a).

Die in den letzten drei Monaten des Jahres 1941 geschehenen Massaker an Juden in Ljady (mit bis zu 2000 Opfern), Klimowitschi und Tscharikow (786), Gorodok (394, möglicherweise 2000), Ljubawitschi (492), Surash (500 bis 600) und in Shlobin (1200) können nicht genauer datiert werden.⁵⁷⁹ Und von weiteren, die zweifellos stattfanden, wissen wir oft nichts.

Der Ablauf der Judenvernichtung im militärisch verwalteten Teil Weißrußlands in den letzten drei Monaten des Jahres 1941 zeigt einen engen Zusammenhang mit wirtschaftlichen Interessen, besonders mit dem ernährungswirtschaftlichen Kalkül der deutschen Verwaltung. Abgesehen von den Mordaktionen des Teilkommandos Borissow des EK 8 und wenigen anderen, begann die totale Auslöschung der jüdischen Bevölkerung in den großen Städten und endete in den entlegenen Gebieten (vgl. Kap. 7.4a) – anders als etwa die Morde des EK 3 in Litauen seit August 1941. In einer Reihe von Städten wie Witebsk, Bobruisk, Mogilew und Borissow ist es offensichtlich, daß örtliche Hungerkrisen durch den Mord an den Juden »bewältigt« werden sollten; auch für Polozk und Orscha deutet sich das an. Außerdem ging es darum, Wohnungen freizumachen. Die Einsatzgruppe B handelte bei ihren Morden weitgehend im Einklang mit der Militärverwaltung. Der gleichzeitige Mord an hunderten Kriegsgefangenen, das kann man über verschiedene Entscheidungsebenen eindeutig zeigen, diene dazu, die Lebensmittel-Nachschubtransporte der Heeresgruppe Mitte zu verringern. Beim Mord an den Juden fehlen Belege für diese Motivation der Befehlsgeber auf der zentralen und regionalen Ebene. Angesichts der Ähnlichkeit der Situationen an verschiedenen Orten und angesichts der Reihenfolge der

teil gegen Bradfisch (Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 17, S. 677); Vern. A. W. v. 16.4.1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 160R (vor 7.9. datiert). Zur FK Kohl, o. g. Vern. Eick und Vermerk über Vern. W. W. v. 29.11.1965, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Beiakte, Bl. 70–73. 1939 hatte Orscha 7992 jüdische Einwohner, vgl. Altshuler, Distribution, S. 39.

577 Siehe Spector, Aktion 1005, S. 165f.; Massengräber: Kohl, S. 127, und Mitteilung v. 19.9.1949, ZStL UdSSR UdSSR 423, Inhaltsangabe zu Bl. 418.

578 1939 hatte Polozk 6464 jüdische Einwohner: Altshuler, Distribution, S. 39. Vgl. ferner Vern. Walter Blume v. 31.10.1947, Fall 9, Protokoll Bl. 1830f., BA F 56828. Trupp Polozk des EK 9: 403. Sich.Div., Ia, Sonder-Befehl über Aufgaben im neuen Divisionsbereich v. 4.9.1941, BA-MA WF-01/13302, Bl. 21. Zur Tat: »Die deutsch-faschistischen Banditen haben bezüglich der Menschen jüdischer Nationalität außerordentliche Bestialität gezeigt« (undatiert), ZStA Minsk 861–1–13, Bl. 12; Orbach, S. 45; Bericht des Vorsitzenden der Polozker Untersuchungskommission (undatiert), in: Beluga, S. 298–300. Abweichende Datierung (zwischen 18.10. und 23.11.) in Brief P. H. v. 19.7.1961, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 22, Bl. 161–163. Cholawsky geht nach einer Zeugenaussage von 5000 am 21.11.1941 Ermordeten aus: Arad 1991, S. 18.

579 Vgl. EM 148 und 149 v. 19. und 22.12.1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3442f. und 3452; Orbach, S. 35ff; Vern. A. W. v. 16.4.1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 157f.; Sendung Radio Moskau v. 18.8.1943, 11.15 Uhr, abgehört durch »Sonderdienst Seehaus«, BA 11.01, Nr. 14, Bl. 93.

Judenmorde darf man jedoch davon ausgehen, daß das Motiv, die Ernährungskrise zu mildern, auch auf regionaler Entscheidungsebene eine Rolle spielte⁵⁸⁰ und mit dem Mord an den Kriegsgefangenen (Kap. 8.3 und 8.4), den »Ortsfremden« (Kap. 9.2b) und anderen Bevölkerungsgruppen (Kap. 10) im Zusammenhang stand. Bezogen auf die geringe Verpflegung bewaffneter Kollaborateure schrieb etwa der Kommandeur der im Osten Weißrußlands zur Sicherung eingesetzten 339. Infanteriedivision, Generalmajor Georg Hewelcke, dann »wäre es besser, bevor man zu einer so knappen Zuteilung schreitet, alle Schädlinge und unnützen Esser auszumerzen (geflohen und wieder aufgegriffene Kriegsgefangene, Landstreicher, Juden und Zigeuner)«.⁵⁸¹

Die Ermordung der Landjuden – Morde durch die Wehrmacht

Dazu kam die sogenannte Säuberung des flachen Landes. Zwar lebte der weitaus größte Teil der weißrussischen Juden in städtischen Siedlungen, insgesamt knapp 50000 wohnten aber auch in Dörfern und Kolchosen, oft nur jeweils eine bis drei Familien.⁵⁸² Sie zu ermorden, kostete die Deutschen erheblich mehr Aufwand und wegen der schlechten Straßenverbindungen mehr Zeit als große Vernichtungsaktionen in den Städten. Deshalb wurden darauf oft nicht die hocheffektiv gewordenen Tötungskommandos der Einsatzgruppe B angesetzt, sondern diese Aufgabe übernahmen die zahlenmäßig stärkeren Einheiten von Ordnungspolizei und Kommandanturen beziehungsweise Sicherungsdivisionen. Dieser Vorgang liegt noch sehr im dunkeln.⁵⁸³ Hier ist zu untersuchen, in welche Tätigkeiten die »Judenjagden« eingebettet waren und aus welchen Gründen sie geschahen.

Schon im August 1941 waren die 221. und die 286. Sicherungsdivision zur Ermordung kleiner Gruppen von Landjuden übergegangen, zum Teil noch als angebliche Vergeltung, manchmal in Zusammenarbeit mit ihnen zugeteilten GFP-Einheiten. Etwa zu dieser Zeit waren auch Sipo und SD mit solchen Aktionen beschäftigt.⁵⁸⁴ Es handelte sich nicht um eine reine Wehrmachtangelegenheit; eine Kompanie des Polizeibataillons 322 etwa ermordete in der ersten Oktoberhälfte allein 584 Juden in 57 Orten.⁵⁸⁵ Seit Oktober bedurfte es für solche Tötungen auch bei der Wehrmacht

⁵⁸⁰ Es ist angesichts der Häufung der Mordaktionen nicht anzunehmen, daß die Entscheidung zum Mord schlechthin die örtlichen Tötungskommandos autonom trafen. Die örtlichen Verhältnisse bestimmten aber das Tempo und die Reihenfolge ihrer Aktionen. Außerdem führten diese örtlichen Verhältnisse dazu, daß – wie die Beispiele Witebsk, Slonim und Minsk (s. u.) zeigen – das Argument, die Juden müßten wegen der Ernährungsprobleme verschwinden, den Tötungseinheiten einleuchtend erschien.

⁵⁸¹ 339. Inf.Div., Ia, Beurteilung der Lage v. 5. II. 1941 an Berück Mitte, BA-MA RH 26-339/5.

⁵⁸² 45697 (1939): Altschuler, Distribution, S. 69. Siehe z. B. Bericht v. 22. 12. 1944 über deutsche Verbrechen auf dem Gebiet des Rayons Komarin, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bd. 1, Bl. 199-203.

⁵⁸³ Vgl. erste Ergebnisse bei Heer 1994, S. 11-15; Müller 1969, S. 548f.; für die Ordnungspolizei: Browning 1991, S. 173 ff.

⁵⁸⁴ Vgl. Heer 1995, S. 117; Tätigkeitsbericht Nr. 7 über den Einsatz der Eingreiftruppe vom 17.-19. 8. 1941, BA-MA RH 26-286/4; 221. Sich.Div., Ic, an Berück Mitte v. 1. 9. 1941, BA-MA RH 26-221/19; Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen für 1.-15. 9. 1941, Nbg. Dok. NO-2654. Zu den – zahlenmäßig begrenzten – Morden der GFP an Juden Geßner, S. 82, und Monatsberichte der GFP-Gruppe 723 in BA D-H ZM 868, A. 4.

⁵⁸⁵ Dazu kamen 214 angebliche Partisanen und Kommunisten. 9./Pol.Rgt. Mitte, Bericht für 1.-15. 10. v. 15. 10. 1941, BA D-H P 812 unpag. Vgl. Liste »Erschießungen« des Pol.Btl. 322, BA F 56755, wo diese Taten nur teilweise verzeichnet sind, und HSSPF Rußland-Mitte an Himmler, KdoStab RFSS und Daluge, Betr.: Exekutionen v. 24. und 28. 9. sowie 1. und 5. 10., insgesamt für den Zeitraum 22. 9.-4. 10. 1941, BA-MA SF-02/37545. Hier waren die Daten offenbar ebenfalls unvollständig.

nicht einmal mehr einer Bemäntelung; Meldungen wie die folgende sprechen Bände: »15 Festnahmen, davon eine Erschiessung (Jude)«. ⁵⁸⁶ Jedoch beschäftigten sich die Sicherungstruppen nicht ausschließlich mit sogenannten Judenjagden, und wenn Kommandos von ihnen losgeschickt wurden, so selten einzig deshalb. ⁵⁸⁷ Vielmehr richteten sich die Razzien auf den Dörfern offenbar hauptsächlich gegen sogenannte Ortsfremde, weitgehend unbeachtet gebliebene Opfer deutscher Verbrechen. Die Zielbestimmung war dabei ebenso vielfältig wie ungenau: es ging gegen zugewanderte junge Männer, die verdächtigt wurden, untergetauchte Rotarmisten zu sein, gegen ortsfremde Frauen und Jugendliche als Spionageverdächtige im Dienst von (noch kaum vorhandenen) Partisanen und gegen aufs Land geflohene und am neuen Wohnort »überflüssige« Städter, und unter diesen eben besonders gegen Juden. Darauf weisen auch Quellen und Aussagen im Zusammenhang mit der 286. Sicherungsdivision deutlich hin. ⁵⁸⁸ Die schon länger in den Dörfern ansässigen Juden wurden dabei zunächst fast beiläufig mit verfolgt und teilweise ermordet. ⁵⁸⁹ Zwei Kompanien des Infanterie-Regiments 691 der 339. Infanterie-Division massakrierten im Oktober 1941 die jüdischen Einwohner ihrer Standorte. ⁵⁹⁰ Mancher Militärverwaltungsbeamte meldete die Ermordung der Juden dann als eine seiner Hauptaufgaben an die Lieben in der Heimat. ⁵⁹¹

Eine bislang ungenutzte Quelle für die Judenmorde der Wehrmacht im rückwärtigen Gebiet in Weißrußland ist das teilweise erhaltene sogenannte Beutebuch Rußland bei der Reichshauptkasse, das Einzahlungen von Devisen und Einlieferungen von Wertsachen verzeichnete. Woher hatte wohl die Feldkommandantur 551 in Gornel die

⁵⁸⁶ Lds.Sch.Rgt. 45, Tagesmeldung v. 7. 10. 1941, RH 26-221/22b.

⁵⁸⁷ Im Verfahren ZSt Dortmund 45 Js 9/64 – das Heer 1994, S. 11f., mit nur einer konkreten Belegaussage für ausschließliche »Judenjagden« des Inf.Btl. 354 ins Feld führt – erklärte m. W. nur ein Zeuge, daß von der 12. Kp. des Inf.Rgt. 354 Razzien auf den Dörfern durchgeführt wurden, die *ausschließlich* Juden galten. Diese Aussage widerrief der Zeuge später, allerdings in zweifelhafter Weise. Dagegen gab es mehrere Aussagen, denen zufolge Razzien stattfanden, bei denen *unter anderen* Juden erschossen wurden. Vgl. Vern. R. M. v. 2. 12. 1963, ebd., Bd. 1, Bl. 133-137 (zitiert bei Heer 1994, S. 12). Dagegen ders. v. 21. 7. 1966, Bd. 10, Bl. 50f.; W. K. v. 11. 12. 1963, Bd. 1, Bl. 167; H. L. v. 25. 7. 1966, Bd. 10, Bl. 60; W. L. v. 27. 2. 1967, Bd. 11, Bl. 78; Sachstandsvermerk v. 10. 2. 1965, Bd. 6, Bl. 80-85. Eine weitere Aussage zitiert Heer 1997, S. 84; andere Belege, auf die er sich dort bezieht, entstammen nicht dem genannten Verfahren. Siehe auch KTB 286. Sich.Div. v. 15. 9. und 5. 11. 1941, BA-MA RH 26-286/2, Bl. 46R und 60R.

⁵⁸⁸ Zur Verfolgung der »Ortsfremden« Kap. 9.2b. Vgl. Vern. W. L. v. 27. 2. 1966, ZSt Dortmund 45 Js 9/64, Bd. 11, Bl. 78; Gruppe GFP 723, Tätigkeitsbericht Oktober v. 25. 10. 1941, BA D-H ZM 868, A. 4, Bl. 34f. (Ermordung 56 ortsfremder jüdischer Männer in Tschernewka in Verbindung mit 7. Kp./Inf.Rgt. 354); 1. Kompanie an das I. Bataillon/Inf.Rgt. 354 v. 30. 10. 1941, RH 26-286/4, anlässlich der Tötung von zwei »Judenweibern«: »Auch stimmt die Tatsache, dass sich nicht nur im Rayon Dribin, sondern wohl auch im weitesten Umkreis flüchtige Juden herumtreiben, stehlen und die Bevölkerung belästigen. Die Wanderung ortsfremder Elemente, die keinerlei Ausweise besitzen, wird allenthalben festgestellt. Die weitere Arbeit in der Befriedung des zugewiesenen Raumes wird besonders den im vorletzten [d.i. im vorangegangenen] Absatz genannten Punkten Rechnung tragen.«

⁵⁸⁹ Siehe Korück 580, Qu, Richtlinien für Säuberung, Befriedung und Beuteerfassung, Rogatschew, den 31. 8. 1941, BA-MA WF-03/7489, Bl. 527f.

⁵⁹⁰ Vgl. Urteil LG Darmstadt 2 Ks 2/54 v. 8. 4. 1954, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 12, S. 373ff. Für den Hinweis auf dieses Material danke ich Hannes Heer und Klaus Gietinger.

⁵⁹¹ Feldpostbrief des Feldjustizinspektors F. A., FK 199 (V) (Gorki, Gebiet Mogilew) v. 26. 10. 1941: »Wenn wir als rückwärtiges Heeresgebiet die Gegend von Juden, Partisanen und anderem Gesindel gereinigt haben, ziehen wir weiter, und uns folgt die zivile Verwaltung, um den Neuaufbau vorzunehmen.« BfZ, Slg. Sterz.

483 US-Dollar und 14 Schmuckstücke genommen, die sie einzahlte? Die Ortskommandantur 851 in Molodetschno 35 US-Dollar, die 339. Infanteriedivision Goldschmuck und US-Dollar, v. Schenckendorffs Intendant 325 US-Dollar? Die Feldkommandanturen 812 (zeitweilig Minsk) und 528 (Rogatschew) US-Dollar, Goldschmuck und – Zahngold? Der Wehrmachtbefehlshaber Ukraine 60,75 Kilogramm Schmuckgegenstände? Die 707. Infanteriedivision Palästinanoten? Hier finden wir auch das erwähnte 354. Infanterieregiment der 286. Sicherungsdivision wieder, das mindestens 25 US-Dollar, 40 Goldrubel und Silbergegenstände »erbeutet« hatte. Der Division unterstellte Ortskommandanturen lieferten ähnliches ab.⁵⁹² Es ist schwer abzuschätzen, wieviel von den 178 Millionen RM, die die Reichshauptkasse insgesamt an Einnahmen aus den besetzten sowjetischen Gebieten erhielt,⁵⁹³ aus diesen Morden stammten.

Wie viele Juden insgesamt in den Dörfern ermordet wurden und wie viele davon von Wehrmachteinheiten, ist gleichfalls nicht einmal annähernd festzustellen. Dazu trägt auch der Umstand bei, daß das sogenannte Säubern des flachen Landes teilweise als Umsiedlung in größere Ghettos geschah. Tatsache ist, daß die 403. Sicherungsdivision allein im Oktober 1941 ohne nennenswerte eigene Verluste 1093 »Partisanen« erschoss. Die 286. Sicherungsdivision meldete zwischen Anfang August und Ende Dezember über 800 »Feindtote«, über 400 »Erledigte«, knapp 9000 aufgegriffene Rotarmisten und über 3000 unspezifizierte zivile oder militärische Gefangene (von den Gefangenen dürfte sie ebenfalls viele erschossen haben), wobei die Zahlen im Oktober stark anstiegen und seit November mehr »Erledigte« als »Feindtote« verzeichnet wurden. Die 221. Sicherungsdivision nahm zwischen 26. September und 31. Oktober 1941 über 5000 Personen gefangen, gab weit über 1000 an die GFP und mindestens 37 an Sipo und SD ab und tötete außerdem über 500 Menschen.⁵⁹⁴ Der Anteil jüdischer Opfer ist unbekannt und wegen der Verschleierung in den Militärakten nicht abzuschätzen. Der Anstieg im Oktober, parallel zum Beginn der totalen Judenvernichtung im Osten Weißrußlands, ist jedoch auffällig. Auch hier könnte der Keitel-Befehl vom 12. September, der »ein rücksichtsloses und energisches Durchgreifen vor allem auch gegen die Juden, die Hauptträger des Bolschewismus« verlangt hatte, konkret eine größere Rolle gespielt haben als bisher bekannt.⁵⁹⁵

592 Vgl. Beutebuch Rußland, BA 21.04, Nr. 9584, Bl. 104f., 148–149, 201R–202, 202R, 249R–250, 262R–263, 267R–268, 343R–344. 21.04, Nr. 9587, Bl. 85R–86, 101R–102, 123R–124, 159R–160, 213R–214. 21.04, Nr. 9592, Bl. 72R–73, 300R–301. 21.04, Nr. 9597, Bl. 158R–159, 184R–185. Genaue Bezüge zu einzelnen Judenvernichtungsaktionen lassen sich jedoch wegen der großen zeitlichen Verzögerung der Einzahlungen nicht herstellen, die teilweise erst 1943/44 erfolgten. Jedoch dürfte der Einzahler die jeweils bezeichneten Werte selbst erbeutet haben, da ansonsten der Hinweis »a.V.« (auf Veranlassung) unter Angabe der auftraggebenden Dienststelle erfolgte. Insbesondere Stellen von Sipo und SD, die, wenn auch z. T. mit lächerlichen Alibibeträgen, teilweise selbst als Einzahler auftraten (so Himmler persönlich, das RSHA und der KdS Dnjepropetrowsk – im Oktober 1944), dürften nicht über Kommandanturen o. ä. Ablieferungen getätigt haben, denn zwischen Militär und SS tobte ein Zuständigkeitsstreit über das sogenannte Judenvermögen.

593 C. Buchheim, S. 145.

594 Vgl. KTB 403. Sich.Div. v. 31. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 95; Verlustmeldung für 1. 4.–31. 12. 1941: 41 Tote durch Feindeinwirkung. Ferner KTB 286. Sich.Div., BA-MA RH 26–286/2, Bl. 33R ff.; KTB 221. Sich.Div., BA-MA RH 26–221/10, Bl. 145R ff.

595 OKW/WFSt/Abt. L (IV/Qu) v. 12. 9. 1941, in: N. Müller 1982, S. 72. Der berüchtigte Reichenau-Befehl (Ueberschär/Wette, S. 285f.) kam erst am 10. 10. heraus und damit als Auslöser für diese Entwicklung nicht in Frage.

Ohne daß sie etwa erkennbar Gegner des Mordes an den Juden gewesen wären, bestanden viele Kommandeure der Sicherungstruppen jedoch auf einer Aufgabenteilung zwischen ihren Einheiten einerseits und Sipo und SD oder SS und Polizei andererseits. So forderte die Feldkommandantur in Propoisk für eine Aktion gegen die Juden in Krasnopolje das Polizeibataillon 322 an, das dort am 22. und 26. Oktober insgesamt 337 Juden erschoss.⁵⁹⁶ Von Schenckendorff, der selbst wie andere Kommandeure über hervorragende Kontakte zur Einsatzgruppe B verfügte, verbot seinen Einheiten die Teilnahme an Judenerschießungen der SS und Polizei, allerdings ziemlich spät, als beinahe schon alles vorüber war.⁵⁹⁷ Am 18. Oktober hatte er seinen Untergebenen jedoch erlaubt, im Fall »eventuell befohlener Aktionen« ausnahmsweise die Ghettos zu betreten.⁵⁹⁸ Am deutlichsten wurde der schon zitierte Kommandeur der 339. Infanteriedivision, Generalmajor Hewelcke, der ohne weiteres Vorteile in der »Bereinigung von Juden durch SD« sah: Die Bevölkerung fühle sich »nach Befreiung von Juden und politisch schädlichen Elementen freier«.⁵⁹⁹ In einem Merkblatt für seine Männer, das zur Aufklärung über die im Befehlsbereich operierenden Einheiten dienen sollte, erklärte Hewelcke alles haarklein: der »SD«, das seien »SS-Männer«, die folgende Aufgaben hätten:

»Stichwort: *Politisch* verdächtige Zivilisten (Bolschewisten, Juden und Zigeuner) [...] e) Lösung des Judenproblems f) Zigeunerfrage
Zu Ziffer e) und f):

Die Truppe hat also nur dann Zigeuner und Juden zu erschießen, wenn sie als Partisanen oder ihre Helfer festgestellt sind. In allen anderen Fällen sind sie dem SD. zu übergeben. Bei der weiten Entfernung einzelner Truppenteile von einem Einsatzkommando des SD kann die Ablieferung beim nächsten Kriegsgefangenenlager, Orts- oder Feldkommandanten geschehen. Diese veranlassen dann in Sammeltransporten den Abschub an S.D. Erschießen von Frauen, sofern sie nicht gleichfalls als Partisanen und ihre Helfer festgestellt sind, und von Kindern ist nicht Aufgabe der Truppe. Die Truppe hat sich an *ihre* Aufgabe zu halten:

Kampf gegen Partisanen und ihre Helfer.«⁶⁰⁰

Vernichten leichtgemacht, nach Vorschrift. *Alle* Juden und Roma waren an den »SD« abzuliefern, der gewissermaßen die Schmutzarbeit übernehmen durfte. So geschah es auch oft.⁶⁰¹ Hewelcke pochte in dieser Beziehung wie andere führende Offiziere der Besatzungstreitkräfte auf die Arbeitsteilung gemäß den Zuständigkeiten

⁵⁹⁶ Vgl. Angrick u.a., S. 350, und Liste »Erschießungen« des Pol.Btl. 322, BA F 56755.

⁵⁹⁷ Siehe Vern. Otto Bradfisch v. 22. 4. 1958 nach Eröffnung des Haftbefehls, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 136R; undatierter Tätigkeitsbericht 286. Sich.Div., Ic, BA-MA RH 26-286/5. Dazu Berück Mitte, Ia v. 21. 3. 1942 und KTB v. 21. 2. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 400, und /13328, Bl. 24; Berück Mitte, Ic, 10 Gebote für den Aufenthalt im Heeresgebiet v. 1. 4. 1942, ZStA Minsk 391-1-56, Bl. 6. Ders., Ic v. 11. 12. 1941 verbot das Fotografieren von Exekutionen und befahl die Weiterleitung »aus dienstlichen Gründen im Einzelfall« gemachter Aufnahmen zur Entwicklung an ihn selbst (BA D-H ZWM Ia); der erste Befehl gegen die Teilnahme an Exekutionen vom November 1941: BA F 41501, Bl. 480.

⁵⁹⁸ Zitiert nach: Heer 1994, S. 25.

⁵⁹⁹ 339. Inf.Div., Ia, Tätigkeitsbericht November v. 3. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 59239, Bl. 250f.

⁶⁰⁰ 339. Inf.Div., Abt. Ic Nr. 1460/41geh., Merkblatt über die Zuständigkeit, Unterstellung und Aufgaben von Geheime[r] Feldpolizei, Feldgendarmarie, Sicherheitsdienst [...] v. 8. 11. 1941, ebd., Bl. 133 sowie 131 und im folgenden 137 (Hervorhebungen im Original).

⁶⁰¹ Vern. R. L. v. 5. 6. und L. B. v. 11. 8. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 696 und 997f. (Angehörige des EK 8).

und keineswegs darauf, daß seine Leute die Juden selbst umbrachten.⁶⁰² Sein »Merkblatt« endete mit einem Aufruf zu »gedeihlicher Zusammenarbeit«.

Die Vernichtung der Juden im östlichen Polesje

Nur etwa 30 000 Juden blieben in abgelegenen Landghettos des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte übrig, um im ersten Vierteljahr 1942 ermordet zu werden. Schon vor über 30 Jahren hat Reitlinger voller Entsetzen festgestellt, daß »hier [...] die jüdische Bevölkerung unter der militärischen Oberaufsicht viel schneller und viel gründlicher als in den Generalkommissariaten ausgerottet wurde, wo einige jüdische Gemeinden noch bis zum Herbst 1943 ihr Leben fristeten.«⁶⁰³

Es waren verschiedene zusammenwirkende Gründe, die dazu führten. Erstens waren aus dem Osten Weißrußlands mehr Juden geflohen, und die Zahl derjenigen, die den Deutschen in die Hände fielen, war kleiner. Zweitens war der Arbeitskräftebedarf geringer und die Ernährungslage schlechter als weiter westlich. Drittens spielte die besondere Unterstützung durch die Militärverwaltung eine Rolle. Die vierte, nun auszuführende Ursache: die weißrussischen Juden in den schon vor 1939 sowjetischen Gebieten wurden gezielt zuerst ausgerottet, ehe man es mit denjenigen aus den ehemals polnischen Gebieten tat. In den altsowjetischen Gebieten töteten die Deutschen nahezu alle Juden noch 1941, im Baltikum etwa 80 Prozent, in den bis 1939 polnischen Gebieten Westweißrußland, Wolhynien und Ostgalizien dagegen »nur« 15 bis 25 Prozent.⁶⁰⁴ »Richtige« sowjetische Juden hielt man offenbar für noch »schlimmer«, womöglich »gefährlicher« als die anderen. Entsprechende Forderungen für antijüdische Maßnahmen waren bei der Wirtschaftsinspektion Mitte bereits Anfang August laut geworden.⁶⁰⁵

Diese Grenzziehung beim Morden wird in Weißrußland besonders deutlich. Im GK Weißrußland wurde der größte Teil der Juden erst im Sommer 1942 ausgerottet, im *altsowjetischen* Teil des Generalkommissariats dagegen bis auf das Gebiet Sluzk – weil der Gebietskommissar Einspruch erhob – und bis auf die Stadt Minsk schon 1941 (vgl. Kap. 7.2e und 7.4b). Im weißrussischen Teil des GK Wolhynien-Podolien vernichtete man die jüdische Bevölkerung zum Großteil erst im Sommer und Herbst 1942.⁶⁰⁶ Im Bezirk Bialystok herrschte bis zum 1. November 1942 noch beinahe Frie-

602 Zum Beispiel das Inf.Rgt. 350 vgl. S. 529 in dieser Darstellung.

603 Reitlinger, *Ein Haus*, S. 185.

604 Vgl. Arad 1991, S. 11 und 18–22; Pohl 1996, S. 139 ff.; für Wolhynien Spector, *Holocaust*. Siehe für die Ukraine Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen Nr. 6 für 1.–31. 10. 1941, ZStL UdSSR Bd. 401: »Die Lösung der Judenfrage wurde insbesondere im Raum ostwärts des Dnjepr seitens der Einsatzgruppen [...] energisch in Angriff genommen.« Auch das weist im übrigen auf einen Zusammenhang mit der Nahrungsmittelversorgung der Front hin.

605 »In den altrussischen Gebieten muß der Lösung des Judenproblems besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Sie sind heute noch Propagandisten der Sowjetmacht und Unruhestifter. Unterbringung im Ghetto oder Konzentrationslager ist notwendig.« Bericht KVR Beiersdorf, Wi Sonderkommando z.b.V. Ost, laut KTB WiStab Ost v. 8. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 74. Das besagte Kommando sollte ein speziell zur Unterstützung der WiIn Mitte gedachtes »Generalkommando der Sicherungstruppen« beraten, das jedoch nie zum Einsatz kam (ebd., 4. 7. 1941, Bl. 16).

606 Kamenez-Podolsk, wo Ende August 1941 von Kräften des HSSPF Rußland-Süd 23 600 Juden ermordet wurden, war schon vor 1939 sowjetisch, Rowno, wo im November 15 000 Menschen ermordet wurden, ehemals polnisch.

den (Kap. 7.4c und d). Im seit dem 20. Oktober 1941 der Zivilverwaltung unterstehenden GK Shitomir⁶⁰⁷ dagegen, dessen Westgrenze im nördlichen Abschnitt mit der polnisch-sowjetischen Grenze von 1939 identisch war, löschte man trotz Unzugänglichkeit der Region alle jüdischen Gemeinden im weißrussischen Teil schon zwischen September 1941 und Januar 1942 aus.⁶⁰⁸ Das begann bereits zur Zeit der Militärverwaltung, doch während der längsten Zeit war sie nicht mehr verantwortlich.

In den letzten Augusttagen begann die SS-Kavallerie-Brigade die Fortsetzung ihres Vernichtungsfeldzugs im Polesje, nunmehr in der östlichen Hälfte, der in mehreren Abschnitten bis Ende September dauern sollte. Grundlage dafür waren mehrere Befehle des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte, der der Brigade jeweils neue Einsatzräume zuwies.⁶⁰⁹ Bei der Ermordung von Juden ging die Brigade nach neuen Weisungen vor. Nunmehr wurden mehr oder weniger alle Männer der betroffenen Orte, auch Handwerker, exekutiert; die schriftlich erhaltenen Befehle wichen zum Teil davon ab und besagten entweder, die Handwerker zu verschonen, oder aber alle Juden und Jüdinnen zu töten.⁶¹⁰ Die Brigade erschoss im Raum Rogatschew vor dem 13. September alle jüdischen Männer. Insgesamt starben dort 3500 Juden. In zahlreichen anderen Orten wurden die Männer im September von der SS-Kavallerie-Brigade und die jüdischen Frauen und Kinder meist im November und Januar von anderen Einheiten erschossen, so in Petrikow (500 Opfer), Bragin (500 bis 600), Jurowitschi (500), Mosyr (1500), Kalinkowitschi (1500), und Retschitza (3000 bis 3500). In Jelsk wurden im Oktober 800 Juden nach fünftägiger Peinigung durch eine deutsche Einheit umgebracht. In Choiniki (300) erfolgte die totale Vernichtung bereits im September, Juden aus Lojew wurden Ende Oktober in ein Lager in Gomel umgesiedelt und dort erschossen. Die von den Sowjets nach

607 Vgl. S. 165 in dieser Darstellung.

608 Siehe GK Shitomir, Lagebericht Mai v. 3. 6. 1942, BA R 6/310, Bl. 17: »Die Judenfrage ist in meinem Generalbezirk zum größten Teil geklärt.« Die Darstellung von Dean, S. 181, trifft für den weißrussischen Norden des GK Shitomir nicht zu.

609 Vgl. KTB KdoStab RFSS v. 23. und 29. 8., 7. und 23.–25. 9. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 38ff.; ebenso, Tätigkeitsbericht für 1.–7. 9. v. 10. 9. 1941, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 1, Bl. 56f. (Marschwege Ptitsch-Paritschi bzw. Petrikow-Mosyr); Berück Mitte, Ia, an SS-Kav.-Brig. durch HSSPF v. 14. 9. 1941: Dnjepr-Sosh-Dreieck, dann südlich Bahnlinie Gomel-Ptitsch, vgl. Tagebuch Bach-Zelowski v. 13. 9. 1941, BA R 20/45b, Bl. 12 (»auf Bitten der Heeresgruppe« Auftrag durch v. Schenckendorff); Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 47 v. 5. 9. 1941 (»im Einvernehmen« mit dem HSSPF) sowie direkter Befehl vom gleichen Tag, BA-MA WF-03/13302, Bl. 26f. und 29; ebenso, Korpsbefehl Nr. 54 v. 19. 9. 1941, BA-MA (BArch)P f 14844, Bl. 78 (Raum Gomel-Unetscha).

610 Vgl. SS-Kav.Rgt.1, Bericht über die Befreiung des Raumes Starobin (gez.: Lombard) v. 4. 9. 1941, BA-MA M 974/2, A. 16: »Es wurde die Erschiessung sämtl. jüdischen Männer befohlen und durchgeführt« (trotz bereits erfolgter »Aktionen« hatte der »Herr Befehlshaber« v. Schenckendorff mitgeteilt, daß er auf die »Befriedung« des Raums Starobin besonderen Wert lege). – »Sämtliche Bolschewisten u. Freischärler, sowie Juden sind in Rjetschitza und in den Ortschaften im Umkreis von 20 km am 24. u. 25. 9. 41 öffentlich aufzuhängen und zu erschießen.« SS-Kav.Brigade, Ia/ge.We., Brigadebefehl Nr. 6 v. 23. 9. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1305, Bl. 139. – »Es zeigt sich immer wieder, daß gegenüber der Bevölkerung nicht energisch und rücksichtslos genug durchgegriffen wird. Der Herr Befehlshaber hat in einer eingehenden Besprechung mit den Div. Kommandeuren über diesen Punkt gesprochen. [...] Alle ortsfremden Einwohner und reisenden Russen [...] [sind,] wenn sie verdächtig sind zu erschießen. [...] Falls eine Einheit längere Zeit an einem Ort liegt, sind unmittelbar Judenviertel bzw. Ghettos anzulegen, falls sie nicht sofort ausgerottet werden können. Selbstverständlich ist dabei zu beachten, daß die Handwerker erhalten bleiben.« Ebenso Nr. 8 v. 28. 9. 1941, ebd., Bl. 143f.

Leitschizy evakuierten 400 Juden aus Turow wurden dort von Deutschen im September getötet.⁶¹¹

Gleichzeitig mordeten in der Region auch die Teiltrupps Bobruisk und Gomel des EK 8 zwischen September und November, das SK 7b und im September sowie Januar Kräfte des EK 5 oder SK 4b, so daß die Täter nicht immer klar sind. So müssen Zeitpunkt und Verantwortliche des Mordes an den Juden in Osaritschi (2000 bis 4000 Opfer) und Ossipowitschi (1000 bis 2000) ungeklärt bleiben.⁶¹² Das Bonner Außenministerium hat daran einen Anteil, denn es behinderte den Rechtshilfeverkehr zwischen der Zentralen Stelle in Ludwigsburg und der UdSSR in dieser Sache 1969/70 nach Kräften.⁶¹³ Zwar waren die bis 5. September 1941 von Fegelein gemeldeten weiteren 390 vernichteten Juden, 1213 erschossenen »Partisanen« und Rotarmisten sowie etwa 100 Gefangenen noch lange nicht das Ende, bis die SS-Kavallerie-Brigade Anfang Oktober als Reserve für den Angriff der Heeresgruppe Mitte auf Moskau herausgezogen wurde. Den größten Teil der mindestens 18 000 ums Leben gekommenen Juden dieser Region dürften aber Sicherheitspolizei und SD mit erheblicher Unterstützung durch die einheimische Hilfspolizei erschossen haben.⁶¹⁴

611 Vgl. Kommandant FK 528(V), Lagebericht v. 13. 9. 1941, BA-MA RH 26-221/21; Bericht über Verbrechen der Deutschen in Stadt und Gebiet Petrikow v. 20. 12. 1944, Vern. E. D. W. und E. K. T. v. 4. 1. 1968, ZStL II 204a AR-Z 117/67, Bd. 2, Bl. 180-182 und 195 ff.; Vern. M. A. C. sowie I. F. S. v. 2. 2. und E. N. M. v. 31. 1. 1968, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bd. 1, Bl. 171, 173, 176 (Bragin); Kommissionsbericht Jurowitschi, ZStA Minsk 861-1-12, Bl. 40 f.; Vern. J. D. B. und E. J. S. v. 20./21. 1. 1968 sowie R. G. (Gendarm) v. 8. 5. 1967, ZStL 204a AR-Z 119/67, Bd. 2, Bl. 269-272 und 384 f. (Inhaltsangabe), Bericht der Untersuchungskommission des Gebiets Polesje v. 20. 6. 1945 und der Kreise Kalinkowitschi v. 15. 12. 1944 und Mosyr v. 12. 1. 1945, ZStA Minsk 845-1-12, Bl. 1-4, und 861-1-12, Bl. 25-30 und 71-76 sowie des Gebiets Gomel v. 9. 6. 1945 (Beluga, S. 312); Vern. W. P. L. v. 30. 1. 1968, ZStL 204a AR-Z 121/67, Bd. 2, Bl. 225 (Choiniki); Bericht der Kommission Stadt und Gebiet Retschitza v. 23. 4. 1945, ebd., Bl. 209, und Vern. der jüdischen Überlebenden O. B. F. v. 3. 4. 1945, Bl. 221 f.; Kommissionsbericht Lojew v. 28. 8. 1944, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bd. 1, Bl. 180; Vern. A. G. S. und I. I. B. v. 10. 1. 1968, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bl. 5049-5055. Zu den Zahlen teilweise auch Orbach, S. 35 ff.; Kumanew, S. 64; Spector, Aktion 1005, S. 165 f. - 1939 lebten in diesen Orten teilweise erheblich mehr Juden: in Retschitza 7237, in Rogatschew 4601, in Kalinkowitschi 3306, in Lojew 535, in Mosyr 6307, in Choiniki 1645, in Turow 1528, in Petrikow 1074, in Bragin 958. Altshuler 1939, S. 40 f. In diesem relativ spät von den Deutschen eroberten Gebiet hatten sich allerdings noch viele evakuieren lassen können.

612 So hat der Teiltrupp Bobruisk des EK 8 am 9. 9. Mosyr »überholt«, EM 90 v. 21. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2476. Ferner EM 108 v. 8. 10. 1941, SF-01/28933, Bl. 2857 f. (SK 7b, 216 Ermordete Retschitza); undatierter Lagebericht der FK 551 (Gomel/nach Abheftung in der Akte September/Oktober 1941), BA-MA (BArch)P F 57076, Bl. 622 (»vom S. D. grossenteils liquidiert«); Abschlußbericht v. 31. 8. 1973 in ZStL 204a AR-Z 121/67, Bd. 2, Bl. 351 f. (Teiltrupp Gomel); Vern. K. G. v. 13. 10. und W. G. v. 19. 10. 1962, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 2, Nr. 1267, Bl. 94-97 und 126-132; Krausnick 1981, S. 190 f.; 454. Sich.Div., Lagebericht v. 23. 9. 1941, BA B 120/589. Orbach, S. 44 f., spricht hier von 4000 bzw. 2000 Toten. 1939 hatten die beiden Orte 1694 bzw. 1059 jüdische Bewohner (Altshuler, Distribution, S. 39 und 71), so daß Orbachs Zahlen nur durch eine kurzfristige Konzentration der Juden dort erreicht worden sein könnten.

613 Vgl. Schriftwechsel in ZStL II 204a AR-Z 117/67, Bd. 2, Bl. 229-243a.

614 Büchlers (S. 20) Schätzung von bis zu 30 000 durch die SS-Kavallerie-Brigade während der zweiten Pripjet-Mordaktion getöteten Juden erscheint zu hoch. Viele Massaker in der Region geschahen erst, nachdem die Brigade Anfang Oktober abgezogen war. Tagesmeldung HSSPF Rußland-Mitte an RFSS u. a. v. 27. 8. 1941, BA D-H ZB 6735, O. I, Bl. 247 (174 »Plünderer«, 21 Rotarmisten getötet); SS-Kav. Brigade, Abschlußmeldung über Befriedung der Prypec-Sümpfe (29. 7.-5. 9.) v. 18. 9. 1941, BA-MA M 974/2, A. 16; ebenso, Tätigkeitsbericht für 6.-12. 9. 1941, ebd. (384 Partisanen, 4 Rotarmisten); ebenso, Zusammengefaßte Meldung über Tätigkeit v. 25. 8.-3. 9. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 2, Nr. 1304, Bl. 13-17

Der Fall Bobruisk wich vom sonstigen Vorgehen der SS-Kavallerie-Brigade ab. Anfang September vernichteten dort ihre in Ruhe liegenden Teile in einer mehrtägigen Erschießung am Feldflughafen mehrere tausend, möglicherweise 7000 Juden. Soldaten und Kommandos verschiedener Wehrmachteinheiten, darunter Flak, eine Luftnachrichtenstelle und Rekonvaleszenten aus dem Bobruisker Lazarett, die ihre Pistole »mal ausprobiert[en]«, schossen mit. Andere trieben die Juden zusammen und erschlugen mehrere dabei, bildeten die Absperzung, und das Krafttransportregiment 616 der Luftwaffe sorgte für den Antransport mit LKW sowie nachts für die Scheinwerferbeleuchtung. Diese Aktion ist weder aus Akten noch aus den örtlichen Kommissionsberichten, sondern nur aus späteren Aussagen rekonstruierbar. Anlaß, Befehlsgebung und nähere Umstände liegen im dunkeln. Nach einer Aussage hatte der Ortskommandant den Luftwaffeneinheiten befohlen mitzuschießen.⁶¹⁵

e) Die Massenmorde zur Dezimierung der Juden im Generalkommissariat Weißruthenien (Oktober bis Dezember 1941)

Auch im GK Weißruthenien wurde die Judenvernichtung im Oktober und November 1941 verstärkt. Dabei wurden etwa 60000 Juden ermordet, während ungefähr 145000 noch am Leben blieben. Es ging hier noch nicht um die flächendeckende Liquidierung aller Ghettos, sondern um mehrere ineinandergreifende Aktionen verschiedener Einheiten:

- der 707. Infanteriedivision,
- des Reserve-Polizeibataillons 11 mit zwei unterstellten litauischen Schutzmannschaftsbataillonen,
- des Einsatzkommandos 3 und
- der Vorläufereinheiten der im Dezember 1941/Januar 1942 gebildeten KdS-Dienststelle in Minsk.

Diese verfolgten, teils getrennt, teils gemeinsam, drei Ziele:

- 1.) Die Ermordung aller Juden in den Gebieten Minsk-Land und Borissov,
- 2.) Das »Säubern des flachen Landes« – teils als Tötung, teils durch Konzentrierung – vor allem in den Gebieten Slonim, Nowogrodek und Baranowitschi.

(»Plünderer« 363, Rotarmisten 62); Tagesmeldung Berück Mitte v. 16. 9. 1941, BA-MA WF-03/13303, Bl. 387 (»weitere 375 Partisanen«). Siehe Krausnick 1981, Anm. 397, S. 222f. Zur Verlegung in den Raum Toropez Tagebuch v. Bock v. 27. 9. 1941, BA F 57128, Bl. 464; SS-Kav. Brigade, Brigadebefehl v. 1. 10. 1941, BA F 41501, Bl. 540f.; KTB KdoStab RFSS v. 5./6. 10. 1941 (Unsere Ehre heißt Treue, S. 51f.). – Im Oblast (Gebiet) Polesje lebten 1939 32987 Juden, im westlichen Teil des mitbetroffenen Gebiets Gommel etwa 20000 Juden. Altshuler, Distribution, S. 11.

⁶¹⁵ Vgl. das Verfahren ZStL II 202 AR-Z 64/60 gegen Angehörige des Feldflughafens Bobruisk, besonders Erklärung A. H. v. 30. 3. 1960 und Vern. Bl. 2–4, 23f., 26f., 64, 67–71, 79–83, 92–97, 104–107, 121–126, 136f., 199f., 214–218 und 265–268. Ferner Vermerk StA München I 117 Js 42–47/65 v. 19. 9. 1966, ebd., Bd. 1, Bl. 201–207. Siehe auch Andeutung im Urteil LG Braunschweig gegen Magill v. 20. 4. 1964 (Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 20, S. 44f.); ZStL 2 AR-Z 42/62, Abschlußvermerk v. 20. 8. 1963 in StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 2, Nr. 1282, Bl. 259f.; Erinnerungen Karl-Heinz Maier, in: Steinhoff/Pechel/Showalter, S. 405 (Zitat); Vern. des Angeklagten H. J. F. im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 68. Siehe auch Müller-Tupath, S. 62–64 und 68; Büchler, S. 16.

3.) Die Reduzierung der Zahl der Juden in eben denselben Gebieten des früher polnischen Teils des GK Weißruthenien sowie in den Städten Minsk und Sluzk.⁶¹⁶ Dagegen blieben die Gebiete Lida, Wilejka und Glebokie im Nordwesten und Norden weitgehend verschont.⁶¹⁷

Die Initiative zu diesen Morden kam nicht eindeutig von Sicherheitspolizei und SD oder vom SS- und Polizeiführer wie im rückwärtigen Heeresgebiet, sondern zu einem erheblichen Teil von der Wehrmacht. Denn im GK Weißruthenien war nach dem Abzug des größten Teils der Einsatzgruppe B nicht nur »sicherheitspolizeilich«, sondern auch »ordnungspolizeilich« eine Lücke entstanden. Ein Nachkommando des EK 8 in Minsk wurde nach und nach durch Trupps von EK 3, EK 2 und SK 1b verstärkt; Sipo und SD waren monatelang zahlenmäßig schwach und ohne einheitliche Führung. Der Wehrmachtbefehlshaber Ostland verlangte eine Verstärkung dieser Kräfte, die aber sehr gering ausfiel.⁶¹⁸ Im September wurden auch die letzten Polizeibataillone aus dem Gebiet abgezogen, und im damaligen Gebiet des RKO standen zu wenig Kräfte zum Nachrücken zur Verfügung, so daß nur die seit dem Einzug der Zivilverwaltung im Aufbau befindlichen stationären Dienststellen der Ordnungspolizei – Gendarmeriezüge und Gendarmerieposten auf Gebiets- und Rayonebene – vorhanden waren: 20 bis 25 Gendarmen pro Gebiet auf mehrere Orte verteilt, die zu größeren Judenmordaktionen von Zahl und Organisation her nicht in der Lage waren.⁶¹⁹

In der zweiten Augushälfte hatte die 707. Infanteriedivision allein das Gebiet zur Sicherung übernommen, das vom 1. September an ins GK Weißruthenien umgewandelt werden sollte, und damit mehrere dort vorher in Teilgebieten zuständige Divisionen abgelöst.⁶²⁰ Die im Mai 1941 im Allgäu unter Einbeziehung bestehender Gebirgsjägereinheiten aufgestellte 707. Infanteriedivision (»Gamsbockdivision«) wurde von Generalmajor Gustav Freiherr v. Mauchenheim, genannt v. Bechtolsheim, befehligt.⁶²¹

616 Verschlüsselt ausgedrückt in: Kommandant in Weissruthenien, Abt. Ia, Monatsbericht v. 11. 10.–10. 11. 1941, BA-MA RH 26–707/2, Bl. 1 bzw. Sonderarchiv Moskau 1358–1–11, Bl. 35: »Da sie [die Juden] nach wie vor mit den Kommunisten und Partisanen gemeinsame Sache machen, wird die restlose Ausmerzung dieses volksfremden Elements durchgeführt. Die hierzu durchgeführten Aktionen finden im Osten des Bereichs statt im alten sowjetrussischen Grenzgebiet und an der Bahnstrecke Minsk – Brest-Litowsk. Ausserdem wird im Bereich des Kdt. i. WR. die Zusammenbringung der Juden auf dem flachen Lande in Ghettos größerer Ortschaften durchgeführt.«

617 Im Dezember 1941 soll es allerdings in der Stadt Glebokie ein Massaker gegeben haben, dessen Ausmaß unklar ist (Grossman/Ehrenburg, S. 320). Im nahen Jody sollen SS- und Polizeieinheiten am 17. 12. 1941 250 Personen erschossen haben: S. Kaczerginsky, Churban Wilne, New York 1947 (Übersetzung in BA D-H ZM 1641, A. 23, Bl. 14f.).

618 Schriftwechsel WbFh.Ostland-EGr A v. 16.–23. 10. 1941, IfZ Fa 213/3 (laut einem Vermerk der EGr A v. 19. 10. gab es im GK Weißruthenien lediglich 16 deutsche und 25 lettische Sipoangehörige, die auf 27 bzw. 55 verstärkt werden sollten); Zitat: EM 27 v. 19. 7. 1941 nach Krausnick 1981, S. 181. Vgl. S. 186 in dieser Darstellung.

619 Vgl. Zusammenstellung der in Russland-Mitte eingesetzten Polizeibataillone, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 1, Bl. 327–335; RKO, Abt. IIC, an Rosenberg v. 20. 8. und HSSPF Ostland an RKO v. 24. 8. 1941, BA NS 19/3165, Bl. 321–323; im RKO gab es damals nur das Res.Pol.Btl. 11 und eine Polizeikompanie. Zur Gendarmerie Matthäus 1995, S. 258f.

620 Vgl. OB H.Gr. Mitte an Ob d H v. 17. 8. 1941, gez. Für die Richtigkeit: Paraphe v. Gericke (Ib), Abzeichnung »T« (v. Tresckow), BA-MA WF-03/9126 unpag.; Tagesmeldungen Berück Mitte v. 16., 18., 23. und 28. 8. 1941, BA-MA WF-03/1303, Bl. 356–364.

621 Zur Aufstellung der 707. Inf.Div. Vern. J. M. v. 23. 3. 1959 und J. P. v. 23. 3. und 27. 11. 1959, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 1235–1242.

Schon in seinem Übernahmebefehl kündigte v. Bechtolsheim »besondere Maßnahmen« und eine brutale Unterdrückungspolitik an.⁶²² Neun Tage später, am 10. September, bezeichnete er die Juden als »treibende Kraft« der (noch schwachen) Widerstandsbewegung. »Die jüdische Bevölkerung ist bolschewistisch und zu jeder deutschfeindlichen Handlung fähig. Zu ihrer Behandlung bedarf es keiner Richtlinien.« Das war doppeldeutig und ermächtigte seine Untergebenen zu Maßnahmen gegenüber den Juden bis hin zur Ermordung. In den folgenden fünf Monaten gab v. Bechtolsheim nach eigener Angabe mindestens 20 verschiedene Befehle, die alle einen Tenor hatten: Alle Einwohner, nicht einmal allein die Juden, seien »Verbrecher«.

»Dieses Verbrechen ist hier seit 25 Jahren bewußt als solches aufgewachsen und erzogen worden. Es besteht dabei kein Unterschied zwischen Alt oder Jung, Mann oder Frau, auch nicht irgendwelcher Gesellschaftsschichten. Der Kampf ist daher mit aller Rücksichtslosigkeit zu führen!«⁶²³

General v. Bechtolsheim – der gegenüber Kube »einmal [sagte]: ›Die Bevölkerung hier ist doch weiter nichts wert, als geprügelt und erschossen zu werden‹« – konnte sich jedoch in den fünfziger und sechziger Jahren gegenüber den bundesdeutschen Ermittlungsbehörden unwidersprochen als Gegner der Judenerschießungen darstellen; dieser Massenmörder wurde stets nur kurz, mit äußerster Nachsicht und offenbar nie als Beschuldigter vernommen.⁶²⁴ Auf seinen ersten Lagebericht vom 10. September 1941 hin wandte sich sein Vorgesetzter, der Wehrmachtbefehlshaber Ostland, Generalleutnant Walter Braemer, am 14. September an den Reichskommissar Lohse und den HSSPF Prützmann und forderte »beschleunigte[n] Einsatz von SS- und Polizeikräften« wegen der angeblichen Partisanengefahr. Das Reichskommissariat bekräftigte diese Forderung mehrfach. Von Schenkendorff und v. Bock hatten bereits im August den Oberbefehlshaber des Heeres gebeten, die Division durch weitere Kräfte zu unterstützen.⁶²⁵ Erst nach diesen Interventionen entsandte der Befehlshaber der Ordnungspolizei im Reichskommissariat Ostland, Generalmajor der Polizei Georg Jedicke, am 4. Oktober zwei Kompanien des Reserve-Polizeibataillons 11 unter Major d. P. Franz Lechthaler, das zuvor in Litauen den Aufbau der als blutrünstig bekannten einheimischen Schutzmannschaften übernommen hatte. Auftrag laut Prützmann: »Bekämpfung von Partisanen im Raume Minsk, Borissow, Sluzk.«

622 »Weisungen über die Ausübungen der Kriegsgerichtsbarkeit und über besondere Maßnahmen der Truppe sowie Richtlinien für das Verhalten der Truppe im besetzten Ostgebiet werden gesondert ausgegeben.« Der Kommandant in Weißruthenien, Abt. Ic, Betr.: Übernahme der militärischen Hoheitsrechte und Befugnisse im westl. Weißruthenien v. 1. 9. 1941, BA-MA RH 26–221/13a.

623 Kommandantur des Sicherungsgebietes Weissruthenien (707. Inf.Div. Kdo.), Abt. Ia, Befehl Nr. 46 v. 2. 3. 1942, GebA Minsk 699–5–1, Bl. 71R. Darin verwies v. Bechtolsheim auf 19 weitere Befehle von seiner Seite mit ähnlichem Inhalt, die zwischen 12. 9. 1941 und 9. 2. 1942 ergangen waren. Erstes Zitat: Lagebericht des Kommandanten in Weißruthenien 1. 9.–10. 9. v. 10. 9. 1941 (unvollständig), ZStA Minsk 651–1–1, Bl. 24f.

624 Rede Kubes auf der Verwaltungstagung des GK Weißruthenien v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 38. Vgl. z. B. Vern. v. Bechtolsheim v. 25. 5. 1965, ZStL 204 AR-Z 94(e)/59, Bl. 583–587, und v. 23. 2. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 6910–6912.

625 WBfH. Ostland, Abt. Ia, an RKO mit Nebenabdruck an HSSPF – der am 19. 9. abging – (gez. Chef des Generalstabs) v. 14. 9. 1941, [RKO,] Abt. IIc an HSSPF v. 30. 9. 1941 sowie BdO Ostland, Ia, an RKO (gez. Jedicke) v. 17. 10. 1941, ZStA Minsk 651–1–1, Bl. 23 und 28f.; v. Bock an v. Brauchitsch v. 17. 8. 1941, BA-MA WF-03/9126; ferner Belege in Anm. 7/619 und 620.

Hauptsächliche Tätigkeit: »Mit Partisanen in Verbindung stehende Juden unschädlich gemacht.« Auftrag mit anderen Worten: Vernichtung aller Juden in den *altsowjetischen Gebieten*, also einem engumgrenzten Gebiet im Osten des GK Weißruthenien.⁶²⁶ Der Auftrag kam nur zwei Tage, nachdem im benachbarten rückwärtigen Heeresgebiet Mitte mit der Aktion in Mogilew die großangelegte Vernichtung der Ghettos begonnen hatte.

General Braemer setzte zwar die zwei Polizeikompanien nebst der II. Litauischen Schutzmannschaftsabteilung nicht in Marsch, doch der Wehrmachtbefehlshaber spielte eine hervorstechende Rolle bei der Einleitung der Massenmorde im GK Weißruthenien vom Herbst 1941. Am 25. September hatte er seinen Truppen befohlen, »alle die Ruhe und Ordnung störenden Faktoren unschädlich« zu machen, darunter generell »Juden«. Er bezog sich dabei ausdrücklich auf den Keitel-Befehl vom 12. September, dessen Bedeutung in dieser Untersuchung bereits in anderem Zusammenhang hervorgehoben wurde.⁶²⁷ Braemer, der von 1932 an jahrelang hauptamtlicher hochrangiger SS-Offizier gewesen war, rühmte sich besonders guter Beziehungen zu Prützmanns Nachfolger als HSSPF Ostland, Jeckeln, und dem BdO Jedicke.⁶²⁸

Lechthalers Truppe – 326 Ordnungspolizisten und 457 Litauer – begann sofort (und nicht erst nach einiger Zeit, wie er 1960 behauptete) mit dem, was sie damals »Aktion ›Judenrein‹« nannte. Am 8. Oktober erschoss sie 617 Juden in Uzlanj und zwei anderen Dörfern südöstlich Minsk, zwischen dem 9. und 11. bei Rudensk 800, am 14. in Smilowitschi 1338; am 16. und 18. Oktober ermordeten die Litauer insgesamt 1775 Insassen des Minsker Zivilgefangenenlagers, am 20. erschossen die Polizei- und die Schutzmannschaftskompanien »1000 Juden und Kommunisten« in Kojdanow (heute Dsershinsk/alles im Gebiet Minsk-Land). Dazu kamen »kleinere« Aktionen. Unter den Opfern war nur eine zweistellige Anzahl Partisanen und Kommunisten, soweit gesondert aufgeführt.⁶²⁹ Am 27. und 28. Oktober metzelten die gleichen Täter mehrere tausend Juden in Sluzk nieder, am 30. Oktober auch zwischen 1800 und 3500 Juden in Klezk (Gebiet Baranowitschi – der einzige betroffene

626 Jedicke an Lohse v. 17. 10. 1941, ZStA Minsk 651-1-1, Bl. 28 (»Es ist Aufgabe dieser Kräfte, in Verbindung mit der Wehrmacht die gemeldeten Partisanen-Abteilungen zu bekämpfen«, Hervorhebung C. G.); HSSPF Russland-Nord an KdoStab RFSS, Chef Orpo und Himmler v. 6. 10. (erstes Zitat) und 10. 10. (zweites Zitat), BA D-H ZB 6735, O. II, Bl. 111 und 115. Zur Tätigkeit des Res. Pol. Btl. 11 in Litauen Befehle Lechthalers v. 6. 8. und 22. 12. 1941, in: Rozauskas, S. 105 und 109. – Jedicke hatte Berlin vergeblich um die Zuweisung eines weiteren Pol. Btl. gebeten.

627 WBfh. Ostland, Ia, Nr. 705/41g, Richtlinien für die militärische Sicherung und für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Ostland v. 25. 9. 1941, zitiert nach: Wilhelm, Motivation, S. 172f. und 181, Anm. 32; vgl. Heer 1994, S. 15 und 23.

628 Walter Braemer, * 1883, November 1932 hauptamtlicher SS-Funktionär, 20. 6. 1938 SS-Brigadeführer, 20. 4. 1944 SS-Gruppenführer, zeitweilig Ia im Stab des SS-Oberabschnitts Nordwest; militärisch 1. 8. 1939–22. 5. 1941 Korück 580, anschließend Führerreserve, Juli 1941–April 1944 WBfh. Ostland, 1. 9. 1942 Gen. d. Kavallerie. Vgl. BDC, SSO-Akte Walter Braemer, besonders Braemer an Querner (HSSPF Nordsee) v. 7. 2. 1942.

629 Kommandant in Weißruthenien, Abt. Ia, Berichte v. 10. 10. und 16. 10. 1941 (Unterschrift: v. Bechtolsheim), StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband 3; ebenso v. 19. 10. 1941, ZStA Minsk 651-1-1, Bl. 15R; Res. Pol. Btl. 11, Lagebericht ueber den Sondereinsatz in Minsk fuer die Zeit vom 14.–21. 10. v. 21. 10. 1941 (Beglaubigte Abschrift), ebd., Bl. 3–7, am 25. 10. von Jedicke an Lohse übersandt (Bl. 2), Teilabdruck in Schlootz, S. 34. – Aktion »Judenrein«: Beschuldigtenvern. Franz Lechthaler v. 28. 4. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 3411f.

Ort im früher polnischen Teil des GK Weißruthenien). Beiden Aktionen zusammen fielen 5900 jüdische Menschen zum Opfer. Damit hatten das Reserve-Polizei-Bataillon 11 und die Litauische Schutzmannschaftsabteilung mindestens 11400 Personen in gut drei Wochen ermordet, wofür der Kommandeur Lechthaler in der Bundesrepublik sehr mild bestraft wurde.⁶³⁰

In Sluzk wollte das Bataillon ursprünglich alle Juden umbringen wie an den vorherigen Einsatzorten, mußte sich aber dem Widerstand des Gebietskommissars Heinrich Carl, der die jüdischen Arbeitskräfte erhalten sehen wollte, beugen und sich mit 3000 bis 4000 Opfern zufriedengeben. Kube hatte schon drei Wochen lang mit dem SSPF Weißruthenien, Zenner, Vorgespräche über den geplanten Massenmord in Sluzk und den Erhalt der jüdischen Arbeitskräfte geführt.⁶³¹ Die Mordaktion des Polizeibataillons geschah, wie Kube schrieb, »ohne meine Anweisung und ohne meine Kenntnisnahme«.⁶³² Carls Intervention ist es wohl auch zuzuschreiben, daß das Bataillon offenbar keine kleineren Ghettos im Gebiet Sluzk vernichtete wie in den Gebieten Minsk-Land und Borissov.⁶³³ Dem Verbrechen in Klezk fielen dann auch nicht mehr alle Juden zum Opfer, es wurde zuvor selektiert. Am 15. und 16. Oktober hatte Lohse den General- und Gebietskommissaren auf ihrer ersten gemeinsamen Tagung in Riga eröffnet, daß nunmehr mit dem baldigen Beginn der totalen Vernichtung der Juden im Reichskommissariat Ostland zu rechnen sei, und Kube, der Ende September den Mord an den Juden im Rayon Marina Gorka befohlen hatte, erklärte offenbar in einer Rede sein Einverständnis. Dem war am 11. Oktober eine große Sitzung mit Lohse, Braemer und Bräutigam im OKH vorangegangen, bei der Braemer seine Pläne zum Judenmord im GK Weißruthenien vorgebracht haben dürfte. Die entsprechenden konkreten Vorgespräche zwischen Zivilverwaltung sowie SS und Polizei im GK Weißruthenien liefen dann meist über den SSPF Zenner.⁶³⁴

630 Vgl. das Urteil des LG Kassel 3a Ks 1/61 gegen Lechthaler v. 9. 1. 1963 (zwei Jahre Haft), in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 18, S. 779 ff.; Hilberg, Täter, S. 77–79. Ferner Kommandant in Weißruthenien, Abt. Ia, Anlage 4 zum Monatsbericht 11. 10.–10. 11. v. 10. 11. 1941, BA-MA RH 26–707/2, Bl. 3. Zu Klezk Vermerk ZStL v. 22. 8. 1967, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 3913–3915; Trunk, S. 438; Vern. W. J. S. v. 14. 4. 1945, IfZ Fb 101/36.

631 Die Frage der Arbeitskräfte war der Hauptgrund der bekannten Protestschreiben von Carl und Kube. Grundsätzliche Gegner der Judenmorde waren sie nicht, auch nicht in diesem Fall, und die von Carl ausführlich geschilderten Grausamkeiten, Verprügeln von Weißrussen, fehlende Tarnung der Morde usw., dienten mehr dazu, seinen Bericht plastischer zu gestalten, als daß sie die eigentliche Ursache waren. Kompetenzrivalität zwischen Zivilverwaltung und Wehrmacht (Heer 1994, S. 23 f.) spielten hier in dem Sinn eine Rolle, daß Kube über die Störung seiner »sorgfältigen« Vernichtungspläne durch eine improvisierte Mordaktion erobert war. Vgl. Carl an Kube, Betr.: Judenaktion v. 30. 10. und Kube an Lohse persönlich v. 1. 11. 1941, in: IMT, Bd. 27, S. 1–8. Die Schreiben wurden an Rosenberg und zur Stellungnahme an Heydrich (obwohl unzuständig) weitergeleitet: Notiz des Persönlichen Referenten des stellv. Ostministers Meyer v. 21. 11. 1941, BA F 15513, Bl. 2547. Siehe dagegen die Interpretation bei Hilberg, Vernichtung, S. 394 f., und im Urteil gegen Lechthaler (Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 18, S. 800 ff.). – Chiari 1998, S. 245, geht von 2800 Todesopfern aus.

632 Kube in einem ergänzenden Schreiben an Lohse (undatiert), BA D-H ZM 1641, A. 25, Bl. 15.

633 Dies geschah erst 1942 durch den KdS Minsk. Vgl. Kube an Lohse v. 31. 7. 1942, in: Klee/Dreßen/Riess, S. 170. Zum folgenden Vern. N. O. Z. aus Klezk v. 14. 4. 1945, ZStL UdSSR Bd. 422, Übersetzung zu Bl. 640–645; Vern. W. J. S., wie Anm. 7/630.

634 Vern. Zeuge H. v. R. (Leiter des Abt. II Verwaltung beim GK Weißruthenien) v. 18. 5. 1966, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 3019 f.; ders. in ZStL VI 420 AR 2540/66, Sonderband Zeugen B. Zur Tagung in Riga, wo Kube »zur Behandlung von grundlegenden Sonderfragen« das Wort nahm, Deutsche Zeitung im Ost-

Es besteht kein Zweifel, daß das Reserve-Polizeibataillon 11 bei seinem »Weißruthenien«-Einsatz der 707. Infanteriedivision unterstand. Es erhielt Weisungen meist durch deren Ia-Offizier, Oberstleutnant Fritz-Wedig von der Osten, darunter auch zur Liquidierung von Ghettos. Lechthaler war schon im August 1941 beim Aufbau der litauischen Schutzmannschaften einem Befehl Braemers und damit der Wehrmacht gefolgt.⁶³⁵ Zumindest seit Sluzk war dem Bataillon und der litauischen Schutzmannschaftsabteilung auf einen Befehl v. Bechtolsheims vom 27. Oktober 1941 zur Beratung beim »taktischen Einsatz« SS-Obersturmführer Rudolf Schlegel zugeteilt – damals Leiter des Nachkommandos des EK 8 in Minsk, später SD-Chef beim KdS Minsk.⁶³⁶ Lechthalers Truppe mordete in ihrem Einsatzgebiet nicht allein, und sie mordete koordiniert mit den anderen Beteiligten.

Zwischen dem 28. September und dem 17. Oktober metzelte ein Teilkommando des EK 3 in den Gebieten Minsk und Borissow 3031 Juden und 19 Kommunisten nieder, besonders am 16. und 17. Oktober in Usda, wo alle 1740 Juden der Umgebung mit Hilfe der Gendarmerie und weißrussischer Schutzmannschaften erschossen wurden, und Ende September in dem alten jüdischen Zentrum Pleschtschenizy (1000 Opfer), wo das Reserve-Polizeibataillon 11 am 15. oder 16. Oktober die übriggelassenen 52 jüdischen Handwerker tötete.⁶³⁷ Am 20. und 21. Oktober verübten Minsker Sipokräfte den Massenmord in Borissow. Ende September hatte Kube persönlich die Aktion in und um Marina Gorka angeordnet, die unter Zenner durchgeführt wurde. Mitte Oktober war die Vernichtung aller Juden in den Gebieten Minsk-Land und Borissow weitgehend abgeschlossen, »im November 1941 das Gebiet Minsk-Land als ›judenrein‹ gemeldet«.⁶³⁸ Die Abstimmung war bei dieser gemeinsamen Aktion aus

land v. 16. und 17. 10. 1941. Für diesen Hinweis danke ich Christoph Dieckmann. – Zum Treffen in Berlin Tagebuch Bräutigam v. 11. 10. 1941, unvollständig bei Heilmann, S. 148, vgl. BA F 13746, Bl. 332. – Zu Zenner Vern. L. S. v. 16. 1. 1959 und K. W. v. 16. 2. 1960 (beide Adjutanten Kubes), LHA Koblenz 584,1, Nr. 3553, Bl. 142, und Nr. 3555, Bl. 656.

635 Vgl. Urteil LG Kassel gegen Lechthaler, wo mehrfach auf Kubes Formulierung verwiesen wurde, das Res.Pol.Btl. 11 habe »als der Wehrmacht direkt unterstellte Truppe selbständig gehandelt«, was den Sachverhalt gut trifft (Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 18, S. 813, vgl. S. 793 ff.); Hilberg, Täter, S. 77f. Ferner Lagebericht Bfh. in Weißruthenien v. 19. 10. 1941, ZStA Minsk 651-1-1, Bl. 12-15R; Vern. Franz Lechthaler v. 28. 4. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 3411-3413; Urteil LG Hamburg v. 25. 6. 1974 gegen Erren (nicht rechtskräftig), StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 11908; Jäger, S. 343. Vgl. Res.Pol.Btl. 11 an litauischen Stadtkommandanten Kaunas v. 6. 8. 1941, in: Rozauskas, S. 105.

636 Kommandant in Weißruthenien, Abt. Ia, v. 27. 10. 1941, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. III,2, Bl. 215. Zur Identität Schlegels StA Koblenz 9 Ks 2/62, Anklageschrift v. 15. 1. 1962, Bl. 10048, und Vern. Rudolf Schlegel v. 6. 5. 1960, ebd., Bl. 3003-3009.

637 Unter den Opfern waren 620 Männer, 1185 Frauen und 1126 Kinder. EK 3, Gesamtaufstellung der im Bereich des EK. 3 bis zum 1. Dez. 1941 durchgeführten Exekutionen v. 1. 12. 1941 (sog. Jäger-Bericht), in: Klee/Dresen/Riess, S. 59, als Faksimile in Arzt, hier S. 190. Vgl. Akt der Untersuchungskommission im Bezirk Usda v. 29. 10. 1944, Sonderarchiv Moskau 1525-1-473, Bl. 127-129; zu Pleschtschenizy Grossman/Ehrenburg, S. 309f. (zur Datierung kurz nach dem 12. 10. siehe auch Aufstellung jüdischer Feiertage 1939-1949, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6253), und Res.Pol.Btl. 11, Lagebericht v. 21. 10. 1941, ZStA Minsk 651-1-1, Bl. 4. Teilstandorte des EK 3 in Minsk und Baranowitschi nach EM 126, 135 und 146 v. 29. 10. (am 23. 9.), 19. 11. und 15. 12. 1941 (hier handschriftlich geändert in: K.d.Sipo und SD für d.Gen.bezirk Weißruthenien), BA-MA SF-01/28933-34, Bl. 3062, 3237 und 3402.

638 Vern. Georg Heuser v. 1. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4289. Siehe auch Bericht über die Inspektion im Gebiet Minsk-Land am 26. November 1941, ZStA Minsk 370-1-490, Bl. 3: »Die Rayons sind judenfrei bis auf einige Rayons, die noch 3-5 Juden beherbergen.« Zu Marina Gorka S. 587f. in dieser Darstellung.

Sicht der Mörder aber nicht ideal, denn Lechthalers Männer fahndeten auch dort nach Juden, wo die EK 8-Teiltrupps aus Minsk und Borissov (wie in Sembin und La-goisk) sowie eben das EK 3 die Juden schon »liquidiert« hatten; Bieholin (Bicholin) wurde dazu sogar dreimal, von EK 8, EK 3 und Reservopolizeibataillon 11, aufgesucht.⁶³⁹ Daher und wegen des Arbeitskräfteproblems erging wohl Schlegels Auftrag.

Die zweite Stoßrichtung der Judenmorde im GK Weißruthenien im Herbst 1941 war die Vernichtung der Juden auf dem Land. Sie ging fast ausschließlich auf das Konto der 707. Infanteriedivision und ihr unterstellter Wehrmachteinheiten, die auf Grund ihrer zahlenmäßigen Stärke und Dislozierung (die Kompanien, gleichzeitig Ortskommandanturen bildend, waren über das Land verstreut) als einzige im GK Weißruthenien in der Lage waren, dies durchzuführen. Sie begann damit um die Monatswende September/Okttober und rannte dabei bei der Zivilverwaltung, die die Juden ebenfalls vom Lande entfernt sehen wollte, offene Türen ein.⁶⁴⁰ Dieses Verbrechen liegt weitgehend im dunkeln. Es ist statistisch nicht erfassbar,⁶⁴¹ und in den Dörfern gab es kaum Überlebende, die berichten konnten, wie bei den großen Ghettoaktionen. Daneben siedelten die Wehrmachteinheiten Juden zwangsweise in Rayon- oder Gebietsstädte um, anstatt sie zu ermorden, und zwar vom Beginn der »Aktion« an.⁶⁴² Tatsächlich beschrieb v. Bechtolsheim den Vorgang, »daß die Juden restlos aus den Dörfern entfernt werden«, mehr als einmal als »Vernichtung« und »Ausmerzungen« – mehrmals jedoch auch als Umsiedlung. Es gab beides; die Tötungen wiederum hörten im Dezember 1941 nicht auf.⁶⁴³ Das ist deshalb besonders wichtig, weil

639 Vgl. Jäger-Bericht und Res.Pol.Btl. 11 v. 21. 10. 1941, wie Anm. 7/637.

640 Siehe Heer 1994, S. 14 sowie allgemein zu diesem Thema ebd., S. 12–15. Ferner Kap. 7.1d. Aktionen noch im September: in Zhirewa bei Slonim wurden 162 Menschen ermordet (Alpert, S. 71 f.); Kommandant in Weißruthenien, Abt. Ia, über eine am 29. 9. abgeschlossene »Aktion« zwischen Minsk und Sluzk, bei der sie 145 »Partisanen, Juden u. sonstige verdächtige Personen« erschoss, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. III, 2, Bl. 212.

641 Rückschlüsse sind nur für das Gebiet Slonim möglich. Dort meldete der Gebietskommissar, von rund 25 000 Juden Anfang September 1941 lebten im Januar 1942 noch 14 461. Von den rund 10 500 Toten fielen (s. u.) etwa 9000 bis 9500 dem Massaker in Slonim selbst zum Opfer, die übrigen 1000 bis 1500 Menschen starben in Koslowschtschna (400), in Chyrowice (150–200) und in Byten (unbekannte Zahl) sowie auf dem Land, d. h. dort mehrere hundert. Vgl. GebK Slonim, Lagebericht v. 25. 1. 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband D.

642 Vgl. ebd. Tötung und Umsiedlung geschahen also nebeneinander und nicht nacheinander, wie Heer 1994, S. 14 f., annimmt. Dieser kann sich teilweise auf Errens Lagebericht in Slonim v. 25. 1. 1942 stützen (a.a.O.). Die Praxis widerspricht jedoch der entsprechenden Passage des Berichts (siehe Kap. 7.1d dieser Darstellung).

643 Kommandant in Weißruthenien des WbFh. Ostland, Abt. Ia v. 16. 10. 1941, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband 3; demgegenüber ebenso v. 3. 11. 1941, Lagebericht für 16.–31. 10. 1941 (Abschrift, Fragment), BA D-H FW 488, A. 19: »Eine Aussiedlung in grossem Masstab [sic], die alleine Abhilfe schaffen könnte, ist z. Zt. nicht möglich. So kann das Judentum nur [...] aus den Landbezirken entfernt, in Ghettos zusammengefasst und von den aktiv bolschewistisch tätigen« (Dokument bricht ab). Verwirrung der Begriffe: »Aussiedlung« meinte hier Ermordung, »aus den Landbezirken entfernt« tatsächlich Zwangsumsiedlung. Am 10. November schrieb v. Bechtolsheim, es werde »die Zusammenbringung der Juden auf dem flachen Lande in Ghettos größerer Ortschaften durchgeführt«. Ebenso, Monatsbericht v. 10. 11. 1941, BA-MA RH 26–707/2, Bl. 1. Vgl. ders., Monatsbericht November v. 8. 12. 1941, ebd., Bl. 4: »Die Zusammenziehung der Juden in Ghettos und die Liquidierung der der Partisanentätigkeit und Volksverhetzung überführten Juden wird weiter fortgesetzt [...]«. Tatsächlich wurde die Grenze zwischen Ermordung und Umsiedlung nicht von »Partisanentätigkeit« abhängig, sondern willkürlich gezogen. – Heer 1994, S. 15 und 25, sieht einen Abbruch des Tötungs-»Programm[s]« Ende November 1941.

v. Bechtolsheim seinen Untergebenen mittlerweile ausdrücklich freigestellt hatte, die festgestellten Juden selbst zu erschießen oder in größere Ghettos umzusiedeln.⁶⁴⁴ Und die Kommandeure der Einheiten entschieden sich willkürlich mal so, mal so. Außer dem 727. waren bei den Aktionen auf dem Land offenbar das 747. Infanterieregiment sowie die unterstellten Landeschützenbataillone 332 und 336 im Raum Molodetschno und Glebokie beteiligt. Systematisch, allerdings nicht lückenlos unternahm insbesondere das 727. Infanterieregiment Razzien auf Juden in den Dörfern, oder wie es der Gebietskommissar Erren in Slonim ausdrückte: »Das flache Land wurde eine Zeitlang sorgfältig von der Wehrmacht gesäubert; leider nur in Orten unter 1000 Einwohnern.«⁶⁴⁵

Solche Aktionen fanden besonders in den Gebieten Slonim, Nowogrodek, Baranowitschi und Lida statt. Spezielle, oft aus Freiwilligen bestehende Kommandos fuhrten mit Lastwagen aufs Land und mordeten in äußerst brutaler Weise (»Die Erschiessungen waren nicht regelmäßig aber in der Woche wurde schon ein paar Mal erschossen«).⁶⁴⁶ Von den Vorgesetzten wurde den mit großer Befehlsgewalt ausgestatteten Ortskommandanten gelegentlich ein Pensum vorgegeben, wie dem Oberleutnant Glück in Slonim einmal die Tötung von 1100 Landjuden; bevor Berichte abzufassen waren, »besserte« man die Tötungsquote noch durch neue Massaker auf.⁶⁴⁷ Hier soll nur der Brief des Ortskommandanten in Schtschutschin und Chefs der 12. Kompanie des Infanterieregiments 727 an seinen Bruder vom 15. Oktober 1941 zitiert werden:

»Wir sind jetzt fleißig auf der Jagd. Jeden Tag mußten mehrere jüdische Partisanen daran glauben. Da geht's immer wild her. Eine gefährliche Bande. Wir holen sie aus allen Schlupfwinkeln hervor. Anfangs heißt's [sich] überwinden. In einem Nest wurden 5 deutsche Soldaten von Juden ermordet. Denen wurde es aber heimgezahlt. Und

644 »Wo kleinere oder größere Judengruppen auf dem Lande angetroffen werden, können sie entweder selbst erledigt, oder aber in Ghettos an einzelnen grösseren Orten, die hierzu bestimmt werden, zusammengebracht werden [...]«. Kommandant in Weißruthenien, Befehl Nr. 24 v. 24. II. 1941, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. III,2, Bl. 217.

645 GebK Slonim, Lagebericht v. 25. I. 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband D, auszugsweise abgedruckt in Klee/Dreßen/Riess, hier S. 168. Siehe auch Errens Dankschreiben an den OK in Slonim, Glück, v. 4. 12. 1941, zitiert in Heer 1994, S. 15; ferner ebd., S. 13. Vgl. zu den L.Sch.Btl.: Kommandant in Weißruthenien, Abt. Ia v. 16. 10. 1941, wie Anm. 7/643. – Zum Inf.Rgt. 747 ebenso, Lagebericht für 1.–15. 10. v. 19. 10. 1941, ZStA Minsk 651–1–1, Bl. 15, und Überweisung des Rgts. an die Reichshauptkasse v. 20. II. 1942, BA 21.04, Nr. 9584, Bl. 283R. Ferner der Feldpostbrief des Soldaten X. M. von der 8. Kp./Inf.Rgt. 747 v. 2. II. 1941: »Ich glaube, daß Juden hierzulande auch bald kein Bethaus mehr brauchen werden. Warum, habe ich Dir doch bereits geschildert. Für diese gräßlichen Kreaturen ist's doch die einzig richtige Erlösung [...]!...«. BfZ, Slg. Sterz.

646 Zu den Abläufen ausführlich Heer 1994, S. 12–15; weiter Erkenntnisse der Verfahren StA Hamburg 147 Js 29/67, StA Mainz 3 Ks 1/67 (Zitat: Vern.F. X. B. v. 11. 5. 1967, Ordner Ablichtungen aus 113 Ks 32/65 München I) und ZStL 204 AR-Z 94(e)/59. Im ersten Verfahren z.B. Brief und Vern. R. R. v. 22. 10. bzw. 1. 12. 1959, Bl. 28R und 32R; Vern. F. P. v. 18. 3. und T. H. v. 21. 3. und J. F. v. 22. 3. 1960, Bl. 475, 495f., 513; M. M. v. 9. 8. 1960, Bl. 1154f., und H. G. v. 27. 9. 1962, Bl. 3063; Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung v. 31. 3. 1964, Bl. 4227–4229.

647 Vgl. Vern. H. G. v. 8. 5. 1961, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 1465 (Landwirtschaftsführer, den Glück ins Vertrauen zog); Vern. A. H. v. 12. 2. 1965, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 1354 (12. Kp./Inf.Rgt. 727). Glück, ein Lehrer aus Bayrischzell, war Chef der 6. Kp. des Inf.Rgt. 727. Eine besondere Rolle spielte auch sein Regimentskommandeur Oberst Josef Pausinger, Gutsbesitzer aus der Gegend von Landshut.

wird es immer wieder. Wir räumen auf mit der Bande, das wäre was für Dich. Mündlich einmal – bleibt alle gesund und zufrieden. Herzliche Grüße Dein Bruder S.«⁶⁴⁸

In vielen Nachkriegsvernehmungen erklärten Zeugen und Mittäter ebenfalls, es habe sich um reine, bemäntelte Judenaktionen gehandelt. Doch auch in diesem Fall war das nicht alles; die Durchsuchungen richteten sich – im Gegensatz zu denen des Reserve-Polizei-Bataillons 11 – zu einem erheblichen Teil auch gegen andere Bevölkerungsgruppen, wie zum Beispiel folgender Befehl v. Bechtolsheims zeigt:

»In den [...] zugewiesenen Abschnitten sind wie im übrigen gesamten Bereich des Kdt.i.WR. dauernd Streifen und zwar von kürzerer oder längerer Dauer zu machen. *Anlässlich dieser Streifen* ist dafür zu sorgen, daß die Juden restlos aus den Dörfern entfernt werden. [...]

Unter Bezug auf Befehl des Kdt.i.WR. v. 26. 9. 1941 Ziff. 3 wird erneut darauf hingewiesen, daß aufgegriffene russische Soldaten (in Uniform oder Zivil) oder entflohenen Kriegsgefangene, auch dann, wenn sie keine Waffen mit sich führen, nicht in ein Kgf.-Lager einzuliefern, sondern an Ort und Stelle zu erschießen sind.«⁶⁴⁹

Zigeuner waren ebenfalls zu töten.⁶⁵⁰ Auch hiermit befand sich die 707. Infanteriedivision im Einklang mit der Zivilverwaltung. Kube griff erst dann mit einem Protest ein, als das Militär nicht nur angebliche Partisanen unter den Arbeitern erschoss (das sei »selbstverständlich«, kommentierte Minister Rosenberg), sondern auch die örtlichen Bürgermeister, die diese als Arbeiter eingestellt hatten.⁶⁵¹ Lohse und Rosenberg ergriffen aber für v. Bechtolsheim Partei.

Bei der dritten Stoßrichtung der Judenmorde des Herbstes 1941 im GK Weißruthenien war die 707. Infanteriedivision gleichfalls führend beteiligt, ja sie begann damit: nämlich mit der Dezimierung der Ghettos im westlichen, früher polnisch gewesenem Gebiet. Das Reserve-Polizeibataillon 11 trat dabei außer in Klezk nicht mehr in Erscheinung, aber die II. Litauische Schutzmannschaftsabteilung war weiter bei fast jeder Aktion dabei, gesteuert vermutlich vom SD-Führer Schlegel.⁶⁵² Am 30. Oktober erschossen vermutlich Soldaten der Ortskommandantur in Neswisch unter einem Zugführer der 8. Kompanie 4000 Juden; Gendarmerie, örtliche Hilfspolizei und möglicherweise auch ein litauisches Kommando beteiligten sich. 600 Handwerker

648 Brief Oberleutnant J. K. an seinen Bruder v. 15. 10. 1941 (Abschrift), StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 1175. Zu den Morden dieser Kompanie vgl. undatierte Vern. E. S. (1948?) sowie G. L. v. 9. 12. 1964 und 24./28. 2. 1950, Urteil gegen E. S. v. 9. 12. 1948, Vern. Dr. W. S., ebd., Bl. 1175a-1191e und 1167, Ordner Ablichtungen aus Verfahren 113 Js 32/65 München I. – Die von K. angegebenen Verluste dürften erfunden gewesen sein. Die gesamte 707. Inf.Div. hatte zwischen dem 11. 10. und 10. 11. zwei Tote und zwei Verwundete (Monatsbericht v. 10. 11., BA-MA RH 26-707/2, Bl. 3).

649 Kommandant in Weißruthenien, Abt. Ia, v. 16. 10. 1941, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband 3 (Hervorhebung C. G.).

650 Kommandant in Weißruthenien, Abt. Ia, Befehl Nr. 24 v. 24. 11. 1941, wie Anm. 7/644.

651 Kube mußte befürchten, daß dadurch die Bereitschaft, ein Amt in der einheimischen Verwaltung zu übernehmen, jäh nachließ. Vgl. Kube an Lohse v. 13. 12. (geriet als Irrläufer in v. Bechtolsheims Hände), Lohse an Rosenberg persönlich v. 27. 12. und Rosenberg an Lohse v. 31. 12. 1941, BA-MA FPF-01/7865, Bl. 810-816.

652 Bereits am 21. 10. berichtete Lechthaler, die Wehrmacht fordere nunmehr fast nur noch die Litauer an, während seine zwei Polizeikompanien kaum noch benötigt würden. Res.Pol.Btl. 11, Lagebericht 14.-21. 10. v. 21. 10. 1941, ZStA Minsk 651-1-1, Bl. 6. Zum folgenden auch Heer 1994, S. 25.

und Familien, die der Ortskommandant auswählte, blieben am Leben.⁶⁵³ In Lachowitschi wurden am 2. November mehrere hundert Juden getötet, am 5. starben im MG-Feuer der Ortskommandantur I 828 (Stolbzy) 500 jüdische Menschen in Turec und 400 Frauen, Kinder und Arbeitsunfähige in Swierzna, am 2., 9. oder 11. November etwa 1500 bis 1800 Juden in Mir durch die von weißrussischer Schuma unterstützte Ortskommandantur, der diejenige aus Stolbzy Amtshilfe leistete – 800 Menschen wurden verschont. Die örtliche Gendarmerie wurde hier überspielt.⁶⁵⁴ In Mir wurden keineswegs *alle* Juden ermordet, und so war es auch in den anderen Orten,⁶⁵⁵ im Gegensatz zum Wortlaut vieler Befehle v. Bechtolsheims. Weitere Massaker beging die 707. Infanteriedivision vor dem 10. November in Korelitschi mit einer unbekannten Zahl von Opfern, ebenso zu unbekannten Zeitpunkten zwischen Oktober und Dezember in Stolbzy (wo 100 sogenannte arbeitsfähige Juden verblieben und zuvor schon öfters Selektionen stattgefunden hatten), Baranowitschi und Byten sowie bereits am 21. und 22. Oktober in Gorodischtschi. In Koslowschtschisna fielen am 2. November 400 Juden vermutlich der Gendarmerie unter dem Judenreferenten des Gebietskommissars in Slonim zum Opfer, in Shirowicze bei Slonim mordeten zum Jahreswechsel die Litauer, in Woronowo und Lida wurden 250 und 750 aus Wilna zugewanderte Juden hingeschlachtet.⁶⁵⁶ Am 24. November befahl v. Bechtolsheim einen gewissen Kurswechsel: »Die Durchführung *größerer* Judenaktionen ist nicht Aufgabe der Einheiten der Division. Sie werden durch die zivile oder Polizeibehörde durchgeführt [...].«⁶⁵⁷

Insgesamt meldete die 707. Infanteriedivision zwischen dem 1. und 15. Oktober »2721 Gefangene, davon 2053 erschossen«, zwischen dem 11. Oktober und 10. November »Gesamtzahl der Gefangenen: 10940, davon 10431 erschossen«, bis Ende

653 Vgl. Cholawsky, *Soldiers*, S. 53–56; schon in einem ebd., S. 61, zitierten Brief vom April 1942 wurde als Zahl der Opfer 4000 angegeben; Auszug aus dem Akt Stadt Neswisch v. 4. 2. 1945, Sonderarchiv Moskau 1525–1–473, Bl. 295–299 (danach gab es zwei Exekutionen, die erste am 23. 10.); Abschlußbericht II 202 AR-Z 16/67 v. 19. 7. 1967, ZStL II 202 AR-Z 337/67, Bl. 845f. (4500 Opfer am 30. 10.); Ainsztein, S. 86 (4000 am 30. 10.).

654 Vgl. Abschlußbericht v. 19. 7. 1967, ZStL II 202 AR-Z 337/67, Bl. 828f. und 837–842; Vern. M. v. 28. 8. und G. D. v. 27. 7. 1972, gleiches Verfahren, Bl. 1127R und 1149f.; Matthäus 1995, S. 259; Ainsztein, S. 121; Těc 1990, S. 62 und 73f.; Chiari 1998, S. 263.

655 Anders Heer 1994, S. 25, und auch Hauptkommissar Baranowitschi an RKO v. 10. 2. 1942, Nbg. Dok. PS-3667.

656 Vgl. Kommandant in Weißruthenien, Ia, Anlage 4 zum Lagebericht v. 10. 11. 1941, BA-MA RH 26–707/2, Bl. 2R; Vern. J. N. v. 17. 7. und J. W. v. 21. 7. 1972, ZStL II 202 AR-Z 337/67, Bl. 1122–1124 und 1169–1173; Vern. P. N. v. 28. 11. 1963, ZStL 202 AR-Z 94(e)/59, Bl. 324R; Vern. I. M. v. 30. 5. 1960, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 806; Akt der Kreiskommission Gorodischtschi v. 23. 4. 1945, ZSt Dortmund 45 Js 11/62, Bd. 24, Bl. 6f.; Berichte Dr. N. K. und S. S., ebd., Sonderband K1, Bl. 42, und J, Bl. 5; Vern. F. L. v. 5. 4. 1962, StA München I, 113 Ks 1/65a–b, Bl. 1588; Arad 1980, S. 159; Wilna-Lyda und zurueck. Berichte des J. S. über die Ermordung der Juden in Lyda am 8. Mai 1942 v. 5. 6. 1942, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 2765. – Für Gorodischtschi gibt Těc 1996, S. 52, 2950 Opfer an. Der Amtsbezirk Gorodischtschi hatte 1921 aber nur 723 jüdische Einwohner: Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens, S. 83. Der Überlebende J. S. (Vern. v. 2. 11. 1960, StA München I 113 Ks 1/65a–b, Bl. 589f.) nennt als Datum einen Tag vor Jom Kippur, d. h. den 30. 9. 1941.

657 Kommandant in Weißruthenien, Befehl Nr. 24 v. 24. 11. 1941, wie Anm. 7/644. Ferner hieß es, solche Morde würden auch »gegebenfalls durch den Kommandanten in Weißruthenien angeordnet, wenn ihm dazu besondere Einheiten zur Verfügung stehen, oder aber aus Sicherheitsgründen und bei Kollektivmaßnahmen.« Siehe auch Matthäus 1995, S. 260; Breitman 1998, S. 79.

Dezember nach Angaben des KdS Minsk 19000 Todesopfer, davon, wie dessen Judenreferent Kurt Burkhardt annahm, »weit über die Hälfte Juden«. Lohse hörte sogar von v. Bechtolsheim, daß dessen Division »einige Zehntausende von Partisanen beseitigt habe«. ⁶⁵⁸ Der General selbst erwähnte später »unser energisches Zufassen in den ersten Monaten, besonders im Monat Oktober 1941«. Vermutlich informierte er den Chef des Generalstabs des Heeres, Generaloberst Halder, über sein Vorgehen, als er diesem gemeinsam mit dem SSPF Zenner am 12. November in Minsk Bericht erstattete. ⁶⁵⁹ Die Mordaktionen der Division schlugen sich in zahlreichen Einzahlungen von Devisen und Wertsachen bei der Reichshauptkasse nieder. ⁶⁶⁰

Der Fall der 707. Infanteriedivision ist für die Entschlußbildung zum Judenmord aufschlußreich. Denn weder von seiten der Wehrmacht- noch von Seiten der Heeresführung oder von Hitler gab es für das Militär einen direkten Befehl zur allgemeinen Ermordung der Juden. Es war also möglich, daß auf unterer Ebene – entweder durch den Wehrmachtbefehlshaber im Ostland oder in Weißruthenien, also lediglich durch einen Divisionskommandeur – die Ermordung von über 10000 Juden durch Militärs selbständig entschieden wurde. Das kann nicht genug betont werden. ⁶⁶¹ Überdies handelte es sich um den Auftakt zu einer neuen Phase des Mordes an den Juden in Weißrußland. Generalmajor v. Bechtolsheim und sein Ia-Offizier v. d. Osten betonten mehrfach, die Judenvernichtung sei selbstverständlich, und Befehle oder Dienstanweisungen seien unnötig. ⁶⁶² Zur Begründung der Weisungen, die sie dann doch gaben, beriefen sich Braemer auf Keitels Befehl vom 12. September und v. Bechtolsheim auf Hitlers Rede vom 2. Oktober. ⁶⁶³ Die schärfste antisemitische Passage ist von v. Bechtolsheim überliefert:

»Die Juden als die geistigen Führer und Träger des Bolschewismus und der kommunistischen Idee sind unsere *Todfeinde*. Sie sind zu vernichten. [...] Es gibt wohl kaum mehr einen deutschen Soldaten, der daran zweifelt, daß die Juden bei einer gelungenen Invasion der Bolschewisten in Europa alles Deutsche restlos vernichtet hätten. Es ist umso unverständlicher, daß bei einem Truppenteil, bei dem durch eine Streife 7 Juden erschossen wurden, noch gefragt wurde, warum man sie erschossen hat. [...] Wenn durch eine Streife festgestellt wird, daß in einem Dorf die Stimmung

⁶⁵⁸ Kommandant in Weißruthenien, Ia, Lagebericht v. 19. 10. 1941, ZStA Minsk 651-I-1, Bl. 15R; ebenso, Anlage 4 zum Monatsbericht v. 10. 11. 1941, BA-MA RH 26-707/2, Bl. 3; Bericht KdS Minsk vom Januar 1942, IfZ Fb 104/2; Lohse an Rosenberg persönlich v. 27. 12. 1941, BA-MA FPF-01/7865, Bl. 814.

⁶⁵⁹ Kommandantur des Sicherungsgebietes Weissruthenien (707. Inf.Div.Kdo.), Befehl Nr. 46 v. 2. 3. 1942, GebA Minsk 699-5-1, Bl. 71f. Vgl. KTB Halder, Bd. III, S. 288. Ebenfalls anwesend war der Leiter der regionalen Eisenbahn.

⁶⁶⁰ Vgl. BA 21.04, Nr. 9585, Bl. 91R/92 (I. Btl/Inf.Rgt. 727, u.a. »Rohgold«, Ringe, 590 frz. Francs, 90 US-Dollar); Nr. 9584, Bl. 243R-246 (Feldkasse 707. Inf.Div., u.a. 151 US-Dollar), Bl. 255R-256 (8. Kp./Inf.Rgt. 727), Bl. 262R-263 (Feldkasse der 707. Inf.Div., u.a. 400 US-Dollar, 4 engl. und 4 palästinensische Pfund, Schmuckgegenstände). Die Einzahlungen wurden im Herbst 1942 getätigt, was, wie erwähnt, über das Datum ihrer »Erbeutung« nichts aussagt.

⁶⁶¹ Dies taten bereits Jäger, S. 343, und Manoschek 1993, S. 193-195; letzterer in Bezug auf Serbien, wo die Judenmorde der Wehrmacht ein vergleichbares Ausmaß annahmen wie im GK Weißruthenien. Siehe ferner Safrian 1993, S. 115.

⁶⁶² Vgl. Kommandant in Weißruthenien des WBfh. Ostland, Lagebericht v. 10. 9. 1941, ZStA Minsk 651-I-1, Bl. 25, und Reisebericht Nagel unter dem 25. 10. 1941, BA-MA Wi/ID 1723.

⁶⁶³ Vgl. WBfh. Ostland, Ia v. 25. 9. 1941, zitiert bei Wilhelm, Motivation, S. 172f., und Kommandant in Weißruthenien des WBfh. Ostland, Lagebericht v. 19. 10. 1941, ZStA Minsk 651-I-1, Bl. 14R.

der Bevölkerung abwartend und ängstlich ist und man vernichtet in diesem Dorfe die Juden und ihren bolschewistischen Anhang, dann wird man ein freies Aufatmen in diesem Dorfe nach kürzester Zeit verspüren. [...]

Hier gibt es keine Kompromisse, hier gibt es nur eine ganz klare und eindeutige Lösung und die heißt insbesondere hier im Osten restlose Vernichtung unserer Feinde. Diese Feinde aber sind keine Menschen mehr im europäischen Kultursinn, sondern von Jugend auf zum Verbrecher erzogene und als Verbrecher geschulte Bestien. Bestien aber müssen vernichtet werden.«⁶⁶⁴

Das führt zur nächsten Frage: warum diese Befehle, warum die Morde an den Juden durch diese Wehrmachteinheiten? Das Vorgehen der 707. Infanteriedivision gegen die jüdische Bevölkerung bildet zusammen mit den Judenmorden durch die Wehrmacht in Serbien keinen Ausnahme-, aber einen Extremfall. Nirgendwo sonst ist bisher nachgewiesen, daß Wehrmachteinheiten selbständig und systematisch große Massaker an Juden mit vielen tausend Opfern organisierten und durchführten.⁶⁶⁵ Belegt ist, daß Wehrmachtverbände nach und nach tausende sogenannte Landjuden umbrachten, daß sich Einheiten und einzelne Wehrmachtangehörige an Massenmorden von SS und Polizei beteiligten, und daß Wehrmachtstellen Massenmorde an Juden befahlen oder organisatorisch durch ihre Hilfestellung ermöglichten, die SS und Polizei dann ausführten. Auch ist offensichtlich, daß Sympathie und Unterstützung für die Tötungsverbrechen an Juden unter den Besatzungstruppen in Weißrußland und darüber hinaus verbreitet waren.⁶⁶⁶ Wenn die 707. Infanteriedivision über dieses Maß an Mord oder Mordbereitschaft hinausging, so deshalb, weil die sonst für die Tötung der Juden zuständigen SS- und Polizeieinheiten im GK Weißruthenien praktisch fehlten. Und – das ist die Lehre aus dem Fall dieser Division – die regionalen Wehrmachtorgane waren bereit einzuspringen.

Braemers und v. Bechtolsheims Ziel war es trotz ihrer Brandreden keineswegs, alle Juden im GK Weißruthenien sofort zu ermorden.⁶⁶⁷ Selbst die Einsatzgruppe A hatte

⁶⁶⁴ Ebd. Es handelt sich zweifellos um eine Anweisung an die Truppe, die in den Lagebericht übernommen wurde. Ein ehemaliger Angehöriger der 8. Kp./Inf.Rgt. 727 erinnerte sich vielleicht deshalb an einen »Befehl Hitlers«, der vor einer Exekution bei Slonim verlesen worden sei: Brief und Vern. R. R. v. 22. 10. und 1. 12. 1959, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 28R und 32R.

⁶⁶⁵ Die darüber hinaus reichenden Beispiele, die Heer 1994, S. 11f. und 27 anführt, sind nicht stichhaltig. Einheiten des Inf.Rgt. 354 beteiligten sich lediglich an größeren Massenerschießungen, die vom Teilkommando Borissow des EK 8 durchgeführt wurden (S. 586f. dieser Darstellung). Beim Antipartisanenunternehmen »Bamberg« im Frühjahr 1942 tötete die 707. Inf.Div. »nur« etwa 200 Juden, der größte Teil ihrer Opfer waren indes nichtjüdische Bauern (siehe S. 889f. dieser Darstellung). Die Morde an den Juden im GebK Glebokie im Mai und Juni 1942 führten nicht Wehrmachteinheiten, sondern das Teilkommando Lepel des EK 9 durch (S. 697–699, dieser Darstellung). Damit ist auch die These von einem »Vernichtungsprogramm der Wehrmacht« gegen die Juden (Heer 1994, S. 28) nicht haltbar.

⁶⁶⁶ Für all dies wurden bereits genügend Beispiele in Kap. 7.2d und 7.2e angeführt.

⁶⁶⁷ Im Januar 1942 gab es im gesamten Baltikum nur noch 38 000 Juden (in Estland und Lettland kaum noch welche), im GK Weißruthenien dagegen 139 000. Mitte Oktober 1941 waren, wenn man vom sogenannten zweiten Stahlecker-Bericht auf den ersten zurückrechnet (unter Einbeziehung der Aktionen der 707. Inf.Div. und des Res.Pol.Btl. 11), im Baltikum 98 000 und im GK Weißruthenien etwa 180 000 am Leben. Wenn also irgendwo im RKO die totale Vernichtung der Juden angestrebt werden konnte, dann zuallererst im GK Weißruthenien. Das bemerkte v. Bechtolsheim auch sehr wohl (siehe Anm. 7/643). Vgl. EM 155 v. 14. 1. 1942, BA-MA SF-01/28935, Bl. 3608–3611; EGr A, Gesamtbericht bis zum 15. Oktober 1941, Anlage 8, BA F 15521, Bl. 8384; ebenso für 16. 10. 1941–31. 1. 1942, IfZ Fb 104/2.

im Oktober erklärt, trotz der zahlreichen Juden im GK Weißruthenien bildeten »nicht diese, sondern die Polen die akute Gefahr«, womit die These von der akuten jüdischen Bedrohung ad absurdum geführt war. Die Minsker KdS-Dienststelle teilte die Auffassung der Zivilverwaltung, daß die Juden »für den wirtschaftlichen Aufbau [...] vorerst unentbehrlich« seien⁶⁶⁸ – im Gegensatz zur gleichzeitigen Haltung der Militärverwaltung im rückwärtigen Heeresgebiet. Die Wehrmachtspitze im GK Weißruthenien wollte ebenfalls nicht in blindem Haß auf einen Schlag alle Juden umbringen, sondern verfolgte bedachtsam die skizzierten begrenzten, fast taktischen Ziele teilweise in Abstimmung mit Zivilverwaltung und Polizei und in Zusammenarbeit mit dem Wehrmachtbefehlshaber Ostland, BdO und HSSPF Ostland. Die von ihnen verantworteten Mordaktionen können monokausal über den Sicherheitsaspekt, das heißt mit der Identifizierung der Juden mit Partisanen und Aufwieglern, nicht ausreichend erklärt werden, noch dazu wenn sie als »Paranoia« gefaßt wird.⁶⁶⁹ Die Ermordung oder Zwangsumsiedlung der Juden auf dem Lande und die Tatsache, daß die Vernichtung in den bereits vor 1939 sowjetischen gegenüber den polnischen Gebieten weiterging, könnte man damit in Einklang bringen; jahrelang »bolschewisierte« Juden erschienen offenbar gefährlicher. Aber warum wurde in den Ghettos im westlichen Abschnitt »nur« ein Teil der Juden umgebracht, wenn alle »Bestien« sein sollten? Bestanden die vermeintlichen jüdischen Partisanen oder »Verbrecher« vornehmlich aus Frauen, Kindern, alten Leuten und Arbeitslosen, die aus den Ghettos nicht herauskamen? Ganz offenbar richteten sich diese selektiven Morde in den Ghettos gegen die als unnütz Betrachteten. Außerdem ging es vermutlich um bessere Quartiere und Verpflegung für durchziehende Truppen; denn fast alle heimgesuchten Städtchen lagen entweder direkt an den Durchgangsstraßen Brest-Minsk und Baranowitschi-Minsk oder höchstens 15 Kilometer davon entfernt. Die am Leben gelassenen jüdischen Arbeitskräfte wurden vor allem für Dienste bei Wehrmacht und Organisation Todt genutzt.⁶⁷⁰

Die Bedeutung wirtschaftlicher Erwägungen für die Morde an den Juden zeigt sich noch deutlicher an den übrigen Vernichtungsaktionen Ende 1941 im GK Weißruthenien, die die Einheiten von Sicherheitspolizei und SD durchführten, und die jeweils auf örtliche Entscheidungen zurückgingen. Die größte, gleichzeitig die größte Massenexekution in Weißrußland im Jahre 1941 überhaupt, fand am 14. November in Slonim statt, als Sicherheitspolizei, Zivilverwaltung, Wehrmacht und Gendarmerie kooperierten, um etwa 9500 jüdische Menschen, vorwiegend Frauen, Kinder und alte Leute, zu ermorden.⁶⁷¹ Im Oktober 1941 hatte das Gebietskommissariat den Juden

668 EGr A, Gesamtbericht bis zum 15. Oktober 1941, BA F 15521, Bl. 8326 (erstes Zitat); Bericht KdS Minsk vom Januar 1942, IfZ Fb 104/2 (zweites Zitat). Ähnlich Kommandant in Weißruthenien v. 3. 11. 1941, BA D-H FW 488, A. 19.

669 Vgl. dagegen Heer 1994, S. 23–25, Zitat S. 23.

670 Hierzu Fenz an Lohse v. 10. 2. 1942, Nbg. Dok. PS-3667. Sluzk, Klezk, Baranowitschi, Stolbzy und Lachowitschi lagen an den erwähnten Straßen, Byten, Mir und Neswisch waren 5 bis 15 km entfernt. Zum Zusammenhang zwischen Ermordung der Juden und Partisanenbekämpfung vgl. auch Kap. 7.4b.

671 Zahl der Opfer nach folgenden Angaben: der GebK Erren erwähnte in seinem Lagebericht v. 25. 1. 1942, von ursprünglich 16000 Slonimer Juden im September 1941 seien noch 7000 vorhanden (StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband D). Die gegen ihn gerichtete Anklageschrift v. 27. 12. 1971 (S. 273) ging von 9000 Opfern aus. Laut einer Zeugenaussage sind in Slonim 9447 Todesopfer offiziell festgestellt worden (Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung v. 31. 3. 1964, ebd., Bd. 22, Bl. 4271). Alpert, S. 87, gibt 9400 an. – In einem Brief des Soldaten Heinrich Schumacher vom Stalag 337 (Lesnaja bei Baranowitschi) v. 23. 12.

befohlen, in zwei Ghettos umzuziehen; eins für die sogenannten nützlichen Arbeitskräfte und ihre Familien (das für alle von ihnen aber zu klein war) und eins für die übrigen Menschen. Anfang November wurden von der Abteilung Arbeit des Gebietskommissars Ausweise für unentbehrliche Arbeiter, sogenannte Lebensscheine, ausgestellt. Ferner wurde den Juden eine Zwangsabgabe von Wertsachen und Pelzen auferlegt. Auf den Tschepelower Feldern ließ der Ortskommandant Glück zu dieser Zeit Gruben für Massengräber ausheben. Im Gebietskommissariat gab es mindestens eine Vorbesprechung der beteiligten Instanzen. Am frühen Morgen des 14. November wurde das Handwerkerghetto abgesperrt, im anderen Ghetto selektiert. Die Opfer wurden teils mit Wehrmacht-LKW zum Erschießungsort gebracht, teils kolonnenweise im Fußmarsch dorthin getrieben. Die 6. Kompanie des Infanterieregiments 727 sowie Angehörige der Zivilverwaltung, Gendarmerie und weißrussische Schutzmannschaft (Hilfspolizei) übernahmen das Zusammentreiben, die Bewachung und Absperrung. Die zum Teil betrunkenen Erschießungskommandos kamen von der Dienststelle der Sicherheitspolizei aus Baranowitschi unter SS-Hauptsturmführer Waldemar Amelung und von der litauischen Schutzmannschaft, aber auch von der 6. Kompanie, der Gendarmerie und der örtlichen Schutzmannschaft. Es war ein regelloses Abschlichten mit Maschinengewehren ohne Feuerbefehle. Deshalb gab es viele, möglicherweise mehrere hundert Überlebende, von denen einige den Weg zurück ins Ghetto schafften. Die Opfer hatten sich vorher entkleiden müssen. Die Kleidung wurde später an Weißrussen verkauft. Abends fand beim Gebietskommissar eine Abschlusßbesprechung mit anschließender Feier statt.⁶⁷²

Treibende Kraft bei der Aktion war das Gebietskommissariat, dessen Beamte durch die Selektionen entschieden, wer umgebracht wurde. Gebietskommissar Ger-

1941 wird die Zahl mit 9500 ermordeten Juden angegeben. (Es gab – obwohl Schumacher vom Tatort Minsk sprach – außer bei Slonim in weitem Umkreis keine Erschießung, die annähernd so viele Opfer forderte.) Wie akzeptabel und normal manchem Besatzungssoldaten der Judenmord erschien, zeigt sich in seiner Beschreibung: »[...] ein Sonderkommando wurde abkommandiert die Juden alle zusammengetrieben, es ging nach Minsk, aber es ging in einen grossen tiefen Wald, ein grosses tiefes Loch und alle mussten über den grossen Sandhaufen, da hat es dann gerasselt, und in einem Tag waren 9500 von diesen üblen Elementen weg, mit Mann und Maus, nun so ist das schon oft gegangen, denn überall sind 80–90 % Juden vorhanden, nun mit diesem dummen Volk hier konnten sie es ja machen, das hätten sich die Juden nie träumen lassen, dass sie vor einem deutschen Soldaten den Hut ziehen müssen, ja so könnte ich Ihnen ein Buch erzählen, aber alle[s] später einmal mündlich. Gefreut hat es mich nur, dass in unserer schönen Betriebsgemeinschaft auch im Kriege eine so schöne Kameradschaft herrscht und dass alles noch gesund ist. Welch glückliche Stunde wird schlagen, wenn wir einstmals wieder alle gesund zurückkommen dürfen. Ein kleines Christbäumchen haben auch wir uns aus dem Wald geholt, das wird auch morgen abend in unserem kleinen trauten Heime hier im fernen Osten erstrahlen, in stillem Gedenken an unsere schöne deutsche Heimat [...]«. BA F 41153, Bl. 122 f. – maschinenschriftlich, mit Unterschrift –; Identifizierung der Feldpostnummer laut Mitteilung der Wehrmachtauskunftsstelle Berlin v. 21. 10. 1996; Abdruck des Dokuments in: N. Müller 1991, S. 239.

⁶⁷² Vgl. StA Hamburg 147 Js 29/67, Anklageschrift v. 27. 12. 1971, S. 263–286; Berichte J. H. und Dr. N. K., ebd., Sonderbände J, Bl. 61–68, und K1, Bl. 29 f. und 34–39, unter Berufung auf Überlebende, die ins Ghetto zurückkehrten; Vern. F. L. v. 1. 2. 1960, Bd. 1, Bl. 107R-108; Vern. H. T. v. 21. 10. 1964, Sonderband II/1, Bl. 34. Die »Vorbereitungen« schilderte der GebK Erren auch selbst (»Enteignung«, Verteilung von Einrichtungsgegenständen an deutsche Dienststellen, »genaue Kennzeichnung der Juden nach Zahl, Alter und Beruf, einer Herausziehung aller Handwerker und Facharbeiter, ihre Kenntlichmachung durch Ausweise und gesonderte Unterbringung«): GebK Slonim, Lagebericht v. 25. 1. 1942, Sonderband D.

hard Erren («daher traf ich von vornherein Vorbereitungen für eine größere Aktion») berichtete über den wirtschaftlichen Ertrag der Ermordung der Juden:

»Slonim [war] bei meiner Ankunft stark überbevölkert, die Wohnverhältnisse teilweise katastrophal. Die Judenaktion vom 13. 11. schaffte fühlbare Abhilfe; es wurde möglich[,] eine Straße völlig zu räumen und für Deutsche Dienststellen und Wohnungen herzurichten. [...] Die vom SD am 13. 11. durchgeführte Aktion befreite mich von unnützen Fressern; und die jetzt vorhandenen ca. 7000 Juden in der Stadt sind sämtlich in den Arbeitsprozeß eingespannt, arbeiten willig aufgrund ständiger Todesangst und werden im Frühjahr genauestens für eine weitere Verminderung überprüft und aussortiert.«⁶⁷³

Das waren nicht positive Seiten, die Erren dem Massaker nachträglich abgewann, etwa um zu einer rationalen Sache umzudeuten, was in Wahrheit ausschließlich dem Rassenhaß entsprungen wäre. Das Wort von den »unnützen Fressern« war nicht nur eine schnoddrige Bemerkung, sondern dieser Aspekt war der eigentliche Anlaß dafür, daß die Mordaktion zu diesem Zeitpunkt angesetzt wurde. Eine jüdische Frau hörte zufällig mit, wie der bei ihr einquartierte stellvertretende Ortskommandant, ein Stabsfeldwebel, kurz vor dem 14. November mit einem Angehörigen des Gebietskommissariats darüber sprach, »daß das Gebietskommissariat eine Vernichtungsaktion an etwa 10000 Juden in Slonim vorbereitete.« Das Gerücht darüber verbreitete sich im Ghetto.⁶⁷⁴ Nach dem Massaker nannte der Stabsfeldwebel auf Nachfrage eines Juden zwei Motive für die Tat:

»Der erste Grund sei der, daß in Anbetracht der schwierigen Versorgungslage rund 10000 Juden vernichtet werden mußten, damit sich für die übrigen die Versorgungslage verbessere. Der zweite Grund sei der, daß der Führer gesagt habe, daß auf europäischem Boden kein Jude am Leben bleiben könne. Nur die Juden, die sich jenseits des Urals befänden, könnten die Hoffnung haben, daß ihnen gestattet werde, zu leben.«⁶⁷⁵

Auch beim Appell des Erschießungskommandos erklärte der Chef der beteiligten Wehrmachtkompanie, die Juden mußten wegen der Ernährungslage erschossen werden.⁶⁷⁶ So wurde fast genau nach Plan gemordet – nachmittags wurde das Töten plötzlich gestoppt, als die »Quote« erreicht war, und einer Überlebendenaussage zufolge konnten die Juden kurz danach wieder unbehelligt im Ghetto umhergehen.⁶⁷⁷ Zwar mordeten die Schützen unmenschlich, grausam und gewiß voller Rassenhaß. Dieser erfüllte auch die Befehlsgeber, doch ordneten sie das Verbrechen – wie in vielen anderen Fällen⁶⁷⁸ – nicht allein an, weil man Juden vor sich hatte, sondern auch,

673 Ebd. Erren bezeichnete stets den 13. 11. als Datum der Aktion; nach allen Zeugenangaben war es aber der 14. 11. 1941.

674 Vern. A. O. v. 26. 10. 1960 in Tel Aviv (Übersetzung), ebd., Sonderband C1, Bl. 19; Erklärung J. M. (etwa 1946, Übersetzung), ebd., Bd. 1, Bl. 140.

675 Vern. A. O. v. 26. 10. 1960, ebd., Sonderband C1, Bl. 22.

676 »Der KpChef erklärte uns, daß die jüdische Bevölkerung nichts zu essen habe; verhungern lassen wolle man sie aber nicht und deshalb sei es besser, sie werde erschossen.« Vern. X. M. v. 1. 2. 1974, ebd., Bl. 10326.

677 In diesem Punkt gehen die Aussagen allerdings auseinander. Vgl. Erklärung J. M. (etwa 1946), ebd., Bl. 142, und Alpert, S. 87.

678 In Glebokie erschossen die Deutschen ungefähr zur gleichen Zeit eine Anzahl Juden, »für die sie die Bezeichnung ›lebensunwertes Leben‹ verwendeten«. Grossman/Ehrenburg, S. 320.

weil sie aus sozialen oder wirtschaftlichen Gründen im Wege waren. Das rassistische Denken der Täter ließ keinen Zweifel aufkommen, wer im Fall eines Versorgungsproblems zuerst getötet werden müsse, nämlich die verhassten Juden, die ohnehin gefährlich, zumeist unnütz und überflüssig seien. Freilich fehlte auch die große Perspektive nicht ganz: Errens »oberste Devise war: Neuordnung Europas«, wie er später selbst aussagte.⁶⁷⁹ Für die »Ziele des neuen Europas« erschien ihm »notwendig die Ausmerzung des Negativen und Förderung des Positiven. Das negativste politische Element [waren] die Juden [...]«. ⁶⁸⁰

In Nowogrodek wurden am 8. Dezember 1941 3000 bis 4000 Juden erschossen. Auch hier spielten der Gebietskommissar – SS-Sturmabführer Wilhelm Traub, ein SD-Offizier – und sein Judensachbearbeiter eine führende Rolle. Die 7. Kompanie des Infanterieregiments 727 stellte die Absperrung und Erschießungskommandos. Die Litauer führten ansonsten unter Aufsicht der Sipo die Morde fast allein durch. Über die Entschlußbildung kann aber nichts Genaues gesagt werden.⁶⁸¹

Bei den Erschießungen in Minsk im November 1941 wurde genau wie in Slonim nach Pensum gemordet, aber neben dem Ernährungs- spielte auch das Wohnungsproblem eine Rolle. In der Stadt herrschte großer Mangel an Wohnraum. Im Ghetto sollte Platz für die bis zu 25000 erwarteten, nach Minsk zu deportierenden deutschen, österreichischen und tschechischen Juden geschaffen werden. Zu diesem Zweck plante man, 12000 Minsker Juden zu vernichten.⁶⁸² Hierzu gab der Stab der Einsatzgruppe A telefonisch einen Befehl an den Leiter eines aus Angehörigen verschiedener Einsatzkommandos bestehenden, Mitte Oktober nach Minsk entsandten Trupps, SS-Sturmabführer Hans-Hermann Remmers. Dieser bat weisungsgemäß

679 Vern. Gerhard Erren v. 30. 6. 1964, ebd., Bl. 4686. Erren, genannt »Blutiger Gebietskommissar« (»Wenn ich gefragt werde, warum ich es vermieden habe, mit mehr Juden in Berührung zu kommen, so muß ich sagen, ich wollte vermeiden, in den Geruch zu kommen, ein Freund der Juden zu sein. Ihr Schicksal ergriff mich«) wurde in der Bundesrepublik nie rechtskräftig verurteilt. Vermerk StA Hamburg v. 19. 1. 1977, ebd., Bl. 12191–12195; das Urteil »Lebenslang« v. 25. 6. 1974, Bd. 62, wurde aus formalen Gründen kassiert. Zitate: Eidesstattl. Erklärung Alfred Metzner v. 18. 9. 1947, in: Schoenberger (Hg.) 1981, S. 136, sowie Vern. Erren v. 1. 7. 1964, Bl. 4703. – Erren (* 1901) war von Beruf Sportlehrer, 1919–1933 ununterbrochen in paramilitärischen Verbänden, 1937–1939 Kameradschaftsführer in der NS-Ordensburg Crösinssee, 1939–1941 Soldat, 1941–1944 bis auf eine kurze Unterbrechung GebK in Slonim; 2. 3. 1944 als Sturmabführer in die SS übernommen, 1945 Führer für weltanschauliche Fragen bei der Waffen-SS, vier Kinder. Urteil eines ehemaligen Mitarbeiters in Slonim: »Erren war intelligent, sehr guter Redner, musikalisch, leider ohne Moral, aussergewöhnlich raffiniert u. zweifelsohne Alkoholiker«. Zum Herrenmenschen fehlte ihm allerdings noch einiges: in Slonim nahm er bei der Gendarmerie Reitstunden. Zwischen 1945 und Januar 1948 war er von den Briten interniert, später Lehrer. Vgl. Erkenntnisse des genannten Verfahrens, Zitat Abschiedsbrief P. v. 10. 5. 1961, Bl. 1497; BDC, PA Gerhard Erren; BA R 93/2; Rürup (Hg.), S. 89.

680 GebK Slonim, Tätigkeitsbericht v. 10. 8. 1944, IfZ Fb 104/2.

681 Siehe Vern. L. S. v. 23. 3. 1960, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 520f.; Vern. W. H. v. 11. 6., A. W. v. 21. 8. und A. H. v. 11. 11. 1963, ZStL 202 AR-Z 94(e)/59, Bl. 311–312R; Zwischenbericht Nr. 1 (Nowogrodek) der israelischen Polizei über Zeugenvern. v. 1. 9. 1963, ebd., Bl. 329–333; Der Ltd. OstA bei dem LG Hamburg v. 16. 3. 1960, Sachstandsbericht v. 16. 3. 1960, StA München I, 113 Ks 1/65a–b, Bl. 363–366; Heer 1994, S. 25; Enzyklopädie des Holocaust, S. 1018f. Nach A. W. wurde ein Mann zum Zählen abgestellt, der auf 2990 Erschossene kam (es wurde in Zehnergruppen erschossen). Jüdische Zeugen nannten meist eine Zahl von 4000 Todesopfern.

682 Das sagten sowohl deutsche als auch jüdische Zeugen aus. Vgl. Vern. A. H. v. 9. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2271; Vern. W. R. O. v. 24. 12. 1945, ebd., Handakten Bd. 1; Grossman/Ehrenburg, S. 246.

den SSPF Weißruthenien, Zenner, um Unterstützung. Zenner hatte Remmers schon Mitte Oktober seinerseits mitgeteilt, er werde demnächst mit großen Aktionen gegen die Juden beginnen.⁶⁸³ Zwischen dem 7. und 11. November erschossen Sipoeinheiten und Hilfspolizei nach eigenen Angaben 6624 jüdische Menschen (auch hier war extra ein Mann zum Zählen abgestellt worden), Schutzpolizei und Gendarmerie übernahmen die Absperrung. Juden mit Arbeitsausweisen wurden freigelassen. Die Opfer stammten aus bestimmten, freizumachenden Straßen des Ghettos und wurden zum Teil zunächst in die Kaserne Tutschinka gebracht, die die Einsatzgruppe B ursprünglich zum Konzentrationslager hatte ausbauen wollen. Zum Teil sollen sie mit der Eisenbahn dorthin gebracht worden sein. Dort hielt man sie teilweise drei Tage ohne Nahrung fest, bevor man sie abschlachtete.⁶⁸⁴ Da das Soll von 12000 Ermordeten nicht erreicht war, begingen die gleichen Täter am 20. November ein weiteres Massaker, dem etwa 5000 Juden zum Opfer fielen. Auch hier gab es eine Selektion. Am 10. und 11. Dezember erschoss die Sicherheitspolizei unter dem kurz zuvor eingetroffenen neuen Gestapochof Heuser sowie SS-Untersturmführer Burgdorf weitere 2000 jüdische Menschen. Die Exekutionskommandos stellten Letten.⁶⁸⁵ Das bedeutet, daß die ursprüngliche Einwohnerzahl des Minsker Ghettos wahrscheinlich geringer war als in Überlebendenberichten und der Literatur überwiegend angegeben. Anstatt 80000 bis 100000 betrug sie zwischen 50000 und 60000 Menschen.⁶⁸⁶ Dazu trafen Ende 1941 rund 7000 deutsche Juden ein (vgl. Kap. 7.5a).

683 Urteil LG Koblenz 9 Ks 1/61 v. 12. 6. 1961, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 17, S. 510–514; Anklageschrift v. 5. 12. 1960, LHA Koblenz 584,1, Nr. 3566, Bl. 1002 und 1014; Vern. H.-H. Remmers v. 15. 3. 1960, ebd., Nr. 3568, Bl. 1–4; ders. v. 17. 2. und 21. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2338–2340 und 2412–2414.

684 Überlebendenberichte bei Smolar, S. 39–42; Grossman/Ehrenburg, S. 242–244; Krasnoperka, S. 22–24; ferner EM 140 v. 1. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934; Urteil gegen Zenner, a.a.O., S. 513; undatierte Aufzeichnung Frieda Wulfofna Reisman, MGVK Minsk 20-10^a-15-Nr. 23774; Vern. F. S. v. 26. 7. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 4078f. Zu Tutschinka Reitlinger, S. 229 (hier unter der Bezeichnung Turkczyński-Festung), Smolar, S. 27f. (danach handelte es sich um das ehemalige Hauptquartier der 6. NKWD-Abteilung) und Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen v. 31. 7. 1941, Nbg. Dok. NO-2651: »Wie in Kowno wurden auch in Minsk zwei ehemalige Befestigungsanlagen zu jüdischen Konzentrationslagern umgebaut, um die Überprüfung der Juden zu gewährleisten.« Die andere Anlage war die Kaserne in Masjukowschtschina (später Stalag 352, das sogenannte Waldlager). Es gibt aber keinen Hinweis darauf, daß Tutschinka tatsächlich einmal in der geplanten Weise genutzt wurde.

685 November: Grossman/Ehrenburg, S. 245; Krasnoperko, S. 25–27; mündl. Mitt. Anna Krasnoperko v. 16. 10. 1993. In der Literatur und bei den Ermittlungen der bundesdeutschen Justiz wurde diese Aktion übersehen. – Dezember: Kohl (Hg.), Vern. Franz Karl Hess im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, in: »Die Wahrheit« v. 24./25. 9. 1988; Vern. Franz Karl Hess v. 16. 12. 1945, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 18; Eigenhändige Angaben desselben v. 19. 7. 1945, BA D-H ZR 810, A. 23, Bl. 3. Auch diese Exekution hat bei bundesdeutschen Nachforschungen keine Rolle gespielt. Sie fehlt selbst in den Erinnerungsberichten. Hess kann sich kaum im Datum geirrt haben; er kam zwischen 1. und 4. 12. nach Minsk (vermutlich mit dem Trupp unter Heuser) und fuhr am 18. 12. wieder in Weihnachtsurlaub. – Kleinere: Exekutionen gab es in Minsk Ende September (142 Opfer/EM 108 v. 9. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 2859) sowie nach Zeugenangaben zwischen November und Januar »laufend«: Vern. des deutschen Juden W. M. v. 8. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1395.

686 Am 5. Januar 1942 bezifferte der Stadtkommissar Janetzke die Zahl der Minsker Juden auf 15000 bis 18000 zuzüglich 7000 deutscher Juden. KdS-Judenreferent Burkhardt sprach von 18000. Nach einer anderen Quelle gab es dort zur gleichen Zeit einschließlich der deutschen 20000 »einsatzfähige Juden« (11000 Männer und 9000 Frauen). Seit Sommer 1941 waren vier beschrieben vernichtet worden: etwa 10000 jüdische Menschen aus dem Zivilgefangenenlager und der Stadt in Drosdy und vermutlich in Tutschinka, 5000 im August und September, 2000 aus dem Zivilgefangenenlager im Oktober sowie

Auch das große Novembermassaker lehnte die Zivilverwaltung nicht etwa ab. Am 9. November, während der Erschießungsaktionen, wurde der Stadtkommissar Wilhelm Janetzke in sein Amt eingeführt. Bei der Zeremonie hetzte Kube gegen die Juden.⁶⁸⁷ Auch wenn die Zivilverwaltung Ende 1941 aus wirtschaftlichen Erwägungen gegen die Vernichtung *aller* Juden war, so plädierte sie doch aus denselben Gründen *für* die Vernichtung *eines Teils*.⁶⁸⁸ Außer dem Wohnungs- und Quartiermangel ging es ihr auch in Minsk um eine Ernährungskrise.⁶⁸⁹ Der ehemalige Minsker Gestapochof Heuser erinnerte sich, die Massenmorde von Seiten des KdS um die Jahreswende 1941/42 seien »als örtliche Aktionen anzusehen. Überörtliche Einsatzbefehle oder ähnliche Anweisungen sind meines Wissens bei diesen Aktionen nicht erlassen worden. Es handelte sich in der Hauptsache in diesem strengen Notwinter darum, ›lebenswertes‹ Leben, d.h. Weißruthenen[,] zu Lasten ›unwerten oder kranken‹ Lebens (Juden, Zigeuner und Geistesranke sowie Gefängnisinsassen) zu retten.«⁶⁹⁰

Da weder die Nahrungsmittelproduktion erhöht noch die Verteilung geändert werden sollte (die Versorgung der Wehrmacht hatte weiter Vorrang), gab den Verwaltungsangehörigen ihre rassistische Weltanschauung das Mittel an die Hand, das

14 000 im November/Dezember. Dazu kamen die Opfer von Hunger und Krankheiten sowie kleinerer, meist nicht dokumentierter Aktionen, die aber als Erklärung für die Differenz zu den in der Literatur genannten Einwohnerzahlen nicht genügen. – Der Judenrat schätzte, daß bis Ende 1941 30 000 Juden in Minsk ermordet worden seien, was mit den hier genannten Zahlen übereinstimmt (Smolar, S. 52, der die Zahl der Verbliebenen jedoch unrealistisch mit 80 000 angab). – Siehe Janetzke an Rosenberg v. 5. 1. 1942, StA Hannover 2 Js 499/61, Sonderheft 3, Bl. 15 f.; Bericht KdS Minsk, Januar 1942, IfZ Fb 104/2; Bericht ohne Überschrift vermutlich des RüdKdos Minsk, entstanden zwischen 1. und 15. 2. 1942, ZStA Minsk 370-1-245, Bl. 27. Vgl. Gartenschlaeger, S. 112 f., der als einziger die gängigen Zahlen als zu hoch anzweifelt; Vern. P. I. Dobin im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 48 (danach wurden vom Judenrat 85 000 Juden registriert); nach dem Bericht der Ingenieurin Pikman (Grossman/Ehrenburg, S. 333) wurden 75 000 registriert; »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR-38, BA F 16030 (100 000 nach Angaben von fünf Zeugen); Kumanew, S. 64 (ähnlich); Reitlinger, Endlösung, S. 251 (zu niedrige Zahl von 40 000, da er 100 000 Einwohner in Minsk kurz nach Eroberung ansetzt mit Berufung auf Halder, der aber nicht im Juli, sondern erst am 12. 11. nach Minsk kam, vgl. KTB Halder, Bd. III, S. 31 ff. und 288); ebenso Ainsztein, S. 222; Kohl, S. 71 (85 000); Orbach, S. 32 ff. (80 000 bis 100 000; vgl. die Opferzahlen der Massaker nach zahlenmäßig übertriebenen Angaben Überlebender ebd., S. 42 f.); ähnlich Cholawsky, Judenrat, S. 115, 118, 126; Wilenchik, S. 247 (80 000); zuletzt Matthäus 1995, S. 260. 1939 hatte Minsk 70 998 als jüdisch gemeldete Einwohner: Altschuler, Distribution, S. 38. Ein Teil wurde evakuiert; andere wanderten zu bzw. wurden zwangsweise aus der Umgebung ins Ghetto gebracht.

687 »Der Winter wird hart werden und die Bevölkerung von Minsk wird an den Lasten dieses vom Weltjudentum provozierten Krieges schwer mitzutragen haben.« Zitiert nach: Deutsche Post aus dem Osten N. F. 14 (1942), H. 1, S. 28 f. Vgl. zu Janetzkes Amtszeit ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 2, Abschlußbericht v. 28. 7. 1967 unpag.

Janetzkes Funktion (die vorher der GebK Minsk-Land Dr. Kaiser mit übernahm) war möglicherweise an das Dortsein deutscher Juden gebunden. Er kam am 9. November, einen Tag vor Ankuft des ersten Transportes aus Hamburg, und er ging am 1. Oktober 1943, eine Woche nach Liquidierung des »deutschen« Ghettos, aber vor der Liquidierung des »russischen«. Sein Nachfolger war Johann Ewald Becker.

688 Siehe S. 580 in dieser Darstellung.

689 Siehe Kubes Briefe ans RMO v. 16. 12. 1941 (im Faksimile abgedruckt in: Weinreich, S. 153 f.) und 6. 2. 1942, IfZ Fb 104/2.

690 Vern. Georg Heuser v. 1. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4291. Zur Bewertung dieser Aussage ist zu beachten, daß Heuser zu dieser Zeit bereits verurteilt war und sich mit ihr außerdem eher belastete.

Ernährungsproblem einigermaßen zu ›lösen‹ und die Mehrheit der Landesbevölkerung ruhig zu halten. Soviel ist klar: die Versorgung der Bevölkerung und die entsprechenden politischen Erwägungen waren Sache der Zivilverwaltung, nicht der Polizei. Es machte den Repräsentanten der Zivilverwaltung nichts aus, selbst die Ermordung von Juden anzuordnen wie Kube in Marina Gorka oder dem kurzzeitigen Gebietskommissar in Grodno.⁶⁹¹ Sie versuchte sich zum Zweck der Judenvernichtung anderer Einheiten, auch der Wehrmacht, »zu bedienen«.⁶⁹² Diese waren manchmal nicht mehr als der ausführende Arm der Zivilverwaltung. Wie es ein ehemaliger Abteilungsleiter im GK Weißruthenien ausdrückte: »Ich meine, im großen und ganzen fühlte sich die Zivilverwaltung zuständig für Judenfragen.« Sie übte diese Zuständigkeit auch aus. So bestimmte sie über Ernährung, Arbeitseinsatz, medizinische Versorgung und Wohnverhältnisse der Juden.⁶⁹³ Schon damit konnte man töten und tat es, aber die Zivilverwaltung unternahm mehr. Entsprechend antwortete Kubes ehemaliger Adjutant Wildenstein auf eine Fangfrage der Kriminalpolizei:

»Frage: Sie wissen sicher, daß die Lösung der Judenfrage im Raum Weißruthenien zu Händen des Generalkommissars Kube lag.

Antwort: Jawohl, das ist mir bekannt. Ich kann aber nicht sagen, welchen Weg die Befehle gegangen sind. Mir ist bekannt, daß Kube über diesen Punkt immer zuerst mit Zenner gesprochen hat.«⁶⁹⁴

Auch hätten Besprechungen mit dem KdS in Kubes Zimmer stattgefunden. Allerdings ordnete sich die KdS-Dienststelle dem Generalkommissar hinsichtlich der Judenerschießungen nicht immer unter, woraus ein Teil der Konflikte zwischen beiden entstand.

Auf den höheren Ebenen versuchte die Zivilverwaltung ebenfalls, die Kompetenzen in der sogenannten Judenpolitik vollständig in die Hand zu bekommen, ohne daß es ihr freilich gelang. Der zuständige Sachbearbeiter im Reichskommissariat Ostland, Karl Friedrich Trampedach, arbeitete einen Entwurf für die Aufgabenverteilung für eine Amtsgruppe »Judentum« aus, der sich auch auf das Sachgebiet »e) Endlösung« erstreckte.⁶⁹⁵ Ein vor dem 23. September 1941 erstellter Geschäftsverteilungsplan der Hauptabteilung Politik im Ostministerium sah unter Bräutigam ein Referat II L 6 »Judentum« mit fast ebenso weit reichender Aufgabenstellung vor.⁶⁹⁶ 1942 be-

691 Dieser bat den Ortskommandanten um die Erschießung von sieben Juden (»Ich habe heute die Erschießung der nachbezeichneten Juden angeordnet«) wegen Nichtarbeitens und Kartenspiels. GebK Grodno an OK Grodno und Kommandantur der Stadtpolizei Grodno an GebK, beides vom 7. 10. 1941, Sonderarchiv Moskau 1323-2-250, Bl. 89f.

692 StA Hamburg 147 Js 29/67, Anklageschrift v. 27. 12. 1971, S. 126. Siehe ebd., S. 168: »Die Zivilverwaltung sonderte insbesondere die ›nützlichen‹ Juden aus, wählte den Erschießungsplatz, ließ die Gruben ausheben und verteilte die entsprechenden Ausweise.«

693 Vgl. Kap. 7. 3. Zitat: Vern. H. v. R. v. 18. 5. 1966, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 3019.

694 Zeugenvern. Karl Wildenstein v. 7. 7. 1966 durch das LKA Baden-Württemberg, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 7544.

695 Weinreich, S. 147 und 254.

696 »II L 6 Judentum

Gesetzgebung und allgemeine Richtlinien für die Behandlung der Judenfrage
Abschliessung und Umsiedlung
Wirtschaftliche Betätigung, berufliche Umschichtung [!]
Vermögensregelung.«

schrieb das Ostministerium seine Auffassung noch genauer. Reichs- und Generalkommissare hätten »ein nicht zu bestreitendes Führungs- und Hoheitsrecht, hier nach den Notwendigkeiten sowohl der selbstverständlichen Politik gegen das Judentum als auch der Kriegswirtschaft und Landesverwaltung zu bestimmen.«⁶⁹⁷ SS und Polizei sollten nicht, wie sie beanspruchten, »die Zuständigkeit für das Gesamtgebiet der Judenangelegenheiten« bekommen, sondern »zuständig sein nur für die Durchführung der Ausscheidung der Juden« – also fürs Töten.⁶⁹⁸

Insgesamt ermordeten die Deutschen und ihre Helfer in Weißrußland 1941 etwa 190 000 jüdische Menschen. Weitere circa 320 000 lebten noch und wurden 1942/43 umgebracht.⁶⁹⁹ Im GK Weißruthenien waren im letzten Vierteljahr 1941 60 000 Juden erschossen worden, davon mehr als 30 000 von Kräften der Einsatzgruppe A.⁷⁰⁰

f) Die Frage der Entschlußbildung:

»Absichten« und »Befehle« zum Mord an den weißrussischen Juden

Zur Entstehung der Absicht, die sowjetischen Juden zu ermorden

Aus dieser Arbeit ergeben sich einige Erkenntnisse und Schlußfolgerungen über den Mord an den sowjetischen Juden – mithin über den Beginn der Judenvernichtung –, die nun zusammengefaßt werden sollen. Selbstverständlich kann es sich dabei nicht um eine geschlossene, allumfassende Darstellung oder Theorie handeln, gerade was die Zentralstellen im Reich angeht. Sie rücken im Rahmen dieser Regionalstudie nur zum Teil ins Bild. Auch können Entschlußbildung und Befehle zum Mord an den Juden in den anderen Ländern Europas nicht einbezogen werden. Die Klärung der Zusammenhänge zwischen der Entschlußbildung und Vorgehensweise zur Ermordung der sowjetischen Juden und denen im übrigen Europa bleibt ein Desiderat der Forschung.

Im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte ist über die Frage gestritten worden, wann die Einsatzgruppen den Befehl erhielten, alle sowjetischen Juden zu ermorden, im Juni oder etwa im August 1941, und auf welchem Weg das geschah. In Nürnberg hatten im Gefolge des einzigen verhandlungsfähigen Einsatzgruppenchefs der ersten Stunde, Otto Ohlendorf (Einsatzgruppe D), fast alle Einsatz- und Sonderkommandochefs

Geschäftsverteilungsplan der Hauptabteilung II Politik [des RMO, undatiert], BA D-H ZA I/6004. Nach RMO II 1c, Betr.: Gliederung der Behörde (gez. Rosenberg) v. 23. 9. 1941 (ebd.) trug die Hauptabteilung Politik die Bezeichnung Hauptabteilung I (zuvor II). Das war bis zur Umstrukturierung des Ministeriums im Jahre 1943 ununterbrochen so; daher die Datierung.

697 Begründung zur Aufzeichnung über das Verhältnis zwischen dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und dem Reichsführer SS (undatiert), BA R 43 II/684a, Bl. 146.

698 Zuständigkeitsabgrenzungen auf dem Gebiet der Judenfrage in den besetzten Ostgebieten v. 6. 5. 1942, ebd., Bl. 155.

699 Rund 60 000 im Bezirk Bialystok, 80 000 im GK Wolhynien-Podolien, 150 000 im GK Weißruthenien und 30 000 im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte. Die Grundlage der Zahlenangabe in der Niederschrift zur Wannseekonferenz v. 20. 1. 1942 – »Weißrußland ausschl. Bialystok 446 484« – ist nicht ersichtlich, die Zahl abwegig. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie E: 1941–1945, Bd. I, Göttingen 1969, S. 270.

700 33 210 nach EM 155 v. 14. 1. 1942, BA-MA SF-01/28935, Bl. 3611 (Überlebende 139 000). 41 828 nach dem Bericht der EGr A für 16. 10.–31. 1. 1942 und dem Bericht des KdS Minsk vom Januar 1942 (Überlebende 128 000: IfZ Fb 101/35 und Fb 104/2). 7620 bereits nach deren Gesamtbericht bis 15. 10. 1941, Anlage 8, BA F 1521, Bl. 8384. Die 7000 bis 8000 Opfer von Borisow (außerhalb des GK Weißruthenien) sind von diesen Zahlen abzuziehen. Ungeklärt sind v. a. ein Teil der Aktionen vor dem 15. 10. 1941.

erklärt, der Befehl sei ihnen vom Personalchef des RSHA, Bruno Streckenbach, oder von Heydrich kurz vor dem Angriff auf die Sowjetunion im Versammlungsraum der Einsatzgruppen oder in Berlin mitgeteilt worden. Als der totgeglaubte Streckenbach im Oktober 1955 aus sowjetischer Haft in die Bundesrepublik zurückkehrte, nahmen die meisten davon Abstand, daß er der Befehlsüberbringer gewesen sei, und mehr als die Hälfte der ehemaligen Leiter von Einsatzkommandos behaupteten nun, der Befehl sei erst Wochen nach dem Einmarsch in die Sowjetunion erfolgt. Die Diskussion⁷⁰¹ krankt daran, daß sie vor allem auf dem Hin- und Herwenden der Vernehmungen ehemaliger Mittäter beruht, die von verfahrenstaktischen Falschaussagen durchsetzt und völlig widersprüchlich sind. Für beide Positionen kann man dort Stoff für endlose Debatten beziehen.⁷⁰² In den Quellen gibt es ebenfalls für beide Thesen Indizien.

Klar ist, daß alle Einsatzgruppen in den ersten Wochen ihres Einsatzes beinahe ausschließlich jüdische Männer im wehr- und arbeitsfähigen Alter ermordeten, hauptsächlich die städtische jüdische Intelligenz.⁷⁰³ Erst später, im August und September, gingen sie dazu über, auch jüdische Frauen und Kinder zu töten. Seit Ende August wurden örtlich die ersten Ghettos von der Einsatzgruppe B ausgelöscht, im September zunehmend und seit Anfang Oktober flächendeckend. Bei Kriegsbeginn hatten die Einsatzgruppen und die übrigen SS- und Polizeieinheiten noch keinen Befehl, alle Juden – Männer, Frauen und Kinder – umzubringen. Ausgangsbefehle müssen aber existiert haben, welcher Art ist ungewiß.

Das ist einer der schwachen Punkte der August-These. Alfred Streim, einer ihrer Vertreter, muß sich darauf zurückziehen, in Pretzsch oder bei der Besprechung Heydrichs mit den Einsatzgruppenchefs in Berlin am 17. Juni 1941⁷⁰⁴ habe es »Vorläufer« des allgemeinen Endlösungsbefehls« durchaus gegeben: »Daß in diesem Zusammenhang die Wendung gefallen ist, das Ostjudentum sei auszurotten, ist durchaus mög-

701 Vgl. Krausnick 1981, S. 150–172; Streim 1981, S. 74–93; Kontroverse zwischen Streim, Krausnick u. a. in: Jäckel/Rohwer, S. 88–124; Ogorreck; Longerich 1991, S. 251–274; Burrin, S. 116 ff.

702 Dabei beziehen sich die Anhänger der August-These (Alfred Streim u. a.) lieber auf Justizunterlagen als die Vertreter der Juni-These (Helmut Krausnick u. a.). Zur eigenen Entlastung, so die ersteren, hätten Ohlendorf und andere, um zu zeigen, daß sie unter Befehlsdruck standen, fälschlich einen allgemeinen Judentötungsbefehl erfunden. Streckenbach sei als Überbringer gewählt worden, weil man ihn für tot hielt. Wenn er aber nicht der Überbringer war – warum ausgerechnet den vermutlich toten Streckenbach beschuldigen, wo doch der zweifellos tote Heydrich viel näher gelegen hätte? Und warum widerriefen alle ihre Beschuldigung Streckenbachs, als der zurück war: weil dieser tatsächlich nicht der Überbringer gewesen war und dies nun aufklären konnte, oder weil man ihn mit Rücksicht auf dessen Strafverfolgung nicht belasten wollte, obwohl er der Überbringer gewesen war? Über jeden einzelnen, der ihn nicht schützte, hätte Streckenbach doch als RSHA-Personalchef von 1941 seinerseits den Justizorganen belastende Dinge mitteilen können! Tatsächlich ging er straffrei aus (vgl. Wildt, S. 117). Außerdem konnten diejenigen, die einen Judentötungsbefehl zu Beginn bestritten, sich zwar nicht auf Befehlsnotstand durch denselben berufen, dafür aber die Sache so darstellen, als seien sie während des ursprünglich anders gedachten Einsatzes in die Judenmorde sozusagen hineingeschlittert. Man sieht, daß mit prozestaktischen Erwägungen auch eine gegenteilige These begründet werden könnte. Nur bliebe das *auch* weitgehend Spekulation.

703 Siehe die Beiträge von Dieter Pohl und Andrej Angrick über die Einsatzgruppen C und D in: Klein (Hg.); Krausnick 1981, S. 173 ff.; Wilhelm 1981, S. 533 ff.

704 Heydrich nahm in einem Fernschreiben an die Einsatzgruppenchefs am 29. 6. 1941 »Bezug auf meine bereits am 17. VI. in Berlin gemachten mündlichen Ausführungen«. Zitiert nach Longerich (Hg.) 1989, S. 118.

lich und liegt auch auf der Hand [...].⁷⁰⁵ Noch deutlicher äußerte sich Streim 1984. Danach »ist nach den vorliegenden – wenn auch spärlichen – Erkenntnissen davon auszugehen, daß die sogenannte Endlösung der Judenfrage – die allgemeine Vernichtung der Juden – bereits bei Einfall der Wehrmacht in die Sowjetunion beschlossene Sache war.«⁷⁰⁶ Auch Ralf Ogorreck, der die von Streim vertretene Argumentation vertieft hat, muß einräumen, es habe bei einer Besprechung im RSHA einen »Vorläufer des Endlösungsbefehls« gegeben.⁷⁰⁷ Nach Ansicht des Verfassers wäre es nützlich, hieraus die Konsequenzen zu ziehen und deutlicher als bisher üblich zwischen dem *Beschluß* oder besser der allgemeinen *Absicht*, alle sowjetischen Juden zu ermorden, und dem *Befehl* dazu zu unterscheiden. Damit ließen sich einige Widersprüche auflösen. Die Ausrottungsbefehle kamen vermutlich nicht sofort nach der Entschlußfassung, sondern mit zeitlichem Abstand.

Wenn man den spätestens seit Mai 1941 existierenden Plan der deutschen Führung, aus ernährungswirtschaftlichen Gründen ungefähr 30 Millionen sowjetische Menschen »verhungern« zu lassen oder zu vernichten, ernst nimmt – und in dieser Hinsicht gibt es keine begründeten Zweifel –, dann kann man der Folgerung nicht ausweichen, daß die deutsche Führung sich in Verbindung damit auch Gedanken über die Vernichtung der Juden gemacht haben mußte. Es gibt zwischen beiden Vorgängen nicht nur *allgemein* einen »engen Zusammenhang«, wie ihn schon Ulrich Herbert festgestellt hat, sondern ganz direkt und konkret: die Juden stellten einen erheblichen Teil der Stadtbevölkerung in den zu besetzenden westlichen Gebieten der Sowjetunion und in den Industriegebieten Mittelrußlands – jener Stadtbevölkerung also, die unbedingt reduziert werden sollte, und zwar durch Vernichtung. Diese Absicht richtete sich nicht nur gegen Männer im arbeitsfähigen Alter, sondern unterschiedslos gegen einen Großteil der Stadtbevölkerung. Wer sie sterben lassen wollte, traf damit auch fast alle sowjetischen Juden. Daß man mit dem Hungerplan bloß nachträglich »die Vernichtungsabsicht rationalisiert« habe, die schon bestand, quasi als psychologische Rechtfertigung, ist bloße Spekulation und insofern unwahrscheinlich, als die ernährungswirtschaftlich begründeten Vernichtungspläne früher nachweisbar sind und sich gegen weit mehr Menschen richteten als die Pläne zur Ermordung der sowjetischen Juden. Mit anderen Worten: diese Pläne sind nach dem bisher zugänglichen Quellenmaterial offenbar durchaus auf der Basis der ernährungswirtschaftlichen Absichten beschlossen worden, und sie speisten sich nicht aus Rassismus allein. Ohne ihn war der Hungerplan undenkbar, wie ein solches Projekt zum Beispiel gegen die französische Bevölkerung undenkbar gewesen wäre. Andererseits sollten in der Sowjetunion nicht »Juden« verhungern, sondern Städter. Es trifft auch nicht zu, daß pauschal »weder gegenüber den Juden noch den Kriegsgefangenen noch der sowjetischen Zivilbevölkerung [...] zu diesem Zeitpunkt Fragen des Arbeits-einsatzes dieser Menschen von Bedeutung«⁷⁰⁸ gewesen wären; dies entspricht einem

705 Streim 1981, S. 88. Daß Heydrich »seinerzeit lediglich die Weisung für die ›Selbstreinigungsaktionen‹ [Schürung von Pogromen, C. G.] in den zu besetzenden Gebieten erteilt« habe (ebd.), trifft sicher nicht zu und widerspricht Streims eigenen weiteren Ausführungen. Vgl. Longerich 1991, S. 256.

706 Alfred Streim, Zur Eröffnung des allgemeinen Judenvernichtungsbefehls an die Einsatzgruppen, in: Jäckel/Rohwer, S. 118.

707 Ogorreck 1996, S. 69, Anm. 93.

708 Alle Zitate: Herbert 1993, S. 203f.

auf das Deutsche Reich verengten Blickwinkel. Für das besetzte Gebiet trennten die deutschen Verwaltungen sehr genau zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen – die weißrussischen, die sowjetischen Bauern sollten ja unbedingt produzieren, ebenso beispielsweise die Landmaschinenindustrie.⁷⁰⁹ Die bisher fehlende Analyse des Hungerplans hat in diesem Punkt zu mancher falschen Einschätzung geführt.

Es ist noch umstritten, wann die Idee entstand, die mittel-, west- und südosteuropäischen Juden im Zug einer sogenannten Territoriallösung in die zu besetzende Sowjetunion zu deportieren und dort mörderischen Lebensbedingungen auszusetzen, möglicherweise verbunden mit großangelegten Zwangssterilisierungsprogrammen.⁷¹⁰ Sobald dieser Plan aber verfolgt wurde – spätestens im Frühjahr 1941 –, besaß er einen noch stärker genozidalen Charakter als bisher schon angenommen. Denn was sollte mit den europäischen Juden, Millionen Nichtselbstversorgern aus Sicht der deutschen Verwaltungen, in einem Gebiet geschehen, wo »zig Millionen Menschen« zu verhungern hatten? Wo sollten sie hingebracht werden, wenn nicht in Städte, deren Bevölkerung durch Hunger praktisch vom Erdboden verschwinden sollte? Sollte es den Juden etwa bessergehen? Von einer Versorgungsplanung für sie ist nichts bekannt. Auf diese Weise implizierte die Deportationsplanung nicht nur einen barbarischen Umgang mit den jüdischen Menschen Europas, sondern eine *sehr* hohe Sterblichkeit in relativ kurzer Zeit.⁷¹¹

Es wurde aber auch schon ausgeführt, daß die deutschen Hungerpläne vor der Invasion unrealistisch und undurchführbar waren, weil man so viele Menschen nicht »einfach« verhungern lassen konnte. Dies korrespondierte anscheinend mit dem Plan, die sowjetischen Juden zu ermorden: er war keineswegs schon minuziös ausgearbeitet, und beide Absichten waren interdependent. Dies paßt damit zusammen, daß verschiedene Einsatzkommandochefs wie Dr. Blume (SK 7a), Dr. Filbert (EK 9), Jäger (EK 3) und Ehlers (Stab der Einsatzgruppe B) aussagten, in Pretzsch und/oder Berlin habe Heydrich erklärt, das Ostjudentum müsse ausgerottet werden, ohne daß er aber einen konkreten Befehl erteilt habe, wie dies geschehen solle. Blume nannte das einen »Rahmenbefehl«. ⁷¹² Einerlei, ob nun eine entsprechende unkonkrete Wei-

709 Vgl. zu diesem Absatz die Kap. 2.3, 4.3 (auch zum Folgenden) und 5.2 in dieser Darstellung.

710 Siehe Aly 1995, S. 230–233, 268 ff.; Burrin, S. 70–105.

711 Die These von Richard Breitman, zwischen Januar und März 1941 sei eine Art Vorentscheidung über den Mord an den europäischen Juden gefallen (vgl. ders. 1994), gewinnt so trotz sachlich nicht haltbarer Punkte an Gewicht. Z.B. datiert Breitman Himmlers Treffen mit Bach-Zelewski u.a. SS-Gruppenführern auf der Wewelsburg auf Dezember 1940 (ebd., S. 487 und 492, Anm. 13; richtig: 12.–15. 6. 1941, siehe S. 57 dieser Darstellung). Ansonsten hat Breitman keinen Beleg dafür, daß bereits geplant war, die Juden zu töten. Hilberg, Täter, S. 29, vermerkt mit Bezug auf die Aufzeichnungen des Majors Engel, Hitler habe Anfang Februar 1941 gesagt, er habe bezüglich der Juden »weniger freundliche« Pläne als sie nach Madagaskar zu transportieren. Zu quellenkritischen Zweifeln an Engels »Tagebuch« siehe aber Anm. 11/74 dieser Darstellung.

712 Vgl. Streim 1981, S. 88 f. Die dort bemängelten Widersprüche in den Aussagen ließen sich mit dem hier skizzierten Ansatz erklären. Ebenso Filberts Bekundungen, daß Heydrich bei der Abschlußbesprechung als Aufgabe hinzugefügt habe, »die jüdische Ostbevölkerung zu liquidieren« (wie nach Hörensagen auch in Pretzsch, wo er, Filbert, aber bei der Befehlsüberbringung nicht anwesend gewesen sei), während seine Untergebenen erklärten, daß Filbert Ende Juli wahrscheinlich von Heydrich den Befehl, auch jüdische Frauen und Kinder zu töten, erhielt. Als Heydrich erstmals Streckenbach, Müller und Filbert über den bevorstehenden Sowjetunion-Einsatz informierte, sei von der Ermordung der Juden noch nicht die Rede gewesen, so Filbert. Vgl. Beschuldigtenvern. Alfred Filbert v. 9. 6. 1959, StA München I 22 Ks 1/61,

sung vor dem 22. Juni erteilt wurde oder nicht: die Absicht zur Tötung der sowjetischen Juden bestand zumindest bei der Führung. Damit war die anfängliche Beschränkung darauf, die jüdische Intelligenz im weiteren Sinne zu ermorden, taktischer Natur, eine (zumindest der Führung) bewußte Zurückhaltung. Das und der Mord an den militärischen und zivilen »Kommissaren« waren die ersten Schritte: zunächst mußte möglicher Widerstand im Keim erstickt werden, um dann mit relativ schwachen Besatzungstruppen und Polizeikräften die geplante brachiale Besatzungs-, Ausbeutungs- und Hungerpolitik ungehindert durchführen zu können. In diesem Sinne beruhten die anfänglichen Massenmorde der SS-, Polizei- und Wehrmachteinheiten an Juden auf rassistischem Denken, denn bei den Juden wurde das größte Widerstandspotential erwartet.⁷¹³

Während des Vormarsches und des Aufbaus von Militärverwaltung und einheimischer Hilfsverwaltung sowie der Judenräte mit Kennzeichnung, Registrierung und Ghettoisierung war viel mehr des Mordens ohnehin nicht möglich. Die Einsatzgruppen hatten zunächst auch zahlreiche andere Aufgaben, die Vorrang vor dem Morden hatten.⁷¹⁴ Zwei Berichte Nebes sprechen ebenfalls für ein taktisches Vorgehen: seine Bemerkung, das »Schwergewicht der exekutiven Tätigkeit« habe sich »zunächst gegen die jüdische Intelligenz« gerichtet,⁷¹⁵ und seine Ausführungen schon am 14. Juli darüber, daß »die wichtigste exekutivische sicherheitspolizeiliche Aufgabe« im rückwärtigen Heeresgebiet und nicht in Frontnähe liege, darunter an erster Stelle »Liquidierungen größeren Ausmaßes« sowie die Ermordung politischer Gegner, die sich angeblich erst »längere Zeit nach Abschluß der militärischen Operationen bemerkbar« machten.⁷¹⁶

Bl. 966R-67R, und v. 11. und 14. 5. 1959, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 1, Bl. 171 und 200f.; dagegen S. 552f. und 568f. in dieser Darstellung; Zeugenvern. Walter Blume v. 2. 8. 1958, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 254; ders. v. 20. 5. 1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 6, Bl. 264R; Vern. Ernst Ehlers v. 17. 4. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 843/R (will darauf als Chef EK 8 zurücktreten sein, um sich in den Einsatzgruppenstab B versetzen zu lassen), ders. v. 13. 3. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 430, und Vern. Alfred Filbert v. 9. 6. 1959, a.a.O. (lernte im Aufstellungsraum bereits Bradfish und nicht Ehlers als EK 8-Chef kennen). Ehlers war Stellvertreter Nebes als Leiter der EGr B und Leiter der Referate IV (Gestapo) und V (Kripo) im Stab. Nach einer Aussage hat er kurz nach Abmarsch der EGr B aus Deutschland ein schriftliches Konzept ausgearbeitet, das die Anweisung enthielt, alle Juden im Einsatzgebiet zu töten. StA Kiel, Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung in der Sache StA Flensburg 2 Js 467/65 v. 17. 2. 1967, in StA München I 22 Ks 1/61, Akte Gruppenstab, Bl. 104f. – Siehe auch Ogorreck 1996, S. 68–76; EK 8-Chef Bradfish soll nach Angaben eines Teilkommandoführers gleich zu Beginn auf einen Hitler-Befehl zur Judenvernichtung verwiesen haben: Vern. Carl Ruhrberg v. 15. 6. 1961, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 538.

713 Zu den gedanklichen Grundlagen dieser ideologischen Konstruktion siehe außer zahllosen Beispielen in den Berichten der Einsatzgruppen: Nova, Alfred Rosenberg, S. 103–124.

714 Das zeigt das Beispiel des Teilkommandos Borissow des EK 8, des ersten der EGr B, das mehr oder weniger stationär wurde. Der Teilkommandoführer Schönemann war zunächst wochenlang damit beschäftigt, übers Land zu fahren, Verbindungen zu Kommandanturen, militärischer Abwehr, GFP und einheimischem Ordnungsdienst herzustellen, Lageberichte zu schreiben und, teils mit den Ortskommandanten zusammen, Bürgermeister, Kolchosvorsitzende und örtliche Hilfspolizeichefs einzusetzen oder zu überprüfen (aus Schönemanns Sicht »das reinste Affentheater«). Vern. Werner Schönemann v. 6. 3. 1962, Vern. G. S. v. 19. 3. 1962, Vern. R. L. (Schönemanns Dolmetscher) v. 5. und 27. 6. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 598, 605f., 628, 695, 773.

715 EM 43 v. 5. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1787.

716 Davon habe er, Nebe, sich »überzeugen lassen«. EGr B, Tätigkeitsbericht für 23. 6. bis 13. 7. v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 10. – Browning 1994, S. 480, interpretiert einen weiteren Bericht der EGr B in den

Die Annahme eines allgemeinen, aber noch wenig konkreten Plans zur Judenvernichtung stützen einige Dokumente aus der Zeit vor dem 22. Juni 1941. Am 26. März bat Göring Heydrich um ein kurzes Papier zur Information der »Truppe« über »die Gefährlichkeit der GPU-Organisation, der Polit-Kommissare, Juden usw., damit sie wisse, wen sie praktisch an die Wand zu stellen habe«. ⁷¹⁷ Am 2. April erklärte das OKH in einem von der Abteilung Kriegsverwaltung des Generalquartiermeisters ausgearbeiteten Befehl neben »Emigranten, Saboteuren, Terroristen« und »Kommunisten« auch »Juden« ohne Erläuterung zu den Personen, gegen die die eingesetzten SS- und Polizeikräfte im Balkankrieg vorzugehen hätten. ⁷¹⁸ Der Wehrmachtführungsstab im OKW befahl mit dem 19. Mai allen Wehrmachteinheiten ein »rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden« – die ersten drei Personengruppen in dieser Reihe waren gemäß Kriegsgesichtsbefehl und dem damals in Vorbereitung befindlichen Kommissarbefehl zu töten. Konkretes wurde wiederum nicht ausgeführt. ⁷¹⁹ Am 6. Juni nannte SS-Standartenführer Hans Nockemann, der als Führer einer Einsatzgruppe vorgesehen war, in Zossen vor Ic-Offizieren des Heeres und Offizieren von SS und Polizei unter den »polit. gefährlichen Persönlichkeiten«, deren Erfassung Aufgabe der Einsatzgruppen sei, an erster Stelle »Juden«. Auch hier keine Erläuterung. ⁷²⁰ Es ist anzunehmen, daß Lohses »Anweisungen« in seiner Ansprache in Kaunas vom 27. Juli 1941 für die »endgültige Lösung der Judenfrage« ebenfalls das grundsätzliche Fernziel der Vernichtung enthielten, weil er sie später nicht schriftlich wiederholen wollte. ⁷²¹

Besonders das Verhalten in der Frage der jüdischen Arbeitskräfte spricht dafür, daß man sich trotz schrittweisen Vorgehens anfangs die Ermordung der sowjetischen Juden etwas zu einfach vorgestellt hatte. Woher die hektische Betriebsamkeit beim Wirtschaftsstab Ost in diesem Punkt in der ersten Julihälfte 1941? Warum mußte plötzlich

»Ereignismeldungen« (EM 31 v. 23. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1625) in dem Sinn, daß eine Tötung aller Juden geplant war. Dort hieß es: »Eine Lösung der Judenfrage während des Krieges erscheint in diesem Raum undurchführbar, da sie bei der übergroßen Zahl der Juden nur durch Aussiedlung erreicht werden kann.« Browning argumentiert, die Äußerung mache nur Sinn, wenn die EGr B gewußt habe, daß die Juden getötet werden sollten, sie mit ihren 650 Mann aber nicht glaubte, das tun zu können.

⁷¹⁷ Vermerk Heydrichs über eine Besprechung mit Göring v. 26. 3. 1941, zitiert nach: Aly 1995, S. 270.

⁷¹⁸ Förster, Unternehmen »Barbarossa«, S. 507f.

⁷¹⁹ Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland. Anlage 3 zu OKW/WFSt/Abt. L.IV/Qu Nr. 44560/41 g.K.Chefs. v. 19. 5. 1941, BA-MA (BArchP)F 55448, Bl. 233, abgedruckt in: Ueberschär/Wette, S. 258.

⁷²⁰ Niederschrift der H.Gr. Nord, Besprechung OKW/Abw.u.OKH am 5./6. 6. 41 in Berlin, BA-MA WF-10/12769 unpag. Vgl. Förster, Unternehmen »Barbarossa«, S. 509; Gefßner, S. 78. Am 16. 6. wies der Ic/AO der künftigen H.Gr. Nord die Ic und GFP an, die Juden an die Einsatzkommandos zu übergeben: Streit, S. 310f., Anm. 33.

⁷²¹ Vorläufige Richtlinien für die Behandlung der Juden im Gebiet des Reichskommissariats Ostland v. 18. 8. 1941, IfZ Fb 104/2. Jedenfalls müssen die mündlichen »Anweisungen« über die »Vorläufigen Richtlinien« hinausgegangen sein, sonst wäre die Geheimnistuerei überflüssig gewesen. – Der mögliche Einwand, dabei sei es nur um eine Deportationslösung gegangen, ist nicht stichhaltig. Eine solche Lösung war in gesamteuropäischem Maßstab bereits Monate vorher in breiter Öffentlichkeit vorgestellt worden. Sie hätte man nicht mehr verheimlichen müssen. Vgl. Weltkampf 1 (1941), H. 1/2 (mit Vorwort vom 10. 5. 1941) über die Gründungstagung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage vom 26. bis 28. 3. 1941 (auch in Rumänisch erschienen); ferner ausführliche Berichte der deutschen Tagespresse über diese Tagung in BA R 153/143. Rosenbergs dortige Rede war über Rundfunk verbreitet worden: Aktennotiz für die Presse v. 28. 3. 1941, BA NS 8/63, Bl. 261.

das Handeln in dieser Frage geklärt, mußten Anweisungen zum Schutz wichtiger jüdischer Arbeitskräfte gegeben werden (vgl. Kap. 7.2c)? Offenbar hatte man dieses Problem vor Kriegsbeginn nicht genau durchdacht und war so zu dem Schluß gekommen, ganz ohne jüdische Arbeiter auskommen zu können. Und dies war ebenso naiv und unrealistisch wie der Hungerplan. Am deutlichsten wurde in dieser Frage der Leiter der Sondergruppe »Beauftragter für die Berufsverbände«, Kriegsverwaltungschef Otto Marrenbach. Wie schon ausgeführt, schrieb er Anfang Juli 1941, daß eine »vollkommene Ausschaltung« der Juden zur »Stilllegung von unzähligen Betrieben« führen müsse; es werde sich »nicht vermeiden lassen, daß Juden als Arbeiter bzw. Angestellte, wieder in den Betrieben aufgenommen werden.«⁷²² War DAF-Geschäftsführer Marrenbach ein Berliner Schreibtischpolitiker, der nur durch die von deutscher Seite gesteuerten Pogrome in Kaunas und Wilna in Panik geraten war? Wie kam er auf die Idee, die »vollkommene Ausschaltung« der Juden aus dem Arbeitsprozeß – was im NS-Sinne auch ihre Lebensberechtigung stark in Frage stellte – sei geplant?

Marrenbach hatte für seine Kenntnisse einen recht guten Gewährsmann: Heinrich Himmler. Am Nachmittag des 17. Juni, nur zwei Wochen vor seiner Reise nach Litauen, hatte er sich in Berlin mit dem »Reichsführer« und dem SS-Oberführer Paul Zimmermann getroffen. Gesprächsthema: »Wirtschaftseinsatz Barbarossa«.⁷²³ Dabei muß es um die Industriepolitik in den zu besetzenden sowjetischen Gebieten gegangen sein, wobei die Frage, was mit den jüdischen Arbeitskräften geschehen sollte, kaum ausgespart worden sein kann. An dem, was er von Himmler bei dieser Gelegenheit hörte, konnte Marrenbach in seinem Bericht aus Litauen kaum vorbeigehen. Er hatte als »Beauftragter für die Berufsverbände« die Aufgabe, durch Sammeln von Gewerkschafts- und Lohnunterlagen sowie Propaganda, Schulung und Spitzel die Industriearbeiter ruhig zu halten, damit die Produktion, wo gewünscht, weiterlaufen konnte. Gleichzeitig übte seine Sondergruppe im Industriebereich die Funktion der Verbindungsstelle zu den »SS- und Polizeidienststellen« aus (vgl. Kap. 3.2b). Deshalb mußte Himmler wahrscheinlich Marrenbach wenigstens zum Teil über seine Absichten informieren. Marrenbach hatte bereits 1940 die betrieblichen Kollaborationsbewegungen in Norwegen persönlich (im Stab des HSSPF Norwegen) und in den Niederlanden und Belgien indirekt mit aufgebaut. Er führte den ehrenamtlichen Titel eines SS-Brigadeführers.⁷²⁴ Tatsächlich wird diese Interpretation durch die Formulierung im Bericht der Einsatzgruppe A vom 15. Oktober 1941 gestützt, in dem es hieß: »Schon nach Durchführung der ersten grösseren Exekutionen in Litauen und Lettland zeigte es sich, dass eine restlose Beseitigung der Juden nicht durchführbar ist, zumindest nicht im jetzigen Zeitpunkt.« Denn viele von ihnen seien in Handwerk und Industrie vorerst unentbehrlich.⁷²⁵

722 Bericht über meine Reise nach Wilna und Kowno vom 1. bis 4. 7. 41 (Abschrift), BA-MA RW 31/90b. S.o. S. 575. Bekanntlich wurden die Pogrome in Litauen von den Deutschen, insbesondere der EGr A, gesteuert. Die Litauer konnten somit die Juden kaum ohne deutsche Zustimmung aus allen Betrieben entfernt haben.

723 Terminkalender Himmler v. 17. 6. 1941, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 443.

724 Zu Marrenbachs Biographie und Funktion Roth 1994, S. 519, 527f. und 535-540. Siehe S. 149f. dieser Darstellung. Am 20. 6. 1941 trat Marrenbach offiziell in den WiStab Ost über: WiStab Ost, Stellenbesetzungsliste aus dem dritten Quartal 1943, BA-MA RW 31/34.

725 EGr A, Gesamtbericht bis zum 15. 10. 1941, in: IMT, Bd. 37, S. 688f. Ebd., S. 681, hieß es (Hervorhebung C. G.): »Andererseits hatte die sicherheitspolizeiliche Säuberungsarbeit gemäss den grundsätzlichen Aufgaben eine *möglichst umfassende* Beseitigung von Juden zum Ziel.«

Der gleichfalls anwesende Paul Zimmermann war ein Spezialist Himmlers für wichtige Wirtschaftsaufträge⁷²⁶ und 1941 Leiter der Chefgruppe Wirtschaft der Wirtschaftsinspektion Nord. Bisher unbeachtet, bekleidete er damit eine wesentliche Schlüsselposition für ein Eingreifen der SS in wirtschaftspolitische Fragen, das weit über eine Beschlagnahme einzelner Betriebe für die SS hinausging. Den erhofften Zusammenbruch des Bolschewismus vorausgesetzt, wäre er für Leningrad, die rohstoffreiche Halbinsel Kola und die Eismeerregion zuständig geworden,⁷²⁷ die für die Zukunftsplanungen der SS eine wichtige, noch nicht hinreichend geklärte Rolle hätte spielen sollen: eine Zeit lang hieß es, dorthin sollte ein Großteil der europäischen Juden deportiert werden.⁷²⁸

Auch die weitere Entwicklung beim Problem der jüdischen Arbeitskräfte sagt einiges über das Zustandekommen und die Tragweite kleiner und großer Entscheidungen bei der Ermordung der Juden aus. Ende Juli 1941 wollte sich die Wirtschaftsorganisation für die besetzten sowjetischen Gebiete ihre Entscheidung, die als unverzichtbar angesehenen Juden in den Betrieben zu lassen, von höchster Stelle bestätigen lassen. Genauer gesagt, erarbeiteten Wirtschaftsstab Ost und Wirtschafts- und Rüstungsamt unter General Thomas einen »Fragebogen«, der auch folgende Punkte enthielt:

»9.) Soll die Ausnutzung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu Gunsten der deutschen Versorgung so weit getrieben werden, dass ganze Gebiete verhungern? Welche Gebiete?

10.) Sollen die Juden grundsätzlich aus allen Zweigen der Wirtschaft ausgeschaltet werden, oder dürfen sie als Arbeiter oder Handwerker ihren Beruf weiter ausüben?«⁷²⁹

Nachdem Göring ursprünglich erklärt hatte, die Fragen sollten Hitler vorgelegt werden, entschied er sie bei Vorlage selbst und hielt »es nicht für nötig, daß über die

⁷²⁶ In einem Bericht des Staatssekretärs a. D. Mussehl v. 27. 4. 1944 über Arbeiterstreiks in Norditalien hieß es: »Die SS ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen und setzte sofort ihre beste Spezialkraft, SS-Gruppenführer Zimmermann, ein. Es gelang diesem, die Streiks ohne Anwendung von Gewalt beizulegen. [...]« BA R 43 II/681, Bl. 256.

⁷²⁷ Paul Zimmermann, * 2. 7. 1895, Studium der Bauwissenschaft und Geopolitik, Dipl.-Ing. für Eisenbahn- und Straßenbau, Anstellungen bei Reichsbahn und Brückenbauunternehmen, 1932/33–1936 Gauführer Reichsarbeitsdienst Westfalen-Nord, 1936 Leiter Napola Plön, dann ein halbes Jahr Stabsführer beim SS-Oberabschnitt Elbe, 1937–1941 Leiter der Reichsstelle Metall beim RWM; 1942/43 SS-Brigadeführer und GenMaj d.P. 1941 Leiter der Chefgruppe Wirtschaft der WiIn Nord (Rang: KVVCh); 1942 Leiter der Gruppe III Wi a (Baltikum) in der Chefgruppe Wirtschaftspolitische Kooperation im RMO; 1942/43 Verbindungsoffizier RMO-OKH/GenQu; Aufbau des Zivilverwaltungs-Stabes Aserbeidshan (d. h. erneute Verknüpfung mit wichtigen Wirtschaftsinteressen: Erdölproduktion); 15. 2.–5. 5. 1943 zur Dienstleistung beim HSSPF Rußland-Mitte in Mogilew; ab 5. 5. 1943 SSF Nikolajew; später Funktionen in Italien, im OKW/Wehrmachtkefahrfahren usw. Vgl. BDC, SSO-Akte Paul Zimmermann; Vern. d. ers. v. 22. 5. 1947 durch die US-Amerikaner, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. II, Bl. 80–95; Der Bevollmächtigte des RFSS für Bandenbekämpfung, Ia, Tagesbefehl Nr. 2 v. 24. 3. 1943, ebd., Bd. 14, Bl. 476f.; KTB WiIn Nord v. 5. 9. 1941, BA RW 31/584, Bl. 25; WiStab Ost, Halbmonatsbericht für 1.–15. 10. v. 2. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 1084; RMO, Chefgruppe Wirtschaftspolitische Kooperation, Chefgruppenverfügung Nr. 10 v. 20. 7. 1942, BA R 90/134.

⁷²⁸ Hierzu, allerdings teils spekulativ, Roth, »Generalplan Ost« – »Gesamtplan Ost«, besonders S. 62f. und 66; Rede Heydrichs v. 4. 2. 1942, in: Miroslav Kárný u. a. (Hg.) 1997, S. 229; Himmler an Heydrich und Redieß (HSSPF Norwegen) v. 16. 2. 1942, BA NS 19/2375, Bl. 1f.

⁷²⁹ [WiRüAmt,] Fragebogen (ohne Kopf, Unterschrift und Datum), Geheime Kommandosache, handschriftlicher Vermerk: »zu 2514/41gK«, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 106f. Zur Vorgeschichte S. 272f. dieser Darstellung.

Fragen noch eine Entscheidung durch den Führer erwirkt wird, da die Mehrzahl der Fragen bereits beantwortet sei. Er verwies auf die Grüne Mappe.⁷³⁰ Das heißt, Göring beanspruchte die Entscheidung über einen sehr wichtigen Punkt für das Schicksal der sowjetischen Juden für sich. Auch wenn der »Reichsmarschall« hier noch nicht unmittelbar über den Mord an den Juden beschloß, stand seine Weisung doch in engem Zusammenhang damit – und bei der Frage, ob »ganze Gebiete verhungern« sollten, entschied er direkt und selbständig über das Leben von mehr Menschen, als später von der gesamten Judenvernichtung betroffen waren. Weiter ist bemerkenswert, daß diese Beschlüsse über Massenverbrechen als wirtschaftliche angesehen wurden. Sie wurden auch als solche *entschieden*, denn Göring antwortete durchaus differenziert und auf Grund ökonomischer Erwägungen. Er verbot am 28. Juli nicht generell den Arbeitseinsatz der Juden, schrieb aber vor, dieser müsse kolonnenweise geschehen, und die Ernährung der Juden solle eingeschränkt werden. Bezüglich des Hungerplans nahm er Abstand vom Modell, ganze Regionen sollten quasi absterben, und verlangte ein hartes Vorgehen in den Großstädten und gegen diejenigen, die nicht im deutschen Interesse Arbeit leisteten, also genauere Selektionen.⁷³¹ »Im übrigen«, so berichtete Nagel weiter, rechne Göring »mit grossen Menschenverlusten bei den in Richtung des Sowjetraumes sich bewegenden Massen und in den grossen Städten.«⁷³²

Dies gibt auch Einblick in Görings Rolle im Sommer 1941. Kurz darauf, am 31. Juli 1941, beauftragte er Heydrich, »alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.«⁷³³ Drei Tage zuvor hatte Göring bereits Nagel mitgeteilt, »daß die Juden in den von Deutschland beherrschten Gebieten nichts mehr zu suchen hätten«.⁷³⁴ Das spricht dagegen, daß Heydrich am 31. Juli etwa einen überraschten Göring zu einer Unterschrift unter ein improvisiertes Schreiben brachte, und für die Vermutung, daß beide immer noch ein Konzept genozidaler Zwangsumsiedlungen verfolgten. Bei seinem einzigen Aufenthalt in den besetzten sowjetischen Gebieten im Jahr 1941, am 4. Juli in Łomża, hatte der »Reichsmarschall« persönlich ein schärferes Vorgehen gegen die Juden verlangt, weil sie angeblich plünderten.⁷³⁵ Er galt in jenen Wochen als »z. Zt. gerade für das Judenproblem sehr emp-

730 Verbindungsstelle OKW/WiRüAmt beim Reichsmarschall, Betr.: OKW/WiRüAmt Nr. 2514/41gKdos vom 23. 7. 1941 an Chef WiRüAmt v. 29. 7. 1941 (Unterschrift: Nagel), ebd., Bl. 101.

731 Ebd., Bl. 103f. Siehe auch Terminkalender Göring v. 28. 7. 1941 (12–13 Uhr), IfZ ED 180/5.

732 Wirtschaftsaufzeichnungen für die Berichtszeit vom 1.–14. 8. 1941 (u. früher), gez. Nagel v. 14. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 918.

733 Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP an Chef der Sicherheitspolizei und des SD v. 31. 7. 1941, BA F 10531, Bl. 2045 (bereits damals als Fotokopie), mit Anschreiben an Unterstaatssekretär Luther (Auswärtiges Amt) v. 29. 11. 1941 (Bl. 2046); ebenso mit Anschreiben an den HSSPF in Prag, Frank, v. 25. 1. 1942 mit dem Zusatz: »Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet.« BA D-H M 501, A. 3, Bl. 4 und 7. Abdruck in IMT, Bd. 26, S. 266f. Siehe auch Terminkalender Göring v. 31. 7. 1941, 18.15–19.15 Uhr, IfZ ED 180/5.

734 Wie Anm. 7/730, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 104.

735 Vgl. Terminkalender Göring v. 4. 7. 1941, IfZ ED 180/5 (15–19 Uhr Fahrt mit Erich Koch von Ostpreußen nach Łomża und der »Judenstadt« Kolno); KTB WiStab Ost v. 5. 7. 1941 (»Der Reichsmarschall hat festgestellt, daß im Gebiet von Lomscha von Juden geplündert wird«, Gegenmaßnahmen seien eingeleitet), BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 18; Bericht Nr. 5 der Gruppe IV Wi der FK 581 v. 5. 7. 1941 fürs KTB, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 855.

fänglich«. ⁷³⁶ Göring soll es Monate später abgelehnt haben, jüdische Frauen und Kinder im Generalkommissariat Weißruthenien von der Ermordung auszunehmen. ⁷³⁷

Über die zivilen »Kommissare« bestand ursprünglich die Vorstellung, man könne sie umstandslos alle umbringen; ein bisher nicht aufgefundener Entwurf muß in exzessiver Weise über die endgültige Fassung hinausgegangen sein. Nach Protesten von Instanzen, die die Folgen für Wirtschaft und Verwaltung durchdacht hatten, wurde er zurückgezogen (vgl. Kap. 7.1a). Vielleicht gab es sogar entsprechende Weisungen des RSHA. Ein Bericht Otto Bräutigams vom Oktober 1941 sagte hierzu wie zu den Plänen gegen die Juden: »Die ersten Richtlinien des SD, die über das Ziel weit hinausgingen und nicht nur eine Liquidierung der Kommissare und Juden, sondern auch aller ›Asiaten‹, ›Intelligenzler‹, Wirtschaftsführer u. dergl. vorsahen, wurden auf Wunsch des RM. für die besetzten Ostgebiete abgeändert.« ⁷³⁸

Während die Absicht, die sowjetischen Juden auf diesem oder jenem Weg umzubringen, bereits vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion bestand, wurden die konkreten Befehle, damit zu beginnen, erst Wochen nach dem 22. Juni 1941 ausgegeben. Es war keine minuziös vorausgeplante Aktion: vor Kriegsbeginn lagen Beginn, Ablauf, Organisation und Zeitraum des Massenmordes nicht fest, ⁷³⁹ und kurz nach Beginn der Invasion tauchten zusätzliche Schwierigkeiten auf. Es ist auch nicht genau feststellbar, wer von den Plänen zur Judenvernichtung außer einigen Führungszirkeln genauere Kenntnis hatte oder wem sie klar waren. Viele der später Ausführenden bis hin zu Führern der Einsatzkommandos oder Teilkommandos hatten offenbar anfangs nur eine allgemeine Vorstellung, daß gegen die Juden Mörderisches geplant war.

Zwei Schritte vom Massenmord zur Ausrottung

Die Ausweitung der Befehle zur Judenvernichtung im besetzten Weißrußland fand in zwei Schritten statt. Im ersten Schritt waren auch Frauen und Kinder in großer Zahl zu erschießen. Mit Recht ist das in der Forschung als ein eindeutiges Signal gewertet worden, daß restlos alle sowjetischen Juden umgebracht werden sollten, denn wer systematisch Kinder tötet, hat die letzte Schwelle überschritten und will auf lange Sicht niemanden mehr übrig lassen. ⁷⁴⁰ Diese Anweisung wurde den einzelnen Mord-einheiten nicht gleichzeitig, sondern zu verschiedenen Zeitpunkten gegeben und von ihnen dann schnell umgesetzt. Beim EK 9 war es Ende Juli 1941 (vgl. Kap. 7.1e und 7.2b), ähnlich anscheinend bei der 1. SS-Infanterie-Brigade, ⁷⁴¹ bei den SS-Kavallerie-Regimentern Anfang August (wobei Kinder vermutlich noch ausgenommen wa-

⁷³⁶ Aufzeichnung Legationsrat Zeitschel (deutsche Botschaft in Paris) für Botschafter Abetz v. 22. 8. 1941, in: Klarsfeld 1989, S. 368.

⁷³⁷ So Bräutigam 1968, S. 415.

⁷³⁸ Vortragsnotiz für den Herrn Reichsminister. Die politische Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, gez. Bräutigam, v. 13. 10. 1941, Nbg. Dok. P5-82.

⁷³⁹ Für ein solches generalstabsmäßiges Vorgehen gibt es keine Quellenbelege. Auch die späteren konkreten Tatumstände und die Nachkriegsaussagen sprechen dagegen.

⁷⁴⁰ Siehe umfassend Ogorreck 1996.

⁷⁴¹ Nach Erkenntnissen des Verfahrens ZStL 202 AR-Z 1212/60 begann diese Einheit im Raum Zwiahel (ukrainischer Teil des Polesje) mit der Vernichtung von jüdischen Männern, Frauen und Kindern. Vgl. Bayer. LKA, Tatortverzeichnis 1. SS-Inf.Brigr. v. 10. 10. 1967, ebd., Bl. 1759ff.: am 4. 8. tötete die Brigade 109 jüdische Männer und 50 jüdische Frauen. Vgl. ferner die bei Longerich 1998, S. 369, genannten Beispiele.

ren),⁷⁴² beim EK 8 etwa seit Mitte August,⁷⁴³ beim Polizeibataillon 322 zunehmend seit dem 1. September.⁷⁴⁴ Dies stimmt mit den Bekundungen einer Reihe von Einsatzkommando- und Teilkommandoführern überein.⁷⁴⁵ Die Befehlsgeber waren verschieden: Beim EK 9 war es möglicherweise Heydrich, bei den SS-Kavallerie-Regimentern Himmler direkt (von Bach-Zelewski übermittelt), die anderen Fälle sind nicht zu klären. Besonderes Interesse verdient, daß bei Himmlers Mordbefehl vom 31. Juli offenbar die HSSPF Rußland-Mitte und Rußland-Nord, Bach-Zelewski und Prützmann, anwesend waren.⁷⁴⁶ Im Fall der 1. SS-Infanterie-Brigade war Himmler »sehr ungehalten« über mangelhafte Berichterstattung und angebliche Inaktivität und erteilte Jeckeln, der am 12. August zu ihm kam, Weisungen für eine weitere Ausweitung der Tötungsaktionen. Jeckeln scheint sie auch an die Einsatzgruppe C weitergegeben zu haben.⁷⁴⁷ Himmler beanspruchte in seiner Posener Rede ausdrücklich, die Entscheidung, auch die Frauen und Kinder unter den sowjetischen Juden »auszurotten«, selbständig gefaßt zu haben.⁷⁴⁸

Diese Befehle bedeuteten aber noch nicht, daß die betreffenden Einheiten im Raum Weißrußland nunmehr sofort mit der totalen Vernichtung begannen. Sie liquidierten noch keine Ghettos, und die Zahl der getöteten Frauen und Kinder blieb noch ein bis zwei Monate weit unter der der erschossenen Männer, soweit darüber

742 Nach Himmlers Befehl, der im SS-Kav.Rgt. 2 am 1. 8. verbreitet wurde, handelte das Regiment, soweit nachweisbar, erstmals in Pinsk am 7. oder 8. 8. 1941, während am 5. 8. Frauen und Kinder noch aufgenommen worden waren. Das SS-Kav.Rgt. 1 begann hiermit etwas früher. Vgl. S. 560ff. dieser Darstellung.

743 Bereits bei der Erschießung am 15. 8. 1941, die von Himmler beobachtet wurde, erschoss man auch mehrere Frauen. Dies wurde also nicht erst bei Himmlers Besuch an diesem Tag in Minsk befohlen. Vgl. S. 571–573 in dieser Darstellung.

744 Vgl. ebd. sowie allgemein Angrick u. a.

745 Siehe Streim 1981, S. 85f., und Ogorreck 1996, S. 176–190.

746 Vgl. S. 559f. in dieser Darstellung. Allerdings hatte sich Himmler schon die zweieinhalb vorangegangenen Tage (29.–31. 7.) in Prützmanns Zuständigkeitsgebiet aufgehalten. Eine erstmalige Befehlserteilung an ihn am 31. 7. in Baranowitschi ist deshalb unwahrscheinlich.

747 Vgl. Funkspruch Grothmann an Herrmann (Kommandeur 1. SS-Inf.Brig.) v. 11. 8. (Zitat), BA NS 33/312, Bl. 26; Knoblauch an Jeckeln v. 12. 8. und Funkspruch SS-Ostuf. Wander (HSSPF Rußland-Süd) an KdoStab RFSS v. 12. 8. 1941, BA NS 33/292, Bl. 18 und 23. Siehe dazu das Verfahren ZStL 202 AR-Z 1212/60 (1. SS-Inf.Brigade), in dem mehrere Angehörige der Einheit bezeugten, die Massenmorde an Juden seien ausgeweitet worden, nachdem Jeckeln Hermann im August 1941 besucht habe, siehe besonders Vern. A. J. v. 23. 4. 1964, Bd. 2, Bl. 378–383; Vern. K. Li. v. 24. 6. 1965, Bd. 9, Bl. 979 (der Zeuge beruft sich auf ein persönliches Gespräch mit dem ihm gut bekannten Regimentskommandeur K.); undatiertes Brief des Tatverdächtigen J. R. (Ia der Brigade) an die Ermittlungsbehörden, Bd. 26, Bl. 583ff. (hier – offenbar irrtümlich – auf den 30. 7. 1941 datiert); Vern. K. Lo. v. 20. 1. 1967, Bd. 11, Bl. 1617–1621. Auch der Chef des EK 5, Schulz, und der damalige Einsatzgruppenchef Rasch (nach dem Eröffnungsvortrag seines Verteidigers in Nürnberg) gaben nach dem Krieg an, Jeckeln sei im August mit einem entsprechenden Auftrag Himmlers zu Rasch gekommen, siehe Ogorreck 1996, S. 52, 190 und 194.

748 »Es trat an uns die Frage heran: wie machen wir es mit den Frauen und Kindern?– Ich habe mich entschlossen, auch hier eine ganz klare Lösung zu finden. Ich hielt mich nämlich nicht für berechtigt, die Männer auszurotten – sprich also, umzubringen oder umbringen zu lassen – und die Rächer in Gestalt der Kinder für unsere Söhne und Enkel groß werden zu lassen. Es musste der schwere Entschluß gefaßt werden, dieses Volk von der Erde verschwinden zu lassen.« Rede Himmlers vor den Reichs- und Gauleitern in Posen v. 6. 10. 1943, BA NS 19/4010, Bl. 175. Es gab zweimal die Entscheidung, ob auch Frauen und Kinder zu ermorden waren – im Fall der sowjetischen und der serbischen Juden. Beim späteren Mord an den Juden anderer Nationen wurden von vornherein Frauen und Kinder einbezogen.

Angaben vorhanden sind.⁷⁴⁹ So ermordete das EK 8 mit Amtshilfe des Polizeibataillons 322 am 1. September in Minsk 2278 jüdische Menschen, darunter »nur« 64 Frauen.⁷⁵⁰ Wie erwähnt, stiegen die durchschnittlichen Tötungszahlen der Einsatzgruppe B erst in der zweiten Septemberhälfte deutlich, um ein Drittel, an.⁷⁵¹ Die weitere Entwicklung ist wegen unvollständiger Meldungen nicht mehr direkt aus den gemeldeten Gesamtzahlen über die Opfer in den Berichten der Einsatzgruppe zu erschließen.⁷⁵² Erst die am 1. März 1942 gemeldete Zahl 91012 ist wieder halbwegs realistisch, wovon allein das EK 8 60811 Menschen vernichtet hatte.⁷⁵³ Die feststellbaren Einzeltaten zusammengerechnet, tötete die Einsatzgruppe B von Oktober bis Dezember 1941 mindestens 45 000 Juden, davon mindestens 13 500 im Oktober, 15 000 im November und 8000 im Dezember. In dieser Zeit ermordete sie täglich im Durchschnitt mindestens 500 Menschen, offenbar seit Dezember abnehmend.⁷⁵⁴ Das heißt, im Zeitraum zwischen Mitte September und Dezember 1941 tötete die Einsatzgruppe B weit mehr Menschen als in der vorangegangenen und folgenden Zeit. Ähnlich war es im GK Weißruthenien.

Das mag noch einmal die Tatsache unterstreichen, daß sich seit Mitte September 1941 bei den Judenmorden in Weißrußland ein Quantitäts- und Qualitätssprung abzeichnete, der am 2. beziehungsweise 4. Oktober stattfand. In den meisten anderen besetzten sowjetischen Regionen begann man etwa Anfang September, in Litauen Mitte August mit einer nie dagewesenen Vernichtungswelle, mit den Ghettoliquidierungen.⁷⁵⁵ Es war der zweite Schritt zur totalen Vernichtung. Gleichzeitig begannen auch Massenerschießungen im Distrikt Galizien des Generalgouvernements und im

749 Das EK 3, das bekanntlich in Litauen Mitte August dazu übergang, Frauen und Kinder in großer Zahl zu erschießen und die Ghettos auf dem Lande total zu vernichten, ist ein Ausnahmefall, mit dem allenfalls das Vorgehen des EK 2 in Lettland vergleichbar ist. Vgl. Gesamtbericht des EK 3 v. 1. 12. 1941, ZStL UdSSR Bd. 401, Bl. 87–95, abgedruckt in: Klee/Dreßen/Rieß, S. 52–62.

750 Das Pol.Btl. 322 meldete 850 erschossene Männer und 64 Frauen. KTB Pol.Btl. 322 v. 1. 9. 1941, BA F 56753. Jüdische Überlebende berichteten, am 31. 8. seien erstmals »einige Frauen« mit verhaftet worden: Grossman/Ehrenburg, S. 239.

751 Hierzu siehe S. 567f. dieser Darstellung. Es ist bezeichnend, daß Streim (1981, S. 86) für die rasche massive Durchführung des Befehls zur Tötung jüdischer Frauen und Kinder Beispiele von den EGr A und C anführt, aber nicht von EGr B.

752 Die ohne Zählschlußdatum genannten Opferzahlen der EGr B von 37180 (EM 125 v. 26. 10. 1941) und 45467 (EM 133 v. 14. 11. 1941) waren unvollständig, insbesondere die Meldungen des EK 9, dessen übermittelte Zahlen sich seit dem 28. 9. kaum erhöht hatten, obwohl dazwischen u. a. die Massenerschießung in Witebsk lag. Vgl. BA-MA SF-01/28933–34, Bl. 3050 und 3190.

753 EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16. bis 28. Februar v. 1. 3. 1942, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 166. Das EK 9 hatte 23509 Personen ermordet, die Sonderkommandos zwischen 1500 und 2500.

754 Zwischen 28. 9. 1941 und 28. 2. 1942 waren es 60918 Personen (400 am Tag), zwischen 16. und 28. 2. 1942 3544 Juden (272 am Tag). Vgl. die vorangegangenen Quellen. Als damit so gut wie alle Juden im Gebiet der EGr B ermordet waren, nahm die Tötungsrate ab. Am 31. August 1942 verzeichnete die EGr B 126194 Opfer, am 15. Dezember 1942 134198 und am 28. 2. 1943 140015 Opfer (EK 8 75820; EK 9: 42552; SK 7a 9221; SK 7b 4096; SK 7c 5180; Trupp Smolensk 3146). Damit fielen ihr zwischen Februar und August 1942 191 Personen pro Tag, zwischen September und Dezember 105, zwischen Dezember 1942 und Ende Februar 1943 77 Menschen täglich zum Opfer. Siehe EGr B, Tätigkeits- und Lageberichte für 16.–31. 8., 15. 11.–15. 12. 1942 und 1.–28. 2. 1943, BA F 40168, Bl. 327, ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 19, und BStU ZUV 9, Bd. 5, Bl. 219f.

755 Vgl. Longerich 1991, S. 264; Burrin, S. 128; Streim, S. 86; Lozowick, S. 234f.; EM 94 v. 25. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2576 und 2584.

Reichsgau Wartheland.⁷⁵⁶ In dieser Zeit endete eine Phase gewisser konzeptioneller Unschlüssigkeit der Einsatzgruppen in der antijüdischen Politik, in der auch eine genozidale Umsiedlung der sowjetischen Juden nach Osten oder ans Eismeer immer stärker obsolet wurde.⁷⁵⁷

Tatsächlich war der September 1941 offenbar sowohl im Reich als auch in den besetzten sowjetischen Gebieten ein Monat des Umbruchs in der Vernichtungspolitik. Am 12. September kam Keitels folgenschwerer Befehl heraus, der die Ausbeutung jüdischer Arbeitskräfte durch Wehrmachteinheiten in den besetzten sowjetischen Gebieten nur noch in »Arbeitskolonnen« vorsah und ansonsten die Ausstellung von Arbeitsausweisen verbot.⁷⁵⁸ Eine Woche später wurde Heydrich auf einer Sitzung des Generalrats der Vierjahresplanbehörde vermutlich darauf hingewiesen, daß jüdische Arbeitskräfte, die auch unter den neuen Bedingungen als notwendig reklamiert wurden, in der besetzten Sowjetunion von der allgemeinen Vernichtung auszunehmen seien. Anlaß könnte gewesen sein, daß die Befehle, dort mit der totalen Ermordung der Juden zu beginnen, bei den Wirtschaftsdienststellen bekannt geworden waren und Besorgnis ausgelöst hatten.⁷⁵⁹ Am 2. Oktober 1941 bestimmte ein Befehl des OKH – offenbar des Generalquartiermeisters –, daß die Dienststellen des Wirtschaftsstabs Ost im Militärverwaltungsbereich für die Erfassung und Verwertung des Judenvermögens zuständig waren. Solche Regelungen wurden auf verschiedenen Ebenen in der Regel dann getroffen, wenn im entsprechenden Gebiet die Vernichtung der Juden begonnen hatte oder kurz bevorstand.⁷⁶⁰

Auch in Weißrußland bewegte sich zu jener Zeit hinter den Kulissen einiges. Vor allem meldete Nebe dem RSHA dreimal, daß der anfängliche Hauptauftrag, die Vernichtung der jüdischen Intelligenz, so gut wie abgeschlossen sei, und bat damit indirekt um einen neuen:

»Den intellektuellen Großstadtjuden ist es in weitem Maße gelungen, vor den deutschen Armeen nach Osten zu flüchten. [...] Infolgedessen ist es z.Zt. kaum möglich, die Liquidierungsziffer auf der bisherigen Höhe zu halten, eben weil das jüdische Element dabei in nicht unwesentlichem Maße ausfällt.«

»Sämtliche Kräfte wurden, nachdem die politische Befriedung⁷⁶¹ dieser Räume [beim EK 9] als ziemlich abgeschlossen gelten kann, vorwiegend zur Bekämpfung [der] gerade in diesem Gebiet sehr aktiven Partisanengruppen angesetzt. [...] Dieser mehr militärische Einsatz [...] im Bereich der gesamten Einsatzgruppe, C. G.] machte den Männern viel Freude [...]«.

⁷⁵⁶ Pohl 1996, S. 139ff.; Aly 1995, S. 355.

⁷⁵⁷ Hierzu Longerich 1998, S. 357–359.

⁷⁵⁸ Abgedruckt bei N. Müller 1982, S. 72. Vgl. S. 578 in dieser Darstellung.

⁷⁵⁹ Vgl. S. 580f. in dieser Darstellung.

⁷⁶⁰ Hierzu auch Kap. 7.1c. Der OKH-Befehl liegt nicht vor, wird aber erwähnt in WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 15 v. 7. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 824; WiStab Ost, Besonders Anordnung Nr. 41 vom Oktober 1941 (Tagesangabe unleserlich), BA-MA (BArchP)F 72745, Bl. 483; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 9 v. 22. II. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1023.

⁷⁶¹ Die »politische Befriedung« stellte nach Heydrichs Ausgangsbefehl für die Einsatzgruppen das »Nahziel« dar und umfaßte u.a. die Ermordung der »Juden in Partei- und Staatsstellungen«. Darauf bezog sich Nebe. Vgl. Heydrich an die HSSPF in den zu besetzenden sowjetischen Gebieten v. 2. 7. 1941, BA R 58/241, Bl. 314–319.

In einem weiteren Bericht schrieb Nebe, er habe militärische Stellen wiederholt darauf hingewiesen, daß die Partisanenbekämpfung »vor allem eine militärische Aufgabe sei«. Die Einsatzgruppe B müsse sich künftig wieder auf ihre »rein sicherheitspolizeiliche Aufgabe« konzentrieren.⁷⁶² Also hatte Nebe am 15. August von Himmler keinen Auftrag zur »unterschiedslosen Tötung aller angetroffenen Juden« erhalten.⁷⁶³ Die Einsatzgruppe B begann etwas später als die anderen Einsatzgruppen mit der restlosen Vernichtung, die sie dann aber um so radikaler durchführte, und verlegte sich im August und September auf die Partisanenbekämpfung, weil es in ihrem Gebiet mehr Widerstand als anderswo gab. Denn in Weißrußland hatten die bis dahin größten Kesselschlachten stattgefunden, bei denen mehr Rotarmisten als auf den anderen Kriegsschauplätzen versprengt worden waren. 1941 bildeten aber diese Versprengten wegen mangelnder sowjetischer Vorbereitung den weitaus größten Teil der Partisanen. Bei weitem nicht alle abgeschnittenen Rotarmisten waren zwar als solche aktiv, doch sie wurden alle als Partisanen verfolgt (vgl. Kap. 9.2 und 10.1).

Im Fall dieser zweiten Weisung ist die Frage des Befehlsweges noch komplizierter. Was Nebe anging, ergriff er, wie gezeigt, mehrmals die Initiative für einen neuen Auftrag. Trotz vieler anderslautender Nachkriegsaussagen war dieser nachweisliche Oppositionelle gegen Hitler und gewiefte Doppelspieler ein gewissenloser Massenmörder.⁷⁶⁴ Zum Osteinsatz hatte er sich freiwillig gemeldet. Zwar war er Anfang November 1941 erst der zweite Einsatzgruppenchef, der sich ablösen ließ, dies jedoch vermutlich, weil er voraussah, daß seine Einsatzgruppe mit der Wehrmacht lange vor dem Einsatzziel Moskau festsitzen würde. Außerdem hatten sich drei seiner Kommandochefs schon vorher zurückbeordern lassen, die ihrerseits notorische Verbre-

⁷⁶² EM 73, 90 und 92 v. 4., 21. und 23. 9. 1941, BA-MA SF-01/28931-32, Bl. 2187, 2476f. und 2531. Abweichend zum ersten Zitat hieß es an entsprechender Stelle in der gleichen Passage im Polizeilichen Tätigkeitsbericht der EGr B für 17-23. 8. 1941, der der H.Gr. Mitte zugeht (BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 35), nur: »Infolge der geringeren Bedeutung der Judenfrage [...]«. Zwischen Ereignismeldung und Redaktionsschluß des ursprünglichen Berichts der EGr B lagen zu dieser Zeit meist 10-14 Tage.

⁷⁶³ Zu diesem Ergebnis kommt Ogorreck 1996, S. 179-183, 211 und 220 (Zitat); vgl. zuletzt Breitman 1998, S. 62. - Der frühere Ic-Offizier der H.Gr. Mitte, v. Gersdorff, sagte 1961 aus, Nebe habe die H.Gr. (also ihn selbst als Kontaktoffizier) im August oder September »über die beabsichtigte sogen. Endlösung der Judenfrage« informiert. Siehe dessen Vern. v. 9. 8. 1961 durch das AG Köln, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 23, Bl. 226.

⁷⁶⁴ Auf die entsprechenden Vernebelungen vor allem durch die Beteiligten am 20. Juli 1944 (Gisevius, v. Schlabrendorff, v. Gersdorff), nach denen Nebe »tausend Vorwände erfand, die Mordbefehle Hitlers zu sabotieren« (v. Schlabrendorff, S. 50), hat schon Reitlinger (Endlösung, S. 209-212) das Nötige erwidert. Unter Nebe ermordete die EGr B rund 45 000 Menschen; er ließ Tötungsversuche mit Sprengstoff und Gas durchführen und hinterließ die einzigen überlieferten Filmaufnahmen, die den Mord in einer Gaskammer zeigen; schon seit 1940 war er an der Entwicklung der Gaswagen beteiligt; noch drei Wochen vor dem 20. Juli 1944 bot er »asoziale Zigeunermischlinge« für tödliche medizinische Experimente an, die dann auch stattfanden. Siehe auch die Erkenntnisse des Verfahrens ZStL 439 AR-Z 18a/60 sowie Fotos der Mordaktion in Mogilew in ZStL 202 AR-Z 152/59, Bd. 3, Bl. 1117f., sowie Vermerk ZStL v. 26. 9. 1961, Bl. 1073f. - In der Beurteilung des Charakters von Nebe waren sich die meisten Zeugen und Beschuldigten im Bradfisch-Verfahren einig: er sei gegenüber seinen Untergebenen ehrgeizig und hart gewesen und habe nach oben vor Heydrich und Himmler glänzen wollen, die er fürchtete. Stellvertretend Vern. Walter Blume v. 2. 8. 1958; Vern. Dr. B. W. v. 10. 7. 1958 und dessen Zeitschriften-Artikel, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 223ff., 231 und 256. Die Version vom widerstrebenden Nebe bringen u. a. Otto Bradfisch (Vern. v. 13. 6. 1958, ebd., Bl. 175/R) und zuletzt Breitman 1992, S. 195f.

cher waren.⁷⁶⁵ Nach seiner Rückkehr nach Berlin wandte sich Nebe auch nicht unbedingt weniger verhänglichen Tätigkeiten zu, sondern hielt die Kontakte und entfaltete weiter verbrecherische Initiativen, die auch den Raum Weißrußland betrafen.⁷⁶⁶

Obwohl Nebe einmal vom »besten Einvernehmen« mit seinem HSSPF Bach-Zelewski berichtete, war ihr persönliches Verhältnis anscheinend kühl. Außer bei Himmlers Besuch am 15. August sind nur wenige Treffen der beiden, Ende Juni in Warschau, am 17. September in Smolensk und am 24. oder 25. September in Mogilew, bekannt. Insbesondere sollen von Bach-Zelewski keine Weisungen an die Einsatzgruppe gekommen sein, wie deren Verbindungsführer zum HSSPF aussagte.⁷⁶⁷ Wahrscheinlich hat er jedoch einzelnen Kommandos solche direkt erteilt, vor allem dem EK 8, das zwei Drittel der Morde der Einsatzgruppe B in jener Phase ausführte und an Bach-Zelewskis Dienstsitz Mogilew stationiert war (während der Einsatzgruppenstab in Smolensk saß), so bei den Massakern in Mogilew am 2./3. und 19. Oktober (vgl. Kap. 7. 2d). Einer Zeugenaussage zufolge äußerte Bach-Zelewski, er selbst stehe wegen des Vorgehens gegen die Juden »mit dem RSHA in ständiger

⁷⁶⁵ Dr. Six (Vorkommando Moskau) am 20. 8., Dr. Blume (SK 7a) im September und Dr. Filbert (EK 9) am 20. 10. Am 20. 9. 1941 entschied Heydrich bereits über die Abberufung von Dr. Dr. Rasch (EGr C; vgl. Heydrich an den GenQu Wagner v. 6. 11. 1941, in: Klarsfeld, Vichy, S. 370), den Anfang Oktober Dr. Max Thomas ablöste (Krausnick/Wilhelm, S. 644f.). – Offiziell wurde Nebe am 1. 11. 1941 durch Erich Naumann als Chef der EGr B ersetzt. Tatsächlich soll Naumann einerseits bereits am 15. 10. eine Beurteilung für einen Angehörigen der EGr B geschrieben haben, nach einer anderen Aussage befanden sich Nebe und Naumann (zur Einarbeitung) einige Wochen gleichzeitig bei der EGr B. Vgl. von Naumann handschriftlich ausgefüllter Personalbogen v. 10. 1. 1943, BDC, PA Erich Naumann; StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 535k/R (Auswertung von Unterlagen aus Fall IV(?)); Vern. Andreas v. Amburger v. 15. 4. 1959, ebd., Bd. 10, Bl. 835; Vern. K. S. (Nebes Adjutant) v. 16. 5. 1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 6, Bl. 248; Rückkehr Ende Oktober, ebenso Krausnick/Wilhelm, S. 645; Vern. Woldemar Klingelhöfer v. 12. 12. 1947, Fall 9, Protokoll Bl. 3946, BA F 56830 (Überschneidung Ende November); Vern. Paul Werner (Nebes Stellvertreter als Leiter des Reichskriminalpolizeiamts (RKPA)) v. 18. 7. 1958, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 234–236, dagegen ders. v. 18. 7. 1962 sowie Vern. Albert Widmann v. 11. 1. 1960, ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bl. 511f. und 87. Am 9. 11. 1941 wurde Nebe von Hitler (nach Beratung mit Himmler am 5. 11.) zum SS-Gruppenführer und GenLt d. P. befördert. Vgl. Beförderungsschreiben in BDC, PA Arthur Nebe, und Terminkalender Himmler v. 5. 11. 1941, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 380.

⁷⁶⁶ So war Nebe führend beteiligt an der Rekrutierung von Verstärkung für die SS-Sondereinheit Dirlewanger (auch 1944 noch), an Planungen zur Partisanenbekämpfung, ließ Pläne für große Lager entwerfen, in die sogenannte Bandenfrauen und Bandenkinder verschleppt werden sollten, ließ Handgranaten auf Blausäurebasis für die Partisanenbekämpfung entwickeln und nach dem gescheiterten Attentat auf v. Gottberg die Giftmunition an sowjetischen Kriegsgefangenen testen, die daran starben. Er hielt Verbindung zur EGr B, zur H.Gr. Mitte und zum RMO. Vgl. zu Dirlewanger: Vern. Gottlob Berger v. 24. 5. 1948, Fall II, Bl. 6135, BA F 53844; Berger an Himmler v. 13. 10. 1942, BA F 14358 unpag.; Klausch, S. 90. »Bandenkinder«: Fsch. RKPA an Feldkommandostelle Himmlers v. 22. 9. 1943 und RSHA IV D5 an Kdo-Stab RFSS v. 10. 7. 1943, BA F 3355, Bl. 1975 und 1987f.; Tagebuch Bach-Zelewski v. 15. 4. 1943, BA R 20/45b, Bl. 74. Kontakte: Fotomappe zum 50. Geburtstag Rosenbergs, NWStA Detmold D 72 Nachlaß A. Meyer, Nr. 33; v. Schlabrendorff, Begegnungen, S. 180f. Granaten: Fsch. Nebe an Ustuf. Gutgesell v. 5. 11. 1942, BA NS 19/2733, Bl. 1f. Giftmunition: RSHA V D 2 v. 18. 5. 1944, BA-MA SF-01/16556, Bl. 653f.; ungezeichneter Brief v. 26. 1. 1944 und Vermerk v. 11. 4. 1944, BA D-H ZR 782, A.12, Bl. 8 und 39/R; Vern. Hans Schmidt v. 6. 4. 1961, ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bl. 462–464.

⁷⁶⁷ Siehe Vern. des damaligen SS-Sturmabführers Ru. S. v. 21. 1. und 12. 4. 1960, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1290 und 1339; EGr B, Tätigkeitsbericht für 23. 6.–13. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 3; Tagebuch Bach-Zelewski v. 17. 9. 1941, BA R 20/45b, Bl. 14; S. 566 dieser Darstellung. Zitat: EGr B, Tätigkeitsbericht für 23. 6.–13. 7. v. 14. 7. 1941, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 8; vgl. EM 27 v. 19. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1569. Bei Himmlers Besuch in Smolensk am 24. 10. 1941 war Nebe nicht anwesend.

Verbindung«. ⁷⁶⁸ Ständig prahlte er mit der erreichten Zahl der Ermordeten in seinem Amtsbereich: am 7. August funkte er Himmler, es seien 30 000, am 29. Oktober 1941 sprach er in Riga gegenüber Jeckeln von 150 000 bis 200 000 und in der Nacht zum 7. September 1942 gegenüber dem Ortskommandanten in Mogilew von 380 000 erschossenen Juden. ⁷⁶⁹

Zur Frage, ob Sicherheitspolizei und SD oder die (H)SSPF wie im Generalgouvernement ⁷⁷⁰ die entscheidende Rolle beim Befehlsweg spielten, ist in diesem Fall zu sagen: wohl beide in Kooperation, und nicht unabhängig von anderen Besatzungsorganen. Nicht von ungefähr trafen gerade in der fraglichen zweiten Septemberhälfte Bach-Zelewski und Nebe zweimal zusammen. Das Startsignal gab Bach-Zelewski mit der Aktion in Mogilew allerdings selbst, und er unterstrich auch Himmler gegenüber seine eigene führende Rolle auf diesem Gebiet. ⁷⁷¹ Andererseits deutet die Tatsache, daß ein einzelner Teiltrupp eines Einsatzkommandos (der des EK 8 unter Schönnemann in Borissov) mit den Ghettoliquidierungen lange vor den anderen Einheiten beginnen konnte, darauf hin, daß für diese Befehle gar nicht unbedingt eine Anweisung aus dem Reich – über wen auch immer – erforderlich war, die regionalen SS- und Polizeidienststellen sie also selbständig vorwegnehmen konnten. Die Befehlsgebungen beruhten auf einer Vielzahl von Einzelbeschlüssen und -initiativen, während die grundsätzliche Absicht, alle oder fast alle Juden in einem noch unbestimmten Zeitraum umkommen zu lassen, schon vor dem 22. Juni 1941 feststand.

Allerdings war das Einverständnis der Hoheitsträger und der Träger der militärischen Gewalt erforderlich. In dieser Hinsicht zeigen sich Ende September 1941 erstaunliche Parallelen zu SS und Polizei. Der Generalkommissar Kube dokumentierte durch seine Anordnung zur Judenvernichtung im Rayon Marina Gorka zwischen dem 24. und 28. September, auf den örtlichen Fall bezogen, mehr als Zustimmung. Am 25. September befahl der Wehrmachtbefehlshaber Ostland, unter anderem die Juden »unschädlich« zu machen. Der Wehrmachtbefehlshaber in Weißruthenien wies seine Truppen zwischen dem 22. und 28. September nicht weniger als viermal an, »mit aller Rücksichtslosigkeit« vorzugehen. ⁷⁷² Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte schließlich stand ebenfalls nicht abseits. Er veranstaltete zwischen dem 24. und 26. September in Mogilew einen Lehrgang zur Partisanenbekämpfung, bei dem die These, Juden seien mit den Partisanen verbunden, verbreitet wurde. Dabei hielten Bach-Zelewski, Nebe und Fegelein Vorträge, und am 25. Sep-

⁷⁶⁸ Vgl. Vern. Ry. S. v. 25. 3. 1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 7199.

⁷⁶⁹ Siehe S. 542 dieser Darstellung; Vern. Friedrich Jeckeln v. 14. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, Bd. 1, Bl. 18, in anderer Fassung abgedruckt in: Wilhelm 1981, S. 569; Tagebuch Bach-Zelewski v. 30. 10. 1941, BA R 20/45b, Bl. 16; Schreiben Dr. O. W. v. 25. 2. 1959 an die StA Nürnberg-Fürth, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. 4, Bl. 421/R. Bei den letzten beiden Angaben übertrieben entweder Bach-Zelewski oder die Zeugen.

⁷⁷⁰ Z.B. Scheffler/Grabitz 1993, S. 132f.

⁷⁷¹ Ein ehemaliger Schreiber beim Stab des HSSPF (in dieser Position zwischen Oktober 1941 und Januar 1942) sagte aus, Bach-Zelewski habe in einen von ihm geschriebenen Bericht handschriftlich eingefügt: »Dank der klaren Maßnahmen des HSSPF Rußland-Mitte kann die Judenfrage im rückwärtigen Heeresgebiet Rußland-Mitte als gelöst betrachtet werden.« Vern. K. K. v. 22. 10. 1960, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 252R.

⁷⁷² Selbst für v. Bechtolsheim war das eine einzigartige Häufung. Aufzählung seiner entsprechenden Befehle in: Kommandantur des Sicherungsgebietes Weissruthenien (707. Inf.Div.Kdo.), Befehl Nr. 43 v. 18. 2. 1942, GebA Minsk 699–5–1, Bl. 71R. Vgl. zum übrigen S. 587 und 611 dieser Darstellung.

tember wurde zur Demonstration eine »Lehrübung« im Dorf Knjashizy abgehalten, während der Angehörige des EK 8 und des Polizeibataillons 322 zwischen 26 und 32 Juden und mehrere angeblich Verdächtige und Ortsfremde vor aller Augen erschossen.⁷⁷³ Zurückgekehrt, berichtete der Kommandeur der SS-Kavallerie-Brigade Fegelein, v. Schenckendorff persönlich habe »in einer eingehenden Besprechung mit den Div.Kommandeuren« betont, »daß gegenüber der Bevölkerung nicht energisch und rücksichtslos genug durchgegriffen wird«. »Es wird deshalb angeordnet«, so Fegelein weiter, mit dem »S.D.« unter »allen Umständen« zusammenzuarbeiten, weiter öffentliches Erhängen von Partisanen und der »schlimmsten« Kommunisten, Erschießung aller nachts außer Haus Angetroffenen, Verhaftung aller Ortsfremden und Erschießen der Verdächtigen unter ihnen – und: »Falls eine Einheit längere Zeit in einem Orte liegt, sind unmittelbar Judenviertel bzw. Ghettos anzulegen, falls sie nicht sofort ausgerottet werden können.«⁷⁷⁴ Fegelein hatte selbst auf der Tagung die Vernichtung der Juden vehement gefordert.⁷⁷⁵ Eine Woche nach dem Lehrgang begann die Judenvernichtung in Mogilew, gleichzeitig Amtssitz des Befehlshabers v. Schenckendorff.⁷⁷⁶

Bei der Vernichtung der Juden konnten Sicherheitspolizei und SD, oder allgemeiner SS und Polizei, nicht in großem Maßstab auf eigene Faust handeln.⁷⁷⁷ Anfang November forderte die Einsatzgruppe C »in Wollhynien [...] die vollständige Ausrottung der Juden, die als Arbeitskräfte fraglos weniger Nutzen bringen, als sie als »Bakterienträger« des Kommunismus Schaden anrichten.«⁷⁷⁸ Aber sie setzte sich damit zunächst nicht durch, denn die Zivilverwaltung hielt die jüdischen Handwerker vor-

773 Siehe u. a. Krausnick 1981, S. 248; Angrick u. a., S. 345 f.; Förster, Sicherung, S. 1240; verschiedene Materialien (u. a. Entwürfe der Tagesordnung, Teilnehmerverzeichnis) des Berück Mitte, BA-MA WF-03/13302, Bl. 74–106, sowie in BA-MA RS 4/420; Vern. Erich v. d. Bach-Zelewski v. 22. 8. 1947, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. III,4, Bl. 93. Auch ein Vertreter des OKH/GenQu war anwesend: Berück Mitte, Ia, Zehntagesmeldung v. 30. 9. 1941, BA-MA WF-03/13303, Bl. 532. – Zu den Erschießungen gibt es widersprüchliche Angaben: [H.Gr. Mitte, Ib.] Aktennotiz über Kursus Bekämpfung von Partisanen beim Bef. rückw. H.Geb. Mitte (25. u. 26. 9. 1941), ZStA Minsk 655–1–1, Bl. 279f: »Es wurden neben einigen Juden verdächtige Ortsfremde vorgefunden (32 Exekutionen).« KTB Pol.Btl. 322 v. 25. 9. 1941: »13 Juden und 13 Jüdinnen in Zusammenarbeit mit dem SD. exekutiert«, 14 »Judenfrauen« mit 11 »Judenkindern« offenbar zunächst am Leben gelassen (BA F 56753). EM 124 v. 25. 10. 1941: 38 Personen, darunter alle 32 Juden, erschossen (BA-MA SF-01/28933, Bl. 3041. Siehe auch Vern. Gottlieb Nagel, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1120R.

774 SS-Kav. Brigade -Kommandeur- Ia, Brigadebefehl Nr. 8 v. 28. 9. 1941, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1305, Bl. 143 f. (Hervorhebung C. G.).

775 »Man wird bald dazu neigen, den Chauffeur genau wie den Juden zum Verbrecher zu stempeln. Über die Juden auch nur ein weiteres Wort zu verlieren, ist wohl überflüssig. Man kann vielleicht über die Maßnahmen verhandeln, wie der Jude am zweckmäßigsten aus den uns anvertrauten Gebieten verschwinden soll, aber daß er beseitigt werden muß, steht fest, denn der Jude ist der Partisan!« Wiedergabe der Ausführungen des Kommandeur SS-Kav.Rgt. 1, BA-MA RS 4/420.

776 Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 45 v. 30. 8. 1941, BA F 40540, Bl. 815 und 817.

777 Daher ist nach meiner Ansicht auch die Einschätzung von Peter Longenrich (1998, S. 352) nicht zutreffend, »daß es sich hier um einen Prozeß einer immer radikaleren Interpretation der am Anfang des Feldzuges gegebenen, bewußt offen gehaltenen Befehle handelte, alle irgendwie Verdächtigen umzubringen«. Dies geht von einer schematischen Vorstellung einer bloß zweiseitigen Interaktion zwischen den ausführenden Einheiten und ihren Befehlsgebern in SS und Polizei aus, die die anderen Besatzungsorgane außer acht läßt.

778 EM 133 v. 14. 11. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3196. Vgl. zum Mord an den Juden Wollhyniens Spector, Holocaust.

erst für unverzichtbar. Die Juden in »Wolhynien« blieben, einschließlich des weißrussischen Teils, bis zum Herbst 1942 am Leben.⁷⁷⁹

Der Zeitraum zwischen September und November 1941, der Höhepunkt der Judenvernichtung in Weißrußland im ersten Kriegsjahr, war gleichzeitig von einer deutlichen Verschärfung der deutschen Ernährungspolitik geprägt, gerade im Bereich Weißrußland und dort im Osten – wo die Juden früher vernichtet wurden – mehr als im Westen. Wenn es das wesentliche wirtschaftliche Ziel beim Krieg gegen die UdSSR war, ernährungswirtschaftliche Entlastung zu erzielen, so wurde im September mit Abschluß der Ernte klar, daß diese geringer als erhofft ausfallen würde. Im September, einem Monat der Entscheidungen für den Mord an den Juden, mußte sich das Reichsernährungsministerium unter Führung Herbert Backes auf eine Ernährungsplanung für ein weiteres Kriegsjahr umstellen und arbeitete sie aus. Backe setzte dabei, am 4. September beginnend, besonders das Ostheer unter Druck. Generalquartiermeister und Heeresverwaltungsamt waren bei den Beratungen beteiligt und sorgten in den folgenden drei bis fünf Monaten gezielt für das Verhungern der meisten Kriegsgefangenen zur Stabilisierung der Ernährungslage des Ostheeres (siehe Kap. 4.3a und 8.3). Neben dem Argument, die Juden stellten eine politische Gefahr für die Besatzungsmacht dar, spielte zumindest in größeren weißrussischen Städten wie Slonim die Ernährungspolitik bei örtlichen Entscheidungen eine Rolle, die Juden oder einen großen Teil von ihnen zu vernichten. Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte beruhte darauf – angesichts der kampagnenartigen Judenvernichtung 1941, ihrem Beginn in den großen Städten und der Ähnlichkeit der Situation in den verschiedenen Städten – möglicherweise auch die Entscheidung auf regionaler Ebene (vgl. Kap. 7.2d und 7.2e). Nicht nur, daß dort die Zerstörungen größer, der Arbeitskräftebedarf in den Städten geringer, der Wohnraummangel größer und der ernährungspolitische Druck stärker waren, die Militärverwaltung fand im Osten Weißrußlands auch eine andere Wirtschafts- und Sozialstruktur vor als die Zivilverwaltung in den erst 1939 von der Sowjetunion annektierten Gebiete im Westen des Landes. Dort herrschten noch kleine Industrie- und Handwerksbetriebe vor, in denen die meisten qualifizierten Arbeiter Juden waren. Sie rasch zu ermorden, hätte beinahe die ganze gewerbliche Produktion zum Stillstand gebracht. Beides war im unter Militärverwaltung stehenden Osten so nicht mehr der Fall.

Etwa gleichzeitig wie in Weißrußland, im September 1941, begannen auch in der Ukraine die Ghettovernichtungen.⁷⁸⁰ Erst weitere Forschungen werden zeigen können, ob dort ein ähnlicher Zusammenhang zur Ernährungs- und Sozialpolitik bestand. Das war anscheinend für die Massenmorde von Babi Jar in Kiew am 29. und 30. September 1941 der Fall.⁷⁸¹ Peter-Heinz Seraphim hat in seiner Denkschrift vom

779 Vgl. Spector, Holocaust of Volhynian Jews, S. 107–109; RMO, Hauptabt. I, Besprechung im Hause am 10. 3. 1942, BA R 6/69, Bl. 165.

780 Siehe die Belege in Anm. 7/755 sowie Pohl, Einsatzgruppe C, und Angrick, Einsatzgruppe D.

781 Im Tagebuch des Kriegsverwaltungsinspektors Edwin Grützner v. 26. 9. 1941 wurde erwähnt, daß die Einwohner Kiews seit acht Tagen ohne Brot und Fleisch seien (Müller, Wirtschaftspolitik, S. 604). Ein Sonderbeauftragter des Generals Thomas, Oberst Dr. Petri, der zwischen dem 22. und 27. 9. in Kiew war, schrieb, ernährungsmäßig drohe eine »Katastrophe«, da die Einwohner schon seit Wochen schlecht versorgt seien und höchstens noch für eine bis zwei Wochen Vorräte besäßen. Er forderte den »Hilfszug Bayern« an – ausgerechnet beim GenQu. Hinsichtlich der entstandenen Obdachlosigkeit bemerkte Pe-

29. November 1941 festgehalten, daß diese Erwägung auch allgemein für den Judenmord von Bedeutung waren. Er analysierte:

»Eine Abschöpfung landwirtschaftlicher Überschüsse aus der Ukraine für Ernährungszwecke des Reiches [...] wird versucht [...] zu erreichen:

1. durch Ausmerzungen überflüssiger Esser (Juden, Bevölkerung der ukrainischen Gross-Städte, die wie Kiew, überhaupt keine Lebensmittelzuteilung erhalten) [...].«⁷⁸²

Weitergehende Pläne: Morde durch Gas, Deportation mitteleuropäischer Juden und geplante Vernichtungszentren

Über die Ermordung seiner eigenen jüdischen Bevölkerung hinaus besaß Weißrußland eine weitergehende Bedeutung für die Ermordung der Juden Europas: als Testgebiet für neue Vernichtungstechniken und als Ziel für die Deportation und Ermordung west- und mitteleuropäischer Juden. Die entsprechenden Pläne häuften sich im Herbst 1941. Allerdings muß man hier deutlich zwischen den Projekten und dem unterscheiden, was die Mörder verwirklichen konnten. Tatsächlich wurden nicht mehr als schätzungsweise ein Viertel der weißrussischen Juden tatsächlich mit Gas getötet, man deportierte weit weniger Juden aus dem Westen nach Weißrußland als geplant, und es gab dort keine Vernichtungslager mit internationaler Funktion abgesehen allenfalls vom Lager Maly Trostinez bei Minsk im Jahr 1942.

Nach den Ergebnissen der bisherigen Forschung gab Himmler am 15. August 1941 Nebe in Minsk den Auftrag, sich in die Entwicklung anderer Mordmethoden einzuschalten, da das Erschießen das seelische Wohl seiner Männer zu sehr gefährdete. Wenn dem so ist, tat er das, weil das Nebe unterstellte Kriminaltechnische Institut (KTI) im Reichskriminalpolizeiamt schon längere Zeit die Technik zur Tötung der psychisch Kranken in Deutschland und im besetzten Polen mit Gas mitentwickelt hatte. Dort waren bereits sogenannte Gaswagen im Einsatz, in denen die Opfer mit Kohlenmonoxid aus Gasflaschen vergiftet wurden, in denen die Idee Nebes oder des KTI, dies mit in den Innenraum geleiteten Auspuffgasen zu tun, stammte ebenfalls schon aus der Zeit vor dem Angriff auf die Sowjetunion.⁷⁸³ Der Ausgangspunkt aller Über-

tri: »Politisch ist es natürlich von grosser Bedeutung, ob der ukrainischen Bevölkerung von seiten der deutschen Wehrmacht oder anderer deutscher Stellen in ihrer Notlage irgendwie geholfen werden kann und wird.« Von der Judenvernichtung schrieb Petri kein Wort (nur von Gerüchten über Anschläge von jüdischer Seite), dennoch darf man sich fragen, welche Lösungen und vor allem welche »anderen deutschen Stellen« er wohl meinte. Hier waren eigentlich nur SS und Polizei denkbar; die Organisation Todt hätte nichts tun können, da ja ein Wohnungsbauverbot bestand. Oberst Dr. Petri z.B.V. im Stab des OKW/ WiRüAmt, Bericht über eine auf Anordnung des Herrn Amtschef durchgeführte Dienstreise nach Kiew vom 22. bis 27. 9. v. 29. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 44543, Bl. 227–229. – Die EGr C meldete später mit Befriedigung, daß der Massenmord von Babi Jar zur Lösung des Wohnungsproblems in Kiew beigetragen habe: Lozowick, S. 225. Siehe auch Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen Nr. 6 v. 31. 10. 1941, ZStL UdSSR Bd. 401: »Der Wohnungsmangel, der besonders in Kiew durch die umfangreichen Brände und Sprengungen fühlbar war, konnte nach Liquidierung der Juden durch Einweisung in die frei gewordenen Judenwohnungen behoben werden.«

782 »Zur Lage im Reichskommissariat Ukraine« v. 29. 11. 1941, Nbg. Dok. PS-2174, BA F 16031. Vgl. die Vermutungen bei Aly/Heim, Vordenker, S. 391f.

783 Siehe Aussagen Bach-Zelewskis in Aufbau (New York) v. 23. 8. 1946; Kogon/Langbein/Rücklerl u.a. (Hg.), S. 81ff.; Klee (Hg.), S. 265–270; ders., »Euthanasie«, z.B. S. 112–115; sowie vor allem Vern. Dr. Albert Widmann v. 27./28. 1. 1959, 11. 1. und vom 15. 1. 1960, ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bl. 31–38, 79f. und 88; Vern. I. L. v. 15. 6. 1961, Bl. 428; Rücklerl 1977, S. 268, Anm. 55. Andere Darstellung bei Matthias Beer,

legungen zur Ermordung der europäischen Juden mit Gas war der 15. August 1941 gewiß nicht.⁷⁸⁴ Bereits am 8. August 1941 gab es im lettischen Liepaja (Libau) Gerüchte, die Deutschen wollten die jüdischen Frauen durch Gas töten.⁷⁸⁵ Bereits am 28. Juli waren Viktor Brack von der Kanzlei des Führers und sein Mitarbeiter bei der Krankenmord-Aktion (»T4«), Richard v. Hegener, bei General Thomas erschienen und hatten um »Unterstützung des WiRüAmtes für die Durchführung des Sonderauftrags des Führers« gebeten.⁷⁸⁶ Bracks Organisation war an der Entwicklung der Tötungstechniken durch Giftgas beteiligt und dem KTI offenbar übergeordnet.⁷⁸⁷ Thomas war für die Verteilung von Rüstungs-Produktionskapazitäten und Dringlichkeitsstufen zuständig, v. Hegener für die materielle Ausstattung der »Euthanasie«-Aktion.⁷⁸⁸ Während aber von einer neuen Ausbauphase des T4-Programms Ende Juli 1941 nichts bekannt ist, würde ihr Treffen Sinn machen, wenn es dabei um die materielle Vorbereitung des Baus von Gaswagen, das heißt vor allem um die Zuweisung von

S. 407ff., besonders seinen Zeitplan, S. 417. Beer tut mehrere Aussagen im zuletzt genannten Verfahren, die Idee mit den Motorabgasen stamme aus der Zeit vor dem 22. Juni, ab, erläutert aber nicht, wie Nebe auf diesen Gedanken kommen konnte, wenn er ihn doch gefaßt haben soll, als er sich in seiner heimischen Garage fast mit den Abgasen seines Wagens vergiftete. Das war während seines Sowjetunion-Einsatzes kaum möglich. So auch die Interpretation bei Browning, *The Development of the Nazi Gas Van*, in: ders. 1985, S. 59f. – Zur Frühphase der Morde in Polen Rieß 1995.

784 Diese Annahme entsprach der früheren Anschauung, Himmeler sei nach Besichtigung der Massenexekution bei Minsk stark beeindruckt gewesen und habe darum entschieden, es müsse nach anderen Tötungsmöglichkeiten gesucht werden.

785 Aly 1995, S. 333, unter Berufung auf einen Bericht des Verbindungsoffiziers des OKW/WiRüAmtes, Major v. Payr, v. 11. 8. 1941, der auf einen Besuch in Liepaja am 8. 8. Bezug nahm.

786 KTB WiRüAmt, Stab, v. 28. 7. 1941, BA-MA RW 19/165, Bl. 165. Vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 457; Enzyklopädie des Holocaust, S. 757. Falsche Schlüsse bei Aly 1995, S. 316, Anm. 34, auf Grund irrtümlicher Datierung. Es ist auch fraglich, ob Thomas, wie dort angenommen, für die »Bereitstellung von Krankbetten, Transportraum, Lazarettausrüstung etc.« der richtige Ansprechpartner gewesen wäre. Er war für Produktionsfragen zuständig.

787 M. Beer (S. 417) unterschätzt nach meinem Eindruck die Rolle der Kanzlei des Führers bei der Entwicklung der Gaswagen. In den Aussagen von Sekretärinnen beider Ämter ist von »zahlreichen Telefongesprächen und dem regen Schriftverkehr« zwischen Kanzlei des Führers und KTI die Rede sowie von mindestens einem Bericht, den das KTI an die KdFü erstatten mußte (dies Anfang 1942). Vgl. Vern. I. L. v. 15. 5. 1961 und E. F. v. 3. 9. 1959, ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bl. 68f. und 428. – Der stellvertretende Chef des RKPA, Werner, und T4-Personalchef Allers kannten sich gut, vgl. Klee, Was sie taten, S. 59 und 61.

788 Richard v. Hegener war in der Kanzlei des Führers bei der Euthanasie-Aktion mit der »Materialbeschaffung und Einrichtung der Gaskammern in den dazu bestimmten Heilstätten beauftragt«. Vermerk v. 17. 10. 1959 auf Grund von Akten der StA Hannover mit einer Vern. v. Hegeners aus dem Jahre 1949, ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bd. 1, Bl. 72–74; NSDAP-Mitgliedskarte v. Hegener, Der Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, Empfehlung v. 30. 3. 1942: »Parteigenosse von Hegener hat in unermüdlicher Arbeit die materiellen Voraussetzungen für die Durchführung des von hier aus durchgeführten kriegswichtigen Sonderauftrages des Führers geschaffen.« – Der Begriff »Sonderauftrag des Führers« ist jedoch nicht eindeutig verwendet worden. So erinnerte ein Schreiben der Kanzlei des Führers an Staatssekretär Reinhardt (RFM) vom 7. 3. 1941 (BA 7.01, Nr. 3586, Bl. 48) an »den Sonderauftrag des Führers, über den Ihnen seinerzeit Oberdienstleiter Brack eingehend berichtet hat und in dessen Auswirkung heute schon außerordentliche Beträge an öffentlichen Geldern eingespart werden.« Während hier der Krankenmord gemeint war, erinnerte sich später Erhard Wetzel, ehemaliger Rassereferent im RMO, Brack hätte ihm Ende Oktober 1941 mit Bezug auf die Gaswagen für die Judenvernichtung gesagt, »es handele sich um einen Führerbefehl oder einen Auftrag des Führers« (Vern. v. 20. 9. 1961, StA Hannover 2 Js 499/61, Bd. 2, Bl. 20, Hervorhebung C. G.). Diese Formulierung Wetzels deutet darauf hin, daß das letztere Bracks Worte waren, deren sich Wetzel während seiner Vernehmung erinnerte.

Fertigungskapazitäten zur Vernichtung der sowjetischen und möglicherweise auch polnischen Juden ging.⁷⁸⁹ Damit lassen sich auch etwa gleichzeitige Ereignisse im Reichsgau Wartheland in Verbindung bringen.⁷⁹⁰

Allerdings zeigen zwei kürzlich entdeckte Funksprüche, daß Bach-Zelewski nur einen beziehungsweise drei Tage nach Himmlers Besuch in Minsk den Spezialisten für Morde mit Gas, SS-Sturmabführer Lange, beim HSSPF im Wartheland, Wilhelm Koppe, anforderte, denn er wolle sich »nach Freiwerden« Langes »das Verfahren von L einmal persönlich vorführen lassen«.⁷⁹¹ Eine solche Demonstration durch Lange scheint nicht zustande gekommen zu sein, da dieser nicht abkömmlich war.⁷⁹² Möglicherweise wurden erst daraufhin die Mordexperten des KTI zu Rate gezogen, und möglicherweise hatte Himmler in der Heilanstalt Nowinki gar nicht Nebe, sondern Bach-Zelewski mit der Erprobung neuer Tötungsmethoden beauftragt. Daß Nebe diese Aufgabe übernahm, haben mehrere Zeugen ausgesagt; daß Himmler Nebe direkt den Auftrag gab, jedoch anscheinend nur Bach-Zelewski, der sich damit vielleicht zu entlasten suchte.⁷⁹³

Nebe ließ September 1941, eventuell auch bereits im August, mindestens zweimal Angehörige des KTI zu sich kommen, davon einmal unter Dr. Albert Widmann, und unter seiner persönlichen Überwachung sowie der Dr. Bradfischs vom EK 8 an psychisch Kranken in Mogilew Tötungsversuche mittels Gas und Sprengstoff vornehmen.⁷⁹⁴ Nach Aussagen des Klinikleiters aus Mogilew wurden hierbei an einem Tag binnen etwa 13 Stunden etwa 500 bis 600 Kranke – alle »arbeitsunfähig«, unter ihnen Juden – ermordet, indem über Schläuche Abgase mehrerer PKW oder LKW in ein abgedichtetes Zimmer geleitet wurden.⁷⁹⁵ Diese Aktion fand nach dem 3. September, die Abschlußbesprechung möglicherweise mit Nebe und Bach-Zelewski in Smolensk

789 So war die später mit dem Bau der Gaswagen beauftragte Firma Gaubschat aus Berlin-Neukölln im Herbst 1941 Zulieferer der Waffen-SS für Spezial-LKW, sogenannte »LC-Koffer«, offenbar für militärische Zwecke. Funkspruch 2. SS-Inf.Brig. (SS-Ostuf. Feige) an KdoStab RF-SS v. 17. 10. und KdoStab RF-SS an 2. SS-Inf.Brig. v. 31. 10. 1941, BA NS 33/51, Bl. 48, bzw. NS 33/53, Bl. 10. Die 2. SS-Inf.Brigade hatte zwei als »LC-Koffer« umgebaute Fahrzeuge der Marke »Opel Blitz« erhalten. Solche Fahrzeuge wurden noch 1941 auch zu Gaswagen der sogenannten ersten Generation umgebaut (M. Beer, S. 414; Schriftwechsel der Firma Gaubschat mit dem RSHA II D 3 von 1942, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 3).

790 Hierüber sind neue Erkenntnisse in einer Dissertation von Peter Klein, Berlin, über die Geschichte des Ghettos in Lodz zu erwarten, die derzeit erarbeitet wird. Ich danke Peter Klein für die freundliche Mitteilung.

791 Funktelegramme Bach-Zelewski an Koppe v. 16. und 18. 8. 1941, Public Record Office HW 16/32 Nr. 20 v. 16. 8. und Nr. 5 v. 18. 8. 1941; für den Hinweis bin ich Christoph Dieckmann sehr zu Dank verpflichtet. Siehe auch Witte u. a. (Hg.), Kommentierung unter dem 15. 8. 1941.

792 Pol.Rgt. Mitte an HSSPF Posen v. 2. 9. und Antwort HSSPF Posen v. 3. 9. 1941, PRO HW 16/32, Nr. 7 v. 3. 9. 1941).

793 Belege siehe in Anm. 10/72 dieser Darstellung.

794 Siehe Kogon/Langbein/Rückler und Klee, Dokumente, a.a.O.; Klee, »Euthanasie«, S. 369f.; Wilhelm 1981, S. 543–552; Ebbinghaus/Preissler, S. 83–90; Urteil LG Stuttgart Ks 19/62 v. 15. 9. 1967 gegen Dr. Widmann, ZStL 439 AR-Z 18a/60; ebd.: Vern. H. S. v. 7. 4. 1961, Bl. 469; Vern. K. S. (Adjutant Nebes bei der EG R B) v. 9. 3. 1959 (Abschrift), Bl. 47f.; Vern. Albert Widmann v. 11. 1. 1960, Bl. 79–87; Vern. Dr.-Ing. Helmut Hoffmann v. 5. 11. 1960, Bl. 318 und 322; Vern. W. J. v. 4. 6. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 934/R; Aussagen Bach-Zelewskis in Aufbau (New York) v. 23. 8. 1946; Vern. Georg Frentzel v. 20., 24., 27., 28. 7. und 4. 8. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 4, Bl. 148–156 und 168–178.

795 Vgl. Vern. A. N. S. v. 20. 7. 1944, 4. 11. und 24. 12. 1948, ebd., Bl. 219–234 und 299–306 (Übersetzungen).

am 17. September statt.⁷⁹⁶ Fast gleichzeitig wie in Mogilew, am 18. September, fand auch im Badehäuschen der Anstalt Nowinki bei Minsk eine Krankentötung durch Giftgas statt, dort also, wo Himmler den Auftrag erteilt hatte (Die Aktionen in Minsk und Mogilew werden in der Literatur weithin verwechselt und zu einer einzigen vermengt⁷⁹⁷). Der Generalkommissar Kube und sein Abteilungsleiter Gesundheit, Dr. Weber, waren an diesem Beschluß beteiligt. Die Ausführenden sind unklar; möglicherweise waren es Schutzpolizei oder Gendarmerie aus Minsk und der KTI-Chemiker Dr. Heinrich Hoffmann.⁷⁹⁸ Die Mordtechnologie, die in Minsk und Mogilew erprobt wurde, diente einerseits der Entwicklung der Gaswagen – Widmann brachte Zeichnungen solcher Mordinstrumente mit nach Mogilew –, ⁷⁹⁹ fand aber tatsächlich in improvisierten stationären Gaskammern statt, kann also vor allem mit deren Entwicklung in Verbindung gebracht werden. Mit KFZ-Abgasen wie versuchsweise in Minsk und Mogilew wurde später in großem Maßstab in den Lagern der »Aktion Reinhard« gemordet. Die Forschung konnte bisher Erprobung und Vorbereitung von Gaswagen einerseits und stationären Gaskammern andererseits nicht ausreichend voneinander abgrenzen. Ende Oktober hatten der Stab Bracks und das RSHA bereits einige »Vergasungsapparate« zur Verfügung, womit vermutlich Gaswagen gemeint waren;⁸⁰⁰ es ist jedoch fraglich, ob tatsächlich, wie ein Gaswagenfahrer bezeugte, bereits kurz nach der Ghettovernichtung in Mogilew etwa Ende Okto-

796 Archivabschrift über den Bestand an Kranken in der Mogiljower Heilanstalt für Geisteskranke per 3. September 1941 (Übersetzung): insgesamt 910 Personen (ebd., Bl. 214). Zum 17. 9.: Widmann berichtete über die Abschlußbesprechung in Smolensk, zu der Bach-Zelewski habe kommen sollen, aber nicht gekommen sei, da er bei einem Luftangriff kurz zuvor verwundet worden sei. In seinem Tagebuch schildert Bach-Zelewski ausführlich, wie er am 17. 9. 1941 kurz vor dem Anflug auf Smolensk sowie nach dem Wiederabflug *fast* Opfer eines sowjetischen Fliegerangriffs geworden sei. Mittags habe er mit Nebe in dessen Amtssitz gegessen. Allein für Stadtrundfahrt und Mittagessen, wie Bachs Tagebuch angibt, dürfte er nicht dorthin gekommen sein. Möglicherweise wollte Widmann Bach-Zelewski decken, gegen den damals noch das Verfahren als HSSPF Rußland-Mitte lief. Vgl. Vern. Albert Widmann v. II. I. 1960 (Abschrift), ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bl. 84, und Tagebuch Bach-Zelewski v. 17. 9. 1941, BA R 20/45b, Bl. 14. M. Beer (S. 408, Anm. 37) übersieht das und die Tatsache, daß Bach-Zelewski am 17. 9. sehr wohl mit Nebe sprach.

797 Die Anstalt in Mogilew hatte Himmler nie besucht, dort war Nebe aber bei den Versuchen anwesend. Vgl. dagegen Ebbinghaus/Preissler, S. 83–90; M. Beer, S. 408f.; Aly 1995, S. 343.

798 Hierzu insbesondere die Aussagen der Ärztin N. N. Akimowa mit Datumsangabe in: Ebbinghaus/Preissler, S. 88ff.; Vern. E. K. K. v. 24. 7. 1944 (Übersetzung), ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 148f. (Datumsangabe: 19. 9.); Aussage N. N. Akimowa im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 25; Vern. Dr. Helmut Hoffmann v. 10. I. 1961, ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bl. 318 und 322. Hoffmann gab als Grund dafür, warum ihn KTI-Chef Heess zu Nebe schickte, wenig glaubhaft an, es sei lediglich um Informationsaustausch und die Überführung eines Pkw gegangen. Widmann selbst, hätte er dieses Verbrechen gleichfalls durchgeführt, hätte es nicht verschweigen müssen, wenn er das andere schon gestand. – Die Datumsangabe Akimowas ist wahrscheinlich zutreffend, da dies bei Teilen ihrer Aussage, die auf Grund neuer Aktenfunde überprüft werden können, peinlich genau der Fall ist. Möglicherweise machte sie ihre Aussagen auf Grund eigener schriftlicher Aufzeichnungen. Vgl. ausführlich S. 1068f. in dieser Darstellung.

799 Vern. K. K. v. 31. 5. 1945, BStU ZUV 9, Bd. 19, Bl. 225.

800 Das ergibt sich aus RMO, Sachbearbeiter AGR Dr. Wetzel, Betr.: Lösung der Judenfrage an RKO, Bezug: Ihren Bericht vom 4. 10. bezüglich Lösung der Judenfrage (Entwurf), Nbg. Dok. NO-365. Wilhelm 1981, S. 546, geht davon aus, bei Bracks »Vergasungsapparate[n]«, die nach Riga geschickt werden sollten, habe es sich um stationäre Kammern gehandelt. In seiner Vern. v. 20. 9. 1961 erklärte Dr. Wetzel jedoch, damit sei ein Gaswagen gemeint gewesen (StA Hannover 2 Js 499/61, Bd. 2, Bl. 18).

ber 1941 ein solches Fahrzeug in dieser Stadt eingesetzt wurde, denn im Reichskommissariat Ostland, wo man sich spätestens seit dem 4. Oktober um solche Wagen bemühte, gab es damals noch keine.⁸⁰¹ Möglicherweise hat im Reichskommissariat Ostland jedoch ein ähnliches Tötungsexperiment mit Giftgas wie in Minsk und Mogilew etwa gleichzeitig stattgefunden.⁸⁰²

Nach vage erkennbaren Plänen vom Herbst 1941 sollte in Mogilew ein Vernichtungszentrum mit offenbar internationaler Funktion errichtet werden.⁸⁰³ Jean-Claude Pressac hat vor einiger Zeit nachgewiesen, daß die Firma Topf in Erfurt Mitte November 1941 vom Amt II des RSHA einen Auftrag zum Bau eines großen Krematoriums in Mogilew mit 32 Einäscherungskammern und einer Kapazität zur Verbrennung von 3000 Leichen pro Tag bekam. Am 30. Dezember wurde ein Ofen mit vier Einäscherungskammern dorthin geliefert und anschließend aufgebaut. Weitere standen bis August 1942 für Mogilew bereit, ehe Topf sie statt dessen nach Auschwitz lieferte. Die SS-Bauleitung Rußland-Mitte hatte die geplanten vier Öfen schon größtenteils bezahlt.⁸⁰⁴ Götz Aly hat mit Recht Pressacs Annahme verworfen, daß diese Anlage zur Verbrennung von Fleckfiebertoten bestimmt gewesen sei – die Leichen ständig über Hunderte Kilometer zu einem zentralen Punkt zu transportieren, war seuchenhygienisch unsinnig und von der Transportlage her undenkbar –, und die Vermutung hinzugefügt, daß ein Teil der europäischen Juden auf dem Schiffahrtsweg über den Dnjepr und möglicherweise den Pripjet nach Mogilew gebracht und dort getötet werden sollten.⁸⁰⁵ Das klingt phantastisch und ist von Aly ausdrücklich als Überlegung und Anregung für die Forschung vorgebracht worden. Doch es gibt weitere Hinweise auf ein solches Projekt.

Am 10. Oktober erklärte Heydrich in Prag, einen Teil der Prager Juden »in die Lager für kommunistische Häftlinge im Operationsgebiet« bei den Einsatzgruppenchefs Nebe und Rasch deportieren zu wollen. Eichmann fügte hinzu, dies sei schon

⁸⁰¹ Vgl. Vern. O. M. (ehem. Angehöriger des EK 8) v. 6., 8. und 9. 6. 1945 (teilweise gekürzte Übersetzung), BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 103 und 114. M. datierte die Ghettoliquidierung fälschlich auf 2./3. 11. 1941 und will rund zehn Tage später von Bradfish als Gaswagenfahrer eingesetzt worden sein. – Zu den Morden mit Gaswagen vgl. weiter Kap. 7.6. Zur Ermordung psychisch Kranker Kap. 10. 4. Zu Nebes Sprengversuchen auch S. 1113f. dieser Darstellung.

⁸⁰² Vgl. Vern. Dr. R. K. v. 21. 9. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 902f. Der Zeuge, der erste Beauftragte der Firma Telefunken in Minsk zwischen Ende August und Anfang Oktober 1941, sagte aus, ihm habe in diesem Zeitraum ein SS-Obersturmführer erzählt, »daß er im ehem. Litauen oder Lettland die Insassen eines Irrenhauses liquidiert hatte und zwar durch Vergasen der Irren in einer Garage mittels LKW-Auspuffgasen.« Der SS-Dienstgrad habe die Aufsicht über das »von der SS eingerichtete und geleitete Konzentrationslager« geführt, wo etwa je tausend jüdische Zivilisten und Kriegsgefangene gefangen gehalten worden seien. Auch in Minsk habe er bereits Erschießungen durchgeführt. – An dieser Aussage erscheint einiges glaubhaft. Der SS-Angehörige könnte dem Teilkommando des EK 3 angehört haben, das seit Ende September 1941 in Minsk war. Die Insassen des Zivilgefangenenlagers ermordete das Res.Pol.Btl. 11 Mitte Oktober 1941, vgl. Anm. 7/31.

⁸⁰³ Siehe Gerlach, Failure.

⁸⁰⁴ Vgl. Pressac, S. 38–41, 64f., 75 und 120.

⁸⁰⁵ Aly 1995, S. 340f. und 344–347. Die angebliche Fleckfieberkatastrophe unter den deutschen Truppen im Mittelabschnitt der Ostfront ist ein Märchen. Vgl. dagegen S. 290 dieser Darstellung; Gerlach, Failure, S. 61. Am 5. 2. 1942 gab der Chef des Heeressanitätswesens, Handloser, die Zahl der Fleckfiebererkrankungen im gesamten deutschen Ostheer mit 4400 Fällen, davon 729 Todesfälle, an. KTB Halder, Bd. III, S. 395; vgl. weiter Reinhardt, S. 174, Anm. 20.

»eingeleitet«. Das macht wenig Sinn, wenn man annimmt, daß solche Lager einfach nicht existierten.⁸⁰⁶ Bei Nebe oder vielmehr bei Bach-Zelewski gab es aber ein solches Lager, nämlich das neue, am 29. September oder 3. Oktober gegründete Zwangsarbeitslager in Mogilew auf dem Gelände der Dimitrow-Fabrik. Es war als Prototyp für weitere derartige Einrichtungen gedacht. (In der Ukraine scheint gleichzeitig ein Netz kleinerer Aufnahmelager für deportierte Juden aus dem Westen geplant worden zu sein.⁸⁰⁷) Himmler besichtigte das Lager in Mogilew am 23. Oktober 1941.⁸⁰⁸ Bach-Zelewski erklärte in Nürnberg gegenüber den US-Amerikanern, eines Tages zu Anfang des Jahres 1943 (in Wahrheit vermutlich früher) sei bei ihm eine »kleine Kommission« aus Hamburg erschienen, die eben in diesem Zwangsarbeitslager in Himmlers Auftrag eine Gaskammer errichten wollte.⁸⁰⁹ Für sich genommen, erscheint diese Aussage nicht ernstzunehmen, aber sie paßt mit Heydrichs Bemerkung in Prag und der Lieferung des Krematoriums zusammen. Himmler erschien bei seinem Besuch in Mogilew am 23. bis 25. Oktober 1941 aus nicht ersichtlichen Gründen in Begleitung des HSSPF Nordsee, Querner, mit Dienstsitz in Hamburg und mit »8 andere[n] Herren«.⁸¹⁰ Es wäre möglich, daß dies zur Vorbereitung des Besuchs der von Bach-Zelewski angeführten »Kommission« diente, die den Bau der Gaskammer vorbereiten wollte. Neue Erkenntnisse von Richard Breitman zeigen Verbindungen zwischen Querner und der Firma Tesch & Stabenow in Hamburg, die kurz darauf Vertreter nach Mogilew und Riga für den Einsatz von Zyklon-Gasen entsandte. Allerdings deuten die von Breitman gefundenen Materialien eher auf die verhältnismäßig harmlose Erklärung hin, daß diese Gase in Mogilew und Riga entsprechend ihrer eigentlichen Funktion zur Desinfektion von Textilien oder Gebäuden insbesondere der Waffen-SS-Einheiten sowie der Polizei im Mittelabschnitt der Front eingesetzt wurden.⁸¹¹

806 So Aly/Heim, Vordenker, S. 458f. (nach dort auch zitiert); ebenso Aly 1995, S. 356. Zitat: Notizen aus der Besprechung am 10. 10. 41 über die Lösung von Judenfragen, Eichmann-Dokument Nr. 1193, BA F 5438.

807 Vern. K. S. v. 27. 11. 1959, ZStL 204 AR-Z 21/58, Bd. 9, Bl. 219, der Ende 1941 beauftragt war, die Möglichkeit der Einrichtung eines Lagers für 2000 bis 3000 deportierte Juden in Schepetowka zu erkunden.

808 Zur Eröffnung des Lagers und zu Himmlers Besuch S. 590–592f. dieser Darstellung.

809 Bach-Zelewski datierte den Vorgang auf 1943, um unter Beweis zu stellen, daß er erst damals von den Gaskammern erfahren habe. Außerdem habe er den Bau in seinem Bereich verhindert. Vgl. seine Vern. v. 23. 3. 1946 (engl.), ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. 5, Bl. 36f.; mit geringfügigen Abweichungen auch erwähnt in einer Zusammenfassung der Bach-Zelewski-Aussagen in: »Leben eines SS-Generals«, Aufbau (New York) v. 6. 9. 1946. Siehe bereits Reitlinger, Endlösung, S. 250. Bach sprach von einer gut erhaltenen Fabrik im Stadtgebiet. Dort habe es auch eine Waffenreparaturwerkstatt gegeben.

810 Tagebuch Bach-Zelewski unter dem 27. 10. 1941, BA R 20/45b, Bl. 15; vgl. Himmlers Reiseprogramm für 23.–25. 10. 1941, BA NS 19/1792, Bl. 60f., und Terminkalender Himmler v. 25. 10. 1941, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 389. Allein für die Besprechung der Verhältnisse im SS-Oberabschnitt Nordsee bzw. wegen des Konflikts mit dem Hamburger Polizeipräsidenten Kehrl (vgl. ebd.) dürfte Himmler Querner nicht auf die ganze Reise mitgenommen haben. Dieser stand spätestens am 21. 10. als Reiseteilnehmer fest: Fschr. Grothmann an Bach-Zelewski v. 21. 10. 1941, BA NS 19/1792, Bl. 66.

811 Darauf weisen die Zuständigkeit des Leitenden Arzts beim HSSPF Rußland-Nord und des Waffen-SS-Offiziers Magill, Lieferungen an das SS-Lazarett in Minsk, der frühe Zeitpunkt und der große Umfang der bestellten Lieferungen hin. Vgl. Breitman 1998, S. 75–78. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß in Mogilew jemals Zyklon B zur Ermordung von Menschen eingesetzt wurde, wie Breitman 1998, S. 270, Anm. 45, vermutet. Breitmans Schlußfolgerungen erscheinen kurzschlüssig, weil sie darauf hinauslaufen, in Mogilew sei bereits im Oktober ein Vernichtungslager, in dem mit Zyklon B gemordet werden sollte, nach dem späteren Muster von Auschwitz geplant gewesen. Das ist aber nach meiner Ansicht eine Rück-

Tatsächlich sprachen Himmler, Bach-Zelewski und der Kommandeur des Polizeiregiments Mitte, Montua, während Himmlers Besuch in Mogilew darüber, daß die Juden mit anderen Mitteln als durch Erschießen getötet werden sollten. Nach Aussage von Bach-Zelewskis damaligem Adjutanten versprach Himmler, es würde bald »andere Lösungen« geben.⁸¹² Doch kann dies auch als Hinweis auf den geplanten Einsatz von Gaswagen gedeutet werden. Im Februar 1942 waren drei dieser Masseninstrumente in Mogilew stationiert, was wenig sinnvoll gewesen wäre, hätte man in der Stadt mit Zyklon B morden wollen.⁸¹³ Das geplante Durchgangs- oder Vernichtungslager in Mogilew kam nie zustande. Es gibt auch keinen Hinweis darauf, daß das Krematorium je in Betrieb gegangen ist; die Menschen, die SS und Polizei in Mogilew ermordeten, wurden bei den Dörfern Nowopaschkowo und Polykowitschi in Massengräbern verscharrt und 1943 vom Sonderkommando 1005 verbrannt.⁸¹⁴

Der Ausbau und die Umfunktionierung des Lagers in Mogilew wurde zu einer Zeit geplant, da der Mord an den Juden im Osten Weißrußlands wie in der Stadt selbst schon vor dem Abschluß stand. Dies spricht dafür, daß man die vorgesehenen Opfer von anderswo heranbringen wollte. Entweder sollte in Mogilew einfach ein Vernichtungslager für Juden aus Mitteleuropa oder Polen errichtet werden, oder es war geplant, sie in der Stadt zunächst einzuquartieren, wobei aber eine hohe Sterblichkeit bereits vorausgesetzt und gewollt war. Dafür könnte auch ein mittlerweile von Jürgen Matthäus aufgefundener Plan zur »großflächigen« Erweiterung des Ghettos im September 1941 kurz vor seiner Auflösung sprechen.⁸¹⁵ Daß im Gegensatz zu den Vernichtungslagern der »Aktion Reinhard« im Generalgouvernement – von denen Belzec seit Anfang November 1941 bereits im Bau war – ein Krematorium gebaut wurde, könnte ebenfalls auf den Plan für ein großes Internierungslager hindeuten. Es dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die SS hoffte, auf diese Weise Bedenken der Militärverwaltung wegen der Seuchengefahr, die von den unterversorgten Menschen in einem solchen Lager ausgehen konnte, auszuräumen oder ihnen von vornherein zu begegnen. Der mit Himmler mitgereiste Querner schrieb an den Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann, er ziehe es vor, über seine »sehr interessante« Reise nach Mogilew und Smolensk mündlich Bericht zu erstatten. Gleichzeitig teilte er Kaufmann mit, daß der nächste Judentransport aus Hamburg in den Osten wegen »Materialmangel« um acht Tage verschoben worden sei. Der Zug traf schließlich am 10. November in Minsk ein.⁸¹⁶ Ein weiteres Indiz für geplante Deportationen: während

projektion, da sich Auschwitz selbst erst eine Reihe von Monaten später 1942 zu dem entwickelte, wofür der Name heute steht. Schon daß eine Großbestellung von Zyklon (nach Breitmans Spekulation Zyklon B) zur Ermordung von Menschen aufgegeben worden sein soll, noch bevor überhaupt Baulichkeiten dafür bestanden, ist nicht überzeugend.

812 Vern. H. G. v. 26. 5. 1962, ZStL 202 AR-Z 152/59, Bd. 2, Bl. 1029. Für den Hinweis auf diese Aussage danke ich Andrej Angrick. Sie ist bereits bei Ogorreck 1996, S. 214, zitiert.

813 EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–28. 2. v. 1. 3. 1942, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 159.

814 Bericht der Untersuchungskommission Mogilew v. 8. 10. 1944, ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 277–306; auszugsweise abgedruckt in: Klee/Dreßen, S. 186ff.; zu den Verbrennungen Spector, Aktion 1005, S. 165.

815 Matthäus, Perspektiven, S. 1002; vgl. Plan der Stadt Mogilew. Angefertigt im September 1941 durch den Kommandeur der Bauruppen (eingezeichnet »Geplante Erweiterung des Judenviertels«), US Holocaust Memorial Museum 53006M, Reel 2 (Kopie aus GebA Mogilew 260–1–146).

816 Querner an Kaufmann v. 31. 10. 1941, BA-MA SF-01/28941, Bl. 766f. Für den Hinweis danke ich Andrej Angrick.

der Mogilew-Reise traf Himmler den SSPF Weißruthenien, Zenner, der über die von Einheiten aus seinem Befehlsbereich ausgeführte Ermordung der Juden in Borissow zwei Tage zuvor berichtet haben dürfte. In Borissow ging bereits das Gerücht um, »daß die nunmehr frei gewordenen Häuser der Juden für Juden aus Deutschland hergerichtet werden sollen, die dann ebenso liquidiert werden sollen, wie die Borissower Juden!«⁸¹⁷ Am Abend nach seiner Rückkehr aus Mogilew erstattete Himmler in Heydrichs Anwesenheit Hitler Bericht. Was er ihm mitteilte, können wir lediglich aus Hitlers hier noch einmal zu zitierenden Ausführungen an diesem Abend schließen:

»Vor dem Reichstag habe ich dem Judentum prophezeit, der Jude werde aus Europa verschwinden, wenn der Krieg nicht vermieden bleibt. Diese Verbrecherrasse hat die zwei Millionen Toten des Weltkrieges auf dem Gewissen, jetzt wieder Hunderttausende. Sage mir keiner: Wir können sie doch nicht in den Morast schicken! [...] Es ist gut, wenn uns der Schrecken vorausgeht, daß wir das Judentum ausrotten.«⁸¹⁸

Auffällig ist der Hinweis auf den »Morast«. Bisher meist metaphorisch gedeutet, kann er mit Weißrußland in Verbindung gebracht werden, das in der deutschen Führung mit Sümpfen identifiziert wurde (vgl. Kap. 2.3). Das könnte bedeuten, daß Himmler an diesem Tag Hitler auch über Pläne zu Deportationen nach Minsk und Mogilew berichtet hat.⁸¹⁹

Doch solche Deportationen waren einstweilen wegen der Eisenbahntransportlage höchstens in sehr begrenztem Umfang möglich. Selbst die begrenzten und wohl noch nicht als abschließende Lösung gedachten Verschleppungen nach Minsk mußten 1941 aus diesem Grund nach wenigen Zügen eingestellt werden (Kap. 7.5a). Es schien jedoch noch der von Götz Aly angesprochene Wassertransportweg zu bleiben. Am 16. August 1941 war der SS-Standartenführer Fritz Allihn überraschend auf Vorschlag des RKF – mit dem er bis dahin in seiner Karriere noch nichts zu tun gehabt hatte – vom Reichsverkehrsministerium mit der Leitung der größten Binnenschiffahrtswerft in diesem Gebiet, nämlich der Staatswerft in Pinsk am Pripjet betraut worden.⁸²⁰ Am 10. September erhielt er hierfür offizielle Empfehlungsschreiben vom eigentlich nicht mehr zuständigen Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Kleinmann. Auftrag: der Bau von Lastkähnen und Binnenschiffen mit kurzer Lebensdauer für den Einsatz »im großen Feld des Dnjepr-Bug-Systems«.⁸²¹ Einen Tag später begann die Volks-

817 Bericht des Oberwachtmeisters Soennecken v. 24. 10. 1941, zitiert nach: Wilhelm 1981, S. 578. Zum Treffen mit Zenner siehe Tagebuch Bach-Zelewski v. 27. 10. 1941, BA R 20/45b, Bl. 15.

818 Jochmann, Hitler Monologe, S. 106 (25. 10. 1941).

819 Möglicherweise ist dieses Treffen identisch mit jenem, das Hitlers Heeresadjutant Major Engel in seinen Aufzeichnungen unter dem 2. 10. 1941 erwähnt und bei dem Heydrich und andere anwesend gewesen sein sollen. Himmler soll hier über »Verlagerung von Fremdrassigen (Juden)«, die Lage im Baltikum und Weißrußland gesprochen haben. Heeresadjutant bei Hitler, S. 111; zu Quellenkritik und Datierungsproblem bei Engel, Anm. 11/74 dieser Darstellung.

820 RVM, Beschäftigungszeugnis v. 28. 10. 1942, sowie Allihn an RVM v. 26. 6. 1942, BDC, SSO-Akte Fritz Allihn.

821 Der Reichsverkehrsminister, Zweigstelle Ost, Abteilung Binnenschiffahrt B Ost I 48/41, Betr.: Holzschißbau im großen Feld des Dnjepr-Bug-Systems (gez. i. V. Kleinmann) v. 10. 9. 1941 – einmal mit großem Verteiler, einmal an Allihn »im Hause«, BA-MA RW 19/2186 unpag. Vgl. KTB RüIn Ukraine v. 16. 10. 1941, BA-MA RW 30/91, Bl. 4f. Allihn, zuvor Kdr. eines mot. Art.Rgts. der Waffen-SS, sollte aber möglichst nur Arbeitskräfte und Materialien aus den besetzten sowjetischen Gebieten einsetzen. Zur fehlenden Zuständigkeit Kleinmanns S. 413 dieser Darstellung.

deutsche Mittelstelle, nach sowjetdeutschen »Binnenschiffer[n] mit genauer Kenntnis der russischen Ströme und Kanäle« zu suchen, was mit Allihns Einsatz im Zusammenhang gestanden haben dürfte.⁸²² Vorangegangen war gleichfalls am 11. September eine Besprechung im Reichsverkehrsministerium, an der neben dessen Abteilungsleiter Dr. Ebhardt, Allihn und Vertretern des RKF auch drei Beamte des RSHA teilnahmen. Der ranghöchste von ihnen war Dr. Erwin Weinmann, Leiter der Amtsgruppe IV D (Gestapo in den besetzten Gebieten). Das vordergründige Thema der Besprechung, Volksdeutsche als technisches und Verwaltungspersonal und sowjetische Arbeitskräfte zum Bau und zur Navigation von Binnenschiffen in der Sowjetunion zu finden, hatte mit seinen Aufgaben nichts zu tun. Seine Anwesenheit kann als Anzeichen für das Interesse des RSHA an der Möglichkeit gesehen werden, polnische oder mitteleuropäische Juden in die besetzten sowjetischen Gebiete zu verschiffen.⁸²³

In mehreren Quellen wird die große Bedeutung des Allihn-Auftrages und dessen Durchsetzungsfähigkeit erwähnt.⁸²⁴ Seine Position hatte aber auch allgemeinwirtschaftliche Bedeutung, wie die Bemühungen der Rüstungsinspektion Ukraine und des Chefs des Transportwesens sowie der Feldwasserstraßenabteilung 2 zeigen, die Werft selbst in die Hand zu bekommen. Allihn mußte sich bald Wehrmachtaufträgen unterordnen.⁸²⁵ Außerdem dürfte es um die Verschiffung von Baumaterialien zur Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte, auch desjenigen in Mogilew, gegangen sein,⁸²⁶ was aber nicht im Gegensatz zum Aufbau eines großen Lagers gesehen werden mußte, sondern damit zusammenhängen könnte. Schließlich hatte die SS auch wegen der wirtschaftlichen Verbindung zu den Volksdeutschen in der Ukraine und zukünftigen Siedlungsprojekten an der Wasserverbindung Interesse.⁸²⁷

822 Aly 1995, S. 340. Der Zusammenhang ergibt sich aus dem Wort »Kanäle«. Der einzige wichtige Kanal, den die Deutschen eroberten, war der Dnjepr-Bug-Kanal zwischen Pinsk und Kobryn. 1942 hielten sie für kurze Zeit den Wolga-Don-Kanal bei Stalingrad. Das Dokument könnte auch mit dem Ostsee-Weißmeer-Kanal in Verbindung gebracht werden, der in den Plänen für Judendeportationen eine gewisse Rolle spielte (Aly 1995, S. 274), doch die Deutschen erreichten ihn nie. Das gleiche gilt für das Moskauer Wasserstraßensystem.

823 RVM, B Ost I/II, Aufzeichnung über die Sitzung am 11. September v. 15. 9. 1941, BA R 6/425, Bl. 9–12. Für Informationen über Dr. Erwin Weinmann danke ich Michael Wildt. Die anderen beiden RSHA-Vertreter waren Regierungsrat Weinz und SS-Hstuf. Tiedecke.

824 RMO, II 1c, Aktenvermerk, Betrifft: Gruppe Binnenschiffahrt v. 21. 11. 1941; RMO, III B Ost I/III, Aufzeichnung über die Besprechung vom 10. 12. 41 vormittags v. 6. 1. 1942; »Personal B Ost«; Lage- und Arbeitsbericht der Gruppe B Ost v. 6. 3. 1942, BA R 6/425, Bl. 48/R, 51, 63R, 85f.

825 Vgl. WiStab Ost, Chefgruppe Fü/M/T.u.V., Betr.: Holzschiffbau in Pinsk v. 27. 1. 1942 und WiStab Ost, III B Ost an WiRüAmt v. 10. 1. 1942, BA-MA RW 19/2186. Im Auftragsschreiben v. 10. 9. 1941 (ebd.) wurde außerdem betont, es handle sich um die einzige Binnenverbindung zwischen Reich, Generalgouvernement und Ukraine.

826 Vgl. HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Beurteilung für Konrad Breuer v. 8. 10. 1943, I. 8. 1941–31. 7. 1942 »Beauftragter für sämtliche dem Höheren SS- und Polizeiführer Rußland-Mitte und Weißruthenien [sic] unterstellten Polizeistützpunkte«, der dazu u. a. »wichtige Wirtschaftsobjekte wie Sägewerke, *Flußschiffahrtswerften*, T[i]schlereien und landwirtschaftliche Betriebe sicherzustellen«, auszubauen und nutzbar zu machen hatte (BDC, PA Konrad Breuer, Hervorhebung C. G.). Ferner Der Reichsführer-SS, SS-Befehl v. 15. 1. 1942 (Unterschrift: H. Himmler), BA D-H ZM 885, A. 10, zur Errichtung von drei SS- und Polizei-Versorgungsstützpunkten u. a. »am besten« in Mogilew jeweils mit Unterkünften für 3000 Mann, Bekleidungs-Depots für 20000 Mann und Lazaretten mit 2000 Betten.

827 Siehe Brandt an Greifelt v. 4. 12. 1941, BA R 49/981, über Himmlers großes Interesse an Todts angeblich fertigen Planungen »für die Kanäle, Straße und auch Eisenbahnen des Ostens, [...] die ja für die Siedlung der Volksdeutschen im Osten sehr wesentlich sind«.

Das Projekt scheiterte. Im Sommer 1942 wurde Allihn, inzwischen aus der SS entlassen, vom Reichskommissar Ukraine abgelöst. Auch der HSSPF Ukraine, Prützmann, arbeitete nun gegen ihn.⁸²⁸ Damals war die Bedeutung des Bug-Dnjepr-Wasserwegs bereits nahezu auf Null geschrumpft. Denn erstens war sein Ausbau im März 1942 als nicht kriegswichtig eingestuft und damit auf Eis gelegt worden. Zweitens konnte der durchgehende Schiffsbetrieb auf dem Dnjepr vom Schwarzen Meer bis zum Oberlauf erst am 15. April 1943 aufgenommen werden, weil die Sowjets einen Staudamm zwischen Dnjepropetrowsk und Saporoshje nachhaltig gesprengt hatten.⁸²⁹ Drittens konnten die Partisanen die Schifffahrt auf dem Pripjet und dem Oberlauf des Dnjepr bereits im Sommer 1942 lahmlegen. Der Dnjepr-Bug-Kanal war und blieb versandet, und der Ausbau des Bug westlich Brest war nicht kurzfristig zu schaffen. Nur wenige Schiffe haben jemals unter den Deutschen diese Wasserstraße versuchsweise passiert.⁸³⁰ Das Vorhaben der SS-Führung scheiterte an den militärischen Realitäten. Es war von vornherein utopisch, weil die SS langfristige Verkehrsbauprojekte mit kurzfristigen Möglichkeiten verwechselte.⁸³¹ Generell scheiterten großangelegte Deportationen von Juden in die besetzten sowjetischen Gebiete und womöglich innerhalb dieser Gebiete an der für Deutschland ungünstigen Kriegsentwicklung und mußten spätestens seit Dezember 1941 als unrealistisch angesehen werden. Zu diesem Zeitpunkt lehnte auch das schon zuvor skeptische Ostministerium eine solche Lösung endgültig ab.⁸³²

7.3 Das Leben und Sterben in den Ghettos – Ausbeutung und Vernichtung

Spätestens zur Jahreswende 1941/42 hatte die deutsche Führung den Mord an den weißrussischen Juden endgültig beschlossen. Schon der Hungerplan vom Frühjahr 1941 hatte das Todesurteil für sie impliziert. Doch beides hieß noch nicht, daß die Juden überall sofort umgebracht werden sollten. Hierfür bedurfte es erst neuer Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen für einen Ort oder eine Region. Solange sollten die arbeitsfähigen Juden ausgebeutet, ihre Zahl laufend reduziert werden. Über Leben oder Tod der einzelnen jüdischen Menschen entschied in jener Zeit in Weißrußland hauptsächlich ihr »wirtschaftlicher Wert«, sie waren den Verwertungsinteressen der deutschen Funktionäre völlig unterworfen. Unter diesem Gesichtspunkt soll im folgenden die Geschichte der weißrussischen Ghettos untersucht werden; die

828 RVM v. 24. 7. 1942 an WiRüAmt sowie RMO, III B Ost an Allihn v. 11. 5. 1942, BA-MA RW 19/2186; siehe Gerlach, Failure, S. 66f. und 75f.

829 RMO III B Ost, Aufzeichnung über die Besprechung vom 10. 12. 41 vormittags v. 6. 1. 1942, BA R 6/425, Bl. 66R; Beschreibung des Zustands von 1942 v. Vegesack, S. 90, sowie der Schäden in: OT-Kriegsbericht R. Sulzmann, Das Stauwerk von Saporoshje, in: Deutsche Wasserwirtschaft 37 (1942), S. 357f.

830 Zu diesem Absatz s. o. S. 108 dieser Darstellung, Bug: z. B. RMO III B Ost an RKU, Betr.: Betriebsführung der Binnenschifffahrt im Dnjepr-Stromgebiet v. 14. 4. 1942, BA R 6/425, Bl. 95R.

831 Zum nur langfristigen Charakter der Planungen Seraphim 1944, hier S. 54–57; Rede Todts in der Planungs-Chefbesprechung im Ostministerium am 30. 10. 1941, in: Müller, Siedlungspolitik, S. 164ff.

832 Vgl. Gerlach, Ausweitung, S. 74–81.

Darstellung muß sich weitgehend auf die Ghettos im Westen des Landes beschränken, der unter Zivilverwaltung stand.⁸³³

Welche Dienststellen waren in welcher Beziehung eigentlich für die Ghettos und die jüdische Bevölkerung verantwortlich? Entgegen der landläufigen Annahme waren das nämlich nicht Sicherheitspolizei und SD. Die Zuständigkeiten blieben zwar örtlich verschieden und »nicht einheitlich geregelt«.⁸³⁴ Für die Einrichtung der Ghettos, die Ernährung und den Arbeitseinsatz der Juden, für das Wohnungs- und Gesundheitswesen war aber grundsätzlich die Zivilverwaltung verantwortlich. In den GK Weißruthenien und Wolhynien-Podolien übernahmen das die Gebiets- oder Stadtkommissariate, im Bezirk Bialystok die Kreis- und Stadtkommissariate oder die Bürgermeisterämter und das Stadtkommissariat Bialystok.⁸³⁵ Sie standen in ständigem Kontakt mit den Judenräten. Die Kompetenzen der Zivilverwaltung reichten noch weiter. So sagte der ehemalige Leiter der Geheimregistratur beim Generalkommissar in Minsk aus:

»Alle Verordnungen, Erlasse und Anordnungen betreffs Judenpolitik [...] gingen [...] durch meine Hände. Ich weiß daher, daß die Behandlung der Judenfrage im Hinblick auf die Entscheidung, wer Jude ist, Meldepflicht der Juden, Tragen des Judensterns, Arbeitszwang, Ghettoisierung, zentrale Erfassung der auf dem Lande wohnhaften Juden in Ghettos der Städte, Einziehung des jüdischen Vermögens usw. Aufgabe der Zivilverwaltung war.«⁸³⁶

Innerhalb der Gebietskommissariate waren meist nicht ein Funktionär allein, sondern mehrere Personen unter verschiedenen Gesichtspunkten für die Juden zuständig (so Referenten für Politik, Arbeitseinsatz, Wirtschaft, Werkstätten, Finanzen, Treuhandverwaltung, Gebietslandwirt) – in Slonim zum Beispiel nicht weniger als zehn und in Lida etwa gleich viele.⁸³⁷ Lediglich in bestimmten Städten wurde die Ver-

833 Für ostweißrussische Ghettos liegen praktisch keine Quellen und Berichte vor. Im übrigen wird das Ghetto in Bialystok mit berücksichtigt, für das eine der besten Quellenüberlieferungen aller osteuropäischen Ghettos vorhanden ist (Blumenthal, S. V). Allerdings muß im Einzelfall unterschieden werden, ob die dortigen Verhältnisse jeweils denen in den weißrussischen Ghettos vergleichbar sind; auf Sonderprobleme des Bialystoker Ghettos wird nicht eingegangen.

834 RKO, Abt. Finanzen, Betr.: Verwaltung der jüdischen Ghettos (gez. i. A. Dr. Vialon) v. 27.8.1942, ZStL Versch. Bd. 30, Bl. 178.

835 Vgl. ebd.; Verordnung über Arbeitseinsatz, Verpflegung und Entlohnung der Juden des Stadtkommissars Minsk (gez. M. d. W. d. G. b. Mahn) v. 25.8.1942, in: Minsker Zeitung v. 2.9.1942 (auch in ZStA Minsk 379-2-4, Bl. 47f.); Stadtkommissar Minsk, Lagebericht Juli – September v. 30.9.1942, ZStA Minsk 370-1-473, Bl. 21 (»Judenamt« beim Stadtkommissar); Der Bezirk Bialystok, hrsg. von der Zivilverwaltung Bialystok (i. 3. 1942), BA F 15024 (S. 30); Bernard Mark, Die Widerstandsbewegung im Bialystoker Ghetto, ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Beiakte (Übersetzung S. 5). – Der Unterzeichner der Minsker Judenverordnung, Gottfried Mahn, tat später so, als ob er das Ghetto nur von weitem kannte und daß damit vor allem geheimnisvolle weißrussische Polizisten zu tun gehabt hätten. »Wer die eigentliche Verantwortung für das Ghetto in Minsk trug, ist mir nicht bekannt.« Vern. ders. v. 9. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1655-1657.

836 Vern. M. R. v. 14. 6. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 7294.

837 Vgl. Vern. E. K. v. 7. 7. 1964, ebd., Bl. 4750; Anklageschrift v. 27. 12. 1971 allgemein; Vern. Leopold Windisch v. 11. 11. 1964, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 1033 (Lida); Mitteilung der Polnischen Militärkommission zur Ermittlung von Kriegsverbrechen in Europa v. 27. 5. 1947, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Handakten Bd. VII, Bl. 1107 (Baranowitsch); RKO, Betr.: Verwaltung jüdischer Ghettos v. 27. 8. 1942, ZStL Versch. Bd. 30, Bl. 178-180.

waltung der Ghettos in der Spätphase von den KdS-Dienststellen übernommen, so im Herbst 1942 in Białystok, Grodno und Baranowitschi, in Minsk offenbar erst 1943. Doch selbst in einigen dieser Städte blieb die Organisation des Arbeitseinsatzes bei der Zivilverwaltung, die Ernährungspolitik bis auf die »Judenstadt« Pruzany generell.⁸³⁸

In polizeilicher Hinsicht unterstanden die Ghettos in den größeren Städten oft der Schutzpolizei und auf dem Land der Gendarmerie. Ihre Aufgabe war durchweg die äußere Bewachung, zu der sie meist weißrussische Schutzmannschaften oder ukrainische und litauische Einheiten heranzogen. Innerhalb der Ghettos selbst agierten – das heißt: verhafteten, mißhandelten und mordeten – sie ebenfalls in den meisten Orten, überall dort, wo Sicherheitspolizei und SD nicht mit dem KdS oder dessen Außen- und Nebenstellen vertreten waren, zum Teil sogar in größeren Ghettos wie Pinsk.⁸³⁹ In den kleineren Städtchen steuerten sie teilweise auch Arbeitseinsatz, Finanzfragen und andere Bereiche.⁸⁴⁰ Schon deswegen war der Einfluß des vielzitierten SD auf die Judenpolitik begrenzt. Er beschränkte sich in erster Linie auf ständige Tötungen in den großen Ghettos und auf die Ausführung der Massaker. Während die Gendarmerie sehr weitgehend als ausführender Arm der Zivilverwaltung anzusehen ist, verfolgten Sipo und SD eine eigenständige Linie, teils in Abstimmung mit der Zivilverwaltung, teils in Konkurrenz zu ihr.

Was in den Ghettos geschah, war nicht nur einer Handvoll Funktionäre bekannt (und dort sogar Gegenstand mehr oder weniger wissenschaftlicher Erforschung⁸⁴¹). Soldaten und Offiziere, Eisenbahner, Angehörige der Organisation Todt und andere Angehörige des Wehrmachtgefolges betrieben eine Art Ghetttourismus. Das war zwar verboten, teilweise auch der bloße Kontakt mit Ghettobewohnern, aber gerade die häufige Wiederholung und die Formulierung dieser Verbote zeigt, daß sie ziemlich wirkungslos waren.⁸⁴² Das galt besonders, wo, wie in Minsk, Pruzany und Slo-

⁸³⁸ Vgl. Madajczyk 1988, S. 161; Trunk, S. 285; Vern. Heinz Errelis v. 28. 9. 1965, Kurt Wiese v. 11. 3. 1968 und Karl Graf v. d. Groeben (Kreiskommissar Lomża) v. 30. 3. 1966, Documents Grodno, Bd. 2, S. 112, und Bd. 4, S. 2 und 17; Vern. E. E. v. 29. 5. 1963, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 2920f.; Vern. Fritz-Gustav Friedl v. 7. 9. 1948, ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Bl. 47; Vern. Wilhelm Janetzke v. 1. 3. 1961 und E. H. v. 16. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 6792 und 1702; Vern. J. L. (stand dem Judenrat in Pruzany nahe) v. 30. 6. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6173.

⁸³⁹ Vgl. Vern. A. K. v. 3. 8. 1959, undatierte Vern. Ch. W., M. S. v. 11. 12. 1959 und Wilhelm Janetzke v. 1. 3. 1961, Vern. P. J. D. v. 22. 12. 1945, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 458, 990, 1432, 6790 sowie Handakten, Bd. 1; mündl. Mitt. Kurt Wafner v. 3. 8. 1992; Rosenberg 1992, S. 25 (alle Minsk; die Außenbewachung oblag dem 4. Polizeirevier, längere Zeit unter Polizeiobermeister Hattenbach); B. Mark, S. 19 (BA OstDok 13/438); Der Bezirk Bialystok (S. 30), BA F 15024; Vern. A. D. v. 27. 8. 1961, ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 714 (Pinsk); Vern. A. F. v. 4. 6. 1963, ZStL 202 AR-Z 94(e)/59, Bd. 2, Bl. 180; Vern. R. B. v. 25. 2. 1966, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 5, Bl. 95–99 (Grodno); Vern. S. Z. v. 18. 11. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6282 (Pruzany).

⁸⁴⁰ Vgl. Vern. J. C. v. 14. 6. 1966, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 2374 (Braslaw).

⁸⁴¹ Für den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) wurden schriftliche Arbeiten über das »Gesundheitswesen im Ghetto der Stadt Wilna« und von SS-Sturmführer Müller über »Das Minsker Ghetto früher und heute« angefertigt. [ERR, Hauptarbeitsgemeinschaft Mitte.] Abt. Auswertung v. 19. 6. 1943 und ERR, Berichtszusammenstellung der vom 8. 2.–7. 4. 1943 eingegangenen Berichte, BA F 3307, Bl. 7477ff. und 7644.

⁸⁴² Vgl. Befehle OK Minsk v. 30. 7. und 12. 8. 1941, ZStA Minsk 408–1–1, Bl. 10R und 13; Vorschlag FK V 184, San. Offizier, v. 1. 8. 1941, ebd., Bl. 17; OK Minsk v. 7. 8. 1941, ZStA Minsk 379–2–4, Bl. 104; Kommandantur des Sicherungsgebiets Weißruthenien, Befehl Nr. 34 v. 8. 1. 1942 (Verbot »führte noch nicht zum gewünschten Erfolg«); Stadtkommandant Minsk, Merkblatt, März 1942, BA-MA (BArchP)F 18189, Bl. 898; OK Minsk, Merkblatt v. 1. 7. 1942, ZStA Minsk 379–2–45, Bl. 28; Vern. E. T. v. 28. 7. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6282 (Grodno); Vortrag Kurt Wafner v. 27. 3. 1992.

nim, Durchgangsstraßen mitten durchs Ghetto führten.⁸⁴³ Wehrmachtangehörige prügeln auf Juden ein und begingen bewaffnete Raubüberfälle auf die Ghettos.⁸⁴⁴ Einige beteiligten sich freiwillig an Massakern. Andere plünderten die Juden durch Schwarzhandel aus. Nur wenige hatten Mitleid oder erwiesen der jüdischen Bevölkerung tatsächlich Hilfe.⁸⁴⁵

a) Arbeit

Den Arbeitseinsatz der Juden steuerten die deutschen Arbeitsämter. Die Bedarfsträger hatten die Arbeitskräfte bei ihnen zu beantragen. Die Arbeitsämter erlaubten aber seit Herbst 1941 den Einsatz nur noch gruppenweise und wiesen zunächst ausschließlich Nichtjuden zu, solange diese noch unbeschäftigt waren.⁸⁴⁶ Sie bedienten sich dabei der jeweiligen Arbeitsabteilung der Judenräte und der dort vorliegenden Einwohnerkartei, wenn sie nicht selbst über ein zweites Exemplar verfügten. Die Arbeitsabteilungen der Judenräte konnten entsprechend ihrer Strategie, möglichst viele Juden in Arbeit zu bringen, um sie möglichst unentbehrlich zu machen und so vor dem Tod zu schützen, manchmal an den Arbeitsämtern vorbei Aufträge von Dienststellen oder Firmen akquirieren. In Białystok wurde den Juden sogar eine eigene Produktleistungsschau außerhalb des Ghettos erlaubt.⁸⁴⁷ Freilich konnte ein Bedarfsträger auch beim Arbeitsamt beantragen, speziell Juden zugewiesen zu bekommen.⁸⁴⁸ In den kleineren Orten, in erster Linie in den Rayonhauptstädten, wurden teilweise entweder die Gendarmerie oder die einheimische Verwaltung (Bürgermeister) mit der Steuerung des Arbeitseinsatzes der Juden beauftragt, weil die deutsche Verwal-

⁸⁴³ Vgl. Stadtkommandant Minsk v. 24. 12. 1941, ZStA Minsk 379-2-4, Bl. 99; Ministerrat der DDR, MfS, Ermittlungsbericht Stalag 352 v. 20. 9. 1968, BStU AS 74/67, Bd. 1, Bl. 36; Vern. E. S. v. 5. 7. 1955, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6333; Bericht D. (Auszüge), StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband K1.

⁸⁴⁴ Siehe OK Minsk, Befehle v. 7. und 27. 8. 1941, ZStA Minsk 379-2-4, Bl. 104 und 111.

⁸⁴⁵ Stellvertretend Vern. M. L. v. 13. 12. 1949, StA Karlsruhe 3a Ks 2/49, Bl. 895 ff.

⁸⁴⁶ Siehe S. 454 f. in dieser Darstellung. Zur Zuständigkeit: RKO, Betr.: Verwaltung jüdischer Ghettos v. 27. 8. 1942, ZStL Versch. Bd. 30, Bl. 180; Verordnung über Arbeitseinsatz, Verpflegung und Entlohnung der Juden v. 25. 8. 1942 (Minsker Zeitung v. 2. 9. 1942); OK Minsk, Befehl v. 21. 8. 1941, ZStA Minsk 379-2-4, Bl. 109/R; Vern. Wilhelm Janetzke v. 1. 3. 1961 und der Arbeitsamtsangestellten N. M. v. 28. 8. 1961, H. H. v. 31. 8. 1961, ders. v. 5. 7. 1961, H. d. F. v. 24. 11. 1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 6792, 8964-8972, 8991-8994, 8260, 9568; Vern. M. R. v. 28. 3. 1968, ZStL II 202 Ar-Z 185/67, Bd. 1, Bl. 74 f.; Loewenstein, S. 31 (außer Verbindungsleuten des Judenrats gab es in Minsk zeitweise ein Verbindungsbüro des Arbeitsamts im Ghetto und des deutschen Judenrats außerhalb des Ghettos). Ferner Der Bezirk Białystok (S. 29), BA F 15024; Meldungen des Judenrats Białystok, z. B. Nr. 235 v. 14. 3. 1942, NWStA Detmold D 21 A Nr. 6188.

⁸⁴⁷ Siehe Erinnerungen Michail Abramowitsch Treister v. 1. 10. 1991, MGVK Minsk 20-10^a-15-23521; Urteil LG Köln gegen Wiese v. 27. 6. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 10, Bl. 44; Hauptkommissar Baranowitschi an RKO (Fenz an Lohse) v. 10. 2. 1942, Nbg. Dok. PS-3667. – Vor einigen Jahren sind Reste von Einwohnerlisten des Minsker Ghettos von 1943 aufgetaucht (sie umfassen etwa 800 Namen; Kopie im MGVK, 1993 noch ohne Signatur). Über Listen, die noch im Auftrag der EG B angelegt worden waren, verfügte auch der KdS Minsk. In Slonim wurden sie im Auftrag der Militärverwaltung vom Judenrat als Liste für die Brotverteilung erstellt. Vern. Georg Heuser v. 27. 11. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1243; Vern. Dr. N. K. v. 7. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband C7, Bl. 19. Siehe auch Meldung des Judenrats in Białystok Nr. 352 v. 23. 10. 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188.

⁸⁴⁸ Man mußte im Arbeitsamtsformular nur die Zahl der gewünschten Kräfte in der entsprechenden Spalte (»Juden«/»m.[ännlich] w.[ö]nlich«) eintragen. Vgl. Stadtkommissar Minsk, Arbeitsamt, Antrag auf Zuweisung von Arbeitskräften (v. 6. 5. 1944), GebA Minsk 688-3-10, Bl. 21.

tung hierzu organisatorisch nicht in der Lage war – und zwar nicht nur die anfängliche Militärverwaltung, sondern auch die später amtierenden Gebietskommissare.⁸⁴⁹

Wo arbeiteten Juden? Sie wurden beschäftigt in fast allen kleinen Betrieben der Metall-, Holz- und Lederindustrie, allgemein im Handwerk; in Sägewerken, im Torfabbau, im Straßenbau bei der Organisation Todt; in allen Pinsker Betrieben, besonders in der Flußschiffwerft, in der Sperrholz- und Streichholzfabrik; in Lida in der Landmaschinen-, in der Nagel- und der Gummifabrik, in E-Werk, Schlachthof und Brauerei, auf den Fliegerhorsten bei Lida und Baranowitschi; in Wassilischki, Gebiet Lida, zum Holzhacken, Straßen kehren, Öfen heizen, Be- und Entladen von LKW in der Landwirtschaft; in Baranowitschi und anderen Orten in Tischlereien, Schuhcremefabrik, Gerberei und Sattlerei. In Grodno gab es je 200 bis 300 jüdische Beschäftigte in der Filzstiefelfabrik und bei der Reichsbahn.⁸⁵⁰ In Minsk arbeiteten deutsche und weißrussische Juden bei den Firmen Trewitz (Baugewerbe) sowie im Kaufhaus Troll & Co. (100 Beschäftigte, teils noch 1944), in der Luftwaffen- und Rundfunkgerätefabrik bei Telefunken (200), in der Teerfabrik und beim Schneeräumen, im Werlin-Werk, das unter der Führung von Daimler Benz stand, in Lazaretten (300 bis 350 deutsche Juden), im Soldatenheim, SS-Lazarett und in Kasernen als Hilfsarbeiter, im Materiallager der Luftwaffe, in der Schusterwerkstatt, im Proviantlager, in der Waffenwerkstatt, im Panzerreparaturwerk, bei der Minsker Zeitung (30 bis 40 Menschen, die 1943 direkt im Hof erschossen wurden), im Heeresfeldzeugpark 2 (200) und auf verschiedenen Baustellen der Organisation Todt.⁸⁵¹ Der KdS Weißruthenien, Dr. Eduard Strauch, kritisierte Generalkommissar Kube scharf wegen der im Generalkommissariat und auf dem Landgut Kubes beschäftigten Juden (im Juli 1942 302, im Juli 1943 noch mindestens 70).⁸⁵² Strauch vergaß dabei, daß Juden nicht nur in Maly Trostinez, Kolditschewo und anderen SS-Arbeitslagern arbeiteten, sondern auch di-

849 Vgl. Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 3 v. 24.7.1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 70R; FK Minsk, Militärverwaltungsgruppe, Richtlinien für die vorläufigen Bürgermeister (undatiert), GebA Minsk 623-2-1, Bl. 182R; OK Minsk, Befehl v. 21.8.1941, ZStA Minsk 379-2-4, Bl. 109/R; Vern. Leopold Windisch v. 16.11.1964, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 1034. Zur langsamen Vervollständigung der Arbeitsamtsstatistiken 1942 bis 1944 S. 451f. in dieser Darstellung.

850 Vern. M. S. v. 11.4.1961 und F. S., Sie haben es nicht mehr erlebt (gekürzte Übersetzung), ZStL II 204 AR-Z. 393/59, Bd. 3, sowie KTB RüASt Brest-Litowsk für Dezember 1942, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 644; Vern. R. D. v. 6.6.1963 und Vern. V. C. v. 1.6.1962, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 334, und Akte Landesgericht Wien, Bl. 20R; Vern. J. A. W. und J. M. K. v. 5.3. und 15.3.1968, ebd., Dok.Bd. 11; Besprechung RüKdo Minsk v. 19.12.1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1050; Vern. J. B. und S. S. v. 25. und 26.5.1966 sowie M. K. v. 7.6.1966, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 6, Bl. 337ff., 345ff. und 372f.

851 Vgl. Brief K. H. B. v. 19.12.1948, Vern. A. M. v. 21.12.1948, W. S. v. 20.1.1949 und M. S. v. 27.1.1949, ZStL II 202 AR 981/67, Bd. 1, Bl. 56-58, 94 und 119; Vorwärts (Berliner Ausgabe) v. 30.12.1946 und Daimler Benz AG, Berlin-Marienfelde, an Direktor Hoppe v. 7.1.1946, MB-HA Hoppe 8; Loewenstein, S. 33; Erinnerungen M. A. Treister v. 1.10.1991, MGVK 20-100-15-23521; Brief K. S. v. 23.1.1948, undatierte Vern. Ch. W., Vermerk über Befragung Dr. F. B. v. 10.2.1960, Vern. E. G. v. 3.5.1960, Vern. H. M. v. 7.12.1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 935f., 990, 2010, 2982, 1616f., 1702.

852 Kube wurde deswegen auch vom SSPF v. Gottberg vor versammelter Mannschaft der Zivilverwaltung angegriffen (»auch die Idee des Hofjuden lebt immer noch!«). Rede v. Gottberg v. 10.4.1943, IFZ Fb 85/I, Bl. 152. Siehe ansonsten Aktenvermerk Strauch (KdS Minsk) v. 20.7. und Schreiben Strauch (Ic des Chefs der Bandenkampfverbände des RF-SS) an v. d. Bach-Zelewski v. 25.7.1943, BA NS 19/1770, Bl. 15ff., abgedruckt in: Heiber 1956, S. 78ff.; Haushaltsplan des Generalbezirks Weißruthenien für 1943, BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 8 (S. 13).

rekt im KdS-Dienstgebäude in Minsk, etwa als Reinigungskräfte und Handwerker (Mitte 1943 150, Sommer 1944 noch 50 Menschen).⁸⁵³ Fast jeder Betrieb und jede Dienststelle bediente sich jüdischer Arbeitskräfte.

In den Ghettos gelegene Industriebetriebe unter jüdischer Regie wie in Łódź oder Białystok⁸⁵⁴ gab es in Weißrußland praktisch nicht. Nur aus wenigen Städten ist der zeitweilige Fortbestand kleinerer Betriebe in jüdischem Besitz bekannt.⁸⁵⁵ In einigen Städten richteten die Gebietskommissare jüdische Werkstätten ein, so in Lida. In Brest ging die Initiative mindestens zum Teil von der jüdischen Gemeinde aus, die versuchte, »allen Wünschen gerecht zu werden«, um, wie der Stadtkommissar schrieb, »durch verstärkten Arbeitseinsatz und Aufnahme von Heimarbeit eine Anerkennung ihrer Daseinsberechtigung zu erzielen«. Zivilverwaltung und Rüstungs-Außenstelle waren durch den SS- und Polizeistandortführer Rohde ständig über bevorstehende Vernichtungsaktionen gegen die Juden informiert und versuchten im Sommer 1942, sich die Arbeitskräfte »in Zusammenarbeit mit dem SS und Polizeiführer« durch Zusammenfassung von 3000 Juden in Werkstätten »nach Muster der Lubliner Werkstätten« zu erhalten, letztlich vergeblich.⁸⁵⁶ In Djatlowo, Nowojelnja, Iwienez und anderen Rayonorten im Gebiet Nowogrodek wurden Anfang 1942 jüdische und gemischt jüdisch-polnische Werkstätten geschaffen, im Juli 1942 in Nowogrodek zentralisiert, weil zuvor »eine Kontrolle nicht durchgeführt werden konnte. Die meisten Arbeiten wurden für die einheimische Bevölkerung vorgenommen.« Bei den 2000 vom Massenmord am 8. August Verschonten wurden infolge ungenügender Nahrungsmittelzuweisungen bald eine »gewisse Schlappeheit, Kränkeln und Unlust zur Arbeit« beobachtet. Da der Gebietslandwirt zusätzliche Lebensmittelmengen nicht zur Verfügung stellen wollte, kam das Rüstungskommando zu dem Schluß: »Eines Tages wird daher doch Ersatz für die Juden beschafft werden müssen [...]«. »Auch in Brest befürwortete Stadtkommissar Franz Burat wegen der Ernährungslage eine große Mordaktion.«⁸⁵⁷

853 Vgl. Brief K. S. v. 23. I. 1948, Vern. Georg Heuser v. 27. II. 1959, W. M. v. 8. 12. 1959, K. G. v. 12. 5. 1960 und besonders K. v. d. G. v. 15. 5. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 935f., 1244, 1390–1414, 3078 und 11042–11045.

854 Vgl. Meldung des Judenrats Białystok Nr. 58 v. 17. 8. 1941, Vern. H. K. v. 28. 6. 1966, KTB WeWiIn bzw. RüIn im Wehrkreis I 1942/43, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188, 6190 bzw. 6278.

855 In Pinsk gab es jüdische Schneiderläden und die Möbelfabrik »Rekord«, in Smolensk einen jüdischen Seifenfabrikanten. Vgl. KTB RüASt 17 (Brest) der RüIn Ukraine für 21.–30. II. 1941, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 242; Vern. G. G. v. 2. 4. 1961, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1265, Bl. 120; KTB WiKdo Smolensk v. 17. und 18. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 610.

856 KTB RüASt 17 (Brest) für 11.–20. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 624; SS- und Polizeistandortführer in Brest, Lagebericht v. 15. 5. 1942 (erstes Zitat), Stadtkommissar, Abt. II, v. 20. 5., GebK, Arbeitsamt, v. 1. 6. und v. 6. 7., Stadtkommissar v. 12. 7. 1942 (zweites Zitat); GebK Brest, Lagebericht v. 9. 10. 1942; Stadtkommissar Brest, Abt. I, Lagebericht v. 25. 3. 1942 (drittes Zitat), BA F 13752, Bl. 99, 102f., 123, 137, 160, 205 sowie 73. Lida: Vern. Leopold Windisch v. 17. 10. 1962 und 11. II. 1964 sowie Zeuge H. K. v. 6. 6. 1969, StA Mainz 3 Ks 1/67, Akte Landesgericht Wien, Bl. 56R, Bd. 7, Bl. 1033f., und Akte 2. Hauptverhandlung, Bl. 394.

857 In Nowogrodek gab es u. a. Pelznäherei, Filzstiefelreparatur, Bürstenmacherei, Sattlerei und Tischlerei. KTB RüKdo Minsk für 5.–11. 7. (erstes Zitat), 2.–8. 8., 30. 8.–5. 9. 1942 (zweites Zitat), BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 896–900; GebK Nowogrodek, Betr.: Einrichtung jüdischer Werkstätten an die Rayonbürgermeister v. 24. 3. 1942, ZStA Minsk 370–1–968, Bl. 1; Der Kreisälteste in Iwienez an GebK Nowogrodek v. 18. 5. 1943, ZStA Minsk 393–3–16, Bl. 10; KTB Gruppe Ro[hstoffe] des RüKdo Minsk v. 30. 3. 1942 (Ab-

Also gerieten verschiedene Interessen in Konflikt. Einerseits sollten für die Wehrmacht Industrieprodukte (Textilien, Lederwaren, Panjewagen und so weiter) hergestellt, andererseits für die Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden. Im einen Interesse sollten die Juden am Leben bleiben, im anderen alle ermordet werden.

Diese Widersprüche betrafen aber nur einen Teil der Juden. Gegen die Ermordung der anderen erhob praktisch kein deutscher Funktionär Einwände. Um das zu verstehen, muß man analysieren, wer im besetzten Weißrußland aus welchem Grund Juden beschäftigte. Wie schon angedeutet, füllte nämlich nur ein Teil von ihnen eine Funktion als Spezialist(in) in Industrie, Handwerk oder etwa als Mediziner aus. Dagegen waren Reinigungskräfte, Hilfsarbeiter(innen) in Wehrmachtlazaretten und -kasernen, Bedienungspersonal, Transport- und Straßenbauarbeiter für die Deutschen leichter zu ersetzen. Diese machten einen nicht geringen Prozentsatz aus, im GK Weißruthenien im Herbst 1942 ein Drittel.⁸⁵⁸ Hier sei an zahlreiche Berichte jüdischer Überlebender erinnert, die unter den Deutschen nicht in ihrem erlernten Beruf arbeiteten. Auch Hinweise auf einen häufigen Arbeitsplatzwechsel zeugen von einem unqualifizierten Einsatz. Kennzeichnend ist, daß in der sogenannten Judenverordnung des Minsker Stadtkommissars von 1942 Versuchen entgegengewirkt wurde, sich Juden für weniger als 14 Tage oder sogar nur tageweise und in geringerer Anzahl als zehn Personen zuweisen zu lassen.⁸⁵⁹ Viele Betriebe und Dienststellen beschäftigten Juden nicht, weil sie Fachkräfte waren – das gab es auch –, sondern um ihren zahlenmäßigen Arbeitskräftebedarf zu decken, besonders im Fall kurzfristiger Bedarfsspitzen. Juden waren nicht billiger als andere Arbeitskräfte: Sie erhielten zwar weniger Lohn als nichtjüdische Beschäftigte, die Differenz von 20 Prozent (50 Prozent im Bezirk Bialystok) war aber an die Zivilverwaltung abzuführen. Ausgezahlt wurde der Lohn in den Generalkommissariaten in der Regel nur in Form von Verpflegung, im Bezirk Bialystok je zur Hälfte in Naturalien und in Geld.⁸⁶⁰ Wenn »Arbeitgeber« gern Juden als unqualifizierte Arbeitskräfte be-

schrift), BA-MA (BArchP)F 43066, Bl. 1026; Vern. des jüdischen Zeugen M. M. v. 7. 12. 1960, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bd. 4, Bl. 675. – Vgl. Stadtkommissar Brest, Abt. I, Lagebericht v. 22. 5. 1942, BA F 13752, Bl. 115: Die Juden seien »besonders hinsichtlich der Lebensmittelversorgung eine außerordentliche Belastung. Wie mir der Leiter der Aussenstelle des SD mitteilt, hofft er, in den nächsten Wochen einen grossen Teil des Judentums aus Brest-Litowsk herausziehen zu können.« Möglicherweise war dabei an eine Deportation in das nicht weit entfernte, neu errichtete Vernichtungslager Sobibór gedacht.

858 In 43 Betrieben arbeiteten damals 1970 jüdische Facharbeiter und 1017 ungelernete Arbeiter für die Produktion zugunsten der Wehrmacht, nachdem bereits zahlreiche Selektionen und Mordaktionen vorüber waren. Anzahl der jüdischen Arbeitskräfte, die in mit Wehrmachtaufträgen belegten Betrieben beschäftigt sind, Stand 10. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 996f.

859 Vgl. Verordnung über Arbeitseinsatz, Verpflegung und Entlohnung der Juden v. 25. 8. 1942 (Minsker Zeitung v. 2. 9. 1942). Vgl. zum Arbeitsplatzwechsel Rosenberg, S. 28 und 31ff.; Vern. M. Sp. v. 27. 1. 1949, ZStL II 202 AR 981/67, Bd. 1, Bl. 119–124; M. S. v. 11. 4. 1961, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bd. 3 unpag. Dagegen bezeichnete der Judenreferent des GebK in Lida den Anteil der fluktuierenden jüdischen Arbeiter als gering: Vern. Leopold Windisch v. 14. 2. 1966, StA Mainz 3 Ks 1/67, lose.

860 Vgl. Der Bezirk Bialystok (S. 29 und 57), BA F 15024; Verordnung über die Lohngestaltung im Bezirk Bialystok v. 18. 9. 1941, in: Amtsblatt Zivilverwaltung Bialystok 1 (1941), Folge 12, S. 1; Vern. F. G. v. 28. 3. 1966, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 8, Bl. 247; Meldung des Judenrats in Bialystok Nr. 113 v. 30. 9. 1941 sowie Anm. 189 N. Blumenthals, NWSA Detmold D 21 A, Nr. 6188. Militärverwaltungsgebiet: FK 812 Minsk-Land, Abt. VII/IV Wi, Anlage 1 zum Befehl v. 14. 8. 1941, ZStA Minsk 409–1–1, Bl. 37R, Bericht Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 25 v. 2. 8. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 685, und Hauptmann Dr. Spiteler, Lohnpolitik in den besetzten Ostgebieten v. 25. 1. 1943, BA F 10635,

schäftigten, so deshalb, weil sie immer kurzfristig verfügbar waren und weil man sie noch hemmungsloser als andere antreiben und unter Druck setzen konnte. Entsprechend sahen die Arbeitsbedingungen aus: Sieben-Tage-Woche, Mißhandlungen und gelegentliche Bedrohung mit Erschießen.⁸⁶¹ Daß Deutsche die weißrussischen Juden zu sinnlosen schweren Arbeiten zwangen, nur um sie zu quälen und zu demütigen, kam vor, war aber eher ein Randphänomen.⁸⁶²

Beispiel Straßenbau. Während die Haupteisenbahndirektion Minsk, die an qualifiziertem Personal interessiert war, 1942/43 nur zwischen 600 und 1200 Juden beschäftigte,⁸⁶³ versuchte die Organisation Todt, ihr schweres quantitatives Arbeitskräfteproblem beim Straßenbauprogramm 1942 auch mit jüdischen Arbeitern zu lösen. Verhandlungen des Gebietsbeauftragten der OT in »Rußland-Mitte«, Ministerialdirigent Schönleben, mit den Generalkommissaren Kube in Minsk und Schoene in Luzk führten dazu, daß im August mindestens 1400 Juden aus Baranowitschi und tausende aus dem Gebiet Brest (allein 1000 aus Tomaschowka) in Zwangsarbeitslager der OT zum Straßen- und Brückenbau (Verbindungen Ostpreußen-Brest-Kowel) sowie zum Eisenbahnbau gebracht wurden, die, wie Schönleben es ausdrückte, »der Exekutive dann erst nach Beendigung der Bausaison zugeführt«⁸⁶⁴ werden sollten, anstatt gleich bei den anstehenden Massakern ermordet zu werden. Wahrlich eine besondere Art »Saisonarbeit«! Wenig später bemerkte der Gebietskommissar in Brest, diese beim Straßenbau arbeitenden Juden seien »immer mehr arbeitsunfähig [...], weil sie nichts zu essen haben. Es werden dauernd welche krank und sterben [...] so daß sie] nur noch 20% ihrer früheren Arbeitsleistung aufbringen können. Das ist auch durchaus ein Leerlauf.«⁸⁶⁵ Ein anderer Beobachter hatte schon Monate zuvor

Bl. 503. GK Weißruthenien: Verordnung zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der einheimischen gewerblichen Arbeitskräfte v. 1. 6. 1942, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), S. 105, vgl. ergänzende VO v. 13. 8. 1942, S. 166; VO über Arbeitseinsatz, Verpflegung und Entlohnung der Juden des Stadtkommissars Minsk v. 25. 8. 1942 (Minsker Zeitung v. 2. 9. 1942); Vern. R. B. v. 6. 6. 1963, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bd. 2, Bl. 334 (deutscher Werkstättenleiter in Lida; Barlohn war »verboten«); undatierte Anweisung der Organisation Todt im GK Weißruthenien (Februar 1942), ZStA Minsk 379-1-134, Bl. 52f.

861 Vgl. Abrechnungen der FK 250 in Baranowitschi von 1942, ZStA Minsk 405-1-1, Bl. 15, 72, 95 (30 bzw. 31 Arbeitstage je Monat); Vern. Dr. N. K. v. 19. 10. 1960, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 5222, und undatierte Aussage J. M., StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 139 (Slonim); Vern. S. H. v. 12. 5. 1964, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bd. 4, Bl. 886-889 (Bobruisk); Vern. W. S. und F. L. v. 20. und 25. 1. 1949, ZStL II 202 AR 981/67, Bd. 1, Bl. 94, 102f. und 108-110 (Telefunken, Minsk); Rosenberg, S. 50.

862 Die These, daß für den Arbeitseinsatz der Juden unter deutschen Stellen wirtschaftlicher Nutzen grundsätzlich keine Rolle spielte (Goldhagen, S. 348ff., besonders S. 375), ist nicht haltbar, sowohl wenn man den jüdischen Arbeitseinsatz als auch die weitgehende Ermordung der arbeitsunfähigen Juden durch die Deutschen berücksichtigt.

863 Vgl. S. 416 in dieser Darstellung.

864 OT-Zentrale, Der Gebietsbeauftragte für Russland-Mitte, Reisebericht für 28. 7.-4. 8. v. 5. 8. 1942 (Entwurf), BA 46.02, Nr. 234. Vgl. ders., Reisebericht Einsatzgruppe Mitte vom 22. 8.-4. 9. v. 5. 9. 1942, ebd. (2000 Juden für »Eisenbahneinsatz«); KTB RüKdo Minsk für 23.-29. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 859 (»Judenaushebung«, 1400 für Straßenbau); GebK Brest, Arbeitsamt, Lageberichte v. 1. 6. und 6. 7. 1942, BA F 13752, Bl. 123 und 137 (Großteil der 6000 Juden des Gebiets in OT-Lagern); Gend.-Gebietsführer Brest, Lagebericht v. 5. 9. 1942, BA F 13751, Bl. 970; Vern. E. H. (Leiter des OT-Einsatzes Weißruthenien) v. 16. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1702; StA München I 113 Ks 1/65a-b, Vermerk Auswertung von Entschädigungsakten des LG Stuttgart v. 30. 9. 1959, Bl. 113; sowie S. 417 in dieser Darstellung.

865 GebK Brest, I, Bericht v. 22. 8. 1942 (gez. Rolle), BA F 13751, Bl. 961.

aus Brest berichtet: »Noch schlimmer [als bei der hungernden polnischen Bevölkerung] steht's bei den Juden, von denen manche bei dringenden Straßenarbeiten vor Hunger einfach umfallen. Da hilft kein Prügeln oder Erschießen«. Als sie keinen Nutzen für die Besatzer mehr hatten, wurden die Juden im Gebiet Brest im September und Oktober 1942 von Sipo und SD sowie von Einheiten des Polizeiregiments 15 erschossen, auch in den Lagern der OT.⁸⁶⁶

Politik der meisten Judenräte war es, die jüdische Bevölkerung für die Deutschen möglichst unersetzlich zu machen und ihr so das Überleben zu sichern, wie in Białystok, Pinsk, Lida, Brest, Slonim.⁸⁶⁷ Damit verbanden sich viele Hoffnungen, denn häufig nahmen die Juden in der Westhälfte Weißrusslands die Mordtaten und die ständige Bedrohung noch lange in der Weise wahr, als seien die Deutschen aus Haß und Verachtung zwar zu allem fähig und sehr leicht bereit, die für sie Unbrauchbaren beim geringsten Anlaß massenhaft zu ermorden, als bräuchten sie aber die jüdische Arbeitskraft für ihre Kriegsanstrengungen. Tatsächlich entsprach das ja auch dem zeitweiligen Handeln der Besatzungsverwaltung. Das totale deutsche Vernichtungsprogramm wurde für die Judenräte erst relativ spät erkennbar, als in der zweiten Jahreshälfte 1942 in immer mehr Gebieten auch alle oder fast alle jüdischen Facharbeiter aus nunmehr übergeordneten politischen oder ernährungswirtschaftlichen Gründen ermordet wurden. Der Politik der Unentbehrlichkeit waren in Weißrussland jedoch ohnehin wirtschaftlich enge Grenzen gesetzt. Schon deshalb blieb sie eine Illusion. Juden machten Anfang 1942 einen Anteil von 6 Prozent aller registrierten Arbeitskräfte im GK Weißruthenien aus, im September 1942 1,6 Prozent und im April 1943 in der Stadt Minsk 18 Prozent.⁸⁶⁸ Angesichts der prognostizierten Arbeitskräftereserven auf dem Land (vgl. Kap. 6.3) schienen sie der Arbeitsverwaltung darum quantitativ und qualitativ durchaus nicht unersetzlich. Die Zahl der eingesetzten Juden war im GK Weißruthenien seit Herbst 1942 geringer als die Zahl der Arbeitskräftezuweisungen durch die Arbeitsämter *in einem Monat*.⁸⁶⁹

Es kam hinzu, daß die Mehrzahl der Juden ohnehin als arbeitsunfähig eingestuft wurde. Infolge von Mobilisierungen für die Rote Armee, Flucht und Evakuierung sowie der Ermordung von Männern im arbeitsfähigen Alter in den ersten Monaten des

866 Feldpostbrief des Kriegsverwaltungsinspektors H. K. aus Brest v. 22. 5. 1942, BfZ, Slg. Sterz. Vgl. S. 716f. in dieser Darstellung.

867 Siehe Trunk, S. 402ff.; Madajczyk 1988, S. 162; undatiertes Bericht J. H., StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband J, Bl. 60; F.S., Sie haben es nicht mehr erlebt, StA Wolfenbüttel, 62 Nds Fb.2, Nr. 1265, Bl. 134–136; Vern. A. E. v. 7. 2. 1962, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 1011. Zur Haltung der deutschen Verwaltung: Der Bezirk Białystok (S. 21), BA F 15024; Stadtkommissar Schwendowius (Białystok) an Oberpräsident Koch v. 21. 1. 1943 und Auszug aus Niederschrift einer Besprechung beim KdS Białystok v. 19. 2. 1943, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6253; Referat GebK Hanweg (Lida) v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 74; SS- und Polizeistandortführer Brest, Lagebericht v. 15. 9. 1942 (»Ich sehe, sofern in Brest die Judenfrage einmal gelöst wird, schwere wirtschaftliche Schäden infolge von Mangel an Arbeitskräften eintreten. [...] Ich verfehle nicht, hierauf immer wieder hinzuweisen«), BA F 13751, Bl. 975.

868 Vgl. Lagebericht RüKdo Minsk [?] vom Januar 1942, ZStA Minsk 370–1–245, Bl. 27; GK Weißruthenien, Abt. III/ASo, Ref. Arbeitseinsatz, Über die Arbeitseinsatzlage im Generalbezirk v. 19. 10. 1942, BA F 13679, Bl. 544; Vortrag Moos (Arbeitsamt Minsk-Stadt) v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 118.

869 Im September 1942 17 700 zu 20 000, im Juli bzw. August 1943 11 776 zu 18 909 (Fachkräftevermittlung allein: 7565) Menschen. GK Weißruthenien, Abt. III/ASo, Über die Arbeitseinsatzlage im Generalbezirk v. 19. 10. 1942, BA F 712, Bl. 519, und WeWiKdo Minsk, Sonderbericht über Arbeitseinsatzfragen v. 26. 8. und Lagebericht v. 26. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 50f. und 53.

Krieges und der Besetzung war der Altersaufbau der jüdischen Gemeinden äußerst ungünstig. Besonders fehlten arbeitsfähige Männer.⁸⁷⁰ Am ungünstigsten war dieses Verhältnis bei den deutschen Juden in Minsk, unter denen im ersten Dreivierteljahr nur zwischen 900 und 1400 von 7000 Menschen (13 bis 20 Prozent) arbeitsfähig waren.⁸⁷¹ Von den im Oktober 1942 noch im GK Weißruthenien lebenden etwa 30000 Juden waren nur 2987 in Betrieben beschäftigt, die im Auftrag der Wehrmacht produzierten.⁸⁷² Im Kreis Grodno waren zeitweise 46000 Juden konzentriert worden, doch der von der Industrie auf Umfrage des Kreiskommissars v. Ploetz angemeldete Bedarf betrug nur 4000 jüdische Arbeitskräfte, darunter 1500 Fachkräfte. So konnte v. Ploetz die, wie er schrieb, »erfreuliche Feststellung treffen, daß die Judenaktion überraschend geringe Auswirkungen« im Sinne von Produktionsstörungen habe.⁸⁷³ Selbst im Ghetto von Bialystok mit seinem Produktions-Konzept arbeiteten im Oktober 1942 nur 14000 von ungefähr 35000 Einwohnern (40 Prozent – der Stadtkommissar hatte nur 10060, also 28 Prozent, registriert) und nach den Februar-Deportationen 1943 17000 von 28000 (61 Prozent).⁸⁷⁴ Mit äußerster Anstrengung erzielten die Brestter Juden einen Arbeitskräfteanteil von knapp 50 Prozent. Offizielle Zahlen für die Stadt Minsk von 1942, nach denen der Anteil der sogenannten Arbeitsfähigen (allerdings nicht der Beschäftigten) 80 bis 83 Prozent betrug, gehören ins Reich der Fabel und schlossen viele Kinder als »beschäftigungsfähig« ein.⁸⁷⁵

Der Arbeitskräfteanteil in den Ghettos erhöhte sich im Lauf der Zeit auf Grund verschiedener Faktoren. Viele Menschen versuchten, sich und ihre Familien zu retten, indem sie Arbeit annahmen, und Kinder und »Arbeitsunfähige« ließen sich nach Tötungsaktionen nicht wieder registrieren, um keiner Selektion zum Opfer zu fallen. Das hatte aber zur Folge, daß sie als Illegale keine Lebensmittelzuweisung mehr erhielten, was auf die Dauer auch nicht erträglich war. Vor allem führten aber die Selektionen bei »kleineren« und großen Mordaktionen der Deutschen zu dieser Erhöhung.⁸⁷⁶ Um sol-

870 Siehe Orbach, S. 15 ff., die Listen der Ghettoeinwohner von Minsk 1943 im MGVK und die Erinnerungen von M. A. Treister v. 1. 10. 1991, MGVK 20-10^a-15-23521.

871 Vgl. Bericht KdS Minsk vom Januar 1942, IfZ Fb 104/2, und Loewenstein, S. 32.

872 Anzahl der Juden, die in mit Wehrmachtsaufträgen belegten Betrieben beschäftigt sind v. 10. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 996f.

873 Kreiskommissar Grodno an CdZ Bialystok, Betrifft: Wirtschaftliche Auswirkung der Judenaktion v. 10. 12. 1942, in: Documents Grodno, Bd. 6, S. 244–246. Siehe auch Kreiswirtschaftsamt Grodno an CdZ Bialystok v. 9. 12. 1942 (ebd., S. 241–243), wo mit 3597 beschäftigten Facharbeitern und 2553 Ungelernten etwas höhere Zahlen genannt wurden.

874 Siehe Inhaltsangabe des Protokolls der Judenratssitzung v. 10. 10. 1942 sowie Notiz Tenenbaums von 1943 nach Blumenthal, Anm. 446, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Vermerk RüIn im Wehrkreis I v. 15. 2. 1943, ebd., Nr. 6278.

875 Vgl. Lagebericht RüKdo Minsk [?] vom Januar 1942, ZStA Minsk 370-1-245, Bl. 27, (berichtet von 20000 »einsatzfähigen« Juden in Minsk, von denen dem KdS Minsk – wie Anm. 7/871 – zufolge allerdings 50 % krank waren, was die Deutschen betraf); Stadtkommissar Minsk, Lagebericht für November und Dezember 1942, ZStA Minsk 370-1-473, Bl. 21 (9472 Juden, davon 7345 »Erwachsene« und 2127 »Jugendliche«, 7891 »beschäftigungsfähig«), dagegen Einwohnerlisten des Ghettos im MGVK mit einem hohen Anteil von Frauen sowie besonders Kindern der Jahrgänge 1930–1935. – Brest: GebK, Arbeitsamt, Lagebericht v. 6. 7. 1942, BA F 13752, Bl. 137 (8000 Beschäftigte).

876 Siehe die Bemerkung von Gutman, Concept, S. 162, über die deutschen Morde im Verständnis der jüdischen Ghettoverwaltungen: »They saw the extermination campaign more as an unwillingness to distribute food and other vital necessities to a population which the Germans considered to be inferior and inefficient.«

che Selektionen gab es zwischen Zivilverwaltung und SS und Polizei so gut wie nie Konflikte, sondern nur, wenn die wenigen tatsächlich unersetzlichen Handwerker getötet werden sollten.

Eine wichtige Rolle spielten bei den Aussonderungen gerade die verhältnismäßig oft von westdeutschen Gerichten als Exzeßtäter verurteilten Ghettosachbearbeiter, die die Bevölkerung als »Ghettokommandanten« wahrnahm, sei es von Sipó und SD wie Rübe und Schmiedel in Minsk und Wiese in Grodno, vom Gebietskommissariat wie Hick in Slonim und Ebner in Pinsk oder von der Gendarmerie wie in Braslaw und in Schtschutschin. Dabei konnten sie ihren Sadismus ausleben, sie töteten oft auch ohne Ansehen der Person aus Lust am Morden,⁸⁷⁷ aber gerade viele ihrer individuellen Morde entpuppen sich als Folge der Strategie, möglichst viele arbeitsunfähige Juden zu töten, was vielen jüdischen Überlebenden durchaus nicht entgangen ist.⁸⁷⁸ Das gilt vor allem für die besonders erschütternden Verbrechen wie das Abschlachten von Kindern und Schwangeren, die aus fast jedem Ghetto bekannten Massaker in jüdischen Waisenhäusern, Kindergärten, Altenheimen und Krankenhäusern.⁸⁷⁹ Bezeichnend für diesen Doppelcharakter ist der Fall von Adolf Rübe, 1942/43 Leiter der KdS-Wache im Minsker Ghetto im Rang eines SS-Hauptscharführers, 1949 in Karlsruhe angeklagt wegen Mordes in 436 Fällen. Über Rübe, der in Minsk dadurch auffiel, daß er Juden nie schlug, sondern »nur« erschoss, wurden zwei unterschiedliche psychiatrische Gutachten erstellt. Das eine wertete ihn als »sexual-pathologische sadistische«, das andere als »schizoide Persönlichkeit«, die rein formal Befehlen folgte und »aus dem Dienstfever eines subalternen Beamten« Verbrechen begangen habe.⁸⁸⁰

⁸⁷⁷ Siehe am Beispiel des Ortes Lenin Schulman, S. 70ff.

⁸⁷⁸ Vgl. besonders die Ergebnisse der Verfahren Spruchkammer Karlsruhe gegen Rübe (GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, StA Karlsruhe 3a Ks 2/49), ZSt Dortmund 45 Js 24/63, StA Mainz 3 Ks 1/67, StA Hamburg 147 Js 29/67, ZStL 202 AR-Z 393/59. Speziell Vern. H. H. v. 30. 4. 1948 und Anklage StA Karlsruhe v. 1. 10. 1949, ZStL II 202 AR 981/67, Bd. 1, Bl. 21 und 169; Vern. F. S. v. 25. 3. und A. K. v. 21. 2. 1949, StA Karlsruhe 3a Ks 2/49, Hauptband, Bl. 318 und 332 (Rübe tötete periodisch »überflüssige Esser«); Vern. Dr. K. L. v. 21. 9. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 918ff., siehe Vern. P. J. D. v. 22. 12. 1945, Handakten Bd. 1 (Tötungen hier durch das zuständige Schuporevier Minsk); Vern. J. C. v. 14. 6. 1966, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 2374; Vern. K. J. M. (Übersetzung) v. 6. 2. 1968, StA Mainz 3 Ks 1/67, Dok.Bd. 11, Bl. 50–53; Vern. M. S. v. 11. 4. 1961, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bd. 3.

⁸⁷⁹ Vern. P. B. v. 8. 2. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1908 (Kindergarten Minsk); Erinnerungen Serafima Lazarewna Fiterson v. 23. 9. 1992 und Nikolai Chomowitsch Schmelkin, MGVK 20–10^a–15–23861 und –23499 (Kinderheim Minsk); Vern. H. H. v. 29. 4. 1948, Anklage gegen Rübe, Vern. dess. v. 5. 12. 1949, ZStL II 202 AR 981/67, Bd. 1, Bl. 21, 135, 203f. (Mord an 80 alten Frauen; an 100 Kranken); Vern. A. K. und M. S. v. 29. und 30. 4. 1948, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, Protokoll der Hauptverhandlung, Bl. 75/R und 94/R (30 schwangere Frauen und 150 am Wollhynischen Fieber Erkrankte ermordet); dazu auch Grossman/Ehrenburg, S. 266–272. Ferner StA Köln, Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung v. 27. 7. 1965, Vern. R. R. v. 19. 12. 1960, und M. K. v. 24. 1. 1966, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Heft StA Köln Aktenrückforderung, Bd. 1, Bl. 47f., und Bd. 5, Bl. 27f. (Findelhaus, Versammlung der Arbeitsfähigen ohne feste Arbeit, Behelfs Krankenhaus Grodno).

⁸⁸⁰ Vgl. StA Karlsruhe 3a Ks 2/49, Anklageschrift v. 1. 10. 1949, ZStL II 202 AR 981/67, Bd. 1, Bl. 131–172, besonders Bl. 151, und Urteil v. 15. 12. 1949, Bl. 332–405; Gutachten Dr. S. v. 1. 7. 1949, StA Karlsruhe 3a Ks 2/49, Hauptband, Bl. 381–408; Plädoyer des Sachverständigen Dr. F. S. in der Hauptverhandlung v. 29. und 30. 4. 1948, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, Protokoll der Hauptverhandlung, Bl. 23–31; Vern. des jüdischen Zeugen A. K. (Rübe schlug nie), ebd., Bl. 75/R. Zu Rübes genauer Funktion Vern. Georg Heuser v. 27. 11. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1243.

War die wirtschaftliche Triebfeder hier teilweise hinter einer unglaublichen Brutalität der Einzeltaten verborgen, trat sie bei den regelrechten Selektionen offen hervor. Grundlage waren oft Listen oder Arbeitsausweise, die sogenannten Lebensscheine, die in der Regel die Arbeitsämter ausstellten. Auf ihnen durften auch die Ehefrau und zwei Kinder eingetragen werden. Es kam aber vor, daß man bei einer großen Vernichtungsaktion diese Ausweise nicht beachtete, sondern nach Augenschein aussortierte.⁸⁸¹ Am Platz, zu dem die Juden bei solchen Aktionen getrieben wurden, standen Angehörige der Zivilverwaltung – besonders des Arbeitsamts –, von Sipo und SD oder Gendarmerie und teilten die Menschen in zwei Gruppen auf: die Unbrauchbaren, die erschossen oder im Gas erstickt werden sollten, und die Arbeiter und Arbeiterinnen, teilweise mit ihren engeren Verwandten, die vorläufig davon ausgenommen wurden.⁸⁸² Manchmal ließ man die örtlichen Judenräte die Opfer aussuchen, die gelegentlich auch darauf eingingen und genau die gewünschte Personengruppe auslieferten: die Schwächsten, denen sie unter den Bedingungen des deutschen Terrors und der Unterversorgung ohnehin wenig Überlebenschancen einräumten.⁸⁸³

Um Massenmorde einfacher organisieren zu können, richtete die Zivilverwaltung oder auch schon die Militärverwaltung zwei Ghettos in einer Stadt oder zumindest getrennte Wohnbezirke für unersetzliche Arbeiter und für die übrigen Juden ein, so in Grodno, Wilejka, Baranowitschi, Glebokie, Schtscharkowschtschisna, Brest, Sluzk, Shlobin sowie Lida und Nowogrodek (hier je drei Quartiere) und Gomel (vier). Auch in Minsk gab es Ghettobezirke, in denen Arbeiter konzentriert wurden.⁸⁸⁴ Das alles diente dazu, die sogenannten unnützen Esser von den qualifizierten Arbeitskräften zu trennen, um nur die letzteren übrig zu behalten.

Die wirtschaftlichen Folgen, wenn in einem Ort schließlich alle Juden ermordet wurden, waren von Ort zu Ort und Betrieb zu Betrieb sehr verschieden, insgesamt für die Deutschen in Weißrußland jedoch keineswegs so empfindlich, wie es üblicherweise dargestellt wird. Meist warnten die Rüstungsdienststellen vor einer Ermordung der Fachkräfte bei den lange im voraus geplanten Judenvernichtungsaktionen; die Produktion werde dann zusammenbrechen. Dagegen beharrte die Zivil- und hier besonders die Arbeitsverwaltung darauf, daß vom Lande bald genug Ersatzkräfte

881 Vgl. Vern. L. G. v. 8. 7. 1965, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 1817a-1819; StA Hamburg 147 Js 29/67, Anklageschrift v. 27. 12. 1971, S. 390; Arbeitsausweise M. und Ljuba Kalstein von 1942, ZStA Minsk 409-1-3, Bl. 308, 310, 316f.; ebenso Michail Treister, Selig Moisejewitsch Joffe und Rita Friedman, MGVK 39-38768, 63-39018, 19-40031.

882 Siehe Gerichtsgefängnis Minsk an GK Weißruthenien v. 31. 5. 1943, IMT, Bd. 38, S. 373 (seit dem 13. 4. 1943 516 deutsche und weißrussische Juden ausgesondert und ermordet); Grossman/Ehrenburg, S. 256 (Minsk, farbige Aufnäher, einen Tag vor Julimassaker 1942 ausgegeben); Vermerk über Vern. R. S. v. 22. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2537; Vern. Alfred Metzner v. 15. 10. 1947 und E. B. v. 31. 7. 1963, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 244 (»Das machte das Arbeitsamt«) und 3799; Vern. D. K. S. v. 9. 2. 1968, StA Mainz 3 Ks 1/67, Dok. Bd. 11 (ständige Einzelschießungen, Schtschutschin).

883 So gab der Wilnaer Judenrat einmal Juden in Oshmiany zur Erschießung frei; Hilberg, Täter, S. 134.

884 Vgl. Orbach, S. 21; Grossman/Ehrenburg, S. 243f. und 320f.; Enzyklopädie des Holocaust, S. 1018f.; Romanowski u. a., S. 215; Trunk, S. 406; Vern. Jack Kowienski v. 10. 3. 1966, Documents Grodno, Bd. 1, S. 151; Vern. A. C. v. 9. 5. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 10, Bl. 318; Vern. R. M. und D. K. v. 18. 11. 1964, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 2708-2711 und 2724-2726; StA Mainz 3 Ks 1/67, Urteil v. 17. 7. 1969, S. 26f.; Stadtkommissar Brest, Lagebericht v. 23. 12. 1941, BA F 13752, Bl. 25; Vern. M. M. v. 7. 12. 1960 und G. J. v. 27. 6. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 675 und 1852.

nachgeholt werden könnten.⁸⁸⁵ Nachdem die Juden umgebracht worden waren – wobei teilweise für eine Übergangszeit von zwei bis drei Monaten einige hundert Menschen am Leben gelassen wurden, so in Pinsk und Baranowitschi –, stand die Produktion oft wirklich einige Zeit still oder verzeichnete starke Einbrüche. Nach drei bis sechs Monaten war aber oft der alte Stand zumindest bei den Beschäftigten wieder erreicht oder überschritten, so in Pinsk und Brest, etwa im dortigen »HoMe«-Werk, sowie in verschiedenen Städten des Bezirks Bialystok. Tausende von Menschen vom Land wurden in Bewegung gesetzt. Vor allem in Pinsk kamen Evakuierte aus der Ukraine hinzu, die im alten Ghettobezirk »gut untergebracht« wurden und als Prämien Bekleidung »aus Judenbeständen« erhielten.⁸⁸⁶ Tatsächlich geschlossen werden mußte nur eine Anzahl kleinerer Betriebe.⁸⁸⁷ Trotz der Judenvernichtung wurde angestrebt, die Produktion zu erhöhen. Zum Teil wurde dieses Ziel auch nachweislich erreicht wie in Glebokie, wo vorher allein 1400 jüdische Arbeitskräfte Textilwaren für die Wehrmacht und weitere Arbeiter Panjewagen hergestellt hatten. Ihre Ersetzung durch Anlernen von Nichtjuden und vor allem durch Maschinen hatten das Gebietskommissariat und die Ostfaser GmbH mindestens acht Monate lang vorbereitet.⁸⁸⁸

885 Siehe KTB RüKdo Luzk fürs 4. Quartal 1942, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 636–644; KTB RüKdo Minsk für 17.–23. 5.1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 831.

886 Vgl. zur Ersetzung der jüdischen Arbeitskräfte in Brest S. 491f. in dieser Darstellung; Deutsche Revisions- und Treuhand AG, Bericht über die bei dem »Ho-Me«, Holz- und Metallverarbeitungsbetrieb Brest-Litowsk vorgenommene Sonderprüfung v. 11. 2. 1944, Sonderarchiv Moskau 1466–11–29, besonders Bl. 5. Erst war es auch vom zuständigen Arbeitsamt des GebK und vom SS- und Polizeistandortführer für unmöglich gehalten worden, die Juden zu ersetzen. Im Abschlußbericht des Arbeitsamts wurde das aber als unkompliziert geschildert, die Produktion sei meist »planmässig« weitergelaufen: GebK Brest, Arbeitsamt, Lagebericht v. 27. 10. 1942, und SS- und Polizei-Standortführer Brest, Lagebericht v. 15. 9. 1942, BA F 13751, Bl. 961 und 1005, sowie Tätigkeitsbericht des Arbeitsamts Brest-Litowsk v. 24. 8. 1944, BA R 93/14. – Zur Entwicklung in den Pinsker Betrieben KTB RüASt 17 (Brest) für Dezember 1942, Januar, Februar, April, 30. 5.–6. 6. 1943, Inspektionsbericht v. 5. 6. und 13. 12. (Zitate) sowie KTB-Rückblick 4. Quartal 1943, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 644, 655, 669, 796f., 860–862, 909, 958–961; GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht, BA F 13684, Bl. 1358. Ferner S. 492 in dieser Darstellung. – Bericht der ASt Bialystok der RüIn I fürs 4. Quartal 1942 und KTB RüIn I fürs 3. Quartal 1943, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6278.

887 So ein Sägewerk bei Glebokie, ein weiteres in Janow mit ehemals 150 Beschäftigten und eine Schuhmacherwerkstätte in Kryunki. KTB RüKdo Minsk für 31. 5.–6. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 832; KTB RüIn Ostland v. 3. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 902; Bericht der ASt Bialystok der RüIn I fürs 4. Quartal 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6278.

888 Glebokie: Zur Produktion vgl. RüKdo Minsk, Protokoll über die Außenstellenleitertagung (28.–30. 1.) v. 31. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1080 (hier auch zu Plänen für ihre Ersetzung, also Ermordung; Ost-Faser-GmbH, Betriebsverzeichnis (Stand: 1. 4. 1943), BA F 10632, Bl. 258. Zur Steigerung das zufriedene Fazit im Räumungsbericht v. 9. 8. 1944 des GebK in Glebokie Paul Hachmann, BA R 93/14: »In der Voraussicht, dass früher oder später die Juden ausgesiedelt werden, habe ich alle irgendwie vorhandenen einheimischen Handwerker zusammengefasst und in den Arbeitsprozess eingereiht. Der Erfolg dieser Massnahmen war, dass sich der Abtransport der Juden in der Zeit vom 20. 8. bis 30. 8. 1943 handwerklich kaum bemerkbar machte. Genau zur gleichen Zeit trafen notwendige Maschinen aus dem Reiche ein und es wurde mit bedeutend weniger Personal, etwa mit dem zehnten Teil an Einheimischen, besonders in der Holzverarbeitung, mehr geleistet als vorher.« Bestätigung durch Produktionsziffern beim Panjewagenbau ebd., bei Textilien im 14. Tätigkeitsbericht der Ost-Faser GmbH für das erste und zweite Vierteljahr 1944, BA F 10633, Bl. 590–592. – Siehe ferner KTB-Rückblick RüKdo ZIb bzw. ZIII für 4. Quartal 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 987 und 989.

Anderswo gelang dies zwar weit weniger gut. Dabei muß man in Rechnung stellen, daß erstens viele der betroffenen, meist kleinen Industriebetriebe ohnehin unter Energie- und Materialmangel litten, was schon vor den Mordaktionen teilweise zum Stillstand führte,⁸⁸⁹ und daß es zweitens für die überbesetzten Rüstungskommandos kaum etwas zu verwalten gab (nämlich praktisch keine Rüstungsbetriebe). Jede neue Beeinträchtigung stellte also weniger die Produktion als ihre Bürokraten-Existenz in Frage.⁸⁹⁰ So hatte das Rüstungskommando Minsk sich im Herbst 1941 für die völlige »Ausschaltung« der Juden eingesetzt, sich anschließend aber im Status quo eingerichtet, was es auch 1942 nicht hinderte, im Einzelfall die Belegschaften auf zu vernichtende Juden zu überprüfen.⁸⁹¹ Die Zivilverwaltung konnte mehr als appellieren und verhandeln, nämlich in der Regel verfügen, daß SS und Polizei Fachkräfte von der Vernichtung ausnahmen. Sie machte von diesem Recht aber nur wenig Gebrauch und plante langfristiger als die Rüstungsdienststellen den Ersatz der jüdischen Arbeitskräfte.⁸⁹² Auch das mußte keinem im besetzten Weißrußland verborgen bleiben. Die deutschsprachige Minsker Zeitung (damalige Auflage: 50000) schrieb am 29. April 1942, unmittelbar vor Beginn der großen Vernichtungswelle jenes Jahres, man habe beim Einmarsch nur wenige von den Stammarbeitskräften vorgefunden:

»Geblichen waren ein paar Alte und – die Juden. Vom Betriebs- und Gruppenleiter bis zur Handlangerin, alles voller Ostjuden, die hier »unabkömmlich« spielten. Und es war und ist noch ein hartes Stück Arbeit, jetzt die Arbeitsplätze mit weissruthenischen Männern und Mädchen aufzufüllen, anzulernen und einzuteilen. Aber es geht voran – auch darin haben wir ja Übung.«⁸⁹³

b) Ernährung

Was passierte vor dem Hintergrund des deutschen Hungerplans mit der Versorgung der Juden? Am Anfang der deutschen Ernährungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung standen strenge Verbote, Märkte zu betreten, mit Bauern in Kontakt zu treten, bestimmte Lebensmittel zu kaufen oder zu konsumieren, zum Beispiel Eier, Butter, Milch, Fleisch und Beeren. Die Deutschen gaben ihre Befehle dabei oft über die einheimische Verwaltung, die zumeist dasselbe Ziel verfolgte, den Nichtjuden bessere Rationen zu sichern. Im Herbst 1941 ist eine weitere Verschärfung zu beobachten, zumal nun vielerorts eine Voraussetzung existierte, sie besser durchzusetzen: die Ghettos.⁸⁹⁴ Ungefähr in den ersten zwei Monaten lehnte es die deutsche Verwal-

⁸⁸⁹ Vgl. KTB RüASt 17 (Brest) v. 13. 5. 1942, BA-MA RW 30/150, Bl. 4 (Brest und Pinsk).

⁸⁹⁰ Siehe z. B. KTB RüKdo Luzk für Oktober 1942 und Mai 1943, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 633f. und 676 (Auflösung geplant, da »sehr wenig »Fabriken«, geschweige denn eigentliche »Rüstungsbetriebe« »; später aber immer noch Stärke von 32 Personen). Vgl. S. 150 und 385f. in dieser Darstellung.

⁸⁹¹ Vgl. z. B. KTB RüKdo Minsk für 19.–25. 7. 1942: im Telefunken-Gerätewerk wurde am 21. 7. bei einer Inspektion »festgestellt, dass von 55 jüd. Fachkräften 29 als entbehrlich angesehen werden können«. Am 28. 7. begann das große Massaker in Minsk. BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 897.

⁸⁹² Z. B. Vortrag des GebK Hanweg (Lida) v. 9. 4. 1943, Ifz Fb 85/I, Bl. 71f.; GebK Slonim (Erren), Lagebericht v. 25. 1. 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband D; ziemlich freimütige Aussage Errens v. 30. 6. 1964 dazu ebd., Bl. 4686.

⁸⁹³ Minsker Zeitung v. 29. 4. 1942, Artikel eines Hauptmanns Dr. Löhlhöff, »Die Räder stehen nicht mehr still... – Deutsches Schaffen triumphiert über Trümmer und Unordnung«.

⁸⁹⁴ FK Minsk, Abt. M.V. an Stadtverwaltung v. 25. 7. 1941 und Meldung Feldgendarmarie v. 24. 7., ZStA Minsk 409–1–6, Bl. 2f.; Stadtverwaltung Minsk, Bekanntmachung v. 3. 8. 1941, MGVK 7929–8969; Be-

tung zum Teil ab, den Juden geregelte Lebensmittellieferungen zu gewähren (Minsk, Białystok, Mogilew, Witebsk), und das bei gleichzeitigem Verbot, etwas zu kaufen.⁸⁹⁵ Mit anderen Worten: Vor allem die Militärverwaltung folgte dem Hungerplan sehr strikt und wollte Juden am liebsten gar nicht ernähren.

Während im unter ihrer Aufsicht stehenden Osten manche jüdische Gemeinde niemals von den Deutschen zugelassene Lebensmittellieferungen bekam, weil sie vorher vernichtet wurde, wurden weiter westlich die örtlichen deutschen Landwirtschaftsbehörden für die Zuteilung zuständig. Im Bezirk Białystok waren es die Kreisbauernführer, teilweise in Zusammenarbeit mit der deutschen Stadtverwaltung (Grodno, Wolkowysk), sonst die Gebietslandwirte und in Minsk die Abteilung Ernährung und Landwirtschaft des Generalkommissariats zusammen mit dem Stadtkommissariat.⁸⁹⁶ Mancherorts übernahm dies auch die einheimische Verwaltung, die an manchen Orten mit den Juden solidarisch handelte, ihnen an anderen aber sogar ihre von den Deutschen zugestandenen Hungerrationen nicht voll überließ.⁸⁹⁷ Das heißt, daß die Versorgung der Juden in der Regel von jener Agrarverwaltung abhängig war, deren Hauptziel es war, landwirtschaftliche Überschüsse zur Belieferung der Wehrmacht abzuzweigen. Diese Lieferungen hatten zeitlich und sachlich Vorrang. Die weißrussische Bevölkerung erhielt buchstäblich, was übrig blieb, also einen schwankenden Anteil (vgl. Kap. 4.3a). Im Fall eines Engpasses bestand deshalb die Neigung, zur Verbesserung der Lage der Nichtjuden bei der Ernährung der Juden zu »sparen«. So kam es zum Hungermord in Witebsk, und dies trug zu den Vernichtungsaktionen Ende 1941 in Slonim, Borissov oder Minsk bei.

Im Auftrag der Judenräte fuhren Kommandos, in Grodno auch noch private Fuhrunternehmer, zu Kartoffelmieten, Mühlen, Bäckereien oder Schlachthof, um die zugewiesenen Nahrungsmittel abzuholen, ferner Kohl, Schlachtabfälle, Holz und

rück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 5 v. 21.8.1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 22R; Brief Mordechai Tenenbaum v. 1.3.1943, in: Blumenthal, S. 308 (erwähnt Verbote vor der Ghetto-bildung, d. h. vor 31.7.1941); Meldungen des Judenrats in Białystok Nr. 52, 61 und 113 v. 15., 18.8. und 30.9.1941 (sowie Anm. 71 Blumenthals), NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Kreiskommissar Grodno (Dr. v. Ploetz), Bekanntmachung v. 14.10.1941, in: Documents Grodno, Bd. 6, S. 99; undatiertes Beschuß der Stadtverwaltung Mogilew (auszugsweise Übersetzung/September 1941?), BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 29; Grossman/Ehrenburg, S. 317f (Glebokie, Oktober 1941).

⁸⁹⁵ Hptm.Dorn, Wi-Kdo. Neisse, Erfahrungsbericht Minsk, den 28.8.1941, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 279; Blumenthal, Anm. 49 (nach NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188), wonach eine entsprechende Bitte des Judenrats vom 7.8. abgelehnt wurde; Aussage Georg Frentzel v. 18.6.1970, die mit denen der jüdischen Überlebenden N. übereinstimmte, BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 42. Zu Witebsk S. 596 in dieser Darstellung.

⁸⁹⁶ Bezirk Białystok: Mitteilung Polizeipräsidium Białystok nach Judenratsmeldung 154 v. 14.11.1941, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Vern. Fritz Friedel v. 11.8.1948, ebd., Nr. 6255; Vern. F. O. (Chef Schupo Grodno) v. 17.10.1961, ebd., Nr. 6145/XVI, Bl. 147-152; Vern. F. S. v. 29.4.1963 (Kreisbauernführer Łomża), ebd., Nr. 6154, Bl. 29; Vern. E. S. v. 17.10.1962, ebd., Nr. 6150, Bl. 125ff.; Vern. Dr. W. H. (Kreiskommissar Wolkowysk) v. 8.4.1963 und v. 29.6.1966, ebd., Nr. 6153, Bl. 124, und Nr. 6173; LG Köln 24 Ks 1/67 v. 27.6.1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 11, Bl. 44. Minsk: Vern. Wilhelm Janetzke v. 1.3.1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 6790. Vgl. Stadtkommissar Minsk, Verordnung über Arbeitseinsatz, Verpflegung und Entlohnung der Juden v. 25.8.1942 (Minsker Zeitung v. 2.9.1942).

⁸⁹⁷ Akte L.W. mit undatiertes Vern., ebd., Auszüge aus Entschädigungsakten, Bd. 1 (Grodno); Vern. Leopold Windisch v. 16.11.1964 und 14.2.1966, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 1034 sowie lose (Landghettos im Gebiet Lida); dagegen Smolar, S. 47 und 107; Cholawsky, Judenrat, S. 124.

Brennstoffe.⁸⁹⁸ Die Weiterverarbeitung der Nahrungsmittel mußten die Juden zum Teil selbst übernehmen im Vertrauen darauf, daß sie die Zuteilungen im Eigeninteresse besser zu strecken verstanden. So erhielt die jüdische Bevölkerung in Brest seit dem 1. November 1941 statt Brot nur noch Mehl. Bäckereien gab es auch in den Ghettos von Minsk, Grodno und Białystok. Den deutschen Juden in Minsk war zeitweise verboten, privat Essen zu kochen, Gemeinschaftsküchen wurden vorgeschrieben.⁸⁹⁹ Ferner behielten sich die jüdischen Einwohner mit Ersatzstoffen. In Białystok wurden Sirup und Marmelade aus Kartoffelschalen hergestellt, in Minsk bis zum Massaker vom 20. November 1941 Gemüsefelder am Ghettorand betrieben.⁹⁰⁰ Die Verteilung der Brotrationen und der übrigen, meist nur unregelmäßig zur Verfügung stehenden Lebensmittel übernahmen die Judenräte nach genauen Namenlisten, teils nach Lebensmittelkarten. Nicht Arbeitende bekamen vielerorts keine Zuweisung.⁹⁰¹ Im Ghetto Białystok gab es Suppenküchen für Bedürftige.⁹⁰²

Die Höhe der Rationen war örtlich verschieden und wurde im GK Weißruthenien bei den Gebietskommissariaten festgelegt.⁹⁰³ Das weist darauf hin, daß es sich weniger um eine politische als um eine wirtschaftliche, auf der Vorratslage basierende Entscheidung handelte. Die folgenden Angaben über regionale Regelungen waren stets nur Leitlinien, von denen es örtliche Abweichungen gab. Am 13. Juli 1941 legte die 403. Sicherungsdivision für Juden eine Zuweisung von 125 Gramm Brot, 14 Gramm Mehl und 11 Gramm Grütze täglich fest, weniger als die Hälfte der Sätze für Nichtjuden. Diese Regelung wurde bis August von verschiedenen Orts- und Feldkommandanturen übernommen.⁹⁰⁴

898 Vern. Sam Posniak v. 23. 5. 1966 und Wladimir Leibowitsch Glemowski v. 27. 2. 1965, Documents Grodno, Bd. 1, S. 244 und 431; Blumenthal, Anm. 442 (NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188); Rosenberg, S. 31 und 38 f.

899 Vgl. Stadtkommissariat Brest, Ernährungsamt, Statistischer Bericht für die Zeit v. 1. 9. 1941 bis 27. 2. 1942 v. 28. 2. 1942, BA F 13752, Bl. 65 f.; Erinnerungen M. A. Treister v. 1. 10. 1991, MGVK 20-10^a-15-23521; Vern. Zwi Lipczyc v. 3. 2., Rita Jelgin v. 11. 3. und Heinz Errelis v. 26. 8. 1966, Documents Grodno, Bd. 1, S. 193 und 103 f., und Bd. 4, S. 364; Meldung des Judenrats in Białystok v. 17. 9. 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Rosenberg, S. 23.

900 Bericht ASt Białystok der Rūln I fürs 4. Quartal 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6278; Krasnoperko, S. 63, und mündl. Mitt. A. D. Krasnoperko v. 16. 10. 1993.

901 Vgl. Vern. Dr. N. K. v. 7. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband C7, Bl. 19; undatierte Vern. Ch. W., StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 990; Der Bezirk Białystok (S. 29), BA F 15024; Meldungen des Judenrats Białystok Nr. 257 v. 1. 5. 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Vern. Heinz Errelis v. 12. 3. 1968 und eidestattl. Erkl. K. J. A. v. 30. 1. 1955, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 9, Bl. 20, und Auszug aus Entschädigungsakten Bd. 1; Enzyklopädie des Holocaust, S. 1113 f. Zu nicht Arbeitenden außer Errelis (Grodno) auch Vern. Gerhard Erren (GebK Slonim) v. 30. 6. 1964, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 4689.

902 Trunk, S. 127.

903 »Für Weißruthenien ist bisher eine einheitliche Regelung nicht getroffen worden. Die jeweils geltenden Sätze sind bei den zuständigen Gebietskommissaren festzustellen.« Anlage 2 zu den Bes. Anordnungen der Kdtr. d. Sich.Geb. Weißruthenien Nr. 23/42, Absatz II, Ziffer 3: Verpflegung von Juden bei Dienststellen der Wehrmacht oder des Wehrmachteffolges (undatiert, ungefähr Mai 1942), GebA Minsk 699-1-57, Bl. 53.

904 Vgl. 403. Sich.Div., Abt. Ib, Besondere Anordnungen für die Versorgung Nr. 23 v. 13. 7. 1941 (auszugsweise Abschrift), ZStA Minsk 409-1-6, Bl. 14. Siehe S. 267 in dieser Darstellung; FK Minsk-Land, Abt. VII-Kriegsverwaltung, Anlage 2 zum Kdtr.-Befehl Nr. 7 v. 30. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 14. Eine Wertung dieser Rationen ist schwierig. Man könnte sich auf den Standpunkt stellen, daß sie den Tod der Juden vorzeichneten. Sicherlich nahmen die Verantwortlichen damit Todesfälle in Kauf. Andererseits hoben sie sich von der Politik der Wirtschaftsinspektionen, die Stadtbewohner überhaupt nicht mit Lebensmitteln zu beliefern, ab (vgl. Kap. 4.3a).

Während in den Rationssätzen des Wirtschaftsstabs Ost und der Wirtschaftsinspektion Mitte vom 4. September 1941 keine Angaben für Juden enthalten waren (es gab aber wahrscheinlich eine Regelung), wurde die Ration für Juden am 4. November vom Wirtschaftsstab Ost auf höchstens 107 Gramm Brot, 143 Gramm Kartoffeln und 5 Gramm Fett, das heißt 420 Kalorien, festgelegt.⁹⁰⁵ In späteren Regelungen für das rückwärtige Heeresgebiet Mitte tauchten Juden schon nicht mehr auf. Über die Sätze im Zivilverwaltungsgebiet wissen wir aus Quellenmangel wenig. In Brest bekamen die 18000 Juden schon bis zum 1. November 1941 in den gleichen Läden weniger Brot als Nichtjuden (200 statt 250 Gramm) und kein Fleisch wie diese (28 Gramm), seit dem 1. November aber nur noch Mehl, und zwar im Winter pro Kopf rund 140 Gramm täglich, aber keine Kartoffeln wie die meisten Nichtjuden. Der Stadtkommissar schrieb: »Eine ausserordentliche Belastung, hauptsächlich ernährungspolitischer Art, bildet die starke Gruppe des Judentums.« Um die Versorgung der übrigen Stadtbevölkerung zu gewährleisten, gab er den Juden nur noch eine Hungerration. In den umliegenden Städtchen bekamen die Juden zwischen Dezember und Februar 1942 »drei Monate kein Stück Brot mehr«.⁹⁰⁶ In Białystok erhielten Juden weniger als Nichtjuden. Die genaue Höhe der Rationen ist allerdings fraglich. Chaika Grossman beziffert sie auf 125 bis 200 Gramm Brot. Im Winter 1941/42 erhielten Normalverbraucher 60 Kilogramm Kartoffeln, die sozialen Unterschiede waren hier jedoch stark.⁹⁰⁷ Ansonsten gibt es Einzelnachrichten über Brotsätze von 150 bis 200 Gramm pro Tag.⁹⁰⁸ Die deutschen und tschechischen Juden in Minsk erhielten zwischen 80 und 150 Gramm Brot, etwas Graupen und Salz, auf bestimmten Arbeitsstellen wie im Wehrmachtlazarett 4/637 bis zu 500 Gramm Brot und sogar etwas Fett.⁹⁰⁹

Ein einheitliches Bild ist nicht zu gewinnen, da auf den einzelnen Arbeitsstellen – wo die Juden Sonderkost getrennt von den übrigen Arbeitskräften essen mußten –

905 Hierzu S. 267f. und 276 in dieser Darstellung. Irrtümlich abweichende Angaben bei Hilberg, Vernichtung, S. 374.

906 GebK Brest, Monatsbericht v. 24. 2. 1942, BA F 13751, Bl. 934. Vgl. Stadtkommissariat, Ernährungsamt, Statistischer Bericht für 1. 9. 1941 bis 27. 2. 1942 v. 28. 2. 1942, BA F 13752, Bl. 65f. (Lieferungen an Juden 292,014 t Mehl); Stadtkommissar Brest, Lagebericht v. 21. 11. 1941, ebd., Bl. 8 (erstes Zitat).

907 Ähnlich war es in Warschau. Siehe Grossman, S. 152f., Anm. 4; Trunk, S. 357f. und 360 (die für Białystok genannten Brotrationen von 500 Gramm im Winter 1941/42 und 375 Gramm im Sommer 1942 sind zweifelhaft); Madajczyk 1988, S. 371; Meldung des Judenrats Białystok Nr. 414 v. 3. 3. 1943 und Blumenthal, Anm. 408, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Vern. Meir Rochwerga (1948), Documents Grodno, Bd. 1, S. 473 (in Pruzany je nach Arbeit 200 Gramm Brot oder etwas mehr); Vern. Ajzik Nowik v. 19. 8. 1966, ebd., Bd. 4, S. 355 (im Grodnoer Lager Kielbasin 250 Gramm Brot und 1 Liter dünne Suppe); Der Bezirk Białystok (S. 29), BA F 15024.

908 Vern. S. G. v. 13. 12. 1960, ZStL 202 AR-Z 94e/59, Bd. 1, Bl. 25f (Nowogrodek); Vern. D. N. G. v. 23. 11. und E. J. K. v. 28. 11. 1944, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 4711 und 4717 (Pinsk); GK Weissruthenien, Abt. Landwirtschaft, an GebK Baranowitschi, Betr.: Verpflegung jüdischer Arbeiter v. 9. 2. 1942, ZStA Minsk 393-3-16, Bl. 11 (wegen Zusammenbrüchen der Arbeiter beim Unterkunftsbau auf 250 Gramm Brot und 500 Gramm Kartoffeln erhöhen); Vern. L. S. L. v. 8. 12. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Beweismittel Bd. 9 (Kolditschewo).

909 Vgl. Rosenberg, S. 28, 40–42; Vern. H. S. M. v. 1. 2. 1960 und Aussage L. H. (1945), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1821 und 4703; Brief H. P. v. 5. 9. 1947, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, Haft II, Bl. 23R; Alpert, S. 54 und 64.

verschiedene Lebensmittelzuweisungen erfolgten.⁹¹⁰ Wenn die deutsche Verwaltung der jüdischen Bevölkerung überhaupt Lebensmittel zuwies, so deshalb, weil das Gegenteil eine kaum zu verhindernde Massenflucht zu Folge gehabt hätte, und weil ein Teil der Juden ihr vorläufig noch als Arbeitskräfte dienen sollte. Klar ist, daß die Rationen der Juden noch weniger als die der Weißrussen und Polen zum Leben reichten. Verschärfend kam hinzu, daß öfters willkürliche Lieferstopps oder Senkungen der Zuweisung von deutscher Seite eintraten.⁹¹¹

Deshalb war es für die Juden lebensnotwendig, Nahrungsmittel auf anderen Wegen zu besorgen und in die Ghettos zu schmuggeln. Sie gingen dabei aber ein noch höheres Risiko ein als die übrige Zivilbevölkerung, da sie sich weder frei bewegen noch handeln durften, und weil die Deutschen sie an den Ghattotoren kontrollierten. Bestimmte Nahrungsmittel wie Fett und Fleisch waren ihnen verboten.⁹¹² Das Mitführen einer Tomate, eines Huhns oder eines Stücks Butter konnte die sofortige Erschießung zur Folge haben. Kein ›Verbrechen‹ eines Juden im besetzten Weißrußland scheint so ›todeswürdig‹ gewesen zu sein wie der unerlaubte Besitz von Lebensmitteln.⁹¹³ Bei der ›Ahndung‹ dieser ›Verbrechen‹ treffen wir wiederum auf die sogenannten Ghattokommandanten, von denen einer – Adolf Rube – seine Morde noch nach dem Krieg damit begründete, es habe schließlich Diebstahl vorgelegen.⁹¹⁴ Getrieben vom Hunger, stahlen Juden tatsächlich Lebensmittel oder andere Waren, um gegen diese Nahrung einzuhandeln, oder sie verkauften oder tauschten ihren persönlichen Besitz (das nannte man »Kleider essen«), erhielten spontane Spenden aus der Bevölkerung und bettelten.⁹¹⁵ Das war der Grund, aus dem sich in einigen Städten (Bialystok, Brest, Minsk) Deutsche oder ihre Helfershelfer über viele Juden beschwerten, die entweder auf den Straßen anzutreffen seien oder zeitweise an der Arbeitsstelle fehlten.⁹¹⁶ Überall übernahmen es besonders halbwüchsige Jungen, Nah-

910 Versuch der Zentralisierung (Lieferung nur durch Wirtschaftsamt des Stadtkommissars) in der Minsker Judenverordnung v. 25. 8. 1942 (Minsker Zeitung v. 2. 9. 1942). Vgl. Minsker Zeitung v. 29. 4. 1942; Erinnerungen M. A. Treister v. 1. 10. 1991, MGVK Minsk 20-10^a-15-23521; Protokoll J. M., StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 139; Vern. H. M. v. 2. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1616f.: bei der Waffenwerkstatt Minsk wußte nach Ansicht des Zeugen jeder, »dass die Juden bei dieser unzureichenden Verpflegung zwangsläufig zugrunde gehen müssen.«

911 Vern. Zwi Lipszyc v. 3. 2. 1966, Documents Grodno, Bd. 1, S. 193; Meldungen des Judenrats in Bialystok Nr. 237 und 261 v. 17. 3. und 5. 5. 1942 sowie Anm. 71 Blumenthals, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Rosenberg, S. 65f.

912 Siehe auch Vern. J. D. v. 17. 12. 1962 und H. K. v. 6. 6. 1969, StA Mainz 3 Ks 1/67, Akte Landesgericht Wien, Bl. 36, und 2. Hauptverhandlung, Bl. 384 (Lida).

913 Vgl. Protokoll J. M., StA Hamburg 147 Js 29/67, Bd. 1, Bl. 142; StA Köln, Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung gegen Wiese u.a. v. 27. 7. 1965, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Heft StA Köln; Krasnoperko, S. 32-34; F. S., Sie haben es nicht mehr erlebt, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bd. 3; Rosenberg, S. 45; Grossman/Ehrenburg, S. 237 (Minsk) und 317-319 (Gleboke).

914 Konfrontation Zeugin M. A. mit Adolf Rube v. 30. 4. 1948, ZStL II 202 AR 981/67, Bl. 19.

915 Handel: Brief H. P. v. 5. 9. 1947, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, Haft II, Bl. 23/R; mündl. Mitt. A. D. Krasnoperko v. 16. 10. 1993; Vern. H. J. v. 25. 4. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 9, Bl. 270; Diebstahl: Erinnerungen M. A. Treister v. 1. 10. 1991, MGVK Minsk 20-10^a-15-23521; Spenden: Erinnerungen I. J. und A. G. Demidowitsch sowie W. I. Sirodka v. 7. 8. 1992, ebd., -23811 (Lachwa); M. G. Pekar (undatiert), ebd., -23779 (Betteln und Handel); »Kleider essen«: Blumenthal, Anm. 376 (NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188).

916 Meldung des Judenrats in Bialystok Nr. 235 v. 14. 3. 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Stimmungsbericht aus Weißruthenien (undatiert, Mitte 1942), BDC, O. 307, Bl. 402, und Vern. W. S. v. 20. 1. 1949, ZStL II 202 AR 981/67, Bd. 1, Bl. 94 (Minsk); Stadtkommissar Brest, Lagebericht v. 25. 4. 1942, BA F 13752, Bl. 94.

rung zu organisieren und damit durch die Ghettoabgrenzung zu schlüpfen. Sehr viele bezahlten das mit dem Leben.⁹¹⁷

Geringere Rationen und weniger Möglichkeiten, sich etwas zusätzlich zu beschaffen – bei der jüdischen Bevölkerung führte das zu noch weit stärkeren Hungererscheinungen als bei der nichtjüdischen. Es fehlen allerdings meist Quellen, um diese Entwicklung zu quantifizieren.⁹¹⁸ In Witebsk starben zwischen 5000 und 10000 Juden Hungers, in Polozk und Orscha war es vermutlich ähnlich.⁹¹⁹ Aus dem Bereich der zivilen Besatzungsverwaltung wissen wir aber durch den Vergleich von bekannten Einwohnerzahlen und Mordziffern, daß es bei weitem nicht ein Drittel oder ein Viertel der jüdischen Einwohner waren, die im besetzten Weißrußland dem Hunger zum Opfer fielen wie in Warschau oder Łódź.⁹²⁰ In Weißrußland fanden die Juden doch leichter Wege, sich vom nahen Land zu versorgen als in den polnischen Großghettos.⁹²¹ Das galt viel weniger für die kontaktarmen, isolierten deutschen Juden in Minsk, von denen in den ersten acht Monaten bis zu 900, jeder achte, am Mangel starben.⁹²² Die Rationen im Generalgouvernement waren im übrigen noch geringer als in Weißrußland.⁹²³

Ob allerdings aus Minsk, Grodno oder Brest, aus Borissow, Lida, Nowogrodek oder Wassilischki, von überall werden Hungertote – meist beiläufig – erwähnt.⁹²⁴ In Pinsk dürfte es seit der Ghettoabgrenzung am 1. Mai 1942 besonders schlimm gewesen sein, ebenso in Lenin.⁹²⁵ Infektions- und Mangelkrankheiten wie Bauchtyphus, Fleckfieber, Dysenterie, Lungenentzündung, Tuberkulose, Schwindsucht, Körperschwäche, Hungerödeme, Avitaminose grassierten. Diphtherie, Scharlach und Dia-

917 F. S., Sie haben es nicht mehr erlebt, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bd. 3 (Pinsk); Vern. Robert Bell v. 25. 2. 1966, Documents Grodno, Bd. 1, S. 5–9; mündl. Mitt. A. D. Krasnoperko v. 16. 10. 1993.

918 Das gilt anscheinend auch für Białystok. Madajczyk 1988 (S. 371) geht unter Berufung auf B. Mark von einer verdoppelten Sterblichkeit aus. Der sonst sehr sachkundige Zeuge Dr. T. C. (Vern. v. 23. 2. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6173), ein Arzt, griff zu hoch, wenn er von verzehnfachter Sterblichkeit bzw. 40 bis 50 Begräbnissen täglich im Jahr 1942 (d. h. verzwanzigfacher Sterblichkeit) sprach. Das hätte zu 6000 bis 7000 bzw. 12000 bis 14000 Toten im Jahr führen müssen und damit zu einem deutlichen Rückgang der Ghettobevölkerung.

919 Vgl. Kap. 7.2d in dieser Darstellung. Orbach, S. 21, nennt in diesem Zusammenhang auch die Ghettos in Smoljani, Gorodok und Smolewitschi.

920 Vgl. Vorwort Gutman, in: Im Warschauer Getto, S. XIV (Warschau: 100000 Opfer); Madajczyk 1988, S. 370 (Łódź: 50000); Drobisch/Goguel/Müller, S. 297 (Łódź: 43441 starben im Ghetto).

921 Ähnlich war es in Ostgalizien: Pohl 1996, S. 121f.

922 Vgl. S. 755 in dieser Darstellung.

923 In der Literatur finden sich Angaben über ca. 170 bis 200 Kalorien: Gutman, Vorwort, in: Im Warschauer Getto, S. XIV, und Less (Hg.), S. 189, auf Grund von Angaben zweier Ärzte. Nicht untypisch die Aussage des jüdischen Überlebenden M. G. aus Pruzany v. 16. 5. 1966, NWStA Detmold, D 21 A, Nr. 6173: »Die Lebensmittelrationen, die ausgegeben wurden, waren so klein, daß man gerade davon existieren konnte. Sie reichten jedoch nie, um sich einmal satt essen zu können.«

924 Minsk: EGf A, Bericht für 16. 10. 1941–31. 1. 1942, IfZ Fb 101/35, Bl. 64; Erinnerungen J. J. Rolbina (Oktober 1980), MGfK Minsk 20–10a–15–23505; Smolar, S. 66; Übertreibung bei Rosenberg, S. 65f., siehe aber S. 28, 33, 42, in Verbindung mit Protokoll L. H. (1945), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 4703. Grodno: Vern. E. T. v. 28. 7. 1966 und F. O. (Chef der Schupo) v. 17. 10. 1961, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6282 und 6145/XVI, Bl. 149. Brest: GebK Brest, I, v. 22. 8. 1942, BA F 13751, Bl. 961, und Enzyklopädie des Holocaust, S. 241f. Borissow: Erinnerungen P. M. Ausker in: Grossman/Ehrenburg, S. 754. Lida, Woronowo, Wassilischki: Vern. Ch. G. K. und J. A. D. v. 9. und 10. 7. 1968, StA Mainz 3 Ks 1/67, Dok.Bd. 2, nach Bl. 6–9 bzw. 22–24; J. M. K. v. 15. 3. 1968, ebd., Dok.Bd. 9, nach Bl. 89–91; eidesstattl. Erkl. T. B. v. 25. 10. 1956, lose. Nowogrodek: Vern. M. M. v. 7. 12. 1960, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 675.

925 Vern. A. J. v. 7. 2. 1962, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 1010; Schulman, S. 77f.

betes wurden wegen fehlender Impfstoffe oder Gegenmittel zur tödlichen Gefahr.⁹²⁶ Die Täter bei diesem Mord durch Hunger waren nicht SS und Polizei, sondern Zivil- und Militärverwaltung.

Wenn es nicht zu schweren Seuchen kam, so ist das vor allem auf die Kunst der jüdischen Ärzte und die Vorsorgemaßnahmen der jüdischen Selbstverwaltungen zurückzuführen, nicht etwa auf positives Handeln der Deutschen. Das Vorgehen der deutschen Gesundheitsverwaltungen zur Seuchenverhinderung beschränkte sich meist auf das Anbringen von Warnschildern an den Ghettozäunen, auf Vorschläge zur hermetischen Abriegelung der Ghettos und zur Ermordung von Kranken und Schwachen.⁹²⁷ Besonders tat sich dabei der Leiter der Abteilung Gesundheit beim Generalkommissar in Minsk, Dr. Hans Wolfgang Weber, hervor, gleich ob es nun um die Ermordung von Juden, psychisch kranken Kindern oder zehntausenden Kriegsgefangenen ging. Nicht von ungefähr wurden oft Massaker mit »Seuchengefahr« begründet (Witebsk, Janowitschi).⁹²⁸ Die deutsche Verwaltung wartete oft lieber nicht ab, bis die Menschen von selbst verhungerten und an Krankheiten zugrunde gingen, denn das konnte Seuchen hervorrufen und sich als Bumerang erweisen.⁹²⁹ So gestattete man auch bald den Aufbau eines jüdischen Gesundheitswesens mit jüdischen Krankenhäusern – allerdings ohne Hilfe zu leisten und unter Entlassung und Ermordung eines großen Teils der jüdischen Ärzte –, teilweise unter Zuhilfenahme der weißrussischen Stadtverwaltungen wie in Minsk, und entsandte auch jüdische Ärzte aufs Land.⁹³⁰ Spätestens im Herbst 1941 entschied sich die Behörde des Reichskommissars für das Ostland, die arbeitsunfähigen Juden nicht durch Hunger, sondern durch Erschießen oder, was sie vorgezogen hätte, durch Gas zu ermorden. Am 3. November machte das Judenreferat des Reichskommissariats (und nicht die Gesundheitsabteilung) die Generalkommissare dafür verantwortlich, daß von Juden keine Seuchen ausgehen könnten.⁹³¹

926 Siehe insbesondere die Aussage des ehemaligen Arztes im Infektionskrankenhaus des Bialystoker Ghettos, Dr. A. B. v. 24. 2. 1963, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6278; Dr. T. C. v. 23. 2. 1966, Nr. 6173; Vern. Dr. S. W. v. 17. 7. 1964, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband C5, Bl. 30 (Slonim).

927 Siehe Vern. Dr. A. B. und Dr. T. C., wie Anm. zuvor; FK V 184, San. Offizier (Dr. Paarmann), Vorläufiger Bericht über Sanitätsdienst und sanitäre Verhältnisse in Minsk-Stadt v. 1. 8. 1941, ZStA Minsk 408-1-1, Bl. 16-19.

928 Zu Dr. Weber S. 850f., 1068f. und 1072 in dieser Darstellung. Ghettoliquidierungen wegen »Seuchengefahr«: EM und 92 und 124 v. 23. 9. und 25. 10. 1941, BA-MA SF-01/28932-33, Bl. 2554 und 3043.

929 Dieser Logik folgte auch der Leiter des SD-Leitabschnitts Posen, SS-Sturmabführer Rolf Höppner, in seinem berüchtigten Brief an Eichmann v. 16. 7. 1941, in dem er fragte, »ob es nicht die humanste Lösung wäre, die Juden, soweit sie nicht arbeitsfähig sind, durch ein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. *Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.*« Zitiert nach: Rückerl 1977, S. 257.

930 FK V 184, San. Offizier, v. 1. 8. 1941, Notizen desselben über Ärzte-Besprechungen v. 9., 13. und 16. 8. 1941, ZStA Minsk 408-1-1, Bl. 17, 45/R, 48, 50; Bericht des jüdischen Arztes Dr. Freidin v. 14. 8. 1941, FK V 184 (Minsk), IVb, v. 28. 8. und 8. 9. 1941, ZStA Minsk 370-1-142, Bl. 52, 105, 112, vgl. Bl. 18ff., 31, 41f.; ebenso v. 1. 8. 1941 an Stadtverwaltung Minsk, ZStA Minsk 408-1-2, Bl. 3; EM 32 v. 24. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1637; Meldungen des Judenrats in Bialystok Nr. 35 v. 12. 8. sowie Blumenthal, Anm. 49-50, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188.

931 Der Aussteller deutet auf eine *politische* Entscheidung hin. RKO, IIa4 (Unterschrift: i. A. Trampedach), Betr.: Einsatz jüdischer Ärzte v. 3. 11. 1941, ZStA Minsk 370-1-141a, Bl. 183. Am 4. Oktober hatte das RKO die Ermordung der arbeitsunfähigen Juden durch Gas vorgeschlagen, die das RMO einige Wochen später genehmigte: RMO, Sachbearbeiter AGR Dr. Wetzels, Betr.: Lösung der Judenfrage v. 25. 10. 1941 (Entwurf), Nbg. Dok. NO-365.

Es folgte damit einer Weisung des Ostministeriums.⁹³² Nach dem weitgehenden Stopp der Vernichtungsaktionen gegen Juden im »Ostland« Ende Dezember 1941 drängte die Zivilverwaltung während einer Konferenz Lohses mit seinen Abteilungsleitern und den Generalkommissaren auf die Wiederaufnahme der Tötungen, wobei es dem Zusammenhang nach im wesentlichen um die weißrussischen Juden ging:

»Es wird als bedauerlich empfunden, dass das bisher eingeschlagene Verfahren, so sehr es vielleicht auch eine politische Belastung für uns darstelle, zunächst wieder aufgegeben worden ist. Der jetzige Zustand, dass den Juden z. T. überhaupt keine Lebensmittel zugeteilt werden, weil andere Anforderungen vordringlich sind, bedeute keine Lösung. Generalkommissar Kube legt Wert darauf, dass bei der Liquidierung korrekter vorgegangen wird.«⁹³³

Kurze Zeit später begannen die Massenerschießungen im GK Weißruthenien erneut. Sie führten schnell zur Vernichtung der meisten Juden. In diesem Zusammenhang wurden dann auch die jüdischen Ärzte nicht mehr gebraucht und nach und nach ermordet – weil es schließlich, wie Dr. Weber vom GK in Minsk schon früher betont hatte, das »Bestreben« der Zivilverwaltung war, »gerade die interlektuellen [sic] Juden auszuschalten«.⁹³⁴ In der Westhälfte des GK Weißruthenien kam der Befehl dazu direkt vom Hauptkommissar in Baranowitschi, Friedrich Fenz.⁹³⁵

c) Wohnen und Besitz

Wie schon ausgeführt, gab es in den weißrussischen Städten während der Besatzungszeit ein drückendes Wohnungsproblem, und die Deutschen versuchten, es so weit wie möglich auf die Juden abzuwälzen (vgl. Kap. 5.3). Entsprechend katastrophal waren die Wohnbedingungen der Juden. Teilweise zwang die deutsche Verwaltung die jüdische Bevölkerung, praktisch auf freiem Feld zu leben wie in Polozk, Gorodok, Smolewitschi und Smoljani oder in ungeeigneten Gebäuden, die die Juden selbst herrichten mußten, wie in der zerstörten Fabrik in Witebsk. In Deretschin (Gebiet Slonim) wurde so wenig Wohnraum zur Verfügung gestellt, daß ein Teil der

⁹³² Vgl. RMO v. 20. 9. 1941 (Durchschlag), BA R 6/387, Bl. 1. Dieser Entwurf stammte aus der Hauptabt. Verwaltung des RMO. Siehe auch den Vermerk Labs für Runte (beide RMO) mit Entwurf eines Schreibens an den RKO v. 2. 10. 1941, BA 6/74, Bl. 23/R. Der zeitliche Abstand, mit dem das RKO eine ähnliche Regelung erließ, und der Wechsel der zuständigen Hauptabteilung deuten darauf hin, daß es zumindest die Weisung des RMO prüfte, wenn nicht sogar eine bis zu einem gewissen Grad eigenständige Entscheidung traf.

⁹³³ Bericht des Büros des Ständigen Vertreters des RMO beim RKO v. 12. 5. 1942 über eine Besprechung bei Lohse am 26. 3. 1942, IFZ Fb 104/2. In den anderen Generalbezirken existierte entweder nur noch eine geringe Zahl von Juden, oder eine Nichtbelieferung der Juden mit Lebensmitteln ist nicht bekannt (Litaunen).

⁹³⁴ GK Weißruthenien, Abt. IIe, v. 30. 10. 1941 an RüKdo Minsk (gez. Dr. Weber) und RüKdo an GK v. 1. 11. 1941 (Unterschrift: Viebahn) über eine zu entlassende jüdische Ärztin bei den Lederwerken Minsk, ZStA Minsk 370-1-141a, Bl. 193f. Nach Vermerk v. 18. 11. war der »Austausch erfolgt«. Am 7.-11. 11. und am 20. 11. fanden bekanntlich große Massaker in Minsk statt. – Vgl. Hilberg, Täter, S. 184 und 327, Anm. 11. Nur als Zahnärzte brauchte man Juden noch. Im ehemals polnischen Teil des GK Weißruthenien gab es im Oktober 1942 133 jüdische, aber nur neun polnische Dentisten. GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 12.

⁹³⁵ Vgl. Auszug aus einem Bericht des GebK Erren (Slonim) v. 26. 9. 1942, in: Kube an Lohse v. 8. 10. 1942, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband E, Bl. 54.

Juden in selbstgegrabenen Höhlen leben mußte.⁹³⁶ Auch durch solche Wohnverhältnisse wurde wissentlich gemordet, in den beschriebenen Fällen meist von der Militärverwaltung.

Oft wies die Zivilverwaltung⁹³⁷ eine bestimmte Norm an Quadratmetern Wohnfläche pro jüdischem Einwohner zu. Das waren in Bialystok drei Quadratmeter, in Pruzany zwei, in Baranowitschi, Pinsk und Lachwa sogar nur einer (zum Vergleich: in Lettland vier),⁹³⁸ im deutschen Ghetto in Minsk anfangs etwa 1,5. Im Juni 1942 gab es im Minsker Ghetto insgesamt nach offiziellen Angaben 4,2 Quadratmeter Wohnraum je Person, was dann durch das Julimassaker und die folgende Verkleinerung des Ghettos verringert wurde.⁹³⁹ Überlebende berichten durchweg von einer dementsprechenden Belegungsdichte: 17, 22 oder 24 Menschen in einem Zimmer oder zehn Familien pro Wohnung waren keine Seltenheit – vier Menschen in einem Zimmer schon fast ein Luxus. In Lachwa wohnten Mitte 1942 durchschnittlich 52 Juden in einem Häuschen, in Minsk Ende 1942 38.⁹⁴⁰ Anders ausgedrückt: In den Ghettos lebten umgerechnet zwischen 20 000 (Grodno, Ghetto I) und 80 000 Menschen pro Quadratkilometer (Witebsk, Pinsk), meist in ein- bis zweistöckigen Holzhäusern.⁹⁴¹

Die Juden wurden von den Deutschen nicht nur zusammengepfertcht, sondern auch als Verfügungsmasse betrachtet und beliebig oft umgesiedelt, um Wohnraum, Produktionsstätten und Gebäude aus dem Ghettobereich für andere Zwecke freizumachen. Zwei Überlebende aus Slonim berichteten, daß sie binnen neun Monaten viermal beziehungsweise fünfzehnmal innerhalb des jüdischen Wohnbezirks die Wohnung wechseln mußten, und das waren keine Ausnahmefälle. Meist wurden die Ghettos bei Gelegenheit solcher Umsiedlungen – ebenso wie nach Vernichtungsaktionen – verkleinert, so in Minsk, Bialystok und Pruzany. In Mir, Byten und anderen

936 Siehe Orbach, S. 21; Friedman in StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 41, Bl. 238; undatiertes Bericht der Untersuchungskommission Polozk, ZStA Minsk 861–1–13, Bl. 12; Vern. F. W. L. v. 27. 2. 1968, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband Dereczin, Bl. 24–26.

937 Zu ihrer Zuständigkeit in Quartierfragen RKO, Abt. Finanzen, Betr.: Verwaltung jüdischer Ghettos v. 27. 8. 1942, ZStL Versch. Bd. 30, Bl. 178.

938 Siehe Trunk, S. 145; Blumenthal, Anm. 11 und 417 in NWSStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Vern. A. F. v. 4. 6. 1963, ZStL 202 AR-Z 94e/59, Bd. 2, Bl. 184; Vern. L. S. v. 26. 11. 1965 und D. N. G. v. 23. 11. 1964, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bd. 16, Bl. 4449, und Bd. 19, Bl. 4711.

939 Vgl. Drobisch/Goguel/Müller, S. 298; notarielles Protokoll F. und T. T. sowie M. K. v. 27. 9. 1962 und Vern. R. F. v. 27. 1. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1809 und 12419; Vortrag A. D. Krasnoperko in Berlin v. 25. 10. 1994; Minsker Zeitung v. 21./22. 6. 1942; vgl. weiter S. 678 in dieser Darstellung.

940 Rosenberg, S. 28, und notarielles Protokoll F. und T. T. sowie M. K. v. 27. 9. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 12419 (deutsches Ghetto Minsk); Vern. J. A. D. v. 10. 7. 1968, StA Mainz 3 Ks 1/67, Dok. Bd. 2, nach Bl. 22–24 (Woronowo); Vern. M. S. v. 11. 4. 1961, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb. 2, Nr. 1265, Bl. 126 (Pinsk); Auszüge undatierte Vern. P. K., ZSt Dortmund 45 Js 35/64, Bl. 25f. (Tscherwen); Vern. S. K. v. 16. 4. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 9, Bl. 196 (Grodno); Vern. L. S. v. 26. 11. 1965, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 4449 (Lachwa); Stadtkommissar Minsk, Lagebericht v. 3. 12. 1942, ZStA Minsk 370–1–473, Bl. 21.

941 Die Dichte der Ghettobevölkerung betrug in Minsk 1941 25 000–30 000, in Mogilew ca. 70 000, in Warschau bis 128 000 Menschen je qkm. Vgl. Angaben zur Flächenausdehnung bei Kohl, S. 71; Vern. Georg Frentzel v. 2. 6. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 5; Vern. J. F. v. 28. 3. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 9, Bl. 93f. (wesentlich weniger Fläche und damit eine höhere Einwohnerdichte fürs Ghetto in Grodno ergibt sich nach den Skizzen im Ortsplan, ebd., Bd. 2, Bl. 240f.); Vern. W. R. v. 7. 8. 1961, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 782; Vorwort Gutman in: Im Warschauer Getto, S. XIV; Vern. W. G. v. 31. 10. 1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 13, Bl. 104ff.

Orten mußte die dezimierte jüdische Bevölkerung auf ein anderes Gelände in schlechtere Quartiere umziehen.⁹⁴²

Was geschah mit den jüdischen Wohnvierteln, nachdem die Juden in einer Stadt ermordet worden waren? Raul Hilberg hat darauf hingewiesen, daß die Deutschen durch die Vernichtung der europäischen Juden etwa eine Million Wohnungen freimachten.⁹⁴³ Auch in Weißrußland diente das zur Verringerung sozialer Probleme; der Wohnungsmangel war, wie angedeutet, örtlich ein zusätzlicher Beweggrund, besonders im Ostteil die jüdische Bevölkerung zu ermorden. Es war aber eher ein Nebeneffekt und nicht eine Hauptantriebsfeder der Morde wie die Ernährungspolitik.

In einer Reihe von Städten zogen nach den Massenmorden nachweislich bald Nichtjuden in die Häuser der Juden ein, so in Grodno, Mogilew und Beschenkowitschi. Viele Weißrussen oder Polen wird die eigene Not dazu gezwungen haben, eine solche Wohnungszuweisung anzunehmen, andere aber nahmen die Massaker und noch mehr die zugewiesene Wohnung gleichgültig bis zustimmend hin. Im Haus einer jüdischen Familie in Slonim, die sich dort noch versteckt hielt, tauchten zwölf Tage nach der Ghettoliquidierung die neuen Mieter auf und suchten lautstark nach etwaigen »Abrahams«: eine sinnfällige Begegnung.⁹⁴⁴ In der Regel übergab die deutsche Militär- oder Zivilverwaltung die ehemals von Juden bewohnten Häuser der einheimischen Kommunalverwaltung zur treuhänderischen Verwaltung.⁹⁴⁵ Diese hatte dann die Verteilung der Wohnungen vorzunehmen. Oft war das aber schwierig und erst nach mehrwöchigen Aufräumarbeiten möglich, da wegen der Gewaltakte, Plünderungen, 1942 oft auch Kämpfe während der Ghettoliquidierungen erhebliche Schäden entstanden waren wie in Minsk, Borissow, Grodno, Bialystok und Pinsk – ganz abgesehen von Fällen, in denen entweder die Deutschen oder in ihrer Verzweiflung die Juden bei Ausbruchsversuchen die Ghettos in Brand gesetzt hatten, wie in Sluzk, Glebokie, Lachwa, Janow und Kopyl.⁹⁴⁶ Einige Ghettos wurden sogar

942 Vgl. zur Entwicklung der Grenzen einen Plan des Minsker Ghettos, MGVK Minsk 19-40086; ZStL II 202 AR-Z 337/67, Abschlußbericht Z 16/67 v. 19. 7. 1967, Bl. 828f. (Mir); G. K. v. 25. 10. 1964, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband C5, Bd. 8f. (Byten); Bericht J. H. und S. S. sowie Vern. Dr. S. W. v. 9. 3. 1966, ebd., Sonderband J, Bl. 4 und 68f., sowie C7, Bl. 28-35 (Slonim); Vern. M. K. v. 13. 9. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6173 (Pruzany); Meldungen des Judenrats in Bialystok Nr. 362, 370, 418 v. 12. 11., 8. 12. 1942 und 4. 3. 1943 und Judenratssitzung v. 8. 12. 1942, ebd., Nr. 6188; Vern. N. A. v. 17. 5. 1966, Nr. 6173 (September 1941).

943 Hilberg, Täter, S. 236.

944 Sie entdeckten die Juden in diesem Fall jedoch nicht. Vgl. Bericht J. H., StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband J, Bl. 92. Ferner zu Mogilew S. 592 in dieser Darstellung; Vern. F. O. v. 21. 3. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 9, Bl. 64; KTB des VO der WiIn Mitte zur OK(I) 79 Beschenkowitschi v. 25. 1. und 11. 2. 1942, BA-MA RW 46/499.

945 Berück Mitte, Abt. VII-Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 13 v. 7. 1. 1942 und ders., Lage- und Tätigkeitsbericht v. 10. 4. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1095 und 1153; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 14 v. 4. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 864. Auch außerhalb der Gebietshauptstädte im Bereich der Zivilverwaltung dürfte das nicht anders funktioniert haben.

946 GK Weißruthenien, Hauptabt. E.u.L., Niederschrift über die Besprechung v. 26. 11. 1943, ZStA Minsk 412-1-199, Bl. 81; KTB Gruppe IV Wi zbV 38 (Borissow) für 11.-18. 11. und 7. 12. 1941, BA-MA RW 31/851; Vern. P. H. v. 27. 10. 1965, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 3, Bl. 19; Reichspropagandaamt Ostpreußen an ProMi v. 24. 9. 1943, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6183 (die Aufräumarbeiten in Bialystok dauerten vom 20. 8. bis 8. 9. 1943); Vern. B. E. v. 18. 8. 1964, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 3995f.; zu Sluzk S. 733f., zu Glebokie S. 739 in dieser Darstellung; Trunk, S. 371f.; KTB RüAsT 17 (Brest) für 1.-10. 10. 1942, BA-MA RW

ganz oder zum Teil abgerissen wie im Gebiet Glebokie, in Slonim und Bobruisk, oft zur Holz- und Baustoffgewinnung.⁹⁴⁷ Meist waren aber intakte Gebäude der wichtigere Engpaß, beispielsweise in Minsk und Pinsk, wo ukrainische beziehungsweise russische Evakuierte dort untergebracht werden sollten, in Brest, wo auf dem Ghetogelände unter anderem die Maschinen-Traktoren-Station unterkam, und in Klimowitschi, wo 2000 Soldaten der deutschen 4. Armee sich Ruhe zur Auffrischung gönnten.⁹⁴⁸ Was deutsche Besatzungssoldaten schon 1941 vermutet hatten, trat in Minsk vor allem 1942 ein: Die Häuser getöteter Juden dienten dazu, daß die »Wohnungsfrage [...] gelöst«⁹⁴⁹ wurde. Zwischen dem 28. und 31. Juli 1942 wurden 10000 Juden bei einer Vernichtungsaktion ermordet. Am 1. August führte man eine Wohnungskartei für Minsk ein, und in den folgenden Wochen wurden 10000 weißrussische Bewohner in der Stadt umgesiedelt, um ihnen bessere Wohnungen zu verschaffen.⁹⁵⁰

Die Ghettovernichtungen dienten auch dazu, den jüdischen Besitz zu plündern. Die leeren jüdischen Wohnbezirke wurden systematisch durchsucht, nicht allein nach überlebenden, versteckten Juden, sondern auch nach Wertsachen, verwertbaren Textilien und Haushaltsgegenständen. Den größten Teil der Arbeit mußten unter deutscher Aufsicht hierzu eingesetzte Weißrussen machen, die manchmal versuchten, etwas für sich abzuzweigen.⁹⁵¹ Im Gebiet der Militärverwaltung war diese organisierte Plünderung Aufgabe der Wirtschaftsdienststellen (Wirtschaftskommandos, Gruppen IV Wi), sonst der Gebietskommissare, die sie möglichst straff zu organisieren versuchten, um individuelle Plünderungen zu verhindern und Werte zugunsten der Reichskasse sicherzustellen. (Die Wertsachen hatten indes meist Sipo und SD an sich genommen, die häufig versuchten, die gesamte Verwaltung des jüdischen Vermögens an sich zu ziehen.)⁹⁵² Die erzielten Summen waren indes gering, da beinahe jeder

30/150, Bl. 14; ZHO, Nebenstelle Sluzk, an Hauptkommissar Paulsen, Minsk, v. 5. 8. 1942, ZStA Minsk 370-1-485, Bl. 41.

947 Vgl. K. D. v. 24. 8. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 729; GebK Glebokie an HK Minsk v. 30. 6. 1942, ZStA Minsk 370-1-483, Bl. 7; Vern. B. M. v. 20. 6. 1963, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 3684; Vern. O. B. v. 4. 11. 1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 808f. Siehe WiStab Ost, Halbmonatsbericht 1.-15. 12. 1941 v. 15. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42745, Bl. 629: »Ein kleiner Teil dieses dringenden Bedarfs [an Blech im Gebiet der WiIn Mitte] konnte bei den Aufräumungs- und Abbrucharbeiten in Ghettos gedeckt werden.«

948 »Viele hergerichtete Häuser, die durch die Judenaktion im November 41 frei geworden waren, dazu Schulen und leerstehende staatliche Gebäude, boten gute Unterbringungsmöglichkeiten.« KTB WiKdo Klimowitschi, Monatsrückblick Mai 1942, vgl. v. 15. 11. 1941, BA-MA RW 31/770-71. Ferner GK Weißruthenien, Hauptabt. E. u. L., Niederschrift über die Besprechung betr. Aufnahme von Fachkräften aus den Räumungsgebieten v. 26. 11. 1943, ZStA Minsk 412-1-199, Bl. 81f.; RKU, Ilc, Lagebericht für November und Dezember 1942 v. 15. 1. 1943, BA R 94/18; GebK Brest, Lagebericht v. 22. 10. 1942, BA F 13751, Bl. 1010.

949 Feldpostbrief Kurt Wafner an seine Mutter v. 20. 11. 1941, Privatbesitz.

950 Siehe Minsker Zeitung v. 21./22. 6., 1. 9. und 20./21. 9. 1942; Deutsche Zeitung im Ostland v. 25. 9. 1942; Der Stadtkommissar Minsk, Lagebericht Juli-September v. 30. 9. 1942, ZStA Minsk 370-1-473, Bl. 7. Es spielte dabei keine große Rolle, ob Deutsche die eine oder andere Wohnung hiervon ablehnten oder nicht (vgl. die Darstellung von Hilberg, Täter, S. 236 und 337, Anm. 6).

951 Vgl. Gend.-Posten Porzecze, Gendarmerie Kreis Grodno sowie Vern. Piotro S. und Antonina L. v. 29. 11. 1942, Sonderarchiv Moskau 1447-1-43, Bl. 44-46; Vern. B. E. v. 18. 8. 1964, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 3955f. (Pinsk); Deutsche Ukraine-Zeitung v. 10. 5. 1942 (BA 62 DAF 3, Nr. 32558, Bl. 13) bezüglich Kiew, wo das den Hausverwaltern oblag. – Zum folgenden auch Hilberg, Vernichtung, S. 378-383.

952 Sicherstellung: KTB WiKdo Klimowitschi v. 15. 11. 1941, BA-MA RW 31/770; KTB Gruppe IV Wi zbV 38 (Borissow) für 11.-18. 11. und 7. 12., BA-MA RW 31/851; Vern. W. T. v. 5. 1. 1961, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 290 (Pinsk). Zur Zuständigkeit: WiStab Ost, Fü/Ia, Besondere Anordnungen Nr. 41 vom Oktober

deutsche Verantwortliche oder Beteiligte auch für sich plünderte, ob nun Sicherheitspolizei und SD, Ordnungspolizei, Wehrmachtsoldaten oder Gebietskommissare wie Erren persönlich. Auch für den Chef der Ordnungspolizei, Kurt Daluege, fiel zum Beispiel ein Kasten Silberbesteck aus dem Ghetto Mogilew ab.⁹⁵³ Die Übergänge zwischen legaler und illegaler Plünderung waren fließend, so, als ein Oberwachmeister des Polizei-Reserve-Bataillons 11 nach der ersten Mordaktion in Sluzk einen Teil des von ihm abgelieferten Goldes Kube gleich wieder persönlich abkaufen wollte.⁹⁵⁴ Auch die einheimischen Kollaborateure in Verwaltung und Polizei beteiligten sich kräftig an der individuellen Bereicherung. Teilweise plünderte auch die Zivilbevölkerung die verlassensten Häuser.⁹⁵⁵

Wenn die Fledderei halbwegs »regulär« abgegangen war, wurden die beschlagnahmten Gegenstände in Lagern gesammelt, soweit nötig gewaschen (blutige Kleidung mußten meist überlebende Juden waschen) und ausgebessert. Berüchtigt ist das riesige Textilienlager des GK Weißruthenien in der Minsker Oper, mit dem Kube einmal eine Delegation italienischer Faschisten erschreckte und das auch Rosenberg zu besichtigen sich nicht nehmen ließ. Sicherheitspolizei und SD verfügten übrigens auch über eigene Materiallager.⁹⁵⁶ Meist wurden kleine Läden eröffnet, die den Besitz

1941 (Tagesangabe unleserlich), BA-MA (BArchP)F 72745, Bl. 483, auf Grund des OKH-Erlasses v. 2. 10. 1941; WiIn Mitte, Lageberichte Nr. 9 und 10 v. 22. 11. und 22. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1023 und 1050f.; WiIn Mitte, Chefgruppe Wirtschaft, Jahresbericht v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 161. Sipo und SD: Hilberg, Vernichtung, S. 378ff.; RKO, II Fin, Vermerk über die Besprechung vom 13. 10. v. 15. 10. 1942 (Abschrift), IfZ Fb 104/2; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 9, vgl. in dieser Anm. – Im Grenzgebiet Borissow stritten sich Militär- und Zivilverwaltung um die Zuständigkeit, vgl. Inspektionsbericht Hauptkommissar Minsk v. 22. 11. 1941, ZStA Minsk 370–1–54, Bl. 3R.

953 RKO, Abt. II, v. 3. 11. 1941, ZStA Minsk 391–1–39, Bl. 31, und Rayonbürgermeister Minsk an GebK Minsk-Land (undatiert, Oktober 1941), ZStA Minsk 393–3–16, Bl. 8 (Wehrmacht); Vern. Alfred Metzner v. 18. 9. 1947, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband A, Bl. 34 (Metzner und Erren); Vern. G. B. v. 4. 1. 1944 in Hallern, Westfalen, StA Mainz 3 Ks 1/67, Handakten Bd. 15, nach Bl. 2941 (Angehöriger GebK Lida); Vern. K. R. v. 7. 12. 1959, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 1, Bl. 97 (Daluege); III./Polizei-Regiment Mitte, Betr.: Judenaktion der 3. Kompanie in Krasnopolje am 22. 10. v. 26. 10. 1941, BA D-H P 812 (Zahngold für den Regimentszahnarzt); KTB WiKdo Borissow v. 21. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 1021; Vern. F. S. v. 7. 2. 1963, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1269, Bl. 144–147 (SS-Kav. -Brig.); SS- und Polizeigericht Riga, Urteil St.L.I 337/42 gegen W. H. wegen Bereicherung, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 311–19 (Lida; Summe: rund 3500 RM und Schmuck aus jüdischem Eigentum).

954 Kube an Lohse (undatiert, November 1941), BA D-H ZM 1641, A. 25, Bl. 15; III. Bataillon an Pol.Rgt. Mitte, Meldung der bei den Exekutionen der letzten Wochen abgenommenen Geldbeträge und Wertgegenstände v. 11. 10. 1941 (»verschlossen!«), BA F 56753. 1943 stellte der KdS Minsk beim Massaker in Sluzk ein eigenes Kommando zur »Auswertung des anfallenden Judeigentums« ab (drei Deutsche und zehn Letten). KdS Minsk, Kommandobefehl v. 5. 2. 1943, BA D-H ZR 809, A. 7, Bl. 3.

955 Bericht J. H. (undatiert), StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband J, Bl. 68 (Slonim, Zivilisten); Kreisältester Deretschin an GebK Slonim v. 10. 3. 1943 (Abschrift), Sonderband E, Bl. 9; Abschiedsbrief P. v. 19. 5. 1961, Bl. 1478; Vern. M. A. K. v. 22. 9. 1944, ZStL 202 AR-Z 179/67, Bd. 2, Bl. 27–30 (Puchowitschi); GebK Brest, Lagebericht v. 9. 10. 1942, BA F 13752, Bl. 205 (Domatschewo, Zivilisten); GebK Glebokie (i. V. Koppenwallner) an GK Minsk v. 10. 7. 1942, ZStA Minsk 370–1–483, Bl. 29 (Zivilisten).

956 Vgl. Schriftwechsel GK Weißruthenien, Abt. II Med. – Stadtkommissar Minsk – GebK Slonim vom Herbst 1942, ZStA Minsk 370–1–141a, Bl. 13–20; Vern. W. A. v. 6. 5. 1960, ZSt Dortmund 45 Js 13/62, Hauptband, Bl. 65; Vermerk Rosenbergs: Reise ins Ostland 14.–22. 5. 1942, BA NS 8/65. Sipo und SD: KTB WiKdo Bobruisk v. 16. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42902, Bl. 145; Albert Eufe, Zivilsachverständiger für die Lumpenerfassung in den besetzten Ostgebieten, Aktenvermerk über meine Dienstreise Kauen-Minsk Dezember 1943 v. 20. 12. 1943, BA-MA RW 31/126: »Aus den [Minsker] SD-Lagerbeständen sind

der Juden weiterverkauften (der KdS Minsk betrieb ebenfalls einen); jeder wußte davon. Das Reichskommissariat Ostland hielt lediglich Versteigerungen für untunlich, die offenbar auch vorkamen!⁹⁵⁷ Die besten Gegenstände waren Deutschen vorbehalten. So erhielten Angehörige des Gebietskommissariats in Pinsk Möbel für ihre Wohnungen und Büros, deutsche Unternehmen konnten Möbel mieten und sonstigen Bedarf kaufen, die Wehrmacht kaufte etwa Pelze und bekam Radios aus jüdischem Besitz.⁹⁵⁸ Kube bemühte sich nach einem Gespräch mit Generalfeldmarschall Kesselring, Kleidungsstücke von ermordeten Wilnaer Juden für »Zivilgefangene« der Luftflotte 2 zu vermitteln. Der HSSPF Rußland-Mitte Bach-Zelewski versandte 10000 Paar Kindersocken und 2000 Paar Kinderhandschuhe an den Persönlichen Stab Reichsführer-SS zur Weiterverteilung als Weihnachtsgabe für Kinder von SS-Leuten.⁹⁵⁹ In Minsk kam es zum Skandal, weil die zeitweilig zuständige Abteilung Finanzen Gegenstände an Kollegen weit unter Wert verkaufte, ganz abgesehen davon, daß es sich Kube – der angebliche Verteidiger der Juden – und Janetzke offenbar nicht nehmen lassen wollten, Kleidung und Schuhe toter Juden an sich zu nehmen, selbstverständlich ohne sie bezahlt zu haben.⁹⁶⁰

Der größte Teil der Habe der ermordeten Juden ging jedoch an die weißrussische Zivilbevölkerung.⁹⁶¹ Die Volksdeutschen wurden besonders bedacht.⁹⁶² Ansonsten konnte die Bevölkerung solche Gegenstände in den bereits erwähnten, überall eröffneten Läden – teils in Gemeinderegie – kaufen. Übrigens verhielt es sich später mit der Habe der Opfer der Partisanenbekämpfung genauso.⁹⁶³ Angesichts der nicht vor-

12 t Lumpen einschließlich 3 t Federn abgenommen worden.« Es waren nicht gerade kleine Mengen, über die der »SD« verfügte.

957 Vgl. Richtlinien über die Erfassung, Verwaltung und Verwertung des beweglichen jüdischen Vermögens im RKO v. 19. 5. 1942 (Abschrift), ZStA Minsk 370-1-468, Bl. 18. – Laden des KdS Minsk, den eine Jüdin betreiben mußte: Vern. K. D. (Angehöriger KdS Minsk) v. 24. 8. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 734.

958 GebK Pinsk, Erfahrungs- und Räumungsbericht, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1354; GK Weißruthenien, II Fin., v. 11. 3. 1943, ZStA Minsk 391-1-9, Bl. 104-108; Stadtkommissar Minsk, Lagebericht v. 30. 9. 1942, ZStA Minsk 370-1-473, Bl. 9. Wehrmacht: GebK Glebokie an GK Weißruthenien v. 30. 6. 1942, ZStA Minsk 370-1-483, Bl. 7; OK Minsk, Kommandanturbefehl Nr. 61 v. 30. 12. 1942, GebA Minsk 699-1-53, Bl. 59R.

959 Vgl. Kube an GebK Wilna (Hingst) v. 19. 9. 1941, Litauisches Zentralarchiv Wilna 614-1-285, Bl. 108. Für die Kopie danke ich Christoph Dieckmann. Bach-Zelewski: Hilberg, Vernichtung, S. 378, Anm. 324 (s. S. 1076 in dieser Darstellung).

960 Vgl. RKO v. 28. 2. 1944 an RMO und Mitteilung Dr. Dahmen, Deutsches Gericht Kauen (ehemals Kulturreferent bei Kube), v. 18. 10. 1943, BA-MA FPF-01/7840, Bl. 3f. und 6f.; Stellungnahme Landesoberrat Dr. Idelberger (RKO, II Fin, zuvor Abteilungsleiter Finanzen in Minsk) v. 12. 2. 1944, ZStL Versch. Bd. 30, Bl. 146-148.

961 Hierzu auch Chiari 1998, S. 257-263.

962 Siehe GebK Minsk-Land v. 25. 11. 1942 an GK Weißruthenien und ders., Ref. Treuhand, v. 20. 10. 1942, an Gemeindebürgermeister Ostroschizki-Gorodok, ZStA Minsk 393-4-12, Bl. 103, und 393-3-16, Bl. 9; Stellungnahme Dr. Idelberger v. 12. 2. 1944, ZStL Versch. Bd. 30, Bl. 146. Vgl. Fleischhauer, S. 109.

963 Vgl. zum letzten Punkt: Oberst Herrosé, Vorschläge für die Neuorganisation [...] des Handels, des Geldmarktes und der Befriedung und Erschließung des Landes v. 20. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 634. Juden: Genehmigung: RKO, II Fin (gez. Dr. Vialon) v. 30. 9. 1942, ZStA Minsk 370-1-245, Bl. 78 (Abschrift v. Abschrift). Läden: Stadtkommissar Minsk, Lagebericht v. 30. 9. 1942, ZStA Minsk 370-1-473, Bl. 9; WiIn Mitte, Chefgr. Wirtschaft, Jahresbericht v. 1. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 612 (Verkaufserlöse z. T. an »notleidende« Gemeinden); WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 15 v. 7. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 824; Vern. M. A. K. v. 22. 9. 1944, ZStL 202 AR-Z 179/67, Bd. 2, Bl. 27-30 (Puchowitschi); KTB FK 581 (Bobruisk), Gruppe IV Wi, v. 8. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 895; WiKdo Borissow, KTB-Beitrag für 21.-31. 3. v. 3. 4. 1942, BA-MA RW 31/864, Bl. 55 (Tolotschin).

handenen Versorgung mit Fertigwaren, Schuhen und Textilien war die Bevölkerung hierauf in gewisser Weise angewiesen, während die deutschen Besatzungsverwaltungen darin die einzige Möglichkeit sahen, dem katastrophalen Mangel abzuhelpfen, etwa der in Borissov residierende Kommandeur der 339. Infanteriedivision, Generalmajor Hewelcke. Dort erhielt die Bevölkerung dann Kleidung und Möbel im Wert von 1,57 Millionen Rubel (157 000 RM).⁹⁶⁴ Man meinte, damit politisch wirken und einen Teil der Bevölkerung mit Waren bestechen zu können, die sie unterhalb des Schwarzmarktpreises bekamen. Unverfroren versprach der Gebietskommissar Minsk-Land, Dr. Kaiser, den Einwohnern von Usda für ihre Unterstützung im Kampf gegen die Partisanen öffentlich »Hunderte von Paar Schuhen«.⁹⁶⁵ Ob Möbel oder Klaviere, alles schien für diese Stimmungsmache geeignet, und wenn man Kleider und Schuhe ermordeter Kinder an Waisenhäuser verteilte wie in Bobruisk oder Wäsche an Krankenhäuser wie in Minsk, konnte man sich als sozial darstellen.⁹⁶⁶ Wenn die »Bevölkerung [...] auf den alten jüdischen Kram so versessen« war, wie der stellvertretende Gebietskommissar in Glebokie, Paul Koppenwallner, schrieb, so auch deshalb, weil nicht genug davon vorhanden war. Der Gebietskommissar in Brest, Franz Burat, bemerkte: »Der Verkauf des Judennachlasses an die arbeitende Bevölkerung hat nur zu einem Bruchteil die Notstände beheben können.« Das verrät gleichzeitig, daß es bei der Verteilung sehr wesentlich nur darum ging, die Nichtjuden arbeitsfähig zu erhalten.⁹⁶⁷

Bevor sie umgebracht wurden, hatten die Juden schon ständig von der deutschen Verwaltung auferlegte Zwangsabgaben und Kontributionen leisten müssen. Vorzugsweise in Edelmetallen:⁹⁶⁸ Man fühlt sich an die drei Zimmer voll goldener Gegenstände erinnert, die der Inka Atahualpa den Spaniern herbeischaffen lassen mußte, ehe sie ihn doch ermordeten. Enorme Summen müssen in die Taschen der durch und durch korrupten Funktionäre der Zivilverwaltung und Polizei geflossen sein, denn das meiste davon tauchte nirgends wieder auf, weder im Haushalt des General- oder Reichskommissars noch auf dem dafür bestimmten Beutekonto Rußland bei der Reichshauptkasse. Für Bestechung durch die Juden waren sie sehr empfänglich.⁹⁶⁹

964 Vgl. 339. Inf.Div., Lagebericht v. 15. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 59239, Bl. 303; Rayon-Leiter Borissov (Dr. Stankewitsch) an WiKdo Borissov v. 5. 5. 1942 und »Rechenschaft von der Ablieferung der Judensachen an die Lager der Fürsorgeabteilung bei der Stadtverwaltung vom 8. 9. 41 bis 1. 4. 42«, GebA Minsk 624-1-8, Bl. 128 und 131; Hilberg, Täter, S. 108; KTB WiKdo Borissov für 11.-18. 11. und 7. 12. 1941, BA-MA RW 31/851.

965 Rede des Gebietskommissars Kaiser in Usda nach Minsker Zeitung v. 29. 9. 1942 (BA St 3, Nr. 585/1, Bl. 14). Zum Verkaufspreis Abschiedsbrief P. (Wirtschaftsreferent des GebK Slonim) v. 19. 5. 1961, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 1478.

966 Zuweisungen von Klavieren aus jüdischem Eigentum an Weißrussen durch Stadtverwaltung Minsk im September 1941, GebA Minsk 1050-2-2, Bl. 19-34; Vern. Georg Stein v. 31. 3. 1966, Documents Grodno, Bd. 4, S. 23; KTB WiKdo Bobruisk v. 16. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42902, Bl. 145; Stadtkommissar Minsk, Abt. IIe, v. 22. 10. 1942, ZStA Minsk 370-1-141a, Bl. 16.

967 GebK Glebokie an GK Weißruthenien v. 10. 7. 1942, ZStA Minsk 370-1-483, Bl. 29 (erstes Zitat); GebK Brest, Lagebericht v. 25. 2. 1943, BA F 13751, Bl. 1097 (zweites Zitat).

968 Vgl. Trunk, S. 245; StA Hamburg 147 Js 29/67, Anklageschrift v. 27. 12. 1971, S. 268 (Slonim und Bialystok); Enzyklopädie des Holocaust, S. 1113f. und 1171f. (Pinsk und Pruzany); Meldung des Judenrats in Bialystok Nr. 146 v. 2. 11. 1941, NWSStA Detmold D 21 A, Nr. 6188.

969 Siehe zur Reichshauptkasse Buchheim, S. 145, zu den Haushalten die folgenden Ausführungen, zur Bestechung allgemein Trunk, S. 396f. Z.B. war das lange Überleben der Juden in Glebokie möglicherweise

Der Leiter der Finanzabteilung beim Reichskommissar für das Ostland, Dr. Friedrich Karl Vialon (1958 bis 1966 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) ordnete an, daß den Juden überhaupt nur Gegenstände »für den notdürftigen Lebensbedarf« gelassen werden dürften.⁹⁷⁰ Zwangsabgaben konnten auch aus Einrichtungsgegenständen und ähnlichem bestehen, so für die Zollbehörde in Grodno. In Brest, wo die Juden gleich zu Anfang eine Abgabe von zwei Millionen Rubel (200 000 RM) zugunsten der Stadtverwaltung leisten mußten, lieferte der Judenrat bei der Befriedigung ständiger kleinerer »Wünsche« in vier Monaten Waren für 167 749 RM, darunter Möbel, Wäsche, Geschirr und Winterkleidung ab, vor allem für das Generalkommissariat, Stadt- und Gebietskommissar, SS und Wehrmacht.⁹⁷¹ Im Gebiet Glebokie begann man am 2. und 3. Oktober 1941 mit den »Kontroputionen«, wie der zuständige Beamte Hebel es nannte. Er konnte zwar das Wort nicht schreiben, hatte aber bis zum Sommer 1942 5875 Goldrubel, 9,978 Kilogramm Goldgegenstände, 112,676 Kilogramm Silbermünzen und 351 Kilogramm Silbergegenstände beisammen.⁹⁷²

Zwangsabgaben und Erlöse aus Arbeitslöhnen der Juden dienten auch zur Finanzierung der Ghettos und der jüdischen Selbstverwaltung.⁹⁷³ Die offiziell verbuchten Geldeinnahmen waren aber nicht allzu hoch. Einem Vortrag Vialons zufolge erzielte das RK Ostland bis Anfang 1944 zehn Millionen RM Einnahmen durch die Juden, und zwar 4,5 Millionen durch Enteignungen und 5,5 Millionen aus Arbeitslöhnen (bei jährlichen Steuereinnahmen von insgesamt 300 Millionen RM). Im GK Weißruthenien rechnete man für 1943 mit Einnahmen durch die Juden von höchstens 680 000 RM aus Verkaufserlösen und 150 000 RM aus Arbeitslöhnen (bei Gesamteinnahmen von 31,55 Millionen RM und einem Deckungszuschuß aus dem Reich von 23,0 Millionen).⁹⁷⁴ Bis Ende 1942 waren aus dem »beweglichen Vermögen« der Juden Einnahmen von 867 000 RM erzielt worden.⁹⁷⁵ Das bedeutet, die Ausplünderung der Juden

mit auf die Bestechlichkeit des GebK zurückzuführen (Fschr. Kaltenbrunner, Betr.: Gebietskommissar in Glebokie Paul Hachmann v. 4. 9. 1943, BA R 43 II/649b, Bl. 26f.).

970 RKO, II Fin., Betr.: Verwaltung und Verwertung des beweglichen gewerblichen jüdischen Vermögens v. 25. 9. 1942 (Abschrift), ZStL Versch. Bd. 30, Bl. 173. Vgl. schon Vorläufige Richtlinien für die Behandlung der Juden im RKO v. 18. 8. 1941, IFZ Fb 104/2, und Anordnung über die Behandlung der Juden im RKO (gez. Lohse) v. 13. 10. 1941, in: Amtsblatt des GK in Minsk 1 (1941), Bl. 36f.

971 Möbel für 69 994 RM, Bettwäsche für 54 070 RM, Geschirr für 13 189 RM, Winterhilfe für die Wehrmacht 10 640 RM sowie Sonstiges. Leistungen des Judenrates in Brest-Litowsk für die deutschen Behörden vom 5. Oktober 1941 bis zum 10. Februar 1942, BA F 13752, Bl. 78f. Vgl. Stadtkommissar Brest, Lagebericht v. 21. II. 1941, ebd., Bl. 11; Kreiskommissar Grodno v. 21. II. 1941, Sonderarchiv Moskau 1447-I-41, Bl. 31, auch in BA D-H ZM 1480, A. 15, Bl. 4.

972 [GebK Glebokie,] Abt. IIa an GK Weißruthenien (Durchschlag an HK Minsk), Betr.: Erfassung des beweglichen jüdischen Vermögens, undatiert (Ende Juni 1942), ZStA Minsk 370-I-483, Bl. 2f. (vgl. Bl. 30).

973 Siehe Trunk, S. 245 und 254; Loewenstein, S. 34; Vorläufige Richtlinien für die Behandlung der Juden im RKO v. 18. 8. 1941, IFZ Fb 104/2.

974 Vgl. Dokumentarbericht »Ein Handlanger Himmlers – Bonner Würdenträger. Die braune Vergangenheit Staatssekretär Vialons«, in: Neue Zeit 21 (1963), Nr. 26 v. 3. 7. 1963, sowie Auszug aus der Niederschrift, ZStL Versch. Bd. 30, Bl. 139–142 und 152–154, über eine Beratung im RKO v. 15. 2. 1944. Ferner Haushaltsplan des Generalbezirks Weißruthenien für das Rechnungsjahr 1943, BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 8 (S. 226f.).

975 RMO II 6 P, Bericht über die Tätigkeit der Finanzabteilungen des RMO und der RK Ostland und Ukraine im Jahre 1942 (Dezember 1942), BA R 43 II/689, Bl. 232.

war nicht *die* große Einnahmequelle der Zivilverwaltung, sie brachte nur zwischen einem und drei Prozent der Einnahmen. Das gilt einschließlich der Arbeitslöhne für die Juden, die teilweise an die Zivilverwaltung (die Gebietskommissare) gingen.⁹⁷⁶

Ähnlich wie auf den höheren Ebenen sah es im Gebietskommissariat Pinsk (Reichskommissariat Ukraine) aus, wo 1941 bis 1944 Steuereinnahmen von umgerechnet 9,82 Millionen RM Einnahmen aus der »Judenabgabe« in Höhe von 262 703 RM gegenüberstanden. In dieser Größenordnung lagen auch die Einnahmen des Gebietskommissars Glebokie durch die Juden bis zum Juli 1942.⁹⁷⁷ Auch die offiziellen Beschlagnahmungen von Sipo und SD waren geringer, als man annimmt. Das EK 8 registrierte bis Anfang November 1941 251 122,60 RM.⁹⁷⁸ Das in vielen Berichten dieser Institution erwähnte »Sonderkonto Judenvermögen« bei der Wirtschaftsinspektion Mitte schließlich, auf das die gesamten einschlägigen Einnahmen im Bereich der Heeresgruppe Mitte eingingen, verzeichnete am 31. März 1943 einen Stand von 330 190 RM, während 221 750 Goldrubel ans Reich abgegeben worden waren.⁹⁷⁹ Es war aber anscheinend nicht das Hauptziel der deutschen Besatzungsverwaltung, institutionell finanziellen Gewinn aus der Verwertung des Besitzes der ermordeten Juden zu ziehen, sondern statt dessen die weißrussische Bevölkerung zu einem kleinen Teil mit Gebrauchswaren zu versorgen. Zum Beispiel in Borissov: Dort gingen nach der Ghettovernichtung Geldmittel und Erlöse von rund 30 000 RM an die Wirtschaftsinspektion, aber Waren für rund 157 000 RM an die Bevölkerung.⁹⁸⁰

7.4 Die Vernichtung der weißrussischen Juden 1942/43

a) Die vollständige Vernichtung im Militärverwaltungsgebiet

Zu Beginn des Jahres 1942 lebten im östlichen Teil Weißrußlands, der unter Militärverwaltung stand, Juden nur noch in einigen abgelegenen Kleinstädten und in Arbeitslagern. Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets ließ Anfang Februar

⁹⁷⁶ Vgl. RKO, Betr.: Verwaltung jüdischer Ghettos (gez. Vialon) v. 27. 8. 1942, IfZ Fb 85/II, Bl. 185–188, weiter Anm. 7/859; Judenverordnung Stadtkommissar Minsk v. 25. 8. 1942 (Minsker Zeitung v. 2. 9. 1942); Verordnung über die Abführung ersparter Lohnanteile bei der Beschäftigung von Juden v. 13. 8. 1942, in: Amtsblatt des GK in Minsk 2 (1942), S. 166. Gemäß GK Weißruthenien, II Fin v. 17. 3. 1943 (ZStA Minsk 391–1–9) hatten die GebK Erlöse aus Judenvermögen und jüdischer Arbeit über die Generalkommissare an das RKO weiterzugeben, in dessen Haushalt es verbucht werden sollte.

⁹⁷⁷ 285 156,58 RM einschließlich Einnahmen aus der Vernichtung der meisten Juden in dem Gebiet im Mai/Juni 1942: GebK Glebokie, Abt. IIa, v. 10. 7. 1942, ZStA Minsk 370–1–483, Bl. 29f. Vgl. Aufstellung der in der Zeit vom 1. 9. 1941–31. 3. 1943 [d. i. 1944] im Gebiet Pinsk vereinnahmten Steuern, BA-MA FPF–01/7869, Bl. 1366.

⁹⁷⁸ Die anderen Kommandos der EG B meldeten erheblich kleinere Summen. Vgl. EM 73, 92, 125, 133 v. 4. 9., 23. 9., 25. 10., 14. 11. 1941, BA-MA SF–01/28934, Bl. 2202, 2557, 3048, 3190. Gleiche Tendenz nach EG B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–28. 2. v. 1. 3. 1942, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 180.

⁹⁷⁹ Vgl. Abschlußbericht über die Tätigkeit der Militärverwaltung im Operationsgebiet des Ostens, BA-MA RH 3/v. 383, Bl. A2; Wiln Mitte, Lagebericht Nr. 25 v. 4. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 778; Hilberg, Vernichtung, S. 380.

⁹⁸⁰ Der Großteil der 157 000 RM ging an die Finanzabteilung der Stadtverwaltung. Waren für 48 488 RM wurden ungeteilt ausgegeben. Siehe Wiln Mitte, Lagebericht Nr. 15 v. 7. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 824, und Anm. 7/964.

eine Zählung der Juden vornehmen: es waren in seinem Bereich noch 22 767.⁹⁸¹ Bei der Feldkommandantur 581 (Bobruisk) registrierte man noch 4172 jüdische Menschen, vor allem in den entlegenen Rayons.⁹⁸²

Die Mörder gingen hier in gewisser Hinsicht anders vor als im Zivilverwaltungsgebiet weiter westlich. Erstens hatten sie zunächst die Juden in den größeren Städten getötet und ermordeten dann die auf dem Land. Daraus folgt, daß auch der Prozeß, die Juden in Städten zu konzentrieren, weniger stark ausgeprägt war, vermutlich weil die Ernährungssituation in den ostweißrussischen Städten noch schwieriger war. Zweitens stoppten sie ihre Morde nicht wegen des Winters und der Kälte, während es im westlichen Teil von Seiten der Zivilverwaltung und der Sicherheitspolizei hieß, man könne keine Massaker durchführen, da die Leichen nicht beseitigt werden könnten.

Im Januar 1942 dürften die Vernichtungsaktionen im Militärverwaltungsgebiet weitergegangen sein, auch wenn wir darüber nichts Konkretes wissen. Am 31. Januar und 1. Februar erschoss ein Trupp des EK 8 die letzten 962 Juden in Beresino und 1342 in Tscherven (beides an der Straße Mogilew-Minsk). Die Absperrung bildeten örtliche Kräfte des Landeschützenbataillons 452. Ein Angehöriger des Kommandos beschrieb die Aktion in seinem Tagebuch.⁹⁸³ Die Ortskommandantur Beresino lieferte später 273 US-Dollar nach Berlin ab.⁹⁸⁴ Am 3. Februar wurden in Polozk 615 Juden erschossen, eine Woche später mindestens 93 im Kreis Drissa.⁹⁸⁵ Täter waren vermutlich Angehörige des EK 9, die auch am 11. Februar die etwa 800 Juden in Beschenkowitschi erschossen und in der zweiten Februarhälfte 1180 Juden in Tschaschniki sowie am 28. Februar 361 in Liosno auf Bitte der dortigen Standortkommandantur und am gleichen Tag 1000 in Lepel ermordeten. In den genannten Landkreisen wurden alle Juden umgebracht. Im russischen Rudnja bat die Wehrmacht gleich dreifach um Judenaktionen: Ortskommandantur, Feldkommandantur 815 und v. Schenckendorf

981 Beauftragter des RMO beim Berück, Hauptmann O. W. Müller, Bericht Nr. 6 v. 10. 2. 1942, BA-MA PPF-01/8212, Bl. 595.

982 Und zwar mit Stand vom 1. 2. 1942 in den Rayons Paritschi 1462, Shlobin 739, Ossipowitschi 600, Ljuban 505, Streschin 394, Stary Dorogi 239, Rogatschew 135, Bobruisk-Land 97 usw. FK 581 – Verwaltungsgruppe –, Lagebericht v. 10. 2. 1942, BA-MA RH 26-203/3.

983 Tagebuch P. H. (Abschrift), ZSt Dortmund 45 Js 35/64, Bl. 22-24: »31. 1. Seit einer Stunde werden alle noch hier wohnenden Juden – 962 Personen –, Frauen, Greise und Kinder erschossen. (1400 sind bereits vor einiger Zeit erschossen worden.) Endlich. Ein Kommando aus 20 Stapos vollzieht die Aktion. 2 Mann schießen immer in Abwechslung. Die Juden gehen im Gänsemarsch durch zwei verschiedene Holzbuden (in der Nähe der Grube)[...] um in der ersten Wertsachen und in der zweiten Kopftücher, Pelze, Stiefel abzulegen. Von dort einem Pfädchen durch den Schnee nach zur Grube, in die sie hintereinander hineinsteigen und der Reihe nach von hinten im Liegen erschossen werden. [...] Wer entlaufen will, wird direkt an Ort und Stelle erschossen. Zuerst kommen die Kinder dran, dann die Greise und Frauen. Haus für Haus wird so geräumt, derweil jeder Fluchtversuch von unseren Posten vereitelt wird. Wer sich irgendwie weigert mitzugehen, wird zuerst mit Gummiknüppeln bearbeitet. Verborgene Kinder werden gefunden. Es spielen sich nach Aussagen von beteiligten Kameraden tolle Szenen ab. [...] So wird die Pest ausgerottet. Vom Fenster meiner Arbeitsstelle ist das Ghetto auf 500 m zu sehen und Schreie und Schüsse wahrnehmbar. Schade, daß ich nicht dabei bin. 20 Uhr. Juden versuchen auszubrechen; es fallen viele Gewehrscüsse. Abends – Tanz! Im Volkshaus!!! [...]« Vgl. Verfügungen ZSt Dortmund (undatiert und v. 8. 9. 1967), ebd., Bl. 22-35 sowie 59-78; Orbach, S. 35ff.

984 Reichshauptkasse, Beutebuch Rußland VI, BA 21.04, Nr. 9584, Bl. 30R/31 (29. 4. 1942).

985 KTB 201. Sich.Brigr. v. 3. und 10. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42358, Bl. 142 und 145.

persönlich. 366 Juden wurden ermordet. Das EK 8 brachte 190 Juden in Slynka und 68 in Bobruisk um, weitere in einigen Dörfern.⁹⁸⁶ Mehr noch: 2200 Juden tötete die Wehrmacht im rückwärtigen Heeresgebiet im Februar selbst.⁹⁸⁷

Auch im folgenden Monat fanden solche Aktionen statt, darunter am 4. März in Grodsjanka, am 15. März in Tolotschin, am 22. in Paprasniki, Rayon Gorki (250 Opfer), und an unbestimmbaren Tagen in Krasnoluki und Rjasno, Rayon Dribin, wo 300 sowie 600 Menschen ermordet wurden. Das EK 8 vernichtete zwischen 6. und 30. März 1551 und das EK 9 170 Juden.⁹⁸⁸ Im April scheint man erneute Anstrengungen unternommen zu haben, weil sich die Einsatzgruppe B das Ziel gesetzt hatte, ihren Einsatzraum bis zu Hitlers Geburtstag am 20. April »judenfrei« zu machen.⁹⁸⁹ Im April, aber vor diesem Datum wurden die Juden in Smoljani (560 Opfer) und Krasnij umgebracht.⁹⁹⁰ Danach lebten nur noch in wenigen abgelegenen Gebieten Juden. Am 2. oder 5. Mai wurden in Obtschuga, Rayon Krupki, wahrscheinlich 440 jüdische Menschen ermordet, zwischen April und Juni mehrere hundert in Dörfern bei Belynitschi (Gebiet Mogilew) durch das EK 8 und am 12. Juli und 5. August etwa 300 in Chotimsk im äußersten Ostzipfel Weißrußlands durch das Polizeiereservebataillon 91 und das EK 8. EK 8 und EK 9 töteten zusammen in der zweiten Jahreshälfte 1942 noch etwa 100 Juden pro Monat. In einige Orte kamen die Judentötungskommandos und ihre Helfer nie, so daß Juden dort vereinzelt leben konnten, ohne daß man sie verfolgte.⁹⁹¹

986 Zur Zahl der Opfer in Beschenkowitschi drei verschiedene Angaben zwischen 794 und 855. Vgl. ebd. v. 12. 2. 1942, Bl. 145; KTB VO Wiln Mitte bei OK(I)79 v. 11. 2. 1942, BA-MA RW 46/499; EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–28. 2. v. 1. 3. 1942, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 176 f.; ebd. zu den weiteren Aktionen, besonders Rudnja. Zu Tschaschniki auch richtig Linkow, S. 103; zu Tscherven EM 184 v. 27. 3. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 4069, mit Tippfehler bei der Opferzahl (»15000«). Zu Rudnja auch 201. Sich.Br., Lagebericht für 15. 2.–14. 3. v. 15. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42358, Bl. 262. Vgl. auch Erklärung R. F. v. 21. 9. 1944, ZStL UdSSR Bd. 423, Übersetzung zu Bl. 374–380; Bericht Untersuchungskommission Lepel v. 20. 6. 1944[?], ebd., nach Bl. 284, bzw. ZStA Minsk 861–1–5, Bl. 25.

987 «A. Erschossen durch die Truppe:

Mil. pol. Kommissare	13
Ziv. pol. Kommissare	3
Soldaten, Freischärler und entw. Gefangene	17
Juden (Bolschewiken)	2200
Partisanen, Saboteure	584«.

Abwehrkommando III(B), Betr.: Tätigkeitsbericht Feber 1942 v. 12. 3. 1942 an H.Gr. Mitte, Ic, Unterschrift: Tarbuk [Major], BA D-H FW 490, A. 28, Bl. 10.

988 Vgl. Untersuchungsprotokoll des Rayons Cholopenitschi, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft II, Bl. 2; Protokoll Untersuchungskommission der Rayons Dribin bzw. Gorki v. 5. 11. und 10. 12. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 20, Bl. 16 und 91; Urteil LG Detmold 2 Ks 1/65 v. 22. 12. 1965 gegen Dietrich, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 22, S. 449 ff.; EM 194 v. 21. 4. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 4299; KTB 286. Sich.Div. v. 31. 3. 1942 (Monatsrückblick), BA-MA RH 26–286/6, Bl. 16R; WiKdo Borissow, KTB-Beitrag für 21.–31. 3. v. 3. 4. 1942, BA-MA RW 31/864, Bl. 55.

989 Vgl. Vern. W. S. v. 29. 11. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bd. 7, Bl. 1388; Urteil LG Bonn 8 Ks 2/62 v. 19. 2. 1964 gegen Döring und LG Detmold 2 Ks 1/65, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 17, S. 714, und Bd. 22, S. 466 (der stellvertretende HSSPF, Graf Pückler, gab die Weisung, alle Juden seien ghettoisiert, wer sich außerhalb befinde, sei als Partisan zu erschießen).

990 Vgl. WiKdo Mogilew, Lagebericht v. 27. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 754; Orbach, S. 34 und 48.

991 Obtschuga: Vern. M. I. M. v. 20. 10., R. J. L. v. 14. 10., F. J. K. v. 9. 10. und K. I. P. v. 8. 10. 1969, BStU ZUV 9, Bd. 23, Bl. 206 ff., 226 ff., 245 ff. und 316 ff. Belynitschi: Niederschrift Georg Frentzel v. 30. 6. und Vern. v. 5. und 6. 1. 1971, Bd. 6, Bl. 208–210, und Bd. 11, Bl. 162–176. Chotimsk: Erkenntnisse des Ver-

Wiederum stand die Militärverwaltung nicht abseits. Die Tötung der Landjuden wurde von ihr unterstützt, teils vor Ort gefordert, teils auch selbst durchgeführt wie von der 707. Infanterie-Division beim Partisanenbekämpfungsunternehmen »Bamberg« Ende März/Anfang April 1942.⁹⁹² Oft gaben die Wehrmachteinheiten die bei den sogenannten Judenjagden ergriffenen Menschen bei den Einsatzkommandos ab, die sie jeweils sammelten und, sobald eine gewisse Zahl erreicht war, ermordeten. Das EK 8 unterstrich seine Zuständigkeit auch optisch: »Als taktisches Zeichen hatten wir auch den Judenstern auf unseren Fahrzeugen«, wie sich ein Kommandoangehöriger erinnerte.⁹⁹³ Interessant ist der Vorstoß des landwirtschaftlichen Sonderführers Axel de Vries, Vordenker der Chefgruppe Landwirtschaft der Wirtschaftsinspektion Mitte, der Ende 1941 im entlegenen Gebiet um Lojew eingesetzt gewesen war. Zur Zurückdrängung der Partisanen schlug er vor, sich gegen »alle noch lebenden Juden« zu wenden, die oft »Rückgrat«, »Führungen« und bis zur Hälfte »des Bestandes« der Partisanenabteilungen (»P.A.«) stellten:

»Sie [die Juden] sind Todfeinde von uns. Von einem Ausgleich mit ihnen kann keine Rede sein. Sie müssen restlos vernichtet werden, da das P.[artisanen]-Unwesen sonst noch Jahre dauern kann. [...]

[Es] müssen noch unbedingt folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1.) *Restlose* Isolierung, am besten Vernichtung, der Juden. Die P.A. werden immer wieder Stützpunkte, Verbindungsleute usw. finden können, solange diese Maßnahme nicht durchgeführt ist.

Die Vernichtung der Juden kann mit Leichtigkeit durch die Pol.A.⁹⁹⁴ durchgeführt werden.« Deren Antisemitismus und die Aussicht auf Beute seien »Antrieb genug. Es bedarf nach meiner Erfahrung [!] im Regelfall keines Befehles, sondern nur eines Gewährenlassens. Nicht unerwähnt darf bleiben, dass ein aktives antisemitisches Hervortreten der russischen Pol.A. diese endgültig in den Augen der Kommunisten kompromittiert und dadurch auf's festeste an die deutsche Herrschaft bindet.«⁹⁹⁵

Gegenüber einer Sonderkommission der Kripo Rheinland-Pfalz erzählte de Vries – vor dem Krieg Vorsitzender der deutschen Partei in Estland und Parlamentsmitglied,

fahrens ZStL V 205 AR 512/63, besonders Vern. K. G. v. 11. 12. und H. D. v. 13. 12. 1962, A. W. v. 22. 1. 1963, M. S. K. und L. K. B. v. 9. 11. 1944, Bd. 1, Bl. 90, 155 ff., 213 f., und Bd. 8, Bl. 1023; KTB 221. Sich.Div. v. 12. 7. 1942, BA-MA RH 26–221/37, Bl. 26R. Vgl. EGr B, Tätigkeits- und Lageberichte für 16.–31. 8. und für 15. 11.–15. 12. 1942, BA F 40168, Bl. 326, und ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 18 f. Ferner Vern. Isaak Mojsewitsch K. v. 21. 10. 1969, dessen Heimatdorf (Borusk, Gebiet Mosyr) aber Anfang 1943 ein Opfer der Partisanenbekämpfung wurde.

992 Von den 3423 Todesopfern waren mindestens 191 Juden. Die Aktion fand in den Rayons Glusk und Oktjabrski statt. Vgl. 707. Inf.Div., Ia, Betr.: Unternehmen »Bamberg« mit Anlagen v. 7. 4. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 459–499.

993 Vern. O. S. v. 10. 8. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 997 f. S. kam erst im November 1942 zum Teilkommando Gomel des EK 8. – Noch im Juni 1942 überstellten GFP-Einheiten festgenommene Juden den Einsatzkommandos: GFP-Gruppe 703, Bericht v. 24. 6. 1942, Nbg. Dok. NOKW-95.

994 Polizeiabteilungen, d.h. einheimischer Ordnungsdienst oder baltische Polizeiformationen.

995 Sdf. de Vries, Vorschläge zur Bekämpfung der Partisanengefahr (undatiert, zwischen Dezember 1941 und 3. 3. 1942; Hervorhebung im Original), BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1115–1123. Laut beiliegendem Aktenvermerk (Bl. 1114) wurde das Papier vom Leiter der Chefgr. La der WiIn Mitte, Wagner, dem Berück Mitte, General v. Schenckendorff, überreicht. Dieser und sein Ic, Major Schubuth, luden daraufhin de Vries zum Vortrag und stimmten zu. Es wurde umgehend eine entsprechende Dienstanweisung ausgearbeitet.

1949 bis 1953 Abgeordneter im Deutschen Bundestag sowie Sprecher der Baltendeutschen Landsmannschaft – eine andere Geschichte: Der örtliche weißrussische Polizeichef an seinem Dienstsitz auf einsamem Posten sei zu ihm gekommen und habe ihm mitgeteilt, auf Befehl aus Gomel oder Retschitza müsse er die 30 oder 40 Juden des Ortes töten. Er, de Vries, habe ihn gebeten, dies, wenn es schon sein müsse, wenigstens nicht grausam durchzuführen, was aber leider doch geschehen sei. Er habe, selbst bei der Exekution anwesend, der Polizei aber allein keine Befehle geben können.⁹⁹⁶ In Wahrheit kümmerte sich de Vries, der später ein Vorkämpfer der »Neuen Agrarordnung« war und dann die Ansiedlung von Kollaborateuren in Wehrdörfern betreute, gezielt um die Partisanenbekämpfung und stiftete offenbar die weißrussische Polizei zu örtlichen Judenvernichtungsaktionen an.⁹⁹⁷ Antikommunistischer Baltendeutscher durch und durch, forderte er 1942, auch alle ehemaligen Mitglieder und Kandidaten der sowjetischen KP und »die kommunistische Dorfindelligenz, z. B. Lehrerinnen usw.« zu ermorden. Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets stimmte seinen Vorschlägen persönlich zu und münzte sie anscheinend in eine Dienstanweisung um.⁹⁹⁸

Von Schenckendorff thematisierte am 12. Juni bei einer Dienstbesprechung mit seinen Divisionskommandeuren auch die »Judenfrage im Grossen« und beharrte insbesondere auf einem Beschäftigungsverbot für Juden, das die Einsatzgruppe B gefordert hatte. Bach-Zelewski war bei diesem Treffen ebenfalls anwesend.⁹⁹⁹ Bei einem Treffen aller Abwehrorgane bei v. Schenckendorffs Stabschef, Oberstleutnant Boehm, am 22. Juni, bei dem auch der Chef der Einsatzgruppe B und ein Vertreter des HSSPF anwesend waren, wurde eine engere Zusammenarbeit vor allem zur Partisanenbekämpfung vereinbart, darunter offenbar wöchentliche Treffen. Das Schlußwort sprach v. Schenckendorff. Am 28. Juni traf sich dieser erneut mit Bach-Zelewski und

996 Zur Biographie: * 1892 in Estland, Cand. jur., 1917/18 deutscher Militärspion in Estland, 1918–1920 Nachrichtenoffizier bei einem Rgt. der deutschen Baltikumkämpfer; nach dem Krieg Enteignung des Familienguts, 1922 Chefredakteur der deutschen Revalischen Zeitung, Ende 1925 Vorsitzender der deutschen Partei, seit 1924 Parlamentsmitglied; 1940 Umsiedlung in den Warthegau, Zuweisung eines Bauernhofs; 5. 8. 1941 Sdf.(Z), 15. 9. zum WiKdo Bunzlau (in Bobruisk), Kreislandwirtschaftsführer in Gomel bzw. Lojew, 5. 2. 1942 zur Chefgr. La der WiIn Mitte, 1942 Chefredakteur bei »Der Landwirtschaftsführer«; seit Januar 1944 Betreuer von drei Regimentern Kosaken bzw. Kaukasiern im Gebiet Nowogrodek, Versuch der Ansiedlung als Wehrbauern; 1944–1945 auf seinem Hof im Warthegau; 1949–1953 MdB, später Sprecher der Baltendeutschen Landsmannschaft in der BRD, um 1960 Journalist in Bonn. Vgl. Vorschläge (wie Anm. zuvor), Bl. 1115; Vern. Axel de Vries v. 3. 5. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2944–2947, v. 5. 4. 1960, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 15–16a, und v. 17. 1. 1963, ZStL 202 AR-Z 94e/59, Bl. 145–154; WiIn Mitte, Stellenbesetzung im 3. Vierteljahr 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 199 ff.

997 In de Vries' »Vorschlägen« (wie vorletzte Anm., Bl. 1115) hieß es, er sei »von September bis Dezember 1941 bei Ausführung einer Reihe von Sonderaufträgen im Kreise [d. i. Gebiet] Gomel in enge Kampfberührung mit den Partisanen gekommen«. Außerdem sprach er von seiner »Erfahrung« (Bl. 1123) darin, wie solche Aktionen auszulösen seien. Vgl. auch: Weitere Vorschläge zur Bekämpfung des Partisanenunwesens (undatiert, vor 24. 4. 1942), BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1112 f. – Ähnliche Beispiele für die Anstiftung ukrainischer Milizen zum Judenmord durch deutsche Militärkommandanturen nennt Dean, S. 175.

998 Vorschläge... und Aktenvermerk, a.a.O., Bl. 1114 und 1117 ff.

999 »Judenfrage im Grossen. Beschäftigung von Juden verboten. S. D. behauptet, daß (Klinzy!) noch »in erheblicher Anzahl« beschäftigt.« Besprechungspunkte für Divisions-Kommandeur-Besprechung (12. 6. [1942]), BA-MA WF-03/7364, Bl. 760 (Hervorhebungen im Original). Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 12. 6. 1942, BA R 20/45b, Bl. 38. Die weitreichende Deutung bei Heer 1994, S. 27, beruht auf Spekulation.

Naumann.¹⁰⁰⁰ Bereits am 20. Mai, dem ersten Tag des zweiten Lehrgangs zur Partisanenbekämpfung, den v. Schenckendorff veranstaltete, hatten Bach-Zelewski und Naumann Vorträge gehalten, Naumann unter anderem über »die Judenfrage«.¹⁰⁰¹

Das geschah während der Endphase der Judenvernichtung auf dem Land. Juden lebten danach praktisch nur noch in einigen Arbeitslagern der SS in größeren Städten und als Zwangsarbeiter bei der Organisation Todt, hier noch Mitte 1943 1615 Menschen.¹⁰⁰² Das bedeutet, daß diese Lager mit Juden aufgefüllt wurden, die auf dem Land festgenommen worden waren oder aus kleinen Landghettos stammten (auch aus dem Ausland wurden Juden dorthin gebracht, vgl. Kap. 7.5). Denn in den betreffenden Städten hatte es zeitweise gar keine Juden mehr (Bobruisk) oder weniger als 1000 (Mogilew) gegeben.¹⁰⁰³ Es fanden aber weitere Massenmorde statt. In Gomel vernichtete das EK 8 zumindest im März und Oktober 1942 mehrere hundert Juden. In Mogilew gab es solche Aktionen 1942 und 1943, und in Bobruisk fielen ihnen im Frühjahr 1942 angeblich (auf Befehl Bach-Zelewskis), im Frühjahr 1943 aber mit ziemlicher Sicherheit mehrere tausend Juden zum Opfer.¹⁰⁰⁴

b) Die Mordkampagne im GK Weißruthenien im Sommer 1942

Über die Rolle der Zivilverwaltung herrschen in der Literatur weitgehend falsche Vorstellungen. Es wird angenommen, sie habe sich weitgehend gegen Judenexekutionen gewandt, sei damit aber nur so lange erfolgreich gewesen, wie es ihr SS und Polizei erlaubt hätten.¹⁰⁰⁵ Das ist schon deshalb falsch, weil es nicht erklären würde, warum die doch angeblich alles bestimmenden, nur am Töten interessierten SS- und Polizeidienststellen überall Pausen bei ihren Mordaktionen machten, hier über Monate, dort über Jahre. Die genauer arbeitenden westdeutschen Strafverfolgungsbehörden kamen mit

1000 Berück Mitte, Abt. Ic, Tätigkeitsbericht Ic (Juni 1942) v. 3.7.1942, BA-MA RH 22/243, Bl. 51–54, vgl. Bl. 60; Tagebuch Bach-Zelewski v. 28.6.1942 (Abschrift), BA R 20/45b, Bl. 40. Angeblich wandte sich Bach-Zelewski hier gegen »Entgleisungen« bei der Partisanenbekämpfung, so bei der Ermordung der 2027 Einwohner von Borki.

1001 Berück Mitte, Ia, Betr.: Tagesordnung für den Lehrgang »Bekämpfung von Partisanen« v. 18.5.1942, BA-MA WF-01/7364, Bl. 684–687. Siehe auch Tagebuch Bach-Zelewski (Abschrift) für 18.5.1942, der dies vordatiert.

1002 Vgl. Statistischer Arbeitsausschuß der WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1 (Juli 1943), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 896; Hilberg, S. 390, Anm. 375.

1003 Vgl. EM 133 und 148 v. 14. II. und 19. 12. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 3189f und 3442; FK 581, Verwaltungsgruppe, Lagebericht v. 10. 2. 1942, BA-MA RH 26–203/3.

1004 Mogilew: s. S. 783f. und 771f. in dieser Darstellung; Gerlach, Failure, S. 68f. Gomel: Robel, S. 548; Orbach, S. 38; eidesstattl. Erkl. Wilhelm Förster v. 23. 10. 1947, Nbg. Dok. NO-5520. Bobruisk: 1943: Robel, S. 548; Vern. H. B. v. 11. 6. 1971, K. H. v. 6. 12. 1966 und 29. 1. 1971 sowie F. W. v. 27. 11. 1970, StA Hamburg 147 Js 22/70, Akte Hauptverhandlung, Zeugen-Vern. I; Bd. 1, Bl. 101–106, und Bd. 3, Bl. 625–627 und 700–710 (3000 bis 4000 Opfer nach zwei Zeugen); Brief v. 9.2. und Vern. Reinhold Grabow v. 24. und 29. 4. 1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. 4, Bl. 366–370R, auszugsweise abgedruckt in: Klee/Dreßen/Rieß, S. 118, der von 12 000–15 000 Erschossenen im Frühjahr 1942 sprach, darunter 2500 am ersten Tag, und dies mehrmals bekräftigte. Niemand sonst bestätigte das. Grabow, der beim SS-Wirtschafter tätig war, irrte sich vermutlich nicht im Datum oder Jahr, da er anschließend ab September 1942 im Kaukasus eingesetzt wurde, möglicherweise aber im Ort (Mogilew?) und in der Zahl der Opfer. Siehe ferner unten S. 763f. in dieser Darstellung.

1005 Das gleiche gilt für die Militärverwaltung. Typisch Hilberg, Vernichtung, S. 396: »Nur mit Duldung von SS und Polizei konnten Zivil- und Militärbehörden über die Juden verfügen. Der Vernichtungsauftrag ging vor.« Siehe ebd. S. 396ff.

ihren Erkenntnissen ein Stück weiter: Danach konnte die Zivilverwaltung die von ihr benötigten Arbeitskräfte von der Vernichtung ausnehmen, also auf Grund wirtschaftlicher Erwägungen darauf Einfluß nehmen, und stimmte – vor allem auf der Ebene der Gebietskommissariate – der Vernichtungspolitik von SS und Polizei zu.¹⁰⁰⁶ Das ist aber auch noch nicht alles. In Wirklichkeit trat die Zivilverwaltung neben SS und Polizei als Initiator von Massenmorden auf, weil diese ihren Interessen entsprachen. Man sollte sich von dem Gedanken trennen, daß stets nur eine Behörde als treibende Kraft bei neuaufgelegten Programmen zum Judenmord auftrat; es konnten mehrere sein.

Das zeigt sich an einer Reihe von Initiativen und Absichtserklärungen der Zivilverwaltung im GK Weißruthenien 1942, wo Mitte des Jahres eine Mordkampagne mit zehntausenden Opfern stattfand. So pflichtete Kube auf einer Abteilungsleiterkonferenz im Generalkommissariat am 29. Januar den Ausführungen des KdS Minsk, Walter Hofmann, bei, der erklärt hatte, im Frühjahr solle »mit starken Exekutionen« begonnen werden.¹⁰⁰⁷ Zu dieser Zeit war der KdS vom BdS in Riga »trotz der schwierigen Lage angewiesen, die Judenfrage baldmöglichst zu liquidieren«, und zwar innerhalb eines Zeitraums von zwei Monaten.¹⁰⁰⁸ Das geschah nicht. Die Dienststelle in Minsk hielt das in Übereinstimmung mit dem Generalkommissariat für unmöglich, da die Juden »für den wirtschaftlichen Aufbau des Ostraumes vorerst unentbehrlich« seien, so Hofmann und sein Judenreferent Burkhardt, vor allem die Handwerker und Facharbeiter. Als Hilfsargument schob man vor, daß wegen des gefrorenen Bodens im strengen Winter keine Massengräber ausgehoben werden könnten. Parallel mordete jedoch die Einsatzgruppe B, bei der das Wetter nicht anders war, weiter.¹⁰⁰⁹

Am 26. März 1942 forderten jedoch Lohse und die Generalkommissare einschließlich Kube die Wiederaufnahme der Tötungen, weil die Juden sonst verhungern würden und Seuchen auslösen könnten. Dies dürfte sich im wesentlichen auf Weißrußland bezogen haben.¹⁰¹⁰ Es sei daran erinnert, daß eine von Kube persönlich angeordnete Krisensitzung am 12. Februar im Stadtkommissariat Minsk unter KdS-Beteiligung zum Hunger in der Stadt das Ergebnis gebracht hatte: »Der [nichtjüdischen] Bevölkerung kann keinerlei Hilfe gebracht werden.«¹⁰¹¹ Für die im Mai beginnende Welle von Massenmorden an Juden gaben zwei nicht unwichtige Zeugen – darunter der KdO in Minsk, Eberhard Herf – Kube als Befehlsgeber an, beide kurz nach dem Krieg.¹⁰¹² Am 28. April 1942 schrieb Kube an Strauch: »Mir wäre es am liebsten, wir

1006 Siehe v. a. Erkenntnisse und Urteil in den Verfahren StA Hamburg 147 Js 29/67 gegen Erren (Slonim), StA Mainz 3 Ks 1/67 gegen Windisch (Lida), ZStL 202 AR-Z 94e/59 gegen Traub (Nowogrodek), ZStL 202 AR-Z 393/59 (Pinsk).

1007 Protokoll über den Hergang der Hauptabteilungsleiter- und Abteilungsleitersitzung am 29. I. 1942, ZStA Minsk 370-I-53, Bl. 165, auch in ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. III, 2, Bl. 283ff. Zu diesem Dokument zuerst Matthäus 1995, S. 261.

1008 EGr A, Bericht für 16. 10. 1941–31. I. 1942, IfZ Fb 101/35.

1009 KdS Minsk, undatierter Bericht (Januar 1942, bildete inhaltlich eine Grundlage für den zuvor zitierten sog. 2. Stahlecker-Bericht), IfZ Fb 104/2; vgl. Matthäus 1995, S. 261; mit dem Argument des gefrorenen Bodens auch Kube an RKO, Abt. II, v. 6. 2. 1942, IfZ Fb 104/2.

1010 Vgl. Zitat S. 675 in dieser Darstellung.

1011 Vgl. S. 281 in dieser Darstellung.

1012 Auch nach Alfred Metzner, dem Fahrer und Wirtschaftsfunktionär beim GebK Slonim, erhielt der GebK Erren nach seinen Äußerungen auf Sitzungen im Gebietskommissariat Aufträge aus Minsk, das Gebiet von Juden freizumachen, also von Kube (Vern. v. 15. 10. 1947, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 240;

könnten sämtliche russischen Juden so schnell und geräuschlos wie möglich dem verdienten Schicksal zuführen.«¹⁰¹³ Am 10. Juli bestätigte er dem Reichskommissar für das Ostland auf Wunsch des BdS Heinz Jost und am 8. September dem HSSPF Jekeln, daß die Zahl der Juden in seinem Amtsbereich stark reduziert werden müsse und nur die unbedingt nötigen Facharbeiter am Leben gelassen werden sollten; das erste Schreiben sandte er mit geringen Änderungen auch als Anweisung an seine Gebietskommissare, ein praktischer Schritt zur Judenvernichtung.¹⁰¹⁴ Im selben Monat veröffentlichte Kubes Vertrauter Dr. Heinrich Kurtz, zeitweilig Verbindungsmann zwischen Reichspropaganda- und Ostministerium, damals Abteilungsleiter Propaganda beim GK Weißruthenien, in einem Aufsatz folgende Passage:

»Ein weiteres Problem, das seiner dringlichen Erledigung harrt, sind die Juden. Wenn die zehntausende[n] Schmarotzer auch in Gettos zusammengezogen wurden, so ist damit die jüdische Gefahr noch keineswegs gebannt. Der Jude findet selbst aus dem Getto heraus die Möglichkeit, seine Umwelt zu beeinflussen. Soviel steht fest. Ein ruhiger Aufbau kann nur dann erfolgen, wenn das jüdische Element restlos ausgeschaltet ist.«¹⁰¹⁵

Nicht anders sah es auf höherer Ebene, im Ostministerium, aus. Rosenberg, der am 29. und 30. Mai Minsk und das rückwärtige Heeresgebiet Mitte besuchte, erklärte im gleichen Jahr einmal, man dürfe sich »nicht damit begnügen, [...] dass vielleicht hier und da noch ein großes jüdisches Ghetto steckt«, sondern müsse alle Juden in Europa ausrotten.¹⁰¹⁶ Auch seine Untergebenen verfolgten dieses Ziel. Im Oktober 1942 forderte sein Hauptabteilungsleiter Politik, Leibbrandt, von Kube einen Bericht über den Stand der Judenvernichtung an, weil er eine Lösung so schnell wie möglich wolle. Kube berichtete am 23. November stolz, es seien nur noch 30 000 Juden am Leben, und er lasse ständig ihre weitere Verminderung prüfen. Leibbrandt ließ die Sache durch seinen Rassereferenten Wetzels weiterbearbeiten.¹⁰¹⁷

Die ersten Massaker des Jahres 1942 waren noch vereinzelt und folgten keinem regionalen Plan. Im Januar und Februar wurden bei zwei Aktionen in Minsk möglicherweise bis zu 3000 jüdische Menschen ermordet, ein Teil anscheinend bereits mit Gaswagen.¹⁰¹⁸ Im März folgte eine Reihe von Massenmorden: In Kopyl (Gebiet

Vern. d. ers. v. 18. 9. 1947, Nbg. Dok. NO-5558). Herf sagte aus: »Bald nach meinem Ankom[m]en nach Weisruthenien [...] im Januar 1942, wurde ein Befehl vom Generalkommissar Kube an alle Deutsche[n], die in besetztem Weisruthenien waren, herausgegeben, um 40tausend Juden in Weisruthenien zu vernichten. Im Befehl wurde angegeben, daß damit das Problem noch nicht gelöst sei[,] die Juden zu vernichten [...]« Niederschrift der Vern. v. 31. 12. 1945 in Minsk durch einen anwesenden Dolmetscher in deutscher Sprache, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 9, Bl. 186f.

1013 Zitiert nach: Strauch an Bach-Zelewski v. 25. 7. 1943, in: Heiber 1956, S. 89.

1014 Vgl. Kube an Lohse und an die GebK v. 10. 7. 1942, HZ Fb 104/2; Matthäus 1995, S. 266.

1015 Dr. H. Kur[t]z, Minsk: Weißruthenien von heute, in: Die Aktion 3 (1942), Juli, S. 377. Zu Kurtz Vermerk über die Besprechung am 12. 11. 1942, BA R 55/221, Bl. 49; Buchbender, S. 33f.; Vern. H. R. v. 21. 6. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 7353.

1016 Undatierte Rede Rosenbergs, in: IMT, Bd. 36, S. 417. Vgl. auch Völkischer Beobachter v. 11. 6. 1943, BA 61 Re 1, Nr. 348, Bl. 36. Zu seinem Weißrußland-Besuch Minsker Zeitung v. 31. 5./1. 6. 1942 und KTB Berück Mitte, Qu, v. 29. 5. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 864.

1017 Vgl. Weinreich, S. 192. Am 26. 11. 1942 versandte Wetzels einen Bericht Betr. »Endlösung der Judenfrage« (I 290g.Rs.) mit zwei Anlagen, der bislang nicht aufgefunden wurde (BA R 6/55, Bl. 5).

1018 ZStL II 202 AR-Z 184/67, Abschlußbericht v. 28. 7. 1967, Bd. 2, basierend auf Aussagen Heusers. Über diese Vorgänge ist nur wenig bekannt. Von den Überlebenden berichtete nur Rosenberg, S. 36f., davon. Zum Gaswageneinsatz außerdem Loewenstein, S. 51.

Sluzk) wurden 1200 Juden umgebracht, in Wilejka 302 am 3. März, in Ilja 520 am 17. März, in Rakow mehrere hundert und in Radoschkowitschi 1000 (alles im Gebiet Wilejka), jeweils durch die im Februar entstandene KdS-Außenstelle Wilejka unter Rudolf Grave, der in Ilja 150 Mann eines Nachrichtenzuges halfen; in Lida ermordete man am 1. März 760 jüdische Flüchtlinge aus Wilna.¹⁰¹⁹ In Baranowitschi wurden am 3. und 4. März 2007 alte und kranke Juden erschossen, die weder als arbeitsfähig noch als Angehörige von sogenannten Arbeitsfähigen eingestuft wurden, offenbar auf Anordnung des Gebietskommissariats. Die Schützen waren betrunken.¹⁰²⁰

Wir erinnern uns: Nach Heuser erfolgten die Morde im Winter 1941/42, um die Einwohner weißrussischer und polnischer Nationalität vor dem Hungertod zu »retten«.¹⁰²¹ Zumindest die genannten Vernichtungsaktionen in Minsk und Baranowitschi dienten dazu, die Ernährungslage zu verbessern. Das galt auch für das Massaker in Minsk am 2. und 3. März 1942.¹⁰²² Am 1. März verlangte der Leiter des fürs Ghetto zuständigen Polizeireviers – Richter oder Hattenbach – vom Judenrat im weißrussischen Teil des Ghettos, 5000 Juden zu stellen, die nicht in deutschen Diensten arbeiteten. Die Aktion war mit Kube abgesprochen, der zuvor bei einer Begehung des Ghettos dem KdO Herf und dem Minsker Schupochef, Major Benzko, ihre Aufgaben dabei mitteilte. Vermutlich sickerte die Absicht, sie zu vernichten, durch, weil dem Judenrat auf Nachfrage erklärt wurde, es könnten auch Frauen und Kinder gestellt werden. Auf Warnung des Judenrats erschienen deshalb am 2. März keine jüdischen Einwohner am befohlenen Sammelplatz, und Sipo, Schupo und litauische sowie weißrussische Schutzpolizei waren gezwungen, im Ghetto Menschen zusammenzutreiben. Viele wurden direkt bei den Durchsuchungen ermordet, mehrere hundert Kinder in der Nähe des Jubilejnaja-Platzes mitten im Ghetto in einer großen Grube teils erschossen, zum großen Teil auch lebendig begraben, mehrere tausend Erwachsene am 3. März zu Fuß nach Tutschinka und per Eisenbahn nach Koidanow gebracht und dort erschossen. Die Zahl der Opfer betrug nach SD-Angaben 3412, das wiederum gesetzte zahlenmäßige Ziel war nicht erreicht. Die Zivilverwaltung nutzte den Massenmord dazu, das Ghetto zu verkleinern.¹⁰²³

1019 Kopyl: Ainsztain, S. 90 (Mitte März). Wilejka: EM 178 v. 9. 3. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 3966. Ilja: EM 184 v. 23. 3. 1942, ebd., Bl. 4041; Vern. K. H. v. 9. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2615 (Zugführer 21. leichte Blankdrahtkompanie). Rakow: EM 186 v. 27. 3. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 4069; nach Eckman/Lazar, S. 136, wurden die Menschen in der Synagoge lebendig verbrannt. Radoschkowitschi u. a.: ZSt Dortmund 45 Js 3/61, Verfügung v. 23. 6. 1965, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 1691. Lida: Urteil LG Mainz 3 Ks 1/67 v. 17. 7. 1969, S. 102–105.

1020 Vgl. EM 178 v. 9. 3. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 3966; Feldpostbrief des Kriegsverwaltungsinspektors der HKP 610 H. K. v. 21. 4. 1942, der die von Sipo und SD angegebene Zahl der Toten genau anzugeben wußte, BfZ, Slg. Sterz; Enzyklopädie des Holocaust, S. 153f.; Vermerk ZStL (1. StA P.) v. 2. 7. 1969, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Handakten, Bd. 7, Bl. 1203; Übersetzung aus dem Artikel Dr. S. L., Gedenkbuch für Baranowitschi, ebd., Hauptakten Bl. 371f.; Untersuchungsbericht Stadt Baranowitschi v. 1. 1. 1945, ebd., Hilfsakten (hier sind 3400 Opfer angegeben); Ainsztain, S. 127; Kumanew, S. 65.

1021 Vern. Georg Heuser v. 1. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4291.

1022 Siehe auch die Berichte des KdS Minsk nach dem Massaker, die weißrussische Bevölkerung erwartete weitere Massenmorde an Juden, denn diese erhielten erhebliche Mengen an Nahrungsmitteln. Hierzu Headland, S. 115.

1023 Smolar, S. 72–74; Ainsztain, S. 228; Grossman/Ehrenburg, S. 249f. (auch: Ghettoverkleinerung); Krasnoperko, S. 41–46. Exekutionsort Koidanow: eigenhändige Niederschrift des ehemaligen Gendarmen Bruno Franz Mittmann v. 27. 12. 1945, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 9, Bl. 100; Vern. dess. v.

Anlässlich dieser Aktion kam es zum Konflikt zwischen Kube und den KdS-Beamten, und zwar obwohl davon die deutschen Juden, für die der Generalkommissar gewisse Sympathien hatte, nicht betroffen waren, wie der KdS Hofmann ihm vorher zugesagt hatte. Kube äußerte und hatte nichts grundsätzlich gegen die Erschießungen, wohl aber gegen sogenannte unnötige Grausamkeiten und fehlende Tarnung sowie gegen die Einbeziehung von Arbeitskräften, ganz wie im Fall Sluzk vom Oktober 1941. Das Kindermassaker erschütterte ihn anscheinend, und er verteilte an einige überlebende jüdische Kinder Bonbons.¹⁰²⁴ Wie der vorherige Aushub der Grube beweist, hatte der KdS von Anfang an geplant, hunderte Kinder mitten im Ghetto zu erschießen, vermutlich weil es zu viel Umstände machte, sie abzutransportieren. Genau hiergegen dürfte Kube in erster Linie protestiert haben. Am 3. März fuhr er nach Wilejka, weil dort eine Exekution geplant war, richtete in jenen Tagen mehrere Beschwerden an Hofmann und Burkhardt und wurde im Ostministerium persönlich vorstellig. Noch am 26. März in Riga drang er darauf, daß »bei der Liquidierung korrekter vorgegangen wird« – forderte jedoch auch selbst neue weitere.¹⁰²⁵ Auch die Rüstungsinspektion Ostland bedauerte lediglich die »ohne Fühlungnahme mit dem Arbeitsamt Minsk Anfang des Monats [...] vorgenommene Erschießung [...] dringend benötigter Facharbeiter, deren Ausfall nach Ansicht des RüKdos und des Generalkommissars besser hinausgeschoben [...] worden wäre.«¹⁰²⁶

Dieser Massenmord wurde noch nicht an der späteren Vernichtungsstelle Maly Trostinez durchgeführt, sondern an verschiedenen anderen Orten (Koidanow, Tuschinka

15. 12. 1945, ZStL 202 AR-Z 179/67, Bd. 2, Bl. 174; Kohl, S. 260, Anm. 73; Smolar, S. 74; Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 v. 21. 5. 1963, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, Bl. 190ff. Exekutionsort Tuschinka: Niederschrift M. G. Pekar, der selbst auf dem Marsch dorthin für tot liegengelassen wurde, MGVK 20-10-15-23779. Ziel 5000 Ermordete: Strauch an Bach-Zelewski v. 25. 7. 1943 (Heiber 1956, S. 87) und die Überlebendenberichte. Opfer: EM 178 v. 9. 3. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 3966. Beteiligung Kubes: Vern. Eberhard Herf v. 31. 12. 1945, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 9, Bl. 187f.; Strauch an Bach-Zelewski v. 25. 7. 1943, a.a.O.

1024 Kube gab das gegenüber Bormanns Beauftragtem Hoffmann zu, der ihn dazu befragte: »Der SD habe in der Stadt Minsk im Ghetto einmal im Beisein und unter den Augen der weissruthenischen Bevölkerung jüdische Kinder lequidiert [sic]. Das habe er nicht gutheißen können. Er habe sich in das Ghetto begeben und verlangt, dass derartige Massnahmen ausserhalb der Stadt durchgeführt würden. Bei dieser Gelegenheit habe ihn ein menschliches Rühren erfasst, und er habe einigen der am lautesten weinenden Kinder Bonbons geschenkt. Etwa 3-5 Stück.« Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW/Stab z.b.V., Bericht Nr. 4 v. 26. 5. 1942 (Abschrift), BA NS 6/795, Bl. 31. Kube hätte diesen »belastenden« Umstand nicht eingeräumt, wenn es nicht so gewesen wäre. Es stimmt also vermutlich nicht, daß er zynisch Bonbons auf die toten Kinder in der Grube warf, wie Smolar, S. 73, und auf dessen früherer Veröffentlichung beruhend Ainsztein, S. 228, angeben, obwohl auch in Kubes tatsächlicher Handlungsweise Zynismus lag. Vgl. Strauch an Bach-Zelewski v. 25. 7. 1943 (Heiber 1956, S. 87); Krasnoperko, S. 46. Zum Kindermassaker auch Vortrag A. D. Krasnoperko v. 25. 10. 1994 in Berlin.

1025 Begründung des Protests: ebd. Aushub der Grube: Ainsztein, S. 228. Riga: Ständiger Vertreter des RMO beim RKO v. 12. 5. 1942, IfZ Fb 104/2. Persönlich im RMO: vgl. Vermerk über Vern. A. R. v. 9. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2317e-f (Kube berichtete darüber, daß »im russischen Getto die arbeitsunfähigen Juden liquidiert worden seien«). Der KdS erhielt vom RMO bereits am 10. 3. eine Aufforderung zum Bericht (Strauch an Bach-Zelewski v. 25. 7. 1943, Heiber 1956, S. 88). Zu weiteren Beschwerden ebd., S. 87f., unter Benutzung von Aktenvermerken v. 2., 4. und 5. 3. 1942.

1026 KTB RüIn Ostland v. 31. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 43371, Bl. 871.

und in der Nähe des Stalag 352 bei Masjukowschtschina).¹⁰²⁷ Trostinez wurde also erst später zum Mordzentrum. Außerdem ist festzuhalten, daß mindestens zwei jüdische Zeugen berichtet haben, daß mit Kube am 3. März niemand anders als Eichmann im Ghetto und an der Grube des Kindermassakers erschienen sei. Über die Identität des unbekannten, angeblich großgewachsenen SS-Offiziers hätten die deutschen Juden später die weißrussischen aufgeklärt.¹⁰²⁸ Das erscheint zunächst wenig glaubwürdig. Eichmann hat aber später angegeben, daß er Minsk besucht habe, ohne einen Zeitpunkt zu nennen, und mit der falschen Begründung, er habe von Gestapochef Heinrich Müller den Auftrag erhalten, eine Exekution in Minsk zu besichtigen, um sich über deren Ablauf zu orientieren. In Wirklichkeit kam Eichmann zu dem Zweck, die Deportation deutscher Juden dorthin vorzubereiten,¹⁰²⁹ und sah offenbar tatsächlich eher zufällig das Ende einer Exekution, die nach seiner Aussage mindestens zwei Tage gedauert haben muß. Also kommen nur die Massaker zwischen dem 7. und 11. November 1941 und eben vom 2. bis 3. März 1942 in Frage. Der erste genannte Termin ist wenig wahrscheinlich, da die ersten Transporte aus Hamburg und Düsseldorf (Abfahrt 8. und 10. November) zu diesem Zeitpunkt schon auf der Strecke waren. Damit gewinnt der Termin 2./3. März und ein Treffen mit Kube an Plausibilität.¹⁰³⁰ Angesichts des von Eichmann in einer Vernehmung beschriebenen schrecklichen Bildes an der Erschießungsgrube gibt es daran kaum mehr Zweifel.¹⁰³¹ Eichmann beschäftigte sich damals mit der Wiederaufnahme der Deportationstransporte nach Osten, wie ein Vermerk über eine von ihm abgehaltene Besprechung vom 6. März zeigt.¹⁰³²

1027 Zum letzteren Ministerrat der DDR, MfS, Hauptabteilung Untersuchung, Bericht Stalag 352 v. 20. 9. 1968, BStU AS 74/67, Bd. 1, Bl. 32 f., auf Grund der Aussage eines direkten Zeugen und dreier Personen vom Hörensagen. Datierung auf Frühjahr 1942; die Gräber wurden ausgesprengt.

1028 Vgl. Smolar, S. 73, und Ainsztein, S. 228; mit Berufung auf andere Zeugen Eckman/Lazar, S. 117 und 120. Im Gegensatz zur Bonbon-Episode noch kein Hinweis enthalten in Smolars Bericht in: Grossman/Ehrenburg, S. 295 f.

1029 So auch Safrian, S. 142 f., der daraufhin den Besuch auf September/Okttober 1941 datiert, was aber nicht haltbar ist (siehe die folgenden Ausführungen).

1030 Eichmann datierte die Reise in der Hauptverhandlung gegen ihn auf Winter 1941/42. Das Gericht in Jerusalem nahm hingegen als Zeitpunkt spätestens September 1941 an, weil er Einsatzgruppenmorde habe besichtigen sollen (Less: Urteil Eichmann, S. 241). Die entsprechende Aussage Eichmanns läßt jedoch unklar, welchen Sinn eine solche Besichtigung überhaupt hätte haben können, da aus ihr keinerlei Konsequenzen gefolgt sein sollen. Müller soll von den Erschießungen zwar mit ablehnender Miene, aber ohne Reaktion Kenntnis genommen haben. Offenbar war der Sinn der Reise ein anderer. Diesen offenzulegen, hätte für Eichmann bedeutet, sich selbst zu belasten. Eine wissenschaftliche Ausgabe der Eichmann-Aussagen bleibt ein dringendes Desiderat der Forschung. – Die Vernichtungsaktion vom 31. 8./1. 9. 1941 kommt nicht in Frage, weil damals die Deportationen der deutschen Juden noch nicht beschlossen waren, geschweige denn die nach Minsk. Vgl. Witte, S. 46–52. Außerdem wurden bei diesem Massaker noch keine Kinder erschossen.

1031 Eichmann erwähnte seine angebliche spätere Äußerung in Lemberg mit Bezug auf die Minsker Erschießung: »Wie kann man denn da einfach hineinknallen *auf eine Frau und Kinder* [...]?» Vern. v. 31. 5. 1960, Bd. I, Tonband 5, S. 16 ff. Wie Smolar, S. 73 f., beschreibt, hatten die Direktorin des jüdischen Waisenhauses, Fleisher, und die Ärztin Dr. Tshernin den Zug der Kinder zu der Erschießungsgrube begleitet und waren zuletzt erschossen worden. Es war jenes Bild, das Eichmann sah: Die Leichen der zwei Frauen lagen über den Körpern der hingemordeten Kinder. – (In Smolars Bericht für Grossman/Ehrenburg, S. 295, erscheinen die beiden Personen als Männer; in Smolars späterer Schrift sind sie dagegen als Frauen nicht nur bezeichnet, sondern auch beschrieben.)

1032 Bei dieser Gelegenheit stellte er fest, daß künftig Transporte nach Osten nur noch in zurückrollenden Güterzügen (»leere Russenzüge/Arbeitertransporte«) erfolgen würden. Ähnlich geschah es kurze Zeit

Daß dieser Besuch in keiner anderen bekannten Quelle oder Zeugenaussage erwähnt wird, muß nicht verwundern. Erstaunlicher ist es schon, daß ein weiterer Besuch Himmlers in Minsk kaum Spuren hinterließ, der sich, von Mogilew kommend, am Mittag des 10. März 1942 mit Kube und Zenner traf.¹⁰³³ Über die Gesprächsthemen kann nur spekuliert werden; jedenfalls traf Himmler direkt vor und direkt nach dem Weißrußlandbesuch mit Hitler zusammen, mag mit diesem die Reise also auch besprochen haben. Insbesondere ist unbekannt, ob der im Grunde feige und mit großer Angst vor Himmler erfüllte Kube¹⁰³⁴ nochmals eine Beschwerde über den Ablauf des Massakers vorbrachte, das gerade erst eine Woche vorbei war. Wenn Eichmann tatsächlich eine Woche früher in Minsk war, könnte Himmlers Zwischenstopp auch der notwendigen offiziellen Ankündigung neuer Judentransporte gedient haben.

Die Beschleunigung der Vernichtung

Es war vermutlich im April 1942, als auch Heydrich nach Minsk flog, wie Zenner, Strauch und Heuser bezeugt haben. Die Datierung¹⁰³⁵ ergibt sich nicht allein aus Heusers Angaben, sondern auch aus zwei anderen Tatsachen; nämlich daß Heydrich versuchte, Kubes Beschwerden über die Deportation deutscher Juden nach Minsk, von der man nach Kube einzelne hätte ausnehmen müssen, mit seinem schroffen Antwortschreiben vom 21. März vor seinem Besuch auszuräumen,¹⁰³⁶ und daß als Folge seines Kommens im April oder Mai 1942 Maly Trostinez als neue Vernichtungsstätte ausgebaut wurde (vgl. Kap. 7.6). Heydrich kündigte in Minsk neue Transporte aus dem Reich an und erklärte, daß nunmehr auch die aus dem Reich kommenden Juden ermordet werden sollten. Offenbar verlieh er ferner den bereits vorhandenen Planungen für ein neues großes Mordprogramm gegen die weißrussischen Juden durch neue Richtlinien einen Schub. Nach Heuser hat das RSHA im GK Weißruthenien jedoch nie eine lokale oder regionale Judenvernichtungsaktion direkt angeordnet.¹⁰³⁷ Als im Juli 1942 10 000 Juden in Minsk ermordet wurden, erklärten

später auch, als die Juden auf dem Weg nach Minsk in Wolkowysk in Güterwagen umsteigen mußten. Abgedruckt in: Longerich, Ermordung, S. 169, vgl. S. 756 mit Anm. 7/1374 dieser Arbeit.

1033 Terminkalender Himmler v. 10. 3. 1942 (vgl. zum 8. 3.), Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 283 und 285, und Terminkalender Grothmann v. 10. 3. 1942, BA NS 19/3959. Nur flüchtig erwähnt in Eckman/Lazar, S. 117; siehe auch Vern. T. F. v. 29. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1503.

1034 Hierzu Bachs Aussagen in: Aufbau (New York) v. 6. 9. 1946.

1035 Heydrichs Besuch fand vermutlich in den ersten Apriltagen statt. Am 31. 3. 1942 kündigte er in Kiew an, nach Smolensk und anschließend in Hitlers Hauptquartier weiterzureisen. Dabei dürfte er in Minsk Station gemacht haben. Vgl. Abwehrtrupp II, AOK 6, Aktennotiz v. 31. 3. 1942, in: Klein (Hg.), S. 408-410.

1036 Es endete mit den Worten: »Ich bedauere, sechseinhalb Jahre nach Erlaß der Nürnberger Gesetze noch eine solche Rechtfertigung schreiben zu müssen.« Zitiert nach: Strauch an Bach-Zelewski v. 25. 7. 1943 (Heiber 1956, S. 86). Heydrich hatte eine Liste der umstrittenen Fälle, die Kube erstellt hatte, vom stellvertretenden Ostminister Meyer erhalten.

1037 Damit belastete sich Heuser mittelbar selbst. Vgl. Vern. Carl Zenner v. 3. 11. 1947, Fall 9, VDB Strauch I, Bl. 9f., BA F 72910 (hiernach wenige Wochen vor Heydrichs Tod); Vern. ders. v. 9. 4. 1958, LHA Koblenz 584,1, Nr. 3552, Bl. 90; ders. v. 23. 2. 1960, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 1640; Vern. Eduard Strauch v. 19. 1. 1948, Fall 9, Protokoll Bl. 5359, BA F 56832; Vern. Georg Heuser v. 18. 3. 1969, StA Mainz 3 Ks 1/67, Protokolle B, Bd. I (Hauptverhandlung), Bl. 176-179; Vern. ders. v. 12. 11. 1965, ebd., Bd. 14, Bl. 2009f.; Vern. ders. v. 1. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4291-4293. Zu Heydrichs Besuch be-

Wehrmachtangehörige: »Es sei ein Befehl aus Berlin da, alle arbeitsunfähigen Juden müßten vernichtet werden«. ¹⁰³⁸ Noch Jahrzehnte später erinnerten sich Soldaten an dieses Massaker als an die »Heydrichaktion«. ¹⁰³⁹

Strauch und Zenner behaupteten gegenüber den Strafverfolgungsbehörden absurderweise, sie hätten Heydrich seinen Plan der Vernichtung der weißrussischen Juden ausgedet. In Wirklichkeit begann die Ermordung des größten Teils der Übriggebliebenen im GK Weißruthenien nur wenig später. Am 11. Mai 1942 verlangte der KdS von den Gendarmerie-Posten im ganzen GK Weißruthenien Informationen über Zahl und Stärke aller noch existierenden jüdischen Gemeinden unter dem Stichwort »Auslese von jüdischen Facharbeitern« und verwies auf die große »Eilbedürftigkeit der Angelegenheit«. Der Kommandeur der Gendarmerie, Oberst d. G. Diermann, wies seine Untergebenen an, dem KdS zur Beschleunigung direkt zu antworten. ¹⁰⁴⁰ Die zeitliche Parallele mit dem besetzten Polen fällt ins Auge. Dort hatte die Hauptabteilung Arbeit des Generalgouvernements am 9. Mai die Registrierung aller jüdischen Zwangsarbeiter angeordnet. ¹⁰⁴¹ Das ist ein weiterer Hinweis auf eine überregionale Koordination bei der Ausweitung des Mordes an den Juden.

Diermanns Eile ist nicht erstaunlich: Während im April nur vereinzelt Massaker verübt worden waren, von denen einige die Gendarmerie ausgeführt haben dürfte, ¹⁰⁴² lief in jenen Maitagen als Auftakt bereits eine generalstabmäßige Aktion zur Ermordung der meisten Juden im Gebiet Lida. Innerhalb von nur fünf Tagen, zwischen dem 8. und 12. Mai 1942, wurden dort über 16000 Juden erschossen, etwa 7000 ließ man noch am Leben. ¹⁰⁴³ Die Exekutionen wurden meist von Kommandos der KdS-Außenstelle Baranowitschi durchgeführt. Am Nachmittag des 7. Mai fand in Lida eine

reits Reitlinger, *Endlösung*, S. 254, Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 v. 21. 5. 1963 (Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 192 f.) und Kárný 1988, S. 85. Die Deutung bei Fleming, S. 129–131, überzeugt nicht. Warum hätte Heydrich seinem Brief vom 21. 3. 1942 an Kube, den er bereits für Zeitverschwendung hielt, noch ein persönliches Treffen zu diesem Thema hinzufügen sollen?

¹⁰³⁸ Rosenberg, S. 46.

¹⁰³⁹ Vern. M. L. v. 11. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2299.

¹⁰⁴⁰ KdS Weißruthenien, Tgb.Nr. IIB-46/42, Betr.: Auslese jüdischer Facharbeiter v. 11. 5. 1942 an KdG (Durchschlag einer Abschrift) und Anschreiben des KdG v. 15. 5. 1942, ZStA Minsk 389–1–3, Bl. 66.

¹⁰⁴¹ Pohl 1993, S. 120. Auch hier hatte die Räumung der Landghettos einige Tage früher (am 5. 5.) begonnen.

¹⁰⁴² In Dolginowo (Gebiet Wilejka) wurden am 1. 4. 800 und zwischen 27. und 29. 4. 1200 jüdische Menschen ermordet (Zusammenfassung von S. Kacerginski (Hg.), Churban Wilne (Das Sterben von Wilna), New York 1947), BA D-H ZM 1641, A. 23, Bl. 9 f.), in Krzywiec am 28. 4. eine unbekannte Zahl (Tätigkeitsbericht SS-Unterscharführer Lipps, KdS-ASt Wilejka, v. 27. 5. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 238), in Djatlowo (Gebiet Slonim) am 30. 4. 1200 (Enzyklopädie des Holocaust, S. 354 f.) und in Minsk mindestens 500 jüdische Menschen am 3., 15. und 23. 4. (Grossman/Ehrenburg, S. 251 f.). Über weitere »Aktionen« in Minsk zwischen Februar und Mai 1942 Smolar, S. 85–87 und 90. – Der KdS Minsk meldete, seine Angehörigen hätten im April 1894 Juden ermordet. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 10 v. 3. 7. 1942, Anlage 10, ZStL UdSSR Bd. 401, Bl. 412.

¹⁰⁴³ Die Zahl der Opfer ergibt sich aus den im folgenden angeführten, vorliegenden Exhumierungsergebnissen und wird auch in verschiedenen Quellen übereinstimmend genannt. Vgl. Kube an Lohse, Betr.: Partisanenbekämpfung und Judenaktion im Generalbezirk Weißruthenien v. 31. 7. 1942, als Faksimile abgedruckt in: Weinreich, S. 188–190; ferner in: IMT, Bd. 32, S. 279–282; Klee/Dresen/Rief, S. 169–171. Zur Vernichtungsaktion im Gebiet Lida Urteil LG Mainz 3 Ks 1/67 v. 17. 7. 1969 gegen Windisch, S. 27–35; Referat des GebK Hanweg v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 72: »Das Gebiet Lida hatte eine Zahl von 20000 Juden. Sie wurden in einer einmaligen Aktion von fünf Tagen im Mai vorigen Jahres bis auf einen Rest von 4500 erledigt.« Siehe auch Romanowski u. a., S. 216.

Besprechung zwischen ihrem Leiter Grünzfelder und der Führung des gastgebenden Gebietskommissariats statt. In der Nacht zum 8. Mai ließ der stellvertretende Gebietskommissar Windisch¹⁰⁴⁴ den Judenrat eine aktuelle Liste der arbeitsfähigen Juden zusammenstellen und Massengräber ausheben. Alle Ghettos im Gebiet wurden am folgenden 8. Mai umstellt, in Lida mindestens 5670 Juden am gleichen Tag erschossen; Windisch und andere Angestellte der Zivilverwaltung selektierten. Ein Landesschützenbataillon der Wehrmacht führte die jüdischen Kolonnen zur Hinrichtungsstätte.¹⁰⁴⁵ In Zheludok, wo der polnische Bürgermeister am 7. Mai auf Befehl des Gebietskommissariats Gruben ausheben ließ, wurden am 9. Mai vormittags 1400 bis 2000 Juden erschossen, kaum mehr als 80 zur Arbeit ausgesondert.¹⁰⁴⁶ Am Nachmittag vernichtete die Sicherheitspolizei in Schtschutschin 2060 Juden, das Ghetto blieb hier aber bestehen.¹⁰⁴⁷ In Wassilischki erschoss sie am 10. Mai 2159 Juden und verschonte 200 – Beamte der Zivilverwaltung trieben die Menschen mit Lederpeitschen zum Exekutionsplatz –, in Radun brachte die Sicherheitspolizei 1000 bis 1500 um, 300 flohen, 600 blieben am Leben. In Woronowo wurden am 11. Mai 1834 jüdische Menschen getötet (200 bis 800 am Leben gelassen),¹⁰⁴⁸ in Iwje am 12. Mai 2304. Ob noch andere Orte betroffen waren oder ob ihre Einwohner nicht bereits in den genannten Städtchen konzentriert waren, ist unklar.¹⁰⁴⁹ Angehörige des Gebietskommissariats fuhren mit dem Sipo-Kommando herum und sonderten jeweils die noch als nützlich betrachteten Arbeitskräfte aus, allen voran Windisch. Sie entschieden allerdings weniger nach den Arbeitsausweisen als nach Augenschein und nach vorher festgelegten zahlenmäßigen Quoten für Überlebende. Das KdS-Kommando hatte damit so gut wie nichts zu tun.¹⁰⁵⁰ Es nannte sich im übrigen selbst »Mordkom-

1044 Leopold Windisch (* 1913) war Stabsleiter, zuständig für Volkstumsarbeit, Verwaltung und Ernährung der Juden, später für die jüdischen Werkstätten. Vgl. seine Vern. v. 17. 10. 1962, Akte Landesgericht Wien, Bl. 51–62.

1045 Wilna-Lyda und zurück. Bericht des Jutan Secherja v. 5. 6. 1942, Bd. 20, Bl. 2161–2171 (gibt 6100 Opfer und Geflohene an); Vern. C. G. K. v. 9. 7. 1968, ebd., Dok.Bd. 2, Bl. 6–9; H. K. v. 30. 3. 1965, Bl. 1493; Vern. G. A. R. v. 18. 9. 1962, Bl. 92; Protokoll der Untersuchungskommission der Stadt Lida v. 17. 8. 1944, Bl. 5261.

1046 Vern. I. M. L. (Schutzmann) v. 9. 7. 1969 und Ortsbegehung (Besichtigung des Gedenksteins) v. 5. 6. 1969, StA Mainz 3 Ks 1/67, Dok.Bd. 2, Bl. 61f. und 74–77; Vern. I. Z. v. 7. 9. 1959 (Zeugin, deren Tagebuch erhalten war), StA München I 113 Ks 1/65a-b, Akte ZSt gg. Amelung, Bl. 58–63.

1047 Vern. N. G. S. v. 19. 2. 1968, StA Mainz 3 Ks 1/67, Dok.Bd. 11, Bl. 19–21; K. J. M. v. 6. 2. 1968, Bl. 50–53; Vern. W. J. S. v. 7. 2. 1968, Bl. 92–96; Ortsbegehung Massengrab Schtschutschin v. 5. 6. 1969, Dok.Bd. 2, Bl. 79–82.

1048 Ortsbegehung Massengrab Woronowo v. 3. 6. 1969, ebd., Bl. 63f. Zeugen sprachen von 1300 bis 3000 Opfern. Vern. J. A. D. und D. C. L. (überlebende Juden) v. 10. 7. 1968, ebd., Bl. 22–27; Vern. F. A. L. (Gendarm) v. 24. 9. 1964, Bd. 5, Bl. 794–802. – Wassilischki: Vern. W. J. J. (beschuldigter Schutzmann) v. 22. 12. 1955, J. A. W., K. M. M. und L. A. N. v. 5. 3. 1968, Dok.Bd. 11, Bl. 43ff., 71ff., 78ff.; Protokoll der Bezirkskommission Wassilischki v. 27. 4. 1945, Bd. 36, Bl. 5250; Peitschen: vgl. Lebenslauf des später desertierten Soldaten Stefan Harder vom Mai 1943 in: Haase, S. 116f. – Radun: Vern. M. D. v. 15. 9. 1963, Bd. 3, Bl. 526 und Zusammenfassung von S. Kaczerginski (Hg.), Churban Wilne (Das Sterben von Wilna), New York 1947, BA D-H ZM 1641, A. 23, Bl. 7f. (ebenfalls zu Woronowo).

1049 Iwje: Protokoll der Untersuchungskommission der Stadt Iwje v. 3. 4. 1945, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 1671–1674; Ortsbegehung v. 4. 6. 1969, Dok.Bd. 2, Bl. 68f.; Vern. I. G. v. 2. 4. 1965, Bl. 1506; Vern. Dr. I. K. v. 16. 6. 1965, Bl. 1787. Sonstige: Eidesstattl. Erkl. M. B. v. 3. 12. 1947, Akte Landesgericht Wien, Bl. 7, der noch elf weitere Orte nannte.

1050 Urteil Windisch, a.a.O., S. 27ff., 58, 61–64 (»Es hat sich jeder zunächst »seine« Juden herausgeholt«, Bl. 63); Vern. J. D. v. 17. 12. 1962, Akte Landesgericht Wien, Bl. 36 (Windisch fragte jeden nach seiner Arbeits-

mando«; trotzdem erlitt einer seiner Angehörigen bei dem Massaker in Radun einen Nervenzusammenbruch und mußte schreiend weggeführt werden.¹⁰⁵¹ Einheimische Stadtbewohner wurden gezwungen, die Gruben auszuheben und zuzuschütten. In Lida waren dies nicht weniger als 500 Bauern mit Fuhrwerken. Weißrussische Polizei (Schutzmannschaft) wurde zur Abspernung eingesetzt, und in Schtschutschin schoß zum Beispiel die örtliche Gendarmerie mit.¹⁰⁵² Im Lidaer Ghetto überlebten 1500 bis 2000 Menschen, weitere etwa 2500 bis 3500 wurden aus den aufgelösten Ghettos dorthin umgesiedelt; in Schtschutschin sollen es 500 Überlebende und 2000 Zwangs-umgesiedelte gewesen sein.¹⁰⁵³

Vernichtungsaktionen nach diesem Muster fanden in den folgenden Wochen in allen Gebieten des GK Weißruthenien statt.¹⁰⁵⁴ Nach Aussage des damaligen Minsker Gestapoleiters Heuser war das auf das Ergebnis der Wannsee-Konferenz und Heydrichs Besuch im April 1942 zurückzuführen, obwohl es auch danach keinen »Rahmenplan über die praktische Vernichtung der in Weißruthenien lebenden Juden« gegeben habe. Das Ziel der Zivilverwaltung und der Sicherheitspolizei war es, die arbeitsunfähigen Juden und die nicht benötigten jüdischen Arbeitskräfte zu ermorden. Hierzu gab es Vorbesprechungen zwischen Strauch, Kube und dessen Abteilungsleiter Ernährung und Landwirtschaft, Freitag. Heuser führte bei seiner Vernehmung 1966 aus:

»So spielte z.B. in Minsk die Frage der Ernährung der im Getto lebenden Juden eine erhebliche Rolle. Die Ernährungsfrage wurde auch zu einem Faktor beim Abwägen, ob Teilaktionen durchgeführt werden sollten. Die Zivilverwaltung war für die Ernährung der Juden zuständig und verantwortlich. Sie hat daher selbst ein Interesse daran gehabt, die Zahl der Juden so klein wie möglich zu halten.«¹⁰⁵⁵

Ausführendes Organ war dabei meist die KdS-Außenstelle in Baranowitschi, außer in Lida in den Gebieten Baranowitschi, Nowogrodek, Slonim und Hansewitschi, obwohl deren Chef, SS-Obersturmführer Grünzfelder, am 9. Juni 1942 von Partisanen getötet wurde und durch den SS-Untersturmführer Waldemar Amelung ersetzt werden mußte. Dieser war aber ein nicht weniger zielstrebiges Mörder.¹⁰⁵⁶

Zunächst waren die Protagonisten andere. Im Gebiet Glebokie ermordete der Trupp Lepel des EK 9 unter SS-Hauptsturmführer Heinz Tangermann, der eigentlich im Militärverwaltungsgebiet stationiert war, zwischen dem 29. Mai und 20. Juni in neun Kleinstädten mindestens 12 000 Juden. Darüber liegt ein detaillierter Bericht des

stelle); Geständnis Leopold Windisch v. 17. 10. 1962, ebd., Bl. 60; H. K. v. 30. 3., M. G. v. 8. 4. und M. G. v. 12. 4. 1965, Bd. 11, Bl. 1506, 1536 und 1556f. (Woronowo, Lida und Iwje). In Lida wurde die Selektion abgebrochen, nachdem Windisch gerufen hatte »die Quote ist voll« (Urteil, Bl. 32f., vgl. Bl. 67).

1051 Lebenslauf Stefan Harder (Mai 1943), in: Haase, S. 117.

1052 Vgl. v. a. Vern. K. J. M. v. 6. 2. 1968, ebd., Dok.Bd. 11, Bl. 50–53; Untersuchungsprotokoll Stadt Lida v. 17. 8. 1944, Bd. 36, Bl. 5262.

1053 Vern. G. A. R. v. 18. 9. 1962 (Dolmetscher beim Gebietskommissariat), Bd. 1, Bl. 94; E. Z. A. v. 31. 1. 1963, Bd. 2, Bl. 299f., und D. G. (jüdische Überlebende), Bd. 3, Bl. 616; Vern. G. S. v. 4. 4. 1963, Bd. 2, Bl. 409f.; Churban Wilne (Zusammenfassung), BA D-H ZM 1641, A. 23, Bl. 7f.

1054 Bis auf Minsk-Land und Borissow, wo es schon keine Juden mehr gab.

1055 Vern. Georg Heuser v. 14. 2. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 6862f. und 6866. Zu den Absprachen auch Gutachten Scheffler ebd., Bl. 10239ff.

1056 Vgl. StA München I 113 Ks 1/65a-b, Anklageschrift v. 2. 4. 1964, S. 22f., und Matthäus 1995, S. 266; zu Amelung Vern. Georg Heuser v. 18. 3. 1969, StA Mainz 3 Ks 1/67, Protokolle B Bd. I, Bl. 176.

Gebietskommissars vor.¹⁰⁵⁷ Er kann durch andere Quellen, Zeugenangaben und Ermittlungsergebnisse ergänzt werden, die Informationen über mindestens zwei weitere Massaker enthalten. Die jüdischen Überlebenden gaben die Zahl der Todesopfer teilweise erheblich höher an.¹⁰⁵⁸ Entgegen früheren Annahmen – sie beruhten darauf, daß Kube von einem »Übergriff des Rückwärtigen Heeresgebietes« gesprochen hatte¹⁰⁵⁹ –, belegen die neuen Quellen, daß es sich hierbei nicht um eine Wehrmachtaktion handelte. Statt dessen bediente sich das Sipo-Kommando Tangermanns der Hilfe der Gendarmerie Glebokie, der örtlichen Schutzmannschaften und von Kräften entweder der Gendarmerie oder der KdS-Außenstelle Wilejka.¹⁰⁶⁰ Auch die Annahme eines militärischen Auftraggebers (eventuell sogar v. Schenckendorff selbst)

1057 GebK Glebokie, IIa He./Gö. v. 1. 7. 1942 an GK Weißruthenien (Durchschrift für HK Minsk), ZStA Minsk 370-I-483, Bl. 15. Vgl. Matthäus 1995, S. 262f., und Heer 1994, S. 27. Nach dem Bericht wurden erschossen und verbrannt: am 29. 5. in Dokschiy 2653 Juden, am 1. 6. in Luzki 528 und in Plissa 419, am 2. 6. in Miory 779, am 3. 6. in Braslaw 2000 Juden, in Dzisna 2181, in Druja 1318, in Glebokie 2200 und in Schtscharkowschtschisna eine unbekannte Zahl von Juden.

1058 Danach war die Aktion in Druja am 17. 6., die in Dzisna am 16. 6., die in Schtscharkowschtschisna (700 Juden ermordet, 500 deportiert nach Glebokie, 1000 geflohen) am 18. und die in Glebokie am 20. 6. 1942. Am 19. 6. war eine weitere Aktion in Braslaw und im Juli – wiederum durch das EK 9 – noch eine in einem kleinen Ort nördlich Glebokie. Vgl. Heinz Tangermann, SS-Untersturmführer, Bericht, Betr.: Bandenkampfzeichen v. 30. 3. 1944, BA D-H ZM 635, A.1, Bl. 73–76 (Fragment; vollständiges Original in AGK, KdS Lublin Sign. 185/63, Bl. 51–53; für die Kopie danke ich Ray Brandon); StA Hamburg, undatierter Vermerk über das bisherige Ermittlungsergebnis 141 Js 533/60 in StA Hannover 2 Js 388/65, lose, Bl. 30–45; Auswertung der Literatur über Orte des Gebietskommissariats Glebokie, ebd., Bd. 1, Bl. 45–47; Michal und Zwi Rajak (Hg.), Das Leben und der Untergang von jüdischen Städtchen in Weissrussland und Litauen, Buenos Aires 1956 (auszugsweise Übersetzung), ebd., Bl. 98–105; ZSt Dortmund 45 Js 3/61, Verfügung v. 23. 6. 1965, ebd., Bd. 9, Bl. 1689–1705; S. Kazerginski (Hg.), Das Sterben von Wilna (auszugsweise Übersetzung), BA D-H ZM 1641, A. 23, Bl. 13.

1059 Kube an Lohse v. 31. 7. 1942 (Klee/Dreßen/Rieß, S. 169).

1060 Das zeigt die Schilderung Tangermanns in seinem Bericht v. 30. 3. 1944, der nur verletzte Gendarmen und Schutz Männer – aber keine Wehrmachtangehörigen – erwähnt, besonders aber die Passage über die Juliaktion 1942: sie »wurde ebenfalls mit Kräften des Teilkdo. Lepel [des EK 9] und der Gendarmerie Gleboki [...] unternommen«, also wie die zuvor geschilderten Morde in Braslaw, Druja, Drissa usw. (BA D-H ZM 635, A. 1, Bl. 74, Hervorhebung C. G.). Auch der Bericht des GebK Glebokie v. 1. 7. 1942 legt die ausgeführte Interpretation nahe: »Er [Tangermann] hatte den Auftrag, die Grenze des rückwärtigen Heeresgebietes zu dem von der Zivilverwaltung übernommenen Gebiete von Juden zu säubern« (ZStA Minsk 370-I-483, Bl. 15). Siehe dagegen Heer 1994, S. 27: »Die Wehrmacht bediente sich dabei eines SD-Emissärs, der die Zivilverwaltung davon in Kenntnis setzte, daß geplant sei, »die Grenze des Rückwärtigen Heeresgebietes zu dem von der Zivilverwaltung übernommenen Gebiete von Juden zu säubern«« (Hervorhebungen C. G.). Ferner schrieb jedoch der GebK (a.a.O.): »Nach einer Unterbrechung von 8 oder 9 Tagen erschien der SD. Lebel [sic] zum zweiten Male verstärkt durch die Gendarmerie Wilejka zur Liquidation weiterer im Ostteil unseres Gebietes gelegener Ghettos. [...] [In Druja] wurden SD. und Polizei aus dem Ghetto heraus beschossen.« Wie der Verf. deutet dies Matthäus 1995, S. 262f. Die aktive Beteiligung der Gendarmerie, die auch Exekutionskommandos stellten, wie letzterer vermutet, bestätigen die genannten Gedenkbücher und Ermittlungen. – Der von Heer angeführte Gewährsmann Heuser war kein Augenzeuge und schlecht informiert. Er schrieb die Morde im GebK Glebokie 1942 tatsächlich in mehreren Nachkriegsaussagen Wehrmachteinheiten zu – mindestens einmal aber auch dem KdS Riga. Vgl. Undatierter Vermerk StA Hamburg 141 Js 533/60 in StA Hannover 2 Js 388/65, lose, Bl. 45; ferner verworrene Angaben in Heusers Niederschrift StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 3221. – Der starke Anstieg der Tötungsziffern des EK 9 zwischen 28. 2. und 31. 8. 1942 von 23 509 auf 39 297 dürfte in erster Linie auf die Aktionen im Gebiet Glebokie zurückzuführen sein. Sonst wäre er kaum zu erklären. Vgl. EGR B, Tätigkeits- und Lageberichte v. 1. 3. und 31. 8. 1942, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 166, und BA F 40168, Bl. 326.

ist Spekulation und in diesem Fall wahrscheinlich unzutreffend.¹⁰⁶¹ Im übrigen geht aus den genannten Quellen und Berichten hervor, daß auch im Gebiet Glebokie das Teilkommando des EK 9 mit dem Gebietskommissariat zusammenarbeitete, das wichtige Arbeitskräfte durch Selektionen von der Vernichtung ausnahm – so das Ghetto 1 in Glebokie mit 2200 Insassen –, die später in der Gebietshauptstadt konzentriert wurden. Noch ein zweiter Umstand wird deutlich: Ein wachsender Teil der Juden wehrte sich, größere Gruppen flohen, und in Dzisna und Druja kamen die Deutschen nicht anders zum Ziel, als die Ghettos mit ihren Einwohnern zu verbrennen.¹⁰⁶²

Der »Übergriff« des EK 9 erklärt sich wohl daraus, daß die Kräfte der im Aufbau befindlichen KdS-Außenstelle Wilejka trotz Zuhilfenahme von Gendarmerie und Schutzmannschaften für die Judenvernichtung sowohl im Gebiet Wilejka als auch in Glebokie nicht ausreichten. Es waren die beiden flächenmäßig größten Gebiete des GK Weißruthenien. Die Tötungen im Gebiet Wilejka zogen sich von März bis September 1942 hin. Mindestens 11000 Juden wurden dabei ermordet.¹⁰⁶³ Charakteristisch für dieses Gebiet war der hohe Bedarf an Bauarbeitern und Versorgungskräften, da es von den Straßen- und Eisenbahnverbindungen Warschau-Polozk und Wilna-Minsk durchzogen wurde. Deshalb fand die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in vielen Orten in zwei oder drei Abschnitten statt (Wilejka, Dolginowo, Woloshin, Ilja).

1061 Kube meinte »Übergriff des Rückwärtigen Heeresgebietes« vermutlich im Sinn von »Übergriff einer Dienststelle aus dem rückwärtigen Heeresgebiet« (damals gängiger Sprachgebrauch), den er als Eingriff in seine Hoheitsgewalt ebenfalls nicht dulden konnte. Nach einem von Heer angeführten Vermerk auf einem nicht spezifizierten und datierten Bericht aus der Behörde des GK Weißruthenien könnte es auch sein, daß man im Generalkommissariat irrtümlich davon ausging, Wehrmachteinheiten töteten Juden im Zivilverwaltungsgebiet (»Erschießung von Juden durch Wehrmacht«). Vgl. Heer 1997, S. 101, Anm. 102. Jedoch gibt es hierüber weder eine einzige Zeugenaussage, noch ist eine beteiligte Einheit bekannt. Sollten Wehrmachteinheiten aus dem rückwärtigen Heeresgebiet beteiligt gewesen sein, so kann angesichts des skizzierten überwiegenden Tatbeitrags des EK 9 derjenige solcher Einheiten allenfalls gering gewesen sein. Die von Heer (1994, S. 27) hergestellte Verbindung zu v. Schenkendorffs Dienstbesprechung mit den Divisionskommandeuren am 12. 6. 1942 (»Judenfrage im Grossen«) ist konstruiert, da dieser sich dort auf Beschwerden der EGr B bezog, im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte würden noch Juden beschäftigt, d. h. die Initiative ging von Sipo und SD aus und wurde vom Berück im wesentlichen lediglich unterstützt. Vgl. Anm. 7/999.

1062 Abgesehen davon hatte die Vernichtungsaktion mit Partisanenbekämpfung jedoch nichts zu tun. Angaben wie Anm. 7/1058–1060 sowie Vern. der überlebenden jüdischen Zeugen R. M. v. 18. 11. 1964, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 2708–2711, R. S. v. 20. 7. 1961 und C. S. v. 7. 8. 1961, Bl. 401–405 und 412–415. Dagegen Heer 1994, S. 27. – Nach dem Bericht des GebK Glebokie v. 1. 7. 1942 (wie vorletzte Anm.) blieben 2200 Juden in Glebokie, 979 in Dunilowitschi, 848 in Postawy und 300 in Opsa am Leben. Möglicherweise waren diese Angaben nicht vollständig und zu niedrig. Laut Chiari 1998, S. 248, übernahm in Druja die weißrussische Polizei die Erschießung der Juden.

1063 5000 bei den schon angegebenen Massakern im März und April, 300 Anfang Mai in Wilejka, 2000 (fast alle; nach anderen Berichten 900) am 10. 5. in Woloshin, kurze Zeit später 1000 in Ilja, 1000 in Dolginowo am 20./21. 5., später zu unbekannter Zeit 1500 in Wischnew, am 29. 8. 500 in Woloshin, am 9. 9. eine unbekannte Zahl in Kurzeniec. Vgl. SS-Unterscharführer Lipps, Aussenstelle Wilejka, Bericht v. 27. 5. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 247f.; Eigenhändige Angaben des Kriegsgefangenen Franz Karl Hess v. 19. 7. 1945, BA D-H ZR 810, A. 23, Bl. 1–12 (Angehöriger KdS-ASt Wilejka; falsche Zeitangaben, nannte die Zahl von 13000 1942–1944 durch die KdS-ASt ermordeten Juden); Vern. ders. v. 16. 12. 1945, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 12–20; ebenso im Minsker Kriegsverbrecherprozeß (Januar 1946), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft 6, Bl. 64f., und Zeugen O. J. W. und M. M. J., Bl. 72f.; Enzyklopädie des Holocaust, S. 1612f.; Eckman/Lazar, S. 136; Verfügung ZSt Dortmund v. 23. 6. 1965, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 1689–1702.

In Krasnoje, Radoschkowitschi und Wilejka ließen SS und Polizei auf Intervention des Gebietskommissars bis 1943, teilweise bis 1944 Juden am Leben, und man siedelte außerdem wiederholt jüdische Zwangsarbeiter aus anderen Gebieten dorthin um.¹⁰⁶⁴

Im Gebiet Sluzk, das laut Kube bis zum 31. Juli 1942 »um mehrere tausend Juden erleichtert worden« war, sind bei weitem nicht alle Massentötungen nachweisbar, die es gegeben haben muß. Im März beziehungsweise am 1. April 1942 wurden das »auswärtige Ghetto« in Sluzk vernichtet und 1200 Juden in Kopyl ermordet, im Mai die in Wisna, Ende Juli oder Anfang August diejenigen in Kopyl (nochmals 1000), Timkowitschi und vermutlich auch in Gresk.¹⁰⁶⁵

Der Fall Gerhard Errens im Gebiet Slonim zeigt, welch aktive Rolle die Gebietskommissare beim Mord an den Juden spielten, selbst wenn sie nach außen hin dabei kaum in Erscheinung traten. In diesem Gebiet wurden zwischen Januar und September 1942 rund 14 000 Juden ermordet. Danach war »das flache Land judenfrei und in der Stadt Slonim ein Restbestand von etwa 500 streng einghettisierten Handwerkern und Facharbeitern vorhanden.«¹⁰⁶⁶ Allein in der Stadt Slonim wurden am 29. Juni und auf der folgenden Suche nach versteckten Juden, die bis zum 15. Juli dauerte, etwa 8000 jüdische Bewohner umgebracht, darunter zumindest ein Teil der Juden aus Kossow, die am 28. Juni dorthin getrieben worden waren.¹⁰⁶⁷ Dazu kamen die Opfer

¹⁰⁶⁴ So wurden aus Baranowitschi am 19. 8. 1942 700 jüdische Arbeiter nach Molodetschno oder Krasnoje gebracht, aus Molodetschno z. T. Juden nach Wilejka usw. Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, S. 153f., und Angaben verschiedener Eisenbahn- und OT-Funktionäre in: Auswertung von Entschädigungsakten des LG Stuttgart v. 30. 9. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1208; Vern. W. W. v. 24. 11. 1959, StA München 113 Ks 1/65a-b, Bl. 112-116. – Eine ähnliche Umsiedlung aus dem Gebiet Glebokie ins bereits »judenfreie« Gebiet Borissow, geplant für den 8. 6. 1942, scheiterte wegen der Mordkampagne in Glebokie. GebK Glebokie an GebK Borissow v. 1. 6. 1942 mit Vermerk: »Durch mündliche Rücksprache erledigt am 4. 6. 42«, ZStA Minsk 391-1-39, Bl. 19.

¹⁰⁶⁵ Kube an Lohse v. 31. 7. 1942 (Klee/Dreßen/Rieß, S. 170). Vgl. Ainsztein, S. 90f.; ZO, Nebenstelle Sluzk, v. 5. 8. und HK Minsk an GebK Sluzk v. 7. 8. 1942, ZStA Minsk 370-1-485, Bl. 40f.; Einstellungsverfügung StA Karlsruhe gegen D. v. 16. 6. 1965 in StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 2459; Brief des Sluzker Einwohners Sulkowski und von Manja Temtschin v. 29. 8. und 28. 10. 1944, in: Grossman/Ehrenburg, S. 374, 376; Cholawsky, Soldiers, S. 84, 88. In Kopyl brannte ein Großteil des Ortes ab, und 200 Juden gelang die Flucht. Für Sluzk gibt ein Überlebender auch den Mai 1942 für eine »Aktion« an: Shapiro, S. 227.

¹⁰⁶⁶ Hierzu Lageberichte des GebK Erren v. 25. 1. 1942 und auszugsweise v. 26. 9. 1942 (Anlage zum Schreiben Kube an Lohse v. 8. 10. 1942), StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband D, und Sonderband E, Bl. 54 (Zitat). Im ersten wurde die Zahl der Juden mit 14 461 angegeben. Kube (an Lohse v. 31. 7. 1942) untertrieb mit der Angabe von 8000 Opfern erheblich (Klee/Dreßen/Rieß, S. 169). – Zur Rolle Errens das genannte Verfahren allgemein. Abgesehen von der verbüßten Untersuchungshaft ging er straffrei aus. Das Urteil zu lebenslanger Haft v. 25. 6. 1974 (Bl. 11800-12013) hatte wegen Formfehlern keinen Bestand. Im Januar 1977 wurde das Verfahren wegen angeblicher Verhandlungsunfähigkeit eingestellt (Vermerk v. 19. 1. 1977, Bl. 12191-12195).

¹⁰⁶⁷ Am 19. 8. 1942 wurden weitere 300 bis 400 Juden, die sich zuvor in- und außerhalb des Ghettos versteckt hatten und zurückgekehrt waren, erschossen; ähnlich nochmals am 21. 9. Slonim: Alpert, S. 156-191 und 217-220; StA Hamburg 147 Js 29/67, Anklageschrift v. 27. 12. 1971, S. 295-307; Bericht Dr. N. K., Sonderband K1, Bl. 49-57; Bericht S. S., Sonderband J, Bl. 17-20; Untersuchungsbericht der Rayonkommission Slonim v. 19. 7. 1944, Sonderband N; Beschreibung bereits in der Partisanenzeitung »Roter Stern« v. 17. 2. 1944 nach Mosche Kaganowitsch, Der Anteil der Juden an der Partisanenbewegung Weißrußlands (Inhaltsangabe), ebd., Bd. 3, Bl. 594/R; Enzyklopädie des Holocaust, S. 1321. Kossow: Vern. Dr. N. K. v. 19. 10. 1961, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 5225; andere Orte: A. B. v. 22. 6. 1965, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 6486. Abweichend zu Kossow: Alpert, S. 244. Danach wurden dort am 25. 6. 1200 Juden erschossen, die übrigen am 2. 8. 1942.

in Byten, Deretschin (3000), Holynka, Schirowitschi und Iwazewitschi.¹⁰⁶⁸ Diese Vernichtungsaktion brauchte erheblich mehr Zeit als die erste im Gebiet Lida, weil der Widerstand der über die Ereignisse in der Umgebung informierten Juden stärker wurde. Sie verschanzten und versteckten sich und versuchten auszubrechen. Aus diesem Grund genügten auch nicht mehr die Kräfte der KdS-Außenstelle in Baranowitschi zum Morden, sondern an den Exekutionen beteiligten sich auch der KdS Minsk unter Strauch persönlich, der diesem unterstellte II. Zug der Waffen-SS unter dem SS-Unterscharführer Arlt und die 7. Kompanie des SS-Polizeiregiments 2 neben der üblichen Amtshilfe von Wehrmacht, Gendarmerie und Schutzmannschaften. Auch Beamte des Gebietskommissariats dürften mitgeschossen haben.¹⁰⁶⁹ Ende Dezember 1942 wurden die letzten 500 Juden des Gebiets in der Stadt Slonim erschossen. Erren, der die aktivste Förderung der Berufsausbildung und der organisierten Kollaboration von Jugendlichen im GK Weißruthenien betrieb, war auch der erste im Westteil, der sein Gebiet ›judenfrei‹ machte.¹⁰⁷⁰

Im Gebiet Nowogrodek zogen sich die Massaker an Juden 1942 über Monate hin. Zwischen April und Anfang Juni wurden in Nowogrodek, Djatlowo, Iwenez und einem anderen Ort mindestens 2900 Juden erschossen, vor allem Kinder, am 13. Juni in Lubtscha 1531 Juden, darunter 660 Kinder. Anfang August fand eine Mordwelle mit weiteren mindestens 9000 Opfern ihr Ende.¹⁰⁷¹ Zum Teil führte die Gendarmerie des Gebiets, unterstützt von einer litauischen Einheit und der örtlichen Schutzmannschaft, die Morde ohne Hilfe der Sicherheitspolizei aus. Dem Gebietskommissar unterstellt, war die Gendarmerie eindeutig dessen Werkzeug, und wiederum schossen Angehörige der Zivilverwaltung mit und selektierten.¹⁰⁷² In der Gebietshauptstadt war

¹⁰⁶⁸ Vgl. Vern. Alfred Metzner v. 18. 9. 1947, ebd., Sonderband A, Bl. 29–35, abgedruckt in: Schoenberger (Hg.) 1978, S. 84. Byten (25. 7. 1942?): Ainsztein, S. 130; Anklage Erren, S. 307 (800 Opfer); Vern. E. B. v. 31. 7. 1963, Bl. 3798 (Besatzungssoldat, der 2800 Opfer angab, 250 Personen überlebten). Deretschin (24. 7. 1942): verschiedene Aussagen überlebender Juden und deutscher Zeugen in ebd., Sonderband Deretschin, Bl. 15 f., 20, 24 ff., 92 ff., 206 ff.; Enzyklopädie des Holocaust, S. 322 f. Iwazewitschi: Vern. T. D. v. 2. 8. 1961, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 1738–1741.

¹⁰⁶⁹ Heuser bezeichnete Slonim als einen Vorläufer der späteren sogenannten Randghettoliquidierungen, die dazu dienten, ein Überlaufen der Juden zu den Partisanen aus Ghettos in der Nähe von Partisanengebieten zu verhindern. Vern. Georg Heuser v. 1. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4295. Siehe Anklage Erren StA Hamburg 147 Js 29/67, S. 298 f.; StA Hamburg, Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung v. 31. 3. 1964, Bd. 22, Bl. 4175 (Rolle LSchBtl 915); Vern. Metzner v. 18. 9. 1947 (Schoenberger, S. 84); handschriftliches Geständnis des Adolf Seibert [?] »An das Kommando der Roten Armee« v. 6. 4. 1944, BA D-H ZM 1487, A. 20; Tätigkeitsbericht Gruppe Arlt v. 3. 8. 1942 (Unsere Ehre heißt Treue, S. 252; zu Slonim: »Etwa 4000 Juden wurden an diesem Tage der Erde übergeben«).

¹⁰⁷⁰ Vgl. Anklage Erren, S. 306 f.; Heinz Rudolph, Wirtschaftsaufbau im Generalbezirk Weißruthenien, in: Die Ostwirtschaft 31 (1942), H. 8, BA F 10632, Bl. 622; s. S. 1084 f. in dieser Darstellung.

¹⁰⁷¹ In Djatlowo (poln. Zdzieciol) wurden am 6. 8. 2000 Juden ermordet, während 600 flohen, in Nowogrodek am 7. 8. mindestens 3000, in Worobjewitschi am 8. 8. 635, in Iwenez und Korelitschi zu unbekanntem Zeitpunkt jeweils 1500 Menschen, in Nowojelnja 600, in Dworzec 600. – Vgl. Zwischenbericht Nr. 1 der israelischen Polizei zum Fall Nowogrodek v. 1. 9. 1963, ZStL 202 AR-Z 94/59e, Bl. 329–333; Brief O. N. v. 8. 12. 1967, ebd., Bl. 813–815; Vern. S. G. und M. M. v. 13. 12. bzw. 7. 12. 1960, Bl. 15–42; Erkenntnisse des Verfahrens ZStL II 202 AR-Z 170/67, v. a. Vermerk v. 16. 8. 1967, Bd. 1, Bl. 46–73; Vern. I. K. v. 17. 2. 1968 und Bericht der Untersuchungskommission des Rayons Lubtscha v. 16. 3. 1945 sowie von Worobjewitschi v. 21. 9. 1944, ebd., gelbes Heft; Ainsztein, S. 123; Enzyklopädie des Holocaust, S. 354 f. und 1018 f.; Vern. A. D. v. 31. 1. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 1339f.

¹⁰⁷² Siehe zu vergleichbaren Tötungen durch Kreishauptleute im Generalgouvernement Blank, S. 55f.

dagegen mindestens ein Gaswagen des KdS Minsk eingesetzt.¹⁰⁷³ Die in den kleineren Orten ausgesonderten sogenannten Arbeitsjuden wurden nach Nowogrodek umgesiedelt, aus Djatlowo und Nowojelnja mit ihren Maschinen und Einrichtungen.¹⁰⁷⁴

Im dünn besiedelten Gebiet Hansewitschi waren viele Juden schon im Sommer 1941 durch die SS-Kavallerie-Regimenter und nachfolgende Polizeieinheiten ermordet worden. Die übrigen ungefähr 3000 Menschen waren zum Großteil im Hauptort, in Pogost Zagorodski und in Lenin konzentriert. Im August und September 1942 wurden sie beinahe alle bis auf diejenigen in Hansewitschi erschossen; nur auf deren Überleben legte der Gebietskommissar Willy Müller noch Wert.¹⁰⁷⁵ In Lenin wurden am 14. August 1850 Menschen ermordet, Kinder lebendig begraben. Müller sonderte dort 26 Handwerker mit ihren Familien aus.¹⁰⁷⁶

Im Gebiet Baranowitschi wurden 1942 nach Angaben des Gebietskommissars Werner nicht weniger als 23000 jüdische Bewohner umgebracht. Werner, nach den Worten seines Dolmetschers ein »eifriger Befürworter der Vernichtung der Juden«, führte ständig im Munde, »dass die Juden die Feinde des deutschen Volkes sind und daher in einem deutschen Reich [sic] keine Lebensberechtigung hätten.«¹⁰⁷⁷ In diesem Gebiet sind Aktenbestände der Gendarmerie erhalten. Sie zeigen die aktive Rolle der stationären Ordnungspolizeidienststellen und ihrer einheimischen Helfer, der Schutzmannschaften, beim Mord an den Juden. Diese Dokumente führten international zu zahlreichen Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Angehörige dieser Formationen.¹⁰⁷⁸ Im Juli und August 1942 forderten Judenerschießungen in den Rayonstädten mindestens 7000 Todesopfer.¹⁰⁷⁹ Die Morde in Klezk, Ljachowitschi und Mir begingen Gendarmerie und Schutzmannschaften allein.¹⁰⁸⁰ Den »Auftrag [...], das Gebiet [...] von Juden zu befreien«, erteilte – quellenmäßig nachweisbar – der

1073 Vern. A. D. v. 31. I. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 1341; Untersuchungsberichte Lubtscha und Worobjewitschi sowie Vern. S. G. und M. M., wie vorletzte Anm.

1074 KTB Rükdo Minsk für 5.–11. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 896 (weiter zum Mord an den Juden im Gebiet Bl. 897–901, Eintragungen zwischen 19. 7. und 26. 9.); Vern. M. M., wie drittletzte Anm.

1075 Dies zeigte sich, als der Anführer des Tötungskommandos der KdS-Außenstelle Baranowitschi, Rennendorfer, bei Müller anfragte. Siehe Vern. Alfred Rennendorfer v. 30. 4. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 1676f.; ders. v. 8. 8. 1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 7453–7456; Vern. Rifka Josselewska v. 8. 5. 1961, in: Lenhard, S. 195–198; Ainsztein, S. 129. Zur starken Position Müllers auch Vern. Georg Heuser v. 14. 2. 1966, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 6865.

1076 Schulman, S. 82–93.

1077 Vern. B. M. v. 26. 6. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 2037. Vgl. GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 114 und 134: »Das Judenproblem konnte bis Ende 1942 einer Bereinigung und endgültigen Lösung zugeführt werden. [...] Ein besonderer Schwerpunkt war zu überwinden, als im Laufe des Jahres 1942 rund 23000 jüdische Arbeitskräfte umgesiedelt wurden [...]«. Jedoch lebten Anfang 1943 in diesem Gebiet noch einige hundert Juden in Arbeitslagern.

1078 In den USA, Kanada, England, Australien und in Weißrußland selbst.

1079 15.–18. 7. 1942 3300 in Moltschad, am 18. 7. eine unbekannte Zahl in Gorodeja, am 20. oder 22. 7. über 1000 in Klezk und am 22. 7. 600 in Neswish, in Ljachowitschi und in Goroditschitschi im Juli eine unbekannte Zahl, am 13. 8. 500 in Turotsch, am 15. 8. 625 in Mir. Akt der Rayonkommission Goroditschitschi v. 23. 4. 1945, ZSt Dortmund 45 Js 11/62, Bd. 24, Bl. 3; Ainsztein, S. 86f.; Vern. W. K. v. 2. 3. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 1396; Vern. N. O. Z. v. 14. 4. 1945, ZStL UdSSR Bd. 422, Übersetzung zu Bl. 640–645; Matthäus 1995, S. 254f. und 273, Anm. 36; ZStL II 202 AR-Z 16/67, Abschlusssvermerk v. 19. 7. 1967 in ZStL II 202 AR-Z 337/67, Bl. 830ff.

1080 Zu ihrer Rolle bei der Judenvernichtung am Beispiel des Gebiets Baranowitschi Matthäus 1995; allgemein Dean 1995 und Matthäus, »Ordinary Men«.

Gebietskommissar dem Gendarmerie-Gebietsführer, der ihn an die einzelnen Gendarmerieposten weitergab – zumindest im Fall Mir per Telefon.¹⁰⁸¹ In Neswisch und Mir kam es zu Aufständen der Ghettobewohner. Mehrere hundert Menschen konnten fliehen.¹⁰⁸² Im September und Oktober gab es 2000 Opfer in Gorodischtschi, Polonka und Stolbzy (Stolpce), das im folgenden als Beispiel dienen soll.

Am 23. September erschoss ein Kommando des KdS Minsk in Stolbzy 750 Juden (»Im grossen und ganzen waren es Juden, die nicht mehr voll arbeitsfähig waren«). 1600 blieben übrig: 450 wurden von einem Vertreter der KdS-Außenstelle Baranowitschi auf Arbeitskommandos geschickt, 850 versteckten sich im Ghetto, viele flohen. Zwischen dem 24. September und 1. Oktober wurden insgesamt 488 Juden, nämlich »am 24. 9. 131, am 25. 9. 103, am 26. 9. 71, am 27. 9. 32, am 28. 9. 36, am 29. 9. 38, am 30. 9. 64, und am 1. 10. 13 Juden eingebracht, welche abends mittels L.K.W. zur Exekutionsstätte gebracht wurden und dort unter meiner Aufsicht erschossen wurden«, wie der Gendarmeriepostenführer Willi Schultz schrieb. So hat man sich jede der geschilderten »Aktionen« vorzustellen: Tage-, oft wochenlang suchten vor allem die stationären Polizeikräfte (denn das war keine Aufgabe für die mobilen Tötungskommandos) nach versteckten oder geflohenen Juden. – Nach dem 2. Oktober durften die Juden ins Ghetto Stolbzy zurückkehren, aber »ihre Zahl stieg binnen kurzem auf 560. Also sah ich mich gezwungen, eine abermalige Aktion stattfinden zu lassen [...] am 11. 10. [...], wobei 350 Juden erschossen wurden.« Dabei ließ sich Schultz von einem der Wehrmacht unterstellten lettischen Kommando unterstützen. 210 Juden ließ Schultz als Arbeitskräfte für Zentralhandelsgesellschaft Ost, Luftwaffe und eine Baufirma am Leben. So weit gingen die Entscheidungsbefugnisse eines Hauptwachtmeisters der Schutzpolizei.¹⁰⁸³

Auf einer ganz anderen Ebene wurde über die Judenvernichtung in der Stadt Baranowitschi entschieden. Dort lebten Ende Juli 1942 10000 Juden, von denen Kube 9000 im August zu vernichten plante. Als der HSSPF Ostland Jeckeln als Leiter des Partisanenbekämpfungs-Unternehmens »Sumpffieber« nach Baranowitschi kam, wurde ihm auf seine Frage eine Zahl von 8000 jüdischen Einwohnern genannt. Er erwiderte: »Davon müssen 6 verschwinden« (gemeint war 6000). Sie wurden zwischen dem 22. September und 2. Oktober ermordet – teils in Gaswagen erstickt, teils 3 Kilometer südlich der Stadt erschossen –, ein Großteil der 8350 jüdischen Opfer, mit denen Jeckeln seine Tötungsbilanz bei der Aktion »Sumpffieber« »aufbesserte«.¹⁰⁸⁴ Die übrigen waren vorwiegend jüdische Flüchtlinge in den Wäldern.

1081 Vgl. Gendarmerie-Gebietsführer Baranowitschi an den KdG in Minsk v. 26. 8. 1942, ZStL UdSSR 245c, Bl. 90 (auszugsweise abgedruckt in: Matthäus 1995, S. 263f., vgl. S. 254f.; vgl. Hilberg, Täter, S. 113); Abschlußbericht v. 19. 7. 1967, ZStL II 202 AR-Z 337/67, Bl. 830; Vern. N. O. Z. v. 14. 4. 1945, wie vorletzte Anm.

1082 Cholawsky, Soldiers, S. 68–71 und 89; zu Mir, wo Oswald Rufeisen, ein als Pole getarnt lebender Jude, Dolmetscher bei der Gendarmerie, die Ghettobewohner vor der drohenden Vernichtung warnte: Tec 1990, S. 134–162; Corbach, Rufeisen; Matthäus 1995, S. 254f.

1083 Gendarmeriepostenführer Stolbzy an Gendarmerie-Gebietsführer Baranowitschi, Betr.: Judenaktion in Stolpce v. 18. 10. 1942 (Abschrift für Hauptkommissar in Baranowitschi), ZStL UdSSR 245c, Bl. 79. Vgl. Matthäus 1995, S. 264f.

1084 Überzeugende Schilderung der Szene in der Vern. des früheren Majors der Schutzpolizei G. R. v. 1. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1284, und ders. v. 11. 1. 1960, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 215. Vgl. eidesstattl. Erkl. Walter Schimana v. 27. 10. 1947, Fall 9, VDB Strauch I, BA F 72910; Kube an Lohse

Schließlich gehörte zu der Judenmordkampagne des Sommers 1942 die Tötung von 10 000 jüdischen Menschen in Minsk zwischen dem 28. und 31. Juli 1942. Darunter waren 6500 weißrussische Juden, von denen die meisten am 28. Juli ermordet wurden, und erstmals 3500 deutsche aus dem »Sonderghetto 2«, die man größtenteils am 29. Juli umbrachte. Im einen wie im anderen Fall waren es »überwiegend Alte, Frauen und Kinder« (Kube), also sogenannte Arbeitsunfähige.¹⁰⁸⁵ Kleinere Massaker zwischen Februar und Mai hatten teilweise dazu gedient, einzelne Wohnblocks zu räumen.¹⁰⁸⁶ Der Juliaktion gingen mehrere Besprechungen zwischen Kube, dem BdS Jost und dem KdS Strauch sowie zwischen Kube, dem KdO Herf und dem Kommandeur der Schutzpolizei, Benzko, voraus.¹⁰⁸⁷ Die jüdischen Arbeitskräfte wurden während der vier Tage des Massakers auf den Arbeitsstellen festgehalten, jedoch keineswegs auf individuelle Initiative der Betriebsleiter hin, sondern gemäß einer allgemeinen Anordnung. Im Ghetto fanden trotzdem noch Aussonderungen statt.¹⁰⁸⁸ An der Aktion beteiligten sich außer den üblichen Dienststellen – KdS, Schutzpolizei, Schutzmannschaften – bei der Absperrung und beim Transport auch Wehrmachteinheiten, darunter Angehörige einer Flakbatterie, und als Freiwillige 100 bis 200 Reichsbahner aus Minsk, die unter anderem LKW für den Transport zu den Vernichtungsorten stellten.¹⁰⁸⁹ Nicht alle Opfer wurden bei Trostinez erschossen oder tot aus den Gaswagen gezogen, sondern Erschießungen fanden auch an mehreren Tagen bei Petraschkewitschi in der Nähe des Stalag 352 statt (im Nordwesten von Minsk, also in der entgegengesetzten Richtung von der Stadt). Ein Teil der Opfer, offenbar vor al-

v. 31. 7. 1942 (Klee/Dreßen/Rieß, S. 170); Feldpostbrief H. K. v. 23. 9. 1942, BfZ, Slg. Sterz; Enzyklopädie des Holocaust, S. 153f. (die Zahl der Todesopfer ist mit 3000 zu niedrig angegeben); Vermerk ZStL v. 2. 7. 1969, StA München I 13 Ks 1/69a-b, Bd. 7, Bl. 1203. – Die RüASt Baranowitschi erklärte im Monatsbericht Oktober: »Die fortgesetzten Erschütterungen im Arbeitsprozess lassen den Wunsch laut werden, entweder mit den Aktionen aufzuhören oder die Juden endgültig und restlos zu entfernen. In letzterem Falle müßte allerdings eine vollständige Stockung jeder Fertigung in Kauf genommen und von Grund auf neu aufgebaut werden.« »Genau so ist es gekommen!« kommentierte diese Stelle in ihrem letzten Quartalsrückblick 1942. Eine eindeutige Stellungnahme gegen die Erschießungen ist aus diesen Eintragungen nicht zu erkennen. BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 141.

1085 Zahlenangaben nach: Kube an Lohse v. 31. 7. 1942 (Klee/Dreßen/Rieß, S. 169, dort auch Zitat) und Tätigkeitsbericht Gruppe Arlt (II. Zug der Waffen-SS beim KdS Minsk) v. 3. 8. 1942 (Unsere Ehre heißt Treue, S. 252). Vgl. Rosenberg, S. 47. – Deutsche Juden waren zuvor erst vereinzelt ermordet worden, so im Februar und März 1942 die Mitglieder des Judenrats und Kubes Friseure. Kubes Schreiben zufolge hatte sich die ursprüngliche Zahl der deutschen Juden von knapp 7000 auf rund 6100 vor der Juliaktion verringert. Die meisten davon dürften an Hunger und Krankheiten gestorben sein.

1086 So am 31. 3., 3. 4., 15. 4., 23. 4. und im Mai 1942. Vgl. Grossman/Ehrenburg, S. 251–253; Krasnoperko, S. 56f.; Smolar, S. 85–87 und 90; ferner zum Sommer 1942 Vern. Ernst Friedl v. 3. 7. 1945, IfZ Fb 101/16.

1087 Vern. Eberhard Herf im Minsker Kriegsverbrecherprozeß (Januar 1946), ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 114f.; Vern. Georg Heuser v. 1. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4295.

1088 Kube an Lohse v. 31. 7. 1942 (Klee/Dreßen/Rieß, S. 170); KTB RüKdo Minsk v. 1. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 890; Vern. M. L. (damals Luftpark Ost in Minsk) v. 13. 12. 1949, StA Karlsruhe 3a Ks 2/49, Bd. 3, Bl. 895ff. Von individueller Rettung geht Krasnoperko, S. 63–65, aus.

1089 Hierzu die Erkenntnisse des Verfahrens ZSt Dortmund 45 Js 13/62. Führend beteiligt war der für »Par-teiangelegenheiten« bei der RVD Minsk zuständige Reichsbahnobersinspektor B., vgl. Geschäftsplan der RVD Minsk v. 15. 2. 1943, ZStA Minsk 378–1–42, Bl. 13. Zur Wehrmacht Rosenberg, S. 47; Vern. R. S. v. 11. 3. 1968, BStU AS 74/67, Bd. 9, Bl. 302f.; Vern. I. O. Kassimow v. 17. 7. 1944, in: Grossman/Ehrenburg, S. 383.

lem deutsche Juden, wurde in Gaswagen erstickt.¹⁰⁹⁰ Stadtkommissar Janetzke kommentierte kurz darauf zynisch: »Die Lage des Judentums in der Stadt Minsk hat sich in der letzten Zeit nicht verändert.«¹⁰⁹¹

In den letzten sechs Wochen des Jahres gab es neuerliche Massenmorde an Juden. Im Gebiet Glebokie fielen ihnen Ende November mindestens 4500 Menschen zum Opfer – die Initiative lag teils beim Gebietskommissar, teils bei Bach-Zelewski –,¹⁰⁹² in Baranowitschi am 17. Dezember und in Dworzec am 19. Dezember je 3000, in Slonim Ende Dezember die letzten 500 und in Nowogrodek mindestens 1000.¹⁰⁹³ Es waren meist sogenannte Randghettoliquidierungen im Zuge von »Großunternehmen« der Partisanenbekämpfung: Ende November bei der Operation »Nürnberg«, Mitte Dezember bei »Hamburg« und anschließend bei »Altona«.¹⁰⁹⁴

Auf diese Weise wurden im GK Weißruthenien 1942 ungefähr 115 000 weißrussische Juden ermordet, davon die Hälfte bei der Mordkampagne zwischen Anfang Mai und Anfang August. Die Opferzahl stimmt mit zahlreichen Verlautbarungen von SS und Polizei sowie Zivilverwaltung über die Gesamtzahl der Getöteten weitgehend überein (sie waren gelegentlich noch untertrieben). Kube meldete am 31. Juli als Zwischenstand an Lohse: »In eingehenden Besprechungen mit dem SS-Brigadeführer Zenner und dem hervorragend tüchtigen Leiter des SD, SS-Obersturmbannführer Dr.jur.Strauch, haben wir in Weißruthenien in den letzten 10 Wochen rund 55 000 Juden liquidiert.«¹⁰⁹⁵ Lohse meldete dies auf einer großen Sitzung bei Göring über die

1090 Zum Ablauf der Aktion Grossman/Ehrenburg, S. 256–265; Krasnoperko, S. 63–66; Rosenberg, S. 46f.; Smolar, S. 98–108; Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 gegen Heuser v. 21. 5. 1963, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 197. Gaswagen: Kohl (Hg.), Vern. Franz Karl Hess (Januar 1946), in: »Die Wahrheit« 17./18. 9. 1988; Grossman/ Ehrenburg, S. 265; Vern. Ernst Friedl v. 3. 7. 1945, IfZ Fb 101/16. Erschießungen beim Stalag 352: BStU AS 74/67 (Rechtshilfeersuchen 57/67 Sowjetunion), insbesondere Niederschrift H. U. (1945), Bd. 3, Bl. 40; Vern. F. J. v. 17. 4. 1968, Bd. 9, Bl. 294–296. Zu den Vernichtungsorten insbesondere Kohl, S. 74, 94f. und 264f., Anm. 132.

1091 Stadtkommissar Minsk, Lagebericht Juli – September v. 30. 9. 1942, ZStA Minsk 370–1–483, Bl. 7R.

1092 In Glebokie wurden auf Anordnung des GebK Hachmann 1000 Juden als arbeitsunfähig ausgesondert. Der Ic der Kampfgruppe v. Gottberg, SS-Hauptsturmführer Artur Wilke vom KdS Minsk, meldete sich am 13. 11. beim GebK; am 21. 11. wurden 884 Juden in Dunilowitschi ermordet, am 25. 11. 2500, möglicherweise bis zu 5000, in Postawy (möglicherweise durch die KdS-AsT Wilna) sowie augenscheinlich weitere in anderen Orten. Vgl. Tagebuch Artur Wilke für 13.–21. 11. 1942, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 7, Bl. 267f.; Auszüge aus dem Protokoll der Untersuchungskommission in Glebokie v. 23. 3. 1945, ebd., Braunes Buch, Bl. 116; Gilbert, S. 136 und 140; Vern. H. M. v. 30. 10. 1963, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 245–246R; Vern. des Beschuldigten W. J. v. 3. 11. 1965 und dessen schriftliche Erklärung vom gleichen Tag, ebd., Bl. 2966–2982. Zu möglichen weiteren Ghettos Tagebuch des Angehörigen der 1. SS-Inf.Brigr. H.S. v. 20. 11. 1942: »Viel Juden treiben sich hier [bei Disna] auch noch herum, meistens aber zum Arbeiten heran gezogen.« ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bl. 2077. – Die entsprechende Passage im Tagebuch Bach-Zelewskis (v. 23. 11. 1942) ist vermutlich nachträglich verändert oder eingefügt. Über v. Gottberg als Leiter des damaligen Unternehmens »Nürnberg« heißt es dort: »Leider hat er durch wilde Judenverfolgungen die Waffenehre beschmutzt. Ich bin empört.« BA R 20/45b, Bl. 61.

1093 Vgl. KTB-Rückblick RüASt Baranowitschi für 4. Quartal 1942, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 141; Akt der Untersuchungskommission der Stadt Baranowitschi v. 1. 1. 1945, StA München I 113 Ks 1/65a-b, lose; Vermerk ZStL v. 2. 7. 1969, ebd., Handakten, Bd. 7, Bl. 1204; Vern. der jüdischen Überlebenden J. S. v. 2. 11. und M. T. v. 15. 11. 1960, Bd. 4, Bl. 596f. und 689; bezüglich Nowogrodek M. M. v. 7. 12. 1960, ebd., Bl. 671; Vermerk ZStL II 202 AR-Z 170/67, Bd. 1, Bl. 49 ff. (hier wurden für Dworzec sogar 5000 bis 6000 Opfer geschätzt); Enzyklopädie des Holocaust, S. 153f., 1018f. und 1321.

1094 Siehe Tab. 20, S. 899 ff. in dieser Darstellung.

1095 Kube an Lohse v. 31. 7. 1942, in: Klee/Dreßen/Rieß, S. 169.

angespannte Ernährungslage im deutschen Machtbereich. Göring erhöhte bei dieser Sitzung die Lieferverpflichtungen der besetzten Gebiete an das Deutsche Reich teilweise erheblich. Offenbar auf eine Frage Görings nach der Ernährung der Juden im Reichskommissariat Ostland, die auf ihre Einschränkung zielte, meldete Lohse: »Die Juden leben nur noch zum kleinen Teil; zigtausend sind weg.«¹⁰⁹⁶ Möglicherweise hat Kube seinen Bericht vom 31. Juli auf Anforderung Lohses geschrieben. Hierauf deutet auch der Umstand hin, daß das Ostministerium über Görings neue Auflagen vorab informiert war.¹⁰⁹⁷ Das zeigt noch einmal, daß der Mord an den Juden auf höchster Ebene als ein Mittel zur Verbesserung der Ernährungslage behandelt wurde. Wiederum wurde im übrigen bei diesem Treffen gefordert, daß die in den besetzten sowjetischen Gebieten stehenden Truppen sich in vollem Umfang aus dem Lande ernährten.

Kube, der über die Judenvernichtung Berichte seiner Gebietskommissare erhielt,¹⁰⁹⁸ sie möglicherweise auch zu Tötungsaktionen anwies, hatte schon zuvor seinem SSPF Zenner bescheinigt: »Wenn während Ihrer Amtszeit besonders das uns feindliche Judentum zu 100000 vernichtet werden konnte, dann ist auch das Ihr Verdienst.«¹⁰⁹⁹ Der Hauptkommissar Friedrich Fenz bezifferte am 27. August 1942 die Zahl der seit Beginn der Zivilverwaltung (September 1941) im Hauptbezirk Baranowitschi ermordeten Juden auf 95000. Weitere 6000 seien untergetaucht und in die Wälder geflohen.¹¹⁰⁰ Im April 1943 erklärte der KdS Strauch über die Juden: »Ich glaube, wir können trotzdem beruhigt sein, denn vorhanden waren schätzungsweise 150000 und es sind nun schon 130000 verschwunden.«¹¹⁰¹ Im Januar 1942 war die Zahl der Juden im Generalbezirk erst mit 139000, etwas später mit 128000 angegeben worden.¹¹⁰² Kube nannte auf Anfrage Leibbrandts aus dem Ostministerium am 23. November 1942 eine etwa zutreffende Zahl von 30000 verbliebenen Juden. An diesem Tag sprach er mit Bach-Zelewski, der nunmehr Kompetenzen für die Partisanenbekämpfung im GK Weißruthenien zugewiesen bekommen hatte, über die Judenvernichtung.¹¹⁰³ Eine Zählung der Juden veranlaßte Kube indes erst zwei Tage

1096 Stenographisches Protokoll über Besprechung Görings mit den Reichskommissaren und den Militärbefehlshabern der besetzten Gebiete v. 6. 8. 1942 (Auszüge), in: IMT, Bd. 39, S. 402, siehe ferner S. 395 und 411. Anwesend waren u.a. Rosenberg und Daluege. Das Protokoll enthält an der betreffenden Stelle eine Lücke, die nur durch den fehlenden Sinnbezug auffällt. Lohse antwortete mit den zitierten Worten auf eine Frage, die nach dem Ablauf der Sitzung nur von Göring gekommen sein kann.

1097 Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung VpE-1501/42geh., Abschlußberichte über die Abwicklung der Reichsmarschall-Forderungen für das IV. Kriegswirtschaftsjahr, BA R 26 IV/12, Bl. 52.

1098 Vgl. GebK Glebokie, Betr. Judenaktion v. 1. 7. 1942, ZStA Minsk 370-1-483, Bl. 15, und Vern. M. R. (Leiter der Geheimregistratur des GK) v. 11. 4. 1968, ZStL II 202 AR-Z 185/67, Bl. 76f.

1099 Empfehlungsschreiben Kubes für Zenner v. 17. 7. 1942, LHA Koblenz 584,1, Nr. 3552, nach Bl. 118 (BDC-Akte Carl Zenner).

1100 Fenz an GK Weißruthenien, Abt. III ASo, Betr.: Arbeitspolitische Fragen v. 27. 8. 1942, Nbg. Dok. NG-1315.

1101 Referat Strauch v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 165.

1102 EM 155 v. 14. 1. 1942, BA-MA SF-01/28935, Bl. 3611, und Bericht KdS Minsk vom Januar 1942, IfZ Fb 104/2.

1103 Leibbrandts Schreiben war damals bereits einen Monat alt. Vgl. Reitlinger 1950, S. 33; Hilberg, Vernichtung, S. 402f.; Weinreich, S. 192; Robel, S. 550. Zum Treffen mit Bach-Zelewski dessen Tagebuch unter dem 23. 11. 1942, BA R 20/45b, Bl. 61. Der Inhalt der Besprechung dürfte von Bach-Zelewski verfälscht worden sein. Angeblich versuchte er Kube zu einer milderen Haltung gegenüber den Juden zu bewegen. Vgl. ferner GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Allgemeiner Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 42: hier wurden mit Stand von Ende September 17770 jüdische Arbeitskräfte angegeben (9270 Frauen und 8500 Männer).

nach seinem Brief ans Ministerium. Strauch sprach im April 1943 von 22 000 noch lebenden jüdischen Menschen; v. Gottberg teilte bei gleicher Gelegenheit mit, seine Einheiten hätten seit November 11 000 getötet.¹¹⁰⁴ Allein in Minsk lebten Ende 1942 noch rund 12 000 Juden.¹¹⁰⁵

Was im Jahr 1942 stattfand, war eine organisierte, planmäßige Kampagne zur Vernichtung der Juden, die nicht mehr als ›brauchbar‹ erachtet wurden und damit als schädlich galten – schädlich als sogenannte unnütze Esser, wegen Flucht-›Gefahr‹ gefährlich als potentielle Partisanen, die wiederum vor allem die landwirtschaftliche Erfassung und Produktion behinderten. Über die Zahl der an einem Ort zu ermordenen Juden gab es praktisch keine Konflikte zwischen Zivilverwaltung sowie SS und Polizei, im Gegenteil: Diese vereinbarten in der Regel im voraus eine Tötungsquote. Charakteristisch ist die Aussage eines ehemaligen Gendarmen aus dem Gebiet Slonim, der nach eigenen Angaben an neun bis zehn Massenexekutionen teilnahm und dem auffiel, daß die Leichengruben immer groß genug waren.¹¹⁰⁶ Die Massengräber aber ließ stets die Zivilverwaltung graben, die meist die Gendarmerie damit beauftragte.¹¹⁰⁷ Auch die Tatsache, daß viele Erschießungen unplanmäßig bis in die Nacht oder am folgenden Tag fortgesetzt wurden, zeigt, daß es meist ein bestimmtes zahlenmäßiges Ziel gab und nicht etwa aus blinder Wut gemordet wurde. Wie viele Juden getötet und wie viele zunächst verschont wurden, entschieden 1942 weitgehend die Gebietskommissare und ihre Fachbeamten. In den Gebieten Lida, Glebokie und Minsk-Stadt ließen sie relativ viele am Leben, in den Gebieten Sluzk und Wilejka weniger, im Gebiet Slonim überhaupt keine, in Baranowitschi, Hansewitschi und Nowogrodek fast keine jüdischen Menschen.

Kube teilte dem Ministerium am 23. November 1942 mit, die Juden würden ständig weiter auf Unentbehrlichkeit überprüft und ihre Zahl in Zusammenarbeit mit Sipo und SD vermindert. Am 8. September, kurz nach Ende der größten Vernichtungswelle, hatte der Abteilungsleiter Verwaltung beim Generalkommissar, Franz Jurda, nach Riga geschrieben:

»Die Gebietskommissare sind angewiesen, die jüdischen Facharbeiterkontingente auf das wirklich notwendige Maß herabzudrücken und die Weiterbeschäftigung von strengster Kasernierung in den Ghettos abhängig zu machen.

Weitere Maßnahmen zur Lösung der Judenfrage sind von mir in Zusammenarbeit mit dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD beabsichtigt.«

Der zuständige Referatsleiter beim RK Ostland Trampedach vermerkte am 16. September auf dem Schreiben, bevor er es »zuständigkeitshalber« an den HSSPF weiterleiten ließ: »Entspricht bish. Vereinbarung«.¹¹⁰⁸ Das heißt, auch die Judenvernichtungs-

1104 Vgl. GK Weissruthenien, Abt. IIa St/G, Betr.: Ghettos im Generalbezirk Weissruthenien v. 25. II. 1942 an die GebK, ZStA Minsk 391–1–39, Bl. 4. Weiter: Referate Strauch und v. Gottberg v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 148 und 165.

1105 Nämlich 2600 deutsche Juden nach Kube an Lohse v. 31. 7. 1942 (Klee/Dreßen/Rieß, S. 170) und 9472 weißrussische nach Stadtkommissar Minsk, Lagebericht v. 30. 9. 1942, ZStA Minsk 370–1–473, Bl. 21.

1106 Vern. G. R. v. 25. I. 1964, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband 2/I, Bl. 101.

1107 Vgl. zur Praxis Vern. M. I. R. (Bauer, der Gräber bei Oschmiany ausheben mußte) v. 21. 2. 1968, StA Mainz 3 Ks 1/67, Dok.Bd. II, nach Bl. 33, und F. A. L. (Gendarm in Woronowo) v. 24. 9. 1964, Bd. 5, Bl. 796.

1108 GK Weissruthenien, Abt. IIa Ju/Pa, Betr.: Auftreten von Juden bei den Banditen v. 8. 9. 1942 (im Auftrag: Unterschrift: Jurda), Sonderarchiv Moskau 504–1–7.

aktionen im Sommer 1942 – über die Riga ja informiert war – wichen nicht von der vorherigen Strategie ab. Immer neue Aussonderungen zur Dezimierung der jüdischen Gemeinden bis auf einen Kern von Fachkräften blieben das Ziel, in Kubes Worten: »alle volkswirtschaftlich nicht unbedingt nötigen jüdischen Facharbeiter auszusondern«.¹¹⁰⁹ Als notwendig wurden letztlich nur noch die Arbeiter in einigen größeren Produktions- und Dienstleistungsstandorten (Minsk, Lida, Glebokie und eine Handvoll kleinerer Ghettos und Lager) betrachtet. Die Massaker auch an allen oder fast allen jüdischen Facharbeitern in den Gebieten Slonim, Baranowitschi und Wilejka Ende 1942 zeigten, daß die Gebietskommissare mehr und mehr politischen Interessen, das heißt, der Vernichtung der angeblich eine Bedrohung darstellenden, verhaßten Juden auch gegenüber dem Interesse an jüdischen Handwerkern den Vorrang gaben.

Zwischen Zivilverwaltung und KdS, persönlich zwischen Kube und Strauch, entstand Streit nur um die Art der Vernichtungsaktionen gegen die weißrussischen Juden (Sluzk, Minsk) und um das Leben *eines Teils* der deutschen Juden.¹¹¹⁰ Denn den Massenmord gegen die sogenannten Arbeitsunfähigen unter ihnen im Juli 1942 plante Kube mit, Widerspruch erhob er anscheinend nicht. Die lange Reihe seiner antisemitischen Artikel krönte er gewissermaßen am 1. September 1943, am Tag, als die Räumung des deutschen Ghettos in Minsk begann.¹¹¹¹ Die Tatsache, daß sich Kube in Minsk Kleidung und Schuhe ermordeter Juden aneignete und daß er 1943 einer Delegation italienischer Faschisten stolz einen Gaswagen und die Habe der toten Juden vorführte,¹¹¹² deutet auf eine erhebliche Zwiespältigkeit seiner Persönlichkeit hin. Bei seinem KdS und Intimfeind Strauch brach kurz nach Kriegsende tatsächlich eine klinische Schizophrenie aus. Strauch, dessen Traum es war, nach dem Krieg in Trostinez zu siedeln und das dortige Landgut mit den dann noch übrigen Juden zu bewirtschaften, also buchstäblich auf Zehntausenden von Leichen, wurde von seinem Vorgesetzten bescheinigt, daß sein »Gemütsleben nicht sonderlich stark entwickelt« sei. Er berichtete in einem seiner wenigen lichten Momente in Nürnberg, einmal habe er Kube vorgehalten, seine Aufregung sei unverständlich, denn schließlich habe Kube doch selbst schon Massenvernichtungsaktionen angeordnet.¹¹¹³

¹¹⁰⁹ GK Weißruthenien an die Gebietskommissare v. 10. 7. 1942, IfZ Fb 104/2.

¹¹¹⁰ Zu dem Konflikt Heiber 1956, insbesondere darin Strauch an Bach-Zelewski v. 25. 7. 1943; Referat Strauchs in Minsk am 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 166; Bericht des ständigen Vertreters des RMO im RKO v. 12. 5. 1942, IfZ Fb 104/2. Zum marginalen Charakter der Meinungsverschiedenheiten zwischen Kube und dem KdS auch Wolfgang Scheffler: Zur Rolle der Zivilverwaltung bei der Durchführung der ›Endlösung der Judenfrage‹ im Reichskommissariat Ostland. Wiss. Gutachten, erstattet 17. 1. 1974, StA Hamburg 147 Js 29/67, hier Bl. 10239. Siehe auch Vern. Georg Heuser v. 14. 2. 1966, ebd., Bl. 6867: »Soweit Kube sich gegen Aktionen [zur Judenvernichtung] wandte, nahm er nach meinem Eindruck Anstoß an Details, an der Art der Durchführung.«

¹¹¹¹ Vgl. Deutsche Zeitung im Ostland v. 1. 1. 1942; Krakauer Zeitung v. 21. 7. und Frankfurter Zeitung v. 23. 7. 1942, BA 49.02, Nr. 10499, Bl. 11 und 15 (verschiedene Auszüge); Minsker Zeitung v. 1. 9. 1943 (ZStA Minsk 391-I-87, Bl. 62).

¹¹¹² Vgl. Döschner, S. 300; S. 680 in dieser Darstellung.

¹¹¹³ Vern. Eduard Strauch v. 19. 1. 1948, Fall 9, Protokoll Bl. 5371. Zu Strauchs Krankheitsbild (er verstellte sich nicht) vgl. die Zeugenvern. v. 13. 1. 1948, Bl. 4997. Beurteilung (Zitat) durch den BdS Ostland, Dr. Achamer-Pifrader, in: RSHA IA 5a, Betr.: SS-Obersturmbannführer Oberregierungsrat Eduard Strauch v. 6. 9. 1943, BDC PA Eduard Strauch. Achamer-Pifrader beschrieb Strauch als »triebhaft« handelnden, von »Misträuen« gegenüber den Untergebenen erfüllten Alkoholiker (»impulsiv und explosiv«). Er habe in seiner Karriere immer wieder Konflikte mit seinen Dienststellenleitern gehabt. Für v. Gottberg

Die Persönlichkeitsstruktur des einen wie des anderen war aber nicht ausschlaggebend für den Verlauf der Judenverfolgung in Weißrußland. Sie folgte vor allem, wie gezeigt, einer bestimmten politischen Strategie. In diesem Rahmen zogen viele an einem Strang.

c) Die Ausrottung im weißrussischen Teil des Generalkommissariats Wolhynien und Podolien (September–Oktober 1942)

Im Südwesten Weißrußlands nahm die Judenvernichtung einen etwas anderen Verlauf als im GK Weißruthenien. Wie erwähnt, fanden dort nach den Massakern im Sommer 1941 im Herbst zunächst keine Massenmorde an Juden statt.¹¹¹⁴ Dabei blieb es bis zum Spätsommer 1942. Die Zahl der jüdischen Menschen in diesem Generalbezirk war noch sehr groß. Im Mai 1942 betrug sie 326 000. Das waren sieben Prozent der Gesamtbevölkerung, in den zehn größten Städten allein 103 200, das entsprach 42 Prozent der Bewohner.¹¹¹⁵ Die Dezimierung dieser Bevölkerungsgruppe begann im Mai, die totale Vernichtung im Sommer 1942, vom ukrainischen Teil im Süden ausgehend und im weißrussischen Norden endend.¹¹¹⁶ Dabei trafen wieder einmal Initiativen »von oben« und »von unten« zusammen.

Die Dienststelle von Sipo und SD in Rowno hatte schon Anfang November 1941 »die vollständige Ausrottung der Juden« in Wolhynien und Podolien gefordert, war jedoch selbst zahlenmäßig zu schwach und erhielt keine Unterstützung, um dies durchführen zu können.¹¹¹⁷ Die Zivilverwaltung vertrat in dieser Phase die Ansicht und setzte sie offenbar auch durch, »das jüdische Handwerk« könne »im Interesse der Bedarfsdeckung und der Preisregulierung in den besetzten Ostgebieten vorerst nicht entbehrt werden«.¹¹¹⁸ Laut Weisung des HSSPF Ukraine, Prützmann, vom Februar 1942

(ebd.) war er ein »äusserst kaltblütiger« SS-Offizier. Achamer-Pifrader kritisierte am 1. 4. 1943 Strauchs »bis zur Derbheit gesteigerte Kompromisslosigkeit« (PA Strauch). Schon vor seinem Sowjetunioneneinsatz galt Strauch als »etwas »wilder« SS-Führer«: Vern. Friedrich Hegenscheidt v. 24. 9. 1941 über Streitereien mit Strauch während eines Kolonialpolitischen Lehrgangs im Januar/Februar 1941 in Rom (BDC, PA Friedrich Hegenscheidt). Der SS-Sturmabführer F., dem Strauch erzählte, er wolle nach Kriegsende in Trostinez siedeln, nannte ihn den »undurchsichtigsten SS-Führer, den ich je erlebt habe«, »charakterlich vollkommen labil [...] von der brutalsten Härte bis zur kindlichen Weichheit«. Vern. H. F. v. 7. 8. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 2202. Strauch wurde nach Kriegsende in Belgien zum Tode verurteilt und starb 1955 in geistiger Umnachtung im Gefängnis.

1114 Anders war das in den weiter südlich gelegenen Gegenden des GK Wolhynien-Podolien, z. B. in Rowno.

1115 Meldungen aus den besetzten Ostgebieten des Chefs Sipo/SD Nr. 5 v. 29. 5. 1942, BA-MA SF-01/28937, Bl. 430. Im März war die jüdische Bevölkerungszahl mit 330 000 angegeben worden: Stadtkommissar Brest, Niederschrift über die zweite Tagung in Luzk 27.–29. 3. v. 13. 4. 1942, BA R 6/243, Bl. 10R.

1116 Vgl. zur Vernichtung im eigentlich ukrainischen Teil Spector, Holocaust of Volhynian Jews. Den weißrussischen Teil des GK Wolhynien-Podolien untersuchte Spector nicht.

1117 EM 133 v. 14. 11. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3197. Das im Oktober 1941 entsandte Außenkommando des EK 5 in Rowno bestand aus rund 15 Personen und wurde 1942, nunmehr als KdS Rowno, auf 40 bis 50 Mann aufgestockt. Das war nur rund ein Drittel der Stärke des KdS Minsk. Bei der Erschießung von 15 000 Juden in Rowno am 6.–8. 11. 1941 war die Sipo-Dienststelle lediglich eine von mehreren Tätereinheiten. Die Führung lag beim HSSPF »zbV«, Korsemann. Vgl. ZSt Dortmund 45 Js 7/61, Vermerk v. 18. 9. 1963 in ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 9180–9182; Krausnick 1981, S. 191; Pohl, Einsatzgruppe C, S. 76f.

1118 Äußerung Dr. Maurer, Abt. I (3) Ukraine des RMO, in: RMO, Hauptabt. I, Betrifft: Besprechung im Hause am 10. 3. 1942 über die politische Bedeutung verschiedener die Ukraine betreffender Massnahmen und Planungen auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes, der Berufsförderung und des Lehnswesens v. 18. 3. 1942, BA R 6/69, Bl. 165; vgl. Spector, Holocaust, S. 107–109.

waren Sicherheitspolizei und SD in den Orten, wo sie stationiert oder »erreichbar« waren, mit der Leitung der »gegen Juden erforderlichen Maßnahmen« beauftragt.¹¹¹⁹ Zunächst ging es um die Ermordung der arbeitsunfähigen Juden. Sie begann in den ukrainischen Gebieten des Generalbezirks, so Starokonstantinow und Antoniny, im Mai 1942. Die Juden in den Zwangsarbeiterlagern an der wichtigen Durchgangsstraße IV blieben zunächst am Leben.¹¹²⁰ In Brest etwa mußten die Wehrmachtdienststellen seit dem Frühjahr immer restriktivere Listen mit den benötigten Arbeitskräften erstellen, um Selektionen vorzubereiten. Im Mai 1942 sagte der Leiter der KdS-Außenstelle in Brest, Berger, dem Stadtkommissar Rolle zu, »in den nächsten Wochen einen grossen Teil des Judentums aus Brest-Litowsk« zur Ermordung abzutransportieren. In Rolles Augen waren die Juden nämlich »besonders hinsichtlich der Lebensmittelversorgung eine ausserordentliche Belastung«. Doch geschah im weißrussischen Abschnitt zum Glück zunächst nichts, obwohl sich die Ernährungslage weiter zuspitzte.¹¹²¹

Aber im westlichen Polesje wurde eine Art Infrastruktur des Tötens aufgebaut. Im Mai und Juni 1942 richteten unbekannte deutsche Dienststellen eine Vernichtungsstätte bei der Eisenbahnstation Bronnaja Gora 20 Kilometer nordöstlich Bereza-Kartuska ein. Die Anwohner wurden gezwungen, riesige Gruben auszuheben. Vom Bahnhof aus führte ein mit Stacheldraht abgezaunter Weg zu vorbereiteten Massengräbern.¹¹²² Möglicherweise gab es dort auch eine Art Lager.¹¹²³ Im April zwang die Zivilverwaltung in Lachwa und Janow die Juden, in Ghettos umzuziehen, am 1. Mai in Pinsk, am 10. Mai in Lenin.¹¹²⁴ Im Mai 1942 wurde die KdS-Außenstelle in Pinsk gegründet, die im August 1942 durch ein seit Juli in Metz aufgestelltes Kommando von 30 bis 35 Mann aufgestockt und um fünf Nebenstellen in Städtchen der Umgebung ergänzt wurde. Außerdem wurden im August das Polizeibataillon 310 in den Raum Brest-Kobryn, das Polizeibataillon 320 in den Raum Kobryn, das Polizeibataillon 306 in den Raum Pinsk sowie die Polizei-Reiter-Abteilung II ins gleiche Gebiet verlegt.¹¹²⁵

Im Rahmen dieser Untersuchung werde ich noch in mehreren Kapiteln auf diesen Einsatz zurückkommen, da er mehrere Ziele gleichzeitig verfolgte. Es ging um das Vorgehen gegen Partisanen, die vom Sommer 1942 an auch im westlichen (ehemals

1119 Erwähnt in: BdS Ukraine an die SSPF (Abschrift, gez. Dr. Thomas v. 2. 2. 1942), BA D-H FW 490, A. 27, Bl. 2 (mit Anschreiben des SSPF Shitomir, Hellwig, an die Stadt- und Gebietskommissare v. 10. 2. 1942).

1120 Vgl. für Wollhynien: Spector, Holocaust, S. 184; für Podolien ZSt Dortmund 45 Js 20/73 v. 10. 8. 1976, ZStL II 204 AR-Z 441/67, Bl. 348ff.; ZStL II 204 AR-Z 442/67, Abschlußbericht v. 18. 3. 1971, Bl. 92ff.; ebd., ZSt Dortmund 45 Js 14/71, Vermerk v. 18. 6. 1974, Bl. 394ff. Zur »Dg IV« Kaienburg, S. 13–39.

1121 Stadtkommissar Brest, Abteilung II, Lagebericht v. 20. 5. 1942, BA F 13752, Bl. 116; ebenso v. 27. 8. 1942, Bl. 197. Angeblich lag Ende Juni ein schriftlicher Befehl des RSHA zur Auflösung des Ghettos in Pinsk vor. Wenn es ihn tatsächlich gegeben haben sollte, hatte er jedenfalls keine unmittelbaren Folgen. Vgl. Sachstandsvermerk v. 31. 5. 1963, ZStL 202 AR-Z 202 AR-Z 393/59, Bl. 2856f. Zu den Listen Vern. P. K. v. 21. 1. 1965, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 970.

1122 Vgl. Untersuchungsbericht über die Greuelthaten im Bezirk Bronnaja Gora v. 15. 9. 1944 oder 1945 (Jahresangabe unklar), ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 1646–1650, auszugsweise abgedruckt in: Grossman/Ehrenburg, S. 349–351.

1123 Flüchtlingen von dort gelang es, nach Białystok zu kommen. Ainsztein, S. 258.

1124 Vgl. S. 532 in dieser Darstellung.

1125 Vgl. Anklageschrift StA Frankfurt/M. 4 Js 901/62 v. 28. 3. 1968, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 3597–3605, sowie Sachstandsvermerk v. 31. 5. 1963, Bl. 2804. Nebenstellen der KdS-Außenstelle bestanden in David-grodek, Janow, Luniniež, Stolin und in Wysozk (heute Ukraine). Die drei genannten Pol.Btl. bildeten das Pol.Rgt. 15.

polnischen) Polesje auftraten, im Zusammenhang damit um die Tötung sogenannter Ostmenschen¹¹²⁶ sowie um die Sicherung der Ernte vor Anschlägen und ihre »Erfassung« in Wolhynien für deutsche Interessen. Bevor Himmler sich am 23. und 24. August mit Erich Koch besprach, traf er am 14. August mit dem HSSPF Prützmann, dem BdS Thomas, dem BdO v. Oelhafen und dem Abteilungsleiter Landwirtschaft im Reichskommissariat Ukraine, Hellmuth Körner, zusammen, um diese Aktionen vorzubereiten.¹¹²⁷ Dies geschah auf Backes und Rieckes Vorschlag.¹¹²⁸ Seit dem 1. September befand sich der Einsatzstab des BdO Ukraine zur Leitung dieser Aktion in Kobryn.¹¹²⁹

Gerald Fleming hat auf Grund dreier Nachkriegsaussagen ausgeführt, Hitler habe dem Reichskommissar Erich Koch den Befehl zur Tötung aller verbliebenen Juden im Reichskommissariat Ukraine persönlich per Funkspruch Ende Juli 1942 gegeben.¹¹³⁰ Etwa am 10. August 1942 begann die letzte Phase des Mordes an den Juden im GK Wolhynien-Podolien, ihre restlose Vernichtung. Sie dauerte bis Ende Oktober.¹¹³¹ In dieser Phase übernahm die Zivilverwaltung tatsächlich eine führende Rolle bei der Judenvernichtung, meiner Ansicht nach allerdings erst einen Monat später als von Fleming angenommen. Das hing vor allem mit der Ernährungspolitik zusammen.¹¹³²

Die Zivilverwaltung im Reichskommissariat Ukraine hatte sich frühzeitig Gedanken darüber gemacht, wie im Jahr 1942 ein Höchstmaß an Nahrungsmittelüberschüssen durch »unerbittliche Massnahmen«, »ohne Rücksicht auf die auf Hungerration zu stellende Bevölkerung«, aus dem Land herausgepreßt werden könne.¹¹³³ Es gab kontinuierliche Kontakte zwischen Agrarbehörden, SS-Führung und Wehrmacht über die Organisierung der sogenannten Erntesicherung, die frühzeitige Beschlagnahme von Agrarprodukten für deutsche Zwecke. Hitler, Göring, Himmler und Keitel wurden auf dem laufenden gehalten.¹¹³⁴ Am 9. Juli 1942 hatte Himmler bei einem

1126 Damit waren Menschen gemeint, die zwischen 1939 und 1941 aus dem Inneren der Sowjetunion in den zuvor polnischen Teil Weißrusslands zugezogen waren.

1127 Terminkalender Himmler v. 14., 23. und 24. 8. 1942, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 131f. und 141.

1128 Backe an Himmler v. 3. 8. 1942 (den ersten Entwurf fertigte Riecke am 22. 7.), BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 516f bzw. 518f.; auch in BA NS 19/1435, Bl. 20; Brandt an Backes persönlichen Referenten Vogt v. 15. 8. 1942, ebd., Bl. 21.

1129 HSSPF Ukraine, BdO, Einsatzstab, Einsatzbefehl Nr. 1 v. 26. 8. 1942, IfZ Fb 101/18; Vern. H. v. E. v. 16. 11. 1959, ZStL 204 AR-Z 48/58, Bl. 847. Quellenbeleg für die Leitung durch den BdO auch in GK Wolhynien-Podolien, Lagebericht v. 1. 11. 1942 (Abschrift), im Berichtsabschnitt »8. Der SS- und Polizeiführer«, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 19.

1130 Fleming, S. 141–148. Ein weiterer Hinweis bei Pohl 1996, S. 205, Anm. 361.

1131 Spector, Holocaust, S. 184–186. Danach blieben in Wolhynien noch etwa 3500 Juden zeitweise am Leben.

1132 Zum folgenden auch Gerlach, Bedeutung, S. 237–245.

1133 Die Lage der Landwirtschaft in der Ukraine unter Berücksichtigung der soeben aufgetretenen Schwierigkeiten (gez. [Hellmuth] Körner) v. 10. 4. 1942 (Abschrift), BA R 6/69, Bl. 174–187, hier Bl. 180.

1134 Taschenkalender Himmler v. 18. 4. 1942, BA NS 19/1443, Bl. 110 (»Major Seiffert Ernteschutz i. d. Ukraine«; zu Seifert S. 338f. in dieser Darstellung; Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, Vortragsnotiz, Betr.: Lage der Landwirtschaft in der Ukraine (gez. Hünermann) v. 21. 4. 1942, BA R 6/69, Bl. 188f.; OKW/WFSu/Qu.(II), Betr.: Abgabe von Polizeibatl. zum Schutz der weiter zu verstärkenden Getreideaufbringung in der Ukraine an OKH/GenQu v. 10. 5. 1942 mit Paraphe Himmlers, BA NS 19/1671, Bl. 24; am Vortag Treffen Hitlers mit Backe, Terminübersicht Bormann unter dem 9. 5. 1942, BA NS 26/16; Vermerk für Herrn Staatssekretär Backe zum Vortrag beim Führer (Paraphe: Ri[ecke]) v. 1. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 784f.; KTB WfStab Ost v. 28. 5. 1942 und Vermerk Rieckes über seine Besprechung bei Keitel v. 29. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 577 und 1050f.

Spitzentreffen von SS- und Polizeifunktionären, an dem auch Bach-Zelewski und Prützmann teilnahmen, künftige Maßnahmen zur verstärkten Partisanenbekämpfung besprochen. Zugleich hatte er mit dem HSSPF Generalgouvernement, Krüger, und dem Beauftragten für die »Aktion Reinhard« – die Ermordung der Juden des Generalgouvernements –, Globocnik, des Letzteren Vorschläge für die Judenvernichtung besprochen.¹¹³⁵ Er befahl dem HSSPF im Generalgouvernement, Krüger, am 19. Juli 1942, alle Juden des Generalgouvernements außer einer unbestimmten Anzahl Arbeiter bis Ende 1942 zu töten.¹¹³⁶ Dies hing ebenfalls neben anderen Beweggründen mit der Ernährungspolitik zusammen und stimmt zeitlich ungefähr mit den Hinweisen darauf überein, daß Hitler Ende Juli 1942 Backes Drängen nachgegeben und den Befehl erteilt habe, die europäischen oder die Juden des Generalgouvernements zu töten, um die europäische Ernährungsbilanz zu entlasten.¹¹³⁷ An jenem 9. Juli schlug Himmler auch dem OKW vor, die »Ernteerfassung« in der Ukraine ihm zu übertragen. Das OKW stimmte umgehend zu.¹¹³⁸ Die Entscheidungsprozesse für die Beschleunigung des Mordes an den Juden im Reichskommissariat Ukraine und im Generalgouvernement waren um diese Zeit sowohl eng miteinander als auch mit der Ernährungspolitik verknüpft. Am 28. Juli 1942 erklärte Himmler: »Die besetzten Ostgebiete werden judenfrei. Die Durchführung dieses sehr schweren Befehls hat der Führer auf meine Schultern gelegt.« Es ist allerdings nicht sicher, daß er damit meinte, Hitler habe ihm kürzlich einen erneuten Befehl in diese Richtung gegeben.¹¹³⁹

Doch als Himmler am 25. August mit Backe über die sogenannte Erntesicherung konferierte,¹¹⁴⁰ geschah das unter drastisch veränderten Voraussetzungen. Hintergrund war eine Versorgungskrise mit Lebensmitteln im Deutschen Reich, die nach erneuten Rationssenkungen im April 1942 wiederum Kürzungen nötig zu machen schien, die unbedingt vermieden werden sollten.¹¹⁴¹ Am 6. August 1942 hatte Göring auf einer Sitzung mit den Chefs der Militär- und Zivilverwaltungen der deutsch besetzten Gebiete ganz Europas einschneidende Erhöhungen des Liefersolls an Nahrungsmitteln mitgeteilt, koste es, was es wolle. Das Ostministerium war bereits einige Tage früher informiert; schriftlich verschickte die Vierjahresplanbehörde die neuen Forderungen erst am 15. August.¹¹⁴² Für die von Göring betonte »Notwendig-

1135 Zu der Sitzung auch S. 924f. in dieser Darstellung; Pohl 1993, S. 126f. Weitere Teilnehmer der Sitzung waren u. a. Daluge, Müller, Streckenbach und Knoblauch.

1136 Vgl. Fleming, S. 139–141.

1137 Siehe Gerlach, Bedeutung.

1138 Himmler an Keitel v. 9. 7. 1942 und Warlimont an Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung, v. 13. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 507 und 510; Durchschrift von Himmlers Schreiben an Keitel v. 9. 7. für Backe, BA NS 19/1435, Bl. 13. Nach einem Fschr. Wolffs an Berger v. 21. 7. 1942, ebd., Bl. 15f., hatte Himmler diese Aufgabe u. a. auf Initiative Rieckes übernommen.

1139 Himmler an Berger v. 28. 7. 1942, BA NS 19/1772, Bl. 5.

1140 Vgl. Terminkalender Himmler v. 25. 8. 1942, ebd., Bl. 129. Ein Treffen zu diesem Thema hatte Brandt in seinem Schreiben v. 15. 8. angekündigt, BA NS 19/1435, Bl. 21.

1141 Vgl. Corni/Gies 1997, S. 562–565; Gerlach, Bedeutung, S. 210–216.

1142 Vgl. Stenographisches Protokoll der Sitzung am 6. 8. 1942, in: IMT, Bd. 39, S. 384–407. Zum Versenddatum der neuen Forderungen und zur Vorabinformation ans RMO: Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung, Abschlussberichte über die Abwicklung der Reichsmarschall-Forderungen im IV. Kriegswirtschaftsjahr, BA R 26 IV/12, Bl. 52. Zwischen dem 27. und 30. Juli 1942 führte Riecke Gespräche bei Göring. KTB WiStab Ost v. 27. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 256.

keit, die Lebensmittelversorgung des deutschen Volkes zu verbessern«, also die Rationskürzungen vom 6. April 1942 im Herbst rückgängig zu machen, war nach Görings Worten »der russische Raum entscheidend«, obwohl er auch das Generalgouvernement und Frankreich stark belastete.¹¹⁴³ 1942 kam tatsächlich mehr als die Hälfte der Getreide- und Kartoffellieferungen der besetzten Gebiete ins Reich aus dem besetzten Teil der Sowjetunion, wenn man die Lieferungen an die Wehrmacht einrechnet.¹¹⁴⁴ Um die neuen Ausbeutungsziele zu erreichen, sollten die deutschen Verantwortlichen nach Görings Anweisungen vor keinem Verbrechen zurückschrecken: »Es ist mir gleichgültig, ob Ihre Leute wegen Hungers umfallen.«¹¹⁴⁵ Wenig später erklärten SS-Vertreter im Generalgouvernement gegenüber den Militärbehörden:

»Nach Auffassung des Reichsmarschalls müsse davon abgegangen werden, daß der Jude unentbehrlich sei. Weder Rü.-In. noch sonstige Dienststellen im GG. werden die Juden bis zum Kriegsende behalten. Die ergangenen Befehle seien klar und hart. Sie hätten Geltung nicht nur für das GG., sondern für sämtliche besetzte Gebiete. Die Gründe für sie müßten außergewöhnlicher Natur sein.«¹¹⁴⁶

Wenn die SS-Führer von außergewöhnlichen Gründen für die Vernichtungsbefehle sprachen, so lagen sie aus ihrer Sicht also jenseits der bis dahin schon ausgeführten Verfolgungs- und Mordpolitik gegen die Juden. Die neue Befehlslage »für sämtliche besetzte Gebiete« brachten sie mit einer Weisung Görings in Zusammenhang, kurze Zeit, nachdem Göring an alle besetzten Gebiete stark erhöhte Forderungen an Lebensmitteln gestellt hatte. Auf der Ernährungs-Sitzung am 6. August hatte er auch den Mord an den Juden im GK Weißruthenien zur Sprache gebracht (vgl. Kap. 7. 4b). Dies deutet auf einen Zusammenhang zwischen den Entwicklungen in der Ernährungs- und Vernichtungspolitik hin.

Wegen der zu befürchtenden politischen Folgen für das Verhältnis zur Bevölkerung ihres Besatzungsgebiets hielten verschiedene Okkupationsorgane dennoch Rücksprache mit den zentralen Stellen im Reich. So sprach Reichskommissar Koch an einem Tag zwischen dem 25. und 28. August 1942 mit Hitler. Dieser hatte am 24. August Backe empfangen.¹¹⁴⁷ Unmittelbar nach seinem Treffen mit Hitler fuhr Koch nach Rowno und erschien dort auf einer Tagung seiner Verwaltung über Agrarfragen. In einem Bericht darüber heißt es:

»Der Gauleiter kam direkt aus dem Führer-Hauptquartier [...]. Die Ernährungslage in Deutschland ist ernst. Die Produktion sinkt bereits unter dem Einfluß der schlechten Ernährungslage. Die Erhöhung der Brotration ist eine politische Notwen-

¹¹⁴³ Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP, V. P.14836/2 an Rosenberg v. 24. 8. 1942 (Abschrift), BA R 6/23, Bl. 148f.; Ergebnis der Arbeitstagung der Reichsverteidigungskommissare, Gauleiter, Gauwirtschaftsberater und Gauamtsleiter für Agrarpolitik am 5. 8. 1942 unter Vorsitz des Reichsmarschalls, ebd., Bl. 152–153R; zu den Rationskürzungen v. 6. 4. 1942 Herbst 1982, S. 189.

¹¹⁴⁴ Eichholtz, Ausbeutung, S. 161.

¹¹⁴⁵ Stenographisches Protokoll der Sitzung v. 6. 8. 1942, IMT, Bd. 39, S. 386.

¹¹⁴⁶ [Militärbefehlshaber im Generalgouvernement,] Qu.2, Betr.: Judeinsatz v. 15. 8. 1942, BA-MA RH 53/23–87, Bl. 48.

¹¹⁴⁷ Terminübersicht Bormann v. 24. 8. 1942, BA NS 26/16. Am 25. August äußerte Hitler: »Wenn es uns ermöglicht wird, im Oktober die Lebensmittelrationen zu erhöhen, dann ist die Kriegsidee der Engländer, uns auszuhungern, weg« (Jochmann, Hitler Monologe, S. 364). Dies unterstreicht die Bedeutung der Ernährungspolitik für die deutsche Führung.

digkeit, um den Krieg siegreich fortzuführen. Die fehlenden Mengen an Getreide müssen aus der Ukraine beschafft werden. Der Führer hat den Gauleiter dafür verantwortlich gemacht, daß diese Mengen sichergestellt werden. Die Ernährung der Zivilbevölkerung ist angesichts dieser Lage gänzlich gleichgültig. [...]»¹¹⁴⁸

»Auf Weisung des Führers« verpflichtete Keitel gleichzeitig nochmals die Wehrmacht zur Selbstversorgung in den besetzten Gebieten zum Zweck der »Entlastung« der deutschen Ernährungsbilanz zusätzlich zur Unterstützung der Lebensmittelbeschlagnahmen für Lieferungen ins Reich.¹¹⁴⁹ Unmittelbar nach Kochs Auftritt in Rowno fand in Luzk eine Tagung des Generalkommissars für Wolhynien-Podolien mit den Gebietskommissaren und Polizeidienststellen statt. Dabei referierte der KdS Dr. Pütz »über die generelle Umsiedlung der Juden«, während Landwirtschaftschef Effertz erklärte, die Ernte werde nur »mittelmäßig« ausfallen. Die Versorgungslage der einheimischen Bevölkerung sei »nach wie vor schwierig.«¹¹⁵⁰ Pütz teilte den KdS-Außenstellen als Ergebnis der Sitzung über die Judenvernichtung mit:

»Die Aktionen sind so zu beschleunigen, dass sie auch im dortigen Bereich innerhalb 5 Wochen beendet sind.

Auf der Gebietskommissarstagung in Luzk 29.–31. 8. 1942 ist generell geklärt worden, dass grundsätzlich hundertprozentige Lösungen durchzuführen sind. Den Gebietskommissaren ist dabei durch den Anwesenden [sic] Vertreter des Reichskommissars – Regierungspräsident Dargel – verkündet worden, dass diese hundertprozentigen Bereinigungen auch nachdrücklicher Wunsch des Reichskommissars persönlich sei[en].«¹¹⁵¹

Weiter schrieb Pütz, Ausnahme könnten »für eine Übergangszeit von zwei Monaten nur dort bewilligt werden«, wo kriegswirtschaftliche Produktion betroffen sei. Halten wir also fest: Direkt nach seinem Besuch bei dem von Backe beeinflussten Hitler, der Koch neue Agrar-Lieferverpflichtungen auferlegt und ihn persönlich für ihre Erfüllung verantwortlich gemacht hatte,¹¹⁵² ergriff Reichskommissar Koch die Initiative zur totalen Judenvernichtung. Der KdS Wolhynien-Podolien mußte danach die ohnehin geplanten Mordaktionen noch, so sein eigener Ausdruck, »beschleunigen«. Im weißrussischen Gebiet wurde indessen anschließend, um es vorwegzunehmen, mindestens die Hälfte der Juden von Einheiten der Ordnungspolizei, nicht des KdS erschossen. Ihr Abmarsch in das betreffende Gebiet wurde bereits am 12. August befohlen, doch waren sie für die Judenmorde zunächst vermutlich nicht vorgesehen.¹¹⁵³

1148 Vermerk über die Tagung in Rowno vom 26.–28. 8. 1942 (Geheim), BDC, SS-HO 2178 (Nbg. Dok. PS-264), abgedruckt in: IMT, Bd. 25, S. 318.

1149 Chef OKW, Betr.: Versorgung der Wehrmacht mit Verpflegung v. 29. 8. 1942, in: IMT, Bd. 39, S. 437f.

1150 Stadtkommissar Brest-Litowsk, Aktenvermerk über die Sitzung am 28.–31. 8. v. 4. 9. 1942, BA R 6/243, Bl. 21. Für den Hinweis auf dieses Dokument danke ich Dieter Pohl.

1151 Der Generalkommissar für Wolhynien und Podolien [in Wirklichkeit KdS Wolhynien-Podolien], Betr.: Judenaktionen an die KdS-Außenstellen in Brest, Pinsk, Starokonstantinow, Kamenez-Podolsk (gez. Lütz [d.i. Pütz]) v. 31. 8. 1942 (Abschrift), AGK, Sammlung von Aktensplittern von SS- und Polizeieinheiten, Bd. 77 (die Originale liegen im VPAP-Wojewodschaftsarchiv Poznan). Für die Kopien bin ich Dieter Pohl zu besonderem Dank verpflichtet. Siehe bereits Spector, Holocaust, S. 172f.

1152 Über die Ergebnisse seiner Bemühungen legte Koch in einer »Zusammenstellung« v. 6. 7. 1943 Rechenschaft ab, auf der er handschriftlich »Für den Führer!« notierte. BDC SS-HO 2178.

1153 Zumindest erschien der neue Einsatz im Offizierskorps als Unterbrechung der eigentlich geplanten Aktionen. Siehe Anm. 7/1160 (S. 715f.), zum Abmarschbefehl der Btle. S. 937 in dieser Darstellung.

Auch daß die Tötungsaktionen im landwirtschaftlich wichtigen Süden begannen und im Norden endeten,¹¹⁵⁴ deutet darauf hin, daß für die Beschleunigung der Massenmorde ernährungswirtschaftliches Kalkül wesentlich war. Die Zivilverwaltung wollte die Ernte vor dem vermuteten Zugriff der hungernden jüdischen Menschen durch Schwarzhandel »sichern«, indem sie sie vorher ermordete. Tatsächlich gingen im September 1942 relativ große Getreidelieferungen aus dem GK Wolhynien-Podolien ins Reich.¹¹⁵⁵ Ob Hitler Koch ausdrücklich anwies, die Juden so schnell wie möglich ermorden zu lassen, muß offen bleiben. Daß Hitler gleichzeitig Himmler den »Auftrag« für die »Sicherung der Ernteeinbringung und der Druschaktion« in den RK Ostland und Ukraine gegeben hatte,¹¹⁵⁶ deutet wie die schon angeführte Äußerung Görings, auch die jüdischen Arbeitskräfte sollten nicht auf Dauer am Leben bleiben, auf direkte Weisungen zum Mord an den Juden hin. Rückblickend erwähnte Hitler den Entschluß, man müsse 500 000 Juden in der Ukraine »wegnehmen«, im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Lieferproblemen der Ukraine an das Reich, nannte aber als explizite Begründung, daß »die Juden das Element des Aufruhrs sind«.¹¹⁵⁷

In einem Vortrag des Wehrmachtbefehlshabers Ukraine, General Kitzinger, am 12. September 1942 gegenüber dem Chef des Quartiermeisterwesens im Wehrmachtführungsstab, v. Tippelskirch, hieß es über das mit bis zu 27 000 Einwohnern größte noch existierende Ghetto im Reichskommissariat Ukraine: »In Pinsk werden von ca. 750 Juden Sperrholzzelte für die Front gefertigt. Der Reichskommissar hat die Liquidierung dieser Juden [d.h. aller Juden in Pinsk] angeordnet. Durch die sofort beabsichtigte Durchführung würde die Versorgung der Front gefährdet. Der WBfh. erhebt Einspruch.« Von Tippelskirch sagte Kitzinger zu, dies zu regeln.¹¹⁵⁸ Jedoch hatte der KdS ohnehin bereits einen zweimonatigen Aufschub für den Mord an diesen jüdischen Arbeitskräften zugestanden.¹¹⁵⁹ Tatsächlich bildete die Liquidierung des Ghettos in Pinsk Ende Oktober 1942 beinahe schon den Abschluß der Vernichtung der ukrainischen Juden und lief bei den Tätern unter dem Stichwort »Ukraine judenfrei«.¹¹⁶⁰

1154 Siehe z.B. die Meldung v. 15. 8. 1942 (Abschrift) über die Ermordung von 13802 Juden im Gebiet Kremianez, AGK, Sammlung von Aktensplittern von SS- und Polizeidienststellen, Bd. 77; Spector, Holocaust, S. 179 ff.

1155 Es waren 21 136 t Getreide laut GK Wolhynien-Podolien, Zweimonatsbericht v. 1. 11. 1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 47 und 51. Hinzu kamen 50 000 Rinder. Zur Bewertung der Zahl Anm. 4/143.

1156 Hierzu retrospektiv Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP, Wirtschaftsstab Ost v. 1. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 525 (Datierung laut handschriftlicher Notiz).

1157 Heiber, Hitlers Lagebesprechungen, S. 258 f. unter dem 8. 6. 1943.

1158 WFS/Qu., Betr.: Besprechung beim WBfh. Ukraine am 12. 9. 4[2] v. 14. 9. 1942, BA-MA RW 31/59b, Bl. 365. Siehe auch WiStab Ost, Stab Rü/Treu, KTB-Rückblick fürs 3. Quartal v. 13. 10. 1942: »Die Evakuierung der Juden führte in der Ukraine zur Stillegung [...] eines Zulieferwerks der Sperrholzfabrik in Pinsk [...]. Weiterer Schaden konnte im Werk Pinsk selbst durch entsprechende Maßnahmen unter Einschaltung des W.F.St. und der dortigen Dienststellen verhindert werden.« BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 253.

1159 KdS Rowno an KdS-Außenstellen v. 31. 8. 1942, wie Anm. 7/1151.

1160 Der damalige Chef der 2. Kp. des Pol.Btl. 306, Hauptmann der Schutzpolizei Josef Kuhr, hielt Ende 1943, nunmehr in den Niederlanden, einen Schulungsvortrag, in dem er seinen vorher gemachten Stichworten zufolge über den Herbst 1942 ausführte: »Banditenbekämpfung in den Rokitnosümpfen [...] Auftrag: Verhinderung des Zusammenschlusses der »Weißruthenischen und Wolhynischen Partisanengruppe« längs des Pripjet... Vorher Bataillon-Sonderaktion zur Lösung der Judenfrage. Ukraine Juden frei...« Kuhr, Hauptmann der SchP., 6./SS-Pol. 3 v. 23. 11. 1943; Vortrag für den 25. 11. 43 vor dem II./

Nach den Feststellungen der örtlichen Untersuchungskommission trafen die ersten Transporte Mitte Juni 1942 zur Ermordung in Bronnaja Gora ein. Es ist unbekannt, woher sie kamen. Die erste belegte Vernichtungsaktion im weißrussischen Teil des GK Wolhynien-Podolien, der Mord an 1300 Juden in Bereza-Kartuska, ereignete sich am 15. Juli, wahrscheinlich aber nicht in Bronnaja Gora. Ermordet wurde etwa die Hälfte der Juden dieses Städtchens.¹¹⁶¹ Am 6. August erschossen Kräfte des KdS 420 jüdische Menschen – 102 Männer und jeweils 159 Frauen und Kinder – in Mikaschewitschi. Drei Ingenieure und zwei Ärzte verschonten sie zunächst noch.¹¹⁶² Im August wurden die mindestens 280 bis 300 Juden in Mokros von der KdS-Außenstelle in Pinsk auf Befehl des KdS Rowno, dem der stellvertretende Gebietskommissar zustimmte, erschossen. Die am Nachmittag geplante Erschießung von mindestens 1200 Juden in Mikroschowitschi mußte verschoben werden.¹¹⁶³ Spätestens Mitte August wurden etwa 1000 Juden in Malorita bei Brest ermordet.¹¹⁶⁴

Im September waren die Mordeinheiten bereits so geübt, daß binnen zwei Monaten praktisch alle Juden des südwestlichen Weißrußland vernichtet wurden. Im Gebiet Brest waren dies fast 5000 Menschen,¹¹⁶⁵ von denen die KdS-Außenstelle in Brest 2900 allein in Domatschewo und Tomaschowka am 19. und 20. September erschoss, ohne sich mit dem Gebietskommissar abgesprochen zu haben. Hilfe erhielt sie von einer »Reitereinheit der Gendarmerie« und der örtlichen Schutzmannschaft.¹¹⁶⁶ Dazu kamen rund 2000 Opfer vor allem in verschiedenen Arbeitslagern der Organi-

SS-Pol. 3 im Rahmen der weltanschaulichen Schulung, Thema: Mein Einsatz an der Ostfront, BA R 20/50, Bl. 230 (in den letzten beiden Fällen befinden sich die »Pünktchen« im Original). – Zur damaligen Parole »Ukraine judenfrei!« auch die Anklageschrift der StA Frankfurt/M. 4 Js 901/62 gegen Kuhr u. a. v. 28. 3. 1968, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 4629.

1161 Vgl. Feldpostbrief H. K. v. 18. 7. 1942, BfZ, Slg. Sterz. K. sprach von »einer Kuhle außerhalb des Ortes«, war aber kein Augenzeuge; Joseph Friedman, *The Holocaust Chronicle Kartuz-Bereza*, in: Kowalski, Bd. II, S. 518 (Datum: 16./17. 7. 1942); zur dort genannten Mordstätte auch Grossman/Ehrenburg, S. 352. Nach Trunk, S. 445f., sollten sich am 15. 7. alle Juden zum angeblichen Abtransport nach Rußland zur Arbeit einfinden. Daraufhin beging der Judenrat kollektiv Selbstmord. Zum Datum auch Gilbert, S. 108.

1162 KdS-ASt Pinsk an KdS Rowno, Vollzugsmeldung über Exekutierung von Juden v. 8. 8. 1942 (Abschrift), AGK, Sammlung von Aktensplittern von SS- und Polizeieinheiten, Bd. 77.

1163 Auch die Gendarmerie aus Pinsk war beteiligt. Die Schreibweise der Ortsnamen ist unsicher; Mokros taucht auch als Mokrow und Mokro auf. Mikroschowitschi ist offenbar nicht identisch mit den beiden 150 km östlich gelegenen Orten Mikaschewitschi und Milaschewitschi. StA Frankfurt/M. 4 Js 901/62, Anklage v. 28. 3. 1968, ZStL 202 AR-Z 334/59, Bl. 4632; Vern. W. R. (Leiter der KdS-Außenstelle) v. 31. 1. 1962, ebd., Bd. 972–975.

1164 GebK Brest, Abt. I, Lagebericht v. 22. 8. 1942, BA F 13751, Bl. 951. Als Tätereinheit kommt die im 10 km entfernten Mokransy stationierte Polizeikompanie »Nürnberg«, die dem GebK unterstand, in Frage. Vgl. Vern. Franz Burat v. 19. 11. 1964, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 709, der indes nur die allgemeine Befehlsgewalt zugab.

1165 Nach einem Bericht des GebK Brest v. 24. 3. 1942 lebten in den fünf Landrayons des Gebiets Brest 5990 Juden, davon 3316 im Rayon Domatschewo (BA F 13751, Bl. 938–941).

1166 Vgl. Gendarmerie-Gebietsführer Brest-Litowsk an Kommandeur der Gendarmerie in Luzk (Deuerlein), Lagebericht v. 6. 10. 1942, BA F 13751, Bl. 980f., und GebK Brest, Abt. IIa, Lagebericht v. 9. 10. 1942 (Entwurf), BA F 13752, Bl. 204–206. GebK Burat übte daran aus folgenden Gründen Kritik: 1. »Beunruhigung« der Juden in Brest, 2. »die Belassung der notwendigsten Handwerker und Arbeitskräfte« hätte erfolgen müssen, 3. das Eigentum der Juden sei, abgesehen von den Beschlagnahmen durch den »SD«, von den Einheimischen geplündert worden und seine Sicherstellung daher nicht von ihm zu gewährleisten.

sation Todt und in kleinen Orten.¹¹⁶⁷ Spätestens seit dem 5. Oktober galt für die Einheiten der Ordnungspolizei der Befehl, alle angetroffenen Juden umzubringen.¹¹⁶⁸

Die 16 000 bis 19 000 Juden aus der Stadt Brest wurden am 15. und 16. Oktober 1942 in einer für Weißrußland beispiellosen Aktion ermordet.¹¹⁶⁹ Mindestens 15 000 davon wurden nämlich aus dem Ghetto zum Bahnhof getrieben, dort in mehrere (vermutlich drei bis fünf) lange Güterzüge gepfercht, nach Bronnaja Gora transportiert und dort erschossen. Dazu war auf dem Bahnhof von Brest eine ungewöhnliche Zahl von Güterwaggons zusammengezogen worden.¹¹⁷⁰ Die übrigen Opfer waren zum einen Kinder, alte und schwache Menschen, die verschiedene Polizeieinheiten direkt im Ghetto angeblich zur »Krankensammelstelle« führten, in Wirklichkeit aber erschossen, zum anderen Menschen, die beim Stürmen der Wohnungen und beim Heraus-treiben ermordet wurden, und viele hundert Juden, die man zum Teil noch viele Tage später in Verstecken entdeckte.¹¹⁷¹ Arbeitsteilige Täreinheiten waren KdS-Außenstelle Brest, Gendarmerie, Schutzpolizei, die Polizeikompanie »Nürnberg« und die polnische Schutzmannschaft. Die Leitung hatte der SS- und Polizeistandortführer, Major der Schutzpolizei Rohde. Auch das Gebietskommissariat, das den meisten

1167 So erschoss die 11. Kompanie des Pol.Rgt. 15 60 Juden in Tscherniany, viele Flüchtlinge aus Brest und 81 Juden in einem OT-Lager, die 9. Kp. 101 Juden in Samary, die 10. Kp. 43 Juden in Franopol, 461 Juden in einem OT-Lager zwischen Brest und Welikoria usw. Vgl. KTB Pol.Btl. 310 (III./Pol. 15) v. 21.-25. 10. 1942, ZStL UdSSR Bd. 411, Bl. 386-390; Berichte 11./Pol. 15 v. 12. 9. und 25. 10., 10. Kp. v. 26. 10. und 9./Pol. 15 v. 1. 11. 1942, BA D-H ZM 1479, A. 2 (ebenso in BA-MA SF-03/35350); Gendarmerie-Gebietsführer Brest, Lageberichte v. 6. 10. und 8. 11. 1942, BA F 13751, Bl. 981 und 1003.

1168 SSPF für Wolhynien u. Podolien – Kommandeur der Ordnungspolizei – Einsatzstab Tgb.Nr. 8/42(g) v. 5. 10. 1942, Einsatzbefehl Nr. 6 (Abschrift), IfZ Fb 101/18: »Juden und sonstige Ostländer sind unabhängig von dieser Vergeltungsmaßnahme einer Sonderbehandlung zu unterziehen.« Vgl. Vern. E. W. v. 30. 10. 1961, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 570. Dieser Angehörige der Kompanie »Nürnberg« erinnerte sich, daß bei ihren Aktionen auf dem Land »laufend Juden erschossen worden sind«.

1169 Angaben zur jüdischen Bevölkerung in Brest: 1931 21 400 nach Seraphim, S. 717; 17 574 nach Zählung auf Anordnung der Wehrmacht vom Juli 1941, Stadtkommissar Brest, Lagebericht v. 21. 11. 1941, BA F 13752, Bl. 7; 19 000 Ermordete in Brest laut Gendarmerie-Gebietsführer Brest v. 8. 11. 1942, BA F 13751, Bl. 999 (Auszug in Kohl, S. 198); »16 000 Juden evakuiert« (Zahl der mit der Eisenbahn Abtransportierten?) aus Brest nach KTB Pol.Btl. 310 v. 16. 10. 1942, ZStL UdSSR Bd. 411, Bl. 384, (das KTB auch in BA-MA SF-01/35351); rund 18 000: Der Ortsbeauftragte Brest-Litowsk, Betr.: Bericht über die Tätigkeit der Zivilverwaltung v. 19. 11. 1943, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1680; 17 000 bzw. 20 000 Opfer nach Grossman/Ehrenburg, S. 353 und 356.

1170 K. B., Betriebskontrolleur der HBD Minsk, berichtete dies in seiner Vern. v. 17. 8. 1962, ZSt Dortmund 45 Js 13/62, Bd. 1, Bl. 126-129 (»größerer Güterwagenpark«). Zufällig will K. wenig später bei der Betriebsstelle Bronnaja Gora die Massengräber entdeckt haben, deren Länge er mit 80-100 m (tatsächlich 80 m) recht genau anzugeben wußte. In welcher Weise die Eisenbahnverwaltung in die Verbrechen von Bronnaja Gora verwickelt war, kann hier nicht geklärt werden. Vgl. ferner Vern. des damaligen Angehörigen des Pol.Btl. 310 und Zugbegleiters W. R. v. 7. 8. 1961, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 776-781; Akte über die Verbrechen in der Stadt Brest v. 25. 11. 1944, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 162 f.; ebd.: Vern. der jüdischen Überlebenden B. B. v. 11. 4. 1967, die sich versteckt hatte, Bl. 1334-1336; Vern. Franz Burat v. 31. 5. 1961, Bl. 249R; Vern. K. F. v. 3. 11. 1961, Bl. 611; Vern. F. G. v. 9. 11. 1961, Bl. 657; Zwischenbericht Nr. 3 der israelischen Polizei v. 31. 8. 1964 (Zeuge K.), Bl. 750 f.; Vern. J. H. v. 3. 12. 1964, Bl. 953; Vern. Dr. O. C. v. 29. 1. 1965, Bl. 979; Kohl, S. 253, Anm. 16.

1171 Vern. Karl Liebel v. 4. 2. 1948 durch die Polnische Hauptkommission in Berlin, BA D-H ZWM A 64, A.15, Bl. 3 f.; täglich wurden immer noch 70-80 Juden »aufgefunden« nach GebK Brest, Beitrag der Abt. II zum Monatsbericht Oktober 1942 (handschriftlich datiert auf 13. 11.), BA F 13751, Bl. 990; siehe Grossman/Ehrenburg, S. 355; Vern. Ernst Westermacher v. 30. 10. 1961, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 566 (Auszug in Kohl, S. 199); Vern. S. M. v. 16. 9. 1959, ebd., Bl. 11 f.; Vern. Dr. O. C. v. 29. 1. 1965, Bl. 979 f.

Dienststellenangehörigen die Aufgabe zuwies, bei der »Erfassung« der jüdischen Habe die Sammlung bestimmter Produkte durch jeweils zehn bis 15 Einheimische zu organisieren, stand dieser Vernichtungsaktion, die man aus Ernährungsgründen schon länger gefordert hatte, positiv gegenüber.¹¹⁷²

Zum Gebiet Kobryn ist die Quellenlage weit weniger gut. Dort wurden zwischen 11000 und 14500 Juden allein aus den vier größten Orten (Kobryn, Bereza-Kartuska, Antopol und Drogitschin) ermordet. Hinzu kamen noch weitere Opfer zumindest aus Dywin und Gorodez. Während in Drogitschin 1944 eine Grube mit 3816 Leichen entdeckt wurde, pferchte man die anderen Opfer überwiegend in Güterwaggons und fuhr sie zur Erschießung nach Bronnaja Gora, darunter 4000 bis 6000 aus Kobryn und mehrere hundert aus Antopol an ein und demselben Tag.¹¹⁷³ In mindestens einem kleineren Ort führte der einheimische Polizeichef die Vernichtung der Juden von sich aus durch.¹¹⁷⁴ Außer Angehörigen der KdS-Außenstelle Brest schossen sonst vornehmlich Männer der sogenannten »Einheit Piper« unter einem Polizeihauptmann, die nach Aussage eines ehemaligen Stabsmitglieds des BdO »praktisch die Feuerwehr für unseren B.B.-Stab« war und diesem bzw. dem HSSPF Ukraine direkt unterstand.¹¹⁷⁵

In den Gebieten Stolin und Pinsk führten in erster Linie Angehörige der KdS-Außenstelle Pinsk die Morde aus. Zum Teil liegen in diesen Fällen Exhumierungsergebnisse vor. In Koshangrodek wurden in der Nacht vom 2. zum 3. September 1942 937 Juden erschossen, in Lachwa, wo es einen bewaffneten Aufstand mit Massenflucht gab, am 3. September 1946 Menschen (darunter 698 Frauen und 724 Kinder), in Luninez einen Tag später 2932 (1429 Frauen und 1397 Kinder), einige Wochen später die letzten 100 Handwerker. Die Exekution leitete der stellvertretende Gebietskommissar, der auch sonst meist anwesend war.¹¹⁷⁶ Sein Kollege aus Stolin übernahm in sei-

1172 Sonst hätte es in seinem Bericht nicht geheißen: »Die gesund denkenden Kräfte in der einheimischen Bevölkerung haben diese Aktion sogar sehr begrüßt. [...] Eine nennenswerte Störung des Wirtschaftslebens ist wieder [sic] erwarten nicht eingetreten.« GebK Brest, Abt. IIa/GK, Lagebericht für November und Dezember v. 31. 12. 1942 (Unterschrift: Burat), BA F 13752, Bl. 222. Vgl. GebK Brest, Plan zur Erfassung des jüdischen Eigentums aufgrund der Judenaktion, beginnend am 15. 10. 1942 v. 14. 10. 1942 (Unterschrift: Burat), Nbg. Dok. PS-1134.

1173 Kobryn: Erschießungen in der Stadt: Vern. H. E. (Ia des BdO, lag damals in Kobryn) v. 16. 11. 1959, ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 846; Vern. F. D. v. 31. 10. 1967, ZStL II 204 AR-Z 439/67, Bd. I, Bl. III-III4 (6000 Opfer); Gilbert, S. 128, vgl. S. 105 (4000 am 14. 10. und angeblich ebenfalls 4000 am 6. 6. 1942); vgl. Angrick u. a., S. 378, Anm. 103 (zutreffend ist wohl, daß die Juden aus Antopol z. T. zusammen mit denen aus Kobryn in einen Zug gezwungen wurden – aber sie wurden in Bronnaja Gora erschossen). Bereza-Kartuska: Vern. W. H. v. 13. 10. 1960, ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 3441 ff. (2000 Opfer; auch Aussage zu Antopol); Gilbert, S. 131 (3500 am 16. 10.); Kowalski, Bd. II, S. 518. Drogitschin: Vern. E. W. v. 13. 6. 1962, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 1233 f., und StA Frankfurt/M. 4 Js 901/62, Bl. 4632 ff. (1500 bis 2000 Opfer); Akt Nr. 5, Drogitschin v. 30. 10.–2. 11. 1944, Bl. 4925 (3816 Leichen, teils mit Stacheldraht aneinander gefesselt, 895 Männer, 1083 Frauen, 1838 Kinder in einer Grube mit 1092 m³ Rauminhalt).

1174 Siehe Vern. A. P. v. 13. 9. 1960, ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 3208 ff., ferner Bl. 4486 ff.

1175 B.B. = Bandenbekämpfung (Partisanenbekämpfung). Vern. P. B. v. 23. 2. 1960, ebd., Bl. 1422; dem HSSPF unterstellt nach Vern. A. D. (ebenfalls ehemaliges Stabsmitglied) v. 11. 1. 1960, Bl. 980. Ferner Vern. M. P. (Frau des GebK in Kobryn) v. 26. 1. 1961, Bl. 4629 f. Nach H. E. v. 16. 11. 1959 (Bl. 843) stellte auch das Pol.Btl. 320 Erschießungskommandos, die Gummischürzen zu tragen pflegten, um sich nicht mit Blut zu besudeln.

1176 Akt der Untersuchungskommission Luninez v. 10. 4. 1945, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 4976–4981, auf Grund von Ausgrabungsergebnissen; Anklage StA Frankfurt/M. 4 Js 901/62 v. 28. 3. 1968, Bl. 4632 ff. Lachwa: Befragungen der Zeugen M. W. Bajda, I. J. Demidowitsch und A. A. Olschewski v. 7. 8. 1992,

nem Gebiet die gleiche Rolle, wo zwischen dem 9. und 12. September mindestens 8500 Juden vernichtet wurden, darunter mindestens 7000 am letzten Tag in der Gebietshauptstadt.¹¹⁷⁷ In Mikroschowitschi wurden an einem unbekannten Tag etwa 1200 und in Janow am 24. und 25. September zwischen 1800 und 4000 Juden erschossen.¹¹⁷⁸

Danach existierte im Polesje nur noch eine jüdische Gemeinde, die damals größte in Weißrußland überhaupt: das Ghetto in Pinsk. Seine Vernichtung wurde in der Forschung als typisches Beispiel für eine Judenvernichtungsaktion angesehen, die Himmler persönlich anordnete. Denn dieser erteilte am 27. Oktober Prützmann den Befehl:

»Auf Grund der mir vorliegenden Meldungen ist das Ghetto in Pinsk als Zentrale der gesamten Bandenbekämpfung in den Pripjet-Sümpfen anzusehen.

Ich befehle Ihnen daher, trotz Bestehen[s] wirtschaftlicher Bedenken, das Ghetto in Pinsk sofort auszuheben und zu vernichten. 1000 männliche Arbeitskräfte sind, falls es die Aktion erlaubt, sicherzustellen und der Wehrmacht für die Fabrikation der Holzhütten zu überstellen. Die Arbeit dieser 1000 Arbeitskräfte darf jedoch nur in einem geschlossenen und sehr bewachten Lager stattfinden. Falls diese Bewachung nicht garantiert ist, sind auch diese 1000 zu vernichten.«¹¹⁷⁹

Wie bereits dargestellt, handelte es sich aber keineswegs um einen einsamen Entschluß Himmlers, da Reichskommissar Koch diese Weisung schon mindestens sieben Wochen früher gegeben hatte.¹¹⁸⁰ Bemerkenswert erscheint, daß der Leiter der ausführenden KdS-Außenstelle Pinsk gar nichts von einer Anordnung Himmlers erfuhr. Außerdem dauerte die Aushebung der neun Massengräber von jeweils mindestens 40 Metern Länge, vier Metern Breite und drei Metern Tiefe 15 Tage, hatte also

MGVK Minsk 20-10^a-15-23811; Ainsztein, S. 87; Enzyklopädie des Holocaust, S. 846f. In Lachwa erklärte ein örtlicher Wehrmachtvertreter auf die besorgte Anfrage der Juden, was die Ende August ausgehobenen Gruben bedeuteten, sie seien für »strategische« Zwecke bestimmt: Vern. L. S. v. 26. II. 1965, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 4448-4454. Luniniez: undatierter Abschlußbericht ZStL, ebd., Bl. 932-934; Vern. A. E. v. 24. I. 1962, Bl. 954; Vern. K. B. v. 9. 5. 1962, Bl. 1112-1114; Zeitung »Luniniezskija Novini« v. 4. 8. 1992.

1177 Ferner 1200 bis 1300 Opfer in Davidgrodok. Dazu kamen mindestens 2300 Opfer im heute ukrainischen, unter den Deutschen zum Gebiet Stolin gehörenden Rayon Wysozk. Vortrag Konrad Kwiet v. 26. I. 1994 und Gerichtsfilm der australischen Ermittlungsbehörden über die Exhumierung des Massengrabs bei Serniki; Anklageschrift v. 28. 3. 1968, wie Anm. zuvor, Bl. 4632ff.; Vern. B. K. v. 17. 2. und Z. K. v. 22. 2. 1972, P. M. S. v. 9. 7., 12. 7. und 20. 8. 1947, N. F. G. v. 19. I. 1952 und I. D. T. v. 18. 7. 1945, ebd., Bl. 4846, 4849, 4905-4908, 4919-4923 und 4931f.

1178 Anklageschrift wie vorletzte Anm.; Vern. A. P. v. 11. 5. 1972, Bl. 4944f.; Vern. B. T. v. 8. 4. 1962, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1267, Bl. 221-223 (beides jüdische Zeugen, geben 3000 bzw. 4000 Opfer an, während die in der Anklageschrift genannten Zahlen in der Regel viel zu niedrig liegen); Hilberg, Täter, S. 194; KTB RüASt 17 (Brest) für 1.-10. 10. 1942, BA-MA RW 30/150, Bl. 14; Vern. W. R. v. 31. I. 1962, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bl. 974f.

1179 Himmler an Prützmann v. 27. 10. 1942, BA F 3355, Bl. 1774; weiteres Exemplar in BA F 14248; abgedruckt in: Heiber 1968, S. 165. Vgl. z.B. Hilberg, Vernichtung, S. 400. Pinsk galt als »Paßfälscherzentrale«: Vern. H.E. v. 16. II. 1959, ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 847f. In Wirklichkeit war, wie auch die widerstandslose Ghettovernichtung zeigte, keine enge Verbindung zu Partisanen vorhanden, geschweige denn ein Widerstandszentrum. Allenfalls gab es Fälle von Flucht aus dem Ghetto. Die Juden gingen schließlich in Form einer Prozession mit dem Vorsitzenden des Judenrats an der Spitze zur Erschießung: F. S., Sie haben es nicht mehr erlebt, ZStL II 204 AR-Z 393/59, nach Bl. 714.

1180 Siehe S. 715 in dieser Darstellung.

lange vor dem 27. Oktober begonnen.¹¹⁸¹ Der Ablauf war, soweit rekonstruierbar, tatsächlich folgender: Himmler gab den Befehl am Vormittag des 27. Oktober (bevor er nachmittags von Shitomir aus auf die Krim flog) im Zustand innerer Erregung, denn er hatte an jenem Morgen die Grabrede für zwei SS-Männer, darunter den Piloten seiner Dienstmaschine, und eine Volksdeutsche zu halten, die offensichtlich von Partisanen getötet worden waren.¹¹⁸² Himmler, sicherlich über Kochs Anordnung informiert, traf nicht die Grundsatzentscheidung, aber er setzte einen blitzschnellen Vernichtungsmechanismus in Gang. Am selben Tag erreichte der Befehl Prützmann, der ihn an den Einsatzstab des BdO Ukraine in Kobryn weitergab. Ebenfalls noch am 27. Oktober erhielt die 10. Kompanie des Polizeibataillons 310 (III./Pol. 15) im Raum Brest den Befehl, am 28. nach Kobryn zu verlegen. Dem Kompaniechef, Hauptmann der Schutzpolizei Helmut Saur, wurde dort am 28. Oktober vom Ia des BdO die Weisung gegeben, mit seiner Einheit an der Ghettoliquidierung in Pinsk teilzunehmen. Eine halbe Stunde nach Eintreffen in Pinsk am 29. Oktober um 4.00 Uhr fand die Einsatzbesprechung mit dem Kommandeur des Polizeibataillons 306, Oberst d. P. Emil Kursk, statt. Um 6.30 begann die Vernichtungsaktion. Im Erfahrungsbericht Saur heißt es weiter:

»Die Juden, nun aufmerksam geworden, sammelten sich zum größten Teil freiwillig auf allen Straßen und mit Hilfe von 2 Wachtmeistern gelang es, schon in der ersten Stunde einige tausend zum Sammelplatz zu lotsen. Da nun der andere Teil der Juden sah, wohin es ging, schlossen sie sich dem Zuge an, sodass die vom SD am Sammelplatz in Aussicht genommene Sichtung auf Grund des starken und plötzlichen Anlaufs nicht mehr erfolgen konnte. (Man hatte für den ersten Tag der Durchkämmung nur mit 1–2 000 Personen gerechnet.) Die erste Durchkämmung war um 17.00 Uhr beendet und verlief ohne Zwischenfälle. Am 1. Tag wurden cr. 10 000 Personen exekutiert. Für die Nacht lag die Komp. in Alarmbereitschaft im Soldatenheim.

Am 30. X. wurde das Ghetto zum zweiten-, am 31. X. zum dritten-, und am 1. XI. zum vierten Male durchkämmt. Es wurden insgesamt cr. 15 000 Juden dem Sammelplatz zugeführt. Kranke Juden und einzelne, in den Häusern zurückgelassene Kinder wurden sofort im Ghetto auf dem Hof exekutiert. Im Ghetto wurden cr. 1200 Juden exekutiert. Zu Zwischenfällen kam es bis auf einen Fall nicht. [...]«¹¹⁸³

¹¹⁸¹ Siehe Vern. S. W. K. v. 30. 10. 1944, der mit anderen Einwohnern seines Dorfes die Gruben anlegen mußte, ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 4726–4728; ders. v. 24. 7. 1968 (hiernach 9 Gruben à 80 mal 6 mal 3 m) und N. J. S., Bl. 4988 und 4991. Zur Aushebung auch W. T. (Dolmetscher beim GebK) v. 5. 1. 1961, Bl. 289 (8–10 Gruben à 50 mal 10 m). Ferner Vern. W. R. v. 1. 2. 1962, ebd., Bl. 982. R. sagte aus, er habe erst bei seiner Beschuldigtenvernehmung von dem Befehl Himmlers erfahren – glaubwürdig, da die Kenntnis eines direkten Himmler-Befehls ihn juristisch stark entlastet hätte.

¹¹⁸² Vgl. Terminkalender Himmler v. 27. 10. 1942, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 62 (siehe auch unten 9. 10., Bl. 78); Terminkalender Grothmann v. 27. 10. 1942, BA NS 19/3959; dazu Tagebuch Bach-Zelewski v. 11. 11. 1942, BA R 20/45b, Bl. 59.

¹¹⁸³ Erfahrungsbericht, Unterschrift: Saur, Nbg. Dok. USSR – 119a, BA F 15498, Bl. 2044 und 2046; abgedruckt in: Grossman/Ehrenburg, S. 988–990; auch zitiert in IMT, Bd. 8, S. 327 ff. Saur identifizierte selbst seine Unterschrift, wollte 1961 den Bericht selbst vergessen haben, aber »im übrigen stimmt ja auch der Bericht, soweit er mir vorgelesen ist«. Vgl., auch zum geschilderten Ablauf, außer dem Bericht KTB Pol.Btl. 310 v. 29. 10. und 2. 11. 1942 (hier wird der Erfahrungsbericht als Anlage erwähnt), ZStL UdSSR Bd. 411, Bl. 392 und 397; Vern. Helmut Saur v. 31. 1. 1961, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 317–334 (Zitat Bl. 323); Vern. Josef Kuhr v. 12. 9. und 30. 10. 1962, Bl. 1588 und 2537 f.; Vern. E. P. (Stabsadjutant

Die meisten Opfer wurden vier Kilometer von der Stadt entfernt von bis zu 100 Schützen, vor allem Angehörigen der KdS-Außenstelle Pinsk, erschossen. Einer davon rühmte sich während des Massakers, er habe gerade seinen »2000sten Juden am heutigen Tag umgelegt«.¹¹⁸⁴ Aus dem Saur-Bericht geht nicht eindeutig hervor, ob 1600 oder 2600 Menschen in Pinsk vernichtet wurden. Die Ermittlungen der Justiz konnten das ebenfalls nicht vollständig klären, legen aber wie die immanente Quelleninterpretation die zweite Version nahe.¹¹⁸⁵ Unterstützung kam auch von in Pinsk liegenden Wehrmachteinheiten, der Gendarmerie, der Polizei-Reiter-Abteilung II und der einheimischen Schutzmannschaft. Dazu kamen »unbekannte Angehörige der damaligen Reichsbahn und Reichspost, die aus Neugier und Sensationslust sich an den Exekutionsort begeben hatten«.¹¹⁸⁶ Angehörige des Gebietskommissariats nahmen Selektionen vor, erschossen zum Teil persönlich Juden (darunter Gebietskommissar Paul Gerhard Klein und sein Stellvertreter) und sonderten insbesondere die Beschäftigten des Tobalwerks, das Schneehütten aus Sperrholz für die Wehrmacht produzierte, aus. 1200 jüdische Facharbeiter sollten zunächst am Leben bleiben und wurden im Krankenhaus gesammelt; als ihre Zahl jedoch durch Flüchtlinge und Versteckte auf 2500 anwuchs, wurden sie bis auf 600 Personen alle erschossen. Die verbliebenen Insassen des sogenannten kleinen Ghettos vernichtete man am 23. Dezem-

Pol.Btl. 310) v. 6. 9. 1961, Bl. 824f. Nach P. kam der Befehl zur Verlegung der Pol.Kp. vom Regiment in Pinsk. Der Batl.Kdr. H. bestimmte Saur's Kompanie dazu und fuhr auch selbst nach Pinsk. Siehe zum Ablauf auch Lichtenstein 1990, S. 175ff.

1184 Vgl. Erfahrungsbericht Saur; W. T. v. 5. I. 1961, Bl. 289; Zitat: Vern. H. K. (Landwirtschaftsführer) v. 26. II. 1963, Bl. 3590.

1185 So auch die Auslegung der sowjetischen Anklage in Nürnberg (IMT, Bd. 8, S. 327ff.). Für die höhere Zahl sprechen u. a.: ZStL, Abschlußvermerk v. 14. 10. 1961, StA Wolfenbüttel 62 Nds. 2, Nr. 1279, Bl. 11; Vern. L. D. v. 27. 3. und G. G. v. 27. 3. 1961, Nr. 1265, Bl. 116 und 121 (jüdische Überlebende); Vern. H. E. (Ia des BdO) v. 16. II. 1959, ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 848; Vern. Adolf Rübe (im Entendungskommando 1005) v. 16. 4. 1947, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, Haft I, Bl. 27R (gibt 40–45000 in Pinsk verbrannte Leichen an); Vern. J. B. (Landwirtschaftsführer, der wegen der Lebensmittelbezüge darüber Bescheid wissen konnte: über 20000 Juden im Ghetto), ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 368ff.; Vern. A. J. (Überlebender) v. 22. II. 1963, Bl. 3594; A. H. v. 16. 7. 1963 (dt. Polizist; man sprach von über 20000 Opfern) und H. J. (ihm sagte man, in eine Grube paßten ca. 5000 Leichen – es gab neun) v. 13. 12. 1962, Bl. 3094 und 3296; N. H. v. 24. 2. 1964 (Wehrmachtsoldat in Pinsk, hörte von 28000 Ghettoinsassen), Bl. 3652ff.; W. S. v. 9. 6. 1965, Bl. 4361 (später bei KdS-ASt Pinsk, man sprach von 28000 Opfern); S. W. K. v. 30. 10. 1944, Bd. 19, Bl. 4726–4728 (Anwohner). Nach Cholowsky gab es in Pinsk beim Einmarsch 30937 Juden (Büchler, S. 23, Anm. 54). – Zwischen beiden Angaben liegen D. N. G. (überlebender Jude) v. 23. II. 1944 (kurz vor dem Massaker wurden 17913 Bezieher von Brotkarten gezählt – dazu müßte man die Illegalen addieren, vor allem da die Massaker in der Umgebung bekannt waren), Bl. 4712; ferner M. W. D. v. 26. 7. 1968 (hörte von Ghettoinsassen, es hätte 22000 Einwohner). Auf die geringere Version deuten hin: israelischer Untersuchungsbericht v. 8. 6. 1961, Bl. 611ff.; Vern. O. B. v. 15. II. 1962, Bl. 2335 (dt. Polizist, hörte von 16000 Opfern); Vern. W. R. v. 1. 2. 1962, Bl. 985 (Leiter der KdS-ASt Pinsk, stellte einen Mann zum Zählen der Opfer ab, der auf ca. 17000 kam; R. hatte aber ein Interesse, die Zahl der Opfer niedrig anzugeben); EM 50 v. 12. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1877 (in Pinsk seien von 30000 Einwohnern 20000 Juden – beides war jedoch zweifellos zu niedrig angegeben, da die Massaker vom 5.–8. 8. 1941 kaum berücksichtigt sein konnten, vgl. Kap. 5.3 und 7.2a). Laut Spector, Aktion 1005, S. 167, exhumierte und verbrannte das SK 1005 insgesamt 21000 Leichen bei Pinsk.

1186 Vern. W. H. v. 22. 4. 1960, ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 22; vgl. z. B. Vern. G. G. v. 2. 4. 1961, StA Wolfenbüttel 62 Nds. Fb. 2, Nr. 1265, Bl. 122.

ber 1942, ganz wie vom KdS im voraus geplant.¹¹⁸⁷ Das Generalkommissariat hatte nichts gegen die Judenvernichtung in ihrem Generalbezirk, im Gegenteil.¹¹⁸⁸

Im Gegensatz zum Generalgouvernement wurde der Plan, die Juden in der Ukraine noch 1942 vollständig zu vernichten, fast gänzlich ausgeführt. Prützmann meldete Himmler am 26. Dezember 1942 363.211 ermordete Juden in seinem Bereich einschließlich Bezirk Bialystok, davon allein 271.017 im September und Oktober, die meisten davon in Wolhynien und Podolien. Himmler gab die Meldung drei Tage später an Hitler weiter.¹¹⁸⁹ Die Gesamtzahl der Opfer in den weißrussischen Gebieten des GK für Wolhynien und Podolien betrug in jenen Monaten mindestens 80.000. Allein das Polizeibataillon 310 beanspruchte für sich, in den Gebieten Brest, Kobryn und Pinsk 41.837 Juden ermordet zu haben.¹¹⁹⁰ Der ehemalige Angehörige der KdS-Außenstelle in Pinsk Adolf Petsch (»Ich kann nicht sagen, daß man direkt einen Zwang auf mich ausgeübt hat«) erklärte nach dem Krieg mehrmals, er habe zwischen 6000 und 10.000 Juden in jenen Wochen mit eigener Hand getötet.¹¹⁹¹ Das bundesdeutsche Strafverfahren gegen einige Täter endete mit Haftstrafen zwischen zweieinhalb und vier Jahren, Petsch bekam 15 – sieben Stunden pro Mord, wie ein Kommentator der Süddeutschen Zeitung errechnete. Alle Verurteilten erhielten Haftverschonung.¹¹⁹²

Ein Rätsel bleibt: Bronnaja Gora. Diese Vernichtungsstätte blieb nur wenige Monate, bis zum November 1942, »in Betrieb«. Dann wurden die Stacheldrahtverhaue abgerissen, und es fand wieder normaler Bahnbetrieb statt. Sogar Weißrussen durften den Bahnhof benutzen. Im März 1944 enterdete das Sonderkommando 1005 die Grä-

1187 Vern. des jüdischen Überlebenden A. J. v. 27. 2. 1961, ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 410f.; dessen Gegenüberstellung mit dem stellvertretenden GebK A. E. v. 7. 2. 1962, Bl. 995–1018; H. K. v. 20. 4. 1961, Bl. 556 (Angestellte Kleins über dessen Judenhaß); Vern. W. R. v. 1. 2. 1962, Bl. 988 (von den zurückgestellten Arbeitern wurde ein Teil auf Initiative des stellvertretenden GebK erschossen, weil es »zu viele« waren); Vern. L. D. v. 27. 3. 1961, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1265, Bl. 118f.; Vern. G. G. v. 2. 4. 1961, ebd., Bl. 123f. (beides jüdische Überlebende). Zu den Plänen des KdS dessen Schreiben an die KdS-Außenstellen v. 31. 8. 1942, wie Anm. 7/1151 (S. 714).

1188 Im vom Referenten IIa vorgefertigten Teil des Lageberichts des GK für Wolhynien und Podolien, Schoene, v. 1. 11. 1942 hieß es: »Über das Judentum ist nicht viel zu berichten, da in den meisten Gebieten die restlose Umsiedlung durchgeführt wird; nur ist jetzt öfter zu bemerken, daß sich dieses Gesindel zur Wehr setzt und es in den letzten Tagen zu schweren Verletzungen der Wachmannschaften, die mit der Aufgabe der Umsiedlung betraut sind, gekommen ist.« BA II.01, Nr. 17, Bl. 15.

1189 HSSPF Russland-Süd, Ukraine und Nordost, Meldung über Bandenbekämpfungserfolge vom 1. 9. bis 1. 12. 1942, den 26. 12. 1942, Nbg. Dok. NO-511, IfZ Fb 101/18; Reichsführer-SS, Meldung Nr. 51 an den Führer über Bandenbekämpfung, Russland-Süd, Ukraine, Bialystok, Bandenbekämpfungserfolge vom 1. 9. bis 1. 12. v. 29. 12. 1942 (das Anschreiben von Brandt an Berger stammt vom 28. 12.), BA-MA F 3960, Bl. 775–778, auch als Nbg. Dok. NO-511 (erste Seite als Faksimile in Fleming, nach S. 128). Die Meldungen bezogen sich in Wirklichkeit auf den Zeitraum 1. 8.–1. 12. 1942. – Vgl. Spector, Holocaust, S. 184–186. Prützmann meldete auch Zwischenstände an Himmler und nach Berlin, z. B. Fschr. HSSPF Rußland Süd v. 11. 11. 1942, Betr.: Tätigkeitsbericht und Erfolgsübersicht der Ordnungs-Pol. über die Bandenbekämpfung vom 19.–31. 10. 1942 (ZStL CSSR Bd. 329, Bl. 173f.); Im Raum Brest seien 5292 Juden vernichtet worden.

1190 Vgl. Zagorulko/Judenkow, S. 140; ferner Robel, S. 548; siehe auch Romanowski u. a., S. 41.

1191 Vern. Adolf Petsch v. 13. 9. 1962, ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 1626–1628; Stuttgarter Zeitung v. 14. 9. 1962; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 30. 12. 1972.

1192 Stuttgarter Zeitung v. 7. 2. und »die tat« v. 17. 2. 1973. Über den Richter Schwalbe – das Gericht reiste als erstes bundesdeutsches zu einem Lokaltermin in die Sowjetunion – urteilte »Die Welt« v. 21. 10. 1972: »Die Bemerkung an einer russischen Gedenkstätte, mit demselben Recht könne auch ein Partisanenopfer ein Denkmal beanspruchen, ist indiskutabel.«

ber und verbrannte die Leichen so gründlich, daß die zuständige sowjetische Untersuchungskommission praktisch jeden einzelnen Knochen erwähnte, den sie bei der Ausgrabung noch erhalten fand. Eine ähnliche Vernichtungsstätte existierte bei Sarny im ukrainischen Teil des GK Wolhynien-Podolien.¹¹⁹³ Unklar ist, ob die Einrichtung und Leitung in Bronnaja Gora bei der KdS-Außenstelle Brest oder beim Einsatzstab des BdO im nahen Kobryn lag, außerdem, wer die Erschießungskommandos stellte; zeitweilig wohl Sicherheitspolizei und SD. Opfer an dieser Stätte waren die Juden aus Brest, ferner ein Teil der jüdischen Einwohner von Kobryn, Antopol und Bereza-Kartuska. Das waren 20 000 bis 25 000 Menschen – mindestens 30 000, möglicherweise sogar 50 000 Opfer dürften es gewesen sein.¹¹⁹⁴ Es erscheint sogar nicht ausgeschlossen, daß Juden aus dem Ghetto in Warschau unter den Opfern waren.¹¹⁹⁵

d) Die Vernichtung der Juden aus dem weißrussischen Abschnitt des Bezirks Bialystok (November 1942–März 1943)

Auch der Bezirk Bialystok unterstand Erich Koch, hier als Chef der Zivilverwaltung, und Hans-Adolf Prützmann als HSSPF, der dieses Gebiet auch in seine Meldung über hunderttausende getötete Juden vom Dezember 1942 einschloß.¹¹⁹⁶ Die Vernichtung der ukrainischen Juden endete im wesentlichen mit der Liquidierung des Ghettos in Pinsk am 1. November – am folgenden Tag, dem 2. November, wurde das Morden schlagartig im Bezirk Bialystok eingeleitet.¹¹⁹⁷ Trotz dieser Hinweise auf ein koordiniertes Vorgehen sind bislang Befehle des RSHA für den Mord an der jüdischen Bevölkerung des Bezirks Bialystok verantwortlich gemacht worden. Im Oktober 1942 soll die Weisung aus Berlin gekommen sein, die Juden der Region in die polnischen Vernichtungslager abzutransportieren.¹¹⁹⁸ Tatsächlich sprach der führende

¹¹⁹³ Dort wurden Juden aus mindestens fünf weiteren Orten ermordet. Spector, Holocaust, S. 179.

¹¹⁹⁴ Die acht Gruben hatten einen Rauminhalt von 5800–6700 m³. Auf Grund von Vergleichswerten ist von mindestens 5 Leichen je m³ auszugehen. Vgl. Untersuchungsbericht Bronnaja Gora v. 15. 9. 1944(?), der von 50 000 Opfern ausging. ZStL II 204 AR-Z 334/59, Bl. 1646–1648. Die Juden aus Drogitschin und Janow wurden wohl nicht in Bronnaja Gora ermordet, wie dieser Bericht angibt, da an diesen Orten entsprechende Massengräber gefunden wurden. Spector, Aktion 1005, spricht von der Verbrennung von 48 000 Leichen in Bronnaja Gora. Vgl. die o. g. Angaben zu den betreffenden Orten und zu Janow Vern. Adolf Rube v. 16. 4. 1947, GLA Karlsruhe, Haft I, Bl. 27R. Eine Exekution in Bronnaja Gora beschreibt Vern. A. B. v. 1. 12. 1960, ZStL 4 AR-Z 48/58, Bl. 4016. Zum Bahnbetrieb 1943 Linkow, S. 703.

¹¹⁹⁵ Das würde mit dem angeblichen frühen Beginn der Morde in Bronnaja Gora (Juni oder Juli 1942) zusammenpassen. In der ersten Woche der Deportationen aus Warschau tauchten im Ghetto Grußkarten von Deportierten aus Bialystok, Brest, Kossow (20 km von Bronnaja Gora entfernt), Malkinia, Pinsk und Smolensk auf (Arad 1987, S. 244). Das Problem liegt darin, daß bei diesen Karten, die dazu dienen sollten, die Ghettobevölkerung irrezuführen und zu beruhigen, ein Teil fingiert war, ein anderer nicht. Deportationen nach Smolensk und Bobruisk fanden tatsächlich statt (vgl. Kap. 7.5b), während die Karten aus Malkinia auf dem Weg nach Treblinka geschrieben worden sein dürften.

¹¹⁹⁶ Siehe S. 722 in dieser Darstellung. Dazu paßt, daß bereits etwa im Juli 1942 geplant war, daß die Dienststelle von Sipo und SD in Bialystok »nunmehr vergrößert werden soll«. Heiratsgesuch P. Ga. (undatiert, vor 15. 8. 1942), NWStA Detmold, D 21 A, Nr. 6184, Anlage 41f.

¹¹⁹⁷ Einen Überblick über diese Schlußphase der Vernichtung im Bezirk Bialystok liefert Arad 1987, S. 131–135.

¹¹⁹⁸ Vgl. Vern. Fritz Friedl (Gestapobeamter Bialystok) v. 13. 12. 1949, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 8, Bl. 113; Vern. Wilhelm Altenloh (KdS Bialystok) v. 6. 9. 1961, ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Bd. 1, Bl. 109. Ihnen folgten die westdeutschen Gerichte, z. B. Urteil LG Köln 24 Ks 1/67 v. 27. 6. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 11, Bl. 38. Ein Quellenbeleg dazu fehlt.

Mann im Judenrat von Białystok, Barash, am 10. und 11. Oktober von einer im Bezirk drohenden Vernichtungsaktion gegen die Juden,¹¹⁹⁹ und diese wurde dann tatsächlich von Eichmanns Stelle koordiniert.¹²⁰⁰

Hier, im vom Reich annektierten Gebiet, wurde die geräuschlosere Methode des Mordens gewählt, der Gastod. Dabei dürfte die Nähe zum Vernichtungslager Treblinka eine Rolle gespielt haben, vor allem aber der Umstand, daß die Zivilverwaltung in Białystok die Durchführung größerer Massenerschießungen mehr oder weniger auf ›reichsdeutschem Boden‹ ablehnte.¹²⁰¹ Allerdings hatten die Juden unter der ruhigen Oberfläche auch in den Monaten zuvor keineswegs ein friedliches Leben führen können. Davon zeugen viele Greuel in den Ghettos von Grodno und Pruzany sowie Morde in der Gegend von Wolkowysk und Krynki durch das Reserve-Polizeibataillon 91.¹²⁰²

Am 2. November wurden sämtliche Ghettos des Bezirks Białystok abgesperrt und alle Juden in fünf Sammellagern zum Abtransport konzentriert. Nur die Ghettos in Białystok, Grodno, Pruzany, Sokolka und Krynki blieben vorläufig bestehen. Etwa 80000 Menschen wurden an diesem Tag in die Lager – im heute weißrussischen Teil des Bezirks zwei, im ehemaligen Kriegsgefangenenlager Kielbasin bei Grodno sowie bei Wolkowysk – umgesiedelt.¹²⁰³ Aus einigen Orten wurden die Juden allerdings direkt in die Vernichtungslager transportiert.¹²⁰⁴ Die Konzentration, die angeblich ebenfalls das RSHA anordnete, stand unter der Leitung der Zivilverwaltung, die zur Durchführung Dienststellen der Ordnungspolizei heranzog. Der KdS bemühte sich, zu den größeren umzusiedelnden Ghettos ein bis zwei Beamte zu schicken – eine Führungsrolle konnte die Sicherheitspolizei schon angesichts ihrer geringen Stärke nicht einnehmen.¹²⁰⁵ Tage zuvor hatte eine der Abstimmung dienende Vorbesprechung, auch als »Landrätekonzferenz« bekannt, bei Dr. Brix, Kochs Vertreter als CdZ vor Ort, mit den Kreiskommissaren, der Ordnungs- und Sicherheitspolizei einschließlich des SSPF Werner Fromm stattgefunden. Nicht erst am Vortag, wie später

1199 Grossman, S. 211, Anm. 1.

1200 Hinweise in: Der Beauftragte des Provinzialverbandes Ostpreußen zur Sicherstellung der Kirchenbücher und kirchenbuchähnlichen Sachen im Regierungsbezirk Zichenau, im Kreise Sudauen und im Bezirk Białystok an den Chef des Reichssippenamts v. 3. 12. 1942 sowie Notiz über ein Telefonat mit Eichmanns Transportbeauftragtem Novak v. 15. 12. 1942, beides in BA R 39/738.

1201 Tatsächlich wurde ein Teil der Opfer aus dem Bezirk nach Auschwitz deportiert, für das das Argument der geographischen Nähe weniger galt.

1202 Vgl. Urteil LG Köln 24 Ks 1/67 v. 27. 6. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 11, Bl. 1–166; Verfahren ZStL V 205 AR 512/63, besonders Vern. P. K. v. 23. 3. 1962, Bl. 4f.; F. H. v. 7. 2. 1963, Bl. 247–250; Anklageschrift v. 30. 6. 1970, Bl. 968; Akt der Sonderkommission in Wolkowysk v. 18. 3. 1945, ebd., Bl. 1021; KTB Pol.Btl. 91 v. 16. und 30. 1. 1942 (Documents Grodno, Bd. 6, S. 149 und 151); Vern. M. W. v. 12. 9. und S. Z. S. v. 30. 9. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6173. Über die Existenz zahlreicher Massengräber im Bezirk Białystok selbst siehe den Bericht zweier Angehöriger des SK 1005 im Bezirk in: Grossman/Ehrenburg, S. 396–400.

1203 Vgl. Madajczyk 1988, S. 260; Blumenthal, Anm. 412, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Urteil LG Bielefeld 5 Ks 1/65 (Documents Grodno, Bd. 4, S. 552f.); zum Datum Meldung des Judenrats Białystok Nr. 356 und 357 v. 2. 11. und 365 v. 18. 11. 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188.

1204 KTB I. Kp. Res.Pol.Btl. 13 v. 5., 7., 12. und 17. 11. 1942, BA R 20/76.

1205 Leitung durch Zivilverwaltung; Vern. Heinz Errelis v. 6. 12. 1960, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 1, Bl. 29 (Errelis, der Leiter der KdS-ASt Grodno, fuhr selbst zur Umsiedlung des größten Landghettos seines Bereichs in Skidel); Urteil v. 27. 6. 1968, Bd. 11, Bl. 39. KdS-Vertreter bei möglichst vielen Umsiedlungen: Vern. Wilhelm Altenloh v. 6. 9. 1961, ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Bd. 1, Bl. 110.

manche behaupteten: Am 1. November trafen sich Zivilverwaltung und Polizei schon auf niedriger Ebene wie etwa im Amtskommissariat Porzecze.¹²⁰⁶ Die Umsiedlung selbst geschah unter Anspannung aller Polizeikräfte des Bezirks und sollte schnell gehen. Daraus folgte teilweise äußerste Brutalität. In Marcinkance versuchten etwa 150 Juden zu fliehen, worauf der Gendarmerie-Hauptwachtmeister Wietzke laut eigener, drei Tage später abgegebener Darstellung folgendermaßen reagierte: »Nach pflichtgemäßem Ermessen eröffnete ich aus eigenem Entschluss, sowie Olschewski und Fahsing das Feuer aus der MP[,] um Fluchtversuche zu verhindern. Bei diesem Waffengebrauch wurden ungefähr 90 Juden beiderlei Geschlechts erschossen. [...]«¹²⁰⁷

Als Ergebnis dieser Zwangsumsiedlung waren Anfang November 1942 43 999 Juden in Grodno konzentriert (nach anderen Angaben 46 000), nämlich 20 577 in den Ghettos 1 und 2 und 23 422 im Lager Kielbasin.¹²⁰⁸ Im Lager Wolkowysk waren die 18 000 Juden dieses Kreises zusammengefaßt.¹²⁰⁹ In Pruzany wohnten einschließ-

1206 Gend.-Posten Sobakince, Kreis Grodno, v. 5. 11. 1942 und Vern. Otto Fahsing v. 6. 12. 1942, Documents Grodno, Bd. 6, S. 172 und 179. Ferner Vern. Dr. W. H. v. 29. 9. 1966 (Kreiskommissar Wolkowysk), NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6173; Schreiben ders. v. 8. 12. 1960, Nr. 6135, II, 2, Bl. 255 f.; Vern. Karl Graf v. d. Groeben v. 30. 3. 1966 (Kreiskommissar Łomża; Documents Grodno, Bd. 4, S. 17); Alexander Omeljanowicz, Die öffentliche Meinung, NWStA Detmold, D 21 A, Nr. 6134; untere Ebene: Vern. Wilhelm Altenloh v. 6. 9. 1961, wie Anm. zuvor. Siehe auch Bitterberg, S. 52–68, der die Existenz eines Gesamtplans für die Deportationen, jedoch unter starkem Einfluß der Kreiskommissare, annimmt.

1207 Gend.-Posten Sobakince an Gend.-Kreis Grodno v. 5. 11. 1942, Documents Grodno, Bd. 6, S. 173. Wegen der Beschwerde eines Forstmeisters Lehmann, der, von den Vorgängen erschüttert, seine Teilnahme an der Aktion abbrach und Anzeige erstattete, kam es in den Folgetagen zu einer äußerst aufschlußreichen polizeilichen Untersuchung, in deren Verlauf sich Amts- und Kreiskommissar hinter die Polizisten stellten. Schließlich einigte man sich, die gegenseitigen Vorwürfe auf sich beruhen zu lassen (Documents Grodno, Bd. 6, S. 172–192). – Von ähnlicher Grausamkeit war die Umsiedlung der Juden von Nowy Dwor, vgl. undatierte Vern. Sonie Leskowicz, ebd., Bd. 1, S. 447 f.

1208 Davon kamen 2330 aus Skidel, 1969 aus Ostryna, 1549 aus Lunna, 1370 aus Ozjori, 805 aus Druskeniki (heute Litauen), 539 aus Sobakince, 417 aus Kamenka, 234 aus Porzecze, 109 aus Hatinka. 14 100 stammten offenbar aus dem Kreis Sokolka (heute größtenteils Polen, aber mit dem weißrussischen Indura), vielleicht z. T. auch aus Marcinkance (heute Litauen). Kreiskommissar Grodno an CdZ Białystok (Datum und teilweise Text unleserlich, nach dem 5. 2. 1943), in: Documents Grodno, Bd. 6, S. 170. Ferner Aufstellung über die im Kreise Grodno vorhanden gewesenen Ghettos (ebd., S. 153); Simcha Lazar, Die Vernichtung von Suchovole, in: Documents Grodno, Bd. 3, S. 64 f. (Teilübersetzung; hier Aufzählung von 28 Herkunftsorten). Die Angaben bei Arad 1987, S. 396 f., können damit korrigiert werden. Am 4. 11. 1942 hatte der Kreiskommissar dem CdZ 46 000 Juden in Grodno gemeldet. Vgl. Übersetzung des Artikels von J. Marasch aus: Volksstimme (Warschau) v. 9. 8. 1966, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 8, Bl. 46, mit teilweise falscher Quelleninterpretation; ferner CdZ an Kreiskommissar Grodno v. 5. 2. 1943 (Documents Grodno, Bd. 6, S. 169); Kreiskommissar Grodno an CdZ v. 10. 12. 1942 (ebd., S. 244). Zur Zeit des letzten erwähnten Schreibens war die Zahl aber infolge von Deportationen bereits nicht mehr aktuell. – Die Zeugenangaben zur Einwohnerzahl der Grodnoer Ghettos sind ungenau. 1931 hatte Grodno 21 200 jüdische Einwohner (Seraphim 1938, S. 717), die Deutschen zählten im Juli 1941 18 500: EM 50 v. 12. 8. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1877. Ende 1941 wurden 21 000 Juden in die beiden Grodnoer Ghettos eingewiesen: KTB I. Kp. Res.Pol.Btl.13 v. 2.–4. 11. 1941, BA R 20/76. Anfang 1942 waren im Kreis Grodno 30 500 Juden und im Kreis Sokolka 13 800 registriert: Der Bezirk Białystok (S. 29), BA F 15024. Siehe auch die wohl zu hoch gegriffenen Zahlen bei Golczewski, S. 448 f., basierend auf Berechnungen von Szymon Datner. 23 000 Juden in Grodno und 35 000 in Kielbasin gab die Jüdische Wojwodschafskommission für Geschichte am 6. 6. 1946 an, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 1, Bl. 219.

1209 Vgl. Der Bezirk Białystok (S. 29), BA F 15024; Vern. Dr. W. H. (ehemaliger Kreiskommissar, der die richtige Zahl noch aus dem Gedächtnis wußte) v. 29. 9. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6173; Golczewski, S. 448 f. Arad 1987, S. 396 f., gibt 16 300 an.

lich der 1941 aus der Umgebung dorthin gebrachten noch knapp 10 000 jüdische Menschen.¹²¹⁰

Die Sammellager waren reine Provisorien. Die Insassen durften nicht mehr arbeiten, und daß sie sechs bis acht Wochen existierten, lag einzig am Mangel an Eisenbahnzügen für den Transport in die Vernichtungslager. Mangelhaft ernährt und fast vollständig isoliert, mußten die Insassen bei eisiger Kälte teils in selbstgegrabenen Erdhöhlen hausen. Ständig starben Menschen; die Deutschen sorgten dafür, daß es stets eine offene Grube mitten im Lager gab, um die Leichen hineinzuworfen.¹²¹¹ Die Sterblichkeit war nunmehr auch in den Ghettos erheblich. So verloren nach dem 2. November in den Ghettos im Lager Grodno 700 Menschen vermutlich durch Krankheiten und Selbstmord, 238 durch Erschießen ihr Leben, 300 flohen. Im Ghetto Pruzany starben binnen knapp drei Monaten offenbar über 800 Personen.¹²¹²

Es ist unklar, inwieweit die folgenden Bahntransporte vom RSHA mit der Reichsverkehrsdirektion Königsberg ausgehandelt wurden oder vom KdS Bialystok. Beide waren beteiligt. Den Fahrnummern zufolge waren die Züge aus Pruzany und Wolkowysk als RSHA-Transporte gekennzeichnet. Franz Novak, der Transportbearbeiter Eichmanns, wollte sich aber an ihre Organisierung nicht erinnern und gab an, das RSHA sei dafür unzuständig gewesen. Auch die Züge, die nach Auschwitz gingen, scheinen RSHA-Transporte gewesen zu sein. Der zuständige Sachbearbeiter der RBD Königsberg, Rußland, konferierte mehrmals mit dem KdS Bialystok, der nachweislich Sonderzüge bestellte.¹²¹³ Auf die jeweilige Mitteilung des KdS, daß Transportraum zur Verfügung stehe, ließ die örtliche KdS-Außenstelle die Transporte zusammenstellen. Die Dienststellen der Ordnungspolizei erhielten vor Beginn der Deportationen einen allgemeinen Befehl des SSPF, bei der Auflösung der Ghettos und bei den Transporten Unterstützung zu leisten.¹²¹⁴

Die erste Konzentrationsstätte im östlichen Bezirk Bialystok, die geräumt wurde, war das Ghetto 2 in Grodno, jenes Ghetto, in dem vor allem die sogenannten Ar-

1210 Am 1. II. 1942 wurden in Pruzany auf deutschen Befehl 9976 Juden gezählt, zwischen dem 28. und 31. I. 1943 9161 per Bahn nach Auschwitz abtransportiert. Vgl. Enzyklopädie des Holocaust, S. 1171f., und Urteil LG Bielefeld 5 Ks 1/65 v. 14. 4. 1967, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6194, Bl. 84 (auch in Documents Grodno, Bd. 4, S. 581). Ferner Golczewski, S. 448f.

1211 Wolkowysk: Vern. Dr. W. H. v. 29. 9. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6173 (gewann »aus der Besprechung mit Dr. Brix den Eindruck«, »daß die Juden zum baldigen Abtransport konzentriert werden sollten«). Kielbasin: Vern. Abram Korasz v. 8. 9. 1960, Documents Grodno, Bd. 1, S. 133; Grossman/Ehrenburg, S. 923f.; Lazar Simcha, Die Vernichtung von Suchowolie, Documents Grodno, Bd. 3, S. 64f. Siehe auch zum Lager Zambrow Dr. Lawinski, Die Chronik der jüdischen Gemeinde Łomża, Beiträge B. Mozenznik und S. Knot (Teilübersetzung), ebd., Nr. 6352. Zu Problemen beim Abtransport undatierte handschriftliche Aussage Ernst Friedl (etwa 1949), NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6189.

1212 Siehe Anm. 7/1210; Vern. S. Z. S. v. 30. 9. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6173; Abschlußbericht Kreiskommissar Grodno an CdZ Bialystok (nach dem 5. 2. 1943), Documents Grodno, Bd. 6, S. 170.

1213 Vern. Dr. Wilhelm Altenloh v. 21. 10. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6173; Vern. Franz Novak v. 19. 10. 1966, ebd., Nr. 6190; Vern. Walter Tietz v. 30. 8. 1966, Documents Grodno, Bd. 2, S. 255. Möglicherweise fielen die Transporte aus Pruzany in die Zuständigkeit des RSHA, weil laut Novak mit dem RVM verhandelt werden mußte, da sie vom Bahnhof Oranczyce (RKU, aber eisenbahntechnisch RVD Minsk) liefen, denn Pruzany hatte keinen eigenen Bahnhof. Zu den Zügen nach Auschwitz Bitterberg, S. 50.

1214 Vern. Heinz Errelis v. 13. 8. 1963, NWStA Detmold D 21 A Nr. 6156, Bl. 105; Vern. Franz Osterrode v. 14. 10. 1965, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 2, Bl. 237f.

beitsunfähigen wohnten, insgesamt etwa 8000 bis 10000 Menschen. Seit dem 2. November durften es keine Arbeitskommandos mehr verlassen. Seine Einwohner wurden vermutlich zwischen dem 17. und 22. November in vier Transporten, von denen allerdings nur zwei als gesichert gelten können, vor allem nach Auschwitz gebracht und dort bis auf 230 beziehungsweise 433 vorläufig am Leben gelassene Arbeitskräfte vernichtet.¹²¹⁵ Spätestens am 9. Dezember war das Ghetto 2 »restlos geräumt«. Ein kleiner Teil seiner Bewohner, nämlich erforderliche Arbeitskräfte, durfte ins Ghetto 1 umziehen. Dort ging mittlerweile das Gerücht um, es solle ebenfalls geräumt werden.¹²¹⁶

Die über 23000 Insassen des Lagers in Kielbasin (die Deutschen nannten es Lososna) wurden offenbar zwischen dem 9. November und dem 20. Dezember zur Vernichtung nach Auschwitz und Treblinka gebracht. Aus Quellen und Aussagen lassen sich neun Transporte rekonstruieren (vier nach Treblinka), jedoch nur drei absolut sicher.¹²¹⁷ Ihre Gesamtzahl war jedoch vermutlich größer. Als ziemlich gesichert kann

-
- 1215 Gesichert sind die am 18. und 25. 11. in Auschwitz eingetroffenen Züge (gestartet am 17. bzw. 22. 11.). Nach Errelis, dem ehemaligen Leiter der KdS-ASt Grodno, ging einer oder mehrere von dort nach Treblinka. Ein Überlebender erwähnte einen Zug, der am 22. 11. abfuhr und am 24. 11. in Auschwitz ankam. Nach dieser und weiteren Überlebendenaussagen wurde das Ghetto Nr. 2 Anfang November, am 21. oder 22. 11. mit zwei oder mehr Transporten geleert. Am 20. 11. 1942 begleitete die 1. Kp. des Res.Pol.Btl. 13 einen Zug mit 3600 Juden unbekannter Herkunft von Bialystok nach Malkinia, d. h. der Zug ging nach Treblinka: BA R 20/76. Vgl. Hefte von Auschwitz 3 (1960), Documents Grodno, Bd. 3, S. 437 f.; Häftlingsblätter KL Auschwitz Josef Abkowicz und Szlama Palnic (Einlieferung 25. 11. 1942), ebd., S. 428 und 432; Vern. der Sachverständigen Danuta Czech v. 3. 10. 1966, Bd. 4, S. 500–504; Urteil LG Bielefeld v. 14. 4. 1967, Bd. 4, S. 554; Vern. Heinz Errelis v. 25. 9. 1961, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 1, Bl. 159 (zu den Arbeitskommandos ders. v. 12. 3. 1968, Bd. 9, Bl. 12); eidestattl. Erkl. L. F., ebd., Bd. 1, Bl. 78; Schreiben Ely Gornick (1960), Documents Grodno, Bd. 1, S. 64; Vern. Josef Freilichmann v. 31. 1. 1966, ebd., Bl. 59 (Transport am 17. 11. umfaßte 1600 Personen); Vern. Sam Posniak v. 23. 5. 1966, S. 248 und 250 (Transport am 18. oder 19. 11. umfaßte 3000 bis 4000 Menschen); Vern. Fania Rapaport v. 2. 6. 1966, S. 258 (an ihrem Geburtstag, dem 22. 11., wurde das Ghetto liquidiert).
- 1216 Kreiskommissar Grodno, Kreiswirtschaftsamt, an CdZ Bialystok v. 9. 12. 1942, in: Documents Grodno, Bd. 6, S. 241. Vgl. Vern. Kurt Wiese v. 24. 10. 1963, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 1, Bl. 126; Anklage v. 4. 4. 1967, Bd. 7, Bl. 146; Grossman, S. 252 f. – Das Ghetto in Bielsk wurde am 17. 11. 1942 vollständig geräumt: KTB 1. Kp. Res.Pol.Btl. 13, BA R 20/76.
- 1217 Ganz unzweifelhaft erscheinen nur die Züge, die am 2. und 8. 12. in Auschwitz ankamen (der erste fuhr am 30. 11. ab), und ein Transport nach Treblinka, der am 14. 12. abging und am 15. 12. eintraf, angeblich mit 7000 Insassen. Außerdem soll ein Zug vom 2. bis 5. 12. nach Auschwitz gefahren sein, wo 189 Menschen zunächst als Zwangsarbeiter am Leben gelassen wurden. Nach Errelis traf der erste Zug aus Kielbasin am 9. 11. 1942 in Auschwitz ein. Das LG Bielefeld hielt ferner einen am 14. 11. dort eingefahrenen Transport für sicher. Am 29. 11. wurde laut Wagenzettel ein Zug von Treblinka über Bialystok nach Grodno geschickt – vermutlich, um von dort beladen zurückzufahren. Ähnliches geschah am 17. 12. Nach einer Überlebendenaussage ging der letzte Zug von Kielbasin am 20. 12. nach Treblinka. Am 2. 12. ließ man zunächst 231 und am 8. 12. 238 Menschen am Leben. – Urteil LG Bielefeld v. 14. 4. 1967, Documents Grodno, Bd. 4, S. 554; Hefte von Auschwitz 3 (1960), ebd., Bd. 3, S. 439 f.; Vern. Danuta Czech v. 3. 10. 1966, Bd. 4, S. 500–504; Häftlingsblätter KL Auschwitz Chona Szyllanski, Iser Terespolski und Cala Atlas (aus Ostryna, Einlieferung 2. 12. 1942), Berko Becker und Chaim Kaminski (aus Lunna bzw. Porzece, Einlieferung 8. 12.), Bd. 3, S. 429–431 und 433 f.; Grossman/Ehrenburg, S. 924 f.; Vern. S. L. v. 23. 6. 1960 (auszugsweise Abschrift/Überlebende von Treblinka), NWSA Detmold D 21 A Nr. 6143 (Bd. 11, Bl. 130 f.). Ferner Vern. Heinz Errelis v. 7. 5. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 10, Bl. 313; Wagenzettel v. 29. 11. und 17. 12. 1942, ZStl. Versch. Bd. 26, Bl. 155–157; Arad 1987, S. 254 f.; Schreiben Ely Gornick (1960), Documents Grodno, Bd. 1, S. 78.

man die Lagerauflösung um den 19./20. Dezember ansehen. Dabei wurden rund 1000 Menschen als Arbeitskräfte ins Ghetto 1 in Grodno umgesiedelt.¹²¹⁸

Die seit dem 15. Dezember 1942 gültige, einmonatige Transportsperre im Generalgouvernement zugunsten von Militärtransporten wurde zwar mehr als einmal durchbrochen,¹²¹⁹ führte aber doch zu einer solchen Verminderung der Deportationen, daß die 13000 bis 14000 Bewohner des Ghettos 1 in Grodno erst später getötet wurden.¹²²⁰ Weitere rund 1000 Juden, »die für den Arbeitsprozeß und die Aufrechterhaltung der Produktion nicht benötigt wurden«, waren von dort schon im November nach Kielbasin gebracht und weiter in die Vernichtungslager verschleppt worden.¹²²¹ Zwischen dem 20. und 24. Januar 1943 trafen etwa 10000 jüdische Menschen in fünf Zügen aus Grodno in Auschwitz ein, die größtenteils sofort im Gas ermordet wurden.¹²²² Allein der am 22. Januar eingelaufene Transport umfaßte 3650 Personen. Am gleichen Tag trafen in Białystok mehrere Waggonen voller Kleidungsstücke getöteter Juden aus Treblinka zur Aufbereitung ein, darunter Kleidung von Juden aus Grodno.¹²²³

Nach Ende der Transportsperre versuchten Sicherheitspolizei und SD mit aller Macht, die verbliebenen Ghettos und Lager rasch von Juden zu räumen. Zwischen dem 11. Januar und 1. Februar 1943 gingen mindestens 17 Deportationszüge aus dem Bezirk Białystok in die Vernichtungslager. Darunter waren mindestens zwei aus Włokawysk, die am 28. und 30. Januar in Auschwitz eintrafen, und genau vier aus Pruzany, die zwischen dem 29. Januar und 1. Februar abgingen und zwischen dem 30. Januar und 2. Februar in Auschwitz ankamen. Am wenigsten wissen wir über die Vernichtung der 18000 Juden aus dem Lager Włokawysk, von wo tatsächlich erheblich mehr Transporte gefahren sein müssen. Möglicherweise begannen sie erst im Dezember.¹²²⁴

1218 Siehe ebd. und Heinz Errelis v. 13. 8. 1963, Bd. 2, S. 98. Zum Datum Jüdische Wojwodschaftskommission für Geschichte v. 6. 6. 1946, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 1, Bl. 219; Vern. Abram Korasz v. 8. 9. 1960, Documents Grodno, Bd. 1, S. 135; S. A. S. und N. S., Lebende Zeugen und Urkunden klagen an. Blutspuren des Faschisten Errelis in Grodno, in: Grodnoer Prawda v. 5. 3. 1966, NWSa Detmold D 21 A, Nr. 6208.

1219 Zur Transportsperre Fsch. HSSPF Ost an Himmler v. 5. 12. 1942, NWSa Detmold D 21 A, Nr. 6179; Hilberg, Vernichtung, S. 516f.; Urteil LG Bielefeld v. 14. 4. 1967 auf Grund der Angaben des Gutachters Wolfgang Scheffler, ebd., Bd. 4, S. 554f. (Zeit: 15. 12. 1942–1. 1. 1943); zu ihrer Durchbrechung ebd., S. 555 und 566; siehe auch oben.

1220 Am 9. 12. 1942 lebten im Ghetto Nr. 1 noch 12418 Menschen. Kreiskommissar Grodno, Kreiswirtschaftsamt, an CdZ Białystok v. 9. 12. 1942 (»nach dem Stande vom heutigen Tage«), in: Documents Grodno, Bd. 6, S. 241. Dazu kamen die später aus Kielbasin ins Ghetto 1 gebrachten Arbeitskräfte.

1221 Vern. Heinz Errelis v. 25. 9. 1961, Documents Grodno, Bd. 2, S. 86. Errelis zwang den Judenrat, die Auswahl zu treffen. Vern. eines Opfers: Wladimir Leibowitsch Glemkowski v. 27. 2. 1965, Bd. 1, S. 431.

1222 Vgl. Vern. Danuta Czech v. 3. 10. 1966, Documents Grodno, Bd. 4, S. 500–504; Hefte aus Auschwitz 3 (1960), ebd., Bd. 3, S. 441f.; Urteil LG Bielefeld v. 14. 4. 1967, ebd., Bd. 4, S. 580. Zeugenaussagen, nach denen die Transporte am 16. oder 17. 1. 1943 bereits begannen, sind in diesem Punkt ungenau: Schreiben Ely Gornick (1960), Bd. 1, S. 78; Vern. Bernhard Topow v. 16. 3. 1966, S. 372–374.

1223 Vgl. Bernard Mark, Die Widerstandsbewegung im Białystoker Ghetto (Übersetzung in ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Original S. 146ff.).

1224 Aus den nachgewiesenen zwei Transporten wurden vorläufig 635 Menschen verschont. Vgl. Vern. Danuta Czech v. 3. 10. 1966, Documents Grodno, Bd. 4, S. 503, und Vern. Dr. W. H. v. 8. 4. 1963, NWSa Detmold D 21 A, Nr. 6153, Bl. 124f. H. sagte, die Deportationen hätten im Dezember »plötzlich« angefangen. Arad 1987, S. 396f., gibt an, die Transporte aus Włokawysk hätten vom 10. 11.–15. 12. 1942 gedauert. Zumindest das Schlußdatum stimmt nicht.

Den Juden in Pruzany teilte der örtliche Leiter von Sipo und SD Ende Januar, mehrere Tage vor Beginn der Aktion, mit, das Ghetto werde in vier Etappen geräumt, die Bewohner kämen zum Arbeitseinsatz nach Osten und dürften Kleidung und Lebensmittel mitführen. Der Befehl dazu stammte vom KdS Bialystok, Dr. Wilhelm Altenloh. In Wirklichkeit deportierte man die jüdischen Bewohner von Pruzany, die zunächst mit je 500 bis 600 Bauernschlitten über neun Kilometer von Pruzany zum Bahnhof Oranczyce (Linowo) gebracht wurden, nach Auschwitz. Dort wurden nur 1775 von 9161 Menschen vorläufig vom Tod im Gas ausgenommen. 200 bis 300 von ihnen sollen die Naziherrschaft überlebt haben.¹²²⁵

Himmler hatte spätestens im Oktober 1942 – also noch vor Beginn der Vernichtungsaktionen im Bezirk Bialystok – davon Abstand nehmen müssen, alle Juden des Generalgouvernements bis zum Jahresende zu vernichten, und bevorzugte nun die Konzentrierung eines Rests im Distrikt Lublin parallel zur Verlagerung von Rüstungsbetrieben dorthin. Am 22. September hatte nämlich Hitler bei einem Treffen Speer und Sauckel zugesagt, daß jüdische Fachleute im Generalgouvernement vorläufig am Leben bleiben dürften. Der von Himmler genehmigte Plan vom 14. Dezember des Amtschefs IV im RSHA (Gestapo), Heinrich Müller, 45 000 Juden aus dem Bezirk Bialystok als Rüstungsarbeiter in die polnischen Konzentrationslager zu bringen, davon 30 000 aus der Stadt Bialystok, entpuppte sich nur drei Tage später als Absicht, insgesamt 30 000 Juden aus dem Bezirk zu deportieren, mehrheitlich aber sogenannte Arbeitsunfähige, so daß alle bis auf 8000 bis 10 000 ermordet werden könnten.¹²²⁶

Während bis dahin, soweit erkennbar, alles im Einvernehmen abgelaufen war, kam es in Bialystok selbst, das hier nur kurz behandelt werden kann, bald darauf zum Konflikt zwischen regionaler Verwaltung und den zentralen SS- und Polizeibehörden. Ursprünglich verfolgten Müller und Himmler den Plan, mindestens 30 000, wenn nicht alle etwa 40 000 jüdischen Einwohner der Stadt Bialystok zu vernichten. Sie sollten durch 40 000 weißrussische Bauern ersetzt werden, die besonders aus dem

¹²²⁵ Die vier Züge transportierten 2612, 2450, 2834 und 1265 Personen und ein je 15 Mann starkes Begleitkommando. 1410 Opfer waren Kinder unter zehn Jahren, mindestens 410 unter vier Jahren. Vgl. Bahndienstzettel Gedob Krakau v. 28. 1. 1943, tägliche Mitteilungen des Bahnhofs in Oranczyce an RVD Minsk v. 29. 1.–1. 2. 1943 und Schreiben (Entwurf) RVD Minsk, 33 BfP 5 Bfsv (zuständiges Sonderzugreferat) v. 9. 2. 1943, ZStA Minsk 378–1–784, Bl. 2–9R; Häftlingsblätter des KL Auschwitz mit Einlieferungsdaten für K. I. B., M. I. T., R. I. Z., B. I. A., T. I. Z. und N. I. A., NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6180; Vern. Danuta Czech, Documents Grodno, Bd. 4, S. 503; Urteil LG Bielefeld v. 14. 4. 1967, ebd., Bd. 4, S. 581; Hefte aus Auschwitz 3 (1960), ebd., Bd. 3, S. 445. – Dr. Altenloh hatte am 27. Januar telefonisch die Gestellung der vier Züge bei der RVD Minsk beantragt und später den Räumungsbefehl gegeben: Vermerk RVD Minsk 33 BfP 5 Bfsv v. 27. 1. und Bahntelegamm v. 29. 1. 1943, ZStA Minsk 378–1–784, Bl. 4 und 9, siehe auch Hilberg 1981, S. 215; Vern. A. S. v. 18. 11. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6282, auf Grund einer Mitteilung des örtlichen Sipo- und SD-Chefs; Urteil LG Bielefeld v. 14. 4. 1967, ebd., Nr. 6194, Bl. 75–78. Zum Ablauf der Aktion Vern. N. A. v. 17. 5. 1966, M. G. v. 16. 5., M. W. v. 12. 9., M. K. v. 13. 9., S. Z. S. v. 30. 9., A. B. v. 17. 8. 1966, ebd., alle Nr. 6173; Zwischenbericht Nr. 6 der israelischen Polizei v. 23. 8. 1966, ZStL V 205 AR 1265/62, Bl. 47f.

¹²²⁶ Vgl. Bernard Mark, Die Widerstandsbewegung im Bialystoker Ghetto (Übersetzung in ZSt Dortmund 45 Js 30/65), Original S. 144–149; Scheffler/Grabitz, Ghetto Warschau, S. 14 und 136f.; Fleming, S. 141; Bitterberg, S. 50. Himmler hielt am 22. 9. 1942 ebenfalls Vortrag bei Hitler und traf sich u. a. mit Bormann und dem Generalquartiermeister Wagner. Zwischen 25. und 27. September war Himmler mit Göring zusammen. Vgl. Terminkalender Himmler, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 94f. und 102.

Raum Pruzany in die Stadt umgesiedelt werden sollten, um in ihrem Siedlungsgebiet wiederum den Partisanen den Boden zu entziehen. Wie schon 1941 und 1942 wurde die vermeintlich hinterwäldlerische Bevölkerung dieser Gegend als besonders geeignete Verfügungsmasse angesehen.¹²²⁷ Dieser Austauschplan war offenbar wiederum bei Koch und der Zivilverwaltung entstanden. Dieser fiel auch zuerst in Gestalt des Sonderbeauftragten, des Stadtkommissars Dr. Schwendowius, auf, daß er undurchführbar war. Das wurde erstmals am 21. Januar 1943 artikuliert – einen Tag, nachdem Himmler beim Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Ganzenmüller, mehr Züge für die Deportationen gerade auch aus Bialystok gefordert hatte. Auch der Leiter der Rüstungs-Außenstelle in Bialystok, Froese, die Zivilverwaltung einschließlich des ständigen Stellvertreters des CdZ, Dr. Brix, und die Behörde des KdS mit Dr. Altenloh waren für die Aufgabe dieses Vorhabens. Statt dessen sollte die vor allem von Juden getragene Textilindustrie weiterlaufen. Auf höherer Ebene setzte Speer bei Himmler vorläufig das weitgehende Ende des Austausch- und Vernichtungsplans durch.¹²²⁸

Vom Judenrat in Bialystok wurde daraufhin die Herausgabe von 17 000 Menschen zur Deportation verlangt. Es gelang der jüdischen Vertretung in zähen Verhandlungen jedoch, daß diese Zahl bis zum 2. Februar auf 6300 herabgesetzt wurde. Zwischen RSHA und KdS Bialystok herrschte jedoch ein derartiger Dissens, daß Anfang Februar Eichmanns Stellvertreter im Referat IV B 4, SS-Sturmabführer Rolf Günther, – angeblich mit 200 Polizisten – nach Bialystok entsandt wurde, um die Aktion durchzuführen. Nach außen hin leitete sie allerdings anfangs der Bialystoker Sipo-Judenreferent Friedl. Sie wurde ein Mißerfolg. Die weitgehend über die Vernichtungslager informierten Juden glaubten nicht an einen Abtransport zum Arbeitseinsatz und versteckten sich, leisteten zu einem kleinen Teil sogar aktiven Widerstand. Zwischen dem 5. und 12. Februar wurden von den Deutschen mühevoll etwa 10 000 jüdische Menschen zur Deportation getrieben und 900 im Ghetto ermordet. Auf Initiative von Klein (dem Abteilungschef Wirtschaft des CdZ), Froese (Rüstungs-Außenstelle),

1227 Mark, wie Anm. zuvor, S. 144 ff.; Fsch. Müller an Himmler v. 16. 12. 1942, in: IMT, Bd. 27, S. 251–253; Fsch. Himmler an Müller v. 17. 12. 1942, BA 17.01 FC, Reichsführer-SS, Persönlicher Stab Nr. 310/1934; Reichsminister für Bewaffnung und Munition an den Reichsführer-SS v. 1. 2. 1943, BA F 3327, Bl. 3193 f. Vgl. S. 936 f. in dieser Darstellung.

1228 Schwendowius hatte für die geplante Aktion eigens einen neuen Titel verliehen bekommen. Vgl. »Der Stadtkommissar als Beauftragter für die Ruthenenumsiedlung und Sicherstellung der Arbeitskräfte für die kriegswichtige Industrie in der Bezirkshauptstadt Bialystok« an CdZ Bialystok v. 21. 1. 1943, BDC, Film 5, Bl. 219f (Abschrift durch Historische Kommission der Wojwodschaft Bialystok v. 21. 6. 1946; erwähnt wurden Verhandlungen mit dem KdS Altenloh und dem für verlassenen Wohnraum zuständigen Leiter der Treuhandstelle, Landrat v. Einsiedel); vgl. Notiz Oberbaurat Koch vom Januar 1943 darüber, daß der Austauschplan einer »Anordnung des Gauleiters« Erich Koch entsprach (auszugsweise Abschrift, ebd.); Vermerk zur Besprechung beim KdS Bialystok am 19. 2. v. 20. 2. 1943, wo der KdS-Vertreter äußerte: »Es wu[e]rde voraussichtlich bei dem Verbleib von 30 000 Juden im Ghetto bis Kriegsende bleiben« ebd., auch in NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6282. – Ferner Der Reichsminister für Bewaffnung und Munition (Speer an Himmler) v. 1. 2. 1943 und Himmler an Speer v. 9. 2. 1943. Speer wandte sich – jedenfalls äußerlich – gegen den durch die Ansiedlung von 40 000 »Weißruthenen, hauptsächlich Kleinbauern« aus dem »Urwaldgebiet Bialowieza« zu erwartenden erhöhten Wohnraumbedarf, da ihnen bessere Wohnungen als den 40 000 zu evakuierenden Juden zugestanden werden müßten. Himmler sagte nur zu, »es bei dem vorhandenen Wohnraum bewenden zu lassen.« BA F 3327, Bl. 3192–3194. Ferner Mark, S. 144 ff. (wie oben).

Altenloh und des vermutlich am 12. Februar eingetroffenen IdS Königsberg, Dr. Constantin Canaris, wurde die Aktion dann gestoppt.¹²²⁹ Die Zahl der Ermordeten scheint den Zielen der Verantwortlichen in Białystok entsprochen zu haben.¹²³⁰

Es erscheint denkbar, daß die unmittelbar anschließende gänzliche Leerung des Grodnoer Ghettos vom KdS Białystok ursprünglich nicht vorgesehen war, sondern nur auf Grund einer Weisung des RSHA durchgeführt wurde. Freilich leistete der KdS im Fall Grodno keinen Widerstand gegen die Ghettoauflösung. Zwischen dem 13. und 16. Februar wurden bei der »Aktion der 5000« fast alle verbliebenen Juden mit drei Zügen nach Treblinka zur Vernichtung deportiert. Zu Beginn erschöß der Ghettosachbearbeiter Wiese den Judenrat und veranstaltete am Arbeitsamt ein Massaker.¹²³¹ In der Folgezeit sind Juden aus Grodno offenbar in kleineren Schüben auch ins KZ Stutthof deportiert worden.¹²³² Am 12. März 1943 wurde das Ghetto in Grodno endgültig geräumt: 1148 Facharbeiter, Ghettopolizisten und andere wurden ins Ghetto Białystok eingeliefert. Die Aktion scheint durchgesickert zu sein, so daß manche Juden kurz vorher flüchten konnten.¹²³³ 200 Juden blieben noch ein bis zwei Monate als Spezialisten in Grodno, die letzten 15 Handwerker wurden im Juli 1944 dort erschossen, zur gleichen Zeit wie mindestens fünf Grodnoer Juden im Gefängnis in Białystok. Außerdem hatte die Gendarmerie im Kreis Grodno zwischen Januar und Juli 1943 immer wieder Jagd auf geflohene Juden gemacht und sie erschossen.¹²³⁴

1229 Anfanglich sollte sie sich »nur« gegen Nichtarbeiter richten (der Judenrat trug vor allem arme und zugereiste Juden in die Deportationslisten ein), schon am zweiten Tag wurden jedoch die Fabriken einbezogen. Vgl. Mark, wie Anm. zuvor, S. 144–157 (auch zu Canaris); Hilberg, Vernichtung, S. 541; nachträgliche handschriftliche Notiz Tenenbaums auf der Judenratsmeldung Nr. 386 v. 29. I. 1943, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Grossman, S. 277f., Anm. 1, und S. 284f.; Vern. Fritz Friedl v. 13. 6. 1949, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 8, Bl. 114f.; Vern. Lothar Heimbach v. 17. 5. 1961 (auszugsweise Abschrift), der ebenfalls das Eingreifen Günthers bezeugte, ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Bl. 101f. Zur aktiven Rolle von Canaris siehe das allerdings folgenlose Verfahren ZSt Dortmund 45 Js 30/65.

1230 Grossman (S. 207) will eine Woche vor dem 2. II. 1942 von einem deutschen Informanten erfahren haben, die Deutschen wollten 12000 Menschen aus dem Ghetto entfernen. Ähnlich Blumenthal, Anm. 412.

1231 Die Zahl der Opfer betrug mindestens 3500. Vgl. Bahndiensttelegramm Gedob Krakau v. 12. 2. 1943 über Transport Pj 165 v. 16. 2. Grodno-Treblinka; Gedob Krakau 33 Bfp 14 Bfsv, Fahrplananordnung Nr. 552 v. 1. 2. 1943 (14. 2. Pj 163 Grodno-Treblinka); Bahndiensttelegramm RBD Königsberg 33 Bfp v. 10. 2. 1943 über Pj 165, alles ZStL Versch. Bd. 26, Bl. 161–163, auch NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6232. Ferner Urteil LG Bielefeld 5 Ks 1/65 v. 14. 4. 1967, Documents Grodno, Bd. 4, S. 584–588; Urteil LG Köln 24 Ks 1/67 v. 27. 6. 1968, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 11, Bl. 49ff.; Jüdische Wojewodschaftskommission für Geschichte v. 6. 6. 1946, ebd., Bd. 1, Bl. 221 (danach in den ersten beiden Transporten 1500 bzw. 1600 Insassen). Der Überlebende Ely Gornick (Schreiben von 1960) will später erfahren haben, daß auch ein Transport nach Majdanek gegangen ist. Documents Grodno, Bd. 1, S. 78.

1232 Vgl. Vern. Michael Kremer v. 9. 5. 1966, Documents Grodno, Bd. 4, S. 146 (Weg des Transports Grodno-Białystok-Stutthof-Auschwitz, u. a. mit dem Vater des Zeugen). Einlieferungen von politischen Häftlingen aus dem Bezirk Białystok, u. a. aus dem Raum Grodno, zwischen Januar und August 1943 sind durch verschiedene Quellen nachgewiesen: F Schr. KdS Białystok an KL Stutthof v. 6. 3., 3. 5. und 17. 8. 1943 mit Erwähnung verschiedener Transporte; Häftlingsakten KL Stutthof, BA D-H ZWM-R-443, u. a. Bl. 264–267, 401, 463, 657–659.

1233 Vgl. Schreiben Ely Gornick (1960), Documents Grodno, Bd. 1, S. 79; Meldung des Judenrats Białystok Nr. 427 und 428 v. 13. 3. 1943 und Anm. 498 N. Blumenthals dazu, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188; Vern. Kurt Wiese v. 24. 10. 1963, Documents Grodno, Bd. 2, S. 281. Flüchtlinge: Vern. Aron Derman v. 22. 3. und Blake Schiff v. 30. 3. 1966, Documents Grodno, Bd. 1, S. 30–32 und S. 288–291.

1234 Vgl. Meldungen des Gendarmerie-Kreisführers Grodno, Haag, an Kreiskommissar Grodno v. 25. 1., 17. 2., 9. 3., 19. 3., 17. 4., 29. 5. und 6. 7. 1943, Documents Grodno, Bd. 6, S. 201–203 und 213–217. Ferner

Die nach Białystok gebrachten Juden aus Grodno teilten das Schicksal der dortigen jüdischen Gemeinde. Zwar war der KdS Dr. Altenloh im Mai durch den als schärfer geltenden Dr. Herbert Zimmermann ersetzt worden, doch schwenkte dieser rasch ebenfalls auf die Position um, daß die von Juden getragene Industrieproduktion im Ghetto aufrecht erhalten bleiben solle. Dieser Standpunkt hatte Parallelen im Generalgouvernement.¹²³⁵ Zimmermann vertrat die Idee eines »Konzentrationsgetto[s]« auch in Berlin bei einer Konferenz der KdS und Stapostellenleiter Mitte Juli 1943 gegenüber dem RSHA. Anfang August erschien jedoch der SSPF Lublin, Odilo Globocnik, in Białystok und wies einen Auftrag Himmlers zur Räumung des Ghettos vor. Wiederum umging die Zentrale den KdS, dessen Handeln durch Interessen an jüdischen Arbeitskräften bestimmt war. Zwischen dem 16. und 20. August organisierten Globocnik und sein Beauftragter Michalsen die Auflösung des Ghettos. Der Widerstand der jüdischen Bewohner war so heftig, daß die SS und Polizei in mehrtägigen Gefechten militärische Mittel einsetzten. 11 000 Juden wurden in Arbeitslager in und um Lublin gebracht (ebenso die unzerstörten Maschinen), größtenteils aber bei der Aktion »Erntefest« am 3. und 4. November 1943 erschossen, die restlichen 17 000 bis 19 000, darunter ein Sonderzug mit 1000 bis 2000 Kindern, gleich im August in den Vernichtungslagern Sobibór und Treblinka oder noch im Ghetto ermordet.¹²³⁶ Die Auflösung des Ghettos zog sich bis mindestens Mitte September 1943 hin.¹²³⁷

Solche direkten Interventionen – erst durch das RSHA, dann durch Himmler – gegen die als zögerlich erachtete Judenvernichtungspolitik der örtlichen Dienststellen hat es sonst im besetzten Weißrußland nicht gegeben. Das ist kein Zufall. Nur in der Stadt Białystok gab es einen großangelegten, produktiven Einsatz jüdischer Arbeitskräfte in der Industrie und damit ein starkes wirtschaftliches Interesse der deutschen Verwaltung an der Erhaltung dieser Arbeitskräfte. Die regionalen SS- und Polizeidienststellen, die wie die Zivilverwaltung bei der Vernichtung der übrigen Juden des

Vern. Michael Kremer v. 9. 2. 1966, ebd., Bd. 1, S. 164; eidesstattl. Erkl. Dr. Szymon Datner v. 3. 7. 1959, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6232.

1235 So wünschten 1943 auch der HSSPF im Generalgouvernement, Krüger, und der Leiter der »Aktion Reinhard«, Globocnik, die Fortführung des Programms, mit einer begrenzten Zahl Juden rüstungswichtige Produktion weiterzuführen. Siehe z.B. Grabitz/Scheffler 1988, S. 318.

1236 In der zweiten Junihälfte 1943 hatte das RSHA bereits Unterlagen über die jüdischen Betriebe und zu erwartende Produktionsausfälle bei einer »Verlegung« des Ghettos Białystok verlangt. Vern. Fritz Friedel v. 12./13. 6. 1949, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 8, Bl. 95–97 und 115 f. (Zitate), teils abgedruckt in: Grossman, S. 434 f.; schriftliche Stellungnahme F. von 1949, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6189; Reichspropagandaamt Ostpreußen an Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung v. 24. 9. 1943, ebd., Nr. 6183, abgedruckt in: Grossman, S. 540 f.; Vern. G. H. v. 7. 5. 1965, ebd., Nr. 6190; Vern. Georg Michalsen v. 23. 2. 1961, Documents Grodno, Bd. 2, S. 183; zu seiner Rolle auch Grabitz/Scheffler 1988, S. 318 f., und Vermerk Globocniks v. 21. 6. 1943, ebd., S. 324 ff., darüber, daß »Białystok hierher verlagert werden« solle. Zur Verlagerung von Menschen und Maschinen: Vern. G. M. v. 15. 8. 1961, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6143 (Bd. 12, Bl. 3 f.); ders. v. 20. 4. 1966, Nr. 6282; KTB-Rückblick Rülín Wehrkreis I fürs 3. Quartal 1943, ebd., Nr. 6278; Vern. S. J. v. 28. 6. 1966, ebd., Nr. 6282 (wurde nach Majdanek transportiert, unterwegs wurden in Treblinka einige Waggons abgekuppelt); Marszalek, S. 76 und 138 ff.; Mark, a.a.O., S. 214 ff. (auch umfassend zum Ghettoaufstand). Zum Zusammenhang auch Scheffler/Grabitz, Ghetto-Aufstand Warschau, S. 13–15, 132 f., 140 f.

1237 Grossman, S. 406; Vermerk Landessippenamt Ostpreußen v. 15. 9. 1943, BA R 39/738. Zwischen 1200 und 2000 Juden wurden erst am 16. 9. 1943 aus Białystok deportiert: Blumenthal, S. 11.

Bezirks äußerst effektiv vorgegangen waren, begriffen das und richteten sich danach. Die zentralen SS- und Polizeibehörden setzten die Vernichtung der Juden in diesem Fall aus ideologisch-politischen Gründen gegen die bestehenden wirtschaftlichen Interessen durch.¹²³⁸

e) Die Vernichtung der übrigen Ghettos im GK Weißruthenien 1943

Mitte März 1943 existierten in Weißrußland Ghettos nur noch auf dem Territorium des GK Weißruthenien sowie des GK Litauen. Zu Beginn des Jahres 1943 hatten dort noch etwa 30000 Juden gelebt. In der Zwischenzeit waren rund 4000 ermordet worden. In Stolzby und Nowy Swierzen erschoss die Gendarmerie des Kreises am 31. Januar 254 und das Reserve-Pionier-Bataillon 1 am 4. Februar 39 Juden, weil am 30. Januar Leidensgenossen aus dem großen Sägewerk in Nowy Swierzen geflüchtet waren.¹²³⁹ In Baranowitschi wurde im Februar das Judenlager der Feldbau-leitung aufgelöst.¹²⁴⁰

Als Auftakt des Partisanenbekämpfungs-Unternehmens »Hornung« am Nordrand der Pripjetsümpfe vernichtete am 8. Februar die fast geschlossen eingesetzte KdS-Dienststelle aus Minsk alle etwa 3000 Juden in Sluzk. Das Polizeibataillon 307 und Gendarmeriekräfte aus Minsk sperrten ab, Minsker Schutzpolizei holte die Bewohner aus dem Ghetto. Bei dieser sogenannten Randghettoliquidierung wehrten und versteckten und verschanzten sich die Juden so entschlossen, daß der Gebietskommissar Carl nach einigen Stunden die ihm obliegende Entscheidung fällte, das Ghetto mit den noch darin befindlichen Juden zu verbrennen.¹²⁴¹ Tatsächlich dürfte es

¹²³⁸ Allerdings sind hier zwei Einschränkungen zu machen: Erstens produzierte Bialystok nur teilweise für den Wehrmachtbedarf, zum anderen Teil aber »Sondertuch«, um ansatzweise die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung in den besetzten sowjetischen Gebieten zu befriedigen (vgl. S. 401f. in dieser Darstellung). Diese Aufgabe verlor durch die großen Gebietsverluste bis zum August 1943 deutlich an Bedeutung. Zweitens wurde ein Teil der Bewohner des Bialystoker Ghettos nicht gleich ermordet, sondern mußte zunächst unter SS-Aufsicht im Distrikt Lublin weiterarbeiten.

¹²³⁹ 50 Juden waren selbst zurückgekehrt, und die 39 wurden von der Wehrmacht festgenommen. Die letzten 15 jüdischen Spezialisten in Nowy Swierzen erschoss die Gendarmerie am 8. 8. 1943. Vgl. Meldungen Gend.-Posten Stolpce v. 31. 1., 5. 2. (zweimal) und 8. 8. 1943 (Eibner bzw. Schultz) an den Gendarmeriegebietsführer, ZStA Minsk 389-1-4, Bl. 22-24 und 62.

¹²⁴⁰ Mitteilung der Polnischen Militärkommission zur Ermittlung von Kriegsverbrechen in Europa v. 27. 5. 1947, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Handakten Bd. 7, Bl. 1107.

¹²⁴¹ Im Tagebuch des SS-Hstuf. Artur Wilke hieß es unter dem 8. 2. 1943: »5h Beginn im Ghetto. Anfang sehr gut. 1300 Juden werden rausgeholt (3100 sollen es sein!), nachm. entscheidet sich der G.K. Carl zum Abbrennen. (ca. 3-400 Juden kommen aus ihren Bunkern). [...] Brigadef. v. Gottberg im Ghetto, Obf. Hartmann. 20h Abrücken.« StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 7, Bl. 259; auch in IfZ Fb 101/15. Ursprünglich hatte Carl die Gebäude des Ghettos erhalten wollen, um den jüdischen Besitz sicherzustellen. »Man einigte sich, das Ghetto anzuzünden«, da dies zu riskant erschien, bevor nicht alle Juden »entfernt« seien. So Vern. Artur Wilke v. 8. 8. 1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 8639f. – Die Zahl ist im Urteil gegen Heuser (ebenso; in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 198–201) mit 1600 zu niedrig angegeben. Carl sprach kurze Zeit später davon, er habe dabei allein 1400 Facharbeiter verloren (Diskussionsbeitrag bei der Tagung der Verwaltungsspitze am 9. 4. 1943 in Minsk, IfZ Fb 85/I, Bl. 142). Laut den Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 46 v. 19. 3. 1943 des Chefs Sipo/SD, in: IMT, Bd. 33, S. 569f., wurden beim Unternehmen »Hornung« (8.–26. 2. 1943) 3300 Juden sowie 9418 andere Personen ermordet. Ferner Vern. Georg Heuser v. 2. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4298f.; Vern. Adolf Rübe v. 7. 9. 1959, StA Hamburg 141 Js 204/60, Akte »Ludwigsburg – Vorgänge Rübe«, über Meinungsverschiedenheiten der ausführenden KdS-Beamten über die Zahl der Opfer. Vgl. Vermerk Bayr.LKA v.

weniger um die Tötung von Partisanenhelfern als um einen unvorhergesehenen Ernährungsnotstand gegangen sein, denn praktisch gleichzeitig wurde die Unterbringung von 10000 Evakuierten aus dem Raum Rshew (Rußland) in einem Lager bei Sluzk geplant.¹²⁴² Der vorher minuziös geplante Ablauf der Aktion, der durch den überlieferten ausführlichen Einsatzbefehl nachvollziehbar ist, geriet durch den Widerstand in Unordnung:

»Der Abtransport der Juden zum Umsiedlungsplatz geschieht mittels 6 LKW's, die von je 4 Letten begleitet werden. [...] Auf dem Umsiedlungsgelände befinden sich 2 Gruben. An jeder Grube arbeitet je eine Gruppe von 10 Führern und Männern, die sich alle 2 Stunden ablösen. Zeiten 8–10 Uhr, 10–12 Uhr, 12–14 Uhr, 14–16 Uhr.«¹²⁴³

Gendarmerieposten und KdS-Zentrale – in der ersten Jahreshälfte 1943 betätigten sich sehr verschiedene Dienststellen bei örtlichen Vernichtungsaktionen, um die Zahl der noch lebenden Juden zu verringern. In Nowogrodek ließ der Gebietskommissar Traub am 4. oder 6. Februar die Insassen des ihm unterstehenden Bauarbeitslagers erschießen, im Mai 375 Juden, vor allem Frauen und Kinder. Er bediente sich dabei offenbar der ihm unterstellten Gendarmerie, schoß aber ebenso wie sein Stellvertreter Reuter auch selbst mit.¹²⁴⁴ Am 9. Juli ersuchte Traub den berüchtigten »Bandenjäger« Artur Wilke vom KdS Minsk, der von Strauch mit einem lettischen Kommando zu einem Sonderauftrag nach Nowogrodek geschickt worden war, »daß das jüdische Arbeitslager in Stärke von 250 Mann in Nowogrodek beseitigt werden möchte.« Als Wilke ablehnte und im September 163 der in Wirklichkeit 323 Juden entflohen, übernahm Traub den Massenmord im September mit eigenen Kräften.¹²⁴⁵ Im Sommer, vermutlich im August, wurde auch das Ghetto in Schtschutschin aufgelöst, die Insassen in die Gebietshauptstadt Lida gebracht.¹²⁴⁶

Im Gebiet Wilejka töteten die Angehörigen der KdS-Außenstelle unter Rudolf Grave und ein ihr unterstellter Zug Letten zwischen Februar und April 1943 fast alle etwa 5000 noch übrigen jüdischen Menschen, darunter in den Ghettos in Rakow und

7. 2. 1972, StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Dok.Bd. 1; Vern. W. A. v. 6. 5. 1960, ZSt Dortmund 45 Js 13/62, Hauptband, Bl. 63 (Versorgungschef des KdG); eidesstattl. Erkl. Adolf Rübe (Nbg. Dok. NO-5498), der Strauch als Anführer der Ghettoaktion angab, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, Spruchkammerakte Bl. 25–27. Siehe auch Kohl, S. 211f.

1242 Vermerk über Ferngespräch mit Dr. Weber, Minsk am 7. 2. 43 betr. Flüchtlinge im Generalbezirk Weissruthenien, Riga, 8. 2. 1943, BA F 10835, Bl. 16f. Die Aufnahme der Flüchtlinge kündigte Weber dem RKO-Vertreter für Anfang März an.

1243 KdS Weißruthenien, Einsatzbefehl v. 5. 2. 1943, IfZ Fb 101/14; mit Auslassungen abgedruckt in Wilhelm 1981, S. 581–583; auch in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 198–200.

1244 Vgl. Vern. M. M. v. 7. 12. 1960, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 671 und 676; Abschlußvermerk Bayr.LKA v. 24. 6. 1965, ZStL 202 AR-Z 94(e)/59, Bl. 349; Gilbert, S. 149.

1245 Wilkes Sonderauftrag war die Vorbereitung des Partisanenbekämpfungs-Unternehmens »Hermann«. Die Begründung für seine Ablehnung lautete: »Es sei nicht möglich, in N. 250 Juden umzusiedeln, damit in Lida am nächsten Tag mit Sicherheit erfahrungsgemäss 1000 Juden in den Wald zu den Banditen gingen.« Traub argumentierte ebenfalls mit der Partisanengefahr. Er warnte vor der Befreiung der Juden in Nowogrodek von außen. Vgl. Wilkes Aktenvermerk: Über Einsatzunternehmen am 9. Juli 1943 in Nowogrodek v. 11. 7. 1943, IfZ Fb 101/15; Vern. Artur Wilke v. 15. 12. 1965, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 2224; Wilkes Auftrag: [KdS Weißruthenien] – Einsatzstab – v. 8. 7. 1943, BA D-H ZR 810, A. 10, Bl. 22a, vgl. ebenso an Wilke v. 20. 7. 1943, Betr.: Unternehmen »Hermann«, Bl. 23.

1246 Vgl. Vern. der Überlebenden C. K. v. 25. 2. 1965, StA Mainz 3 Ks 1/67, lose; Vern. G. S. v. 4. 4. 1963, Bl. 410; ferner wie Anm. 7/1047.

Radoschkowitschi. 2850 Juden arbeiteten zuletzt noch beim Heeresfeldzeugpark und der Heeresbaudienststelle unter Regie der Organisation Todt in Krasne (Krasnoje), 150 weitere anderswo. Am 8. April meldete Interims-Gebietskommissar Haase in Minsk, es »besteht kein Anlaß, die in Krasne beizubehalten.« Er und Grave stimmten darin überein, daß »Krasne so schnell wie möglich bereinigt werden« solle. Das genaue Datum der Tat ist unklar.¹²⁴⁷

Zu diesen Aktionen muß die Ermordung zahlreicher sogenannter flüchtiger Juden gekommen sein, denn v. Gottberg teilte mit, allein von November 1942 bis März 1943 hätten seine Kräfte 11000 Juden getötet.¹²⁴⁸ Im benachbarten Gebiet Wilna-Land (GK Litauen) wurden die zum Teil sechs Monate zuvor in Oschmiany konzentrierten Juden sowie die aus Swir und Michalischki, 4000 Menschen, am 5. April 1943 mit der Eisenbahn vorgeblich zur Arbeit nach Kaunas, in Wirklichkeit aber zur Ermordung in die Vernichtungsstätte Paniriai (Ponary) bei Wilna gefahren. Mindestens 1500 Arbeitsfähige kamen tatsächlich in verschiedene Arbeitslager und ins Ghetto Wilna. Im April wurden auch die Juden aus Widsy deportiert.¹²⁴⁹

Im Juni 1943 wurde der Mord an den übrigen weißrussischen Juden durch einen Befehl Himmlers beschleunigt. Dieser hatte schon am 10. Mai die Absicht geäußert, die 300000 verbliebenen Juden im Generalgouvernement wegen ihrer angeblichen Zusammenarbeit mit Partisanen beschleunigt umbringen zu lassen.¹²⁵⁰ Am 19. Juni holte er sich von Hitler bei einer Besprechung auf dem Obersalzberg die Bestätigung für die Weiterführung und Beschleunigung des Vernichtungsprogramms.¹²⁵¹ Zwei Tage später fand ein Treffen Himmlers mit Bach-Zelewski, Prützmann, dem HSPF im Generalgouvernement, Krüger, RSHA-Chef Kaltenbrunner, WVHA-Chef Pohl, dem Chef des Kommandostabs Reichsführer-SS, Knoblauch, und anderen statt.¹²⁵² Dabei ernannte Himmler Bach-Zelewski zum »Chef der Bandenkampfverbände des

1247 In den fünfziger Jahren gaben drei Zeugen vom HFP II in Krasne das Datum der Exekution mit dem 19. 3. 1943, ein weiterer allgemein mit dem Frühjahr an. Die Zahl der Opfer bezifferten sie auf 1200 bis 1500. Die Juden aus Radoschkowitschi wurden vor ihrer Tötung möglicherweise nach Krasne gebracht, was die Zeugen nicht berücksichtigten. Vgl. ZStL, Auswertung von Entschädigungsakten des LG Stuttgart v. 30. 9. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 947–969, besonders Bl. 948 und 962–966, auch zu Rakow und Radoschkowitschi; Vern. M. P. v. 9. 3. 1960, ebd., Bl. 2478 f.; Katalog »Vernichtungskrieg«, S. 124 f.; Referat GebK Haase v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 81; Aufzeichnung Franz Hess v. 19. 7. 1945, BA D-H ZR 810, A. 23, Bl. 8; Vermerk ZSt Dortmund 45 Js 3/61 v. 23. 6. 1965 in StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 1699–1701; Gilbert, S. 149 und 154.

1248 Referat v. Gottberg v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 148.

1249 Vgl. Bericht KdS Litauen für April 1943 (Auszug), in: Rozauskas, S. 271 f.; Arad 1980, S. 342–348 und 357–368; S. Kacerginsky, Das Sterben von Wilna (zusammenfassende Übersetzung), BA D-H ZM 1641, A. 23, Bl. 1 und 5; Auswertung der Literatur über Orte des Gebietskommissariats Glebokie, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 46R.

1250 Vgl. Aktennotiz über Bandenbekämpfung (gez. H. Himmler) v. 10. 5. 1943, BA F 2918, Bl. 177. Siehe auch Rückerl 1977, S. 292, über einen Brief Himmlers an Kaltenbrunner v. 9. 4. 1943.

1251 »Der Führer sprach auf meinen Vortrag in der Judenfrage hin aus, daß die Evakuierung der Juden trotz der dadurch in den nächsten 3 bis 4 Monaten noch entstehenden Unruhen radikal durchzuführen sei und durchgestanden werden müßte.« Der Reichsführer-SS (unleserlich), 28. 6. 1943, Vortrag beim Führer am 19. 6. 1943 auf dem Obersalzberg »Bandenkampf und Sicherheitslage«, BA NS 19/1671, Bl. 67 f., Zitat Bl. 68. Vgl. Terminkalender Himmler v. 19. 6. 1943, BA-MA SF-01/22900.

1252 Ebd. v. 21. 6. 1943. Es nahmen auch Winkelmann als Vertreter des CdO und der SSPF Galizien, Katzmann, teil.

Reichsführers-SS« und erklärte eine Reihe von Regionen zu sogenannten »Bandenkampfgebieten«.¹²⁵³ Daneben ordnete er an, bis zum 1. August alle Ghettos im Reichskommissariat Ostland aufzulösen, die Juden in Konzentrationslagern »zusammenzufassen«, alle »nicht benötigten Angehörigen der jüdischen Ghettos« aber zu töten, also auch die im GK Weißruthenien.¹²⁵⁴

Man könnte annehmen, Himmler habe sich damit gegen die Interessen der Zivilverwaltung durchgesetzt. Jedoch hatte Kube bereits am 10. Mai auf einem Treffen seiner Polizei- und Verwaltungsspitze mit Wehrmachtvertretern vor über 100 Personen erklärt: »Die Judenfrage muß gelöst werden.« Damit meinte er eindeutig die Vernichtung der letzten Juden.¹²⁵⁵ Schon im April waren die Wirtschaftsvertreter im Generalbezirk vom KdS Strauch darauf vorbereitet worden, daß »in Kürze [...] diese Frage geregelt wird«.¹²⁵⁶ Im Frühjahr hatte es eine Reihe »kleinerer« Massaker in Minsk gegeben, die sich meist gegen Bewohner einzelner Häuserblocks und wiederum gegen sogenannte Arbeitsunfähige richteten.¹²⁵⁷

Himmlers Befehl hatte kein sofortiges Einlenken der Wirtschaftsverwaltungen zur Folge, sondern zunächst langwierige Verhandlungen über die Modalitäten der Ghettoauflösung und das Schicksal der jüdischen Arbeitskräfte, was dazu führte, daß der gesetzte Termin am 1. August nicht eingehalten wurde. Im GK Weißruthenien lebten damals noch rund 16 000 Juden, davon 11 776 Arbeitskräfte.¹²⁵⁸ Die Verhandlungen der Rüstungsinspektion Ostland mit dem HSSPF ergaben, daß die Hälfte der 40 000 arbeitenden Juden nicht in Lager umgesetzt werden sollten und dabei ihre Arbeit behalten könnten, so daß sie ebenso wie die 14 000 nicht arbeitenden ermordet oder in die polnischen Vernichtungslager deportiert werden sollten. Himmler verlängerte die gesetzte Frist (»Endgültiger Abstellungstermin«, so die Rüstungsinspektion) bis zum 15. Oktober. Die Betriebe mit Wehrmachtfertigung machten sich an die Ersetzung der jüdischen Arbeiter(innen).¹²⁵⁹ Auch mit der Zi-

1253 Siehe S. 952 in dieser Darstellung und Tagebuch Bach-Zelewski unter dem 19. 6. 1943, BA R 20/45b, Bl. 77f.

1254 Reichsführer SS, Rf/Bn. an HSSPF Ostland und Pohl v. 21. 6. 1943 (Abschrift), BA D-H ZR 945, A. 2, Bl. 18, abgedruckt in: Heiber 1968, S. 214. Das Schreiben ging auch an Generalkommissar Kube. Siehe HSSPF Ostland an Reichsführer-SS, Persönlicher Stab, v. 20. 7. 1943, BA NS 19/3525, Bl. 127.

1255 Major Radnitzky, Auszug aus Reisebericht über eine Fahrt nach Minsk am 10. 5. v. 11. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 232f. Anwesend waren u.a. der amtierende HSSPF Rußland-Mitte, Korsemann, und der SSPF Weißruthenien, v. Gottberg.

1256 Laut Referat des SSPF v. Gottberg v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 152.

1257 So wurden am 1. 2. zwischen 400 und 1500 Juden erschossen, am 19. Februar 153, am 1. 4. rund 400, am 14. 4. 172 und am 27. 4. 164 (zwischen 13. 4. und 31. 5. im Stadtgefängnis insgesamt 516 jüdische Menschen), im Mai 140, zu unbestimmter Zeit die Insassen des Waisen- und des Krankenhauses. Meist wurden sie vor ihrer Ermordung ins Gefängnis gebracht, um Unruhe im Ghetto zu vermeiden. Vgl. Grossman/Ehrenburg, S. 267–272; Ainsztein, S. 233f.; Kohl, S. 79f.; Gerichtsgefängnis Minsk an GK Weißruthenien, Betr.: Judenaktionen v. 31. 5. 1943, BA F 15510, Bl. 039; Verzeichnis der im Zivilgefängnis Minsk einsitzenden Juden (angefangen am 14. 4. 1943), ZStA Minsk 394–1–1a, Bl. 97f.; Vern. P. J. Dobin (Dezember 1945), ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1.

1258 Mit Stand v. 25. 7. 1943 5273 Männer und 6503 Frauen: WeWiKdo Minsk, Sonderbericht über Arbeits-einsatzfragen v. 26. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 53. Gesamtzahl nach dem Vermerk über die Sitzung im RMO am 13. 7. v. 20. 8. 1943, Nbg. Dok. NO-1831.

1259 Siehe KTB RüIn Ostland v. 19. 7., 24. 7., 7. 8., 15. 9. und Arbeitstagung der WwiIn Ostland mit den WwiKdr. am 13./14. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 43372, Bl. 245, 248, 255, 270 und 407; KTB WeWiKdo Minsk v. 17. 7. und 4. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 1185 und 1190.

vilverwaltung hielt der HSSPF Rücksprache. Man einigte sich, daß außer großen Konzentrationslagern auch kleine Arbeitslager, gegebenenfalls sogar auf dem Ghetto-gelände unter Führung der Zivilverwaltung, bestehen bleiben könnten. Der zuständige Abteilungsleiter im Reichskommissariat, Dr. Vialon, empfahl, örtlich ähnliche Verhandlungen zu führen, »falls hierfür ein Bedürfnis vorliegt«. ¹²⁶⁰ Allerdings behielten Sicherheitspolizei und SD die Umwandlung von Ghettos in Konzentrations-lager nunmehr in der Hand, der Reichskommissar für das Ostland mußte einen offenbar anderslautenden Erlaß zurückziehen. ¹²⁶¹ Insbesondere die Organisation Todt, die kleine flexible Zwangsarbeitslager an den Hauptverkehrslinien auf dem Lande brauchte, mußte ihre jüdischen Arbeitskräfte ersetzen – im GK Weißruthenien allein 1800. ¹²⁶²

Vermutlich bestand bei der Verwaltung im GK Weißruthenien das von Vialon angesprochene »Bedürfnis« nicht. Denn wieder einmal muß es als sehr fraglich bezeich-net werden, ob, wie in der Literatur angegeben, sich Kube für das Überleben »sei-ner« Juden einsetzte. Auf einer Konferenz am 13. Juli 1943 in Berlin hat er sich lediglich nach einer von mindestens drei erhaltenen Niederschriften für den Verbleib von 4000 Juden, die Panjewagen produzieren sollten, ausgesprochen. Diese Nieder-schrift für Himmler stammte vom intriganten Chef des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, der Kube möglicherweise mit einer gezielten Falschinformation weiter des-avouieren wollte, um die Inthronisierung seines eigenen Zöglings v. Gottberg vorzu-bereiten. Nach den anderen beiden Niederschriften stimmte die Zivilverwaltung bis auf den Wirtschaftschef im Reichskommissariat Ostland, Matthiessen, dem »Abzug« der Juden zu, nach einer davon auch Kube selbst. ¹²⁶³ Am 20. August lehnte der Chef des Persönlichen Stabes Reichsführer-SS, Rudolf Brandt, in Himmlers Namen Kubes angeblichen Antrag ab. ¹²⁶⁴ Bereits am 9. August hatte Kube jedoch selbst die Beschäf-tigung von Juden »in den Unterkünften und Haushaltungen« im GK Weißruthenien ab dem 20. August verboten. Das traf unter anderem das SS-Lazarett, dem es nun an

1260 RKO II Fin./26/43g, Betr.: Zusammenfassung der Juden in Konzentrationslagern v. 31. 7. 1943, IfZ Fb 104/2, auch in BA D-H ZR 945, A. 2, Bl. 22f.

1261 Vgl. RKO Nr. 649/43g – I Politik – Tr./Ko. II Verwaltung v. 14. 10. 1943 an die Generalkommissare, Be-trifft: Zusammenfassung von Juden in Konzentrationslagern (gez. i. A. Trampedach), BA D-H ZA I 12045, A.4. Trampedachs Bezugserlaß stammte vom 10. 8. 1943.

1262 Die Beschaffung von Ersatzarbeitskräften wurde jedoch für unmöglich gehalten. Der Beauftragte der Organisation Todt beim Chef des Transportwesens der Wehrmacht, Betr.: Arbeitseinsatz im Eisenbahn-bau in Weißruthenien v. 3. 9. 1943, BA-MA H 12/59.

1263 »Der beabsichtigte Abzug der Juden wird vom Generalkommissar [Kube] befürwortet«, er forderte je-doch Ersatzarbeitskräfte. [RMO,] Hauptabteilung II, II/V I Gramm 101/43, Sitzungsvermerk, Thema: Arbeitseinsatzfragen des Reiches unter besonderer Berücksichtigung der besetzten Ostgebiete am 13. 7. v. 20. 8. 1943, Slg. Schumacher Nr. 484, auch als Nbg. Dok. NO-1831. Vgl. Vermerk über die Bespre-chung beim Reichsminister Rosenberg am 13. 7. v. 14. 7. 1943 (Unterschrift: Küper), BA-MA RW 31/248; Reichsführer-SS, Chef des SS-Hauptamtes v. 13. 7. 1943 (gez. Berger, Abschrift), Nbg. Dok. NO-3370. Im hier genannten Sinne auch Hilberg, Vernichtung, S. 407, im Gegensatz zu Reitlinger, Endlösung, S. 323–325. Klagen Matthiessens auch in: RK Ostland, Hauptabteilung III Wirtschaft, Lagebericht zum 31. August 1943 (Berichtszeit: Monate Juli und August), BA-MA RW 31/955. Teilnehmer an der hoch-karätigen Sitzung waren u.a. Rosenberg, Alfred Meyer, Backe, Paul Körner, Erich Koch, Sauckel, Peuckert, Berger, Matthiessen und Kube.

1264 Reichsführer-SS, Persönlicher Stab (Bra./H.) an Berger v. 20. 8. 1943, Nbg. Dok. NO-3304.

Putzfrauen fehlte.¹²⁶⁵ Zu jener Zeit war Kube nicht nur auf dem Höhepunkt seiner antisemitischen Tiraden wie in der folgenden Passage, die an dem Tag in der »Minsker Zeitung« erschien, als die Sicherheitspolizei begann, das deutsche Ghetto in Minsk aufzulösen:

»Mögen alle satanischen Mächte des Erdballs ihren Vernichtungswillen gegen Europa mobilisieren, mögen Juden und Freimaurer und andere schwarze, internationale Mächte mit ihren apokalyptischen Menschenmassen gegen uns antoben, möge die Hölle ihren ganzen Unrat gegen uns ausspeien: Mit uns streitet die göttliche Allmacht im Bunde, die ihre Erde endlich frei sehen will von Ungeziefer. Um unsere Fahnen schweben die guten Geister des Rechtes, der Tapferkeit, des Glaubens an das Gute, Hohe, Reine, Edle und Schöne!«¹²⁶⁶

Nicht nur, daß das Deutsche Theater in Minsk zur Zeit der Liquidierung des sogenannten deutschen Ghettos Shakespeares »Kaufmann von Venedig« spielte, wobei deutsche Juden Beleuchter und Bühnenarbeiter waren und »echte« Kostüme teilweise aus dem grausigen Lager in der Minsker Oper stammten; der ehemalige Stückeschreiber Kube war häufiger Theaterbesucher und sicherlich nicht ohne Einfluß. Theaterzettel und Zeitungskritik verraten, welche antisemitische Begleitmusik hier gespielt wurde. An dieser Stelle wurde der Massenmord sehr direkt ideologisch begründet und untermauert.¹²⁶⁷ Doch wie gesagt, nicht nur das: Nach Aussage des damaligen KdO Herf teilte ihm niemand anders als Kube die bevorstehende Ghetto-liquidierung mit und wohl auch die Aufgaben, die die von Herf kommandierte Ordnungspolizei dabei übernahm.¹²⁶⁸

¹²⁶⁵ Der Generalkommissar in Minsk (gez. Kube) v. 9. 8. 1943, ZStA Minsk 370-1-2128, Bl. 8. Adressaten waren u. a. HSSPF, SSPF, KdS, KdSchupo, Oberfeldkommandantur, Luftgau Moskau. Siehe Vermerk SS-Lazarett Minsk v. 13. 9. 1943, GebA Minsk 699-1-62, Bl. 8 (»Die Juden aus dem Ghetto sind auch zurückgezogen worden«). – Angeblich gab es später einen Befehl v. Gottbergs und des Stabschefs der Heeresgruppe Mitte, Krebs, nach dem die Juden aus allen deutschen Dienststellen wegen Spionagegefahr entfernt werden sollten. Kube hatte zur Begründung die Gefahr sexueller Beziehungen angeführt. Zum ersten Vern. Erich Ehrlinger v. 13. 7. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 2167.

¹²⁶⁶ Wilhelm Kube, Zwei Jahre Weissruthenien, in: Minsker Zeitung v. 1. 9. 1943 (ZStA Minsk 391-1-87, Bl. 62). Zur Ghettoauflösung S. 740–742 in dieser Darstellung.

¹²⁶⁷ Im Theaterzettel hieß es u. a.: »Obwohl die Zeit Shakespeares noch nicht die Rassenkenntnisse auf wissenschaftlicher Grundlage besaß, wie sie uns die Mendelschen Erbgesetze erschlossen haben, schuf die geniale Dichterintuition des großen Dramatikers in dem Wucherer Shylock das Urbild des Juden schlechthin, dessen infernalischer Haß, gestützt auf den Schein eines Rechtsanspruches, Blut und Leben seines Gegners fordert.« Die Rede war von einer »zeitnahen Problemstellung«, »da wir hier im Osten noch unmittelbarer als im Reich das jüdisch-arische Rassenproblem erleben.« Zitiert nach: Stolten, S. 85 f. – In der Kritik der Minsker Zeitung v. 15. 9. 1943 (vgl. v. 29. 9.) wurde ausgeführt: »Es ist nicht erwiesen, daß Shakespeare mit seiner Zeichnung des Shylock das Judentum in seiner Gesamtheit darstellen wollte, aber wie in manchen dichterischen Werken und Bildern das Unbewußte oft stärker ist als manche planvoll durchdachte Prägung, so hat auch hier die aus einem ungebrochenen Blutsinstinkt quellende dichterische Seherkraft das Bild des ewigen Juden und seines dämonischen Vernichtungswillens aufgerichtet [...].« Vgl. ferner Stolten, S. 77 ff. (deutsche Juden als Bühnenarbeiter); Vortrag Inge Stolten in Berlin v. 29. 3. 1992; Kostüme aus dem Lager in der Oper: Stellungnahme Dr. Dahmen (Deutsches Gericht Kauen), vormals Kulturreferent beim GK Weißruthenien, v. 18. 10. 1943, BA-MA FPF-01/7840, Bl. 6.

¹²⁶⁸ Vgl. Vern. Eberhard Herf (Januar 1946), StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 51; ders. v. 21. 12. 1945, ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 62–64. Auch Ostminister Rosenberg stand dem letzten Schritt zur Judenvernichtung in seinem Amtsbereich offenbar nicht ablehnend gegenüber. Am 24. 9. 1943 beantragte er

Weitgehend unbeachtet, galten Himmlers Anordnungen auch für den Bereich der Militärverwaltung. Seine Anordnung zur Einschränkung des Arbeitseinsatzes der Juden vom 13. August hatte er dem OKH übersandt. Das OKH gab sie am 29. September mit einem Zusatzerlaß weiter, der »für das gesamte Feldheer bindend« war.¹²⁶⁹ Seit dem 6. September durften Juden nur noch zu körperlichen Arbeiten eingesetzt werden.¹²⁷⁰ In Mogilew entfernte das Einsatzkommando 8 die jüdischen Handwerker in der letzten Septemberdekade, um sie teils zu ermorden, teils in den Distrikt Lublin zu deportieren.¹²⁷¹

Als drittletztes Ghetto im GK Weißruthenien wurde dasjenige in Glebokie am 20. August während der Partisanenbekämpfungs-Großoperation »Hermann« vernichtet, gleichzeitig mit dem Ghetto in Bialystok. In der Nähe von Glebokie war Tage zuvor eine Brigade von Kollaborateuren unter dem Oberst Gil-Rodionow zu den Partisanen übergelaufen. Die Bewohner des Ghettos hatten zuvor nach Lublin deportiert werden sollen, was sich dadurch um kurze Zeit verschob.¹²⁷² Da den zwischen 2000 und 3000 Juden in Glebokie jedoch Existenz und Namen mehrerer Vernichtungslager bekannt waren, glaubten sie nicht an den Abtransport zur Zwangsarbeit, wie er einstweilen tatsächlich geplant war, und entschlossen sich zum bewaffneten Aufstand. In einem ungleichen Kampf, bei dem die Wehrmacht schwere Waffen einsetzte, konnten sie den Deutschen nur geringe Verluste zufügen und starben zum Großteil kämpfend im brennenden Ghetto. Wenige konnten entkommen. Der Rest wurde von Kräften des KdS Minsk, des SS-Polizei-Regiments 2 und unbekannten Wehrmachteinheiten vor der Stadt erschossen.¹²⁷³

bei Bormann einen Gesprächstermin bei Hitler, anscheinend um u. a. über »den Stand der Bearbeitung der Judenfrage« und »Weißruthenien« vorzutragen. Fschr. Rosenberg an Bormann, weitergegeben von Bormann an Lammers am 24. 9. 1943, BA F 15266, Bl. 2684.

1269 Eine entsprechende Verfügung der H.Gr. Mitte datierte vom 4. 10. Vgl. KTB PzAOK 3, Qu. 2, v. 4. 11. 1943, Nbg. Dok. NOKW-2386, BA F 44807 bzw. 53922; Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, S III A 5 b v. 13. 8. 1943, BA NS 2/83, Bl. 39/R. Siehe die Bezugnahme in Korück 580, Ic, Betr.: Arbeitseinsatz der Juden in den besetzten Ostgebieten v. 2. 11. 1943, BA-MA RH 23/198, Bl. 70.

1270 Siehe auch Wwi.Ers.Abt. 3: WiStab Ost, Besondere Anordnung Nr. 107 v. 11. 9. 1943, BA F 10632, Bl. 767 (Abschrift). Vgl. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 499, Anm. 1.

1271 KTB WiKdo Mogilew für 21.–30. 9. 1943, BA-MA RW 31/850.

1272 Es mag durchaus sein, daß die Deutschen nach Gil-Rodionows Überlaufen am 16. 8. die Befreiung der Juden von Glebokie befürchteten. Ihre Verschleppung nach Lublin scheint jedoch schon zuvor geplant gewesen und infolge der Verfolgung der desertierten Einheit verschoben worden zu sein. Vgl. Ainsztein, S. 89, gegenüber Kampfgruppe v. Gottberg, Ia, Befehl für den Einsatz von 2 Bataillonen SS-Pol.Rgt. 2 v. 9. 8. 1943 (Unterstellung unter die örtlich anwesenden KdS-Kräfte 14. 8., 24.00 Uhr, in Glebokie und Lida, dort vermutlich zur Umsiedlung der Juden aus Schuttschschin nach Lida), StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 657f.

1273 Sicherheitspolizei und SD hatten einen Toten und zwei Verwundete, ihre einheimischen Helfer zwei Tote und zwei Verwundete. KdS Weißruthenien, Aussendienststelle Wilejka, v. 24. 8. 1943, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 719. Vgl. Der Untergang von Glebokie (auszugsweise Übersetzung), StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 1467; Auswertung der historischen Literatur, ebd., Bl. 45–47; Eigenhändige Angaben des Franz Hess v. 19. 7. 1945, BA D-H ZR 810, A. 23, Bl. 8; Ainsztein, S. 89; undatiert Bericht der Untersuchungskommission für das Gebiet Polozk (Beluga (Hg.), S. 302). – Auschwitz u. a. Vernichtungslager bekannt: Vern. der jüdischen Überlebenden B. M. v. 30. 10. 1961, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 650f.; eidesstattl. Erkl. Erich Isselhorst v. 30. 10. 1945, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 1. Siehe auch Kampfgruppe v. Gottberg, Ia, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Hermann« v. 20. 8. 1943: »Infolge anderer Aufgaben war die Zuteilung von SD-Kommandos während des Unternehmens »Hermann« äußerst unzureichend.« BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 44.

Einen Monat später, zwischen dem 17. und 19. September 1943, wurde das Ghetto in Lida mit rund 4000 Bewohnern geräumt. Dort fanden keine Erschießungen mehr statt, sondern augenscheinlich gingen zwei Eisenbahntransporte ab, einer nach Majdanek und einer direkt nach Sobibór.¹²⁷⁴

Kurz zuvor hatte auch die Vernichtung des Minsker Ghettos in mehreren Etappen begonnen. Dort dürften noch rund 2000 deutsche und 8000 weißrussische Juden gelebt haben.¹²⁷⁵ Bereits im Juni 1943 wurden die jüdischen Arbeiterkolonnen zum Teil herausgezogen, von Rübe selektiert und Hunderte im Arbeitslager an der Schirokajastraße konzentriert. Von diesen konnten aber einige noch einmal zurückkehren.¹²⁷⁶ Anfang September begannen die Internierungen erneut, und diesmal endgültig. Am 14. oder 15. September ging ein Transport mit 300 jungen Männern aus dem deutschen Ghetto und angeblich 480 aus Trostinez, insgesamt 1000 Personen, nach Majdanek, wo 250 zur Arbeit in anderen Lagern im Distrikt Lublin ausgesondert, die anderen ermordet wurden.¹²⁷⁷ Am 18. September wurden rund 2000 vorwiegend jüdische Häftlinge aus dem Lager Schirokajastraße, wo jeweils die Selektionen stattfanden,¹²⁷⁸ in einem aus 25 Waggons bestehenden Güterzug nach Sobibór gefahren, wo

1274 Vgl. Vern. H. U. v. 16. 12. 1959, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Akte ZStL, Bd. 2, Bl. 320; Vern. J. B. v. 4. 7. 1962, StA Mainz 3 Ks 1/67, Akte Landesgericht Wien, Bl. 31f.; Vern. S. B. v. 29. 4. 1969, ebd., Akte 2. Hauptverhandlung, Bl. 369; Vern. E. D. v. Januar 1962, ebd., Bd. 1, Bl. 169; Vern. C. K. v. 25. 2. 1965, ebd., lose (diese Zeugin überlebte Sobibór); eidestattl. Erkl. Erich Isselhorst, wie Anm. zuvor; Arad 1987, S. 135f. und 398; Arad 1991, S. 43; Eckman/Lazar, S. 96f.; Trunk, S. 523; Enzyklopädie des Holocaust, S. 863f.

1275 Eine Gesamtzahl von 10000 jüdischen Bewohnern ergäbe sich aus dem Stand von etwa 12000 Ende September 1942, davon 2600 deutsche (S. 707 mit Anm. 7/736 in dieser Darstellung), und den bis dahin geschehenen Massakern des Jahres 1943 (S. 736). Am 9. April 1943 lebten noch 8500 jüdische Arbeitskräfte in der Stadt (Vortrag Moos, Arbeitsamt Minsk-Stadt, IfZ Fb 85/I, Bl. 118). Am 13. Juli hieß es in Berlin, im GK Weißruthenien gebe es noch 16000 Juden, abzüglich 2000 bis 3000 in Glebokie und 4000 in Lida also in Minsk 9000 bis 10000 (RMO, Hauptabteilung II, Sitzungsvermerk über die Besprechung am 13. 7. v. 20. 8. 1943, Nbg. Dok. NO-1831). Smolar, S. 108, gibt einschließlich der illegalen Bewohner eine Zahl von 12000 an. Der überlebende Zeuge F. S. (Vern. v. 14. 2. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 10391) gab die Zahl der deutschen Juden am 1. 9. 1943 mit 1700 an, das Urteil in der gleichen Sache (Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 202) nahm insgesamt mindestens 6500 an. Der Ghettosachbearbeiter Rübe (Vern. v. 16. 4. 1947, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, »Haft I«, Bl. 26R-27) sprach von 2000 deutschen und 3000 weißrussischen Juden; wahrscheinlich waren es bei letzteren mehr. Zu niedrig erscheint auch die Angabe von 2000 Juden am 1. 10. 1943 bei Grossman/Ehrenburg, S. 277, und in ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 2, Abschußbericht v. 28. 7. 1967 (4000 bis 5000 insgesamt). Im Oktober 1943 gab es im sogenannten russischen Ghetto noch mindestens 3111 Bezieher von Lebensmittelkuponen: Arbeitskontrollausweis Rita Friedman, MGVK Minsk 19-40031.

1276 Vgl. Grossman/Ehrenburg, S. 276f., und Erinnerungen M. A. Treister v. 1. 10. 1991, MGVK 20-10²-15-23521.

1277 Siehe Rosenberg, S. 69-78; Vern. W. B. v. 20. 1. 1949, ZStL 981/67, Bl. 87-89; Vern. R. F. v. 30. 11. 1949, ebd., Bl. 279; Vern. L. G. (Überlebender von Trostinez) v. 19. 8. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 4473; Vern. F. St. v. 14. 2. 1962, ebd., Bl. 10391; Vern. F. Sp. v. 25. 4. 1962, ebd., Bl. 10877f.; Brief P. B. v. 29. 12. 1947, Bl. 930f.; »schubweise« über das Arbeitslager deportiert nach dem Urteil in dieser Sache (Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 202); 2000 deutsche Deportierte nach Vern. Adolf Rübe v. 1. 9. 1959, StA Hamburg 141 Js 204/60, Akte »Ludwigsburg – Vorgänge Rübe«, Bl. 30; ein Transport ging am 17. 9. nach Vern. M. A. v. 29. 4. 1948, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, Hauptverhandlung, Bl. 56/R; eidesstattl. Versich. ders. v. 24. 6. 1947, ebd., Haft I, Bl. 81/R. Jureit, S. 95, klärt, daß der Transport nicht, wie von Rosenberg zuletzt angegeben, nach Treblinka ging.

1278 Zu den Selektionen u.a. Rosenberg, wie Anm. zuvor; Kohl, S. 74f.; Bericht M. A. Treister, wie vorletzte Anm.

man 1900 gleich nach der Ankunft am 23. September ermordete. 100 blieben am Leben – darunter der Anführer des Aufstands im Lager am 14. Oktober, Leutnant Alexander Petscherski.¹²⁷⁹ Zwei weitere Transporte, einer mit männlichen Juden und einer mit 400 bis 500 Jüdinnen aus Minsk, hatten Sobibór am 16. und 19. September erreicht. Ein Teil der Menschen wurde dort im Gas erstickt, die anderen kamen ins SS-Arbeitslager Trawniki.¹²⁸⁰ Wegen der vorliegenden genauen Angaben ist es wahrscheinlich, daß diese Transporte nicht identisch mit dem extrem langen Zug waren, den der Bahnhofsvorsteher in Treblinka, Franciszek Zabecki, am 17. September mit dem Ziel Chelm (Sobibór) durchfahren sah.¹²⁸¹ Die Insassen dürften zum Großteil weißrussische Juden gewesen sein. Die meisten Bewohner des deutschen Ghettos wurden bereits bei dessen Liquidierung am 14. September und in den Folgetagen umgebracht, viele von ihnen in Gaswagen.¹²⁸²

Daneben hat es – vermutlich Anfang Oktober – mindestens einen Transport mit deutschen, vor allem aber weißrussischen Juden nach Auschwitz gegeben.¹²⁸³ Die weißrussischen Juden wurden nach Liquidierung des »deutschen« Ghettos noch einmal umgesiedelt – eben ins »deutsche« Ghetto. Zwischen dem 21. und 23. Oktober 1943 wurde das bei den vorherigen Transporten schon stark dezimierte Ghetto restlos geräumt, seine Bewohner ebenso wie die meisten Häftlinge in Trostinez erschossen oder im Gas getötet.¹²⁸⁴ Die Zahl der insgesamt bei der Ghettoauflösung in Minsk gestorbenen Menschen wurde von den Zeugen und Mittätern sehr verschieden beziffert. Da es wahrscheinlich sechs Deportationstransporte mit wenigstens 5500, schätz-

1279 Vgl. Ainsztein, S. 233 und 421–431; Arad 1987, S. 303–341; Alexander Pechersky, Revolt in Sobibor, in: Suhl (Hg.), S. 7–50; Novitch 1978. Sobibór sollte 1943 in ein Arbeitslager umgewandelt werden: Rückerl 1977, S. 176–178.

1280 Siehe u. a. unter Verwendung eines zeitgenössischen Briefes und einer Tagebuchaufzeichnung Grabitz/Scheffler 1988, S. 224, 252, 258, 266, 269 und 271. Spekulation über zwei weitere Transporte aus Minsk nach Sobibór bei Arad 1987, S. 137 und 256.

1281 In Zabeckis Aussage auf Grund geretteter Unterlagen heißt es, am 17. 9. habe ein Zug »aus dem litauischen Minsk nach Chelmna Pj. 1025 – 50 Waggons« den Bahnhof passiert. Gemeint war damit nicht die damals außer Betrieb befindliche Vernichtungsstätte Chelmno bei Łódź, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach Sobibór bei Chelm. Vern. v. 21. 12. 1945, Documents Grodno, Bd. 1, Bl. 493.

1282 Siehe Vern. W. S. v. 20. 1. 1949, ZStL 202 AR 981/67, Bd. 1, Bl. 100; Grossman/Ehrenburg, S. 277; Reitlinger 1951, S. 8. Das von Loewenstein, S. 45, genannte Datum 8. 5. 1943 ist falsch, danach auch Kohl, S. 74. Einige deutsche Juden, die im Theater in Minsk arbeiteten, wurden erst nach Kubes Tod ermordet (Stolten, S. 100). Die von der Jüdischen Gemeinde Hamburg in Minsk angebrachte Gedenktafel nennt das Datum 14. 9. 1943 (pers. Mitt. A. D. Krasnoperko v. 16. 10. 1993).

1283 Vgl. Vern. F. S. v. 25. 3. 1949, StA Karlsruhe 3a Ks 2/49, Hauptband, Bl. 318; Vern. H. H. v. 22. 4. 1947 sowie 30. 4. 1948, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, Hauptverhandlung, Bl. 104, und Haft I, Bl. 35R ff.; Erinnerungen M. A. Treister v. 1. 10. 1991, MGVK Minsk 20–10^a–15–23521.

1284 Dies geschah unter dem um den 7. 10. eingetroffenen neuen BdS Ehrlinger: Vern. H. F. v. 24. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2436. Siehe Grossman/Ehrenburg, S. 277; Vern. P. J. Dobin v. 22. 12. 1945 (Inhaltsangabe), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Handakten, Bd. 1; pers. Mitt. A. D. Krasnoperko v. 16. 10. 1993. Datum u. a.: Aufzeichnungen Michail Timofejewitsch Nowodworski v. 22. 1. 1992 und Maja Arkadewka Radoschkowskaja (Smelkinson), undatiert, MGVK 20–10^a–15–23777 und –23773. Umsiedlung: Vern. Adolf Rube v. 1. 9. 1959, StA Hamburg 141 Js 204/60, Akte »Ludwigsburg – Vorgänge Rube«, Bl. 31 (ebd., Bl. 31–35, auch zu zwei Aktionen gegen die weißrussischen Juden). Trostinez: Vern. L. G. v. 19. 8. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 4471. Nach der Vern. M. M. Z. (1945), ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok. Bd. I, wurden, allerdings nur vom Hörensagen, auch dabei Juden mit der Eisenbahn nach Lublin gebracht. Darauf weist auch der anonyme, fragmentarische Bericht eines überlebenden Wiener Juden im BDC, SL 47 C, hin.

zungsweise aber eher 7000 bis 8000 Insassen gab (davon über 1000 aus den Arbeitslagern in Smolensk, Mogilew und Bobruisk),¹²⁸⁵ lag sie zwischen 3000 und 6000. Der Anteil der im September und Oktober 1943 direkt in Minsk oder Trostinez getöteten Juden war also wohl nicht so groß wie bisher angenommen.¹²⁸⁶

Die Beute – und das war in erster Linie das Ghettoelände – begann man noch vor dem Tod der Juden aufzuteilen. Bereits am 8. September wies der faktische HSSPF v. Gottberg den SS-Wirtschafter (zuvor Mogilew) und verschiedene Einrichtungen der Waffen-SS an, bis 20. September im Gebiet des Minsker Ghettos Quartier zu beziehen.¹²⁸⁷ Denn die Schlacht am Kursker Bogen war verloren, der Rückzug lief auf vollen Touren, und ebenso die Zwangsevakuiierung von Bewohnern und Betrieben des Rückzugsgebiets – bevorzugt von Arbeitskräften. Sie sollten vor allem nach Minsk, wie der dortige Hauptabteilungsleiter Wirtschaft, Freitag, ankündigte: »In Minsk herrscht schon jetzt Arbeitermangel, 10 000 Fehlstellen. Unterbringung ist möglich. Das Ghetto soll geräumt werden.«¹²⁸⁸ So ersetzten nichtjüdische die jüdischen Arbeitskräfte. Allein im Oktober 1943 wurden 23 719 Personen im GK Weißruthenien aufgenommen. In Minsk selbst waren aber die Zerstörungen bei der Ghettoräumung so stark, daß bis Mitte November nur etwa 2500 Arbeiter(innen) untergebracht werden konnten, da die Aufräumarbeiten in dem verwüsteten Stadtviertel erst danach begannen.¹²⁸⁹

Nach der Ghettovernichtung lebten in Minsk und Trostinez noch etwa 500 Juden (darunter auch deutsche), außerdem einige hundert in Arbeitslagern in den Gebieten Wilejka und Baranowitschi, so in Kolditschewo. Sie wurden 1944 schrittweise in die

1285 Zu Mogilew S. 771 f., zu Bobruisk und Smolensk S. 762 f. in dieser Darstellung. Von den Tätern erklärte der ehemalige Minsker Gestapochof Heuser, es habe zwei oder drei Transporte aus Minsk »nach Polen« gegeben (Vern. v. 16. 3. 1964, StA Hamburg 141 Js 204/60, Bl. 5426). Dr. Erich Iselhorst, zwischen August und Oktober KdS Minsk, sagte aus, 12 000 bis 13 000 Juden seien von Minsk und Baranowitschi (gemeint war wohl Lida) nach Lublin gebracht worden (Vern. v. 30. 10. 1945, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 1).

1286 Dazu Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 v. 21. 5. 1963, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 202; Vern. Eberhard Herf (Januar 1946), StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 51; ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 2, Abschlußbericht v. 28. 7. 1967; Kohl, S. 74 f. – Widersprüchlich waren insbesondere die Aussagen Adolf Rübes in diesem Punkt. In seiner Vern. v. 8. 7. 1948 erklärte er, es seien rund 500 sowjetische Juden erschossen worden, weil der Bahntransportraum nicht mehr zur Deportation gereicht habe (ZStL 202 AR 981/67, Bd. 1, Bl. 40). In einer undatierten Niederschrift (1947/48) führte er aus, es habe den Plan gegeben, die deutschen Juden zu deportieren, die weißrussischen aber zu töten: GLA Karlsruhe, 465 A/51/5/460, Haft II, Bl. 46. In seiner Vern. v. 1. 9. 1959 gab er an, dies sei so ähnlich auch geschehen, 2000 deutsche Juden seien abtransportiert, knapp 4000 weißrussische aber erschossen worden: StA Hamburg 141 Js 204/60, Akte »Ludwigsburg Vorgänge Rübe«, Bl. 31–35.

1287 HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Betr.: Verlegung von Dienststellen, gez. M. d. F. d. G. b. v. Gottberg v. 8. 9. 1943, BA-MA SF-02/31688, Bl. 77.

1288 [Wiln Mitte,] Stab Ia/Ib/Rü, Aktenvermerk über Besprechung betreffend Zusammenarbeit mit Generalkommissariat Weißruthenien am 20. 9. 1943 vom gleichen Tag, BA-MA (BArch)P F 42860, Bl. 1044.

1289 Vgl. GK Weißruthenien, Hauptabteilung E.u.L., Niederschrift über die Besprechung betr. Aufnahme von Fachkräften aus den Räumungsgebieten v. 26. 11. 1943, ZStA Minsk 412–1–199, Bl. 81 f.; WwiKdo Minsk, Niederschrift über die Außenstellenleiter-Besprechung am 12./13. November v. 15. 11. 1943, BA-MA (BArch)P F 42899, Bl. 93; KTB Wiln Mitte, Chefgr. Arbeit, Monatsrückblick Oktober 1943, BA-MA (BArch)P F 42860, Bl. 595.

polnischen Lager, in erster Linie Auschwitz, deportiert oder Ende Juni 1944 beim Rückzug ermordet.¹²⁹⁰

Damit hatte jenes verbrecherische Kapitel, das »für immer mit der deutschen Geschichte verbunden bleiben wird«,¹²⁹¹ die Ermordung der Juden, in Weißrußland ein Ende. Mindestens 500 000 jüdische Menschen waren ihr dort zum Opfer gefallen,¹²⁹² mit einer Dunkelziffer insbesondere bei den flüchtigen und den sogenannten Landjuden.¹²⁹³ Wenige tausend konnten durch Untertauchen im besetzten Gebiet überleben, 150 000 bis 180 000 hatten sich durch Flucht und Evakuierung ins sowjetische Hinterland gerettet. Ähnlich wie im übrigen Europa starben die meisten Opfer, etwa 55 Prozent, zwischen März 1942 und März 1943.¹²⁹⁴

f) Jüdischer Widerstand und jüdische Flüchtlinge

Die weißrussischen Juden fügten sich nicht willenlos in ihr Schicksal. Über ihren Kampf in Weißrußland existiert eine breite Literatur, so daß sich die folgende Darstellung auf die im hier erörterten Zusammenhang wichtigen Gesichtspunkte beschränken kann.

Einige Überlebensstrategien der Juden wurden bereits angesprochen – und auch ihre letztliche Erfolglosigkeit. Die wichtigste und am ehesten erfolgversprechende Widerstandshandlung der Juden war die Flucht. Für sie bestanden in dieser Region etwas bessere Aussichten als anderswo, zum einen, weil das Gift des Antisemitismus in Weißrußland – obwohl auch hier vorhanden – traditionell *relativ* wenig verbreitet war und in der sowjetischen Zeit in der Osthälfte die Integration der Juden Fortschritte gemacht hatte, zum anderen, weil die Partisanen in Weißrußland besonders stark waren. Es gab damit einen Ausweg, Verbündete, zu denen man fliehen konnte. Das war selbstverständlich auch den Deutschen klar. So erklärte die Rüstungs-Au-

1290 In Minsk arbeiteten die größten Gruppen im KFZ-Ausbesserungswerk (200) und in der Telefunken-Fabrik (150). Vgl. Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 v. 21. 5. 1963, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 202–204; ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 2, Abschlußvermerk v. 28. 7. 1967; Bericht Margot Aufrecht v. 2. 5. 1945 in Belsen, BA D-H ZR 891, A. 6; »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR-38, BA F 16030; Anklageschrift StA München I 113 Ks 1/65a-b v. 2. 4. 1944, S. 36 ff.; Kohl, S. 46–49. Transporte von Häftlingen von Sipo und SD: ebd.; Aufzeichnungen von Kazimierz Smolen aus Auschwitz unter dem 23. 3. und 25. 5. 1943 sowie 14. 5., 1. 6., 11. 7., 29. 7. und 28. 9. 1944, Fall 12, BA F 53922, ADB 140, Bl. 236 ff.; Sonderkommando 7a, »Sichergestelltes Geld von Sicherungshäftlingen, die zu einem Transport ins Reich sollen« v. 24. 5. 1944, ZStA Minsk 954–1–3, Bl. 2/R. Dazu kamen möglicherweise noch bis zu 179 in der Bauindustrie in Minsk: »Liste der Arbeiter Juden und Angestellten, die bei dem Hochbau Bendowsky beschäftigt sind« (undatiert, Mai 1944?), ZStA Minsk 379–1–229, Bl. 6–7R.

1291 Scheffler, Wege, S. 189.

1292 Diese Zahl weicht von den Angaben von Cholawsky 1988, S. 335 (800 000), und Chiari 1998, S. 231 (670 000 bis 700 000) deutlich ab.

1293 Die Juden auf dem Lande umfaßten im Osten 12 % (1939), im Westen zwischen 11 und 20 % der jüdischen Bevölkerung in Weißrußland und damit insgesamt zwischen 100 000 und 150 000 Menschen. Sie wurden, wie erwähnt, teils bei den sogenannten Judenjagden ermordet, teils zunächst in größere Ghettos umgesiedelt, doch ist ihr Schicksal nicht restlos zu klären. Die erwähnte Dunkelziffer ist auf bis zu 50 000 zu schätzen. Vgl. zu den Bevölkerungsanteilen Altshuler, Distribution, S. 69; Wannsee-Institut, Weißruthenien, BA R 93/18, Bl. 31; Seraphim 1938, S. 332 und 581–593. Vgl. die unklaren Angaben bei Wilhelm 1974, S. 300–302, der nicht ausreichend zwischen dem GK Weißruthenien und der Weißrussischen SSR unterscheidet.

1294 Vgl. Browning 1991, S. 11.

ßenstelle in Baranowitschi: »Nachgewiesen ist, daß die Banden auch Zuzug durch Juden erhalten. Diesen ist bekannt, daß sie früher oder später beseitigt werden; sie wählen daher das kleinere Übel und versuchen sich zu den Banden durchzuschlagen, was ihnen in vielen Fällen gelungen ist (Nowogrodek).«¹²⁹⁵

So wird auch der in zahlreichen Quellen genannte Zusammenhang zwischen Judenvernichtung und Partisanenbekämpfung klar. Juden, die aus den Ghettos flüchteten, um der Ausrottung zu entgehen, versuchten fast automatisch, sich den Partisanen anzuschließen, und verstärkten sie auf diese Weise. Aus deutscher Sicht war die Judenvernichtung daher gewissermaßen vorbeugende Partisanenbekämpfung; wer ermordet war, konnte nicht mehr zu den Partisanen gehen. Das wurde schon 1941 in Ostweißrußland als ein Motiv für den Mord an den Juden genannt.¹²⁹⁶ Die abstrakte ideologische Identifizierung von Juden mit Partisanen, die in der Literatur so betont worden ist,¹²⁹⁷ hat sicherlich eine Rolle gespielt, speziell in den ersten Wochen des Krieges, wurde dann aber von dieser logisch-konkreten Verbindung verdrängt – zwei Dinge freilich vorausgesetzt: erstens: Alle Juden waren vom Tode bedroht, und zweitens: Es gab Massenwiderstand und Partisanen wegen der menschenverachtenden deutschen Besatzungspolitik.

Die Zahl der insgesamt in die Wälder geflohenen weißrussischen Juden kann grob auf 30 000 bis 50 000, also sechs bis zehn Prozent der nicht evakuierten jüdischen Bevölkerung geschätzt werden. Der Hauptkommissar in Baranowitschi meldete, daß in den fünf zu seinem Bereich gehörenden Gebieten binnen eines Jahres 6000 Juden entkommen waren, und der Historiker Moshe Kaganowitsch meldete, es habe in Westweißrußland und der Westukraine 11 000 jüdische Partisanen (die registriert waren) gegeben, von denen 3000 fielen. Nach Reuben Ainsztein flohen allein aus dem Minsker Ghetto 10 000 Menschen.¹²⁹⁸ Neben zahlreichen Einzelfluchten besitzen wir aus der Zeit ab Mitte 1942 zahlreiche Nachrichten über Massenausbrüche besonders aus

1295 KTB RüASt Baranowitschi v. 28. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 140. Ähnlich in Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW/Stab zbV, Bericht Nr. 4 v. 26. 5. 1942, BA NS 6/795.

1296 Siehe dazu die (ausnahmsweise) nachdrückliche Vern. Woldemar Klingelhöfers v. 11. 12. 1947, Fall 9, Protokoll Bl. 3903–3912, BA F 56830, durch den Vorsitzenden Richter zum Fall Tatarsk, und Vern. Georg Frentzel v. 16. 6. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 17, zum Fall Mogilew.

1297 Siehe z. B. Birn 1991; Heer 1994 und 1995.

1298 Diese Zahl dürfte allerdings deutlich zu optimistisch sein. Was die Angaben von Kaganowitsch angeht, dürften in Westweißrußland mindestens die Hälfte der 11 000 gekämpft haben, was um die Zahl der ostweißrussischen Partisanen zu ergänzen wäre. Sie lag höchstens noch einmal in der gleichen Größenordnung, da bei etwa gleicher Bevölkerungsziffer die Juden viel weniger Zeit zur Flucht bis zu den Ghetto-liquidierungen hatten, um zu fliehen, Partisanenbewegung und politischer Bewußtseinsgrad allerdings stärker bzw. höher waren. Außerdem war die Zahl der jüdischen Flüchtlinge erheblich höher als die der registrierten Kämpfer. – Die Zahl aus Baranowitschi wäre bei einer Hochrechnung auf ganz Westweißrußland zweimal zu verdoppeln (doppelter Zeitraum, etwa doppeltes Territorium gegenüber dem Hauptbezirk Baranowitschi), betrug also schätzungsweise 25 000. Vgl. Bericht Hauptkommissar Baranowitschi v. 27. 8. 1942 an GK Weißruthenien, Abt. ASo, Nbg. Dok. NG-1315; Inhaltsangabe zu Moshe Kaganowitsch, Der Anteil der Juden an der Partisanenbewegung Sowjetrußlands, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bd. 3, Bl. 594/R; Ainsztein, S. 221–235, besonders S. 234 f.; Suhl, S. 231–234. Nach einer Aussage von M. Budner v. 18. 7. 1944 lebten zu jenem Zeitpunkt in Minsk knapp 1000 Juden (Beluga [Hg.], S. 205). Zu Fluchten aus Minsk auch Smolar, Krasnoperko und A. Chorny, The Avengers of the Minsk Ghetto, in: Porter, S. 95–98. Nach weißrussischen Angaben aus den achtziger Jahren überlebten 3000–4000 Menschen aus dem Minsker Ghetto, vgl. Kohl, S. 75.

dem westlichen Bereich.¹²⁹⁹ Derartige Fluchtaktionen wagten die Juden insbesondere, wenn Massaker begannen oder unmittelbar bevorstanden.¹³⁰⁰ Der zahlenmäßige Anteil der Juden an den insgesamt rund 300 000 weißrussischen Partisanen war keineswegs zu vernachlässigen, aber alles in allem doch gering.¹³⁰¹ Allerdings waren sie besonders hoch motivierte Kämpfer, die einen bedeutenden Anteil an der Bekämpfung der Deutschen hatten.

Nur ein Bruchteil der jüdischen Flüchtlinge überlebte. Dafür waren verschiedene Gründe ausschlaggebend. Zum einen wurden die Juden von deutschen Einheiten gnadenlos gehetzt und litten unter den extrem schweren Lebensbedingungen. Zum anderen führte sie die Flucht oft gar nicht in den Untergrund, sondern sehr viele flohen – oft wegen der feindseligen nichtjüdischen Bevölkerung und des schwierigen Lebens in der Illegalität¹³⁰² – von Ghetto zu Ghetto. So gab es in Lida etwa 750 und in Woronowo 300 Flüchtlinge aus Wilna, von wo aus das GK Weißruthenien 1941 als ruhig erschien, in Bialystok Flüchtlinge vom Land und in Pruzany solche aus Slonim. In Lida, Woronowo und Pruzany wurden sie nach kurzer Zeit von den Deutschen ausgesondert und erschossen, um Nachrichten über die Massaker in ihren Herkunftsorten zu unterdrücken und die neuen »unerwünschten Esser« loszuwerden.¹³⁰³ Noch am 20. Juni 1942 entschieden sich nach der Befreiung des Zwangsarbeitslagers Pusewitschi von 500 Juden alle bis auf einen, nicht mit den Partisanen, sondern zu Verwandten in Städtchen der Umgebung zu gehen.¹³⁰⁴

Nur sehr wenigen Juden gelang es, unerkannt unter falschem Namen quasilegal eine Existenz zu führen. In den Wäldern – das war die dritte Möglichkeit – war die Überlebenschance ebenfalls extrem gering. Gefährdet waren vor allem die Menschen in den jüdischen Familienlagern, Alte, Frauen und kleine Kinder, die im Fall eines deutschen Großangriffs oft zu unbeweglich waren, um zu entfliehen¹³⁰⁵ – und aus diesen Gruppen setzte sich die Mehrzahl der jüdischen Flüchtlinge zusammen. Juden waren für die Partisanen also oft mehr zahlenmäßig als von der Kampfkraft her eine Verstärkung, die unbewaffneten Zivilisten bedeuteten für sie eine Bela-

¹²⁹⁹ Vgl. Ainsztein, S. 82, 86 ff. und 119 ff.

¹³⁰⁰ Siehe ebd.; Kap. 7.4b dieser Darstellung; Porter, S. 5; Golczewski, S. 477; Trunk, S. 471–474. Ferner zum Gesamtzusammenhang der jüdischen Widerstandshandlungen Matthäus 1995, S. 263–266.

¹³⁰¹ Das deckt sich mit den Erkenntnissen von Spector 1991, S. 143 f. Danach flüchteten von bei Kriegsbeginn rund 650 000 Juden in der Westukraine und Westweißrußland etwa 47 500 aus den Ghettos, von denen schließlich 11 000 bis 12 000 die Befreiung erlebten. In Westweißrußland seien rund 4000 und in der Westukraine 1700 Juden Angehörige von Partisaneneinheiten gewesen, d. h. 1,4 % (nicht, wie irrtümlich angegeben, 14 %) der 400 000 Ghettoinsassen, die bei Sommeranfang 1942 noch am Leben waren.

¹³⁰² Siehe etwa Krasnoperko, S. 18 und 28.

¹³⁰³ Vgl. Arad, S. 159 und 196–198; Levin 1985, S. 114, 131, 180–186, 243–245; Vern. Aron Derman v. 23. 3. und Blake Schiff v. 30. 3. 1966, Documents Grodno, Bd. 1, S. 30–32 und 298–301; Vern. J. L. v. 30. 6. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6173; S. Kaczerginsky, Das Sterben von Wilna, New York 1947, Zusammenfassung in StA München I 13 Ks 1/65a–b, Bd. 1, Bl. 170; Urteil LG Mainz 3 Ks 1/67 v. 17. 7. 1969 gegen Windisch u. a., S. 101–104; Bericht »Wilna-Lyda und zurück« des jüdischen Überlebenden J. S. v. 5. 6. 1942, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 2161–2171. Zur Mobilität des jüdischen Widerstands: Brief Mordechaj Tenenbaums v. 1. 3. 1943, in: Blumenthal, S. 314; allgemein die Autobiographie von Grossman.

¹³⁰⁴ Alpert, S. 121–124.

¹³⁰⁵ Siehe Wilenchik, S. 251 ff.; Ainsztein, S. 119 ff.; Eckman/Lazar, S. 83–99; Tec 1996; Arad 1980, S. 221 ff.; Bielski, S. 400–411; Lustiger, S. 318; Linkow, S. 179, 441 f. usw.; A. P. Brinsky, Meetings and Events, in: Porter, S. 121–125; Enzyklopädie des Holocaust, S. 1338 (Artikel Sorin).

stung. Hinzu kamen Hunger, Kälte, Schmutz und mangelnde medizinische Versorgung. Leben und Überleben waren also außerordentlich schwer.¹³⁰⁶ So erlebten von 400 Juden, die am 21. Juli 1942 aus Klezk geflohen waren, nur 25 die Befreiung. Von den aus den Ghettos Ausgebrochenen erreichten nur wenige überhaupt die Partisanen, die meisten wurden vorher gefangen.¹³⁰⁷ Eine Studie über 1089 Überlebende aus Wilna und 361 aus der Umgebung (darunter Iwje, Lida, Glebokie und andere Orte in Weißrußland) ergab, daß von den letzteren 201 Männer, 122 Frauen und nur 38 Kinder waren; 146 überlebten durch Flucht ins sowjetische Hinterland, 13 in der Roten Armee (zusammen 40 Prozent), zehn bei Nichtjuden versteckt, zwölf in Konzentrationslagern, 81 bei den Partisanen; relativ viele Überlebende waren Arbeiter oder Schüler, die die Deutschen bis zuletzt zur Zwangsarbeit hatten brauchen können.¹³⁰⁸ Mehrere tausend weißrussische Juden aus der Minsker Region sollen auch dadurch gerettet worden sein, daß die Untergrundbewegung sie durch die Frontlinie schleuste.¹³⁰⁹

Außer bei Großunternehmen der Partisanenbekämpfung wurden auch viele Juden bei systematischen Judenjagden kleinerer Einheiten oder Kommandos ermordet. Oft wurden gleichzeitig auch andere Personengruppen verfolgt, aber die Juden jagte man am erbarmungslosesten und mit sehr viel Ehrgeiz.¹³¹⁰ Das betraf flächendeckend das gesamte Weißrußland, ob nun im GK Wolhynien-Podolien 1942 und noch 1943,¹³¹¹ Aktionen von GFP oder Einsatzgruppe B im rückwärtigen Heeresgebiet (auch noch 1943)¹³¹² oder von Wehrmachtsoldaten, Gendarmerie und SS-Sondereinheit Dirlewanger im GK Weißruthenien. Das Rüstungskommando Minsk bezeichnete die umherirrenden jüdischen Flüchtlinge Ende 1942 als »Landplage«.¹³¹³

1306 Siehe S. Kacerginsky, Das Sterben von Wilna, New York 1947, Zusammenfassung in BA D-H ZM 1641, A. 23, Bl. 9f.; Bericht des GebK Bauer in Borisow (undatiert, vermutlich März 1942), ZStA Minsk 391-1-61, Bl. 5-7.

1307 Vgl. Golczewski, S. 469; Ainsztein, S. 84-92; Reitlinger, Endlösung, S. 251; Bericht Dr. Olga Goldfein, in: Grossman/Ehrenburg, S. 344; Enzyklopädie des Holocaust, S. 322f. (Deretschin), 354f. (Djatlowo), 846f. (Lachwa) und 1018f. (Nowogrodek); Spector 1991, S. 144.

1308 Dazu kamen viele Kaufleute, die zwischen 1939 und 1941 als sogenannte feindliche Elemente ins Innere der Sowjetunion deportiert worden waren. Insgesamt wurden 5000 Überlebende von einst über 100 000 jüdischen Einwohnern aus der Region geschätzt. Siehe Lejzer Ran, Der gerettete Rest aus Wilna und Umgebung, in: Blätter über Wilna, September 1946 (Übersetzung), StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 1734-1741.

1309 Smolar, S. 154.

1310 Hierzu für den Distrikt Lublin Browning 1991, S. 173-77; siehe auch Krausnick 1981, S. 243ff.; Heer 1994, S. 11-14.

1311 Vgl. KTB Pol.Btl. 310 vom Oktober 1942, BA-MA SF-03/35351; Bericht Gendarmerie-Gebietsführer Brest v. 4. 2. 1943, BA F 13751, Bl. 1066; Bericht GK Wolhynien-Podolien v. 30. 4. 1943, BA-MA FPF-01/7862, Bl. 8.

1312 Siehe Fall 12, Sitzung v. 24. 2. 1948, Protokoll Bl. 933f. (BA F 53916); EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 1.-28. Februar 1943, BStU ZUV 9, Bd. 5, Bl. 219f.; Beschluß LG Bremen auf Außerverfolgungssatzung v. 2. 12. 1969, ZStL II 202 AR 2088/66, Leitzordner Bd. VIb, Bl. 2134-2136 (SK 7a).

1313 RüKdo Minsk an RüIn Ostland, 6. Sonderbericht über das Bandenunwesen in Weißruthenien v. 12. 11. 1942, hier nach Kopie in StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderbd. T; ähnlich in ebenso, 7. Sonderbericht v. 15. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1091. Vgl. Gendarmeriegebietsführer Baranowitschi an KdG Weißruthenien v. 26. 8. 1942, ZStL UdSSR Bd. 245c, Bl. 90; eidesstattl. Versicherung M. P. v. 1. 9. 1960, StA Mainz 3 Ks 1/67, lose (Raum Lida 1943); Tagesmeldungen aus der Einheit Dirlewanger v. 3. und 4. 8. 1943, BA-MA SF-02/31697, Bl. 1043f.

Auch unter den Partisanen hatten die Juden zum Teil mit Antisemitismus zu kämpfen.¹³¹⁴ Oft nahmen deren Einheiten keine angeblich oder tatsächlich hinderlichen Juden auf, diskriminierten sie, oder die Juden versuchten von vornherein, ihre Herkunft zu verschweigen.¹³¹⁵ Es kam nicht selten vor, daß Juden von Partisanen ermordet wurden, besonders von nationalistisch-ukrainischen oder nationalpolnischen Einheiten im Südwesten und Westen, aber auch, vereinzelt, von sowjetorientierten Gruppen.¹³¹⁶ Eine Lösung war die Bildung gesonderter jüdischer Einheiten, deren größte diejenigen unter Bielski und Sorin mit 1200 und 700 Personen waren. Die prosovjettische Partisanenführung betrachtete sie allerdings teilweise mit Mißtrauen.¹³¹⁷ Trotzdem herrschte in Weißrußland wohl mehr Solidarität mit Juden als in anderen Ländern Europas, für Ainsztein und Suhl ein leuchtendes Beispiel.¹³¹⁸ Diese Solidarität war keineswegs einseitig, ebenso halfen auch Juden Nichtjuden in Weißrußland.¹³¹⁹

7.5 Die Deportation ausländischer Juden nach Weißrußland

a) Deutsche, österreichische und tschechische Juden

Seit den dreißiger Jahren hatten die maßgeblichen Reichsbehörden angestrebt, die deutschen Juden aus dem Reich zu entfernen. Seit 1939 wurden verschiedene Abschiebeterminen (Madagaskar, östliches Generalgouvernement) erwogen und wieder verworfen. Einige Deportationsaktionen (nach Südfrankreich und in die Gegend von Nisko/San) hatten schon stattgefunden, bevor Anfang 1941 mit den Vorbereitungen auf den Krieg gegen die Sowjetunion die Möglichkeit aufzutauchen schien, alle europäischen Juden zwangsweise ins sowjetische Landesinnere, womöglich nach Sibirien oder Nordrußland, zu bringen. Jedoch ist bisher noch unklar, wann dieser Plan genau entstand. Spätestens Ende März 1941 legte Heydrich ihn Göring vor.¹³²⁰ Es handelt sich um eine sehr wichtige Phase der antijüdischen Politik, nicht

¹³¹⁴ Eine abgewogene Skizze des vielschichtigen Verhältnisses zwischen Nichtjuden und Juden in Weißrußland während der Besatzungszeit liefert Cholawsky 1988, S. 335–337.

¹³¹⁵ Dazu Smolar, besonders S. 68–70; Porter, S. 19–22; Vortrag A. D. Krasnoperko am 25. 10. 1994 in Berlin; Linkow, S. 462–466.

¹³¹⁶ Siehe z. B. Alexander Abugov, A Witness, in: Porter, S. 147–149; Trunk, S. 472 f. und 520; KTB Pol.Btl. 310 für Herbst 1942, BA-MA SF-03/35351.

¹³¹⁷ Hierzu vor allem Tec 1996.

¹³¹⁸ Bereits das Sowinformbüro hob dies gegenüber den anderen Sowjetrepubliken in seiner Meldung v. 19. 12. 1941 hervor. Mitschrift Sonderdienst Seehaus, BA 11.01, Nr. 14, Bl. 404 f. Vgl. Ainsztein, besonders S. 221–235; Suhl, S. 234, und trotz Betonung antisemitischer Tendenzen Smolar.

¹³¹⁹ Verschiedene Beispiele ebd.; Szymon Datner, Kampf und Ausrottung des Ghettos in Bialystok (Übersetzung), NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6208; Erinnerungen M. A. Treister v. 1. 10. 1991, MGVK Minsk 20–10⁴–15–23521.

¹³²⁰ Vgl. Aly 1995, S. 195 ff., besonders S. 270 f.; Burrin, S. 70–105; zur Vorgeschichte jetzt Wildt, Judenpolitik, S. 6–67. In einem Vortrag beim Deutschen Historischen Institut Warschau am 14. 5. 1997 führte Götz Aly aus, bereits bei Himmlers Vortrag vor den Reichs- und Gauleitern am 10. 12. 1940 hätte das neue Deportationsziel Sowjetunion mit großer Sicherheit festgestanden. Dies widerspricht der Tatsache, daß Heydrich Göring noch im Januar 1941 einen Vorschlag zur Deportation der deutschen (?) Juden ins Generalgouvernement vorgelegt hatte, der abgelehnt wurde (Aly 1995, S. 269). – Völlig auf eine Deportation aller europäischen Juden ausgerichtet – unausgesprochen in die Sowjetunion wegen des öffentlichen Charakters – waren die Beiträge auf der Gründungstagung des »Instituts zur Erforschung der

nur weil sie offensichtlich mit dem Beginn der deutschen Planung der Morde an Juden in der Sowjetunion selbst zusammenfiel (vgl. Kap. 72f).¹³²¹ Vielmehr ist zu bedenken, in was für ein Gebiet die Juden des deutschen Machtbereichs nach den Vorstellungen der deutschen Führung deportiert werden sollten – in ein Land, in dem »zig Millionen« Stadtbewohner durch Hunger und eine brutale Besatzungspolitik zu ermorden waren. Für das Schicksal der deportierten Juden mußte das heißen, daß sie nicht nur, worauf die Forschung schon hingewiesen hat, unter barbarischen Bedingungen nach Osten transportiert und dort untergebracht werden würden, sondern daß die Versorgung von – wie Eichmann annahm – fast sechs Millionen neuen jüdischen »Nicht-selbstversorgern« dort völlig ungeklärt blieb, wenn nicht, daß ihr fast restloser Hungertod vorgezeichnet gewesen wäre.¹³²² Es dürfte sich angesichts des phantastischen Charakters der deutschen Planungen jener Phase (s. Kap. 12) noch nicht um einen ausgeklügelten, konsistenten Völkermordplan gehandelt haben, aber das Projekt ließ die Bereitschaft erkennen, die europäischen Juden *sehr* stark zu dezimieren.

Der designierte Ostminister Rosenberg bestimmte Weißrußland zu einem neuen Abschiebeziel für »einen Teil« der Auszuweisenden, als »Auffangstation vieler unsocialer Elemente«, etwa aus dem Baltikum, und für Polen aus dem Warthegau. Dies machte er Reichskommissar Lohse und Generalkommissar Kube zur Richtlinie.¹³²³ Nach den überlieferten Quellen zu urteilen, erteilte das Ostministerium für kein anderes Gebiet eine derartige Anweisung.

Im Sommer 1941 war es aber noch nicht soweit. Nach dem Angriff auf die Sowjetunion mußten zunächst einmal größere Gebiete erobert werden, und etwa Anfang August lehnte Hitler einen Plan Heydrichs ab, die deutschen Juden kurzfristig nach Osten zu deportieren. Darauf ließ dieser einen neuen Vorschlag zur »Teilevakuierung der größeren Städte« (Eichmann) ausarbeiten.¹³²⁴ Wie in bezug auf die weißrussi-

Judenfrage« in Frankfurt/M. vom 26.–28. 3. 1941. Siehe besonders Alfred Rosenberg, Die Judenfrage als Weltproblem; Walter Groß, Die rassenpolitischen Voraussetzungen zur Lösung der Judenfrage (intern angekündigt unter dem Titel: »Die rassenpolitischen Voraussetzungen einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage«) und Peter-Heinz Seraphim, Bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Probleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage, in: Weltkampf 1941, H. 1/2, S. 43–51, 52–63 und 64–72. Weiter Einladung, Programm und ausführliche Presseberichte in BA R 153/143; Weinreich, S. 107 ff. und 251 f.; Reitlinger, Endlösung, S. 87; Drobisch/Goguel/Müller, S. 269 f.

1321 Am dezidiertesten hat Richard Breitman die These vertreten, die deutsche Führung hätte zwischen Dezember 1940 und März 1941 den Mord an den europäischen Juden beschlossen. Zu Einwänden hiergegen siehe Anm. 7/711.

1322 Das gilt auch, wenn man annimmt, daß die Juden über die gedachte Ostgrenze des künftigen deutschen Besatzungsgebiets in der Sowjetunion in ein politisch weitgehend führungsloses nord- oder ostrussisches Gebiet abgeschoben worden wären. Auch dieses sollte Hungergebiet sein. Zumindest zeigt sich hier, daß die Deportationsplanungen erneut auf sie ausschließende, übergeordnete Planungen anderer Führungsstellen trafen und daß es auch in einem derart erweiterten deutschen Machtbereich kein Territorium geben konnte, das nicht für die deutsche Kriegs- und Ernährungswirtschaft auszunutzen war. Anders ausgedrückt: selbst weit »im Osten« wäre für die Juden aus Sicht der deutschen Führung kein Platz gewesen.

1323 Siehe Rede Rosenbergs v. 20. 6. 1941 und Instruktion für einen Reichskommissar im Ostland v. 8. 5. 1941, in: IMT, Bd. 26, S. 574 f., 618 und 623; rückblickend Rede Kubes in Minsk am 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, S. 29 (Definition als »Strafkolonie«, die »alle unliebsamen Elemente aufzunehmen« hatte). Ferner die Interpretation von Kamenetzky, S. 111 und 136 sowie S. 96 f. dieser Arbeit.

1324 So Witte, S. 42, unter Bezugnahme auf eine Mitteilung Eichmanns während einer Sitzung im Reichspropagandaministerium am 15. 8. 1941.

schen Juden war auch hier der September 1941 ein Monat der Entscheidungen. Um die Monatsmitte gab es unabhängig voneinander Initiativen von mehreren Seiten bei Hitler, die Juden nach Osten abzutransportieren – so vom Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann und möglicherweise außerdem von Verantwortlichen in anderen Großstädten, die damit Wohnungsprobleme zu lösen hofften, und von der deutschen Botschaft in Paris.¹³²⁵ Entscheidend dürfte aber Rosenbergs Vorstoß gewesen sein, der die von ihm verwalteten Gebiete erneut ins Spiel brachte. Als Reaktion auf den Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 28. August zur Deportation der Wolgadeutschen nach Osten bat er Hitler, »Richtlinien für die Rundfunkpropaganda« mit dem Tenor zu genehmigen, daß bei »Durchführung des von den Bolschewisten angekündigten Vorgehens [...] die Juden Zentraleuropas ebenfalls in die östlichsten der von der deutschen Verwaltung geleiteten Gebiete abtransportiert werden.«¹³²⁶ Der Beauftragte des Ostministeriums beim OKW und beim Generalquartiermeister im OKH, Bräutigam, legte diese »Richtlinien« am 14. September zunächst hohen Militärs bis hin zu Jodl vor, die sich skeptisch äußerten, ehe er das Papier weisungsgemäß einem Adjutanten Hitlers – dem Chefadjutanten der Wehrmacht, Oberst Schmudt – übergab. Dieser äußerte überraschend, das sei »eine sehr wichtige und dringliche Angelegenheit [...], für die sich der Führer sehr interessiere«. Am 15. September wurde Bräutigam von Keitel mitgeteilt, es müsse erst die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes eingeholt werden, und im Außenministerium hieß es, Ribbentrop habe die Sache persönlich an sich gezogen.¹³²⁷ Eine Unterredung des Außenministers mit Hitler am Nachmittag des 17. September brachte offenbar die Genehmigung von Judendeportationen durch den »Führer«. Ribbentrop sprach am gleichen Abend noch mit Himmler, der am nächsten Tag dem Gauleiter und Reichsstatthalter im Warthegau, Arthur Greiser, ankündigte, 60000 deutsche und tschechische Juden würden demnächst ins Łódzer Ghetto gebracht.¹³²⁸

Rosenbergs Initiative dürfte deshalb ausschlaggebend gewesen sein, weil die sowjetischen Behörden die 400000 Wolgadeutschen tatsächlich schlagartig zwischen dem 13. und 15. September 1941 deportierten.¹³²⁹ Rosenberg hatte zunächst einmal

1325 Vgl. ebd., S. 42–51; Bajohr, S. 291f.; Aly 1995, S. 352f., Anm. 61.

1326 Richtlinien für die Rundfunkpropaganda zur Verbannung der Wolgadeutschen nach Sibirien (undatiert) und Abschrift »Fernspruch aus Berlin vom 13. 9. 41« von Leibbrandt an Bräutigam mit dem Auftrag, die Richtlinien »umgehend dem Führer durch seine Adjutantur zur Kenntnis zu bringen«, BA-MA FPF-01/7828, Bl. 375–377. In den »Richtlinien« hieß es: »Es ist festzustellen, dass die jüdischen Schandtaten bisher zwar in Einzelfällen ihre Sühne gefunden haben, dass aber das Judentum [...] heute noch immer weitgehende Rechte genießt.« Würden die Wolgadeutschen tatsächlich abtransportiert, werde »das Judentum« im deutschen Machtbereich »dieses Verbrechen vielfach bezahlen.« Vgl. hierzu die Fehlinterpretation von Fleischhauer (S. 157f.) auf Grund der Annahme, daß zu dieser Zeit »bereits große Teile des mitteleuropäischen Judentums an den Vernichtungsstätten in den besetzten Ostgebieten konzentriert waren«.

1327 Tagebuch Bräutigam v. 14. und 15. 9. 1941, Heilmann, S. 144f. Siehe auch Safrian, S. 110f.; Witte, S. 46f. Bräutigam legte nach seiner Tagebuchnotiz den Entwurf zuerst Oberst v. Tippelskirch, Leiter der Quartiermeisterabteilung im Wehrmachtsführungsstab, dann dessen Vorgesetztem General Warlimont und schließlich dem Chef des Wehrmachtsführungsstabs, Generaloberst Jodl, vor. Dem Auftrag nach war es einem Adjutanten Hitlers zu überreichen.

1328 Himmler an Greiser v. 18. 9. 1941, BA F 3596, Bl. 695. Vgl. Witte, S. 52; Adler 1974, S. 176f.

1329 Siehe Pinkus/Fleischhauer, S. 307–310; Pinkus, S. 469–471. Die vorangegangenen Deportationen von Volksdeutschen durch die sowjetischen Behörden waren ohne öffentlichen Beschluß erfolgt.

nur eine Drohung vorgeschlagen – und aus seiner »Rundfunkpropaganda« wurde nichts¹³³⁰ –, doch nun war der Fall, auf den sie Bezug nahm, genau zum Zeitpunkt seines Vorschlags an Hitler eingetreten. Dies vermag zu erklären, warum Hitlers enger Vertrauter Schmundt gegenüber Bräutigam erklärte, dies sei eine »sehr wichtige und *dringliche* Angelegenheit«. Denn der Erlaß des Obersten Sowjets war schon zwei Wochen alt. Es ist denkbar, daß Hitler inzwischen über Geheimdienstinformationen zur jüngsten Entwicklung in der Wolgarepublik verfügte.¹³³¹

Damit hatte Heydrich, der die Verschleppungsaktion durchführen sollte und länger vorbereitet hatte, einen Erfolg erzielt. Bereits am 4. September hatte Himmler offensichtlich beim HSSPF Wartheland, Koppe, die Möglichkeit von Deportationen nach Łódź sondiert.¹³³² Schon am 16. August hatte das Reichsverkehrsministerium die Staatswerft in Pinsk an einen SS-Standartenführer zum Bau von Binnenschiffen mit kurzer Lebensdauer übergeben – möglicherweise, um damit Juden nach Osten zu deportieren (vgl. Kap. 7.2f). Andererseits drängten sich die Ereignisse zwischen dem 14. und 18. September auffällig dicht zusammen. Es war eine Durchbruchsituation, in der mehrere Faktoren zusammenkamen und zu Hitlers »Genehmigung«¹³³³ führten, in der die Vergeltung auch wegen der Atlantik-Charta Roosevelts aber eine entscheidende Rolle spielte.

Der Fall Łódź bedeutete keine Ausnahmegenehmigung, sondern wurde als Grundsatzentscheidung zur schrittweisen Deportation aller deutschen Juden verstanden. Łódź war als Deportationsort jedoch nur eine Notlösung.¹³³⁴ Die Entscheidung für die nächsten Deportationsorte ist auf Anfang Oktober zu datieren.¹³³⁵ Am 10. Oktober stellte Heydrich in Prag den Plan vor, jeweils 25 000 Juden aus Mitteleuropa nach Minsk und Riga zu deportieren.¹³³⁶ Am 17. Oktober erklärte er: »Die Zustimmung von Minsk und Riga für je 50 000 Juden ist bereits eingetroffen.«¹³³⁷ Möglicherweise stellte Heydrich das falsch dar oder meinte das Einverständnis der dortigen SS- und

1330 Dies bringt z. B. Burrin, S. 143, zu falschen Schlüssen. Nur die propagandistische Begleitmusik zu den Deportationen blieb aus, Rosenbergs Vorschlag verlief damit aber nicht »im Sande«. Für Burrin war er deshalb »auf jeden Fall nur ein zweitrangiger Faktor«. Entgegengesetzt ist die Wertung bei Adler 1974, S. 176 f. Diesem ist auch deshalb zuzustimmen, weil die Wünsche regionaler Dienststellen, ihnen die Juden abzunehmen, für Hitler nichts Neues waren. Wenn im übrigen die ersten Deportationen nach Łódź und nicht in die besetzten sowjetischen Gebiete gingen, so auch deshalb, weil aus Sicht der deutschen Führung die Transportlage Verschleppungen weiter nach Osten nicht zuließ. Dazu mit Quellenbelegen Browning 1994, S. 477.

1331 In der deutschen Öffentlichkeit wurde der Abtransport der Wolgadeutschen erstmals am 25. 9. 1941 in der »Metzer Zeitung am Abend« über Schweizer Informationskanäle bekannt. Fleischhauer, S. 158.

1332 Vgl. die Kommentierung in Witte u. a. (Hg.), Dienstkalender, S. 203 und 205 f.

1333 Siehe Heydrichs Vortrag laut der undatierten Niederschrift zur sogenannten Wannsee-Konferenz am 20. 1. 1942, in: ADAP, Serie E, Bd. I, S. 269.

1334 Vermerk Oberregierungsrat Dr. Müller-Stosch über eine Besprechung am 30. 10. 1941, BA R 58/3518, Bl. 48R.

1335 Longerich 1998, S. 434 und 701, Anm. 63.

1336 Notizen aus der Besprechung am 10. 10. 1941 über die Lösung von Judenfragen, BA F 5438, Eichmann-Dok. 1193. Siehe auch Hilberg, Vernichtung, S. 937, und Aly/Heim 1991, S. 458 f.

1337 Notizen aus der Besprechung über künftige Planungen im Protektorat Böhmen und Mähren am 17. Oktober 1941, in: Král, S. 135. Bei der Angabe »je 50 000 Juden« handelte es sich offenbar um einen Irrtum, gemeint waren insgesamt 50 000.

Polizeidienststellen, denn der Generalkommissar in Riga, Dr. Drechsler, wurde am 11. Oktober von Stahlecker und am 21. Oktober vom KdS Lettland, Lange, ins Bild gesetzt – nicht gefragt –, Reichskommissar Lohse offiziell erst am 24. Oktober.¹³³⁸ Wie es scheint, waren Reichskommissariat und Ostministerium mit den Riga-Plänen weit weniger einverstanden als mit den bevorstehenden, schon viel früher ins Auge gefaßten Deportationen nach Minsk.¹³³⁹ Rosenbergs Linie entsprach es ursprünglich, mittelfristig – nach Kriegsende – großangelegten Deportationen in die besetzten sowjetischen Gebiete einzuplanen, kurzfristig sah er dazu jedoch keine Möglichkeit. Im Oktober 1941 zeigte er auf Grund der ungünstigen militärischen Entwicklung wachsende Skepsis auch gegenüber den längerfristigen Plänen, und Mitte Dezember 1941 erteilte das Ministerium ihnen eine Absage.¹³⁴⁰ Rosenbergs Zustimmung zur Deportation von 50000 Juden im Oktober 1941 in sein Zuständigkeitsgebiet, offenbar in diesem Fall bedingt durch Hitlers persönliche Auswahl der Zielorte, blieb die einzige.¹³⁴¹ Dem Hauptabteilungsleiter Politik im Ostministerium, Leibbrandt, soll Heydrich persönlich vor dem 25. Oktober die Verschleppungen angekündigt haben.¹³⁴² Der GK Weißruthenien, Kube, teilte im September oder Oktober angeblich seinen Mitarbeitern mit, »daß ›alle Juden‹ nach Weißruthenien verbracht werden sollten«.¹³⁴³

Es war vorgesehen, daß zwischen dem 10. November und 16. Dezember 1941 alle zwei Tage ein Deportationszug in Minsk ankommen sollte, also insgesamt 18, und weitere sieben zwischen dem 10. und 20. Januar 1942. Eine entsprechende Fahrplan-konferenz der Reichsbahn für die 25 Züge hatte in Warschau stattgefunden.¹³⁴⁴ Jedoch kamen 1941 tatsächlich nur sieben Transporte mit 6959 jüdischen Menschen an,¹³⁴⁵

¹³³⁸ Hilberg, Vernichtung, S. 368f., ferner Safrian, S. 144.

¹³³⁹ Siehe Hilberg, wie Anm. zuvor, und Niederschrift über die Chefbesprechung am 30. Oktober 1941 im RMO über die Landesplanung im Ostraum, in: Müller 1991, S. 162. Rosenberg sagte bei dieser Spitzenkonferenz über das RKO einschließlich des Gebiets zwischen Peipus- und Ilmensee: »Soll dieser Raum als ein Ansiedlungsraum für unbequeme Elemente angesehen werden, oder soll dieses ganze Gebiet einer deutschen, germanischen Stellung erschlossen werden?« Er zeigte deutlich seine Vorliebe für das zweite Szenario. Weißrußland meinte er damit aber wohl kaum, da er es selbst als Abschiebeterminitorium vorgeschlagen hatte und es nie ernsthaft als deutsches Siedlungsgebiet in Erwägung gezogen wurde (vgl. Kap. 2.4a). Vgl. dagegen die Spekulationen von Bästlein, S. 73, daß Lohse nichts gegen die Deportationen unternommen habe, um als Oberpräsident von Schleswig-Holstein die Juden in seinem Gau loszuwerden. Erst nach einem Protest v. 8. II. 1941 (Trampedach an Leibbrandt) und Antwortschreiben Leibbrandts v. 13. II. stellte Lohse die Einwände ein, wie seine handschriftliche Notiz auf dem Antwort-Fschr. zeigt. BA R 90/146; Hilberg, Vernichtung, S. 369f.

¹³⁴⁰ Hierzu Gerlach, Ausweitung, S. 77–81.

¹³⁴¹ Zur Auswahl der Deportationsziele vgl. Adam, S. 314, Anm. 51.

¹³⁴² Siehe Vern. Georg Leibbrandt v. 17. 10. 1961, StA Hannover 2 Js 499/61, Bd. 2, Bl. 74. Das RMO (Sachbearbeiter AGR. Dr. Wetzel, Betr.: Lösung der Judenfrage, Entwurf) teilte am 25. 10. Lohse mit, laut Mitteilung Eichmanns »sollen in Riga und in Minsk Lager für Juden geschaffen werden, in die evtl. auch Juden aus dem Altreichgebiet kommen.« Nbg. Dok. NO-365.

¹³⁴³ Vern. H. v. R. v. 28. 3. 1968 (Niederschrift v. 18. 4. 1968), ZStL 202 AR-Z 185/67, Bd. 1, Bl. 69. Die Kennzeichnung des Ausdrucks »alle Juden« sollte ihn offenbar als Kube-Zitat markieren.

¹³⁴⁴ Siehe Vern. W. V. (damals zuständiger Abteilungsleiter bei der Haupteisenbahndirektion Minsk und Teilnehmer in Warschau) v. 29. 5. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 11000f. Ferner zum Befehl Dalueges über den Ordnungspolizeinsatz am 24. 10. 1941 Reitlinger, Endlösung, S. 101; BdS – EG r A – an RKO v. 8. II. 1941, Betr.: Judentransporte aus dem Reich in das Ostland, BA R 90/146.

¹³⁴⁵ Über die Vorbereitung eines der Transporte die eindrucksvolle lokalgeschichtliche Studie von Rodenburg.

davon sechs bis zum 18. November halbwegs fahrplanmäßig und ein weiterer aus Wien mit zeitlichem Abstand:

Tabelle 16: Judendeportationen aus Deutschland, Österreich und dem »Protektorat« nach Minsk 1941^{1346 1347 1348 1349 1350}

Abgangsort	Abfahrtszeit	Ankunft ¹³⁴⁷	Zahl der Insassen
Hamburg	8. II.	11. II.	990
Düsseldorf	10. II.	15. II.	993
Frankfurt/M.	11. II.	?	1042
Berlin	14. II.	18. II.	956 ¹³⁴⁸
Brünn	16. II.	21. II.	999 ¹³⁴⁹
Hamburg/Bremen	18./19. II.	?	978 (408 + 570) ¹³⁵⁰
Wien	28. II.	?	1001

Die weiteren Transporte, darunter einer aus Prag, der am 30. II. in Theresienstadt ankam, und einer, der am 8. 12. 1941 aus Köln abgehen sollte,¹³⁵¹ fielen ebenso aus wie alle, die für den Januar 1942 angekündigt waren. Dafür wurden mehr Juden als geplant nach Riga (und Kaunas) gebracht, nämlich über 30000.¹³⁵² Entscheidend für den Deportationsstopp nach Minsk waren nicht die Proteste Kubes, des Stadtkommissars Janetzke und auch nicht des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, General Braemer, wegen Sicherheitsbedenken, Wohnungs- und Ernährungsschwierigkeiten,¹³⁵³

¹³⁴⁶ Siehe Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 v. 21. 5. 1963, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 190, auf Grund von Vermerk StA Koblenz v. 3./4. 1. 1963, Bl. 12337–12351, über Akteneinsicht in die Transportlisten in Arolsen. Ungefähr 7000 eingetroffene deutsche Juden erwähnen auch die Berichte des KdS Minsk und der EGr A vom Januar 1942, IfZ Fb 101/34 und Fb 104/2. – Im Transport aus Frankfurt oder aus Düsseldorf befanden sich auch Juden aus dem Raum Koblenz und Limburg, siehe anonymes Schreiben von 1962 an ZStL, ZSt Dortmund 45 Js 13/62, Bl. 2. Siehe zu den Zügen aus Hamburg, Düsseldorf (und Wuppertal) und Berlin: Rosenberg, S. 17f.; Vern. F. S. v. 22. 12. 1962, StA Hamburg 141 Js 204/60, Bl. 4345; Loewenstein, S. 16. – Die jüdische Kultusgemeinde in Brünn hatte für den Transport mißliebige Personen und Unterstützungsempfänger ausgesucht, Brief P. B. v. 28. 1. 1948, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 932 und weitere Aussagen im gleichen Band. – Zahlreiche weitere Überlebendenaussagen v. a. aus Bremen und Hamburg in den Verfahren gegen Rube GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, StA Karlsruhe 3a Js 2/49 und ZStL 202 AR 981/67. – Die Angaben von Chiari 1998, S. 239, über mindestens 18000 deutsche Deportierte, die ins Ghetto gelangt seien, beruhen auf einem Mißverständnis.

¹³⁴⁷ Beruht auf Zeugenaussagen.

¹³⁴⁸ Für diesen Hinweis danke ich Wolfgang Scheffler. Im Koblenzer Verfahren wurden 1030 Personen angegeben.

¹³⁴⁹ Es gab elf Überlebende. Lederer, S. 207f.

¹³⁵⁰ Nach Erkenntnissen der Bremer Lokalgeschichtsforschung befanden sich 440 Juden aus Bremen und 130 aus dem Regierungsbezirk Stade in dem Transport. Es gab sechs Überlebende. Das LG Koblenz ging von 500 Deportierten aus, ein Quellenbeleg war vom Verf. nicht zu entdecken. Vgl. Rodenburg, S. 7.

¹³⁵¹ Vgl. Lederer, S. 13 und 15; Schreiben der Synagogengemeinde Köln e.V. v. 13. 11. 1941 nach Adler 1974, S. 398f.

¹³⁵² Vgl. Wilhelm 1981, S. 585f.

¹³⁵³ Vgl. Stadtkommissar Minsk (Janetzke) an RMO direkt v. 5. 1. 1942, R 90/146; GK Weißruthenien (Kube) an RKO, Abt. II, v. 6. 2. 1942, IfZ Fb 104/2; Braemer an Lohse v. 20. 11. 1941, in: N. Müller 1991, S. 225f., und die Zusammenfassung von Hilberg, Vernichtung, S. 370f., Reitlinger, Endlösung, S. 102, Safrian,

sondern die katastrophale Eisenbahntransportlage der Heeresgruppe Mitte während der vergeblichen Kraftanstrengungen bei der verlorengehenden Schlacht um Moskau, während die Nachschublage bei der Heeresgruppe Nord relativ günstig war, so daß Transporte nach Riga rollen konnten.¹³⁵⁴ Die Heeresgruppe hatte schon im März 1941 einen Stopp der Deportationen im Rahmen des sogenannten »3. Nahplans« ins Generalgouvernement erreicht, weil dies den Aufmarsch für den bevorstehenden Krieg gegen die Sowjetunion gestört hatte.¹³⁵⁵ Hier spielten nicht regionale, sondern (vermeintliche) Reichsinteressen die entscheidende Rolle.

Aus dem gleichen Grund wurde anscheinend nichts aus den ins Auge gefaßten Judentransporten ins rückwärtige Heeresgebiet Mitte, jedenfalls nicht in größerem Umfang. Als Ziel waren Mogilew und Smolensk im Gespräch gewesen.¹³⁵⁶ Etwa Mitte November gab es diesbetreffend Widerstand der Heeresgruppe Mitte.¹³⁵⁷ Vermutlich war das Thema bereits auf dem Treffen der HSSPF in den besetzten sowjetischen Gebieten, Bach-Zelewski, Jeckeln und Prützmann, am 29. Oktober besprochen worden, vielleicht auch zwischen Himmler und v. Bock am 24. Oktober.¹³⁵⁸ Es gibt aber einige Anzeichen, allerdings bisher keine Beweise dafür, daß es doch den ei-

S. 150–152, und Wilhelm 1974, S. 317–320. Braemers Beschwerde v. 20. 11. 1941 beruhte auch auf einer Initiative der 707. Inf.Div., vgl. Urteil LG Kassel 3a Ks 1/61 gegen Lechthaler v. 9. 1. 1963, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 18, S. 796. Die Beschwerde Janetzkes richtete sich vermutlich gegen eine befürchtete Wiederaufnahme der Transporte im Januar 1942. Bemerkenswert ist ferner, daß Kube nach Erkenntnissen der StA Hamburg zwischen dem 10. und 20. 11. 1941 in Berlin war. Urteil LG Hamburg v. 25. 6. 1974 gegen Erren u.a., StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 11895.

1354 Siehe Vern. W. V. (damals HBD Minsk) v. 23. 5. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 11000f., und RMO (Dr. Wetzel) an RKO v. 16. 1. 1942, IfZ Fb 104/2. Am 11. 11. war der erste Judentransport in Minsk eingetroffen, am 12. 11. wurde dies dem Okdo. H.Gr. Mitte bekannt und v. Bock beauftragte seinen Generalstabschef v. Greiffenberg, dies dem Chef GenStdH Halder zu melden (v. Greiffenberg traf Halder am 13. 11. in Orscha), am 14. 11. bat v. Greiffenberg den WBfh. Ostland, Braemer, die Züge möglichst schon vor Grenze des RKO zu stoppen. Braemer gab den Protest an den Chef des Transportwesens im OKH weiter. Siehe KTB H.Gr. Mitte v. 12. und 14. 11. 1941, BA-MA RH 19 II/387, Bl. 55 und 63; Reinhardt, S. 189. Die Darstellung von Heinemann 1998, S. 51, »jeder Hinweis [der Heeresgruppe], der knappe Transportraum werde viel dringender für Nachschubzwecke benötigt, verhallte ungehört«, trifft das Gegenteil des Eingetretenen. – Zur Eisenbahntransportlage eingehend Schüller, S. 410–434, besonders S. 432 (Oktober bis Anfang November) und S. 464–494 (Mitte November bis Anfang Dezember), besonders S. 478–481 und 492, sowie S. 518ff. (Winter 1941/42). Wichtig sind folgende Daten: Konferenz der Heeresgruppen- und Armeestabschefs mit dem Chef des GenStdH, Halder, in Orscha am 13. 11.; zweites Antreten der H.Gr. Mitte Richtung Moskau am 15. 11.; eisenbahntechnischer »Vorrang vor anderen Transporten« durch das Generalgouvernement für Nachschubzüge der H.Gr. Mitte ab 17. 11.; dringende Bitte des OB des Heeres, v. Brauchitsch, an Reichsverkehrsminister Dormmüller, die Leistungen für die H.Gr. Mitte zu erhöhen, ebenfalls am 17. 11., Übermittlung des Protests der H.Gr. Mitte gegen die Transportbelastungen durch die Deportationszüge spätestens am 20. 11. 1941 durch Braemer. Am 19. 11. fuhr der letzte (sonder)fahplanmäßige Deportationszug nach Minsk ab.

1355 Ogorreck 1992, S. 258. Zum 3. Nahplan Aly 1995, S. 229–236.

1356 Zu Mogilew und möglichen Verschiffungsplänen S. 650ff. in dieser Darstellung; Notizen aus der Besprechung über Judenfragen am 10. 10. 1941, Eichmann-Dok. 1193, BA F 5438.

1357 Heer 1994, S. 25, bzw. 1997, S. 91 und 100, Anm. 90, verweist auf ein Schreiben »Ib« v. 12. 11. 1941, das er dem Berück Mitte zuordnet. Dieser hatte jedoch statt einer Ib- eine Quartiermeisterabteilung. Das Schreiben muß vom Ib der H.Gr. Mitte stammen. Vgl. auch Heinemann 1998, S. 51.

1358 Zum Faktum der Treffen Tagebuch Bach-Zelewski v. 30. 10. 1941, BA R 20/45b, Bl. 16; Tagebuch v. Bock v. 24. 10. 1941, BA F 57128, Bl. 501.

nen oder anderen Transport ins Militärverwaltungsgebiet gab. So erwähnte der gewöhnlich gut informierte Hellmuth v. Moltke, Angehöriger des Kriegsrechts-Referats im OKW, am 21. Oktober gegenüber seiner Frau, die Abschiebungen »nach Litzmannstadt und Smolensk« hätten begonnen.¹³⁵⁹ Drei Tage später berichtete der Abwehr-Dolmetscher bei der Heeresgruppe Mitte, Soennecken, aus Borissow über das dortige Massaker am 20. und 21. Oktober und fügte hinzu, es gehe »in Borissow das Gerücht um, daß die nunmehr frei gewordenen Häuser der Juden für Juden aus Deutschland hergerichtet werden sollen, die dann ebenso liquidiert werden sollen, wie die Borissower Juden!«¹³⁶⁰

Dies ist um so beachtlicher, als der Chef des örtlichen Ordnungsdienstes, Egow, in einer Vernehmung angab, tatsächlich seien ins Ghetto Borissow »auch Juden aus anderen Ländern« gebracht worden. Das Ghetto bestand aber »nur bis Dezember 1941.¹³⁶¹ Ein ehemaliger Mittäter gab an, auch im Arbeits- und Vernichtungslager Mogilew seien mehrfach deutsche Juden eingetroffen, darunter ein Transport von etwa 300 Personen im Oktober 1941, die am Tag darauf erschossen wurden, was er detailliert schilderte.¹³⁶² Definitive Beweise gibt es aber nicht.

Während die Entscheidung über die Durchführung der Deportationen eine Reichssache war, trafen die deutschen Regionalbehörden jene über das weitere Schicksal der eingetroffenen Juden. Im Gegensatz zu allen nach Kaunas und den ersten tausend der nach Riga gebrachten Menschen¹³⁶³ wurden die Juden aus dem Reich in Minsk zunächst nicht ermordet, sondern durchweg am Leben gelassen. Das war offenbar auch auf die Haltung des Generalkommissars Kube zurückzuführen, der am 16. Dezember an Lohse schrieb, »Menschen, die aus unserem Kulturkreis kommen«, seien »doch etwas anderes als die bodenständigen vertierten Horden«. Gleichzeitig bat er Lohse jedoch in einem persönlichen Brief um die »dienstliche Anweisung« zur Ermordung der Juden (»in der menschlichsten Form das Notwendige [zu] veranlassen«), ohne die er ihre Tötung nicht anordnen werde.¹³⁶⁴ In den Folgemonaten nahm sich Kube nur bestimmter einzelner deutscher Juden an, meist mit dem Argument, es überwiege von Abstammung oder Aussehen her der sogenannte arische Blutsanteil, oder

¹³⁵⁹ Hellmuth an Freya v. Moltke v. 21. 10. 1941, in: Longerich (Hg.) 1989, S. 435.

¹³⁶⁰ Bericht Soenneckens v. 24. 10. 1941, zitiert nach Wilhelm 1981, S. 578. Auf diese Stelle wies schon Reitlinger, Endlösung, S. 102, hin.

¹³⁶¹ Vern. D. D. Egow v. 28. 2. 1947 (auszugsweise Übersetzung), StA Koblenz 9 Ks 2/62, »Braunes Buch«, Bl. 281. Siehe ferner S. 598f. in dieser Darstellung. Es sei darauf hingewiesen, daß die Führung bei der Vernichtungsaktion in Borissow Kräfte von Sipo und SD aus Minsk hatten, die dort zweieinhalb Wochen später tatsächlich tausende Juden ermordeten, eben um für deutsche Juden Platz zu machen.

¹³⁶² Brief R. S. (Angehöriger der das Lager bewachenden Verkehrskompanie »Berlin«) v. 25. 3. 1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 435, und Vern. desselben v. 5. 8. 1958 (d. i. 1959), Bl. 641R-642. Jüdische Überlebende des Mogilewer Lagers aus Slonim berichteten, es habe dort 1942 mindestens einen deutschen Juden gegeben (Alpert, S. 134). Dieser kann jedoch über das Warschauer Ghetto dorthin gelangt sein.

¹³⁶³ Vgl. Bericht KdS Litauen v. 1. 12. 1941, in: Klee/Dreßen/Rieß, S. 57; Safrian, S. 17, 153, 180f.; Wilhelm 1981, S. 586.

¹³⁶⁴ Kube an Lohse v. 16. 12. 1941, als Faksimile abgedruckt in: Weinreich, S. 153f. Ähnliche Deutung in Cholawsky 1986, S. 242f.; Interpretation im Sinn einer Widerstandshandlung: Hilberg, Vernichtung, S. 371f.

die Betreffenden hätten Kriegsauszeichnungen.¹³⁶⁵ Es stimmt keineswegs, daß Kubes Interventionen »an den Grundfesten der NS-Ideologie rüttelten« (Hilberg), er konnte sich vielmehr auf die Nürnberger Gesetze und die Beschlüsse der Wannseekonferenz berufen. Dort waren für solche Streitfälle extra bestimmte Ausnahmeregelungen getroffen worden. Zumindest im Fall des Berliner Rechtsanwalts und Kriegsveteranen Dr. Karl Loewenstein konnte sich Kube bei Hitler gegen Heydrich durchsetzen; Loewenstein wurde auf Himmlers Anordnung im Mai 1942 nach Theresienstadt gebracht – auf der Rückfahrt des leeren ersten Transportzugs, der Wiener Juden direkt in den Tod bei Minsk gebracht hatte.¹³⁶⁶ Verschiedene Indizien deuten darauf hin, daß den Behörden in Minsk die Beschlüsse der Wannseekonferenz vom 20. Januar rasch bekannt wurden; schon am 6. Februar deutete Kube an, die Passagiere neuer Transporte deutscher Juden ermorden lassen zu wollen. Der ehemalige Minsker Gestapochof Heuser sagte nach dem Krieg aus, nach der Wannseekonferenz habe es geheißen, »daß alle Juden zu vernichten sind«, während zuvor auch von Ansiedlung gesprochen worden sei.¹³⁶⁷ Tatsächlich begannen die Tötungen einzelner deutscher Juden in Minsk im Februar 1942, im März wurde der erste Judenrat eingerichtet.¹³⁶⁸ Von dem Massaker am 2. und 3. März wurden die Reichsjuden auf Wunsch Kubes zwar noch ausgenommen – was dem KdS möglich erschien, weil er vorhatte, eine begrenzte Anzahl, nämlich 5000 Juden, zu ermorden –, aber bereits am 31. März waren möglicherweise auch deutsche Juden unter den Opfern.¹³⁶⁹ Bei der Aktion Ende Juli 1942 wurden mehr als die Hälfte von ihnen, 3500, mit Zustimmung und unter Mittäterschaft Kubes im Gas erstickt oder erschossen. Die übrigen 2600 Juden aus dem Reich wurden bei kleineren Aktionen seit Anfang des Jahres 1943 und bei der Ghettoauflösung im September 1943 ermordet oder in die Lager in Polen deportiert, die nur wenige überlebten.¹³⁷⁰

1365 Eine ähnliche Argumentationslinie verfolgte nach dem Krieg noch der erste Leiter des SK 7a, Blume. Vgl. dessen Vern. v. 31. 10. 1947, Fall 9, Protokoll Bl. 1807, BA F 56828. Zu Kube: Kube an Lohse, wie Anm. zuvor, und Bericht KdS Minsk (Strauch) an Bach-Zelewski v. 25. 7. 1943, in: Heiber 1956, S. 80–92; darin besonders Vermerk KdS Minsk v. 29. 11. 1941 und Heydrich an Kube v. 21. 3. 1942. Auch Polizeiangehörige, die an Morden beteiligt waren, zeigten eine ähnliche Einstellung: Gartenschlaeger, S. 136f.

1366 Zum letzteren mit Quellenbeleg Safrian, S. 183. Ferner Heydrich an Kube v. 21. 3. 1942, wie Anm. zuvor, und besonders Kubes Dankschreiben an Lammers v. 12. 4. 1942, BA 7.01, Nr. 4060, Bl. 41; Reitlinger 1950, S. 33; Wilhelm 1974, S. 317–320; Loewenstein, S. 55ff. Zitat Hilberg, Vernichtung, S. 371. Loewenstein wurde auch in Theresienstadt bevorzugt behandelt: Lederer, S. 259f. Sein Fall führte dazu, daß Eichmann in einem Schreiben vom 17. 4. 1942 Träger des Verwundetenabzeichens generell von den Deportationen in den Tod ausnehmen mußte (Fleming, S. 129).

1367 Zeugenvern. Georg Heuser v. 18. 3. 1969, StA Mainz 3 Ks 1/67, Protokolle B Bd. 1 (Hauptverhandlung), Bl. 177. Vgl. ders. v. 1. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4291; Kube an Lohse v. 6. 2. 1942, IfZ Fb 104/2; auch Kubes von A. Meyer an Heydrich weitergeleitete Liste strittiger Fälle deutet auf eine solche Kenntnis hin (Heydrich an Kube v. 21. 3. 1942, wie vorletzte Anm.).

1368 Siehe Bericht KdS Minsk (Strauch) an Bach-Zelewski v. 25. 7. 1943, in: Heiber 1956, hier S. 87f.; Rosenberg, S. 37; Loewenstein, S. 26. Auch in Riga begannen im Februar neue derartige Tötungsaktionen, siehe Safrian, S. 180f.

1369 Zum letzten Punkt Krasnoperko, S. 56f.

1370 Vgl. S. 704f. und 740ff. in dieser Darstellung. Bei der Massenvernichtung Ende Juli 1942 gingen die Täter in hohem Maße nach Herkunftsorten, also Wohnquartieren im Ghetto, vor. So überlebten diesen Zeitpunkt vor allem die Hamburger und Düsseldorf, während die Brüner, von denen danach nur 170 noch am Leben waren, die Frankfurter, Wiener, Bremer und Berliner zum Großteil ermordet wurden.

Das Leben der deutschen Juden in Minsk, ihr Wohnen, Arbeiten und ihre Ernährung sind bereits ansatzweise geschildert worden. Ihre Lage war aus zwei Gründen besonders schwierig: erstens durch Überalterung und die geringe Zahl der als arbeitsfähig eingestuft, und zweitens durch die sprachliche und psychische Isolation von der Umgebung, die eine erfolgreiche Flucht – im Gegensatz zu den aus Minsk stammenden Juden – beinahe unmöglich machte.¹³⁷¹

Die Wiederaufnahme der Deportationen nach Minsk wurden offenbar durch Besuche Eichmanns und Himmlers im März und Heydrichs im April 1942 vorbereitet.¹³⁷² Die deutschen, österreichischen und tschechischen Juden, die 1942 nach Minsk deportiert wurden, erstickten oder erschossen Kräfte des KdS Minsk fast alle sofort nach ihrer Ankunft bis auf meist 20 bis 50 am Ausladeplatz ausgesonderte Facharbeiter, die nach Trostinez¹³⁷³ kamen. Die ersten Züge fuhren bis zum Minsker Güterbahnhof, die ab 10. August über die Station Kolodischtschi 15 Kilometer östlich Minsk direkt nach Trostinez.¹³⁷⁴ Bereits während der Zugfahrt starben Menschen an Hunger und Durst.¹³⁷⁵ Die Menschen wurden bis zum letzten Augenblick getäuscht. Wir besitzen als erschütterndes Zeugnis darüber die Postkarte des Kölners Oscar Hoffmann, in der er am Morgen des 24. Juli 1942 nach Ankunft in Minsk unmittelbar vor seiner Ermordung in Trostinez um Zusendung eines Zeugnisses aus der Heimat bat:

Vgl. Brief des Überlebenden A. S. v. 27.7.1957 an Dr. Karl Loewenstein, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 910f.

- 1371 Dem Verf. ist kein Fall eines Überlebenden aus dem Reich bekannt geworden, der – außer Ende Juni 1944 aus Trostinez – durch Flucht überlebte. Die wenigen Zeugen überlebten zufällig in den Konzentrations- und Arbeitslagern im Reich und in Polen. Vgl. Cholawsky 1986, besonders S. 230–236; Barkai, S. 262–265; zum Arbeitskräfteanteil Loewenstein, S. 32f.; Bericht KdS Minsk vom Januar 1942, IfZ Fb 104/2, und Vern. N. M. (Arbeitsamt Minsk) v. 28.8.1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 8965. – Hinzu kamen tragische Mißverständnisse mancher deutscher Juden über die ihnen zugedachte Rolle. Führende Funktionäre wie der erste Judenratsvorsitzende Edgar Frank und Loewenstein waren ehemalige Baltikumkämpfer und hatten vermutlich Vorurteile gegen den jüdisch-weißrussischen Widerstand zu überwinden. Frank hatte sogar eine persönliche Urkunde aus seiner Freikorpszeit in seinem Büro an die Wand gehängt (Vern. H. H., ehemals Arbeitsamt Minsk, v. 31.8.1961, ebd., Bl. 8992). So kam es zu SD-Meldungen, die deutschen Juden in Minsk fühlten sich irrtümlich als »Ostpioniere«. Vgl. Loewenstein, S. 6; Bericht KdS Minsk vom Januar 1942, IfZ Fb 104/2; EM 151 v. 3.1.1942, BA-MA SF-01/28935. Hier hieß es bereits, »dass die Juden sich z. T. ein völlig falsches Bild über ihre Zukunft machten«. Sie glaubten, im Gegensatz zu den weißrussischen Juden würde ihnen nichts geschehen (Rodenburg, S. 24; Smolar, S. 102f.).
- 1372 Siehe S. 694 in dieser Darstellung. Laut Vern. Georg Heuser v. 14.2.1966, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 6863, sagte Heydrich, die Passagiere der Züge seien zu ermorden. Der frühere BdS Ostland Jost sagte aus, daß ihm kurz nach seinem Dienstantritt (24.3.1942) Heydrich neue Judendeportationen angekündigt habe. Vern. Heinz Jost v. 20.2.1961, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 14, Bl. 241R und 242.
- 1373 Offenbar von dort aus kamen einige von ihnen auch in andere Orte, z.B. nach Wilejka, in Zwangsarbeitslager. Vern. J. K. v. 17.11.1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1159f.
- 1374 Siehe Kohl, S. 93f.; Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 v. 21.5.1963, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 193–196; Vern. Karl Buchner v. 3.11.1945, IfZ Fb 101/16; Skizze des Transportwegs durch HBD Minsk, ZStA Minsk 378–1–784, Bl. 13. Die Deportierten hatten unterwegs, anders als noch 1941, in der Regel in Wolkowysk aus Personen- in Güterwaggons umsteigen müssen. Siehe Akte ebd.; Bericht eines Wiener Juden (Fragment), BDC SL 47C; Adler 1974, S. 441–446.
- 1375 So wurden aus dem Zug Wien-Minsk, der am 6.5.1942 abgefahren war, am 9.5. in Koidanow bereits acht Leichen ausgeladen. Pätzold/Schwarz 1994, S. 37.

»Wie es heisst, sollen wir gleich samt unserem Gepäck den Bahnhof verlassen, um in unser Lager eingewiesen zu werden. Man vermutet, dass wir in der näheren Umgebung von Minsk in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Wie ich gerade höre, besteht eine gewisse Möglichkeit, dass wir in den hiesigen Betrieben in unseren Berufen arbeiten können.«¹³⁷⁶

Ins Ghetto scheint keiner dieser Transporte geleitet worden zu sein. Als Begründung dafür, diese Menschen zu ermorden, hiess es, »man wisse nicht, was man mit ihnen anfangen solle. Zur Arbeit könne man sie nicht einteilen, und so seien es unnütze Esser.«¹³⁷⁷ Das dürfte besonders für die Juden aus dem sogenannten Altersghetto Theresienstadt gegolten haben. Wir sind über die Transporte durch einige Aktenfunde aus den sechziger Jahren im Detail informiert, insbesondere die Akte »Da-Züge« der Haupteisenbahndirektion Mitte in Minsk, die, obwohl unvollständig, den bisher umfassendsten Einblick in die deutschen Judendeportationen erlaubte.¹³⁷⁸ Beim KdS Minsk hat einmal über jeden einzelnen Transport eine eigene Akte existiert.¹³⁷⁹ Auch Berichte eines Exekutionskommandos sind erhalten.¹³⁸⁰ Es folgt eine Liste der sicher erscheinenden 17 Deportationszüge von 1942 (fünf weitere, unsichere sind kursiv gesetzt):¹³⁸¹

¹³⁷⁶ Zitiert nach: Corbach 1992, S. 20f.

¹³⁷⁷ Vern F. G. (Angehöriger eines Exekutionskommandos, dem die Erklärung aber nicht direkt bei einem Massaker gegeben wurde) v. 7. 8. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 532. Auch Kube erklärte gegenüber Bormanns Beauftragtem im Stab Unruh, Albert Hoffmann, er bitte, die Transporte zu stoppen, »da er nicht in der Lage sei[,] sie zu ernähren.« Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW-Stab z.b.V., Bericht Nr. 4 v. 26. 5. 1942, BA NS 6/795, Bl. 32R.

¹³⁷⁸ Das Original befindet sich im ZStA Minsk unter der Signatur 378-1-784. Nicht ganz vollständige Kopien, die infolge der Übergabe von Kopien als Beweismittel im Heuser-Verfahren 1962 in den Westen gelangten, findet man in BA R 5/3618, IFZ Fb 85/II und Fa 213/2, ausserdem als BA D-H Z/A I 12045, A. 7. Teilabdruck in Hilberg 1981.

¹³⁷⁹ Sie enthielt jeweils die Ankündigung des Transports durch die HBD, den Einsatzbefehl des KdS (IVb), die Transportliste, die Meldung des Begleitkommandos, die Meldung des Lagers Trostinez über ausselektierte Arbeitskräfte, die Abschlußmeldung über die Vernichtung und einen Bericht an den BdS Ostland in Riga. Vern. Georg Heuser v. 1. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4292.

¹³⁸⁰ Es handelt sich um die dem KdS Minsk unterstellte sogenannte Gruppe Arlt, einen Zug des Btl. der Waffen-SS zbV, das 1941 den Einsatzgruppen zugeteilt worden war. Die allerdings lakonischen Berichte vom 17. 5., 16. 6., 3. 8. und 25. 9. 1942 liegen in Prag und sind abgedruckt in: Unsere Ehre heisst Treue, S. 246 und 250-257.

¹³⁸¹ Das LG Koblenz nahm 1963 16 Transporte als sicher an (Urteil Heuser, Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 192 und 195), von denen mir einer (Da 205) fraglich scheint. Die Ankunftsdaten weichen von den mir bekannten Quellen ab. Safrian (S. 179-189) geht von mindestens 21 Zügen mit 25000 Passagieren aus, belegt dies aber nicht bis ins letzte. Cholawsky 1986, S. 221, geht von zehn Transporten aus Wien und 14 aus Theresienstadt mit insgesamt 28481 Insassen aus. – Zeugen sprachen teilweise von erheblich höheren Zahlen. Rosenberg (S. 38) schreibt, 1942 habe es 23 Transporte gegeben, was ihm anscheinend von Angehörigen des Kommandos, das die Kleider der Ermordeten aufbereiten mußte, mitgeteilt wurde. Adler (1974, S. 198) gibt 39000 nach Minsk Deportierte für 1942 an. Der deutsch-jüdische Zeuge W. M. sprach von etwa 50 und die weißrussische Köchin des Lagers Trostinez von 90 eingetroffenen Zügen: Vern. W. M. v. 8. 12. 1959 und M. M. Z. (1945), StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1400, und Handakten Bd. 1. Das erinnert an eine Aussage des früheren HSSPF im Ostland, Jeckeln. Er schätzte, nach Riga habe es 55 bis 87 Transporte gegeben: Vern. v. 14. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, Bd. 1, Bl. 17.

Tabelle 17: Judendeportationen aus Deutschland, Österreich und »Protektorat« ins GK Weißruthenien 1942

Abgangsort	Abfahrtszeit	Ankunft	Zug-Nr.	Zahl der Insassen
Wien	6. 5. 1942	11. 5. 1942	Da 201	1000 ¹³⁸²
Wien	20. 5.	26. 5. ¹³⁸³	Da 203	1016 ¹³⁸⁴
Wien	27. 5.	1. 6.	Da 204	998 ¹³⁸⁵
Wien	2. 6.	6. 6.	Da 205	rund 1000 ¹³⁸⁶
Wien	9. 6.	13. 6.	Da 206	1006 ¹³⁸⁷
Theresienstadt	13. 6.	?	?	rund 1000 ¹³⁸⁸
Königsberg	24. 6.	26. 6.	Da 40	770 ¹³⁸⁹
Dachau	?	Juni 1942	?	? ¹³⁹⁰
Theresienstadt	14. 7.	17. oder 18. 7.	Da 220	1000 ¹³⁹¹
Köln	20. 7.	24. 7.	Da 219	1164 ¹³⁹²

¹³⁸² Vgl. Vermerk StA Koblenz 9 Ks 2/62 v. 3. 1. 1963, Bl. 12338, über eingesehene Transportliste; Abgangslisten der Wiener Transporte, z. T. ohne Nennung des Ziels, in ebd., Dok.Bd. 5; HBD Mitte, Bahndiensttelegramm v. 7. 5. 1942, ZStA Minsk 378–1–784, Bl. 64; II. Zug, Tätigkeitsbericht v. 17. 5. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 246. Überlebende: fragmentarischer Bericht in BDC, SL 47C, und Brief J. S. v. 11. 4. 1948, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 10546; Cholawsky 1986, S. 226f.

¹³⁸³ Angaben über eingelaufene Deportationszüge, ZStA Minsk 378–1–784, Bl. 63; vgl. RBD Königsberg, Fahrplananordnung Nr. 12 v. 7. 5. 1942 für Da 202–218 und ähnlich HBD Mitte, Fahrplananordnung Nr. 40 v. 13. 5., ebd., Bl. 65f. und 69; Bahndiensttelegramm v. 22. 5. und Vermerk KdS Weissruthenien über Änderungen v. 23. 5. 1942, Bl. 79f.; Vermerk StA Koblenz v. 3. 1. 1963, wie Anm. zuvor, Bl. 12338f.

¹³⁸⁴ Zur Ermordung der Menschen Tätigkeitsbericht II. Zug Waffen-SS (Arlt) v. 16. 6. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 250.

¹³⁸⁵ Vgl. ebd., S. 251; Transportliste in StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 5.

¹³⁸⁶ Ebenso, aber ohne Zielort, ebd.; aus der Liste der eingetroffenen Transporte in ZStA Minsk 378–1–784, Bl. 63, ist dieser gestrichen. Die Gruppe Arlt war zu jener Zeit im Außeneinsatz.

¹³⁸⁷ Vgl. ebd.; Transportliste mit Zielort Minsk, wie vorletzte Anm.; II. Zug Waffen-SS, Tätigkeitsbericht v. 16. 6. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 251.

¹³⁸⁸ Nach einem kriminalpolizeilichen Vermerk v. 15. 12. 1960 in Arolsen wurde dieser für Minsk bestimmte Transport möglicherweise umgeleitet. StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 6127–6130.

¹³⁸⁹ Die vom LG Koblenz und in der Literatur angegebene Zahl von rund 465 Insassen war die zuerst angekündigte, in Wirklichkeit waren es aber über 300 mehr. Der Zug sollte eigentlich den Da 209 ersetzen und am 1. 7. 1942 in Minsk eintreffen, wurde dann aber vorgezogen, während ein zweiter Transport aus Königsberg ausfiel. Siehe Fschr. RBD Königsberg v. 5. 6. 1942 u. a. Schriftwechsel sowie Liste eingetroffener Transporte, ZStA Minsk 378–1–784, Bl. 46ff. und 63; Bericht Gruppe Arlt v. 3. 8. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 252. Tilitzki, S. 34, nennt nur Deportationen aus Königsberg nach Theresienstadt und ins Generalgouvernement.

¹³⁹⁰ Nachgewiesen durch Aussage des überlebenden Zuginsassen Ernst S. v. 12. 12. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 9. Ohne Beleg schon erwähnt in Kohl, S. 94. Möglicherweise waren auch Nichtjuden in dem Zug.

¹³⁹¹ Laut Bericht Gruppe Arlt v. 3. 8. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 252, traf der Zug am 17. 7., nach der Liste der eingegangenen Transporte (ZStA Minsk 378–1–784, Bl. 63) am 18. 7. ein. Da 219–222 waren auf einer Fahrplanbesprechung in Bamberg auf Antrag des RSHA anberaumt worden, siehe Fschr. RBD Königsberg v. 10. 7. 1942, hier nach BA D-H Z/A I 12045, A. 7. Vgl. Lederer, S. 217.

¹³⁹² Liste der eingegangenen Transporte sowie Bericht Gruppe Arlt v. 3. 8. 1942, beide wie Anm. zuvor; Gestapo Bereich Köln v. 20. 7. 1942, Teil der Transportliste, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 12348.

Abgangsort	Abfahrtszeit	Ankunft	Zug-Nr.	Zahl der Insassen
Theresienstadt	28. 7.	31. 7. in Baranowitschi	Da 221	999 ¹³⁹³
Theresienstadt	4. 8.	10. 8.	Da 222	993 ¹³⁹⁴
?	?	<i>zwischen 1. und 15. 8.</i>	?	?
Wien	17. 8.	19. 8.	Da 223	rund 1000 ¹³⁹⁶
Theresienstadt	20. 8.	?	?	rund 1000 ¹³⁹⁷
Theresienstadt	23. 8.	25. 8.	Da 224	1000 ¹³⁹⁸
Wien	31. 8.	2. 9.	Da 225	rund 1000 ¹³⁹⁹
Theresienstadt	1. 9.	?	?	rund 1000 ¹⁴⁰⁰
Theresienstadt	8. 9.	10. 9.	Da 226	1000 ¹⁴⁰¹
Wien	14. 9.	16. 9.	Da 227	rund 1000 ¹⁴⁰²
Theresienstadt	22. 9.	25. 9.	Da 228	1000 ¹⁴⁰³
Wien	5. 10.	7. 10.	Da 230	547 ¹⁴⁰⁴

- 1393 Die Insassen wurden von der KdS-ASt Baranowitschi ermordet, weil der Zug am Schlußtag der großen Ghetto-Mordaktion in Minsk ankam. Liste der eingetroffenen Transporte, wie vorletzte Anm.; KdS Weißruthenien (Heuser) an HBD Mitte v. 21. 7. 1942, ebd., Bl. 59; Akt der Untersuchungskommission Baranowitschi v. 1. 1. 1945, StA München I 113 Ks 1/65a-b lose; Mitteilung der Polnischen Militärkommission zur Ermittlung von Kriegsverbrechen in Europa v. 27. 5. 1947, ebd., Handakten Bd. 7, Bl. 1107i. Nach Aussage von B. K. v. 27. 8. 1973 wurden zu dieser Zeit etwa 100 tschechische Juden ins Lager Kolditschewo gebracht; ebd., Akte Untersuchungsstelle Polizei Israel.
- 1394 Der Transport wurde auf Antrag des KdS Minsk zwischen 7. und 10. 8. in Koidanow 30 km vor Minsk festgehalten. Liste über eingetroffene Transporte, a.a.O.; Entwurf Fschr. HBD Mitte v. 3. 8. 1942, ebd., Bl. 46; Lederer, S. 217–219.
- 1395 Im Tätigkeitsbericht der Gruppe Arlt v. 25. 9. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 254, heißt es: »Die erste Augusthälfte verlief, mit Ausnahme von zwei Judentransporten, ziemlich eintönig.« Außer dem Zug, der am 10. 8. 1942 eintraf, ist jedoch kein weiterer aktenkundig. Der Da 221 endete am 31. 7. in Baranowitschi. Theoretisch könnte mit dem zweiten Transport der Zug mit 1000 polnischen Juden aus Warschau für den Luftgau Moskau in Minsk gemeint sein, den Kube erwähnte und zu vernichten ankündigte (Kube an Lohse v. 31. 7. 1942, in: Klee/Dressen/Rieß, S. 170f.; zuvor Fschr. Kube an Lohse vom gleichen Tag, BA R 90/146). Jedoch kam auch dieser Zug eben nicht im August an, so daß es einen weiteren, unbekannten gegeben haben könnte.
- 1396 Da 223–230 laut Deutsche Reichsbahn, Generalbetriebsleitung Ost sowie Umlaufplan für die mehrfach zu verwendenden Wagenzüge v. 8. 8. 1942 (auf Grund Fahrplankonferenz in Frankfurt/M. am 6. 8.), RBD Königsberg, Fahrplananordnung Nr. 81 v. 14. 8. 1942 und HBD Mitte, Fahrplananordnung Nr. 62 v. 15. 8. 1942, ZStA Minsk 378–1–784, Bl. 25–34R (Ankunftszeiten später leicht geändert, Bl. 20–22). Abgangsliste des 30. Transportes aus Wien mit Zielort Minsk, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 5.
- 1397 Dieser für Minsk angekündigte Transport wurde möglicherweise umgeleitet; Kriminalpolizeilicher Vermerk in Arolsen v. 15. 12. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 6127–6130.
- 1398 Laut Lederer, S. 219, wurden 22 Personen ausgesondert, zwei flohen im Mai 1943 zu den Partisanen, einer überlebte.
- 1399 Wie zuvor nach Fahrplan.
- 1400 Soweit ich sehe, lediglich enthalten in Anklage Heuser v. 15. 1. 1962 (Bl. 10076f.) und Urteil Heuser, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 195.
- 1401 Laut Fahrplan; vier Überlebende laut Kárný, S. 96f. Nach Lederer, S. 220f., wurden hier 44 Personen ausgesondert. Als Ankunftstag nennt er den 12. 9.
- 1402 Siehe Vermerk StA Koblenz in Arolsen v. 3. 1. 1963, 9 Ks 2/62, Bl. 12342 über urschriftlichen Vermerk bei der Transportliste über Zielort.
- 1403 Vgl. Lederer, S. 221f. (ein Überlebender, der in Dresden absprang); Gruppe Arlt, Tätigkeitsbericht v. 25. 9. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 253.
- 1404 Transportliste mit Zielort, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 5; vgl. Safrian, S. 186.

Weitere 14 geplante Transporte aus Wien fielen aus. Zur Lücke zwischen Mitte Juni und Mitte Juli 1942 kam es wegen einer Transportsperre auf Grund von Bauarbeiten im Generalgouvernement, von der der dann kurzfristig angesetzte Königsberger Transport nicht berührt war.¹⁴⁰⁵ Fünf Transporte aus Theresienstadt, die mit jeweils etwa 2000 jüdischen Menschen zwischen dem 19. und 29. September 1942 abfuhren und deren Schicksal ungeklärt ist, sind hier nicht aufgenommen, weil sie wahrscheinlich nicht nach Minsk gingen. Es muß Miroslav Kárný zugestimmt werden, daß die den Tätern schon für Transporte von 1000 Personen pro Woche zu klein erscheinende Tötungskapazität dafür nicht ausgereicht hätte. Dies um so mehr, als gerade zwischen dem 22. September und 2. Oktober in Baranowitschi 6000 Juden unter Beteiligung des KdS Minsk und seiner Gaswagen ermordet wurden.¹⁴⁰⁶

Angesichts der gegenüber dem Winter weitgehend entspannten Transportlage bedeuteten diese Zugbewegungen keine wesentliche Belastung des Eisenbahnnetzes. Das gilt auch außerhalb des hier betrachteten Gebiets: im April 1942 wurden im Reich 37 Judentransporte gefahren, das waren 1,05 Prozent aller 3523 *Sonderzüge*.¹⁴⁰⁷ Dennoch gab es in Minsk Proteste, diesmal aus anderen Gründen. So erklärte der Generalkommissar Kube, er könne die Juden nicht ernähren, und machte Sicherheitsbedenken gegen polnische Juden geltend, die er alle gleich zu ermorden drohte.¹⁴⁰⁸ Das Reichskommissariat in Riga lehnte die Unterstützung seiner Einwände mehrfach ab und verwies auf die Zuständigkeit der SS und Polizei oder des Wehrmachtbefehlshabers.¹⁴⁰⁹ Gegen den Antransport der Reichs- und Protektoratsjuden und ihre sofortige Ermordung hatte Kube aber anscheinend nichts.¹⁴¹⁰ So wurden letztlich im allgemeinen Einverständnis mindestens 24 000 von ihnen im GK Weißruthenien um-

¹⁴⁰⁵ Vgl. Browning 1991, S. 83, und Angaben über durchgeführte Zugbewegungen in ZStA Minsk 378-1-784, Bl. 63. – Ausgefallen sind Da 202, Da 207-218 und Da 229 aus Wien (geplante Ankunftszeiten 16. 5., zwischen 19. 6. und 4. 9. im Wochenabstand sowie am 30. 9. 1942). Ebd.; weiter Fschr. RBD Königsberg an HBD Minsk v. 14. 5. 1942, ebd., Bl. 74 f.; RBD Wien, Fahrplananordnung Nr. 552 v. 30. 5. 1942, ebd., Bl. 82 f.; Fschr. RBD Königsberg an HBD Minsk v. 29. 9. 1942, ebd., Bl. 15. Im Gegensatz zur Feststellung des LG Koblenz wurden die Züge Da 207-218 nur zum Teil durch Da 219-230 ersetzt, da von letzteren nicht alle aus Wien kamen. Urteil Heuser, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 195.

¹⁴⁰⁶ Vgl. Kárný, S. 95-97, und S. 703 in dieser Darstellung. Die Transporte verließen am 19., 21., 23., 25. und 29. 9. 1942 Theresienstadt. Vgl. Lederer, S. 221 f., und Anklage StA Koblenz gegen Heuser v. 15. 1. 1962, 9 Ks 2/62, Bl. 10076 f. Safrian, S. 186, hält allerdings mindestens zehn Transporte aus Theresienstadt nach Minsk für nachgewiesen. Kárný wiederum ging von nur fünf Zügen nach Minsk aus und übersah z. B. den Transport Aay v. 28. 7. 1942, dessen Passagierliste – abschriftlich aus Israel übersandt – als Kopie im MGVK Minsk (39-38764) liegt.

¹⁴⁰⁷ Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Verkehr, Staatssekretär Dr.-Ing. eh. Kleinmann, Tätigkeitsbericht der Geschäftsgruppe Verkehr für April v. 18. 5. 1942, BA R 26 IV/vorl.47. (Die Transporte dürften vor allem von Łódź zum Vernichtungsort Chelmino und vom Reich in den Distrikt Lublin gegangen sein.) Dazu sind die etwa 25-30 000 *planmäßigen* Zugbewegungen im Reich pro Tag zu berücksichtigen: Lichtenstein 1985, S. 26. Siehe auch die diesbezügliche Argumentation über »Judenmord und Kriegsaufwand« von Pätzold/Schwarz 1994, S. 86-114.

¹⁴⁰⁸ Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW/Stab zbV, Bericht Nr. 4 v. 26. 5. 1942, BA NS 6/795, Bl. 32R; Kube an Lohse v. 31. 7. 1942, in: Klee/Dreßen/Rieß, S. 170 f.; Fschr. Kube an Lohse v. 31. 7. 1942, BA R 90/146; Kube an RMO über RKO v. 11. 8. 1942, ebd.

¹⁴⁰⁹ RKO, II Politik v. 5. 8., 24. 8. und 30. 9. 1942 an GK Weißruthenien, StA Hannover 2 Js 499/61, Sonderheft 3, Bl. 31 und 34 f. Der Briefwechsel größtenteils auch in IfZ Fb 104/2. Vgl. Wilhelm 1974, S. 317-320.

¹⁴¹⁰ Siehe sein Schreiben an Lohse v. 31. 7. 1942, wo er angekündigte von nicht angekündigten Zügen unterschied, wie vorletzte Anm. Er wollte die Insassen der einen wie der anderen ermorden lassen.

gebracht. Verborgen blieb das keinem deutschen Beamten in Minsk. Ein höherer Funktionär der Haupteisenbahndirektion, die ohnehin einen eigenen Verbindungsmann zum KdS hatte, fuhr sogar mit einem Deportationszug nach Trostinez mit, um sich vom Tathergang zu überzeugen.¹⁴¹¹

b) Die Verschleppung von Juden aus anderen Ländern nach Weißrußland

Daß Juden außer aus dem Großdeutschen Reich und aus dem Protektorat Böhmen und Mähren auch aus anderen Ländern nach Weißrußland gebracht wurden, ist bisher beinahe unbeachtet geblieben. Nur manche der betreffenden Transporte sind im einzelnen nachvollziehbar, und oft wissen wir davon nur aus vereinzelter Zeugenaussagen, so daß sie nicht mit letzter Sicherheit bestätigt werden können. So erklärten nach dem Krieg Zeugen mit einer gewissen Kompetenz, etwa der ehemalige Gebietskommissar in Borissow, Bauer, der speziell für Gaswagen zuständige Angehörige der Abteilung IVb des KdS Minsk, Karl Buchner, ein überlebender deutscher Jude und ein Angehöriger des Arbeitsamts Minsk, daß französische Juden nach Minsk gekommen seien.¹⁴¹² Daraus resultieren die entsprechenden Hinweise in der Literatur.¹⁴¹³ Ähnlich ist es mit möglichen Deportationen niederländischer Juden, die unter anderem in der Waffenwerkstatt in Minsk gearbeitet haben sollen.¹⁴¹⁴

Zweifelsfrei nachgewiesen ist, daß ungarische Juden nach Weißrußland gebracht wurden, doch ist unklar wie viele. Sie kamen ursprünglich mit den ungarischen Besatzungstruppen ins Land, bei denen jedes Regiment eine Kolonne jüdischer Zwangsarbeiter zur Verfügung hatte. Ihre Spuren finden sich im Polesje, in Brest, Pinsk, Gomel oder beim Brückenbau in Mosyr, außerhalb der Grenzen Weißrußlands etwa in Brjansk und im Raum Tschernigow. Die 2. ungarische Armee, die über 50 000 jüdische Arbeitsdienstverpflichtete verfügte, war im Sommer 1942 auf dem Marsch nach Woronesch in Gomel ausgeladen worden.¹⁴¹⁵ Möglicherweise auf Initiative der Organisation Todt entstand daraus die Idee, ungarische Arbeitsjuden für die

¹⁴¹¹ Vern. W. V. v. 23. 5. 1962, hier nach ZSt Dortmund 45 Js 13/62, Bl. 83f.

¹⁴¹² Siehe Vern. Karl Bauer v. 9. 3. 1955, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 508R; Vern. H. H. v. 31. 8. 1961, ebd., Bl. 8995; Vern. W. M. v. 8. 12. 1959, ebd., Bl. 1400 (der jüdische Zeuge berief sich u. a. darauf, daß die Lebensmittel, die die Ermordeten mitgeführt hatten, z. T. in die KdS-Küche kamen, wo er Koch war); Vern. Karl Buchner v. 29. 10. 1945, HfZ Fb 101/16.

¹⁴¹³ Siehe Kohl, S. 94; N. Müller 1991, S. 77. Auch in Weißrußland neigt man heute dieser Auffassung zu. Mündl. Mitt. A. D. Krasnoperko v. 16. 10. 1993 (auch zu niederländischen Juden).

¹⁴¹⁴ So nach Vern. H. M. (führte Aufsicht in einem Teil der Waffenwerkstatt) v. 4. 5. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2985–2988; Vern. A. M. (Angehöriger KdS Minsk) v. 9. 1. 1961, Bl. 7691; Vern. H. H. (Arbeitsamt Minsk) v. 31. 8. 1961, Bl. 8995; Stoltz, S. 83 (Mitte 1943 Schauspieler in am Deutschen Theater in Minsk). Ferner Adler 1974, S. 198 (auch aus Luxemburg); Schuldig, S. 173 (nach Zeuge Dr. Perez wurden 1941 niederländische und belgische Juden nach Kaunas gebracht). Zu beachten ist der Hinweis Heusers (Vern. v. 1. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4292), daß aus Theresienstadt »auch [Juden] andere[r] Nationalitäten« nach Minsk gebracht wurden, auch wenn dies Heuser zufolge »meist Tschechen« waren.

¹⁴¹⁵ Zu den ungarischen Besatzungseinheiten S. 215 und 217 f. in dieser Darstellung. Vgl. allgemein Braham, vor allem S. 28, 108, 128, Anm. 1. Weiter Schreiben LG Stuttgart v. 13. 2. 1958, BA-MA N 510/v. 43 über Entschädigungsklagen ungarischer »Arbeitsjuden«; Vern. W. G. (1942/43 Leiter KdS-Asst Pinsk) v. 30. 6. 1961, ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 633; V. A. Andrejev, In the Forrests of Brjansk, in: Porter, S. 117f.; Befehl SK 4a (gez. Christensen, SS-Stubaf.) v. 22. 3. 1943, wonach die »Erschliessung der ungarischen Juden« zu stoppen sei. BA F 16031, abgedruckt in: IMT, Bd. 31, S. 492–498.

von Deutschen geführten Wirtschaftsbetriebe mit besonderem Arbeitskräftemangel, insbesondere Torfwerke, quasi auszuleihen. Von Februar bis Mai 1943 arbeiteten infolgedessen etwa 550 ungarische Juden in Osintorf und im September 1943 300 auf verschiedenen Holzeinschlägen. Weitere Vorhaben kamen teilweise nicht zustande.¹⁴¹⁶ Dies gipfelte in dem Plan der Heeresgruppe Mitte und ihrer Wirtschaftsorganisation, sich im Frühjahr 1944 nicht weniger als 30 000 ungarische Arbeitsjuden – vermutlich zum Stellungsbau – zuweisen zu lassen.¹⁴¹⁷ Er blieb jedoch auf diplomatischer Ebene hängen. Auch in Trostinez und offenbar gleichfalls in Wilejka gab es ungarische Juden.¹⁴¹⁸

Am umfangreichsten waren wohl die Deportationen polnischer Juden nach Weißrußland. Dabei ging es ebenfalls um Arbeitskräfte. So sollten sich die SS- und Polizei-Betriebe und -Dienststellen im sogenannten »Rußland-Mitte«, also vorwiegend Ostweißrußland, auf zwei Städte konzentrieren: Mogilew und Bobruisk. In Mogilew gab es das bereits beschriebene Zwangsarbeitslager des HSSPF, in Bobruisk aber fehlten im Frühjahr 1942 für den Bau der geplanten großen Basis der Waffen-SS Arbeitskräfte. Der Leiter der Nachschubkommandantur der Waffen-SS und Polizei Rußland-Mitte, SS-Standartenführer Georg Martin, kam auf den Gedanken, ein »KL.« (Konzentrationslager) errichten und Juden aus Warschau kommen zu lassen.¹⁴¹⁹ Auf Vermittlung des RSHA wurden am 30. Mai 1942 960 jüdische Männer und Jugendliche, die tags zuvor teils auf einen Aufruf hin erschienen, teils bei Razzien im Warschauer Ghetto festgenommen worden waren, nach Bobruisk abtransportiert.¹⁴²⁰ Am 28. Juli erreichte ein weiterer Zug mit Warschauer Juden Bobruisk; ein Teil der Juden wurde nach Smolensk geleitet.¹⁴²¹ In Bobruisk hatten die Juden auch Arbeiten für Wehrmachteinheiten zu erledigen.¹⁴²² Die Rückführung nach Lublin im Septem-

¹⁴¹⁶ Siehe WiKdo im FK-Bereich Mogilew, Lage- und Tätigkeitsbericht v. 18. 2. und 18. 3. 1943, BA-MA RW 31/848; KTB Leitendes WiKdo Orscha v. 11. 2., 8. 5. und 21. 5. 1943 (von ursprünglich 555 Juden starben oder entflohen 13, nur 542 kamen zurück), BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 1061, 1172, 1176, vgl. Bl. 1215; sie wurden durch anderweitige Arbeitskräftezuweisungen ersetzt; ferner KTB v. 9. und 27. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 42902, Bl. 215 und 220.

¹⁴¹⁷ HeWiFu Mitte, KTB-Beitrag Chefgr. Arbeit für 24.–30. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 719 (»wird zur Zeit über das Außenministerium geklärt. Mit einer Entscheidung kann in der nächsten Zeit nicht gerechnet werden«).

¹⁴¹⁸ Vern. J. K. v. 17. 11. 1959, W. M. v. 8. 12. 1959 und G. R. (in Trostinez stationierter Volksdeutscher aus Ungarn, der mit ungarischen Juden sprach) v. 16. 7. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1159f., 1400 und 11284.

¹⁴¹⁹ Nachschubkommandantur der Waffen-SS und Polizei Russland Mitte an SS-Führungshauptamt v. 27. 3. 1942, BA NS 19/3519, Bl. 262f.; ebenso, Betr.: Aufstellung v. 7. 4. 1942 und v. 11. 4. 1942, BA F 3341, Bl. 797f. und 803f.; Verfügung v. 15. 3. 1973, StA Hamburg 147 Js 22/70, Bl. 1953f. Dies geschah im Gegensatz zur Feststellung der StA Hamburg nicht gegen den Willen des HSSPF Bach-Zelewski (siehe Bericht v. 7. 4. 1942). Siehe auch dessen Tagebuch v. 7. 5. 1942, BA R 20/45b, Bl. 35, über einen Besuch in der neuzuschaffenden Basis; vgl. auch Pohl an Himmler v. 30. 4. 1942, in: IMT, Bd. 38, S. 363–365.

¹⁴²⁰ Siehe Tagebuch des Warschauer Judenratsvorsitzenden Czerniakow v. 29./30. 5. 1942, in: Im Warschauer Getto, S. 260f., wo die Zahl 914 genannt wird, die vielen übereinstimmenden Überlebendenaussagen widerspricht. Siehe auch Trunk, S. 295.

¹⁴²¹ Bericht des Überlebenden Jehouda Lerner in: Novitch, S. 133–136. Im Smolensker Lager gab es auch einige deutsche Juden, die über das Warschauer Ghetto dorthin gelangten. Lerner war am 23. 7. 1942 in Warschau festgenommen worden.

¹⁴²² Vgl. Walther Hansen [ehemaliger Ia beim Kommandeur der Osttruppen], Die Kosaken-Abteilung 600 in Mogilew. IfZ, Zs 405/III, Bl. 31, und die Erinnerungen von Spira (siehe folgende Anm.).

ber 1943 erlebten von den rund 1500 Deportierten nur 91 Männer, während alle anderen den ständigen Selektionen, der Arbeit, dem Hunger und der furchtbaren Behandlung zum Opfer gefallen waren. Darüber hinaus gab es möglicherweise einen oder mehrere Transporte, deren Insassen sofort bei der Ankunft erschossen wurden.¹⁴²³ Darunter war möglicherweise mindestens ein Transport mit deutschen Juden.¹⁴²⁴ In diesem Zusammenhang sind einige Aussagen, nach denen 1942/43 größere Judenerschießungen in oder bei Bobruisk bis zu einem Umfang von 12000 bis 15000 Opfern stattfanden, von Interesse, die hier aber letztlich nicht verifiziert werden können.¹⁴²⁵ Das zeigt, wie sehr die Vorgänge heute noch vor uns verborgen sind.

Polnische Juden wurden mit der Eisenbahn auch nach Minsk gebracht. Am 31. 7. 1942 trafen dort 1000 Warschauer Juden ein, die als Arbeitsjuden für die Luftwaffe im Raum Minsk bestimmt waren. Kube drohte, sie und alle weiteren unangekündigten Transporte sofort zu vernichten. Es ist aber unklar, ob das geschah.¹⁴²⁶ Tatsächlich waren Anfang Oktober 1942 in Trostinez viele polnische Juden gefangen, die anscheinend der Organisation Todt unterstanden und von denen etwa 250 an die SS-Bauleitung in Smolensk abgegeben wurden.¹⁴²⁷ Auch im Minsker Ghetto soll es polnische Juden gegeben haben.¹⁴²⁸ Unklar ist, wie viele Züge mit polnischen Juden nach Minsk gelangten.

Das alles geschah, weil Juden von den deutschen Behörden und Einheiten als in jeder Hinsicht verfügbare und beliebig zu verschiebende, gewissermaßen von allem

¹⁴²³ Siehe Verfügung v. 15. 3. 1973, StA Hamburg 147 Js 22/70, Bl. 1949–52; Vern. des Beschuldigten E. v. 30. 8. 1973 über einen Kindertransport, der 1943 eintraf, Bl. 2125; Vern. K. H. v. 6. 12. 1966, Akte Hauptverhandlung III. Weiter Urteil 147 Ks 1/75, S. 13 und 17; Vern. der jüdischen Überlebenden C. A. v. 12. 12. 1972, J. A. v. 25. 6. 1964, J. B. v. 17. 3. 1972, W. E. v. 2. 2. 1967 und v. 8. 12. 1975, A. H. v. 25. 3. 1974, I. W. 1947 und v. 4. 12. 1973 auf Grund schriftlicher Aufzeichnungen von 1942/43 u. a., ebd., Ordner Protokolle der Vernehmungen jüdischer Zeugen (weitere Aussagen in ZStL II 202 AR 28/74); Vern. W. W. v. 15. 10. 1971, Bd. 6, Bl. 1206–1208; Schlomo Spira, Erinnerungen eines »Getarnten« während der Nazi-Vernichtungszeit, Tel Aviv 1953 (Teilübersetzung, ebd., Bd. 9, Bl. 1731–1734); Arad 1991, S. 34.

¹⁴²⁴ Siehe Vern. H. S. v. 27. 8. 1963, StA Hannover 2 Js 299/60, Bd. 12, der an der Vernichtung eines Transports von 1500 Juden aus Deutschland mitgewirkt haben will. Der Zeuge H. K. (Vern. v. 9. 6. 1971, StA Hamburg 147 Js 22/70, Bl. 938) will im SS-Arbeitslager Bobruisk mit einem Juden aus Mönchengladbach gesprochen haben.

¹⁴²⁵ Vgl. Vern. K. H. v. 6. 12. 1966 und 29. 1. 1971, ebd., Akte Hauptverhandlung III und Bd. 3, Bl. 700–708; Vern. H. B. v. 11. 6. 1971, Akte Hauptverhandlung I; Vern. F. W. v. 23. 11. 1970, Bd. 3, Bl. 625–627; besonders aber die äußerlich exakt wirkenden Angaben im Brief Reinhold Grabow v. 4. 2. 1959 und seine Vern. v. 24./29. 4. 1959, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 364–370, auszugsweise abgedruckt in Klee/Dreßen/Rieß, S. 118. – Grabow ist auch einer von Flemings Kronzeugen für den Befehl Hitlers an Koch zur Tötung der restlichen ukrainischen Juden 1942 und sagte bereits 1948 in Polen gegen Koch aus (Fleming, S. 146–148).

¹⁴²⁶ Kube an Lohse v. 31. 7. 1942, in: Klee/Dreßen/Rieß, S. 170f. Eine weitere Beschwerde Kubes über einen Transport von 400 polnischen Juden nach Baranowitschi beruhte auf einer Falschmeldung. Vgl. GK Weissruthenien an RKO v. 11. 8. und Entschuldigungsschreiben Kubes v. 25. 8. 1942, BA R 90/146. Erwähnt auch in einem Flugblatt der Kampforganisation im Warschauer Ghetto vom Januar 1943, in: Berenstein u. a. (Hg.), S. 496.

¹⁴²⁷ Vern. H. W. (SS-Zentralbauleitung Rußland-Mitte) v. 12. 3. 1960 und 21. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2321 und 2628; Vern. E. S. (Überlebender von Trostinez) v. 12. 12. 1962, ebd., Dok. Bd. 9; Saffrian, S. 187, auf Grund eines Überlebendenberichts. Auch Vern. Karl Buchner v. 29. 10. 1945, IfZ Fb 101/16; mündl. Mitt. A. D. Krasnoperko v. 16. 10. 1993.

¹⁴²⁸ Vern. des ehemaligen Stadtkommissars Wilhelm Janetzke 28. 10.–4. 11. 1947, ZStL 202 AR-Z 184/67, LO Übersetzungen zu Dok. Bd. 2, zu Bl. 802–811.

Menschlichen gelöste Arbeitskraft betrachtet wurden. Es sei hier noch einmal an die Umsiedlung jüdischer Zwangsarbeiter innerhalb des westlichen Weißrußland – in erster Linie für die Organisation Todt – erinnert (vgl. Kap. 7.3a). Dies geschah innerhalb des weißrussischen Bereichs auch über größere Entfernungen. Am 26. Mai 1942 wurden rund 400 Juden aus Slonim nach Mogilew überführt, von denen später nur zwei oder vier zurückkehrten.¹⁴²⁹ Auf ähnliche Weise kamen 1942 Juden aus Lida und Nowogrodek nach Smolensk und 900 Juden aus Brest im Juni 1942 nach Osten, von denen nur zwölf wiederkehrten.¹⁴³⁰

7.6 Infrastruktur des Mordens: Gaswagen und Todeslager

Gaswagen

Es wurde bereits auf die Rolle eingegangen, die die Versuche in Weißrußland bei der Entwicklung der fahrbaren Gaskammern spielten (Kap. 7.2f). Was ihren Einsatz in dieser Region angeht, so sind in erster Linie zwei Dinge festzustellen: einerseits waren mehr Wagen im Einsatz als bisher bekannt, andererseits war ihre Bedeutung als Mordinstrument zahlenmäßig geringer als angenommen.

Aus Quellenmangel muß ungewiß bleiben, wann die ersten Gaswagen nach Weißrußland gelangten. So ist der Wert von Nachkriegsaussagen unklar, nach denen sie im Oktober oder November 1941 in Mogilew und im Dezember 1941 in Minsk zuerst eingesetzt wurden.¹⁴³¹ Der ehemalige Kommandeur des Polizeibataillons 322, Gottlieb Nagel, bestätigte die Mitwirkung von anderthalb Kompanien seiner Einheit bei der Tötung von Insassen eines Waisenheims und einer Heilanstalt in Mogilew in einem Gaswagen zwischen Ende November 1941 und Januar 1942.¹⁴³² Als erster nachgewiesener Gaswageneinsatz überhaupt gilt bislang der in Poltawa im November 1941, quellenmäßig belegt ist zuerst der Beginn im Vernichtungslager Chelmno am 8. Dezember 1941.¹⁴³³ Nach den meisten bekannten Aussagen wurden die ersten beiden

¹⁴²⁹ Siehe StA Hamburg 147 Js 29/67, besonders Bericht S. S., Sonderbd. J, Bl. 12; Bericht J. H., ebd., Bl. 71f.; Bericht Dr. N. K., Sonderbd. K1, Bl. 46–48; eidesstattl. Erkl. K. E. v. 3. 10. 1947, Sonderbd. A, Bl. 28, und Vern. v. 2. 11. 1961, Bl. 2203; Vern. H. V. v. 31. 1. 1962, Bl. 2425 (beide überlebten den Mogileweinsatz); Brief des deutschen Zeugen E. F. auf Grund seiner Tagebuchnotiz v. 26. 5. 1942, Bl. 2992f.; Alpert, S. 132–136; Enzyklopädie des Holocaust, S. 1321.

¹⁴³⁰ Siehe Vern. G. A. R. v. 18. 9. 1962, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bd. 1, Bl. 96; Trunk, S. 438; Enzyklopädie des Holocaust, S. 241f.

¹⁴³¹ Siehe Vern. O. M. v. 6. und 8./9. 6. 1945, BStU ZUV 9, Bd. 11, Bl. 103 und 114, und Vern. Franz Karl Hess v. 16. 12. 1945, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 15. Die letztere Aussage erscheint wegen ihres Detailreichtums vertrauenswürdiger. Hess will bei seinem fraglichen ersten Aufenthalt zwischen dem 1. und 18. 12. 1941 (später noch einmal zwischen 14. 1. und 4. 2., anschließend in Wilejka) gewesen sein. Es seien Juden aus dem Minsker Ghetto mit Gas ermordet worden. M. will etwa am 13. 11., angeblich zehn Tage nach der Ghettoauflösung, von Bradfish als Fahrer eingeteilt worden sein und bei der Erstickung von 32 Gefängnisinsassen mitgewirkt haben.

¹⁴³² Vgl. S. 1070 in dieser Darstellung.

¹⁴³³ Siehe M. Beer, S. 412, und Robel, S. 540. Am 7. und 8. 1. 1942 tötete die Sicherheitspolizei in Kiew 365 psychisch Kranke in einem Gaswagen: Ausserordentliche Kommission des Stadtrates von Kiew, Erklärung v. 30. 9. 1943, Nbg. Dok. USSR-243, ZStA Moskau 7445–2–107, Bl. 177.

Gaswagen Anfang 1942 nach Minsk gebracht.¹⁴³⁴ Sicher ist die Lieferung von zwei »kleineren Gaswagen«, also solchen der ersten Baureihe, an die Einsatzgruppe B vor dem 16. Februar 1942.¹⁴³⁵

Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß einige Gaswagen tatsächlich erst vor Ort montiert und hergestellt wurden, wie das in dem Entwurf des Schreibens des Rasse-referenten im Ostministerium, Wetzel, an Lohse vom 25. Oktober 1941 schon angedeutet worden war. Ein deutscher, nach Minsk deportierter Jude, der im KdS-Gebäude arbeitete, hat in seiner Vernehmung ausführlich entsprechende Konstruktionselemente beschrieben, die deutsche Juden in der KdS-Werkstatt in Minsk fertigen mußten.¹⁴³⁶ Ähnlich wie bei diesen Wagen der sogenannten ersten Generation (vermutlich Marke »Diamond«) war es auch mit den etwas später, am 23. Februar 1942 in Smolensk eingetroffenen Saurer-Wagen, die wegen Defekt zunächst funktionsbereit gemacht werden mußten.¹⁴³⁷ Drei der vier Wagen waren am 1. März beim EK 8, ein Saurer beim EK 9 eingesetzt; die kleineren sollten »nach Abschluss des Einsatzes beim EK 8« dem SK 7a und 7b zugeteilt werden. Das geschah auch, und im Oktober 1943 befand sich beim SK 7b immer noch einer von ihnen. Weitere Wagen erhielt die Einsatzgruppe B anscheinend nicht.¹⁴³⁸

Nach Minsk kamen 1942 zunächst zwei Vergasungsfahrzeuge Marke »Diamond«, denen im Frühjahr ein drittes der Marke »Saurer« separat folgte.¹⁴³⁹ Im Juni 1942 gab es nach Meldung des BdS Ostland in Minsk drei Gaswagen, ein weiterer wurde beantragt, da die bisherigen überlastet seien, und von Rauff (RSHA) für Mitte Juli zugesagt.¹⁴⁴⁰

¹⁴³⁴ Kogon u. a., S. 88.

¹⁴³⁵ EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16. bis 28. Februar v. 1. 3. 1942, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 159. Die beiden dort erwähnten »kleineren Gaswagen« waren schon vor Lieferung zweier neuer am 23. 2. und ganz offenbar auch schon vor dem Beginn des Berichtszeitraums am 16. 2. eingetroffen. Zur ersten Baureihe M. Beer, S. 413f.

¹⁴³⁶ Als Datum gab der Zeuge Dezember 1941 und Januar 1942 an. Vern. W. M. v. 8. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1398. Vgl. RMO, Sachbearbeiter AGR Dr. Wetzel, Betr.: Lösung der Judenfrage an RKO (Entwurf) v. 25. 10. 1941, Nbg. Dok. NO-365. Nach der Aussage eines ehemalige KdS-Angehörigen beendete erst der BdS Ehrlinger 1943 die Tätigkeit von Juden in der Autowerkstatt der Minsker Sip- und SD-Dienststelle. Vern. H. M. v. 15. 4. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 120.

¹⁴³⁷ EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–28. Februar v. 1. 3. 1942, BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 159. Auch der Vermerk [RSHA,] II D3a (9) Nr. 214/42g.Rs., Betrifft: Technische Abänderung an den im Betrieb eingesetzten und an den sich in Herstellung befindlichen Spezialwagen (IMT, Bd. 26, S. 102ff.) ging von der Möglichkeit aus, die Fahrzeuge am Einsatzort zu reparieren.

¹⁴³⁸ Siehe EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht v. 1. 3. 1942, wie Anm. zuvor, und Vern. W. W. K. v. 13. 7. 1944 (auszugsweise Übersetzung), BStU ZUV 9, Bd. 19, Bl. 340–42. K., ein einheimischer Kollaborateur, der vom EK 8 zum SK 7b wechselte, wußte den großen Wagen des EK 8 von dem kleinen des SK 7b zu unterscheiden.

Ein Gaswagen war in Witebsk stationiert, ein weiterer zeitweise in Gomel, nach dem Teilrückzug einer in Borissov im Januar 1944. Vgl. Vern. F. S. v. 23. 3. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bd. 17, Bl. 2576; Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 119 und 286; Protokoll der Hauptverhandlung vom 7. Dezember 1945 vor dem Militärgericht in Baranowitschi gegen F. G. u. a. (Gegenstand: Verbrechen des SK 7b), ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1, Bl. 331.

¹⁴³⁹ Siehe BdS Ostland, I t, an RSHA II D 3a v. 15. 6. 1942, IMT, Bd. 26, S. 106f.; Vern. O. Mü. v. 25. 8. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 781–83; F. M. v. 22. 11. 1960, Bl. 5859; besonders Vern. Erich Gnewuch (Gaswagenfahrer) v. 19. 7. 1961, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 1008.

¹⁴⁴⁰ BdS Ostland, I t, an RSHA II D 3a, Betr. S-Wagen v. 15. 6. 1942 (gez. Trühe) und Fschr. RSHA II D 3a, Betrifft: S-Wagen v. 22. 6. 1942, BA St 3 Nr. 561, Bl. 15, auch in: IMT, Bd. 26, S. 106f.

Die Zusage wurde auch eingehalten, ein zuvor in Serbien eingesetzter Wagen kam nach Minsk. Zwei wichtige Zeugen erklärten, es habe beim KdS Minsk schließlich fünf beziehungsweise sechs Gaswagen gegeben. In Baranowitschi war offenbar ein weiterer stationiert.¹⁴⁴¹ Durch Quellen belegt ist, daß im Sommer 1942 nicht nur vier (so die Darstellung in der Literatur), sondern mindestens acht Gaswagen in Weißrußland eingesetzt waren.¹⁴⁴²

Dazu kam später noch ein weiterer. Ende 1943 hatte nämlich der Leiter der Gruppe 570 der Geheimen Feldpolizei, Heinz Riedel, die Idee, von seinen Untergebenen einen Gaswagen bauen zu lassen. Im Umland des Standortes der Gruppe (Mogilew) drohten Partisanen, die zuvor üblichen laufenden Erschießungen durch die GFP-Einheit zu gefährden; sie in der Stadt durchzuführen, hätte jedoch Unruhe in der Bevölkerung hervorrufen können. So wurden die regelmäßig stattfindenden Morde an Gefangenen zwischen der Jahreswende 1943/44 und dem Juni 1944 im Gaswagen durchgeführt (nach Aussage eines Mittäters wurden 90 bis 150 Menschen ermordet).¹⁴⁴³ Die Wehrmacht verfügte damit gewissermaßen über ihren eigenen Gaswagen.¹⁴⁴⁴ Das Landgericht Kiel brachte es übrigens 1974 fertig, Riedel freizusprechen, da die Tötungen nicht grausam durchgeführt worden seien; mit dieser Begründung hätte man auch die Täter von Auschwitz oder Treblinka freisprechen können.¹⁴⁴⁵

Es ist nicht möglich, die Zahl der in den Gaswagen getöteten weißrussischen Menschen zu bestimmen. Ein Mittäter sprach von 20000 bis 30000 Juden, die zu seiner Zeit in Minsk darin umgebracht wurden.¹⁴⁴⁶ Tatsächlich führten die Einsatzverhält-

¹⁴⁴¹ Siehe M. Beer, S. 416; Vern. W. M. v. 8. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1398 (zu dem Zeugen s. o., Anm. 7/1436); Vern. M. M. Z. (1945), ebd., Handakten, Bd. 1 (die Zeugin war Sipohäftling und arbeitete in der Autowerkstatt des KdS Minsk). Zu Baranowitschi: Mitteilung der Polnischen Militärkommission zur Ermittlung von Kriegsverbrechen in Europa v. 27. 5. 1947, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Handakten Bd. 7, Bl. 1107c; Kogon u. a., S. 90; über Einsätze im Kriegsgefangenenlager Lesnaja Vern. A. G. K. v. 5. 4. 1967, J. I. S. v. 17. und 18. 7. 1967 und S. S. N. v. 7. 2. 1967, BStU AS 74/67, Bd. 2, Bl. 261, 266, 293, 306f. und 330. Laut Karl Buchner (Vern. v. 3. 11. 1945, IfZ Fb 101/16) gab es in Minsk 1942/43 vier Gaswagen. – Über einen Einsatz von Gaswagen im Bezirk Bialystok oder im GK Wolhynien-Podolien ist nichts bekannt.

¹⁴⁴² Siehe dagegen Kogon u. a., S. 88f., die davon ausgingen, daß die Gaswagen bei der Einsatzgruppe B von Minsk aus verteilt worden seien. Es wurden auch mehr als sechs kleinere Gaswagen (so die Annahme von M. Beer, S. 413–415) hergestellt und eingesetzt, nämlich allein in Weißrußland vier. Beer vertraut hier zu sehr auf Nachkriegsaussagen der Täter.

¹⁴⁴³ Vgl. Geßner, S. 94; Lichtenstein 1990, S. 159–167; BStU, RHE 37/76, besonders Auskunftsbereich des MfS zur Anfrage 705/74 v. 21. 8. 1974, Bd. 1, Bl. 35–37; Vern. A. A. G.-G. v. 29. 10. 1975, Bd. 3, Bl. 89 (den Bau übernahm ein etwa 50jähriger Gefreiter); Vern. Herbert Paland v. 23. 6. und 15. 7. 1977, Bd. 4, Bl. 13 und 90; Urteil Stadtgericht Berlin gegen Paland 101a BS 42/78, 211–54–78 v. 14. 8. 1978, in: Geßner, S. 181–202, besonders S. 195f.

¹⁴⁴⁴ Riedel gab an, auf Anraten des Stadtkommandanten von Mogilew, Generalmajor v. Erdmannsdorff, gehandelt zu haben (Lichtenstein 1990, S. 163). Dies allerdings wohl fälschlich, denn v. Erdmannsdorff traf erst am 26. 3. 1944 in der Stadt ein. Vgl. Kohl (Hg.), Minsker Protokolle, in: Die Wahrheit v. 10./11. 9. 1988.

¹⁴⁴⁵ In der Urteilsbegründung v. 14. 6. 1974 hieß es, »daß die vier [!] vergasten Delinquenten keine erheblichen oder längeren körperlichen oder seelischen Leiden erdulden mußten. Sie sind an Sauerstoffmangel gestorben.« Die Tötung sei weder heimtückisch noch arglistig noch grausam erfolgt. Zitiert nach: Lichtenstein 1990, S. 164. In Wahrheit war der Gastod außerordentlich qualvoll.

¹⁴⁴⁶ Siehe Robel, S. 540f., und Vern. Karl Buchner v. 30. 4. 1945 (Kontrollleur der Vernichtung durch Gaswagen beim KdS Minsk, Abteilung IV B), IfZ Fb 101/16.

nisse in Weißrußland dazu, daß man die große Mehrheit der Juden und anderer Opfergruppen nicht im Gas, sondern durch Erschießen ermordete. Denn die Tötungskapazität der Gaswagen war für die Zwecke der Täter zu gering. In einem Wagen konnten pro Tag zwischen 350 und 400 Menschen gemordet werden.¹⁴⁴⁷ Die meisten weißrussischen Juden starben aber während großer Massaker, in denen bis zu 10000 Menschen binnen ein bis zwei Tagen vernichtet wurden; mit drei oder vier Gaswagen wäre dies nicht durchführbar gewesen. Auch für die Vernichtung von Transporten mit jüdischen Deportierten, die 1000 Menschen umfaßten – eine Hauptfunktion der Gaswagen im GK Weißruthenien –, erschienen drei Wagen noch zu wenig, so daß ein weiterer angefordert wurde.¹⁴⁴⁸ Für Außeneinsätze bei Vernichtungsaktionen in den Ghettos der kleinen, oft entlegenen Städtchen waren die Gaswagen aus zwei Gründen ebenfalls nicht geeignet: wegen des großen Risikos eines Defekts auf den schlechten Straßen und wegen möglicher Partisaneneinwirkung. Entsprechend selten waren Außeneinsätze überhaupt, insbesondere im Rahmen der Partisanenbekämpfung.¹⁴⁴⁹ Selten wurden Wagen von verschiedenen Standorten zusammengezogen, jedoch nur bei Aktionen in zentralen Orten.¹⁴⁵⁰ Daneben wurden auch andere Gründe gegen den Einsatz der Gaswagen geltend gemacht.¹⁴⁵¹

So wurden die Vergasungsfahrzeuge in erster Linie direkt an ihren Standorten für zwei Aufgaben gebraucht: erstens für die regelmäßige Leerung der Gefängnisse, das heißt für die Ermordung von Häftlingen aus Arbeits- und Todeslagern (wie in der Minsker Schirokejastraße), die meist als arbeitsunfähig ausgesondert worden waren,¹⁴⁵² beispielsweise für die Ermordung von 3000 vermeintlich unproduktiven »Bandenverdächtigen« (Alten, Frauen und Kindern) aus dem Raum Polozk in Trostinez im Februar 1943,¹⁴⁵³ und zweitens für die Vernichtung der aus Mitteleuropa eintreffenden Judentransporte des Jahres 1942.¹⁴⁵⁴

¹⁴⁴⁷ Der Mittäter Franz Karl Hess sagte aus, bei der Ghettoaktion in Minsk im Juli 1942 hätte jeder Wagen zwischen 7.00 und 17.00 Uhr sechs bis sieben Fahrten (nach Trostinez und zurück, also über etwa 20 Kilometer) mit je 50 bis 60 Opfern gemacht. Mehr Fahrten können es, wenn man die Zeit für das Hineintreiben der Opfer und das Ausladen der Leichen bedenkt, am Tag kaum gewesen sein. Vern. Franz Karl Hess v. 16. 12. 1945, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 20.

¹⁴⁴⁸ Vgl. BdS Ostland, I t, an RSHA II D 3a v. 15. 6. 1942, IMT, Bd. 26, S. 106f. Die Insassen der Deportationszüge wurden jeweils zum Teil erschossen: Vern. T. F. v. 4. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1372–74, und Tätigkeitsberichte des II. Zuges der Waffen-SS vom Sommer 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 246ff. Zu den Gefängnisräumungen z. B. Vern. Adolf Rube v. 24. 5. 1962, StA Hannover 2 Js 299/60, Bd. 8, Bl. 97R.

¹⁴⁴⁹ Zum Einsatz bei der Partisanenbekämpfung Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 119 und 286; über tagelanges Wegbleiben des Gaswagens beim EK 8 berichtete auch die ehemalige Putzfrau bei dem Kommando, S. I. B. (Vern. v. 9. 4. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 10, Bl. 115). Siehe allgemein Kap. 7.4a-e und 9.2 dieser Darstellung. Karl Buchner (Vern. v. 30. 4. 1945, IfZ Fb 101/16) bestritt, daß es überhaupt Außeneinsätze gegeben habe.

¹⁴⁵⁰ So bei der Vernichtung des am 31. 7. 1942 in Baranowitschi ausgeladenen Judentransports, bei dem Julimassaker 1942 und der Ghettovernichtung 1943 in Minsk. Vgl. Kogon u. a., S. 90f.; Vern. Johann Hassler v. 25./26. 5. 1962 (Auszug), StA München I 113 Ks 1/65a-b, Akte »Unterlagen« (kam im Sommer 1942 aus Orel zu zwei Einsätzen ins GK Weißruthenien, wie auch die Wagen des EK 8 und EK 9).

¹⁴⁵¹ Der ehemalige HSSPF Ostland, Friedrich Jeckeln (Vern. v. 20. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, Bd. 1, Bl. 25) nannte zu hohen Benzinverbrauch und Säuberungsprobleme.

¹⁴⁵² Hierzu Kohl, S. 80–83; Vern. Karl Buchner v. 3. 11. 1945, IfZ Fb 101/16; Vern. K. E. Kowalenko, P. S. Chwainizkaja, A. E. Maklakowa und W. A. Baschko v. 15. 7. 1944, ZStA Minsk 845–1–62, Bl. 10–16.

¹⁴⁵³ Siehe S. 101f. in dieser Darstellung.

¹⁴⁵⁴ Kogon u. a., S. 90.

Todeslager

Es gab Dutzende von Orten im besetzten Weißrußland, die mit vollem Recht als Vernichtungslager bezeichnet werden können. Nicht ohne Grund hat die weißrussische Öffentlichkeit, von den staatlichen Untersuchungskommissionen ausgehend, sie auch so genannt und besonderen Zweck und Verantwortliche im Einzelfall kaum unterschieden. Darunter waren Kriegsgefangenenlager, Sammel- oder Durchgangslager für Zwangsarbeiter, Arbeitslager der SS, der Organisation Todt oder 1944 der Fronttruppe, Flüchtlings- und Abschluslager für »Unbrauchbare«.¹⁴⁵⁵

Im folgenden soll es ausschließlich um Vernichtungsstätten, Lager und Gefängnisse von SS und Polizei gehen. Diese hatten nicht den offiziellen Status eines Konzentrationslagers.¹⁴⁵⁶ Von Bronnaja Gora bei Bereza-Kartuska war schon die Rede. Das bekannteste und wichtigste Lager war sicherlich Maly Trostinez etwa 12 Kilometer südöstlich von Minsk. Seine Entstehung ist nicht völlig geklärt. Nach Angaben von Paul Kohl wurde der Vernichtungsplatz Blagowschtschina in der Nähe von Maly Trostinez bereits vom ersten KdS Minsk, Erich Ehrlinger, im November 1941 ausgesetzt und von da ab benutzt.¹⁴⁵⁷ Tatsache ist, daß die erste zweifelsfrei nachgewiesene Exekution dort erst am 11. Mai 1942 stattfand. Noch bei der Minsker Ghettoaktion Ende Juli 1942 wurde nur ein Teil der Opfer in Maly Trostinez, ein anderer dagegen bei Petraschkewitschi am anderen Ende der Stadt ermordet.¹⁴⁵⁸ Trotz sogenanntem Heldenfriedhof, einem Gedenkstein für Heydrich und der Siedlungsabsicht von Strauch – Trostinez blieb immer ein Provisorium. Die allerdings phantastischen Pläne zum Neubau von Minsk sahen eine Vernichtungsstätte mit Krematorium und Eisenbahnanschluß an anderer Stelle, nämlich innerhalb der Stadt in der Gegend der Karl-Liebnecht-Straße vor.¹⁴⁵⁹ Eine stationäre Gaskammer hat es im Gegensatz zu manchen Bekundungen im Raum Minsk nie gegeben.¹⁴⁶⁰

¹⁴⁵⁵ Vgl. Kap. 8, 6.2e, 6.3d, 5.2d und 10.6.

¹⁴⁵⁶ Offizielle Konzentrationslager gab es im RKO nur auf dem Gebiet der baltischen Republiken. Vgl. Streim 1989, S. 174; ferner Orbach, S. 22, für die Maly Trostinez am ehesten von den Lagern auf dem Gebiet der Sowjetunion (in den Grenzen von 1938) dem Typ eines KZ entsprach.

¹⁴⁵⁷ Paul Kohl ist sicherlich der beste Kenner des Lagerkomplexes in und um Minsk (zu Trostinez S. 91–100). Seine Angaben sind aber oft, wie in diesem Fall (S. 92f.), nicht genügend belegt und überprüfbar. Im Verfahren StA Koblenz 9 Ks 2/62 (KdS Minsk) konnte nicht einmal eindeutig geklärt werden, ob der für Minsk vorgesehene Ehrlinger Ende 1941 dort je amtiert hat. Nur zwei kurze Besuche sind nachgewiesen.

¹⁴⁵⁸ Die Erschießungen am 2./3. 3. 1942 fanden noch nicht in Trostinez statt. Siehe S. 692f. in dieser Darstellung und Bericht II. Zug [der Waffen-SS] v. 17. 5. 1942 (gez. Arlt), in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 246.

¹⁴⁵⁹ Zu diesen Plänen Romanowski u. a., S. 39, leider ohne Beleg.

¹⁴⁶⁰ Denn in allen einschlägigen Verfahren tauchten solche nie auf. – Etwa Anfang Mai 1943 zeigte Kube einer Delegation italienischer Faschisten voller Stolz das Lager mit der Kleidung der ermordeten Juden in der Minsker Oper und eine Einrichtung, die vom Legationsrat im Auswärtigen Amt Rademacher in einer Notiz vom 15. 5. 1943 als »Gaskammer« bezeichnet wurde (Kogon u. a., S. 92). Es dürfte sich um einen Gaswagen gehandelt haben. – In seiner Vern. v. 16. 12. 1945 sprach Franz Karl Hess davon, daß im Dezember 1941 Juden in Minsk in »Gaskammern« vernichtet worden seien (BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 15), meinte aber vermutlich auch Gaswagen. – Die sowjetische Anklage erklärte in Nürnberg, »daß in Minsk das Prinzip der Todeswagen auch bei stationären Gaskammern angewandt wurde, die von den Verbrechern in gewöhnlichen Bädern eingerichtet worden sind« (Ankläger Smirnow in der Sitzung v. 19. 2. 1946, IMT, Bd. 7, S. 632). Gemeint waren hier vermutlich die Morde mit Gas im Badehäuschen der psychiatrischen Anstalt Nowinki im September 1941. Vgl. S. 1068f. in dieser Darstellung und »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR-38, BA F 16030.

Immerhin existiert eine ernstzunehmende Zeugenaussage, daß bereits im Januar 1942 ein vom KdS geführtes Lager bei dem Dorf Maly Trostinez existierte.¹⁴⁶¹ Zur zentralen Vernichtungsstätte wurde dieser Ort aber erst unter Strauchs Ägide. Im März oder April 1942 bekam der KdS eine benachbarte 200-Hektar-Kolchose als Landgut dazu, wo im Mai 1942 eine Viehwirtschaft aufgebaut wurde.¹⁴⁶² Zu jener Zeit gab es noch ein weißrussisches Kinderheim in Trostinez.¹⁴⁶³ Die Häftlinge des Lagers waren Juden und Nichtjuden, meist vermeintliche Widerstandskämpfer; unter den Juden waren zunächst vor allem deutsche und tschechische – denn zwischen 20 und 50 Juden wurden aus jedem Deportationstransport des Jahres 1942 ausgesondert und ins Lager gebracht –, später auch weißrussische. Die Zahl der Insassen dürfte meist zwischen 500 und 1000 geschwankt haben; nach der Ghettoauflösung im Oktober 1943 betrug sie 200. Zahlen von 5000 Häftlingen zu gleicher Zeit sind nicht haltbar.¹⁴⁶⁴

Die Insassen von Trostinez mußten im Lager selbst in der Landwirtschaft und verschiedenen Handwerksbetrieben (Schneiderei und Kleidersortierung, Wäscherei, Schmiede und Schlosserei, Tischlerei, Gerberei, Schusterwerkstatt, Glaserei, Mühle, Asphalt- und Sägewerk) arbeiten, offenbar meist für den Bedarf der KdS-Angehörigen; einige Häftlinge wurden täglich von Trostinez nach Minsk zu ihrem dortigen

¹⁴⁶¹ Vgl. Vern. L. S. L. v. 8. 12. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 9. L., Jude aus Baranowitschi, ist nach eigenen Angaben im Dezember 1941 für 17 Tage ins Lager Kolditschewo verschleppt und anschließend im Januar nach Trostinez gebracht worden.

¹⁴⁶² März nach Kohl, S. 93–95; April, infolge des Heydrich-Besuchs, nach Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 (Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 193). Aufbau der Viehwirtschaft: Vern. L. G. v. 19. 8. 1960 und 3. 11. 1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 4469 und 9413f. (deutscher Jude, der am 8. 5. 1942 als Begleiter eines Viehtransports vom Lager Salaspils bei Riga in Trostinez eintraf und Leiter der Viehzucht dort wurde); II. Zug Waffen-SS (Arlt), Tätigkeitsbericht v. 19. 6. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 250 (19. 5. Transport von Pferden und Maschinen von Kopyl aus nach Trostinez). Arlt (ebd., S. 246) erwähnt erstmals im Bericht v. 17. 5. für den 4. 5. die Existenz des »Gutes vom Kdr.« in Trostinez.

¹⁴⁶³ Siehe Minsker Zeitung v. 16. 5. 1942. Unklar ist, ob der verantwortliche Journalist dies verwechselte, denn im ähnlich klingenden Drosdy (6 km nordwestlich Minsk) – ebenfalls eine ehemalige Vernichtungsstätte, die von Zeugen der Nachkriegszeit gelegentlich mit Trostinez durcheinandergebracht wurde – existierte später ein sogenanntes »Mädellager«. GK Weißruthenien, Abtlg. I Jugend, Betrifft: Weißrussisches Mädellager in Drostje bei Minsk v. 29. 4. 1943, ZStA Minsk 391–I–98, Bl. 4. So oder so: es herrschte eine auffällige Affinität der Verantwortlichen, Kinderbetreuungseinrichtungen an Stätten des Todes zu legen und umgekehrt. – Das Gut Drosdy unterstand später der Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland und diente Ende 1943 als Sitz des KdG Weißruthenien. Siehe Vern. H. G. v. 3. 2. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1844, und Minsker Zeitung v. 27. 5. 1942.

¹⁴⁶⁴ Diese Ziffer nennt Kohl, S. 96, dem zufolge täglich 500 Menschen dort ermordet wurden, für Mai 1943. Die verschiedenen Angaben in den Verfahren StA Koblenz 9 Ks 2/62 (KdS Minsk), StA Hamburg 141 Js 204/60 (Komplex SK 1005) und ZStL 202 AR-Z 184/67 (Stadtkommissariat Minsk) sprechen dagegen. Die Zeugin J. S. (Brief v. 11. 4. 1948, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 10546) sprach von 600 bis 900 Insassen; sie war als Arbeitshäftling Köchin in Trostinez und kannte die Zahl der zu Verpflegenden. Vgl. Vern. J. G. v. 11. 8. 1959, ebd., Bl. 584 (500 jüdische Häftlinge); Bericht eines Wiener Juden (undatiertes Fragment), BDC SL 47 C (Höchststand 1300 Juden und 300 Nichtjuden 1942; später rund 700); Safrian, S. 186, (nach einem Bericht Isak Grünbergs aus dem Oktober 1942 1200 Insassen, meist Polen sowie sowjetische Kriegsgefangene); Adler, S. 198 (»nie mehr als 640 Juden gleichzeitig«). 200 im Herbst 1943: Vern. L. G. v. 19. 8. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 4471. Erst mitteleuropäische, dann weißrussische Juden: Vern. E. S. v. 12. 12. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 9.

Gebäude gebracht.¹⁴⁶⁵ Im Lager selbst gab es offenbar auch Einrichtungen der Organisation Todt und des Reichsarbeitsdienstes, in deren Diensten möglicherweise auch Lagerinsassen beschäftigt waren.¹⁴⁶⁶ Insgesamt war die wirtschaftliche Bedeutung des Lagers aber gering.¹⁴⁶⁷

Die offiziöse Zahl der Opfer, die in und um Trostinez ermordet und verscharrt wurden, beträgt 206 500.¹⁴⁶⁸ Solche Ziffern – unmittelbar nach dem Krieg wurden sogar 546 000 Opfer angegeben – sind nach der vorliegenden Untersuchung bei weitem zu hoch. Zu rekonstruieren scheinen etwa 40 000 Opfer sowie zusätzlich eine unbekannte Zahl von Gefängnis- und Lagerhäftlingen aus dem Raum Minsk, die bei Razzien und Unternehmen der Partisanenbekämpfung festgenommen worden waren.¹⁴⁶⁹ Genaue Angaben sind unmöglich, da die Massengräber ab Oktober 1943 vom deutschen Sonderkommando 1005 exhumiert und die Leichen verbrannt wurden. Die Aussagen der daran Beteiligten weisen ebenfalls auf etwa 40 000 bis 50 000 Tote in den dortigen Massengräbern hin.¹⁴⁷⁰ Die Berichte der Untersuchungsbehörden von 1944 gaben *etwa* 150 000 oder *bis zu* 150 000 Opfer an, griffen aber wohl auch zu hoch.¹⁴⁷¹ Insgesamt – das ist eine grobe Schätzung – könnten 60 000 Menschen bei Trostinez vernichtet worden sein.¹⁴⁷²

¹⁴⁶⁵ Direkt in Minsk: Vern. L. S. L. v. 8. 12. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 9; Adler, S. 198. Werkstätten: Kohl, S. 95; Safrian, S. 186; Bericht eines Wiener Juden (Fragment), BDC SL 47 C; Vern. H. M. v. 15. 4. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 118 f.; J. G. v. 11. 8. 1959, Bl. 584; L. W. v. 20. 10. 1961, Bl. 9281.

¹⁴⁶⁶ Siehe ebd.; Vern. J. S. v. 20. 3. 1962, ebd., Bl. 10527. Häftlinge in Trostinez mußten Straßenbauarbeiten leisten nach Adler, S. 198.

¹⁴⁶⁷ Das zeigt auch der von Dieter Corbach, Köln, erstellte Ortsplan v. 15. 12. 1992, MGVK Minsk.

¹⁴⁶⁸ Sie wird manchmal auch mit 205 000 angegeben. Vgl. Baranowa/Pawlowska, S. 112; Romanowski u. a., S. 43; Kostoli, Chatyn, S. 77; Kohl, S. 92.

¹⁴⁶⁹ Die Zahl 40 000 setzt sich zusammen aus: je etwa 5000 Opfern bei den Ghettoaktionen im Juli 1942 und Herbst 1943; etwa 20 000 aus Mitteleuropa 1942 zur Vernichtung nach Trostinez deportierten Juden; 3000 sogenannten Bandenverdächtigen, die an zehn Tagen im Februar 1943 im Gas getötet wurden, und 6500 Opfern bei den Massakern an den Lager- und Gefängnisinsassen Ende Juni 1944 beim deutschen Rückzug. – Mindestens 546 000 Opfer waren es nach dem Bericht v. 25. 7. 1944 über Gewalttaten im Konzentrationslager in der Umgebung des Dorfes Trostinez, ZStL UdSSR Bd. 424, Inhaltsangabe zu Bl. 766–778.

¹⁴⁷⁰ Darin waren die Opfer im letzten halben Jahr der Besatzung, vor allem aber die 6500 aus ihren letzten Tagen, die in Schaschowka umgebracht wurden, nicht enthalten. Zur Gesamtzahl siehe Spector, Aktion 1005, S. 166; Vern. Adolf Rübe v. 17. 12. 1947, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, US-Vernehmungen, Bl. 91 (50 000 Leichen südlich Minsk und 15 000–20 000 am entgegengesetzten Ende der Stadt); Vern. ders. v. 1. 9. 1959, StA Hamburg 141 Js 204/60, Akte »Ludwigsburg – Vorgänge Rübe«, Bl. 17 f. (40 000 Leichen südöstlich Minsk); Vern. Georg Heuser v. 28. 2. 1964, ebd., Bl. 5404.

¹⁴⁷¹ Zahl und Größe der Massengräber ist nicht ganz klar; nur einige wurden geöffnet. Allgemein wurde ihre Zahl in Blagowschtschina mit 34 angegeben (Rübe und Heuser sprachen von 15–18, Vern. wie Anm. zuvor), von denen jedoch, anders als bei Kohl, S. 97, ausgeführt, nur *einige bis zu* 50 m lang und nicht *alle* 60 m lang waren. Ihr Rauminhalt betrug also deutlich weniger als 25 000 m³ (die bei schätzungsweise höchstens sechs Leichen je m³ bis zu 150 000 ermordeten Menschen entsprochen hätten), ist jedoch nicht genau anzugeben. Selbst das ursprüngliche Ausmaß der Massengräber war schon 1944 kaum noch feststellbar, da das Sonderkommando 1005 Erdarbeiten mit Raupenschleppern vorgenommen hatte. Vgl. »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR-38, BA F 16030; Angaben zu Trostinez in ZStA Minsk 845–1–62, Bl. 1–48, besonders Bl. 1 und undatierte Vern. W. A. Buzewitsch, Bl. 27–32; Akt Stadt Minsk v. 13. 8. 1944, Sonderarchiv Moskau 1525–1–473, Bl. 309–316, auch in: Beluga (Hg.), S. 224–226.

¹⁴⁷² Es gab eine Reihe weiterer Vernichtungsorte in der Umgebung von Minsk. Außer den Gräbern von Glinitschtschi im Nordwesten mit etwa 66 000 und bei Uretschje mit schätzungsweise 12 500 (offiziell 30 000) vernichteten Kriegsgefangenen gab es den Graben von Drosdy (10 000 tote Zivilisten), die Gräber bei Petraschkewitschi (14 000–20 000 tote Zivilisten; offiziell einmal 25 000, einmal 54 000) sowie bei Tu-

Das Arbeits- und Vernichtungslager Kolditschewo (20 Kilometer nördlich von Baranowitschi) existierte schon früher als Maly Trostinez. Die KdS-Außenstelle Baranowitschi unter Waldemar Amelung richtete es im Dezember 1941 ein.¹⁴⁷³ Das Besondere an diesem Lager war, daß das Wachpersonal – außer wenigen SS-Unteroffizieren zur Überwachung – aus etwa 100 weißrussischen Kollaborateuren bestand, die ziemlich selbständig vorgehen durften und das nicht weniger brutal taten als ihre deutschen Vorbilder.¹⁴⁷⁴ Bis zu 10 000 Häftlinge sollen gleichzeitig in Kolditschewo gewesen sein (eine deutlich geringere Zahl ist wahrscheinlicher). 22 000 wurden dort ermordet, darunter allein 2000 in den letzten Tagen der Besatzung.¹⁴⁷⁵ Im März 1944 fuhr von dort aus ein größerer Transport nach Auschwitz.¹⁴⁷⁶

Ein weiteres großes Todeslager gab es mitten in Mogilew. Um die Monatswende September/Oktober 1941 geschaffen und zeitweilig als Keimzelle eines Durchgangs- und Vernichtungslagers mit internationaler Funktion gedacht,¹⁴⁷⁷ wurde es nach Himmlers Besuch am 23. Oktober 1941 erweitert. Bis 1943 war dort eine wechselnde Zahl von Menschen aus der Region und möglicherweise aus Polen inhaftiert – nach Zeugenaussagen etwa zwischen 1000 und 4000, Anfang September 1943 vor der Räumung einem Aufklärungsbericht sowjetischer Partisanen zufolge 500, davon 276 Juden.¹⁴⁷⁸ Zu einem nicht zu klärenden Zeitpunkt, vermutlich 1942, wurden auf Befehl Bach-Zelewskis bis zu 4000 jüdische Insassen des Lagers auf einen Schlag erschossen – nicht die einzige Aktion dieser Art.¹⁴⁷⁹ Die Erschießungen und Ausladungen

tschinka, am jüdischen Friedhof, im Kulturpark usw. Siehe ebd. und Kohl, Anm. 132, S. 264 f. Die genannten Abweichungen meiner Schätzung von den offiziellen Zahlen ergeben sich teilweise – nicht immer –, soweit die Abmessungen der Massengräber bekannt sind. Zu weiteren Vernichtungsorten in Minsk siehe Kohl, S. 77–90; Schlootz, S. 75; Vern. Eberhard Herf v. 26. 12. 1945, ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 67.

¹⁴⁷³ Siehe Akt der Rayonkommission von Gorodischtschi v. 23. 4. 1945, ZSt Dortmund 45 Js 11/62, Bd. 24, Bl. 3 f.; Kohl, S. 46; Vern. Georg Heuser v. 16. 3. 1964, StA Hamburg 147 Js 204/60, Bl. 5425 (Heuser gebrauchte den Begriff »Schutzhaftlager«); Vern. L. S. L. v. 8. 12. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 9.

¹⁴⁷⁴ Siehe einen Prozeßbericht von 1963 von I. Andronow, Die Feinde Belorußlands, StA München I 22 Ks 1/61, Leitzordner »Dokumente«, Bl. 187–195; Dr. Selik Lewinbuk, Der Untergang der Juden von Baranowicze, in: Baranowitschi-Gedenkbuch (Übersetzung), StA München I 113 Ks 1/65a–b, Bl. 380; Lof-tus, S. 30; Birn 1997, S. 208.

¹⁴⁷⁵ Akt der Rayonkommission von Gorodischtschi v. 23. 4. 1945, ZSt Dortmund 45 Js 11/62, Bd. 24, Bl. 3 f.; Kohl, S. 46–48, der erwähnt, daß es 25 Häftlingsbaracken gegeben habe; Vern. H. J. W. v. 11. 11. 1961, StA München I 113 Ks 1/65a–b, Bl. 1144; zu den Werkstätten in Kolditschewo Vern. Alfred Renndorfer v. 18. 4. 1962, ebd., Bl. 1561. Ein Landgut beim Lager wurde der KdS-ASt erst 1943 überlassen; Vern. E. v. d. Br. (örtlicher LO-Funktionär) v. 23. 10. 1962, ebd., Bl. 2449. Zu einer größeren Erschießung im Herbst 1943 ebd., Anklageschrift v. 2. 4. 1964, S. 39–41. Die Gesamtzahl der Opfer erscheint nach den Exhumierungsergebnissen laut Untersuchungsbericht der Stadt Baranowitschi v. 1. 1. 1945 (ebd., Hilfs-akten; Auszüge in Beluga [Hg.], S. 261–271) realistisch.

¹⁴⁷⁶ Hierzu Kohl, S. 47, und I. Andronow, Die Feinde Belorußlands, StA München I 22 Ks 1/61, Leitzordner »Dokumente«, Bl. 188. – Zu einer Massenflucht v. 22. 3. 1944 vgl. Joseph B. Foxman, The Escape from Koldyczewo Camp, in: Suhl, S. 172–175; siehe auch Tec 1996, S. 283 f.

¹⁴⁷⁷ Siehe S. 650 ff. in dieser Darstellung.

¹⁴⁷⁸ Geheimdienstbericht aus der Partisanenbrigade Grischin v. 7. 9. 1943, in: Armstrong, S. 735. Vgl. ferner Vern. H. K. v. 6. 8. 1959 (Fahrer Bach-Zelewskis), ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 637: »Das Lager fasste ca 2000 Personen, es war aber stets überbelegt, so dass sich ca 4000 Personen darin befanden. Es waren Männer und Frauen und auch Kinder im Lager untergebracht.« Vern. H. W. v. 5. 11., K. J. v. 4. 11., A. P. v. 7. 11. 1959, Bl. 804, 821R und 832R; F. H. v. 8. 10. 1959, Bl. 1154 f.

¹⁴⁷⁹ Brief und Vern. R. S. v. 25. 3. 1959 und 5. 8. 1958 (d. i. 1959), ebd., Bl. 453 und 641 f.; Brief und Vern. H. K. v. 30. 5. und 6. 8. 1959, ebd., Bl. 634 und 637 (sprachen beide von 4000 Opfern); Vern. des ehemaligen

von in Gaswagen Ermordeten fanden nicht mehr, wie 1941 überwiegend, bei Nowopaschkowo, sondern beim Dorf Polykowitschi statt.¹⁴⁸⁰ Im Herbst 1943 wurden die Maschinen des Arbeitslagers offenbar nach Minsk, die Häftlinge, soweit man sie nicht tötete, nach Lublin gebracht.¹⁴⁸¹ 1944 ist die Existenz eines »Konzentrationslagers des SD« in Borissow mit zentraler Funktion für den restlichen verbliebenen Militärverwaltungsbereich verbürgt. Nähere Informationen dazu fehlen.¹⁴⁸²

Orte des Todes waren im besetzten Weißrußland auch die Gefängnisse. Sie standen formal zumeist der Schutzpolizei. Die oft willkürlich Inhaftierten litten und starben an Schlägen und Folter, Überbelegung, fehlender Heizung und unzureichender Ernährung.¹⁴⁸³ Regelmäßig wurden die Gefängnisse mittels Massenexekutionen geleert, um Platz für neue Häftlinge zu machen.¹⁴⁸⁴ Punktuell läßt sich feststellen, wie

EK 8-Angehörigen G. M. M. v. 20. 11. und Urteil gegen ihn v. 20. 12. 1949 (2000 Juden im April 1942, die vorübergehend im Lager waren), ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 2, Bl. 474 f. und 479–481; StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Bd. 4, Bl. 1903–1908 (Morde im Jahr 1943); Vermerk StA Stuttgart 19(86)Js 68/74, Vermerk v. 22. 6. 1979, ebd., Bl. 1603.

1480 Jedoch sind die Leichen später vom SK 1005 verbrannt worden (Spector, Aktion 1005, S. 165). In Polykowitschi wurden 10 000, in Nowopaschkowo 17 000 Leichen in den Massengräbern geschätzt. Schlußfolgerung der Untersuchungskommission der Stadt Mogilew v. 8. 10. 1944, ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 277 ff. Dort auch zu den ungefähren Daten verschiedener »Aktionen«. Etwa 7500 Opfer waren Juden und 1200 psychisch Kranke aus Mogilew: S. 587–595 und 1069 ff. in dieser Darstellung; siehe auch Cholawsky 1988, S. 316.

1481 Siehe HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Ia, Betr.: Verlegung von Dienststellen v. 8. 9. 1943, BA-MA SF-01/31688, Bl. 77; Aussagen Bach-Zelewskis in: Aufbau (New York) v. 6. 9. 1946.

1482 Leitender Feldpolizeidirektor bei Heeresgruppe Mitte, Allgemeine Anordnungen Nr. 5 v. 26. 1. 1944 (Unterschrift: Niggemeyer), BA D-H ZM 868, A. 2, Bl. 16. Die GFP lieferte einen Teil ihrer Gefangenen bei den Organen des BdS Rußland-Mitte und Weißruthenien ab.

1483 Überbelegung: im Minsker Gefängnis befanden sich durchschnittlich zwischen 1200 und 1500 Personen, 20 bis 30 in einer Zelle von 40–50 m². Vern. Arthur Günther (Gefängnisdirektor) v. 19. 9. 1962, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bd. 76, Bl. 11359; Nachweisung über den Bestand an Gefangenen und deren Beschäftigung (nach zwei undatierten Eintragungen 784 bzw. 920 Insassen, meist Männer, ZStA Minsk 394–1–1a, Bl. 48 f.); Stadtkommissar Brest, Lagebericht v. 20. 5. 1942, BA F 13752, Bl. 108 f. Unerträgliche Lebensbedingungen: Vern. Eberhard Herf (Januar 1946), ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 117; Geßner, S. 180 (zur GFP-Gruppe 580); SS- und Polizeistandortführer Brest, Lagebericht v. 15. 3. 1942, BA F 13752, Bl. 58 f. (Mangelernährung). Ferner Vern. Georg Heuser v. 16. 3. 1964, StA Hamburg 141 Js 204/60, Bd. 27, Bl. 5423 f.: KdS-Gefangene waren überwiegend im Zivilgefängnis untergebracht.

1484 Das Teilkommando Borissow des EK 8 tötete zwischen Ende Juli und Ende September 1941 rund 1000 Gefängnisinsassen, das EK 8 in Mogilew in vier Monaten 1942 rund 2000. Am 28. Januar 1942 wurden z. B. in Minsk 328 Gefangene im Zivilgefängnis wegen angeblicher Seuchengefahr von KdS-Angehörigen im Einvernehmen mit Kube erschossen – 30 mehr als ursprünglich vorgesehen, weil das Massengrab nicht voll ausgenutzt war. Im Dezember waren dort bereits 250 Häftlinge weggeschafft und erschossen worden. Zwischen dem 13. 4. und 31. 5. 1943 wurden 516 Gefangene erschossen oder in Gaswagen ermordet. Vgl. Vern. W. K. v. 13. 6. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 729 f.; Vern. H. S. v. 27. 8. 1963, StA Hannover 2 Js 299/60, Bd. 12; Oberregierungsrat Haensel, Anlage zum Bericht über die Dienstreise vom 2. 2.–4. 3. v. 6. 3. 1942 und Stellungnahme Heydrichs in Schnellbrief RSHA IV A1 an den stellvertretenden Ostminister Meyer v. 25. 3. 1942, BA R 4311/684a, Bl. 126 f. und 170–172; mit abweichender Opferzahl (311): HSSPF Ostland an RKO Ilc, Betrifft: Besondere Vorkommnisse v. 10. 2. 1942, BA D-H FW 490, A. 27, Bl. 4, und EM 165 v. 6. 2. 1942, BA-MA SF-01/28935, Bl. 3798; Eigenhändige Niederschrift Franz Hess v. 19. 7. 1945, BA D-H ZR 810, A. 23, Bl. 3; Gerichtsgefängnis Minsk (Günther) an GK Weißruthenien, Betr.: Judenaktionen v. 31. 5. 1943, BA F 15510, Bl. 039. Weiter Kohl, S. 79 f.; ders. (Hg.), Minsker Protokolle, in: »Die Wahrheit« v. 3./4. und 17./18. 9. 1988 (Angeklagte Koch und Hess); schriftl. Aussage Leopold Bischof u. a. über das Gefängnis in Baranowitschi (1942), in: Beluga (Hg.), S. 32.

viele Menschen in den Gefängnissen saßen – wie viele dort oder von dort in den Tod gingen, kann man nicht einmal schätzen.

Verwischung der Spuren

Im Frühjahr 1942, nach Entdeckung der ersten Massengräber durch die Sowjets infolge der deutschen Rückzüge, begann man bei der SS-Führung mit Überlegungen, wie man die Spuren der eigenen Verbrechen möglichst verbergen oder unkenntlich machen könne.¹⁴⁸⁵ Das sogenannte Sonderkommando 1005 (es hatte möglicherweise auch andere Decknamen) unter Paul Blobel, dem berüchtigten ehemaligen Chef des SK 4a, hatte es zu übernehmen, die Leichen auszugraben und auf großen Holzstapeln oder in Brennöfen einzuäschern. Genauer: es beaufsichtigte diese Arbeiten, Häftlinge oder Kriegsgefangene mußten sie ausführen, die ohne Ausnahme nach einigen Wochen ermordet wurden, um alle Zeugen zu beseitigen. Zwischen dem Herbst 1943 und dem Sommer 1944 fielen diesem Vorgehen in Weißrußland viele hundert Menschen zum Opfer.¹⁴⁸⁶ Bemerkenswert ist im hier erörterten Zusammenhang folgendes: Dieser gräßliche Versuch, Massenverbrechen geheimzuhalten, scheiterte vollständig. Ob untere Wehrmachtdienstgrade, Landwirtschaftsführer oder Offiziere der Ordnungspolizei – alle waren im Bilde.¹⁴⁸⁷ Bescheid wußten vor allem die weißrussischen Anwohner. Die Nachrichten sprachen sich wie ein Lauffeuer herum, und noch während der Besatzung erschienen in der illegalen Presse der Partisanen Artikel darüber.¹⁴⁸⁸ Auch in

1485 Siehe Spector, Aktion 1005; Rieß, S. 91–97; Urteil LG Hamburg 147 Ks 2/67 v. 9. 2. 1968 gegen Krahner u. a., S. 28 ff.; Orbach, S. 28; Himmler an Heinrich Müller v. 20. 11. 1942, BStU ZUV 9, Bd. 2, Bl. 118; Fall 9, Protokoll, Bl. 1761 (BA F 56828).

1486 Weitere Tarnbezeichnungen für bestimmte Sachverhalte waren »Wettermeldung« (Gennadi Budai: Gruppe 117, in: In den Wäldern Belorußlands, S. 448 ff.), »Holzeinschlag« (Leichen liefen unter »Holzstamm«: Vern. K. H. P. v. 5. 11. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1077; dieser Sprachgebrauch soll vom berüchtigten SS-Ustuf. Arlt, nunmehr bei der KdS-AsSt Wilna, gestammt haben) und »NR = 1189« (so bezeichnete Jeckeln die Einheit in seiner Vern. v. 14. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, Bd. 1, Bl. 19). Die Feldpostnummer der von Minsk aus operierenden Gruppe war »24231 (1005)«. Siehe die Briefe des K. F. in StA Hamburg 141 Js 204/60, Anlagenband 4. – Der genaue Beginn und Ablauf der Aktionen im östlichen Weißrußland ist unklar. In Minsk, Borissov und Mogilew fingen sie im Oktober 1943 an. Zum Ablauf im GK Weißruthenien Vern. Adolf Rube v. 10. 6. 1961, StA Hamburg 141 Js 204/60, Bl. 1068–1081; Urteil LG Hamburg 147 Ks 2/67, S. 36 ff.; Spector, Aktion 1005, S. 165–167. Der zeitliche Ablauf ergibt sich aus den Privatbriefen des K. F. in StA Hamburg 141 Js 204/60, Anlagenbd. 4 (Oktober 1943 Minsk, Mai 1944 Pinsk). In Bronnaja Gora fanden die Enterdungen im März 1944 statt (Untersuchungsbericht v. 15. 9. 1944(?), ZStL II 204 AR-Z 334/59, Bl. 1648).

1487 Vgl. Vern. W. M. v. 13. 5. 1960, ZStL II 202 AR-Z 64/60, Bl. 28; Vern. J. B. v. 6. 2. 1961, ZStL 202 AR-Z 393/59, Bd. 2, Bl. 368–370; Erlebnisbericht »Partisanenkämpfe (Bialystock Apr. 43–Juli 44)« des ehemaligen KdO Bialystok, v. Bredow, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6333, B III, 2, Bl. 19.

1488 Zeitgenössische deutsche Abschrift/Übersetzung eines Partisanen-Flugblatts (undatiert, etwa März 1944), BA F 13742, Bl. 1071. Ferner: »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR-38, BA F 16030; S. A. S./S. N., Lebende Zeugen und Urkunden klagen an, in: Grodnoer Prawda v. 5. 3. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6208 (in Grodno von Mai bis Juli 1944); Akt Nr. 5 der Stadt Borissov v. 12. 9. 1944, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Braunes Buch; Vern. S. W. aus Polykowitschi bei Mogilew, »des Lesens und Schreibens wenig kundig«, v. 31. 7. 1944, ZStL UdSSR Bd. 424, Bl. 116 f.; Vern. N. S. Runzewa v. 15. 7. 1944 und W. A. Buzewitsch (undatiert), ZStA Minsk 845–1–62, Bl. 9 und 27–32. – In der Untergrundpresse im besetzten Gebiet erschienen im ersten Halbjahr 1944 auch Berichte z. B. über das Vernichtungslager Kolditschewo und die Massaker an den Juden in Slonim: siehe Moshe Kaganowitsch, Der Anteil der Juden an der Partisanenbewegung Weißrußlands (Inhaltsangabe), StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 594/R.

der Wehrmacht, nämlich im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte, wurde mit dem Ziel der Vertuschung erwogen, Leichen aus Massengräbern bei Kriegsgefangenenlagern zu enterden und zu verbrennen. Angeblich ist es zu solchen Aktionen von Wehrmachtseite nicht mehr gekommen.¹⁴⁸⁹ Den Enterdungskommandos von Sicherheitspolizei und SD gelang es schließlich nicht einmal annähernd, alle aus Mordaktionen an Juden und Nichtjuden resultierenden Massengräber zu enterden, geschweige denn unkenntlich zu machen, und es gelang ihnen auch bei weitem nicht, überhaupt alle diese Orte wiederzufinden – zu viele Massaker hatten allein ihre eigenen Dienststellen und Einheiten verübt, zu viele andere Einheiten hatten aber auch selbständig solche Massenmorde durchgeführt.

8. Die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener auf dem Boden Weißrußlands

8.1 Verbrechen der deutschen Fronteinheiten auf dem Schlachtfeld im Sommer 1941

Massenverbrechen an Angehörigen der Roten Armee begannen nicht erst in den Kriegsgefangenenlagern, sondern bereits während der Kämpfe und kurz danach. Diese Morde und Verletzungen des Kriegs- und Völkerrechts, von denen die Forschung bisher kaum Notiz genommen hat,¹ können hier nur anhand einiger zentraler Befehle und stichprobenartiger Quellenstudien dargestellt werden.² Sie sind geeignet, das Handeln der Fronteinheiten – von einfachen Soldaten, niederem Offizierskorps und Truppenführung – in neuem Licht erscheinen zu lassen.

Von den ersten Kriegstagen an erschossen viele Einheiten der Heeresgruppe Mitte sowjetische Soldaten, die sich mit erhobenen Händen ergeben oder überlaufen wollten, die kampfunfähig oder bereits gefangen waren. Der Kommandeur des XXXXVII. Panzerkorps, General Joachim Lemelsen, prangerte in einem Befehl vom 25. Juni 1941 das sinnlose Erschießen von Kriegsgefangenen und Zivilisten an, wie es nach seiner persönlichen Beobachtung wiederholt vorgekommen war. Er gab die Anweisung, damit Schluß zu machen, nahm davon allerdings die Tötung von Kommissaren und Partisanen ausdrücklich aus.³ Fünf Tage später erklärte Lemelsen in einem Aufruf:

1489 Zu diesen Plänen für die Ausgrabung und Einäscherung – angeblich bezogen auf Gräber bei Borissow – Vern. Prof. Hermann Gackenholtz (damals Führer des KTB der Heeresgruppe, nach dem Krieg Historiker) v. 14. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1452.

1 Lediglich Omer Bartov (1985; 1991) hat sich eingehend mit diesen Fragen beschäftigt. Allerdings verlagert sich sein Interesse schnell auf die Mentalitätsforschung, seine Quellenbasis ist mit den Akten dreier Divisionen schmal, und seine Folgerungen gehen, damit verglichen, sehr weit.

2 Die für eine umfassende Darstellung notwendige breite Untersuchung von Regiments-, Divisions-, Korps-, Armee- und Heeresgruppenakten vorzunehmen, hätte den Rahmen dieser Arbeit gesprengt. Dazu müßte man auch Feldpostbriefe, private Tagebücher und persönliche Befragungen sowie Justizunterlagen – besonders ausländische, die Wehrmachtaktionen stärker in den Blick nahmen – heranziehen.

3 Vgl. Bartov 1991, S. 85.

»Trotz meiner Verfügung vom 25. Juni 1941, die anscheinend nicht bis zu den Kompanien durchgedrungen ist, werden immer wieder Erschießungen von Gefangenen, Überläufern und Deserteuren festgestellt, die in unverantwortlicher, sinnloser und verbrecherischer Art und Weise stattfinden. Das ist Mord! [...] schnell wird sich aber im gegnerischen Heer das Bild von ungezählten, am Vormarschwege liegenden Soldatenleichen verbreiten, die ohne Waffen und mit erhobenen Händen eindeutig durch Kopfschüsse aus nächster Nähe erledigt worden sind. Der versprengte Feind versteckt sich daher in Wäldern und Feldern, kämpft aus Angst weiter und wir verlieren unzählige Kameraden.«⁴

Juden aus der Stadt Slonim, die gezwungen wurden, diese Leichen wegzuräumen, bezeugten dies ebenso wie bei Minsk der deutsche Unteroffizier Robert Rupp, der in seinem Tagebuch festhielt:

»Viele Erschossene, die ich liegen sah, lagen mit erhobenen Händen da und ohne Waffen und sogar ohne Koppel. Mindestens hundert sah ich so liegen. Man erzählt sich, daß sogar ein Parlamentär, der mit weißer Fahne kam, niedergeknallt wurde! [...] Man hat auch Verwundete erschossen.«⁵

An vielen Orten machte die deutsche Truppe »keine Gefangenen«.⁶ Teilweise wurde das mit Kriegsrechtsverletzungen der Sowjets begründet. Am 25. Juni 1941 meldete das Infanterie-Regiment 9 der 23. Infanteriedivision im Raum Bialystok einen Zwischenfall beim 3. Bataillon, bei dem infolge Mißbrauchs der weißen Fahne durch Sowjetsoldaten sechs Wehrmachtangehörige ums Leben kamen. Darauf ordnete der Divisionskommandeur, Generalmajor Heinz Hellmich – später ausgerechnet General der Osttruppen – an, weiße Fahnen gleich für den ganzen Divisionsbereich nicht mehr zu beachten: »Es gibt kein Pardon!« Die Regelung wurde noch am gleichen Tag durch den Korpskommandeur, General Fahrmbacher, auf den gesamten Bereich des VII. Armeekorps ausgedehnt.⁷ Am 28. Juni machte das Infanterie-Regiment 9 wegen der angeblichen Verstümmelung deutscher Gefangener erneut »keine Gefangenen«. In den ersten acht Tagen geschah das nach Angaben der Division »oft«, wodurch die Gefangenenzahl mit 1507 »verhältnismäßig gering« ausgefallen sei – also waren Hunderte, die sich ergeben hatten, ermordet worden.⁸ Nach jenem 28. Juni wurden gewisse Gegenmaßnahmen ergriffen. Das Tagebuch des Oberleutnants Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg macht die Erwägungen im Offizierskorps nachvollziehbar:

28. Juni: »Zweifellos [...] steckt eine Gefahr für die Disziplin darin, wenn unsere Leute anfangen[,] auf eigene Faust »umzulegen«. Wenn wir das zulassen, begeben wir uns auf die Ebene der SS. Zweifellos verdient der Russe nach [seiner] Kampfesweise keinen Pardon mehr. Aber dann müssen sie im Kampf *oder nur auf Befehl von Offi-*

4 Gen.Kdo. XXXXVII. Pz.Kp. v. 30. 6. 1941, zitiert nach: Buchbender, S. 104; vgl. Bartov 1991, S. 86.

5 Tagebuch Robert Rupp v. 1. 7. 1941, zitiert nach: Lenhard, S. 69. Vgl. Bericht J. H. (undatiert), StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband J, Bl. 54f.

6 Zum Fall eines Pol.Btl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 27. 7. 1941, BA R 20/45b, Bl. 5.

7 Vgl. Inf.Rgt. 9, Abt. Ia, Mittagsmeldung v. 25. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 55447, Bl. 991; 23. Inf.Div., Abt. Ia v. 25. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 55448, Bl. 239; Paul, S. 175.

8 Vgl. Inf.Rgt. 9, Abendmeldung v. 28. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 55447, Bl. 1040f.; KTB 23. Inf.Div. für 25. und 28. 6. 1941 sowie Aufstellung »Gefangene u. Beute in der Zeit v. 22. 6.–29. 6. 41«, ebd., Bl. 340ff.

zieren erschossen werden. Alles andere beseitigt schlechthin alle Hemmungen und läßt keine Möglichkeit mehr, die einmal losgelassenen Triebe einzufangen.«

29. Juni über die neue Weisung: »Nur wer mit der Waffe in der Hand im Kampfe steht, wer aus dem Hinterhalt schießt, wer sich als Gefangener widersetzt oder flieht, darf erschossen werden. Sonst [!] nur auf Befehl eines Offiziers, der verantwortlich ist.«⁹

Es durfte also weiter vollkommen grundlos erschossen werden, freilich diszipliniert, auf Befehl eines Offiziers, womit auch offenbar wird, daß keineswegs nur auf sowjetische Regelverstöße hin so verfahren wurde. Davon, daß die außerdem möglichen Begründungen höchst dehnbar waren (z. B. Widersetzlichkeit), sei ganz abgesehen.

Dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, v. Bock, gingen die Meldungen über die Morde von verschiedenen Seiten spätestens am 30. Juni zu. Daß er Gegenmaßnahmen beabsichtigte, erwähnte Bock nicht. Um so mehr erregten die angeblichen sowjetischen Kriegsrechtsverletzungen seine Aufmerksamkeit.¹⁰ Dagegen sah sich der Oberbefehlshaber der 4. Armee, v. Kluge, am 1. Juli zu einem charakteristisch formulierten Gegenbefehl gezwungen, den auch das VII. Armeekorps weitergab:

»Der Russe als stumpfer Halbasiat glaubt dem eingetrichterten Grundsatz seiner Kommissare, daß er bei etwaiger Gefangennahme erschossen wird. [...] Um diese Propaganda [deutsche Flugblätter für Überläufer] nicht ins Gegenteil zu verkehren, ist es notwendig, daß Rote Soldaten, die sich ergeben und womöglich das Flugblatt zeigen, als Kriegsgefangene behandelt werden.

Notwendige Vollstreckungen sind grundsätzlich deshalb auch so durchzuführen, daß Zivilisten und andere Gefangene nichts davon merken.«¹¹

Ausdrücklicher Grund für Kluges Befehl wie für Lemelsens Weisung und alle weiteren Korrekturbefehle dieser Art bis hin zum Oberbefehlshaber des Heeres, v. Brauchitsch, war die Tatsache, daß sich der sowjetische Widerstand im Kessel Minsk-Białystok immer weiter verstärkte und zum operativen Problem für die gesamte deutsche Offensive auswuchs, die strategische Bedeutung hatte.¹² Von Kluges Befehl scheint noch am gleichen Tag zu den Einheiten gelangt zu sein.¹³

9 Direkt im Anschluß daran hieß es: »Ich freue mich, das Heer hat wieder rasch und entschieden seine Grundsätze klargestellt, ohne die es zerfallen muß.« Tagebuch Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg v. 28. und 29. 6. 1941, zitiert nach: Heinemann 1990, S. 73 (Hervorhebungen C. G.).

10 »Die Truppenkommandeure berichten, dass die Hinterlist der Russen, die so tun, als ob sie sich ergeben, um dann von Neuem zu schießen, unsere Leute so zur Wut gebracht hat, dass sie alles totschiessen, was ihnen in die Quere kommt. Auch über Verstümmelungen deutscher Verwundeter liegen Berichte vor.« Tagebuch v. Bock v. 30. 6. 1941 (Abschrift), BA F 57128, Bl. 307. Vgl. KTB Halder v. 29. 6. 1941, Bd. III, S. 25.

11 AOK 4, Ia Nr. 2608/41geh, Armeebefehl Barbarossa 4 v. 1. 7. 1941 (gez. v. Kluge), BA-MA RH 26-45/22; auch Nbg. Dok. NOKW-2104. Siehe auch Generalkommando VII. Armeekorps, Ia, Besondere Anordnungen zum Korpsbefehl für das Bereitstellen am 2. 7. zum erneuten Vorgehen nach Nord-Osten, BA-MA (BArchP)F 55447, Bl. 661.

12 Zur Zerreißprobe zwischen vorstürmenden Panzerspitzen und langsam nachrückenden Infanterieeinheiten der H.Gr. Mitte Anfang Juli 1941 siehe Klink, Operationsführung, besonders S. 543. Ferner zum wachsenden Widerstand der Roten Armee AOK 4, Armeebefehl v. 1. 7. 1941, a.a.O.; Förster, Sicherung, S. 1232 f.; HSSPF z.b.V. beim Befh. d. R. H.G. 102 an Pol.Rgt. Mitte, Betr.: Erfahrungen beim Einsatz v. 30. 6. 1941, BA F 56753.

13 Vgl. Tagebuch Robert Rupp v. 1. 7. 1941 (Lenhard, S. 69).

Trotzdem ging das Morden weiter. Noch am 11. August sah sich die Heeresgruppe Mitte gezwungen, in einem Bericht die »überall nach Kampfhandlungen umherliegenden Soldatenleichen ohne Waffen mit erhobenen Händen und Nahschußverletzungen« zu erwähnen.¹⁴ Zu dieser Zeit reagierten gefangengenommene Rotarmisten mit Erleichterung, wenn deutsche Offiziere erklärten, sie würden *nicht* erschossen.¹⁵

Es handelte sich also nicht um vereinzelte Vorkommnisse¹⁶ oder die Angelegenheit nur einer Armee. Sie sind in großem Ausmaß etwa auch für Lettland nachgewiesen.¹⁷ Hitler selbst betonte gegenüber ausländischen Diplomaten den Massencharakter der Tötungen wehrloser Gegner: Das übliche Zahlenverhältnis zwischen Gefangenen und Gefallenen beim Gegner werde dadurch wesentlich verschoben.¹⁸ Es handelte sich um feigen Mord aus nächster Nähe und nicht um Tötungen aus größerer Entfernung, um etwaigen Hinterhalten zu entgehen. Es handelte sich in der Regel auch nicht um Vergeltungsmaßnahmen. Und die Morde beschränkten sich nicht auf die ersten Kriegstage, denn in späteren Denkschriften fanden sie immer noch Erwähnung als Mißstand, dem abgeholfen werden müsse.¹⁹ Die Befehle zu diesen Erschießungen sind bisher auf Zug-, Kompanie-, Regiments- sowie Divisions- und Armeekorpsenebene nachweisbar.²⁰ Es scheint weniger so zu sein, daß einzelne Soldaten über die Stränge schlugen; die Weisungen gingen vor allem von mittlerer und hoher Ebene aus.²¹

Besonderen Haß zogen die Frauen in der Roten Armee auf sich. Sie alle zu töten, dazu gab es sogar einen Armeebefehl – mindestens einen. Am 29. Juni 1941 erging eine von Generalfeldmarschall v. Kluge unterzeichnete Weisung, in der es hieß: »Frauen in Uniform sind zu erschießen.«²² Zur gleichen Zeit, als v. Kluge in einer Hinsicht den Massenerschießungen gegensteuerte, befahl er selbst weitere! Dieser Befehl wurde am gleichen Tag vom VII. Armeekorps weitergegeben und zum Beispiel von der 286. Sicherungsdivision am 1. und 2. Juli bekräftigt. Am 3. Juli erreichte die 286. Sicherungsdivision ein Gegenbefehl des OKH, dem zufolge uniformierte Frauen, bewaffnet oder nicht, als Kriegsgefangene anzuerkennen seien.²³ Doch auch danach stand der Haß der deutschen Frontsoldaten auf die soge-

14 Zitiert nach Buchbender, S. 104.

15 Generalkommando LIII. Armeekorps, Begleitoffizier, Fahrtbericht v. 18. 8. 1941 in Lammers, S. 251, über einen Fall in der Nähe von Rogatschew.

16 So auch die Einschätzung von Bartov 1991, S. 83, im Gegensatz zu Buchbender, S. 102.

17 Siehe Müller/Vestermanis, S. 20.

18 Aufzeichnungen über Hitlers Gespräche mit dem japanischen Botschafter Oshima und dem spanischen Botschafter Espinosa v. 15. 7. und 12. 8. 1941, in: Hillgruber, Staatsmänner und Diplomaten, S. 599 und 622. Ähnlich KTB Halder v. 4. 7. 1941, Bd. III, S. 42.

19 Vgl. OT – Einsatzgruppe Russland-Mitte – Frontführung, Massnahmen zur schnellen Beendigung des Krieges gegen die UdSSR und zur dauernden Aufrechterhaltung der deutschen Herrschaft über den russischen Raum v. 16. 1. 1942 (gez. Paul Walter/Abschrift), BA-MA FPF-01/8159, Bl. 125; Vorschläge für Richtlinien zur Ostpolitik des RMO (undatiert/1944), BA-MA FPF-01/7855, Bl. 923.

20 Siehe die Ausführungen zur 23. Inf.Div.; Tagebuch Robert Rupp v. 29. 6. 1941 (Lenhard, S. 68): »Der zweite Zug ›macht keine Gefangene[n]‹»; die Beispiele bei Heer, »Stets zu erschießen...«, S. 9ff.

21 Andere Einschätzung bei Heer, »Stets zu erschießen...«, S. 6.

22 AOK 4, Ia Nr. 2382/41geh., Armeebefehl Barbarossa Nr. 3 (in Einzelbefehlen im Auszug voraus) v. 29. 6. 1941, BA-MA WF-01/15648, Bl. 2321; auch BA-MA RH 26-45/22.

23 Vgl. Generalkommando VII. Armeekorps, Ia, Besondere Anordnungen zum Korpsbefehl für den 30. 6. 41 v.

nannten Flintenweiber den anfänglichen Befehlen von oben oft in nichts nach, und sie wurden weiter mit ungeheurer Brutalität bekämpft oder nach dem Kampf niedergemacht.²⁴ Neue Befehle, alle Rotarmistinnen zu töten, wurden gegeben, so im Juli 1941 beim Infanterieregiment 167 im Mittelabschnitt, im Oktober 1941 bei der 75. Infanteriedivision in der Ukraine. Ja noch am 6. März 1944 befahl das OKW, gefangen genommene Sowjetarmistinnen in der Regel als sogenannte unzuverlässige Elemente Sicherheitspolizei und SD zu übergeben.²⁵ In Weißrußland gab es spezielle Frauen-Kriegsgefangenenlager etwa bei Bobruisk und Baranowitschi.²⁶

Alles wurde den Rotarmisten von den Deutschen als todeswürdiges Verbrechen ausgelegt, auch und ganz besonders das Selbstverständlichste, nämlich daß sie gegen die Deutschen gekämpft hatten. Auch in dieser Hinsicht gab es einen Befehl auf hoher Ebene, von seiten der Panzergruppe 3. Der »begründete Verdacht«, Spionage, Sabotage oder »Massnahmen gegen die deutsche Wehrmacht« begangen zu haben, reichte danach nicht nur aus zur Erschießung von sowjetischen Zivilisten, sondern auch von Rotarmisten.²⁷ Dies klang auch in den Auslassungen Hitlers und des Generalstabschefs Halder an.²⁸ Aber auch ohne höheren Befehl erschossen deutsche Soldaten und Einheiten massenhaft Rotarmisten, nur weil diese sich verteidigt hatten.²⁹ Obwohl es zu diesem Zeitpunkt praktisch keine Partisanen gab und das Eingreifen von Volkswheerbataillonen erst für eine spätere Periode bekannt ist, so aus den Kämpfen um Mogilew und Gomel, meldeten Wehrmachteinheiten hunderte erschossene angebliche Freischärler, die in Wahrheit nichts anderes als sowjetische Militärangehörige waren – seltener Zivilisten, die auf Grund exzessiver Befehle von hoher Ebene zu Partisanen erklärt wurden.³⁰ Die deutschen Militärangehörigen waren von der starken Gegenwehr des Gegners überrascht, und viele gestanden sie ihm gewissermaßen nicht zu. Das galt um so

29. 6. 1941, BA-MA RH 26–221/12b (Unterschrift: Chef des Generalstabs Krebs); AOK 4, Ia v. 1. 7. 1941, 21.30 Uhr sowie LIII. Armee korps, Ia v. 2. 7. 1941, 0:45 Uhr, BA-MA RH 26–45/22; 286. Sich.Div., Abt. Ia, Divisionsbefehl Nr. 15 v. 1. 7., Nr. 16 v. 2. 7. und Nr. 17 v. 3. 7. 1941, BA-MA RH 26–286/3; deutlich spätere Aufhebung: Berück Mitte, 8. 7. 1941, (Abschrift von Abschrift), BA R 20/58, Bl. 181. Siehe auch Ogorreck 1996, S. 117.

24 Vgl. Feldpostbriefe P. B. (Flak-Sondergeräte-Zug 13) v. 16. 7. und F. B. (197. Inf.Div.) v. 30. 7. 1941, BfZ, Slg. Sterz. Siehe auch einen Fall aus der 253. Inf.Div. bei Schröder 1991, S. 314 f.

25 Niederschrift Bruno Schneider, 8. Kp./Inf.Rgt. 167, in: Heer, »Stets zu erschießen...«, S. 10 und 88; Boll/Safrian, S. 283; Datner, S. 113. Nach ebd., S. 112, gab es den Befehl, alle weiblichen Angehörigen der Roten Armee umzubringen, örtlich schon vor dem 22. 6. 1941.

26 Siehe Vern. E. G. v. 26. 5. 1966, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 614 (vgl. Zeichnung Bl. 357); Vern. W. A. M. v. 4. 2. 1967 sowie undatiert, BStU AS 74/67, Bd. 2, Bl. 170 und 213.

27 Panzergruppe 3, Abt. Ia, Gruppenbefehl Nr. 10 für 4. und 5. 7. 41 v. 3. 7. 1941, Anlage: Feindnachrichtenblatt Nr. 10 (Abschrift), Nbg. Dok. NOKW-2541, BA F 53922. Auch spontan im Felde wurden offenbar sowjetische Soldaten erschossen, nur weil sie sich im Kampf gewehrt hatten. Vgl. Tagebuch Robert Rupp v. 24. 6. 1941, in: Lenhard, S. 67.

28 Wie Anm. 8/18 in dieser Darstellung.

29 Vgl. Müller/Vestermanis, S. 20; Boll/Safrian, S. 283; Heer 1995, S. 106 zu zahlreichen Fällen in Lettland, der Ukraine und Weißrußland.

30 Die 221. Sich.Div. meldete für die Zeit vom 22. 6. bis 3. 7. 1941 4004 Gefangene, davon sieben Kommissare und 323 »Freischärler erschossen«. Zwischen 4. und 11. 7. waren es 241. 221. Sich.Div., Abt. Ib, Betr.: Kriegsgefangene und Beute im Bereich der Sich.Div. 221, BA-MA (BArch)F 57076, Bl. 808. Vgl. Berück Mitte, Zehntagesmeldung, Ia, v. 1. 7. 1941, BA-MA WF-03/13303, Bl. 494–496. In v. Kluges Befehl AOK 4, Ia Nr. 2382/41ghe, Armeebefehl Barbarossa Nr. 3 v. 29. 6. 1941, BA-MA WF-03/15648, Bl. 2321, hieß es unter anderem: »Zivilisten, die bewaffnet angetroffen werden, auch wenn sie nur Rasiermesser in den Stiefeln haben, gelten als Freischärler und sind zu erledigen.«

mehr angesichts der durch die neue deutsche Taktik der Panzervorstöße hervorgerufenen Zersplitterung der Front und Unübersichtlichkeit der Kampfhandlungen. Da galten Angehörige der gegnerischen Streitkräfte sehr leicht als Heckenschützen und Freischärler, ihnen wurden Heimtücke und Hinterlist zugeschrieben, die man als todeswürdig auslegte und die rassistische Vorurteile zu belegen schienen. Die spätere, furchtbare Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Wachmannschaften und Lagerführungen basierte unter anderem darauf, daß in ihnen Repräsentanten des sowjetischen Systems, sozusagen die Speerspitze der kommunistischen Bewegung, gesehen wurde.³¹ Antislawismus³² spielte bei den Verbrechen an ihnen eine Rolle, doch unterschied sich ihre Behandlung deutlich von der der Zivilbevölkerung, so daß zu der rassistischen Einstellung gegenüber den »slawischen Untermenschen« allgemein noch weitere Faktoren hinzugekommen sein müssen.

Die verbrecherische Kriegführung der deutschen Wehrmacht hatte noch andere Seiten. Die gezielten Bombenangriffe auf die Wohnbevölkerung in Minsk, die Plünderungen und Gewalttätigkeiten gegen die Einwohner der weißrussischen Hauptstadt, die Einrichtung von Zivilgefangenenlagern zur Internierung der Männer durch deutsche Kampfeinheiten wurden schon erwähnt (Kap. 5.1 und 7.1). Betrachten wir das Beispiel Brest: Die Bugbrücke wurde am Morgen des 22. Juni durch die Diversionseinheit »Brandenburg« in sowjetischen Armeeuniformen erobert, und ein deutlich gekennzeichnetes Krankenhaus wurde bombardiert. Am zweiten Kriegstag trieb die 45. Infanteriedivision bei einem Versuch, die Festung am Rand der Stadt zu erobern, 400 Frauen und Kinder als Schutzschilder vor sich her; viele wurden getötet. (Ebenso geschah es später mit Kriegsgefangenen bei Gomel.) Unter die deutschen Geschütze wurden angeblich sowjetische Kinder gelegt, um den Gegner davon abzuhalten, sie zu beschießen.³³ Am 25. Juni zwang das Infanterie-Regiment 187 weißrussische Zivilisten zum Einsatz als »Trägerkolonne«, um Munition und Verpflegung durch ein Sumpfgelände nachzuschieben.³⁴ In Slonim, Mir, Stolbzy und Klezk fanden willkürliche Erschießungen und Gewaltakte statt.³⁵

31 Diese Tendenz beobachtete später auch die Kriegsrechtsgruppe im OKW, als sie feststellte, daß in den Weisungen des OKW »der Kriegsdienst für die Sowjets grundsätzlich [...] – wegen der von den Sowjets begangenen Mordtaten – in seiner Gesamtheit als Verbrechen charakterisiert« werde. Amt Ausl./Abw. 31/41, Vortragsnotiz (für Keitel), Betr.: Anordnung für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener, v. 15. 9. 1941 (Unterschrift: Canaris), Nbg. Dok. EC-338, ZStA Moskau 7445-2-108, Bl. 395, abgedruckt in: Jacobsen 1967, S. 208.

32 Die rassistischen Vorurteile gegen die »Russen« weichten bei den unteren Dienstgraden der Wehrmacht erst im weiteren Kriegsverlauf auf. Siehe Förster 1994, vor allem S. 154–157.

33 Brandenburg: v. Schlabrendorff, Offiziere, S. 45; ein weiteres Beispiel für einen derartigen Einsatz in den Erinnerungen von Lida Pogorshelskaja, in: Alexijewitsch, S. 37. – Geschütze, Krankenhaus: Kohl, S. 26 und 30. – Geiseln: mündl. Mitt. Frau Kudraschowa, Museum Brester Festung, v. 10. 10. 1993. – Kriegsgefangene Geiseln bei Gomel: Note des Volkskommissars des Äußeren Molotow v. 25. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 55449, Bl. 564.

34 KTB 87. Inf.Div. v. 25. 6. 1941, BA-MA RH 26-87/22.

35 Aus der Meldung des Sowinformbüros v. 22. 9. 1941 (Aufzeichnungen der deutschen Soldaten Emil Golz und Johannes Herder), in: Beluga, S. 28f.

Für den Gewaltausbruch in den allerersten Kriegstagen und die gleichzeitigen Wehrmachtverbrechen gegen Zivilisten in jener Zeit spielte die Konfrontation mit dem angeblich grausamen Gegner im wesentlichen keine Rolle – im Gegensatz zur nach wie vor herrschenden Lehrmeinung, die in diesem Punkt eine höchst merkwürdige Mischung aus Kritik an den »verbrecherischen Befehlen« und nachträglicher Solidarisierung mit den Tätern gegen die »bolschewistischen Bestien« darstellt.³⁶ Dabei wird auch häufig außer acht gelassen, daß die Deutschen die Sowjetunion überfallen hatten und nicht umgekehrt. Nach der Reihenfolge der Ereignisse einschließlich der Rechtsverletzungen könnte man weit eher den Rotarmisten zubilligen, daß sie über die deutschen Verbrechen in höchster Erregung waren, obwohl dies keine Entschuldigung für von sowjetischer Seite begangene Kriegs- und Völkerrechtsverletzungen sein kann.

Jedoch sind aus Weißrußland weder Übergriffe der Sowjets gegen Wehrmachtangehörige noch gegen eigene Strafgefangene (wie in Lwow oder Dubno/Ukraine) in größerem Ausmaß bekannt geworden.³⁷ Charakteristisch erscheint die Feststellung der Abwehrabteilung der Panzergruppe 3 vom 14. Juli 1941, *beide* Arten derartiger Verbrechen habe es bisher außer der Tötung zweier bereits gefangengenommener Panzerbesatzungen in ihrem Bereich nicht gegeben. Zwar hätten die unterstellten Einheiten viele sowjetische Übergriffe gemeldet, diese Meldungen hätten sich aber bei näherer Untersuchung in der Regel als gegenstandslos herausgestellt.³⁸ Die Ge-

³⁶ Zwar kann hier ein Teil der relevanten Quellen aus der Literatur zitiert werden, doch wurden sie dort, vorsichtig ausgedrückt, gegen den Strich gelesen. Nach Ortwin Buchbender »ereigneten sich vereinzelt bei der kämpfenden Truppe Vorfälle«, also Verbrechen, die gezeigt hätten, daß diese über die deutsche Propaganda nicht ausreichend informiert gewesen seien. Sie seien auch die Folge der »leicht mißverständlichen Formulierung« der »Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland« gewesen (S. 102). Wolfgang Paul erklärt zur Weisung, weiße Fahnen nicht mehr zu beachten, »daß dieser Befehl nicht befolgt werden konnte, denn die Zahl der Gefangenen und Überläufer ließ diese harte Haltung nicht zu.« Unter dem 27./28. Juni verzeichnet er nur angebliche Regelverstöße des Gegners, aber nicht den Umstand, daß das Inf.Rgt. 9 »keine Gefangenen« machte (S. 175 f.). Nach Jürgen Förster führten zwei Dinge zur »Radikalisierung der Kriegführung im Operationsgebiet des Heeres«: sowjetische Grausamkeiten und Stalins Befehl über den Partisanenkrieg v. 3. 7. 1941, so daß das »bereits vor Beginn der Operationen auf deutscher Seite gemalte Bild von der Heimtücke und Grausamkeit der sowjetischen Kriegführung sowie der Bestialität der Kommissare und politischen Leiter grelle Farben erhielt« (Förster, *Sicherung*, S. 1232 f.). Förster verzichtet darauf, die mentalen Auswirkungen der von ihm zuvor analysierten deutschen verbrecherischen Befehle zu untersuchen oder die Reihenfolge der Ereignisse zu beachten. Einen neuen Gipfel der Verdrehung stellt Jörg Friedrichs Behauptung dar, Stalin habe seine Truppe gezielt die brutalsten, abscheulichsten Grausamkeiten begehen lassen, um die zuvor arglose Wehrmacht zu verbrecherischen Handlungen zu reizen, sie in schlechtem Licht darstellen zu können und damit erst das sowjetische Volk gegen die Deutschen solidarisieren zu können (Friedrich, S. 580 ff.).

³⁷ Gross 1988, S. 156–160, bringt keine Hinweise auf die Ermordung von Strafgefangenen in Westweißrußland, anders als für die Westukraine. Dagegen erwähnt Vakar (S. 171) solche Tötungen in Weißrußland, die nach seiner Ansicht nicht systematisch, sondern in Panik geschahen. Auch de Zayas sieht in seiner sehr problematischen Darstellung den Schwerpunkt solcher Aktionen in der Westukraine und im Baltikum (S. 327–332, zu einem Fall in Glebokie S. 331 f.; vgl. auch BA-MA RW 4/919). Verstümmelungen deutscher Soldaten und Tötung deutscher Gefangener durch sowjetische Einheiten wurden von der 14. und 28. Inf.Div. gemeldet (v. Gersdorff, S. 101, und de Zayas, S. 132 und 416 f.).

³⁸ Panzergruppe 3, Ic/A.O., Betr.: Lage in Weißrußland v. 14. 7. 1941, BA-MA WF-03/5769, Bl. 172 und 174. Gegenstandslos waren damit offenbar die Feststellungen des Gerichts des VI. Armeekorps, Bolschewistische Gefangenen-Behandlung und Greuelherrschaft der Roten in Ossmiana [Oschmiany] v. 5. 7. 1941, BA-MA WF-03/31936, Bl. 605–07, wonach 30 bis 50 Gefangene am 23. oder 30. 6. erschossen worden waren, denn das VI. AK unterstand der Panzergruppe 3.

rüchte und Propagandadarstellungen übertrafen die wirklichen Verbrechen der sowjetischen Seite bei weitem. Vorbereitet war das durch eine intensive Propaganda der Militärführung auf Befehl Hitlers in den Monaten zuvor über die angeblich hinterhältige Kampfweise der Sowjets.³⁹ Schon Einzelfälle dienten den deutschen Truppenführern als willkommenen Vorwand, Morde auf breiter Front zu befehlen wie bei der 23. Infanteriedivision. Die Panzergruppe 3, die nach eigenem Bekunden solche Anlässe nicht hatte, kam ohne Rechtfertigung aus und befahl, sowjetische Soldaten, die Widerstand im Kampf geleistet hatten, zu töten.⁴⁰

Der Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen sowie die gnadenlose Verfolgung der Versprengten (vgl. Kap. 9.2) waren eine konsequente Fortsetzung der Erschießung von Rotarmisten, die sich ergeben hatten, noch im Felde. Das begann ebenfalls noch durch die Fronteinheiten, wobei untere Offiziersränge eine große Rolle gespielt zu haben scheinen.⁴¹ Außer Kommissaren und Politruks wurden auch kriegsgefangene Juden und Offiziere von der Truppe erschossen. Initiative von oben und von unten trafen sich. So erschoss die Bäckerei-Kompanie der 23. Infanteriedivision am 26. Juni 1941 einen sowjetischen Offizier nicht etwa spontan, sondern erst nach Anfrage auf dem Divisionsgefechtsstand.⁴² Je mehr allerdings bei solchen Morden auf Befehl gehandelt wurde, und von je höherer Ebene solche Befehle kamen, desto eher wird man die ausführenden Einheiten und Einzelpersonen als Werkzeug einer gesteuerten Politik ansehen können, auch wenn ihr Handeln ihrer inneren Überzeugung entsprach.

8.2 Richtlinien zur Behandlung und Versorgung der Kriegsgefangenen in der Kriegsvorbereitungsphase

a) Die Richtlinien

Ähnlich wie die Pläne, die sowjetischen Juden zu ermorden, liegen die zur Vernichtung eines großen Teils der sowjetischen Kriegsgefangenen ziemlich im dunkeln. Es gibt dazu – außer zum Kommissarbefehl – erstaunlich wenige Quellen.⁴³ Dennoch existierten solche Absichten, was nicht nur anhand des Verlaufs der ersten Tage nach dem deutschen Angriff, sondern auch mit Hilfe der deutschen Akten aus der Vorbereitungsphase nachweisbar ist.

39 Siehe Hitlers Ausführungen v. 30. 3. 1941 nach KTB Halder, den Befehl des Oberbefehlshabers der Panzergruppe 4, Hoepner, v. 2. 5. und die Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland des OKW v. 19. 5. 1941, in: Ueberschär/Wette, S. 249, 251, 258.

40 Beleg siehe Anm. 8/27 in dieser Darstellung.

41 Vgl. Berichte von Rolf Wetzell und Heinz Ackermann, in: Heer, »Stets zu erschießen«, S. 17 und 31; Tagebuch Rupp, in: Lenhard, S. 67–69.

42 Vgl. KTB 23. Inf.Div., Ic, v. 26. 6. 1941, BA-MA (BAArchP)F 55448, Bl. 420f. Andere Beispiele ebd. v. 28. 6. 1941, Bl. 422f.; Feldpostbrief W. P. (5. Inf.Div.) v. 2. 7. 1941, BfZ, Slg. Sterz.

43 Siehe die nach wie vor grundlegende Studie von Streit, S. 72. In seinen längeren Ausführungen über die Kriegsvorbereitung (S. 28–82) geht Streit im wesentlichen nur auf geplante Verbrechen gegen Zivilisten sowie den Kommissarbefehl ein. Zu den Absichten gegenüber der Masse der zu erwartenden Kriegsgefangenen siehe dort S. 72–79. Die Vorkriegspläne bezüglich der Judenvernichtung sind in Kap. 7.2f dieser Darstellung zusammengefaßt. Zum Kommissarbefehl vgl. S. 90f.

Belegt sind Pläne für die völkerrechtswidrige Behandlung der Kriegsgefangenen zuerst für Mitte März 1941. Zu dieser Zeit rief der Chef des Allgemeinen Wehrmachtamtes (AWA), Generalleutnant Hermann Reinecke, die Kommandeure der Kriegsgefangenen der Wehrkreise in Berlin zusammen, befahl wegen des bevorstehenden Krieges gegen die Sowjetunion die Einrichtung neuer Kriegsgefangenenlager im Reichsgebiet und ordnete an, die sowjetischen Kriegsgefangenen seien ohne Beachtung der Haager Landkriegsordnung scharf zu behandeln, wenn nicht anders möglich unter freiem Himmel unterzubringen. Auf Flüchtlinge sei entgegen der Dienstvorschrift zu schießen.⁴⁴ In seiner Rede vom 30. März erklärte Hitler vor der Wehrmachtspitze in Berlin nicht nur, »Kommissare und GPU-Leute« müßten ermordet werden, sondern der »Kommunist« – womit offensichtlich alle Gegner schlechthin gemeint waren – sei »vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad«.⁴⁵ Das auszusprechen war unbestritten von zentraler Bedeutung, um die ganze Armeeführung auf den Vernichtungskurs einzuschwören, die Hitler bewußt als Multiplikatoren ansprach (»Die Führer der Truppe müssen wissen, worum es geht«). Doch zu diesem Zeitpunkt arbeiteten die zuständigen Stellen ohnehin schon daran, die Verbrechen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen vorzubereiten. Der Generalquartiermeister des Heeres legte am 3. April 1941 unabhängig von Hitlers Ausführungen die ersten eingehenden Richtlinien über die verbrecherischen Methoden des Kriegsgefangenenwesens vor, die erhalten sind.⁴⁶

Die Generalquartiermeisterstelle war führend an der Planung der Vernichtung von Teilen der Kriegsgefangenen beteiligt. Diese ergab sich für zu allem bereite Militärs sozusagen logisch aus den technischen Versorgungsschwierigkeiten, die unausweichlich aus dem projektierten überdimensionierten Feldzug folgten, und die Quartiermeisterbehörden waren nicht nur mit die ersten, denen das beim Durchspielen des Vormarschablaufs klar wurde, sondern in der Hand des Generalquartiermeisters des Heeres lag auch das Kriegsgefangenenwesen im Militärverwaltungsbereich und ein Mitspracherecht auf dem Ernährungssektor. Also waren die Interessen für den Massenmord und Möglichkeiten zu seiner Durchführung bei ihm vereinigt.⁴⁷ In mehreren Planspielen der Versorgungsabteilung des Generalquartiermeisters zwischen Januar und Anfang März 1941⁴⁸ stellte sich heraus, daß wegen der enormen Truppen-

44 Vern. Kurt v. Österreich (1941 Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XX [Danzig]) v. 28. 12. 1945; Nbg. Dok. USSR-151, ZStL UdSSR Bd. 430, Bl. 719 f. Siehe Streit, S. 330, Anm. 41, und Vortrag Klaus Martin, in: Faschistischer Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen, S. 11 f.

45 »Wir müssen vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. Wenn wir es nicht so auffassen, dann werden wir zwar den Feind schlagen, aber in 30 Jahren wird uns wieder der kommunistische Feind gegenüberstehen. Wir führen nicht Krieg, um den Feind zu konservieren. [...]« Aufzeichnung Generaloberst Halder v. 30. 3. 1941, zitiert nach: Ueberschär/Wette, S. 249.

46 OKH, GenStdH, GenQu, Abt. Kriegsverwaltung Nr. II/0315/41g.Kdos., Besondere Anordnungen für die Versorgung, Teil C (gez. i. A. Halder) v. 3. 4. 1941, in: N. Müller 1982, hier S. 39–41. Vgl. Streit, S. 36 und S. 312, Anm. 45, und S. 331, Anm. 58.

47 Das ist bisher nicht klar genug herausgearbeitet worden. Zur Rolle des GenQu siehe Kap. 3.2c.

48 Die Planspiele bezogen sich auf das Vorrücken der späteren H.Gr. Süd. OKH, GenStdH/GenQu, Qui/II Nr. I/013/41g.Kdos.Chefsache, Januar 1941, BA-MA RH 3/v. 222; OKH, GenStdH, GenQu, Qui/IIa Nr. I/050/41g.Kdos.Chefsache, Februar 1941 (mit Anlagen), BA-MA RH 3/v. 132, Bl. 1–82; Zweite Fortsetzung zur Anlage 15, Kriegsgefangenenwesen v. 4. 3. 1941, ebd., Bl. 89–91, besonders Bl. 20 f., 32, 45 ff., 62, 81

stärken und der riesigen Entfernungen an der Ostfront der Nachschub, besonders auf die Eisenbahn gestützt, derart überlastet sein würde,⁴⁹ daß sich die Truppe, um einen großen Aktionsradius zu sichern, unbedingt »aus dem Lande« ernähren mußte. Hinzu kam, daß die militärischen Operationen mit großem Tempo vorgetragen werden mußten, um überhaupt eine Chance gegen die – wie die militärische Führungsspitze wußte⁵⁰ – zahlen- und materialmäßig überlegene Rote Armee zu haben, was das Transportwesen vor zusätzliche Probleme stellte. Im Mai hieß es in einer Anweisung seitens des OKW: »Die Truppe muß sich bewußt sein, daß *jede Einsparung im Nachschub*, besonders von Verpflegung, die Reichweite der Operationen vergrößert.«⁵¹

Seit dem Februarplanspiel wurde daraus die Konsequenz des gigantischen Hungerplans gezogen.⁵² Gleichzeitig sollten aber die sowjetischen Kriegsgefangenen zum Großteil im besetzten sowjetischen Gebiet verbleiben, um das Transportnetz zu entlasten. In den Planspielen – wie auch in anderen Planungspapieren – wurde die riesige Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen realistisch eingeschätzt. So war nicht nur abzusehen, daß sich bei ihrer Versorgung durch die schnell vorrückenden deutschen Truppen vorübergehend Schwierigkeiten ergeben würden,⁵³ sondern ihre Versorgung wurde überhaupt durch die Jagd nach Nahrungsüberschüssen für die Wehrmacht in Frage gestellt. Schärfer ausgedrückt: Ohne die Unterversorgung der Kriegsgefangenen war aus der Sicht der deutschen Führung der Krieg nicht zu gewinnen.⁵⁴ Es wäre verharmlosend, dies einen Sachzwang zu nennen. Dem Völkerrecht entsprechend hätte die Versorgung der gegnerischen Kriegsgefangenen als Konstante von vornherein allen Berechnungen zugrunde gelegt werden müssen, wie dies etwa beim Angriff gegen Frankreich auch geschehen war – statt dessen wurde sie zur Variablen gemacht; nicht weil man nicht wußte, wie viele Gefangene zu erwarten waren, sondern gerade weil man es wußte und ihre Versorgung mit den eigenen Kriegszielen nicht vereinbaren konnte.

Entsprechend fielen die zu Kriegsbeginn gültigen Richtlinien für die Versorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen aus, zu denen die Quellen allerdings extrem

und 91. Allerdings wurden die Kriegsgefangenen auch noch als »wertvolle Arbeitskräfte« bezeichnet (Bl. 81). Zu den Planspielen auch S. 72f. in dieser Darstellung.

49 Siehe hierzu auch die eingehenden Studien von Albert Beer und Schüler.

50 Siehe Kap. 2.2 b.

51 OKW, Wfst/Abt. L (IV/Qu), Besondere Anordnungen Nr. 1 zur Weisung Nr. 21 (Fall »Barbarossa«) v. 19. 5. 1941 (gez. Keitel; Hervorhebung im Original), in: Ueberschär/Wette, S. 254. Siehe auch den Eingangssatz der »Besonderen Anordnungen für die Versorgung, Teil C« des OKH/GenQu v. 3. 4. 1941: »Die Sicherung der großen Verkehrswege und die Ausnützung des Landes für die Bedürfnisse der Truppe zur Entlastung des Nachschubs ist von ausschlaggebender Bedeutung für die Operationen.« BA-MA RH 22/12, abgedruckt in: N. Müller 1982, S. 35.

52 OKH, GenStdH, GenQu, QuI/IIa Nr. I/050/41g.Kdos.Chefsache (Februar 1941), Anlage 15: Anordnungen über militärische Hoheitsrechte, Sicherung und Verwaltung im rückwärtigen Gebiet und Kriegsgefangenenwesen, BA-MA RH 3/v. 132, Bl. 79.

53 Siehe Planspiel und Anlagen ebd., Bl. 20f., 45 ff. und 90f. Dort hieß es zur Lage am elften Kriegstag: »Panzer-Gruppe 1 bittet dringend um Abholung [von 37 000 Kriegsgefangenen], da bei Polonnoje nur noch für einen Tag Verpflegung vorhanden ist.« Dazu, ohne den hier skizzierten Zusammenhang, auch Förster, Eroberungs- und Vernichtungskrieg, S. 503f. Zur vorhergesehenen Zahl der Kriegsgefangenen Streit, S. 76.

54 In diesem entscheidenden Punkt ist über die Feststellungen Streits (S. 187–190) hinauszugehen.

wortkarg sind.⁵⁵ In den »Besonderen Anordnungen für die Versorgung, Teil C« vom 3. April hieß es: »Gegen Unbotmäßigkeiten von Gefangenen ist von vornherein scharf einzuschreiten, während williger Arbeitsdienst durch ausreichende Verpflegung und gute Fürsorge zu belohnen ist.«⁵⁶ »Ausreichende Verpflegung« als Belohnung – das hieß Unterversorgung als Regelfall, besonders für nicht arbeitende Kriegsgefangene. Fast wortgleiche Passagen – stets mit der Verknüpfung von *Ernährung* und *Behandlung* der Kriegsgefangenen – finden sich in mehreren anderen Weisungen, darunter von einer nach Weißrußland einmarschierenden Division.⁵⁷ In den Bestimmungen des OKW über das Kriegsgefangenenwesen vom 16. Juni 1941 wurde hinsichtlich der Verpflegung auf einen noch nicht ergangenen Sonderbefehl verwiesen.⁵⁸ Es mag also nicht oder noch nicht alles bis ins einzelne zentral festgelegt gewesen sein, obwohl diese Fragen etwa bei einer vom Generalquartiermeister Wagner veranstalteten Sitzung am 16. Mai sicherlich zur Sprache kamen.⁵⁹ »Hochwertige und knappe Lebens- und Genußmittel« dürften an sowjetische Kriegsgefangene nicht ausgegeben werden, verfügte der Oberquartiermeister der 4. Armee am 9. Juni, und die 11. Armee, die im Südabschnitt vorrückte, sah am 29. Juni Rationen für arbeitende Kriegsgefangene von höchstens 1300 Kalorien täglich vor, was über längere Zeit den Tod herbeiführen mußte.⁶⁰

Bereits frühzeitig war vorgesehen, die Masse der sowjetischen Kriegsgefangenen in den besetzten sowjetischen Gebieten zu belassen und sie dort völkerrechtswidrig für Zwecke der deutschen Wehrmacht Arbeit verrichten zu lassen.⁶¹ Lediglich die Gefangenen aus den »Anfangsschlachten« sollten mittels zurückfahrender Leerkolonnen »sofort geschlossen« in die Stalags im Reich und wohl auch im Generalgouvernement gebracht werden (was gar nicht möglich war), während Marschbewegungen zu Fuß

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 333, Anm. 83.

⁵⁶ Zitiert nach N. Müller 1982, S. 41. Vgl. Streit, S. 79.

⁵⁷ Z.B. »Gegen Unbotmäßigkeiten, Hetzreden u.dgl. von Gefangenen ist von vornherein scharf einzuschreiten, während williger Arbeitsdienst durch ausreichende Verpflegung und gute Fürsorge zu belohnen ist.« 162. Inf.Div., Abt. Ib Nr. 88/41g.Kdos., Grundsätze für die Versorgung bei dem Einsatz v. 17. 6. 1941, BA-MA RH 26–162/50. Ferner WiStab Ost A 1/41, Betr.: Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen (gez. Racher) v. 28. 6. 1941 mit Bezug auf den nicht aufgetauchten Befehl OKW WiRüAmt/Stab Ia 87/41 Chfs. v. 9. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 347f.

⁵⁸ OKW, Abt. Kriegsgefangene Nr. 25/41g.Kdos.Chfs., Betr.: Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa v. 16. 6. 1941, in: Jacobsen 1967, S. 261.

⁵⁹ OKH, GenStdH/GenQu, Chefgruppe Nr. I/2065/41g.Kdos., Betr.: Besprechung bei OKH/GenQu, Einladung v. 2. 5. 1941 (60 Ausfertigungen), StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 41, Bl. 194–196. Teilnehmer an diesen »Besprechungen über Fragen der Heeresversorgung und des Operationsgebietes« waren die Versorgungs- und Abwehroffiziere der Heeresgruppen, Armeen und Panzergruppen, die Stabschefs der Berüks, die Ia und Ic der Sicherungsdivisionen sowie die Spitze des WiStabs Ost. Der Vortrag von Major i. G. Schmidt v. Altenstadt über Sicherungskräfte, Kriegsgefangenenwesen und Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung war für den 16. Mai vormittags vorgesehen.

⁶⁰ Siehe Streit, S. 79.

⁶¹ Diese Einschätzung weicht hinsichtlich der Abfolge etwas von der bei Streit, S. 73–76, ab und stützt sich auf die Anordnungen über militärische Hoheitsrechte, Sicherung und Verwaltung im rückwärtigen Gebiet und Kriegsgefangenenwesen (spätestens Februar 1941), BA-MA RH 3/v. 132, Bl. 81. Es kann aber nicht übersehen werden, daß auch im Reich Lager für mehrere 100 000 Kriegsgefangene errichtet wurden. – Dem Völkerrecht entsprach weitgehend die in diesem Fall nicht zur Anwendung gekommene H.Dv. 38/11, Teil II: Dienstanweisung für den Führer eines Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos v. 2. 8. 1939, BStU AS 74/67, Bd. 9, Bl. 50–83.

stark eingeschränkt werden sollten. Es war also ein Vorgehen in zwei Stufen beabsichtigt.⁶² Zwangsarbeitseinsätze der geschilderten Form wurden allgemein geplant, von der Oberquartiermeisterabteilung der 9. Armee bereits am 28. März 1941.⁶³

In allen einschlägigen Anordnungen befahlen OKW, OKH und Einheiten eine rücksichtslose, brutale Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und Schußwaffengebrauch beim geringsten Anlaß, insbesondere bei Widerstand und »Hetzreden«, die die Wachmannschaften in Wirklichkeit weder verstehen noch einschätzen konnten.⁶⁴ Wie bei Hitlers Rede vom 30. März beruhte das auf einem radikalen, keine Grenzen kennenden Antibolschewismus, den das Offizierskorps vom »Führer« der Nazibewegung nicht erst lernen mußte. Er richtete sich nicht nur gegen die Politoffiziere, deren Ermordung durch die Truppe der Kommissarbefehl vorsah, sondern gegen alle sowjetischen Kriegsgefangenen – und, wie gezeigt, auch gegen die noch nicht gefangenen Rotarmisten. Dazu kam die Komponente der rassistischen Überlegenheitsgefühle, die in den Befehlen zum Ausdruck kamen und die die unteren Dienstgrade, wie sich herausstellte, weitgehend teilten.

Die Vorschrift, die vielleicht am deutlichsten die deutschen Vernichtungsabsichten zeigt – oder, nach Streit, verdeutlicht daß man »mit einer überdurchschnittlichen Sterblichkeit der Gefangenen rechnete«, die vor der internationalen Öffentlichkeit geheimgehalten werden sollte –, war jene, daß sie nicht sofort bei Gefangennahme an die Wehrmachtauskunftsstelle gemeldet werden sollten, die normalerweise für die zentrale Registrierung und die Weitermeldung ans IKRK verantwortlich war.⁶⁵ Mehr noch: Der im OKW-Befehl vom 16. Juni angekündigte »Sonderbefehl« für die Listenföhrung und persönliche Erfassung der sowjetischen Gefangenen betonte zehn Tage später, auch in den Dulags (Durchgangslagern) selbst erfolge »keinerlei namentliche Erfassung. Aufnahme- und Weiterleitungslisten sind nicht zu föhren.« Diese sollte es erst in den Stalags geben.⁶⁶ Daß die Dulags nicht einmal ihre eigenen Gefangenen registrieren durften, obwohl dort größere Arbeitskommandos gebildet und viele Gefangenen länger bleiben sollten,⁶⁷ deutet darauf hin, daß dort besonders schlechte Überlebensbedingungen herrschen sollten.

b) Der organisatorische Aufbau des Kriegsgefangenenwesens in Weißrußland

Die deutsche Kriegsgefangenenorganisation war grundsätzlich zweigeteilt. Die Kriegsgefangenen im Bereich der Zivilverwaltung sowie im Reich und im General-

62 OKH, GenStdH/GenQu, Besondere Anordnungen für die Versorgung, Teil C v. 3. 4. 1941, in: N. Müller 1982, S. 40.

63 Siehe Streit, S. 74 und 77f.

64 Vgl. OKW/WFSt, Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland (spätestens 19. 5. 1941), in: Ueberschär/Wette, S. 258; OKW, Abt. Kriegsgefangene, Betr.: Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa v. 16. 6. 1941, in: Jacobsen, S. 199; 162. Inf.Div., Abt. Ib v. 17. 6. 1941, BA-MA RH 26-162/50 (Zitat); OKW Az. 2f24.90 Kriegsgef. (Ib. G.) Nr. 2144/41g, Betrifft: Erfassung und Behandlung der russischen Kriegsgefangenen v. 26. 6. 1941 (gez. i. A. Breyer), BA-MA Wi/ID 72.

65 OKW, Abt. Kriegsgefangene, Betr.: Kriegsgefangenenwesen im Fall Barbarossa v. 16. 6. 1941, in: Jacobsen, S. 199. Zitat Streit, S. 74.

66 OKW Az. Kriegsgef. (Ib. G.) Nr. 2144/41g, Betrifft: Erfassung und Behandlung der russischen Kriegsgefangenen v. 26. 6. 1941, BA-MA Wi/ID 72. Die Erkenntnisse über eine systematische Registrierung bei Keller/Otto beziehen sich lediglich auf die Stalags im OKW-Bereich und überdies aufs Reichsgebiet.

67 OKH/GenQu, Besondere Anordnungen für die Versorgung, Teil C v. 3. 4. 1941, in: N. Müller 1982, S. 40.

gouvernement waren dem Allgemeinen Wehrmachtamt (AWA) im OKW unterstellt. Im Gebiet der Militärverwaltung unterstanden sie dem OKH,⁶⁸ genauer dem Generalquartiermeister des Heeres (GenQu). Er war demzufolge bis zum September 1941 für alle Kriegsgefangenen auf weißrussischem Boden zuständig. Das AWA konnte nicht nur den Kriegsgefangenen-Dienststellen im OKH-Bereich Weisungen erteilen, sondern auch umgekehrt der GenQu denjenigen im OKW-Bereich, zumindest was die Reichskommissariate Ostland und Ukraine anging.⁶⁹

Die federführende Stelle für das Kriegsgefangenenwesen beim GenQu befand sich bei der Abteilung Kriegsverwaltung, die Major i. G. Schmidt v. Altenstadt leitete.⁷⁰ Von dort kamen die grundlegenden Weisungen für das Kriegsgefangenenwesen. Auf der Ebene der Heeresgruppe Mitte gehörte es zum Bereich des Ib (Versorgungsoffiziers), seit Herbst 1942 des Oberquartiermeisters und dort zur Abteilung Qu 2. Beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte war dafür der Quartiermeister, bei den Sicherungsdivisionen waren die Ib zuständig. Die Rolle dieser mittleren Ebene ist bisher nicht voll erfaßt worden.⁷¹ Der Heeresgruppe Mitte war ein Kommandeur der Kriegsgefangenen, Generalmajor v. Reibnitz, unterstellt.⁷² Er verfügte über die Kriegsgefangenen-Bezirks-Kommandanten »J« und »K« mit kleinem Stab und Inspektoreigenschaften; als ersterer fungierte Oberst Otto Marschall, zugleich Kriegsgefangenenreferent des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebiets und zwischen Januar und Juli 1942 Leitender Kriegsgefangenen-Bezirks-Kommandant beim Berück.⁷³ Bewachung, Verpflegung und Abschub der Kriegsgefangenen oblagen

68 Die relativ wenigen Gefangenen der Luftwaffe werden hier außer acht gelassen. Allgemein zur Gliederung siehe Streim 1981, S. 10–15, und Streit, S. 67 und 71. Allerdings erwähnt der Monatsbericht Dezember des Berück Mitte, Abt. VII/Mil.Verw. v. 9. I. 1943 »das große Kriegsgefangenenkontingent der Luftwaffe«. BA-MA WF-03/7420, Bl. 988.

69 Entgegen der Darstellung bei Streit, S. 67; siehe KTB Berück Mitte, Abt. Quartiermeister, v. 29. 8. und 3. 9. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 342; OKH, GenStdH, GenQu IVa, Betr.: Verpflegung sowjetrussischer Kriegsgefangener v. 2. 12. 1941, BA-MA RH 3/v. 379, Bl. 1–3.

70 Zuständig war zunächst die Gruppe Qu 4A, ab 1. 6. 1942 Qu 5/II, Gruppenleiter waren 1941 Maj. i. G. Steinitz, 1942 Hauptmann v. Loebell. Vgl. OKH, GenStdH/GenQu, Geschäftseinteilung Generalquartiermeister (undatiert, Eingangsstempel des WiRüAmts v. 7. 6. 1941), BA-MA RH 3/v. 372, Bl. 15; OKH, GenStdH/GenQu, Abt. Kriegsverwaltung v. 1. 5. 1941, BA-MA RW 4/v. 170, Bl. 62–70; OKH, GenStdH/GenQu, Geschäftseinteilung Generalquartiermeister v. 1. 6. 1942, BA-MA RH 3/v. 388, Bl. 8. Zu Schmidt v. Altenstadt siehe S. 151 in dieser Darstellung.

71 Ib der H.Gr. Mitte war 1941/42 Major i. G. Günther v. Gericke, Leiter der Abteilung OQu/VII 1942–1944 Oberst Georg v. Unold (zu ihm S. 153 in dieser Darstellung), Leiter der Abteilung Qu 2 Oberstleutnant Schettler, Qu des Berück Maj. i. G. Dr. Hoffmann. Siehe Okdo. H.Gr. B, Dienstplan v. 20. 6. 1941, Okdo. H.Gr. Mitte, Dienstpläne v. 27. 4. 1942, 15. 11. 1942 und v. 30. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 18495, Bl. 623, 642, 716 und 910. Vgl. z. B. KTB 203. Sich.Div., Ib für 1942, BA-MA RH 26–203/6.

72 Dienstpläne (wie Anm. 8/71), Bl. 629 und 646. Nach einem Ermittlungsbericht des LKA Baden-Württemberg v. 7. 10. 1964 unterstand v. Reibnitz dem Berück Mitte. ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 52. Dagegen Streim 1981, S. 13.

73 Der Kgf.Bez.Kdt. J amtierte seit September 1941 südlich der Straße Minsk-Smolensk, der Kgf.Bez.Kdt. K nördlich davon. Nachfolger von Oberst Sturm als Kgf.Bez.Kdt. K wurde zu diesem Zeitpunkt Oberstlt. v. Pawel-Rommigen. Zuvor war der Kgf.Bez.Kdt. J fürs rückwärtige Heeresgebiet, K vorwiegend für die Armeegebiete zuständig gewesen. Daneben existierte noch ein Kgf.Bez.Kdt. P in Smolensk für den größten Teil des russischen Bereichs, der später mit J das Territorium tauschte. Vgl. Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht September v. 8. 10. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 392; KTB ders. v. 24. 1. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 853; ebenso, Tätigkeitsbericht für 3.–31. 7. v. 27. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314,

jedoch den Sicherungsdivisionen.⁷⁴ Diesem Apparat unterstanden – in der Reihenfolge, in der die Gefangenen sie durchliefen – improvisierte Frontsammelstellen, Armeegefangenen-Sammelstellen (AGSSt), Dulags, Stalags (Stammlager) und Oflags (Offizierslager), deren Standort sich öfters änderte.⁷⁵

Im sogenannten OKW-Bereich war die Abteilung Kriegsgefangene im AWA unter Oberstleutnant Hans-Joachim Breyer zuständig, seit dem 1. Januar 1942 der Chef des Kriegsgefangenenwesens unter Oberst (später Generalmajor) Hans v. Graevenitz.⁷⁶ Ein großer Teil der Entscheidungen wurde aber besonders 1941 von AWA-Chef Generalleutnant Hermann Reinecke an sich gezogen und nach außen vertreten. Reinecke, obwohl erst seit dem 1. Januar 1943 ehrenhalber NSDAP-Mitglied, gilt als sogenannter Parteigeneral und trat außer bei seinen verbrecherischen Initiativen im Kriegsgefangenenwesen auch als Ehrenteilnehmer bei der Gründung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage im März 1941, als Beisitzer am Volksgerichtshof, der zahlreiche Todesurteile mitfällte – so gegen Goerdeler und Leuschner –, und als Leiter des NS-Führungsstabes im OKW seit Dezember 1943 hervor.⁷⁷

Dem AWA war der Kommandeur der Kriegsgefangenen beim Wehrmachtbefehlshaber Ostland in Riga unterstellt; 1941/42 war dies Generalmajor z. V. Viktor Gaisert.⁷⁸ Ihm unterstanden die ähnlich gegliederten Stäbe der Kommandeure der Kriegsgefangenen in den Generalbezirken, so in Weißruthenien zwischen Dezember 1941 und Juni 1943 Oberst Oskar Karkowski. Er hatte die Aufsicht über fünf Stalags in Minsk, Sluzk, Glebokie, Baranowitschi und Molodetschno.⁷⁹ Diese übernahmen

Bl. 362; Vern. Otto Marschall v. 30. 7. 1965, ZSt Dortmund 45 Js 36/64, Bd. 1, Bl. 182 f. Am 25. 7. 1942 wurde Marschall Kgf.Bez.Kdt. S in der Ukraine.

74 Vgl. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht v. 8. 10. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 392.

75 Das galt besonders beim Vormarsch. Die wichtigsten Lager waren im November 1941: Dulag 125 in Polozk, Dulag 131 in Bobruisk, Dulag 185 in Mogilew, Dulag 203 in Kritisches, Dulag 220 in Gomel (zahlreiche weitere Dulags waren nach Osten vorgezogen), Stalag 313 in Witebsk, Stalag 341 in Mogilew, Stalag 353 in Orscha, Stalag 354 in Barawucha, Oflag XXI A in Bobruisk. – Im Januar 1942 war das Dulag 185 aus Mogilew abgezogen, im März war Dulag 127 in Mogilew, Dulag 121 ersetzt in Gomel Dulag 220, in Borissow war Dulag 240 hinzugekommen. Verzeichnis Berück unterstehender Einheiten v. 20. 11. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 220ff.; OKH, GenStdH/GenQu, Abt. K.Verw. (Qu4/Kgf.), Kriegsgefangenenlage im Operationsgebiet Stand 1. 1. und 1. 3. 1942 v. 28. 1. und 24. 3. 1942, BA-MA RH 3/v. 150, Bl. 5ff. und 14ff.

76 Siehe Streim 1981, S. 9f., und Streit, S. 67f. Nachfolger v. Graevenitz' (seit 1. 2. 1942 GenMaj) war ab 1. 4. 1944 Oberst Adolf Westhoff. Zur inneren Gliederung Streim 1981, S. 9; OKW, Az.13 Chef Kriegsgef.(Gr.St.), Befehlssammlung Nr. 34 v. 1. 4. 1944, BA 23.01, Nr. 5390, Bl. 22–33; Wehrmachtquartiermeisterstab (Zusammensetzung, Aufgabenverteilung und Arbeitsweise), undatiert, etwa Anfang 1942, BA-MA RW 19/687, Bl. 70–72 (der Chef des Kriegsgefangenenwesens war hier einbezogen – vielleicht war das zeitweise geplant).

77 Siehe Streit, S. 68; BDC, PA Hermann Reinecke. Tagung: Frankfurter Volksblatt v. 27. 3. 1941, S. 3, Foto mit Reinecke in der ersten Reihe, BA R 153/143. Volksgerichtshof: BA D-H RJM IV g^{10a} 1400 43g und andere; Urteil 1 L 316/44 O J 17/44g.Rs. v. 8. 9. 1944, in: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 530–542. Ferner Streim 1981, S. 7f., Anm. 23. Keitel schrieb in einer dienstlichen Beurteilung v. 1. 4. 1944 über Reinecke: »Starke Seiten: Zuversicht, Beweglichkeit, politische Anpassungsfähigkeit.« BA D-H ZWM 1A.

78 Zwischen 24. 6. 1941 und Oktober 1942; Nachfolger Oktober bis 1. 12. 1942 GenMaj Bruno Pawel; 1. 1. 1943–1. 2. 1944 GenMaj Ernst Wenig. Vgl. Vern. Emil Just v. 25. 12. 1945 und Fritz Henke v. 19. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 5, Bl. 74f. und 116; Vern. Bruno Pawel v. 15. und 29. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 19f. und 48–50 (zur inneren Struktur der Stelle); Müller/Vestermanis, S. 21.

79 Siehe Vern. Oskar Karkowski v. 9. 10. 1948 durch die Sowjets, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1, Bl. 29, und Stalag 352, Kommandanturbefehl Nr. 42 v. 29. 12. 1941, BStU AS 74/67, Bd. 7, Bl. 102.

im September 1941 die von den abrückenden Dulags geschaffenen Lager, die in den Folgejahren nach und nach geschlossen wurden; am 17. November 1943 wurde das letzte verbliebene, Stalag 352 bei Minsk, wieder dem Generalquartiermeister des Heeres unterstellt.⁸⁰ Dem Kommandeur der Kriegsgefangenen Ukraine unterstanden offiziell keine größeren Lager in dem Teil Weißrußlands, den die Deutschen zum Reichskommissariat Ukraine geschlagen hatten.⁸¹ Jedoch gab es in dieser Region eine Reihe von Außenlagern mit teilweise mehreren tausend Gefangenen. Dort kamen nach weißrussischen Feststellungen insgesamt etwa 40 000 Gefangene um.⁸²

Auch im Ostministerium gab es eine Kriegsgefangenenabteilung, allerdings nur mit beratender Funktion, die der Abteilung Allgemeine Politik (Dr. Bräutigam) unterstand. Sie trat in erster Linie in den Diskussionen um die Aussonderungen von Kriegsgefangenen zur Ermordung oder zur Freilassung für die Werbung von Kollaborateuren hervor.⁸³

8.3 Die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener durch Hunger und Unterversorgung

a) Die Anfangsphase (Juni bis August 1941)

Das Beispiel Minsk

Gerade nach Berlin zurückgekehrt, schrieb der Leiter der Zentrale der Organisation Todt, Ministerialrat Xaver Dorsch, am 10. Juli 1941 an Ostminister Rosenberg:

»Das Gefangenenerlager in Minsk beherbergt auf einem Raum von etwa der Grösse des Wilhelmplatzes ca. 100 000 Kriegsgefangene und 40 000 Zivilgefangene. Die Gefangenen, die auf diesem engen Raum zusammengepfercht sind, können sich kaum rühren und sind dazu gezwungen, ihre Notdurft an dem Platz zu verrichten, wo sie gerade stehen. [...] Die Kriegsgefangenen, bei denen das Verpflegungsproblem kaum zu lösen ist, sind teilweise sechs bis acht Tage ohne Nahrung und kennen in

⁸⁰ Anfang 1942 gab es Stalag 352 bei Minsk (in Masjukowschtschina), Stalag 342 bei Molodetschno, Stalag 337 bei Baranowitschi (Lesnaja) mit Nebenlager bei Sluzk und Stalag 351 bei Glebokie. Im April 1942 rückte das Stalag 362 nach Sluzk, Stalag 351 bei Glebokie wurde aufgelöst; im Oktober 1942 ebenso Stalag 362 bei Sluzk; im März 1943 Stalag 342 bei Molodetschno; im September 1943 Stalag 337 bei Baranowitschi. Das Lager in Molodetschno etwa existierte danach allerdings als »Stalag 352, Lager Molodetschno« weiter. Stalag 352, Kommandanturbefehl Nr. 138 v. 10. 8. 1943 (Fragment), BStU AS 74/67, Bd. 7, Bl. 151. Vgl. OKW, Kriegsgef. Org, Bestandsmeldungen 1942/43, BA-MA RW 6/v. 450–51. Weiter z.B. Vern. R. K. (Stalag 352) v. 26. 7. 1965, ZSt Dortmund 45 Js 36/64, Bd. 1, Bl. 94a; Berück Mitte, Qu, Monatsbericht September v. 8. 10. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 393; OKW, Chef Kriegsgef., Organisationsbefehl Nr. 52 v. 15. 5. 1944, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Dok.-Nebenband.

⁸¹ BA-MA RW 6/v. 450–451; Übersichtskarten »Bes. Ostgebiete, Kriegsgef.Org. des OKW« mit Stand v. 1. 1. und 25. 11. 1942, BA-MA RW 6/v. 269.

⁸² Vgl. Akte über die Greuelaten [...] in der Stadt Brest v. 25. 11. 1944, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 1657f.; GebK Brest, A II, Arbeitslagebericht Oktober v. 23. 10. 1943, BA F 13751, Bl. 1208; Gesamtangaben über die Zahl der deutsch-faschistischen Verbrechen (gemäß der Protokolle der Außerordentlichen Staatlichen Sonderkommissionen), ZStA Minsk 845–1–58, Bl. 9.

⁸³ Siehe Bräutigam 1968, S. 453f.; Streim 1981, S. 23 und 93f.

einer durch Hunger hervorgerufenen tierischen Apathie nur noch eine Sucht: Zu etwas Essbarem zu gelangen. [...] In der Nacht fallen die hungernden Zivilisten über die Versorgten her und schlagen sich gegenseitig tot, um zu einem Stück Brot zu gelangen.

Die einzig mögliche Sprache des schwachen Wachkommandos, das ohne Ablösung Tag und Nacht seinen Dienst versieht, ist die Schusswaffe, von der rücksichtslos Gebrauch gemacht wird. Eine Abhilfe dieser chaotischen Zustände seitens der Militärdienststellen ist bei dem durch den Vormarsch bedingten vordringlichen Menschen- und Transportraumbedarf nicht möglich. [...]»⁸⁴

Der Fall Minsk zeigt die Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen in Weißrußland im Juli 1941 wie unter einem Brennglas. Das Lager Drosdy hatte eine Abteilung des Panzer-Regiments 29 rund 5 Kilometer nordwestlich der Stadt auf freiem Feld am Fluß Swislotsch angelegt.⁸⁵ Gebäude gab es dort nicht. Es wurde am 6. Juli vom Dulag 127 übernommen, das der 286. Sicherungsdivision unterstellt war (diese wiederum unterstand dem Korück 559). Offenbar hatten die Gefangenen bis dahin keine oder nur »sehr ungenügend« Nahrung erhalten, denn der Intendant des Korück 559 versuchte, durch »erste Zufuhr von Lebensmitteln die hungrigen Massen zu beruhigen.« Die Gefangenenzahl, vermerkte das Korück an jenem Tag, näherte sich »dem ersten (!) Hunderttausend und stündlich ist mit einem weiteren Anschwellen der Massen zu rechnen.«⁸⁶ Bei großer Hitze verbot ein Teil der Wachmannschaften den Gefangenen, aus dem Fluß zu trinken. Hunderte wurden beim Versuch, dies zu tun, erschossen.⁸⁷ Manche Angehörigen der Wachmannschaften – längst nicht alle – äußerten sich erschüttert über die miterlebten Szenen, sowohl in Feldpostbriefen als auch in Zeugenaussagen mit 25 Jahren Abstand.⁸⁸ Statt der vorgeschriebenen 900 Feldküchen waren am 8. Juli nur zehn, kurz darauf 100, am 14. 140 und am 19. Juli 120

84 Bericht, Betrifft: Gefangenenerlager in Minsk (gez. Dorsch), Berlin v. 10. 7. 1941, BA F 13679, Bl. 678–680, abgedruckt in: IMT, Bd. 25, S. 81f. – Zum Zivilgefangenenlager S. 506–510 in dieser Darstellung.

85 Vgl. Stahlberg, S. 187. Das Regiment gehörte zur 12. Pz.Div. (Pz.Gruppe 3).

86 Siehe dagegen die Darstellung von Stahlberg (ebd.) – einem Teilnehmer der Offiziersverschwörung gegen Hitler –, die den übrigen Quellen und Zeugenaussagen Hohn spricht: »Die Versorgung [des Lagers] klappte vom ersten Tag an. Unsere rechtzeitige und klare Organisation bewährte sich.« »Viele Tausende« Gefangene seien betreut worden; er meinte zweifellos, auch nach seiner Ortsbeschreibung, Drosdy. Das Korück 559 schilderte das Gefangenenerlager ganz anders, »in welchem so viel wie nichts vorhanden ist, weder genügende Absperrungen, noch sanitäre Anlagen, noch genügend Lebensmittel u.s.w.« KTB Korück 559 v. 6. 7. 1941, BA-MA WF-03/14267, Bl. 1074 (dort auch Zitate im Text; Hervorhebung C. G.). Die Zahl von 100 000 Kriegsgefangenen wurde zwei Tage später erreicht; ebenso v. 8. 7. 1941, Bl. 1075. Ferner KTB 286. Sich.Div. v. 6. und 8. 7. 1941, BA-MA RH 26–286/2, Bl. 23R–24R.

87 Vern. N. N. S. v. 16. 8. 1945, ZStL 202 AR-Z 184/67, LO Übersetzungen zu Dok.Bd. 2; Erinnerungsbericht Gretschanik in: Grossman/Ehrenburg, S. 228–235.

88 Siehe Brief R. N. v. 12. 7. sowie Gefreiter H. V. (beide Art. Beobachtungs-Abt. 9) v. 5. 7. sowie besonders v. 13. 7. 1941: »Minsk, gut daß es hinter uns liegt, die vier Tage dort haben uns das tiefste Elend kennen lassen, das der Krieg über Menschen verhängt. Wir sind ja viel gewohnt, aber das, das ging auch den Stärksten und Härtesten, soweit sie sich einen Rest an Menschengefühl und Menschenwürde bewahrt haben, bis ins Innerste. Aber das läßt sich schwer beschreiben.« BfZ, Slg. Sterz. – Vern. G. F. v. 10. 5. 1966: »Die Verhältnisse in diesem Lager waren unbeschreibbar. Es dauerte einige Zeit, bis die Gefangenen gepflegt werden konnten. Man munkelte damals sogar, daß die Gefangenen sich gegenseitig aufgegessen haben. [...]«. Vern. F. S. v. 1. 4. 1966: »Ich verstehe etwas russisch [...] So konnte ich verstehen, daß die Menschen Hunger, Hunger schriehen.« ZSt Dortmund 45 Js 9/64, Bd. 9, Bl. 87 und 99.

vorhanden.⁸⁹ Ungefähr am 8. Juli dürfte Dorsch das Lager gesehen haben. Am Monatsende bestand die Verpflegung der mehreren zehntausend Kriegsgefangenen noch immer nur aus einem Liter dünner Suppe sowie 160 Gramm Brot täglich. Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, General v. Schenckendorff, hatte der 286. Sicherungsdivision am 15. Juli bescheinigt, die Verhältnisse in den von ihr betreuten Lagern seien »schlecht und bedürfen des sofortigen Eingreifens«.⁹⁰

Jedoch verwies die Division offenbar nicht zu Unrecht auf ihre Bemühungen, die Lage in Drosdy zusammen mit den Dulags 126 und 127 und dem Korück 559 zu verbessern. Sie begannen sofort mit dem Abtransport von Gefangenen in Eisenbahn und Leerkolonnen und schoben zwischen dem 7 und 11. Juli 40 000 nach Westen ab. Dann jedoch verbot der Oberquartiermeister der 4. Panzerarmee dies wegen Verzögerung des Nachschubverkehrs. Die Division und die Dulags richteten Nebenlager rund um Minsk ein und beschafften Feldküchen, freilich viel zu wenige. Beim Versuch, Lebensmittel heranzuschaffen, war man auf die Hilfe der Feldkommandantur 812 angewiesen, »da alle Versuche in dieser Hinsicht bei O.Qu. 4 und 2 wenig Erfolg hatten«⁹¹ – diese kümmerten sich ausschließlich darum, ihre Armeen »aus dem Lande« zu versorgen und vom Nachschub unabhängig zu machen. Die Kriegsgefangenen lenkten dabei nicht etwa nur ab, sie waren quasi direkte Nahrungskonkurrenten. »Zutreffend«, so die Division, sei, daß die Lage schlecht sei, aber sie lehne die Verantwortung ab.⁹² Unschuldig waren Führung und Angehörige der Division in Wirklichkeit nicht, denn sie ließen die Selektion der Gefangenen durch die Einsatzgruppe B zu und erschossen mit auf umliegenden Hügeln postierten Maschinengewehren bei der Lebensmittelausgabe und nachts viele Gefangene. Manchem schienen die Hungernden in ihrem Verzweiflungszustand gar ein Beweis dafür, daß ein Angriff der »Asiaten« auf Deutschland geplant gewesen sei.⁹³ Doch zum Hungertod einer

89 Siehe Vern. Dr. med. K. G. v. 11. 5. 1966 sowie des ehemaligen Btl.-Adjutanten W. S. v. 25. 2. 1969, ebd., Bl. 105 und Bd. 12, unpag. Der Zeitpunkt 8. 7. ergibt sich aus dem Eintreffen der Wachmannschaften des III. Btl./Inf.Rgt. 354, KTB 286. Sich.Div. v. 8. 7. 1941, BA-MA RH 26-286/2, Bl. 24R. Ferner 286. Sich.Div. an Berück Mitte v. 19. 7. 1941, BA-MA RH 26-286/3; 4. Pz.Armee, Korück 559 an AOK 2/O.Qu. v. 14. 7. 1941, BA-MA WF-03/14267, Bl. 1092f.

90 Berück Mitte an Kgf.Bez.Kdt. K v. 15. 7. 1941, ebd. Formell wurde v. Schenckendorff allerdings erst am 20. 7. 1941 für Minsk zuständig. Vgl. weiter [WiRüAmt.] Stab Ia (v. Gusovius), Bericht über meine Reise in den Raum der WiIn Mitte und Nord vom 23. bis 27. 7. v. 28. 7. 1941, BA-MA WF-03/15913, Bl. 820.

91 286. Sich.Div., Abt. Ia, Betr.: Kriegsgefangenenlager an Berück Mitte v. 19. 7. 1941, BA-MA RH 26-286/3 (Zitat); KTB Korück 559 v. 6.-12. 7. 1941, BA-MA WF-03/14267, Bl. 1074-1077; Korück 559, Qu v. 8. 7. 1941 (Abschrift) und 4. Pz.Armee, Korück 559 an AOK 2/O.Qu. v. 14. 7. 1941, ebd., Bl. 1091-1093. Siehe auch die eingangs zitierten Bemerkungen von Dorsch. Die 2. Armee beschlagnahmte sogar Brote aus zivilen Bäckereien, die für das Lager buken. – Zu den Unterstellungsverhältnissen: Anfang Juli 1941 wurde im Raum Weißrußland vorübergehend die 4. Panzerarmee, eine Art »Superarmee«, aus zwei Korps der 4. Armee, den Panzergruppen 2 und 3 unter dem Oberbefehl v. Kluges gebildet (Korück 559). Sie wurde am 10. Juli in Minsk von der 2. Armee abgelöst (GenOb v. Weichs; unterstellt Korück 580). Ebd., Bl. 1076, und Klink, Operationsführung, S. 543.

92 286. Sich.Div., Abt. Ia, an Berück Mitte v. 19. 7. 1941, BA-MA RH 26-286/3.

93 Vgl. z.B. Vern. W. L. v. 9. 10. 1964, Dr. H. K. v. 30. 5. 1967 und W. S. (Btl.-Adjutant) v. 11. 3. 1964, ZSt Dortmund 45 Js 9/64, Bd. 3, Bl. 20 f., Bd. 12 unpag. und Bd. 2, Bl. 9: »An einem Flüßchen waren auf einem sandigen Gelände etwa 100 000 Mann zusammengetrieben, die seit Tagen nicht verpflegt waren. Wir besaßen keinerlei Hilfsmittel und Vorräte. Unsere Aufgabe konnte nur so erfüllt werden, daß dieser vorbezeichnete Raum mit MGs umstellt wurde und den Gefangenen gesagt wurde, daß keiner diesen Raum verlassen dürfte. Als dann die ersten Feldküchen aufgestellt wurden, haben sich grauenhafte Geschehnisse

wohl größeren, unbekannten Zahl Gefangener führten nicht Roheit und Rassismus der Wachmannschaften, sondern hauptsächlich die mehrmaligen schwerwiegenden Eingriffe der Armee-Oberquartiermeister.⁹⁴

Die Gesamtentwicklung in Weißrußland

Die Heeresgruppe Mitte machte zwischen Juni und August 1941 eine große Zahl von Gefangenen: in der Schlacht von Minsk und Białystok, die am 9. Juli abgeschlossen war, 323 000; in der Schlacht um Mogilew (bis 27. Juli) 35 000; in der Schlacht um Smolensk und Roslawl (bis 5. August) 348 000 und in der Schlacht um Gomel und Kritschew bis zum 20. August 78 000, insgesamt über 800 000 Mann.⁹⁵ Freilich hatte die Wehrmacht im Krieg gegen Frankreich in noch kürzerer Zeit 1,9 Millionen Gefangene eingebracht und versorgt.⁹⁶

Der Abs Schub der Gefangenen ging in Weißrußland schleppend vor sich. Denn außer dem Transportverbot des Oberquartiermeisters der 4. Panzerarmee gab es weitere. So weigerte sich die Eisenbahnverwaltung, Gefangene zu befördern, mit der Begründung, sie verschmutzten und verseuchten die Waggons. Andere Verbote im Juli kamen von unbekannter Seite.⁹⁷ Um die Monatswende Juli/August begann auf Initiative v. Schenkendorffs eine umfangreiche Abschubbewegung, die er zunächst bei der Heeresgruppe Mitte beantragen mußte, um sie auch gegenüber der Eisenbahn durchsetzen zu können, und kurze Zeit später den unterstellten Einheiten be-

abgespielt. Die Feldküchen wurden gestürmt und es wurden bzw. mußten Hunderte von Gefangenen erschossen werden, die nicht mehr anders zu bändigen waren und vor allem[!], um eine einigermaßen Übersicht herzustellen. Dieser Einsatz ist meiner Auffassung nach für jeden einzelnen Angeh. des Batl. ein entsetzliches Erlebnis gewesen. Es mußte jeder überzeugt sein, daß nur noch Härte helfen konnte und daß der Krieg gegen Rußland zu Recht begonnen wurde, wenn man diese wie Bestien wirkenden Massen, darunter Tataren und Mongolen, erlebt hatte. Jeder war überzeugt, daß sie nur zu dem Zweck zusammengezogen sein konnten, um ihrerseits Deutschland zu überfluten« (Schreibfehler stillschweigend bereinigt). – Über Schüsse bei der Essensausgabe im Dulag 112 in Molodetschno berichtet Körner-Schrader, S. 90.

⁹⁴ Am 8. 7. befanden sich im Lager 100 000 Kriegsgefangene. Zwischen 7. und 11. 7. wurden höchstens 40 000 abgeschoben (andere Quellen sprechen von 30 000 oder 35 000), am 14. 7. wurden jedoch nur 54 000 und am 18. 7. nur 28 000 Kriegsgefangene einschließlich der Nebenlager gemeldet, ohne daß es – mehreren Berichten zufolge – neue Abtransporte gab. Während allein bis zum 14. Juli 20 000 Zivilgefangene, die in diesen Zahlen nicht enthalten sind, entlassen wurden, ist von Kriegsgefangenen-Entlassungen nichts bekannt. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß alle 32 000 Gefangenen umkamen, die den nicht aufklärbaren Fehlbestand bilden. Dagegen spricht die unrealistische Todesrate von 3000 Mann täglich, die sich aus dieser Annahme ergeben würde, und das Fehlen entsprechender Massengräber in der Umgebung. Vgl. KTB Korück 559 v. 8. und 12. 7. 1941, BA-MA WF-03/14267, Bl. 1075 und 1077; 4. Pz.Armeekorück 559 v. 14. 7. 1941, ebd., Bl. 1092f.; Korück 580 -Qu- v. 18. 7. 1941 (Abschrift), BA-MA WF-03/7489, Bl. 373; 286. Sich.Div., Abt. Ia, v. 19. 7. 1941, BA-MA RH 26-286/3.

⁹⁵ Angaben nach Streit, S. 83; Tagebuch v. Bock v. 27. 7. und 20. 8. 1941, BA F 57128, Bl. 377 und 414; Bartov 1985, S. 108. Nach Halder (KTB v. 9. und 20. 7. 1941, Bd. III, S. 56 und 98) waren es bis einschließlich 8. 7. 289 874 und bis 20. 7. weitere beinahe 100 000.

⁹⁶ Siehe die Bemerkung von Streit, S. 358, Anm. 19. Bis Ende August 1941, also in einem längeren Zeitraum als in Frankreich, waren die Zahlen in der Sowjetunion geringer. Bis zum 20. 12. 1941 machte die Wehrmacht in der Sowjetunion 3,35 Millionen Gefangene, von denen allein 1,3 Millionen aus den Schlachten bei Kiew und Wjasma (September bzw. Oktober 1941) stammten.

⁹⁷ Aktennotiz Besichtigung des Dulag 130 in Pruzana am 12. 7. v. 13. 7. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 839 und öfter; KTB 286. Sich.Div. v. 23. 7. 1941, BA-MA RH 26-286/2, Bl. 29R.

fahl.⁹⁸ So wurden im August rund 200 000 Kriegsgefangene aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte ins Generalgouvernement und nach Ostpreußen überführt. Die Zahl im Juli dürfte niedriger gelegen haben, so daß sich Anfang September 1941 noch mindestens 400 000 Gefangene (abzüglich der Gestorbenen) im Bereich der Heeresgruppe befanden.⁹⁹ Es hätten mehr Gefangene nach Westen gebracht werden können, aber bindende Befehle des Generalquartiermeisters erlaubten den Abschub mit der Eisenbahn ausdrücklich nur, wenn daraus keine Verzögerung der Transportbewegung resultierte, und nur in offenen Güterwaggons, die nicht immer zur Verfügung standen. Die letzte Bestimmung bedeutete eindeutig eine gezielt schlechte Behandlung. Sicherheitsgründe hätten eher für die umgekehrte Maßnahme gesprochen, nämlich Transporte nur in geschlossenen Waggons, um Fluchten zu verhindern. Generalmajor Wagner empfahl im Juli bereits, den Abschub in der Regel durch Fußmärsche durchzuführen; das Hauptnachschiebproblem verlagerte sich nämlich zusehends von der Straße auf die Schiene.¹⁰⁰ Bereits im Juli bedingte die »schwierige Transportlage« im rückwärtigen Heeresgebiet, daß Transporte dort »in der Hauptsache durch Fußmarsch« durchgeführt wurden. Das galt auch für die Gefangenen aus den Dulags 112 und 126 (Minsk) sowie der AGSSt 9 in Borissov im August, wo zeitweise 22 000 Gefangene versammelt waren, so daß der Abtransport »zu einer brennenden Frage« wurde.¹⁰¹ Am 17. August verbot der Generalquartiermeister den Abschub ins Generalgouvernement ganz, was offensichtlich mit der Transportlage zusammenhing.¹⁰² Bereits am 2. August hatte Reinecke angeordnet, maximal seien 120 000 sowjetische Kriegsgefangene – ein »notwendiges Übel« – als Arbeitskräfte ins Reich zu bringen. Ende August versuchte Quartiermeister Dr. Hoffmann vom Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes, von Reinecke neue Zusagen über den Abschub von Kriegsgefangenen zu erhalten.¹⁰³

98 Siehe KTB Berück Mitte, Qu, v. 31. 7. und 13. 8. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 339 f.; AOK 9, O.Qu./Qu.2, Betr.: Gefangenwesen v. 4. 8. 1941, BA-MA RH 23/220; KTB 87. Inf.Div., Ib, v. 29. 7.–13. 8. 1941, BA-MA RH 26–87/137; KTB 87. Inf.Div. v. 12. 8. 1941, BA-MA RH 26–87/22; KTB des VO IV Wi des WiRüAmts beim AOK 2 v. 5., 10. und 16. 8. 1941, BA-MA RW 46/97.

99 Vgl. Berück Mitte, Quartiermeister, Monatsbericht August v. 3. 9. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 376. Ende Juli hatte v. Schenckendorff die Heeresgruppe gebeten, »daß die Eisenbahn in verstärkten Maße Kriegsgefangene abfährt«. KTB Berück, Qu, v. 31. 7. 1941, wie Anm. zuvor.

100 Befehl OKH, GenStdH/GenQu Nr. 11787/41 v. 31. 7. 1941, zitiert in AOK 9, O.Qu./Qu.2 v. 4. 8. 1941, BA-MA RH 23/220. Bereits bei der Abschiebbewegung aus Minsk Anfang Juli waren nur offene Güterwaggons zugelassen. BA-MA WF-03/14267, Bl. 1092 f. Zum Eisenbahnnachschieb vgl. die Grundthesen von Schüler, S. 40 ff., 195 ff.

101 Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht für 3.–31. 7. v. 27. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 362. Vgl. KTB 87. Inf.Div. 29. 7.–28. 8. 1941, BA-MA RH 26–87/137 (Zitat unter dem 9. 8.).

102 Daß im Lager Terespol (gegenüber Brest) Ruhr aufgetreten war, dürfte dafür nicht ausschlaggebend gewesen sein, wie nach KTB 87. Inf.Div. v. 17. 8. 1941, ebd., anzunehmen. Siehe dagegen KTB Berück Mitte, Qu, v. 17. 8. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 341: Die Sperre galt fürs gesamte Generalgouvernement. Zur Transportlage bei der H.Gr. Mitte, die sich gerade um den 17. 8. herum negativ entwickelte, da sich eine ausreichende Bevorratung für die Schlacht um Moskau als nicht möglich erwies, vgl. Schüler, S. 380–384.

103 OKW, Az. 2f24 17s Kriegsgef.(15), Betr.: Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener (gez. Reinecke) v. 2. 8. 1941, BA-MA WF-01/1078, Bl. 992. Vgl. KTB Berück Mitte, Qu, v. 29. 8. und 3. 9. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 342. Hoffmann wurde nicht von humanitären Gesichtspunkten angetrieben, sondern vom Bemühen, seinerseits die Zahl der zu verpflegenden Gefangenen schnell zu vermindern, zumal da er am 6. 8. »schärfste Bewirtschaftung aller landwirtschaftlichen Vorräte« anzuordnen hatte. Munitionsnachschieb etc. spielte für ihn eine wesentlich geringere Rolle als z.B. für den OQu einer Armee. Bei

Und was waren das für Transporte! Die halbverhungerten, zu Tode erschöpften Gefangenen wurden gezwungen, bei meist völlig unzureichender Marschverpflegung bis zu 50 Kilometer am Tag zu Fuß zurückzulegen – völkerrechtlich waren mit Bedacht nur 20 Kilometer erlaubt –, häufig *neben* der Straße. Die verantwortlichen Lager- und Wachmannschaften sahen im »Gefangenenabschub« oft eine »untergeordnete Aufgabe«. ¹⁰⁴ Auf den Zustand der Gefangenen wurde keine Rücksicht genommen. Im Gegenteil: »Körperliches Unvermögen durch Überanstrengung und schlechte Ernährung wird vielfach als Widerspenstigkeit ausgelegt«, notierte der Kommandeur der 403. Sicherungsdivision, Generalmajor v. Dittfurth kritisch. Der Korück 580, Generalleutnant Ludwig Müller, bemängelte dagegen, die Disziplin der sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem Marsch lasse zu wünschen übrig. Insbesondere sollten sie nicht »um Lebensmittel und Wasser betteln«. Auf Grund solcher Einstellungen und Befehle kam es zu Szenen wie in Orscha, wo deutsche Soldaten zu Tode erschöpfte Gefangene vor den Augen der Zivilbevölkerung schlugen, und zu unzähligen Erschießungen derer, die nicht mehr mitkamen. ¹⁰⁵ Die Täter machten sich damit freiwillig und doch unbewußt zu Erfüllungsgehilfen derer, die von vornherein geplant hatten, einen Teil der sowjetischen Kriegsgefangenen verhungern zu lassen. Auch während der Eisenbahntransporte waren die Todesraten teilweise enorm. ¹⁰⁶

Die Kriegsgefangenenrationen waren in den beiden ersten Kriegsmonaten in Weißrußland oft äußerst gering. Zum Teil erhielten die Gefangenen einfach gar nichts. So war es außer in Minsk auch im Lager in Postawy vom 4. bis zum 8. Juli, in einem Lager bei Witebsk vom 16. bis zum 18. Juli, in Demidow zwischen 1. und 5. August. Ein Insasse des Witebsker Lagers notierte in seinem Tagebuch: »Ich war schon 3 Tage in der Gefangenschaft und hatte noch nichts zu essen bekommen. Viele kamen vor Hunger um, sie bekamen nichts zu essen.« ¹⁰⁷ Anderswo entsprachen die Rationen

wichtigen Treffen der Kgf.Bez.Kdt. mit den Lagerführern ließ er sich eine persönliche Teil- und Einflußnahme nicht nehmen. Vgl. Kgf.Bez.Kdt. J. Besprechung mit den Dulag-Kommandanten 112, 155, 185, 126, 130, 231 und dem Kommandanten der AGSS 19 bei Dulag 155 in Lida am 21. 8. 1941, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Dok.-Nebenband; Berück Mitte, Qu, Monatsbericht August v. 3. 9. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 365.

¹⁰⁴ 403. Sich.Div., Ia, Sonder-Befehl über Aufgaben im neuen Divisionsbereich v. 4. 9. 1941, BA-MA WF-03/13303, Bl. 24. Vgl. KTB 87. Inf.Div., Ib, v. 13. 8. 1941 (6000 Kriegsgefangene sollten die 80-km-Strecke Borisow-Minsk in zwei Tagen schaffen), ähnlich unter dem 29. 7. (4000 täglich von Minsk nach Stolzby, d. h. gut 30 km am Tag); BA-MA 26-87/137. Ferner AOK 9, O.Qu./Qu.2, Betr.: Gefangenenabschub v. 9. 7. 1941, BA-MA RH 23/222. Hier wurde von einer täglichen Marschleistung von 20–25 km ausgegangen. Zu den Bestimmungen der Konvention von 1929 Datner, S. 213.

¹⁰⁵ Bericht über die Reise vom 19.–21. 8. 1941 (Unterschrift: v. D[itfurth]), BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 536 (Zitat); Korück 580 an alle unterstellten Einheiten v. 26. 8. 1941 (Abschrift durch Pol.Rgt. Mitte), BA F 56754 (2. Zitat); Auszug aus einem Schreiben des Berück Mitte v. 27. 8. 1941 in H.Gr. Mitte, Ic/A.O. v. 31. 8. 1941, BA-MA RH 23/220. Zu den Erschießungen unten S. 843–847 in dieser Darstellung, zum psychologischen Effekt auch Anm. 8/88.

¹⁰⁶ 80 % wie nach einem Brief von Hellmuth James Graf v. Moltke v. 26. 8. 1941 (Streit, S. 131) dürften allerdings übertrieben sein.

¹⁰⁷ [Pz.Gruppe 3,] Ic/A.O. v. 23. 8. 1941, Übersetzung aus dem Notizbuch eines Politruks (Leutnant), der bei den Partisanen war, BA-MA WF-03/25645, Bl. 538f. Vgl. Tätigkeitsbericht über den ersten Einsatz der AGSS 7 in der Zeit 8.–16. 7. 41 in Postawy sowie 2. Kp. Wach-Btl. 508 an Wach-Btl. 508 v. 5. 8. 1941, beides BA-MA RH 23/222. Demidow liegt in Rußland 30 km östlich der weißrussischen Ostgrenze bei Janowitschi.

300 bis 700 Kalorien täglich auch für Arbeitskräfte, so höchstens 50 Gramm Hirse und 200 Gramm Brot im Dulag 155 in Lida, in anderen Lagern 20 Gramm Hirse und 100 Gramm Brot.¹⁰⁸ Im Stalag 307 bei Biala Podlaska schrien die Gefangenen im Juli 1941 nach Wasser, gruben mit Blechdosen und Eßbestecken tiefe Höhlen auf der Suche danach; manche stürzten ein und begruben die Verzweifelten unter sich.¹⁰⁹ Vor allem Buchweizen und Hirse, als minderwertig angesehene, für die Deutschen ungewohnte Lebensmittel, blieben für die Gefangenen übrig; nach Ansicht des Quartiermeisters im rückwärtigen Heeresgebiet war das in der Regel genug.¹¹⁰

Zwar beruhten diese Tiefstsätze offenbar auf örtlichen, teils vorübergehenden Engpässen oder zeitweiliger Desorganisation – denn entscheidend für die tatsächlichen Rationen waren nicht Richtsätze, sondern die lokale Situation (was aber wiederum auf der zentralen Entscheidung beruhte, den sowjetischen Gefangenen nicht völkerrechtsgemäß die Rationen des deutschen Ersatzheeres zu gewähren). Doch von höherer Stelle kamen Anweisungen für Höchstsätze, die ebenfalls nicht zum Leben genügten und zur Auszehrung der sowjetischen Kriegsgefangenen führen mußten. Am 9. Juli gab die 9. Armee als »Anhalt«, bis zu einer Regelung durch das OKH täglich pro Person 300 Gramm Brot, 20 Gramm Graupen, 4 Gramm Tee (oder 10 Gramm Kaffeeersatz), minderwertiges Fleisch, Kartoffeln und Hirse »soweit vorhanden« auszugeben. Am 1. August ordnete sie für Arbeiter viel höhere Sätze an, nämlich die völkerrechtskonformen des deutschen Ersatzheeres, jedoch – und das war entscheidend – nur »nach Maßgabe vorhandener Bestände«.¹¹¹ Diese Regelung wurde im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte übernommen.¹¹² Im Reichsernährungsministerium studierte man Akten über die Kriegsgefangenenverpflegung im Ersten Weltkrieg, unterschritt aber die dort gefundenen Sätze in einem Vorschlag vom 3. Juli 1941 mit um-

108 Kgf.Bez.Kdt. J, Bericht über die Besichtigungsfahrt vom 26.–29. 7. 41, BA-MA WF-03/7353, Bl. 822, dazu Streit, S. 131.

109 Vgl. Körner-Schrader, S. 63f. und 67. Die polnische Stadt Biala Podlaska (damals Generalgouvernement) liegt 30 km westlich von Brest. Dorthin gelangten Ende Juni 1941 die ersten Gefangenen aus der Schlacht bei Minsk und Bialystok.

110 286. Sich.Div., Abt. Ib/Qu, Bericht über die Versorgungslage und den Einsatz der Versorgungstruppen seit Beginn der Operationen in Rußland v. 3. 8. 1941, BA-MA RH 26-286/3. Im Bericht wurde unterstrichen: »Bestimmungsgemäss soll die Truppe soweit als möglich aus dem Lande leben. Das Gebiet [...] hat jedoch wenig Überschuss an Verpflegungsmitteln, zum Teil ist es sogar Zuschussgebiet.« Trotzdem habe man immer die vollen Verpflegungssätze ausgeben können. – Zu den »minderwertigen« Lebensmitteln vgl. Anm. 4/302 in dieser Darstellung; für Kriegsgefangene: Berück Mitte, Qu, Monatsberichte v. 27. 7., 3. 9. und 8. 10. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 361, 366 und 383. Zur Unglaubwürdigkeit seiner Berichte bereits Streit, S. 131f.

111 AOK 9/O.Qu./Qu.2, Betr.: Gefangenenabschub v. 9. 7. 1941, BA-MA RH 23/222; ebenso v. 1. 8. 1941, Betr.: Aufstellung von Kriegsgefangenen-Arbeitsbataillonen, BA-MA RH 23/219; Im Bereitstellungszeitraum sollten 320 Gramm Brot, 30 Gramm Fett, 55 Gramm Frischfleisch, bei schwerer Arbeit bis 500 Gramm Brot und 40 Gramm Fett täglich sowie 1000 Gramm Fleisch wöchentlich gewährt werden. – In einer undatierten Anweisung des Korück 582 der 9. Armee hieß es, die Gefangenen sollten zweimal täglich einen Liter warme Suppe erhalten. Vgl. Grundsätzliche Anordnungen zur Einrichtung und Führung von Armee-Gefangenen-Sammelstellen (Anlage zum Korück-Befehl Nr. 82, undatiert), BA-MA WF-03/14298, Bl. 128f. Man muß hinzufügen: Diese Suppe, die berühmte »Balanda«, war in der Regel sehr dünn, ohne Fleisch oder Fett, und oft außer einem Stück Brot die einzige Nahrung für die Gefangenen.

112 Berück Mitte, Quartiermeister, Besondere Anordnungen für die Versorgung Nr. 30 v. 2. 8. 1941, BA F 40540, Bl. 903f.

gerechnet 1561 Kalorien pro Tag deutlich, und trotzdem malte man sich dort aus, was das alles die Volkswirtschaft noch an Kartoffeln, Brot, Margarine, Fleisch und so weiter jährlich kosten würde.¹¹³ Diese Regelung scheint nie wirksam geworden zu sein, sondern man entschied sich in der Folgezeit für eine Spaltung zwischen offiziell vorgegebenen und tatsächlich ausgegebenen Rationen. Am 6. August legte der Befehlshaber des Ersatzheeres Sätze fest, die immerhin 2040 Kalorien für Nichtarbeiter und 2200 für Arbeiter entsprachen und auch im Raum Weißrußland galten.¹¹⁴ Möglicherweise gab es auch Richtlinien von seiten des Generalquartiermeisters des Heeres, die nicht rekonstruierbar sind.¹¹⁵ Jedoch erhielten die Kriegsgefangenen wohl nirgends die vom OKH festgelegten Sätze, weil ihre Nahrungsmittel nach den Vorschriften aus landeseigenen Beständen des Besatzungsgebiets kommen sollten. Diese sollten aber zugleich und vorrangig dazu dienen, die Wehrmachttruppen zu ernähren. Nachschubbestände wurden nur in seltenen Ausnahmefällen entgegen der Vorschrift für die Versorgung der Gefangenen freigegeben. Die Intendanten und Heeresverpflegungsdienststellen standen ihrerseits durch den ständig eingeschränkten Lebensmittelnachschub unter großem Druck, die eigene Truppe versorgen zu müssen.¹¹⁶

Aus der Unterversorgung der Gefangenen folgten schon zu dieser Zeit erste Seuchen, in erster Linie Ruhr.¹¹⁷ Der Generalquartiermeister befahl am 24. Juli, die schwerverwundeten sowjetischen Kriegsgefangenen von den Dulags nicht weiter nach Westen abzuschieben und ihre medizinische Versorgung stark einzuschränken.¹¹⁸ Die Todesraten waren in einigen Lagern, wenn deren Berichte zutreffen, noch verhältnismäßig gering, so in Dokschiy, Orscha und zeitweilig in Witebsk; dort starben durchschnittlich etwa ein bis zwei Gefangene am Tag.¹¹⁹ Laut späteren Aus-

113 Vorschlag für Tagessatz für russ. Kriegsgefangene 1941 -EwF- 3.7.1941 (handschriftliche Notiz »17. 7. 41«), BA 36.01, Nr. 2353, Bl. 46 (Abschrift). Danach sollten täglich 1000 Gramm Kartoffeln, 150 Gramm Brot, 20 Gramm Margarine, 25 Gramm Fleisch, 25 Gramm Hülsenfrüchte und 25 Gramm Zucker gereicht werden, was 1561 cal. und 35 Gramm Eiweiß entsprechen hätte. Für eine Million Kriegsgefangene hätte man danach in einem Jahr 365 000 t Kartoffeln, 55 000 t Brot, 7300 t Margarine und 9000 t Fleisch bereitstellen müssen.

114 OKH, Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres 62f VA/AgVIII/U 3 (Ue) v. 6. 8. 1941, BA 36.01, Nr. 1890, Bl. 323/R; Streit, S. 138. Ebenso in FK (V)812 (Minsk-Land), Kommandanturbefehl Nr. 7 v. 30. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 10/R und 15. Pro Tag waren danach für Nichtarbeiter 214 Gramm Brot, 1286 Gramm Kartoffeln (oder Ersatz durch Kohlrüben), 16 Gramm Margarine, 14 Gramm Fleisch u. v. a. bei relativ vielfältigem Speisezettel vorgesehen.

115 Der Tätigkeitsbericht des Berücks Mitte, Qu, für August v. 3. 9. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 366, sprach von durch »OKH/GenQu festgesetzten Sätzen«. Näheres konnte nicht ermittelt werden.

116 Vgl. Tätigkeitsbericht 286. Sich.Div., IVa (Intendant), für 15. 3.-31. 12. 1941, BA-MA RH 26-286/15; Bericht Kdr. 403. Sich.Div., v. Dittfurth, über die Reise vom 19.-21. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 535.

117 Vgl. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht August v. 3. 9. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 370 (»kleine Seuchenherde«); AGSSt 7, Tätigkeitsbericht v. 24. 7. 1941, BA-MA RH 23/222 (Polozk); Erinnerungen W. P. Stasewitsch v. 20. 10. 1980, MGVK Minsk 20-10^a-15-23503 (Lazarett Minsk, Typhus); Körner-Schrader, S. 64 (Biala Podlaska).

118 Die Lazarette sollten in größerer Entfernung von den Lagern eingerichtet, die Gefangenen nur durch sowjetisches Personal mit Beutebeständen an Verbandszeug und Arzneien versorgt werden. Datner, S. 350.

119 Vgl. Dulag 127, Tätigkeitsbericht für 25. 8.-24. 9. v. 25. 9. 1941, BA-MA RH 49/76 (bisher 200 Todesfälle: 100 wegen Verwundung, je 50 wegen Ruhr und Körperschwäche; 100 000 Gefangene durchliefen das Lager); Kgf.Bez.Kdt. J, Bericht über die Besichtigungsfahrt vom 7. 8.-12. 8. v. 13. 8. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 811 (in Dulag 231 Dokschiy von 11500 Gefangenen, die das Lager durchliefen, 50 gestorben, was als »großer Teil« bezeichnet wurde); Tagesmeldungen I./Inf.Rgt. 406 v. 2. und 3. 9. 1941 (ein

sagen Mitverantwortlicher war das in einigen Lagern allerdings ganz anders, so daß im betrachteten Zeitraum täglich bis 100 (in Baranowitschi) oder sogar bis 250 Gefangene starben (in Lida).¹²⁰ Erinnert sei auch an das Lager Drosdy bei Minsk. Im Sommer 1941 waren die Todesraten örtlich noch sehr unterschiedlich.

Als Arbeitskräfte hatten die Kriegsgefangenen in den Augen der Deutschen damals im Raum Weißrußland anscheinend noch keinen großen Wert. Das Wirtschaftsleben war lahmgelegt, in den Städten gab es viele Arbeitslose, und auf dem Land schienen die Arbeitskräfte ebenfalls mehr als auszureichen. In verschiedenen Gegenden, so bei Grodno und Slonim, wurden Kriegsgefangene im Juli 1941 als allerletzte, noch nach den jüdischen Arbeitskräften, vermittelt.¹²¹ Zwar erteilten OKW und OKH in jenem Monat Weisungen, in allen Lagern Arbeitskompanien zu schaffen, auch vorsorglich,¹²² doch dürften sie, wenn überhaupt, hauptsächlich Dienste für die Fronttruppe und beim Straßen- und Brückenbau geleistet haben. Soweit es aus den bruchstückhaften Akten hervorgeht, gab es noch keinen umfangreichen geregelten Arbeitseinsatz von Gefangenen.

b) Die Verschärfung der Versorgungspolitik, ihre Ursachen und Folgen (September bis November 1941)

Die Führungsentscheidung, den Großteil der Gefangenen sterben zu lassen

In der Vergangenheit ist meist angenommen worden, die große Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen habe ihre Versorgung den Deutschen unmöglich gemacht. Christian Streit hat solche Behauptungen widerlegt.¹²³ Jedoch nahm Streit an, daß die Sterblichkeit der Gefangenen schon im Sommer 1941 »sehr groß« gewesen sei, und hat deshalb den im Herbst jenes Jahres eintretenden Qualitätssprung unterbewertet.

bzw. zwei Tote im Lager südlich Witebsk durch Ruhr), BA-MA RH 23/221; Korück 582, -Qu- v. 26. 11. 1941 an AOK 9, O.Qu./Qu.2, Betr.: Abgänge von Kriegsgefangenen (in unterstellten Lagern 22. 6.-1. 10.: 450 gestorben – allein 342 bei AGSSt 7 –, 266 als Partisanen exekutiert, 72 geflohen und meist erschossen bzw. an SD übergeben; unterstellt waren außerdem AGSSt 8 und Dulag 240), BA-MA RH 23/222.

¹²⁰ Vgl. Vern. K. S. (ehemals Schreibstubenleiter Dulag 131 in Baranowitschi) v. 31. 10. 1962, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bd. 1, Bl. 17; Vern. Wolfgang v. Ditfurth v. 18. 12. 1945 durch die Sowjets, BA D-H ZM 1683, A. 9, Bl. 38f. Nach seiner Aussage hielt v. Ditfurth die Zustände in den Lagern für »unausbleiblich«, worin ihn v. Schenckendorff bestätigte. Ditfurth mußte zugeben, trotz der außergewöhnlich schlechten Lage im Lager Lida, wo sich lediglich 3000 Gefangene befunden haben sollen, dem Dulagkommandanten, Oberst v. Troenefelds, eine positive Beurteilung in die Personalakte geschrieben zu haben. – Zu der hohen Sterberate in Witebsk auch [Pz.Gruppe 3.] Ic/A.O. v. 23. 8. 1941, Übersetzung aus dem Tagebuch eines Politruks, BA-MA WF-03/25645, Bl. 538f.

¹²¹ Vgl. S. 578 in dieser Darstellung und Erkundungsbericht des OKVR Hempel, Abt. Arbeit, über die Dienstfahrt nach Grodno am 15. 7. v. 16. 7. 1941 (Abschrift), BA F 14102, Bl. 219; Bericht des Ord.-Offiziers von Kgf.Bez.Kdt. J über seinen Besuch im Dulag 131, Slonim (handschriftlich datiert auf 23. 7. 1941), ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 800.

¹²² OKW, WFSt/Abt. L(IV/Qu), Richtlinien für den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener (gez. Keitel) v. 8. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 44543, Bl. 482f.; AOK 9, O.Qu./Qu.2, Betr.: Gefangenwesen v. 4. 8. 1941 mit Zitaten aus OKH/GenStdH/GenQu Nr. 11787/41 v. 31. 7. 1941 (»Die Arbeitskraft sämtlicher Kriegsgefangener ist rücksichtslos auszubeuten«), BA-MA RH 23/220 (Hervorhebung im Original); KTB WiStab Ost v. 8. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 73. Zum tatsächlichen Einsatz Andeutungen in Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht für 3.-31. 7. v. 27. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 361; KTB Berück Mitte, Qu, v. 1. 9. 1941, ebd., Bl. 342.

¹²³ Vgl. Streit, besonders S. 130–132 und 187–190 (folgendes Zitat S. 130, Hervorhebung durch Streit).

Nach den hier schon vorgebrachten Quellen setzte das Massensterben in Weißrußland jedoch in den Sommermonaten erst örtlich und phasenweise ein. Wahrscheinlich spielte dabei eine Rolle, daß die Gefangenen damals noch nicht durch vorherige lange Monate des Hungers zermürbt waren. Außerdem entschärften die zuständigen Stellen zeitweilige Ernährungskrisen in vielen Lagern durch Abtransporte und manche Anstrengung, die Versorgung zu verbessern, soweit das innerhalb des deutschen Systems der Aneignung und Verteilung von Agrargütern möglich war. Eine Verschärfung der Versorgungslage trat jedoch nicht erst mit dem Zufluß der 662 000 Gefangenen aus der Kesselschlacht von Brjansk und Wjasma im Oktober 1941¹²⁴ ein, sondern bereits vorher, und war Ergebnis des Schritts von der unspezifischen Unterversorgung, nachrangigen Versorgung oder Vernachlässigung zur gezielten, selektiven Ermordung der meisten Gefangenen durch Hunger.

Erinnern wir uns an die Entwicklung der deutschen Ernährungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten im September 1941. Am 4. September erklärte der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Backe, während einer Spitzenbesprechung beim Vierjahresplan-Staatssekretär Körner, die neuen Lieferforderungen der Wehrmacht (2,1 Millionen Tonnen Getreide und 652 000 Tonnen Fleisch) könne er nicht erfüllen, ohne die Fleischration für Zivilisten im Reich zu senken; die Wehrmacht müsse sich aus den besetzten sowjetischen Gebieten selbst ernähren.¹²⁵ Am 9. September notierte der Generalquartiermeister Wagner, daß Backe, der damit die Wehrmacht erheblich unter Druck gesetzt hatte, nunmehr die Ernährungsplanung unerwartet auf ein weiteres Kriegsjahr umstellen müsse.¹²⁶ Bezogen auf jenen Zeitraum berichtete der Wirtschaftsstab Ost:

»Von entscheidender Bedeutung für die Ausnutzungsmöglichkeit der russischen Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte im besetzten Gebiet beginnt schon jetzt [...] die Ernährung zu werden. [...] Der Eindruck, den man z. Zt. von arbeitenden Kriegsgefangenen gewinnt, läßt vermuten, daß viele diesen Winter nicht überleben werden.«¹²⁷

Hier deutete sich schon eine neue Entwicklung an. Wenn das schon für die »arbeitenden« Gefangenen galt, was war dann erst mit den nicht mehr zur Arbeit fähigen, wenn man obendrein noch gleichzeitig Rationssenkungen forderte? Mitte September fanden die vorentscheidenden Besprechungen zwischen Backe, Göring und den Wehrmachtteilen über »Verpflegung«, wie Göring schrieb, statt. Dabei gab Göring unter Verweis auf den deutschen militärischen Zusammenbruch 1918 am 16. September die Weisung aus, im Reich dürfe man die Rationen keinesfalls senken:

»Grundsätzlich sollen in den besetzten Gebieten nur diejenigen in der entsprechenden Ernährung gesichert werden, die für uns arbeiten. Selbst wenn man die sämtlichen übrigen Einwohner ernähren *wollte*, so *könnte* man es im neubesetzten

124 Siehe Streit, S. 129.

125 Chef des Stabes [WiRüAmt], Aktennotiz Besprechung bei Staatssekretär Körner am 4. 9. 41, 12.00 Uhr v. 4. 9. 1941, BA-MA RW 19/177, Bl. 117–119. Teilnehmer waren auch Erich Koch, Riecke, Schlotterer, Ministerialdirektor Gramsch (Vierjahresplan) und Oberst Hünermann (Stabschef WiRüAmt).

126 Brief Eduard an Elisabeth Wagner v. 9. 9. 1941, BA-MA N 510/v. 48. Wagner sprach sogar von zwei weiteren Kriegsjahren. Backe befand sich in Begleitung des Generals Osterkamp (Heeresversorgungsamt) und des Staatssekretärs im RMEuL, Willkens.

127 WiStab Ost, Fü/Id, Halbmonatsbericht für 1.–15. 9. v. 29. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 941.

Ostgebiet *nicht*.« Bei der Ernährung der sowjetischen Kriegsgefangenen sei man »an keine internationalen Verpflichtungen gebunden. [...] Ihre Verpflegung kann sich daher nur nach den Arbeitsleistungen für uns richten.«¹²⁸

In einer weniger bekannten Niederschrift über diese Besprechung hieß es ergänzend: »Staatssekretär Backe erhält Auftrag, nochmals sämtliche von uns besetzten Gebiete im Hinblick auf ihre Lebenshaltung, auf die dort vorhandenen Vorräte usw. zu kontrollieren.« Göring befahl, »rücksichtslose Sparmaßnahmen« bei der Ernährung hätten ausschließlich andere Völker zu treffen, nicht das deutsche.¹²⁹ Die deutsche Hungerpolitik in der Sowjetunion, die bei diesen Treffen insgesamt diskutiert wurde, sollte sich zu einem ganz wesentlichen Teil gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen richten. Und auch für sie galt eine neue, selektive Ernährungspolitik: die Arbeitenden ernähren, die anderen nicht. Göring stellte klar, daß man die nicht Arbeitenden verhungern lassen »wollte« und dies nicht etwa nur in Kauf nahm. Insbesondere der Generalquartiermeister wurde in dieser Hinsicht unter Druck gesetzt.¹³⁰ Kurz darauf stellte Backe auftragsgemäß Hitler seine neue Kriegsernährungsplanung vor, die der negativen militärischen Entwicklung Rechnung trug¹³¹ und Rationskürzungen im Reich vermied – auf Kosten der sowjetischen Bevölkerung.¹³²

Anfang Oktober gingen die zuständigen deutschen Stellen daran, diesen Plan umzusetzen. Dabei kam wiederum die durch die deutsche Offensive Richtung Moskau (seit dem 2. Oktober) angespannte Transportlage ins Spiel. Am 8. Oktober fanden gleichzeitig mehrere Treffen auf verschiedenen Ebenen zur Ernährungsfrage statt: Backe sprach nach seiner Ukrainereise mit Thomas; Riecke und Küper konferierten mit dem Generalquartiermeister über die »Verpflegung der Kriegsgefangenen und [den] Nachschubbedarf des Ostheeres«. Heeresversorgungsdienststellen, die bis dahin die Kriegsgefangenen versorgten, und Wirtschaftsstab Ost stritten darum, ob die Wirtschaftsverwaltung die Versorgung übernehmen sollte; diese drängte darauf, die

128 Verbindungsstab d. OKW/WiRüAmts beim Reichsmarschall, Wirtschaftsaufzeichnungen für die Berichtszeit vom 15. 8. bis 16. 9. v. 16. 9. 1941 (gez. Nagel), in: IMT, Bd. 36, S. 107f. (Hervorhebungen im Original). Teilnehmer waren außer Göring, Backe und Nagel GenLt Osterkamp, General der Flieger Gosrau (Verwaltungsamt der Luftwaffe), GenLt Seidel (GenQu der Luftwaffe), Oberst Baentsch (GenQu/Wagners Stellvertreter), Generalintendant Kleberger, Riecke, Ministerialrat Görnnert (Vierjahresplan) u. a. Am 15. 9. hatte eine Vorbesprechung zwischen Göring, Backe und Görnnert stattgefunden. Siehe auch Terminkalender Görings v. 15. und 16. 9. 1941, IfZ ED 180/5.

129 Vermerk über die Besprechung bei dem Herrn Reichsmarschall vom 16. 9. 41 von 11.30 bis 13.30 Uhr (gez. Görnnert, Abschrift), BA R 26 IV/vorl. 51.

130 MinR. Görnnert, Besprechungsnotizen vom 15. 9. 41 anlässlich der Besprechung des Herrn Reichsmarschall mit Staatssekretär Backe v. 16. 9. 1941, USHMM RG-11.001 M, Reel 205 (Sonderarchiv Moskau 700-1-31).

131 Bereits am 9. 10. 1941 berichtete auch der Oberlandesgerichtspräsident Königsberg, die Stimmung der ostpreussischen Bevölkerung werde schlechter, da sie der Meinung sei, »daß der Feldzug gegen die Sowjetunion in diesem Jahre wohl kaum noch zu Ende geführt werden könne« (zitiert nach: Tilitzki, S. 160).

132 Das Treffen fand am 23. 9., Vorbesprechungen beim WiStab Ost und GenQu an den beiden Vortagen statt. Bei Hitler wurde Backe vom Kriegsverwaltungsrat v. Schlick begleitet. Vgl. KTB WiStab Ost und KTB WiStab Ost, Chefgr. Landwirtschaft, zu diesen Tagen: BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 144-146, und BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 912-914; zum Ergebnis Brief Eduard an Elisabeth Wagner v. 29. 9. 1941, BA-MA N 510/v. 32.

Kriegsgefangenenrationen zu senken.¹³³ Bereits am nächsten Tag verkündete die Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabs Ost entsprechend niedrigere Rationen.¹³⁴ Am 13. Oktober traf sich Riecke nochmals mit Wagner. Sie vereinbarten eine »scharfe Trennung [...] zwischen arbeitenden und nicht arbeitenden Kriegsgefangenen« in den Ernährungsrichtlinien, die »in Kürze« herauskommen sollten.¹³⁵ Kurz darauf stimmten sich auch Quartiermeister- und Wirtschaftsdienststellen im Bereich der Heeresgruppe Mitte ab.¹³⁶ Noch schärfer wurden Görings Richtlinien auf einer Serie von Treffen zwischen dem 19. und 23. Oktober ausgelegt und formuliert. Am 21. Oktober senkte der Generalquartiermeister Wagner gemäß der Absprache mit der Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabs Ost vom 8. Oktober die Ernährungssätze für nichtarbeitende Gefangene um 27 Prozent auf 1490 Kalorien (bei Eiweiß um 46 Prozent), während sie bei arbeitenden Gefangenen fast unverändert blieben. Wagner verband das mit dem Hinweis:

»Die Einheitsführer müssen sich dessen bewußt sein, daß jedes Verpflegungsmittel, das dem Kriegsgefangenen zu Unrecht oder zuviel gewährt wird, den Angehörigen in der Heimat oder dem deutschen Soldaten abgezogen werden muß.«¹³⁷

Thema der Besprechungen war die »Behandlung der russischen Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen, die sich aus der Unmöglichkeit ergibt, dieselben ausreichend zu ernähren«. Als Ergebnis wurde festgehalten, daß die Kriegsgefangenen in den besetzten sowjetischen Gebieten schlechter als alle übrigen Bevölkerungsgruppen, auch

¹³³ KTB WiStab Ost, Chefgr. Landwirtschaft, v. 8. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 906. Vgl. Brief-tagebuch WiStab Ost, Chefgr. Landwirtschaft, unter dem 8. 10. 1941, BA-MA RW 31/4; KTB WiStab Ost v. 8. und 9. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 165 (Gespräch Dr. Bachmann – Intendanturrat Dr. Kössler).

¹³⁴ WiStab Ost, Chefgr.La, La III/4II, Betr.: Verpflegung sowjetischer Kriegsgefangener v. 9. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 747.

¹³⁵ KTB WiStab Ost, Chefgr. Landwirtschaft, v. 13. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 887. Vgl. KTB WiStab Ost vom gleichen Tag: »Bei der Verpflegung der Kriegsgefangenen wird ein scharfer Unterschied zwischen arbeitenden und nicht arbeitenden Kriegsgefangenen gemacht werden.« BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 169.

¹³⁶ Vgl. KTB Berück Mitte, Qu, v. 15. 10. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 347. Hoffmann traf sich an diesem Tag u. a. mit dem Ib der H.Gr., v. Gericke, mit dem Leiter der Außenstelle des GenQu, Major Eckstein, den bodenständigen Heeresversorgungsdienststellen und dem Kgf.Bez.Kdt. K. Am 12. 10. hatte er sich mit der Chefgruppe Landwirtschaft der WiIn Mitte besprochen (ebd.).

¹³⁷ Hierzu Streit, S. 142–144 (Zitat S. 142) sowie 138 und Müller, Blitzkriegsstrategie, S. 1196f. Es waren die gleichen Sätze, die bereits in WiStab Ost, Chefgr.La, La III/4II v. 9. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 747, enthalten waren. Dort hieß es zusätzlich einschränkend, »dass die Verpflegungsmittel zu 100 % aus dem Lande und nicht durch Nachschub bereitgestellt werden können.«

Ganz ähnlich wie Wagners Befehl war zehn Tage später eine Anweisung an die Frontzeitungen formuliert (»Nicht zum wörtlichen Abdruck bestimmt«), die der Truppe klarmachen sollten, daß »der deutsche Soldat angesichts hungernder Frauen und Kinder hart bleiben« müsse. Reinhardt, S. 92, Anm. 289. Am 19. 10. 1941 gab es eine große Besprechung unter Vorsitz Backes im RMEuL über die Gefangenenernährung mit Vertretern des RKO, RKU, der WiIn Mitte und des Generalgouvernements. Am 20. und 21. 10. war dies auch Gegenstand von Verhandlungen im Ostministerium. Matthiessen, S. 371f.

als die dortige Zivilbevölkerung, ernährt werden sollten.¹³⁸ Zu jener Zeit sprach Göring auch davon, es sei »abwegig, in der Weite des russischen Raumes Grenzen zwischen Stadt- und Landbevölkerung aufzurichten«, das heißt er hatte begriffen, daß es nicht gelang, die Bevölkerung in den Städten einfach verhungern zu lassen. Das betraf selbst die Juden.¹³⁹ Die Kriegsgefangenen waren nunmehr die einzige Bevölkerungsgruppe, bei der das möglich erschien.

Staatssekretär Backe verband in Gesprächen mit Goebbels die »katastrophale Lebensmittellage« in den besetzten Gebieten mit den Versorgungsproblemen in Deutschland und der Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen.

»Wir haben keine Möglichkeiten, die riesigen Zahlen der bolschewistischen Gefangenen irgendwie sachgemäß zu ernähren. Es spielen sich dort Hungerkatastrophen ab, die jeder Beschreibung spotten. [...] Das Reichsernährungsministerium schlägt ganz radikale Maßnahmen vor, mit denen man allein eine schwere Krise verhindern könnte.«

»[...] und haben nun noch drei Millionen russische Gefangene zu ernähren. Das hält unsere Decke nicht aus. Wir müssen deshalb zu etwas rigoroseren Methoden den Kriegsgefangenen gegenüber greifen. [...] Wenn nicht ein Wunder geschieht, so müssen dort in den kommenden Monaten Hunderttausende von Menschen verhungern.«¹⁴⁰

Goebbels wollte »in dieser Frage« einen Vorstoß bei Hitler unternehmen. Die These, daß Hitler und die relevanten Führungsstellen in Staat und Wehrmacht (bis hin zu Reinecke) zunächst nicht über das Massensterben der Gefangenen orientiert gewesen seien,¹⁴¹ ist nicht haltbar. Ob Göring oder Rosenberg, Backe oder Goebbels, Jodl oder zweifellos auch Hitler – alle waren darüber informiert und *wollten*, daß ein großer Teil der Gefangenen starb, denn aus ihrer Sicht mußte es ja sein.¹⁴² Am 13. Ok-

¹³⁸ KTB WiStab Ost, Chefgr.Landwirtschaft, v. 23. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 897 über ein Treffen zwischen Riecke, OKVR Körner, v. Schlick und Dr.-Ing. Fritz Görnnert, Görings einflußreichem persönlichen Referenten. Am 20. 10. erfolgte eine interne Dienstbesprechung zwischen Backe, Riecke, Küper u. a. (ebd., Bl. 894). – Aus der dabei festgelegten Reihenfolge der Ernährung wie aus dem grammatistischen Bezug im Zitat folgt, daß man die Hungerpolitik gezielt auf die Kriegsgefangenen konzentrieren wollte. – Am 22. 10. hatte sich Riecke bereits mit Ministerialdirektor Gramsch (Vierjahresplan) getroffen (ebd., Bl. 896). Zur einflußreichen Stellung Görnnerts Notiz v. Gusovius (WiRüAmt) v. 19. 7. 1941 über ein Telefonat mit dem Verbindungsmann des WiRüAmts zu Göring, Nagel, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 444; ferner Görnnerts häufige Gesprächstermine bei Göring 1941 laut dessen Terminkalender, IfZ ED 180/5.

¹³⁹ Vgl. Verbindungsstelle des OKW/WiRüAmts beim Reichsmarschall (Nagel) v. 29. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1015, und Kap. 4.3a und d sowie 7.3b in dieser Darstellung.

¹⁴⁰ Tagebuch Goebbels v. 17. und 23. 10. 1941 (Teil II, Bd. 2, S. 132 und 161). Für diesen Hinweis danke ich Peter Witte.

¹⁴¹ So Streit, S. 196f., und Herbert 1993, S. 213.

¹⁴² Siehe die in Kap. 2.2a in dieser Darstellung und im Vorangegangenen zitierten Äußerungen Görings (besonders Ciano, Tagebuch v. 25. 11. 1941, S. 374), Backes und Rosenbergs; ferner Streits eigene Einschätzung zu Hitler mit einem Jodl-Zitat (S. 188); Goebbels' Tagebucheintrag v. 12. 12. 1941 darüber, daß bereits 900000 Gefangene tot seien, »eine Unmenge anderer werden in den folgenden Wochen und Monaten sterben« (Tagebücher, Teil II, Bd. 2, S. 484); Rosenbergs Vortrag bei Hitler am 14. 12. 1941, in dem er mitteilte, im RKU stürben täglich 2500 Gefangene (IMT, Bd. 27, S. 272).

tober äußerte Hitler: »Immer wieder kommt eine neue Not. [...] Erst: Gefangene her. Jetzt: Wohin mit den Gefangenen?«¹⁴³

Am 30. Oktober stimmte sich die Quartiermeisterabteilung des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte telefonisch mit dem OKH, so wörtlich, über die »voraussichtliche Stärke der im Winter im rückw. H.G. zu verpflegenden Kgf.« ab. Die gewundene Formulierung könnte darauf hindeuten, daß es dabei um die Frage ging, wie viele von ihnen am Leben erhalten werden sollten.¹⁴⁴ Am 4. November senkte der Wirtschaftsstab Ost die Rationen für die sowjetische Zivilbevölkerung. Vier Tage später erklärte Göring, in »diesem Kriege werde das größte Sterben seit dem dreißigjährigen Kriege sein.«¹⁴⁵ Die deutlichste und direkteste Anweisung zur Ermordung eines Teils der sowjetischen Gefangenen gab jedoch der Generalquartiermeister Eduard Wagner bei einer Besprechung sämtlicher an der Ostfront eingesetzten Heeresgruppen und Armeen am 13. November in Orscha. Er schwor – nach Aufzeichnung des Generalstabschefs der 18. Armee – die gesamte Truppe darauf ein: »Nichtarbeitende Kriegsgefangene in den Gefangenenlagern haben zu verhungern.«¹⁴⁶ Arbeitende Kriegsgefangene könnten nur »im Einzelfalle auch aus Heeresbeständen ernährt werden«. Das war nicht »Hilflosigkeit« (Rolf-Dieter Müller), sondern das eiskalte Kalkül eines Hauptverantwortlichen des Völkermordes.¹⁴⁷ Wagner bezog sich in seinem Vortrag teilweise auf Entscheidungen Görings.¹⁴⁸ Die Besprechung in Orscha drehte sich vor allem um die Krise, in die die deutschen Operationen an allen Fronten geraten waren, und um die noch möglich erscheinenden Lösungen.¹⁴⁹ Als wichtigste und militärisch dringlichste Offensive erschien die der Heeresgruppe Mitte. Die Transport- und Nachschublage bei dieser Heeresgruppe hatte sich dramatisch zugespitzt, so daß ihre Offensive am kritischen Punkt angelangt war.¹⁵⁰ Aus dieser Situation folgte, daß das organisierte Gefangenensterben bei der Heeresgruppe Mitte im Winter die größten Ausmaße annahm. Scheinheilig notierte Halder, der bei Wagners Vortrag anwesend gewesen war, einen Tag später über einen Besuch im GK Weißruthenien und über verschiedene Gefangenenlager dort, besonders in Molodetschno:

143 Jochmann, Hitler Monologe, S. 79 (13. 10. 1941). Die Äußerung gewinnt besondere Brisanz, wenn man Hitlers gnadenlose Haltung zur Hungerpolitik in verwandten Fällen zur gleichen Zeit bedenkt, z. B. in seiner Äußerung vom 17. 10. 1941 (ebd., S. 90, Hervorhebung C. G.): »In die russischen Städte gehen wir nicht hinein. Sie müssen vollständig ersterben. Wir brauchen uns da gar keine Gewissensbisse zu machen [...] wir haben überhaupt keine Verpflichtungen den Leuten gegenüber.«

144 KTB Berück Mitte, Qu, v. 30. 10. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 349.

145 Aufzeichnung Chef des Stabes WiRüAmt v. 13. 11. 1941, zitiert nach: Ueberschär/Wette, S. 332.

146 Chef des Generalstabs AOK 18, »Merkmale aus der Chefbesprechung in Orscha am 13. 11. 41«, Nbg. Dok. NOKW-1535.

147 Siehe dagegen Müller, Blitzkriegsstrategie, S. 1198. In der älteren Literatur hieß es noch, daß der GenQu Wagner »stets eingriff, wenn er von schlechter Behandlung der Kriegsgefangenen in seinem Bereich hörte« (Bräutigam 1968, S. 372). Vgl. durchgängig Wagner, Generalquartiermeister. Dallin widmete Wagner und seinem Abteilungsleiter Kriegsverwaltung, Schmidt v. Altenstadt, Porträtfotos als herausragenden Vertretern einer »vernünftigeren Ostpolitik«.

148 So bezüglich des Umstands, daß die Versorgung der Gefangenen nur aus im Lande vorhandenen Nahrungsmitteln erfolgen solle, also ohne Nachschub in Anspruch zu nehmen. KTB H.Gr. Mitte v. 15. 11. 1941 über eine Besprechung des Chefs des Generalstabs der H.Gr., v. Greiffenberg, mit den Stabs-offizieren, BA-MA RH 19 II/387, Bl. 66f.

149 Siehe Reinhardt, S. 139–143.

150 Ebd., S. 153 ff.

»Fleckfieber-Russenlager (20000) zum Aussterben verurteilt. [...] Grauenhafte Eindrücke, gegen die aber eine Abhilfe im Augenblick nicht möglich erscheint.«¹⁵¹ Am gleichen Tag fand – offenbar zur Umsetzung der Weisungen Wagners – eine Divisionskommandeur-Besprechung beim Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte statt.¹⁵²

Das lautlose Massensterben im Herbst 1941

Wie erwähnt, ging der Zuwachs an Kriegsgefangenen in Weißrußland Ende August von einem hohen Ausgangswert aus. Mit den Gefangenen aus der Schlacht um Wjasma und Brjansk durchliefen über eine Million Menschen im Herbst 1941 die Lager in dieser Sowjetrepublik. Allein im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte befanden sich im November durchschnittlich 180000 Gefangene. Das größte Lager war das Dulag 131 in Bobruisk, das bereits Ende August 31000, im November 60000 Internierte zählte, und das bis Ende November 1941 im Lauf der Zeit 158000, bis 1944 angeblich 350000 Menschen durchliefen. Im Lager Borissow waren es allein zwischen dem 25. September und 25. Oktober 150000, davon binnen sechs Tagen 60885.¹⁵³

Bereits vor dem Antreten der Heeresgruppe Mitte zum Angriff auf Moskau waren die zuständigen Stellen im rückwärtigen Heeresgebiet darauf vorbereitet worden, daß »größere Kriegsgefangenenmengen« dort verbleiben sollten.¹⁵⁴ Auf einer Besprechung mit Vertretern von OKW und OKH wurde angekündigt, das rückwärtige Heeresgebiet habe freie Plätze für 200000 Gefangene in seinen Lagern und solle entsprechend viele aufnehmen. Ins Reichskommissariat Ostland sollten weitere 50000.¹⁵⁵ Im September waren rund 107000 Gefangene aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte nach Westen abgeschoben worden, im Oktober waren es über 200000, im November rund 113000.¹⁵⁶ Das bedeutet, daß die Mehrzahl der Gefangenen, mehr als 600000, im Bereich der Heeresgruppe Mitte blieb oder starb.¹⁵⁷ Viele weitere befanden sich in

151 KTB Halder v. 14. II. 1941, zitiert nach Friedrich, S. 355f.

152 KTB Berück Mitte, Qu, v. 14. II. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 351.

153 Vgl. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 438; KTB 221. Sich.Div., Ib, v. 26. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 267f.; Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 22. II. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 751f.; Vern. Carl Languth v. 26. I. 1946 im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, Archiv P. Kohl; Kgf.Bez.Kdt. J, Besprechung Oberst Marschall mit Bez.Kdt. T, Oberstltn. Weitge, v. 25. 10. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 761.

154 Dies geht aus der Notiz über eine Besprechung des Quartiermeisters Dr. Hoffmann mit Oberst Westernhagen vom OKW im KTB Berück Mitte, Qu, v. 30. 9. 1941 hervor. BA-MA WF-03/7314, Bl. 345.

155 Im rückwärtigen Heeresgebiet befanden sich damals angeblich nur rund 50000, im RKO 200000 Gefangene. Niederschrift über die Besprechung mit Vertretern des OKW, OKH, Kgf.Kdrs. Ostland und Bv. T.O. Mitte über Kgf.-Abschub am 4. 10. 1941 in Mohilew, BA-MA WF-03/7353, Bl. 770. Teilnehmer von seiten des OKW war Obstlt. Diemer-Willroda (später Chef der Organisationsabteilung beim Chef Kgf.), fürs OKH Hauptmann Sohn. Übrigens fand die Besprechung einen Tag nach der großen Judenerschließung in Mogilew statt.

156 Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht September v. 8. 10., Oktober v. 6. 11. und November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 395, 411 und 438.

157 Nach Streit, S. 132, lebten Anfang Dezember 1941 im gesamten Bereich der H.Gr. Mitte noch etwa 250000 Gefangene. Im rückwärtigen Heeresgebiet starben im September, Oktober und November rund 115000 (siehe unten). Vom übrigen Fehlbetrag (mindestens 235000) sind die Gefangenen abzuziehen, die bei der Übergabe des Bezirks Bialystok am 1. 8. und des GK Weißruthenien am 1. 9. an die Zivilverwaltung automatisch aus dem rückwärtigen Heeresgebiet ausschieden, auf Grund der Informationen über

Lagern im GK Weißruthenien. Der Abtransport ins Generalgouvernement, nach Ostpreußen und ins übrige Reichsgebiet wurde weiter behindert. So befahl der Kriegsgefangenen-Bezirkskommandant J. Oberst Marschall, dem Lagerarzt in Molodetschno, »daß nur unverdächtige, gesunde Kgf. zum Abtransport zugelassen werden«. ¹⁵⁸ Wurden solche Aussonderungen tatsächlich durchgeführt – ganz abgesehen davon, daß sie darauf hindeuten, daß die kranken Gefangenen in dem betreffenden Lager sterben sollten, es gab dort schon täglich 200 Todesfälle –, mußte das den Abschub entscheidend hemmen. Immerhin wurde Ende September erlaubt, 500 000 sowjetische Kriegsgefangene, die man nun als wertvolle Arbeitskräfte anzusehen begann, ins Reich zu überführen. ¹⁵⁹ Im Oktober fielen Spitzenentscheidungen Görings und Hitlers für einen umfassenden Gefangeneneinsatz in Deutschland. ¹⁶⁰ Jedoch stoppte Generalleutnant Reinecke kurze Zeit später die Transporte ins Reich vorübergehend wieder auf Eingreifen Backes, der für ihre Ernährung keine Lebensmittel bereitstellen wollte. ¹⁶¹

Gleichzeitig galt trotz klirrender Kälte im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte noch bis zum 22. November 1941 das Verbot des Generalquartiermeisters, Kriegsgefangene anders als in offenen Güterwaggons zu transportieren, was nicht allein viele tausend Gefangene das Leben kostete, sondern oft Transporte schon aus Mangel an Waggons unmöglich machte. Immer wieder machten die Eisenbahnverwaltung oder die Transportoffiziere »die größten Schwierigkeiten« bei der Transportraumgestaltung. Neben reinem Unwillen der von militärischer Seite her unter größtem Druck stehenden Bahnbehörden hatte auch das bürokratische Transportgenehmigungsverfahren furchtbare Folgen. Fußmärsche waren wegen der Kälte so gut wie unmöglich. ¹⁶² Das ähnelte den Zuständen im Reichskommissariat Ukraine, wo noch im Oktober mehr als die Hälfte von über 300 000 Gefangenen im Fußmarsch nach Westen gebracht wurde. ¹⁶³

die Gefangenenbestände im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte schätzungsweise nicht mehr als 100 000, allein in Molodetschno 20 000. Der Rest – mindestens 105 000 Menschen – starb entweder im Herbst in den Armeegebieten oder im Sommer im rückwärtigen Heeresgebiet. 30 000 Mann wurden entlassen (s. u.).

¹⁵⁸ Kgf.Bez.Kdt. J. Besichtigung am 6. 9. 1941 im Dulag 112 (Molodetschno), BA-MA WF-03/7353, Bl. 785–787.

¹⁵⁹ Mitteilung des GenQu laut KTB WiStab Ost v. 27. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 152.

¹⁶⁰ Vgl. Herbert 1985, S. 138–141; Terminkalender Görings v. 14. 10., 5. und 7. 11. 1941, IfZ ED 180/5.

¹⁶¹ »Schließlich gab St.S. Backe doch zur Kenntnis, daß sämtliche Bilanzen mit Fehlbeträgen ausgehen, daß sich bisher nirgends Besserungsscheine ergeben und daß danach überhaupt keine Russen hereingenommen werden dürfen; vielmehr seien die 400 000 vorhandenen schon zu viel im Reich. St.S. Backe will aber auf diese Frage nach Feststehen der Rationen zurückkommen.

General Reinecke [sic] wird daraufhin jegliche Zufuhr von Russen ins Reich erst einmal abstoppen.« V.P. 20298/3/2g, Betr.: Ernährung der russischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter v. 29. 11. 1941 über eine Sitzung im RMEuL am 24. 11. 1941 unter Leitung Backes, Sonderarchiv Moskau 700–1–36, Bl. 1/R; abgedruckt in: IMT, Bd. 39, S. 446f.

¹⁶² Siehe Streit, S. 165; ders. 1989, S. 750 (zum 22. 11.); Dulag 127 an 286. Sich.Div. v. 2. 10. 1941, BA-MA RH 49/77; Kohl, S. 78; Schüler, S. 410ff., 453ff. (zur Transportlage); KTB Berück Mitte, Qu, v. 4., 8., 11., 15., 16., 17., 24. 10., 3., 9., 10., 14. und 23. 11. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 346–352. Ferner Berück Mitte, Qu, Monatsbericht November v. 9. 12. 1941 (Textzitat), ebd., Bl. 440f. Für Transporte ins RKO war zunächst eine Genehmigung aus Riga nötig, dann eine Fahrtgenehmigung bei der Transportabteilung in Warschau und schließlich ein Antrag auf Erteilung einer Fahrtnummer beim zuständigen Transportoffizier. »Durch vergingen Tage, teils sogar Wochen, bis ein Transport zustande kam.«

¹⁶³ WBfh. Ukraine, Bericht Nr. 2, abgeschlossen am 31. Oktober v. 14. 11. 1941, BA-MA RW 41/1.

Die tatsächliche Ernährung der sowjetischen Kriegsgefangenen in Weißrußland war den Richtlinien für Versorgung und Abschub entsprechend, nämlich verheerend. Im Dulag 185 (Mogilew) wurden Mitte November für nicht arbeitende Gefangene 1400 Kalorien (340 Gramm Brot aus Buchweizen und Hirse, sonst Kartoffeln, Kartoffelmehl und Salz sowie täglich 3 Gramm Pferdefleisch), für arbeitende 1600 Kalorien ausgegeben. Der Kriegsgefangenen-Bezirkskommandant J. Marschall, plante mit dem Stalag 341, das vor der Übernahme des Lagers stand, eine Erhöhung für nichtarbeitende Gefangene um höchstens 60 Kalorien, für arbeitende um etwa 300. Jedoch wurde die laufende Versorgung besonders bei Brot in dieser Höhe durch das Wirtschaftskommando abgelehnt, und die Vorräte reichten nur für einen Monat.¹⁶⁴ Im Dulag 131 (Bobruisk) waren bis kurz vor diesem Zeitpunkt nach nicht näher erläuterten »Bestimmungen« 1039 Kalorien an die Gefangenen ausgegeben worden, was auf 1200 für nicht arbeitende und 2000 für arbeitende Gefangene erhöht worden war. Im Lager II in Bobruisk waren es 1532 für nicht arbeitende, 2270 für Arbeitende und 2532 für Schwerarbeiter. Das heißt, die Ernährungsvorschriften des Generalquartiermeisters vom 21. Oktober mit ihrer strikten Unterscheidung zwischen arbeitenden und nicht arbeitenden Gefangenen wurden tatsächlich umgesetzt. Über das Dulag 203 (Kritschew) hieß es im Besichtigungsbericht: »Die Gefangenen verlangen bei der Begehung des Lagers im Chor nach Brot.«¹⁶⁵ Im Dulag 112 in Molodetschno bekamen schon etwa im September je sieben Gefangene nur ein Kommißbrot und zwei Konservenbüchsen voll Suppe.¹⁶⁶ Von ehemaligen Gefangenen waren oft noch niedrigere Angaben zu hören, so etwa 100 Gramm Brot und ein halber Liter Suppe täglich in Bobruisk. Oft waren die tatsächlichen Rationen anscheinend geringer als offiziell aus den Lagern gemeldet, und die gemeldeten Sätze wiederum lagen meist unter den vorgeschriebenen Höchstsätzen.¹⁶⁷

Die Zusammensetzung der Nahrung war extrem eintönig und ungünstig. Das hing mit den gegebenen Richtlinien und dem Erfassungs- und Verteilungssystem zusammen. So berichtete der Kommandeur des Dulag 127 (Orscha) Ende September 1941 über das »Kalorien-Defizit« auch gegenüber den zu niedrigen Richtlinien folgendermaßen: Die Verpflegung »darf nur aus Beutebeständen und Beutelagern erfolgen«, das nächste liege jedoch 52 Kilometer entfernt bei Gorki.

»Erbeutete Lebensmittel, die für den Verbrauch für deutsche Truppen geeignet sind, sind an Kriegsgefangene nicht auszugeben. Für die Lagerinsassen stehen daher nur zur Verfügung: Roggenkleie, Hirse, Hirsemehl, Buchweizen, Graupengrütze, geschälter Hafer und Maismehl.«¹⁶⁸

164 Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 22. 11. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 749–754. Die geplanten Sätze lagen bei 333 Gramm Brot, 70 bzw. 120 Gramm Gemüse und 700 bzw. 1200 Gramm Kartoffeln.

165 Ebd.

166 Körner-Schrader, S. 91. Daß dort die Sätze entsprechend den Besonderen Anordnungen v. 2. 8. 1941 teils erreicht und bei Brot überschritten wurden (Kgf.Bez.Kdt. J v. 8. 9., Besichtigung am 6. 9. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 785–787), ist angesichts einer Todesrate von 1,1 % pro Tag (siehe im folgenden) unglaublich.

167 Vern. N. N. Awerkin v. 26. 1. 1946 im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, Archiv P. Kohl. Awerkin befand sich zwischen September und Dezember 1941 im Dulag 131 (Bobruisk). Weiter Streit, S. 148 ff.

168 Dulag 127, Tätigkeitsbericht v. 25. 9. 1941, BA-MA RH 49/76. Vgl. ebenfalls Berück Mitte, Qu, Monatsbericht September v. 8. 10. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 395.

Noch dazu war die Nahrung oft verdorben.¹⁶⁹ Der Quartiermeister v. Schenckendorffs fügte hinzu: »Eine Versorgung allein durch die Wehrmachtdienststellen ist unmöglich.« Den Dulags fehlten »Einrichtungen« und »Verwaltungsapparat« dazu – sie waren eigentlich nicht für die dauerhafte Versorgung großer Gefangenzahlen bestimmt.

»Ein Dulag mit 20 000 Kgf. müßte am Tage allein 10 to Kartoffeln kochen. Dies ist schon aus Mangel an genügenden Kochgelegenheiten unmöglich. Allein die Heranschaffung der für die tägliche Versorgung notwendigen Verpflegungsmittel ist den Dulag wegen Transportmangel nicht möglich. [...] Ein Eingriff in die laufende Truppenverpflegung sowie die Winterbevorratung für die Truppe wird nach wie vor vermieden.«

Die Truppe könne keine Transportmittel abgeben, da sie sie bei der Winterbevorratung brauche.¹⁷⁰ Im Lager II des Dulags 131 (Bobruisk) hieß es ergänzend im November:

»Bei 10 000 Gefangenen werden benötigt täglich 100 Zentner Kartoffel[n] = 16 Panjewagen, 10 Panjewagen für die Brotzufuhr, 4 Wagen für die weitere Verpflegungszufuhr. Das ergibt 30 Panjewagen, die täglich zur Heranschaffung der gesamten Verpflegung gebraucht werden.«¹⁷¹

Das sagt nicht nur über die Art der Verkehrsmittel, sondern auch über die Zusammensetzung der Gefangenenverpflegung und die *angestrebten* Rationen (500 Gramm Kartoffeln, etwa 300 Gramm Brot und 125 Gramm sonstige Nahrungsmittel) etwas aus. Zwar klingt in einigen Berichten von Dienststellen zur Betreuung der Kriegsgefangenen an, daß sie sich um eine bessere, allerdings weiter unzureichende Versorgung bemühten – wobei sie allerdings zum Massensterben in ihren Lagern kaum eine Gefühlsregung zeigten –, doch ihr Einsatz war hinsichtlich Ausrüstung, Lebensmittelverteilung und Transportwesen in ein Gesamtsystem eingebunden, das auf die Vernichtung großer Gefangenzahlen durch Unterversorgung angelegt war, und sie trugen die Priorität der Truppenversorgung mit.

Die Übernahme eines Teils der Verantwortung für die Verpflegung durch den Wirtschaftsstab Ost und seine nachgeordneten Dienststellen Anfang Oktober – in den Reichskommissariaten war nun die Zivilverwaltung hierfür zuständig¹⁷² – änderte an der Ernährungslage der Gefangenen wenig. Neu war nur der utopische Plan, gewissermaßen aus der Not eine Tugend zu machen und die Gefangenen im Bereich der Heeresgruppe Mitte künftig vorwiegend auf Kartoffelbasis zu verpflegen. Die Bereit-

169 Vern. P. M. Bogdan (Anwohner) v. 26. I. 1946, Archiv P. Kohl, über Zustände im Dulag 131 (Bobruisk). Ausgegeben wurden u. a. erfrorene Kartoffeln, verfaulter Kohl, Buchweizenspreu und Kartoffelschalen.

170 Berück Mitte, Qu, Monatsbericht November v. 9. 12. 1941, ebd., Bl. 418f. Die genannte Transportleistung entsprach einer Tagesration von 500 Gramm Kartoffeln, was weit unterhalb der Vorschriften lag. – In einem Inspektionsbericht des Kgf.Bez.Kdt. J v. 18. 9. 1941 über das Dulag 220 (Gomel) hieß es, dort stehe für momentan 8500 Insassen nur eine »Kochanlage für 4000 Mann« zur Verfügung. Zwei bis drei Wochen später stieg die Gefangenzahl in diesem Lager noch dazu stark an. BA-MA WF-03/7353, Bl. 778.

171 Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 22. II. 1941, ebd., Bl. 753.

172 Vgl. WBfh. Ukraine, Bericht Nr. 4 (Dezember 1941) v. 17. I. 1942, BA-MA RW 41/1. Aus dem GK Weißruthenien liegen keine Nachrichten vor.

stellung von 300000 Tonnen Kartoffeln zu diesem Zweck scheiterte aber, die sogenannte »Kartoffelschlacht« ging vor allem infolge des Transportproblems verloren.¹⁷³

Die Folge dieser Ernährungspolitik war, daß die Sterberate in den Lagern drastisch stieg. Sie soll im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte im September 1941, »durchaus günstig«, bei 0,3 Prozent täglich gelegen haben, was 9 Prozent im Monat oder schätzungsweise 5000 bis 9000 Opfern entsprach. Im Oktober und November stieg sie auf 1 Prozent, Ende November auf 2 Prozent täglich. Deshalb ist von 30000 Toten im Oktober und 80000 Toten im November im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte auszugehen.¹⁷⁴ Im Dulag 131 (Bobruisk) starben bis zum 20. November 1941 allein insgesamt 14777 Gefangene. 158000 hatten bis dahin das Lager passiert. Allein im Lager II des Dulag starben in der Nacht zum 20. November 430 Gefangene. Täglich waren es in jener Zeit in Bobruisk 600 bis 800. Im Dulag 185 (Mogilew) fielen den Bedingungen zwischen dem 21. Oktober und 18. November »nur« rund 1500 Gefangene zum Opfer, 50 jeden Tag. Dort hatte es allerdings Anfang Oktober – vor Eintreffen der großen Gefangenenmassen – knapp eine Woche für die Internierten überhaupt keine Nahrung gegeben.¹⁷⁵ Im Lager Witebsk starben täglich bis zu 200 oder sogar 250 Menschen, in Gomel 350.¹⁷⁶ Überall wurden erschöpfte Gefangene übers Land getrieben, »denen der Hunger aus den Augen stiert«.¹⁷⁷ Insgesamt stieg die Todesrate Ende September und im Oktober 1941 entscheidend an. Das deckt sich mit Angaben über

173 Hierzu KTB WiStab Ost v. 11. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 168; WiIn Mitte, Chef-Fü, Lagebericht Nr. 7 v. 20. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1040, über eine entsprechende Anweisung an die WiKdos; KTB Versorgungsbezirk Dnjepr v. 7. 10. 1941 über eine Besprechung mit der Chefgr. Landwirtschaft der WiIn Mitte, bei der nur von 140000 t Kartoffeln die Rede war (nur diese, Buchweizen und Grütze sollten die Gefangenen in »nennenswerten Mengen« erhalten), BA-MA (BArchP)F 42943, Bl. 542; Berück Mitte, Qu, Monatsbericht Oktober v. 6. 11. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 398 (hier das Zitat; es wurden nur 39700 t Kartoffeln eingelagert).

174 Die Berechnung beruht auf 50000–100000 Gefangenen im September (Schätzung), durchschnittlich 100000 im Oktober und 180000 im November 1941. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsberichte für Oktober und November v. 6. 11. und 9. 12. 1941, Sterblichkeitsangaben und Zitat in letzterem Bericht, BA-MA WF-03/7314, Bl. 409 und 439. Für den Oktober wurden diesen nicht ganz deutlichen Angaben nach durchschnittlich 1 % Todesfälle täglich, für den November 1,5 % angesetzt. – Hier ein kurzer Vergleich mit der Schätzung von Streit, S. 132 und S. 358, Anm. 31. Entgegen den dortigen Angaben liegen außer für September (einen Anhaltspunkt bietet aber der Augustwert) Bestandszahlen an Kriegsgefangenen vor. Da Streit den Gefangenenbestand zu hoch schätzte, kam er auf 10000–20000 Tote im September, 20000–50000 im Oktober und 80000–100000 im November, wo er nach dem Bericht des Quartiermeisters des Berück eine Sterberate von 1,3 % ansetzte. Für Juli und August vermutete Streit je 5000–10000 Tote, was nach den oben vorgebrachten Ziffern zu hoch sein könnte.

175 Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 22. 11. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 749–752. Über das Dulag in Mogilew urteilte der Kgf.Bez.Kdt., Oberst Marschall: »Das Lager ist in vorbildlichem Zustande. Ganz besonders hervorgehoben zu werden verdienen die aufs praktischste eingerichteten Wachtürme und das äußerst saubere Lazarett.« Allerdings berichtete der Schreiber beim Ic des Dulag 131 (Bobruisk), Marschall habe über die Visite in Mogilew berichtet, im dortigen Lager seien »Berge von Leichen« angefallen«. Vern. W. K. v. 21. 9. 1964, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 104. Vgl. ferner A.O.K. 9, IV Wi, Tagesmeldung v. 7. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42878, Bl. 478. Im Zusammenhang mit Kannibalismus im Lager schrieb der Berichterstatter, Major v. Ilberg: »Gründe [...]: 6 Tage, vielleicht auch länger, keinen Bissen zu essen.« Zu den täglichen Todesraten im Dulag Bobruisk auch Vern. Carl Languth und N. N. A. im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 68 und 74.

176 Vgl. Vern. Wolfgang v. Dittfurth v. 26. 12. 1945 und 4. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, A. 9, Bl. 57 und 103; Berück Mitte, Qu, Monatsbericht November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 439.

177 WiStab Ost, Halbmonatsbericht für 16.–31. 10. v. 27. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 992.

die Lage im Generalgouvernement. Vermutlich begann das Massensterben *in seinen späteren Ausmaßen* im Sommer 1941 entgegen anderen Annahmen noch nicht, weil die Gefangenen Perioden auch extremen Hungers körperlich noch einigermaßen verkraften konnten. Erst als die gezielte Senkung der Rationen im Oktober und die Kälte auf die vom Hunger in den deutschen Lagern oder in den Kesseln bei Wjasma zermürbten Gefangenen einwirkten, begannen Zehntausende zu sterben.¹⁷⁸

Einen Sonderfall bildete das Kriegsgefangenenlager in Molodetschno, von dem bereits Anfang September 1941 enorm hohe Todesraten berichtet wurden. Schon zwei Wochen zuvor war die Lagerführung vom zuständigen Kommandeur der 403. Sicherungsdivision, v. Ditfurth, kritisiert worden; die Gefangenen bekamen weniger als die vorgeschriebenen Rationen, weil sie nicht aufgebracht werden konnten. In der Nacht zum 6. September etwa fanden dort 220 von 20339 Gefangenen den Erschöpfungstod; zwei Wochen später meldete der Wirtschaftsstab Ost, dort »sterben täglich etwa 180 Russen infolge von Unterernährung an Ruhr«. Der Kriegsgefangenen-Bezirkskommandant J. Oberst Marschall, schränkte Abtransporte aus diesem Lager stark ein. Wie Halder am 14. November berichtete, waren die 20000 in diesem »Fleckfieber-Russenlager« Internierten (inzwischen waren dort weitere Transporte angelangt und hatten die durch den Tod gerissenen Lücken sozusagen aufgefüllt) »zum Aussterben verurteilt«. ¹⁷⁹ Geht man von einer etwa gleichbleibenden Sterbequote aus, sind allein in diesem Lager zwischen Anfang September und Mitte November etwa 14000 sowjetische Kriegsgefangene umgekommen. Über die übrigen Lager im westlichen Weißrußland stehen keine verlässlichen Angaben zur Verfügung. Jedoch ist darauf zu verweisen, daß bei ihrer Behandlung die Führung der 707. Infanteriedivision ein Mitspracherecht ausübte, die im Herbst 1941 durch ihre Judenerschießungen und Hetzbefehle gegen die Bevölkerung auffiel. Daß die Lage nicht besser als im rückwärtigen Heeresgebiet war, dafür werden im folgenden noch Anhaltspunkte angeführt.

Die verzweifelte Lage der Gefangenen zeigte sich auch an vielen Fällen von Kannibalismus. In Molodetschno kam es bereits Anfang September dazu, in Borissow spätestens Ende September. Auch aus Bobruisk, Mogilew, Minsk und Glebokie ist dies bekannt geworden.¹⁸⁰ Die Deutschen brachten den Gefangenen deswegen nicht Mit-

¹⁷⁸ Vgl. dagegen die etwas andere Akzentuierung bei Streit, S. 130–132, der auch die Angabe von General Reinecke gegenüber Hitler am 17. 10. 1941, im September seien im Generalgouvernement 9000 Gefangene gestorben, als zu niedrig bezweifelt (S. 134 und 360, Anm. 55).

¹⁷⁹ KTB Halder v. 14. 11. 1941, zitiert nach: Friedrich, S. 355; vgl. Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 8. 9. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 785–787; KTB WiStab Ost v. 18. 9. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 139; Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht September v. 8. 10. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 394 (»Nur in dem Lager Molodeczno war eine erhöhte Sterblichkeit zu verzeichnen [...]«); [Kdr. 403. Sich.Div.,] Bericht über die Reise vom 19.–21. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 535; AOK 9, IV Wi, Tagesmeldung an WiStab Ost v. 7. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42878, Bl. 478; ferner die Schilderung des Lagers bei Körner-Schrader, S. 88–92, die den dokumentarischen Wert seiner literarischen Darstellung belegt.

¹⁸⁰ Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 8. 9. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 785–787. Vgl. Vern. Carl Languth v. 25. 1. 1946, Archiv P. Kohl; Vern. des ehemaligen Gefangenen N. N. A. v. 26. 12. 1945, ZStL V 319 AR 327/77, Bl. 429; AOK 9-IV Wi, Tagesmeldung an WiStab Ost v. 7. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 42878, Bl. 478; Vern. Oskar Karkowski (Kdr. der Kriegsgefangenen im GK Weißruthenien) v. 9. 10. 1948, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1, Bl. 29; zu Minsk Anm. 8/88 in dieser Darstellung; zu Borissow: Vern. Werner Schönmann v. 29. 3. 1962 und W. K. v. 13. 6. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 651 und 738. Die beiden Zeugen verließen Ende September 1941 Borissow.

leid, sondern nur noch mehr Haß entgegen. Es hieß manchmal sogar, »Menschenfressereien bezw. Ausschachtungen« seien nicht auf zu geringe Verpflegung zurückzuführen – die Internierten erhielten genug –, sondern hätten »politische« Gründe, da die Gefangenen nur Hunger vortäuschen wollten. Außerdem werde das Fleisch gehandelt. Festgestellte »Kannibalen« wurden durchweg – wie es in einem Bericht ausgedrückt wurde – »umgelegt«.¹⁸¹ In den Dulags 112 (Molodetschno) und 131 (Bobruisk) baten Gefangene vor Hunger die Wachmannschaften um Erschießung – in Molodetschno, quellenmäßig verbürgt, sogar schriftlich.¹⁸²

Für die Todesursachen müssen noch weitere Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden. Die große Zahl der Gefangenen aus der Schlacht von Wjasma und Brjansk mußte zwar sicherlich zu vorübergehenden Organisationsschwierigkeiten führen, aber nicht zum Massensterben oder zu ihrer Nichtversorgung. Ins rückwärtige Heeresgebiet Mitte gelangten übrigens weniger Menschen als zu Beginn der Oktoberoffensive vorhergesagt. Nicht anders war es im Südabschnitt nach der Schlacht um Kiew.¹⁸³ Die Versorgung der 1,3 Millionen Gefangenen aus diesen beiden Riesenschlachten binnen vier Wochen wäre möglich gewesen (wiederum hatte man in Frankreich im gleichen Zeitraum mehr Gefangene gemacht), wurde aber absichtlich nicht gewährleistet.

Ein Teil der deutschen Verantwortlichen machte geltend, die im Herbst 1941 bei den Kesselkämpfen von Wjasma und Brjansk Gefangenen seien bis zu ihrer Gefangennahme zum Teil schon über eine Woche vom eigenen Nachschub und jeglicher Versorgung abgeschnitten gewesen. Dabei hätten sich – so verschiedene Erklärungsmodelle – entweder ein nicht mehr korrigierbarer Schwächezustand oder aber nicht wiedergutzumachende physische Veränderungen im Magen-Darm-Trakt eingestellt, so daß die Verantwortung für ihr Sterben nicht bei den Deutschen liege. Solche Entschuldigungen gab es sowohl während des Massensterbens als auch später, insbesondere nach dem Krieg.¹⁸⁴ Sie führten sich teilweise selbst ad absurdum, so wenn

181 Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 14. II. 1941 im Dulag 142 (Brjansk), BA-MA WF-03/7353, Bl. 756; Vern. Carl Languth, wie vorangegangene Anm. (in Bobruisk wurden 28 »Kannibalen« erschossen). Der ehemalige Kgf.Bez.Kdt. im GK Shitomir (November 1941–September 1942) vertrat die Theorie der »politischen Menschenfresser« sogar noch als Zeuge der Verteidigung nach dem Krieg im OKW-Prozeß: »Die Täter waren Asiaten. Sie handelten teils aus Rassenhass gegen europäische Rassen [...], teils aus politischen Gründen, teils um sich selbst zusätzliche Verpflegung zu verschaffen, teils um das Fleisch als Tauschartikel gegen Zigaretten und Genussmittel auf dem Schwarzen Markt des Lagers zu verkaufen.« Die Versorgung der Gefangenen sei ansonsten »vorzüglich« und »bestens« gewesen. Eidesstattl. Erkl. Hadrian Ried v. 23. 5. 1948, Fall 12, VDB 242, Bl. 51f., BA F 53927.

182 Vgl. A.O.K. 9, IV Wi, Tagesmeldung an WiStab Ost v. 7. 10. 1941, BA-MA (BArch)P 42878, Bl. 478; Vern. P. M. Bogdan (Anwohner in Bobruisk) v. 26. I. 1946, Archiv P. Kohl.

183 Nach den Planungen sollten 250 000 Gefangene im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte bleiben, die tatsächliche Höchstzahl betrug dagegen, soweit bekannt, 187 393. Ins RK Ukraine kamen statt der angekündigten 600 000 nur etwa 320 000, die teils schnell weitertransportiert wurden. Vgl. Niederschrift über die Besprechung mit Vertretern des OKW, OKH, Kgf.Kdrs. Ostland und Bv. T.O. Mitte v. 4. 10. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 770; Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 438; WBfh. Ukraine, Bericht Nr. 2, abgeschlossen am 31. 10., v. 14. II. 1941, BA-MA RW 41/1.

184 Siehe Streit, S. 128–130 (dort auch zum Entschuldigungsgrund »Gefangenenmassen«); Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 425 und 439; Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigung durch Oberst Marschall v. 22. II. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 753 (Oberarzt Dr. Behrens: »Die Gefangenen müssen bei der bisherigen Nahrung nach und nach sterben, selbst wenn sie 3000 Ka-

»jahrelange Unterernährung« der Sowjets für das Gefangenensterben verantwortlich gemacht wurde oder mysteriöse »Darmveränderungen«, »die auf schwer entzündliche Darmprozesse deuten, deren Beginn jedoch *lange Zeit* vor der Gefangennahme liegen muß«.¹⁸⁵ Nachschuborganisation und Verpflegung der Roten Armee, die ebenfalls als tiefere Ursachen des Massensterbens genannt wurden, waren in Wirklichkeit meist keineswegs miserabel.¹⁸⁶ Das tagelange Hungern der Rotarmisten in der Umzingelung reicht als Erklärung für ihren Tod auch nicht aus, denn gleichzeitig, im Oktober, begann der Massentod auch im Generalgouvernement und kaum später im Reichsgebiet, als Gefangene aus den Kesseln bei Wjasma und Brjansk dort noch gar nicht angekommen waren.¹⁸⁷ Zudem hatten die Gefangenen vom Juni und Juli 1941 teilweise nicht weniger lange im Kessel gekämpft als ihre Leidensgenossen vom Oktober, was ganz offensichtlich kein Sterben in derartigem Ausmaß auslöste.

In Wirklichkeit war es keineswegs unmöglich, das Gefangenensterben zu verhindern, sondern nur unter der Voraussetzung, daß die Versorgung der Heeresgruppe Mitte in der beschriebenen Weise Priorität hatte. So erklärte der ehemalige Chef des Wehrmachtsführungsstabs, Generaloberst Jodl, im Nürnberger Prozeß, die Gefangenen von Wjasma und Brjansk seien nach acht bis zehn Tagen Umzingelung in einem entlegenen Gebiet in deutsche Hände gefallen und fügte hinzu: »Es war unmöglich, sie fortzuschaffen. Es war in dieser angespannten Versorgungslage, in der wir uns mit dem zerstörten Bahnnetz befanden, unmöglich, sie alle zu fahren. Unterkünfte waren nicht in der Nähe.«¹⁸⁸ Vermutlich wäre es ihm gar nicht in den Sinn gekommen, im Handeln der Wehrmacht überhaupt ein Verbrechen zu sehen. Im Kleinen bewegten sich auch die Generalstabsoffiziere der Heeresgruppe Mitte, darunter der Abwehroffizier v. Gersdorff, im Rahmen dieser Logik, als sie das Dulag 126 am Ort ihres Hauptquartiers Smolensk besichtigten, wo täglich 100 Gefangene starben. »Eine nutzbringende Verwendung ist bei dem unterernährten und völlig entkräfteten Zustand nicht möglich.« Die Lagerkommandantur tue, »was sie tun kann«, doch ihr fehlten Transportmittel, um Lebensmittel und Baustoffe herbeizuschaffen. So könne man wenig ändern.¹⁸⁹ Der Vorrang der Wehrmachtversorgung blieb unangetastet.

lorien täglich Nahrung bekommen«; eine Überprüfung sparte man sich und gewährte weiter 1500 bis 2500 Kalorien); persönliches KTB des WiIn Mitte, Weigand, v. 10. I. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 732; Vern. Siegfried Handloser (1941 Heeressanitätsinspekteur im OKH) v. 8. 7. 1948, Fall 12, Protokoll Bl. 7248f., 7261ff. (hier auch mit der Legende von der angeblich riesigen Fleckfieberepidemie innerhalb der Wehrmacht 1941).

185 Grundsatzbefehl OKW/AWA v. 24. 3. 1942, zitiert nach: Streit, S. 129 (erstes Zitat); Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-01/7314, Bl. 425 (zweites Zitat, Hervorhebung C. G.).

186 Hierzu etwa die für Göring bestimmte Denkschrift »Bemerkungen zu dem Artikel »Die politischen Hintergründe der gegenwärtigen Stalinoffensiven«« (undatiert, 1944), BA-MA WF-01/1140, Bl. 323.

187 Streit, S. 134–136.

188 Vern. Alfred Jodl v. 5. 6. 1946, in: IMT, Bd. 15, S. 451f. Jodl tat so, als seien die Gefangenen quasi an Ort und Stelle zugrunde gegangen. Tatsächlich starben die weitaus meisten aber in den Gefangenenlagern des rückwärtigen Heeresgebietes, des RKO und des Generalgouvernements.

189 KTB H.Gr. Mitte v. 13. II. 1941, BA-MA RH 19 II/387, Bl. 58. Der Ia der H.Gr. Mitte, v. Tresckow, entschied sich für eine lokale Hilfsmaßnahme: er setzte einen Offizier ein, um Abhilfe zu schaffen, und stellte dem Dulag zwei LKW, Bretter und Stroh zur Verfügung (ebd. v. 14. II. 1941, Bl. 64). Damit konnte jedoch schon das Sterben im Dulag Smolensk nicht gestoppt werden, geschweige denn in den anderen Lagern.

Ein wesentlicher Unterschied bestand jedoch zwischen Sommer und Herbst 1941: die Kälte. Im Oktober herrschte das jahresübliche Matsch- und Regenwetter, und im November folgte Frost. Freilich wäre es ein Fehlschluß anzunehmen, daß nun ein objektiver Faktor gefunden wäre, an dem die Gefangenen zugrunde gehen mußten, denn ihre systematische Unterversorgung bezog sich auch auf die Unterbringung. Bereits am 4. September erklärte General Reinecke bei der Befehlsausgabe an OKW- und OKH-Dienststellen in Warschau, »auf alle Fälle« sei es zu vermeiden, Bauten in den Kriegsgefangenenlagern zu errichten, die sich später als unnötig erweisen könnten.¹⁹⁰ Seine ›Sorge‹ war unbegründet: So konnten Mitte September 1941 im Dulag 314 (Bobruisk) nur 6000 von damals 12 365 Gefangenen »unter Dach untergebracht« werden, im Dulag 220 (Gomel) mit seinen 8500 Internierten 3000 »unter Dach liegend [...], stehend 5000« (so daß ihnen wohl auch der Schlaf verwehrt wurde), und im Dulag 240 (Orscha) folgte die Lagerleitung aus der Tatsache, daß »Gebäude nicht vorhanden sind«, nicht etwa, es müßten welche gebaut werden, sondern es wurden »seitens der Lagerleitung Erdbaracken errichtet«.¹⁹¹ Damit wurde vornehm umschrieben, daß die Gefangenen – oft mit bloßen Händen – Löcher in den Erdboden zu graben hatten, in denen sie hausen sollten. Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wurde diese Methode im Spätherbst 1941 zur generellen Anweisung erhoben. Der Quartiermeister Dr. Hoffmann entwertete seine Behauptung:

»Die Lager wurden weiter wintermäßig ausgebaut und so gefördert, daß zur Zeit alle in den Lagern befindlichen Kgf. unter Dach in heizbaren Räumen untergebracht werden können.«

durch das Eingeständnis:

»Bei Neuanlage von Baracken wurde die Anlage von Erdbaracken bevorzugt. Diese eignen sich besonders für hiesige klimatische Verhältnisse [!] und sind verhältnismäßig schnell und mit geringen Mitteln aufzubauen.« Schließlich herrsche »Brettermangel«.¹⁹²

In Wirklichkeit vegetierte ein Teil der Gefangenen in vielen Lagern in Weißrußland noch weit bis in den Winter hinein oder den ganzen Winter hindurch unter freiem Himmel, so in Glebokie, Barawucha, Witebsk, Polozk, Kritschew und Orscha,¹⁹³ sie schliefen auf dem nackten Erdboden oder in unbeheizten Räumen wie in Barano-

¹⁹⁰ Kgf.Bez.Kdt. J, Bericht über die Besprechung beim Chef A.W.A. in Warschau am 4. 9. 41 v. 6. 9. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 789–791.

¹⁹¹ Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 18. 9. bzw. 11. 9. 1941, ebd., Bl. 775–777 und 781. Das Lager in Gomel hatten zuvor in »wenigen Tagen« 30 000 Gefangene durchlaufen. Über das Dulag in Bobruisk hieß es: »Die Gefangenen stehen zum Teil im Schmutz.«

¹⁹² Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 438.

¹⁹³ Vern. Oskar Karkowski v. 27. 9. und 9. 10. 1948, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1, Bl. 29; Militärstaatsanwalt des Wehrkreises Riga, Anklageschrift gegen Jeckeln u. a. (Januar 1946), BA D-H ZM 1683, A. 11, Bl. 76; Vorhalt mit Aussage der Zeugin M. Ustinowitsch in Vern. Wolfgang v. Dittfurth v. 7. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, A. 9, Bl. 123; Vern. Paul Eick (stellvertretender OK Orscha) vom Januar 1946, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 32.

Weitere Beispiele für den Sommer: Minsk (siehe S. 788 f. in dieser Darstellung), Baranowitschi und Biala Podlaska. Vgl. Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigung bei Kriegsgefangenen-Sammellager Baranowicz, Nebenlager von Dulag 131, am 1. 8. 1941, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 798; Körner-Schrader, S. 64; Vern. A. P. M. v. 29. 1. 1975, ZStL V 319 AR 327/77, Bl. 527. Siehe allgemein Streit, S. 171–177.

witschi und Minsk.¹⁹⁴ Schon fehlende Heizung allein wäre eine sträfliche Vernachlässigung der Fürsorgepflicht durch die zuständigen Wehrmachtdienststellen gewesen und hätte viele Todesfälle zur Folge haben müssen. Doch das weit verbreitete Vorgehen, den Gefangenen bei bis zu -25 bis -30°C keine Unterkunft zu gewähren, war bewußter Massenmord. Die Lagerleitungen bemühten sich hier kaum um Besserung,¹⁹⁵ sondern trugen ihren Teil zur Vernichtung bei, denn anders als im Fall der Gefangenenverpflegung hätte das ihnen vorgegebene Bewirtschaftungssystem sie nicht an der Erfüllung ihrer Pflicht hindern müssen. Der Unterbringungsbedarf war bekannt, die zu erwartende Zahl von Gefangenen wurde im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte im Herbst 1941 nicht einmal erreicht. Holz hätte sich auch ohne Zuweisung notfalls schlagen lassen. Ebenso war es mit dem Bau von Baracken ohne weitere Baustoffzuweisung. Wie der Gesamtzusammenhang zeigt, waren die Auswirkungen der Kälte mitentscheidend für den Zusammenbruch der körperlichen Widerstandskraft der Gefangenen.¹⁹⁶

Auf gezielte Vernichtung deuten auch andere Umstände, die noch unterhalb der Schwelle der Erschießung (hierzu Kap. 8.4) standen und für die Akteure auf verschiedenen Ebenen verantwortlich waren. Dazu gehörte, daß es der weißrussischen Bevölkerung – zumeist Frauen – verwehrt wurde, den hungernden sowjetischen Gefangenen Essen zu bringen. In einem Befehl vom 4. September 1941 kritisierte der Kommandeur der 403. Sicherungsdivision, Generalmajor v. Dittfurth, die ihm unterstellten Einheiten: »Es ist widersinnig, daß Bewachungskräfte mit Waffengewalt verhindern, wenn die Bevölkerung Verpflegung zur Verfügung stellt.«¹⁹⁷ Eine unleserliche Randnotiz des Befehlshabers des rückwärtigen Heeresgebiets zu dieser Passage bedeutete offenbar Mißbilligung des Divisionskommandeurs. Denn in einem fünf Wochen später erstellten Bericht des Quartiermeisters v. Schenckendorffs wurde mit dessen Zustimmung ausgeführt: »Besonderes Augenmerk wurde der Abwehr der vor den Lagern zahlreich erscheinenden Frauen gewidmet.«¹⁹⁸ Dieser Haltung entsprachen auch die Wachvorschriften des Dulag 127 (Orscha) vom September 1941, die

194 Vern. E. W. v. 9. 8. 1948, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1, Bl. 16f.; Kohl, S. 51 und 53. Im Stalag 352 (Minsk) mußten 5000–6000 Gefangene bei bis zu -30°C auf einem Sportplatz schlafen (Niederschrift des ehemaligen Wachsoldaten Karl Hoffmann v. 22. 8. 1945, BStU AS 74/67, Bd. 3, Bl. 78). Die Baracken für Kriegsgefangene machten dort nach Lageskizzen der DDR-Ermittlungsbehörden auf Grund von Aussagen verschiedener Zeugen nur etwa ein Viertel der Lagergebäude im Winter 1941/42 aus, so daß ein Teil von ihnen ebenfalls gar nicht oder äußerst beengt untergebracht war: ebd., Bd. 9, Bl. 260–263. Nachts brachen überlastete Pritschen zusammen. In der Baracke Nr. 21 schliefen zeitweise angeblich 6500 Gefangene, pro Nacht starben bis zu 150. Akte »Im Juli 1944« und Vern. G. A. W. v. 17. 7. 1944, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bl. 133 und 154–156.

195 Vereinzelt wurde berichtet, Lagerkommandanturen hätten auf Flüssen vorüberschwimmende Flöße zum Bau von Gefangenenunterkünften beschlagnahmt: RMO III B Ost, Vermerk über die Besprechung vom 10. 12. 1941 v. 6. 1. 1942, BA R 6/425, Bl. 68R. Vgl. die Einschätzung bei Schulte 1995, S. 328f.

196 Für einen direkten Zusammenhang zwischen Außentemperatur und Sterberate spricht ein Bericht des Dulag 240 (Rshew) vom 14. 12. 1941, der die Schwankung der Todesziffern Tag für Tag in direkte Abhängigkeit zur jeweiligen Temperatur brachte (zitiert in: Streit, S. 176).

197 403. Sich.Div., Ia, Sonderbefehl über Aufgaben im neuen Divisionsbereich v. 4. 9. 1941, BA-MA (BArchPjF) 14844, Bl. 25 (im Original hervorgehoben). Weiter befahl v. Dittfurth widersprüchlich: »Unwürdige Behandlung von Kriegsgefangenen durch Bewachungskräfte muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Bei Fluchtversuchen bezw. Widersetzlichkeit ist jedoch schärfstens durchzugreifen.«

198 Vgl. ebd. und Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht September v. 8. 10. 1941 (Unterschrift: Hoffmann, abgezeichnet: Paraphe v. Schenckendorff), BA-MA WF-03/7314, Bl. 393.

zwar auf den »Anspruch auf menschenwürdige Behandlung«, den die Gefangenen hätten, verwiesen, was aber durch das »Verbot der Entgegennahme irgendwelcher Gegenstände und Nahrungsmittel oder Getränke [!] von der Zivilbevölkerung« entwertet wurde.¹⁹⁹ Erst im November 1941 entschied sich die Verwaltung im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, die Hilfe der Zivilbevölkerung bei der Verpflegung der Kriegsgefangenen nicht nur zuzulassen, sondern nun auch dazu aufzurufen.²⁰⁰ Die Quellendecke ist an dieser Stelle für ein abschließendes Urteil zu dünn, aber die relative Häufung entsprechender Dokumente im September 1941 könnte darauf hindeuten, daß die Politik gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen auch in diesem Punkt in jenem Monat zeitweise noch verschärft wurde.

Auffällig waren gleichfalls die besonders scharfen Befehle des AWA-Chefs Reinecke am 4. September 1941 in Warschau, der nicht nur Richtlinien für die schlechte Behandlung und Versorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen verkündete, sondern auch als Begründung anführte:

»Die Behandlung der Kgf. und alle damit verknüpften Fragen sind nur ein Teil des im Osten vom deutschen Soldaten zu lösenden Problems. Es ist bekannt, daß dieses Problem sehr schwer ist. Es muß erwartet werden[,] daß jeder deutsche Soldat, sei er Offizier oder Mann, sein Letztes hergibt und durch freudigen Einsatz jederzeit ein Vorbild für die Gegenseite ist.«²⁰¹

Himmlers berüchtigte Rede vor den SS- und Polizeiangehörigen in Minsk am 15. August 1941 dürfte nicht wesentlich anders geklungen haben, auch wenn hier der letzte Beweis nicht zu erbringen ist, daß Reinecke es *so* meinte. Sein letzter Satz war allerdings sicher nicht als Appell zu völkerrechtsgemäßer Behandlung gemeint. Reinecks Worte fügen sich mit anderen Einzelheiten zu einem Gesamtbild zusammen. So löste das Stalag 352 (Minsk) ausgerechnet Mitte Oktober 1941 sein Seuchenlazarett für Kriegsgefangene in Minsk auf, weil es »für Wehrmachtsw Zwecke nicht mehr benötigt« werde.²⁰² Eine Berichtspassage des Quartiermeisters des Befehlshabers im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte deutet darauf hin, daß auch die mittlere

199 Dulag 127, Kommandant, Anweisungen für die Sicherungsmaßnahmen im Hauptlager Orscha v. 19. 9. 1941 (erstes Zitat); vgl. dagegen Dulag 127, Kommandant, Besondere Wachvorschrift für die Wache in dem Hauptlager Orscha v. 11. 9. 1941, sowie zweites Zitat in: Dulag 127, Grundsätzliche Anweisung für Gefangenentransporte im Fußmarsch, mit Leerkolonnen und mit der Eisenbahn (Zur Belehrung für alle Wachmannschaften) [undatiert, in der Akte abgeheftet zwischen Schriftstücken vom 19. und 25. 9. 1941], BA-MA RH 49/77.

200 Der betreffende Bericht war widersprüchlich. Man versuche, »die Kriegsgefangenenverpflegung durch freiwillige Leistungen oder Auflagen an die Dorfgemeinden sicherzustellen.« Gleichzeitig hieß es aber noch, ein »Einsatz der Zivilbevölkerung« dazu werde erst erwogen. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 419. Vgl. auch WiStab Ost, Halbmonatsbericht 16.-31. 10. v. 27. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 992, über das Gebiet der H.Gr. Mitte: »Durch eine öffentliche Bekanntmachung ist die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht worden, daß die russischen Kriegsteilnehmer [d. i. Kriegsgefangenen], also die Väter und Söhne, verhungern müssen, wenn nicht soviel als möglich abgeliefert wird.« Ob dies lediglich als Vorwand oder tatsächlich als Beginn einer Kampagne zur Erhaltung des Lebens der Gefangenen gemeint war, ist aus diesem Wortlaut noch nicht zu ersehen.

201 Kgf.Bez.Kdt. J, Bericht über die Besprechung beim Chef A.W.A. in Warschau am 4. 9. v. 6. 9. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 791.

202 Kommandant in Weißruthenien, Abt. Ia v. 18. 10. 1941 (Unterschrift: Frhr. v. Bechtolsheim) an GK Weißruthenien, ZStA Minsk 370-I-141a, Bl. 66. Dies war schon früher geplant: IVb, Besichtigung des Seuchen-Krankenhauses Minsk v. 11. 9. 1941, ebd., Bl. 71.

Ebene aktiv danach trachtete, die kranken Gefangenen sterben zu lassen.²⁰³ Eine Reihe von Zeugenaussagen verschiedener Herkunft paßt dazu. Ein für den Arbeitseinsatz zuständiger Leutnant im besonders grauenhaften Lager Molodetschno verbot Einheiten, die Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos beschäftigten, sie zu verpflegen, allenfalls »Reste« dürften sie bekommen.²⁰⁴ Im Kasino in Riga unterhielten sich zuständige Offiziere über ihren »Auftrag, die russischen Kriegsgefangenen verhungern und erfrieren zu lassen«.²⁰⁵ General Bodenschatz erklärte gegenüber der Hauptschriftleiterin der NS-Zeitschrift »Die Aktion«, Melitta Wiedemann, im Januar 1942: »Der Führer wünscht die Dezimierung der slawischen Massen. Das ist im übrigen der beste, lautloseste Weg, um diesem Ziel näherzukommen...«²⁰⁶ Karl Bodenschatz konnte als »Verbindungsmann Görings zu Hitler«²⁰⁷ vermutlich über Hitlers Einstellung in dieser Frage kompetent urteilen.

Wie weit reichte der Widerspruch zwischen dem deutschen Arbeitskräftebedarf und der Vernichtung eines Großteils der sowjetischen Kriegsgefangenen?

Wie hinsichtlich anderer Bevölkerungsgruppen im besetzten Weißrußland bestand ein Widerspruch zwischen Ernährungs- und Arbeitseinsatzpolitik auch gegenüber den Kriegsgefangenen, jedoch in bestimmten Grenzen. Hier soll zunächst unterschieden werden zwischen dem deutschen Arbeitskräftebedarf im Besatzungsgebiet und demjenigen im Reich. Zum ersteren ist bereits ausgeführt worden, daß der Bedarf an gewerblichen Arbeitskräften 1941 infolge der Politik, die Industrieproduktion in Weißrußland auf ein Mindestmaß zu drosseln, wegen Zerstörungen und sowjetischer Demontage, gering war. Im Gegenteil, in den Städten herrschte Arbeitslosigkeit. Auf dem Land waren nach deutscher Einschätzung nicht nur genug, sondern mehr als genug Arbeitskräfte vorhanden, wenn auch die Arbeitseinsatzbehörden zu dieser Zeit dorthin noch nicht ausgriffen. Gesucht wurden lediglich Arbeiter mit speziellen Kenntnissen und Kräfte für den direkten Truppenbedarf und den Verkehrswegebau, wo aber vor allem bei der Eisenbahn in dieser Zeit noch hauptsächlich Deutsche in militärischen Baukommandos arbeiteten. Im Juli 1941 gab es mehr Gefangene, als unter diesen Bedingungen beschäftigt werden konnten; die Anweisung des Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J, mindestens zwei Drittel arbeiten zu lassen, war nicht zu erfüllen.²⁰⁸ Als Einsatzbereiche waren in erster Linie Unterkunft- und Straßenbau sowie Schneeräumung an Bahnen und Straßen vorgesehen.

203 Zur »Verknappung« der Fleischzufuhr für die Lager hieß es: »Allein aus diesem Grund ist es erforderlich, daß die Belegung der Dulags nur auf die unbedingt für den Arbeitseinsatz nötige Zahl herabgemindert wird.« Die nicht Arbeitsfähigen waren aber nicht transportfähig, schon gar nicht unter den beschriebenen Bedingungen bei scharfer Kälte. Ihr Tod wurde also vorausgesetzt, ja gefordert. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 440.

204 Auf den Einwand, was sei, wenn die Gefangenen verhungerten, erwiderte er: »Dann holen Sie sich neue, es sind ja genug da.« Der Befehl wurde auch schriftlich ausgegeben. Die Szene dürfte sich vor Winteranbruch – etwa im September – abgespielt haben. Körner-Schrader, S. 90f. und 95.

205 Schröder 1991, S. 320. Schröders Interviewpartner, der dies erzählte, wollte es spontan beschwören.

206 Zitiert nach Buchbender, S. 357, Anm. 112.

207 Boog 1982, S. 241, Anm. 183. Bodenschatz fungierte offiziell als Chef des Ministeramtes im Reichsluftfahrtministerium und als Görings Adjutant (vgl. auch ebd., S. 37f.).

208 Vgl. Bericht des Ord.Offiziers von Kgf.Bez.Kdt. J über seinen Besuch im Dulag 131, Slonim v. 23. 7. 1941, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 800.

Keitel hatte außerdem für den Bereich der Militärverwaltung Arbeiten in Versorgungsstützpunkten der Wehrmacht, Luftwaffeneinrichtungen und bei der »Ausnutzung des Landes für die Truppe« befohlen, während im Gebiet der Zivilverwaltung ein Einsatz für direkte Wehrmachtzwecke weitgehend entfallen sollte (in Anbetracht der Verhältnisse also jeglicher Einsatz).²⁰⁹ Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte war der Umfang des Kriegsgefangenen-Arbeitseinsatzes im August 1941 gering, im September lag er bei 36 500, im Oktober bei 46 100 Mann (knapp 50 Prozent des Bestandes), und im November wurden mit 32 996 (Monatsanfang) und 50 029 (Monatsende/17 bzw. 35 Prozent) alle Anforderungen der Bedarfsträger zahlenmäßig erfüllt; allerdings brachen die Gefangenen bei der Arbeit »öfter« entkräftet zusammen, und viele Kommandos mußten bald wegen Seuchengefahr zurückgezogen werden.²¹⁰ Aus dem Dulag 220 (Gomel) arbeiteten Mitte September 2500 von 8500 und Anfang Dezember 5000 von 12 857 Internierten, im Dulag 127 (Orscha) im September gut 4000 Mann, hier meist in Verpflegungs-, Munitions- und Treibstofflagern sowie bei der Organisation Todt.²¹¹ Am Ende jenes Monats hatte die Heeresgruppe befohlen, der Organisation Todt 3800 Kriegsgefangene mit der Option einer Aufstockung auf 11 400 Mann in ihrem Bereich zuzuweisen. Anfang Oktober – nach Beginn des Massensterbens – wies sie alle Lager an, für einen »größtmöglichen Arbeitseinsatz« der Gefangenen zu sorgen, ob nun als Facharbeiter, ortsgebunden, beweglich oder im Außenkommando.²¹² Vermutlich war in diesem Befehl *auch* die Absicht enthalten, ihre Zahl durch Vernichtung zu vermindern, ebenso wie schon in der Anordnung des Generalquartiermeisters vom 31. Juli, die »Arbeitskraft *sämtlicher* [sowjetischer] Kriegsgefangener [...] rücksichtslos auszubeuten«. Darauf weisen die Arbeitsbedingungen und die Tatsache hin, daß Gefangene, die dort, vor allem aber auf dem Marsch von und zur Arbeit, wie es hieß, schlappmachten, reihenweise erschossen wurden.²¹³ Die Militärverwaltung wollte die nicht Arbeitsfähigen sterben und die Arbeitenden besser verpflegt sehen,²¹⁴ doch diese Trennung gelang nicht.

Den Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener in Deutschland vermied die deutsche Führung aus politisch-ideologischen Gründen zunächst weitgehend. So wurde befürchtet, die Deutschen, besonders die Arbeiter, könnten durch die Gefan-

209 KTB Berück Mitte, Qu, v. 1. 9. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 342; OKW, WFSt/Abt. L (IV/Qu) Nr. 01239/41geh v. 8. 7. 1941, BA-MA Wi ID/72.

210 Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsberichte August–November 1941, ebd., Bl. 375, 394, 410 und 438.

211 Vgl. Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsberichte v. 18. 9. und 11. 12. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 746f. und 777; Dulag 127, Tätigkeitsbericht v. 25. 9. 1941, BA-MA RH 49/76.

212 H.Gr. Mitte, Gen.St.Gr. z.b.V. (gez. v. Greiffenberg, Chef des Generalstabs) v. 25. 9. 1941, RH 23/222. Jedem der damals 76 OT-Trupps sollte eine Kriegsgefangenen-Arbeitskompanie von 50 Mann mit möglicher Erweiterung auf 150 Mann zugewiesen werden. Ferner H.Gr. Mitte, Gen.St.Gr. z.b.V., Anhaltspunkte für den Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen v. 8. 10. 1941, BA-MA WF-03/14300, Bl. 817–819.

213 In verschiedenen Arbeitskommandos aus dem Lager Gomel gab es auf diese Weise im Herbst und Winter 1941 *täglich* 15–50 Tote. Vgl. Akt Nr. 11 über die Massenvernichtung sowjetischer Kriegsgefangener durch die Faschisten in Gomel, IfZ Fb 101/36, auf Grund von mindestens vier Zeugenaussagen. – Ferner der Befehl OKH/GenStdH/GenQu v. 31. 7. 1941, zitiert nach AOK 9, O.Qu./Qu.2, Betr.: Gefangenenwesen v. 4. 8. 1941, BA-MA RH 23/220 (Hervorhebung im Original). Zu den Arbeitsbedingungen ferner: Kohl, S. 121, und Bericht der Untersuchungskommission Polozk (undatiert), ZStA Minsk 861–1–13, Bl. 11.

214 Vgl. Berück Mitte, Qu, Monatsbericht November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 438 und 440.

genen gewissermaßen bolschewistisch infiziert werden.²¹⁵ Die Wirtschaftsdienststellen und Teile der Industrie setzten bis zur Monatswende Oktober/November 1941 eine Grundsatzentscheidung in die entgegengesetzte Richtung, für einen umfangreichen Reichseinsatz, durch. Im Zusammenhang mit der Rekonstruktion der Gründe des Massensterbens ist es nötig, die Stationen dieses Entscheidungsprozesses in den Zentralbehörden des Reiches genauer zu betrachten.

Schon am 4. Juli 1941 wurde bei einer Referentenbesprechung im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt von der gastgebenden Dienststelle, der Vierjahresplanbehörde und vom Reichsarbeitsministerium der »Arbeitseinsatz der Russen für unbedingt erforderlich gehalten«. 500 000 sowjetische Kriegsgefangene seien als Arbeiter im Reich erforderlich, davon 80 Prozent in der Landwirtschaft.²¹⁶ Am 8. Juli erlaubte Keitel den Deutscheinsatz sowjetischer Gefangener, soweit Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt oder Vierjahresplanbehörde sie als »unbedingt notwendig« anforderten. Der Einsatzschwerpunkt solle aber in den besetzten sowjetischen Gebieten liegen.²¹⁷ Das nach Angaben des Chefs der Abteilung Kriegsgefangene im OKW, Breyer, bestehende Verbot Hitlers für den Deutscheinsatz wurde ebenso wie bei den zivilen sowjetischen Arbeitern schon im Juli 1941 für den landwirtschaftlichen Bedarf in einigen deutschen Regionen durchbrochen.²¹⁸ Am 2. August gestattete Generalleutnant Reinecke, bis zu 120 000 sowjetische Gefangene in Deutschland einzusetzen, eine Regelung, die auf Grund der restriktiven Haltung des AWA-Chefs mindestens einen Monat Bestand hatte. Zu ihrer Aufgabe führte offenbar Görings Wunsch von Ende August, 100 000 weitere sowjetische Kriegsgefangene nach Deutschland zur Arbeit zu bringen.²¹⁹

Die Sitzung des Generalrats der Vierjahresplanbehörde am 19. September, auf deren Tagesordnung auch »Arbeitseinsatz«-Fragen standen,²²⁰ brachte anscheinend einen starken Impuls für den Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen, denn am 24. September wurden zwischen Vertretern der Wirtschaftsbehörden, der Reichsvereinigung Kohle und des RSHA bereits Einzelheiten des Einsatzes von Sowjets im Kohlebergbau besprochen, vor dem 29. September stimmte Himmler dem Kriegsgefangeneinsatz zu (wenn auch noch nicht dem von Zivilisten), und spätestens am

215 Hierzu Streit, S. 192–196; Herbert 1985, S. 132 ff.

216 Vermerk über Besprechung bei WiRüAmt am 4. 7. 41 betr. Verwendung und Arbeitseinsatz der russischen Kriegsgef. (Entwurf), BA-MA Wi ID/72. Vgl. Streit, S. 193 f.; Herbert 1985, S. 137 f.

217 Zitiert nach Streit, S. 194.

218 Ebd., S. 200. Allerdings sollten die Kriegsgefangenen nicht wie die Zivilisten direkt in der Landwirtschaft arbeiten, sondern Gefangene anderer Nationalitäten, die Dienste für Wehrmachttruppen leisteten, ersetzen und freimachen. Vgl. im übrigen S. 457 f. in dieser Darstellung.

219 Siehe Streit, S. 194 f., und Herbert 1985, S. 138. Am 2. 9. 1941 schrieb Vierjahresplan-Staatssekretär Körner an seinen Kollegen Syrup im Reichsarbeitsministerium (RAM), Göring wolle bei Hitler erreichen, daß die Begrenzung auf 120 000 Mann aufgehoben werde. Vgl. Naasner, S. 92. Bereits am 26. 8. berichtete das RAM über den Wunsch Görings nach weiteren 100 000 Sowjets: Streit, S. 200. Göring konnte sich also nicht ohne weiteres über Reinecke bzw. die Wehrmacht hinwegsetzen.

220 Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP V.P. 15347/1, Einladung für Sitzung Generalrat Vierjahresplan am 19. 9. v. 18. 9. 1941 mit Tagesordnung, BA R 43 II/356c, Bl. 19; auch als Nbg. Dok. NG-1853. Ebenfalls am 19. 9. wurde beim Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres die Einrichtung von Baracken für sowjetische Kriegsgefangene besprochen. Vgl. Weisung Chef HRü und BdE v. 17. 10. 1941, in: Eine Schuld, S. 187.

27. September lag den Wirtschaftsbehörden die Genehmigung vor, 500000 sowjetische Kriegsgefangene ins Reich zu transportieren.²²¹ Himmlers Einlenken war offenbar mit dem Versprechen erkaufte worden, mindestens 100000 Kriegsgefangene als Arbeitskräfte in die Konzentrationslager einzuweisen.²²² Am 14. Oktober erklärte Hitler erstmals seine Zustimmung zu ihrer bedingten Verwendung zu Arbeiten im Reich in größerem Umfang, was er am 31. Oktober nach Vortrag Görings in eine formelle Entscheidung ummünzte.²²³ Am 7. November gab Göring bei einer Konferenz in Berlin entsprechende Richtlinien für einen umfassenden Einsatz in Bergbau, Rüstungsindustrie und Landwirtschaft.²²⁴

Das bedeutet auch, daß die Entscheidung, die nicht mehr arbeitsfähigen sowjetischen Kriegsgefangenen gezielt verhungern zu lassen, etwa gleichzeitig mit dem konkreten Plan der deutschen Führung entstand, sowjetische Kriegsgefangene in großem Umfang im Reich einzusetzen, zwischen Mitte September und Anfang November. Dies erscheint völlig unvereinbar, und tatsächlich ergaben sich konkrete Widersprüche wie auf der Sitzung am 24. November 1941, als Backe nach einigem Zögern damit herausrückte, daß vom Standpunkt der Ernährungswirtschaft überhaupt keine Kriegsgefangenen ins Reich kommen dürften, und Reinecke ihren Antransport erst einmal stoppte.²²⁵ Nun hatte zwar das fortgesetzte Massensterben auch mit dem Verharren in den alten Denkschablonen zu tun, wie dies in der Literatur dargestellt wird,²²⁶ doch gilt das vor allem für die unteren Handlungsebenen, während die deutschen Führungsorgane zumindest zum Teil ihre Hungerpolitik auf Grund eines bewußten Kalküls fortsetzten. Zunächst ist zu beachten, daß die Wehrmacht 1941 rund 3,3 Millionen Rotarmisten gefangen nahm; der Bedarf an Arbeitskräften aus ihren Reihen, den Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt und Vierjahresplan anmeldeten, betrug im Juli 1941 aber nur 500000 und Anfang Oktober 1941 800000, wenn auch der

221 Zum 24. und 29. 9.: Herbert 1985, S. 144; zum 27. 9. KTB WiStab Ost v. 27. 9. 1941, BA-MA (BAArch)P/43384, Bl. 152. Siehe auch WiStab Ost, Halbmonatsbericht 16.–31. 10. v. 27. 11. 1941, BA R 41/135, Bl. 118. Vgl. Streit, S. 203 und 201, der bereits den September 1941 als Monat verstärkter Bemühungen hervorhob.

222 Vgl. Telefonnotizen Himmler v. 16. 9. 1941 (»100000 Russen Übernahme in Kz.«), BA NS 19/1438; Besprechungspunkte Himmlers v. 15. 9. für die Unterredung mit Pohl sowie Terminkalender Himmlers v. 22. 9. (»200000 Kriegsgefangenenübernahme in Kz.«; die Zahl wurde von Himmler nachträglich hinzugefügt), Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 412 und 416. Auffällig ist, daß Himmler am 20. 8. 1941 mit Göring und offenbar auch mit Schlotterer und Dr. Timm (dem damals für den Ausländereinsatz zuständigen Abteilungsleiter im RAM) zusammengetroffen war. Möglicherweise lehnte Himmler hier einen Einsatz der Sowjets noch ab. Noch am 24. 9. wollte Göring zunächst seine Zustimmung abwarten. Vgl. Terminkalender Brandt v. 21. 8. 1941, BA NS 19/3957; Terminkalender Göring v. 20. 8. 1941, IfZ ED 180/5. Himmler stimmte offenbar nur schrittweise zu; am 4. 10. 1941 erklärte das WiRüAmt, er wolle den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener in Deutschland nur unter »sehr erschwerten Bedingungen« gestatten. Dagegen müsse man sich durchsetzen (zitiert nach Streit, S. 204). Göring wiederum konferierte am 21. 8. mit Generalmajor Nagel, dem RKO Lohse und dem stellvertretenden Ostminister Meyer (Terminkalender, a.a.O.).

223 Vgl. Bormann an Lammers v. 14. 10. 1941, BA R 43 II, Bl. 41f.; Streit, S. 196 und 204f.; Herbert 1985, S. 140f. Wie Streit bereits vermutete, fand am 31. 10. 1941 vorher eine Besprechung Hitlers mit Göring statt. Vgl. KTB WiRüAmt, Rüstungswirtschaftliche Abteilung, v. 4. 11. 1941, BA-MA RW 19/41; Terminkalender Görings v. 31. 10. 1941, IfZ ED 180/5.

224 Siehe den Abdruck verschiedener Niederschriften in Ueberschär/Wette, S. 328–337.

225 Niederschrift v. 29. 11. 1941 über die Sitzung im RMEuL v. 24. 11. 1941, in: IMT, Bd. 39, S. 446f.

226 Vgl. Streit, S. 197 und 207ff.

Kräftemangel der deutschen Kriegswirtschaft größer als dieser Sofortbedarf war – er lag bei 1,5 bis 2,5 Millionen.²²⁷ Außerdem ordnete Göring am 7. November 1941 auch die Rekrutierung von zivilen sowjetischen Arbeitskräften an, und hier schienen die Reserven so groß, ja fast unbegrenzt, daß man auf Kriegsgefangene nicht mehr unbedingt angewiesen schien. Tatsächlich wurden 1942 rund 1,4 Millionen sowjetische Zivilisten nach Deutschland geschafft, dreimal so viele wie Kriegsgefangene im selben Zeitraum (456 000), und nach Startschwierigkeiten im Winter lief die deutsche Rekrutierungsmaschinerie ein halbes Jahr fast reibungslos.²²⁸ Zum Einsatz der Kriegsgefangenen gab es also eine Alternative – das galt besonders in den besetzten sowjetischen Gebieten selbst –, und keineswegs alle Gefangenen wurden für die Kriegswirtschaft reklamiert. Deshalb erschien die Grundsatzentscheidung möglich, zwischen Arbeitskräften unter den Gefangenen, die besser gepflegt werden, und Arbeitsunfähigen, die sterben sollten, zu unterscheiden.

Der tatsächliche Umfang des Arbeitseinsatzes der sowjetischen Kriegsgefangenen im Reich blieb bis Anfang 1942 gering. Am 5. November 1941 befanden sich etwa 370 000 Gefangene in Deutschland, 185 000 davon im Arbeitseinsatz. An jenem Tag führte Göring ein Vorgespräch mit Reinecke zu der Konferenz zwei Tage darauf.²²⁹ Spätestens am 27. November, möglicherweise aber schon im Oktober war eine Quote von insgesamt 660 000 Gefangenen zur Arbeit im Reich zugelassen.²³⁰ Dieser Stand wurde aber niemals erreicht. Obwohl bis zum 13. Dezember rund 85 000 und im Januar und Februar 1942 rund 20 000 dazukamen, sank der Gesamtstand durch Ausfälle – sicher meist Todesfälle – bis Ende Februar auf gut 153 000. Erst im Februar 1942 war im übrigen der Vorrang ihres Einsatzes in der Rüstungsindustrie durchgesetzt.²³¹

Zum Ausmaß der Entlassung von Kriegsgefangenen

Um den Massentod der Gefangenen zu verhindern, wären auch umfangreiche Entlassungen möglich gewesen. Dazu kam es aber insgesamt nur in geringem Maß – und auf dem Boden Weißrußlands noch weniger. Am 25. Juli 1941 erlaubte der Generalquartiermeister des Heeres, bestimmte Nationalitäten unter den sowjetischen Kriegsgefangenen zu entlassen: Ukrainer, Balten und Volksdeutsche. Bei der 9. Armee wurde aber von dieser Möglichkeit beispielsweise kein Gebrauch gemacht.²³² Sie befahl, daß »Entlassungen grundsätzlich zu unterbleiben haben. [...] Auch harmlose

²²⁷ Siehe ebd., S. 136, 194, 201 und 204; Herbert 1985, S. 137; Herbert 1993, S. 213, gibt 2,6 Millionen an.

²²⁸ Zu den Zahlen Herbert 1985, S. 160. Vgl. auch Kap. 6.2 in dieser Darstellung. Daß die Zahl der kriegsgefangenen Rotarmisten so niedrig war, lag selbstverständlich daran, daß die meisten im Winter gestorben waren, doch ist darauf zu verweisen, daß sie durch Rekrutierung anderer Zwangsarbeiter relativ leicht zu ersetzen waren. – Zweifel an Sauckels Zahlen werden neuerdings angemeldet von Naasner, S. 121 f. Naasner bezifferte den resultierenden Beschäftigungszuwachs auf nur 1,92 Millionen statt der von Sauckel am 1. 12. angegebenen 2,749 Millionen Arbeitskräfte.

²²⁹ Vermerk WiRüAmt, Rü IVd v. 5. 11. 1941 über ein Telefonat mit Hauptmann Heinrich, AWA/Abt. Kriegsgefangene, BA-MA Wi ID/72. Vgl. Terminkalender Göring v. 5. 11. 1941, IfZ ED 180/5. Auf der Sitzung am 24. 11. 1941 wurde von 400 000 in Deutschland befindlichen Gefangenen ausgegangen. IMT, Bd. 39, S. 446 f.

²³⁰ WiStab Ost, Halbmonatsbericht 16.–31. 10. 1941 v. 27. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 983.

²³¹ Vgl. Streit, S. 208 f. und 212.

²³² Siehe AOK 9, Abt. Ic/A.O./O.Qu./Qu.2 v. 23. 10. 1941, BA-MA WF-03/17084, Bl. 252.

Zivilisten (z. B. aus dem Gefechtsgebiet Evakuierte) sind *nicht* zu entlassen.²³³ Am selben Tag, an dem der Generalquartiermeister die Entlassung bestimmter Gefangener gestattete, verbot sie der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte. Anfang August 1941 wurde im Bereich des Kriegsgefangenen-Bezirks-Kommandanten J dann doch die »Aussortierung nach Volksstämmen« und vom 10. August an die Freilassung von Minderheiten durchgeführt, darunter aber offenbar noch keine Ukrainer.²³⁴ In vielen Lagern wurden die Entlassungen überdies als unmöglich bezeichnet, da man die Nationalitäten der Gefangenen nicht feststellen könne.²³⁵

Trotz eines entsprechenden Vorschlags des Ostministeriums hatte das OKH die Entlassung sowjetischer Kriegsgefangener weißrussischer Nationalität im letzten Moment verboten.²³⁶ Sie machten auf weißrussischem Boden wegen der kurzfristigen Einberufungen und Meldungen im Sommer 1941 einen großen, wenn auch nicht genau feststellbaren Teil der gefangenen Rotarmisten aus. Während im Spätsommer mit ihrer Entlassung in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine und im Generalgouvernement zum Teil schon begonnen worden war, ordnete der Generalquartiermeister des Heeres für den Bereich der Militärverwaltung lediglich die »Vorbereitung« zur Entlassung »russischer Kriegsgefangener weissruthenischer Nationalität« an. Der endgültige Zeitpunkt wurde auf Grund von Meldungen der Heeresgruppe und des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet Mitte hinausgeschoben, bis »die Befriedung des Gebietes weiter fortgeschritten ist«, was nie eintrat. Ja, zeitweise wurde sogar erwogen, die Gefangenen weißrussischer Nationalität aus dem Krieg gegen Polen wieder zu internieren.²³⁷ Tatsächlich waren bis zum Jahresende 1941 von der Heeresgruppe Mitte lediglich 29677 Mann, davon 28338 Ukrainer, 467 Volksdeutsche und nur 746 Weißrussen entlassen worden, viel weniger als von den anderen Heeresgruppen.²³⁸ Dabei war den Internierten weißrussischer Nationalität bereits die Freilassung in Aussicht gestellt worden. Die Idee, kranke und invalide Gefangene auf die weißrussischen Dörfer zu entlassen, wurde offenbar erst im April und Mai 1942 umgesetzt.²³⁹

233 AOK 9, O.Qu./Qu.2 an Korück 582, unterstellte Dulags und AGSS v. 28. 8. 1941, BA-MA WF-03/14300, Bl. 886 (Hervorhebung im Original); ferner AOK 9, Ic/A.O./O.Qu./Ia v. 2. 9. 1941, ZStA Minsk 655-1-1, Bl. 142R.

234 Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigung des Dulags 131 Slonim v. 6. 8. und Besichtigungsbericht v. 13. 8. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 810 und 814. Vgl. Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 34 v. 25. 7. 1941, BA-MA WF-03/7313, Bl. 191; Kgf.Bez.Kdt. J, Besprechung mit den Dulag-Kommandanten v. 21. 8. 1941, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Dok.Bd.

235 Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht August v. 3. 9. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 376.

236 Rosenberg und OKW/WFSt hatten zuvor bereits zugestimmt. Vgl. Bräutigam 1968, S. 373.

237 OKH/GenStdH/GenQu, Abt. Kr.Verw. (Qu4/Kgf) v. 8. 9. 1941 (gez. Wagner/Abschrift), BA-MA (BArch)Pf 42748, Bl. 76f. (auch BA-MA RW 31/175). Vgl. Der Reichsarbeitsminister, Nr. Va v. 26. 6. und 16. 9. 1941, BA 36.01, Nr. 2224, Bl. 3-5.

238 Die Gesamtzahl der Entlassenen betrug 269048, davon 260865 Ukrainer, hiervon wiederum 227487 bei der H.Gr. Süd. Nur 749 Weißrussen waren freigelassen worden. OKH/GenStdH/GenQu, Abt. K.Verw. (Qu4/Kgf), Kriegsgefangenenanlage im Operationsgebiet, Stand 1. 1. 1942, BA-MA RH 3/v. 150, Bl. 4. In den Folgemonaten wurden bei der H.Gr. Mitte nur jeweils 1000 bis 1500 Mann entlassen (Bl. 13, 21, 27). Die Entlassungen im OKH-Bereich waren damit schon weitgehend beendet. Bis zum 1. 10. 1943 waren es 338501 Mann, also waren nur knapp 70000 hinzugekommen; ebenso, Stand 1. 10. 1943, BA-MA H 12/59. Vgl. auch Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht September v. 8. 10. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 396.

239 Vgl. KTB Berück Mitte, Qu, v. 20. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 254; Keitel an Himmler v. 22. 9. 1942, BA F 3326, Bl. 2469. In Aussicht gestellt: EM 121 v. 22. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 3011.

Dennoch berichteten Augenzeugen, auf dem Lande seien viele Gefangene zu sehen gewesen.²⁴⁰ So gab es auch im Zivilverwaltungsbereich, im GK Weißruthenien, Entlassungen in unbekannter Größenordnung im Sommer 1941. Offenbar versuchte die Wehrmacht im Herbst desselben Jahres und nochmals im Frühjahr 1942, die Betroffenen wieder festzusetzen, woraufhin viele flohen.²⁴¹ Ein Teil der Gefangenen wurde nur beurlaubt, was offenbar unterhalb der Schwelle der formellen Entlassung lag. Eine entsprechende Regelung v. Schenckendorffs vom 16. September 1941 führte dazu, daß Beurlaubungen stattfanden, doch dürfte ihre Zahl relativ gering gewesen sein. Aus dem Dulag 121 (Gomel) waren im Herbst 1942 2809 Mann beurlaubt, und zwar seit langer Zeit, angesichts des großen Gefangenendurchlaufs eine geringe Zahl.²⁴² Die bedingte Freigabe von Gefangenen aus den in Weißrußland gelegenen Lagern dürfte einen Umfang von einigen zehntausend Menschen nicht übertroffen haben.

c) Die Massenvernichtung der Kriegsgefangenen in Weißrußland im Winter 1941/42

Die Zahl der Kriegsgefangenen im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte nahm zwischen Dezember 1941 und April 1942 stark ab. Mitte Dezember wurden 151700 Gefangene registriert; eventuell waren es noch 40000 mehr. Im gesamten Heeresgruppenbereich waren es Anfang Dezember rund 258000, am 1. Januar 1943 40, am 1. Februar 127267, am 1. März 112916, am 1. April 137777 und am 1. Mai 1942 130040.²⁴³ Ab 1942 liegen auch Zahlen fürs GK Weißruthenien vor: Am 1. Februar wurden dort 39740, am 1. April 37960, am 1. Mai 41114 Gefangene gezählt. Im gesamten Reichskommissariat Ostland waren es am 1. April 145372 Mann.²⁴⁴ Die Transportbewegungen von Kriegsgefangenen waren nur noch sehr gering. So wurden im Dezember 1941 aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte nur 5000 Gefangene ins »Ostland« abgeschoben, ausschließlich per Eisenbahn. Am 7. Dezember verbot der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes jeglichen Abschub wegen der Kälte von -25 °C, vielleicht auch wegen der Transportkrise bei der Heeresgruppe Mitte. Diese Sperre dauerte

²⁴⁰ Vgl. Vakar, S. 174f., 181, 191; Erinnerungen P. J. Sawtschiz in Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 229.

²⁴¹ Hierzu EM 182 v. 18. 3. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 4021; rückblickend Rede Kubes v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 34f.; Rede SS-Ostuf. Feder auf der Propagandistentagung in Minsk am 26. 10. 1943, IfZ Fb 101/34; Vakar, wie vorangegangene Anm.

²⁴² Vgl. KTB Berück Mitte, Qu, v. 16. 9. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 343; Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 22. 11. 1941 (Bobruisk), BA-MA WF-03/7353, Bl. 751; Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht Januar v. 7. 2. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1058 (hier lief die Registrierung); Bericht des Dulag 121, Gomel über Kontroll-Versammlung der beurlaubten Kgf. im Bereich des Dulag 121 (Abschrift von Abschrift; November 1942), BA-MA WF-03/7420, Bl. 1068.

²⁴³ Siehe die Monatsberichte OKH/GenStdH/GenQu, Abt. K. Verw. (Qu4/Kgf), Kriegsgefangenenlage im Operationsgebiet, BA-MA RH 3/v. 150; ZStL VI 319 AR-Z 170/76, Abschlußbericht v. 6. 8. 1976, Bl. 364. Widersprüchlich ist der Tätigkeitsbericht Dezember des Quartiermeisters des Berück Mitte v. 7. 1. 1942 (BA-MA WF-03/7314, Bl. 444 und 460), der auch die Angabe enthält, *neben* 150000 Gefangenen in den Dulags und Stalags hätten sich 40000 zur Arbeitsleistung bei der Truppe befunden. Bei der Angabe 151700 waren 22511 Arbeitskräfte enthalten. Möglicherweise muß man auch für die genannten Bestände des Jahres 1941 eine zusätzliche Dunkelziffer von Gefangenen, die sich bei Truppeneinheiten außerhalb der Verantwortung der Lager befanden, einkalkulieren.

²⁴⁴ Vgl. Monatsmeldungen OKW/Kriegsgef.Org.(Id), Bestand an Kriegsgefangenen, BA-MA RW 6/v. 450; zum RKO auch Abwehrstelle Ostland, Bericht v. 13. 4. 1942, BA D-H FW 488, A. 19.

mindestens einen Monat und führte zur Überfüllung der Dulags, da offenbar aus den Armeegebieten trotzdem Gefangene ins rückwärtige Heeresgebiet hineingeschoben wurden.²⁴⁵ Ein OKW-Befehl vom 8. Dezember, Transporte sogenannter Arbeitsfähiger ins Reich durch Bereitstellung von Öfen, Decken, Mänteln und Stroh (und geschlossene Güterwaggons) zu ermöglichen, war im rückwärtigen Heeresgebiet »praktisch aus Mangel an Öfen, Stroh und Decken nicht durchführbar«. Außerdem unterlief die Eisenbahnverwaltung offenbar diese Anordnung, weil es mit dem Argument, die Waggons könnten beschädigt werden, verboten blieb, Brennholz mitzuführen.²⁴⁶

In jenen Monaten ging das Gefangenensterben in ungeheurem Ausmaß weiter. Sein Schwerpunkt innerhalb des Militärverwaltungsgebiets lag eindeutig im Bereich der Heeresgruppe Mitte. Besser gesagt: Dort wurden wegen der besonders schwierigen Verpflegungs- und Nachschublage der deutschen Truppen, die wochenlang vor der Roten Armee zurückwichen (bis zu 300 Kilometer), noch weit mehr sowjetische Kriegsgefangene als anderswo bewußt ermordet. Im Dezember 1941 wurden im Bereich der Heeresgruppe Mitte dem Generalquartiermeister 64 165 Gefangene als »gestorben, erschossen« gemeldet, etwa 25 Prozent der Gesamtzahl.²⁴⁷ Rund vier Fünftel davon dürften auf das rückwärtige Heeresgebiet Mitte entfallen sein. Bezeichnend ist vor allem diese Relation: Bei der Heeresgruppe Mitte befanden sich nur 47 Prozent der Gefangenen im Militärverwaltungsgebiet der besetzten sowjetischen Gebiete, aber dort ereigneten sich 71 Prozent der Todesfälle des Militärverwaltungsbezirks! Anders ausgedrückt – bei den Heeresgruppen Nord und Süd starben im Dezember 1941 9 Prozent der vorhandenen Gefangenen, bei der Heeresgruppe Mitte dagegen 25 Prozent Prozent. Im Januar 1942 kamen bei der Heeresgruppe Mitte 44 752 Gefangene um (23 Prozent der vorhandenen; bei den anderen Heeresgruppen 17 Prozent). Sie verfügte über 44 Prozent aller Gefangenen im Militärverwaltungsbezirk, hatte aber 51 Prozent aller Todesfälle zu verzeichnen. Im Februar 1942 starben bei der Heeresgruppe Mitte 19 117 Gefangene (15 Prozent), bei den anderen Heeresgruppen 12 Prozent. Im März waren es bei der Heeresgruppe Mitte 11 582 (10 Prozent), im April 8 476 Gefangene (6 Prozent); nun hatte sich die Todesrate denen der anderen Heeresgruppen angeglichen.²⁴⁸ Nach unvollständigen Angaben des Wirtschaftsinspektors Mitte waren bis Anfang Januar 1942 160 000 Gefangene im Heeresgruppenbereich umgekommen.²⁴⁹

245 Vgl. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht Dezember v. 7. 1. 1942, BA-MA WF-03/7314, Bl. 461, und KTB 221. Sich.Div., Ib, v. 7. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 292. Ferner Berück Mitte, Qu, Monatsbericht Januar v. 7. 2. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1060. Im März 1942 wurden 14 000 Mann nach Westen abgeschoben, davon 4072 ins RKO. Ebenso für März v. 6. 4. 1942, ebd., Bl. 980f.

246 Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht Dezember v. 7. 1. 1942, BA-MA WF-03/7314, Bl. 461; siehe dagegen Vern. Carl Languth v. 25. 1. 1946, Archiv P. Kohl.

247 Siehe auch Seeger, S. 147, Anm. 301.

248 OKH/GenStdH/GenQu, Abt. K.Verw. (Qu4/Kgf), Kriegsgefangenenlage im Operationsgebiet, BA-MA RH 3/v. 150, Bl. 1/R, 9f., 18f., 24f., zum April Streit, S. 132f. Grund für die höheren Sterbeziffern im Bereich Mitte war kaum das günstigere Klima im Bereich der H.Gr. Süd, denn diese verfügte über ähnlich viele Gefangene wie die H.Gr. Nord, fiel also statistisch nicht stärker als jene ins Gewicht, und die Todesraten entwickelten sich bei Nord und Süd ähnlich. Im Norden aber war das Klima nicht günstiger als im Mittelabschnitt.

249 »Insgesamt existieren von anfänglich zusammen 400 000 Gefangenen in unserem Bereich nur noch

Innerhalb des Bereichs der Heeresgruppe Mitte lag der eindeutige Schwerpunkt der Vernichtung im rückwärtigen Heeresgebiet, also im wesentlichen im östlichen Weißrußland. Dort starben im Januar täglich im Durchschnitt 1,4 Prozent, im Februar 1942 täglich 0,9 Prozent, im März täglich 0,5 Prozent der Gefangenen. Wenn diese Zahlen zutreffen, müssen die oben angegebenen Todeszahlen vor allem für den Dezember 1941 im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte und auch für die Heeresgruppe Mitte zu niedrig sein.²⁵⁰ In der ersten Dezemberhälfte sind offenbar ziemlich genau 30 000 Gefangene im rückwärtigen Heeresgebiet vernichtet worden, und in der zweiten Monatshälfte bis zu 40 000.²⁵¹ Bei einer Ausgangszahl von rund 106 000 Gefangenen im rückwärtigen Heeresgebiet Anfang Januar muß man von rund 35 000 Todesfällen dort im Januar,²⁵² 15 000 im Februar und 7000 im März 1942 ausgehen.²⁵³ Das sind Mindestzahlen.

Die Berichte aus den verschiedenen Lagern sind erschütternd. Im Dulag 220 (Gomel) starben Anfang Dezember 1941 täglich 400 von gut 12 000 Insassen (3,1 Prozent), unter denen »2–3 000 Todeskandidaten« waren. Nach Ansicht von Oberst Marschall war das Lager trotzdem »vorbildlich organisiert«, die Verpflegung eingeschlossen, wofür er dem Lagerchef seine »höchste Anerkennung« aussprach.²⁵⁴ Die Zahl der Toten erreichte hier nach Zeugenaussagen 300 bis 1000 Menschen pro Tag.²⁵⁵

240 000 und man muss damit rechnen, dass auch noch ein weiteres Drittel den Winter nicht überleben wird.« KTB WiIn Mitte (mit Auszügen aus dem persönlichen Tagebuch des WiIn Weigand) v. 10. 1. 1942, BA-MA (BAArchP)F 42858, Bl. 732. Weigand bezog sich auf einen Bericht einer Anwerbekommission für Kriegsgefangene zum Reichseinsatz. Die Zahlen waren veraltet, da der Stand von 240 000 Kriegsgefangenen im Bereich der Heeresgruppe dem von Anfang Dezember 1941 entsprach. Unterdessen waren weitere mindestens 50 000 vernichtet worden. Mit der anfänglichen Zahl von 400 000 war möglicherweise der Stand vom September gemeint (s. S. 792 in dieser Darstellung).

250 Angaben nach Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht Mai v. 2. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 893, siehe auch Streit, S. 359, Anm. 35.

251 Ende November gab es 187 393 Gefangene dort, Mitte Dezember 151 700, und nur 5000 waren ins RK Ostland gebracht worden. Anfang Januar 1942 waren es noch 106 000. Von der Differenz für die zweite Monatshälfte (45 700) ist ein entsprechender Anteil der 2444 Fluchtfälle, der 433 Überstellungen an Sicherheitspolizei und SD sowie der 2710 Entlassungen abzuziehen. Die Todesrate lag Anfang Dezember über 2 % und ansonsten bei »bis 2 %«. Vgl. Berück Mitte, Qu, Monatsberichte November und Dezember v. 9. 12. 1941 und 7. 1. 1942, BA-MA WF-03/7314, Bl. 438f. und 460f., sowie für Januar v. 7. 2. 1942, Anlage 5, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1065; OKH, GenStdH/GenQu, Abt. K.Verw.(Qu4/Kgf), Kriegsgefangenenlage im Operationsgebiet v. 28. 1. 1942, BA-MA RH 3/v. 150, Bl. 1/R und 4.

252 Siehe folgende Anm.; nach Anlage 5 zum Tätigkeitsbericht Januar des Berück Mitte, Qu v. 7. 2. 1942, schrumpfte der Bestand im Januar von 106 000 auf 77 000 Mann (wobei Neuzugänge zu berücksichtigen sind), der »Abgang (Tote) Auswirkg. f. Gesamtstärke« betrug täglich 1000 bis 2000 Menschen. Die Schätzung von mindestens 35 000 Gestorbenen wird dadurch gestützt.

253 Vgl. die Angaben bei Streit, S. 359, Anm. 35. Dieser multiplizierte die in der Quelle angegebenen täglichen Todesraten einfach mit der Zahl der Tage eines Monats. Um die monatliche Sterberate zu erhalten, ist jedoch die stark abnehmende Gefangenenzahl zu berücksichtigen. Wenn z.B. von 100 000 Gefangenen täglich im Durchschnitt 1,4 % starben, so waren es zur Monatsmitte eben noch 1,4 % von gut 80 000 und am Ende von etwa 65 000. Die monatliche Todesrate beträgt dann nicht 43,4 % (Streit), sondern ungefähr 35 %. Sie kann wegen der sicherlich eingetretenen Schwankungen der täglichen Sterbequote allein aus deren Durchschnittswert nicht genau berechnet werden.

254 Kgf.Bez.Kdt. J, Bericht über die Besichtigungsfahrt vom 26. 11.–10. 12. v. 11. 12. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 746f. Siehe auch Streit, S. 160; Schulte, S. 200.

255 Vgl. Akt Nr. 11 über die Massenvernichtung sowjetischer Kriegsgefangener durch die Deutschen in Gomel, IfZ Fb 101/36. Siehe auch ZStL UdSSR Bd. 424, Inhaltsangabe zu Bl. 515–530.

Ähnlich war es in den Lagern in Bobruisk und Witebsk.²⁵⁶ In Kritschew starben täglich 60 bis 70 Kriegsgefangene, in Orscha im Januar 100 bis 120, in Mogilew 250 bis 400.²⁵⁷

Für das GK Weißruthenien (und den Bezirk Bialystok²⁵⁸) stehen wiederum wenig sichere Angaben zur Verfügung. Der Gefangenenbestand war dort ab 1. Februar relativ niedrig, die Todesrate aber unglaublich hoch. Im Stalag 352 (Minsk) starben zu jener Zeit 400 Menschen täglich – 2,2 Prozent, so viele wie auf dem Höhepunkt der Vernichtung ein bis zwei Monate zuvor im rückwärtigen Heeresgebiet.²⁵⁹ Diese Angaben werden durch Zeugenaussagen teils bestätigt, teils übertroffen.²⁶⁰ Nach 1944 aufgefundenen Akten starben allein im Stalaglazarett täglich bis zu 175 Mann.²⁶¹ In einem Außenlager in Stolbzy kamen zwischen 30. Januar und 1. Mai 1942 248 von 300 Gefangenen um.²⁶² Über das Lager in Molodetschno wurde schon Entsprechendes ausgeführt. Wo sich Mitte November noch 20 000 Mann in Quarantäne befunden hatten, gab es am 1. Februar 1942 nur noch 4406.²⁶³ Im Stalag 337 (Lesnaja bei Baranowitschi) stieg die tägliche Todesrate von 80 etwa im Oktober 1941 auf bis zu 320 im Januar, allein 100 im Lazarett. Von Januar bis April, so berichtete ein Lagerschreiber, seien dort 16 000 Mann gestorben.²⁶⁴ Im Stalag 351 (Bereswetschje bei Glebokie) sind zwischen September und November 1941 ebenfalls 200 bis 500 Menschen am Tag ums Leben gekommen.²⁶⁵ Der Rüstungskommandeur v. Viebahn übertrieb vermut-

256 Hierzu Vern. I. A. P. v. 15. 7. 1944, ZStL UdSSR Bd. 423, Bl. 31–33, und Untersuchungsbericht Stadt Bobruisk v. 17. 1. 1945, ZStL UdSSR Bd. 245c, Bl. 244–252. Bis zu 500 Tote pro Tag waren es in Bobruisk nach StA Stuttgart, Teileinstellungsverfügung v. 28. 2. 1968, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 818.

257 Vgl. Protokoll der Außerordentlichen Untersuchungskommission Kritschew v. 20. 11. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 19, Bl. 110; WiKdo im Divisionsbereich Orscha, Lagebericht für 1.–15. 1. v. 15. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 401; verschiedene Zeugenangaben in Untersuchungsbericht der Stadt Mogilew v. 8. 10. 1944, ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 305f.

258 Im Lager Lososna (Kielbasin) bei Grodno starben im Winter 1941/42 etwa 100 Gefangene am Tag. Vgl. S. A. Schukowski/N. Sokolow, Lebende Zeugen und Urkunden klagen an, in: Grodnoer Prawda v. 5. 3. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6208; Vern. W. K. v. 18. 11. 1963, ebd., Nr. 6175.

259 Siehe OKW/Kriegsgef.Org. (Id) v. 1. 2. 1942, Bestand an Kriegsgefangenen, BA-MA RW 6/v. 450, Bl. 32 (19028 Insassen); Feldpostbrief K. Wafner v. 2. 2. 1942, Privatbesitz. Wafner war zu jener Zeit im »Waldlager« Wachsoldat als Angehöriger der 3. Komp./LSchBtl 332.

260 Siehe Vern. K. L. v. 29. 3. 1968, BStU AS 74/67, Bd. 9, Bl. 278 (teilweise 800–1000 Tote täglich); handschriftliche Niederschrift der Gefreiten K. H. v. 22. 8. 1945 und H. U. (undatiert), ebd., Bd. 3, Bl. 66 (täglich 200–400 Fleckfiebertote); Vern. G. A. Woronow v. 17. 7. und 24. 7. 1944, ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 50–55 (Inhaltsangaben/ Ende Oktober 100–150, täglich bis 480 und im Oktober und November allein 13 000 Tote) sowie Auszüge im Akt »Im Juli 1944«, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bl. 132–138.

261 Gerichtsmedizinische Expertise über die Untersuchung der Methoden der Massenvernichtung im »Stalag 352« (Juli 1944), in: Beluga, S. 198.

262 Vern. eines ehemaligen Lagerinsassen (Fragment), ZStL UdSSR Bd. 422, Bl. 760f.

263 Vgl. OKW/Kriegsgef.Org.(Id) v. 1. 2. 1942, BA-MA RW 6/v. 450, Bl. 32; Halder-Tagebuch v. 14. 11. 1941 nach Friedrich, S. 355. Nach dem 14. 11. bestand nur noch etwa drei Wochen lang theoretisch die Möglichkeit von Abtransporten. Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit gab es solche Abschiebungen nicht mehr. Vermutlich waren die über 15 000 fehlenden Internierten gestorben bzw. ermordet worden, eventuelle Neuzugänge nicht gerechnet.

264 Schriftliche Aussage Leopold Bischof (undatiert/Entstehung zwischen März 1942 und Ende 1943), in: Beluga, S. 32f. 3500 Mann sollen allein im Nebenlager im Stadtgefängnis Baranowitschi zwischen Oktober 1941 und März 1942 gestorben sein. – Vgl. ferner Vern. F. I. S. v. 27. 1. 1967, BStU ZUV 9, Bd. 2, Bl. 230f.

265 Vgl. Vern. I. G. K. v. 6. 10. 1948 (gehörte damals dem Leichenräumkommando an), ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1. Am 1. 2. 1942 befanden sich in dem Lager nur noch 1141 Kriegsgefangene (OKW, Kriegsgef.Org.(Id) v. 1. 2. 1942, BA-MA RW 6/v. 450).

lich, wenn er in seinem Bericht fürs erste Quartal 1942 schrieb: »Das Fleckfieber tobte im Berichtszeitraum (pro Tag rund 2000 tote Kriegsgefangene in Weissruthenien)«. ²⁶⁶ Man schätzt das Ausmaß aber wohl nicht zu hoch, wenn man annimmt, daß im Zeitraum von Oktober 1941 bis Februar 1942 täglich 700 Kriegsgefangene im Durchschnitt im GK Weißruthenien starben. ²⁶⁷ Das entspräche 105 000 Toten binnen fünf Monaten.

Nach Ansicht der Verantwortlichen hatten sich die Gefangenenbestände damit gewissermaßen »gesundgeschrumpft«. So hieß es im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte:

»Die Zahl der Kgf. sowohl in den Dulags usw. als auch in den Arbeitsstellen hat im Berichtsmonat wieder erheblich abgenommen. Etwa im gleichen Maße nahmen auch die früher bestandenen Versorgungsschwierigkeiten ab.« ²⁶⁸

Es gibt weitere Belege für diese Betrachtungsweise aus Bobruisk und aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Nord. ²⁶⁹ Mehr als ein bestimmtes Kontingent an Nahrungsmitteln wurde den Gefangenen nicht zugestanden. Seine Höhe richtete sich nicht nach ihren allermindesten Bedürfnissen.

Die Ursachen auf dem Ernährungssektor und die Versuche zu selektieren

Infolge der Spitzenentscheidung für einen Deutschlandeinsatz sowjetischer Kriegsgefangener als Arbeitskräfte im Reich wurden die Gefangenenrationen um die Monatswende November/Dezember 1941 angehoben. Am 24. November scheiterten zunächst Verhandlungen zwischen dem OKW/AWA und dem Reichsernährungsministerium an der Rationsfrage, doch scheint man sich am 27. November auf Sätze »bei leichter Arbeit« geeinigt zu haben, die 2540 Kalorien pro Tag entsprachen. Sie wurden etwas modifiziert am 4. Dezember fürs Reichsgebiet gültig. ²⁷⁰ Jedoch hatte die Abteilung Kriegsgefangene im OKW am 26. November klargestellt, die sowjetischen Gefange-

266 Rükdo Minsk, Vierteljahresbericht Januar bis März 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 789.

267 Im gesamten RKO starben zwischen Ende November 1941 und 1. 1. 1942 rund 68 000 Gefangene (29,4 % der Gesamtzahl, mehr als 2000 pro Tag). Auch nach einer Mitteilung der Abteilung Arbeit des RKO vom 5. 12. 1941 kamen zu diesem Zeitpunkt täglich 2000 Mann im RKO um. Streit, S. 133. – Im RK Ukraine waren es im Dezember zwischen 2500 (Rosenberg unter Berufung auf Kitzinger) und 4300 Mann täglich (ebd.). Im Oktober starben dort ungefähr 120 000 von 445 000 Kriegsgefangenen. Siehe WBfh. Ukraine, Bericht Nr. 2, abgeschlossen am 31. Oktober v. 14. 11. 1941 (Unterschrift: Kitzinger), BA-MA RW 41/1. Dessen Berichte für Dezember v. 17. 1. und für Februar v. 23. 3. 1942 (ebd.) nannten jedoch mit 33 713 bzw. 6600 erheblich niedrigere Todesziffern. In der Denkschrift »Zur Lage im Reichskommissariat Ukraine« v. 29. 11. 1941 (Nbg. Dok. PS-2174, BA F 16031) sprach Peter-Heinz Seraphim demgegenüber von über 3000 Toten täglich.

268 Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht Januar v. 7. 2. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1042.

269 Dort erklärte der Kgf.Bez.Kdt. C, »daß inzwischen die meisten trotz aller Bemühungen nicht mehr lebensfähigen Elemente gestorben sind und die Ernährungsdecke für die nach umfangreichen Abschüben noch verbliebenen Kgf. größer geworden ist.« Zitiert nach Streit, S. 160f. Vgl. Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 22. 11. 1941, wo sich die Zahl von 60 000 Gefangenen »ebenso wie der Abtransport als unhaltbar erwiesen« habe. BA-MA WF-03/7314, Bl. 751. Hier wurde zwar auf weitere, besser ausgerüstete Transporte gedrängt, aber zu diesen kam es, wie ausgeführt, nicht oder nur in geringem Umfang.

270 Niederschrift der Sitzung über die Ernährung der russischen Kriegsgefangenen am 24. 11. 1941 mit Backe, Moritz, Reinecke und Mansfeld sowie Kotsatz für sowjetische Kriegsgefangene im Reich bei leichter Arbeit (auf Grund der Besprechung bei Herrn Min.-Dirig. Dr. Claußen am 27. 11. 41), Nbg. Dok. USSR-177, BA F 15499, Bl. 413–416. Vgl. Streit, S. 146; Czollek 1974, S. 151f.

nen seien in drei Kategorien einzuteilen: erstens »Vollarbeitsfähige«, zweitens nicht Arbeitsfähige, »bei denen aber eine Arbeitsfähigkeit noch zu erwarten ist«, und drittens »solche Kriegsgefangene, die voraussichtlich nicht mehr einsatzfähig werden«. Für die letzte Gruppe waren weder »Aufpäppelungszulage[n]« noch »besonders heizbare Baracken« vorgesehen, mit anderen Worten der Tod, und das dürfte am 24. November *auch* besprochen worden sein.²⁷¹

Der damalige Kommandant der Kriegsgefangenen im Wehrkreis XX, Kurt v. Österreich, und der ehemalige RSHA-Sachbearbeiter Kurt Lindow haben bezeugt, daß Ende 1941 oder Anfang 1942 beim OKW eine Sitzung der Kommandeure der Kriegsgefangenen der Wehrkreise unter v. Graevenitz stattfand, bei der auf Vorschlag zahlreicher anwesender Offiziere und Wehrmachtärzte beschlossen wurde, die dauerhaft arbeitsunfähigen, tödlich geschwächten Gefangenen zu ermorden, möglichst mit Gift.²⁷²

Am 26. November 1941 (offiziell am 2. Dezember) befahl der Generalquartiermeister des Heeres, General Wagner, neue Rationssätze für die sowjetischen Kriegsgefangenen außerhalb des Reichsgebiets, also auch für die Reichskommissariate Ostland und Ukraine. Nach ihnen hatten alle, auch nicht arbeitende Gefangene, 321 Gramm Brot, 1214 Gramm Kartoffeln, 161 Gramm Frischgemüse pro Tag und insgesamt 2335 Kalorien (plus Zulagen für Genesende und Schwerarbeiter) zu bekommen. Jedoch war die Kriegsgefangenenverpflegung weiterhin »im Einvernehmen mit den Dienststellen des WiStabes Ost dem Lande zu entnehmen«, also davon abhängig, was den Gefangenen übriggelassen wurde. Aus sogenannten Wehrmachtbeständen durfte immer noch nur im Einzelfall etwas abgegeben werden, Fleisch »auf keinen Fall«. ²⁷³ Die Wirtschaftsinspektionen wurden nach dieser »Entscheidung von höchster Stelle« vom Wirtschaftsstab Ost lediglich aufgefordert, »die erforderlichen Mengen nach Möglichkeit zusätzlich aufzubringen«, was wenig Dringlichkeit erkennen ließ und wenn, dann zu Lasten der Versorgung der städtischen sowjetischen Zivilbevölkerung gehen sollte.²⁷⁴ Im Dezember befahl das OKW, alle Kriegsgefangenen, auch die momentan nicht arbeitsfähigen, gesund zu machen. »Die Höhe der Ernährungsrationen selbst läßt sich zur Zeit nicht ändern«, hieß es jedoch, und so wurde nur eine »rationellere Verteilung« vorgeschlagen: mehr und kleinere Mahlzeiten.²⁷⁵

271 Zitiert nach ebd.

272 Vern. Kurt v. Österreich v. 28. 12. 1945, Nbg. Dok. USSR-151, ZStL UdSSR, Bd. 430, Bl. 722f.; Datner, S. 356f. (nach Lindow lehnte es die Sicherheitspolizei ab, die Morde zu übernehmen). Das Treffen dürfte im Januar 1942 stattgefunden haben, da v. Graevenitz erst am 1. Januar seinen Posten übernahm (vgl. S. 787 in dieser Darstellung).

273 Siehe Berück Mitte, IVa, Betr.: Verpflegung sowjetrussischer Kriegsgefangener v. 30. 11. 1941, unter Bezug auf OKH/GenQu, IVa v. 26. 11. 1941, in: Buchbender, S. 297; OKH/GenStdH/GenQu IVa(III,2), Betr.: Verpflegung sowjetrussischer Kriegsgefangener v. 2. 12. 1941, BA-MA RH 3/v. 379, Bl. 1–3, auch in BA-MA (BAArchP)F 44415, Bl. 577–579. Diese Richtlinien galten auch für die sowjetischen Gefangenen in Norwegen, Rumänien und dem Generalgouvernement (alles OKW-Bereich). Vgl. zur Beschaffung aus dem Lande die etwas mißverständlichen Formulierungen bei Streit, S. 147f. Daß nicht verfügbare Lebensmittel weitgehend durch Mehl ersetzt werden sollten, war auch zuvor in der Praxis durchaus nicht unüblich und deshalb kein bedeutender Fortschritt. Mehl war auch nicht immer verfügbar.

274 WiStab Ost, Chefgr. La, Halb-Monatsbericht für 1.–15. 12. 1941 (undatiert), BA-MA RW 31/302a, Bl. 67.

275 OKW, AWA Kriegsgef. ID, Betr.: Herstellung und Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der sowjet. Kr.Gef. v. 18. 12. 1941, BA R 18/3646. Laut Anschreiben des RMI v. 6. 2. 1942 (ebd.) hatte zuvor am 12. 12. 1941 eine Tagung der Kommandeure der Kriegsgefangenenlager in Berlin stattgefunden.

Sowohl OKW als auch OKH hatten also entscheidende Einschränkungen bei einer besseren Versorgung der sowjetischen Gefangenen gemacht.

Da nichts daran geändert wurde, daß die sowjetischen Kriegsgefangenen nur als letzte bei der Lebensmittelverteilung berücksichtigt und nicht von den Heeresversorgungsdienststellen im Regelfall mitbeliefert wurden, kam es, wie es kommen mußte: Die zuständigen Organe vor Ort bestätigten die neuen Sätze, konnten sie aber (wie allerdings schon die niedrigeren alten) nicht ausgeben. Fleisch, Fett, Rüben, Kraut, Tee, Magerkäse, Bratlingspulver und Marmelade fielen in der Regel weg.²⁷⁶ Es war unnötig, daß die Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabs Ost befürchtete, die Kriegsgefangenen könnten nun vorrangig vor Agrarlieferungen ins Reich versorgt werden.²⁷⁷ Erst im Januar 1942 wurden die Kaloriensätze der OKH-Richtlinien angeblich erreicht (außer »in wenigen Lagern im Zuschußgebiet Witebsk-Polozk«), und im Februar sicherte der Versorgungsbezirk Dnjepr zu, daß nun auch Nachschubverpflegung in breiterem Umfang für die »jetzt noch vorhandenen *arbeitsfähigen* Kgf.« verfügbar seien, »jedoch in erster Linie« Fleischabfälle, »nicht mehr einwandfreie Konserven, Bruchreis«.²⁷⁸ In Wirklichkeit erhielt mindestens ein Teil der Internierten viel weniger: 100–150 Gramm Brot oder Eichelmehl und einmal täglich Suppe aus Kartoffelschalen oder ungewaschenen Kartoffeln wie in Kritschew, Bobruisk, Mogilew oder Witebsk; 100 bis 200 Gramm Brot mit Sägespänen (»Russenbrot«), Kohl und Rüben oder »1/5 Brot mit Tee, zum Mittag [...] eine klare Wassersuppe« wie in Minsk; 125 Gramm Brot und 0,5 Liter Brei wie in Lesnaja/Baranowitschi.²⁷⁹ Der Winter 1941/42 bildete den Höhepunkt der Versuche mit Ersatz- und Pseudolebensmitteln.²⁸⁰ Im Frühjahr 1942 versuchten manche Lagerleitungen, in engen Grenzen etwas zu verbessern, so in Minsk, wo befohlen wurde, einen Liter abgekochtes Wasser, 0,5 Liter Tee und als Marschverpflegung 1000 Gramm Brot zu reichen.²⁸¹

Aus den Überlebensberichten wird nicht deutlich, wie weit die Rationen zwischen Ermatteten und Arbeitsfähigen gestaffelt waren. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich die deutschen Organe seit dem Oktober 1941 bemühten, die arbeitenden Kriegsgefangenen und die Sterbenden so weit wie möglich voneinander zu trennen. Damals hieß es in einem Bericht des Wirtschaftsstabs Ost:

276 Vgl. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsberichte November und Dezember 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 439 f., 444 und 460.

277 Die Chefgruppe forderte eine Intervention Backes beim WiFüStab Ost. Siehe KTB WiStab Ost v. 5. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 218. Tatsächlich bekamen Kriegsgefangene und städtische Zivilbevölkerung im Gebiet der H.Gr. Mitte bis zum 31. 5. 1942 36379 t Getreide, die Wehrmacht 215457 t, das Sechsfache. WiIn Mitte, Chefrg. La, Jahresbericht v. 30. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 109.

278 Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsberichte Januar und Februar v. 7. 2. und 6. 3. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 997f und 1058f. (Hervorhebung C. G.).

279 Vgl. Protokoll der Außerordentlichen Untersuchungskommission Kritschew v. 20. 11. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 19, Bl. 110; ähnlich Vern. N. N. Awerkin v. 25. 1. 1946, Archiv P. Kohl; Untersuchungsbericht Stadt Mogilew v. 8. 10. 1944, ZStL UdSSR 425, Bl. 306; Bericht der Untersuchungskommission Witebsk v. 26. 9. 1944, ZStA Minsk 861–1–5, Bl. 12; Vern. G. H. (undatiert), BStU AS 74/67, Bd. 3, Bl. 48; Besichtigungsbericht Kgf. Nebenlager des Bw [Eisenbahn-Betriebswerks] Minsk Gbf v. 20. 3. 1942, ZStA Minsk 378–1–76, Bl. 52R; Akte »Im Juli 1944«, Minsk, und Vern. P. I. B. v. 19. 7. 1944, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bl. 134 und 152 f.; Vortrag K. Wafner v. 27. 3. 1992; Kohl, S. 53.

280 Dazu zählte besonders das sogenannte Russenbrot. Vgl. für die Reichsebene Streit, S. 146 ff.

281 Stalag 352, Waldlager Minsk, Kommandanturbefehle Nr. 62 und 79 v. 11. 3. und 1. 6. 1942, BStU AS 74/67, Bd. 7, Bl. 104 und 109.

»Die Zahl der russischen Kriegsgefangenen hat bekanntlich neuerdings beträchtlich zugenommen. Damit wachsen die Schwierigkeiten ihrer Ernährung, sodass Massnahmen zugunsten der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit für diejenigen erforderlich sind, deren Arbeitskraft für die Kriegswirtschaft von besonderem Wert ist. Für diese berufliche Auslese wird man nicht nur die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft, sondern wohl auch die gesteigerten Nachkriegsaufgaben in den besetzten Ostgebieten in Betracht ziehen müssen. Demnach kommen mindestens folgende Mängelberufe in Frage: Metallfacharbeiter jeder Art[,] Baufacharbeiter[,] Steinfacharbeiter (Steinmetze und Facharbeiter der Steinbruchbetriebe)[,] Bergarbeiter.

Die ausreichende Ernährung der Kriegsgefangenen dieser Berufe und ihre gesonderte Unterbringung sind vordringlich [...].«²⁸²

Praktisch sah diese Trennung zunächst einmal so aus, daß »ein großer Teil der Entkräfteten in Lazarett- bzw. Revierbehandlung« kam. Diejenigen, die in »Erschöpfenbaracken« zusammengefaßt wurden, die besser Sterbebaracken genannt worden wären, überließen die Lagermannschaften systematisch dem Tod.²⁸³ Besonders kraß drückte es Oberst Marschall aus, als er in Bobruisk forderte, »daß die noch arbeitsfähigen Gefangenen in gesonderte Baracken gelegt werden, damit sie wieder lebensmutig werden.«²⁸⁴ In Molodetschno separierte man ebenfalls die Gesunden von den Schwachen und Fleckfieberkranken, und das noch Ende Dezember auf Befehl des Kommandeurs der Kriegsgefangenen im Ostland, Gaissert.²⁸⁵ Dazu kamen Zulagen für Arbeitskräfte und solche, denen noch zugetraut wurde, es in absehbarer Zeit wieder zu werden.²⁸⁶ Der zweite Schritt dieser Strategie war, kleine Kriegsgefangenenlager bei den Bedarfsträgern – Eisenbahn, Organisation Todt, Truppenbaineinheiten und andere – zu schaffen, in denen Arbeiter unter sich waren. Wirksam wurde sie aber erst 1942. Während bei der Haupteisenbahndirektion Mitte Ende Dezember 1941 nur 750 Gefangene an vier Orten beschäftigt wurden, waren es später über 6000 in 35 Lagern.²⁸⁷

Diese Rechnung ging aber nicht auf. Was die arbeitsfähigen Kriegsgefangenen mehr an Verpflegung bekamen, reichte angesichts der von ihnen zu leistenden schweren Zwangsarbeit nicht aus, so daß sie oft binnen kurzer Zeit ebenfalls »arbeitsunfähig«

²⁸² WiStab Ost, Halbmonatsbericht für 16.–30. 9. v. 20. 10. 1941 (gez. Schubert), BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 998. Der Bedarf verschob sich von den Berufsbildern her sehr bald, da die Nachkriegs-Monumentalbaupläne schnell zu den Akten gelegt werden mußten. Durch den etwas kuriosen Verweis auf die »Steinmetze« sollte man sich vom hauptsächlichsten, schwerwiegenden Sinn der Ausführungen nicht ablenken lassen.

²⁸³ Vgl. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 439, und besonders Streit, S. 159.

²⁸⁴ Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 22. 11. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 752.

²⁸⁵ Vgl. Kommandeur der Kriegsgefangenen beim WBfh. Ostland, Ia/Ic v. 21. 12. und 24. 12. 1941, ZStA Minsk 378-1-18, Bl. 10 und 11a.

²⁸⁶ Z.B. 221. Sich.Div., Ib, Besondere Anordnungen für die Versorgung v. 26. 11. 1941 unter Bezug auf OKH/GenQu, IVa v. 16. 11. 1941 (eine Vorstufe des oben genannten GenQu-Befehls vom 26. 11. 1941), BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 349.

²⁸⁷ Siehe OKH/GenQu, IVa, Betr.: Winterunterkuntsbauprogramm Ost v. 5. 12. 1941; Fschr. OKH/Transportchef ohne Datum; Kdr. d. Kgf. beim WBfh. Ostland v. 21. 12. 1941; Fschr. WBfh. Ostland v. 19. 12. 1941 und HBD Mitte Vermerk betr. Einsatz von Kriegsgefangenen v. 27. 12. 1941, ZStA Minsk 378-1-18, Bl. 2-14; Liste der Kriegsgefangenenlager der HBD Minsk (undatiert), ZStA Minsk 378-1-171, Bl. 1-4. 41 weitere Lager waren nicht belegt.

hig« wurden. Das galt sowohl, wenn die Betroffenen ihre Unterkunft in den großen Lagern hatten, als auch wenn sie ständig auf Außenkommandos arbeiteten. Besonders negativ wirkte sich die Kampagne von September und Oktober 1941 aus, möglichst viele Kriegsgefangene arbeiten zu lassen.²⁸⁸ Hinzu kam, daß die Lagerverwaltungen, Wachmannschaften und die »Arbeitgeber« bei ihrer brutalen Behandlung, die von Demütigungen und Schlägen bis zu willkürlichen Erschießungen reichte, zwischen vermeintlich nützlichen und »unnützen« Gefangenen wenig Unterschiede machten. Wenn sich auch nicht alle Lager- und Wachmannschaften daran beteiligten, wurden die Gefangenen doch in allen Lagern exzessiv geschlagen.²⁸⁹ Insofern erwies sich das NS-Terrorssystem tatsächlich als zu wenig flexibel, und die Wehrmachtschergen in den Gefangenenlagern handelten nicht unbedingt dem Willen ihrer Führung gemäß, der sich geändert hatte. Eine »scharfe Trennung« zwischen arbeitenden und nicht arbeitenden Gefangenen machen zu wollen, war unter diesen Bedingungen absurd.

Mitte Dezember 1941 sank der Kriegsgefangenen-Arbeitseinsatz im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte auf rund 22 000 Mann (14 Prozent der Gesamtzahl) – ebenso sanken die Anforderungen. Im Lauf des Januar schrumpfte hier die Zahl der »Arbeitsfähigen« von 49 000 auf 31 000. In jenem Monat konnten nur noch etwa zwei Drittel der Anforderungen erfüllt werden.²⁹⁰ Im GK Weißruthenien arbeiteten zwischen Januar und April 1942 zwischen 17 000 und 19 000 Kriegsgefangene (44 bis 47 Prozent).²⁹¹ Das OKH führte noch niedrigere, bis Anfang März wiederum auf gut 22 000 Mann absinkende Zahlen für das rückwärtige Heeresgebiet Mitte. Während dieses über etwa 60 Prozent der Kriegsgefangenen im Gebiet der Heeresgruppe Mitte verfügte, waren es bei den zur Arbeit eingesetzten Kriegsgefangenen nur 35 Prozent und zeitweilig 32 Prozent.²⁹² Von den im ganzen Heeresgruppenbereich beschäftigten Gefangenen arbeiteten im Januar 1942 36 Prozent und im März sogar 47 Prozent zur »Versorgung der Truppe« (wahrscheinlich noch mehr), im Januar 22 Prozent und im März 18 Prozent bei Straßenbau und -unterhaltung, je rund 5 Prozent bei der Bahn und beim Unterkunfts- und Stellungsbau, der Rest über viele verschiedene Arbeitsbereiche verstreut.²⁹³ Es gab also zwei große Einsatzzparten: Knapp die Hälfte arbeitete mehr oder weniger als Dienstleistungspersonal bei den Einheiten und Dienststellen und ein Viertel bei Bau und Unterhaltung der Verkehrswege. Sonst war auch der Bedarf gering.

²⁸⁸ Hierzu S. 814 in dieser Darstellung.

²⁸⁹ Z.B. Vern. L. B. S. und W. T. N. v. 28. I. 1975, ZStL V 319 AR 327/77, Bl. 533 und 544 f. (Kritschew).

²⁹⁰ Gleichzeitig hieß es, der Arbeitseinsatz habe etwa ein Drittel der Gefangenen erfaßt, was am Monatsanfang rund 35 000 und am Ende rund 26 000 entsprochen hätte. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht Januar v. 7. 2. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1058 und 1065; ebenso für Dezember v. 7. 1. 1942, BA-MA WF-03/7314, Bl. 444. Zu anderer Zeit im Dezember sollen etwa 40 000 zur Arbeit eingesetzt gewesen sein (Bl. 460).

²⁹¹ OKW/Kriegsgef.Org.(Id), Bestandsmeldungen, BA-MA RW 6/v. 450, Bl. 32, 48, 59.

²⁹² Nämlich I. I. 1942: 32 474, I. 2.: 23 869, I. 3.: 22 457 und I. 4.: 31 430 Mann. Anders ausgedrückt: In den Armeegebieten arbeiteten 80 % der vorhandenen Gefangenen (bei viel geringerer Sterblichkeit), im rückwärtigen Heeresgebiet nur etwa 33 %. Meldungen OKH/GenQu Abt. K.Verw. (Qu4/Kgf), BA-MA RH 3/v. 150, Bl. 3, 12, 20, 26; siehe auch die oben genannten Bestandszahlen.

²⁹³ Auch unter den nicht aufgeschlüsselten sonstigen Einsatzzbereichen (13–17 %) dürften sich teilweise Dienstleistungen für die Truppe im engeren Sinne verborgen haben. Daher auch der hohe Anteil der kriegsgefangenen Arbeitskräfte im Front- und Armeegebiet.

Als der Abteilungsleiter Kriegsgefangene des Generalquartiermeisters des Heeres Anfang Dezember 1941 20 000 Kriegsgefangene aus dem Dulag 131 (Bobruisk), dem damals größten Gefangenenlager in Weißrußland, zum Abtransport als Arbeitskräfte ins Reich anforderte, erwies sich, daß dort nur noch 2500 einsatzfähig waren. So sah es offenbar überall im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte aus, und auch der Befehl, aus den rückwärtigen Armeegebieten alle »arbeits- und marschfähigen Kriegsgefangenen, soweit sie nicht für lebenswichtige Betriebe benötigt werden«, nach Westen abzuschicken, brachte wenig.²⁹⁴ Im Januar war die Lage unverändert, und es dauerte bis zum März 1942, ehe – schleppend – die Gefangenen-Arbeitertransporte ins Reich anrollten.²⁹⁵ Einige wenige hatte es allerdings auch schon Anfang Dezember 1941 gegeben. Die Teilnehmer aus dem Dulag 220 in Gomel wählte das Lagerpersonal wie folgt aus: Es wurde für die Stärksten ein sogenannter Marathonlauf vom Lager bis in die Nähe des Bahnhofs veranstaltet, die 200 Mann, die ermattet liegenblieben, erschossen, der Rest in die Eisenbahnwaggons getrieben.²⁹⁶

Bei alledem war das Risiko gering, durch den Massentod der Kriegsgefangenen Seuchen ins Land zu tragen, was den Interessen der Deutschen entgegengelaufen wäre. Für die in den Lagern weitgehend isolierten, durch ihre Schwäche in der Regel an der Flucht gehinderten Gefangenen wurde ein »sauberer Tod« organisiert. Der Quartiermeister des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet, Dr. Hoffmann, erklärte:

»Die Widerstandskraft dieser Leute ist durch diesen dauernden Mangel und die inzwischen eingebrochene Kälte derart geschwächt, daß jegliche Reaktionsbereitschaft fehlt. Es ist besonders hervorzuheben, daß bei der hohen Sterblichkeitsziffer Seuchen, Krankheiten im engeren Sinne und auch Verwundungsfolgen einen kaum beachtlichen Prozentsatz ausmachen.«²⁹⁷

Nicht anders war sein Befund im Januar. Erst im März 1942 verschob sich nach seinen Berichten die Relation zwischen Seuchentod und Hungersterben.²⁹⁸ Das dürfte aber nur relativ gewesen sein, denn die vorliegenden Statistiken über Fleckfiebererkrankungen, die wichtigste und gefährlichste Seuche jener Monate, sagen etwas anderes aus. Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte gab es bei den Kriegsgefangenen im Dezember 4907, im Januar 4270, im Februar 3776 und in der ersten Märzhälfte 648 Fleckfieberfälle. Auch eine hohe Sterblichkeit vorausgesetzt, machten die Fleckfiebertoten doch nur einen kleinen Teil der Gestorbenen aus. Im Lazarett des Stalag 352 (Minsk) war von 9425 auf Grund der Unterlagen rekonstruierbaren Todesfällen bei 6829 die Todesursache Unterernährung angegeben, bei 772 Kolitis (Dickdarmentzündung).

294 Vgl. KTB Berück Mitte, Qu, v. 3., 5., 16. und 22. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 353f.

295 Siehe KTB Wiln Mitte v. 10. 1. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 732; KTB Berück Mitte, Qu v. 21. und 27. 2. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 855f.; Tätigkeitsbericht März derselben Stelle v. 6. 4. 1942, ebd., Bl. 981.

296 Vgl. Akt Nr. 11 über die Massenvernichtung der Kriegsgefangenen durch die Faschisten in Gomel, IfZ Fb 101/36.

297 Berück Mitte, Qu, Monatsbericht November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 426.

298 Ebenso für Dezember v. 7. 1. 1942 (»Die Todesfälle sind meistens jedoch nicht auf Flecktyphus, sondern immer noch auf chronische Unterernährung zurückzuführen«) und für März v. 6. 4. 1942 (»Die Todesursachen waren Fleckfieber, folgenschwere Erfrierungen, in sinkendem Maße Entkräftung und Erschöpfung«), BA-MA WF-03/7366, Bl. 979 und 1058.

dung) und bei 665 Typhus. Über 80 Prozent waren also direkt auf die Unterversorgung zurückzuführen (der Rest natürlich indirekt). Im Reichskommissariat Ukraine waren im Februar 1942 14 Prozent der Todesfälle von Gefangenen auf Fleckfieber zurückzuführen, im März sank die Zahl erheblich.²⁹⁹ So reichte es oft, nicht ganze Gefangenenlager unter Quarantäne zu stellen, sondern einzelne Baracken, in denen die Seuchenkranken zusammengefaßt wurden, obwohl es Fleckfieber in allen Lagern gab.³⁰⁰ Die medizinische Versorgung in den Lagern spottete im übrigen jeder Beschreibung. Das Dulag 112 (Molodetschno) verfügte Anfang September 1941, als bereits über 200 Mann täglich starben, nur über ein Lazarett mit 37 Betten. Es standen nicht nur hier, sondern durchweg keinerlei Medikamente zur Verfügung, oft auch keine Betten. Verbände und Kleider konnten kaum gewechselt werden. Im Lazarett des Stalags 352 (Minsk) gab es für Patienten oft einen bis anderthalb Monate keine Behandlung. So überlebten nur ganz wenige. Die Kranken erhielten vor allem eins – Schläge.³⁰¹

d) Die weitere Entwicklung 1942 bis 1944

Aus Mangel an Quellen ist das Schicksal der Kriegsgefangenen auf dem Boden Weißrußlands seit dem Frühling 1942 wesentlich schlechter aufzuklären als für die ersten neun Monate der Besatzungszeit. Nach und nach wurde eine Reihe von Lagern geschlossen, so 1942 die bei Grodno und Wolkowysk im Bezirk Bialystok. Die Zahl der Gefangenen im GK Weißruthenien schwankte zwischen Mai 1942 und März 1943 zwischen 32 000 und 41 000, um dann über 24 643 (Mai 1943) auf 12 655 (September 1943) zu sinken. Zwischen Februar und Mai 1944 lag die Zahl zwischen 21 000 und 27 000.³⁰² Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte befanden sich im Sommer und Herbst 1942 rund 50 000 bis 70 000 Gefangene. Die Heeresgruppe Mitte zählte insgesamt noch im Mai 1943 über 160 000, nach dem Rückzug auf ostweißrussisches Gebiet im Oktober 1943 und Januar 1944 rund 57 000, im März gut 46 000 – allerdings zuzüglich 88 000 Hilfswilliger (»Hiwis«), größtenteils ehemalige Kriegsgefangene.³⁰³ Auf dem Boden Weißrußlands befanden sich also im zweiten Besatzungsjahr ständig zwischen

299 Leit. San.-Offz. b. Berück Mitte, Betr.: Bericht über Fleckfieber v. 21. 3. 1942, ebd., Bl. 987f. (bei der einheimischen Zivilbevölkerung 1596/2070/7351/2965 Fälle, bei der deutschen Truppe – meist Wachmannschaften – 252/150/161/27 Fälle); Gerichtsmedizinische Expertise über die Untersuchung der Methoden der Massenvernichtung sowjetischer Kriegsgefangener im »Stalag 352« (Juli 1944), in: Beluga, S. 199; siehe auch die Akte »Im Juli 1944«, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bl. 135; WBfh. Ukraine, Bericht Nr. 7 (März 1942) v. 21. 4. 1942, BA-MA RW 41/1 (im Februar 906, im März 513 Fleckfiebertote).

300 Berück Mitte, Qu, Monatsbericht Dezember v. 7. 1. 1942, BA-MA WF-03/7314, Bl. 460.

301 Siehe Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 8. 9. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 785–787 (Molodetschno); Gerichtsmedizinische Expertise »Stalag 352«, in: Beluga, S. 197–200; Vern. P. I. B. v. 19. 7. 1944, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bl. 152f.; Akt der Untersuchungskommission Witebsk v. 26. 9. 1944, ZStA Minsk 861–1–5, Bl. 12; Vern. N. I. Chomjakow v. 14. 6. 1947, ZStA Minsk 861–1–13, Bl. 51; Vorhalt der Aussage des Zeugen Walms in Vern. Wolfgang v. Dittfurth v. 7. 1. 1946, BA D-HZM 1683, A. 9, Bl. 123 (beides Polozk); Vern. F. I. S. v. 27. 1. 1967, BStU AS 74/67, Bd. 2, Bl. 230f. (Lesnaja); Vern. U. K. B. v. 24. 12. 1945, ZStL V 319 AR 327/77, Bl. 461–464 (Bobruisk). Allgemein: Streit, S. 183–187.

302 Vgl. OKW/Kriegsgef.Org.(Id), Monatsmeldungen, BA-MA RW 6/v. 450; Monatsberichte des Intendanten (IVa) des WBfh. Weißruthenien Februar–Mai 1944, BA-MA WF-03/7670, Bl. 696ff.

303 Siehe Monatsberichte Berück Mitte/Qu bzw. Qu/IVa für Juli–Dezember 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 785, 821, 845, 873, 899 und 939; OKH/GenStdH/GenQu, Kriegsgefangenenanlage im Operationsgebiet für 1. 5. und 1. 10. 1943 sowie 1. 1. 1944, BA-MA H 12/59; WiStab Ost, KTB-Beitrag Chefgr. Arbeit v. 6. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 348.

90 000 und 110 000 Gefangene, im letzten 150 000, nach 200 000 bis 250 000 in den Anfangsmonaten.³⁰⁴

Diese Gefangenen wurden für die Deutschen als Arbeitskräfte wertvoller. Trotzdem blieb der Arbeitskräfteanteil unter ihnen gering, ein Zeichen für ihren schlechten Gesundheitszustand. Im GK Weißruthenien stieg er zeitweilig bis auf 22 036 (58 Prozent) im August 1942, um dann den absoluten Zahlen nach stetig bis auf 8745 abzusinken; dem Prozentsatz nach lag er bis Mai 1943 zwischen 45 und 51 Prozent, danach bei 67 bis 75 Prozent. Die unterschiedliche Funktion der Lager lässt sich daran zeigen: Während im Stalag 352 (Minsk) auch vor Juni 1943 stets 50 bis 65 Prozent Arbeitskräfte vorhanden waren, weil im Raum Minsk ein hoher Bedarf herrschte, meldeten die anderen beiden großen Lager Baranowitschi (mit Ausnahme eines Monats) 30 bis 45 Prozent bis Mai 1943 und Molodetschno meist nur 28 bis 30 Prozent. Besonders Molodetschno behielt also seinen Charakter als Vernichtungslager.³⁰⁵ Dort sollte, nachdem es zuvor schon faktisch diese Funktion gehabt hatte, ein »Quarantäne-Lager« eingerichtet und die Seuchenkranken konzentriert werden.³⁰⁶ Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wurden in der zweiten Jahreshälfte 1942 etwa zwei Drittel der vorhandenen Gefangenen zur Arbeit eingesetzt. Für den Bereich der Heeresgruppe Mitte wurden 1943/44 sogar Quoten von 80 bis 90 Prozent gemeldet. Allerdings betrug in einzelnen Lagern der Krankenstand bis zu 70 Prozent, so im Dulag 131 (Bobruisk), wo man die besonders geschwächten Gefangenen konzentrierte. Auch dieses Lager behielt seinen besonderen Charakter als Vernichtungsstätte bei.³⁰⁷

304 Hinzu kamen seit November 1943 italienische Militärinternierte. Ihre Zahl blieb begrenzt (am 1. 3. 1944 bei der H.Gr. Mitte, wo der Schwerpunkt des Einsatzes im Osten lag, 7651). Sie wurden vorwiegend zur Truppenversorgung eingesetzt und erheblich besser behandelt und ernährt als die sowjetischen Gefangenen. Vgl. AOK 9, Tätigkeitsbericht Qu.2 v. 21. II. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 252; Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, Hauptarbeitsgruppe Mitte, Bericht v. 7. 12. 1943, BA F 13667, Bl. 10046f.; WiStab Ost, KTB-Beitrag v. 6. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 348; OK Minsk, Kommandanturbefehl Nr. 148 v. 15. I. 1944 (Abschrift), GebA Minsk 699-1-57, Bl. 32.

305 Siehe OKW/Kriegsgef.Org.(Id), Monatsmeldungen, BA-MA RW 6/v. 450. Im März 1943 wurde Molodetschno geschlossen, und Baranowitschi wurde im Mai 1943 auf die Hälfte der Belegung, nunmehr mit einem Arbeitskräfteanteil von 70–80 %, verkleinert. – Dabei wurden Arbeitskräfte im Raum Molodetschno durchaus gebraucht, nämlich für die Straßen- und Eisenbahnbauten in der Region, für die man sogar ungarische Juden dorthin transportierte. Im Stadtgebiet Minsk waren im Sommer 1942 allerdings nur rund 2000 kriegsgefangene Arbeitskräfte durch die Zivilverwaltung registriert: Stadtkommissar Minsk, Lagebericht für Juli-September v. 30. 9. 1942, ZStA Minsk 370-1-473, Bl. 15R. Einzelne Betriebe und Projekte wie die Waffenwerkstatt (131 Mann) und die Große Heeresbaudienststelle 10 (405 Mann) hatten jedoch zu mehr als 50 % Kriegsgefangene als Arbeiter: Besichtigungsmeldungen über verschiedene Betriebe (Juli 1942), ZStA Minsk 370-1-924, Bl. 9ff.

306 Siehe Berück Mitte, Qu, Monatsbericht Mai v. 2. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 880; KTB 203. Sich.Div., Ib, v. 21. 4. und 31. 5. 1942 (Transporte von 2200 bzw. 1300 arbeitsunfähigen Gefangenen nach Molodetschno bzw. Sluzk), BA-MA RH 26-203/6; Erinnerungen M. Scheijnman über die Verlegung des Lazarets aus Wjasma nach Molodetschno im Februar 1942, in: Grossman/Ehrenburg, S. 942.

307 Vgl. Monatsmeldungen OKH/GenQu, Kriegsgefangenenlage im Operationsgebiet 1. 5., 1. 10. 1943 und 1. I. 1944, BA-MA H 12/59; Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsberichte August und September v. 5. 9. und 5. 10. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 887, 899 sowie 911. Dagegen 203. Sich.Div., Ia, Monatsberichte April und Mai v. 6. 5. und 7. 6. 1943, BA-MA RH 26-203/5; anders Beitrag der Abt. Ib zum Monatsbericht Juli v. 4. 8. 1942, BA-MA RH 26-203/6. Vgl. 203. Sich.Div., Ib, Tätigkeitsbericht für 21. 5.–20. 6. v. 23. 6. 1943, BA-MA RH 26-203/7: »Die an allg. Körperschwäche verstorbenen Kgf. entstammten hauptsächlich den ›D.U.-Transporten‹ von den übrigen Kgf.-Lagern.« Der Begriff »D.U.-Transporte« konnte nicht entschlüsselt werden.

An den Einsatzbereichen der Kriegsgefangenen änderte sich im Grundsatz nichts. Etwa die Hälfte, rund 75 000, waren »Hiwis« bei der Truppe, deren Arbeit vom Quartiermeister 2 der Heeresgruppe Mitte, Oberstleutnant Schettler, zum Teil als die von »Leibsklaven« charakterisiert wurde. Die Tendenz war steigend. Ein weiteres Viertel war bei der »Versorgung der Truppe« beschäftigt, vor allem in Vorratslagern, der Rest wurde vor allem beim Straßen- und Unterkunftsbau und bei der Eisenbahn eingesetzt.³⁰⁸ Von 33 000 Kriegsgefangenen im GK Weißruthenien im Oktober 1942 wurden 8000 in Dauerkommandos außerhalb der Lager eingesetzt, 4000 bei Tageskommandos; 8000 arbeiteten in den Lagern selbst, 8000 galten als »nicht arbeitsfähig«, und 4000 waren »für Sonderzwecke bereitgestellt«.³⁰⁹ Obwohl ihr Einsatz in Weißrußland seit Herbst 1942 über die Arbeitsämter gesteuert wurde,³¹⁰ konnte ein Vorrang des Reichseinsatzes gegenüber den Interessen der Truppeneinheiten trotz diverser »Führerbefehle« im großen und ganzen nicht durchgesetzt werden. Das galt sowohl bei entsprechenden Kampagnen 1942 als auch 1943 bei der Aktion »Steiger«.³¹¹

Schwer war die Arbeit der Gefangenen auf jeden Fall. Zwar wuchs die Zahl der Arbeitenden unter ihnen ab 1942, doch der Einsatz zehrte sie unter den von den Deutschen geschaffenen Bedingungen gleichzeitig aus. Die Sterberaten waren daher, besonders in den Wintermonaten, weiter erheblich. Die tägliche Sterblichkeit betrug im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte im April 1942 0,3 Prozent, im Mai 0,2 Prozent und im Juni 0,14 Prozent, so daß wahrscheinlich etwa 5000, 3500 und 2500 Gefangene

³⁰⁸ WiIn Mitte, Stab I/Ib Rü, Aktenvermerk über die Dienstbesprechung am 31. 3. 1943 bei H.Gr. Mitte O.Qu., BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1071. Vgl. OKH/GenQu, Kriegsgefangenenlage im Operationsgebiet zum 1. 5. 1943 und 1. 1. 1944, BA-MA H 12/59; WiStab Ost, KTB-Beitrag Chefgr. Arbeit v. 6. 4. und 5. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 348 und 362 ff. Siehe zu den Bediensteten der Truppeneinheiten auch die Beobachtungen in [Sonderkommando Zeppelin,] Außenkommando II an RSHA, Amt VI v. 3. 4. 1943, BA D-H ZR 920, A. 50, Bl. 90f.

³⁰⁹ Rükdo Minsk, Stand der Außenstellen und Stützpunkte am 1. Oktober 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 987. Mit »Sonderzwecken« wurde vermutlich die Ausbildung in militärischen Formationen umschrieben.

³¹⁰ Vgl. WiIn Mitte, Tätigkeitsbericht für 5. 11.–4. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 456; Anlage 1 zu den Besonderen Anordnungen der Kdtr. d. Sich.Geb. Weissruthenien Nr. 35/42 v. 24. 9. 1942, ZStA Minsk 378–1–215, Bl. 8f. Ein entsprechender Befehl des OKH/GenQu erging am 25. 10. 1942 (N. Müller 1982, S. 310f.). Ein früherer Versuch in dieser Richtung war erfolglos geblieben: Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz, an WiStab Ost und RMO v. 13. 12. 1941, in: Eine Schuld, S. 242.

³¹¹ Siehe zu 1942: WiStab Ost, Monatsbericht August v. 17. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 43067, Bl. 1232; KTB WiStab Ost v. 31. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 82; Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsberichte Mai und Juni 1942, BA-MA WF-03/77366, Bl. 891 und 916. Danach kamen von 147 074 Gefangenen, die im Juni aus der Sowjetunion zum Reichseinsatz überführt wurden, nur 1200 aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, im Mai rund 4000, im ersten Halbjahr 15 304. Aus dem GK Weißruthenien wurden zwischen Januar und Mitte Mai 1942 10 000 Mann zur Arbeit ins Reich überführt, im September wurde der Abzug von Kriegsgefangenen gestoppt: KTB Rükdo Minsk für 10.–16. 5. und 30. 8.–5. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 831 und 899; Protokoll der Kommandeurbesprechung bei WiIn Mitte am 19. und 20. 10. v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 566f. – Zu 1943: Anordnung des OKW (Keitel) v. 8. 7. 1943 über die geplante Verlagerung von zunächst 200 000 sowjetischen Kriegsgefangenen in den deutschen Kohlenbergbau, in: Eine Schuld, S. 211f.; KTB WiKdo Minsk v. 29. 7., 3. und 5. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1173f.; WiKdo Mogilew, Lagebericht September v. 25. 9. 1943, BA-MA RW 31/850. Tatsächlich nahm die Zahl der kriegsgefangenen Arbeitskräfte im GK Weißruthenien zwischen Juni und September 1943 um ein Drittel (rund 4000) ab: OKW/Kriegsgef.Org.(Id), Monatsmeldungen, BA-MA RW 6/v. 450.

starben. Im Oktober 1942 kamen im Gebiet der 3. Panzerarmee (Raum Polozk-Witebsk) täglich 70 von 23000 Mann ums Leben, auf den Monat umgerechnet 2100 oder 9 Prozent. Der Quartiermeister im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte meldete dagegen im Oktober »lediglich« 1214, im November 1269 und im Dezember 953 Tote (1,5 Prozent) bei einem Krankenstand von 8000 bis 9000.³¹² Dem widersprach, daß allein im Lazarett eines Lagers vom 1. Oktober bis zum 12. November 648 »wegen Unterernährung und Körperschwäche« eingelieferte Internierte (40 Prozent von 1512) gestorben waren – die Sterblichkeit der 1800 übrigen neu eingelieferten Patienten mit anderer Diagnose blieb offen. Und es gab *elf* große Gefangenenlager im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte.³¹³ Entkräftung durch Hunger wurde in den Berichten als wichtigste Krankheits- und Todesursache hervorgehoben. So war es auch im Bereich der 203. Sicherungsdivision, wo in der ersten Jahreshälfte 1943 100 bis 150 Gefangene monatlich starben, etwa 3 bis 4 Prozent, bei einem Krankenstand von rund 1000 (30 Prozent). Im Stalag 354 (Barawucha) bei der 201. Sicherungsdivision gab es im Januar 1943 122 Todesfälle (5 Prozent) und 1090 Kranke oder Arbeitsunfähige (46 Prozent), bei der 9. Armee im August 1943 109 Tote (0,6 Prozent).³¹⁴ Anhand dieser bruchstückhaften Daten und der Angaben über die Entwicklung der Quote der »Arbeitsunfähigen« kann man schätzen, daß zwischen Frühjahr 1942 und Herbst 1943 mindestens 3000 Gefangene und später mindestens 1000 Gefangene monatlich in Ostweißrußland (Militärverwaltungsgebiet) ums Leben kamen. Insgesamt wären das 63000 Menschen gewesen.

Fürs GK Weißruthenien sind die Anhaltspunkte noch spärlicher. Insbesondere fehlen jegliche Angaben über das Lager in Molodetschno und über den Winter 1943/44. Sicher ist nur, daß Hungererscheinungen und Sterblichkeit im Herbst 1942 wieder erheblich zunahmen. Im Stalag 352 (Minsk) starben im Herbst 1942 täglich 70 bis 80 Menschen. 1943 sollen es durchschnittlich 10 bis 15 täglich gewesen sein, ähnlich im Sommer 1942.³¹⁵ Demnach hat man mit mindestens 15000 Toten ab März 1942 in diesem Lager zu rechnen, insgesamt im GK Weißruthenien mit etwa 25000. Auch in Brest starben 1942 mehrere tausend Gefangene.³¹⁶ Die Todesraten unter den sowjetischen Kriegsgefangenen waren anscheinend 1942/44 im besetzten Weißrußland, das

³¹² Vgl. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsberichte für Mai und Juni sowie Oktober-Dezember 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 893, und WF-03/7420, Bl. 786, 917, 965 und 970. Ferner Protokoll der Kommandeurbesprechung bei WiIn Mitte am 11. und 12. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 541, sowie [WiStab Ost,] Stab Abt. I/Ia, Aktenvermerk über die Chefbesprechung am 16. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 44.

³¹³ Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht November v. 6. 12. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 832.

³¹⁴ 203. Sich.Div., Ib, Monatsberichte v. 22. 1., 23. 4., 23. 5. und 23. 6. 1943, BA-MA RH 26-203/7; 201. Sich.Div., Ia, Monatsbericht Januar v. 5. 2. 1943, BA-MA RH 26-201/8; AOK 9, O.Qu./Qu.2, Monatsmeldung über Kriegsgefangene v. 13. 9. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 155f.

³¹⁵ Die Ziffern vom Herbst 1942 berichteten übereinstimmend drei Zeugen (zwei Sowjetbürger und ein Deutscher), darunter zwei Sanitätsdienstgrade, die darüber in besonderer Weise orientiert waren. Vgl. Vern. P. R. v. 20. 7. 1967, ZStL VI 319 AR-Z 43/70; Bl. 49f.; Vern. G. A. W. v. 24. 7. 1944, ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 55f.; Vern. P. N. Musienko v. 15. 7. 1944, ZStA Minsk 845-1-62, Bl. 83. Siehe auch KTB Rükdo Minsk für 13.-19. 9. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 901.

³¹⁶ Akte Nr. 1 über die Schandtaten der deutsch-faschistischen Eindringlinge und ihrer Helfershelfer im Kreise Brest v. 1. 4. 1945, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 1669f.

im Winter 1941/42 ein Zentrum des Massensterbens gebildet hatte, trotzdem erheblich geringer als im Reich.³¹⁷

Auch wenn dieser Zusammenhang hier nicht abschließend bewiesen werden kann, dürfte das vor allem daran gelegen haben, daß die Wehrmachttruppe ihre »Leibsklaven« und »Hilfswilligen«, die den Einheiten oft auf Dauer zugewiesen waren, nicht verlieren wollte und etwas besser behandelte, weil es schwierig werden konnte, neue zu erhalten. Auch der weniger anonyme Umgang mit ihnen als in einem großen Lager mag eine Rolle gespielt haben. Der steigende Anteil der Dienstkräfte bei der Truppe und der Truppenversorgung korrespondierte jedenfalls mit den sinkenden Sterberaten der Gefangenen. Außerdem war, soweit statistisch erfaßbar, im Herbst und Winter 1941 die Sterblichkeit der Gefangenen im rückwärtigen Heeresgebiet viel größer als in den rückwärtigen Armeegebieten und im Gefechtsgebiet. Das wiederum hing allerdings *auch* damit zusammen, daß die Einheiten in den vorderen Linien die kräftigsten und gesündesten Gefangenen bei sich behielten und die Schwachen oder von der Arbeit Geschwächten nach hinten abschieben. Auch die in Außenlagern im Arbeitseinsatz befindlichen Gefangenen wiesen besonders seit 1942 einen schlechten Gesundheitszustand auf.³¹⁸

Die Gefangenenerationen waren weiter nicht ausreichend. Zwar wurden sie im Oktober 1942 durch den Generalquartiermeister des Heeres auf täglich 371 Gramm Brot, 1000 Gramm Kartoffeln, 36 Gramm Fleisch, 19 Gramm Fett und anderes als Normalatz festgesetzt, damit jedoch gegenüber der Regelung vom 26. November 1941 nur für Schwerarbeiter erhöht, für Kriegsgefangene ohne Arbeit oder im Lagereinsatz um 50 Kalorien gesenkt.³¹⁹ Auch diese Mengen konnten oft nicht ausgegeben werden und vor allem wiederum diejenigen Nahrungsmittel nicht, die »im Lande« nicht verfügbar waren. Wirtschaftsstab Ost und Wirtschaftsinspektion Mitte appellierten wiederholt an die Quartiermeisterdienststellen, die Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, um die eigenen Bilanzen zu entlasten, doch die sperrten sich.³²⁰ Wenn es nun allerdings »zu vielen Gefangenen gab, wurden sie abtransportiert. Bezeichnend war ein Dialog zwischen dem Chef des Wirtschaftsstabs Ost, General Stapf, und dem Oberquartiermeister der Heeresgruppe Mitte, Oberst v. Unold, im Oktober 1942. Unold beharrte darauf, die Kriegsgefangenen könnten nicht ernährt und müßten ihrem Schicksal überlassen werden; Stapf erwiderte, das sei nicht akzeptabel, dann müsse man sie ins Reich schaffen.³²¹

Vermutlich kamen die Zahlen der Wirklichkeit näher, die die 203. Sicherungsdivision in ihren Lageberichten angab: Dort wurden im März 1943 durchschnittlich 2348

³¹⁷ Zum Reichsgebiet Streit, S. 244–249.

³¹⁸ Vgl. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsberichte September, Oktober, Dezember 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 786, 888, 965.

³¹⁹ OKH/GenQu IVa (III,2), Betr.: Verpflegung sowjetischer Kriegsgefangener, ZStA Minsk 379–1–20, Bl. 58/R, auch in BA R 6/71, Bl. 193. Siehe ferner Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht November v. 6. 12. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 821f. Zum Vergleich mit anderen Vorschriften Streit, S. 139.

³²⁰ Siehe WiStab Ost, Stab I/Ia, Aktenvermerk über die Chefbesprechung am 16. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 44; Berück Mitte, Abt. VII/Mil.-Verw., Monatsbericht Oktober v. 9. 11. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 1021; Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht Oktober v. 6. 11. 1942, ebd., Bl. 965; ebenso schon für April und Mai v. 2. 5. und 2. 6. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 893 und 945.

³²¹ Vgl. Protokoll der Kommandeursbesprechung bei WiIn Mitte am 11. u. 12. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 569f.

Kalorien ausgegeben, im April 2250, im Mai (»nicht gebessert«) 2173,7 und im Juni 2412,7.³²² Ganz dürften auch diese Angaben die realen Verhältnisse nicht widerspiegeln. Der Schwund durch Unterschlagung in den Lagern dürfte bei solchen Kommazahlen nicht berücksichtigt gewesen sein, ebenso wenig die fortgesetzte Verwendung von Nahrungersatz.³²³ Im Sommer 1942 wurde die Versorgungslage in den Kriegsgefangenenlagern im GK Weißruthenien erneut als katastrophal bezeichnet.³²⁴

8.4 Offene Massenmorde an Kriegsgefangenen

a) Die Vernichtung politischer und »rassistischer« Gegner unter den Gefangenen

Die Durchführung des Kommissarbefehls

Wie schon ausgeführt, gab es keinen quellenmäßig verbürgten Widerstand aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte gegen den Kommissarbefehl vor dem deutschen Angriff am 22. Juni 1941. Er wurde über die Abwehroffiziere mündlich meist noch im Juni bis auf Kompanieebene bekanntgegeben, manchen Einheiten auch erst später. So teilte v. Schenckendorff der 221. Sicherungsdivision die »Richtlinien für die Behandlung der politischen Kommissare, Hetzer und Aufwiegler« erst am 10. Juli mit.³²⁵ Bezeichnend ist jedoch, daß die betreffende Division bereits *vorher* selbständig mindestens sieben Truppenkommissare erschoss. Auch die 403. Sicherungsdivision hatte bereits am 2. Juni – bevor der Kommissarbefehl am 6. Juni überhaupt herauskam – den Dulags befohlen, politische Kommissare »abzusondern«, und ihre »besonders scharfe Bewachung« angeordnet.³²⁶ Das weist darauf hin, daß die Truppe nicht nur mit der Durchführung des Befehls zur Ermordung der Kommissare beauftragt war, was das OKH mit Befehl vom 24. Juli noch einmal bekräftigte, sondern dabei auch eigenen Handlungsdrang entwickelte, oder daß der Befehl informell weitergeleitet und daraufhin schon befolgt wurde. Initiative von oben und von unten trafen sich wieder einmal. Am 6. Juli gab die Heeresgruppe Mitte ihren untergebenen Einheiten den Geheimbefehl, den Umfang der Exekution von Kommissaren zu melden.³²⁷ Auch Vertreter des Ost-

322 Siehe 203. Sich.Div., Ib, Monatsberichte v. 24. 3., 23. 4., 23. 5. und 23. 6. 1943 (jeweils für den 21. des Vormonats bis zum 20. des neuen Monats), BA-MA RH 26-203/7.

323 Vern. J. M. v. 17. 9. 1964, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 79 (Bobruisk); Vern. Bruno Pawel (Ende 1942 Kdr. der Kgf. im RKO) v. 26. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 40-42.

324 Müller/Vestermanis, S. 23.

325 Vgl. S. 90 und 115 ff. in diesem Band; KTB 221. Sich.Div. v. 10. 7. 1941, BA-MA RH 26-221/10, Bl. 89R; v. Gersdorff, S. 89; Bartov 1985, S. 107 ff.; für die Regimentsebene Vern. Bruno Pawel (damals Kdr. Inf.Rgt. 81/15. Inf.Div.) v. 15. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 16-18. Unhaltbar ist die Behauptung von Hesse (S. 31), bei der H.Gr. Mitte sei der Befehl nur bis zu den Armeekorps weitergereicht worden.

326 403. Sich.Div., 75/41g.Kdos., Befehl für den Einsatz der Sicherungs-Division 403 v. 2. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 359; vgl. 221. Sich.Div., Abt. Ic v. 16. 7. 1941, BA-MA RH 26-221/12a, Bl. 364: zwischen 22. 6. und 4. 7. hatte die Division »7 militärische Kommiss[are] erschossen«, zwischen 4. und 11. 7. »16 zivil-polit. Kommissare an Schutzpolizei abgegeben«. Zwischen 12. und 16. 7. kamen zehn weitere hinzu.

327 Mit dem Fernschreiben Ic/A.O. Nr. 2123/41geh. Das geht aus dem Schreiben AOK 2, Ic/A.O. v. 12. 8. 1941, Nbg. Dok. NOKW-2396, hervor. Vgl. OKH/GenStdH, Az.Gen.zbV b ObdH/GenQu Abt. K.Verw. Nr. II/4590/41geh, Betr.: Russische Kriegsgefangene v. 24. 7. 1941, BA-MA WF-03/7485,

ministeriums – v. Mende und Bräutigam – bejahten im Juli und Oktober 1941 den Kommissarbefehl im Kern und kritisierten lediglich seine weite Auslegung.³²⁸

Die Forschung hat schon vor langem die nach dem Krieg aufgestellten Behauptungen ins Reich der Fabel verwiesen, der Kommissarbefehl sei überhaupt nicht, weitgehend nicht oder nur von manchen Truppenteilen durchgeführt worden, er sei also sabotiert worden.³²⁹ In Wirklichkeit gab es kaum ein Dulag oder Stalag, kaum eine Armee, kaum eine Sicherungsdivision, die diese Morde nicht beging.³³⁰ Das begann in Weißrußland – nach den Erkenntnissen über die barbarische Kampfführung vieler Wehrmachteinheiten nicht überraschend – in den ersten Tagen des Krieges und wurde über Monate kontinuierlich fortgesetzt. Im Dulag 131 (Slonim) wurden im Juli etwa 30 Kommissare auf Anordnung des stellvertretenden Kommandanten erschossen. Die schon angesprochene 403. Sicherungsdivision meldete im Juli 1941 62 »Liquidierungen« von Kommissaren, im August 125, im September 115, im Oktober 63 und im November 42, davon mindestens drei Viertel »zivile politische Kommissare«.³³¹ Bei der Panzergruppe 3 wurden bis Anfang August »170 erfaßt. Die Durchführung [der Erschießung, C. G.] bildete kein Problem für die Truppe.« Allein die 20. Panzerdivision ermordete bis zum 18. Juli 20 »Kommissare«. Der Oberbefehlshaber der Panzergruppe 3, Generaloberst Hoth, gab dagegen vor dem US-Militärgericht an, da sich seine Untergebenen bei der Behandlung der Kriegsgefangenen immer an die »Grundsätze des Völkerrechts« gehalten hätten, sei sein Eingreifen niemals notwendig geworden.³³² Korück 559 (4. Armee) ließ ebenso durch die unterstellten Einheiten »Brandstifter, Kommunisten, Hetzer, Kommissare u.s.w.« jagen wie Korück 582 (9. Armee) und die 2. Armee, die bis zum 24. Juli 177 und bis zum 9. August 1941 weitere »36 Fälle« meldete.³³³ Von der Fronttruppe beteiligten sich nachweislich auch die 52. Infanteriedivision und die 1. Kavalleriedivision (Einsatzräume Bobruisk und

Bl. 882–885; auszugsweise auch in WiStab Ost, Besondere Anordnungen Nr. 16 v. 2. 8. 1941, BA-MA (BArchP)F 72745. Danach konnten aber »irgendwie« verdächtige Zivilgefangene im rückwärtigen Heeresgebiet an die Einsatzkommandos zur Erschießung abgegeben werden. Siehe auch Förster, Sicherung, S. 1260.

328 Siehe Streit, S. 93, Ogorreck 1996, S. 232f., und Vortragsnotiz für den Herrn Reichsminister. Die politische Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen (gez. Bräutigam) v. 13. 10. 1941, Nbg. Dok. PS-082. Bräutigam bezeichnete als »Ziel« des Befehls, daß »die unverbesserlichen bolschewistischen, hetzerischen und kriminellen Elemente entfernt werden, von denen Sabotage und politische Gegnerschaft zu erwarten war«.

329 Siehe Streit, S. 84; Streim 1981, S. 94ff.; Jacobsen, S. 153; Müller/Vestermanis, S. 18; Schulte 1995, S. 327. Ferner die Einlassungen von v. Gersdorff, S. 89 und 100ff., der als zuständiger Offizier im Oberkommando der H.Gr. Mitte über die Morde in Wahrheit am besten Bescheid wußte.

330 Siehe die Aufstellungen bei Streit, S. 88f., Streim 1981, S. 127f., und Krausnick 1977, S. 734f., mit zahlreichen Beispielen aus Weißrußland.

331 Siehe Tagebuch Robert Rupp v. 24. 6. 1941, in: Lenhard, S. 68; Vern. K. S. v. 31. 10. 1962, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 17f.; 403. Sich.Div., Tätigkeitsberichte Ic für Juli–November 1941, BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 436, 457, 466, 471 und 475. Insgesamt neun zivile politische »Kommissare« übergab die Division in diesen fünf Monaten an Sipo und SD.

332 Panzergruppe 3, Abt. Ic, Tätigkeitsbericht Nr. 2 für Januar–Juli 1941, Nbg. Dok. NOKW-2541, Fall 12, ADB 134, Bl. 119; Vern. Hermann Hoth v. 30. 4. 1948, Fall 12, Protokoll Bl. 3063, 3073 und 3084.

333 Korück 559, Ic A.O., Tätigkeitsbericht v. 31. 8. 1941, BA-MA WF-03/14267, Bl. 1110f.; Korück 582, Qu, an AOK 9 v. 26. 11. 1941, BA-MA WF-03/14300, Bl. 787, vgl. Bl. 782; AOK 2, Ic/A.O. an H.Gr. Mitte v. 12. 8. 1941, Nbg. Dok. NOKW-2396.

Pinsk).³³⁴ Im Zivilverwaltungsgebiet, wo die Vorgänge wiederum schlechter dokumentierbar sind, hörte das nicht auf. So wurden angeblich auf Befehl des Kommandanten der Kriegsgefangenen im Ostland im Februar 1942 im GK Weißruthenien 600 festgestellte Kommunisten, Kommissare und Juden an Sicherheitspolizei und SD übergeben. Im Frühjahr 1942 wurden auch im Stalag 324 (Lososna bei Grodno, Bezirk Bialystok) mehrmals bis zu 60 Gefangene durch Sicherheitspolizei und SD erschossen.³³⁵

Besonders emsig waren die Dienststellen im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte bei der Vernichtung politischer Gegner unter den Kriegsgefangenen. Allerdings berichteten sie über Schwierigkeiten, sie festzustellen. Im Dulag 155, das den anderen Lagerführungen vom Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J, Oberst Marschall, als Vorbild präsentiert wurde, gelang es durch Spitzel, bis zum 7. August 50 und bis zum 21. August weitere 75 »Kommissare zu erfassen und entsprechend zu behandeln«. Dagegen waren im Dulag 126 (Minsk) »nur sehr wenig Kommissare ermittelt worden«, wie Marschall bemängelte. Das Dulag 127 (Orscha) bemühte sich, sie durch Verhöre herauszufinden.³³⁶ »Durch die Truppe erschossen« wurden im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte noch im Januar und Februar 1942 insgesamt 66 Kommissare (meist Rotarmisten), während 32 Sipo und SD übergeben wurden.³³⁷ Um eine Größenordnung anzugeben: Es könnten etwa 3000 bis 5000 »Kommissare« – Militärs und Zivilisten – im ersten Besatzungsjahr durch deutsches Militär in Weißrußland erschossen worden sein.

Nicht nur das: Die Wehrmachtorgane bemühten sich um Ausweitung der Befehle. Zwar ist unbekannt, welche Heeresgruppe es Ende August 1941 mit ihrer Anfrage erreichte, daß auch die sogenannten Politruks in die Vernichtung einbezogen wurden, doch die Stellen im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte reagierten darauf mit besonderem Diensteifer.³³⁸ Zum Teil wurde auch der OKH-Befehl vom 24. Juli so aufgefaßt, daß alle Kommunisten unter den Kriegsgefangenen zu töten seien.³³⁹ Außerdem richtete der Ic des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet eine Anfrage ans OKH, ob nicht auch alle Offiziere der Roten Armee unter den Kommissarbefehl fielen, was eine ungeheure Ausweitung bedeutet hätte. Und Oberst Marschall hielt dem Kommandanten des Du-

334 Siehe Förster, Sicherung, S. 1259f. (auch zur 2. Armee).

335 Vgl. Vern. Oskar Karkowski v. 27. 9. 1948, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1; Vern. O. T. v. 23. 3. 1966, ZStL V 205 AR 512/63, Bd. 7, Bl. 803f.; Streim 1981, S. 234.

336 Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 13. 8. und Besprechung mit den Dulagkommandanten am 21. 8. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 803, 806ff. Vgl. Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht Dulag 185 in Stolpe v. 5. 8. 1941, ebd., Bl. 815, mit entsprechender Anweisung an den Lagerführer Major Wittmer; Besichtigungsbericht v. 26. 8. 1941, Bl. 796; Dulag 127, Tätigkeitsbericht v. 25. 9. 1941, BA-MA RH 49/76. Ferner Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsberichte August und September 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 375 und 393; Hervorhebung all dieser Aktivitäten bei Förster, Sicherung, S. 1260f.

337 Abwehrkommando III(B), Tätigkeitsberichte Januar und Februar v. 4. 2. und 12. 3. 1942, BA D-H FW 490, A. 28, Bl. 3 und 10; vgl. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht Februar v. 6. 3. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1020 (»In ganz geringem Maße«).

338 OKW/WFSt/Abt. L(IV/Qu), Betr.: Behandlung politischer Kommissare v. 18. 8. 1941 (auf Anfrage OKH/Gen zbV beim ObdH), BA-MA RW 4/v. 578, Bl. 128f.; vgl. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht September v. 8. 10. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 393, und Dulag 127, Tätigkeitsbericht 25. 8.–24. 9. v. 25. 9. 1941, BA-MA RH 49/76.

339 Siehe v. Schlabendorff, Offiziere, S. 51.

lag 127, Engholm, nach dessen Bericht vor, »dass wir keine Kommissare erschossen hatten«. Diese dürften auf keinen Fall nach Westen abgeschoben werden. Auf die Erwiderung, das Dulag habe die Verdächtigen an die GFP abgegeben, erwiderte Marschall, »dass das die G.F.P. nichts angehe, sondern wir die Leute zu erschießen hätten«.³⁴⁰ So eng aufgefaßt wurden die Bestimmungen des Kommissarbefehls und des Nachfolgebefehls vom 24. Juli, daß die Truppe selbst die Politoffiziere zu ermorden habe.

Seit August 1941 wandten sich mehrmals Truppenführer an OKH und OKW, die darauf drängten, den Kommissarbefehl abzuschaffen, darunter das Oberkommando der 2. Armee und die Panzergruppe 3. Der Hauptgrund war, daß das Bekanntwerden der Tötung aller Truppenkommissare den Widerstand der Roten Armee verstärkt hatte. Moralische Skrupel spielten keine ersichtliche Rolle, was angesichts der sonstigen Behandlung der Gefangenen ohnehin wenig plausibel erscheint. Nachdem Hitler dies im September 1941 noch abgelehnt hatte, wurde der Befehl am 6. Mai 1942 mit seiner Genehmigung für das Operationsgebiet ausgesetzt. Gestapo-Chef Müller hatte zwei Tage zuvor mit Reinecke die Modalitäten besprochen.³⁴¹ Anlaß war ein Vorschlag des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte.³⁴² Tatsächlich ist bekannt, daß die Aussonderungen und Morde im OKW-Bereich weitergingen. Zumindest für den Juli 1942 sind sie auch noch im Dulag 131 (Bobruisk) in Ostweißrußland, im Operationsgebiet, belegbar.³⁴³ Man mordete also über den »Führerbefehl« hinaus.

Die Übergabe von Gefangenen an Sicherheitspolizei und SD

Wie die schon angeführten Beispiele zeigen, ermordeten die Wehrmachteinheiten zumindest 1941 den größeren Teil der »Kommissare« und nicht Sicherheitspolizei und SD, wie man der Literatur zufolge annehmen könnte.³⁴⁴ Später wurde diese Aufgabe zunehmend an die Einsatzgruppen bzw. deren stationäre Nachfolgedienststellen abgegeben. Am 24. Juli hatte General Wagner in seinem Befehl den Einsatz- und Sonderkommandos den Zugang zu den Kriegsgefangenenlagern offiziell verwehrt; er gestattete ihn erst zweieinhalb Monate später, am 7. Oktober.³⁴⁵ Im sogenannten

340 Zwei Schreiben Dulag 127, Kommandant, an 286. Sich.Div. v. 8. 9. 1941, BA-MA RH 49/77. Vgl. Berück Mitte, Tätigkeitsbericht Ic für Juli 1941, BA-MA WF-03/13303, Bl. 651.

341 Vgl. Streim 1981, S. 140f.; Streit, S. 86f.; Förster, Sicherung, S. 1262–1265; Jacobsen, S. 153ff.; neuerdings Seeger, S. 148; OKH, General zbV beim ObdH an OKW/WFSt, Abt. L (Müller an Warlimont) v. 23. 9. 1941, BA-MA RW 4/v. 578, Bl. 152f.; Telefonnotizen Himmlers für 4. 5. 1942, BA-MA SF-01/22901.

342 »Der Führer hat auf Vorschlag der Heeresgruppe die Genehmigung erteilt, daß die sowjetischen Kommissare nicht mehr bei Gefangennahme erschossen [zu] werden brauchen.« Es wurde die oben angeführte Begründung gegeben. Beauftragter des RMO beim Berück Mitte, Bericht Nr. 8 (Geheime Reichssache) v. 15. 5. 1942 (gez. Müller), BA-MA FPF-01/8212, Bl. 584. Angeblich geschah dies nach »persönlichen Vorstellungen« v. Kluges (Warlimont, S. 186).

343 Nach Aussage des Zeugen A. P. v. 22. 4. 1965 (ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 338f.), wurde ihm bei seiner Ankunft im Dulag am 20. 7. 1942 vom Lagerkommandanten R. eine Weisung verlesen, nach der u. a. Juden und Politruks auszusondern und Sipo und SD zu übergeben seien. Die Dienstzeit konnte der Zeuge offenbar auf Grund seines Soldbuchs feststellen, so daß keine Zweifel bei der Datierung bestehen. – Zum Forschungsstand Streim 1981, S. 142–154; Förster, Sicherung, S. 1263.

344 Vgl. z. B. Streims verharmlosende Kapitelüberschrift (1981, S. 129): »Außenseiter der Wehrmacht als »Erfüllungsgehilfen« der SS«.

345 Siehe, auch zum folgenden, Streit, S. 92–100; ders. 1986, S. 4; Streim 1981, S. 52ff.; eidesstattl. Erkl. Erwin Lahousen v. 8. 1. 1948, IfZ Zs 658, Bl. 22–27; OKH/GenStdH/GenQu, Abt. K.Verw. v. 7. 10. 1941 (Abschrift des Entwurfs), in: Streim 1981, S. 328.

OKW-Bereich – in Weißrußland also im Gebiet der Zivilverwaltung – hatten Sipo und SD schon nach einer Einigung zwischen Heydrich und Reinecke Mitte Juli das Recht, in den Lagern Aussonderungen vorzunehmen. In der Anordnung des OKW vom 8. September wurde das bekräftigt.³⁴⁶ Jedoch durften entgegen dem OKH-Befehl Kommandos von Sipo und SD auch in vielen Lagern im Operationsgebiet nach politischen Gegnern fahnden.³⁴⁷ Das war auch im Bereich der Heeresgruppe Mitte häufig; erinnert sei nur an die Praxis der Aussonderungen in den Zivilgefangenenlagern, die sich ja innerhalb der Kriegsgefangenenlager befanden. Die Kommandos waren folglich in den Lagern tätig. So brachten sie aus dem Lager in Drosdy bei Minsk über Tage hinweg mehrere hundert Kriegsgefangene zur Erschießung weg.³⁴⁸ Die 221. Sicherungsdivision übergab Kommissare der »Schutzpolizei« (offenbar dem Polizeibataillon 307 oder 309).³⁴⁹

Der Befehl des Generalquartiermeisters vom Oktober 1941, den Einsatz der Kommandos von Sipo und SD in den Dulags zuzulassen, löste einen Protest des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Mitte, v. Bock, aus. Dieser konnte bisher anhand seines Tagebuchs und kann nun auch im Original dokumentiert werden; v. Bock wehrte sich vor allem gegen Tötungen in seinem Befehlsbereich, schlug aber vor, sie statt dessen im Zivilverwaltungsbereich vorzunehmen. Die Aussonderungen durch Sipo und SD wollte er nicht verbieten, vielmehr die Lagerkommandanten, in Zweifelsfällen den Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes darüber entscheiden lassen. Er verzichtete also auf das ihm vom OKH eingeräumte Recht, den Einsatz der Kommandos »mit Rücksicht auf die Operationen aus[zu]schließen«.³⁵⁰ Die Praxis der Selektionen in den folgenden Besatzungsjahren war davon kaum berührt. Teils wurden

³⁴⁶ OKW, AWA/Kriegsgef.(I) v. 8. 9. 1941 mit: Anordnung für die Behandlung sowjetischer Kr.Gef. in allen Kriegsgefangenenlagern, Nbg. Dok. EC-338, ZStA Moskau 7445-2-108, Bl. 398-406, auszugsweise abgedruckt in: Jacobsen 1967, S. 218-220.

³⁴⁷ Vgl. Streit, S. 100f., und Streim 1981, S. 238-240.

³⁴⁸ Vgl. Kap. 7.1a in dieser Darstellung; Erinnerungen Gretschanik in: Grossman/Ehrenburg, S. 228-235, und die Erkenntnisse des Verfahrens ZSt Dortmund 45 Js 9/64, z.B. Vern. W. B. v. 10. 12. 1963, Bd. 1, Bl. 147; W. S. v. 11. 3. 1964, Bd. 2, Bl. 9f.; W. L. v. 9. 10., T. J. v. 2. 11. und H. S. v. 5. 11. 1964, Bd. 3, Bl. 21, 49 und 110 usw. Insoweit können Streims Erkenntnisse, es habe sich generell vor allem um ausgesonderte Zivilgefangene gehandelt (1981, S. 240, Anm. 168), nicht voll bestätigt werden.

³⁴⁹ 221. Sich.Div., Abt. Ic v. 16. 7. 1941, BA-MA RH 26-221/12a, Bl. 364.

³⁵⁰ »Die Aufgabe der Sonderkommandos bedeutet nach meiner Auffassung einen Eingriff in Pflichten und Rechte des Heeres. Das Heer ist nach Soldatenbrauch und -recht für Leben und Sicherheit seiner Kriegsgefangenen, welcher Art sie auch seien, verantwortlich, solange sie in seiner Macht und Obhut sich befinden. [...] Es geht also nicht an, daß Angehörige der Polizei über Tod und Leben von Kriegsgefangenen in militärischen Lagern entscheiden.« Das obliege allein dem Lagerkommandanten – »im Einvernehmen« mit ihm seien die Aussonderungen durch Sipo und SD zulässig. Bei Einsprüchen des Lagerkommandanten entscheide »im Einzelfall« der Berück »nach Anhören« seines HSSPF. »Die so ausgesonderten Kriegsgefangenen wären in Lager der Zivilverwaltung *außerhalb* des Heeresgebietes zu überführen. Dort kann nach Klarstellung aller Unterlagen mit ihnen so verfahren werden, wie die politischen Notwendigkeiten und die Sicherheit des Reiches es erfordern.« Fsch. OB H.Gr. Mitte/Ia Nr. 2382/41geh. an ObdH v. 9. 11. 1941, 20.00 Uhr (gezeichnet: v. Bock; Paraphe: v. Tresckow), BA-MA WF-03/9126 unpag. (Hervorhebung im Original). – Siehe auch Tagebuch v. Bock v. 9. 11. 1941, BA F 57128, Bl. 520-522 und die Wertung des »Protests« als wenig weitreichend bei Förster, Sicherung, S. 1261f. Ferner OKH/GenStdH/GenQu v. 7. 10. 1941, zweites Zitat daraus nach Streim 1981, S. 328. – Bocks Fernschreiben bezog sich offensichtlich auf den Konflikt um den Kommandanten des Dulag 185, Major Wittmer, der im folgenden noch geschildert wird.

Kriegsgefangene von Angehörigen des Lagerpersonals zu den Dienststellen von Sicherheitspolizei und SD geführt, teils befanden sich Trupps dieser Dienststellen ständig in den Lagern wie in Minsk.³⁵¹ Den Umfang dieser Aktionen mögen folgende Beispiele zeigen: Die 9. Armee übergab im August 1943 72 Gefangene an Sicherheitspolizei und SD, bei der gesamten Heeresgruppe Mitte waren es im Dezember 1943 194; zuvor im Dezember 1941 (teilweise noch unter v. Bocks Oberbefehl) 433, im Januar 1942 704, im Februar 431, im März 373.³⁵² Auf der Basis dieser Zahlen kann man schätzen, daß in den drei Besatzungsjahren etwa 10000 Kriegsgefangene von Einheiten der Heeresgruppe Mitte an die Einsatzgruppe B abgegeben wurden, die sie überwiegend ermordete.³⁵³

Manche in der Forschung kursierende Zahlen über die Abgabe von Gefangenen an die Einsatzgruppen erscheinen danach zu hoch.³⁵⁴ Dabei ist zu beachten, daß allein die Zahl der Militärpersonen, die unter den Kommissarbefehl fielen, weitaus größer war, als meist angenommen wird. Nach Ortwin Buchbender waren dies je Division mit drei Regimentern immerhin 171 Mann, etwa zwei Prozent der Sollstärke.³⁵⁵ Daß relativ wenige Kommissare ermittelt und umgebracht wurden, lag aber nicht etwa an der »Sabotage« durch die Wehrmacht – dann hätten Sicherheitspolizei und SD, die die allermeiste Zeit Zutritt zu den Gefangenenlagern hatten, ja mitsabotieren müssen, was niemand im Ernst annehmen wird. Vielmehr muß man davon ausgehen, daß (wie schon kurz angedeutet) die Ermittlungen von Wehrmacht und SD oft keinen Erfolg hatten und die »Kommissare« sich häufig zu verbergen verstanden.

351 Siehe Vern. K. L. v. 29. 3. 1968, BStU AS 74/67, Bd. 9, Bl. 280, und Vern. T. B. v. 6. 12. 1968, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bl. 100–103.

352 AOK 9, O.Qu./Qu.2, Betr.: Monatsmeldung über Kriegsgefangene v. 13. 9. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 155f.; OKH, GenStdH, GenQu, Kriegsgefangenenlage im Operationsgebiet v. 26. 1. 1944, BA-MA H 12/59; ebenso v. 28. 1., 20. 2., 24. 3. und 24. 4. 1942, BA-MA RH 3/v. 150, Bl. 1R, 10, 18f., 24R.

353 Am 5. 12. 1941 erklärte Gestapo-Chef Müller gegenüber Reinecke und anderen, bis dahin hätten Sicherheitspolizei und SD 22000 Personen aus den Kriegsgefangenenlagern ausgesondert und davon 16000 Gefangene erschossen. Möglicherweise war damit nur die Tätigkeit der Einsatzkommandos in den besetzten sowjetischen Gebieten gemeint, da die Aussonderungs- und Exekutionsziffern einschließlich der Konzentrationslager höher lagen. Zusammenfassung eines Vermerks des Ministerialrats Letsch (Reichsarbeitsministerium) v. 22. 12. 1941, Nbg. Dok. NG 1370, StA Nürnberg-Fürth 72 Ks 3/50a-b, Bd. 4 im StA Nürnberg. Siehe Streit, S. 343f., Anm. 129, und Hilberg, Vernichtung, S. 357.

354 Streit ging von 580000 bis 600000 von der Wehrmacht an Sipo und SD übergebenen sowjetischen Kriegsgefangenen aus. Streim schätzte realistischer mindestens 120000 Übergaben im OKW-Bereich und 20000 im Operationsgebiet. Die zuletzt genannte Zahl entspricht etwa den hier ausgeführten Erkenntnissen. Vgl. Streit, S. 105; ders. 1986, S. 7; darauf basierend Förster, Sicherung, S. 1262; dagegen Streim 1981, S. 244. Auch die Annahme Streits (S. 105), die entsprechenden Aktionen hätten vor allem »im besetzten Gebiet des Ostens« stattgefunden, ist, soweit damit die besetzten sowjetischen Gebiete gemeint sind, unhaltbar. Vielmehr geschahen sie in ihrer Masse durch Morde und Massenvernichtung infolge Hunger und Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern der SS.

355 Das bedeutet, daß es bei 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, darunter über 2,1 Millionen durch die H.Gr. Mitte, rund 80000 bis 100000 gefangene Truppenkommissare gegeben hat (eine gewisse Unterrepräsentierung durch besonders harten Widerstand im Kampf und Selbstmorde, um der Gefangennahme zu entgehen, eingerechnet). – Vgl. Buchbender, S. 158–166, über die Institution der Kommissare in der Roten Armee. Sie existierte nicht während des ganzen Krieges. Zeitweilig wurde die entsprechende Organisation umstrukturiert. Nur zwischen dem 16. 7. 1941 und dem 9. 10. 1942 war die zuvor schon abgeschaffte Bezeichnung »Kommissar« in der Roten Armee offiziell wieder in Gebrauch, ansonsten hieß sie »Politstellvertreter«. Siehe auch Segbers, S. 33, Anm. 31.

Die Tötung von jüdischen und »asiatischen« Kriegsgefangenen

In den deutschen Kriegsgefangenenlagern wurden nicht allein »Kommissare« verfolgt, sondern noch andere Personengruppen. Darunter waren die jüdischen Kriegsgefangenen. Sie zu ermorden, gehörte von Anfang an zum Auftrag der Einsatzgruppen.³⁵⁶ Unter den – wie im vorangegangenen Abschnitt beschrieben – ihnen übergebenen sowjetischen Kriegsgefangenen waren auch viele Juden. Ihr Anteil ist aber nicht genau zu ermitteln oder auch nur zu schätzen.³⁵⁷

Jedoch waren andere Institutionen ebenfalls an der Fahndung nach jüdischen Gefangenen und ihrer Ermordung beteiligt. Darunter waren die »Kriegsgefangenen-Musterungs-Kommissionen« des Ostministeriums, die spätestens im September 1941 ihre Tätigkeit aufnahmen und vor allem Facharbeitskräfte und mögliche Kollaborateure herausfinden sowie die Gefangenen nach Nationalitäten sortieren sollten. Daneben war es ihre Aufgabe, »politisch und kriminell Verdächtige, insbesondere hetzerische Sowjetfunktionäre, Kommissare, Politruks usw., langdienende Berufssoldaten der Sowjetarmee [!], Juden und kriminelle Elemente« zu ermitteln und den Lagerführungen zu melden. Mitte Oktober gab es 14 und insgesamt wenigstens 40 solcher Kommissionen.³⁵⁸ Unter Beteiligung des berüchtigten Rassereferenten im Ostministerium, Dr. Wetzel, wurden 1941 auch Rassenuntersuchungen in den Lagern vorgenommen. Wetzel gab nach dem Krieg zu, daß es in den Lagern auch »rassisch« begründete Hinrichtungen, so von »mongolisch« aussehenden Gefangenen, gab; möglicherweise, so ist hinzuzufügen, standen diese Morde im Zusammenhang mit den zu jener Zeit stattfindenden Untersuchungen.³⁵⁹

Auch die Wehrmacht ermordete jüdische Kriegsgefangene. So geschah es etwa im Dulag 131 (Slonim) im Juli 1941. Dort wurde der Ordonnanzoffizier des Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J vom Dulagkommandanten, Major v. Roeder, darauf hingewiesen,

»dass in der Erledigung der Juden zweckmässiger Bearbeitung wünschenswert wäre, z. B. sollten Ärzte nicht mehr so ohne weiteres beseitigt werden, da dieselben für den Fall einer Seuchengefahr doch immerhin gewisse Dienste leisten können.

356 [RSHA,] Amt IV -IVAr-, Richtlinien für die in die Stalag abzustellenden Kommandos des Chefs der Sipo. und des SD v. 28. 6. 1941, BA R 58/272 (Entwurf); Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Einsatzbefehl Nr. 8, Betr.: Richtlinien für die in die Stalags und Dulags abzustellenden Kommandos des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. v. 17. 7. 1941 mit zwei Anlagen; ebenso Nr. 14 v. 29. 10. 1941 mit zwei Anlagen, Faksimiles in: Streim 1981, S. 315–321 und 324–328.

357 In der Roten Armee sollen insgesamt etwa 500 000 jüdische Soldaten und Offiziere gekämpft haben, von denen ungefähr 200 000 fielen (vgl. Orbach, S. 24, und Porter, S. 7 f.). Die Zahl der in deutsche Gefangenschaft geratenen jüdischen Rotarmisten ist unbekannt, dürfte aber auf Grund der genannten Ziffern niedriger als die der gefangenen Kommissare gewesen sein. Siehe ferner Streit, S. 109.

358 Dies deckte Streim 1981, S. 93 f., auf (Dienstanweisung des RMO v. 23. 9. 1941 zitiert nach ebd.). Vgl. Vortragsnotiz Dr. Bräutigam für Rosenberg v. 13. 10. 1941, Nbg. Dok. PS-082.

359 Vgl. Vern. Erhard Wetzel v. 19. 9. 1961 und Schriftsatz Wetzels für die Oberfinanzdirektion Hannover v. 29. 4. 1961 (Abschrift), StA Hannover 2 Js 499/61, Bd. 2, Bl. 14 und 17, und Sonderheft 1, Bl. 56. Wetzel behauptete, er hätte Lager in Ostpreußen im August und September 1941 während seines Urlaubs besucht, bevor er am 2. Oktober seine Tätigkeit im RMO aufgenommen habe, allerdings auch später. Möglicherweise bestand eine Verbindung zwischen seiner Abordnung durch das Reichsjustizministerium ans RMO und seinen Untersuchungen in den Gefangenenlagern, die eventuell für das Rassepolitische Amt der NSDAP stattfanden. Zu Wetzels Abordnung: Reichsminister der Justiz I P 24 954/41 an RMO v. 1. 10. 1941, ebd., Sonderheft 1, Bl. 74.

Er schlägt vor, das [sic] Dulagkommandant im Einvernehmen mit Feldkommandant eventuell eine Auswahl der Leute treffen [sic], die unter Umständen zu schonen wären.«³⁶⁰

Tatsächlich erschossen Angehörige des Dulags Juden, wie auch in Baranowitschi.³⁶¹ Aus den Formulierungen ist außerdem zu entnehmen, daß eine entsprechende Weisung bestand. Einen Befehl, die jüdischen Gefangenen zu töten, scheint es schon am 20. Juni 1941 auch bei der 22. Infanteriedivision gegeben zu haben.³⁶² Der Befehl Generalmajor Wagners vom 24. Juli wurde vom Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten J, Oberst Marschall, so verstanden, daß die Gefangenen nicht nur nach Nationalitäten sortiert wurden, sondern ihnen auch der Anfangsbuchstabe ihrer Nationalität mit weißer Ölfarbe auf die Kleidung aufgepinselt wurde – bei den Juden ein Davidstern. Ähnlich war es im provisorischen Lager Drosdy bei Minsk.³⁶³ Später wurden dort die Juden abgetrennt, und nach Verlegung des Lagers nach Masjukowschtschina gab es eine eigene jüdische Baracke. Registriert wurden die Juden auch in anderen Lagern.³⁶⁴ Zeitweise existierte immerhin der Befehl, jüdische Gefangene aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte mit nach Westen abzuschieben, also nicht sofort zu töten.³⁶⁵

Doch wurden die Anstrengungen zur Ermordung der jüdischen Kriegsgefangenen im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte im Herbst 1941 offenbar erneut verstärkt. Nach Darstellung des ehemaligen Obersten Marschall hörte dieser von ihm unterstellten Lagerkommandanten, »daß irgendein Befehl bestehen sollte, daß alle russischen Juden liquidiert werden sollten«. Er habe hierzu eine Anfrage an v. Schenckendorff gerichtet, der sie ans OKH weitergereicht habe. Dieses wiederum habe die Information bestätigt und einen neuen Befehl zur Übergabe der Gefangenen an Sicherheitspolizei und SD herausgegeben. An dieser Version ist manches unglaublich.³⁶⁶ Doch es spricht viel dafür, daß Wagners Befehl vom 7. Oktober, dessen Hintergründe die Forschung bisher nicht klären konnte, außer zur Entlastung des Lagerpersonals von der

360 Bericht des Ord.-Offiziers vom Kgf.Bez.Kdt. J über seinen Besuch bei Dulag 131, Slonim (handschriftlich auf 23. 7. 1941 datiert), BA-MA WF-03/7353, Bl. 832, auch in ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 801.

361 Vgl. Vern. K. S. v. 31. 10. 1962, ebd., Bl. 17. In Baranowitschi war Ende 1941 teilweise ein Kommando der Abwehr beteiligt: Vern. J. S. S. v. 21. 1. 1967, BStU AS 74/67, Bd. 2, Bl. 246f.

362 Ogorreck 1992, S. 226, Anm. 9, allerdings mit anderer Bewertung.

363 Kgf.Bez.Kdt. J, Bericht über die Besichtigungsfahrt vom 26.–29. 7. 41 durch Oberst Marschall, BA-MA WF-03/7353, Bl. 822 und 826; Vern. W. L. v. 9. 10. 1964, ZSt Dortmund 45 Js 9/64, Bd. 3, Bl. 20f.

364 Siehe ebd.; Vern. E. H. v. 17. 5. 1966, ebd., Bd. 9, Bl. 123f. Ein Foto der Baracke wurde im Herbst 1993 in einer Ausstellung zur Judenverfolgung im MGVK Minsk gezeigt. Ferner Meldung 1. Kompanie Wach-Batl. 508 über AGSSt I v. 4. 9. 1941, BA-MA RH 23/221, und Wach-Batl. 508 v. 15. 8. 1941 an Korück 582, BA-MA RH 23/222. – Hingegen äußerte ein Lagerarzt aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Süd während des OKW-Prozesses, die jüdischen Gefangenen seien teilweise nicht mitregistriert und ihre Ermordung sei nicht weitergemeldet worden, weil ihr Tod selbstverständlich gewesen sei: »Ich kann doch keine Meldung machen daß die Kriegsgefangenen gestern ihr Mittagessen bekommen haben.« Zitiert nach Friedrich, S. 765.

365 Dulag 127, Kommandant, an 286. Sich.Div. v. 8. 9. 1941, BA-MA RH 49/77.

366 Angeblich lehnten sowohl Marschall als auch v. Schenckendorff die Judenerschießungen strikt ab und fragten nur sicherheitshalber höheren Orts nach. Über die folgende Durchführung des neuen OKH-Befehls (offenbar desjenigen vom 7. 10. 1941) wollte Marschall nichts gewußt haben. Vern. Otto Marschall v. 30. 7. 1965, ZSt Dortmund 45 Js 36/64, Bd. 1, Bl. 183f. Wie oben ausgeführt, hatte Marschall jedoch bereits im Juli offenbar die Tötung jüdischer Gefangener selbst angeordnet.

Mordarbeit auch zur verstärkten Verfolgung der jüdischen Gefangenen dienen sollte. Die Ermordung der sowjetischen Juden war zu diesem Zeitpunkt beschlossen; am 2. Oktober hatte das OKH daraufhin Richtlinien für die Verwertung des gesamten jüdischen Eigentums im Militärverwaltungsbereich erlassen.³⁶⁷ Im Dulag 131 (Bobruisk) scheint jedenfalls in der Tat eine Verschärfung stattgefunden zu haben. Folgt man Zeugenaussagen, wurden rund 200 jüdische Kriegsgefangene Anfang November 1941 mißhandelt und dann erschossen. Im gleichen Monat sollen 800 jüdische Gefangene bei fingierten ärztlichen Untersuchungen anhand ihrer Beschneidung identifiziert und weggebracht worden sein.³⁶⁸

Zur gleichen Zeit gab es zwischen dem Kommandanten des Dulag 185 (Mogilew), Major Wittmer, und dem Einsatzkommando 8 einen Konflikt um die jüdischen Kriegs- oder Zivilgefangenen, die Wittmer auszuliefern sich weigerte. In anderem Zusammenhang erklärte er, man könne doch »keinen glatten Mord begehen«.³⁶⁹ Wittmer eignet sich freilich nicht zur Heldenverehrung: Anfang Juli 1941 hatte er zur Bewachung des von ihm geführten Lagers in Białystok eine Kompanie des Polizeibataillons 322 angefordert, die dann binnen acht Tagen 73 Mann wegen angeblicher Fluchtversuche erschoss, von Tag zu Tag mehr – und fast alle waren Juden. In seinem Lager in Mogilew raffte bei Tagesrationen von teilweise nur 1400 Kalorien der Hunger 40000 Mann dahin.³⁷⁰ Seine Ausführungen gegenüber dem Vertreter des Einsatzkommandos 8 erscheinen infolgedessen wie Spiegelfechterei. Da Wittmer in diesem konkreten Fall keine volle Rückendeckung seitens des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Mitte, v. Bock, erhielt, kam es wenig später doch zu Aussonderungen durch das EK 8 im Dulag 185. Dabei wurden 196 Juden und Funktionäre erschossen.³⁷¹ In der Folgezeit wurden kontinuierlich jüdische Kriegsgefangene in Weißrußland ermordet, so 207 Mann im Stalag Witebsk durch das EK 9 im Dezember 1941,

³⁶⁷ Wagners Erlaß vom 7.10. ist nicht so zu werten, daß dieser dem Druck der SS nicht mehr hätte standhalten können. Eine solche Unschuldsvermutung hinsichtlich Wagners ist nach den Erkenntnissen dieser Darstellung unhaltbar. Zum Stand der Judenvernichtung und den Richtlinien vom 2. Oktober Kap. 7.2d und f sowie S. 640 in dieser Darstellung.

³⁶⁸ Angeblich wurden sie zum Arbeitseinsatz nach Deutschland transportiert. Diese völlig absurde Darstellung glaubten die westdeutschen Ermittlungsbeamten dem Zeugen, dem ehemaligen Schreiber des Lager-Abwehroffiziers. Vgl. Vern. W. K. v. 21. 9. 1964, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 94; Vern. Carl Languth v. 26. 1. 1946, Archiv P. Kohl.

³⁶⁹ Die entsprechende Beschwerde des EK 8 beim HSSPF Rußland-Mitte v. 3. 11. 1941 ist abgedruckt in: Rürup, S. 131f., sowie auszugsweise in Streit, S. 102f.

³⁷⁰ Siehe Pol.Rgt. Mitte, Ia, an Pol.Btl. 322 v. 7. 7. 1941; Tätigkeitsbericht über den Einsatz der 3./Pol.-Btl. 322 in der Zeit vom 9. 7. 1941 bis 16. 7. 1941 v. 20. 7. 1941, BA F 56754. Die Kompanie wurde während des Einsatzes vom Pol.Rgt. belehrt, daß nach »Schußwaffengebrauch gegen Kriegsgefangene, Bolschewisten und Juden die Einreichung eines ausführlichen Berichts [...] nicht erforderlich« sei. Pol.Rgt. Mitte an Pol.Btl. 322 v. 8. 7. 1941, ebd. Vgl. ferner S. 804 in dieser Darstellung und Bericht der Untersuchungskommission Mogilew v. 8. 10. 1944, ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 277ff. – Wittmer hielt später recht engen Kontakt mit dem Chef der Ordnungspolizei, Daluege, den er von Białystok her kannte: Wittmer an Daluege v. 14. 4. 1943, BA R 19/360.

³⁷¹ Vgl. F Schr. Okdo. H.Gr. Mitte (v. Bock) an ObdH v. 9. 11. 1941, BA-MA WF-03/9126; EM 148 v. 19. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3442 (im »Einvernehmen« mit dem Kommandanten, wie es hieß). Wittmers Karriere scheint der Vorfall nicht geschadet zu haben: Im Herbst 1943 war er stellvertretender Kgf.Bez.Kdt. P im Rang eines Oberstleutnants. AOK 9, Tätigkeitsbericht Qu2 v. 19. 9. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 150.

regelmäßig Gruppen im Stalag 352 (Minsk) in den Jahren 1942 und 1943 sowie in Gomel im Winter 1942/43 durch das Lagerpersonal, das jüdische Internierte bei scharfem Frost mit Wasser übergießt und im Freien erfrieren ließ.³⁷² In Kritschew wurden jüdische Gefangene erst mit überschwerer Zwangsarbeit gequält, ehe sie erschossen wurden.³⁷³

Eine weitere Gruppe von Kriegsgefangenen, die besonders in den Anfangsmonaten des Krieges vernichtet wurde, waren die sogenannten Asiaten. Auch ihre Tötung war den Einsatzgruppen von Anfang an aufgetragen. Obgleich sie erstmals in Heydrichs Einsatzbefehl Nr. 8 vom 17. Juli 1941 erwähnt wurden, fanden Aussonderungen und Morde durch die Einsatzgruppe B in Minsk schon vorher statt.³⁷⁴ Entsprechend dem Befehl des Generalquartiermeisters Wagner vom 24. Juli registrierten die Lager- und Wachmannschaften der Wehrmacht die »Asiaten (ihrer Rasse nach)« eben unter der Bezeichnung »Asiaten« auch in Weißrußland. Berichte über Tötungen durch die Wehrmacht liegen hier aber nicht vor.³⁷⁵ Zu unbekanntem Zeitpunkt wurden beispielsweise aus dem Kriegsgefangenenlager in Mogilew 200 bis 250 als mongolisch betrachtete Rotarmisten ausgesondert und vom EK 8 erschossen.³⁷⁶ Teilweise ermordeten die Kommandos von Sipo und SD sie auch als vermeintliche Juden, da Muslime ebenfalls beschnitten waren. Nach mehreren Monaten häuften sich die Proteste aus dem Ostministerium und dem Amt Ausland/Abwehr des OKW, weil dort die sogenannten Asiaten, insbesondere die moslemischen Kaukasier und Soldaten aus Mittelasien, als Kollaborateure prädestiniert schienen. Dies führte am 12. September 1941 zu einem Befehl Heydrichs über das Ende der Erschießung der »Asiaten«, den allerdings nicht alle Einsatzkommandos sofort befolgten.³⁷⁷

b) Die Vernichtung auf Märschen und Transporten

Die im folgenden darzustellenden Morde liefen anders als die gezielte Aussonderung bestimmter Personengruppen ab. Sie richteten sich gegen die Masse der Gefangenen und trafen in der Regel diejenigen, die sich im schlechtesten körperlichen Zustand befanden. Auch die Täter waren andere, nämlich die Transport-Begleitmannschaften der Gefangenen, also fast ausschließlich Angehörige von Sicherungsdivisionen und Landeschützenbataillonen der Wehrmacht. Sie erschossen jene, die

372 Vgl. EM 149 v. 22. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 330; Vern. M. B. v. 9. 8. 1967, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bl. 73–75; Akt Nr. 11 über die Massenvernichtung sowjetischer Kriegsgefangener in Gomel, IfZ Fb 101/36.

373 Vern. W. T. N. v. 27. I. 1975, ZStL V 319 AR 327/77, Bl. 545.

374 Vgl. Chef Sipo/SD, Einsatzbefehl Nr. 8 v. 17. 7. 1941, Anlage 1, in: Streim 1981, S. 318. Dem Befehl gemäß galt das nicht nur für die Stalags. Zur Praxis in Minsk Krausnick, S. 159, und Kohl, S. 261, unter Berufung auf die entsprechenden »Ereignismeldungen« des Chefs Sipo/SD, von denen die erste vom 13. 7. 1941 stammt.

375 Siehe OKH/GenStdH/Gen zbV b ObdH/GenQu, Abt. K.Verw., Betr.: Russische Kriegsgefangene v. 24. 7. 1941, BA-MA WF-03/7485, Bl. 882; 5./Wa.Batl. 720, Meldung v. 28. 8. 1941, BA-MA RH 23/221; zur 2. Armee Hilberg, Vernichtung, S. 351. Ein Beispiel für die Haltung der Fronttruppe bringt Herwarth, S. 233.

376 Vern. A. B. v. 16. 12. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 1453.

377 Siehe Bräutigam 1968, S. 390–393; Hilberg, Vernichtung, S. 354f.; eidesstattl. Erkl. Erwin Lahousen v. 8. I. 1948, IfZ ZS 658, Bl. 22–27; Vortragsnotiz Bräutigams für Rosenberg v. 13. 10. 1941, Nbg. Dok. PS-082.

nicht mehr weitermarschieren konnten oder die Transportbewegungen in anderer Weise störten.

Das war überall in Weißrußland verbreitet, doch müssen wir uns infolge des Quellenmangels auf einige Brennpunkte beschränken. Einer davon war Minsk, wohin mehr Kriegsgefangene als in irgendeine andere weißrussische Stadt gebracht wurden. Da der Güterbahnhof im Süden von Minsk lag, die Gefangenenlager aber im Norden, mußten die ermatteten Rotarmisten quer durch die ganze Stadt marschieren und wurden zu Tausenden vor den Augen der Zivilbevölkerung erschossen. Das begann schon im Juli 1941.³⁷⁸ Aus dieser Zeit datiert auch die erste erhaltene Anweisung eines Truppenführers gegen derartige Erschießungen. Der Kommandeur der 87. Infanteriedivision, Generalmajor v. Studnitz, verwies auch darauf, daß die richtigen Organisationsbedingungen geschaffen werden müßten, um sie zu vermeiden.³⁷⁹ Denn zwar waren es die zahlenmäßig oft sehr schwachen Wachmannschaften, in der Regel untere Dienstgrade, die die geschwächten Gefangenen ohne ausdrücklichen Befehl erschossen, weil sie keine bessere Lösung zur weiteren Durchführung des Transports sahen, gefühllos zwar, aber aus einem sogenannten Sachzwang heraus. Doch die Vorgaben wie geplante Marschleistung und Zeitplan, Marschversorgung, Transportmittel und Stärke des Wachkommandos hatten weniger sie als die Stäbe auf verschiedenen Ebenen zu verantworten, die damit über das Leben vieler Gefangener entschieden. Zweifellos spielten über Jahre aufgebauter Rassismus, Nationalchauvinismus und Antibolschewismus und die verbrecherischen Hetzbefehle Hitlers sowie der Heeres- und Wehrmachtführung vom Frühjahr und Sommer 1941 für diese Morde eine wichtige Rolle. Ohne das alles wäre es nicht zu diesen Untaten gekommen. Doch die Gegenbefehle von Truppenführern, die später erlassen wurden und in eine andere Richtung argumentierten, brachten überhaupt nichts, da sie sich zwar entweder abstrakt gegen die »Roheiten« gegen Gefangene (v. Bock) wandten oder aber die organisatorischen Ursachen der Erschießungen auf den Märschen zwar – nicht immer konsequent – ansprachen,³⁸⁰ sie aber nicht zu ändern vermochten oder nicht durchgreifend ändern

378 Vgl. Erklärung des Minskers I. Anzipirowitsch v. 7. 7. 1944, in: Beluga, S. 193; [FK Minsk,] Abt. IVb, Betr.: Leichenbeerdigung im Bereich städt. Wasserversorgungsanlagen v. 21. 8. 1941 und Mitteilung Bakteriolog. Unters.Stelle, Kriegslaz. 609 v. 29. 8. 1941, ZStA Minsk 370-1-142, Bl. 163 und 165; Kohl, S. 78.

379 »4.) Wer gutwillig mitmarschiert, soll ans Ziel gebracht werden, auch wenn er marschkrank wird.

5.) Hierzu sind alle erdenklichen Maßnahmen zu treffen:

- a) Genügende Marschpausen
- b) Gelegenheit zum Trinken
- c) Tragenlassen der Marschkranken durch kräftige Gefangene.
- d) Fahren der Marschkranken auf Panjewagen (müssen im voraus organisiert sein).
- e) Sammeln der Marschkranken und Anhalten von Lkw. zur Mitnahme.
- f) Sammeln und Nachführen von Marschkranken beim nächsten Transport.«

Merkblatt für Truppenteile und Transportführer von Gefangenen-Transporten (undatiert; nach Abheftung in der entsprechenden Akte Juli 1941 – siehe auch den Verweis auf die Getränke), BA-MA RH 26-87/25. Bemerkenswert ist, daß damit die Erschießung sogenannter Simulanten für zulässig erklärt wurde. Es fehlte ein Hinweis auf ausreichende Marschverpflegung. Das spontane Anhalten von LKW für die Gefangenennitnahme war gegenüber den Angehörigen von Transporteinheiten, bei denen Tempo Vorrang hatte, kaum durchsetzbar.

380 Vgl. 403. Sich.Div., Ia, Sonder-Befehl über Aufgaben im neuen Divisionsbereich v. 4. 9. 1941 (gez. v. Ditfurth), BA-MA WF-03/13302, Bl. 24 f.; Dulag 127, Merkblatt über die Abgabe von Kriegsgefangenen

wollten. Dies hätte letztlich eine Änderung der Transport- und Versorgungsorganisation der Wehrmacht zugunsten der Gefangenen erfordert, wozu die Truppenführung nicht bereit war, so daß sie eine entscheidende Mitverantwortung an der Massenvernichtung der Gefangenen traf. Die Begleitkommandos dachten sich vielfach: Warum die Ermatteten nicht erschießen, wenn sie bald ohnehin am Hunger zugrunde gehen? Nur die gleichbleibenden Grundbedingungen der Durchführung der Gefangenemärsche und -transporte erklären, warum die Befehle gegen die Erschießungen wirkungslos blieben – eine bislang offene Frage.³⁸¹

Mancher Truppenführer billigte ausdrücklich die Hinrichtung der »Kranken und Entkräfteten«, als ihm die Begleitmannschaften ihre Schwierigkeiten bei der Durchführung von Transporten vorhielten, auch der sogar mit einem Gegenbefehl hervorgetretene Generalmajor v. Ditfurth.³⁸²

Den Berichten und Zeugenaussagen nach verstärkten sich die Morde auf Märschen und Transporten im Herbst und Winter 1941 in beinahe unglaublicher Weise; bemerkenswerterweise ohne daß noch Gegenbefehle kamen.³⁸³ Das war besonders in der Stadt Minsk offensichtlich. Allein nach einem Transport im Januar 1942 sollen in der Minsker Hauptstraße Sowjetskaja 1000 bis 2000 Leichen von Gefangenen gelegen haben.³⁸⁴ Daß 80 Mann von 8000 zwischen Masjukowschtschina und dem Minsker

zum Arbeitseinsatz v. 21. 8. 1941 und Grundsätzliche Anweisung für Gefangenentransporte (Zur Belehrung für alle Wachmannschaften) (undatiert, September 1941: hier wurde auch verboten, »simulierende« Gefangene zu erschießen), BA-MA RH 49/77; H.Gr. Mitte, Ic/A.O. an AOK 9 v. 31. 8. 1941 (Abschrift), BA-MA WF-03/14298, Bl. 122 (»Sehr ungünstig wird die Stimmung beeinflusst durch angeblich [!] unmenschliches Prügeln von sowjetischen Kriegsgefangenen, die wegen hunger [sic] und körperlicher Schwäche am Ende der Züge nicht mehr mitkommen können«). Im Tagebuch v. Bocks heißt es unter dem 22. 8. 1941 (BA F 57128, Bl. 417): »Beim Abtransport von Kriegsgefangenen sind Roheiten vorgekommen, gegen die ich mich in einem sehr schroffen Befehl an die Armeen gewandt habe. Bei der Erschöpfung der Kriegsgefangenen und der Unmöglichkeit, sie auf den langen Märschen durch weite menschenleere Gebiete nur einigermaßen ausreichend zu ernähren, bleibt ihr Abtransport ein besonders schwieriges Problem.« Das ist charakteristisch: erstens wandte sich v. Bock nicht direkt an die Truppe, sondern an die Armeen; zweitens könnte man bei dem Verweis auf »menschenleere Gebiete« glauben, die H.Gr. Mitte hätte in der Wüste und nicht in einem Agrarland zur Erntezeit Krieg geführt; drittens war die »Unmöglichkeit«, die Gefangenen zu ernähren, an sich nicht gegeben, sondern nur infolge deutscher Vorgaben. Siehe auch Streit, S. 375, Anm. 276.

381 Siehe Streit, S. 166–171. Dieser hebt statt der NS-Propaganda vor allem die Befehle der Truppenführung zur unbarmherzigen Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen hervor, kann dann aber nicht schlüssig erklären, warum die wiederholten Befehle von Heeresgruppen- und Armeeoberbefehlshabern zu einer korrekten Behandlung auf den Märschen, die es ebenfalls gab, nicht beachtet wurden. Die organisatorischen Bedingungen der Transporte läßt er zwar nicht außer acht, bewertet sie aber letztlich nicht als entscheidend.

382 Vgl. Vern. Wolfgang v. Ditfurth v. 15. 12. 1945 im sowjetischen Untersuchungsverfahren, BA D-H ZM 1683, A. 9, Bl. 43 f. Man könnte diese Aussage als unter Druck entstanden in Zweifel ziehen, doch spricht dagegen, daß v. Ditfurth nicht so eingeschüchtert war, daß er keine entlastenden Aussagen wagte. Er behauptete wahrheitswidrig, die Truppen seiner Division hätten keine Kriegsgefangenen-Transporte zu bewachen gehabt.

383 Die zuvor skizzierten Befehle gegen diese Form der Erschießungen stammten bis auf einen (der früher lag) alle aus einer bestimmten Phase Ende August/Anfang September 1941. Das paßt mit der schon in mehrerlei Hinsicht festgestellten Verschärfung der Behandlung der Gefangenen im September 1941, vor allem in der zweiten Hälfte des Monats, zusammen.

384 Nämlich auf 6 bis 7 km Länge ein Leichnam alle drei bis fünf Meter. Vern. A. G. B. v. 25. 12. 1945 und A.A.P. v. 12. 10. 1947, ZStL AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 56 f. und 165 f.; vgl. Vern. K. K. v. 28. 8. 1945, BStU AS

Güterbahnhof – auf etwa 12 Kilometern – erschossen wurden, war nichts Unge-
wöhnliches. Von den Sowjets angeklagte deutsche Soldaten des Landeschützenba-
tail-

lons 332 sagten zum Beispiel aus, am 3. Oktober 1941 seien 31 Mann und einmal im
November 200 Mann, sonst zwischen 100 und 500 Mann besonders auf dem Weg
zum Nebenlager bei den Puschkinkasernen im Nordosten von Minsk ermordet wor-
den.³⁸⁵ Und das geschah auf einer verhältnismäßig kurzen Strecke – auf Überland-
märschen in Weißrußland sah es nicht anders aus,³⁸⁶ es ist nur schlechter zu doku-
mentieren. Bei einem Marsch von 3000 sowjetischen Kriegsgefangenen von Bobruisk
in Richtung Sluzk wurden am 7. November 1941 nach Auskunft eines Zeugen, der
auf dem Pferdewagen hinterherfuhr und die Leichen zählte, auf 13 Kilometern
Strecke 729 Mann erschossen – dann wurde der Marsch abgebrochen, und die Ko-
lonne mußte umkehren.³⁸⁷ Ob allein in Minsk insgesamt 5000 oder 20000 Gefangene
bei solchen Aktionen umgebracht wurden, wie man verschiedenen Zeugenaussagen
entnehmen kann, ist nicht mehr zu klären.³⁸⁸

Für die Tötung marschierender Gefangener wurden teils noch andere Begründun-
gen gegeben, als daß sie die Transporte behinderten. So wurden internierte Rotarmis-
ten wegen Mundraubs oder Undiszipliniertheit erschossen – weil sie einen LKW, der
Kohl geladen hatte, plünderten (Gomel) oder sich um zu wenige bereitgestellte Brote

74/67, Bd. 3, Bl. 18–20. Dies wurde durch einen Bericht der Propaganda-Abteilung Ostland bestätigt,
nach dem Leichen »in großer Zahl auf dem mehrere Kilometer langen Marschwege [lagen]; erst am
Abend wurden die zum Teil arg zerschnittenen Leichen weggeräumt«. Zitiert nach Streit, S. 169.

385 Vern. E. W. v. 9. 8. 1948, G. H. v. 8. 5. 1945, K. H. v. 10. 5. 1945, K. K. v. 5. 5. und 8. 5. 1945, alles
ZStL AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1; Vern. A. L. v. 9. 11. 1964, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 237 f. Siehe Kohl, S. 78 f.
In Smolensk wurden am 20. 10. 1941, quellenmäßig verbürgt, nach einem nächtlichen Massentrans-
port 125 größtenteils durch Genickschuß direkt am Straßenrand ermordete Gefangene gezählt. Von
Fluchtversuchen, die geltend gemacht worden waren, konnte also keine Rede sein. Vgl. Streit, S. 168.
Ludwig Golubowitsch, der sich in der Besatzungszeit zu einem ranghohen Kollaborateur der Deut-
schen entwickelte, berichtete in den fünfziger Jahren, nach seiner Gefangennahme bei Wjasma seien
aus einer Kolonne von 500 bis 600 Gefangenen, in der er marschierte, die Hälfte, darunter fast alle
Verwundeten, auf dem Weg vom Auffanglager zum Dulag erschossen worden. BAK OstDok 13/507,
Bl. 52.

386 Streit, S. 168 f.

387 49 Fuhrwerke waren mitgeführt worden, um die Marschunfähigen aufzuladen. Nach 7 km Wegstrecke
mußten bei Kamenka jedoch alle Gefangenen von den Fuhrwerken absteigen, und es wurde erklärt,
wer nicht mitkomme, werde erschossen. Die Zeugenaussage bezieht sich auf die folgende Strecke bis
Boguschewka. Vgl. Vern. P. M. Bogdan v. 25. 1. 1946, in: Beluga, S. 363. Siehe auch die Schilderung des
Anwohners Ales Adamowitsch (Vorwort, in: Eine Schuld, S. 16); Vern. N. N. A., StA Berlin 3 PKs 1/62,
Bd. 42, Bl. 75.

388 Einige Zeugen sprachen gegenüber sowjetischen Ermittlungsbehörden sogar von 60000 bis 100000
Erschossenen, was übertrieben erscheint. Vgl. Kohl, S. 78 f., und ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1.
Auch in einem deutschen Verfahren machte ein Zeuge eine ähnliche Aussage: das LSchBtl 473 habe
zwischen Herbst 1941 und Herbst 1943 »etwa 10000 Kriegsgefangene, Juden und Zivilisten erschos-
sen«. Vern. A. L. v. 9. 11. 1964, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 27 f. Im engeren Stadtgebiet von Minsk kom-
men als Beerdigungsorte vor allem die Massengräber im südlichen Bereich des Kultur- und Erholungs-
parks mit etwa 10000 Toten, die aber zum Teil im Lager an der Puschkinkaserne durch Hunger
umgekommen waren, und auf dem Kalvarija-Friedhof (5000 Menschen) in Frage. Vgl. Akte »Im Juli
1944«, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bl. 136; »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR
38, BA F 16030; Vern. Alexander Nikandrowitsch Rasumow (Friedhofswärter) v. 20. 7. 1944, ZStA
Minsk 845–1–62, Bl. 55; Aufstellung in: Schlootz, S. 75.

stritten (Minsk).³⁸⁹ Daneben wurden Widerstand und – völkerrechtswidrig – Fluchtversuche als Grund angegeben. Ende Juli 1941 metzelten Einheiten der 403. Sicherungsdivision 94 Kriegsgefangene bei einem Fluchtversuch nieder. »Wegen Widergesetzlichkeiten und bei Fluchtversuchen« waren es in der Kriegsgefangenenensammelstelle Sluzk zur gleichen Zeit rund 30 Todesopfer. Ende November 1941 wurden wegen eines angeblichen Überfalls auf die Wachmannschaften im Stalag 351 (Glebokie) 200 Mann erschossen.³⁹⁰ All das steht sicherlich für zahlreiche weitere Fälle. Solche Handlungen waren direkt auf verschiedene Hetzbefehle hinsichtlich der Bewachung sowjetischer Gefangener zurückzuführen, so auf v. Kluges Armeebefehl Nr. 3 vom 29. Juni 1941, auf den Befehl des OKH vom 25. Juli, auf den OKW-Befehl vom 8. September (»Waffengebrauch gegenüber sowjet. Kr.Gef. gilt in der Regel als rechtmäßig«) und Reineckes Ausführungen in Warschau am 4. September 1941.³⁹¹ Die entsprechenden Richtlinien wurden von den Kommandeuren der Kriegsgefangenen im Ostland Gaissert und Pawel 1942 wieder aufgefrischt.³⁹²

Auch Eisenbahntransporte dienten zur Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener. Noch Mitte Dezember 1941 fanden sie teilweise in offenen Güterwaggons statt,³⁹³ wobei entsprechend viele Gefangene erfroren. So sind bei einem Bahntransport Bobruisk-Minsk Mitte November 1941 »20 % gestorben (von 5000 Mann = 1000 Mann)«. ³⁹⁴ Das war kein Einzelfall. An der Station Koljatitschi zwischen Bobruisk

³⁸⁹ Vgl. Akt Nr. 11 über die Vernichtung von Kriegsgefangenen durch die Faschisten in Gomel, IfZ Fb 101/36, und Brief K. S. v. 8. 10. 1941, BfZ, Slg. Sterz; teilweise abgedruckt in: Buchbender/Sterz, S. 170. Der betreffende Zeuge, ein Inspektor bei der Eisenbahn, fügte hinzu: »Man muß sie so behandeln, sonst wird man ihrer nie Herr. Die Russen wurden bisher durch Angst regiert, das geht auch jetzt nicht anders. Sie sind keine Menschen mehr, sondern vertierte Horden.«

³⁹⁰ Tagesmeldungen Berück Mitte v. 31. 7. 1941, BA-MA WF-03/13303, Bl. 340; allerdings verbot der Kommandeur der 403. Sich.Div., GenMaj v. Dittfurth, daraufhin, bei Fluchtversuchen wahllos auf die Kolonnen zu schießen: KTB 403. Sich.Div. v. 31. 7. 1941, BA-MA (BAArchP)F 58401, Bl. 49. Ferner Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 31. 7. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 819f.; Vern. W. F. (undatiert) ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1, Bl. 27f. Zum Völkerrecht hinsichtlich der Fluchtversuche Friedrich, S. 441f.

³⁹¹ Vgl. AOK 4, Armeebefehl Barbarossa Nr. 3 v. 29. 6. 1941, BA-MA WF-03/15648, Bl. 2321, und Vern. G.R. v. 23. 1. und 20. 3. 1967, ZSt Dortmund 45 Js 9/64, Bd. 11, Bl. 47f. und 97f. (der Befehl, alle Rotarmisten zu erschießen, die im Besitz von Rasierklingen waren, wurde in Minsk durchgeführt); OKH, Gen zbV beim ObdH, Az. 453/Gr.Rwes Nr. 1332/41geh. (gez. Müller), in: N. Müller 1982, S. 106–109; OKW/AWA/Kriegsgef.(I), Betr.: Anordnungen für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener v. 8. 9. 1941 mit zwei Anlagen, Nbg. Dok. EC-338, ZStA Moskau 7445–2–108, Bl. 398–408 (Teilabdruck in: Jacobsen 1967, S. 218–220); Kgf.Bez.Kdt. J, Bericht über die Besprechung bei Chef A.W.A. in Warschau am 4. 9. v. 6. 9. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 789–791. Zu Reineckes Rolle auch Vern. Otto Bräutigam v. 4. 8. 1948, Fall 12, Protokoll Bl. 8956f., und Vern. Erwin Lahousen v. 11. 2. 1948, Bl. 435ff., BA F 53919 bzw. 53916. – Diese Befehle bilden nicht unbedingt einen Widerspruch zu der oben gemachten Aussage, daß sich eine Reihe von Truppenführern gegen Gefangenenerschießungen auf Märschen wandten. Es handelte sich um zwei verschiedene Sachverhalte. *Alle* genannten Befehle gegen jene letztere Form von Hinrichtungen enthielten die Anweisung, bei Widerstand und Fluchtversuchen sofort und schonungslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

³⁹² Vgl. Kdr. der Kgf. beim WBfh. Ostland v. 8. 9. 1942, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 179f. (Wachsoldaten wurden zur Verantwortung gezogen, wenn sie nicht gegen Gefangene, die mit ihrer Arbeitskraft zurückhielten, »Bajonett, Kolben oder Schußwaffe« anwandten), und Vern. F. H. (Hilfssoffizier beim Ia des Kdr. d. Kgf. Ostland) v. 19. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 5, Bl. 76. Siehe auch Müller/Vestermanis, S. 25.

³⁹³ Vgl. Rosenberg, S. 18f., der seine entsprechende Beobachtung am Abend des 11. 12. 1941 machte.

³⁹⁴ Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 22. 11. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 752. Siehe allgemein Streit, S. 162–166.

und Minsk wurden allein in einer Nacht im November 1941 600 Tote ausgeladen; bei einem Transport Gomel-Bobruisk starben 200 von 600 Gefangenen; bei weiteren waren es ähnlich viele.³⁹⁵ Es ist unklar, ob diese Sterbeziffern, ebenso wie jene auf den Märschen, überhaupt in die damaligen entsprechenden Gesamtstatistiken eingeflossen sind oder noch dazu addiert werden müssen. Die Grenze zum *offenen* Massenmord war fließend. Gefangene wurden in kurzer Zeit durch eine Reihe von Lagern gehetzt, was ihre Überlebenschancen verminderte. Besonders klar wird der gezielte Vernichtungscharakter, wenn man die Vorgänge auf den Ankunftsbahnhöfen berücksichtigt. Der stellvertretende Kommandant des Dulag 131 (Bobruisk), Languth, ließ einen aus 17 Waggonen bestehenden Transport aus Baranowitschi für zwei Tage auf ein Abstellgleis schieben, bis so gut wie alle Insassen erfroren waren.³⁹⁶ Es wurden nicht einfach nur die während der Fahrt Gestorbenen als Leichen ausgeladen; Güterbahnhöfe wurden zu Hinrichtungsstätten. Erschienen Gefangene beim Ausladen der Züge zu langsam oder undiszipliniert, wurden sie zum Beispiel in Bobruisk erschossen. An der Eisenbahnstation Lesnaja beim Stalag 337 in der Nähe von Baranowitschi wurden die Schwächsten aus den eintreffenden Bahntransporten ausgewählt, ermordet und in vorbereitete Gruben geworfen. Am Minsker Güterbahnhof sollen 5000 bis 20000 Kriegsgefangene auf diese Weise von der zweiten, dritten und vierten Kompanie des Landeschützenbataillons 332 auf Befehl bestimmter nicht sehr ranghoher Offiziere, so eines Oberleutnants, erschossen worden sein.³⁹⁷ Die Täter kamen von der Wehrmacht. *Diese* Verbrechen sind in der deutschen Forschung bisher praktisch unbeachtet geblieben.

c) Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener

Deutsche Soldaten und Polizisten erschossen sowjetische Kriegsgefangene in Weißrußland zu Tausenden, weil sie nicht schnell genug zugrunde gingen. Das geschah nicht nur anlässlich von Transportbewegungen, sondern die Opfer wurden auch direkt aus den Gefangenennagern herausgeholt, um ermordet zu werden.

Die westdeutsche Forschung hat in dieser Hinsicht im wesentlichen allein die Morde an sowjetischen Kriegsgefangenen, die in Konzentrationslager der SS ver-

395 Anatoli Olejnik, In gemeinsamer Front, in: In den Wäldern Belorußlands, S. 187; Vern. Carl Languth (Januar 1946), StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 70; Akt Nr. 11 über die Massenvernichtung sowjetischer Kriegsgefangener durch die Faschisten in Gomel, IfZ Fb 101/36.

396 Vern. P. M. Bogdan v. 25. 1. 1946, Archiv P. Kohl, abgedruckt in: Beluga, S. 363 (offenbar war Bogdan erneut zum Abtransport der Leichen eingesetzt, der einen ganzen Tag dauerte). Auf eine absichtliche Handlung deutet auch der Umstand hin, daß der Transport von Baranowitschi kam, also nach Osten gebracht worden war. Ferner Erinnerungen Alexander Abugov, in: Porter, S. 135. Abugov durchlief 1941 binnen vier Monaten sechs Gefangenennager, darunter Brest und Kobryn.

397 Vern. Carl Languth v. 25. 1. 1946, Archiv P. Kohl; pers. Mitt. K. Wafner v. 3. 8. 1992; Kohl, S. 53 (Baranowitschi) und v. a. S. 78f. (Minsk); Vern. G. H. (undatiert) und eigenhändige Niederschrift K. H. v. 22. 8. 1945 (bei *einem* Transport 200 bis 300 Opfer) sowie H. U. (undatiert/am 27. 10. 200 von 3000 Mann am Bahnhof erschossen), BStU AS 74/67, Bd. 3, Bl. 32–34, 46, 56 und 64 (alles Angehörige des ausführenden L.Sch.Btl. 332); J. S. v. 21. 1. 1967, Bl. 245 (zu Baranowitschi); Vern. G. H. und K. K. v. 8. 5. und K. H. v. 10. 5. 1945, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1; Vern. W. A. S. (Januar 1946), StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 76. In der Niederschrift der Vernehmung des deutschen Zeugen K. heißt es: »Nach Meinung des Zeugen konnte jeder Soldat der 2., 3. und 4. Kompanie [des L.Sch.Btl. 332] selbständig über das Schicksal eines russischen Kriegsgefangenen entscheiden.«

schleppt wurden, zur Kenntnis genommen. Nach vorhandenen Forschungen starben dort, soweit nachvollziehbar, rund 50000 gefangene sowjetische Soldaten. Noch einmal so hoch muß man die Dunkelziffer schätzen.³⁹⁸ Die Überstellungen in die Konzentrationslager begannen um die Monatswende August/September 1941.³⁹⁹ Den Befehl, Hinrichtungen ausgesonderter Gefangener nur noch in Konzentrationslagern in der Nähe des jeweiligen Stalags vorzunehmen, soll Heydrich bereits am 27. August 1941 gegeben haben.⁴⁰⁰ Nach der Einigung mit dem OKW im September wurden ab Oktober 1941 auch sowjetische Gefangene in die KZ eingeliefert, die für die Zwangsarbeit vorgesehen waren. Sie starben fast alle an Hunger und Quälereien und sind in den oben genannten Zahlen enthalten. Dies zum Reichsgebiet; in Weißrußland sind sowjetische Kriegsgefangene in Lagern von SS und Polizei nur für Trostinez belegt, im Herbst 1942 etwa 200. Vielleicht wurde ein Transport von Gefangenen aus Minsk nach Treblinka zur Vernichtung gebracht.⁴⁰¹

In diesen Zusammenhang gehört auch die Aktion »Hühnerfarm«, die hier kurz gestreift werden soll, obwohl sie bei Biała Podlaska, 30 Kilometer westlich von Brest in Polen, damals Generalgouvernement, stattfand. Dort erschöß die 2. Kompanie des Polizeibataillons 306 zwischen dem 21. und 28. September 1941 mindestens 6000 Gefangene (bereits am ersten Tag 3261), weil das Lager (Stalag 359 B in Kalilow) wegen einer Ruhrepidemie aufgelöst werden sollte. Den Kompanieangehörigen wurde bei der Befehlsausgabe erklärt, »daß die Ernährungslage der russischen Gefangenen Schwierigkeiten bereiten würde und daß man nicht mehr in der Lage wäre, die Masse der Gefangenen zu ernähren«. Die Zahl der Ermordeten der Aktion »Hühnerfarm« wurde unter der Rubrik »gelegte Eier« weitergemeldet.⁴⁰² Dieser Massenmord ist bereits bekannt, aber von seinem Zweck ist bisher keine Notiz genommen worden.⁴⁰³ Bemerkenswert ist wiederum der Zeitpunkt, der wie auch die Geschichte der Über-

398 Vgl. Streim 1981, S. 99–127, 226–233 und 244; Vermerk ZStL (Streim) v. 23. II. 1965 in ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bd. I, Bl. 24–27; Streit, S. 339, Anm. 63.

399 In Sachsenhausen am 31. 8., in Auschwitz am 2. 9. 1941. Vgl. Vortrag Wachtang Chatschapuridse auf Grund der Tagebuchaufzeichnungen des Häftlings Emil Brügge, in: Faschistischer Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen, S. 27f.; Halgas, S. 167f.; Piper, S. 117f.

400 Siehe Iwaszko, S. 49.

401 Vgl. Safrian, S. 187, und Vern. A. K. v. 29. 7. 1965, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Beiakte H., Bl. 51–56. K., Angehöriger des L.Sch.Btl. 973, hatte zu unbestimmtem Zeitpunkt einen aus 45 Waggons bestehenden Transport sowjetischer Gefangener aus Minsk nach Warschau zu begleiten, die nach seinen Angaben kurz vor Warschau von der SS entladen und weggeführt wurden.

402 Hierzu die Erkenntnisse des Verfahrens ZStL II 204 AR-Z 393/59, besonders Vern. F. A. v. 8. 5., J. J. v. 9. 5., A. R. v. 21. 5. und F. B. (Ruhrepidemie) v. 7. 6. 1962, Bl. 1092ff., 1101ff., 1164, 1223; Vermerk Hess. LKA v. 11. 7. 1962, Bl. 1332; Vern. W. W. v. 19. 9. 1962, Bl. 1714ff.; A. A. v. 11. 10. 1962, Bl. 2209–2212 (Statistiker des Stalag 359 B; die Gefangenen lebten in Erdhöhlen – in jeder 300 bis 400 Mann, insgesamt 50000; am ersten Tag des Massakers wurde ihm mitgeteilt, die Zahl der Getöteten betrage 3261, was er in seinen Kalender eintrug); Vern. H. P. v. 6. 7. 1964, Bl. 3783 und A. K. v. 3. 11. 1964, Bl. 4113 (Zitat im Text); Anklageschrift StA Frankfurt/M. 4 Js 901/62 v. 28. 3. 1968, Bl. 4622; Vern. B. P. v. 13. 2. und W. M. v. 10. 2. 1969, Bl. 4681f. und 4690ff. Den Geheimhaltungscode erwähnten mehrere Zeugen.

403 Vgl. Streit, S. 94 und 339, Anm. 65. Streit vermengt diese Tat mit Aussonderungen von Juden und Kommisaren im gleichen Lager vom Juli an, also Erschießungen politischer Gegner, und schildert isoliert davon Situation, Massensterben und Verlagerung des Lagers in Biała (S. 174). Ferner Lichtenstein 1990, S. 175–186.

stellungen in die Konzentrationslager für eine Verschärfung der Vernichtungspolitik gegenüber den sowjetischen Gefangenen im September 1941 spricht.

Doch das war nicht alles. Entgegen den herkömmlichen Darstellungen begingen SS- und Polizeieinheiten solche durchorganisierten Massaker an sowjetischen Kriegsgefangenen nicht allein. In Weißrußland stellten statt dessen meist Wehrmachteinheiten die Täter, und der Mord an als nicht mehr brauchbar erachteten Gefangenen war gewissermaßen normal. So kam es in einer Reihe von Lagern zur turnusmäßigen Vernichtung kranker Internierter. Im Stalag 324 (Lososna bei Grodno) wurden einmal pro Woche Kranke erschossen; in Gomel die Schwächsten, die sich nicht mehr dagegen wehren konnten, im Winter nach draußen mit den Toten auf die Leichenhaufen geworfen, von speziellen Kommandos die tagsüber in den Baracken gebliebenen Gefangenen hingerichtet; im Lazarett in Minsk ermordete das Personal Kranke mit Giftinjektionen; im Dulag 131 (Bobruisk) und in Polozk wurden kranke Gefangene erschossen; im Außenlager Stolbzy »verschwanden« Kriegsgefangene mit Erfrierungen dritten Grades.⁴⁰⁴ Das lag noch etwas unterhalb der Schwelle derjenigen Lösung, die der Abteilungsleiter Gesundheit beim GK Weißruthenien, Dr. Weber, vorgeschlagen hatte, nämlich alle vom Fleckfieber betroffenen Gefangenen im Stalag 342 (Molodetschno) sofort zu erschießen (mehrere tausend), was die Wehrmacht im Winter 1941/42 ablehnte. Allerdings fanden entsprechende Vernichtungsaktionen, bei denen die Insassen ganzer Baracken erschossen wurden, im darauffolgenden Winter in den Lagern Daugavpils und Rezekne in Lettland statt.⁴⁰⁵ Wehrmachteinheiten oder ihre Werkzeuge begingen solche Massenverbrechen bis zur letzten Minute. Auf dem Rückzug wurden die Gefangenen mitgeführt, diejenigen aber, die marsch- und arbeitsunfähig waren, nicht etwa dem Gegner überlassen, sondern ermordet. In Gomel wurden 600 Kranke Anfang November 1943 in ein Krankenhaus verlegt und mit diesem in die Luft gesprengt. Auf einem Marsch von Minsk nach Mariampol Ende Juni 1944 brachten weißrussische, litauische und ukrainische Schutzmannschaften 1700 von 3000 Gefangenen einer Kolonne um.⁴⁰⁶

Aus Zeugenaussagen und durch die Exhumierung von Massengräbern kann man erschließen, daß über die ganze Besatzungszeit verteilt Massaker an sowjetischen Kriegsgefangenen stattfanden, allerdings erst mit dem Herbst 1941 beginnend. Die Motivation ist dabei meist unbekannt, doch dürfte es sich in der Regel darum gehandelt haben, Kranke zu ermorden oder Versorgungsprobleme zu »lösen«:⁴⁰⁷

404 Vgl. Vern. W. K. v. 18. 11. 1963, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6175; Akt Nr. 11 über die Massenvernichtung sowjetischer Kriegsgefangener durch die Faschisten in Gomel, IfZ Fb 101/36; Vern. Eberhard Herf und Carl Languth (Januar 1946), StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 54 und 77; Untersuchungsbericht Polozk (undatiert), ZStA Minsk 861-I-13, Bl. 11; Fragment der Aussage eines Überlebenden aus dem Lager Stolbzy, ZStL UdSSR Bd. 422, Bl. 760f.

405 »Als Ausgangspunkt für das in Weißruthenien aufgetretene Fleckfieber ist das Stalag Molodetschno ermittelt worden. Trotz des Vorschlags der Gesundheitsabteilung des Generalkommissariats sind die vom Fleckfieber betroffenen Gefangenen nicht sofort erschossen und das Lager nicht hermetisch abgeriegelt worden. Angeblich ist dies aus Gründen des Arbeitseinsatzes nicht möglich.« EM 144 v. 10. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3375. Zum Winter 1942/43 Vern. Bruno Pawel v. 1. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 73f. Pawel sprach in diesem Zusammenhang von mehreren zehntausend Toten.

406 Vgl. Akt Nr. 11 über die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener durch die Faschisten in Gomel, IfZ Fb 101/36, und StA Nürnberg-Fürth 12 Js 300/67, Einstellungsverfügung, Bl. 1884–1886.

407 Vgl. Akte der außerordentlichen Kommission des Rayons Puchowitschi v. 27. und 28. 9. 1944, ZStL II 202

Tabelle 18: Beispiele für Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener in Weißrußland

Tatzeit	Tatort	Zahl der Opfer	Bemerkungen
10. 8. 1941	Puchowitschi	32	Täter »Militärpolizei-Abteilung« (GFP?)
Oktober 1941	Usda	48	Täter SS-Kommando
Oktober 1941 um den 23. 10. 1941	bei Stalag 352 (Minsk) Neswish	2000–8000 knapp 3000	dauerte drei Tage etwa gleichzeitig mit Judenvernichtung durch OK (707. Inf.Div.)
25. 10. 1941	Puchowitschi	60	Täter wie 10. 8.
Dezember 1941	Marina Gorka	300	Opfer wurden verbrannt
Februar 1942	Stalag 352 (Minsk)	550 und 375	Täter Wehrmacht
11./12. 4. 1942	Slonim	690	
10. 7. 1942	Puchowitschi	90	Täter wie 10. 8. 41
August 1942 1942	Stalag 352 (Minsk) Hansewitschi	600 mindestens 60	drei Aktionen, Täter: Ortskommandantur gleichzeitig 84 Zivilisten erschossen
10. 8. 1943	Bolschije Tschutsche- witschi, R. Luniniež	146	mit MG durchgeführt
unbekannt	Glebokie	?	
unbekannt	Lojew	404	

Es gab allerdings auch das Morden zum Spaß, aus Sadismus, so im Gebiet Lida, wo sonntags Schießübungen auf Gefangene veranstaltet wurden.⁴⁰⁸ Man benutzte auch andere, besonders sadistische Tötungsarten wie medizinische Versuche am lebenden Menschen (Baranowitschi, Bobruisk),⁴⁰⁹ Strafappelle (einer von sieben Stunden Dauer kostete im Stalag 352 bei Minsk 200 Menschenleben) und besonders die Methode, Gefangene im Winter im Freien erfrieren zu lassen, teils nachdem man sie vor-

AR-Z 179/67, Dok.Bd. 1, Bl. 62–73; Akt der Untersuchungskommission für den Bezirk Usda v. 29. 10. 1944, Sonderarchiv Moskau 1525–1–473, Bl. 127–129; Auskunftsbericht Nr. 269/68 (sowjetischer Herkunft), BStU AS 74/67, Bd. 1, Bl. 214, Kohl, S. 88, und Akte »Im Juli 1944«, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bl. 135; Auszug aus dem Akt der Stadt Neswish v. 4. 2. 1945, Sonderarchiv Moskau 1525–1–473, Bl. 295–299; Vern. O. I. A. (Januar 1946), StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 26; handschriftliche Niederschrift K. S., Stargard den 29. 2. 1944 (!), BStU AS 74/67, Bd. 3, Bl. 84; Erlebnisbericht S. S., StA München I 113 Ks 1/65a–b, Bl. 737; eigenhändige Niederschrift H. U. (undatiert, vermutlich 1945, L.Sch.Btl. 332), BStU AS 74/67, Bd. 3, Bl. 35 und 37; Vermerk ZStL v. 22. 8. 1967 und Brief H. W. v. 23. 3. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a–b, Bl. 1453 und 3909; Akt der Untersuchungskommission Rayon Luniniež v. 10. 4. 1945, ZStL II 204 AR-Z 393/59, Bl. 4980; Untersuchungsbericht Rayon Lojew v. 28. 8. 1944, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bl. 181; Vern. E. Z. v. 28. 3. 1966, StA Hannover 2 Js 388/65, Bl. 2261.

⁴⁰⁸ Siehe Vern. J. D. v. 17. 12. 1962, StA Mainz 3 Ks 1/67, Akte Landesgericht Wien, Bl. 36. Zu weiteren Fällen Golubowitsch, Weissruthenien unter deutscher Besatzung 1941–1944, BA OstDok 13/507 (Wjasma); Körner-Schrader, S. 66f. (Biala Podlaska).

⁴⁰⁹ Siehe Kohl, S. 54; über die Aktivitäten des Beratenden Hygienikers der 9. Armee, Prof. v. Bormann, Vern. Carl Languth (Januar 1946), StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 70, und Streit 1995, S. 82.

her mit Wasser übergossen hatte (Bobruisk, Gomel, Minsk, Marina Gorka). Ziel dabei war oft wiederum die Vernichtung der Kranken.⁴¹⁰ Die Zahl der Opfer zu nennen, ist nicht möglich.

Drei Mordaktionen sollen hier herausgegriffen und hervorgehoben werden, die etwas weniger als die anderen wegen fehlender Quellen im Dunkel bleiben müssen. Im Stalag 337 (Lesnaja) wurden zwischen März 1942 und August 1943 Kommunisten, Kommissare und sogenannte politisch unzuverlässige Kriegsgefangene ausgesondert und entweder erschossen oder – mehrere Male – in Gaswagen erstickt. Allein im August 1942 waren es 720 Offiziere, die von der Sicherheitspolizei aus Vergeltung dafür umgebracht wurden, daß sich ein Offizier geweigert hatte, Kollaborateur der Deutschen zu werden.⁴¹¹ Dabei muß es sich um Fahrzeuge der KdS-Außenstelle Baranowitschi gehandelt haben, die hierbei mit der militärischen Abwehr zusammenarbeitete. Zu den Opfern gehörten aber auch Kranke und besonders häufig Offiziere, die in Lesnaja speziellen Mißhandlungen ausgesetzt waren. Über sie hatte das OKW Anfang September 1941 verfügt: »Offiziere werden vielfach als »politisch Unerwünschte« der Aussonderung unterliegen«, und damit den zuständigen Kommandos von Sicherheitspolizei und SD eine Empfehlung gegeben, den Kreis der Mordopfer sehr weit zu ziehen.⁴¹²

Im Raum Minsk kam es im Januar 1943 zur größten Erschießung sowjetischer Kriegsgefangener auf weißrussischem Boden. Nach Aussagen mehrerer Zeugen, insbesondere des deutschen Mittäters Alois Heterich, wurde das 3. Bataillon des Infanterieregiments 595 während eines Transports der 327. Infanteriedivision nach Krasnodar Ende Januar 1943 in Minsk ausgeladen und hatte in drei Nächten Ende Januar oder Anfang Februar 10000 Personen, meist Kriegsgefangene aus einem Lager am Güterbahnhof, einige Kilometer von dort entfernt zu erschießen. Allein Heterichs Zug habe 1500 Mann hingerichtet.⁴¹³ Angeblich fanden in den Folgetagen noch Massentötungen durch Gaswagen statt. Die Opfer (unter ihnen nach dem Exhumierungsergebnis auch ein geringer Anteil Zivilisten, darunter Frauen) wurden durch Genickschuß ermordet und trugen Uniformen der sowjetischen Panzertruppe. Die Zahl der Toten im Massengrab von Uretschje

⁴¹⁰ Im Juli 1944, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bl. 135; Vern. K. H. v. 10. 5. 1945, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1; Vern. P. M. Bogdan v. 25. 1. 1946, in: Beluga, S. 362; Akt Nr. 11 über die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener durch die Faschisten in Gomel, IfZ Fb 101/36; Vern. W. S. v. 10. 9. 1945, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 2, Bl. 355–357; Vern. J. P. S. v. 29. 9. 1944, ZStL 202 AR-Z 179/67, Bd. 2, Bl. 138–140.

⁴¹¹ Vgl. Vern. B. A. M. v. 4. und 6. 2. 1967, Vern. J. S. S. ohne Datum und v. 23. 1. 1967, Vern. A. G. K. v. 5. 4. 1967, Vern. J. I. S. v. 18., 15. und 17. 7. 1967 sowie S. S. N. v. 7. 2. 1967, BStU AS 74/67, Bd. 2, Bl. 170–172, 179f., 191, 195, 261, 266, 293, 302, 306f., 330 (darunter ehemalige Kollaborateure, deren Aussagen zu den Gaswagen unzweifelhaft sind); Kohl, S. 54; Untersuchungsbericht Stadt Baranowitschi v. 1. 1. 1945, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Hilfsakten; abgedruckt in: Beluga, S. 263; Romanowski u. a., S. 19.

⁴¹² Anordnung für die Behandlung sowjetischer Kr. Gef. in allen Kriegsgefangenenlagern. Anlage zu OKW/AWA/Kriegsgef.(I) v. 8. 9. 1941, Nbg. Dok. EC-338, abgedruckt in: Jacobsen 1967, S. 220. Zum Schicksal der kriegsgefangenen Offiziere in Weißrußland liegen sonst kaum Informationen vor.

⁴¹³ Siehe Vern. Alois Kilian Heterich v. 15. 12. 1945 und ders. v. 7. 1. 1946 (hier zum Folgenden: Gaswagen), ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1; Vern. K. P. K., A. F. M. und E. N. T. v. 20. 12. 1945, ebd.; Kohl, S. 79; Vern. Heterich und K. (Januar 1946), StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 65f.; Vern. Heterich v. 28. 12. 1945, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Heft Abgabebericht/Sonderbd. 1, Bl. 39.

6 Kilometer östlich Minsk, die mit Rücksicht auf Zeugenaussagen von den sowjetischen Behörden auf 30000 geschätzt wurde, betrug nach der Beschreibung der Massengräber zu urteilen etwa 12500.⁴¹⁴ Über das Motiv für die Tat sind nur Spekulationen möglich.⁴¹⁵

Die berüchtigtste Massenvernichtungsaktion gegen sowjetische Kriegsgefangene fand am 9. November 1941 in Bobruisk statt. Ihr Ablauf ist umstritten. Fest steht, daß am Nachmittag jenes Tages ein mit 17000 Gefangenen vielfach überbelegtes Kasernengebäude der Bobruisker Zitadelle, damals genutzt vom Lager III des Dulag 131, Feuer fing. Eine unbekannte Anzahl von Gefangenen wurde bei der entstehenden Panik zerdrückt, totgetrampelt, erstickte oder verbrannte. Weitere 1700 Gefangene wurden von Einheiten des Infanterieregiments 692, das zuvor MG-Nester um den Vorplatz postiert hatten, wegen angeblicher Ausbruchsgefahr durch Salven in die Menge erschossen.⁴¹⁶ Nach den Aussagen des in Minsk angeklagten stellvertretenden Lagerkommandanten Languth wurde der Brand auf Befehl des ehemaligen Kriegsgefangenen-Bezirkskommandanten K, Oberst Sturm, von deutscher Seite unter strenger Geheimhaltung auf dem Dachboden des Gebäudes gelegt, um einen Anschlag und Ausbruchversuch vorzutäuschen. Nur Languth und der Dulagkommandant v.

414 Es handelt sich um zehn Massengräber mit einer Grundfläche von 24 mal 5 Metern, in denen Leichen in drei Reihen und sieben Schichten übereinander aufgefunden wurden. Vgl. Akt v. 13. 8. 1944, Stadt Minsk, Sonderarchiv Moskau 1525-1-473, Bl. 309-316; »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR-38, BA F 16030. Nach Heterich (wie Anm. zuvor) sollen in den vier Tagen nach der Erschießung 20000 Gefangene in Gaswagen umgebracht worden sein. Das war jedoch in diesem Ausmaß von der Kapazität dieser Mordwerkzeuge her gar nicht möglich (siehe Kap. 7.6).

415 Der Termin (Januar) könnte auf Versorgungs- und Transportschwierigkeiten hinweisen. Andererseits wäre ein Zusammenhang zum Ende der Schlacht von Stalingrad, also eine Art Racheakt, denkbar. – Alfred Streim (1981, S. 285) hat mit Berufung auf ein bundesdeutsches Ermittlungsverfahren behauptet, eine solche Aktion hätte nicht stattgefunden. Zur angegebenen Zeit habe sich die betreffende Einheit noch in Frankreich befunden. Heterich (der in Minsk mit einer Freiheitsstrafe davonkam) habe nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik angegeben, seine Aussagen seien unter Folter erpreßt worden und falsch. Die Glaubwürdigkeit dieses Widerrufs muß dahingestellt bleiben. Streim geht nicht darauf ein, woher die Toten aus dem Massengrab bei Uretschje wohl gekommen sind. Was den Aufenthalt der 327. Inf.Div. angeht, so ist ihr Transport, der sie von Frankreich tatsächlich über Minsk nach dem Kaukasus führte, nicht voll zu rekonstruieren. Teile der Division und anscheinend auch des 3. Btl. scheinen aber wirklich einen unplanmäßigen Aufenthalt in Minsk gehabt zu haben, freilich zwei Wochen später als in Heterichs Aussagen angegeben. Vgl. KTB 327. Inf.Div. v. 6.-13. 2. 1943, BA-MA RH 26-327/28 sowie /29 (Anlagen), besonders Ein- und Ausladeübersicht v. 29. 1. 1943 und Tagesmeldung 327. Inf.Div. v. 15. 2. 1943.

416 Nach KTB 339. Inf.Div. v. 9. 11. 1941 »versuchten die 17000 in den Lagerhof evakuierten Kgf. mehrmals auszubrechen. Durch vorausgegangene [sic] Verstärkung I.R. 692 wurden einige hundert Kriegsgefangenen bei diesen Ausbruchversuchen erschossen.« BA-MA (BArchP)F 59239, Bl. 181. Vgl. Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht durch Oberst Marschall v. 22. 11. 1941 (Besichtigung am 21. 11.): »Der Hergang des Brandes wird vom Abwehroffizier Hptm. Heinrich erläutert. Der Brand ist an zwei verschiedenen Stellen von Terroristen gelegt worden. Um den geplanten Ausbruchversuch zu verhindern, wurde die ganze Nacht mit MG. Sperrfeuer geschossen[,] wobei von den insgesamt im Lager III befindlichen 17000 Gefangenen 1700 am Mo[r]gen des 10. 10. [d.i. 10. 11.] 41 tot auf dem Platz lagen.« BA-MA WF-03/7353, Bl. 752. Im Gebäude Verbliebene: Vern. G. S. v. 21. 9. 1964, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 113. Nach der Aufzeichnung Carl Languths v. 21. 12. 1945 kam hinzu, daß »die Feuergarben [der MG] unnötig sehr breit lagen« (Archiv P. Kohl). Wegen des schlechten Wetters hätten viele Gefangene auch zunächst nicht aus der Unterkunft heraustraten wollen, so daß sie die Treppenhäuser verstopften.

Roeder sollen von der Dulagmannschaft eingeweiht gewesen sein.⁴¹⁷ Die westdeutsche Justiz übernahm hingegen die offizielle Darstellung in den Wehrmachtberichten, wonach es sich um einen Aufstandsversuch der Gefangenen gehandelt habe und die deutsche Reaktion maßvoll und rechtmäßig gewesen sei. Bei genauerem Hinschauen erweist sich die Argumentation der zuständigen deutschen Staatsanwaltschaft zumindest als schludrig und nicht den Tatsachen entsprechend.⁴¹⁸ Die weißrussische Version, die realistisch von insgesamt 4000 Toten ausgeht,⁴¹⁹ ist nicht bewiesen und enthält Widersprüche, erscheint aber insgesamt schlüssiger,⁴²⁰ besonders wenn man das Umfeld dieser Vorgänge beachtet. Am Morgen des 7. November 1941, vor Ausbruch des Brandes, wurden 3000 Gefangene nach Sluzk weggeführt, von denen die Wachmannschaften bis zum Marschkilometer 20 nicht weniger als 729 ermordeten. Den Verbleib der enormen Zahl der Gefangenen in Bobruisk (60000) wie die bis-

417 Handschriftliche Aufzeichnung Carl Languth v. 21. 12. 1945 und seine Vern. v. 25. 1. 1946, Archiv P. Kohl, abgedruckt in: Beluga, S. 356–361. Darauf basierend Ainsztein, S. 72. Ferner Untersuchungskommission Bobruisk, Bericht v. 17. 1. 1945, ZStL UdSSR Bd. 245c, Bl. 244–252. Das in allen in der UdSSR zustandekommenen Zeugenaussagen und Berichten genannte Datum des Brandes (7. 11.) ist falsch.

418 So wurde vom Datum als dem »9. November, dem Jahrestag der russischen Oktoberrevolution« gesprochen, um die Aufstandsthese zu erhärten – ohne zu beachten, daß dies der 7. November gewesen wäre, an dem die Deutschen im übrigen überall besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen hatten, tatsächlich aber nirgends in Weißrußland Aufruhr verzeichnet wurde. Die Zahl der Gebäudeinsassen wurde mit 2000 statt 17000, die Zahl der Erschossenen mit »100 bis 150 Mann« statt 1700 angegeben. Beruhigend wurde vermerkt, von dem Sicherungsregiment seien »jeweils nur kurze Feuerstöße«, und dies auch nur nach Warnschüssen, abgegeben worden. Die »Urheber dieses [Ausbruchs-]Planes« hätten nicht ermittelt werden können und seien von den Gefangenen nicht »preisgegeben« worden. Die ermittelnde StA Stuttgart kam zu ihrer Einschätzung nach »den Ergebnissen der seinerzeit im Lager durchgeführten Untersuchungen dieses Vorfalles und den insoweit übereinstimmenden Bekundungen mehrerer Zeugen«, also Mittäter. Insbesondere stellte sich die Ermittlungsbehörde nicht die Frage, warum, wenn die Gefangenen einen Ausbruch planten, sie während der Dunkelheit auf einem nicht umzäunten Platz damit so lange warteten, bis das Inf.Rgt. 692 angerückt war und die MGs in Stellung brachte. Besonders schwerwiegend ist in diesem Zusammenhang, daß einzelne Berichte aus der fraglichen Akte des Kgf.Bez.Kdt. J, die auch den Bericht mit den richtigen Zahlenangaben über Betroffene und Opfer enthielt, sich als Kopie in den Akten des Verfahrens fanden, d. h. daß die Akte der StA vorlag und sie die wahren Zahlen kannte. Vgl. ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 798ff. sowie Teileinstellungsverfügung der StA Stuttgart v. 28. 2. 1968, Bl. 822f., zitiert in: Streim 1981, S. 284f., der auf den zitierten Bericht des Kgf.Bez.Kdt. J hinweist, ohne die im von ihm ausführlich zitierten Bericht der StA angegebene Zahl der Opfer richtigzustellen. Mit keinem Wort erwähnt Streim die Aussagen Languths, überhaupt dessen Person oder dessen durch das Verfahren ansonsten aufgedeckte Verbrechen.

419 Ainsztein, S. 72. Das entsprach der Aussage von Languth v. 25. 1. 1946 (wie Anm. zuvor). Angaben sowjetischer Zeugen lagen zum Teil höher. Sie gaben aber manchmal einfach die Zahl der Lagerinsassen (17000) an.

420 So auch Messerschmidt, Minsker Prozeß, S. 563f. – Widersprüche liegen in der ungeklärten Zuständigkeit Oberst Sturms im November 1941 (siehe Anm. 8/73) und in der Frage, warum eine Vernichtungsmethode gewählt wurde, bei der ein großes Gebäude, das noch als Truppenunterkunft dienen konnte, zerstört wurde. Pläne zur Belegung der Zitadelle mit Wehrmachttruppen existierten zumindest später. Vgl. Anlage 1 zu Berück Mitte, Ia, Betr.: Einrichtung von Straßen für Dauerbelegung v. 28. 12. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 301. Seinerzeit war das Gebäude als Winterunterkunft für Gefangene »ausgebaut« und vorgesehen: Berück Mitte, Qu, Monatsbericht November v. 9. 12. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 441, und Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 30. 9. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 771–774. Foto des zerstörten Kasernengebäudes nach dem Brand mit den niedergemähten Gefangenen in: Beluga, Fototeil (S. 394); Vernichtungskrieg, S. 135. Deutsche machten am Tag nach dem Massaker Fotos der Leichen: Vern. W. N. v. 23. 1. 1975, ZStL V 319 AR 327/77, Bl. 485–490.

herige Art ihres Abtransports bezeichnete der Lagerkommandant v. Roeder am 20. November als »unhaltbar«. Das galt vor allem für die Ernährungslage. Am 7. und 8. November 1941, an den beiden Vortagen des Barackenbrandes, erschossen Angehörige des EK 8 und des Polizeibataillons 316 die letzten 5281 Juden in Bobruisk. Außerdem befanden sich nach deutschen Zeugenaussagen in der vom Brand betroffenen Baracke hauptsächlich Kranke. Was die Person Languths angeht, der im Zivilberuf Judenreferent der Gestapo Leipzig war, wurde er von seinen ehemaligen Einheitskameraden als brutaler Mörder und Exzeßtäter geschildert. Zusammengenommen drängt das den Schluß auf, daß in jenen Tagen in der Stadt Tausende »unnütze Esser« ermordet werden sollten und wurden.⁴²¹

Insgesamt erscheint der westdeutsche Forschungsstand hinsichtlich der Erschießung von Kriegsgefangenen korrekturbedürftig. Nicht Sicherheitspolizei und SD stellten die Alleintäter, sondern die meisten Gefangenenerschießungen zumindest in Weißrußland begingen Wehrmachtangehörige und -einheiten.⁴²² Das Ausmaß dieser Massenmorde ist nicht annähernd zu beziffern, war aber jedenfalls viel größer, der Vorgang systematischer als bisher angenommen. Es beruhten mehr Tötungen auf der Selektion von Kranken und Schwachen als auf der Aussonderung politischer Gegner. Andererseits wurde die übergroße Mehrheit der sowjetischen Kriegsgefangenen auf weißrussischem Boden nicht durch Erschießen, sondern durch Hunger getötet – in der »Obhut« (v. Bock) des Heeres.

8.5 Die Gesamtzahl der Opfer und die Bedeutung des Massenmordes an den sowjetischen Kriegsgefangenen

Nach offiziellen weißrussischen Feststellungen wurden auf dem Territorium dieser Republik 790596 sowjetische Kriegsgefangene ermordet.⁴²³ Auf die größten Lager bezo-

⁴²¹ Vgl. BDC, PA Carl Languth; Überfüllung des Lagers, Versorgungsschwierigkeiten und Probleme beim Abtransport: Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 22.11.1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 751; Aufzeichnung Carl Languth v. 21.12.1945, Archiv P. Kohl; Kranke: Vern. K. S. v. 31.10.1962, ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 18; Vern. L. H. v. 30.9.1964, ebd., Bl. 198; Grund Unterernährung: Vern. Carl Languth v. 25.1.1946, in: Beluga, S. 356ff.; Vern. N. K. M. v. 24.12.1975, ZStL V 319 AR 327/77, Bl. 481–484; Judenvernichtung: siehe S. 599f. in dieser Darstellung. – Theoretisch könnte der Brand auch auf illegales Feuermachen in den Baracken zurückzuführen sein, um sie zu heizen. Entsprechende Hinweise des ehemaligen Abwehroffiziers des Dulag 131, H. (ZStL 319 AR-Z 16/64, Bl. 198–202), könnte dieser jedoch als einer der am meisten von Strafverfolgung Bedrohten mit der Erfahrung eines Ic-Offiziers gegeben haben, um vorsorglich eine falsche Spur zu legen. Auch der Zeitpunkt des Aufzugs der zusätzlichen Wachkräfte spricht gegen diese Variante. H.s Aussage ist widersprüchlich; so soll das Gebäude schon geräumt worden sein, bevor der Brand bemerkt wurde. – Barackenbrände mit ernststen Folgen soll es auch im Stalag 352 (Minsk) gegeben haben. Vern. N. G. W. v. 7.9.1944, ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 150f., und KGB-Auskunftsbericht Nr. 269/68, BStU AS 74/67, Bd. 1, Bl. 214.

⁴²² Dies hat insbesondere Streim mehr oder weniger offen bestritten (1981, S. 129, 240, 284f.).

⁴²³ Nach Gebieten 157007 in Polozk, 114476 in Gomel, 101590 in Minsk, 92891 in Witebsk, 88407 in Baranowitschi, 54423 in Mogilew, 54013 in Bobruisk, 38858 in Brest, 35135 in Molodetschno, 24598 in Pinsk, 21323 in Grodno und 3120 im Gebiet Polesje. Eine andere Aufstellung weicht nur hinsichtlich des Gebiets Grodno (41330) und bei der Gesamtzahl 810091 nennenswert ab. Vgl. Gesamtangaben über die Opfer der deutsch-faschistischen Verbrechen in Weißrußland (nach Angaben der Gebietskommissionen), Juli 1945, ZStA Minsk 845-I-58, Bl. 10 bzw. 9 (undatiert).

gen, machten die weißrussischen Behörden folgende Angaben, die in der Regel durch nachvollziehbare Berechnungen anhand der Größe der Massengräber gesichert sind:

Tabelle 19: Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangener in den größten Lagern in Weißrußland ⁴²⁴

Lager	Zahl der Opfer
Bobruisk	40 000 (bis 20. 11. 1941: 14 777)
Borissow	10 052
Glebokie	27 000
Gomel	100 000
Grodno	14–20 000
Kritschew	18 000?
Lesnaja b. Baranowitschi	88 407
Minsk	109 500
Mogilew	40 000
Molodetschno	33 000
Orscha	14 000
Polozk	20 000 (über 100 000?)
Witebsk	120 000
Wolkowysk	10 000
Insgesamt	mindestens 633 000 ⁴²⁴

⁴²⁴ Bobruisk: Untersuchungsbericht Stadt Bobruisk v. 17. 1. 1945, ZStL UdSSR Bd. 245c, Bl. 244–252; vgl. Kgf.Bez.Kdt. J, Besichtigungsbericht v. 22. 11. 1941, BA-MA WF-03/7353, Bl. 752; 28 000–30 000 allein im Winter 1941/42 nach Vern. Carl Languth v. 28. 12. 1945 und 25. 1. 1946, Archiv P. Kohl; die Angabe 22 000 bei Streim 1981 (S. 248) erscheint angesichts der quellenmäßig verbürgten zu niedrig. Borissow: Allgemeiner Überblick über die Opfer der deutschen Verbrechen im Gebiet Minsk, ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 152–154; 9240 Tote nach Mitteilung der außerordentlichen städtischen Kommission v. 2. 10. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 19, Bl. 99 f. (man ging von vier Leichen pro m³ Rauminhalt der Massengräber aus). Glebokie: Kohl, S. 110; Streim 1981, S. 248; Vern. I. G. K. v. 6. 10. 1948 (Mitglied der Exhumierungskommission), ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1. Gomel: Akt Nr. 11 über die Massenvernichtung sowjetischer Kriegsgefangener durch die Faschisten in Gomel, IfZ Fb 101/36, auch ZStL UdSSR Bd. 424, Bl. 515–530 und weitere Berichte, die zwischen 17. 4. und 8. 12. 1944 entstanden, Bl. 531–543 (in den entdeckten Massengräbern befanden sich 90 000 Leichen, darunter auf einem Areal 75 000; drei Zeugen sagten aus, daß es ein Registrierbuch der verstorbenen Gefangenen gab, aus dem eine Zahl über 100 000 hervorging); siehe auch Wilhelm 1975, Anm. 240, S. 893–896. Grodno: S. A. Schukowski/N. Sokolow, Lebende Zeugen und Urkunden klagen an (Grodnoer Prawda v. 5. 3. 1966), NWSStA Detmold D 21 A, Nr. 6208; Vern. Ber Shulkes (1966), in: Documents Grodno, Bd. 4, S. 111. Protokoll der außerordentlichen Untersuchungskommission Kritschew v. 20. 11. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 19, Bl. 113 f. Lesnaja: Kohl, S. 53–55; Untersuchungsbericht Stadt Baranowitschi v. 1. 1. 1945, StA München 113 Ks 1/65a-b, Hilfsakten lose (mit ausführlichem Exhumierungsbericht; es wurden vier Tote je m³ Massengrab angesetzt; allein an zwei Stellen bei Lesnaja und Baranowitschi, wo ein Nebenlager des Stalag 337 existierte, befanden sich 44 000 bzw. 31 000 Leichen Kriegsgefangener, dazu kamen zahlreiche weitere Orte). Minsk: Schätzzahl auf Grund der Addition folgender teils überhöhter, zu korrigierender Angaben, während die Größe mancher weiterer Massengräber – insbesondere am Güterbahnhof – nicht zu ermitteln war; offiziell 119 000: Bericht über Gewalttaten im Kriegsgefangenenlager Stalag Nr. 352 in der Nähe des Dorfes Masjukowschtschina, ZStL UdSSR Bd. 424, Bl. 794–803, vgl. Bl. 818; Akt »Im Juli 1944« sowie Exhumierungsberichte, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bl. 132–138 und 139–151 (teils überhöht, vgl. danach Kohl, S. 264 f., Anm. 132); »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR-38, BA F 16030 (12 500 Leichen

In Anbetracht der Unsicherheiten im Fall Polozk, der Todesfälle in zeitweilig existierenden Lagern, Nebenlagern und vor allem auf Märschen und Transporten ist das Gesamtergebnis der weißrussischen Untersuchungskommissionen also durch Exhumierungsergebnisse weitgehend gedeckt. Im wesentlichen auf Grund von Quellenangaben wurden oben Mindestangaben gemacht, die sich auf etwa 405 000 vernichtete Kriegsgefangene summieren.⁴²⁵ Da die Quellenangaben jedoch überaus lückenhaft sind, kann damit keine Korrektur der offiziellen weißrussischen Angaben begründet werden. Soweit nachvollziehbar, sind bei der Wertung der Ausgrabungsergebnisse durch die weißrussischen Behörden meist zutreffende, selten zu hohe und im Einzelfall auch zu niedrige Zahlen angegeben worden. Eine Gesamtzahl von 700 000 ermordeten Kriegsgefangenen in Weißrußland dürfte darum nicht zu hoch gegriffen sein. Damit starben nicht weniger als 21 Prozent aller 3,3 Millionen im deutschen Gewahrsam umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen auf weißrussischem Boden. Hier lag ein Zentrum dieses Massenmords. Anders ausgedrückt: ein Drittel aller mindestens 2,1 Millionen Gefangenen der Heeresgruppe Mitte starb im ersten Durchgangsland – von Wehrmachtstrategen teils als Verbleibeland vorgesehen – Weißrußland.⁴²⁶

in Urtschje); Streim 1981, S. 248 (119 000); allein 9472 nachvollziehbare Todesfälle im Lazarett: Akt der gerichtsmedizinischen Untersuchung der Methoden der organisierten Massenvernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen im »Stalag Nr. 352«, in: Beluga, S. 197–200; 10 000 begrabene Kriegsgefangene im Erholungspark: Vern. A. N. Rasumow v. 20. 7. 1944, ZStA Minsk 845–1–62, Bl. 55. Mogilew: Schlußfolgerung Stadtkommission Mogilew v. 8. 10. 1944, ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 277–306, abgedruckt in: Klee/Dreßen, S. 186 ff., hier S. 196; Gutachten der Ermittlungskommission Mogilew v. 5. 10. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 2, Bl. 301; die von Kohl, S. 120, genannte Zahl von 78 000 Opfern scheint überhöht. Polozk: Auszug aus den gesammelten Aussagen über die Vernichtung von Kriegsgefangenen, ZStA Minsk 861–1–13, Bl. 11 (Zeuginnen sprachen auf Grund von Gerüchten von 20 000–38 000 Opfern; die Grundlage der genannten Gesamtzahl – über 100 000 – ist unklar); vgl. Vorhalte in der Vern. Wolfgang v. Dittfurth v. 7. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, A. 9, Bl. 123 (danach im Winter 1941/42 in Lager und Hospital mindestens 21 000 Tote). Witebsk: Akt der Untersuchungskommission Witebsk v. 26. 9. 1944, ZStA Minsk 861–1–5, Bl. 12 (eigene Berechnung auf Grund der Beschreibung eines Teils der Massengräber mit nicht weniger als 30 000 m³ Rauminhalt, Angabe der Untersuchungskommission: 150 000 Opfer); 76 000 Tote nach Streim 1981, S. 248, und Kohl, S. 136 sowie 272, Anm. 218. Ferner Streim 1981, S. 248 (Molodetschno, Orscha, Wolkowysk). – Durch den Verf. werden also die Zahlen von Polozk und teilweise Minsk nach unten, von Witebsk nach oben korrigiert. Die offiziellen Gesamtangaben (siehe Anm. 8/423 in dieser Darstellung) weichen von den offiziellen Einzelangaben im Gebiet Polozk nach oben, im Gebiet Minsk nach unten ab und sind bezüglich der Gebiete Brest und Pinsk mangels Quellen nicht nachvollziehbar.

425 Vgl. Kap. 8.3 und 8.4: Juli-August (Westen September) 1941: Schätzung 15 000; Militärverwaltungsbezirk Ostweißrußland September 1941–März 1942: 185 000 (Schätzung: 80 % der fürs rückwärtige Heeresgebiet Mitte berechneten Zahlen), Frühjahr 1942–Herbst 1943: 63 000, GK Weißruthenien Oktober 1941–Februar 1942: 105 000, März 1942–Juni 1944: 25 000; Erschießungen Urtschje bei Minsk Januar 1943: 12 500. Der Bezirk Bialystok und die vom RK Ukraine verwalteten Gebiete sind dabei nicht berücksichtigt.

426 Die H.Gr. Mitte brachte zwischen 22. 6. 1941 und 31. 12. 1942 2 144 889 Gefangene ein (Minsker Zeitung v. 6. 4. 1943 anläßlich der Trophäenausstellung der Heeresgruppe Mitte im Berliner Zeughaus). Zur Gesamtzahl der Gefangenen Streit, S. 21 und 244. Streim 1981, S. 244–246, gibt »mindestens« 2,53 Millionen Todesopfer an (Hervorhebung Streim). Die jüngste Veröffentlichung von Keller/Otto gibt keinen Anlaß, die Opferzahlen für Weißrußland zu revidieren, da sie sich hauptsächlich aufs Reichsgebiet bezieht. – Vgl. WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, Niederschrift über die Dienstreise nach Smolensk am 14. und 15. 7. 1943 anläßlich des Besuchs des Gauleiter[s] Sauckel bei der H.Gr. Mitte, BA-MA RW 31/568, Bl. 58: »Dr.Letsch [RAM, RMO und WiStab Ost] teilt ferner mit, daß von insgesamt gemachten Kriegsgefan-

Die sowjetischen Kriegsgefangenen waren die größte Opfergruppe der deutschen Verbrechen im besetzten Weißrußland und im Krieg gegen die Sowjetunion überhaupt. Die Gefangenenlager entwickelten sich faktisch zu Vernichtungsmaschinen, zu Instrumenten eines staatlich geplanten Massenverbrechens,⁴²⁷ was ihre Funktion betrifft, obwohl dieser Völkermord, oberflächlich gesehen, »vorindustriell«, barbarisch und ungeregt erscheint. Es genügt wohl der Hinweis, daß über Monate hinweg in einem einzigen größeren Dulag oder Stalag täglich ebenso viele Gefangene starben, wie der gesamten täglichen Mordkapazität der Einsatzgruppe B entsprach. Aber die Opfer dieser Vorgehensweise waren keine stigmatisierte gesellschaftliche Gruppe, für die nur ein begrenztes Maß an Solidarität in der Bevölkerung bestand wie die Juden, sondern ein Querschnitt der sowjetischen Gesellschaft, Angehörige aller Nationalitäten außer den Sowjetdeutschen,⁴²⁸ darunter in Weißrußland wegen der kurzfristigen Einberufungen überdurchschnittlich viele Weißrussen. Die Kriegsgefangenen waren auch noch mehr als die Juden Opfer in aller Öffentlichkeit: von den ersten Kriegswochen an wurden sie vor den Augen der Zivilbevölkerung reihenweise erschossen. Kein anderer Umstand – auch nicht die Verschleppung der Zwangsarbeiter – machte der sowjetischen Bevölkerung so rasch, unwiderlegbar und brutal klar, wie die Einstellung der deutschen Armee und der deutschen Verwaltung gegenüber der gesamten sowjetischen Bevölkerung wirklich aussah.

Die Kriegsgefangenen waren neben den Bewohnern des eingeschlossenen Leningrad die einzige große sowjetische Bevölkerungsgruppe, der gegenüber der Anfang 1941 entwickelte Hungerplan durchgeführt werden konnte, da die Deutschen sie wirksam am unkontrollierten Zugang zu Lebensmitteln hindern konnten. Deswegen führten Rationen, die theoretisch höher lagen als die der sowjetischen Zivilbevölkerung in den Städten, anders als bei dieser zu einem furchtbaren Massensterben. Ähnliches gilt im übrigen für das Erlangen von Brennstoffen.⁴²⁹ Die Durchführung des Hungerplans gegenüber den Gefangenen trat im September 1941, gleichzeitig mit dem Völkermord an den Juden in Weißrußland, in ein neues Stadium, als neue Schwierigkeiten bei der Wehrmachtversorgung und in der deutschen Ernährungswirtschaft auftauchten. Zuvor vage Vorstellungen von Unterversorgung wurden durch

genen (über 4 Millionen) nur noch insgesamt 1 389 000 vorhanden seien, davon etwas über 300 000 in den besetzten Ostgebieten.« – Nach dem Vortrag des Ministerialdirektors Mansfeld (Leiter der Arbeitsgruppe Arbeitseinsatz der Vierjahresplanbehörde) v. 20. 2. 1942 waren damals von 3,9 Millionen Gefangenen »nur noch 1,1 Millionen übrig.« In: Eine Schuld, S. 249f. Bis dahin waren – s. o. – etwa 300 000 Mann entlassen worden, d. h. 2,5 Millionen Mann gestorben. Auf einer Besprechung am 19. 4. 1943 bei der H.Gr. B in Kiew erklärte Oberst Schmidt v. Altenstadt, daß bis dahin »2 Millionen Kriegsgefangene ums Leben gekommen sind« – dem Zusammenhang nach war das als grobe Angabe gemeint (Buchbender, S. 357, Anm. 107).

427 Der Umstand, daß Alfred Streim (1982, S. 14) die Tatsache eines »vorsätzlichen Verhungernlassen[s]« der sowjetischen Gefangenen weitgehend – und zwar sehr energisch – bestritt und besonders Wehrmachtdienststellen praktisch von der Verantwortung freisprach, ist angesichts seiner Position als langjähriger Leiter der Koordinierungsbehörde zur Verfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland bedenklich. Bekanntlich wurden diese Verbrechen in der BRD nicht verfolgt.

428 Charakteristisch ist die Feststellung des für den Aufbau bewaffneter Kollaboratoreinheiten zuständigen Generals Köstring, daß 80 % aller gefangenen Turkestaner den Winter 1941/42 in deutscher Gefangenschaft nicht überlebt hatten. Vgl. Herwarth, S. 261.

429 Siehe für Leningrad die Erlebnisberichte in Adamowitsch/Granin.

eine konkrete Strategie zur selektiven Vernichtung durch Unterversorgung ersetzt. Gleichzeitig verschärfte sich, soweit an den Quellen ablesbar, auch die Behandlung der Gefangenen in Weißrußland, vor allem die Praxis der Erschießungen. Die Hauptverantwortung für die schärfere Hungerpolitik trifft die in Berlin und Ostpreußen sitzenden zivilen und militärischen Zentralbehörden, besonders Göring, das Reichsernährungsministerium, das Amt OKH/Generalquartiermeister und die Kriegsgefangenenabteilung im OKW. Die Lagerführungen ließen oft noch das Bemühen erkennen, die Versorgung der Gefangenen zu verbessern, ohne angesichts der nachrangigen Zuwendungen für Kriegsgefangene genug Lebensmittel heranschaffen zu können. Die vielerorts katastrophale Unterbringung, für die die Lagermannschaften eher selbst verantwortlich zu machen sind, die unmenschliche Behandlung und die völlig gefühllosen Berichte von dem beispiellosen Massentod zeigen aber letztlich ihre Mitwirkung am Sterben der Gefangenen. Diese fielen nicht dem Wirken anonymer Mächte zum Opfer, sondern die Verantwortlichkeiten lassen sich sehr wohl noch abgrenzen.

9. Strukturpolitik durch Terror: die »Partisanenbekämpfung«

In der Forschung existiert bis jetzt noch keine systematische Darstellung der Verbrechen an der sowjetischen Zivilbevölkerung, die im Zusammenhang mit der Verfolgung von Partisanen stattgefunden haben. Weißrußland war ihr Zentrum. Dabei handelte es sich ebenfalls um ein staatliches, durchorganisiertes Massenverbrechen und nicht lediglich um eine Aneinanderreihung staatlich bloß begünstigter brutaler Übergriffe. Um dies zu belegen, müssen die verfolgten Ziele und die Verteilung von Verantwortung und Initiative auf den diversen Handlungsebenen geklärt werden. Dazu ist es notwendig, beginnend beim Kriegsgerichtsbarkeitserlaß vom Mai 1941, die Schritte der immer weiteren Abstraktion der Partisanenbekämpfung von gegen die Deutschen gerichteten Widerstandsakten zu zeigen, die immer größere Gebiete und Personenkreise ergreifenden präventiven und damit völkerrechtswidrigen Mittel und die – oft wirtschaftlichen – Zwecke der immer mehr ausgeweiteten kollektiven Gewaltmaßnahmen zu untersuchen. Die Einteilung in mehrere zeitlich aufeinander folgende »Stufen« ist so zu verstehen, daß die Mittel der deutschen Partisanenbekämpfung¹ aus den vorangegangenen Phasen in den jeweils folgenden weitergeführt, neue Mittel jedoch hinzugefügt wurden. Dabei kann nicht darauf verzichtet werden, eingangs auf die viel besser erforschte Geschichte der weißrussischen Partisanen einzugehen, allerdings nur so weit, wie das zum Verständnis und zur Beurteilung der Entwicklung der deutschen Maßnahmen nötig ist.

1 Der Begriff »Partisanenbekämpfung« müßte im folgenden, um korrekt zu sein, eben wegen der wachsenden Abstraktion von Tat und Täter vermieden oder durchweg in Anführungszeichen gesetzt werden. Dies würde jedoch Verwirrung stiften.

9.1 Überblick über die Geschichte der weißrussischen Partisanenbewegung 1941–1944

Die Sowjetunion war, so erstaunlich das klingen mag, im Juni 1941 nicht darauf vorbereitet, einen Partisanenkrieg zu führen. Das galt auch in Weißrußland.² Nach dem deutschen Überfall beschloß die politische Führung sehr rasch Maßnahmen, diesen Kampf aufzunehmen, in Weißrußland erstmals am 24. Juni, gipfelnd in Stalins berühmtem Rundfunkaufruf vom 3. Juli 1941, in dem er einen Parteibeschluß vom 29. Juni verkündete.³ Jedoch gelang es in Weißrußland nur noch in begrenztem Maß und weitgehend auf die Gebiete Mogilew und Gomel beschränkt, gezielt Strukturen für die illegale Arbeit und Vorratslager für bewaffnete Aktionen vorzubereiten sowie in Schnellkursen ausgebildete Personen zurückzulassen. Im Schwerpunktgebiet Gomel waren es nicht mehr als 880.⁴

Die Guerillabewegung fing also im Sommer 1941 in Weißrußland, der späteren Partisanenhochburg Europas, organisatorisch und zahlenmäßig klein an. Daß es zur Bildung von Partisaneneinheiten kommen würde, war infolge der deutschen Militärstrategie der Frontdurchbrüche mittels Panzerkeilen, Einkesselung riesiger sowjetischer Verbände und deren Zersplitterung unvermeidlich und wurde von deutscher Seite vorhergesehen – wie Keitel schrieb, auch schon »infolge vorauszusehender Hungersnot in großen Teilen der eroberten [sowjetischen] Gebiete«.⁵ In völkerrechtlicher Hinsicht ist hier aber deutlich zu unterscheiden zwischen mehr oder weniger intakten, weiterkämpfenden Verbänden der Roten Armee, die im Zuge des deutschen Vormarsches in der Regel unabsichtlich hinter die deutsch-sowjetische Hauptfront geraten waren und in den deutschen Quellen oft unzutreffend als Partisanen bezeichnet wurden,⁶ wie etwa die Verbände, die im August 1941 im östlichen Polesje gegen deutsches Militär und Polizei Kämpfe führten (vgl. Kap. 7.2a), und andererseits Partisanengruppen, die aus dem Zusammenschluß versprengter, versteckter und herumirrender einzelner Rotarmisten oder Grüppchen entstanden, nachdem

2 Vgl. EM 23 v. 15. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1507; Chef Sipo/SD, Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen v. 31. 7. 1941, Nbg. Dok. NO-2651; Armstrong/De Witt, S. 75 ff.; Wilenchik, S. 151; Bonwetsch, S. 92 f. Die Sowjets hatten nicht mit derart gravierenden militärischen Niederlagen gerechnet.

3 Dies war also kein eigenmächtiger Schritt Stalins. Vgl. Kalinin (2. Sekretär des ZK der KP Weißrußlands, später Chef des Stabs der Partisanenbewegung), S. 12 f. und 19 f.; Segbers, S. 111; Faktorowitsch, S. 36; Rede Stalins in Ueberschär/Wette, S. 272–275; Shukow, S. 317; Telpuchowski, S. 103 f.

4 Siehe Kalinin, S. 72 ff.; Wilenchik, S. 153 ff.; Hesse, S. 38 ff. und 58 ff.; EM 92 v. 23. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2537; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 41. Siehe auch den Befehl des ZK der KP Weißrußlands über die Organisation des Kampfes im Hinterland der deutschen Armeen v. 18. 7. 1941, in: Armstrong, S. 653–655.

5 Vgl. H.Gr. Mitte, Ia Nr. 86/41g.Kdos. (gez. v. Greiffenberg) an OKH/Op.Abt. v. 29. 6. 1941, BA-MA WF-03/9126; KTB Halder v. 1. 7. 1941, Bd. III, S. 32; Keitel an Fromm (BdE) v. 5. 7. 1941 zitiert nach Streit, S. 307, Anm. 17; auszugsweise Abschrift in BA-MA RW 4/v. 578, Bl. 105 f.

6 Dieser Tendenz leistete der Befehl OKH/General zbV bei ObdH Az.: 454 Gr. R.Wes.1260/41geh v. 18. 7. 1941 Vorschub; abschriftlich in Berück Mitte, Abt. Ic v. 26. 7. 1941, BA-MA WF-03/7313, Bl. 193, auch in ZStL CSSR Bd. 329, Bl. 194. Als Partisanen zu erschießen waren danach die, die »hinsichtlich Beachtung der Kriegsgesetze, Bekleidung, Ausrüstung oder Erkennbarkeit nicht einwandfrei die Voraussetzungen erfüllen, die an eine kriegführende Truppe [...] zu stellen sind [...] gleichgültig, ob sie bisher Soldaten waren, sich noch als Soldaten bezeichnen oder Nicht-Soldaten sind.«

deren reguläre Militäreinheiten völlig zerschlagen worden waren. Die umstrittene Frage, ob und in welcher Hinsicht die weißrussischen Partisanen theoretisch unter dem Schutz des Völkerrechts standen, soll allerdings im Rahmen dieser Untersuchung nicht erörtert werden.⁷ Gegenstand sind vielmehr die deutschen Verbrechen an der Zivilbevölkerung, die dabei stattfanden.

Sowohl von der Zahl als auch von der Bewaffnung her bildeten versprengte Soldaten und Offiziere die Basis der ersten Partisanengruppen und -einheiten. Was Organisation und Führung angeht, waren Partei- und Verwaltungsfunktionäre das Rückgrat dieser ersten Formationen. Hinsichtlich der Gesamtzahl der weißrussischen Partisanen und ihrer Entwicklung stimmen die deutschen Quellen und die Angaben in der sowjetischen Geschichtsschreibung, die darauf basieren, daß die Partisanenverbände ihre Mitglieder wie Militäreinheiten schriftlich registrierten und später an eine Zentralkartei in Moskau meldeten, von der Größenordnung her überein. Auch in der westlichen Literatur sind diese Zahlen im allgemeinen akzeptiert worden. Nach weißrussischen Angaben hat es in der BSSR Mitte August 1941 12 000, Ende 1941 30 000, im Frühjahr 1942 23 000, im Januar 1943 57 700, im Juni 1943 80 700, im September 1943 103 600, im November 1943 122 600 (plus 30 800 nunmehr hinter der Front), im März 1944 180 000 und insgesamt zu verschiedenen Zeiten 374 000 Partisanen gegeben, davon 283 000 Kämpfer.⁸ Nach Wehrmachterkenntnissen waren es im März 1943 im Hinterland der Heeresgruppe Mitte 57 800 und zur Jahreswende 1943/44 140 000 sowie im April 1944 75 000 Partisanen im GK Weißruthenien zuzüglich Wilnagebiet.⁹ Für realistische Zahlen mußte und muß allerdings berücksichtigt werden, daß die örtlichen deutschen Organe oft übertriebene Meldungen machten, besonders 1942.¹⁰ Von einem »Partisanenkampf ohne Partisanen« kann allerdings zu keiner Zeit die Rede sein.¹¹

7 Vgl. vor allem die Essenz aus dem Vortrag des Generals zbV beim Oberbefehlshaber des Heeres, Müller, bei Halder am 1. 8. 1941: »Partisanen-Abteilungen sind völkerrechtlich kämpfende Formationen.« KTB Halder, Bd. III, S. 139; die Hinweise auf die 1941 gültige Haager Landkriegsordnung in den am 14. 6. verschickten Ergänzungen der H.Gr. Mitte zum Kriegsgerichtsbarkeitserlaß v. 13. 6. 1941 (Entwurf aus der Abteilung Ic), BA-MA WF-03/9121, und im Urteil des US-Militärgerichtshofs II im Einsatzgruppenprozeß v. 10. 4. 1948, in: Lesczynski, Fall 9, S. 123 f., nach denen die Partisanen völkerrechtlich geschützt waren. Die H.Gr. Mitte bestimmte im Widerspruch zum Völkerrecht – aus ihrer eigenen Sicht –, daß Partisanen nicht als Kombattanten anzuerkennen seien und damit grundsätzlich als Freischärler erschossen werden sollten.

8 Müller 1971, S. 85; Hesse, S. 135 und 192; Kühnrich, S. 426; für alle besetzten sowjetischen Gebiete Ziemke, S. 151. Karte der Partisanenzonen in Wilenchik, S. 222. Ferner Chiari 1998, S. 176, Anm. 799. – Höhere Zahlen gibt Telpuchowski, S. 280 f., an, nämlich zu Sommeranfang 1943 100 000, Ende 1943 245 000. Vgl. auch Armstrong, Introduction, S. 35 f.; Krawtschenko, S. 214. Folgende Gesamtwerte gibt Kalinin unter Berufung auf die in seiner Dienststelle geführte Zentralkartei: 1942 sei bereits ein Stand von über 100 000 Partisanen erreicht worden, 1943 seien 200 000 hinzugekommen (nur 96 000 nach Wilenchik, S. 274) und 1944 noch weitere. Dazu kämen fast 400 000 Helfer als sogenannte »geheime Partisanenreserve«, darunter offenbar städtische Illegale – eine Zahl, die sicherlich eine höhere Fehlerquote birgt (Kalinin, S. 394–397).

9 Vgl. Hesse, S. 197; Howell, S. 180; WBfh. Weißruthenien, Ia, Monatsbericht April v. 5. 5. 1944, BA-MA WF-01/7683, Bl. 862.

10 Siehe Linkow, S. 244, und undatierte Abschrift einer Ermahnung Kubes an die Gebietskommissare (wegen eines Verweises auf das Unternehmen »Sumpffieber« etwa von September 1942), IfZ MA 541, Bl. 438 f.

11 Siehe dagegen die Thesen der fehlerhaften Arbeit von Cooper; Heer, Logik, S. 107 und 119 (Zitat); »Vernehmungskrieg«, S. 138. Auch die ähnliche Tendenz der auf Westweißrußland bezogenen Darstellung von Chiari 1998, S. 176 f., überzeugt nicht.

Die Zusammensetzung der Partisanenverbände änderte sich im Lauf der Jahre. Waren bis zum Frühjahr 1942 25 bis 40 Prozent, teilweise angeblich bis zu 80 Prozent der sowjetischen Partisanen Kommunisten gewesen, sank ihr Anteil später unter 10 Prozent. Nach der weißrussischen Zentralkartei waren schließlich nur noch etwa 6,7 Prozent der Partisanen Kommunisten, 11 Prozent ehemalige Angehörige der Roten Armee, weniger als in anderen Sowjetrepubliken. Außer Soldaten wurden 39,6 Prozent Bauern, 170 Prozent Arbeiter, 20,0 Prozent Angehörige der Intelligenz und 12,2 Prozent Jugendliche registriert. Der Frauenanteil lag bei 12 Prozent. Nur etwa 32 Prozent der weißrussischen Partisanen traten 1943/44 nach der Befreiung ihrer Heimat in die sowjetische Armee ein.¹² In Weißrußland gelang es also in besonderem Maß, eine von Partei und Rotarmisten ins Leben gerufene Bewegung zu einer Sache breiter Bevölkerungskreise zu machen.¹³ Dabei ist allerdings erstens in Betracht zu ziehen, daß selbstverständlich bei weitem nicht alle Weißrussen Angehörige von Partisaneneinheiten waren (was nie und nirgends erwartet werden kann), sondern etwa 5 Prozent, einschließlich einer stillen Reserve 10 Prozent, und zweitens, daß die Bewegung anders als bei Städtern und Intelligenzlern die Bauern nur zum Teil auf ihre Seite bringen konnte, wie deren relativ geringe Beteiligung zeigt.

Es lassen sich vier Phasen der weißrussischen Partisanenbewegung unterscheiden.¹⁴ Die erste dauerte vom Sommer 1941 bis in die Anfangsmonate des Jahres 1942. Während zu Beginn der Besatzungszeit teilweise Partisanenaktivitäten von deutscher Seite ganz verneint wurden,¹⁵ beschränkten sie sich in den folgenden Monaten auf spontane, gelegentliche, nicht zusammenhängende Aktionen. Deutsche Stellen, darunter die Einsatzgruppe A, hatten im Spätherbst 1941 ernsthaft die Hoffnung, die weißrussischen Partisaneneinheiten würden den Winter nicht überstehen. Andere beurteilten die von ihnen ausgehende Gefahr als nicht akut, so die Einsatzgruppe B.¹⁶ Erst Anfang 1942 bildeten die Partisanen Brigaden, also Großverbände. Bis dahin waren sie gezwungenermaßen mobil und relativ schutzlos gewesen. Die Unterstützung der Bevölkerung blieb aus Angst und aus einer abwartenden Haltung heraus noch vielerorts aus. Auch die für Datenaustausch und Koordination wichtige Funkverbindung zum sowjetischen Hinterland wurde in der Regel erst im Lauf des Jahres 1942 hergestellt. Das gleiche gilt für Einflüge von Versorgungsflugzeugen zu geheimen Flugplätzen.¹⁷

Die zweite Phase dauerte von Frühling bis Herbst 1942. Die Partisanen verfolgten nunmehr zwei strategische Ziele: erstens das Funktionieren der einheimischen Kol-

12 Vgl. Kalinin, S. 394-403; Ziemke, S. 145; Bonwetsch, S. 104.

13 Bonwetsch widerlegt seine Gesamtaussage, »daß der sowjetische Partisanenkampf nicht zur Sache des ›ganzen Volkes‹ wurde, sondern eine Sache der ›Avantgarde der Arbeiterklasse‹, der kommunistischen Partei, blieb« (S. 115), selbst mit den auch von ihm genannten Zahlen und Anteilen.

14 Zur Periodisierung ähnlich Armstrong, Introduction, S. 21-24; WiIn Mitte, Entwicklung und Auswirkungen der Partisanentätigkeit (etwa August 1942), BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 324-329; WiIn Mitte, Stab I/Ia, Bericht über die Auswirkungen der Bandenlage v. 17. 5. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 258f.

15 Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht v. 22. 7. 1941, BA-MA WF-03/7314, Bl. 319; aus der Erinnerung bezüglich der Pripjetsümpfe Herwarth, S. 229.

16 EM 92 v. 23. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2531ff.; EG A, Gesamtbericht bis zum 15. Oktober 1941, in: IMT, Bd. 37, S. 711.

17 Siehe Kalinin, S. 35ff., 51ff., 82ff., 102, 136ff.; die Darstellung von Linkow; Wilenchik, S. 150ff. und 175.

laborationsverwaltung zu stören, um so die wirtschaftliche Nutzung des Landes für deutsche Zwecke zu verhindern,¹⁸ und in zweiter Linie deutsche Verkehrs- und Kommunikationseinrichtungen zu unterbrechen, besonders durch Anschläge auf Eisenbahnen.¹⁹ Noch zielten ihre Aktionen weniger auf deutsche Militäreinheiten und -transporte. Schritt für Schritt wurde die Führung vereinheitlicht und am 9. September 1942 die Bildung eines Stabs der weißrussischen Partisanenbewegung im sowjetischen Hinterland beschlossen.²⁰ Durch das sogenannte »Tor von Surash«, eine von den Deutschen nicht völlig zu schließende Frontlücke nordöstlich von Witebsk, gelangten damals monatelang Richtung Osten Verwundete, Rekruten und Agrargüter für die Rote Armee, in die andere Richtung Waffen und Ausrüstungen.²¹ Die ersten – allerdings eng begrenzten – Partisanenzonen, die die Deutschen praktisch nicht mehr betreten konnten, wurden eingerichtet.

Die dritte Phase zwischen Herbst 1942 und Herbst 1943 war geprägt von der Verlagerung des Schwerpunkts auf militärische Ziele, gipfelnd in der konzentrierten Operation »Schienenkrieg« am Vorabend des deutschen Angriffs bei Kursk und Orel (Unternehmen »Zitadelle«). Die Partisanenzonen wurden erweitert, und mehrere Partisanengroßverbände wanderten besonders im Sommer 1943 auf Moskauer Anweisung hin von Osten in den westlichen Teil Weißrußlands. Aus einer Position gewachsener Stärke heraus änderten die Partisanen die Taktik gegenüber der weißrussischen Kollaborationsverwaltung und versuchten deren Vertreter seit Anfang 1943 auf die eigene Seite zu ziehen, anstatt sie von vornherein zu bekämpfen.²²

In der vierten und letzten Phase ab Herbst 1943 änderte sich an den Zielen wenig, wohl aber an den Voraussetzungen. Die Verschiebung der Front nach Westen bewirkte eine engere Belegung Weißrußlands mit deutschen Besatzungstruppen, was für die Partisanen statt einer Entlastung eine verschärfte Verfolgungssituation hervorrief. Sie konzentrierten ihre Anschläge jetzt auf die Verkehrsverbindungen. Ihr militärisches Zusammenwirken mit der sowjetischen Armee wurde noch enger, bis hin zum Beitrag der Partisanen zum Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Juni/

18 Vgl. SSF Weißruthenien an HSSPF Ostland, Betr.: Partisanenbekämpfung v. 13. 6. 1942, BA F BA F 3355, Bl. 1816; Stimmungsbericht Propaganda-Abteilung Weißruthenien für August v. 4. 9. 1942, in: Buchbender, hier S. 302; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 9 v. 26. 6. 1942, BA-MA SF-01/28937, Bl. 514; Linkow, S. 244 f.; Faktorowitsch, S. 71; Weinberg, Yelnya-Dorogobush Area, S. 425 (die Erkenntnisse sind übertragbar); Hesse, S. 91 f.; Chiari 1991, S. 17.

19 Vgl. Telpuchowski, S. 274, und Hesse, S. 146, beide mit Überbewertung dieses Punktes; OKW, Abt. Fremde Heere Ost (Ic), Dringende Fragen des Bandenkrieges und der »Hilfswilligen«-Erfassung v. 25. 11. 1942, in: Buchbender, hier S. 308; Linkow, S. 438.

20 Vgl. Kalinin, S. 166 ff.; Wilenchik, S. 262 ff.; Howell, S. 44 ff.; Krawtschenko, S. 214.

21 Siehe Kalinin, S. 123 ff., und Armstrong, Introduction, S. 35 f.

22 Vgl. Saburow; Wilenchik, S. 285; Hesse, S. 194 und 197 ff.; Faktorowitsch, S. 71; GVK, Bd. 3, S. 534 und 562; Wiln Mitte, Lagebericht Nr. 22 v. 4. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 484. Nach Kalinin (S. 299) war die Frage »Und wie stehen die Dinge im Westen der Republik?« [...] lange Zeit hindurch ziemlich unangenehm.« Kollaborateure: Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 36 v. 8. 1. 1943, BA-MA SF-01/28939, Bl. 319; Hesse, S. 196; z. B. Brief des Kommandeurs der Brigade »Grozniy«, Oberleutnant Klutschka, an den Kommandanten des Stützpunkts Saostrowitsche, Naumtschik, v. 4. 3. 1944, BA R 90/159; allgemein Dallin/Mavrogordato/Moll, S. 227 ff. und 238 ff.; demgegenüber nicht immer haltbar Hass, besonders S. 283, 288 und 290.

Juli 1944 mit Hilfe von Anschlägen auf Bahnlinien und dem Freihalten von Vormarschkorridoren für die Sowjetarmee durch die Partisanenzonen.²³

Während personelle Stärke und Periodisierung der weißrussischen Partisanenbewegung weitgehend unumstritten sind, gibt es hinsichtlich ihrer Kampferfolge stark abweichende Darstellungen. Dabei sollte man verschiedene Gesichtspunkte unterscheiden. Den Partisanen gelang es nicht, nennenswerte Gebiete Weißrußlands in dem Sinne unter ihre Kontrolle zu bringen, daß die Bevölkerung dort vor dem deutschen Zugriff sicher gewesen wäre. Die Geschichte der zivilen Flüchtlingslager, besonders der jüdischen, zeigt das mit aller Deutlichkeit. Insofern ist es sicher falsch zu behaupten, daß »die wirkliche Geschichte des Gebietes [...] durch die Partisanen geschrieben« worden wäre.²⁴ Der Umfang der eigentlichen Partisanenzonen – in denen ein solcher Schutz auch nicht bestand – machte nur einen Bruchteil des Landes aus, auch wenn manchen sowjetischen Darstellungen etwas anderes zu entnehmen war. Dagegen umfaßten diejenigen Gebiete sehr große Flächen, die in späteren US-amerikanischen Untersuchungen als »twilight zones« bezeichnet wurden und die weder Partisanen noch Deutsche ganz beherrschen konnten.²⁵ Bezeichnend ist, daß Partisaneneinheiten zwar eine Handvoll entlegener Kreisstädte angreifen und vorübergehend einnehmen, sie aber dann nicht halten konnten. Solche Versuche waren Sache einer bestimmten Phase (Ende 1942) und wurden dann eingestellt. Die Deutschen gaben ihrerseits nur ganz wenige dieser Städtchen dauerhaft auf.²⁶

Zwar gelang es der Untergrundbewegung, eine Reihe von Spitzenfunktionären der deutschen Verwaltung zu töten, aber dadurch wurde das Funktionieren des deutschen Besatzungssystems nicht ernsthaft in Frage gestellt. Durch Attentate, Überfälle und Minen wurden unter anderem Generalkommissar Kube am 22. September 1943²⁷ –

23 Hierzu etwa O4 (der H.Gr. Mitte) Vortragsnotiz v. 19. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 18499, Bl. 996; BA-MA WF-05/7663, Bl. 710 ff. (Akte WBfh. Weißruthenien); Kalinin, S. 370 ff.; Ziemke/Mavrogordato, S. 542.

24 Reitlinger, Ein Haus, S. 185. Vgl. Kap. 7.4g, zu den Flüchtlingslagern auch Hauptkommissar Baranowitschi an GK Weißruthenien, Abt. III ASo, v. 27. 8. 1942, Nbg. Dok. NG 1315 (auf 25 000 Personen geschätzt); Adamowitch/Bryl/Kolesnik, S. 354–376; Wilenchik, S. 224 ff. und 251–254.

25 Vgl. Linkow, S. 418 (»Die Dörfer galten in der Mehrzahl als ›neutral‹«); Krawtschenko, S. 215 (gibt die Fläche einer der größten Zonen bei Uschatschi für 1943 mit 3245 km² an), Bonwetsch, S. 105 und 121; Wilenchik, S. 205 (stark übertriebene Angabe: 1943 sei die Hälfte des weißrussischen Territoriums in Partisanenhand gewesen); ähnlich: In den Wäldern Belorußlands, S. 8. Begriff: Armstrong: Introduction, S. 30 sowie 40.

26 Siehe besonders Saburow, S. 57–62 (Choiniki); Vermerk Disch v. 11. 12. 1942, BA F 3355, Bl. 715 f. (Abschrift/Leltschizy); Vortrag GebK Wilejka, Haase, v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 77 (Miadzol und Ilja); 203. Sich.Brigrade, Abt. VII/Kr.-Verw., Lage- und Tätigkeitsbericht v. 16. 4. 1942, BA-MA RH 26–203/6 (Klitschew). Räumungen: GK Weißruthenien, Abt. II Verw. v. 4. 1. 1942 [d. i. 1943], BA-MA FPF-01/7881, Bl. 684 (Lenin und Begoml); KTB WiKdo Lepel für Oktober v. 20. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 548 (Uschatschi); Erinnerungen Nikolai Djatlenko, in: In den Wäldern Belorußlands, S. 413–415 (Begoml, nach Lagoisk und Pleschtschenizy bestanden schwierige Verkehrsverbindungen); Himmler an Jeckeln v. 28. 9. 1942, BA NS 19/1836, Bl. 4 f. (Kossow); Krawtschenko, S. 215. Die Liste der betroffenen Orte ist damit aber mehr oder weniger vollständig. – Landwirtschaftlich war im Mai 1943 bei der Wiln Mitte nur der Rayon Uschatschi ganz aufgegeben, die ZO hatte ihre Nebenstellen in Dsisna, Begoml, Lenin, Luniniez und Bragin nicht besetzt bzw. geräumt. Wiln Mitte, Lagebericht April v. 5. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 180, und Gliederung der ZO vom Mai 1943, BA 34.02, Nr. 132, Bl. 1 und 7.

27 Kube kam nachts durch eine Mine ums Leben, die ihm das Dienstmädchen Jelena Masanik unter das Bett geschoben hatte. Kubes Frau, im achten Monat schwanger, blieb unversehrt und gebar später einen gesunden Jungen (Anita Kube an Lammers v. 25. 10. 1943, BA 07.01, Nr. 4060, Bl. 54, und Interview mit ders.

der Versuch, seinen Nachfolger v. Gottberg zu töten, mißlang²⁸ –, der Hauptkommissar in Baranowitschi, Fenz,²⁹ die Gebietskommissare Harke (Jelsk) und Dr. Ehrenleitner (interimsmäßig Minsk-Land), der Abteilungsleiter Arbeits- und Sozialpolitik beim GK Weißruthenien, Freudenberg, der Leiter der KdS-Außenstelle in Wilejka, Grave, und der Bürgermeister von Wolkowysk, SA-Sturmabführer Berg,³⁰ »zum Sturm Horst Wessel abberufen«.³¹ Als Vergeltung für Kubes Tod wurden mehrere hundert Bewohner eines Minsker Stadtviertels von den Deutschen ermordet.³²

Zahlenmäßig konnten die Partisanen der deutschen Besatzungsmacht nur verhältnismäßig geringe Verluste zufügen. Die in Weißrußland dazu genannten Zahlen ha-

in Kohl, Blutarbeit). Nach Linkow (S. 560) wurde Masanik im Sommer 1941 bereits mit einem Parteiauftrag im besetzten Gebiet zurückgelassen. Das Attentat ging auf einen direkten Auftrag Stalins zurück (Interview Masanik in: Kohl, Blutarbeit). Ebenfalls am 22. 9. 1943 soll ein Attentat auf den RKU Koch in Rowno stattgefunden haben (Fleming, S. 146, Anm. 293). Vorherige Attentatsversuche gegen Kube waren gescheitert. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 2 v. 8. 5. 1942, BA-MA SF-01/28937, Bl. 368 f.; Wilhelm (1974, S. 327) knüpft hieran die Spekulation, diesmal habe der KdS Minsk den Mordversuch zugelassen. Ferner Minsker Zeitung v. 23. 9. 1943; Schlußbericht der eingesetzten Sonderkommission, in: Lenhard, S. 144–146; zum Hergang Vern. Karl Wildenstein v. 4. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1644–1646.

28 Dafür war vom sowjetischen Geheimdienst der deutsche Oberleutnant Augustin, ein Neffe Ernst Kaltenbrunners, beauftragt, der eine Pistole mit Giftmunition verwenden sollte. Augustin offenbarte sich jedoch, als er v. Gottberg gegenüberstand. Die tödliche Wirkung der Munition wurde im Auftrag Nebes später vom Kriminaltechnischen Institut im KZ Sachsenhausen an sowjetischen Häftlingen erprobt. Vgl. Bräutigam 1968, S. 643 f.; Heysing, S. 12; Bericht Augustins, »Ausführung des Attentats« v. 21. 1., Expertise Dr. Widmann über die Wirkung der Geschosse v. 21. 3. und Meldung Nebes v. 18. 5. 1944, BA-MA SF-01/16556, Bl. 641–643, 649 und 653 f.; Vern. Hans Schmidt v. 6./7. 4. 1961, ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bd. 1, Bl. 462–464 und 476. – Der Leiter des Kriminalmedizinischen Instituts in Wien, Prof. Dr. Philipp Schneider, hatte sich trotz Nebes Anordnung »als Hochschullehrer« geweigert, diese »Versuche an Menschen« durchzuführen (»Das wäre letzten Endes eine Secret-Service-Arbeit«). Nebe nahm sein Angebot zur Demission an, ließ ihn jedoch vorübergehend auf seinem Posten. Notiz Nebes v. 11. 4. 1944 (Abschrift) sowie ungezeichneter Brief an Engelmänn (RKPA) v. 26. 1. 1944, BA D-H ZR 782, A. 12, Bl. 8 und 39/R.

29 Am 17. 2. 1943 während einer aufwendigen Wildschwein-Treibjagd erschossen. Vgl. BDC, PA Friedrich Fenz mit Fschr. Bach-Zelewski an Himmler v. 23. 2. 1943 und Minsker Zeitung v. 24. 2. 1943; WwiASt Baranowitschi, KTB-Bericht 2. Quartal 1943, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 169; RKO, I Pers., Betr.: Veranstaltung von Jagden in bandengefährdeten Gebieten v. 22. 3. 1943, BA F 10814, Bl. 640.

30 Harke am 22. 4. 1942, vgl. Amtsblatt des GK in Shitomir I, Nr. 3 v. 23. 5. 1942, S. 1. Dr. Ehrenleitner am 10. 6. und Freudenberg am 8. 10. 1943, vgl. Amtsblatt des RMO, Ausgabe A, 1944, Nr. 7 v. 27. 4. 1944, S. 48; Vern. Karl Wildenstein v. 16. 9. 1975, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sonderbd. Angehörige anderer Dienststellen, Bl. 3R; BDC, PA Ludwig Ehrenleitner; Kalinin, S. 352; KTB WwiKdo Minsk für 10.–16. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 65. Grave im April 1944 nach Vern. Franz Karl Hess im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft 6, Bl. 69. Berg nach Bericht Oberlandesgerichtspräsident Königsberg v. 29. 6. 1942, in: Tilitzki, S. 209.

31 Gottberg über Kube, zitiert nach Völkischer Beobachter (München) v. 26. 9. 1943, BDC, PA Wilhelm Kube. Es gab zwei Totenfeiern in Minsk am 25. 9. und in Berlin am 27. 9. 1943. Gedenkrede Rosenbergs: NS 8/71, Bl. 171–199, und Auszüge aus der Schallplattenaufnahme in Kohl, Blutarbeit; Leichenrede Lohses für Kube, BA F 2294, Bl. 1291–1301, auch in: Lenhard, S. 147–149; Programm für die Totenfeier im Fronttheater Minsk, BA F 566, Bl. 209; RMO, Ministerbüro, Platzeinteilung für Staatsakt Kube v. 25. 9. 1943, RMVuP, Arbeitsplan und Minutenprogramm für Staatsakt Kube in der Neuen Reichskanzlei sowie Kranzspenden zum Staatsbegräbnis, BA F 13679, Bl. 681–691.

32 Vgl. Kohl, S. 81; verschiedene Aussagen in ZStL 202 AR-Z 184/67; Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 gegen Heuser, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 228 f. Die Zahlenangaben über die Opfer differieren stark und beruhen offenbar meist auf Gerüchten.

ben mit der Wirklichkeit wenig zu tun und basieren auf völlig übertriebenen Einzelmeldungen der Partisanenverbände. Danach sollen von Partisanen auf weißrussischem Gebiet einschließlich Kollaborateuren beinahe 500 000 Mann und allein in der Stadt Minsk 1600 Deutsche getötet worden sein.³³ Stimmte das, müßte es auch in den deutschen Quellen nachvollziehbar sein, in denen, soweit geheim, kein Grund und kaum eine Möglichkeit³⁴ bestand, Verlustmeldungen in größerem Ausmaß zu verheimlichen. Es gibt aber kein einziges deutsches Dokument, das derartig hohe Verluste angibt. Auf Grund des vorliegenden deutschen Quellenmaterials kam Mulligan auf deutsche Verluste (einschließlich Osttruppen, andere Kollaborateure, Eisenbahner und Organisation Todt) von 54 000 bis 57 000 im Gebiet der Heeresgruppe Mitte, teilweise das GK Weißruthenien einbezogen, davon 14 000 Tote.³⁵ Das ist mehr als nach Schätzungen in anderen westlichen Veröffentlichungen.³⁶ Alle vom Verfasser gefundenen deutschen Quellen gehen in die gleiche Richtung.³⁷ Bei ihren Großangriffen auf das Umfeld der Partisanenzonen hatten die Deutschen nur rund 1500 Mann Tote (Tab. 20), insgesamt mögen es in Weißrußland ohne einheimische Helfershelfer zwischen 6000 und 7000 gewesen sein. Angesichts der zahlenmäßigen Stärke der Partisanenbewegung waren ihre militärischen Erfolge in dieser Beziehung gering, wie das von einer Guerillarmee auch kaum anders zu erwarten ist.

Anders war das bei der Störung der deutschen Versorgung mit landwirtschaftlichen Gütern aus Weißrußland. Allerdings sollte man hier nicht frisierten Meldungen der deutschen Verwaltung zum Zweck der Zuweisung stärkerer Sicherungstruppen aufsitzen (vgl. Kap. 4.2b). Die Partisanen zerstörten besonders landwirtschaftliche Be- und Verarbeitungsbetriebe, während Erzeugnisse auf dem Feld oder in Lagern

33 Vgl. die offiziellen Feststellungen in Kalinin, S. 397f., der nüchtern genug war, sie selbst in Frage zu stellen; Krawtschenko, S. 216 (allein 47 »Generale und andere höhere Chargen der deutschen Armee«); Kühnrich, S. 80 (allein 87 115 Mann bis zum 1. 11. 1942); GVK, Bd. 3, S. 578. In der gesamten Sowjetunion nach sowjetischen Angaben 1,5 Millionen Mann laut Mulligan 1982, S. 27; bei Telpuchowski, S. 274, auf gut 300 000 vermindert.

34 Verluste mußten ja auch an die zuständigen Verwaltungen und Angehörigen gemeldet werden. Durch Querverbindungen wären größere Fälschungen schnell bekannt geworden.

35 Vgl. Mulligan 1982, S. 27–48. Auch wenn Mulligans Quellenbasis Lücken aufweist, ist die Größenordnung zutreffend.

36 Laut Jodl in Nürnberg hatten die Deutschen insgesamt nicht mehr als 50 000 Mann Verluste durch die sowjetischen Partisanen (Cooper, S. IX). Vgl. Armstrong (Introduction, S. 37) und Bonwetsch (S. 111f.) schätzten 35 000 bzw. 40 000 Mann.

37 Im Bereich der RVD Minsk sollen zwischen 1942 und 31. 3. 1944 lediglich 158 Eisenbahner und 1073 Wehrmachtangehörige bei Bahnanschlägen getötet worden sein: Pottgießer, S. 88. Im November 1943 waren es zusammen 86 und im Dezember 78 Mann: General des Transportwesens Mitte, Transportlage Nr. 9 v. 11. 1. 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 643. – In einem Sommermonat 1942 hatte die OT-Einsatzgruppe Mitte 68 Tote: OT-Zentrale, Der Gebietsbeauftragte für Russland-Mitte, Reisebericht v. 5. 8. 1942, BA 46.02, Nr. 234. – Im GK Weißruthenien starben im Juni und Juli 1942 90 bzw. 132 Wehrmachtangehörige, von April bis Juli 8 Gendarmen, 155 weißrussische Schutz Männer, 27 OT-Männer, 31 Reichsbahner usw.: Verluste und Schäden durch Partisanen im weissruthenischen Raum während der Monate April bis Juli v. 21. 7. 1942 (Abschrift v. Abschrift), BA-MA FPF-01/7914, Bl. 329–333. – Das Gebiet Wilejka meldete bis 25. 2. 1943 etwa 30 tote OT-Männer, 23 deutsche Verwaltungsangehörige und 762 Kollaborateure aus Polizei und Verwaltung: Vortrag des GebK Haase v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 79. – Im Bereich der H.Gr. Mitte starben im Februar 1943 135 Deutsche, 268 Ordnungsdienst-Angehörige und 144 andere Kollaborateure: Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 49 v. 9. 4. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 789; EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 1. bis 28. Februar 1943, BStU ZUV 9, Bd. 5, Bl. 192.

von ihnen schwerer zu vernichten waren, etwa Kartoffeln.³⁸ Bevorzugte Ziele waren auch die Staatsgüter sowie Landmaschinen und Traktoren.³⁹ Die größte Bedeutung hatte aber das Lahmlegen der Landwirtschaftsverwaltung, des Erfassungs- und Transportsystems, womit die Partisanen die deutsche »Erfassung« erheblich vermindern konnten.⁴⁰ Jedoch gelang es ihnen entgegen anderen Darstellungen in der Literatur nicht, die Gewinnung von Agrarprodukten für deutsche Zwecke in Weißrußland ganz oder auch nur annähernd zu verhindern und die Verwaltung des Landes unmöglich zu machen.⁴¹ Ein gewisser Gradmesser kann hier der Anteil der getöteten deutschen Landwirtschaftsführer sein, der zwar mit insgesamt 5 bis 15 Prozent in Weißrußland relativ hoch lag und ein Klima ständiger Bedrohung für diese weitgehend unbewachten Funktionäre schuf, aber die Mehrzahl von ihnen doch nicht an der Arbeit hinderte.⁴² Dennoch lag auf dem Agrargebiet sicherlich einer der Haupterfolge der Partisanenbewegung, vor allem durch ihren politischen Einfluß auf die Landbevölkerung. Noch größer war er bei der Störung der deutschen Holzversor-

38 Vgl. GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 31 und 34 (47 von 142 Molkereien, 100 von 318 Rahmstationen, aber nur 18 von 717 Mühlen zerstört, dazu u.a. 1742,1 t Getreide, 2765,4 t Stroh, 150 t Kartoffeln). Bezogen auf alle Be- und Verarbeitungsbetriebe der besetzten sowjetischen Gebiete betrafen Störungen durch Partisanen aber nur einen Bruchteil, z.B. 87 von 15000 Mühlen und 217 von 18900 Milchsammelstellen: Übersicht über die in der Zeit vom 22. Juni 1941 bis 30. Juni 1942 durch Wirtschaftsorganisation Ost in Gang gesetzten Betriebe, BA-MA (BArchP)F 44421, Bl. 83.

39 Bis 31. 10. 1942 waren z.B. 175 Traktoren im GK Weißruthenien zerstört, etwa 10–15 % des Bestandes, darunter 25 % desjenigen der LO. Vgl. S. 303; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 v. 22. 1. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 426; LO, Betrifft: Partisanenüberfälle v. 7. 11. 1942 mit Anlage, BA F 13692, Bl. 561–565; GebK Kobryn, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 21. 8. 1944, BA F 13682, Bl. 439.

40 Mit den in Kap. 4.2b ausgeführten Abstrichen (übertriebene Zweckmeldungen) vgl. Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 105–107 und 148–155; Erfahrungsbericht Freitag an Riecke v. 28. 6. 1943, in: IMT, Bd. 31, S. 462–471; GK Weißruthenien (Freitag) an RMO v. 15. 1. 1943, BA-MA RW 31/251, Bl. 57–61R; WiIn Mitte, Bericht über die Auswirkungen der Bandenlage v. 17. 5. 1943 mit Anlagen sowie weitere Unterlagen zur Sitzung beim GenQu über Partisanenbekämpfung, Sonderarchiv Moskau 700–1–50, Bl. 106–124, 132 (zu Wolhynien) und 173–197; dazu gehörender Schriftwechsel in BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 1194–1333; WiIn Mitte, Lagebericht April v. 5. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 180; GebK Kobryn, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 21. 8. 1944, BA F 13682, Bl. 440 (1942 20 %, 1943 40 % Ertragsverluste); [WiStab Ost,] Chefr. Ern u La, Bericht über Ausfälle an landwirtschaftlichen Produktionsgütern im besetzten Ostgebiet v. 14. 4. 1943 und Anlage 3a, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 55–58 und 65.

41 Vgl. demgegenüber Faktorowitsch; Zagorulko/Judenkow; Olechnowitsch; Chiari 1993, siehe dagegen jedoch Chiari 1998, z.B. S. 186f.; Armstrong, Introduction, S. 33f.

42 Zahlenbeispiele: Freitag an Riecke v. 28. 6. 1943, in: IMT, Bd. 31, S. 467 (bisher 32 Personen, 13 % des Landwirtschaftspersonals, gefallen), vgl. GK Weißruthenien v. 27. 8. 1943, BA R 6/27, Bl. 139; bis dahin waren es bei der WiIn Mitte (Bericht über die Auswirkungen der Bandenlage v. 17. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 271) 41 La-Führer, drei deutsche Mitarbeiter der ZO und 541 zivile sowjetische Angestellte; im dritten Quartal 1942 starben allein 19 deutsche Funktionäre der Chefr. La der WiIn Mitte, 13 wurden verwundet: Verlustliste, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 48. Im GK Weißruthenien waren es Mitte Januar 1943 acht La-Führer, 19 Niederländer und 83 einheimische Mitarbeiter: GK Weißruthenien, Sonderbericht v. 15. 1. 1943, BA-MA RW 31/251, Bl. 60R. Der WiStab Ost verzeichnete insgesamt lediglich 249 gefallene, 135 (meist an Krankheiten) verstorbene, 119 vermißte Landwirtschaftsfunktionäre, dazu 42 verstorbene Niederländer. Die Gefallenen und Vermissten machten etwa 3 % aller 13000 La-Führer aus (Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 107). – Von insgesamt 13000 eingesetzten Kräften der Zivilverwaltung starben 207: RMO, Tätigkeitsbericht Hauptabt. II v. 23. 12. 1944, BA-MA PPF-01/8131, Bl. 338.

gung aus dem besetzten Gebiet, während industrielle Anlagen nur selten durch Zerstörung außer Betrieb gesetzt werden konnten.⁴³

Die weißrussischen Partisanen sind vor allem bekannt für die Sprengung von Bahnanlagen und Zügen. Doch auch hier waren ihre Erfolge in mancher Hinsicht begrenzt. Es gelang ihnen zwar, die Leistungsfähigkeit vieler Strecken deutlich herabzusetzen, aber nicht, den deutschen Nachschub für die Front abzuschneiden oder entscheidend zu verringern.⁴⁴ Das gilt auch für Brückensprengungen sowie für Höhepunkte des »Schienenkrieges« im August 1943 und Juni 1944 mit bis zu 10500 Sprengstellen an einem Tag.⁴⁵ Nur wenige Nebenlinien mußten die Deutschen zeitweise ganz aufgeben. Unumstritten ist die hohe Zahl der Bahnsprengungen, doch richteten sich die Deutschen nach und nach in einer Art Normalität des Partisanenkrieges ein und vermochten insbesondere, die meisten Schadstellen an den Gleisen in kürzester Zeit zu beheben.⁴⁶ Hervorzuheben ist jedoch die materiell wichtigste, europaweit spürbare Auswirkung des Kampfes der weißrussischen Partisanen: sie vernichteten nach deutschen Quellen jeden Monat ebensoviele Lokomotiven, wie der gesamte deutsch beherrschte europäische Großraum in der gleichen Zeit produzieren konnte – und die Sowjets wußten das.⁴⁷ Angesichts des Mangels an rollendem

43 Ebd., S. 34; Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 150; GK Weißruthenien, Abt. Forst, Holz und Jagd v. 7. 10. 1942 und weiterer Schriftwechsel, BA-MA FPF-01/7914, Bl. 419–425; Übersicht über die infolge Gebietsaufgabe, Bandengefährdung oder Zerstörung stillgelegten Betriebe (der WiIn Mitte bis Herbst 1942), BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 334f. Der größte Partisanenerfolg auf dem industriellen Sektor war die Sprengung des wichtigen Zementwerks Ros bei Wolkowysk: WiStab Ost, Chefgr. Wirtschaft, AW VI/Presse und Berichtswesen, KTB-Beitrag 20/43 v. 19. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1287.

44 Vgl. Pottgießer, S. 90f. und 100f. (in der Woche zwischen 20. und 26. 7. 1943 verursachten die Partisanen auf den Hauptstrecken eine verminderte zeitliche Nutzbarkeit um 16 bis 46 %). Ähnlich z. B. General des Transportwesens Mitte, Transportlage Nr. 9 v. 11. 1. 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 643. Die Angaben bei Kalinin, S. 341, über einen Rückgang des Zugverkehrs um zwei Drittel von 1942 auf 1943 sind unzutreffend. Bonwetschs Einschätzung (S. 112) ist insoweit richtig.

45 Siehe Pottgießer, S. 85 und 88; AWiFü beim AOK 4, Lagebericht 16. 6.–15. 7. v. 28. 7. 1944, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 303. Die Zahl der Anschläge betrug im Gebiet der Generalverkehrsdirektion Osten im Mai 1942 erstmals über 100, im August 1942 erstmals über 500, im September 1942 750, im Januar 1943 400, im Mai 1943 1050. Die Mehrzahl davon ereignete sich im Gebiet der RVD Minsk. Vgl. z. B. Kühnrich, S. 287ff.; Wilenchik, S. 285. Reihensprengungen wurden von den Deutschen jeweils als eine gezählt, daher die zahlenmäßigen Unterschiede.

46 Bezeichnend ist das Urteil von Linkow (S. 448), der die deutsche Streckensicherung und Minenräumung als sehr schlecht beurteilte: »Auf einem Gebiet allerdings leisteten die Faschisten Hervorragendes. Sie verstanden es nämlich, die Folgen einer Zugkatastrophe in kürzester Zeit gründlich zu beseitigen. Acht bis zehn Stunden, in schwierigen Fällen fünfzehn Stunden, genügten ihnen, eine Strecke wieder betriebsfähig zu machen.« Vgl. Pottgießer, S. 84–101. Im Gebiet der RVD Minsk gab es im Dezember 1943 510 und im Januar 1944 598 Sprengungen, davon führten aber nur 43 bzw. 48 zu Streckensperrungen von mehr als 12 Stunden. Mineis (L) beim Transportchef, Auswirkung der Bandenanschläge v. 11. 2. 1944, BA-MA H 12/244.

47 Insbesondere Äußerung des Präsidenten der HBD Minsk, Grimm, am 10. 10. 1942 nach Aktenvermerk des RüKdo Minsk v. 12. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1042f., und Transporte des Feindes an der sowjetisch-deutschen Front, aus: Handbuch der deutschen Wehrmacht (hrsg. von der Hauptverwaltung des Feindnachrichtendienstes der Roten Armee), 1943, BA-MA H 12/34. Siehe auch Übersicht auf die Bahnanschläge auf Eisenbahnen im ganzen Bezirk der HBD Mitte, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1028; Mulligan 1988, S. 137 (298 zerstörte Loks im Juni 1943); Mineis (L) beim Transportchef: Auswirkungen der Bandenanschläge auf die Eisenbahnen im besetzten Osten v. 11. 2. 1944, BA-MA H 12/244; Berger an Himmler v. 21. 10. 1942, Betr.: Besprechung mit Reichsleiter Rosenberg, BA F 712, Bl. 183; zum hohen regionalen Lok-Reparaturstand bei der RVD Minsk (bis 36,5 %) Pottgießer, S. 94.

Material, der sich im ganzen deutschen Einflußbereich wegen der Verlagerung von Loks und Waggonen in die besetzten sowjetischen Gebiete ohnehin schon ergeben hatte, hatte das einen nicht zu unterschätzenden Effekt auf den Ausgang des Krieges überhaupt.

Schwierig ist eine pauschale Beschreibung des Verhältnisses zwischen Partisanen und Zivilbevölkerung in Weißrußland. Sicherlich fand dort die Widerstandsbewegung breite Unterstützung in der Bevölkerung, wohl mehr als irgendwo sonst in Europa. So hatten die Partisanen unbestreitbare Erfolge bei ihrer politischen Tätigkeit, mit Versammlungen und illegalen Druckerzeugnissen.⁴⁸ Mehr und mehr wurden sie für die Bevölkerung zum Faktor der Sicherheit, während das Leben in von den Deutschen verwalteten Gebieten immer gefährlicher wurde – durch die deutsche Praxis der Partisanenbekämpfung.⁴⁹ In den Partisanengebieten ging es den Einwohnern auch wirtschaftlich und sozial »durchschnittlich erheblich besser« als unter den Deutschen. Dies mußten Backe und Sauckel sogar Göring gegenüber offiziell feststellen.⁵⁰ Dennoch riefen ihre Konfiskationen von Nahrungsmitteln natürlich Spannungen mit den betroffenen Bauern hervor. Besonders viele polnische Bauern im Westen standen den sowjetfreundlichen Partisanen ablehnend gegenüber.⁵¹ Die Partisanen setzten die Bevölkerung oft massiv unter Druck, ihre Aktionen zu unterstützen, und brachte sie damit in die Gefahr, deutschen Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt zu sein, »geschossen wird auf jeden Fall«, wie Kube sagte.⁵² Selbstverständlich mußten die Partisanen wegen ihrer geringen materiellen Möglichkeiten in Überraschungsangriffen, mittels Attentaten und ähnlichem gegen die Deutschen vorgehen, und gewiß führten sie ihren Kampf mit großer Erbitterung, worauf die Tötungsarten hindeuten, so wenn einheimische Gegner erschlagen oder öffentlich hingerichtet wurden. Von den Deutschen wurde das zum Anlaß genommen, die Partisanen einfach als »Banditen«, »Verbrecher« oder »hinterlistig« darzustellen und sie haßerfüllt wie keine andere Bevölkerungsgruppe zu verfolgen, was freilich auch ohne Anlaß schon »vorbeugend« geschehen war.⁵³

48 Vgl. Kühnrich, S. 203 ff., N. Müller 1991, S. 74, und Kalinin, S. 316–325.

49 Siehe die Bemerkungen in Mavrogordato/Ziemke, S. 537.

50 Aufzeichnung aus der Reichskanzlei über eine Sitzung bei Göring am 28. 4. 1943, BA R 43 II/651b, Bl. 67; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 19 v. 4. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 203 (Zitat); vgl. Nr. 25 v. 4. 1. 1943, Bl. 751, und Wilenchik, S. 224 ff.

51 Vgl. Kalinin, S. 309 ff.; zu den Beschlagnahmungen allgemein Tec; Cholawski, Soldiers; Chiari 1998, S. 126 und 141 ff.

52 Rede Kubes v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 36.

53 Vgl. z. B. 1. SS-Inf. Brigade (mot), Ia, Zusammenfassender Bericht v. 19. 9. 1942, BA-MA SF-02/37573; Bericht Mitte, Abt. Ic (gez. v. Schenckendorff), v. 4. 10. 1941, BA-MA SF-02/37544; Rede Kubes v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 36; Feldpostbrief v. 16. 11. 1942 in: Golovchansky u. a. (Hg.), S. 109. – Realistischere Einschätzungen waren selten: z. B. KdS Minsk, Strauch, und Kommandeur der Sicherungstruppen Weißruthenien, General v. Tschammer und Osten, laut Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 9 v. 26. 6. 1942, BA-MA SF-01/28937, Bl. 517; Jurda (Leiter Hauptabteilung I beim GK Weißruthenien) nach Terminkalender Rosenbergs v. 4. 6. 1942, BA F 13694, Bl. 847; KTB-Bericht Oktober 1942 WiKdo Witebsk, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 831; Denkschrift Edwin Erich Dwinger in: Schumann/Nestler (Hg.), S. 342 f.

9.2 Stufe I: Kollektive Gewaltmaßnahmen, präventive Bekämpfung und der »Kampf gegen die Ortsfremden« (1941 bis Anfang 1942)

a) Methoden der Partisanenbekämpfung

Die Grundsätze der deutschen Partisanenbekämpfung in Weißrußland waren durch den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß und einige weitere Befehle des OKH aus der Anfangsphase des Krieges im wesentlichen vorgegeben: Erstens generelle sofortige Ahndung von Widerstandshandlungen sowjetischer Bürger mit dem Tod unter Ausschaltung von Militärgerichten, zweitens Präventivmaßnahmen und drittens kollektive Gewaltmaßnahmen gegen unbeteiligte Zivilisten, wenn Täter schwerer Widerstandshandlungen nicht festgestellt werden konnten (vgl. Kap. 2.2d). Das entsprach der bereits in Serbien von der Wehrmacht geübten Praxis. Besonders die psychologischen Auswirkungen der Befehle kurz vor Kriegsbeginn auf die deutschen Einheiten waren verheerend.⁵⁴ Zur Begründung solcher Befehle wurde oft angeführt, wegen der zahlenmäßigen Schwäche der Sicherungstruppen und der deshalb fehlenden Möglichkeit, das Land zu kontrollieren, müsse besonders scharf und abschreckend vorgegangen werden.⁵⁵ Der sowjetische Aufruf zum Partisanenkrieg wurde als willkommener Vorwand für Gewaltaktionen betrachtet, ohne daß dies den vorangegangenen Befehlen und Absichten Wesentliches hinzufügte.⁵⁶ Die Richtlinien des Kommandostabs Reichsführer-SS von Mitte Juli 1941 gingen kaum über die Wehrmachtbefehle hinaus – abgesehen von der »Unschädlichmachung der Juden« als präventiver und psychologisch wirksam gedachter Maßnahme.⁵⁷

Kollektive Gewaltmaßnahmen wandten die deutschen Besatzungstruppen 1941 allerdings noch verhältnismäßig selten an. Aus einer Aufstellung von 1984 über die zerstörten und von deutschen Massakern bei der Partisanenbekämpfung betroffenen 5295 weißrussischen Orte geht hervor, daß sich »nur« 3 Prozent dieser Fälle im Jahr 1941 ereigneten – etwa 150, was mit der geringen Partisanentätigkeit in Zusammen-

⁵⁴ Vgl. die Aussagen des Vorsitzenden des Militärgerichts der deutschen 227. Inf.Div., Hauptmann Julius Reichow, nach Nbg. Dok. USSR-38, BA F 16030. Ferner Schlarp, S. 153f. (Maßnahmen der 2. Armee vom April 1941; diese Armee wurde im Juni nach Weißrußland verlegt).

⁵⁵ Siehe Hitlers und Keitels Ausführungen auf der Spitzenbesprechung am 16. 7. 1941, Vermerk Bormanns, in: IMT, Bd. 38, S. 92; OKW/WFSt/Abt. L (IV/Qu), Betr.: Sicherungskräfte in den neu besetzten Ostgebieten v. 24. 7. 1941 mit Auszug aus der Weisung Nr. 33 vom Vortag, BA-MA (BArchP)F 44544, Bl. 319 (Sicherung nur gewährleistet »wenn die Besatzungsmacht jenen Schrecken verbreitet, der allein geeignet ist, der Bevölkerung jede Lust zur Widersetzlichkeit zu nehmen«); Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 75 v. 16. 12. 1941 (Auszug), BA D-H, FW 490, A. 27, Bl. 1.

⁵⁶ Was die Quellen angeht, ist dieser Zusammenhang am deutlichsten von Hitler ausgesprochen worden (»gibt uns die Möglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt«). Niederschrift Bormann über die Besprechung am 16. 7. 1941, in: IMT, Bd. 38, S. 88. In Anbetracht der geringen sowjetischen Partisanentätigkeit in den ersten Kriegsmonaten, ihres völkerrechtskonformen Charakters und der von vornherein feststehenden, also präventiven Art der deutschen Antipartisanenmaßnahmen ist die Darstellung von Förster, Sicherung, S. 1232f., indiskutabel, der den Sowjets eine Mit- oder gar Alleinschuld dafür unterschiebt, daß der Konflikt den Charakter eines »Weltanschauungs- und Vernichtungskrieges« angenommen habe.

⁵⁷ »Wird aber festgestellt, daß die Bevölkerung dem Feinde auch nur die geringste Hilfe gewährt, dann ist meistens die Zerstörung der betr. Ortschaften, unter Bergung der Erntevorräte, das Gegebene [...]« Richtlinien für den Einsatz der dem Kommandostab RF-SS unterstellten Verbände (8. Folge). Auswertung bisheriger Kampferfahrungen (undatiert), BA-MA SF-02/37546.

hang stand.⁵⁸ Von den 628 Dörfern, in denen die Deutschen versuchten, die gesamte Bevölkerung zu vernichten, und in denen insgesamt etwa 83.000 Menschen ermordet wurden, erlitten lediglich zwölf Orte mit 1628 Einwohnern dieses Schicksal 1941.⁵⁹ So vermerkte der Abwehroffizier der Panzergruppe 3 zu den Ausgangsbefehlen: »Bei rückschauender Betrachtung am 14. 8. [1941] ist festzustellen, dass entgegen den Erwartungen Freischärlerei nur in geringem Umfang vorgekommen ist und infolgedessen die strengen Strafen nur vereinzelt zur Anwendung kamen.«⁶⁰

Aus dem Bereich der 9. Armee berichtete allerdings der IV Wi-Offizier, Major v. Ilberg, die Truppe habe oft alle greifbaren männlichen Zivilisten erschossen. Das solle man besser vermeiden.⁶¹ Für die trotzdem *relativ* geringe Zahl *dieser Art* von Massenverbrechen hatten auch anfängliche Befehle des Oberkommandos der Heeresgruppe Mitte – die vom Ic-Offizier v. Gersdorff ausgingen – und des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet Mitte gesorgt, angefangen bei einer Meldepflicht für solche Akte, die in den Ergänzungen der Heeresgruppe zum Kriegsgerichtsbarkeits-erlaß enthalten war.⁶² Allerdings vertraten hier einige Einheiten andere Auffassungen als diese Instanzen, so die 2. Armee, die als Vorbedingung für weniger Kollektivmaßnahmen einen verstärkten Einsatz von Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD sowie die »rechtzeitige Errichtung von Konzentrationslagern« forderte.⁶³

Für die Folgezeit ist eine Verschärfung der Befehlsgebung festzustellen, ohne daß aber die deutsche Verfolgung von Untergrundkämpfern taktisch auf der Auslöschung oder Bestrafung ganzer Dörfer beruhte wie in späteren Jahren. Daher kam es auch noch zu keinem merklichen Anstieg der Fälle, in denen Dörfer niedergebrannt und unbeteiligte Zivilisten in großen Gruppen erschossen wurden.⁶⁴ Der berüchtigte Be-

⁵⁸ Vgl. Romanowski u. a., S. 46–210. Von diesen Fällen aus 1941 betrafen etwa 30 % Dörfer, die bei der Evakuierung des Waldes von Białowieża zwischen Juli und September niedergebrannt und deren Bewohner umgesiedelt wurden, meist ohne größere Mordaktionen. Auch sonst lag der Schwerpunkt der Fälle 1941 zwischen Juli und September. – Auch in der Ukraine waren es 1941 relativ wenige Fälle: Anderson, S. 300–303.

⁵⁹ Die Liste der betreffenden Dörfer ebd. ist entsprechend aufgeteilt, vgl. hier S. 48–67.

⁶⁰ Unmittelbar im Anschluß hieß es: »Dagegen hat sich erwiesen, dass die politischen Kommissare Willensträger der bol[s]chewistischen Idee waren«, sie seien deshalb hingerichtet worden. Pz.Gr. 3, Abt. Ic, Tätigkeitsbericht Januar-Juli 1941 (Abschrift), Nbg. Dok. NOKW-2541. Zur verhältnismäßig geringen Zahl niedergebrannter Ortschaften auch die Meldung Fernspruch 221. Sich.Div., Abt. Ic, v. 14. 7. 1941, BA-MA RH 26–221/12a.

⁶¹ AOK 9 – IV Wi, Aktenvermerk über meine Fahrt von Witebsk in die Gegend von Smolensk v. 30. 7. 1941, sowie ders. an AOK 9, Ic, v. 8. 8. 1941, BA-MA(BArch)Pf 42878, Bl. 780 bzw. Paginierung unlesbar.

⁶² Vgl. Okdo. H.Gr. Mitte, Ergänzungen zum Kriegsgerichtsbarkeitserlaß (Kopf teils unleserlich) v. 13. 6. 1941 (Entwurf, Abgang 14. 6.), BA-MA WF-03/9121; H.Gr. Mitte, Ic/A.O. an AOK 9 v. 4. 8. 1941 auf Meldung des Sonderführers v. Sivers v. 2. 8. 1941, BA D-H FW 490, A. 23, Bl. 50f.; H.Gr. Mitte, Ic/A.O. Nr. 103/41g.Kdos.(A.O.III), Betr.: Kollektive Gewaltmaßnahmen v. 7. 8. 1941 (Abschrift), BA-MA RH 20–2/1091; Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 27 v. 13. 7. 1941, BA-MA WF-03/7313, Bl. 160; ebenso, Br.B.Nr. 159/41g.Kdos. v. 12. 8. 1941, BA-MA RH 26–221/13b; Heer 1995, S. 106f.

⁶³ Das Vorgehen des SK 7b unter SS-Sturmabführer Rausch wurde gelobt (»von der Truppe immer dankbar empfunden«). AOK 2, Ic/A.O., Betr.: Bekämpfung des Bandenunwesens v. 10. 8. 1941, BA-MA RH 20–2/1091. Siehe auch Förster, Sicherung, S. 1237f.; Ogorreck 1996, S. 118; zum XXXI. AK Hesse, S. 75f.

⁶⁴ Zur zahlenmäßigen Entwicklung vgl. S. 870 in dieser Darstellung. Siehe ansonsten 221. Sich.Div., Abt. Ic, Betr.: Kollektivmaßnahmen (Unterschrift: Pflugbeil, GenLt) v. 31. 8. 1941, BA-MA RH 26–221/13b; Auszug aus dem Korpsbefehl Nr. 75 des Berück Mitte v. 16. 12. 1941 (verantwortlich war v. Schenckendorffs Urlaubsvertreter, General Koch-Erpach), BA D-H FW 490, A. 27; I./Inf.Rgt. 354, Kommandeur, an Inf.Rgt. 354 v. 7. 12. 1941 über die Anordnung Nr. 29, Nr. 4 des Berück (so »dass bei der Anlegung strenger

fehl Keitels vom 16. September 1941, dessen zentraler Punkt kollektive Gewaltmaßnahmen waren, hatte also in Weißrußland kaum direkte Folgen.⁶⁵ Auch in SS und Polizei versprach man sich damals von Dorfvernichtungen noch verhältnismäßig wenig, obwohl sich das RSHA sogar mit einer geplanten »Verordnung über Kollektivmaßnahmen in den besetzten Ostgebieten« beschäftigte.⁶⁶

Natürlich war dennoch jedes einzelne dieser Massaker ein unermeßliches Verbrechen. Das erste fand in Ablinga im benachbarten Litauen bereits am zweiten Kriegstag statt.⁶⁷ Wenig später schoß die 1. SS-Infanterie-Brigade grundlos ein Dorf bei Grajewo zusammen. Weitere Fälle ereigneten sich teils in der Nähe der Hauptkampflinie durch Fronteinheiten, teils weit im Hinterland durch Wehrmacht oder SS und Polizei.⁶⁸ Die Zahl der Todesopfer war zum Teil beträchtlich – 436 waren es in Swataja Bolja und 123 in Welikaja Gat, Rayon Iwazewitschi, 250 in Pridorowo, Rayon Brest (alles Gebiet Brest), 300 in Sapesotsche, Rayon Shitkowitschi (Gebiet Gomel).⁶⁹ Die Entscheidung über kollektive Gewaltmaßnahmen beanspruchte die Zivilverwaltung im Reichskommissariat Ostland rechtlich für sich, im Bezirk Bialystok war sie Sache des SS- und Polizeiführers in Abstimmung mit der Zivilverwaltung.⁷⁰

Ansonsten bekämpften die Deutschen den Widerstand der weißrussischen Bevölkerung mit einer Reihe weiterer Methoden. Sie waren noch vom Vorgehen gegen einzelne Menschen geprägt. Dazu zählte die Todesstrafe für Widerstandstätigkeit.⁷¹ Daß Geiseln mit der Drohung, sie bei Aktionen gegen die Besatzungsmacht umzubrin-

Masstäbe ganze Dörfer vernichtet werden müssten«), BA-MA RH 26-286/4; handschriftliches Geständnis Adolf Seibert (?) v. 6. 4. 1944, BA D-H ZM 1487, A. 20, zum Fall des SS-Pol.Rgt. 2.

65 Chef OKW, Betr.: Kommunistische Aufstandsbewegung in den besetzten Gebieten v. 16. 9. 1941, in: Ueberschär/Wette, S. 305f. Siehe die andere Darstellung in Heer 1995, S. 106f.

66 Z. B. SS-Kav.Rgt. 2, Lagebericht für 15./16. 8. v. 16. 8. 1941, BA D-H ZWM Ia (Einstellung von Repressalien wegen neutraler, nicht einmal »deutschfreundlicher« Bevölkerung); Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Bandenbekämpfung (1. Ausgabe, September 1942), gedruckt im RSHA, BA F 14247. Ferner: RSHA II A 2, Schnellbrief v. 16. 3. 1942 (Heydrich an Rosenberg) mit Anlage: Entwurf einer Verordnung über Kollektivmaßnahmen in den besetzten Ostgebieten, BA-MA SF-01/28985, Bl. 127-129.

67 Vgl. Adamovich/Bryl/Kolesnik, S. 388.

68 Vgl. Vern. O. S. v. 23. 10. 1942 (im SS- und Polizeigerichtsverfahren) und W. A. v. 13. 12. 1967, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bl. 1828ff., und 3552; ferner Bartov 1985, S. 119ff.; Vern. Sonie Leskowicz (undatiert), in: Documents Grodno, Bd. 1, S. 447-449 (Städtchen bei Grodno im Juni 1941); KTB 20. Pz.Div. v. 14. 7. 1941, Nbg. Dok. NOKW-2416 (auszugsweise Abschrift/Erschießung kommunistischer »Rädelsführer« in einer Kampfpause in Welish); Tagebuch Bach-Zelewski v. 7. 8. 1941, BA R 20/45b, Bl. 7 (Jazyl, Polesje); Schlußbericht der StA Karl-Marx-Stadt v. 16. 6. 1971 in der Strafsache Frentzel, BStU ZUV 9, Bd. 8, Bl. 53-58 (Bazewitschi, Gebiet Mogilew, 24. 2. 1942); Tagesmeldung LIX. AK v. 9. 3. 1942, BA-MA (BArch)P F 58427, Bl. 755 (Seliwaki, Gebiet Witebsk).

69 Vgl. Romanowski u. a., S. 56, 58, 63f. Tatzzeit war außer in Pridorowo (Juni) überall der August 1941.

70 Siehe RMO: Braune Mappe, Teil I: Reichskommissariat Ostland (undatiert, Vorwort Rosenbergs v. 3. 9. 1941), ZStL 202 AR-Z 184/67, Sonderbd. 1, Bl. 31; KdG Bialystok, Richtlinien für die Gendarmerie betr. Vergeltungsmassnahmen anlässlich Gewalttaten von Banditen u. s. w. (vertraulich; Unterschrift: Limpert) v. 8. 5. 1942, Sonderarchiv Moskau 1323-2-238, Bl. 6.

71 Eingehende Vorschriften z. B. in der Verordnung zur Bekämpfung von Gewalttaten in den besetzten Ostgebieten des RMO v. 23. 8. 1941 (siehe StA Hamburg 147 Js 29/67, Anklageschrift v. 27. 12. 1971, S. 130f.) und in Pz.AOK 3, Abt. Ic/A.O. (Abw.III), Betr.: Verhängung der Todesstrafe gegen russische Zivilpersonen v. 31. 7. 1942, BA D-H FW 488, A. 16.

gen, festgesetzt wurden, ist relativ selten belegt.⁷² Verhaftete Personen wurden systematisch gefoltert, um Aussagen zu erpressen. Hierzu gab es immer wieder neue Vorschriften. So wies der Abwehroffizier beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte, Major Schubuth, darauf hin, »dass der Russe durch Androhen der Erschießung weniger zum Sprechen gebracht wird. Er reagiert besser auf ausgesprochen handfeste Mittel oder sehr gute Behandlung. Beide Methoden sind möglichst vor der Exekution zu erproben.«⁷³ In Vorschlägen der 2. Armee für die Verbesserung der Partisanenbekämpfungsvorschrift des OKH vom April 1943, die von der Führungsabteilung der Heeresgruppe Mitte (v. Tresckow) weitergeleitet wurden, hieß es: »Bei Vernehmung von Banditen, auch Frauen, sind alle Mittel anzuwenden [...]«⁷⁴ Exekutionen wurden in manchen Einheiten sozusagen als Ehrendienst aufgefaßt und ausschließlich von Offizieren *ausgeführt*.⁷⁵

Hinzu kamen Fahndungen, Straßenkontrollen und Razzien mit Festnahmen oder Erschießung Verdächtiger oft beim geringsten Anlaß. Dabei beteiligten sich die Sonder- und Einsatzkommandos von Sicherheitspolizei und SD in starkem Maße; die Einsatzgruppe B etwa meldete, dort liege das »Schwergewicht« ihrer Tätigkeit, also wohl ihres Einsatzzeitaufwandes.⁷⁶ So nahm das SK 7a im Herbst 1941 bei Demidow bei einer Aktion 693 Männer zwischen 15 und 55 Jahren fest, von denen 438 wieder entlassen, 72 Kriegsgefangene in Lager gebracht und nicht weniger als 183 als »Partisanen und Kommunisten« erschossen oder erhängt wurden.⁷⁷ Auch Ordnungspolizei und GFP führten viele solcher Einsätze durch. Im April und Mai 1942 nahmen die drei GFP-Gruppen im Gebiet der 203. Sicherungsbrigade (Raum Bobruisk) 7772 Personenüberprüfungen, 1459 Festnahmen und 884 Exekutionen vor (davon 858 wegen Widerstandshandlungen).⁷⁸ Die GFP ermordete in den besetzten sowjetischen Gebieten insgesamt im ersten Halbjahr 1942 etwa 12 000, im zweiten Halbjahr 1942 und ersten Quartal 1943 21 000 Personen wegen »Partisanenbetätigung«.⁷⁹ Wie bei der GFP

72 Siehe Förster, Sicherung, S. 1234 und 1236; FK (V) 244 [Borissov], Standortbefehl Nr. 42 v. 27. 6. 1942, ZStA Minsk 391-1-56, Bl. 39; Erinnerungen Robert Kellner, in: In den Wäldern Belorußlands, S. 324; Vern. Wilhelm W. v. 20. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 5, Bl. 81. – Anders in Serbien: Manoschek 1993, S. 71 ff.

73 Berück Mitte – Abt. Ic, Az. IcBef. –, Ic-Befehle u. Mitteilungen Nr. 5 v. 11. 12. 1941, BA D-H ZWM Ia; Vgl. Reichsführer-SS, Bandenbekämpfung, BA F 14247 (S. 12); zur Praxis BdS Ostland, Tagesmeldung an RKO v. 21. 2. 1942, ZStL UdSSR Bd. 245ab, Bl. 4; Vern. K.-H. E. v. 12. 4. 1961, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. »zu 2453« (Feldaufklärungstrupp 303 in Gomel); bei der GFP: Geßner, S. 92.

74 AOK 2, Ia, Betr.: Erfahrungen über Bandenbekämpfung v. 2. 4. und Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Ergänzungs- und Änderungsvorschriften zu dem Merkblatt »Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten« v. 9. 4. 1943, BA-MA WF-03/5365, Bl. 850 und 929.

75 OK II/930, Betr.: Erschießung von Partisanen v. 7. 10. 1941, BA-MA WF-03/14306, Bl. 900.

76 »Die Einsatzgruppe konnte insgesamt bisher über 1300 Partisanen vernichten.« Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 7 der Einsatzgruppen für 1.-30. 11. 1941, ZStL UdSSR Bd. 401, abgedruckt in: Klein (Hg.), S. 251.

77 EM 108 v. 9. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 2851 f. Demidow liegt 30 km östlich der weißrussischen Ostgrenze.

78 Pol.Rgt. Mitte, Ia, Bericht v. 13. 9. 1941 mit Anlagen, BA-MA WF-03/13302, Bl. 57-68; Geßner, S. 82-84 und 129 (Verhaftungs- und Exekutionsstatistik der GFP-Gruppe 723 mit einem ersten statistischen Höhepunkt im November 1941); Vern. Johann Georg Richert (ehem. Kdr. 286. Sich.Div.) v. 16. 1. 1946 im Minsker Kriegsverbrecherprozeß, Archiv P. Kohl; Ltd. Feldpolizeidirektor bei der Sich.Brig. 203, Tätigkeitsbericht v. 29. 5. 1942, BA-MA RH 26-203/6.

79 Siehe Heeresfeldpolizeichef im OKH/GenStdH/GenQu/GFP, Betr.: Entwicklung der Partisanenbewegung in der Zeit vom 1. 1.-30. 6. 1942 v. 31. 7. 1942 (Abschrift), Nbg. Dok. NOKW-2535, Fall 12, ADB 134,

hatten Weißrussen, die einmal im Gefängnis oder Lager steckten, auch anderswo geringe Überlebenschancen, unabhängig davon, ob sie sich wirklich gegen die Besatzungsmacht betätigt hatten.

Zur Abwehr von Zerstörungen an militärisch wichtigen Objekten diente die Methode der sogenannten passiven Sicherung. Hier ging es vor allem um den Schutz von Bahnlinien und Brücken durch Aufstellung von Posten, Überwachung von Zonen, die sowjetische Zivilisten nicht betreten durften, und Patrouillen im Vorfeld. Diese defensiven Aufgaben, für die der größte Teil der Sicherungs-Truppenkontingente benötigt wurde, hatten in erster Linie Wehrmachteinheiten, und zwar meist Landesschützenbataillone, zu erfüllen. Ein Bataillon sollte möglichst nicht mehr als 20 bis 25 Kilometer Bahnstrecke oder 40 Kilometer Straße sichern. Im Sommer 1942 waren damit allein im Gebiet des LIX. Armeekorps im Raum Witebsk acht Bataillone beschäftigt, im Mai 1943 im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte angeblich 45 von 57 vorhandenen.⁸⁰ Nach schweren Partisanenangriffen wurden sie des öfteren vorübergehend verstärkt.⁸¹ Aber auch SS- und Polizeieinheiten übernahmen solche Funktionen. Bezogen auf andere Objekte (Verwaltungs- und Wirtschaftseinrichtungen) taten dies die Gendarmerieposten im Zivilverwaltungsbereich, was sich an der geringen Zahl ihrer mobilen Einsätze ablesen läßt. Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wurde den HSSPF Rußland-Mitte zeitweilig der Raum Mogilew als Sicherungszone zugewiesen.⁸² Es gab also keine grundsätzliche, sondern nur eine tendenzielle Aufgabenteilung zwischen Wehrmacht sowie SS und Polizei;⁸³ die Wehrmacht erfüllte mehr

Bl. 261; Heeresfeldpolizeichef im OKH, Gen. zbV/H.Wes.Abt./GFP, Allgemeiner Überblick über die Bandenbewegung für 1. 7. 1942 bis 31. 3. 1943 v. 10. 4. 1943, in: Geßner, S. 133.

⁸⁰ Vgl. II./Pol.Rgt. 14, Erfahrungsbericht über Sicherung der Verkehrswege v. 31. 10. 1942, BA R 20/18, Bl. 25; Entwurf eines Fernschreibens des Chefs des Generalstabs H.Gr. Mitte an Chef des Generalstabs der 9. Armee (Ia 21/44geh, undatiert), BA-MA WF-03/5409, Bl. 592; Hauptverwaltung des Feindnachrichtendienstes der Roten Armee, Transporte des Feindes an der sowjetisch-deutschen Front (1943), wie Anm. 9/47 in dieser Darstellung; Vern. Bruno Pawel v. 2. 1. 1946 (ehemaliger Kommandant in Weißruthenien), BA D-H ZM 1683, A.6, Bl. 104 f. (450 Stützpunkte an Bahnlinien); Generalkommando LIX. AK, Abt. Ia/Pa., Betr.: Bandenlage, an H.Gr. Mitte v. 26. 8. 1942, BA D-H FW 490, A. 13, Bl. 6 f.; Berück Mitte, Ia v. 9. 5. 1943, BA-MA WF-03/5365, Bl. 893. 12 weitere Bataillone sollten hiernach das Vorfeld sichern, lediglich zwei standen für den beweglichen Einsatz zur Verfügung. Hierbei handelte es sich jedoch um eine Zweckmeldung, denn für ›Großunternehmen‹ wurden regelmäßig beträchtliche Wehrmachtverbände aufgeboden, so daß entweder Einheiten rasch herausgezogen werden konnten oder der Bericht in dieser Form übertrieben war.

⁸¹ Siehe KTB Berück Mitte, Ia, v. 6., 7. und 11. 5. 1942, BA-MA WF-03/13328, Bl. 65–71; ebenso zwischen 27. 8. und 18. 9. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 818–847; Meldung Okdo. H.Gr. Mitte, Ia an OKH/Op.Abt. v. 31. 8. 1942 (in: Dokumente Heusinger, S. 160 f.) und an LIX. AK, BA-MA (BArchP)F 56942, Bl. 559 f.

⁸² Vgl. KTB 286. Sich.Div. für Anfang März 1942, BA-MA RH 26–286/6, Bl. 16R–18R; Befriedungsraum Höh. SS Pol. Fhr. ab 3. 3. 42, BA-MA WF-03/7363, Bl. 320; Aufzeichnung v. Schenckendorffs über die Besprechung mit Bach-Zelewski am 29. 6. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 626 f.; HSSPF Rußland-Mitte, Ia, Befehl zur Sicherung und Befriedung der Stadt Mogilew und ihrer weiteren Umgebung v. 23. 9. 1942, BA R 20/18, Bl. 5 f., und allgemein die genannte Akte. – Zu den stationären Polizeieinheiten Gendarmerie-Zug Stolin, Vorschlag für die Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes 2. Klasse mit Schwertern v. 1. 3. 1944, Akte Franz Mühldorf, BA D-H M 625, A. 11 (nur elf Einsätze in zehn Monaten). Ferner H. K., Der Weg ins Nichts. Opfergang eines Polizeiregiments in Rußland (vor 1954/über den Einsatz des Pol.Schützen-Rgt. 33 im Raum Retschitza-Choiniki 1943), ZStL 204 AR-Z 122/67, Bl. 300–312: »Es war wie vor hundert Jahren im ›Wilden Westen[?]‹ Amerikas.«

⁸³ Vgl. Referat v. Gottberg am 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 150 f.

die defensiven, SS und Polizei mehr die offensiven Aufgaben – vor allem seit 1942. Insbesondere im Militärverwaltungsbereich, aber gelegentlich auch in den Reichskommissariaten führten Wehrmachteinheiten offensive Aktionen durch, bei denen besonders schwere Verbrechen vorkamen. Angesichts der zahllosen gelungenen Anschläge besonders auf Bahnlinien ist das deutsche System der passiven Sicherung als kompletter Mißerfolg zu bewerten.⁸⁴ Dies fiel allerdings erst ab Sommer und besonders Herbst 1942 ins Gewicht, als die Partisanen begannen, die Bahnlinien systematisch anzugreifen.

b) Die Verschärfung der Verfolgung im September und Oktober 1941

Obwohl sich das nicht in einer steigenden Zahl zerstörter Dörfer niederschlug, gab es auch in der Partisanenbekämpfung – wie bei der Vernichtung von Juden und Kriegsgefangenen und in der Ernährungspolitik – eine Verschärfung der Massenverbrechen, die im September vorbereitet wurde und im Oktober voll einsetzte. Diese verschärfte Verfolgung führte in erster Linie die Wehrmacht durch.⁸⁵ Betrachten wir zunächst die Zahlen. Im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte wurden bis einschließlich September 1941 24 668 angebliche Partisanen umgebracht. (Offiziell wurden sie oft als »Gefangene« gemeldet, ihr Tod ergibt sich aus anderen Quellen.⁸⁶) Im Oktober waren es 14 265, im November 14 037, im Dezember 6063 und im Januar und Februar zusammen 4224; insgesamt waren es zum 1. Dezember 52 970 und zum 1. März 1942 63 257 Opfer – bei deutschen Verlusten von 638 Toten.⁸⁷ Und das, obwohl die Stärke der Besatzungstruppen abnahm: In den Akten der 221. und 286. Sicherungsdivision, die die Gebiete abziehender Einheiten mit übernahmen, fiel der Anstieg noch dramatischer

84 Siehe z. B. die Bemerkungen von Linkow, S. 447 f.; Bericht über die Besichtigung der Bahnsicherungen an Strecke Mogilew-Rogatschew (Unterschrift: Förster, Hauptmann) v. 7. 10. 1942 und Divisionskommandeur-Besprechung am 8. 10. 1942 beim Berück Mitte (»Die reine *defensive* Streckensicherung kann *niemals* zu vollem Erfolg führen«), BA-MA WF-03/13352, Bl. 1274–1280 und 1284 (Hervorhebung im Original); KTB Berück Mitte, Ia, v. 9. 9. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 833 (Bericht Oblt. v. Boeselager). Die gegenteilige Ansicht Coopers, S. 128 ff., ist unzutreffend und soll seine These begründen, daß die Wehrmacht bei ihren offensiven Aktionen die Partisanenaktivitäten nur zum Vorwand nahm.

85 Zur Entwicklung im GK Weißruthenien Kap. 7.2e. Eine Parallele gab es auch in Serbien (Manoschek 1993, S. 69–75 und 155–167).

86 In der Regel wurden geflohene und wiederaufgegriffene Kriegsgefangene getrennt von diesen »Gefangenen«-Ziffern gezählt – offenbar weil diese nicht generell umgebracht, sondern überwiegend in Kriegsgefangenenlager zurückgebracht wurden. Diese Ausführungen bedeuten nicht, daß schlechthin alle Festgenommenen, Ortsfremden usw. ermordet wurden, jedoch betraf das einen großen Teil von ihnen. Siehe die folgenden Ausführungen sowie oben S. 604 in dieser Darstellung.

87 Stand Ende Februar: Stab Berück Mitte, Ia, Vorschläge zur Vernichtung der Partisanen im rückw. Heeresgebiet und in den rückw. Armeegebieten (Unterschrift: von Schenckendorff), BA-MA WF-03/7363, Bl. 312 (»63 257 Partisanen bis heute im Kampf vernichtet«), auch Mulligan 1982, S. 32, Kosyk, S. 255; Oktober: WiStab Ost, Halbmonatsbericht 16.–31. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 43384, Bl. 974; November und Gesamtstand: WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 10 v. 22. 12. 1941, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 1031; vgl. Berück Mitte, Tagesmeldungen 1. 11. und 1. 12. 1941, BA-MA WF-03/13303, Bl. 433 und 463, sowie Zehntagesmeldung v. 21. 12. 1941, Bl. 566; Berück, Ia, Monatsbericht Dezember v. 10. 1. 1942, BA-MA WF-03/13302, Bl. 316. – Für Januar 1942 wurden von anderer Stelle »nur« 839 und für Februar 601 erschossene Partisanen, »Saboteure« usw. im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte gemeldet. Abwehrkommando III (B), Tätigkeitsberichte Januar und Februar v. 4. 2. und 12. 3. 1942, BA D-H FW 490, A. 28, Bl. 3 und 10.

aus.⁸⁸ Diese Zahlen lagen wesentlich *über* den Tötungsziffern des Jahres 1942.⁸⁹ In den Worten v. Schenkendorffs:

»Während früher *täglich im Durchschnitt* 3–400 Partisanen im Kampf erledigt wurden, beträgt nach der russ. Offensive, infolge der seither verminderten Gefechtskraft der Truppe des Befehlshabers durch Herausziehen seiner kampfkraftigen Truppen nach der Front [...], die Anzahl der täglich gefassten Partisanen nur etwa 10–15.«⁹⁰

Von Kämpfen konnte angesichts der genannten Zahlen natürlich meist keine Rede sein. 300 bis 400 Menschen wurden 1941 von den Militäreinheiten im rückwärtigen Heeresgebiet täglich »erledigt« – beinahe ebensoviele wie alle Mordopfer der Einsatzgruppe B im gleichen Zeitraum.

Einheiten von SS und Polizei töteten dagegen im Herbst 1941 relativ wenige angebliche Freischärler, und die Zahlen nahmen im Herbst 1941 ab und nicht zu. Die Einsatzgruppe B verzeichnete bis Ende November 1300 getötete »Partisanen«. Drei, dann vier Polizeiregimenter und zwei SS-Brigaden im gleichen Bereich meldeten im Oktober/November binnen 16 Tagen 344 und binnen 25 Tagen 159 exekutierte Partisanen und Kommunisten – weniger als im September (888 Opfer, davon 722 Partisanen und Kommunisten, in 13 Tagen).⁹¹ Das Polizeibataillon 322 brachte im Oktober 1941 701 Nichtjuden (und 1150 Juden) um.⁹²

Wer waren die Opfer? Wie angedeutet, wurden schon von Juli und bis September 1941 monatlich rund 8000 sogenannte Partisanen im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte umgebracht. Vor allem im Juli, stellenweise auch noch im August, handelte es sich meist um versprengte Gruppen sowjetische Militäreinheiten, die nach Osten abzogen, und nicht um Partisanen im eigentlichen Sinn. Das bedeutet, gefangengenommene gegnerische Soldaten wurden umstandslos ermordet.⁹³ Auch in den späteren Monaten des Jahres 1941 konzentrierte sich die deutsche Partisanenverfolgung auf versteckt lebende Rotarmisten als sogenannte Ortsfremde, nun aber in anderen Zusammenhängen. Dieses Handeln der Besatzungstruppen war nicht legitim, obwohl

88 Vgl. KTB 221. Sich.Div. für 22. 6.–13. 12. 1941, BA-MA RH 26–221/10, und KTB 286. Sich.Div. für 22. 6.–31. 12. 1941, BA-MA RH 26–286/2. Die 87. Inf.Div. – damals als Sicherungsdivision in Weißrußland eingesetzt – registrierte bis Mitte August 125 erschossene »Freischärler« usw. und 705 Gefangene. KTB 87. Inf.Div. v. 14. 8. 1941, BA-MA RH 26–87/22.

89 Genaue Angaben zur Zahl der Opfer der Partisanenbekämpfung in ganz Weißrußland können für 1941, auch wegen der noch zu skizzierenden Struktur der Opfergruppen (vor allem Versprengte und Städter), nicht gemacht werden. Für die unter deutscher Zivilverwaltung stehenden Teile des Landes fehlen aussagekräftige Quellen. Hinsichtlich des Militärverwaltungsbereichs ist zu beachten, daß ein unbestimmbarer Anteil der genannten Ziffern, besonders ab Oktober 1941, auf die besetzten russischen Gebiete entfiel.

90 Vorschläge zur Vernichtung von Partisanen..., wie Anm. 9/87. Hervorhebung im Original.

91 Siehe Anm. 9/76 in dieser Darstellung; HSSPF Rußland Mitte, Ia, Betr.: Exekutionen v. 7. 11. und 14. 12. 1941 (Zeiträume: 22. 10.–6. 11. und 17. 11.–11. 12. 1941), BA R 70 SU/27, Bl. 22 und 24. Gemeldet wurden hier Aktionen des Pol.Rgt. Mitte, der SS-Kav.Brigade, der 1. SS-Inf.Brigade, im ersten Fall auch des Pol.Btl. 317. Zu berücksichtigen ist, daß die betreffenden Einheiten teilweise an der Front eingesetzt waren. Ferner die Meldungen des HSSPF Rußland-Mitte, Ia, Betr.: Exekutionen v. 24. 9., 28. 9., 1. 10. und 5. 10. (für den Zeitraum 22. 9.–4. 10. 1941), BA-MA SF-02/37545.

92 Liste »Erschießungen« des Pol.Btl. 322, BA D-H P 813, auch in BA F 56755.

93 Vgl. 221. Sich.Div., Abt. Ic v. 16. 7. 1941, BA-MA RH 26–221/12a, Bl. 364 (22. 6.–3. 7. »323 Freischärler erschossen«); Tagesmeldungen des Berück Mitte für die zweite Julihälfte 1941 und Meldung der 252. Inf.Div. über Aktionen zwischen dem 6. und 12. 8. (978 Gefangene, 1100 »gezählte tote Russen«, eigene Verluste: 47 Tote, 89 Verwundete), BA-MA WF-03/13303, Bl. 323ff. und 354.

Rotarmisten, wie erwähnt, in dieser Zeit den Grundstock der Partisaneneinheiten stellten. Doch waren diese, wie ebenfalls erwähnt, inaktiv und für die Deutschen ziemlich ungefährlich. Was noch schwerer wiegt, die Mehrzahl der untergetauchten sowjetischen Soldaten gehörten überhaupt keinen Partisanenverbänden an, sondern waren als Land- oder Gelegenheitsarbeiter in weißrussischen Dörfern untergekommen, hatten ihre Waffen weggeworfen oder versteckt und dachten nicht daran, sie zu benutzen. Das heißt, das deutsche Vorgehen war *präventiv* und richtete sich gegen *potentielle* Partisanen. Kennzeichnend ist ein Bericht der 286. Sicherungsdivision, nach dem auch die Rotarmisten aus dem Kessel von Wjasma waffenlos und »nicht ohne weiteres als ›Partisanen‹ [zu] bezeichnen« waren:

»Angriffe« auf deutsche Truppen kamen nicht vor; wird eine Partisanenbande gestellt oder verfolgt, schießt sie natürlich, denn sie wissen genau, dass sie bei der Gefangennahme erledigt werden. In letzter Zeit ist ein Zuzug von Juden zu den Partisanen-Banden festgestellt worden, da die Juden vor den Sonderaktionen des SD. ihre Wohnsitze verlassen. Auch sie kämpfen um ihr Leben. [...] Zur Befriedung des Gebietes gehört auch das Herausholen der sogenannten ›Ortsfremden‹. Das sind meist versprengte russische Soldaten, die bei den Bauern und auf den Kolchosen an sich friedlich arbeiten, und deren Arbeit die Einbringung der Ernte und die Herbstbestellung wesentlich zu verdanken ist. Sie werden im Winter als ›unnütze Esser‹ betrachtet werden und dann unter Umständen den Partisanen (Plünderern) zugetrieben. Diese Säuberungsaktionen sind im Gange, und es sind schon beträchtliche Mengen den Dulags zugeführt worden.«⁹⁴

Tatsächlich ist kein Anzeichen dafür bekannt, daß solche Rotarmisten im Winter von den Bauern aus den Kolchosen herausgeworfen worden wären oder daß dies gedroht hätte; eher hatten sich die Deutschen ihrer für die Ernte bedient und betrachtet sie nun selbst als »Schädlinge und unnütze Esser«, die »auszumerzen« seien,⁹⁵ was durch die geschilderte Behandlung in den Kriegsgefangenenlagern seinen Ausdruck fand. An den »Sonderaktionen« gegen Juden beteiligte sich die 286. Sicherungsdivision im Gegensatz zum angedeuteten Bedauern ihres Kommandeurs auch selbst (vgl. Kap. 72d).

Die Verfolgung der »Ortsfremden« und »Wanderer«, also der Flüchtlinge, begann bereits im Juli 1941. Sie, oder ein Teil von ihnen, galten als Unsicherheitsfaktoren, die den Kampf gegen die Besatzer aufs Land trügen. Zwischen Einsatzgruppenchef Nebe und v. Schenkendorff bestand »völlige Einmütigkeit hinsichtlich Behandlung von Partisanen und Soldaten in Zivil. [...] Es erfolgt rücksichtslosestes [sic] Vorgehen.«⁹⁶ Nach v. Schenkendorffs Anordnung war die Wanderbewegung »mit allen Mitteln zu unterbinden« – auch, nicht zuletzt, aus sozialen Gründen, was zivile Flüchtlinge anging, denen ebenfalls zumindest die Einweisung in Kriegsgefangenenlager drohte. Jedoch setzten sich die Flüchtlingsströme fort.⁹⁷ »Wanderer grundsätzlich festneh-

94 286. Sich.Div., Abt. Ia, an Berück Mitte v. 7. II. 1941, BA-MA RH 26–286/4. Im gleichen Sinn Heer 1995, S. 108.

95 339. Inf.Div., Beurteilung der Lage v. 5. II. 1941, BA-MA RH 26–339/5.

96 EM 31 v. 23. 7. 1941, BA-MA SF-01/28930, Bl. 1627.

97 »Geflüchtete Einwohner haben sofort an ihren Wohnsitz zurückzukehren. [...] Wer ausserhalb seines Wohnsitzes ohne Arbeit angetroffen wird, wer herumlungert oder als Landstreicher vagabundiert, wird aufgefunden und als Kriegsgefangener behandelt.« Bekanntmachung für das besetzte Gebiet (gez. Der Befehlshaber des besetzten Gebietes, undatiert). – »Jede Freizügigkeit, jedes Wandern und jeder Verkehr, der

men oder beseitigen«, hieß es zum Beispiel im Korück 580 im Raum Rogatschew – den ausführenden Organen wurde also ein erheblicher Spielraum gelassen, den sie nach Gutdünken ausfüllten.⁹⁸ Die stellenweise unternommene Trennung zwischen eigentlichen Zivilisten und Rotarmisten, die sich in Zivil durchzuschlagen versuchten, wurde mehr und mehr fallengelassen. Symptomatisch dafür war die Entwicklung der Befehle bei der 9. Armee.⁹⁹

Was die Behandlung aufgegriffener (ehemaliger) sowjetischer Soldaten angeht, so hatte v. Schenckendorff den Ortskommandanten von Anfang an die Entscheidung überlassen, »ob der Zugeführte als Freischärler zu erschiessen oder als Kriegsgefangener dem nächsten Dulag zuzuführen ist«.¹⁰⁰ Das OKH hatte am 25. Juli 1941 befohlen, die Versprengten »von einem gebietsweise festzusetzenden Zeitpunkt ab«, der öffentlich bekanntzugeben war, alle »als Freischärler anzusehen und entsprechend zu behandeln«.¹⁰¹ Bei der 9. Armee wurde eine solche Frist bis zum 5. September gesetzt, dann bis zum 15. September verlängert, weil zu dieser Zeit auch das Ultimatum der Heeresgruppe Mitte endete.¹⁰² Das OKH machte diese Regelung, die von den Befehlshabern der rückwärtigen Heeresgebiete ohnehin schon angekündigt war oder praktiziert wurde, am 13. September zur Pflicht. Am 15. September lief die von v. Schenckendorff gesetzte Frist endgültig ab.¹⁰³ Der Ic-Offizier der Heeresgruppe Mitte, v. Gersdorff, wandte sich allerdings gegen solche Regelungen, anscheinend weil er sie für kontraproduktiv hielt, und forderte, gefangengenommene Partisanen

nicht nachgewiesenermaßen der Arbeit oder der Versorgung der Bevölkerung dient, ist lt. heute ausgegebener Bekanntmachung untersagt und mit allen Mitteln zu unterbinden.« Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 24 v. 5. 7. 1941 (Unterschrift: von Schenckendorff), siehe auch ebenso Nr. 27 v. 13. 7., BA-MA WF-03/7313, Bl. 135, 138 und 159–161.

- 98 Ausgenommen wurden Personen, die »in nächster Nähe ansässig sind, zur Arbeit gehen o.dgl.« Weiter hieß es: »Juden und deren Betätigung besonders eingehend feststellen. Es ist festgestellt, daß Juden [...] den Rotarmisten [...] weitgehendst Spitzeldienste leisten und Verbindung mit ihnen halten.« Gleiches galt für »Jugendliche (Komsomolzen)«. Beides kam einer Tötungsempfehlung gleich. Korück 580, Richtlinien für Säuberung, Befriedung und Beuteerfassung v. 31. 8. 1941, BA-MA WF-03/7489, Bl. 527.
- 99 Vgl. VI. Armeekorps, Feindnachrichtenblatt und besondere Anordnungen für die Behandlung von Versprengten zum Korpsbefehl Nr. 22 v. 4. 7. sowie Ic-Tagesmeldung an AOK 9 v. 5. 7. 1941, BA-MA WF-03/31936, Bl. 585 und 587 (»Wandernde Zivilisten im dienstpflichtigen Alter« festzusetzen, Dulag entscheide über Freilassung); AOK 9, Abt. Ic/A.O. v. 3. 7. 1941, (Soldaten in Zivil sowie Zivilisten, »die nach Alter und Aussehen für Soldaten gehalten werden können«, festzunehmen); ebenso, Betr.: Behandlung umherziehender Zivilpersonen im wehrfähigen Alter v. 30. 8. 1941 (sosehr durch diese Partisanen die Sabotage gefördert werde, »so wenig läßt sich die Gefangensetzung aller männlichen Zivilisten im wehrfähigen Alter rechtfertigen, schon im Hinblick auf die notwendige Bestellung der Felder«); AOK 9/Ic/A.O./O.Qu. v. 2. 9. 1941 (alle ortsfremden Männer in Gefangenessammelstellen einzuliefern, im Korück zu melden); AOK 9, Abt. Ic/A.O./Ia/N v. 25. 9. 1941 (Abschub aller Ortsfremden durch die Ortskommandanturen); vgl. AOK 9, Abt. Ic/A.O./O.Qu./Ia v. 10. 9. 1941, BA-MA WF-03/17084, Bl. 9247, 9264, 9268, 9276f.
- 100 Berück Mitte, Abt. VII/Mil.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 2 v. 13. 7. 1941, ZStA Minsk 409–1–1, Bl. 72R.
- 101 Zur Begründung wurde angegeben, daß sie »einzeln oder durch Bandenbildung zu einer Gefahr für das befriedete Land werden können«. OKH/Gen. zbV beim ObdH Nr. 1332/41geh. v. 25. 7. 1941, in: N. Müller 1982, S. 107 (Hervorhebung C. G.).
- 102 AOK 9, Abt. Ic/A.O./O.Qu. v. 2. 9. 1941, BA-MA WF-03/17084, Bl. 9265.
- 103 OKH, Gen. zbV b. ObdH Nr. 1678/41geh (gez. Müller) v. 13. 9. 1941, wiedergegeben in AOK 9, Abt. Ic/A.O. v. 20. 9. 1941, ebd., Bl. 9275. Zur Regelung des Berück Mitte vgl. Förster, Sicherung, S. 1232; siehe auch Hesse, S. 79–81, und Heer 1995, S. 106.

unter einschränkenden Voraussetzungen am Leben zu lassen.¹⁰⁴ Am 26. September befahl der Kommandant in Weißruthenien, v. Bechtolsheim, daß auch waffenlose ehemalige sowjetische Soldaten »an Ort und Stelle zu erschießen« seien. Außerdem war dort auch gegen entflozene Kriegsgefangene »mit der äussersten Schärfe« einzuschreiten.¹⁰⁵ Auch die Regelung im Militärverwaltungsgebiet wurde exzessiv ausgelegt. So wurden im Bereich der Feldkommandantur 191 vorläufig zur Landarbeit entlassene Kriegsgefangene, die sich ohnehin alle zwei Tage zu melden hatten, umstandslos erschossen, obwohl sie Ausweise der örtlichen Bürgermeister besaßen.¹⁰⁶ Auch später schwebten die untergetauchten, meist friedlich lebenden Rotarmisten, beurlaubten oder entlassenen Kriegsgefangenen in großer Gefahr. Immer wieder wurden sie überprüft oder festgenommen,¹⁰⁷ und nicht selten waren die vorgeblichen Personalienfeststellungen ein Vorwand, alle sich Meldenden zu ermorden.¹⁰⁸

Nach den Vorschriften waren also spätestens seit Herbst 1941 alle gefangenegenommenen Angehörigen der Roten Armee (von tatsächlichen aktiven Partisanen ganz abgesehen) zu töten. Trotz Erschießung wurden sie aber oft als Gefangene gemeldet. 1942 war diese Fälschung sogar ausdrücklich Vorschrift im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte.¹⁰⁹ Beides beschreibt die wirkliche Praxis nicht richtig; ein großer Teil der Gefangenen (der Anteil ist anhand der Kriegstagebücher der Sicherungsdivisionen nicht genau zu bestimmen) wurde erschossen, ein weiterer in die Dulags eingeliefert,¹¹⁰ wo ihre Überlebenschancen gerade zu jener Zeit allerdings auch außerordentlich gering waren.

-
- 104 H.Gr. Mitte, Ic/A.O., Betr.: Abwehr der Partisanentätigkeit hinter der Front (gez. v. Greiffenberg) v. 11. 9. 1941, BA-MA RH 21-2/656, Bl. 18f.: »Die Todesstrafe ist nur möglich gegen Freischärler. Sich ergebende Partisanen in voller Uniform sind als Kriegsgefangene zu behandeln, sofern ihnen nicht völkerrechtswidrige Handlungen nachgewiesen werden können.« Für diesen Hinweis danke ich Klaus Gietinger.
- 105 Vgl. Anm. 7/649 sowie Kommandant in Weissruthenien, Abt. Ia, Monatsbericht für 11. 10.-10. 11. v. 10. 11. 1941, Sonderarchiv Moskau 1358-1-11, Bl. 35R.
- 106 Siehe FK (V) 191 (Mogilew), Abt. Ia (undatiert, Abschrift durch Pol.Rgt.Mitte v. 16. 10. 1941), BA D-H P 811.
- 107 Vgl. FK Minsk-Land, Abteilung VII/Kriegs-Verwaltung, Verwaltungsanordnungen Nr. 7 v. 19. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 31; Korück 559, Abt. Ic A.O., Tätigkeitsbericht für 1. 9.-20. 10. 1941, BA-MA WF-03/14270, Bl. 219; Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht Januar v. 7. 2. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1058; Besprechungspunkte für Divisions-Kommandeur-Besprechung [am 12. 6. 1942], BA-MA WF-03/7364, Bl. 753; Bericht des Dulag 121, Gomel, über Kontroll-Versammlung der beurlaubten Kgf. im Bereich d. Dulag 121 (Abschrift von Abschrift/ undatiert, November 1942), BA-MA WF-03/7420, Bl. 1068; Gruppe GFP 723, Tätigkeitsbericht November v. 25. 11. 1941 und Januar v. 26. 1. 1942, BA D-H ZM 868, A. 4, Bl. 52 und 77.
- 108 Vgl. Kommandantur des Sicherungsgebietes Weissruthenien (707. Inf.Div. Kdo.), Abt. Ia, Befehl Nr. 46 v. 2. 3. 1942, GebA Minsk 699-5-1, Bl. 68; Vern. N. P. S. v. 18. 12. 1945, ZStL II 202 AR-Z 179/67, Dok.Bd. 1, Bl. 236-244 (Erschießung von 175 Rotarmisten in zwei Wellen im Rayon Marina Gorka im September 1941).
- 109 Berück Mitte, Ia, Betr.: Tagesmeldungen (gez. Der Chef des Generalstabes) v. 22. 11. 1942 (Abschrift), BA-MA SF-01/31701, Bl. 547f.: »Aufgegriffene Rotarmisten, die als Partisanen erschossen werden, sind als Gefangene zu melden. Zivilgefangene, die als ehemalige Rotarmisten betrachtet werden, sind ebenfalls als Gefangene unter Buchstabe a) zu melden [...].« Unter a) waren »bei Feuergefechten oder Streifen gemachte Gefangene« zu melden.
- 110 Vgl. die Bemerkungen zur 221., 286. und 403. Sich.Div., siehe S. 602-605 in dieser Darstellung; Tötungsvorschriften auch Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 7 v. 29. 9. 1941, ZStA Minsk 570-1-1, Bl. 127R. Vgl. zur Einlieferung in Kriegsgefangenenlager: KTB 286. Sich.Div. v. 10. 11. 1941, BA-MA RH 26-286/2, Bl. 60R; 286. Sich.Div., Abt. Ia v. 7. 11. 1941, BA-MA RH 26-286/4; zur

Neben herumziehenden (und immer mehr seßhaft werdenden) ehemaligen Rotarmisten bevölkerten vor allem Zivilisten die Straßen in Weißrußland, deren große Mobilität verschiedene Gründe hatte. Zu nennen sind hier Zerstörungen in den Städten, Ausquartierungen und Aussiedlungen, die immer schwierigere Ernährungslage und die Arbeitslosigkeit in den Städten. Unter ihnen waren geflohene Juden. Viele Städter waren auf dem Weg zu Verwandten oder versuchten, auf dem Land Lebensmittel zu beschaffen (vgl. Kap. 4.3 und 5.3). Die Verfolgung der »Wanderer« hatte sich, wie erwähnt, von Anfang an auch gegen sie gerichtet, und auch deren Verschärfung zielte mit auf sie. Eine wichtige Rolle spielten dabei v. Schenckendorffs Anweisungen, so auf dem von ihm ausgerichteten Lehrgang über Partisanenbekämpfung Ende September 1941.¹¹¹ GFP-Einheiten nahmen bei Aktionen gegen die Wanderbewegung im Raum Orscha »Rotarmisten und Asoziale« fest; das Polizeibataillon 316 erschöß bei Mogilew mehrmals aufgegriffene Personen, die sich nicht ausweisen konnten, auch Frauen und Kinder; ähnlich war die Praxis beim Polizeibataillon 309, zumindest örtlich auch die Bestimmungen bei der Feldgendarmerie; die SS-Kavallerie-Brigade erschöß alle wehrfähigen Männer ohne Ausweise; die 221. Sicherungsdivision etwa verhaftete am 9. Oktober 1941 auf der Straße Gomel-Mogilew 209 Zivilisten, dagegen nur 54 »russische Soldaten in Zivil«. Diese Straße wurde in jenen Tagen auf persönliche Weisung v. Schenckendorffs »gesäubert«, weil ihm vom Auto aus die vielen »Wanderer« aufgefallen waren.¹¹² Noch größer war der Anteil der verhafteten Zivilisten bei der 403. Sicherungsdivision.¹¹³

Das Anfang Oktober 1941 in Mogilew errichtete Zwangsarbeiterlager des HSSPF Rußland-Mitte in Mogilew, das zur Aufnahme und Vernichtung eines Teils der europäischen Juden ausgebaut werden sollte, diente zunächst dazu, von Wehrmacht und Polizei eingelieferte »landstreichende Zivilisten« aufzunehmen. Jedoch war es schon nach wenigen Tagen überfüllt, weil »eine große Anzahl Personen eingeliefert wurden, für die das Lager nicht bestimmt ist« – nämlich auch solche ehemalige sowjetische Armeeangehörige, die den Richtlinien nach entweder erschossen oder in Dulags

Praxis in der gleichen Division: das III. Bataillon des Inf.Rgt. 354 verzeichnete z.B. bei einer Aktion 111 Feindtote und 297 Gefangene, »davon 124 [...] als Partisanen behandelt«. III./Inf.Rgt. 354, Bericht über das Sonderunternehmen nördlich der R 3 (Waldow) v. 23. 9. 1941, ebd. Die OK Demidow (Westrußland) meldete, in der Woche vom 5. bis 11. 10. 1941 »3007 Rotarmisten unschädlich gemacht« zu haben, darunter 2504 durch Verbringung in Gefangenenlager, 503 wurden »(außer den im Kampf erschossenen und verbrannten [sic]) als Partisanen, Kommissare und Saboteure nach Vernehmung und Untersuchung erschossen bezw. aufgehängt.« Korück 582/Qu./Ic v. 16. 10. 1941 (Abschrift), BA-MA WF-03/14305, Bl. 528.

111 Siehe den darauf Bezug nehmenden Brigadebefehl Nr. 8 der SS-Kav. Brigade (Fegelein) v. 28. 9. 1941, StA Wolfenbüttel, 62 Nds Fb.2, Nr. 1305, Bl. 143f.

112 Gruppe GFP 723, Tätigkeitsbericht Oktober v. 25. 10. 1941, BA D-H ZM 868, A. 4, Bl. 31; StA Bochum 16 Js 13/59 (Kraiker-Verfahren), undatierter Sachstandsvermerk, BA D-H ZM 1641, A. 19, Bl. 20; SS-Kav-Brigade, Ia v. 11. 9. 1941, BA F 6294, Bl. 564; Bericht I.Komp., 3. Zug Pol.Btl. 309 v. 17. 10. 1941 und Feldgendarmerie-Abteilung 581, Stab, Abteilungsbefehl (Sonderbefehl) v. 6. 10. 1941, BA-MA SF-03/16391, Bl. 854 und 931f.; KTB 221. Sich.Div. v. 9. 10. 1941, BA-MA RH 26-221/10, Bl. 154R; Pol.Rgt. Mitte, Ia, an III. Btl. v. 6. 10. 1941 sowie ebenso v. 8. 10. und III. Btl. an 7. Kompanie v. 10. 10. 1941 über notwendige tägliche Meldung an v. Schenckendorff, BA D-H P 811; KTB Pol.Btl. 322 ab dem 6. 10. 1941, BA F 56753. Siehe auch die Beispiele bei Bartov 1985, S. 121f.

113 Am 15. 10. 1941 nahm sie auf der Straße Oswjaty-Surash 44 Rotarmisten und 456 »verdächtige Zivilisten« fest und übergab sie der GFP. KTB 403. Sich.Div. v. 15. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 89.

eingewiesen werden sollten.¹¹⁴ Im Herbst 1941 wurde zusätzlich in jedem Dulag eine Abteilung für Zivilgefangene eingerichtet, in denen »verdächtige Zivilisten«, in der Regel sogenannte Wanderer und Ortsfremde, interniert wurden, die nicht verdächtig waren, Rotarmisten in Zivil zu sein (solche sollten »sofort erschossen werden«). Die Entlassung dieser Zivilisten wurde außerordentlich erschwert. Selbst wenn sie unverdächtig und »in der Nähe beheimatet« waren, blieb die Freilassung nur eine Kann-Bestimmung.¹¹⁵ Mit Sicherheitsmaßnahmen war das nicht zu begründen. Die Maßnahmen richteten sich unter dem Deckmantel der Partisanenbekämpfung als eine Art soziale Flurbereinigung – ähnlich der »völkischen Flurbereinigung« im besetzten Polen – gegen Flüchtlinge, Hungernde und Arbeitslose.¹¹⁶ Bezeichnend ist, daß das EK 8 besonders Männer in diesem Zusammenhang »wegen fortgesetzter Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und als Asoziale liquidiert« sehen wollte.¹¹⁷ Die Militärverwaltung in der Ukraine nannte das zur gleichen Zeit den Kampf gegen die »Herumtreiber«.¹¹⁸ Auch später erschossen die Deutschen »arbeitsunfähige Wegelagerer«, Ausweislose und »Vagabunden« oft einfach.¹¹⁹

Mitte Oktober verschärften v. Schenckendorff und seine Divisionskommandeure unter der Parole »Straße frei von jedem Russen!« die Anweisungen zur Verfolgung der Wanderer nochmals, obwohl von nennenswerten Partisanenaktivitäten weiter nicht die Rede sein konnte.¹²⁰ In die gleiche Richtung gingen die Anweisungen v. Brauchitschs am 25. Oktober, ebenfalls mit der Maßgabe, den »dringendsten Wirt-

114 221. Sich.Div., Ib, v. 19. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 512. Vgl. zur Lagereinweisung auch Okdo. H.Gr. Mitte/OQu/VII, Militärverwaltungsanordnungen (Stand 1. 12. 1942), Abschnitt VI A 8, BA-MA WF-03/5470, Bl. 543. Alternativ waren die Flüchtlinge, deren »Unzuverlässigkeit« festgestellt war, einem EK von Sipo und SD zu übergeben, was meist, wenn auch nicht immer, ihre Ermordung bedeutete. Vgl. hierzu bereits EM 67 v. 29. 8. 1941, BA-MA SF-01/28931, Bl. 2131f.

115 Vgl. 221. Sich.Div., Ib, Nr. 128/41, Besondere Anordnungen für die Versorgung, Versorgungstruppen, Feld-Kdren, Orts-Kdren., Dulags (undatiert, Anschreiben v. 19. 9. 1941), BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 612f., auch in Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 7 v. 29. 9. 1941, BA F 40540, Bl. 774, und Okdo. H.Gr. Mitte, O.Qu/VII, Militärverwaltungsanordnungen, BA-MA WF-03/5470, Bl. 559; ähnlich AOK 9, Abt. Ic/A.O./O.Qu./Ia v. 2. 9. 1941, ZStA Minsk 655-1-1, Bl. 142R. Vgl. ausführlich Kap. 7.1a in dieser Darstellung.

116 Siehe 339. Inf.Div., Lagebericht v. 5. 11. 1941, BA-MA RH 26-339/5.

117 EK 8 an HSSPF Rußland-Mitte v. 3. 11. 1941, abgedruckt in: Rürup, S. 131f. (Hervorhebung C. G.).

118 Siehe Boll/Safrian, S. 288; »Vernichtungskrieg«, S. 92.

119 Vgl. 10./Pol. 15, Tätigkeits- und Lagebericht für 19.-25. 10. v. 26. 10. 1942, und 11./Pol. 15, Anlage zum Tätigkeitsbericht für 8.-14. 11. 1942, BA-MA SF-03/35350; Berück Mitte, Abt. VII/Kr.-Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 16 v. 10. 3. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1142; Berück Mitte, Ia, v. 28. 11. 1942 (Abschrift von Abschrift), BA-MA SF-01/4051, Bl. 145.

120 Vgl. Berück Mitte, I Br.B.Nr. 1001/41geh, Der Partisan, seine Organisation und seine Bekämpfung v. 12. 10. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 142f. (Zitat); KTB 403. Sich.Div. v. 15., 19. und 29. 10. 1941; 403. Sich.Div., Ia, Divisionsbefehl Nr. 25 v. 17. 10. 1941; Flugblatt des Berück Mitte v. 10. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 89, 91, 94, 188f. Der angebliche »Ernst der Situation« im Divisionsbereich entbehrte jeder Grundlage (»Wenn gestorben werden muß, dann sterben zunächst Russen, aber keine deutschen Soldaten!«, Bl. 188). Allein im Oktober 1941 hatte die Division 1093 »Partisanen erschossen« und 3318 Gefangene gemeldet. Ihre Gesamtverluste an Toten zwischen 22. 6. und 31. 12. 1941 betrugen aber lediglich 41 Soldaten und Offiziere durch Feindeinwirkung (ebd., Bl. 106). – Das Pol.Btl. 322 z. B. hatte am 22. 12. 1941 seinen ersten Toten zu verzeichnen – er wurde im Schneetreiben von einem Zug überrollt (KTB Pol.Btl. 322 v. 22. 12. 1941, BA F 56753).

schaftsverkehr« nicht zu behindern.¹²¹ Die Maßnahmen richteten sich außerdem gegen in durchsuchten Dörfern – also nicht auf der Straße – angetroffene Ortsfremde, die bereits seit langem in Lebensgefahr schwebten und nun, wenn die Bürgermeister keine Garantie für sie übernahmen, GFP oder Sipo und SD zu übergeben waren.¹²²

Oft handelte es sich bei den Ortsfremden um geflohene Juden. Mittlerweile hatte die totale Vernichtung der Juden im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte begonnen; mit der dadurch ausgelösten Fluchtbewegung wurden sie aus deutscher Sicht zu potentiellen Partisanen. Schon bei der Vorführung der Durchsuchung eines Dorfes während des Lehrganges über Partisanenbekämpfung, den v. Schenckendorff ausrichtete, wurden in der Ortschaft Knjaschizy vor den Augen der Teilnehmer etwa 30 Personen, Juden und offenbar auch »Ortsfremde«, von EK 8 und Angehörigen des Polizeibataillons 322 erschossen – als Beispiel für alle. Im Vortrag Nebes und wohl auch in dem Fegeleins bei der Tagung wurde die Vernichtung der Landjuden als Teil der Partisanenbekämpfung ausgegeben.¹²³ Im Vorfeld der Tagung hatte v. Schenckendorff seinen Untergebenen außerdem die Durchsuchungsmethoden der SS-Kavallerie-Brigade nochmals als Vorbild hingestellt.¹²⁴ 1942 fand mindestens noch ein ähnlicher Lehrgang des Befehlshabers über Partisanenbekämpfung statt – wieder mit Bach-Zelewski und dem Chef der Einsatzgruppe B (nunmehr Naumann) als Vortragenden zu den gleichen Themen, und wieder mit einer praktischen Vorführung, diesmal durch die GFP.¹²⁵

Warum die Verschärfung der Partisanenbekämpfung im Herbst 1941? Die Erklärung, die Deutschen hätten die Situation künstlich eskaliert, um durch ein Aufkommen der Partisanenbewegung neue Vorwände für ihre Vernichtungspolitik zu erhalten,¹²⁶ kann nicht überzeugen. In Anbetracht der schwachen Sicherungstruppen, von denen bald noch Teile an die Front verlegt werden mußten, konnte dies nicht das Ziel der Besatzungstruppen sein. Zwar lieferte der Widerstand einen Vorwand für deutsche Verbrechen, aber die Deutschen mordeten auch ohne Vorwände oder fanden andere. In Wirklichkeit konnten der Wehrmacht Partisaneneinheiten in ihrem Rücken

121 Dort hieß es u. a.: »Der Feind muß *vollständig vernichtet* werden. Die ununterbrochene Entscheidung über Leben und Tod gestellter Partisanen oder Verdächtiger ist auch für den härtesten Soldaten schwer. Es muß gehandelt werden. Richtig handelt, wer unter vollkommener Hintansetzung etwaiger persönlicher Gefühlsanwandlungen rücksichtslos und unbarmherzig zupackt.« ObdH, GenStdH/ Ausb.Abt. / Ia, Richtlinien für die Partisanenbekämpfung Nr. 1900/41 (genehmigt/gezeichnet v. Brauchitsch) v. 25. 10. 1941, BA F 56753, auch in BA D-H ZWM Ia (Hervorhebung im Original).

122 Siehe Berück Mitte v. 12. 10. und ObdH v. 25. 10. 1941, wie Anm. zuvor; Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 39 v. 11. 8. 1941 (mit Bezug auf die Aktion der SS-Kav.-Brigade im Polesje), »Kampfführung bei Säuberungsaktionen«: »Die Einwohnerschaft ist zu versammeln. Diejenigen Personen sind festzustellen, die nicht im Dorf ansässig sind. Sie sind den allgemein bereits gegebenen Befehlen entsprechend zu behandeln.« BA-MA WF-03/7314, Bl. 224, auch in FK 812 Minsk-Land, Kommandanturbefehl Nr. 5 v. 19. 8. 1941, ZStA Minsk 409-1-1, Bl. 30/R.

123 Siehe S. 643f. in dieser Darstellung.

124 Vgl. Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 52 v. 14. 9. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 55.

125 Siehe Berück Mitte, Ia, Tagesordnung für den Lehrgang »Bekämpfung von Partisanen« vom 20.–24. 5. 1942 v. 18. 5. 1942, BA-MA RH 22/231, Bl. 240–242; KTB Berück Mitte, Ia, v. 22. 5. 1942, BA-MA WF-03/13328, Bl. 76f.; Berück Mitte, Ia, Lehren aus dem Lehrgang für Partisanenbekämpfung v. 6. 6. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 735f.; Tagebuch Bach-Zelewski v. 18. 5. 1942, BA R 20/45b, Bl. 37; HSSPF Rußland-Mitte v. 19. 6. 1942 mit Anlage: Erfahrungen und Richtlinien für die Partisanenbekämpfung (Hauptmann d. Schutzpolizei Scholl), BA-MA SF-02/31700, Bl. 488–496.

126 Siehe Cooper, S. 12 ff. Mißverständlich erscheint in dieser Hinsicht Heer 1995, S. 108 und 111–115.

in einer Stärke von 20 000 bis 30 000 Mann allein in Weißrußland zu jener Zeit ebenso wenig egal sein wie jeder anderen Armee der Welt. Auch wenn sie noch nicht sonderlich aktiv oder erfolgreich auftraten, war der »von der Moskauer Zentrale improvisierte Widerstand hinter der Front« keineswegs »schon im Herbst gescheitert«. ¹²⁷ Im Gegenteil: sobald im September 1941 klar wurde, daß die Sowjetunion vor Jahresende nicht nachhaltig militärisch zu schlagen war oder gar zusammenbrach, ergab sich die Schlußfolgerung, daß die Moral der Partisanen und die Widerstandskraft der Bevölkerung gestärkt werden würde (was einschließlich des damit verbundenen Mobilisierungseffekts kurz darauf auch eintrat), obwohl sie noch keine aktuelle Gefahr bildeten. Um so wichtiger erschien es, die Partisanenbewegung noch im Winter zu vernichten, einer Jahreszeit, die für sie ohnehin schwierige Bedingungen schaffen mußte. Das deutsche Vorgehen im Herbst und Frühwinter 1941 richtete sich also gegen eine *potentielle*, vorauszusehende Gefahr wie auch gegen *potentielle* Partisanen, denn etwa der unkontrollierte Verkehr auf den Straßen barg ein gewisses Unsicherheitspotential für die Besatzungsmacht. Daher die Ausweitung der Befehle; die Methoden des deutschen Vorgehens waren jedoch völkerrechtswidrig und verbrecherisch, vor allem die Morde an den aufgegriffenen Rotarmisten, Zivilisten und Juden. Als deutlich wurde, daß der Krieg 1942 weitergeführt werden mußte, veränderten sich außerdem die ernährungswirtschaftlichen Prämissen, und so wurden auch die sogenannten zivilen Wanderer und Ortsfremden als »Unnütze« schärfer in die Verfolgung einbezogen – wie bereits für die Juden und Kriegsgefangenen dargestellt.

In den Herbst 1941 fiel wegen dieser Entwicklung auch die erste Welle von Vorschriften und Grundsatzpapieren zur Partisanenbekämpfung. Darunter waren eine Denkschrift des Befehlshabers rückwärtiges Heeresgebiet Mitte, die »Richtlinien für die Partisanenbekämpfung« v. Brauchitschs, ein Kommandobefehl Himmlers für die Einheiten des Kommandostabs Reichsführer-SS, ein Erfahrungsbericht der Einsatzgruppe A und – bereits am 10. September – einer Nebes. ¹²⁸ Während v. Schenckendorff und Stahlecker noch hauptsächlich auf die massenweise individuelle Verfolgung der Partisanen und ihrer sogenannten »Helfer« setzten, was etwa der damaligen Praxis entsprach, empfahlen Nebe und Himmler bereits den »Großeinsatz« und »Vernichtung« statt »Vertreibung«. Dazwischen stand das von v. Brauchitsch in Auftrag gegebene Papier, eine Kompilation aus verschiedenen Vorlagen, darunter der Denkschrift v. Schenckendorffs, das sowohl dessen Auffassung wiedergab, Großeinsätze blieben »oft hinter den Erwartungen zurück«, als trotzdem auch die »vollständige Umstellung« des Gegners statt der Taktik des Frontalangriffs, also Kesselbildung, vorschrieb. Hier deutete sich bereits die dominierende deutsche Taktik in der folgenden Phase der Partisanenbekämpfung, der Angriff auf die Bauern in der Umgebung

¹²⁷ So ebd., S. 108.

¹²⁸ Vgl. Berück Mitte v. 12. 10. und ObdH v. 25. 10. 1941 (wie Anm. 9/120 und 121); Der Reichsführer-SS, Kdo. Stab RF-SS Ia/Ic, Kommandobefehl Nr. 42, Betr.: Bekämpfung von Partisanen v. 18. 11. 1941, BA-MA SF-02/37549; EGr A, Gesamtbericht bis zum 15. Oktober 1941, in: IMT, Bd. 37, S. 703 und 708–711; Der Beauftragte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD beim Berück Mitte, Betr.: Erfahrungen über die Arbeitsweise der Partisanen und ihre Bekämpfung (Unterschrift: Nebe) an die H.Gr. Mitte v. 10. 9. 1941, ZStA Minsk 655–1–1, Bl. 198–206 (siehe auch EM 97 v. 28. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 412–422).

der Partisanenzonen, an, ohne sich schon in der Praxis durchzusetzen.¹²⁹ Bis zum Frühjahr 1942 waren die zwei hauptsächlichen Opfergruppen andere: die untergetauchten sowjetischen Armeeingehörigen und die städtischen Flüchtlinge oder Hamsterer.

9.3 Stufe II: Die »Großunternehmen« (Frühjahr 1942 bis Frühjahr 1943)

a) Einführung und Funktionieren der neuen Taktik

In den ersten Monaten des Jahres 1942 erwies sich, daß die weißrussischen Partisanen nicht nur entgegen manchen Voraussagen den Winter überstanden, sondern trotz gesunkener Truppenstärke sogar ihre Aktivitäten verstärkt und auf neue Ziele verlegt hatten.¹³⁰ Erst örtlich und vom Osten des Landes ausgehend, dann bis zum Sommer hin immer machtvoller versuchten sie, die Kollaborationsverwaltung als das entscheidende Instrument der deutschen Ausbeutung des Landes und des deutschen Verwaltungshandelns zu lähmen. Durch die deutsche Niederlage vor Moskau und den sowjetischen Gegenangriff, der die Rote Armee bis an die Nordostgrenze Weißrußlands geführt hatte, war die strategische und politische Position der Partisanenbewegung merklich verbessert. Die Deutschen reagierten auf diese Entwicklung mit einer neuen Taktik. Sie wurde vor allem von der regionalen Militärführung im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte ausgearbeitet, die darin auch das OKH beriet und sich mit ihm abstimmte. SS und Polizei hatten daran, soweit aus den Quellen hervorgeht, wenig Anteil. Dabei spielte Führungsschwäche eine Rolle, weil der HSSPF Rußland-Mitte Bach-Zelewski – später ein führender Strategie der Partisanenbekämpfung – zwischen Ende Januar und Anfang Mai 1942 wegen Erkrankung abwesend war. Auch von der Einsatzgruppe B sind keine wesentlichen Impulse nachweisbar. Die zweit-rangige Rolle von SS und Polizei zeigte sich auch darin, daß v. Schenckendorff ihnen lediglich ein bestimmtes Gebiet als Sicherungsraum zuwies.¹³¹

Das OKH hatte den Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte in der zweiten Februarhälfte aufgefordert, ein »Programm zur Vernichtung der Partisanen« vorzulegen, offenbar u. a. als Reaktion auf eine Denkschrift des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Mitte, v. Kluge. Kurzfristiges Ziel war dabei die »Vernichtung der Partisanen bis zum Beginn der Schlammperiode« im April, zumindest im Bereich der Eisenbah-

129 Solche Ansätze waren bereits bei einer entsprechenden deutschen Aktion im rückwärtigen Heeresgebiet Nord v. 30. II.–3. 12. 1941 zu beobachten: Asmolow, S. 41f.

130 Vgl. Kap. 9.1 in dieser Darstellung. Die Zwischenphase der Reorganisation der Partisanenbewegung wird im allgemeinen für Dezember 1941 bis März 1942 angesetzt. Siehe die in Anm. 9/14 in dieser Darstellung genannten Quellen und Darstellungen.

131 Siehe Tagebuch Bach-Zelewski für 28. I.–7. 5. 1942, BA R 20/45b, Bl. 34–37. Die Tagesmeldungen seines Vertreters (SS-Brigadeführer Graf Pückler) gingen in dieser Zeit auch an Bach-Zelewski in Breslau (HSSPF Rußland-Mitte, Tagesmeldungen 30. I.–28. 4. 1942, BA D-H ZB 6735, O. I, Bl. 63–140). Siehe ferner EM 150 bis 194 v. 2. I.–21. 4. 1942, BA-MA SF-01/28934–36. Bach-Zelewski litt an einer Magen-Darm-Erkrankung. Außerdem hatte er nach einem Bericht des obersten SS-Arztes Grawitz Alpträume wegen der von ihm geleiteten Judenerschießungen (vgl. Grawitz an Himmler v. 4. 3. 1942, BA NS 19/2874, Bl. 2–4, abgedruckt in: Bartoszewski, S. 97 ff.).

nen, Hauptstraßen und im Raum Brjansk.¹³² Von Schenckendorff forderte Maßnahmen in zwei Richtungen: »Propagandistische Bearbeitung der russischen Bevölkerung« und »Militärische Vernichtung der Partisanen«. Außer den politischen Maßnahmen¹³³ erklärte er die Zuführung von Truppen für notwendig – ihm seien in den vorangegangenen drei Monaten Verbände in Stärke von drei Divisionen und zwei SS-Brigaden entzogen worden –, ferner eine Umstrukturierung der »Führungsorgane und Truppen« für eine »offensive Kampfführung« und die Zuweisung offensiver Kampfmittel (schwere Waffen, Flugzeuge, Kraftfahrzeuge). Dazu sollte ein Ausbau des einheimischen Ordnungsdienstes, die Aufstellung von Kollaborateurs-Kampfverbänden, die Fortsetzung von Lehrgängen und Erfahrungsaustausch, eine Intensivierung des Meldewesens und die Bekämpfung der Ortsfremden kommen.¹³⁴ Von Schenckendorff trug seine Vorschläge mündlich Halder, Wagner und v. Kluge vor.¹³⁵ Durch die Bemühungen des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW, des Generalquartiermeisters und des Leiters seiner Abteilung Kriegsverwaltung, Schmidt v. Altenstadt, der wegen dieser Frage im Frühjahr 1942 wiederholt das rückwärtige Heeresgebiet Mitte besuchte, wurde das Problem auch Hitler nahegebracht.¹³⁶

Pilotunternehmen »Bamberg«

Das Pilotprojekt für die offensive »Partisanenbekämpfung« war das Unternehmen »Bamberg« im Raum Glusk-Paritschi-Oktjabrski südlich Bobruisk im östlichen Polesje. Die Operation war bereits seit dem 26. Februar von Süden her aus dem GK

132 KTB Berück Mitte, Ia, v. 1. 3. 1942, BA-MA WF-03/13328, Bl. 31 (erstes Zitat), und OKH/GenStdH/GenQu Op.Abt. Nr. II 427/42g.K. (Unterschrift: Halder) v. 1. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 330f. (zweites Zitat). Von Kluges Denkschrift v. 24. 2. 1942 ist erwähnt in Berück Mitte, Ia, Betr.: Antrag auf Zuweisung von Truppen zur offensiven Partisanenbekämpfung v. 16. 4. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 543.

133 Hierzu zählten, um die »Freundwilligkeit« der Bevölkerung herzustellen, die Installierung einer russischen Marionettenregierung unter dem Motto »für Friede und Freiheit« («Westgrenze bestimmt durch unsere Interessen an Siedlungsland»), die Aufteilung der Kolchosen, Religionsfreiheit, die geregelte »Vergütung aller [Agrar-] Lieferungen und Leistungen« statt wilder Requirierungen und die »Erhöhung der Löhne auf die früher [d. h. von den Sowjets] gezahlten Sätze«. Es handelte sich also eher um Milderungen der vorherrschenden Bedrückung als um Angebote mit wirklicher Substanz.

134 Je Sicherungsdivision sollten Eingreiftruppen in Form zweier verstärkter Inf.Btle. gebildet werden. Was die Klage über die Wegnahme von Truppen angeht, ist außer der schwierigen Lage an der Front der H.Gr. Mitte zu beachten, daß die Ausdehnung des rückwärtigen Heeresgebiets im Vierteljahr zuvor stark zusammengeschrunpft war. Stab Berück Mitte, Ia, Vorschläge zur Vernichtung der Partisanen im rückw. Heeresgebiet und in den rückw. Armeegebieten v. 1. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 302–313 (Hervorhebung im Original). Siehe auch KTB Berück Mitte, Ia, v. 27. 2. 1942 und Abt. Qu vom gleichen Tag, BA-MA WF-03/13328, Bl. 29, und BA-MA WF-03/7366, Bl. 856. Weiter Berück Mitte, Ia, Antrag auf Zuweisung von Truppen zur offensiven Bandenbekämpfung v. 16. 4. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 543–549. – Auch der SSPF Weißruthenien (Schreiben an GK Weißruthenien v. 29. 5. 1942, ZStA Minsk 389–1–3, Bl. 77) setzte auf eine neuartige offensive Kampfführung. Im besetzten Jugoslawien herrschten dagegen noch ältere Konzepte von Vergeltungsmaßnahmen vor: SS-Freiwilligen-Division »Prinz Eugen«, Ia, Taktische Grundsätze für die Führung des Kleinkrieges v. 27. 4. 1942, BA D-H ZM 1603, A. 1, Bl. 57–79.

135 Vermerk auf einer gekürzten, auf den 18. 3. 1942 datierten Fassung der vom 1. 3. stammenden Vorschläge, Nbg. Dok. PS-1685.

136 GenQu, Abt. K. Verw., Betr.: Notiz für Führervortrag, Partisanenlage 22.–30. 3. v. 30. 3. 1942 (Abschrift, gez. Wagner); [OKW/WiRüAmt.] Stab Ia an WiStab Ost, Betr.: Störung durch Partisanen und Anlage: Entwurf einer Vortragsnotiz für Chef OKW beim Führer v. 17. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 43234, Bl. 1253–1256 und 1267–1269. Siehe z. B. auch Anwesenheitsliste einer Besprechung über Partisanenbekämpfung beim Berück Mitte v. 11. 5. 1942 mit v. Altenstadt, BA-MA WF-03/7364, Bl. 650f.

Shitomir durch Aktionen des slowakischen Infanterieregiments 102 mit unterstelltem deutschen Polizeibataillon 315 im Raum Mosyr-Shitkowitschi vorbereitet worden, die vermutlich über 1000 Todesopfer forderten.¹³⁷ Diese Aktion wurde anscheinend noch dadurch aufgehalten, daß der Kommandeur des Polizeibataillons, ein Major der Schutzpolizei, seine Truppen zeitweilig nicht in Bewegung setzte.¹³⁸ Von Norden her sollte das Unternehmen nicht die für das betreffende Gebiet zuständige 203. Sicherungsbrigade, sondern die eigens aus dem GK Weißruthenien nachgezogene 707. Infanteriedivision durchführen. Bei einer Vorbesprechung am 8. März dankte v. Schenkendorff Sicherheitspolizei und SD für ihre bisherige Unterstützung und bescheinigte ihnen, sie seien für den »Erfolg« der geplanten »gross angelegten Aktion« »unentbehrlich«.¹³⁹ Der Operationsplan der 203. Sicherungsbrigade definierte als »Aufgaben: a) Vernichtung der Hauptpartisanenbanden, b) Befriedung des Landes, c) Erfassung von Getreide und Vieh«. Während diese Division, die allerdings auch eine Bombardierung von vier Dörfern aus der Luft vorsah, noch empfahl, zwischen angeblich Schuldigen und Unschuldigen zu unterscheiden, denn es dürften »nur wirklich Schuldige und alle ortsfremden Elemente erschossen werden«, plante die 707. Infanteriedivision von vornherein keine »Entwicklung nach der Breite«, das heißt gegen die Partisanen in den Waldgebieten, was bei Schnee und Eis und dem bald zu erwartenden Beginn der Schlammperiode unmöglich sei, sondern ein Vorgehen auf den Straßen und in erster Linie gegen die im Einsatzgebiet liegenden Dörfer, wo die meisten Partisanen sich ohnehin mittlerweile hätten »festsetzen« können.¹⁴⁰ Der Kommandeur v. Bechtolsheim befahl, bei der Aktion »mit aller Schärfe« an die Verbrechen gegen Juden und Ortsfremde, »wie dies in Weissruthenien, insbesondere in den Herbstmonaten 1941, mit Erfolg geschehen ist«, anzuknüpfen. »Die diesbe-

137 WBfh. Ukraine, Bericht Nr. 6, abgeschlossen am 28. Februar 1942 an OKW/WFSt v. 22. 3. 1942, BA-MA RW 41/1 (550 Todesopfer bei Mosyr); zur Unterstellung Bericht Nr. 7 v. 21. 4. 1942, ebd.; Bericht über die deutschen Verbrechen auf dem Territorium des Kreises Zhitkowitschi v. 20. 12. 1944, ZStL II 204a AR-Z 117/67, Bd. 2, Bl. 210–213 (im Februar 1942 wurden in Djakowitschi 336 und im März in Buda 284 Menschen lebendig verbrannt). Genaues Anfangsdatum: HSSPF Ukraine an RKU v. 12. 5. 1942, BA-MA PFP-01/7914, Bl. 260; vgl. auch Daluge an Himmler v. 5. 3. 1942, BA F 1640, Bl. 8329–8332.

138 Vgl. Vern. F. K. v. 3. 8. 1960, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1265, Bl. 9f. K. erklärte hier, er habe so gehandelt, weil er geglaubt habe, das Btl. solle zu Judenerschießungen ausrücken. Nach eigenen Angaben wurde K. am 15. 3. 1942 wegen »vorsätzlicher Dienstpflichtverletzung« abgelöst und am 26. 1. 1943 vom SS- und Polizeigericht Kiew zu fünf Jahren Haft verurteilt, die Strafe zugunsten einer Frontbewährung ausgesetzt. K. bestätigte die Unterstellung unter die slowakische Inf.Div., die allerdings von einem Oberstleutnant der Wehrmacht als Verbindungsoffizier gesteuert worden sei. K. mußte aber zugeben, daß seine Einheit an der großen Judenerschießung in Rowno im November 1941 beteiligt gewesen war – angeblich in seiner Abwesenheit.

139 EM 186 v. 27. 3. 1942, BA-MA SF-01/28936, Bl. 4081.

140 Sich.Brig. 203, Abt. Ia, Betr.: Unternehmen »Bamberg« v. 10. 3. 1942, und 707. Inf.Div., Abt. Ia, Betr.: Unternehmen »Bamberg« v. 12. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 363–374 und 381–384. Der Kommandeur der 707. Inf.Div., v. Bechtolsheim, übte ungewöhnlich scharfe Kritik sowohl am Plan der 203. Sich.Brig. als auch an ihrem bisherigen Vorgehen. Ihr Bereich sei »Ausgangspunkt« für die Partisanenbedrohung auch im benachbarten GK Weißruthenien. Später schwenkte auch die 203. Sich.Brig. auf die Linie der 707. Inf.Div. ein: »Wegen des hohen Schnees und der tiefen Wälder ist eine »Durchkämmung« des Gebietes nicht möglich. Die Säuberung kann nur durch Überholung sämtlicher Ortschaften durchgeführt werden.« Sich.Brig. 203, Abt. Ia, Betr.: Unternehmen »Bamberg« v. 22. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 414.

züglichen Anordnungen über rücksichtsloses Durchgreifen gegen Männer, Frauen und Kinder gelten auch für das neue Einsatzgebiet.¹⁴¹

Die Operation »Bamberg« wies schon alle wesentlichen taktischen Elemente und Vorgehensweisen auf, die für die späteren Aktionen typisch und für die Bevölkerung der betroffenen Gebiete verhängnisvoll werden sollten. Zwischen dem 26. März und dem 6. April 1942, binnen zwölf Tagen, zerstörten die verstärkte 707. Infanteriedivision, das slowakische Infanterieregiment 102 und das deutsche Polizeibataillon 315 eine Reihe von Dörfern in einem durchbrochenen Waldgebiet zwischen Oktjabrski und Kopatkewitschi und ermordeten ihre Bewohner. So wurden in Chwoineja (Choino) 1350 Menschen teils in ihren Häusern eingesperrt und durch Handgranaten und Verbrennen getötet,¹⁴² in Rudnja 800 Personen gesammelt und gruppenweise erschossen (die Männer mußten sich vorher entkleiden), in Oktjabrski 190 Personen im Klubhaus lebendig verbrannt, die Einwohner von Kurin teils erschossen, teils verbrannt, ähnlich wie in Kowali, wo die Kinder verbrannt wurden.¹⁴³ Die Zahl der weißrussischen Todesopfer wurde von den Deutschen offiziell mit etwa 3500 angegeben, lag aber tatsächlich höher. Sie wurde von den Partisanen auf etwa 5000 geschätzt und betrug nach der Aufstellung von Romanowski und anderen allein in fünfzehn Ortschaften 4396.¹⁴⁴

141 707. Inf.Div., Abt. Ia, v. 18. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 61051, Bl. 417. – Die Division wurde ab dem 17. 3. ins rückwärtige Heeresgebiet Mitte verlagert. Im GK Weißruthenien wurde sie von der 202. Sich.Brigr. unter GenMaj v. Tschammer und Osten abgelöst. Ab dem 11. 4. 1942 verlegte die 707. Inf.Div. in den Raum Brjansk (Korück 532), wo sie bis zum Sommer 1943 eingesetzt blieb. Sie nahm u. a. an den Partisanenbekämpfungsunternehmen »Passau«, »Adler«, »Erntefest«, »Klette« und »Zeisig« teil. Vgl. KTB 707. Inf.Div. v. 17. 3., 11. und 19. 4. 1942 sowie KTB-Anlagen 1943, BA-MA (BArchP)F 61051, Bl. 12 ff., und F 61052, Bl. 701 ff.; ferner Befehle der OFK 392 (Minsk) vom März 1942, GebA Minsk 699–5–1, Bl. 61–67. Auch das im Herbst 1941 am Judenmord im GK Weißruthenien beteiligte Res.Pol.Btl. 11 wurde zeitweise ins rückwärtige Heeresgebiet Mitte vorgezogen, jedoch 1942/43 auch im GK Weißruthenien und im Bezirk Bialystok zur Partisanenbekämpfung eingesetzt. Siehe HSSPF Rußland-Mitte, Tagesmeldung v. 10. 3. 1942, BA D-H ZB 6735, O. I, Bl. 103, und Zusammenstellung der in Rußland-Mitte eingesetzten Polizeibataillone, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. 5, Bl. 715 ff.

142 Verantwortlich war hier offenbar das dem slowak. Inf.Rgt. 102 unterstellte Pol.Btl. 315. Siehe Lagekarte zu »Bamberg« v. 29. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 425 f., und die Nachmeldung des slowak. Inf.Rgt. v. 3. 4. 1942: »[A]usser den bei Kampfhandlungen Erschossenen wurden etwa 2000 Partisanen und Helfer bei Befriedigungsaktionen erschossen.« BA-MA WF-03/7364, Bl. 494.

143 Siehe Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 31–56. Nach ebd., S. 32, wurden 30 Dörfer vernichtet. Das verstärkte slowakische Inf.Rgt. 102 meldete allein zehn: WBfh. Ukraine, Bericht Nr. 7 (abgeschlossen am 31. März) v. 21. 4. 1942, BA-MA RW 41/1. Die Zahl der Opfer in Chwoineja wird bei Romanowski u. a. mit 1412 angegeben, in Rudnja mit 341 (S. 52 und 66).

144 Siehe ebd., S. 48–66. Z. B. wurden in Kowali 533, in Kurin 506, in Lawstiki 335 und in Derbin 283 Menschen getötet. Die Orte waren teilweise größer, viele Bewohner hatten flüchten können; siehe auch Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 31–56. Bei den deutschen Quellen ist nicht klar, ob die Angaben der 707. Inf.Div. und des WBfh. Ukraine für das slowakische Inf.Rgt. 102 identisch sind, addiert werden müssen oder sich überschneiden. Vgl. 707. Inf.Div., Abt. Ia, Betr.: Unternehmen »Bamberg« v. 7. 4. 1942 (mindestens 3423 »Partisanen u. Helfer erschossen«), BA-MA RH 22/231, Bl. 33; KTB 707. Inf.Div. v. 4. 4. 1942 (bis dahin »2938 Partisanen erschossen«), BA-MA (BArchP)F 61051, Bl. 12; 707. Inf.Div., Abt. Ia, Divisionsbefehl Nr. 43 v. 5. 4. 1942 (»über 3500 Partisanen und Helfer erschossen«), ebd., Bl. 347 f.; HSSPF Ukraine an RKKU v. 12. 5. 1942 (26. 2.–6. 4. 1942 »3500 Mann vernichtet« durch slowakisches Inf.Rgt. 102 und Pol.Btl. 315), BA F 13692, Bl. 259–261; WBfh. Ukraine, Bericht Nr. 7 v. 21. 4. 1942, abgeschlossen am 31. 3. 1942 (650 Partisanen getötet, bei »Befriedigungsaktionen« zusätzlich »rd. 2500 Partisanen, Partisanenhelfer und -angehörige [!] liquidiert«), BA-MA RW 41/1. Dieser letzte Bericht verzeichnete aber offenbar das Ergebnis der gesamten Aktion (bis 3. bzw. 6. 4.).

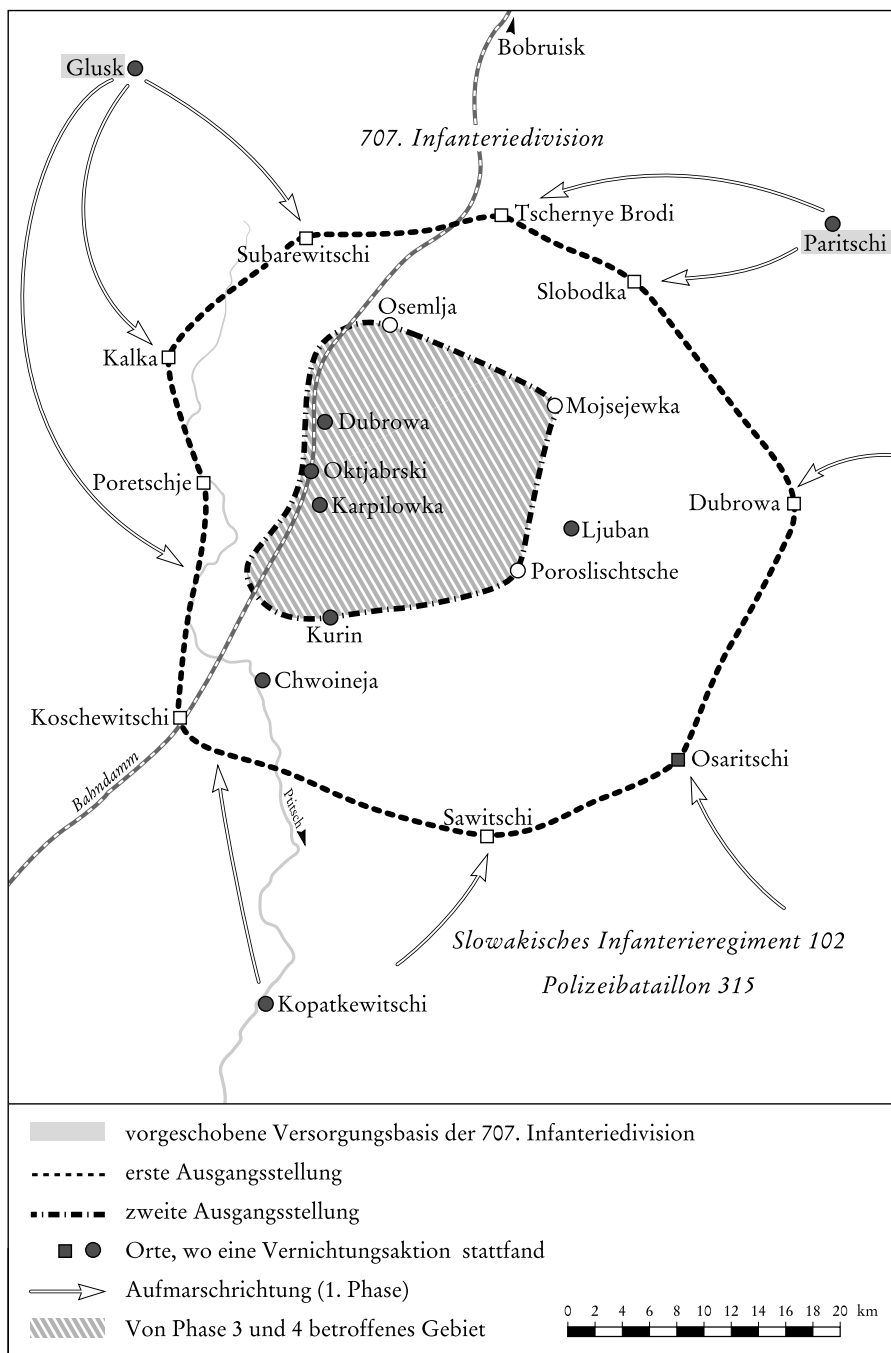


Abbildung 4: Die Antipartisanenoperation »Bamberg« im März/April 1942 (schematische Skizze)

Die Aktionen, die vorher und im Anschluß daran in der Umgebung stattfanden, sind dabei nicht eingerechnet, so daß von mindestens 6000 Ermordeten auszugehen ist.¹⁴⁵ Die große Mehrzahl von ihnen waren ortsansässige Bauern und nicht flüchtige Juden, gegen die sich die Aktion ebenfalls richtete.¹⁴⁶ Von »Ermordeten« zu sprechen ist berechtigt, denn Kämpfe blieben aus, es gab »keinen grösseren Widerstand zu brechen«, beim Vorgehen fast ausschließlich gegen Dörfer nicht verwunderlich. Die Verluste der deutschen und verbündeten Truppen während der Kernaktion betrugen lediglich sieben Tote und acht Verwundete, und es wurden 47 Gewehre und Maschinenpistolen erbeutet. Die im Gebiet befindlichen Partisanen, deren Zahl auf 1200 bis 2000 Mann geschätzt wurde, wichen aus.¹⁴⁷

Wie fast alle späteren Großunternehmen gegen Partisanen oder deren Umfeld bestand die Operation »Bamberg« aus vier Phasen:

Phase 1: Aufmarsch und Bildung eines großen Kessels – in diesem Fall mit 25 bis 30 Kilometer Durchmesser bis einschließlich 28. März,

Phase 2: Verengen des Kessels – hier bis einschließlich 31. März,

Phase 3: das sogenannte Ausräumen des Kessels in Form des »letzten konzentrischen Angriffs« – hier am 1. und 2. April, und

Phase 4: das sogenannte Durchkämmen nach rückwärts – hier die »rückläufige nochmalige gründliche Säuberung und Durchstreifung des Gebietes bis zur zweiten Ausgangsstellung«, bei der die im inneren Zielgebiet liegenden Dörfer und Gehöfte mit dem Großteil ihrer Einwohner vernichtet wurden, in diesem Fall zwischen 3. und 6. April¹⁴⁸ (Abb. 4).

Kampfhandlungen mit den Partisanen und Verluste auf deutscher Seite traten am häufigsten in der dritten Phase ein. Die berüchtigten Massenverbrechen, die Vernichtung von Dörfern und der Mord an ihren Bewohnern, hatten ihren Schwerpunkt in

¹⁴⁵ Im Februar wurden u.a. in Veshin 70, in Petschitschi 165 und in Pogoreloje 187 Menschen getötet, in Maly Niwi im März 79 (Romanowski u.a., S. 48, 63, 73). Siehe ferner Anm. 9/137. Zu Folgeaktionen HSSPF Ukraine an RKU v. 12. 5. 1942, BA F 13692, Bl. 259–261 (Aktion des WBFh.Ukraine); im Norden KTB Berück Mitte, Ia, v. 10. 4. 1942, BA-MA WF-03/13328, Bl. 348 (»GFP macht südwestl. Bobruisk 307 Partisanen unschädlich«).

¹⁴⁶ Heer (1994, S. 27) erklärt, es seien, »wie die Tagesberichte zeigen, meistens Juden« gewesen. Die damit gemeinten Tagesberichte der beteiligten Regimenter zeigen jedoch das Gegenteil (BA-MA WF-03/7364, Bl. 471–494 bzw. BA-MA RH 26–707/5). Im als »Sammelpunkt der Juden aus Bobruisk, Osaritschi und Paritschi« bezeichneten Karpilowka wurden 133 Juden ermordet, insgesamt, soweit erwähnt, ungefähr 200 (ebd.; vgl. auch Orbach, S. 25, und Krausnick, S. 275). Die Überlebendenaussagen bestätigen dieses Ergebnis (Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 31–56). In diesem Sinn siehe auch Heer 1995, S. 120. – Nach einer kurz vor dem Unternehmen »Bamberg« (am 1. 2. 1942) durchgeführten Zählung lebten im Rayon Glusk, wo der Schwerpunkt der Aktion lag, bereits keine Juden mehr und im angrenzenden Rayon Paritschi 1462. FK 581 - Verwaltungsgruppe -, Lagebericht v. 10. 2. 1942, BA-MA RH 26–203/3.

¹⁴⁷ 707. Inf.Div., Abt. Ia, Betr.: Unternehmen »Bamberg« v. 7. 4. 1942, BA-MA RH 22/231, Bl. 32f. Das Pol.Btl. 315 gab seine Verluste einschließlich des gesamten März mit zwölf Toten und zehn Verwundeten, das slowakische Inf.Rgt. 102 mit 21 Toten und 23 Verwundeten an (WBFh. Ukraine, Bericht Nr. 7 v. 21. 4. 1942, BA-MA RW 41/1). Zur Stärke der Partisanen vgl. die in Anm. 9/140 genannten Quellen. Siehe auch die Darstellung von Heer 1995, S. 120f., und Weinberg, Yelnya-Dorogobush Area, S. 425.

¹⁴⁸ 707. Inf.Div., Abt. Ia, Betr.: Unternehmen »Bamberg« v. 7. 4. 1942, BA-MA RH 22/231, Bl. 27–36, Zitat Bl. 33. Vgl. KTB Berück Mitte, Ia, v. 7. 4. 1942: »Unternehmen »Bamberg« abgeschlossen. Der Raum wurde in zwei Richtungen durchgekämmt. [...]« BA-MA WF-03/13328, Bl. 347.

Phase 3 und vor allem in Phase 4, in der nach Abschluß des koordinierten militärischen Vormarschs mit unbedingt einzuhaltenden »Tageszielen« mehr Zeit dafür eingeräumt wurde. Diese Entvölkerung wurde stets von vornherein geplant. Erst danach galt die Operation als abgeschlossen. In Phase 4 begann auch die mehr oder weniger organisierte Plünderung der landwirtschaftlichen Produkte des betroffenen Gebiets, die sogenannte Erfassung.

Die entscheidende Bedeutung der 4. Phase zeigt sich an zahlreichen Quellen zu Unternehmen der sogenannten Bandenbekämpfung, so an einer Passage im Tagebuch Bach-Zelewskis, in der die »Operation der sogenannten Durchkämmung« kritisiert wird, die stets eine »grosse Zahl vernichteter Bandenverdächtiger« zur Folge habe, da ihr Zweck sei, »die mit den Bolschewisten sympathisierende Bevölkerung zu vernichten« und weniger die Partisanen.¹⁴⁹ Das ist nicht nur für die in diesem Zusammenhang angesprochenen Unternehmen »Nürnberg« und »Erntefest II« nachweisbar, sondern etwa auch für »Sumpffieber«, »Franz« und »Hornung«. Die Zahl der Opfer schnellte entsprechend jeweils im letzten Teil in die Höhe, wie auch bei der Aktion »Bamberg«.¹⁵⁰ Nicht umsonst schrieb der SSPF Weißruthenien v. Gottberg über die Schlußphase der Operation »Nürnberg«: »Das weitere war dann mehr oder weniger eine Treibjagd.«¹⁵¹

Typisch für solche Unternehmen sollte auch das bei der Operation »Bamberg« praktizierte Setzen sogenannter »Tagesziele«¹⁵² werden. Bestimmte Einheiten mußten an einem Tag eine bestimmte Strecke bis zu einem feststehenden Endpunkt unter »Durchkämmen« aller Ortschaften zurücklegen. Je weiter entfernt das Tagesziel, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß man zu einer genaueren Untersuchung, wer die Partisanen unterstützte (und zur »Erfassung« landwirtschaftlicher Produkte), keine Zeit hatte und dazu neigte, alle umzubringen.¹⁵³ Die Möglichkeit, viele Menschen einfach laufen zu lassen, nahmen die ausführenden Einheiten oft nicht wahr (im doppelten Sinn), weil die Einwohner der betroffenen Gegenden pauschal als Sympathisanten der Partisanen gal-

149 Diese Deutung der Analyse Bach-Zelewskis gilt unabhängig davon, ob das in seinem Tagebuch (23. 2. 1943, BA R 20/45b, Bl. 70) zitierte Schreiben an v. Gottberg tatsächlich diesen mißbilligenden Wortlaut hatte oder es nachträglich von Bach-Zelewski gefälscht wurde, um sich reinzuwaschen, was wahrscheinlicher ist. Stimmt letzteres, wußte er als taktischer und strategischer Experte ganz genau, worin das am meisten belastende Element der »Bandenbekämpfung« lag.

150 Außer für die Vernichtung von Chwojoneja geben Romanowski u. a. als Zerstörungsdatum der im Fall »Bamberg« betroffenen Dörfer stets April an. Dort gibt es jeweils nur Monatsangaben.

151 Privatbrief v. Gottberg an den HSSPF Danzig-Westpreußen, Hildebrandt, v. 5. 12. 1942, BA 70 PL/ 93, Bl. 61, abgedruckt in: Kaden/Nestler (Hg.), Bd. 3, S. 123. Vgl. SS-Sonderbataillon Dirlwanger, Bataillonsbefehl für das Durchkämmen nach Rückwärts beim Unternehmen »Hornung« v. 15. 2. 1943, BA-MA SF-02/31684, Bl. 123; Kampfgruppe Kutschera, Einsatzbefehl für das Unternehmen »Franz« v. 4. 1. 1943, BA-MA SF-02/31683, Bl. 754 (»Säuberung des Bandengebietes beginnt am Tag nach der Vernichtung der Hauptbanden« von innen nach außen); HSSPF Ostland, Abschlußbericht über das Unternehmen »Sumpffieber« v. 6. 11. 1942, BA-MA SF-02/37614.

152 Siehe KTB Berück Mitte, Ia, v. 27. und 29. 3. 1942 (»707. I.D. hat befohlene Tagesziele erreicht«), BA-MA WF-03/13328, Bl. 342 f.; ebenso, Monatsbericht März v. 13. 4. 1942, BA-MA RH 22/231, Bl. 85.

153 Vgl. zu diesem Zusammenhang Tagebuch Bach-Zelewski v. 22. 11. 1942 und 23. 2. 1943, BA R 20/45b, Bl. 61 und 70; Sich.Br.ig. 203, Betr.: Unternehmen »Bamberg« v. 10. 3. 1942, BA-MA WF-037363, Bl. 367; Abschlußbericht eines Landwirtschaftsfunktionärs zum Unternehmen »Fritz« v. 6. 11. 1943, StA Hamburg 147 Js 11 /71 U, Sonderbd. 5, »Fritz«, Dok. 26, abgedruckt in: Eine Schuld..., S. 356–358 (»Die Truppe hat zu große Tagesziele«).

ten. Solche »Tagesziele« zu setzen, war aus der inneren Logik eines solchen Unternehmens unter Beteiligung verschiedener Einheiten für ein koordiniertes Vorgehen erforderlich. So wurden von der Fernschreibstelle der Kampfgruppe v. Gottberg beim Unternehmen »Frühlingsfest« 3500 Fernschreiben befördert oder aufgenommen.¹⁵⁴ Doch handelte es sich bei der Festsetzung, *wieviel Entfernung* bis zu den jeweiligen »Tageszielen« zurückzulegen war, um eine bewußte Vorentscheidung über das Vorgehen in den Dörfern. Die Truppen wurden so unter Druck gesetzt. Tagesleistungen von bis zu 30 Kilometern mit einem »Durchstreifen und Durchkämmen, also ein[em] Marschieren mit Kampfhandlungen und Untersuchung der Dörfer«, wie sie etwa Himmler für möglich hielt, deuteten von vornherein auf eine Vernichtungsabsicht hin.¹⁵⁵ Manchmal mißlang das Schließen des Kessels wegen eines zu ausgedehnten Zielgebiets, zu großer Tagesziele und zu sehr zersplitterter deutscher Kräfte ganz.¹⁵⁶ Sollten – bei späteren Unternehmen wie »Weichsel« – mehr Arbeitskräfte gewonnen werden, wurden dagegen »gründlichst[e]« Durchsuchung und kurze Tagesziele angeordnet.¹⁵⁷

Typisch sollte überdies werden, die »Ermittlungen und Überholungen«, Untersuchungen und Verhöre in den Dörfern, weitgehend durch »G.F.P. und SD« vornehmen zu lassen wie im Fall »Bamberg«.¹⁵⁸ Bei großen Marschleistungen reduzierte sich ihre ohnehin zweifelhafte Tätigkeit darauf, statt der Unterstützung der Partisanen verdächtiger *Personen* »partisanenverdächtige« *Dörfer* festzustellen und eventuell die nächsten Ziele der »Überholung« vorzuschlagen. Oft führten diese Kommandos später auch einen Teil der Exekutionen durch. Auch die später zur Regel gewordene Luftwaffenunterstützung, nämlich Aufklärungs- und Kampfeinsätze, gab es bei der Aktion »Bamberg« bereits.¹⁵⁹

Das galt auch für den Einsatz von Landwirtschaftsführern (in diesem Fall 24), da ein wesentliches Ziel der Aktion in der Beschlagnahme landwirtschaftlicher Produkte bestand. »Aufgabe war völlige Einkesselung und Vernichtung der Partisanengruppen und Sicherung und Befriedung dieses Gebietes, *um die grossen Landesvorräte erfassen und herausholen zu können*«, berichtete Generalmajor v. Bechtolsheim. Statt der ver-

154 Kampfgruppe von Gottberg -Ia-, Erfahrungsbericht zum Unternehmen »Frühlingsfest«, Anlage 3 (I N), BA-MA WF-03/5357, Bl. 822.

155 Im Fall der betreffenden »Richtlinien für die Durchkämmung und Durchstreifung von Sumpfgebieten durch Reitereinheiten« des KdoStabs RF-SS v. 28. 7. 1941 spielte vielleicht mit, daß die Autoren militärische Amateure waren, wie ihre konzeptlosen und mißglückten Aktionen vier Wochen zuvor gezeigt hatten. Vgl. Unsere Ehre heißt Treue, hier S. 220. In Wirklichkeit waren die Streckenleistungen der SS-Kav.-Rgt. in den Pripijetsümpfen teilweise noch größer, vgl. die Berichte des SS-Kav.Rgt. 2 und der Vorausabteilung SS-Kav.Rgt. 1 v. 12. 8. 1941, ebd., S. 228f. und 233. Siehe auch Einsatzgruppe Griep, Einsatzbefehl für das Unternehmen »Erntefest I« v. 15. 1. 1943, BA-MA SF-02/31683, Bl. 838ff.

156 Vgl. Tagebuch Artur Wilke (KdS Minsk) für 19. I.–1. 2. 1943, BA D-H FW 489, A. 2, Bl. 4–9 (»Erntefest I«); Tagebuch Bach-Zelewski v. 22. II. 1942, BA R 20/45b, Bl. 61 (Vorläufer der Aktion »Hamburg«).

157 KTB SS-Kav.Brigr. v. 13. 5. 1943, BA F 41848, Bl. 1008. Als jedoch im Folgeunternehmen viele Dörfer von der Bevölkerung verlassen waren, ergaben sich erneut »Marschleistungen bis zu 60 km«. SS-Kav.-Division, Ia, Gefechtsbericht über den Einsatz der SS-Kav.-Division im Unternehmen »Seydlitz« vom 25. 6. bis 27. 7. v. 30. 7. 1943, BA-MA SF-02/17410, Bl. 27 (Zitat) und 29.

158 Anstelle der erhofften je 100 Mann nahmen hier die GFP-Gruppen 701 und 718 und vom EK 8 nur 20 Mann teil. 707. Inf.Div., Abt. Ia, Betr.: Unternehmen »Bamberg« v. 7. 4. 1942, BA-MA RH 22/231, Bl. 30; vgl. Operationsplan der Sich.Brigr. 203, Abt. Ia, v. 10. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 363 und 367: »Das erfordert viel Zeit. Die Tagesleistungen der Truppe werden daher über 15 km nicht hinausgehen können.«

159 Siehe ebd., Bl. 368 (»Es stehen zur Verfügung 6 Bomber und 2 Aufklärer«); Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 46.

muteten »mindestens 10–20000 Rindereinheiten« betrug die gemeldete Beute nur 2454 Rinder, 2286 Schafe, 115 Tonnen Getreide, 120 Tonnen Kartoffeln und mehr.¹⁶⁰ Dabei stellten sich grundsätzliche Schwierigkeiten für die Deutschen heraus, die auch für spätere Aktionen charakteristisch waren. Das betroffene Gebiet hatte bisher an die Deutschen keine Agrarprodukte geliefert (»bisher wegen Partisanentätigkeit überhaupt noch nicht erfaßt«). Das Wirtschaftskommando Bobruisk hatte vor der Aktion vorgeschlagen, entweder den Landstrich dauerhaft mit Militär zu belegen oder eine »restlose Erfassung« einschließlich der letzten Kuh und des Saatgetreides vorzunehmen, was eine »Verschlechterung der Stimmung der Bevölkerung« nach sich ziehen werde. Zu einer längeren Besetzung fehlten jedoch die Truppen, und die totale »Erfassung« war wegen wetterbedingter Transportschwierigkeiten eine »fast unlösbare Aufgabe«.¹⁶¹ So mußte das Unternehmen aus Sicht der Landwirtschaftsbehörden *als Erfassungsunternehmen betrachtet* scheitern, da die Beschlagnahme ein Teilerfolg blieb und die sogenannte Befriedung als Voraussetzung für langfristige Ausbeutung nicht eintrat.¹⁶² Wie noch zu zeigen, konnte die Agrarverwaltung aber aus anderen Gründen die Strategie der Großunternehmen gegen Partisanen sinnvoll finden.

Verlauf und Ergebnis der Operation »Bamberg« wurden von hohen und höchsten Verantwortlichen aufmerksam verfolgt. So hielt sich der Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Mitte, der sie angeordnet hatte, ständig auf dem laufenden. Er stellte zwar intern fest, das Ergebnis sei »nicht voll befriedigend«, weil die Partisanen ausgewichen seien und sich unter »den von der Division als Partisanenhelfer Gemeldeten [...] anscheinend viele« befänden, »die zu den Partisanen nur sehr lose Verbindungen unterhalten haben«, ¹⁶³ gratulierte der 707. Infanterie-Division aber doch dazu, »3000 Partisanen vernichtet zu haben«.¹⁶⁴ Auch die Heeresgruppe Mitte und ihr Oberbefehlshaber v. Kluge ließen sich regelmäßig informieren.¹⁶⁵ Unterrichtet waren auch der Leiter der Abteilung Kriegsverwaltung beim OKH/GenQu, Schmidt v. Altenstadt, der Generalquartiermeister Wagner selbst und durch ihn auch Hitler.¹⁶⁶

¹⁶⁰ Wilde Requirierungen und Schlachtungen waren dabei nicht eingerechnet. Siehe 707. Inf.Div., Abt. Ia, Betr.: Unternehmen »Bamberg« v. 7. 4. 1942, BA-MA RH 22/231, Bl. 29 (erstes Zitat, Hervorhebung C. G.) und 35 sowie 203. Sich.Brig., Abt. Ia, Operationsplan v. 10. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 372 (zweites Zitat).

¹⁶¹ Ebd., Bl. 370–372. Siehe auch Lagezeichnung zu »Bamberg« und Kommentar in KTB WiKdo Bobruisk, BA-MA (BArchP)F 42902, Bl. 44 und 85.

¹⁶² »Aktionen für diesen Zweck müssen anders aufgezogen werden als seinerzeit südlich Glusk. Die dort angewandte Methode schnell durchzuziehen hat 100%ig versagt. Kaum war die Truppe an einem Ende aus dem Dorf heraus, kamen die Partisanen am anderen Ende schon wieder herein. Der Raum ist heute unbefriedeter denn je und die Bevölkerung deutscheindlicher, da die zahlreichen Erschiessungen ja leider zum grossen Teil nicht die eigentlichen Anstifter trafen.« Auszug aus einem Bericht des WiKdos Bobruisk in: WiIn Mitte, Betr.: Wirtschaftliche Auswirkungen der Partisanengefahr an Heeresgruppe und Berück Mitte v. 24. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 590f., vgl. auch 582.

¹⁶³ KTB Berück Mitte, Ia, v. 7. 4. 1942, BA-MA WF-03/13328, Bl. 347; vgl. ebd. seit dem 15. 3. 1942, Bl. 336ff.

¹⁶⁴ Dankschreiben zitiert in: 707. Inf.Div., Abt. Ia, Divisionsbefehl Nr. 44 v. 6. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 61051, Bl. 344–346; Fschr. Berück Mitte v. 6. 4. 1942 an 707. Inf.Div. (»mit erfreulich geringen Verlusten«), BA-MA RH 26–707/5).

¹⁶⁵ Vgl. Anordnung der 707. Inf.Div. v. 31. 3. 1942, 11.30 Uhr, BA-MA WF-03/7364, Bl. 497, und KTB Berück Mitte, Ia, v. 3. 4. 1942 (Vortrag v. Schenckendorff bei v. Kluge), BA-MA WF-03/13328, Bl. 345.

¹⁶⁶ Ebd. v. 24. 3. 1942, Bl. 339; KTB WiIn Mitte v. 10./11. und 24. 3. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 756 und 758 sowie GenQu, Abt. K.Verw., Betr.: Notiz für Führervortrag Partisanenlage 22.–30. 3. v.

Mit dem Unternehmen »Bamberg« wurden die »Großunternehmen« nicht erfunden. Eine Aktion bei Sewsk (Sjowsk) südlich von Lokot im Brjansker Gebiet, offenbar zur Stützung des dortigen »Selbstverwaltungsbezirks« russischer Kollaborateure, die 1936 Todesopfer forderte, hatte eine ungarische Einheit schon kurz zuvor durchgeführt.¹⁶⁷ (Auch hier versuchten die Deutschen also noch, die Verantwortung auf verbündete Truppen abzuschieben.) Doch war es die Operation »Bamberg«, die in vieler Hinsicht zum Vorbild wurde.¹⁶⁸

Initiativen für eine verstärkte Partisanenbekämpfung aus wirtschaftlichen Gründen und Impulse von seiten der Wirtschaftsverwaltung

Die »Großunternehmen« wurden seit dem Frühjahr 1942 zur bestimmenden Strategie der deutschen Besatzungsbehörden gegen die Partisanen. Das hing in entscheidendem Maß mit ökonomischen Erwägungen zusammen, denn die bewaffnete Widerstandsbewegung verfolgte nunmehr das Ziel, in immer größeren Landgebieten die Arbeit der weißrussischen Kollaborationsverwaltung zu stören, um die Ausnutzung des Landes durch die Deutschen zu verhindern. Die deutsche Verwaltung stellte fest, »dass das Sprachrohr unserer Landwirtschaftsführer, die Gemeindebürgermeister und Dorfältesten, das Heft nicht mehr in der Hand haben«, jedenfalls vielerorts.¹⁶⁹ Dazu kamen Angriffe auf landwirtschaftliche Be- und Verarbeitungsbetriebe. »Es handelt sich hierbei nicht mehr um Einzelercheinungen, sondern um die Auswirkung einer neuen Taktik«, erkannte die Chefgruppe Landwirtschaft der Wirtschaftsinspektion Mitte. Der Kreislandwirt in Smolewitschi, Erzberger, stellte fest, in der »Beseitigung« der einheimischen Verwaltung durch die Partisanen liege »geradezu ein System«. Er bat deshalb – nur ein Beispiel – »nochmals dringend um einen Großeinsatz, der möglichst zu ihrer vollkommenen Vernichtung führen müßte.«¹⁷⁰ Die Ausbeutung der von den Deutschen beherrschten Gebiete stieß an ihre Grenzen, während in den nicht bearbeiteten Gebieten noch große Reichtümer an Landwirtschaftserzeugnissen zu liegen schienen. Das war auch das Fazit eines Berichts über eine »Sonder-Erfassungs-Aktion« mit einem schwachen militärischen Kommando (115 Mann) gewesen, die zwei Monate vor dem Unternehmen »Bamberg« in genau dem gleichen Gebiet gescheitert war und mit 15 Toten auf deutscher Seite geendet

30. 3. 1942 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 43234, Bl. 1255, auch in BA-MA RW 31/117a; WiIn Mitte, Der Inspekteur, Vermerk v. 4. 4. 1942 über ein Treffen mit Wagner und Schmidt v. Altenstadt in Rastenburg am 30. 3., ebd., Bl. 1320f.

167 Es handelte sich um die verstärkte 102. leichte Division der Ungarn im nördlichen Bereich der H.Gr. Süd (Korück 532), die bei heftigen Kämpfen Verluste von 95 Toten erlitt. Anscheinend lag noch kein Kesselangriff vor. GenQu, Notiz für Führervortrag, ebd., Bl. 1253f. Zum Selbstverwaltungsbezirk (»SVB«) Lokot vgl. Dallin 1972, S. 244 ff.

168 So auch die Wertung bei Weinberg, Yelnya-Dorogobush Area, S. 425, und Heer 1995, S. 120f.

169 [GK Weißruthenien,] III E (Dr.Albers), Bericht über eine Fahrt in die südlichen und westlichen Gebiete des Generalbezirks v. 8.–13. Oktober 1942 (Abschrift), BA NS 19/1976, Bl. 10.

170 Auszug aus einem Bericht der Chefgr. La in WiIn Mitte, Betr.: Wirtschaftliche Auswirkungen der Partisanengefahr an Berück und Heeresgruppe Mitte v. 24. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 581 (erstes Zitat); Landwirtschaftliche Außenstelle Smolewitsche, Lagebericht an GebK Minsk v. 24. 8. 1942, ZStA Minsk 393-1-321, Bl. 171/R (zweites Zitat); Zenner an Jeckeln v. 13. 6. 1942, BA F 14248. Vgl. ferner Vorträge Schimana und v. Gottberg nach Deutsche Zeitung im Ostland v. 21. 10. 1942 und Minsker Zeitung v. 9. 2. 1943.

hatte.¹⁷¹ Und die nicht ausgebeuteten Gebiete wuchsen. »Der Anstoß zur Verschärfung der Partisanenbekämpfung kam daher jetzt von den Wirtschaftsdienststellen«, wie es im Abschlußbericht des Wirtschaftsstabs Ost hieß.¹⁷²

Der Führungsoffizier im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt, v. Gusovius, vermerkte im April 1942, »Gen.Qu. wie vielleicht auch andere Stellen« hätten Hitler zwar über die Partisanenlage berichtet. »Es liegt aber noch *kein einziger* Bericht hinsichtlich wirtschaftlicher Ausfälle beim Führer vor. Daher ist ein Vortrag, und zwar *sehr ernster* Form beim Führer unerlässlich.«¹⁷³ In allen wichtigen Papieren zu diesem Thema aus dem Frühjahr hatten die wirtschaftlichen Folgen der sogenannten Partisanengefahr jedoch schon eine Rolle gespielt. »Es sind z. Zt. die reichsten Gebiete des Landes der wirtschaftlichen Ausnützung entzogen«, hatte v. Schenckendorff betont, und der Generalquartiermeister Wagner hatte auch Hitler vorgetragen: »Die Landesausnutzung muss infolgedessen stetig weiter eingeschränkt werden.«¹⁷⁴ Der Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet bekräftigte seine Warnungen im April und stellte drei Folgewirkungen heraus: die Gefährdung der Verkehrswege, die der Torf-, Energie- und Wasserversorgung sowie den Umstand, daß die »wirtschaftliche Ausbeutung großer Gebiete [...] in hohem Maße behindert« sei. »Dieses spielt bei der gegenwärtigen Ernährungslage nicht nur hinsichtlich der Verpflegung des Heeres, sondern auch der Verpflegung der einheimischen Bevölkerung der großen Städte eine große Rolle.« Der Mangel an aktiver Partisanenbekämpfung habe dazu geführt, »daß die Partisanen noch große wichtige Wirtschaftsgebiete im Heeresgebiet Mitte beherrschen.«¹⁷⁵ Vier Monate später berichtete er außerdem über die großen Schwierigkeiten in Flößerei und Holzwirtschaft. »Auf den Ernst der geschaffenen Lage muß mit allem Nachdruck hingewiesen werden.«¹⁷⁶

General v. Schenckendorff, General Wagner und andere waren für diese Klagen von den Wirtschaftsbeamten präpariert worden. Gerade die Wirtschaftsverwaltung war es, die in den Folgemonaten immer wieder auf verstärktes Vorgehen gegen die Partisanen drang. So warnte die Wirtschaftsinspektion Mitte, die »Folgen für die Versorgung der Truppe mit Lebensmitteln und anderem Bedarf« würden »katastrophal« werden, und forderte die »Säuberung der landwirtschaftlich wichtigsten Rayons«,

171 Es waren genauso viele Landwirtschaftsführer beteiligt wie bei der Operation »Bamberg«, nämlich 24. Drei starben. Die Verluste kamen teils durch Erfrierungen zustande. Wikdo. Bobruisk, Gruppe La, Betr.: Sonder-Erfassungsaktion mit militärischer Unterstützung im Raume südlich Glusk v. 6. 2. 1942 mit Anschreiben des WiStabs Ost, Chefgr. La, an die Staatssekretäre Backe, Körner und Neumann sowie Alfred Meyer v. 9. bzw. 11. 3. 1942 (»anschauliches Bild über die Tätigkeit der La-Führer«), BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 760–765.

172 Müller, Wirtschaftspolitik, S. 150.

173 [WiRüAmt,] Stab Ia, Vortragspunkte für Feldmarschall [Keitel] v. 16. 4. 1942, BA-MA RW 31/117a (Hervorhebungen im Original). Siehe Vermerk der gleichen Stelle v. 17. 3. 1942 und Entwurf einer Vortragsnotiz für Keitel bei Hitler, in der die Gefahr für die Versorgung des Ostheeres betont wurde, BA-MA (BArchP)F 43234, Bl. 1267–1269.

174 Stab Berück Mitte, Ia, Vorschläge zur Vernichtung der Partisanen im rückw. Heeresgebiet und in den rückw. Armeegebieten v. 1. 3. 1942, BA-MA WF-03/7363, Bl. 313 (erstes Zitat); GenQu, Abt. K.Verw., Betr.: Führervortrag Partisanenlage 22.–30. 3. v. 30. 3. 1942 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 43234, Bl. 1253 (zweites Zitat).

175 Berück Mitte, Ia, Betr.: Antrag auf Zuweisung von Truppen zur offensiven Partisanenbekämpfung v. 16. 4. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 544 f.

176 Berück Mitte, Ia, an H.Gr.Mitte v. 30. 8. 1942, BA D-H FW 490, A. 11, Bl. 4 f.

also Angriffsaktionen. Ergänzend empfahl die Chefgruppe Landwirtschaft die Taktik einer »ganz dichten, dauernden Besetzung des ganzen Landes durch deutsche Truppen« als einzig langfristigen Erfolg versprechend, was, wie schon erwähnt, aus Mangel an Besatzungstruppen unmöglich war. Es kam zu einer Aussprache mit Generalfeldmarschall v. Kluge über die Forderungen der Wirtschaftsinspektion.¹⁷⁷ Der stellvertretende Leiter der Abteilung Erzeugung in der Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabs Ost, Seifert, beantragte bei Schmidt v. Altenstadt Großeinsätze im Heeresgebiet Mitte, im GK Weißruthenien und ferner die »von Himmler zugesagten« Operationen im Norden des Reichskommissariats Ukraine.¹⁷⁸ Auch der Abteilungsleiter Erzeugung beim Reichskommissariat Ostland, Professor Kassnitz, wünschte »bei der Partisanenbekämpfung Kollektivmaßnahmen wie Einäscherung von Dörfern« und »Liquidierung ganzer Ortschaften«. Besonders die für die Produktion und nicht etwa die für die Erfassung zuständigen Agrarfunktionäre setzten sich also dafür ein. Auf höherer Ebene intervenierte Vierjahresplan-Staatssekretär Körner bei Keitel für eine schärfere Bekämpfung.¹⁷⁹ Die Idee eines von der Landwirtschaftsverwaltung abhängigen Ordnungsdienstes (Hilfspolizei) auf dem Land lehnte der Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Mitte ab.¹⁸⁰

Etwas zeitversetzt liefen ähnliche Einflüsse auch über das Ostministerium. Landwirtschafts- und Forstverwaltung aus dem GK Weißruthenien, besonders die untersten Ebenen vom Landwirtschaftsführer angefangen, beklagten wiederholt die Behinderungen bei der Ausbeutung des Besatzungsgebiets und forderten Aktionen gegen die Partisanen. Die Verwaltungsspitzen in Minsk, Riga und Berlin unterstützten sie darin wegen der »Gefahr, daß jede Verwaltungsarbeit und jede wirtschaftliche Betätigung mehr oder weniger aufhört.«¹⁸¹ Am 16. Juni 1942 kam es zu einer Sitzung im Ostministerium über »Fragen des Ostlandes« mit Rosenberg, Meyer, Lohse und zahlreichen Ministerialbeamten sowie Vertretern des OKW und Gestapochef Heinrich Müller als Vertreter des RSHA. Kube, Referent zu »Polizeifragen, Partisanenbekämpfung«, übte ebenso wie Lohse so scharfe Kritik, daß der erboste Müller später vom Abteilungsleiter Verwaltung im Ostministerium, Runte, besänftigt werden mußte.¹⁸² Da

177 WiIn Mitte, Betr.: Wirtschaftliche Auswirkungen der Partisanengefahr v. 24. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 577 f. und Anlage, hier Bl. 581. Ferner KTB WiStab Ost v. 4. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 589.

178 Seifert mahnte hier allerdings die »Verhinderung radikaler Vernichtung von Dörfern« mit Bezug auf einen Bericht des Agrarordnungs-Experten Weimert an. Vgl. Vermerk über die Lage bei der Partisanenbekämpfung im Bereich Mitte und Weißruthenien v. 22. 5. 1942 und einen weiteren, undatierten Vermerk Seiferts für Riecke und Küper, BA-MA RW 31/145.

179 Zitiert nach der Wiedergabe des Schreibens Kassnitz' durch OKH/GenStdH/GenQu, Abt. Kr.Verw. (Qu4) v. 9. 8. 1942, das kritisierte, statt »der gewünschten ›Friedhofsruhe‹« sei »in den von Kollektivmaßnahmen betroffenen Räumen stets eine Verstärkung der Banden und eine Steigerung ihrer Tätigkeit eingetreten«. Diesmal stellte sich Seifert jedoch auf Kassnitz' Seite, d. h. trat für die schärfsten Maßnahmen ein (Seifert an Kassnitz v. 21. 8. 1942; beides BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1222 f. bzw. 1226). Vgl. ferner WiRü-Amt, Stab Ia, Entwurf v. 4. 5. 1942, BA-MA RW 31/117a; Fschr. Alfred Meyer an Körner, BA-MA RW 31/145.

180 Vgl. den entsprechenden Schriftwechsel vom April und Mai 1942 in BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1089–1111.

181 Bericht Regierungsrat Jungwirth (Abteilung Politik des GK Weißruthenien), übersandt am 12. 6. 1942 von Kube an Rosenberg, IfZ MA 795, Bl. 612.

182 Niederschrift über die Besprechung im RMO über Fragen des Ostlandes am 16. 6. v. 18. 6. 1942, BA II.01, Nr. 51, Bl. 146–154, hier Bl. 146 f.; Vermerk Runte v. 23. 6. 1942, BA R 6/354, Bl. 11 f. (auch in BA F 13692 sowie IfZ MA 541). Müller beklagte sich besonders, weil die Kritik vor einem so großen Kreis geäußert worden sei.

Müller kein befriedigendes Konzept für die Zukunft der Partisanenbekämpfung vorlegen konnte – Runte gegenüber gestand er später, er sei wegen fehlender inhaltlicher Vorbereitung »etwas gehandicapt« gewesen¹⁸³ –, und da die zugesagten Polizeibattalione zur Verstärkung ausblieben, überhäufte die Zivilverwaltung in den folgenden Tagen und Wochen nicht nur Müller und das RSHA, sondern auch Himmler persönlich mit ihren Beschwerden, bis der »Reichsführer« sich zu einer Neuordnung der Partisanenbekämpfung und zu einer großangelegten Aktion im GK Weißruthenien entschloß und das Ostministerium beschieden wurde, nunmehr erübrige es sich, auf die Verteilung der Polizeikräfte von außen Einfluß zu nehmen. Damit hörten die Beschwerden aber nicht auf; sie kamen nun auch aus dem Reichskommissariat Ukraine,¹⁸⁴ und Reichskommissar Lohse wollte seinen Wünschen sogar bei Hitler Nachdruck verleihen, nachdem er bei Göring zunächst nicht das gewünschte Gehör gefunden hatte.¹⁸⁵

Die Berichte betonten die durch die Partisanen hervorgerufenen Schäden, Verluste an deutschem und einheimischem Personal und mehr oder weniger große Operationen gegen die bewaffnete Widerstandsbewegung. So forderte Regierungsrat Jungwirth vom GK in Minsk Großunternehmen und die Einrichtung von Stützpunkten, der Gebietskommissar in Petrikow eine »Sperrlinie« im Nordteil seines Gebiets gegen das Zentrum des Polesje und die von der Organisation Todt beauftragte Baufirma Bormann eine Aktion gegen eine Gemeinde bei Borissow, weil sie 100 geforderte Zwangsarbeiter nicht stellte.¹⁸⁶ Schon ein Nichtfunktionieren im deutschen Wirtschaftssystem wurde nämlich als Widerstand ausgelegt – besser gesagt, dies ganz besonders. Das Rüstungskommando Minsk verlangte dementsprechend bereits relativ früh einen »rücksichtslosen Einsatz starker Wehrmachtformationen mit schweren Waffen« gegen die Partisanen.¹⁸⁷ Mancher Zivilverwaltungsfunktionär nahm die Sache im kleineren Rahmen in die eigene Hand. Der Gebietskommissar Minsk-Land

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Vgl. ungezeichneter Vermerk v. 2. 7. 1942, BA 11.01, Nr. 51, Bl. 155 f.; Alfred Meyer an Himmler z. Hd. Müller v. 2. 7. 1942, BA R 6/354, Bl. 16; übersandte Berichte, Bl. 19 ff.; Entwurf eines nicht abgesandten Schreibens Alfred Meyers an Himmler und ans OKW vom Juni 1942 (Ausarbeitung Regierungsrat Lindemann), das ein Telefonat Meyer-Himmler v. 18. 6. erwähnt, Bl. 25 f.; RKO II Verw. 8A6 v. 7. 8. 1942 (auch an Müller gesandt), hier nach BA F 13692, Bl. 298–300; RMO (Lindemann/Runte) v. 6. 8. 1942, Bl. 344 (ging laut Vermerk auch an Müller); Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei S-IV D 5 an RMO (Runte) v. 24. 8. 1942, Bl. 345 f.; ferner zahlreiche Berichte und Meldungen ebd.

¹⁸⁵ Siehe Lohse aus Minsk an Himmler v. 20. 10. 1942, BA F 3355, Bl. 1782, und Vermerk Rosenbergs, Betrifft: Lage in Weissruthenien v. 22. 10. 1942, BA-MA FPF-01/8182, Bl. 479. Ob die Besprechung zustande kam, ist nicht geklärt. Ferner Wortwechsel Görings mit Lohse und Ausführungen Görings, der allerdings die Selbstversorgung der Ostruppe betonte, in: Aufzeichnung über eine Sitzung unter Vorsitz des Herrn Reichsmarschalls betr. Leistungssteigerung in den besetzten Gebieten (v. 6. 8. 1942), Nbg. Dok. NG-762, BA F 57995, bzw. Stenographischer Bericht über die Besprechung bei Göring v. 6. 8. 1942 (Auszüge), IMT, Bd. 39, S. 384–407.

¹⁸⁶ Vgl. Bericht Jungwirth v. 12. 6. 1942, wie Anm. 9/181 in dieser Darstellung; GK Weissruthenien, Der Leiter der Hauptabt. -Technik IV Stra. – Ho/Hi v. 30. 7. 1942 (gez. Hartwig/Abschrift von Abschrift), BA F 13692, Bl. 319 (»Die männliche Bevölkerung des Gemeindebezirkes Schwabowka ist arbeitsscheu und steht gegen die Arbeitsverpflichtung«); GebK Petrikow (Röthke) an RKO v. 13. 8. 1942, ebd., Bl. 358–360.

¹⁸⁷ KTB RüKdo Minsk für 26. 4.–2. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 829.

bat deshalb um die Genehmigung, gegen die Verwandten von Partisanen »in schärfster Form vorzugehen«, sie also offenbar umbringen zu lassen.¹⁸⁸

Der Druck zur Verschärfung der Gewaltpolitik auf dem Lande kam aber nicht nur »von unten«, sondern ebenso »von oben«. Ein Ausgangspunkt war dabei einmal mehr das Amt des Generalquartiermeisters des Heeres. Von dort waren starke Worte gegen die angestrebte »Friedhofsruhe« und Dörfervernichtungen geäußert worden.¹⁸⁹ In der Praxis sah es anders aus. Anfang Juni 1942 erklärten der Versorgungsbezirk Dnjepr, die Außenstelle des Generalquartiermeisters, und die Wirtschaftsinspektion Mitte, eine Abschöpfung von Viehreserven in den befriedeten Gebieten in ihrem Bereich sei wegen des angegriffenen Bestandes nur noch wenige Wochen möglich, so daß ein Lieferstopp folgen werde und dann »durch Freikämpfung partisanenverseuchter Gebiete die Erfassung von Vieh aus dem Lande ermöglicht werden müsse«. Schon wurden zahlreiche trächtige Kühe abgeschlachtet, und die Forderungen des Generalquartiermeisters für das Landwirtschaftsjahr 1942/43 überstiegen mit 1,2 Millionen Rindern den noch vorhandenen Bestand im Bereich der Heeresgruppe Mitte. Deren Versorgungsoffizier verwies zusätzlich auf die »Versorgungslage in der Heimat«. Vorgeschlagen wurde nun wieder einmal eine Großaktion zur Erfassung von 20000 bis 30000 Rindern südlich von Bobruisk, wo schon die erwähnten zwei Erfassungsunternehmen wenig Erfolg gehabt hatten.¹⁹⁰ Der Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Mitte wies deshalb »die Truppe sowohl für die Beschaffung von Kartoffeln wie von Schlachtvieh auf gewaltsame Erfassung in Verbindung mit den Landwirtschaftsstellen der Wi.-In. aus den partisanengefährdeten Gebieten« an. Denn der Generalquartiermeister hatte auf das Ersuchen um Ausgleichslieferungen nicht nur diese abgelehnt, sondern die Ausgabe von Konserven untersagt und alle Viehzüge aus Deutschland gestoppt.¹⁹¹ Er zwang damit die Besatzungstruppen auf äußerst wirksame Weise, »das Vieh sich zu erkämpfen«, die Partisanenbekämpfung also zu verschärfen.¹⁹²

Und das mittels Großoperationen. »Kleine Erfassungskommandos seien dazu nicht in der Lage«, teilte dazu die Chefgruppe Landwirtschaft der Wirtschaftsinspektion mit. Man könne auch die Landbevölkerung der noch »befriedeten Rayons« nicht weiter belasten, weil das »zum Übertritt auch dieser Bevölkerungsteile zu den Partisanen zwangsläufig führen müsse.« Das Konzept hieß: die noch beherrschten Ge-

188 GebK Minsk, Ref. IIb Le/Sch an GK Weißruthenien, Betr.: Vergeltungsmassnahmen gegen Angehörige von Partisanen v. 14. 7. 1942, ZStA Minsk 393-4-12, Bl. 10.

189 Siehe das Schreiben des OKH/GenQu wie Anm. 9/174 in dieser Darstellung.

190 WiStab Ost, Stab I/1a (gez. Dr. Musset) v. 18. 6. 1942; vgl. WiIn Mitte – I[nspekteur] an v. Kluge, Betr.: Viehablieferungen v. 14. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 1201-1205. Zur Krise der Viehwirtschaft auch Kap. 4.4a in dieser Darstellung. Zitat: H.Gr. Mitte, Ib, v. 17. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42942, Bl. 576 (Abschrift von Abschrift).

191 Vgl. Berück Mitte, Qu, Tätigkeitsbericht Juni v. 3. 7. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 896 und 900; Berück Mitte Tgb.Nr. Qu/953/42geh. an die Sicherungsdivisionen, Betr.: Erfassung von Landesvorräten, insbes. Vieh, v. 23. 6. 1942, BA-MA SF-01/4051, Bl. 243 f. Siehe Äußerungen des GenQu Wagner in: Niederschrift über die Besprechung der Leiter der Chefgruppen La der WiIn am 23. und 24. 6. in Berlin v. 25. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 1165; zur Vorgeschichte Vermerk, Betr.: Vieh und Fleischlieferungen für die H.Gr. Mitte v. 10. 4. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 581f.

192 Äußerung des damaligen »GenWiOst« Nagel nach KTB WiIn Mitte v. 24. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 973.

biete sichern, in Partisanengebieten aber, »die einer planmässigen Erfassung nicht mehr zugänglich sind«, Vieh und »alle übrigen Verpflegungsmittel« nur noch unter einem »starken militärischen Schutz« beschlagnahmen. Von Schenckendorff befahl infolgedessen »[e]ngste Zusammenarbeit« mit »Kreislandwirte[n], La-Führer[n]«. Diese Notwendigkeit hatte bereits zu seinen Folgerungen aus dem vorangegangenen Lehrgang von Wehrmacht, SS und Polizei zur Partisanenbekämpfung gehört.¹⁹³ Einige Monate später war man noch einige Schritte weiter. Von Schenckendorff befahl, grundsätzlich bei Operationen zur »Bandenbekämpfung« landwirtschaftliche Erzeugnisse zu beschlagnahmen, ganz besonders, wenn Landstriche entvölkert werden sollten (»Bei Vernichtung von Ortschaften Erntevorräte und landwirtschaftliche Maschinen sicherstellen. [...] Bei Strafexpeditionen können Prop.Truppe[n] keine positive Arbeit leisten, daher keine mitnehmen«¹⁹⁴). Unter Berufung auf die Chefgruppe Landwirtschaft der Wirtschaftsinspektion Mitte rechnete er vor, daß »nach vorsichtiger Schätzung [...] infolge der Bandenlage nicht erfasst werden« könnten:

»160 Viehzüge zu etwa je 600 Stück Großvieh, 44 Kartoffelzüge zu je 500 to und 150 Getreidezüge zu je 150 to. Sie bedeuten umgerechnet etwa die Versorgung einer Armee von 300 000 Köpfen mit

Brot für ein Jahr,

Fleisch für drei Monate,

Kartoffeln für vier Monate.«

Die »Räume, die vordringlich zu erfassen wären«, waren identisch mit den Gebieten, in denen in den folgenden Monaten die meisten Partisanenbekämpfungs-Großaktionen stattfanden.¹⁹⁵ Die Chefgruppe Landwirtschaft rechnete bereits damit, im Erfassungsjahr 1942/43 mehr als die Hälfte des benötigten Schlachtviehs aus Partisanengebieten zu beziehen.¹⁹⁶ Die Partisanenbekämpfung war einerseits als Sicherung beherrschter Gebiete und andererseits in Form von Raubzügen zu einem wichtigen Wirtschafts- und Versorgungsfaktor für die Wehrmacht geworden.

Der taktische Mechanismus der »Großunternehmen«

Die Aktion »Bamberg« bildete den Beginn einer Kette von Raub-, Mord- und Verschleppungsfeldzügen gegen die bäuerliche Bevölkerung Weißrußlands in der Umgebung der Operationsgebiete der Partisanen. Es ist zunächst sinnvoll, sich einen Überblick über die größten dieser Unternehmen, ihre zeitliche und regionale Verteilung und die Zahl ihrer Opfer zu verschaffen:

193 Berück Mitte an die Sich.Div. v. 23. 6. 1942, BA-MA SF-01/4051, Bl. 243f. (Hervorhebung im Original). Vgl. Berück Mitte, Ia, Tagesordnung für den Lehrgang »Bekämpfung von Partisanen« vom 20. 5.–24. 5. v. 18. 5. 1942 (der betreffende Vortrag war mit dreieinhalb Stunden der längste) sowie Berück Mitte, Ia, Lehren aus dem Lehrgang über Partisanenbekämpfung v. 6. 6. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 686 und 735f.

194 [Berück Mitte,] Besprechungspunkte mit Ia v. 3. 11. 1942, BA-MA WF-03/7417, Bl. 77–86, hier Bl. 84.

195 Es handelte sich um die Rayons Osweja, Rossony, Drissa, Uschatschi, Tschaschniki, Senno, Wetrino, Schumilino im Raum Witebsk-Polozk, Bychow, Tscherwen, Beresino, Krasnopolje, Propoisk im Raum Orscha-Mogilew und Ljuban, Osaritschi, Glusk, Kopatkewitschi, Karpilowka, Shitkowitschi, Chotimsk, Klimowitschi, Mglin und Surash im Raum Bobruisk-Kritschew. Berück Mitte, Ia, Betr.: Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse v. 7. 11. 1942, ebd., Bl. 97f. mit Anlage, Bl. 99.

196 Siehe Wiln Mitte, Chefgr.La, Betr.: Viehaufkommen im Heeresgebiet Mitte v. 1. 12. 1942–31. 8. 1943 v. 17. 12. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 811.

Tabelle 20: Großaktionen zur Partisanenbekämpfung in Weißrußland 1942–1944

Deckname	Zeit	Region	Zahl d. Todesopfer	Waffen-beute (MG, MPi, Gewehre)	Tote d. dt. und verbünd. Einheiten	beteiligte Einheiten	Beute an Agrargütern
1942							
»Bamberg«	26. 3.–6. 4.	S Glusk (SW Bobruisk)	mind. 4396	47	7	707 Inf.Div. slowak. Inf.Rgt. 102, PolBtl. 315	5061 Stück Vieh, 115 Tonnen Getr., 120 Tonnen Kartoffeln
?	9.–12. 5.	N Klitschew N Bobruisk	mind. 520	3	10	verstärktes Btl.d.Pol.Rgt. Mitte; SK Dirlewanger	?
?	Anfang Juni	Slowodka N Bobruisk	1000–1500	?	?	PolBtl. 51 u. 122, SichBtl. 122 u. 473	260 Pferde
?	15. 6.	Borki zw. Bobruisk u. Mogilew	1741 (2027?)	7	0	SK Dirlewan-ger, EK 8 u.a.	?
?	21. 6.	Zbyschin NO Bobr.	1076	?	?	?	?
?	25. 6.	Timkowi-tsch W Sluzk	mind. 900	?	?	?	?
?	26. 6.	Studenka S Mogilew	836	?	?	?	?
?	18. 7.	Rayon Jelsk	1000	?	?	Gendarmerie Mosyr u.a.	?
»Adler«	15. 7 (etwa)–7. 8.	Raum Bobruisk-Mogilew-Beresino	1381, dazu 428 »Gefangene«	399, 39 Stck. schwere Waffen	25	286. u. 203. Sich.Div., Pol.Rgt. 2, SK Dirlewanger, Kos.Abt. 102 u.a.	2839 Stück »Grossvieh«
»Greif«	14.–20. 8.	zw. Orscha u. Witebsk	796 u. »599 Gefangene, Insgesamt 1395«	?	26	286. Sich.Div., 2 Pol.Rgter., frz. Btl. u.a.	?
»Sumpffieber«	22. 8.–21. 9.	ganzes GK Weißruthenien	10063, davon 8350 Juden; 1217 Personen umgesiedelt	gering	?	1. SS-Inf.Brig., 2 PolBtle., 7 Schumabtle., bis 2000 Mann Sipo	gering (»62 Pferde, 5 Kühe sowie Lebensmittel«)

Deckname	Zeit	Region	Zahl d. Todesopfer	Waffen-beute (MG, MPi, Ge-wehre)	Tote d. dt. und verbünd. Einheiten	beteiligte Einheiten	Beute an Agrargütern
–	22.–26. 9.	Rayon Malorita SO Brest	4038, viele evakuiert	0	0	III./Pol. 15, PolKp. »Nürnberg«	3951 Stück Vieh, viele Panzerwagen, Landmaschinen
»Blitz«	23. 9.–3. 10.	zwischen Polozk u. Witebsk	567	?	8	4 Btle., 286. Sich.Div., KosAbt. 600	?
»Karlsbad«	11.–23. 10.	zw. Orscha u. Witebsk	1051	178	24	1. SS-Inf. Brig., SK Dirlw., I/Pol.Rgt. 14	?
»Nürnberg«	23.–29. 11.	Raum Dubrowka NW Glebokie	2974, davon 1826 Juden	?	6	1. SS-Inf. Brig., Pol.-Rgt. 14 u. a.	?
»Hamburg«	10.–21. 12.	Neman-Schtschara-Dreieck N Slonim	6172 (6874?), davon 2988 (3658?) Juden	?	7	4 PolBtle., 3 Schuma-Btle. u. a.	7907 Stück Vieh, 1678 Tonnen Getr. u. Leguminosen u. a.
»Altona«	22.–29. 12.	südliches Gebiet Slonim	1032 (126 Juden)	wenig	0	ähnlich	erheblich
1943							
»Franz«	6.–14. 1.	bei Grodsjanka NW Bobruisk	2025, 1000 Arbeitskräfte »abgeschoben«	280	19	Kampfgruppe Kutschera (Polizei)	2200 Stück Vieh, 60 t Getreide
»Peter«	um 10./11. 1.	Klitschew-Kolbtscha SW Mogilew	mind. 1400	?	?	SichRgt. 613, PolI./24, 3 Ost- bzw. Schumabtle.	?
?	18.–23. 1.	Sluzk-Minsk-Tscherwen	825	141	0	?	1340 Rinder, 134 t Getr.
»Waldwinter«	bis 1. 2.	Sirotino-Trudy NW Witebsk	1627 zum »Arbeits-einsatz« 2041	159	20	286. Sich.Div.	»Rationen«: 167460 Fleisch, Gemüse 139890, 8000 St. Vieh
»Erntefest I«	bis 28. 1.	Tscherwen-Ossipowitschi	1228, 82 Arbeitskräfte deportiert	163	7	11 PolBtle. u. Schumabtle., KdS Minsk	3589 Stück Vieh, 218 t Getreide usw.

Deckname	Zeit	Region	Zahl d. Todesopfer	Waffenbeute (MG, MPi, Gewehre)	Tote d. dt. und verbünd. Einheiten	beteiligte Einheiten	Beute an Agrargütern
»Erntefest II«	bis 9. 2.	Sluzk-Kopyl	2325, 1308 Arbeitskräfte deportiert	314	6	ebenso	4866 Stück Vieh, 471 t Getreide, 2 t Leinsamen 232 m³ Holz
»Hornung«	8.–26. 2.	Lenin-Han-sewitschi SW Sluzk	12 897 (davon 3300 Juden)	133	29 (Schuma 27)	KdS Minsk, Sbtl. Dirlew.	16 122 Stück Vieh, 222,8 t Getreide usw.
»Schneehase «	28. 1. bis 15. 2.	Polozk-Rossony-Krasnopolje	2283, 288 Arbeitskräfte deportiert	54	37	4 Sich.Rgter, 3 GFP-Gruppen, EK 9	2789 Stück Vieh, 85 t Getreide, 143 t Heu
»Winterzauber«	15. 2.–Ende März	Oswēja-Seelettische Grenze	3904, 7465 Arbeitskräfte deportiert	?	30	HSSPF Ostland, SSPF Riga, Schuma	5936 Stück Vieh
»Kugelblitz«	22. 2.–8. 3.	Polozk-Oswēja-Drissa-Rossony	3780	583	117	201. Sich.Div. GFP, EK 9	?
»Nixe«	bis 19. 3.	N Puttsch-Mikasschewitschi, O Pinsk	400, 1000 Personen evakuiert	?	?	HSSPF u. Bds Ukraine	?
»Föhn«	bis 21. 3.	NW Pinsk	543, 1226 Arbeitskräfte deportiert	?	12	HSSPF Rußland Mitte, Wehrmacht	2608 Stück Vieh
»Donnerkeil«	21. 3.–2. 4.	Polozk-Witebsk	542, (914?), 345 Arbeitskräfte dep., 700 evakuiert	91	5	201. Sich.Div., 8. Pz.Div., 6 Kosaken u. Ostbtle.	45,5 t Kartoffeln, 10,5 t Getreide
»Draufgänger II«	1.–9. 5.	Rudnja- u. Manyly-Wald N Minsk	mind. 680, 33 Arbeitskräfte deportiert	110	0	SB Dirlew. Schumabtl. 118, PolKp. 12	415 Stück Vieh u. a.
»Mai-gewitter«	17.–21. 5.	Witebsk-Surash-Gorodok	2441	143	?	8. Pz.Div. u. a.	292 Kühe, 75 t Getreide

Deckname	Zeit	Region	Zahl d. Todesopfer	Waffen-beute (MG, MPi, Gewehre)	Tote d. dt. und verbünd. Einheiten	beteiligte Einheiten	Beute an Agrargütern
»Cottbus«	20. 5.–23. 6.	Lepel-Begoml-Uschatschi N Borissow	9796 plus 2–3000 bei »Entminung«, 500 »Gefangene«, 6053 Arbeitskräfte deportiert	1009, 48 schwere Waffen	128	SS-PolRgt. 2 u. 13, 8 Schuma- und 7 Sichbtle. d. 286. Sich.Div., 6 GendZüge SB Dirlew. u. a.	6346 Stück Vieh, 684 t Getreide u. a.
»Weichsel«	27. 5.–10. 6.	Dreieck Dnjepr-Pripjet SW Gomel	4018, 18860 Arbeitskräfte deportiert	1570	dt. 28	SS-Kav.Div. Einsatzgruppe D, 454. Sich.Div u. a.	ca. 21000 Stück Vieh
»Ziethen«	13.–16. 6.	W Ret-schitza	160, 971 evakuiert	?	5	SS-Kav.Div.	ca. 1600 Stück Vieh
»Seydlitz«	25. 6.–27. 7.	Owrusch-Mosyr	5106, 603 »Gefangene«; 9166 Evakuerte	528	34	SS-Kav.Div. Einsatzgruppe D u. a.	19941 Stück Vieh u. a.
?	30. 7.	W Mosyr	501	?	?	SK 10a	?
»Günther«	bis 14. 7.	Woloshin-Lagoisk N Minsk	3993	?	11	SBtl. Dirlewanger	?
»Hermann«	13. 7.–11. 8.	Iwje-Nowogrodek-Woloshin-Stolbzy W Minsk	4280, 20954 Arbeitskräfte deportiert	986	52	1. SS-Inf.Brig., SS-Pol.Rgt.2, SBtl Dirlew. u. v. a.	ca. 21000 Stck. Vieh, 11 Tonnen Getr., über 100 Landmaschinen
»Fritz«	24. 9.–10. 10.	ganzes Gebiet Glebokie	509, 227 »Gefangene«; 12824 Arbeitskräfte deportiert	46	12	Kräfte des HSSPF Ostland	ca. 32000 Stück Vieh, 1680 t Getr., 4104 t Kartoffeln
? (gegen Partisanenverband Grischin)	9.–22. 10.	Sary Bychow S Mogilew	1769, 463 »Gefangene«; 1000 Evakuerte	302	64	XXXXI.PzKp, 5 Ost-Komp, Art.-Batterie, Pionierbtle.	110 Stück Vieh
»Heinrich«	1.–18. 11.	Rossony-Polozk-Idritza N Polozk	5452, 136 »Gefangene«, 7916 »Ost-arbeiter«, 7894 umgesiedelt	476, schwere Waffen	358 (ging in Frontein-satz über)	Heeresgr. Nord, Kräfte HSSPF Rußland Mitte u. Weißruth.	?

Deckname	Zeit	Region	Zahl d. Todesopfer	Waffenbeute (MG, MPi, Gewehre)	Tote d. dt. und verbünd. Einheiten	beteiligte Einheiten	Beute an Agrargütern
?	Dezember	Gemeinde Spaskoje, R. Sirotino, Witebsk	628	?	?	391. FeldausbildungsDiv.	?
?	Dezember	Beloje, R. Mechowskoje, Witebsk	1453	?	?	391. FeldausbildungsDiv.	?
»Otto«	20. 12.–1. 1. 1944	Osweja N Polozk	1920, 565 »Gefangene«	30	21	Kampfgruppe Jeckeln	742 Stck. Vieh
1944							
?	14. 1.	Ala, Rayon Paritschi S Bobruisk	1758	?	?	?	?
?	22. 1.	Bajki b. Pruzany	987	?	?	KdS Bialystok	?
»Wolfsjagd«	3.–15. 2.	SW Glusk SW Bobruisk	467 335 Arbeitskräfte, 39 Kinder	»mehrere«	6	4 SichBtle., Korück 532 (9. Armee)	527 Stück Vieh, 10 000 t Kartoffeln
»Sumpfhuhn«	bis 19. 2.	ähnlich (?)	538	»zahlreiche«	6	Korück 532	1503 Stück Vieh, viel Roggen u. Kartoffeln
?	Anfang März	zw. Beresino u. Belynitschi W Mogilew	686, 290 »Gefangene«, 162 »Verwundete«	?	»gering«	SichBtle. (4. Armee), frz. Inf.Rgt. 638	?
»Auerhahn«	7.–17. 4.	Raum Bobruisk	etwa 1000, 757 »Gefangene«, 2428 Arbeitskr.	?	?	Korück 9. Armee	519 Stück Vieh, Flachs, Hanf, Leder
»Frühlingsfest « »Regenschauer«	17. 4.–12. 5.	Polozk-Uschatschi	7011, dazu 6928 »Gefangene«; 11 233 Arbeitskräfte deportiert	1065 (1296?)	300	Kampfgruppe v. Gottberg, 3. Pz.Armee 201. Sich.Div. 95. Inf.Div.	wenig Vieh mindestens 51,5 t Getreide
»Pfingstausflug«	Juni	Senno SW Witebsk	653, 3027 Arbeitskräfte deportiert	?	?	3. Pz.Armee	?

Deckname	Zeit	Region	Zahl d. Todesopfer	Waffen-beute (MG, MPi, Gewehre)	Tote d. dt. und verbünd. Einheiten	beteiligte Einheiten	Beute an Agrargütern
»Wirbelwind«	Juni	Chidra	560; 175 Gefangene, 926 Arbeitskräfte dep.	103	3	?	?
»Pfingstrose«	2.–13. 6.	Talka SO Minsk	499, 314 Gefangene, 2344 Arbeitskräfte	?	?	?	1769 Stück Vieh
»Kormoran«	25. 5.–17. 6.	Dreieck Wilejka-Borissow-Minsk	7697, 5286 Gef. mind. 5973 Arbeitskräfte deportiert	?	?	22 Btle. des WBfh. Weißruthenien, 18 Btle. SS und Polizei	5817 Stück Vieh, 70,7 t Getreide, 10,4 t Kartoffeln

Diese Zusammenstellung basiert auf einer Vielzahl manchmal lückenhafter, widersprüchlicher beziehungsweise nicht aufklärbarer Angaben.¹⁹⁸ Insbesondere ist nur im

¹⁹⁷ Siehe auch die Tabellen in Romanowski u. a., S. 241–258; Turonek, S. 152 f.; Hesse, S. 280–282 (fehlerhaft); die Angaben in N. Müller 1991, Einleitung, S. 79 f.

¹⁹⁸ Es sind jeweils nur die wichtigsten beteiligten Einheiten genannt. Unter dem Begriff »Vieh« wurden Rinder, Schafe, Schweine und Pferde zusammengefaßt, also kein Kleinvieh.

»Bamberg«: vgl. S. 887 f. in dieser Darstellung. – Pol.Rgt. Mitte, Gefechtsbericht 9.–12. 5. v. 16. 5. 1942, BA R 70 SU/19, Bl. 1–4. – Slowodka: Bericht über Sonderunternehmen im Raum Beresina, Olsabogen, südlich Klitschew (gez. Buchholtz, Sonderführer/Abschrift v. Abschrift) v. 12. 6. 1942 (»Dorf mit etwa 600 Herdstellen wurde abgebrannt«, »gesamte Bevölkerung [...] zum grössten Teil später erschossen«), BA-MA (BArch)P F 42749, Bl. 1392 f.; zu Massakern in mehreren Dörfern siehe auch WiKdo Bobruisk an WiIn Mitte v. 16. 6. 1942, Bl. 1391.

Borki Kirowskoje: vgl. S. 919 in dieser Darstellung. – Sbytschin: Untersuchungsbericht Rayonkommission Kirow v. 10. 4. 1945, BStU ZUV 9, Bd. 4, Bl. 460 f.; Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 178. – Studenka: Schlußbericht StA Karl-Marx-Stadt v. 16. 6. 1971, ebd., Bd. 8, Bl. 157–159. – Timkowitschi: Kohl, S. 57. – Rayon Jelsk: Prawda v. 15. 1. 1969 (Übersetzung), ZStL II 204a AR-Z 119/67, Bl. 333 f.; Gend.-Zug (mot) 4 Korosten, Bericht v. 21. 7. 1942, BA D-H FW 488, A. 16 (fünf Dörfer mit Einwohnern vernichtet).

»Adler«: Die Gefangenen wurden vermutlich getötet. Vgl. 286. Sich.Div., »Kampfgruppe Adler«, Sonderbefehl v. 7. 8. 1942, BA-MA SF-02/31684, Bl. 345–347 (897 »Gefallene« beim Gegner, 705 »Gefangene«); ebenso v. 8. 8. 1942, Abschlussbericht über das Unternehmen »Adler« (1381 »Gefallene«, 428 »Gefangene«), Bl. 321–324; Berück Mitte, Ia, Monatsbericht August v. 14. 9. 1942 (»1809 Partisanen wurden unschädlich gemacht«), BA-MA WF-03/13353, Bl. 1209. Beteiligt waren auch GFP, EK 8, das Flak-Rgt. 35 (mot) und das aus Kollaborateuren neu aufgestellte Kampf-Btl. »Dnjepr«.

»Greif«: Berück Mitte, Ia, Sondermeldung v. 30. 8. 1942, BA D-H FW 490, A. 11, Bl. 1. – »Sumpffieber«: vgl. S. 930 ff. in dieser Darstellung; Rayon Malorita: vgl. S. 938 ff. in dieser Darstellung. – »Blitz«: Berück Mitte, Ia, Betr.: Unternehmen »Monat Oktober« v. 5. 11. 1942, FW 489, A. 19, Bl. 1 f. – »Karlsbad«: ebd., Bl. 4 f.

»Nürnberg«: Kampfgruppe v. Gottberg, Sonderbefehl v. 19. 11. 1942; Fernschreiben BdS Ostland v. 30. 11. 1942 (789 »Banditen«, 353 »Bandenverdächtige«, 1826 Juden und 7 Zigeuner getötet), StA Ham-

Einzelfall nachweisbar, daß gemeldete »Gefangene« erschossen wurden, obwohl dies die Regel gewesen sein dürfte. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Quel-
lendichte für die einzelnen Unternehmen sehr verschieden ist. Trotzdem kann man

burg 147 Js 11/71 U, SB III, »Nürnberg«, Dok. 4 und 11; Bach-Zelewski an KdoStab RF-SS v. 29. 11. und Himmlers Meldungen an den Führer über Bandenbekämpfung Nr. 46 v. 1. 12. 1942 zählten 1833 »Bandenhelfer« – ein neuer Sammelbegriff für Juden und Roma. BA-MA F 3960, Bl. 908 und 941.

»Hamburg«: Meldungen an den Führer... Nr. 48 v. 23. 12. 1942, ebd., Bl. 815f.; Kampfgruppe v. Gottberg, Einsatzbefehl v. 7. 12. 1942 und Fschr. Basewitz-Behr an KdoStab RF-SS v. 21. 12. 1942, SB III, »Hamburg«, Dok. 2 und 3. Höhere Zahlen nach: GK Weissruthenien, Abteilung III E, Bericht über Bandenbekämpfung im Unternehmen »Hamburg« und »Altona« v. 31. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1018–1020. – »Altona«: ebd.; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 v. 22. 1. 1943, in: IMT, Bd. 33, S. 567.

»Franz«: allein in Brizalowitzki wurden 900 Personen ermordet. Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 45 v. 12. 3. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 642; Einsatzbefehle Kutschera v. 4. und 10. 1. 1943, BA-MA SF-02/31689, Bl. 359–368 und 388f.; Meldungen an den Führer... Nr. 56 v. 17. 1. 1943, BA F 3960, Bl. 703f. – »Peter«: Befehl Kampfgruppe Coretti v. 11. 1. 1943, BA-MA SF-02/31689, Bl. 382f. Die Zahl der Opfer war mit 1400 vor der abschließenden »Säuberung« angegeben. – Raum Tschernow usw.: Meldungen an den Führer... Nr. 57 v. 27. 1. 1943, BA-MA F 3960, Bl. 692f.

»Waldwinter«: Fschr. Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, an OKH/Op.Abt. v. 2. 2. 1943, BA D-H FW 490, A. 17, Bl. 1f. – »Erntefest I«: Tagesmeldung Berück Mitte v. 29. 1. 1943, BA D-H ZR 809, A. 9, Bl. 3. – »Erntefest II«: Berück Mitte, Betr.: Unternehmen »Erntefest II« des Höh. SS- u. Pol. Fhrs. Rußland-Mitte an Okdo. H.Gr. Mitte v. 9. 2. 1943, BA D-H ZR 809, A. 9, Bl. 5f.; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 43 v. 26. 2. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 585; BdS Ostland, Ereignismeldungen aus Weißruthenien an RKO v. 17. 2. 1943, BA-MA PPF-01/7881, Bl. 869. »Hornung«: vgl. S. 943ff. in dieser Darstellung.

»Schneehase«: Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 49 v. 9. 4. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 791; Division Jacobi, Abschlußbericht über das Unternehmen »Schneehase« v. 15. 2. 1943, BA-MA RH 26–201/10, Bl. 10–17. – »Winterzauber«: vgl. S. 1012f. in dieser Darstellung und WBfh. Ostland, Betr.: Bandenlage v. 23. und 27. 3. 1943, BA-MA PPF-01/7881, Bl. 985–988 und 1060; Korück 590, Feindnachrichten v. 24. 3. 1943, BA-MA RH 23/344, Bl. 51R (bisher »etwa 4000 Feindtote gezählt«). – »Kugelblitz«: Gefechts-Bericht der Angriffsguppe Jacobi zum Unternehmen »Kugelblitz« v. 12. 3. 1943, BA-MA RH 26–201/10, Bl. 34–42; PzAOK 3, Ia, an Korück 590, Abschlussmeldung für Unternehmen »Kugelblitz« v. 8. 3. 1943, BA-MA RH 23/346; Sonder-KTB der 201. Sich.Div., Nbg. Dok. NOKW-2137.

»Nixe« und »Föhn«: Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 46 und 49 v. 19. 3. und 3. 4. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 679 und 788. – »Donnerkeil«: 201. Sich.Div., Ia, Gefechts-Bericht zum Unternehmen »Donnerkeil« v. 3. 4. 1943; ferner mehrere Befehle usw., BA-MA WF-03/32811, Bl. 453–456, 472–480 und 500–506, auch Nbg. Dok. NOKW-2137; Gruppe GFP 717, Tätigkeitsbericht April v. 30. 4. 1943, BA-MA WF-03/32845, Bl. 968.

»Draufgänger II«: SSPF Weißruthenien, Ia, Befehl zur Befriedung v. 27. 4. 1943 und SS-Sonderbataillon Dirlwanger, Gefechtsbericht für das Unternehmen »Draufgänger II« v. 10. 5. 1943, BA-MA SF-02/31684, Bl. 136f. und 213f. – »Maigewitter«: WiIn Mitte, Lagebericht Mai v. 5. 6. 1943, Anlage 1, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 413f.; H.Gr. Mitte, Ic/AO, Bandenmeldung v. 22. 5. 1943, BA D-H FW 490, A. 8, Bl. 22. – »Cottbus«: vgl. S. 948ff. in dieser Darstellung.

»Weichsel«: Kampfgruppe Schimana, Tagesbefehl zum Abschluß des Unternehmens »Weichsel« v. 10. 6. 1943, BA F 41848, Bl. 1288–1291. – »Ziethen«: SS-Kav.Div., Gefechtsbericht (13.–16. 6. 1943), ebd., Bl. 1258–1260. – »Seydlitz«: RF-SS/Chef der Bandenkampfverbände, Bandenlage »Ost« für die Zeit vom 15. 7. bis 31. 7. v. 6. 8. 1943, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. 10, Bl. 99; Tagebuch Bach-Zelewski v. 23. 7. 1943, BA R 20/45b, Bl. 81; Zusammenstellung über gemachte Beute [...] usw. im Zuge des Unternehmens »Seydlitz«, BA-MA RS 3–8/54, Bl. 68f. – Bei Mosyr: KTB SS-Kav.Div., Ic, v. 1. 8. 1943, BA F 40416, Bl. 26.

»Günther«: SS-Sonderbtl. Dirlwanger, Erfahrungsbericht Unternehmen »Günther« v. 14. 7. 1943 sowie handschriftliche Aufstellung über Ergebnisse, BA-MA SF-02/31686, Bl. 661f. und 667. – »Hermann«: Kampfgruppe v. Gottberg, Ia, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Hermann« v. 20. 8. 1943, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 35–52; Tagebuch Bach-Zelewski v. 11. 8. 1943, BA R 20/45b, Bl. 82. – »Fritz«: Funktelegramm SS-Hstuf. Wilke an KdS Minsk v. 17. 10. 1943, BA R 70 SU/14, Bl. 147f.; Fschr. v. 15. 10. 1943, Sonderarchiv Moskau 1525–1–473, Bl. 154.

eine Reihe von Tendenzen und Zusammenhängen ablesen. So wurden die Aktionen fast gleichgewichtig von SS und Polizei sowie der Wehrmacht durchgeführt. Soweit feststellbar, waren von den hier vorgestellten Fällen 23 SS- und Polizei- und 15 Wehrmachtunternehmen. An acht weiteren nahmen beide mit etwa gleich starken Kräften teil. Dies zeigt auch die weitgehende Zusammenarbeit. Die Wehrmachtoperationen waren nicht wesentlich weniger folgeschwer und brutal als die SS- und Polizeioperationen.

Erkennbar sind bestimmte regionale Schwerpunkte der Partisanenbekämpfung, vor allem der nördliche Raum Polozk-Witebsk und im Süden das mittlere und östliche Polesje nördlich des Pripjet. Dazu kommen das Gebiet zwischen Bobruisk und Mogilew (1942) und die Region nördlich Minsk und Borissov (1943/44). Die Aktionen gingen vom unter Militärverwaltung stehenden Osten aus und wurden seit dem Herbst 1942 auf den westlichen Teil Weißrusslands ausgedehnt. Im äußersten Westen, im Bezirk Bialystok und im GK Wolhynien-Podolien gab es keine oder fast keine »Großunternehmen«, wie sie sonst zu beobachten sind. Ähnliches gilt für einen Teil des Grenzbereichs zu Litauen (Raum Lida-Oschmiany) und den äußersten Osten (zwischen Gomel, Kritschew und Gorki).

Seit Beginn des Jahres 1943 gingen die Deutschen dazu über, einen Teil der bei solchen Aktionen festgenommenen Menschen nicht mehr zu ermorden, sondern als Arbeitskräfte nach Deutschland oder in andere weißrussische Regionen zu verschleppen. Etwa gleichzeitig begann eine Verschärfung und Intensivierung der Parti-

XXXXI. PzKorps: Bericht über das Unternehmen gegen die Bande Grischin (9.–22. 10. 1943), BA-MA WF-03/17299, Bl. 436–439; H.Gr. Mitte, Ia, Bandenmeldung v. 23. 10. 1943, BA-MA WF-03/5391, Bl. 946. – »Heinrich«: WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB-Beitrag 13.–19. 11. 1943, BA-MA RW 31/35; Tagebuch Bach-Zelewski v. 20. 11. 1943, BA R 20/45b, Bl. 88f.; Meldung an den Führer über Bandenbekämpfung Nr. 89 v. 22. 11. 1943 (Abschrift), BA R 6/354, Bl. 135f. – Aktionen 391. Feldausbildungs-Division: Vern. GenLt Albrecht Digeon v. Monteton v. 4. 1. 1936 [d.i. 1946] und Vorhalt der Aussage F. J. Morosow, BA D-H ZM 1683, A. 8, Bl. 76f. – »Otto«: Kampfgruppe Jeckeln, Ia, Abschlusmeldung »Otto« v. 3. 1. 1944, BA-MA WF-03/5390, Bl. 438f.

Ala: vgl. Müller 1971, S. 285, und Ainsztein, S. 70. – Bajki: Kohl, S. 43–45. – »Wolfsjagd«: Fsch. AOK 9 an H.Gr. Mitte v. 15. 2. 1944, BA-MA WF-03/5390, Bl. 275f., vgl. Bl. 281 (hiernach »nur« 1084 t Kartoffeln); WiStab Ost, I/Ic, Bericht über die Bandenlage für 4.–10. 2. v. 17. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 281f. – »Sumpfhuhn«: H.Gr. Mitte, Ia, Bandenmeldung v. 19. 2. 1944, BA-MA WF-03/5390, Bl. 560. – Bei Beresino: WiStab Ost, I/Ic, Bericht über die Bandenlage für 25. 2.–2. 3. v. 8. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 289f.

»Auerhahn«: ebenso für 21.–27. v. 29. 4. 1944, ebd., Bl. 310f. – »Frühlingsfest«: HeWiFüMitte, Anlage 9 zum Lagebericht Mai v. 5. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 577 (»14 288 Personen unschädlich gemacht (7011 gezählte Feindtote, 6928 Gefangene, 349 Überläufer)«); nicht endgültig H.Gr. Mitte, Ia, Tagesmeldung v. 10. 5. 1944, BA-MA WF-03/17320, Bl. 687f.; Kampfgruppe v. Gottberg, Ergebnisse des Unternehmens »Frühlingsfest« bis einschl. 12. 5. 1944, BA-MA RH 19 II/244, Bl. 48f. (3654 »Feindtote«, 1794 »Gefangene«, 3048 Arbeitskräfte).

»Pfungstausflug«: HeWiFü Mitte, Lagebericht Juni v. 24. 8. 1944, BA-MA WF-03/15901, Bl. 164; KTB-Rückblick HeWiFüMitte fürs 2. Quartal 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 311. – »Wirbelwind«: ebd.; Okdo. H.Gr. Mitte, OQu/Qu 2/VII, Monatsbericht April v. 14. 5. 1944, BA-MA FPF-01/7854, Bl. 683. – »Pfungstrose«: H.Gr. Mitte, Ia, Bandenmeldung v. 17. 6. 1944, BA-MA WF-03/5353, Bl. 202f. – »Kormoran«: [WBfh. Weißruthenien,] Zusammenstellung der Ergebnisse für 25. 5.–17. 6. 1944 beim Unternehmen »Kormoran«, BA-MA WF-05/7665, Bl. 227; Zwischenmeldungen: H.Gr. Mitte, Ia, Bandenmeldung v. 19. und 24. 6. 1944, BA-MA WF-03/7353, Bl. 189f und 199; Ergebnis »Kormoran« bis einschl. 12. 6. 1944, BA-MA WF-03/5357, Bl. 802f.; Howell, S. 201.

sanenbekämpfung, ihr furchtbarer Höhepunkt: noch größere Kampfverbände und Operationen, noch mehr Opfer.¹⁹⁹ Mit Zwangsumsiedlungen hatte man es teilweise schon 1942 versucht. Die Entscheidung, ob mehr Menschen umgebracht oder mehr verschleppt wurden, war von verschiedenen Faktoren abhängig, stand aber manchmal von der Anlage her, also schon vor Beginn einer Aktion fest. Siehe die Erfolgsmeldungen der Unternehmen mit programmatischen Decknamen wie die Göring gewidmete Operation »Hermann« (4280 Tote, 20954 Arbeitskräfte) und die Sauckel gewidmete Operation »Fritz« (509 Tote, 11724 Arbeitskräfte).

Was die jahreszeitliche Verteilung angeht, so bildeten der zweite und dritte Kriegswinter nicht etwa Ruhepausen, sondern Höhepunkte des deutschen Feldzuges gegen die Landbevölkerung. Das hatte verschiedene Gründe; die Partisanen lebten im Winter unter schwersten Bedingungen, und die Sumpfgebiete, wo sie und die Flüchtlinge sich oft verschanzten, waren im Winter am besten zugänglich.²⁰⁰ Andererseits war der Abtransport von Menschen, die als Arbeitskräfte dienen sollten, im Winter besonders erschwert – es wurden mehr Menschen ermordet als deportiert.²⁰¹ Eine Abnahme der deutschen Aktivitäten ist vor allem für die landwirtschaftlich wichtigsten Zeiten, nämlich die Aussaat- (April/Mai) und Erntezeit (August/September) festzustellen.²⁰² Im Spätsommer wurden Polizei und Wehrmacht statt dessen als Ernteschutzkommandos eingesetzt.

Aus der Übersicht wird besonders deutlich, wer zwischen 1942 und 1944 zu den Opfern der deutschen Großaktionen gehörte. Das Verhältnis zwischen der Zahl der sogenannten Feindtoten oder »Erledigten« oder »Erschossenen« – Bezeichnungen, die für sich sprechen – und der Zahl der erbeuteten Gewehre, Maschinenpistolen und -gewehre schwankte meist zwischen 6 zu 1 und 10 zu 1. Da spätestens seit Ende 1942 jedes Mitglied einer Partisaneneinheit eine solche Waffe besaß – neu Eintretende mußten in der Regel eine mitbringen –, waren etwa 10 bis 15 Prozent der Opfer der deutschen Aktionen Partisanen. Die restlichen 85 bis 90 Prozent waren hauptsächlich Bauern aus der Umgebung der Partisanengebiete sowie Flüchtlinge.²⁰³ Das wird auch durch die extrem geringen deutschen Verluste bestätigt, die an Toten im Verhältnis zur Gegenseite in der Regel 1 zu 30 bis zu 1 zu 300 betrugen, im Durchschnitt 1 zu 100.

Was diese Zahlenverhältnisse bedeuteten, war unter den deutschen Besatzungsfunktionären im besetzten Weißrußland allgemein bekannt. So berichtete Generalkommissar Kube, der SSPF v. Gottberg habe ihm über das Unternehmen »Cottbus« die Zwischenmeldung gemacht, es habe »4500 Feindtote« und 5000 »Bandenverdächtige-Tote« gegeben. Kube kommentierte:

199 Hierzu auch Gottberg, S. 77.

200 Siehe z.B. RüKdo Minsk, 3. Sonderbericht über die Partisanentätigkeit in Weißruthenien für 13. 5.–24. 6. v. 26. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 868f.

201 Ausnahmen bilden hier die Operationen »Waldwinter« und »Winterzauber« von Anfang 1943.

202 Ausnahmen waren hinsichtlich der Erntezeit die Unternehmen »Sumpffieber« 1942 und »Hermann« 1943, die deshalb auf scharfe Kritik der Abteilung Landwirtschaft des GK Weißruthenien stießen. In der Aussaatperiode lag 1944 das Unternehmen »Frühlingsfest«, das allerdings auch bestimmte militärische Aspekte hatte, nämlich zur Sicherung des Hinterlands der deutschen 3. Panzerarmee und der 4. Armee diente (Kalinin, S. 372 ff.), und darum vermutlich unaufschiebbar erschien.

203 Zur Situation der zivilen Flüchtlinge in den Wäldern Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 254–276.

»Wenn bei 4500 Feindtoten nur 492 Gewehre erbeutet wurden, dann zeigt dieser Unterschied, daß sich auch unter diesen Feindtoten zahlreiche Bauern des Landes befinden. Besonders das Bataillon Dirlewanger ist dafür bekannt, daß es zahlreiche Menschenleben vernichtet. Unter den 5000 Bandenverdächtigen, die erschossen wurden, befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder.«

Der Reichskommissar Hinrich Lohse reichte Kubes Bericht mit der Bemerkung weiter: »Was ist dagegen Katyn? [...] Männer, Frauen und Kinder in Scheunen zu sperren und diese anzuzünden, scheint mir selbst dann keine geeignete Methode der Bandenbekämpfung zu sein, *wenn man die Bevölkerung ausrotten will.*«²⁰⁴

Später kritisierte Kube nochmals die Großunternehmen, »bei denen in der Mehrzahl unter dem Stichwort ›Bandenverdächtige‹ Männer, Frauen und Kinder erschossen werden.«²⁰⁵ Der ehemalige Kommandeur der Ordnungspolizei Minsk Eberhard Herf, nunmehr Stabschef beim »Chef der Bandenkampfverbände« des Reichsführers-SS, erhielt ebenfalls Kubes Bericht,

»daß bei rund 6000 ›Partisanen‹ etwa 480 Gewehre gefunden wurden. Kurz und gut, es wurde eben *alles erschossen*, um die Feindzahl zu heben und damit die eigenen ›Heldentaten! [...]

Ich habe die Frage der ›6000/480[?] – s. o., sofort in *dem* Sinne gestern abend angeschnitten. Antwort? ›Sie scheinen nicht zu wissen, wie die Banden die Waffen vernichten, um dem Tod zu entgehen und sich reinzuwaschen.‹ Wie einfach muß es dann sein, diese Banden niederzukämpfen – – wenn sie die Waffen vernichten!«²⁰⁶

Daß die Truppen und Kommandeure von Antipartisanenaktionen oft feige waren und ihre Erfolge schönen wollten, spielte für solche Bilanzen zwar eine Rolle. Es war, wie wir noch sehen werden, aber nicht der entscheidende Grund dafür, Teile der Landbevölkerung zu vernichten, sondern dieser lag in Anlage und Zielen der Operationen. Das Märchen, die Partisanen hätten vor Gefangennahme ihre Waffen immer versteckt oder vergraben, sofern sie nicht durch Kopfschuß sofort tot gewesen seien, tischte Bach-Zelewski noch in seinem Spruchkammer-Verfahren 1949 in München auf, und nicht als einziger nach dem Krieg.²⁰⁷ Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte gab sogar den scheinheiligen Befehl heraus, man müsse die Gewehre der Partisanen nur sorgfältiger einsammeln, da ihre Zahl »in keinem Verhältnis zur Zahl der getöteten und gefangenen Banditen steht«.²⁰⁸ Selbst der Partisanenbe-

204 Lohse an Rosenberg v. 18. 6. und Kube an Rosenberg über Lohse v. 5. 6. 1943 mit Anlagen, in: IMT, Bd. 38, S. 371 und 374.

205 »Dabei ist es interessant festzustellen, daß bei dem Großunternehmen ›Kottbus‹ 13000 ›Feindtote‹ gemeldet wurden, während etwa nur 950 Gewehre als Beute genannt werden. Dieses Verhältnis zwischen Feindtoten und Waffen zeigt, daß 90 % der Feindtoten waffenlos waren.« Kube an Rosenberg über Lohse, Betr.: Lage in Minsk v. 29. 6. 1943, als Faksimile abgedruckt in: Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 3, S. 359.

206 Privatbrief Eberhard Herf an seinen Vetter Maximilian v. Herff (Chef des SS-Personalhauptamts) v. 19. 7. 1943, BA NS 19/1214 (Hervorhebungen im Original), abgedruckt in: Buchheim, Befehl und Gehorsam, S. 260–262, und Klee/Dreßen, S. 69 f. Wahrscheinlich basierte Herfs Kenntnis auf dem ersten Bericht Kubes, und er referierte die Zahlen aus der Erinnerung heraus ungenau. Aus Herfs Brief geht nicht klar hervor, wem gegenüber er »die Frage der 6000/480« ansprach – Himmler oder Bach-Zelewski.

207 Vgl. Brief Bach-Zelewskis v. 10. 5. 1949, ZStL 202 AR-Z 52/59, DokBd. 7, Bl. 22, und Vern. W.W.-B. v. 18. 11. 1969, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Akte W.-B., W.

208 Hierzu 286. Sich.Div., Abt. Ia, Divisionsbefehl Nr. 7 v. 2. 3. 1943, BA-MA RH 26–286/9. Zu v. Schenkendorffs Kenntnis der wahren Zusammenhänge wie Anm. 9/163 in dieser Darstellung.

kämpfungsexperte des KdS Minsk, Artur Wilke, dokumentierte in persönlichen Aufzeichnungen von 1943 diese Praxis, mit der man die eigene Truppe »sehr schonen« wolle und könne. Er beschrieb den Überfall auf ein Dorf, dessen Einwohner flohen und beschossen wurden:

»Es gab dabei eine Reihe von Toten, die das Batl. als »Feindtote« meldet. Es ist aber kaum erwiesen, daß es sich wirklich um Partisanen handelt. Ich sage dem Maj.[or], daß wir diese Toten bisher als Part.-Verdächtige gezählt hätten, er zählt sie als »Erledigte«! Seine Formulierung ist mir unklar, scheint mir aber den Zweck zu haben, die Zahl der im Kampf gefallenen Banditen zu erhöhen.

Ich bin heute abend innerlich überzeugt, daß kaum ein wirklicher Bandit gefallen ist.«²⁰⁹

Obwohl sich die deutschen Angriffe hauptsächlich gegen die bäuerliche Zivilbevölkerung richteten, waren Aktionen ganz ohne Gefechte mit Partisanen eher die Ausnahme. Partisanenbekämpfung hatte ihren Schwerpunkt also meist am Rande des Operations- und Einzugsgebiets der Partisaneneinheiten. Sie war aber kein *reiner* Vorwand in dem Sinne, daß sie kaum in Gebieten stattfand, in deren Nähe es nicht einmal Partisanen gab. (Das soll nicht heißen, daß die vernichteten Dörfer oder gar alle ihre Einwohner die Partisanen aktiv unterstützt hatten.) Deren eigentliche Basen wurden nur bei einem Teil der Aktionen angegriffen. Die bessere deutsche Bewaffnung (Luftwaffe, Artillerie) führte dazu, daß die Verluste der eigentlichen Partisanen erheblich größer waren als die der Deutschen und ihrer Verbündeten und Hilfskräfte, wie die Diskrepanz zwischen erbeuteten Waffen und Verlusten deutscherseits zeigt.²¹⁰ In der Zeit nach dem Teilrückzug im Herbst 1943 wurden die Gefechte härter, die deutschen Verluste größer, weil die deutsche Truppenbelegung dichter und die Aufgabe des bewaffneten Widerstands nunmehr eher eine im engeren Sinn militärische war. Aus Sicht der Partisanen trat nicht die erhoffte Entlastung ein, im Gegenteil.²¹¹ Grundsätzlich waren die Verluste der eigentlichen Partisanen aber relativ gering, da sie in aller Regel frontalen Kampfhandlungen auswichen.

Warum griffen die Deutschen die Partisanen kaum direkt an, wie dies schließlich mit Hilfe ihrer Taktik der Kesselbildung möglich, ja konsequent gewesen wäre? Warum »bekämpften« sie mehr die Bauern der Umgebung? Wie gezeigt, spielten dabei unwegsames Gelände, bessere Ortskenntnis der Partisanen, Feigheit und Überalterung der deutschen Truppen und Kommandeure eine Rolle. Auch gelang es den eigentlichen Partisanen in der Regel, der deutschen Umklammerung – sie nannten es »Blockade« – durch Ausweichen, Durchschlüpfen oder Durchbrechen zu entgehen –

²⁰⁹ Aufzeichnung Wilkes v. 19. I. 1943, BA D-H FW 489, A. 2, Bl. 2f., auch in IfZ MA 707/1. Aus dem gleichen Grund verzichte ich darauf, die in den deutschen Angaben oft enthaltene Unterscheidung zwischen gefallenen »Partisanen« oder »Banditen« einerseits und »Partisanenverdächtigen«, »Bandenhelfern« etc. zu übernehmen. Das Verhältnis zwischen Toten und erbeuteten Gewehren gibt besser darüber Aufschluß, wie viele Partisanen und Zivilisten unter den Opfern waren.

²¹⁰ Gelegentliche deutsche Beschwerden, daß die Partisanen besser als sie bewaffnet seien, dürften selten begründet gewesen sein, und wenn, so auf Artillerie und Maschinenwaffen bezogen.

²¹¹ Erinnerungen Fjodor Ignatowitsch, in: In den Wäldern Belorußlands, S. 247; über 60 000 Mann wurden aufs Land verlegt: Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Bericht über Bandenlage November v. 8. 12. 1943, BA-MA WF-03/5369, Bl. 161; [H.Gr. Mitte,] Ia/op, Notiz für Besprechung mit Gruppenführer v. Gottberg v. 11. 2. 1944, BA-MA WF-03/5390, Bl. 405.

den Bauern nicht. Der Hauptgrund aber war folgender: Wie bei anderen Guerillabewegungen waren nicht die militärischen Angriffe der Partisanen und die eigenen Verluste das Gefährlichste aus der Sicht der deutschen Besatzungsbehörden (vgl. Kap. 9.1), sondern der wachsende politische Einfluß der Partisanen auf die Landbevölkerung. Die Partisanen sollten deshalb um jeden Preis von den Bauern isoliert werden. Je mehr der bewaffnete Widerstand die Bauern auf seine Seite zog, desto weniger Agrarprodukte lieferten sie an die Deutschen. Das Hauptinteresse der Besatzer war jedoch eine möglichst loyale und abgabewillige Landbevölkerung. Wo sie auf Seiten der Partisanen stand, wurde sie durch Ungehorsam selbst zur Gefahr für die deutsche Herrschaft, und da sie leichter zu treffen waren, konzentrierte man sich darauf, die »partisanenverseuchten« Dörfer auszuradieren (wie ein oft verwendeter Begriff lautete), um zu verhindern, daß die politische ›Ansteckung‹ um sich griff.

Konkret wurde dieser Zusammenhang von deutscher Seite so betrachtet: Üblicherweise befanden sich die Partisanenlager in größeren Waldgebieten. Von dort aus bemühten sie sich, den Verwaltungs- und Landwirtschaftsapparat in der Umgebung lahmzulegen. Die Bauern wurden seit Anfang 1942 nach und nach überzeugt, überredet oder unter Druck gesetzt, keine Landwirtschaftsprodukte mehr an den deutsch gelenkten Erfassungsapparat zu liefern. Die einheimischen Starosten, Bürgermeister, Polizisten, Verwaltungs- und ZO-Angestellten wurden eingeschüchtert oder bekämpft. Die Deutschen bezogen aus diesen Landstrichen infolgedessen auf Dauer kaum noch Agrargüter. Das heißt, die Besatzungsmacht hatte aus ihrer Sicht »keine Rücksicht darauf zu nehmen, ob dadurch die landwirtschaftliche Produktion oder sonstige Tätigkeiten in diesen Gebieten darunter leiden oder zum Erliegen kommen, da auch bisher diese bandenverseuchten Räume keinerlei Leistungen aufzuweisen hatten, sondern lediglich direkt oder indirekt den Banden nützlich waren«,²¹² wie Göring es im Oktober 1942 ausdrückte. Anders gesagt: durch den Tod dieser Bauern gehe Deutschland nichts verloren. Das galt zumindest »für die Gebiete, die auch nach der Durchkämpfung voraussichtlich nicht befriedet werden können«²¹³ (hierzu ausführlich Kap. 9.4). Die Besatzungsmacht gewann aus ihrer Verwüstung sogar Vorteile, weil man annahm, daß der politische Funke so nicht auf die anderen, landwirtschaftlich wichtigsten Regionen überspringen konnte. Die Bewohner im Einflußbereich der Partisanen standen – teils zutreffend – unter dem Verdacht, die Widerstandsbewegung freiwillig oder unfreiwillig mit Lebensmitteln, sonstigen Bedarfsgegenständen und auch Informationen zu versorgen. Die Ermordung oder Umsiedlung dieser Bauern durch die Deutschen diente nicht etwa dazu, angeblich Schuldige zu ermitteln, was, wie gezeigt, während der Großaktionen organisatorisch oft unmöglich war, sondern den Partisanen außer dem Rückhalt auch die Unterkunft und Versorgung zu nehmen. Ein ehemaliger Teilnehmer sagte hierzu aus:

»Wir Angehörige des EK VIII antworteten darauf[,] in dem [sic] von uns in diesem Raum ganze Ortschaften vernichtet worden sind, wobei wir die Bewohner solcher Orte erschossen haben.

212 Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, V.P.18727/6/3 v. 26. 10. 1942, IfZ Fb 101/26, gedruckt in: IMT, Bd. 28, S. 1f.

213 Riecke an Vierjahresplan-Staatssekretär Körner v. 4. 11. 1942, IfZ Fb 101/26.

Unser Ziel war dabei, daß den Partisanen in den Wäldern jede Möglichkeit genommen wird[,] sich mit Lebensmitteln, Kleidung usw. aus den Orten zu versorgen. Was ja notwendig war. In ein oder zwei Fällen haben wir Angehörige des EK VIII in diesem Raum Wälder durchkämm[t,] um Partisanen in ihren Verstecken aufzuspüren und sie schließlich zu vernichten. Von solchen Methoden der Partisanenbekämpfung nahmen wir schnell wieder Abstand. Dies war uns zu gefährlich, denn dabei konnten wir selbst von Partisanen überfallen und vernichtet werden.«²¹⁴

Was klar wird, wenn man den Ablauf so gut wie aller Partisanenbekämpfungsaktionen auf der Landkarte nachvollzieht, zeigt sich auch direkt in vielen Quellen: daß sie sich gegen die großen Wäldern vorgelagerten Gebiete oder in Wälder eingebetteten Dörfer richteten. Einzelne Zeugen und Mittäter erinnerten sich später sehr genau an diese Taktik. So berichtete der ehemalige Kommandeur des SS-Polizei-Regiments 26, Georg Weisig, über das Unternehmen »Otto« um die Jahreswende 1943/44:

»Ca. zweihundertfünfzig Einwohner der Dörfer, die sich außerhalb der Wälder befanden, wurden in Lager abtransportiert. Dagegen wurden alle Menschen, die in Ortschaften entdeckt wurden, die im Waldgebiet lagen, getötet. [...] Im gesamten Gebiet von Sebesh bis zum Oswejskoje-See – wo die Operation durchgeführt worden war – gab es, nachdem das Regiment durchgezogen war, keinen lebenden Menschen mehr.«²¹⁵

Acht Monate zuvor hatte das Korück 590 ebenfalls aus dem Raum Osweja-Rossony gemeldet:

»Zerstörung sämtlicher Unterkünfte in den an das grosse Waldgebiet grenzenden Ortschaften war notwendig, damit²¹⁶ Umquartierung und Erfassung der Zivilbevölkerung in weiter entfernt liegenden, von den Hauptverkehrswegen leicht erreichbaren Ortschaften. Einsatz von reichlichen GFP und SD-Kommandos würde schnellere Befriedung erleichtern.«²¹⁷

Schon beim Unternehmen »Sumpffieber« hatte ein Einsatzbefehl gelaute: »Bei Durchführung des Unternehmens ist mit aller Schärfe vorzugehen; alle in Sumpf- und Waldgebieten des Einsatzraumes liegenden Dörfer sind zu vernichten.«²¹⁸

Im kleineren Rahmen berichtete eine Polizeikompanie, daß sie »5 Waldrandbauern«, 25 Menschen, ermordet hatte, und der Leiter des SS-Sonderbataillons Dirlewanger beschwerte sich, als der HSSPF Rußland-Mitte, Korsemann, einmal befohlen hatte, die Dörfer am »Ostrand« des Rudnja- und Manyly-Waldes nicht mit allen Einwohnern zu vernichten, prompt wegen der ihm vorgeschriebenen »pazifistischen Be-

214 Vern. Georg Frentzel v. 30. 10. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 5, Bl. 72. Siehe z. B. Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Bandenbekämpfung (September 1942), BA F 14247; WiStab Ost, Bericht über die Bandenlage für 21.–27. 4. v. 29. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 310f.

215 Vern. Georg Weisig vom Januar 1946 im Minsker Kriegsverbrecherprozeß (zusammenfassende Übersetzung), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft 6, Bl. 105.

216 Im Original »da mit«.

217 Sperrabschnitt Korück, Erfahrungsbericht über das Unternehmen »Kugelblitz« v. 10. 3. 1943, BA-MA RH 23/346. Unterstellt waren dem »Sperrabschnitt« drei Sich.Btle., vier Kosakenbtle. sowie Artillerie.

218 HSSPF Ostland, Abschlussbericht »Sumpffieber« v. 6. 11. 1942, Anlage: Auszug aus dem Einsatzbefehl Nr. 5, BA-MA SF-02/37614, unpaginiert. Siehe auch Pol.Rgt. 14, Ia, Einsatzbefehl für das Unternehmen »Nürnberg« v. 22. 11. 1942: »Sämtlich in unmittelbarer Nähe des Feindgebietes liegenden Ortschaften sind als bandenfreundlich anzusehen.« BA D-H ZM 1487, A. 17, Bl. 26.

handlung«. ²¹⁹ Auch der »Weißruthenische Vertrauensrat«, eine Kollaborationsorganisation von Kubes Gnaden, bemängelte an den deutschen Einheiten, »daß ihre Aktionen praktisch nicht so gegen die Banditen, wie gegen die Bevölkerung der durch die Banditen beherrschten Gegenden gerichtet ist.« ²²⁰

Zum Ziel wurden auch Ortschaften, die einfach nur entlegen und schwer zu erreichen waren, und besonders einzeln stehende Gehöfte. So wurde im November 1942 – übrigens direkt nach der oben zitierten Göring-Weisung – im Gebiet Brest der Befehl durchgeführt, die »vielen in den Wäldern und Sumpfbereichen verstreut liegenden Einzelgehöfte« abzubrechen und »in geschlossenen Siedlungen wieder aufzubauen«. ²²¹

»In sämtlichen, während des Angriffes durchschrittenen Ortschaften ist mit der männlichen Bevölkerung über 10 Jahre so zu verfahren, dass im Rücken kein Feindwiderstand auflebt. Scheunen u. Häuser im Walde sind anzuzünden«, hieß es zu gleicher Zeit 400 Kilometer entfernt beim Unternehmen »Frieda«. ²²² Dazu erklärte noch 1964 ein Teilnehmer, der der 1. SS-Infanterie-Brigade angehört hatte: »Sinn der Aktion war, die unkontrollierbaren, weit von den Nachschubstützpunkten entfernten Walddörfer zu räumen und die ortsansässige Bevölkerung in kontrollierte Gebiete umzusiedeln.« ²²³

Es wurde aber auch bei dieser Aktion nicht nur umgesiedelt, sondern auch gemordet:

»Kleinere Orte von etwa 7 bis 10 Häusern wurden in der Regel angezündet, nachdem die Bewohner vorher zusammengetrieben und das Vieh und sonstige landw. Produkte sichergestellt worden waren. Die Bewohner dieser kleinen Orte sind in der Regel ohne langes Federlesens erschossen worden. [...] Aktionen der vorgeschilderten Art habe ich einige Male miterlebt, denn die Bewohner dieser abgelegenen Dörfer wurden zumeist nicht abtransportiert. [...] Es wurde stets so verfahren, daß die Ortseinwohner in die Scheunen getrieben wurden, um sie dort leichter liquidieren zu können. [...] Einige Btl.-Angehörige erhielten den Befehl, die Gefangenen im Innern der Scheune mit Maschinengewehren im Hüftschuß zu erschießen. [...] Aus dem Innern der Scheune hörte man das Brüllen und Schreien der Opfer sowie ihr Jammern, es war gut, daß man durch die Scheunenbretter nicht hindurchsehen konnte. Um die Opfer zu beseitigen, sind die Scheunen dann in der Regel angezündet worden.« ²²⁴

Die Strategie, die Dörfer und »alle übrigen Wohnbauten in den Waldbezirken« zu vernichten, gab es bis zum Schluß, auch bei einer der letzten Aktionen, dem Unternehmen »Frühlingsfest«. ²²⁵

²¹⁹ 10./Pol. 15, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht vom 22. Sept. bis 4. Oktober v. 4. 10. 1942, BA D-H ZM 1479, A. 2 unpaginiert; SS-Sonderbataillon Dirlwanger, Erfahrungsbericht »Unternehmen Günther« v. 14. 7. 1943, BA-MA SF-02/31686, Bl. 661f. Dirlwanger forderte, »Befehle für den Bandenkampf von solchen Führern ausfertigen zu lassen, die selbst schon prakt. Erfahrung im Bandenkampf besitzen«.

²²⁰ Stellungnahme des Weißruthenischen Vertrauensrates (undatierte Übersetzung, unvollständig), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok.SbD. 1, Bl. 116.

²²¹ Der Gebietslandwirt in Brest, U.A. 2, Monatsbericht November v. 24. 11. 1942, BA F 13751, Bl. 1030. Es war nicht zu ermitteln, woher der Befehl kam.

²²² Angriffsbefehl für den 5. 11. 1942 (Unterschrift: D[irlwanger]), BA-MA SF-02/31684, Bl. 287.

²²³ Vern. W. G. v. 12. 5. 1964, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bl. 895.

²²⁴ Vern. J. W. v. 22. 9. 1964, ebd., Bl. 1287–1289. Ein weiterer Angehöriger der 1. SS-Inf.Br. erinnerte sich, daß »die jüdische Bevölkerung der Sumpf- und Walddörfer ausgerottet« worden sei (Vern. E. G. v. 25. 8. 1971, ebd., Bl. 5773f.). Tatsächlich handelte es sich in den meisten Fällen nicht um Juden.

²²⁵ Vern. Georg Weisig v. 25. 12. 1945, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 6f.

Besonders entlarvend für den Charakter dieses Krieges gegen Zivilisten sind Quellen, die zeigen, daß die deutschen Einheiten und ihre Helfer bei »Großunternehmen« ausschließlich auf Straßen marschierten und Ortschaften »überholten«, wie schon bei der Operation »Bamberg« gezeigt. Natürlich war von vornherein nicht zu erwarten, daß man dort Partisanen antreffen würde. Der bereits zitierte SS-Hauptsturmführer Wilke vom KdS Minsk schrieb über den Kommandeur eines Polizeibataillons, dem er zugeteilt war: »Ich habe den Eindruck, daß der Kdr. seine Truppe sehr schonen will oder ihr nicht viel zutrauen kann. Es ist stets seine Tendenz, möglichst nahe mit motorisierten Fahrzeugen an die Unternehmungspunkte heranzukommen.«²²⁶ Sein Chef, der KdS Strauch, kritisierte im April 1943 vor großem Publikum offen, daß die deutschen Verbände »als Truppe sehr schwerfällig« seien, so daß man wegen schlechter Verbindungen die Partisanenbasen nicht erreiche.²²⁷ Im Bericht über das Unternehmen »Waldwinter« der 286. Sicherungsdivision wurde ausgeführt: »Als Angriffsziele wurden fast ausschließlich Wege mit daranliegenden Dörfern gewählt, um bei den außerordentlich schwierigen Wegeverhältnissen eine bessere Verbindungsmöglichkeit nach rechts und links zu schaffen.«²²⁸

Um die Identität der Opfer der deutschen Partisanenbekämpfung festzustellen, ist es auch notwendig, zu klären, wie viele jüdische Menschen darunter waren. So ist behauptet worden, es habe sich hauptsächlich um einen Vorwand zur Ermordung der »Waldjuden« gehandelt.²²⁹ Dies trifft jedoch nur für wenige Fälle zu. Nur für einige »Großunternehmen« liegen allerdings Angaben über die Zahl der ermordeten Juden vor. Bei der Operation »Sumpffieber« waren es 8350 jüdische Menschen, über 80 Prozent aller Opfer; bei »Nürnberg« und »Hamburg« über die Hälfte (1826 und 2988), bei »Hornung« ein Viertel (3300).²³⁰ Unter diesen Zahlen verbergen sich zum größeren Teil die sogenannten Randghettoliquidierungen. Bei »Sumpffieber« sind etwa 6000 Ermordete aus dem Ghetto von Baranowitschi enthalten, bei »Nürnberg« die Bewohner mehrerer kleinerer Ghettos wie Dunilowitschi, Hermanowitschi, möglicherweise Postawy, bei »Hornung« die Sluzker Juden. Beim Unternehmen »Hamburg« bildeten die letzten 500 Juden aus dem Ghetto Slonim dagegen nur den kleineren Teil der jüdischen Opfer.²³¹ Hier und bei der Aktion »Sumpffieber« war die Zahl der umgebrachten Juden aus Flüchtlingslagern also relativ groß. Insgesamt dürften die »Waldjuden« etwa 5 bis 10 Prozent der Opfer der deutschen Partisanenbekämpfungsaktionen ausgemacht haben.²³²

226 Siehe S. 886 in dieser Darstellung sowie Aufzeichnung Wilke v. 19. I. 1943, hier nach IfZ MA 707/I.

227 Vortrag Eduard Strauch v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 162.

228 Berück Mitte, Ia, Betr.: Abschlußbericht für Unternehmen »Waldwinter« der Division Richert an Okdo. H.Gr. Mitte (Paraphe: Schulze-Büttger) v. 31. I. 1943, BA D-H FW 489, A. 4. Hier führte dieses Vorgehen dazu, daß bei der vierwöchigen Aktion »nur« 1627 Menschen getötet wurden. Die meisten waren nämlich aus den Dörfern geflohen.

229 Hilberg, Vernichtung, S. 389 und 402; siehe auch Anm. 9/143 in dieser Darstellung.

230 Außerdem bei »Altona« 126, bei »Bamberg« etwa 200 und bei »Hermann« mehrere hundert. Siehe Tab. 20 und Anm. 9/146 in dieser Darstellung sowie Tec 1996, S. 177ff.

231 Siehe Kap. 7.4b und 7.4e in dieser Darstellung.

232 Zugrundegelegt ist, daß es 30 000 bis 50 000 jüdische Flüchtlinge mit einer Überlebensrate von weit unter 50 % (nach Spector rund 25 %) und 350 000 Opfer der Partisanenbekämpfung in Weißrußland insgesamt gab. S. o. S. 744–747.

Der Ablauf der Dörfervernichtungen

Nicht selten schien den Bewohnern die Vernichtung ihres Dorfes zufällig, grundlos, unerklärlich, oder sie glaubten an eine Verwechslung.²³³ Zufälle, Willkür und blinde Gewalt mögen eine Rolle gespielt haben, doch folgten die deutschen Entscheidungen über Tod oder Leben im allgemeinen strategischen Linien, die den Opfern verständlicherweise verborgen blieben. Es gab eine Reihe von Faktoren, die das Schicksal eines Dorfes und seiner Bevölkerung bestimmten, wenn es in den Einzugsbereich einer deutschen Großaktion geriet. Meistens wurde eine Ortschaft zunächst – vorzugsweise im Morgengrauen – überfallartig besetzt, entweder nachdem sie ringförmig umstellt worden war, oder indem Bewaffnete von ihrem Zentrum aus ausschwärmten.²³⁴ Fast in jedem Fall wurde anschließend die gesamte Dorfbevölkerung versammelt, oft verbunden mit einer Ausweiskontrolle.²³⁵ Diejenigen, die flüchteten oder sich versteckten, wurden auf vorherige allgemeine Anordnungen hin »abgeschossen«.²³⁶ Oft stand, wie schon skizziert, die Vernichtung des Dorfes von vornherein fest. Wenn nicht, folgten Verhöre und Überprüfungen. Zugewanderte und solche Familien, bei denen männliche Familienmitglieder ohne Angabe von Gründen abwesend waren, die den Deutschen ausreichend erschienen, wurden erschossen. Als »bandenverdächtig« und damit todeswürdig galt eine Familie etwa auch, wenn in ihrem Haus mehr Pelze als Einwohner vorhanden waren.²³⁷ Oft kamen die deutschen Einheiten mit vorbereiteten Todeslisten, die auf Denunziationen der Kollaborationsverwaltung beruhten.²³⁸ Entsprechende Häuser wurden örtlich mit Aufschriften wie »Partisan, Banditenhaus« gekennzeichnet.²³⁹

Funde von Waffen oder Munition wurden meist als ausreichend betrachtet, die Bevölkerung eines ganzen Dorfes zu ermorden. Dies war oft nur eine Bemäntelung, da entweder angebliche oder tatsächliche Munitionsdetonationen in den Häusern beim Abbrennen eines Dorfes als Beleg vorgebracht wurden – also »Beweise«, die zu Beginn der Vernichtung gar nicht vorlagen – oder Besitzstücke der Bevölkerung, die nichts aussagen mußten, so deutsche Ausrüstungsgegenstände oder gar »deutsches Benzin«.²⁴⁰ Auch Dörfer im bis 1939 polnischen Teil, die bereits zur Kollektivierung

233 Vgl. allgemein die von Adamovitch/Bryl/Kolesnik gesammelten mündlichen Berichte, besonders S. 83, 86f., 425–427.

234 Vgl. Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl Nr. 52 v. 14. 9. 1941, BA-MA WF-03/13302, Bl. 55; 10./Pol. 15, Erfahrungsbericht über die Vernichtung der Ortschaft Borki v. 28. 9. 1942, in: Eine Schuld, S. 134.

235 Siehe Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 183.

236 Z.B. Meldung Inf.Rgt. 727 v. 28. 3. 1942, Anlage zu 707. Inf.Div., Abt. Ia, Betr.: Unternehmen »Bamberg« v. 7. 4. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 471. Vgl. Vern. Georg Weisig v. 25. 12. 1945, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 8 (»Frühlingsfest«).

237 11./Pol. 15, Ergebnisbericht über die Vergeltungsaktion v. 9. 10. 1942 (in Lasowice-Gora und Kostawka) und handschriftlicher ähnlicher Bericht v. 10. 10. 1942, beides BA-MA SF-03/35350 unpag.; Vern. Bruno Pawel v. 2. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 109.

238 Vgl. etwa Rayonbürgermeisteramt Mogilew, Liste über Personen aus dem Rayon Mogilew, die in Verbindung mit Partisanen stehen (59 Menschen), und Liste über die Leute aus dem Rayon Mogilew, die zu den Partisanen übergegangen sind (59 Menschen), beides undatiert, ungefähr Juli/August 1942, Übersetzungen, BA R 20/11, Bl. 69 und 71f.

239 Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 218.

240 Aufzeichnung Artur Wilke v. 22. 1. 1943, BA D-H FW 489, A. 2, Bl. 6 (Massaker an 15 Männern, 41 Frauen und 50 Kindern in Wollosatsch). Ausrüstungsgegenstände der Wehrmacht waren nach den Schlachten im Sommer 1941 in Weißrußland vielerorts zu finden gewesen.

der Landwirtschaft übergegangen waren, standen von vornherein unter Verdacht.²⁴¹ Doch in der Regel beruhte die deutsche Vernichtungsentscheidung auf den Ergebnissen der deutschen Aufklärung durch Sicherheitspolizei und SD sowie GFP, und diese wiederum auf manchmal auch zufälligen Denunziationen ganzer Ortschaften von Seiten einheimischer Kollaborateure²⁴² und der deutschen Organe vor Ort: Landwirtschaftsführer, Forst- und Straßenverwaltung, Ortskommandanturen.²⁴³ Häufig gelang es der Bevölkerung, wenn Warnungen vorlagen, vor dem deutschen Überfall aus ihren Dörfern zu fliehen, so daß die Deutschen sie leer antrafen. In einem Fall in der Nähe von Slonim blieben die Alten zurück, »im Totenhemd, saubergewaschen und innerlich vollkommen auf den Tod durch die Deutschen vorbereitet.«²⁴⁴

Der Ablauf der Massaker in den heimgesuchten Orten zeugt von einem organisierten Vorgehen der deutschen Einheiten und ihrer Helfer. So handelte es sich in nicht wenigen Fällen um Grubenerschießungen ganz ähnlich den Judenexekutionen von SS, Polizei und Wehrmacht, ausgeführt mit Maschinengewehren.²⁴⁵ Anderenfalls fand die Vernichtung in Scheunen, Ställen oder größeren Gebäuden statt, manchmal indem die Deutschen die Menschen lebendig verbrannten. Diese Exekutionsorte sollten verhindern, daß die Opfer auseinanderliefen und entkamen.²⁴⁶ Die dritte Möglichkeit war, daß jede einzelne Familie in ihrem Haus unter Arrest gestellt und dort mit Schüssen – besonders aus Maschinenpistolen – und Handgranaten umgebracht wurde. Anschließend wurden die Häuser angezündet. Spezielle Trupps waren für das Abbrennen der Dörfer zuständig. Manchmal wurden Tage zuvor alle Einwohner jedes einzelnen Hauses registriert, im Einzelfall Gaswagen als Mordwerkzeug verwendet.²⁴⁷

Das Anzünden diente nicht nur der Vernichtung von möglichen Unterkünften für später durchziehende Partisanen. Denn durch die angewandte Technik des Mordens,

²⁴¹ Siehe Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 13.

²⁴² Vgl. Einsatzkommando 8, Betrifft: Partisanentätigkeit v. 5. 8. 1942, BA R 20/11, Bl. 77 (Vorschlag Rayonbürgermeisteramt Mogilew, das Dorf Masaltschina »als Partisanenzentrum zu vernichten«). – Diese Beteiligung mag dazu beigetragen haben, daß die »Proteste« der weißrussischen politischen Kollaboration gegen die deutschen Vernichtungsaktionen auf dem Land so zahm waren, daß sie kaum diese Bezeichnung verdienten. Vgl. Stellungnahme des Weißruthenischen Vertrauensrates (undatiert), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok-SB 1, Bl. 115f.; Meldung F. Kuschel an den Vorsitzenden des »Weißruthenischen Rates« v. 6. 8. 1943, in: Eine Schuld..., S. 162; Mitteilung GK Weißruthenien, I Politik (Langer) v. 31. 5. 1943, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderband GG, Teil 3, Bl. 179; Vakar, S. 268, Anm. 28.

²⁴³ Vgl. III./Sich.Rgt. 930, Abschließender Bericht über »Julikäfer II« v. 10. 8. 1943, BA-MA RH 26-221/54: »Die Sonderwünsche der O.K. betr. Bereinigung einiger als besonders bandenverseucht angesehener Ortschaften im Kommandanturbereich konnten leider nicht erfüllt werden.«

²⁴⁴ Die Greise wurden in diesem Fall offenbar nicht ermordet, sondern zum Gegenstand der deutschen »Gegenpropaganda« gemacht. Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD -IV B 2a- 1074/44g, Kurzbericht über die Lage und Tätigkeit in den besetzten Ostgebieten v. 14. 4. 1944 mit Anschreiben Kaltenbrunner an Bormann vom gleichen Tag, BDC O. 307, Bl. 21-28, hier Bl. 24.

²⁴⁵ Siehe z.B. Vern. J. R. v. 9. 4. 1965 und H. G. (ehemalige Angehörige der 1. SS-Inf.Br.) v. 10. 7. 1969, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bd. 8, Bl. 641ff., und Bd. 20, Bl. 3831ff.; Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 218, 240 und öfter; pers. Mitt. Herr Rudniuk v. 11. 10. 1993 (Augenzeuge der Vernichtung von Borki, Rayon Matorita).

²⁴⁶ Vgl. S. 912 in dieser Darstellung.

²⁴⁷ Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 286f. und 447. Zu speziellen Brandkommandos außerdem Vern. Kurt Scharbach, Dezember 1945 (Tagesangabe unleserlich), BA D-H ZM 1683, A. 2, Bl. 49 (Angehöriger des SS-Inf.Rgt. 8); Kampfgruppe Knecht an Schumabtle. 276-279 v. 18. 2. 1943, in: Vernichtungskrieg, S. 174.

durch plötzliches Töten mit Maschinenwaffen und Handgranaten in Gebäuden, wurden viele Opfer nicht tödlich oder gar nicht getroffen. Diese Überlebenden sollten mit Hilfe des Feuers ermordet werden; die angezündeten Gebäude blieben oft zunächst umstellt. Die Grunderfahrung derjenigen, denen es tatsächlich gelang zu entkommen, war nach der Exekution die Bedrohung durch das Feuer und das verzweifelte Bemühen, aus den Gebäuden zu fliehen.²⁴⁸

Um die Frage, inwieweit »partisanenverdächtige« Dörfer abgebrannt werden sollten, gab es auf deutscher Seite taktische Differenzen. So nahmen der Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, v. Schenckendorff, und der KdS Minsk, Strauch, dagegen in Befehlen Stellung. Im GK Shitomir behielt sich der SSPF Hellwig die Entscheidung darüber in der Regel vor, befürwortete das Anzünden aber im Prinzip.²⁴⁹ Der Grund lag 1944 darin, daß »wertvolle Quartiere« für deutsche Einheiten, die nun verstärkt in Weißrußland standen, verlorengingen. Schon zuvor war die Vernichtung von Ortschaften und der Mord an ihren Einwohnern unterblieben, wenn sie noch als Arbeitskräfte, etwa an Straßen und Bahnlinien, gebraucht wurden. So waren in Gluscha an der wichtigen Straße Sluzk-Bobruisk (Dg VII) die Einwohner schon in eine Scheune gesperrt worden, um sie zu ermorden, wurden aber nach Intervention eines örtlichen deutschen Besatzungsbeamten wieder freigelassen.²⁵⁰ Lieber solle man, so das Luftwaffenkommando Ost Anfang 1943, das von Göring »grundsätzlich befohlene Abbrennen von Ortschaften als Vergeltungsmaßnahme für einen in der Nähe geführten Eisenbahnschlag« unterlassen, wenn dort eine »Befriedung« noch möglich erscheine, »während in den bandenbeherrschten bzw. stark verseuchten Gebieten, in denen die Bevölkerung die Banden unterstützt, mit äußerster Schärfe durchgegriffen werden muß«.²⁵¹ Dabei hatten sich die Einheiten der Luftwaffe bei der sogenannten Partisanenbekämpfung als äußerst brutal erwiesen.²⁵²

Zur Planung von Operationen

Die These, die Befehle für die Partisanenbekämpfung seien vor allem allgemeine Anweisungen zur Strenge gewesen und hätten auf die Ausweitung der betroffenen Bevölkerungsgruppen abgezielt, sie seien jedoch bewußt allgemein und vage gehalten worden, um ein »Klima von Unerbittlichkeit und Vieldeutigkeit« zu schaffen, in dem die losgelassene Soldateska mit gezielt freigesetzten Aggressionen die von der Führung ge-

²⁴⁸ Siehe durchgehend Adamovitch/Bryl/Kolesnik. Diese Erfahrung gibt besonders der Titel der englischen Übersetzung des Buches, »Out of the Fire«, wieder.

²⁴⁹ Vgl. Besprechungspunkte für Divisions-Kommandeur-Besprechung [am 12. 6. 1942], BA-MA WF-03/7364, Bl. 753; Strauch an alle unterstellten Dienststellen v. 11. 5. 1943, IfZ MA 707/1; Gendarmeriehauptmannschaft Mosyr, Hauptmannschaftsbefehl Nr. 3, zitiert in: StA Stuttgart 85 Js 306/73, Einstellungsverfügung v. 18. 7. 1974, ZStL II 204a AR-Z 117/67, Bd. 3, Bl. 416.

²⁵⁰ Siehe Adamowitsch, Chatyn, S. 461f. Gluscha war Adamowitschs Wohnort. Die dortige Glashütte war wegen Partisaneneinwirkung außer Betrieb. – Vgl. ferner WBfh. Weißruthenien, Ia, Korpsbefehl Nr. 5 v. 6. 1. 1944, BA-MA WF-05/7665, Bl. 875f.

²⁵¹ Luftwaffenkommando Ost, Ia op, Bericht über die Bandenbekämpfung durch Einheiten der Luftwaffe im Bereich des Lw.Kdo. Ost vom 10. 4. bis 31. 12. 1942 v. 8. 1. 1943, BA D-H FW 490, A. 29, Bl. 13. Zu Görings Befehl, der nicht im Original vorliegt, KTB Berück Mitte, Ia, v. 28. 10. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 904–906.

²⁵² Siehe Heer 1995, S. 121f., ebenfalls bezogen auf den zuvor zitierten Bericht.

wünschte Vernichtung betrieb,²⁵³ erkennt das kalkulierte Vorgehen bei der Partisanenbekämpfung. Die operativen Strukturen ermöglichten den Mannschaften nur begrenzt Einfluß auf den Ablauf der Aktionen. Obwohl Eigeninitiative und Grausamkeit der niederen Dienstgrade nicht unterschätzt werden darf, greift der Erklärungsansatz damit zu kurz. Ohne ihren Willen zu töten, ohne den gnadenlosen persönlichen »Einsatz« dieser gestandenen Familienväter²⁵⁴ für das Töten wären die mörderischen Pläne der Führungsspitze gewiß ins Leere gelaufen. Doch das war bloß eine notwendige, nicht hinreichende Bedingung. Erst das durch Vorgaben in Strategie, Taktik und konkreten Einsatzbefehlen bewußt bis ins einzelne durchgeplante Vorgehen dieser Männer machte ihre Aktionen zum Vernichtungsfeldzug. Bach-Zelewski gab in Nürnberg an, gerade das Fehlen von konkreten Befehlen und klaren Richtlinien habe im Ergebnis zu »Anarchie«, Disziplinlosigkeit und, verbunden mit der zugesicherten Straffreiheit bei Übergriffen, zu dem Inferno geführt. Befehle zur Behandlung der Bevölkerung in Partisanengebieten oder zum Niederbrennen von Dörfern habe es nicht gegeben, und Großoperationen seien meist »Unternehmen impulsiver Art« gewesen (»Ein bestimmter Plan lag im allgemeinen nicht vor«). Geschickt lenkte er, wie auch bei anderen direkt Verantwortlichen in führenden Positionen wie Heusinger und Rode zu beobachten, die Aufmerksamkeit des Gerichts auf die angeblich mit der Partisanenbekämpfung verbundene *allgemeine* Absicht zur Dezimierung der slawischen Bevölkerung, die von der obersten politischen Führung vorgegeben worden sei, und lenkte damit vom konkreten, strafrechtlich relevanten Ablauf ab. Das Gericht nahm dies bereitwillig auf, um das Verbrecherische des NS-Systems zu belegen. Konkrete Antworten Bach-Zelewskis hätten seine wahre Rolle sowie die tatsächlich sehr konkreten Anweisungen aufdecken müssen und ihn den Kopf gekostet.²⁵⁵

Von seiten der SS und Polizei waren die HSSPF die Leiter der Partisanenbekämpfung in ihrem Gebiet. Als HSSPF Rußland-Mitte stimmte Bach-Zelewski alle größeren Einsätze vorher mit dem Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet, General v. Schenkendorff, ab. Dieser teilte sogar selbst seinem zuständigen Offizier mit, Bach-Zelewski erhalte seine »Aufträge« dazu von ihm (v. Schenkendorff), führe sie allerdings »in eigener Regie« durch.²⁵⁶ Bach-Zelewskis Einfluß in seiner nächsten Position war nicht geringer, wie der ehemalige BdO Ukraine, v. Bomhard, aussagte:

»Der Chef der Bandenkampfverbände verteilte die für den Einsatz zur Befriedung bandenverseuchter Gebiete erforderlichen Kräfte der Ordnungspolizei, bestimmte

253 So Heer 1995, S. 111–115 und 119–122.

254 Zum Altersdurchschnitt der Besatzungstruppen S. 222 f. in dieser Darstellung.

255 Vern. Erich v. d. Bach-Zelewski v. 7. I. 1946, in: IMT, Bd. 4, S. 532–539. Bach-Zelewski war zwar in Nürnberg nicht angeklagt, hatte aber trotz seiner Rolle als Kronzeuge eine harte Strafverfolgung als Himmlers ehemaliger Beauftragter für die Bandenbekämpfung bzw. Chef der Bandenkampfverbände und als wichtigster – wenn auch keineswegs einziger – Stratege der Partisanenbekämpfung zu befürchten. – Vgl. die ähnlichen eidlichen Aussagen aus ähnlichen Beweggründen von Ernst Rode (Nachfolge Knoblauchs als Chef des KdoStabs RF-SS, Stabschef der Kampfgruppe v. Gottberg sowie beim Chef der Bandenkampfverbände des RF-SS) v. 30. II. 1945 und von Adolf Heusinger (1942–1944 als Leiter der Operationsabteilung im OKH für die Partisanenbekämpfung zuständig) v. 1. 12. 1945, in: IMT, Bd. 32, S. 482 und 484 f.; Erklärung Bach-Zelewskis v. 27. II. 1945, ZStL 202 AR-Z 52/59, DokBd. III,4, Bl. 112. Zu Aussagen des Generals Röttiger vgl. Förster 1986, S. 24.

256 »Besprechungspunkte mit Ia« v. 3. II. 1942, BA-MA WF-03/7417, Bl. 82. Vgl. Vern. des Beschuldigten Erich v. d. Bach-Zelewski durch das AG Nürnberg v. 3. 5. 1960, StA Wolfenbüttel 62 Nds Fb.2, Nr. 1264, Bl. 37.

Zeitpunkte und Gebiete, in denen Großaktionen stattfinden sollten« und habe dadurch die »Führungstätigkeit« des Hauptamts Ordnungspolizei bis in Personalbeurteilungen höherer Offiziere »wesentlich eingeschränkt und beeinflusst.«²⁵⁷

Zum Beispiel wurden auf »Befehl« Bach-Zelewskis die Truppenverbände für die große Operation »Hermann« als »Kampfgruppe von Gottberg« zusammengestellt.²⁵⁸

Die Planung solcher »Großunternehmen« entstand allerdings nicht bei einer einzelnen Person oder Stelle allein. Der SSPF Weißruthenien, v. Gottberg – später HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien und Generalkommissar – legte selbst oft »als eine Art Napoleon« die Ziele der Unternehmen der nach ihm benannten Kampfgruppe fest. Auch die Mitglieder des zu beinahe jeder Aktion neu aufgestellten Kampfgruppenstabes waren jedoch beteiligt. Ihre Aufgabe war insbesondere die taktische Planung und fallweise auch die Vertretung v. Gottbergs im Einsatz.²⁵⁹ Manchmal entstanden v. Gottbergs Pläne in Abstimmung mit Bach-Zelewski und Himmler selbst oder dessen Stab. Eine (nicht die einzige) Anregung für das folgenschwere Unternehmen »Cottbus« kam offenbar auch vom damaligen Wehrmachtbefehlshaber im GK Weißruthenien, General Pawel.²⁶⁰ Im Militärverwaltungsbereich lag die strategische Planung vor allem beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes.²⁶¹

Neben den regionalen Institutionen und dem »Chef der Bandenkampfverbände«, der aus einer regionalen Funktion Bach-Zelewskis herausgewachsen war, beschäftigten sich auch zentrale Stellen mit der Planung von Antipartisanenunternehmen. So wirkte der Kommandostab Reichsführer-SS bei der Festlegung von strategischen Zielen und an der Reihenfolge solcher Operationen bei allen HSSPF im Osten mit und kontrollierte auch die taktische Planung der einzelnen Einsätze.²⁶² Auf Wehrmachtseite übte die Operationsabteilung im Generalstab des Heeres unter Oberst Adolf Heusinger zumindest eine Kontrollfunktion aus. Ähnlich war es mit der Operationsabteilung im OKW/Wehrmachtführungsstab.²⁶³ Wie sich Befehle und Initiativen von Offizieren verschiedener Ebenen, Kompetenzverteilung und taktische Strukturen auswirkten und ein Geflecht von Verantwortlichkeiten zu Entscheidungen über Leben und Tod führte, ist jedoch besser anhand einzelner Aktionen und an der Entwicklung der Partisanenbekämpfung nach dem Frühjahr 1942 darstellbar.

257 Vern. Adolf v. Bomhard v. 2. 7. 1946 (Abschrift von Abschrift), ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. 4, Bl. 412.

258 Kampfgruppe von Gottberg, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Hermann«, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 35. Siehe dazu zutreffend Vern. Eberhard Herf (ehemaliger KdO Minsk) vom Januar 1946 in Minsk (zusammenfassende Übersetzung), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft 6, Bl. 78.

259 Vgl. Vern. W. K. v. 5. 12. 1963 (unglaublich ist die Aussage dieses ehemaligen Ic der Kampfgruppe, v. Gottberg selbst habe die Partisanenmeldungen der einzelnen Gendarmerieposten ausgewertet und ihm quasi vorenthalten); Vern. W. W.-B. v. 18. 11. 1969, 18. 7. und 25. 10. 1973, alle ebd., Kampfgruppenstab Sonderbd. 2 sowie F. N. v. 20. 11. 1969, Sonderbd. Angehörige anderer Dienststellen (Zitat).

260 Siehe Vern. Bruno Pawel v. 2. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 118–121.

261 Vgl. Quellen zum Jahr 1942 in: Dokumente Heusinger, S. 137 ff.

262 Vgl. Reichsführer-SS, KdoStab Ia, v. 2. 1. 1943 (Himmler an Keitel), BA F 2918, Bl. 193–196; Reichsführer-SS, Kommandostab, Betr.: Geplante Unternehmen v. 10. 4. 1943 (gez. H. Himmler), ZStL CSSR Bd. 5, Bl. 329–331, und Tagesmeldung HSSPF Rußland-Mitte an KdoStab RF-SS v. 15. 10. 1942, BA D-H ZB 6735, O. I, Bl. 7 (Unternehmen »Karlsbad«).

263 Vgl. Schreiben Heusingers an v. Tresckow (Ia der H.Gr.Mitte) v. 24. 8. und 8. 10. 1942, in: Dokumente Heusinger, S. 153 und 166 f. (jeweils im Faksimile).

b) Die Entwicklung bis 1943

Sommer 1942

»Wir führen Krieg«, schrieb der damalige Kommandeur der Ordnungspolizei Weißruthenien, Erik v. Heimbürg, im Juni 1942 privat an den SS-Gruppenführer Querner. »Und das mit Mitteln, die man als bössartig früher abgelehnt hätte.«²⁶⁴ Heimbürgs Äußerung zeigt den Entwicklungssprung, den es in der Vernichtungspolitik gegeben hatte. Der Ausdruck »Krieg« war nicht mehr angemessen. Aber noch war die Strategie der »Großunternehmen« nicht fest ausgeprägt. Die Operation »Bamberg« hatte zwar Vorbildwirkung gehabt, doch stand nicht oft eine volle Division zur Verfügung, die kurzfristig in einem anvisierten Gebiet eingesetzt werden konnte. Die 707. Infanteriedivision war sofort nach ihrem Einsatz aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte abgerückt, und ansonsten konnten zunächst kaum stärkere Truppenteile freigemacht oder Eingreiftruppen aus den vorhandenen Besatzungstreitkräften aufgestellt werden, ob nun von SS/Polizei oder Wehrmacht. Das Resultat waren Aktionen zur Zerstörung einzelner Dörfer, die mehr oder weniger zusammenhingen.²⁶⁵

Eine ganze Kette solcher Aktionen, die über 5000 Menschen das Leben kostete, fand im Gebiet zwischen Bobruisk und Mogilew im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte durch SS- und Polizeieinheiten statt. Das berüchtigtste dieser Massaker wurde am 15. Juni 1942 in Borki, Rayon Kirow, in der Nähe der Verbindungsstraße zwischen den beiden genannten Städten durchgeführt. Tatsächlich operierten in der betreffenden Gegend Partisanen, doch war das Dorf Borki noch am 28. Mai vom SS-Sonderkommando Dirlwanger als »von Partisanen frei« gemeldet worden.²⁶⁶ Über seine Vernichtung meldete SS-Sturmbannführer Oskar Dirlwanger:

»Die gestrige Unternehmung gegen Borki verlief ohne Feindberührung. Die Ortschaft wurde durchstoßen und sofort umstellt. Die Einwohner, die zu flüchten versuchten, wurden abgeschossen, dabei waren drei Gewehrträger. Die Durchsuchung der Ortschaft ergab, daß es sich um ein Partisanendorf handelt. Die Männer waren fast alle abwesend, nur wenig Pferde, fast keine Wagen. 7 russische automatische Gewehre, 3 Handgranaten, Infanteriemunition, 2 Pistolen wurden vorgefunden. Die Einwohner wurden erschossen, die Ortschaft angezündet und abgebrannt.«

Handschriftlich findet sich folgende Rechnung auf dem Bericht:²⁶⁷

»Erschossene Einwohner	1112
+ vom S.D. liquidiert	633
Insgesamt	1745
Dazu auf Flucht vor Ortschaft erschossen:	282?
	2027«

²⁶⁴ Erik v. Heimbürg an Querner v. 12. 6. 1942, BA-MA SF-01/28941, Bl. 9088.

²⁶⁵ Tab. 20 verzeichnet nur die größten dieser vernichteten Dörfer.

²⁶⁶ Vgl. Tätigkeitsbericht des SS-Sonderkommandos Dirlwanger Mai 1942 v. 2. 6. 1942, BA-MA SF-02/3131684, Bl. 354f. Die berüchtigte Aktion ist Gegenstand des Romans von Adamowitsch, *Henkersknechte*.

²⁶⁷ SS Sonderkommando an HSSPF Rußland-Mitte (Unterschrift: D[irlwanger]) v. 16. 6. 1942, BA F 3577, Bl. 8453f.; auch in BA R 70 SU/38 (Fragezeichen im Original), abgedruckt in: Klausch, S. 60. Die Zahl der Ermordeten ist auf dem Gedenkstein in Borki mit 1843, im Bericht der Rayonkommission Kirow v. 10. 4. 1945 mit 1741 angegeben. Vgl. Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 411, und BStU ZUV 9, Bd. 4, Bl. 460f.

Hält man andere Quellen und Erinnerungen dagegen, ergibt sich in einigen Punkten ein anderes Bild. So bestand Borki aus acht Siedlungen, war also nicht so einfach zu »durchstoßen«, zu umstellen und zu besetzen. Tatsächlich nahmen an dem durchorganisierten Massaker nicht nur alle Angehörigen des SS-Sonderkommandos Dirlewanger einschließlich der aus sowjetischen Kollaborateuren bestehenden Kompanien teil, sondern das gesamte EK 8 unter SS-Sturmabführer Richter, die ihm unterstehende sogenannte russische Gestapo aus Mogilew und wohl noch weitere Einheiten, darunter möglicherweise das Polizeibataillon 51 und ein NSKK-Trupp aus Mogilew.²⁶⁸ Die Aktion war nicht, wie es später hieß, eine Reaktion auf einen Partisanenüberfall in der Nähe auf der Straße Bobruisk-Mogilew, bei dem 16 oder 18 deutsche Polizisten erschossen wurden – im Gegenteil, diese kehrten offenbar zum Zeitpunkt des Hinterhalts gerade von dem Massaker zurück, teils mit blutigen Messern oder Bajonetten und mit Kinderkleidung in ihren Tornistern.²⁶⁹ Den Beteiligten war schon am Vortag des Massakers befohlen worden, alle Einwohner Borkis zu erschießen. Mit angeblichen oder tatsächlichen Durchsuchungsergebnissen hatte der Massenmord also nichts zu tun.²⁷⁰ Während die übrigen Bewohner in ihren Häusern – durch zwei Mann starke Trupps, die jeweils wortlos mit Maschinenpistolen losfeuerten – oder in Scheunen erschossen wurden, versammelten die Deutschen die Mitglieder des örtlichen Ordnungsdienstes mit ihren Familien in der Schule und verbrannten sie dort alle aus ungeklärten Gründen lebendig.²⁷¹ Ergreifend sind die Schilderungen der Dorfbewohner, die die Tötungsaktion überleben konnten.²⁷²

Bach-Zelewskis Tagebuch ist hinsichtlich dieser Ereignisse offenbar gefälscht. Tatsächlich dürfte er nicht wegen der »Entgleisungen von Borki und Studenka« die Ablösung des EK 8-Chefs Richter gefordert haben. Auch ein Verbot der Erschießung der Familienangehörigen von Partisanen hat Bach weder bei v. Schenckendorff »durch[ge]setzt«, noch strebte er es offenbar an.²⁷³ Statt dessen wandte sich v. Schencken-

268 Vgl. Vern. Georg Frentzel v. 8. 9. und 9. 9. 1970, ebd., Bl. 427–430 und 454–459.

269 Hier irrt der sonst gründliche Hans-Peter Klausch (S. 60). Vgl. die Aussagen zweier Mitglieder des Partisanenkommandos in Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 68f., und Tagebuch Bach-Zelewski v. 16. 6. 1942, BA R 20/45b, Bl. 38. Klausch spricht von 18 deutschen Töten, Bach-Zelewski von 16 (drei überlebten) und die Partisanen, die selbst nur einen Verwundeten gehabt haben sollen, von 60. Nach Bach-Zelewski handelte es sich um Angehörige des Pol.Btl. 51, »Begleitschutz für einen Störungssucher-Trupp der Wehrmacht«.

270 Siehe Vern. Georg Frentzel v. 7. 9. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 4, Bl. 445.

271 Vgl. Klausch, S. 60–64; Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 403–417. Möglicherweise machten die Deutschen die Hilfspolizisten dafür verantwortlich, daß die Partisanenaktivitäten in der weiteren Umgebung nicht unterbunden worden waren, und wollten sie besonders »bestrafen«.

272 Siehe ebd.; Auszüge in Adamowitsch, Henkersknechte; Klausch, S. 60–62; Vern. von vier Überlebenden aus dem Jahr 1970 in BStU ZUV 9, Bd. 4, Bl. 462ff., 476ff., 486ff. Vgl. auch den Auszug aus dem Urteil gegen Tupiga und 13 andere weißrussische Angehörige des SS-Sonderbtl. Dirlewanger v. 13. 10. 1961 in Minsk, ebd., Bl. 506–508.

273 Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 28. 6. 1942, BA R 20/45b, Bl. 40. Dagegen: Aus der Aussprache Kom.Gen. [v. Schenckendorff]/SS-Ob.Gr.Fü v. d. Bach, 29.VI.1942 (handschriftlich), BA-MA WF-03/7364, Bl. 626f.; KTB Berück Mitte, Ia, v. 5. 7. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 752 (Bach-Zelewski hatte gegenüber v. Schenckendorff behauptet, beim Chef der Einsatzgruppe B liege ein Befehl vor, die Familienangehörigen von Partisanen zu erschießen, was Naumann gegenüber v. Schenckendorff bestritt). Nicht nur das und die offensichtliche Vordatierung des Gesprächs mit v. Schenckendorff deuten auf eine Fälschung, sondern auch die o. g. Darstellung des Partisanenüberfalls bei Borki und folgender

dorff gegenüber Bach-Zelewski gegen die »brutalen Gewaltmaßnahmen« und gegen die Erschießung der Familienangehörigen von Partisanen – eine Maßnahme, der der Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet einige Wochen später allerdings seinerseits nach dem Partisanenangriff auf die Eisenbahnstation Slawnoje persönlich zustimmte.²⁷⁴ Es entspricht v. Schenckendorffs noch darzustellender Doppelmoral, daß er SS-Einsätze kritisierte, selbst aber seine Divisionen zu »Großunternehmen« antrieb – Anfang August waren allein elf geplant –, jene tadelte, die dem nicht schnell genug nachkamen, wie die 201. Sicherungsdivision, und »langsame Durchkämmung und Umschließung« statt rasches Durchstoßen sowie »großangelegte Einkesselungsangriffe« als beste Taktik empfahl. Die Mordfeldzüge der 286. Sicherungsdivision stellte er dabei als Vorbild hin. Nur fehlten dazu, so v. Schenckendorff, meist die Truppen.²⁷⁵

*Entscheidungen auf Reichsebene und ihre Auswirkungen auf Weißrußland:
Neue Strukturen in der Führung der Partisanenbekämpfung bei SS/Polizei
und Wehrmacht*

Mitte des Jahres 1942 hatte sich die Lage, die die sowjetische Partisanenbewegung für die Deutschen geschaffen hatte, zugespitzt. Die Nachrichten, die aus dem Raum Weißrußland, Mittel- und Nordrußland und aus dem Nordosten der Ukraine kamen, klangen für die Führung im Reich besorgniserregend. Verwaltung und Ausbeutung des Landes drohten danach unmöglich zu werden. Ein Jahr später klangen die Berichte, obwohl die Partisanentätigkeit noch zugenommen hatte, zwar bei weitem nicht mehr so dramatisch, weil sich die deutsche Besatzungsverwaltung und ihre Truppen nicht nur an den Partisanenkampf gewöhnt, sondern quasi in der neuen Situation eingerichtet hatten; aber im Sommer 1942 schien es sich um eine Lawine zu handeln, die nicht aufzuhalten war und eine Kontrolle der sowjetischen Bevölkerung für die Zukunft praktisch ausschloß.

Zu dieser Zeit sah die Kompetenzverteilung in der Partisanenbekämpfung wie folgt aus. Auf seiten der Wehrmacht handelte es sich um eine Aufgabe des Generalquartiermeisters des Heeres für die Gebiete unter Militärverwaltung. In den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine war die Quartiermeisterabteilung im Wehrmachtführungsstab des OKW zuständig.²⁷⁶ Während es sich beim Befehlshaber im

Punkt: Am 19. 6. 1942, vier Tage nach Borki, pries der HSSPF Rußland-Mitte Dirlwangers »sehr beachtliche Erfolge« bei der Partisanenbekämpfung und unterstützte den Antrag des SS-Brigadeführers Graf Pückler, die Sollstärke der Einheit Dirlwanger auf 250 Mann zu erhöhen. Obendrein hatte Bach schon am 17. 6. eine Besprechung mit Dirlwanger gehabt (vgl. sein Tagebuch v. 17. 6. 1942, BA R 20/45b, Bl. 39). Auch später blieb Bach-Zelewski bei dieser positiven Haltung gegenüber Dirlwanger und schlug ihn für hohe Auszeichnungen vor. Bezeichnend ist, daß beiden im gleichen Akt von Hitler das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes am 30. 9. 1944 verliehen wurde. HSSPF Rußland-Mitte an SS-Führungshauptamt v. 19. 6. 1942, BA F 14358 unpag., und Bartoszewski, S. 100 und 103.

274 Vgl. Vermerk v. 29. 6. und KTB v. 5. 7. 1942, wie Anm. zuvor, sowie Gerlach, Männer des 20. Juli, S. 436f.

275 Siehe Berück Mitte, Ia, Korpsbefehl v. 8. 8. 1942; ders. vom 8. 8. 1942 Nr. 438/42g.Kdos.; Besprechungspunkte für Divisions-Kdr.-Besprechung am 9. 8. 1942 (erstes Zitat); Divisionskommandeur-Besprechung am 8. 10. 1942 (zweites Zitat), BA-MA WF-03/13353, Bl. 1083f., 1085–1087, 1092 und 1284.

276 Vgl. OKW/WFSt, Qu (II) 002592/42g.K. v. 23. 7. 1942 (Abschrift), BA NS 19/1671, Bl. 81f. (gez. Keitel), abgedruckt in: N. Müller 1982, S. 129f.; eidesstattliche Erklärung Horst Freiherr v. Buttlar (ehemals Ia im WFSt) v. 20. 5. 1946, BA F 16030.

rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, der maßgeblich mit dem Auftrag der »Befriedung« angetreten war, und bei seinen Sicherungsdivisionen um eine ausgesprochene Chef-sache handelte, die von Anfang an die Führungsabteilung beschäftigt hatte, lag die Bearbeitung auf der Ebene der Heeresgruppe Mitte bei der für territoriale Fragen zuständigen Versorgungsabteilung (Ib). Diese trat aber in dieser Hinsicht kaum in Erscheinung, so daß Generalfeldmarschall v. Kluge sich im Frühjahr 1942 selbst zu mehrfachem Eingreifen in Besprechungen mit dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes genötigt sah.²⁷⁷ Doch diese Improvisation war eher ein Zeichen von Führungsschwäche und Ratlosigkeit.

Bei SS und Polizei herrschte über die Kompetenzverteilung auf zentraler Ebene sogar richtiggehende Verwirrung. Nicht anders ist es zu erklären, daß der Chef der Ordnungspolizei, Kurt Daluge, glaubte, zur Klärung eine Anfrage an Himmler stellen zu müssen. Der antwortete: »Du hast die Anfrage gestellt, wer die Befehlsgewalt bei Partisanenunternehmen hat. Kurz meine Antwort: Ich persönlich. Draußen der jeweilige HSSPF. Für die einzelnen Verbände die jetzt schon vorhandenen Befehlshaber und Kommandeure.«²⁷⁸

Nachdem Hitler schon vor dem 13. Juli hatte verlauten lassen, daß die Partisanenbekämpfung im Zivilverwaltungsbereich »in erster Linie Aufgabe der Polizei« sei, war auch das OKW im Juli 1942 an Himmler mit dem Vorschlag herangetreten, »eine einheitliche Führungsstelle für die Partisanenbekämpfung einzurichten«, mit der das OKW dann zusammenarbeiten könne.²⁷⁹ Himmler beeilte sich, eine Regelung zu treffen und bekanntzugeben. Seine Dienststelle, der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, sei »im Einvernehmen mit dem Oberkommando der Wehrmacht die einheitliche Führungsstelle für die Bekämpfung der sogenannten Partisanen«, die Leitung habe er persönlich, sein »bearbeitender Stab in der Leitung dieses Kampfes« sei der Kommandostab Reichsführer-SS (der anscheinend zunächst Schwierigkeiten hatte, diese neue Stellung bekannt zu machen). Die »territoriale Führung« liege bei den HSSPF.²⁸⁰ Doch das sollte sich nicht als »Lösung« für lange Zeit erweisen.

Hitler, der in die Neuregelung der Zuständigkeiten bei der Partisanenbekämpfung schon im Juli eingeschaltet gewesen war, versuchte sie im August 1942 mit seiner »Weisung Nr. 46« zum Abschluß zu bringen, weil das »Bandenunwesen im Osten« drohe, »zu einer ernsten Gefahr für die Versorgung der Front und die wirtschaftliche

277 Siehe das KTB Berück Mitte, Ia, fürs erste Halbjahr 1942, BA-MA WF-03/13328; Dienstplan Okdo. H.Gr. Mitte (Stand 27. 4. 1942), BA-MA (BArchP)F 18495, Bl. 707-719. Auf der Ebene der Heeresgruppe gab es zu dieser Zeit noch keine Oberquartiermeisterabteilung; dies ist Hesse, S. 174, entgegenzuhalten.

278 Himmler an Daluge v. 27. 7. 1942, zitiert nach: Buchheim, Herrschaftsinstrument, S. 123.

279 Befehl Keitels v. 23. 7. 1942 (N. Müller 1982, S. 129f.), demzufolge das OKW bereits am 13. 7. die Führungsrolle der SS und Polizei bei der Partisanenbekämpfung im Zivilverwaltungsgebiet anerkannt hatte. In den rückwärtigen Heeresgebieten bleibe OKH/GenQu zuständig.

280 Enthalten in: Kommandostab RF-SS, Tgb.Nr. Ia 567/42geh. (gez. Knoblauch) v. 28. 7. 1942, BA NS 19/1671, Bl. 77. Vorangestellt war der Satz: »Aus verschiedenen Anfragen geht hervor, daß das nachfolgende Schreiben des RF-SS, das der pers. Stab [sic] versandt hat, nicht überall angekommen ist.« Auch das zeigt die Unsicherheit hinsichtlich der Befehlsstrukturen. Siehe auch Hesse, S. 178, und Cooper, S. 86. – Ähnlich formuliert: Reichsführer-SS, Kommandostab, Abt. Ia Tgb.Nr. Ia 522/42geh, Kommandobefehl Nr. 66 (gez. H. Himmler) v. 13. 8. 1942, BA-MA SF-02/37553. Die Regelung war schon im Keitel-Erlaß v. 23. 7. 1942 angedeutet, der eine Kontaktaufnahme mit dem KdoStab RF-SS befahl (N. Müller 1982, S. 129).

Ausnützung des Landes zu werden.«²⁸¹ Sie bestimmte nicht nur die Kompetenzverteilung zwischen SS/Polizei und Wehrmacht neu, sondern änderte sie auch innerhalb der militärischen Stäbe. Was den ersten Punkt angeht, war danach »der Reichsführer-SS allein verantwortlich für die Bandenbekämpfung in den Reichskommissariaten«. Die Wehrmacht hatte SS und Polizei dort durch »Abstimmung ihrer Maßnahmen«, durch Material und, soweit die »militärischen Sicherungsaufgaben« es zuließen, mit vorübergehender Unterstellung von Kräften zu unterstützen. Im Militärverwaltungsgebiet war dagegen allein das Heer für die »Bandenbekämpfung« zuständig.²⁸² Dazu wurden die dort »liegenden Polizeikräfte« dem Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet unterstellt. Je nach »Lage, Kräfteinsatz und verfügbaren Dienstgraden« sollten die »einzelnen Unternehmungen« von Militärkommandeuren oder den HSSPF geführt werden. Zusätzlich sollte bei Himmler »die zentrale Stelle für die Sammlung und Auswertung aller Erfahrungen auf dem Gebiete der Bandenbekämpfung« angesiedelt sein. In einem Brief gratulierte der HSSPF Rußland-Mitte, Bach-Zelewski, Himmler zu seinem Erfolg bezüglich des Zivilverwaltungsereichs. Für jeden HSSPF im Militärverwaltungsgebiet bringe die Hitlerweisung jedoch eine »starke Einschränkung seiner Befugnisse«, da er nunmehr taktisch dem Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet unterstellt sei, auch wenn sich faktisch nicht viel ändern werde. Deshalb bat Bach-Zelewski um seine Versetzung.²⁸³ Tatsächlich gab es nach diesem Erlaß kaum noch große Antipartisanenaktionen im unter Militärverwaltung stehenden Ostweißrußland, die unter der Führung von SS und Polizei standen.²⁸⁴ Kein uneingeschränkter Sieg Himmlers also, der die erweiterten Zuständigkeiten in den Reichskommissariaten zwar angestrebt haben dürfte, auf die Übernahme aber, wie gezeigt, gar nicht ausreichend vorbereitet war.²⁸⁵

Für die Befehlsstrukturen innerhalb der Wehrmacht bedeutete Hitlers Weisung, daß die Partisanenbekämpfung zur »Führungsangelegenheit« erklärt wurde und von da ab durch die »vorgesehenen Führungsstäbe zu organisieren und zu führen« war.

281 Der Führer, OKW/WFSt/Op.Nr. 002821/42g.K., Weisung Nr. 46: Richtlinien für die verstärkte Bekämpfung des Bandenunwesens im Osten v. 18. 8. 1942. IfZ Fb 101/26, abgedruckt in: Hubatsch, S. 201–206.

282 »Der Chef des Generalstabes des Heeres ist im Operationsgebiet allein für die Bandenbekämpfung verantwortlich.« Der Begriff »Operationsgebiet«, hier als Pendant zu den »Reichskommissariaten« gebraucht, wurde eindeutig im Sinne von »Militärverwaltungsgebiet« und nicht von »Frontzone« benutzt, worauf auch der folgende Passus zu den »entsprechenden Befehlshabern« (des rückwärtigen Heeresgebietes) hinwies. Vgl. dazu ebenso den Abschnitt C 2 d) der Weisung (Verlegung von Feldersatz-Divisionen ins »Operationsgebiet«, d.h. ganz offensichtlich nicht an die Front).

283 Bach-Zelewski an Himmler persönlich v. 5. 9. 1942, BA NS 19/1671, Bl. 118–122.

284 Ausnahmen waren die Operationen »Karlsbad« und »Franz«. Die Aktion »Erntefest I« fand im Grenzbereich zum GK Weißruthenien statt. Dazu kamen die vom HSSPF Ostland ausgehenden Unternehmen »Winterzauber« und »Otto« im Grenzgebiet zu Lettland. Entscheidend dafür, wer die Leitung übernahm, war in der Praxis, wer die stärkeren Truppen bei einem Einsatz stellte – wie in Hitlers Weisung angeordnet. Siehe auch Vern. Erich v. d. Bach-Zelewski v. 7. 1. 1946, in: IMT, Bd. 4, S. 532.

285 Für die Vorgeschichte der Weisung, insbesondere etwaige Bemühungen Himmlers, mangelt es an Quellen. Siehe auch Anm. 9/296 in dieser Darstellung. – Die Behauptung, daß nach Hitlers Weisung die Wehrmacht im Operationsgebiet den HSSPF »im Bedarfsfall« Truppen zu unterstellen gehabt habe (Heer 1995, S. 124), trifft nicht zu. Heer überschätzt die Position des Reichsführers-SS (»Himmler übernimmt«, ebd., S. 123) auch insofern, als das OKW im Juli die Schaffung einer zentralen *Befehlsstelle* der SS für die Partisanenbekämpfung erbeten hatte, weil es noch keine gab, und nicht nur die einer Partisanen-Meldestelle (ebd., S. 124; vgl. dazu oben).

Die Zuständigkeit ging damit auf die Operationsabteilung im Generalstab des Heeres, für die Truppen der Wehrmachtbefehlshaber Ostland und Ukraine auf die Operationsabteilung im Wehrmachtführungsstab und auf die Führungs- sowie die Operationsabteilung im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte (Ia und Ia op) über. Entsprechend sollten die Truppen verstärkt, besser ausgebildet und materiell besser ausgestattet werden, um sie stärker offensiv einsetzen zu können.²⁸⁶ Die Änderung der Befehlsverhältnisse erschien so dringend, daß die Ausarbeitung der Hitler-Weisung gar nicht mehr abgewartet wurde, ehe die Führungsabteilungen im OKH und OKW sowie im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte mit Hitlers Zustimmung die Bearbeitung übernahmen – teils schon im Juli 1942.²⁸⁷ Ia und Ia op der Heeresgruppe – Oberst v. Tresckow und Oberstleutnant Schulze-Büttger – arbeiteten sich bereits intensiv in die neue Materie ein.²⁸⁸

Zurück zur Entwicklung bei SS und Polizei. Die erste Maßnahme, die Himmler hinsichtlich der Partisanenbekämpfung bei der Sitzung am 9. Juli 1942 ergriff, war – außer dem absurden Vorschlag, in den betroffenen Gebieten beiderseits der Bahnlinien und Straßen Bäume und Büsche in 400 bis 500 Meter Tiefe binnen vier Wochen abholzen zu lassen²⁸⁹ – die Entlassung des SSPF Weißruthenien Zenner, den Bach-

²⁸⁶ Der Führer, Weisung Nr. 46, in: Hubatsch, S. 201f. Vgl. eidesstattl. Erkl. v. Buttler, wie Anm. 9/276 in dieser Darstellung; Dienstplan Okdo. H.Gr. Mitte (Stand: 15. II. 1942), BA-MA (BArchP)F 18495, Bl. 615f.; siehe auch Gottberg, S. 64.

²⁸⁷ Vgl. Besprechungspunkte für Divisions-Kdr.-Besprechung [des Berück Mitte] v. 9. 8. 1942, BA-MA WF-03/13353, Bl. 1090 (Hitlers Entscheidung erwähnt); Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Betr.: Partisanenbekämpfung v. 10. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 56942, Bl. 542, anderes Exemplar in IfZ Fb 101/34, abgedruckt in: Dokumente Heusinger, S. 118; siehe aber schon Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Betr.: Unternehmen des Kommandierenden Generals der Sicherungstruppen und Befehlshaber im Heeresgebiet Mitte Juni/Juli 1942 an OKH/GenStH, Op.Abt. v. 15. 7. 1942, ebd., S. 137–141. Seit dem 14. 8. 1942 verlangte auch die Operationsabteilung im OKW/WFSt eine Berichterstattung zur Partisanenlage; vgl. WBfh. Ostland, Betr.: Meldewesen über Bandenlage v. 1. 3. 1943, mit Bezugsschreiben OKW/WFSt/Op(H) v. 14. 8. 1942, BA D-H FW 490, A. 16, Bl. 2.

²⁸⁸ Vgl. die Kontakte laut KTB Berück Mitte, Ia, v. 7. 8. (Besuch Hauptmann Jordan/OKW und v. Tresckow, der von »einer heutigen Besprechung beim Führer« berichtete, wo »die Bedeutung des Heeresgebietes mehrfach in hervorragender Weise erwähnt worden« sei), 8. 8., 9. 8., 11. 8. und 18. 8. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 788–804.

²⁸⁹ Grund waren die beginnenden Anschläge auf die Verkehrsverbindungen. Zum Entgleisen gebrachte Züge beschossen die Partisanen; ihnen sollte durch die Abholzung die Deckung genommen werden. Eine passive Sicherung gegen Anschläge war nur begrenzt möglich; ein Btl. hatte 20–30 km Bahnstrecke zu bewachen. Doch waren für das Vorhaben bei weitem weder genug Arbeitskräfte noch Äxte und Sägen noch genug Transportmittel für das Abfahren der riesigen Holzmengen vorhanden. Obendrein konnte die Holzwirtschaft, da es sich meist um Jungholz handelte, wenig damit anfangen, und im Winter drohten Schneeverwehungen. Vgl. Aktennotiz Himmlers v. 9. 7. und den entsprechenden Erlaß des RMO v. 15. 7. 1942, BA NS 19/1671, Bl. 65f.; Schnellbrief Dalueges an die HSSPF Ostland, Ukraine, Rußland-Mitte, z.b.V. und Generalgouvernement v. 14. 7. 1942, BA R 19/304, Bl. 211/R; Einwände: RMO, Chefrg. Forst- und Holzwirtschaft an Abt. II id v. 22. 7. 1942, und RKU, II 1c, an RMO v. 30. 7. 1942, BA F 13687, Bl. 891–894; Schriftwechsel ebd., Bl. 895ff., und rückblickend RKO, Abt. II Verw., an RMO v. 1. 12. 1942, BA-MA FPF-01/7914, Bl. 658f. Von Schenckendorff hatte sich schon vorher von der Unsinnigkeit eines solchen, von ihm gegebenen Befehls überzeugen lassen: KTB Berück Mitte, Ia, v. 7. und 23. 7. 1942 (über ein Gespräch mit Bach-Zelewski), BA-MA WF-03/13352, Bl. 753 und 770. – Trotzdem wurde der Plan mit gewisser Verzögerung an vielen Strecken in die Tat umgesetzt. Die Einhiebtiefe betrug 50 bis 500 m, teilweise wurden einige Baumreihen stehengelassen oder nur das Unterholz entfernt. Wochenlang waren tausende von Arbeitskräften an einzelnen Strecken eingesetzt. Die Forstverwaltung

Zelewski wiederholt als inaktiv kritisiert hatte.²⁹⁰ Zenner sollte vorläufig durch Walter Schimana, Kommandeur des Polizeiregiments Mitte, und dann durch Curt v. Gottberg ersetzt werden, wie es dann auch geschah.²⁹¹ Himmlers zweiter Schritt betraf die Sprachregelung: Am 31. Juli 1942 untersagte er aus »psychologischen Gründen« die Verwendung des »verherrlichte[n]« Ausdrucks »Partisan«. Statt dessen sollte nur noch von »Banditen, Franktireurs und kriminelle[n] Verbrecher[n]« gesprochen werden. (Die Bezeichnung »Banden« und »Banditen« setzte sich später durch.) Himmler unterzeichnete den Befehl in Helsinki, nachdem er drei Tage zuvor auf einem Zwischenstopp in Tallinn mit dem BdO Ostland, Jedicke, konferiert hatte.²⁹² Diese Regelung wurde von den regionalen SS- und Polizeidienststellen und auch von der Wehrmacht übernommen. Das Ostministerium hatte möglicherweise schon vorher diese Linie verfolgt.²⁹³ Die neue Ausdrucksweise signalisierte eine Verschärfung, widersprach allerdings in gewisser Weise sogar Hitlers Weisung, in der Verfolgung der Partisanen nunmehr eine erstrangige Kampfaufgabe zu sehen.

Schwerwiegender waren die nächsten Entscheidungen. Am 7. August befahl Himmler nach dem Muster des Unternehmens »Enzian« in Slowenien die Operationen »Wisent« und »Sumpffieber« zur »Bereinigung« des Bezirks Bialystok und des GK Weißruthenien von Partisanen, die im August und September durchgeführt wur-

verlegte Einschlüsse vorzugsweise in die Nähe von Verkehrslinien. Auch 1944 gab es noch Freihiebe. Siehe z.B. HSSPF Rußland-Mitte, Befehl über die Freimachung der Straße Mogilew-Rogatschew v. 6. 8. 1942, BA F 1172, Bl. 533f.; EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–31. 8. v. 1. 9. 1942, BA F 40168, Bl. 313; GebK Brest, Monatsbericht v. 22. 8. 1942, BA F 13751, Bl. 954; GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Allgemeiner Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 35; GK Weißruthenien, Abt. II Verw. an RKO, Betr.: Abholzungsaktionen v. 6. 1. 1943 und RKO, Abt. II Verw. an RMO v. 27. 2. 1943, BA F 13687, Bl. 672f. und 902f.; Okdo. H.Gr. Mitte, Ia/Gen.d.Pi. v. 14. 3. 1944, Entwurf eines Fschr. Okdo. H.Gr. Mitte v. 28. 2. 1944, BA-MA WF-03/5390, Bl. 199 und 234; OK I/508 (Swislotsch), Befehl Nr. 10 v. 23. 4. 1944, ZStA Minsk 410–1–1, Bl. 81; SS und Pol. Gebietsführer Borissow (Pleszenice) v. 17. 3. 1943, ZStA Minsk 391–2–15, Bl. 43; Beschreibungen bei Linkow, S. 535, und v. Vegesack, S. 203.

²⁹⁰ Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 11. 7. 1942, BA R 20/45b, Bl. 41; Terminkalender Himmler v. 9. 7. 1942, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 175. Teilnehmer an der Sitzung waren u.a. Daluege, Müller, Streckenbach, Knoblauch, Krüger, Schöngarth (HSSPF und BdS Generalgouvernement), Globocnik, Prützmann, Bach-Zelewski, Zenner und der BdO Ostland Jedicke. Himmler spielte auf die Entlassung Zenners in seiner Rede vor den SSPF am 16. 9. 1942 in Hegewald bei Shitomir an (BA NS 19/4009). Dabei hatte Zenner das Abholzungsprojekt angeregt: SSPF Weißruthenien an HSSPF Ostland v. 13. 6. 1942, BA F 14248.

²⁹¹ Siehe Reichsführer-SS, Chef des SS-Hauptamtes (Berger) an SS-Personalhauptamt (Schmitt) v. 17. 7. 1942; Befehl Chef der Ordnungspolizei (Daluege) v. 21. 7. 1942, BDC, PA Walter Schimana.

²⁹² Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Sonderbefehl v. 31. 7. 1942 (Abschrift), BA F 5492, Bl. 628, abgedruckt in: Rürup, S. 132. Nochmals als Kommandobefehl Nr. 65 des Kommandostabs Reichsführer-SS Nr. 65 v. 13. 8. 1942, BA-MA SF-02/37553. Vgl. Terminkalender Himmlers v. 28. und 31. 7. 1942, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 155 und 158; Programm für die Reise des Reichsführers-SS nach Finnland vom 28. 7. bis 6. 8. 1942, BA D-H ZM 1457, A. 2, Bl. 185.

²⁹³ Vgl. Berück Mitte, Ia 518/42g.Kdos. v. 31. 8. 1942 mit Auszug aus einem Befehl der H.Gr. Mitte v. 25. 8. 1942, BA-MA WF-03/13353, Bl. 1159f. Schamhaft wurde hier die offensichtliche Übernahme der SS-Terminologie damit kaschiert, die Regelung werde »auf Grund der Führerweisung Nr. 46« getroffen, in der davon aber gar keine Rede war. Ein entsprechender Erlaß Hitlers, des OKH oder OKW ist nicht bekannt. Ferner HSSPF Rußland-Mitte v. 10. 8. 1942, ZStL Versch.Bd. 117, Bl. 191f.; RMO, Abteilung Presse und Propaganda, Liste der häufigsten Ostbegriffe (undatiert), BDC O. 307, Bl. 4.

den.²⁹⁴ Kurz darauf begann die Ausweitung der Kompetenzen des HSSPF Rußland-Mitte Bach-Zelewski über seinen ursprünglichen territorialen Bereich hinaus. Diese Entwicklung sollte schließlich zu seiner Zuständigkeit als SS- und Polizei-Inspekteur für die Partisanenbekämpfung mit begrenzter Befehlsgewalt in ganz Europa führen und damit zur weitgehenden Übernahme der im Osten Weißrußlands von Bach-Zelewski mitentwickelten Methoden der »Bandenbekämpfung« im ganzen deutschen Machtbereich. Wie erwähnt, hatte Bach-Zelewski am 5. September 1942 Himmler um eine neue Position als »Inspekteur für die Bandenbekämpfung im gesamten Ostgebiet« ohne Befehlsgewalt unter Entbindung von seiner bisherigen Aufgabe gebeten.²⁹⁵ Am 9. September führte Himmler gleich mehrere Gespräche mit Bach-Zelewski und mit dem ehemaligen Chef der Einsatzgruppe B, Nebe. Nach einiger Bedenkzeit schlug Himmler am 22. September Hitler eine neue »Aufgabe für von d. Bach« vor und stellte anscheinend wie dieser einen Zusammenhang zur »Auswirkung der Führerweisung 46« her.²⁹⁶ Ursprünglich waren Himmlers Pläne andere gewesen: Der erst im Mai genesene Bach-Zelewski sollte als Nachfolger Heydrichs stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren werden, lehnte aber Frank als Staatssekretär ab, worauf Himmler das Projekt fallen ließ.²⁹⁷ Das zeigt deutlich Himmlers hohe Wertschätzung für Bach.

Am 24. Oktober ernannte Himmler Bach-Zelewski zum »Bevollmächtigten des Reichsführers-SS für Bandenbekämpfung« und stattete ihn mit nicht weniger als fünf Erlassen aus. Himmler traf an diesem Tag bis auf Jeckeln alle HSSPF aus den besetzten sowjetischen Gebieten, Bach-Zelewski, Prützmann und Korsemann. Entgegen Bach-Zelewskis Antrag wurde dieser gleichzeitig in seiner Stellung als HSSPF Rußland-Mitte belassen. Als »Bevollmächtigter« sollte er nicht nur Aufsichtsfunktion haben, sondern »Aufträge für die Befriedung einzelner, jeweils genau bezeichneter Gebiete« zeitlich begrenzt mit »durch Sonderbefehl unterstellten Einheiten« durchführen. Dafür galt sein Auftrag nicht in allen besetzten sowjetischen Gebieten. Vorläufig wurden ihm die 1. SS-Infanterie-Brigade, die Polizeiregimenter 13 und 14, das Freikorps Danmark und diverse Schutzmannschaftsbataillone unterstellt, ferner

294 Reichsführer-SS, Kommandostab, Abteilung Ia, Betr.: Unterdrückung der Bandentätigkeit im Regierungsbezirk Bialystock [sic] bzw. ...in Weißruthenien v. 7.8.1942, BA F 1640, Bl. 8263-8265 und 8268-8270. Vgl. die Schilderung dieser Unternehmen in den folgenden Abschnitten. Ferner Reichsführer-SS, Kdo.-Stab, Richtlinien für die Durchführung der Aktion gegen Partisanen und sonstige Banditen in Oberkrain und Untersteiermark v. 25.6.1942, ebd., Bl. 8271f.

295 »Ich glaube, daß ich in der Bandenbekämpfung die größte Erfahrung besitze«. Bach-Zelewski an Himmler persönlich v. 5.9.1942, BA NS 19/1671, Bl. 118-122.

296 Notizen Himmlers für den Vortrag bei Hitler am 22.9.1942. Genauer lautet die Eintragung: »VI. Sabotage und Bandenkrieg. 1) Auswirkung d.Führerweisung 46. 2) Aufgabe für von d.Bach. [...]« Abgedruckt in: Witte u.a.; Eichholtz 1982, S. 268. Der Vortrag Himmlers hatte zunächst am 17.9. stattfinden sollen, war aber nach seiner Besprechung mit Bormann und Jodl ausgefallen. Siehe Terminkalender Himmler v. 17.9.1942, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 107; ferner ebenso v. 9.9.1942, ebd., Bl. 115.

297 Die entsprechende Eintragung im Tagebuch Bach-Zelewski v. 11.7.1942, BA R 20/45b, Bl. 41, wird gestützt durch seine Bemerkung im Schreiben an Himmler v. 5.9.1942, dieser habe ihm in Lötzen, wo die betreffende Besprechung am 9.7. stattfand, eine »grössere Aufgabe« in Aussicht gestellt (BA-MA SF-01/3969, Bl. 166). Siehe auch Gottberg, S. 66. Laut dem Tagebucheintrag v. 24.8. (a.a.O., Bl. 45) hatte Bach an diesem Tag eine Besprechung mit Daluge (dem amtierenden stellvertretenden Reichsprotektor), Winkelmann und v. Bomhard in Prag. Es gab auch Pläne, Bach-Zelewski solle Daluge als Chef der Ordnungspolizei ablösen.

schwere Waffen zugewiesen. Weiter wurden ihm die Polizeibataillone, Schutzmannschaften und der SSPF im GK Weißruthenien unterstellt, verbunden mit dem Auftrag für Bach, dort eine umfassende »Befriedungsaktion« durchzuführen. So lange wurde der SSPF Weißruthenien der Zuständigkeit des HSSPF Ostland entzogen.²⁹⁸

Himmler reagierte damit einerseits auf Jeckelns aus seiner Sicht mangelhafte Durchführung des Unternehmens »Sumpffieber« im GK Weißruthenien und andererseits auf Lohses Beschwerde während eines Besuches in Minsk, SS und Polizei sicherten die Arbeit der Verwaltung dort zu wenig.²⁹⁹ Während Jeckeln, den Himmlers auch an ihn adressierte Weisung nicht erreicht hatte, auf Schimanas Mitteilung, er sei ihm nicht mehr unterstellt, ungläubig reagierte, begrüßte der Generalkommissar Kube den Auftrag an seinen alten »Mitarbeiter aus der Kampfzeit« Bach, weil damit »endlich in die Partisanenbekämpfung der richtige Zug gekommen« sei.³⁰⁰ Von da an bestand während Großunternehmen im GK Weißruthenien Funkverbindung zu Bach-Zelewski in Mogilew.³⁰¹ Die Ausweitung der Zuständigkeit Bach-Zelewskis aufs GK Weißruthenien und damit auf den größten Teil Weißrußlands war allerdings nicht plötzlich, sondern schrittweise durchgesetzt worden: Bereits im Juli 1942 bekam der damals neue SSPF Weißruthenien, Schimana, von Daluege den Befehl, sich auf dessen Aufforderung zunächst bei Bach zu melden, während Jeckeln nur Kenntnis erhalten sollte. Sein Anfang November eintreffender Nachfolger v. Gottberg wurde zur Einsetzung von Riga nach Mogilew zu Bach umdirigiert.³⁰² Zur anderen Seite hin, gegenüber dem Militär im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, versuchte Bach-Zelewski mit Hilfe seines Auftrags

298 Bei einem Treffen Himmlers mit den HSSPF in den besetzten sowjetischen Gebieten war auch Jeckeln beteiligt gewesen. Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 12. 6. und 24. 10. 1942, BA R 20/45b, Bl. 38 und 51f.; Terminkalender Himmler v. 24. 10. 1942 (das Blatt v. 6. 6. 1942 fehlt, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 65; Terminkalender Grothmann v. 6. 6. 1942, BA NS 19/3959. Die Bach in der Nacht zum 25. 10. ausgehändigten Erlasse waren alle auf den 23. 10. datiert. Sie wurden wohl nicht früher ausgestellt, sondern rückdatiert. Vier – betreffend das Ernennungsschreiben als »Bevollmächtigter für Bandenbekämpfung«, die Unterstellung der Einheiten, die Zuführung von schweren Waffen und Spezialeinheiten und der Auftrag, »das Generalkommissariat Weissruthenien zu befrieden« nebst Unterstellung der Polizeibataillone und Schuma – finden sich abschriftlich in Bach-Zelewskis Tagebuch. Ein weiterer über die Unterstellung des SSPF Weißruthenien (721/42 Ads gKdos.RF/V v. 23. 10. 1942) in BA NS 19/1671, Bl. 116 (u. a. an Jeckeln). Alle fünf Erlasse auch in MHA Prag KdoStab RF-SS 4-9. Vgl. Gottberg, S. 78; irrig ist aber die dort (S. 66) geäußerte Auffassung, Bach sei als Bevollmächtigter dem OKH unterstellt gewesen. – Anfang November gab Himmler Bach-Zelewski auch den Auftrag, die »Säuberung« des Gebiets beiderseits der Bahnlinie Brest-Pinsk-Gomel im RKU zu organisieren. KTB Berück Mitte 8. 11. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 925.

299 Fschr. Lohse an Himmler v. 20. 10. 1942, BA F 3355, Bl. 1782; zu »Sumpffieber« vgl. den folgenden Abschnitt. Himmler antwortete ihm am 27. 10., der Auftrag an Bach-Zelewski solle bewirken, daß die Zivilverwaltungsbeamten »etwas mehr Mut haben«. Himmler an Lohse v. 27. 10. 1942, ebd., Bl. 1772.

300 Dankschreiben Kubes an Himmler persönlich (»Ihr stets sehr ergebener«) v. 9. 11. 1942, ebd., Bl. 1759f.; erstes Zitat: Kube an Lammers v. 25. 11. 1942, BA 07.01, Nr. 4060, Bl. 46/R. Bach-Zelewski war als SS-Führer in Landsberg in Kubes damaligem Gau Kurmark tätig gewesen. Ferner Funkspruch Jeckeln an Himmler persönlich, dringend, v. 31. 10. 1942, BA F 3355, Bl. 1763.

301 Siehe z.B. KdoStab RF-SS, Ia, an Abt. I/N, Auszug aus dem Tätigkeitsbericht der 1. SS-Inf.Brig v. 16. 11.–30. 11. 1942 v. 7. 12. 1942, BA D-H Z/A I 8070, A. 3, unpag.

302 Daluege an Schimana v. 21. 7. 1942, BDC, PA Walter Schimana; v. Gottberg an Hildebrandt v. 5. 12. 1942, BA R 70 PL/93, Bl. 61; Tagebuch Bach-Zelewski v. 9. 11. 1942, BA R 20/45b, Bl. 59; siehe auch zwei Schreiben Schmitts (Chef SS-Personalhauptamt) an v. Gottberg, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sonderbd. GG, Teil 3, Bl. 155f.

durch Himmler auch in seinem Bereich als HSSPF zu profitieren, wurde dort jedoch auf die eindeutige Zuständigkeitsregelung in Hitlers Weisung Nr. 46 einschließlich v. Schenkendorffs Oberbefehl verwiesen.³⁰³ Deswegen blieb Bach-Zelewski bei seiner schon vorher geäußerten Haltung, vorerst keine weiteren Großunternehmen im rückwärtigen Heeresgebiet mehr unter seinem Befehl durchzuführen.³⁰⁴

Was auf den ersten Blick wie ein zweitrangiges Kompetenzgerangel erscheinen mag, beschleunigte das Übergreifen der im rückwärtigen Heeresgebiet erprobten »Großoperationen« auf das westliche Weißrußland. Diese Ausweitung war durch weitere Personalentscheidungen beeinflusst, die auf das Einwirken eines weiteren hohen SS-Führers zurückzuführen waren. Der Chef des SS-Hauptamtes, SS-Gruppenführer Gottlob Berger, hatte bereits im Februar 1942 erreicht, daß das von ihm protegierte, besonders brutale SS-Sonderkommando Dirlwanger zur Partisanenbekämpfung ins rückwärtige Heeresgebiet Mitte entsandt wurde.³⁰⁵ Berger, der generell versuchte, in den besetzten sowjetischen Gebieten eine wichtige Rolle zu übernehmen (vgl. Kap. 3.3), fühlte sich zu Initiativen in der Partisanenbekämpfung berufen, weil er in den zwanziger Jahren den etwaigen deutschen Partisanenkampf im Rücken der Franzosen in Südwestdeutschland vorbereitet und 1929 eine Schrift über die »Bekämpfung der Freikorpsgruppen im Rücken des Gegners« verfaßt hatte. Hier seien, so Berger, wegen des schwierigen Geländes Spezialeinheiten nötig.³⁰⁶ Die zuletzt beim Unternehmen »Peter« im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte eingesetzte Einheit Dirlwanger wurde im Januar oder Februar 1943 ins GK Weißruthenien verlegt und dort erstmals bei der Aktion »Hornung« verwendet. Sie unterstand faktisch dem SS-Hauptamt, einsatzmäßig aber offenbar direkt Bach-Zelewski.³⁰⁷ Zuvor landete Berger aber einen noch größeren Coup: im November 1942 löste Curt v. Gottberg Schimana als SSPF Weißruthenien ab. Gottberg stammte aus dem SS-Hauptamt und wurde offenbar von Berger bei Himmler für die neue Stelle lanciert; im Tausch wurde Zenner ins SS-Hauptamt übernommen.³⁰⁸ Mit dem Wechsel der Verantwortlichkei-

303 HSSPF Rußland-Mitte an Berück Mitte v. 25. 10. 1942 BA D-H ZM 1487, A. 19, Bl. 1–2 (»Auftrag [...] ist die Befriedung des Hinterlandes der Heeresgruppe Mitte, insbesondere Weißrutheniens«; Hervorhebung C. G.); Besprechungsnotiz v. d. Bach-Zelewski/v. Schenkendorff v. 27. 10. 1942 (Abschrift): »Auftrag [...] ist die Bandenbekämpfung in Weißruthenien (Hinterland der Heeresgruppe). [...]« IfZ Fb 101/34.

304 Siehe Bach-Zelewski an Himmler v. 5. 9. 1942, BA-MA SF-01/3969, Bl. 166; HSSPF Rußland-Mitte, Befehl für die Durchführung weiterer Befriedungsunternehmen nach Beendigung des Unternehmens »Karlsbad« v. 17. 10. 1942, BA-MA SF-01/4051, Bl. 213f.

305 Die Einheit hatte den Distrikt Lublin im Generalgouvernement wegen verschiedener Affären Dirlwangers verlassen müssen. Der Einsatz des Wildschützenkommandos in Polen war allerdings ohnehin nur als Verlegenheitslösung zu betrachten. Siehe Klausch, S. 46–58; zum Skandal um Dirlwanger BA D-H ZM 1454, A. 1. – Zum von Berger in die Einheit entsandten Personal zählte SS-Hstuf. Erwin Walser (1937–1942 in der Dienststelle Greifelt tätig) als Adjutant und Organisator: Auerbach, S. 260; BDC, PA Erwin Walser. Zum Verhältnis Berger-Dirlwanger vgl. Vern. Gottlob Berger v. 24. 5. 1948, Fall 11, dt. Protokoll Bl. 6133–6176; Kempner, 1964, S. 243.

306 Berger an Himmler v. 17. 6. 1942 (Entwurf), BA NS 19/1671, Bl. 27–28R. Berger behauptete später, die Literatur über das sowjetische Partisanenwesen seit 1928 gesammelt zu haben: Vern. Gottlob Berger vom Mai 1948, Fall 11, Protokoll (dt.), Bl. 6160.

307 Vgl. Fsch. SS-Sonderbt. Dirlwanger an Bevollmächtigten des Reichsführers-SS für die Bandenbekämpfung v. 17. 3. 1943, BA-MA SF-01/31691, Bl. 1025; .

308 Berger an Schmitt v. 17. 7. 1942, BDC, SSO-Akten Walter Schimana und Curt v. Gottberg. Das Intermezzo Schimanas bis Herbst war bereits vorgesehen. Siehe auch den Befehl Dalueges v. 21. 7. 1942, BDC,

ten von Jeckeln zu Bach-Zelewski und von Zenner über Schimana zu v. Gottberg trat ein Richtungswechsel zur Verschärfung der Partisanenbekämpfung im GK Weißruthenien ein, markiert durch die in höchstem Maß brutalen Operationen »Nürnberg«, »Hamburg« und »Erntefest« mit allein über 12 000 Toten.³⁰⁹

Zu den neuen Führungsstrukturen und dem neuen Führungspersonal kamen in der zweiten Jahreshälfte 1942 neue Vorschriften für die Partisanenbekämpfung. Hier zeigt sich ebenfalls deutlich, wie wenig SS und Polizei zu jener Zeit eine Führungsrolle zu übernehmen imstande waren. Denn die von Himmler verantwortete und im RSHA erarbeitete Broschüre »Bandenbekämpfung« vom September 1942 war derart allgemein, dürftig und stellenweise kindisch, daß von Neuauflagen abgesehen und statt dessen auf die neue Heeresvorschrift verwiesen werden mußte.³¹⁰ Allerdings galten die diesbezüglichen Heeresvorschriften ohnehin auch für die SS- und Polizeieinheiten.³¹¹ Inhaltlich ging die RSHA-Broschüre auf Großoperationen mit kaum einem Satz ein und ließ eine relativ wenig blutdürstige Taktik erkennen. Sie empfahl Vergeltungsmaßnahmen nur dann, »wenn ein subjektives Zusammenwirken der Bevölkerung mit den Banden festgestellt ist«, das heißt, wenn die Partisanen keinen Zwang ausgeübt hätten.³¹² Wesentlich ausführlicher und schärfer waren die Richtlinien in der »Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten« des OKW vom 11. November 1942.³¹³ Dort hieß es unter anderem: »Wer die Banden« durch »irgendwelche Maßnahmen unterstützt, ist todeswürdig.« Eine Ausnahme könne hier nur für die »arbeitsfähige männliche Bevölkerung« gelten, »die nachweislich durch Terror zu dieser Bandenunterstützung gezwungen worden ist« und dann »Strafarbeit« in Deutschland leisten solle. Das heißt, über Leben und Tod eines Teils der Menschen im Umland der Partisanen entschied ihr Wert als Arbeitskraft – Frauen und Kinder waren vorschriftsgemäß zu ermorden, und das nach einer nicht geheimen Heeresdienstvorschrift. »Gegen Dörfer, in denen die Banden Unterstützung irgendwelcher Art gefunden haben, werden Kollektivmaßnahmen in der Regel geboten sein.« Diese

PA Schimana. Zu Aktionen der Einheit Dirlewanger Tab. 20. – Auch Bach-Zelewskis zeitweiliger Stellvertreter als HSSPF Rußland-Mitte, SS-Brif. Georg Graf v. Bassewitz-Behr, war ein langjähriger Angehöriger des SS-Hauptamts: Gottberg, S. 162.

309 Charlotte v. Gottberg schrieb damals über ihren halbinvaliden Mann: »Er hat so enorme Erfolge, daß er bereits die Spangen zum E.K. I. und II. Klasse verliehen bekommen hat. Ich freue mich so für ihn, nun weiß er doch, daß er auch mit einem Bein noch zu etwas nütze ist.« Charlotte v. Gottberg an SS-Ogruf. Hildebrandt v. 15. 1. 1943, BA R 70 PL/93, Bl. 57.

310 Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Bandenbekämpfung (Geheim! 1. Ausgabe, September 1942). Gedruckt im RSHA, BDC, O. 217 I Banden, Bl. 1–18; auch BA F 14247. Vgl. Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im RMI, O-Kdo g4 (Ausb. 3), Betr.: Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten v. 10. 12. 1942 (Abschrift durch HSSPF Berlin/Brandenburg), BrLHA Pr. Br. Rep. 2 A Regierung Potsdam I Pol Nr. 359, Bl. 82/R.

311 Das hätte allerdings kein Grund sein müssen, die RSHA-Broschüre nicht weiter ergänzend zu verbreiten. Vgl. ebd., ansonsten die Übersendung der OKH-»Richtlinien für die Partisanenbekämpfung« v. 25. 10. 1941 durch den Chef der Ordnungspolizei Kdo I-Ia (1) 5 v. 17. 11. 1941, Nbg. Dok. NOKW-151, und die deshalb glaubwürdige schriftliche Erklärung Adolf v. Bomhard v. 2. 7. 1946 (Abschrift von Abschrift), ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. 4, Bl. 412R.

312 Wie Anm. 9/310 in dieser Darstellung, Bl. 82f.

313 OKW, Wfst/Op. 1216/42, Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten (Anhang 2 zur HDv 12/gez. Jodl, Nur für den Dienstgebrauch) v. 11. 11. 1942, BA R 6/354, Bl. 94ff.; auch als Nbg. Dok. NOKW-067. Cooper (S. 80) bezeichnet als Autor v. Buttler (Ia im OKW/Wfst).

könnten von verschärften Zwangsabgaben an Agrarprodukten über Wegnahme des Viehs bis zur »Vernichtung des gesamten Dorfes« reichen, die ein Offizier vom Rang eines Hauptmanns anordnen durfte. Zwar sollten »[u]ngerechte Strafen«, »Rohheiten und Willkürakte« vermieden werden, doch wo grundsätzlich »äußerste Härte« verlangt wurde, konnten diese Erwägungen leicht ins Hintertreffen geraten. Vor allem schrieb die »Kampfanweisung« die Taktik der Großunternehmen mit Kesselbildung fest.³¹⁴ Das Oberkommando der Heeresgruppe Mitte betonte bei Weitergabe der Vorschrift, daß Kollektivmaßnahmen nicht exzessiv angewandt werden dürften und meldepflichtig seien; doch »[ä]ußerste Härte ist notwendig«. So seien »die im Kampf gefangenen Banditen in der Regel nach kurzem Verhör zu erschießen« und ebenso 100 Meter links und rechts der Bahnen alle Zivilisten »ohne Anruf zu erschießen«.³¹⁵ Am 16. Dezember 1942 befahl Keitel zusätzlich, der »Kampf« gegen die Partisanen müsse »mit den allerbrutalsten Mitteln geführt« werden: »Die Truppe ist daher berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt.«³¹⁶ Die disziplinarische und kriegsgerichtliche Ahndung der deutschen Kräfte wegen ihres »Verhaltens« bei der Partisanenbekämpfung wurde verboten und damit der Kriegsgerichtsbarkeitserlaß ausgedehnt. Auch eine Weisung Hitlers vom 18. Oktober 1942 hatte in Weißrußland zu einer Verschärfung geführt.³¹⁷ Entscheidend war jedoch die Weiterentwicklung, Ausweitung und verallgemeinerte Anwendung der Taktik der »Großunternehmen«.

Unternehmen »Sumpffieber«

Am 7. August 1942 hatte Himmler den Befehl für die Aktion »Sumpffieber« unterzeichnet. Den Anspruch, den diese Operation erfüllen sollte, hatte er gleich im ersten Satz festgesetzt: »Die Bandentätigkeit in Weißruthenien wird in den nächsten Wochen grundsätzlich bereinigt.«³¹⁸ Tags zuvor hatte er das Vorhaben bei einer Zwischenlandung in Mogilew mit Bach-Zelewski und dem neuen SSPF Weißruthenien Schimana besprochen. Am 3. August hatte Wolff erreicht, daß Hitler die 1. SS-Infanterie-Brigade für die Partisanenbekämpfung Himmler zur Verfügung stellte.³¹⁹ Himmler

³¹⁴ Kampfanweisung, wie Anm. zuvor, Originalpaginierung S. 31–34 (Zitate), vgl. S. 10f. und 18ff.

³¹⁵ F Schr. Okdo. H.Gr. Mitte (Ia Nr. 10254/42geh.) v. 11. 12. 1942 an PzAOK 2 (gez. v. Kluge; Für die Richtigkeit: Unterschrift: v. Tresckow), BA D-H FW 490, A. 23, Bl. 36f.

³¹⁶ Chef OKW Wfst/Op(H) Nr. 004870/42g.Kdos., Betr.: Bandenbekämpfung v. 16. 12. 1942, abgedruckt in: Dokumente Heusinger, S. 129–130.

³¹⁷ Danach waren alle Partisanen, Fallschirmspringer etc. grundsätzlich zu töten. Der Führer Nr. 003830/42 g.Kdos. OKW/Wfst v. 18. 10. 1942 mit Begründung vom gleichen Tag, in: Hubatsch, S. 207ff. Zu den Auswirkungen KTB Berück Mitte, Ia, v. 25. 10. und 30. 10. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 896 und 908; Berück Mitte, Abt. VII/Mil.-Verw., Monatsbericht Oktober v. 9. 11. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 1009.

³¹⁸ Der Reichsführer-SS, Kommandostab, Abt. Ia Nr. 490/42g.Kdos. v. 7. 8. 1942, BA NS 19/1671, Bl. 80–82; F Schr. Himmler an Knoblauch v. 8. 8. 1942, BA NS 19/3509, Bl. 6. Siehe zur Befehlsgebung auch Vern. Georg Heuser v. 2. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4298.

³¹⁹ Vgl. F Schr. KdoStab RF-SS an Knoblauch v. 2. 8. 1942; HSSPF Russland-Süd v. 3. 8. 1942 sowie KdoStab RF-SS an 1. SS-Inf.Brig. v. 4. 8. 1942, ZStL CSSR Bd. 330, Bl. 40–42 (über wiederholte Telefonanrufe Wolffs); weiter Terminkalender Himmler v. 6. 8. 1942, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 149. Auch Himmlers Treffen mit Jedicke in Tallinn am 28. 7. dürfte der Vorbereitung des Unternehmens gedient haben; vgl. Anm. 9/292 in dieser Darstellung.

ler bestimmte, daß die Führung des Unternehmens bei Jeckeln liegen, die Ordnungspolizeinheiten von Schimana und die Waffen-SS-Einheiten vom Kommandeur der 1. SS-Infanterie-Brigade v. Treuenfeld geführt werden sollten. Der Generalquartiermeister des Heeres hatte eine Absperrung durch Truppen v. Schenckendorffs an der Ostgrenze des GK Weißruthenien zugesagt. Die Aufklärung für die Operation hatte schon Wochen zuvor begonnen. Unter Führung des Minsker Gestapochefs Heuser waren nicht nur Kräfte des KdS Minsk dazu eingesetzt, sondern auch Kommandos der Sipo und des SD aus Riga, Krakau und sogar Łódz, Posen und Danzig, insgesamt 2000 Mann, geleitet vom BdS Ostland Jost, dann von seinem Nachfolger Dr. Pifradner.³²⁰

Das am 22. August 1942 begonnene Unternehmen, das offiziell bis zum 21. September dauerte,³²¹ wurde aus Sicht der SS- und Polizeiführung ein Fehlschlag. Dafür war der Umstand entscheidend, daß es in nicht weniger als neun Teilaktionen zerfiel, die sich auf die Gebiete Borissow, Minsk, Sluzk, Slonim, Baranowitschi, Nowogrodek und Wilejka verteilten. Die beträchtlichen dabei eingesetzten Kräfte – etwa 6500 Mann – wurden auf diese Weise völlig zersplittert und ständig verlegt.³²² Von einer Großaktion mit Einkesselungstaktik konnte kaum die Rede sein. Das peinliche Verschweigen von Beute und eigenen Verlusten deutet darauf hin, daß es kaum zu wirklichen Gefechten kam. Auch als Vernichtungsaktion »taugte« die Aktion zunächst kaum: am 2. September, als Jeckeln auf Himmlers Weisung zu Bach-Zelewski fuhr, um »bei mir die Taktik der Partisanenbekämpfung sich abzug[c]ken«, wie dieser schrieb, erwog Jeckeln bereits, das Unternehmen abzubrechen.³²³ Erst danach, etwa ab dem 5. September – unter dem Einfluß Bach-Zelewskis – begannen jene Teilaktionen, die der Operation ein besonders blutiges Gepräge gaben, mit Schwerpunkt am Naliboki-Wald östlich Nowogrodek und im Dreieck zwischen Baranowitschi, Slonim und Iwazewitschi. Aus dem Gebiet des Naliboki-Waldes wurden 1217 Menschen umgesiedelt, ansonsten auf Befehl Jeckelns gezielt »mehrere in den Sumpfgeländen gelegenen [sic] Ortschaften, die als Unterschlupfporte dienten, ausgeräuchert und zerstört«, die Bewohner mehrerer Dörfer, so Bobrowitschi, Tupice und Wiado, an vorher ausgehobenen Gruben erschossen. Jeckelns Ergebnisbericht lautete schließ-

320 Siehe HSSPF Ostland 2000/42g, Abschlussbericht »Sumpffieber« v. 6. II. 1942, BA-MA SF-02/37614; Gruppe Arlt, Tätigkeitsbericht v. 25. 9. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 254 (spätestens ab 15. 8.); Vern. Georg Heuser v. 26. II. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1244–1247. Heuser war laut einer Aussage bereits ab Juni 1942 dafür im Einsatz – einerseits vielleicht eine Schutzbehauptung, denn er begründete damit, so habe er an den großen Judenvernichtungsaktionen im Sommer 1942 nicht teilnehmen können; andererseits brauchte die Vorbereitung einer aufs ganze GK Weißruthenien zielenden Antipartisanenaktion sicherlich Zeit. – Der BdS Ostland schickte 32 Führer, 244 Unteroffiziere und Männer, 350 unterstellte Letten und 100 »Russen«. KTB HSSPF Ostland, Einsatzstab Minsk, v. 23. 8. 1942, BA-MA SF-01/16388, Bl. 566–602 (auch in BA R 70 SU/16, Bl. 2–24R).

321 In zahlreichen Darstellungen wird ein falscher Zeitpunkt (zwischen 9. 2. und 9. 3. 1942) angegeben: Höhne, S. 339; N. Müller 1991, Einleitung, S. 79; Hesse, S. 280.

322 Es handelte sich um die 1. SS-Inf. Brigade, 2 Pol. Btl., 5 Gendarmerie-Züge (mot), 7 Schuma-Btl., die Sipo-Einheiten usw. Abschlussbericht, wie vorletzte Anm. Zum Verlauf KTB HSSPF Ostland, Einsatzstab.

323 Tagebuch Bach-Zelewski v. 2. 9. 1942, BA R 20/45b, Bl. 46; der Befehl dazu: Fschr. Himmler an Jeckeln v. 26. 8. 1942, BA NS 19/3165, Bl. 241. Vgl. KTB HSSPF Ostland, Einsatzstab Minsk, v. 2. 9. 1942, BA-MA SF-01/16388, Bl. 582.

lich: »389 bewaffnete Banditen im Kampf erschossen, 1274 Verdächtige abgeurteilt und erschossen, 8350 Juden exekutiert.«³²⁴ Um seine eigene Mordbilanz »aufzubessern«, hatte er persönlich kurzerhand die Ermordung fast aller Juden aus dem Ghetto von Baranowitschi angeordnet und sie zu den »Feindtoten« hinzugezählt.³²⁵ Einzelaktionen zur Fortsetzung forderten weitere Opfer, so am 26. September etwa 500 in Welikije Prussy, Gebiet Sluzk.³²⁶

Das Unternehmen »Sumpffieber« hatte eine Reihe von Konsequenzen. Die erste bestand in der Erkenntnis, daß man, wie sich Jeckeln ausdrückte, durch eine »einmalige Grossaktion« »nicht die restlose Vernichtung der Banditen erzielen konnte«. Nötig schien aus deutscher Sicht eine längerfristige, permanente Bekämpfung.³²⁷ Der SS- und Polizeispitze schien Jeckeln, der sich schlecht in Szene gesetzt und sich im Lauf der Operation wiederholt skeptisch über die Taktik der Großunternehmen geäußert hatte, für dieses Vorgehen nicht der richtige Mann.³²⁸ Also unterstellte Himmler den SSPF Weißruthenien, wie schon ausgeführt, dem HSSPF Rußland-Mitte. Lediglich bei Sipo und SD blieb Riga verantwortlich, denn Bach-Zelewski beauftragte den BdS Ostland mit der Aufsicht über den Einsatz.³²⁹ Zwar hatte Jeckeln die Erwartungen der SS-Führung nicht erfüllt – aber Himmler selbst hatte das Unternehmen befohlen, seine Grundkonzeption mitbestimmt und während des Einsatzes wiederholt direkt Einfluß genommen. So hatte er mittendrin den BdS Ostland Jost durch Dr. Pifrader abgelöst, diesen offenbar persönlich instruiert, und das Ende des Unternehmens hatte niemand anders als er festgesetzt.³³⁰ Die eingetretene Blamage war auch seine eigene, vor allem gegenüber der Zivilverwaltung, mit der die Abstimmung mangelhaft gewesen war. Zuvor vereinbarte »Ernteschuttkommandos« waren vorübergehend aufgelöst worden, bis der Eingriff der Rigaer und Berliner Stellen über war und die regionale deutsche Verwaltung nach ihren Protesten zur Tagesordnung übergehen konnte. Die Beschwerden über Partisanenaktivitäten rissen nicht ab, bekamen aber nun fast einen hämischen Unterton. Himmler selbst hatte sich eine Blöße gegeben, indem er erst einen Tag vor Schluß der Operation auf die Idee einer Vieherfassungsaktion gekommen war und durch die von Unkenntnis zeugende Anfrage bei der Zivilverwaltung in Minsk Kopfschütteln auslöste: »[W]ird dieses Vieh

324 KTB HSSPF Ostland, Einsatzstab Minsk, wie Anm. zuvor. Vgl. Urteil LG Traunstein Ks?/73 (unleserlich) gegen Enzinger, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bd. 36, Bl. 8429–8463; Bl. 8432 zitiert Jeckelns Einsatzbefehl Nr. 3: »alle in den Sumpf- und Waldgebieten des Einsatzraumes liegenden Dörfer sind zu vernichten.« Ähnlich 1. SS-Inf.Brig. (mot), Kommandeur, Tätigkeitsbericht 25. 8.–6. 9. 1942, BA NS 33/38, Bl. 228.

325 Vgl. S. 703 in dieser Darstellung. Die Ghettoaktion fand zwischen 22. 9. und 2. 10., also nach dem offiziellen Abschluß des Unternehmens »Sumpffieber« statt.

326 Vgl. Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 337–346; Kohl, S. 56f.; 1. SS-Inf.Brig., Tätigkeitsbericht 16.–30. 9. v. 3. 10. 1942, ZStL CSSR Bd. 393, Bl. 229–231. Allein am 19. 10. ermordete die Brigade 248 Menschen, darunter 135 »unbewaffnet im Walde angetroffen und erschossen«: Lagemeldung 1. SS-Inf.Brig. v. 20. 10. 1942, MHA Prag, KdoStab RF-SS 4–19.

327 HSSPF Ostland, Abschlussbericht Sumpffieber v. 6. 11. 1942, BA-MA SF-02/37614. Vgl. Heer 1995, S. 125.

328 Vgl. Abschlussbericht, wie Anm. zuvor; KTB HSSPF Ostland, Einsatzstab Minsk, v. 2. 9. 1942, wie viertletzte Anm. Dazu auch Matthäus 1995, S. 268, und Gottberg, S. 77f.

329 Siehe Befehl Pifraders v. 18. 11. 1942, in: Eine Schuld, S. 143–145.

330 Zu Josts Ablösung (offiziell am 10. 9. 1942) siehe Krausnick/Wilhelm, S. 639f. und 644. Himmler hatte Pifrader am 31. 8. 1942 in Wiesbaden gesprochen (Terminkalender, Sonderarchiv Moskau 1372–5–23, Bl. 123). Zur Beendigung der Operation KTB HSSPF Ostland, Einsatzstab, v. 2. und 21. 9. 1942, wie Anm. 9/323.

den Bauern abgekauft oder wird es nur beschlagnahmt?»³³¹ Die dritte Konsequenz aus der Operation war deshalb, die Partisanenbekämpfung den regionalen, geübten SS- und Polizeikräften und entsprechendem Führungspersonal zu überlassen, und das hieß besonders: dem HSSPF Rußland-Mitte Bach-Zelewski.

Abweichende Taktik im äußersten Westen: Repressalien und Partisanenbekämpfung im Bezirk Bialystok und im GK Wolhynien-Podolien seit Herbst 1942

Gleichzeitig mit dem Unternehmen »Sumpffieber« hatte Himmler am 7. August 1942 auch die Aktion »Wisent« im Bezirk Bialystok befohlen. Das gibt Anlaß zu betrachten, wie sich das Vorgehen bei der Partisanenbekämpfung dort vom übrigen Weißrußland unterschied. Es wurde bereits hinsichtlich der Judenvernichtung dargestellt, daß in diesem faktisch vom Reich annektierten Gebiet gewisse Vorstellungen von Landfrieden verwirklicht wurden, die seit der Amtsübernahme der Zivilverwaltung im August 1941 bis zum November 1942 verhinderten, daß ähnlich große und ungetarnte Erschießungen von Juden stattfanden wie sonst in Weißrußland. Sie führten auch dazu, daß die Juden des Bezirks fast alle in den Vernichtungslagern in Polen im Gas ermordet und größtenteils nicht erschossen oder auf andere Weise an Ort und Stelle umgebracht wurden. Auch die Verfolgungsmaßnahmen gegen politische Gegner waren andere. So spielten individuelle Verhaftungen und Standgerichtsurteile eine größere Rolle als anderswo in Weißrußland.

Zuständig für die Bekämpfung des bewaffneten Widerstandes war ein dem SSPF Bialystok unterstehender ständiger, aber nebenamtlicher Stab »Bandenbekämpfung« (BB), dessen Ia vom KdO und dessen Ic vom KdS gestellt wurde.³³² Der KdS richtete bereits im Frühjahr 1942 mehrere Außenstellen ein, die sich besonders in den Kreisen Bielsk und Wolkowysk intensiv mit der Partisanenaufklärung beschäftigten. 1943 wurde beim KdS Bialystok ein spezielles Referat »Bandenerkundung und Bekämpfung« geschaffen, und im April 1944 löste der KdS als neue »Zentralstelle für Bandenerkundung« den »Stab BB« ab – im Gegensatz zum GK Weißruthenien und zum Militärverwaltungsgebiet, wo Sipo und SD eher an Bedeutung bei der Partisanenbekämpfung verloren.³³³ Als neuralgischer Punkt für die »Sicherheitslage« im Bezirk Bialystok erschien der Urwald von Białowieża, nun quasi der östlichste Zipfel des

³³¹ F Schr. Himmler an Hauptabteilungsleiter Landwirtschaft des RKO v. 20. 9. 1942, dazu Freitag an Riecke v. 3. 10. 1942 und weiteren Schriftwechsel, BA-MA RW 31/250, Bl. 18–23, auch BA-MA (BAArchP)F 42749, Bl. 1168–1174. Landwirtschaftsführer zur Beschlagnahme waren allerdings auch bei diesem Unternehmen teilweise beteiligt (Vern. W. L. v. 20. 7. 1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bd. 11, Bl. 2067). Zu den Folgen der Aktion (»Bei der Erschießung der Bevölkerung wurden leider zu einem wesentlichen Teil gerade die friedlichen Elemente erfaßt«) Forstschutzkommando des Reichsforstmeisters, V. Abteilung, v. 12. 10. 1942, BA R 6/354, Bl. 117/R (Abschrift von Abschrift).

³³² Vern. Leberecht v. Bredow v. 23. 11. 1960, in: Documents Grodno, Bd. 2, S. 44. Der ehemalige KdO v. Bredow sagte aus, dieser Stab habe Bach-Zelewski unterstanden und sei bereits im Frühjahr 1942 gebildet worden. Bezeichnung und Unterstellungsverhältnis deuten aber – wenn sie nicht später geändert wurden und v. Bredow nicht lediglich den letzten Stand beschrieben haben sollte – auf eine spätere Entstehungszeit hin.

³³³ Vgl. S. 959–963 in dieser Darstellung. Siehe ansonsten Vern. H. P. v. 24. 2. 1961, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6134, Bl. 271ff.; BDC, PA Wolfgang Erdbrügger; Vern. Fritz Friedl v. 13. 6. 1949, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 8, Bl. 110; SSPF Bialystok, Stab BB [»Bandenbekämpfung«], Betr.: Meldedienst der Ordnungspolizei v. 25. 4. 1944, BA D-H ZM 1487, A. 21.

Reiches. Dort waren aber nicht SS und Polizei zuständig, die, anders als im GK Weißruthenien, auch schon vor dem Sommer 1942 mobile Einsatzkräfte wie das Polizeibataillon 323 und die Reserve-Polizeibataillone 13, 91 und 11 zur Verfügung hatten. Vielmehr regierte dort die Reichsforstverwaltung, die sich von Göring persönlich dort hinbeordeter Luftwaffenbataillone bediente. Mit Erfolg: sie konnten sich auf relativ kleine Aktionen beschränken, und noch auf den Mai 1943 bezogen mußte der ehemalige Partisanenkommandeur Grigori Linkow in seinen Erinnerungen feststellen, daß dort »die Faschisten seit Kriegsanfang sehr fest saßen. Dort gab es nicht einen einzigen Partisanenverband.«³³⁴ Dazu hatte eine Aktion vom Sommer 1941 beigetragen, bei der über 100 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und fast 20 000 Einwohner umgesiedelt worden waren. Da sie nicht allein die Kernzone des Urwaldes betraf,³³⁵ diente sie offenbar bereits zur präventiven Partisanenabwehr. Im ganzen Bezirk Bialystok waren die Partisanenaktivitäten geringer als im GK Weißruthenien, das ja größtenteils bis 1939 ebenfalls zu Polen gehört hatte, so daß ähnliche politische Voraussetzungen herrschten. Immerhin reichten die zustandekommenden Aktivitäten aus, seit Sommer 1942 die deutsche Verwaltung zu beunruhigen.³³⁶

Ziel des Unternehmens »Wisent« war die »totale Befriedung« des Bezirks Bialystok. Unter Führung Prützmanns als HSSPF Nordost in Königsberg sollte beim BdO Königsberg, Generalmajor der Polizei Müller, die Truppenführung und beim IdS Königsberg, Dr. Constantin Canaris (ein Neffe des Abwehrchefs der Wehrmacht), die Aufklärung liegen. Der Chef der Ordnungspolizei, das RSHA sowie das SS-Führungshauptamt sollten zusätzliche Einheiten bereitstellen.³³⁷ Über den Ablauf der Operation, die vom 1. September bis 15. Oktober dauerte, ist wenig bekannt, da weder Zwischenmeldungen noch ein Abschlußbericht vorliegen. Einsätze der SS-Infanterieregimenter 8 und 10 (1. SS-Infanterie-Brigade), die auf Himmlers Befehl hin kurzzeitig in den Bezirk verlegt wurden, kosteten mindestens 350 Menschenleben.³³⁸

334 Linkow, S. 529; bestätigt durch die Übersetzung eines Partisanenaufrufs, Widerstandskämpfer nicht weiter zu verraten, ZStL Versch.Bd. 131, Bl. 276f., und Grossman, S. 501. Vgl. KTB des Sich.Btl. der Luftwaffe zbV für 18. 7. 1942–18. 3. 1943 mit Anlagen und KTB Jäger-Sonderkommando der Luftwaffe Bialowies für 5. 3. 1943–4. 8. 1944 mit Anlagen, ZStL Versch. Bd. 131, Bl. 1–337 (= BA-MA RL 23/v. 9–12). Zum Res.Pol.Btl. 91 das Verfahren ZStL V 205 AR 512/63. Sieh auch Res.Pol.Btl. 91, Zusammenfassender Bericht über die zur Befriedung durchgeführten Einsätze sowie die sich daraus ergebenden Erfahrungen u. Hinweise im Betreuungsgebiet des Bataillons in der Zeit vom 10. 1. bis 9. 2. 1942, in: Documents Grodno, Bd. 6, S. 146–152.

335 Vgl. Der Bezirk Bialystok, BA F 15024 (S. 30); Niederschrift über die Besprechung am 4. November 1941 betr. die Grenze des Bezirks Bialystok, BA F 15024; KTB Pol.Btl. 322, BA F 56753; EM 91 v. 22. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2500; Hermann Held, SS-Untersturmführer, Bericht über die Banden-Bekämpfung im Reichs-Jagd-Gebiet Bialowieza am 26. September v. 29. 9. 1941, BA-MA SF-01/37546; Angrick/Voigt u. a., S. 337–39; Monkiewicz, S. 18–27. Siehe auch Schnellbrief des RFM v. 13. 10. 1941, wonach die entsprechenden Dörfer »meist auf besonders armen Böden« gelegen hätten (BA R 43 II/132a, Bl. 51).

336 Vgl. Tilitzki, S. 63.

337 Reichsführer-SS, Kommandostab, Abt. Ia, Kommandobefehl, Betr.: Unterdrückung der Bandentätigkeit im Regierungsbezirk Bialystok v. 7. 8. 1942, und Chef Ordnungspolizei (Winkelmann) an KdoStab RF-SS (Rode), beide BA-MA SF-02/37553.

338 Vgl. Himmler an Prützmann, Jeckeln und die 1. SS-Inf.Br. v. 23. 9. 1942 (Abschrift), BA-MA SF-02/37551; 1. SS-Inf.Br.(mot), Ia Tätigkeitsbericht für 16.–30. 9. v. 1. 10. 1942, ZStL CSSR Bd. 393, Bl. 230f.; 1. SS-Inf.Br. (mot), Ia, Tätigkeitsbericht für 1.–15. 10. v. 16. 10. 1942, BA-MA SF-02/37573; Zitat: HSSPF Rußland-Süd, Ukraine und Nordost, Bandenlage im Gebiet des Reichskommissariats Ukraine und im Gebiet Bialystok v. 27. 12. 1942, BA-MA F 3960, Bl. 809–811.

Das Fehlen von Meldungen und sonstigen Indizien deutet darauf hin, daß vielleicht gar kein Großunternehmen der Art stattfand, wie sie im übrigen Weißrußland durchgeführt wurden. Der von Canaris persönlich überwachte Sipo-Einsatz mündete in dauerhafte Aufklärungskommandos und -posten, die erst im Frühjahr 1943 aufgelöst wurden und bis dahin unter dem Stichwort »Wisent« liefen.³³⁹

Statt der Großoperationen bevorzugten die Deutschen im Bezirk Bialystok eine Mischung verschiedener anderer Unterdrückungs- und Verfolgungsmethoden. Dazu gehörten eine relativ dichte Belegung der Region mit Polizei- und Sicherungskräften, individuelle Verfolgungsmaßnahmen, Zwangsumsiedlungen und Repressalien gegen einzelne Dörfer zur Abschreckung der Bevölkerung. Individuelle und kollektive Vergeltungsmaßnahmen waren von der Gendarmerie und den Polizeibataillonen schriftlich »auf dem Dienstwege« zu beantragen und mußten in jedem Fall vom SSPF Bialystok genehmigt werden. Nach der Vorschrift mußten in den Anträgen »genaue Vorschläge enthalten sein; z.B. Höhe der zu entrichtenden Geldbuße, Name und Wohnort der bezw. des zu Erschießenden, Dorf und genaue Bezeichnung der abzubrennenden Gehöfte«. Eine Stellungnahme des Amtskommissars war beizufügen.³⁴⁰ Auch das relativ enge Verwaltungsnetz spielte dafür eine Rolle. Wo mehr deutsches Personal eingesetzt war, konnte intensiver direkte Kontrolle ausgeübt werden, so daß weniger scharfe Gewaltmaßnahmen zur Einschüchterung erforderlich erschienen. Außerdem mußte so die Agrarproduktion im relativ ertragreichen Gebiet um Grodno weniger in Mitleidenschaft gezogen werden als in anderen weißrussischen Landesteilen.

Von Frieden oder einer völkerrechtskonformen Besatzungspolitik konnte trotzdem keine Rede sein. Seit 1942 wurden bei einer Reihe von schweren Repressionsakten mehrere tausend Menschen ermordet und diese Fälle im ganzen Bezirk bekannt gemacht, ja damit agitiert. So wurde am 4. Mai 1943 die Ortschaft Laski, Rayon Kamenez, mit mindestens 180 Einwohnern vom I. Bataillon des Polizeischützenregiments 34 vernichtet.³⁴¹ Am 23. Juli 1943 überfiel ein Sipo-Kommando Knjashewodzy bei Mosty, ein großes Dorf mit 200 Höfen, und brachte alle 900 Bewohner in ihren Häusern mit Maschinenpistolen und MGs um. Überdies wurden 100 Familien aus dem Kreis Białystok erschossen, nachdem bei zwei Überfällen ein deutscher Polizist getötet und einer verwundet worden war.³⁴² Zuvor waren schon die Einwohner von Szaulitschi, Kreis Wolkowysk, und über 1000 Geiseln im Kreis Łomża als Reaktion auf die Tötung von 14 deutschen Funktionsträgern und Kollaborateuren ermordet worden.³⁴³ Das schwerste Verbrechen dieser Art war die Vernichtung der Orte

339 Vgl. Vern. J. Q. v. 7. 5. 1969, ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Bd. 3, Bl. 40–42, und das ganze genannte Verfahren; Vern. ders. v. 25. 11. 1960, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6135, II-2, Bl. 230f.; Vern. Wilhelm Altenloh v. 21. 9. 1960, Documents Grodno, Bd. 2, S. 2f.

340 KdG Bialystok, Richtlinien für die Gendarmerie betr. Vergeltungsmassnahmen anlässlich Gewalttaten von Banditen u.s.w. (vertraulich) v. 8. 5. 1942, Sonderarchiv Moskau 1323–2–238, Bl. 6.

341 SSPF Bialystok, Betr.: Vergeltungsmaßnahmen v. 2. 4. 1943, BA F 16032, auch ZStL Versch. Bd. 131, Bl. 278–280; KTB Jäger-Sdrkdo. der Luftwaffe Bialowies v. 4. 5. 1943, ebd., Bl. 146; vgl. Romanowski u. a., S. 60 (Zahl der Opfer mit 180, vom Jäger-Btl. mit 207 angegeben). Siehe auch KTB 1. Kp. Res. Pol. Btl. 13 v. 4. 6. und 16. 7. 1942, BA R 20/76.

342 Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 163; Romanowski u. a., S. 59; KdS Bialystok, Bekanntmachung v. 23. 7. 1943, NWStA Detmold D 21 A Nr. 6332, B II-4, Bl. 10f.

343 KdS Bialystok, Bekanntmachung v. 15. 7. 1943, in: Documents Grodno, Bd. 4, S. 389.

Bajki, Nowosadi und Kolki bei Pruzany am 22. Januar 1944, wobei 987 Menschen starben – alle außer denen, die sich »einwandfrei verhalten« hatten, in Wahrheit waren die Opfer aber größtenteils Frauen und Kinder –, und des Dorfes Zinjani, Kreis Grodno, mit 484 Einwohnern. An diesem Fall sieht man deutlich, daß es sich um eine Abschreckungs- und nicht um eine eigentliche Vergeltungsmaßnahme handelte.³⁴⁴ Die Gesamtzahl der Opfer der »Partisanenbekämpfung« im Bezirk Bialystok dürfte also höher gewesen sein als von Bernard Mark beziffert (3000),³⁴⁵ war jedoch im Verhältnis deutlich geringer als in anderen weißrussischen Regionen.

Ein besonderes Kennzeichen der Besatzungspolitik im Bezirk Bialystok blieb die ganze Besatzungszeit über der Versuch, Probleme besonders im südöstlichen Gebiet Białowieża-Pruzany durch Umsiedlungen zu lösen, wie es bereits 1941 mit der Evakuierung rund um das Urwaldgebiet und das Projekt »Judenstadt Pruzany« geschehen war (vgl. Kap. 71d). Nur verknüpften die deutschen Behörden nunmehr Juden- und »Befriedungspolitik«. Bauern aus dem Umland des Urwalds von Białowieża sollten die zu ermordenden Juden in Bialystok und anderen Städten ersetzen: Dieser Plan Kochs und seiner Zivilverwaltung wurde von Himmler und dem RSHA aufgegriffen (vgl. Kap. 74d). So verlautete schon auf der Judenratssitzung in Bialystok am 8. November 1942, sechs Tage nach seiner Absperrung, das Ghetto solle verkleinert werden: »5000 Polen oder Weißrussen sollen untergebracht werden.«³⁴⁶ Ein entsprechender Austausch fand tatsächlich statt. Wenig später berichtete die Rüstungsaußenstelle Bialystok:

»Für die abtransportierten Juden sind im Bezirk Bialystok mehrere 1000 Weißruthenen als Arbeitskräfte angesiedelt worden. Die Leute stammen vom Lande und aus den Wäldern und sind bisher Kleinbauern oder Waldarbeiter gewesen. [...] Die Lebensbedingungen für diese Leute sind äusserst schlecht, weil sie keine ordnungsmässigen Wohnungen bekommen haben und auch in ganz unzureichendem Maße mit Lebensmitteln und Brennholz versorgt werden. Die Juden konnten mit so geringen Zuweisungen auskommen, weil sie sich vieles selbst machten bzw. durch Schiebergeschäfte erwarben. [...] Die Deutsche Arbeitsfront bemüht sich in Lehrgängen Polen und Ruthenen handwerklich auszubilden, um eine Weiterarbeit nach Abtransport der Juden zu ermöglichen.«

Doch weder von ihrer Zahl noch von ihrer Ausbildung her könnten die Landbewohner die Juden vorläufig ersetzen.³⁴⁷ 1943 sollen weitere 8000 Menschen aus der Gegend »bei Bialowicza und Pruzany« in die Stadt Bialystok gekommen sein, die wegen Partisanenaktivitäten in ihrem Bereich evakuiert wurden.³⁴⁸ Dieser Versuch,

344 Ebenso v. 28. 1. 1944, ebd., S. 395. Anlaß waren mehrere Überfälle, größtenteils allerdings im Kreis Bialystok, bei denen sechs Deutsche getötet und drei verwundet worden waren. Ferner Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 135–138; Kohl, S. 43–45; Ainsztein, S. 70 (mit falscher Monatsangabe); ebenso Protokoll der Bezirkskommission Wassilischki v. 27. 4. 1945, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bd. 36, Bl. 5249f. Kritik kam von der Wehrmacht: Stellvertretendes Generalkommando I. Armeekorps (Wehrkreiskdo. I) an H.Gr. Mitte v. 22. 2. 1944, BA-MA WF-03/5390, Bl. 266.

345 Mark, Widerstandsbewegung (Übersetzung in ZSt Dortmund 45 Js 30/65, Beiakte, S. 19). Mark spricht von 18 niedergebrannten Dörfern.

346 Übersetzung/Inhaltsangabe der Judenratssitzung am 8. 11. 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6188.

347 Bericht der Aussenstelle Bialystok der RüIn I für die Zeit v. 1. 10.–31. 12. 1942, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6278.

348 Schriftl. Aussage des polnischen Zeugen Z. W. v. 31. 10. 1947, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6175; vgl. Vern.des ehemaligen KdS-Beamten A. S. v. 22. 2. 1961, ebd., Nr. 6134, Bl. 261.

»Ersatz« zu schaffen, scheiterte aus verschiedenen Gründen, so weil bei der Ghetto-liquidierung in Białystok im August 1943 die Produktionsmittel zum Teil in den Distrikt Lublin abtransportiert wurden. Wie so oft, verliert sich die Spur einer so großen Umsiedlungsaktion aus Quellenmangel im Dunkel.

Im eigentlich weißrussischen Teil des GK für Wolhynien und Podolien lagen die Verhältnisse ähnlich. Auch hier führten SS und Polizei im September und Oktober 1942 einen Großeinsatz durch, aber dann kam man von dieser Taktik ab. Jedoch ist hier kurz auf die Operation vom Herbst 1942 einzugehen, besonders weil eine ungewöhnliche Fülle von detaillierten Quellen dazu vorliegt. Die Aktion hatte ebenso Anfang August 1942 ihren Ausgangspunkt wie die Unternehmen »Sumpffieber« und »Wisent«. Am 12. August 1942 gab der Kommandostab Reichsführer-SS den Befehl, die Polizeibataillone II. und III./Pol. 15 (früher 306 und 310) nach Brest zu entsenden. Himmler traf sich zwei Tage später mit dem HSSPF Prützmann, dem BdS Ukraine, Dr. Thomas, und dem BdO v. Oelhafen, wenig später auch mit Reichskommissar Koch.³⁴⁹ Seit dem 1. September befand sich der Einsatzstab des BdO in Kobryn. Ein weiteres Polizeibataillon sowie die Polizei-Reiter-Abteilung II würden noch im August in den Raum Brest-Pinsk verlegt.³⁵⁰ Die Aktion, die gleichzeitig dazu diente, Juden und »Ostmenschen« zu vernichten, hatte den Zweck, aus dem Norden und Osten kommende Partisanenverbände am Weitermarschieren ins GK Wolhynien-Podolien und an der etwaigen Vereinigung mit den ukrainischen, allerdings meist sowjetfeindlichen Partisanen zu hindern. Prützmann sah dafür gleich nach Hitlers Grundsatzweisung – und wie man sieht, sogar schon vorher – die Zeit gekommen.³⁵¹ Himmler hatte bereits am 25. Juli sein neues Hauptquartier in der Nordukraine bezogen (»Hege- wald« in der Nähe von Shitomir) und übte von da aus persönlichen Einfluß aus.³⁵² Der Einsatzstab für die Aktion, der eng mit dem SSPF Wolhynien-Podolien zusammenarbeitete, wurde bis Ende November 1942 vom BdO Ukraine geleitet. Dies war zunächst Otto v. Oelhafen, der im Oktober von Adolf v. Bomhard abgelöst wurde. (Bomhard galt nach dem Krieg als unbelastet, weil er im November 1923 Hitler nach seinem Putschversuch in München verhaftet hatte.) Ende 1942 übernahm offenbar Prützmann selbst zumindest bis zum August 1943 die Führung des Stabes, der zur Dauereinrichtung wurde.³⁵³

349 Vgl. Fschr. KdoStab RF-SS an Hauptamt Orpo v. 12. 8. 1942, BA-MA SF-02/37553, und wie Anm. 7/1127 in dieser Darstellung. Die Pol. Rgter. 15 bis 17 hatte der Chef der Ordnungspolizei ursprünglich für das Unternehmen »Sumpffieber« bereitgestellt: Fschr. Jeckeln an Himmler v. 15. 8. 1942, MHA Prag KdoStab RF-SS 4-17; Fschr. Rode (KdoStab RF-SS) an Winkelmann (Hauptamt Ordnungspolizei) v. 12. 8. 1942 über Inmarschsetzung der Bataillone II. und III./Pol. 15, ebd.

350 Wie Anm. 7/1125 und 1129; auch BdO Ukraine -Einsatzstab-, Einsatzbefehle Nr. 1-3, Betr.: Bandenbekämpfung im Generalbezirk Wolhynien-Podolien (gez. v. Oelhafen) v. 26. 8. 1942, ZStL UdSSR Bd. 411, Bl. 473.

351 Vgl. GK Wolhynien-Podolien (Schoene) v. 1. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 128; HSSPF Rußland-Süd, Ukraine und Nordost, Bandenlage im RKU und im Gebiet Białystok v. 27. 12. 1942, BA-MA F 3960, Bl. 809-811; Kuhr, Hauptmann der SchP., Vortrag für den 25. 11. 43 v. 23. 11. 1943, BA R 20/50, Bl. 230. Kuhr war 1942 Kompanieführer im I./Pol. 15 (Pol.Btl. 306).

352 Terminkalender Himmler v. 24. 7. 1942, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 162.

353 Briefe Hermann Engelhaupt an den BdO Prag v. 31. 3. 1943 und an Querner v. 3. 8. 1943, BDC, PA Hermann Engelhaupt (der selbst Ia, später als Nachfolger des SS-Brf.v. Treuenfeld Stabschef im Einsatzstab war); Vern. H. E. v. 16. 11. 1959, ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 845-853; ders. v. 29. 4. 1964, ZStL 204 AR-Z

Die Aktion lief zeitweise unter dem Decknamen »Dreieck«. Sie war kein Kessel-treiben in der beschriebenen Weise, sondern die Polizeieinheiten wurden dezentral aufgeteilt und hatten kleinere Aktionen von ihren Stützpunkten aus zu unternehmen. Ähnlich wie im Bezirk Bialystok wurden KdS-Außenstellen für die Partisanenaufklärung eingerichtet.³⁵⁴ Dieses Vorgehen wurde aber mehrmals für größere Vernichtungseinsätze unterbrochen. Den größten führte zwischen dem 23. und 27. September 1942 das III./Pol.Rgt. 15 in Verbindung mit der dem Gebietskommissar unterstehenden Polizeikompanie Nürnberg im Rayon Malorita (Gebiet Brest) durch. Sie ermordeten in den vier Dörfern Kortelisi, Borki, Borisowka und Sabolotje (Zablocie) insgesamt 4038 Menschen – allein in Kortelisi 2875, davon 1624 Kinder.³⁵⁵ Die Mörder handelten unvorstellbar grausam, wie so oft. In Kortelisi wurden die Frauen teilweise in einem Teich ertränkt, Kinder mit Bajonetten aufgespießt, ähnlich in Borki. In Borisowka wurden sogar von Vertretern des KdS-Außenpostens in Dywin »die Exekutionsmethoden der Schutzpolizei hinsichtlich ihrer Humanität in Zweifel gezogen«.³⁵⁶

Zwar sind die entsprechenden Berichte schon veröffentlicht worden, doch sollen hier einige Passagen zitiert werden, damit man sich ein Bild über das organisierte Vorgehen der Polizeieinheiten machen kann. Der stellvertretende Kommandeur der 10. Kompanie des Polizeiregiments 15, Oberleutnant Müller, berichtete:

»Am 21. 9. 42 erhielt die Kompanie den Auftrag, die Ortschaft Borky, 7 km ostwärts Mokranie zu vernichten. [...] Bei der Bereitstellung der Panjewagen wurden einige unwillige Bauern namentlich festgestellt, deren Bestrafung durch die Komp. veranlaßt ist. [...] Die Karte zeigte die Ortschaft Borky als ein geschlossenes Haufendorf an. Die Wirklichkeit ergab aber, daß diese Siedlung eine Ausdehnung von 6 und 7 km in der Tiefe und Länge hatte. Mit dem Hellwerden erkannte ich diese Tatsache, klappte die Absperrung der Ostseite auf und umfaßte das Dorf zangenförmig unter gleichmäßiger Auseinanderziehung der Postenzwischenräume. Dadurch gelang es mir, alle Bewohner des Dorfes restlos zu erfassen und zum Sammelplatz zu

393/59, Bl. 3716f.; Briefe Adolf v. Bomhards an Daluege v. 12. und 26. 12. 1942, BA F 14247; SSPF in Brest-Litowsk, Betr.: Führungsstab v. 22. 8. 1942, ZStL UdSSR Bd. 411, Bl. 439; HSSPF Rußland Süd u. a. an SSPF (»Stäbe für B[anden] B[ekämpfung] Owrutsch u. Pinsk«) v. 7. 12. 1942, BA-MA SF-02/37616; Beschreibung der Stabsaufgaben in: HSSPF Rußland-Süd, Tgb.Nr. 8/43(g) v. 25. 1. 1943 (Abschrift), BA R 19/281, Bl. 39f. Zu v. Bomhards Rolle 1923 (der nach dem Krieg durch zahlreiche Entlastungs-Falschaussagen zugunsten von Gendarmen und Schutzpolizisten eine folgenschwere Rolle spielte): Verteidigungsschrift v. d. Bach-Zelewski v. 12. 12. 1950, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. 7, Bl. 79.

354 Vgl. KTB Pol.Btl. 310 v. 5. und 22. 9. 1942, ZStL UdSSR Bd. 411 (auch BA-MA SF-03/35351 unpag.), Bl. 360 und 369; Vortragspapier Kuhr v. 23. 11. 1943 und Bericht Prützmann v. 27. 12. 1942, beides wie Anm. 9/351 in dieser Darstellung.

355 Siehe III./Pol. 15, Ia, Einsatzbefehl zur Vernichtung von Ortschaften v. 22. 9. 1942 (gez. Holling), BA-MA SF-03/35350, auch BA D-H ZM 1479, A. 2 (ein mündlicher Befehl war am 21. 9. vorausgegangen), abgedruckt in: Eine Schuld, S. 130f.; dort ist jedoch versehentlich der Satz »Kp. Nürnberg vernichtet Kortelisi« weggelassen, dagegen nicht bei Kohl, S. 200. Kortelisi (zur Vernichtung des Ortes Kohl, S. 38–42) liegt etwa 2 km von der weißrussischen Grenze entfernt in der Ukraine, die anderen Orte auf der weißrussischen Seite. Zu diesem Ort auch Tobias, S. 10.

356 Darüber wiederum beschwerte sich der Kompaniechef und Hauptmann der Schutzpolizei Kasper: 9./Pol. 15, Sonderbericht v. 28. 9. 1942, BA-MA SF-03/35350; Kohl, S. 200; Interviewaufzeichnungen von Paul Kohl (dem ich für diese Materialien danke) mit F. Rudniuk und M. Kandranowa aus Borki; zu besonderen Grausamkeiten in Borisowka Romanowski u. a. S. 43.

verbringen. Als vorteilhaft hat sich erwiesen, daß der Zweck des Zusammentreibens der Bevölkerung bis zum letzten Augenblick unbekannt blieb. Auf dem Sammelplatz herrschte Ruhe und die Zahl der Bewachungskräfte konnte auf ein Minimum beschränkt werden und der weiteren Aktion zur Verfügung stehen. Das Schaufelkommando erhielt die Spaten erst am Exekutionsplatz, auch dadurch blieb die Bevölkerung von dem Bevorstehenden in Unkenntnis. Unauffällig aufgebaute LMG erstickten eine aufkommende Panik im Keime, als die ersten Schüsse vom 700 m entfernten Exekutionsplatz zu hören waren. Die Exekution begann um 9.00 Uhr und hatte um 18.00 Uhr ihren Abschluß gefunden. Von 809 Zusammengetriebenen wurden 104 als politisch zuverlässig und deren Angehörigen [sic] auf freien Fuß gesetzt, darunter befanden sich bewährte Arbeiter des Gutes Mokranie. Die Exekution verlief reibungslos, das Verfahren erwies sich als durchaus zweckmäßig. [...]

Die Zahl der Exekutierten belief sich auf 705 Personen. Davon fielen:

Auf Männer	203
" Frauen	372
" Kinder	130.

[...] Sämtliches sichergestelltes Getreide, Gerät und Vieh wurde dem Verwalter des Staatsgutes Mokranie übergeben. [...]

Bei der Aktion Borky wurden an Munition verbraucht:

Gew.-Mun.	786 Schuß
Pist.-Mun.	2496 Schuß.

Ausfälle hatte die Kompanie nicht. Ein Wachtm. wurde wegen vermutlicher Gelbsucht ins Lazarett in Brest eingeliefert.³⁵⁷

In Wirklichkeit hatte der besagte Wachtmeister zunächst einige Dorfbewohner zu retten versucht und dann offenbar einen Nervenzusammenbruch erlitten.³⁵⁸ Drei Tage vorher, also noch vor dem Mordbefehl, hatte eine Einwohnerzählung in Borki stattgefunden. Die Opfer der Exekution hatten sich vorher entkleiden müssen, was der Bericht übergeht. Die Zahl der Ermordeten wurde von den Sowjets später mit 711 festgestellt.³⁵⁹ Der Gutsverwalter in Mokranie konnte über mindestens 1110 Stück Vieh, 70 Panjewagen und 200 Pflüge und Eggen quittieren. Es handelt sich übrigens nicht um eine Verwechslung mit dem oben dargestellten Massaker in Borki, Rayon Kirow, das 400 Kilometer entfernt liegt: die Deutschen vernichteten in Weißrußland nicht weniger als elf Dörfer namens Borki – und 18 namens Sabolotje.³⁶⁰ Über die Vernichtung von Sabolotje, Rayon Malorita, berichtete der Chef der 11. Kompanie, Hauptmann Pöhls, unter anderem:

»Der 1., 2. und 3. Zug erreichte am 22. 9. 42, gegen 18.00 Uhr, in eigenen Kfz. den Westausgang von Mokranj [...]. Nach einer kurzen Lagebesprechung und Kräfte-

357 10./Pol. 15, Erfahrungsbericht über die Vernichtung der Ortschaft Borky in der Zeit vom 22. 9.–26. 9. 42 v. 28. 9. 1942 (handschriftlich), BA D-H ZM 1479, A. 2, abgedruckt in: Eine Schuld, S. 134–136.

358 Vgl. die Überlebendenaussagen bei Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 447–458; Adamowitsch, Vorwort, S. 17–19, ebenso zum folgenden.

359 Ortsbesichtigung in Borki v. 11. 10. 1993. Die Exekution fand auf dem Friedhof in der angegebenen Entfernung vom Dorf statt. Dazwischen lag freies Feld, wie auch rund um das Dorf. Borki hat heute etwa 150 Einwohner.

360 Vgl. Romanowski u. a., S. 48, 55 und 86 f. bzw. 49, 58 und 114. In einem Teil der Fälle wurden nicht alle Einwohner ermordet.

verteilung erfolgte gegen 23.00 Uhr der Abmarsch in Richtung Zablocie. Die für die Aktion eigens mobilisierten 93 Panjefahrzeuge wurden unter einem Bewachungskommando Stärke 1/4 am Ortseingang für späteren Abruf zurückgelassen. Als Wegekunder befanden sich bei der Kompanie der Kreislandwirt, der Rayonchef von Maloryta und 2 Dolmetscher.

Am 23. 9., gegen 2.00 Uhr, wurden die ersten einzelnstehenden Gehöfte der Ortschaft Zablocie erreicht. Während das Gros weiter in Richtung des Dorfes in die Absperräume marschierte, wurden die Einzelgehöfte von einem Kommando umstellt und die Bewohner herausgeholt. [...] Die Mehrzahl der Dorfbewohner ging gefaßt und auf Grund ihres schlechten Gewissens nicht ahnungslos ihrem wohlverdienten Schicksal entgegen. [...] Die Aktion hatte folgendes Ergebnis: Es wurden 289 Personen erschossen, 151 Gehöfte niedergebrannt, 700 Stück Rindvieh, 400 Schafe und 70 Pferde eingetrieben. [...]«³⁶¹

Der Hauptmann der Schutzpolizei Kasper, Chef der 9. Kompanie, berichtete:

»Auftrag: Der bandenverseuchte Ort Borysowka ist durch die 9. Kompanie zu vernichten. [...]

Nach Überprüfung der Bevölkerung unter Hinzuziehung der Sicherheitspolizei aus Dywin wurden 5 Familien nach Dywin umgesiedelt. Der Rest wurde durch ein besonders eingeteiltes Kommando erschossen und 500 m nordostwärts Borysowka begraben. Es wurden insgesamt 169 Personen erschossen, davon 49 Männer, 97 Frauen und 23 Kinder. [...] Nachdem die Bevölkerung selbst beseitigt war, wurde der Ort selbst durchgekämmt [...]. Die Vollstreckung des Erschießungsurteiles hat sich durch die Vorbereitungen (Grabschaukeln) bis gegen Mittag des 1. Tages hingezogen. [...] Der Kompanie stand ein Treck von rund 300–350 Panjefahrzeugen und etwa 60 Einheimische als Viehtreiber zur Verfügung. Trotzdem nahm der Abtransport viel Zeit in Anspruch, da das Fassungsvermögen der Panjefahrzeuge gering ist und der Weg nach Dywin zeitraubend war.«³⁶²

Man sieht, wie »umsichtig« die deutschen Einheiten vorgingen. Die Berichte sind typisch: auf diese Weise wurden tausende Dörfer nachts generalstabsmäßig umstellt, was wilde Exzesse zunächst einmal ausschloß. Auch die Methoden, die Bevölkerung durch Täuschung und Ungewißheit unter Kontrolle zu halten, ähnelten sich. In allen drei Dörfern gab es, wie angedeutet, sehr wohl besondere Grausamkeiten, die die Berichte verschweigen, doch aus organisatorischen Notwendigkeiten heraus ging die große Mehrzahl der Morde wie bei fast allen Aktionen diszipliniert vor sich, auch soweit es sich nicht um Grubenerschießungen handelte wie hier. Die Zusammenarbeit mit der Agrarverwaltung war ebenfalls üblich. Fast jede solche Tat fand vor einer großen Öffentlichkeit statt, da beinahe immer Dutzende von Panjekutschern aus den umliegenden Dörfern anwesend waren oder später hinzukamen, die teils Bedauern und Ablehnung äußerten, teils aber auch für sich plünderten, und die später nicht etwa als

³⁶¹ 11./Pol. 15, Erfahrungsbericht über den Verlauf des Einsatzes lt. Batls.-Befehl v. 22. 9. 42 zur Vernichtung von Ortschaften, BA D-H ZM 1479, A. 2, auszugsweise abgedruckt in: Eine Schuld, S. 138–140.

³⁶² 9./Pol. 15, Erfahrungsbericht über die in der Zeit vom 22. 9.–26. 9. 1942 im Dorfe Borysowka durchgeführte Befriedungsaktion v. 27. 9. 1942 (handschriftlich), BA D-H ZM 1479, A. 2, auch in BA F 15498, Bl. 2034 ff., abgedruckt in: IMT, Bd. 39, S. 372 ff.

unerwünschte Zeugen ermordet wurden.³⁶³ Ungewöhnlich war nur, daß das Kommando von Sicherheitspolizei und SD in allen drei Dörfern die zum Überleben Bestimmten aussonderte und nicht umgekehrt die zu Ermordenden.

Im Lauf des späteren Einsatzes im Norden des GK Wolhynien-Podolien wurden bis Ende 1942 viele weitere Dörfer ausgerottet und abgebrannt, so im September Dremolowo, am 23. Oktober Chmielisce und Oltucz-Lesnia und am 8. November Sytnica und Kol.-Sytnica.³⁶⁴ Diese Aktionen dienten vor allem der Abschreckung und sollten durchaus bekannt werden; verbunden mit den Massakern an Juden und »Sowjetmenschen« führten sie allerdings zu einer unerwünschten Panik. »Die Bevölkerung ist sehr aufgeschreckt; wenn ein PKW oder LKW durch eine Ortschaft fährt, rennt alles ängstlich durcheinander und nimmt scheinbar an, daß neue Aktionen im Gange sind,« berichtete ein Zivilverwaltungsbeamter.³⁶⁵ Die Gesamtzahl der Todesopfer bei der Aktion kann nicht mehr angegeben werden. Jedoch bieten zwei Quellen Anhaltspunkte: das III./Pol. 15 (Polizeibataillon 310) meldete, zwischen 6. September und 24. November 1942 insgesamt 1736 Partisanen und deren angebliche Helfer umgebracht zu haben,³⁶⁶ und der HSSPF Prützmann gab an, in den Monaten August bis November hätten seine Einheiten in den Bereichen Bezirk Bialystok, Reichskommissariat Ukraine und »Russland-Süd« 1337 »Banditen« im Gefecht, 8564 nach Vernehmung sowie 14257 »Bandenhelfer und Bandenverdächtige« getötet. Mehr als die Hälfte dieser über 24000 Menschen dürfte aus den weißrussischen Gebieten des GK Wolhynien-Podolien gestammt haben. 159 Dörfer wurden »niedergebrannt bzw. vernichtet«.³⁶⁷

Der »Bandenbekämpfungstab« des BdO und HSSPF Ukraine, der zeitweise in Kiew bzw. in einem Sonderzug residierte,³⁶⁸ war ebenso wie fürs GK Wolhynien-Podolien auch fürs GK Shitomir zuständig, doch verfolgte er dort eine andere Taktik. Im Gegensatz zum östlichen Polesje ist aus dem GK Wolhynien-Podolien kein ein-

363 Hierzu zahlreiche Beispiele in Adamovitch/Bryl/Kolesnik. Manchmal erschossen Partisanen solche Kutscher bei Gegenaktionen, und es kam vor, daß die Deutschen sie bei ihren Verlusten mit aufführten.

364 Vgl. GebK Brest-Litowsk, Lagebericht September v. 9. 10. 1942, BA F 13752, Bl. 201; II./Pol. 15, Ergebnisbericht über die Aktion in den Dörfern Chmielisce und Oltucz-Lesnia v. 24. 10. 1942, BA D-H ZM 1479, A. 2. Auf Befehl wurden die Bewohner mit Verwandten, die als Ostarbeiter in Deutschland arbeiteten, verschont, worauf der Kp.-Chef, Hauptmann Pöhls, auf ihre angebliche Deutschfeindlichkeit hinwies: »Ich bitte daher[,] auch die übrigen am Leben gebliebenen Familien der Ortschaften Chmielisce und Oltucz-Lesnia erschießen zu dürfen«; dazu Gendarmerie-Gebietsführer Brest-Litowsk, Lagebericht Oktober v. 8. 11. 1942, BA F 13751, Bl. 999. Weiter KTB Pol.Btl. 310 v. 9. 10. 1942, BA-MA SF-03/35351; Vortrag Kuhr, wie Anm. 9/351 in dieser Darstellung. Entsprechende Vernichtungsvorschläge: SSPF Wolhynien-Podolien/KdO -Einsatzstab-, Einsatzbefehl Nr. 6 v. 5. 10. 1942, IfZ Fb 101/18, und unabhängig davon KdS Rowno, Außenstelle Brest-Litowsk, an KdS Rowno (gez. Berger, SS-Stubaf.) v. 5. 10. 1942, BA-MA SF-03/35350.

365 Beitrag zum Monatsbericht Oktober der Abteilung II des GebK Brest v. 13. 11. 1942, BA F 13751, Bl. 989.

366 Vgl. Zagorkulko/Judenkow, S. 140, und Romanowski u. a., S. 41.

367 Siehe HSSPF Russland-Süd, Ukraine und Nordost, Meldung über Bandenbekämpfungserfolge vom 1. 9. [d. i. 1. 8.] bis 1. 12. 1942 v. 26. 12. 1942, IfZ Fb 101/18 und BA-MA SF-01/3960, Bl. 784f. 3650 Opfer gab es bereits im August. In den genannten Zahlen sind vermutlich die ermordeten sogenannten »Ostmenschen« enthalten. – Vgl. auch Himmler an Keitel v. 2. 1. 1943, BA F 2918, Bl. 194.

368 Nach Angaben des ehemaligen Ia des BdO Ukraine wurde dieser Stab im August 1942 unter dem BdO aufgestellt, am 27. 11. 1942 von Kobryn nach Kiew verlagert und Prützmann direkt unterstellt, Prützmanns Sonderzug zwischen Mai und Juli 1943 nach Owrsutsch verlegt, dann nach Luzk und schließlich Ende 1943 oder Anfang 1944 nach Rowno. Vern. P. B. v. 23. 2. 1960, ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bl. 1417f., und ders. v. 13. 9. 1976, ZStL 204a AR-Z 121/67, Bl. 479–485.

ziges »Großunternehmen« mehr bekannt. Allerdings kam es zu sehr schweren Vergeltungsaktionen in zwei Marktflecken: im Juli 1943 wurde der Ort Chomsk fast vollständig zerstört und 1760 Bewohner (zwei Drittel der Bevölkerung) ermordet, im April 1944 starben im 5500-Einwohner-Städtchen Motol 2000 Menschen, und fast die Hälfte der Häuser wurde niedergebrannt. Ansonsten setzten die SSPF Wappenhans und sein Nachfolger Günther auf die Kontrolle durch die einheimischen Schutzmannschaften.³⁶⁹ Wie im Bezirk Bialystok wurden eine Reihe von Außenposten der Sicherheitspolizei und des SD geschaffen und dauerhaft besetzt.³⁷⁰ In den weißrussischen Gebieten des GK Shitomir sind dagegen 1943/44 gleich sieben weitere Großoperationen zu registrieren.³⁷¹ 1942 waren die Operation »Bamberg« und eine Aktion der Gendarmeriezüge aus Mosyr, Korosten und anderen Standorten im Rayon Jelsk vorangegangen, bei der am 18. Juli 1942 fünf Dörfer zerstört und ihre insgesamt 1000 Bewohner ermordet worden waren. Verschont wurden nur Volksdeutsche und Schutz Männer. Anlaß war ein Partisanenüberfall auf einen Gendarmerieposten, der drei Tote und fünf Verwundete gekostet hatte.³⁷² Bereits im Sommer 1942 erfolgten hier weitreichende Befehle für Dörferversicherungen.³⁷³ In einer Zeit, als keins dieser größeren Unternehmen stattfand, zwischen November 1942 und Anfang 1943, zerstörten SS und Polizei nach Angaben des SSPF Shitomir, Hellwig, 108 Dörfer (davon angeblich 84 im Kampf) und ermordeten außer einer unbestimmten Zahl sogenannter Feindtoter 2336 Menschen, eine Zahl, die dem Generalkommissar Leyser noch untertrieben erschien und die er intern überprüfen ließ. Leyser war jedoch nicht grundsätzlich gegen Dörferversicherungen, sondern hatte sie im Gegenteil selbst angeordnet: »Für den Kampf gegen die Banden habe ich also Weisung erteilt, ihrem Terror äußerste Gewalt entgegen[zu]setzen. Diejenigen Bevölkerungsteile, die mit den Banditen gemeinsame Sache machen, müssen also auch das Schicksal der Banditen teilen. Das kann ganze Orte treffen.« Hätten in einem Dorf Partisanen gelagert, müsse es »verschwinden«. Die Bevölkerung sei, wenn unschuldig, umzusiedeln, hingegen wenn »sie in ihrer Mehrheit bolschewistisch gesinnt ist, dann muß sie restlos vernichtet werden.«³⁷⁴ Im Winter 1942/43 agierte von Bragin im Pripjet-Dnjepr-Dreieck aus ein Partisanenbekämpfungstab unter dem damaligen KdO Shitomir, v. Bredow.³⁷⁵

369 Vgl. Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW/Stab z. b. V., Bericht Nr. 5 v. 31. 5. 1942, BA NS 6/795, Bl. 34.

370 Vgl. Vern. W. G. v. 30. 6. 1961, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 631f.; Vern. R. G. v. 3. 7. 1963, ebd., Bl. 3033; Sachstandsvermerk v. 31. 5. 1963, ebd., Bl. 2804 und 2907ff.; Vern. H. G. v. 21. 9. 1965 und F. T. v. 8. 1. 1963, ebd., Bl. 4424 und 1864; Anklageschrift StA Frankfurt/M. v. 28. 3. 1968, ebd., Bl. 4598.

371 »Nixe«, »Weichsel«, »Ziethen«, »Seydlitz«, eine Aktion des SK 10a, »Wolfsjagd« und »Sumpfhuhn« (Tab. 20). Zu Motol und Chomsk Romanowski u. a., S. 61 und 66. Beide Orte liegen nordwestlich von Pinsk.

372 Siehe »Prawda« v. 15. 1. 1969 (Übersetzung), ZStL II 204a AR-Z 119/67, Bl. 333f., und Gend.-Zug (mot) 4 Korosten, Bericht v. 21. 7. 1942, BA D-H FW 488, A. 16. – Über die Vernichtung mehrerer Dörfer einschließlich Bevölkerung durch das Begleit-Btl. Reichsführer-SS: KdoStab RF-SS, Tätigkeitsbericht 7–14. 8. v. 10. 11. 1942, BA NS 33/39, Bl. 190.

373 Anordnungen des BdO Ukraine, des SSPF Shitomir und der Gendarmeriehauptmannschaft Mosyr erwähnt: StA Stuttgart 85 Js 306/73, Einstellungsverfügung v. 18. 7. 1974, ZStL II 204a AR-Z 117/67, Bl. 416. Siehe auch Auszug aus der Ereignismeldung 25 des BdS Ukraine v. 6. 6. 1942, BA R 58/1005, Bl. 2.

374 Leyser an Rosenberg v. 12. 2. 1943, BA F 3355, Bl. 1548f., abgedruckt in: N. Müller 1991, S. 387ff.

375 Vgl. Vern. des GebK Leo Nolde v. 22. 11. 1971 und des KdO Leberecht v. Bredow v. 19. 7. 1971, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bl. 272 und 280–285.

Doch übten im Norden des GK Shitomir auch höherrangige Stellen Einfluß aus. Bei Himmler, dessen Feldkommandostelle zeitweilig in diesem Generalkommissariat lag, ist das zu vermuten. Prützmann führte die Aktionen gegen Partisanen und die bäuerliche Bevölkerung in dieser Region längere Zeit selbst, besonders zwischen Mai und Juli 1943, als dort bei vier Operationen unter Beteiligung der SS-Kavallerie-Division und der Einsatzgruppe D knapp 10 000 Menschen umgebracht und 30 000 verschleppt wurden. Daß Bach-Zelewski eine Einflußnahme auf Aktionen in diesem Gebiet weitgehend verwehrt wurde, stellte der Reichskommissar Koch als sein Verdienst dar, scheint aber auch auf Prützmann zurückzuführen zu sein.³⁷⁶ Umgekehrt war Prützmanns Mission zur Sicherung der für Deutschland bestimmten nordukrainischen Agrarproduktion und -lieferungen so wichtig, daß er seine Posten von Sicherheitspolizei und SD bis nach Nowogrodek, Bobruisk und Brjansk, weit außerhalb seines Zuständigkeitsgebiets, vorschieben durfte.³⁷⁷ Während aber das wesentlich stärker versumpfte, weniger produktive und dünnbesiedelte östliche Polesje zum Schauplatz zahlreicher Feldzüge gegen die dort ansässigen Bauern wurde, verzichteten SS und Polizei im westlichen Teil darauf, weil die verantwortliche Zivilverwaltung dieses Gebiet teilweise nicht als vernachlässigenswertes Vorland, sondern selbst als produktiv ansah (siehe Kap. 9.4).

*Der Höhepunkt des Krieges gegen die Bauern –
die Unternehmen »Hornung« und »Cottbus« 1943*

Das Jahr 1942 hatte den Deutschen dazu gedient, die neue Taktik der Großunternehmen zu entwickeln und sie in weiten Teilen Weißrußlands zur standardisierten, allgemein angewandten Methode der »Befriedung« zu machen. 1943 wurde zum grausigen Höhepunkt dieses Feldzuges gegen die Landbevölkerung. Im GK Weißruthenien wütete die Kampfgruppe v. Gottberg in wechselnder Besetzung, im Militärverwaltungsbereich besonders die 201. und 286. Sicherungsdivision sowie die Kräfte der 3. Panzerarmee, der HSSPF Ostland suchte mit seinen Einheiten den äußersten Norden des Landes heim, und im GK Shitomir war der HSSPF Ukraine mit eigens dorthin verlegten Kräften aktiv. Nach der Statistik der Arbeitsgruppe um Romanowski verübten die Deutschen in 5295 weißrussischen Orten Massaker; 3 Prozent dieser Fälle entfielen auf das Jahr 1941, 16 Prozent auf 1942, nicht weniger als 63 Prozent auf 1943 und 18 Prozent auf 1944.³⁷⁸ Die Zahl der Opfer vervierfachte sich von 1942 auf 1943 beinahe. »Großunternehmen« des Jahres 1943 werden in den folgenden Teilen dieses Kapitels noch unter verschiedenen Gesichtspunkten behandelt werden. Deshalb beschränke ich mich hier darauf, die beiden schlimmsten Operationen darzustellen.

Das Unternehmen »Hornung« im Februar 1943 richtete sich gegen den Raum Hansewitschi-Morotsch-Lenin-Luniniež, ein dünn besiedeltes Gebiet von etwa 4000 km² südwestlich Sluzk an der Südgrenze des GK Weißruthenien. Es schloß sich an drei

376 Vgl. zu seiner Dauerfehde mit Bach Vern. Erich Koch v. 30. 11. 1949, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. I, 2, Bl. 65–81; ferner Tagebuch Bach-Zelewski v. 5. 11. 1942, 23. 2., 5., 21., 22. und 23. 5. 1943, BA R 20/45b, Bl. 56, 68f. und 76f.; Bach an Himmler und Himmler an Bach und Prützmann v. 23. 2. 1943, BA F 3355, Bl. 687f.; zu Prützmanns Anwesenheit Vern. P. B., wie Anm. 9/368 in dieser Darstellung.

377 Siehe Prützmann an Himmler v. 27. 12. 1942, BA-MA F 3960, Bl. 809–811, und Himmler an Keitel v. 2. 1. 1943, BA F 2918, Bl. 194.

378 Siehe Romanowski u. a., S. 46f.

Aktionen an (darunter »Erntefest I und II«), die im Januar weiter nordöstlich, im Gebiet Sluzk-Ossipowitschi im Januar stattgefunden und bereits über 4000 Todesopfer gefordert hatten. Ziel der durch v. Gottberg geführten Operation war es, ein weiteres Vordringen der von Osten gekommenen Partisanen aus dem nördlichen Polesje ins GK Weißruthenien und ins Reichskommissariat Ukraine sowie eine Störung der Bahnstrecke Brest-Gomel längs des Pripjet zu verhindern; die Beherrschung des Gebiets hatte Schlüsselbedeutung. Nach den Aufklärungsergebnissen des KdS Minsk war »[a]uf Grund vorsichtiger Schätzungen [...] ausser mit der Einwohnerzahl von 10000 Personen mit einer Bandenzahl von 3–4000 Mann zu rechnen.« Angeblich existierte dort eine »regelrechte Sowjetrepublik« mit Kommandanturen, Rekrutierung und militärischer Ausbildung junger Männer, neuen Sportplätzen, Kirchen und Schulen.³⁷⁹ Die Bevölkerung des Gebiets wurde von vornherein mit Kollektivhaftung belegt und ihre Vernichtung geplant. »Bei der gegenwärtigen Witterung muß damit gerechnet werden, dass in allen Ortschaften des bezeichneten Gebietes Banditen Unterschlupf gefunden haben«, hieß die dünne Rechtfertigung beim Sonderbataillon Dirlwanger.³⁸⁰ Zwei zur Beobachtung entsandte Angehörige einer Propagandakompanie redeten dagegen Klartext: »Um zu verhindern, daß sich die Banden in diesem Gebiet wieder festsetzen, war der Befehl ergangen, dieses Gebiet zum Niemandsland zu machen.«³⁸¹

Den Auftakt zur Operation »Hornung« bildete am 8. Februar die Vernichtung des Ghettos in Sluzk durch die fast vollständig eingesetzte Mannschaft des KdS Minsk mit Hilfe verschiedener anderer Polizeieinheiten. Sie ermordeten dort über 3000 Menschen (vgl. Kap. 74e). Innerhalb der folgenden Woche wurde das Einsatzgebiet der Operation von den beteiligten Kräften – 15 Bataillone und zahlreiche kleinere Einheiten in fünf Kampfgruppen – konzentrisch durchschritten. Die Bevölkerung, die sie zum Schluß des Unternehmens ermorden wollten, beruhigten sie wie üblich mit der Versicherung, sie gingen nur gegen tatsächliche Partisanen vor.³⁸² Doch gab es kaum Kämpfe. Am 14./15. Februar wurde, wie schon vor dem Unternehmen festgelegt,³⁸³

379 Vgl. KdS Weißruthenien -Einsatzstab-, Berichterstatte SS-Ostuf. Dr. Heuser, Feindlage Unternehmen »Hornung« v. 2. 2. 1943, BA D-H FW 489, A. 9, Bl. 12–20 (Zitate; auch in BA R 70 SU/14, Bl. 4 ff.); Berück Mitte, Ic, Betr.: Unternehmen »Hornung« in den Pripjetsümpfen v. 15. 2. 1943, BA D-H FW 489, A. 9, Bl. 1; SS Sonderbtl. Dirlwanger, Bataillons-Befehl für das Unternehmen »Hornung« (gez. i. V. Magill) v. 7. 2. 1943, BA-MA SF-02/31684, Bl. 118, auch BA-MA SF-02/31689, Bl. 296; zu den vorausgegangenen Aktionen Tab. 20. »Hornung« ist eine altertümliche Bezeichnung für den Monat Februar.

380 SS Sonderbtl. Dirlwanger, Bataillons-Befehl für das Unternehmen »Hornung« v. 7. 2. 1943, wie Anm. zuvor. Im Feindlagebericht des KdS Minsk (ebenso, Bl. 16) wurde zwar festgestellt: »Fast alle Häuser und Dörfer im Raum der »Republik« [sic] sind von Bandenmitgliedern belegt«, doch scheint es sich allenfalls um Vermutungen gehandelt zu haben.

381 Bericht Sdf. (Z) Heinze und Gefreiter Sennewitz an Pz.-P.K. 697, Betr.: Bandenbekämpfung in Weissruthenien v. 19. 2. 1943 (Abschrift), Nbg. Dok. NOKW-2346.

382 Vgl. Zeugenaussagen in Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 361–363. Zu den Einsatzkräften SS-Sonderbtl. Dirlwanger, Bataillons-Befehl v. 7. 2. 1943, wie Anm. 9/379 in dieser Darstellung. Beteiligt waren die Pol.Rgter. 2, 10 (von Süden her), I/23 und I und II/13, das Btl. Dirlwanger, die Schuma-Btle. 18 und 57, das Bataillon Rodjanow und zwei Btle. des slowakische Inf.Rgt. 101, also auch im RK Ukraine stationierte Kräfte.

383 Der Kreislandwirt Harten berichtete, ursprünglich habe die Erfassung landwirtschaftlicher Produkte am 14. 2. beginnen sollen. Allerdings habe er den Beginn wegen der großen herrenlos gewordenen Viehherden auf den 11. 2. vorverlegt. Undatierter Bericht über das Unternehmen »Hornung«, BA D-H FW 489, A. 9, Bl. 21.

die Taktik umgestellt, die letzte – und bei diesem Unternehmen längste – Phase begann. So befahl der Kommandeur des Sonderbataillons Dirlewanger, SS-Sturmbannführer Franz Magill, der den verletzten Dirlewanger vertrat:

»Das Batl. durchkämmt in nördlicher Richtung nochmals den Gefechtsstreifen vom 15. bis 17. II. bis zur Linie Starobin-Powarczycze. Hierbei wird alles vernichtet, was Unterkunft und Schutz bieten kann. Das Gebiet wird Niemandsland. Sämtliche Einwohner werden erschossen. Das Vieh, Getreide und andere Produkte werden mitgeführt und in Starobin abgeliefert. [...] Die R.[ussen]Kp. geht im Gefechtsstreifen zurück und zerstört alles und treibt das Vieh in nördlicher Richtung ab. [...] Die Schlittenkolonne ist soweit vom zuvernichtenden [sic] Ort abzusetzen, dass die Zivilkutscher bei den Erschiessungen nicht zugegen sind.«³⁸⁴

Die Kampfgruppe Binz (I./Pol. 23) setzte folgenden Funkspruch ab:

»radikale zerstörung aller gebäude, auch entlegenster und kleinster. vernichtung aller personen soweit nicht zum viehtreiben benötigt. vieh beitreiben, zentral sammeln. landesprodukte soweit angängig (flachs) erfassen. gebiet soll niemandsland werden. hierfür volle verantwortung der kommandeur kampfgruppe nord=«.³⁸⁵

Doch ursprünglich kam der Befehl nicht vom Major der Schutzpolizei Siegfried Binz,³⁸⁶ sondern von höherer Ebene. Denn zunächst einmal war eine sogenannte Totalerfassung landwirtschaftlicher Produkte von vornherein für die Schlußphase des Unternehmens angeordnet worden, was für die betroffene Bevölkerung nicht Gutes heißen konnte.³⁸⁷ Außerdem gingen die beteiligten Kampfgruppen im ganzen Einsatzraum zu dieser Handlungsweise über und nicht nur die Kampfgruppe Binz. Und schließlich traf Bach-Zelewski nach eigenen Angaben am 15. Februar zur Begutachtung der getroffenen Maßnahmen beim Kampfgruppenstab v. Gottberg ein – in Wirklichkeit wahrscheinlich am Vortag, also rechtzeitig, um selbst den Befehl zu erteilen oder bei Ausgabe des Befehls zumindest anwesend zu sein. Bis dahin waren – außer den Sluzker Juden – 2483 Menschen umgebracht worden.³⁸⁸ Überdies war es

³⁸⁴ SS Sonderbatl. Dirlewanger, Bataillons-Befehl für das Durchkämmen nach Rückwärts beim Unternehmen »Hornung« v. 15. 2. 1943, BA D-H ZWM 783, Bl. 10, auch in BA-MA SF-02/31684, Bl. 123, und BA-MA SF-02/31689, Bl. 266.

³⁸⁵ Funkspruch Kampfgruppe Binz 14. 2. 1943, 23.50 Uhr, ebd., Bl. 267. Das Sonderbatl. Dirlewanger war der Kampfgruppe Binz unterstellt.

³⁸⁶ * 12. 3. 1898, 1941 Kdr. 2. Kp. des Pol.Btl. 322, seit Anfang 1942 Kdr. Pol.Btl. 307 (spätere Bezeichnung I/Pol. 23). Vgl. seine Orpo-Personalakte BA D-H ZB 927, A. 1; ferner Angrick u.a., S. 352.

³⁸⁷ Siehe SS-Sonderbatl. Dirlewanger, Bataillons-Befehl für das Unternehmen »Hornung« v. 7. 2. 1943, wie Anm. 9/379 in dieser Darstellung.

³⁸⁸ Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 15. und 16. 2. 1943, BA R 20/45b, Bl. 68. Die Vermutung, daß Bach schon am 14. 2. eintraf, gründet sich auf folgendes: schon spätestens am 15. 2. machte er dem Berück Mitte über den Stand des Unternehmens Meldung (vgl. Berück Mitte, Ic, an Okdo. H.Gr. Mitte v. 15. 2. 1943 unter Bezugnahme auf Bach-Zelewski, BA D-H FW 489, A. 9, Bl. 1). Diese Meldung findet sich, an Himmler adressiert, paraphrasiert auch in Bachs Tagebuch unter dem 16. 2. Es ist aber kaum anzunehmen, daß Bach zuerst v. Schenkendorf und erst tags darauf Himmler einen Bericht mit gleichem Inhalt erstattete. Wahrscheinlich konnte Bach, als er die Abschrift herstellte, in seiner Originaltagebuchaufzeichnung die Tagesangabe nicht mehr lesen, versuchte das Datum über Rückschlüsse aus dem Text zu ermitteln und vertat sich um einen Tag, wie das öfters zu beobachten ist. – Ein anderes »Zwischenergebnis« (Stand vom 17. 2.) teilte die OFK 392 (Minsk) mit: 1850 Feindtote, 2800 Erschossene, 104 Gefangene. Kommandantur des Sicherungsgebietes Weißruthenien/Oberfeldkommandantur 392, Abt. Ic v. 18. 2. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok.Sonderbd. 3, »Hornung« Dok.Nr. 2.

eines der ersten Unternehmen, an denen das SS-Sonderbataillon Dirlwanger teilnahm, seit Bach-Zelewski es v. Gottberg zur Verfügung gestellt hatte, und sein Aushilfs-Kommandeur Magill war SS-Führer zur besonderen Verwendung im Stab Bach-Zelewskis, mithin von diesem eigens zu v. Gottberg abgestellt worden. Magill erhielt so Gelegenheit, in dieser Region gewissermaßen fortzusetzen, was er beim SS-Kavallerie-Regiment 2 1941 begonnen hatte.³⁸⁹ Am Unternehmen »Hornung« nahm auch ein Kommando der Einsatzgruppe B mit dem Kollaborateurs-Bataillon Rodjanow teil, das wiederum ebenfalls aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Mitte stammte und durch ganz besondere Brutalität auffiel.³⁹⁰ Der damalige Wehrmachtbefehlshaber in Weißruthenien, Pawel, sagte aus, die »unmittelbare Leitung« des Unternehmens habe bei v. Gottberg gelegen, die »Gesamtleitung« jedoch bei Bach-Zelewski.³⁹¹

Über den folgenden Ausrottungsfeldzug gibt es mehrere Quellen und Berichte. Zwei Wehrmacht-Propagandisten berichteten über den Versuch, »dieses Gebiet zum Niemandsland zu machen«: »Dieses erfolgte in der Weise, dass die Bevölkerung der in diesem Gebiet befindlichen Dörfer und Gehöfte restlos bis zum Säugling herunter niedergemacht wurde. Sämtliche Behausungen wurden abgebrannt. Vieh- und Lebensmittelbestände wurden erfasst und aus dem Gebiet herausgeführt.«³⁹² Sie erwähnten auch die Panik, die sich daraufhin selbst unter den hartgesottenen beteiligten weißrussischen Hilfspolizisten verbreitet hatte. Noch Monate später erzählten diese davon:

»Einen besonders starken Eindruck haben die Erzählungen von Angehörigen der ehem. Drushina I gemacht, die im Februar südlich von Sluzk Zeugen von Vernichtungsaktionen gegen die russische Zivilbevölkerung gewesen sind. Die Schilderungen deutscher Grausamkeiten, wie beispielsweise vom Zusammentreiben von Kindern und Frauen in brennende Häuser, gehen auch in der Zivilbevölkerung um.«³⁹³

Überlebende aus diesem Landstrich haben in ergreifender Weise berichtet, wie ihnen, in eine »tote Zone« versetzt, zumute war. Ganna Michailowna Grinzewitsch erinnerte sich: »In meiner Angst schien es mir so, als wäre niemand mehr übrig in der Welt, daß alle getötet waren.«³⁹⁴ Besonders auffällig an dieser Aktion ist, daß die Deutschen viele große Dörfer ausrotteten. 1046 Menschen starben in Lenin, 780 in Pusitschi, 787 in Adamowo und 426 in Kopazewitschi.³⁹⁵ Als Endergebnis standen

389 Vgl. Dienstlaufbahn bzw. Kriegslaufbahn Franz Magill in dessen PA im BDC.

390 Ein Teil der KdS-Angehörigen aus Minsk wurde dagegen nach der Ghettoaktion in Sluzk zurückgezogen. Vgl. KdS Weissruthenien, Kommandobefehl v. 5. 2. 1943 und fragmentarischer Befehl Strauchs für den Einsatz beim Unternehmen »Hornung«, BA D-H ZR 809, A. 7, Bl. 4 und 5. Zum Btl. Rodjanow siehe auch den undatierten Bericht über das Unternehmen »Hornung« des Kreislandwirts Harten, BA D-H FW 489, A. 9, Bl. 21f.

391 Vern. Bruno Pawel v. 2. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 117.

392 Wie Anm. 9/381 in dieser Darstellung.

393 SS-Hauptkommando Mitte des UZ. [Unternehmen Zeppelin] v. 14. 4. 1943 ans RSHA (Graefe), BA D-H ZR 920, A. 50, Bl. 147f.

394 Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 360–372, hier S. 363 (von mir rückübersetzt aus dem Engl., C. G.).

395 Siehe ebd. (Kopazewitschi); Romanowski u. a., S. 60 (Lenin); ebd., S. 64 und Vermerk StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Bd. 1, Bl. 57–64, hier Bl. 62 (Pusitschi, 13. 2. 1943); WBfH. Ostland, Abt. Ia, Betr.: Bandenlage v. 26. 2. 1943, BA-MA FPF-01/7881, Bl. 951 (Adamowo, 23. 2., d. h. keine Namensverwechslung mit Pusitschi).

schließlich 12 718 Todesopfer, darunter 3300 Juden (aus Sluzk) zu Buche.³⁹⁶ Dagegen wurden lediglich 65 »Gefangene« und gar keine abtransportierten Arbeitskräfte erwähnt. Tatsächlich wurden von SS und Polizei im GK Weißruthenien im gesamten Februar 1943 nur 72 Menschen in »Bandenkämpfe[n]« als Arbeitskräfte weggeführt. Zwischen November 1942 und März 1943 waren es bei elf größeren Unternehmen nicht mehr als 3589 Personen, die den sogenannten Sauckelkommissionen zur Verfügung gestellt wurden. Ihnen standen mindestens 33 378 Mordopfer bei gleicher Gelegenheit gegenüber.³⁹⁷

Die Bewertung der Operation »Hornung«, die »mit Wehrmachtunterstützung«³⁹⁸ durchgeführt worden war, durch die Zivilverwaltung fiel keineswegs eindeutig negativ aus. Der zuständige Kreislandwirt Harten kritisierte undisziplinierte Plünderungen einzelner Einheiten, die »wie Räuberhorden« aufgetreten seien und versucht hätten, alles auf ihre eigenen Basen zu schaffen – darunter auf das Gut des Wehrmachtortskommandanten in Minsk, General Sperling. Außerdem war wie üblich Vieh wild erschossen und der organisierten Plünderung zu wenig Zeit eingeräumt worden. Die Zusammenarbeit mit den Einheiten müsse verbessert werden. Die Entvölkerung des nicht gerade kleinen Gebiets kritisierte er dagegen nicht; er selbst hatte kurz zuvor eine Großaktion beantragt.³⁹⁹ Der zuständige Gebietskommissar Heinrich Carl unterschied zwei verschiedene Auswirkungen der Aktionen. Hinsichtlich der Partisanen sagte er, daß, obwohl sich »die Polizei äusserst tatkräftig eingesetzt« habe, die Unternehmen »nicht so sehr grossen Erfolg hatten. Es sind wohl vielleicht mehrere 1000 Partisanen umgelegt, das spielt aber fast keine Rolle. Die Lage ist dadurch keine andere geworden.« Anders hinsichtlich der Bauern:

»Es sind hierbei allein 8000 Stck. Vieh erfasst worden, und es ist restlos alles herausgeholt worden, manche Dörfer sind vom Erdboden verschwunden. Diese Aktionen haben sich so ausgewirkt, dass die Bauern freiwillig ablieferen, 70 % ist ziemlich hoch. Die Bauern liefern nicht nur das ab, was sie sollten, sie liefern noch darüber hinaus ab, ja, sogar das Saatgetreide haben sie teilweise mit abgeliefert, so dass wir ihnen noch wieder etwas zurückgeben müssen.«

Offenbar schätzte Carl die in seinem ganzen Gebiet aufgetretene Schreckenswirkung der Großoperationen besonders positiv ein, weil die Partisanen »den Bauern das Arbeiten« verböten und der deutschen Verwaltung ungeheure Mengen an Agrargütern »weggenommen« hätten. Da dies sein größtes Verwaltungsproblem war, forderte er, die Maßnahmen gegen die Partisanen zu verstärken, nicht etwa ihren

396 Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 46 v. 19. 3. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 678, abgedruckt in: IMT, Bd. 33, S. 569f.; auch in SSPF Weißruthenien an Chef SS-Personalhauptamt v. 8. 3. 1943, BDC, PA Curt v. Gottberg, und WBfh. Ostland, Abt. Ia, Betr.: Meldewesen über Bandenlage v. 1. 3. 1943, BA D-H FW 490, A. 16, Bl. 3. In der Abschrift des Tagebuchs Bach-Zelewskis (3. 3. 1943) sind die Zahlen der ermordeten »7344 Bandenhelfer« und »3300 Juden«, wie schon im Zwischenergebnis bei der Eintragung unter dem 16. 2., offenbar mit Bedacht weggelassen worden. BA R 20/45b, Bl. 68 und 72.

397 Abschlußberichte »Hornung« und SSPF Weißruthenien an v. Herff v. 8. 3. 1943, wie Anm. zuvor; Referat v. Gottberg v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 148.

398 WBfh. Ostland v. 1. 3. 1943, wie Anm. 9/396 in dieser Darstellung; dazu auch Vern. Bruno Pawel v. 2. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 117.

399 Undatierter Bericht Hartens, BA D-H FW 489, A. 9, Bl. 21–23; auch in ZStA Minsk 370–I–2123, Bl. 58–60; GebK Sluzk, Abt. Ern u La, Bericht v. 15. 1. 1943 (gez. Harten/Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1024f.

Stopp.⁴⁰⁰ Alle beteiligten Dienststellen waren sich also grundsätzlich darin einig, daß diese Vernichtungsfeldzüge vorteilhaft seien.

Nicht ganz so einig traten sie beim Unternehmen »Cottbus« drei Monate später auf. Auch diese Operation war monatelang vorausgeplant worden. Sie kam auf Initiative verschiedener Stellen zustande. Der Wehrmachtbefehlshaber im GK Weißruthenien, Pawel, hatte sie ebenso vorgeschlagen wie die Wirtschaftsinspektion Mitte; an der Planung waren ferner Bach-Zelewski, v. Gottberg und dessen Stab sowie der Kommandostab Reichsführer-SS beteiligt. Die Feinplanung übernahm auf Befehl des seinerseits von Bach-Zelewski beauftragten v. Gottberg dessen Ia-Offizier.⁴⁰¹ Die Aktion richtete sich gegen die Partisanenzone am Palik-See, mit zeitweise 3245 km² und 80000 Einwohnern eine der größten in Weißrußland, und ihr meist von Wald bedecktes Vorfeld im Dreieck Pleschtschenizy-Uschatschi-Borissow. Dieses Gebiet nordöstlich von Minsk lag an der Grenze des GK Weißruthenien zum rückwärtigen Heeresgebiet Mitte. Vorbereitet durch die Unternehmen »Manyly« und »Draufgänger I und II«, sollte damit die Verbindung der Partisanen im Raum Polozk-Witebsk, die in den ersten Monaten des Jahres 1943 einer Reihe schwerer Angriffe ausgesetzt gewesen waren, zur Mitte und zum Süden Weißrußlands unterbrochen werden.⁴⁰² Es war die wohl größte Operation gegen Partisanengebiete in den besetzten sowjetischen Gebieten. Die Deutschen boten nach eigenen Angaben 16662 Mann auf, so die SS-Polizeiregimenter 2 und 13, das SS-Sonderbataillon Dirlwanger, sieben Wehrmacht- und acht Schuma- sowie Ostbataillone und viele kleinere Einheiten.⁴⁰³

Weil das Unternehmen die Grenze zum rückwärtigen Heeresgebiet überschritt, hatte sich Bach-Zelewski der Unterstützung durch die Wehrmacht versichern müssen. Auch von der aufzubietenden Truppenstärke her erschien ihm das nötig. Seit Ende April führte Bach Verhandlungen mit v. Schenkendorf und erreichte, daß sieben Bataillone und Artillerie vornehmlich von der 286. Sicherungsdivision unter Führung des Leiters der Feldkommandantur 813, Generalmajor Dormagen, abgestellt wurden, die einen Sperriegel im Osten bildeten. Dazu kamen in Minsk und Pleschtschenizy stationierte Truppen des Kommandanten im GK Weißruthenien. Alle Einheiten hatten bis zu 35 Prozent ihrer Männer zur Verfügung zu stellen, sogar Werk-

400 Carl nannte an Verlusten u.a. 25000 Stück Vieh und die Phantasiezahlen von je 66000 t Getreide und Kartoffeln. Diskussionsbeitrag Carl auf der Tagung der Zivilverwaltung in Minsk v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 142f.

401 Vgl. in der Vern. Bruno Pawel v. 2. 1. 1946 (auch Vorhalt der Aussage Kemp ebd.), BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 118f.; WiIn Mitte, Lagebericht März v. 5. 4. 1943, BA-MA (BAArchP)F 42859, Bl. 1080; Reichsführer-SS, Kommandostab, Betr.: Geplante Unternehmungen (gez. H. Himmler) v. 10. 4. 1943, ZStL CSSR Bd. 393, Bl. 330; Kampfgruppe v. Gottberg, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Cottbus« v. 28. 6. 1943, IfZ Fb 101/35, auch in: BA-MA RH 26-286/9; Vern. W. W.-B. (der besagte Ia) v. 18. 7. 1973, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Akte W. W.-B.

402 Siehe KdoStab RF-SS, wie Anm. zuvor; Kampfgruppe v. Gottberg, Ia, Einsatzbefehl für das Unternehmen »Cottbus« v. 15. 5. 1943, IfZ Fb 101/13; KdS Weißruthenien, Einsatzstab, Einsatzbefehl v. 17. 5. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok.Sonderbd. 4, »Cottbus« Dok. 2; zur Größe der »Partisanenrepublik« Krawtschenko, S. 215.

403 Gefechtsbericht v. 28. 6. 1943, wie Anm. 9/401 in dieser Darstellung; Der Reichsführer-SS, Meldungen an den Führer über Bandenbekämpfung v. 23. 5. 1943, BA F 2918, Bl. 4171f.; Bach-Zelewski an Himmler, Sondermeldung über das Großunternehmen »Kottbus«, Minsk, den 23. 6. 1943 (zeitgenöss. Abschrift von Abschrift), Nbg. Dok. NO-2608; Ordensverleihungsvorschlag Bach-Zelewski für v. Gottberg vom Juli 1943 (ohne Tagesangabe/Abschrift), ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bd. 7, Bl. 317; siehe auch Gottberg, S. 96.

stätten.⁴⁰⁴ Um diese Unterstützung zu erreichen, hatte Himmler sogar beim Chef des Generalstabs des Heeres, Zeitzler, interveniert.⁴⁰⁵ Selbst die Zivilverwaltung aus Minsk (General- und Stadtkommissariat, Gebietskommissariat Borissow) mußte – nicht zum ersten Mal – »Alarmkräfte« in Stärke von 200 Mann einsetzen, offenbar zusätzlich zu den üblichen Erfassungskommandos der Landwirtschafts- und Arbeitsbehörden. Das war ein großer Teil der gesamten deutschen Zivilverwaltungsangehörigen. Kube zog seine Beamten am 4. Juni aus drei Gründen zurück: Erstens sei die Partisanenbekämpfung nicht ihre Aufgabe, zweitens weil die Grenze zum Militärverwaltungsgebiet erreicht war und drittens wegen des außergewöhnlich mörderischen Vorgehens der Einheit Dirlwanger, der diese Alarmkräfte unterstellt waren. Freilich waren Kubes wackere Krieger vor allem dadurch aufgefallen, daß sie, möglicherweise betrunken, den Hühnerstall des Gebietskommissars in Borissow überfallen hatten, darunter der Stadtkommissar Janetzke und der Verbindungsführer zum KdS, SS-Obersturmbannführer Radke.⁴⁰⁶

Das am 20. Mai 1943 begonnene Unternehmen wurde zum furchtbarsten Vernichtungsfeldzug von allen. Zahlreiche Dörfer wurden entvölkert und abgebrannt, besonders viele vom SS-Sonderbataillon Dirlwanger im südlichen Bereich, allein 13 mit 1419 Bewohnern im Rayon Saslawl, strenggenommen außerhalb des Zielgebiets der Aktion, und zusammen 26 in den Rayons Pleschtschenizy und Begoml.⁴⁰⁷ Bach-Zelewski schickte stolz eine Sondermeldung an Himmler, der ihn noch während des Unternehmens beförderte und v. Gottberg beglückwünschte.⁴⁰⁸ Offiziell wurde als Ergebnis der Aktion bekanntgegeben, daß knapp 9800 Menschen ermordet worden seien (»im Kampf gefallen: 6087, Erledigte 3709«). 4997 Männer, aber nur 1056 Frauen waren als Arbeitskräfte erfaßt worden, und da es nur die Alternative gab, erschossen zu werden, setzten sich die Todesopfer also zum überwiegenden Teil aus Frauen und Kindern zusammen. Es gab zwar auch harte Kämpfe bei der Aktion, doch bei rund 1000 erbeuteten Gewehren, Maschinenpistolen und -gewehren ist davon auszugehen, daß in Wirklichkeit wie üblich 90 Prozent der Getöteten unbewaff-

⁴⁰⁴ Hierzu Vern. Heinrich Kemp vom Dezember 1945 (Tagesangabe unleserlich), BA D-H ZM 1683, A. 5, Bl. 86. Ferner Tagebuch Bach-Zelewski v. 25. 4. 1943, BA R 20/45b, Bl. 75; Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Monatliche Meldung über Bandenlage v. 4. 6. 1943, BA-MA WF-03/5366, Bl. 985.

⁴⁰⁵ Unklar ist allerdings, welche Auswirkungen Himmlers Initiative wirklich hatte. Siehe Himmler an Bach-Zelewski v. 26. 5. 1943, BA F 2918, Bl. 4170. Zum Zeitpunkt der Mitteilung lief die Aktion »Cottbus« schon.

⁴⁰⁶ Aktennotiz Erika Lampe (GebK Borissow) v. 3. 6. 1943 und nachfolgender Briefwechsel über den Verbleib der Hühner, ZStA Minsk 391-1-97, Bl. 55ff. Siehe Kube an Rosenberg über Lohse v. 5. 6. 1943, in: IMT, Bd. 38, Bl. 374f.; früheres Beispiel für einen Partisaneneinsatz erwähnt in Kube an Lammers v. 25. 11. 1942, BA 07.01, Nr. 4060, Bl. 46/R. Zur Unterstellung Gefechtsbericht v. 28. 6. 1943, Anm. 9/401 in dieser Darstellung. – Bei Gelegenheit lobte Kube auch Massenmorde bei der »Partisanenbekämpfung«, so Bach-Zelewskis »sehr gute Erfolge«, »1100 Feindtote bei nur 6 eigenen Toten und drei Verwundeten«: Niederschrift über eine Sitzung im RMO am 8. v. 9. 12. 1942, BA R 6/213, Bl. 81.

⁴⁰⁷ Berichte über abgebrannte Dörfer während der Aktion gegen Banditen, gez. Zeslonok, Leiter der Landabteilung, v. 4. 6. 1943, ZStA Minsk 393-1-99, Bl. 11, unvollständig abgedruckt in: Eine Schuld, S. 161; GebK Borissow (Buschmann) an GK Minsk, Betr.: Erfahrung über Bandenbekämpfung v. 29. 7. 1943, ZStA Minsk 391-197, Bl. 78R. Siehe z.B. zu Ikany, Rayon Borissow, wo es etwa 700 Opfer gab, Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 301f.

⁴⁰⁸ Sondermeldung wie folgende Anm.; zur Beförderung folgenden Abschnitt; Dank für Himmlers Glückwunsch in v. Gottberg an Himmler v. 2. 7. 1943, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Akte DC-Unterlagen.

nete Zivilisten waren. Dazu zählten auch »2–3 000 Landeseinwohner«, die, wie sich Bach-Zelewski ausdrückte, bei »der Aufräumung der Minenfelder [...] in die Luft gegangen« und in der Zahl 9800 nicht enthalten waren.⁴⁰⁹ Doch scheinen alle diese Ziffern nicht einmal die ganze Wahrheit wiederzugeben. Die Zahl der Getöteten, die über den deutschen Rundfunk (offenbar den Landessender Minsk) verbreitet wurde, lag offenbar bei 15 000.⁴¹⁰ Doch allein die »Einsatzgruppe Dirlewanger« meldete als »Feindverluste: etwa 14 000 Tote, 13 Gefangene«.⁴¹¹ Berücksichtigt man, daß es noch zwei weitere an der Operation beteiligte, ebenfalls eine blutige Spur ziehende Kampfgruppen gab und sich Dirlewangers Meldung nicht auf den ganzen Zeitraum des Unternehmens »Cottbus« bezog, dürfte die wirkliche Zahl der Ermordeten möglicherweise bei über 20 000 gelegen haben.

Auf die Kritik mehrerer Funktionäre an der Operation wurde schon eingegangen.⁴¹² Nur Kube wandte sich – reichlich spät – grundsätzlich gegen das erreichte Maß der Menschenvernichtung, auch weil er die Schaffung großflächiger sogenannter toter Zonen verhindern wollte.⁴¹³ Die Ablehnung der Zivilverwaltung hatte ihre Ursachen ansonsten vor allem darin, daß insbesondere das Bataillon Dirlewanger *auch* Gegenden verwüstet und Bauern massakriert hatte, die die Landwirtschaftsbehörden noch weiter hatten ausnutzen wollen, statt sie vernichtet zu sehen. Der Minsker Propagandaleiter Lauch – der bei einer anderen Kampfgruppe als der von Dirlewanger befehligten agierte – sah nach dem Entschluß, »die Dörfer niederzubrennen und die Bevölkerung zu erschießen« folgerichtig »für mich keine Möglichkeit für eine weitere Arbeit«. Außerdem hätte es ein Teil der Zivilverwaltungsbeamten vorteilhafter gefunden, viele Bauern, statt sie zu töten, als Zwangsarbeiter zu verwenden. Gerade beteiligte Arbeitsamtsangehörige und andere, die die Selektionen während dieser Operation vornahmen, vertraten aber eine andere Einschätzung und stellten noch

409 Bach-Zelewski an Himmler, Sondermeldung über das Großunternehmen »Kottbus« v. 23. 6. 1943, Nbg. Dok. NO-2608, auch in Tagebuch Bach-Zelewski v. 23. 6. 1943, BA R 20/45b, Bl. 79; vgl. Kampfgruppe v. Gottberg, Gefechtsbericht v. 23. 6. 1943, wie Anm. 9/401 in dieser Darstellung; ähnlich in KTB Rülín Ostland für 11.–18. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 43372, Bl. 244; etwas abweichende Zahlen in SS-Hstuf. Wilkes Meldung v. 18. 6. 1943, BA R 70 SU/14, Bl. 50f. (»bei Gefechten« 5650, »Erledigte 3616«, Gefangene 552). Zu den Selektionen bei der Aktion ausführlich Kap. 9.4, zur Minenräumung S. 969–971 in dieser Darstellung.

410 Vern. Heinrich Kemp (ehemaliges Stabsmitglied des Kommandanten in Weißruthenien) vom Dezember 1945, BA D-H ZM 1683, A. 5, Bl. 86f. Kube wurden 13 000 gemeldet, s. Anm. 9/205.

411 Die eigenen Verluste an Toten betrugen zehn Mann. Gefechtsbericht der Einsatzgruppe Dirlewanger für die Zeit vom 20. 5.–2. 6. v. 25. 6. 1943 (Unterschrift: Dirlewanger), BA-MA SF-02/31686, Bl. 710; als Kopie in ZStA Minsk 359–1–5, Bl. 21.

412 Siehe S. 907f. in dieser Darstellung.

413 Besonders deutlich in seinem Monatsbericht für August, wo er die »Methoden des 30-jährigen Krieges« anprangerte. »Besonders der Name Dirlewanger spielt hier eine verhängnisvolle Rolle, weil dieser Mann bewußt sämtliche politischen Notwendigkeiten bei seinem rücksichtslosen Vernichtungsfeldzug gegen die Zivilbevölkerung außer acht läßt. [...] Wenn Frauen und Kinder in Massen erschossen oder verbrannt werden, dann hat das mit einer humanen Kriegführung nichts mehr zu tun. [...] Der Raum wird allmählich menschenlos gemacht«. Zitiert in RKO, Abt. II Verw. ans RMO v. 14. 10. 1943, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 513f. Kube forderte auch kritisch gehaltene Berichte (»offen und klar ohne Rücksicht auf Namen und Dienststellen«) seiner Gebietskommissare über die Aktion »Cottbus« an: GK Weißruthenien, H.A. III (gez. Freitag), an GebK Mayrhofer in Borissow v. 7. 6. 1943, ZStA Minsk 391–1–87, Bl. 31. Die Antwort aber kam teilweise spät und fiel lasch aus: Gebietskommissar Borissow (nunmehr Buschmann) an GK Weißruthenien v. 29. 7. 1943, ZStA Minsk 391–1–97, Bl. 78/R.

unmenschlichere Nützlichkeitsabwägungen über das Leben potentieller Arbeitskräfte an: Es gebe zu viele Kinder!⁴¹⁴ Letztlich trug die Kritik an der Aktion »Cottbus« dazu bei, daß später ein höherer Prozentsatz der Betroffenen zur Zwangsarbeit deportiert und ein etwas geringerer ermordet wurde. An der Strategie der Großunternehmen wurde dagegen nicht gerüttelt.

Neue Kompetenzverteilung und Vorschriften 1943/44

Während des Jahres 1943 wurde die Rolle Bach-Zelewskis als *spiritus rector* der Partisanenbekämpfung von SS und Polizei weiter gestärkt. Nachdem die Dienststelle des Beauftragten des Reichsführers-SS für Bandenbekämpfung schon für kurze Zeit von Mogilew nach Minsk verlegt worden war, verfügte Himmler am 18. März 1943, daß Bach-Zelewski als Inspekteur in seiner, Himmlers, Feldkommandostelle tätig sein und die Stelle als HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien vertretungsweise an SS-Gruppenführer Gerret Korsemann (vorher HSSPF Kaukasus) abgeben sollte. Am Tag zuvor hatte der »Reichsführer« vier Stunden lang mit Bach-Zelewski und Prützmann bei Hitler vorgetragen.⁴¹⁵ Denn Himmler hatte noch mehr mit Bach vor: eine neue »Gestaltung des Oberbefehls über die Bandenbekämpfung«. Hierzu gab es weitere Besprechungen mit Zeitler, vermutlich mit Keitel und offenbar am 19. Juni 1943 Hitlers Genehmigung. Bei dieser wichtigen Besprechung fielen mehrere schwerwiegende Entscheidungen: Hitler akzeptierte die für Bach-Zelewski neu zu schaffende Position, bestätigte Himmler in dem – von diesem bereits am 10. Mai notierten – Plan, die letzten 300 000 Juden im Generalgouvernement so rasch wie möglich zu ermorden und offenbar auch das Vorhaben, die Juden im Reichskommissariat Ostland zum größten Teil zu ermorden und ansonsten in Lager unter SS-Kontrolle zu pferchen.⁴¹⁶ Judenvernichtung und Partisanenbekämpfung gehörten in den Augen der deutschen Führung zusammen, denn kurz nach dem Warschauer Ghettoaufstand fürchtete sie mehr denn je, daß die noch am Leben gebliebenen osteuropäischen Juden ihrer Ermordung durch Kampf oder Flucht zuvorkommen wollten.

Zwei Tage später, am 21. Juni, stattete Himmler Bach-Zelewski mit neuen, weitgehenden Vollmachten aus. Er ernannte ihn zum Leiter der neu geschaffenen Dienststelle »Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Der Chef der Bandenkampfverbände«. Als »Oberbefehlshaber« sollte Bach »Planung«, »Einsatz- und Durchführungsbefehle für Bandenbekämpfungsaktionen« und »persönlich die zen-

⁴¹⁴ Zitat: Bericht des Leiters der Abteilung Propaganda beim GK Weißruthenien, Lauch, v. 2. 6. 1943 (Abschrift), BA R 19/319, Bl. 84–86; auch in BA F 3355, Bl. 594 ff. und als Nbg. Dok. NO-2920. Zu den Selektionen und der Einstellung der Agrarverwaltung bei dem Unternehmen ausführlich Kap. 9.4; zu Lohses Stellungnahme vgl. S. 908 in dieser Darstellung.

⁴¹⁵ Vgl. Terminkalender Himmler v. 17. 3. 1943, BA-MA SF-01/22900 (anschließend Treffen Himmlers mit Zeitler); Bevollmächtigter des Reichsführers-SS für Bandenbekämpfung, Ia, Befehl über die Regelung der Befehlsverhältnisse v. 26. 3. 1943; ebenso, Tagesbefehl Nr. 2 v. 24. 3. 1943; zur Verlegung der Dienststelle ebenso, Tagesbefehl Nr. 1 v. 17. 3. 1943 und HSSPF Rußland-Mitte, Tagesbefehl Nr. 4 v. 1. 2. 1943, BA R 70/SU/21, Bl. 33/R und 85–87R.

⁴¹⁶ Himmler an Bach-Zelewski v. 26. 5. 1943, BA F 2918, Bl. 4170 (Gespräch mit Zeitler und Plan, eines mit Keitel zu führen); Der Reichsführer-SS, RF/Ba., Vortrag beim Führer am 19. 6. 1943 auf dem Obersalzberg »Bandenkampf und Sicherheitslage« (gez. H. Himmler) v. 28. 6. 1943, BA F 3355, Bl. 626 f. (auch NS 19/1432, Bl. 67 f.). Dazu S. 735 f. in dieser Darstellung; Terminkalender Himmler v. 19. 6. 1943, BA-MA SF-01/22900; Aktennotiz über Bandenbekämpfung (gez. H. Himmler) v. 10. 5. 1943, BA F 2918, Bl. 177.

trale Führung von Großaktionen« von SS und Polizei übernehmen und zudem Ausbildung, allgemeine »Befehle und Vorschriften« für die Partisanenbekämpfung steuern. Insbesondere durfte er auch in Antipartisanenaktionen der HSSPF jederzeit eingreifen. Diese mußten ihm täglich Bericht erstatten. Alle Chefs der SS-Hauptämter sollten ihn unterstützen.⁴¹⁷ Gleichzeitig erklärte Himmler, der an diesem Tag eine wichtige Spitzenbesprechung mit Bach-Zelewski, Kaltenbrunner, Krüger, Prützmann, Knoblauch, Pohl und anderen hatte, »Rußland-Mitte« und das GK Weißruthenien, das Reichskommissariat Ukraine und »Rußland-Süd«, das Reichskommissariat Ostland, das Generalgouvernement, den Bezirk Bialystok, »Oberkrain« und »Untersteiermark« (Slowenien) sowie Kroatien zu »Bandenkampfgebieten«.⁴¹⁸ Im Gegensatz zu seinen späteren Bekundungen als Zeuge in Nürnberg war Bach-Zelewski also mit großer Befehlsgewalt ausgestattet, sogar gegenüber den sonst Himmler ausschließlich unmittelbar unterstellten HSSPF – eine Ausnahmestellung innerhalb von SS und Polizei. Himmler bekräftigte das in einem weiteren Befehl vom 7. September 1943. Im Krankheitsfall vertrat er Bach-Zelewski persönlich. Dieser war nicht mehr Inspekteur, sondern tatsächlich Befehlshaber geworden, wie es sich bei den Operationen »Hornung« und »Cottbus« bereits angedeutet hatte. Seine Partisanenbekämpfungsmethoden sollten nunmehr überall in Europa angewandt werden.⁴¹⁹ So sollten nach dem Befehl vom 7. September auch im Generalgouvernement und in »Rußland-Süd« Verbände nach dem Vorbild der Kampfgruppe v. Gottberg aufgestellt werden. Die Aufgaben in Bachs ursprünglichem Befehlsgebiet »Rußland-Mitte«, also vor allem die Partisanenbekämpfung, hielt Himmler für so wichtig, daß er nach Korsemanns Absetzung sogar erzwang, den noch mit der »Aktion Reinhard« im Generalgouvernement beschäftigten SSPF Lublin, Globocnik, zu seinem Nachfolger zu machen.⁴²⁰ Dies wurde dann aber statt dessen v. Gottberg.

Bach-Zelewskis Dienststelle war wie ihr Vorläufer bei Himmlers Hauptquartier angesiedelt. Bach selbst führte seit dem Frühjahr 1943 Verhandlungen auf hoher Ebene, so mit Jüttner, Winkelmann, Wünnenberg, Warlimont, Kaltenbrunner, Berger, Nebe, Schellenberg, Sauckel, Dormmüller sowie Krüger, Prützmann und vielen weiteren HSSPF. Gegen Ende des Jahres 1943 verlagerte sich sein Einsatzgebiet hauptsächlich auf Polen und Jugoslawien.⁴²¹ Bach-Zelewski hatte einen hochkarätigen, meist in Weißrußland erprobten Mitarbeiterstab, so als Stabschefs den ehemali-

417 Der Reichsführer-SS, SS-Befehl v. 21. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 100–103 (Abschrift), ferner persönliches Ernennungsschreiben vom gleichen Tag (Abschrift von Abschrift), Bl. 104; der Befehl auch in BDC, O. 217 I Banden, Bl. 49–52; Tagebuch Bach-Zelewski v. 19. 6. 1943, BA R 20/45b, Bl. 77f.

418 Der Reichsführer-SS, 39/149/43g, verschiedene Schreiben v. 21. 6. 1943, BA NS 19/1432, Bl. 49–59; z. T. auch in BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 106ff.; BA F 2918, Bl. 646ff. Zum Treffen Terminkalender Himmler v. 21. 6. 1943, BA-MA SF-01/22900; Tagebuch Bach-Zelewski v. 19. 6. 1943, BA R 20/45b, Bl. 77f.

419 In Himmlers Erlaß v. 21. 6. 1943 (siehe Anm. zuvor) wurden z. B. auch die HSSPF Nord (Norwegen), Alpenland, Böhmen und Mähren, Serbien, Nordwest (Niederlande) und Frankreich verpflichtet, Bach zu unterstützen. Vgl. ferner Der Reichsführer-SS, SS-Befehl v. 7. 9. 1943, BA F 2918, Bl. 4139–4142; dagegen Vern. Erich von dem Bach-Zelewski v. 7. 1. 1946, in: IMT, Bd. 4, S. 541–546. Vertretung: Aktennotiz v. 25. 4. 1944 (Provenienz nicht ersichtlich), in: Bartoszewski, S. 63, vgl. ebd., S. 32.

420 Telefonnotizen Himmler v. 6. 7. 1943, Gespräch mit Kaltenbrunner: »Globus HSSuPol.F. Russland-Mitte«, BA-MA SF-01/22901; Himmler an Krüger und Globocnik v. 10. 7. 1943, BA NS 19/2846, Bl. 7.

421 Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski ab 29. 3. 1943, BA R 20/45b, Bl. 73ff.

gen KdO in Minsk, SS-Brigadeführer Herf,⁴²² den SS-Brigadeführer Heinz Lammerding und dann den vormaligen Stabschef Knoblauchs, Ernst Rode. Ia-Offiziere waren unter anderem Ernst Korn, ehemals Ia der Kampfgruppe v. Gottberg, und der ehemalige KdG Minsk, Diermann; Ic wurde der berüchtigte ehemalige KdS Minsk, Strauch. Das Unterpersonal stammte zum Großteil gleichfalls aus der Dienststelle des HSSPF Rußland-Mitte. Auch die Zuhilfenahme dieser Personen bedeutete eine verallgemeinerte Anwendung der in Weißrußland entwickelten verbrecherischen Methoden. Der Stab hielt sich in Ostpreußen auf, während Bach meist herumreiste.⁴²³ Schließlich wurde »Der Chef der Bandenkampfverbände« unter Bach-Zelewskis Führung mit dem Kommandostab Reichsführer-SS zusammengelegt.⁴²⁴ Entsprechende dauernde Befehlsgewalt über bestimmte Truppen hatte der »Chef der Bandenkampfverbände« schon vorher ausgeübt: für die Ghettoräumung in Białystok Mitte August 1943 hatte er ein Polizeiregiment zur Verfügung gestellt.⁴²⁵

Etwas weniger durchsetzungsfähig, aber nicht ganz ohne Erfolg war Bach-Zelewski im Verhältnis zur Wehrmacht. Damit ist nicht die übliche einsatzmäßige und taktische Kooperation, zum Beispiel gemeinsame Unternehmen, nachrichtendienstliche Zusammenarbeit und Abstimmung des beiderseitigen Vorgehens auf lokaler und regionaler Ebene, gemeint. Ungeachtet dessen gab es eine Konkurrenzsituation zwischen Wehrmacht sowie SS und Polizei, vor allem auf der obersten Führungsebene.⁴²⁶ Am 20. Februar 1943 war Bach-Zelewski mit dem Generalquartiermeister des Heeres zusammengetroffen, der sich weiterhin um Fragen der Partisanenbekämpfung kümmerte, obwohl sie eigentlich nicht mehr in seiner Zuständigkeit lagen. Anwesend waren auch der Stabschef beim Kommandostab Reichsführer-SS, Rode,

⁴²² Herf wurde auf Betreiben Himmlers und Bach-Zelewskis nach seiner Kritik am Unternehmen »Cottbus« (vgl. S. 908 in dieser Darstellung) binnen kurzem entlassen. Herfs Vetter, der Chef des SS-Personalhauptamts v. Herff, konnte mit Mühe und Not verhindern, daß Himmler den »senile[n] und verbrauchte[n] Offizier« wegen seines »weinerlichen Pessimismus« aus der SS ausschloß. Statt dessen versetzte er ihn in den »nicht wohlverdienten, aber Ruhestand«. Vgl. Herf an Herff v. 19., 28. und 29. 7. 1943, BA NS 19/1214; Tagebuch Bach-Zelewski v. 28. 7. 1943, BA R 20/45b, Bl. 81; Himmler an Wünnenberg v. 28. 12. 1943 (Zitate) und nicht unterzeichnete Entlassungsurkunde aus der SS v. 10. 1. 1944, BDC, SSO-Akte Eberhard Herf.

⁴²³ Der Bevollmächtigte des Reichsführers-SS für Bandenbekämpfung, Befehle v. 24. 3. und 26. 3. 1943, wie Anm. 9/415 in dieser Darstellung; Himmler an Kaltenbrunner v. 24. 6. 1943, BA F 3355, Bl. 633 (zur Abstellung Strauchs); BDC, PA Heinz Lammerding und dessen Vern. v. 24. 4. 1968, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Akte Kampfgruppenstab II; dazu auch die Akte ZStA Minsk 370–6–43; Vern. Bach-Zelewski v. 15. 1. 1947, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. III,4, Bl. 35; Vermerk v. 17. 9. 1959 über Vern. Eduard Strauch v. 2. 9. 1953 durch einen belgischen Untersuchungsrichter, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. 5, Bl. 677; Vern. G. W. v. 12. 10. 1959, ebd., Bl. 864f.

⁴²⁴ Der Zeitpunkt ist unklar. Zur Tatsache Vern. Bach-Zelewski v. 17. 1. 1946 (engl.), ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. III,4, Bl. 28, und Fsch. Der Chef der Bandenkampfverbände, Ic (SS-Stubaf. Weibrecht) an RSHA, Amt I, v. 19. 4. [1944], BA F 715 unpag.

⁴²⁵ Vgl. Vern. Georg Michalsen v. 25. 1. 1961, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6134, Bl. 230, und ders. v. 20. 4. 1966, Nr. 6282, wo er allerdings nur von einem Pol.Btl. sprach, das Bach-Zelewski Globocnik auf Antrag zuwies.

⁴²⁶ Auf regionaler Ebene zeigte sich das weniger. Jedoch beanspruchten SS und Polizei die Sicherung von Wirtschaftsobjekten im GK Weißruthenien 1944 mit Verweis auf Hitlers Weisung Nr. 46 für sich, auch wenn sie nur Gendarmeriekräfte und Schuma aufbieten, also einen Schutz nicht gewährleisten konnten. Die Wehrmacht lehnte Anträge auf Begleitschutz deshalb ab. WBfh. Weißruthenien, Korpsbefehl Nr. 10 v. 3. 3. 1944, BA-MA WF-05/7665, Bl. 1127.

der gerade verabschiedete Verbindungsmann des Ostministeriums zum Generalquartiermeister, SS-Brigadeführer Paul Zimmermann, und auf Heeresseite Schmidt v. Altenstadt. Das zeigt schon, warum Wagner weiter an der Guerillaabwehr interessiert war – die ihm unterstehende Verwaltung des Besatzungsgebiets wurde von den Partisanen beeinträchtigt. Bach und Wagner hatten den Plan, das GK Weißruthenien der Zivilverwaltung zu entziehen und der Heeresgruppe Mitte zu unterstellen, die wiederum Bach-Zelewski mit der Partisanenbekämpfung beauftragen sollte.⁴²⁷ Sie handelten einen Kompromiß für ein gemeinsames Oberkommando für Wehrmacht-, Waffen-SS- und Polizeiverbände unter Bach-Zelewski als Kommandeur mit einem Wehrmachtgeneral als Stabschef aus, das dem OKH unterstellt sein sollte, während Himmler nur über eine »gewisse Weisungsbefugnis« verfügen sollte. Der Reichsführer-SS lehnte diesen »merkwürdigen Vorschlag«, den Wagner ihm übermittelte, jedoch ebenso wie Zeitzler ab.⁴²⁸ Indem er Bach-Zelewski separat zum »Chef der Bandenkampfverbände« für SS und Polizei ernannte, stellte Himmler OKW und OKH vor vollendete Tatsachen und torpedierte deren Bemühungen um die Schaffung eines gemeinsamen zentralen Partisanenbekämpfungsstabes.⁴²⁹

Für beide Seiten ging es dabei jedoch nicht um Prinzipien oder Differenzen über das Vorgehen, sondern allein um formale Kompetenzen, ums Prestige. Das zeigt sich daran, daß das OKW trotzdem am Vorschlag festhielt, Bach-Zelewski solle die angestrebte neue Partisanenbekämpfungsvorschrift erarbeiten.⁴³⁰ Verbesserungsvorschläge für die alten Richtlinien waren bereits gesammelt worden, so bei den Armeen der Heeresgruppe Mitte und beim Befehlshaber ihres rückwärtigen Heeresgebiets im April 1943. Viele waren zur weiteren Verschärfung des deutschen Vorgehens geeignet. So zielten sie auf die Verhaftung von Frauen und Kindern, Verhöre von Kindern, Folter in Verhören – Frauen eingeschlossen – und die Räumung der nicht dauerhaft kontrollierbaren Partisanengebiete von allen arbeitsfähigen Männern, die als Zwangsarbeiter ins Reich sollten. »Große Waldgebiete« sollten zu »Sperrgebieten« erklärt werden. Der Ia der Heeresgruppe Mitte, v. Tresckow, gab diese Anregungen ans OKH weiter.⁴³¹ Tatsächlich arbeitete Bach-Zelewski, auch auf der Basis gemeinsamer Vorarbeiten mit v. Schenckendorff, das »Merkblatt Nr. 69/2« des OKW-Wehrmachtführungsstabes zur Partisanenbekämpfung aus, das im Mai 1944 herauskam und auf neue, politisch eher erfolversprechende Methoden wie Wehrdörfer setzte. Die Entscheidung über kollektive Gewaltmaßnahmen sollte nicht unterhalb der Ebene der SSPF beziehungsweise Divisionskommandeure getroffen werden, was aber nur hieß,

427 Aktennotiz Zimmermann v. 20. 2. 1943, Tagebuch Bach-Zelewski v. 23. 2. 1943, BA R 20/45b, Bl. 69f. Zu Zimmermanns Position dessen Aktennotiz v. 17. 2. 1943, BDC, PA Paul Zimmermann. Siehe auch Kubes Reaktion auf diese schon länger bestehenden Pläne: Kube an Rosenberg v. 3. 2. 1943, IfZ MA 795, Bl. 575.

428 Soweit mit der Aktenlage in Übereinstimmung eidesstattl. Erkl. Ernst Rode v. 3. 4. 1949, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. 7, Bl. 31 (erstes Zitat); Fsch. Himmler an Bach-Zelewski v. 26. 5. 1943, BA F 2918, Bl. 4170 (zweites Zitat). Zu der Sitzung beim GenQu KTB WiStab Ost, Wirtschaftliche Lage im Mai 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1063; Beauftr. VJP (Dr. Bergmann), Vermerk v. 24. 6. 1943, Sonderarchiv Moskau 700-1-50, Bl. 125.

429 Siehe KTB OKW v. 1. und 13. 7. 1943, Bd. II, S. 737 und 775f.

430 Ebd. v. 1. 7. 1943, S. 737.

431 Siehe die Akte BA-MA WF-04/5365, besonders Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Ergänzungs- und Änderungsvorschläge zur Vorschrift über Bandenbekämpfung v. 9. 4. 1943, Bl. 928–934 (das Anschreiben, Bl. 927, zeichnete der Chef des Generalstabs, Krebs), ferner S. 873 sowie S. 1108f. in dieser Darstellung.

daß solche Maßnahmen besser geplant ablaufen sollten.⁴³² In diesem Sinne gelang es Bach-Zelewski, auch Einfluß auf die Widerstandsbekämpfung durch die Wehrmacht in ganz Europa auszuüben. Freilich handelte die Wehrmacht damit nicht arglos. Man stimmte mit Bachs Auffassungen weitgehend überein.

Bereits Anfang 1943 waren im übrigen ergänzende Weisungen zur damals gültigen »Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten« herausgekommen, nach denen sogenannte Bandenverdächtige, anstatt erschossen zu werden, zur Zwangsarbeit im Reich gezwungen werden sollten – soweit es die SS anging, in Konzentrationslagern. Himmler hatte sich erst gegen Vorstellungen in der Wehrmacht, so beim Oberbefehlshaber der 18. Armee (Heeresgruppe Nord), Generaloberst Lindemann, durchsetzen müssen, gefangene Partisanen grundsätzlich zu erschießen, und auf der anderen Seite gegen Generalquartiermeister und Wirtschaftsstab Ost, die eine Arbeitsaufnahme im besetzten Gebiet, gegebenenfalls in Kriegsgefangenenlagern, oder eine Verschleppung mit dem Status des »Ostarbeiters« für ausreichend hielten.⁴³³ In der Praxis setzte sich allerdings das zuletzt genannte Verfahren durch.

Die Gesamtzahl der Opfer

Es ist nicht möglich, die genaue Zahl jener Menschen zu ermitteln, die von den Deutschen und ihren Hilfstruppen bei der Partisanenbekämpfung in Weißrußland getötet wurden. Nur Annäherungswerte sind möglich. Dazu ist zunächst eine Beschäftigung mit statistischen Problemen in diesem Zusammenhang nötig. Es gibt mehrere Wege, auf denen man versuchen kann, eine Gesamtzahl der Opfer zu ermitteln. Nachträgliche Ermittlungen über Einzelfallmeldungen, wie sie die Arbeitsgruppe unter Romanowski veröffentlicht hat, können wegen der unüberschbaren Zahl der betroffenen Dörfer, wegen des Fehlens überlebender Zeugen, die sichere Angaben machen konnten, und wegen des riesigen Rechercheaufwandes nicht genau sein. Sie geben nur einen Mindestwert, weil nur positiv nachweisbare Fälle darin auftauchen. In den über 5000 bei Romanowski erfaßten Dörfern starben über 147 000 Bewohner. 627 Dörfer wurden total zerstört, und 186 von ihnen blieben nach dem Krieg Wüstungen.⁴³⁴ Zum Vergleich: in Litauen waren es 21, in der Ukraine 250 »verbrannte Dörfer«.⁴³⁵

Bereits die Deutschen hatten mit ihren Mordstatistiken Probleme, nicht zuletzt wegen der in den Berichten verwendeten Tarnsprache. So ergaben sich zwischen den Monatsmeldungen und der Addition aus den Tagesmeldungen beteiligter Einheiten

432 OKW/WFSt/Op., Merkblatt 69/2 zur Bandenbekämpfung v. 6. 5. 1944 (Auszüge), in: N. Müller 1982, S. 171–174 und IMT, Bd. 37, S. 310ff. Vgl. Vern. Bach-Zelewski v. 7. 1. 1946, in: IMT, Bd. 4, S. 545; Hesse, S. 246f.; Cooper, S. 106f.

433 Himmler und WFSt wollten dagegen den Strafcharakter und den Unterschied zum normalen Ostarbeiterschicksal hervorheben. KTB OKW v. 14. 3. 1943, Bd. 3, S. 210f., auch in: IMT, Bd. 28, S. 391ff.

434 Romanowski u. a., S. 48–210. Die statistischen Grundlagen für die dortigen Angaben sind nicht klar. Einzelbelege waren auf Grund des damit verbundenen Aufwandes unmöglich. Punktueller Überprüfungen zeigen aber, daß die dort genannten Zahlen von der Größenordnung her zutreffen. Abweichungen ergeben sich durch verwaltungstechnische Probleme, z.B. werden meist einzelne Siedlungen und nicht durch sie gebildete Großdörfer ausgeworfen. Manche betroffene Dörfer fehlen in der Aufstellung. Ortsnamenwechsel 1939–1941 und nach 1944 schaffen zusätzliche Verwirrung.

435 Rozauskas, S. 284, und Kosyk, S. 471.

»Unterschiede und Mißverhältnisse«, wie beispielsweise v. Gottberg bemängelte.⁴³⁶ Jedoch meldeten die Mordkommandos durchaus keine Phantasiezahlen, wie etwa die späteren Feststellungen in den zwei Dörfern Borki (Rayon Kirow beziehungsweise Rayon Malorita) zeigen. Die deutschen Angaben sind im einzelnen als zuverlässig zu werten.⁴³⁷ Abgesehen davon ist vor allem unklar, inwieweit die Meldungen in den Monatsberichten von Wehrmacht sowie SS und Polizei die Opfer der »Großunternehmen« enthielten. Denn bei einer Reihe von Berichten waren nachweislich nur die der kleineren Aktionen enthalten.⁴³⁸ Diese Praxis hat Timothy Mulligan bei seinem Berechnungsversuch unzureichend beachtet. Da er außerdem auf Grund einer lückenhaften Quellengrundlage argumentierte, besonders bezüglich des GK Weißruthenien, ist die von ihm ermittelte Zahl von mindestens 243 800, vermutlich aber etwas über 300 000 Todesopfern im Gebiet der Heeresgruppe Mitte zusammen mit dem GK Weißruthenien vermutlich zu niedrig gegriffen. Dabei müssen im Vergleich mit dem hier behandelten Territorium Weißrußlands erhebliche Gebietsabweichungen beachtet werden.⁴³⁹

Tatsächlich meldete das rückwärtige Heeresgebiet Mitte – ab Anfang 1942 fast dekungs-gleich mit Ostweißrußland – bis Januar 1943 eine Zahl von 100 000 »erledigten« Partisanen. Bis Juni 1944 wuchs diese Zahl, wenn man die Bilanzen der Heeresgruppe nach der Auflösung des rückwärtigen Heeresgebietes im Herbst 1943 hinzurechnet, auf 164 800 – allerdings weitgehend ohne Berücksichtigung der Großoperationen.⁴⁴⁰ Jedoch sind in diesen Ziffern auch Gefangene enthalten, von denen nur ein Teil später ermordet wurde. Umgekehrt bestand gleichzeitig die Vorschrift, in bestimmten Fällen Gefangene zu melden, wenn es sich in Wahrheit um Exekutierte handelte.⁴⁴¹ Die offiziellen Zahlen sind also schwer zu bewerten, dürften aber letztlich untertrieben sein. Im GK Weißruthenien meldete v. Gottberg allein für den Zeitraum November

436 HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien -Ia- v. 12. 7. 1943, BA-MA SF-01/31683, Bl. 1036.

437 So auch Mulligan 1982, S. 28–31. Zu den zwei Fällen Borki wie oben S. 919f. und 938f. in dieser Darstellung.

438 Vgl. 201. Sich.Div., Ia, Monatsbericht Januar v. 5. 2. 1943, BA-MA RH 26–201/8, dazu RH 26–201/10; 707. Inf.Div., Abt. Ia, Monatsbericht März v. 13. 4. 1942, BA-MA RH 22/231, Bl. 84–90; SSPF Weißruthenien (Schimana) an GK Weißruthenien v. 14. 9. 1942, BA F 13687, Bl. 798f. (August 1942); SSPF Weißruthenien (v. Gottberg) an Chef SS-Pers.HA v. 8. 3. 1943, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 1 (Februar 1943); Tagesmeldungen Berück Mitte, Ia, v. 27. 8.–8. 9. 1942, BA-MA WF-03/7417, Bl. 361–379 (Vergeltungsaktion Slawnoje nicht enthalten); PzAOK 3, Entwicklung der Bandenlage im November v. 7. 12. 1943 und Anlage, BA-MA (BArchP)F 18499, Bl. 1146 und 1149; 286. Sich.Div., Ia, Monatsbericht Januar v. 7. 2. 1943, IfZ Fb 101/35; Wiln Mitte, Lagebericht Juni v. 5. 7. 1943, Anlage 1, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 521–523. – Unklar: Zusammenstellung der 10-Tages-Übersichten für Monat August 1942 des Berück Mitte, BA-MA WF-03/7421, Bl. 1090–1092 (Unternehmen »Greif« offenbar *teilweise* enthalten).

439 Mulligan 1982, S. 27–48. Die von der H.Gr. Mitte besetzten russischen Gebiete wären von seiner Bilanz abzuziehen, die weißrussischen Teile der GK Wollhynien-Podolien und des GK Shitomir sowie des Bezirks Bialystok dagegen hinzuzurechnen. – Beispiel für eine Abweichung: Mulligan (1982, S. 34) verzeichnet für August 1942 im rückwärtigen Heeresgebiet Gesamtverluste von 3107 Partisanen – in einer Meldung einschließlich Großunternehmen meldete der Berück 5609 (Sondermeldung v. 2. 9. 1942 in: Dokumente Heusinger, S. 157).

440 Siehe Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Monatsmeldung Bandenlage v. 6. 2. 1943, IfZ Fb 101/34, abgedruckt in: Dokumente Heusinger, S. 182 ff.; Mulligan 1982, S. 32, 37, 44.

441 Dazu S. 879 in dieser Darstellung.

1942 bis März 1943 33 378 Getötete, davon 11 000 Juden.⁴⁴² Einzubeziehen wäre auch ein unbestimmbarer Anteil jener 19 000 Menschen, die die 707. Infanteriedivision zwischen September 1941 und Januar 1942 erschoss.⁴⁴³ Hochgerechnet ergeben sich insgesamt 345 000 Menschen, die bei der deutschen Partisanenbekämpfung in Weißrußland ermordet wurden.⁴⁴⁴ Das liegt etwas über weißrussischen Schätzungen, die von 300 000 ausgehen.⁴⁴⁵

Allein bei den in Tabelle 20 aufgeführten 55 Großaktionen töteten die Deutschen mindestens 150 000 Menschen, darunter 14 000 Juden (9 Prozent). Zusätzlich wurden 17 000 Gefangene und Verwundete angegeben, die zum Großteil ermordet worden sein dürften. 12 000 Personen wurden umgesiedelt oder evakuiert, rund 100 000 Personen als Arbeitskräfte verschleppt. Doch darin sind die Opfer der kleineren und mittleren Aktionen nicht enthalten, und die forderten allein im weißrussischen Teil des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte bis Anfang 1942 schon rund 40 000 Opfer.⁴⁴⁶ Beispielsweise tötete das Polizeiregiment 2 im GK Weißruthenien innerhalb eines Monats 1943 bei den drei mittleren Aktionen »Manyly«, »Lenz« und »Lenz-Süd« 733 Personen, bei »kleinere[n] Unternehmen u. laufende[n] Sicherungs- u. Befriedungsaufgaben« aber 1298. Im GK Weißruthenien erschossen Polizei und Wehrmacht zwischen Juli und September 1942 3366 angebliche Partisanen – offenbar ohne Berücksichtigung des Unternehmens »Sumpffieber«.⁴⁴⁷ Das galt ebenso im GK Wolhynien-Podolien und im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte.⁴⁴⁸ Dies deutet darauf hin, daß die Größenordnung der angegebenen Schätzung zutrifft. Das gilt ebenfalls, wenn man die Zahl der getöteten Partisanen im eigentlichen Sinn in Betracht zieht. Nach Kalinin waren dies 26 000 Menschen. Dazu kamen 11 800 Vermißte, die größtenteils

442 Vortrag v. Gottberg v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 148. Kube sprach Anfang Februar – vor »Hornung« – von 15 000 umgebrachten Partisanen und »Partisanenverdächtigen« seit November. Kube an Rosenberg v. 3. 2. 1943, IfZ MA 795, Bl. 575.

443 Siehe S. 618f. in dieser Darstellung.

444 Nämlich 160 000 im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, 120 000 im GK Weißruthenien, je 20 000 im GK Shitomir, GK Wolhynien-Podolien und im Gebiet der 3. Panzerarmee, 5000 im Bezirk Bialystok (jeweils in den heute weißrussischen Teilen dieser Gebiete). Zur Grundlage: im rückwärtigen Heeresgebiet/ab Herbst 1943 Heeresgruppengebiet Mitte wird einschließlich Großunternehmen von 200 000 Opfern ausgegangen, 20 % wurden für die russischen Gebiete abgezogen. Im GK Weißruthenien werden für September 1941 bis Oktober 1942 grob 1500, ab November 1942 5000 Opfer im Monat angenommen. Zu den anderen Territorien die obigen Abschnitte; zur 3. PzArmee Schätzung auf der Basis von Tab. 20.

445 Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 441; Faktorowitsch, S. 113.

446 Siehe S. 875f. in dieser Darstellung. 40 % der vom Berück Mitte gemeldeten Summe (63 257) sind dabei abgezogen.

447 Abwehrstelle Ostland, Tätigkeits- und Lagebericht für 1. 7.–30. 9. v. 16. 10. 1942, BA D-H FW 488, A. 19; Pol.Rgt. 2, Ia, Abschlußbericht über Befriedung und Erfassung im Raume nördlich Minsk und Gefechtsbericht für das Unternehmen »Manyly« v. 17. 4. 1943 (für 16. 3.–15. 4.), BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 59 (Zitat).

448 Vgl. Sachstandsvermerk StA Frankfurt/M. v. 31. 5. 1963, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bd. 11, Bl. 2907ff.; 203. Sich.Div., Ia, Monatsbericht v. 5. 2. 1943, BA-MA RH 26–203/5; 286. Sich.Div., Ic, Tätigkeitsbericht 1. 1.–30. 6. 1943, BA-MA RH 26–286/8 (zusammen 1744 Feindtote); WBfh. Weißruthenien, Ia, Lagebericht Februar v. 1. 3. 1944, BA-MA WF-05/7665, Bl. 1124 (1175 Tote bei 109 Einsätzen); besonders: Okdo. H.Gr. Mitte, O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht Mai v. 12. 6. 1944, BA F 13753, Bl. 925 (9821 Feindtote, 10750 Gefangene ohne »Kormoran«).

als ums Leben gekommen angesehen werden müssen.⁴⁴⁹ Das stimmt, wenn man von 345 000 Getöteten insgesamt ausgeht, mit dem Verhältnis überein, das oben ermittelt wurde: kaum mehr als jedes zehnte Todesopfer der deutschen Großunternehmen war tatsächlich ein Partisan.⁴⁵⁰ Dazu kamen allerdings viele, meist unbewaffnete Menschen in den sogenannten Familienlagern.

Unklar ist der Anteil einzelner Täterformationen. Zu den mörderischsten zählten die SS-Sondereinheit Dirlewanger, die SS-Polizeiregimenter 2, 13, 22 und 23, das Schuma-Bataillon 57 und das Gendarmerie-Einsatzkommando z.b.V. Kreikenbom.⁴⁵¹ Nicht zu vergessen sind die 1. SS-Infanterie-Brigade und die SS-Kavallerie-Brigade. Das Polizeibataillon 307 (später I/Pol. 23) tötete allein zwischen Dezember 1942 und März 1943 bei sieben Großunternehmen über 4000 Menschen.⁴⁵² Das Polizeiregiment 22 nahm binnen 18 Monaten an nicht weniger als 21 solcher Einsätze teil.⁴⁵³ Die am meisten berüchtigte Einheit war jedoch das Bataillon Dirlewanger. Es war allein zwischen März 1942 und Juli 1943 an 14 großen Unternehmen beteiligt und vernichtete besonders viele große Dörfer mit all ihren Einwohnern, darunter Borki (Rayon Kirow), Zbyschin, Krasnizta, Studenka, Kopazewitschi, Pusitschi, Makowje, Brizalowitschi, Welikaja Garosha, Gorodetz, Dory, Ikany, Zaglinoje, Welikije Prussy und Perechody. Insgesamt sollen ihr allein in den Oblasten Minsk und Mogilew 150 Dörfer und zusammen 120 000 Menschen zum Opfer gefallen sein.⁴⁵⁴ Erscheint das auch zu hoch gegriffen, so dürfte v. Gottberg doch untertrieben haben, wenn er schrieb, Dirlewangers Leute hätten bis Mitte 1943 »etwa 15 000 Partisanen vernichtet«. ⁴⁵⁵ Allerdings ist zu beachten, daß sich die Mordtaten auf sehr viele verschiedene Einheiten verteilten – erinnert sei nur an die Sicherungsdivisionen, GFP-Gruppen und die Kommandos von Sicherheitspolizei und SD.

449 Kalinin, S. 402. Wegen der Mitgliederregistrierung der Partisanenverbände können diese Angaben als zuverlässig gelten.

450 Vgl. Tab. 20. Andererseits heißt das auch, daß die Verluste der weißrussischen Partisanen mit knapp 10 % erstaunlich gering waren. Deutlich höher fielen die tödlichen Verluste der jüdischen Partisanen in Weißrußland aus. Vgl. Kap. 7.6 in dieser Darstellung.

451 Für das GK Weißruthenien Ausarbeitung StA Hamburg 147 Js 11/71 U, ohne Datum.

452 SSPF Weißruthenien, Betr.: Vorzugsweise Beförderung des Majors d.Sch. Siegfried Binz v. 30. 3. 1943, BA D-H ZB 927, A. 1, Bl. 63. Das Btl. hatte an den Operationen »Hamburg«, »Altona«, »Franz«, »Erntefest« I und II, »Hornung« und »Föhn« mitgewirkt.

453 Vern. des Beschuldigten J. B. v. 2. 8. 1963 unter detailliertem Vorhalt seiner Personalakte, BStU ZUV 17, Bd. 1, Bl. 107 f. Kopien der Personalakte fehlen in den Verfahrensunterlagen.

454 Adamowitch/Bryl/Kolesnik, S. 446; Kohl, S. 106. Dies beruht auf der Schätzung eines weißrussischen Gerichts von 1968: Klausch, S. 433, Anm. 68. Allein in Borki, Zbyschin, Studenka, Kopazewitschi, Pusitschi, Brizalowitschi, Ikany und Welikije Prussy starben zusammen 7000 Einwohner. Allerdings hatten daran auch andere Einheiten ihren mörderischen Anteil, z. B. das EK 8 in Borki und Studenka.

455 HSSPF Rußland-Mitte und Weissruthenien, Vorschlag für die Verleihung des Deutschen Kreuzes in Gold v. 9. 8. 1943, Nbg. Dok. NO-2923. Siehe auch die Skepsis bei Klausch, S. 66 f. Da aber insgesamt 1426 erbeutete Gewehre und Maschinenwaffen und 92 eigene Tote angegeben waren, dürfte die Zahl 15 000 sich nicht nur auf getötete Partisanen im eigentlichen Sinn bezogen haben, wie Klausch vermutet. Eher ist von unvollständigen Meldungen auszugehen.

c) Andere Gesichtspunkte der Partisanenbekämpfung

Die Rolle von Sicherheitspolizei und SD

Die Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und SD waren im Juni 1941 angetreten, als »Nahziel« die »politische Befriedung« der besetzten sowjetischen Gebiete zu erreichen, und zwar bevor sie an die Zivilverwaltung übergeben werden sollten.⁴⁵⁶ Sie beanspruchten hierbei die Führungsrolle und sahen die Polizeibataillone eher als Hilfstruppen bei der Verfolgung politischer Gegner an. Durch Inhaftierung und Ermordung potentieller Widerstandsträger sollte die Bevölkerung des zu besetzenden Gebiets ihrer Führung beraubt werden. Die Einheiten des Heeres und besonders die GFP sollten in erster Linie diejenigen bekämpfen, die sich gegen die deutsche Wehrmacht wandten oder dies angeblich zu tun drohten. Dazu kamen die militärischen und zivilen »Kommissare«.

Doch alle diese Einheiten verfehlten ihr Ziel, trotz Unterdrückung und Massenerschlagung. Seit der Jahreswende 1941/42 wuchs der Widerstand unaufhörlich, und der Partisanenbewegung gelang es, sich zu organisieren und festzusetzen. Schon 1941 hatte sich in der Praxis ergeben, daß sich alle deutschen Einheiten und Dienststellen an der Partisanenbekämpfung beteiligten. Die Aufgabenteilung war weniger an bestimmte Funktionen gebunden als vielmehr – aus Personalmangel – fallweise an die Handlungskapazitäten der Träger des Antipartisanenkampfs. Obwohl sie die Partisanenbekämpfung zeitweise als ihre Haupttätigkeit bezeichneten, konnten die Einsatzgruppen A und B also schon hier den angestrebten Führungsanspruch nicht verwirklichen, nicht weil sie sich gegen die Wehrmacht oder andere Stellen nicht durchsetzen konnten, sondern weil sie überlastet waren (Kap. 9.2). 1942 wurde ihre Krise offensichtlich. Als die Zivilverwaltung, besonders im GK Weißruthenien, eine verstärkte Bekämpfung und neue Bekämpfungsmethoden verlangte, weil die Ausbeutung des Landes gefährdet war, konnte selbst Gestapochef Müller kein schlüssiges Konzept vorlegen und blamierte sich regelrecht beim Ostministerium.⁴⁵⁷ Eine weitere Blamage, die nun auch Himmler mit verantwortete, war die nicht wieder aufgelegte Broschüre »Bandenbekämpfung« des RSHA vom September 1942. Hier wurde zwar die Partisanenbekämpfung bereits als Aufgabe der Waffen-SS und Ordnungspolizei definiert, während Sicherheitspolizei und SD Beraterfunktion hätten; doch diese Beratung fiel dürftig aus.⁴⁵⁸

Tatsache ist, daß die Dienststellen von Sicherheitspolizei und SD an der Entwicklung der neuen Strategie der Großaktionen zur Partisanenbekämpfung nicht maßgeblich beteiligt waren, und daß diese Strategie die Bedeutung ihrer Rolle im Antipartisanenkampf weiter deutlich verringerte. Die neue Strategie, ein Vorgehen im Stil militärischer Operationen, wurde in erster Linie in den fürs Militärische zuständigen Stäben der HSSPF und der Sicherungstruppen in den betroffenen Gebieten herausgearbeitet, vor allem im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte. Die Masse der Kräfte in solchen großangelegten Operationen konnte selbstverständlich nicht von Sipo und SD mit ihrem knappen Personal kommen. Bezeichnend ist aber auch, daß ein Mann

⁴⁵⁶ Heydrich an die HSSPF im Osten v. 2. 7. 1941, BA R 70 SU/32.

⁴⁵⁷ Siehe S. 89ff. in dieser Darstellung.

⁴⁵⁸ Siehe S. 929 in dieser Darstellung.

wie der berüchtigte KdS Minsk, Strauch, im Gegensatz zum SSPF die Großeinsätze lange Zeit ablehnte,⁴⁵⁹ auch wenn er später Ic beim Chef der Bandenkampfverbände Himmlers wurde. Weil SSPF und HSSPF die verschiedenen SS- und Polizeikräfte zu koordinieren hatten, deren gemeinsamer Einsatz einfach Voraussetzung für große Aktionen war, wurde die Partisanenbekämpfung zu einer typischen (H)SSPF-Aufgabe, und das zunehmend nicht nur in den besetzten sowjetischen Gebieten. So wies Himmler Mitte 1943 den BdS Weichsel in Danzig-Westpreußen zurecht, »daß es nicht Aufgabe des BdS. ist, federführend Bandenkämpfe zu veranstalten, abgesehen davon, daß ein Kampf meistens nicht mit der Feder geführt wird.« Damit beauftragte er, Himmler, seine HSSPF.⁴⁶⁰

Nachdem sie den Führungsanspruch bei den Antipartisaneneinsätzen hatten aufgeben müssen, konzentrierten sich die Kräfte von Sipo und SD auf andere Aufgaben, besonders auf zwei.⁴⁶¹ Die eine bestand, wie schon am Beispiel des Unternehmens »Sumpffieber« ausgeführt, in der Aufklärung. Dazu dienten V-Leute, Meldungen der einheimischen und deutschen Stellen vor Ort (Gendarmerie, Landwirtschaftsführer, Forstverwaltung) und Verhöre von Bauern. Im Militärverwaltungsgebiet übernahmen zum Teil die Ic-Stäbe und die GFP diese Aufgabe. Doch bedienten sich auch Wehrmachtkommandeure und -einheiten gern der Sipo- und SD-Kräfte, die ihnen teilweise direkt unterstellt waren wie der Trupp Surash des EK 9 dem Oberkommando der 3. Panzerarmee.⁴⁶² Bei den KdS – so in Minsk und Białystok – bildeten sich mehr und mehr Stellen zur entsprechenden Nachrichtenerfassung heraus. In dieser Hinsicht war ihnen, so Bach-Zelewski, »jede erdenkliche Unterstützung zu gewähren«.⁴⁶³ Im Gegensatz zu den Verbänden während eines laufenden Großunternehmens waren die den KdS-Kommandos von ihren Vorgesetzten vorgegebenen Ziele »nur als Richtlinien« zu verstehen, die »selbstverständlich zweckdienlich auch

459 Vgl. Strauchs Auftreten bei einer Krisensitzung beim Kommandanten in Weißruthenien, v. Tschammer und Osten, am 13. 5. 1942: Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 9 v. 26. 6. 1942, BA-MA SF-01/28937, Bl. 516f. Darauf verwies schon Wilhelm 1974, S. 852, Anm. 152. Dagegen SSPF Weißruthenien v. 29. 5. 1942, ZStA Minsk 389-1-3, Bl. 77.

460 Himmler an BdS Weichsel über Chef Sipo/SD v. 24. 6. 1943, BDC O. 217 II (Banden). Vgl. allgemein Birn 1986, S. 46ff. und 221ff.

461 Anders verlief die Entwicklung im Einflußbereich, der dem HSSPF Ostland, Jeckeln, verblieb. Nach seinem Befehl v. 15. 2. 1943 hatten die Sipo-Kommandos dort folgende Aufgaben zu erfüllen: »Vorerkundungen«, »Erkundungen während der Operationen«, »Massnahmen gegen Banditen und Bandenhelfer«, »Säuberung des Gebietes«, »Die Zurückführung arbeitsfähiger Bevölkerung«; die landwirtschaftlichen Kommandos hatten sich an die Sipokräfte »anzulehnen«. Der Chef des Einsatzstabes der Sipo u.d.SD Ostland, Einsatzbefehl Nr. 24 v. 19. 2. 1943, ZStL UdSSR Bd. 245ab, Bl. 253.

462 Der Truppführer R. in Surash war zeitweilig auch dem LIX. AK direkt unterstellt. Niederschrift Otto Heidkämper (1943/44 Generalstabschef der 3. Pz.Armee) v. 2. 12. 1948, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 14, Bl. 97. Siehe auch die Besprechungen des Chefs des Stabes des Berück Mitte, Oberst Hielscher, mit dem Chef der EGf B, Naumann, und dem Kommandeur der 286. Sich.Div., Generalmajor Richert, »zu dem geplanten Unternehmen«. KTB Berück Mitte, Ia, v. 28. 9. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 857.

463 Siehe S. 933ff. in dieser Darstellung sowie zu Minsk Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 gegen Heuser v. 21. 5. 1963, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 176ff. und 246; Vern. Karl Buchner v. 29. 10. 1945, IfZ Fb 101/16. Zitat: Der Bevollmächtigte des Reichsführers-SS für die Bandenbekämpfung an alle Dienststellen der Ordnungspolizei und Schutzmannschaften im GK Weißruthenien v. 19. 11. 1942, Sonderarchiv Moskau 500-1-769, Bl. 44.

ausgedehnt oder verlagert werden« konnten.⁴⁶⁴ Die Erkundungskommandos hatten also große Freiheit in der Auswahl ihrer Opfer. KdS-Angehörige wurden zu den entsprechenden Beauftragten der SSPF und zu Ic-Offizieren in anderen Formationen wie den Kampfgruppen Jeckeln und v. Gottberg, im Stab Prützmann sowie beim Chef der Bandenkampfverbände des Reichsführers-SS.⁴⁶⁵ Im Gegensatz dazu stellte die Ordnungspolizei stets die für die Einsatzführung und -ausarbeitung zuständigen Ia. Dem Partisanen-Abwehrspezialisten mit der traurigsten Berühmtheit, SS-Hauptsturmführer Artur Wilke vom KdS Minsk, war noch Anfang der sechziger Jahre das Bedauern darüber anzumerken, daß man ihn schließlich versetzt hatte.⁴⁶⁶ Daneben spielte auch der Minsker Gestapo-Heuser eine große Rolle.⁴⁶⁷

Aufgabe der Sipo- und SD-Kommandos war es aber nicht nur, die Großoperationen durch Erkundung wochenlang im voraus vorzubereiten, sondern auch während der Unternehmen selbst übernahmen sie weitere: »Erkundung, soweit noch möglich, Vernehmung von Gefangenen und Überläufern, Ermittlungen und Unschädlichmachung von Bandenhelfern und Begünstigern.«⁴⁶⁸ Der Personaleinsatz dabei war, wie beim Unternehmen »Sumpffieber«, teilweise erheblich. Bei den Unternehmen »Nürnberg«, »Hamburg« und »München« waren 450 KdS-Angehörige eingesetzt, beim Unternehmen »Erntefest II« 125.⁴⁶⁹ Diese jedem eingesetzten Bataillon zugeteilten Kommandos konnten zwar Einsatzräume und -ziele nun kaum noch beeinflussen, doch beanspruchten sie teilweise, Herren über Leben und Tod der betroffenen Bauern zu sein. Im Gegensatz zum angeführten Einsatzbefehl ermittelten sie kaum feindlich gesinnte Individuen, wozu ihnen gar keine Zeit blieb, sondern bestimmten mindestens Familien, meist jedoch ganze Dorfbevölkerungen, die zu vernichten waren. Das war der zweite Schwerpunkt ihrer Tätigkeit. Aus Sicht von Sipo und SD war das eine organische Einheit: Aus ihrer vermeintlichen Kenntnis der Operationsgebiete der Partisanen und ihrer Unterstützer folgte, daß sie die Ziele der Aktionen festlegen wollten, und innerhalb der Einsatzräume glaubten sie aus ihrer Kenntnis heraus am besten angeben zu können, welches Dorf es »verdient« hatte, abgebrannt und ausgerottet oder evakuiert zu werden. Jedoch nahmen Gebietskommissare, Landwirtschaftsführer und Arbeiterrekrutierungskommandos ihnen diese

464 Der Chef des Einsatzstabes der Sicherheitspolizei u. d. SD – Ostland – an alle Erkundungskommandos v. 18. 11. 1942 (gez. Dr. Pifradner), Sonderarchiv Moskau 1525–1–473, Bl. 7–9, auch IfZ MA 707/1, abgedruckt in: Eine Schuld, S. 143–145.

465 Siehe außer den schon gemachten Angaben Vermerk StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Bd. 1, Bl. 27 (Kampfgruppe v. Gottberg) und schließlich Der Reichsführer-SS, SS-Befehl v. 7. 9. 1943, BA F 2918, Bl. 4140.

466 Vern. Artur Wilke v. 8. 8. 1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 8630; Wilkes handschriftliche Aufzeichnungen von 1943 und andere Quellen zu seiner Tätigkeit, IfZ Fb 101/15, und seine Vern. v. 15. 12. 1965, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 2219.

467 Beim KdS Weißruthenien war die Partisanenaufklärung nicht SD-Aufgabe (Abteilung III), sondern wurde von der Abteilung IV (Gestapo) übernommen. Heuser-Urteil, wie Anm. 9/463 in dieser Darstellung.

468 KdS Weißruthenien, Einsatzstab, Einsatzbefehl »Erntefest II« v. 28. 1. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok.Sonderbd. 3, »Erntefest I«, Dok. 3; vgl. Einsatzbefehl des KdS Strauch für das Kommando Heusers v. 19. 9. [1942], BA D-H ZM 1487, A. 24; ähnlich 286. Sich.Div., Ia, Divisionsbefehl Nr. 1 für die Durchführung des Unternehmens »Greif« v. 12. 8. 1942, BA R 20/12, Bl. 2R.

469 Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 und 42 v. 22. 1. und 19. 2. 1943, BA-MA SF-0128940, Bl. 409 und 585.

Rolle teilweise aus der Hand (Kap. 9.4 und 9.5). Auch die Luftwaffe wehrte sich 1944 dagegen, daß ihr Sipo und SD die Einsatzziele vorgaben; mit der Zivilverwaltung sprach sie der Fliegerführer I dagegen ab. Doch ging es ihr vor allem darum, Einsätze nur mit einer Stelle koordinieren zu müssen.⁴⁷⁰ Aus den Einsatzbefehlen der Sipo selbst ergibt sich ebenfalls, daß ihr Einfluß auf die Vernichtungsentscheidungen bei der Partisanenbekämpfung zwischen 1942 und 1943 abnahm.⁴⁷¹ Dem BdS Ostland, Dr. Pifradier, zufolge oblag im November 1942 auf Befehl Bach-Zelewskis »die Entscheidung, ob Dörfer abgebrannt, die Bewohner liquidiert oder evakuiert werden, ausschließlich und allein dem Führer des SD-Kommandos«. Die Prinzipien wurden gleich mitgeliefert: »Erfahrungen lehren, daß Kollektiverschießungen, das Niederbrennen von Dörfern[,] ohne die gesamten Einwohner zu liquidieren oder sie ordnungsgemäß zu evakuieren, nur nachteilige Folgen für uns haben.«⁴⁷²

Dasselbe Zugeständnis hatte man zuvor auch von Jeckeln bekommen.⁴⁷³ Ein halbes Jahr darauf befahl der KdS Weißruthenien, Strauch, vor dem Unternehmen »Cottbus«:

»Über die Notwendigkeit von Strafmaßnahmen gegen die Bevölkerung entscheidet der SD-Kommando-Führer im Einvernehmen mit dem Batl. Kommandeur. In Zweifelsfällen ist die Entscheidung des Führers der Kommandogruppe einzuholen.«⁴⁷⁴

Wiederum ein halbes Jahr später ordnete der BdS Weißruthenien und Chef der Einsatzgruppe B, Ehrlinger, an:

»Das Abbrennen von Dörfern, öffentliche Exekutionen, Aussiedlungsaktionen der Bewohner oder Erfassungsaktionen für den Arbeitseinsatz Reich und die Landwirtschaft sind Massnahmen, deren Durchführung genaue Kenntnis der Struktur der Bevölkerung und der Lage und Stimmung voraussetzen, da sie leicht eine gegenteilige Wirkung hervorrufen können.

Die Verantwortung für die nicht ausschließlich sicherheitspolizeilichen Massnahmen liegt bei der Truppenführung. Aufgabe des Kommandos und Trupps der Sipo und des SD ist es jedoch, die Truppenführer aufgrund ihrer Erfahrung und der Kenntnis von Lage und Stimmung zu beraten.«⁴⁷⁵

Selbstverständlich war die »Beratung« bei Mordentschlüssen immer noch schwerwiegend. Dennoch wurde die Aufgabe der Kommandos von Sipo und SD mehr und

⁴⁷⁰ WBfH. Weißruthenien, Ia, Notizen für die am 5. 5. 44 bei der H.Gr. Mitte stattfindende Besprechung, BA-MA WF-05/7665, Bl. 0037f. Dazu KTB WBfH. Weißruthenien v. 11. 4. und 12. 6. 1944 (monatliche Absprachen mit dem HSSPF), BA-MA WF-05/7663, Bl. 799 und 847.

⁴⁷¹ Eine andere Wertung gibt Heer 1995, S. 124f., dem zufolge Sipo und SD spätestens seit 1942 gleichbleibend »Tempo und Radius des Partisanenkampfes« bestimmten.

⁴⁷² Befehl BdS Ostland, Einsatzstab, v. 18. 11. 1942, wie Anm. 9/464 in dieser Darstellung.

⁴⁷³ »SS-Obergruppenführer Jeckeln einverstanden, daß Kommandos mit Truppe vorgehen und über notwendige Aktionen in Ortschaften entscheiden«. BdS Ostland (Einsatzstab) oder KdS Minsk, Baranowitschi, an Sonderkommando Dr. Heuser zur Weitergabe an Wilke, undatiert (August/September 1942 anlässlich der Aktion »Sumpffieber«), BA D-H ZR 809, A. 21.

⁴⁷⁴ KdS Weißruthenien, Einsatzstab, Einsatzbefehl v. 17. 5. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok.Sonderbd. 4, »Kottbus«, Dok. 2.

⁴⁷⁵ BdS Weissruthenien/Chef EGr B, Richtlinien für den Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD bei Kampfgruppen zur Bandenbekämpfung v. 20. 10. 1943, Sonderarchiv Moskau 1525-1-473, hier Bl. 22, auch IfZ Fb 101/18, auszugsweise in: Eine Schuld, S. 165f.

mehr auf das zurückgedrängt, was seit Beginn der Großoperationen außerdem ihre Funktion war – die des Henkers. Soweit es praktikabel erschien, gaben die anderen Einheiten, wie noch an verschiedenen Beispielen zu zeigen ist, die zur Ermordung bestimmten Bauern an »den SD« ab.⁴⁷⁶ Der hatte sie, meist Frauen und Kinder, zu erschießen, Opfer, die mehr und mehr andere aussuchten.

Luftwaffeneinsätze

Von Anfang an, seit dem Unternehmen »Bamberg«, gab es bei jeder größeren deutschen Operation gegen Partisanengebiete Fliegerereinsätze.⁴⁷⁷ Im September 1943 gelang es Himmler sogar, sich beziehungsweise Bach-Zelewski die Fliegergruppe z.b.V. 7 der Wehrmacht zu unterstellen. Deren zwei stärkste Staffeln mit 23 Maschinen waren in Minsk stationiert. Dazu verfügte in jener Spätphase jeder HSSPF und der Chef der Bandenkampfverbände über zwei Flugzeuge, allerdings meist langsame Maschinen oder Senkrechtstarter der Typen »Weihe« und »Fieseler Storch«, die allenfalls für Aufklärungsflüge, am ehesten jedoch für Ortswechsel hoher Offiziere geeignet waren.⁴⁷⁸ Im wesentlichen mußte man sich jedoch, wie erwähnt, mit der Luftwaffe absprechen, die sogenannte Bandeneinsätze in erster Linie systematisch zur Ausbildung unerfahrener Flugzeugbesatzungen nutzte. Damit wurden zum Beispiel Blindflug und Nachtangriffe auf Ortschaften trainiert, ohne große Gegenwehr, geschweige denn eine wirkliche Fliegerabwehr fürchten zu müssen.⁴⁷⁹ Solche Einsätze erfüllten auch die Funktion, Ziele ohne das Risiko deutscher Verluste anzugreifen und auf Partisanen wie unbewaffnete Zivilbevölkerung eine demoralisierende psychologische Wirkung auszuüben.⁴⁸⁰

Entgegen manchen Darstellungen in der Literatur waren nicht Aufklärungs-, sondern Kampfeinsätze Aufgabenschwerpunkt der Fliegerkräfte im Antipartisaneneinsatz.⁴⁸¹ So flogen die Kräfte des Fliegerführers 1 beim Unternehmen »Frühlingsfest« 1944 150 Aufklärungs- und 1025 Kampfeinsätze, wobei sie nicht weniger als 423,9 Tonnen Bomben abwarfen.⁴⁸² Die Einsätze waren allerdings nicht immer an Großunternehmen gebunden, sondern oft wurden einzelne Dörfer aus heiterem Himmel zerstört. So wurden im Hinterland der Heeresgruppe Mitte im August 1943,

476 Siehe zum Unternehmen »Frühlingsfest« Gefßner 1995, S. 352; zur Aktion »Kugelblitz« S. 1014 in dieser Darstellung; zum Unternehmen »Seydlitz« SS-Kav.Div., Gefechtsbericht 23. 6.–27. 7. v. 30. 7. 1943, Anlage 1, BA F 40416, Bl. 31.

477 Grundlegend: Weinberg, *Airpower in Partisan Warfare*, S. 361–385, hier S. 381.

478 Kommandostab RF-SS, Betr.: Unterstellung und Einsatz der Fliegergruppe z. b. V. 7 v. 25. 9. 1943, BA F 5548, Bl. 7337 f.; Gottberg, S. 89 und 160; siehe durchgehend das Tagebuch Bach-Zelewski, BA R 20/45b; SS-Führungshauptamt, Beurteilung für Waldemar Fegelein v. 18. 6. 1943 in dessen SSO-Akte im BDC.

479 Weinberg, *Airpower*, S. 382 f.; KTB 203. Sich.Div. v. 22. 2. 1943, BA-MA RH 26–203/4, Bl. 20R; SS-Kav.Div., Tagesmeldung v. 28. 6. 1943, BA-MA SF-01/17410, Bl. 85, und die grundlegende Weisung Luftwaffenkommando Ost, Ia op, Befehl Nr. 2 für die Bekämpfung von Banden und durchgebrochenen Feindteilen der Luftwaffe v. 25. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 18497, Bl. 244. Eine Zusammenarbeit mit dem Heer wurde vorgeschrieben.

480 Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 38 v. 22. 1. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 422.

481 Siehe demgegenüber die apologetische Darstellung von Heilbrunn, S. 129–132; in diesem Punkt mit ähnlicher Tendenz Weinberg, *Airpower*, S. 380.

482 Zwei Maschinen gingen verloren. Kampfgruppe v. Gottberg -Ia-, Betr.: Erfahrungsbericht des Fliegerführers 1 zum Unternehmen »Frühlingsfest« v. 16. 5. 1944, BA-MA RH 19 II/244, Bl. 18f.

ohne daß größere Operationen gemeldet wurden, »49 Bandendörfer« mit Flugzeugen angegriffen, im Dezember »mit 871 Flugzeugen 148 Bandendörfer«. ⁴⁸³ Der Fliegerführer 1 meldete für Dezember 1943 sogar 907 Kampf- und 75 Versorgungsflüge, bei denen man 314,2 Tonnen Bomben und 400 000 Flugblätter abgeworfen habe. Ihre »Erfolge« im Töten und Zerstören konnten die Flieger nicht beziffern. ⁴⁸⁴ In den deutschen Statistiken sind sie nicht erhalten und bilden eine nicht zu unterschätzende Dunkelziffer. Es gibt nur Anhaltspunkte. Im November 1943 waren 250 Kampf-, 29 Aufklärungs- und drei Versorgungsflüge absolviert und 51,1 Tonnen Bomben abgeworfen worden. Die Maschinen hatten 28 Ziele angegriffen: 25 Dörfer, meist am Tag, und nur drei Partisanenlager. Die Bilanz lautete:

»Von 25 Bandendörfern wurden 3 restlos zerstört

12 2/3 zerstört

in 10 zahlr. Brände u. Zerstörungen.« ⁴⁸⁵

Dagegen blieben Einsätze von Panzerzügen gegen Dörfer die Ausnahme, weil sie zu unbeweglich und durch Zerstörung der Schienen angreifbar waren. ⁴⁸⁶

In der Etappe liegende Fliegereinheiten waren auch am Boden zur Partisanenbekämpfung eingesetzt. Sie bewachten nicht allein Görings Urwald- und Jagdgebiet bei Białowieża, ⁴⁸⁷ sondern hatten, soweit sie in Ruhestellung lagen, seit Dezember 1942 grundsätzlich Befehl, Partisanen zu bekämpfen, und zwar nicht Heeresinstanzen unterstellt, sondern auf eigene Verantwortung und nach besonders scharfen Rahmenbefehlen, die von Göring kamen. ⁴⁸⁸ Im April 1942 war bereits ein »Luftwaffeninfanterieregiment Moskau« aufgestellt worden. Nur die geringe Zahl der tatsächlich eingesetzten Luftwaffensoldaten, die allein nur kleinere Operationen durchführen konnten, verhinderte offensichtlich, daß es 1942 mehr als 1284 Todesopfer und 88 zerstörte Dörfer vermelden konnte. ⁴⁸⁹

Gewaltexzesse, Sadismus, Grausamkeit

Mit Recht ist in der Vergangenheit auf die unmenschliche Grausamkeit der Täter bei der Partisanenbekämpfung besonders in Weißrußland hingewiesen worden. Sie deutet auf einen hohen Grad an Identifizierung mit ihren Taten hin, nicht oder weniger

⁴⁸³ WiIn Mitte, Lagebericht August v. 5. 9. 1943, Anlage 6, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 1012; Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Bericht über Bandenlage Dezember 1943 v. 6. 1. 1944, BA-MA WF-03/5141, Bl. 1002. Vgl. Weinberg, Airpower, S. 382 f.; KTB 203. Sich.Div. v. 22. 1. 1943 und öfter, BA-MA RH 26-203/4, hier Bl. 10R. Täterinheit in diesem Fall: IV. F.G.51 (Edelweiß).

⁴⁸⁴ Die Verluste betrugen 2 Maschinen, 1 Toten und 4 Verwundete. Fliegerführer 1, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht Nr. 8 Dezember 1943 v. 4. 1. 1944 (gez. Punzert, Generalmajor), BA-MA (BArchP)F 18497, Bl. 391-399.

⁴⁸⁵ Drei Maschinen gingen verloren, die Besatzungen retteten sich durch Notlandungen. Fliegerführer 1, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht Nr. 7 v. 2. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 18499, Bl. 1103-1106.

⁴⁸⁶ Ein seltenes Gegenbeispiel war die Zerstörung von Lozki, Rayon Kalinkowitschi, am 22. 6. 1942, bei der 476 Menschen starben. Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 282.

⁴⁸⁷ Siehe S. 934 in dieser Darstellung.

⁴⁸⁸ Vgl. Luftwaffenkommando Ost, Ia op, Betr.: Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten, Übersendungsschreiben v. 20. 12. 1942, BA D-H FW 489, A. 28; KTB Berück Mitte, Ia, v. 30. 10. und 8. 12. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 908 und 965.

⁴⁸⁹ Luftwaffenkommando Ost, Ia op, Bericht über die Bandenbekämpfung durch Einheiten der Luftwaffe im Bereich des Lw.Kdo. Ost vom 10. 4. bis 31. 12. 1942 v. 8. 1. 1943, BA D-H FW 490, A. 29, Bl. 3-16. Vgl. Heer 1995, S. 121 f.; siehe jedoch zu vermehrten Fällen im Januar 1943 ebd., S. 137, Anm. 71.

auf widerwillige Ausführung.⁴⁹⁰ Die Gemeinheit ihres Handelns zeigen schon die Tötungsarten, die die Deutschen bei der Partisanenbekämpfung massenweise anwandten: Erschießen, Verbrennen, in die Luft Sprengen, Bombardieren, im Gas Erstickten, Erstechen, Erhängen, Ertränken. Dabei waren die meisten Opfer Frauen und Kinder, denn viele männliche Bewohner der Dörfer waren evakuiert, zur Roten Armee eingezogen oder bei den Partisanen. Oder sie konnten als Arbeitskräfte besser gebraucht werden, wie noch zu zeigen ist.

Ähnliches gilt allerdings auch für den Mord an Juden, Kriegsgefangenen, politischen Gegnern oder Kranken. Und doch stellt sich die Frage nach individueller Grausamkeit bei der Partisanenbekämpfung anders und noch einmal neu. Denn sie erscheint regelloser, exzessiver, wilder als die geplanten und durchorganisierten Massenmorde an den anderen Opfergruppen. Allein schon das Abbrennen der Dörfer scheint auf Exzesse hinzudeuten. Die Opfer waren vor der Tat nicht in Ghettos und Lagern von der Gesellschaft isoliert wie Juden und Kriegsgefangene, die Gewalt traf sie mitten im Alltagsleben, oft fast unangekündigt, wenn man nach den Überlebendenberichten geht. Die Opfer wurden kurzfristig definiert und ausgewählt, anhand von Kriterien, die nicht immer sofort klar waren und vor allem den Opfern selbst oft unklar blieben. (Daß sie in der Regel doch existierten, wird noch auszuführen sein.) Die Täter setzten sich selbst einer gewissen, allerdings nicht sehr großen Gefahr aus, körperlich Schaden zu nehmen, und mögen sich deshalb in einem größeren Erregungszustand befunden haben als bei anderen Morden, wenn sie auch natürlich die Augen nicht davor verschließen konnten, daß bei der überwiegenden Zahl der gegnerischen Opfer von Kampf keine Rede sein konnte. Es scheint, daß nicht nur fast alle beteiligten Offiziere und Kommandeure sowie viele Verwaltungsbeamte, sondern auch die meisten einfachen Soldaten, Polizisten, SS-Leute und einheimischen Hilfspolizisten keine Skrupel empfanden, sondern sich mit Überzeugung an den Massakern beteiligten. Allerdings steht die Forschung hier noch am Anfang, und die Beweisführung ist schwierig.⁴⁹¹ Offenen Widerstand von seiten der Ausführenden gab es ganz selten.⁴⁹² Innerhalb der Einheiten war die Einrichtung von ständigen Exekutionskommandos nicht häufig. Teils schossen Freiwillige, teils wechselnd dazu bestimmte Einheitsangehörige. Wurden die Bauern familienweise in ihren Häusern erschossen, gab es besonders viele Täter.⁴⁹³ Wollten die Kommandeure ihren Leuten

⁴⁹⁰ Siehe Heer 1995; am Beispiel der Sondereinheit Dirlewanger Klausch, S. 58–75 und 85–88; aus der Perspektive der Opfer Adamovitch/Bryl/Kolesnik.

⁴⁹¹ Die nicht sehr zahlreichen bundesdeutschen Strafverfahren zum Komplex Partisanenbekämpfung – und hier praktisch nur gegen Kommandeure – in Weißrußland geben, zumal was die Wehrmacht angeht, zu diesen Fragen nur begrenzt Aufschluß, schon weil Schutzbehauptungen der Beteiligten überwogen und gezielte Nachfragen selten waren. Ansonsten ist auf die in Kap. 1.3 geäußerten grundsätzlichen Vorbehalte gegen die Annahme zu verweisen, daß man aus den Vernehmungsaussagen von Angehörigen der damaligen Täterseite die Motive der Täter heute noch zuverlässig feststellen könne. Etwas anders sind die Erkenntnisse aus den sowjetischen Verfahren zu bewerten, von denen wegen mangelnder russischer Sprachkenntnisse des Verf. jedoch nur übersetzte Bruchstücke ausgewertet werden konnten.

⁴⁹² Hierzu die teils sehr genauen und differenzierten Beobachtungen von Überlebenden in Adamovitch/Bryl/Kolesnik. Danach gab es in einer Reihe von Einzelfällen auf deutscher Seite Personen, die – für die Opfer erkennbar – Mitgefühl äußerten, Menschen versteckten und ähnliches.

⁴⁹³ Hierzu allgemein die Verfahren ZStL 202 AR-Z 1212/60 (I. SS-Infanterie-Brigade) und BSuT, ZUV 9 (EK 8).

die Mordarbeit abnehmen lassen, übergab man sogenannte Verdächtige den Sipo- oder GFP-Kommandos. Doch in den meisten Fällen geschah das nicht. Die Morde verteilten sich, wie wir gesehen haben, auf sehr viele verschiedene Formationen und Täter.

An dieser Stelle wird darauf verzichtet, die Gewaltexzesse im einzelnen darzustellen und auszumalen. Einige Beispiele wurden bereits angesprochen. So trieb das Bataillon Dirlwanger am 21. Juli 1943 während des Unternehmens »Hermann« die Bewohner des Dorfes Dory mit dem Pastor in die Kirche und verbrannte sie dort lebendig. Nur arbeitsfähige Männer ließ man aus der Kirche heraus, Frauen nur, wenn sie ihre Kinder zurückließen.⁴⁹⁴ An anderer Stelle sperrte man hunderte ausgesonderte zwei- bis zehnjährige Kinder in Güterwaggons und kümmerte sich nicht weiter um sie, bis die Hälfte von ihnen den Tod gefunden hatte.⁴⁹⁵ Keine Einzelfälle: mit unglaublicher, erschütternder Brutalität quälten und ermordeten die beteiligten Deutschen gerade Kinder.⁴⁹⁶ Ein deutscher Zeuge, selbst wegen Befehlsverweigerung bei einer Exekution zu sechs Wochen Arrest und Versetzung verurteilt, berichtete aus der 1. SS-Infanterie-Brigade folgende Fälle: Ein Bauer sei erschossen worden, weil er angeblich die Feldfurchen so zog, daß sie sowjetischen Fliegern den Weg wiesen; ein junges Paar mit Kleinkind ließ man nach einer Kontrolle scheinbar laufen, um sie dann von hinten zu erschießen; ein Dorf wurde vernichtet, nachdem man sich dort einen Tag und eine Nacht lang hatte bewirten lassen (keineswegs ein Einzelfall); auch Tiere wurden gequält, Schweine erschossen, Gänse lebendig gerupft oder aufgespießt. Freiwillige für Exekutionen verzehrten ihre dafür gewährten Sonderrationen sofort.⁴⁹⁷ Die weißrussischen Schriftsteller Adamowitsch, Bryl und Kolesnik stellten ihr Kapitel zum Thema Grausamkeit in der englischen Übersetzung unter den bezeichnenden Titel »Genghiz Khan Equipped with the Telegraph«.⁴⁹⁸

Erst weitere, umfassende Forschungen werden es erlauben, ein genaueres Bild der Tätermotivation, des Verhaltens der Täter – vor allem der Mannschaften – und seiner Triebkräfte zu zeichnen.⁴⁹⁹ Für die zentralen Fragestellungen der vorliegenden Untersuchung ist vor allem wichtig, welche Rolle die Initiative von unten für die Ingangsetzung der Massenverbrechen bei der Partisanenbekämpfung spielte. Stimmt es,

494 Vgl. SS-Sonderbataillon Dirlwanger, Gefechtsbericht der Einsatzgruppe Dirlwanger über das Unternehmen »Hermann« v. 18. 8. 1943, BA-MA SF-01/31686, hier Bl. 687; Bericht Kreislandwirt Woloshin an Gebietslandwirt Wilejka v. 25. 7. 1943 und Meldung des Kollaborateurs Kuschel v. 6. 8. 1943 (Übersetzung), in: Eine Schuld, S. 342 bzw. 162; Vern. N. S. B., W. A. D. und G. F. R. (im Mogilewer Dirlwanger-Verfahren 1966), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft 5, Bl. 65–71; Aussage Julian Rudowitsch, in: Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 443; Referat W. A. Samsonow bei der Tagung in Minsk 1962 anlässlich des Heuser-Verfahrens, BA D-H M 999, A. 8. Nach Samsonow wurde die Hälfte der 200 Bewohner in einem anderen Gebäude verbrannt. Nach Ludwig Golubowitsch, Weissruthenien unter deutscher Besatzung, BA OstDok 13/507, Bl. 67, wurden die Opfer zunächst in der Kirche erschossen, dann verbrannt.

495 Ebd. Golubowitsch, 1942–1944 ein hochrangiger Kollaborateur der Deutschen, der noch in seiner Nachkriegsdarstellung z. B. die Rolle von Sicherheitspolizei und SD sehr positiv wertete, bringt eine Reihe derartiger Beispiele.

496 Siehe das Kapitel »Over Ten« bei Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 133ff., und Kap. 10.5 dieser Darstellung.

497 Brief E. R. v. 5. 3. 1979 an das Jüdische Dokumentationszentrum Wien, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bd. 40, im Umschlag nach Bl. 9453. Ansonsten unzählige Beispiele bei Adamovitch/Bryl/Kolesnik.

498 Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 278–287.

499 Siehe die Ansätze bei Heer 1995.

daß sich »die Truppe« im sogenannten Bandenkampf nicht mehr von ihren Befehlshabern unter Kontrolle halten ließ und daß das große Ausmaß der Verbrechen sich hieraus herleiten läßt? Kamen die deutschen Verbrechen bei der Partisanenbekämpfung hauptsächlich wegen ständiger Exzesse oder den von der Führung systematisch freigesetzten Aggressionen der Täreinheiten zustande? Waren es immer neue »Blutorgien«, um den Ausdruck eines Gebietskommissars zu verallgemeinern?⁵⁰⁰

Zwar forderte v. Schenckendorff 1942 ein »Angehen gegen die Lust der Soldaten, etwas brennen zu sehen«, ⁵⁰¹ doch erweist der geschilderte, in der Regel organisierte Ablauf der Dorfvernichtungen einschließlich des Abbrennens, wie wenig dabei dem Zufall oder der »Pyromanie« einzelner Soldaten überlassen blieb – von der nachweislichen Entscheidung auf höherer Ebene zu großflächigen Vernichtungen ganz abgesehen. »Lust am Krieg«, ⁵⁰² erschreckender Sadismus, individuelle Plünderung und »Vandalismus« waren verbreitet und spielten eine Rolle, reichten aber für *diese* Ergebnisse als Erklärung nicht hin. Das zeigt sich auch an der Befehlsgebung auf der mittleren Ebene, die mit Hilfe von schriftlichen Dokumenten allerdings selten zu erschließen ist. Entweder der Führer einer Operation behielt sich die letzte Entscheidung über das Anzünden und Vernichten eines Dorfes vor wie SS-Brigadeführer Kutschera bei einer der radikalsten Aktionen, dem Unternehmen »Franz«, oder den Männern wurde vor dem Unternehmen mitgeteilt, alle Einwohner eines Ortes sollten als Partisanen erschossen werden, oder es war gar nicht nötig, daß die Unterführer für eine »der durchzuführenden Erschießungen den direkten Befehl« bekamen, weil die Vorgesetzten sie für die Maßnahmen und ihr automatisches Funktionieren in ihrem Bereich verantwortlich machten. ⁵⁰³ Weigerte sich ein Bataillonskommandeur, wie erwartet den Befehl zum Anzünden zu erteilen, gab ihn der Regimentskommandeur unter Beschimpfungen selbst, wie bei der 1. SS-Infanteriebrigade geschehen. ⁵⁰⁴

Analysiert man Strategie, Taktik, Befehlsgebung und Ablauf der deutschen Partisanenbekämpfung genauer, müssen die oben gestellten Fragen mit nein beantwortet werden. Es handelte sich auch hierbei um ein staatlich organisiertes Massenverbrechen. Einsatzräume wurden festgelegt; bei Großoperationen spezielle Phasen für das »Durchkämmen nach rückwärts«, also Vernichtungsaktionen, vorbehalten; die Bauern der Waldrandzonen gezielt angegriffen; der Kreis der zu ermordenden Men-

⁵⁰⁰ Bericht eines nicht identifizierten GebK, zitiert nach Auszügen aus dem Lagebericht August 1943 Kubes, RKO, Abt. II Verw. v. 14. 10. 1943, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 315. Der GebK hatte erklärt, es bestehe die Tendenz, »daß sich Strafaktionen gewissermaßen zu Blutorgien entwickeln«.

⁵⁰¹ Alle Zitate Heer 1995, S. 122; vgl. Besprechungspunkte für Divisions-Kommandeur-Besprechung [unter v. Schenckendorff am 12. 6. 1942], BA-MA WF-03/7364, Bl. 753.

⁵⁰² Heer 1995, S. 119.

⁵⁰³ Vgl. Kampfgruppe Kutschera, Ia, Einsatzbefehl für das Unternehmen »Franz« v. 4. 1. 1943, BA-MA SF-02/31689, Bl. 364; Vern. Georg Frentzel v. 12. 11. 1969 und 7. 9. 1970, BStU ZUV 9, Bd. 4, Bl. 403 und 445; Vern. des Beschuldigten J. B. (SS-Pol.Rgt. 22) v. 30. 10. 1963, BStU ZUV 17, Bd. 1, Bl. 226. Im zweiten Fall, etwa in Borki, Rayon Kirow, handelten die Männer so: »Wir sind dabei so vorgegangen, daß sich in jedes Haus 2 Angehörige des Einsatzkommandos VIII begaben und dort ohne Gerede oder diese Häuser erst zu durchsuchen, die Bewohner in ihren Häusern erschossen. Dabei wurden diese Holzhäuser angebrannt.«

⁵⁰⁴ Vgl. Vern. E. S. v. 21. 1. 1967, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bd. 11, Bl. 1625. Für den Batl.Kdr. im SS-Inf.Rgt. 8 traten der Aussage zufolge keine negativen Folgen ein.

schen genau vorgegeben. Es gab klare Befehle oder Grundsatzweisungen auf allen Ebenen. Bezeichnenderweise ging es bei den seltenen Konflikten um den Verlauf von Partisanenbekämpfungsoperationen fast ausschließlich um Plünderung und Zerstörung von Werten, aber nicht um den Mord an Menschen. Im Konzept der »Tagesziele« war meist wenig Zeit für unplanmäßige Exzesse. Auch die konkreten Abläufe, die Organisation bei den drei häufigsten Vernichtungsmethoden sprechen gegen die genannten Auffassungen. Handelte es sich um Grubenerschießungen, waren die Vorgänge völlig mit den straff organisierten Judenerschießungen vergleichbar.⁵⁰⁵ Den Scheunenerschießungen und -verbrennungen lag, wie ausgeführt, ebenfalls ein Konzept zugrunde, nach dem möglichst wenig Aufwand beim Morden nötig war und so wenige Opfer wie möglich entkommen können sollten. Wurden die Bauern von Zweierkommandos mit Maschinenwaffen in ihren Häusern erschossen und die Verletzten oder vom Schock Gelähmten beim Abbrennen getötet, existierten zuvor klare Anweisungen an die Mörder, wie sie vorzugehen hatten bis hin zur Waffen- und Munitionsausgabe. Immer mußten die Dörfer erst einmal unauffällig, rasch und militärisch diszipliniert umstellt werden, um überhaupt Kontrolle über die Opfer zu erhalten, nicht selten nachts. Das Feuer, scheinbar Inbegriff des Exzessiven, hatte beim Morden eine wichtige Funktion und war gleichzeitig ein Hauptzweck der Aktionen, denn weder sollten sich geflohene Bauern in den Häusern ansiedeln noch Partisanen dort weiter Nahrung, Unterkunft oder Unterstützung finden können. Das alles muß mitbedacht werden, wenn der Stellenwert individueller Initiative im »Partisanenkampf« diskutiert wird. Ausmaß und Art der Gewalt entsprachen den Strategien und Befehlen, die die eingesetzten Truppen dabei hatten. Die Gewalt war nicht zwecklos, nicht unterschiedslos ohne militärischen Sinn oder »militärische Logik«, obwohl viele untere Dienstgrade den Zweck des Vorgehens nicht erkannten⁵⁰⁶ – und obwohl Massenverbrechen Teil dieser militärischen Logik waren. Die Bereitschaft und Lust vieler Täter an der Gewalt prägten das äußere Bild dieses Verbrechens, bestimmten aber nicht entscheidend über sein Ausmaß. Ohne diese willige Bereitschaft der Mannschaften wäre es den Befehlsgebern nicht möglich gewesen, hier ihre Ziele zu erreichen; sie nutzten sie dafür aus.⁵⁰⁷

Zwei Gesichtspunkte verdienen besondere Beachtung. Zum einen sind Fotoalben zu nennen, die nach Antipartisanenaktionen für hohe SS-Führer angefertigt wurden. So erklärte Bach-Zelewski freimütig, er habe »Tausende von Farbphotographien des Partisanenkampfes« besessen, die man nach dem Krieg beschlagnahmt habe. Nach dem Unternehmen »Hermann« im Sommer 1943 forderte v. Gottberg geeignete Bilder für ein Album zur Partisanenbekämpfung an, das Himmler übergeben werden

505 Diese würde man wohl kaum mit dem Gedanken in Verbindung bringen, Exzesse einer von der Führung nicht mehr kontrollierbaren Truppe hätten zu dem Ausmaß des Verbrechens geführt.

506 Dieses Argument bei Heer 1995, S. 104 f. und 131 (Zitat S. 105), überzeugt nicht. Es ist für eine militärische Handlung nicht ungewöhnlich, daß die ausführenden Mannschaften Sinn oder Strategie nicht überblicken. Auch die hier diskutierten verbrecherischen Handlungen waren militärisch organisiert. Anormal und erschreckend ist jedoch der Grad an Bereitschaft, den Inhalt *dieser* Handlung – Massenmord – als militärisch gerechtfertigt zu akzeptieren.

507 Auffälligstes Beispiel für diesen Mechanismus ist die aus Sträflingen bestehende SS-Sondereinheit Dirlewanger. Hierzu, auch was die Methoden und Mechanismen der inneren Führung angeht, Klausch, S. 58 ff.

sollte.⁵⁰⁸ Diesem wurde einige Monate später von Bach-Zelewski ein Album zu jenem mörderischen Unternehmen »Heinrich« übersandt, das Bach mit der Namensgebung Himmler gewidmet hatte.⁵⁰⁹ Die Mannschaften handelten ähnlich. Zahlreiche deutsche Beteiligte hatten bei den Einsätzen die Kamera im Tornister. Entsprechende Aufnahmen zeigen zwar meist eher unverfängliche Szenen, oft jedoch auch die brennenden Dörfer.⁵¹⁰ Quantifizierende Aussagen erlauben sie allerdings ebensowenig wie die zahlreichen damaligen Fotografiervbote. Die Fotos zeigen aber in der Regel einen positiven Bezug zu den oft als »schön« empfundenen Gewalttaten und damit verbundenen Erinnerungen.⁵¹¹

Ein zweiter Aspekt besonders hervorstechender Brutalität ist die Tatsache, daß Landeseinwohner zum Zweck der Entminung der Zugänge zu Partisanenlagern verbreitet und massenhaft gezwungen wurden, die Wege dorthin abzugehen. Mehrere tausend Weißrussen wurden dabei getötet. Solche Fälle gab es – zuerst sind sie bei der Wehrmacht nachweisbar – bereits 1942, etwa in dem abgelegenen Ort Uchwala, Rayon Krupki, wo insgesamt 360 Menschen starben. Im Bereich der 286. Sicherungsdivision mußte die Zivilbevölkerung auf Befehl des Generalmajors Richert seit Herbst 1942 Straßen und Wege pflügen, eggen oder begehen. Bei Artischewo in der Nähe von Orscha starben dabei 28 Menschen, darunter 18 Kinder.⁵¹² Das LIX. Armeekorps hatte schon am 2. März 1942 einen entsprechenden Befehl gegeben. Ähnlich sah es bei der 403. Sicherungsdivision aus, die Juden und Kriegsgefangene dazu mißbrauchte.⁵¹³

Später wurden gelegentlich auch Schafherden benutzt.⁵¹⁴ Doch meistens verwendete man Menschen dazu. Dieses Vorgehen wurde immer breiter angewandt. Wie erwähnt, wurden bei der Operation »Cottbus« nach Bach-Zelewskis Angaben zwischen 2000 und 3000 Weißrussen, die die Deutschen vor sich her in die Sümpfe trieben, von Minen zerrissen.⁵¹⁵ »Nach Artillerie- und Flakvorbereitung war ein Eindringen in das Sumpfgelände nur dadurch möglich, daß bandenverdächtige

508 HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Ic, v. 24. 8. 1943, BA F 3577, Bl. 474. Vgl. Verteidigungsschrift für Bach-Zelewski im Spruchkammerverfahren v. 12. 12. 1950, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. 7, Bl. 76.

509 Bach-Zelewski an Himmler v. 22. 12. 1943, BA F 3355, Bl. 1893f. – Einmal äußerte Himmler Interesse, den gesamten »altertümlichen Hausrat« eines »Hauses aus einem abgelegenen Bandengebiet kennenzulernen« – offenbar für »Volkstumsstudien« –, so daß entsprechende Einrichtungsgegenstände beschlagnahmt und wahrscheinlich auch abtransportiert wurden. Die Übergabe von »Artefakten« bedeutete noch eine Steigerung zu den Bildsammlungen. Kampfgruppe von Gottberg, Ia, Befehl v. 13. 7. 1943, Sonderarchiv Moskau 500-1-769, Bl. 216, auch in ZStL UdSSR Bd. 399, Bl. 358.

510 Vgl. die Aufnahmen des ehemaligen EK 8-Angehörigen Frentzel, BStU ZUV 9, Bd. 32, im Ausstellungskatalog »Vernichtungskrieg«, S. 102 ff., in Adamovitch/Bryl/Kolesnik, Klausch, Rürup usw.

511 Siehe allgemein für die Fotografien von NS-Gewaltverbrechen Reifarth/Schmidt-Linsenhoff, S. 475–503. Speziell für die »Partisanenbekämpfung« liegen auch in dieser Beziehung noch keine genauen, abgesicherten Erkenntnisse vor.

512 Vgl. Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 305 und 348 (Rownoje, Rayon Schumilino); Vern. Johann Georg Richert v. 5. 1. und 16. 1. 1946 sowie Vern. Nurutdinow v. 16. 1. 1946, Archiv P. Kohl.

513 Friedrich, S. 569; Heer 1995, S. 135f., Anm. 49.

514 Vern. J. B. (ehemals SS-Pol.Rgt. 22) v. 4. 10. 1963, BStU ZUV 17, Bd. 1, Bl. 172.

515 Vgl. oben zum Unternehmen »Cottbus«; Bach-Zelewski an Himmler, Sondermeldung über das Grossunternehmen »Kottbus« v. 23. 6. 1943, Nbg. Dok. NO-2923 (Abschrift); Tagebuch Bach-Zelewski v. 23. 6. 1943, BA R 20/45b, Bl. 79; Heer 1995, S. 130f.; Klausch, S. 66.

Landeseinwohner auf den äußerst stark verminten Sumpfpfaden vorangetrieben wurden.«⁵¹⁶ Dirlwangers entsprechender Befehl vom 25. Mai 1943 hatte gelaute: »Strassensperren und künstliche Hindernisse sind fast stets vermint. Bisher bei deren Beseitigung 1 Tote, 4 Verletzte. Daher grundsätzlich: Sperren nie selbst beseitigen, sondern stets durch Eingeborene beseitigen lassen. Erspartes Blut rechtfertigt Zeitverlust.«⁵¹⁷

Für das Unternehmen »Hermann« galt diese Weisung von vornherein: »Zur Vermeidung eigener Verluste durch Minenschäden ist es zweckmäßig, Panjefahrzeuge auf den Wegen vorweg [zu] treiben oder behelfsmäßige Minenräumgeräte [!] zu verwenden.«⁵¹⁸ Die Einheitsführer bejahten diese Anordnungen und führten sie durch.⁵¹⁹ So geschah es auch 1944 beim Unternehmen »Frühlingsfest«, das Wehrmacht und SS etwa zu gleichen Teilen durchführten. Ein entsprechender Vorschlag soll hier vom schon erwähnten Richert gekommen sein.⁵²⁰ Doch inzwischen wurde dieses Mittel auch routinemäßig außerhalb von Großoperationen angewandt. So auch von Fronttruppen der Wehrmacht in ihrem direkten Hinterland. Alle Weißrussen waren zu deutschen Geiseln geworden. Die 78. Sturmdivision befahl der gesamten Zivilbevölkerung in ihrem Bereich, jeden Morgen bis 6.00 Uhr die Wege zu entminen:

»Ich befehle daher, daß Wege, die von deutschen Truppen befahren werden müssen, täglich von *sämtlichen* Ortseinwohnern (einschl. Frauen und Kindern) mit Kühen, Pferden und Fahrzeugen bis zur nächsten Kdtr. *zuerst* abgetrampelt werden, oder einer marschierenden Kolonne mit mindestens 150 m Abstand vorausmarschieren müssen [sic]. Dabei ist zu beachten, daß die Zivilisten dicht aufgeschlossen die ganze Wegbreite abtrampeln.«⁵²¹

Ähnlich handelte das Korück 532, und ein Offizier im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte wollte den anderen Einheiten dieses Vorgehen als vorbildlich empfehlen.⁵²² Ein Kommentar erübrigt sich. Mit Wirkung vom 18. Februar 1944 erließ der Generalkommissar v. Gottberg eine »Verordnung zur Sicherung der Verkehrswege in Weißruthenien gegen Banden- und Minengefahr«. Darin wurde die gesamte »Einwohnerschaft der Ortschaften in Weißruthenien« verpflichtet, auf Anweisung des Polizei-Gebietskommandanten jeden Tag Straßen und Wege zu entminen. Wer sich

516 Kampfgruppe v. Gottberg -Ia-, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Cottbus« v. 28. 6. 1943, IfZ Fb 101/35.

517 SS-Sonderbataillon Dirlwanger v. 25. 5. 1943, Sonderarchiv Moskau 500-1-769, Bl. 162.

518 Kampfgruppe von Gottberg -Ia, Einsatzbefehl für das Unternehmen »Hermann« v. 7. 7. 1943, BA-MA SF-01/31685, Bl. 649. Dazu Heer 1995, S. 130f.

519 Z.B. Vern. Georg Weisig (Batl.Kdtr. SS-Pol.Rgt. 26) v. 25. 12. 1945, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 8. Dies stand z.T. damit im Zusammenhang, daß »Tausende von Arbeitskräften« dazu gezwungen wurden, für die Deutschen als »Trägerkolonnen« zu fungieren und Munition und Verpflegung heranzubringen: Kampfgruppe v. Gottberg, Gefechtsbericht zum Unternehmen »Frühlingsfest« v. 12. 5. 1944, BA-MA WF-03/5357, Bl. 838.

520 Vern. Richert (Januar 1946), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft 6, Bl. 40.

521 78. Sturm-Division, Gebietskommandant f. d. rückw. Gefechtsgebiet, Kommandeur, Befehl Nr. 3/44 v. 22. 1. 1944, ZStA Minsk 416-1-1, Bl. 3 (Hervorhebungen im Original). Vgl. ebenso v. 18. 5. 1944, ebd., Bl. 6, und OK I/508 (Swislotsch), Befehl Nr. 10 v. 23. 4. 1944, ZStA Minsk 410-1-1, Bl. 81.

522 Klausch, S. 440, Anm. 154; vgl. Korück 532, Ia, Monatsbericht November v. 30. 11. 1943, BA-MA RH 19 II/174, Bl. 159.

dem »Entminungs- und Straßenüberwachungsdienst verweigert[e]«, war mit dem Tod zu bestrafen.⁵²³ Eine perversere »Rechtsetzung« läßt sich kaum vorstellen.

Von Schenckendorff, Bach-Zelewski und die »gerechte Bandenbekämpfung«

In einigen erhaltenen Quellen zeigt sich eine Tendenz, die der bisher vorgeführten Darstellung zu widersprechen scheint. »Wir wollen die Bevölkerung menschlich behandeln«, erklärte zum Beispiel v. Schenckendorff gegenüber dem HSSPF Rußland-Mitte, Bach-Zelewski.⁵²⁴ Gemeint war etwas mehr als die üblichen Phrasen der Besatzungsspitzen über die glückbringende Wirkung ihrer Tätigkeit für die (nichtjüdische) Bevölkerung des besetzten Gebiets. Nach außen und manchmal auch intern ging es vielmehr um Ziele und Methoden der Partisanenbekämpfung. Bei der Bewertung der dazu vorliegenden Quellen muß man zwar vorsichtig sein, insbesondere bei offenbar gefälschten Stellen des Tagebuchs von Bach-Zelewski.⁵²⁵ Doch nicht alles beruht hier auf nachträglicher Manipulation.

Am 3. August 1942 erließ v. Schenckendorff einen Befehl gegen ungerechtfertigte »Vergeltungsmaßnahmen« in seinem Bereich, die

»im Gegensatz zu der von mir vertretenen grundsätzlichen Auffassung stehen, daß es darauf ankommt, die Bevölkerung für uns zu gewinnen und Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Terrormaßnahmen, wie Niederbrennen von Ortschaften und Erschießen von Einwohnern, insbesondere von Frauen und Kindern, wirken im entgegengesetzten Sinne. [...]

1.) Kollektiv- und Strafmaßnahmen, soweit sie die Erschießung von Einwohnern und Niederbrennen von Ortschaften betreffen, dürfen grundsätzlich nur auf Befehl eines Offiziers mindestens in der Stellung eines Btl.s.Kdrs. durchgeführt werden, wenn eindeutig die Unterstützung der Partisanen durch die Bevölkerung oder bestimmte Personen erwiesen ist.

2.) Ich verbiete die Erschießung von Frauen und Kindern, Flintenweiber ausgenommen. [...]

Die Bereitschaft zur Mitarbeit der russischen Bevölkerung uns zu erhalten, muß für jeden von uns Pflicht sein, denn sie ist die erste Voraussetzung für das Gelingen unserer Aufgabe, Ruhe und Ordnung in dem uns anvertrauten Gebiet herzustellen, zur Sicherung der Versorgung der Armeen und zur Entlastung der Heimat.

In diesem Sinne ist die Befriedung des Heeresgebietes von kriegsentscheidender Bedeutung.«⁵²⁶

Der anordnende Offizier sei ihm gegenüber berichtspflichtig und habe ihm Anträge auf »Strafmassnahmen gegen Frauen und Kinder« persönlich vorzulegen, hieß es weiter. Liest man den Befehl genau, waren also weder sie gänzlich verboten noch kollektive Gewaltmaßnahmen gegen Dörfer, in denen nur »bestimmte Personen« die Partisanen unterstützt hatten. Es war kein »strenges Verbot von Terrormaßnahmen

523 Verordnung zur Sicherung der Verkehrswege in Weißruthenien gegen Banden- und Minengefahr v. 10. 2. 1944 (gez. v. Gottberg), in: Amtsblatt des GK in Minsk 4 (1944), S. 83f.

524 »Aus der Aussprache Kom.Gen./SS-Ob.Gr.Fü. v. d. Bach« v. 29. 6. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 626f.

525 Siehe Anm. 9/273; ferner die Eintragungen unter dem 22. 11., 28. 11. 1942 und 23. 2. 1943, BA R 20/45b, Bl. 61–63 und 70. Ab Mai 1943 liegt auch das handschriftliche Original vor.

526 Berück Mitte, Ia, v. 3. 8. 1942 (gez./Unterschrift: von Schenckendorff), BA-MA WF-03/13353, Bl. 1072f., auch BA R 20/7, Bl. 75f. Hier zitiert nach: Rürup (Hg.), S. 133f.

(Erschießen von Frauen und Kindern, Abbrennen von Dörfern)« – eine bemerkenswerte Differenz zur Selbstdarstellung im Kriegstagebuch des Befehlshabers im rückwärtigen Heeresgebiet.⁵²⁷ Dennoch bedeutete der Befehl, in dem bei Verstößen kriegsgerichtliche Verfahren angedroht wurden, eine formale Einschränkung solcher Maßnahmen, so sehr, daß der HSSPF entgegen dem von v. Schenkendorff behaupteten »Einvernehmen« seine Gültigkeit für SS und Polizei ablehnte und, soweit es die Einsatzgruppe B betraf, damit auch Erfolg hatte.⁵²⁸

Doch der gleiche v. Schenkendorff befahl am 2. September 1942:

»Personen, als[o] auch Frauen, denen Zugehörigkeit zu einer Bande, Bandenbegünstigung durch Taten oder Bandenkundschaftertätigkeit nachgewiesen werden kann, sind wie befohlen zu behandeln.

Kinder fallen unter diesen Personenkreis nur, wenn sie soweit gereift sind, daß sie sich der Tragweite ihrer Handlungen bewusst sein können. Kinder von 10 Jahren können dies nicht. Sie sind zu bestrafen, aber nicht zu erschießen.«⁵²⁹

Das heißt, daß Frauen und Kinder ab elf Jahren schon für geringe Delikte und grundsätzlich als Flüchtlinge im Wald ermordet werden sollten. Diese Anordnung ging vermutlich nicht auf die Initiative des HSSPF zurück.⁵³⁰ In diesem Spannungsfeld zwischen menschlicher Pose und Antreiben zur Schärfe bewegte sich v. Schenkendorff meist, wie schon gelegentlich angedeutet. Da bekundete er, man müsse »[a]ngehen gegen die Lust der Truppe, etwas brennen zu sehen« und verbot »ausdrücklich das Anzünden von Dörfern«, befahl aber wenig später das Gegenteil: »Notwendige Zwangsmaßnahmen gegen Dörfer erst nach Erfassung von Menschen, Vorräten und Tieren«.⁵³¹ Göring ließ er ausrichten, weder eine Evakuierung aller Häuser und Dörfer 1000 m beiderseits der Bahnlinien noch das geforderte Abbrennen von Dörfern und die Vernichtung ihrer Bewohner noch die Erschießung aller Männer und die Konzentration von Frauen und Kindern in Lagern seien durchführbar und wünschenswert.⁵³² Selbst hatte er jedoch befohlen: »Unsichere und verdächtige Elemente sind festzunehmen und der GFP zu übergeben. Geringster Verdacht genügt; nicht kleinlich sein!«⁵³³ Bereits im Juli 1942 hatte er sich gegenüber dem Wirtschaftsinspekteur Mitte, Weigand, gebrüstet, in verschiedenen Regionen seines Bereichs würden »täglich über 100 Partisanen umgelegt«.⁵³⁴ Daß v. Schenkendorff so-

527 KTB Berück Mitte, Ia, v. 3. 8. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 783.

528 Denn hier gälten »Sonderbestimmungen« durch den OKH-Befehl vom Mai 1941 (gemeint war wohl v. 28. 4. 1941). Vgl. KTB Berück Mitte, Ia, v. 7., 10. (Zitat) und 14. 8. 1942, ebd., Bl. 789, 791 und 799; Berück Mitte, Ia, v. 14. 8. 1942, BA-MA WF-03/13353, Bl. 1074 (Rürup, S. 134).

529 Berück Mitte, Ia, v. 2. 9. 1942 (gez./Unterschrift: von Schenkendorff), BA-MA WF-03/13353, Bl. 1167.

530 Denn dieser gab den Befehl abschriftlich erst fünf Tage später an seine Einheiten weiter. BA R 20/6, Bl. 167 f.

531 Besprechungspunkte für Divisions-Kommandeur-Besprechung am 12. 6. 1942, BA-MA WF-03/7364, Bl. 753 (erstes Zitat); Berück Mitte, Qu/IVa, Betr.: Erfassung von Landesvorräten bei Befriedungsunternehmen (gez./Unterschrift von Schenkendorff) v. 25. 11. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 956 (zweites Zitat).

532 Berück Mitte, Ia, an Okdo, H.Gr. Mitte v. 27. 10. 1942 (gez. Hielscher, Chef des Generalstabs), BA-MA WF-03/13353, Bl. 1406–1408.

533 Berück Mitte, Ia, Merkblatt für Streckensicherung und Bahnschutz v. 19. 10. 1942 (gez./Unterschrift von Schenkendorff), BA-MA WF-03/13353, Bl. 1390–1395.

534 KTB WiIn Mitte v. 7. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 11.

wohl bei der Verfolgung der »Ortsfremden« und »Wanderer« 1941 als auch bei der Entwicklung der Strategie der Großoperationen eine treibende Kraft gewesen war, wurde schon ausgeführt. Das gleiche gilt für seine Zusammenarbeit mit der Einsatzgruppe B, der er ausdrücklich für ihren Beitrag zur Partisanenbekämpfung dankte.⁵³⁵ Dann äußerte er wieder deutliche Ablehnung, ja Verachtung gegenüber den »Methoden« der SS bei der Partisanenbekämpfung (»Mehrere Ortschaften wurden abgebrannt, sämtliche Einwohner einschl. Frauen und Kinder sonderbehandelt«), ohne zu beachten, daß seine Truppen, teilweise auf seine eigenen Befehle hin, ebenso vorgehen.⁵³⁶ Man kann keineswegs uneingeschränkt sagen, daß v. Schenckendorff und seine Divisionskommandeure versucht hätten, die Verschärfung des Kampfes zu verhindern. Zu viele Tatsachen sprechen dagegen. Die Erklärung für ihr Verhalten dürfte eher darin zu suchen sein, daß die aufgezählten Einsprüche der Beruhigung des eigenen Gewissens und der Selbstdarstellung nach außen dienten. Von Schenckendorff schmückte sich bisweilen gern mit der Pose eines Humanisten.⁵³⁷

Betrachtet man andere führende Strategen der Partisanenbekämpfung, wird das noch deutlicher. So erließ Himmlers Bevollmächtigter für die Bandenbekämpfung, Bach-Zelewski, am 26. Februar 1943 einen Grundsatzbefehl, in dem es hieß:

»Die restlose Vernichtung der Banditen ist nach wie vor oberstes Gesetz der Bandenbekämpfung.

Das ist aber nicht gleichbedeutend mit der Vernichtung aller Menschen in den Bandengebieten. Nur die Banditen selbst und ihre Helfershelfer verfallen dem Tode.

Unbeteiligte Greise, Frauen und Kinder werden geschont, auch im unmittelbaren Raum des Bandenkampfes. Unbeteiligte Männer werden für den Arbeitseinsatz erfaßt. [...] Repressalien gegen Angehörige der Banditen sind nach Prüfung der Berechtigung und Notwendigkeit erlaubt. Jeder einzelne Fall muß mit Namen, Ursache und Beweismaterial zu belegen sein.

Die Vernichtung der Banditen muß verbunden sein mit einer ausgiebigen Erfassung von Menschen, Tieren und Getreide. [...] Weißruthenien ist die Nahrungsquelle einer ganzen Heeresgruppe. Diese Quelle darf nie versiegen.«⁵³⁸

Das entspricht der mehrmals in Bach-Zelewskis Tagebuch zu beobachtenden Tendenz, zwischen vermeintlich Schuldigen und Unschuldigen bei der Partisanenbekämpfung zu unterscheiden. Einiges davon steht allerdings unter dem Verdacht, nachträglich von Bach verfälscht worden zu sein, besonders sein angeblicher Konflikt mit v. Gottberg, von dem ab Mai 1943 – von dem Zeitpunkt an, ab dem das Original des Tagebuchs vorliegt – in den Aufzeichnungen nichts mehr zu spüren ist.⁵³⁹ Doch

⁵³⁵ Hierzu EM 186 v. 27. 3. 1942 (in der Vorbesprechung des Unternehmens »Bamberg« am 8. 3.), BA-MA SF-01/28936, Bl. 4069.

⁵³⁶ KTB Berück Mitte, Ia, v. 4. 12. 1942 (auf Grund des Abschlußberichts für die Aktion »Nürnberg«), BA-MA WF-03/13352, Bl. 961. Vgl. Bach-Zelewskis Eintrag in sein Tagebuch über den verstorbenen v. Schenckendorff v. 9. 7. 1943: »Den RFSS hasste er.« BA R 20/45b, Bl. 80.

⁵³⁷ Vgl. Heer 1995, S. 131 und 127.

⁵³⁸ Der Bevollmächtigte des Reichsführers-SS für Bandenbekämpfung, Richtlinien für die Maßnahmen zur Bandenbekämpfung v. 26. 2. 1943 (Abschrift; gez. von dem Bach), BA-MA (BArchP)F 18607, Bl. 251; auch als Nbg. Dok. NOKW-475. Positive Stellungnahme mit der Bemerkung, daß das bisherige Vorgehen jedoch anders aussehe, in KTB WwiAst Baranowitschi fürs erste Quartal 1943, BA-MA (BArchP)F 43063, Bl. 153.

⁵³⁹ Wie Anm. 9/525 in dieser Darstellung.

auch das maßgeblich von Bach-Zelewski verantwortete Merkblatt 69/2 des OKW zur Partisanenbekämpfung vom Mai 1944 ging teilweise in eine ähnliche Richtung.⁵⁴⁰ Zu beachten ist, daß auch v. Gottberg, der noch weniger als Bach-Zelewski in den Verdacht übergroßer Humanität geraten wird, gelegentlich ähnliche Töne hören ließ. Am 10. April 1943 erklärte er vor der Verwaltungsspitze des GK Weißruthenien in Minsk:

»Die Erfahrungen des Bandenkampfes lehren, dass dieses Volk hier ein natürliches Gerechtigkeitsgefühl hat und dass Gewaltmassnahmen totaler Vernichtung etc. völlig falsch sind. Strafexpeditionen treffen nie denjenigen, der getroffen werden soll, sondern die unschuldige Bevölkerung. [...] Schlägt man diese tot und zündet das Dorf an, dann sagt sich die Bevölkerung, dass die Deutschen noch dollere Hunde sind als die Bolschewisten und die Frauen rennen zu den Frauenbataillonen der Banditen. Dank des Vorschlags des SD. haben wir an verschiedenen Stellen andere Methoden versucht.«

Diese bestanden angeblich darin, die als schuldig betrachteten Familien in den Dörfern herauszusuchen und hinzurichten, die übrigen aber darüber »aufzuklären« und unbehelligt zu lassen.⁵⁴¹ Tatsächlich ist ein solches Vorgehen kaum nachweisbar, das Gegenteil aber in einer erdrückenden Zahl von Fällen, und das wußten eine Reihe von Anwesenden auch aus der Zivilverwaltung recht gut. Wie die Vernichtung von Juden und Kriegsgefangenen bedurften auch die Massenmorde im Zusammenhang mit der Partisanenbekämpfung der Rechtfertigung, Tarnung und Verschleierung. So sind auch diese Auslassungen zu bewerten: als Fiktionen. Nicht anders war es schließlich mit einer weiteren führenden Figur – Hitler. Die Kernbestimmungen in dessen Weisung Nr. 46 zur »Bandenbekämpfung« vom 18. August 1942 lauteten nämlich:

»II.) [...] 2.) Die Vernichtung des Bantentums erfordert *aktive Bekämpfung* und *härteste Maßnahmen* gegen alle, die sich an der Bandenbildung beteiligen oder sich der Unterstützung der Banden schuldig machen. [...]

3.) Das notwendige Vertrauen in die deutsche Führung muß durch strenge aber *gerechte Behandlung der Bevölkerung* errungen werden.

4.) Voraussetzung für die Vernichtung der Banden ist die *Sicherstellung des Existenzminimums der Bevölkerung*. Gelingt dies nicht und ist insbesondere die gerechte Verteilung des Vorhandenen nicht gewährleistet, wird ein vermehrter Zuzug zu den Banden die Folge sein.

5.) Die *Mitarbeit der Bevölkerung* bei der Bandenbekämpfung ist unentbehrlich. Die Belohnung verdienster Leute darf nicht kleinlich gehandhabt werden. [...] Um so härter müssen demgegenüber Sühnemaßnahmen für jede Begünstigung der Banden sein.«⁵⁴²

⁵⁴⁰ Wie Anm. 9/432 in dieser Darstellung.

⁵⁴¹ Referat v. Gottberg v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 153.

⁵⁴² Der Führer, OKW/WFSt/Op., Weisung Nr. 46 v. 18. 8. 1942, in: Hubatsch, S. 202 (Hervorhebungen im Original).

9.4 Der Zusammenhang von Wirtschaftsinteressen und Gewalt bei der Partisanenbekämpfung

An dieser Stelle muß die Darstellung die Zeitschiene und Stufenabfolge vorübergehend verlassen. Die taktischen, strategischen und organisatorischen Aspekte der »Großunternehmen« sind abgehandelt. Entscheidende Antriebskräfte jedoch sind noch weitgehend unbeleuchtet geblieben. Denn außer daß der deutsche militärische Nachschub über die Verkehrsverbindungen im Hinterland ungestört funktionieren sollte und daß jede Besatzungsmacht Widerstandskräfte ab einem bestimmten Niveau bekämpfen wird, steckten hinter der deutschen Konzeption der Partisanenbekämpfung wirtschaftliche Motive. Zunächst wird deshalb auf die landwirtschaftliche Erfassung bei Antipartisanenoperationen und den institutionellen Rahmen der Mitwirkung der Agrarbehörden eingegangen, ehe belegt werden kann, daß sie darüber hinaus die Operationen und Gewaltmaßnahmen weitgehend steuerten und SS, Polizei und Wehrmacht selbst agrarwirtschaftliche Kriterien bei Vernichtungsaktionen anwandten. Der zweite Abschnitt befaßt sich mit den Bemühungen, die Partisanenbekämpfung mit der Jagd nach Zwangsarbeitern zu verbinden, und mit den unmenschlichen Selektionen während der Mordfeldzüge.

a) Die Steuerung der Vernichtung nach landwirtschaftlichen Gesichtspunkten

Erfassung, Plünderung und »Erntesicherung«

Zu einer wesentlichen Funktion der Antipartisanenaktionen wurde ab 1942 die Beschaffung von Lebensmitteln – ohne daß dies das einzige Interesse der Agrarverwaltung dabei war. Wie schon erwähnt, konnten solche Unternehmen als Erfassungsoperationen höchstens Teilerfolge bringen, da eine nachfolgende dauerhafte Belegung mit Besatzungstruppen am Mangel an Truppen scheiterte.⁵⁴³ Zwar erbeuteten die Deutschen allein bei 34 der in Tabelle 20 verzeichneten Operationen mindestens 173 000 Stück Vieh (Rinder, Schweine, Schafe und Pferde ohne Kleinvieh), das an den Sammelstellen abgegeben wurde. Das entsprach etwa 10 000 Tonnen Fleisch.⁵⁴⁴ Allein im Januar 1943 waren es im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte 12 793 Rinder, 5599 Schafe, 1349 Schweine und 1275 Pferde, die bei der Partisanenbekämpfung anfielen. Dazu kamen 1384 Tonnen Getreide, 279 Tonnen Kartoffeln und 842 Tonnen Rau- und Hartfutter.⁵⁴⁵ Verglichen mit den Fleischlieferungen, die die Deutschen insgesamt 1942 bis 1944 aus Weißrußland herauspreßten, beschlagnahmten sie bei der Partisanenbekämpfung wenig und zugleich viel – ungefähr ein Viertel.⁵⁴⁶ Bei Getreide, Kartoffeln und anderen Feldfrüchten war der Anteil wesentlich geringer, da sich immer wieder Probleme beim schnellen Abtransport ergaben, während Viehherden relativ leicht wegzutreiben waren.

⁵⁴³ Siehe die Darstellung zum Unternehmen »Bamberg« in Kap. 9.3a dieser Darstellung.

⁵⁴⁴ Zu den anderen 21 Aktionen in Tab. 20 – allerdings eher den kleineren – liegen keine Angaben vor.

⁵⁴⁵ Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Betr.: Monatliche Meldung über Bandenlage v. 6. 2. 1943, IfZ Fb 101/34, abgedruckt in: Dokumente Heusinger, hier S. 187.

⁵⁴⁶ Siehe Müller, Wirtschaftspolitik, S. 448, fürs GK Weißruthenien und WiIn Mitte (das Ergebnis für März bis Mai 1942 wurde auf 10 000 t geschätzt).

Zahlreiche Anweisungen machten die sogenannte »Erfassung« von Anfang an zur Pflicht bei jedem Antipartisanenunternehmen. Hierin unterschieden sich Wehrmacht, SS und Polizei keinen Deut. Wenn doch immer wieder Befehle in diese Richtung nötig waren, so hauptsächlich, um die Ergebnisse der Beschlagnahme durch verfeinerte Organisation zu erhöhen oder Reibungen der Kampfseinheiten mit den Erfassungstrupps abzubauen.⁵⁴⁷

Die Truppen der Heeresgruppe Mitte wurden im Sommer 1942 vom Generalquartiermeister des Heeres, Wagner, vom Nachschub an Kartoffeln und Fleisch abgeschnitten und direkt aufgefordert, »daß sie selbst das Fleisch beschaffen müßten«.⁵⁴⁸ Mehrmals erklärten hohe Stellen, um die Versorgung der Heeresgruppe aufrechtzuerhalten, müsse die Partisanenbekämpfung schon allein zu Erfassungszwecken durchgeführt oder intensiviert werden.⁵⁴⁹ Folgerichtig wurde die Erfassung während der Aktionen manchmal direkt, gewissermaßen unter Ausschaltung des landwirtschaftlichen Verteilungsapparates, von Intendanten oder anderen Versorgungsoffizieren geleitet.⁵⁵⁰ Bei anderen Unternehmen – allerdings keineswegs immer – wurden die beteiligten Einheiten durch die Führung vom Nachschub »abgesetzt« und hatten sich für die Dauer der Aktion selbständig und direkt aus dem Einsatzgebiet zu verpflegen,⁵⁵¹ oder es wurden Einheiten zur Selbstversorgung und Dauerbefriedung in bestimmte Rayons verlegt.⁵⁵²

547 Siehe Berück Mitte, Ia, Monatsbericht Juni v. 14. 7. 1942, BA-MA WF-03/13353, Bl. 1041; Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei/Der Chef der Bandenkampfverbände, Ia, Befehl an die HSSPF v. 1. 9. 1943, BA-MA SF-01/31688, Bl. 4 (abgedruckt in: N. Müller 1991, S. 470–472; auszugsweise bei Kühnrich, S. 533–535); CdZ Bialystok, I P., Betrifft: Befriedungsmaßnahmen, an die Kreiskommissare v. 5. 11. 1943, Sonderarchiv Moskau 1323–2–232, Bl. 5/R; Czollek 1974, S. 71; HSSPF Rußland-Mitte, Ia, v. 23. 5. 1944, BA F 1640, Bl. 5237. – Zu den Reibungen vgl. 9.4c in dieser Darstellung.

548 Niederschrift über die Besprechung der KVVCh's der Chefgruppe Landwirtschaft im WiStab Ost am 23. und 24. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 396. Siehe auch die Angaben S. 897 in dieser Darstellung.

549 Siehe u.a. Müller, Wirtschaftspolitik, S. 106f., Anm. 105 (Riecke, 3. 2. 1943); PzAOK 3, O.Qu./Qu.2, Betr.: Bandenunternehmen Polizei General Jaeckel [!] v. 7. 3. 1943, Nbg. Dok. NOKW-2342 (auch Arbeitskräfte für die Armee zu »erfassen«); KTB 201. Sich.Div. zum Unternehmen »Kugelblitz« v. 22. 2. 1943, BA-MA RH 26–201/10, Bl. 20.

550 KTB Berück Mitte, Ia, v. 22. 11. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 938, und Intendant des Befehlshabers, 3. Bericht über die Erfassung im Raume Tscherwen v. 16. 11. 1942 (gez. Dr. Stellwaag), BA-MA WF-03/13353, Bl. 145f.; Auszug aus dem Erfassungs-Befehl des Berück Mitte für das Unternehmen »Franz« (gez. Magill, undatiert, Januar 1943), BA-MA SF-02/31683, Bl. 773; Nachschub-Kommandantur der Waffen-SS, R.-Mitte, Ia, Tätigkeitsbericht August v. 6. 9. 1943, ZStL CSSR Bd. V, Bl. 410–422; Grundsatzbefehl Berück Mitte, Qu/IVa, Betr.: Erfassung von Landesvorräten bei Befriedungsunternehmen v. 25. 11. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 954f. Hiernach leitete der Ib der beteiligten Division die Erfassung, dem »Erfassungsstab« gehörten an: der Div.-Intendant, die zuständigen Gebiets- und Kreislandwirte, ein Beauftragter der Gruppe Arbeit des zuständigen WiKdos, der Leiter der zuständigen bodenständigen Heeresversorgungsdienststelle, der Führer der zuständigen GFP-Gruppe und andere.

551 HSSPF Rußland-Mitte an die Kommandeure der Pol.Rgter. 13 und 14 v. 20. 8. 1942 (»Sehr wichtig! Vertraulich!«; »beste Gelegenheit«, sich für den Winter »selbst ein[zudecken«), BA R 20/7, Bl. 33f.; Berück Mitte, Ia, Abschlußbericht für Unternehmen »Waldwinter« der Div. Richtert v. 31. 1. 1943, BA D-H FW 489, A. 4 (»An Nachschubvorräten wurden infolgedessen eingespart Fleisch 167 460 Portionen, Gemüse 139 890 Portionen, Rohfutter 42 123 Rationen«).

552 Besprechung des Intendanten [des Berück Mitte] mit den Dienststellenleitern der Bodienst. H.V.Dst. am 15. und 16. Dezember 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 816; Ausarbeitung des ehemaligen Ic des Berück Mitte, Schubuth, über das Ost-Btl. 603, IfZ Zs 417, Bl. 15.

Der Übergang von der organisierten zur anarchischen Plünderung war fließend. In den Quellen finden sich dazu zahlreiche Beispiele.⁵⁵³ Besonders hervorstechend sind folgende Fälle: beim Unternehmen »Hermann« requirierte Hauptmann Haare, der Leiter des Sauckel-Einsatzstabes in Minsk, persönlich im Auftrag des Werlin-Werks in Minsk 427 Stück Vieh für deren Bedarf. Jeder fühlte sich dazu berechtigt. Bei der Operation »Hornung« plünderten das Sonderbataillon Dirlwanger, die Trupps des KdS Minsk und Einheiten des Wehrmachtortskommandanten in Minsk im Auftrag der jeweiligen Offiziere Vieh und brachten die Beute jeweils auf ihre eigenen Landgüter. Appelle der Zentralhandelsgesellschaft Ost und der Landwirtschaftsfunktionäre brachten wenig. Kurz nach Beginn der Aktion »Cottbus« schlug ein Kompanieführer des Bataillons Dirlwanger vor, im »Int[e]resse der Volksernährung« sollte in entvölkerten Gegenden herumlaufendes Vieh nicht erst nach Ablauf der Gesamtktion, sondern sofort von den Landwirtschaftsführern sichergestellt werden. Denn es sei »mehr als unsere Männer trotz allen Eifers verzehren können«.⁵⁵⁴ Wiederum ging es hier vor allem um Vieh. Es ist schwer zu sagen, wie umfangreich die »wilden« im Verhältnis zu den organisierten Plünderungen waren. Bei Vieh, vor allem Geflügel, Schweinen und Schafen, übertrafen sie vermutlich den allgemein geschätzten Anteil von 25 Prozent aller Lieferungen.⁵⁵⁵ Bei Feldfrüchten dürfte der Anteil wesentlich geringer gewesen sein. Wenn es auch wirtschaftlich insgesamt nicht sehr ins Gewicht fiel, die Mörder verschafften sich ein Leben in Saus und Braus.

Ein Nebenaspekt dieses Themas war die Bewachung von Erntearbeiten durch bewaffnete Besatzungskräfte. Die Aufträge dazu kamen von höchster Ebene. So beauftragten 1942 Hitler und Göring Himmler und Keitel mit der Durchführung dieser Maßnahmen.⁵⁵⁶ Diese wurden monatelang vorausgeplant und vielfach besprochen. Gleichzeitig ging es darum, Treibstoff, Fahrzeuge, Arbeitskräfte und Maschinen bereitzustellen.⁵⁵⁷ Im Reichskommissariat Ukraine übernahm dies die SS auf Vorschlag Himmlers an Keitel vom 9. Juli 1942, dem Tag der wichtigen SS-Führer-Besprechung zu Fragen der Partisanenbekämpfung und Judenvernichtung im Osten. Auch 1943 wurden SS und Polizei wieder eingeschaltet, nun allerdings nur noch neben Kräften des Wehrmachtbefehlshabers Ukraine, etwa in »Wolhynien«, also auch im Südwesten

553 Siehe z. B. Verbote wie SSPF Shitomir, Betr.: Bandenbekämpfung v. 27. I. 1943, BA F 3355, Bl. 1544–1546; ausdrückliche Erlaubnisse wie 1. SS Inf. Brig. (mot), Ia, Angriffsbefehl Nr. 1 v. 20. II. 1942, BA R 70 SU/13, Bl. 41; Kap. 4.2c dieser Darstellung.

554 Aktenvermerk Pr[eckwinkel], Betr.: Eigenmächtige Vieherfassung durch Hauptmann Harrer v. 3. 9. 1943, ZStA Minsk 370–1–2123, Bl. 34; undatiertes Bericht des Landwirtschaftsführers Harten, ebd., Bl. 58–60; Zitat: Einheit 00512, D-Kompanie, Betrifft: Erfassung landwirtschaftlicher Produkte v. 23. 5. 1943, BA-MA SF-02/31686, Bl. 926.

555 Dazu Anm. 4/189 in dieser Darstellung.

556 Göring an Keitel und Himmler v. 31. 7. 1942, BA NS 19/2515, Bl. 1f.; Weitergabe KdoStab RF-SS an die HSSPF im Osten v. 14. 8. 1942, BA NS 19/1671, Bl. 141; Auftrag Hitlers erwähnt im Befehl Görings, Betr.: Sicherung der Ernte in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine v. 18. 9. 1942, Sonderarchiv Moskau 700–1–44, Bl. 13.

557 Vermerk für Herrn Staatssekretär Backe zum Vortrag beim Führer, Paraphie Ri[ecke], 1. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 784f.; KTB WiStab Ost v. 28. 5. 1942 und Vermerk Rieckes über seine Besprechung bei Keitel v. 29. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 577 und 1050f.; Göring an Himmler v. 31. 7. 1942, wie Anm. zuvor.

Weißrußlands.⁵⁵⁸ Wie erwähnt, sollten solange Partisanenbekämpfungsaktionen möglichst ruhen, um alle Kräfte für die Erntebewachung einsetzen zu können.⁵⁵⁹ So sollten die bodenständigen Gendarmeriekräfte 1943 im GK Weißruthenien in der Weise eingesetzt werden, daß sie je Rayon ein bis zwei Kommandos zu je zwei Gendarmen und 20 Schutzmännern bildeten. Ähnlich war es in den GK Wollhynien-Podolien, wo Wehrmachtskräfte beteiligt waren, und im GK Shitomir. Im GK Weißruthenien hatten zuvor Absprachen mit der Hauptabteilung Landwirtschaft stattgefunden.⁵⁶⁰ Die sogenannte Druschaktion war im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte auf Antrag der Wirtschaftsinspektion jedoch »besonders in den bandengefährdeten Gebieten durchzuführen«.⁵⁶¹ Auch diese Aktionen hatten keineswegs defensiven Charakter.

Die organisatorische Seite der Beteiligung der Landwirtschaftsbehörden bei den Partisanenbekämpfungsoperationen

An so gut wie allen größeren Operationen der Deutschen gegen Partisanen in Weißrußland waren Landwirtschaftsfunktionäre direkt beteiligt. Sie waren zunächst einmal dafür zuständig, Agrarprodukte aufzubringen und abzutransportieren. Daß Polizei- oder Wehrmachtskräfte diese Aufgabe selbst übernahmen, blieb die Ausnahme.⁵⁶² In der Regel wurden seit Ende 1942 jedem eingesetzten Bataillon Landwirtschaftsführer beigeordnet, doch ab der Operation »Nürnberg« ebenso den Stäben der übergeordneten Verbände (Regimenter, Kampfgruppen). Etwa gleichzeitig ordnete v. Schenkendorff im rückwärtigen Heeresgebiet grundsätzlich die Aufstellung von Erfassungsstäben an. Die Agrarfunktionäre kamen von den Landwirtschaftsabteilungen der betroffenen und benachbarten Gebiete sowie von der Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland, auf deren Güter geraubte Produkte oft gebracht wurden. Sonst transportierte man sie zu den Sammelpunkten der Zentralhandelsgesellschaft Ost.⁵⁶³ Beim Unternehmen »Heinrich« waren nicht weniger als 68 Personen zur Erfassung von Agrarprodukten dabei, beim Unternehmen »Hermann« 28, darunter der Gebietslandwirt von Nowogrodek im Stab der Kampfgruppe v. Gottberg.⁵⁶⁴ Das waren angesichts der Personalarmut der deutschen Verwaltung keine geringen Zahlen.

558 BA-MA (BAArchP)F 42748, Bl. 505 ff.; Backe an Himmler v. 3. 8. 1942, Wolff an Berger v. 21. 7. 1942, Berger an Himmler v. 21. 8. 1943, BA F 3355, Bl. 1949 f., 1951 f., Bl. 1941; Fschr. Keitel v. 3. und 18. 7. 1943 (Abschriften), BA F 5548, Bl. 322 f.

559 So auch undatiertes Fschr. Himmler an Prützmann (Juli 1942), BA F 3355, Bl. 1953.

560 SSPF Weißruthenien, Betr.: Einsatz von Ernteschutzkommandos v. 14. 7. 1943, ZStA Minsk 370-1-481, Bl. 34-36; Faktorowitsch, S. 100; Vern. des ehemaligen Gendarmen in Retschitza E. W. v. 10. 2. 1971, ZStL 204a AR-Z 121/67, Bl. 303. Zu den Vorgesprächen Freitag an Riecke v. 28. 6. 1943, in: IMT, Bd. 31, S. 467 f.

561 Siehe FK 549, Abt. Ia, Betr.: Ernteerfassung v. 23. 8. 1943, BA-MA RH 26-221/54.

562 Vern. Waldemar Macholl v. 27. 7. 1949, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6255; Vern. G. P. (ehemaliger Kreiskommissar in Wolkowysk) v. 11. 6. 1963, Nr. 6155, Bl. 74. Ausnahme: der Fall Borki und Zablocie/Rayon Malorita: GebK Brest, Lagebericht September v. 9. 10. 1942, BA F 13752, Bl. 209.

563 Z. B. Kampfgruppe Gottberg, Sonderbefehl v. 19. 11. 1942 (für das Unternehmen »Nürnberg«) und ebenso Einsatzbefehl »Hamburg« v. 7. 12. 1942, BA R 70 SU/13, Bl. 38 f. und 72; GK Weißruthenien, HA III (Preckwinkel) v. 6. 3. 1943, BA F 3577, Bl. 574; undatierte Aufstellung »Unternehmen Fritz«, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 206; ähnlich in StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. IV, »Fritz«, Dok. 30. Vgl. Berück Mitte, GK IVa v. 25. 11. 1942, wie Anm. 9/550 in dieser Darstellung.

564 GK Weißruthenien, Hauptabt. III I Be./Le. v. 6. 3. 1943, BA R 70 SU/38; Kampfgruppe von Gottberg, Ib, Besondere Anordnungen für die Erfassung von Arbeitskräften und landwirtschaftlichen Produkten v. 29. 10. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. IV, »Heinrich«, Dok. 5; Brief Pr[eckwinkel], GK Weiß-

Besonders auffällig ist, daß die Hauptabteilung III (Landwirtschaft) des Generalkommissariats den Einsatz der Agrarfunktionäre im GK Weißruthenien zentral steuerte und ihre zuständigen Leute in den Stäben der großen Kampfverbände saßen. Denn das ist allein damit, daß sie landwirtschaftliche Erzeugnisse beschlagnahmen sollten, kaum noch zu erklären. Wäre die Agrarverwaltung nur ein Anhängsel der von SS und Polizei geführten Operationen gewesen, das sich nur nach deren Entscheidungen zu richten gehabt hätte, dann hätte zur Organisation der Einsätze eine örtliche Mitteilung und Zusammenarbeit (mit den jeweiligen Abteilungen der Gebietskommissariate) genügt. In der Behörde des GK Weißruthenien waren die Agrarfunktionäre Preckwinkel, Schulz und Gottwald dafür zuständig, die zum Teil an den Aktionen im Stab der Kampfgruppe v. Gottberg teilnahmen.⁵⁶⁵ Der Hauptabteilungsleiter Landwirtschaft des GK, Freitag, übte selbst Einfluß auf die Einsatzplanung aus. So ordnete er beim Unternehmen »Hermann« wegen der »angespannten Ernährungslage« an, daß »Vieh allerschärfstens erfaßt wird«, vor allem »in den ausgesprochenen Bandengebieten«, um es zum Schlachten nach Minsk zu bringen.⁵⁶⁶ Gegenüber der westdeutschen Polizei behauptete Freitag später, er habe nur »ein- oder zweimal« an Einsatzbesprechungen für Antipartisanenoperationen teilgenommen, bei denen auch KdS bzw. BdS anwesend gewesen seien, und zwar nur um die Sicherstellung von Agrarprodukten einzuleiten. Von Dorfvernichtungen sei ihm nichts bekannt geworden. Doch kannte er die für die Einsatzplanung entscheidenden Ia-Offiziere der Kampfgruppe v. Gottberg noch bei Dienstgrad und Funktion.⁵⁶⁷ In Wahrheit war Freitag, auch an der Entwicklung des Wehrdorfsystems beteiligt (Kap. 9.6), einer der entscheidenden Hintermänner der Operationen. Wenn nötig, berichtete er bei Sitzungen »anhand einer Karte über den Stand« laufender Unternehmen.⁵⁶⁸

Auch auf noch höherer Ebene gab es eine enge Zusammenarbeit. Nach Einrichtung der Stelle »Chef der Bandenkampfverbände« stellten die Chefgruppen Landwirtschaft, Forst und Holz sowie Arbeit des Wirtschaftsstabs Ost Verbindungsleute in den Stab Bach-Zelewskis ab.⁵⁶⁹ Zur »Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Belange bei der

ruthenien/HABt. III Landwirtschaft, an Gebietslandwirt Götsch (Nowogrodek) v. 14. 7. 1943, ZStA Minsk 370-1-1880, Bl. 87; [HeWiFü Mitte,] Tätigkeitsbericht der Abteilung Landwirtschaft für 15. 3.-20. 4. 1944, ZStA Minsk 412-1-199, Bl. 27.

565 Vgl. die Akten ZStA Minsk 370-1-1880 (»Cottbus«) und -2123; Kampfgruppe Gottberg, Einsatzbefehl »Hamburg« v. 7. 12. 1942, BA R 70 SU/13, Bl. 72; Bericht Preckwinkels über die Aktionen »Hamburg« und »Altona« v. 31. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1018-1020; Einsatzstab Schimana, Einsatzbefehl für das Unternehmen »Lenz Nord« v. 7. 4. 1943, Verteiler, BA-MA SF-02/31684, Bl. 7; Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der landwirtschaftlichen Aufbauarbeit in Weißruthenien, Ia, an Preckwinkel v. 17. 5. 1943 über eine Einsatzbesprechung v. 16. 5., ZStA Minsk 370-1-1265, Bl. 41; SSPF Weißruthenien, Ia, Befehl v. 15. 9. 1943, BA D-H ZM 1683, A.6, Bl. 211 f.; Bericht Sonderführer (La) F. D. an Gottwald v. 19. 11. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. 5, »Heinrich«, Dok. 9; Vern. Wilhelm Freitag v. 28. 4. 1968, ebd., Sbd. Angehörige anderer Dienststellen.

566 Preckwinkel an Götsch v. 14. 7. 1943, ZStA Minsk 370-1-1880, Bl. 87.

567 Vgl. Vern. Wilhelm Freitag v. 28. 4. 1968 und 27. 10. 1975, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. Angehörige anderer Dienststellen.

568 HeWiFü Mitte, Ia, Aktenvermerk v. 18. 4. 1944 über eine Besprechung am 17. 4., ZStA Minsk 412-1-199, Bl. 3. Zu Freitags Rolle beim Unternehmen »Cottbus« die Akte ZStA Minsk 370-1-1880.

569 Vermerk für Herrn Dr. Baath (gez. Hüttebreuker) v. 25. 1. 1944, BA-MA RW 31/252, Bl. 100/R, auch BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 285 f. Ferner KTB WiStab Ost v. 12. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 443; Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Der Chef der Bandenkampfverbände,

Planung der vorgesehenen grossen Bekämpfungsaktionen« waren dem Verbindungsmann der Agrarverwaltung monatlich detaillierte Aufstellungen über den Grad der Befriedung sowie Möglichkeiten und Stand landwirtschaftlicher Erfassung sowie Schäden zu übersenden.⁵⁷⁰ Es gab auch einen Verbindungsoffizier zur Abteilung Kriegsverwaltung des Generalquartiermeisters des Heeres mit ähnlich formulierter Aufgabe und überdies einen Verbindungsmann des Wirtschaftsstabs Ost zum HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien.⁵⁷¹ Mit den Meldungen an den »Chef der Bandenkampfverbände« Himmlers klappte es allerdings nicht richtig: Nur aus dem GK Weißruthenien und dem Gebiet der Heeresgruppe Mitte kamen sie planmäßig.⁵⁷² Da Bach-Zelewskis Stab sich mehr und mehr auflöste, weil Bach meist von Ostpreußen abwesend war, wurden die Verbindungsoffiziere bei seinem Stab allerdings später mehr oder weniger überflüssig.⁵⁷³ Denn das Tätigkeitsfeld des »Chefs der Bandenkampfverbände« verlagerte sich mehr und mehr auf Jugoslawien und Polen, während die besetzten sowjetischen Gebiete zusammengeschrumpft waren und an Bedeutung verloren hatten.

Die Steuerung der Vernichtungsaktionen durch die Landwirtschaftsverwaltung oder auf Grund landwirtschaftlicher Kriterien

Am 19. November 1942 unterzeichnete Curt v. Gottberg einen Befehl über den Einsatz von Agrarfunktionären bei der Operation »Nürnberg«. Sie sollten nicht nur den Abtransport erbeuteter landwirtschaftlicher Produkte organisieren, sondern hatten auch folgende Aufgaben:

»Bis zum 20. 11. um 19.00 Uhr erwarte ich möglichst genaue Angaben über:

- a.) Bandenhörige Dörfer,
- b.) Dörfer, die noch stark im Ablieferungsrückstand sind, also beim Vormarsch in die Bereitstellungsräume zum Angriff mit durchgekämmt werden müssen.

Betr.: Einrichtung von landwirtschaftlichen V.O. v. 27. 10. 1943 bzw. Einrichtung eines V.O. des Beauftragten für den Vierjahresplan, Geschäftsgruppe Ernährung v. 25. 10. 1943, ZStA Minsk 370-6-34, Bl. 1 bzw. 2-4. Verbindungsmann der Agrarverwaltung war KVR Fensch, früher Gruppenleiter La des WiKdos Bobruisk.

⁵⁷⁰ Vgl. Aufgabenbeschreibungen ebd.; Zitat: RMO III E 1-933/43geh., Betr.: Meldungen an den Chef der Bandenkampfverbände v. 30. 10. 1943 (gez. Küper), BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 116-118.

⁵⁷¹ Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 359f., bzw. KTB WiStab Ost v. 12. 7. 1943, wie Anm. 9/569 in dieser Darstellung.

⁵⁷² Die »Bandenlage-Meldung« kam aus dem Gebiet der H.Gr. Nord auf dem Umweg über die Chefgr.La; im RKO meldeten die GKs nicht, der Bezirk Bialystok meldete nicht, und im RKU und dem Generalgouvernement verboten die HSSPF die Meldung. Die »Meldung über den prozentualen Stand der Erfassung« kam aus dem GK Weißruthenien und vom HeWiFu Mitte sowie aus Lettland und dem Generalgouvernement planmäßig, aus Estland verspätet, aus Litauen, dem Heeresgebiet Nord, dem Bezirk Bialystok, dem RKU und Serbien gar nicht. Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Der Chef der Bandenkampfverbände/V.O. d. Beauftr. f. d. Vierjahresplan, Gesch. Gruppe Ernährung, Vortragsnotizen für den Reichsführer-SS v. 28. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 322 bzw. 324. Verbindungsoffizier war der ehemalige Erfassungschef der Hauptabt. La beim GK Weißruthenien, Rudolf Hüttebräuker (* 1904, 1928-1934 Gutsverwalter in Sachsen, dann selbständiger Landwirt Uckermark, 1946-1948 Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, 1948-1962 Direktor Landwirtschaftskammer Westfalen, 1962-1968 Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Mitte der neunziger Jahre verstorben).

⁵⁷³ Vermerk Hüttebräukers für Dr. Baath v. 25. 1. 1944, ebd., Bl. 285f. Gleichzeitig zeigt sich hier, daß der »Chef der Bandenkampfverbände« zwar eine bedeutende Machtfülle auf sich vereinigte, jedoch eher regionale Initiativen startete, denn als gesamteuropäische Partisanenbekämpfungsbehörde zu wirken.

c.) Dörfer und Personen, die beim Vormarsch in den jeweiligen Gefechtsstreifen vernichtet werden sollen.«⁵⁷⁴

Die Tatsache, daß die beteiligten Landwirtschaftsführer über Leben und Tod vieler Dörfer entschieden, wird auch durch einen Befehl der 1. SS-Infanterie-Brigade vom folgenden Tag bestätigt:

»Zu den Rgt. tritt ein Landwirtschafts-Sonderführer mit dem Auftrag:

1. [...]

2. Vorschläge an die Kommandeure, welche Dörfer überholt bzw. vernichtet (abgebrannt) werden sollen.«

Eine entsprechende Anweisung erging auch an die ausführenden Truppen.⁵⁷⁵ Es sollte »in rücksichtslosem Vorgehen gegen alles« verfahren werden. »Besondere Aufmerksamkeit« war Einzelgehöften zu »schenken.« »Als Feind« war »anzusehen jeder Bandit, Jude, Zigeuner und Bandenverdächtige.«⁵⁷⁶ Neben 1826 Juden forderte die Aktion vor allem Todesopfer unter den Einwohnern mehrerer Dörfer am Rand der Waldgebiete. Diese Tatsache nutzte der Gebietskommissar in Glebokie, Hachmann, zur Einschüchterung der Landbevölkerung (»Einige Dörfer und Flecken des Gebiets sind hart getroffen worden«).⁵⁷⁷

Auch beim folgenden Unternehmen »Hamburg«, das von SS und Polizei durchgeführt wurde, hatte die Agrarverwaltung die Aufgabe, die Opfer auszuwählen. Im Einsatzbefehl hieß es:

a) Der Sonderführer (K) Preckwinkel tritt zum Stabe der Kampfgruppe Gottberg.

b) Je 1 Sonderführer La[ndwirtschaft] tritt zu den Sonderstäben der Bataillone.

c) Aufgabe für a und b:

1.) Sicherung der restlosen Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte in den Gefechtsstreifen.

2.) Vorschläge an die Kommandeure, welche Dörfer oder Personen überholt bzw. vernichtet werden sollen.«⁵⁷⁸

Dies bestätigt Heinrich Preckwinkels Einsatzbericht:

»Es war mir in diesem Unternehmen zur Aufgabe gestellt, im Verlauf dieser Vernichtungskämpfe die Sicherung und Erfassung landwirtschaftlicher Produkte durchzuführen, sowie durch ortskundige landwirtschaftliche Sonderführer Vorschläge zu geben, welche Dörfer und Personen überholt, bzw. vernichtet werden sollten.«

Wie er weiter berichtete, wurden »in Sümpfen und Wäldern einzelne Dörfer und Gehöfte« grundsätzlich zerstört. Teilweise habe er verhindert, daß Dörfer abge-

574 Kampfgruppe Gottberg, Sonderbefehl v. 19. 11. 1942, IfZ Fb 101/14 (auch BA R 70 SU/13, Bl. 38). Zur Stellungnahme wurde auch SS-Hstuf. Wilke vom KdS Minsk aufgefordert.

575 »Bandenfreundliche und bandenverdächtige Orte, die noch schriftlich bekanntgegeben oder im Verlauf des Unternehmens durch die den Rgt. zugeteilten Kommandos des SD und der Landwirtschaftsführer bezeichnet werden oder eine feindliche Haltung zeigen, sind grundsätzlich zu überholen und rücksichtslos zu behandeln.« Beide Zitate 1. SS-Inf.Brigr., Ia Nr. 655/42 geh. v. 20. 11. 1942, BA R 70 SU/13, Bl. 39f.

576 Ebd., Bl. 38f.

577 GebK Glebokie, Aufruf »An die Bevölkerung der durch Banden verseuchten Teile des Gebiets Glebokie« v. 26. 11. 1942, IfZ Fb 101/14. Zur Zahl der Toten Tab. 20. Vgl. auch 1. SS-Inf.Brigr., Bericht über das Unternehmen »Nürnberg« v. 27. 11. 1942, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 185–191.

578 Kampfgruppe Gottberg, Einsatzbefehl für das Unternehmen »Hamburg« v. 7. 12. 1942, BA R 70 SU/13, Bl. 72.

brannt wurden, um dort »aus anderen überfüllten Dörfern anständige Elemente wieder ansiedeln zu können«. Gemeint waren also Orte, deren Bevölkerung nicht als »anständig« betrachtet und ermordet worden war. Die Dörfer wurden »in ihrer bisherigen Kontingenterfüllung kontrolliert« und Rückstände eingetrieben. Beim anschließenden Unternehmen »Altona« wurde, was den gesamten Ablauf betrifft, »in ähnlicher Weise verfahren«. Jeder eingesetzten Kompanie war ein Landwirtschaftsführer beigegeben. Die Zahl der Todesopfer der beiden Aktionen wußte Preckwinkel sehr genau anzugeben. Es waren 7906. Zwischen den am weitesten voneinander entfernten betroffenen Orten lagen 100 Kilometer.⁵⁷⁹

Soweit die Angehörigen der Landwirtschafts- und Zivilverwaltung bestimmten, wer zu ermorden war und welches Dorf von der Landkarte zu verschwinden hatte, waren die SS- und Polizeitruppen lediglich ausführende Organe, Henker im Auftrag der Verwaltung. Diese Deutung wird dadurch gestützt, daß Kube den Auftrag für die Operation »Hamburg« v. Gottberg erteilt haben soll.⁵⁸⁰ Kube selbst bezeichnete sie als »großen Erfolg«.⁵⁸¹ Sicher ist, daß der Gebietskommissar in Slonim, Erren, persönlich daran teilnahm, ebenso an der Aktion »Altona«.⁵⁸² Und die beschriebenen drei Unternehmen waren keine Einzelfälle.⁵⁸³

Nach welchen Maßstäben schlugen die Landwirtschaftsfunktionäre vor, Menschen und ganze Ortschaften zu vernichten? Ihre außergewöhnliche Ortskenntnis, da sie fast als einzige Deutsche vor Ort tätig waren, spielte eine Rolle, doch die zitierten Berichte und Einsatzbefehle verzeichnen auch die vorangegangene intensive Aufklärungstätigkeit, besonders von Sicherheitspolizei und SD. Gute Ortskenntnisse besaßen auch die örtlichen Gendarmeriekräfte, und die sollten keine derartigen »Vorschläge« machen. Daß die örtlichen Agrarfunktionäre lediglich als »Wegeerkunder« eingesetzt wurden wie von den Polizeieinheiten im Gebiet Brest im September 1942, war eine Ausnahme. (Hier übernahmen die Polizeikompanien auch selbständig die Beschlagnahme von landwirtschaftlichen Produkten).⁵⁸⁴ Schon diese Umstände legen den Schluß nahe, daß die Agrarfunktionäre auf Grund landwirtschaftlicher Kriterien empfahlen, einzelne Dörfer und Personen zu töten oder zu verschonen.

Die wichtigste Aufgabe der weißrussischen Bauern aus deutscher Sicht war es, Agrarprodukte zu liefern. Was die unbewaffneten Zivilisten anging, bestand die

⁵⁷⁹ GK Weißruthenien, Abteilung III E (Pr/Le), Bericht über Bandenbekämpfung im Unternehmen »Hamburg« und »Altona« 10.–29. 12. v. 31. 12. 1942 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1018–1020 (auch in BA-MA RW 31/251, Bl. 66f.). Vgl. zur Opferzahl Tab. 20; Zeugenangaben in Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 227–252; Beteiligung von Einheiten aus dem Bezirk Bialystok: KTB I. Kp. Res.Pol.Btl. 13 v. II. und 18. 12. 1942, BA R 20/76.

⁵⁸⁰ Vern. W. K. (Stabschef v. Gottbergs) v. 20. 10. 1947, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Kampfgruppenstab Sbd. 2.
⁵⁸¹ Kube an Himmler v. 22. 12. 1942, BA NS 19/1770, Bl. 2; ähnlich Kube an Daluge v. 19. 12. 1942, BA R 19/360; Rosenberg an Himmler v. 4. 2. 1943, BA R 6/9, hier Bl. 95.

⁵⁸² Vgl. HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien an SS-Personalhauptamt v. 5. 11. 1943, BDC PA Gerhard Erren; die Andeutungen im Politischen Lagebericht vom Interims-GebK in Slonim, Dr. Ehrenleitner, v. 21. 3. 1943 an Kube, IfZ MA 795, Bl. 558; Protokoll der selbst geschriebenen Angaben des Kriegsgefangenen Wilhelm Janetzke (v. 26. 6. 1947), ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 162.

⁵⁸³ Zu einer Vorstufe des beschriebenen Vorgehens im September 1942 bei der Aktion »Hannover« im Korück 590: Weinberg, Yelnya-Dorogobush Area, S. 448ff.

⁵⁸⁴ 11./Pol. 15, Erfahrungsbericht über die Vernichtung der Ortschaft Zablocie, in: Eine Schuld, S. 138; zur Erfassung: GebK Brest, IIa, Lagebericht September v. 9. 10. 1942, BA F 13752, Bl. 209.

schwerwiegendste Widerstandshandlung darin, daß sie keine Produkte lieferten. Nicht nur daß sie damit ihre politische Haltung demonstrierten oder zu demonstrieren schienen: Sie hatten aus deutscher Sicht schlicht keinen Daseinszweck mehr. Das wird aus zahlreichen Quellen deutlich. Da wurde betont, daß mörderische Großoperationen von SS und Polizei wie von der Wehrmacht in Gebieten stattfanden, die noch keine Abgaben an die Deutschen geleistet hatten, etwa bei den Unternehmen »Bamberg«, »Frieda«, »Waldwinter«, »Erntefest«, »Kugelblitz« und »Manyly«.⁵⁸⁵ Da wurden Dörfer gewarnt, »dass die Sowjets den Krieg verloren haben und das Land Abgaben an Vieh und Getreide zu leisten hat«, sonst würden sie vernichtet.⁵⁸⁶ Sechs Kühe Ablieferungsrückstand konnten dazu führen, daß die Deutschen einen Ort vernichteten und die Einwohner massakrierten.⁵⁸⁷ Dörfer wurden in Schutt und Asche gelegt, in deren Gemarkung »Saaten, Frühjahrsbestellung und Landbearbeitung [...] einen trostlosen Eindruck« machten bzw. »kaum noch etwas [...] zu holen ist«,⁵⁸⁸ und das scheint kein Zufall gewesen zu sein. Drei Beispiele von ganz verschiedenen Ebenen sollen hier dafür angeführt werden, daß für SS und Polizei der landwirtschaftliche Wert von Menschen und Dörfern für ihre »Behandlung« oft entscheidend war. Erstens schlug der Gendarmerieführer im Amtsbezirk Skidel (Kreis Grodno) die Vernichtung von 13 Gehöften der Siedlung Karolin in isolierter Waldlage vor:

»Bei 5 Hektar Feld sind zum mindesten davon 2 Hektar Sumpf- oder Mo[o]rboden, der keinen Überschuss bringt, sondern nur zur Ernährung der dort ansässigen Familien ausreicht. In der Rubrik »Bemerkungen« des Verzeichnisses sind diejenigen Personen angeführt, die umgesiedelt werden können wie auch diejenigen,

⁵⁸⁵ Sich.Br.ig. 203, Betr.: Unternehmen »Bamberg« v. 10. 3. 1942, BA-MA WF-037363, Bl. 363–373; Ltd. WiKdo Orscha, Lagebericht Nr. 9 v. 27. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 864 (ein Sich.Rgt. brannte fünf Orte in der Gemeinde Karschakowitschi, Rayon Borissov, nieder); Intendant Berück Mitte, 3. Bericht über die Erfassung im Raume Tscherven v. 16. 11. 1942 (Abschrift), BA-MA WF-03/7417, Bl. 145f. (dazu auch Tagebuch Bach-Zelewski v. 7. 11. 1942, BA R 20/45b, Bl. 58); Berück Mitte, Ia, Abschlußbericht für Unternehmen »Waldwinter« der Div. Richert v. 31. 1. 1943, BA D-H FW 489, A. 4 (»Die Wiln Mitte hatte das Gebiet »aufgegeben«); Berück Mitte, Betr.: Unternehmen »Erntefest« des Höh. SS-u. Pol. Fhrs. Rußland-Mitte an H.Gr. Mitte v. 9. 2. 1943, BA D-H ZR 809, A. 9, Bl. 5 (»Raum [...], der wegen dauernder Bandengefahr nicht erfaßt werden konnte«); Gefechtsbericht der Angriffsguppe Jacobi zum Unternehmen »Kugelblitz« v. 12. 3. 1943, BA-MA RH 26–201/10, Bl. 34 (»Eine Erfassung in dem Gebiet in wehrwirtschaftlicher Hinsicht war völlig unmöglich geworden«); SS-Sonderbataillon Dirlwanger an Bach-Zelewski v. 12. 5. 1943, BA-MA SF-01/31700 (»Diese Dörfer waren bisher noch nie ihrer Ablieferungspflicht nachgekommen«).

⁵⁸⁶ Sicherungs-Regiment, Betr.: Unternehmen »Regatta« v. 7. 10. 1942, BA D-H ZWM 783, Bl. 5f.

⁵⁸⁷ Vern. W. A. N. (undatiert, 1966), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft 5, Bl. 93f. Vgl. auch Vern. August Bittner (Kreislandwirt Bobruisk) und F. I. Klimko (Laborleiter der Agrarverwaltung Bobruisk) v. 24. und 25. 1. 1946, Archiv P. Kohl

⁵⁸⁸ »Riesige Flächen lagen völlig brach. Die Bevölkerung hatte anscheinend nur so viel bearbeitet, wie für ihr eigenes Leben notwendig war. Getreide- und Kartoffel-Bestände wurden nirgends vorgefunden.« Bericht über Sonderunternehmen im Raum Beresina, Olsabogen, südlich Klitschew (gez. Buchholtz, SdF.(Z)) v. 12. 6. 1942 (Abschrift von Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 1393 (erstes Zitat). Landwirtschaftliche Außenstelle Smolewitsche, Lagebericht v. 17. 3. 1943 (vgl. ebenso v. 25. 3. 1943), ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 159/R und 163/R (zweites Zitat). Hinweise auch in [GebK Minsk-Land.] III E, Lagebericht v. 2. 4. 1943 und Landwirtschaftliche Außenstelle Saslawl, Lagebericht v. 20. 8. 1942, ebd., Bl. 161f. und 167.

deren Gehöfte wegen ihrer Bandenfreundlichkeit abgerissen und die Bewohner einem KZ-Lager am besten zugeführt werden [sic].⁵⁸⁹

Zweitens erklärte Oskar Dirlewanger nach der Aktion »Erntefest« im Januar 1943 kaum verschlüsselt:

»Vor allem müßten sie [die Landwirtschaftsführer, C. G.] wissen, welches Ablieferungs-Soll jedem Orte auferlegt worden ist und was abgeliefert wurde [...], denn das Ablieferungs-Soll und das wirklich abgelieferte [sic] geben dem Einheitsführer die Unterlagen für nicht unwichtige Entschlüsse.«⁵⁹⁰ Das heißt im Klartext: Dörfer mit schlechter Ablieferungsquote wurden mit den Bewohnern vernichtet, solche mit guter Ablieferungsquote nicht. Diese Erwägung wurde – drittens – vom Chef der Bandenkampfverbände des Reichsführers-SS zur Grundlage der Partisanenbekämpfung gemacht:

»1. Das Ausmaß der Erfassung richtet sich nach dem jeweiligen Befehl, der Befriedung, Evakuierung oder Sonderbehandlung der Bevölkerung bestimmt. [...]

2. *Bei der Beurteilung der Bevölkerung hinsichtlich ihrer Einstellung zur deutschen Macht ist die bisherige Erfüllung des Ablieferungssolls durch die Bauern ein maßgebender Faktor.* Die Truppe hat sich daher vor jedem Einschreiten gegen die Bevölkerung die entsprechenden Unterlagen von dem jeweiligen Kreislandwirt geben zu lassen [sic].«⁵⁹¹

Es konnte allerdings vorkommen, daß die Truppenkommandeure den Empfehlungen der Landwirtschaftsführer nicht folgten. Dann beschwerten sich diese.⁵⁹²

Damit ist nachgewiesen, daß die Agrarfunktionäre nicht nur bei so gut wie allen Großaktionen zur Partisanenbekämpfung beteiligt waren, um die anfallende Beute zu übernehmen, sondern in vielen Fällen auch, um zu entscheiden, welche Dörfer überleben durften und welche nicht, oder um die Grundlagen für diese Entscheidung zu liefern. Wie schon früher ausgeführt, beantragten sie überdies in zahlreichen Fällen Großoperationen, so auch die Aktionen »Hornung« und »Hermann«.⁵⁹³ Für eine »erhöhte Lieferung an Fett und Fleisch« aus dem GK Weißruthenien etwa kontaktierten sie über Berlin niemand Geringeren als den Chef der Ordnungspolizei und den Chef der Sicherheitspolizei und des SD.⁵⁹⁴ Durch Schreckensmeldungen über landwirt-

589 Hier wurde die Tatsache, daß es keine Meldungen über das Auftreten von Partisanen gebe, als »Beweis dafür« genommen, »daß die Bande schalten und walten kann, wie sie will«. Bericht Bez.Lt. d. Gendarmerie Skidel, Betr.: Umsiedlung, bzw. Abreißen der Gehöfte in der Kolonie Karolin v. 24. 5. 1943, Sonderarchiv Moskau 1323-2-243, Bl. 65.

590 SS-Sonderbtl. Dirlewanger, Abschlussbericht für das Unternehmen »Erntefest« v. 28. I. 1943, BA-MA SF-02/31689, Bl. 258.

591 Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Der Chef der Bandenkampfverbände, Weisungen für die Erfassung bei Bandenbekämpfungen v. 22. 10. 1943, ZStA Minsk 370-6-43, Bl. 7f. (Hervorhebung C. G.).

592 Z. B. Becker, Landwirtschaftsführer: Unternehmen »Fritz« v. 20. 10. 1943, ZStA Minsk 370-1-2123, Bl. 3-5.

593 Siehe Kap. 9.3a in dieser Darstellung; Preckwinkel an den Gebietslandwirt in Nowogrodek, G., v. 14. 7. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. 4, »Hermann«, Dok. 26; GebK Sluzk, Abteilung Ern u La v. 15. I. 1943, BA-MA RW 31/251, Bl. 62/R; siehe auch die Forderungen in GebK Brest, E[rnährung], Monatsbericht August v. 16. 8. 1943, BA F 13751, Bl. 1177.

594 KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 29. 3. 1943, BA-MA WF-01/15898, Bl. 328f.; auch KTB WiStab Ost v. 29. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 607.

schaftliche Schäden trieben sie die bewaffneten Organe immer wieder zu neuen Aktionen an.⁵⁹⁵ Und die Agrarbehörden waren eben auch an der konkreten Durchführung der einzelnen Operationen beteiligt. Um zu verstehen, wie das Kalkül der Landwirtschaftsbehörden genauer aussah, müssen wir uns jedoch noch einmal Görings schwerwiegendem Befehl vom 26. Oktober 1942 und seinen Folgen zuwenden.

In diesem Befehl hatte Göring die Anweisung gegeben, bei der »Bekämpfung der Bandengruppen und der Durchkämmung der von ihnen verseuchten Räume« alles Vieh abzutreiben und alle Lebensmittelvorräte »wegzuschaffen«:

»2.) Sämtliche männlichen und weiblichen Arbeitskräfte, die irgendwie für einen Arbeitseinsatz in Frage kommen, sind zwangsmäßig zu erfassen und dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz zuzuführen zur Verwendung in den rückwärtigen gesicherten Gebieten oder in der Heimat. Die Unterbringung der Kinder ist in rückwärtigen Lagern gesondert zu regeln.

3.) Bei der Durchführung der unter Punkt 1.) und 2.) gegebenen Richtlinien ist keine Rücksicht darauf zu nehmen, ob dadurch die landwirtschaftliche Produktion oder sonstige Tätigkeiten in diesen Gebieten darunter leiden, da auch bisher diese bandenverseuchten Räume keinerlei Leistungen aufzuweisen hatten, sondern lediglich direkt oder indirekt den Banden nützlich waren. [...]

Über die Gebietsabgrenzungen im einzelnen ist Einvernehmen mit den Chefgruppen Landwirtschaft der Wirtschaftsdienststellen herbeizuführen.«⁵⁹⁶

Diese Maßnahmen hatte der »Reichsmarschall« drei Tage zuvor bereits Mussolini im Palazzo Venezia angekündigt.⁵⁹⁷ Noch 1946 in Nürnberg verteidigte Göring seine damalige Entscheidung.⁵⁹⁸ Tatsächlich hatte diese Weisung eine ungleich größere Wirkung als seine zehn Tage zuvor gegebene Anordnung über Vergeltungsmaßnahmen wie das Erschießen aller Männer in bestimmten Gebieten, die Schaffung eines Niemandslandes an Bahnstrecken, das demonstrative Erhängen von Partisanen und ähnliches.⁵⁹⁹ Die Vorgeschichte der Weisung vom 26. Oktober ist leider unbe-

595 Siehe Kap. 9.3a in dieser Darstellung; siehe auch Müller, Wirtschaftspolitik, S. 106f., Anm. 105; WiStab Ost, Stab I/Ia Wi, Betr.: Auswirkung der Banden v. 22. 5. 1943, IfZ Fb 101/34.

596 Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, V.P.18727/6/3 v. 26. 10. 1942 (gez. Göring), IfZ Fb 101/26, abgedruckt in: IMT, Bd. 28, S. 1f. Nach diesen Richtlinien sollte eine »Säuberung insonderheit des rückwärtigen Gebietes der Heeresgruppe Mitte« durchgeführt werden.

597 »In den betreffenden Gebieten würden zunächst das gesamte Vieh und die Lebensmittel weggeführt, um den Partisanen auf diese Weise die Ernährungsgrundlage zu entziehen. Die Männer und Frauen würden in Arbeitslager, die Kinder in Kinderlager gebracht und die Dörfer niedergebrannt.« Aufzeichnungen Schmidt über die Unterredung Göring-Mussolini am 23. 10. v. 26. 10. 1942, in: IMT, Bd. 35, S. 408.

598 Es habe sich um »Bandengebiete« gehandelt, »und es konnte kein Mensch von mir verlangen, Vieh und Lebensmittelbestände zu deren Verfügung zu lassen«. Vern. Hermann Göring v. 20. 3. 1946, IMT, Bd. 9, S. 627f.

599 Vorausgegangen war eine etwas weniger radikale Weisung des OKH. Der Berück Mitte wandte ein, dann würden der Eisenbahn Arbeiter und der Wehrmacht Unterkunftspersonal fehlen. 1943/44 gab es dann zwar örtlich Aussiedlungen und Erschießungen in Dörfern an Bahnlinien, aber keine umfassende Durchführung des Göring-Befehls (eine solche hätte sich in den Akten niederschlagen müssen). Die Bevölkerung an den Bahnlinien wurde von den Deutschen, so zynisch das klingen mag, noch gebraucht – ganz anders als die der abgelegenen Waldrandgebiete. Vgl. Fsch. OKH/GenStdH/Op.Abt. an H.Gr. Mitte (Eingang 29. 8. 1942), in: Kühnrich, S. 517f.; Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches und Oberbefehlshaber der Luftwaffe Nr. 04120/42geh. v. 16. 10. 1942 (der Erlaß selbst konnte nicht aufgefunden werden; vgl., KTB Berück Mitte, Ia, v. 28. und 30. 10. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 904, 906, 908,

kannt.⁶⁰⁰ Anders ist es mit den Reaktionen und Folgewirkungen. Nur vier Tage darauf, am 30. Oktober 1942, befahl Himmler, daß bei der Partisanenbekämpfung in den besetzten sowjetischen Gebieten »sofort alle entbehrliche und arbeitsfähige Bevölkerung zunächst einmal gefangen genommen wird, um dann nach Deutschland als Arbeiter in Marsch gesetzt zu werden.«⁶⁰¹ Im GK Weißruthenien zeigten sich erste Auswirkungen in der Befehlslage schon drei Tage später. Überläufer sollten nun nicht mehr erschossen, sondern als Zwangsarbeiter verwendet werden. Am 4. November befahl Jeckeln, bei Antipartisanenaktionen die arbeitsfähige Bevölkerung zu evakuieren.⁶⁰²

Charakteristisch und aufschlußreich war aber vor allem die Reaktion der Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabs Ost und des Ostministeriums. Ihr Chef Riecke erklärte:

»Die Anordnung des Reichsmarschalls vom 26. 10. 1942 begrüße ich für die Gebiete, die auch nach der Durchkämmung voraussichtlich nicht befriedet werden können.

Ihre Durchführung ist aber in den Gebieten nicht möglich, die endgültig zu befrieden sind. [...] Ich schlage vor, daß im Einvernehmen mit den Chefgruppen La der Wirtschaftsdienststellen die Gebiete, die voraussichtlich befriedet werden können, gegenüber den wahrscheinlich nicht zu befriedenden Gebieten abgegrenzt werden, und daß die Anordnung des Herrn Reichsmarschalls nur für die letzten Gebiete in Kraft gesetzt wird.«⁶⁰³

Interessant ist daran nicht nur, wie selbstverständlich Riecke einen Befehl des zweiten Mannes im Nazistaat zurechtrückte. Für den hier betrachteten Zusammenhang ist wichtiger, daß Riecke zwei Zonen unterschied: eine, die unter Kontrolle gehalten werden konnte und keinesfalls von Vieh, Vorräten und Arbeitskräften geräumt werden dürfe, und eine andere, die auch in Zukunft nicht kontrolliert werden konnte, und deren Bewohner deshalb zu deportieren (oder zu töten) waren. Übrigens hatte Göring dies auch schon im Auge gehabt, als er im Befehl von zu verabredenden »Gebietsabgrenzungen« gesprochen hatte. Das ist ein entscheidender Punkt.

und Berück Mitte, Ia, an Okdo. H.Gr. Mitte v. 27. 10. 1942, WF-03/13353, Bl. 1406–1408). Die Existenz eines weitreichenden Befehls Hitlers von Ende August 1942 – wie vom Kommandeur der 286. Sich.Div., Richert, angegeben – ist nicht gesichert und angesichts des OKH-Befehls v. 29. 8. sehr zweifelhaft. Siehe dagegen Vern. Johann Georg Richert v. 20. 12. 1945 und 16. 1. 1946, Archiv P. Kohl; Heer 1995, S. 128 und 137, Anm. 71. Zum Ausmaß der Massaker ebd., Vern. Bruno Pawel v. 2. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 110f.; Anklageschrift gegen Jeckeln u. a. (Januar 1946), ZM 1683, A.II, Bl. 70f.

⁶⁰⁰ Jedoch hatte Göring vermutlich schon Ende August bei Hitler über die Notwendigkeit verschärfter Maßnahmen für die deutsche Führung gesprochen: »Unbedingte Forderung zur umfangreichen Bekämpfung der Partisanen«, hieß es in einer »Notiz für den Herrn Reichsmarschall zur Besprechung beim Führer« v. 25. 8. 1942, BA 34.01 FC, Film Nr. 374, Bl. 5023.

⁶⁰¹ Himmler an die HSSPF in den besetzten sowjetischen Gebieten v. 30. 10. 1942, BA NS 19/1432, Bl. 32. Auch als: KdoStab RF-SS, Betr.: Entbehrliche und arbeitsfähige Bevölkerung in durchkämmten Bandengebieten (gez. H. Himmler) v. 3. 11. 1942, BA NS 19/1671, Bl. 149.

⁶⁰² KdO Weißruthenien, Ia, Sonderbefehl Betr.: Behandlung der Überläufer v. 2. 11. 1942, ZStA Minsk 389–1–3, Bl. 143; F Schr. BdS Ostland v. 16. 11. 1942, in: Eine Schuld, S. 277; Wilenchik, S. 205.

⁶⁰³ Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Geschäftsgruppe Ernährung, an Staatssekretär Körner v. 4. 11. 1942 (Unterschrift: Riecke), IfZ Fb 101/26 (Kopie). Original im Sonderarchiv Moskau 700–1–50, Bl. 149.

Um die eine Zone zu sichern – durch Konzentration der Sicherungskräfte und Isolation von den politischen Einflüssen der Partisanen, dazu durch die Abschreckung wegen der Antipartisanenaktionen anderswo⁶⁰⁴ –, sollte die andere, aus deutscher Sicht unnütze, aufgegeben und zerstört werden. So sahen es auch – diesmal einig – Rosenberg und Erich Koch.⁶⁰⁵ Die »Gebietsabgrenzungen« mußten die Agrarbehörden bestimmen, vor allem indem sie zwischen Dörfern oder Gemeinden unterschieden, die gut lieferten oder noch unter Kontrolle gebracht werden konnten, und solchen, für die das nicht galt. Das war der Ausgangspunkt dafür, daß sich die Partisanenbekämpfung in Weißrußland im wesentlichen zu einer auf agrarischen Interessen beruhenden, schrecklichen Flurbereinigung entwickelte. Schon im November 1942 beim Unternehmen »Nürnberg« bestimmten die Agrarbehörden erstmals massiv das Schicksal der Dörfer im Einsatzgebiet mit. Und die von da ab übliche Konsultation der Landwirtschaftsverwaltung führte nicht zu weniger, sondern zu viel mehr Opfern als vorher.

Auch v. Schenckendorff und die Wirtschaftsinspektion Mitte erzielten im übrigen eine »Einigung über die Auslegung« des Göring-Befehls vom 26. Oktober im Sinne Rieckes, nämlich

»dergestalt, dass landwirtschaftliche und sonstige Betriebe keinesfalls aufgegeben werden, soweit sie jetzt von uns vollkommen *und mit Nutzen* bewirtschaftet werden. Nur in zukünftig untauglichen Gebieten oder bei Gegenwehr der Einwohnerschaft wird von [den] Erfassungskommissionen nach Punkt 3 verfahren werden.«⁶⁰⁶

Politische Bedenken Rosenbergs und Kubes gegenüber dieser brutalen, ökonomisch begründeten Vorgehensweise drangen nicht durch, abgesehen davon, daß sie mit gehöriger Verspätung geäußert wurden. Sie wurden zum Teil auch vom Theoretiker der »Agrarordnung« Schiller und vom Chef des Wirtschaftsstabs Ost, General Stapf, geteilt.⁶⁰⁷ Doch entscheidende Personen forderten immer wieder die »radikale Beseitigung der Partisanengefahr durch umfassende militärische Aktionen.«⁶⁰⁸

604 Hierzu die Bemerkungen zum Unternehmen »Nürnberg« in diesem Abschnitt und oben im Abschnitt zur Aktion »Hornung«. Ferner zu den Gebieten Brest, Kobryn und Stolin Zweimonatsbericht des SSPF Wolhynien-Podolien v. 1. II. 1942, BA II.01, Nr. 17, Bl. 47.

605 Rosenberg bat Himmler – wie er vorher auch Hitler erklärt hatte –, die Partisanenbekämpfung im GK Weißruthenien habe »aus den bandengefährdeten Gebieten Arbeiterreserven für das Reich zu mobilisieren und zugleich neu bedrohte Gebiete für die landwirtschaftliche Bearbeitung zu sichern.« Rosenberg an Himmler v. 4. 2. 1943, BA R 6/9, Bl. 95. – »Im übrigen sei es so, dass in den hauptlandwirtschaftlichen Gebieten Banden ja bekanntlich nicht seien, sondern nur in den Waldgebieten, aus denen man Agrarerzeugnisse, Holz ausgenommen, nicht sehr viel herausholen könne.« Vermerk Bergers über eine Äußerung Kochs auf der Spitzenbesprechung im RMO am 13. 7. v. 14. 7. 1943, BA Slg. Schumacher Bd. 484.

606 KTB Wiln Mitte v. 23. II. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 451 (Hervorhebung C. G.). Die Übereinkunft wurde der Quelle zufolge vom OB der H.Gr. Mitte v. Kluge und von seinem Stabschef Wöhler gebilligt.

607 Rosenberg an Göring v. 23. 12. 1942, IfZ Fb 101/26; Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Bef. VJP V. P.167/6g, Ref.: Bergmann, Vermerk, Betrifft: Bekämpfung der Bandentätigkeit im GK Weißruthenien v. 1. 3. 1943 (mit verschiedenen handschriftlichen Notizen), Sonderarchiv Moskau 700-1-50, Bl. 72/R. Daß nach Görings Anordnung »kaum noch verfahren« werde (so Stapf im Februar 1943, ebd.), traf nicht zu.

608 Backe und Sauckel laut Vermerk der Reichskanzlei über eine Besprechung über Arbeitseinsatzfragen bei Göring v. 28. 4. 1943, BA R 43 II/651b, Bl. 67.

Für die Praxis sind besonders jene Befehle und Berichte aufschlußreich, in denen entsprechend zweier unterschiedlicher Einsatzbereiche auch die Bevölkerung unterschiedlich zu behandeln war oder behandelt wurde. Die Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabs Ost führte dazu aus:

»Das Hinzuziehen von ortskundigen Landwirtschaftsführern bei Planung von Unternehmen gegen Banden ist erfahrungsgemäss auch aus folgenden Gründen erforderlich: Es hat sich als zweckdienlich erwiesen, zwischen ›bandengefährdeten‹ und ›bandenverseuchten‹ Gebieten zu unterscheiden.⁶⁰⁹ In ersteren gilt es die Bevölkerung vom Terror der Banden zu befreien, während man im letzteren die Bewohner zusammen mit den Banden der Strafaktion unterwirft. Derartige Entscheide können meist nur die ortskundigen Landwirtschafts-Führer treffen. Dadurch wird verhindert, dass die Truppenführung mangels genauer Kenntnis eine grosse Anzahl Bauern hinrichtet, die für Partisanen gehalten werden, in Wirklichkeit aber nichts mit ihnen zu tun haben.«⁶¹⁰

Der Truppenführung wurde aber eben auch mitgeteilt, wer zu ermorden war, und das betraf oft ganze sogenannte Bandendörfer. Der Entscheidung lag auch die Kräfteökonomie der deutschen Sicherungskräfte zugrunde: Was wir nicht sichern können, vernichten wir. So war es bei der 221. Sicherungsdivision im Raum Gomel-Nowosybkow-Kletnja 1943. In einem Befehl hiess es zur Aufgabe des Erfassungsstabes: »Verantwortliche Durchführung der Erfassung von Landesvorräten und Arbeitskräften, vornehmlich in den Dörfern, deren völlige Evakuierung und Niederbrennung durchgeführt wird. Der Umfang der durchzuführenden Erfassung ist im Einvernehmen mit den La-Führern festzulegen, und hängt davon ab, ob der Ort nach Säuberung von den Banditen nunmehr im Interesse einer weiteren Ausnutzung der Landwirtschaft bestehen bleibt. Im letzteren Fall ist aus propagandistischen Gründen auf eine Erfassung möglichst zu verzichten bzw. [sie] nur bis zum ›Ablieferungssoll‹ durchzuführen. [...] Jede Evakuierung und jedes Abbrennen von Dörfern hat unter verantwortlicher Führung des Erfassungsstabes – nicht durch die [beteiligte] ungarische Truppe zu geschehen. [...] Division Abt.VII veranlasst die Umsiedlung des brauchbaren Bevölkerungsteiles in [einen] möglichst weit vom Heimatgebiet abgelegenen Raum des Divisions-Bereiches und sorgt für Überführung der unbrauchbaren Elemente in ein Arbeitslager.«

Zwar wurde der Befehl kurzfristig noch dahingehend geändert, daß eine »Erfassung grundsätzlich nur bis zum Ablieferungssoll« durchzuführen war, offensichtlich aus den genannten »propagandistischen Gründen«, doch das ändert nichts am ursprünglichen Kalkül.⁶¹¹ Ausserdem liegen mehrere vorangegangene, ähnlich formulierte Befehle der Division vor, die *nicht* geändert worden waren, so beim Unternehmen »Osterhase«. In diesem Fall richtet sich der Grad der Erfassung, der eng mit der Behandlung der Einwohner korrespondierte, danach, ob »nach dem Unternehmen

609 Mit einer Fußnote wurde hier auf den »Februar-Bericht WiStab Ost – 66100/43geh.« als Quelle verwiesen.

610 Als Quelle wurde hier ein »Vermerk des WiStabes Ost, Chefgruppe La, 94093/42geh nach einem mündlichen Bericht der WiIn Mitte« angegeben. Chefgr. Ern u La, Bericht über Ausfälle an landwirtschaftlichen Produktionsgütern im besetzten Ostgebiet v. 14. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 58.

611 221. Sich.Div., Ia/Ib, Betr.: Unternehmen des Kgl. Ung. VII. A.K. im Raum südlich Nowosybkoff v. 2. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42289, Bl. 895f.

infolge von mangelnden militärischen Kräften die Aussicht auf wirtschaftliche Ausnutzung« bestehe.⁶¹²

Am eingehendsten kann man den Sachverhalt anhand der Partisanenbekämpfungsaktionen im Polesje im Sommer 1943 zeigen. Im Reichskommissariat Ukraine beanspruchte die Zivilverwaltung bereits seit September 1942 das Recht, Kollektivstrafen festzulegen, oder doch zumindest daß SS und Polizei Einvernehmen mit ihr darüber erzielen mußten.⁶¹³ Im GK Shitomir machte Generalkommissar Ernst Leyser die Vernichtung von Dörfern von seinen »Ermächtigungen« abhängig.⁶¹⁴ Die Spitzen der Zivilverwaltung nahmen hier die Interessen ihrer untergebenen Agrarbehörden wahr. Der SSPF Hellwig befahl seinen Einheiten:

»Ich weise nochmals mit allem Nachdruck darauf hin, daß Dörfer, die als Bandenester bekannt sind, *als Präventivmaßnahme nur dann abgebrannt werden dürfen*, wenn vorher die Zustimmung des zuständigen Gebietskommissars eingeholt worden ist. [...] Beim Räumen oder Abbrennen von Dörfern oder Anwesen, aus Präventivgründen, sind die Einwohner geschlossen abzutransportieren, soweit nicht im Einverständnis mit dem Gebietskommissar ihre Sonderbehandlung an Ort und Stelle erfolgt. Jeder Einheitsführer muß sich darüber klar sein, daß alle Einwohner, die nach Vernichtung ihres Anwesens entkommen, neue Mitglieder bei den Banden werden [...].«⁶¹⁵

Ein solcher Befehl wäre selbstverständlich nicht nötig gewesen, wenn bei diesem Vorgehen nicht Unstimmigkeiten vorgekommen wären. Das war die Ausgangsposition vor den großen Mordaktionen im Sommer 1943. Beim Unternehmen »Wechsel« im »Nassen Dreieck« zwischen Pripjet und Dnjepr im Juni wurde zwischen zwei Zonen unterschieden. Südlich der Linie Sparishje-Babtschin waren alle Dörfer niederzubrennen und alles Vieh zu erfassen.⁶¹⁶ Nördlich davon sollte eine Beschlagnahme nur »in enger Zusammenarbeit mit den Organen der Gebietsverwaltung« erfolgen:

»In allen Orten, die niedergebrannt werden müssen, weil in ihnen die Banden Widerstand leisten oder weil sie der Gebietsverwaltung als Bandendörfer bekannt sind, ist das gesamte Vieh zu erfassen. [...] Mit den Organen der Zivilverwaltung ist außerdem bei der Entscheidung über das Abbrennen von Dörfern zusammenzuarbeiten. In den Dörfern, in denen der Bandit Widerstand leistet, trifft allein der Truppen-

612 221. Sich.Div., Ib/Ic, Betr.: Befriedung des Raumes entlang der PK.Straße Gomel-Dowsk v. 21. 6. 1943; 221. Sich.Div., Ib, Betr.: Erfassungsstab »Nachbarhilfe« v. 13. 5. 1943; Zitat: 221. Sich.Div., Ib, Betr.: Unternehmen »Osterhase« v. 9. 5. 1943, ebd., Bl. 929f., 1017f., 1052.

613 Koch an Prützmann v. 10. 9. 1942, BDC, SS-HO 2605. Zwar ging es zunächst um kollektive Bußen in Form von Geld und Naturalien, die Zivilverwaltung versuchte ihren Anspruch aber auf Gewaltmaßnahmen auszudehnen.

614 Leyser an Rosenberg über Koch, Betr.: Bandenbekämpfung im Generalbezirk Shitomir v. 12. 2. 1943, BA F 14248, abgedruckt in: N. Müller 1991, S. 387ff.

615 SSPF Shitomir, Betr.: Bandenbekämpfung v. 27. 1. 1943 (gez. Hellwig, Abschrift von Abschrift), BA R 19/319, Bl. 58 (Hervorhebung im Original); zu einem Folgebefehl des KdG Shitomir v. 1. 2. 1943 Dean, S. 188.

616 Hierzu auch KTB SS-Kav.Div. v. 30. 5. 1943, BA F 41848, Bl. 1127. Danach erklärte der Kampfgruppenkommandeur Schimana nach Rücksprache mit dem GebK in Bragin, Nolde: »Mit der Erhaltung der Dörfer nördl. des Waldes zwischen Nowosselki und Sperishje und der Belassung der Bevölkerung in ihren Wohnorten bin ich einverstanden, wenn der südl. der Dörfer gelegene Wald abgeholzt wird.« Siehe ebenso v. 31. 5. 1943, Bl. 1133.

fürher die Entscheidung. [...] Der Bitte der Gebietsverwaltungen, ihr bekannte Bandendörfer niederzubrennen, ist nachzukommen.«⁶¹⁷

Bei dem Unternehmen war die »bandenhörige« Bevölkerung familienweise »sofort der Sonderbehandlung zuzuführen«:

»Wahlloses Abbrennen der Dörfer und jedes Vertreiben auch von Teilen der Zivilbevölkerung ist zu vermeiden, da hierdurch nur die Banditen Zulauf erhalten werden. [...] Soweit nicht Dörfer im Zuge der Kampfhandlungen verbrannt werden, werden ausgesprochene Banditendörfer von den nachfolgenden Einheiten zerstört. [...] Der Gebietskommissar Retschitza hat die Dörfer, welche besonders behandelt werden müssen[,] bestimmt und ordnet die ganze oder teilweise Evakuierung der Zivilbevölkerung selbständig an.«⁶¹⁸

Bei der Aktion wurden allein im Rayon Choiniki, Gebiet Retschitza, nicht weniger als 26 Dörfer abgebrannt und entsprechend viele Menschen ermordet.⁶¹⁹ Weiter westlich, beim Unternehmen »Seydlitz«, befahl die SS-Kavallerie-Division im Juli:

»Der große, durch das derzeitige Unternehmen erfaßte Raum, kann in Zukunft nie vollkommen durch Sicherungstruppen gegen das Aufkommen von Banden und deren Tätigkeit gesichert werden. Es ist deshalb notwendig, in dem nicht zu sichern den Raum das Auftreten von Banden und ihre Tätigkeit dadurch unmöglich zu machen, daß ihnen in diesem Raum jede Ernährungsgrundlage und der Aufenthalt in Dörfern unmöglich gemacht wird. Der in Zukunft von der Zivilverwaltung nicht zu erfassende Raum ist vollkommen menschen- und viehler zu machen. Es ist notwendig, daß die Dörfer bis auf das letzte Haus, den letzten Stall, daß alle einzelnstehenden Gehöfte, Häuser, Scheunen usw. restlos vernichtet niedergebrannt werden. [...] Die gesamte Bevölkerung muß evakuiert werden. Hinter der durchkämmenden Truppe darf kein Lebewesen und kein Gebäude mehr sein.«⁶²⁰

Tatsächlich entschieden die Einheiten hier offenbar nicht selbständig über die Vernichtung von Ortschaften.⁶²¹ Zu Beginn der Aktion wurden laut einem Fegelein-Befehl zwei verschiedene Bereiche bestimmt:

»Im Einvernehmen mit der Zivilverwaltung sind für die zukünftige Gestaltung des durch das Unternehmen »Seydlitz« erfaßten Raumes 2 Zonen festgelegt.

Zone I:

Dieses Gebiet soll auch künftig Erfassungsgebiet [sic] der Zivilverwaltung bleiben. Dörfer in diesem Gebiet sind nur im Zuge von Kampfhandlungen zu evakuieren und niederzubrennen.

617 Sonderbefehl für die Vieherfassung im Zuge der Säuberung des »Nassen Dreiecks« von Restbanden v. 29. 5. 1943 (Unterschrift: Fegelein), BA F 41848, Bl. 1125. Siehe auch Kampfgruppe Schimana, Ia, Befehl zur Säuberung des »Nassen Dreiecks« von Restbanden v. 27. 5. 1943, ebd., Bl. 1109: »Während des Vormarsches sind bezüglich Behandlung der einzelnen Ortschaften und deren Bevölkerung die von der Zivilverwaltung zugeteilten Kräfte zur Beratung hinzuzuziehen.«

618 Abschrift, Betr.: Bandenbekämpfung, gez. Paul, SS-Hauptsturmführer [Ic der Kampfgruppe Schimana], undatiert [Mai 1943], BA F 40416, Bl. 268.

619 Gend.-Posten Choiniki an Gendarmerie-Gebiet Retschitza v. 23. 6. 1943, ZStA Minsk 658-1-2, Bl. 174.

620 SS-Kav.Div. v. 7. 7. 1943 (Unterschrift: Fegelein), BA F 14608. Siehe auch Gefechtsbericht über den Einsatz der SS-Kav.Div. im Unternehmen »Seydlitz« v. 30. 7. 1943, BA-MA RS 3-8/54, Bl. 67. Allein diese Division zerstörte 96 Dörfer.

621 Vgl. Funkspruch SS-Reiter-Rgt. 1 v. 25. 7. 1943: »Bitte klären ob Stodolischtsche abzubrennen ist«, BA F 40717, Bl. 189.

Zone II:

Dieser Raum ist restlos von Menschen und Vieh zu evakuieren. Sämtliche Dörfer, Gehöfte usw. sind vollkommen niederzubrennen. Damit soll den Banden in diesem Raum jede Existenzmöglichkeit genommen werden.«

Die zu verwüstende Zone II umfaßte im Raum Mosyr ein Gebiet südlich Jelsk, das Gebiet westlich der Bahnlinie Korosten-Mosyr und nördlich der Bahnstrecke Pinsk-Gomel.⁶²² Anfang Juli wurden überdies auf zentraler Ebene grundsätzlich zu zerstörende und zu sichernde Bereiche ausgehandelt. Die Landwirtschaftsabteilung des Reichskommissariats Ukraine hatte bereits – ebenfalls unter dem Stichwort »Zone I« – als Gebiete, die landwirtschaftlich ein »Totalausfall« seien, in erster Line den ganzen südweißrussischen Bereich und das wolhynische Polesje gemeldet, insgesamt 72456 km², die von Wald, Sümpfen und Weideland geprägt waren, während zur gefährdeten »Zone II« vor allem das nordwolhynische Getreidegebiet gehörte.⁶²³ Riecke hatte bereits zuvor die »Durchführung einer militärischen Aktion zur endgültigen Säuberung (nicht nur Durchkämmung) der bereits völlig verlorengegangenen nördlichen Gebiete« im Norden des Reichskommissariats Ukraine mit zwei vollen Divisionen verlangt.⁶²⁴ Geringfügig nach Norden verschoben, wurde die Grenze der Zonen am 11. Juli 1943 auch von ihm akzeptiert und am 13. Juli von der Zivilverwaltung in Anwesenheit Backes, Sauckels, Kochs und Rosenbergs mit Berger vereinbart. Ähnliches galt fürs GK Weißruthenien, wie der Agrar-Erfassungschef im Ostministerium Küper vermerkte:

»In der Frage der Partisanenbekämpfung wurde mit SS-Obergruppenführer Berger, der als Vertreter des Reichsführers-SS anwesend war, dahingehend Übereinstimmung erzielt, daß im Süden in Wolhynien und Podolien die Zone I evakuiert werden soll und die anfallend[e]n Arbeitskräfte nach Überprüfung in das Reich verbracht werden sollen, daß aber die Zone II insoweit gesichert werden soll, daß eine Bewirtschaftung dieses Gebietes möglich ist. Auf eine Evakuierung dieser Zone soll wegen der landwirtschaftlichen Bedeutung dieses Raumes verzichtet werden. In Weißruthenien soll versucht werden, einen gewissen Raum zu evakuieren, um dort die entsprechenden Kräfte für den Einsatz im Reich freizubekommen. Auf diese Art glauben die Beteiligten, besonders Generalkommissar Kube, eine Beunruhigung der anderen Gebiete zu vermeiden.«⁶²⁵

Im August zogen die Partisanenbekämpfungseinheiten weiter nach Westen, in den Norden des GK Wolhynien-Podolien. Dort führten ukrainisch-nationalistische, pol-

622 SS-Kav.Div., Ia, Betr.: Im Bereich Mosyr festgelegte Zonen (gez. Fegelein) v. 3. 7. 1943 mit Kartenanlage, BA F 41848, Bl. 1458f.

623 Die Grenze bildete etwa die Bahnline Kowel-Sarny-Korosten-Tschernigow. WiIn Süd, Chefgr. La, an WiStab Ost, Chefgr. La, Betr.: Verluste durch Banden v. 25. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 1305–1310; geheime Übersicht des RKU in BA F 3355, Bl. 573f.; Koch an Rosenberg v. 25. 6. 1943, Anlage, BA F 14247.

624 Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung, an VJP-Staatssekretär Körner v. 28. 6. 1943 (Entwurf), BA-MA RW 31/252, Bl. 75f.

625 Vermerk über die Besprechung beim Reichsminister Rosenberg am 13. 7. 1943 (Unterschrift: Küper), BA-MA RW 31/248. Vgl. auch die Niederschrift Runtess v. 20. 8. 1943 über die gleiche Sitzung, Nbg. Dok. NO-1831. Ferner Notiz Riecke über die »Südgrenze der zu räumenden Zone« v. 11. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 95.

nische und prosowjetische Partisanenverbände (wie die Brigade Kolpak) einen verstärkten Kampf gegen die Besatzer, der diese zum Abbruch der Aktion »Seydlitz« zwang.⁶²⁶ Da die Region Nordwolhynien wirtschaftlich unbedingt für die Deutschen arbeiten und keinesfalls aufgegeben werden sollte, änderten sich die Befehle schlagartig. Prützmann ordnete an:

»Da die Aufstandsgebiete politisch und landwirtschaftlich hoch qualifiziert sind, muß die Niederschlagung des Aufstandes mit dem Ziel erfolgen, die Bevölkerung wieder zur Mitarbeit mit der deutschen Verwaltung zu bringen. – Sämtliche Maßnahmen sind auf diesen obersten Grundsatz abzustellen. [...] Es sind nur diejenigen Ortschaften einschl. Bevölkerung zu vernichten, die von den örtlichen SD-Kommandos auf Grund ihrer Orts- und Sachkenntnisse angegeben werden. [...] Von Kollektivstrafen ist im übrigen Abstand zu nehmen. Erschießungen außerhalb der Kampfhandlungen sind nur zur Brechung des passiven Widerstandes, und auch nur in Ausnahmefällen, durchzuführen.«⁶²⁷

Und in einem Zusatzbefehl heißt es: »Gewaltsame Erfassungen finden im Gegensatz zu Aktionen im ausgesprochenen Bandengebiet nicht statt; die Erfassung erfolgt durch die zuständigen Organe der Zivilverwaltung. [...] Ich verbiete ausdrücklich Requirierungen jeder Art.«⁶²⁸ Der Kommandeur der SS-Kavallerie-Division, Fegelein, unterstrich diesen Befehl: »Die Angehörigen der SS-Kavallerie-Division haben damit unter Beweis zu stellen, dass sie als weltanschauliche Soldaten des Führers in der Lage sind, sich jeder Situation anzupassen, um den entscheidenden Erfolg – in diesem Fall die Ernteeinbringung – *in vollstem Umfang* zu sichern.«⁶²⁹ Es handelte sich quasi um Erntesicherung im weiteren Sinn; Backe verlangte immer mehr Truppen für die Nordukraine.⁶³⁰ Freilich machte die Basis nicht mit. Mit dem »politischen Bewußtsein« der SS-Angehörigen war es nicht weit her, sie konnten sich nicht so schnell umstellen. So beschwerte sich der Gebietslandwirt in Dubno, Viktor Maentel, daß in Dörfern, die ihre Abgabepflicht zu 100 Prozent erfüllt hätten, die ganze Bevölkerung »umgelegt« worden sei.⁶³¹

Ähnlich wie bei diesem wahren Feldzug, aber in kleinerem Maßstab, wurden auch bei anderen Operationen zwei verschiedene Bereiche getrennt, ein zu zerstörender und ein zu erhaltender, so bei den Unternehmen »Franz« und »Günther«⁶³² und bei

626 Dazu RFSS/Der Chef der Bandenkampfverbände, Bandenlage »Ost« für die Zeit vom 15. 7. bis 31. 7. v. 6. 8. 1943, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. 10, Bl. 99. Das zeigt gleichzeitig die Priorität der Ziele innerhalb dieser deutschen Strategie: Die Sicherung der landwirtschaftlich wichtigen Regionen war im Zweifelsfall wichtiger als die Zerstörung der unwichtigen.

627 HSSPF Rußland-Süd, Führungsstab für Bandenbekämpfung, Abtlg. Ic/Ia, Betr.: Feindlage und Richtlinien zum Einsatzbefehl Nr. 40 (Niederschlagung des nat.-ukr. Aufstandes), gez. Prützmann, v. 3. 8. 1943, BA F 14247.

628 Ebenso, Zusatzbefehl zum Einsatzbefehl Nr. 40 und den hierzu ergangenen Richtlinien v. 11. 8. 1943, BA-MA RS 3-8/54, Bl. 81.

629 SS-Kav.Div., Ia, Zusatz-Befehl v. 11. 8. 1943, ebd., Bl. 79 (Hervorhebung im Original).

630 Vgl. Berger an Himmler v. 21. 8. 1943 über Forderungen Backes, BA F 3355, Bl. 1941.

631 Undatiertes Vermerk (August 1943), Sonderarchiv Moskau 700-1-50, Bl. 7R/8.

632 Funkpruch Magill (Sonderbtl.Dirlewanger) v. 12. 1. 1943, BA-MA SF-01/31683, Bl. 949; Kampfgruppe Korsemann -Ia-, Einsatzbefehl für das Unternehmen »Günther« v. 28. 6. 1943, BA D-H ZR 809, A. 5: »Wirtschaftlich ist das Gebiet zur Zeit für das deutsche [sic] Reich von keinem Interesse irgendwelcher

Aktionen der Ski-Jäger-Brigade 1 der Wehrmacht im GK Weißruthenien 1944. Hier gab es Absprachen zwischen der Brigade, dem Gebietskommissariat Minsk-Land und der Wehrmachtortskommandantur Minsk, die aber offenbar von den Skijägern nicht eingehalten wurden. Der Gebietslandwirt kommentierte: »Werden in ausgesprochenen Partisanengegenden die Ortschaften vernichtet, so sieht man die Notwendigkeit ein und es ist nicht zu ändern, in den anderen Gegenden müssen die Arbeitskräfte aber unbedingt erhalten bleiben.«⁶³³ Von der Operation »Cottbus« schließlich berichtete der Gebietslandwirt Wortmann aus Wilejka: »Die ersten Tage hatten den gewünschten Erfolg. Es wurde planmäßig erfaßt. Die Felder waren bis zu 70 %, vor allem mit Roggen, bestellt. *Es war mir klar, daß hier die Landwirtschaft erhalten bleiben mußte.* Leider änderte sich nach einigen Tagen das Bild.«⁶³⁴

Auch für dieses berüchtigtste aller Antipartisanenunternehmen in Weißrußland galt die ausdrücklich wirtschaftlich begründete Vorschrift:

»1.) Eine restlose Erfassung aller landwirtschaftlichen Produkte, einschliesslich Vieh, ist in den Gebieten durchzuführen, wo der Bauer mit dem Bandit identisch ist. Ebenfalls ist in den ausgesprochenen Sumpfgebieten und dort, wo die Landwirtschaft bedeutungslos ist, ebenso zu verfahren. Hier ist die arbeitsfähige Bevölkerung sicherzustellen fürs Reich.

2.) Im Kreise Pleschtschenizy ist in den landwirtschaftlich wertvollen Gebieten die Bevölkerung möglichst zu schonen.«⁶³⁵

Die nicht arbeitsfähigen Menschen aber, und die mit »zu vielen Kindern«, wurden zu Tausenden ermordet, wie wir noch sehen werden.

Es hat sogar den Anschein, als hätte die deutsche Landwirtschaftsverwaltung fortlaufende, systematische Planungsarbeiten für die Aufgabe bestimmter Gebiete durchgeführt, die über das bisher Gezeigte hinausgingen. Allerdings gibt es dafür nur bestimmte Anzeichen, keine Beweise. Beispielsweise gab es in der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft des GK Weißruthenien unter den Nummern 529 bis 532 die Referate »Bandentätigkeit allgemein«, »Meldungen über Bandentätigkeit«, »Stand der Befriedung« und vor allem »Sondererhebung (Räumung u. dgl.)«.⁶³⁶ Eine Akte aus diesem Arbeitsbereich über das Gebiet Minsk-Land konnte ermittelt werden. Seit April 1943 hatten alle Rayons eine »Flächenfeststellung in den Dörfern, die vernichtet sind und wo die Bestellung gefährdet ist«, abzuliefern, seit Mai auch eine »Meldung der Dörfer, die in diesem Jahr nicht bewirtschaftet werden«.⁶³⁷ Anfang

Art, denn eine Ablieferung irgendwelcher Art, sei es in Landeserzeugnissen oder Steuern, ist bisher noch nie erfolgt«); Befehl für den Abschluss zur Beendigung [sic] des Unternehmens »Günther« v. 4. 7. 1943, BA-MA SF-01/31684, Bl. 47.

⁶³³ GebK Minsk, Ref. III E Ha/Lu an WOK Minsk v. 15. I. 1944, BA D-H FW 488, A. 17, Bl. 10; vgl. Bericht der Ski-Jäg.Br.1 (undatiert); widersprüchlich in dieser Hinsicht: Ski-Jäg.Br. 1, Betr.: Vorschlag für die Durchführung der Bandenbekämpfung an H.Gr. Mitte v. 23. 12. 1943, ebd., Bl. 1 bzw. 7-9.

⁶³⁴ GebK Wilejka, Ref. VI Landwirtschaft v. 12. 6. 1943, ZStA Minsk 370-1-1880, Bl. 59 (Hervorhebung C. G.), auch in BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 88f.

⁶³⁵ Richtlinien für die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte im Unternehmen »Cottbus« (einschl. Arbeitskräfte für das Reich), undatiert, ebd., Bl. 60; auch in ZStA Minsk 370-1-1880, Bl. 125.

⁶³⁶ Organisations- und Aktenplan der H.Abt. E. u. L. (undatiert), ZStA Minsk 370-1-2667, Bl. 42.

⁶³⁷ Meldung Kreislandwirt Koidanow v. 25. 5. 1943; Meldung Kreislandwirt Lagoisk v. 25. 5. 1943; Meldung Landwirtschaftliche Außenstelle Minsk v. 5. 4. und ähnlich v. 25. 5. 1943, ebenso aus Smolewitschi, ZStA Minsk 393-1-99, Bl. 7-10 und 14.

Juni 1943 wurden »Berichte über abgebrannte Dörfer während der Aktionen gegen Banditen« von den Rayons eingereicht. Nun kann es sein, daß dies lediglich dazu diente, die landwirtschaftlichen Schäden der Antipartisanenaktionen, besonders der Aktion »Cottbus«, zu bilanzieren. Im Fall des Rayons Saslawl geht jedoch aus der Spalte »Bemerkungen« hervor, daß in zehn von 13 ausgelöschten Dörfern die Sommerkulturen höchstens zu 30 bis 40 Prozent bestellt waren. Es waren also vor allem die Dörfer mit ihren Einwohnern vernichtet worden, die wenig geleistet hatten und keine großen Erträge für den Herbst versprochen.⁶³⁸ Gleichzeitig waren das übrigens *nicht* die Dörfer, die die größte sofort erfaßbare Beute erwarten ließen. Dazu kommt, daß von den Rayons Ende Juni Aufstellungen »über die voraussichtliche Erfassung« in den einzelnen Gemeinden verlangt wurden nach dem Schema »Sichere Erfassungsfläche/Angebaut, nicht sicher zu erfassen/Fällt für Erfassung aus«.⁶³⁹ Es ist nicht ausgeschlossen, daß hier neue Vernichtungsaktionen vorbereitet wurden. Auffällig ist gleichfalls, daß eine »Aufstellung der landwirtschaftlich genutzten Flächen verbrannter und evakui[e]rter Dörfer des Gebietes Minsk-Land« ausgerechnet zum Stichtag 13. Juli 1943 erstellt wurde, dem Tag der Absprache mit Berger in Berlin über zu räumende Gebiete im GK Weißruthenien.⁶⁴⁰

So erscheint auch manch andere Quelle in neuem Licht. Die auch schon in der Forschung erwähnte Räumung von zwei Dritteln der Staatsgüter im GK Weißruthenien entpuppt sich zum größeren Teil als nicht durch Zerstörungen hervorgerufen, sondern als Teil einer systematischen Räumungsaktion auf Anordnung des Minsker Landwirtschaftschefs Freitag zur Jahreswende 1942/43.⁶⁴¹ In der Vierjahresplanbehörde fragte man sich grundsätzlich, ob »die Bemühungen um eine Erzielung landwirtschaftlicher Überschüsse aus dem Gebiet [Rußland-]Mitte überhaupt eingestellt und die für die Mitte vorgesehenen Investitionen und Kräfte auf die Ukraine umgelagert werden sollen«.⁶⁴² Ein im Februar 1943 aus Riga zum KdS Minsk entsandter SD-Beamter hatte Berichte zu der Frage zu verfassen, wie lohnend deutsche Investitionen in die Landwirtschaft des GK Weißruthenien noch seien und wie eine Befriedung möglich sei.⁶⁴³ Das Wirtschaftskommando Polozk vermerkte im März 1943: »In nächster Zeit wird noch sorgfältig geprüft werden müssen, welche Gebiete des Wirtschaftskommando-Bereiches Polozk für die Aussaat vornehmlich in Frage kommen.«⁶⁴⁴ Gebiete, die dafür nicht »in Frage kamen«, wurden mit tödlicher Sicherheit entvölkert. Die Wirtschaftsinspektion Mitte strebte im April 1943 an, die Partisanen-

638 Berichte über abgebrannte Dörfer während der Aktionen gegen Banditen v. 4. 6. 1943, gez. Zeslonok (Leiter der Landabteilung), Unterschrift: Fritze, ZStA Minsk 393-1-99, Bl. 11; unvollständig abgedruckt in: Eine Schuld, S. 161. Siehe ähnliche, aber weniger ausführliche Meldungen aus Rudensk v. 22. 5. und aus Smolewitschi v. 24. 5. 1943, ZStA Minsk 393-1-99, Bl. 12 und 14.

639 Aufstellungen aus den Rayons Usda v. 28. 6. 1943, Saslawl, Lagoisk und Koidanow (undatiert), ebd., Bl. 62-64 und 66.

640 Ebd., Bl. 3 und 18; Meldung aus dem Rayon Lagoisk zum 13. 7. 1943, Bl. 19-21.

641 GK Weißruthenien, Hauptabteilung III Ernährung u. Landwirtschaft, Sonderbericht v. 9. 1. 1943 (gez. Freitag), BA-MA RW 31/251, Bl. 68R; vgl. ebenso v. 15. 1. 1943, Bl. 57-61R; siehe auch S. 334 in dieser Darstellung.

642 V.P. 17626/6, Notiz für eine Ost-Besprechung unter Vorsitz des Reichsmarschalls mit Anschreiben v. 10. 10. 1942, Sonderarchiv Moskau 700-1-49, Bl. 85.

643 Vern. F. H. K.-W. v. 18. 8. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 4450-4459.

644 WiKdo Polozk, Lagebericht für 19. 2.-18. 3. v. 18. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 401.

bekämpfung selbst zentral zu steuern und örtlichen Initiatoren aus der Hand zu nehmen.⁶⁴⁵ Im Sommer jenes Jahres gab es Bemühungen, »3 Wirtschaftszentren in Borissov, Bobruisk und Gomel« aufzubauen, »in denen ein Schutz der Wirtschaft gegen Bandenbedrohung durchgeführt werden soll. Diese Gebiete werden freige-kämpft und durch 3 Sich.Btl. geschützt, deren Einsatz nach Weisung des Wi[rtschafts-]Inspektors erfolgt.«⁶⁴⁶ Zur Überprüfung dieses Konzepts wurde im Sommer 1943 der Raumplaner Martin Pfannenschmidt zur Wirtschaftsinspektion versetzt. Er begutachtete nicht nur das industrielle, sondern auch das agrarwirtschaftliche Kon-zept,⁶⁴⁷ so wie sich die Raumplanungsabteilung des Ostministeriums schon seit Sommer 1942 mit der »Herausarbeitung landwirtschaftlicher Schwergewichtspunkte und zentraler Orte und zum anderen mit der Verkehrslage der Rohstoffverarbei-tungs- und Absatzgebiete« beschäftigt hatte.⁶⁴⁸

Die geistige Haltung vieler deutscher Landwirtschaftsfunktionäre wird auch da-durch beleuchtet, daß sie persönlich Menschen töteten. Das waren keine Einzel-fälle.⁶⁴⁹ Erheblich folgenschwerer war zwar, daß sie den Einsatz der SS-, Polizei- und Wehrmachteinheiten steuerten. Doch ist der Umstand nicht ganz bedeutungslos, daß die Wirtschaftsinspektion Mitte im Sommer 1942 eine »Partisanenkompanie« aus ihren Reihen aufstellte, die an brutalen Vernichtungsaktionen beteiligt war.⁶⁵⁰ Über die »Alarmkräfte« des GK Weißruthenien wurde bereits berichtet,⁶⁵¹ ebenfalls über einen direkten Mordbefehl Freitags.⁶⁵² Außerdem gelang es der Landwirtschaftsver-waltung im Gebiet der Heeresgruppe Mitte offensichtlich doch, den von ihr inspirier-ten »landwirtschaftlichen Ordnungsdienst« durchzusetzen, aufzubauen und zu kon-trollieren. Je Landbaugenossenschaft umfaßte er bis zu 25 Mann, ehrenamtlich, ohne

645 Reisebericht des WiIn Mitte, Niedenfür, für 22.–24. v. 25. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 155.

646 WiStab Ost, Wirtschaftliche Lage im Juni 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1068; vgl. ähnlich KTB Wi-Stab Ost, v. 7. 7. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 443.

647 Siehe Martin Pfannenschmidt, Raumordnung und Wirtschaftsplanung in den besetzten Gebieten 1940–44 v. 18. 11. 1961 (Vorentwurf zur Dokumentation), BA OstDok 13/411.

648 Niederschrift über die Arbeitstagung der Hauptabt. II (Verwaltung) des RMO am 17./18. 9. v. 25. 9. 1942 (Vortrag Ministerialrat Dr. Siemer), BA 11.01, Nr. 51, Bl. 45R.

649 Vgl. Erfassungstrupp Westerhaus-Jürgens, Erfassungsbericht der Aktion Cottbus v. 2. 6. 1943, ZStA Minsk 370–1–1880, Bl. 34; Ltd. WiKdo Witebsk, Monatsbericht für 21. 1.–20. 2. v. 24. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 956 (»auch hier haben die Angehörigen des [Erfassungs-]Kommandos [sich] aktiv an Feuergefechten beteiligt, Banditen *im Nahkampf* erschossen und Gefangene eingebracht«, zum Un-ternehmen »Waldwinter«; Hervorhebungen C. G.); »Die Steigerung der Bandengefahr [...] führte viel-fach zum Einsatz von Angehörigen der Wi-Dienststellen im Kampf mit der Waffe«, Abschlußbericht Wi-Stab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 58; Beteiligung an Judenerschießungen in Zoludek: Vern. I. Z. v. 14. 3. 1966, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bd. 19, Bl. 2583.

650 KTB WiIn Mitte v. 1. 7. 1942; Meldung, Betrifft: Einsatz der Einsatzgruppe P am 9. 7. v. 11. 7. 1942 (Ab-schrift); Bericht über Partisanenunternehmen am 18./19. Juli 1942; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 20 v. 4. 8. 1942, alles BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 1, 77f., 79f., 278; WiStab Ost, Monatsbericht Juli v. 26. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 43067, Bl. 635; Abschlußbericht WiStab Ost in Müller, Wirtschaftspolitik, S. 58.

651 Siehe auch Vern. Wilhelm Janetzke v. 26. 6. 1947, ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 161; Privatbrief des späteren niedersächsischen Sozialministers Heinz Rudolph an Ministerialrat Bukow v. 19. 11. 1943, ZStA Minsk 370–1–57, Bl. 16 (»es schadet für die Männer der Ostverwaltung, besonders für uns Wirtschaftler, bestimmt nichts, wenn wir einmal den Federhalter mit der Maschinenpistole vertauschen«).

652 »In krassen Fällen sind Sonderbehandlungen von einzelnen widerspenstigen Bauern am Platze.« Freitag an die GebK v. 13. 5. und an die Gebiets- und Kreislandwirte v. 27. 5. 1943, BA R 93/7, Bl. 1 und 4.

Sold und Verpflegung. Das war eine Keimstufe des späteren Wehrdorfmodells.⁶⁵³ Der Erfolg dieser Maßnahmen ist allerdings höchst fraglich. Im Gegensatz zur Bevölkerung erwies sich die einheimische Hilfsverwaltung aber oft als loyal den Deutschen gegenüber und schlug selbst Personen und Dörfer vor, die vernichtet werden sollten.⁶⁵⁴

b) Die systematische Deportation von Zwangsarbeitskräften bei der Partisanenbekämpfung und der Massenmord an den »Arbeitsunfähigen«

Von der Landwirtschaftsverwaltung und nach Kriterien des landwirtschaftlichen Nutzens wurde über das Leben vieler tausender weißrussischer Bauern entschieden. Das gleiche galt jedoch auch für die Arbeitseinsatzfunktionäre und für den Aspekt des Nutzens, den ein Mensch mit seiner Arbeitskraft noch für die deutschen Interessen hatte. Während oft von der landwirtschaftlichen Warte her bestimmt wurde, ob Dörfer vernichtet werden sollten oder nicht, bestimmte der Arbeitseinsatzaspekt ab Anfang 1943 zunehmend, ob, wie viele und welche Einwohner dieser zu zerstörenden Dörfer überleben durften.

Die Entwicklung der Rekrutierungsbefehle

Im Jahr 1941 spielte die Gewinnung von Arbeitskräften bei der Partisanenbekämpfung noch keine Rolle; es schien genug zu geben. Der Blick auf Tabelle 20 zeigt, daß bei den Großaktionen des Jahres 1942 ebenfalls durchweg noch keine verschleppten Arbeitskräfte gemeldet wurden. Bei den Operationen »Adler« und »Greif« wurden lediglich größere Zahlen an Gefangenen verzeichnet, deren weiteres Schicksal ungewiß ist, und bei den Operationen »Sumpffieber«, »Karlsbad« sowie im Gebiet Brest wurden viele Menschen evakuiert, in andere Agrarregionen umgesiedelt oder im Gebiet Brest einfach vertrieben. Wie schon gezeigt wurde, trat die Krise der Ostarbeiter-Rekrutierungen und beim Arbeitseinsatz innerhalb des besetzten Weißrußland erst im Herbst 1942 ein (Kap. 6.2 und 6.3). Erst daraus ergab sich für die Besatzungsverwaltung die Notwendigkeit, bei Antipartisanenaktionen systematisch und in großem Maßstab Arbeitskräfte förmlich zu jagen.

Bei einigen Großbedarfsträgern zeigte sich die Krise schon früher, besonders bei der Organisation Todt und im Torfbergbau. Die OT erreichte bereits im Sommer 1942, daß v. Schenckendorff und die Heeresgruppe Mitte Befehle erließen, »nach denen bei Partisanenunternehmungen die gesamte männliche Bevölkerung zur Zwangsarbeit abzuführen und der OT zur Verfügung zu stellen ist.«⁶⁵⁵ Innerhalb von zwei Monaten brachte die »Werbung von Zivilrussen« der OT »etwa 7000 Mann«, teils aus der Partisanenbekämpfung, weil es hieß, daß »die Russen aus evakuierten Dörfern meist mit Familien anrücken«. Sie kamen hauptsächlich aus dem Norden des Heeresgruppenbereichs, so aus der Gegend von Polozk, möglicherweise auch teil-

⁶⁵³ Aktenvermerk Major Seifert, Betr.: Einheimischenselbstschutz bei WiIn Mitte v. 6. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 44423, Bl. 421; KTB WiStab Ost v. 6. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 43385, Bl. 592; Weinberg, Yelnya-Dorogobush Area, S. 448ff.; Gerlach, Agrarreform, S. 29; und besonders Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 381, Bl. 70.

⁶⁵⁴ Vgl. Anm. 9/238 und 242 in dieser Darstellung.

⁶⁵⁵ OT-Zentrale, Der Gebietsbeauftragte für Russland-Mitte, Reisebericht für 28. 7.-4. 8. v. 5. 8. 1942, BA 46.02, Nr. 234.

weise aus der Frontzone bei Rshew.⁶⁵⁶ Davon abgesehen, befahl der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte auf Anregung der Wirtschaftsinspektion »die Einlieferung der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung in Zwangsarbeitslager bei militärischen Maßnahmen gegen Bandendörfer«. ⁶⁵⁷ Tatsächlich wurden in jenen Wochen in Zusammenarbeit mit der Einsatzgruppe B Zwangsarbeitslager gegründet, und auch die Wehrmacht betrieb eigene Lager, aus denen zum Beispiel die GFP Arbeitskräfte für den regionalen und den Deutschlandseinsatz heraussuchte.⁶⁵⁸

Wurden diese Maßnahmen noch relativ sporadisch durchgeführt, änderte die Weisung Görings vom 26. Oktober 1942 und die Nachfolgebefehle von Himmler, Jeckeln und Klepsch⁶⁵⁹ die Lage, aber nicht vollständig. Noch waren die organisatorischen Voraussetzungen vor Ort nicht geschaffen, die Arbeitseinsatzbehörden offenbar nicht entsprechend angewiesen. Das Unternehmen »Franz« im Januar 1943 war das erste, bei dem in größerem Umfang Arbeitskräfte deportiert wurden. Auch wenn bei der Aktion »Winterzauber« bereits über 7000 Arbeitskräfte verschleppt wurden (Tab. 20): in den folgenden Monaten bestimmte das nur von Fall zu Fall die Praxis bei der sogenannten Partisanenbekämpfung. Noch im Februar kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Himmler und Sauckel, der Männer aus Konzentrationslagern, die bei Antipartisanenunternehmen im Reichskommissariat Ostland verschleppt worden waren, für den Reichseinsatz zugewiesen bekommen wollte. Himmler verweigerte das im Interesse seiner Wirtschaftsambitionen (das OKW unterstützte ihn hierin⁶⁶⁰), schlug aber statt dessen Bach-Zelewski vor, »nicht bandenverdächtige Männer dem Gauleiter [Sauckel] dadurch zuzuführen, dass am besten ganze Gebiete Weiß-Rutheniens geräumt werden«. In Himmlers Antwort an Sauckel vom gleichen Tag fehlte dieser Satz noch.⁶⁶¹ Vorausgegangen war eine Besprechung Sauckels mit Rosenberg, bei der der Ostminister erklärt hatte: »Das einzige beachtliche Reservoir bilde das bandengefährdete Gebiet Mitte. Hier müsste der Reichsführer-SS Kräfte zur Bekämpfung und Evakuierung zur Verfügung stellen. Darüber wolle er [Rosenberg] in den nächsten Tagen mit dem Reichsführer sprechen.« Tatsächlich wandte sich Rosenberg hierzu brieflich an Himmler.⁶⁶² Erst am 19. April trafen sich jedoch Sauckel und Bach-Zelewski in Minsk, und dieser versprach die Un-

656 Der Gebietsbeauftragte Rußland-Mitte, Reisebericht für 22. 8.-4. 9. an OT-Zentrale v. 5. 9. 1942, ebd.; vgl. KTB WiStab Ost v. 21. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 140f., und Ltd. WiKdo Witebsk, Monatsbericht für 21. 9.-20. 10. v. 24. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 877.

657 Wiln Mitte, Lagebericht Nr. 20 v. 4. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 283. Vgl. zu einer Besprechung Weigand-v. Schenckendorff KTB Wiln Mitte v. 7. 7. 1942 (ebd., Bl. 11): »Man will sie teilweise in Konzentrationslager packen, teilweise ins Reich schicken, und wenn sie ganz harmlos sind, auf ihre Dörfer entlassen, wo sie als O.D.-Männer eingestellt werden sollen. Ich bringe meinen Vorschlag vor, möglichst viele Männer aus Partisanendörfern herauszuziehen und sie als Zwangsarbeiter einzustellen.« Siehe auch KTB Wiln Mitte v. 17. 6. 1942, BA-MA (BArchP)F 42858, Bl. 970.

658 Siehe S. 481 und 494 in dieser Darstellung; Berück Mitte an H.Gr. Mitte v. 14. 8. 1942, BA-MA WF-03/13353, Bl. 1118f.

659 Siehe S. 985f. in dieser Darstellung.

660 Zu einem entsprechenden OKW-Befehl v. 14. 3. 1943 N. Müller 1971, S. 189.

661 F Schr. Sauckel an Himmler v. 8. 2., F Schr. Himmler an Bach-Zelewski v. 9. 2. 1943 (abgedruckt bei Heiber 1968, S. 189) und an Sauckel vom gleichen Tag, alles BA NS 19/1432, Bl. 42-44. Siehe bereits Himmlers Befehl an Pohl v. 6. 1. 1943, die »bandenverdächtigen Männer, Frauen und Kinder« aus dem GK Weißruthenien in die KZ Lublin und Auschwitz zu bringen (ebd., Bl. 28).

662 Besprechungsnotiz v. 21. 1. 1943, BA F 13687, Bl. 591; Rosenberg an Himmler v. 4. 2. 1943, BA R 6/9, Bl. 95.

terstützung des Rekrutierungsprogramms für Ostarbeiter.⁶⁶³ Und erst ab dem Juni 1943, vor allem nach der Kritik an der Aktion »Cottbus«, wurde es zur Regel, daß bei Großaktionen gegen Partisanengebiete Arbeitskräfte ausgesondert und von der Vernichtung ausgenommen wurden (Tab. 20).

Denn inzwischen hatten die Arbeitsbehörden auf das große Potential an Menschen hingewiesen, das es ihrer Meinung nach in den von Partisanen beherrschten Gebieten gab. Die Bevölkerung sei, da sie für Deutschland nichts leiste oder von den Partisanen daran gehindert werde, unnütz und am besten abzutransportieren. Immense Zahlen wurden errechnet. So hieß es aus dem GK Shitomir, im »bandenverseuchten« nördlichen Teil des Bezirks seien 100 000 Arbeitskräfte »der Erfassung entzogen«, und an anderer Stelle sogar, es seien »etwa 1 Million Arbeiter dem Arbeitseinsatz entzogen«, wovon man allein den »ungenutzten Kräfteüberschuss« im (unwahrscheinlichen) Fall der Befriedung auf 100 000 Personen bezifferte.⁶⁶⁴ Im Reichskommissariat Ukraine hatte man schon zuvor die »Möglichkeit« erkannt, aus den »bandengefährdeten« Gebieten im Norden »im Zuge der Bandenbekämpfung etwa 300 000 Arbeitskräfte für den Reichseinsatz herauszuziehen.«⁶⁶⁵ Besonders hohe Zahlen prognostizierte die Wirtschaftsinspektion Mitte – schon im Herbst 1942 400 000 Menschen, die »sässig« seien, aber »erst nach der Befriedung des Landes zum Aufbau herangezogen werden« könnten.⁶⁶⁶ Im Sommer 1943 wurde folgende Rechnung aufgemacht: es gebe rund 6,2 Millionen Einwohner, davon drei Millionen Arbeitskräfte, im Heeresgruppenbereich. Der aber sei zu durchschnittlich 50 Prozent »bandenverseucht« und ungenutzt. Also könne man bei Räumung dieser Gebiete nicht weniger als 1,5 Millionen Arbeitskräfte gewinnen.⁶⁶⁷ Das wurde beim Wirtschaftsstab Ost und auf einer Konferenz des Generalquartiermeisters des Heeres über die Partisanenbekämpfung zur Planungsgrundlage gemacht. Im übrigen Militärverwaltungsgebiet wurden dagegen »nur« 95 000 Menschen als »dem Einsatz entzogen« angesehen.⁶⁶⁸ In einem ersten Schritt sollten im südlichen Bereich der Wirtschaftsinspektion Mitte »ungefähr

663 Tagebuch Bach-Zelewski v. 19. 4. 1943, BA R 20/45b, Bl. 74; Vern. Bach-Zelewski v. 17. 1. 1946, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. III,4, Bl. 23–25.

664 KTB-Rückblick WiKdo Shitomir fürs 3. Quartal 1943, BA-MA RW 30/191; WiKdo Shitomir, Lagebericht Juli/August v. 23. 8. 1943, RW 30/192.

665 KTB-Rückblick der Chefgr. La des WiStabs Ost für das 1. Halbjahr 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1213.

666 Verbindungsoffizier des RMO beim Berück Mitte, Major O. W. Müller, Bericht Nr. 21 ans RMO v. 8. 10. 1942, BA R 6/76, Bl. 26. Tatsächlich hatte die WiIn Mitte eingeschränkt, von den 400 000 müßten 160 000 als nicht ausgleichsfähig abgesetzt werden: WiIn Mitte, Protokoll der Kommandeurbesprechung am 11. u. 12. v. 20. 10. 1942; ähnlich WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 19 v. 4. 7. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 206 und 565.

667 Vgl. KTB WiIn Mitte v. 10. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 21 (zu einer Tagung des GBA in Kiew); WiIn Mitte, Bericht über die Auswirkungen der Bandenlage v. 17. 5. 1943, ebd., Bl. 262; WiIn Mitte, Durch Bandentätigkeit gebundene Bevölkerung in den WiKdo-Bereichen, ebd., Bl. 276 (besonders stark war die »Verseuchung« in den weißrussischen Teilen des Bereichs der WiIn); KTB-Rückblick WiStab Ost, Chefgr.Arbeit, fürs 2. Quartal 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1346. In diesem Sinne bereits Ltd. WiKdo Witebsk, Monatsbericht 21. 1.–20. 2. v. 24. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 992, das allein 171 800 »rechnerisch« so zu erfassende Arbeitskräfte, 45 % der Arbeitsfähigen, meldete.

668 WiStab Ost, Wirtschaftliche Lage im Mai 1943, ebd., Bl. 1063–1066; WiStab Ost, Betr.: Auswirkungen der Banden v. 22. 5. 1943, Anlage 10 zu: OKH/GenStdH/GenQu, Abt. Kriegsverw. (Qu 4) v. 30. 6. 1943, IFZ Fb 101/34; Original in Sonderarchiv Moskau 700–1–50.

30–40000 Menschen evakuiert« und »zur Deckung des Bedarfs im Operationsgebiet und für das Reich gewonnen werden«; im zweiten forderte Sauckel 220000 Arbeitskräfte allein fürs Reich.⁶⁶⁹ Im März 1944 wurden auf Grund der Untersuchung einzelner Rayons im verkleinerten Heeresgruppenbereich immer noch über eine halbe Million Arbeitskräfte als überflüssig erachtet, fast zwei Drittel aller Arbeitsfähigen.⁶⁷⁰

Entsprechend änderte man die Befehle. Die Gewinnung von Arbeitskräften aus landwirtschaftlich »unwichtige[n]« Landesteilen wurde 1943 zu einem Hauptzweck der Partisanenbekämpfung.⁶⁷¹ Im Mai 1943 war bei der Wirtschaftsinspektion Mitte bereits ein Großteil der sogenannten Anwerbekommandos bei »Sondermaßnahmen« eingesetzt.⁶⁷² Zur gleichen Zeit waren laut dem Wirtschaftschef im Reichskommissariat Ostland, Matthiessen, zum Beschaffen von Arbeitskräften im GK Weißruthenien »alle eingängigen Mittel einzusetzen. Auch vor aussergewöhnlichen Massnahmen ist nicht zurückzuschrecken.«⁶⁷³ Im Juli 1943 hatte sich die Arbeitseinsatzlage im Reich erneut zugespitzt. Neue drastische Befehle Sauckels, Keitels und Himmlers, durch Weisungen Hitlers bekräftigt, schrieben nunmehr vor, alle bei der Partisanenbekämpfung Gefangenen – auch bewaffnet angetroffene Partisanen – zur Zwangsarbeit ins Reich zu bringen, vor allem als Bergleute für die sogenannte »Aktion Steiger«. Sie hätten als Kriegsgefangene zu gelten.⁶⁷⁴ Am 1. September 1943 gab der Chef der Bandenkampfverbände Bach-Zelewski die entsprechenden organisatorischen Anweisungen. Maßnahmen, »Arbeitskräfte für die deutsche Kriegs- und Ernährungswirtschaft« bei der Partisanenbekämpfung festzunehmen, seien »mit aller Energie unverzüglich in die Tat umzusetzen.«⁶⁷⁵ Mitte Juli hatte Sauckel außerdem die Heeresgruppe Mitte besucht, denn die Kampagne war besonders auf Weißrußland gemünzt.⁶⁷⁶ Erst kurz zuvor, mit dem Unternehmen »Weichsel«, hatten die Arbeitskräftedeportationen im Zusammenhang mit der Partisanenbekämpfung voll eingesetzt. Allein bei den größten Operationen 1943/44 deportierten die Deutschen mindestens 100000 Arbeitskräfte (Tab. 20).

Die Organisation der Arbeitskräfterekrutierung und die Selektionen an Ort und Stelle
Wie die Landwirtschaftsbehörden war seit 1943 auch die Arbeitsverwaltung mit Kommandos bei jedem großen Unternehmen gegen Partisanengebiete vertreten. Zu-

669 WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB für 12.–18. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1339; vgl. WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, Niederschrift über die Dienstreise nach Smolensk am 14. u. 15. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 611.

670 Vgl. S. 489 in dieser Darstellung.

671 Hierzu bereits die Beobachtung von Hesse, S. 203.

672 WiIn Mitte, Lagebericht Mai v. 5. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 394.

673 RKO, Abt. III ASO an GK Riga v. 3. 5. 1943, in: IMT, Bd. 30, S. 103.

674 Befehl Sauckels v. 5. 7. 1943: N. Müller 1971, S. 106; KTB OKW, Bd. 3, 1. Halbband, S. 762 (8. 7. 1943); Befehl Himmlers an Bach-Zelewski, Prützmann, v. Gottberg, Berger und Backe (auf Weisung Hitlers) v. 10. 7. 1943, Nbg. Dok. NO-2034; OKW Nr. 03408/43geh. Wfst/Op.(H.) v. 18. 8. 1943 (gez. Keitel), BA-MA SF-01/31688, Bl. 54.

675 Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei – Der Chef der Bandenkampfverbände, Ia, 496/43geh (gez. Bach-Zelewski) v. 1. 9. 1943, ebd., Bl. 2–4.

676 Vgl. KTB PzAOK 3, Qu 2, v. 15. 7. 1943, Nbg. Dok. NOKW-2386; KTB WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, für 12.–18. 7. 1943 sowie WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, Niederschrift über die Dienstreise nach Smolensk am 14. und 15. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 579 und 608–613.

vor waren teilweise Landwirtschaftsfunktionäre beauftragt worden, »Arbeitskräfte aus den bandenverseuchten Gebieten zwangsweise herauszuholen«, so bei der Operation »Franz«. 677 Ein erster Befehl v. Schenkendorffs im Gefolge der Göring-Weisung vom 26. Oktober 1942 bestimmte am 25. November über »die Erfassung von Menschen und Vorräten in den zu befriedenden Gebieten«, »insbesondere soweit die männliche Bevölkerung im wehrfähigen Alter steht oder anhangslose jüngere weibliche Arbeitskräfte zu erfassen sind.« Den zu bildenden »Erfassungsstäben« sollte aber nur ein Vertreter der Arbeitsabteilung des zuständigen Wirtschaftskommandos angehören. Abtransport und Verpflegung der Arbeitskräfte gehörten noch nicht zu ihren Aufgaben. 678 Erst später, ab dem Frühjahr 1943, waren sogenannte Arbeitseinsatzstäbe bei den Operationen beteiligt, besonders im GK Weißruthenien, wo die Abteilung III (Arbeitseinsatz und Sozialpolitik) unter Freudenberg den Einsatz steuerte. Diese Stäbe hatten teils eine erhebliche personelle Stärke. 679 Nach Bach-Zelewskis Anweisung vom Spätsommer 1943 waren die Arbeitsämter auch bei »Klein- und Kleinstaktionen« zu beteiligen. Vertreter der Arbeitsverwaltung sollten nun in die Führungsstäbe bei den Unternehmen hinein, Verbindungsoffiziere des GBA zum Chef der Bandenkampfverbände (Oberregierungsrat Meincke) und zum HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien (Regierungsrat Dr. Tuschen) waren bestimmt, bei anderen HSSPF waren sie noch zu benennen. Diese hatten »engste Fühlung mit den HSS- u. PF. zu halten und bei Planung von Unternehmen Vorschläge zu machen«. 680 Nun sollten also auch die Arbeitsbehörden die Aktionen mit steuern. 681 Bezeichnend ist, daß der berühmte Oskar Dirlewanger bereits Anfang Mai 1943 mit dem zuständigen Mann in der Arbeitsverwaltung der Wirtschaftsinspektion Mitte, Oberkriegsverwaltungsrat Kolb, per du war. 682

Damit kommen wir zu einem der schrecklichsten Kapitel der deutschen Besatzungspolitik in Weißrußland. Teils waren es diese Kommandos, teils aber auch die eingesetzten Einheiten von SS, Polizei und Wehrmacht, die die Bevölkerung der Dörfer selektierten. Hätten die deutschen Aktionen wirklich darauf abgezielt, Partisanen und ihre Helfer in den Dörfern zu töten oder aber Vergeltung an zumindest Verdächtigen zu üben, wäre zu erwarten, daß die Deutschen in erster Linie Männer umge-

677 KTB Ltd.WiKdo Orscha v. 17. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 943. Vgl. Auszug aus dem Erfassungsbefehl (undatiert, Januar 1943), BA D-H ZWM 783, Bl. 9.

678 Berück Mitte, Qu/IVA, Betr.: Erfassung von Landesvorräten bei Befriedungsunternehmen v. 25. 11. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 954–956; Ausführungsbestimmungen: WiIn Mitte, Chefgr.Arbeit, Betr.: Erfassungsstab bei Unternehmungen zur Bandenbekämpfung v. 2. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 1387f.

679 SSPF Weißruthenien, Ia, Befehl zur Befriedung des Raumes um Molodeczno und der Räume Manyly-Wald und Rudnja-Wald v. 27. 4. 1943, BA-MA SF-02/31684, Bl. 213f.; Funkspruch 4. Kp. des SS-Sonderbtl. Dirlewanger v. 18. 6. 1943, BA-MA SF-02/31697, Bl. 931; SSPF Weißruthenien, Ia, Befehl für die Maßnahmen anlässlich des Unternehmens »Fritz« v. 15. 9. 1943, BA D-H ZM 1683, A. 6, Bl. 211f.; Kampfgruppe von Gottberg -Ib-, Besondere Anordnungen für die Erfassung von Arbeitskräften und landwirtschaftlichen Produkten v. 29. 10. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71, Sbd.4, »Heinrich«, Dok. 5. In diesem Fall umfaßte der Einsatzstab drei Kommandos mit zusammen 39 Mann zuzüglich 110 abgestellten Wehrmachtsoldaten und SS-Leuten.

680 Der Chef der Bandenkampfverbände, Ia, v. 1. 9. 1943, BA-MA SF-02/31688, Bl. 2–4 und 11.

681 Siehe auch Matthiessen, S. 416, zu einer Besprechung mit Bach-Zelewski Ende August 1943. Ferner Dieckmann 1993, S. 201, zu einem Treffen Sauckel – Bach-Zelewski – Jeckeln – Braemer v. 18. 7. 1943.

682 Vgl. Ftschr. Dirlewanger an Kolb v. 9. 5. 1943, BA-MA SF-01/31686, Bl. 1096: »Erwarte Dein Eintreffen zwecks Vorbesprechung Arbeitserfassung 11. oder 12. 5. Logoisk.«

bracht, Frauen und vor allem Kinder dagegen verschont hätten. So war es aber nicht. Schon die weißrussischen Schriftsteller Adamowitsch, Bryl und Kolesnik mußten feststellen, daß in wenigen der »verbrannten Dörfer« nur die Männer ermordet worden waren.⁶⁸³ Die Quellen bestätigen das. Kam eine deutsche Vernichtungsexpedition über ein Dorf, so bestimmte den Wert eines Menschenlebens – wenn ausgesondert wurde, und das eben vor allem seit 1943 – seine Arbeitskraft. *Die überwiegende Zahl der ermordeten »Bandenverdächtigen« waren Frauen und Kinder*, selbstverständlich nicht, weil sie die Partisanen besonders intensiv unterstützt hätten, sondern weil es keinen Nutzen versprach, sie zu verschleppen.

Ein Anhaltspunkt dafür ist, daß von den bei der Partisanenbekämpfung deportierten Zwangsarbeitern die große Mehrzahl Männer waren. Dabei herrschte auf den Dörfern Männermangel, es gab viel mehr Frauen wegen der Einziehungen zur Roten Armee 1941 und weil viele Männer bei den Partisanen waren. Doch meldete der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte zum Beispiel, daß in seinem Bereich im Januar 1943 »bei den Unternehmen« 4817 Männer, aber nur 643 Frauen zur Zwangsarbeit nach Deutschland »zusammengestellt« worden seien.⁶⁸⁴ Beim Unternehmen »Fritz« wurden in der ersten Woche 4217 Männer, aber nur 1229 Frauen als Arbeitskräfte erfaßt. Beim Unternehmen »Günther« Korsemanns waren »möglichst zahlreiche Arbeitskräfte, insbesondere Männer«, zu rekrutieren.⁶⁸⁵ Auch von vornherein festgelegte Altersgrenzen für diejenigen, die für eine Deportation in Frage kamen, weisen in dieselbe Richtung. Beim Unternehmen »Franz« waren die »arbeitsfähigen Männer von 16–45 Jahren und die ledigen Frauen von 16–30 Jahren [...] möglichst restlos zu erfassen«, beim Unternehmen »Draufgänger II« Männer bis 50, Frauen nur bis 30 Jahre.⁶⁸⁶ Es gibt zahlreiche Zeugenaussagen darüber, daß alle arbeitsfähigen Männer in den betroffenen Orten zur Zwangsarbeit abgeführt, Kinder und alte Leute jedoch erschossen oder lebendig verbrannt wurden. So handhabten es bereits im Januar 1943 im Gebiet der Eisenbahnstation Schumilino bei Polozk Einheiten der 391. Feldausbildungsdivision. Die Opfer wurden erschossen.⁶⁸⁷ Beim Un-

683 Adamowitsch/Bryl/Kolesnik, S. 314. Eine der Ausnahmen war das Unternehmen »Frieda«, das sich hauptsächlich gegen männliche Personen ab zehn Jahren richtete. 1. SS-Inf.-Brig. (mot), Ia, Brigadebefehl zur Bereitstellung und zum Angriff für das Unternehmen »Frieda« v. 3. 11. 1942, BA-MA SF-02/31701, Bl. 538–546; Angriffsbefehl für den 5. 11. 1942 (gez. Dirlwanger), BA-MA SF-02/31684, Bl. 287.

684 Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Monatliche Meldung über Bandenlage an OKH, Op.Abt. (gez. Wöhler), v. 6. 2. 1943, IfZ Fb 101/34, abgedruckt in: Dokumente Heusinger, S. 182–187, hier S. 187.

685 Notiz »erfasste Arbeitskräfte« für 26. 9.–3. 10. 1943, Sonderarchiv Moskau 500–1–769, Bl. 571; Kampfgruppe Korsemann, Ia, Befehl zur Beendigung des Unternehmens »Günther« v. 3. 7. 1943, BA D-H ZR 809, A. 5, Bl. 12–14.

686 Führung Unternehmen »Franz«, Erfassungsbefehl v. 10. 1. 1943 (gez. Kutschera, SS-Brif.), BA-MA SF-02/31689, Bl. 389; Funkspruch Nr. 4 v. 4. 5. 1943 (gez. »herkules« [Deckname Einsatzgruppe Griep]), BA-MA SF-02/31684, Bl. 146. Damit wurde ein Befehl modifiziert, nach dem »die gesamte männliche Bevölkerung im Alter von 14 bis 60 Jahren zu erfassen« war: Einsatzgruppe Griep, Ia, Zusatzbefehl Nr. 2 zum Einsatzbefehl des SSPF Weißruthenien v. 27. 4. 1943 v. 29. 4. 1943, ZStA Minsk 359–1–5, Bl. 8. Freilich meldete das Sonderbatl. Dirlwanger am 10. 5. 1943 680 Getötete bei lediglich sechs abgeführten Arbeitskräften (ebd., Bl. 10f.). – Siehe ferner Berück Mitte, Ia, Abschlußbericht für Unternehmen »Waldwinter« der Div. Richert v. 31. 1. 1943, BA D-H FW 488, A. 4.

687 Vern. Baron Albrecht Digeon v. Monteton v. 7. 1. 1946 (Vorhalt der Aussage des Zeugen A. P. Kowaljow), BA D-H ZM 1683, A. 8, Bl. 73f. Beschuldigt wurde das 2. Btl. des Feldausb.Rgts. 718. Weitere Fälle: Vern. B.M.P. (undatiert, 1966), StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft 5, Bl. 44 (Januschekewitschi, Gebiet Minsk).

ternehmen »Donnerkeil« sollten bereits die »verdächtigen, nicht arbeitsfähigen Elemente« Sipo und GFP übergeben, die »verdächtigen, arbeitsfähigen Elemente« dagegen zur Zwangsarbeit beim Stellungsbau und ähnlichem eingesetzt werden.⁶⁸⁸ Manchmal sonderten die Deutschen nur Jugendliche zur Arbeit aus und ermordeten die übrigen wie in Pusto Mstish, Rayon Borissov.⁶⁸⁹ Insbesondere wurden Frauen mit Kindern ermordet. Mütter, die ihre Kinder allein der Ermordung überließen, erhielten das Angebot zu überleben und wurden als Zwangsarbeiterinnen mitgeführt, aber viele konnten sich dazu nicht entschließen.⁶⁹⁰ Unvorstellbare Szenen spielten sich ab, und kaum irgendwo wird deutlicher, daß die Deutschen ökonomische Maßstäbe beim Morden anlegten – unter der Voraussetzung, daß ihnen die gesamte Bevölkerung verachtenswert erschien. In Dory, Rayon Woloshin, wurden die Einwohner zur Verbrennung in die Dorfkirche gesperrt, dann aber hieß es vor dem Anzünden, wie sich Julian Rudowitsch später erinnerte: »Wer die Kinder zurückließ, durfte raus. Ohne weiteres! Mütter auch, aber nicht jede Mutter bringt das fertig.«⁶⁹¹ In der Tagesmeldung der 1. Kompanie an das Sonderbataillon Dirlwanger hieß es dazu: »Aus Sicherheitsgründen wurden Dory, Srednie Siolo, Dubowce, Muizany nach Herausziehen der Arbeitswilligen liquidiert.«⁶⁹² Viele Menschen, auch Dorfälteste, also Kollaborateure, wurden ermordet, wenn die Deutschen gewahr wurden, daß sie »zu viele Kinder« hatten.⁶⁹³ Adamowitsch, Bryl und Kolesnik widmeten all diesen Selektionen ein eigenes Kapitel.⁶⁹⁴ Besonders offen drückte einmal mehr Dirlwanger den Sachverhalt aus:

»Die Banditendörfer wurden restlos abgebrannt, die Bevölkerung soweit arbeitsfähig erfaßt, der Rest vernichtet. [...] Bei Unternehmen auf Bandendörfer wurden die brauchbaren Kräfte für den Arbeitseinsatz sichergestellt, der Rest liquidiert.«⁶⁹⁵

»Die im Standort liegenden Teile des Regiments stossen am 2. 3. auf Ostrowok vor, stellen Vieh und landwirtschaftliche Produkte sicher, transportieren die Arbeitsfähi-

688 PzAOK 3, O.Qu./Qu.2, Betr.: Abtransport der Bevölkerung im Unternehmen »Donnerkeil« v. 19. 3. 1943, BA-MA WF-03/32811, Bl. 473f.

689 Vern. A. I. I. (undatiert, 1966), ebd., Bl. 116f.; Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 381 (Aktion im Rayon Sluzk, Januar 1943).

690 Aussage Wolja Grischanowitsch über Bozka, Rayon Ossipowitschi; Stefa Kowalenja über Osowo, Rayon Soligorsk; Maria Shurawskaja über Shilin Brod, Rayon Sluzk, in: Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 92, 289, 293.

691 Zitiert nach Adamowitsch, Stätten des Schweigens, S. 200. Siehe auch Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 443. Zu den Ereignissen in Dory auch S. 966 in dieser Darstellung.

692 Tagesmeldung v. 21. 7. 1943, BA-MA SF-02/31697, Bl. 960; vgl. Faksimile der Tagesmeldung der 1. Kp. an das Sonderbtl. v. 21. 7. 1943, in: Klausch, S. 65.

693 Maria Magolina über Zaglinoje, Rayon Soligorsk; Nastasia Schilo über Razlitje, Rayon Borissov, Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 299–301 und 377 (Zitat Übersetzung aus dem Englischen durch den Verf.; im englischen Text erscheint des öfteren der Ausdruck »too many ›Kinder‹«. Gemeint ist offenbar, daß sich die Deutschen während der Vernichtungsaktionen explizit so ausdrückten).

694 In der englischen Ausgabe unter der Überschrift »Selections«, ebd., S. 288–303.

695 SS-Sonderbataillon Dirlwanger, Gefechtsbericht der Einsatzgruppe Dirlwanger über das Unternehmen »Hermann« v. 18. 8. 1943, BA-MA SF-02/31686, Bl. 687. Wie aus dem Vergleich mit weiteren Berichten beteiligter Einheiten hervorgeht, ermordete das Sonderbtl. selbst bei dieser Aktion 1397 Personen und führte 1077 als Arbeitskräfte ab.

gen im Alter von 14–40 Jahren ab, liquidieren den Rest und brennen das Dorf restlos nieder.«⁶⁹⁶

All das waren keine Einzelfälle. Auch die vorgeblichen Bemühungen der SS-Führung um Frauen- und Kinderlager zur angeblichen »Betreuung« hatten nicht viel zu sagen. Diejenigen von ihnen, die tatsächlich in derartige Lager – innerhalb der KZ Auschwitz und Majdanek – deportiert wurden, ermordete man schließlich doch (Kap. 9.5). Die meisten aber wurden schon an Ort und Stelle getötet. Himmler erklärte in einer Rede vor Befehlshabern der Kriegsmarine am 16. Dezember 1943, er habe »grundsätzlich den Befehl geben lassen, auch die Weiber und Kinder dieser Partisanen und Kommissare umbringen zu lassen«.⁶⁹⁷ Himmler war hier ziemlich offen, aber doch nicht ganz. Denn die Befehle besagten zumindest teilweise, daß sogar tatsächliche Partisanen als Arbeitskräfte gefangenzunehmen waren,⁶⁹⁸ sogenannte Arbeitsunfähige aber wurden meist ermordet.

Über Leben und Tod konnten allerdings auch noch andere Faktoren entscheiden. Entweder es war befohlen, alle Einwohner zu erschießen wie beim Unternehmen »Hornung«, oder es waren Umsiedlungen geplant, bei denen die Arbeitsunfähigen in andere Gegenden abgeschoben wurden, was nicht selten Probleme bereitete.⁶⁹⁹ Verschleppte Arbeitskräfte wurden an Sammelstellen der Arbeitsverwaltung abgegeben oder in Kriegsgefangenenlager gebracht.⁷⁰⁰ Örtlich wurden »Lager für bandenverdächtige Zivilpersonen«, die auf den Abtransport ins Reich warteten, errichtet.⁷⁰¹ Ein Teil der Verschleppten wurde ins Reich gebracht, ein anderer im Besatzungsgebiet als Arbeitskräfte verwendet.⁷⁰² Die »Betreuung« bis zum Verbringen in Lager lag zum Teil bei den Strafeinheiten selbst.⁷⁰³ Gerade dann, aber auch in anderen Fällen fehlte es häufig an Transportmitteln, um die Arbeitskräfte in die Lager zu bringen. Dann

696 SS-Sonderregiment Dirlwanger, Ia, Einsatzbefehl für den 2. 3. 1944, BA-MA SF-02/31682, Bl. 699. Siehe auch Gend.-Eins.-Kommando zbV -Ia- an Dirlwanger (undatiert, Ende Juli 1943), BA-MA SF-02/31685, Bl. 555 (»Evakuierung der Ortseinwohner« aus vier Dörfern, jedoch nur 80 Arbeitskräfte erfaßt).

697 Zitiert nach Eichholtz 1982, S. 242.

698 Siehe S. 999 in dieser Darstellung. Im Befehl Bach-Zelewski v. 1. 9. 1943 hieß es, Männer zwischen 16 und 55 sollten grundsätzlich als Kriegsgefangene gelten und einschließlich der arbeitsfähigen Frauen in Sammelager. Die übrigen Frauen und Kinder waren »nach Ermessen der HSS- u. PF. umzusiedeln und mit nützlicher Arbeit zu beschäftigen.« BA-MA SF-01/31688, Bl. 2.

699 Z.B. Kreislandwirt Iwienez an GebK Minsk-Land, Abt. III E., v. 8. 8. 1943, IfZ MA 707/1.

700 Tagesmeldungen verschiedener Kompanien des Sdr.Btl. Dirlwanger zwischen 4. und 6. 7. 1943, BA-MA SF-01/31684, Bl. 89–113 (teils quasi »Quittungen«); Kampfgruppe v. Gottberg -Ib-, Besondere Anordnungen für die Erfassung von Arbeitskräften und landwirtschaftlichen Produkten v. 29. 10. 1943, Sonderarchiv Moskau 500–1–769, Bl. 296–298; Betr.: Bandenbekämpfung (gez. Paul, SS-Hstuf.[Ic der Kampfgruppe Schimana]/undatiert, Mai 1943), BA F 40416, Bl. 268.

701 AOK 2, Ic, Betr.: Bandenverdächtige Zivilpersonen v. 8. 11. 1943, RH 23/198, Bl. 236; Berück Mitte, Ia, Abschlußbericht für Unternehmen »Waldwinter« der Div. Richert v. 31. 1. 1943, BA D-H FW 489, A. 4.

702 Aus dem Unternehmen »Fritz« gelangten 7916 Kräfte ins Reich, 7894 wurden von den GebK anderweitig verwendet, davon ein kleiner Teil (418) in »kriegswichtigem Einsatz«. WiStab Ost, Chefgr. Arbeit, KTB für 13.–19. 11. 1943, BA-MA RW 31/35. Nach einer anderen Quelle wurden »Arbeitskräfte erfaßt« 6752 Männer, 3264 Frauen und 1708 Kinder. Fschr. Wilke an KdS Minsk v. 15. 10. 1943, Sonderarchiv Moskau 1525–1–473, Bl. 154.

703 »In der Praxis ist es bisher immer so gewesen, daß die Arbeitskräfte von der Truppe selbst erfaßt, gesammelt zurücktransportiert, bewacht, gepflegt und hernach auch noch verladen werden müssen.« Gefechtsbericht der Einsatzgruppe Dirlwanger zum Unternehmen »Hermann« v. 18. 8. 1943, BA-MA SF-02/31688, Bl. 689.

wurden sie oft doch ermordet. Hierzu befahl der BdS Ostland, Dr. Pifradar: »In den Fällen, in denen die Ueberstellung der [zum Arbeitseinsatz] Erfassten aus zwingenden Gründen nicht durchgeführt werden kann, ohne die eigentlich gestellte Aufgabe zu gefährden, sind sie der Sonderbehandlung zu unterziehen.«⁷⁰⁴ In einem entsprechenden Fall hatte Bach-Zelewski die 1. SS-Infanterie-Brigade zuvor beschieden: »Im übrigen gibt es nirgends Brennstoff und Fahrzeuge für derartige Aufgaben. Improvisieren ist die einzige Möglichkeit.«⁷⁰⁵ Es scheint, daß auch in diesem Fall umzusiedelnde Menschen wegen fehlender Transportmittel ermordet wurden.⁷⁰⁶

Im folgenden soll kurz auf die Unternehmen »Cottbus« und »Hermann« eingegangen werden, bei denen es im Zusammenhang mit der Arbeitskräftebeschaffung zu bezeichnenden Vorfällen kam. Die Aktion »Cottbus« führte, wie erwähnt, zu teils heftiger Kritik der Zivilverwaltung und in der Folgezeit zur Erhöhung der Quote der Verschleppten gegenüber den Ermordeten. Mindestens 12 000 Toten bei »Cottbus« standen 6053 deportierte Arbeitskräfte gegenüber, davon 4997 Männer und 1056 Frauen (siehe Kap. 9.3b). Mindestens 3700 wurden über das »Auffanglager Lepel« geleitet und hiervon wiederum ein Teil nach Deutschland gebracht.⁷⁰⁷ »[D]ort wo die Landwirtschaft bedeutungslos ist«, war die gesamte »arbeitsfähige Bevölkerung sicherzustellen fürs Reich«, in den »landwirtschaftlich wertvollen Gebieten« dagegen eine Rekrutierung erst »hinterher planmässig durch Musterung« vorzunehmen. Im Rayon Begoml, den die deutsche Verwaltung hatte verlassen müssen, waren »60–70 % aller tauglichen männlichen Kräfte von 15–45 Jahren sowie alle Jugendlichen, Ledigen, Alleinstehende und kinderlose weibliche Personen ohne Rücksicht auf Familien zu erfassen.«⁷⁰⁸ Mit dem Rest der Bevölkerung sollte die Landwirtschaft notdürftig aufrechterhalten werden. Doch der Leiter der »Einsatzgruppe Klupsch«, der Kommandeur des verstärkten Grenadierbataillons 217, Oberstleutnant Klitzing, entschied sich dafür, im Raum Begoml »die Dörfer niederzubrennen und die Bevölkerung zu erschiessen«, weil sich angeblich die Partisanen als Bauern verkleidet hatten. Diese Vernichtungsaktion fand auch statt.⁷⁰⁹ Einen Monat darauf, nach Beendigung der Operation »Cottbus«, befand sich Klitzing mit seinen Truppen immer noch in der gleichen Gegend und versuchte, gegen den Willen des Gebietskommissars Buschmann die Region um Mstish zwangsweise zu evakuieren. Klitzings Position wurde vom Leiter des Sauckel-Arbeitseinsatzstabes »Sudetenland« in Minsk, Hauptmann Haare, unterstützt, der damit über seine Befugnisse hinausgriff und offenbar über das Leben Tausender mitentscheiden wollte. Haare war gleichzei-

704 Befehl Pifradars v. 11. 5. 1943, IfZ MA 707/1.

705 Bach antwortete damit auf entsprechende Beschwerden der Brigade. Siehe sein Tagebuch v. 7. 11. 1942, BA R 20/45b, Bl. 58.

706 Daß die 1. SS-Inf.Br. so handelte, wurde ohne konkrete Zeitangabe zugegeben von Kurt Scharbach, bis 1. 2. 1943 beim SS-Inf.Rgt. 8, Vern. Dezember 1945 (Tagesangabe unleserlich), BA D-H ZM 1683, A. 2, Bl. 49.

707 Vgl. KTB WiKdo Mogilew v. 17., 24., 25. und 26. 5. 1943, BA-MA RW 31/849.

708 Richtlinien für die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte im Unternehmen Cottbus (einschl. Arbeitskräfte fürs Reich), undatiert, BA D-H ZM 1453, Bl. 60.

709 Bericht des Minsker Propagandaleiters Lauch v. 2. 6. 1943, IfZ MA 342, Bl. 7640f. Zum Vorgehen der Einsatzgruppe »Klupsch« bzw. »West«, deren ursprünglicher Kommandeur am 25. 5. wegen Verwundung ausgetauscht wurde: Kampfgruppe v. Gottberg, Ia, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Cottbus« v. 28. 6. 1943, IfZ Fb 101/35.

tig für die Beschaffung von Arbeitskräften für das Minsker Werlin-Werk zuständig.⁷¹⁰ Letztlich scheiterte die Evakuierung größtenteils am Mangel an Truppen, doch wurden mindestens 2221 Arbeitskräfte, meist Frauen, abgeschoben, davon 307 ins Reich.⁷¹¹ In den folgenden Monaten gab es aus dieser Gegend weitere Arbeitskräfte-deportationen.⁷¹²

Beim Unternehmen »Hermann« wurde der Versuch, die eigentliche Aktion durch weitere Arbeitskräfterekutierungen in der Folge zu flankieren, noch erheblich verstärkt. Die Organisation lag in diesem Fall beim Gebietskommissariat, obwohl Bach-Zelewski darüber auch eine Vorbesprechung mit Himmler hatte.⁷¹³ Vor dem Eintreffen der auswärtigen SS- und Polizeikräfte – insgesamt 8820 Mann, nicht 80000, wie in der sowjetischen Literatur behauptet –

»wurden die gesamten Gebietseinwohner, zusammen rund 135000 Menschen, innerhalb von drei Tagen lediglich im Schutz der bodenständigen Polizeikräfte mit ihren wichtigsten Lebens- und Arbeitsbedingungen registriert. Diese Registrierung gab die Grundlage ab für die Entscheidung, welche Personen als überschüssige Arbeitskräfte zu bezeichnen sind und welche deshalb auf dem Wege des Gestellungsbefehls abgehoben werden können.«⁷¹⁴

Begleitet wurde das von einer beispiellosen Propagandakampagne. 141800 aus Flugzeugen abgeworfene Flugblätter sollten die Bevölkerung davon überzeugen, dem Leben auf der Flucht sei die Zwangsarbeit in Deutschland vorzuziehen.⁷¹⁵ Bei der Operation selbst galten völlig neue Befehle v. Gottbergs:

»Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß lt. Führerbefehl die Erfassung von Arbeitskräften mit an erster Stelle steht. [...] Es muß angestrebt werden, in erster Linie Gefangene zu machen.«⁷¹⁶

Noch deutlicher: »Der Führer hat befohlen, daß Erfassung von Arbeitskräften mit allen Mitteln zu betreiben ist. [...] In Abänderung der bisherigen Tendenz sind möglichst viel gefangene Banditen gleichfalls im Rahmen von Arbeitskräften abzuschieben. Primär sind ab sofort Gefangene, nicht Feindtote.«⁷¹⁷

710 Zu Haares Person: Verteilung der Anwerbebezirke in den besetzten Ostgebieten auf die Landesarbeitsämter im Reich, Anlage zu: Der Chef der Ordnungspolizei, Betr.: Anwerbung und Arbeitseinsatz sowjetrussischer Arbeitskräfte v. 10. 2. 1942, BA R 19/305, Bl. 33; KTB RüKdo Minsk für 12.–18. 2. 1942 und v. 30. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 781 und 1138; zu seiner Funktion für das Werlin-Werk Aktenvermerk Preckwinkel, Betr.: Eigenmächtige Vieherfassung v. 3. 9. 1943, ZStA Minsk 370–I–2123, Bl. 34.

711 Bericht über den Einsatz in Mstisch [eines Angehörigen des Arbeitseinsatzstabes Minsk] vom 20. 6.–23. 6. 1943, ZStA Minsk 397–I–1, Bl. 1 und 25; Fahrtenheft des Dienstwagens Haares für 19., 21. und 24. 6., ZStA Minsk 397–I–4, Bl. 67R.

712 Funkspruch Gottberg an »Wolke« v. 9. 9., »Wolke« an »Siegfried« v. 14. 9. 1943 und weitere Papiere, BA-MA SF-02/31691, Bl. 763, 783 und 808ff.

713 Tagebuch Bach-Zelewski v. 4. 7. 1943, BA R 20/45b, Bl. 79.

714 GebK Nowogrodek -IIb- an GK Weißruthenien (gez. Traub) v. 4. 9. 1943, ZStA Minsk 391–I–9, Bl. 125–130. Zur Truppenstärke Tagebuch Bach-Zelewski v. 11. 8. 1943, BA R 20/45b, Bl. 82; übertrieben: GVK, Bd. 3, S. 568; mindestens 20000 Mann nach Tec, S. 187.

715 GebK Nowogrodek an GK Weißruthenien, Betr.: Propagandamaßnahmen im Zuge des Partisanengroßeinsatzes der Kampfgruppe von Gottberg im Urwald Naliboki v. 3. 8. 1943, in: Schlootz, S. 56f (gekürzt).

716 Kampfgruppe v. Gottberg, Ia, Zusatzbefehl Nr. 1 zum Einsatzbefehl für das Unternehmen »Hermann« v. 18. 7. 1943, BA-MA SF-02/31686, Bl. 691.

717 Fsch. Stab Kampfgruppe v. Gottberg an 1. SS-Inf.Brig., Pol.Rgt. 2, Schumabtl. 57, die Einsatzgruppen Dirlewanger und Körner, ZStL UdSSR Bd. 400, Bl. 708, ähnlich Bl. 725 (v. 17. 7. 1943); siehe auch Klausch, S. 85.

In der letzten Phase: »ab 27.7. 24 uhr ist in dem jetzigen kessel die gesammte [sic] bevölkerung männer, weiber, kinder restlos für den arbeitseinsatz zu erfassen.«⁷¹⁸

Von Gottberg unterteilte in seinem Abschlußbericht die »Schilderung der Durchführung [...] in Kampfhandlung und Evakuierung.« Seine Einheiten sollten ab dem 6. August eine tote Zone schaffen und dabei »arbeitsfähige Menschen dem Arbeitseinsatz, nichtarbeitsfähige den zuständigen Gebietskommissaren [...] übergeben.« Die »eingesetzten Truppenteile machten zur Durchführung dieser Maßnahme kehrt und durchkämmten ihre bisherigen Angriffsstreifen nochmals in entgegengesetzter Richtung. [...] Zu nennenswerter Feindberührung ist es nicht mehr gekommen.« 4280 Menschen waren schließlich getötet worden, 9065 Männer, 7701 Frauen und 4178 Kinder wurden unter der Rubrik »Erfasste Arbeitskräfte« aufgeführt – 20954 Menschen, mehr als bei jeder anderen Antipartisanenaktion.⁷¹⁹ Allerdings gaben andere Quellen die Zahlen der Verschleppten wesentlich geringer an.⁷²⁰ Dafür meldete der Gebietskommissar, SS-Obersturmbannführer Wilhelm Traub, daß zwischen 16. und 21. August 26700 Einwohner seines Gebiets, nicht weniger als ein Fünftel, zur »Musterung« aufgerufen worden seien, wovon infolge der Einschüchterung durch die vorangegangene Aktion 24797 erschienen (eine ungewöhnlich hohe Quote von 92,7 Prozent) und 14172 für den auswärtigen Einsatz bereitgestellt wurden.⁷²¹ Das Unternehmen führte damit also zur Rekrutierung von bis zu 35000 Arbeitskräften und galt für künftige Aktionen als ideales »Muster«, um weitere 150000 Ostarbeiter(innen) im GK Weißruthenien zu beschaffen.⁷²² Dazu kam es aber nicht mehr. Interessant ist dabei noch eins: Angehöriger der Forstverwaltung, Leiter des Forstschutzkommandos und offenbar gleichzeitig Polizeigebietskommandant im Gebietskommissariat Nowogrodek war zu jener Zeit niemand anders als Eugen Freiherr von Engelhardt, Autor der Landeskunde »Weißruthenien – Volk und Land«, der in der ersten Jahreshälfte 1941 prophezeit hatte, Arbeitskräfte würden sich zu *dem*

718 Funkspruch lys 4 an emil, heinz, zeitung (Decknamen) v. 27.7.1943, BA-MA SF-02/31683, Bl. 1021. Zwischendurch war die Tendenz allerdings wieder abgeschwächt worden: »Im Rahmen des Möglichen sind Arbeitskräfte zu erfassen.« Kampfgruppe v. Gottberg, Zusatzbefehl Nr. 2 v. 25.7.1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok.Bd.4, »Hermann«, Nr. 10. Siehe jedoch Kampfgruppe v. Gottberg, Befehl zur Evakuierung v. 1.8.1943, BA R 70 SU/14, Bl. 98ff.

719 Kampfgruppe von Gottberg, Ia, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Hermann« v. 20.8.1943, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 35–52. 654 Gefangene wurden gemeldet.

720 Im Tagebuch Bach-Zelewski v. 11.8.1943 unter Verwendung einer Sondermeldung v. 9.8.: 4199 Tote, 9555 Arbeitskräfte (5532 Männer, 3688 Frauen, 135 Kinder), »von denen 5500 dem Arbeitseinsatz [im Reich] zugeführt wurden«, jedoch dafür mit 2329 mehr »Gefangene«. BA R 20/45b, Bl. 82. Laut WwiKdo Minsk (Sonderbericht über Arbeitseinsatzfragen v. 26.8.1943) 8546 Arbeitskräfte fürs Reich und »rund 2000 Arbeitskräfte für Minsk und den örtlichen Einsatz«. BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 50. Vgl. auch KTB für 1.–7.8.1943, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1190. Allein das Sdr.Btl. Dirlwanger erfasste zwischen 19. und 28.7. mindestens 2879 Arbeitskräfte, vgl. die Tagesmeldungen in BA-MA SF-02/31685, Bl. 604–621. Die Differenzen erklären sich möglicherweise z.T. durch Nachmeldungen zwischen 9. und 20.8.

721 GebK Nowogrodek v. 4.9.1943, wie Anm. 9/714 in dieser Darstellung. Von Gottberg hatte in seiner Abschlußmeldung (wie vorletzte Anm.), die er allerdings auffällig spät erstattete, diese Zahlen ausdrücklich noch nicht eingeschlossen.

722 HeWiFü Mitte, Abt. I/I Rü, Aktenvermerk über die Besprechung [...] in Minsk, 7.12.1943, v. 9.12.1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 589 (Vortrag Freitag).

Ausführprodukt Weißrußlands entwickeln.⁷²³ Es liegt nahe zu vermuten, daß er die Idee zum Unternehmen »Hermann« mitentwickelt hat.

Bei der Aktion wurden auch Sonderwünsche erfüllt. Am 15. Juli kündigte v. Gottberg in Minsk gegenüber Kube an, daß das Bataillon Dirlwanger »in kürzester Zeit« 1200 Arbeitskräfte für das unter Federführung von Daimler Benz stehende Werlin-Werk in Minsk »zur Verfügung« stellen würde. Das Bataillon beschaffte sie offenbar zwischen dem 18. und 21. Juli, indem es fünf Dörfer im Rayon Radoschkowitschi entvölkerte, die ihr landwirtschaftliches Soll zu 100 Prozent erfüllt hatten, was zu einer Beschwerde führte.⁷²⁴ Andere Besteller, die befriedigt werden wollten und wurden, meist unter Vermittlung von Gottlob Berger, waren die Romstedter Flugmotorenwerke in Reichshof (Rzeszów), die SS-Polizei-Division und das SS-Hauptamt, ferner das Kaufhaus Troll in Minsk, möglicherweise auch Rüstungsminister Speer im Namen der Torfwerke im Umkreis der Stadt.⁷²⁵ Berger, der sich aus Minsk auch mit Beute wie Schlachtvieh und Pferden versorgen ließ, brachte sogar eine Art Ringtausch zustande: für ehemalige, straffällig gewordene SS-Männer, die in einem Industriewerk in Berlin-Marienfelde Zwangsarbeit leisten mußten und zu Dirlwangers Einheit geschickt wurden, lieferte dieser auf direktem Weg Ostarbeiter aus Weißrußland.⁷²⁶ Schließlich handelten auch Wehrmachteinheiten so: Die 3. Panzerarmee wollte im Mai 1944 beim Unternehmen »Pfungstausflug« 3900 Arbeitskräfte für den Stellungsbau zusammenfangen.⁷²⁷

c) Widersprüche und Konflikte im Kontext wirtschaftlich begründeter Partisanenbekämpfung

Das Handeln der deutschen bewaffneten Kräfte und ihrer Helfershelfer entsprach keineswegs immer den Wünschen der deutschen Wirtschaftsverwaltung. Es funktionierte nicht alles. Wie gelegentlich schon erwähnt, stieß sowohl das Vorgehen von

723 Vgl. S. 57 und allgemein Kap. 2.2a in dieser Darstellung. In einer Aufzeichnung des RMO, Abt. II 1c, Vermerk über die Besprechungen mit SS-Gruppenführer von Gottberg am 22. und 23. II. in Berlin v. 6. 12. 1943 (gez. Labs) wird ein »Forstmeister v. Eberhard« als Polizeigebietskommandant in Nowogrodek genannt – offenbar ein Hörfehler. Gemeint war v. Engelhardt. BA-MA FPF-01/7848, Bl. 487 (auch IfZ MA 249, Bl. 487). – Traub, ein SD-Mann, verfügte außerdem über einen guten Draht zu v. Gottberg: Vern. O. M. v. 27. 7. 1963, ZStL 202 AR-Z 94e/59, Bd. 2, Bl. 204.

724 Aktenvermerk über die Rücksprache v. Gottbergs mit Kube am 15. 7. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok.Bd. 4, »Hermann«, Dok. 7; Kreislandwirt Radaschkawitschi an GebK Wilejka v. 13. 8. 1943, ZStA Minsk 370-1-2123, Bl. 50; Klausch, S. 85.

725 Ebd., S. 85f.; SS-Hauptamt an »heinz« v. 29. 7. 1943, BA-MA SF-02/31685, Bl. 517 (Antwort Bl. 566); Fschd. HSSPF Rußland-Mitte an Dirlwanger v. 24. 7. 1943 und Funkspruch v. Gottberg an »Wolke« v. 9. 9. 1943, BA-MA SF-02/31691, Bl. 783 und 875; Berger an Dirlwanger v. 24. 6. 1943, BA-MA SF-02/31690, Bl. 528 (mit äußerst zynischem Kommentar); Vern. A. M. v. 7. 12. 1949, ZStL 202 AR-Z 981/67, Bd. 1, Bl. 236; Der Reichsführer-SS v. 23. 7. 1943, BA-MA SF-01/16223, Bl. 31.

726 Faksimile des Schreibens von Romstedt, Direktor der Daimler Benz AG an Berger v. 16. II. 1943, in: Klausch, S. 95; Der Reichsführer-SS, Chef des SS-Hauptamtes, Betr.: Abgabe von ehemaligen SS-Männern aus Straflagern zu Dirlwanger v. 20. 3. 1944, BA F 3326, Bl. 2427f. Zu den Beutetransporten: Klausch, S. 58 und 71; Vern. Bach-Zelewski v. 3. 9. 1947, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. 2, Bl. 110; Aktenvermerk über die Rücksprache v. Gottbergs mit Kube am 15. 7. 1943, wie Anm. 9/724 in dieser Darstellung; Aktenvermerk Strauchs für Bach-Zelewski v. 20. 7. 1943, BA NS 19/1770, Bl. 10; Berger an Brandt v. 17. 8. 1943, ebd., Bl. 31.

727 KTB-Beitrag WiIn Mitte, Chefgr.Arbeit für 15.-21. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 722.

Kommandeuren als auch das der Truppe auf Kritik, besonders was SS und Polizei angeht.⁷²⁸ Die grundsätzlichen Befehle für Einsatzräume, das Abbrennen von Dörfern und Massaker an ihrer Bevölkerung erteilten die Kommandeure. Für »zu frühes« Anzünden, Plünderungen und besondere Grausamkeiten, die womöglich bekannt werden konnten, waren eher die Mannschaften verantwortlich. Bezeichnend für die ebenfalls menschenverachtenden Ziele dieser Kritik waren aber die Ausführungen des Generals Nagel. Er bemängelte das »Abbrennen ganzer Dörfer als Strafe für Einzelübergriffe. In diesem Zusammenhang fielen eine ganze Reihe von Problemen an, die in dem Abschnitt ›Produktionsfaktor Mensch‹ behandelt sind [...]«. ⁷²⁹

Zu Protesten der lokalen deutschen Verwaltung führten besonders Terroraktionen, denen Dörfer oder ganze Gemeinden zum Opfer fielen, die ihr landwirtschaftliches Abgabesoll erfüllt hatten. Das sei zu wahllos.⁷³⁰ Nur selten griffen jedoch die Gebietskommissare selbst ein wie Nolde in Bragin beim Unternehmen »Seydlitz«, der sich über die SS-Kavallerie-Division beschwerte und 70 Prozent der von ihr für den auswärtigen Arbeitseinsatz Verschleppten wieder in sein Gebiet zurückbringen ließ. Zu viele Exekutionen hatte zuvor schon Generalkommissar Leyser kritisiert.⁷³¹ Beide Fälle zeigen, daß SS und Polizei weitgehend auf Einverständnis mit den Zivilbehörden angewiesen waren. Besonders Mitte 1943 betonten Zivil- und Militärverwaltung, daß es besser sei, Festgenommene zur Zwangsarbeit ins Reich zu schicken, als daß sie, wie von der GFP, »ohne Gnade erschossen« würden.⁷³² Zur Ergänzung von Großaktionen wurde immer wieder gefordert, die betroffenen Gebiete anschließend mit Truppen zu belegen.⁷³³ Neben wilden Plünderungen bemängelten Agrarfunktionäre vor allem, daß Vieh sinnlos abgeschlachtet und Dörfer zu früh angezündet würden, um noch die Vorräte und Geräte bergen zu können.⁷³⁴ Nur wenige Funktionäre stellten dagegen das Vernichten von Dörfern grundsätzlich in Frage. Dazu gehörten folgerichtig Angehörige der Forstverwaltung, denn die Strategie der

⁷²⁸ Hinsichtlich der Zivilverwaltung auch Chiari 1991, S. 73 f. und 76. Wegen des Vorgehens der Wehrmachtstruppen gab es ebenfalls Konflikte, sie wurden aber anscheinend viel seltener aktenkundig gemacht. Dafür gab es Anweisungen. In den Berichten der Landwirtschaftsführer sollten »keinerlei Redewendungen gebraucht werden, die als Kritik an der Truppe aufgefaßt werden könnten. Berechtigte Zweifel« am Vorgehen der Sicherungstruppen sollten intern geklärt werden, damit schriftliche Berichte nicht »an höchsten Stellen Verstimmung« auslösen könnten. WiIn Mitte, Vermerk über eine Sitzung am 13. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 574.

⁷²⁹ Abschlußbericht WiStab Ost in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 150.

⁷³⁰ Außer den schon vorgebrachten Beispielen GebK Brest, E, Monatsbericht November v. 15. 11. 1943, BA F 13751, Bl. 1221–1223 (gegen Ungarn und Kosaken gerichtet); Kreislandwirt Woloshin an Gebietslandwirt Wilejka v. 25. 7. 1943; Kreislandwirt Iwienez an GebK Minsk v. 14. 9. 1943, in: Eine Schuld, S. 342–344 und 352 f.; Landwirtschaftliche Außenstelle Smolewitsche an GebK Minsk v. 17. 3. und 25. 3. 1943, ZStA Minsk 393–1–321, Bl. 159/R und 163/R.

⁷³¹ Vgl. Fegelein an GebK Bragin v. 31. 5. 1943 und Fegelein an Prützmann v. 5. 6. 1943, BA F 41848, Bl. 1134 und 1162; Leyser an Rosenberg über Koch v. 12. 2. 1943, BA F 14248.

⁷³² Ltd. WiKdo Orscha, Lagebericht Mai v. 25. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 1216 f. Vgl. Lohse an Rosenberg v. 18. 6. 1943, in: IMT, Bd. 38, S. 371.

⁷³³ Z.B. Gebietslandwirt Harten (Sluzk) an GK Weißruthenien, Abt. Ernährung und Landwirtschaft, v. 15. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1024 f.

⁷³⁴ Berück Mitte, Qu/IVa, Betr.: Erfassung von Landesvorräten bei Befriedungsunternehmen v. 25. 11. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 956; Wortmann (Gebietslandwirt Wilejka), Abschlußbericht Unternehmen »Fritz« v. 6. 11. 1943, ZStA Minsk 370–1–2123, Bl. 31a–32.

Großunternehmen lief darauf hinaus, daß die Bevölkerung der Waldrandzonen ermordet, deportiert oder vertrieben wurde, und der Forstwirtschaft blieben keine Arbeitskräfte mehr. Ihre Tätigkeit war daher insgesamt gefährdet.⁷³⁵

Viele Proteste konzentrierten sich auf die SS-Sondereinheit Dirlwanger.⁷³⁶ Doch auch umgekehrt gab es Beschwerden; nicht wenige gingen wiederum von Dirlwanger aus. Sie zielten besonders auf die Arbeitseinsatzkommandos ab, die faul seien und durch ihr spätes Nachkommen die Truppe mit sachfremden Aufgaben belasteten und damit behinderten.⁷³⁷ Es gab allerdings auch bestimmte Landwirtschaftsführer, über die sich Dirlwanger stets positiv äußerte, und, wie gesehen, seine Einheit ging umgekehrt teilweise durchaus zur Zufriedenheit von Wehrmachteinheiten und Wirtschaftsbehörden vor, etwa indem sie Arbeitskräfte heranschaffen konnte, wenn sie wollte.⁷³⁸ Bewaffnete Einheiten bemängelten überdies manchmal, daß Landwirtschaftsfunktionäre keine Unterlagen über den Ablieferungsstand der im Einsatzbereich liegenden Gemeinden und Dörfer gaben oder nicht schnell genug.⁷³⁹ Im Einzelfall mag man daraus eine Art passiven Widerstand der betreffenden Agrarfunktionäre gegen die Entvölkerungsstrategie der Partisanenbekämpfung ableiten; sichere Belege fehlen.

Er war für diese Verwaltungsangehörigen aber ganz offenbar nicht typisch. Die Reibungen bei der Partisanenbekämpfung bezogen sich vor allem auf ein noch rationelleres, noch konsequenter wirtschaftlich motiviertes Vorgehen. Die gewählte Strategie der Partisanenbekämpfung kam auf Initiative der Wirtschaftsbehörden zustande und führte letztlich zu Bergen von Toten und Massen von Verschleppten. Wenn Kube – anlässlich der Aktion »Cottbus« – behauptete, daß »die Zivilverwaltung keinerlei Einfluss auf die Gestaltung solcher Aktionen hat«, so stimmte das nicht. Gerade bei diesem Unternehmen beweisen ganze Akten, die erhalten sind, das Gegenteil.⁷⁴⁰ Über Kubes persönlichen Einfluß in diesem Zusammenhang ist aller-

735 Vgl. ebd.; GK Weissruthenien, Abt. Forst, Holz und Jagd, Br.[äuer]/Ke, Betr.: Bandentätigkeit v. 17. 10. 1942 (gez. Kube, Abschrift, mit Anlagen), BA-MA FPF-01/7914, Bl. 419–25; GK Weißruthenien, Abt. Forst, Holz und Jagd, Betr.: Beobachtungen über die wirtschaftlichen Folgen der Polizei-Großaktionen (gez. Bräuer) v. 19. 6. 1943, BA D-H ZA I 12045, A. 3; Vegesack, S. 58.

736 Kreislandwirt Iwienez an GebK Minsk-Land v. 14. 9. 1943 (Eine Schuld, S. 353): »Wie schon gemeldet war die Zusammenarbeit mit dem Stab Kreikenbom sehr gut, mit dem Stab Dirlwanger hat wie bekannt keine Zusammenarbeit stattgefunden.«

737 Kampfgruppe v. Gottberg -Ia-, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Cottbus« v. 28. 6. 1943, IfZ Fb 101/34; SS-Sdr.Btl. Dirlwanger, Erfahrungsbericht »Unternehmen Günther« v. 14. 7. 1943, BA-MA SF-02/31686, Bl. 661; Gefechtsbericht der Einsatzgruppe Dirlwanger über das Unternehmen »Hermann« v. 18. 8. 1943, ebd., Bl. 689; Kampfgruppe von Gottberg, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Hermann« v. 20. 8. 1943, BA D-HZM 1453, A. 4, Bl. 43; Fschr. Berger an Bach-Zelewski v. 2. 8. 1943, BA F 3327, Bl. 2998.

738 SS-Sdr.Btl. Dirlwanger, Erfahrungsbericht »Unternehmen Günther« v. 14. 7. 1943, BA-MA SF-02/31686, Bl. 662; »Die Zusammenarbeit mit dem SS Batl. Dirlwanger ist ausgezeichnet«, Intendant Berück Mitte (gez. Dr. Stellwaag), 3. Bericht über die Erfassung im Raume Tschernow v. 16. 11. 1942, BA-MA WF-03/7417, Bl. 145f.; Klausch, S. 59f. Im April 1943 bei der Aktion »Zauberflöte«, der sechstägigen Durchsuchung von Minsk, sperrte das Btl. Dirlwanger die Außengrenzen des Ghettos ab, ohne daß es zu Übergriffen kam.

739 SS-Sdr.Btl. Dirlwanger, Abschlussbericht über das Unternehmen »Erntefest« v. 28. 1. 1943, BA-MA SF-02/31689, Bl. 258; Tagebuch Wilke v. 19. 1. 1943, BA D-H FW 489, A. 2, Bl. 5.

740 Über den landwirtschaftlichen Einsatz ZSA Minsk 370–1–1880; siehe auch 397–1–1, Bl. 1 und 25. Dagegen Kube an Rosenberg über Lohse v. 3. 6. 1943, IfZ MA 342, Bl. 7636.

dings verhältnismäßig wenig bekannt. Seine Bedenken waren vor allem politischer Art. Die Fachverwaltungen aber gingen ganz anders an die Sache heran, und sie waren entscheidend. Sehr weitgehend handelte es sich bei der Partisanenbekämpfung nicht um ein wahlloses Massakrieren, sondern um zielgerichteten, organisierten Massenmord.

9.5 Stufe III: Die Konzepte zur Schaffung »toter Zonen« 1943

Es ist schon mehrmals angeklungen, daß sich im Lauf des Jahres 1943 Versuche zur Schaffung sogenannter toter Zonen in Weißrußland entwickelten. In kleinerem Maßstab lag das ja bereits in der Logik der Großoperationen gegen Partisanen- und Waldrandgebiete, die entvölkert werden sollten. Auch 1942 hatte man in der Besatzungsverwaltung teilweise schon von toten Zonen oder Sperrgebieten gesprochen.⁷⁴¹ Von der Idee her war der Unterschied nur graduell. Doch wandelte sich bis zum Sommer 1943 diese Vorgehensweise vom taktischen, örtlich angewandten Mittel zur durchgeplanten regionalen Strategie, mit entsprechenden Folgen für das Ausmaß der Aktionen, die Zahl der Todesopfer und der Deportierten. Die zwei wesentlichen Antriebskräfte waren einerseits die Konzentration auf die zu haltenden landwirtschaftlich nutzbaren Zonen und andererseits der noch einmal gewachsene Druck, Arbeitskräfte vom Land gewinnen zu müssen.

Was 1942 angeht, wird die Taktik, tote Zonen zu schaffen, besonders offensichtlich, wo die Deutschen die Bauern aus bestimmten Einsatzgebieten systematisch umsiedelten. Nach den vorliegenden Akten zu urteilen, war das in Weißrußland eher eine Taktik von SS und Polizei;⁷⁴² besonders im russischen Gebiet von Brjansk (Korück der 2. Panzerarmee) evakuierte aber auch die Wehrmacht in großem Ausmaß, so 12 531 Personen beim Unternehmen »Vogelsang« im Mai 1942 sowie 2392 Personen beim Unternehmen »Freischütz« und 15 812 beim Unternehmen »Zigeunerbaron« im Mai/Juni 1943.⁷⁴³

Unmittelbar nach Görings Weisungen vom 16. und 26. Oktober 1942 versuchten es SS- und Polizeieinheiten auf Bach-Zelewskis Befehl mit einer improvisierten Umsiedlungsaktion im Raum Tscherven-Beresino (Operation »Frieda«), an der sich die Probleme zeigen, die dabei auftauchen konnten. Da Absprachen mit der Militär-, Zivil- und Wirtschaftsverwaltung fehlten, standen der ausführenden 1. SS-Infanterie-Brigade keine Transportmittel und Helfer zur Verfügung, um Menschen und

741 Für die H.Gr. Nord siehe Howell, S. 93; sogar schon 1941 (aber noch skeptisch beurteilt): Berück Nord, Ic, Betr.: Bekämpfung der russischen Partisanen v. 14. 9. 1941, BA D-H FW 488, A. 18, Bl. 5.

742 Siehe dazu Res.Pol.Btl. 51, Einsatzbefehl v. 20. 6. 1942, BA R 20/4, Bl. 21; für die 1. SS-Inf.Brig.: Vern. Dr. W. K. v. 30. 6. 1966, P. B. v. 15. 11. 1968 sowie J. Q. v. 12. 7. 1969, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bl. 1463ff., 2813ff. und 4147f.

743 Vgl. DeWitt/Moll, S. 503–509; Auszug aus dem Befehl des PzAOK 2 für die Aktion »Zigeunerbaron« v. 11. 5. 1943, in: Eine Schuld, S. 287f. Getötet wurden dabei 1193, 1459 bzw. 1584 Menschen. Außerdem gab es große Zahlen an gegnerischen Verwundeten und Gefangenen, deren Schicksal ungewiß ist. – Für den Raum Weißrußland Vern. Heinrich Kemp vom Dezember 1945 (Tagesangabe unleserlich), BA D-H ZM 1683, A. 5, Bl. 88.

Agrarprodukte zu evakuieren.⁷⁴⁴ Dörfer wurden niedergebrannt, die Landwirtschaft geplündert. Vermutlich 3000 Menschen trieb die Brigade in Richtung Borissov, 1600 nach Smolewitschi, ohne daß klar war, was weiter mit ihnen geschehen sollte.⁷⁴⁵ Nach kurzer Zeit befahl v. Schenckendorff – im westlichen Abschnitt die Zivilverwaltung im Einvernehmen mit dem SSPF –, Frauen, Kinder und nicht arbeitsfähige Männer zurückzubringen (die übrigen Männer waren als Zwangsarbeiter zu verwenden), doch als sie ankamen, hatten viele keine Bleibe mehr, denn ihre Wohnhäuser waren zum Großteil schon zerstört. Viele von ihnen schlossen sich daraufhin als Flüchtlinge den Partisanen an.⁷⁴⁶ Von der Verwaltungsseite fiel lediglich der Intendant des Befehlshabers im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, Dr. Stellwaag, durch seine Unterstützung der Aktion auf, weil er die Plünderung zur Bevorratung der Truppe nutzen wollte.⁷⁴⁷ An Zweck und Ablauf der Evakuierung erinnerten sich manche beteiligten SS-Männer später noch sehr genau. Das erhaltene Tagebuch eines damaligen SS-Angehörigen vermittelt etwas von der brutalen Atmosphäre, in der die Aktion stattfand:

»7. II. 42 Umsiedeln[,] das ist nun unsere neue Beschäftigung. Diese Arbeit erfordert im wahrsten Sinne des Wortes Menschen ohne Nerven. Das Gesamte [sic] Gebiet hier wird von Mann und Maus geräumt. Wir fahren mit den Autos in die eng aneinanderliegenden Dörfer, in einer Stunde muß dann alles geräumt und gepackt sein, natürlich nur so viel wie jeder einzelne tragen kann [...], das Vieh, Lebensmittel und etwaige Wertgegenstände werden von uns beschlagnahmt. Oft fließen gar keine Tränen, manchmal betteln die Frauen am Boden liegend und wollen sogar die Hand küssen, aber es nützte alles nichts, jeder muß mit. [...] Dann zieht dieser Zug des Elends durch die verschneite Landschaft, ein eisiger Wind pfeift um die Ohren und der Himmel paßt sich tiefgrau diesem Stimmungsbild an. Die Kinderchen heulen, Mütter jammern, alte Weiber stöhnen und Männer schleppen schwer. Alle sind umgeben von einem eisernen Ring gutbewaffneter Soldaten. [...] Kilometerweit wälzt sich dieser Elendshaufen, um dann in engsten Unterkünften die Nacht zu verbringen, an Schlafen können diese Bauern kaum denken, der Lärm ist reichlich. Wir haben natürlich reichlich Platz und genug Wärme [...].«⁷⁴⁸

Die erste Jahreshälfte 1943 bedeutete einen neuen Abschnitt bei der Entwicklung »to-ter Zonen« durch die deutsche Besatzungsmacht, die Erprobungsphase, in der es noch kein theoretisches strategisches Konzept gab. Zwei weißrussische Regionen waren schwerpunktmäßig betroffen: der Nordbereich im Raum Witebsk/Polozk/Dreiländer-

744 Tagebuch Bach-Zelewski v. 7. II. 1942, BA R 20/45b, Bl. 58; F Schr. Bach-Zelewski an Himmler v. 8. II. 1942, BA NS 19/2566, Bl. 20.

745 Ebd. und KTB Berück Mitte, Ia, v. 8. und 9. II. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 921 und 923; GebK Minsk-Land, Betr.: Grossaktion gegen Banden in der Gegend von Klinki durch Verbände der Waffen-SS Borissov v. 27. II. 1942, ZStA Minsk 393-4-12, Bl. 104 f.; Vern. F. S. v. 15. II. 1968 und W. H. v. 28. 6. 1976, ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bl. 3062R und 9358; Tagebuch des SS-Mannes H. S. v. 7.-10. II. 1942 (Abschrift), ebd., Bl. 2075 f.; Chiari 1998, S. 189 f.

746 KTB Berück Mitte, Ia, v. 10. und 11. II. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 924 f.; GebK Minsk-Land v. 27. II. 1942, wie Anm. zuvor; WiIn Mitte, Erfahrungsbericht über Zusammenarbeit in der Bandenbekämpfung mit den militärischen Dienststellen v. 11. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 694; Tagebuch H. S. v. 11. II. 1942, wie Anm. zuvor.

747 KTB Berück Mitte, Ia, v. 10. und 11. II. 1942, wie Anm. 9/746 in dieser Darstellung; Intendant Befehlshaber, 3. Bericht über die Erfassung im Raume Tscherven v. 16. II. 1942, BA-MA WF-03/7417, Bl. 145 f.

748 Tagebuch H. S. (Abschrift), ZStL 202 AR-Z 1212/60, Bl. 2075 f.

eck Weißrußland-Lettland-Rußland und das Polesje im Süden. Im Norden fielen die entsprechenden Entscheidungen selbständig bei den regionalen Besatzungsdienststellen – genauer in Abstimmung zwischen einer Reihe verschiedener Stellen –, im Süden übten zentrale Entscheidungsträger des Reiches starken Einfluß aus, weil das Polesje als Einfallstor der Partisanen in die Ukraine galt, wo erhebliche deutsche wirtschaftliche Interessen gefährdet schienen. In die Herausbildung der entsprechenden Strategieflossen alle Erfahrungen ein, die im Polesje aber waren entscheidend.

a) Die Aktionen im Raum Witebsk-Polozk

Zwischen Januar und März 1943 wurden im Raum nördlich Witebsk und Polozk bei fünf großen Aktionen etwa 11 800 Menschen getötet und weitere 9800 zur Zwangsarbeit deportiert.⁷⁴⁹ Im Auftrag v. Schenckendorffs hatte zunächst die 286. Sicherungsdivision unter Generalmajor Richert das Dreieck Witebsk-Polozk-Newel zu »befrieden« (Operation »Waldwinter«). Das vierwöchige Unternehmen diente in erster Linie zur Erfassung landwirtschaftlicher Produkte. 2041 Zwangsarbeiter, 670 Tonnen verschiedene Agrargüter, dazu je weit über 100 000 Tagesportionen Fleisch und Gemüse und 8000 Stück Vieh (ohne Gefügel) wurden erbeutet oder abtransportiert. 1627 Weißrussen starben. Dabei hatte die Bevölkerung auf Warnung der Partisanen ihre Dörfer größtenteils verlassen.⁷⁵⁰ Die im Dulag 125 (Polozk) gesammelten Arbeitskräfte und Evakuierten wurden auf Reichseinsatz, Organisation Todt und andere örtliche Arbeitsstellen aufgeteilt, Frauen und Kinder in Dörfern bei Polozk untergebracht.⁷⁵¹ Unmittelbar im Anschluß begann Ende Januar das 19tägige Unternehmen »Schneehase« der 203. Sicherungsdivision unter Generalmajor Jacobi im nordöstlich anschließenden Dreieck Polozk-Newel-Idriza. Es forderte mehr Menschenleben (2283), während erheblich weniger Menschen und Lebensmittel abtransportiert wurden als bei der Aktion »Waldwinter«, denn die Agrarproduktion sollte in einem Teil des Einsatzgebietes weitergeführt werden. Beteiligt war auch die 281. Sicherungsdivision aus dem rückwärtigen Heeresgebiet Nord. Von Schenckendorff führte außerdem vor Beginn der Operation mit dem HSSPF Ostland, Jeckeln, Koordinierungsgespräche und bat ihn, seinen geplanten Großeinsatz am Osweja-See nach Osten bis zur Bahnstrecke Polozk-Idriza zu erweitern, »um so die Verbindung zum Unternehmen »Schneehase« herzustellen«. Auch das OKH war bei der Planung dieser Aktion (»Winterzauber«) eingeschaltet.⁷⁵² Sie war auch mit dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Generalfeldmarschall v. Küchler, und dem Oberbefehlshaber der 3. Panzerarmee, Generaloberst Reinhardt, abgesprochen. Ihre Territorien stießen in der betroffenen Gegend zusammen.⁷⁵³

749 Soweit nicht anders angegeben, siehe zu den folgenden Angaben Tab. 20.

750 Berück Mitte, Ia, Abschlußbericht »Waldwinter« v. 31. 1. 1943 mit Anlage, in: Dokumente Heusinger, S. 176–181.

751 KTB WiKdo Polozk v. 22., 31. 1. und 21. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 348, 351 und 362.

752 Vgl. Okdo. H.Gr. Mitte, Ia Nr. 798/43geh., Betr.: Unternehmen »Schneehase« (gez. Wöhler) v. 26. 1. 1943, BA D-H FW 490, A. 10, Bl. 2; in der Zurückschau FK (V) 247, Ia, Bericht über Verbindungsaufnahme mit Stab SS und Höh. Pol. Führer Ostland [sic] v. 7. 4. 1943, BA-MA N 13/5; Division Jacobi, Ia, Abschlußbericht über das Unternehmen »Schneehase« v. 15. 2. 1943, BA-MA RH 26–201/10, Bl. 10–16.

753 Nämlich GK Lettland, Gebiet der H.Gr. Nord (rückwärtiges Heeresgebiet Nord), Gebiet der 3. Panzerarmee und rückwärtiges Heeresgebiet Mitte. In der Nähe lag auch die Nordgrenze des GK Weißruthen-

Jeckelns Operation begann am Schlußtag der Aktion »Schneehase«, dem 15. Februar. Sie war wieder als Erfassungsunternehmen für landwirtschaftliche Produkte und Arbeitskräfte angelegt. Jeckeln befahl dem BdS Ostland, der mit insgesamt 210 Mann beteiligt war:

»Nach Durchkämmung des Einsatzgebietes und Sicherung der Sarjanka-Linie sind die folgenden Tage zur weitgehenden Räumung des Einsatzgebietes zu benutzen. Verantwortlich hierfür ist der BdS. Er bedient sich hierfür zur schnellen Erledigung seiner Aufgabe an ihn abzustellender Kommandos der Truppe.«⁷⁵⁴

Die SS- und Polizeieinheiten ermordeten innerhalb von anderthalb Monaten mit Unterstützung von Wehrmachtformationen 3904 Personen und deportierten 7465. Mit dem Abbrennen der Dörfer kamen die Wehrmachttruppen der SS und Polizei unplanmäßig zuvor.⁷⁵⁵ Über 2000 der Verschleppten wurden in das Lager Salaspils bei Riga geschafft. Sipo und SD meldeten, das Gebiet zwischen Bigosowo und dem Osweja-See östlich der lettischen Grenze sei »von den Banditen gesäubert und eine 15 km breite tote Zone an der russischen Grenze geschaffen worden«.⁷⁵⁶ Das Wirtschaftskommando Polozk kommentierte:

»In Osweja wurde radikal aufgeräumt durch die unter Führung des SS-Gruppenführers Jaekel [sic] von Lettland her durchgeführte Aktion [...]. Neue Methoden wurden durchgeführt, die Gehöfte zum größten Teil eingäschert, und die nicht arbeitsfähige Bevölkerung erschossen, Schuldige und Unschuldige. [...]«

»Während man bei den Unternehmen »Waldwinter« und »Schneehase« schonend vorgegangen ist, sind jetzt im Raume südlich Osweja etwa 150 Dörfer abgebrannt worden.«⁷⁵⁷

Der Bruch zwischen diesen Aktionen, den Funktionäre des Wirtschaftskommandos erkannt haben wollen, erscheint allerdings eher zweitrangig. Wichtiger ist, daß in Zusammenarbeit verschiedener Stellen ein ganzer Landstrich, der über das lettische Vorfeld weit hinausging, verwüstet wurde. Durch Feststellungen von Partisanen war das den Sowjets schnell bekannt. Sie berichteten über grauenhafte Mißhandlungen an Kindern. Angeblich waren über 3000 Menschen ertränkt worden. 158 Orte, 102 Schu-

nien. – Vgl. Vern. Friedrich Jeckeln v. 27. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 1, Bl. 44. Vgl. auch Fschr. Jeckeln an Okdo. H.Gr. Mitte, Betr.: Unternehmen »Winterzauber« v. 19. 2. 1943, BA D-H ZM 1487, A. 11, mit Vermerken Wöhlens, v. Tresckows und v. Gersdorffs. Nach vier Tagen meldete Jeckeln hier bereits 1725 gegnerische Tote und 22 vernichtete Orte »bzw. Gehöfte«.

754 Fschr. HSSPF Ostland, Betr.: Einsatz Sicherheitspolizei und SD an die Kdre. der Gruppen Knecht und Schröder v. 15. 2. 1943, BA D-H ZR 809, A. 22.

755 WBfh. Ostland, Ia, Betr.: Bandenlage v. 23. 3. und 27. 3. 1943, BA-MA FPF-01/7881, Bl. 985ff. und 1060; ferner N. Müller 1971, S. 148; KTB KdO Lettland (Einsatzgruppe Knecht) 4. 2.–2. 4. 1943, BA R 20/54; verschiedene Einsatzbefehle in ZStL UdSSR Bd. 245ab, Bl. 247ff. In Wirklichkeit fand die Aktion auf weißrussischem Gebiet statt. Ein Teil der Verschleppten wurde nach Drissa gebracht bzw. in »befriedeten Dörfer[n] angesiedelt«. WiKdo Polozk, Lagebericht v. 18. 3. 1943, BA-MA (BArch)F 42932, Bl. 401 und 404.

756 Chef Sipo/SD, Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 49 v. 9. 4. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 787.

757 WiKdo Polozk, KTB-Zusammenfassung für März 1943 sowie Lagebericht für 19. 2.–18. 3. v. 18. 3. 1943, BA-MA (BArch)F 42932, Bl. 371 und 400. Zur persönlichen Zustimmung von Friedrich Rendel (Wi-Kommandeur Polozk bis zum 26. 2. 1943) zu kollektiven Gewaltmaßnahmen siehe dessen Erfahrungsbericht v. 22. 5. 1943, BA-MA WF-01/1138, Bl. 4093f.

len, sechs Krankenhäuser, vier Kindergärten und drei Maschinen-Traktoren-Stationen seien vernichtet.⁷⁵⁸ Dazu kam noch die gleichzeitig durchgeführte Aktion »Kugelblitz« im Raum Witebsk-Surash-Newel durch die 201. Sicherungsdivision und Kollaborateurseinheiten unter den Generalmajoren Jacobi und v. Wartenberg. 3.780 Tote waren die Folge. Auch sie folgte einem Räumungsplan:

»Zerstörung sämtlicher Unterkünfte in den an das grosse Waldgebiet grenzenden Ortschaften war notwendig, da mit [d. i. damit, C. G.] Umquartierung und Erfassung der Zivilbevölkerung in weiter entfernt liegenden, von den Hauptverkehrswegen leicht erreichbare Ortschaften. Einsatz von reichlicher GFP und SD-Kommandos würden schnellere Befriedung erleichtern.«⁷⁵⁹

GFP und Trupps des EK 9 erschossen bei dieser Aktion mindestens 1204 Personen, die Wehrmacht- und Kollaborateurseinheiten zu diesem Zweck an sie abgegeben hatten. Die GFP überprüfte 3583 Personen in 169 Dörfern, 804 kamen in Sammellager, 633 tötete sie.⁷⁶⁰ Ergänzend fand Ende März 1943 zwischen Polozk und Witebsk die Aktion »Donnerkeil« statt, bei der die Deutschen das vorgesehene Maß an Räumung und Zerstörung nicht mehr erreichten.⁷⁶¹

Obwohl, wie erwähnt, Rosenberg und Himmler im Januar und Februar 1943 von der Räumung ganzer Gebiete im Gebiet der Heeresgruppe Mitte und im GK Weißruthenien zugunsten Sauckels gesprochen hatten,⁷⁶² ist eine direkte Verbindung zwischen Aktivitäten der Berliner Zentralstellen und dem Vorgehen im nördlichen Weißrußland zu jener Zeit nicht erkennbar. Bei zwei weiteren furchtbaren Aktionen im Raum Osweja-Rossony-Idriza Ende 1943 war das nicht anders. Wiederum koordinierte der Kommandeur bei der Operation »Heinrich«, in diesem Fall Bach-Zelewski, das Vorgehen mit v. Küchler, Reinhardt, dem Wehrmachtbefehlshaber Ostland, General Braemer, mit Jeckeln, v. Gottberg und dem Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Mitte, Krebs.⁷⁶³ Dabei wurden 5416 Menschen getötet, fast 16000 verschleppt (Tab. 20). Georg Weisig, ehemaliger Kommandeur des SS-Polizei-Regiments 26 bei der Aktion »Otto« zur Jahreswende 1943/44, sagte als Angeklagter im Minsker Prozeß 1946 aus: »Im gesamten Gebiet von Sebesh

758 Das Flugblatt »Die Tragödie von Osweja«, verbreitet von der KP Weißrußlands im März 1943, wird zitiert bei Romanowski, S. 236. Vgl. bereits Radio Moskau v. 10. 2. 1943, Abhörprotokoll des Sonderdienstes Seehaus, BA 11.01, Nr. 14, Bl. 355–357.

759 Sperrabschnitt Korück [590], Erfahrungsbericht über das Unternehmen »Kugelblitz« v. 10. 3. 1943, BA-MA RH 23/346. Die Idee einer toten Zone war vom Korück ursprünglich nicht vorgesehen: Korück 590, Ic v. 16. 2. und 25. 2. 1943, ebd.

760 Siehe KTB 201. Sich.Div. für das Unternehmen »Kugelblitz«, BA-MA RH 26–201/10, Bl. 18ff.; Gefechtsbericht der Angriffsgruppe Jacobi zum Unternehmen Kugelblitz v. 12. 3. 1943, ebd., Bl. 42. Vgl. auch Hesse, S. 204f.; Gefßner, S. 96f.; Gruppe GFP 717, Betr.: Unternehmen »Kugelblitz« im Raum Witebsk-Surash v. 4. 3. 1943, BA-MA WF-03/32845, Bl. 995–999.

761 Siehe PzAOK 3, OQu/Qu.2, Betr.: Abtransport der Zivilbevölkerung beim Unternehmen »Donnerkeil« v. 19. 3. 1943; 201. Sich.Div., Abt. Ib, Besondere Anordnungen für die Erfassung im Unternehmen »Donnerkeil« v. 20. 3. 1943; 201. Sich.Div., Ia, Gefechtsbericht zum Unternehmen »Donnerkeil« v. 3. 4. 1943, BA-MA WF-03/32811, Bl. 472–474, 480 und 500–507.

762 Siehe S. 997 in dieser Darstellung.

763 Siehe eidesstattl. Erkl. Bach-Zelewski v. 27. 11. 1945, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. III,4, Bl. 113f.; Vern. F. P. v. 18. 3. 1960, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 490. P. war Leiter des Verbindungsstabs der H.Gr. Nord zur Kampfgruppe von dem Bach[-Zelewskis] beim Unternehmen »Heinrich«.

bis zum Oswejskoje-See – wo die Operation durchgeführt worden war – gab es, nachdem das Regiment dort durchgezogen war, keinen lebenden Menschen mehr.«⁷⁶⁴

b) Deportationen nach Auschwitz und Lublin

Diese Aktionen im Norden des Landes hatten eine Besonderheit: Von hier wurden Menschen in die KZ Auschwitz und Lublin deportiert. Schon Mitte 1942 wurden bei der Partisanenbekämpfung Verschleppte oft in kleinere Zwangsarbeitslager innerhalb Weißrußlands gebracht. Die neue Entwicklung beruhte auf einem Befehl Himmlers vom 6. Januar 1943, der auf eine Anregung des Chefs des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamts, Pohl, zurückging. Während jedoch die Einrichtung größerer Frauen- und Kinderlager der SS während eines monatelangen Hickhacks zwischen SS-Regional- und Zentralstellen scheiterte,⁷⁶⁵ war das mit Auschwitz und Lublin anders, wo schrittweise neue Lagersektionen errichtet wurden. In diesem Zusammenhang fiel eine wichtige Personalentscheidung: etwa Ende Januar 1943 wurde Dr. Friedrich Buchardt Chef des Einsatzkommandos 9 in Witebsk.⁷⁶⁶ Der Lettland-deutsche Buchardt, 1941 Leiter der SD-Abteilung der Einsatzgruppe B, verfügte über wissenschaftliche Erfahrungen aus der »Ostforschung« und als Umsiedlungsexperte aus seiner mehrfachen Tätigkeit bei der Einwandererzentralstelle (EWZ) und als SD-Referent oder SD-Leiter bei den KdS Lublin und Litzmannstadt.⁷⁶⁷ Direkt nach seinem Eintreffen in Witebsk begannen Deportationen in verschiedene Lager, zunächst aber anscheinend noch nicht nach Polen. Wir sind darüber nur bruchstückhaft informiert. Zwischen dem 17. und 26. Februar 1943 ermordeten Beamte des KdS Minsk

⁷⁶⁴ Übersetzung in StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft 6, S. 105.

⁷⁶⁵ Vgl. Der Reichsführer-SS, Tgb. Nr. 39/45/43 v. 6. 1. 1943, BA NS 19/1432, Bl. 28; Vermerk [RSHA] V-A3, Übersicht über bisherige Anordnungen und Anregungen betr. Bandenkinderunterbringung v. 13. 7. 1943, Nbg. Dok. NO-2513; Pohl an Himmler v. 25. 1. 1943, BA F 3355, Bl. 2026; vgl. weiteren Schriftwechsel zwischen Himmlers Persönlichem Stab, WVHA, RSHA usw. ebd., Bl. 1971ff., sowie zwischen Sonderkommando Zeppelin und RSHA, Amt V, BA D-H ZR 920, A. 50, Bl. 234ff.

⁷⁶⁶ Dienstantritt: erste Erwähnung als Chef EK 9 in Chef Sipo/SD, Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 40 v. 5. 2. 1943, BA-MA SF-01/28940, Bl. 515. Ausscheiden: sein Nachfolger, SS-Stubaf. Kämpf, stellte sich beim PzAOK 3 am 20. 10. 1943 vor (KTb PzAOK 3, Qu.2, v. 20. 10. 1943 -Abschrift-, Nbg. Dok. NOKW-2386).

⁷⁶⁷ Dr. Friedrich Buchardt, * 1909 in Riga, Dr. jur. in Jena 1933, zunächst Rückkehr nach Lettland und Zeitungsredakteur; später wiss. Assistent am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Königsberg (das Oberländer leitete), 1937-1939 am Wannsee-Institut (Leiter der Nordost-Abteilung), 1939/40 bei der EWZ Gdingen und Posen während der Baltenumsiedlung eingesetzt, Februar bis Oktober 1940 SD-Referent beim KdS Lublin, Oktober 1940 bis Januar 1941 bei der EWZ Konstanz (Umsiedlung der Dobrudscha-Deutschen), ab Februar 1941 Leiter des SD-Abschnitts Litzmannstadt (Łódź), Juni bis November 1941 SD-Leiter der Einsatzgruppe B, anschließend nach Łódź zurückbeordert; Ende Januar bis Oktober 1943 Chef des EK 9, Oktober bis Dezember 1943 Ic der »Einsatzgruppe von Gottberg« bzw. Kampfgruppe v. Gottberg im Raum Witebsk und Minsk, eventuell auch Stellung beim BdS Minsk; im Februar 1944 zum RSHA (Abt. III B) kommandiert, im Februar 1945 zum Stab der Armee Wlassow; nach dem Krieg zunächst Ausarbeitungen über die Wlassow-Bewegung für die US-Behörden, um einer Strafverfolgung zu entgehen; Journalist, Geschäftsführer einer Wohnungsbaugesellschaft. Vgl. Vern. Dr. Friedrich Buchardt v. 4. 10. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bd. 33, Bl. 4885-4890, und v. 21. 2. 1961, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 14, Bl. 247-253; StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Bd. 1, Bl. 105; Dallin, S. 47, Anm. 2, und besonders S. 567, Anm. 1; Loftus, S. 63; Personallisten des RSHA, BA ZR 920, A. 145, Bl. 150. Für weitere Informationen danke ich Michael Wildt.

mittels Gaswagen 3000 Menschen, die aus dem Raum Polozk in das Lager an der Minsker Schirokajastraße gebracht worden waren.⁷⁶⁸ In jenen Tagen weigerte sich das Dulag 125 (Polozk), die dort internierten Zivilisten länger zu behalten.⁷⁶⁹ Auch später wurden in dem Lager an der Schirokajastraße sogenannte Bandenverdächtige gesammelt, um in Trostinez vernichtet oder nach Auschwitz gebracht zu werden – dies erstmals im März 1943. In Lublin (Maidanek) traf am 20. März 1943 ebenfalls ein Transport mit Frauen und Kindern aus Weißrußland ein.⁷⁷⁰ Unter dem Stichwort »Kraniche« schaffte man im November 1943 wiederum 588 Menschen von Polozk nach Minsk.⁷⁷¹

Gleichfalls im Februar und März 1943 kamen, wie erwähnt, über 2000 Evakuierte aus der Aktion »Winterzauber« ins Lager Salaspils. Weitere etwa 1000 Kinder wurden in lettischen Kinderheimen und bei russischen Familien in Lettland untergebracht. Mitte 1943 wollte sie der BdS Ostland aber speziellen Lagern übergeben.⁷⁷² Am 1. April 1943 befahl die 3. Panzerarmee, sogenannte Bandenhelfer und Bandenverdächtige in den Dulags »zur Verfügung des SD« zu halten.⁷⁷³ Das ist ein weiterer Hinweis auf Buchardts tragende Rolle, doch gelang es ihm offenbar lange Zeit nicht, Abnehmer und Züge für seine Transporte in andere Regionen zu erhalten. Auch andere Stellen (die Heeresgruppe Nord, der BdS Ostland, die Einsatzgruppe B, der HSSPF Rußland-Mitte) forderten, ihnen tausende in Lagern untergebrachte Kinder abzunehmen.⁷⁷⁴ Der SSPF Lublin, Globocnik, sagte nach persönlichen Verhandlungen mit Buchardt schließlich zu, 4000 Frauen und Kinder in dem zu erweiternden »Sonderlager Trawniki« bei Lublin zu internieren.⁷⁷⁵ Zwar wünschte die 3. Panzerarmee – vor allem die Abteilung Quartiermeister 2 –, zumindest einen großen Teil der Evakuierten aus den Partisanengebieten an das EK 9 loszuwerden⁷⁷⁶ (»Der Dreck

768 Vgl. Vern. Grigori Iwanowitsch Beljajew v. 18. 7. 1944, ZStA Minsk 845-1-62, Bl. 74-76 (Inhaltsangabe in ZStL UdSSR Bd. 425); »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR-38, BA F 16030; Kohl, S. 96.

769 KTB WiKdo Polozk v. 21. 2. 1943, BA-MA (BArch)P F 42932, Bl. 362. Hier wurde von 895 Menschen (533 Männern, 206 Frauen und 156 Kindern) gesprochen.

770 Bericht eines nach Minsk deportierten Wiener Juden (Fragment), BDC, SL 47C; Liste von Transporten nach Auschwitz unter dem 13. 3. 1943 (168 Personen), 25. 5. 1943 (552 Personen), 14. 5. 1944 (288 Personen) und 1. 6. 1944 (277 Personen), Fall 12, ADB 140, Bl. 236, 239, 255, BA F 53922; zur Entstehung der Liste eidesstattl. Erkl. Kazimiersz Smolen v. 16. 12. 1947, ebd., Bl. 205-207; Marszalek, S. 168.

771 KTB PzAOK 3, Qu.2, v. 11. 11. 1943 (Abschrift), Nbg. Dok. NOKW-2386.

772 Die Heime sollten für lettische Kinder »freigemacht« und verhindert werden, daß »die russische Volksgruppe in Lettland gestärkt« werde. Übersicht über die bisherigen Anordnungen und Anregungen betr. Bandenkinderunterbringung v. 13. 7. 1943, Nbg. Dok. NO-2513; vgl. Chef Sipo/SD, Adjutant, an Himmeler v. 19. 7. 1943, BA F 14247, abgedruckt in: N. Müller 1991, S. 448f.

773 PzAOK 3, Ic/AO (Abw.III), Ic-Nachrichten v. 1. 4. 1943, BA-MA WF-03/32845, Bl. 906. Zur Befehlslage seitens des OKW vgl. N. Müller 1971, S. 189.

774 Alles nach der »Übersicht über [...] Bandenkinderunterbringung« v. 13. 7. 1943, Nbg. Dok. NO-2513.

775 RSHA -IV D5- an KdoStab RFSS, Betrifft: Geschlossene Unterbringung von Bandenfrauen mit Kindern in einem Sonderlager Trawniki v. 10. 7. 1943, BA F 3355, Bl. 1987f. Als federführend für die Lösung des Problems wurde hier das Amt V des RSHA genannt. – Nach Wilhelm 1975, S. 923-928, Anm. 31-35, und Matthias, S. 161-164, kamen zahlreiche Minderjährige ins »Ostjugendverwahrlager« Tübingen (Konstantynów) bei Łódź, nach Postulize bei Bromberg und nach Ravensbrück.

776 Vgl. PzAOK 3, O.Qu./Qu.2 v. 12. 8. 1943 und PzAOK 3, O.Qu./V I/Qu.2, Betr.: Evakuierung im Raum südl. Wymno-See v. 19. 8. 1943, beides Nbg. Dok. NOKW-2354 (das erste Dokument ist abgedruckt bei N. Müller 1982, S. 155). Zu den Zusammenhängen: Fall 12, S. 197f.; N. Müller 1971, S. 189f.

wird dem Dulag 230 zugeführt, wo S.D. die Personen überprüft und schnellstens nach Lublin oder Auschwitz abtransportiert«⁷⁷⁷), und Buchardt erhob den Anspruch, sie zu bekommen. Doch es haperte an den Transportmöglichkeiten, die Pläne durchzuführen,⁷⁷⁸ so daß anscheinend erst im September 1943 die ersten Transporte aus Witebsk nach Polen abgingen. Bis zum Jahresende erreichten mindestens fünf Züge aus Witebsk das KZ Auschwitz und einer Lublin.⁷⁷⁹ Die in Auschwitz meist im gesonderten »Russischen Familienlager Witebsk« anfangs familienweise untergebrachten Häftlinge wurden, soweit sie noch nicht infolge der Lagerbedingungen und Zwangsarbeit gestorben waren, im Herbst 1944 im Gas ermordet.⁷⁸⁰

Seit Anfang Oktober 1943 wollte das EK 9 nur noch die *arbeitsfähigen* sogenannten Bandenverdächtigen von der 3. Panzerarmee übernehmen. Beim Unternehmen »Heinrich« gelang es Buchardt zu erreichen, daß über ihn »die gesamte wehr- und arbeitsfähige Bevölkerung, die erfasst wird, [...] den Konzentrationslagern Lublin und Auschwitz zugeführt« werden sollte, und das, obwohl die möglichen Auffanglager bereits unmittelbar vor Beginn der Operation überfüllt waren.⁷⁸¹ Bei dem Unternehmen selbst war Buchardt Ic der »Einsatzgruppe von Gottberg« mit der Aufgabe der »Beratung der Truppenführer bei der Durchführung von Kollektiv-Maßnahmen«;⁷⁸² er saß also an allen wichtigen Hebeln, um zu entscheiden, wie viele und welche Menschen vorläufig überleben und den KZ als Arbeitskräfte zugeführt werden sollten. Nur die Tatsache, daß das Unternehmen im November wegen eines Frontdurchbruchs der Sowjets östlich Witebsk abgebrochen werden mußte, verhinderte seine planmäßige Durchführung.

Es gab in Weißrußland eine Reihe kleinerer Auffanglager für sogenannte Bandenverdächtige, in denen die Gefangenen wegen der beschriebenen Schwierigkeiten auch länger interniert waren, so in Marina Gorka und in Granki bei Witebsk. Ebenso wie das Lager Granki stand auch das Lager Orechi bei Orscha mit angeblich 3000 Insassen unter der Führung von Sipo und SD. Die Lebensbedingungen waren furchtbar.⁷⁸³ Die Gesamtzahl der in diesen Lagern sowie in Auschwitz und Lublin umgekomme-

777 KTB PzAOK 3, Qu.2, v. 5. 10. 1943 (Abschrift), Nbg. Dok. NOKW-2386, Fall 12, ADB 140, Bl. 90, BA F 53922.

778 Siehe ebenso v. 25. 8., 2. 9., 3. 9., 6. 9. (noch kein Transport nach Auschwitz), 18. 9., 27. 9., 7. 10., 10. 10., 15. 10., 19. 10., 20. 10. sowie 19. 11. 1943, ebd., Bl. 43 ff.

779 Am 9. 9. mit 752 (1210?) Menschen, am 22. 10. mit 440, am 27. 10. mit 297, am 23. 11. mit 178 (398?) und am 4. 12. mit 962; ein weiterer am 7. 5. 1944 mit 281 Menschen. Liste der Auschwitz-Transporte, Fall 12, ADB 140, Bl. 244 ff. Siehe auch Friedrich, S. 538–542; Adolphs, S. 56 f.; Iwaczko, S. 59; Reitlinger, Ein Haus, S. 283 und 327 f. Der erwähnte Transport vom EK 9 nach Lublin umfaßte 754 Personen (312 Männer und 442 Frauen): WiKdo Witebsk, Gruppe Arbeit, Wochenbericht 18.–24. 10. 1943, BA-MA (BArch)P F 42901, Bl. 261. Vgl. Aussagen in »Dann kam ...«, S. 18, 26, 37–39, 45, 93, 95 und 108.

780 Eidesstattl. Erkl. Kazimiersz Smolen v. 16. 12. 1947, Fall 12, ADB 140, Bl. 288–290.

781 KTB PzAOK 3, Qu.2, v. 30. 10. 1943 (Mitteilung Militärverwaltungsrat Behnisch, Gruppe Arbeit des WiKdo); vgl. auch unter dem 7. 10. (Mitteilung SS-Ostuf. Heder) und 20. 10., ebd., Bl. 132 f., 99 f., 114.

782 Chef EGr B, Einsatzbefehl »Heinrich« v. 20. 10. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok.Bd. 4, »Heinrich«, Dok. 1.

783 Marina Gorka: Eigenhändige Aussage H. F. v. 18. 4. 1947 und Vern. v. 18. 3. 1947, ZStL 202 AR-Z 179/67, Bd. 1, Bl. 47a–d, und Dok.Bd. 1, Bl. 25–38. Zu Granki das KTB PzAOK 3, Qu.2, Nbg. Dok. NOKW-2386. Zu Orechi Vern. Hans-Hermann Koch (1946), in: Kohl (Hg.), Minsker Protokolle, in: »Die Wahrheit« v. 3./4. 11. 1988, Inhaltsangabe in StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 18 f. Dazu auch S. 410 in dieser Darstellung.

nen Menschen, die bei der Partisanenbekämpfung festgenommen worden waren, ist genauso wie die genauen Herkunftsorte nicht mehr zu ermitteln, ging aber in die Zehntausende.⁷⁸⁴

c) »Tote Zonen« im Polesje, die strategischen Überlegungen in der deutschen Führung und bei der Heeresgruppe Mitte

Während das Handeln im Norden Weißrußlands den regionalen deutschen Dienststellen überlassen blieb, beteiligte sich die deutsche politische Führung im Polesje stark an der Entscheidungsbildung über die neue Entvölkerungsstrategie. Der erste bekannte Vorstoß in diese Richtung kam allerdings von einer unteren Ebene, nämlich vom Gebietskommissar in Petrikow, Röthke. Er forderte eine militärische Sperrlinie an der Bahnstrecke Brest-Gomel und die Aufgabe des nördlich davon gelegenen Gebiets.⁷⁸⁵ Bereits im Dezember 1942 berichtete der HSSPF Ukraine, Prützmann, über ein neues Konzept. Wegen des wachsenden Einflusses der Partisanen

»wurde im Benehmen mit den Dienststellen der Zivilverwaltung (RKU) die teilweise Evakuierung der bedrohten Räume unter Bildung von stärkeren Stützpunkten an den Kriegsgebietsstätten [1] und anderer wichtiger Punkte [sic] veranlaßt. Es handelt sich hierbei um Räume, die in dem Sumpfgebiet landwirtschaftlich kaum zu nutzen sind und deren Evakuierung der RKU begrüßt.«⁷⁸⁶

Anläßlich des Unternehmens »Nixe« im Raum Petrikow kam es dennoch zum Konflikt um dieses Vorgehen. Der Kommandeur der Sicherungstruppen an der Bahnstrecke Brest-Gomel, Generalleutnant Krampf, und der erwähnte Gebietskommissar Röthke wandten sich scharf gegen Versuche zur eigenmächtigen Umsiedlung der Bevölkerung durch SS und Polizei, da niemand wisse wohin mit den Menschen. Himmler befahl daraufhin Bach-Zelewski, sich durchzusetzen und die Evakuierten im KZ abzuliefern oder Sauckels Behörden zu übergeben.⁷⁸⁷ In diesem Zusammenhang wehrte sich der Reichskommissar Koch gegen die Darstellung des BdS Ukraine, Dr. Thomas, er sei gegen solche Maßnahmen: »Ich bin fuer eine Volleevakuierung eines 50 bis 100 km breiten Streifens beiderseits der Bahn Brest-Litowsk – Gomel, weil diese[s] Gebiet ausser forstwirtschaftlichen Interessen fuer mich keinerlei Bedeutung hat.«⁷⁸⁸ Koch wußte wohl, daß eine so große tote Zone, die mindestens 50 000 km² groß gewesen wäre, unmöglich einzurichten oder zu kontrollieren war. Das Ostministerium, das die Evakuierung aus politischen Gründen ablehnte, konnte am 30. April 1943 beruhigt feststellen, daß derartig weitreichende Pläne inzwischen zu

⁷⁸⁴ N. Müller 1971, S. 190, nennt eine Zahl von 25 000 nach Auschwitz und Lublin Deportierten bis März 1944. Marszalek, S. 72, gibt die Gesamtzahl der aus Witebsk, Minsk, Borissow, Grodno sowie ukrainischen und russischen Gegenden in Maidanek Eingelieferten mit 20 000 an.

⁷⁸⁵ GebK Petrikow an RKU v. 13. 8. 1942, BA-MA WF-01/7914, Bl. 358–360.

⁷⁸⁶ HSSPF Rußland-Süd an KdoStab RFSS und Hauptamt Ordnungspolizei v. 7. 12. 1942, BA D-H ZM 6735, O. II, Bl. 164/R. [1]: Muß wohl »Kreisgebietsstädten« heißen.

⁷⁸⁷ Fschr. Bach-Zelewski an Himmler v. 23. 2. 1943 und dessen Antwort am gleichen Tag, BA F 3355, Bl. 687f.

⁷⁸⁸ Fschr. Koch an Himmler v. 25. 2. 1943, ebd., Bl. 676. Koch versuchte hier, durch Wortradikalismus Vorwürfe von sich fernzuhalten, ein für ihn typisches Verhalten. Thomas habe nämlich, so Koch, seinerseits zugeben müssen, daß eine solche »Volleevakuierung« aus »technischen Gruenden bisher nicht möglich gewesen« sei.

den Akten gelegt worden seien.⁷⁸⁹ Die Gründe lagen in der Praxis. Über Planungen hinausgehend, war die Aktion unter dem Decknamen »Ente« wirklich begonnen worden, vor allem im Norden des GK Wolhynien-Podolien, der seit dem Spätsommer 1942 mit zusätzlichen Sipo- und Orpoeinheiten belegt war (Kap. 9.3b). Es handelte sich nicht um eine Großoperation im beschriebenen Sinn, sondern um eine langanhaltende, schleichende Aussiedlungsaktion. Bis auf die Rayonstädte sollten die Gebiete Pinsk, Kobryn und Teile der Gebiete Brest und Stolin total entvölkert werden. Da die Pläne und der Beginn der Aktion in der Bevölkerung bekannt wurden und die Einwohner massenweise in die Wälder flüchteten, mußte sie gestoppt werden. Im Gebiet Pinsk hatten sich jedoch mindestens 28 Dörfer angeblich »freiwillig total evakuieren« lassen, um im Reich zum Arbeitseinsatz zu gelangen.⁷⁹⁰ Der eigentliche Zweck des Unternehmens war, den spärlichen Quellen nach, Arbeitskräfte zu gewinnen.⁷⁹¹ Doch der Widerstand wuchs. Ohne noch massivere Waffengewalt konnten die Deutschen nur noch wenig ausrichten.

Im nördlichen Abschnitt des Polesje, der zum GK Weißruthenien gehörte, hatte zwischen Mitte Januar und Mitte März 1943 ein bis dahin beispielloser Vernichtungsfeldzug stattgefunden. Bei fünf Großaktionen, die ein zusammenhängendes Gebiet betrafen, waren 17 800 Menschen ermordet, aber nur 2600 als Arbeitskräfte am Leben gelassen und verschleppt worden. Besonders die Operation »Hornung« diente explizit dazu, ein »Niemandland« zu schaffen (Kap. 9.3b). Damit war fast der ganze Süden des GK Weißruthenien auf einmal heimgesucht worden. In den folgenden Monaten verlagerten SS und Polizei die Einsatzkräfte zur »Partisanenbekämpfung« in andere Gegenden dieses Generalbezirks.

Im Norden des GK Shitomir, also im südöstlichen Polesje, war zu diesem Zeitpunkt noch relativ wenig geschehen. Der SSPF Shitomir, Hellwig, hatte versucht, mit örtlichen Einsatzkräften vorzugehen. Im Frühjahr 1943 wurden auswärtige Einheiten dorthin verlegt, vor allem die SS-Kavallerie-Division und die Einsatzgruppe D, die später in Owrutsch aufgelöst wurde.⁷⁹² Bach-Zelewski hatte zahlreiche Vorbesprechungen mit Himmler, Prützmann, Fegelein und Schimana über die neuen geplanten Aktionen, die Prützmann dann persönlich leitete.⁷⁹³ Die Operation »Weichsel« im

789 RMO, II Id, Vermerk über Evakuierung an der Bahnlinie Brest-Litowsk – Gomel v. 17. 5. 1943 mit Auszug aus einem Fschr. des RMO, das die Generalkommissare aufforderte, an Koch vorbei zu berichten, v. 30. 4. 1943, BA F 13741, Bl. 397–399.

790 RKU, Lagebericht für März und April v. 14. 5. 1943, BA F 13683, Bl. 40. Dazu die ehemalige Sekretärin des GebK Oskar Panzer in Kobryn: »Wenn sich bei dieser Aktion nicht genügend Arbeitskräfte freiwillig meldeten, wurde das Dorf umstellt und in Brand gesteckt. Auf diese Art und Weise bekam man neue Arbeitskräfte für das Reich.« Vern. E. S. v. 16. 12. 1960, ZStL II 204 AR-Z 48/58, Bd. 26, Bl. 4205. Vgl. zu »Ente«: GebK Brest, P II, Beitrag zum Monatsbericht v. 10. 4. 1943, BA F 13751, Bl. 1113, und besonders WwiKdo Luzk, Monatsrückblicke April und Juli 1943, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 669 und 687.

791 Siehe WeWiAsI Brest, Wochenbericht für 30. 5.–5. 6. 1943 und Bericht über den Besuch der Fertigungsstätten in Pinsk v. 5. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 18039, Bl. 860–862. Zum Gebiet Stolin: Einsatzgruppe Schultze, Bericht über Einsatz am 9. u. 10. 5. 1943 und Zusatzbefehl v. 17. 5. 1943, BA D-H ZWM 1A.

792 Hierzu demnächst die in Vorbereitung befindliche Dissertation von Andrej Angrick, Die Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD. Das SK 10a war bereits ab März 1943 in Mosyr stationiert: Aussage des Einheitsangehörigen N. Sidorenko, in: Klee/Dreßen, S. 76 ff. Vgl. ansonsten KTB SS-Kav.Div. für 1943, BA F 41848, Bl. 1ff.

793 Tagebuch Bach-Zelewski v. 31. 3., 1. 4., 10. 4., 16. 4., 20. 4., 26. 4., 5. 5., 7. 5., 21. 5. und 22. 5. 1943, BA R 20/45b, Bl. 73–77. Zu Prützmann Brief v. Engelhaupt an Querner v. 3. 8. 1943, BDC Hermann v. Engel-

Dreieck zwischen Dnjepr und Pripjet von Ende Mai bis Mitte Juni 1943 folgte der Strategie der Bildung einer toten Zone. 4018 Menschen wurden umgebracht, nicht weniger als 18860 Personen als Arbeitskräfte deportiert, von der SS-Kavallerie-Division allein 10422. Sie zerstörte nach eigenen Angaben 61 Dörfer, beim folgenden Kurzeinsatz »Ziethen« noch einmal 63.⁷⁹⁴ Der Rand des betroffenen Gebiets wurde anschließend mit dem Polizei-Schützen-Regiment 33 und ungarischen Einheiten belegt.⁷⁹⁵ Der SS- und Polizeigebietsführer in Retschiza meldete über das Kerngebiet des Einsatzes »Weichsel«:

»Im übrigen gelten auf Anordnung des Gebietskommissars folgende Grundsätze:

- 1.) Die abgebrannten Dörfer gelten als Partisanendörfer u. dürfen nicht wieder errichtet werden. Wer in ihnen angetroffen wird, gilt als Partisan u. ist zu erschiessen.
- 2.) Die in den Wäldern befindliche Bevölkerung wird aufgefordert zurückzukehren u. sich in den stehengebliebenen Dörfern anzusiedeln.«⁷⁹⁶

Gebietskommissar Dr. Blümel hatte vor der Aktion schon bestimmt, in welchen Dörfern die Bevölkerung zu vernichten oder zwangsweise auszusiedeln war (Kap. 9.4a).

Ähnlich war der Ablauf auch beim anschließenden Unternehmen »Seydlitz« im angrenzenden Raum Mosyr-Owrutsch. Da es abgebrochen werden mußte, konnten die Deutschen »nur« mindestens 9166 Menschen aussiedeln – neben 5106 Getöteten. Mindestens 100 Dörfer wurden abgebrannt.⁷⁹⁷ Die entsprechenden Befehle, einen toten Raum (»Zone I«) zu schaffen, wurde schon zitiert (Kap. 9.4a). Das Zustandekommen weiterer Aktionen von SS und Polizei scheiterte weitgehend, weil die meisten mobilen Einsatzkräfte nach Wolhynien und dann nach Galizien verlegt werden mußten.

Den großen Stellenwert der beschriebenen Operationen im Polesje im Frühsommer 1943 für die deutsche Führung zeigt schon die Tatsache, daß Hitler während jener Zeit persönlich mit Fegelein in ständigem Telefonkontakt stand.⁷⁹⁸ Auch mit Himmler besprach Hitler die Angelegenheit offensichtlich.⁷⁹⁹ Doch es ging nicht nur darum, daß sich die oberste Führung einfach über das Geschehen auf dem laufenden

haupte. In einem Ordensverleihungsvorschlag Himmlers v. 10. 6. 1944 für Prützmann wurde hervorgehoben, daß er im Sommer 1943 die »Freikämpfung der wichtigen Nachschub-Bahnlinien« übernommen habe (BDC, PA Hans-Adolf Prützmann).

794 Siehe Kap. 9.4a; Tab. 20 in dieser Darstellung; Zusammenstellung über Beuteergebnisse der Unternehmen »Weichsel« im »Nassen Dreieck«, Anlage 4 zum Gefechtsbericht der SS-Kav.-Div. v. 10. 6. 1943 sowie SS-Kav.Div., Ia, Gefechtsbericht v. 22. 6. 1943, Anlage 2, BA F 40416, Bl. 107 und 124. Im Bericht v. 10. 6. (Bl. 123) wurde erwähnt, daß »bei nochmaligem Durchkämmen des Sumpfes von Westen nach Osten die Bewohner und das Vieh sämtlicher Ortschaften evakuiert und die Orte selbst restlos niedergebrannt« worden seien.

795 [H. K.,] »Der Weg ins Nichts. Opfergang eines Polizeiregiments in Rußland«, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bl. 302–304.

796 SS- und Polizeigebietsführer v. 21. 6. 1943 (Abschrift durch GebK Retschiza), ZStA Minsk 658–1–1, Bl. 207.

797 Allein die SS-Kav.Div. meldete 96 niedergebrannte Orte. Siehe Tab. 20; Gefechtsbericht der SS-Kav.Division im Unternehmen »Seydlitz« v. 30. 7. 1943, Anlage 1, BA-MA RS 3–8/54, Bl. 68f.; WBfh. Ukraine, Monatsbericht Nr. 22 v. 20. 7. 1943 (auszugsweise Abschrift), BA-MA RW 31/250, Bl. 189/R.

798 Siehe die »Erinnerungen« von L. M. (1992), der damals in der Telefonvermittlung der SS-Kav.Div. arbeitete: BA-MA M5g 2/5408, Bl. 14R. M. erinnerte sich weiter: »Auf einer Fläche von 200 x 120 km soll[t] die Partisanen ausgeschaltet werden« (Bl. 15).

799 Vermerk Himmlers v. 28. 6.: Vortrag beim Führer am 19. 6. 1943 auf dem Obersalzberg »Bandenkampf und Sicherheitslage«, BA NS 19/1432, Bl. 67f.

hielt, sondern sie setzte nun die Vorschläge und Warnungen der regionalen und Wirtschaftsdienststellen in die neue Strategie der großflächigen Entvölkerung des Polesje um.

Schon lange hatte sich die Wehrmacht über die Anschläge auf die Bahnstrecke Brest-Gomel beschwert, obwohl es dort auch nicht wesentlich mehr waren als auf den Linien Brest-Minsk-Smolensk, Dünaburg (Daugavpils)-Smolensk oder Witebsk-Gomel. Nun wurden die landwirtschaftlichen Ausfälle, die die Partisanen im Norden des Reichskommissariats Ukraine verursachten, zum Angelpunkt. Die tatsächlichen Verluste waren dabei weit weniger schwerwiegend als die, die angeblich bald drohten. So berichtete der Reichskommissar Ukraine im Mai über wirkliche Ausfälle von etwas mehr als 24 000 Tonnen Getreide und 18 000 Stück Vieh in den GK Wolhynien-Podolien und Shitomir.⁸⁰⁰ Die Stimmungsberichte dagegen fielen alarmierend aus, und die potentiellen Verluste wurden für Wolhynien-Podolien mit 150 000 Tonnen Getreide und für das Gebiet des GK Weißruthenien und der WiIn Mitte mit 210 000 Tonnen Getreide und 47 000 Tonnen Fleisch angegeben (weil dort nur 20 beziehungsweise 30 Prozent des Landes »befriedet« seien).⁸⁰¹ Besonders der Generalquartiermeister Wagner und seine Dienststelle wurden dadurch in Aufregung versetzt. Ihnen war zwar die Zuständigkeit für die Partisanenbekämpfung im August 1942 entzogen worden, aber nicht die für Versorgung und Nachschub des Heeres. In Vorlagen für Wagner war das Bild der angeblich möglichen Entwicklung in düstersten Farben gemalt worden, nämlich daß durch Übergreifen der Partisaneneinwirkung auf die nördliche Ukraine mehrere hunderttausend Tonnen Getreide für die Wehrmachtversorgung entfallen könnten. Daraufhin berief er für den 25. Mai 1943 eine große Konferenz zum Thema Partisanenbekämpfung ein, auf der Wagner (über »Feststellungen und Forderungen«), Schmidt v. Altenstadt, der Chef des Wirtschaftsstabs Ost, Stapf, und OKH-Transportchef Gercke vortragen sollten.⁸⁰² Der Wirtschaftsstab Ost sollte zur Vorbereitung für die Teilnehmer⁸⁰³ Unterlagen ausarbeiten und erhielt dazu von Wagner eingehende Anweisungen. Die »Auswirkungen« der Partisanentätigkeit seien »drastisch zum Ausdruck zu bringen«, einschließlich der zukünftig noch »zu erwartenden« Verluste, »weitestgehend« veranschaulicht

800 Mit 19 329 t Getreide und 11.500 Stück Vieh entfiel der größte Teil auf Wolhynien-Podolien. Die Verluste im GK Kiew waren im übrigen weit geringer. RK Ukraine, Lagebericht März-April v. 13. 5. 1943, BA R 94/18.

801 Vgl. ebd.; GK für Wolhynien und Podolien, Zweimonatsbericht v. 30. 4. 1943, BA F 13683, Bl. 2 f.; WiStab Ost, Monatsbericht Januar v. 19. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 839.

802 Siehe V.Stb./WiStab Ost bei OKH/GenQu, Vortragsnotiz für den Herrn Generalquartiermeister, Behinderung der Landesausnutzung im Bereich H.Gr. Mitte und Weißruthenien durch Bandentätigkeit v. 25. 1. 1943, BA-MA RW 31/251; Beauftr. VJP, Geschäftsgruppe Ernährung (Entwurf, gez. Riecke und Küper) an Himmler und Keitel, nachrichtlich an Staatssekretär Körner v. 20. 4. 1943, BA-MA RW 31/250, Bl. 40–41R; [GenQu.] Gruppe IVa (IV), Vortragsnotiz für Herrn Generalquartiermeister, Betr.: Ausfälle an Verpflegung und Futtermitteln durch Bandeneinwirkung v. 22. 4. 1943, ebd., Bl. 26; Auszug aus Aktenvermerk über eine Chefbesprechung beim Chef WiStab Ost v. 7. 5. 1943, Sonderarchiv Moskau 700–1–50, Bl. 95; Einladung GenQu Wagner an Gramsch (Vierjahresplan) mit Tagesordnung v. 5. 5. 1943, ebd., Bl. 93f.

803 Die Berichte sollten bis zum 22. 5. 1943 eingesandt sein, drei Tage vor der anberaumten Besprechung. Sie wurden von Wagner allerdings erst später, am 30. 6. 1943, gebündelt übersandt. Ihr Inhalt bildete aber die Grundlage der Vorträge bei der Tagung am 25. 5. Dazu WiStab Ost, Wirtschaftliche Lage im Mai 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1063–1066.

durch Gebrauch von »bildlichen bzw. graphischen Darstellungen«: »Die Berichte haben in *anschaulicher* und *eindrucksvoller* Form das *Wesentliche*, vor allem die Folgen der zunehmenden *Verschärfung* der Bandenlage, durch Zahlen und Beispiele herauszustellen.«⁸⁰⁴

Die Zusammenstellung dieser Unterlagen, zu denen die Fachabteilungen das Material lieferten, leitete der zuständige Referent im Wirtschaftsstab Ost, Leutnant Peter Yorck Graf v. Wartenburg.⁸⁰⁵ Er verschärfte Wagners Anweisungen noch in der Weise, daß nicht nur auf die gefährdete Beschlagnahme der Ernte, sondern auch auf die Gefährdung der schon erfaßten und in den Lagern der Zentralhandelsgesellschaft Ost befindlichen, aber noch nicht abtransportierten Agrarprodukte zu verweisen war.⁸⁰⁶ Die regionalen Stellen meldeten also Verluste, der Wirtschaftsstab Ost verwies zusätzlich auf die potentiellen Folgen, der alarmierte Generalquartiermeister wollte noch drastischere Darstellungen und ihre weitere Verbreitung, und die ausführenden Beamten trugen auch noch ihren Teil zur Verschärfung bei: ein typisches Zusammenwirken verschiedener Ebenen. Das Ergebnis war eine Darstellung, nach der die Lieferungen aus dem GK Weißruthenien und von der WiIn Mitte an Getreide, Fleisch, Holz, Torf, Bastfasern und Wolle binnen eines Jahres um 40 bis 70 Prozent zurückgegangen seien. 1,5 Millionen Menschen seien allein bei der Wirtschaftsinspektion Mitte dem Arbeitseinsatz entzogen, aber nicht greifbar. In diesen Gebieten, hieß es drohend, sei »bereits heute ein Ausmass wirtschaftlicher Schädigungen erreicht, wie es in den bisher noch nicht verseuchten, aber schon gefährdeten Gebieten in Zukunft zu erwarten ist.« Jede Ertragsminderung in der Ukraine um nur 5 Prozent aber bedeute einen Lieferausfall von 107 500 Tonnen Getreide. Das einzig mögliche Gegenmittel sei, daß »durchgreifende[,] mit genügend Kräften durchgeführte Maßnahmen, die einheitlich geleitet werden, diese Gefahren abwenden.« Auch die Abteilung »Fremde Heere Ost« im OKH lieferte entsprechende Berichte, Diagramme und Karten über den Anstieg der Partisanentätigkeit in den besetzten sowjetischen Gebieten.⁸⁰⁷

Bei der Konferenz am 25. Mai waren Generalquartiermeister und Operationsabteilung des OKH, Reichsführer-SS, Vierjahresplanbehörde, Wirtschaftsstab Ost und

804 Generalstab des Heeres/Der Generalquartiermeister Nr. II/638/43g.Kdos. v. 5. 5. 1943 (Abschrift), BA-MA RW 31/250, Bl. 51 (Hervorhebungen im Original); vgl. Aktenvermerk über die Chefbesprechung bei Chef WiStab Ost am 7. 5. v. 8. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 220. Zu dem Auftrag auch Müller, Wirtschaftspolitik, S. 152, Anm. 150.

805 Vgl. zur Zuständigkeit als stellvertretender Gruppenleiter I/Ia Wi im Stab WiStab Ost: Stellenbesetzungsliste für das 4. Quartal 1942, BA-MA (BArchP)F 43386, Bl. 1121; WiStab Ost, Stabsbefehl Nr. 22/43 v. 13. 7. 1943, BA-MA RW 31/34.

806 Vermerk Chefgr. La, La Ic 91/43g.Kdos. v. 20. 5. 1943 (Entwurf) mit Bezug auf ein Telefonat mit Yorck vom gleichen Tag, BA-MA RW 31/250, Bl. 46.

807 OKH, GenStdH, GenQu, Abt. Kriegsverwaltung (Qu4) Nr. II/900/43g.Kdos. v. 30. 6. 1943 (Unterschrift: Wagner) mit 21 Anlagen, darunter als Anlage 10: WiStab Ost, Stab I/Ia Wi. Nr. 179/43g.Kdos, Betr.: Auswirkungen der Banden v. 22. 5. 1943 (Unterschrift: Stapf; Zitate hieraus) mit wiederum sieben Anlagen; Anlage 1 des GenQu-Papiers: OKH, GenStdH, Abt. Fremde Heere Ost, Entwicklung der Bandenlage (gez. Gehlen) v. 22. 5. 1943. IfZ Fb 101/34; vollständiges Original in Sonderarchiv Moskau 700-1-50, Bl. 154-197; unvollständig in BA R 26 I/47; WiStab Ost-Papier vollständig in BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 263-278. Weitere Papiere des WiStabs Ost aus dem April/Mai 1943 mit ähnlichem Tenor BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 1194-1198, 1215-1218, 1259-1262, 1305-1310, und Sonderarchiv Moskau 700-1-50, Bl. 106-124.

Ostministerium eingeladen und vermutlich auch vertreten. Das Fazit aus den wirtschaftlichen Prognosen, die als »erschütternd« bezeichnet wurden, und aus dem Mangel an Sicherungskräften (rund 200 Bataillone waren in den besetzten sowjetischen Gebieten eingesetzt) lautete, es bleibe »nur eine Konzentration der Kräfte und eine eindeutige Schwerpunktbildung übrig.« Das hieß, ganze Gebiete aufzugeben. Die »Sitzungsteilnehmer von der Front« (also aus den besetzten Gebieten, eigentlich Hinterland) waren der Ansicht, es könne noch gelingen, mit einer »durchdachten Dosierung von Zuckerbrot und Peitsche« einen »großen Teil der Bevölkerung zur aktiven Mitarbeit« zu gewinnen. Beschlossen wurde der Vorschlag, einen SS-Offizier – nämlich Bach-Zelewski – mit einem von der Wehrmacht gestellten Stabschef als Oberbefehlshaber für die Partisanenbekämpfung einzusetzen,⁸⁰⁸ was später bekanntlich scheiterte.

Zwei Tage nach der Konferenz, am 27. Mai, begann die seit längerem geplante große SS- und Polizeiaktion im östlichen Polesje. Auch der Reichskommissar Koch war ja, wie erwähnt, seit längerem für eine Räumung großer Gebiete. Er hatte dafür beispielsweise das 17 400 km² große Viereck Brest-Luniniez-Korosten-Sarny im Auge.⁸⁰⁹ Doch zunächst geschah in Berlin und Ostpreußen wenig.⁸¹⁰ Dann schob Riecke ein weiteres Schreiben nach: nun drohte angeblich der »Totalausfall« in den GK Wolhynien-Podolien, Shitomir und Kiew und damit ein Verlust von 700 000 Tonnen Getreide. Nur die Zuführung von 30 000 Soldaten könne das noch abwenden. Zudem bat Riecke um die »Durchführung einer militärischen Aktion zur endgültigen Säuberung (nicht nur Durchkämmung) der bereits völlig verloren gegangenen nördlichen Gebiete« der genannten drei Generalbezirke mit noch einmal zwei Divisionen.⁸¹¹ Das hieß ebenfalls nichts anderes als Entvölkerung.

In den nächsten Tagen folgten in Berlin hektische Gespräche auf höchster Ebene. Daraus resultierte einer der schwerwiegendsten verbrecherischen Befehle während der deutschen Besatzungsherrschaft in Teilen der Sowjetunion, den Himmler am 10. Juli 1943 verbreitete:

»1. Der Führer hat entschieden, daß die bandenverseuchten Gebiete der Nordukraine und von Russland-Mitte von jeder Bevölkerung zu räumen sind.

808 Einladungen: Auszug aus Aktenvermerk über eine Besprechung bei Chef WiStab Ost am 7. 5. 1943, Sonderarchiv Moskau, 700–1–50, Bl. 95. Zitate: Vermerk Gramschs für Göring V.P.6504g.Rs. (Mai 1943), ebd., Bl. 99f. Vgl. auch WiStab Ost, Wirtschaftliche Lage im Mai 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1063–1066. Person Bachs: Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Beauftr. VJP (Ref. Dr. Bergmann), Vermerk Betr.: Bandenbekämpfung in den besetzten Ostgebieten v. 24. 6. 1943, ebd., Bl. 125. Ob Bach-Zelewski selbst an der Besprechung in Lötzen teilnahm oder statt seiner Knoblauch oder Rode, ist unklar. Laut seinem Tagebuch (BA R 20/45b, Bl. 77) war Bach am 26. 5. bei Himmler in Lötzen, was aber eine seiner Fehldatierungen (Lesefehler) sein kann.

809 Koch an Rosenberg v. 25. 6. 1943, BA F 3355, Bl. 565–572 und Anlage 1 (Zoneneinteilung), Bl. 573f. Siehe auch WiIn Süd, Chefgr. La, an WiStab Ost, Betr.: Verluste durch Banden v. 25. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 1305–1310.

810 »[E]s muß alles getan werden, über den Vierjahresplan den Reichsmarschall nochmals für diese Sache zu interessieren.« Randnotiz: »Zur Veranl.: Dr. Bergmann«. WiStab Ost, Stab I/Ia, Aktenvermerk über die Chefbesprechung am 18. 6. v. 19. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 143.

811 Riecke an Göring zu Händen Staatssekretär Körner v. 28. 6. 1943, BA-MA RW 31/252, Bl. 75f. Körner kannte die Lage auch aus eigener Anschauung nach seiner Reise mit Riecke zur WiIn Mitte: KTB WiIn Mitte v. 20. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 16, und der vermutlich von Körner stammende, undatierte Vermerk, Sonderarchiv Moskau 700–1–50, Bl. 98/R.

2. Die gesamte arbeitsfähige männliche Bevölkerung wird gemäß noch der [sic] abzumachenden Bestimmungen dem Reichskommissar für den Arbeitseinsatz [sic] zugewiesen, jedoch unter den Bedingungen von Kriegsgefangenen.

3. Die weibliche Bevölkerung wird dem Reichskommissar für den Arbeitseinsatz zur Arbeit im Reich zugewiesen.

4. Ein Teil der weiblichen Bevölkerung und alle elternlosen Kinder kommen in unsere Auffanglager.

5. Die bevölkerungsmäßig evakuierten Gebiete sind tunlichst nach noch zu treffender Abmachung mit dem Reichsernährungsminister und dem Minister für die besetzten Ostgebiete von den Höheren SS- und Polizeiführern in Bewirtschaftung zu nehmen und dort zum Teil mit Kok-Sagys zu bebauen und soweit es möglich ist, landwirtschaftlich auszunutzen. Die Kinderlager sind an den Rand dieser Gebiete zu legen, sodaß [sic] die Kinder als Arbeitskräfte für den Kok-Sagys-Anbau und für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen.«⁸¹²

Damit wurden die von einer Reihe von Stellen – vor allem von den Strategen und Verwaltungsbeamten im Besatzungsgebiet – entwickelten Konzeptionen in einen zentralen und umfassenden Befehl umgemünzt. Letztlich basierte er auf der vor Ort entwickelten Strategie der Großoperationen gegen Partisanen. Dieser bisher wenig beachtete Befehl⁸¹³ wurde nicht nur wegen des Anbaus von Kok-Sagys, einer als kriegswichtig geltenden kautschukhaltigen Pflanze an Backe geschickt, sondern auch wegen der mit der Agrarverwaltung zusammen ausgearbeiteten Entscheidung zur Räumung landwirtschaftlich nicht lohnender Gebiete. Sie sollte innerhalb von vier Monaten stattfinden.⁸¹⁴ Wie schwerwiegend Himmlers Vorhaben waren, zeigt die Tatsache, daß er am gleichen Tag den SSPF Lublin, Globocnik, der die Ermordung der Juden des Generalgouvernements fast abgeschlossen hatte, zum Vertreter des HSSPF Rußland-Mitte bestimmte.⁸¹⁵ Verschiedene Linien liefen hier zusammen: die Bemühungen zur Entvölkerung sogenannter bandenverseuchter Gebiete, die Zwangsarbeiterbeschaffung fürs Reich, die Einrichtung von Lagern für »Bandenkinder« und Himmlers seit langem bestehendes Interesse an der Produktion von Kok-Sagys. Ende April 1943 hatte Himmler bereits Pohl mitgeteilt, »Schulkin-der« sollten im Osten den Kok-Sagys-Anbau übernehmen; nun, nach Forderungen Backes vom 3. Juli, nach einem Telefonat mit Keitel am 8. Juli und einer Begegnung am 9. Juli mit Göring, der Himmler zum »Sonderbeauftragten für den Pflanzenkautschuk« ernannte, machte er ernst. Am Tag der Besprechung mit Himmler hatte Keitel auf Hitlers Weisung vom Vortag befohlen, alle in den »Bandenkämp-fer« gefangenen Männer wie Kriegsgefangene zu behandeln und zur Arbeit ins

812 Der Reichsführer-SS, Tgb.Nr. 39/160/43g v. 10. 7. 1943 (Abschrift) mit Anschreiben Brandts an Berger und Backe v. 12. 7. 1943, Nbg. Dok. NO-2034a-c. Der Befehl war auch an die HSSPF Rußland-Mitte und Ukraine sowie den Chef der Bandenkampfverbände adressiert. Auch in BA NS 19/1432, Bl. 71, und BA F 14247; hiernach bekamen nachrichtlich auch Pohl und Kaltenbrunner ein Exemplar.

813 Vollständig (mit allen Adressaten) abgedruckt nur in: SS im Einsatz, S. 434; ohne die Adressaten Berger und Backe in Kühnrich, S. 532f. Hesse, S. 167 und 202f., lag offenbar nur eine Rückübersetzung aus dem Englischen vor. Falsche Interpretation bei Gottberg, S. 88.

814 Zeitvorstellung in: Himmler an Bach-Zelewski u. a. v. 20. 7. 1943, in: Heiber 1968, S. 222.

815 Globocnik sollte seinen Dienst »ungefähr Anfang September« antreten. Himmler an Globocnik v. 10. 7. 1943, wie Anm. 9/420 in dieser Darstellung.

Reich zu bringen.⁸¹⁶ Mit Hitler dürfte Himmler am 10. Juli zusammengetroffen sein, ein Treffen mit Bach-Zelewski ist sicher.⁸¹⁷ Die Chefgruppe Landwirtschaft im Wirtschaftsstab Ost hatte den Befehl am 2. Juli geradezu vorgezeichnet,⁸¹⁸ Backe sich möglicherweise nochmals an Himmler gewandt.⁸¹⁹ Krauchs Hilfe beim Kok-Sagys-Projekt sicherte Himmler sich mit dem Versprechen, den Ausbau eines weiteren Buna-Werks zu unterstützen (»ähnlich wie in Auschwitz, durch die Zurverfügungstellung von Insassen aus Ihren Lagern«, so Krauch).⁸²⁰ Obwohl Himmler in den folgenden Tagen mehrere Weisungen in diese Richtung gab und Besprechungen abhielt, wurde in den toten Zonen aus dem illusorischen Vorhaben eines Kok-Sagys-Anbaus (der äußerst arbeitsintensiv war) durch Frauen und Kinder nichts.⁸²¹ Kube, die Wirtschaftsinspektion Mitte und Himmlers eigener Sonderbeauftragter Stahl behielten darin recht.⁸²²

In dieser Hinsicht hatte der Befehl vom 10. Juli kaum Folgen. Anders war es mit der Einrichtung »toter Zonen«. In diesem Zusammenhang sind die Reaktionen interessant. Bei der Sitzung mit Rosenberg, Koch, Backe, Sauckel, Berger und Kube am 13. Juli im Ostministerium wurde die Räumung der »Zone I« im Polesje und von Teilen des GK Weißruthenien beschlossen – unabhängig von Himmlers Weisung, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorlag.⁸²³ Sauckels Vorschläge glichen trotzdem denen Himmlers und dem OKW-Befehl vom 8. Juli fast genau:

816 Backe: vgl. Anm. 9/818 in dieser Darstellung. Keitel: Telefonnotizen Himmlers v. 8. 7. 1943, BA-MA SF-01/22901; KTB OKW, Bd. 3, 1. Halbband, S. 762 (8. 7. 1943). Göring: Himmler v. 23. 7. 1943, BA F 4154, Bl. 294. Zu Besprechungen der Chefgr. La des WiStabs Ost mit den Chefgruppenleitern der WiIn usw. KTB WiStab Ost, Chefgr. La, v. 2. 7. 1943 und Tagesordnung für 2./3. 7. 1943, BA-MA WF-01/15898, Bl. 204 und 241.

817 Himmlers Terminblatt für diesen Tag fehlt (BA-MA SF-01/22900). Vgl. Tagebuch Bach-Zelewski v. 10. 7. 1943, BA R 20/45b, Bl. 80.

818 »Ausserdem müsste der Reichsführer-SS von den ihm gegebenen Möglichkeiten, zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, im Interesse des Kok-Sagysanbaues Gebrauch machen.« Dieser solle vor allem auf den Staatsgütern stattfinden. Doch sei zu bedenken, »dass insbesondere in den Gebieten Nordukraine und Russland-Mitte die derzeitige Bandenlage den Anbau praktisch unmöglich macht. Damit wenigstens auf den Staatsgütern Kok-Sagys angebaut werden kann, ist es notwendig, für eine Sicherung dieser Güter Vorschub zu leisten [sic].« Besprechungsvermerk Patry für Riecke v. 3. 7. 1943, BA-MA SF-01/28812, Bl. 735f.

819 »Staatssekretär Backe will dem Reichsführer SS die Schwierigkeiten der Kok-Sagys-Produktion darlegen; es ist ein höherer Arbeitseinsatz erforderlich [...].« WiStab Ost, Stab I/Ia, Aktenvermerk über die Chefbesprechung am 3. 7. v. 7. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 912.

820 Beauftr. VJP, Der Generalbevollmächtigte für Sonderfragen der chemischen Erzeugung an Himmler v. 27. 7. 1943, BA-MA SF-01/28812, Bl. 402.

821 Himmler an Bach, Pohl, Kaltenbrunner und die HSSPF Rußland-Mitte und -Süd v. 20. 7. 1943, in: Heiber 1968, S. 222f.; Himmler an die HSSPF in der Sowjetunion, Ost, Weichsel und Warthe v. 23. 7. 1943, BA F 4154, Bl. 297f.; Himmler an Kaltenbrunner v. 28. 7. 1943, BA F 14247; Der Reichsführer-SS, Adj.Tgb.Nr. 891/43geh. v. 5. 8. 1943, in: IMT, Bd. 26, S. 286f.; Himmler an Backe v. 21. 8. und dessen Antwort (paraphiert am 26. 8. 1943), BA R 26 IV/33, Bl. 94f. und 97f. – Siehe ferner Aktenvermerk über Kok-Sagys-Anbauplanung 1944 v. 18. 10. 1943, ebd., Bl. 74.

822 Vgl. Lagebericht Lohses v. 14. 10. 1943 (Auszug) mit Zitat eines Kube-Berichts, BA R 6/282, Bl. 5; WiIn Mitte, Chefgr. La, an Backe v. 14. 9. 1943, BA R 26 IV/33, Bl. 76/R; zu Stahl, Protokoll v. 22. 7. 1943, BA-MA SF-01/28812, Bl. 406. Auch Jeckelns Plan, Zwangsevakuierte aus dem neuen Truppenübungsgebiet Don-dangen (Lettland) dafür einzusetzen (Reisebericht Stahls v. 28. 8. 1943, ebd., Bl. 686), scheiterte offenbar.

823 Berger, der Rosenberg den Befehl als Verbindungsmann zum RMO übergeben sollte, erhielt ihn nach eigenen Angaben erst zwei Stunden nach der Sitzung am 13. 7.: Berger an Rosenberg v. 14. 7. 1943, BA-MA RW 31/251, Bl. 29. Ob Backe bereits Kenntnis hatte, ist nicht sicher, doch erwähnte er den Befehl in der Besprechung nicht.

»Gauleiter Sauckel schlägt vor, die Partisanengebiete zu Kriegsgebieten zu erklären und zu evakuieren, d. h. die für den Bergbau geeigneten Männer in den Bergbau des Reiches und einen Teil der Frauen in die Landwirtschaft zu bringen, die übrigen Frauen und Kinder jedoch in der Landwirtschaft der besetzten Ostgebiete einzusetzen.«⁸²⁴

Bei genauerem Hinsehen gingen Hitlers, Himmlers und Keitels Weisungen nämlich auf Sauckels Initiative zurück. Schon am 10. Juni 1943 hatte Sauckel in Kiew erklärt:

»Der Arbeitseinsatz des deutschen Volkes ist total erschöpft. [...] Er habe dies dem Führer gemeldet und ihm außerdem bekanntgegeben, daß am Ende dieses Jahres [...] der europäische Arbeitseinsatz bis auf die Reserven in den Partisanengebieten erschöpft sei. [...] Der Reichsmarschall habe angeordnet, [...] [d]ie Menschen müßten allerdings auf das Sorgfältigste bewirtschaftet werden. [...] Der Führer habe befohlen, daß in der Bekämpfung der Banden nach Maßgabe des Möglichen das geschehen werde, was notwendig sei. Jetzt beginne das Spiel der Verteilung der Arbeitskräfte.«⁸²⁵

Kube hatte bei der Besprechung am 13. Juli der Räumung größerer Gebiete im GK Weißruthenien zugestimmt,⁸²⁶ doch später gingen er und Teile seiner Verwaltung dazu auf Distanz. Bei Gesprächen mit dem stellvertretenden Ostminister Meyer am 25. August 1943 in Minsk, bei denen auch Bach-Zelewski anwesend war, hieß es:

»Darum wurde die Frage in Weißruthenien sehr eingehend diskutiert, ob es nicht zweckmäßiger sei, einzelne Gebiete vollständig zu evakuieren und tote Zonen zu schaffen. Die Kreise der deutschen Zivilverwaltung in Weißruthenien wandten sich allerdings gegen derartige Bestrebungen sehr energisch. Dort stand man vielmehr auf dem Standpunkt, daß es unumgänglich notwendig sei, [...] stärkere Polizei- und Wehrmachtsskontingente nach Weißruthenien zu verlegen und Wehrdörfer überall in diesem Raum zu errichten. [...] Zu der Frage der Evakuierung großer Gebiete wurde vom Generalkommissar und den Gebietskommissaren geäußert, daß eine solche Evakuierung unmöglich sei, da es an den notwendigen Kräften zur Durchführung einer solchen Aktion fehle. Würde man mit schwachen Kräften in einem Teilgebiet mit der Evakuierung beginnen, so würde das zur Flucht der Bevölkerung in die Partisanengegenden und zu einem allgemeinen Aufruhr führen. Es wären in einem solchen toten Raum nur noch die Schienenwege vorhanden, die nicht mehr gesichert werden könnten, da links und rechts der Bahn dann das gesamte Gebiet von den Banden beherrscht werde.«⁸²⁷

824 [RMO,] Hauptabteilung II, Sitzungsvermerk v. 20. 8. über die Tagung am 13. 7. 1943 (Abschrift), Nbg. Dok. NO-1831, Fall 11, ADB 66, Bl. 83–98, hier Bl. 90f.

825 Göring forderte außerdem »Leistungssteigerung« durch »bessere Verpflegung, Behandlung und Unterbringung« der Arbeitskräfte. Vermerk Reichsverkehrsdirektion Kiew 2 P 31 Pwhk v. 11. 6. 1943 über eine Besprechung mit Sauckel am 10. 6., BA-MA H 12/59.

826 Siehe Vermerke RMO, Hauptabt. II, und Küpers über die Sitzung am 13. 7. 1943, wie Anm. 9/824 in dieser Darstellung bzw. BA-MA RW 31/248.

827 Vermerk über die Reise des Ständigen Vertreters [...] Dr. Meyer nach Kauen, Wilna, Dünaburg und Minsk 20.–26. 8. v. 7. 9. 1943, BA R 6/281, Bl. 57/R und 60R; auch in BA 11.01, Nr. 51, Bl. 3 und 6R. Bach kam eigens für das Treffen aus Lötzen nach Minsk: Tagebuch Bach v. 25. 8. 1943, BA R 20/45b, Bl. 83. Ähnlich Kube an A. Meyer v. 27. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 190–196, hier Bl. 195, mit

Doch Meyer hatte zu diesem Zeitpunkt Himmlers und Hitlers Weisung bereits akzeptiert und einen entsprechenden Erlaß herausgegeben, nachdem alle Maßnahmen in Zusammenarbeit zwischen den Reichskommissaren und HSSPF sowie zwischen den Generalkommissaren und den SSPF durchzuführen seien: »Bei der Abgrenzung der zu evakuierenden Gebiete sind die allgemeine Bandenlage, die polizeilichen Sicherheitserfordernisse und die wirtschaftliche Bedeutung dieses Raumes zu beachten.«⁸²⁸

Federführend war dafür der Abteilungsleiter »Allgemeine Verwaltung« im Ostministerium, Dr. Walter Labs.⁸²⁹ Doch Meyers Erlaß beruhte in erster Linie auf einer Vorlage des Leiters der Abteilung Erfassung der Landwirtschaftsabteilung des Ostministeriums, Küper.⁸³⁰ Den Anspruch der Zivilverwaltung, über die zu entvölkern Gebiete mit zu bestimmen, machte indirekt auch Rosenberg geltend, der faktisch jedoch wieder einmal nur über den Eingriff in seine Kompetenzen und fehlende Inkenntnissetzung »eingeschnappt« war, so jedenfalls Berger.⁸³¹ Ob das Ostministerium festlegte, wo »tote Zonen« geschaffen werden sollten, wie Bach-Zelewski mehrfach behauptet hat, ist nicht sicher.⁸³² Von Gottberg etwa verlangte darüber Vorschläge seiner SSPF.⁸³³ Es darf als sicher angenommen werden, daß es darüber jeweils Verhandlungen und einvernehmliche Lösungen zwischen Verwaltung und Exekutive gab,⁸³⁴ wie, einem Bericht der Wirtschaftsinspektion Mitte vom Dezember 1942 zufolge, im Militärverwaltungsbereich: »Außerdem ist durch Stellungnahme der Chefgruppen Neufestlegung der Räume im Heeresgebiet Mitte im Gange, die wirtschaft-

Abschrift eines Vermerks Rieckes »Mit allem vollkommen einverstanden«; weiteres Exemplar BA R 6/27, Bl. 140. Siehe auch Zitate aus einem Bericht Kubes in Lohses Lagebericht v. 14. 10. 1943, BA R 6/282, Bl. 5.

828 RMO, II 1d 1443/43g an RKO, RKU und GK Weißruthenien (gez. Meyer) v. 20. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 112.

829 Labs hatte durchaus »Bedenken gegen die Durchführung dieses Befehls« Himmlers gehabt. Er forderte eine Mitsprache der RK, GK und Gebietskommissare bei der Festlegung der zu räumenden Gebiete; eine vollständige Evakuierung, soweit sie angeordnet werde; Arbeitskräfterekrutierung und Bewirtschaftung der »toten Zonen« durch die Zivilverwaltung, soweit letztere überhaupt möglich sei, und eine Berücksichtigung der politischen Auswirkungen, zu der sich die Stellen vor Ort zu äußern hätten. Er bezweifelte, daß die »toten Zonen« wirksam abgeriegelt werden könnten, und warnte vor ihrer immer weiteren Ausdehnung im Fall von »Durchbrüchen«. Vermerk II 1 1272/43 für Allwörden v. 20. 7. 1943 (gez. Labs/Abschrift), Nbg. Dok. PS-1528, Fall 11, ADB 68, Bl. 207–209.

830 MVV Chef Küper, WiStab Ost, Chefgr. La 3–1051–1393/43geh an Berger v. 23. 7. 1943 mit Entwurf eines Ergänzungserlasses, BA-MA RW 31/251, Bl. 25f. Die zitierte Formulierung des Meyer-Erlasses war hierin enthalten.

831 Berger an Himmler v. 27. 7. 1943, BA F 2918, Bl. 889. Vgl. Rosenberg an Himmler v. 20. 7. 1943, BA NS 19/1432, Bl. 74.

832 Vgl. Vern. Bach-Zelewski v. 27. 8. 1947, IfZ Zs 543/II, Bl. 20f.; eidesstattl. Erkl. Bach-Zelewski v. 10. 9. 1947, StA Nürnberg-Fürth 72 Ks 3/50a-b (im StA Nürnberg), Bd. 5 (Nbg. Dok. NO-5478). Eine Zuständigkeit der Hauptabteilung Politik bestritt deren ehemaliger Leiter Georg Leibbrandt (Vern. v. 3. 11. 1948, ebd., Bd. 1, Bl. 45R).

833 HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien an die SSPF in Minsk, Mogilew und Tschernigow v. 2. 8. 1943 (Abschrift), BA-MA RH 19 II/173, Bl. 48.

834 Als Konsequenz aus Himmlers Weisung v. 10. 7. benannte die Chefgr. La im WiStab Ost (gleichzeitig des RMO) einen Verbindungsmann zum »Chef der Bandenkampfverbände«, um die Einsatzgebiete festzulegen. WiStab Ost, Stab I/Ia, Gesamtüberblick 2. Quartal v. 31. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1052.

lich unwichtig und bandenverseucht [sind] und die zu Gunsten der befriedeten Gebiete entvölkert und ausgeräumt werden sollen.«⁸³⁵

Schon diese offenerherzige Formulierung zeigt, daß hinsichtlich dieser Strategie zwischen Wehrmacht, SS und Wirtschaftsverwaltung sehr weitgehend Einigkeit herrschte, ja, daß man im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte besonders früh darauf gekommen war. Das OKW zum Beispiel beobachtete die neue Entwicklung mit großflächigen Entvölkerungsversuchen sehr aufmerksam,⁸³⁶ und der Oberquartiermeister der Heeresgruppe Mitte, Oberst v. Unold, hatte zumindest nichts gegen Himmlers Pläne einzuwenden.⁸³⁷

Kurz zuvor waren nämlich entsprechende Konzepte auch bei der Heeresgruppe Mitte entwickelt worden. Bereits im April 1943 hatte die Führungsabteilung der Heeresgruppe Mitte dem OKH auf Initiative der 3. Panzerarmee vorgeschlagen, »[g]rosse Waldgebiete« müßten »vollständig evakuiert und zu Sperrgebieten für die Zivilbevölkerung erklärt werden.« Es handelte sich um Vorschläge zur Ergänzung der »Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten«.⁸³⁸ Am 23. Juni 1943 hatte der Kommandeur des Kavallerie-Regiments Mitte, Major Georg Freiherr v. Boeselager, dem Oberkommando der Heeresgruppe Mitte einen Erfahrungsbericht zur Partisanenbekämpfung mit Vorschlägen zu einer neuen Vorgehensweise übersandt. Sie lauteten im Kern:

»Für den deutschen Soldaten ist es unmöglich[,] den Partisan von dem Nichtpartisan zu unterscheiden. Die Partisanen besitzen sämtliche Ausweise, sämtliche Arten von Uniform und Zivil. Nach Ansicht des Regts. muß das Gebiet eingeteilt werden in

- a) befriedetes Gebiet –
- b) bandengefährdetes Gebiet –
- c) bandenverseuchtes Gebiet.

Zu a) *Befriedetes Gebiet* ist nur dort, wo deutsche Truppen sind. Die Zivilbevölkerung läßt sich dort überwachen. Partisanen können nur ganz vereinzelt mal auftreten. [...]

Zu b) Im *bandengefährdeten Gebiet* dürfen die Männer nur geschlossen den Ort verlassen und geschlossen arbeiten. [...] Alle in diesem Gebiet einzeln oder in kleinen Trupps herumgehenden Männer müssen sofort erschossen oder gefangen ge-

⁸³⁵ WiIn Mitte, Stab I/Ia, Betr.: Erfahrungsbericht über die Zusammenarbeit in der Bandenbekämpfung mit den militärischen Dienststellen (i. A. gez. Opale, Hauptmann) v. 11. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 698. Für das Okdo. H.Gr. Mitte wurde eine »Karte der leer zu machenden Räume, auf der an den Schnittpunkten der Interessen unserer Chefgruppen gleichzeitig die wirtschaftlichen Schwerpunkte zu erkennen sind«, erarbeitet. Aktennotiz über den Besuch des Chefs des Stabes Oberst Gericke vom 29.–31. 12. 1942, ebd., Bl. 699. (Von Gericke war in Wirklichkeit Ib der H.Gr.)

⁸³⁶ Im KTB OKW (Bd. 3, 1. Halbband, S. 775f.) hieß es unter dem 13. 7. 1943, daß vor neuen Schritten »das Ergebnis des in Weißruthenien unternommenen Versuchs abgewartet werden müsse.«

⁸³⁷ Dem Berück Mitte war vertraulich der Himmler-Befehl v. 10. 7. 1943 zugegangen (als Abschrift des HSSPF vom 2. 8.). Er leitete ihn an v. Unold und dieser wiederum an Heusinger im OKH weiter: Berück Mitte, Quartiermeister, Betr.: Erfassung der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung in Rußland-Mitte v. 20. 8. 1943 (Kenntnisnahme v. Gersdorff am 29. 8. 1943), und Okdo. H.Gr. Mitte, Ia (gez. Krebs) an OKH/Op.Abt. v. 26. 8. 1943 (Entwurf) sowie Abschrift des Himmler-Befehls mit Notizen v. Unolds, BA-MA RH 19 II/173, Bl. 46–48.

⁸³⁸ Okdo. H.Gr. Mitte, Ia Nr. 3605/43geh an OKH, Ausbildungsabteilung, v. 9. 4. 1943, BA-MA WF-03/5365, hier Bl. 934; PzAOK 3, Abt. Ic/A.O./Ia v. 5. 4. 1943, ebd., hier Bl. 943.

nommen werden. Dies läßt sich durch intensive Spähtrupptätigkeit der eigenen Truppe oder O.D. erreichen.

Zu c) Aus dem *bandenverseuchten Gebiete* müssen alle Männer weggeschafft werden. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt werden die Männer bis 50 Jahre von der Truppe aufgegriffen und der Wirtschaftsinspektion als Arbeitskräfte zugeführt. Nach dieser Zeit werden die Männer in diesem Gebiet erschossen.

Das Regt. glaubt durch diese Maßnahmen die Grenzen des befriedeten und partisanengefährdeten Gebietes immer weiter in bisher partisanenverseuchtes Gebiet verschieben zu können [...].⁸³⁹

Dieser Plan unterschied sich nur in Nuancen von den bereits vorgestellten. Auf der einen Seite wollte v. Boeselager »nur« die Männer aus den »bandenverseuchten Gebieten« ausgesiedelt sehen, und diese sollten lediglich innerhalb des Heeresgruppengebiets als Zwangsarbeiter eingesetzt werden, nicht in Deutschland, denn sie sollten »unter allen Umständen« in ihre Dörfer zurückkehren, wenn ihre Gegend in ein »bandengefährdetes Gebiet« zurückgestuft wurde.⁸⁴⁰ Die »Groß-Unternehmen« gegen Partisanen sollten nach v. Boeselager nicht fortgesetzt und durch die von ihm skizzierte »intensive Spähtrupptätigkeit« ersetzt werden, allerdings nur, weil es mit den Großoperationen nicht gelinge, die Partisanen wirklich zu treffen.⁸⁴¹ Andererseits sah sein Projekt vor, alle Männer im »bandenverseuchten« Gebiet zu erschießen, wenn es zum Sperrgebiet erklärt worden war, und einen Teil der Männer im »bandengefährdeten« Gebiet.⁸⁴² Damit ging er auf dem Papier weiter als Hitler, Himmler und Keitel, die unter Umständen selbst bewaffnet gefangene Partisanen als Zwangsarbeiter verwenden wollten. Außerdem konnten damit auch leicht Frauen und Jugendliche von Erschießung betroffen sein, denn gerade in Sperrgebieten praktizierten die Deutschen oft das sogenannte »Abschießen« aus der Distanz, und da waren Jugendliche oder in Hosen gekleidete Frauen von Männern nicht unbedingt zu unterscheiden. Ob jemand Partisan, Unterstützer der Partisanen oder unbeteiligt war, spielte bei v. Boeselager überhaupt keine Rolle mehr.⁸⁴³ Daß sich die Zivilbevölkerung ganzer Gebiete widerstandslos einer Zwangsumsiedlung fügen würde, konnte niemand ernsthaft annehmen. Da die Deutschen Widerstand entsprechend ahndeten, mußte es mit Sicherheit zu einer großen Zahl von Todesopfern kommen.

Von Boeselagers Anregungen wurden in der Führung der Heeresgruppe Mitte positiv aufgenommen, besonders beim Leiter der Führungsabteilung (Ia) der Heeres-

⁸³⁹ Kavallerie-Regiment Mitte, Erfahrungsbericht über die Kampftaktik der Partisanen und Möglichkeiten unsererseits die Bandengefahr zu beschränken (Unterschrift: Frhr. von Boeselager) v. 23. 6. 1943, BA-MA RH 19 II/172, Bl. 41–46, Zitate Bl. 45 (Ansreiben v. Boeselagers an Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, v. 24. 6. 1943 ebd., Bl. 39).

⁸⁴⁰ Alles ebd., Bl. 45.

⁸⁴¹ Erläuterung v. Boeselagers v. 9. 7. 1943, BA-MA RH 19II/172, Bl. 47.

⁸⁴² Wie Anm. 9/839 in dieser Darstellung.

⁸⁴³ Von Boeselager lieferte dazu selbst mehr oder weniger eine Begründung: »Wie wiederholt festgestellt werden konnte, wird als Partisan alles bezeichnet, was bei einem Unternehmen umgeschossen wird. Das ist nur dann richtig, wenn man von dem Standpunkt ausgeht, daß alle Zivilisten im partisanenverseuchten Gebiet Partisanen sind. Es ist selbstverständlich, daß die Zivilisten in diesem Raum die Partisanen unterstützen, wenn sie am Leben bleiben wollen, bleibt ihnen garnichts [sic] anderes übrig. Sie verstehen selbstverständlich auch die Banden mit Nachrichten.« Kavallerie-Regiment Mitte, Erfahrungsbericht v. 23. 6. 1943, BA-MA RH 19 II/172, Bl. 43.

gruppe, Oberst i.G. Henning v. Tresckow.⁸⁴⁴ Er sandte Abschriften der Boeselager-Denkschrift umgehend an die Operationsabteilung und auch gleich an die Ausbildungsabteilung im OKH sowie den General der Ostruppen und empfahl ihnen Boeselagers Pläne mit den Worten: »Die Vorschläge auf Seite 5 verdienen besondere Beachtung.«⁸⁴⁵ (Sowohl in der verschickten Abschrift als auch im Original des Boeselager-Papiers erschienen dessen zitierte Anregungen auf Seite 5 und keine anderen Vorschläge.⁸⁴⁶) Nicht nur das: v. Tresckow verlangte von allen Armeen und vom Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes der Heeresgruppe eine Stellungnahme »zu den auf Seite 5 gemachten Vorschlägen«.⁸⁴⁷ Aus diesen Stellungnahmen ließ v. Tresckow eine tabellarische Übersicht anfertigen. Kritische Anmerkungen der Armeen – die den Plänen insgesamt nicht abgeneigt waren – ließ v. Tresckow teilweise nicht gelten, wie seine handschriftlichen Kommentare beweisen.⁸⁴⁸

Die Dimension dieser Pläne wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß in der Führungsabteilung der Heeresgruppe damals 46 Prozent des rückwärtigen Heeresgebiets Mitte (52 150 km²) als »bandenvers[eucht]« galten, 31 Prozent (34 900 km²) als »bandengef[ährdet]« und nur 23 Prozent (24 100 km²) als befriedet.⁸⁴⁹ Allein die Umsiedlung aller Männer aus den »bandenverseuchten« Gebieten hätte mehr als

844 Tresckow hatte bereits die Aufstellung des Kav.Rgt.Mitte im Frühjahr 1943 – ausdrücklich zum Zweck der Partisanenbekämpfung – gefördert. Bericht Major v. Amsberg, Höherer Kav.Offizier beim General der Infanterie beim ObdH v. 28. 4. 1943, in: Doeppen, hier S. 139.

845 Okdo. H.Gr. Mitte, Ia Nr. 6810/43 v. 27. 6. 1943 (Entwurf, gez./Unterschrift: I. A. T[resckow]), ebd., Bl. 40. Das Schreiben wurde tatsächlich abgeschickt. Das zeigt zum einen der Vermerk »Nach Abgang: Ia, O.Qu., Gen. d. Pi, H.N.Fü., Stoart, Ic, KTB«, womit weitere Adressaten genannt waren, zum anderen zeigt es sich an der Tatsache, daß der Berück Süd übers OKH eine Abschrift erhielt (BA-MA WF-03/7422, Bl. 1195–1199; OKH, Gen. d. Inf. VI an H.Gr. Nord und Süd v. 31. 7. 1943, Bl. 1194; ders., verschiedene Anschreiben v. 17./18. 7. 1943, BA-MA RH 11 I/39, Bl. 1–4). – Vgl. auch die beifälligen Kommentare in unbekannten Handschriften auf dem Original, BA-MA RH 19 II/172, Bl. 38.

846 Ebd., Bl. 38 bzw. 45.

847 Okdo. H.Gr. Mitte, Ia Nr. 6810/43 (gez./Unterschrift: I.A. T[resckow]) an AOK 2 und 4, PzAOK 2 und 3, Gruppe Weiß [AOK 9] und Berück Mitte v. 27. 6. 1943, ebd., Bl. 33; an Korück 532: Bl. 51.

848 Vgl. die Übersicht »Stellungnahmen zum Erfahrungsbericht Boeselager« (undatiert), ebd., Bl. 34. Antworten an Okdo. H.Gr. Mitte, Ia: Fschr. Berück Mitte, Ia, v. 11. 7. 1943, ebd., Bl. 11/R (forderte stärkere Sicherungskräfte und das Niederbrennen der evakuierten Dörfer); Korück 532, Ia, v. 9. 7. 1943 (über PzAOK 2), ebd., Bl. 48–50 (Vorschläge seien »sehr gut [...], wo sie auch praktisch durchführbar sind«, doch »wirtschaftliche Gründe« sprächen gegen Evakuierungen und »Erschießungen in dem vorgeschlagenen Maße«); ähnlich PzAOK 2, Ia/Id, v. 13. 7. 1943, Bl. 52/R; PzAOK 3, Ic/AO (Abw.III) v. 5. 7. 1943, Bl. 53 (im »bandenbesetzten Gebiet« alle Bewohner evakuieren, teilweise auch in »bandengefährdeten Gebieten«); AOK 9, Abt. Ia/ Ic/AO Abw III v. 8. 7. 1943, Bl. 54 (»A.O.K. 9 schließt sich den Vorschlägen [...] in vollem Umfange an«); AOK 4, Ia, v. 3. 7. 1943, Bl. 55 (»unzweckmäßige« hinsichtlich »bandengefährdetem« Gebiet, weil es, wenn eine derartige Überwachung möglich sei, als befriedet behandelt werden könne); AOK 2, Ia, v. 9. 7. 1943, Bl. 56f. (»ist nicht die Einteilung in bestimmte Räume, sondern die stets wechselnde Art der [...] Bekämpfung der Banden das Wesentliche«). Auf diese einzige grundsätzliche taktische Kritik hin notierte v. Tresckow handschriftlich: »1.) Bei 2. Armee liegen doch *besondere* Verhältnisse vor! 2.) Theoretisch ist die unsystematische »stets wechselnde« Bekämpfung sicher das ideale [sic], in der Praxis ist aber doch die klare Abgrenzung bestimmter Gebiete mit Rücksicht auf die schwerfälligen Sicherungskräfte oft zweckmäßig. T« (ebd., Bl. 57; Hervorhebung im Original).

849 »Flächeninhalt vor und nach der »Hagen«-Bewegung«, August 1943, BA-MA WF-03/5377, Bl. 1211f. Diese Aufstellung stammte wahrscheinlich vom Oberleutnant Fabian v. Schlabrendorff; vgl. den Auftrag an ihn in: Ia/op, Betr.: Berechnungen als Grundlage für die Neuordnung der Sicherungsverbände v. 8. 8. 1943, ebd., Bl. 1215.

370 000 Personen erfaßt.⁸⁵⁰ Von Tresckows Bemühungen trafen mit denen der Wirtschaftsinspektion Mitte und der Zentralstellen des Reiches zusammen. Nicht zufällig war v. Boeselagers Verband bis zu seinen Vorschlägen zu »Bandenunternehmen« ausgerechnet im Auftrag der Wirtschaftsinspektion »in von ihr bestimmten Gebieten« eingesetzt gewesen.⁸⁵¹ Die Einteilung in »befriedete«, »partisanengefährdete« und »partisanenverseuchte« Gebiete hatte es schon zuvor gegeben. Bei der GFP wurden entsprechende Karten seit Juni 1942, beim Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet seit November 1942 geführt. Ähnlich ging das OKH vor.⁸⁵² Auch die Wirtschaftsverwaltung unterschied in dieser Weise, nur mit anderen Begriffen.⁸⁵³

Der genaue Einfluß der Initiative v. Boeselagers und v. Tresckows auf die deutsche Führungsspitze ist unbekannt. Sicher ist aber, daß Boeselagers Denkschrift über das OKH auch Hitler vorgelegt wurde und seine »Billigung« fand, und zwar etwa in jener Zeit, als dieser Himmler den Befehl zur »Räumung« ganzer Gebiete mitteilte.⁸⁵⁴

Die Folge all dieser Initiativen war, daß ein Vorgehen zur Vorschrift wurde, das v. Boeselagers Vorschlägen ähnelte. Am 14. Juli – am Vortag des Sauckel-Besuchs – unterzeichnete der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, v. Kluge, einen von nicht weniger als fünf verschiedenen Abteilungen seines Stabes zusammen erarbeiteten Befehl, dessen Kernsatz hieß: »Zur weiteren Erhöhung des Reichseinsatzes sind grundsätzlich im Zuge von Bandenunternehmen *alle arbeitsfähigen Personen aus Bandengebieten*, die nur vorübergehend besetzt werden, zu erfassen und ins Reich abzubefördern«. ⁸⁵⁵ Weiter hieß es: »In *bandenverseuchten Dörfern* sowie in *bandengefährdeten Gebieten* sind mit der Zeit *alle männlichen wehrfähigen Personen im Alter von 15–45 Jahren* wegen Bandenbegünstigung festzunehmen.«⁸⁵⁶

Von Tresckow selbst unterschrieb später als Stabschef der 2. Armee einen Befehl, in dem es hieß: »In den Bandengebieten und in den Teilen des Armeegebietes,

850 Berechnet auf folgenden Grundlagen: geschätzte Bevölkerungsdichte in den betroffenen Gegenden 30 Einwohner je qkm (Mindestwert); von jeweils 1000 Einwohnern im Heeresgruppenbereich waren 240 Männer. Vgl. Statistischer Arbeitsausschuß der WiIn Mitte, Statistischer Bericht Nr. 1 (Juli 1943), BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 893–896.

851 Besprechung über Sicherungsfragen im rückw. Heeresgebiet am 31. 5. 1943, BA-MA WF-03/5377, hier Bl. 1312. Zu weiteren Antipartisaneneinsätzen des Kav.Rgt. Mitte: v. Hobe/Görlitz, S. 69–74; Doeppen, S. 77; KTB Kav.Rgt. Mitte ab dem 28. 10. 1943 (mehrere Einsätze), BA-MA RH 40/28.

852 Gruppe GFP 723, Monatsbericht v. 26. 6. 1942, Anlage, BA D-H ZM 868, A. 4, Bl. 153 und öfter. Unter Verwendung ähnlicher Begriffe: Befehl des Berück in: Besprechungspunkte mit Ia v. 3. 11. 1942, BA-MA WF-03/7417, Bl. 79; OKH, Fremde Heere Ost, Bandengebiete Mitte Mai 1943, IfZ Fb 101/34.

853 Z. B. »Sichere Erfassungsfläche/Angebot, nicht sicher zu erfassen/Fällt für Erfassung aus«: ZStA Minsk 393–1–99, Bl. 62ff. Vgl. WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 26 v. 4. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 891; WiStab Ost, Monatsbericht März v. 17. 4. 1943, Anlage 2, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 128–130; Mavrogordato/Ziemke, S. 535f.

854 »Der Bericht hat dem Führer vorgelegen und seine Billigung gefunden.« Anschreiben OKH, GenStdH/Gen. d. Inf. VI an SS-Führungshauptamt, Amtsgruppe 3/In 3 v. 18. 7. 1943, BA-MA RH 11 I/39, Bl. 2. Von Tresckow hatte den Bericht am 27. 6. 1943 ans OKH geschickt, Hitler ihn also vor dem 18. 7. 1943 gelesen. Himmlers Befehlsweitergabe erfolgte am 10. 7. 1943.

855 Okdo. H.Gr. Mitte He.Wi.Fü./Ia/OQu/IVa/VII/Qu.2 v. 14. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 621 (Hervorhebungen im Original). Vgl. die Weitergabe des Befehls: Berück Mitte, Betr.: Erfassung von landeseigenen Arbeitskräften für den Arbeitseinsatz, Bl. 646, und beschönigend Vern. Georg v. Unold v. 20. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 8, Bl. 183.

856 Korück 559, Ia/Ic/Qu/VII, v. 4. 12. 1943, BA-MA RH 23/154 (Hervorhebungen im Original).

die dem Feinde überlassen werden sollen, wird auf die Landbewirtschaftung verzichtet.« Die dortige Bevölkerung war, soweit arbeitsfähig, zu evakuieren.⁸⁵⁷ Schließlich wurde die Möglichkeit der Evakuierung ganzer Gebiete auch in der von Bach-Zelewski mit erarbeiteten Wehrmachtsvorschrift »Bandenbekämpfung« vom 6. Mai 1944 festgeschrieben.⁸⁵⁸ Der Oberquartiermeister der Heeresgruppe Mitte, v. Unold, wollte sogar noch weiter gehen und das gesamte Gebiet der Heeresgruppe sowie alle Bewohner einbeziehen:

»In befriedeten Gebieten wird für alle deutschen Soldaten die »Einzeljagd« freigegeben. Jeder deutsche Soldat ist berechtigt und verpflichtet[,] auf jeden frei herumlaufenden Landeseinwohner beiderlei Geschlechts zu schießen, wenn er sich alleine ausserhalb der Ortschaften herumtreibt. Voraussetzung für die »Einzeljagd« ist eine vorher durchzuführende Neuorganisation des Arbeitsverfahrens. Jede Arbeit wird nur als Gemeinschaftsarbeit geleistet.«⁸⁵⁹

Dazu kam es freilich nicht mehr, weil den Deutschen die Kräfte dafür fehlten; solche Pläne durchzuführen, hätte auch der Idee der Agrarordnung widersprochen. Aber nicht alles blieb Papier. Die Frage, inwieweit die Deutschen insgesamt wirklich »tote Zonen« schufen, soll im folgenden, abschließenden Abschnitt behandelt werden.

d) Das tatsächliche Ausmaß der »toten Zonen«

John Armstrong hat festgestellt, die Pläne der Deutschen, durch Evakuierung ganzer Gebiete die Partisanen zu isolieren, hätten wegen der Größe dieser Territorien und ihrer Bevölkerung, wegen des schwierigen Geländes und wegen der Stärke der Partisanen nicht funktionieren können.⁸⁶⁰ Sicher konnten die Deutschen den Einfluß der Partisanen in Weißrußland dadurch nicht ausschalten und längst nicht alle Bewohner der zu räumenden Gebiete festnehmen, weil sie als Flüchtlinge in die Wälder gingen. Doch trotz des fehlenden Erfolgs wandte die Besatzungsmacht dieses Mittel an, wie schon gezeigt wurde.

Nach Himmlers oder Hitlers Weisung vom 10. Juli 1943 geschah das zum ersten Mal beim Unternehmen »Hermann« im Raum Nowogrodek-Woloshin (13. Juli bis 11. August). Auf v. Gottbergs Befehl mußte die Bevölkerung eines bestimmten Gebiets »entsprechend Führerbefehl restlos evakuiert« werden. Die arbeitsfähigen Einwohner sollten vom »Arbeitseinsatzstab, Regierungsrat Tuschen, erfasst« werden. »Für die Behandlung des Restes sind die Gebietskommissare verantwortlich. [...] In dem evakuierten Raum sind Menschen in Zukunft Freiwild.«⁸⁶¹ Dem Abschlußbericht zufolge begann die Aussiedlungsaktion am Morgen des 6. August und war am Abend des 11. August beendet. Viele Menschen wurden von den deutschen Einheiten

857 AOK 2, O.Qu./Ic/IVa/IVb/A.Wi.Fü./VII/Qu.2, Betr.: Erfassung der Zivilbevölkerung (gez. Tresckow) v. 27. 5. 1944, BA-MA WF-03/26817, Bl. 51–62, Zitat Bl. 51. Zu diesem Befehl auch S. 1097 in dieser Darstellung.

858 OKW/WFSt, Merkblatt 69/2 »Bandenbekämpfung« (gez. Jodl), in: N. Müller 1982, hier S. 173.

859 O.Qu., Notiz. Gedanken zur Bandenbekämpfung v. 14. 11. 1943, BA-MA WF-03/5369, Bl. 227f.

860 Armstrong, S. 30.

861 Kampfgruppe v. Gottberg, Ia, Befehl zur Evakuierung des Raumes [...] v. 1. 8. 1943, IfZ Fb 85/II. Siehe auch Einsatzgruppe Dirlwanger, Zusatzbefehl zum Evakuierungsbefehl Kampfgruppe v. Gottberg v. 3. 8. 1943, BA-MA SF-02/31685, Bl. 420.

erschossen, anstatt sie umzusiedeln. Doch fand auch die Umsiedlung statt, teilweise übernommen von den Kreislandwirten.⁸⁶² »Außerdem war befohlen«, so v. Gottberg, »Bauten und alles, was sich überhaupt zerstören läßt, zu vernichten.«⁸⁶³ »So weit es möglich ist«, waren sogar die Wälder »durch Brand zu vernichten« – übrigens offenbar kein Einzelfall in Weißrußland⁸⁶⁴ und von der gleichen Taktik bestimmt wie später im Vietnamkrieg, wo Entlaubungsmittel und Napalm eingesetzt wurden. Nach der Aktion »Hermann« stellte zum Beispiel der »Bezirk Iwenez [...] eine verbrannte Wüste dar.«⁸⁶⁵

Dieses Unternehmen führte allerdings zu Protesten der Agrarbehörden in Minsk und in Berlin, nicht weil dabei Menschen zu Schaden kamen, sondern wegen des Zeitpunkts kurz vor und während der Ernte. Denn dafür war von der Landwirtschaftsabteilung in Minsk unter Wilhelm Freitag ein minuziöser Plan für den Einsatz der Sicherungskräfte ausgearbeitet worden, um die Verluste durch Partisanen niedrig zu halten. Je Rayon sollten drei »Jagd- und Druschkommandos« zu je 30 bis 60 Mann aufgestellt werden. Noch Ende Juni hatte v. Gottberg die Durchführung zugesagt.⁸⁶⁶ Als Freitag kurz darauf erfuhr, daß der SSPF diesen Einsatzplan durch die Großaktion umwerfen und die Kräfte anders einsetzen wollte, wandte er sich an Riecke, der ihm schon seit der gemeinsamen Arbeit in Westfalen verbunden war.⁸⁶⁷ Die Chefgruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabs Ost und des Ostministeriums sprach die Angelegenheit zunächst in Anwesenheit Herbert Backes am 2. Juli in Berlin mit Freitag und Matthiessen durch. Backe, so wurde beschlossen, solle sich an Himmler wenden, was er am 7. Juli mit einem vier Seiten langen Fernschreiben tat. Himmler sagte nur unverbindlich seine Unterstützung zu, und die Operation »Hermann« wurde nicht abgesagt.⁸⁶⁸ Das wiederholte Beharren Kubes und Freitag hatte dann

862 Siehe ebd. und Kampfgruppe v. Gottberg, Ia, Gefechtsbericht über das Unternehmen »Hermann« v. 20. 8. 1943, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 42. Ferner Kreislandwirt Iwenez an GebK Minsk v. 8. 8. 1943, IfZ MA 707/1; Propagandist Bjedritzki an GebK Werner in Baranowitschi v. 13. 8. 1943 (Evakuierungen aus dem Rayon Stolbzy), BA R 90/158. Beschuldigtenaussagen ehemaliger Angehöriger des Schumabl. 57: Vern. I. G. G. v. 11. 6. 1971, ZSt Dortmund 45 Js 11/62, Sonderordner; Vern. I. M. K. v. 15. 8. 1945, S. K. M. v. 16. 9. 1945 und N. P. S. v. 22. 8. 1945, ebd., Bd. 24, Bl. 44, 74, 98–100.

863 Gefechtsbericht v. 20. 8. 1943, wie Anm. zuvor; »nachhaltigstes Zerstören von Dörfern, Brücken, Wäldern, Feldern, Brunnen u.s.w. im evakuierten Raum«: Einsatzgruppe Dirlwanger, Zusatzbefehl v. 3. 8. 1943, vorletzte Anm.

864 Kampfgruppe v. Gottberg, Befehl zur Evakuierung v. 1. 8. 1943, wie Anm. 9/861. Vgl. die Beobachtungen des Journalisten Alexander Werth (S. 590) vom Flugzeug aus im August 1944.

865 Vern. I. G. G. v. 11. 6. 1971, ZSt Dortmund 45 Js 11/62, Sonderordner.

866 Vgl. Freitag an die GebK v. 13. 5. und 26. 6. 1943 (hiernach Zusage v. Gottberg), BA R 93/7, Bl. 1 und 7f.; LO, Zweigstelle Minsk, Betrifft: Einsatzvorschlag, Bezug: Rücksprache zwischen HAL Freitag und Obzlm. [Oberzahlmeister] Floß am 13. 6. v. 19. 6. 1943, ZStA Minsk 370–I–481, Bl. 26–28; offizieller Vorschlag: Freitag an v. Gottberg v. 23. 6. 1943, ZStA Minsk 370–I–2123, Bl. 55a/R.

867 Freitag an Riecke v. 28. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 372–380 (auch in: IMT, Bd. 31, S. 462–470), Begleitschreiben Kubes v. 29. 6. 1943 an Riecke: ebd., Bl. 92–94. Zu Freitags Verhältnis zu Riecke auch Vern. Freitag v. 28. 4. 1968, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. Angehörige anderer Dienststellen. Streckweise eine Paraphrase des Freitag-Memorandums: Kube an A. Meyer v. 27. 8. 1943, BA R 6/27, Bl. 133–142, und [RSHA?] III D Ost – 123, Betr.: Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Weissruthenien v. 7. 9. 1943 (Abschrift), BA-MA FPF-01/8113, Bl. 256–258.

868 Siehe WiStab Ost, Chefgr. La, Niederschrift über die Tagung der Chefgruppenleiter am 2. 7. v. 16. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 904; Fsch. Backe an Himmler v. 7. 7. 1943 und Himmler an Backe vom gleichen Tag, ebd., Bl. 24f. und 21 (ersteres auch BA NS 19/982, Bl. 12–13R). Zu der Berliner Besprechung

aber doch Erfolg, denn durch v. Gottberg und Bach-Zelewski wurden danach zugunsten der Erntesicherung »weitere Grossaktionen zunächst abgeblasen«. ⁸⁶⁹ Für die Kartoffelernte 1943 gab v. Gottberg, nunmehr Generalkommissar, selbst entsprechende Anweisungen an die Polizei und sorgte für eine bessere Koordination. ⁸⁷⁰ Tatsächlich trat im Spätherbst dieses Jahres eine Pause bei den Aktionen im GK Weißruthenien ein.

Doch an der Schaffung »toter Zonen« hielten die Besatzungsbehörden fest. Im GK Weißruthenien lagen Ende Juni 1943 115 000 Hektar Ackerland infolge Entvölkerung wüst, Ende August schon 240 000 Hektar – 8 beziehungsweise 16 Prozent der gesamten Anbaufläche. ⁸⁷¹ Im Militärverwaltungsgebiet in Ostweißrußland ging das 1944 noch viel weiter: der Ausfall betrug über 75 Prozent des Ackerlandes (638 000 Hektar). Etwa zur Hälfte war das auf die Evakuierung einer 20-Kilometer-Zone hinter der Front zurückzuführen. Wegen des Unterkunftsbedarfs der deutschen Truppen dürften die Gebäude hier aber meist erhalten geblieben sein. ⁸⁷² Der SS-Obersturmführer Feder vom KdS Minsk rechtfertigte die Tatsache, daß Gebiete »von der Zivilbevölkerung vollkommen geräumt worden« seien, gegenüber einheimischen Propagandisten damit, »daß bei einem großen Teil der Bevölkerung auf absolut feindliche Haltung geschlossen werden mußte«, doch mußte er einräumen, »daß der uns günstig gesonnene Teil mit evakuiert wurde«, also die Haltung zu den Deutschen im Grunde kein Kriterium gewesen war. ⁸⁷³ Eine Reihe von Dokumenten weist auf die Existenz toter Zonen hin, in denen Zivilisten »sofort festgenommen, bezw. bei einem Fluchtversuch erschossen werden« sollten. ⁸⁷⁴ Da wurde die Bevölkerung aufgefordert, selbst zu verschwinden, und nachdem sie nicht Folge leistete, wurden 5000 Menschen evakuiert (im Raum Bobruisk); da berichteten Partisanen über die »Tragödie von Osweja«; da führte die 4. Armee den schon zitierten Befehl zur Verhaftung aller Männer durch, während die 3. Panzerarmee eine Aktion unter dem vielsagenden Namen »Straßenfeger« veranstaltete; da »genehmigt[e]« die 9. Armee schließlich dem Korück 532, den gesamten Rayon Klitschew (südwestlich Mogilew) »auf Grund zu geringer Sicherungskräfte [...] zu räumen« und dabei Männer zwischen 16 und 55, Frauen zwischen 16 und 45 Jahren zu deportieren. ⁸⁷⁵ Bei der Operation »Frühlings-

auch Matthiessen, S. 413f. Siehe auch Rieckes Klage gegenüber Klopfer (Parteikanzlei) v. 19. 7. 1943, nun werde er zum Vertreter der »weiche[n] Linie« gestempelt: BA F 3328, Bl. 4296–4300.

⁸⁶⁹ Kube an A. Meyer v. 27. 8. 1943, BA R 6/27, Bl. 138. Vgl. z. B. GK Weißruthenien, Gauleiter – Hauptabt. III, an SSPF Weißruthenien v. 19. 7. 1943, ZStA Minsk 370–1–55, Bl. 53a–54.

⁸⁷⁰ GK Weißruthenien an die GebK, Gebiets- und Postenführer der Polizei, KdS, KdS-Außenstellen, KdO usw. (gez. v. Gottberg) v. 5. 10. 1943, ZStA Minsk 391–1–97, Bl. 132.

⁸⁷¹ Freitag an Riecke v. 28. 6. 1943 (IMT, Bd. 31, S. 467); Kube an A. Meyer v. 27. 8. 1943, BA R 6/27, Bl. 136; Anbauflächen nach Anlagen zum Schreiben Freitags an die GebK v. 26. 6. 1943, BA R 93/7, Bl. 10f.

⁸⁷² Angaben ohne Polesje. HeWiFü Mitte, Monatsbericht Mai v. 5. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 558. Vgl. z. B. zur Evakuierung aller Männer aus der Umgebung von Pitsch wegen stärkerer Belegung: Fsch. AOK 2, O.Qu./Qu.2 an Korück 580 v. 22. 11. 1943, BA-MA RH 23/199, auch Nbg. Dok. NOKW-2092.

⁸⁷³ Rede und Diskussionsbeitrag Feder auf der Propagandistentagung in Minsk, 26. 10. 1943, IfZ Fb 101/34.

⁸⁷⁴ Kampfgruppe v. Gottberg, Ic, Betrifft: Behandlung von Zivilpersonen v. 26. 12. 1943, BA R 70 SU/26, Bl. 24.

⁸⁷⁵ Bobruisk (15.–17. 12. 1943, der Zeuge wurde selbst verwundet, deshalb ist das Datum gesichert): Vern. S. L. v. 21. 7. 1975, ZStL 1212/60, Bl. 8965–8969. Osweja: Romanowski, S. 236. 4. Armee und 3. PzArmee: Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Bericht über Bandenlage v. 8. 1. 1944, BA-MA WF-03/5390, Bl. 408f. Klitschew:

fest« im Raum Lepel-USchatschi waren im April 1944 wieder einmal Selektionen durchzuführen; »gesunde und volltaugliche Arbeitskräfte für die Heimat und den Stellungsbau« waren mitzunehmen, die »überflüssigen Esser und lästigen Mitbewohner«, »Krüppel, Kranke, alte Leute sowie Mütter mit Kindern« nur teilweise, nämlich um sie in »Sperrgemeinden« (»von Hauptstraßen weit ablegen«) mit »Vorräte[n] und Wirtschaftsgeräte[n] für die notdürftige Existenz« unterzubringen. Das pries die 3. Panzerarmee als humane Maßnahme; ähnlich war es im Juni beim Unternehmen »Kormoran«. In Wirklichkeit wurden viele Dörfer einfach aus der Luft zerstört.⁸⁷⁶ Im Juni 1944 räumte die 2. Armee Schritt für Schritt mindestens die Hälfte aller Dörfer des Rayons Davidgrodek, benutzte die Männer als Zwangsarbeiter und erschoss die Flüchtenden.⁸⁷⁷ Auch außerhalb Weißrußlands griffen diese Methoden um sich, so im Umkreis von Ostrow (Nordrußland) und Gluchow (Nordukraine).⁸⁷⁸ Im Mamajewka-Wald bei Kletnja an der russisch-weißrussischen Grenze schlug das dort stationierte Sicherungs-Bataillon 791 Anfang 1943 die »Schaffung eines breiteren Niemandslandes« und die Umsiedlung von 15 Gemeinden mit 25 934 Einwohnern vor. Im Juni 1943 war es soweit, doch waren viele Einwohner rechtzeitig geflohen oder aber ermordet worden. 13 800 Menschen wurden evakuiert.⁸⁷⁹

Die Ergebnisse, die die Sowjets vorfanden und sorgfältig registrierten, waren erschütternd. Im Osten des Gebiets Witebsk standen im Rayon Liosno von 10 000 Kolchosgehöften noch gut 1000, im Rayon Mechow 236 von 9000 und im Rayon Surash 54 von 8900. Im Rayon Lettschizy existierten nach den Aktionen von Juni bis August 1943 noch 32 von ursprünglich 7051 Gebäuden. Ähnlich war es in den Rayons Osweja, Rossony und Oktjabrski, Luniniež, Lenin und Begoml. Die Gemeinden Swatki, Mjadelja und Kubilnik bei Baranowitschi wurden restlos zerstört. Im Rayon Kritschew waren 3699 Wohnhäuser (53 Prozent der Wohnfläche) vernichtet.⁸⁸⁰ Fast

AOK 9, O.Qu./A.Wi.Fü./ VII/Qu.2, Betr.: Räumung des Rayons Klitschew (gez. Staedtke, Chef des Generalstabs) v. 24. 12. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 313.

876 PzAOK 3, Merkblatt für die Erfassung der Landeseinwohner und Wirtschaftsgüter bei »Regenschauer« und »Frühlingsfest« (gedruckt, undatiert) sowie Kampfgruppe v. Gottberg, Anlage 2 zum Einsatzbefehl für »Frühlingsfest« v. 11. 4. 1944, BA-MA SF-02/31695, Bl. 538–541 und 590–593; Vorschläge des AWiFü AOK 4 in seinem Lagebericht 16. 11.–15. 12. v. 24. 12. 1943, BA-MA (BArch)P 42746, Bl. 549. Vgl. die Erinnerungen von Fjodor Ignatowitsch, in: In den Wäldern Belorußlands, S. 248; Vern. Georg Weisig v. 25. 12. 1945, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 3; ders. in der Hauptverhandlung des Minsker Prozesses: StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiheft VI, Bl. 24 und 107. – »Kormoran«: KTB WiKdo Borissow v. 21. 6. 1944 (Beitrag Gruppe Arbeit), BA-MA RW 31/862, Bl. 37.

877 Siehe KTB-Beitrag Gebietskommando Luniniež v. 1. 6., 6. 6., 12. 6., 16. 6., 21. 6. 1944; Tätigkeitsbericht der Nebenstelle Davidgrodek des Gebietskommandos Luniniež für 26. 5.–10. 6. v. 15. 6. 1944 und für 11.–25. 6. v. 30. 6. 1944, BA-MA WF-03/15909, Bl. 606ff., 622, 654, 669. Im Gebiet Pinsk waren 20 von 163 Dörfern evakuiert: Stand der Befriedung des Gebietes Pinsk (Monat Mai 1944), ebd., Bl. 693.

878 Wiln Nord, Monatsbericht September v. 4. 10. 1943 (Auszug), BA-MA RW 31/303b, Bl. 53 (80 Dörfer betroffen); Wiln Süd, Chefr. La, Betr.: Verluste durch Banden v. 25. 5. 1943, BA-MA (BArch)P 42749, Bl. 1308 (etwa 45 000 Hektar entvölkert).

879 Sich.Btl. 791, Ia, Betr.: Schaffung eines Niemandslandes südlich des Waldgebiets um Mamajewka v. 1. 1. 1943, BA-MA RH 26–221/54; Sich.Rgt. 930, Erfahrungsbericht über die Unternehmen des Regts. vom 29. 5. bis 15. 6. v. 25. 6. 1943, und Sich.Rgt. 930, Betr.: Evakuierung des Mamajewka-Gebietes v. 23. 6. 1943, BA-MA RH 26–221/56. Ferner KTB Korück 559, Abt. Qu., v. 1. 7. 1943, BA-MA WF-03/14395, Bl. 725.

880 Liosno, Mechow, Surash: GVK, Bd. 3, S. 527. Lettschizy: Bericht der Rayonkommission Lettschizy v. 25. 12. 1944, ZStL 1212/60, Bd. 23, Bl. 5055–5058; siehe auch Vakar, S. 209 (mit Zahlenabweichung), ebenfalls zu Osweja, Rossony, Oktjabrski und Surash. Dazu, einschließlich Begoml, auch Mitteilung der Be-

alle diese Gebiete sind als Brennpunkte der entsprechenden Großoperationen schon genannt worden, wie auch die Rayons Pruzany, Lagoisk, Pleschtschenizy, Stolbzy und Iwienez. Die Zerstörungen sind dort nicht im Zuge des deutschen Rückzugs,⁸⁸¹ sondern lange vorher, weit von der Front entfernt, angerichtet worden. Wieviel davon auf das Konto expliziter Konzepte der »toten Zonen« ging und wieviel schon zuvor durch die »Großunternehmen« verursacht wurde, kann man nicht beziffern. Doch daß diese Pläne seit Mitte 1943 ansatzweise durchgeführt wurden, ist nicht zu übersehen.

9.6 Stufe IV: Das Wehrdorfprojekt (1944)

a) Das Stützpunktsystem und die »Sonderkommandos zur Sicherung der landwirtschaftlichen Aufbauarbeit«

Wie schon mehrfach erwähnt, zielte die deutsche Strategie der Partisanenbekämpfung seit 1942 darauf ab, einen Teil der Gebiete zu opfern und die Menschen dort zu ermorden oder zu verschleppen, um den anderen Teil besser unter Kontrolle zu halten, damit er Agrarprodukte lieferte. Die logische Ergänzung des Vernichtungskonzepts war es zu versuchen, die Bevölkerung der deutsch kontrollierten Zonen – ohne ihre Ausbeutung einzuschränken – gegen den Einfluß der Partisanen zu immunisieren und ihr Vorteile aus einer loyalen Haltung gegenüber den Deutschen zu bieten. Gemeinsame Interessen sollten herausgestellt werden; der größte Schritt in diese Richtung war die Einführung der Landbaugenossenschaften innerhalb der »Agrarordnung«. Ein weiterer bestand in der Aufstellung und Bewaffnung einer einheimischen Verwaltung und bewaffneter Hilfspolizei. Der logische Schlußpunkt dieses Vorgehens war die Bewaffnung loyaler Bauern, um sie ihren Besitz gegen die kommunistischen Partisanen »verteidigen« zu lassen, denen nachgesagt wurde, daß sie auf lange Sicht die Teilprivatisierung wieder rückgängig machen wollten. Um es gleich zu betonen: mit Plänen für die Ansiedlung von Deutschen hatten diese »Wehrdörfer« nicht das geringste zu tun, ja sie machten nur Sinn, wo bis auf weiteres keine deutsche Siedlung vorgesehen war.

Entsprechende Ideen wurden 1942 vermehrt entwickelt (vereinzelt schon 1941, wohl zuerst von Himmler, wenn auch ohne anhaltende Wirkung⁸⁸²). Im GK Weiß-

lorussischen Republikanischen Staatskommission zur Feststellung und Untersuchung der Greuelthaten der deutsch-faschistischen Eindringlinge (undatiert), BA D-H M 999, A. 9. Luniniez und Lenin: undatierte Vern. W. J. K., ZStL 204 AR-Z 393/59, Bd. 19, Bl. 4743. Drei Gemeinden: Ludwig Golubowitsch, Weißruthenien unter deutscher Besatzung, BA OstDok 13/507, Bl. 67. Kritschew: Protokoll der außerordentlichen Kommission in Kritschew v. 20. 11. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 19, Bl. 119.

881 Nur der Rayon Surash lag längere Zeit im Bereich der Hauptkampflinie.

882 Himmler schwebte »ein Netz von Stützpunkten« vor, »deren Bewohner von sich aus jeden Partisanen und Marodeur vorschlagen«. Dazu sei »in einem begrenzten Umfang die Bevölkerung zu bewaffnen«. Kommandostab RF-SS, Richtlinien für die Durchkämpfung und Durchstreifung von Sumpfgebieten durch Reitereinheiten v. 28. 7. 1941, in: Unsere Ehre heißt Treue, S. 222f. (Hervorhebung im Original). Das war aber noch keine Vorwegnahme des späteren Wehrdorfsystems, denn erstens verfolgte die SS-Führung den Gedanken nicht weiter, sondern begnügte sich damit, Hilfspolizeien aufzustellen, und zweitens gab es einen taktischen Unterschied: Den Orten in Sumpfgebieten wurde später keine Überlebenschance gegeben. Die Wehrdörfer wurden an anderen Stellen errichtet.

ruthenien kam die Initiative zuerst und vor allem vom Abteilungsleiter Landwirtschaft, Wilhelm Freitag, der ein Netz von Stützpunkten deutscher Polizei als Voraussetzung betrachtete, an die sich die Wehrdörfer anlehnen konnten.⁸⁸³ Für diesen Gedanken konnte er bis zum Jahresende 1942 die Unterstützung Kubes, des SSPF Weißruthenien, Schimana, des HSSPF Ostland, Jeckeln, sowie des Leiters der Minsker Forstabteilung, Bräuer, gewinnen.⁸⁸⁴ Unabhängig davon wurden im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte und im Gebiet der 2. Armee in der Jahresmitte 1942 schon Experimente mit Wehrdörfern gemacht, die allerdings »im Anfangsstadium stecken« blieben. Sie wurden trotzdem positiv gewertet, auch von der Wirtschaftsinspektion Mitte.⁸⁸⁵ Entscheidend dürfte in beiden Fällen der Widerstand der Zentralstellen von SS, Polizei und vor allem von seiten der Wehrmacht⁸⁸⁶ gegen eine Bewaffnung sowjetischer Zivilisten gewesen sein. Außerdem gab das Ostministerium zunächst keine Genehmigung, den betroffenen Bauern ihre Höfe als Eigentum zu übergeben. Separat wurden auch im Jaila-Gebirge auf der Krim Versuche mit Wehrdörfern durchgeführt.⁸⁸⁷

Im GK Weißruthenien legte Wilhelm Freitag im Dezember 1942 v. Gottberg erneut einen Plan zur Bildung von Stützpunkten und daran angelehnten Wehrdörfern vor. Es muß betont werden, daß die Initiative eindeutig von der Landwirtschaftsabteilung in Minsk und nicht etwa von SS und Polizei ausging. Von Gottberg sprach von der »Freitag-Aktion«.⁸⁸⁸ Im März 1943 sammelte die Landwirtschaftsabteilung des Gene-

883 Vgl. die Äußerung v. Gottbergs, daß das Projekt zuerst Anfang 1942 »in Angriff« genommen worden sei, Niederschrift über die Besprechung beim Okdo. H.Gr. Mitte, »Errichtung von Wehrdörfern« v. 24. I. 1944, IfZ MA 542, Bl. 952 (Nbg. Dok. NOKW-024); Vermerk Körner (WiStab Ost), Betr.: Einsatz von Sicherungskräften in Weissruthenien auf Vortrag Freitags über ein Stützpunktsystem v. 26. 5. 1942, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 1087.

884 Schimana an Jungwirth (GK Weißruthenien, Abt. II) v. 14. 9. und Kube an Lohse v. 16. 9. 1942, BA-MA PFP-01/7881, Bl. 797-799; Jeckeln an Himmler, Abschlußbericht »Sumpffieber« v. 6. II. 1942, IfZ Fb 101/14; Bräuer an Freitag v. 4. 12. 1942 (Abschrift von Abschrift), BA F 13687, Bl. 640f. Zu Zenner auch Faktorowitsch, S. 104.

885 Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte (August 1944), BA-MA WF-03/5469, Bl. 456, mit Randnotizen eines Angehörigen des RMO; Oberst Herrosé, Vorschläge für die Neuorganisation der Lebensmittelversorgung, -Zuteilung und -Verteilung sowie [...] die Befriedung und Erschließung des Landes v. 20. II. 1942, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 634.

886 Die Darstellung von Hesse, S. 234 ff., das Projekt sei quasi allein von der Wehrmacht ausgegangen, ist unzutreffend. Tatsächlich entwickelten es Zivil- und Militärverwaltung unabhängig voneinander (so auch: WiStab Ost, Bericht über das erste Halbjahr 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 236). Der Plan der Zivilverwaltung war etwas weiter ausgefeilt und wurde etwas schneller umgesetzt.

887 OKW/WFSt/WPr, Fü3, Reisebericht Hauptmann A. E. Frauenfeld zur Heeresgruppe Mitte v. 20. 4.-10. 5. 1944, BA R 6/309, Bl. 70 (Frauenfeld war ehemaliger GK in Chersson; die Entwicklung in Weißrußland war ihm neu). Der Erfolg der Dörfer wurde auf der Krim nicht unbedingt positiv eingeschätzt: Okdo. H.Gr. A, O.Qu./VII, Betr.: Errichtung von Wehrdörfern v. 22. 3. 1944 und AOK 17, O.Qu./VII v. 14. 3. 1944, BA-MA WF-03/5065, Bl. 7445f.

888 Vgl. Referat v. Gottberg v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/1, Bl. 156 bzw. 149 (»Die Aktion, die von der HA [Hauptabt.] III eingeleitet worden ist, scheint mir für die Zukunft Weißrutheniens absolut entscheidend zu sein«); Referat Langer (Hauptabteilungsleiter Politik) v. 10. 4. 1943, ebd., Bl. 182; Kube an A. Meyer v. 27. 8. 1943, BA R 6/27, Bl. 136 (hiernach legte Freitag v. Gottberg den Plan im Januar 1943 vor); Erfahrungsbericht Freitag an Riecke v. 28. 6. 1943, in: IMT, Bd. 31, S. 469 (hiernach kam Freitags Vorschlag im März); Erfahrungs-, Räumungs- und Abschlußbericht für das GK Weißruthenien (Unterschrift: Freitag) v. 31. 8. 1944, BA NS 19/2715, Bl. 10f.; Äußerung v. Gottberg, Niederschrift über die Besprechung beim Okdo. H.Gr. Mitte »Errichtung von Wehrdörfern« v. 24. I. 1944, IfZ MA 542, Bl. 952.

ralkommissariats bereits Vorschläge der Kreislandwirte für Stützpunkte und Wehrdörfer. Sie sollten allerdings hiernach noch vielfach in »nicht gesicherten bzw. in den von Partisanen beherrschten« Gegenden errichtet werden.⁸⁸⁹ Künftige Wehrdörfer sollten nach einer Anweisung Freitags vom 4. März »auf Grund ihrer Leistung auf dem Gebiet der Erfassung und ihrer Haltung« ausgewählt werden, wobei sich die Kreislandwirte teilweise mit den Gendarmerieposten absprachen.⁸⁹⁰ Von den Wehrdörfern ausgehend sollte die Privatisierung weiter vorangetrieben werden, die allerdings nur im Osten des GK Weißruthenien Bedeutung hatte. Darin sah Freitag den »letzte[n] Ausweg [...], der zur Befriedung dieses Raumes führen kann«.⁸⁹¹ Zumindest im Gebiet Baranowitschi wurden im April 1943 drei Wehrdörfer gegründet.⁸⁹²

Dazu erschien zunächst die Einrichtung von Stützpunkten außerhalb der Rayonhauptorte notwendig. Die bis dahin schwachen stationären Gendarmeriekräfte reichten nicht aus. Die Landwirtschaftsabteilung des GK sammelte auch hierfür Vorschläge. Zwischen 5. und 20. März 1943 unternahm ein Teil der Abteilung eine Rundreise durch alle Gebiete.⁸⁹³ Allerdings hatte v. Gottberg Einwände. Er war besonders dagegen, die Stützpunkte auf Landgüter der Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland zu legen, weil er befürchtete, die Kräfte würden sich dort »verkriechen« und nicht offensiv das Vorfeld beherrschen. Den ersten Plan der Landwirtschaftsabteilung für die Stützpunkte stieß er um. Bis zu seiner Zustimmung zu einer neuen Vorlage vergingen weitere zwei Monate.⁸⁹⁴ Doch zu dieser Zeit wurde der Plan schon auf höherer Ebene unterstützt. Auf Bitten Backes gegenüber Himmler hatte der Chef der Ordnungspolizei, Daluege, Anfang 1943 in Berlin eine Spezialtruppe fürs GK Weißruthenien, die »Sonderkommandos zur Sicherung der landwirtschaftlichen Aufbauarbeit«, aufstellen lassen.⁸⁹⁵ Sie sollten auch die landwirtschaftliche Erfassung, Lebensmittellager und -transporte bewachen. Zum Leiter ernannte Daluege Schimana, der schon zuvor für das Stützpunktsystem eingetreten war und nun extra hierfür als BdO Paris abgelöst wurde. Schimana wurde Daluege und Bach-Zelewski als dem Bevollmächtigten für die Bandenbekämpfung, später truppendienstlich dem Chef der Ordnungspolizei und einsatzmäßig dem SSPF Weißruthenien unterstellt.⁸⁹⁶ Einen

889 GK Weißruthenien, Abtlg. III E (Freitag), Betr.: Bewirtschaftung der inzwischen aufgegebenen Staatsgüter (undatiert, hschr. Eintrag 13. 3. [1943]); »Stützpunkte im Gebiet Minsk«; Mitteilungen Landwirtschaftliche Außenstellen Lagoisk, Usda, Smolewitsche, Betr.: Bildung von Wehrdörfern v. 13. bzw. 15. 3. 1943, ZStA Minsk 393-1-321, Bl. 121f., 126f. und 238/R; Freitag an A. Meyer v. 28. 6. 1943, in: IMT, Bd. 31, S. 469.

890 Landwirtschaftliche Außenstelle Smolewitsche v. 15. 3. 1943, ZStA Minsk 393-1-321, Bl. 127.

891 Vortrag Freitag v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/1, Bl. 49-51.

892 Ausführungen des Propagandisten Bjedritzki auf der Propagandistentagung im Minsk v. 26. 10. 1943, IfZ Fb 101/34.

893 Meldungen der GebK Minsk-Land, Wilejka, Sluzk, Nowogrodek und des SS- und Polizeigebietsführers Hansewitschi (März 1943), ZStA Minsk 370-1-1265, Bl. 2-4, 14 und 18; Plan über die Dienstreise der Hauptabt. III, ebd., Bl. 1.

894 Referat v. Gottberg v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/1, Bl. 149f., 154f. und 157. Vgl. Telegramm Gebietslandwirt Bandsdorf v. 20. 4. 1943 und Freitag an v. Gottberg v. 1. 5. 1943, ZStA Minsk 370-1-1265, Bl. 29f.

895 Siehe Vern. W. W.-B. (Ia des »Sonderbeauftragten« Schimana, führte die Aufstellung durch) v. 18. 11. 1969 und 18. 7. 1973, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Akte W.-B.; Daluege an Bach-Zelewski v. 26. 2. 1943, BDC, PA Walter Schimana.

896 Daluege an Bach-Zelewski und Befehl Dalueges für Schimana, beides v. 26. 2. 1943, ebd.; Der Bevollmächtigte für Bandenbekämpfung, Ia, v. 24. 3. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiakten III,1, Bl. 65f.; HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Tagesbefehl Nr. 6 v. 17. 6. 1943, GebA Minsk 699-1-52, Bl. 26.

solchen, wegen der Personallage der Ordnungspolizei nur »unter größten Schwierigkeiten« (Daluege) aufgestellten Verband, der aus Polizeieinheiten bestand, die ursprünglich für den Kaukasus bestimmt waren, gab es nur im GK Weißruthenien. Dort existierte das am weitesten fortgeschrittene Konzept und die größte Notwendigkeit einer aggressiven Sicherung der Haupttagargebiete. Prützmann und der GK Wolhynien-Podolien forderten deshalb umsonst, ebenfalls solche Kräfte zu erhalten.⁸⁹⁷ Die ursprünglich etwa 1000 Mann, die zusätzlich durch Schutzmannschaften verstärkt wurden, sollten zunächst auf 20 Stützpunkte à 50 Mann aufgeteilt werden. Sie bezogen ihre Stellungen im April und Mai 1943.⁸⁹⁸ Hierzu erfolgten Absprachen mit der Abteilung Landwirtschaft in Minsk und dem KdS.⁸⁹⁹ Nach der Aufstockung auf 2000 Mann waren es später 60 Stützpunkte in acht Gebieten. Von dort aus wurden kleinere Ausfälle in die Umgebung und Scharmützel mit Partisanen gemeldet.⁹⁰⁰ Zu Großoperationen wurden diese Kräfte offenbar nur ausnahmsweise eingesetzt, ihre Stabsoffiziere jedoch beim Unternehmen »Hermann«, und der Ia wechselte später auf Dauer als Ia zur Kampfgruppe von Gottberg.⁹⁰¹ Ende 1943 wurde die Dienststelle des »Sonderbeauftragten für die Sicherung der landwirtschaftlichen Aufbauarbeit« im Zuge der Reorganisation und Verwaltungsvereinfachung von SS und Polizei aufgelöst und seine Kräfte in die lokalen SS- und Polizeidienststellen eingegliedert. Die Stützpunkte blieben bestehen.⁹⁰²

Im Gebiet der Heeresgruppe Mitte gab es kein derartiges Stützpunktsystem, doch das wurde durch die dichtere Truppenbelegung seit dem Teilrückzug im Oktober 1943 aus-

Ablösung Schimanas als BdO: Fschr. Daluege an HSSPF Paris, Rußland-Mitte und Beauftragten für die Bandenbekämpfung v. 11. 2. 1943, BA D-H ZB 2792; Vern. Walter Schimana v. 3. 2. 1947, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. 2, Bl. 56.

897 Zitat: Daluege an Bach-Zelewski v. 26. 2. 1943, BDC, PA Walter Schimana. Vgl. Prützmann an Himmler v. 26. 5. 1943, BA F 3355, Bl. 554 f., und GK Wolhynien-Podolien, Lagebericht v. 30. 4. 1943, BA F 13683, Bl. 3 f. Prützmann äußerte sich befremdet, daß ein »Zuschussgebiet« wie das GK Weißruthenien derartige Kräfte bekomme, seine landwirtschaftlich lohnenden Gebiete aber nicht. Er verstand nicht, daß die Wehrdörfer ein Konzept für Gebiete darstellten, die mit Gegenden intensiver Partisanentätigkeit durchsetzt waren, was fürs RKU so nicht zutraf.

898 Der Chef der Ordnungspolizei, Ig Ia (i) Nr. 132/43(g.), Schnellbrief, Betr.: Einsatz von Sonderkommandos zur Sicherung der landwirtschaftlichen Aufbauarbeit (gez. Daluege), BA-MA RW 31/251, Bl. 43/R; ebenso (gez. Gritzbach) v. 22. 2. 1943; ders. vom März 1943, Betr.: Befehlsstab des Sonderbeauftragten [...], BA R 19/150, Bl. 11–21; vgl. zur Stabsbesetzung auch einen Befehl unbekannter Herkunft v. 26. 2. 1943, BA D-H ZM 1641, A.8, Bl. 1 f.; Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der landwirtschaftlichen Aufbauarbeit in Weißruthenien, Einsatzbefehl (gez. Schimana) v. 31. 3. 1943, ZStA Minsk 370–1–1265, Bl. 22–25; Vern. W. W.-B. v. 18. 7. 1973, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Akte W.-B.

899 Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der landwirtschaftlichen Aufbauarbeit in Weißruthenien, Ia an Preckwinkel v. 17. 5. 1943, ZStA Minsk 370–1–1265, Bl. 41; Vern. W. W.-B. v. 18. 7. 1973, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Akte W.-B.

900 Meldungen für 1943 ZStA Minsk 370–1–1265, Bl. 59 ff. Zur Aufstockung HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Ia, Kräfteübersicht, Stand 20. 9. 1943, BA-MA SF-01/31688, Bl. 27–31; ebenso, Stand 20. 12. 1943 30. 1. und 29. 2. 1944, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiakten III, I, Bl. 260 ff., 266 ff., 271 ff.; Kube

an A. Meyer v. 27. 8. 1943, BA R 6/27, Bl. 136 f. Kube sprach hier von bisher 1000 Mann, die Daluege entsandt habe, und forderte eine Verstärkung auf 5000.

901 HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, II/Ia v. 8. 7. 1943 und Vern. W. W.-B. v. 18. 11. 1969 und 18. 7. 1973, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok.Sbd. 4, »Hermann«, Dok. 3, und Akte W.-B.

902 SSF Weißruthenien v. 27. 12. 1943, BA R 70 SU/21, Bl. 106 f.; HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Kräfteübersichten, Stand 20. 12. 1943, 30. 1. und 29. 2. 1944, wie Anm. 9/900 in dieser Darstellung.

geglichen. Versuche zur Wehrdorfbildung liefen vereinzelt weiter. Zum Amtsantritt des neuen Wirtschaftsinspektors Niedenführ im Februar 1943 hieß es: »Das Ziel sind Landbaugenossenschaften mit Selbstschutz.«⁹⁰³ Organisiert vom Sonderstab Agrarordnung der Wirtschaftsinspektion Mitte in rund 50 Dörfern bei Klinzy und von der 2. Panzerarmee bei Brjansk, wurde dies ab Mai zum ersten Mal in die Praxis umgesetzt.⁹⁰⁴ Der General der Osttruppen, Hellmich, wollte im Herbst 1943 dienstuntaugliche Hilfstruppen südlich Borissow ansiedeln, doch das gelang nicht; tatsächlich verwendete man zurückgeführte Ordnungsdienst-Angehörige. OD-Leuten wurde auch anderswo Land übergeben, um wirtschaftlich oder verkehrstechnisch wichtige Punkte zu sichern.⁹⁰⁵

b) Die Wehrdörfer

Seit 1943 wurde das Stützpunkt- und Wehrdorfprojekt von der Landwirtschaftsabteilung des Wirtschaftsstabs Ost und des Ostministeriums unterstützt.⁹⁰⁶ Einen wirklichen Anlauf zur Errichtung von Wehrdörfern konnten die Landwirtschaftsverwaltung und die bewaffneten deutschen Organe aber erst unternehmen, nachdem sie die Ernte- und Beschlagnahmekampagne 1943 hinter sich gebracht hatten. Den Durchbruch der Wehrdorfidee stellte im GK Weißruthenien ein Befehl v. Gottbergs vom 19. Oktober 1943 dar.⁹⁰⁷ Schon eine Woche später kündigte SS-Obersturmführer Feder vom KdS Minsk weißrussischen Propagandisten »in Zukunft als eine besondere Neuigkeit« die Wehrdorfkampagne an. Am 23. Dezember 1943 stellte v. Gottberg auf der Gründungsversammlung des »Weißruthenischen Zentralrats« die Wehrdörfer als »bedeutendste« der bevorstehenden »wehr-, sozial- und ernährungspolitischen Maßnahmen« im GK Weißruthenien vor.⁹⁰⁸ Gegenüber dem Ostministerium präsentierte v. Gottberg sie in ähnlicher Form, als »Voraussetzung für die Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Lande«, die »in kürzester Zeit

903 Vortrag KVACH Busch, KTB WiIn Mitte v. 26. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 931.

904 WiIn Mitte, Stab I/Ia, an H.Gr. Mitte, O.Qu./VII v. 25. 5. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 290f.; PzAOK 2, Ia, an Korück 532 v. 26. 5. 1943, BA-MA WF-03/5366, Bl. 1002f.

905 WiIn Mitte, Stab I/Ia, Aktenvermerk Besprechung mit General der Osttruppen General Hellmig [!] am 25. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 1070. WiIn Mitte, KTB-Beitrag Landwirtschaft für Oktober 1943; WiIn Mitte, Abt. I, KTB für 1.–7. 11. 1943; WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 35 v. 31. 10. 1943, Anlage 11; Aktenvermerk v. 5. 12. 1943; HeWiFü Mitte, Lagebericht Nr. 1 v. 30. 11. 1943; HeWiFü Mitte, I/IRü, Aktenvermerk über Dienstbesprechung v. 9. 11. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 196f., 435, 438, 526, 559, 572, 590. Ferner Abschlußbericht Militärverwaltung Osten, BA-MA RH 3/v. 382, Bl. 31f.

906 WiStab Ost, KTB-Rückblick Chefgr. La fürs 1. Halbjahr 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 1210; WiStab Ost, Stab I/Ia, Aktenvermerk über die Chefbesprechung am 3. 7. v. 7. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 43388, Bl. 912; Backe an Himmler v. 7. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 24f.; Riecke an Keitel, Himmler und Staatssekretär Körner v. 20. 4. 1943 (Entwurf), ebd., Bl. 1196; Aktenvermerk für Staatssekretär Körner über Rieckes Forderungen v. 26. 10. 1943, Sonderarchiv Moskau 700–150, Bl. 1; KTB WiStab Ost, Chefgr.La, für 5.–11. 11. 1943, BA-MA WF-01/15898, Bl. 092f. (Vortrag Weimert für Chef WiStab Ost).

907 HSSPF Rußland-Mitte und Weissruthenien, Betr.: Ausbau des Stützpunktnetzes im Generalbezirk Weissruthenien. – Errichtung von Schutzmannschaftsdörfern, an BdS Minsk, KdO Weißruthenien und die GebK (gez. v. Gottberg) v. 19. 10. 1943, BA R 6/308, Bl. 29f.; auch BA R 6/93, Bl. 17 (Abschrift); BA F 13747, Bl. 233–235. Zum auslösenden Charakter des Befehls: Auszug aus einem Lagebericht des GK Weißruthenien von Anfang 1944, BA R 6/312, Bl. 5R; Notiz des persönlichen Referenten Bergers, Brandenburg, v. 2. 11. 1943, BA R 6/282, Bl. 10.

908 Auszüge aus der Propagandistentagung in Minsk, Rede Feders v. 26. 10. 1943, IfZ Fb 101/34; Minsker Zeitung v. 23. 12. 1943.

durch den mit allen Mitteln zu betreibenden Ausbau«, parallel zur »nachdrücklichst durchgeführt[en]« Privatisierung, Wirklichkeit werden müsse.⁹⁰⁹ Im Gebiet der Heeresgruppe Mitte dauerte es etwas länger, das neue Konzept zu starten. Dort fand am 24. Januar 1944 eine Spitzenbesprechung mit dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall Busch, mit v. Gottberg, dem BdS Minsk, Ehrlinger, und anderen führenden Funktionären statt. Am 29. Januar folgte Buschs Grundsatzbefehl über die Wehrdörfer.⁹¹⁰ Die Gründe für diese Verzögerung sind zum einen im weiter ausgearbeiteten Konzept und in der besseren Koordination im GK Weißruthenien zu suchen, zum anderen in der Tatsache, daß sich Besatzungsmacht, Truppenstationierung und Verwaltung in Ostweißrußland nach dem Rückzug vom Sommer und Herbst 1943 erst ungefähr ab November konsolidierten.

Wie sollten die Wehrdörfer organisiert sein? Grundsätzlich gab es zwei unterschiedliche Formen: In sogenannten Schutzmannschaftsdörfern wurde die vorhandene Bevölkerung teilweise oder ganz entfernt und statt ihrer Hilfspolizisten aus anderen Dörfern oder Gegenden angesiedelt. Was weißrussische Ordnungsdienst- oder Schutz Männer anging, kam man davon wegen des geringen Erfolgs rasch wieder ab, denn sie seien als Bauern untauglich.⁹¹¹ Doch wurden mehrere tausend bewaffnete Kollaborateure aus anderen sowjetischen Gegenden angesiedelt (siehe Kap. 9.6c). Gern benutzten die Deutschen dazu leerstehende Dörfer, deren Bevölkerung geflohen, deportiert oder ermordet worden war.⁹¹² Die andere Möglichkeit war, in einem Dorf alle Bewohner, die als zuverlässig angesehen wurden, zu belassen und einen Teil von ihnen (etwa 10 Prozent, die haupt- oder nebenberuflich Bauern blieben), als dörflichen Ordnungsdienst organisiert, zu bewaffnen. Die entsprechenden Bauern wurden von den eigens gebildeten Landeinrichtungskommissionen bestimmt.⁹¹³ Diese Variante versprach politisch erheblich mehr Erfolg, weil sie auf die örtliche Bevölkerung setzte. Die örtlichen weißrussischen Verwaltungsorgane, besonders die Starosten, sollten gleichzeitig mehr Exekutivbefugnisse erhalten, die Verwaltung sollte gestrafft werden: Bürgermeister, Leiter der Landbaugenossenschaft und Chef des bewaffneten »Selbstschutzes« sollten möglichst ein und dieselbe Person sein, die Gemeindegrenzen notfalls denen der »Wehrdorfgruppen« angepaßt werden.⁹¹⁴

909 Schreiben v. Gottbergs mit Anschreiben Brandenburgs (persönlicher Referent Bergers im RMO) v. 1. 12. 1943, BA R 6/281, Bl. 65f.

910 Niederschrift über die Besprechung beim Okdo. H.Gr. Mitte, »Einrichtung von Wehrdörfern« v. 24. 1. 1944; Oberbefehlshaber H.Gr. Mitte, Betr.: Errichtung von Wehrdörfern v. 29. 1. 1944 (gez. Busch), BA-MA WF-03/5388, Bl. 492–500 und 518–524 (auch als Nbg. Dok. NOKW-24 und NOKW-25 und z. B. in BA-MA RH 3/v. 170; Buschs Befehl auszugsweise abgedruckt in: N. Müller 1991, S. 526–530). Siehe auch Niederschrift Wolff (WiIn Mitte), Besprechung bei Heeresgruppe Mitte über Bildung von Wehrdörfern am 24. 1. v. 25. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 909–912.

911 Vgl. den Befehl HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien v. 19. 10. 1943, BA R 6/308, Bl. 29f.; HeWiFü Mitte, Lagebericht Januar v. 7. 2. 1944 (auszugsweise Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 224; zu den Erfahrungen: WiStab Ost, Bericht über das 1. Halbjahr 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 240.

912 Besprechungsvermerk Wolff v. 25. 1. 1944 (wie vorletzte Anm.), Bl. 910 (Vortrag HeWiFü Nagel).

913 Oberbefehlshaber H.Gr. Mitte, Betr.: Errichtung von Wehrdörfern v. 29. 1. 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 494; Durchführungsbestimmungen: Okdo. H.Gr. Mitte, Ia/Ic/HeWiFü/O.Qu./Qu.2/VII (Mil.Verw.), Betr.: Errichtung von Wehrdörfern v. 7. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 233.

914 Gliederung für die Besprechung Wehrdörfer-Organisation in den Armeegebieten am 24. 1. 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 550; Besprechungsvermerk Wolff v. 25. 1. 1944 (wie Anm. 9/910), Bl. 910.

Denn Wehrdörfer sollten, damit sie sich halten konnten, nicht einzeln und isoliert gebildet werden, sondern »Wehrdorfgruppenräume« zu je 10 bis 20 Wehrdörfern (in Wirklichkeit waren die Gruppen dann kleiner) mit deutschen »Wehrdorfgruppenkommandanten«, die sich an deutsche Stützpunkte anlehnten.⁹¹⁵ Letztere wurden infolge der stärkeren Truppenbelegung nach dem Teilrückzug verstärkt und mit »Eingreifkommandos« versehen. Auch in ihnen sollte der Anteil der weißrussischen Kolaborateure an den bewaffneten Kräften verstärkt werden. Fünf einheimische Hilfspolizisten sollten jeweils auf einen deutschen Polizisten kommen.⁹¹⁶ Ein sehr wesentlicher strategischer Gesichtspunkt der Wehrdörfer war, daß sie nicht etwa Bastionen der Sympathisanten mit den Deutschen inmitten der Partisanengebiete sein sollten, sondern nur in den »befriedeten« Gebieten zu bilden waren. Nicht jeder deutsche Verwaltungsbeamte und selbst Militär begriff, daß alles andere sinnlos gewesen wäre, denn anderswo hätten sich die Wehrdörfer gar nicht halten und ihren Zweck nicht erfüllen können.⁹¹⁷ Sie dienten zur Absicherung derjenigen Zonen in Weißrußland, die die Deutschen noch einigermaßen verwalten und ausbeuten, aber nicht total kontrollieren konnten. Von dieser »Flächensicherung« ausgehend – erläuterte Freitag rückblickend – war es das Ziel, allmählich »die Banden in Weißruthenien auf die zusammenhängenden Wälder zu beschränken, die dann durch Großaktionen, wie im April, Mai und Juni 1944 mit Erfolg begonnen, vernichtet worden wären.«⁹¹⁸ Das Wehrdorfkonzept bildete also keinen Widerspruch zu den Großoperationen und »toten Zonen«, sondern beides gehörte zur Gesamtstrategie der deutschen Besatzer.⁹¹⁹

Der konkrete Ablauf der Einrichtung eines Wehrdorfs sah dann wie folgt aus: Voraussetzung dafür, ein Dorf zum Wehrdorf zu erklären, war die sogenannte Befriedung seines Umlandes. Die Tatsache, daß ein Dorf zum Wehrdorf erklärt werden sollte, wurde bis zum letzten Moment vor den Einwohnern geheimgehalten, damit die Gegner der Deutschen im Dorf nicht flüchten und die Partisanen es nicht vorher zerstören konnten.⁹²⁰ Der erste Schritt war dann die Aussonderung der Familien, die als nicht zuverlässig im Sinne der Deutschen galten. Sie wurden in einer schlagartigen

⁹¹⁵ Erfahrungsbericht Militärverwaltung Heeresgruppe Mitte (August 1944), BA-MA WF-03/5469, Bl. 457; OKH, GenStdH/GenQu, Abt. Kr.Verw. (Qu.4), Monatsbericht Januar v. 21. 2. 1944, BA-MA WF-01/18990, Bl. 123; Niederschrift über die Besprechung beim Okdo. H.Gr. Mitte v. 24. 1. 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 521; OB H.Gr. Mitte, Betr.: Errichtung von Wehrdörfern v. 29. 1. 1944, ebd., Bl. 492 ff.

⁹¹⁶ HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien v. 19. 10. 1943, BA-MA FPF-01/8159, Bl. 233–35; HeWiFü Mitte, Lagebericht Mai 1944 (auszugsweise Abschrift), BA-MA RW 31/303b, Bl. 331–336; SSPF Weißruthenien Nr. 968/43 v. 27. 12. 1943, BA R 70 SU/21, Bl. 106R.

⁹¹⁷ Dazu Niederschrift über Besprechung betr. Unterbringung der kaukasischen Flüchtlinge im Gebiet Lida v. 29. 12. 1943, ZStA Minsk 370–1–481, Bl. 9; HeWiFü Mitte, Lagebericht Mai 1944 (wie Anm. zuvor); Gliederung für die Besprechung Wehrdörfer-Organisation (BA-MA WF-03/5388, Bl. 548); Niederschrift über die Besprechung »Einrichtung von Wehrdörfern« (wie Anm. 9/910), darin Beiträge Generalstabschef Krebs, v. Gottberg; OB H.Gr. Mitte, Betr.: Errichtung von Wehrdörfern v. 29. 1. 1944 (wie Anm. 9/915, Bl. 132). Unverständnis zeigt sich in den Randnotizen eines Beamten aus dem RMO zum Abschlußbericht Militärverwaltung Heeresgruppe Mitte (August 1944), BA-MA WF-03/5469, Bl. 457.

⁹¹⁸ Erfahrungs-, Räumungs- und Abschlußbericht für das GK Weißruthenien v. 31. 8. 1944 (Unterschrift: Freitag), BA NS 19/2715, Bl. 11.

⁹¹⁹ Siehe auch »Bestehende bezw. zu verstärkende Stützpunkte im Gebietskommissariat Nowogrodek« (undatiert, März 1943), ZStA Minsk 370–1–1265, Bl. 18.

⁹²⁰ Gliederung für die Besprechung Wehrdörfer-Organisation (wie Anm. 9/913, Bl. 551); Niederschrift über die Besprechung »Einrichtung von Wehrdörfern« (wie Anm. 9/910, Bl. 521), Vortrag des BdS Ehrlinger.

Aktion von Sicherheitspolizei und SD festgenommen und entweder erschossen oder zur Zwangsarbeit abtransportiert. Direkt im Anschluß oder nach wenigen Tagen fand eine feierliche Einweihung des Wehrdorfes statt, wozu es deutsche Einheiten zunächst noch einmal umstellten. Sie sollten »das Eindringen fremder Elemente und das Entweichen ängstlicher Bewohner verhindern.« (»Kein wüstes Zusammentreiben der Menschen, sondern gut vorbereitete Appelle.«) Eine Kapelle spielte, ein einheimischer Propagandist sprach, dann wurden »Verbrauchsgüter« verteilt (»Schnaps, Machorka an die Männer, Süßstoff und Schmuckwaren an die Frauen«). Dann sollte ein Vertreter der deutschen Verwaltung, etwa der zuständige Ortskommandant, sprechen (nicht zuletzt zur »Beseitigung der Angstpsychose«), auf die Politik des Weißruthenischen Zentralrats verweisen und die Frauen mit der Mitteilung beruhigen, »daß die im Selbstschutz tätigen Männer im Dorf bleiben«. Schließlich folgte dann ein Rundgang durchs Dorf, bei dem die Lage der zu bauenden Befestigungen, die zu schaffenden sozialen und kulturellen Einrichtungen wie Kirche, Schule und Dorfladen und die nötigen Renovierungen bestimmt werden sollten. Außerdem wurde festgelegt, wer dem Selbstschutz angehören sollte, die Landeinrichtung feierlich abgeschlossen und Übereignungsurkunden wurden den einzelnen Familien übergeben. In den nächsten zwei bis drei Wochen wurden unter deutscher Aufsicht die Befestigungen gebaut, die Waffen besorgt und die Selbstschutzmänner ausgebildet. Die Einwohner wurden dazu gedrillt, alle Fremden zu melden, Zuzug war verboten.⁹²¹

Die Erfolge mit diesem Konzept beurteilten die meisten deutschen Stellen als außerordentlich gut, wenn man auch über Anfänge nicht mehr hinauskam. In dieser Richtung äußerten sich beispielsweise v. Gottberg, der eigentlich gar nichts dafür übrig hatte, sich auf Kollaborateure zu stützen, Bräutigam vom Ostministerium, die Heeresgruppe Mitte, die zuständige Abteilung im RSHA und Himmler.⁹²² Bräutigam erklärte, man müsse »zu einer verbesserten Neuaufgabe des mittelalterlichen Systems der Festen und Burgen zurückkehren« und pries die Tatsache, »daß das System der Wehrdörfer in geradezu hervorragender Weise durchdacht und durchgearbeitet worden ist«.⁹²³ Doch dazu hatten die Berliner Zentralstellen wenig beigetragen;⁹²⁴ die

921 Vgl. OB H.Gr. Mitte, Betr.: Einrichtung von Wehrdörfern v. 29. 1. 1944 und Ausführungsbestimmungen v. 7. 2. 1944 mit Anlage 1: »Kundgebung in dem zum Wehrdorf ausgewählten Dorf x« (Abschrift), BA-MA WF-01/18990, Bl. 131–133, 140f. und 142f.; WiStab Ost, Bericht über das 1. Halbjahr 1944, BA-MA (BAArch)P F 43390, Bl. 239. – Siehe für den Ort Chidra bei Ossipowitschi den Bericht des Vertreters des RMO bei der H.Gr. Mitte v. 13. 3. 1944, BA R 6/94, Bl. 2: Dort war die »Entfernung unzuverlässiger Elemente« am 8. 3. vorbereitet und wurde am Morgen des 9. 3. durchgeführt. Am 12. 3. fand die Kundgebung zur Errichtung des Wehrdorfes statt.

922 Siehe Schreiben v. Gottbergs mit Begleitschreiben Brandenburgs v. 1. 12. 1943 und RMO, II 10, Vermerk über eine Besprechung mit v. Gottberg am 1. 3. v. 10. 3. 1944, BA R 6/281, Bl. 65f. und 111; Vermerk über Besprechungen mit v. Gottberg am 22. und 23. 11. v. 6. 12. 1943, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 483; Okdo. H.Gr. Mitte/O.Qu./Qu.2/VII (Mil.Verw.), Monatsbericht März 1944, BA R 6/281, Bl. 132; Chef Sipo/SD, IV D 5, Kurzbericht über die Lage und Tätigkeit in den besetzten Ostgebieten v. 1. 3. 1944, BA F 13753, Bl. 902f.; Himmler an Kaltenbrunner v. 21. 7. 1944, BA F 621, Bl. 3063f.

923 Notiz Bräutigams für Berger v. 25. 10. 1943, BA R 6/282, Bl. 10, bzw. Bräutigam an Brandenburg v. 23. 2. 1944, BA R 6/93, Bl. 15R.

924 Kennzeichnend ist die Mitteilung des Leiters der Abteilung Deutschtum im RMO, Kinkel, die Entwicklung in Weißrußland habe ihn »veranlasst, meine Siedlungsfachleute im Zusammenhang mit der

Regionalstellen hatten es entworfen. Während der Erfolg der Wehrdörfer in der Forschung bisher unterschiedlich eingeschätzt wurde,⁹²⁵ hielten die Sowjets und die Partisanen sie für äußerst gefährlich, so daß vereinzelt sogar Luftlandetruppen zur Bekämpfung von Wehrdörfern eingesetzt wurden. Nicht von ungefähr stellte ein DDR-Historiker fest, daß »es sich vom Standpunkt der Faschisten um eine der effektivsten Methoden der Partisanenbekämpfung handelte«.⁹²⁶ Es gelang den Deutschen, ihre Anhänger unter der bäuerlichen Bevölkerung, die sie trotz allem auch 1944 noch hatten, in gewissem Umfang zu mobilisieren. Die Motivation der sogenannten Wehrbauern war, auch wenn es Ausnahmen gab,⁹²⁷ relativ hoch, Überläufer zu den Partisanen waren anscheinend selten.

Doch die Deutschen schafften es nicht, mit ihrem Wehrdorfprojekt über Anfänge hinauszukommen, bis die sowjetische Armee im Juni und Juli 1944 Weißrußland befreite und ihrem Treiben ein Ende setzte. Es fehlte an Waffen,⁹²⁸ Aufsichtspersonal, Baukapazitäten und Waren zur Korruption der Einwohner. Die Pläne waren groß, das Ausmaß ihrer Verwirklichung gering.⁹²⁹ Im März existierten im GK Weißruthenien 70 »Wehrdörfer und Stützpunkte«, nach anderen Angaben waren es später 55 Wehrdörfer, in den Armeegebieten mindestens 27.⁹³⁰ Im Gebiet Baranowitschi gab es schließlich zwölf, nach anderen Angaben wurden allein von Januar bis März 1944 16 geschaffen; im Gebiet Glebokie existierten zehn, im weitgehend von Partisanen beherrschten Gebiet Hansewitschi nur zwei, ebenso in Nowogrodek.⁹³¹ In den Gebieten Brest, Kobryn und Pinsk kam man über Planungen nicht hinaus, die dort erst

Planung von Wehrbauerndörfern auch mit der Anlage von Schutzmannschaftsdörfern zu befassen«. Jedoch war man zu keinerlei Ergebnis gekommen, da Mitte Mai 1944 immer noch Unterlagen fehlten. RMO P 88a/44g an GK Weißruthenien v. 18. 5. 1944, IfZ MA 540, Bl. 546.

925 Eher gering nach Armstrong, S. 30 (»occasionally successful«, weil es sich bestenfalls um eine sekundäre Taktik gehandelt habe, Motivation und Bewaffnung schlecht gewesen seien); nach Faktorowitsch, S. 106–109, mangelte es an Kandidaten als Wehrbauern. Vgl. auch Friedrich, S. 535–538.

926 Gottberg, S. 94. Vgl. Okdo. H.Gr. Mitte, O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht April v. 14. 5. 1944, BA-MA PFP-01/7854, Bl. 683; »Bandenmeldung für den 15. 4. 44«, BA-MA WF-01/1138, Bl. 474.

927 AOK 2, O.Qu./VII, Lagebericht v. 1. 5. 1944, BA-MA WF-03/26817, Bl. 282; GebK Hansewitschi, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 23. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 208.

928 Im April 1944 erklärte sich die Abteilung Qu 2 beim GenQu im OKH bereit, »aus politischen Gründen« Waffen zur Verfügung zu stellen, ließ den Worten aber keine Taten folgen. Telegramm RMO II 1d (Labs) an GK Weißruthenien v. 18. 4. 1944 und Vermerke Labs' v. 2. 5. und Langenberg v. 18. 6. 1944, BA R 6/360, Bl. 31, 36, 46.

929 HeWiFü Mitte, Chefgr. La, KTB-Beitrag für 12.–18. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 207f. (H.Gr. Mitte hatte Schaffung von 80 Wehrdörfern befohlen); WiStab Ost, Monatsberichte Februar v. 23. 3. und März v. 21. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 640 und 668; GebK Slonim, Lagebericht v. 25. 3. 1944, BA F 13684, Bl. 1379f (24 neue Wehrdörfer im Gebiet Slonim geplant).

930 Reisebericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost zu HeWiFü Mitte [...] vom 8.–11. 3. v. 15. 3. 1943, BA-MA RW 31/39, Bl. 96R; Okdo. H.Gr. Mitte, O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht Mai v. 12. 6. 1944, BA F 13753, Bl. 928f.; 20 allein bei der 4. Armee: ebenso für März 1944, BA R 6/281, Bl. 131f.; 36 allein südöstlich Borissow: WiStab Ost, Bericht über das erste Halbjahr 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 240.

931 In der Reihenfolge: Deutsche Zeitung im Ostland v. 16. 6. 1944; GebK Baranowitschi, Bericht zum 1. Quartal 1944, BA R 93/13, Bl. 27; GebK Glebokie, Lagebericht für Dezember 1943 bis März 1944 v. 22. 3. 1944, BA-MA PFP-01/7869, Bl. 1453; GebK Hansewitschi, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 23. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 208; GebK Nowogrodek, Lagebericht (gez. Buschmann) v. 22. 3. 1944, BA F 13684, Bl. 1410.

später begannen, weil diese Gebiete erst 1944 dem GK Weißruthenien angegliedert wurden.⁹³² Im Militärverwaltungsbereich gab es die »Wehrdorfgruppenräume« Chidra, Lapitschi und Osdjatitschi bei Marina Gorka (9. Armee), Niottscha, Weljatschi und Negnowitschi bei Borissow und Krupka, Jeltscha bei Tscherwen (4. Armee) sowie Wehrdörfer bei Lepel (3. Panzerarmee). Die Gruppen bei Borissow sollten nach Westen über die Beresina und nach Süden über die Hauptstraße Minsk-Smolensk hinweg erweitert werden, was wegen der zu starken Partisanen nicht gelang.⁹³³ Insgesamt dürften zeitweise rund 100 Wehrdörfer in Weißrußland mit insgesamt über 20 000 Einwohnern existiert haben.⁹³⁴ Im Gebiet Minsk-Land wurden binnen sechs Wochen sechs Wehrdörfer gegründet, darunter das nahe bei dem Vernichtungslager gelegene Maly Trostinez. Hier war bereits zuvor ein Stützpunkt von Gendarmerie und Schutzmannschaften eingerichtet worden, der seit März 1943 geplant war.⁹³⁵ Möglicherweise bestand auch eine Verbindung zwischen einem im Lager Maly Trostinez stationierten weißrussischen Schuma-Bataillon und dem Wehrdorf.⁹³⁶ Geheimhaltung galt hier weniger als der Versuch, die weißrussischen Kollaborateure in die Massenverbrechen einzubinden.

Das geschah vor allem auch bei den Selektionen, die grundsätzlich jeweils am Anfang der Wehrdorfbildung standen. Sie hatten von Anfang an zum deutschen Plan für die Wehrdörfer gehört.⁹³⁷ Nur loyale Bewohner, in der Regel Freiwillige, sollten dort wohnen. Diejenigen Familien, die als unzuverlässig galten, also angeblich die deutsche Macht ablehnten, wurden meist durch Denunziation aus der Dorfbevölkerung

932 AOK 2, O.Qu./VII (Mil.-Verw.), Lagebericht April v. 1. 5. 1944 und Lagebericht Mai v. 31. 5. 1944, BA-MA WF-03/26817, Bl. 24, 26, 282.

933 Okdo. H.Gr. Mitte, O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.), Lagebericht Februar v. 13. 3. 1944, IfZ MA 347, Bl. 3571; ebenso für März, BA R 6/281, Bl. 131f.; WiStab Ost, Monatsbericht Februar v. 23. 3. 1944, BA-MA FPF-01/7854, Bl. 692; AWiFü bei AOK 4, Lagebericht für 16. 2.–15. 3. v. 26. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 432; ebenso für 16. 4.–15. 5. v. 29. 5. 1944, Bl. 464. Siehe auch Faktorowitsch, S. 107.

934 Nach dem »Bericht über die personelle Räumung im Bereich der Heeresgruppe Mitte« des HeWiFü Mitte, Abt. Arbeit, v. 3. 8. 1944, wurden beim Rückzug an »OD und Wehrdorfbauern« 8000 Bewaffnete mit 14 000 Familienangehörigen zurückgeführt (BA-MA WF-03/15901, Bl. 82). Evakuierte Schutz Männer wurden extra aufgeführt, waren also in dieser Zahl nicht enthalten.

935 Gegründet wurden am 24. 1. Ostroschizki-Gorodok, am 25. 1. Trostinez, am 15. 2. Petrowitschi (Rayon Smolewitschi), am 7. 3. Kurgani, Usborje und Skurati mit insgesamt mindestens 296 »Wehrbauern«, davon 55 in (Maly) Trostinez. GebK Minsk-Land, Lagebericht v. 25. 3. 1944 (gez. Hachmann), BA F 13684, Bl. 1431. Zu Maly Trostinez auch: »Neu zu errichtende Stützpunkte im Gebietskommissariat Minsk« (undatiert, März 1943), an Position 5 »Drostinetz«, für das vier Gendarmen und 40 weißrussische Schutz Männer vorgeschlagen wurden; Verzeichnis über die Einwohner der Gemeinde Trostinetz (undatiert), ZStA Minsk 370–1–1265, Bl. 4 und 40. Kohl verfügt auch über ein Foto des Wehrdorfs »Kl. Trostenieze« (S. 103). Siehe ebd., S. 90, wo nicht der Eingang des Todeslagers, sondern des Schutzmannschaftsstützpunkts Maly Trostinez abgebildet sein dürfte.

936 Vgl. das Fragment eines Berichts eines nach Minsk deportierten Wiener Juden, BDC SL 47 C.

937 Siehe die entsprechenden Anweisungen laut: HeWiFü Mitte, Monatsbericht Mai 1944 (auszugsweise Abschrift), BA-MA RW 31/303b, Bl. 331–336; Niederschrift über die Dienstbesprechung am 3. 1. 1944 (Vortrag Freitag), ZStA Minsk 412–1–199, Bl. 68; WiIn Mitte, Stab I/Ic, Aktenvermerk Besprechung mit General der Osttruppen General Hellmig [sic] am 25. 9. v. 26. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 1070. Die H.Gr. Mitte hatte einen solchen Befehl erstmals am 16. 11. 1943 unter dem Zeichen Ic/HeWiFü/O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.) Nr. 14978/43geh. gegeben. Dieser Befehl selbst ist bisher nicht aufgetaucht, wird aber erwähnt in der »Gliederung für die Besprechung Wehrdörfer-Organisation in den Armeegebietern am 24. Januar 1944«, BA-MA WF-03/5388, Bl. 549.

herausgesucht, unterstützt durch ein Netz von Spitzeln.⁹³⁸ Landzulagen sollten aus den Feldschlägen »unzuverlässiger« Einwohner genommen werden, so daß ein zusätzlicher Anreiz dazu bestand. Nicht zuletzt deshalb sowie wegen der politischen Auswirkungen auf die Mitbewohner empfahl v. Gottberg in diesem Fall »äußerste Vorsicht« dabei, welchen Anschwärmungen man glaube.⁹³⁹ Die Auswertung der Spitzelberichte übernahmen Sicherheitspolizei und SD. Die zur Landeinrichtung im Dorf befindlichen Landwirtschaftsführer bzw. Sonderstäbe Agrarordnung hatten jedoch die Vorauswahl zu treffen und sollten die von ihnen Ermittelten Sipo und SD »namhaft machen« und »zur Aussiedlung« übergeben. Und das taten sie.⁹⁴⁰ Die Ausgesonderten wurden sofort abtransportiert, teilweise zur Zwangsarbeit im Reich.⁹⁴¹ Die Staboffiziere im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte dachten jedoch weiter und beschäftigten sich auch mit der »Prüfung der Frage, was geschieht mit *arbeitsunfähigen* unzuverlässigen Elementen«⁹⁴²; sie legten sie bei der Chefbesprechung am 24. Januar zur Entscheidung vor. Diese Frage wurde in Anwesenheit von Generalfeldmarschall Busch »damit beantwortet, daß sie dem SD zur Sonderbehandlung zu übergeben seien«.⁹⁴³ Also entschied die deutsche Verwaltung auch hier nach der Arbeitsfähigkeit über das Leben angeblicher politischer Gegner: Männer und Frauen ohne Kinder durften als Zwangsarbeiter überleben, Alte, Kinder und Frauen mit Kleinkindern wurden ermordet. Diese Aufgabe übernahmen sowohl im Zivil- als auch im Militärverwaltungsbereich die Kommandos von Sicherheitspolizei und SD.⁹⁴⁴ In der Sitzung bei Busch erklärte v. Gottberg offen, »daß in seinem Bereich unzuverlässige Elemente in aller Öffentlichkeit vernichtet worden sind«.⁹⁴⁵ Weiter

938 Lediglich im Lagebericht des GebK Minsk-Land v. 25. 3. 1944 (BA R 6/312, Bl. 40) wurden unfreiwillige Teilnahmen erwähnt (»In den meisten Fällen erfolgten die Meldungen freiwillig«). Siehe ansonsten Niederschrift über die Besprechung »Einrichtung von Wehrdörfern« beim Okdo. H.Gr. Mitte v. 24. 1. 1944, WF-03/5388, Bl. 521.

939 »Lieber einen Schuldigen im Dorf belassen als die Existenz eines Unschuldigen vernichten!« Ebd. Ferner Niederschrift über die Dienstbesprechung mit den Gebietskommissaren am 15. Februar 1944 (Vortrag v. Gottberg), ZStA Minsk 412-I-199, Bl. 42.

940 WiStab Ost, Bericht über das 1. Halbjahr 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 238f.; Okdo. H.Gr. Mitte Ia/Ic/He WiFü/O.Qu./Qu.2/VII (Mil.Verw.), Betr.: Errichtung von Wehrdörfern, Ausführungsbestimmungen v. 7. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 1009.

941 HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien v. 19. 10. 1943, BA R 6/308, Bl. 29f.; Faktorowitsch, S. 109.

942 Gliederung für die Besprechung Wehrdörfer-Organisation in den Armeegebieten am 24. Januar 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 550 (Hervorhebung im Original).

943 Niederschrift über die Besprechung beim Okdo. H.Gr. Mitte »Einrichtung von Wehrdörfern« v. 24. 1. 1944, ebd., Bl. 521. Wer den Befehl gab, ist aus der Niederschrift nicht ersichtlich. In Anwesenheit Buschs konnte aber nach menschlichem Ermessen niemand anders als er entscheiden.

944 Ebd.; OB H.Gr. Mitte, Betr.: Errichtung von Wehrdörfern (gez. v. Busch) v. 29. 1. 1944, ebd., Bl. 493. Vgl. zum Aufbau der Wehrdörfer im westlichen Polesje auch: AOK 2, O.Qu./VII (Mil.Verw.), Lagebericht Mai v. 31. 5. 1944 (gez./Paraphe v. Tresckow), BA-MA WF-03/26817, Bl. 26: »Die Verbindung mit dem SD zwecks Überprüfung der Bevölkerung ist aufgenommen.«

945 Niederschrift über die Besprechung »Einrichtung von Wehrdörfern«, wie vorletzte Anm. Ein ähnlicher Verdacht drängt sich bei dem doppeldeutigen Bericht des Vertreters des RMO bei der H.Gr. Mitte über die Aktion im neuen Wehrdorf Chidra auf: »Am 9. 3. 44 früh wurden durch ein SD-Kommando diese Personen, deren Familienangehörige sich zum größten Teil bei den Banden befanden, abgeholt. Wie der Unterzeichnete [sic] selbst sehen konnte, ging der Abtransport gut vonstatten.« Bericht v. 13. 3. 1944, BA R 6/94, Bl. 2. Daß wirklich Aussonderungen stattgefunden hatten, erwähnt auch: GebK Nowogrodek, Lagebericht v. 22. 3. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1414.

konnte man das ›Teile und herrsche‹ nicht treiben: Offizielle Feierstunden und Landvergabe für die einen, öffentliche Erschießung für die anderen.

Gleichzeitig war das die äußerste Konsequenz der »Agrarordnung«. Bei der Einrichtung der Wehrdörfer spielten wirtschaftliche Faktoren eine entscheidende Rolle. Die Orte, wo sie geschaffen werden sollten, wurden selbstverständlich nach »taktischen Gesichtspunkten« und zur Sicherung von Verkehrswegen ausgewählt, doch es sollten »auch die Belange der Ernährungswirtschaft weitgehendst Berücksichtigung finden«. ⁹⁴⁶ Das gehörte ebenfalls zur Grundidee der Wehrdörfer. ⁹⁴⁷ Der Wirtschaftsinspekteur Niedenführ hatte in wichtigen Nachschubräumen und Bewirtschaftungsgebieten die »Bildung von Schwerpunkträumen« als Grundlage für »befriedete Grossräume« vorgeschlagen. Hier sollte ein neu zu schaffender, mit Sondervollmachten ausgestatteter »General für Bandenbekämpfung und Landbefriedung« das Sagen haben, dem der Sonderstab Agrarordnung seiner Abteilung Landwirtschaft »Berater« zur Seite stellen werde. ⁹⁴⁸ Zwar wurde eine solche Stelle nicht eingerichtet, doch die Wehrdörfer galten als neue Stufe der »Agrarordnung«. Von ihnen ausgehend sollte mit der letzten Phase der Reform begonnen werden. ⁹⁴⁹ Dazu gehörte, wie schon erwähnt, eine formelle Landeinrichtung ⁹⁵⁰ und schließlich in den meisten Fällen die Übergabe von »gut aussehenden« Eigentumsurkunden ⁹⁵¹ für fünf bis zehn, in der Regel sechs bis acht Hektar Land, v. Gottberg zufolge sogar »mit persönlicher Bewilligung des Reichsführers SS und [des] Reichsleiters Rosenberg«. Damit war ein langjähriger Streitpunkt weitgehend hinfällig geworden. ⁹⁵² Die Landbaugenossenschaften wurden jedoch nicht aufgelöst. ⁹⁵³

946 HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien v. 19. 10. 1943, BA R 6/308, Bl. 29f. Vgl. Gliederung für die Besprechung am 24. Januar 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 548f. Auf der grundlegenden Sitzung beim Okdo. H.Gr. Mitte erklärte v. Gottberg: »Wehrdörfer müssen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten (Schutz von Betrieben) und in Anlehnung an Polizei-Stützpunkte errichtet werden.« Gemeint waren hier z. B. auch Torfwerke. Ebd., Bl. 521. Laut dem HeWiFu Nagel in der gleichen Besprechung war eine »[g]ute Bodenlage« ein entscheidendes Kriterium für die Standortwahl. Niederschrift Wolff (WiIn Mitte) v. 25. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 910; vgl. v. a. seine Anordnung HeWiFu Mitte, Betr.: Wehrdorf-Bildung v. 27. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 266f. Am wenigsten sah diese Notwendigkeit der spät hinzugezogene Otto Schiller, der »Vater« der Agrarordnung. HeWiFu Mitte, Ia, Niederschrift über die Besprechung betr. Wehrdorfangelegenheiten am 15. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 587.

947 Vgl. Vortrag v. Gottberg vor der Verwaltungsspitze in Minsk am 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 157.

948 Sie sollten auch zur »Nachrichtengewinnung und -übermittlung« dienen. HeWiFu Mitte, I/Ia, Betr.: Befriedung wichtiger Räume v. 25. 11. 1943, BA-MA WF-03/5369, Bl. 212–215.

949 Notiz über Vortrag des Leiters des Sonderstabs Agrarordnung der WiIn Mitte, Dr. Weimert, in KTB WiStab Ost, Chefgr.La, für 5.–11. 11. 1943, BA-MA WF-01/15898, Bl. 092f.; Freitag an Riecke v. 28. 6. 1943, in: IMT, Bd. 31, S. 469; Vortrag Freitags auf der Propagandistentagung in Minsk v. 26. 10. 1943, IfZ Fb 101/34; Kube an A. Meyer v. 27. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 192; Niederschrift über die Besprechung am 24. 1. 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 520ff.

950 Okdo. H.Gr. Mitte, Betr.: Errichtung von Wehrdörfern, Ausführungsbestimmungen v. 7. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 1009; WiStab Ost, Monatsbericht Februar v. 23. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 656; AWiFu 4, Lagebericht für 16. 2.–15. 3. v. 26. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 432; Kritik an zu langsamer Arbeit der Angehörigen des »Stab[s] Dr. Weimer[t]«: GebK Slonim, Lagebericht v. 21. 3. 1944, BA F 13684, Bl. 1379f.

951 Gliederung für die Besprechung am 24. Januar 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 550.

952 Niederschrift über die Besprechung am 24. 1. 1944, ebd., Bl. 522 (siehe Bl. 521f.). Vgl. Ankündigung v. Gottbergs in: Minsker Zeitung sowie Kauener Zeitung v. 23. 12. 1943, Deutsche Zeitung im Ostland v. 22. 12. 1943; Vertreter des RMO bei H.Gr. Mitte v. 13. 3. 1944, BA R 6/94, Bl. 2 (»Eigentumsurkunden [...]

Tatsächlich übernahmen die zugeteilten Landwirtschaftsführer die Führung im Wehrdorfbildungsprozeß. Die Bestimmungen besagten nämlich, daß sie in der Regel die »Wehrdorfgruppenkommandanten« stellten, die die wirtschaftliche, politische und militärische Leitung innehatten und gleichzeitig selbst für die Erledigung der Arbeit von deutscher Seite sorgten (»weil niemand da war, der sie sonst hätte erledigen können«).⁹⁵⁴ Das war schon vor Erlass der Regelungen in der Praxis so; im Berezinabogen südlich Borissow, wo ganze Gemeinden in das Programm einbezogen wurden, verwendete man überwiegend der russischen Sprache mächtige Agrarfunktionäre, die früher »Offz. der baltischen Armeen [gewesen] waren«.⁹⁵⁵ Allein im Militärverwaltungsgebiet wurde der Sonderstab Agrarordnung in kurzer Zeit von elf auf 66 deutsche Beamte erweitert.⁹⁵⁶ Was die Planung und Steuerung der Arbeiten angeht, war im GK Weißruthenien für die »Großraumplanung« der SS-Hauptsturmführer Rolf Huttenburg vom SD und für die »Betreuung der errichteten Wehrdörfer« Richard Weimert, der Chef des Sonderstabs Agrarordnung, zuständig. Außerdem bearbeiteten die Gebietskommissare die »Wehrdorfangelegenheiten« im »örtlichen Bereich«.⁹⁵⁷ Im Militärverwaltungsgebiet war die Lage verwickelter. Die

vom Unterzeichneten mitgebracht«); Hermann Marcus, Wehrdörfer in Weißruthenien, in: Deutsche Ost-Korrespondenz v. 23. 3. 1944, BA 61 Re 1, Nr. 348, Bl. 132/1 (Marcus war persönlicher Referent v. Gottbergs); HeWiFü Mitte, Lagebericht Nr. 4 v. 29. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 265; Okdo. H.Gr. Mitte, O.Qu./VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht März 1944, BA R 6/281, Bl. 132; WiStab Ost, Lagebericht April v. 23. 5. 1944, BA-MA FPF-01/7854, Bl. 760. Dagegen: lediglich »Einweisungsurkunden« laut geheimem Vermerk (undatiert), BA-MA FPF-01/7848, Bl. 527; Vermerk über die Reise des stellvertretenden RMO Meyer nach Minsk usw. v. 7. 9. 1943, BA R 6/281, Bl. 66; in der Regel keine Eigentumsüberweisung nach: Vermerk über die Besprechung im RMO mit v. Gottberg am 1. 3. v. 10. 3. 1944, BA-MA FPF-01/7886, Bl. 857; ebenso am 23. 11., Niederschrift v. 6. 12. 1943, BA F 727, Bl. 483; v. Gottberg in Aktenvermerk über die Dienstbesprechung [...] beim GK in Minsk am 7. 12. v. 9. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 590; ebenso v. 17. 2. über die Sitzung am 14. 2. 1944, Bl. 1017. Vgl. aber Verordnung über die Landeinrichtung und 1. Durchführungsverordnung, beides v. 4. 3. 1944 (gez. Busch), in: Okdo. H.Gr. Mitte O.Qu./VII (Mil.-Verw.), Militärverwaltungsanordnungen Nr. 20 v. 18. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 268–272; siehe dazu auch: KTB WiStab Ost für 12.–18. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 219.

953 Aktenvermerk über die Sitzung beim GK in Minsk am 14. 2. v. 17. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 1017.

954 Okdo. H.Gr. Mitte, Betr.: Errichtung von Wehrdörfern, Ausführungsbestimmungen v. 7. 2. 1944 und Anlage (Unterstellungsschema), BA-MA WF-01/18990, Bl. 140f. und 145; die Anordnung HeWiFü Mitte, Betr.: Wehrdorf-Bildung v. 27. 2. 1944, ebd., Bl. 1041f.; AOK 4, O.Qu./VII, Niederschrift über die Besprechung in Borissow am 16. 2. v. 17. 2. 1944 (Ausführungen Tesmer), BA-MA WF-03/29849, Bl. 388; HeWiFü Mitte, Ia, Niederschrift über die Besprechung betr. Wehrdorfangelegenheiten am 15. 6. v. 19. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 586f.; WiStab Ost, Bericht über das 1. Halbjahr 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, besonders Bl. 239 (Zitat; hier auch für den Zivilverwaltungsgebiet); WiStab Ost, Monatsbericht Februar v. 23. 3. 1944, BA-MA FPF-01/7854, Bl. 692. Vgl. auch Vertreter des RMO bei H.Gr. Mitte v. 13. 3. 1944, BA R 6/94, Bl. 5.

955 WiKdo 213 (Borissow), Gruppe Ia, Lageberichte 16. 12. 1943–15. 1. 1944 (Zitat), 16. 1.–15. 2. und 16. 2.–15. 3. 1944, BA-MA RW 31/861.

956 HeWiFü Mitte, Abt. I/Ia, Aktenvermerk/Besprechung Major Radnitzky/Hpt.Abt. Leiter Freitag am 17. 4. 1944, ZStA Minsk 412–1–199, Bl. 6.

957 Ausführungen v. Gottbergs, Niederschrift über die Besprechung am 24. 1. 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 524. Vgl. Niederschrift Wolff/HeWiFü Mitte zur selben Sitzung, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 912; Hesse, S. 235; Vern. Rolf Huttenburg v. 29. 8. 1961, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 8973–8977; zu dessen Aktivitäten auch Vern. seines Mitarbeiters L. W. v. 20. 10. 1961, ebd., Bl. 9275f.; Randnotizen eines Beamten des RMO am Abschlußbericht Militärverwaltung H.Gr. Mitte, BA-MA WF-03/5469, Bl. 456.

Landwirtschaftsverwaltung, ebenfalls unter Weimert, mußte sich mit mehreren konkurrierenden Stellen auseinandersetzen, die ihr den Führungsanspruch streitig machten, was Reibungsverluste hervorrief. Da waren der Ia der Heeresgruppe Mitte und die Armeeestäbe, die die Wehrdörfer aufstellen wollten; der BdS und die Abteilungen Quartiermeister/Militärverwaltung, die bei der politischen Bearbeitung, besonders den Aussonderungen, mitsprachen; und letztere beanspruchten mit Erfolg die Führung und Koordination des ganzen Projekts.⁹⁵⁸ Daneben waren auch die Korücks, die Feld- und Ortskommandanturen eingeschaltet. Weimert beschwerte sich über zu lange Befehlswege, drang aber nicht durch.⁹⁵⁹ So übernahm bei der 4. Armee das Korück 559 die Gesamtplanung, beraten vom Wirtschaftskommando 213, und bei der Einweihung von Wehrdörfern waren unter anderem Oberquartiermeister, Korück, Feldkommandant und Armeewirtschaftsführer anwesend.⁹⁶⁰ Sonst ließen sie sich aber nicht blicken, sondern außer den Landwirtschaftsführern allenfalls bewaffnete Einheiten, so daß die Agrarverwaltung die Durchführung in der Hand behielt.⁹⁶¹

Die Wehrdörfer sollten überdies wirtschaftlich besonders gefördert, ihre Einwohner wirksam bestochen werden. »Die Wehrbauern seien selbstverständlich keine Idealisten, sondern man müsse ihnen schon einige Vergünstigungen gewähren«, wie v. Gottberg es ausdrückte.⁹⁶² Dazu lieferten die Deutschen Konsumgüter und eröffneten Dorfläden (»Die Lenkung der Waren hat sich in erster Linie auf die Wehrdörfer zu erstrecken«). Konkret wurden im Militärverwaltungsbereich beispielsweise im Februar 1944 je 1000 Arbeitsjoppen, -hosen und Holzschuhe, je 500 Paar Socken, Mützen, Hemden, Schlüpfen, Frauenröcke, 250 Unterhosen, je 200 Umschlagtücher und Frauenkleider ausgegeben – eine »Politik der Glasperlen«.⁹⁶³ Weiter sollten soziale und kulturelle Einrichtungen wie ein »Gesundheitsstützpunkt« und ein öffentliches Bad für jedes Dorf sowie »Musterschulen« eingerichtet werden. Kleinere Betriebe wie Sägewerke wurden ihnen übergeben. Pferde, Panjewagen, Landmaschinen, Energieanlagen und Handwerkszeug wurden geliefert, um sie zu »Erzeugungs-

958 Vgl. Gliederung für die Besprechung am 24. 1. 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 548–554; OB H.Gr. Mitte, Betr.: Errichtung von Wehrdörfern v. 29. 1. 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 492–500; Aktenvermerk über eine Besprechung Weimert-Tesmer (O.Qu./VII) am 5. 2. v. 7. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 965; Abschlußbericht Militärverwaltung H.Gr. Mitte (Tesmer), BA-MA WF-03/5469, Bl. 456f.; KTB WiStab Ost für 16.–22. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 232; WiStab Ost, Bericht über das 1. Halbjahr 1944, ebd., Bl. 240.

959 HeWiFu Mitte, Ia, Niederschrift über die Besprechung betr. Wehrdorfangelegenheiten am 15. 6. v. 19. 6. 1944 und Skizze »Befehls- und Meldewege für La-Führer in Wehrdörfern«, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 586–588.

960 AWiFu 4, Lageberichte für 16. 2.–15. 3. und 16. 3.–15. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 432 und 450.

961 Wie schon angedeutet, trifft es keineswegs zu, daß die Wehrdörfer »vollgestopft mit ›deutschem Rahmenpersonal‹« waren, wie Friedrich, S. 535, behauptet.

962 RMO II 1c, Vermerk über die Besprechung mit v. Gottberg am 1. 3. v. 10. 3. 1944, IfZ MA 545, Bl. 465; Nagel forderte, auch die Wehrdorf-Propaganda als »Appell an den eigenen Egoismus« aufzuziehen: Niederschrift über die Besprechung am 24. 1. 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 520.

963 OB H.Gr. Mitte, Betr.: Errichtung von Wehrdörfern v. 29. 1. 1944, ebd., Bl. 498. Vgl. GebK Minsk-Land, Bericht über das 1. Quartal v. 25. 3. 1944, BA R 6/363, Bl. 40; und besonders Warenzuweisungen an Wehrdörfer im mittleren Abschnitt, Anlage 2 zu WiStab Ost, Monatsbericht Februar v. 23. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42742, Bl. 686.

musterdörfern« zu machen.⁹⁶⁴ Die Bewohner waren in der Regel von Zwangsrekrutierungen für den Reichseinsatz oder den regionalen Arbeitseinsatz sowie für die Zivilarbeitsdienstabteilungen (ZADA) ausgenommen, die unter Waffen stehenden Männer auch von den jahrgangsweisen Arbeitsdienststeinberufungen.⁹⁶⁵ Von den Zwangsablieferungen an Agrargütern waren sie allerdings nicht befreit, da es ja gerade das Ziel war, diese relativ sicheren Lieferungen zu gewährleisten; die Auflagen wurden aber teilweise herabgesetzt.⁹⁶⁶

Wie gesagt: dieses Konzept war der ideelle Schlußstein im Gebäude der deutschen Besatzungspolitik in Weißrußland. In Gestalt der von den Landwirtschaftsführern gestellten Wehrdorfgruppenkommandanten war sogar erstmals der »Grundsatz der Einheitlichkeit der Befehlsgewalt in der unteren Instanz verwirklicht«, genau wie die Einheit in der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Führung.⁹⁶⁷ Die Errichtung von Wehrdörfern wurde in der Vorschrift für die Partisanenbekämpfung vom Mai 1944 empfohlen.⁹⁶⁸ An ihrem Aufbau in Weißrußland waren gewissermaßen die Vordenker der Besatzungspolitik direkt beteiligt, die schon öfter erwähnt worden sind: Der Abteilungsleiter Landwirtschaft im GK Weißruthenien, Freitag, hatte sie vorgeschlagen; Weimert leitete den Sonderstab Agrarordnung, Oberquartiermeister v. Unold und Militärverwaltungschef Tesmer die Planung im Militärverwaltungsbe- reich; der Landwirtschaftsführer de Vries, der SD-Partisanenexperte Artur Wilke und Kubes ehemaliger Adjutant Wildenstein beschäftigten sich mit der Wehrdorfplanung und der Ansiedlung auswärtiger bewaffneter Verbände, die in den gleichen Zusammenhang gehört (siehe Kap. 9.6c).⁹⁶⁹ Schließlich inspizierten auch noch die Agrarreformexperten Schiller und Szogs das Projekt.⁹⁷⁰ Mit Dr. Hermann Marcus hatte sich v. Gottberg außerdem extra einen »politischen Berater«, immerhin den ehemaligen Präsidialchef der Landesregierung Mähren, geholt, um eine »Verwal-

964 H.Gr. Mitte O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.)/IVb v. 24. 2. 1944, BA-MA WF-03/5409, Bl. 443 (erstes Zitat); GebK Nowogrodek, Lagebericht v. 22. 3. (zweites Zitat) und GeK Slonim, Lagebericht 1. Quartal v. 21. 3. 1944, BA F 13684, Bl. 1379 und 1411; H.Gr. Mitte O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht Mai v. 12. 6. 1944, BA F 13753, Bl. 929; HeWiFü Mitte, Abt. Landwirtschaft, Erzeugungsrichtlinien für 1944 an alle Landwirtschaftsführer (gez. Freitag) v. 3. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 227f. (drittes Zitat).

965 Okdo. H.Gr. Mitte, Betr.: Errichtung von Wehrdörfern, Ausführungsbestimmungen v. 7. 2. 1944, hier nach BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 234. Zu den ZADA vgl. Kap. 6.3 in dieser Darstellung.

966 AOK 4, O.Qu./VII, Niederschrift über die Besprechung in Borissov am 16. 2. v. 17. 2. 1944, BA-MA WF-03/29849, Bl. 389; Niederschrift über die Dienstbesprechung mit den Gebietskommissaren am 15. Febr. 1944, ZStA Minsk 412-I-199, Bl. 41; OB H.Gr. Mitte, Betr.: Einrichtung von Wehrdörfern v. 29. 1. 1944, BA-MA WF-03/5388, Bl. 498; H.Gr. Mitte, Verordnung über die Landeinrichtung v. 4. 3. 1944, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 268f.; vorübergehender Steuerrückgang durch »Um-, Aus- und Einsiedlungen«: GebK Slonim, Abt. Finanzen und Steuern v. 14. 3. 1944, BA R 6/366, Bl. 26.

967 Abschlußbericht Militärverwaltung H.Gr. Mitte (Tesmer), BA-MA WF-03/5469, Bl. 457.

968 OKW/WFSt/Op., Merkblatt 69/2 zur Bandenbekämpfung v. 6. 5. 1944, in: N. Müller 1982, S. 171. Dazu auch Cooper, S. 107.

969 Vern. Axel de Vries v. 3. 5. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2945; ders. v. 17. 1. 1963, ZStL 202 AR-Z 94e/59, Bd. 1, Bl. 146f.; Vern Karl Wildenstein v. 3. 12. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1646; zu Wilke: Vern. Alfred Renndorfer v. 13. 9. 1961, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 983.

970 Siehe KTB-Beitrag HeWiFü Mitte, Hauptabteilung La, für 12.-18. 6. 1944 sowie HeWiFü Mitte, Ia, Niederschrift über die Besprechung betr. Wehrdorfangelegenheiten am 15. 6. v. 19. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 428662, Bl. 586f. und 791.

tungsreform« mit dem Ziel durchzuführen, die weißrussische Kollaboration zu mobilisieren.⁹⁷¹ Dies gelang in den Städten bei der Intelligenz jedoch kaum.⁹⁷²

Nach dem Krieg stieß das deutsche Wehrdorfkonzept, wie die deutschen Methoden der Partisanenbekämpfung überhaupt, im Westen auf Interesse. Einige der in dieser Arbeit verwandten Darstellungen basierten auf Forschungsaufträgen der US-Armee.⁹⁷³ Besonders deutlich empfahl Edgar M. Howell die Schaffung »toter Zonen« und andere deutsche Vorgehensweisen.⁹⁷⁴ Das Interesse blieb nicht bloß theoretisch: Die deutschen Erfahrungen wurden ausgewertet und teilweise nachgeahmt oder aber ähnliche Modelle entwickelt, von den Franzosen in Algerien, wo sie 1,5 Millionen Menschen umsiedelten, in Vietnam und Kambodscha; von den Briten in Malaysia und Kenia. In der Regel handelte es sich um eine Kombination aus der Schaffung »toter Zonen« durch Umsiedlung und Massenmord sowie Einwohnermilizen in befestigten Dörfern, die wirtschaftliche und soziale Vergünstigungen erhielten.⁹⁷⁵ Ähnliches praktizierten die US-Truppen in Griechenland und auf den Philippinen, die Briten auf Zypern, die Guomintang in China.⁹⁷⁶ Das bekannteste Beispiel dieser Art ist der Plan für die befestigten »strategischen Dörfer«, den die USA 1960 bis 1965 in Südvietnam verfolgten.⁹⁷⁷ Er scheiterte, weil die US-Armee das Konzept, das nur begrenzt wirksam sein konnte, gewissermaßen falsch anwandte: Nach dem »Staley-Taylor-Plan« sollte entlang dem 17. Breitengrad und an der Westgrenze ein breites Niemandsland geschaffen und nicht ausgesuchte Kollaborateure, sondern fast die gesamte Landbevölkerung (zehn Millionen Einwohner) sollten in 16000 »strategische Dörfer« umgesiedelt, leicht bewaffnete Dorfmitilizen geschaffen und die aufgegebenen Orte zerstört werden. Tatsächlich gelang es nicht, mehr als zeitweilig 8000 (gleichzeitig nicht mehr als 4000) »strategische Dörfer« zu schaffen. Wegen der Zwangsumsiedlungen und dem Charakter der Dörfer, die bei den befohlenen Beschränkungen

971 Marcus war SD-Mitarbeiter im Rang eines SS-Hauptsturmführers. Etwa zwischen September 1943 und Mai 1944 im GK Weißruthenien tätig, dürfte er v. Gottberg aus seiner früheren Tätigkeit im Protektorat Böhmen und Mähren bekannt gewesen sein. Vern. Dr. Hermann Marcus v. 23. 7. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 4058–62. Siehe auch Vern. ders. v. 19. 1. 1978, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Sbd. Angehöriger sonstiger Dienststellen; Hermann Marcus, Wehrdörfer in Weißruthenien, in: Deutsche Ost-Korrespondenz v. 23. 3. 1944, BA 61 Re 1, Nr. 348, Bl. 132/1; RSHA, Verzeichnis der beim HSSPF Rußland-Mitte eingesetzten Angehörigen von Sipo und SD, die SS-Führer sind bezw. SS-Führerdienst versehen, BA-MA SF-03/28942, Bl. 841ff.

972 Für den Militärverwaltungsbereich siehe die Lageberichte des Leitenden Feldpolizeidirektors bei der H.Gr. Mitte für April und Mai v. 5. 5. und 5. 6. 1944, BA D-H ZM 868, A. 1, Bl. 4 und 12; im übrigen die Ausführungen bei Dallin.

973 Armstrong, Dallin, Herrschaft, sowie Dallin 1972 (erstmal 1951). Vgl. z. B. den Stempel des Pentagon auf Bach-Zelewskis Richtlinien zur Partisanenbekämpfung v. 26. 2. 1943, Nbg. Dok. NO-475, BA F 44297. Bach-Zelewski behauptete während seines Spruchkammerverfahrens (Vern. v. 14. 3. 1951, ZStL 202 AR-Z 52/59, Sbd. 7, Bl. 96), die von ihm erarbeitete Partisanenbekämpfungsvorschrift vom Mai 1944 (wie Anm. 9/968) werde derzeit von den USA in Korea verwandt.

974 Howell, besonders S. 211–213 (Kapitel »Lessons Learned«). Auffällig ist ferner, daß Howell nur sehr selten die Zahlen der Opfer der von ihm beschriebenen deutschen Partisanenbekämpfungsaktionen nennt.

975 Heilbrunn, S. 160–163.

976 Vgl. Horlemann/Gäng, S. 158ff.; Burchett, S. 128f. Gottlob Berger hielt seinen Anklägern in Nürnberg vor, Massenausiedlungen zur Schaffung toter Zonen wie im GK Weißruthenien organisierten die Westalliierten gerade in Griechenland (Vern. v. 27. 5. 1948, Fall 11, Nr. 65, dt. Protokoll Bl. 6484, BA F 53844).

977 Siehe auch Gottberg, S. 94f.

der Freizügigkeit Gefängnissen ähnelten (es gab Zwangsbewaffnungen), mußte das Programm auf Grund des Widerstands der Bevölkerung schließlich sang- und klanglos aufgegeben werden.⁹⁷⁸ Trotzdem werden solche Konzepte auch heute noch angewandt. Erinnert sei hier nur an die in Guatemala geschaffenen »Modelldörfer« und Hilfsmilitäzen sowie an die Vorgänge in der Türkei, wo aus Kurdistan mittlerweile bis zu fünf Millionen Menschen ausgesiedelt worden sind, wobei das System der bewaffneten »Dorfwächter« jedoch vorwiegend autochthone Wurzeln im Osmanischen Reich hat.⁹⁷⁹

c) Die Ansiedlung von bewaffneten Kollaborateuren der Kaminski-Bewegung, Kosaken und Kaukasiern in Weißrußland 1943/44

Zahlenmäßig – allerdings nicht politisch und von der Konzeption her – hatte die Ansiedlung von Verbänden bewaffneter Kollaborateure aus anderen Teilen der Sowjetunion in Weißrußland größere Bedeutung als die Wehrdörfer im eigentlichen Sinn. Dabei handelte es sich um Notlösungen, bei denen die Deutschen Helfershelfer gezielt in ihre Verbrechen einspannten und sie förmlich verheizten. Der erste derartige Verband, der nach Weißrußland gelangte, waren die Anhänger des russischen Chemikers Bronislaw Kaminski. Unter der Führung des Ingenieurs Voskobochnikow und Kaminskis war Ende 1941 in Lokot im Gebiet Brjansk, damals unter Verwaltung der 2. Panzerarmee, ein von den Deutschen geduldeter und ab 1942 geförderter Selbstverwaltungsbezirk gegründet worden. Kaminski vertrat eine russisch-völkische Ideologie mit deutlichen faschistischen Tendenzen. Im Februar 1942 wurde dort die sogenannte Russische Nationale Befreiungsarmee (RONA) gegründet, die im Juli 1942 über 5000 und im Februar 1943 über 10000 Mann unter Waffen verfügte.⁹⁸⁰ Im Spätsommer 1943 mußten die Deutschen dieses Gebiet aufgeben und evakuieren. Die RONA einschließlich Familienangehörigen zunächst in den Raum Lepel, 6000 Kämpfer und 25000 Zivilisten. Das durch sie zu übernehmende Gebiet wurde von den Deutschen als »wirtschaftlich sehr wertvoll« bezeichnet, doch war es drei Monate zuvor im Rahmen der Operation »Cottbus« und anderer teilweise entvölkert worden. Kaminskis Anhänger blieben dort ein Fremdkörper und versuchten auch gar nicht erst, die Sympathien der Bevölkerung zu gewinnen. Die Stimmung war auf beiden Seiten schlecht. Schon den Ansiedlungsplan der Feldkommandantur 181 durchkreuzten sie im September 1943 durch chaotische Quartiernahme.⁹⁸¹ Im Fe-

978 Horlemann/Gäng, S. 135–137; Burchett, v. a. S. 8, 54 ff., 90, 111 ff., 122–128, 153, 248 f., 392, 431; Horowitz, S. 144. Dabei wurden jedoch auch britische Erfahrungen in Malaysia verarbeitet.

979 Vgl. den Dokumentarfilm von Georg Stefan Troeller, Land in Todesgefahr – Wiedersehen mit Guatemala und z. B. Bierewitz/Menk, S. 32 und 39 f. – Während die Rezeption und der Einfluß der deutschen Maßnahmen auf die Guerillabekämpfung westlicher Länder kaum zu bestreiten ist, ist umgekehrt ein Einfluß ausländischer bzw. historischer Modelle für den Partisanenkrieg auf die deutsche Politik in Weißrußland 1941–1944 in den Quellen nicht ersichtlich. Es gab lediglich in der SS Betrachtungen über Wehrsiedlungen der Habsburger Monarchie auf dem Balkan in 17. und 18. Jahrhundert.

980 Zur Vorgeschichte besonders Dallin 1972, S. 246–259; Cooper, S. 112 f. Der Verband verfügte sogar über einige Panzer und Artillerie.

981 Es handelte sich um Teile der Rayons Lepel, Tschaschniki, Senno, Beschenkowitschi und Uschatschi. Siehe Faktorowitsch, S. 107; Dallin 1972, S. 260–264 (hieraus Zitat, rückübersetzt aus dem Englischen); PzAOK 3, Ia/Ic/AO, Betr.: Lage im rückwärtigen Armeegebiet v. 28. 9. 1943, BA-MA RH 19 II/173, Bl. 102; Chef EGr B an Bach-Zelewski v. 28. 9. 1943, BA-MA WF-03/5369, Bl. 336–338; KTB WiKdo 212 (Mogilew) v. 2. 9. 1943, BA-MA RW 31/850.

bruar 1944 wurden sie abgezogen, obwohl die Deutschen sie dort eigentlich »für längere Jahre« ansiedeln wollten.⁹⁸² Einzelne Gruppen versuchten die Deutschen auch bei Borissow anzusiedeln oder setzten sie zu Partisanenbekämpfungsaktionen im Dreieck Pripjet-Dnjepr ein.⁹⁸³

Der weitaus größte Teil wurde dagegen der Zivilverwaltung übergeben, dem HSSPF v. Gottberg unterstellt und in die Gebiete Slonim und Nowogrodek umgesiedelt, was sich jedoch bis zum Mai 1944 hinzog. Im Raum Lepel folgten ihnen teilweise weißrussische Wehrbauern nach.⁹⁸⁴ Verbindungsoffizier v. Gottbergs zu Kaminski wurde der zum Major der Schutzpolizei ernannte Gebietskommissar in Nowogrodek, Fritz Buschmann.⁹⁸⁵ Wie im Raum Lepel betrieb die RONA auch im neuen Gebiet Partisanenbekämpfung im Sinn der Deutschen. Von einer Ansiedlung konnte kaum die Rede sein. Im Juli 1944 zog sie mit ihnen in einer Stärke von 6000 Bewaffneten und 20 000 Zivilisten nach Westen ab.⁹⁸⁶ Im August 1944 war sie an der brutalen Niederschlagung des Warschauer Aufstandes beteiligt, wobei man Kaminski auf Bach-Zelewskis Befehl wegen Plünderung erschoss, und wurde schließlich in den folgenden Monaten bei Kämpfen in der Slowakei, Pommern, Bayern und an der Oder aufgerieben.⁹⁸⁷

Auch kaukasische und Kosakeneinheiten wurden 1944 im GK Weißruthenien angesiedelt. Diese unter Mithilfe des Obersten Claus Schenck Graf v. Stauffenberg aufgestellten Kollaborateursverbände waren in Trecks ins Generalgouvernement geleitet worden.⁹⁸⁸ Dann wurden sie zunächst in das Auffanglager Lesna bei Baranowitschi gebracht. Den Auftrag zur Betreuung und Organisation der Kaukasier hatte Hauptmann Theurer, für die Kosaken Major Oskar W. Müller, ebenfalls ein Strategie der Besatzungspolitik, der zuvor Verbindungsoffizier des Ostministeriums bei den Heeresgruppen Mitte und Süd gewesen war.⁹⁸⁹ Die Verbände unterstanden nämlich nicht

982 KTB WiIn Mitte v. 16.–22. 8. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 726.

983 Vgl. WiKdo 213 (Borissow), Lagebericht für 16. 3.–15. 4. v. 18. 4. 1944, BA-MA RW 31/861, und Faktoro-witsch, S. 107.

984 H.Gr. Mitte, O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht März 1944, BA R 6/281, Bl. 132; [PzAOK 3,] Qu, Notiz Betr.: Abtransport der Volkswehr-Brigade Kaminski v. 18. 2. 1944, BA-MA WF-05/7665, Bl. 1078; GebK Nowogrodek, Lagebericht v. 22. 3. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1416; Dallin 1972, S. 264f.

985 Vern. Fritz Buschmann v. 26. 7. 1963, ZStL 202 AR-Z 94e/59, Bd. 2, Bl. 191R. Buschmann ist als ehemali-ger persönlicher Referent Kubes ebenfalls als »Vordenker« einzustufen.

986 HeWiFüMitte, Abt. Arbeit, Bericht über die personelle Räumung im Bereich der Heeresgruppe Mitte v. 3. 8. 1944, BA-MA WF-03/15901, Bl. 82; die Zahlen bei Dallin 1972, S. 265, sind anscheinend zu niedrig. Im Lagebericht März H.Gr. Mitte, I/Ic v. 3. 4. 1944 (Auszüge), BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 275f., hieß es, daß Kaminskis Anhänger »dort nach Freikämpfung des Landes als Wehrbauern angesiedelt werden sollen«.

987 Dallin 1972, S. 266ff.; Antwort Bach-Zelewskis auf einen undatierten Fragebogen, IfZ Zs 543, Bl. 28, und Vern. v. 3. 9. 1947, IfZ Zs 543/II, Bl. 25f.

988 Vermerk über die Besprechungen mit v. Gottberg am 22. und 23. 11. v. 6. 12. 1943, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 488; Beauftragter des RMO beim Okdo. H.Gr. Süd, Major O. W. Müller, Bericht Nr. 5/44 v. 26. 1. 1944, BA F 13751, Bl. 699–702; verschiedene Berichte in BA F 727, Bl. 731–743; KTB WBfH. Weiß-ruthenien, Qu, v. 26. 1. und 20. 3. 1944, BA-MA WF-05/7670, Bl. 662 und 667; Bräutigam 1968, S. 654–656, zur Entstehung der Verbände S. 526ff.; Stauffenberg: Bräutigam 1954, S. 85.

989 Müllers Berichte wurden in dieser Arbeit schon verschiedentlich zitiert. Vgl. die vorhergegangene Anm.; Fschr. RMO, P 420a 44g, v. 3. 5. 1944 (gez. Berger), BA F 13683, Bl. 150; Bräutigam 1968, S. 655.

wie die RONA der SS, sondern dem Ostministerium.⁹⁹⁰ Tatsächlich wurden die Kaukasier in den Gebieten Lida und Slonim untergebracht, konnten sich allerdings mit der ihnen fremden natürlichen Bewegung nicht anfreunden, so daß die deutschen Betreuer die Bezeichnung »Ansiedlung« zeitweise vermieden.⁹⁹¹ Im Gebiet Slonim wurden dazu die Bewohner einer Reihe von Dörfern gewaltsam vertrieben, und zwar in ausdrücklicher Umkehrung der erklärten deutschen Nationalitätenpolitik von Weißrussen bewohnte Dörfer, weil die von Polen bewohnten Orte höhere Agrarablieferungen leisteten, loyaler waren und weil die polnischen Partisanen, die vorwiegend gegen sowjetische Partisanen und nicht gegen die Deutschen kämpften, nicht verprellt werden sollten. Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich im Gebiet Lida ab, wobei die Polizeiführung eine führende Rolle spielte. Produktivität und das Bewahren der (relativen) Ruhe im Land gingen hier der antipolnischen NS-Politik vor.⁹⁹² Die Kaukasier terrorisierten später selbst die den Deutschen treue Bevölkerung, plünderten und vergewaltigten.⁹⁹³ Aus ihnen wurden zwei Schuma-Bataillone gebildet, aus den Kosaken fünf, die eine »Kosakenbrigade« bildeten. Diesen Einheiten und ihrem Anhang waren nicht weniger als 32 Landwirtschaftsführer vom Sonderstab Agrarordnung beigegeben, um sie bei der Ansiedlung zu unterstützen.⁹⁹⁴ Auch die zahlenmäßig wesentlich stärkeren Kosaken wurden auf Kosten weißrussischer Bauern, vorwiegend im Gebiet Nowogrodek, angesiedelt. Im Mai 1944 wurden weitere 8000 aus Sandomiersz im Generalgouvernement nachgezogen. Der Sonderstab Agrarordnung mobilisierte allein dafür 90 Landwirtschaftsführer zusätzlich.⁹⁹⁵ Als Bekleidung wurden ihnen Textilien ermordeter Juden zugewiesen.⁹⁹⁶ Sie wurden teilweise – ebenso wie die Kaukasier – in Gebieten untergebracht, deren Bevölkerung seit Jahren zu den Partisanen hielt oder nicht kontrollierbar schien. Anstelle geräumter Dörfer sollten »Stanizen« entstehen. Für die Bewohner des Gebiets Nowogrodek, die beim Unternehmen »Hermann« im Sommer 1943 bereits stark dezimiert worden waren, bedeutete die Ankunft von insgesamt 16000 Personen⁹⁹⁷ bei einer Gesamtbevölkerung von kaum noch mehr als 100000 neue schwere Verfolgungen und

990 HeWiFü Mitte, Abteilungsleiterbesprechung am 16. 7. 1944, BA-MA WF-01/15901, Bl. 19.

991 KTB HeWiFü Mitte, Abt. Landwirtschaft v. 26. 3.–1. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 210f.

992 Siehe Niederschrift über Besprechung betr. Unterbringung der kaukasischen Flüchtlinge im Gebiet Lida am 29. 12. 1943 (Geheim); Niederschrift über die Besprechung beim GebK in Slonim am 28. 12. 1943 (»Geheime Reichssache«), ZStA Minsk 370–1–481, Bl. 9–10a und 11–13. Anwesend waren u. a. Huttenburg, Theurer und der jeweilige GebK. Weiter GebK Slonim, Lagebericht 1. Quartal v. 21. 3. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1379. Zu den polnischen Partisanen vgl. Anm. 4/549 in dieser Darstellung; neuerdings Chiari 1998, S. 282–287, 289, 294, 296–301. Antisowjetische polnische Partisanen kämpften auch im Bezirk Bialystok auf deutscher Seite und wurden, wenn verwundet, in deutschen Lazaretten behandelt: Tilitzki, S. 50.

993 Vgl. Gemeindeältester Schirowitschi an Kreisältesten Slonim v. 8. 3. 1944 (Abschrift der Übersetzung) und GebK Brest-Litowsk, Lagebericht 1. Quartal v. 21. 3. 1944, ebd., Bl. 1384 und 1399.

994 Vgl. WiStab Ost, Bericht über das 1. Halbjahr 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 238–241; Der Chef der Ordnungspolizei, Kdo.I Org. v. 17. 3. 1944, ZStL 202 AR-Z 52/59, Sbd. 14, Bl. 194f.

995 Bericht WiStab Ost (wie Anm. zuvor); KTB WiStab Ost für 5.–11. 5. 1944, ebd., Bl. 217; Reisebericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost zur H.Gr. Mitte v. 24. 5. 1944, ebd., Bl. 619; WiStab Ost, Monatsbericht Mai v. 21. 6. 1944, ebd., Bl. 705.

996 Vern. Erich v. d. Bach-Zelewski v. 3. 9. 1947, IfZ Zs 543/II, Bl. 30.

997 Nach HeWiFü Mitte, Abt. Arbeit, Bericht über die personelle Räumung (wie Anm. 9/986), wurden im Juli 1944 16200 Kosaken und 3700 Kaukasier (davon 8.200 bzw. 1200 unter Waffen) zurückgeführt.

Belastungen. Das Prinzip war immer das gleiche: »schlechte Elemente« sollten entfernt, sichere, die auch zur Partisanenbekämpfung dienen konnten, hereingeholt werden.⁹⁹⁸ Politisch zeugte das allerdings von Hilflosigkeit. Opfer dieser Notlösung wurden einmal mehr die Weißrussen, auf die man am wenigsten Rücksicht nehmen zu müssen glaubte.

Auch diese Einheiten wurden später noch in die deutschen Verbrechen eingespant. Die Kosaken gelangten schließlich in den Bereich des HSSPF Adriatisches Küstenland, Globocnik, um dort bei Udine wiederum zur Partisanenbekämpfung »angesiedelt« zu werden, die Kaukasier anscheinend nach Slowenien.⁹⁹⁹ Mit ihrem Abzug aus Weißrußland endete dort der Krieg gegen die Bauern, eines der grausamsten Kapitel der deutschen Besatzungspolitik.

10. Weitere Opfer der deutschen Vernichtungspolitik

10.1 Kommunisten, städtischer Widerstand und »Ostmenschen«

Die deutschen Besatzungsorgane in Weißrußland verfolgten vom ersten Tag an kommunistische Gegner mit äußerster Schärfe. Das gilt besonders für die Einsatzgruppen. Ihre Verbrechen, angefangen bei den vielerorts gebildeten Zivilgefangenenlagern, wie oben schon beschrieben,¹ gingen die ganze Okkupationszeit weiter. In Minsk war die Feststellung von Kommunisten und Funktionären durch Aktenfunde der Einsatzgruppe B erleichtert worden. Darüber hinaus ermittelten Einsatzkommandos und einheimischer Ordnungsdienst laufend Kommunisten und erschossen sie und ihre Angehörigen. Aus den örtlichen Selbstverwaltungen wurden allmählich die früheren Parteifunktionäre entfernt und ermordet; andere flohen.² Zunächst hatten sich die Deutschen meist darauf beschränkt, die führenden und mittleren Partei-

998 Vgl. RMO, II 1d, Betr.: Unterbringung der Kosaken v. 6. 3. 1944; Bericht »Bevollm. f. d. Kosakenflüchtlinge Major O. W. Müller, Betr.: Kosakenerfassung, Rückführung und Ansiedlung v. 21. 5. 1944 (Zitat); ebenso v. 21. 6. 1944; GebK Nowogrodek, Sonderstab Agrarordnung »Kosaken«, Bericht v. 4. 5. 1944 (gez. v. Maydell); alles BA F 727, Bl. 763f., 770–790; GebK Nowogrodek, Lagebericht v. 22. 3. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1414 und 1422; Niederschrift über die Dienstbesprechung am 3. 1. 1944, ZStA Minsk 412–1–199, Bl. 68 (Zitat Ausführungen Freitag); Niederschrift über die Besprechung in Nowogrodek am 8. 1. 1944, ZStA Minsk 370–1–481, Bl. 14 (Fragment).

999 Vgl. Bräutigam 1954, S. 97; Bräutigam 1968, S. 657; Pläne bereits in: RMO II 1d, Niederschrift über die mit der militärischen Entwicklung im Bereich der Heeresgruppe Mitte zusammenhängenden Entwicklungs- und Bergungsfragen v. 6. 7. 1944 (Teilnehmer u. a.: Labs, Stuckart, Klopfer, Ehlich, Musset, der GenQu Wagner), BA-MA FPF-01/8105, Bl. 618f.; Bevollmächtigter des RMO für die Kosakenflüchtlinge, Ansetzung der Kosaken in Oberitalien (gez. Müller) v. 19. 11. 1944, BA F 13753, Bl. 731 (Nbg. Dok. NO-3275).

1 Siehe vor allem Kap. 2.3, 2.4, 7.1, 7.2 und 8.4 in dieser Darstellung. Grundlegend im übrigen: Krausnick/Wilhelm.

2 Vgl. Pennar, S. 58; KTB Berück Mitte, Ia, v. 19. 7. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 776. Aktenfunde: Vern. Georg Heuser v. 2. 3. 1966, StA Hamburg 147 Js 31/67, Bl. 4301.

funktionäre hinzurichten. Später hatten Sicherheitspolizei und SD allgemein die Anweisung, alle Kommunisten und Komsomolzen umzubringen, auch wenn sie nicht im Verdacht aktiver Widerstandshandlungen standen. Dies wurde als üblich bezeichnet; der HSSPF Ukraine hatte einen entsprechenden Befehl im Februar 1942 gegeben.³ Entsprechende Weisungen existierten auch bei der Militärverwaltung.⁴ Dabei konnte man auf die Einwohner- und Meldelisten bei den einheimischen Bürgermeistern zurückgreifen, in denen die bekannten Kommunisten meist mit einem »K« gekennzeichnet worden waren.⁵ So kam es zur Massenverhaftung und Erschießung von Kommunisten oder Widerstandsgruppen, etwa in Mogilew (1941 und 1942), Minsk (Herbst 1942), Borissow (Ende 1943), in den Rayons Usda (April 1944), Puchowitschi⁶ und Wassiljewitschi. Im GK Shitomir hatte der SSPF Hellwig, offenbar nach Prützmanns erwähnter Order, Befehl gegeben, alle Kommunisten und Komsomolzen ohne Verfahren zu erschießen. Auf lokaler Ebene gab der Gebietskommissar in Wassiljewitschi im März 1942 die Verhaftungsanordnung. Im benachbarten Gebiet Komarin fand eine solche Aktion Ende 1942 statt.⁷

Der deutschen Besatzungsmacht gelang es nie, die Widerstandsbewegung in den Städten zu ersticken. Viele Besatzungsfunktionäre sahen in ihnen nicht zu Unrecht Zentren der antinazistischen Kräfte. Manche täuschten sich auch darüber hinweg oder wollten in ihren Berichten darüber hinwegtäuschen.⁸ Ihre Träger waren nicht immer mit den Aktivisten der Vorkriegszeit identisch; unter der Besatzung trennte sich die Spreu vom Weizen. Während Karrieristen und ehemalige Sowjetaktivisten ohne Überzeugung zu den Deutschen überliefen, unterstützten manche, die zuvor als sogenannte Volksfeinde gegolten hatten und verfolgt worden waren, den Widerstand.⁹ Wie weit die Gegnerschaft in der Bevölkerung reichte, zeigt die Tatsache, daß

3 Dazu Chef Sipo/SD, Der Verbindungsführer beim RMO, Betr.: Sonderbehandlung im Bereich des Wirtschaftskommandos Kursk (Unterschrift: Brandenburg) an A. Meyer v. 31. 7. 1943, BA-MA (BArchP)F 42749, Bl. 133f. Vgl. weiter die Ausführungen zum Kommissarbefehl (S. 90f. und 834–837 in dieser Darstellung) und zu Heydrichs Weisung an die Einsatzgruppen, die er am 2. 7. 1941 den HSSPF übermittelte (Kap. 7.1e).

4 Siehe die erwähnten Vorschläge des Landwirtschaftsfunktionärs de Vries und die Reaktion des Berück Mitte (S. 686f. in dieser Darstellung).

5 Juden waren mit einem »J«, Angehörige der Roten Armee mit »RA« und Ausländer mit »A« gekennzeichnet. Abschlußbericht Militärverwaltung im Osten, BA-MA RH 3/v. 382, Bl. 11.

6 Mogilew: EM 133 v. 14. II. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3184; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 18 v. 28. 8. 1942, BA-MA SF-01/31536, Bl. 219. Minsk: Vern. P. R. v. 20. 7. 1967, ZStL VI 319 AR-Z 43/70, Bd. 1, Bl. 51. Borissow: Korück 559, Ia/Ic v. 4. 12. 1943, BA-MA WF-03/14393, Bl. 375f. Untersuchungskommission im Rayon Usda, Akt v. 29. 10. 1944, Sonderarchiv Moskau 1525–1–473, Bl. 127–129; Puchowitschi: Vern. A. A. P. (Auszug) v. 28. 3. 1947 und N. P. S. v. 18. 12. 1945, ZStL II 202 AR-Z 179/67, Dok.Bd. 1, Bl. 148–150 und 236–244 (ehemals OD-Mann bzw. Sekretärin bei der Rayonverwaltung).

7 Urteil LG Berlin 3 PKs 1/57, in StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 2, Bl. 13; GebK Wassiljewitschi an Gendarmerieaußenposten Choiniki v. 16. 3. 1942, ZStA Minsk 658–1–2, Bl. 144; Vern. M. A. C. und I. F. C. v. 2. 2. 1968, ZStL 204 AR-Z 122/67, Bd. 1, Bl. 171 und 176.

8 »Im übrigen ist die Haltung der Bevölkerung nach wie vor loyal. Gelegentliche Erhängungen sind Einzelfälle.« KTB WiKdo Witebsk v. 28. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 742. Zum städtischen Widerstand, dessen Darstellung hier nicht vertieft werden kann, vgl. z.B. Gartenschlaeger, S. 91–103 (über Minsk); Smolar; weiter den Hinweis aus der Smolensker Stadtverwaltung vom August 1942, daß es wegen der materiellen Situation der Bevölkerung »in der Stadt mehr »Rote« als früher« gebe (Buchbender, S. 304); aus der umfangreichen weißrussischen Literatur z.B. Pachomow u. a.

9 Siehe für die ersten Wochen Kalinin, S. 21–25.

die Deutschen wiederholt große Untergrundgruppen in den von ihnen sorgfältig ausgewählten Stadtverwaltungen aufdeckten, ja ganze Administrationen verhafteten wie in Polozk, Bobruisk und Witebsk. Mit der Unterwanderung durch sowjetische Agenten allein war das in diesem Ausmaß nicht zu erklären.¹⁰ In Minsk hatte es um die Jahreswende 1941/42 einen regelrechten Aufstandsplan gegeben, dem zufolge in erster Linie befreite Rotarmisten die deutschen Besatzungskräfte überwältigen wollten. Kurz vor dem geplanten Termin am 4. Januar 1942 wurde die illegale Organisation von Kräften des KdS aufgerollt.¹¹ Auch im Februar, April und im Oktober jenes Jahres war der Minsker Untergrund von Verhaftungswellen betroffen.¹² Auf Grund der vorliegenden Quellen kann man jedoch keine Zahlenangaben machen oder auch nur Schätzungen anstellen, wie viele Weißrussen Opfer der Verfolgungen in den Städten wurden, sei es, daß sie tatsächlich Widerstand geleistet hatten oder daß sie zufällig in die deutsche Vernichtungsmaschinerie gerieten, so bei den Vergeltungsaktionen nach dem Attentat auf Kube.¹³ Damit hängt es auch zusammen, daß die Zahl der Opfer in den weißrussischen Todeslagern schwer abzuschätzen ist. Daß die Größe der von den Sowjets vorgefundenen Massengräber in der Nähe der größeren weißrussischen Städte auf Exekutionen hinweist, die oft weit über die meist relativ genau feststellbare Zahl der ermordeten Juden hinausgeht, läßt eine sehr hohe Dunkelziffer vermuten.¹⁴

Außer den Kommunisten – oft auch ihren Familienangehörigen – schwebte noch eine weitere Bevölkerungsgruppe in höchster Gefahr, die in diesen Zusammenhang

- 10 Polozk: KTB WiKdo Polozk v. 20. 10. und 12. 11. sowie Monatsübersicht Dezember 1942 (140 Festnahmen), BA-MA (BArchP)F 42932, Bl. 235, 243 und 259; Ltd. WiKdo Witebsk, Monatsbericht 21. 10.–20. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 42900, Bl. 898 (auch zu Verhaftungen in Beschenkowitschi); WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 24 v. 4. 12. 1942, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 655. Bobruisk: FK 581 -Verwaltungsgruppe-, Lagebericht v. 13. 3. 1942, BA-MA RH 26-203/3; weiterer Fall: Notizen aus der Besprechung bei Sich.Div. 203 v. 14. 7. 1942, BA-MA WF-03/13353, Bl. 1048. Witebsk: GFP-Gruppe 703, Schlußbericht über die »Witebsker Sache« v. 16. 5. 1943 (63 Festnahmen), Nbg. Dok. NOKW-750, BA F 44300, Bl. 339–345.
- 11 EG r A, Tätigkeitsbericht für 16. 10. 1941–31. 1. 1942, hier nach StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok.Sbd. 2, Bl. 141–146; Abwehrstelle Ostland, Lagebericht für 1. 1.–31. 3. v. 13. 4. 1942, BA D-H FW 488, A.19; EM 154 und v. 12. 1. und 6. 2. 1942, BA-MA SF-01/28935, Bl. 3584 und 3798 (315 Verhaftungen am 4. 1., 125 zwischen 20. und 31. 1., 311 Gefängnisinsassen am 28./29. 1. erschossen); Gartenschlaeger, S. 96. Zwei Monate lang waren die deutschen Truppen in Minsk in Alarmbereitschaft versetzt (KTb RüKdo Minsk v. 1. 1. bis 27. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 763–767). – Zur plötzlichen Angst der Besatzungsorgane: Kommandantur des Sicherungsgebietes Weißruthenien (707. Inf.Div. Kdo.), Befehl Nr. 35 v. 5. 1. 1942, ZStA Minsk 378–1–216, Bl. 23; RüIn Ostland, Monatsbericht Januar v. 17. 2. 1942, BA-MA (BArchP)F 43371, Bl. 922.
- 12 EM 171 v. 20. 2. 1942, BA-MA SF-01/28935, Bl. 3886 (300 Festnahmen am 12. 2.); Smolar, S. 83f.; EM 189 v. 3. 4. 1942, BA-MA SF-02/28936, Bl. 4136f.; BdS Ostland, Kurzbericht über die Tätigkeit der Sicherheitspolizei und des SD in der Bekämpfung von Banden und Fallschirmspringern seit dem 1. Oktober v. 14. 12. 1942 an Himmler, BA D-H ZR 810, A. 18, Bl. 1–6 (82 Festnahmen am 20. 10.). Zu einem Fall in Mogilew Kalinin, S. 267.
- 13 Vgl. Anm. 9/32 in dieser Darstellung. Nach der Tötung eines deutschen Sonderführers wurden auf Kubes Befehl am 2. 2. 1943 in Minsk 50 Kommunisten und 100 Juden ermordet: Aufruf des SSPF Weißruthenien, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. III,2, Bl. 115; RüKdo Minsk, 7. Sonderbericht, BA-MA (BArchP)F 42898, Bl. 1093.
- 14 So waren Anfang 1942 in Estland 14 500 angebliche Kommunisten in Haft: Chef Sipo/SD, Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 9 für 1.–31. 1. 1942, ZStL UdSSR Bd. 401, abgedruckt in: Klein (Hg.), S. 279. – Zu den Morden in den Gefängnissen vgl. S. 772f. in dieser Darstellung.

gehört: die »Ostmenschen«, auch »Sowjetangehörige« genannt. Es handelte sich um Personen, die aus dem altsowjetischen Bereich nach Ostpolen gezogen waren, nachdem dieses 1939 der UdSSR einverleibt worden war. Die Einsatzgruppe B ermordete darüber hinaus bereits seit dem Juli 1941 im Osten Weißrußlands »Großrussen, Polen und Asiaten (Kirgisen, Tataren, Tibetaner [!] usw.)«, weil sie »offensichtlich von der bolschewistischen Führung zu Zersetzungs Zwecken nach Weissruthenien verpflanzt wurden, um sie dort als Henkersknechte zu verwenden«. So wurden vom EK 9 auch Kinder russischer Soldaten interniert und verhört.¹⁵ Im Westen Weißrußlands wurden die aus dem Innern der Sowjetunion zugewanderten Personen von den einheimischen Bürgermeistern 1941 auf deutsche Anweisung registriert und die Register ständig auf dem laufenden gehalten.¹⁶ Das weitere Vorgehen gegen sie war örtlich und regional verschieden, je nach Initiative der zuständigen Stellen von Zivilverwaltung und Polizei. Besonders scharf war es im Zuständigkeitsbereich von Erich Koch (Bezirk Bialystok und Reichskommissariat Ukraine). In der Stadt Brest gab es zwischen 4000 und 7000 »Sowjetrussen«, »grösstenteils bestehend aus Frauen, Kindern und Angehörigen sowjetrussischer Funktionäre (Offiziere und Frauen)«. ¹⁷ Das war typisch für die Zusammensetzung dieses Personenkreises, der für die Deutschen, obwohl verfolgt, völlig ungefährlich war, denn die Offiziere und Verwaltungsfunktionäre selbst waren von den Sowjets evakuiert worden oder untergetaucht. In Brest und Umgebung, wo die deutsche Verwaltung die Pässe der »Ostler« mit einem »S« hatte kennzeichnen lassen, ließen Stadtkommissar Burat und Gebietskommissar Rolle im Frühjahr 1942 die »Bolschewikenfrauen [...] ohne Anhang« in Zwangsarbeitslagern zusammenfassen oder zur Zwangsarbeit ins Reich schicken.¹⁸

Für das flache Land und die Rayonstädte wurden die Befehle im Herbst 1942 verschärft. Gleichzeitig wurden im Gebiet Brest auch die verbliebenen Juden vernichtet und tausende Bauern im Zug der Partisanenbekämpfung ermordet. Allein das III. Bataillon des Polizeiregiments 15 erschoss zwischen 18. September und 8. November mindestens 814 »Ostmenschen«. ¹⁹ Nachdem der Beginn der Aktion offenbar teil-

15 [Erster] Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen von Sipo und SD v. 31.7.1941, Nbg, Dok. NO-2651, BA F 3661, Bl. 700; abgedruckt in: Klein (Hg.), S. 116. Vgl. Vern. H. G. v. 30.5.1960, StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 7, Bl. 35. Im Kriegsgefangenenlager Kalvarija bei Mariampol (Litauen) waren zeitweise 2000 Ehefrauen von Rotarmisten interniert, die später nach Deutschland gebracht worden sein sollen; ähnlich soll es in Wilna gewesen sein (Auszüge Vern. des Zeugen Just, ehemals Offizier beim WBfh. Litauen, v. 25.12.1945, BA D-H ZM 1683, A. 1, Bl. 119; Vorhalt in Vern. Wolfgang v. Ditfurth v. 29.12.1945, BA D-H ZM 1683, A. 9, Bl. 69). Den authentischen Fall einer kasachischen Offiziersfrau aus Brest, die sich seit 1941 auf der Flucht befand, schildert der Roman von Achtanow 1990.

16 Siehe 10./Pol. 15, Lagebericht für 13.-19.9. v. 20.9.1942, BA D-H ZM 1479, A. 2; Meldung des Judenrats Bialystok Nr. 111 v. 30.9.1941 (Übersetzung), NWSStA Detmold D 21 A, Nr. 6188.

17 Stadtkommissar Brest an GK Wolhynien-Podolien v. 24.11.1941, BA F 13752, Bl. 8. In der Berliner Börsen-Zeitung v. 19.7.1942 (BA F 14245) wurde ihre Zahl in einem Bericht aus Brest mit 7000 angegeben.

18 Es handelte sich um mindestens 700 Personen. GebK Brest, Lageberichte v. 24.3., 24.4.1942 und 9.10.1942, BA F 13751, Bl. 936, 942 und F 13752, Bl. 201; Gend.-Gebietsführer Brest, Lagebericht v. 5.9.1942, BA F 13751, Bl. 968f.; SS- und Polizeistandortführer Brest und Stadtkommissar Brest, Lageberichte v. 15.4. bzw. 25.4.1942, BA F 13752, Bl. 85 und 93; Akte über die Greuelthaten in der Stadt Brest v. 25.11.1944, ZStL 204 AR-Z 334/59, Bl. 1654.

19 Sie wurden auch als »sowjetische Zuwanderer«, »UdSSR-Angehörige«, »russische Staatsangehörige«, »Sowjetfrauen« usw. bezeichnet. Vgl. KTB III/Pol.Btl. 15 (ehemals Pol.Btl. 310), BA-MA SF-03/35351, die Anlagen in SF-03/35350; KTB (hier: 17.9.-2.11.1942) mit Anlagen: ZStL UdSSR Bd. 411, Bl. 56-433, und

weise auf die Initiative des Chefs der 10. Kompanie, Hauptmann der Schutzpolizei Helmut Saur, zurückgegangen war, befahl der Chef eines Einsatzstabs des KdO Wolhynien-Podolien am 5. Oktober anlässlich der Ankündigung, mehrere Dörfer zu vernichten, generell: »Juden und sogenannte Ostländer sind unabhängig von dieser Vergeltungsmaßnahme einer Sonderbehandlung zu unterziehen.«²⁰ Diese erbarungslose Verfolgung, die wie gesagt in der Regel Frauen und Kinder traf, wurde von da an im GK Wolhynien-Podolien auf dem Land zum Dauerzustand.²¹ In der Stadt Brest wurde durch den Gebietskommissar Burat nach einem schon seit 1941 existierenden Plan im Sommer 1943 ein Wohnviertel für zugewanderte Sowjetbürger geschaffen. Begründung: Fluchtgefahr.²² In Litauen und Lettland hatten bereits im November 1941 »sogenannte russische Ghettos« existiert.²³

Im Herbst 1942 hatten auch im Bezirk Bialystok entsprechende Festnahmen stattgefunden.²⁴ Systematische Morde an Offiziersfrauen gab es ebenfalls in Minsk. Gerüchte über die bevorstehende Verhaftung aller »Ost-Weißruthenen« kursierten wiederholt in Nowogrodek.²⁵ In Brest fürchtete die Bevölkerung schließlich, »daß nach den Judenaktionen zuerst die Russen, dann die Polen und dann die Ukrainer erschossen werden.«²⁶ Der politische Schaden, den die »Ostmenschen«-Aktion der Besatzungsmacht einbrachte, war also groß. Sie ist mit Antikommunismus und dumpfsten rassistischen Vorurteilen gegen Sowjetbürger, Russen oder »Asiaten« weitgehend, aber nicht restlos

Bd. 412, Bl. 557-947; Anlagen (offenbar auch an den anderen Orten nicht vorhandene; leider teils unleserlich) in BA D-H ZM 1479, A. 2. Die Originale liegen im ZStA Moskau. Zagorulko/Judenkow, S. 140, nennen 1003 Opfer. – Allein am 27. 10. wurden im Raum Shabinka rund 500 Personen erschossen. Ferner Funkspruch III./Pol. 15 an SSPF Wolhynien-Podolien v. 17. 9. 1942; II./Pol. 15 an III./Pol. 15, Tätigkeitsbericht für 5.-11. 10. v. 11. 10. 1942; 9./Pol. 15 an III./Pol. 15, Tätigkeitsbericht für 2.-8. 11. v. 8. 11. 1942; ebenso durch II./Pol. 15.; nur in BA D-H ZM 1479, A. 2: Funkspruch »Zellwolle« an »Zwiebel« [III./Pol. 15 an KdO Wolhynien-Podolien] v. 20. 9. 1942.

20 KdO Wolhynien-Podolien -Einsatzstab- v. 5. 10. 1942, ebd. Vgl. 10./Pol. 15, Lagebericht für 13.-19. 9. v. 20. 9. 1942 (ebd.). Die ersten »Ostmenschen« wurden noch der KdS-Außenstelle in Brest übergeben. Bereits mit Schreiben vom 17. 9. hatte der KdO-Einsatzstab dem III./Pol. 15 befohlen, die seit 22. 6. 1941 aus Brest aufs Land zugezogenen Personen »vertraulich genauestens feststellen zu lassen« (BA-MA SF-03/35350). Siehe auch »Zwiebel« an »Zellwolle«, »Westentasche« und »Wabe« v. 17. 9. 1942, ZStL UdSSR Bd. 412, Bl. 557-559.

21 »Russen nach dem 1. 9. 39 zugewandert Gefangen bzw. festgenommen: – Erschossen bzw. gehengt [sic] 30 Exekutiert 7«. Übersicht über die unschädlich gemachten Banden und erbeutetes Material 21. 2.-21. 4. 1943, Anlage 8 (Abschrift) zum Bericht des GK Wolhynien-Podolien v. 30. 4. 1943, BA F 13683, Bl. 8. Es handelte sich offenbar um eine ständig geführte Berichtsrubrik. Auch Frau und Kind eines der Anführer der Rotarmisten in der belagerten Brester Festung von 1941, Leutnant Kishewatow, wurden 1942 bei Brest Opfer dieses Vorgehens. Mündl. Mitt. Frau Kudraschowa, Museum Brester Festung, v. 11. 10. 1993.

22 Stadtkommissar Minsk, Lagebericht v. 21. 11. 1941 und GebK Brest, Lagebericht für Juli und August v. 21. 8. 1943, BA F 13752, Bl. 8 und 267.

23 Czollek 1974, S. 62.

24 1. SS-Brigade, Ia, Tätigkeitsbericht für 1.-15. 10. v. 16. 10. 1942, ZStL CSSR Bd. 393, Bl. 203-205 (249 Verhaftungen); Vern. Kurt Scharbach (ehemals SS-Inf.Rgt. 8), Dezember 1945, BA D-H ZM 1683, A. 2, Bl. 48.

25 Vern. W. A. v. 6. 5. 1960, ZSt Dortmund 45 Js 13/62, Bd. 1, Bl. 64 (die nach Kubes Tod Ermordeten sollen »in der Hauptsache Frauen von russ. Offizieren« gewesen sein); Vermerk ZStL v. 15. 8. 1967, ZStL 202 AR-Z 179/67, Bd. 1, Bl. 30 (Aktionen im April 1944); ferner Hinweise bei Alpert, S. 43f. Gerüchte: Ausführungen eines weißrussischen Propagandisten aus Nowogrodek auf der Propagandistentagung in Minsk, 26. 10. 1943, IfZ Fb 101/34.

26 Gendarmerie-Gebietsführer Brest, Lagebericht v. 8. 11. 1942, BA F 13751, Bl. 1000. Ähnlich formuliert in 9./Pol. 15, Lagebericht v. 15. 11. 1942, ZStL UdSSR Bd. 412, Bl. 932.

zu erklären. Denn es handelte sich überwiegend um Frauen und Kinder, und vor dem September 1939 Zugewanderte wurden nicht in dieser Weise verfolgt.²⁷ Letztlich scheitert eine vollends schlüssige Erklärung an den spärlichen Quellen.

10.2 Die Verfolgung der polnischen Intelligenz

Im Rahmen seiner sogenannten Volkstumspolitik stand der NS-Staat der polnischen Bevölkerung, besonders der polnischen Führungsschicht, feindlich gegenüber. In den westlichen Teilen Weißrußlands, die bis zum September 1939 zum polnischen Staat gehört hatten, gab es eine starke polnische Minderheit.²⁸ Die Polen konzentrierten sich in den Städten, wo sie meist die Mehrheit bildeten und viele Verwaltungsstellen bekleideten. Die Frage, wie sich die Besatzungsmacht ihnen gegenüber zu verhalten hätte, also insbesondere, ob sie schlechter zu stellen seien als die Weißrussen beziehungsweise ob sie bekämpft werden sollten, wurde trotz wiederholter Verfolgungs- und Mordaktionen im Grunde während der ganzen deutschen Besatzungszeit nicht entschieden. Bei dem Streit ging es um die Frage, was man für entscheidend hielt: das politische Ziel, die angeblich besonders antideutsch eingestellten Polen zu unterdrücken und zu schädigen, oder die Erwägung, sie zu Gunsten der Stabilität des Landes und seiner wirtschaftlichen Ausbeutung auszunutzen, vor allem als Führungskräfte in Kommunalverwaltung und Betrieben. Auch hier verliefen die Fronten nicht eindeutig nach den Institutionen – hier SS, da Zivilverwaltung und Wehrmacht –,²⁹ sondern quer durch die Institutionen, oft abhängig von der momentanen taktischen Situation. All dies vollzog sich vor dem Hintergrund eines ständigen Machtkampfes, ja teilweise Kleinkriegs zwischen weißrussisch- und polnisch-nationalistischen Gruppen um die Vorherrschaft in Verwaltung und Polizei auf lokaler Ebene, der jüngst von Bernhard Chiari aufgedeckt worden ist.³⁰

Heydrich hatte den Einsatzgruppen am 1. Juli 1941 befohlen, daß sich Vernichtungsaktionen »primär auf die Bolschewisten und auf die Juden zu erstrecken haben«, während »[h]insichtlich der polnischen Intelligenz [...] später das Wort gesprochen werden« könne. Die Polen seien antisemitisch und antikommunistisch, das müsse man ausnutzen.³¹ In eine ähnliche Richtung ging ein Befehl des Generals v. Schenkendorff (er forderte sogar »schonendste Behandlung«), den auch Bach-Zelewski anstandslos an die SS- und Polizeiverbände weitergab.³² Dagegen stand die Haltung anderer Befehlshaber, die zum Teil mit dem Handeln ihrer Truppen nicht zufrieden schienen und sie zu antipolnischen Aktionen anstacheln wollten.³³ Die

27 Diese wären ja »rassisch« ebenso »gefährlich« gewesen.

28 Besonders in der Gegend von Lida, Grodno und Brest.

29 Vgl. dagegen Wilhelm 1981, S. 357, der einen Gegensatz zwischen Zivilverwaltung und SS sieht.

30 Siehe Chiari 1998, S. 270–302.

31 Chef Sipo/SD, Befehl Nr. 2 v. 1. 7. 1941, BA-MA WF-03/9121.

32 Weitergegeben in Pol.Rgt. Mitte, Ia, v. 17. 7. 1941, BA F 56754, unter Bezugnahme auf eine Besprechung Bachs mit v. Schenkendorff am 15. 7. 1941.

33 87. Inf.Div., Abt. Ia/Ic/IVa/IVc/Ib (gez. v. Studnitz) v. 8. 7. 1941, BA-MA RH 26–87/25; Kommandant in Weißruthenien, Abt. Ia, Lagebericht für 1.–15. 10. v. 19. 10. 1941, ZStA Minsk 651–1–1, Bl. 12R: »Genau so wenig, wie es einen anständigen Juden gegeben hat oder gibt, so wenig gibt es einen deutschfreundlichen Polen.«

Einsatzgruppen berichteten von angeblicher Gefahr durch polnische Nationalisten, forderten Aktionen gegen sie und führten solche noch 1941 vereinzelt durch.³⁴ Doch eine umfassende Weisung zu Verfolgungsmaßnahmen aus Berlin scheinen die Polizeikräfte nicht gehabt zu haben. Die Zivilverwaltung, seit dem 1. September 1941 für den ganzen Westen Weißrußlands verantwortlich, war uneinig. Generalkommissar Kube, der – ein wichtiger politischer Aspekt – seine weißrussische Klientel mangels anderer Möglichkeiten mit politischen Parolen und Posten in der Hilfsverwaltung auf Kosten der Polen zufriedenstellen wollte, befürwortete einen härteren Kurs als das Reichskommissariat in Riga. Das ordnete lediglich eine »schärfere politische Überwachung«, ansonsten aber weitgehend gleiche Behandlung wie die Weißrussen an.³⁵

1942 wurde das antipolnische Vorgehen merklich schärfer. Von einer Koalition aus dem Generalkommissariat Weißruthenien, Wehrmacht, SS und Polizei und den meisten Gebietskommissaren gefordert, wurden Polen systematisch aus Führungspositionen in Verwaltung und Wirtschaft entfernt, was aber nicht selten an der Schwierigkeit scheiterte, Ersatz zu finden. Das Gebiet Lida bildete eine Ausnahme von der Verdrängungspolitik. Polen wurden bevorzugt zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschickt.³⁶ Darüber hinaus verhafteten Angehörige der KdS-Außenstelle Baranowitschi im Sommer zahlreiche Angehörige der polnischen Führungsschicht und ermordeten etwa 1000. Die Zahl im gesamten GK Weißruthenien kann noch höher gewesen sein.³⁷ Ein Teil der Führung im GK Weißruthenien beurteilte diese »Polenaktion« als »verheerend« und kritisierte den KdS Minsk, Strauch, scharf.³⁸ Strauch

34 EGr A, Gesamtbericht bis 15. 10. 1941, in: IMT, Bd. 37, S. 695; EM 97 v. 28. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2869–2875 (EGr B); im Raum Wollhynien hatte die EGr C zur Einschüchterung 100 Polen hingerichtet (EM 133 v. 14. 11. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3184). In Wolkowysk war es das Res.Pol.Btl. 91, das im Winter mindestens 20–25 polnische Zivilisten erschoss (Vern. P. K. v. 23. 3. 1962, ZStL V 205 AR 512/63, Bd. 1, Bl. 2–6).

35 Vgl. Kube an Lohse v. 15. 9. 1941 und die Antwort von Lohses persönlichem Referenten v. 24. 9. 1941, IfZ Fb 44. Meine Wertung dieses Briefwechsels unterscheidet sich von der Wilhelms (1975, S. 359). Dafür spricht auch, daß Kube laut Matthiessen (S. 367) am 29. 8. 1941 gefordert hatte, auf die Mitarbeit ganz zu verzichten, was er, Matthiessen, abgelehnt habe. Zu Forderungen weißrussischer Kollaborateure, die sich gegen die polnischen Mitbürger richteten, z.B. Bjedritzki, Bericht über die Propaganda-Arbeit im Juli 1943, BA R 90/159.

36 Vgl. WBfH. Ostland, Ic, Politischer Lagebericht v. 15. 4. 1942, BA F 13679, Bl. 1462; Referat GebK Haase (Wilejka) v. 8. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 82f. (die Polen seien ein »Ferment der Dekomposition«, ihre »Entfernung aus Weissruthenien notwendig«); GebK Slonim, Tätigkeitsbericht v. 10. 8. 1944, IfZ Fb 104/2; Wilhelm 1975, S. 360f. Lida: GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 8. Reichseinsatz: Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 11 v. 10. 7. 1942, BA-MA SF-01/28937, Bl. 565.

37 Die genannte Zahl stammt aus: Hauptkommissar Baranowitschi an GK Weißruthenien, III ASo, v. 26. 8. 1942, Nbg. Dok. NG-1315. Nicht zum Hauptkommissariat Baranowitschi gehörten die ebenfalls zu betrachtenden Gebiete Wilejka und Glebokie. Einzelfälle: 73 Menschen am 5. 8. 1942 erschossen nach dem Akt der Stadt Neswisch v. 4. 2. 1945 (Auszug), Sonderarchiv Moskau 1525–1–473, Bl. 295 ff.; Exekutionen in Slonim am 28. oder 29. 6. 1942 (am gleichen Tag war das große Massaker an Juden): Vern. M. J. L. v. 8. 4. 1945, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 8365; Bericht J. H., Sbd. J, Bl. 73; eidesstattl. Erkl. Alfred Metzner v. 18. 9. 1947, in: Schoenberger (Hg.) 1981, S. 138; allgemein Turonek 1993, S. 185.

38 GK Weißruthenien, Erfahrungs-, Abschluß- und Räumungsbericht v. 31. 8. 1944 (gez. Freitag), BA NS 19/2715, Bl. 2; vgl. Freitag an Riecke v. 28. 6. 1943, in: IMT, Bd. 31, S. 464; Referat Strauch v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 163 (einige Gebietskommissare und die Agrarverwaltung, so Strauch, »meinen, ich hätte Polen ermordet«). Vgl. auch Beauftragter des Reichsleiters M. Bormann im OKW/Stab z.B.V., Bericht Nr. 4 v. 26. 5. 1942, BA NS 6/795, Bl. 30.

wiederum fühlte sich durch einen späteren Erlaß des Ostministeriums bestätigt, der weitere scharfe Maßnahmen gegen Polen anordnete. Sie wurden als Feindvolk definiert, wenn auch das »Polenproblem [...] aus naheliegenden Gründen während des Krieges keiner endgültigen Lösung zugeführt werden« könne.³⁹ 1943 und 1944 gingen die Verhaftungen und Erschießungen durch Sipo und SD örtlich weiter,⁴⁰ doch neigte sich die Waage dahin, die stärkere Loyalität des polnischen Bevölkerungsteils zu den Deutschen⁴¹ und seine vermeintlich größere Arbeitsleistung höher als politische Vorbehalte zu bewerten. Während Kube noch im Sommer 1943 in Berlin vom Landwirtschaftsfunktionär Küper darauf hingewiesen werden mußte, daß auf die Mitarbeit von 400 000 polnischen Arbeitskräften im GK Weißruthenien nicht zu verzichten sei, erkannte das sein Nachfolger v. Gottberg wenig später von sich aus an.⁴² Zwar konnten sich die entsprechenden Kräfte in der Zivilverwaltung nicht immer durchsetzen,

doch geschah dies, wie das Beispiel der Wehrdorfbildung in den Gebieten Lida und Slonim und die Unterstützung der polnischen Partisanen gezeigt hat, schließlich recht weitgehend.⁴³

Das Vorgehen, die polnische Intelligenz zu bekämpfen, entsprach dem allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen deutschen Besatzungskonzept in Weißrußland, die Bildung einer neuen Führungsschicht nicht zuzulassen, wie besonders die deutsche Agrarreform zeigt (Kap. 4.5). Verfolgt wurde in erster Linie die polnische städtische Intelligenz; die Zahl der Ermordeten in Weißrußland dürfte bei 2000 bis 3000 Menschen gelegen haben. Die polnischen Gutsbesitzer blieben als Verwalter in Diensten der Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland meist in ihren Stellungen (Kap. 4.4d).

³⁹ RMO, I/862/42g, Betr.: Behandlung der Polen in den besetzten Ostgebieten (gez. Rosenberg) v. 26. 11. 1942, BA-MA RW 31/247; abgedruckt in: Poliakow/Wulf (Hg.), S. 499–501. Zu Strauch wie vorangegangene Anm.

⁴⁰ Beispiele: Neswish, August 1943 (wie Anm. 10/37); GebK Brest, Lagebericht Januar-Februar v. 25. 2. 1943 und Lagebericht 1. Quartal v. 21. 3. 1944, BA F 13751, Bl. 1016 und 1307; Geiselererschießung in Pinsk: Vern. H. K. v. 26. 11. 1963, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 3590; Hinrichtung von 19 Familien in Grodno, Juli 1943, wobei die Deutschen möglicherweise einen Gaswagen einsetzten: Vern. K. G. und Z. W. v. 31. 10. 1947, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6175; Madajczyk 1988, S. 190. – Im Oktober 1943 gab es nach wie vor eine KdS-Anweisung, nach der alle polnischen Priester zu verhaften waren: Funktelegramme Wilke an KdS Minsk v. 26. 9. und Heuser an Wilke v. 5. 10. 1943, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 8, Bl. 369f. Kube hatte ein Betätigungsverbot für polnische Pastoren erlassen (Funkspruch »Zeitung« an »Fisch« v. 25. 7. 1943, BA-MA SF-01/31697, Bl. 1156).

⁴¹ Siehe RKO, Abt. II, Stellungnahme der Abteilung Politik zu den Lageberichten der Gebietskommissare v. 8. 9. 1942, BA-MA FPF-01/7865, Bl. 602–605 (Erkenntnisse des BdS und der Landwirtschaftsabteilung). Ähnlich der Interims-Gebietskommissar Slonim, Ehrenleitner, im Lagebericht v. 21. 3. 1943, HfZ MA 795, Bl. 562 (»kein Pole bis jetzt als Partisane erwischt«, »bis auf weiteres in Ruhe lassen«).

⁴² Vgl. RMO, Hauptabteilung II, Sitzungsvermerk v. 20. 8. 1943 (Sitzung v. 13. 7.), Nbg. Dok. NO-1831 (Abschrift); RMO, II 1c, Vermerk über die Sitzung mit SS-Gruppenführer von Gottberg am 22. und 23. November v. 6. 12. 1943, BA F 727, Bl. 485. Dagegen die Forderungen des KdO Minsk, Klepsch, und des GebK Haase (Wilejka) am 9./10. 4. 1943, HfZ Fb 85/I, Bl. 82f., und Fb 85/II, Bl. 181.

⁴³ Zu den Wehrdörfern Kap. 9.6a, zu den polnischen Partisanen S. 1054 in dieser Darstellung. Im März 1944 hatte sich der GebK Werner (Baranowitschi) gegen eine besondere Polenpolitik gewandt (Lagebericht fürs 1. Quartal 1944, BA F 13683, Bl. 82). Dennoch wurden im Mai oder Juni 1944 150 Polen nach Kolditschewo gebracht und dort vermutlich ermordet (Akt der Rayonkommission Gorodischtschi v. 23. 4. 1945, ZSt Dortmund 45 Js 11/62, Bd. 24, Bl. 9). Vgl. auch Vern. G. M. M. v. 28. 11. 1949, ZStL 202 AR-Z 184/67, LO Übersetzungen zu Dok.Bd. 2, der sogar von 500 Opfern sprach.

So stand die deutsche Polenpolitik in Weißrußland nicht in jeder Hinsicht – und soweit doch, in abnehmendem Maße – im Widerspruch zu den wirtschaftlichen Interessen des NS-Staates.⁴⁴

10.3 Die Morde an den Sinti und Roma

Wie überall in Europa wurden die Sinti und Roma in Weißrußland von den Deutschen verfolgt und zum größten Teil vernichtet.⁴⁵ Und wie überall macht es große Schwierigkeiten, diesen Vorgang nachzuzeichnen. Die Roma lebten verstreut, so daß örtliche Mordaktionen mit unterschiedlichen Tätern stattfanden und Richtlinien für ihre Verfolgung erst nach und nach als notwendig betrachtet und erlassen wurden. Schriftliche Überlieferungen oder Zeugenaussagen Betroffener, die möglicherweise überlebt haben, fehlen. Infolge mangelnder zahlenmäßiger Registrierung kann weder der damalige Bevölkerungsanteil noch die Zahl der ermordeten Roma genau festgestellt werden. Noch weniger wissen wir über das Leben dieser Menschen, bevor sie jeweils den deutschen Besatzungsorganen in die Hände fielen. Für die Nachkriegsjustiz war die Ahndung dieser Morde im großen und ganzen kein Thema, zumindest was Weißrußland angeht. Den Roma fehlte die Lobby in jeglicher Hinsicht, und erst seit relativ kurzer Zeit hat sich die Forschung ihrer Verfolgung vermehrt zugewandt.

Die Einsatzgruppen scheinen im Sommer 1941 keinen Befehl gehabt zu haben, alle Roma in der UdSSR umzubringen.⁴⁶ Über entsprechende Mordtaten der Einsatzgruppe B von 1941 ist kaum etwas bekannt. Erst aus dem Herbst jenes Jahres wissen wir von ersten Tötungen. Eine entscheidende Rolle spielte dabei offenbar die Wehrmacht. Es waren ihre Sicherungseinheiten, denen die umherwandernden Roma als unkontrollierbares Sicherheitsrisiko, als Verbreiter von Nachrichten, als Diebe und sogenannte Asoziale erschienen. So übergab die Feldkommandantur 181 (Lepel) im September 1941 dem EK 9 23 Roma, »weil sie die Landbevölkerung terrorisiert und zahlreiche Diebstähle ausgeführt hatten«.⁴⁷ Im Oktober und November ergingen Befehle seitens der Militärbehörden, alle Roma festzunehmen und sie Sicherheitspolizei

44 Anders die Interpretation bei Wilhelm 1975, S. 362, wonach die deutsche Politik gegenüber den Polen im GK Weißruthenien ein Paradebeispiel ist, wie die »schwerfälligen, weniger leistungsfähigen, aber »gut-mütigen« Typen« den »Intelligenten und Tüchtigen« aus rassendogmatischen Gründen vorgezogen worden seien. Aus rassenideologischer Sicht bestanden jedoch zwischen Polen und Weißrussen wenig Unterschiede.

45 Hierzu jetzt die grundlegende Studie von Zimmermann.

46 Sie wurden weder in Heydrichs Schreiben vom 2. 7. 1941 als »zu exekutieren« erwähnt (BA R 58/241, Bl. 314–19), noch in seinen Richtlinien für die Durchkämmung sowjetischer Kriegsgefangenenlager v. 17. 7. und 29. 10. (vgl. Streim, S. 319–321 und 325–327) und auch nicht in der ausführlichen Aufzählung der EG C über Opfer der ausgeführten Hinrichtungen vom Herbst 1941 (EM III v. 12. 10. 1941, zit. in Krausnick 1981, S. 158). Ähnliche Einschätzung bei Zimmermann, S. 260, und Kenrick/Puxton, S. 102. Die gegen-teilige Auffassung Krausnicks (1981, S. 158f.) erscheint unbegründet und stützt sich lediglich auf nachträg-liche Aussagen des Chefs der EG D, Ohlendorf.

47 EM 92 v. 23. 9. 1941, BA-MA SF-01/28932, Bl. 2554f.; Heeresfeldpolizeichef im OKH, Bericht v. 31. 7. 1942, wie Anm. 10/55. Dieselbe Motivation nannte Ohlendorf in seinen Verhören (Kempner 1964, S. 112). Ein weiteres Beispiel für Anfang September nennt Wippermann, S. 86.

und SD zu überstellen.⁴⁸ Möglicherweise lag hier eine zentrale Anweisung oder Einflußnahme des Generalquartiermeisteramts im OKH vor. Denn in den rückwärtigen Heeresgebieten Mitte und Nord entstanden ähnliche Anweisungen, die Roma, die seit mindestens zwei Jahren sesshaft seien, unbehelligt zu lassen beziehungsweise lediglich zu überwachen, während die wandernden Roma den Einsatzkommandos zu übergeben waren. Anscheinend wurden damit zuvor mancherorts noch weiter gehende Verfolgungen eingeschränkt, ähnlich wie Monate zuvor in Serbien.⁴⁹ Daß die Einsatzgruppen im August 1941 einen Befehl erhalten haben sollen, alle Roma zu ermorden,⁵⁰ ist Spekulation; einiges spricht dagegen, so die 1941 noch relativ geringe Zahl der rekonstruierbaren Tötungsaktionen.⁵¹ Die Einsatzgruppe A scheint im besetzten russischen Gebiet im April oder Mai 1942 zur generellen Ermordung der Roma übergegangen zu sein.⁵² Ganz offenbar erfolgten die Festnahmen und Morde im Zusammenhang mit der verschärften Bekämpfung der ›Ortsfremden‹, ausdrücklich laut einem Bericht des Kommandeurs der 339. Infanteriedivision, Hewelcke.⁵³ So wurden in Mogilew am 10. Oktober 1941 50 und im März 1942 nochmals 33 Roma von Polizei und EK 8 erschossen, in Marina Gorka im Dezember 1941 200 wochenlang unter unsäglichem Qualen interniert, so daß vor allem Frauen und Kinder ums Leben kamen, die Überlebenden danach erschossen, im Frühjahr 1942 weitere.⁵⁴ Im Sommer 1942 forderte der Heeresfeldpolizeichef, die Roma »rücksichtslos auszurotten«.⁵⁵ Die Tötungen im Militärverwaltungsgebiet gingen bis Ende 1943 weiter, ausgeführt von Sipó und SD.⁵⁶

⁴⁸ Vgl. FK 528 (V) in Rogatschew, Kommandanturbefehl Nr. 25 v. 8. 10. 1941, BA-MA (BArchP)F 57075, Bl. 680f.; 339. Inf.Div., Abt. Ic, Merkblatt über die Zuständigkeit, Unterstellung und Aufgaben von Geheimer Feldpolizei, Feldgendarmerie, Sicherheitsdienst [...] v. 8. 11. 1941, BA-MA (BArchP)F 59239, Bl. 133 (s. Zitat S. 605 in dieser Darstellung); KTB 339. Inf.Div. v. 18. 12. 1941, ebd., Bl. 324 (Festnahmen).

⁴⁹ Dort waren gemäß Militärانweisung am 30. 5. 1941 Juden und Roma gleichgestellt worden, davon hatte man aber am 25. 7. 1941 sesshafte Roma (allerdings seit 1850 sesshafte!) ausgenommen; Manoschek 1993, S. 39. Ferner H.Gr. Mitte, OQu/VII, Militärverwaltungsanordnungen, Stand 1. 12. 1942 (Sammlung vorher, teils 1941 ergangener Anordnungen), BA-MA WF-03/5470, Bl. 553; dazu auch Hilberg, Vernichtung, S. 367. Zu einer Anweisung des Berück Nord v. 21. 11. 1941: 281. Sich.Div., Abt.VII/Ic, an FK 822 v. 24. 3. 1943, Nbg. Dok. NOKW-2022, IfZ Fb 101/33; Krausnick 1981, S. 276f.; Kenrick/Puxton, S. 104.

⁵⁰ So Zimmermann, S. 260.

⁵¹ Vgl. ebd. Zimmermann selbst erklärt, die Einsatzgruppen hätten »nicht systematisch nach Zigeunern« gesucht (S. 262). Im Generalgouvernement hieß es ausdrücklich in einem Runderlaß des BdO vom August 1942, Zigeuner seien »nicht grundsätzlich«, sondern nur auf Grund – angeblich – krimineller Handlungen zu verfolgen (Pohl 1996, S. 114).

⁵² Siehe Wippermann, S. 87 und 90. Noch im März 1942 waren zwei als Bettler festgenommene Zigeuner nach drei Tagen Haft wieder freigelassen worden: Teilkommando Meiswinkel an EGr A v. 11. 3. 1942; siehe dagegen ebenso v. 30. 4. 1942 und EK 1c an die Teilkommandos und Außenstellen v. 3. 11. 1942, BA D-H ZR 918, A. 2, Bd. 1, Bl. 8, 22 und 39.

⁵³ 339. Inf.Div., Ia, Beurteilung der Lage v. 5. 11. 1941 (gez. Hewelcke), BA-MA RH 26-339/5.

⁵⁴ Vgl. Ankündigung im Brief Walter Mattners v. 9. 10. 1941 (IfZ Fb 104/1); Kenrick/Puxton, S. 103; Vern. W. N. S.-K. v. 10. 5. 1951 und besonders N. P. S. v. 18. 12. 1945, ZStL 202 AR-Z 179/67, Dok.Bd. 1, Bl. 227-229 und 236-244; Vern. O. I. A. im Minsker Kriegsverbrecherprozeß (Januar 1946), StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 27. In der Gegend von Smolensk sollen mehrere tausend Roma ermordet worden sein (Kenrick/Puxton, S. 103f.).

⁵⁵ Der Heeresfeldpolizeichef im OKH (Gen.St.d.H./Gen.Qu./GFP.), Betr.: Entwicklung der Partisanenbewegung 1. 1.-30. 6. v. 31. 7. 1942 (Abschrift), Nbg. Dok. NOKW-2535; Auszüge in Klee/Dreßen, hier S. 63.

⁵⁶ EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 1.-15. 9. 1942, IfZ Fa 259 (301 Roma getötet, teilweise im russischen Raum); Fragment eines Berichts der EGr B (?), BA D-H FW 489, A. 26, Bl. 10 (100 Roma ermordet); Un-

Der Reichskommissar für das Ostland, Lohse, hatte an Heiligabend 1941 auf Initiative des HSSPF oder des BdO die Weisung erteilt, die »im Lande umherirrenden Zigeuner« sollten »in der Behandlung den Juden gleichgestellt«, also ermordet werden. Zur Begründung führte er an, sie übertrügen Krankheiten, seien »unzuverlässige Elemente«, arbeiteten nicht und übermittelten Nachrichten an den Feind. Diese Anweisung galt im Juli 1942 immer noch.⁵⁷ Offenbar hieß das ebenfalls, sesshafte Roma von der Verfolgung auszunehmen. Aus einem seit Juni 1942 geplanten Erlaß des Ostministeriums wurde lange nichts. Laut einem Entwurf vom Mai 1943 wollte man alle Roma, unabhängig von der Frage der Sesshaftigkeit, in Lagern internieren. Himmler bestimmte schließlich im Herbst 1943, die nichtsesshaften Roma in den besetzten sowjetischen Gebieten in KZ zu bringen, die sesshaften unbehelligt zu lassen. Das Ostministerium gab am 15. November einen entsprechenden Erlaß heraus. Jedoch wollte der BdS Ostland vorerst nichts mehr unternehmen.⁵⁸

Im GK Weißruthenien hatte 1942 eine Welle von Massenmorden gegen Roma stattgefunden. Bereits im Oktober 1941 hatte der Kommandeur der 707. Infanterie-Division, General v. Bechtolsheim, grundsätzlich befohlen: »Zigeuner sind beim Aufgreifen sofort an Ort und Stelle zu erschießen.«⁵⁹ Allerdings ist nicht bekannt, welche konkreten Folgen diese radikale Weisung hatte. Die Tötungen von 1942 wurden in der Regel durch die Gendarmerie mit Hilfe weißrussischer Schutzmannschaften ausgeführt, teilweise auf Befehl der Zivilverwaltung, so in Lida von Seiten des Stabsleiters beim Gebietskommissar, Windisch, manchmal gleichzeitig mit Massakern an Juden unter Benutzung desselben Massengrabs (Wilejka, Klezk). In Gorodischtschi waren die Roma zuvor mit den Juden im gleichen Ghetto untergebracht; die erwachsenen Roma wurden dort erschossen, die Kinder erschlagen. Allein im Gebiet Glebokie betrug die Zahl der in Gruppen Erschossenen 1941/42 etwa 1000.⁶⁰ In Mosyr

tersuchungskommission der Stadt Mogilew, Schlußfolgerungen v. 8. 10. 1944, ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 283 (80 Roma erschossen); Vern. D. D. Egow (undatiert), ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1 (im Herbst 1943 100 Roma im Rayon Borissow erschossen).

57 [RKO,] Abt. II Gesundheit und Volkspflege IIe 1 F an HSSPF Riga (gez. Lohse, Abschrift) v. [2]4. 12. 1941, ZStL UdSSR Bd. 245c, Bl. 27; HSSPF Ostland, Betr.: Zigeunerfrage v. 12. 1. 1942 (gez. i. V. Jedicke), ebd., Bl. 63. Lohses Weisung v. 24. 12. 1941 abschriftlich auch in BA R 90/147, Bl. 714; dazu HSSPF Ostland an RKO, Abt. IIa, v. 25. 4. und Abt. IIa an Lohse v. 2. 5. 1942; RKO an RMO v. 2. 7. 1942, ebd., Bl. 709f., 713 und 716. Siehe Czollek 1974, S. 58; Bästlein, S. 75.

58 RMO, I 1 42/42geh. (gez. Bräutigam) v. 11. 6. 1942; Erlaßentwurf Betr.: Behandlung der Zigeuner in den besetzten Ostgebieten mit Anschreiben RMO v. 21. 5. 1943 (übersandt an GK Lettland v. 10. 6. 1943; BA D-H ZA I 12045, A. 4); RMO I Pol. v. 14. 8. 1943; BdS Ostland an RKO v. 19. 10. 1943; RMO, P 2036/43geh an RKO und RKO (gez. Kinkelin) v. 15. 11. 1943, BA R 90/147, Bl. 715, 720f., 741, 753, 756; Kenrick/Puxton, S. 105; ausführlich Zimmermann, S. 269–276. Siehe jedoch Vern. Friedrich Jeckeln v. 22. 12. 1945, BA D-H ZM 1683, A. 1, Bl. 32, wonach Mitte 1943 der BdS Panzinger einen Tötungsbefehl Kaltenbrunners überbracht habe.

59 Kommandant in Weißruthenien, Abt. Ia v. 10. 10. 1941, StA Hamburg 147 Js 29/67, Sbd. K; ähnlich ders., Befehl Nr. 24 v. 24. 11. 1941, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. III, 2, Bl. 217.

60 Protokoll der Untersuchungskommission Glebokie v. 23. 3. 1945 (Auszüge), Sonderarchiv Moskau 1525–1–473, Bl. 111–115; Untersuchungskommission Usda, Akt v. 29. 10. 1944, ebd., Bl. 127–129 (Mai 1942, 35 Opfer); undatiertes Ergebnisvermerk [StA Hamburg] 141 Js 533/60, Bl. 7, in StA Hannover 2 Js 388/65 (Wilejka, März 1942); vgl. ebd., Bl. 98 (auszugsweise Übersetzung aus Michal und Zvi Rajek, Das Leben und der Untergang von jüdischen Städtchen in Weissrussland und Litauen, Buenos Aires 1956); Vern. E. G. v. 29. 6. 1966, ebd., Bl. 2447–2449 (Postawy im Winter 1942/43, mindestens 10–15 Opfer); Vern. A. K., StA Hamburg 147 Js 29/67, Sbd. Deretschin, Bl. 93 (eine Familie, September 1941); Vern. W. K. v.

sollen die Schutzmannschaften Roma in eigener Regie ermordet haben.⁶¹ Bei zahlreichen Antipartisanenaktionen wurden alle angetroffenen Roma ermordet.⁶²

Im Bezirk Bialystok erschloß die Gendarmerie zum Teil die Roma, wo sie sie antraf.⁶³ Die anderen, mindestens 2800 Personen, wurden gemäß der fürs Deutsche Reich, dem der Bezirk angegliedert war, geltenden Weisung des RSHA vom 29. Januar im Frühjahr 1943 gesammelt und ins KZ Auschwitz deportiert. Die Insassen eines 1700 Personen zählenden Transports wurden am 23. oder 24. März 1943 wegen Verdachts auf Flecktyphus gar nicht erst registriert, sondern in den Gaskammern getötet. Die übrigen dürften ebenfalls umgekommen sein.⁶⁴ Ab Mai 1942 hatten die ostpreußischen Behörden außerdem zunächst 400, später insgesamt 1000 von dort stammende Sinti über den Bezirk Bialystok⁶⁵ ins Reichskommissariat Ukraine abgeschoben, ohne die dortigen Instanzen in Kenntnis zu setzen. In Brest wurden sie vom SSPF zunächst ins Gefängnis gesperrt, dann vorerst freigelassen. Daraufhin forderten sie Lebensmittelbezüge für Reichsdeutsche und machten Rentenansprüche geltend, im Herbst wurden sie im Zwangsarbeiterlager und im Februar 1943 in einem Teil des leerstehenden Judenghettos untergebracht. Im Dezember 1942 war unter ihnen Flecktyphus ausgebrochen; möglicherweise im Zusammenhang damit wurde eine unbekannte Zahl von Männern, Frauen und Kindern erschossen. Im April 1944 wurden die 852 Überlebenden nach Auschwitz deportiert und dort im Gas getötet.⁶⁶

Mindestens 3000 weißrussische Roma wurden durch die deutschen Besatzer ermordet, wahrscheinlich aber wesentlich mehr, da diese Zahl auf den auffindbaren Einzelbeispielen, letztlich also auf Stichproben, beruht.⁶⁷ Für die Verfolgung der

17.1.1962, ebd., Bl. 2369 (Ende Juli 1942 in Klezk) und ders. v. 2.3.1962, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 1397; Vern. I. K. v. 17.2.1968, ZStL 202 AR-Z 170/67, gelbes Heft (Sommer 1942 in Lubtscha, 40 Opfer); Urteil LG Mainz 3 Ks 1/67 v. 17.7.1969, S. 38f. und 95–98, sowie Vern. Z. A. v. 29.4. und H. K. v. 6.6.1969, ebd., Band 2. Hauptverhandlung, Bl. 354 und 389, und Vern. J. S. v. 28.9.1965, Bl. 1928 (Lida im Herbst 1941, 86 Opfer; manche verhungerten bereits während des einwöchigen Arrests); Vern. J. S. v. 2.11.1960, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Bl. 194, sowie Vern. L. I. S. v. 17.4.1945, ZStL UdSSR Bd. 422, Bl. 550–552, und Akt der Rayonkommission Gorodischtschi v. 23.4.1945, ZSt Dortmund 45 Js 11/62, Bd. 24, Bl. 6f.

61 Zimmermann, S. 269.

62 Siehe Kap. 9, Tab. 20 mit Anm. 9/198 in dieser Darstellung, und Zimmermann, S. 268.

63 Gendarmerie-Kreis Grodno, Meldung v. 3.10.1942, Sonderarchiv Moskau 1323–2–244, Bl. 92; Sonderkommission Rayon Wolkowysk, Akt v. 18.3.1945, ZStL V 205 AR 512/63, Bl. 1020–1022. Dem Bahnhofsvorstand in Bialystok wurde zu unbestimmter Zeit von einem Offizier des KdS angeboten, er solle Roma im Gefängnis erschießen; dies habe er abgelehnt. Vern. H. Pi. (undatiert), NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6174.

64 Hierzu Artzt, S. 93f.; Documents Grodno, Bd. 3, S. 447, und Vern. Danuta Czech v. 3.10.1966, Bd. 4, S. 504; Vern. Fritz Friedel v. 12.6.1949, ZSt Dortmund 45 Js 24/63, Bd. 8, Bl. 100. Zu weiteren kleineren Transporten aus Grodno und Witebsk 1943/44 Kenrick/Puxton, S. 105.

65 In Bialystok trafen bereits am 31.1.1942 125 Sinti ein: KTB I. Kp. Res.Pol.Btl. 13, BA R 20/76.

66 GebK Brest, Lagebericht der Abt. II für Oktober 1942; GebK Brest, Lageberichte für Februar 1943 und fürs 1. Quartal 1944 v. 21.3.1944, BA F 13751, Bl. 992, 1095 und 1310; Stadtkommissar Brest, Lagebericht der Abteilung II für Juni 1942; SS- und Polizeistandortführer Brest, Lageberichte v. 12.6. und 15.7.1942; Stadtkommissar Brest, Lagebericht Juni v. 12.7.1942; GebK Brest, Lagebericht für November und Dezember 1942 v. 31.12.1942, BA F 13752, Bl. 127, 140, 158, 171 und 205. Vgl. Zimmermann, S. 228f. und 460, Anm. 434. Zu den Morden in Brest Kohl, S. 33.

67 Um die vollständige Ziffer zu erhalten, hätte man alle Nachkriegs-Untersuchungsberichte der weißrussischen Städte und Rayons durchgehen müssen, die die entsprechenden Aktionen meist verzeichnen. Das war jedoch nicht möglich. Meine Schätzung stimmt mit der von Friedman, *The Extermination of the Gypsies*, S. 386, überein.

Roma in Weißrußland und darüber hinaus in der Sowjetunion durch die deutschen Besatzungsbehörden waren – betrachtet man die genannten Quellen insgesamt – weniger rassenideologische Motive als eher traditionelle Vorbehalte wie angebliche Kriminalität, Asozialität, Verbreitung von Krankheiten, fehlende wirtschaftliche Leistung der Roma sowie Ernährungslage, Kontroll- und Sicherheitserwägungen (vermeintliche Unterstützung der Partisanen) entscheidend.⁶⁸ In diese Richtung deutet auch die zunächst offenbar ausgebliebene Verfolgung durch die Einsatzgruppe B und besonders die Trennung zwischen sesshaften, also sozialer Kontrolle stärker unterworfenen und ins Wirtschaftsleben besser integrierten, und nichtsesshaften Roma, was ja keinem rassistischen Muster folgte. Die wandernden Roma wurden nach ihrer Festnahme teilweise auch zu Zwangsarbeit im Kolonneninsatz verwandt.⁶⁹ Auch die genannten herkömmlichen Motive reichten für alle in Frage kommenden deutschen Behörden – Wehrmacht, Zivilverwaltung, Einsatzkommandos und Gendarmerie auf verschiedenen Ebenen – durchaus hin, um sich an den Verbrechen gegen die Roma mit beträchtlicher Energie zu beteiligen.

10.4 Die Morde an psychisch und physisch Kranken

Wie in Deutschland und in vielen besetzten Ländern fielen in Weißrußland tausende psychisch und körperlich kranke Menschen der rassenideologisch begründeten Verdammung erblicher oder unheilbarer Schäden seitens der Besatzer, ihren unmenschlichen Nützlichkeitsabwägungen und nicht zuletzt ihrer Geringschätzung Kranker schlechthin zum Opfer. Im Mittelpunkt der Darstellung muß dabei das Schicksal von Anstalts- und Krankenhauspatienten stehen. Einerseits hatten die Deutschen hier den einfachsten Zugriff auf ihre Opfer, andererseits fehlen für Morde an häuslich Kranken Quellen fast völlig. Nicht zu vergessen sind die bereits dargestellten Aussonderungen und Morde in den Ghettos und Lagern sowie die systematische Ermordung der meisten arbeitsunfähigen, das heißt kranken Kriegsgefangenen.

Im Vormarschgebiet der Heeresgruppe Mitte fand der erste Massenmord an Anstaltsinsassen schon im Juli 1941 statt. Auf Initiative der Sanitätsabteilung der Feldkommandantur Bialystok transportierten Wehrmachtangehörige alle 464 Kranken der psychiatrischen Klinik in Choroszcz mit LKW ab und erschossen sie mit Maschinengewehren. Tatmotiv war der Unterkunftsbedarf der Wehrmacht.⁷⁰

⁶⁸ Zu den gleichen Ergebnissen kommen Zimmermann, S. 261, und Wippermann, S. 87. – Im Gegensatz zu den Juden spielen explizit »rassische« Argumentationen in den vorhandenen Quellen zur Verfolgung der Roma in Weißrußland praktisch keine Rolle. Der Untersuchung von Zimmermann zufolge galt dies allerdings nicht in allen besetzten Ländern Europas gleichermaßen.

⁶⁹ Hierzu Kenrick/Puxton, S. 105, und GK Wolhynien-Podolien, Zweimonatsbericht v. I. II. 1942, BA II.01, Nr. 17, Bl. 70.

⁷⁰ Vgl. Roman Markuszewicz, Die barbarische Liquidation durch die Deutschen des psychiatrischen Krankenhauses in Choroszcz, in: Die deutschen Verbrechen gegenüber Geisteskranken in Polen, Warschau 1949, S. 13–16 (auszugsweise Übersetzung), BA OstDok 13/438. Der Autor war offenbar Arzt in der Klinik. – Weiter Aussage J. A. (undatiert), in: Erich Koch vor dem polnischen Gericht, S. 139 (auszugsweise Übersetzung), NWStA Detmold D 21A, Nr. 6333. Die Aussage enthält offensichtliche Ungenauigkeiten bezüglich der Zahl der Opfer; als Täter wird hier deutsche Gendarmerie angegeben, die im Juli 1941 je-

Am Nachmittag des 15. August 1941 besichtigte Himmler die Heilanstalt Nowinki sechs Kilometer nördlich von Minsk. Sie lag auf dem Gelände einer Kolchose, die bereits im Juli SS und Polizei zur Versorgung zugewiesen worden war.⁷¹ Nach seinem Besuch gab Himmler dem Chef der Einsatzgruppe B, Nebe, die Weisung, die dortigen Psychiatriepatienten zu »erlösen«, also zu töten, jedoch mit einem anderen Mittel als Erschießen. Von mehreren allerdings selbst der Mittäterschaft verdächtigen Zeugen wurde das als genereller Auftrag an Nebe zur Tötung der psychisch Kranken in seinem Bereich dargestellt.⁷² Die Klinik in Nowinki wurde Anfang September auch vom neuen Generalkommissar Kube und seinem Abteilungsleiter Gesundheit, Dr. Hans Wolfgang Weber, besucht und Himmlers Entscheidung durch Kube bestätigt.⁷³ Nach einer Visite des Stabsarztes der Feldkommandantur 184, Dr. Ellinghaus, am 16. und eines Gendarmerieoffiziers namens Wohlenbach am 17. wurden am 18. September etwa 120 Kranke im dazu hergerichteten Badehäuschen der Anstalt mit Gas erstickt, am 19. weitere 80 Kranke, darunter die jüdischen Patienten, erschossen. Einige Kranke sprengten Nebe und Dr. Widmann vom Kriminaltechnischen Institut aus Berlin zu Versuchszwecken in die Luft. 92 in Arbeitstherapie befindliche Genesende ließen die Deutschen am Leben.⁷⁴ Ende Oktober quartierte sich ein Gendarmerieposten in der Klinik ein. Am 4. November wurden die Lebensmittellieferungen für die

doch im Raum Bialystok noch nicht vorhanden gewesen sein dürfte. Siehe auch 221. Sich.Div., Abt. Ib, Betr.: Gefangenwesen v. 12. 7. 1941, BA-MA (BArchP)F 57076, Bl. 820, wonach in der psychiatrischen Klinik Choroszcz ab dem 13. 7. ein Gefangenenzuhause für 2500 Gefangene untergebracht sein werde.

71 Terminkalender Himmler v. 15. 8. 1941, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 434; FK V 184, Feldgendarmerie-Trupp, Bericht über die Zuständigkeiten wegen der Nervenheilanstalt und Domäne Niewinka v. 11. 8. 1941, ZStA Minsk 370-1-142, Bl. 35f.

72 Vgl. Auszüge aus Vernehmungen Bach-Zelewskis, »Aufbau« (New York) v. 23. 8. 1946; Vern. Bach-Zelewskis v. 27. 10. 1947, Fall 8, engl. Protokoll Bl. 458, BA F 47144; Vern. Otto Bradfisch v. 23. 6. 1958, StA München 22 Ks 1/61, Bd. 1, Bl. 184; Artikel des ehemaligen Angehörigen der EGR B, Dr. Bernhard Wehner, unter Pseudonym im »Spiegel« (1950), ebd., Bd. 2, Bl. 231f. (hier wird fälschlich Heydrich als Auftraggeber genannt, für den Nebe auch einen schriftlichen Bericht habe fertigen müssen); Vern. J. R. v. 12. 1. 1960, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1695.

73 »Der Gauleiter Kube und der Reichsleiter [sic] Himmler haben die Anstalt besichtigt und baldige Raueumung in Aussicht gestellt.« Besichtigung der Irrenanstalt Nowinki durch Stabsarzt Dr. Ellinghaus und Ass.Arzt Dr. Krause (Unterschrift: Ellinghaus) v. 16. 9. 1941, ZStA Minsk 370-1-141a, Bl. 139. Zum Besuch Kubes und Webers auch Vern. der damals amtierenden Chefarztin von Nowinki, N. N. Akimowa, im Minsker Kriegsverbrecherprozeß (Januar 1946), StA Berlin 3 PKs 1/62, Bd. 42, Bl. 25.

74 Hierzu ebd.; ähnlich in Kohl (Hg.), Die Minsker Protokolle, in: »Die Wahrheit« v. 24./25. 9. 1988; der Bericht Akimowas in Ebbinghaus/Preissler, S. 88-90; Zusammenfassung der Aussagen der Angehörigen des Klinikpersonals Kolonitzkaja und Naumenko in: »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR-38; vom Personal auch Vern. E. K. K. v. 24. 7. 1944, M. K. W. v. 19. 12. und G. A. G. v. 20. 12. 1945 (diese auch zu den von ihr beobachteten Sprengungen, von denen die erste, wie es Widmann angegeben hat, mißlang), ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 148f., und Dok.Bd. 1, Bl. 1f. sowie 145f.; Vern. J. T. K. v. 18. 7. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 18, Bl. 273f. Zu den Sprengungen weiter die deutschen Zeugen W. J. v. 5. 4., H. S. v. 6. 4. und A. B. v. 17. 3. 1960, ZStL 202 AR-Z 152/59, Bd. 1, Bl. 135-137, 186-188 und 195R-197R. Vgl. S. 648f. in dieser Darstellung. – Im August war Nowinki, auf 280 Betten ausgelegt, mit 350 Patienten belegt gewesen (San.Offizier an Div.Arzt der 87. Inf.Div., Betr.: Zivilkrankenhäuser usw. im Kommandanturbereich Minsk-Stadt v. 9. 8. 1941, ZStA Minsk 408-1-1, Bl. 25f.). Ende September waren es noch 92 (Meldung der Chefarztin Akimowa v. 29. 9. 1941, ZStA Minsk 370-1-141a, Bl. 133), Ende Oktober noch 85, da Akimowa einige entlassen hatte (Dr. Weber an GebK Minsk-Stadt, Dr. Kaiser, v. 20. 10. 1941, ebd., Bl. 126). Wie die in EM 108 v. 9. 10. 1941, BA-MA SF-01/28933, Bl. 2861, genannte Zahl von 632 ermordeten psychisch Kranken in Minsk zustande kam, ist unbekannt.

Anstalt gesperrt und von Schließung gesprochen; Akimowa erreichte bei Dr. Ellinghaus – mittlerweile Webers Stellvertreter – einen Aufschub bis zum 15. November.⁷⁵ Trotzdem und entgegen einer Anweisung des Reichskommissariats in Riga wurden alle verbliebenen Kranken am 5. November 1941 von der Gendarmerie erschossen. Darauf hatten sich Kube und Zenner bereits spätestens am 27. Oktober verständigt.⁷⁶ Generalkommissariat, SS und Polizei hatten Hand in Hand gearbeitet.

Ein Morden in zwei Etappen ist auch an anderen Orten zu beobachten. Zunächst verschonte man die arbeitsfähigen Kranken, brachte sie etwas später indessen doch um. So war es auch in der psychiatrischen Heilanstalt Mogilew. Die Initiative ging hier wegen Seuchengefahr nach eigener Aussage vom Chef des EK 8, Dr. Bradfisch, aus.⁷⁷ Es fand eine Begutachtung durch den Arzt der Feldkommandantur Mogilew statt. Nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer Zeugen und Mittäter waren die Kranken infolge der von den Deutschen seit längerer Zeit eingeschränkten Lebensmittellieferungen entsetzlich abgemagert. Es hatte bereits Hungertote gegeben. Nach ihrer Räumung eignete sich das EK 8 im übrigen die restlichen Lebensmittelvorräte aus der Klinik für den eigenen Verbrauch an; das Gebäude beschlagnahmte der HSSPF.⁷⁸ Zum Abschluß der ersten Tötungsaktion erklärte der Chefdolmetscher des EK 8, SS-Hauptsturmführer Adolf Prieb, dem im Hof versammelten Klinikpersonal hingegen, »daß eine derartige Evakuierung in Deutschland regelmäßig durchgeführt wird, da diese Kranken Schaden für die Bevölkerung bringen, sozial gefährlich und unheilbar sind.«⁷⁹ Dieser Massenmord fand vermutlich kurz vor dem 17. September 1941 statt. Vermutlich 800 chronisch Kranke, darunter 100 aus einer anderen psychiatrischen Kolonie in der Umgebung von Mogilew, sowie etwa 60 jüdische Patienten wurden in Gegenwart von Prieb, Dr. Widmann, Nebe, dessen Adjutanten Schulz, dem Arzt der Einsatzgruppe B, Dr. Battista, und anscheinend auch Dr. Brad-

75 Aussagen Akimowa in Ebbinghaus/Preissler, S. 90; in Inhalt und Datum übereinstimmend mit Schreiben Dr. Ellinghaus an die Finanzverwaltung der Stadtverwaltung Minsk v. 5. 11. 1941, ZStA Minsk 370-1-141a, Bl. 125. Daraus ist zu schließen, daß Akimowa bei ihren Vernehmungen eigene Aufzeichnungen oder Akten von 1941 zur Verfügung standen.

76 »Laut Anweisung aus Riga muß die Irrenanstalt Nowinki weiter bestehen.« Dr. Weber an GebK Dr. Kaiser v. 20. 10. 1941, ebd., Bl. 126. »[...] teile ich mit, daß der Generalkommissar mit der vollständigen Liquidierung der auf der [...] Kolchose Nowinki untergebrachten Geisteskranken einverstanden ist.« SSF Weissruthenien an GK Weißruthenien, Landrat v. Rumohr, (Unterschrift: unleserlich) v. 27. 10. 1941, ebd., Bl. 129. »In der [...] Kolchose Nowinki [...] sind nun nach Liquidierung sämtlicher Geisteskranker die Betten frei geworden.« Dr. Weber an HSSPF [d.i. SSF] Minsk v. 18. 11. 1941, ebd., Bl. 124. Vgl. die Aussagen des Klinikpersonals, wie Anm. zuvor; Vern. Bruno Franz Mittmann, in: Kohl, siehe ebd.; Vern. Mittmann v. 15. 12. 1945, ZStL 202 AR-Z 179/67, Dok.Bd. 2, Bl. 171 f.; ders., Meine Eigene Schriftliche Angabe v. 27. 12. 1945, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Dok.Bd. 9, Bl. 99; Vern. A. H. v. 9. 10. 1961, ebd., Bl. 933 f.

77 Die »Irren« erschienen ihm ekelerregend, »ausnahmslos unbekleidet und mit Geschwüren behaftet, auf denen sich tausende von Schmeißfliegen niedergelassen hatten.« Vern. Otto Bradfisch v. 23. 6. 1958, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 185.

78 Visitation: Vern. K. B. (ehemaliger Rayonchef) v. 11. 7. 1944, ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 105-110. Ernährungszustand: Vern. Georg Frentzel v. 20. 7., 4. 8. und 14. 8. 1970; Vern. des damaligen Klinikleiters A. N. S. v. 4. 11. 1948, BStU ZUV 9, Bd. 4, Bl. 152, 166, 226 f. und 276; Vern. H. S. (undatiertes Auszug, 1959) und Dr. Albert Widmann v. 11. 1. 1960, ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bd. 1, Bl. 77 und 86. An anderer Stelle sagte Widmann, ihm sei als Grund genannt worden, die Kranken bräuchten zu viele Pfleger (Ebbinghaus/Preissler, S. 85). Beschlagnahme des Gebäudes: Bericht Dahlgrün (wie Anm. 10/83).

79 Vern. A. N. S. v. 20. 7. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 4, Bl. 220 f.

fisch in einem zwei bis drei Tage zuvor präparierten Raum der Anstalt zwischen 8.00 und 21.00 Uhr durch Gas getötet.⁸⁰ Zu einem unbekannten Zeitpunkt zwischen dem 28. November 1941 und der zweiten Januarhälfte 1942 ermordete man auch die restlichen mehr als 250 Patienten aus der Klinik und der Kolonie.⁸¹ Dies geschah möglicherweise durch Ersticken in einem Gaswagen.⁸² Daß die Ortskommandantur Mogilew später im Namen der weißrussischen Stadtverwaltung eine Entschädigung für Gebäude und Wäsche vom HSSPF verlangte, buchte man dort unter der Rubrik »kuriose Vorkommnisse«.⁸³

Außergewöhnliche verbrecherische Initiative entwickelten die Angehörigen der Gesundheitsverwaltung in Riga und Minsk, wie im Fall der psychiatrischen Abteilung des 2. Zivilkrankenhauses in Minsk. Ursprünglich hatte der Abteilungsleiter Gesundheit beim Reichskommissar für das Ostland, Dr. Waegner, die Weisung erteilt, es sollten »Irrenanstalten nicht liquidiert werden. Nur die ärztlicherseits als unheilbar anzusehenden Patienten sind der Volksgemeinschaft zu entziehen.«⁸⁴ Das hinderte sein Pendant beim GK Weißruthenien, Dr. Weber, nicht, den SSPF Minsk zu bitten, »bei der Liquidierung der Geisteskranken der Kolchose Nowinki die im Zivilkrankenhause II befindlichen Geisteskranken ebenfalls zu liquidieren.«⁸⁵ Am 5. Dezember forderte Dr. Waegner in offensichtlicher Abänderung seines bisherigen Kurses vom GK in Minsk, »dem Höheren SS- und Polizeiführer Meldung über sämtliche belegten Betten in psychiatrischen Anstalten« zu machen, was vermutlich eine baldige Hinrichtung bezweckte. Tatsächlich wurden diese 200 Menschen aber bereits am 6. oder 7. Dezember, eine Woche vor dem Eintreffen von Waegners Schreiben in Minsk, erschossen.⁸⁶ Die Mörder überboten einander in ihrem Diensteifer. Nach an-

80 Der Chefarzt hatte drei Listen über arbeitsfähige, arbeitsunfähige Kranke und Neueinweisungen anfertigen müssen. Ein Mitarbeiter des ärztlichen Personals denunzierte die jüdischen Kranken bei den Deutschen, so daß sie mit vernichtet wurden. Vern. A. N. S. v. 4. 11. und 24. 12. 1948, ebd., Bl. 225–233 und 301–305. Zu den Beteiligten S. 648 dieser Darstellung; Vern. Karl Schulz v. 9. 3. und Andreas v. Ambrurger v. 10. 3. 1959, ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bd. 1, Bl. 48 und 51; Vern. H. S. v. 6. 4. 1960, ZStL 202 AR-Z 152/59, Bd. 1, Bl. 186–188. Meldungen der Heilanstalt über die Zahl der Kranken v. 3. 9., 2. 11. und 28. 11. 1941 (910, 217 zuzüglich 80 in der Kolonie bzw. insgesamt 279), BStU ZUV 9, Bd. 4, Bl. 214–216. Die in EM 108 v. 9. 10. 1941 (BA-MA SF-01/28933, Bl. 2861) gemeldete Zahl von 836 in Mogilew vernichteten Kranken erscheint danach realistisch.

81 Siehe Vern. A. N. S. v. 20. 7. 1944, 4. 11. (hier sprach S. von einer weiteren Massentötung anderthalb Monate nach der ersten) und 24. 12. 1948, BStU ZUV 9, Bd. 4, Bl. 221, 227 und 306; Vern. M. I. G. v. 9. 6. 1970, ebd., Bl. 201; Untersuchungskommission der Stadt Mogilew, Bericht v. 8. 10. 1944, in: Klee/Dreßen, S. 195.

82 Vern. Gottlieb Nagel v. 18. 3. und – vom Hörensagen – Vern. J. A. v. 29. 1. 1960, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1082R und 1121/R. Nagel stellte eineinhalb Kompanien seines Pol.Btl.s 322 für die Aktion ab. Laut Untersuchungsbericht der Stadtkommission v. 8. 10. 1944 wurden die Kranken teils erschossen, teils durch Granaten umgebracht. Jedoch wurden in den Panzergräben von Nowopaschkowo, wo die Sprengungen stattgefunden haben sollen, u.a. Leichen offenbar durch Gas getöteter Anstaltsinsassen gefunden. ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 292 und 303f.

83 Willy Dahlgrün, Polizeiamtmann und SS-Sturmabführer, Erfahrungsbericht über den Einsatz der Verwaltungspolizei in Rußland-Mitte und Weißruthenien v. 16. 6. 1943, BA R 19/137, Bl. 135.

84 Zitiert nach GK Weißruthenien, Abt. IIe (Dr. Weber) an IIc v. 20. 10. 1941, ZStA Minsk 370–1–141a, Bl. 127; ebenso Dr. Weber an GebK Dr. Kaiser vom gleichen Tag, Bl. 126.

85 Ebenso an SSPF Weißruthenien v. 28. 10. 1941, ebd., Bl. 128.

86 RKO, Abt. IIe an GK Weißruthenien v. 5. 12. 1941 (mit Eingangsstempel v. 13. 12.), ebd., Bl. 121; Dr. Weber an HSSPF Ostland und RKO, Abt. Gesundheit und Volkspflege, v. 12. 1. 1942, ebd., Bl. 120. Vgl. Vern. Franz Karl Hess v. 19. 1. 1946 (Auszüge), in: Kohl, Die Minsker Protokolle, in: »Die Wahrheit« v.

deren Angaben waren bereits Ende November bis zu 300 Kranke aus dem 2. Zivilkrankenhaus ermordet worden.⁸⁷

Wie sich der Vorschlag, die Patienten einer solchen Anstalt zu ermorden, entwickeln konnte, zeigt der Fall eines Heims für psychisch kranke Kinder in Tscherven südöstlich von Minsk. Am 27. August 1941 hatte die dortige Ortskommandantur berichtet:

»Die Erhaltung dieser Idiotenanstalt macht aber große Schwierigkeiten, da die Anstalt selber keinen landw. Betrieb hat und die Ernährung durch die Stadtverwaltung erfolgt. [...] Von den 144 Kindern sind nur 60 halbwegs arbeitsfähig, die übrigen sind ausgesprochene Idioten. Drei der Kinder sind an Ruhr erkrankt. [...] Der Kostenvoranschlag für diese Anstalt wurde von der Gemeinde Tscherven für den Zeitraum eines halben Jahres mit rund 236 000 Rubel veranschlagt.

Auf Grund dieser vorstehenden Angaben wäre es nach Ansicht der O.K.Tscherven vielleicht besser, diese Anstalt aufzulösen, denn

- 1.) es handelt sich um eine gänzlich unproduktive Einrichtung,
- 2.) der Unterhalt dieser Anstalt belastet die Finanzen der Stadtgemeinde ganz wesentlich,
- 3.) es besteht keine Hoffnung, daß auch nur eines der Kinder geistig gesunden würde,
- 4.) bereitet die Ernährungsfrage ziemlich große Schwierigkeiten,
- 5.) der Mangel an Bekleidung, Schuhzeug, Wäsche, die schlechte Beheizungsmöglichkeit im Winter mit Hinblick auf den mangelnden Bauzustand der Gebäude, wird sich in gesundheitlicher Beziehung ungünstig auswirken.«⁸⁸

Der Leiter der Abteilung VII/Militärverwaltung der Feldkommandantur 812 (Minsk-Land), Oberkriegsverwaltungsrat Günter Kraaz, fragte daraufhin beim Nachkommando der Einsatzgruppe B in Minsk nach, »ob an diesem Objekt ein sicherheitspolizeiliches Interesse besteht, insbesondere hinsichtlich der idiotischen Kinder«. Er begründete das wenig später damit, daß »die SS in einem anderen Falle die Insassen einer Irrenanstalt liquidiert hat. Diese Regelung wäre auch im vorliegenden Falle zweckmässig.«⁸⁹ Dann übernahm es sein Kollege Dr. Weber von der Zivilverwaltung, den Fall weiter zu verfolgen. Am 26. September 1941 forderte er auf Grund der »erhebliche[n] Belastung des Haushalts dieser Gemeinde« und wegen der »Ernährungsfrage« den SSPF Minsk zur »Stellungnahme« auf. Es bedurfte achtmonatiger Anstrengungen, fünf Wiedervorlagen und mindestens zweier wei-

17./18. 9. 1988; Eigenhändige Angaben des Kriegsgefangenen Franz Hess v. 19. 7. 1945, BA D-H ZR 810, A. 23, Bl. 3; Vern. ders. v. 16. 12. 1945, BA D-H ZM 1453, A. 4, Bl. 16f. Täter waren Angehörige des Zugs Burgdorff des KdS Minsk mit unterstellten Letten.

87 Ebbinghaus/Preissler, S. 91f.; mit Ungereimtheiten hinsichtlich der Tötungsmethoden Vern. der Krankenschwester O. I. T. v. 5. 9. 1944, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1. Der Bericht der EGr A von Ende Januar 1942 verzeichnete 298 im GK Weißruthenien ermordete »Geisteskranke« (hier nach Lettisches Historisches Staatsarchiv P 1026-1-3, Karte).

88 OK II/353 Tscherven an FK (V) 812 Minsk-Land, Abt. IV Mil.-Verw., Betr.: Idiotenheim Tscherven v. 27. 8. 1941, ZStA Minsk 370-1-141a, Bl. 117f.

89 FK Minsk-Land, Abt. VII-Kriegsverwaltung, Betr.: Idiotenheim Tscherven v. 29. 8. 1941 an »das Einsatzkommando der Sicherheitspolizei« und »Übergabevermerk« Kraaz' v. 4. 9. 1941, ebd., Bl. 115 und 116. Um welche Anstalt es sich bei der erwähnten Klinik handelt, die »liquidiert« wurde, ist unklar.

terer Aufforderungen, die Kinder zu ermorden, an den SSPF – am 10. Dezember lautete die Auskunft »Wegen Arbeitsüberlastung des SD ist Liquidierung nicht möglich« – bis Dr. Weber feststellte, daß Tscherven gar nicht im GK Weißruthenien und damit auch nicht in seinem territorialen Zuständigkeitsbereich lag.⁹⁰ Das weitere Schicksal der Kinder ist unbekannt. Dr. Weber aber konnte 1960 als Zeuge gegenüber einer Sonderkommission der bundesdeutschen Kriminalpolizei unwidersprochen behaupten: »Ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich für die Lebenserhaltung nicht nur der Soldaten und der zivilen Dienststellen, sondern auch für die ruß. Bevölkerung mein Bestes getan habe. Mit der Lebensvernichtung hatte ich nichts zu tun.«⁹¹

Die Erkenntnisse aus diesen sechs Fällen werden durch das Vorgehen der deutschen Organe in anderen sowjetischen Regionen bestätigt. Häufig wurden den Heilanstalten zunächst die finanziellen Mittel und vor allem im Hinblick auf die »ausserordentlich kritische Ernährungslage« die Nahrungsmittellieferungen gesperrt, dann sogenannte unhaltbare Zustände oder Seuchengefahr festgestellt, wie auch in Makarjewo und Schumjatschi (Rußland) und sowie Kiew und Poltawa (Ukraine). Sanitäts-offiziere der Wehrmacht spielten dabei eine unheilvolle und sehr aktive Rolle.⁹² Oft wurden die Kranken in zwei Abschnitten ermordet, in Kiew sogar in vier.⁹³ Lediglich arbeitsfähige Kranke schienen in den Augen der deutschen Funktionäre noch eine Lebensberechtigung zu haben, so daß es zu so absurden Ansprüchen kam wie an das Kinderheim in Tscherven, es müsse produktiv sein. Je stärker sich dann die Ernährungslage im Winter 1941/42 zuspitzte, je dringender die Wehrmacht Unterkünfte und Lazarette brauchte, desto eher war man bereit, auch die arbeitsfähigen Patienten hinzumorden,⁹⁴ daher überlebte letztlich keiner. Moral galt nicht. Nach einem Vortrag seines Generalquartiermeisters Wagner notierte Generalstabschef Halder zu den »Irrenanstalten bei [der Heeresgruppe] Nord«: »Russen sehen Geistesschwache als heilig an. Trotzdem Tötung notwendig.« Offenbar arbeitete Wagner auf generelle Maßnahmen »gegenüber den Insassen von Irrenanstalten im besetzten Gebiet« hin.⁹⁵ Deutlich wird die abgründige Geringschätzung der psychisch Kranken, und dennoch wurden die Mördereinheiten, die Einsatzgruppen im besonderen, entgegen der

90 Dr. Weber an SSPF Minsk v. 26. 9., 19. 11. 1941 und 2. 5. 1942 mit entsprechenden Vermerken, ebd., Bl. 118 f.

91 Vern. Dr. Hans Wolfgang Weber v. 6. 1. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 1546.

92 Vgl., auch zum folgenden, Ebbinghaus/Preissler, S. 75–107, besonders S. 76, 78 und 93; EM 135 und 148 v. 19. 11. und 19. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 325 f. (Zitat) und 3444.

93 Am 14. 10. 1941 300, am 7. und 8. 1. 1942 365 Personen in Gaswagen, am 29. 3. 90 und am 17. 10. 1942 30 Personen. Ausserordentliche Kommission des Stadtrates von Kiew, Über die Ermordung der Kranken in der psychiatrischen Heilanstalt in Kiew v. 30. 9. 1943, Nbg. Dok. USSR-243, ZStA Moskau 7445-2-107(3), Bl. 177–179. In Poltawa wurden 565 chronisch Kranke erschossen, 300 Leichtkranke freigelassen (EM 135 v. 19. 11. 1941, wie vorangegangene Anm.).

94 Den Raumbedarf der Wehrmacht (und der Waffen-SS) hat auch Rieß (1995) als wichtiges Moment bei den frühen Krankenmorden in den annektierten polnischen Gebieten betont. Im Reich wurden auch nach dem offiziellen Stopp der sogenannten Euthanasie-Aktion am 24. 8. 1941 weitere psychiatrische Anstalten, diesmal durch Patientenverlegungen, für kriegsbedingte Zwecke (Ersatz nach Bombenschäden) freigegeben. Hitlers entsprechende Anordnung ebenfalls vom 24. 8. erwähnt ein Rundschreiben der Reichsleitung der NSDAP (Prof. Dr. Karl Brandt) v. 8. 10. 1941, BA NS 6/335, Bl. 108/R.

95 KTB Halder v. 21. und 26. 9. 1941, Bd. III, S. 252 bzw. 243 (vgl. auch unter dem 1. 10., S. 262). Halders entlastende Erklärung für seine Notizen (ebd., Anm. 8, S. 252–254) kann nicht überzeugen.

landläufigen Meinung in der Regel nicht von sich aus gegen sie tätig.⁹⁶ Es bedurfte immer eines Anlasses, eines materiellen Interesses, um einen Verwaltungsvorgang in Gang zu setzen, der dann nahezu unweigerlich zum Massenmord führte; auch das wird deutlich. Die Morde an psychisch Kranken nahmen kein Ende. In der zweiten Jahreshälfte 1942 berichtete die Einsatzgruppe B laufend darüber, und in einer psychiatrischen Klinik in Wassilischki bei Lida wurde am 8. Juli 1942 sogar das medizinische Personal erschossen, 120 Menschen.⁹⁷

In den Augen der deutschen Besatzungsfunktionäre hatte die Bevölkerung des besetzten Weißrußland in erster Linie als Arbeitskraft zu funktionieren, Kranke erschienen ihnen generell unnütz. So gab es im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall; sie konnte in Höhe von 50 Prozent der Bezüge gewährt werden, wenn »seitens des Arbeitsgebers ein dringendes Interesse« an der Wiederkehr des oder der Kranken bestand.⁹⁸ Das war ein sehr ernster Vorgang, denn schon der volle Lohn reichte ja nicht zum Leben. Wer das Glück hatte, in eines der wenigen nicht von der Wehrmacht in Beschlag genommenen Krankenhäuser aufgenommen zu werden, empfang viel zu wenig Nahrung für eine Heilung, ja selbst zum Überleben.⁹⁹ Verwandte und Freunde der Kranken mußten helfen. Ihr besonderes Augenmerk richteten die deutschen Behörden auf Träger von Infektionskrankheiten. Allerdings lassen die verfügbaren Quellen und Aussagen nicht den Schluß zu, daß diese systematisch ermordet worden wären; vielmehr ergeben die Quellen auf den ersten Blick den Eindruck, daß gegenüber Zivilisten meist mit zulässigen Maßnahmen der Seuchenbekämpfung gearbeitet wurde, nämlich mit Entlassung, Seuchenmeldepflicht, Quarantäne, Entfernung vom Arbeitsplatz und Einweisung in Seuchenkrankenhäuser. Freilich konnte die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten »streng«, unter Umständen mit dem Tod bestraft werden,¹⁰⁰ und die Militär- wie Zivilverwaltung schränkten die Versorgung mit Arzneimitteln und den Arztbesuch absichtlich ein. Außerdem waren die Militärärzte zwar nicht für die gezielt unzureichende Nahrungsmittelversorgung der Kriegsgefangenen verantwortlich, aber dafür, daß in den Lazaretten der Lager mehr geschlagen als geheilt wurde, und möglicher-

96 Zum Standpunkt des Chefs der EGr A, Stahlecker, der dies bestätigt, siehe Friedrich, S. 446. Der Fall Nowinki ist nicht unbedingt ein Gegenbeispiel. Hier ist das Interesse der SS, die Gebäude auf ihrem Landgut frei zu bekommen, zu berücksichtigen.

97 EGr B, Tätigkeits- und Lageberichte für 1.–15. 9. sowie 15. 11.–15. 12. 1942, ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 9 und 196 (28 bzw. 56 Getötete); Protokoll der Bezirkskommission Wassilischki (Übersetzung) v. 27. 4. 1945, StA Mainz 3 Ks 1/67, Bl. 5260. Zum Verbleib der Kranken wird hier nichts ausgesagt, er liegt aber auf der Hand.

98 Berück Mitte, Abt. VII/Kr.Verw., Verwaltungsanordnungen Nr. 14 v. 31. 1. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 1150.

99 Im Süden des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte zeitweilig nach Vorschrift 550 Kalorien am Tag. Das Leitende WiKdo Bobruisk schloß eine Rationserhöhung aus. 203.Sich.Div., Divisionsarzt, Lagebericht Juni v. 5. 7. 1942, BA-MA RH 26–203/6.

100 Morde wurden dabei teilweise an Frauen begangen, die lediglich mit deutschen Soldaten liiert waren (Bartov 1985, S. 127f.). In Minsk waren angebliche Prostituierte und geschlechtskranke Frauen zunächst von Sipo und SD umgebracht worden. Die Morde mußten eingestellt werden, weil sich Geschlechtskranke danach kaum noch meldeten. Vortrag Strauch v. 10. 4. 1943, IfZ Fb 85/1, Bl. 160. Daß später statt dessen wirklich Zwangseinweisungen ins Krankenhaus erfolgten, wird durch Papiere von 1943 in GebA Minsk 688–3–21, Bl. 38ff., bestätigt.

weise auch dafür, daß Sterbebaracken, quasi Aussterbelager wie in Molodetschno, eingerichtet wurden.^{100a}

In einer Reihe von Fällen ist dennoch bekanntgeworden, daß Infektions- oder chronisch Kranke unter der deutschen Besatzung ermordet wurden. Im Minsker Gefängnis wurden auf Befehl des KdS oder des Kommandeurs der Schutzpolizei, Benzko, zu Beginn des Jahres 1942 an Typhus erkrankte Häftlinge in großer Zahl erschossen oder mit Giftinjektionen ermordet.¹⁰¹ Erschossen wurden die Insassen eines Krankenhauses in Brest, eines Quarantäneheims in der Nähe von Slonim und 22 Fleckfieberkranke aus dem Minsker Infektionskrankenhaus im Winter 1941/42.¹⁰² Im Rayon Logischin holten Gendarmen Infektionskranke aus Krankenhäusern oder von zu Hause ab und töteten sie. Angehörige des Reserve-Polizeibataillons 91 erschossen im Winter 1941/42 »Geisteskranke oder Asoziale aus einer Heilanstalt oder so ähnlich« bei Wolkowysk (Mittäteraussage) sowie 50 bis 60 Insassen eines Altersheims in Grodno. Auch in Mogilew wurden schwache und gelähmte Menschen aus einem Altersheim hingemordet.¹⁰³ Im Gebiet der 3. Panzerarmee übergab die GFP-Gruppe 703 dem EK 9 zur Erschießung nicht allein Juden und Kommunisten, sondern auch Behinderte, und im Zuge der sogenannten Partisanenbekämpfung gab es bei der 9. Armee auf dem Land »Sonderbehandlungen [...] ansteckend Kranker«.¹⁰⁴ Noch am 29. Juni 1944, unmittelbar vor der Flucht der Deutschen aus Minsk, gaben SS-Leute im 3. Krankenhaus in Minsk nach Rücksprache mit dem Stadtkommissar Johann Ewald Becker 29 weißrussischen Kranken Giftinjektionen; nur wenige überlebten.¹⁰⁵ In diesem Fall kann ausschließlich Sadismus als Tatmotiv angenommen werden. Aus diesem Mord zogen die Deutschen keinen Nutzen mehr – im Gegensatz zu den meisten anderen geschilderten Vorgängen.

10.5 Krieg gegen Kinder

Opfer der bislang beschriebenen Verbrechen waren immer auch Kinder. In einer Zeit, als höchste deutsche Stellen predigten, in der besetzten Sowjetunion müßte die Ge-

^{100a} Zu den Kriegsgefangenen Kap. 8.3c in dieser Darstellung. Vgl. Leit. San.-Offz. beim Berück Mitte, Bericht über Fleckfieber v. 21. 3. 1942, BA-MA WF-03/7366, Bl. 987f.; Berück Mitte, Abt. VII, Verwaltungsanordnungen Nr. 14 v. 31. 1. 1942, ebd., Bl. 1150; Okdo. H.Gr. Mitte, OQu/VII, Militärverwaltungsanordnungen (Stand 1. 12. 1942), BA-MA WF-03/5470, Bl. 561–566.

¹⁰¹ Vern. Eberhard Herf vom Januar 1946 und v. 27. 12. 1945, ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 69f. und 114.

¹⁰² Erinnerungen Fedja Trutko, in: Alexijewitsch, S. 233ff.; Vern. G. W. v. 19. 11. 1962 und R. H. v. 15. 7. 1964, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 3228 und 4797ff.; Vern. S. A. P. (Inhaltsangabe) v. 28. 12. 1945, ZStL 202 AR-Z 184/67, Bd. 1, Bl. 53.

¹⁰³ Vern. W. J. K. (undatiert), ZStL 204 AR-Z 393/59, Bl. 4739; Vern. H. F. (Oktober 1962, hier Zitat) und N. N. v. 15. 12. 1965, ZStL V 205 AR 512/63, Bl. 57–59 und Bl. 763–765; Vern. K. B. v. 11. 7. 1944, ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 105–110.

¹⁰⁴ Die erste Information stammt aus einem Bericht der GFP-Gruppe 703 v. 24. 6. 1942 an PzAOK 3, Nachrichtenabteilung, v. 24. 6. 1942, Nbg. Dok. NOKW-95, erwähnt in Vern. Erwin Lahousen v. 24. 2. 1948, Fall 12, BA F 53916, Bl. 933f. Ferner Fschr. AOK 9, Ia, an H.Gr. Mitte v. 15. 2. 1944, BA-MA (BArchP)F 18497, Bl. 275.

¹⁰⁵ Bei den Opfern handelte es sich um zehn psychisch Erkrankte, zehn Flecktyphus-, vier Bauchtyphus- und fünf Tuberkulosekranke. Vern. S. L. I. und S. I. L. (ärztliches Personal), beide v. 25. 7. 1944, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 2, Bl. 389f., bzw. ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 71–73.

burtenrate mit allen Mitteln gesenkt werden,¹⁰⁶ waren Kinder auch ein spezielles Ziel von Vernichtungsaktionen. In den jüdischen Ghettos wurden Schwangerschaften meist mit dem Tode bestraft. Als Adolf Rube von der Ghettowache des KdS im Ghetto Krankenhaus in Minsk 30 Schwangere bemerkte, entrüstete er sich, um sie werde zu viel »Klimbim« gemacht, ließ sie abholen und erschießen.¹⁰⁷ Zumindest an manchen Orten wurden systematisch Kinder erschossen.¹⁰⁸ In Domatschewo, Gebiet Brest, erschossen Beamte der KdS-Außenstelle Brest am 23. September 1942 – während der Vernichtungsaktionen gegen Juden, Bauern und »Ostmenschen« – 54 weißrussische, polnische und ukrainische Kinder und eine Erzieherin aus dem dortigen Kinderheim, nur weil der Gebietskommissar ein Schulgebäude für die volksdeutschen Kinder in Domatschewo brauchte.¹⁰⁹

Bestürzend und verstörend sind immer wieder die besondere Grausamkeit, das Vergnügen und der Zynismus, mit denen die deutschen Täter gerade Kinder in Weißrußland ermordeten. So wurden jüdische Erwachsene in Zoludek erschossen, Kinder aber durch Schläge auf den Kopf umgebracht. Der erwähnte Adolf Rube ließ Gaswagen vor dem jüdischen Kindergarten im Ghetto Minsk vorfahren und führte bei anderer Gelegenheit ein Kind mit den Worten zum Friedhof: »Jetzt gehen wir zu Vati und Mutti«, um es dort zu erschießen. Den Vater und die Mutter hatte er in der Tat Tage zuvor erschossen. Im Kriegsgefangenenlager Lesnaja bei Baranowitschi tötete eine deutsche Ärztin ein achtmonatiges Baby mit einer Giftinjektion und ließ sich anschließend mit der anwesenden Mutter und dem Kind fotografieren. In Kowali, Rayon Oktjabrski, rannten deutsche Soldaten oder Polizisten den fliehenden Kindern hinterher, fingen sie ein und warfen sie alle ins Feuer. In Djomenka im gleichen Rayon wurden kleinen Mädchen wie Hühnern die Hälse gebrochen. Wital Michailowitsch Shadura aus Zenjaki, Rayon Schtschutschin, erinnerte sich später: »Die Deutschen liebten Kinder. Sie nahmen eins in den Arm, trugen es eine Weile herum und dann – ins Feuer...«¹¹⁰ Man könnte sehr viel mehr Beispiele anfügen. Der Verfasser

¹⁰⁶ Vgl. Bormann an Rosenberg über Äußerungen Hitlers v. 23. 7. 1942, in: Rürup (Hg.), S. 87f.; Dallin, S. 157f. und 469f.; Dr. Wetzel, Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers-SS v. 27. 4. 1942, in: Heiber 1958, S. 303.

¹⁰⁷ Prozeßbericht vom Spruchkammerverfahren gegen Rube v. 29. 4. 1948, StA Karlsruhe 3a Ks 2/49, Hauptband, Bl. 37. Vgl. generell Sosnovsky, S. 218.

¹⁰⁸ KdS Tschernigow an WiKdo Tschernigow v. 22. 3. 1943, in: IMT, Bd. 31, S. 492–495. Auf Druck der örtlichen Militärbehörden mußte der KdS Christensen diese Erschießungen seinen Männern offiziell verbieten.

¹⁰⁹ Akt von den Misshandlungen und dem Erschiessen von Kindern aus dem Kinderheim Domatschewo, Brestgebiet, BSSR, v. 25. II. 1944, USSR-63(4a), ZStL UdSSR Bd. 425, Bl. 182–184; Kohl, S. 108 und S. 267, A. 173. Der Zusammenhang ergibt sich aus einer Berichtspassage des Gebietskommissars Burat: »Der Kindergarten wird in dem früheren einheimischen Waisenhaus untergebracht[,] in welchem bisher sowjetische Waisenkinder untergebracht waren, die vom SD übernommen wurden.« Am 20. 9. waren in Domatschewo die Juden erschossen worden. Möglicherweise war Burat dabei auf die Idee zu diesem weiteren Massenmord gekommen. GebK Brest, Abt. IIa, Lagebericht September v. 9. 10. 1942 (Entwurf), BA F 13752, Bl. 204.

¹¹⁰ Vern. I. Z. v. 7. 9. 1959, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Akte »ZSt«, Bl. 60; Vern. M. M. v. 7. 12. 1960, ebd., Bl. 670–682 (Beispiel Nowogrodek). Rube: Vern. M. A. v. 29./30. 4. 1948, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, Bd. Hauptverhandlung, Bl. 56; Brief A. K. v. 29. 12. 1948, ZStL 202 AR 981/67, Bd. 1, Bl. 65f. Lesnaja: Kohl, S. 54. Partisanenbekämpfung: Erinnerungen Matruna Trofimowna Grinkewitsch, Wolga Minitsch und W. M. Shadura, in: Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 31, 64 und 131 (Zitat Rückübersetzung des Verf. aus dem Englischen); die Täter in Kowali waren nicht eindeutig festzustellen.

hat keinen Zweifel daran, daß alle hier genannten Fälle sich wirklich so ereignet haben.¹¹¹ Das grausame Spiel vieler Täter mit ihrer Rolle als Massenmörder an Kindern, zwischen gespielter Fürsorge und der Tat, zeugt davon, daß sie sich der Schwere ihres Handelns bewußt waren. Tatsache ist, daß sie sich an verschiedenen Stellen die Kleidungsstücke der ermordeten Kinder aneigneten (so nach der Ghettoaktion in Slonim und nach der Vernichtung des Dorfes Borki, Rayon Kirow), ganz offenbar um sie ihren eigenen Kindern nach Hause zu schicken.¹¹² Auf höherer Ebene tat das auch der HSSPF Rußland-Mitte, Bach-Zelewski, der Himmler Ende 1942 10000 Paar Kinderstrümpfe und 2000 Paar Kinderhandschuhe sandte. Himmler ließ sie über RuSHA-Chef Hofmann als Weihnachtsgeschenke an »SS-Familien« verteilen.¹¹³

Unzählige Kinder in Weißrußland lebten während der Besatzungszeit – und zwar *neben* der Normalität des Kinderlebens – in einem Zustand ständiger Angst, Bedrohung und Verfolgung und erlitten unermessliche seelische Schäden, selbst wenn der Tod nur gelegentlich in ihre nächste Umgebung eindrang.¹¹⁴ Und sogar dies galt ja für viele Kinder nicht, namentlich für die in den jüdischen Ghettos und die Flüchtlinge in den Wäldern, für die der Tod fast allgegenwärtig war. Was soll man dazu sagen, wenn ein jüdisches Mädchen mit der begründeten Angst lebte, bald lebendig in ein Massengrab geworfen zu werden wie viele andere Kinder vor ihr?¹¹⁵

Abseits von Mord, Hunger und Verfolgung, wovon war das Leben der Kinder im deutsch besetzten Weißrußland geprägt? Durch die Beantwortung dieser Frage kann man etwas über den Hintergrund der Gewaltmaßnahmen der deutschen Verwaltung gegen Minderjährige erfahren.¹¹⁶ Über die Kleinkinder wissen wir relativ wenig. Von der Einschränkung der ärztlichen Versorgung für Kinder wurden sie – zumindest mancherorts – ausgenommen.¹¹⁷ Die Deutschen interessierten sich aus politischen und wirtschaftlichen Gründen mehr für Kinder ab dem schulpflichtigen Alter. Inner-

111 Keiner der Fälle stammt aus einer staatlichen Note, die etwa zu Propagandazwecken bearbeitet worden sein könnte. Alle Zeugen wurden mit teils großem zeitlichen Abstand zu den Geschehnissen von Schriftstellern bzw. Strafverfolgungsbehörden gehört, und viele waren niemals zuvor befragt worden. Im übrigen sind alle wiedergegebenen Szenen von einer Art, daß man sie wohl kaum erfinden könnte.

112 Vern. R. R. v. 8. 12. 1959, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 34R; Erinnerungen Iwan Sergejewitsch Amantsch in: Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 68.

113 Dies wurde dem RuSHA am 14. 9. 1942 mitgeteilt. Vgl. Bach-Zelewski an Himmler v. 17. 10. 1942, Brandt an Hofmann v. 28. 10. 1942 (auch Nbg. Dok. NO-2558) und weiteren Schriftwechsel, ZStL 202 AR-Z 52/59, Dok.Bd. 10, Bl. 60ff. bzw. BA NS 19/11, Bl. 1–14. Im überarbeiteten Teil seines Tagebuchs vergaß Bach-Zelewski, eine entsprechende Passage unter dem 17. 10. 1942 zu tilgen. BA R 20/45b, Bl. 50. – Schon 1941 hatte Bach-Zelewski je 300 Damen- und Kinderstrümpfe, 200 Paar Handschuhe für Erwachsene und 100 für Kinder gesandt, die an SS-Mütterheime übergeben wurden. Bach-Zelewski an Himmler v. 3. 12. 1941 und Reichsführer-SS, Adjutantur, an Standartenführer Sollmann v. 2. 1. 1942, BA NS 19/3667, Bl. 140f.

114 Das zeigen die von Alexijewitsch gesammelten Erinnerungen damaliger Kinder sehr eindrücklich; zum Verlust an Kindheit im normalen Sinn vgl. auch Chiari 1998, S. 198f.

115 »Ich habe solche Angst vor diesem Tod, denn die kleinen Kinder werden lebend in die Grube geworfen.« Abschiedsbrief Judith Wischnatskaja (zwölf Jahre) aus Byten v. 31. 7. 1942, in: Grossman/Ehrenburg, S. 371.

116 Im folgenden geht es vorwiegend um die nichtjüdischen Kinder.

117 In der UdSSR war die ärztliche Behandlung von Kindern generell kostenlos. Unter den Deutschen galt dies nur noch für Kinder bis zu fünf Jahren, Kinder zwischen sechs und 15 Jahren zahlten die Hälfte der Gebühren für Erwachsene. GebK Minsk-Land an GK Weißruthenien v. 13. 3. 1942, ZStA Minsk 370–I–141a, Bl. 210.

halb der deutschen Verwaltung gab es lange und teilweise bis zum Ende unentschiedene Debatten über Fragen des Schulwesens, seines Aufbaus, der Lehrpläne¹¹⁸ und Schulbücher. Um den Bildungsstand derer, die künftig beherrscht und ausgebeutet werden sollten, niedrig zu halten, wurden höhere Schulen kaum zugelassen, am wenigsten im Reichskommissariat Ukraine, und wenn, so auf Bedürfnisse der Besatzungsmacht zugeschnittene Berufs- und Fachschulen, die das nötige Fachpersonal für die Wirtschaft liefern sollten.¹¹⁹ Doch auch die Volksschulen erfaßten bei weitem nicht alle Schüler, in einigen Regionen sogar nur einen kleinen Teil. Das galt besonders im Militärverwaltungsgebiet, wo erst Ende Oktober 1941 in den zunächst zwangsweise geschlossenen Schulen – und zwar vorerst in wenigen städtischen – der Unterricht begann. Eine größere Zahl wurde erst im Frühjahr 1942 eröffnet, nachdem selbst das RSHA dazu geraten hatte. Doch auch im August 1942 existierten im gesamten rückwärtigen Heeresgebiet Mitte offiziell nicht mehr als 400 Schulen – in der BSSR waren es vor dem Krieg zusammen 11 844 gewesen. Örtlich fehlten bis zu 80 Prozent der Schulpflichtigen wegen mangelnder Ernährung und Bekleidung. Zur Eröffnung weiterer Schulen mangelte es an Gebäuden, die oft von der Wehrmacht belegt waren, an Inventar, Lehrmitteln und Personal. Doch meldete die Einsatzgruppe B einen hervorragenden Bildungsstand der Schüler und der Auszubildenden an Lehrerseminaren. Im Februar 1943 lag die Zahl der Schulanmeldungen mit 10 Prozent der Bevölkerung noch deutlich unter dem in der Sowjetunion üblichen Maß (17 Prozent), obwohl Kinder wegen der demographischen Veränderungen einen höheren Bevölkerungsanteil stellten als vor dem Krieg.¹²⁰ Ab Ende 1943 ging die Schülerzahl unter anderem wegen der ungleich dichterem Truppenbelegung weiter zurück. Bei der 9. Armee konnten nur 13 000 von 67 000 Schulpflichtigen die Schule besuchen, die 4. Armee hatte 414 Schulen genehmigt, aber nur 190 in Betrieb. In Brest gab es im Mai 1944 keine Schulen mehr, in Minsk noch drei mit 300 Schülern.¹²¹ Dort hatte es wie im ganzen Reichskommissariat Ukraine infolge der Politik Kochs lediglich vierklassige Volksschulen gegeben, und zwar im GK Wollhynien-Podolien erst seit dem 1. März 1942. Zu dieser Zeit lehnte die Verwaltung im Bezirk Bialystok die Eröffnung der Schulen »einstweilen« noch ab, wenn sie sich auch »auf die Dauer [...] nicht umgehen lassen« werde.¹²²

118 Es ging besonders darum, ob Geschichte, Religion und Deutsch gelehrt werden sollten.

119 Hierzu, gleichzeitig allgemein zum Schulwesen Dallin, S. 471–480, und Handrack; Haushaltsplan des GK Weißruthenien für das Haushaltsjahr 1943, BA 23.01, Nr. 7219, Bl. 8, darin S. 109–128 und 136ff.; GK Weißruthenien, Abschlußbericht v. 31. 8. 1944, BA NS 19/2715, Bl. 12.

120 Im August 1942 gab es in Mogilew (50 000 Einwohner) 4655 Schüler, in Witebsk waren die Schulen noch geschlossen. Ausführlich EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–31. 8. 1942, BA F 40168, Bl. 274–287; EM 145 v. 12. 12. 1941, BA-MA SF-01/28934, Bl. 3391; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 3 v. 15. 5. 1942 und Nr. 41 v. 12. 2. 1943, BA-MA SF-01/28937, Bl. 390–392, und SF-01/28940, Bl. 540; Wilenchik, S. 216. Unklar ist inwieweit sich die Bevölkerung wie in Polen (vgl. Madajczyk 1988, S. 350–354) mit illegalen oder inoffiziellen Schulen behelf.

121 Informationsbüro des Führungsstabes Politik [des RMO] v. 4. 1. 1944 (auszugsweise Abschrift), BA-MA PPF-01/7886, Bl. 854; AOK 2, OQu/Mil.Verw., Lagebericht Mai v. 31. 5. 1944, BA-MA WF-03/26817, Bl. 11.

122 Siehe ebd.; Schoene (GK Wollhynien-Podolien) an Dr. Leibbrandt v. 5. 2. 1942 (auszugsweise Abschrift), BA F 13741, Bl. 710f. (»Man bedenkt nicht, daß wir ein so reiches Land nicht mit Schwachköpfen regieren können«); Der Bezirk Bialystok (März 1942), S. 28, BA F 15024.

Im GK Weißruthenien war die Verwaltung mit etwas mehr Energie an den Aufbau des Schulwesens gegangen, der Beschulungsgrad war höher, nicht zuletzt auf Kubes persönlichen Einfluß hin. Er verfügte über jugendpolitische Erfahrungen. Schul- und Jugendpolitik sah er als eins der wichtigsten Mittel, um mit propagandistischen Mitteln eine loyale weißrussische Gefolgschaft heranzuziehen. Hier gab es auch relativ viele siebenklassige Schulen und die genannten Fach- und Berufsschulen. Am 19. Februar 1944 übertrug v. Gottberg, der auch in diesem Punkt die Politik seines Vorgängers Kube fortsetzte, die Kompetenz für das Schulwesen dem Weißruthenischen Zentralrat.¹²³ Jedoch gingen auch hier gegen Ende der Besatzungszeit die Schülerzahlen deutlich zurück.¹²⁴

Der restriktiven Schulpolitik entsprach der Versuch der deutschen Besatzungsorgane, Kinder und Jugendliche früh und immer früher zum Arbeiten zu zwingen. Was für die nach Deutschland Deportierten galt (Kap. 6.3d), war auch im Lande selbst so. Da wurden 13jährige in die Lehre geschickt, wurden 10–14jährige »Jugendliche« zu Erntearbeiten, andere Kinder zu Tausenden beim extrem schweren Torfstich eingesetzt.¹²⁵ Im Arbeitsamtsbezirk Bobruisk standen 1944 75 Prozent aller Kinder aus den Jahrgängen 1928 und 1929 (13- bis 15jährige) »in Arbeit«.¹²⁶ Nach dem Vorbild der 2. Panzerarmee, die Ähnliches in ihrem Gebiet bereits Ende 1942 gebildet hatte, richtete die Militärverwaltung einen Arbeitsdienst für Jugendliche in der Art des Reichsarbeitsdienstes ein. Am 12. März 1944 gab die Heeresgruppe Mitte einen Erlaß heraus, nach dem »Jugendliche« zwischen dem 10. und 16. Lebensjahr in »Jugend-Zivilarbeitsdienst-Abteilungen«, das heißt zur kasernierten Zwangsarbeit, zusammenzufassen waren. Die furchtbaren Bedingungen in den ZADA-Lagern für Erwachsene wurden bereits geschildert.¹²⁷

Die Lebensbedingungen für die weißrussischen Kinder unter der deutschen Besatzung verschlechterten sich also in materieller und kultureller Hinsicht sehr. Das blieb den Besatzungsfunktionären keineswegs verborgen und wurde von ihnen auch häufig ziemlich drastisch zum Ausdruck gebracht, wie mehrere Berichte belegen:

123 Vgl. Chiari 1994, S. 537f.; Chiari 1998, S. 206–222 zum Schulwesen allgemein; Aufruf Kubes und Vorläufige Schulordnung v. 10. 9. 1941, Amtsblatt des GK in Minsk 1 (1941), Nr. 2, S. 6–8; Friedrich Klau, Europas unbekanntestes Volk, in: Auf Informationsfahrt im Ostland, S. 81; Wilhelm Janetzke: Befreites Kunstschaffen – 15 Monate Zivilverwaltung in Minsk, in: Deutsche Zeitung im Ostland v. 3. 12. 1942 (7100 Schüler); GebK Baranowitschi, Lagebericht 1. Quartal 1944, BA F 13683, Bl. 65 (32176 Schüler, 16200 Schulpflichtige unbeschult, 214 vier- und 61 siebenklassige Schulen, sieben Mittel- und Fachschulen, ein Lehrerseminar); GK Weißruthenien, Abt. V1 (Verwaltung), Lagebericht v. 10. 4. 1944 (Auszug), BA-MA PPF-01/7886, Bl. 654f. 1942 gab es im GK Weißruthenien 346000 Schüler (Chiari 1998, S. 207, Anm. 943).

124 Chiari 1998, S. 219f.

125 GebK Brest, A II, Arbeitslagebericht v. 24. 6. 1943, BA F 13751, Bl. 1168; GK Wolhynien-Podolien, Zweimonatsbericht v. 1. 11. 1942, BA 11.01, Nr. 17, Bl. 69; Torfstich: WiIn Mitte, Stab I/Ib/Rü, Aktenvermerk über Besprechung betreffend Zusammenarbeit mit GK Weißruthenien v. 20. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 1045 (Äußerung des Abteilungsleiters Rudolph).

126 HeWiFü Mitte, Lagebericht April v. 5. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 451.

127 Siehe S. 496f. in dieser Darstellung. Der erwähnte Erlaß O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.)/HeWiFü v. 12. 3. 1944 konnte nicht ausfindig gemacht werden, auf ihn wird aber in mehreren anderen Quellen Bezug genommen, z. B. Ord.Offz. Chef WiStab Ost, Reisebericht v. 15. 3. 1944 (Ausführungen Gelberg), BA-MA RW 31/39, Bl. 95. Zur 2. PzArmee: WiIn Mitte, Lagebericht Nr. 25 v. 4. 1. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 754.

»Eine eigens geschaffene Jugendgesetzgebung bot vor allem der schaffenden Jugend Schutz auf allen Gebieten. Inwieweit diese Sonderstellung, die dem einzelnen Jugendlichen die grössten Freiheiten gab, ein Vorteil für die Jugend war, bleibt dahingestellt. [...] Durch diese Einrichtungen gewann die Jugendorganisation [der Komsomol] auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens einen Einfluss, der im Vergleich mit allen anderen Staaten einzigartig dasteht. [...] Dass der Staat dieser Organisation alle Unterstützung gewährte und sie auch an der Führung im Staat beteiligte, ist klar. Hier ist selbst ein Vergleich mit der Stellung der Hitlerjugend im Reich nicht möglich.«¹²⁸

»Die Jugend steht also dem Schlagwort vom Kampf gegen den Bolschewismus zumindest verständnislos, wenn nicht feindselig gegenüber. Sie sieht in uns die Eindringlinge, die das von ihr erlebte Aufbauwerk zerstört haben und nichts positives [sic] dafür setzen konnten. Besonders auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge ist gegenüber der Bolschewistenzeit in den von uns besetzten Gebieten ein großer Rückschlag wahrzunehmen.«¹²⁹

»Die starke Betonung einer uferlosen Allgemeinbildung [unter den Sowjets] muß einer vernünftigen, auf das tätige Leben eingerichteten und bezogenen Wissensvermittlung Platz machen.«¹³⁰

»Es muß zugegeben werden, daß die Sowjets für die Unterbringung und Erziehung der Kinder viel getan hatten. Das Kinderheim war neben der Schule meistens das bestausgestattete Gebäude der Gemeinde.«¹³¹

Doch gerade bei den Kinderheimen hatte sich die Lage dramatisch verschlechtert. Viele waren infolge deutscher Truppenbelegung ausquartiert worden. Die Zahl der Waisen war demgegenüber größer denn je. In Minsk unterhielten die Deutschen ein Aufanglager für elternlose Kinder, ehe sie auf Heime weiterverteilt werden konnten. In den noch betriebenen Heimen herrschten oft Hunger und schlechte hygienische Bedingungen. Mancherorts verhungerten Kinder. Die Deutschen versuchten das gelegentlich dem weißrussischen Personal in die Schuhe zu schieben, doch die Heime waren von den deutscherseits genehmigten Lebensmittelzuweisungen abhängig.¹³² Darüber scheint für die Kinder auch eine Bedrohung von deutschen Ärzten ausgegangen zu sein. Wenn sie nach einer Flucht aus dem Heim wiederaufgegriffen wurden, verdächtigten die Deutschen sie teilweise als Partisanen und übergaben sie der Sicherheitspolizei.¹³³

128 Referat Bannführer Schulz, Abteilungsleiter Jugend im GK Weißruthenien, v. 9. 4. 1943 auf der Tagung der Verwaltungsspitze in Minsk, IFZ Fb 85/I, Bl. 85f. Schulz bezog in dieses positive Urteil die sowjetische Pionierorganisation ein.

129 203. Sich.Div., Abt. VII/Mil.Verw., Lagebericht Februar v. 25. 2. 1943 (gez. Pilz, Generalleutnant und Divisionskommandeur), BA-MA RH 26-203/7.

130 Referent Schwingel laut Bericht über die Arbeitstagung der Gebietsschulreferenten vom 7.-12. 6. 1944, ZStA Minsk 370-1-385, Bl. 16.

131 Abschlußbericht über die Militärverwaltung im Osten, BA-MA RH 3/v. 382, Bl. 116.

132 Zur Truppenbelegung ebd. – Vgl. Minsker Zeitung v. 16. 5. 1942. Siehe zu den deutschen Verantwortlichkeiten dagegen die Erinnerungen von Körner-Schrader, S. 83–86, an ein dem Quartier seiner Einheit benachbartes Heim ins Minsk im Spätsommer 1941; KTB WiKdo Witebsk v. 9. 4. 1943 und WiKdo 206 (Witebsk), Gruppe BB, Fachliche Weisung Nr. 6/43 v. 17. 8. 1943 (Rationserhöhung), BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 6 und 183. Zum Kinderaufanglager Minsk Erinnerungen von Valja Matjuschkowa, in: Alexi-jewitsch, S. 97ff. Siehe insgesamt ferner Chiari 1998, S. 202f.

133 Matjuschkowa wurde vom Pflegepersonal versteckt, sobald es eine Inspektion durch Ärzte gab (ebd.). Auch der bereits mehrfach angesprochene Dr. Weber hielt Maßnahmen für nötig, da sich die 17 Kinder-

Gefahr drohte Kindern noch von einer anderen Seite: durch die deutschen Anstrengungen zur Germanisierung. Es handelte sich dabei nicht um ein einheitliches, von oben verordnetes Programm. Diese Bemühungen hatten vielmehr unterschiedliche Wurzeln und wurden meist durch Probleme ausgelöst, die der deutschen Besatzungsverwaltung aus den Kindern erwuchsen. Die Germanisierung zielte vor allem auf drei Gruppen: obdachlose Waisen, die sogenannten Bandenkinder und die von deutschen Soldaten gezeugten Kinder.

Obwohl sexuelle Beziehungen mit sowjetischen Frauen aus Gründen der Geheimnissicherung und aus »rassischen« Gründen nicht gern gesehen wurden – zu »Ostarbeiterinnen« im Reich standen sie ja sogar unter schwerer Strafe –, waren die deutschen Stellen überzeugt, daß deutsche Soldaten in den besetzten sowjetischen Gebieten hunderttausende Kinder gezeugt hätten. Das wurde erst im Sommer 1942 zum Problem, als der Militärverwaltung die Geburt von Soldatenkindern gemeldet wurde. Sie wollte sie teilweise gar nicht anerkennen. Eine Lösung, die man offenbar in manchen Wehrmachtkeisen sah, waren Abtreibungen, die zu einer »die Wehrmacht unmittelbar berührende[n] Frage« erklärt wurden.¹³⁴ Eine endgültige oder einheitliche Regelung erzielte man in dieser Hinsicht aber nicht. Statt dessen wollte man die aus diesen Beziehungen resultierenden Kinder registrieren, selektieren und nach Deutschland schaffen. Am 8. September 1942 hatte der Kommandeur der 2. Panzerarmee, Generaloberst Rudolf Schmidt, in einer Vorlage für Hitler die Zahl der Soldatenkinder auf 1,5 Millionen jährlich beziffert und damit hektische Betriebsamkeit ausgelöst. Acht Tage später schlug Himmler, der inzwischen von Hitler den Auftrag bekommen hatte, diese Kinder ausfindig zu machen und »rassisch zu mustern«, vor, die »schlechtrassigen« Kinder zu vernichten, konnte sich damit aber offenbar nicht durchsetzen. Gleichzeitig sollten Kondome an die Soldaten verteilt und Schwangerschaftsabbrüche genehmigt werden.¹³⁵ Den Auftrag, die Betreuung der geraubten Kinder in Deutschland in Kinderheimen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) zu übernehmen, gab Hitler an NSV-Chef Erich Hilgenfeldt, der bereits am 14. September mit Himmler und RuSHA-Chef Hofmann darüber konferierte.¹³⁶ Doch erst mehr als ein Jahr später unterschrieb Hitler einen entsprechenden Erlaß.

heime im Raum Minsk mit zusammen 1556 Insassen »in einem völlig verwahrlosten Zustand« befänden. Dies läßt Schlimmes ahnen (Dr. Weber an GK Weißruthenien, Abt. IIc und IIa v. 21. 10. 1941, ZStA Minsk 370-1-141a, Bl. 131). Später hieß es in der Minsker Zeitung (am 16. 5. 1942), im Gebiet Minsk seien lediglich 391 Waisenkinder gesammelt worden. Im Mai 1943 soll es in Minsk noch neun Heime mit zusammen 650 Kindern gegeben haben (Deutsche Zeitung im Ostland v. 8. 5. 1943). Eine Erklärung dieser Widersprüche ist hier nicht möglich. – Zur Sipo: vgl. FK (V) 813 (Mogilew), Betr.: Partisanen v. 7. 7. 1942, BA R 20/11, Bl. 15.

134 Berück Mitte, Quartiermeister, Tätigkeitsbericht Juli v. 4. 8. 1942, BA-MA WF-03/7420, Bl. 927. Vgl. EGR B, Tätigkeits- und Lagebericht für 1.-15. 9. 1942, ZStA Minsk 655-1-3, Bl. 137f.

135 Rede Himmlers am 16. 9. 1942 auf der SSPF-Tagung in Hegewald bei Shitomir, BA NS 19/4009; zu Schmidts Vorlage RMO, P 2111/43g (Berger) an Lammers v. 17. 11. 1943, BA-MA FPF-01/7840, Bl. 235.

136 Siehe Terminkalender Himmler v. 13. und 14. 9. 1942, Sonderarchiv Moskau 1372-5-23, Bl. 110f.; Telefonnotizen Himmler v. 13. und 17. 9. 1942 (Telefonate mit Bormann), BA NS 19/1439; Rede Himmlers v. 16. 9. 1942, BA NS 19/4009; Himmler an den Gauleiter Oberdonau, Eigruber, v. 9. 10. 1942, BA D-H M 501, A.5, Bl. 3; Hilgenfeldt an Bormann v. 16. 9. 1942, in: Vorländer, S. 437f. Im September 1942 wurde die NSV im RKO gegründet (Lilienthal, S. 205). Zu den damaligen Plänen der Kinderverschleppung im RMO: Niederschrift über die Arbeitstagung der Hauptabteilungen II des RMO, RKO und seiner GK am 17. und 18. 9. 1942 in Kauen v. 25. 9. 1942, BA 11.01, Nr. 51, Bl. 67.

Die Registrierung der Kinder oblag danach im Zivilverwaltungsbereich auf dem Land den Gebietskommissaren, in Städten dem SSPF, im Militärverwaltungsgebiet einvernehmlich Wehrmacht und SS. Die sogenannte Auslese und die Betreuung der Kinder sollten NSV und RKF übernehmen.¹³⁷

Der Grund für die Verzögerung war, daß RKF und NSV bei ihren Verhandlungen festgestellt hatten, daß weder annähernd genug Heimplätze noch Pflegepersonal noch Personal für die Rassenuntersuchungen vorhanden waren, ganz abgesehen davon, daß letztere bei Säuglingen und sehr kleinen Kindern sinnlos seien. Daher wollte man sich im wesentlichen auf die Registrierung beschränken.¹³⁸ Im Lauf der Zeit hatte sich herausgestellt, daß die Zahl der Soldatenkinder viel niedriger war als anfangs vorausgesagt. Der Generalkommissar in Minsk mußte auch Schätzungen von 4000 Kindern für seinen Bereich weit nach unten revidieren, im gesamten Reichskommissariat Ukraine wurde mit noch höchstens 10000 gerechnet, und im Reichskommissariat Ostland wurden einschließlich GK Weißruthenien nur 500 tatsächlich registriert, von denen dem RKF auch nicht alle »geeignet« erschienen.¹³⁹

Jedoch war das Projekt damit keineswegs zu den Akten gelegt. Im August 1943 erfaßte zumindest die 4. Armee die Soldatenkinder in allen Rayons, und im März 1944 verhandelte die Militärverwaltungsabteilung der Heeresgruppe Mitte mit der Vomi über die Mitnahme von 70 Soldatenkindern mit ihren Müttern im Zuge einer Nachumsiedlung von Volksdeutschen nach Łódź.¹⁴⁰ Im Mai 1944 schlug der Oberquartiermeister, Oberst i. G. v. Unold, schließlich eine viel weitergehende Germanisierung vor:

»Im Laufe des Krieges sind in den besetzten Ostgebieten etwa 500000 Kinder geboren worden, die 50 % deutscher Abstammung sind. Unter dem Gesichtspunkt einer »biologischen Kriegsführung« stellt sich die Frage, ob und wann diese Kinder nach Deutschland zu überführen sind. O.Qu. regt an, Russenkinder unter 10 Jahren ins Reich zu bringen und zunächst mit einem Transport von 10–20000 8–10jährigen Kindern zu beginnen. Chef WiStab Ost wird in Berlin klären, ob gegen diesen Plan ernährungswirtschaftliche Bedenken bestehen.«¹⁴¹

Unolds Vorhaben traf sich mit Plänen Himmlers. Dieser hatte nicht nur schon im September 1941 in Tallinn den Auftrag gegeben, die Kinder, deren Eltern bei den so-

137 Erlass des Führers über die Betreuung der unehelichen Kinder von Deutschen in den besetzten Ostgebieten v. 11. 10. 1943 (beglaubigte Abschrift), BA-MA FPF-01/7840, Bl. 209; Folgevorschläge für Verordnungen Bl. 210ff. Der erste Entwurf stammte vom Dezember 1942. Siehe RMO II 1c, Betr.: Betreuung von unehelichen Kindern von Reichsdeutschen aus den besetzten Ostgebieten (gez. A. Meyer) v. 29. 12. 1942, 11.03, Nr. 49, Bl. 247–47a. Zu Verhandlungen mit dem RMO Berger an Himmler v. 22. 10. 1942, BA F 712, Bl. 182f. Siehe auch Lilienthal, S. 214f.

138 RMO I 171/43geh. (gez. Rosenberg) an Lammers v. 19. 2. 1943, BA 11.03, Nr. 49, Bl. 258/R. Zur Diskussion über die Soldatenkinder ebd., Bl. 224–236 und 245–270.

139 Berger an Lammers v. 17. 11. 1943; RKF, Stabshauptamt I-4/4 (Vorgangsnummer v. 23. 4. 1942), Betr.: Uneheliche Kinder in den besetzten Ostgebieten v. 17. 6. 1944 (gez. Dr. Stier); ebenso unter dem 4. 7. und 31. 7. 1944 (Abschriften), BA-MA FPF-01/7840, Bl. 235, 278–280, 308 und 312f.

140 Kommandant von Smolensk, Abt. VII (Mil. Verw.), Lagebericht August v. 19. 8. 1943 an Korück 559, Abt. VII; Lageberichte Stadt Smolensk für 19. 7.–18. 8. und Rayonkommandantur I/552 (Potschinok) v. 16. 8. 1943, BA-MA RH 23/155; siehe auch entsprechende Pflichtmeldungen verschiedener Rayons in den Akten des Korück 559, BA-MA WF-03/14396, Bl. 1096, 1161, 1174, 1194 und 1218. Ferner Okdo. H.Gr. Mitte, O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.) für März 1944, BA R 6/281, Bl. 136.

141 Ord. Offz. Chef WiStab Ost, Reisebericht über die Dienstreise Chef WiStab Ost 17.–21. 5. v. 24. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 43390, Bl. 624.

wjetischen Massenverhaftungen 1940/41 aus Estland und Lettland deportiert worden waren, festzustellen, ihre »Eindeutschungsfähigkeit« zu prüfen und sie gegebenenfalls ins Reich zu bringen. Hier hatte die SS auf Grund der Proteste der Zivilverwaltung zunächst zurückstecken müssen.¹⁴² Himmler hatte außerdem am 16. August 1941 dem langjährigen »Lebensborn«-Geschäftsführer Guntram Pflaum den Auftrag erteilt, sich in der Sowjetunion aller »blutlich guten und unvermischten volksdeutschen Kinder anzunehmen.«¹⁴³ Das war am Tag der Rückkehr Himmlers von seiner zweiten Weißrußland-Reise, wo er von der Existenz der Wolgadeutschen im Raum Minsk erfahren haben dürfte. Das Pilotprojekt der SS für die sogenannte Eindeutschung sowjetischer Kinder war ein von Pflaum eingerichtetes Kinderheim in Bobruisk. Dort wurden – wie von Himmler intendiert – nicht nur volksdeutsche, sondern auch sowjetische Kinder anderer Nationalitäten »ausgelesen« und für die Adoption in Deutschland vorbereitet. In dem Heim befanden sich jeweils 30 bis 40 Kinder zwischen drei und zwölf Jahren, nur manche deutscher, die meisten offenbar weißrussischer Nationalität. Nur ein Teil waren Waisen.¹⁴⁴ Das Personal in dem dem HSSPF Rußland-Mitte unterstehenden Heim bestand aus 12 oder 15 sogenannten »Lebensborn«-Müttern sowie mehreren SS- und Schupo-Offizieren, zuletzt immerhin noch 17 Mann.¹⁴⁵ Das Heim wurde bis zur Auflösung im Herbst 1943 von Pflaum geleitet.¹⁴⁶ Unbekannt ist, wie viele Kinder von hier aus nach Deutschland gebracht wurden. Vermutlich waren es auch hier zum Glück nicht sehr viele.

Erheblich größere Dimensionen hatten zwei Kinderraub-Aktionen unter den Bezeichnungen »Heu-Aktion« und »SS-Helfer« beziehungsweise »Luftwaffenhelfer-Aktion«. Dabei ging es um die Verschleppung von zehn- bis 14jährigen Kindern als Lehrlinge und Zwangsarbeiter ins Reich beziehungsweise um die Anwerbung von

¹⁴² Lohse an Jeckeln v. 13. 4. 1942; Schriftwechsel zwischen Brandt (Persönlicher Stab Reichsführer-SS) und Jeckeln von Mai bis Juli 1942, BA NS 19/2216, Bl. 3–7. Datum des Auftrags: Vermerk RKF-Stabshauptamt v. 13. 5. 1942, ebd., Bl. 1f., in Kombination mit Reiseprogramm Himmler für 18.–21. 9., BA NS 19/1792, Bl. 77ff. Ferner A. Meyer an Heydrich v. 27. 4. 1942 und HSSPF Ostland, Betr.: Elternlose Kinder v. 17. 2. 1942 (Abschrift), BA F 8484, Bl. 4664–4666.

¹⁴³ Ursprünglich war der Auftrag am 11. 7. 1941 nur auf das Gebiet der wolgadeutschen Republik bezogen gewesen. Siehe Der Reichsführer-SS, Betr.: Erfassung der deutschen Volkszugehörigen in den Gebieten der europäischen UdSSR v. 11. 7. 1941 mit Zusatzvermerk Pflaums v. 25. 8. 1941, BDC PA Guntram Pflaum (auch Nbg. Dok. NO-4274).

¹⁴⁴ Hierzu die eidesstattl. Erkl. des damaligen Chefarztes im SS-Lazarett Bobruisk, Hans Willibald Zwirner, v. 19. 6. 1947, Nbg. Dok. NO-5223, BA F 47672, Bl. 128–131. Ferner Der SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen beim HSSPF Rußland-Mitte (Pflaum an Hofmann), Tätigkeitsbericht v. 19. 7. 1942, BA NS 2/91, Bl. 95. Zur Pilotfunktion des Heims Rede Himmlers v. 16. 9. 1942, BA NS 19/4009, S. 14; Lilienthal, S. 229f.

¹⁴⁵ Vgl. eidesstattl. Erkl. Zwirner, wie Anm. zuvor; Vern. Erich von dem Bach-Zelewski v. 27. 10. 1947, Fall 8, engl. Protokoll Bl. 466, BA F 47144; Vermerk Bayr.LKA v. 10. 1. 1975, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Beiakten III, I, Bl. 321–324; Liste der Stabsmitglieder des HSSPF Rußland-Mitte für März 1942–Juli 1944, ZStL 202 AR-Z 52/59, Handakten, LO II, hier Bl. 531.

¹⁴⁶ Vgl. HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Betr.: Verlegung von Dienststellen v. 8. 9. 1943, und ders., Kräfteübersicht v. 31. 8. 1943, BA-MA SF-01/31688, Bl. 77 und 90f.; Dirlwanger an Pflaum v. 14. 8. 1943, BA-MA SF-01/31690, Bl. 536. – Zur Person Pflaums: * 1903, 1932 NSDAP-Mitglied, zumindest 1936–1939 Geschäftsführer des Vereins »Lebensborn«, 1. 8. 1941–31. 7. 1943 Rasse- und Siedlungsführer beim HSSPF Rußland-Mitte, 1. 8. 1943–1. 1. 1944 Rasse- und Siedlungsführer beim HSSPF Ostland, BDC, PA Guntram Pflaum; siehe auch O. 433, Bl. 279ff.; SS-HO 1839 und 1840.

15- bis 20jährigen Jugendlichen als Kampfhelfer – zunächst bei der Luftwaffe und Flakeinheiten. Diese Aktion hatte verschiedene Wurzeln: erstens in den schon geschilderten Bemühungen der SS, »Bandenkinder« in Lagern zu konzentrieren; zweitens im Bemühen der Wehrmacht, obdachlose, streunende Kinder zwangsweise unterzubringen; und drittens in der Jugendpolitik im GK Weißruthenien, der wir uns nun zum besseren Verständnis zuwenden.

Die Bemühungen der Zivilverwaltung um die weißrussische Jugend begannen erst 1942. Die deutschen Funktionäre rissen sich nicht gerade um die Aufgabe, weißrussische Kinder und Jugendliche in ihrem Geist zu erziehen, denn die setzten ihnen erheblichen Widerstand entgegen. Das führte bis hin zu Vorschlägen von Besatzungsfunktionären, einen Teil der weißrussischen Jugend zu ermorden.

»Die bolschewistische Jugendarbeit hat an ihnen ihre Früchte getragen. Man erhält keine oder mürrische Antworten. [...] Mag der Jugendliche aus seiner materialistischen Weltanschauung heraus noch so stereotyp immer wieder fragen warum? wozu?, sicher ist, daß damit nicht nur Geld gemeint ist. [...] Die Jugend dort ist auch heute Stalin noch gehorsamer als den Deutschen[,] auch wenn sie mehr Angst und Schrecken vor ihm haben. Sie fühlt sich auch noch gefühlsmässig an »ihren« bolschewistischen Staat gebunden.«¹⁴⁷

»Vielfach sind es gerade die Jugendlichen und unter ihnen wieder die Mädchen, die die aktiven Träger der kommunistischen Idee und des Kampfgedankens gegen die deutsche Ordnung sind.«¹⁴⁸

»Der gefährlichste Jahrgang ist der zwischen 17 und 21 Jahren [sic]. Dieser ist wohl zu 100 % kommunistisch verseucht und sollte von der Liste der Lebenden gestrichen werden. Der grösste Fehler wäre, diese Jahrgänge eventuell organisatorisch zusammenzufassen und durch Polizeikräfte zu erziehen. Man würde immer nur wieder eine Verschwörerbande züchten. Auch die anfälligen Kriminellen rekrutieren sich aus diesen Jahrgängen. [...] Diese Gebiete sollte man längere Zeit durch Standgerichte säubern. Erappt, erschossen! Verfahren überflüssig!!«¹⁴⁹

Wilhelm Kube und einige andere waren jedoch der Auffassung, daß es mit Hilfe der NS-typischen Formen der Jugendorganisation und Erlebnispädagogik¹⁵⁰ sowie unter dem Einfluß mehrerer Jahre NS-Herrschaft möglich sein würde, einen Teil der weißrussischen Jugendlichen für faschistische Ideen oder »Ideale« zu gewinnen. Am 7. Juli 1942 rief Kube zur »Erfassung und Formung der weißruthenischen jungen Generation« auf.¹⁵¹ Das GK Weißruthenien war die erste besetzte sowjetische Region, in

147 RMfdbO, I 9, Das weißruthenische Jugendwerk (WJW) v. 19. 4. 1943, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 446f.

148 GFP-Gruppe 723, Verhalten, Stimmung und Lage der Bevölkerung, Anlage 1 zum Bericht v. 26. 8. 1942, BA D-H ZM 868, A. 4, Bl. 198.

149 Politischer Lagebericht v. 10. 2. 1942, BA R 6/308, Bl. 2, Teilabdruck in: Rürup (Hg.), S. 87. Autor war der Leiter der Einsatzgruppe Weißruthenien des Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg, Husemann. Siehe Kube an Husemann v. 23. 6. 1942, BA F 566, Bl. 211.

150 Zur NS-Erlebnispädagogik grundlegend Nyssen 1979.

151 Im RMO wurde am 3. 6. 1942 eine Jugendabteilung unter HJ-Hauptbannführer Siegfried Nickel eingerichtet, die aber zunächst nur der Jugendarbeit für Volksdeutsche dienen sollte. Chef Sipo/SD -Kommandostab-, Mitteilungsblatt Nr. 5 v. 3. 7. 1942, BA-MA SF-01/28985, Bl. 178; undatiertes Bericht Nickels (1955/56), BA B 120/698. Zu Kubes Aufruf: »Das weißruthenische Jugendwerk«, wie Anm. 10/147 in dieser Darstellung.

der die politische Bearbeitung nichtdeutscher Jugendlicher begann. Damit wollten Wehrmacht und Zivilverwaltung ein Gegengewicht zur befürchteten Rekrutierung von Jugendlichen für die Partisanen schaffen. Wilhelm Schulz, Leiter der neuen Jugendabteilung beim GK Weißruthenien, bereitete – auch auf Bitten von WSW-Chef Ermatschenko – etwa seit Januar 1943 die Gründung des »Weißruthenischen Jugendwerkes« (WJW) vor. Schulz, wie alle Jugendfunktionäre von der Reichsjugendführung (RJF) gestellt, stand in enger Verbindung mit dem Ostministerium und der RJF in Berlin. Bevor die Gründung des WJW am 20. Juni 1943 offiziell verkündet und im Drahtfunk übertragen wurde, waren bereits die ersten Strukturen aufgebaut.¹⁵² »Einer der Leitgedanken war dabei«, so erinnerte sich Schulz später, »die landeseigene Jugend in irgendeiner Form für die deutsche Kriegführung nützlich zu machen.«¹⁵³ Offiziell von Weißrussen nach HJ-Prinzipien in »Selbstführung« geleitet, unterstand das aus zehn- bis 20jährigen bestehende WJW einem deutschen »Führungsring«, bestehend aus Vertretern der Abteilungen Jugend, Kultur, Arbeitseinsatz und Sozialpolitik, Verwaltung des Generalkommissariats sowie des KdS.¹⁵⁴ Noch deutlicher wird Sinn und Zweck der Organisation mit Blick auf die Struktur des WJW: Es bestand aus der »Einsatzgruppe Weißruthenien« und der »Einsatzgruppe Deutschland«. Dieser sich anzuschließen, um als Lehrling oder Hilfsarbeiter im Reich zu arbeiten, sollte für die Kinder und Jugendlichen »eine der vornehmsten Aufgaben« sein.¹⁵⁵ Nach verschiedenen Angaben hatte das WJW insgesamt schließlich 12 000 bis 40 000 Mitglieder; erklärtes Ziel war es 1943, 20 000 Jungen und 10 000 Mädchen nach Deutschland zu schicken, auch solche zwischen zehn und 14 Jahren.¹⁵⁶

Zu den ersten Aspiranten, die diese Arbeitskräfte probeweise übernehmen wollten, gehörte die Luftwaffe. Sie schloß 1943 einen Vertrag mit dem WJW über die Ausbildung von 300 14- bis 16jährigen Lehrlingen zu Flugzeugmechanikern, je 150 auf den Flugplätzen Minsk und Lida – die Aushängeschilder des WJW. Zudem wurden 60 Jugendliche von der für die Luftwaffe arbeitenden Radiofabrik in Minsk, die Telefonken verwaltete, 100 im OT-Lager Minsk und 30 in einer OT-Reparaturwerkstatt angestellt.¹⁵⁷ Die Junkers-Werke, die Erfahrungen mit weißrussischen Jugendlichen besaßen, da sie bis Herbst 1943 in Bobruisk (rückwärtiges Heeresgebiet) eine Lehr-

152 Bericht Nickel, BA B 120/698; Bericht Wilhelm Schulz, aufgenommen am 9. 4. 1957, BA B 120/615; Vern. Wilhelm Schulz v. 6. 2. 1967, ZStL 202 AR-Z 94e/59, Bl. 783; Handrack, S. 184–187.

153 Bericht Schulz v. 9. 4. 1957, BA B 120/615; vgl. Referat Schulz v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 89 ff.

154 Ebd., Bl. 91. »Chef des Führungsstabes« des WJW war der frühere Dolmetscher beim GK in Minsk, Michail Hanjko, »Mädelführerin« Abramowa. Offizieller Leiter war Kube. In der WJW-Satzung wurden als »Methoden« der Arbeit angegeben: »Versammlungen, Feierstunden, Fahrten und Lager, Führerschulungen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitslager usw.« BA-MA FPF-01/7848, Bl. 454.

155 Satzung des WJW, BA R 6/186, Bl. 6–9, Zitat Bl. 6R; vgl. Zusatzbestimmungen zur Organisation des WJW, Einsatzgruppe Deutschland, ebd., Bl. 10–12; Vortrag Schulz v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 87–92; RMO, I 9, Das weißruthenische Jugendwerk v. 19. 4. 1943, BA-MA FPF-01/7848, Bl. 442–450; GK Weißruthenien, Abt. Jugend, Aufbau des WJW (undatiert), in: N. Müller 1991, S. 505–507; und die gänzlich apologetische, den Erinnerungen von Nickel, Schulz und Kümmel folgende Darstellung des Instituts für Besatzungsfragen: Herzog 1960, hier S. 20–32.

156 Vgl. Chiari 1994, S. 538; Chiari 1998, S. 223, der jedoch den Arbeitseinsatzaspekt völlig ausblendet (S. 222–230 ebd.); Bericht Schulz, BA B 120/615; Zusatzbestimmungen zur Organisation »WJW«, Einsatzgruppe Deutschland, FPF-01/7848, Bl. 461. 5000 Mitglieder soll das WJW allein im Gebiet Baranowitschi gehabt haben: GebK Baranowitschi, Abschlußbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 114.

157 Herzog 1960, S. 32 f.; Bericht Schulz, BA B 120/598; Bericht Nickel, BA B 120/698.

werkstatt unterhielten, hatten sich schon spätestens im April 1943 »bereit erklärt, die ersten 3000 Jugendlichen einzusetzen«. Mit Sauckel hatten Kube und Schulz vereinbart, daß die weißrussischen Jugendlichen gegenüber normalen »Ostarbeitern« besser gestellt und nur geschlossen eingesetzt werden sollten, auf Sauckels Vorschlag nur in den Gauen Thüringen und Magdeburg.¹⁵⁸ Pläne, die Lehrlingsausbildung für weißrussische Jugendliche mangels vorhandener Betriebe ins Reich zu verlegen, gab es seit 1942,¹⁵⁹ doch nun wurden sie umgesetzt. In Albertyn, Gebiet Slonim, wurde Mitte 1943 eine »Landführerschule« des WJW eröffnet, die gleichzeitig als Vorbereitungslager für den Deutschlandeinsatz diente. Das entsprechende Heim für Mädchen befand sich auf dem SS-Gut in Drosdy bei Minsk.¹⁶⁰ Nach Albertyn wurde im September 1943 auch das von Pflaum geführte Kinderheim verlegt, was den Zusammenhang zwischen WJW und Germanisierung zeigt.¹⁶¹ Etwa ab Oktober kamen vermutlich 3000 Jugendliche zu Junkers nach Dessau und nach verschiedenen Angaben 800 bis 3000 zu Junkers nach Crimmitschau, angeblich freiwillig.¹⁶² Darunter waren auch »Transporte« mit Jugendlichen aus dem Militärverwaltungsgebiet, die von den Arbeitsämtern zusammengestellt worden waren, so daß von Freiwilligkeit keine Rede sein konnte.¹⁶³ Noch vor der »Heu-Aktion« waren also bis zu 6000 weißrussische Jugendliche, vielleicht auch Kinder, im Rahmen von Sonderprogrammen zur Arbeit nach Deutschland gebracht und weitere im Besatzungsgebiet selbst eingesetzt worden.

Im Militärverwaltungsgebiet hatte man sich unterdessen von einer anderen Seite auf die Kinderraub-Programme zubewegt. Dort standen die Probleme der Verwaltung und der Sicherungstruppen mit den obdachlosen, herumziehenden Kindern und Jugendlichen im Vordergrund. Die gab es freilich überall in Weißrußland. Im GK

158 Rede Schulz' auf der Verwaltungstagung in Minsk, Entwurf v. 7. 4. 1943, ZStA Minsk 391-1-98, Bl. 16. Die Lehrlinge und Hilfsarbeiter sollten in einem eigenen »Anlernwerk« arbeiten – was den Wert ihrer sogenannten Ausbildung in Frage stellt –, kein Ostarbeiter-Kennzeichen tragen müssen und »nach deutschen Gesichtspunkten« untergebracht werden. Zu Bobruisk: WiStab Ost, Monatsbericht September v. 26. 10. 1943, Anlage 8: Einzelheiten zur Betriebsförderung und Berufserziehung, BA-MA (BArch)P/F 42746, Bl. 305.

159 Vgl. GK Weißruthenien, Abt. Verwaltung, Lagebericht v. 15. 10. 1942, BA R 93/3, Bl. 42; Kleist, S. 174.

160 Siehe Herzog 1960, S. 29; Vortrag Schulz v. 9. 4. 1943, HfZ Fb 85/I, Bl. 93. In Drosdy hatte es zuvor ein Kinderheim gegeben: Bericht Ostrowski v. 23. 2. 1943, ZStA Minsk 359-1-8, Bl. 12 f.; Bericht Schulz, BA B 120/615; Minsker Zeitung v. 5. 11. 1943; GK Weißruthenien, Abt. I Jugend v. 29. 4. und 24. 5. 1943, ZStA Minsk 391-1-98, Bl. 4 und 22.

161 Siehe HSSPF Rußland-Mitte und Weißruthenien, Kräfteübersichten v. 31. 8. und 1. 10. 1943, BA-MA SF-01/31688, Bl. 31 und 90 f.

162 Crimmitschau: nach Schulz' Bericht von 1957 (BA B 120/615) 800, der Betriebsleiter habe bald 500 weitere gewünscht. Im Bericht von Kümmel v. 22. 11. 1956 (BA B 120/698) ist die Zahl mit 200 bis 300 zu niedrig angegeben. Je 3000 kamen nach Dessau und Crimmitschau laut Bericht Nickel, ebd. Herzog 1960, S. 33, spricht ohne ersichtlichen Grund nur von je 500 bis 600.

163 AWiFü 4, Lagebericht für 16. 1.-15. 2. v. 24. 2. 1944, BA-MA (BArch)P/F 42746, Bl. 426; PzAOK 3, Tätigkeitsbericht Qu 2 fürs zweite Halbjahr 1943 (22. 11. 1943), Nbg. Dok. NOKW 2386. Vgl. Arbeitsamt Orscha, Wochenbericht v. 5.-11. 12. v. 11. 12. 1943, BA-MA RW 31/859, Bl. 62: »Davon wurden 222 Angehörige der Jahrgänge 1925-1927 für die Umschulung der Junkerswerkstätten [sic] in Crimmitschau bestimmt und ab Grenze mit besonderem Transport zugeleitet. Bei diesen Transporten handelt es sich um ausgesuchtes Menschenmaterial, das im Rahmen der Aufgreifung der männlichen und wehrfähigen Zivilrussen ins Auffanglager Orscha eingeliefert wurde.«

Weißruthenien versuchte man vornehmlich, sie in Heime zu bringen oder durch das WJW aufzufangen.¹⁶⁴ Nach sowjetischen Angaben nahmen die Deutschen auch Razzien nach obdachlosen Kindern vor, die anschließend erschossen wurden.¹⁶⁵ Da unter der Militärverwaltung besonders wenige Kinder beschult wurden, trat das Problem hier noch stärker hervor, nicht einmal nur bei heimatlosen Kindern:

»In den Städten lungern häufig Schulpflichtige, vor allem solche, die noch nicht durch die Schule erfasst werden konnten, teilweise von Hunger getrieben bettelnd herum oder bieten sich zu Dienstleistungen gegen Brot, andere Lebensmittel oder Tabakwaren an den Bahnhöfen, Urlauberheimen oder Truppenunterkünften an.«¹⁶⁶

Die Truppenführung sah in den Kindern vor allem potentielle Spione und eine Gefahr für »Ruhe und Ordnung«. Das Rezept, das im Militärverwaltungsbereich dagegen entwickelt wurde, waren – zuerst 1942 im Raum von Rshew/Rußland – große sogenannte »Anhaltelager«, in denen man die Kinder und Jugendlichen, von Ordnungsdienst bewacht, internierte. Dabei arbeiteten die SK 7a und 7b, das Reichskriminalpolizeiamt und die 9. Armee eng zusammen.¹⁶⁷ Daraus entwickelte die 9. Armee 1943 die Idee der »Kinderdörfer«, wie sie insbesondere in dem Ort Skobrowka verwirklicht wurde. 700 acht- bis 13jährige Jungen und Mädchen wurden dort konzentriert.¹⁶⁸ Die Ähnlichkeiten dieses Projekts mit den von der SS-Führung geplanten Frauen- und Kinderdörfern sowie die Verbindung zu den Sperrgemeinden für Frauen und Kinder am Rand toter Zonen, die Militärverwaltung, SS und Polizei 1943/44 einrichteten, ist offensichtlich (vgl. Kap. 9.5). Es bestand jedoch auch ein Zusammenhang zur ZADA-Aktion,¹⁶⁹ der Internierung von etwa 100 000 Zivilisten in Zwangsarbeitslagern für Industrie und Stellungsbau, deren Kinder, die nun keine Betreuung mehr hatten, zum Problem wurden. Im Rückblick beschrieb Nickel die Vorteile der Kinderdorfaktion aus deutscher Sicht wie folgt:

164 Vortrag Alfred Meyer auf einer Tagung der Verwaltungsakademie Berlin v. 9. 6. 1942, in: Probleme des Ostraumes, S. 183; Vortrag Schulz v. 9. 4. 1943, IfZ Fb 85/I, Bl. 87; Chiari 1998, S. 199f.

165 Sendung Radio Moskau v. 11. 12. 1942, 17.00 Uhr, Abhörprotokoll Sonderdienst Seehaus, BA II.01, Nr. 14, Bl. 438.

166 201. Sich.Div., Abt. VII IIc/1, Lagebericht Oktober v. 31. 10. 1942, BA-MA (BArchP)F 42358, Bl. 816. Vgl. Stimmungsbild aus Weißruthenien (geschrieben von einem lettischen Kollaborateur, etwa Sommer 1942), BDC O. 307, Bl. 404.

167 RSHA V A 3 (gez. Dr. Schefe), Betrifft: Anhaltelager für verwahrloste Jugendliche des Ortes Rshew v. 5. 6. 1942 (Abschrift), in: Chef Sipo/SD -Kommandostab-, Mitteilungsblatt Nr. 4 v. 24. 6. 1942, BA-MA SF-01/28985, Bl. 169; EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–31. 8. v. 1. 9. 1942, BA F 40168, Bl. 299f. (zu drei weiteren »Kindererziehungslagern« im russischen Bereich; zur Jugendverwahrlosung Bl. 289–298); undatierter Bericht der EGr B (?), etwa Ende 1942, BA D-H FW 489, A. 26, Bl. 10. Ähnliche Bemühungen gab es in der Ukraine: Arbeitsbericht [des Rasse- und Siedlungsführers beim HSSPF Ukraine] für 1.–15. 10. v. 25. 10. 1942 (Abschrift), BDC SS-HO 2978.

168 Erklärung Nickel v. 25. 8. 1950, BA B 120/591; Okdo. H.Gr. Mitte O.Qu./VII, Abschlußbericht für Juni bis August v. 27. 8. 1944, Nbg. Dok. NO-2545, BA F 53856, Bl. 208; HeWiFü Mitte, Lagebericht Juni v. 24. 8. 1944, BA-MA WF-03/15901, Bl. 165; Der Chef des Führungsstabes Poltik [im RMO] -pers. Ref.-, Betr.: Evakuierung von Jugendlichen aus dem Gebiet der Heeresgruppe Mitte (Heu-Aktion) v. 12. 6. 1944 (gez. Brandenburg), in: Bromberger/Mausbach, S. 185f. Angeblich wurde den Kindern in Skobrowka auch Blut zugunsten deutscher Lazarette abgenommen: Romanowski u. a., S. 215.

169 Hierzu z. B. auch ebd. und HeWiFü Mitte, Abt. Arbeit, KTB-Beitrag für 19.–25. 6. v. 11. 9. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 909.

- a) der weitere Raum um das Kinderdorf hatte keine Banden mehr,
- b) die erwachsenen Kräfte in den Arbeitsbataillonen waren den deutschen Truppen absolut sicher,
- c) bei Frontbewegungen war die Evakuierung denkbar einfach, da nur das Kinderdorf abtransportiert zu werden brauchte. Die Bevölkerung ging von selbst dann mit,
- d) wir hatten die Möglichkeit, eine uns dienende Erziehung und Auslese einzuleiten in konzentriertester Form.¹⁷⁰

Perfide wurden die entführten Kinder als »Bindemittel« eingesetzt, damit ihre Eltern, wertvolle Arbeitskräfte, im Fall des Rückzugs mit der Wehrmacht gingen, um nicht von ihnen getrennt zu werden.¹⁷¹ Die Jungen und Mädchen sollten »darüber hinaus eine auch Kindern mögliche Produktion (Gartenbau, Kleintierhaltung, Heimarbeit usw.)« leisten. Welches Ausmaß die Kinderdorfaktion tatsächlich annahm, ist unsicher. Ihre Folgen sind dagegen klar. Nickel schrieb: »Aus den Erfahrungen mit den Kinderdörfern entstand die Massnahme der sogenannten ›Heuaktion‹.«¹⁷²

Vermutlich im April oder Mai 1944 regte der Chef des Generalstabs der 9. Armee, Generalmajor Staedtke, diese Aktion an. »Heu« stand für »Heimatlos – elternlos – unterkunftslos«.¹⁷³ Die Probleme mit den obdachlosen Kindern sollten nun gelöst werden, indem zwischen 30000 und 50000 zehn- bis 14jährige ins Reich gebracht wurden. Ziel war es mehr, die Arbeitskräfte im Militärverwaltungsbereich von der Betreuung ihrer Kinder zu »befreien«, als die Kinder selbst zur Arbeit einzusetzen, obwohl man auch dies vorhatte. Man beruhigte sein Gewissen damit, daß nicht der GBA, sondern RJF und Ostministerium die Betreuung übernehmen. Nachdem zunächst auch Einsätze in der Landwirtschaft Pommerns, im Handwerk oder bei der OT angestrebt worden waren,¹⁷⁴ wurden wiederum Verträge mit Junkers geschlossen.¹⁷⁵ Zeitweilig wurden die Kinder in Heimen der Kinderlandverschickung untergebracht und zu Arbeiten in Haus- und Forstwirtschaft sowie als Lehrlinge eingesetzt.¹⁷⁶

Von Waisen war sehr schnell keine Rede mehr. Infolge der ZADA-Aktion entwickelte sich die »Heuaktion« für die Besatzungsverwaltung zu einer Notwendigkeit

170 Ausarbeitung »Die Jugendarbeit in den besetzten Ostgebieten« (Nbg. Dok. NO-3038), IfZ MA 245, Bl. 408; mit Anschreiben Nickels an Koeppen (RMO P 5 v. 1. 8. 1944, Abschrift): BA F 53856, Bl. 180–183.

171 Vermerk Brandenburg v. 12. 6. 1944, in: Bromberger/Mausbach, S. 187.

172 Beide Zitate aus: Die Jugendarbeit in den besetzten Ostgebieten, IfZ MA 245, Bl. 408. Siehe auch Bericht Nickel, BA B 120/698.

173 Vgl. Herzog 1960; Erklärung Nickel v. 25. 8. 1950, BA B 120/591; Vermerk Brandenburg v. 12. 6. 1944, in: Bromberger/Mausbach, S. 185.

174 HeWiFü Mitte, Aktennotiz über die Besprechung am 12. 5. v. 14. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 466. (Anlaß war, daß Wehrmachteinheiten die Kinder zu Hiwis erklärt hatten, um ihnen höhere Rationen zu sichern.) Ferner Okdo. H.Gr. Mitte, O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht Mai v. 12. 6. 1944, BA F 13753, Bl. 927 (Gespräche Nickel-v. Unold); Vermerk Brandenburg v. 12. 6. 1944, in: Bromberger/Mausbach, S. 186 (»Von Seiten des deutschen Handwerks wird diese Aktion äusserst begrüßt«).

175 Bereits im März 1944 war geplant, daß den »Junkers-Werken [...] 12–14jährige als Lehrlinge überwiesen werden«. Ord.Offz. Chef WiStab Ost, Reisebericht Chef WiStab Ost am 8.–11. 3. v. 15. 3. 1944, BA-MA RW 31/39, Bl. 95.

176 Die OT hatte ein Übernahmeangebot inzwischen abgelehnt. Aktenvermerk ueber Besprechung Nickel-Aktion (gez. Brill, Sturmbannführer) v. 19. 6. 1944, Nbg. Dok. NO-2796, BA F 53856, Bl. 117f.

auch für weitere Gruppen von Kindern, und schließlich sollten alle Kinder dieser Altersgruppen deportiert werden.¹⁷⁷ Auch die Kinder aus »Bandengebieten« wurden einbezogen.¹⁷⁸ Es komme, schrieb Bergers persönlicher Referent, den inzwischen informierten Hitler und Himmler »bei der Aktion nicht nur auf die Vermeidung der direkten Stärkung der militärischen Kraft des Gegners an, sondern auch auf die Minderung seiner biologischen Kraft auf längere Sicht«.¹⁷⁹ Auf seine Bitte in der Vorbesprechung zwischen Zivil- und Militärverwaltung in Minsk, »möglichst keinen Zwang auszuüben«, erklärte der Oberquartiermeister der Heeresgruppe Mitte v. Unold unmißverständlich: »Zwang muß sein, weil sonst die Aufbringung Schwierigkeiten bereiten würde. Zum Ausgleich jedoch nach Erfassung besondere Fürsorge«.¹⁸⁰ Zwar ist aktenkundig, daß die Kinder besonders betreut werden sollten, doch geschah das aus propagandistischen und politischen Gründen und kann weder den Zwangscharakter der Aktion noch ihre eigentlichen wirtschaftlichen Ziele verdecken.¹⁸¹ Ganz zu schweigen von dem Umstand, daß der berüchtigte Dr. Wetzel an den Minderjährigen ganz offensichtlich Rasseuntersuchungen vornahm.¹⁸²

Die sowjetische Armee vereitelte mit ihrem Angriff im Mittelabschnitt der Front am 22. Juni 1944 den größten Teil der »Heuaktion«. Eine von Hitler ausgehende Weisung, sie »mit allen Mitteln [zu] beschleunigen«, brachte nichts mehr.¹⁸³ Nach den bekannten Angaben wurden ausschließlich aus dem Raum der 9. Armee 2500 bis

177 Siehe bereits den Befehl AOK 9, Ic/AO/Ic-VO Prop./OQu/IVb/Qu.2/VII, Betr.: Erfassung von Arbeitskräften, hier Rückführung von Jugendlichen ins Reich (Deckname: »Heuaktion«), gez. Jordan, v. 28. 5. 1944, BA-MA WF-03/17324, Bl. 825–827. Weiter Herzog 1960, S. 47, über einen Vermerk Brandenburgs.

178 Okdo. H.Gr. Mitte, O.Qu./Qu.2/VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht Mai v. 12. 6. 1944, BA F 13753, Bl. 927; HeWiFu Mitte, Abt. Arbeit, KTB-Beitrag für 29. 5.–4. 6. v. 8. 6. 1944, BA-MA (BArChP)F 42862, Bl. 724; AOK 2, O.Qu./A.Wi.Fu/Qu.2, Betr.: Erfassung von 10 bis 13jährigen Jungen und Mädchen bei Bandenunternehmen (gez. v. Tresckow, Chef des Generalstabes) v. 28. 6. 1944, BA-MA WF-03/26818, Bl. 299.

179 Vermerk Brandenburg v. 12. 6. 1944, in: Bromberger/Mausbach, S. 186.

180 In gleicher Weise hatte sich zuvor schon Militärverwaltungs-Chef Tesmer geäußert. H.Gr. Mitte, O.Qu./VII (Mil.-Verw.), Niederschrift über eine Besprechung am 1. 6. 1944, in: N.Müller 1982, S. 394. Anwesend waren außer Nickel, Tesmer und v. Unold Schulz, Schettler (H.Gr. Mitte, Qu 2), Dr. Kolb (HeWiFu Mitte, Abt. Arbeit) und SS-Ostuf. Krämer (BdS Minsk). – Diese angebliche Fürsorge ist später von allen Mittätern hervorgehoben worden. Siehe Herzog 1960; Bericht Nickel, BA B 120/698; Erklärung Nickel v. 25. 8. 1950, BA B 120/591 (»Soziales Hilfswerk der deutschen Wehrmacht für elternlose, heimatlose und unterkunftslose Kinder und Jugendliche«, »Werk der tätigen Menschlichkeit«, Ziel: »das unmenschliche System des Bolschewismus mit der Kraft der Menschlichkeit zu überwinden«); Bericht Schulz, BA B 120/615; Bromberger/Mausbach, S. 182–184.

181 »Die Massnahme soll propagandistisch stärkstens unterbaut werden und unter dem Motto laufen: Fürsorgemassnahmen des Reiches für die weissruthenischen Kinder, Schutz vor den Banden.« Vermerk Brandenburg v. 12. 6. 1944, in: Bromberger/Mausbach, S. 186. – Über das Lager in Dessau war ein Propagandafilm geplant (Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Abt. Ost, Sonderinformation v. 21. 5. 1944, BDC, O. 447, Bl. 184–187). Rosenberg und Axmann sollen das Lager besucht haben (Cecil, S. 225 f.; Erklärung Nickel v. 25. 8. 1950, BA B 120/591). Der WZR richtete dort eine Dienststelle ein (Golubowitsch: Weißruthenien unter deutscher Besatzung, BA OstDok 13/508).

182 Brief Wetzel an Oberfinanzdirektion Hannover v. 30. 5. 1961, StA Hannover 2 Js 499/61, Sonderheft 1, Bl. 59.

183 Berger an Nickel v. 26. 6. 1944 (Abschrift/Nbg. Dok. NO-1877) und Berger an CdZ, SSPF und KdS Bialystok v. 8. 7. 1944 (Nbg. Dok. NO-3126), BA F 53856, Bl. 151 und 184.

4500 Kinder verschleppt.¹⁸⁴ Etwa 1000 zeitweilig in Marina Gorka konzentrierte Kinder machten einen »hungrigen, abgerissenen« Eindruck. Doch auch bei der 2. Armee verschleppten die Deutschen Kinder, so am 20. Juni 1944 mit zwölf LKW 200 bis 250 – keine Waisen – aus Petrikow. Das gleiche ist bei der 4. Armee nachweisbar, die schon am 21. April aus Borissow 70 Kinder auf Transport schickte.¹⁸⁵ Der Großteil der Kinder landete später bei Junkers, wo sich im September 1944 einschließlich der Lehrlinge aus dem WJW-Programm nicht weniger als 4600 von ihnen befanden.¹⁸⁶ Nickel zufolge erhielt Junkers – möglicherweise einschließlich Crimmitschau – 3500 Jungen und 500 Mädchen, die OT 2000 Jungen und 700 Mädchen, von denen ein Teil in das OT-Lehrlager Berlin-Spandau gelangte.¹⁸⁷ Weitere 100 kamen auf Vorschlag Bergers möglicherweise auch zu den Walther-Werken in Zella-Mehlis.¹⁸⁸ So wenig der Verbleib der Minderjährigen 1944/45 hier geklärt werden kann, so wenig ist über die Auswirkungen der Aktion in Galizien, in der Nordukraine und in Polen bekannt.¹⁸⁹

Ungefähr gleichzeitig mit der »Heuaktion« lief die sogenannte SS-Helfer-Aktion, besser Luftwaffenhelferaktion, ab. Am 31. März 1944 schlossen das Ostministerium, das Ergänzungsamt der Waffen-SS, der Generalquartiermeister der Luftwaffe und die Reichsjugendführung einen Vertrag. Danach sollten sich – offiziell auf freiwilliger Basis – in den besetzten sowjetischen Gebieten 15- bis 20jährige Jugendliche für acht bis fünfzehn Monate zur Luftwaffe verpflichten, um anschließend in die Waffen-SS übernommen zu werden.¹⁹⁰ Die daraufhin gegründete »Dienststelle Hauptbannführer Nickel«, die danach mit ihren sogenannten Kriegseinsatzkommandos halb Europa

¹⁸⁴ 3000 nach Okdo. H.Gr. Mitte O.Qu./VII (Mil.-Verw.), Abschlußbericht für Juni bis August v. 27. 8. 1944, NO-2545; HeWiFu Mitte, Abt. Arbeit, KTB-Beitrag für 26. 6.–2. 7. v. 11. 9. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 910. 2500 nach »Die Jugendarbeit in den besetzten Ostgebieten«, IfZ MA 245, Bl. 408; Erklärung Nickel für Berger v. 25. 8. 1950, BA B 120/591. 4000 nach Erfahrungsbericht Militärverwaltung H.Gr. Mitte v. 10. 8. 1944, hier nach BA-MA RH 19 II/334, Bl. 11R; 4500 nach Herzog 1960, S. 35. Vgl. N. Müller 1971, S. 272–274.

¹⁸⁵ Marina Gorka: Vern. S. K. B. v. 28. 9. 1944, ZStL 202 AR-Z 179/67, Dok.Bd. 2, Bl. 157 (die Zeugin gab, wohl irrtümlich, Sommer 1943 als Datum an). Petrikow: Bericht v. 20. 12. 1944 über die Verbrechen der Deutschen in Stadt und Gebiet Petrikow, ZStL II 204a AR-Z 117/67, Bd. 2, Bl. 198. Borissow: »70 zivilruss. Waisenkinder werden der Reichsjugendführung Berlin zugeführt.« WiKdo 213 (Borissow), Gruppe Arbeit v. 23. 4. 1944, BA-MA RW 31/862, Bl. 89.

¹⁸⁶ Meldung Rosenbergs an Hitler v. 28. 9. 1944, Nbg. Dok. NO-2464, Fall II, ADB 68, Bl. 195. Vgl. Bericht Nickel, BA B 120/698; Herzog 1960, S. 51.

¹⁸⁷ Nickel an Rosenberg v. 19. 10. 1944, in: Bromberger/Mausbach, S. 193. Über die OT wurden die Kinder möglicherweise an Handwerksbetriebe weiterverteilt. Vgl. Niederschrift über die Besprechung bei H.Gr. Mitte am 1. 6. 1944, in: N. Müller 1982, S. 394 f.; Bericht Schulz, BA B 120/615. Spandau: Auslandsbriefprüfstelle im Wehrkreis I an RSHA, RMO u. a. v. 3. 7. 1944, BA 17.01 St. 3, Nr. 585/2, Bl. 155.

¹⁸⁸ Einige Protagonisten bestritten später, daß dieser Plan noch verwirklicht wurde. Vgl. Auszug aus der Anklageschrift gegen Berger im Fall 12, BA B 120/579; Bericht Kümmel, BA B 120/698; Erklärung Nickel für Berger v. 25. 8. 1950, BA B 120/591. – Berger war als Nickels Vorgesetzter und Verbindungsmann Himmlers zum RMO in die »Heuaktion« involviert.

¹⁸⁹ Hierzu Vermerk Brandenburg v. 12. 6. 1944 (Bromberger/Mausbach, S. 186) und HeWiFu Mitte, Lagebericht Juni v. 24. 8. 1944, BA-MA WF-01/15901, Bl. 165. – Zum späteren Schicksal der Kinder widersprüchliche Angaben in Bericht Nickel, BA B 120/698; Bericht Schulz, BA B 120/615; Golubowitsch, BA OstDok 13/508.

¹⁹⁰ Ebd., S. 53 f. (hier auf 25. 3. 1944 datiert); Dienststelle Hauptbannführer Nickel an RMO, II 1, v. 6. 5. 1944, ZStA Minsk 370–1–2500, Bl. 3/R; Die Jugendarbeit in den besetzten Ostgebieten, IfZ MA 245, Bl. 409; Fschr. Rosenberg an Lammers (Bromberger/Mausbach, S. 188 f.) und an Himmler, beide v. 20. 7. 1944, BA F 3601, Bl. 158–162.

überzog, umfaßte über 300 Personen, allein das Kommando in Weißrußland, das am 7. April in Minsk eintraf und am 27. Mai als erstes seine Tätigkeit aufnahm, 70 oder 80.¹⁹¹ Insgesamt wurden in Weißrußland rund 4000 Jugendliche, darunter auch Mädchen, angeworben, teilweise zwangsweise rekrutiert oder im Juli und August 1944 aus Flüchtlings- und Evakuiertenlagern herausgesucht.¹⁹² Diejenigen, die sich freiwillig verpflichteten, taten das – nach Einschätzung ihrer Verführer – aus einer Mischung verschiedener Beweggründe: aus Nationalismus, Antikommunismus, wirtschaftlicher Not, Abenteuerlust, Stolz auf die Uniform, im Glauben, ihre Ziellolosigkeit überwinden zu können, und wegen der scheinbaren Gleichberechtigung mit den Deutschen.¹⁹³ Die Jugendlichen wurden in erster Linie als Flakhelfer eingesetzt.¹⁹⁴ Aus ganz Europa waren es schließlich mindestens 68 000 Jungen und Mädchen zwischen 15 und 21 Jahren, davon rund 35 000 aus der Sowjetunion, 16 000 aus Ungarn und 18 000 aus den Niederlanden, die Nickel im Rahmen seines schrittweise erweiterten Auftrags zusammenbrachte.¹⁹⁵ Sowjetische Luftwaffenhelferinnen, die schwanger wurden, sollten auf Einfluß des Rassereferenten des Ostministeriums, Dr. Wetzels, und Nickels zur Abtreibung gezwungen werden.¹⁹⁶

Damit gelang es den deutschen Stellen, in den letzten Monaten der Besatzungszeit zwischen 11 000 und 14 500 Kinder und Jugendliche aus ihren Familien herauszureißen und im Rahmen von Sonderprogrammen aus Weißrußland zu verschleppen. Viele von ihnen fielen oder sahen ihre Familien nie wieder. Von Weißrußland ausgehend, dehnten die Besatzungsorgane solche Aktionen faktisch auf halb Europa aus. Auffäl-

191 Nickel an Rosenberg v. 19. 10. 1944, in: Herzog 1960, S. 82f.; mit 600 Personen angegeben in Bericht Nickel, BA B 120/698; für den Mittelabschnitt Bericht Schulz, BA B 120/615; HeWiFü Mitte, Lagebericht April v. 5. 5. 1944; Bericht Nickel an Rosenberg v. 19. 10. 1944, in: Bromberger/Mausbach, S. 191. Zu den Vorbesprechungen: HeWiFü Mitte, Abt. Arbeit, KTB-Beitrag für 17.–23. 4. v. 24. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 451 und 716f.; Aufruf Hanjko (WJW) v. 10. 4. 1944 (Abschrift), BA 17.01, St. 3, Nr. 585/1, Bl. 79–81.

192 H.Gr. Mitte, O.Qu./VII (Mil.-Verw.), Abschlussbericht für Juni bis August v. 27. 8. 1944, Nbg. Dok. NO-2545, BA F 53856, Bl. 207; 2354 nach Bericht Nickels für Rosenberg v. 19. 10. 1944, in: Bromberger/Mausbach, S. 192; jedoch allein über 2000 allein aus dem Gebiet Glebokie (GebK Glebokie, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 16. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 309). Vgl. H.Gr. Mitte, O.Qu./VII (Mil.-Verw.), Monatsbericht Mai v. 12. 6. 1944, BA R 6/309, Bl. 85; Meldung Rosenbergs an Hitler v. 28. 9. 1944, Nbg. Dok. NO-2464. Der Zwangscharakter ergibt sich aus: AWiFü 4, Lagebericht für 16. 4.–15. 5. v. 29. 5. und 16. 5.–15. 6. v. 25. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 470, 472 und 486.

193 Bericht Schulz, BA B 120/615; Herzog 1960, S. 59. Siehe auch GebK Hansewitschi, Tätigkeits-, Räumungs- und Erfahrungsbericht v. 23. 8. 1944, IfZ Fb 104/2.

194 Die Jungen in Flak- und Scheinwerferbatterien, die Mädchen in Vernebelungs- und Sperrballoneinheiten. Bericht Nickel, BA B 120/698.

195 Der Leiter der Führungsgruppe Deutschtum [im RMO, Kinkelin] an SS-Sturmbannführer Arlt v. 24. 1. 1945 (Nbg. Dok. NO-1803), in: Herzog 1960, S. 109. In seinem Bericht v. 19. 10. 1944 (wie Anm. 10/192) hatte Nickel die Zahl der sowjetischen SS- und Luftwaffenhelfer mit 21 417 angegeben. Ende Juni hatte Hitler dem Programm noch höhere Priorität eingeräumt: Berger an Nickel v. 26. 6. 1944, Nbg. NO-1877.

196 Dienststelle Hauptbannführer Nickel, Besprechungsnotiz v. 17. 1. 1945, BA-MA FPF-01/7856, Bl. 1316; Kinkelin an Arlt v. 24. 1. 1945 mit »Protokoll der sich hinsichtlich der Behandlung ausländischer Luftwaffenhelferinnen ergebenden Fragen«, in: Herzog 1960, S. 106–114. In der Sitzung äußerte Dr. Wetzels auch die Befürchtung, der Einsatz der sowjetischen Luftwaffenhelferinnen an Nebelmaschinen könne *nicht* gesundheitsschädlich sein (S. 112). Der Anteil der schwangeren Luftwaffenhelferinnen wurde mit 6 % angegeben. Es ging also um viele hundert Fälle.

lig ist, daß dabei eine Vielzahl von Dienststellen eng zusammenarbeiteten. Entgegen herkömmlichen Vorstellungen waren diese Kinderraub-Kampagnen keine Domäne der SS und auch keine reine Parteiangelegenheit. Nicht nur RKF, RuSHA, Sicherheitspolizei und SD, Vomi, SS-Hauptamt und SS-Führungshauptamt waren beteiligt, auch nicht nur NSV, RJF, Rassenpolitisches Amt und Hitler, sondern außerdem alle Ebenen der Zivilverwaltung vom Ostministerium bis zum Gebietskommissar, verschiedene Ressorts von der Arbeits- bis zu Kulturverwaltung, ferner nicht nur die für die Militärverwaltung zuständigen Stabsabteilungen bei der Heeresgruppe Mitte und den Armeen – namentlich die Abteilungen Oberquartiermeister/VII, Qu 2, Heeresgruppenwirtschaftsführer und Ic –, sondern (teilweise mit energischer Eigeninitiative) auch eine Reihe höchster Kommandeure und Offiziere wie die Armeeoberbefehlshaber Schmidt (2. Panzerarmee) und Jordan (9. Armee) und die Generalstabschefs Staedtke (9. Armee) und v. Tresckow (2. Armee). Dazu kam die in besonderem Maß beteiligte Luftwaffe mit Göring als Oberbefehlshaber, seinem Generalquartiermeister und den Flakseinheiten. Nicht zu vergessen sind außerdem mehrere Zentralstellen des Reiches wie GBA, Organisation Todt, das Propagandaministerium, das Großunternehmen Junkers und kleinere Wirtschaftsbetriebe in Handwerk und Landwirtschaft. Nennenswerter Widerstand gegen die Kinderverschleppungen ist von keiner Seite bekannt.

Bei den Kinderraubaktionen standen Arbeitseinsatzinteressen im Mittelpunkt. Die ausschließlich auf »rassische« Motive zurückzuführende Entführung von Kleinkindern, bei der die SS eine führende Rolle spielte, hatten, so furchtbar sie waren, verhältnismäßig geringen Umfang. Anders war es in den Fällen, in denen Kinder und Jugendliche zwischen zehn und 20 Jahren fürs Reich arbeiten oder bluten sollten, oder in denen ihre Eltern zwangsweise von der Betreuung ihrer Kinder »entlastet« werden sollten, um besser Zwangsarbeit leisten zu können.¹⁹⁷ Auch die politische und militärische Mobilisierung der Kollaborateure ist nicht zu unterschätzen. Soweit sie zeitweilig bevorzugt behandelt wurden, war dies jedoch durch die gesamtpolitische Lage erzwungen. Eine gewichtige Rolle spielte auch die Entlastung der deutschen Besatzungsverwaltung vom Arbeitsaufwand durch angebliche Sicherheitsrisiken und Kleinkriminalität, die von unbeaufsichtigten Kindern ausgingen. Die Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern versprach relativ wenig Nutzen, deshalb kam der Gedanke, sie durch spezielle Kampagnen als Arbeitskräfte einzubeziehen, ziemlich spät auf und zwar je stärker sich die kriegswirtschaftliche Situation und Arbeitseinsatzlage zuspitzte. Deshalb hatten Schul- und Jugendpolitik anfangs wenig Interesse gefunden. Immer massiver zeigte sich jedoch die Tendenz deutscher Stellen, Kinder entweder als Arbeitskräfte zu mißbrauchen oder sie zu vernichten. Unproduktives Leben sollte keine Daseinsberechtigung mehr haben. Kein Zweifel: hätten die Deutschen Weißrußland noch länger besetzt halten können, hätte sich dies noch weit gravierender ausgewirkt als ohnehin. So wurden in der Schlußphase der Besatzung aus Minsk Kinder abtransportiert, die für die Ausbildung in einer deutschen Spionage-

197 Dieser Vorrang gilt, auch wenn bei WJW-, »Heu-« und »Luftwaffenhelferaktion« immer eine Option zur sogenannten rassischen Siebung existierte. Siehe Vermerk Wetzel v. 16.3.1944, Betr.: SS-Helfer und Flak-Helfer, BA R 6/189, Bl. 7/R.

schule bestimmt waren, und schließlich verlagerte man noch einen Teil der höheren Schulen nach Wien, um sich die Arbeitsleistungen der aus deutscher Sicht vielversprechendsten Vertreter der jungen weißrussischen Generation zu sichern.¹⁹⁸

10.6 Die Verbrechen in der Schlußphase und auf den Rückzügen

Im Spätsommer und Herbst 1943 wurde die Heeresgruppe Mitte von der sowjetischen Armee zurückgedrängt. Sie konnte die Front erst an der sogenannten Panther-Linie 20 Kilometer östlich von Dnjepr und Zapadnaja Dwina stabilisieren. Im Süden verlief sie dicht südlich des Pripjet (vgl. Kap. 3.1). Damit stand wieder so gut wie die gesamte, noch rund 800 000 Mann starke Heeresgruppe Mitte auf weißrussischem Boden.¹⁹⁹ Das erlaubt neuerliche Aussagen über das Verhalten der Fronttruppe gegenüber der weißrussischen Bevölkerung. So setzte sie die ZADA-Zwangsarbeiter teilweise rücksichtslos für den Stellungen- und Unterkunftsbau ein (Kap. 6.3d). Außerdem übernahm sie, da die Front zur Ruhe kam, in ihrem jeweiligen Abschnitt Besatzungsaufgaben. Hier ist vor allem ein brutales Vorgehen bei der Partisanenbekämpfung zu nennen. »Großunternehmen« unternahm nun auch die Fronttruppe, auch sie sperrte Menschen in Scheunen, um sie zu erschießen oder zu verbrennen, etwa die 20. und 30. Panzerdivision, die 36. und 313. Infanterie-Division oder das XXXXI. Panzerkorps.²⁰⁰ An der Schaffung toter Zonen beteiligten sich die 6. Infanterie-Division und die 5. Panzerdivision.²⁰¹ Von den Verbrechen der 78. Sturmdivision bei der Entminung von Straßen wurde schon berichtet. Die 167. Infanterie-Division kam auf die Idee, die gesamte Bevölkerung ab 14 Jahren in ihrem Bereich laufend durchzunummerieren. Jeder mußte die Nummer auf einem Holzplättchen um den Hals tragen. Ähnlich war es anscheinend bei der 35. Infanterie-Division.²⁰² Obwohl quantitative Feststellungen an dieser Stelle nicht möglich sind, kann man schon auf einer relativ schmalen Quellenbasis sagen, daß die Betei-

198 Spionage: Aussagen des Angeklagten Wilhelm Janetzke in der sowjetischen Hauptverhandlung zwischen dem 28. 10. und 4. 11. 1947, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1. Schulverlagerungen: Bericht über die Arbeitstagung der Gebietsschulreferenten v. 7.–12. 6. 1944, ZStA Minsk 370–1–385, Bl. 21; Bericht Schulz, BA B 120/615 (über eine Schule in Nowogrodek). Auch das Führungskorps des WJW wurde schließlich von den Deutschen mit zurückgeführt.

199 Wilhelm 1988, S. 200, Anm. 14.

200 20. Pz.Div.: schriftliche Aussage des deutschen Kriegsgefangenen G. S. (undatiert), ZStL II 202 AR-Z 179/67, Bd. 1, Bl. 48–50; Vern. M. B. v. 15. 2. und 28. 6. 1948, ebd., Dok.Bd. 1, Bl. 123–127 und 140–142; früheres Beispiel: Berück Mitte, Ia, an Okdo. H.Gr. Mitte v. 3. 12. 1942, BA D-H FW 490, A. 11, Bl. 8. – 30. Pz.Div.: Protokoll der Untersuchungskommission Gorki v. 10. 12. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 20, Bl. 90. – 36. Inf.Div.: Vern. E. K. v. 30. 6. 1948, ZStL 202 AR-Z 179/67, Dok.Bd. 1, Bl. 102–107. – Auszug aus dem KTB der 313. Inf.Div. (3. Pz.Armee) v. 9. 3. 1943, Nbg. Dok. NO-2126, BA F 53916, Bl. 936. – Bericht über das Unternehmen gegen die Bande Grischin (9.–22. 10. 1943), BA-MA WF-03/17299, Bl. 436–439. – Siehe allgemein auch Bartov 1991, S. 91f.

201 Das Beispiel bezieht sich allerdings auf die Gegend von Brjansk (Rußland). Gen.Kdo. LV. A.K., Bericht über Unternehmen Freischütz v. 7. 6. 1943, BA-MA (BArchP)F 18494, Bl. 357–391.

202 167. Inf.Div., Ia v. 17. 10. 1943 (Auszug), BA D-H FW 489, A. 7; Foto der Halsmarke eines zehnjährigen Mädchens aus dem Lager Osaritschi in Kalinin, nach S. 272. Zur 78. Sturmdivision S. 970 in dieser Darstellung.

ligung der Frontdivisionen an Massenverbrechen im rückwärtigen Nahbereich erheblichen Umfang hatte.²⁰³

In Kapitel 6.3 wurde ausgeführt, wie die Deutschen versuchten, bei ihren Rückzügen einen möglichst großen Teil der Bevölkerung – die meisten zwangsweise – zurückzuführen, um Arbeitskräfte zu gewinnen, wie sie diese aussonderten und was mit den Arbeitskräften passierte. Was aber geschah mit den als arbeitsunfähig Einstuften: Frauen mit Kindern, alten Leuten, Kranken und Invaliden? In dieser Hinsicht bestehen besonders gravierende Wissenslücken.²⁰⁴ Wir wissen, daß nur wenige Evakuierte per Eisenbahn nach Westen gebracht wurden, die meisten dagegen über hunderte Kilometer in Wagentrecks und Marschkolonnen. So dauerte es Wochen und Monate, ehe sie ihre Bestimmungsgebiete erreichten. Wie viele schon an den Strapazen dieser Trecks starben, ist meist nur zu erraten.²⁰⁵ Genauerem Aufschluß gibt ein Bericht der Einsatzgruppe B vom März 1943. Danach hieß es in der Bevölkerung, alle sogenannten Flüchtlinge würden zwangsweise evakuiert und solche, »die nicht weiterkönnnten, werden erschossen«. Die Begleitsoldaten eines Trecks aus Orel bestätigten Beamten der Einsatzgruppe, »daß man während des Marsches Zusammengebrochene umgelegt hätte« und einige Kinder auf dem Marsch gestorben seien. Infolgedessen umfaßte der Transport von über 1000 in Marsch gesetzten Menschen nur noch 850.²⁰⁶

Kaum mehr Nachrichten gibt es über die Auffanglager, in denen die Evakuierten anschließend untergebracht wurden. Hier gibt vor allem der Fall des Lagers in Alytus/Litauen (deutsch: Olita) zu denken, wo zwischen Mai 1943 und Juni 1944 zwischen 60000 und 70000 Menschen – Alte, Frauen und Kinder – umgekommen sein sollen.²⁰⁷ Sollte das auch nur annähernd stimmen, müßte man annehmen, daß sie vorsätzlich und systematisch vernichtet wurden, daß also entsprechende Entscheidungen getroffen wurden. Jedoch scheint das Lager weder in der litauischen noch gar in der westlichen Forschung untersucht worden zu sein.²⁰⁸ Ein vorliegender Augenzeugenbericht besagt, daß im Lager, bei den Anwohnern als »Todeslager« bekannt, die alten Leute in Gaswagen getötet, Frauen und Kinder viehisch gequält, die Erwachsenen zu Schwerarbeit gezwungen und dadurch oft getötet wur-

203 Wie schon ausgeführt, konnte für diese Untersuchung kein systematisches Studium von Korps- und Divisionsakten in Hinblick auf derartige Vorkommnisse betrieben werden.

204 Die Zurückhaltung der sowjetischen Forschung beim Untersuchen dieses Komplexes könnte damit zusammenhängen, daß unter den Evakuierten auch Freiwillige waren, die der UdSSR den Rücken kehren wollten. Zum Zwangscharakter, den die deutschen Bevölkerungsmisnahmen in der Regel hatten, Kap. 6.3 in dieser Darstellung. – Auf westlicher Seite wurde das Thema mißachtet.

205 Siehe die Bemerkung Jungwirths (Abteilungsleiter Verwaltung im GK Weißruthenien) v. 8. 4. 1943, die Frauen und Kinder seien arbeitsfähig, sie hätten ja auch 300 bis 600 km Fußmarsch überstanden. IfZ Fb 85/I, Bl. 69. Tatsächlich waren »alte Frauen, Kinder und Greise [...] in völlig erschöpftem Zustande in den Zielorten angelangt.« KTB WiStab Ost v. 13. 3. 1943, BA-MA (BArchP)F 43387, Bl. 575.

206 EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 1.–31. 3. 1943, AGK CA 362/146, Bl. 85f. und 98. Die EGr B beurteilte die Handlungsweise der Soldaten als politisch kontraproduktiv.

207 Foto eines Obelisken am Massengrab im Wald von Vidzgiris bei Alytus in: Rozauskas, vor S. 161; vgl. Dieckmann 1993, S. 208f. Nach einem von Dieckmann zitierten ärztlichen Bericht vom Sommer 1943 waren in der Nähe des Lagers etwa 20000 ermordete Juden begraben. Das könnte erklären, warum bei Rozauskas teilweise von Erschießung die Rede ist.

208 Freundliche Mitteilung von Christoph Dieckmann.

den.²⁰⁹ Dorthin kamen unter anderem Evakuierte aus Witebsk, Mogilew, Orscha und Orel, darunter Transporte sogenannter »reichseinsatzfähiger Familien«. Allein bis Herbst 1943 gelangten 65 000 Menschen nach Litauen.²¹⁰ Offenbar herrschte auch unter nach Lettland evakuierten Russen und Weißrussen eine hohe Sterblichkeit.²¹¹

Bei der ersten großen Rückzugsbewegung im Jahr 1943, der Räumung des Raums Rshew im März (»Zugvogel« oder »Büffel«), bei der 130 000 Menschen in Marsch gesetzt wurden, war nachweislich der Massenmord mitgeplant worden. Um die zu erwartenden Fleckfieberfälle vom baltischen Raum fernzuhalten, hatte der Wehrmachtbefehlshaber Ostland, General Braemer, vorgeschlagen, alle 60 000 Evakuierten, die das Reichskommissariat Ostland aufzunehmen hatte, »nach Weissruthenien und zwar in ein Gebiet zu bringen, das südlich der Linie Brest-Litowsk – Sluzk gelegen sei, wodurch diese Sache auf Weissruthenien beschränkt bleiben würde«.²¹² »Das hätte den sicheren Hungertod der 60 000 bedeutet«, wie ein Beamter der Zivilverwaltung in Riga schrieb, die den Plan schließlich aus politisch-propagandistischen Gründen verwarf.²¹³ Trotzdem war rasch das sogenannte Flüchtlingslager bei Sluzk notdürftig hergerichtet und gleichzeitig – offenbar um die Ernährungsbilanz auszugleichen – das Sluzker Ghetto vernichtet worden. In dem Lager herrschte bald darauf eine Fleckfieberepidemie. Die Verhältnisse hinsichtlich Ernährung und Hygiene waren dementsprechend schlecht.²¹⁴ Zuvor hatten seit Dezember 1942 schon tausende

209 Erinnerungen Valja Jurkewitsch in: Alexijewitsch, S. 214–216. Jurkewitsch war als sieben- oder neunjähriges Kind im Lager. Alexijewitschs Buch beweist aber, daß Personen, die damals Kinder waren, durchaus oft scharfe und zuverlässige Erinnerungen an den Krieg haben, wie es hier der Fall ist. Nach Jurkewitsch wurde in dem Lager blonden Kindern Blut abgenommen, woran ihre Schwester starb. Solche Vorwürfe gegen die deutsche Besatzungsmacht sind auch in anderen Fällen bekannt, allerdings mit Vorsicht zu beurteilen, da dies ein klassischer Propagandatopos ist: Bericht der Untersuchungskommission Stary Bychow v. 27. 12. 1944, BStU ZUV 9, Bd. 14, Bl. 288; Auszug aus dem Protokoll der Hauptverhandlung gegen Janetzke 28. 10.–4. 11. 1947, ZStL 202 AR-Z 184/67, Dok.Bd. 1 (Taten gegen Heranwachsende aus Kinderheimen im Raum Minsk); Radio Moskau v. 13. 7. 1943, Abhörprotokoll Sonderdienst Seehaus, BA II.01, Nr. 14, Bl. 195 (Wehrmachtlazarett Gebiet Mogilew).

210 Erinnerungen Jurkewitsch, wie Anm. zuvor; KTB WiKdo 213 (Borissow), BA-MA RW 31/859, Bl. 63; Korück 559, Abt. VII, KTB-Beitrag Dezember 1943 v. 15. 2. 1944, BA-MA RH 23/155 (Zitat); Korück 559, Qu, Zehntagesmeldung der Kommandanturen v. 20. 12. 1943, BA-MA RH 23/154; KTB PzAOK 3, Qu 2, für 25. 8. und 7. 9. 1943, Nbg. Dok. NOKW-2386, Fall 12, ADB 140, Bl. 43 und 52 f. Zur weiteren Abschiebung von über 16 000 Evakuierten meist aus dem Raum Orel-Brjansk über Litauen ins Reich WiStab Ost, Monatsbericht September v. 26. 10. 1943, BA-MA (BArch)P F 42746, Bl. 303. – Gesamtzahl Litauen: WiIn Mitte, Aktenvermerk über Besprechung betreffend Zusammenarbeit mit GK Weißruthenien v. 20. 9. 1943, BA-MA (BArch)P F 42860, Bl. 1045.

211 Vgl. SS im Einsatz, S. 494; WiIn Mitte, Aktenvermerk über Besprechung betreffend Zusammenarbeit mit GK Weissruthenien v. 20. 9. 1943, BA-MA (BArch)P F 42860, Bl. 1045; WiIn Mitte, Aktenvermerk über die Dienstbesprechung am 31. 3. 1943 bei Heeresgruppe Mitte O.Qu., BA-MA (BArch)P F 42859, Bl. 1070, Vortrag Gelberg über den Plan, 20 000 Frauen und Kinder »als landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Lettland unterzubringen«: »Die Entscheidung trifft der Reichsführer-SS.«

212 RKO, Abt. II Gesundheit, Aktenvermerk, Betrifft: Versorgung und Unterbringung der aus dem Gebiet der Heeresgruppe Mitte nach Weissruthenien abfließenden Flüchtlinge v. 16. 4. 1943, BA F 10835, Bl. 46.

213 Ebd., Bl. 46–48, und [RKO,] Abteilung II Verwaltung, Vermerk Betr.: Flüchtlinge aus dem rückwärtigen Heeresgebiet v. 10. 4. 1943, Sonderarchiv Moskau 1358–4–12, Bl. 52 (für die Kopie danke ich Christoph Dieckmann). Gegen den Plan nahmen u. a. der berichtigte Judenreferent Trampedach und die Hauptabteilungsleiter Politik beim RKO, Burmeister, und beim GK Weißruthenien, Kaiser, Stellung.

214 S. o. S. 734 in dieser Darstellung; GK Weissruthenien, Abt. II Gesundh. (gez. Weber), Bericht über das Flüchtlingslager in Sluzk v. 10. 3. 1943, BA F 10835, Bl. 31–34; ebenso, Berichterstatte: Dr. Weber (Unter-

Evakuierte das GK Weißruthenien, die meisten davon das Sluzker Lager, durchlaufen. Die Arbeitskräfte hatte das Militär für seine eigenen Ansprüche ausgesondert.²¹⁵ Aus der »Zugvogel«-Bewegung blieben etwa zwei Drittel der Evakuierten im rückwärtigen Heeresgebiet, 8000 allein im Rayon Gorki. Oft litten sie Hunger.²¹⁶

Im Herbst 1943, zu Beginn einer neuen Welle von Transporten, schrieb der Hauptabteilungsleiter Landwirtschaft im Reichskommissariat Ostland, Matthiessen, an Rosenberg und Backe, die Ernährung von auch nur der Hälfte der angekündigten einen Million Evakuierten aus dem Bereich der Heeresgruppe Nord auf Kosten der Versorgung jener Heeresgruppe, der dadurch 150 000 Tonnen Kartoffeln und 70 000 Tonnen Getreide verloren gehen würden, sei unmöglich. Um so große Mengen heranzuführen, habe man nicht einmal genug Eisenbahntransportraum.²¹⁷ Die genaue Zahl der aufzunehmenden Evakuierten aus dem Gebiet der Heeresgruppe Mitte, ob 150 000, 180 000 oder sogar »300 bis 400 000 Flüchtlinge«, konnte man im GK Weißruthenien gar nicht angeben.²¹⁸ Die Auffanglager waren überfüllt. Die Verhältnisse dort waren wie schon bei Alytus und Sluzk festgestellt: mangelnde Unterkünfte und sanitäre Einrichtungen, weil ehemalige Kriegsgefangenenlager benutzt wurden, dazu geringe Lebensmittelrationen. Konsequenz war ein offizieller Aufnahmestopp im GK Weißruthenien, doch nicht nur das: Fleckfieberkranke wurden offenbar – nun auf Anordnung der Zivilverwaltung – ermordet.²¹⁹ Außerdem wurden »unzuverlässige Elemente« ausgesondert.²²⁰ Mit den wachsenden Problemen, hervorgerufen durch den Versuch, den Sowjets beim Rückzug keine Arbeitskräfte zu überlassen und sie der eigenen Kriegswirtschaft zukommen zu lassen, wuchs die Bereitschaft, Massenverbrechen an denjenigen 70 bis 80 Prozent der Zurückgeführten

schrift: Kube), Betr.: Fleckfieberfälle in Sluzk an RKO v. 20. 3. 1943, Sonderarchiv Moskau 1358–4–12, Bl. 56.

215 Referat Jungwirth v. 8. 4. 1943, wie Anm. 10/204 in dieser Darstellung. Die dort genannte Zahl von 200 000 Menschen erscheint allerdings stark übertrieben.

216 Vgl. ebd. und GFP-Gruppe 723, Anlage 1 zum Tätigkeitsbericht Mai 1943: Verhalten, Stimmung und Lage der Bevölkerung, BA D-H ZM 868, A. 4, Bl. 320. Hunger der Flüchtlinge im Raum Bobruisk-Mogilew: Reisebericht des WiIn Mitte, Niedenführ, 22.–24. 4. v. 25. 4. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 159.

217 Matthiessen an Rosenberg, abschriftlich an Backe v. 24. 9. 1943, BA-MA RW 31/955.

218 WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit v. 1. 10. 1943, BA-MA RW 31/568, Bl. 82; HeWiFü Mitte, Aktenvermerk über die Dienstbesprechung der Gebietskommissare und der Dienststellenleiter der Polizei beim Generalkommissar in Minsk, 7. 12. v. 9. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 589; Niederschrift über die Besprechung v. 28. 12. 1943, ZStA Minsk 412–1–199, Bl. 78; [RMO,] Abt. II 1, Vermerk über die Besprechung mit SS-Gruppenführer von Gottberg am 22. und 23. 11. v. 6. 12. 1943, BA F 727, Bl. 486 (Zitat). Allein im Gebiet Minsk-Land waren es später über 13 000 Familien: GebK Minsk-Land, Lagebericht 1. Quartal v. 25. 3. 1944, IfZ MA 798, Bl. 1428.

219 Dienstbesprechung am 7. 12. 1943, wie Anm. 10/218 in dieser Darstellung: »Bei der Bekämpfung des Fleckfiebers sind schärfste Massnahmen erforderlich, zumal mit grösseren Trecks in Zukunft gerechnet werden muss. Für die erforderlichen harten Massnahmen mag sich die Bevölkerung bei Stalin bedanken« (v. Gottberg). – Stopp: Niederschrift der Besprechung v. 28. 12. 1943, wie Anm. 10/218 in dieser Darstellung. – Verhältnisse in den Lagern: Ass. Arzt R. Jacob, Dulag 126, Kgf. Lazarett Orscha, Betr.: Ref. Hyg. Trecklager Orscha v. 20. 5. 1944, BA D-H ZA 12193, A. 8, Bl. 23–26R; Shodino und Smolewitschi: Leitender Sanitätsoffizier beim Bfh. in Weißruthenien, Visitationsbericht v. 11. 11. 1943, BA F 10835, Bl. 98f.

220 [WiIn Mitte,] Aktenvermerk über Dienstbesprechung aus Anlaß des Besuchs des Generals der Infanterie Stapf am 16. 9. v. 17. 9. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 1033.

zu begehen, die nicht als Arbeitskräfte verwertbar waren. Und vom Sommer 1943 an rissen die Abtransporte nicht mehr ab.

Seit dieser Zeit wurden sie im GK Weißruthenien überwiegend durch das Auffanglager Lesna (Lesnaja) bei Baranowitschi im ehemaligen Stalag 337 geleitet.²²¹ 7000 Personen und mehr durchliefen es pro Woche, im August und September 1943 allein 55 000. Geleitet wurde es von der Arbeitseinsatzverwaltung. Bei einer Aufnahmekapazität von 3000 Menschen war das Lager bis zum Juni 1944 bei weitem überbelegt.²²² Die Zahl der nach dem Krieg in den dortigen Massengräbern gefundenen Zivilisten – »Greise, Frauen und Kinder« – bezifferten die sowjetischen Behörden auf 6000. Über die Todesursachen machten sie keine Angaben.²²³

Womöglich noch größer war das Evakuierten- und Flüchtlingsproblem im Gebiet der Heeresgruppe Mitte. So waren in den Rayons Cholopenitschi, Tolotschin und Borissow zeitweise 6100, 15 606 und 11 785 Evakuierte registriert.²²⁴ Hier sah man eine Lösung darin, die als unproduktiv eingestuften »Flüchtlinge« aufs Land abzuschieben, vorzugsweise in sogenannte »Zuschußgebiet[e]«, so daß man das Ernährungsproblem auf die weißrussische Bevölkerung abwälzen konnte. Die »Bäuerlichen Gemeinwirtschaften« (Landbaugenossenschaften) hatten die Neuankömmlinge unterzubringen und zu verpflegen, und nicht immer dürfte ihnen das auf ihre Lieferverpflichtungen angerechnet worden sein.²²⁵ Oder die deutsche Verwaltung ließ die Evakuierten in den bei der Partisanenbekämpfung entvölkerten, »menschenleeren Gebieten« ansiedeln, um dort die landwirtschaftliche Produktion wieder anzukurbeln.²²⁶ Außerdem wurden – ähnlich wie im Rahmen der Partisanenbekämpfung – »Frauendörfer« geplant, die »in Frontnähe mit den als [sic] wehrunfähigen und arbeitseinsatzmässig nicht interessierenden Bevölkerungsteilen zu füllen [seien], die im Falle einer rückläufigen Bewegung dann dem Gegner überlassen werden können.«²²⁷

221 WiIn Mitte, Chefgr.Arbeit, Fachliche Weisung Nr. 94/43, Betr.: Weiterleitung der evakuierten Zivilbevölkerung, und WiIn Mitte, Chefgr. Arbeit, an WwiKdo Minsk, beides v. 1. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 693 und 698.

222 WiKdo 206 (Witebsk), KTB-Beitrag Chefgr.Arbeit für 15.–21. 11. 1943, BA-MA (BArchP)F 42901, Bl. 265; WwiKdo Minsk, Lagebericht Nr. 30 (November) v. 24. 11. 1943, BA-MA (BArchP)F 42899, Bl. 107 (in den ersten drei Novemberwochen kamen 44 393 Evakuierte ins GK Weißruthenien); Arbeitsamt Orscha, Wochenbericht 5.–11. 12. 1943, BA-MA RW 31/859, Bl. 62; GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, BA F 13751, Bl. 135; Beauftragter des RMO bei der H.Gr. Nordukraine, Beauftragter für die Kosakenflüchtlinge, Bericht Nr. 9/44 v. 21. 6. 1944, BA F 727, Bl. 782. – In den Auffangslagern bei Minsk standen zumindest die Arbeitskräfte ausschließlich unter Aufsicht der Arbeitsverwaltung; WOK Minsk, Kommandanturbefehl Nr. 149 v. 19. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 18189, Bl. 530.

223 Untersuchungsbericht Stadt Baranowitschi v. 1. 1. 1945, StA München I 113 Ks 1/65a-b, Hilfsakten.

224 HeWiFü Mitte, KTB-Rückblick 1. Quartal v. 7. 4. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 158f.

225 203. Sich.Div., Abt. VII/Mil.Verw., Lagebericht 26. 2.–25. 3. v. 26. 3. 1943, BA-MA RH 26–203/7; WiIn Mitte, Chefgr. La, Sonderstab Agrarordnung, Befehl der Deutschen Landwirtschaftlichen Hauptverwaltung an alle Bäuerlichen Gemeinwirtschaften, Betr.: Unterbringung und Versorgung der Flüchtlingsbevölkerung aus den Kampfgebieten v. 23. 3. 1943 (russ. gedruckt GebA Minsk 1604–2–1, Bl. 48/R) sowie ebenso, Fachliche Weisung Nr. 8 (russische Dienstweisung Nr. 3), BA-MA RW 31/303a, Bl. 128–131.

226 KTB WiIn Mitte v. 17. 2. 1943, BA-MA (BArchP)F 42859, Bl. 732; OK I/726 (Glusk) an Korück 532, OQu, betr.: Unterbringung weiterer Evakuierte v. 28. 2. 1944, ZStA Minsk 570–1–1, Bl. 1. Zum Zivilverwaltungsereich vgl. GebK Baranowitschi, Tätigkeits- und Erfahrungsbericht v. 11. 8. 1944, und GebK Brest, A II, Arbeitslagebericht Juni v. 24. 6. 1943, BA F 13751, Bl. 134 und 1168 (Aktion »Blitz«).

227 Angeblich sollte das geschehen, um »die Härte der Evakuierung und das Auseinanderreißen der Familien erträglicher zu machen«; eine bloße Bemäntelung, wie eine treffende Randnotiz am zitierten Papier

Das bezog sich inzwischen nicht mehr nur auf Evakuierte aus weit entfernten Gegenden, sondern auch aus der näheren Umgebung. Seit dem Herbst 1943 wurden die deutschen ARLZ-Maßnahmen (Auflockerung, Räumung, Lähmung, Zerstörung) planmäßig und systematisch so durchgeführt, daß die Bevölkerung großer Gebiete hinter der Front abtransportiert wurde, lange bevor der Beginn eines weiteren Rückzugs absehbar war. Hunderttausende Menschen gerieten dadurch in die Mühlen der Selektion. Bei der Heeresgruppe Mitte sollte zunächst »eine 40-km-Zone ostwärts der Panther-Stellung durch Kahlfrass möglichst in eine Wüste verwandelt werden.« Alle Truppenteile sollten sich »grosszügig und frei von fiskalischen Hemmnissen« selbständig alles, was möglich war, aus Lagern und an Vieh besorgen.²²⁸ Dadurch blieb der Bevölkerung keine Lebensgrundlage mehr. Anschließend wurden die Einwohner einer 20 Kilometer-Zone zwischen Dnjepr/Dwina und der östlich davon gelegenen Front weitgehend evakuiert, der Rest der Lebensmittelreserven beraubt, von Lieferungen abgeschnitten und öfters mit Artillerie beschossen. Während sich die 9. Armee hiermit begnügen wollte, beabsichtigte die 4. Armee, darüber hinaus eine 100 Kilometer-Zone zu räumen. Diese hätte, auf die gesamte Heeresgruppe bezogen, fast den ganzen verbliebenen Militärverwaltungsbereich mit 2,5 Millionen Einwohnern umfaßt. Eine derartige Evakuierungsaktion war allerdings von vornherein undurchführbar.²²⁹ Die 2. Armee ließ nur »Frauen und nicht mehr wehrfähige Männer für die Landwirtschaft« zurück (»Nutzlose Esser sind dem Feind zu überlassen«), während alle anderen Arbeitskräfte herausgezogen wurden,²³⁰ und beliebte, die ersteren im Stabsjargon als »Restfamilien (Bodensatz)« zu bezeichnen, die in bestimmten »vorgesehenen Räumen« konzentriert wurden.²³¹

In diesen Zusammenhang gehören die scheinbar unerklärlichen Verbrechen in den berüchtigten Todeslagern bei Osaritschi.²³² Sie wurden von der 35. Infanterie-Division unter Generalmajor Richert verantwortet (er hatte sich bereits als Kommandeur der 286. Sicherungsdivision durch besondere Brutalität ausgezeichnet), die zur 9. Armee gehörte. Die Grundlagenebefehle stammten vom Oberbefehlshaber der 9. Armee, General Harpe.²³³ Anfang März 1944 wurden aus dem Raum Shlobin-

zeit: »Die Auseinanderreißung der Familien würde damit bestehen bleiben«. AWiFü 4, Lagebericht 16. 11.–15. 12. v. 24. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 549; vgl. HeWiFü Mitte, Aktenvermerk über Besprechung am 28. 12. v. 29. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 632f.

228 OKdo. H.Gr. Mitte, OQu/QuI/Qu 2/HeWiFü (gez. v. Unold) v. 19. 9. 1943 (Abschrift), BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 287. Siehe auch OKH/GenStdH/Op.Abt. I Nr. 430585/43g.Kdos., 2. Ausführungsbefehl zum Führerbefehl Nr. 10 (gez. Zeitler) v. 4. 9. 1943, BA-MA RW 4/v. 708, Bl. 67/R.

229 AWiFü 9, Tätigkeitsbericht 47/43 28. 11.–4. 12. v. 5. 12. 1943, BA-MA WF-03/17277, Bl. 103ff.; HeWiFü Mitte, Besprechungsvermerk v. 29. 12. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 632; Niederschrift über die Besprechung [Niedenführ-Freitag-Schettler] am Sonntag, den 28. Nov. 1943, ZStA Minsk 412-1-199, Bl. 78f.; Aussagen des Angeklagten Gottfried v. Erdmannsdorff beim Minsker Kriegsverbrecherprozeß (Januar 1946), in: Kohl (Hg.), Die Minsker Protokolle, in: »Die Wahrheit« v. 10./11. 9. 1988.

230 AOK 2, OQu./Ic/IVa/IVb./A.Wi.Fü./VII/Qu, Betr.: Erfassung der Zivilbevölkerung (Durchführungsbestimmungen) v. 27. 5. 1944 (gez. v. Tresckow), BA-MA WF-03/26817, Bl. 51–62.

231 AOK 2, O.Qu./A.WiFü./Qu.2, Betr.: Erfassung von 10 bis 13jährigen Jungen und Mädchen bei Bandenunternehmen v. 28. 6. 1944 (Unterschrift: v. Tresckow), BA-MA WF-03/26818, Bl. 299.

232 Zu Osaritschi allgemein siehe Vortrag Oberjustizrat Smirnow v. 16. 2. 1946 aus dem Nbg. Dok. USSR-4, in: IMT, Bd. 7, Bl. 635ff.; Sosnovsky, S. 97; N. Müller 1971, S. 281f.

233 »Die nicht arbeitsfähige Bevölkerung (Greise, Kranke, Kinder und Mütter mit mehreren Kindern) hat im allgemeinen in ihren Orten zu verbleiben«, während der Rest abzutransportieren war. Fschr. AOK 9, Ia/Ic/O.Qu./Qu.2 Nr. 8938/43geh (Datum unleserlich, etwa Dezember 1943/Hervorhebung im Original),

Oktjabski-Osaritschi die arbeitsfähigen Männer sowie Frauen ohne Kinder weggebracht, teilweise auch Menschen aus den Wäldern aufgegriffen.²³⁴ Den Rest, mehr als 40000 Frauen mit Kindern und alte Leute, konzentrierte deutsches Militär auf Befehl Richerts zwischen dem 9. und 13. März in drei Lagern ohne jegliche Gebäude oder Einrichtung bei Osaritschi und Domanowitschi. Diese Menschen waren teils mit der Eisenbahn – aus Shlobin – gebracht worden, teils wurden sie unter viehischen Grausamkeiten im Fußmarsch zu den Lagern getrieben. Viele waren Evakuierte aus Rußland. Offenbar wurden sie unterwegs in eine Reihe improvisierter Lager in der Nähe der Bahnstrecke Kalinkowitschi-Bobruisk gebracht; einige hatten bereits eine monatelange Odyssee zwangsweiser Lageraufenthalte hinter sich. Die drei Sammellager befanden sich in einem Sumpfgebiet in Frontnähe. Dort wurden die Insassen schutzlos bei Schnee-, Frost- und Matschwetter in mit Stacheldraht umzäunten Arealen festgehalten, ohne jegliche sanitäre Einrichtungen, ohne medizinische Versorgung, umgeben von vielen, niemals entfernten Leichen, binnen acht bis zehn Tagen nur zwei- bis dreimal versorgt mit Broten, die in völlig unzureichender Menge von Lastwagen aus einfach über den Zaun geworfen wurden. Die Wachmannschaften der 35. Infanterie-Division schossen oft beim geringsten Anlaß oder ganz ohne Grund, auch auf Kinder, wie schon auf dem Marsch; manche Posten sogar auf Versuche der Internierten hin, vom Sumpfwasser zu trinken, Feuer zu machen oder zuweilen nur den Kopf zu heben. Täglich wurden Menschen abtransportiert – zur Erschießung. Obendrein wurden, wie Aussagen zweifelsfrei belegen, gezielt Typhuskranke unter die Lagerinsassen gemischt, die Lager mit Mörsern beschossen und schließlich vermint, um den Vormarsch der gegnerischen Truppen in jeder denkbaren Weise aufzuhalten.²³⁵ Als die sowjetische Armee die Lager am 19. März 1944 befreite, fand sie 8000 bis 9000 Tote und 33480 Überlebende vor; darunter 15960 Kinder bis 13 Jahre, 13072 arbeitsunfähige Frauen und 4448 alte Leute. 4052 Personen, darunter 2370 Kinder, mußten in Krankenhäuser ge-

BA-MA WF-03/17277, Bl. 279. Vgl. Romanowski u. a., S. 214; N. Müller 1971, S. 281f., und ders. 1991, Einleitung, S. 82. – Richert beschuldigte auch seinen Korpskommandeur, General Hoßbach, ihm entsprechende Befehle erteilt zu haben: Vern. v. 26. 12. 1945 und 16. 1. 1946, Archiv P. Kohl.

234 Vgl. Aussagen I. O. Romanenko und L. Pekorskaja, in: Ausserordentliche Staatskommission: Die Todeslager. Auszuege aus der Aktenammlung ueber die Greuelaten der deutschen faschistischen Eindringlinge in Belorussia (Nbg. Dok. USSR-33), ZStA Moskau 7445-2-96, Bl. 252-254, Romanenko auch in: Beluga, 1. Auflage 1963, S. 123f. (ihm zufolge sollen bei der Evakuierung von Shlobin auch Waffen-SS und Gendarmerie beteiligt gewesen sein); Mitteilung der Kommission zur Untersuchung der Greuelaten der Faschisten über die Ausrottung sowjetischer Bürger mittels Infizierung mit Typhus, ebd., S. 134; Aussagen A. K. Zauer, in: Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 130-132; N. Müller 1971, S. 281f.; Vortrag Smirnow, wie Anm. 10/232 dieser Darstellung.

235 Vern. A. M. Schewtschenko, W. S. Muraschkin, I. O. Romanenko, L. L. Bykowa, I. P. Baranowa, N. K. Shurawljowa sowie Akt einer Kommission aus Militärs und Zivilisten über die faschistischen Greuelaten und Verspottungen an sowjetischen Bürgern in KZ bei Osaritschi, in: Beluga (1. Auflage 1963), S. 118-137; Ausserordentliche Staatskommission: Die Todeslager, mit Aussagen I. O. Romanenko, L. Pekorskaja, M. J. Oswetruewa, U. M. Manjko und M. J. Pikul, Nbg. Dok. USSR-33, ZStA Moskau, 7445-2-96, Bl. 252-256; Vern. Johann Georg Richert v. 26. 12. 1945 und ders. sowie der Zeugin E. W. Tritjakowa v. 16. 1. 1946, Archiv P. Kohl; Vern. J. K. Josifowitsch v. 23. 10. 1947, ZStA Minsk 861-1-12, Bl. 72f.; Aussagen M. W. Budnik, in: Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 353; Erinnerungen Sina Prichodko, in: Alekijewitsch, S. 165-168 (kurz vor der Exekution entkommen); Erinnerungsbericht Maria X. (Gomel), September 1998. Hinsichtlich der Typhusinfizierung ist ein Zusammenhang mit den etwa gleichzeitig stattfindenden Experimenten des Professors Bormann im Dulag in Bobruisk (Streit 1995, S. 82) zu vermuten.

bracht werden. Bis zum 31. März traten bei den Überlebenden 1526 Typhusfälle auf.²³⁶ Die Todesopfer waren erschossen worden, erfroren und durch Entkräftung umgekommen, an Typhus und infolge Granatwerferbeschuß gestorben.

So gingen deutsche Offiziere und Frontsoldaten 1944 mit »unnützen Essern« um. Osaritschi ist zweifellos ein Extremfall, aber auch das folgerichtige Ende einer langen Kette von verbrecherischen Maßnahmen gegen die ausgesonderten »Arbeitsunfähigen« durch die deutschen Besatzungsbehörden in Weißrußland. Und es war kein einmaliger Akt: Die 35. Infanterie-Division hatte bereits zuvor die Bevölkerung ihres Bereichs beim Rückzug zwangsweise mitgeführt. Anfang April 1944 sortierte sie schon wieder »die aus den Wäldern ausgekämmten Zivilisten«, das heißt Flüchtlinge vor den Deutschen, die auf ihre Befreiung durch die Sowjets warteten, in »a) Seuchenverdächtige und Kranke in Jater, b) nicht Arbeitsfähige, Greise, Kinder, Invaliden usw. in Malkoff, c) Arbeitsfähige (für ortsgebundenen Einsatz) in Bobrowitschi«, wobei von den »unter Zif. 1. a)-b) fallenden Zivilisten etwa 3500 vorhanden« waren, deren »Abschub« zu den Sowjets die Division vorbereitete. In der Nacht vom 16. zum 17. April 1944 wurden im Abschnitt des LVI. Armeekorps »40000 nicht einsatzfähige Zivilrussen zum Feind abgeschoben«, worunter man sich wohl eine ähnliche, wenn auch weniger brutal ausgeführte Aktion als bei Osaritschi vorzustellen hat.²³⁷

Für ein normales Leben der verbliebenen Zivilbevölkerung blieb immer weniger Raum. Witebsk, Mogilew und Orscha waren zum Jahreswechsel 1943/44 weitgehend zwangsevakuert worden. Tausende warteten seit Frühjahr 1944 in den Wäldern auf die Ankunft der sowjetischen Armee. Einen neuen Eingriff in das Leben der Städte stellte die neue militärische Taktik von deutscher Seite dar, »Feste Plätze« zu bilden. Sofern und solange sie sich keiner Selbsttäuschung hingab, war sich die deutsche militärische Führung im klaren, daß die Heeresgruppe Mitte dem sowjetischen Gegner hoffnungslos unterlegen und eine sowjetische Großoffensive irgendwann zu erwarten war. Tiefe Durchbrüche der Sowjets erschienen dann unvermeidlich und die Bildung einer Auffanglinie aussichtslos. In dieser Lage sollten sich starke Wehrmachteinheiten in den zu befestigenden größeren Städten einschließen lassen und bis zu einem erhofften, aber keineswegs als sicher erachteten Entsatz möglichst zahlreiche gegnerische Kräfte binden, um so den Schwung der sowjetischen Offensive insgesamt abzubremesen.²³⁸

²³⁶ Kommissionsmitteilung zur Infizierung mit Typhus, wie Anm. 10/234 in dieser Darstellung; Akt einer Kommission aus Militärpersonen und Zivilisten über die Massenvernichtung von Alten, Frauen und Kindern in KZ bei den Dörfern Cholma und Medwedow, Bezirk Domanowo, im März 1944, in: Beluga (1. Auflage), S. 116–118; Akt der Expertenkommission über die sanitär-epidemiologischen Verhältnisse der KZ im Bezirk Osaritschi, ebd., S. 128–131; Bericht »Todeslager Osaritschi« (undatiert), ZStA Minsk 845–1–12, Bl. 1f.; Bericht über Osaritschi, ZStA Minsk 861–1–12, Bl. 64; Bilder des befreiten Lagers ZStA H. 3, Bild 458–522.

²³⁷ Mitnahme der Bevölkerung: OK I/726 (Glusk) an Korück 532 v. 28. 2. 1944, ZStA Minsk 570–1–1, Bl. 1. – Aussonderung: 35. Inf.Div., Ib (an Ia), Nr. 482/44geh, Betr.: Abschub von Zivilisten v. 8. 4. 1944, BA D-H FW 489, A. 10. Arbeitsfähige »für ortsgebundenen Einsatz« waren in der Regel Frauen mit Familie. – Abschub der 40000: HeWiFu Mitte, Abt. Arbeit, KTB-Beiträge für 17.–23. 4. v. 24. 4. und 1. 4.–30. 6. v. 4. 9. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 716f. und 729.

²³⁸ Der Führer/OKH/GenStdH/Op.Abt. (I) Nr. 2434/44g.Kdos., Führerbefehl Nr. 11 (gez. Hitler) v. 8. 3. 1944 mit Richtlinien und Anschreiben der H.Gr. Mitte v. 11. 3. 1944; WBfh. Weißruthenien, Ia, Kampfauftrag für den Kommandanten des Festen Platzes Minsk bzw. Sluzk v. 12. 4. 1944, BA-MA WF-05/7665, Bl. 1163–1168 und 1243–1246; KTB WBfh. Weißruthenien v. 14. 3. 1944, BA-MA WF-05/7663, Bl. 779f.

Mit anderen Worten: die Zertrümmerung der Heeresgruppe Mitte durch die Rote Armee, die zur schwersten und verlustreichsten Niederlage der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg wurde, kam für die deutsche Führung nicht überraschend. In den »Festen Plätzen« wurden Lebensmittel zur Truppenversorgung für ein halbes Jahr eingelagert.²³⁹ Vorbild war der Fall Kowel, wo die »Kampfgruppe von dem Bach« nach 19 Tagen den Einschließungsring durchbrochen hatte und entsetzt worden war. Vorbild waren auch die brutalen Maßnahmen von Waffen-SS und Wehrmacht in Kowel gegenüber der Zivilbevölkerung: »Schußfeld schlagen, Häuser abbrechen«, »Gefangenenlager möglichst in Stadtmitte vorsehen«, »Zusammenziehung der Zivilbevölkerung in einem Stadtteil, der bewacht werden kann«. »Arbeitsfähige Zivilbevölkerung ist kaserniert unterzubringen, zu Schanzarbeiten, Vergraben von Leichen usw. heranzuziehen.«²⁴⁰ Minsk, Sluzk, Baranowitschi, Brest, Pinsk, Luniniez, Bobruisk, Borissov, Orscha, Mogilew, Witebsk und Wilna wurden zu Festen Plätzen erklärt, befehligt von direkt der Heeresgruppe Mitte unterstellten Kommandanten im Rang zwischen Oberst und General der Infanterie, ausgesucht harten Offizieren, denen alle örtlichen Truppen unterstellt waren.²⁴¹ Die Folgen zeigt das Beispiel Mogilew: Dort ließ der am 26. März 1944 eingetroffene Kommandant, Generalmajor Gottfried v. Erdmannsdorff, 1000 durch Razzien aufgebrachte Zwangsarbeiter bei schlechter Versorgung in ein Lager sperren, 3000 »Arbeitsunfähige« in ein anderes, ließ 1400 Häuser niederreißen (fast alles, was von der halb zerstörten Stadt noch übrig war), in 10 km Umkreis auf dem Land alle Einwohner evakuieren und den Rest für vorgefälscht erklären. Lebensmittelmarken bekamen nur noch die am Stellungsbau beteiligten Arbeitskräfte, während weitere »Arbeitsunfähige« ohne Versorgung und Wohnungszuweisung aus der Stadt gebracht wurden. Schon vor seinem Eintreffen waren die zurückgebliebenen Einwohner mehrmals umgesiedelt und dann im Vorort Myschykowka konzentriert worden.²⁴² Da die gesamte Bevölkerung zu Schanzarbeiten herangezogen wurde, merkte sie natürlich, daß der deutsche Rückzug bevorstand, obwohl die Deutschen zur Tarnung und Beruhigung Maßnahmen ergriffen, die sie für zukunftsgerichtet hielten.²⁴³ Als die Sowjets schließlich angriffen, reagierte die deutsche Truppenführung örtlich unterschiedlich: In Witebsk sollte nur eine Division der Form halber zurückgelassen werden, doch schlossen die Sowjets auch das XIII. Armeekorps ein, im Raum Bobruisk wurden große Teile der 9. Armee eingekesselt, während die Wehrmacht Pinsk und Luniniez kampfflos räumte.²⁴⁴

239 Zitate, Abschlussbericht der Geschäftsstelle Orscha, Sitz Borissov, v. 8. 9. 1944, BA 34.02, Nr. 117, Bl. 15.

240 »Kowel« v. 12. 4. 1944, BA-MA WF-03/17320, Bl. 784f.; AOK 2, Betr.: Erfahrungsbericht Kowel v. 29. 4. 1944, BA-MA WF-03/26829, Bl. 69–75. Vgl. auch die Ausführungsbestimmungen zum Führerbefehl Nr. 11, ebd., Bl. 160ff.

241 Listen der Kommandanten: BA-MA WF-03/5430, Bl. 862 und 951.

242 Vern. Gottfried v. Erdmannsdorff v. 17. 1. 1946, in: Kohl, S. 245f.; Auszug aus dem Stimmungsbericht des SK 7b v. 13. 1. 1944, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 430f.; Koriück 559, 10-Tagesmeldung der Kommandanturen v. 10. 12. 1943, BA-MA WF-03/14395, Bl. 1032f.; The Living Memory, S. 24.

243 Z.B. den »Ausbau verschiedener Ruinen als Wohngebäude für Einheimische« und »die Anlegung eines neuen Friedhofes«. Stadtkommissar Minsk, Räumungsbericht v. 27. 7. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1600. Vgl. Sonderbericht über die [ZO-]Geschäftsstelle Orscha, Sitz Borissov, v. 7. 6. 1944, BA 34.02, Nr. 92, Bl. 157.

244 Siehe Gackenholz, S. 322–326; KTB Heeresgruppe Mitte, Ia, v. 24.–27. 6. 1944, BA-MA WF-03/9140; Bobruisk: Erinnerungen des Sanitätsgefreiten Kurt Hilsberg, in: Dollinger, S. 257–260; Aufruf von 15

Einer der letzten Akte der deutschen Herrschaft war, daß Kommandos des BdS Minsk die Insassen der verbliebenen Lager und Gefängnisse ermordeten. Schon ein bis zwei Tage nachdem die sowjetische Armee am 22. Juni 1944 zu ihrer Operation »Bagration« angesetzt hatte, zeichnete sich ab, welches Ausmaß der deutsche Rückzug annehmen würde. Da keine Zeit blieb, die Häftlinge mitzuführen, sollten diese Zeugen der deutschen Verbrechen und mutmaßlichen politischen Gegner zum Schweigen gebracht werden.²⁴⁵ Am 25. Juni wurden von den 499 Insassen des SD-Gefängnisses in Bobruisk 60 erschossen, 430 in einer Scheune bei Dubrowki verbrannt. Aus einem Zwangsarbeitslager in Borissow waren offenbar bereits im Mai 1944 Alte und Kinder abtransportiert und erschossen worden; von den restlichen Personen wurden 600 am 26. Juni, 800 am 27. Juni mit unbekannter Richtung aus dem Lager weggebracht und vermutlich ermordet, am 28. Juni die übrigen 900 Frauen und Kinder (darunter neu Eingelieferte) und die 600 Männer getrennt erschossen. Lagerverantwortliche und Ausführende sind unklar. In einem sogenannten »Lager für Geheimnisträger« in Smolewitschi bei Minsk sollen die rund 2500 Insassen schon im Mai 1944 umgebracht worden sein. Im SD-Lager Kolditschewo bei Baranowitschi wurden zwischen dem 27. und 29. Juni 2000 Häftlinge ermordet, 300 nach Deutschland gebracht. In Trostinez wurden Ende Juni 1944 bis zu 6500 Menschen konzentriert und teils erschossen, teils in pausenlosen Gaswageneinsätzen ermordet. Darunter waren die Lagerinsassen einschließlich der letzten etwa 500 deutschen und weißrussischen Juden, die Häftlinge aus dem Lager in der Schirokejastraße, aber auch viele Männer, Frauen und Kinder aus den umliegenden Orten. In ihrer Verzweiflung verstreuten die Menschen vor ihrem Tod Fotos mit letzten schriftlichen Mitteilungen, die von ihrem Schicksal zeugen sollten. Die in einer großen Scheune gesammelten 6500 Leichen wurden verbrannt.²⁴⁶ Allein diesen Aktionen fielen also in einer Woche insgesamt mindestens 12 000 Menschen zum Opfer. Vermutlich waren es aber wesentlich mehr, da es noch weitere, unbekannt gebliebene Fälle gegeben haben dürfte.

durch die Sowjets gefangengenommenen Generalen, gez. Bamler, Kommandeur der 12. Inf.Div., in: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 182–187, und das sowjetische Propagandablatt »Front-Illustrierte für den deutschen Soldaten« Nr. 11 (84), 1944, BA F 5548, Bl. 8201f.; GebK Pinsk, Räumungsbericht v. 16. 7. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1345.

²⁴⁵ Vermutlich gab der BdS, Seetzen, hierzu einen Befehl des RSHA weiter. Im Generalgouvernement waren die Weisungen ähnlich (Rückert 1977, S. 287, Anm. 85). Bereits etwa am 20. 9. 1943 waren in Gomel und Roslawl vom SK 7a und vom EK 8 alle Gefängnisinsassen (eine unbekannte Zahl bzw. 700 Menschen) ermordet worden, in Roslawl vier Tage vor der Befreiung. Vern. H. K. v. 22. 8. 1962, ZStL 202 AR-Z 81/59, Bl. 958; ZStL II 202 AR 2088/66, LO VIb, Einstellungsverfügung v. 2. 12. 1969, hier Bl. 2126–2134.

²⁴⁶ Vgl. Akt der außerordentlichen Kommission des Rayons Puchowitschi v. 27. 9. 1944, ZStL 202 AR-Z 179/67, Dok.Bd. 1, Bl. 75–77 (Bobruisk); Kohl, S. 116 (Borissow), 46 und 255, Anm. 25 (Kolditschewo); Vern. Dr. K. S. v. 25. 10. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 5657 (Smolewitschi). Trostinez: Vern. Anna Sergejewna Koreta v. 17. 7. 1944, ZStA Minsk 845–1–62, Bl. 17–22 und Grigori Iwanowitsch Beljajew v. 18. 7. 1944, ebd. Bl. 74–76 (Schirokejastraße); Vern. W. A. Baschko v. 15. 7. 1944, ebd., Bl. 16; undatierte Vern. Wladimir Adamowitsch Buzewitsch, ebd., Bl. 27–32 (Opfer aus Umgebung; Abmessungen der Scheune 80 mal 15 mal 4 Meter); Vern. J. S. (tschechische Jüdin) v. 20. 3. 1962 und ihr Brief v. 11. 4. 1948, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 10533f. und 10547 (Opfer aus Umgebung); Urteil LG Koblenz 9 Ks 2/62 v. 21. 5. 1963, in: Justiz und NS-Verbrechen, Bd. 19, S. 204 (Juden); Kohl, S. 83 und 101; Bericht G. S. Begun, aufgenommen von P. Kohl, in: Lenhard, S. 284 f. (Fotos); »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR-38, BA F 16030 (u. a. Zahl der Opfer in der Scheune).

Aber auch das war noch nicht das letzte Verbrechen der Deutschen in Weißrußland. Es folgten noch Plünderung und Zerstörung der Städte beim Abrücken. Der sowjetischen Armee und der weißrussischen Bevölkerung sollte buchstäblich nichts gelassen werden. Was die Plünderung, die sogenannte wirtschaftliche Räumung angeht, hatte sie als »Auflockerung« schon Monate zuvor begonnen. In Städten in Frontnähe wie Witebsk, Mogilew und Orscha war die Wirtschaftstätigkeit ganz eingestellt, in Bobruisk und Borissov teilweise; tausende Tonnen Halbfertig- und Fertigprodukte, Agrargüter, Maschinen und Geräte waren nach Deutschland, Polen und ins Baltikum abtransportiert worden. Das beruhte auf Erfahrungen der vorangegangenen Rückzüge, vor allem im Herbst 1943, als bei der überstürzten Rückwärtsbewegung nur relativ wenig Wirtschaftsgüter hatten mitgeführt werden können.²⁴⁷ Im Sommer 1944 blieben den deutschen Truppen, mit Ausnahme der 2. Armee und des Bezirks Bialystok, nur wenige Tage Zeit, so daß die Räumung hauptsächlich am Wagonmangel scheiterte.²⁴⁸ Doch die Zeit reichte oft noch, um die Städte zu sprengen, anzuzünden und die Ruinen zu verminen. Grundlegend dafür waren Befehle Hitlers, Görings, Himmlers und der Wehrmachtführung aus dem Herbst 1943, dem Gegner eine »Wüste« zu hinterlassen.²⁴⁹ Göring hatte mit der Festlegung der Richtlinien den Chef des Wirtschaftsstabs Ost, General Stapf, beauftragt. Allerdings verfolgte die Wehrmacht die Politik der verbrannten Erde, weniger systematisch, schon viel länger. OKH und Heeresgruppe Mitte waren sich einig: Da Luftbilder der 1943 verlorenen Gebiete zeigten, daß die Sowjets zahlreiche Betriebe, besonders Elektrizitätswerke, trotz Ausbau aller Maschinen wieder in Gang hatten bringen können, müsse man auch die Gebäude zerstören.²⁵⁰ Nach den Richtlinien des Wirtschaftsstabs Ost arbeiteten dessen Beauftragte – Rittmeister Ulrich v. Pufendorf und für den Landwirtschaftssektor Major Ernst Seifert – eine radikale »Räumungsordnung« und weitere Bestimmungen aus. Auslösender Befehl und Durchführung lagen bei den

²⁴⁷ Vgl. WiIn Mitte, Stab, Aktenvermerk über Dienstbesprechung aus Anlass des Besuchs General Stapf, BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 1163, 1166; Vorläufiger Bericht über die Räumung von Treugut und die Abwicklung von Betrieben [der Ostfaser] in geräumten Gebieten, Stand 28. 2. v. 8. 3. 1944 und Ostland-Faser GmbH, Hauptstelle Minsk, Bericht über die Räumung im Textilgebiet im Bereich der WiIn-Mitte v. 10. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42747, Bl. 289, 304–309, 315 f.; WiIn Mitte, Chefgr. La, KTB-Beitrag Oktober 1943 und Rückblick des Inspektors für 1. 7.–31. 10. 1943, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 195 f. und 335 (7 % der Pferde, 9,5 % der Rinder, 15 % der Schafe zurückgeführt); Abschlußbericht WiStab Ost, in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 377–379.

²⁴⁸ Siehe Stadtkommissar Minsk, Räumungsbericht v. 27. 7. 1944, BA-MA FPF-01/7869, Bl. 1601, 1604 sowie weitere Räumungsberichte in diesem Film; Bericht über die Räumung des RVD-Bezirktes Minsk, Verkehrlicher Teil (undatiert), BA-MA H 12/244; Zusammenstellung der Räumungs-Ergebnisse im Armeebereich AOK 2 für die Zeit vom 2.–22. 7. 1944, BA-MA (BArchP)F 18038, Bl. 914; Gebietslandwirt Ackermann (Brest), undatiertes Abschlussbericht, BA F 13747, Bl. 464: Ins Generalgouvernement seien gebracht worden »6165 Kühe, 6050 Schafe, 1783 Pferde, 4245 Menschen.«

²⁴⁹ Siehe N. Müller 1971, S. 249 ff.; Befehl Himmlers an Prützmann v. 7. 9. 1943, in: IMT, Bd. 38, S. 210; Durchführungsbestimmungen v. 12. 9. zum Erlaß Göring v. 7. 9. 1943, in: Müller, Wirtschaftspolitik, S. 577–580.

²⁵⁰ Okdo. H.Gr. Mitte, Ia/OQu/He.Wi.Fü./Gen. d. Pi. v. 18. 1. 1944; Okdo. H.Gr. Mitte/O.Qu./Qu.2/Gen. d. Pi./He.Wi.Fü., Betr.: Vorbereitung zur Zerstörung und Lähmung von Wirtschaftsobjekten v. 23. 1. 1944 mit OKH/GenStdH/GenQu, Abt. Kr.Verw. (Qu.4) Nr. II/60/44g.Kdos., BA-MA WF-03/5388, Bl. 610–612 und 732–734.

militärischen Kommandobehörden.²⁵¹ Nach dem Zerstörungskalender des Wehrmachtbefehlshabers in Weißruthenien waren Tausende von Objekten zu vernichten: Bahnhöfe, Postämter, Fabriken, Werkstätten, Mühlen, Lager, Verwaltungsgebäude, Apotheken, Krankenhäuser und vieles mehr.²⁵²

Die deutschen Truppen handelten nach ihren Anweisungen. So brannten sie im Gebiet Sluzk auch auf dem Land alle Mühlen, Molkereien, Lager und Elektrizitätswerke nieder; so sprengte die 391. Feldausbildungsdivision beim Abzug zahlreiche Gebäude in der Stadt Glebokie, wo etwa 100 Objekte zur Vernichtung vorgesehen waren, in Baranowitschi war es die 52. Infanterie-Division.²⁵³ In Minsk waren von 332 Betrieben vor dem 22. Juni 1941 im Juli 1944 noch 19 erhalten, 4300 Minen wurden von den Sowjets entschärft. Dabei beurteilte Stadtkommissar Becker die Sprengungen noch als zu unsystematisch; tatsächlich blieben einige Regierungsgebäude, das Rundfunkgeräte- und ein Elektrizitätswerk erhalten.²⁵⁴ Sahen die Befehle der 293. Infanterie-Division vor, daß zum Zeitpunkt der Sprengung die Zivilisten die bevölkerten Punkte einer Stadt nicht mehr verlassen durften – allerdings weniger zum Schutz der Bevölkerung als vielmehr der Sprengung –, nahmen die deutschen Truppen im bis dahin völlig unzerstörten Pinsk weniger Rücksicht und brannten die halbe Stadt ab. Witebsk, eine eingeebnete Wüste, verminten sie stark.²⁵⁵ In der Brestler Stadtbibliothek wurden alle Bücher – der Jahre zuvor von den Deutschen »gesäuberte« Bestand – verbrannt, in der großen landwirtschaftlichen Bibliothek in Gorki das, was man abzutransportieren nicht geschafft hatte, verwüstet und geplündert.²⁵⁶ Überhaupt ist es denkbar, daß Einheiten oder einzelne Wehrmachtangehörige Widerstand gegen die Zerstörungsbefehle geleistet haben oder sie sabotierten – aber anhand der vorliegenden Quellen und Berichte ist nichts dergleichen nachweisbar. Dagegen liegen Berichte über individuelle Plünderungen durch Wehrmachtsoldaten vor wie aus Minsk während der Tage unmittelbar vor der sowjetischen Einkreisung.²⁵⁷ Daraus

251 Vermerk Labs (RMO) v. 2. 5. 1944 (zu Pufendorf) und RMO, II 1d, Sicherung der Bereitschaft für Auflockerungs-, Räumungs-, Lähmungs- und Zerstörungs- (ARLZ-)Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet in Weißruthenien mit Anschreiben v. 15. 5. 1944, BA F 13741, Bl. 364 und 378–384; RMO/Chef WiStab Ost, Räumungsordnung für GK Weißruthenien und Bereich Mitte (undatiert), BA-MA (BArchP)F 42743, Bl. 856–60; WiStab Ost, Chefgr. La, Auszug Monatsbericht September 1943, BA-MA RW 31/303b, Bl. 44 (zu Seifert); GK Weißruthenien, Bericht über die Räumung des GK Weißruthenien v. 15. 7. 1944, BA-MA PPF-01/7847, Bl. 349; HeWiFü Mitte, Aktenvermerk Besprechung des Arbeitsstabes Weiß-Ruthenien am 27. 6. 1944, BA-MA (BArchP)F 42861, Bl. 625–627.

252 BA-MA WF-05/7672, Bl. 849–952.

253 GebK Sluzk, undatiert Räumungsbericht, BA-MA PPF-01/7869, Bl. 1651; Vern. Albrecht Digeon v. Monteton v. 4. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, A. 8, Bl. 70f. (Glebokie). Der Abschnitt über Glebokie im Räumungskalender des WBfh. Weißruthenien ist abgedruckt in N. Müller 1982, S. 380–388. Ferner Olechnowitsch, S. 23.

254 N. Müller 1991, Einleitung, S. 86; Stadtkommissar Minsk, Räumungsbericht v. 27. 7. 1944, BA-MA PPF-01/7869, Bl. 1612; Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. 9, S. 67. Die nach sowjetischen Ermittlungen verantwortlichen acht Divisionen nennt »Das in Minsk gesammelte Beweismaterial«, Nbg. Dok. USSR-38, BA F 16030.

255 Vgl. Adamowitsch/Bryl/Kolesnik, S. 441 (293. Inf.Div.); Gebietskommissar Pinsk, Bericht v. 16. 7. 1944, BA-MA PPF-01/7869, Bl. 1348; Kohl, S. 132f. (Witebsk).

256 Ortsbeauftragter Brest-Litowsk, Vorläufiger Räumungsbericht v. 21. 7. 1944, BA-MA PPF-01/7869, Bl. 1677; AWiFü 4, Lagebericht 16. 10.–15. 11. 1943, BA-MA (BArchP)F 42746, Bl. 403.

257 Stadtkommissar Minsk, Räumungsbericht v. 27. 7. 1944, BA-MA PPF-01/7869, Bl. 1613.

und aus dem Zerstörungsergebnis ist zu schließen, daß folgende Feldpostbriefe eine nicht untypische Haltung wiedergeben:

»Die Fahrt zurück war insofern ein Erlebnis, als auf dem Rückzug alles, was nicht mitzunehmen war, zerstört oder verbrannt wurde. Hinter uns lag immer ein Halbkreis von brennenden Dörfern.«

»Dazu bezahlt der Russe jeden Kilometer, den er vorgeht, mit Strömen von Blut und großen Materialverlusten. Dazu kommt, daß er ein Land gewinnt, in dem alles, was nicht von uns mitgenommen worden ist, sogar die Bevölkerung, niedergebrannt, gesprengt, somit auf lange Zeit wirtschaftlich unbrauchbar gemacht worden ist... Jeder Landser hat diese komischen Gestalten von Bolschewisten gesehen, weiß, was passiert, wenn die über Deutschland kommen, und verhält sich auch demnach.«²⁵⁸

So wurden auch Befehle ausgeführt, beim Rückzug keine Gefangenen zu machen und die Dörfer niederzubrennen.²⁵⁹ Dagegen erschloß die Wehrmacht, entgegen der landläufigen Annahme, anscheinend nur in Ausnahmefällen vorsätzlich weißrussische Zivilisten beim Rückzug.²⁶⁰ Diese letzte Schranke hatte also offenbar vor dem brutalen Zweckdenken der deutschen Verwaltung, Militärspitze und Soldaten noch Bestand. Doch nicht zuletzt mit seiner Politik der verbrannten Erde sicherte sich Deutschland auf längere Sicht eine wirtschaftlich führende Stellung in Europa und versetzte der sowjetischen Wirtschaft einen »Schlag«, von dem sie sich jahrzehntelang nicht richtig erholte.²⁶¹

11. Die Beteiligung einiger Angehöriger der Offiziersopposition gegen Hitler an den Massenverbrechen in Weißrußland

Den Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung bildet die Politik, weniger die Persönlichkeit der Täter. Trotzdem dürfte das hohe Maß an grundsätzlicher Übereinstimmung deutlich geworden sein, das hinsichtlich der Besatzungspolitik zwischen nahezu allen Akteuren aus verschiedenen Institutionen herrschte. Differenzen bezogen sich in der Regel auf das taktische Vorgehen. Früher angenommene Gegensätze zwischen Pragmatikern und Ideologen lösen sich bei näherem Hinsehen größtenteils auf. Zwar erweisen sich selbst hartgesottenste Täter in der Regel als durchaus widersprüchliche Figuren, doch hatte das kaum Auswirkungen auf das Funktionieren der Vernichtungsmaschinerie.

²⁵⁸ Briefe eines ungenannten Wehrmachtangehörigen aus dem Mittelabschnitt an seine Mutter v. 14. 8. und 10. 9. 1943, in: Dollwet, S. 287.

²⁵⁹ Vern. E. K. (ehemals 36. Inf.Div.) v. 18. 6. 1947 und M. B. (ehemals 20. Pz.Div.) v. 15. 2. 1948 durch die Sowjets, ZStL 202 AR-Z 179/67, Dok.Bd. 1, Bl. 117 und 139.

²⁶⁰ Anderenfalls müßten in den zahlreichen ausgewerteten Kommissionsberichten und Zeugenaussagen mehr Fälle zu finden gewesen sein. Ein Gegenbeispiel jedoch in Adamovitch/Bryl/Kolesnik, S. 279f.

²⁶¹ Hierin folge ich Wilhelm 1975, S. 411f.

Wie schon angeklingen, gehörten zu den Befehlsgebern und Initiatoren der Massenverbrechen in Weißrußland auch teilweise namhafte Offiziere, die an der Opposition gegen Hitler beteiligt waren. Darunter war die Oppositionsgruppe im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte um Henning v. Tresckow und Rudolf-Christoph Freiherr v. Gersdorff, von der die Attentatsversuche am 13. und 21. März 1943 ausgingen. Von Tresckow spielte 1943/44 eine führende Rolle in der Opposition.¹ Einerseits bildeten diese Offiziere eine Gruppe, die der Täterseite im besetzten Weißrußland zuzuordnen ist, andererseits ist von ihnen eine besondere moralische Resistenz zu erwarten. Beides läßt es aufschlußreich erscheinen, ihre Haltung und ihr Handeln in bezug auf die deutsche Vernichtungspolitik eingehender zu betrachten – nicht allein wegen der anhaltenden Diskussion über diese Personen selbst, sondern auch wegen der daraus folgenden Erkenntnisse über diese Gruppe hinaus.

Im Gegensatz zu den Angaben in den Memoiren und der nur auf sie gestützten Forschung erfuhren die Oppositionellen im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte nicht erst geraume Zeit nach dem Einmarsch in die Sowjetunion von den Verbrechen in ihrem Bereich. Rittmeister Hans Schach v. Wittenau, stellvertretender Abwehroffizier (A.O.) III im Oberkommando, war bereits am 6./7. März 1941 über den geplanten Einsatz von Kommandos der Sipo und des SD und die von ihnen zu erwartenden »Executionen« informiert worden.² Von Anfang an erhielten und lasen die maßgeblichen Offiziere im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte die Berichte der Einsatzgruppe B, in denen offen über die Verbrechen an den Juden und anderen Bevölkerungsgruppen berichtet wurde und in denen die Dimension dieser Verbrechen erkennbar war.³ So hieß es im Bericht für 14.–28. Juli 1941, die Juden wüßten um die Bedeutung der Einsatzgruppen, daher sei festzustellen, daß sie in besonderem Maß vor den Deutschen flüchteten.⁴ Zu bezweifeln ist, daß die Heeresgruppe alle Berichte Nebes bekam, die ans RSHA gingen, doch sprechen eine Reihe von Umständen dafür, daß sie keine gesonderten Rapporte erhielt; die von ihr erhaltenen gingen

1 Vgl. Hoffmann, Widerstand, S. 327–388; Scheurig, S. 37 ff.; Schlabrendorff, Offiziere; ders., Begegnungen; Gersdorff; v. Boeselager o. J. (1990); Mühleisen (Hg.), S. 419–477. Ohne die von mir bereits veröffentlichte Darstellung hier im einzelnen wiederholen zu wollen, soll der Kenntnisstand hier kurz rekapituliert werden. Vgl. Gerlach 1994; überarbeitete und erweiterte Fassung; ders., Männer des 20. Juli. Im folgenden wird auf die zweite Fassung Bezug genommen. – In einem Punkt meiner Darstellung von 1995 (S. 440) ist ein Irrtum zu korrigieren: Obwohl um eine weitere Zusammenarbeit mit der SS bei der Aufstellung prodeutscher indischer Kampfverbände bemüht, bat Dr. Adam v. Trott zu Solz in seinem Schreiben an Himmlers persönlichen Adjutanten Grothmann v. 21. 8. 1942 *nicht* um einen neuen Termin bei Himmler (BA F 3327, Bl. 3078, bzw. BA NS 19/103, Bl. 1f.). Zu Trotts Begegnung mit Himmler am 15. 7. 1942 vgl. auch Clarita von Trott zu Solz 1994, S. 158. Sie erwähnt dort auch zwei Treffen Trotts mit Heydrich, von denen wegen der genannten Daten aber nur eines gesichert erscheint.

2 Zu Schach auch Hoffmann 1979, S. 331, zu seiner Funktion Dienstplan für das Okdo. H.Gr. B (Stand: 20. 6. 1941), BA-MA (BArchP)F 18495, Bl. 902.

3 Gerlach, Männer, S. 429f.; Nebes Berichte und Vortragsnotizen für 23.6.–13. 7., 9.–16., 17.–23. und 24.–31. 8. 1941 mit den Paraphen der Offiziere der H.Gr. Mitte in BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 3–55; ebenso auf Berichten der EGr B für 1.–15. und 16.–30. 9. sowie 15. 11.–15. 12. 1942: ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 4–203; letztere beide als Kopien in BA R 70 SU/9. Ferner KTB H.Gr. Mitte v. 1. 11. 1941, BA-MA RH 19 II/387, Bl. 10, über den Eingang des Tätigkeits- und Lageberichts der EGr B für 16.–31. 10. 1941.

4 Einsatzgruppe B II (SD), Betr.: Übersichtsbericht für 14. 7. bis 28. 7. v. 29. 7. 1941 (auszugsweise Abschrift), BA-MA WF-03/5769, Bl. 176. Der Bericht aus den Akten der Pz. Gruppe 3 dürfte über die H.Gr. Mitte dorthin gelangt sein.

auch nach Berlin.⁵ Zumindest im Sommer 1941 erläuterte Nebe seine wöchentlichen Berichte in mündlichen Vorträgen beim Oberkommando der Heeresgruppe, und zwar bei dem für Kontakte zur Einsatzgruppe zuständigen v. Gersdorff, beim Oberbefehlshaber v. Bock und beim Chef des Generalstabs, v. Greiffenberg.⁶ Die ersten dieser Vorträge Nebes wurden Ende Juni 1941 in Warschau und am 2. Juli 1941 gehalten. Zudem hielt Nebe über einen hochrangigen Verbindungsoffizier, SS-Sturm-bannführer Karl Schulz, ständigen Kontakt zu v. Gersdorff.⁷ Die Oppositionellen im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte trafen überdies Einsatzabsprachen mit dem Kommandostab Reichsführer-SS. Von Tresckow traf am 19. Juni 1941 SS-Briga-deführer Kurt Knoblauch, den Chef des Kommandostabs, und befahl ihm die Unter-stellung aller seiner Einheiten unter das XXXXII.Armeekorps. Der anschließende Einsatz im »Sicherungs- und Säuberungsdienst« hatte Verbrechen gegen die Zivilbe-völkerung zur Folge.⁸ Zwischen dem 20. und 23. Juli 1941 führte die Abwehrabteilung des Kommandostabs unter ihrem Chef, SS-Hauptsturmführer Rudolf May, Gesprä- che bei der Heeresgruppe Mitte, vor allem mit Mays Pendant v. Gersdorff. Der war bereits über den geplanten Einsatz der SS-Kavallerie-Regimenter in den Pripjet-sümpfen informiert; er wurde von ihm im Namen der Heeresgruppe laut May »sehr begrüßt«. Über die mit dem Einsatz der SS-Kavallerie-Regimenter im Polesje ver-bundenen Verbrechen war man sich im Oberkommando der Heeresgruppe im klaren.⁹ Mitwissen und teilweise Unterstützung bei den Verbrechen von SS und Polizei gegen Juden und andere Zivilisten gingen also sehr weit.

Mitwissen allein ist kein Verbrechen. Doch fielen weitere Massenverbrechen direkt in die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit der Hitlergegner im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte. Von Gersdorff übte Kontrolle über den ihm zugeteilten Leiter der »GFP Ost« aus. Die Geheime Feldpolizei erschöß in Weißrußland tausende Zivilisten, darunter politische Gegner und auch Juden.¹⁰ Von Tresckow wurde als Ia-Offizier mit

-
- 5 In einem Fall liegen identische Berichte in zwei verschiedenen Beständen vor: EGr B, Tätigkeits- und La-gebericht für 16.–30. 9. 1942, BA F 40168, Bl. 187–258 (Akten Persönlicher Stab Reichsführer-SS) und ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 60–132 (Akten H.Gr. Mitte, mit Anschreiben v. 31. 10. 1942). Außerdem tauchen For-mulierungen und Passagen aus den erwähnten Berichten von 1941 in den »Ereignismeldungen« wieder auf. Schließlich ist bei den meisten Berichten an die H.Gr. Mitte von 1941 und 1942 der Adressat durch Pünktchen zunächst offengelassen und später maschinenschriftlich eingetragen worden, das heißt die Be-richte dienten zur Verschickung an mehrere Adressaten.
- 6 Vgl. EGr B, Vortragsnotiz für die Heeresgruppe Mitte v. 26. 7. 1941 und die erwähnten Augustberichte »zum Vortrag bei der Heeresgruppe Mitte«, Deckblätter BStU ZUV 9, Bd. 31, Bl. 25, 27, 34, 45. Vgl. Gers-dorff, S. 90; Vern. Rudolf-Christoph Freiherr v. Gersdorff v. 4. 5. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bd. 9, Bl. 862R-863. Gersdorffs Aussage bestätigt auch, daß Nebe »meiner Erinnerung nach wöchentlich Be-richte an mich, d. h. an die Heeresgruppe erstattete« (Bl. 863).
- 7 Siehe Vern. Karl Schulz v. 9. 3. 1959, ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bd. 1, Bl. 47; Vern. Kurt v. Kraewel (Ia des Be-rück Mitte) v. 27. 3. 1960, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1180R; Vern. Gersdorff v. 4. 5. 1959, wie Anm. 11/6, Bl. 864; v. Gersdorff, S. 91. – Zu den Vortragsterminen: ebd., S. 90; EM 10, 11 und 17 v. 2., 3. und 9. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1401, 1409 und 1450.
- 8 Siehe S. 86f. in dieser Darstellung.
- 9 Vgl. Kap. 7.2a, besonders S. 559 und 565f. in dieser Darstellung; Krausnick 1981, S. 222f. Zu May Kriegsrankliste KdoStab RF-SS, Stand 15. 7. 1941, BA NS 33/41, Bl. 11.
- 10 Siehe Dienstplan Okdo. H.Gr. B, Stand: 20. 6. 1941, und Dienstplan Okdo. H.Gr. Mitte, Stand: 27. 4. 1942 bzw. 15. 11. 1942, BA-MA (BArchP)F 18495, Bl. 617, 711, 901f. Zur GFP allgemein Gefßner; speziell Gerlach, Männer, S. 434, und z.B. Kap. 7.1a und Anm. 7/17, 22 und 37.

Hitlers Weisung Nr. 46 vom 18. August 1942 zuständig für die Bearbeitung der Partisanenbekämpfung im Oberkommando der Heeresgruppe Mitte und nahm sie – sogar schon einige Tage vorher – auch wahr.¹¹ Daß die Verantwortlichkeit für die verbrecherische Partisanenbekämpfung in den rückwärtigen Heeres- und Armeegebieten im wesentlichen bei der SS gelegen hätte, ist hinsichtlich der Unterstellungsverhältnisse wie der Praxis nicht haltbar.¹² Der Zeitraum der Zuständigkeit v. Tresckows, nämlich August 1942 bis August 1943, war von einer grauenhaften Verschärfung der Partisanenbekämpfung geprägt (siehe Kap. 9.3). Von Tresckow nahm hier allerdings im wesentlichen nur eine Aufsichtsfunktion wahr, die er sich bis zum Februar 1943 pragmatisch mit dem »Ia op« der Heeresgruppe Mitte teilte, Oberstleutnant Georg Schulze-Büttger, einem Mitverschwörer gegen Hitler. Vor und nach dem August 1942 hatte außerdem der Ic der Heeresgruppe, v. Gersdorff, bei Partisanenaufklärung und -bekämpfung mitzureden.¹³ Zwar lag die Führung von Operationen weiter vornehmlich in der Hand des Berück und der Korücks, doch war v. Tresckows Abteilung an der strategischen und taktischen Planung von Partisanenbekämpfungsoperationen beteiligt.¹⁴ Selbst wer versuchen würde, die Verantwortung für Verbrechen bei der Partisanenbekämpfung vom Widerständler v. Tresckow abzuschieben, käme in Schwierigkeiten, weil sich sowohl auf der nächsthöheren als auch auf der nächstniedrigeren Ebene in der entsprechenden Position (Führungsoffizier) ebenfalls Hitlergegner fanden: Ia im OKH war 1940 bis 1944 Oberst i. G. Adolf Heusinger, 1944/45 wegen Verwicklung in den Umsturzversuch vom 20. Juli zeitweise in Haft, später erster Generalinspekteur der Bundeswehr, und Ia beim Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Mitte war bis Februar 1943 Major Kurt v. Kraewel, der am 20. Juli 1944 als Kommandeur eines Sicherungsregiments den BdS Paris, SS-Standartenführer Dr. Helmut Knochen, verhaftete. Von Kraewel hatte unter anderem im Sommer 1941 regelmäßige Einsatzabsprachen mit der Einsatzgruppe B geführt.¹⁵

11 Dazu S. 923 f., besonders Anm. 9/287–288 in dieser Darstellung.

12 Siehe ebd., dagegen Gillessen, Zeugnisse. Gillessen hatte den Verfasser »schierer Unkenntnis der (wechselnden) Unterstellungs- und Befehlsverhältnisse bei den Sicherungstreitkräften im dreigestaffelten »rückwärtigen Gebiet« bezichtigt.

13 Vgl. zum Dienstbetrieb die Abzeichnung eingehender und herausgehender Schreiben bei der H.Gr. sowie Besprechungen mit anderen Stellen. Von Tresckow: KTB Berück Mitte, Ia, v. 7. 8. und 18. 8. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 787 und 803; Okdo. H.Gr. Mitte Ia v. 6. 2. 1943, StA Hamburg 147 Js 11/71 U, Dok.Sbd. 5 (»erstmalig die Zahl von 100000 erledigten Banditen überschritten«); Fschr. HSSPF Rußland-Mitte an Berück Mitte v. 25. 10. 1942, BA D-H ZM 1487, A. 19; BA D-H FW 490, A. 16, Bl. 1; FW 490, A. 11, Bl. 1; PzAOK 3, Ia, Abschlußmeldung Unternehmen »Kugelblitz« v. 8. 3. 1943 (3738 Feindtote), FW 490, A. 21; FW 490, A. 22, 1. Blatt; FW 488, A. 11, Bl. 9. – Schulze-Büttger: Berück Mitte, Ia, an Okdo. H.Gr. Mitte, Ia op, v. 30. 8. 1942, FW 490, A. 11, Bl. 2; KTB Berück Mitte, Ia, v. 11. 8. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 791; Anwesenheitsliste Divisions-Kommandeur-Besprechung v. 8. 10. 1942, WF-03/13353, Bl. 1296. – Zeichnung durch beide: BA D-H FW 490, A. 15, Bl. 1; ZR 809, A. 5, Bl. 5 (9. 2. 1943); FW 488, A. 11, Bl. 9. – Zeichnung durch v. Gersdorff: HSSPF Ostland, Betr.: Unternehmen »Winterzauber« v. 19. 2. 1943, ZM 1487, A. 11, Bl. 1; FW 490, A. 16, Bl. 1; Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, v. 2. 2. 1943 (Entwurf) an OKH/Op.Abt., FW 490, A. 17, Bl. 1 (alles BA D-H). – Schulze-Büttger war vom 22. 12. 1941 bis 27. 2. 1943 Ia op der H.Gr. Mitte: Kaltenbrunner an Bormann v. 11. 9. 1944, in: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 378.

14 Vgl. Okdo. H.Gr. Mitte an OKH/Op.Abt. v. 15. 7. und 17. 8. 1942 sowie Berück Mitte, Ia, an Okdo. H.Gr. Mitte v. 14. 8. 1942, in: Dokumente Heusinger, S. 137–141, 145 f. und 149–152; Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Betr.: Unternehmen »Schneeheise« v. 26. 1. 1943, BA D-H FW 490, A. 10, Bl. 2.

15 Zu v. Kraewel: Hoffmann 1979, S. 583, 587 und 589 (Ereignisse in Paris); Vern. Kurt v. Kraewel v. 27. 3. 1960, ZStL 202 AR-Z 52/59, Bd. 6, Bl. 1180 f.; EM 27 v. 19. 7. 1941, BA-MA SF-01/28929, Bl. 1569.

Konkret war v. Tresckow bei der Planung der deutschen Repressalmaßnahmen nach dem Partisanenüberfall auf die Eisenbahnstation Slawnoje (zwischen Borissow und Orscha) Ende August 1942 beteiligt. Obwohl genauestens informiert, obwohl Hitler und das OKH keine bestimmte Maßnahme befohlen hatten und obwohl v. Tresckow selbst zweimal mit dem Fall befaßt war, tat er nichts gegen die öffentliche Exekution von 100 meist Unbeteiligten (»Angehörige von Partisanen«) – darunter Frauen und Kinder. Das Verbrecherische dieser Hinrichtung durch die 286. Sicherungsdivision geht auch daraus hervor, daß sie mit Maschinengewehren durchgeführt wurde.¹⁶ Nach dem Ereignis von Slawnoje bemühte sich v. Tresckow persönlich darum, daß die SS-Kavallerie-Brigade, deren *teilweise* Zuführung zur Heeresgruppe Mitte schon vorher geplant war, in *allen Teilen* zugeführt wurde. Das geschah auch.¹⁷ Über den verbrecherischen Charakter dieser Einheit wußte v. Tresckow Bescheid, trotzdem wollte er sie nach kurzem Fronteinsatz zur Partisanenbekämpfung zwischen Smolensk und Witebsk einsetzen. Dabei kam, was kommen mußte: Durch die Brigade wurden im Einsatzraum »sämtliche Einwohner einiger Ortschaften einschließlich Frauen und Kinder erschossen.«¹⁸ Noch 1944 als Chef des Generalstabs der 2. Armee setzte v. Tresckow die nunmehrige SS-Kavallerie-Division zur Partisanenbekämpfung ein.¹⁹

Im Frühjahr 1943 hatte v. Tresckow außerdem Vorschläge verschiedener Armeen und Instanzen der Heeresgruppe zur Ergänzung der Partisanenbekämpfungsvorschrift des OKH ungekürzt nach Berlin weitergegeben. Danach sollten Kinder grundsätzlich festzunehmen, Frauen bei der Vernehmung zu foltern sowie Kinder zu verhören sein. Dagegen nahm er an anderen Anregungen der Armeen Kürzungen und Zusammenfassungen vor.²⁰ Außerdem unterschrieb v. Tresckow als Gene-

16 Zur Rekonstruktion der Fernschreiben zwischen OKH, Okdo. H.Gr. Mitte, Berück Mitte und 286. Sich.Div.: Gerlach, Männer, S. 436f. und 444, Anm. 43; ferner Darstellung der Partisanenattacke in Fsch. HBD Mitte v. 27. 8. 1942, BA-MA (BArchP)F 18490, Bl. 400, und Tagebuch Bach-Zelewski v. 31. 10. 1942, BA R 20/45b, Bl. 54f.; außerdem die Entlastungsaussage des in Minsk angeklagten ehemaligen Kommandeurs der 286. Sich.Div., Richert, über einen angeblichen Hitlerbefehl in seiner Vern. v. 20. 12. 1945 und 16. 1. 1946, Archiv P. Kohl. Für einen solchen Befehl gibt es keinen Quellenbeleg – für das Gegenteil, nämlich daß Hitler einen Vorschlag der Wehrmachtorgane für eine Vergeltungsaktion wünschte, sehr wohl.

17 KTB Berück Mitte, Ia, v. 24. 8. 1942, BA-MA WF-03/13352, Bl. 814 (»Teile« SS-Kav. Brig. sollen eintreffen); KdoStab RF-SS, Ia Nr. 612/42geh., Kommandobefehl Nr. 69 v. 25. 8. 1942, BA NS 19/1671, Bl. 132 (auch NO-949), Okdo. H.Gr. Mitte 6751/42g.Kdos. an LIX. A.K. v. 29. 8. und 6761/42g.Kdos. an OKH/Op.Abt., BA-MA (BArchP)F 56942, Bl. 559f. und 565f. (die Brigade sollte möglichst schnell »ihrer Eigenart entsprechende Aufgaben« übernehmen); Okdo. H.Gr. Mitte, Ia Nr. 6776/42g.Kdos. v. 30. 8. 1942 an OKH/Op.Abt., BA D-H FW 490, A. 23, Bl. 20f. (»nochmals« Bitte um »1.) Möglichst baldige Zuführung aller Teile der SS-Kav. Div.«, »2.) Baldige Unterstellung der SS-Brig.(mot) 1«), Hervorhebung im Original; Okdo. H.Gr. Mitte, Ia Nr. 6806/42g.Kdos. an OKH/Op.Abt. v. 31. 8. 1942, in: Dokumente Heusinger, S. 160f. (»Säuberung« des Gebiets von Demidow durch SS-Kav.Brig.).

18 Berück Mitte, Ia, Betr.: Einsatz des OD v. 3. 12. 1942, BA-MA WF-03/7417, Bl. 205f., 2. Exemplar BA D-H, FW 490, A. 11, Bl. 8f. Das Schreiben trägt dort die Paraphen v. Tresckows, Schulze-Büttgers und Wöhlers und bei der fraglichen Passage eine senkrechte (kritische?) Randanstreichung. Der Bericht setzte sich allerdings in erster Linie kritisch mit dem Umstand auseinander, daß auch einheimische Hilfspolizisten bei den Einsätzen erschossen worden waren.

19 Notiz über ein Telefonat v. Tresckow-GenLt Krebs (Chef des Generalstabs der H.Gr. Mitte), Februar 1944, BA-MA WF-03/35337, Bl. 168.

20 Vgl. S. 873f. in dieser Darstellung; Okdo. H.Gr. Mitte, Ia, Ergänzungs- und Änderungsvorschläge zu dem Merkblatt »Kampfanweisung für die Bandenbekämpfung im Osten« v. 9. 4. 1943, AOK 2, Ia v. 2. 4.

ralstabschef der 2. Armee Befehle über die Selektion der Zivilbevölkerung, wobei Kinder ab zehn Jahren als arbeitsfähig galten, über die Abschiebung sogenannter Nichtarbeitsfähiger und die Zwangsevakuierung produktiver Familien, über die Aussonderung sogenannter unzuverlässiger Elemente aus geplanten Wehrdörfern durch Sicherheitspolizei und SD sowie zur Massenentführung von Kindern bei der »Heuaktion«.²¹

Vor allem aber förderte und unterstützte v. Tresckow das Konzept zur Schaffung sogenannter toter Zonen des Kommandeurs des Kavallerie-Regiments Mitte, Major Georg Freiherr v. Boeselager, und damit eine weitere Verschärfung der »Bandenbekämpfung«, die zur Erweiterung der Zielgruppe und zum Anstieg der Zahl verbrannter Dörfer führte.²² Niemand zwang ihn zur Weitergabe der Vorschläge, schon gar nicht zu ihrer Unterstützung oder dazu, die Sache so groß aufzuziehen. Sein Mitverschwörer v. Boeselager, mit dem zusammen er vier Monate zuvor die Ermordung Hitlers hatte durchführen wollen, konnte dies nicht; v. Tresckow stand als Oberst zwei Ränge über ihm. Tresckow handelte vielmehr aus eigenem Antrieb, und das eben vier Monate *nach* jenem Attentatsversuch. Hier ist auch das Argument hinfällig, er habe sich als Gefolgsmann der Nazis tarnen müssen, da Männer wie er »Hitler doch nur aus dem täuschenden Dabeisein hätten nahe kommen und im Attentat beiseitigen können«.²³ Es war ihm ohne Gefahr möglich, v. Boeselagers Initiative im Sande verlaufen zu lassen. Fast jeder wartete damals mit Vorschlägen zur »Bandenbekämpfung« auf, doch nicht jeder kam bis zum OKH. Unkenntnis auf diesem Gebiet trägt zum Rückzug auf verharmlosende Positionen wie die Klaus v. Dohnanyis bei, daß man die »ganze Lage« berücksichtigen müsse, »Schutzmaßnahmen gegen Partisanen« eben erforderlich gewesen seien und »daß diese überall von großer Härte waren«.²⁴

Weitere Oppositionelle gegen Hitler waren ebenfalls an Massenverbrechen in Weißrußland beteiligt. Georg v. Boeselager fiel nicht nur durch seine strategischen Vorschläge auf, sondern führte seine Einheit bei Partisanenbekämpfungsaktionen im Auftrag der Wirtschaftsinspektion Mitte. Dabei war das Kavallerie-Regiment Mitte auserkoren, bei den versuchten Anschlägen im März 1943 und am 20. Juli 1944 Hitlers Gefolge oder Anhänger zu bekämpfen.²⁵ Leutnant Peter Yorck Graf v. Wartenburg, einer der prominentesten Widerständler und für viele eine moralische Institution, war

und PzAOK 3, Abt. Ic/A.O./ Ia v. 5. 4. 1943, BA-MA WF-03/5365, Bl. 849f., 928–934 und 940–943; Bl. 928 und 940: »Kindervernehmungen bringen oft überraschende und gute Aufklärungsergebnisse«.

21 Siehe S. 499 mit Anm. 6/293 in dieser Darstellung; Kap. 9.6b und Anm. 9/944; S. 1087f. mit Anm. 10/177–178; S. 1097 mit Anm. 10/230–231.

22 Siehe ausführlich S. 1028–1032 in dieser Darstellung. W. Heinemanns Darstellung (1998, S. 50–52) ist hier teils unzutreffend, insbesondere die Behauptung, das Boeselager-Konzept »habe ja auch eine Ablehnung der bisher praktizierten willkürlichen Erschießungen impliziert« (S. 52).

23 So Dohnanyi, Tod, gegen die Darstellung des Verfassers.

24 Klaus v. Dohnanyi, Rede zur Eröffnung der Ausstellung »Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945« in der Paulskirche zu Frankfurt am Main, 25. 1. 1998, S. 28–31, Zitat S. 29.

25 Dazu v. Boeselager, S. 17–23; John, S. 138ff.; Doepgen, S. 77f.; Stahlberg, S. 309f.; Hoffmann 1979, S. 345f. und 350–360. Vgl. Aktenvermerk über Besprechung am 31. 5. 1943 bei H.Gr. Mitte; Wiln Mitte, Stab I/Ia v. 4. 6. 1943; Aktenvermerk über Besprechung am 12. 6. 1943 mit Major v. Böselager [sic], BA-MA (BArchP)F 42860, Bl. 385, 434, 485.

1942 bis 1944 stellvertretender Gruppenleiter, dann Gruppenleiter I/Ia Wi[rtschaft] im Wirtschaftsstab Ost. Er hatte die Unterlagen für die Sitzung zur Partisanenbekämpfung beim Generalquartiermeister im Mai 1943 auszuarbeiten und verschärfte die ohnehin drastischen Richtlinien für die Darstellung, die mit zu einer Verschärfung bei der Schaffung »toter Zonen« führte.²⁶ Folgt man den Memoiren Matthiessens, war Yorck auch Adjutant des Chefs des Wirtschaftsstabs Ost, General Stapf, dessen vielfältige kriminelle Aktivitäten schon ausführlich geschildert wurden.²⁷ Stapf selbst hat nach Angaben eines anderen Mitarbeiters ebenfalls zu den Verschwörern des 20. Juli gehört.²⁸ Yorcks Zugehörigkeit zum Wirtschaftsstab Ost überschneidet sich mit seiner Tätigkeit bei der Haupttreuhandstelle Ost, zu der er Zugang gefunden hatte, nachdem ihn der Reichskommissar für die Preisbildung, Wagner, 1940 zu seinem »Generalreferent[en] für die Ostgebiete« ernannt hatte.²⁹ Von Gersdorff steuerte unter anderem die Entsendung von Propagandisten zur Anwerbung sogenannter Ostarbeiter. Später rechnete er es sich öffentlich als Verdienst an, daß er zugunsten in Kriegsverbrechen verwickelter deutscher Generale ausgesagt und ihre Mitwirkung dabei vertuscht hatte.³⁰ Der ehemalige Gebietskommissar in Borissow, Karl Bauer, wurde als Mitverschwörer vom Volksgerichtshof angeklagt, ebenso einer der wichtigsten Ernährungsexperten Backes, Professor Emil Woermann, nach dem Krieg Rektor der Universität Göttingen.³¹ Zu den Verschwörern des 20. Juli soll auch der zeitweilige Kommandeur des Infanterieregiments 727 im Herbst 1941, Freiherr de L. von L., gehört haben.³² Seine Einheit war das wesentlich aktivere der beiden Regimenter der 707. Infanteriedivision bei der Erschießung von über 10000 Juden im GK Weißruthenien.

Ist hier »Kenntnishaften mit Beteiligtsein« identifiziert worden? Wird hier »die Kenntnis von Verbrechen als bedeutungsgleich mit der Beteiligung an Verbrechen« gewertet, nur »gelesen und paraphiert« vorschnell als »akzeptiert, gebilligt, unterstützt oder gar betrieben« angesehen?³³ Gerade wer die konkret angeführten Vor-

26 Yorck wurde am 15. 7. 1942 zum WiStab Ost versetzt. Vgl. Stellenbesetzung WiStab Ost im 3. Vierteljahr 1942 sowie mit Stand v. 1. 4. 1943 und 1. 4. 1944, BA-MA (BArch)P F 43386, Bl. 859ff., 43388, Bl. 148ff., 43390, Bl. 474. Lediglich Finker 1978, S. 185ff., hat m. W. bisher diese Dienststellung wenigstens erwähnt. Ferner S. 1022f. dieser Arbeit. Zu Yorck vgl. Der Kreisauer Kreis, S. 21–24.

27 Matthiessen, S. 430.

28 Von Vegesack, S. 12.

29 Treuhandbesprechung in der HTO am 23. und 24. Juli 1940, BA R 144/319. Yorck trat dabei für eine Bevorzugung deutscher kommissarischer Treuhänder gegenüber polnischen Betriebsleitern ein, was Maßnahmen zur Preiskontrolle anging. – Yorck als Sitzungsteilnehmer für die HTO: Protokoll der Treuhandstellenleiter tagungen am 3. 2. v. 11. 2. 1943 und am 9. 3. v. 26. 3. 1943, BA 21.01, B 6142; Niederschrift über Sitzung am 7. 7. v. 13. 7. 1943, BA F 72661, darin »F 16203«, Bl. 103–112.

30 Vgl. Auszug aus dem Reisebericht des WiIn Mitte, Nidenführ, 20.–23. 5. 1943, BA-MA (BArch)P F 42860, Bl. 287; Gersdorff, S. 197–200.

31 Vern. Karl Bauer v. 11. 12. 1959 und 3. 2. 1960, StA München I 22 Ks 1/61, Bl. 1480R und 1557, auf Grund vorhandener Unterlagen des Volksgerichtshofs. – Woermann (nicht zu verwechseln mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt): Matthiessen, S. 418 und 430; Kaltenbrunner an Bormann v. 4. 9. 1944, in: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 348.

32 Vern. F. L. v. 1. 2. 1960, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bd. 1, Bl. 110.

33 Zitate in der Reihenfolge: Marion Gräfin Dönhoff, in: Die Zeit Nr. 15 v. 5. 4. 1996, S. 70; dies./v. Weizsäcker, Wider die Selbstgerechtigkeit; Gillissen, Zeugnisse. Ähnlich entstellende Äußerungen Gillissens im ARD-Pressclub v. 2. 3. 1997.

gänge und das Handeln der angeführten Personen im Einzelfall betrachtet, wird nachvollziehen können, inwieweit es über bloße Kenntnisnahme hinausging. In dieser Darstellung wurde versucht, zwischen Mitwissen, Zuständigkeit – und das heißt auch Mitverantwortlichkeit – und konkreter Eigeninitiative im Zusammenhang mit Massenverbrechen zu unterscheiden.³⁴ Das Mitwissen war und ist nur deshalb ein Gegenstand der Darstellung, weil es bislang verschwiegen oder geleugnet worden ist. Wenn etwa v. Tresckows Beziehungen zu Nebe, wie v. Schlabrendorff und v. Gersdorff bezeugen, zumindest nicht unfreundlich waren,³⁵ aber v. Tresckow gleichzeitig und von Anfang an von den von Nebe befohlenen Massenmorden wußte, kann man dies wohl kaum anders denn als stillschweigende Zustimmung deuten. Eigeninitiative beim Massenmord aber wurde auch im NS-Regime nicht unter Strafandrohung verlangt oder erzwungen, vom § 47 des Militärstrafgesetzbuches einmal ganz abgesehen, nach dem Befehle, die ein Verbrechen enthielten, nicht befolgt zu werden brauchten. Er galt auch damals und war Gegenstand der Ausbildung der Wehrmacht- und Polizeiangehörigen. Es ist kein einziger Fall belegt, in dem ein Deutscher die Verweigerung eines verbrecherischen Befehls bei den Verbrechen im Osten wirklich mit dem Leben hätte bezahlen müssen.³⁶

Gerade die Einbindung der Handlungen der angesprochenen Personen in die Geschichte der deutschen Besatzungspolitik zeigt, was sie konkret bedeuteten. Das gilt ganz besonders für die Partisanenbekämpfung, die zwar für die Militärs tatsächlich ein großes militärisches Problem darstellte, aber von ihnen fast ausschließlich mit verbrecherischen Mitteln zu lösen versucht wurde, und je später, desto blutiger und desto mehr gegen unbeteiligte Zivilisten gerichtet war: Kollektivmaßnahmen, Präventivverfolgung, Großaktionen, Schaffung »toter Zonen«. Für Stabsoffiziere war die Partisanenbekämpfung spätestens seit Hitlers Weisung Nr. 46 keine unwichtige Nebenbeschäftigung mehr, sondern eine vollwertige Kampfaufgabe. Deshalb wurde sie ja gerade den Führungsabteilungen übertragen.³⁷ Wie die Darstellung in Kapitel 9 gezeigt hat, heißt das aber nicht, daß bei der Partisanenbekämpfung alles bis in die Einzelheiten von oben befohlen worden wäre – gerade im Fall Slawnoje, bei dem v. Tresckow beteiligt war, gilt dies nicht.³⁸ Vielmehr wurden Strategie, Taktik und Einzelmaßnahmen überwiegend auf der regionalen Ebene entwickelt, und zwar gerade im Bereich der Heeresgruppe Mitte, und durch die Initiative bestimmter Einzel-

³⁴ Vgl. bereits Gerlach, Männer, 1994 bzw. 1995.

³⁵ Vgl. v. Schlabrendorff, Offiziere, S. 50f.; ders., Begegnungen, S. 218–220; v. Gersdorff, S. 90ff. Die freundliche Haltung gegenüber Nebe wird von beiden Autoren als ungebrochen, nicht etwa nur vorge-täuscht, dargestellt. Schlabrendorff erklärte gegenüber den Justizbehörden, er habe mit Nebe »im Auf-trag« v. Tresckows »laufend« Kontakt gehalten (Brief v. Schlabrendorff an ZStL [Schüle] v. 23. 2. 1959, ZStL II 204 AR-Z 21/58, Bl. 829). – Von Schlabrendorff, v. Tresckows Adjutant, korrespondierte auch noch mit Nebe nach dessen Zeit als Chef der EGr B; vgl. v. Schlabrendorff, Begegnungen, S. 180f. Diese Stelle kann sich nur auf die spätere Zeit beziehen, da v. Schlabrendorff Nebe erst als Einsatzgruppenchef kennenlernte (v. Schlabrendorff, Begegnungen, S. 218f.). Siehe auch Smith/Peterson (Hg.), Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945, S. 298, Anm. 4.

³⁶ Zum angeblichen »Befehlsnotstand« vgl. z.B. Hinrichsen, S. 131–161; Angrick/Voigt u.a., S. 353–363. Der seinerzeit gültige § 47 Militärstrafgesetzbuch ist abgedruckt in: Messerschmidt, Minsker Prozeß, S. 565; vgl. Rückerl 1977, S. 124.

³⁷ Vgl. Hubatsch, S. 202.

³⁸ Siehe Anm. 11/16 in dieser Darstellung.

personen beeinflusst. Von da aus wurden neue Konzepte mehr als einmal durch zentrale Befehle und Weisungen auf den ganzen deutschen Machtbereich übertragen.

Geben die vorgebrachten Quellen vielleicht ein falsches Bild? Sind die Akten bedeutungslos? Möglicherweise ist es richtig, daß das Leben eines Menschen nicht durch eine Aktenlage erfassbar ist, doch, bei Beachtung der notwendigen quellenkritischen Einschränkungen, können Verwaltungsakten, zumal wenn sie mit dem nachfolgenden Geschehen, persönlichen Notizen und ähnlichem übereinstimmen, gerade konkrete Vorgänge und die Handlungsbeiträge verschiedener Personen durchaus wiedergeben. Um Sachvorgänge festzuhalten, werden sie ja angelegt.

Ein Beispiel. Richard v. Weizsäcker erklärte zum Infanterieregiment 9, dem er und eine Reihe von Verschwörern gegen Hitler angehörten:³⁹ »Wahr ist, was Gerlach schreibt, daß bei uns einmal ein Befehl von hinten eintraf, wir sollten keine Gefangenen machen. Ebenso wahr ist, daß wir beim Regimentsstab über diesen Quasimordbefehl empört waren, ihn an die Bataillone nicht weitergaben und daß er, soweit mein Überblick als Regimentsadjutant reichte, bei uns auch nirgend[s] angewandt wurde.«⁴⁰ Das ist nicht richtig. Am 25. Juni 1941 meldete eben das Infanterieregiment 9, beim Mißbrauch der weißen Flagge durch Angehörige der Roten Armee seien am Vortag sechs Regimentsangehörige durch Schüsse aus dem Hinterhalt getötet worden. Daraufhin befahl Generalmajor Hellmich, der Kommandeur der 23. Infanteriedivision, der das Infanterieregiment 9 angehörte, das Zeigen der weißen Flagge im ganzen Divisionsbereich nicht mehr zu beachten (»Es gibt kein Pardon!«). Die Weisung wurde umgehend auf das ganze VII. Armeekorps ausgedehnt. Das Infanterieregiment 9 hatte diesen »Befehl von hinten« selbst provoziert.⁴¹ Am 28. Juni 1941 berichtete das Regiment an die Division: »Gefangene wurden nicht gemacht«. Das wurde mit »bestialischen Verstümmelungen« an aufgefundenen deutschen Gefallenen begründet. Aus dem Bericht des Regiments und dem Kriegstagebuch der 23. Infanteriedivision geht hervor, daß das Infanterieregiment 9 die Entscheidung dazu selbst traf; offenbar handelte keine andere Einheit der Division so, obwohl die Mißhandlungen von diesen anderen Einheiten und nicht vom Infanterieregiment 9 stammten. Im übrigen metzelte das Infanterieregiment 9 dabei nach eigenen Angaben nicht einen militärisch intakten Gegner, sondern sich zurückziehende Versprengte nieder.⁴²

39 Vgl. Hoffmann 1979, S. 398.

40 Beitrag Richard v. Weizsäcker in: Dönhoff/ders.: Wider die Selbstgerechtigkeit, S. 63. Ähnlich in v. Weizsäcker 1997, S. 83–85.

41 Inf.Rgt. 9, Abt. Ia, Mittagsmeldung an 23. Inf.Div. v. 25. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 55447, Bl. 991; KTB23. Inf.Div., Ia, v. 25. 6. 1941, ebd., Paginierung unleserlich; 23. Inf.Div., Abt. Ia (gez. Hellmich) v. 25. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 55448, Bl. 239; zum VII. A.K. Paul, S. 175. Siehe S. 775 in dieser Darstellung.

42 Inf.Rgt. 9, Abendmeldung v. 28. 6. 1941, BA-MA (BArchP)F 55447, Bl. 1040f. (Zitate); KTB 23. Inf.Div., Ia, v. 28. 6. 1941, ebd., Blattzahl unleserlich (»Gefangene wurden nicht gemacht!«). Im KTB der Division ist diese durch das Ausrufungszeichen eindeutige Handlung auf das Inf.Rgt. 9 bezogen. Eine entsprechende Erwähnung in Tagesmeldungen der anderen Truppenteile der Division liegt nicht vor. Diese sind allerdings nicht vollständig erhalten (ebd., Bl. 1030ff.). – Der zuständige Untersuchungsführer, Oberkriegsgerichtsrat Dr. Ernst Kandt, erinnerte sich noch 35 Jahre später, daß die »Empörung« bei den Divisionsangehörigen über das sowjetische Vorgehen »sehr groß« gewesen sei (de Zayas, S. 410). Siehe auch Vern. Leutnant P. P. H. v. 30. 6. 1941 durch das Gericht der 23. Inf.Div., OKGR Dr. Kandt, BA-MA RW 2/v. 148,

Das private Tagebuch des damaligen Oberleutnants und Regimentsangehörigen Fritz-Dietlof Graf v. d. Schulenburg, der später als Teilnehmer des 20. Juli hingerichtet wurde und der im übrigen 1944 auch Richard v. Weizsäcker in die Verschwörung einbezog, zeugt von diesem Verbrechen. Er schrieb unter dem 28. Juni 1941, es stecke »eine Gefahr darin, wenn unsere Leute anfangen auf eigene Faust »umzulegen«.« Auch er befürwortete freilich, daß willkürlich Gegner, nämlich »im Kampf oder [!] nur auf Befehl von Offizieren erschossen werden«. Ähnlich sein Eintrag unter dem 29. Juni. »Von hinten« kamen in jener Phase eher Maßregelungen wegen solcher Übergriffe, weil sich immer weniger Gegner ergaben und durch die gebundenen deutschen Kräfte der Schwung der deutschen Offensive in Gefahr geriet.⁴³

Nicht alle Einheiten des Ostheeres handelten so. Nur waren es nicht nebulöse andere »Führungen und Einheiten [...], die sich an barbarischen Gewalttaten gegen wehrlose Menschen beteiligten« (v. Weizsäcker), sondern gerade auch das Infanterieregiment 9. Was bedeutet dann der Satz: »Es waren ja gerade Erfahrungen mit dem Unrecht, die zum Beispiel unter den Offizieren meines Regiments die Einsicht in die Notwendigkeit des Widerstandes reifen ließen«?⁴⁴ Insgesamt läßt sich die Darstellung v. Weizäckers mit den vorgebrachten Quellen nicht in Einklang bringen. Jedem ist klar, warum es nur wenige schriftliche Dokumente über die Widerstandstätigkeit der Offiziersopposition gegen Hitler geben kann. Die quellenkritischen Einwände des Historikers gegenüber nachträglichen Aussagen als Basis für die Geschichte der Oppositionellen⁴⁵ sind aber durch solche Darstellungen nicht ausgeräumt. Im Gegenteil.

Die Tatsache, daß sich bestimmte Angehörige der Opposition des 20. Juli aus eigenem Antrieb an Massenmorden beteiligten, läßt sich nicht aus der Welt schaffen, auch wenn sie schmerzlich ist. Die folgenden drei Personen waren – obwohl in der Nachkriegsöffentlichkeit weniger prominent als andere – unbestreitbar langjährige aktive Teilnehmer der Anti-Hitler-Opposition und begingen doch Verbrechen in noch ganz anderen Dimensionen als die bisher genannten. Arthur Nebe (1945 von den Nazis hingerichtet), seit 1938 Angehöriger der Verschwörung, war zwischen Juni und Anfang November 1941 Chef der Einsatzgruppe B. Seine weiteren Verbrechen, angefangen bei den Versuchen, die Tötungstechnologien durch Motorabgase und Sprengung⁴⁶ weiterzuentwickeln, wurden hinreichend dargestellt. Es ist Unsinn, daß

Bl. 121f.; OKW, Wehrmachtuntersuchungsstelle, Kriegsverbrechen der russischen Wehrmacht 1941, BA-MA RW 2/v. 147, hier Bl. 31. Die Angaben der WUS zu dem Kriegsverbrechen der Roten Armee wurden durch die von ihr angegebene Belegaussage im Kern allerdings nicht voll bestätigt.

⁴³ Siehe im einzelnen Kap. 8.1 in dieser Darstellung.

⁴⁴ Beide Zitate v. Weizsäcker in Dönhoff/v. Weizsäcker.

⁴⁵ Nur gelegentlich ist in der Forschung über die Anti-Hitler-Opposition darauf hingewiesen worden, daß »die Quellenbasis, auf der die einschlägigen Untersuchungen beruhen, außergewöhnlich schmal und qualitativ sehr schlecht ist. Es handelt sich ausschließlich um nachträgliche Aussagen.« K.-J. Müller 1985, S. 48, Anm. 41.

⁴⁶ Nebe war von 1915–1918 aktiver Pionieroffizier gewesen, kannte sich also mit Sprengstoffen aus (BDC, PA Arthur Nebe). Zwei namhafte Historiker haben Spekulationen darüber angestellt, daß er mit seinen Versuchen im September 1941, bei denen bei Minsk psychisch kranke Menschen durch In-die-Luft-Sprengen ermordet wurden, »Grundlagenforschung« (Wilhelm) für ein geplantes Attentat auf Hitler betrieb: Wilhelm 1981, S. 545, Anm. 29; P. Hoffmann 1992, S. 595, Anm. 241. Das wird aus Quellenmangel Spekulation bleiben müssen. Es wäre aber hinzuzufügen: Nebe wußte sicherlich, daß die angespannte Munitions-

Nebe, wie in der Widerstandshistorie behauptet, beim Morden zurückhaltend gewesen wäre;⁴⁷ im Gegenteil, seine Einsatzgruppe ermordete gerade in den ersten Kriegswochen mehr Menschen als andere.⁴⁸ General Georg Thomas, der bereits 1940 die »Beseitigung Hitlers« ins Auge gefaßt hatte und im Mai 1945 von den US-Amerikanern aus einem deutschen Häftlingslager bei Innsbruck befreit wurde,⁴⁹ war zeitweilig führender Mann im Wirtschaftsführungsstab Ost und neben Backe der Hauptarchitekt des Hungerplans gegen die sowjetische Bevölkerung.⁵⁰ Bei seiner Umsetzung gegen den Großteil der sowjetischen Kriegsgefangenen, gegen die Einwohner von Leningrad und gegen die Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet wirkte auch General Eduard Wagner, 1940 bis 1944 Generalquartiermeister des Heeres, entscheidend mit. Es gibt kaum eine Art von Verbrechen in den besetzten sowjetischen Gebieten, in die Wagner persönlich und seine Stabsstelle nicht verwickelt gewesen wären.⁵¹ Wagner stellte Graf Stauffenberg am 20. Juli 1944 das Flugzeug zur Verfü-

und Produktionslage des Reiches es nicht zuließ, eine sehr große Anzahl jüdischer Menschen dadurch zu ermorden, daß man sie in die Luft sprengte. Auch aus Gründen der Geheimhaltung des Völkermords, soweit möglich, und weil die Rate der schwerverletzten Überlebenden solcher Sprengungen zu groß sein mußte, kam diese Mordmethode für die Judenvernichtung nicht ernsthaft in Frage. – Im übrigen ist es keineswegs nachgewiesen, daß Himmler Nebe angewiesen hatte, Mordexperimente durch Sprengung vorzunehmen. Bei genauer Untersuchung der Vernehmungsaussagen zu diesem Punkt kann lediglich als halbwegs gesichert gelten, daß Himmler Nebe am 15. 8. 1941 in Minsk beauftragte, die Patienten in der Anstalt Nowinki mit einer anderen Methode als Erschießen umzubringen, und daß das Kriminaltechnische Institut im RKPA an der Entwicklung der Mordtechnologie mittels Giftgas beteiligt war (vgl. Kap. 7.2f und 10.4 in dieser Darstellung). – P. Hoffmann (1979, S. 410–414) konnte im übrigen die Herkunft des Sprengstoffs für den Anschlag v. 20. 7. 1944 nicht abschließend klären, hält es aber für am wahrscheinlichsten, daß er – möglicherweise unter Beteiligung des im September 1941 bei den Tötungsversuchen beteiligten Dr. Widmann – aus dem RKPA kam.

47 Historiker, die den Memoiren überlebender Verschwörer gegen Hitler folgten, gingen in ihrer unangebrachten Entlastung Nebes teils noch wesentlich weiter als jene. So schrieb Scheurig (S. 115 und 116): »Nebe sabotierte [...] die Mordbefehle seiner Vorgesetzten«, und nach dem Massaker in Borissow: »Doch die matten Proteste genügten. [...] Weitere Greuel im Abschnitt Mitte unterblieben.« Ihm zufolge war der Massenmord in Borissow quasi gegen Nebe gerichtet (ebd.; zum wirklichen Sachverhalt S. 597f. in dieser Darstellung). P. Hoffmann schreibt, Nebe habe »zweifelloso die bei den Einsatzgruppen der Polizei und SS üblichen Massenexekutionen zu verhindern gesucht« (1979, S. 334). Dabei galt Scheurig als besonders kritischer Autor. Das Zustandekommen seiner Tresckow-Biographie versuchte der Präsident des Militärarchivs in Freiburg und vormalige General des Transportwesens bei der H.Gr. Mitte, Teske, Mitte der sechziger Jahre deshalb zu verhindern (Briefwechsel zwischen Teske und Scheurigs Anwalt, Fabian v. Schlabrendorff, in BA-MA N 407/108).

48 Dazu Kap. 7.1–7.2, besonders S. 566f. in dieser Darstellung. Nebe tauchte am 24. 7. 1944 unter, wurde Anfang 1945 gefaßt und am 2. 3. 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Siehe auch Gisevius 1966. Hinsichtlich Nebes Oppositionstätigkeit beziehe ich mich, auch für die folgenden zwei Personen, auf die führende Gesamtdarstellung von P. Hoffmann 1979, besonders S. 63ff., 119ff., 176, 185, 206–212, 486. – Nebe wurde auch in der Wanderausstellung »Aufstand des Gewissens« des Militärgeschichtlichen Forschungsamts der Bundeswehr, die 1994 in Berlin aktualisiert wiedereröffnet wurde, geehrt. Hierzu Schornstheimer, S. 640f.

49 Vgl. Wolfgang Birkenfeld, Einleitung, in: Thomas, S. 6–16.

50 R.-D. Müller, Ausbeutungskrieg, S. 234, Anm. 169, wendet sich dagegen, das Nebeneinander von oppositioneller Betätigung und »Eifer von Thomas bei der Vorbereitung des Rußlandfeldzuges«, einschließlic von Verbrechen, als »Schizophrenie« zu werten.

51 Siehe v. a. Kap. 3.2c und 8.3b. Zu Wagners Haltung zu den Aktionen der Einsatzgruppen in Polen 1939 vgl. Messerschmidt, Vorwärtsverteidigung, S. 542.

gung, mit dem dieser nach erfolgtem Attentat von Ostpreußen nach Berlin flog.⁵² Waclaw Długoborski bezeichnete Thomas und Wagner treffend als die »economic strategists« des deutschen Militärs.⁵³

Ergibt es überhaupt einen Sinn, wenn einige Beteiligte an zweifelsfrei stattgefundenen Attentaten auf Hitler, die ihr Leben für dessen Beseitigung einsetzten und in vielen Fällen auch gaben,⁵⁴ gleichzeitig an Massenmorden und anderen Verbrechen beteiligt gewesen sind? Ist das psychologisch denkbar? Wie wäre ein solcher Widerspruch zu erklären?

Auch hier ist vielleicht ein Beispiel dienlich, nämlich der Konflikt um die »verbrecherischen Befehle« im Oberkommando der Heeresgruppe B, der späteren Heeresgruppe Mitte. Am 1. Juni 1941 traf der Kriegsgerichtsbarkeitserlaß vom 13. Mai mit v. Brauchitschs Ergänzungserlaß vom 24. Mai dort ein.⁵⁵ Führende Offiziere im Oberkommando wandten sich gegen den Erlaß. Nach den Quellen ist zu vermuten, daß der Oberbefehlshaber v. Bock in seiner Haltung von v. Tresckow und v. Gersdorff beeinflusst wurde. Am 4. Juni wurde die Weitergabe der Verfügung innerhalb der Heeresgruppe bis auf weiteres gestoppt.⁵⁶ Von Bock schrieb, v. Brauchitschs Ergänzung schwäche den Erlaß »nur unvollkommen« ab und »gebe jedem Soldaten das Recht, auf jeden Russen, den er für einen Freischärler hält – oder zu halten vorgibt – von vorne oder von hinten zu schießen«. Das sei »untragbar und mit der Manneszucht nicht vereinbar«. Wenn keine Änderung eintrete, solle der Chef des General-

52 Wagner erschoss sich am Mittag des 23. 7. 1944 (Kaltenbrunner an Bormann v. 24. 7. 1944, in: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 33; Hoffmann 1979, S. 486). Zuvor hatte er, folgt man Finker 1977, S. 347, noch mit Kaltenbrunner über die Rechte der Gestapo verhandelt, im Heer nach Beteiligten des 20. Juli zu ermitteln. Zu diesem Treffen am 22. 7., dessen Inhalt offengelassen wird, auch die Ausarbeitung »Die letzten Tage«, BA-MA N 510/v. 40; allgemein auch BA-MA N 510/v. 64. Allerdings urteilte man im Kreis um Goerdeler, Wagner sei »kein einwandfreier Charakter« (erhaltene Notiz Kaisers, zitiert nach Scheurig, S. 150). Nach Darstellung von Hoffmann 1992, S. 417 und 430, verriet Wagner am 20. Juli 1944 seine Mitverschworenen.

53 Długoborski 1980, S. 181.

54 Von den hier genannten Personen wurden Schulze-Büttger, v. d. Schulenburg, Yorck v. Wartenburg und Nebe hingerichtet; Woermann wurde vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, Bauer angeklagt; v. Tresckow und Wagner begingen Selbstmord; Thomas und Heusinger waren zeitweise in Haft, Thomas starb an den Spätfolgen; v. Gersdorff konnte sich nur mit Mühe einer Verfolgung entziehen. – P. Hoffmann 1979, S. 333–360, konnte auf Grund akribischer Forschungen schwerwiegende Indizien beibringen, daß die Anschlagversuche vom 13. und 21. 3. 1943 tatsächlich stattgefunden haben. U. Heinemann, S. 149, hatte demgegenüber erklärt, daß es dafür »außer Schlabrendorff und Gersdorff keine sicheren Gewährsleute« gebe. – Die Ausstellung sowjetischer Waffen im Berliner Zeughaus, in der v. Gersdorff Hitler zu töten versuchte, war im übrigen auf Anregung der H.Gr. Mitte, vermutlich v. Gersdorffs selbst, mit von ihr erbeutetem Material organisiert worden (Minsker Zeitung v. 28./29. 3. 1943); daher sollte er auch Hitler durch die Schau führen.

55 Der Oberbefehlshaber des Heeres, Gen. zbV ObdH (Gr.R Wes) Nr. 80/41gKdos., Betr.: Behandlung feindlicher Zivilpersonen und Straftaten Wehrmachtangehöriger gegen feindliche Zivilpersonen v. 24. 5. 1941 mit Eingangsstempel v. 1. 6. 1941, BA-MA WF-03/9121. – Das OKW hatte den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß am 14. 5. an zentrale Stellen der Wehrmacht (nicht an die Heeresgruppen) mit der Maßgabe verschickt, ihn »möglichst nicht vor dem 1. 6. 41« weiterzugeben. So war es auch geschehen. Anschreiben v. Tippielskirch v. 14. 5. 1941, in: Jacobsen, S. 181.

56 F Schr. H.Gr. B, Ic/A.O. Nr. 290/41g.Kdos. v. 4. 6. 1941, BA-MA WF-03/9121. Das Schreiben ist oben von v. Bock und Stabschef v. Greiffenberg abgezeichnet, unten rechts, anstelle einer Unterzeichnung, jedoch nur von v. Gersdorff und v. Tresckow (jeweils Paraphen). Siehe auch Tagebuch v. Bock v. 4. 6. 1941 (Abschrift), BA F 57128, Bl. 28f. Im Tagebuch v. Hassells ist verzeichnet, v. Bock habe »auf Drängen eines jungen Offiziers seines Stabes die Weitergabe verweigert.« Von Hassell 1946, S. 212 (13. 7. 1941).

stabs der Heeresgruppe, v. Greiffenberg, diesen seinen Standpunkt Halder melden.⁵⁷ Am folgenden Tag empfing v. Bock Greiser und Himmler. Letzterer bezeichnete »als Ziel des Feldzuges im Osten die Zertrümmerung Russlands in kleine Einzelstaaten und Ausdehnung der deutschen Interessensphäre weit über den Ural hinaus.«⁵⁸ Am 6. Juni schickte der Oberbefehlshaber der 4. Armee, v. Kluge, v. Bock nach telefonischer Rücksprache einen Entwurf zur Änderung des zweiten Abschnitts des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses. Einerseits sah er eine Mäßigung zum Zweck der »Aufrechterhaltung der Manneszucht« vor, nämlich die Einleitung kriegsgerichtlicher Verfahren in eng umgrenzten Fällen; andererseits aber war er »geschickter formuliert« (Christian Streit) und gerechtfertigt, denn es seien eben, so v. Kluge, Verbrechen »gegen die Landeseinwohner einer anderen Beurteilung zu unterziehen als dies bei einer nicht bolschewisierten Bevölkerung der Fall ist.«⁵⁹ Am gleichen Tag nahm v. Gersdorff aller Wahrscheinlichkeit nach an einer Sitzung von Abwehroffizieren mit dem designierten Chef einer Einsatzgruppe, SS-Standartenführer Nockemann, teil, der auch auf geplante antijüdische Maßnahmen hinwies. Eine Konferenz, auf der ähnliche Ankündigungen gemacht worden waren, hatten er und der Ib der Einsatzgruppe, Gericke, schon am 15. und 16. Mai besucht.⁶⁰ Am 7. Juni rief v. Bock bei v. Brauchitsch an und unterbreitete ihm einen Vorschlag zur Ergänzung des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses, der mit v. Kluges Entwurf nicht identisch war. Von Bock begnügte sich mit dem Bescheid, den von ihm gewünschten Sinn könne man aus dem bestehenden Erlaß und v. Brauchitschs Ergänzung herauslesen, und war hochzufrieden, da »die Manneszucht eine entscheidende Rolle spielen« sollte.⁶¹

Am 11. Juni schrieb v. Gersdorff auf Bitten des Bevollmächtigten Transportoffiziers der Heeresgruppe B an v. Schenckendorff, der vorgesehene Chef der Einsatzgruppe

⁵⁷ Tagebuch v. Bock v. 4. 6. 1941, BA F 57128, Bl. 281f.

⁵⁸ Ebenso v. 5. 6. 1941, ebd., Bl. 283.

⁵⁹ Es handelte sich im wesentlichen um Ergänzungen der Abschnitte II 2 und 3 des Erlasses. AOK 4 IIa Nr. 16/41geh.Kdos. (Unterschrift: v. Kluge) an v. Bock v. 6. 6. 1941, BA-MA WF-03/9121. Zitat von Streit: ders., S. 315, Anm. 95. Für das in v. Kluges Schreiben erwähnte etwa halbstündige Telefongespräch gab es zwei Zeugen: siehe Krausnick 1977, S. 735, Anm. 263, zum damaligen Generalstabschef der 4. Armee, Blumentritt, der v. Kluges Einwände irrtümlich auf den Kommissarbefehl bezog (vgl. die folgenden Ausführungen über diesen angeblichen Protest v. Kluges) und Vern. Reinhard v. Eichborn v. 1. 7. 1946, in: IMT, Bd. 17, S. 337f. Von Eichborn zufolge waren v. Kluge und v. Bock vor allem wegen der gefährdeten »Disziplin der Truppe« gegen den Erlaß.

⁶⁰ Siehe S. 88 mit Anm. 2/317 in dieser Darstellung; Streit, S. 310f., Anm. 33; Ogorreck 1996, S. 41–43; über die Maibesprechung v. Gersdorff, S. 84 (»interessantes Erlebnis«: »Das Wort ›Jude‹ ist bei der Besprechung nicht ein einziges Mal ausgesprochen worden«). Der Besuch am 6. 6. war für v. Gersdorff Pflicht, auch wenn ein sicherer Beleg für seine Anwesenheit fehlt.

⁶¹ »Für die Truppe ändert sich in der Behandlung von Straftaten gegen Zivilpersonen nichts! Die Gerichtsherrn entscheiden, ob eine Tat grundsätzlich zu ähnden [sic] ist oder nicht; dabei soll die Aufrechterhaltung der Manneszucht eine entscheidende Rolle spielen!-- Nun bin ich einverstanden!« Tagebuch v. Bock v. 7. 6. 1941, BA F 57128, Bl. 283f. – Von Bock beantragte am 7. 6.: »1.) Bei der Truppe selbst ändert sich durch den Erlass nichts; d.h. Tatberichte sind in den gleichen Fällen wie nach den bisherigen Bestimmungen einzureichen. 2.) Der Gerichtsherr entscheidet in jedem Falle, ob ein kriegsgerichtliches Verfahren einzuleiten ist oder nicht. 3.) Maßgebend für diese jeweilige Entscheidung des Gerichtsherrn ist die Aufrechterhaltung der Manneszucht.« Aktennotiz für Besprechung am Donnerstag, 12. 6., BA-MA WF-03/9121.

B, Rasch, solle gebeten werden, daß beim Einmarsch nicht »sämtliche Eisenbahnbeamte beseitigt oder in Lager verbracht« würden, da sonst der Bahnbetrieb und die Versorgung der Heeresgruppe nicht funktionieren könnten.⁶² Am 12. Juni fand im Oberkommando der Heeresgruppe B eine Besprechung über den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß statt. Resultat waren die in v. Gersdorffs Abteilung ausgearbeiteten, am folgenden Tag entstandenen »Zusätze der Heeresgruppe B« zu v. Brauchitschs Disziplinarerlaß vom 24. Mai. Sie richteten sich unter Benutzung von Formulierungen v. Kluges und v. Bocks gegen Verstöße gegen die Truppendisziplin und gegen exzessive kollektive Gewaltmaßnahmen. (Von Gersdorff kümmerte sich nach Kriegsbeginn auch darum, daß Meldungen über kollektive Gewaltmaßnahmen erstattet werden mußten und ungerechtfertigt erscheinende Fälle untersucht wurden.⁶³) »Erschiesungen« waren nach den »Zusätzen« aber nur »zahlenmässig« zu melden. Ein Passus über die Meldung von »Vorfälle[n], die zu einer Verzögerung der Operationen geführt haben oder die geeignet sind, der feindlichen Propaganda eine besondere Handhabe zu geben«, der also einen Teil der Wagner-Heydrich-Vereinbarungen bezüglich der Einsatzgruppen wiederholte und anwandte, wurde gestrichen. Die mündliche Bekanntgabe des Gerichtsbarkeitserlasses an Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften wurde nicht wesentlich eingeschränkt, sondern nur entsprechend der üblichen Geheimhaltungsvorschriften geregelt.⁶⁴ Als »Freischärler« wurde schon definiert, wer der »Betätigung mit der [Waf]fe oder gefährlichem Werkzeug« »schuldig« war, und ausdrücklich wurde der Artikel II der Haager Landkriegsordnung (Recht der Zivilbevölkerung eines überfallenen Landes auf Selbstverteidigung) und damit Völkerrecht für ungültig erklärt.⁶⁵ Damit wurde eine von General Müller am 11. Juni in Warschau präsentierte Interpretation des Erlasses aufgegriffen und eleganter formuliert, ohne daß der Zwang bestanden hätte, sie zu übernehmen.⁶⁶ Obwohl v. Brauchitsch keine Zustimmung erteilt hatte, wurden diese Zusätze der Heeresgruppe am 14.

62 Bevollmächtigter Transportoffizier beim Heeresgruppenkommando B an H.Gr. B, Ic, und H.Gr. B, Ic, an Berück, beide Betr.: Russisches Eisenbahnpersonal v. 11. 6. 1941, ebd.

63 Siehe S. 871 in dieser Darstellung.

64 Der Absatz über Kollektivmaßnahmen gegen Dörfer wurde nur den entscheidungsbefugten Offizieren (ab Btl.Kdr.) bekanntgegeben; rangniederen Offizieren wurde die Kenntnis der Punkte I/4, 2. Absatz, und 6 vorenthalten, Unteroffizieren und Mannschaften nur I/1–3 bekanntgemacht; Artikel II ging nur an die betroffenen Gerichtsherrn, III nur an die Truppenbefehlshaber, die es anging. »Zusätze der Heeresgruppe B« (g.Kdos.Chefs.) v. 13. 6. 1941 zu v. Brauchitschs Disziplinarerlaß; 25. von 25 Exemplaren mit handschriftlichen Änderungen und Vermerk »Ic (Entw.) = 25. Ausf.«, BA-MA WF-03/9121. Ferner Aktennotiz über Besprechung am Donnerstag, 12. 6., ebd., und Der Führer und oberste Befehlshaber der Wehrmacht, Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa und über besondere Massnahmen der Truppe, in: Jacobsen, S. 182–184.

65 »Der Art. II der Haager Landkriegsordnung, wonach der [Bev]ölkerung eines Landes für den Fall, dass sie keine [Ze]it gehabt hat, sich zu organisieren, das Recht einge[räu]mt wird, sich gegen einen eindringenden Gegner zu verteidigen, findet bei dem kommenden Einsatz keine Anerkennung.« Zusätze der Heeresgruppe B (wie Anm. 11/64, Hervorhebung C. G.). – Der Film ist am linken Rand verstümmelt.

66 »Das Recht des freiwilligen Waffengreifens der Bevölkerung wird nicht anerkannt. Auch wehrsportliche Vereinigung (Komsomol, Ossoaviachim) hat dieses Recht nicht.« Pz.Gr. 3, Abt. Ic, Tätigkeitsbericht Jan.–Juli 1941, hier über eine Besprechung der Ic und Heeresrichter mit GenLt Müller in Warschau, zitiert nach: Jacobsen, S. 192. Vermutlich war v. Gersdorff auch bei diesem Treffen anwesend. – Siehe auch Besprechung 10. 6. bei Gen. zbV Ob.d.H. in Allenstein, BA-MA WF-10/12769, Bl. 203f.

Juni an die unterstellten Armeen und den Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet Mitte verschickt.⁶⁷

Am Vortag, dem 13. Juni, war der Kommissarbefehl bei der Heeresgruppe B eingegangen.⁶⁸ Von Gersdorff war dieser Befehl schon bei der Sitzung im OKH am 15./16. Mai angekündigt worden (»Politische Kommissare an SS abschieben im rückwärtigen Heeresgebiet. Für Armeegebiet folgt Verfügung.«)⁶⁹ Gegen diesen Befehl erfolgte bei der Heeresgruppe kein Protest – die erhaltenen Akten lassen kaum einen anderen Schluß zu. Nicht nur, daß in den maßgeblichen Quellen – vor allem in v. Bocks Tagebuch und in der Akte »Chefsachen Barbarossa« der Abwehrabteilung der Heeresgruppe⁷⁰ – Hinweise darauf fehlen: bereits am 17. Juni wurde der Kommissarbefehl den Korps und Divisionen der Heeresgruppe B bekannt.⁷¹ Die umgehende Ausgabe war nicht an der Heeresgruppe vorbei, sondern durch sie selbst erfolgt.⁷² Die einzigen handschriftlichen Notizen auf dem zur Heeresgruppe gelangten Exemplar des Kommissarbefehls beziehen sich auf eine Lappalie, nämlich den unsauberen Gebrauch des Begriffs »Operationsgebiet«.⁷³ Der angebliche Protest v. Kluges bei Hitler gegen den Kommissarbefehl kann ins Reich der Fabel verwiesen werden, da gerade v. Kluge bei Kriegsbeginn durch eine exzessive Auslegung des Kommissarbefehls auffiel, die Verbrechen im Minsker Zivilgefangenenlager zu verantworten hatte und sogar befahl, alle Frauen in Uniform zu erschießen. Außerdem schlug sein Panzerarmeeoberkommando 4 am 10. Juli der Heeresgruppe Mitte und dem OKH vor, in für die Zivilbevölkerung bestimmte Flugblätter den Hinweis aufzunehmen, sie solle die »Kommissare erschlagen«. Die Einwände, die v. Tresckow und der Generalstabschef der Heeresgruppe Mitte, Hans v. Salmuth, möglicherweise schon im Mai 1941 äußerten, dürften sich auf den Kriegsgerechtigkeitserlaß und nicht auf den Kommissarbefehl bezogen haben.⁷⁴

67 Die »Zusätze« (wie Anm. 11/64) tragen beim Verteiler den Vermerk »ab 14. 6. 41«. Daher auch wies der Ic der 4. Armee, Helmdach, zwischen dem 14. und 16. 6. beim OKH auf die »Abweichungen der verschiedenen nachgereichten Bestimmungen« hin (Ogorreck 1992, S. 80). – In der Aktennotiz zur Besprechung am 12. 6. (wie Anm. 11/64) ist die zweite (hier kursiv gesetzte) Hälfte des folgenden Satzes nachträglich durchgestrichen: »Ob d H hat fermündlich erwidert, dass alle Forderungen [v. Bocks] aus der Verfügung herausgelesen werden können und somit sein Einverständnis zu entsprechenden Zusätzen der Heeresgruppe gegeben.«

68 Der Oberbefehlshaber des Heeres, Gen. zbV b ObdH (Gr.R Wes) Nr. 91/41g.Kdos.Chefs. v. 8. 6. mit OKW Wfst/Abt. L (IV/Qu) v. 6. 6. 1941, Eingangsstempel H.Gr. B, Ic, v. 13. 6. 1941, Paraphen v. Bock, v. Greiffenberg, v. Tresckow, v. Gersdorff und Gericke (diese auf 17. 6. datiert), BA-MA WF-03/9121.

69 [11. Armee,] Abt. Ic, Vortragsnotiz über die Besprechung am 16. 5. bei Gen.Qu. (Gen.Major Wagner) in Wündorf v. 19. 5. 1941, BA-MA RH 20-11/334; auch als Nbg. Dok. NOKW-486.

70 BA F 57128 und BA-MA WF-03/9121. Hätte es einen Protest gegeben, hätte er sich in dieser Akte niederschlagen müssen, wie es beim Kriegsgerechtigkeitserlaß der Fall war. Der Kommissarbefehl war bekanntlich ein Ergänzungsbefehl zu diesem Erlaß. Ein etwaiger Vorgang hätte sich also von der Aktenhaltung her in dieser Akte befinden müssen, ebenso wie der Befehl selbst.

71 Belege oben S. 90f., Anm. 2/330, und Ogorreck 1992, S. 79f.

72 Siehe Notizen auf dem Anschreiben v. Brauchitschs zum Kommissarbefehl (wie Anm. 11/68): »[in unbekannter Handschrift:] Mündl. Bekanntgabe an Mil.Bef.H. i. r. H.G. [weiter in Handschrift v. Gersdorffs:] LXI. [?] A.K. erfolgt durch A.O.K. 4. vG«.

73 BA-MA WF-03/9121.

74 Siehe Kap. 7.1a und 8.1 in dieser Darstellung; ferner Ogorreck 1992, S. 82, Anm. 305, und 84 (zum PzAOK 4) sowie bereits die Überlegungen Streits (S. 317f., Anm. 126). Dort auch zu grundsätzlichen Zweifeln an Major Engels Eintragungen hinsichtlich des Kommissarbefehls. Vgl. ferner v. Kotze (Hg.), Heeresadju-

Was folgt aus diesen quellenmäßig belegten Abläufen? Neben einigen Übereinstimmungen ergeben sich Abweichungen vom herkömmlichen, durch Memoiren und Erinnerungen geprägten Bild. So scheinen die Differenzen zwischen den Oppositionellen und v. Bock kleiner gewesen zu sein als angenommen. Von Gersdorff und v. Tresckow ergriffen in der Tat die Initiative gegen den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß, doch sie stießen nicht auf so taube Ohren, wie es die Erinnerungen wollen, und ihre Rolle war deshalb möglicherweise geringer als angenommen. So wollte v. Bock aus Protest v. Greiffenberg zum OKH schicken und offenbar nicht v. Gersdorff.⁷⁵ Außerdem erließ die Heeresgruppe »Zusätze« zu dem Erlaß und verschickte sie auch, doch zweifellos nicht gegen v. Bocks Willen. Diese in v. Gersdorffs Verantwortung ausgearbeiteten Zusätze enthielten sehr wohl Milderungen und Mäßigungen, waren aber stark auf die sogenannte »Manneszucht« zugeschnitten und schrieben ganz unnötig ausdrücklich einen Bruch der Haager Landkriegsordnung fest. Verdienstvoll waren die Einschränkungen der kollektiven Gewaltmaßnahmen; doch »Erschiessungen« waren nur »zahlenmässig« zu melden. Warum wurden die »Zusätze« in den Memoiren nie erwähnt? Vielleicht liegt der Grund für diese auf den ersten Blick erstaunliche Tatsache darin, daß in ihnen gegen manche drohenden Verbrechen Maßnahmen ergriffen, andere Verbrechen aber gerechtfertigt wurden, und gerade v. Gersdorff sich doch nicht so gern daran erinnerte. Als Beleg für den Widerstand seiner Urheber war er eher nicht geeignet. Ganz ähnlich war es mit v. Kluges Entwurf.

Auch der Gesamtablauf ist aufschlußreich. Die Heeresgruppe und insbesondere der zuständige Offizier v. Gersdorff standen mit Berlin in ständigem, fast täglichem Kontakt über die geplanten Völkerrechtsverletzungen. Und diese Kontakte bestan-

tant bei Hitler, S. 102f. und 106. Danach äußerten sich v. Tresckow und der Stabschef der H.Gr. B, Hans v. Salmuth, am 10. 5. 1941 ablehnend gegenüber dem Kommissarbefehl und beabsichtigten, ihn zu sabotieren. Am 23. 5. soll v. Kluges Gespräch mit Hitler stattgefunden haben. Abgesehen von den falschen Daten handelt es sich bei Engels sogenanntem Tagebuch um nach dem Krieg entstandene Aufzeichnungen auf Grund von Notizen, die nicht mehr erhalten sind und schon der Herausgeberin nicht mehr zur Verfügung standen. Ihr zufolge verwandte Engel Daten, die in den Notizen gefehlt zu haben scheinen, »primär als Stilmittel«; v. Kotze, Einleitung, S. 12–14. Engels Tagebuch ist also im strengen Sinn keine Quelle. – Vermutlich bezogen sich v. Tresckows kritische Ausführungen auf den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß. Streit (S. 317f., Anm. 126) wendet ein, die bei Engel verwandte Bezeichnung »Kommissar-Befehl« sei anachronistisch, da dessen erste Entwürfe wenige Tage alt und sein Zustandekommen nicht sicher gewesen seien. Jacobsen, S. 148, spekuliert, Engel, v. Tresckow und v. Salmuth hätten den ersten Entwurf des Befehls gekannt. Zum Datum: v. Salmuth wurde im Lauf des Mai 1941 als Chef des Generalstabs der H.Gr. B durch v. Greiffenberg abgelöst; vgl. Tagebuch v. Bock v. 2. 5. und 17.–19. 5. 1941, BA F 57128, Bl. 273f. und 277. Viel später als am 10. Mai (Engel datiert meist erheblich zu früh) kann das von Engel erwähnte Treffen darum kaum stattgefunden haben.

Überdies ist festzustellen, daß das XXX. Armeekorps unter v. Salmuths Kommando wenig später, nämlich mit Befehl vom 2. 8. 1941 Soldaten die Teilnahme an Erschiessungen von Kommunisten und Juden, sofern sie dazu kommandiert wurden, ausdrücklich erlaubte, weil deren »fanatische[r] Wille [...] unter allen Umständen« zu brechen sei (zitiert nach Hilberg, Vernichtung, S. 341; vgl. Ogorreck 1992, S. 242). Auch deshalb sind Einwände v. Salmuths gegen den Kommissarbefehl recht unwahrscheinlich.

⁷⁵ Ob v. Gersdorff tatsächlich extra, von v. Bock geschickt, nach Berlin flog (v. Gersdorff, S. 88f.), ist sehr fraglich. Völlig unglaublich ist, daß ausgerechnet GenLt Müller, wie er schreibt, gegen den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß eingestellt gewesen sein soll. – Siehe dagegen zur Absicht, v. Greiffenberg zu schicken, S. 1115f. in dieser Darstellung. – Eher ist anzunehmen, daß v. Gersdorff zur Ic-Besprechung am 5./6. 6. ins OKH flog.

den bei weitem nicht allein darin, daß Proteste vorgebracht und abgewiesen wurden. Außerdem traf weder der Kommissarbefehl gleichzeitig mit dem Kriegsgerichtsbarkeitserlaß bei der Heeresgruppe ein,⁷⁶ noch kam dieser am Absendetag, dem 13. Mai, an, noch war v. Brauchitschs Disziplinarerlaß gar auf die Initiative der Heeresgruppe zurückzuführen.⁷⁷ Gänzlich falsch ist, daß sich auf den Kommissarbefehl hin ein Sturm der Entrüstung erhoben hätte oder gar, daß er praktisch nicht ausgeführt worden wäre. Damit ist es auch äußerst zweifelhaft, ob Vereinbarungen zwischen v. Bock, v. Tresckow, v. Gersdorff und hohen Offizieren der unterstellten Truppen stattgefunden haben, den Befehl heimlich nicht auszuführen.⁷⁸ Dafür gibt es keinen Beleg. Der Befehl wurde von der Heeresgruppe weitergegeben, im Gegensatz zu nachträglichen Behauptungen.⁷⁹ Die Quellen und die tatsächliche Verfolgung der Kommissare sprechen vielmehr dafür, daß dieser Befehl akzeptiert und mitgetragen wurde. Daß die Offiziere aus Angst nur mündlich gegen den Befehl vorgingen, ist insofern nicht plausibel, als sie über die Initiativen gegen den Kriegsgerichtsbarkeitserlaß ja auch Vermerke anlegten.

Nimmt man alles zusammen, waren es bestimmte Arten von Massenverbrechen, die die hier erwähnten Hitlergegner mit begingen oder unterstützten, während sie sich bei anderen Arten passiv verhielten oder sie ablehnten und aktiv zu verhindern suchten. Natürlich wird dabei jeder seine individuelle Einstellung gehabt haben. Insgesamt ist aber die Tendenz erkennbar, daß Verbrechen gegen politische Gegner am ehesten mitgetragen wurden (Partisanen, Kommissare, Kommunisten, GFP-Verbrechen). Nachdem 1941 viele noch Wert darauf gelegt hatten, unbeteiligte Zivilisten möglichst unbehelligt zu lassen, weichte diese Haltung im weiteren Verlauf der Partisanenbekämpfung immer mehr auf, so daß auch größte Verbrechen bejaht wurden (v. Tresckow). Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands wurden über alles gestellt und Maßnahmen, gewaltsam Arbeitskräfte zu rekrutieren, unterstützt. Bei einer bestimmten Gruppe unter den hier angesprochenen Personen – jedoch keineswegs bei allen – ging das so weit, daß sie den Völkermord mitinszenierten, in der Praxis besonders an den Kriegsgefangenen (Wagner, Thomas). V. d. Schulenburg gehörte sicher nicht zu diesen, schrieb aber am 28. August 1941 folgende kennzeichnende Passage über die Zustimmung zur deutschen Neuordnungspolitik in sein Tagebuch:

»Entscheidend ist aber, daß die Führung des Reiches einen Auftrag des Schicksals vollzieht. Ihr ist vom Schicksal übertragen die Auslöschung des Bolschewismus, die Schaffung des Reiches und des Großwirtschaftsraumes Europa mit östlichen Aufbau-

⁷⁶ So v. Gersdorff, S. 86, mit richtigem Datum »Anfang Juni 1941«. Es gibt keinen Quellenbeleg, daß v. Gersdorff sich, wie er selbst nachträglich behauptete, auch gegen den Kommissarbefehl wandte (ebd., S. 86–89).

⁷⁷ So Scheurig, S. 102–105; zuletzt W. Heinemann 1998, S. 50.

⁷⁸ So Hoffmann 1979, S. 333f. Vgl. Kap. 8.4a.

⁷⁹ Scheurig, S. 105, schreibt mit Bezug auf v. Schlabrendorff und v. Gersdorff (S. 230, Anm. 59) über v. Tresckow: »verbrecherische Befehle gedachte er – innerhalb seines Bereiches – weder auszuführen noch weiterzugeben«. Vgl. die Andeutung eines Eingriffs von außen bei v. Gersdorff, S. 89: »Es ließ sich jedoch nicht vermeiden, daß der Inhalt der Befehle zumindest mündlich bis zu den Kompanien herunter bekannt wurde.« Vgl. ebd., S. 100f.

gebieten, die Auflösung Rußlands und die Ersetzung des parasitären Kapitalismus durch eine neue Gesellschaftsordnung.«⁸⁰

Abgelehnt wurden dagegen die Verbrechen von SS und Polizei, allerdings offenbar nur, soweit sie über ein bestimmtes Maß hinausgingen. Ihr Einsatz wurde zur Kenntnis genommen, manchmal gesteuert, und »begrüßt«, wenn er gegen den politischen Gegner ging, auch wenn darunter Juden waren. Die weitgehende oder vollständige Ausrottung der Juden scheinen dagegen nur wenige gebilligt oder gefördert zu haben (Thomas⁸¹). Die meisten oppositionellen Offiziere waren darüber offenbar empört und strikt dagegen.

Nicht untypisch erscheint aber der Streit um die Zahl der von der Einsatzgruppe B ermordeten Juden. Von Gersdorff hat mehr als einmal behauptet, Nebe habe ihm entweder gar nichts darüber oder zu geringe Zahlen gemeldet; das habe er erst später erfahren.⁸² In einer Vernehmung führte er dazu aus:

»Tatsächlich waren in den Berichten von Nebe, die mir zur Kenntnis gelangten, bezgl. der Judenerschießungen nur ganz niedrige Zahlen angegeben. Ich glaube nicht, dass jemals über 100 Liquidierungen in den Einzelmeldungen aufgeführt waren. Die Zahlen hielten sich in einer Größenordnung, die im Hinblick auf die Grösse des Operationsgebietes von Nebe durchaus begreiflich waren, d. h. man konnte ohne weiteres der Auffassung sein, dass es sich um kriegsbedingte Erschießungen handelte. Dies umsomehr, als ich persönlich auch die Erfahrung gemacht habe, dass sich unter den Agenten sehr viele Juden befanden und dass sich unter der jüdischen Bevölkerung eine grössere und aktivere Kriminalität ergab, als bei der übrigen russischen Bevölkerung. Von Massensaktionen ist mir von Nebe niemals etwas erzählt worden.«⁸³

Die wiederaufgefundenen Berichte Nebes, die v. Gersdorff abzeichnete, zeigen, daß diese Aussage nicht zutrifft. Das Ausmaß der Exekutionen war aus den Berichten erkennbar, obwohl keine von der Einsatzgruppe der Heeresgruppe vorgelegte Gesamtstatistik aus dieser Zeit aufgetaucht ist, und es ging auch aus ihnen hervor, daß sich viele Aktionen gegen Juden als solche richteten.⁸⁴ In einem Vermerk über eine Frontreise vom 5. bis 8. Dezember 1941 erklärte v. Gersdorff, daß über »die Erschießungen der Juden, der Gefangenen und der Kommissare« die »vorhandenen Tatsachen *in vollem Umfang* bekannt geworden« seien; die Exekutionen würden

⁸⁰ Zitiert nach: U. Heinemann, S. 224. Dabei soll nicht verkannt werden, daß v. d. Schulenburg im Lauf des Krieges eine gewisse Wandlung durchmachte. Seine Tätigkeiten zur Verwaltungsvereinfachung 1942/43 in der Rohstoffbewirtschaftung, im RMEuL und bei den Unruh-Kommissionen (ebd., S. 83) lagen jedoch ganz auf der Linie, die deutschen wirtschaftlichen Kriegsanstrengungen im Rahmen der eigenen Fähigkeiten zu unterstützen. Damit befand er sich mit der deutschen Führung in Übereinstimmung, während er insgeheim schon gegen sie arbeitete.

⁸¹ Es scheint, daß Thomas hier ein Doppelspiel betrieb, denn in Kreisen von Oppositionellen erklärte er Abscheu über Judenerschießungen. Hassell, S. 228–232. Hassell blieb Thomas' uneindeutige Haltung aber nicht verborgen; er kommentierte sie damit, daß Thomas »gelegentlich gegen die Propaganda nicht ganz immun« sei (ebd., S. 229).

⁸² Vgl. Vern. v. Gersdorff v. 6. 5. 1959 (Abschrift v. Abschrift), ZStL 202 AR-Z 52/59, Bl. 1710. Seinen Memoiren zufolge wollte v. Gersdorff damals gar keine Meldungen der EG B über Erschießungen erhalten haben: v. Gersdorff, S. 99.

⁸³ Vern. ders. v. 4. 5. 1959, StA München I 22 Ks 1/61, Bd. 5, Bl. 863.

⁸⁴ Dazu Gerlach, Männer, S. 430.

»fast allgemein im Offizierskorps abgelehnt« und »als eine Verletzung der Ehre der deutschen Armee« betrachtet.⁸⁵ Das deutet darauf hin, daß er diesen Umfang für beträchtlich hielt und ihn kannte. Nebe war erst einen Monat zuvor von Naumann abgelöst worden, so daß letzterer kaum allein verantwortlich gemacht werden konnte. Von Gersdorff stellte in dieser Notiz fest, er wertete nicht selbst; man kann aber vermuten, daß er sie als Kritik an der Judenvernichtung meinte.⁸⁶ Judenerschießungen in geringerem Umfang konnte er, wie gesehen, aber noch 1959 verstehen. Dazu paßt, daß v. Schlabrendorff, als er in Nürnberg Nebe verteidigte, vom erbosten US-Ankläger Kempner am Ende seiner Vernehmung »als Sachverständiger der Widerstandsbe-
 wegung« gefragt wurde: »Wieviele Juden darf man denn ermorden, wenn man das Endziel hat, Hitler zu beseitigen – wieviele Millionen?«⁸⁷

Von Gersdorff erklärte, Naumanns Berichte hätten »erheblich höhere Erschießungsziffern als die Berichte von Nebe« aufgewiesen.⁸⁸ Sicher: Naumann zählte zusammen. Und es scheint so, daß man noch erklären kann, wie v. Gersdorffs Darstellung entstand. Denn auf dem Anschreiben zum Bericht für den 15. November bis 15. Dezember 1942 machte er kritische Notizen und neben der »Gesamtzahl der Sonderbehandelten 134 198« ein großes Ausrufungszeichen.⁸⁹ Nur war sein Erstaunen unangebracht: er kannte ja bereits vom Sommer 1941 an den annähernden Umfang der Einsatzgruppenmorde, und die laufenden Mordziffern waren im Lauf der Zeit noch leicht zurückgegangen. Er hatte sie ganz offenbar, so wenig befriedigend das klingen mag, nur nie zusammengerechnet. Die sechsstellige Zahl erschreckte ihn.

Es stellt sich die Frage, warum sich die hier angesprochenen Personen – und nur um die geht es – überhaupt an der Opposition, an Umsturzplänen und Attentaten gegen Hitler beteiligten, warum sie ihr Leben dafür einsetzten. Neben der These vom »Aufstand des Gewissens«⁹⁰ hat es dafür in der Vergangenheit verschiedene Erklä-

85 Bericht Major i. G. Frhr. von Gersdorff, Bericht v. 9. 12. 1941 (Abschrift), BA-MA RH 19 II/127, Bl. 260 (Hervorhebung C. G.). – Proteste der Heeresgruppe gegen Judendeportationen aus dem Deutschen Reich ins Hinterland der Heeresgruppe Mitte richteten sich gegen die Belastung der unzureichenden Nachschubtransportwege, nicht gegen die Deportationen selbst, und die Proteste waren, anders als W. Heinemann (1998, S. 51) schreibt, unverzüglich erfolgreich (vgl. S. 752f. in dieser Darstellung).

86 Das besonders, weil es keineswegs sicher erscheint, daß diese Verbrechen wirklich »fast allgemein im Offizierskorps abgelehnt« wurden. – Von Gersdorff übertrieben aber, als er später schrieb, die »Eintragung grenzte damals an Hochverrat« (S. 99). Übrigens zitierte er sie in seinen Erinnerungen unvollständig. Er ließ die Stelle weg, daß die »vorhandenen Tatsachen in vollem Umfang bekannt geworden« seien – und damit den Beleg, daß er über das Ausmaß Bescheid wußte.

87 Vgl. Vern. Fabian v. Schlabrendorff v. 30. 6. 1948, Staatsarchiv Nürnberg Fall IX, dt. Protokoll Bl. 10659f.

88 Vern. v. Gersdorff v. 4. 5. 1959, ebd., Bd. 5, Bl. 864. – Diese Version verbreitete v. Gersdorff offenbar auch schon 1941. Gegenüber dem General zBV beim ObdH, Müller, soll er über ein Treffen zwischen Himmler und Bach-Zelewski berichtet haben, bei dem Himmler den HSSPF Rußland-Mitte angeschrien habe, der HSSPF bei der H.Gr. Nord habe schon »fünfmal soviet« Juden ermorden lassen. Auszug aus einem Artikel von Major Bernhard Bechler, Adjutant Müllers, v. 19. 12. 1943 im NKFD-Blatt »Freies Deutschland«, in: Grossman/Ehrenburg, S. 987. Zu Bechlers Glaubwürdigkeit Anm. 7/4. Die Mitteilung dürfte weniger etwas über das Gespräch Himmler-Bach-Zelewski als über v. Gersdorffs Darstellung der Morde im Bereich der H.Gr. Mitte nach außen hin aussagen.

89 EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 15. 11.–15. 12. mit Anschreiben v. 29. 12. 1942, ZStA Minsk 655–1–3, Bl. 4–56, mit Notiz »Besonders lesenswert [...] Bericht 2 letzte Seite! vG« (Bl. 4) und Ausrufungszeichen Bl. 16, beides mit violetterem Buntstift.

90 Vgl. Aufstand des Gewissens o. J. (1984).

rungsansätze gegeben. Jemand wie Nebe wollte sich sicherlich eine Art Lebensversicherung für den Fall der deutschen Niederlage schaffen, ähnlich wie Himmler mit seinen Friedensverhandlungen.⁹¹ Eine andere Erklärung, die besonders die Nazis propagandistisch einsetzten, waren Aussagen über den starken persönlichen Ehrgeiz einiger Verschwörer, die gehofft hätten, durch den Umsturz schnell hohe Positionen zu erreichen. Zwar waren nicht wenige der Oppositionellen tatsächlich als ehrgeizig bekannt, so Wagner, genannt »Nero«, und v. Tresckow.⁹² Doch war es wohl kaum allein das persönliche Fortkommen, das sie antrieb. Denn unter ihnen waren Militärs in hohen Positionen, so Halder, Thomas, Wagner, und solche, die gerade im bestehenden System außergewöhnlich schnell aufgestiegen waren wie Claus Schenck Graf v. Stauffenberg⁹³ und v. Tresckow, 1944 der jüngste Truppengeneral des Heeres. Wenn sie nur vom Ehrgeiz getrieben worden wären, hätten sie ihre Karriere mit guter Aussicht auf Erfolg einfach fortsetzen können.

Wesentlich wichtiger scheint das Motiv gewesen zu sein, den deutschen Sieg im Krieg sicherzustellen und die deutschen Interessen zu wahren, womöglich effektiver als Hitler und die bisherige Führung.⁹⁴ So schaltete sich Eduard Wagner erst im Juni 1944 wieder aktiv in die Umstürzbemühungen ein, mit der Begründung, es sei »untragbar, daß der Russe kämpfend ins Reichsgebiet eindringt. Es bedeute dies den absoluten Untergang.«⁹⁵ Der Zeitpunkt des Attentats vom 20. Juli war nicht zufällig: Die Sowjets standen in Ostpreußen an der Reichsgrenze, die Heeresgruppe Mitte war zerschlagen, und die Invasion der Westalliierten war einen Monat her. »Das Leben der ganzen Nation steht auf dem Spiel«, so Wagner.⁹⁶ Auch für v. Tresckow war wesentlich, man müsse die Rote Armee »von Mitteleuropa fernhalten«.⁹⁷ Dies, so schien es vielen Verschwörern schon lange, könnten sie besser gewährleisten als die bisherige NS-Führung, vor allem mit ihrem Konzept »Rußland ist nur durch Russen zu schlagen«.⁹⁸ Schon an der Planung und Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion

91 Vgl. Melnikow, S. 136.

92 Kaltenbrunner an Bormann v. 2. II. 1944, »Die Bedeutung des persönlichen Ehrgeizes innerhalb der Verschwörerclique«, in: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 477–480. Zu Wagner übereinstimmend: Anlage 1 zu: ebenso v. 7. 9. 1944, ebd., S. 368; Herwarth, S. 302 (beides zu »Nero«); Beurteilung Wagners durch Halder v. II. 4. 1941 und I. 5. 1942, BA-MA N 510/v. 37; Heinz Danko Herre, Geschichte der Dienststelle des Generals der Freiwilligen, IfZ Zs 406/III; Krumpelt, S. 112. – Von Tresckow: Aussage Heusinger laut Kaltenbrunner an Bormann v. 7. 9. 1944, Spiegelbild, S. 368 (»ein sehr kluger, aber auch sehr ehrgeiziger Offizier«); v. Tresckow versuchte mehrmals, Heusinger als Chef der OpAbt im OKH abzulösen (Hoffmann 1979, S. 406). Zu Nebes Karrieredenken Kaltenbrunner an Bormann v. 8. 3. 1945, in: Spiegelbild, S. 245.

93 Mit der Erwähnung Stauffenbergs in dieser Aufzählung ist nicht gemeint, daß er sich an Massenverbrechen beteiligt hätte.

94 So hat über Thomas bereits Hans Rothfels geurteilt. Siehe die Einleitung Wolfgang Birkenfelds in: Thomas, S. 21.

95 Aussage Stieffs nach: Kaltenbrunner an Bormann v. 28. 7. 1944, in: Spiegelbild, S. 90; vgl. zu den Reaktionen der Opposition auf den Verlust der Dnjepr-Linie in der Ukraine im Oktober 1943 ebd., S. 89. Ferner Wagner, S. 231f.

96 Ausarbeitung »Die letzten Tage« auf Grund einer Aussage v. Etzdorfs, BA-MA N 510/v. 40.

97 Zitiert nach Scheurig, S. 157.

98 Siehe ebd., S. 154 ff.; Strik-Strikfeldt, S. 66. Siehe besonders das Protokoll der Spitzenbesprechung im Ostministerium zur Ostpolitik am 18. 12. 1942, SS-Brigadeführer Paul Zimmermann an Himmler v. 4. I. 1943, BA NS 19/2605, Bl. 1–7; Dallin, S. 560–562; Herwarth, S. 288. An dieser Besprechung nahmen u. a. v. Kraewel, v. Schlabendorff, Herwarth v. Bittenfeld und v. Stauffenberg teil; sie dominierten sie.

hatten sich nicht wenige Angehörige der Offiziersopposition auffällig »engagiert« beteiligt, weil sie alles daran setzten wollten, Stalin und das sozialistische System zu beseitigen.⁹⁹ Sicher wäre es weltfremd, Offizieren vorzuwerfen, daß sie mit ihrer Armee den Krieg gewinnen wollten. Doch ein solcher Sieg wäre eben auch ein Sieg Hitlers gewesen, außen- und innenpolitisch. Überdies strebte die hier untersuchte Gruppe von Hitlergegnern diesen Sieg mit allen Mitteln an, auch unter massiven, bewußten Kriegsrechtsverletzungen. So wußten v. Gersdorff und v. Tresckow schon im Vorfeld des 22. Juni 1941 vom Einsatz von Deutschen und Kollaborateuren in sowjetischen Uniformen, und sie steuerten diesen Einsatz in verantwortlicher Position. Auf diese Weise fiel auch die berühmte Brücke über den Bug bei Brest in deutsche Hände.¹⁰⁰ Von Gersdorff hatte trotz seiner angeblichen Abneigung gegen den Einsatzgruppenchef Naumann keine Bedenken, mit ihm beim Unternehmen »Zeppelin« jenseits der Front zur Auslösung von Aufständen in der UdSSR zusammenzuarbeiten.¹⁰¹

Jedoch handelten auch die meisten der hier betrachteten Offiziere, darunter Yorck und v. Tresckow, aus einem moralischen Anspruch heraus, aus Empörung über NS-Massenverbrechen. Insoweit sind eine Reihe von nachträglichen Aussagen durchaus glaubwürdig und stimmen mit Ermittlungsergebnissen der Gestapo überein. Genannt wurden der Kommissarbefehl, die Vernichtung der Kriegsgefangenen, die Jagden auf »Ostarbeiter« und die Judenvernichtung (»die über die Nürnberger Gesetze hinausgehenden Ausrottungsmaßnahmen gegen das Judentum«).¹⁰² Es scheint auch sicher, daß einige, insbesondere v. Tresckow, ihre wenig aussichtsreiche Tat vom Juli 1944 als Opfergang verstanden, um das Ansehen des deutschen Volkes im Ausland zu retten, auch wenn der Umsturz fehlzuschlagen drohte.¹⁰³

Das ändert nichts daran, daß die gleichen Personen selbst Massenverbrechen mit zu verantworten hatten. Sie bejahten sie vor allem aus zwei miteinander verknüpften Gründen: wenn sie sich gegen politische Gegner richteten (und selbst, wenn sie von

-
- 99 Wilhelm 1991, S. 165. Er nennt in diesem Zusammenhang Stieff, Graf Stauffenberg, Wagner, Halder, Hoepner, Fellgiebel, v. Tresckow und Thomas. Man könnte noch andere aufzählen.
- 100 H.Gr. B, Ic/A.O.Nr. 258/41g.Kdos., Betr.: Einsatz von V-Leuten und Teilen des »Lehrregiments z.b.V. 800« v. 21. 5. 1941, gez. v. Greiffenberg, Paraphe v. Gersdorff, ging auch an Ia; V. O./Abw.II bei der H.Gr. B, Ic/V. O. Nr. 1/41g.Kdos., Sabotage-Objekte im Bereich der Heeresgruppe B; Amt Ausland/Abwehr, Betr.: Einsatz des Lehr-Regiments v. 11. 6. 1941 (»Zeit des Einsatzes in Zivil- oder sonstiger Tarnkleidung bleibt den Heeresgruppen verantwortlich überlassen«, gez. Lahousen), abgezeichnet von v. Tresckow; H.Gr. B, Ic/A.O. Nr. 331/41g.Kdos. an die unterstellten Armeen v. 17. 6. 1941, mit Paraphen unterzeichnet: v. Gersdorff, v. Tresckow: »Ein Einsatz (Überschreiten der Grenze) vor X-Uhr wird nur für einzelne Leute in Volltarnung (russ. Uniform) genehmigt.« Alles BA-MA WF-03/9121. Zur Bugbrücke v. Schlabrendorff, Offiziere, S. 45. Zu Verbrechen an Zivilisten durch Diversanten in sowjetischer Uniform im Raum Kobryn: Erinnerungen Lida Pogorshelskaja, in: Alexijewitsch, S. 37.
- 101 Aktennotiz über eine Besprechung Naumann-v. Gersdorff v. 3. 4. 1942, BA D-H ZR 920, A. 52, Bl. 190f. Zum »Unternehmen Zeppelin« z. B. Seeger, S. 151–153.
- 102 So bereits Kaltenbrunner an Bormann v. 24. 7. 1944, in: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 34: »Ein wesentliches Moment [...] stelle die Behandlung der besetzten Länder dar«; ebenso v. 31. 7. 1944 (Wiedergabe von Aussagen Yorcks, hier Zitat), S. 110; zu v. Tresckow: Hoffmann 1992, S. 337. Vgl. die Diskussion bezüglich der Einstellung zur Judenvernichtung bei Dipper 1985, S. 611–613, und dagegen Hoffmann 1985, hier S. 1089f.; ferner Finker 1977, S. 170ff.
- 103 Vgl. zu v. Tresckow, unabhängig voneinander, Anlage 1 zu Kaltenbrunner an Bormann v. 11. 8. 1944, in: Spiegelbild einer Verschwörung, S. 196; Finker 1977, S. 346f.; v. Schlabrendorff, Offiziere, S. 109; Stahlberg, S. 380.

seiten der SS und Polizei begangen wurden), und um den Krieg gegen die UdSSR und die Partisanen militärisch zu gewinnen.¹⁰⁴ Die betrachtete Gruppe von Offizieren entstammte wie fast die ganze militärische Opposition einem »relativ einheitlichen sozialen Milieu«, sie bestand nämlich »aus Abkömmlingen der traditionellen Führungseliten des kaiserlichen Deutschlands«.¹⁰⁵ Auch ihre Handlungsmotivation bei den Verbrechen war eher traditionell: Im Mittelpunkt stand eindeutig scharfer Antikommunismus. Dagegen wurden andere, noch mehr NS-spezifische Verbrechen gegen die Masse der Zivilbevölkerung, gegen »Unschuldige« wie Juden, das Gros der Kriegsgefangenen oder Ostarbeiter überwiegend abgelehnt, wenn man von der Gruppe um Wagner und Thomas absieht. Mittäterschaft und Ablehnung von Verbrechen sowie Attentatsversuche, das alles erfolgte bei den meisten nicht nacheinander, sondern gleichzeitig, bis 1943/44. Deshalb kann für die betrachtete Personengruppe auch die These von Klaus-Jürgen Müller nicht voll bestätigt werden, der »Elitenkonflikt innerhalb des Systems und um die Durchsetzung einer alternativen Politik« sei später als Handlungsmotiv abgelöst worden von »moralische[r] Empörung und persönliche[r] Betroffenheit«. »Männer des Widerstandes, die den »antibolschewistischen Kreuzzug« bejahten«, waren die Angesprochenen alle, bis 1944. Letzteres schloß ihren moralischen Anspruch nicht aus.¹⁰⁶ Doch was sie vertraten, war eine selektive Moral.

Natürlich konnte zur Zeit des Naziregimes niemand ganz rein bleiben. Es besteht aber ein fundamentaler Unterschied zwischen jenen Angehörigen des Widerstands, die sich tatsächlich bestimmten Handlungen nicht entziehen konnten, aber taten, was sie konnten,¹⁰⁷ und jenen, die bewußt und aus eigenem Antrieb Verbrechen initiierten oder befahlen, die manchmal bis zum Völkermord reichten (Wagner, Thomas), und zwar obwohl sie am Regime und Teilen seiner Verbrechen Kritik übten und es beseitigen wollten, noch dazu gleichzeitig. Es bleibt daher notwendig, nicht nur zu betrachten, was die Verschwörer des 20. Juli dachten und vorhatten, sondern auch, was sie wirklich taten oder unterließen.

Verglichen mit anderen Akteuren im für Weißrußland zuständigen Besatzungsapparat zeigten die meisten in diesem Kapitel betrachteten Personen tatsächlich auf bestimmten Gebieten eine außergewöhnliche moralische Resistenz. Diese drückte sich teils auch in ihrem Handeln aus, teils waren sie gezwungen, ohnmächtig zuzu-

¹⁰⁴ In den schriftlichen Quellen über die dienstliche Tätigkeit der Oppositionellen sind zwar schwerlich Spuren für ihre verschwörerische Tätigkeit zu finden, wohl aber Anhaltspunkte für ihr Handeln und gelegentlich auch für ihre Überzeugungen dabei. Die Kritik von W. Heinemann 1998, S. 49, ich wollte lediglich von der Verschwörungstätigkeit ablenken und stellte mich dabei »von vornherein auf die Seite des Akten produzierenden Systems«, geht deshalb an meinem Anliegen vorbei.

¹⁰⁵ So Schieder 1985, S. 438.

¹⁰⁶ Zitate aus K.-J. Müller 1985, S. 41.

¹⁰⁷ Hierzu wäre – nur ein Beispiel – Helmuth James Graf v. Moltke zu zählen, »kann er doch als einer der ganz wenigen Männer der Opposition innerhalb der Wehrmacht gelten, deren Auffassung sich auch in der dienstlichen Tätigkeit unmißverständlich, konsequent und kontinuierlich widerspiegelte«, wie Rolf-Dieter Müller bezeichnenderweise festgestellt hat. R.-D. Müller 1987, S. 127. Es ist nach meiner Ansicht kein Zufall, daß Moltke im Abschiedsbrief an seine Frau erklärte, daß er mit seinem Widerstand »keine eigenen Interessen, ja nicht einmal die meines Landes vertrat, sondern menschheitliche [...]«, während viele andere Verschwörer sich in ihren letzten Briefen oder Äußerungen vor allem auf ihre Vaterlandsliebe beriefen (Finker 1978, S. 257, 259, 265).

schauen. Doch das war nur die eine Seite. Auf einer Reihe anderer Felder wirkten selbst Oppositionelle bis hin zu v. Tresckow und v. Gersdorff offenbar aus eigener Initiative aktiv bei der deutschen Vernichtungspolitik mit. Ganz offenbar äußerte sich darin eine Vorstellung vom Krieg und den dabei zulässigen – vielleicht gegen bestimmte Gegner gebotenen – Mitteln, die das heute als akzeptabel geltende Maß weit überschreiten. Wenn dies so war, deutet es an, wie weit der Konsens über die Gewaltpolitik ging, wie wenig diese als rein »nationalsozialistisch« betrachtet werden kann, wie stark mithin die ethische Substanz in Deutschland angegriffen war. Diese kurze Darstellung vermag kein Gesamtbild der Oppositionellen zu liefern. Ihr politisches Verdienst – ihr Versuch, das NS-Regime zu stürzen, und ihre Aufopferung für diesen Versuch – bleibt bestehen. Dennoch fällt es schwer, die hier genannten Personen angesichts ihrer nachweisbaren Aktivitäten in Weißrußland und anderswo als moralische Vorbilder zu akzeptieren.

12. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Der Ansatz der vorliegenden Studie ist durch die Frage nach Zusammenhängen, Wechselwirkungen und Widersprüchen zwischen NS-Verbrechen und der deutschen Wirtschaftspolitik im Zweiten Weltkrieg, konkret zwischen Wirtschaftsinteressen und Besatzungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, bestimmt worden. Grundidee der Untersuchung war, die deutsche Wirtschaftspolitik hierzu umfassend zu untersuchen, anstatt sich auf bestimmte Segmente oder gar einfach auf Mutmaßungen zu beschränken. Zudem mußte die Vernichtungspolitik gegen alle wesentlichen Opfergruppen zu analysiert werden.

Die Deutschen verfolgten in Weißrußland, ausgenommen den Bezirk Bialystok (siehe Kap. 2.4), keine ernsthaften Siedlungsinteressen. Daher war es ihr besatzungspolitisches Konzept, vor allem die weißrussische Landbevölkerung in ihrer Mehrheit nicht zu verdrängen oder zu ermorden, sondern als abhängige, bedürfnis- und willenlose Bauern auszubeuten.¹ Ein leeres Land hätte den deutschen Machthabern nichts genützt. Strategisch konnten sie das aus ihrer Sicht wenig attraktive Gebiet als Sprungbrett nach Moskau nicht aufgeben. Es gab zwar anfangs Pläne, im Zuge der geplanten »Völkerverschiebung« in Osteuropa Polen aus dem Warthegau, »unsoziale Menschen« aus dem Baltikum in Weißrußland anzusiedeln oder Juden aus dem Generalgouvernement speziell im Polesje massenhaft als Zwangsarbeiter zu verwenden. Doch wurde das Polesje nicht, wie die Regierung in Krakau vorschlug,² dem Gene-

¹ Pläne aus der Vorbereitungszeit der Invasion, möglicherweise mehr als die Hälfte der Weißrussen durch Hunger zu töten (Kap. 2.2a, besonders S. 57), konnte die Besatzungsverwaltung aus verschiedenen Gründen nicht durchführen (Kap. 4.3a-c). Vorstellungen von Himmler, Weißrußland solle gänzlich deutsch besiedelt werden, beurteilten selbst die ihm unterstellten Experten im RKF als unrealistisch. Sie wurden schließlich auch von Himmler aufgegeben (Kap. 2.4a).

² Vgl. Aly/Heim, Vordenker, S. 249–252; Heim 1991, S. 183f.; Aly 1995, S. 273–278; Madajczyk 1988, S. 81; Sandkühler, S. 110f. und 122f. Eugen v. Engelhardt zog in seiner Denkschrift aus der ersten Jahreshälfte

ralgouvernement angegliedert, sondern dem Reichskommissariat Ukraine (Kap. 3.3). Daran zeigte sich, welche Interessen Vorrang hatten, nämlich die Beherrschung, Ausbeutung, in Teilen auch deutsche Besiedlung der Ukraine. Weder wurde etwas aus den geplanten Massendeportationen nach Weißrußland, noch läßt sich ein Einfluß dieser Pläne auf die Politik der regionalen Besatzungsorgane gegenüber der weißrussischen Bevölkerung nachweisen. Auch praktische Anweisungen des Ostministeriums dazu blieben aus. Den einzigen Fall bildeten die Judendeportationen nach Minsk, die die Verantwortlichen jedoch wegen diverser Schwierigkeiten einschränken mußten. Von den in Berlin avisierten Transporten nach Weißrußland konnte 1941 nur ein kleiner Teil stattfinden; 12 000 Minsker Juden wurden damals ermordet, um für die 7000 Deportierten Wohnraum freizumachen. Weitere Abschiebungen scheiterten 1941 am Einspruch des Militärs und der Zivilverwaltung. 1942 wurden fast alle mehr als 17 000 eingetroffenen Juden aus dem Reich sofort ermordet (Kap. 7.5a). Letztlich blieb *dieser* Massenmord im zynischen Kalkül der Täter eine Randepisode der deutschen Besatzungspolitik in Weißrußland. Für die Ermordung der weißrussischen Juden waren deutsche Besiedlungspläne oder die Verschiebung anderer Völker insgesamt nicht ausschlaggebend, ganz zu schweigen von den Kriegsgefangenen oder den Opfern der Partisanenbekämpfung. Die von Götz Aly gezeigten Zusammenhänge zwischen An- und Umsiedlungsabsichten und Vernichtungspolitik waren im »Reichsgau« Wartheland und in Oberschlesien mitentscheidend, im Generalgouvernement waren sie nicht ohne Bedeutung, in Weißrußland und darüber hinaus in einem großen Teil der besetzten sowjetischen Gebiete spielten sie dagegen keine Rolle.³

Der Hungerplan, seine Konsequenzen und sein weitgehendes Scheitern

Mit der Niederlage in der Schlacht um England 1940 war die deutsche Führung in eine prekäre militärstrategische Situation geraten. Es drohte ein langer Zermürbungskrieg mit den Westmächten, dem das Deutsche Reich wegen fehlender Ressourcen nicht gewachsen war. Um ihm zu entgehen oder um sich für den Abnutzungskrieg zu wappnen, sollte die Sowjetunion angegriffen werden. Dies erschien gleichzeitig wünschenswert, weil in der NS-Programmatik langfristig eine Ostexpansion und die Beherrschung der angeblich »rassisch« unterlegenen Völker Osteuropas vorgesehen war. Politisch sollte der Sozialismus, machtpolitisch und militärisch die Großmacht Sowjetunion/Rußland ausgeschaltet werden.

Die deutschen Hauptinteressen in Weißrußland und in den besetzten sowjetischen Gebieten insgesamt lagen für die Dauer des Krieges auf landwirtschaftlichem und ernährungswirtschaftlichem Gebiet. Spätestens im Januar 1941 wurde im Reichsernährungsministerium die Auffassung entwickelt, es reiche nicht einfach, den europäischen Teil der Sowjetunion zu erobern. Größere Importe aus den zu erobernden Gebieten nach Deutschland und an die Wehrmacht seien nur zu erzielen, wenn bestimmte Teile des sowjetischen Territoriums gezwungen würden, ihre Überschüsse

1941 ebenfalls in Erwägung, einen Teil Weißrußlands zum Generalgouvernement zu schlagen, war aber unentschieden: BA F 10772, Bl. 902. Ebenso war es anfangs bei Rosenberg, siehe seinen Brief an Lammers v. 24. 4. 1941, BA R 6/21, Bl. 23.

3 Vgl. Aly 1995.

dem Reich abzutreten. Eine massive Unterversorgung der übrigen Sowjetunion sollte die Folge sein. Erstens müsse man den Konsum der sowjetischen Bevölkerung an Nahrungsmitteln allgemein senken, zweitens einen Großteil der Städte und Industrieregionen Nord- und Mittelußlands zum Aussterben bringen, und drittens die Stadtbevölkerung in den sogenannten Überschußgebieten ebenfalls vermindern. Weißrußlands Rolle in diesem Plan war nicht ganz eindeutig definiert, es gehörte aber zusammen mit einem Streifen mittel- und nordrussischen Gebiets zu den wenigen Territorien in der Hand der Deutschen, die bestimmt waren, die fürchterlichsten Opfer zu bringen. Insgesamt war eine Reduzierung der sowjetischen Bevölkerung um etwa 30 Millionen Menschen vorgesehen. Dieser bis dahin größte Massenmordplan der Geschichte stand schon im Februar 1941 in seinen Grundzügen fest (Kap. 2.2a–b). Er hatte zwei wesentliche Ursprünge:

Der eine war die Ernährungs- und Vorratslage in Deutschland. Das Deutsche Reich und der von ihm beherrschte Raum waren durch die britische Seeblockade von interkontinentalen Nahrungsmittellieferungen praktisch abgeschnitten, konnten den Bedarf selbst aber nicht decken. Nach Ansicht der von Staatssekretär Backe angeführten Ernährungsplaner konnte dies relativ schnell zu einer Niederlage im Krieg führen, da durch einschneidende Rationskürzungen die »Moral« der deutschen Bevölkerung ebenso wie ihre Leistungskraft ausgehöhlt, der politische Bestand der NS-Regierung gefährdet und durch massive Viehschlachtungen das agrarwirtschaftliche Gleichgewicht und damit die Produktion gestört würden (Fehlen von Stalldünger). Im Ernährungsjahr 1940/41 wurden die deutschen Getreidevorräte so gut wie aufgebraucht. Die Frage, ob kurzfristig genug Lebensmittel aus der Sowjetunion herbeizuschaffen wären, wurde darum, von Hitler gebilligt, allgemein als eine Frage von Sieg und Niederlage im Krieg betrachtet. Die »Erweiterung der Nahrungsmittelbasis« oder »Blockadefestigkeit« mit allen Mitteln, auch den mörderischsten, zu erreichen, hatte als Ziel der Besatzungspolitik stets absoluten Vorrang (Kap. 2.2b).

Der zweite Beweggrund lag in der Anlage der militärischen Operationen gegen die UdSSR. Die Invasion war militärisch und politisch ein großes Risiko. Wegen ihrer enormen Dimension warf sie aber auch bei einem für die Deutschen günstigen Verlauf rein technisch enorme Probleme auf, besonders auf dem Versorgungs- und Transportsektor. Wegen der großen Entfernungen, die zu überwinden, und wegen der riesigen Truppenverbände und Materialmengen, die zu bewegen waren, mußte der Vormarsch jenseits der kritischen Straßentransportweite von 400 Kilometern hauptsächlich mit der Eisenbahn erfolgen. Das Eisenbahnnetz in der westlichen UdSSR wies jedoch nur wenige ausgebaute West-Ost-Verbindungen auf. Wenn die tatsächlichen Probleme sich nach dem Angriff auch als noch erheblich größer erwiesen, wurde doch von deutschen Militärstrategen schon lange vorher vorausgesehen, daß mit dem Eisenbahntransportraum rationell umgegangen, also der Nachschub möglichst reduziert werden müsse. Die deutschen Truppeneinheiten sollten sich daher auf Kosten der sowjetischen Bevölkerung möglichst vollständig »aus dem Lande ernähren«. So sollten die Kriegsgefangenen zum Großteil im besetzten Land verbleiben und allenfalls in Fußmärschen nach Westen gebracht werden, um die Umlaufzeiten des rollenden Materials der Bahn zu vermindern. Eine ausreichende Versorgung der riesigen Gefangenenlager wurde mengen- wie transportmäßig von vornherein nicht geplant (Kap. 2.2b, 8.2 bis 8.3). Versorgte man die Gefangenen ausreichend und

transportierte sie ab, und ernährte man überdies die Zivilbevölkerung ausreichend, dann mußte mehr Lebensmittelnachschub gefahren werden. Daraus würde eine Verringerung der Munitions-, Gerät- und Betriebsstoffzufuhr und damit eine geringere Reichweite der Operationen folgen, bis die Truppen zur taktischen Defensive übergehen mußten. Beim ganzen Angriffsplan kam es aber für die Wehrmacht entscheidend auf Tempo an, um den zahlenmäßig zumindest nicht unterlegenen (in Wirklichkeit weit überlegenen) Gegner in großräumigen Aktionen einzuschließen und ihm ein Ausweichen in die Tiefe des Raumes unmöglich zu machen. Sonst mußte, das war den Strategen und der deutschen Führung klar, der Angriff scheitern, mit unabsehbaren Folgen. Der Hungerplan und das Verhungernlassen der Kriegsgefangenen waren in dieser Logik einfach eine unbedingte Voraussetzung für den deutschen Sieg.

Dazu kam ein weiteres Motiv, das ebenfalls auf der Überdimensionierung des Kriegsplans beruhte: Selbst wenn alles klappte, besaß NS-Deutschland gar nicht genug Truppen, um die eroberten Gebiete zu sichern und dann auf anderen Kriegsschauplätzen noch operationsfähig zu sein. Das Sicherungsnetz mußte also »dünn« sein, und aus Sicht der deutschen Führung mußten die Truppen auf Grund der politisch zu erwartenden Resistenz der Bevölkerung, von der man ja noch dazu Millionen zum Verhungern bringen wollte, ausgesprochen drakonisch und brutal selbst gegen lediglich potentielle Träger des Widerstands vorgehen (Kap. 3.6).⁴ Gleichmaßen als Repräsentanten des Systems wie als potentielle Träger des Widerstands galten die Juden. Im März 1941 hatte sich der Gedanke des Hungerplans und der Massenverbrechen bereits in der gesamten Militärführung durchgesetzt (Kap. 2.2b), relativ leicht, weil sie eben als militärische und politische Notwendigkeit gesehen wurden. Nicht nur in der Wehrmachtspitze; der Hungerplan war quasi deutsches Regierungsprogramm. Mit der »Grünen Mappe« blieb er bis zum Schluß Richtlinie der deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion, zwar modifiziert, aber keineswegs aufgehoben (Kap. 2.2a–b).

Entstädterung, Entindustrialisierung (Kap. 5) und das Gewinnen von Agrargütern auf Kosten der sowjetischen Bevölkerung blieben die miteinander verbundenen Hauptziele der Besatzungspolitik und diktierten das von der deutschen Verwaltung geschaffene, deformierte Wirtschaftssystem (Kap. 4.3). In Weißrußland, wo es keine für die Besatzungsmacht interessanten Rohstoffe und Industrien gab, dominierte das Interesse an der Agrar- und Ernährungspolitik vollständig. Erst 1942 und noch mehr 1943 trat daneben das Interesse an Zwangsarbeitern für das Reich und an einer effektiven Verteilung und Ausnutzung der Arbeitskräfte in Weißrußland selbst. Zwischen dem Ernährungs- und dem Arbeitskräfteaspekt ergaben sich gravierende Widersprüche. Nun war es möglich, daß der Wert eines Menschen als Arbeitskraft größer eingeschätzt werden konnte als der Nutzen, den die Besatzungsbehörden darin sahen, daß man die Ernährungsbilanz »entlastete«, indem man ihn ermordete oder verhungern ließ.

Der Hungerplan war toderntst gemeint, trug aber ausgeprägt utopische, unrealistische Züge. Man konnte nicht »einfach« Millionen Menschen verhungern lassen. Zunächst einmal ist der Mensch durch Nahrungsentzug nicht so leicht zu töten, seine

4 Hierzu auch Bitzel in dem Kapitel »Funktionalität des Terrors« (S. 382–402).

Leidensfähigkeit ist sehr groß, das sollten die Besatzer noch lernen. Darüber hinaus fanden die in den Städten lebenden Weißrussen, die ihre noch lebendigen Bindungen zum bäuerlichen Umland aktivierten, tausend Wege, durch Hamstern, Schwarzhandel und Ersatzstoffe wenigstens ihr Überleben zu sichern. Die zahlenmäßig schwachen, mit der Suche nach Rotarmisten beschäftigten Sicherungstruppen konnten wohl Tausende ermorden oder in Lager sperren, aber die Welle hungernder »Wanderer« nicht stoppen (Kap. 4.3). Außerdem erwies es sich für die Besatzungsgruppe als unerlässlich, daß ein Mindestmaß an Infrastruktur in den Städten, Fernverkehr, Quartiere, ihre eigene Versorgung funktionierten. Dazu waren einheimische Arbeitskräfte unerlässlich. Seuchen konnte man bei einer Bevölkerung, deren Bewegungen nicht zu kontrollieren waren, nicht riskieren. Und auch politisch war es nicht möglich, sich in geplanter Weise gegen die Masse der Stadtbevölkerung zu stellen, um angesichts der schwachen Sicherungstruppen Unruhen zu vermeiden.

Das Ergebnis: schon nach wenigen Wochen setzten Besatzungsgruppe und Militärverwaltung durch, daß die Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln versorgt wurde. Die Rationen waren allerdings zu gering zum Überleben, und sie wurden oft nicht einmal ganz ausgegeben, da die Lieferungen an die Wehrmachtstruppen immer Vorrang hatten. Die Städter waren gezwungen, sich die ganze Besatzungszeit über nebenbei etwas zu beschaffen. Die Mehrheit der Bevölkerung hungern, aber nicht verhungern lassen, das war nun die Devise der Besatzungsverwaltungen (Kap. 4.3).

Auch die Juden erhielten nun rationierte Lebensmittel, allerdings oft nur halb so viel wie die übrigen Städter. Indem der Hungerplan sich in erster Linie gegen den Großteil der Stadtbevölkerung richtete, implizierte er auch, fast alle sowjetischen Juden zu ermorden, denn sie konzentrierten sich zu 90 Prozent in den Städten der europäischen UdSSR und bildeten einen großen Teil ihrer Einwohner – in Weißrußland ungefähr ein Drittel (Kap. 7.2f). Sie stellten einen großen Teil jener Angestellten und Arbeiter, die nach den Vorstellungen der deutschen Führung »überflüssig« waren. Gleichzeitig wollte NS-Deutschland sich die zu besetzenden sowjetischen Gebiete völlig untertan machen, den sowjetischen Staats- und Verwaltungsapparat bis auf kollaborierende Lokalverwaltungen zerschlagen und die Bevölkerung willenlos machen, um sie ausbeuten, dezimieren und teils verdrängen zu können, wenn die Großmacht Rußland und gleichzeitig der politische Todfeind Kommunismus auf Dauer vernichtet wären. Nicht zuletzt wegen der schwachen deutschen Besatzungs- und Polizeikräfte erschien dazu eine extrem terroristische Politik, besonders die präventive summarische Ermordung potentieller Gegner notwendig. Konsequente Folge dieses mörderischen Konzepts waren Kriegsgerichtsbarkeitserlaß und Kommissarbefehl (Kap. 2.2d und 3.6).⁵ Die Gegner einer deutschen Herrschaft vermutete die deutsche Seite vor allem in der sowjetischen Führungsschicht in einem weitgefaßten Sinne, und darin spielten nach nationalsozialistischer Vorstellung die Juden eine führende Rolle.⁶ Sie galten als potentielle Partisanen, »Hetzer« oder »Saboteure«, und

⁵ Hitler formulierte seine Folgerung aus der Tatsache, daß »die Sicherung natürlich sehr dünn« sei, mit den Worten, es sei »am besten [...], dass man Jeden, der nur schief schaue, totschieße.« Aktenvermerk Bormanns über die Spitzenbesprechung bei Hitler am 16. 7. 1941, in: IMT, Bd. 38, S. 92.

⁶ Siehe besonders Nova, S. 103–124.

männliche Juden, besonders aus der jüdischen Intelligenz, gehörten deshalb nach dem 22. Juni 1941 zu den ersten Opfern (Kap. 7.1e).

Insofern ist die Ermordung der Juden vielfach in die umfassenden deutschen Vernichtungspläne gegen die sowjetische Bevölkerung und in die besatzungspolitischen Vorhaben einzubinden und nicht abstrakt und monokausal auf Rassismus allein zurückzuführen. Dabei ist nicht zu übersehen, daß rassistisch-ideologische Antriebskräfte und ihre Rolle vielfach auch noch nicht analysiert oder konkret definiert, sondern lediglich allgemein festgestellt worden sind.

Es gibt Hinweise, daß die deutschen Behörden anfangs das neue Wirtschaftssystem in den besetzten sowjetischen Gebieten ganz ohne jüdische Arbeitskräfte geplant hatten. Am 15. Juli 1941 folgte zum ersten Mal die Anweisung, es sollte örtlichen Verhandlungen überlassen bleiben, wie viele Juden als Arbeitskräfte (meist mit ihren Familien) am Leben bleiben sollten. Sie galt bis in den Herbst 1942 hinein. Das bedeutete für die regionalen und örtlichen Besatzungsbehörden einen großen Spielraum und große Macht über Menschenleben. Ohnehin konnte die totale Vernichtung der Juden nicht sofort im Sommer 1941 beginnen, weil die Einsatzgruppe B zunächst auch mit anderen Aufgaben beschäftigt war. Ihre weiten Wege hinderten die Kommandos, bevor sie für längere Zeit Quartier nahmen, schon wegen der vielen Marschtage an größeren Mordaktionen. Diejenigen Kommandos oder Teilkommandos, die als erste quasi stationär wurden, begannen nach Erledigung ihrer ersten Aufgaben etwa einen Monat darauf mit der Vernichtung der ersten Ghettos.

Noch mehr als die übrigen Städter waren die noch überlebenden Juden unterdessen auf »illegale« Wege angewiesen, um ihre Ernährung zu sichern, unter noch größeren Gefahren, da sie meist schnell in Ghettos eingeschlossen wurden. Dennoch: die Zivilverwaltung erteilte im Herbst 1941 Vorstellungen eine Absage, Juden in großer Zahl mittels Hunger umzubringen. Statt dessen sollten die nicht als Arbeitskräfte benötigten Menschen unter ihnen erschossen oder mit Gas ermordet werden. Tatsächlich sind die allermeisten Juden in Weißrußland nicht verhungert, sondern auf andere Weise ermordet worden (Kap. 7.3a).

Anders war es bei den Kriegsgefangenen, denn sie konnte man weitgehend von der Außenwelt isolieren und von den Städten fernhalten. Zwar ging die Zahl der Flüchtlinge wegen der geringen Wach- und Lagermannschaften in die Tausende, doch das war wenig im Vergleich mit dem ständigen zivilen Verkehr zwischen Stadt und Land, auch über die Grenzen der jüdischen Wohnbezirke hinweg, und die entflohenen Gefangenen wurden unbarmherzig verfolgt, meist erschossen. Die Konsequenz: die hauptsächliche Mordwaffe, die die Deutschen gegen die Kriegsgefangenen richteten, war Hunger. Wie seit Frühjahr 1941 geplant, versorgten die Lagermannschaften die Kriegsgefangenen völlig unzureichend, und es brach schrecklicher Hunger unter ihnen aus. Soweit deutsche Lagerführungen ihre Gefangenen halbwegs ausreichend ernähren wollten, konnten sie es nicht, denn ihnen wurden von Landwirtschafts- und Quartiermeisterbehörden zu geringe Kontingente zugewiesen. Die Quartiermeisterabteilungen verhinderten auch immer wieder den Abtransport von Gefangenen aus gräßlich überfüllten Lagern. Für die in der Regel miserable Unterbringung waren die Lagermannschaften hingegen weitgehend selbst verantwortlich, was auch ihren Willen zu töten zeigt (Kap. 8.3). Doch auch an den Kriegsgefangenen zeigte sich, daß Menschen durch Hunger nicht so leicht umzubringen waren. Im Juli und August 1941

starben noch relativ wenige. Ein bis zwei Monate Hunger schwächten sie furchtbar und brachten sie an den Rand des Zusammenbruchs, töteten sie aber in der Regel noch nicht.

Die Vernichtungsentscheidungen im Herbst 1941 und die Rolle wirtschaftlicher Überlegungen

Die folgende Phase zwischen September und November 1941 bildete den Übergang von utopischen Völkermordplänen zu tatsächlich durchführbaren Massenmordprogrammen. Meines Erachtens lag hierin ein entscheidender Vorgang, denn damit wurde die Vernichtung erst handhabbar gemacht. Die Massentötungen sollten beschleunigt werden.

In dieser Phase vollzogen sich gleichzeitig folgende Entwicklungen:

- Die Befehle zum Mord an den Juden wurden ausgeweitet, die totale Vernichtung begann (Kap. 7.2).

- Die gerade erst festgelegten Lebensmittelrationen der nichtjüdischen Zivilbevölkerung wurden gesenkt und stärker nach Arbeitern und Nichtarbeitern differenziert (Kap. 4.3a).

- Die Wehrmacht begann eine erbarmungslose Verfolgung der sogenannten Ortsfremden und Wanderer: flüchtige Soldaten, zivile Hungerflüchtlinge, Obdachlose und Menschen aus den Städten, die sich auf dem Lande mit Lebensmitteln versorgen wollten. Gleichzeitig verschärfte sie die Partisanenbekämpfung (Kap. 9.2b).

- Die Rationen der nicht mehr arbeitsfähigen Kriegsgefangenen wurden bewußt so gesenkt, daß sie in Verbindung mit dem Einbruch der kalten Jahreszeit zu Hunderttausenden sterben mußten. Zur gleichen Zeit führten die interessierten Wirtschaftsstellen die Genehmigung der politischen Führung – Hitlers, Görings und Himmlers – herbei, sowjetische Kriegsgefangene als Arbeitskräfte im Reich einzusetzen, und die deutschen Behörden hoben die Rationen für Kriegsgefangene, die noch als Arbeitskräfte dienen konnten, an (Kap. 8.3b).

- Parallel erging die Führungsentscheidung, auch zivile sowjetische Zwangsarbeiter für den Deutschlandeinsatz zuzulassen (Kap. 6.2).

In den ersten vier Fällen sind im September Vorüberlegungen, erste Initiativen und Grundsatzbefehle festzustellen. Im Oktober begann das große Morden an Juden, Kriegsgefangenen und »Ortsfremden«, der Druck zur Senkung der zivilen Rationen wurde enorm. Am 4. November wurden diese Rationen gesenkt, das Morden war auf seinem Höhepunkt, Göring verkündete am 7. und 8. November die Spitzenentscheidungen für den Einsatz der zivilen und kriegsgefangenen Zwangsarbeiter, und Generalquartiermeister Wagner sprach am 13. November in Orscha sozusagen das offizielle Todesurteil für alle nicht »arbeitsfähigen« Kriegsgefangenen aus. Nur bei den Zwangsarbeitern ergab sich eine gewisse Phasenverschiebung: den Initiativen vom September folgte im Oktober und November die Durchsetzung, während tatsächlich eine große Zahl von zivilen Zwangsarbeitern erst im Frühjahr 1942 nach Deutschland gebracht wurde. Bei den sowjetischen Kriegsgefangenen geschah das zwar früher, doch waren sie fast alle zu geschwächt, um zu arbeiten.

Ein wesentlicher Faktor für all diese Entwicklungen war die Kriegslage, jedoch in einem konkreteren Sinn, als dies bisher angenommen wurde, wenn man die Ermordung der Juden damit in Verbindung brachte. Dabei ging es nicht um eine bloße

Frage von Euphorie oder Niedergeschlagenheit,⁷ sondern um ganz materielle Dinge. Anfang September 1941 war klar, daß die Sowjetunion nicht im wesentlichen noch im Jahr 1941 militärisch besiegt würde.⁸ Deutschland mußte aus nationalsozialistischer Sicht die Kriegsanstrengungen verstärken. Eine besondere Rolle spielte die Ernährungslage; Anfang September mußte angesichts der veränderten Situation eine neue Kriegsernährungsplanung für 1942 aufgestellt werden, die Backe am 16. September Göring und am 23. September Hitler vortrug.⁹ Sie berücksichtigte, daß nicht mit einer baldigen Teildemobilisierung (verbunden mit Rationssenkungen) oder mit der Eroberungen großer »Überschußgebiete« gerechnet werden konnte. Weitere Forderungen des Ostheeres nach Nahrungsmitteln sollten aus den besetzten sowjetischen Gebieten befriedigt, diese intensiver ausgebeutet werden. Backe wollte und sollte nunmehr auch verstärkt ganz Europa einbeziehen.¹⁰ Neue Rationskürzungen in Deutschland wurden so vermieden.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß das systematische Verhungernlassen der meisten sowjetischen Kriegsgefangenen im Herbst 1941 und Winter 1941/42 direkt auf diesen modifizierten Hungerplan zurückging. Die Kriegsgefangenen waren die letzte große Bevölkerungsgruppe, gegen die er durchführbar erschien (Kap. 8.3b). Der Weg, auf dem dieser Mordplan durchgeführt wurde, war ein vermittelter, bürokratischer. Die Rationen wurden offiziell gesenkt. Durch das Bewirtschaftungs- und Verteilungssystem für Nahrungsmittel waren die Lagermannschaften von den Lieferungen der Heeresversorgungsdienststellen und Agrarbehörden abhängig. Die Bahnbehörden verzögerten Gefangenentransporte nach Westen, um die Umlaufzeiten der Züge zu verringern und mehr Munitions- und Treibstofftransporte fahren zu können. Während des Vormarsches ab dem 2. Oktober kam es zu einer militärisch mitentscheidenden Transportkrise, die bei der Heeresgruppe Mitte weitaus schärfere Formen annahm als bei den anderen Heeresgruppen. Im Zusammenhang damit war die Sterblichkeit der Kriegsgefangenen bei der Heeresgruppe Mitte erheblich größer als bei den anderen Heeresgruppen. Denn aus Sicht der skrupellosen deutschen Militärstrategen konnte nun an Nahrungsmittelnachschub aus dem Reich für die Truppen oder aber Lebensmitteltransporte auf der Bahn für die Gefangenenerlager kaum noch gedacht werden. Die wenigen durchkommenden Züge sollten möglichst viel Munition, Ersatz und Betriebsstoff an die Front bringen. Deshalb mußten die Gefangenen aus Sicht der deutschen Militärführung sterben, freilich nicht aus einer momentanen Notlage heraus, sondern durch Zuspitzung eines ohnehin mit ernährungspolitischen Zielen gefaßten Plans. Ein übriges tat die Kälte in Verbindung mit der vorsätzlich katastrophal gestalteten Unterbringung der Gefangenen. Die zentrale Entscheidung wurde damit durch regionale und lokale Faktoren und Initiativen verstärkt.

7 Zur These einer »twin victory euphoria«, die zur Entscheidung zum Mord an den sowjetischen und dann an den übrigen europäischen Juden im Juli und Oktober 1941 geführt habe, Browning 1994, S. 473 ff.

8 Daß für die Wehrmacht auch im Jahr 1942 noch weitere Operationen an der Ostfront nötig sein würden, war der deutschen Militärführung schon vorher klar geworden. Nun erkannte man, daß die Rote Armee 1941 nicht mehr entscheidend geschlagen und in ihrer Masse vernichtet werden würde.

9 Vgl. oben S. 274 f.

10 Vermerk über die Besprechung bei dem Herrn Reichsmarschall vom 16. 9. 41 von 11.30 bis 13.30 Uhr (gez. Görnert/Abschrift), BA R 26 IV/vorl.51.

Auch die Senkung der Lebensmittelrationen für die städtischen Zivilisten hing mit der deutschen Kriegsernährungslage und der Nachschubsituation der Heeresgruppe zusammen. Trotz des Ziels, die Bevölkerung durch notdürftige Versorgung ruhig zu halten, überschritt die Besatzungsmacht auch hier die Schwelle zu direkten Massenmorden. Der Vernichtungsfeldzug gegen die »Wanderer« und »Ortsfremden« auf dem Land im Herbst 1941 richtete sich zu einem nicht quantifizierbaren, aber offensichtlich großen Teil gegen hungernde Städte, Zwangsausgesiedelte, jüdische Flüchtlinge und andere Zivilisten, darunter in den Zivilgefangenenlagern (Kap. 9.2, 4.3d, 7.1a). Das sollte auch die Zahl der »Esser« und der Arbeitslosen reduzieren und die verbotene Beschaffung von Lebensmitteln durch Versorgungsfahrten und -gänge aufs Land einschränken. Dazu kamen diverse Freizügigkeitsbeschränkungen (Kap. 3.7). Dieser Terror war ein Versuch, die Abriegelung der Städte doch noch stückweise durchzusetzen. Die Haupttäter bei diesem Massenmord, der zehntausende Menschenleben forderte, waren nicht SS und Polizei, sondern die Sicherungsdivisionen der Wehrmacht (Kap. 9.1b und 7.1).¹¹

Soweit sich diese Kampagne gegen flüchtige sowjetische Soldaten oder Partisanen richtete, stand sie ebenfalls in direktem Zusammenhang mit der Kriegslage. Denn wenn der Krieg bis 1942 unentschieden blieb und das Sowjetsystem nicht zusammenbrach, mußte das zu einer Stärkung der Motivation, Anziehungskraft und strategischen Bedeutung der Partisanen führen. Sie erschienen damit als größere Gefahr denn zuvor. Damit sind die von den deutschen Truppen begangenen »präventiven« Massenverbrechen natürlich in keiner Weise zu rechtfertigen (Kap. 9.2b).

Die Entscheidung, sowjetische Kriegsgefangene und Zivilisten in einer großangelegten Aktion als Zwangsarbeiter in Deutschland zu verwenden, hing ebenfalls mit der geänderten Lageeinschätzung im Herbst 1941 zusammen. Die Verluste an Kriegsmaterial, die ersetzt werden mußten, waren allein schon enorm. Um die Sowjetunion noch militärisch zu besiegen, waren außerdem weitere ungeahnte Rüstungsanstrengungen notwendig. Hierfür fehlten viele hunderttausend Arbeitskräfte, und an eine Teildemobilisierung, die Arbeiter aus der Wehrmacht in die Fabriken und in die Landwirtschaft zurückgebracht hätte, war nicht zu denken, im Gegenteil: wegen der hohen Verluste mußten immer mehr Menschen dem Produktionsprozeß in Deutschland entzogen werden. »Bolschewistisch verseuchte« und »rassisch minderwertige« Sowjetbürger nicht ins Land zu lassen, konnte sich die deutsche Führung nicht mehr leisten.

Auf den ersten Blick liegt ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen dem Interesse, möglichst viele sowjetische Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft zu gewinnen, und der Absicht, Millionen Menschen zugunsten der deutschen Ernährungsbilanz durch Unterversorgung und Erschießen beschleunigt umzubringen. Vernichteten die Deutschen hier nicht dringend benötigte Arbeitskräfte? Oder mußten sie sich nicht ihre Ernährungsbilanz verderben, indem sie so viele Zwangsarbeiter nach Deutschland holten? Bei genauem Hinschauen waren diese Widersprüche nur begrenzt. Ernährungswirtschaftlich dachte die deutsche Führung nicht national, sondern betrachtete ihren gesamten Herrschaftsraum. Die Menschen, die als »Ostarbei-

¹¹ Mit Blick auf die Ergebnisse von Boll/Safrian, S. 284–288, für die Ukraine können diese Feststellungen verallgemeinert werden.

ter« ins Reich gebracht wurden, hätten sich ansonsten an ihren Wohnorten im besetzten Gebiet ernährt, und dort lagen die Rationen kaum niedriger als bei den Zwangsarbeitern im Reich. Sie in Deutschland statt im besetzten Gebiet zur Arbeit zu zwingen, bedeutete also ernährungswirtschaftlich kaum einen Verlust, doch ihre Arbeitskraft konnte im Reich produktiver, in modernen Fertigungsstandorten, eingesetzt werden.

Im Sommer und Herbst 1941 erschien der deutsche Arbeitskräftebedarf den Behörden nicht unbegrenzt. Der Sofortbedarf lag bei 500 000 bis 800 000 Personen und der längerfristige Bedarf bei 1,5 bis 2,5 Millionen Menschen.¹² Jedoch standen bis zum Jahresende allein rund 3,35 Millionen sowjetische Kriegsgefangene zur Verfügung, von denen viele, da furchtbar geschwächt, auf Monate hinaus nicht einsatzfähig waren und große Mengen Lebensmittel benötigt hätten, um wieder zu Kräften zu kommen. So menschenverachtend es auch klingen mag: Die Deutschen brauchten bei weitem nicht alle Gefangenen, und darum nutzten sie die Gelegenheit und ermordeten einen Großteil durch Hunger. Deshalb wurde eine »scharfe Trennung« zwischen arbeitenden und nichtarbeitenden Gefangenen bei der Versorgung vorgesehen, und die Rationen wurden auch in der Praxis deutlich differenziert. Freilich erwies sich das insofern als Fehlkalkulation, als auch unzählige arbeitende Gefangene starben – wegen der unmenschlichen Einsatzbedingungen und Märsche, und weil die Wachmannschaften alle, Arbeiter und Nichtarbeiter, mehr oder weniger gleich brutal behandelten (Kap. 8.3b). In dem am 7. und 8. November 1941 etwas überraschend bekanntgegebenen Entschluß, neben Kriegsgefangenen auch sowjetische Zivilisten in Deutschland zur Zwangsarbeit einzusetzen,¹³ lag auch eine Grundsatzentscheidung. Kriegsgefangene konnte man einfacher durch Hunger töten als die bis zu einem gewissen Grad unkontrollierbaren Zivilisten. Letztere schienen in großer, fast unbegrenzter Zahl zur Verfügung zu stehen, und tatsächlich gelang es dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, 1942 rund 1,4 Millionen sowjetische Zivilisten ins Reich zu schaffen. Damit gab es zum großangelegten Kriegsgefangeneneinsatz eine Alternative, und man konnte die meisten umkommen lassen. Dieser Zusammenhang wird in den zur Verfügung stehenden Quellen nicht offen ausgesprochen und mag manchen deutschen Stellen auch nicht klar gewesen sein.¹⁴ Jedoch umfaßte der Einsatz von sowjetischen Zwangsarbeitern in Deutschland von da an in der großen Mehrheit Zivilisten und nur zu einem kleinen Teil Kriegsgefangene (Kap. 8.3b).

Die Massenmorde an den Juden Weißrußlands im Herbst 1941/42 sind in diesem breiteren Kontext zu sehen. Zwar sind hier die Befehle und ihre Begründungen auf zentraler und regionaler Ebene weniger gut zu dokumentieren, so daß man auf die Rekonstruktion der örtlichen Vorgänge angewiesen ist, um das Bild zusammenzusetzen. Doch diese örtlichen Geschehnisse und der Gesamt Ablauf sind insgesamt aussagekräftig. Der über Jahre und Jahrzehnte gewachsene Antisemitismus und der Haß auf alles Sowjetische, das mit den Juden gleichgesetzt wurde, hatte zur Bereitschaft geführt, die Juden zu töten. Ohne diese Bereitschaft wäre dieser Völkermord nicht

¹² S. o. S. 815–817.

¹³ Vgl. Herbert 1985, besonders S. 144.

¹⁴ Vgl. ebd., S. 147–149.

geschehen, aber ohne den sich zuspitzenden wirtschaftlichen Druck wäre er im Spätsommer und Herbst 1941 nicht so beschleunigt worden.

Der Hungerplan von Anfang 1941 hatte sich, wie erwähnt, auch gegen die sowjetischen Juden gerichtet – als eine Bevölkerungsgruppe unter mehreren. Da dieser Plan wirtschaftspolitische Grundlage der Besatzungspolitik war, und da ihn auch führende Funktionäre von SS und Polizei wie Bach-Zelewski und Six als Leitlinie nahmen,¹⁵ war die Ermordung des größten Teils der sowjetischen, zumal weißrussischen Juden vor dem 22. Juni 1941 beschlossene Sache. Damit ist allerdings noch nicht bewiesen, daß genaue Vorstellungen bestanden, auf welche Weise die Juden umkommen sollten, wann das geschehen sollte und wie es genau organisiert werden konnte. Das war anscheinend unklar. Es gibt eine Reihe von weiteren Anzeichen, daß in der deutschen Führung vor dem Überfall die feste Absicht bestand, die jüdische Bevölkerung der UdSSR umzubringen.¹⁶

Die Tötungsbefehle waren zunächst aber begrenzt. In den ersten sieben bis zehn Wochen des Krieges brachten die Kommandos der Einsatzgruppe B, die Polizeibataillone und die SS-Kavallerie-Regimenter fast ausschließlich jüdische Männer im Alter von 15 bis 60 Jahren, die sogenannte »jüdische Intelligenz«, um. Das waren die Menschen, von denen der schärfste Widerstand und die Übernahme einer politischen Führungsrolle bei den Juden erwartet wurde. Sie zu ermorden, sollte die Juden und die Bevölkerung insgesamt wehrlos machen. Oft wurden qualifizierte Arbeitskräfte ausgenommen. Im August und September wurden die Weisungen zum Massenmord auf jüdische Frauen und Kinder ausgedehnt (Kap. 7.2a–b). Zwischen Ende August und Ende September wurden örtlich die ersten kleineren jüdischen Gemeinden – mit bis zu 1000 Menschen – vernichtet. Am 2. Oktober begann die totale Vernichtung der ostweißrussischen Juden mit der ersten Ghettoaktion in Mogilew (Kap. 7.2d). Am 4. Oktober wurde das Reserve-Polizei-Bataillon 11 mit litauischen Helfershelfern von Kaunas aus in Marsch gesetzt, um die Juden im schon vor 1939 sowjetischen Teil des GK Weißruthenien – außer in Minsk selbst – zu vernichten. Die 707. Infanteriedivision, Trupps der Sicherheitspolizei und des SD aus Minsk und andere Einheiten begannen gleichzeitig, die Juden im früher polnischen Westen des GK Weißruthenien durch Massenerschießungen zu dezimieren, meist ohne die jüdischen Gemeinden ganz auszulöschen (Kap. 7.2e). Nach den großen vernichtete die Einsatzgruppe B im Winter 1941/42 noch zahlreiche kleinere, abgelegene Ghettos (Kap. 7.2d und 7.4a).

Die zeitliche Parallele zu so vielen anderen, direkt mit der Kriegslage verbundenen Schritten in der Wirtschafts- und Vernichtungspolitik im Herbst 1941 ist klar. Im Juli 1941 waren die Wirtschaftsbehörden im besetzten sowjetischen Gebiet angewiesen worden, sich für ein Überleben von Juden in örtlichen Verhandlungen einzusetzen, wenn die jüdischen Arbeitskräfte gebraucht wurden. Doch in Städten wie Minsk, Mogilew, Witebsk oder Bobruisk herrschte Ende 1941 eine hohe Arbeitslosigkeit auch unter den Nichtjuden (Kap. 6.1 und 7.2d). Fabriken waren kaum funktionstüchtig oder wurden von den Deutschen absichtlich nicht in Gang gesetzt (Kap. 5), der Arbeitskräftebedarf in den Städten war dementsprechend gering, in den östlichen

¹⁵ Siehe S. 52–54 in dieser Darstellung.

¹⁶ Vgl. Kap. 7.2c und ausführlich S. 633–635 und 637 über die Andeutungen in nicht wenigen Dokumenten.

Landesteilen extrem gering. Die Arbeitsämter waren den Sommer und Herbst 1941 damit beschäftigt, Juden als Arbeitskräfte durch nichtjüdische Arbeiter, vor allem Männer, zu ersetzen (Kap. 6.1). Im Osten Weißrußlands benötigten die Besatzungsbehörden jüdische Arbeitskräfte praktisch überhaupt nicht, im Westen etwas stärker, auch weil dort noch eher handwerklich geprägte kleinindustrielle Strukturen aus der polnischen Regierungszeit vorherrschten.

Nicht nur, daß der Massenmord dem Bedarf an Arbeitskräften nicht widersprach, aus anderen Erwägungen heraus konnte er der deutschen Verwaltung sogar nützen. In den weißrussischen Städten herrschten Hunger und unbeschreibliche Enge. Städte wie Orscha, Witebsk, Minsk und Gomel waren fast völlig zerstört (Kap. 5.1). Viele Menschen wurden wegen des Hungers zwangsausgesiedelt (Kap. 4.3d). Auf der anderen Seite mußten die Deutschen ein Mindestmaß an Einwohnern dort halten. Besonders im Osten Weißrußlands wiesen die Militärbehörden den Stadtverwaltungen aber nur ganz geringe Lebensmittelmengen zu, denn in Anbetracht der Transport- und Versorgungskrise hatte die Belieferung der eigenen Truppen für sie absoluten Vorrang. Im Westen, der unter Zivilverwaltung stand, war dieser Druck etwas geringer, weil der Zugriff der Heeresgruppe Mitte räumlich und administrativ nicht so direkt war.

Das erklärt zu einem wesentlichen Teil, warum die Judenvernichtung im Herbst 1941 im Osten Weißrußlands noch viel weiter ging als im Westen und warum sie im Osten – von einigen Vorläufern abgesehen – in den großen Städten begann und nicht in Ghettos auf dem Land. Der Blick auf die lokale Ebene bestätigt diese Erklärung weitgehend. Im GK Weißruthenien lagen die betroffenen kleinen Orte an den Ost-West-Hauptdurchgangsstraßen, die stark mit Truppen belegt waren und damit vor Problemen bei der Quartier- und Nahrungsmittelversorgung standen. Darüber hinaus waren jüdische Gemeinden in großen Städten (Slonim, Minsk) betroffen, wo die Ernährungslage besonders angespannt war (Kap. 7.2e). Ähnlich im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte in Mogilew, und in Witebsk hatten die Juden überhaupt keine Nahrung erhalten und waren tatsächlich zu Tausenden verhungert, überall lagen Sterbende, was dazu führte, daß das EK 9 die noch Lebenden wegen »Seuchengefahr« erschoss (Kap. 7.2d). Die Massaker von Mogilew und Witebsk waren gleichzeitig Auftakt der totalen Judenvernichtung für die ganze Region; dies spricht dafür, daß man auch auf regionaler Ebene darauf abzielte, die verhaßten Juden als »unnütze Esser« schnell umzubringen. Örtlich wurde dagegen entschieden, ob wenigstens vorläufig noch einige hundert jüdische Zwangsarbeiter überleben durften (Mogilew, Gomel), oder ob selbst das nicht erforderlich erschien (Witebsk, Borissov).

Selbstverständlich spielten bei der Entscheidung, die Judenvernichtung zu beschleunigen, noch weitere Faktoren eine Rolle. So zeigen Auftrag und Aktionen des Reserve-Polizeibataillons 11 und die Ereignisse im GK Shitomir, daß zuerst die Juden im altsowjetischen Gebiet getötet werden sollten, während man diejenigen im früher polnischen Gebiet offenbar für weniger gefährlich hielt. Die 707. Infanteriedivision erschoss die verstreut in Dörfern lebenden Juden im Zuge einer exzessiven Partisanenbekämpfung oder siedelte sie um, während die Einsatzgruppe B erst zum Schluß in die entlegenen Gebiete vordrang (Kap. 7.2d und e). Ähnliche Motive zeichnen sich für die Morde an psychisch und körperlich Kranken sowie an Sinti und Roma als »Ortsfremden« ab (Kap. 10.3 und 10.4). Es mag auch eine Rolle gespielt haben, daß

die Initiatoren und Täter dachten, im Schatten der Offensive gegen Moskau würden ihre Verbrechen den Sowjets und damit der Weltöffentlichkeit weitgehend verborgen bleiben. Doch zu einem Großteil erklären nur die kriegswirtschaftlichen Motive den konkreten Ablauf der Vernichtung Ende 1941.

Auch in anderen Regionen des besetzten Osteuropa gingen die deutschen Verwaltungen zur Monatswende September/Okttober 1941 zu Massenerschießungen an Juden über, nämlich im Distrikt Galizien des Generalgouvernements und im Reichsgau Wartheland.¹⁷ Zur gleichen Zeit begannen die Vorbereitungen für den Bau des Vernichtungslagers Belzec. Meist wurden Menschen ermordet oder ihre Ermordung geplant, die die Deutschen nicht als Arbeitssklaven benutzen konnten. Mitte September 1941 war außerdem die Entscheidung gefallen, mit der Deportation der deutschen Juden nach Osten zu beginnen. Offenbar lag hier ein Zusammenhang vor – zentrale Entscheidungen zumindest insoweit, als die Ermordung der Juden in Gebieten mit gravierenden »Problemen« genehmigt wurde. Im Fall der Massenvernichtung sowjetischer Kriegsgefangener, der schlechteren Ernährung der sowjetischen Zivilbevölkerung und der Entscheidung für den Einsatz sowjetischer Zwangsarbeiter lag die Initiative sogar in erster Linie bei zentralen Stellen.

Verstärkte Ausbeutung von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe 1942

Der Übergang von der »friedensmäßigen Kriegswirtschaft« zu einer durchrationalisierten, allein auf das militärische Ziel konzentrierten Ökonomie konnte die deutsche Führung nicht auf einen Schlag durchsetzen. Dies erwies sich vielmehr als langwieriger Prozeß mit immer neuen Anläufen, Kampagnen, Organisations-, Verwaltungs- und Produktionsvereinfachungen, um neue Reserven freizumachen. Dieser Prozeß war mit dem Herbst und Winter 1941 nicht abgeschlossen, sondern er prägte auch die folgenden Jahre¹⁸ – auch im besetzten Weißrußland. Auf der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Seite dauerte es einige Monate, um drei Grundsatentscheidungen des Herbstes 1941 in Weißrußland umzusetzen: Erstens rekrutierten seit Februar 1942 deutsche Kommandos Zwangsarbeiter für das Reich. Zweitens wurde im Februar 1942 die »Agrarordnung« mit der bedingten Auflösung der Kolchosen verkündet und in Weißrußland im April und Mai durchgeführt. Drittens gab es eine begrenzte Kurskorrektur in der Industriepolitik: Reparatur- und Versorgungsbetriebe für die Wehrmacht wurden vermehrt in Gang gesetzt, allerdings ohne etwas am Vorrang des Raubs landwirtschaftlicher Produkte für die Wehrmacht und an der schlechten Ernährung der städtischen Bevölkerung zu ändern.

Ein zentraler Schritt hin zur intensivierten Ausbeutung war die deutsche Agrarreform in den altsowjetischen Gebieten Weißrußlands.¹⁹ Dabei wurden die Kolchosen (»Gemeinwirtschaften«) durch kleinere Betriebe ersetzt, innerhalb derer die Bauern auf den ihnen zugewiesenen Feldstücken kollektiv pflügten und aussäten, aber indi-

¹⁷ Vgl. Pohl 1996, S. 139–154, und Aly 1995, S. 355.

¹⁸ Innerhalb des Deutschen Reiches, wo die Ansätze der kriegswirtschaftlichen Intensivierung Ende 1941 noch schwach waren, spielten dabei sozialpolitische Aspekte eine wichtige Rolle, vor allem der Versuch, den Konsum der Bevölkerung möglichst nicht einzuschränken. Es ist hinzuzufügen, daß gerade deswegen soziale Lasten in oft mörderischer Weise auf die besetzten Gebiete abgewälzt wurden. Vgl. Mason, besonders S. 299–322; Milward, S. 31 ff. und 96 ff.

¹⁹ Mit Ausnahme der begrenzten Durchführung im Norden des GK Shitomir, d. h. im östlichen Polesje.

viduell oder gruppenweise die Kulturen pflegten und ernteten. Das zielte nicht nur auf eine rationellere Arbeitsorganisation, den Wegfall des Verwaltungsapparats, eine bessere Ausnutzung der noch vorhandenen Maschinen, Geräte und Pferde und eine höhere Arbeitsmotivation der Bauern ab. Es diente auch dazu, die Bauernfamilien, deren Leistung nun überprüfbar wurde, unter Leistungsdruck zu setzen und »überzählige« Arbeitskräfte abzuziehen (Kap. 4.5). Letztlich handelte es sich bei der Reform um ein durchdachtes Mittel zur Intensivierung der Wirtschaft, zur verstärkten Ausbeutung der Bauern und zur Änderung der Bevölkerungsstruktur auf dem Land.

Die Weichenstellungen in Richtung auf die etwas vermehrte Produktion für den Truppenbedarf, auf eine verstärkte Textilproduktion, die Errichtung von Kfz- und Eisenbahnausbesserungswerken und die Panjewagenfertigung waren wenig erfolgreich. Selbst die begrenzten Änderungen, die damit angestrebt wurden, konnten nicht erreicht werden, weil es an Energie- und Baukapazitäten mangelte. Nicht umsonst lag der Schwerpunkt nunmehr auf der Produktion von Transportmitteln: Auch das blieb ein Engpaß, der den Industries Ausbau hemmte (Kap. 5.2d und 5.4a). Dennoch führte der Ausbau zu Modifikationen in der bis dahin verfolgten Entstädterungspolitik.

Die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte wuchs erheblich. Mehr oder weniger sollte die Einwohnerzahl der Städte nun auf sehr geringem Niveau stabilisiert werden (Kap. 5.3). Zwangsaussiedlungen richteten sich 1942, eingeschränkt sogar noch bis 1943/44 gegen »arbeitsunfähige« Menschen.²⁰ Arbeitskräfte zwang man hingegen verbreitet dazu, in Städte umzuziehen (Kap. 6.3c). Die Lebensmittelrationen wurden für die Arbeitskräfte erhöht, für Nichtarbeiter oft herabgesetzt (Kap. 4.3e).

Der höhere Arbeitskräftebedarf in den Städten führte zu zunehmenden Widersprüchen in der Wirtschaftspolitik der deutschen Besatzungsmacht. Einerseits sollten für die Wehrmacht gewerbliche Güter, andererseits Agrarüberschüsse produziert werden. Arbeitslosigkeit unter Männern – soweit gemeldet – gab es Ende 1941 nicht mehr, unter Frauen endete sie etwa Mitte 1942. Spätestens 1943 gab es in den Städten faktisch keine sogenannten stillen Reserven mehr (Kap. 6.1 und 6.3b). Gleichzeitig mit dem Versuch zur Produktivierung der Städte wurden ihnen immer wieder Arbeitskräfte dadurch entzogen, daß Zwangsarbeiter für den Deutschlandeinsatz zunächst in erster Linie in den Städten rekrutiert wurden. Diese Rekrutierungen tendierten bereits im Spätsommer 1942 gegen Null, weil der Einsatz im Besatzungsgebiet offiziell Vorrang besaß (Kap. 6.2a–c). Zudem flohen immer wieder Menschen aus den Städten, wo sie sich und vor allem ihre Familien nicht ausreichend ernähren konnten.

Die Massenmorde an den weißrussischen Juden 1942/43

Die Morde an weißrussischen Juden folgten bis zum Herbst 1942 fast alle einem bestimmten Muster. Kaum ein Massaker, dem keine Selektion der noch benötigten Arbeitskräfte vorausging (Kap. 7.4b). Aussonderungen waren auch im Alltag außerhalb der großen »Aktionen« allgegenwärtig, und damit Morde an Kranken, Schwachen, Alten, Kindern (Kap. 7.3a). Vernichtungskampagnen wurden gebietsweise unter star-

²⁰ Siehe Kap. 4.3d und f sowie Kap. 5.3.

ker Beteiligung der deutschen Gebietskommissariate organisiert. Sie verbanden sie mit dem Ersatz durch angelernte Weißrussen, mit der Rationalisierung und Zusammenlegung von Betrieben und der Aufgabe kleinerer Standorte, wenn die kleineren Ghettos ganz vernichtet wurden. Jüdische Arbeitskräfte wurden dabei teilweise noch in die Gebietsstädte zwangsumgesiedelt. Der Anteil der Arbeitskräfte an der jüdischen Bevölkerung war ziemlich gering, und unter ihnen wiederum waren sehr viele unqualifizierte oder berufsfremd eingesetzte Kräfte (Kap. 7.3a). Die deutsche Verwaltung glaubte, sie schnell ersetzen zu können. Die Gebietskommissare hatten zwar das Recht, jüdische Arbeitskräfte von der Erschießung auszunehmen, machten deshalb aber wenig Gebrauch davon (Kap. 7.4b).

Im Herbst 1942 änderte sich dieses Bild. Im weißrussischen Norden des GK Wollhynien-Podolien erschossen Polizeikräfte bis zum Jahresende ausnahmslos alle Juden. Es gibt Indizien dafür, daß Reichskommissar Koch dabei Weisungen Hitlers im Zusammenhang mit erhöhten Forderungen des Reiches auf landwirtschaftliche Produkte umsetzte, was zu einer jähen Beschleunigung der Vernichtungsaktionen führte (Kap. 7.4c). Im Bezirk Bialystok begann eine ähnliche, vom RSHA ausgehende Aktion, die im weißrussischen Teil dieses Verwaltungsgebiets im Februar und März 1943 abgeschlossen war (Kap. 7.4d). Im GK Weißruthenien waren in mehreren Gebieten Ende 1942 jene sogenannten Arbeitsjuden alle oder fast alle erschossen worden, die man vorher noch verschont hatte. Anfang 1943 gab es nur noch wenige Ghettos und Lager, im Spätsommer und Herbst 1943 wurden die letzten drei vernichtet, mehrere tausend Arbeitskräfte in den Distrikt Lublin gebracht und später dort ermordet.

In der Kalkulation der deutschen Besatzungsverwaltung waren nur jüdische Facharbeiter und Handwerker nicht zu ersetzen. Zwar ließ sich die dezentrale handwerkliche Produktion von der Verwaltung kaum kontrollieren und wanderte zu einem großen Teil auf den Schwarzmarkt (Kap. 5.4c). Doch selbstverständlich standen die Morde an diesen jüdischen Menschen zwangsläufig im Gegensatz zu Produktionsinteressen der Besitzer und entsprangen sicherlich nicht mehr irgendwelchen ökonomischen Motiven. Das Verbrechen entwickelte nun vielmehr seine eigenen Gesetze, den Zwang zur Vollendung. Auf dem Weg des Mordens gab es Ende 1942 kein Zurück mehr²¹ – europaweit. Kein einziger Jude sollte nach dem Willen vieler deutscher Antisemiten überleben.²² Es durfte bei dieser nicht zu bemäntelnden Tat keine Überlebenden, keine Zeugen und »Rächer« geben.²³ In Weißrußland kam 1942 eine Konkretisierung dieser Überlegung hinzu: Wenn man die Juden nicht ermordete, die sich nun alle über die Gefahr im klaren waren, in der sie permanent schwebten, »drohten« sie zu den Partisanen überzulaufen, um sich zu retten.

21 Göring sagte Anfang März 1943 in dieser Beziehung, man habe die Brücken hinter sich abgebrochen. Hilberg, Vernichtung, S. 425.

22 Ende 1943 erklärte der HSSPF Ostland, Jeckeln, in Riga in einem Privatgespräch, es sei nötig, die Juden der ganzen Welt zu ermorden. Protokoll der Gegenüberstellung Jeckelns mit dem ehemaligen Chef der SS-Bauinspektion Ostland, Fritz Blaschek, v. 18. 1. 1946, BA D-H ZM 1683, Bd. 1, Bl. 185 f.

23 Vgl. Himmlers Rede vor den Reichs- und Gauleitern in Posen v. 6. 10. 1943, BA NS 19/4010, Bl. 175.

*Partisanenbekämpfung als terroristische Strukturpolitik – Mordfeldzüge,
Raub von Arbeitskräften und intensivere Durchdringung des Landes*

Mit dem wachsenden Arbeitskräftebedarf in den Städten und der Ermordung der Juden hing das Ausgreifen der deutschen Arbeitseinsatzpolitik auf das Land zusammen. In den ländlichen Gegenden Weißrußlands gab es nach Berechnungen der deutschen Verwaltung noch hunderttausende Arbeitskräfte, die dort nicht gebraucht wurden (Kap. 6.3c). Aus diesem Blickwinkel erschienen die Probleme zweitrangig, die für die Produktion in Industrie und Gewerbe durch die vor allem in den Städten ablaufende Rekrutierung von »Ostarbeitern« und durch Morde an unqualifiziert eingesetzten jüdischen Arbeitskräften entstanden. Man mußte, so war die Vorstellung, die Arbeitskräfte vom Lande nur mobilisieren. Die Agrarreform schuf eine Voraussetzung dafür. Im ehemals polnischen Westen des Landes, wo sie nicht griff, belastete man in erster Linie Kleinbetriebe und aufgegebene Sowchosen (»Staatsgüter«) durch den Abzug von Kräften. In den Städten und in der Nähe von Großbaustellen wurden 1942 eine Reihe neuer Arbeitslager geschaffen, damit die Arbeiter nicht mehr entfliehen konnten (Kap. 6.3d).

Doch gab es im Herbst 1942 erhebliche Schwierigkeiten, ermordete oder deportierte Arbeitskräfte innerhalb kurzer Zeit zu ersetzen. Die Zeit zwischen August 1942 und Februar 1943 war auch der Tiefpunkt der Deportation von Zwangsarbeitern ins Reich (Kap. 6.2b). Den Kommissionen des GBA gelang es noch nicht, auf dem Land Erfolge zu erzielen, auch wegen des Konflikts mit den Arbeitsämtern und Agrarbehörden (Kap. 6.2c und 6.3c). Die Arbeitsämter hatten auf dem Lande noch längst nicht alle (angeblich) Erwerbsfähigen in ihren Karteien erfasst – im GK Weißruthenien im Oktober 1942 erst die Hälfte. Überdies verhinderten die erstarkten Partisanen vielerorts, daß die Deutschen quasi auf dem Verwaltungsweg Arbeitskräfte zwangsmobilisieren konnten, und punktuelle Menschenjagden mit Polizeigewalt brachten wenig ein. Aus diesem Dilemma heraus entwickelten Wirtschaftsapparat, Wehrmacht, SS und Polizei schrittweise ein Gesamtkonzept, um mit bestimmten Formen der Partisanenbekämpfung ihre Interessen in Landwirtschaft, Arbeitspolitik und Landesverwaltung durchzusetzen, und zwar mit äußerster krimineller Energie.

1941 hatten die Deutschen die weißrussischen Partisanen nur als *potentielle* Bedrohung – überaus blutig – bekämpft. Sie stellten noch keine Gefahr für die Besatzungsmacht dar (Kap. 9.2). Diese Situation änderte sich im Frühling 1942 drastisch. Die Partisanen agierten nun offensiver, in größeren und besser organisierten Verbänden und mit größerer politischer Unterstützung durch die Bevölkerung. Zwar gingen sie erst 1943 stärker dazu über, deutsche Truppen direkt anzugreifen, doch traf ihre Absicht seit 1942, die einheimische Hilfsverwaltung auf ihre Seite zu ziehen oder lahmzulegen, einen Angelpunkt des Systems der Besatzungsverwaltung (Kap. 9.1 und 3.6). Dramatische Hilferufe der deutschen Verwaltung waren die Folge.

Während führende Politiker wie Hitler, Göring und Himmler versuchten, der Lage Herr zu werden, indem sie undurchführbare Aktionen vor allem zum Schutz von Bahnstrecken befahlen (Kap. 9.3c und 9.3b), entwickelten regionale Stellen im rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, nämlich der Stab des Befehlshabers, seine Sicherungsdivisionen und die SS- und Polizeiführung ein neues taktisches Konzept. In »Großunternehmen« sollten Gebiete, die unter dem Einfluß von Partisanen standen, mit starken Kräften eingekesselt und dabei nur in zweiter Linie die schwer zu stellenden

Guerillaeinheiten, in erster Linie aber die umliegenden Dörfer bekämpft werden. Gefährlich für die Besatzer war weniger die militärische Kraft der Partisanen als ihr politischer Einfluß auf Bevölkerung und einheimische Verwaltung. Entscheidend war hier die Einwirkung vor allem der Agrarverwaltung, die den politischen Widerstand eindämmen wollte, um das Land weiter ausbeuten zu können. Nach der Aktion »Bamberg« mit 6000 Todesopfern, dem Prototyp für das Konzept, folgten aus Mangel an Besatzungs- und Polizeitruppen, die im Winter 1941/42 teils an die Front verlegt worden waren, zunächst etwas kleinere Operationen, ehe im Spätsommer 1942 begonnen wurde, stärkere Truppen nach Weißrußland zu verlegen (Kap. 9.3a–b und Tab. 20).

Im Herbst 1942 waren damit die Bedingungen zu einer großangelegten, strategischen Offensive auf dem Lande geschaffen. Ausgehend von Görings Befehl am 26. Oktober sollten Gebiete, die den Deutschen ohnehin wirtschaftlich nichts einbrächten, weil von dort keine Agrarlieferungen kämen, ganz geräumt werden. Vom landwirtschaftlichen Standpunkt her hieß das: die lohnenden Gegenden, die man sichern konnte, zu sichern, den Rest zu entvölkern, die Sicherungskräfte zu konzentrieren. Vom Arbeitseinsatz-Standpunkt bedeutete dies, die Bevölkerung der zu räumenden Gebiete und »verbrannten Dörfer« nach Arbeitskräften zu selektieren, die »Unbrauchbaren« zu ermorden und die als Arbeiter Einsetzbaren an ganz anderen Orten möglichst produktiv zu verwenden – in den weißrussischen Städten oder in Deutschland. Das »Spiel der Verteilung der Arbeitskräfte« (Hitler) hatte begonnen (Kap. 9.4a und b). Außerdem wollte man so in den sicheren Gebieten die Verwaltung und den Zugriff auf Arbeitskräfte ebenfalls stabilisieren. Die Partisanenbekämpfung wurde auf diese Weise zu einer terroristischen Strukturpolitik.

Es folgte eine Kette von unsagbar brutalen »Großunternehmen«. Stück für Stück wuchsen sie in Konzepte zur Schaffung großflächiger »toter Zonen« vom Sommer 1943 hinein (Kap. 9.5). Diese waren nur die strategische Entsprechung zum verstärkten Zugriff auf die ländlichen Arbeitskräfte, der gleichzeitig, im ersten Halbjahr 1943, Platz griff. Die Aktionen von Rekrutierungskommissionen, Arbeitsämtern, Agrarbehörden und allgemeiner Verwaltung liefen nun koordiniert ab (Kap. 6.2d und 6.3b). In der ersten Jahreshälfte waren noch zahlreiche potentielle Arbeitskräfte bei den »Großunternehmen« bis hin zur Aktion »Cottbus« einfach umgebracht worden, statt daß sich die Ausführenden die Mühe machten, sie abzutransportieren. Erst eine neue Kampagne zur Gewinnung von Zwangsarbeitern im Reich (Aktion »Steiger«), die volle Funktionstüchtigkeit des Arbeitskräfte-Erfassungsapparats auf dem Lande und die Strategie der »toten Zonen« bewirkten die Änderung. Nun erst wurden Menschen, die arbeiten konnten, im deutsch besetzten Weißrußland quasi zu einem bewirtschafteten Mangelgut. Neben den »Großaktionen« liefen auch unblutige, auf der (territorial begrenzten) Macht der Deutschen und der Einschüchterung der Zivilbevölkerung basierende Zwangsrekrutierungen ab wie im Umfeld der programmatischen Operation »Hermann«.²⁴

24 Siehe S. 999 und 1005–1007 in dieser Darstellung.

Die Schlußphase 1944: der Versuch des totalen Zugriffs auf die Bevölkerung

Mit dem Rückzug aus Rußland und dem äußersten Osten Weißrußlands (und aus der Ukraine) spitzte sich die Situation Ende 1943 nochmals zu. Die hochfliegenden Pläne zur Entlastung der deutschen Ernährungsbilanz waren passé. Die strategische Lage der Heeresgruppe Mitte war prekär. Nun ging es verstärkt um die Ausbeutung der Menschen im Interesse der Militärs. 100 000 nicht kriegswichtig beschäftigte Stadtbewohner wurden im Bereich der Heeresgruppe Mitte zu Schanzarbeiten und zur Produktion in Zivilarbeitsdienstabteilungen (ZADA) zusammengefaßt und in Lagern interniert (Kap. 6.3d). Kinder, die dadurch ohne Betreuung waren, sollten zu Zehntausenden zwangsweise nach Deutschland gebracht und als Hilfskräfte eingesetzt werden, was größtenteils glücklicherweise fehlschlug (Kap. 10.5). Auf dem Land begannen spezielle Kommissionen, jede einzelne »abzugsfähige« Arbeitskraft auf dem Land »auszukämmen« (Kap. 6.3c). In den zu räumenden Städten und Gebieten führten die Deutschen eine Totalselektion der Bevölkerung durch, nahmen die »Arbeitsfähigen« und »arbeitsstarken Familien« mit und schoben die übrigen ab, ihren Tod billigend in Kauf nehmend. Der trat allzu oft auch ein, etwa in den improvisierten Vernichtungslagern bei Osaritschi (Kap. 6.3e und 10.6). Der Ausbau der Kollaborationsbewegung diente dazu, die noch beherrschten Zonen des Landes zu stabilisieren, quasi die politische Zweiteilung des Landes zu zementieren. Der Aufbau von Wehrdörfern zur Sicherung der wichtigsten Interessenzonen wurde von der Landwirtschaftsverwaltung gesteuert, als unzuverlässig betrachtete Bauern dort umgebracht (Kap. 9.6) und in Minsk eine Marionettenregierung etabliert (Kap. 3.6).

Enge Verbindung zwischen wirtschaftlichen und ideologischen Zielsetzungen im besetzten Weißrußland

Als Gesamtergebnis der vorliegenden Untersuchung ist festzuhalten, daß Wirtschaftsinteressen die deutsche Besatzungspolitik in Weißrußland wesentlich mitbestimmten. Dabei standen die agrar- und ernährungspolitischen Ziele im Vordergrund. Eine Besetzung des Landes, bei der lediglich vorhandene Überschüsse an Produkten abgeschöpft worden wären, schien den Deutschen auf Grund der geringen Produktivität, der Arbeitsorganisation, der bestehenden Güterverteilung und der vorauszusehenden Zerstörungen zwecklos. Das Konsumniveau sollte gesenkt, die Bevölkerungsstruktur geändert werden. Ausbeutung und damit Zwang und Gewalt waren vorgezeichnet. Das war mit der Zerstörung des sowjetischen politischen Systems verbunden: Widerstand sollte gebrochen werden.

Einerseits standen die deutschen wirtschaftlichen Interessen und Ansprüche, die sich an Weißrußland und seine Bevölkerung richteten, seit Anfang 1941 fest, andererseits ergaben sich immer neue Zuspitzungen der ökonomischen Krise im deutschen Herrschaftsraum. Die Versuche zur Krisenbewältigung schlossen kampagnenartige Programme zu Massenmord, Verschleppung und Vertreibung mit ein. Gerade das Zustandekommen und der Verlauf dieser Kampagnen ist allein mit dem Hinweis auf ideologische Motive, Antisemitismus, rassistische Abwertung der slawischen Völker, militanten Antikommunismus, Chauvinismus oder Sozialdarwinismus konkret kaum zu erklären – ohne all diese Faktoren freilich undenkbar. Diese Krisen und damit die Gewaltpolitik in Weißrußland standen in direktem Zusammenhang mit der

Kriegsentwicklung. Das Hauptziel der deutschen Führung war auch bei ihren Verbrechen in Weißrußland, den Krieg zu gewinnen.

Vor allem folgende Krisensituationen fallen ins Auge: 1) Anfang 1941 folgte aus der andauernden Seeblockade und der prekären Versorgungslage bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln der Plan, Millionen in der Sowjetunion verhungern zu lassen, die Energiereserven der UdSSR für Deutschland zu nutzen und sie aus beiden Gründen zu entindustrialisieren. Die Absicht, eine brutale Besatzungspolitik durchzuführen, die sowjetischen Juden zu ermorden und die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht ausreichend zu versorgen, waren Konsequenzen aus diesem Projekt. 2) Im Herbst 1941 geriet das Osttheer allgemein, besonders aber die Heeresgruppe Mitte in eine schwere Versorgungskrise infolge der Überlastung des Transportsystems, verbunden mit dem harten Widerstand der Roten Armee. Der Kampf schien auf des Messers Schneide zu stehen, alle anderen Transporte sollten hinter dem Nachschub an Munition, Benzin und Ausrüstung zurückstehen, denn davon hingen Reichweite und Durchschlagskraft der deutschen Operationen ab. Die deutschen Truppen sollten das Land nun noch rücksichtsloser ausbeuten. Zur gleichen Zeit mußte die Ernährungsplanung für das Kriegsjahr 1942 umgestellt werden. Ohne Teildemobilisierung des Osttheeres, angesichts enttäuschender Erntebeschlagnahme in den besetzten sowjetischen Gebieten und da man nicht einfach Millionen Zivilisten zum Hungertod zwingen konnte, fielen die Entscheidungen, den Großteil der Kriegsgefangenen schneller systematisch verhungern zu lassen, die Ermordung der Juden in Weißrußland und darüber hinaus zu beschleunigen, Flüchtlinge und potentielle Partisanen mit den brutalsten Mitteln zu verfolgen. 3) Im Frühjahr und Sommer 1942 kam es zu einer weiteren Ernährungskrise im deutschen Machtbereich. Die Folge war die Anweisung aus obersten deutschen Führungskreisen, die Juden im Reichskommissariat Ukraine einschließlich seiner weißrussischen Teile zu vernichten. Die fast vollständige Judenvernichtung im GK Weißruthenien stand ebenfalls mit der Ernährungspolitik in Zusammenhang, beruhte aber teilweise auf örtlichen und regionalen Entscheidungen. 4) Wegen der Ausweitung der Kriegsproduktion trat seit Herbst 1942 in der deutschen Kriegswirtschaft und in den weißrussischen Städten ein Mangel an Arbeitskräften ein, der Mitte 1943 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Die deutschen Besatzungsorgane reagierten offensiv, indem sie ganze für sie unproduktive Gebiete entvölkerten, die unter dem Einfluß der Partisanen standen, die »Arbeitsfähigen« verschleppten und die für sie Unbrauchbaren ermordeten. Die Arbeitsverwaltung griff von nun an aufs flache Land aus. 5) Nachdem die Wehrmacht im Herbst 1943 im Mittel- und Südabschnitt der Ostfront zurückgedrängt worden war und dort angesichts der deutlichen militärischen Unterlegenheit ein großer Mangel an Hilfskräften herrschte, wurde die Bevölkerung restlos auf Arbeitskräfte hin selektiert und diese wurden, soweit es den Deutschen noch gelang, zur Arbeit für die Truppen oder im Reich gezwungen.

Jedesmal, wenn sich die wirtschaftliche Lage durch die Kriegsentwicklung verschärfte, reagierte die deutsche Besatzungsverwaltung mit bevölkerungspolitischen Mitteln – Umsiedlung und Massenmord. Wo ihr materielle Mittel nur begrenzt zur Verfügung standen, zog sie im Krisenfall die Schraube der bevölkerungspolitischen »Rationalisierung« an. Verachtung und Haß auf die Bevölkerung machten solche Strategien erst möglich und führten auch für sich zu ungeheuren Verbrechen. Doch

wirtschaftliche Krisen und Zwänge bestimmten oft das Tempo der Vernichtung. Gerade durch sie bekam das Morden und massenweise Verschleppen von Menschen immer wieder eine furchtbare Dynamik und das Gesicht, das wir kennen. Hier wurden nur die historisch wichtigsten Krisen und Vernichtungskampagnen erwähnt; die gleichen Mechanismen wiederholten sich hundertfach auf regionaler und örtlicher Ebene, und dort fällten die Verantwortlichen ebenfalls entsprechende Entscheidungen.

Die Forschung zur NS-Gewaltpolitik wird seit langem von dem Gedanken des »Primat[s] der Weltanschauung« vor kriegswirtschaftlichen Interessen beherrscht.²⁵ Daran wird bis heute fast unvermindert festgehalten.²⁶ Wo nicht ein grundlegender Widerspruch festgestellt wird, sondern eine weitgehende Übereinstimmung zwischen wirtschaftlichen und ideologischen Zielsetzungen, wie das bei der deutschen Besatzungspolitik in Weißrußland der Fall ist, verlieren solche Thesen jedoch ihren Sinn. Gerade auch über Weißrußland war behauptet worden, hier hätten die Deutschen »eine vom ökonomischen Standpunkt aus sinnlose Besatzungspolitik« betrieben, die nur dem Terror und der Vernichtung gedient habe.²⁷ Zu einer solchen Einschätzung, die sich bei näherer Untersuchung als nicht haltbar erweist, kommt es nur unter zwei Voraussetzungen: Erstens wird einzig mit dem Arbeitskräftesektor argumentiert, andere Wirtschaftsbereiche wie Ernährungs- und Wohnungspolitik werden hingegen ausgeblendet; und zweitens wird meist sogar auf die Arbeitspolitik selbst mehr allgemein verwiesen, als sie für bestimmte Zeiträume wirklich zu analysieren. Im letzten Fall stützt sie nämlich die These nicht immer, sie habe im Widerspruch zu den deutschen Massenmorden gestanden. Es stimmt auch nicht, daß die deutsche Besatzungspolitik »nur gewaltsam, nicht systematisch« im Sinne einer intensivierten Ausbeutung der Wirtschaft der besetzten Gebiete war.²⁸ Sie versuchte, um diese Begriffe aufzugreifen, sozusagen gewaltsam *und* systematisch zu sein, erschien allerdings wirtschaftlich – was Weißrußland angeht – eher reformierbar als politisch (s. Kap. 2.3).

Es erscheint gar nicht sinnvoll, ideologische und ökonomische Beweggründe als einander ausschließende Gegensätze zu begreifen und zu diskutieren, wie dies oft geschieht. Vielmehr war es gerade ihr Gleichklang, der zur kriminellen Einigkeit verschiedener Institutionen, zur Verstärkung der mörderischen Energie und zur Beschleunigung von Massenverbrechen führte. Wo diese sonst vielleicht Sache einer Minderheit der Besatzungsorgane geblieben wären, erschienen diese Verbrechen in solchen Situationen notwendig, überzeugend, ja (wie im Fall der sowjetischen Kriegsgefangenen Ende 1941) unvermeidlich. Es hat aus meiner Sicht auch keinen Zweck, ideologische und ökonomische Motive nach dem Motto gegeneinander ab-

25 Vgl. Herbert 1993, S. 198–236. Siehe besonders Herberts Schlußbemerkung: »Der Rassismus war kein ›Irrglaube‹, hinter dem sich die ›eigentlichen‹, nämlich wirtschaftliche, Interessen verbargen, sondern der Fixpunkt des Systems.« Wirtschaftlichen Interessen wies Herbert, der seine Position inzwischen allerdings geändert hat, nur die Rolle eines Hilfsarguments zu (S. 236).

26 Vgl. zuletzt Goldhagen, vor allem S. 196; Naasner, S. 353–387. Siehe dagegen zu verschiedenen in diesem Zusammenhang gebrauchten Argumenten den Exkurs »Judenmord und Kriegsaufwand«, in: Pätzold/Schwarz 1994, S. 86–114.

27 So die These von Waclaw Długoborski (s. Anm. 1/II in dieser Darstellung).

28 Milward 1966, S. 47.

zuwägen, im einen oder anderen Fall seien zum Beispiel zu sechzig Prozent diese und zu vierzig Prozent jene ursächlich. Das kann nur zu endlosen und fruchtlosen Diskussionen führen. Dagegen erscheint es möglich, bestimmte Faktoren innerhalb der Antriebskräfte zu verschiedenen Verbrechen nachzuweisen. Und mehr als das: Da besonders die Ernährungspolitik Verlauf und Tempo großer Vernichtungsaktionen signifikant beeinflusste, ist nicht nur nachgewiesen, daß sie eine Rolle dabei spielte, sondern auch, daß diese Rolle gravierend war.

Beginnend mit den deutschen Kriegszielen beim Angriff auf die Sowjetunion,²⁹ zeigt sich eine enge Verbindung, Verknüpfung, ja Verschmelzung materieller und militärstrategischer Interessen mit Rassismus, Antikommunismus und nationalem Chauvinismus. Das war in der nationalsozialistischen Programmatik so angelegt. Hitler hatte deutsche Eroberungen im Bereich der Sowjetunion beziehungsweise Rußlands frühzeitig als grundlegende Lösung »rassischer«, politischer und wirtschaftlicher Probleme des Deutschen Reiches vorgegeben. Sein Konzept des »Lebensraums« im Osten umfaßte nicht nur den Gewinn von Siedlungsland, sondern ist auch im Sinne eines Gebiets zur wirtschaftlichen Ausbeutung zu interpretieren.³⁰ Der Begriff des »rassenideologischen Vernichtungskrieges«³¹ (Hillgruber) erscheint insofern nicht glücklich, als er das Bündel an Motiven für diesen und in diesem Krieg stark reduziert. Auch für sich erscheint die in jüngerer Zeit vielfach benutzte Bezeichnung »Vernichtungskrieg« leicht in dem Sinn mißzuverstehen, daß das Ziel dieses Krieges einzig und allein oder doch hauptsächlich die Vernichtung, die Ermordung von Menschen gewesen sei. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn behauptet wird, ab 1943 hätten die Deutschen in Weißrußland »einen Kampf gegen ein ganzes Volk mit dem Ziel seiner Ausrottung« geführt oder hätten ein »Niemandland« lediglich mit Ausnahme von »Wehrdörfern und befestigten Plätzen« schaffen wollen.³² Dies geht jedoch an den Zielen der deutschen Besatzungsmacht vorbei. Über eine Unterscheidung verschiedener Zonen, über die Sicherung produktiver Gebiete, über Programme zur intensivierten Ausbeutung in Stadt und Land und über die Zwangsmobilisierung immer neuer Bevölkerungsgruppen findet sich in solchen Interpretationen nichts.

Es geht an die Grenzen menschlichen Begreifens, aber selbst in dem Plan, etwa dreißig Millionen Menschen in der Sowjetunion durch Hunger, Unterversorgung und eine brutale Besatzungspolitik zu ermorden, war die Vernichtung kein Selbstzweck, sondern Mittel, um ein wirtschaftlich definiertes Ziel zu erreichen. Er war begleitet von der Absicht zur Tötung aller politischen und »rassischen« Gegner, von denen als angeblichen oder tatsächlichen Trägern des Systems Widerstand erwartet wurde. Die Idee zum Hungerplan entwickelte sich nur gegen osteuropäische Völker und basierte insofern wiederum auf der nationalsozialistischen Vorstellung von der

29 Vgl. Hillgruber 1965, S. 519f. und 360f., Anm. 45 sowie Kap. 2.2 dieser Darstellung.

30 Dies haben Herbst 1982, S. 65–73 und 86, sowie R.-D. Müller 1987, S. 125, hervorgehoben.

31 Siehe Hillgruber, Ostkrieg, S. 191. Ebd., S. 196, verwandte Hillgruber den Begriff in einem eher zutreffend erscheinenden, eingeschränkten Sinn, indem er schrieb, »daß der rassenideologische Vernichtungskrieg gegen den ›jüdischen Bolschewismus‹ spätestens von März 1941 an integraler Bestandteil des bevorstehenden Ostkrieges war«.

32 Katalog »Vernichtungskrieg«, S. 156, und Heer 1995, S. 129. Siehe ähnlich ebd., S. 123. Vgl. weiter unten zu Heers damit übereinstimmender Tendenz bei der Interpretation der Partisanenbekämpfung.

Hierarchie der Völker und Rassen. In sich war er aber – außer in Bezug auf die baltischen Völker – nicht nach rassistisch-politischen Kriterien abgestuft.

Zwar standen die Juden in der genannten Hierarchie innerhalb der NS-Weltanschauung an unterster Stelle. Doch erschien mit Blick auf Weißrußland eine ausschließlich auf die Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung beschränkte Darstellung zu den nationalsozialistischen Zielen³³ nicht sinnvoll. Juden bildeten eine Minderheit der Opfer in den ursprünglichen deutschen Mordplänen für die Sowjetunion und Weißrußland (10 bis 15 Prozent),³⁴ und sie bildeten dort auch eine Minderheit der tatsächlichen Opfer außerhalb der Kampfhandlungen (in Weißrußland etwa 30 Prozent). Der Mord an den Juden gewann damit in der Vernichtungspraxis allerdings größere Bedeutung als ursprünglich geplant. Aber ebenso wie sie wurden auch (nichtjüdische) Kriegsgefangene und unbeteiligte Bauern – Männer, Frauen und Kinder – bei der Partisanenbekämpfung zu Tausenden gequält oder auf grausamste Weisen ermordet. In Lagern wie Osaritschi und Alytus wurden die Opfer einfach nur als unnütz betrachtet. Richtig ist, daß es solche Lager etwa im deutsch besetzten Frankreich nicht gab, doch Millionen von Weißrussen und anderen Slawen wurden eben nicht so behandelt wie diese Frauen und Kinder.³⁵ Hier ging es nicht bloß darum, die Zahl der Slawen, Weißrussen, Russen abstrakt zu reduzieren oder sie zu quälen und zu ermorden, sondern die Deutschen vernichteten wie bei der Masse der Morde im besetzten Weißrußland klar definierte Bevölkerungsgruppen, verbunden mit bestimmten, »pragmatischen« Zielen.

So war es bei der Partisanenbekämpfung, bei den Kriegsgefangenen, bei den psychisch Kranken, Sinti und Roma, bei den »Ortsfremden«. Eine besonders große unter diesen Bevölkerungsgruppen waren die Juden. In der Tat sind sie besonders vollständig, besonders hartnäckig, besonders leidenschaftlich haßerfüllt und besonders grausam gejagt und umgebracht worden. Dieser Aspekt war Folge des tiefsitzenden Judenhasses der direkten deutschen Täter und ihrer Kommandobehörden, die die Hetze bis zum letzten jüdischen Mann und bis zum letzten Kind organisierten. Nicht zufällig war die Überlebenschance nichtjüdischer Partisanen um so viel höher als die jüdischer Partisanen.³⁶ Dagegen wurden die Kriegsgefangenen »nur« stark dezi-

33 Goldhagen 1996; zur Kritik an historischer Herleitung und methodischen Mängeln siehe Pohl, Daniel Goldhagens Thesen; Birn 1997; Browning 1998; zur Diskussion der Sammelband von Schoeps.

34 Fast alle rund fünf Millionen sowjetischen Juden sollten insgesamt 30 Millionen Opfern nach dem Hungerplan gegenüberstehen, in Weißrußland 750 000 Juden den bis zu 6,3 Millionen Opfern, die nach Waldemar v. Poletikas Randbemerkungen zur Engelhardt-Denkschrift angestrebt wurden. S. o. S. 46ff.

35 Siehe auch den Einwand von Browning, 1998, S. 168, daß für Massaker an griechischen und italienischen Zivilisten und Kriegsgefangenen keine entsprechenden langjährigen Traditionen des Hasses genutzt werden konnten.

36 Nämlich bei 85–90 % (Kalinin, S. 395 und 402, sowie meine Berechnung S. 957f.; die Schätzungen der Partisanenverluste insgesamt bei Tec 1996, S. 302f., sind zu hoch) gegenüber weit unter 50 %, nach Spector 1991 25 % bei den jüdischen Flüchtlingen und Partisanen (s. S. 744 in dieser Darstellung). Allerdings bleibt die Frage, inwieweit die Flüchtlinge in den Statistiken der Partisanenbewegung mit erfaßt wurden. Unter den eigentlichen jüdischen Partisanen in den ehemals polnischen Teilen Weißrußlands und der Ukraine soll die Überlebensrate bei mehr als 70 % gelegen haben (Anm. 7/1298). – Auch ohne genauere Untersuchung, die auf einer gründlichen Auswertung von Partisanenberichten und -erinnerungen basieren müßte, wird man annehmen können, daß die Gründe für die höheren jüdischen Verluste sowohl im Antisemitismus der weißrussischen Bevölkerung (Verrat usw.) und innerhalb vieler Partisaneneinheiten (Zu-

miert, Stadtbevölkerungen teils unblutig vermindert,³⁷ wurden »Ortsfremde« von Fall zu Fall ermordet oder unbehelligt gelassen, die Einwohner »partisanenverseuchter« Zonen zunehmend nach reinem Nutzdenken ermordet oder als »Ostarbeiter« und Kriegsgefangene benutzt.

Oft wird die Ansicht vertreten, die brutale deutsche Ausbeutungspolitik gegenüber den besetzten sowjetischen Gebieten habe sich wirtschaftlich nicht ausgezahlt. Zum einen, so wird argumentiert, sei die Beute an Nahrungsmitteln und Rohstoffen im ersten Besatzungsjahr nicht höher gewesen als die vertraglich vor dem Überfall vereinbarten Lieferungen der UdSSR an Deutschland für dieses Jahr – jedoch stimmt dies nicht mehr fürs zweite Besatzungsjahr –, zum anderen seien die wirtschaftlichen Leistungen der besetzten sowjetischen Gebiete geringer als die anderer besetzter Länder wie Frankreich gewesen.³⁸ Dagegen sind Einwände geltend zu machen. Erstens erscheinen die Lieferungen der besetzten sowjetischen Gebiete, geldlich berechnet, wegen des Niedrigpreissystems zu gering bewertet, besonders jene an die Wehrmacht im Besatzungsgebiet,³⁹ zweitens lieferten die besetzten sowjetischen Gebiete mehr als ein Drittel des Getreides⁴⁰ – mehr als jedes andere Land – und ein Viertel des Fleisches aus dem besetzten Teil Europas, und im Wirtschaftsjahr 1942/43 waren es sogar mehr als die Hälfte der durch Raub erzielten deutschen Getreide- und Kartoffelimporte. Bei Ölfrüchten war Deutschland auf Importe angewiesen – 70 Prozent kamen 1942 und 1943 aus den besetzten sowjetischen Gebieten.⁴¹ Daß im Deutschen Reich bis Ende 1944 keine Ernährungsprobleme auftraten, die mit denen im Ersten Weltkrieg vergleichbar waren, lag an der rücksichtslosen Ausbeutung der besetzten Gebiete und hier, wie eben angedeutet, besonders der Sowjetunion.⁴² Insgesamt, so 1944 das Institut für Weltwirtschaft, waren es »gerade einige wichtige Schlüsselprodukte der Ernährung und der kriegswirtschaftlichen Produktion, in denen der Osten

weisung schlechter Positionen, weniger Schutz, in vielen Fällen auch Morde an Juden) als auch in der schärferen Verfolgung von Partisanengruppen durch deutsche Einheiten zu suchen sind, wenn ihnen jüdische Mitglieder gemeldet worden waren.

37 Durch Flucht, die mittels gezielt schlechter Lebensbedingungen erzwungen wurde, durch Zwangsausiedlungen, Zwangsarbeiterrekrutierungen, in relativ wenigen Fällen durch Hungertod. Dazu kam jedoch der Mord an den Juden sowie an Vertretern des sowjetischen Systems.

38 Vgl. R.-D. Müller, Scheitern, S. 1206–1209; Herbst 1996, S. 366; Mulligan 1988, S. 102 ff.; C. Buchheim, S. 119 f. und 123; Ranki, S. 260. Müller und Herbst beziehen jedoch die spätere Besatzungszeit nicht ein. Im ersten Besatzungsjahr entstanden aus Zerstörungen und Organisationsschwierigkeiten erhebliche Einbußen in Landwirtschaft und Industrie. Siehe demgegenüber Informations-Abteilung des Großdeutschen Rundfunks, Tendenzdienst (Wirtschaft), Vertrauliche Wirtschafts-Information v. 15. 5. 1943, Staatssekretär Backe über Deutschlands Ernährungslage, BDC, PA Herbert Backe.

39 C. Buchheim, S. 123 und 142. Der Abschlußbericht des WiStabs Ost (Müller, Wirtschaftspolitik, S. 129f) bezifferte allein die in der Sowjetunion gewonnenen industriellen Rohstoffe und Dienstleistungen auf 4 bis 5 Milliarden RM. Diese sind im von Buchheim zugrundegelegten Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft unzureichend berücksichtigt. Außerdem lagen ihm wiederum Berechnungen der ZO zugrunde, deren Ergebnisse 10 bis 40 % unter den Resultaten anderer Dienststellen liegen. Siehe Materialien zur Ausarbeitung Gerd Deifuss, Die Landwirtschaft der Sowjetunion unter deutscher Besetzung, BA B 120/684. Vgl. ein extremes Beispiel für ein unsachgemäßes Herunterrechnen bei Friedrich S. 815.

40 Zusammen mit dem besetzten Polen waren es mehr als zwei Drittel der Getreidelieferungen.

41 Siehe Madajczyk 1982, S. 81; Eichholtz 1982, S. 161; Eichholtz 1985, S. 499–505.

42 Brandt, S. 147; Ranki, S. 267; Corni/Gies 1997, S. 553 f., 572 f., 597; Bemerkungen zu dem Artikel »Die politischen Hintergründe der gegenwärtigen Stalinoffensive« (Das Memorandum entstand in der Vierjahresplandienststelle 1944), BA-MA WF-01/1140, Bl. 321.

große, zuweilen überragende Bedeutung gehabt hat,«⁴³ obwohl die Deutschen ihre hochgesteckten Ziele von 5 bis 8 Millionen Tonnen Getreide aus der Sowjetunion jährlich nicht erreichen konnten. Dabei lagen die herausgepreßten Leistungen in Weißrußland pro Hektar im Wirtschaftsjahr 1941/42 recht hoch, gingen dann allerdings zurück.⁴⁴ Dazu kam der enorme kriegswirtschaftliche Nutzen aus der Ausbeutung der ins Reich deportierten Zwangsarbeiter,⁴⁵ von denen etwa fünf Prozent aus Weißrußland kamen. Zwar erreichte NS-Deutschland damit weder die gewünschte »Blockadefestigkeit« noch vermied es die Niederlage, es gelang aber, seine kriegswirtschaftliche Maschinerie bis 1944 am Laufen zu halten, das Kriegsende hinauszuzögern und einen großen Teil der sozialen Lasten des Krieges durch seine Gewaltmethoden auf die besetzten Gebiete besonders in der Sowjetunion abzuwälzen. Zwar waren sich die deutschen Planer von vornherein darüber klar, daß in Weißrußland relativ wenig zu holen sein würde, doch gerade das führte zu einem in besonderem Maße gewaltsamen Vorgehen, um die Versorgung der Heeresgruppe Mitte zu einem möglichst großen Teil aus dem Lande sicherzustellen.

Massenverbrechen als Bestandteil des besatzungspolitischen Gesamtkonzepts – Personal und Herrschaftsstruktur

Ein weiteres Ergebnis dieser Untersuchung betrifft die Herausbildung von Strategien in der NS-Besatzungspolitik. Es existierten abgestufte besatzungspolitische Gesamtkonzepte für bestimmte Großregionen in den besetzten sowjetischen Gebieten, für das Baltikum, für Weißrußland, für die Ukraine. Das Konzept für Mittel- und Nordrußland entsprach ungefähr demjenigen für Weißrußland und das für Südrußland etwa dem für die Ukraine. Obwohl in Weißrußland unter den Deutschen sieben verschiedene größere Verwaltungseinheiten⁴⁶ und drei verschiedene offizielle Währungen⁴⁷ bestanden, gab es *eine* deutsche Besatzungspolitik für Weißrußland, basierend auf dem Ziel, die Wehrmachttruppen möglichst weitgehend aus dem Besatzungsgebiet zu versorgen – mit Lebensmitteln, auf dem Verkehrssektor, mit Arbeitskräften, in sehr bescheidenem Umfang mit Reparaturleistungen und Fertigwaren, auf Kosten der einheimischen Bevölkerung. Daraus folgte eine radikale Entstädterung und eine »Produktivierung« des Agrar- und Ernährungssektors ohne technische Hilfsmittel. Die verschiedenen Territorien und ihre Verwaltungen, die verschiedenen Instanzen wie Militäradministration, Zivilverwaltung, SS und Polizei, Eisenbahnverwaltung, Ministerien und zentrale Stellen des Heeres und der Wehrmacht machten da kaum einen Unterschied. Sie folgten mit geringen Abweichungen gemeinsam diesem Gesamtkonzept.

43 Genannt wurden Weizen, Futtergetreide, Ölfrüchte, Baumwolle, Kupfer, Holz, Mangan und Alteisen. Der kriegswirtschaftliche Beitrag Osteuropas für das Deutsche Reich 1936–1944. Bearbeitet im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, BA F 2348, Bl. 707.

44 Leistungen der besetzten Ostgebiete für Wehrmacht und Reich absolut und bezogen auf die Ackerfläche, BA R 26 IV/33, Bl. 89R–90.

45 Mit dem allerdings problematischen Versuch einer Bezifferung des ökonomischen Nutzens der Fremdarbeiter-Beschäftigung (auf 70 Milliarden RM) Drobisch/Eichholtz, S. 638.

46 Nämlich das rückwärtige Heeresgebiet Mitte, das Gebiet der 3. Panzerarmee, die GK Weißruthenien, Litauen, Wölhynien-Podolien und Shitomir sowie der Bezirk Bialystok.

47 Reichsmark (Bezirk Bialystok), Karbowanez (RKU) und Rubel (übrige Gebiete).

Es kam vor, daß höhere Funktionsträger die einen Verbrechen befahlen oder bejahen, die anderen teils nachdrücklich ablehnten wie etwa Generalkommissar Kube oder Angehörige der Offiziersopposition gegen Hitler (Kap. 11). Solche Konflikte waren für die Besatzungspolitik und den Ablauf der Verbrechen zweitrangig, bewirkten einzelne Verzögerungen, aber nur selten Rettung für die potentiellen Opfer. Einzelne Persönlichkeiten, etwa bestimmte Befehlshaber, Reichs- oder Generalkommissare, änderten am Lauf der Besatzungsgeschichte insgesamt wenig – das zeigen die weitgehend parallelen Entwicklungen in den verschiedenen Besatzungsterritorien Weißrußlands –, nicht weil ihnen die politischen Strukturen keine Handlungsfreiheit gelassen hätten, sondern wegen der gemeinsamen Ziele, der Entschlossenheit, sie durchzusetzen, und wegen der fehlenden materiellen Mittel, dies anders als mit Hilfe von Verbrechen zu tun. Auch und gerade diejenigen, die Dallin noch als Saubermänner einer vernünftigeren Ostpolitik im Gegensatz zur vorherrschenden Linie hinstellte, wie Otto Schiller, Eduard Wagner, Hans-Georg Schmidt von Altenstadt oder Otto Bräutigam, waren in beträchtlichem Ausmaß Mitinitiatoren von Massenverbrechen.⁴⁸ Die Abweichungen bei den besatzungspolitischen Methoden waren diesbezüglich also nicht so groß, die Wege nicht sehr verschieden. Das Verhältnis zwischen Peripherie und Zentrum hatte hinsichtlich der Verbrechen in Weißrußland wegen der weitreichenden Identität der Ziele zwischen politischer Führung und unteren Verwaltungsebenen den Charakter eines ununterbrochenen kooperativen Austauschs, nicht dominiert oder diktiert von der einen oder anderen Seite, weder vorgegeben durch einsame Befehle von oben, noch bloß durch Druck von unten oder eine Expertokratie. Man war meist gut informiert über Ziele, Maßnahmen und Probleme auf anderer Ebene. Reibungen gab es vor allem wegen des im NS-Staat typischen Konflikts zwischen politischen Zielen und Möglichkeiten. Die Besatzungsorgane hatten den Grad der Durchsetzbarkeit von Maßnahmen zu bestimmen und nach oben zu vertreten. Aus ihrem Versuch, von höherer Ebene gestellte Anforderungen, gerade weil man sich mit ihnen identifizierte, trotz eigentlich fehlender Möglichkeiten mit allen Mitteln doch noch zu erfüllen, resultierten oft eigenverantwortliche Gewaltmaßnahmen, die das Ausmaß der Gewalt wesentlich mitbestimmten.

Indem andere Politikfelder in die Betrachtung einbezogen werden, kommen auch andere Gruppen von Tätern, Initiatoren und Entscheidungsträgern bei der deutschen Vernichtungspolitik in den Blick. Hier ist insbesondere die Agrar- und Ernährungspolitik zu nennen. In früheren Arbeiten ist zwar schon auf deren Bedeutung hingewiesen worden,⁴⁹ doch muß das Augenmerk verstärkt auf die Umsetzung ernäh-

⁴⁸ Vgl. Dallin 1958, teils mit Porträtfotos der Genannten. Übrigens forderte ein Mann wie Bräutigam, dessen Denkschriften angeblich »Monumente des gesunden Menschenverstandes« waren (Reitlinger, Ein Haus, S. 164), noch im Juli 1944, »an der strategisch günstigen Ob-Irtisch-Linie eine Art europäischen Schutzwall zu errichten«, d.h. in Westsibirien. Eine »Trennungslinie« am weiter westlich gelegenen Ural erschien Bräutigam als etwas geographisch »[K]ünstliches«. Für die zu schaffenden Staaten im Kaukasus, in Weißrußland, in der Ukraine und im (europäischen) Rußland stellte sich Bräutigam – nachdem die Heeresgruppe Mitte bereits zerschlagen war – formal eine »völlige Unabhängigkeit«, real aber »eine Art Abhängigkeitsverhältnis« im deutschen »Machtbereich« vor. Aufzeichnung Bräutigams v. 27. 7. 1944, BA-MA FPF-01/8104, hier Bl. 567.

⁴⁹ Besonders in den Arbeiten von Rolf-Dieter Müller, Christian Streit und z.B. in Aly/Heim, Vordenker (S. 365–393).

rungspolitisch begründeter Mordpläne und ihre dabei erfolgte Modifikation gelegt werden. In diesem Kontext erweist es sich als nötig, gerade die Produktionssphäre und die Produktionsbedingungen gründlich zu untersuchen, um genau herauszufinden, welche Menschen für die deutsche Besatzungsverwaltung als Ausbeutungsobjekte unverzichtbar waren und welche ihren Plänen im Wege standen, welche kriegswirtschaftlichen Engpässe entstanden, wie man sie überwinden wollte und dies zum Teil auch tat. Das gilt auch für die Industriepolitik, die ganz klar im Schatten der agrarpolitischen Ansprüche stand und wo nur ein ganz geringer Bedarf an Arbeitskräften – einschließlich qualifizierten Arbeitskräften – existierte, der doch als Hauptargument dafür ins Feld geführt worden ist, daß die Deutschen beim Mord an den Juden gegen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen und damit von Grund auf irrational gehandelt hätten. Eine Analyse der Arbeitseinsatzpolitik zeigt, daß die entscheidenden Kräfte reserven von der Besatzungsmacht auf dem Lande vermutet und seit Anfang 1943 mit verschiedenen Zwangsmitteln mobilisiert wurden.

SS und Polizei mit ihrer Speerspitze Sicherheitspolizei und SD treten dementsprechend als Initiatoren und Entscheidungsträger beim Massenmord zurück. Sie erscheinen teilweise nur mehr als ausführender Arm der Verwaltung. Konflikte zwischen SS/Polizei und Verwaltung ergaben sich vor allem dann, wenn erstere sich mit dieser Rolle nicht begnügen wollten. Das geschah insbesondere in jenen Zeiträumen, in denen Verbrechen ihre eigene Dynamik entwickelten und vollendet werden sollten, wie vor allem 1942/43 der Mord an den Juden. Solche Differenzen traten vor allem mit der Zivilverwaltung zutage, wobei allgemeine Kompetenzstreitigkeiten eine Rolle spielten; mit der Militärverwaltung sind sie weit seltener zu beobachten, weil dort die Unterstellungsverhältnisse klarer geregelt waren. Mit dem Nachweis, daß es sich beim Sterben der Kriegsgefangenen und bei der sogenannten Partisanenbekämpfung um strategisch geplante, staatlich organisierte Massenmorde handelte, stellten SS und Polizei auch unter den direkten Tätern nur noch eine Gruppe unter mehreren. Knapp über die Hälfte der ermordeten Zivilisten und Kriegsgefangenen in Weißrußland wurden von Wehrmachteinheiten umgebracht. SS und Polizei sowie ihre einheimischen Helfer töteten etwa 45 Prozent, darunter Sicherheitspolizei und SD rund 20 Prozent aller Opfer.⁵⁰

Trotz der üblichen Behördenrivalitäten gab es in Weißrußland kein lähmendes Verwaltungschaos.⁵¹ Zwar führte die nationalsozialistische Praxis, die Kompetenzen verschiedener Institutionen nicht klar abzugrenzen, zu erheblichen Reibungen, zu Ämterrivalitäten, Grabenkämpfen und auch Korruption.⁵² Auf bestimmten wichtigen Sachgebieten wurden Sonderbeauftragte eingesetzt, deren Zuständigkeiten sich mit jenen der bestehenden Institutionen überschnitten. Der Sinn dieser Maßnahmen war, daß sich jeweils die Verwaltungen durchsetzten, die die politischen und wirt-

⁵⁰ EGr B, die KdS Minsk, Luzk, Shitomir, Bialystok, Litauen, die Einsatzgruppe D und die sogenannte Einsatzgruppe z.b.V. ermordeten in Weißrußland insgesamt schätzungsweise 330 000 bis 350 000 Menschen oder organisierten ihre Deportation in die Vernichtungslager.

⁵¹ Siehe etwa die Thesen von Dallin (1958) und Długoborski, Kollektive Reaktionen, S. 20f. So macht es z.B. wenig Sinn zu behaupten, die Landwirtschaftsführer hätten »im deutschen Ämterkampf unterliegen« müssen (Chiari 1993, S. 88).

⁵² Etwa zwischen Generalkommissar Kube und dem KdS Minsk (Heiber 1958) sowie zwischen Zivil- und Militärverwaltung (s. Kap. 3.3).

schaftlichen Ziele auf einem bestimmten Gebiet am energischsten und mit der größten Initiative verfolgten. Damit sollten die Reibungsverluste im Verwaltungshandeln mehr als ausgeglichen werden, was der NS-Führung teilweise auch gelang.⁵³ Trotz Kompetenzüberschneidungen qua Verwaltungsvorschriften⁵⁴ waren die verschiedenen deutschen Dienststellen in der Praxis schon wegen ihrer zahlenmäßigen Schwäche aufeinander angewiesen und arbeiteten vor allem auf lokaler Ebene tatsächlich eng zusammen.⁵⁵ Auf Grund der schlechten Nachrichtenverbindungen war die Selbständigkeit dieser unteren Organe, etwa Gebietskommissariate und Landwirtschaftsführer, groß. Der deutsche Apparat, obwohl hierarchisch gegliedert, arbeitete nicht zuletzt deswegen innerhalb bestimmter vorgegebener, von den Funktionären mitgetragener Ziele mit relativ effektiven Methoden und erheblicher Flexibilität. Ein Beispiel ist die Rekrutierung von Zwangsarbeitern.

Die Angehörigen der deutschen Verwaltung und ihrer Exekutive handelten im großen und ganzen als Funktionäre. Entscheidend für ihr Handeln war die Funktion, die eine Dienststelle, Einheit oder Person erfüllen sollte. Die Akteure handelten im Rahmen ihrer Zuständigkeit.⁵⁶ Ihre manifeste politische Schattierung innerhalb des NS-Systems spielte eine geringere Rolle. So änderte die Tatsache, daß die Landwirtschaftsführer oder Polizeireservisten nur zur Hälfte oder zu einem noch geringeren Teil der NSDAP angehörten, nichts an ihrem Einsatz für die politischen Ziele der Besatzungsmacht bis hin zu den brutalsten Mitteln.⁵⁷ Stellvertretend seien hier zwei hohe Funktionsträger mit SS-Rängen angeführt: Das Handeln des SS-Obergruppenführers v. Gottberg als Generalkommissar für Weißruthenien war nicht einseitig durch die Durchsetzung von SS-Interessen bestimmt. Das unter seiner Ägide begonnene Wehrdorfprojekt übernahm er vom Abteilungsleiter Landwirtschaft, Freitag, und trotz offen geäußelter Antipathie gegen die Spitze der weißrussischen Kollaboration beschloß v. Gottberg, sie aus Gründen der Zweckmäßigkeit sogar zu stärken.⁵⁸ Die Berichte des aus dem RSHA stammenden Leiters der Abteilung Kriegsverwaltung beim Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet beziehungsweise bei der Heeresgruppe Mitte, Hans Tesmer, weisen diesen als einen Beamten aus, der sich in hohem Maß mit seiner Funktion identifizierte. Er übte – selbst, begonnen mit der

53 So in Zusammenfassung seiner Ergebnisse Aly, *Erwiderung*, S. 634. Die von ihm verneinte These vom »lähmenden Chaos« – hiergegen auch Madajczyk 1979, S. 111 und 118–120 – geht auf Mißverständnisse bei der Rezeption der Polykratie-These zurück. Siehe den klassischen Aufsatz von Hüttenberger 1976, S. 417–442, der die These von der Lähmung des Verwaltungshandelns nicht vertritt.

54 Siehe die Verabsolutierung der Verwaltungsvorschriften ohne Berücksichtigung der Umsetzung mit dem falschen Schluß, SS und Polizei seien ihrem Ziel der »totale[n] Okkupation der Zivilgewalt« »recht nahe« gekommen, in: Majer, *Führerunmittelbare Sondergewalten*, S. 374–395, Zitat S. 381.

55 Siehe Wolfgang Scheffler: *Zur Rolle der Zivilverwaltung bei der Durchführung der ›Endlösung der Judenfrage‹ im Reichskommissariat Ostland*. Wiss. Gutachten, erstattet 17.1.1974, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bl. 10235 ff.

56 Es kam zwar immer wieder vor, daß unzuständige Angehörige von Eisenbahn, Post, Zoll, Organisation Todt, Reichsarbeitsdienst sowie einzelne Soldaten sich freiwillig an Mordaktionen beteiligten, doch läßt sich dies nicht quantifizieren und verallgemeinern. Die Masse der Verbrechen ging auf das Konto von »Funktionären« im ausgeführten Sinn. Wenn OT- und Bahnbeschäftigte teils mörderische Deportationstransporte organisierten und Zwangsarbeiter unter brutalen Bedingungen beschäftigten, so taten sie dies qua Funktion.

57 Siehe S. 170f. und 190 in dieser Darstellung; Goldhagen, S. 246ff.

58 Vgl. Kap. 9.6 und S. 211f. in dieser Darstellung.

Ghettoisierung, an zahlreichen Verbrechen beteiligt – nachträglich Kritik am anfänglichen summarischen Hungerplan, an der intelligenzfeindlichen Schulpolitik und forderte sogar ein NS-Rußland mit eigener Regierung – politisch wahrlich keine RSHA-Positionen, sondern nur mit seinem Engagement für seine Dienstobliegenheiten zu erklären.⁵⁹ Die deutschen Verwaltungskräfte waren in erster Linie damit beschäftigt, die mit ihrer Funktion in Verbindung stehenden Probleme zu lösen. Daß die Inangasetzung eines Verwaltungsvorgangs für das Leben von Bewohnern des besetzten Gebiets entscheidend werden konnte, zeigen die Fälle, wo es offenbar – zumindest lange Zeit – keinen generellen Vernichtungsauftrag gab, bei den psychisch Kranken und bei den Roma (Kap. 10.3 und 10.4). Erst wenn es im Zusammenhang mit ihnen ein »Problem« gab, ob Quartiermangel, Ernährungsschwierigkeiten oder Unkontrollierbarkeit, wurde der Vernichtungsmechanismus in Gang gesetzt. Bei der Judenvernichtung führten Verwaltungsinteressen in ähnlicher Weise zu einer Beschleunigung des Mordens. Insofern bestätigen sich Raul Hilbergs auf die Judenvernichtung bezogene Erkenntnisse über den arbeitsteiligen, oft bürokratischen Ablauf der Verfolgung.⁶⁰

In der Praxis kam es in der Besatzungsverwaltung auch zu einem breiten grundsätzlichen Konsens über die Vernichtungsaktionen. Abweichendes Verhalten ist selten zu beobachten, Kritik richtete sich, wenn überhaupt, meist gegen die Art der Durchführung von Gewaltmaßnahmen, in der Regel nicht gegen diese selbst. Das gilt nicht nur für die höheren Funktionsträger, sondern auch für die unteren Ebenen des Besatzungsapparats. Hier sind stellvertretend die Erkenntnisse über die Gebietskommissare, die Landwirtschaftsführer sowie von Jürgen Matthäus und Martin Dean über die Gendarmerie zu nennen.⁶¹ Sie trugen in bedeutsamer Weise zum Funktionieren der deutschen Gewaltpolitik, vor allem der deutschen Herrschaft auf dem Lande, bei.

Insgesamt gilt: Die deutschen Funktionäre in den verschiedenen Institutionen waren politisch hochmotiviert, in ihren Zielen weitgehend einig und identifizierten sich stark mit ihren Aufgaben.⁶² Dafür sprechen die wenigen grundsätzlichen Friktionen (auch zwischen Vertretern verschiedener Institutionen) und die vielen freiwilligen Meldungen für den Einsatz in den besetzten sowjetischen Gebieten. Einigkeit herrschte vor allem über die Abschaffung des einhellig abgelehnten sowjetischen Systems, nicht allein politisch. Das implizierte nicht nur die gewaltsame Bekämpfung seiner Repräsentanten, sondern auch die Negierung und völlige Umgestaltung des

59 Hierzu Erfahrungsbericht Militärverwaltung Mitte (August 1944), BA-MA WF-03/5469, Bl. 436–489.

60 Hilberg, Vernichtung, besonders S. 56–66.

61 Siehe Gutachten Scheffler, wie Anm. 12/55; zu den Landwirtschaftsführern Kap. 9.4 dieser Arbeit, andere Wertung im Sinn eines Konflikts zwischen Landwirtschaftsführern und politischen Zielen Chiari 1993, S. 76–78 und 87 f.; zur Gendarmerie Matthäus 1995; Dean 1996.

62 Mehr oder weniger entgegengesetzt ist die Darstellung von Bernhard Chiari (1998, S. 56–60, 72–95, 307 f.), dem zufolge die deutschen Funktionäre kaum eine Vorstellung vom besetzten Gebiet und ihren eigenen Aufgaben dort besaßen. Jedoch fehlt in Chiaris Buch jegliche Analyse der deutschen Besatzungsziele, so daß diese willkürliche These völlig in der Luft hängt. Chiaris Darstellung basiert in diesem Punkt zudem auf begrifflicher Unschärfe durch die Vermengung von Begriffen wie »Orientierungslosigkeit«, »Frustrationen«, Ohnmacht, »Trostlosigkeit«, »Verunsicherung und Depression« sowie »Angst« (S. 72, 79, 87, 76, 308). Als Beispiel für eine »deutsche Behörde«, die gescheitert sei, wird eine vorgeführt, die keine war – der »Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg« (S. 80–95).

wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und kulturellen Systems mit starken Eingriffen in das Leben der Bevölkerung.

Funktionäre auf Fachpositionen waren in der Regel qualifiziert, erlebten jedoch einen Karrieresprung, hatten einen größeren Verantwortungsbereich und Macht über wesentlich mehr Menschen als zuvor. Dies war durch die Rahmenbefehle eine fast schrankenlose Verfügungsgewalt – eine manchmal vergessene Folge des Kriegsgerichtsbarkeitserlasses. Kritik an mangelnder Kompetenz entzündete sich vor allem an bestimmten Funktionären aus den politischen Abteilungen, kann aber nicht verallgemeinert werden.

Die Fragen, die sich mit dem Handeln der sogenannten tatnahen Täter verbinden, sind anders gelagert als die nach den Besatzungsfunktionären. Sie können hier nur ansatzweise beantwortet werden. Diejenigen, die die Verbrechen ausführten, wurden oft weniger von Gedanken an besatzungspolitische Ziele getrieben – die sie allerdings auch teilweise im Blick behielten⁶³ – als vom Haß auf Juden oder Slawen und von der rassistischen Einstellung, diese seien minderwertig. Die häufigsten Mordmethoden in Weißrußland waren Erschießen und die Tötung durch Unterversorgung. Beim Erschießen erlebten die Täter ihre Opfer sehr nahe und persönlich und konnten das Morden kaum vor sich selbst rechtfertigen, ohne Haß und Ressentiments gegen sie entwickelt zu haben. Der Mord durch Unterversorgung, hauptsächlich in den Kriegsgefangenenlagern, lief eher anonym ab, den Opfern war ihre Persönlichkeit genommen, sie wirkten »vertiert« oder bedrohlich,⁶⁴ und viele Täter auf verschiedenen Ebenen beruhigten ihr Gewissen damit, daß sie ohnehin nichts an ihrem Schicksal ändern könnten, sie also nicht an einem Verbrechen mitwirkten. Inwieweit in all diesen Fällen »Rassenhetze [...] die pragmatisch bedingte Rücksichtslosigkeit der Ausbeutungspolitik bekräftigen bzw. rechtfertigen« sollte,⁶⁵ die Mannschaften also durch Befehlshaber oder Besatzungspolitiker mit Hilfe rassistischer Argumente bewußt für die Lösung materieller Probleme mobilisiert und manipuliert wurden, werden erst nähere Untersuchungen klären können. Die Praxis der Vernichtungspolitik in Weißrußland deutet auf eine weitgehend aktive, bejahende Rolle unterer Dienstgrade hin, darunter die oft grausame und sadistische Ausführung der Morde.⁶⁶ Doch sind die Erkenntnisse über den Grad an Zustimmung und Identifikation der Mannschaften mit ihren Untaten vorerst noch bruchstückhaft. Es ist ungeklärt, wie ihre Motivationsstruktur im einzelnen aussah und wie die Tatantriebe in der persönlichen Geschichte der tatnahen Täter verwurzelt waren.

63 Zu erinnern ist an die Morde der für die Ghettos zuständigen Beamten besonders an sogenannten Arbeitsunfähigen (s. S. 665 f. in dieser Darstellung) und daran, daß die Selektion zwischen »Arbeitsfähigen« und »Arbeitsunfähigen« durch die Einheiten bei der Partisanenbekämpfung zumindest ab Mitte 1943 weitgehend den Wünschen der Führung entsprach (Kap. 9.4b).

64 Siehe stellvertretend die Wahrnehmung der Bewachungskräfte im Minsker Kriegs- und Zivilgefangenenlager im Juli 1941 (S. 790 f. in dieser Darstellung).

65 Długoborski/Madajczyk, S. 393 f.

66 Vgl. hierzu auch allgemein die gegenüber früheren Darstellungen zugespitzten Feststellungen bei Heer 1994 und 1995; Goldhagen. Sadistische Handlungen bzw. Prügel bei Vernichtungsaktionen werden z. B. von Hilberg, Täter, S. 67 ff., wohl mit Recht häufig auf die Eile bei der Durchführung zurückgeführt. Andererseits verweist Goldhagen, S. 667, Anm. 35, mit Recht darauf, daß oftmalige grausame Handlungen an Juden im »alltäglichen Kontakt« dadurch nicht zu erklären sind, zieht hieraus allerdings zu weitgehende Schlüsse.

Eine realistische Einschätzung der Rolle der »Vollstrecker« bei den Entscheidungsprozessen zu ihren Taten sollte einbeziehen, daß der weitaus größte Teil der deutschen Verbrechen in Weißrußland und darüber hinaus auf Befehl oder Anweisung geschah, systematisch und organisiert. Ohne die Henker, die sie meist bereitwillig, offensichtlich auch oft mit Eifer und Überzeugung ausführten, hätten sie nicht durchgeführt werden können. Doch die Vernichtungsprogramme beruhten im wesentlichen nicht auf Druck von seiten der Ausführenden. So wird man die verstärkte Massenvernichtung der sowjetischen Kriegsgefangenen in Weißrußland ab Herbst 1941 wohl kaum auf die persönliche Disposition der Lagermannschaften zurückführen. Wenn es andererseits der Wehrmachtführung nicht gelang, viele »arbeitsfähige« Gefangene ab dem Spätherbst 1941 im Gegensatz zu den »arbeitsunfähigen« am Leben zu erhalten, dann, weil die Mannschaften in Lagern und auf den Arbeitsstellen beide Gruppen gleich brutal behandelten und die geschwächten Gefangenen unmenschlich zu schwerer Arbeit zwangen. Auf den Gefangenenmärschen durch Weißrußland entschieden die Begleitkommandos selbständig über das Leben tausender Gefangener, indem sie die erschossen, die aus Schwäche nicht mehr weiterkonnten; aber Befehle oder organisatorische Vorgaben wie Marschlänge, schwache Wachmannschaften und mangelnde Transportmittel stammten von höherer Stelle und verrieten ein systematisches Vorgehen. Bei der Partisanenbekämpfung kann keine Rede davon sein, daß die Strategie der »Großunternehmen« sich deshalb durchsetzte, weil sie als scheinmilitärische Operationen der Truppe den Vorwand gegeben hätten, »Angst, Wut und Frustration« durch Massenmorde abzureagieren, und das weitgehend gefahrlos.⁶⁷ Die Einschätzung, der »Partisanenkrieg« sei »nicht nur von keiner militärischen Logik bestimmt [gewesen], sondern folgt[e] den Impulsen einer Politik, die triebgesteuert« gewesen sei, weil er sich gegen die Zivilbevölkerung oft ohne Ansehen von Freund und Feind wandte,⁶⁸ wird durch diese Studie nicht bestätigt. Vielmehr war die Partisanenbekämpfung durch klare Befehle bestimmt und strategisch angelegt, sehr wesentlich mit ökonomischen Zielen, nämlich die wichtigsten Zonen des Landes unter Kontrolle zu behalten, die anderen zu verwüsten, die »arbeitsfähigen« Menschen von dort zu verschleppen, die übrigen zu ermorden (Kap. 9.5).

Wirklicher, unbedingter Widerstand oder Protest gegen die deutsche Besatzungspolitik in Weißrußland ist nur in seltenen Ausnahmefällen belegt.⁶⁹ Auch Beamte, die als »parteiablehnend« beschrieben werden, funktionierten in den Verwaltungsapparaten des Verbrechens reibungslos.⁷⁰ Sogar Angehörige der Offiziersopposition ge-

⁶⁷ So Heer 1995, S. 120; vgl. die Argumentation ebd., S. 119–122.

⁶⁸ Zitat: Hannes Heer/Klaus Naumann: Einleitung. In: dies., S. 31; vgl. Heer 1995, S. 105 und 131. Ähnlich Heer 1994, S. 14, über die Judenvernichtung.

⁶⁹ Bekannt ist der Fall des Ingenieurs und Hauptmanns der Luftwaffe, Schulz, der mit einem Lkw 17 Jüdinnen aus dem Minsker Ghetto befreite und zu den Partisanen übergab: Winter; Grossman/Ehrenburg, S. 270; Smolar, S. 80; Vern. H. H. und M. A. v. 29./30. 4. sowie Schriftsatz Adolf Rube v. 3. 9. 1947, GLA Karlsruhe 465A/51/5/460, Protokoll der Hauptverhandlung, Bl. 103, Heft »Haft I«, Bl. 114R–115R bzw. rote Akte. – Vgl. Vern. H. E. v. 6. 12. 1962, ZStL 204 AR-Z 393/59, Bd. 12, Bl. 3274 (die Leiterin des Soldatenheims in Pinsk weigerte sich nach der Ghettovernichtung im Oktober 1942, an Gendarmen als »Kindermörder« weiter Essen auszugeben und wurde daraufhin versetzt).

⁷⁰ So der für Sonderzüge zuständige Reichsbahnbeamte in der HBD Königsberg, der die Zugstellung für die Deportation der Juden des Bezirks Bialystok in die Vernichtungslager besonders reibungslos organi-

gen Hitler erhoben nur begrenzt Einwände und ergriffen kaum Maßnahmen gegen Verbrechen (Kap. 11). Erschütternd ist folgende Bilanz: Unter den Personen, die nach dem Krieg mit Orden für ihre Widerstandstätigkeit in Weißrußland ausgezeichnet wurden, befanden sich neben Menschen sowjetischer Nationalitäten und Polen 184 Slowaken, 33 Tschechen, 36 Griechen, 24 Spanier, 14 Franzosen, jedoch nur 25 Deutsche und acht Österreicher, verschwindend wenige, wenn man die unterschiedlichen Stärken der Besatzungstruppen berücksichtigt.⁷¹ Das mag auch damit zusammenhängen, daß deutsche Partisanen von den Besatzungstruppen besonders erbarmungslos verfolgt wurden, wie der berühmteste deutsche Partisan in Weißrußland, der »berüchtigte Gefreite« Fritz Schmenkel, zeigt aber wohl an, daß es praktisch keine Überläufer gab.⁷² Größer war allerdings die Zahl der Wehrmachtangehörigen, die desertierten, darunter auch einige, um sich der Teilnahme an Besatzungsverbrechen zu entziehen.⁷³

Umgekehrt belegen allein schon deutsche Dokumente, daß deutsche Funktionäre und Soldaten in einem enormen, selbst vom RSHA für politisch schädlich gehaltenem Ausmaß Landeseinwohner prügeln und schlagen, was ihre Einstellung zur Bevölkerung andeutet.⁷⁴ Unter den Angehörigen der Besatzungsmacht, auch in unteren Positionen, kursierten zahlreiche Informationen über die Dimension der Verbrechen, über die Zahl der Toten in Gefangenenlagern und bei Judenerschießungen oder über die frühere Einwohnerzahl durch Brandbomben zerstörter Städte.⁷⁵ In Betriebszeiten wurden scherzhaft Judenmorde erwähnt; die Journalisten der »Minsker Zeitung« wußten schon deshalb Bescheid, weil eine Massenerschießung von Juden im

sierte. Vern. F. R. und W. T. v. 30. 8. 1966, NWStA Detmold D 21 A, Nr. 6174. Die Zeugen hatten keinen Grund, den 1945 verstorbenen Kollegen zu decken. Sie hätten sich im Gegenteil als seine engsten Mitarbeiter entlasten können, indem sie ihn dämonisiert hätten.

71 Vgl. Kalinin, S. 402; vgl. S. 201. Siehe auch die wenigen für die besetzten sowjetischen Gebiete ermittelten Fälle bei Kühnrich/Pech, S. 148–151.

72 Die zweite Einschränkung ist, daß Deutsche ein besonderes Risiko liefen, beim Wechsel der Seiten von den Partisanen aus Mißverständnissen oder Ablehnung heraus erschossen zu werden. Zu Schmenkel, der nach seiner Gefangennahme beim KdS Minsk zu Tode gefoltert wurde: EGr B, Tätigkeits- und Lagebericht für 16.–31. 8. 1942, BA F 40168, Bl. 318; KTB SS-Kav.Div. v. 8. und 10. 2. 1943 sowie Ic-Tätigkeitsbericht v. 10. 2. 1943, BA F 41848, Bl. 179, 191, 760; Gottberg, S. 96; und die literarische Darstellung von Wolfgang Neuhaus. – Zum Aufspüren deutscher Überläufer z. B. KTB 203. Sich.Div. v. 2. 9. 1942, BA-MA RH 26–203/1, Bl. 49R.

73 Im Bereich der H.Gr. Mitte wurde im März 1944 nach 3142 Wehrmachtangehörigen gefahndet (Gefner 1995, S. 353). Zum Fall eines Deserteurs aus Gewissensgründen in Weißrußland (wegen Judenerschießungen und der Behandlung der Kriegsgefangenen) Haase, S. 112–119.

74 Vgl. RMO, I/17/42g, Betr.: Menschenbehandlung v. 9. 4. 1942 (sog. Prügelerlaß) sowie die ablehnende Stellungnahme des Leiters der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im RKU, Körner, v. 9. 6., dem Riecke am 12. 7. 1942 Recht gab, BA-MA (BArchP)F 42748, Bl. 542f. und 550f.; dagegen vom RSHA begrüßt: Chef Sipo/SD -Kommandostab-, Mitteilungsblatt Nr. 2 v. 29. 5. 1942, BA-MA SF-01/28985, Bl. 112; ferner z. B. Berück Mitte, Ia, 10 Gebote für den Aufenthalt im Heeresgebiet v. 1. 4. 1942, ZStA Minsk 391–1–56, Bl. 6R; Auszug aus Reisebericht des GenWiOst zur WiIn Mitte (22.–28. 6. 1942), BA-MA (BArchP)F 42744, Bl. 666; Heeresfeldpolizeichef, Betr.: Entwicklung der Partisanenbekämpfung 1. 1.–30. 6. v. 31. 7. 1942, Nbg. Dok. NOKW 2535; Referat Schulz (Entwurf v. 7. 4. 1943), ZStA Minsk 391–1–98, Bl. 12; HeWiFu Mitte, Ia, Niederschrift über die Besprechung mit Chef WiStab Ost am 19./20. Mai v. 25. 5. 1944, BA-MA (BArchP)F 42862, Bl. 496; Anm. 5/441 in dieser Darstellung; Müller, Wirtschaftspolitik, S. 352, Anm. 286.

75 Siehe die Anm. 8/259, 7/1020, 5/19 in dieser Darstellung.

Innenhof ihres Gebäudes stattfand; Zeitungen berichteten über Judenerschießungen, während Szenen der Pogrome in Riga mit Originaltonaufnahmen sogar in der Deutschen Wochenschau über alle Kinoleinwände flimmerten; der deutsche Rundfunksender in Minsk brachte zeitversetzt Livereportagen von der Partisanenbekämpfung, vermutlich vom Unternehmen »Cottbus«.⁷⁶ Die im Kriminaltechnischen Institut in Berlin mit der Weiterentwicklung der Gaswagen Beschäftigten unterhielten sich darüber in der U-Bahn, in Minsk waren die Morde an den Juden ohnehin »stadtbekannt«, und bei einer Party in der Minsker Wohnung des Hauptabteilungsleiters Freitag rief jemand auf den anhaltenden Lärm durch die LKW hin: »Kinder, kommt mal ans Fenster und guckt euch die Gaswagen an«.⁷⁷ Gleichzeitig versuchten die Organisatoren der Massenmorde oft Zeugen fernzuhalten, entwickelten geheime Vernichtungslager, ließen zur Verschleierung Millionen Leichen verbrennen (Kap. 7.6), und Historiker haben es innerhalb von 50 Jahren noch bei weitem nicht geschafft, alle Geheimnisse der Untaten aufzudecken. Es existierte eine merkwürdige Verschränkung von Geheimhaltung und Öffentlichkeit.

Während man bei den Angehörigen der Verwaltung, der Polizei und der im rückwärtigen Gebiet eingesetzten Einheiten und Dienststellen von Wehrmacht und Waffen-SS ein hohes Maß an Mitwissen und Täterschaft annehmen kann, fehlen Erkenntnisse über die an der Front eingesetzten Einheiten – und das heißt: die Masse der Einheiten – weitgehend. Aus der vorliegenden Untersuchung können einige Beobachtungen zusammengetragen werden: Befehlshaber und hochrangige Stäbe beteiligten sich aktiv an Verbrechen von den ersten antijüdischen Maßnahmen bis zur Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften oder der »Heuaktion«. Was Mannschaften und unteres Offizierskorps angeht: Zwar gab es in Weißrußland keine großangelegten systematischen Judenerschießungen durch die Fronttruppe, wohl aber ermordeten viele Einheiten massenhaft Rotarmisten, die bereits wehrlos waren, besonders in den ersten Kriegswochen. Die Todesraten der Kriegsgefangenen waren dagegen 1941 in Frontnähe deutlich niedriger als im rückwärtigen Heeresgebiet oder im Gebiet der Zivilverwaltung und später im besetzten Weißrußland erheblich geringer als im Reich, weil ihre Behandlung durch die sie beschäftigenden Truppen etwas besser war als in anonymen, industriellen Beschäftigungsverhältnissen.⁷⁸ Allgemein ist festzustellen, daß Einheiten im Fronteinsatz beim fast fieberhaften Vormarsch 1941 kaum Zeit hatten, Massenverbrechen zu begehen, noch hatten sie eine solche Funktion

76 Z.O. Festzeitung, Ausgabe Baranowitsche v. 11. 11. 1942, BA R 33 II/61 (Ritmeyer, einer der eifrigsten Judenmörder in Slonim, war ebenfalls bei der ZO: Vern. Gerhard Erren v. 11. 2. 1960, StA Hamburg 147 Js 29/67, Bd. 1, Bl. 164). – Minsker Zeitung: Vern. E. G. v. 3. 5. 1960, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bl. 2982. – Zeitungsberichte: Bericht über die Tätigkeit des Div.Stabes [der 403. Sich.Div.] in Wilna (undatiert), BA-MA (BArchP)F 58401, Bl. 237 (Frontzeitung »Der Durchbruch«), und Der Angriff v. 23. 10. 1941, BA 62 DAF 3, Nr. 32352, Bl. 1/R. – Wochenschau: Aufnahmen in: Retter und Gerettete. Wie lettische Juden den Holocaust überlebten. Fernsehfilm von Felix Zimmermann und Marcel Joos, Ausstrahlung Br, 9. 9. 1995; zu den Pogromen in Riga Hilberg, Täter, S. 117 f. – Radioreportage: Ankündigung in der Minsker Zeitung v. 17. 6. 1943.

77 Gaswagenkonstrukteure: Vern. Dr. Albert Widmann v. 15. 1. 1960, ZStL 439 AR-Z 18a/60, Bd. 1, Bl. 88; »stadtbekannt«: Vern. R. K. v. 21. 9. 1959, StA Koblenz 9 Ks 2/62, Bd. 6, Bl. 904. »Kinder...«: Vern. J. v. Z. v. 2. 5. 1960, ebd., Bl. 2976; Vermerk über Vern. C. K., ebd., Bd. 29, Bl. 4360f.

78 Vgl. Kap. 7.1e, 8.1, ferner S. 820, 830f., 832f.

oder entsprechende konkrete Befehle.⁷⁹ Als die Front aber zum Stillstand kam, übernahmen auch an der Front stehende Einheiten vermehrt Besatzungsaufgaben in ihrem engeren rückwärtigen Bereich und führten Verbrechen aus, wie sie auch für Sicherungstruppen und Polizei typisch waren, besonders bei der sogenannten Partisanenbekämpfung. Zu beachten ist auch der Unterschied zwischen Front- und Sicherungstruppen in Sozialisation und gesellschaftlicher Stellung, denn die ersteren waren durchschnittlich zehn bis fünfzehn Jahre jünger, oft unverheiratet und ohne Kinder.⁸⁰ Diese Beobachtungen bestätigen den verbreiteten Eindruck, daß diese stärker von NS-Organisationen und -Schule geprägte Generation noch brutaler auftrat als andere, nicht pauschal.

Der Fall Weißrußland

Ein US-Journalist nannte Weißrußland 1946 »the most devastated territory in the world«,⁸¹ Die meisten Städte waren furchtbar zerstört. Nach den Erkenntnissen der vorliegenden Untersuchung wurden von etwa neun Millionen Menschen, die den Deutschen in Weißrußland in die Hände fielen, etwa 1,6 bis 1,7 Millionen ermordet, 18 bis 19 Prozent: nämlich 700 000 Kriegsgefangene, 500 000 bis 550 000 Juden, 345 000 Opfer der sogenannten Partisanenbekämpfung und ungefähr 100 000 Angehörige sonstiger Bevölkerungsgruppen.⁸² Dazu kamen mehrere hunderttausend in den Reihen der Roten Armee gefallene Weißrussen.⁸³ Diese Ergebnisse sind auf Grund einer Gegenrechnung zur Bevölkerungsentwicklung realistisch: 1947 dürfte Weißrußland nur 7,22 Millionen Einwohner gehabt haben, und zwar nach Rückkehr der meisten Zwangsarbeiter, Evakuierten und vieler Armeeangehöriger,⁸⁴ gegenüber 10,6 Millionen im Jahr 1939.⁸⁵ Die Verluste erklären sich zum Teil durch Geburtenausfälle und

79 Anders war das bei den Rückzügen ab Dezember 1941. Die dabei verübten Verbrechen der »verbrannten Erde« und an der Bevölkerung größerer Städte fanden aber zunächst außerhalb Weißrußlands statt und kamen hier nicht zur Sprache. Für die Heeresgruppe Mitte vgl. Kohl, S. 153 ff.

80 Siehe S. 222 f. in dieser Darstellung.

81 Zitiert nach Vakar, S. 209; ähnlich die Beobachtungen von Werth (S. 590).

82 Die offizielle Zahl von 1945 lautete 2 219 316, davon 1 409 225 Zivilisten und 810 091 Kriegsgefangene. Gesamtangaben über Opfer der deutsch-faschistischen Verbrechen in Weißrußland (gemäß den Protokollen der außerordentlichen Staatskommissionen), undatiert, ZStA Minsk 845-1-58, Bl. 9. Die Abweichungen von meinem Ergebnis dürften vor allem auf Doppelzählungen und unterschiedlichen Berechnungen des Inhalts von Massengräbern beruhen. Die von Turonek, S. 236, geschätzte Zahl von 750 000 Toten unter den weißrussischen Zivilisten erscheint zu niedrig. Er unterschätzt m.E. unter anderem die Zahl der weißrussischen Juden (vgl. Anm. 2/337 in dieser Darstellung). Neuere Berechnungen der sowjetischen Kriegsofopfer von russischer Seite erscheinen zum Teil nicht ausreichend begründet und überhöht, vgl. Sokolow, besonders S. 527 und 530 f.

83 Waren Weißrussen unter den elf bis zwölf Millionen Kriegstoten der Roten Armee (Koslow, S. 157-170) entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in der UdSSR (5 %) vertreten, ist eine Zahl von 550 000 bis 600 000 anzunehmen. Ursprünglich hatte die sowjetische Seite eine Zahl von insgesamt 8 668 400 Kriegstoten der Roten Armee 1941-1945 mitgeteilt (Harrison, S. 443).

84 Vgl. Shabad, S. 499.

85 Siehe Anm. 2/37 in dieser Darstellung. Die Bevölkerung Weißrußlands bezogen auf die Nachkriegsgrenzen (ohne den Raum Białystok) wird für 1941 mit 9,2 bis 9,3 Millionen angegeben (Turonek, S. 236; Zaprudnik, S. 101). Verschiedenartige Zweifel an der Richtigkeit der Ergebnisse der sowjetischen Volkszählung vom 17. 1. 1939 in der deutschen NS-Presse sind in BA 62 DAF 3, Nr. 31844-45, gesammelt. Dagegen Koslow, Menschenopfer.

Gebietsabtretungen.⁸⁶ Die Deutschen hatten in Weißrußland vor allem die Städte entvölkert, noch mehr als in der Ukraine.⁸⁷ Mit ihrer Politik der »Produktivierung« der Bevölkerung durch Massenmord und schlechte Lebensbedingungen scheinen die Besatzer grausigen Erfolg gehabt zu haben: Im Raum Borissov-Mogilew-Orscha ging die Zahl der Kinder und alten Menschen zwischen 1939 und 1943 stärker zurück als die der 15- bis 55jährigen.⁸⁸

Das Besondere an Weißrußland lag darin, daß dem Land im Hungerplan von Anfang 1941 von den sowjetischen Regionen, die die Deutschen tatsächlich dauerhaft besetzen konnten, die negativste und mörderischste Position zugewiesen wurde (zusammen mit den besetzten nord- und mittlerrussischen Gebieten). Im Herbst 1941, in der Phase des Übergangs von utopischen Massenmordplänen zu realisierbaren Mordprogrammen, herrschten hier durch die Nachschubkrise der Heeresgruppe Mitte wiederum die schlechtesten Bedingungen. Darum wurden hier im Winter 1941/42 noch mehr Kriegsgefangene durch gezielte Unterversorgung ermordet als anderswo, die Juden im Osten Weißrußlands noch rascher als in anderen Regionen getötet, die Städte noch massiver entvölkert. Bei dem besonders brutalen Vorgehen von Wehrmacht, SS und Polizei schon im Sommer 1941 – von zerstörerischen Luftangriffen bis zu großen Internierungslagern – hatten auch die bekannten prosowjetischen Traditionen in Weißrußland eine Rolle gespielt. 1942 entwickelte sich dort die Hochburg der Partisanenbewegung in Europa. Die Reaktion der Besatzungsmacht bestand nicht einfach nur in einem harten Zurückschlagen. Vielmehr entwickelte sie eine Gegenstrategie unterschiedlicher Interessenzonen und der intensivierten Nutzung und Ausbeutung sowohl der zu erhaltenden als auch der zu zerstörenden Gebiete. Dieses systematische Vorgehen sorgte für mehr Opfer unter der Zivilbevölkerung als in jeder anderen be-

86 Bei einer Fortsetzung des Bevölkerungswachstums der Vorkriegszeit hätten in Weißrußland 1947 etwa 11,6 Millionen Menschen gelebt. 1926–1939 war die (ost)weißrussische Bevölkerung jährlich im Durchschnitt um 65 000 Menschen, einschließlich des damals polnischen Teils um ca. 120 000 gewachsen. Einen Rückgang der Geburtenrate um 50 % auf schätzungsweise 140 000 für 1941–1947 angenommen, wurden etwa 800 000 Kinder nicht geboren. Das 1945 abgetretene Gebiet um Białystok hatte 1939 ca. 900 000 Einwohner. Schätzungsweise 300 000 Menschen wurden 1939–1941 und 100 000 1944–1947 ins Innere der UdSSR zwangsdeportiert. Angenommen wird ferner eine Zuwanderung von 200 000 Menschen aus West- und Mittelpolen im September 1939 und die Emigration von 50 000 Kollaborateuren der Deutschen 1944/45. Dies würde – bei einigen Unwägbarkeiten – insgesamt auf etwa 2,3 bis 2,4 Millionen weißrussische Kriegstote einschließlich der Gefallenen hindeuten.

87 Siehe Kap. 5.3; Kosyk, S. 472; zur Nachkriegsentwicklung Vakar, S. 208f. und 273. Der Kölnischen Zeitung v. 2. 6. 1943 (BA 62 DAF 3, Nr. 32557, Bl. 2) zufolge war die Bevölkerungsdichte im RKU um 18,3 Einwohner je km² oder mehr als ein Viertel geringer als in der Ukraine 1939. Die Bevölkerung von Kiew, Dnjepropetrowsk, Kriwoj Rog und Saporoschje hatte allein um eine Million Menschen abgenommen. In den zehn größten weißrussischen Städten betrug der Rückgang 1941–1943 etwa 650 000 Einwohner, also zwei Drittel (Tab. 13).

88 WiKdo 213 (Borissov), Allgemeine Schilderung der Struktur (auf Grund von Arbeitsamtsdaten von Anfang 1944), BA-MA RW 31/860:

Bevölkerung	1939	1943/44	Rückgang in %
0–14 Jahre	243 000	119 000	51
15–55 Jahre	353 000	209 000	41
über 55 Jahre	133 000	68 000	49

Eigentlich wäre wegen Einberufungen zur Roten Armee, der bevorzugten Evakuierung von Arbeitskräften durch die sowjetischen Behörden 1941 und der deutschen »Ostarbeiter«-Deportationen ein stärkerer Bevölkerungsrückgang bei den 15- bis 55jährigen als bei den anderen Altersgruppen zu erwarten gewesen.

setzten Sowjetrepublik und für mehr Terror, als ihn bloße Repressalien hervorgerufen hätten.⁸⁹ Mit dieser gezielten Gewaltpolitik gelang es dem Besatzungsapparat, seine Interessen und seine Herrschaft im großen und ganzen durchzusetzen.⁹⁰

Für die Weißrussen bedeutete diese Besatzungsgeschichte, daß sie in besonders hohem Maß, zunehmend und schließlich nahezu ausnahmslos in die deutschen Zwangs- und Gewaltmaßnahmen einbezogen wurden. Damit sind nicht nur Zwangsabgaben der Bauern und Warenproduktion für die deutsche Kriegswirtschaft gemeint, sondern Zwangszuweisung von Arbeitsplätzen, zwangsweise Ausquartierung oder Umsiedlung in andere Orte, zunächst von den Städten aufs Land, dann mehr vom Land in die Städte, Deportation ins Deutsche Reich, erzwungene Mobilität wegen der Notwendigkeit, die Städte zu verlassen oder zu hamstern, Massenflucht aus den Dörfern vor deutschen Vernichtungsmaßnahmen, schließlich Masseneinweisung in Arbeitslager, das Heranziehen zu Schanzarbeiten und die Mitnahme der gesamten Bevölkerung beim Rückzug sowie ihre totale Selektion. Einige Städte ließ die Wehrmacht praktisch menschenleer zurück. Für immer weniger Weißrussen war ein zurückgezogenes, bürgerliches Leben unter der Besatzung noch möglich; schließlich galt das praktisch für niemanden mehr. Politisch hieß das, die Menschen mußten sich entscheiden. Das erklärt den außergewöhnlich starken Widerstand der weißrussischen Bevölkerung in Stadt und Land gegen die Deutschen, über den Kollaboration unter den Weißrussen und die Widersprüchlichkeit des Lebens im besetzten Land nicht hinwegtäuschen können.⁹¹ Die Deutschen griffen in jeden Lebenslauf ein. Am Ende waren einschließlich der Gefallenen nicht nur über zwei Millionen von knapp zehneinhalb Millionen Weißrussen tot, weitere etwa 1 bis 1,5 Millionen waren 1941 vor den Deutschen geflohen, rund zwei Millionen waren irgendwann von den deutschen Verwaltungen zwangsumgesiedelt oder zur Flucht gezwungen worden.⁹² Von den

89 In Weißrußland wurden 627 »verbrannte Dörfer« (im engeren Sinne) gezählt, in den Nachbarrepubliken Ukraine und Litauen 250 bzw. 21. Siehe Romanowski u. a., S. 46 ff.; Kosyk, S. 471; Rozauskas, S. 284.

90 Bernhard Chiari hat seine entgegengesetzte Auffassung (1993 und öfter; u. a. auf Grund einer Fehleinschätzung wirtschaftlicher Faktoren) inzwischen stark relativiert (1998, S. 186 f.). Siehe Anm. 4/130, 648 und 9/41.

91 Chiari's These (1996 und 1998, S. 3–6, 48–50, 97 f., 307 und 316 f.), der Bevölkerung Weißrußlands hätten alle positiven Identifikationspunkte gefehlt – besonders im Westteil, wo die gesellschaftlichen Strukturen bereits 1939 bis 1941 von den Sowjets zerstört worden seien –, und jeder habe mehr und mehr nur für sich einen im Grunde unpolitischen Überlebenskampf geführt, überzeugt auch für den ehemals polnischen Westen Weißrußlands nicht. Mit der prosowjetischen Partisanenbewegung und dem sowjetischen »großen Land« jenseits der Front lagen zweifellos starke Identifikationsangebote vor, nur läßt Chiari diese Partisanenbewegung mit unzureichender methodischer Begründung in seiner Arbeit einfach aus (1998, S. 3). Ob die polnische Armia Krajowa in den Augen weißrussischer Normalbürger polnischer Nationalität (außerhalb der Verwaltungen) nicht auch ein Identifikationsangebot bildete, vernachlässigt er ebenfalls. So ist auch Chiari's These von der restlosen Zerstörung der weißrussischen Gesellschaft durch die sowjetische Rückeroberung 1944 und den dann geschaffenen »sowjetischen Einheitsstaat« (Chiari 1998, S. 5) fragwürdig.

92 Diese Schätzung beruht auf folgenden Grundlagen: 380 000 Menschen wurden als »Ostarbeiter« verschleppt, mindestens ebenso viele mußten 1942–1944 vom Land in die Stadt umsiedeln; bei der Ghettoisierung der Juden wurden mindestens die Hälfte von ihnen zum Umzug gezwungen, also 300 000; von Zwangsevakuationen infolge Frontrücknahmen 1943/44 waren rund 500 000 Einwohner betroffen. Der Rest entfiel auf die Umsetzung von Arbeitskräften, Ausweisungen aus Städten 1941/42, Lagereinweisungen und so weiter.

1945 im Land verbliebenen Menschen besaßen vier Millionen noch eine Wohnung, drei Millionen waren obdachlos, und ungeheure Mengen an staatlichem, genossenschaftlichem und privatem Eigentum waren verloren.⁹³ Weniger als die Hälfte der Weißrussen lebten noch an ihrem Wohnort der Vorkriegszeit.

Es bleiben offene Fragen. Das Alltagsleben der Weißrussen unter der Besatzung ist kein gänzlich unbekanntes Feld mehr, doch weite Bereiche bleiben noch zu erforschen, und die genaue Verteilung der Gewichte zwischen Kollaboration und Widerstand ist noch zu klären. Ebenso sind Wahrnehmung, Erleben und Handeln der Opfer deutscher Politik, etwa der jüdischen Bevölkerung und der Kriegsgefangenen, kaum wissenschaftlich erforscht. Auf deutscher Seite fehlt eine empirische Täterforschung im engeren Sinne weitgehend, besonders eine exakte Analyse des Verhaltens der an der Front eingesetzten deutschen Einheiten gegenüber der Bevölkerung. Für eine Alltagsgeschichte der Soldaten und Offiziere,⁹⁴ die zu den verbrecherischen Handlungen der Wehrmacht und ihres Gefolges in Beziehung gesetzt werden müßte, steht die Forschung ebenfalls noch am Anfang. Hinsichtlich der Planung von Massenverbrechen wäre etwa eine gründliche Untersuchung der Wirtschafts- und Gewaltpolitik in der Ukraine wünschenswert. Bei weitem noch nicht genügend erforscht sind die Entscheidungsprozesse für die Völkermorde in den zentralen deutschen Führungsstellen. Besonders gilt das für die Abstimmung von Ernährungs- und Vernichtungspolitik bis in die genauen Abläufe hinein, das Verhältnis zwischen dem Mord an den sowjetischen Juden, an den Juden in den übrigen Ländern Europas und für das Verhältnis zwischen Peripherie und Zentrum. Aufschlußreich wären schließlich Erkenntnisse darüber, ob die in Weißrußland entwickelten deutschen Konzepte der Partisanenbekämpfung auch auf andere besetzte Länder wie Jugoslawien, Italien, Griechenland, Polen oder die Slowakei übertragen oder dort ähnliche entwickelt wurden.

Soweit in dieser Arbeit der Versuch gemacht wurde, den Einfluß wirtschaftlicher Interessen und Entscheidungen auf die deutschen Massenverbrechen in Weißrußland 1941 bis 1944 festzustellen, liegt darin keine Geringschätzung der Opfer. Denn welche Beweggründe immer zur Ermordung verschiedener Bevölkerungsgruppen beigetragen haben – Rassenwahn, »Untermenschen«-Ideologie, mörderisches ökonomisches Kalkül – wichtig ist es, alle wesentlichen Faktoren zu finden. Wirtschaftliche, quasi volkswirtschaftliche rationale Motive entlasten und entschuldigen die Initiatoren und Befehlsgeber nicht – eher im Gegenteil, weil sie ihren mörderischen Vorsatz, ihr reflektiertes Handeln unwiderleglich beweisen. Auch daß die Perspektive der Opfer in dieser Untersuchung weniger als die der Täter zum Tragen kam, ebensowenig wie die genaue Schilderung von Grausamkeiten und Mordaktionen, soll keine Mißachtung der Opfer sein. Hier ging es darum, die Struktur der Massenmorde zu erkennen, um die unfassbare Tragödie des weißrussischen Volkes zu erklären.

⁹³ Baranowa/Pawlowa, S. 124; Vakar, S. 209.

⁹⁴ Siehe als Ansatz die sehr umfangreiche, aber stark kommunikationstheoretisch orientierte Arbeit von Hans-Joachim Schröder 1992; neuerdings Latzel 1998; Fritz 1998.

Quellen und Literatur

1. Quellen

Ungedruckte Quellen:

1 Zentrales Staatsarchiv Minsk (ZStA Minsk)

- 359 Kopien- und Flugblattsammlung
- 370 Generalkommissariat Weißruthenien
- 372 Generalkommissariat Weißruthenien, Abteilung Statistik
- 373 Der Generalkommissar für Weißruthenien, »Nebenbüro«
- 378 Haupteisenbahndirektion Mitte
- 379 Organisation Todt, Einsatzgruppe Rußland-Mitte
- 389 Gendarmerie-Gebietsführer Baranowitschi
- 391 Gebietskommissariat Borissow
- 393 Gebietskommissariat Minsk-Land
- 394 Geheimpolizei der Minsker Verwaltung
- 397 Büro des Arbeitseinsatzstabes Minsk
- 405 Feldkommandantur 250 (Baranowitschi)
- 407 Stadtkommandantur Witebsk
- 408 Feldkommandantur 184 (Minsk-Stadt)
- 409 Feldkommandantur 812 (Minsk-Land)
- 410 Ortskommandantur I/508 Swislotsch
- 412 Wirtschaftsinspektion/Heeresgruppenwirtschaftsführer Mitte
- 416 78. Sturmdivision
- 562 Feldkommandantur 181 (Lepel)
- 564 Ortskommandantur I (V) 354 (Borissow)
- 570 Feldkommandantur 516 (Sary Dorogi)
- 650 Landbewirtschaftungsgesellschaft Ost, Nebenstelle Baranowitschi
- 651 Reichskommissar für das Ostland
- 655 Heeresgruppe Mitte
- 658 Gendarmerie-Posten Choiniki
- 685 Chef der Ordnungspolizei, Berlin
- 845 Berichte der Außerordentlichen Untersuchungskommissionen für die deutschen Verbrechen
- 861 ebenso
- 954 Sonderkommando 7a

2 Gebietsarchiv Minsk (GebA Minsk)

- 623 Rayonverwaltung Minsk
- 624 Rayonverwaltung Borissow
- 688 Stadtkommissar Minsk
- 699 SS-Lazarett Minsk
- 814 Ortskommandantur Cholopenitschi
- 1050 Stadtverwaltung Minsk

- 3 *Museum des Großen Vaterländischen Krieges (MGVK), Minsk*
 Kästen: 19, 27 (Fotoaufnahmen), 39, 53, 63, 7929, 14140, 14232; Inv.Nr. 7898
 Serie 20–10^a–15 Erinnerungsberichte

- 4 *Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen (Sonderarchiv), Moskau*
 500 Reichssicherheitshauptamt
 504 Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, Riga
 700 Beauftragter für den Vierjahresplan
 1303 Deutsche Militär- und Rüstungsdienststellen (Sammelbestand)
 1323 Polizei- und Verwaltungsinstitutionen Deutschlands in den besetzten Gebieten (Sammelbestand)
 1358 Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
 1372 SS-Gruppen und Material über deutsche Militärangehörige und Freiwillige der Fremdenlegion der SS (Sammelbestand)
 1447 Deutsche faschistische Verwaltungs- und Rechtsinstitutionen in den besetzten Gebieten (Sammelbestand)
 1466 Deutsche Revision- und Treuhand AG, Berlin
 1525 »Sammlung geheimgehaltener Unterlagen«

- 5 *Zentrales Staatsarchiv Moskau (ZStA Moskau)*
 7445 Beweismittel der Nürnberger Prozesse (USSR-Serie)

- 6 *Archiv der Hauptkommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk, Warschau (AGK)*
 CA 362 Reichssicherheitshauptamt (heute im Bundesarchiv)
 Sammlung von Aktensplittern von SS- und Polizeieinheiten, Nr. 77 und Z 365
 KdS Lublin, 185/63

- 7 *U.S. Holocaust Memorial Museum (USHMM)*
 11001 M, Reel 205 (Kopie von Sonderarchiv Moskau 700–1–31)
 53006 M, Reel 2 (Kopie von Gebietsarchiv Mogilew 260–1–146)
 53006 M, Reel 4 (Kopie von Gebietsarchiv Mogilew 858–1–12)

- 8 *Militärhistorisches Archiv Prag*
 Kommandostab Reichsführer-SS

- 9 *Public Record Office, London*
 Dekodierte Funksprüche von SS und Polizei

- 10 *Bundesarchiv (BA; früher Koblenz, Bestände heute überwiegend in Berlin-Lichterfelde; NL und B in Koblenz [BAK], OstDok im Lastenausgleichsarchiv Bayreuth)*
 R 2 Reichsfinanzministerium
 R 3 Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion
 R 5 Reichsverkehrsministerium
 R 6 Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
 R 7 Reichswirtschaftsministerium
 R 14 Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
 R 16 Reichsbauernführer
 R 16 I Reichsbauernrat
 R 18 Reichsinnenministerium

R 19	Ordnungspolizei
R 20	Einheiten und Schulen der Ordnungspolizei
R 22	Reichsjustizministerium
R 25	Reichsamt für Wirtschaftsausbau
R 26	Beauftragter für den Vierjahresplan
R 29	Hauptverwaltung der Reichskreditkassen
R 33 I,II	Zentralhandelsgesellschaft Ost
R 39	Reichssippenamt
R 41	Reichsarbeitsministerium
R 43 II	Reichskanzlei
R 49	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
R 55	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
R 58	Reichssicherheitshauptamt
R 70 PL	Polizeidienststellen in den besetzten polnischen Gebieten
R 70 SU	Polizeidienststellen in den besetzten sowjetischen Gebieten
R 90	Reichskommissariat Ostland
R 92	Generalkommissariat Lettland
R 93	Generalkommissariat Weißruthenien
R 94	Reichskommissariat Ukraine
R 113	Reichsstelle für Raumordnung
R 153	Publikationsstelle Berlin-Dahlem
RW 42	Sonderbeauftragter für die Überprüfung des zweckmäßigen Kriegseinsatzes
RD	Drucksachen
NS 2	Rasse- und Siedlungshauptamt-SS
NS 3	SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt
NS 6	Parteikanzlei der NSDAP
NS 8	Kanzlei Rosenberg
NS 10	Persönliche Adjutantur des Führers und Reichskanzlers
NS 15	Der Beauftragte für die gesamte weltanschauliche Erziehung der NSDAP
NS 19	Reichsführer-SS, Persönlicher Stab
NS 26	Hauptarchiv der NSDAP
NS 33	SS-Führungshauptamt
NS 34	SS-Personalhauptamt
NL 75	Nachlaß Herbert Backe
B 120	Institut für Besatzungsfragen, Tübingen
OstDok	Ostdokumentation (heute in Bayreuth)

Sammlung Schumacher

frühere Bestände des Bundesarchivs, Abteilungen Potsdam, im Bundesarchiv Berlin:

6.01	Präsidialkanzlei
7.01	Reichskanzlei
11.01	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
17.01	Reichssicherheitshauptamt
21.01	Reichsfinanzministerium
21.04	Reichshauptkasse
23.01	Rechnungshof des Deutschen Reiches
25.01	Deutsche Reichsbank
25.02	Hauptverwaltung der Reichskreditkassen
31.01	Reichswirtschaftsministerium
34.01	Beauftragter für den Vierjahresplan
34.02	Zentralhandelsgesellschaft Ost

36.01 Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
 46.01 Generalinspekteur für das Straßenwesen
 46.02 Reichsautobahndirektion
 46.04 Generalinspekteur für Wasser und Energie
 49.02 Deutsches Auslandsinstitut, Zeitungsausschnittsammlung
 50.01 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
 61 Re 1 Reichslandbund, Zeitungsausschnittsammlung
 62 DAF 3 Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Zeitungsausschnittsammlung
 62 Di 1 Dienststellen Rosenberg
 90 Schi 2 Nachlaß Otto Schiller
 St 3 Reichssicherheitshauptamt
 StVE Brandenburg II, Nr. 4452 (W 5) Strafsakte Dr. Erhard Wetzel
 Filmsammlung; Provenienzen:
 Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
 Reichskommissariat Ukraine
 Reichskommissariat Ostland
 Generalkommissariat Weißruthenien
 Reichskanzlei
 Reichsaußenministerium
 Reichsarbeitsministerium
 OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt
 Haupttreuhandstelle Ost
 Reichsführer-SS, Persönlicher Stab
 Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
 Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg
 Polizeibataillone 309, 322
 SS-Kavallerie-Verbände
 Private deutsche Unternehmen
 Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall 8, 9, 11, 12
 Beweisdokumente der Nürnberger Prozesse
 Beweisdokumente aus dem Eichmann-Verfahren
 Sammlung Schumacher
 Nachlaß Fedor v. Bock

11 *Bundesarchiv, Außenstelle Coswig*

43.01 Reichsverkehrsministerium

12 *Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BA-MA)*

RH 2 OKH, Operationsabteilung
 RH 3 OKH, Generalquartiermeister
 RH 5 OKH/Chef des Kriegskarten- und Vermessungswesens
 RH 11 I General der Infanterie beim OKH
 RH 11 III Heeresgruppe Mitte, General der Pioniere
 RH 19 II Heeresgruppe Mitte
 RH 19 III Heeresgruppe Nord
 RH 20 Armeeoberkommandos
 RH 22 Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete
 RH 23 Kommandanten der rückwärtigen Armeegebiete (Korücks)
 RH 26 Divisionen (Feldheer)
 RH 34 Truppenkommandanturen

RH 40 Kavallerieeinheiten (Feldheer)
 RH 49 Verschiedene Kriegsgefangeneneinheiten
 RL 8 Mittlere Kommandobehörden der Fliegertruppe
 RS 3 Divisionen der Waffen-SS
 RW 2 OKW und direkt unterstellte Dienststellen
 RW 4 OKW/Wehrmachtführungsstab
 RW 6 OKW/Allgemeines Wehrmachtamt
 RW 19 OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt
 RW 30 Rüstungsdienststellen in den besetzten Gebieten
 RW 31 Wirtschaftsstab Ost (auch unter: Wi/ID)
 RW 41 Territoriale Befehlshaber in der Sowjetunion
 RW 46 Armeewirtschaftsführer
 H 12 OKH/Chef des Transportwesens
 N 24 Nachlaß Hans Reinhardt
 N 53 Nachlaß Hellmuth v. Wienskowski
 N 407 Nachlaß Hermann Teske
 N 510 Nachlaß Eduard Wagner
 MSg Militärgeschichtliche Sammlung

Manuskript Nr. P-102

Bestände des früheren Militärischen Zwischenarchivs Potsdam, heute im BA-MA Freiburg:
 Filmsammlung; Provenienzen:

Wirtschaftsstab Ost und unterstellte Dienststellen
 OKW/Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt und unterstellte Dienststellen
 OKH, Fremde Heere Ost
 OKH, Chef des Transportwesens und unterstellte Dienststellen
 Heeresgruppe Mitte
 Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Mitte
 Kommandanten der rückwärtigen Armeengebiete (Korücks)
 Armeen und Panzergruppen
 Armeekorps
 Divisionen (Heer)
 Wehrmachtbefehlshaber
 Ortskommandantur/Oberfeldkommandantur Minsk
 Reichsführer-SS, Persönlicher Stab
 Kommandostab Reichsführer-SS
 Reichssicherheitshauptamt
 Polizeibataillone 309, 310
 SS-Sonderkommando Dirlewanger
 SS-Kavallerie-Verbände
 verschiedene SS-Provenienzen
 Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (FPF-Signaturen)

13 *Berlin Document Center (BDC; Akten heute im BA Berlin-Lichterfelde)*

Personalakten (SSO-, RuS-Akten)

Film 5

SL 46, 47, 47A, 47C, 47D, 47 F, 59, 69

SS-HO 79, 389, 462, 1429, 1496-97, 1522, 1611, 1838-40, 2178, 2316, 2344, 2432, 2605, 2784, 2978, 4301, 4411

O.217 I und II »Banden«, 307, 342 »Ukraine«, 426 II, 427, 433, 447, 464 »Osteinsatz Polizei«, »Gau Ostpreußen«

- 14 *Bundesarchiv-Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten (BA D-H)*
Serien (Provenienzen uneinheitlich):
FW, M, P, ZA I, ZA V, ZA VI, ZB, ZB II, ZD, ZD I, ZM, ZR, ZWM
36.01 Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Personalakten
- 15 *Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg (ZStL)*
Dokumentenordner:
CSSR Bd. V, VI, IX, 393
UdSSR Bd. 245, 245ab, 245c, 399, 400-01, 406, 411-12, 422-25, 430, 432
Verschiedenes Bd. 18, 26, 30, 117, 131, 306
H. 3 (Bildsammlung)
- 16 *Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), München*
Mikrofilmsammlung:
MA 245-246, 249, 285, 332, 342, 347, 440, 540-542, 545, 795, 798, 855 (Provenienz: Reichs-
ministerium für die besetzten Ostgebiete); MA 707/1 (Heuser-Verfahren)
Kopiensammlung:
Fa 91/4, 213/2, 259, Fb 44, 51, Fb 85/I und II, 101/13-18, /28, /32-36, 104/1 und 2
Nürnberger Dokumente:
Serien L, NG, NI, NO, PS, USSR
Zeugenschrifttum:
Zs 405/II, 405 III, 406/I-V, 417, 543, 543/II, 658, 1719, Zs A-28 Bd. 8
ED 2, 180/5
- 17 *Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam*
Pr.Br.Rep. 247 Reichsautobahn – Oberste Bauleitung Berlin
Pr.Br.Rep. 2A Regierung Potsdam I Pol
- 18 *Landeshauptarchiv Koblenz*
700,153 Feldpostbriefsammlung aus dem Zweiten Weltkrieg
- 19 *Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Detmold*
D 72 Nachlaß Alfred Meyer
- 20 *Bibliothek für Zeitgeschichte (BfZ), Stuttgart*
Slg. Sterz (Feldpostbriefe aus dem Zweiten Weltkrieg)
- 21 *Mercedes Benz AG, Historisches Archiv, Stuttgart (MB-HA)*
Serien:
Hoppe
Kissel
Kriegswerke
Groß-K-Werke
VO

Privatbesitz
Feldpostbriefe Kurt Wafner

- Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie E: 1941–1945, Band 1, Göttingen 1969.
- Beluga, S. I. (Hg.), Prestuplenija nemetsko-faschistskich okkupantov v Belorussii [Die Verbrechen der deutsch-faschistischen Besatzer in Weißrußland], Minsk 1965.
- Berenstein, Tatjana u. a. (Hg.), Faschismus – Getto – Massenmord, Frankfurt/M. o. J. (1960). Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens. Ausgearbeitet und hrsg. von der Publikationsstelle Berlin-Dahlem, Berlin 1942.
- Bielski, Tuvia, [Geschichte der Bildung der Partisaneneinheit M. I. Kalinin vom 16. 9. 1944], in: Yad Vashem Studies 23 (1993), S. 400–411.
- Boelcke, Willi A. (Hg.), Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, Frankfurt/M. 1969.
- Buchbender, Ortwin/Sterz, Reinhold (Hg.), Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939–1945, München 1982.
- Buchheim, Christoph (Hg.), Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkrieges. Ein Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft, in: VfZ 34 (1986), S. 117–145.
- Ciano, Galeazzo, Tagebücher 1939–1943, Bern 1946.
- Dokumente über die Verbrechen Adolf Heusingers gegen den Frieden, seine Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Moskau 1962.
- Dollinger, Hans (Hg.), Kain, wo ist Dein Bruder? Frankfurt/M. 1991.
- Eichholtz, Dietrich, Der »Generalplan Ost«. Über eine Ausgeburt imperialistischer Denkart und Politik (mit Dokumenten), in: Jahrbuch für Geschichte 26 (1982), S. 217–274.
- Eichholtz, Dietrich/Schumann, Wolfgang (Hg.), Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges, Berlin-O. 1969.
- Friedlander, Henry/Milton, Sybil (Hg.), Archives of the Holocaust. An International Collection of Selected Documents, Band 22, New York und London 1993.
- Gackenholtz, Hermann, Zum Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944, in: VfZ 3 (1955), S. 317–333.
- Gibbons, Robert (Hg.), Allgemeine Richtlinien für die politische und wirtschaftliche Verwaltung der besetzten Ostgebiete, in: VfZ 25 (1977), S. 252–261.
- Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hrsg. v. Elke Fröhlich. Teil I, Band 4, München u. a. 1987; Teil II, Band 1, München u. a. 1996; Teil II, Band 2, München u. a. 1996; Teil II, Band 4, München 1995 (zitiert als: Goebbels, Tagebücher).
- Golovchansky, Anatoly u. a. (Hg.), »Ich will raus aus diesem Wahnsinn«. Deutsche Briefe von der Ostfront 1941–1945, Wuppertal 1991.
- Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, bearbeitet von Hans-Adolf Jacobsen. Band II (1. 7. 1940–21. 6. 1941), Stuttgart 1963; Band III (22. 6. 1941–24. 9. 1942), Stuttgart 1964.
- Hass, Gerhard/Schumann, Wolfgang (Hg.), Anatomie der Aggression, Berlin-O. 1972.
- Hassell, Ulrich v., Vom ändern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, 3. Auflage, Zürich und Freiburg i. Br. 1946.
- Heer, Hannes (Hg.), »Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen«. Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront, Hamburg 1995.
- Heiber, Helmut (Hg.), Aus den Akten des Gauleiters Kube, in: VfZ 4 (1956), S. 65–92.
- ders. (Hg.), Der Generalplan Ost, in: VfZ 6 (1958), S. 281–325.
- ders. (Hg.), Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945, Stuttgart 1962.

- ders. (Hg.), »Reichsführer! ...« Briefe an und von Heinrich Himmler, Stuttgart 1968.
- Heilmann, H. D. (Hg., Einleitung und Kommentar), Aus dem Tagebuch des Diplomaten Otto Bräutigam, in: Götz Aly u.a., Biedermann und Schreibtischtäter, Berlin-W. 1987, S. 123–187.
- Hepp, Michael, »Die Durchdringung des Ostens in Rohstoff- und Landwirtschaft«. Vorschläge des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront zur Ausbeutung der UdSSR aus dem Jahre 1941, in: 1999, 2 (1987), H. 4, S. 96–134.
- Hillgruber, Andreas (Hg.), Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939–1941, Frankfurt/M. 1967.
- Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier, hrsg. v. Werner Jochmann, München 1982.
- Hubatsch, Walter (Hg.), Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945, Frankfurt/M. 1962.
- Ich sah den Bolschewismus. Dokumente der Wahrheit gegen die bolschewistische Lüge, Weimar 1942.
- Im Warschauer Getto. Das Tagebuch des Adam Czerniakow 1939–1942, München 1986.
- Auf Informationsfahrt im Ostland. Reiseeindrücke deutscher Schriftleiter [hrsg. v. Walter Zimmermann], Riga 1944.
- Kaden, Helma/Nestler, Ludwig (Hg.), Dokumente des Verbrechens, 3 Bände, Berlin 1993.
- Kárný, Miroslav/Milotova, Jaroslava/Kárná, Margita (Hg.), Deutsche Politik im »Protektorat Böhmen und Mähren« unter Reinhard Heydrich 1941–1942, Berlin 1997.
- Kempner, Robert W., Der Führer hat mir einen Kontinent anvertraut. Aus geheimen Aufzeichnungen zum Überfall auf Rußland, in: Vorwärts v. 2. 7 1981, S. 20.
- Klarsfeld, Serge (Hg.), Documents Concerning the Destruction of the Jews of Grodno 1941–1944, Bände 1–6, o. O., o. J. (Paris 1987, Bd. 6 1992; zitiert als »Documents Grodno«).
- Klee, Ernst/Dreßen, Willi/Rieß, Volker (Hg.), »Schöne Zeiten«. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt/M. 1988.
- Klee, Ernst/Dreßen, Willi (Hg.), »Gott mit uns«. Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten, Frankfurt/M. 1989.
- Klein, Peter (Hg.): Die Tätigkeits- und Lageberichte und die Einsatzbefehle der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42, Berlin 1997.
- Kotze, Hildegard v. (Hg.), Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel, Stuttgart 1974.
- Král, Václav (Hg.), Die Vergangenheit warnt. Dokumente über die Germanisierungs- und Austilgungspolitik der Naziokkupanten in der Tschechoslowakei, Prag 1960.
- Krausnick, Helmut (Hg.), Zu Hitlers Ostpolitik im Sommer 1943, in: VfZ 2 (1954), S. 305–312.
- ders. (Hg.), Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940), in: VfZ 5 (1957), S. 194–198.
- Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab). Band I: 1. August 1940– 31. Dezember 1941, hrsg. v. Percy Ernst Schramm, zusammengestellt und erläutert von Hans-Adolf Jacobsen, Frankfurt/M. 1965; Band II, 2. Halbband, zusammengestellt und erläutert von Andreas Hillgruber, Frankfurt/M. 1963; Band III, 1. Halbband, zusammengestellt und erläutert von Walter Hubatsch, Frankfurt/M. 1963.
- Lammers, Walter (Hg.), »Fahrtberichte« aus der Zeit des deutsch-sowjetischen Krieges 1941. Protokolle des Begleitoffiziers des Kommandierenden Generals LIII. Armeekorps, Boppard 1988.
- Leszczynski, Kazimierz, Dziennik Wojenny Batalionu Policji 322 (opracowanie i złumaczenie dokumentu), in: Biuletyn Głownej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce 17 (1967), S. 170–232.

- Lenhard, Hartmut (Hg.), »Lebensraum im Osten«. Deutsche in Belorußland 1941–1944, Düsseldorf 1991.
- Longerich, Peter (Hg. unter Mitwirkung von Dieter Pohl), Die Ermordung der europäischen Juden, München und Zürich 1989.
- Madajczyk, Czesław (Hg.), Generalplan Ost, in: Polish Western Affairs III (1962), H. 2, S. 391–442.
- ders. (Hg. unter Mitarbeit von Stanisław Biernacki), Vom Generalplan Ost zum General-siedlungsplan, München u. a. 1994.
- Manoschek, Walter (Hg.), »Es gibt nur eines für das Judentum – Vernichtung«. Das Juden-bild in deutschen Soldatenbriefen 1939–1944, Hamburg 1995.
- Mendelsohn, John (Hg.), The Holocaust. Selected Documents in Eighteen Volumes, Band 10, New York 1982.
- Militärgeographische Angaben über das Europäische Rußland, Mappe A: Allgemeiner Überblick vom 1. März 1941 (2., verbesserte Auflage; GenStdH/Abt. Kriegskarten und Vermessungswesen/IV Mil.-Geo.).
- Militärgeographische Angaben über das Europäische Rußland, Mappe E: Weißrußland, Text-heft, Berlin (GenStdH/Abt. Kriegskarten und Vermessungswesen/IV Mil.-Geo.) 1941.
- Mohrmann, Wolf-Dieter (Hg.), Der Krieg ist hart und grausam! Feldpostbriefe an den Osnabrücker Regierungspräsidenten 1941–1944, Osnabrück 1984.
- Müller, Norbert (Hg.), Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR 1941–1944, 2. Auflage, Köln 1982.
- ders., (Hg. unter Mitarbeit von Uwe Löbel und Ulrich Freye), Europa unterm Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjet-union (1941–1944), Berlin 1991.
- Müller, Rolf-Dieter (Hg.), Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, Boppard 1991.
- Oberländer, Theodor, 6 Denkschriften aus dem zweiten Weltkrieg über die Behandlung der Sowjetvölker, Ingolstadt 1984.
- Ostland-Atlas, Riga 1942.
- Ostland in Zahlen, hrsg. v. Reichskommissar für das Ostland, Abteilung II Raum, Bearbei-ter: Gottfried Müller/Jekab Jureviz (Nur für den Dienstgebrauch), Riga 1942.
- Opitz, Reinhard (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, Köln 1977.
- Picker, Henry, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, 3., überarbeitete und erwei-terte Neuausgabe, Stuttgart 1977.
- Poliakow, Leon/Wulf, Josef (Hg.), Das Dritte Reich und seine Denker, Berlin-W. 1959.
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Amtlicher Text, deutsche Ausgabe, Bände 1–42, Nürnberg 1947–1949 (zitiert als »IMT«).
- Das Recht der besetzten Ostgebiete, hrsg. v. Alfred Meyer, Berlin 1943.
- Rozauskas, E. (Hg.), Documents Accuse, Vilnius 1970.
- Rürup, Reinhard (Hg.), Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945, Berlin 1991.
- Schlootz, Johannes (Hg.), Deutsche Propaganda in Weißrußland 1941–1944. Eine Konfronta-tion von Propaganda und Wirklichkeit. Eine Ausstellung in Berlin und Minsk, Berlin 1996.
- Schoenberger, Gerhard (Hg.), Der gelbe Fleck. Die Judenverfolgung in Europa 1933 bis 1945, München 1978.
- ders. (Hg.), Wir haben es gesehen, Wiesbaden 1981.
- Eine Schuld, die nicht erlischt. Dokumente über die deutschen Kriegsverbrechen in der So-wjetunion, Köln 1987 (zuerst Moskau 1963 u. d. T. »Verbrecherische Ziele, verbrecheri-sche Mittel«).
- Schumann, Wolfgang/Nestler, Ludwig (Hg.), Weltherrschaft im Visier, Berlin-O. 1975.

Schreiben Speers an Rosenberg v. 11. 2. 1942 über die Planung deutscher Städte im Osten, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle für NS-Sozialpolitik 1 (1985), H. 3, S. 62–69.
 Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944, Stuttgart 1961.
 Thomas, Georg, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1919–1943/45), hrsg. v. Wolfgang Birkenfeld, Boppard 1966.
 Unsere Ehre heißt Treue. Kriegstagebuch des Kommandostabs Reichsführer-SS, Tätigkeitsberichte der 1. und 2. SS-Inf.-Brigade, der 1. SS-Kav.-Brigade und von Sonderkommandos der SS, Wien, Frankfurt/M. und Zürich 1965.
 Michael Wildt (Hg.), Die Judenpolitik des SD 1935–1938, München 1995.
 Peter Witte u. a. (Hg.), Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, Hamburg 1999.

Periodika:

Internationale Agrarrundschau
 Amtsblatt des Generalkommissars in Minsk 1–4 (1941–1944)
 Amtsblatt des Generalkommissars in Shitomir 1–2 (1941–1943)
 Amtsblatt des Generalkommissars für Wolhynien und Podolien in Luzk (2. Jg., 1942/43)
 Amtsblatt des Oberpräsidenten – Zivilverwaltung für den Bezirk Bialystok 1–2 (1941–1942)
 Amtsblatt des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete
 Amtlicher Anzeiger des Reichskommissars für das Ostland 1–2 (1943–1944)
 Statistische Berichte für das Ostland 1–4 (1941–1944)
 Ostland. Monatsschrift des Reichskommissars für das Ostland (1943–1944)
 Deutsche Post aus dem Osten
 Verordnungsblatt des Chefs der Zivilverwaltung für den Bezirk Bialystok (1943–1944)
 Der Vierjahresplan 5–7 (1941–1943)
 Deutsche Zeitung im Ostland
 Minsker Zeitung

2. Justizakten

(Der Tatkomplex ist in Klammern angegeben.)

- 1 *Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg (ZStL)*
 II 204 AR-Z 48/58 gg. W. u. a. (KdS Rowno, Polizeibataillon 320 u. a.)
 202 AR-Z 52/59 gg. Bach-Zelewski u. a. (HSSPF Rußland-Mitte)
 202 AR-Z 81/59 gg. Schönemann, Döring u. a. (Teilkommandos des Einsatzkommandos 8)
 202 AR-Z 94e/59 gg. Traub u. a. (Ermordung der Juden im Gebiet Nowogrodek, 707 Inf.Div.)
 202 AR-Z 152/59
 204 AR-Z 334/59 (Ermordung der Juden in Brest)
 II 204 AR-Z 393/59 gg. Kuhr u. a. (Polizeibataillon 306, Ghettovernichtungen im Raum Pinsk)
 439 AR-Z 18a/60 gg. Dr. Widmann u. a. (Mordexperimente bei der Entwicklung der Gaswagen)
 II 202 AR-Z 64/60 gg. S. u. a. (Feldflughafen Bobruisk, Massaker an Juden)
 208 AR-Z 74/60 (nur Bd. 32) gg. Michalsen (SSPF Lublin)

202 AR-Z 1212/60 (1. SS-Infanterie-Brigade)
 V 205 AR 1265/62 (Pruzany)
 V 205 AR 512/63 gg. A. (Reserve-Polizei-Bataillon 91, Bezirk Bialystok)
 II 202 AR-Z 9/64 gg. Riedel (GFP-Gruppe 707)
 319 AR-Z 16/64 gg. Dr. v. R.-D. (Dulag Bobruisk)
 II 202 AR-Z 29/66 (Sammelverfahren gegen im GK Weißruthenien eingesetzte Schuma-Bataillone)
 208 AR 87/66 gg. K. (Einsatzgruppe D)
 II 202 AR 2088/66 (nur Leitzordner VIb) gg. Looss u. a. (Sonderkommando 7a)
 II 204a AR-Z 117/67 gg. B. (Gendarmerie-Gebietsführer Petrikow/Shitkowitschi)
 II 204a AR-Z 119/67 gg. K. (Gendarmerie im Gebiet Mosyr)
 204a AR-Z 121/67 gg. O. (Gebietskommissariat Retschitz/Wassiljewitschi)
 204a AR-Z 122/67 gg. N. (Gebietskommissariat Komarin)
 II 202 AR-Z 170/67 (Ermordung der Juden in Lubtscha, Gebiet Nowogrodek)
 202 AR-Z 179/67 (Verbrechen in den Rayons Puchowitschi und Marina Gorka)
 202 AR-Z 184/67 gg. Janetzke (Stadtkommissar Minsk)
 202 AR-Z 185/67 (Angehörige des Generalkommissariats Weißruthenien)
 II 202 AR-Z 337/67 verbunden mit II 202 AR-Z 16/67 gg. G. u. a. (707. Infanterie-Division)
 II 204 AR-Z 439/67 gg. B. u. a. (Gendarmeriegebietsführer Proskurow)
 II 204 AR-Z 441/67 gg. P. u. a. (KdS-Außenstelle Starokonstantinow)
 II 202 AR 981/67 gg. Rübe (Ghetto Minsk)
 VI 319 AR-Z 43/70, verbunden mit VI 319 AR 1449/64 gg. B. (Stalag 352, LSchBtl 973)
 202 AR-Z 60/70 gg. H. (Verbrechen im Rayon Marina Gorka)
 II 202 AR-28/74 gg. K. u. a. (Truppenwirtschaftslager Bobruisk)
 VI 319 AR-Z 170/76 gg. v. C. (9. Armee, Durchführung des Kommissarbefehls)
 V 319 AR 327/77 (Dulag Bobruisk)

Staatsanwaltschaft Freiburg, Anklageschrift im Verfahren 1 Ks 1/63 gg. Uhl, Riebel (Pol.Btl. 322)
 Niederschriften der Vernehmungen Adolf Eichmanns in Jerusalem, Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg

- 2 *Der Beauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Zentralarchiv Berlin (BStU)*
 ZUV 9 (= StA Karl-Marx-Stadt 1970 gg. Georg Frentzel/Einsatzkommando 8)
 ZUV 17 (= StA Rostock gg. B./SS-Polizei-Regiment 22)
 AS 74/67 (= Rechtshilfeersuchen 57/67, Stalag 352 und 337)
 RHE 37/76 (GFP-Gruppe 570)
- 3 *Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin*
 3 PKs 1/62 gg. Dr. Filbert u. a. (Einsatzkommando 9)
- 4 *Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv (NWStA) Detmold*
 D 21 A, Nr. 6134-6360 (= LG Bielefeld 5 Ks 1/65) gg. Dr. Altenloh u. a. (KdS Bialystok)
- 5 *Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund (ZSt Dortmund)*
 45 Js 11/62 gg. Ö. (Schuma-Bataillon 57)
 45 Js 13/62 gg. Q. (Ghetto Minsk)
 45 Js 24/63 gg. Wiese u. a. (Ghetto Grodno)
 45 Js 9/64 gg. W. u. a. (12. Kp./Inf.Rgt. 354, Erschießung von Juden und Kriegsgefangenen)

- 45 Js 35/64 gg. H. (Ermordung der Juden in Beresino und Tscherven)
 45 Js 36/64 gg. H. (Kriegsgefangenenlager bei Minsk, LSchBtl 973)
 45 Js 30/65 gg. Dr. Canaris (IdS Königsberg)
 45 Js 6/71 gg. K. (Polizeibataillon 307 Massaker an Juden in Brest im Juli 1941)
- 6 *Staatsanwaltschaft Hamburg*
 141 Js 204/60 gg. Krahner u. a. (Sonderkommando 1005)
 147 Js 29/67 gg. Erren u. a. (Gebietskommissariat Slonim)
 147 Js 31/67 gg. Streckenbach (RSHA)
 147 Js 22/70 gg. Pannier u. a. (Nachschubkommandantur der Waffen-SS und Polizei Rußland-Mitte)
 147 Js 11/71 U (Kampfgruppe v. Gottberg, Partisanenbekämpfung)
- 7 *Staatsanwaltschaft Hannover*
 11/2 Ks 2/65 gg. Pradel (Einsatz von Gaswagen durch das RSHA)
 2 Js 499/61 gg. Dr. Wetzol (Referent für Rassefragen im Ostministerium)
 2 Js 388/65 gg. S. u. a. (Gebiet Glebokie)
- 8 *Badisches Generallandesarchiv (GLA) Karlsruhe*
 465 A/51/5/460 Spruchkammerakte Adolf Rübe (Ghetto Minsk)
- 9 *Staatsanwaltschaft Karlsruhe*
 3a Ks 2/49 gg. Rübe (Ghetto Minsk)
- 10 *Staatsanwaltschaft Koblenz*
 9 Ks 2/62 gg. Heuser u. a. (KdS Minsk)
- 11 *Landeshauptarchiv (LHA) Koblenz*
 584,1 Nr. 3552–3572 (= LG Koblenz 9 Ks 1/61) gg. Zenner u. a. (SSPF Minsk, Judenerschließung im November 1941)
- 12 *Staatsanwaltschaft Mainz*
 3 Ks 1/67 gg. Windisch (Gebietskommissariat Lida)
- 13 *Staatsanwaltschaft München I*
 22 Ks 1/61 gg. Dr. Bradfisch u. a. (Einsatzkommando 8)
 113 Ks 1/65a-b gg. Renndorfer (KdS-Außenstelle Baranowitschi)
- 14 *Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Nürnberg-Fürth*
 12 Js 300/67 (Stab des HSSPF Rußland-Mitte)
- 15 *Bayrisches Staatsarchiv, Nürnberg*
 StA Nürnberg-Fürth 72 Ks 3/50a-b gg. Dr. Leibbrandt, Dr. Bräutigam (Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Hauptabteilung Politik, wegen Mordes an den sowjetischen Juden)
- 16 *Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel*
 62 Nds Fb.2, Nr. 1264–1350 (= StA Braunschweig 2 Ks 1/63) gg. Magill u. a. (SS-Kavallerie-Regiment 2; nur in die Hälfte der Verfahrensbände wurde Einsicht gewährt)

3. Darstellungen

Memoiren, Autobiographien, Erinnerungen:

- Abramowitsch, Ljuba Israeljewna, Die faschistische Gehenna am Beispiel des Ghettos der Stadt Slonim, Hannover 1995.
- Adamovitch, Ales/Bryl, Yanka/Kolesnik, Vladimir, Out of the Fire, Moskau 1980.
- Adamowitsch, Ales/Granin, Daniil, Das Blockadebuch, 2 Bände, Berlin 1984 und 1987.
- Alexijewitsch, Swetlana, Die letzten Zeugen, Berlin-O. 1989 (russ. 1985).
- Alpert, Nachum, The Destruction of Slonim Jewry. The Story of the Jews of Slonim During the Holocaust, New York 1990.
- Asmolow, Alexej Nikitowitsch, Front im Hinterland, Berlin-O. 1987.
- Below, Nikolaus v., Als Hitlers Adjutant 1937–1945, Mainz 1980.
- Boeselager, Philipp Freiherr v., Der Widerstand in der Heeresgruppe Mitte, Berlin o. J. (1990).
- Bräutigam, Otto, So hat es sich zugetragen, Würzburg 1968.
- Bußmann, Walter, »Notizen« aus der Abteilung Kriegsverwaltung beim Generalquartiermeister (1941/42), in: Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, hrsg. v. Klaus Hildebrand und Reiner Pommerin, Köln und Wien 1985, S. 229–240.
- Cholawsky, Shalom, Soldiers from the Ghetto, San Diego, New York und London 1982.
- Gersdorff, Rudolf Freiherr v., Soldat im Untergang, Frankfurt/M., Berlin und Wien 1977.
- Gisevius, Hans Bernd, Wo ist Nebe? Erinnerungen an Hitlers Reichskriminaldirektor, Zürich 1966.
- Greiner, Helmuth, Die Oberste Wehrmachtführung 1939–1943, Wiesbaden 1951.
- Grossman, Chaika, Die Untergrundarmee. Der jüdische Widerstand in Bialystok, Frankfurt/M. 1993 (zuerst Tel Aviv 1965).
- Grossman, Wassili/Ehrenburg, Ilja, Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, Reinbek 1994 (russ. [nicht erschienen] 1947; engl. 1981).
- Grudzinska-Gross, Irena/Gross, Jan Tomasz (Hg.), War Through Children's Eyes. The Soviet Occupation of Poland and the Deportations, 1939–1941, Stanford 1981.
- Herwarth, Hans v., Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931 bis 1945, Frankfurt/M. u.a. 1982.
- In den Wäldern Belorußlands. Erinnerungen sowjetischer Partisanen und deutscher Antifaschisten, 3. Auflage, Berlin-O. 1984 (zuerst 1976).
- Kalinin, P.[jotr] S.[acharowitsch], Die Partisanenrepublik. Niedergeschrieben von N. P. Bakajewa, Berlin-O. 1968 (russ. 1964).
- Kehrl, Hans, Krisenmanager im Dritten Reich, Düsseldorf 1973.
- Kesselring, Albert, Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953.
- Kleist, Peter, Zwischen Hitler und Stalin 1939–1945, Bonn 1950.
- Körner-Schrader, Paul, Ostlandreiter, Berlin-O. 1959.
- Kowalski, Issac (Hg.), Anthology of Armed Jewish Resistance 1939–1945. Band I, New York 1986; Band II, New York 1985.

- Krasnoperko, Anna, Briefe meiner Erinnerung. Mein Überleben im jüdischen Ghetto von Minsk 1941/42, Haus Villigst 1991.
- Linkow, G.[rigori], Die unsichtbare Front, 2. Auflage, Berlin-O. 1956 (russ. 1946).
- Loewenstein, Karl, Erinnerungsbericht (undatiert, spätestens 1956), Bibliothek des Zentrums für Antisemitismusforschung, TU Berlin.
- ders., Minsk. Im Lager der deutschen Juden, hrsg. v. Helmut Krausnick, Bonn 1961.
- Matthiessen, Martin, Erinnerungen, Meldorf 1980.
- Meier-Welcker, Hans, Aufzeichnungen eines Generalstabsoffiziers 1939–1942, Freiburg 1982.
- Mühleisen, Horst (Hg.), Patrioten im Widerstand. Carl-Hans Graf von Hardenbergs Erlebnisbericht, in: VfZ 41 (1993), S. 419–477.
- Porter, Jack Nusan (Hg.), Jewish Partisans: A Documentary of Jewish Resistance in the Soviet Union During World War II, New York und London 1982.
- Rosenberg, Heinz, Jahre des Schreckens. Übersetzt und bearbeitet von Hanna Vogt, Göttingen 1992.
- Saburow, Alexander, Partisanenwege, Berlin-O. 1982 (russ. 1975).
- Schiller, Harry Th., Erinnerungen an die »Deutsche Zeitung im Ostland«, in: Baltische Hefte 7 (1960/61), S. 148–156.
- Schlabrendorff, Fabian v., Offiziere gegen Hitler, hrsg. v. Walter Bußmann nach der Edition von Gero v. Schulze-Gaevernitz, Berlin-W. 1984.
- ders.: Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Tübingen 1979.
- Schulman, Faya, A Partisan's Memoir. Women of the Holocaust, Toronto 1995.
- Shukow, G.[eorgi] K.[onstantinowitsch], Erinnerungen und Gedanken, 8. Auflage, Berlin-O. 1987 (zuerst 1976).
- Simonow, Konstantin, Kriegstagebücher, Band 1, Berlin-O. 1979.
- Smolar, Hersh, The Minsk Ghetto. Soviet-Jewish Partisans Against the Nazis, New York 1989.
- Stahlberg, Alexander, Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932 bis 1945, Berlin-W. und Frankfurt/M. 1987.
- Steinhoff, Johannes/Pechel, Peter/Showalter, Dennis (Hg.), Deutsche im Zweiten Weltkrieg, München 1989.
- Stolten, Inge, Das alltägliche Exil. Leben zwischen Hakenkreuz und Währungsreform, Berlin-W. und Bonn 1982.
- Strik-Strikfeldt, Wilfried, Gegen Stalin und Hitler. General Wlassow und die russische Freiheitsbewegung, Mainz 1970.
- Thorwald, Jürgen, Wen sie verderben wollen. Bericht des großen Verrats, Stuttgart 1952.
- Trott zu Solz, Clarita v., Adam von Trott zu Solz. Eine Lebensbeschreibung, Berlin 1994.
- Vegesack, Siegfried v., Als Dolmetscher im Osten, Hannover 1965.
- Warlimont, Walter, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 39–45, 3. Auflage, München 1978.
- Weizsäcker, Richard v., Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997.

Persönliche Mitteilungen, Vorträge:

- Dr. Götz Aly (Die Umsiedlungspolitik im besetzten Polen und die Entscheidung zum Judenmord [1939 bis 1942]; Vortrag im Goethe-Institut Warschau am 14. 5. 1997).
- Walter Frentz (schriftl. Mitt. v. 31. 12. 1992)
- Anna Davidowna Krasnoperko (mündl. Mitt. v. 16. 10. 1993; Vortrag in Berlin am 25. 10. 1994)
- Frau Kudraschowa, Museum Brester Festung (mündl. Mitt. v. 10. 10. 1993)
- Konrad Kwiet (Vortrag in Berlin am 26. 1. 1994)

Dr. Pawel Poljan (»Westarbeiter – Ostarbeiter«, Vortrag auf der internationalen wissenschaftlichen Konferenz »Lager, Zwangsarbeit, Deportation und Vertreibung«, Mülheim/Ruhr, 2. 3. 1995)
 Herr Rudniuk, Borki Maloritskoje (mündl. Mitt. v. 11. 10. 1993)
 Frau Schmidt-Noack, Berlin (mündl. Mitt. v. 29. 3. und 4. 5. 1992)
 Kurt Wafner (Vortrag in Berlin am 27. 3. 1992; mündl. Mitt. v. 3. 8. 1992)

Literatur bis 1945:

Aubin, Hermann/Brunner Otto u. a., Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg, 2 Bände, Berlin 1943.
 Backe, Herbert, Um die Nahrungsfreiheit Europas, Leipzig 1942.
 ders.: Um die Nahrungsfreiheit Europas. Weltwirtschaft oder Großraum, Leipzig 1943.
 Bräutigam, Otto, Die Neue Agrarordnung in den besetzten Ostgebieten, in: Europäische Revue 18 (1942), H. 4, S. 177–182.
 ders., Eigentumsfragen in den besetzten Ostgebieten, in: Probleme des Ostraumes, Berlin 1942, S. 65–80.
 Buchholz, Erwin, Die Wald- und Holzwirtschaft Sowjet-Rußlands, Berlin 1932.
 ders., Die Wald- und Holzwirtschaft des Ostraumes, Berlin 1943.
 Elksnat, Heinz Chr., Grundsätze der deutschen Wirtschaftspolitik in den besetzten Ostgebieten, in: Der Vierjahresplan 6 (1942), Folge 8, S. 368–371.
 Engelhardt, Eugen Freiherr v., Weißruthenien. Volk und Land, Berlin, Amsterdam, Wien und Prag 1943.
 Engelhardt, Walter, Klinzy. Bildnis einer Stadt nach ihrer Befreiung vom Bolschewismus, Berlin und Leipzig 1943.
 Fleischberger, Leonhard, Die ZO. im Osteinsatz, in: Der Vierjahresplan 7 (1943), S. 212–216.
 Groß, Walter, Die rassenpolitischen Voraussetzungen zur Lösung der Judenfrage, in: Weltkampf 1/2 (1941), S. 52–63.
 Hahn, Walter, Der Ernährungskrieg. Grundsätzliches und Geschichtliches, Hamburg 1939.
 Hasselblatt, Werner, Das weißruthenische Bauernvolk, in: Nation und Staat. Deutsche Zeitschrift für das europäische Nationalitätenproblem 16 (1942), H. 1, S. 6–12.
 Hoffmann, Michael, Die agrarische Überbevölkerung Rußlands, Berlin 1932.
 Ignatowskij, W./Smolitschi, A., Weißruthenien, Berlin 1942 (Publikationsstelle, Nur für den Dienstgebrauch).
 Jugow, A., Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme, Dresden 1929.
 Kurz, H.[einrich], Weißruthenen von heute, in: Die Aktion. Kampfblatt für eine neues Europa, 3 (1942), S. 375–380.
 Matthiessen, Martin, Die Landwirtschaft des Ostlandes, in: Der Vierjahresplan 6 (1942), Folge 9, S. 411–413.
 Oberländer, Theodor, Die agrarische Überbevölkerung Polens, Berlin 1935.
 ders., Die agrarische Überbevölkerung Ostmitteleuropas, in: Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg, hrsg. v. Hermann Aubin, Otto Brunner u. a., Band 2, Berlin 1943, S. 416–427.
 v. Poehl, G.[ertrud]/Agthe, M.[argarethe], Das Judentum – das wahre Gesicht der Sowjets, 2. Auflage, Berlin 1942.
 Probleme des Ostraumes, Sonderveröffentlichung nur für den Dienstgebrauch, Berlin 1942.
 Rhode, Gotthold, Die Weißruthenen, in: Jahrbuch des Osteuropa-Instituts zu Breslau 2 (1941), S. 52–77.

- Riecke, Hans-Joachim, Die neue Agrarordnung in den besetzten Ostgebieten, in: Der Vierjahresplan 6 (1942), Folge 3, S. 125–128.
- ders., Aufgaben der Landwirtschaft im Osten, in: Probleme des Ostraumes, Berlin 1942, S. 31–41.
- Rosenberg, Alfred, Die Judenfrage als Weltproblem, in: Weltkampf, H. 1/2 (1941), S. 64–72.
- S.[chiller], O.[tto], Kollektive Umsiedlung in der Sowjetunion. Bericht über die Neuordnung des agrarischen Siedlungswesens in der Sowjetunion, in: Osteuropa 13 (1937/38), H. 7, S. 456–468.
- ders.: Die Landwirtschaftspolitik der Sowjets und ihre Ergebnisse. Berichte des früheren landwirtschaftlichen Sachverständigen bei der Deutschen Botschaft in Moskau, Berlin 1943.
- ders.: Ziele und Ergebnisse der Agrarordnung in den besetzten Ostgebieten (Nur für den Dienstgebrauch), Berlin 1943 (BA RD 105/28).
- Seraphim, Peter-Heinz, Das Judentum im osteuropäischen Raum, Essen 1938.
- ders., Bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Probleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage, in: Weltkampf, H. 1/2 (1941), S. 43–51.
- ders.: Verkehrsstruktur und Verkehrsaufbau im Osten, in: Osteuropäische Wirtschaftsfragen. Vorträge gehalten auf der Tagung in Weimar vom 1.–3. Oktober 1942, Leipzig 1944, S. 45–62.
- Shub, Boris, Starvation over Europe (Made in Germany), o. O. (New York) 1943.
- Das Sowjetparadies, hrsg. von der Reichspropagandaleitung der NSDAP. Ein Bericht in Wort und Bild, Berlin 1943.
- Tölle, Hermann, Rundfunk in Weißruthenien. Rückschau und Ausblick, in: Reichsrundfunk, 19 (1942/43), S. 370–372.
- Vaatz, Alexander, Baltikum und Weißruthenien in ihren landwirtschaftlichen Grundlagen, Berlin 1942.
- Die Völker des Ostraumes, Berlin 1942.
- Weißruthenien und die Weißruthenen in bolschewistischer Auffassung. Eine Reihe von Artikeln aus der großen Sowjet-Enzyklopädie (Nur für den Dienstgebrauch), Berlin 1942.
- Wer leitet? Die Männer der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Verwaltung einschließlich Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte 1941/42, Berlin o. J. (1942).

Literatur nach 1945:

- Ackermann, Josef, Heinrich Himmler als Ideologe, Göttingen, Zürich und Frankfurt/M. 1970.
- Adam, Uwe Dietrich, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1979.
- Adamowitsch, Ales, Chatyn berichtet über sich selbst, in: Kunst und Literatur 28 (1980), S. 451–467.
- Adler, H. G., Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.
- Adolphs, Lotte, Kinder in Ketten. Kinderschicksale in Ghettos und Konzentrationslagern, Duisburg 1984.
- Ainsztein, Reuben, Jüdischer Widerstand im deutschbesetzten Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg 1993 (engl. 1974).
- Altshuler, Mordechai (Hg.), Distribution of the Jewish Population of the USSR 1939, Jerusalem 1993.
- ders., Escape and Evacuation of Soviet Jews at the Time of the Nazi Invasion. Policies and Realities, in: Dobroszycki/Gurock, S. 77–104.

- Aly, Götz: Erwiderung auf Dan Diner, in: VfZ 41 (1993), S. 621–635.
- dies., »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995.
- Aly, Götz/Heim, Susanne, Die Ökonomie der Endlösung, in: dies. u. a., Sozialpolitik und Judenvernichtung, Berlin 1987, S. 11–90.
- dies., Kann Auschwitz sich wiederholen? In: Konkret 11 (1990), S. 70–74.
- dies., Deutsche Herrschaft »im Osten«: Bevölkerungspolitik und Völkermord, in: Peter Jahn/Reinhard Rürup (Hg.), Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945, Berlin 1991, S. 84–105.
- dies., Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991.
- Anderson, Truman, Die 62. Infanterie-Division. Repressalien im Heeresgebiet Süd, Oktober bis Dezember 1941, in: Heer/Naumann, S. 297–314.
- Angrick, Andrej, Die Einsatzgruppe D 1941/42, in: Peter Klein (Hg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997, S. 88–110.
- dies. u. a.: »Da hätte man schon ein Tagebuch führen müssen«. Das Polizeibataillon 322 und die Judenmorde im Bereich der Heeresgruppe Mitte während des Sommers und Herbstes 1941, in: Helge Grabitz u. a. (Hg.), Die Normalität des Verbrechens. Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag, Berlin 1994, S. 325–385.
- Arad, Yitzhak, Ghetto in Flames. The Struggle and the Destruction of the Jews of Vilna in the Holocaust, Jerusalem 1980.
- dies., Belzec, Sobibor, Treblinka. The Operation Reinhard's Death Camps, Bloomington und Indianapolis 1987.
- dies., The Holocaust of Soviet Jewry in the Occupied Territories of the Soviet Union, in: Yad Vashem Studies 21 (1991), S. 1–47.
- Arazi, Doron, Horchdienst und Blitzkrieg: die deutsche militärische Funkaufklärung im Unternehmen »Barbarossa«, in: Wegner 1991, S. 221–234.
- Armstrong, John (Hg. und Introduction), Soviet Partisans in World War II, Madison (Wisc.) 1964.
- dies./De Witt, Kurt, Organization and Control of the Partisan Movement, in: ebd., S. 73–139.
- Arndt, Ino/Scheffler, Wolfgang, Organisierter Massenmord in nationalsozialistischen Vernichtungslagern, in: VfZ 24 (1976), S. 106–135.
- Arntz, H.-Dieter, Ordensburg Vogelsang 1934–1945. Erziehung zur politischen Führung im Dritten Reich, Euskirchen 1986.
- Artzt, Heinz, Mörder in Uniform, München 1979.
- Auerbach, Hellmuth, Die Einheit Dirlewanger, in: VfZ 10 (1962), S. 250–263.
- Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford, Bonn o. J. (1984).
- Bästlein, Klaus, Das »Reichskommissariat Ostland« unter schleswig-holsteinischer Verwaltung und die Vernichtung der europäischen Juden, in: 50 Jahre nach den Judenpogromen, hrsg. von der Landesregierung Schleswig-Holstein, Kiel 1989, S. 65–85.
- Bajohr, Frank, Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, in: VfZ 43 (1995), S. 267–295.
- Barkai, Avraham, German Speaking Jews in Eastern European Ghettos, in: Leo Baeck Institute Yearbook 34 (1989), S. 247–267.
- Bartoleit, Ralf, Die deutsche Agrarpolitik in den besetzten Gebieten der Ukraine vom Sommer 1941 bis zum Sommer 1942 unter besonderer Berücksichtigung der »Neuen Agrarordnung«, unveröff. Magisterarbeit, Hamburg 1987.

- Bartoszewski, Wladyslaw, Erich von dem Bach, Warschau und Poznan 1961.
- Bartov, Omer, *The Eastern Front, 1941–1945. German Troops and the Barbarization of Warfare*, London u.a. 1985.
- ders., *Hitler's Army. Soldiers, Nazis, and War in the Third Reich*, New York und Oxford 1991.
- ders., Wem gehört die Geschichte? Wehrmacht und Geschichtswissenschaft, in: *Mittelweg* 36 3 (1994), H. 5, S. 5–22.
- Baumgart, Wilfried, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, Wien und München 1966.
- Beer, Albert, *Der Fall Barbarossa. Untersuchungen zur Geschichte der Vorbereitungen des deutschen Feldzuges gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Jahre 1941*, phil. Diss. Münster 1978.
- Beer, Mathias, Die Entwicklung der Gaswagen beim Mord an den europäischen Juden, in: *VfZ* 35 (1987), S. 403–417.
- Benz, Wolfgang (Hg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991.
- ders./Houwink ten Cate, Johannes/Otto, Gerhard (Hg.), *Anpassung – Kollaboration – Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation*, Berlin 1996.
- Besymenski, Lew, *Die Schlacht um Moskau 1941*, Köln 1981.
- Beyrau, Dietrich, Antisemitismus und Judentum in Polen, 1918–1939, in: *Geschichte und Gesellschaft* 8 (1982), S. 205–232.
- Birn, Ruth Bettina, *Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Stellvertreter im Reich und in den besetzten Gebieten*, Düsseldorf 1986.
- dies., Zweierlei Wirklichkeit? Fallbeispiele zur Partisanenbekämpfung im Osten, in: *Wegner* 1991, S. 275–290.
- dies., *Revising the Holocaust*, in: *The Historical Journal* 40 (1997), H. 1, S. 195–215.
- Bitterberg, Christoph, *Der Bielefelder Prozeß als Quelle für die deutsche Judenpolitik im Bezirk Bialystok*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Hamburg 1995.
- Bitzel, Uwe, *Die Konzeption des Blitzkrieges bei der deutschen Wehrmacht*, Frankfurt/M. u.a. 1991.
- Blank, Manfred, Zum Beispiel: Die Ermordung der Juden im Generalgouvernement, in: *Rückerl* 1972, S. 35–64.
- Bock, Gisela, *Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Zur Rassenpolitik und Frauenpolitik*, Opladen 1986.
- Boll, Bernd/Safrian, Hans, Auf dem Weg nach Stalingrad. Die 6. Armee 1941/42, in: *Heer/Naumann*, S. 260–296.
- Bonusiak, Wlodimiersz, Die Landwirtschaft in den besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941–1944), in: *Studia Historiae Oeconomicae* 17 (1982), S. 217–232.
- Bonwetsch, Bernd, Sowjetische Partisanen 1941–1944. Legende und Wirklichkeit des »allgemeinen Volkskrieges«, in: Gerhard Schulz (Hg.), *Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1985, S. 92–124.
- Boog, Horst, *Die deutsche Luftwaffenführung 1935–1945. Führungsprobleme, Spitzengliederung, Generalstabsausbildung*. Stuttgart 1982.
- ders. u. a., *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Frankfurt/M. 1991.
- ders., Die militärische Konzeption des Krieges gegen die Sowjetunion. Die Luftwaffe, in: ebd., S. 328–363.
- ders., Die Operationsführung. Die Luftwaffe, in: ebd., S. 736–787.
- Bor, Peter [d. i. Karl Lüth], *Gespräche mit Halder*, Wiesbaden 1950.
- Bosma, Koos, Verbindungen zwischen Ost- und Westkolonisation, in: *Rössler/Schleiermacher*, S. 198–214.

- Bräutigam, Otto, Überblick über die besetzten Ostgebiete während des 2. Weltkrieges, Tübingen 1954.
- Braham, Randolph L., *The Hungarian Labor Service System 1939–1945*, New York 1977.
- Bramwell, Anna, *Blood and Soil. Walther Darré and Hitler's »Green Party«*, Abbotsbrock/Buckinghamshire 1985.
- Brandt, Karl, Otto Schiller's »Farming Cooperative«: A Critical Appraisal, in: *Land Economics* 27 (1951), S. 102–107.
- ders. (in Zusammenarbeit mit Otto Schiller und Franz Ahlgrimm), *Management of Agriculture and Food in the German-Occupied and the Other Areas of Fortress Europe. A Study in Military Government*, Stanford 1953.
- Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in West-Berlin, Berlin-O. 1968.
- Breitman, Richard, *The Architect of Genocide. Himmler and the Final Solution*, London 1992 (zitiert: Breitman).
- ders., Plans for the Final Solution in Early 1941, in: *German Studies Review* 17 (1994), S. 483–493.
- ders., *Official Secrets. What the Nazis Planned, What the British and Americans Knew*, New York 1998.
- Brodski, Josef, Timor und andere. Sowjetische Zwangsarbeiter im Widerstand und ihr Schicksal nach der Befreiung, in: Herbert (Hg.) 1991, S. 251–269.
- Bromberger, Barbara/Mausbach, Hans, *Feinde des Lebens. NS-Verbrechen an Kindern*, Köln 1987 (zuerst Frankfurt/M. 1979).
- Browning, Christopher, *The Development and Production of the Nazi Gas Van*, in: ders., *Fateful Months*, New York und London 1985, S. 59–85.
- ders., Harald Turner und die Militärverwaltung in Serbien 1941–1942, in: Rebentisch/Teppe, S. 351–373.
- ders., Nazi Ghettoization in Poland: 1939–1941, in: *Central European History* 19 (1986), S. 343–368.
- ders., *Ganz normale Männer*, Reinbek 1991.
- ders., The Euphoria of Victory and the Final Solution: Summer-Fall 1941, in: *German Studies Review* 17 (1994), H. 3, S. 473–481.
- ders., Daniel Goldhagens willige Vollstrecker, in: ders., *Der Weg zur »Endlösung«*. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998, S. 161–182.
- Buchbender, Ortwin, *Das tönende Erz. Die Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1978.
- Buchheim, Hans, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, in: *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, Band II, Stuttgart 1966, S. 239–279.
- ders., Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: Martin Broszat/ Hans-Adolf Jacobsen/ Helmut Krausnick, *Anatomie des SS-Staates*, Band 1, 4. Auflage, München 1984, S. 13–212.
- ders., Befehl und Gehorsam, in: Martin Broszat/ Hans-Adolf Jacobsen/ Helmut Krausnick, *Anatomie des SS-Staates*, Band 1, 4. Auflage, München 1984, S. 213–318.
- Büchler, Yehoshua, Kommandostab Reichsführer-SS: Himmler's Personal Murder Brigades in 1941, in: *Holocaust and Genocide Studies* 1 (1986), H. 1, S. 11–25.
- Burchett, Wilfred G., *Partisanen contra Generale. 2., ergänzte Auflage*, Düsseldorf 1966 (engl. 1964).
- Burleigh, Michael, *Germany Turns Eastwards. A Story of the »Ostforschung« in the Third Reich*, Cambridge (Mass.) 1988.
- Burrin, Philippe, *Hitler und die Juden. Die Entscheidung für den Völkermord*, Frankfurt/M. 1993 (frz. 1989).

- Cecil, Robert, *The Myth of the Master Race: Alfred Rosenberg and Nazi Ideology*, London 1972.
- Charkov, Anatoli G., Die Anfangsphase des Krieges – das historische Jahr 1941, in: Roland G. Foerster (Hg.), »Unternehmen Barbarossa«. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941, München 1993, S. 137–150.
- Chiari, Bernhard, Deutsche Zivilverwaltung in Weißrußland 1941–1944. Die Arbeit der Gebietskommissare unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaftsführer, unveröff. Magisterarbeit, Frankfurt/M. 1991.
- ders., Deutsche Zivilverwaltung in Weißrußland 1941–1944. Die lokale Perspektive der Besatzungsgeschichte, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 52 (1993), H. 1, S. 67–89.
- ders., »Nationale Renaissance«, Belorussifizierung und Sowjetisierung: Erziehungs- und Bildungspolitik in Weißrußland 1922–1944, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 42 (1994), S. 521–544.
- ders., Mythos und Alltag: Voraussetzungen und Probleme eines west-östlichen Dialogs zur Historiographie des Zweiten Weltkriegs, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 54 (1995), S. 535–563.
- ders., In Weißrußland sind historische Orientierungspunkte rar. Die Zerstörung der Gesellschaft im Zweiten Weltkrieg wirkt bis in die Gegenwart hinein, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 12. 12. 1996, S. 15.
- ders., Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944, Düsseldorf 1998.
- Cholowsky, Shalom, The Judenrat in Minsk, in: Yisrael Gutman/Cynthia J. Haft (Hg.), *Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe, 1933–1945. Proceedings of the Third Yad Vashem International Historical Conference*, Jerusalem 1979, S. 113–132.
- ders., The German Jews in the Minsk Ghetto, in: *Yad Vashem Studies* 17 (1986), S. 219–245.
- ders., The Holocaust and the Armed Struggle in Belorussia Reflected in Soviet Literature and Works by Emigrés in the West, in: Yisrael Gutman/Gideon Greif (Hg.), *The Historiography of the Holocaust Period. Proceedings of the Fifth International Historical Conference*, Jerusalem 1988.
- Conze, Werner, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919, in: *VfZ* 1 (1953), S. 319–338.
- Cooper, Matthew, *The Phantom War. The German Struggle against Soviet Partisans 1941–1944*, London 1979.
- Corbach, Dieter, Daniel Oswald Rufeisen, der Mann aus der Löwengrube, Köln 1989.
- ders., Fahrplan des Grauens. Vor 50 Jahren fuhren Kölner Juden mit dem Sonderzug Da 219 in den Tod, in: *Aufbau*, 17. 7. 1992, S. 20f.
- Czollek, Roswitha, Zur wirtschaftspolitischen Konzeption des deutschen Imperialismus beim Überfall auf die Sowjetunion. in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1968, H. 1, S. 141–181.
- dies., Faschismus und Okkupation. Wirtschaftspolitische Zielsetzung und Praxis des faschistischen deutschen Besatzungsregimes in den baltischen Sowjetrepubliken während des zweiten Weltkrieges, Berlin-O. 1974.
- Dallin, Alexander, *Deutsche Herrschaft in Rußland*, Düsseldorf 1958 (zitiert: Dallin).
- ders., The Kaminsky Brigade: A Case Study in Soviet Disaffection, in: Alexander and Janet Rabinovitch (Hg.), *Revolution and Politics in Russia*, Bloomington und London 1972 (Aufsatz zuerst 1951 erschienen), S. 243–280.
- ders./Mavrogordato, Ralph/Moll, Wilhelm, Partisan Psychological Warfare and Popular Attitudes, in: John Armstrong (Hg.), *Soviet Partisans in World War II*, Madison (Wisc.) 1964, S. 197–337.
- »Dann kam die deutsche Macht«. Weißrussische Kinderhäftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1941–1945, Köln 1999.

- Datner, Szymon, *Crimes Against POWs. Responsibility of the Wehrmacht*, Warschau 1964.
- Davies, Norman/Polonsky, Antony (Hg.), *Jews in Eastern Poland and in the USSR, 1939–1946*, London 1991.
- Dean, Martin C., *The German Gendarmerie, the Ukrainian Schutzmannschaft and the Second Wave of Killings in Occupied Ukraine: German Policing at the Local Level in the Zhitomir Region, 1941–1944*, in: *German History* 14 (1995), H. 2, S. 168–192.
- Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Wolfgang Schumann und Karl Drechsler. Band 2, Köln 1975; Band 5, Köln 1984.
- De Witt, Kurt/Moll, Wilhelm, *The Bryansk Area*, in: John Armstrong (Hg.), *Soviet Partisans in World War II*, Madison (Wisc.) 1964, S. 458–516.
- Dieckmann, Christoph, *Wirtschaftsforschung für den Großraum. Zur Theorie und Praxis des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und des Hamburger Welt-Wirtschafts-Archivs im Dritten Reich*, in: Horst Kahrs u. a., *Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum*, Berlin 1992, S. 146–198.
- ders., *Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941 bis 1944. Eine Regionalstudie zur deutschen Wirtschafts-, Siedlungs- und Judenpolitik im 2. Weltkrieg*, unveröff. Magisterarbeit, Hamburg 1993.
- Dipper, Christof, *Der deutsche Widerstand und die Juden*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 349–380.
- ders., *Der Widerstand und die Juden*, in: Jürgen Schmäddecke/Peter Steinbach (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München und Zürich 1985, S. 598–616.
- Łługoborski, Wacław, *Economic Policy of the Third Reich in Occupied and Dependent Countries 1938–1945. An Attempt at a Typology*, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 15 (1980), S. 179–212.
- ders. (Hg.), *Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel*, Göttingen 1981.
- ders., *Die Landwirtschaft in der Sowjetunion 1941–1944. Ein Vergleich der Situation in den besetzten und den unbesetzten Gebieten*, in: Bernd Martin/Alan S. Milward (Hg.), *Landwirtschaft und Versorgung im Zweiten Weltkrieg*, Ostfildern 1985, S. 143–160.
- ders., *Kollektive Reaktionen auf die deutsche Invasion und die Errichtung der NS-Besatzungsherrschaft*, in: Benz/Houwink ten Cate/Otto, S. 11–24.
- ders./Madajczyk, Czesław, *Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR*, in: Forstmeier, Friedrich/Volkman, Hans Erich (Hg.), *Kriegswirtschaft und Rüstung 1939–1945*, Düsseldorf 1973, S. 375–416.
- Dobroszycki, Lucjan/Gurock, Jeffrey S. (Hg.), *The Holocaust in the Soviet Union*, Armonk und London 1993.
- Dönhoff, Marion Gräfin, *Entgegnung auf einen Leserbrief*, in: *Die Zeit* 15 v. 5. 4. 1996, S. 70.
- dies./Weizsäcker, Richard v., *Wider die Selbstgerechtigkeit der Nachgeborenen. Wehrmachtsverbrechen und die Männer des 20. Juli*, in: *Die Zeit* Nr. 11 v. 8. 3. 1996, S. 63.
- Doepgen, Heinz W., Georg v. Boeselager. *Kavallerieoffizier in der Militäropposition gegen Hitler*, Herford und Bonn 1986.
- Döscher, Hans-Jürgen, *SS und Auswärtiges Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der »Endlösung«*, 2. Auflage, Frankfurt/M. 1991.
- Dohnanyi, Klaus v., *Ein Tod für Deutschland*, in: *Die Zeit* Nr. 15 v. 7. 4. 1995, S. 7.
- Dollwet, Joachim, *Menschen im Krieg. Bejahung – und Widerstand? Eindrücke und Auszüge aus der Sammlung von Feldpostbriefen des Zweiten Weltkrieges im Landeshauptarchiv Koblenz*, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* 13 (1987), S. 279–322.
- Drobisch, Klaus/Eichholtz, Dietrich, *Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des zweiten Weltkrieges*, in: *ZfG* 18 (1970), S. 626–639.
- ders./Goguel, Rudi/Müller, Werner unter Mitwirkung von Horst Dohle, *Juden unterm Hakenkreuz*, Berlin-O. 1973.

- Dworok, Eckehard, Konventionelle Kriegführung und kriegswirtschaftliche Zwänge. Eine Analyse ökonomischer Aspekte der deutschen Kriegführung im Zweiten Weltkrieg; insbesondere gegen die Sowjetunion, phil. Diss., Kassel 1986.
- Ebbinghaus, Angelika/Preissler, Gerd, Die Ermordung psychisch kranker Menschen in der Sowjetunion. Dokumentation, in: Götz Aly u. a., Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren, Berlin-W. 1985, S. 75-107.
- Eckman, Lester/Lazar, Chaim, The Jewish Resistance. The History of the Jewish Partisans in Lithuania and White Russia during the Nazi Occupation 1940[sic]-1945, New York 1977.
- Eckstein, Otto, Die Tätigkeit des Generalquartiermeisters Eduard Wagner, in: Elisabeth Wagner (Hg.), Der Generalquartiermeister, München und Wien 1963, S. 272-301.
- Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Band II: 1941-1943, Berlin-O. 1985.
- ders., Die Ausbeutung der Landwirtschaft der faschistisch besetzten Gebiete durch die Okkupanten und die Taktik der materiellen Korruption in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 17 (1982), S. 153-171.
- ders., Wirtschaftskollaboration und »Ostgesellschaften« in NS-besetzten Ländern (1941-1944), in: Röhr 1994, S. 433-460.
- Enzyklopädie des Holocaust, hrsg. v. Israel Gutman u. a., 3 Bände, Berlin 1993.
- Esch, Michael G., »Ohne Rücksicht auf historisch Gewordenes«. Raumplanung und Raumordnung im besetzten Polen 1939-1944, in: Horst Kahrs u. a., Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum, Berlin 1992, S. 77-123.
- Fähndrich, Ernst, Der Aufbau des Versorgungsbezirks Dnjepr als Vorschwingen der Versorgungsbasis der Heeres-Gruppe Mitte nach Erreichen des Dnjepr für den weiteren Vormarsch auf Moskau (Juli bis Oktober 1941, unveröffentlichtes Manuskript, Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA) T-8-4.
- ders., Aufgaben und Arbeit der Aussenstellen des OKH/Gen.Qu. während der Aufmarschvorbereitungen im Osten im Frühjahr 1941 und beim Antreten zum Angriff, unveröff. Manuskript, MGFA T-8-2.
- Faktorowitsch, A. A., Krach agrarnoj politiki nemetsko-fashistskich okkupantov v Belorusii [Der Zusammenbruch der Agrarpolitik der deutsch-faschistischen Besatzer in Weißrußland], Minsk 1979.
- Fall 12. Das Urteil gegen das Oberkommando der Wehrmacht, gefällt am 28.10.1948 in Nürnberg vom Militärgerichtshof V der USA, Berlin-O. 1960.
- Der deutsche Faschismus und der zweite Weltkrieg, Band 4, Berlin-O. 1961.
- Faschistischer Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen. Zur Vernichtungsstrategie des Imperialismus und Faschismus. Symposium der Zentralleitung des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR am 11. September 1981 in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, o. O., o. J.
- Finker, Kurt, Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin-O. 1978.
- ders., Stauffenberg und der 20. Juli 1944, 3. Auflage, Köln 1977.
- Fireside, Harvey, Icon and Swastika. The Russian Orthodox Church under Nazi and Soviet Control, Cambridge (Mass.) 1971.
- Fleischhauer, Ingeborg, Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion, Stuttgart 1983.
- Fleming, Gerald, Hitler und die Endlösung. »Es ist des Führers Wunsch ...«, Wiesbaden und München 1982.
- Förster, Jürgen, The German Army and the Ideological War against the Soviet Union, in: Hirschfeld, S. 15-29.
- ders., Die Sicherung des »Lebensraumes«, in: Horst Boog u. a., Der Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 1991, S. 1227-1287.

- ders., Das Unternehmen »Barbarossa« als Eroberungs- und Vernichtungskrieg, in: ebd., S. 498–538.
- ders., Zum Rußlandbild der Militärs 1941–1945, in: Hans-Erich Volkmann (Hg.), Das Rußlandbild im Dritten Reich, Köln, Weimar und Wien 1994, S. 141–163.
- Foerster, Roland G. (Hg.), Gezeitenwechsel im Zweiten Weltkrieg? Die Schlachten von Charkow und Kursk im Frühjahr und Sommer 1943 in operativer Anlage, Verlauf und politischer Bedeutung, Hamburg u.a. 1996.
- Friedman, Philip, Roads to Extinction: Essays on the Holocaust, New York und Philadelphia 1980.
- ders., Social Conflicts in the Ghetto, in: Friedman, S. 131–152.
- ders., The Extermination of the Gypsies: Nazi Genocide of an Aryan People, in: Friedman, S. 381–386.
- Friedrich, Jörg, Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941 bis 1945. Der Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht, München und Zürich 1993.
- Fritz, Stephen G., Hitlers Frontsoldaten. Der erzählte Krieg, Berlin 1998 (engl. 1995).
- Furlani, Silvio, Pripjetproblem und Barbarossaplanung, in: Beiträge zur Zeitgeschichte. Festschrift Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag, hrsg. v. Rudolf Neck und Adam Wandruszka, St. Pölten 1976, S. 281–297.
- Gackenholtz, Hermann, Zum Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944, in: VfZ 3 (1955), S. 317–333.
- Gartenschlaeger, Uwe, Die Stadt Minsk während der deutschen Besetzung (1941–1944), unveröff. Magisterarbeit, Köln 1989.
- Gellermann, Günther W., Der Krieg, der nicht stattfand. Möglichkeiten, Überlegungen und Entscheidungen der deutschen obersten Führung zur Verwendung chemischer Kampfstoffe im Zweiten Weltkrieg, Koblenz 1986.
- Georg, Enno, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS. Stuttgart 1963.
- Gerber, Berthold, Staatliche Wirtschaftslenkung in den besetzten und annektierten Ostgebieten während des Zweiten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung der treuhänderischen Verwaltung von Unternehmungen und Ostgesellschaften, Tübingen 1959 (masch.schr.).
- Gerlach, Christian, »Männer des Widerstands« und der Massenmord, in: Freitag Nr. 30 v. 22. 7. 1994, S. 13f.
- ders., Die deutsche Agrarreform und die Bevölkerungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: ders. u.a., Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa, Berlin und Göttingen 1995, S. 9–60.
- ders., Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: Heer/Naumann, S. 427–446.
- ders., Failure of Plans for an SS Extermination Camp in Mogilev, Belorussia, in: Holocaust and Genocide Studies 11 (1997), H. 1, S. 60–78.
- ders., Die Ausweitung der deutschen Massenmorde in den besetzten sowjetischen Gebieten im Herbst 1941, in: ders., Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998, S. 10–84.
- ders., Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: ebd., S. 85–166.
- ders., Die Bedeutung der deutschen Ernährungspolitik für die Beschleunigung des Mordes an den Juden 1942. Das Generalgouvernement und die Westukraine, in: ebd., S. 167–257.
- ders., Militärische »Versorgungszwänge« und Massenverbrechen. Die Rolle des Generalquartiermeisters des Heeres und seiner unterstellten Dienststellen bei der deutschen Besatzungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941–1944, in: Norbert Frei (Hg.), Ausbeutung – Vernichtung – Öffentlichkeit. Studien zur nationalsozialistischen Verfolgungspolitik, München 1999 (im Druck).

- Gerlach, Helmut, Die »Regierung Dönitz« und das Ende des »Dritten Reiches«, unveröff. Magisterarbeit, Berlin 1992.
- Zur Geschichte der BSSR und der deutsch-belorussischen Beziehungen, Jena 1981.
- Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, von einem Autorenkollektiv (G. A. Deborin u. a.), Band 2 und 3, Berlin-O. 1964.
- Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939–1945 in zwölf Bänden, hrsg. v. A. A. Gretschko u. a., Bd. 9, Berlin-O. 1978.
- Gefner, Klaus, Geheime Feldpolizei. Zur Funktion und Organisation des geheimpolizeilichen Exekutivorgans der faschistischen Wehrmacht, Berlin-O. 1986. (zitiert: Gefner).
- ders., Geheime Feldpolizei – die Gestapo der Wehrmacht, in: Heer/Naumann, S. 343–358.
- Gies, Horst, Die Rolle des Reichsnährstandes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Lothar Kettenacker (Hg.), Der »Führerstaat«. Mythos und Realität, Stuttgart 1981, S. 270–304.
- Gilbert, Martin, Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas, Reinbek 1982.
- Gilles, Franz.-O., Hauptsache sparsam und ordnungsgemäß. Finanz- und Verwaltungskontrolle in den während des Zweiten Weltkrieges von Deutschland besetzten Gebieten, Opladen 1994.
- Gillessen, Günter, Zeugnisse eines vagabundierenden Schuldempfindens. Wenig Wissenschaft, viel Collage und Pamphlet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6. 2. 1996, S. 33.
- Goehrke, Carsten, Die Theorien über Entstehung und Entwicklung des »Mir«, Göttingen 1964.
- Goldhagen, Daniel Jonah, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.
- Golczewski, Frank, Polen, in: Wolfgang Benz (Hg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, S. 411–497.
- Gorczyńska, Bozena, Die Agrarpolitik in den besetzten polnischen Gebieten, die während der hitlerfaschistischen Okkupation Ostpreußen eingegliedert wurden (1939–1945), in: *Studia Historiae Oeconomicae* 17 (1982), S. 255–264.
- Gottberg, Bernd, Die Höheren SS- und Polizeiführer im Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion 1941 bis 1944, phil. Diss., Berlin-O. 1984.
- Grabitz, Helge, NS-Prozesse – Psychogramme der Beteiligten, 2., durchgesehene Auflage, Heidelberg 1986.
- dies./Scheffler, Wolfgang, Letzte Spuren. Ghetto Warschau – SS-Arbeitslager Trawniki – Aktion Erntefest, Berlin-W. 1988.
- Grode, Walter, Die »Sonderbehandlung 14f13« in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches, Frankfurt/M. u. a. 1987.
- Groehler, Olaf, Der lautlose Tod. Einsatz und Entwicklung deutscher Giftgase von 1941 bis 1945, Reinbek 1989 (zuerst Berlin-O. 1978).
- Gross, Jan, Und wehe, du hoffst ... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939–1941, Freiburg i. Br. 1988.
- ders., The Sovietisation of Western Ukraine and Western Belorussia, in: Davies/Polonsky, S. 60–76.
- Gutman, Yisrael, The Concept of Labour in Judenrat Policy, in: ders./Cynthia J. Haft (Hg.), Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe, 1933–1945. Proceedings of the Third Yad Vashem International Historical Conference, Jerusalem 1979, S. 151–180.
- Haase, Norbert, Deutsche Deserteure, 2. Auflage, Berlin-W. 1987.
- Hachmeister, Lutz, Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998.

- Halgas, Kazimiersz, Die Arbeit im »Revier« für sowjetische Kriegsgefangene in Auschwitz. Ein Bericht (gekürzt), in: Die Auschwitz-Hefte, hrsg. v. Hamburger Institut für Sozialforschung, Weinheim und Basel 1987, Band 1, S. 167–172.
- Handrack, Hans Dieter, Das Reichskommissariat Ostland. Die Kulturpolitik der deutschen Verwaltung zwischen Autonomie und Gleichschaltung, Hann. Münden 1981.
- Harrison, Mark, »Barbarossa«. Die sowjetische Antwort, in: Wegner 1991, S. 443–463.
- Hass, Gerhart, Deutsche Okkupationsziele und die Kollaboration in den besetzten Gebieten der Russischen Föderativen Sowjetrepublik 1941–1944, in: Röhr, S. 273–291.
- Headland, Ronald, Messages of Murder. A Study of the Reports of the Einsatzgruppen of the Security Police and the Security Service, 1941–1943, London u. a. 1992.
- Heer, Hannes, Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust, in: Mittelweg 36 3 (1994), S. 7–29.
- ders., Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, in: Heer/Naumann, S. 104–138.
- ders., Bittere Pflicht. Der Rassenkrieg der Wehrmacht und seine Voraussetzungen, in: Mittelweg 36 4 (1995), H. 6, S. 65–80.
- ders., Killing Fields. The Wehrmacht and the Holocaust in Belorussia, 1941–1942, in: Holocaust and Genocide Studies 11 (1997), H. 1, S. 79–101.
- ders./Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht, Hamburg 1995.
- Heilbrunn, Otto, Die Partisanen in der modernen Kriegführung, Frankfurt/M. 1963.
- Heim, Susanne, Gibt es eine Ökonomie der »Endlösung«? Wirtschaftsrationalisierung und Vernichtungspolitik im besetzten Polen 1939 bis 1945, phil. Diss. FU Berlin 1991.
- Heinemann, Ulrich, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990.
- Heinemann, Winfried, Der Widerstand gegen das NS-Regime und der Krieg an der Ostfront, in: Militärgeschichte, NF 8 (1998), S. 49–55.
- Herbert, Ulrich, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin-W. und Bonn 1985.
- ders. (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991.
- ders., Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der »Weltanschauung« im Nationalsozialismus, in: Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt/M. 1993, S. 198–236.
- ders., Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996.
- Herbst, Ludolf, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945, Stuttgart 1982.
- ders., Das nationalsozialistische Deutschland, Frankfurt/M. 1996.
- Herferth, Wilhelm, Der faschistische »Reichsnährstand« und die Stellung seiner Funktioneure im Bonner Staat, in: ZfG 10 (1962), S. 1046–1076.
- Herzog, Robert, Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den ost- und südost-europäischen Ländern während des zweiten Weltkrieges, Tübingen 1955.
- ders., Besatzungsverwaltung in den besetzten Ostgebieten – Abteilung Jugend – Insbesondere: Heuaktion und SS-Helfer-Aktion, Tübingen 1960.
- Hesse, Erich, Der sowjetrussische Partisanenkrieg im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle, Göttingen 1969.
- Heysing, Günther, »Ich soll Sie erschießen ...« Partisanen-Hochburg Minsk, in: Deutsche Soldatenzeitung 4 (1954), Nr. 17, S. 12.
- Higounet, Charles, Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter, Berlin-W. 1986.

- Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden, durchgesehene und erweiterte Auflage, Frankfurt/M. 1994 (engl. 1961).
- ders., Sonderzüge nach Auschwitz, Mainz 1981 (engl. 1976).
- ders., Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt/M. 1992.
- Hillgruber, Andreas, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt/M. 1965.
- ders., Der Ostkrieg und die Judenvernichtung, in: Ueberschär/Wette, S. 185–205.
- ders., Die Bedeutung der Schlacht von Smolensk in der zweiten Julihälfte 1941 für den Ausgang des Ostkrieges, in: Auerbach, Inge/Hillgruber, Andreas/Schramm, Gottfried (Hg.), Felder und Vorfelder russischer Geschichte. Studien zu Ehren von Peter Scheibert, Frankfurt/M. 1985, S. 266–279.
- ders., Das Rußland-Bild der führenden deutschen Militärs vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion, in: Volkmann, Hans-Erich (Hg.), Das Rußland-Bild im Dritten Reich, Köln u. a. 1994, S. 125–141.
- Hinrichsen, Kurt, Befehlsnotstand, in: Rückerl 1972, S. 131–161.
- Hinsley, F. H., British Intelligence in the Second World War, Band II, London 1981.
- Hinze, Rolf, Hitze, Frost und Pulverdampf. Der Schicksalsweg der 20. Panzerdivision, 4. Auflage, Meerbusch 1993 (zuerst 1981).
- Hirschfeld, Gerhard (Hg.), The Policies of Genocide. Jews and Soviet Prisoners of War in Nazi Germany, London, Boston und Sydney 1986.
- Hiszowicz, Lukasz, The Holocaust in the Soviet Mirror, in: Dobroszycki/Gurock, S. 29–60.
- Hobe, Cord v./Görlitz, Walter, Georg von Boeselager. Ein Reiterleben, Düsseldorf 1957.
- Höhne, Heinz, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967.
- Hoffmann, Joachim, Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion, in: Horst Boog u. a.: Der Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 1991, S. 848–964.
- ders., Die Sowjetunion bis zum Vorabend des deutschen Angriffs, in: Boog u. a. 1991, S. 69–140.
- Hoffmann, Peter, Widerstand – Staatsstreich – Attentat, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 1979 (zuerst 1970).
- ders., Motive, in: Jürgen Schmäddecke/Peter Steinbach (Hg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München und Zürich 1985, S. 1089–1096.
- ders., Claus Schenck Graf von Stauffenberg und seine Brüder, 2. Auflage, Stuttgart 1992.
- Hopmann, Barbara u. a., Zwangsarbeit bei Daimler-Benz, Stuttgart 1994.
- Horlemann, Jürgen/Gäng, Peter, Vietnam – Genesis eines Konflikts, 5. Auflage, Frankfurt/M. 1968.
- Horowitz, David, Kalter Krieg. US-Außenpolitik nach 1945, Berlin-W. 1969.
- Howell, Edgar M., The Soviet Partisan Movement 1941–1944, Washington 1956.
- [Hüser, Karl,] Wewelsburg 1933 bis 1945. Kult- und Terrorstätte der SS. Eine Dokumentation, Paderborn 1982.
- Hüttenberger, Peter, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges der NSDAP, Stuttgart 1969.
- ders., Nationalsozialistische Polykratie, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 417–442.
- Hunczak, Taras, The Ukrainian Losses during World War II, in: Michael Berenbaum (Hg.), A Mosaic of Victims. Non-Jews Persecuted and Murdered by the Nazis, New York und London 1990, S. 116–127.
- Irving, David, Göring, Frankfurt/M. u. a. 1987.
- Iwaczko, Tadeusz, Die Häftlinge, in: Auschwitz – faschistisches Vernichtungslager, 2., erweiterte und verbesserte Auflage, Warschau 1981, S. 45–90.
- Iwanow, Mikołaj, The Byelorussians of Eastern Poland under Soviet Occupation, 1939–1941, in: Sword, S. 255–267.

- Jacobsen, Hans-Adolf, Kommissarbefehl und Massenexekution sowjetischer Kriegsgefangener, in: Martin Broszat/ders./Helmut Krausnick, Anatomie des SS-Staates, Band 2, 4. Auflage, München 1984, S. 135–232.
- Jäckel, Eberhard/Rohwer, Jürgen (Hg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, 2. Auflage, Frankfurt/M. 1987.
- Jäger, Herbert, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft. Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität, 2., erweiterte Auflage Frankfurt/M. 1982 (zuerst 1967).
- Jahn, Peter/Rürup, Reinhard (Hg.), Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945, Berlin 1991.
- Jermolowitsch, Viktor, Erinnerungswertes, in: Demos. Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit Deutschland–Belarus, Nr. 1 o. J. (1992).
- Joachimsthaler, Anton, Die Breitspurbahn Hitlers, Freiburg 1981.
- ders., Gigantomanie auf Rädern. Die Breitspurbahn Adolf Hitlers, in: Zug der Zeit – Zeit der Züge. Deutsche Eisenbahnen 1835–1985, 2. Auflage, Band 2, München 1989, S. 703–721.
- Jochmann, Werner, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945, Hamburg 1988.
- John, Antonius, Philipp von Boeselager. Freiherr, Verschwörer, Demokrat, Bonn 1994.
- Jureit, Ulrike, Authentische und konstruierte Erinnerung – Methodische Überlegungen zu biographischen Sinnkonstruktionen, in: WerkstattGeschichte 18 (1997), S. 91–101.
- Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, hrsg. von Adelheid L. Rüter-Ehlermann u. a., 22 Bände, Amsterdam 1968–1981.
- Kabysch, Simon, The Belorussians, in: Genocide in the USSR. Studies in Group Destruction, München 1958, S. 77–88.
- Kästner, Hartmut, Bemerkungen zur sozialistischen Industrialisierung der BSSR, in: Zur Geschichte der BSSR und der deutsch-belorussischen Beziehungen, Jena 1981, S. 78–83.
- Kahrs, Horst u. a., Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum, Berlin 1992.
- Kamenetzky, Ihor, Secret Nazi Plans for Eastern Europe. A Study of Lebensraum Policies, New York 1961.
- Kampf für die »Neuordnung« der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Wolfgang Schumann, Berlin-O. 1977.
- Kárný, Miroslav, Das Schicksal der Theresienstädter Osttransporte im Sommer und Herbst 1942, in: Judaica Bohemiae XXIV (1988), H. 2, S. 82–97.
- Keller, Rolf/Otto, Reinhard, Das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Wehrmachtbürokratie. Unterlagen zur Registrierung der sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945 in deutschen und russischen Institutionen, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 57 (1998), S. 149–180.
- Kempner, Robert W., SS im Kreuzverhör, München 1964.
- Kenrick, Donald/Puxton, Gratton, Sinti und Roma – die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat, Göttingen 1981 (engl. 1972).
- Kettenacker, Lothar, Hitler's Final Solution and Its Rationalization, in: Hirschfeld, S. 73–96.
- ders., Die Chefs der Zivilverwaltung im zweiten Weltkrieg, in: Dieter Rebentisch/Karl Teppe (Hg.), Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers, Göttingen 1986, S. 396–417.
- Klarsfeld, Serge, Vichy – Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der »Endlösung der Judenfrage« in Frankreich, Nördlingen 1989.
- Klausch, Hans-Peter, Antifaschisten in SS-Uniform. Schicksal und Widerstand der deutschen politischen Häftlinge, Zuchthaus- und Wehrmachtstrafgefangenen in der SS-Sonderformation Dirlwanger, Bremen 1993.

- Klee, Ernst, Was sie taten – was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- und Judenmord, Frankfurt/M. 1986.
- Klink, Ernst, Die Operationsführung. 1. Heer und Kriegsmarine, in: Horst Boog u.a.: Der Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 1991, S. 541–736.
- Koehl, Robert Lewis, RKFDV. German Resettlement and Population Policy 1939–1945, Cambridge (Mass.) 1957.
- Köller, Vera, Zur Rolle der »Zentralhandelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf mbH« bei der Ausplünderung der besetzten sowjetischen Gebiete durch den deutschen Faschismus während des zweiten Weltkrieges, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Band 4, Berlin-O. 1961, S. 23–42.
- Kölm, Lothar, Zur Standortverlagerung von Produktivkräften zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion (1941–1942), in: Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas 26/2 (1983), S. 125–135.
- Kogon, Eugen/Langbein, Hermann/Rückerl, Adalbert u.a. (Hg.), Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas, Frankfurt/M. 1983.
- Kohl, Paul (Hg.), Die Minsker Protokolle über Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, in: »Die Wahrheit« v. 3./4. 9., 10./11. 9., 17/18. 9. und 24./25. 9. 1988.
- ders., »Ich wundere mich, daß ich noch lebe«. Sowjetische Augenzeugen berichten, Gütersloh 1990.
- Kosioli, Jewgenia Karpowitscha, Chatyn, Minsk 1986.
- Koslow, W. I., Menschenopfer und Materialverluste der Sowjetunion im Kriege 1941–1945, in: Wippermann/Meyer, S. 157–170.
- Kosyk, Wolodymyr, L'Allemagne national-socialiste et l'Ukraine, Paris 1986.
- Krausnick, Helmut, Kommissarbefehl und Gerichtsbarkeiterlaß in neuer Sicht, in: VfZ 25 (1977), S. 682–738.
- ders., Die Einsatzgruppen vom Anschluß Österreichs bis zum Feldzug gegen die Sowjetunion. Entwicklung und Verhältnis zur Wehrmacht, in: Krausnick/Wilhelm, S. 11–278.
- ders., Hitler und die Befehle an die Einsatzgruppen im Sommer 1941, in: Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, 2. Auflage, Stuttgart 1987, S. 88–106.
- Krausnick, Helmut/Wilhelm, Hans-Heinrich, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981.
- Krawtschenko, I., Der Partisanenkampf des belorussischen Volkes gegen die faschistischen Okkupanten während des Großen Vaterländischen Krieges (1941–1944), in: Der deutsche Faschismus und der zweite Weltkrieg, Band 4, Berlin-O. 1961, S. 211–216.
- Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin-W. 1985.
- Krumpelt, Ihno, Das Material und die Kriegführung, Frankfurt/M. 1968.
- Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986.
- Kühnrich, Heinz, Der Partisanenkrieg in Europa 1939–1945, Berlin-O. 1965.
- ders./Pech, Karlheinz, Die Teilnahme deutscher Antifaschisten am bewaffneten Widerstandskampf gegen den deutschen Imperialismus während des Zweiten Weltkrieges, in: Erhard Moritz (Hg.), Das Fiasko der antisowjetischen Aggression. Studien zur Kriegführung des deutschen Imperialismus gegen die UdSSR (1941–1945), Berlin-O. 1978, S. 136–165.
- Kugelmass, Jack/Boyarin, Jonathan (Hg.), From A Ruined Garden. The Memorial Books of Polish Jewry, New York 1983.
- Kumanev, Georgy A., The Nazi Genocide of the Jewish Population in the Occupied Territory of the USSR, in: Soviet Jewish Affairs 21 (1991), H. 1, S. 59–68.
- Kunze, Uwe, Zur Okkupationspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus in Belo-

- rußland (1941–1944), in: *Zur Geschichte der BSSR und der deutsch-belorussischen Beziehungen*, Jena 1981, S. 84–91.
- Kutz, Martin, Kriegserfahrung und Kriegsvorbereitung. Die agrarische Vorbereitung des zweiten Weltkrieges in Deutschland vor dem Hintergrund der Weltkrieg-I-Erfahrung, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 32 (1984), H. 1, S. 59–82 und 135–164.
- Kwiet, Konrad, Auftakt zum Holocaust. Ein Polizeibataillon im Osteinsatz, in: Benz, Wolfgang/Buchheim, Hans/Mommsen, Hans (Hg.), *Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft*, Frankfurt/M. 1993, S. 191–208.
- Lang, Jochen v., *Der Adjutant. Karl Wolff: der Mann zwischen Hitler und Himmler*, München und Berlin-W. 1985.
- Latzel, Klaus, Tourismus und Gewalt. Kriegswahrnehmungen in Feldpostbriefen, in: Heer/Naumann, S. 447–459.
- ders., *Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939–1945*, Paderborn u.a. 1998.
- Lederer, Zdenek, *Ghetto Theresienstadt*, New York 1983 (zuerst London 1953).
- Leetz, Antje (Hg.), *Blockade Leningrad 1941–1944*, Reinbek 1992.
- Lehmann, Joachim, Faschistische Agrarpolitik im zweiten Weltkrieg. Zur Konzeption von Herbert Backe, in: *ZfG* 28 (1980), H. 10., S. 948–956.
- ders., Die deutsche Landwirtschaft im Kriege, in: Eichholtz 1985, S. 570–642.
- ders., Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft, in: Ulrich Herbert (Hg.), *Europa und der »Reichseinsatz«*. Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 127–139.
- ders., Herbert Backe – Technokrat und Agrarideologe, in: Smelser, Ronald/Syring, Enrico/Zitellmann, Rainer (Hg.), *Die braune Elite II*, Darmstadt 1993, S. 1–12.
- Less, Awner W. (Hg.), *Schuldig. Das Urteil gegen Adolf Eichmann*, Frankfurt/M. 1987.
- Lesczynski, Kazimierz (Hg.), Fall 9. Das Urteil im SS-Einsatzgruppenprozeß, Berlin-O. 1963.
- Levin, Dov, *Fighting Back. Lithuanian Jewry's Armed Resistance to the Nazis, 1941–1945*, New York und London 1985.
- ders., The Fateful Decision. The Flight of the Jews into the Soviet Interior in the Summer of 1941, in: *Yad Vashem Studies* 20 (1990), S. 115–142.
- ders., The Lesser of Two Evils. Eastern European Jewry Under Soviet Rule, 1939–1941, Philadelphia 1995.
- Levin, Nora, *The Jews in the Soviet Union since 1917. Paradox of Survival*, New York und London 1988.
- Lichtenstein, Heiner, *Mit der Reichsbahn in den Tod*, Köln 1985.
- ders., Himmlers grüne Helfer. Die Schutz- und Ordnungspolizei im »Dritten Reich«, Köln 1990.
- Lilienthal, Georg, *Der »Lebensborn e. V.« Ein Instrument nationalsozialistischer Rassenpolitik*, Stuttgart und New York 1985.
- Löffler, Klara, *Aufgehoben: Soldatenbriefe aus dem Zweiten Weltkrieg. Eine Studie zur subjektiven Wirklichkeit des Krieges*, Bamberg 1992.
- Loftus, John, *The Belarus Secret*, New York 1985 (zuerst 1982).
- Longerich, Peter, Vom Massenmord zur »Endlösung«. Die Erschießungen von jüdischen Zivilisten in den ersten Monaten des Ostfeldzuges im Kontext des nationalsozialistischen Judenmords, in: Wegner 1991, S. 251–274.
- ders., *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München und Zürich 1998.
- Lozowick, Yaakov, *Rollbahn Mord: The Early Activities of Einsatzgruppe C*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 2 (1987), S. 221–241.

- Łuczak, Czesław, Grundlegende Probleme der Landwirtschaft und Ernährung in Ost- und Südosteuropa während des Zweiten Weltkrieges, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 17 (1982), S. 279–297.
- ders., Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Entwicklung und Aufgaben der polnischen Forschung, in: Herbert 1991, S. 90–105.
- Lustiger, Arno, Zum Kampf auf Leben und Tod! Das Buch vom Widerstand der Juden 1933–1945, Köln 1994.
- Madajczyk, Czesław, Die Besatzungssysteme der Achsenmächte. Versuch einer komparativen Analyse, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 14 (1979), S. 105–122.
- ders., Landwirtschaft und Bauerntum im Europa Hitlers, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 17 (1982), S. 71–86.
- ders., Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Köln 1988 (poln. 1970).
- ders., Besteht ein Synchronismus zwischen dem »Generalplan Ost« und der Endlösung der Judenfrage? In: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg*, München und Zürich 1989.
- ders., Hitler's Direct Influence on Decisions Affecting Jews During World War II, in: *Yad Vashem Studies* 20 (1990), S. 53–68.
- Majer, Diemut, Führerunmittelbare Sondergewalten in den besetzten Ostgebieten, in: Dieter Rebentisch/Karl Teppe (Hg.), *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System*, Göttingen 1986, S. 374–395.
- Maksudov, Sergej, The Jewish Population Losses of the USSR from the Holocaust, in: Dobroszycki/Gurock, S. 207–213.
- Malanowski, Jan, Sociological Aspects of the Annexation of Poland's Eastern Provinces to the USSR in 1939–1941, in: *Sword* (Hg.), S. 71–85.
- Manoschek, Walter, »Serbien ist judenfrei«. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993.
- Marples, David R., Kuropaty: The Investigation of a Stalinist Historical Controversy, in: *Slavic Review* 53 (1994), H. 2, S. 513–523.
- Marszałek, Jozef, Maidanek. Geschichte und Wirklichkeit eines Vernichtungslagers, Reinbek 1982.
- Martens, Stefan, Hermann Göring. »Erster Paladin des Führers« und »zweiter Mann im Reich«, Paderborn 1985.
- Martin, Klaus, Vortrag, in: *Faschistischer Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen*, S. 7–21.
- Mason, Timothy W., Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, 2. Auflage, Opladen 1978.
- Matthäus, Jürgen, »Reibungslos und planmäßig«. Die zweite Welle der Judenvernichtung im Generalkommissariat Weißruthenien (1942–1944), in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 4 (1995), S. 254–274.
- ders., Perspektiven der NS-Forschung. Neuerscheinungen zu »Euthanasie« und »Endlösung«, in: *ZfG* 44 (1996), S. 991–1005.
- ders., What about the »Ordinary Men«? The German Order Police and the Holocaust in the Occupied Soviet Union, in: *Holocaust and Genocide Studies* 11 (1996), S. 134–150.
- Matthias, Katja, Konzentrationslager für Kinder und Jugendliche, in: »Dann kam die deutsche Macht«. Weißrussische Kinderhäftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1941–1945. Eine Dokumentation, hrsg. von der Projektgruppe Belarus im Jugendclub Courage e. V., Köln 1999, S. 151–166.
- Mavrogordato, Ralph/Ziemke, Earl, The Polotsk Lowland, in: John Armstrong (Hg.), *Soviet Partisans in World War II*, Madison (Wisc.) 1964, S. 517–556.

- Melnikow, Daniil, 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit, 2., überarbeitete Auflage, Berlin-O. 1966.
- The Living Memory, Minsk 1985.
- Messerschmidt, Manfred, Vorwärtsverteidigung. Die »Denkschrift der Generäle« für den Nürnberger Gerichtshof, in: Heer/Naumann, S. 531–550.
- ders., Der Minsker Prozeß 1946. Gedanken zu einem Kriegsverbrechertribunal, in: Heer/Naumann, S. 551–568.
- Meyer, August, Das Syndikat. Reichswerke »Hermann Göring«, Braunschweig und Wien 1986.
- Michalka, Wolfgang (Hg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München und Zürich 1989.
- Milward, Alan S., Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945, Stuttgart 1966.
- ders., Probleme der Landwirtschaft im Zweiten Weltkrieg, in: Studia Historiae Oeconomicae 17 (1982), S. 59–69.
- Möller, Horst, Walter Bußmann zum Gedenken, in: VfZ 41 (1993), S. 495–502.
- Mommsen, Hans, Stellung, Aufgaben und Befugnisse der in den besetzten Ostgebieten eingesetzten Gebietskommissare im Zweiten Weltkrieg, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Band II, Stuttgart 1966, S. 310f.
- Monkiewicz, Waldemar, Zbrodnie Hitlerowskie w Hajnowce i okolicy [Die hitleristischen Verbrechen in Hajnowka und Umgebung], Białystok 1982.
- Montanari, Massimo, Der Hunger und der Überfluß. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa, München 1993.
- Müller, Klaus Jürgen, Nationalkonservative Eliten zwischen Kooperation und Widerstand, in: Schmäddecke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München und Zürich 1985, S. 24–49.
- Müller, Norbert, Zur Rolle der Wehrmachtsführung bei der Planung und Vorbereitung des faschistischen Okkupationsregimes in den besetzten sowjetischen Gebieten (1940/41), in: Zeitschrift für Militärgeschichte 6 (1967), S. 415–431.
- ders., Massenverbrechen von Wehrmachtorganen an der sowjetischen Zivilbevölkerung im Sommer/Herbst 1941, in: Zeitschrift für Militärgeschichte 8 (1969), S. 537–553.
- ders., Wehrmacht und Okkupation, Berlin-O. 1971.
- ders., Juni 1944. Der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte – Beginn der Agonie der faschistischen Kriegführung im Osten, in: Militärgeschichte 23 (1984), H. 3, S. 267–270.
- ders., Zu Charakter und Kriegseinsatz der faschistischen Ordnungspolizei, in: Militärgeschichte 23 (1984), H. 6, S. 515–520.
- ders./Vestermanis, Margers, Verbrechen der faschistischen Wehrmacht an sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, in: Militärgeschichte 16 (1977), S. 15–27.
- Müller, Rolf-Dieter, Industrielle Interessenpolitik im Rahmen des »Generalplans Ost«, in: Militärische Mitteilungen 29 (1981), S. 101–141.
- ders., Die Rolle der Industrie in Hitlers Ostimperium, in: Militärgeschichte. Probleme – Thesen – Wege, hrsg. v. Manfred Messerschmidt u.a., Stuttgart 1982, S. 383–406.
- ders., Kriegsrecht oder Willkür? Helmuth James Graf v. Moltke und die Auffassungen im Generalstab des Heeres über Aufgaben der Militärverwaltung vor Beginn des Rußlandkrieges, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 42 (1987), S. 125–151.
- ders., Die Zwangsrekrutierung von »Ostarbeitern« 1941–1944, in: Wolfgang Michalka (Hg.), Der Zweite Weltkrieg, München und Zürich 1989, S. 772–783.
- ders., Die Konsequenzen der »Volksgemeinschaft«: Ernährung, Ausbeutung und Vernichtung, in: ebd., S. 240–248.
- ders., Das Unternehmen Barbarossa als wirtschaftlicher Raubkrieg, in: Ueberschär, Gerd R./Wette, Wolfram (Hg.), Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. »Unternehmen Barbarossa«, Frankfurt/M. 1991, S. 125–157.

- ders., Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt/M. 1991.
- ders., Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg, in: Horst Boog u.a., Der Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 1991, S. 141–245 (zitiert als »Müller, Ausbeutungskrieg«).
- ders., Das Scheitern der wirtschaftlichen »Blitzkriegsstrategie«, in: ebd., S. 1116–1226.
- ders., Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: Herbert 1991, S. 234–250.
- Müller-Tupath, Karla, Reichsführers gehorsamster Becher. Eine deutsche Karriere, Hamburg 1982.
- Mulligan, Timothy Patrick, Reckoning the Costs of the People's War: The German Experience in the Central USSR, in: Russian History 9 (1982), S. 27–48.
- ders., The Politics of Illusion and Empire. German Occupation Policy in the Soviet Union, 1942–1943, New York, Westport und London 1988.
- Myllyniemi, Seppo, Die Neuordnung der baltischen Länder 1941–1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik, Helsinki 1973.
- Naasner, Walter, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard 1994.
- Nolte, Hans-Heinrich, Die Leere in Slonim, in: Abramowitsch, S. 13–32.
- Nova, Fritz, Alfred Rosenberg. Nazi Theorist of the Holocaust, New York 1986.
- Novitch, Miriam, Sobibor. Martyre et Révolte, Paris 1978.
- Nyssen, Elke, Schule im Nationalsozialismus, Heidelberg 1979.
- Der Oberländerprozeß. Gekürztes Protokoll der Verhandlung vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik vom 20.–27. und 29. 4. 1960, o. O., o. J. (Berlin-O. 1960).
- Ogorreck, Ralf, Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD im Rahmen der »Genesis der Endlösung«. Ein Beitrag zur Entschlußbildung der »Endlösung der Judenfrage« im Jahre 1941, phil. Diss., FU Berlin 1992.
- ders., Die Einsatzgruppen und die »Genesis der Endlösung«, Berlin 1996.
- Olechnowitsch, G. I., Ekonomika belorussii w uslowijach welikoi otetschestwennoi wojni (1941–1945) [Die weißrussische Wirtschaft unter den Bedingungen des Großen Vaterländischen Krieges (1941–1945)], Minsk 1982.
- Orbach, Wila, The Destruction of the Jews in the Nazi-Occupied Territories of the USSR, in: Soviet Jewish Affairs 6 (1976), H. 2, S. 14–51.
- Pachomow, N. I. u. a., Witebskoje podpolje (Die Witebsker illegale Organisation), Minsk 1969.
- Pätzold, Kurt/Schwarz, Erika, Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, Berlin 1992.
- dies., »Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof«. Franz Novak – der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994.
- Paul, Wolfgang, Das Potsdamer Infanterie-Regiment 9 1918–1945. Preußische Tradition in Krieg und Frieden, 2., ergänzte und verbesserte Auflage, Osnabrück 1985.
- Pawlowa, M.[aria] P.[orfirjewna]/Baranowa, N.[ina] G.[eorgiewna], Kurze Geschichte der Belorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, Jena 1985.
- Pennar, Jaan, Selbstverwaltung in den während des Zweiten Weltkrieges besetzten Gebieten der Sowjetunion, in: Sowjetstudien 12 (1962), S. 50–78.
- Petzina, Dieter, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968.

- Philippi, Alfred, Das Pripjetproblem, Frankfurt/M. 1956.
- Pikarski, Margot, Jugend im Berliner Widerstand, 2., verbesserte Auflage, Berlin-O. 1984.
- Pinchuk, Ben-Cion, Sovietisation and the Jewish Response to the Nazi Policies of Mass Murder, in: Davies/Polonsky, S. 124-137.
- Pinkus, Benjamin, Die Deportation der deutschen Minderheit in der Sowjetunion 1941-1945, in: Wegner 1991, S. 464-479.
- ders./Ingeborg Fleischhauer, Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit, Baden-Baden 1987.
- Piper, Franczisek, Ausrottung, in: Auschwitz. Faschistisches Vernichtungslager, 2., verbesserte Auflage, Warschau 1981, S. 91-140.
- Pohl, Dieter, Von der »Judenpolitik« zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1944, Frankfurt/M. u. a. 1993.
- ders., Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996.
- ders., Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen, in: VfZ 45 (1997), S. 1-48.
- ders., Die Einsatzgruppe C der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42, in: Klein (Hg.) 1997, S. 71-87.
- Pohl, Hans/Habeth, Stephanie/Brüninghaus, Beate, Die Daimler Benz AG in den Jahren 1933 bis 1945 (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 47), Wiesbaden und Stuttgart 1986.
- Pottgießer, Hans, Die deutsche Reichsbahn im Ostfeldzug 1939-1944. Neckargemünd 1975 (zuerst 1960).
- Pressac, Jean-Claude, Die Krematorien von Auschwitz. Die Technik des Massenmordes, 2. Auflage, München und Zürich 1995.
- Ranki, György, The Economy of Second World War, Wien u. a. 1993.
- Rebentisch, Dieter, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945, Stuttgart 1989.
- ders./Teppe, Karl (Hg.), Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System, Göttingen 1986.
- Reifarth, Dieter/Schmidt-Linsenhoff, Viktoria, Die Kamera der Täter, in: Heer/Naumann, S. 475-503.
- Reinhardt, Klaus, Die Wende vor Moskau. Das Scheitern der Strategie Hitlers im Winter 1941/42, Stuttgart 1972.
- Reitlinger, Gerald, The Doubts of Wilhelm Kube, in: Wiener Library Bulletin 4 (1950), H. 5/6, S. 33, und 5 (1951), H. 1/2, S. 8.
- ders., Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945, 5. Auflage, Berlin-W. 1979 (engl. 1953).
- ders., Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941-1944, 2. Auflage, Gütersloh 1963.
- Remer, Claus, Belorußland in den Plänen des deutschen Imperialismus, in: Zur Geschichte der BSSR und der deutsch-belorussischen Beziehungen, Jena 1981, S. 29-59.
- Rempel, Gerhard, Gottlob Berger and Waffen-SS Recruitment: 1939-1945, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 27 (1980), S. 107-123.
- Rieß, Volker, Die Anfänge der Vernichtung »lebensunwerten Lebens« in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/40, Frankfurt/M. u. a. 1995.
- Robel, Gert, Sowjetunion, in: Wolfgang Benz (Hg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991.
- Rodenburg, Günther, Die letzten 26 Tage in Bremen, in: Röpcke, Andreas/Rodenburg, Günther (Hg.), Es geht tatsächlich nach Minsk. Texte und Materialien zum Erinnern an die Deportation von Bremer Juden am 18. II. 1941 in das Vernichtungslager Minsk, Bremen 1992.

- Röhr, Werner (Hg.), *Okkupation und Kollaboration*. Berlin und Heidelberg 1994.
- ders., *Okkupation und Kollaboration*, in: ebd., S. 59–84.
- Rössler, Mechtild/Schleiermacher, Sabine (Hg.), *Der »Generalplan Ost«*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993.
- Romanowski, W., *Saudzelniki u zlachynstwach* [Die Helfer bei den Verbrechen], Minsk 1964.
- ders. u. a., *Nazistskaja politika genozida i »wyshtschennoi semli« w Belorussii 1941–1944* [Die nazistische Politik des Völkermords und der »verbrannten Erde« in Weißrußland 1941–1944], Minsk 1984.
- Roth, Karl Heinz, »Generalplan Ost« – »Gesamtplan Ost«. Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse, in: Rössler/Schleiermacher, S. 25–95.
- ders., *Das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront und die Ostplanung*, in: Rössler/Schleiermacher, S. 215–225.
- ders., *Die Sozialpolitik des »europäischen Großraums« im Spannungsfeld von Okkupation und Kollaboration (1938–1945)*, in: Röhr, S. 461–565.
- Rozitis, Ojars Janis, *Justizförmige und öffentliche Darstellung in Lettland*, in: Eberhard Groesdonk u. a., *Die Vernichtung von Audrini, seine justizförmige Bearbeitung (1944–1994) und die Öffentlichkeit*, in: *NS-Verbrechen und Justiz* 4 (1996), hrsg. v. Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 39–126.
- Rubner, Heinrich, *Deutsche Forstgeschichte 1933–1945*. Forstwirtschaft, Jagd und Umwelt im NS-Staat, St. Katharinen 1985.
- Rückerl, Adalbert, *NS-Prozesse. Nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten – Grenzen – Ergebnisse*, 2., ergänzte Auflage, Karlsruhe 1972.
- ders., *Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse*. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmo, München 1977.
- Safrian, Hans, *Die Eichmann-Männer*, Wien und Zürich 1993.
- Salm, Astrid, *Politische Rekonstruktionsversuche weißrussischer Identität. Zur Bedeutung des Rückgriffs auf die Geschichte für die unabgeschlossene weißrussische Nationalstaatsbildung*, in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas* 42 (1994), S. 541–561.
- Salisbury, Harrison E., *900 Tage. Die Belagerung von Leningrad*, Frankfurt/M. 1970.
- Sandkühler, Thomas, »Endlösung« in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996.
- Schechtman, Joseph B., *European Population Transfers 1939–1945*, 2. Auflage, New York 1971 (zuerst 1946).
- Scheffler, Wolfgang, *Wege zur Endlösung*, in: Strauss, Herbert A./Kampe, Norbert (Hg.), *Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust*, 2. Auflage, Bonn 1988, S. 186–214.
- ders., *NS-Prozesse als Geschichtsquelle. Bedeutung und Grenzen ihrer Auswertbarkeit durch den Historiker*, in: ders./Bergmann, Werner, *Lerntage des Zentrums für Antisemitismusforschung* V, Berlin-W. 1988, S. 13–27.
- ders./Grabitz, Helge, *Der Ghetto-Aufstand Warschau 1943 aus der Sicht der Täter und Opfer in Aussagen vor deutschen Gerichten*, München 1993.
- Scheurig, Bodo, *Henning von Tresckow*. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1980 (zuerst 1973; unveränderte Neuauflage Frankfurt/M. 1987).
- Schieder, Wolfgang, *Zwei Generationen im militärischen Widerstand gegen Hitler*, in: Schmädecke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München und Zürich 1985, S. 436–459.
- Schiller, Otto, *The Farming Co-Operative: A New System of Farm Management*, in: *Land Economics* 27 (1951), H. 1, S. 1–15.
- ders., *The Farming Cooperative: Rejoinder*, in: ebd., S. 180–182.
- Schlarp, Karl-Heinz, *Wirtschaft und Besatzung in Serbien 1941–1944*, Stuttgart 1986.

- Schmädecke, Jürgen/Steinbach, Peter (Hg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, München und Zürich 1985.
- Schneider, Wolfgang (Hg.), »Vernichtungspolitik«. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, Hamburg 1991.
- Schoeps, Julius H. (Hg.), *Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust*, Hamburg 1996.
- Scholder, Klaus, *Die Kirchen und das Dritte Reich, Band 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1938*, Frankfurt/M., Berlin-W. und Wien 1977.
- Schornstheimer, Michael, »Harmlose Idealisten und draufgängerische Soldaten«. Militär und Krieg in den Illustriertenromanen der fünfziger Jahre, in: Heer/Naumann, S. 634–650.
- Schott, Franz Josef, *Der Wehrmachtsführungsstab im Führerhauptquartier 1939–1945*, phil. Diss. Bonn 1980.
- Schröder, Hans-Joachim, *Erfahrungen deutscher Mannschaftssoldaten während der ersten Phase des Rußlandkrieges*, in: Wegner 1991, S. 309–325.
- ders., *Die gestohlenen Jahre. Erzählgeschichten und Geschichtserzählung im Interview: Der Zweite Weltkrieg aus der Sicht ehemaliger Mannschaftssoldaten*, Tübingen 1992.
- Schüler, Klaus A. Friedrich, *Logistik im Rußlandfeldzug. Die Rolle der Eisenbahnen bei Planung, Vorbereitung und Durchführung des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion bis zur Krise vor Moskau im Winter 1941/42*, Frankfurt/M. u. a. 1987.
- Schulte, Theo J., *The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia*, Oxford, New York und München 1989.
- ders., *Korück 582*, in: Heer/Naumann, S. 323–342.
- Schustereit, Hartmut, *Planung und Aufbau der Wirtschaftsorganisation Ost vor dem Rußlandfeldzug – Unternehmen »Barbarossa« 1940/41*, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 70 (1983), S. 51–70.
- ders., *Vabanque. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion 1941 als Versuch, durch den Sieg im Osten den Sieg im Westen zu erzwingen*, Herford 1988.
- Schwendemann, Heinrich, *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941*, Frankfurt/M. 1993.
- Seckendorf, Martin, *Die »Raumordnungsskizze« für das Reichskommissariat Ostland vom November 1942 – Regionale Konkretisierung der Ostraumplanung*, in: Rössler/Schleiermacher, S. 175–197.
- Seeger, Andreas, *»Gestapo-Müller«: die Geschichte eines Schreibtischtäters*, Berlin 1996.
- Segbers, Klaus, *Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Die Mobilisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft im »Großen Vaterländischen Krieg« 1941–1943*, München 1987.
- Seidler, Franz W., *Die Organisation Todt*, Koblenz 1987.
- Shabad, Theodore, *Geography of the USSR. A Regional Survey*, New York 1951.
- Shapiro, Robert Moses, »Yizker-Bikher« as Sources on Jewish Communities in Soviet Belorussia and Soviet Ukraine During the Holocaust, in: Dobroszycki/Gurock, S. 223–236.
- Siekranski, Maciej, *The Jews in Soviet Occupied Eastern Poland at the End of 1939: Numbers and Distribution*, in: Davies/Polonsky, S. 110–115.
- Siemaszko, Z. S., *The Mass Deportations of the Polish Population to the USSR, 1940–1941*, in: *Sword* (Hg.), S. 217–235.
- Sinizyna, N. I./Tomin, W. R., *Das Scheitern der faschistischen Agrarpolitik in den okkupierten Gebieten der UdSSR (1941–1944)*, in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge* 1966, H. 11, S. 1190–1199.
- Sokolow, Boris, *Der Preis des Sieges. Anmerkungen zu den Menschenverlusten in der UdSSR (1941–1945)*, in: Jacobsen, Hans-Adolf u. a. (Hg.), *Deutsch-russische Zeitenwende: Krieg und Frieden 1941–1995*, Baden-Baden 1995, S. 521–537.

- Sosnovsky, Kyrill, *The Tragedy of Children under Nazi Rule*, Poznan und Warschau 1962.
- Spector, Shmuel, *Aktion 1005 – Effacing the Murder of Millions*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 5 (1990), S. 157–173.
- ders., *The Holocaust of Volhynian Jews 1941–1944*, Jerusalem 1990.
- ders., *Jewish Resistance in Small Towns of Eastern Poland*, in: Norman Davies/Antony Polonsky (Hg.), *Jews in Eastern Poland and in the USSR, 1939–1946*, London 1991, S. 138–144.
- SS im Einsatz. Berlin-O. 1958.
- Steinberg, Jonathan, *The Third Reich Reflected: German Civil Administration in the Occupied Soviet Union, 1941–4*, in: *English Historical Review* 40 (1995), S. 620–651.
- Strazhas, Abba, *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Oberost 1915–1917*, Wiesbaden 1993.
- Streim, Alfred, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im »Fall Barbarossa«*, Heidelberg und Karlsruhe 1981 (zitirt: Streim).
- ders., *Sowjetische Kriegsgefangene in Hitlers Vernichtungskrieg*, Heidelberg 1982.
- ders., *Zur Eröffnung des allgemeinen Judenvernichtungsbefehls gegenüber den Einsatzgruppen*, in: Jäckel, Eberhard/Rohwer, Jürgen (Hg.), *Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg*, 2. Auflage, Frankfurt/M. 1987, S. 107–119.
- ders., *Konzentrationslager auf dem Gebiet der Sowjetunion*, in: *Dachauer Hefte* 5 (1989), S. 174–187.
- Streit, Christian, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Berlin und Bonn 1991 (zuerst 1978; zitiert: Streit).
- ders., *Sozialpolitische Aspekte der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen*, in: Waclaw Długoborski (Hg.), *Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel*, Göttingen 1981, S. 184–196.
- ders., *The German Army and the Policies of Genocide*, in: Hirschfeld, S. 1–14.
- ders., *Sowjetische Kriegsgefangene – Massendeportation – Zwangsarbeiter*, in: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg*, München und Zürich 1989, S. 747–760.
- ders., *Ostkrieg, Antibolschewismus und »Endlösung«*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17 (1991), S. 243–255.
- ders., *Das Schicksal der verwundeten sowjetischen Kriegsgefangenen*, in: Heer/Naumann, S. 78–91.
- Suhl, Yuri (Hg.), *They Fought Back. The Story of Jewish Resistance in Nazi Europe*, New York 1967.
- Sword, Keith (Hg.), *The Soviet Takeover of the Polish Eastern Provinces, 1939–1941*, London 1991.
- ders., *Soviet Economic Policy in the Annexed Areas*, in: Sword, S. 86–101.
- Tec, Nechama, *In the Lion's Den. The Life of Oswald Rufeisen*, New York und London 1990.
- dies., *Bewaffneter Widerstand. Jüdische Partisanen im Zweiten Weltkrieg*, Gerlingen 1996.
- Telpuchowski, Boris Semjonowitsch, *Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945*, hrsg. v. Andreas Hillgruber und Hans-Adolf Jacobsen, Frankfurt/M. 1961.
- Tessin, Georg, *Die Stäbe und Truppeneinheiten der Ordnungspolizei*, in: ders./Neufeldt, Hans-Joachim/Heck, Jürgen, *Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936–1945*, o. O., o. J. (1957).
- Tilitzki, Christian, *Alltag in Ostpreußen 1940–45. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz*, Leer 1991.
- Tobias, Jim G., *»Batl. vernichtet bandenverseuchte Ortschaften«*, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 8. 9. 1998, S. 10.

- Tomaszewski, Jerzy, Belorussians in the Eyes of the Poles, 1918–1939, in: *Acta Poloniae Historica* 51 (1985), S. 101–122.
- Torzecki, Ryszard, Die Rolle der Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht in der Ukraine für deren Besatzungspolitik 1941–1944, in: Röhr (Hg.), S. 239–272.
- Trevor-Roper, H.[ugh]R.[ed], Hitlers letzte Tage, Frankfurt/M. 1965.
- Trostorff, Klaus: Vortrag, in: Faschistischer Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen, S. 52–60.
- Trunk, Isaiah, Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation, New York und London 1972.
- Tuchel, Johannes, Die NS-Prozesse als Materialgrundlage für die historische Forschung, in: Weber, Jürgen/Steinbach, Peter (Hg.), Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland, München 1984, S. 134–144.
- Turonek, Jerzy, Białorus pod okupacją niemiecką [Weißrußland unter deutscher Besatzung], Warschau 1993.
- ders., Weißruthenien: Zweifrontenkrieg der Ideologien, in: Benz/Houwink ten Cate/Otto, S. 191–198.
- Ueberschär, Gerd R., Das Dilemma der deutschen Militäropposition, Berlin-W. 1988.
- ders., Hitlers Entschluß zum »Lebensraum«-Krieg im Osten. Programmatisches Ziel oder militärstrategisches Kalkül? In: Ueberschär/Wette, S. 13–43.
- ders./Wette, Wolfram (Hg.), Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. »Unternehmen Barbarossa« 1941, Frankfurt/M. 1991 (zuerst 1984).
- Umbreit, Hans, Die Rolle der Kollaboration in der deutschen Besatzungspolitik, in: Röhr 1994, S. 33–44.
- Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß. Der amtliche Wortlaut der Entscheidung im Fall Nr. 11, München 1950.
- Vakar, Nicholas P., Belorussia. The Making of a Nation, Cambridge (Mass.) 1956.
- Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, hrsg. v. Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 1996.
- Vetter, Matthias, Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939, Berlin 1995.
- Vogt, Martin, Selbstbespiegelung in Erwartung des Sieges. Bemerkungen zu den Tischgesprächen Hitlers im Herbst 1941, in: Michalka, Wolfgang (Hg.), Der Zweite Weltkrieg, München und Zürich 1989, S. 641–651.
- Volkman, Hans-Erich, Landwirtschaft und Ernährung in Hitlers Europa 1939–1945, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 35 (1984), S. 9–74.
- Vorländer, Herwart, Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard 1988.
- Wagner, Elisabeth (Hg.), Der Generalquartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, General der Artillerie Eduard Wagner, München und Wien 1963.
- Wagner, Patrick, Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeption und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, Hamburg 1996.
- Wardzyńska, Maria, Sytuacja Ludności Polskiej w Generalnym Komisariacie Litwy czerwiec 1941–lipiec 1944, Warschau 1993.
- Wasser, Bruno, Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen, Basel u. a. 1993.
- Wegner, Bernd (Hg.), Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum »Unternehmen Barbarossa«, München und Zürich 1991.
- Weinberg, Gerhard L., Airpower in Partisan Warfare, in: John Armstrong (Hg.), Soviet Partisans in World War II, Madison (Wisc.) 1964, S. 361–385.

- ders., The Yelnya-Dorogobush Area of Smolensk Oblast, in: ebd., S. 389–457.
- Weinert, Rainer, »Die Sauberkeit der Verwaltung im Kriege«. Der Rechnungshof des Deutschen Reiches 1938–1946, Opladen 1993.
- Weinreich, Max, Hitler's Professors, New York 1946.
- Werth, Alexander, Rußland im Krieg 1941–1945, München und Zürich 1965.
- Wette, Wolfram (Hg.), Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München und Zürich 1992.
- ders./Ueberschär, Gerd R. (Hg.), Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht, Frankfurt/M. 1992.
- Wildt, Michael, Der Hamburger Gestapochof Bruno Streckenbach, in: Bajohr, Frank/Szodrynski, Joachim (Hg.), Hamburg in der NS-Zeit, Hamburg 1995, S. 93–123.
- Wilenchik, Witalij, Die Partisanenbewegung in Weißrußland 1941–1944, phil. Diss. FU Berlin, Wiesbaden 1984.
- Wilhelm, Hans-Heinrich, Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42, phil. Diss. München o. J. 1975; gedruckte Ausgabe Frankfurt/M. u. a. 1996).
- ders., Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD. Eine exemplarische Studie, in: Krausnick/Wilhelm 1981, S. 279–643.
- ders., Knowledge and Comprehension Among the German Army on the Final Solution, in: Cohen, Asher/Gelber, Joav/Wards, Charlotte (Hg.), Comprehending the Holocaust. Historical and Literary Research, Frankfurt/M. u. a. 1988, S. 179–201.
- ders., Motivation und Kriegsbild deutscher Generale und Offiziere im Krieg gegen die Sowjetunion, in: Jahn, Peter/Rürup, Reinhard (Hg.), Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945, Berlin 1991, S. 153–182.
- ders., Rassenpolitik und Kriegführung. Sicherheitspolizei und Wehrmacht in Polen und der Sowjetunion, Passau 1991.
- ders., Die Rolle der Kollaboration für die deutsche Besatzungspolitik in Litauen und »Weißruthenien«, in: Röhr 1994, S. 191–216.
- Winter, Johannes, Risse in den Getto-Bildern. Das Überleben der Vogelsbergerin Ilse Stein, in: Frankfurter Rundschau v. 25. 9. 1993 (Wochenendbeilage).
- Wippermann, Wolfgang, Nur eine Fußnote? Die Verfolgung der sowjetischen Roma: Historiographie, Motive, Verlauf, in: ders./Meyer, S. 75–90.
- ders./Meyer, Klaus (Hg.), Gegen das Vergessen. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941–1945. Deutsch-sowjetische Historikerkonferenz im Juni 1991 in Berlin, Frankfurt/M. 1992.
- Witte, Peter, Zwei Entscheidungen in der »Endlösung der Judenfrage«: Deportationen nach Lodz und Vernichtung in Chelmo, in: Miroslav Kárný u. a. (Hg.), Theresienstädter Studien und Dokumente, Prag 1995, S. 38–68.
- Yahil, Leni, The Holocaust. The Fate of European Jewry, 1932–1945, New York und Oxford 1990.
- Zagorulko, M./Judenkow, A., Krach plana »Oldenburg« [Das Scheitern des Planes »Oldenburg«], Moskau 1974.
- Zaprudnik, Jan, Belarus. At a Crossroads in History, Boulder/Colorado u. a. 1993.
- Zayas, Alfred M. de, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Kriegsrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München 1979.
- Zbikowski, Andrzej, Local Anti-Jewish Pogroms in the Occupied Territories of Eastern Poland, June–July 1941, in: Dobroszycki/Gurock, S. 173–179.
- Ziemke, Earl, Composition and Morale of the Partisan Movement, in: John Armstrong (Hg.), Soviet Partisans in World War II, Madison (Wisc.) 1964, S. 141–196.
- Zimmermann, Michael, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische »Lösung der Zigeunerfrage«, Hamburg 1996.

Literarische Darstellungen:

Achtanow, Tachawi, *Fernes Licht der Steppe*, Berlin und Weimar 1990.

Adamowitsch, Ales, *Henkersknechte*, Frankfurt/M. 1988 (russ. 1979).

Neuhaus, Wolfgang, *Kampf gegen »Sternlauf«*. Der Weg des deutschen Partisanen Fritz Schmenkel, 4. Auflage, Berlin-O. 1980 (zuerst 1968).

Nachschlagewerke, Hilfsmittel:

Kürschners *Deutscher Gelehrten-Kalender*. Berlin-W. 1954 und öfter.

Kennedy Grimsted, Patricia, *Archives and Manuscript Repositories in the USSR*, Band 2, Princeton/New Jersey 1981.

Andere Medien:

Das Auge des Kameramannes. Walter Frentz – der Kameramann des Führers, Regie: Jürgen Stumpfhaus, Ausstrahlung: ARD, 26. 11. 1992.

»Blutarbeit im Osten«. Das Attentat auf Wilhelm Kube 1943 in Minsk. Hörfunk-Dokumentation von Paul Kohl, Ausstrahlung: SFB 3, 21. 9. 1994.

Film der australischen Staatsanwaltschaft (War Crimes Commission/SIU) über die Exhumierungsarbeiten in Serniki bei Pinsk, 1990. Vorführung: TU Berlin, 26. 1. 1994.

Land im Todesfieber – Wiedersehen mit Guatemala. Film von Georg Stefan Troeller, Ausstrahlung: ZDF, 11. 10. 1992.

»Presseclub«, Ausstrahlung: ARD, 2. 3. 1997

Retter und Gerettete. Wie lettische Juden den Holocaust überlebten. Filmdokumentation von Felix Zimmermann und Marcel Joos, Ausstrahlung: B 1, 9. 9. 1995.

Abkürzungsverzeichnis

AGSSt	Armee-Gefangenensammelstelle
AK	Armeekorps
AOK	Armeeoberkommando
ASo	Arbeitseinsatz und Sozialpolitik
ASt	Außenstelle
AWiFü	Armeewirtschaftsführer
BB	Beauftragter für die Berufsverbände, ab 1942: Betriebsförderung und Berufserziehung
BdE (und Chef HRü)	Befehlshaber des Ersatzheeres (und Chef Heeresrüstung)
BdO	Befehlshaber der Ordnungspolizei
BdS	Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
Beauftr.VJP	Beauftragter für den Vierjahresplan
Berück	Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes
Brif.	(SS-)Brigadeführer
Btl., Batl.	Bataillon
BSSR	Belorussische Sozialistische Sowjetrepublik
BvTO	Bevollmächtigter Transportoffizier
CdZ	Chef der Zivilverwaltung
Chefgr.	Chefgruppe
DAF	Deutsche Arbeitsfront
Div.	Division
EGr	Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD
eidesstattl.Erkl.	eidesstattliche Erklärung
EK	Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD
EM	Ereignismeldung (des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD)
Ern u La	Ernährung und Landwirtschaft
FEK	Feldeisenbahnkommando
FK	Feldkommandantur
Fschr.	Fernschreiben
GBA	Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
GBk	Generalbevollmächtigter für das Kraftfahrwesen
GebK	Gebietskommissar(iat)
Gedob	Generaldirektion der Ostbahn, Krakau
Gen. d. Trspw.	General des Transportwesens
Gen.Insp.	Generalinspekteur
Gen.Kdo.	Generalkommando
GenLt	Generalleutnant
GenMaj	Generalmajor
GenOb	Generaloberst
GenQu	Generalquartiermeister

GFM	Generalfeldmarschall
GFP	Geheime Feldpolizei
GK	Generalkommissar(iat)
GLA	Generallandesarchiv
Gr.	Gruppe
Gruf.	(SS-)Gruppenführer
HBD	Haupteisenbahndirektion
HeWiFü	Heeresgruppenwirtschaftsführer
H.Gr.	Heeresgruppe
HK	Hauptkommissar
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
Hstuf.	(SS-)Hauptsturmführer
Ia	Führungsoffizier
Ib	Versorgungsoffizier
Ic	Abwehroffizier
IMT	Internationaler Militärgerichtshof
Inf.Div.	Infanteriedivision
IVa	Intendant
Kav.	Kavallerie
KdG	Kommandeur der Gendarmerie
KdO	Kommandeur der Ordnungspolizei
KdoStab	Kommandostab
Kdr.	Kommandeur
KdS	Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
Kdt.	Kommandant
Kgf.	Kriegsgefangene(n)
Korück	Kommandant des rückwärtigen Armeegebietes; auch: rückwärtiges Armeegebiet
Kp.	Kompanie
Kr.-Verw.	Kriegsverwaltung
KTB	Kriegstagebuch
KVACH	Kriegsverwaltungsabteilungschef
KVCh	Kriegsverwaltungschef
KVR	Kriegsverwaltungsrat
KVVCh	Kriegsverwaltungsvizechef
La	Landwirtschaft
LHA	Landeshauptarchiv
LSchBtl.	Landesschützenbataillon
Lt.	Leutnant
LO	Landbewirtschaftungsgesellschaft Ostland
m.d.F.d.G.b.	mit der Führung der Geschäfte beauftragt
MGVK	Museum des Großen Vaterländischen Krieges, Minsk
Mil.-Verw.	Militärverwaltung
MVR	Militärverwaltungsrat
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
OB	Oberbefehlshaber
ObdH	Oberbefehlshaber des Heeres
Oblt	Oberleutnant
Obstlt.	Oberstleutnant
OD	Ordnungsdienst
OFK	Oberfeldkommandantur
Ogruf.	(SS-)Obergruppenführer
OK	Ortskommandantur
OKH	Oberkommando des Heeres
OKVR	Oberkriegsverwaltungsrat
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OQu	Oberquartiermeister
Orpo	Ordnungspolizei
Ostubaf.	(SS-)Obersturmbannführer
Ostuf.	(SS-)Obersturmführer
OT	Organisation Todt
PRO	Public Record Office
Pz.AOK	Panzerarmeeoberkommando
Pz.Gr.	Panzergruppe
qkm	Quadratkilometer
Qu	Quartiermeister
RAM	Reichsarbeitsministerium
RFM	Reichsfinanzministerium
RF-SS	Reichsführer-SS
Rgt.	Regiment
RK	Reichskommissar(iat)
RKF	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RKO	Reichskommissar(iat) für das Ostland
RKPA	Reichskriminalpolizeiamt
RKU	Reichskommissar(iat) für die Ukraine
RMEuL	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
RMI	Reichsinnenministerium
RMO	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RüIn	Rüstungsinspektion
RüKdo	Rüstungskommando
RuSHA	Rasse- und Siedlungshauptamt-SS
RVD	Reichsverkehrsdirektion
RVM	Reichsverkehrsministerium
RWM	Reichswirtschaftsministerium
Schuma	Schutzmannschaft
Schupo	Schutzpolizei
Sich.Div.	Sicherungsdivision
Sipo	Sicherheitspolizei
SK	Sonderkommando der Sicherheitspolizei und des SD

SS	Schutzstaffel
SSPF	SS- und Polizeiführer
Staf.	(SS-)Standartenführer
Sts.	Staatssekretär
Stubaf.	(SS-)Sturmabführer
Ustuf.	(SS-)Untersturmführer
Vern.	Vernehmung
Vers.Bez.	Versorgungsbezirk
VJZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VO	Verbindungsoffizier
Vomi	Volksdeutsche Mittelstelle
WBfh.	Wehrmachtbefehlshaber
WewiIn	Wehrwirtschaftsinspektion
W[e]wiKdo	Wehrwirtschaftskommando
W, Wi	Wirtschaft
Wfst	Wehrmachtführungsstab im OKW
WiFüStab Ost	Wirtschaftsführungsstab Ost
WiIn	Wirtschaftsinspektion
WiKdo	Wirtschaftskommando
WiRüAmt	Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW
WiStab Ost	Wirtschaftsstab Ost
WJW	Weißruthenisches Jugendwerk
WOK	Wehrmachtortskommandantur
WSW	Weißruthenisches Selbsthilfewerk
WVHA	SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt
WZR	Weißruthenischer Zentralrat
z.b.V., zbV	zur besonderen Verwendung
ZO, ZHO	Zentralhandelsgesellschaft Ost

Danksagung

Das vorliegende Buch ist die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die 1997 unter dem Titel »Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941–44« am Fachbereich I der Technischen Universität Berlin eingereicht wurde.

Für Unterstützung bei meiner langjährigen Arbeit daran habe ich vielen Menschen zu danken. Darunter ist an erster Stelle Prof. Wolfgang Scheffler zu erwähnen, ohne dessen unermüdliches Beharren auf Empirie und Nüchternheit es nicht möglich gewesen wäre, eine solche Studie zu erarbeiten. Meinem Zweitgutachter Prof. Reinhard Rürup verdanke ich eine Reihe ebenso kritischer wie freundlicher Hinweise.

Besonders den vielen Mitarbeitern in den benutzten Archiven, die gelegentlich viel Arbeit mit mir hatten, und bei den besuchten Justizdienststellen bin ich zu Dank verpflichtet, ohne alle Namen nennen zu können. Das gilt gleichermaßen für die Damen und Herren, die mir die Genehmigung und Möglichkeit verschafften, meinen Forschungen nachzugehen. Erwähnen möchte ich vor allem Natalja Anatolewna Redkosubowa, Alla Viktorewna Filipowa und Raissa Andrejewna Tschernoglasowa (Minsk), Zusana Pivcova (Prag), Torsten Zarwel, Regina Grüner, Monika Hessel, Liane Welke und Jürgen Kumberg (Potsdam bzw. Berlin), Frau Notzke und Herrn Moritz (Freiburg), Frau Namsler (Dahlwitz-Hoppegarten), Iris Winkler (Gauck-Behörde), Herrn Staatsanwalt Franz Tönnies (Ludwigsburg), Herrn Oberstaatsanwalt Schacht (Dortmund) und Frau Oberstaatsanwältin Helge Grabitz (Hamburg). Barbara Merker bin ich für wertvolle Tips auf die unerschöpflichen früheren Potsdamer Bestände tief verbunden. Tanja Kissejewa vermittelte mir den Inhalt von Akten und Büchern in russischer Sprache und bemühte sich, mich in Weißrußland in ihre Obhut zu nehmen. Tanja Paschkur und Dimitri Kolatschik halfen mir ebenfalls mit Übersetzungen.

Zahlreiche Freunde und Kollegen halfen mir während meiner Arbeit mit Hinweisen und Kommentaren. Dr. Michael Wildt begleitete das umfangreiche Manuskript bis zum Schluß mit überlegener und doch wohlwollender Kritik. Teile des Manuskripts lasen bzw. bei notwendigen Korrekturen halfen mir Helmut Gerlach, Nicola Hoheisel, Albrecht Lorenz, Max Petersen und Dr. Agnes Tandler. Claudia Wuttke erstellte das Ortsregister. Dr. Götz Aly, der das Projekt schon in seiner Anfangsphase unterstützte, machte mich ebenso wie Dr. Dieter Pohl auf Schwächen meiner Dissertationsfassung aufmerksam, meine Lektoren Dr. Bernd Ulrich und Thomas Fleming bemühten sich, mich vor schlimmen Vergehen gegen die deutsche Sprache zu bewahren.

Zutiefst dankbar bin ich für die solidarische Kritik innerhalb zweier Forschungskreise, dem im Colloquium von Prof. Scheffler und der Editionsgruppe des Dienstkalenders Heinrich Himmlers für 1941/42. Eine Vielzahl freundlicher Hinweise erhielt ich von Silke Ammerschubert, Elke und Markus Gryglewski sowie Detlef Scheffler. Die langen und offenen Diskussionen über die deutsche Besatzungs- und Vernichtungspolitik mit Christoph Dieckmann, Peter Klein, Dr. Dieter Pohl, Martina Voigt, Dr. Michael Wildt und Peter Witte eröffneten mir in einem Maße neue Einsichten und Forschungsperspektiven, das weit über das gewöhnliche wissenschaftlichen Austauschs hinausging. Gedanken daraus sind unvermeidlich in dieses Buch

eingeflossen. Andrej Angrick nahm zusätzlich das Schicksal auf sich, einige Archivreisen mit mir gemeinsam zu unternehmen, und ließ mich auf ihnen an seinem Fachwissen teilhaben. Ebenso Christoph Dieckmann, der sich auch Zeit für endlose Gespräche mit mir nahm. Paul Kohl unterstützte meine Forschungen in der Frühphase selbstlos durch sonst kaum zu erlangende Materialien. Dankenswerte Hinweise oder Kritik ließen mir auch Christoph Bitterberg, Ray Brandon, Dr. Deborah Cohen, Dr. Neil Gregor, Tobias Jersak, Armin Nolzen, Ludwig Norz, Dr. Ralf Ogorreck, Dr. Thomas Sandkühler und Dr. Johannes Schlötz zukommen. Mit all diesen und vielen anderen Kollegen hatte ich in der Zeit meines Projekts unzählige Gespräche, die mir sehr geholfen haben.

Das hierdurch abgeschlossene Forschungsprojekt verdankte zweieinhalb Jahre lang einem Stipendium des Hamburger Instituts für Sozialforschung seine finanzielle Grundlage. Ohne dieses wäre seine Durchführung kaum denkbar gewesen.

Zum Schluß, aber bestimmt nicht zuletzt danke ich Dr. Elfriede Gerlach und natürlich besonders meiner Frau Christina Blume für ihre vielfältige und geduldige Unterstützung und den Rückhalt, die es mir ermöglichten, dieses umfangreiche Vorhaben abzuschließen. Meiner Frau, die lange entweder meine Ab- oder Anwesenheit zu ertragen hatte und doch die Hoffnung auf ein Leben nach dem Ausnahmezustand nicht aufgab, möge dieser Wunsch endlich erfüllt werden.

Zum Autor

Christian Gerlach, Dr. phil., Historiker, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Bern. Seine Arbeitsschwerpunkte: Globale und transnationale Geschichte; europäische Geschichte der Moderne; deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; vergleichende Studien zur Massengewalt.